14. Landschaftsversammlung 2014-2020

LVR
Qualität für Menschen

An die Mitglieder
des Landesjugendhilfeausschusses

Köln, 15.05.2020
Frau Fischer-Gehlen
Fachbereich 41

Landesjugendhilfeausschuss

Donnerstag, 28.05.2020, 9:30 Uhr

Köln, Landeshaus, Rheinlandsaal

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur **30**. Sitzung lade ich herzlich ein.

In Reaktion auf die derzeitige COVID-19 Pandemie soll die Sitzung als sogenannte "Hybridsitzung" durchgeführt werden, d. h. zum Teil in Präsenz im Sitzungsraum und zum Teil als Videokonferenz.

Während der Sitzung sind Sie telefonisch zu erreichen unter Tel. Nr. 0221/809-2241.

Falls es Ihnen nicht möglich ist, an der Sitzung teilzunehmen, bitte ich, dies umgehend der zuständigen Fraktionsgeschäftsstelle mitzuteilen, damit eine Vertretung rechtzeitig benachrichtigt werden kann.

T a g e s o r d n u n g

Öffentliche Sitzung		**Beratungsgrundlage**
1.	Anerkennung der Tagesordnung	
2.	Niederschrift über die 28. Sitzung vom 07.02.2020	
3.	Vorlagen aus dem Organisationsbereich LVR-Direktorin; Schulen, Inklusionsamt, Soziale Entschädigung; Soziales	
3.1.	LVR-Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention: Entwurf Jahresbericht 2019 Berichterstattung: Landesdirektorin Frau Lubek	**14/3823** K

Beratungsarten: B = Beschluss, E = empfehlender Beschluss, K = Kenntnis

3.2.	Integrierte Beratung: Bericht zum Stand der beiden Projekte zur sozialräumlichen Erprobung und zum Webportal „LVR-Beratungskompass“ Berichterstattung: Landesdirektorin Frau Lubek	**14/3990** E
3.3.	Reform des Sozialen Entschädigungsrechts - ein erster Überblick und Ausblick Berichterstattung: LVR-Dezernentin Frau Prof. Dr. Faber	**14/3871/1** K
3.4.	Bericht der Bundesregierung zum Stand und zu den Ergebnissen der Maßnahmen nach Art. 25 Abs. 2-4 BTHG Berichterstattung: LVR-Dezernent Herr Lewandrowski	**14/3879/1** K
3.5.	Umsetzung des BTHG beim LVR – hier: Aufbau von Beratung und Unterstützung nach § 106 SGB IX sowie Einführung des BEI_NRW im Rheinland Berichterstattung: LVR-Dezernent Herr Lewandrowski	**14/4053** K
4.	Kinder psychisch und/oder suchtkranker Eltern (LVR-Haushaltsbeschluss 14/227): Ergebnisse der rheinlandweiten Ist-Stands-Untersuchung - Verabschiedung eines neuen LVR-Förderprogramms Berichterstattung: LVR-Dezernent Herr Bahr-Hedemann	**14/4088** B folgt
5.	Anlauf- und Beratungsstelle für ehemalige Heimkinder	
5.1.	Satzung zum Programm "Förderung von Selbsthilfegruppen ehemaliger Heimkinder" Berichterstattung: LVR-Dezernent Herr Bahr-Hedemann	**14/3956** E
5.2.	Richtlinie zum Programm "Förderung von Selbsthilfegruppen ehemaliger Heimkinder" Berichterstattung: LVR-Dezernent Herr Bahr-Hedemann	**14/3957** E
6.	Aufhebung des Positionspapiers "Grundprinzipien muslimischer Träger in der Jugendhilfe" Berichterstattung: LVR-Dezernent Herr Bahr-Hedemann	**14/4072** E
7.	Präventive Maßnahmen gegen sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche mit Behinderung	**Antrag 14/343/1 CDU, SPD** E
8.	Aktuelle Entwicklungen in der frühkindlichen Bildung	
8.1.	Handlungsimplikationen aus der Rheinland-Kita-Studie für das Landesjugendamt Berichterstattung: LVR-Dezernent Herr Bahr-Hedemann	**14/3954/1** K
8.2.	Separate Räume für Familienzentren- Kritische Ergebnisse der Evaluation Berichterstattung: LVR-Dezernent Herr Bahr-Hedemann	**14/3955/1** K
9.	Informationsvorlagen	
9.1.	Entwicklung von Präventionsketten in NRW: Das Förderprogramm "kinderstark - NRW schafft Chancen" des MKFFI Berichterstattung: LVR-Dezernent Herr Bahr-Hedemann	**14/3884/1** K

9.2. Inklusive Raumkonzepte an Offenen Ganztagsschulen - Abschluss des von der LVR-Sozial- und Kulturstiftung geförderten gleichnamigen Modellprojekts **14/3967/1** K
Berichterstattung: LVR-Dezernent Herr Bahr-Hedemann

9.3. Praxisentwicklungsprojekt Kommunale Bildungslandschaft der kommunalen Jugendpflege **14/3973/1** K
Berichterstattung: LVR-Dezernent Herr Bahr-Hedemann

10. Bericht aus der Verwaltung
Berichterstattung: LVR-Dezernent Herr Bahr-Hedemann

11. Anfragen und Anträge

12. Verschiedenes

Nichtöffentliche Sitzung

13. Niederschrift über die 28. Sitzung vom 07.02.2020

14. Anfragen und Anträge

15. Verschiedenes

Mit freundlichen Grüßen
Die Vorsitzende

N a t u s - C a n

TOP 1 Anerkennung der Tagesordnung

Niederschrift
über die 28. Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses
am 07.02.2020 in Köln, Landeshaus
- öffentlicher Teil -

Anwesend vom Gremium:

CDU

Natus-Can M.A., Astrid
Pütz, Susanne
Rubin, Dirk
Tondorf, Bernd

SPD

Schmitz, Hans	für Holtmann-Schnieder, Ursula
Schnitzler, Stephan	
Schultes, Monika	
Joebges, Heinz	für Weiden-Luffy, Nicole Susanne bis 11:25 Uhr (TOP 14)

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Deussen-Dopstadt, Gabi
Schmitt-Promny M.A., Karin

FDP

Nüchter, Laura	für Hermann, Petra

Die Linke.

Meurer, Dieter

FREIE WÄHLER

Fink, Hans-Jürgen	beratendes Mitglied

Wohlfahrtsverbände/Jugendverbände

Bergmann, Ulrich
Kavermann, Cornelia
Koch, Susanne
Lemken, Volker
Otto, Jürgen
Primus, Sarah

Dr. Kaerger-Sommerfeld, Hanna	für Siemens-Weibring, Helga
Reinhart, Werner	für Pabst, Barbara

beratende Mitglieder

Diaz, Antonio
Dr. Drubel, Stefan
Dr. Lange, Rudolf
Pabst, Barbara
Prüm, Irina

Verwaltung:

LVR-Dezernent Kinder, Jugend und Familie	Herr Bahr
Leiter LVR-Fachbereich Querschnitts-aufgaben und Transferleistungen	Herr Bruchhaus
Leiterin LVR-Fachbereich Kinder und Familie	Frau Clauß
Leiter LVR-Fachbereich Jugend	Herr Göbel
LVR-Fachbereich Querschnitts-aufgaben und Transferleistungen	Frau Fischer-Gehlen (Protokoll)

T a g e s o r d n u n g

Öffentliche Sitzung		**Beratungsgrundlage**
1.	Anerkennung der Tagesordnung	
2.	Niederschrift über die 27. Sitzung vom 07.11.2019	
3.	Sachstand des Projektes "Einsatz und Erprobung von Medikamenten an Kindern und Jugendlichen 1945-1975"	**14/3938** K
4.	Seelische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen stärken durch integrierte Behandlung und Rehabilitation durch Kinder- und Jugendpsychiatrie in den Regionen	**14/3736** K
5.	Sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche	
5.1.	Aktuelle Informationen	
5.2.	Präventive Maßnahmen gegen sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche mit Behinderung	**14/3821** K
6.	Anerkennungen gemäß § 75 SGB VIII	
6.1.	Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII	**14/3845** B
6.2.	Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII	**14/3847** B
7.	Aktuelle Entwicklungen in der frühkindliche Bildung	
8.	Aktueller Bericht zur Umsetzung des BTHG	
9.	Bericht aus der Verwaltung	
10.	Beschlusskontrolle	
11.	Anfragen und Anträge	
12.	Verschiedenes	
Nichtöffentliche Sitzung		
13.	Niederschrift über die 27. Sitzung vom 07.11.2019	
14.	Der neue LVR-Preis Mitmän - Auswahl der Preisträger	**14/3853** B
15.	Anfragen und Anträge	
16.	Verschiedenes	

Beginn der Sitzung:	09:30 Uhr
Ende öffentlicher Teil:	11:15 Uhr
Ende nichtöffentlicher Teil:	11:30 Uhr

Ende der Sitzung: 11:30 Uhr

Öffentliche Sitzung

Punkt 1
Anerkennung der Tagesordnung

Die Vorsitzende informiert zu TOP 3, dass keine Berichterstattung durch Herrn Dr. Schaffer vorgesehen sei.
LVR-Dezernent Herr Bahr ergänzt, dass die Ergebnisse der Untersuchung in einer gesonderten Veranstaltung präsentiert würden.

Die Tagesordnung wird anerkannt.

Punkt 2
Niederschrift über die 27. Sitzung vom 07.11.2019

Die Niederschrift wird anerkannt.

Punkt 3
Sachstand des Projektes "Einsatz und Erprobung von Medikamenten an Kindern und Jugendlichen 1945-1975"
Vorlage Nr. 14/3938

LVR-Dezernent Herr Bahr weist darauf hin, dass der LVR in seiner Studie aus dem Jahr 2011 "Verspätete Modernisierung" bereits die Medikamententests an Kindern und Jugendlichen in einer Einrichtung der Jugendhilfe in Neu-Düsselthal gut beschrieben habe. Zu diesem Thema verweist er insbesondere auf das Kapitel 8 von Uwe Kaminsky zur „Verbreiterung der pädagogischen Angriffsfläche – eine medizinisch-psychologische Untersuchung in der rheinischen öffentlichen Erziehung aus dem Jahr 1966".
Die Studie wird der Niederschrift in digitaler Version als **Alage 1** beigefügt.
Frau Schmitt-Promny bittet, die Namen der genannten Medikamente in Bezug auf ihre Wirkung zu erläutern, damit auch der medizinische Laie nachvollziehen könne, welche Wirkungen diese Medikamentengabe auf die Kinder und Jugendlichen hatten und wie die Familien bei solchen Medikamentengaben einbezogen wurden.
Herr Meurer spricht die Niedrigschwelligkeit bei der Beantragung von Opferentschädigung an.
Herr Schnitzler bedauert, dass der LVR als Auftraggeber nachrangig über die Ergebnisse der Untersuchung informiert wurde und schlägt vor, dieses Thema nach der geplanten Veranstaltung erneut im Landesjugendhilfeausschuss aufzurufen.
Die Vorsitzende weist abschließend auf die besondere Verantwortung des Landesjugendhilfeausschusses für das geschädigte Klientel hin.

Der Sachstandsbericht zum Projekt "Einsatz und Erprobung von Medikamenten an Kindern und Jugendlichen 1945-1975" (siehe unter anderem das Schreiben des LVR vom 10.01.2020 an das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen) wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 4
Seelische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen stärken durch integrierte Behandlung und Rehabilitation durch Kinder- und Jugendpsychiatrie in den Regionen
Vorlage Nr. 14/3736

Herr Schnitzler bedankt sich bei allen Beteiligten dafür, dass dieses Thema bisher in fünf Regionen verankert werden konnte.
Auf die Frage von **Frau Schmitt-Promny,** ob der Fokus der Stadt Düren auf der Untersuchung von Kindern und Jugendlichen psychisch belasteteter Eltern liege, antwortet **Herr Göbel,** dass der Fokus erweitert wurde auf einen Verbund, der sich bemühe, die Leistungen von Gesundheits- und Jugendamt für die in der Stadt Düren betroffenen Kinder und Jugendlichen in den Fokus zu nehmen.

1. Der Bericht zur Umsetzung des Haushaltsbeschlusses 14/225 „Seelische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen stärken durch integrierte Behandlung und Rehabilitation durch Kinder und Jugendpsychiatrie und Jugendhilfe in den Regionen" wird zur Kenntnis genommen.

2. Zur Umsetzung des Haushaltsbeschlusses 14/225 „Seelische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen stärken durch integrierte Behandlung und Rehabilitation durch Kinder und Jugendpsychiatrie und Jugendhilfe in den Regionen; Haushalt 2019" werden fünf Modellregionen gemäß Vorlage 14/3736 gefördert. Dazu werden in den folgenden vier Haushaltsjahren Haushaltsmittel im Umfang von 1.499.950,- €. bereitgestellt.

Punkt 5
Sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche

Punkt 5.1
Aktuelle Informationen

LVR-Dezernent Herr Bahr teilt mit, dass zusammen mit dem MKFFI und den kommunalen Spitzenverbänden vereinbart wurde, die beiden Orientierungshilfen zum Schutzauftrag gem. § 8a SGB VIII und zur insoweit erfahrenen Fachkraft zeitnah zu aktualisieren und als gemeinsame Empfehlung der beiden Landesjugendämter zu veröffentlichen.
Gemeinsam mit den Jugendämtern würden zwei neue Empfehlungen erarbeitet:
1. Häusliche Gewalt (federführend LWL)
2. Sexuelle Gewalt (federführend LVR)
Mit den kommunalen Spitzenverbänden sei vereinbart, dass diese beiden Empfehlungen in den jeweiligen Landesjugendhilfeausschüssen verabschiedet und an die öffentlichen Träger der Jugendhilfe weitergeleitet würden. Die Empfehlungen sollen in den örtlichen Jugendhilfeausschüssen verabschiedet werden. Damit werde die Verbindlichkeit der Empfehlungen für die örtliche Praxis erhöht.

Das Impulspapier zur Diskussion von Maßnahmen zur Prävention, Schutz und Hilfe bei sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche und die Vorlage für den Arbeitskreis Kinder- und Jugendhilfe der Kommunalen Spitzenverbände werden der Niederschrift als Anlage **(Anlage 2)** beigefügt.

Das Impulspapier zur Diskussion über Maßnahmen zur Prävention, zum Schutz vor und Hilfe bei sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche sehe die Einrichtung einer zentralen Landesfachstelle vor.

Die kommunalen Spitzenverbände haben sich für die Landesjugendämter als Träger ausgesprochen. Sie könnten sich auch zwei Landesfachstellen, jeweils eine beim LVR und eine beim LWL angesiedelt, vorstellen.

Der Bericht von Herrn Bahr wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 5.2
Präventive Maßnahmen gegen sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche mit Behinderung
Vorlage Nr. 14/3821

LVR-Dezernent Herr Bahr erläutert die Vorlage.
Frau Schmitt-Promny regt aufgrund der Vorkommnisse in Lügde eine Auseinandersetzung darüber an, ab wann eine Gefährdung des Kindeswohls vorliege. Die Verantwortlichen vor Ort hätten trotz übelster hygienischer Zustände den Tatbestand der Kindeswohlgefährdung nicht registriert. Künftig müsse die Verantwortung von allen Beteiligten ganzheitlich wahrgenommen werden. Auch in Kliniken müsse diesbezüglich sensibilisiert und ein Bewusstsein geschaffen werden.

Die Darstellungen der Dezernate zu präventiven Maßnahmen gegen sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche mit Behinderung werden gemäß Vorlage Nr. 14/3821 zur Kenntnis genommen.

Punkt 6
Anerkennungen gemäß § 75 SGB VIII

Punkt 6.1
Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII
Vorlage Nr. 14/3845

Der Landesjugendhilfeausschuss beschließt **einstimmig:**

Nach § 75 SGB VIII in Verbindung mit § 25 AG-KJHG NRW wird gemäß Vorlage Nr. 14/3845 die „Stiftung Leuchtfeuer", Riehler Str. 6 in 50668 Köln als Träger der freien Jugendhilfe anerkannt.

Punkt 6.2
Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII
Vorlage Nr. 14/3847

Herr Dr. Drubel gibt zu Protokoll, dass er Mitglied des Vereins "Evangelisches Erwachsenenbildungswerk Nordrhein e.V" sei und deshalb an der Beratung nicht teilnehme.

Der Landesjugendhilfeausschuss beschließt **einstimmig:**

Nach § 75 SGB VIII in Verbindung mit § 25 AG-KJHG NRW wird gemäß Vorlage Nr. 14/3847 der Verein „Evangelisches Erwachsenenbildungswerk Nordrhein e.V.", Goethestr. 75 in 40237 Düsseldorf, als Träger der freien Jugendhilfe anerkannt.

Punkt 7
Aktuelle Entwicklungen in der frühkindliche Bildung

Frau Clauß berichtet zu verschiedenen Themen aus dem Bereich der frühkindlichen Bildung:
1. Personalgewinnung des Landes NRW
2. Therapeutische Leistungen
3. DurchführungsVO KiBiz

Zum Wegfall der in Kitas nach § 125 SGB V beschäftigten refinanzierten Therapeuten und Therapeutinnen ab 01.07.2020 führt **LVR-Dezernent Herr Bahr** auf Nachfrage von **Frau Schmitt-Promny** aus.

Die Power-Point-Präsentation wird der Niederschrift als Anlage **(Anlage 3)** beigefügt.

Der Bericht von Frau Clauß wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 8
Aktueller Bericht zur Umsetzung des BTHG

LVR-Dezernent Herr Bahr berichtet über die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes im Dezernat Kinder, Jugend und Familie.
Er teilt mit, dass das Dezernat seit dem 01.01.2020 für Leistungen der Eingliederungshilfe für Kinder zuständig sei. Die Aufgaben und Täigkeiten konnten pünktlich aufgenommen werden.
Die aktuellen Entwicklungen werden der Niederschrift als Anlage **(Anlage 4)** beigefügt.

Der Bericht von Herrn Bahr wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 9
Bericht aus der Verwaltung

LVR-Dezernent Herr Bahr informiert die Mitglieder darüber,
dass die Verwaltung die Versagung einer Betriebserlaubnis wegen fehlender Außenspielfläche in einer Kindertagesstätte prüfe.

Ferner informiert er, dass die Stiftungserrichter Bund, Länder und Kirchen die Verlängerung der Fristen, hier die Stiftung Anerkennung und Hilfe, prüfen und über eine Erhöhung des Stiftungskapitals um insgesamt 4,1 Mio. Euro durch das Land NRW nachgedacht werde. In der nächsten Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses solle dazu eine Vorlage eingebracht werden.

Abschließend informiert er, dass das Land NRW eine Fördersumme von 14 Mio. Euro für "Kommunale Präventionsketten" beschlossen habe. Das neue Förderprogramm für die antragstellenden Kommunen werde von den beiden Landesjugendämtern bewirtschaftet. Es solle ein sukzessiver Übergang der Begleitung des Programms vom Institut der sozialen Arbeit zu den beiden Landesjugendämtern erfolgen. Ab dem Haushaltsjahr 2023 sollen die beiden Landesjugendämter für die Begleitung des Programms die volle Verantwortung tragen.

Der Bericht von Herrn Bahr wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 10
Beschlusskontrolle

Die Beschlusskontrolle wird anerkannt.

Punkt 11
Anfragen und Anträge

Es liegen keine Anfragen und Anträge vor.

Punkt 12
Verschiedenes

Es gibt keine Wortmeldungen.

Langerwehe, 23.02.2020	Köln, 13.02.2020
Die Vorsitzende	Die Direktorin des Landschaftsverbandes Rheinland In Vertretung
N a t u s - C a n	B a h r - H e d e m a n n

LVR (Hg.)



Verspätete Modernisierung

Öffentliche Erziehung im Rheinland – Geschichte der Heimerziehung in Verantwortung des Landesjugendamtes (1945–1972)

KLARTEXT

LVR
Qualität für Menschen

Henkelmann/Kaminsky/Pierlings/Swiderek/Banach
Verspätete Modernisierung

KLARTEXT

Andreas Henkelmann/Uwe Kaminsky/Judith Pierlings/
Thomas Swiderek/Sarah Banach

Verspätete Modernisierung

Öffentliche Erziehung im Rheinland – Geschichte der Heimerziehung in Verantwortung des Landesjugendamtes (1945–1972)

RHEINPROVINZ
Dokumente und Darstellungen zur Geschichte
der rheinischen Provinzialverwaltung
und des Landschaftsverbandes Rheinland

Herausgegeben vom
LANDSCHAFTSVERBAND RHEINLAND
LVR-Archivberatungs- und Fortbildungszentrum
– Archiv des LVR –

Redaktion Wolfgang Schaffer

Band 19

Das Titelbild zeigt den Gruppenraum im Halfeshof
aus dem Jahr 1963, Film 134, Bild Nr. 4.

Gefördert aus Mitteln der Kultur- und Sozialstiftung
des Landschaftsverbandes Rheinland

in Zusammenarbeit mit dem LVR-Landesjugendamt

1. Auflage Januar 2011

Satz und Gestaltung:
Klartext Medienwerkstatt GmbH, Essen
Druck und Bindung:
Druckerei Strauss, Mörlenbach

© Klartext Verlag, Essen 2011
ISBN 978-3-8375-0475-0
Alle Rechte vorbehalten

www.klartext-verlag.de

Inhalt

Andreas Henkelmann/Uwe Kaminsky/Judith Pierlings/Thomas Swiderek/Sarah Banach
Einleitung 3

I. Grundlagen

Andreas Henkelmann/Uwe Kaminsky
1. Die Entstehung der Fürsorgeerziehung im Rheinland (1878–1945) 23
1.1 Der Vorläufer – das Zwangserziehungsgesetz (1878–1900) 23
1.2 Die Anfänge – das Fürsorgeerziehungsgesetz (1900–1924) 24
1.3 Reformbemühungen ohne durchschlagenden Erfolg – die Zeit des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes (1924–1933) 29
1.4 Kontinuität und rassistische Überformung der Jugendfürsorge im Nationalsozialismus (1933–1945) 33
1.4.1 Ausgrenzende wie fördernde Differenzierung der Fürsorgeerziehungszöglinge 33
1.4.2 Zwangssterilisation als Fortsetzung eines Aussonderungsdiskurses der Krisenzeit 36
1.4.3 Entkonfessionalisierung 38
1.4.4 Krisenmanagement im Krieg 40

Andreas Henkelmann/Uwe Kaminsky
2. Die Geschichte der öffentlichen Erziehung im Rheinland (1945–1972) . . 43
2.1 Der rechtliche Rahmen: Die Reichsjugendwohlfahrtsgesetz-Novelle von 1953 und das JWG von 1961 43
2.2 Das Landesjugendamt Rheinland: Struktur und Personen 49
2.2.1 Die Übergangszeit (1945–1953) 49
2.2.2 Das Personal – Kontinuität und Wandel 50
2.3 Die Entwicklung der öffentlichen Erziehung: Der statistische Befund 60
2.3.1 Phasen der Zu- und Abnahme 61
2.3.2 Das Verhältnis von Fürsorgeerziehung und Freiwilliger Erziehungshilfe . . . 64
2.3.3 Die Probleme der öffentlichen Erziehung 66
2.3.4 Die finanziellen Grundlagen der öffentlichen Erziehung im Rheinland . . . 69
2.3.5 Die Rolle der privaten Wohlfahrt im Rheinland 71
2.3.6 Fazit 72
2.4 Die Ausrichtung der öffentlichen Erziehung 73
2.4.1 Die Erziehungsfürsorge im Rheinland in den ersten Nachkriegsjahren 73

2.4.2 Die Topographie der Heimlandschaft und die Heimdifferenzierung 80
2.4.3 Heimdifferenzierung als Konzept 83
2.4.4 Die psychiatrische Prägung der Jugendhilfe 89
2.5 Heimaufsicht und Heimunterstützung der freien Träger 91
2.5.1 Der rechtliche Rahmen 91
2.5.2 Die praktische Arbeit des Landesjugendamtes Rheinland 95
2.5.3 Fallbeispiele: Das St. Josephshaus (Düsseldorf-Heerdt) und die Düsselthaler Anstalten (Düsseldorf) 104
2.6 Grenzen und Wandel der öffentlichen Erziehung (1961–1972) 113
2.6.1 Erfolgs- und Methodenforschung im Rheinland – die Studie von Hans Thomae 114
2.6.2 Die Ergebnisse: Reformbedürftigkeit 119
2.6.3 Die öffentliche Erziehung in der Krise 124
2.7 Die Heimkampagnen, der SSK und die Reformversuche der öffentlichen Erziehung 136
2.7.1 Kumulierende Problemlagen 1968 136
2.7.2 Die Kritik des SSK und der Horizont der Alternativen 139
2.7.3 Das Landesjugendamt zwischen Ablehnung der Kritik und Lernprozessen 145

II. Geschichte der Heime des Landschaftsverbandes

Thomas Swiderek
1. Das Rheinische Landesjugendheim Haus Fichtenhain, Krefeld 153
1.1 Vorgeschichte 153
1.2 Nachkriegszeit, Wiedereröffnung und erste Strukturen 155
1.3 Belegung und Struktur der Einrichtung (1953–1973) 156
1.3.1 Charakterisierung der Gruppen und Zuteilung der Jugendlichen 158
1.3.2 Die geschlossenen Gruppen 163
1.3.3 Personal 165
1.4 Heimalltag 168

Thomas Swiderek
2. Das Rheinische Landesjugendheim Halfeshof, Solingen 171
2.1 Vorgeschichte 171
2.2 Nachkriegszeit und erste Strukturen 172
2.3 Belegung und Strukturen der Einrichtung (1953–1975) 175
2.3.1 Charakterisierung der Gruppen und Zuteilung der Jugendlichen 176
2.3.2 Personal 178
2.3.3 Das Jugendwohnheim Quellenhof 180
2.4 Heimalltag 182

Judith Pierlings
3. Das Rheinische Landesjugendheim Erlenhof, Euskirchen 185
3.1 Vorgeschichte 185
3.2 Belegung und Struktur der Einrichtung 1946 bis in die 1970er Jahre 188
3.3 Außenstelle Heisterberg 192
3.4 Personal 193
3.5 Heimalltag 197
3.6 Veränderungen in der Heimorganisation im Laufe der 1970er Jahre 201

Judith Pierlings
4. Das Rheinische Landesjugendheim Dansweilerhof, Brauweiler 207
4.1 (Vor-)Geschichte der Einrichtung im Kontext der Arbeitsanstalt Brauweiler bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges 207
4.2 Der Dansweilerhof und die Fürsorgeerziehung in Freimersdorf in der Nachkriegszeit 210
4.3 Das Erziehungsheim Dansweilerhof ab 1950 212
4.3.1 Belegung und Zielgruppe der Einrichtung 212
4.3.2 Gruppenstrukturen und Räumlichkeiten 214
4.3.3 Arbeit und Schule 217
4.3.4 Heimordnung 219
4.3.5 Personal 220
4.3.6 Die Auflösung des Dansweilerhofes 223

Judith Pierlings
5. Das Rheinische Landesjugendheim Abtshof, Hennef 225
5.1 Der Abtshof als Ersatzbau 225
5.2 Belegung und Struktur der Einrichtung 227
5.3 Heimalltag 229
5.4 Personal 232
5.5 Heimordnung und pädagogische Haltung 233

Sarah Banach
6. Das Rheinische Heilpädagogische Landesjugendheim Viersen-Süchteln . 237
6.1 Die Vorgeschichte 237
6.2 Belegung und Struktur 238
6.3 Zielgruppe der Einrichtung 242
6.4 Das Personal 243
6.5 Die Entwicklung des Heimes in den 1970er Jahren 244
6.5.1 Kluges Ansatz der Verhaltensauffälligenpädagogik und die Umstrukturierung des Heimes 245
6.5.2 Die wissenschaftliche Begleitung der Einrichtung 247
6.5.3 Die Qualifizierung des Personals 248
6.5.4 Besondere Förderangebote für die Kinder und Jugendlichen 249

6.5.5 Der Heimalltag ... 249
6.5.6 Freizeitgestaltungsmöglichkeiten ... 252
6.5.7 Unstimmigkeiten in der Zusammenarbeit mit dem Landesjugendamt und die Entlassung Kluges 1977 ... 252
6.6 Fazit ... 253

Sarah Banach
7. Das Rheinische Landesjugendheim Haus Hall, Ratheim ... 255
7.1 Die Geschichte des Rheinischen Landesjugendheimes Haus Hall und die Situation der schwererziehbaren Mädchen im Rheinland in den 1960er Jahren ... 255
7.2 Struktur und Belegung ... 259
7.3 Die Arbeits- und Berufsausbildung der Mädchen ... 261
7.4 Der Heimalltag ... 262
7.5 Das Personal ... 263
7.6 Fazit ... 263

Uwe Kaminsky
8. Das Landeserziehungsheim bzw. Evangelische Kinder- und Jugendheim Wolf an der Mosel ... 265
8.1 Entwicklung und Trägerwechsel ... 265
8.2 Belegung und Struktur ... 268
8.3 Bestrafungen im Heim ... 271

III. Einzelaspekte

Thomas Swiderek
1. Einweisung, Verlegung und Entlassung – formale Verfahren und pädagogische Realitäten ... 277
1.1 Rechtliche Voraussetzungen zur Einweisung in die Fürsorgeerziehung ... 277
1.2 Zuständigkeiten und Heimeinweisungen 281 in der unmittelbaren Nachkriegszeit ... 281
1.3 Einweisungen – Ein Verwaltungsakt mit Folgen ... 286
1.4 Aufnahmeverfahren, heiminterne Regelungen und Fürsorgeberichte ... 289
1.4.1 Berichte, Gutachten und Akten – langlebige und problematische Informationsquellen ... 295
1.4.2 Exkurs: Die Verwahrlosungs- und Normalitätsdebatte ... 299
1.5 Verlegungen, Entlassungen und frühzeitige Aufhebung der Fürsorgeerziehung ... 301
1.5.1 Verlegungen ... 301
1.5.2 Entlassungen und frühzeitige Aufhebung ... 305

Thomas Swiderek
2. Heimschule oder Schule im Heim? Erziehung und Bildung in der Heimerziehung 309
2.1 Schule und Unterricht in den Landesjugendheimen des LVR: vom Provisorium zur Anerkennung 311
2.2 Neue Strukturen und neue Probleme 317
2.3 Fazit 322

Judith Pierlings
3. Arbeit in der Heimerziehung und die Frage nach Entlohnung und Sozialversicherung 327
3.1 Grundlegende Funktionen der Arbeit in der Heimerziehung 327
3.2 Organisation der Arbeitsmöglichkeiten in Heimeinrichtungen 329
3.2.1 Arbeitsfelder und Einsatzmöglichkeiten – ein einführender Überblick 329
3.2.2 Arbeit und berufliche Bildung in der Erziehung weiblicher Jugendlicher .. 331
3.2.3 Arbeitsbereiche und deren Organisation innerhalb der Rheinischen Landesjugendheime 336
3.2.4 Die Organisation der externen Beschäftigung und die Kooperation mit Fremdfirmen 344
3.2.5 Zuweisungspraxis und Berufsberatung 349
3.2.6 Rechtliche Aspekte im Kontext der Arbeit im Heim – Lehrverträge und Arbeitsschutz 352
3.2.7 Zusammenfassung 356
3.3 Prämie und Taschengeld als Formen materieller bzw. finanzieller Zuwendung 357
3.3.1 Die Prämie als Erziehungsmittel 357
3.3.2 Übergreifend gültige Prämienordnungen ab 1962 358
3.4 Die Entwicklung der Entlohnung und die Anrechnung auf die Heimkosten 363
3.4.1 Heimexterne Beschäftigung und die Zahlung von Kostenbeiträgen 363
3.4.2 Arbeitsvergütung für im Heim beschäftigte Jugendliche 368
3.4.3 Zusammenfassung 369
3.5 Sozialversicherung und Heimerziehung 370
3.5.1 Die Versicherungspflicht nach dem Urteil des Bundessozialgerichts 1963 . 373
3.5.2 Letzte Veränderungen im Kontext des Berufsbildungsgesetzes 378
3.5.3 Zusammenfassung 379

Thomas Swiderek
4. Freizeitgestaltung, Freundschaften und der Umgang mit Sexualität in der Heimerziehung 381
4.1 Freizeit als gestaltete Zeit und Erziehungsmittel in der Heimerziehung ... 381
4.1.1 Freizeitsport und sportliche Erziehung 381
4.1.2 Sportfeste – jährliche Veranstaltungen mit Öffentlichkeit 386

4.1.3 Wanderungen und alljährliche Zeltlager 388
4.1.4 Jugendpflegerische Veranstaltungen und Freizeitangebote 392
4.2 Sexualität, Geschlechtserziehung und Freundschaft 397
4.2.1 Sexualität und Geschlechtserziehung zwischen Tabuisierung und Aufklärung 398
4.2.2 Exkurs: Freundschaften im Heim oder Zwangsgemeinschaften auf Zeit? .. 405

Thomas Swiderek
5. Strafen und ihre Ausformungen als Erziehungsmittel in der Heimerziehung 407
5.1 Entwicklungen der rechtlichen Bestimmungen der Strafmittel und körperlichen Züchtigung vor 1945 409
5.2 Entwicklungen und Veränderungen in der Zeit von 1945 bis 1975 410
5.2.1 Strafbücher als behördliches Kontrollinstrument? 412
5.2.2 Arrest und Isolierungen: umstrittene aber alltägliche Strafmittel in der Heimerziehung 419
5.2.3 Die geschlossene Gruppe: Erziehungsmethode mit oft weitreichenden Folgen 426
5.3 Schläge, Demütigungen und Misshandlungen – welche Rechte hatten Kinder und Jugendliche in der Heimerziehung? 428
5.3.1 Aktenkundige Belege von Missbrauch, Gewalt und Machtausübung gegen Jugendliche und durch Jugendliche 429
5.3.2 Die Rechte der Jugendlichen 440
5.4 Fazit 443

Andreas Henkelmann/Uwe Kaminsky
6. Religion und religiöse Erziehung in den Heimen des Landschaftsverbandes 447
6.1 Grundlagen: Die Entstehung der öffentlichen Erziehung im Rheinland unter konfessionellen Vorzeichen im Kaiserreich und in der Weimarer Republik 447
6.2 Restauration: Die Wiederherstellung der konfessionellen Strukturierung nach 1945 449
6.3 Umbrüche: Die Säkularisierung der öffentlichen Erziehung nach 1960 ... 453
6.3.1 Entkonfessionalisierung 453
6.3.2 Bedeutungsverlust und -wandel von Religion 455

Judith Pierlings
7. Körperliche Versorgung – Ernährung, Gesundheit und Hygiene in der Heimerziehung 463
7.1 Ernährung und der Umgang mit Essen in der Heimerziehung 463
7.1.1 Die Haltung des Landesjugendamtes zur Ernährung 465
7.1.2 Umgang mit Beschwerden 471

7.1.3 Essen als Zwang – Essen ohne eigene Kontrolle 473
7.2 Gesundheit und Hygiene als Teile der Heimerziehung 474
7.2.1 Gesundheitliche Betreuung innerhalb des Heimes 474
7.2.2 Die Bedeutung der Hygiene im Heimalltag 479

Uwe Kaminsky
8. Die Verbreiterung der »pädagogischen Angriffsfläche« – eine medizinisch-psychologische Untersuchung in der rheinischen öffentlichen Erziehung aus dem Jahr 1966 485
8.1 Der Fall »Psychologische Untersuchung von Schwererziehbarkeit« 1966 . . 486
8.2 Die Folgen der Untersuchung im Heim 489
8.3 Haltungen und Wertungen 491

Sarah Banach
9. Das Erziehungspersonal und die landschaftsverbandseigene Erzieherausbildung 495
9.1 Das Erzieherpersonal 495
9.1.1 Zahlen und Fakten 496
9.1.2 Das Berufsbild des Heimerziehers 497
9.1.3 Die Aufgaben und Tätigkeiten eines Erziehers im Heim 501
9.2 Die Professionalisierung des Heimerzieherberufes – eine Skizze 502
9.3 Vom Erzieherseminar zur Fachschule für Sozialpädagogik – die landschaftsverbandseigene Erzieherausbildung 504
9.3.1 Die Erzieherausbildung I 507
9.3.2 Die Erzieherausbildung II 508
9.3.3 Ausblick: Auf dem Weg zur staatlichen Anerkennung 510
9.4 Die Personalsituation in den landschaftsverbandseigenen Heimen und ihre Auswirkung 511
9.5 Fazit 513

IV. Lebenserinnerungen ehemaliger Heimkinder

Sarah Banach
1. Methodische Vorbemerkungen 517
1.1 Oral History und Heimerziehung 517
1.2 Auswahl der Interviewpartner 520
1.3 Durchführung der Interviews 521

2. Exemplarische Interviewanalysen 523
2.1 Herbert Vogel 523
2.2 Hilde Wiesling 527

2.3 Alfred Hoffmann 530
2.4 Charlotte Schäfer 533

3. Resümee 537

Andreas Henkelmann/Uwe Kaminsky/Judith Pierlings/Thomas Swiderek/Sarah Banach
Zusammenfassung 539
Historische Skizze 539
Die landschaftsverbandseigenen Heime 543
Einzelaspekte 545

Anhang
Plätze in Erziehungsheimen im Rheinland ca. 1955 nach Altersgruppen und Konfession (zusammengestellt nach ALVR 41231) 553

Abkürzungsverzeichnis 560

Quellen- und Literaturverzeichnis 563
1. Archive 563
Archiv des Landschaftsverbandes Rheinland (ALVR) 563
Hauptstaatsarchiv Düsseldorf (HStAD) 563
Archiv der Evangelischen Kirche im Rheinland (AEKR) 563
Archiv des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche im Rheinland (ADWRh) 563
Archiv der Fliedner Kulturstiftung, Kaiserswerth (FKSK) 563
Archiv der Graf Recke Stiftung, Düsseldorf (AGRS) 563
Zeitzeugeninterviews 563
2. Literatur 564

Abbildungsverzeichnis 585

Autorenverzeichnis 587

Andreas Henkelmann/Uwe Kaminsky/Judith Pierlings/
Thomas Swiderek/Sarah Banach

Einleitung

Die Diskussionen um Sinn und Nutzen der Heimerziehung begleiten diese in ihrer Entwicklung im gesamten 19. und 20. Jahrhundert. Auch die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland kennt Phasen heftiger Debatten und eine periodisch auftretende Heimkritik. Mit der Selbstorganisation ehemaliger Heimkinder in einem Verein im Jahr 2004 sowie verschiedenen Internetforen und dem Erscheinen von Peter Wensierskis Buch »Schläge im Namen des Herrn« im Jahr 2006 erlangten die Diskussionen eine öffentliche Breite.[1] Diese Beachtung resultiert auch daraus, dass nicht nur in Deutschland, sondern zeitgleich auch in anderen Ländern (zum Beispiel Irland und Australien) Fragen von Misshandlung und Missbrauch in Heimen und Internaten – oft von kirchlichen Trägern geleitet – in den Vordergrund getreten sind. Von diesen Diskussionen beeinflusst und wohl auch durch einen gewissen zeitlichen Abstand überhaupt erst ermöglicht, wurden nun Vorwürfe über die Heimerziehung in der frühen Bundesrepublik, die größtenteils bereits bekannt waren, neu wahrgenommen und bis heute breit diskutiert. Auf Empfehlung des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages wurde 2009 ein Runder Tisch unter Beteiligung von Betroffenen, Trägern, Wissenschaftlern, Vertretern des Bundes und der Länder sowie Vertretern der Kirchen eingerichtet.

Die Wellen der angestoßenen Diskussionen trafen nicht nur die anfänglich kritisierten konfessionellen Heime, sondern erfassten auch die öffentlichen mit Kinder- und Jugendfürsorge betrauten Stellen. So entschied das Dezernat Schulen und Jugend/Landesjugendamt des Landschaftsverbandes Rheinland im Jahr 2008, eine Hotline für ehemalige Heimkinder einzurichten und die historische Aufarbeitung der Entwicklung des Landesjugendamtes Rheinland in der frühen Bundesrepublik vornehmen zu lassen. Thematisiert werden sollte die Geschichte der landschaftsverbandseigenen Heime Dansweilerhof (Pulheim-Brauweiler), Abtshof (Hennef), Erlenhof (Euskirchen), Rheinisches Heilpädagogisches Landesjugendheim Viersen-Süchteln (Viersen), Haus Hall (Hückelhoven-Ratheim), Haus Wolf an der Mosel (Traben-Trarbach), Fichtenhain (Krefeld) und Halfeshof (Solingen), von denen nur die beiden letztgenannten noch bestehen. Es ging um die weiter unten detaillierter zu beschreibenden Bereiche der Einweisung in die öffentliche Erziehung, des Verlaufes der Heimerziehung in seinen unterschiedlichen Facetten wie der Ernährung, der gesundheitlichen Betreuung, der Disziplinierung, der Arbeit, der Entlohnung, der Sozialversicherung sowie der Entlassung aus öffentlicher Erziehung. Der Fokus lag damit zum einen auf einer Rekonstruktion der Verhältnisse in den Erziehungseinrichtungen (nicht auf den

1 Wensierski 2006.

Entscheidungsabläufen und -logiken des Landesjugendamtes) und zum anderen auf den Einrichtungen des Landschaftsverbandes (nicht auf den konfessionellen Belegheimen). Mit Blick darauf, dass der überwiegende Teil der Minderjährigen in öffentlicher Erziehung in privaten, in der Regel konfessionellen Anstalten untergebracht war, wurde aber als weiterer Aufgabenschwerpunkt die Frage der Heimaufsicht durch das Landesjugendamt festgelegt.

Aus diesen Themensetzungen ist das vorliegende Buch in seiner vierteiligen Struktur entstanden. Im ersten Teil wird die Geschichte der öffentlichen Erziehung mit dem Fokus auf den Handlungsspielräumen und -perspektiven des Landesjugendamtes in seinen Grundzügen analysiert. Im ersten Kapitel steht die Entstehung und Entwicklung der Fürsorgeerziehung und Freiwilligen Erziehungshilfe vor 1945 im Vordergrund. Ziel ist es, Kontinuitätslinien wie auch Brüche in der Entwicklung des rheinischen Landesjugendamtes mit Blick auf seine Geschichte in der frühen Bundesrepublik aufzuzeigen. Dabei geht es auch um die Skizzierung der rassistischen und repressiven Überformung der Jugendhilfe, die unter anderem Zwangssterilisation und die Ausgrenzung Minderjähriger jüdischer Herkunft zur Folge hatte. Die Geschichte der öffentlichen Erziehung nach 1945 wird anschließend aus verschiedenen Kontexten entfaltet. Kapitel 2.1 stellt den rechtlichen Rahmen dar, indem sich die öffentliche Erziehung bewegte. Dieser Rahmen war trotz zweier Gesetzesnovellen im Jahr 1953 und 1961 von einem hohen Ausmaß an Kontinuität zur Weimarer Republik geprägt. Auch die handelnden Akteure werden im anschließenden Abschnitt aus ihrer Vorgeschichte heraus betrachtet – die leitenden Angestellten der ersten Stunde hatten alle schon vor 1945 in der Verwaltung mitgearbeitet, passten sich aber nach Kriegsende als Funktionselite den neuen Verhältnissen an.

Vor diesem Hintergrund wird als erster Zugang der statistische Befund erläutert, der Entwicklungsphasen, Grundprobleme und auch die finanziellen Spielräume der öffentlichen Erziehung im Rheinland erkennen lässt. Diese Linien sollen im Anschluss vertieft werden. Dazu werden die Heimlandschaft sowie die Heimdifferenzierung als zentrales Konzept des Landesjugendamtes, das unter anderem zu einer stärkeren Gewichtung der Psychiatrie und Psychologie führte, vorgestellt. Vor diesem Hintergrund soll im folgenden Abschnitt die Einbindung der freien Träger in das Gefüge der öffentlichen Erziehung aus Sicht des Landesjugendamtes beleuchtet werden, das seine Aufgabe dabei mit den Begriffen der Heimaufsicht und Heimunterstützung verband.

Von der Krise, in die die öffentliche Erziehung mit Beginn der 1960er Jahre immer stärker geriet, handelt der letzte Abschnitt des ersten Teils. Ihre Reformbedürftigkeit spiegelt sich in den Studien des Bonner Psychologieprofessors Hans Thomae, der von 1966 bis 1972 umfangreiche, allerdings nie publizierte Forschungen zur Fürsorgeerziehung und Freiwilligen Erziehungshilfe im Rheinland im Auftrag des Landesjugendamtes durchführen ließ. Dass es dazu kam, resultierte aus dem dramatischen Problemstau – vor allem die Durchführung der öffentlichen Erziehung für schulentlassene Mädchen geriet an ihre Grenzen, wie im Anschluss an die Auseinandersetzung mit den Forschungen Thomaes gezeigt werden soll. Als sich 1969 in Gestalt des SSK (Sozialpädagogische Sondermaßnahme Köln) die Kritik an der öffentlichen Erziehung aus dem Geist der 68er Bewegung auch im Rheinland formierte, stieß diese Opposition auf ein brüchiges System. Der Kritik wurde deshalb nicht nur mit einer reflexhaften Abwehr begegnet, sondern sie führte zu einem tiefgehenden

Reformprozess, der in die Erstellung der »Allgemeinen Richtlinien zur Durchführung der öffentlichen Erziehung (Freiwillige Erziehungshilfe und Fürsorgeerziehung)« 1972 mündete. Das Papier bildet damit auch den zeitlichen Endpunkt der Untersuchung.

Der zweite Teil beschäftigt sich mit der Einzelgeschichte der Heime des Landschaftsverbandes Erlenhof, Dansweiler Hof, Abtshof, Haus Hall, Haus Wolf, Fichtenhain, Halfeshof und Heilpädagogisches Landesjugendheim Viersen-Süchteln. Ziel ist es, die Entwicklungslinien der jeweiligen Einrichtungen in ihren Grundzügen und Spezifika darzustellen. Gleichzeitig zeigte sich schon in der Einarbeitungsphase, dass es sinnvoll sei, bestimmte Aspekte des Heimalltags und der Heimorganisation nicht für jede Einrichtung einzeln zu behandeln, sondern heimübergreifend zusammenzuführen. So entstand ein dritter Teil, in dem zentrale Gegebenheiten des Alltags in den Heimen des Landschaftsverbandes Rheinland analysiert werden.

Im ersten Kapitel des dritten Teils geht es um die Frage, wie Minderjährige in öffentliche Erziehung gerieten und nach welchen Kriterien sie verlegt und entlassen wurden. Wichtig war es, die Zusammenarbeit der örtlichen Fürsorgestellen, der Jugendämter, der Vormundschaftsgerichte und des Landesjugendamtes herauszustellen. Die beiden darauf folgenden Kapitel fragen nach der Ausbildung der schulentlassenen Jugendlichen, und zwar der schulischen Ausbildung sowie dem Komplex Arbeit, Berufsausbildung und Beschäftigung. Vorgestellt werden soll hier neben der Organisation der Arbeit und der Beschäftigung innerhalb und außerhalb der Einrichtung auch die Entwicklung der so genannten Prämiensysteme, die die finanzielle Situation der Jugendlichen bestimmten. Die Frage nach der Sozialversicherung der getätigten Arbeit bzw. die Entwicklung hin zu einer Sozialversicherungspflicht wird anschließend aufgeworfen.

Das vierte Kapitel beschäftigt sich mit den Aspekten Freizeit, Freundschaft und Sexualität im Heim. Am Beispiel der Einstellung und des Verhaltens zur Sexualität und zur Sexualerziehung lässt sich gut nachzeichnen, wie durch den gesellschaftlichen Wandel die Diskussionen innerhalb des Landesjugendamtes und damit das Handeln in den Heimen beeinflusst wurden. Im fünften Kapitel steht mit der Bestrafung ein zentrales Thema im Mittelpunkt. Untersucht werden sollte, inwieweit und wie lange körperliche Züchtigungen als Erziehungsmittel zur Anwendung kamen, welche Konsequenzen dies nach sich zog, welche Haltung das Landesjugendamt in dieser Auseinandersetzung einnahm und welche anderen Formen und Mittel der Bestrafung und Disziplinierung genutzt wurden. Es folgt ein Kapitel zur religiösen Erziehung in den ja wesentlich nach Konfession geordneten Heimen des Landschaftsverbandes wie auch den konfessionellen Belegheimen. Die Felder Ernährung, Gesundheit und Hygiene schließen sich an. Die körperliche Versorgung, die neben der Gesundheitsbetreuung und der Hygiene auch das wichtige Thema Ernährung umfasst, wird in ihrer Organisation, aber auch in ihrer pädagogischen Funktion betrachtet. Der Erweiterung der »pädagogischen Angriffsfläche« sollte 1966 ein medizinisch-psychologischer Versuch dienen, der mit Genehmigung des Landesjugendamtes die Ausgabe von schwachen Neuroleptika an die Heimkinder des evangelischen Heims Neudüsselthal umfasste und im nachfolgenden Abschnitt dokumentiert wird. Zum Abschluss geht es dann um die Ausbildung und Qualifizierung der Erzieher in den LVR-Heimen.

Obwohl aufgrund der konzeptionellen Ausrichtung des Buches die Fokussierung auf den landschaftsverbandseigenen Heimen lag, klingt bei einzelnen Themengebieten etwa in den Abschnitten zur Arbeit und zur Disziplinierung auch die Situation in den Belegheimen mit an.

Abschließend sei noch darauf hingewiesen, dass vor allem der zweite und dritte Teil der Studie nicht nur die überlieferten Akten auswerten, sondern auch Interviewaussagen ehemaliger Heimkinder eingeflossen sind. Diese Interviews stehen im Mittelpunkt des vierten Teils. So nimmt dieser Teil einen weiteren Perspektivwechsel vor. Wurde bislang stärker der Blickwinkel des Landesjugendamtes und der Heime eingenommen, geht es nun darum, explizit die ehemaligen Heimkinder in ihrer Wahrnehmung und mit ihren Erinnerungsmustern einzubeziehen, um den Heimalltag auch aus ihrer Perspektive darzustellen. Dafür wurden 14 lebensgeschichtliche Interviews geführt, vermittelt über Kontakte, die aus der Hotline des Landschaftsverbandes entstanden, und hiervon vier Biographien beispielhaft dargestellt.[2]

Insgesamt waren angesichts der Komplexität des Gegenstandes inhaltliche Überschneidungen in einzelnen Beiträgen nicht vermeidbar. Eine strikte Trennung ohne Redundanzen erschien auch nicht erstrebenswert, um die aus unterschiedlichen Perspektiven geschriebenen Einzelbeiträge in ihrem Eigenverständnis nicht zu beeinträchtigen.

Wenn mit dieser kurzen Themenvorstellung der Untersuchungsgegenstand skizziert wird, bleiben einige definitorische Bemerkungen noch anzuschließen. Die Formulierung »Heimerziehung im Rheinland« ist in mehrfacher Hinsicht missverständlich. Das Rheinland dient hier nicht als geographischer Bezugspunkt im historisch-kulturellen Verständnis, sondern gemeint ist die politische Bezugsgröße des Landschaftsverbandes Rheinland. Daraus ergibt sich, dass es um die in der Verantwortung des Landesjugendamtes Rheinland ausgeübte so genannte öffentliche Erziehung geht, wie sie im Untersuchungszeitraum 1945 bis 1972 in den Formen der Fürsorgeerziehung, der Freiwilligen Erziehungshilfe und der Gefährdeten- und Bewahrungsfürsorge umgesetzt wurde. Heimerziehung rheinischer kommunaler Jugendämter ist dagegen nicht das Thema dieser Studie. Allerdings beanspruchen die folgenden Seiten auch schon deswegen nicht die Geschichte der öffentlichen Erziehung im Rheinland zu schreiben, weil die Minderjährigen in öffentlicher Erziehung nicht ausschließlich in Heimen untergebracht waren, sondern auch in ihren eigenen Familien, in Pflegestellen oder in Arbeits- und Lehrstellen, was nachfolgend nur in Einzelfällen berücksichtigt werden konnte. Ausgeklammert bzw. nur am Rande betrachtet werden konnten offene Formen der Jugendhilfe (zum Beispiel Jugendwohnheime, Jugendwohngemeinschaften usw.), deren Verstärkung erst einen Lösungsversuch der zum Ende des Untersuchungszeitraums kumulierenden Probleme darstellte.

Dabei ließ sich auf umfangreiche und unterschiedliche Quellenbestände zurückgreifen. Für die Arbeit ausgewertet wurden rund 1.000 Einzelfallakten der Geburtsjahrgänge

2 Die Interviews als Tondokumente und ihre Transkriptionen wurden dem Archiv des Landschaftsverbandes übergeben.

1929 bis 1949, die nach einer Zufallsauswahl im Archiv des Landschaftsverbandes Rheinland in Pulheim-Brauweiler überliefert sind. Angesichts der uneinheitlichen Aktenführung verbot sich allerdings eine genaue statistische Analyse, die in einer sehr viel höheren Validität in Form der bereits erwähnten Studie von Hans Thomae vorliegt. Die Ergebnisse der Auswertung der Einzelfallakten und exemplarische Einzelfälle sind implizit und explizit in die Argumentation der Beiträge eingeflossen. Weiterhin wurden die umfangreichen Aktenbestände des Landesjugendamtes im Archiv des Landschaftsverbandes herangezogen. Die Aktenlage für diese Sachakten ist insgesamt als gut zu bezeichnen, allerdings ist die Überlieferung für die einzelnen Heime unterschiedlich umfangreich.[3] Auch die Heimaufsichtsakten zu den Belegheimen liegen nicht vollständig vor.[4] Daneben wurden, wie erwähnt, insgesamt 14 lebensgeschichtliche Interviews mit ehemaligen Heimkindern geführt, die in die Analysen der einzelnen Abschnitte miteinbezogen sowie in einem gesonderten vierten Teil ausgewertet wurden. Eine solche qualitative Auswertung ausgesuchter Interviews kann ein größeres, eigenständiges Interviewprojekt selbstverständlich nicht ersetzen. Zudem wurden Akten anderer Provenienz hinzugezogen: Akten des Arbeits- und Sozialministeriums NRW im Landesarchiv NRW/Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, des Diakonischen Werks der Evangelischen Kirche im Rheinland und einzelner Einrichtungen.

Für die historische Kontextualisierung ließ sich auf einer Reihe von Forschungsarbeiten aufbauen. Für die Geschichte der öffentlichen Erziehung im Rheinland vor 1945 konnte auf die Dissertationen von Sabine Blum-Geenen für das Kaiserreich und die Weimarer Republik sowie von Sven Steinacker für den gesamten Zeitraum vor 1945 zurückgegriffen werden.[5] Erste Perspektiven auf den Untersuchungszeitraum dieser Studie hat Annette

3 Die Darstellung des Rhein. Heilpädagogischen LJH Viersen-Süchteln bezieht sich sowohl auf die im ALVR vorhandenen Quellen als auch auf ausgewählte Einzelfallakten. Das StA Viersen verfügt über kein zusätzliches Material zu dem Heim für den untersuchten Zeitraum. Die Quellenlage für die 1960er Jahre unterscheidet sich zudem von der für die 1970er Jahre, da für die Darstellung des Heimes in den 1970er Jahren die Veröffentlichungen des Direktors Karl-Josef Kluge hinzugezogen werden können. Die Quellenlage zum RLJH Haus Hall ist lückenhaft, weshalb die Geschichte bzw. die Entwicklung der Einrichtung hier nur ansatzweise nachgezeichnet werden kann. Zusätzlich wurde das StA Hückelhoven angefragt, es ist jedoch nicht im Besitz von Material, ebenso wenig der derzeitige Gutsbesitzer von Haus Hall, Max Freiherr Spies von Büllesheim. Die Akten zum RLJH Dansweilerhof liegen vor allem für die ersten Jahre der Nutzung nicht vollständig vor, wie es für andere Heime des LVR der Fall ist. So fehlen etwa sämtliche Jahresberichte der Einrichtung. Im Gegensatz dazu kann der Quellenbestand für das RLJH Erlenhof als sehr umfangreich bezeichnet werden. Die Quellenlage für die RLJH Halfeshof und Fichtenhain für den zu untersuchenden Zeitraum lässt sich zumindest ab dem Jahr 1953 als recht gut beschreiben. Für beide Heime existieren gesonderte Findbücher im ALVR, die mit unterschiedlicher Dichte die behandelten Themen abdecken.

4 Gar keine oder keine substantielle Überlieferung von Heimaufsichtsakten liegt mit Blick auf den Untersuchungszeitraum für folgende Einrichtungen vor: Hermann-Josef Haus (Urft), Raphaelshaus (Dormagen), Gertrudisheim (Düsseldorf), Haus Nazareth (Honnef am Rhein), Kloster vom Guten Hirten (Köln-Melaten), St. Martinus-Kinderheim (Düsseldorf-Bilk), Kinderheim St. Josef (Eckenhagen), St. Agnes-Kinderheim (Kerpen-Mödrath), Jugendheim Notburgahaus (Neuss), die Heime der Bergischen Diakonie (Aprath) und das evangelische Heim für schulentlassene Mädchen (Oberhausen).

5 Blum-Geenen 1997 und Steinacker 2007.

Lützke erarbeitet, die sich inhaltlich auf weibliche Minderjährige konzentriert und methodisch vor allem mit Interviews gearbeitet hat.[6] Ohne auf einen regionalen Schwerpunkt ausgerichtet zu sein, finden sich auch in Carola Kuhlmanns Arbeit zu Lebens- und Berufserinnerungen aus der Heimerziehung der 1950er und 1960er Jahre mehrheitlich Berichte über die öffentliche Erziehung im Rheinland.[7] Darüber hinaus konnte auf eine Fülle von Forschungsliteratur zur Fürsorgeerziehung und Freiwilligen Erziehungshilfe allgemein zurückgegriffen werden, wobei ihre Entstehung und Entwicklung im Kaiserreich und der Weimarer Republik bislang am besten erforscht worden ist.[8] Eine Vernetzung der hier geleisteten Forschung ist im Rahmen einer Fachtagung zur Geschichte der konfessionellen Heimerziehung im Oktober 2009 erfolgt.[9] Wichtig für die vorliegende Studie war außerdem die Vernetzung mit folgenden noch laufenden bzw. erst vor kurzem abgeschlossenen Projekten. Parallel zum hier verfolgten Projekt zur Geschichte der öffentlichen Erziehung im Rheinland forschen Matthias Frölich und Bernd Walter zum Themenkomplex in Westfalen, wobei sie auf umfangreiche Studien von Markus Köster aufbauen können.[10] Speziell für Westfalen spielte der Anstaltskomplex Freistatt bei Diepholz als »Endstation« eine besondere Rolle. Dieser Einrichtung widmet sich eine vorbildliche, von Matthias Benad, Hans-Walter Schmuhl und Kerstin Stockhecke herausgegebene Studie, die 2009 erschienen ist.[11] Christian Schrapper führte in Verbindung mit dem Bundesvorstand des Allgemeinen Fürsorge-Erziehungs-Tages 2008 und 2009 zwei Expertengespräche an der Universität Koblenz zum Thema der Fürsorgeerziehung der 1950er und 1960er Jahre durch, bei dem 2009 auch ein Mitglied der Forschergruppe anwesend war.[12]

So wie die Forschungsliteratur aus unterschiedlichen Wissenschaftsdisziplinen stammt, ist auch das Autorenteam mit der Pädagogin Sarah Banach und der Sozialpädagogin Judith Pierlings (beide Universität Siegen), dem Sozialwissenschaftler Thomas Swiderek (Universität Wuppertal) und den Historikern Andreas Henkelmann und Uwe Kaminsky (beide Ruhr-Universität Bochum) interdisziplinär zusammengesetzt worden. Dieses interdisziplinäre Zusammenwirken erwies sich als äußerst hilfreich, sorgte es doch für eine angemessene Multiperspektivität historischer und pädagogischer Zugänge, die in die Arbeit einfloss, wobei die Verantwortung für die einzelnen Kapitel bei den genannten Verfasserinnen und Verfassern liegt.

6 Lützke 2002.
7 Kuhlmann 2008, v.a. S. 41–119.
8 Vgl. zum aktuellen Forschungsstand Kaminsky 2010, S. 5–26.
9 Siehe als Tagungsband Damberg u.a. 2010.
10 Vgl. als ersten Aufriss Frölich 2010 sowie Köster 1999.
11 Vgl. Benad/Schmuhl/Stockhecker 2009.
12 Kröger/Schrapper 2008, ferner dies. 2009.
Ferner sei hier noch auf Projekte über Heime im Land Niedersachsen verwiesen, welche für evangelische Heime von Hans-Walter Schmuhl und Ulrike Winkler (http://www.schmuhl-winkler.de) und von Margret Kraul und Dirk Schumann (beide Universität Göttingen) über »Heimerziehung in Niedersachsen 1949–1975« (http://www.uni-goettingen.de/de/137460.html) durchgeführt werden.

Bei allen hier skizzierten Perspektiven und Möglichkeiten bleibt doch zu betonen, dass sich die vorliegende Studie auch als Schritt versteht, um weitere Forschungen etwa im Bereich der konfessionellen Heime, der Reformphase der 1970er Jahre oder auch einer erweiterten Auswertung von lebensgeschichtlichen Interviews ehemaliger Heimkinder und Erzieher anzuregen. Anschlussfähigkeit ergäbe sich auch zur weiteren Diskussion pädagogischer und institutioneller Fragen und aktueller Debatten in der Heimerziehung. Wenn die folgenden Seiten zudem Schritte unterstützen sollten, die die bislang verdrängte Geschichte der Heimkinder aus ihrer Vergessenheit rufen und eine Aufarbeitung ermöglichen, dürften sie ihr Ziel erreicht haben.

I. Grundlagen

Andreas Henkelmann/Uwe Kaminsky

1. Die Entstehung der Fürsorgeerziehung im Rheinland (1878–1945)

1.1 Der Vorläufer – das Zwangserziehungsgesetz (1878–1900)

Die Geschichte des Landesjugendamtes in der Nachkriegszeit und in der Bundesrepublik lässt sich nur aus seiner Genese erklären: Wesentliche Grundzüge der Zielsetzung und Strukturierung wurden schon im Kaiserreich geschaffen und gehen auf das Zwangserziehungsgesetz zurück, das dem Reichsstrafgesetzbuch von 1871 entwuchs.[1] Erweitert um ein Ergänzungsgesetz im Jahr 1876, sah es vor, dass jugendliche Straftäter, dabei ging es um strafunmündige Personen sowie Minderjährige im Alter zwischen zwölf und 18 Jahren ohne Einsicht in die Strafbarkeit, in Ersatzerziehung anstelle eines Gefängnisaufenthaltes überwiesen werden konnten. Die Ausführungsgesetze auf Landesebene interpretierten diesen Rahmen unterschiedlich. Das preußische »Gesetz betreffend die Unterbringung verwahrloster Kinder« vom 13.3.1878 war um eine einschränkende Interpretation bemüht und legte so enge Altersgrenzen fest. Auch die Verweildauer war ähnlich restriktiv geregelt. Die Minderjährigen konnten nur bis zum 16., ab 1884 bis zum 18. Lebensjahr in Zwangserziehung bleiben. Anders als beispielsweise das badische Ausführungsgesetz von 1886 löste sich das Gesetz zudem nicht davon, die Einweisung der Minderjährigen in öffentliche Ersatzerziehung an eine Straftat zu binden.[2] Dies sollte sich erst 1900 reichsweit mit dem Fürsorgeerziehungsgesetz ändern. Doch zunächst bleibt auf zwei andere zentrale Zusammenhänge hinzuweisen.

Zum einen legte das Gesetz die Entscheidung über das Aussprechen von Zwangserziehung in die Kompetenz eines besonderen Gerichts, des Vormundschaftsgerichts. Zum anderen übertrug es die praktische Durchführung der Zwangserziehung den Kommunal- bzw. Provinzialverbänden. Im Rheinland wurde daraufhin ein »Reglement über die Zwangserziehung verwahrloster Kinder« erstellt und 1879 vom Provinziallandtag angenommen.[3] Dieses fiel äußerst knapp aus und legte doch Grundlagen, die auch noch im

1 Vgl. dazu grundlegend Scherpner 1979, S. 165 ff.; Peukert 1986, S. 68–72; Dickinson 1996, S. 20 ff.; Blum-Geenen 1997, S. 57–70; Oberwittler 2000, S. 128–132; Malmede 2002, S. 112–117; Schmidt 2002, S. 53 ff.

2 Vgl. dazu Schwall-Düren 1980, S. 197 ff. Das Großherzogtum Hessen und der Stadtstaat Hamburg erließen 1887 ähnliche Gesetze. Mit Uhlendorff (2003, S. 54–69, 181–185) kann man auch in diesen Gesetzen eine Vorwegnahme der späteren FE sehen.

3 Die Geschichte der Zwangs- bzw. FE im Rheinland ist gut erforscht; grundlegend sind Blum-Geenen 1997 und Steinacker 2007; vgl. zur Geschichte der landschaftlichen Selbstverwaltung Lademacher 1973.

Untersuchungszeitraum dieser Studie galten.[4] So wurde festgelegt, dass bei der Unterbringung die Konfession der Minderjährigen berücksichtigt werden müsse. Außerdem hielt es fest, die Minderjährigen in bereits »in der Rheinprovinz bestehende öffentliche oder private Erziehungs-Anstalten und Waisenhäuser« zu überweisen, um aus Kostengründen keine neue Einrichtung zu bauen.[5] Die beiden existierenden öffentlichen Einrichtungen, Steinfeld in der Eifel für katholische Minderjährige und St. Martin in Boppard für Protestanten, hatten keine ausreichenden Kapazitäten.[6] Damit entschied sich die Rheinprovinz trotz des Kulturkampfes für die Einbindung der konfessionellen Heime in die öffentliche Ersatzerziehung, indem sie gegen äußerst niedrige Pflegesätze ihre Zöglinge dorthin auslagerte.[7] Ein weiterer Punkt ist zu ergänzen. Entsprechend dem preußischen Länderausführungsgesetz sollte nach den Provinzialbestimmungen die Unterbringung nicht nur in Heimen, sondern auch in Pflegefamilien stattfinden, was wesentlich kostengünstiger ausfiel. Auch wenn diese Form der Unterbringung erst seit 1900 organisiert angewandt wurde, soll schon an dieser Stelle darauf hingewiesen werden. Vor allem nach 1945, darauf wird später noch genauer einzugehen sein, war der Wechsel zwischen den verschiedenen Unterbringungsformen typisch.[8]

Aufgrund der engen Altersgrenzen und der Bindung an eine Straftat waren die Einweisungszahlen zunächst sehr niedrig.[9] 1881 erreichten sie mit 306 Minderjährigen ihren Höhepunkt. 1882 lagen sie dagegen schon wieder bei rund 200 Betroffenen. Nach 1889 stieg die Gesamtzahl nicht weiter an und pendelte sich bei etwa 1.200 Pfleglingen ein. Entsprechend bescheiden fielen auch die Anfänge einer zuständigen Behörde im Rahmen der Provinzialadministration aus. Im Rechnungsjahr 1893/1894 arbeiteten fünf Mitarbeiter in der Abteilung, die sich um die Aus- und Durchführung der »Zwangserziehung« zu kümmern hatten.

1.2 Die Anfänge – das Fürsorgeerziehungsgesetz (1900–1924)

Erst nach 1900 mit der Einführung des Fürsorgeerziehungsgesetzes sollte sich dies ändern. Pate standen dabei die schon erwähnten Ausführungsbestimmungen in einzelnen Ländern, die über die preußische Regelung hinausgingen. Diese Gesetze hatten, wie erwähnt, die Übernahme in öffentliche Ersatzerziehung schon von der Straffälligkeit getrennt. Darin bündeln sich wie im Brennglas verschiedene parallel laufende Entwicklungen. Dynamisierend auf die Ausweitung der Zwangserziehung wirkte eine im Kaiserreich gestiegene

4 Vgl. dazu ausführlich Blum-Geenen 1997, S. 83–86.
5 Zitat aus dem »Reglement« nach ebd., S. 85.
6 Vgl. zu Steinfeld Malmede 2002, S. 157–182.
7 Vgl. zum Streit um die Pflegesätze Blum-Geenen 1997, S. 93–98.
8 Vgl. Kap. I.2.3.
9 Vgl. Blum-Geenen 1997, S. 70–73.

Furcht vor Jugendlichen, die in ihrem Verhalten von gesellschaftlichen Normen abwichen.[10] Vor allem die wachsende Zahl krimineller Minderjähriger wurde als deutliches Zeichen einer zunehmenden jugendlichen Aufsässigkeit gedeutet. Markus Köster spricht prägnant von der »Jugend als Problemfall der industriellen Revolution«.[11] Dieses deviante Verhalten wurde durch den unscharfen Begriff der Verwahrlosung gekennzeichnet, der als Leitbegriff noch im Jugendwohlfahrtsgesetz von 1961 Verwendung fand. Während der Terminus sich bei Mädchen häufig auf einen als auffällig eingestuften Umgang mit Sexualität bezog, wurde ein entsprechendes Verhalten bei Jungen mit Körperverletzung und Diebstahl in Verbindung gebracht.[12] Als Kontrolllücke erschien vor allem die Zeit zwischen Schulentlassung und Militärdienst. Ziel musste es daher sein, die Minderjährigen wieder an die gesellschaftlichen Werte und Normen zu binden.[13] Allerdings reagierten viele Experten darauf nicht mit Forderungen nach harter Bestrafung. Vielmehr sprachen sie sich für eine verstärkte Prävention aus – der staatliche Eingriff sollte erfolgen, bevor der Jugendliche straffällig wurde. Dabei sollte es sich um eine erzieherische und nicht um eine strafende Maßnahme handeln.[14]

Diese Forderungen wiederum sind nur vor zwei Entwicklungslinien zu verstehen. So stand das Deutsche Kaiserreich seit etwa 1880 in einer Phase, in der dynamisch der Ausbau der sozialen Daseinsvorsorge betrieben wurde. Motor dieser Entwicklung waren vor allem die Kommunen.[15] Im Zuge einer Ausdifferenzierung wurden neue Felder staatlichen Handelns ausgemacht und so zum Beispiel Jugendhilfe von der Armenhilfe abgekoppelt, was zur Entstehung von neuen Behörden – in diesem Fall zur Bildung eines eigenen Jugendamtes – führte.[16] Dieser dynamische Prozess wurde von einer Verwissenschaftlichung der Perspektive begleitet. Im Fall der Zwangserziehung waren die neuen Leitdisziplinen die Pädagogik und die Medizin. Aus dem Blickwinkel dieser Wissenschaften schienen gegenüber den devianten Jugendlichen andere Maßnahmen angebrachter zu sein als Gefängnisstrafen.

Die Entwicklungen bewirkten eine Gesetzesreform und die Einführung des Fürsorgeerziehungsgesetzes.[17] Grundlage hierfür war das Bürgerliche Gesetzbuch von 1900. Das BGB schuf den rechtlichen Rahmen, der dann wiederum durch Ausführungsgesetze der

10 Vgl. dazu ausführlich Peukert 1986; Malmede 2002, S. 19–68; Steinacker 2007, S. 54–61.
11 Köster 1999, S. 21.
12 Vgl. Schmidt 2002, S. 95–122 und speziell für die Rheinprovinz Blum-Geenen 1997, bes. S. 144.
13 Vom französischen Philosophen Michel Foucault beeinflusst, bezeichnete Peukert (1986, bes. S. 304 ff.) dieses Anliegen als Sozialdisziplinierung; vgl. einführend zum Begriff, der schon vorher in der Geschichtswissenschaft Verwendung fand, Sachsse/Tennstedt 1986. Der Begriff wird bis heute immer noch als heuristischer Schlüssel zum Verständnis von Fremderziehung und öffentlichem sozialen Handeln gebraucht, vgl. als neueste Studie Wilhelm 2005, und zur Auseinandersetzung mit Peukert ebd., S. 15–19.
14 Vgl. dazu Dickinson 1996, S. 30–34.
15 Einen guten Einblick davon gibt der Sammelband Reulecke 1995.
16 Vgl. dazu ausführlich Uhlendorff 2003, bes. S. 75–157.
17 Grundlegend sind Hasenclever 1978, S. 20 ff.; Dickinson 1996, S. 46 ff.; Blum-Geenen 1997, S. 114–127; Köster 1999, S. 143 ff.; Oberwittler 2000, S. 132–138; Malmede 2002, S. 118 ff.; Schmidt 2002, S. 60 ff.

Länder konkretisiert wurde. Preußen reagierte schnell und erließ bereits am 2. Juli 1900 das »Gesetz über die Fürsorgeerziehung Minderjähriger«. Schon die Begrifflichkeit diente dazu, einen Richtungswechsel anzuzeigen. Die staatliche Erziehung sollte nicht durch »Zwang«, sondern mit Aufnahme des damals modernen Begriffs »Fürsorge« als Ausdruck staatlicher Hilfe charakterisiert werden. Faktisch blieb sie aber eine Zwangserziehung. Ausgesprochen vom Vormundschaftsgericht, diente sie auch der Verhütung von Verwahrlosung. Damit war der Kreis der Betroffenen nochmals erweitert worden. Es ging nicht mehr nur um straffällige oder um verwahrloste Minderjährige wie in den Ausführungsbestimmungen der Zwangserziehungsgesetze, sondern das Gesetz sollte nun auch prophylaktisch eingesetzt werden. Allerdings wurde bewusst eine Kostenbremse in das Gesetz eingebaut. Fürsorgeerziehung galt nur als letzte Maßnahme nach dem Ausschöpfen aller anderen juristischen Möglichkeiten, so dass die präventive Seite des Gesetzes kaum zum Tragen kam.[18] Die anderen juristischen Möglichkeiten bezogen sich auf die Kommunen. Deren Jugendämter bzw. deren Vorläufer – die ersten Jugendämter entstanden erst im ausgehenden Kaiserreich – konnten als Vormund für Minderjährige eingesetzt werden und diese in Fremderziehung geben.[19] Heimerziehung im Rheinland fand so durch unterschiedliche Institutionen statt.

Auch wenn das Gesetz in Preußen wegen der strittigen Finanzierung unterschiedlich interpretiert wurde, führte es dazu, dass sich die Zahl der Betroffenen deutlich erhöhte.[20] Von 1903 bis 1914 stiegen in der Rheinprovinz die Überweisungszahlen kontinuierlich an und schnellten auf 2.500 Minderjährige hoch. Während und unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg unterlagen die Zahlen starken Schwankungen. Erst 1921 änderte sich dies. Die Zahl der Gesamtzöglinge blieb konstant. Sie war vorher von etwa 2.000 im Jahr 1901 auf rund 10.000 bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges gestiegen und pendelte sich bei leichten Ausschlägen dort ein. Die meisten Kinder und Jugendlichen stammten wie schon bei der Zwangserziehung aus der sozialen Unterschicht.

Allerdings stieg nicht nur die Gesamtzahl der Zöglinge nach Einführung des Fürsorgeerziehungsgesetzes an. Auch die Zusammensetzung änderte sich in einem wesentlichen Punkt. Der Anteil der Schulentlassenen, der vorher marginal war, erhöhte sich und lag bei 40 bis 50 Prozent.[21] Diese Klientel galt als besonders schwierig. Die Diskurse um die so genannten Unerziehbaren waren stark medizinisch geprägt.[22] Den »abnormen« und »psychopathischen« Jugendlichen wurden erbliche oder erworbene Defizite attestiert. Durch diese medizinische Brille eröffnete sich ein neuer Zugang zu der Frage der Erziehbarkeit.

18 Vgl. Frie 1993, S. 36.

19 Dieses Feld ist bislang wenig untersucht worden, vgl. für Frankfurt Hubert 2005, S. 49–69 sowie allgemein zum Umgang von Jugendämtern mit dem Vormundschaftsrecht Oberwittler 2000, S. 303–314.

20 Vgl. zum Folgenden Blum-Geenen 1997, S. 128–131; vgl. zur unklaren Finanzierung, die erst durch eine Ergänzung des Fürsorgeerziehungsgesetzes vom 7.7.1915 geklärt wurde, Frie 1993, S. 36 ff.; Schmidt 2002, S. 63 f. und Hubert 2005, S. 74 ff., 115 f.

21 Vgl. Blum-Geenen 1997, S. 128–131.

22 Vgl. dazu Oberwittler 2000, S. 231–239; Malmede 2002, S. 129–146 und für die Rheinprovinz Blum-Geenen 1997, S. 105–114; Steinacker 2007, S. 104–109.

Zumindest in einigen Untersuchungen wurde so ein bestimmter Anteil der Fürsorgezöglinge als unerziehbar qualifiziert.[23] Eine solche Perspektive legte die Separierung dieser Minderjährigen nahe, da die unerziehbaren Jugendlichen nur noch bewahrt werden konnten. Im Rheinland wurde sie vom Landespsychiater Max Lückerath (1872–1937), der von 1913 bis 1936 das Amt ausübte, geteilt. Sie stieß aber vor allem auf Widerstand von Vertretern konfessioneller Gruppierungen.[24] Vor dem Hintergrund dieser Debatten sind die Bemühungen der nach 1900 ausgebauten Fürsorgeerziehungsbehörde um eine Unterbringung der Schulentlassenen zu verstehen.[25] Allein aus finanziellen Gründen, eine Familienerziehung ließ sich nur in den seltensten Fällen realisieren, bemühte sie sich, ihre Zahl zu drücken, ohne besonderen Erfolg zu erzielen. Auch die Heimunterbringung gestaltete sich schwierig, da die konfessionellen Träger aufgrund der großen Erziehungsschwierigkeiten äußerst zurückhaltend mit der Aufnahme waren – ein Problem, das im weiteren Lauf der Geschichte bleiben sollte. Nachdem eine Unterbringung in der Arbeitsanstalt Brauweiler gescheitert war, ging die Behörde schließlich zum Neubau von eigenen Einrichtungen über: 1904 begannen die Bauarbeiten für Fichtenhain bei Krefeld, 1909 folgte die Eröffnung eines Heims in Rheindahlen bei Mönchengladbach, ein Jahr später nahm der Halfeshof in Solingen erstmals Fürsorgezöglinge auf. 1912 begannen dann die Planungen für eine vierte Anstalt – kriegsbedingt verzögerte sich die Realisierung, und der Erlenhof in Euskirchen nahm erst 1920 seine Arbeit auf. Alle vier Heime waren für männliche Zöglinge errichtet worden. Die besondere Ausrichtung auf die »Unerziehbaren« machte sich vor allem an den Planungen für den Erlenhof bemerkbar. Dieses Heim sollte als »Zwischenanstalt für geistig Minderwertige« fungieren. Zum ersten Leiter wurde daher der schon erwähnte Max Lückerath ernannt. Um eine konfessionelle Erziehung gewährleisten zu können, wurden die Pfleglinge entsprechend getrennt. Solingen nahm nur evangelische, die drei anderen Einrichtungen nahmen ausschließlich katholische Minderjährige auf.

Damit hatte sich die Provinz allerdings nicht von dem Prinzip einer Zusammenarbeit mit den konfessionellen Gruppierungen verabschiedet.[26] Auch mit den vier Neubauten blieb der überwiegende Teil der Jungen in privaten Einrichtungen untergebracht. Die Mädchenerziehung lag weiterhin vollständig in konfessionellen Händen. Hier fanden sich auch Träger, die bereit waren, neue Heime für die als besonders schwierig geltenden schulentlassenen Mädchen zu errichten, wie etwa ein Mädchenerziehungsheim in Ratingen 1912 auf evangelischer Seite und das Notburgahaus in Neuss durch den Katholischen Fürsorgeverein für Mädchen, Frauen und Kinder 1906. Auch die Unterbringung in Familien erfolgte über die konfessionellen Partner, auf katholischer Seite über den 1915 gegründeten »katholischen Erziehungsverein für die Rheinprovinz« bzw. die »Geschäftsstelle für katholische Familienerziehung« und für die evangelische Seite durch die »Zentralstelle für evan-

23 Vgl. Cramer 1908. Cramer stufte 40 Prozent der untersuchten Pfleglinge als im Wesentlichen unerziehbar ein; vgl. zur Untersuchung Cramers Blum-Geenen 1997, S. 110 f.

24 Vgl. etwa zur innerkatholischen Auseinandersetzung einführend Henkelmann 2009, S. 25 f.

25 Vgl. dazu Blum-Geenen 1997, S. 176–196.

26 Vgl. Steinacker 2007, S. 93–98, der vom »provinziell-konfessionellen Fürsorgekartell« spricht. Eine ähnliche Situation herrschte in der preußischen Provinz Westfalen, vgl. Köster 1999, S. 167–173.

gelische Familienerziehung«.[27] So gelang es dem Landesjugendamt, dem großen Zuwachs an Zöglingen zumindest insofern gerecht zu werden, als für eine Unterbringung gesorgt war. Über den Erfolg der Erziehungsbemühungen herrschte aber eine gewisse Skepsis. Die Statistiken ergeben jedenfalls ein eher gemischtes Bild. Vor allem zwei Zahlenreihen zeigen erhebliche Schwierigkeiten auf. So wurde ein beträchtlicher Anteil der Pfleglinge – vor allem – altersbedingt entlassen, obwohl er als »ungebessert« oder »mit nur zweifelhaftem Erfolg« eingestuft wurde.[28] Auch der hohe Anteil an Minderjährigen, die aus den Heimen floh, weist auf ein großes Konfliktpotenzial hin.[29]

Exemplarisch zeigen sich die Problemlagen am Thema »Züchtigung«.[30] Immerhin neun Erlasse beschäftigten sich zwischen 1909 und 1929 damit. Allein die große Zahl belegt, dass nicht zuletzt durch eine kritische Öffentlichkeit, vor allem die Linksparteien hatten große Vorbehalte gegen die Fürsorgeerziehung, ein gewisser Druck die preußische Behörde zu einer restriktiveren Handhabung bewegte.[31] 1909 waren so an Prügel zehn Hiebe auf das Gesäß oder auf den Rücken durch einen Rohrstock mit einer maximalen Breite von einem Zentimeter erlaubt. In der Weimarer Republik änderte sich die Situation aufgrund der massiven Kritik durch Abgeordnete der USPD und SPD im Provinziallandtag. Dabei konnten sie auf eine Vielzahl von Klagen ehemaliger Zöglinge zurückgreifen, die sich vor allem auf die privaten Heime bezogen. Sie berichteten von Züchtigungen, die über den Erlass von 1909 hinausgingen. 1923 veröffentlichte daher der preußische Wohlfahrtsminister Heinrich Hirtsiefer eine neue Anordnung. Weibliche Zöglinge über 16 Jahre durften ebenso wie »psychopathische […] Zöglinge« nicht mehr geprügelt werden. Auch der Strafarrest war nicht mehr anzuwenden. Äußerst aufschlussreich für die Wahrnehmung der Erziehungsanstalten ist Hirtsiefers Hinweis, alles zu vermeiden, was »den Anstalten den Charakter von Strafanstalten« geben würde.[32] Der Hinweis verdeutlicht, dass – entgegen den Beteuerungen der Fürsorgeerziehungsbehörde und der Heimträger – die Betroffenen, aber auch weite Teile der Öffentlichkeit, die Einrichtungen nicht als Erziehungs-, sondern als Strafanstalten wahrnahmen. Der Fürsorgeerziehung war es allenfalls in Ansätzen gelungen, sich aus den »Eierschalen« der Zwangserziehung für straffällige Jugendliche zu

27 Vgl. zur Familienunterbringung Blum-Geenen 1997, S. 165–176; Vossen 1928, S. 342–345.

28 Vgl. dazu die prägnante Einschätzung Peukerts (1986, S. 149): »Die weitaus meisten Entlassungen erfolgten gerade nicht, weil der Zweck der Erziehung zweifelsfrei erreicht worden wäre, sondern wegen der Erreichung der Volljährigkeit.«

29 Vgl. Schmidt 2002, S. 234, die für das braunschweigsche Wilhelmstift festgestellt hat, dass etwa 25 Prozent der auf Probe entlassenen Zöglinge ihre Dienststelle unerlaubt verließen; vgl. für Preußen Peukert 1986, S. 148 f. Danach liefen in Preußen im Rechnungsjahr 1911 26,6 Prozent der männlichen und zwei Prozent der weiblichen Zöglinge weg.

30 Vgl. dazu ausführlich Blum-Geenen 1997, S. 211–229.

31 Die der SPD nahestehende Presse berichtete äußerst kritisch über Missstände in den Heimen, beispielsweise über einen der ersten Heimskandale 1910 im Handwerkerbildungsheim in Gemünd (vgl. Kaminisky 1994, S. 144 f.) oder 1911 in Mielczin (Ostpreußen) (vgl. Dickinson 1996, S. 104). Umgekehrt wurde Unruhe in Heimen oftmals auf die Agitation der SPD zurückgeführt, vgl. Schmidt 2002, S. 265 ff.

32 Zitat nach Blum-Geenen 1997, S. 219.

befreien. Ihre erzieherische Ausrichtung auf Schule, Arbeit und christlich konfessionelle Erziehung stieß vor allem deswegen auf Widerstand, weil das Erziehungspersonal, überfordert und ungeschult, den Alltag in den Heimen häufig nur mittels Gewalt aufrechtzuerhalten wusste.[33] Die Einschätzung von Ewald Frie für die Provinz Westfalen lässt sich auch auf das Rheinland übertragen: »Fürsorgeerziehung behielt den Charakter einer verwahrenden Strafmaßnahme, die in der Regel nicht präventiv eingesetzt wurde.«[34] So wurde sie entgegen ihrer ursprünglichen Intention von den Betroffenen wie auch einer Reihe von Wohlfahrtsexperten als ein Makel wahrgenommen.[35]

1.3 Reformbemühungen ohne durchschlagenden Erfolg – die Zeit des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes (1924–1933)

Das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz blieb – mehrfach geändert – bis 1990 in Kraft.[36] Schon vor dem Ersten Weltkrieg gab es Stimmen, die sich für eine Zusammenführung der verschiedenen jugendrechtlichen Felder aussprachen. Nach der Gründung der Weimarer Republik wurde das Vorhaben dann langsam umgesetzt. Am 14.6.1922 nahm der Reichstag mit großer Mehrheit einen Gesetzentwurf an. Das Gesetz sollte am 1.4.1924 in Kraft treten, doch aufgrund der wirtschaftlichen Probleme sprachen sich Vertreter der Kommunen und Länder im Herbst 1923 dagegen aus. Als Kompromiss wurde schließlich beschlossen, das Gesetz zum vorgesehenen Termin in Kraft zu setzen. Allerdings wurde die Umsetzung einiger äußerst kostspieliger Bestandteile – etwa die Bildung eines Reichsjugendamtes – gestrichen oder ins Ermessen der Länder gestellt (zum Beispiel die Einrichtung von Landesjugendämtern).

Das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz stellte sich unter einen großen Anspruch, § 1 hielt fest: »Jedes deutsche Kind hat ein Recht auf Erziehung zur leiblichen, seelischen und gesellschaftlichen Tüchtigkeit.«[37] Allerdings wurde dieser Anspruch insofern relativiert, als er nicht einklagbar war und lediglich als eine programmatische Zielvorgabe diente. Die Ausführungen zur Fürsorgeerziehung standen deutlich in der Tradition des Fürsorgeerziehungsgesetzes von 1900. Zwar betonten die zeitgenössischen Kommentare, dass die

33 Vgl. zum Erziehungspersonal Schmidt 2002, S. 158–166; vgl. zur innerkatholischen Kritik an den Missständen und den Versuchen, durch Nachschulungen das Problem zu reduzieren, Henkelmann 2009, S. 23 ff.

34 Frie 1993, S. 36.

35 Vgl. zur Diskussion Oberwittler 2000, S. 221–231, sowie zur innerkatholischen Auseinandersetzung Henkelmann 2008, S. 226–229.

36 Die Literatur ist noch umfangreicher als zum Fürsorgeerziehungsgesetz von 1900; vgl. Hasenclever 1978, S. 48–73; Peukert 1986; Wollasch 1991, S. 122–146; Sachsse/Tennstedt 1992, S. 10–110; Gräser 1995, S. 52–68; Dickinson 1996, S. 139–169; Blum-Geenen 1997, S. 308–319; Hong 1998, S. 72–90; Köster 1999, bes. S. 113–121; Schmidt 2002, S. 73–78; Hubert 2005, S. 156–164; Steinacker 2007, bes. S. 151–154, 194–201.

37 Jugendwohlfahrtsrecht 1958, S. 1.

Fürsorgeerziehung nur das Recht auf Erziehung ermöglichen solle und daher nicht als Zwang gegen das Kind oder den Willen der Eltern zu verstehen sei. Die entscheidenden Passagen blieben allerdings bestehen. Es diente weiterhin »der Verhütung oder Beseitigung der Verwahrlosung« (§ 62), worüber ein Vormundschaftsgericht zu entscheiden hatte.[38] Die Gruppe der Betroffenen wurde ausgedehnt, da Fürsorgeerziehung angeordnet werden konnte, solange der Minderjährige das 20. Lebensjahr noch nicht vollendet hatte. Auch das »Preußische Ausführungsgesetz zum Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt« vom 29.3.1924 und die »Anweisung des Rheinischen Provinzialverbandes für die Ausführung der Fürsorgeerziehung« standen für Kontinuität. Dabei ging es vor allem um die Beibehaltung der Strukturen. Zwar wurden den Ausführungen des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes entsprechend ein Landesjugendamt in jeder Provinz sowie kommunale Jugendämter, so sie noch nicht bestanden, eingerichtet. Allerdings blieb ihr Einfluss beschränkt; die Fürsorgeerziehung unterstand weiterhin der Provinzialverwaltung. Die Stellung des »provinziell-konfessionellen Fürsorgekartells« konnte sich durchsetzen.[39]

Wenn in den gesetzlichen und strukturellen Gegebenheiten der Anspruch auf Erziehung nicht besonders profiliert wurde, so war zumindest in der Praxis der Fürsorgeerziehungsbehörde das Bemühen erkennbar, die Fürsorgeerziehung stärker als Erziehungsmaßnahme zu begreifen. Dazu gehörte die Verbesserung der Freizeitgestaltung vor allem durch Sportangebote in den provinzeigenen Heimen.[40] Außerdem wurde der Kontakt zu den Eltern nicht mehr vollständig unterbunden. Der Aufenthaltsort des Kindes wurde mitgeteilt und es gab – stark eingeschränkt – nun auch Besuchsmöglichkeiten.[41] Zudem wurde zumindest auf der Erlassebene das Züchtigungsrecht weiter eingeschränkt. Nach einer Anordnung von 1929 durften lediglich Jungen zwischen acht und 14 Jahren körperlich gezüchtigt werden.[42] Die Situation in den Einrichtungen versuchte man zudem durch eine Ausdifferenzierung der Anstalten zu verbessern.[43] So entstanden erstmals halboffene Einrichtungen sowie Lehrlingsheime. Zu dieser Ausdifferenzierung gehörte aber auch die weitere Aussonderung der »Psychopathen« auf Sonderstationen. Dazu bemühte sich die Fürsorgebehörde um eine bessere Ausbildung für die Erzieher in ihren eigenen Heimen.[44] Außerdem wurde den Zöglingen 1929 ein Beschwerderecht eingeräumt.

Eine wegweisende Regelung wurde zudem mit der Einführung der Freiwilligen Erziehungshilfe 1927 getroffen.[45] Diese Erziehungsmaßnahme wurde bewusst von der Fürsorge-

38 Ebd., S. 14.
39 Die kommunalen Jugendämter verfügten lediglich über das Recht, FE zu beantragen; vgl. zu den Konflikten Blum-Geenen 1997, S. 334–340; Steinacker 2007, S. 212–218 sowie für Westfalen, wo vergleichbare Konflikte existierten, Köster 1999, S. 121–131.
40 Vgl. Blum-Geenen 1997, S. 363 ff.
41 Vgl. ebd., S. 367 ff.
42 Vgl. ebd., S. 369–373 sowie in diesem Band Kap. iii.5.
43 Vgl. Blum-Geenen 1997, S. 373–380 sowie Steinacker 2007, S. 223–234.
44 Blum-Geenen 1997, S. 407 f.
45 Vgl. ebd., S. 380–384; Steinacker 2007, S. 239–243 sowie die Selbstdarstellung bei Jans/Beurmann 1963, S. 37 ff.

erziehung getrennt und dabei institutionell an das Landesjugendamt gebunden. Faktisch organisierte allerdings die Fürsorgeerziehungsbehörde die Freiwillige Erziehungshilfe, hatte sie diese doch auch entwickelt. Ursprünglich 1925 noch als »vorbeugende Fürsorgeerziehung« geplant, hatte man sich bewusst angesichts des schlechten Rufes der Fürsorgeerziehung für eine neue Wortschöpfung entschieden. Die »Freiwilligkeit« bezog sich auf die Zustimmung der erziehungsberechtigten Personen. Um die besondere Stellung dieser Pfleglingsgruppe zu demonstrieren, sollten sie auch in gesonderten Abteilungen untergebracht werden.

Die Liberalisierungen sind auch darauf zurückzuführen, dass in der Öffentlichkeit trotz verstärkter Anstrengungen um gute »Public Relations« die Fürsorgeerziehung keinen guten Ruf besaß.[46] Genährt wurde diese Wahrnehmung durch eine große Welle von Unruhen in Anstalten vor allem am Ende der 1920er Jahre.[47] Besonderes Aufsehen erregte das Buch des Erziehers Peter Martin Lampel »Jungen in Not« über seine Erfahrungen als Praktikant im »Struveshof«, einer Berliner Erziehungsanstalt. 1930 erregten Revolten in den Anstalten Rickling in Schleswig-Holstein und Scheuen bei Celle mit anschließender juristischer Aufarbeitung die Aufmerksamkeit. Wenn man allerdings diese Phase als Krise der Fürsorgeerziehung bezeichnet, ist zu fragen, ob es sich dabei nicht um eine Dauerkrise handelte, deren Probleme nun allerdings vor der Öffentlichkeit nicht mehr zu verbergen waren.[48] Im Rheinland kam es zu keinen vergleichbaren Vorkommnissen. Dort lassen sich nur vereinzelte Unruhen nachweisen, einige auch unter Beeinflussung einer Agitation der KPD.[49]

Allerdings sollte dieser Befund nicht als Beleg für eine insgesamt zufriedenstellende Situation der öffentlichen Ersatzerziehung gesehen werden. Vielmehr zeigte sich an den Unruhen und an anderen Berichten über Missstände eine weiterhin problematische Situation. Daran wird erkennbar, dass die Bemühungen der Fürsorgeerziehungsbehörde im Rheinland, die Fürsorgeerziehung stärker als Erziehungsmaßnahme zu charakterisieren, nur langsam griffen. Die Schwierigkeiten, denen diese ausgesetzt waren, zeigen sich exemplarisch am Widerstand der Anstalten gegen den Erlass zur Einschränkung der körperlichen Züchtigung.[50] Die Probleme wurden auch durch die Zusammensetzung der Fürsorgezöglinge verstärkt.[51] In der Altersstruktur stieg der Anteil der schulentlassenen Minderjährigen weiter an, nicht zuletzt deswegen, weil das neue Reichsjugendwohlfahrts-

46 Vgl. zur Medienarbeit Blum-Geenen 1997, S. 345–351 und Steinacker 2007, S. 218–223.

47 Vgl. dazu Gräser 1995, S. 102–106; Dickinson 1996, S. 194 ff.; Köster 1999, S. 199–209; Steinacker 2007, S. 253 ff. sowie an Fallbeispielen Banach 2007 und Hinz-Wessels 2007.

48 Über die Ursachen der Krise herrschen unterschiedliche Einschätzungen. Folgt man Marcus Gräser (1995), scheiterte die Jugendfürsorge in der Weimarer Republik an den Kräften, wie den konfessionellen Wohlfahrtsverbänden, die eine Modernisierung des Wohlfahrtsstaates blockierten; vgl. zur Kritik daran Wollasch 1996.

49 Blum-Geenen 1997, S. 416 ff. sowie Steinacker 2007, S. 401–411.

50 Vgl. Blum-Geenen 1997, S. 369 ff.

51 Vgl. ebd., S. 323–327; Steinacker 2007, S. 398 sowie am Beispiel der Düsselthaler Anstalten Kaminsky 1995, S. 76–81.

gesetz das Alter angehoben hatte, in dem die Fürsorgeerziehung noch ausgesprochen werden durfte. Die weitgehend erfolglosen Bemühungen der Fürsorgeerziehungsbehörde, diese Altersgruppe zu verkleinern, verdeutlichen, dass vor allem hier der Widerstand gegen die Fürsorgeerziehung besonders ausgeprägt war.

Endgültig zunichte gemacht wurden alle Anstrengungen um eine Verbesserung durch die Weltwirtschaftskrise und die finanzielle Schieflage aller öffentlichen Haushalte.[52] Der bisherige Schrittmacher für eine umfassende Jugendfürsorge, das Land Preußen, ging in der Folge mit Kürzungen voran. Anfang 1931 reduzierte die preußische Regierung die Zuschüsse für die Fürsorgeerziehung von 25 auf 15 Millionen RM, also um rund 40 Prozent. Das führte bis zum September 1932 zu einer Verringerung des Bestandes der in Fürsorgeerziehung befindlichen Minderjährigen um rund zehn Prozent. Der Sparwille und die verbreitete Anschauung, dass an den »Unerziehbaren« am ehesten gespart werden dürfe, führten schließlich im November zur »Verordnung des Reichspräsidenten über Jugendwohlfahrt«, die das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz in wichtigen Teilen revidierte.[53] Die Fürsorgeerziehung durfte bei drohender Erfolglosigkeit nicht mehr angeordnet werden und endete mit Vollendung des 19. Lebensjahres und nicht mehr mit Eintritt der Volljährigkeit (Vollendung des 21. Lebensjahres). Schließlich durfte die Fürsorgeerziehung auch abgebrochen werden, sofern die Betroffenen ihr 18. Lebensjahr vollendet hatten, sich ein Jahr bereits in Fürsorgeerziehung befunden hatten und Gründe für eine »Unausführbarkeit« vorlagen. Sofern »geistige oder seelische Regelwidrigkeiten« bei Zöglingen festgestellt wurden, bedurfte es der oben genannten Bedingungen gar nicht. Die alte Regelung hatte für den Fall von »Unausführbarkeit« eine Entlassung nur dann erlaubt, wenn »eine anderweitige gesetzlich geregelte Bewahrung des Minderjährigen sichergestellt ist«.

Hatte sich in den Anfangsjahren der Weimarer Republik ein gewisser Optimismus hinsichtlich einer Verbesserung der Jugendfürsorge gezeigt, war davon spätestens Ende der 1920er Jahre nichts mehr zu spüren. Die Fürsorgeerziehung stand in den letzten Jahren der Weimarer Republik vor einer finanziellen Bankrotterklärung, der erzieherische Notstand wurde dadurch noch größer. Das Zusammenwirken von pädagogischer und finanzieller Krise beförderte die Zuflucht nahme zu Vorstellungen von einer »Reinigung der Fürsorgeerziehung«, wie sie besonders vom 1929 neu ins Amt gekommenen Fürsorgedezernenten Walther Hecker gefordert wurde.[54] Die Kontur und die Ausrichtung der rheinischen Fürsorgeerziehungsbehörde waren durch die Krisenzeit der letzten Jahre der Weimarer Republik bestimmt. Die begonnene Aussonderung vermeintlich »Unerziehbarer« aus pädagogischen und ökonomischen Gründen wurde in der NS-Zeit unter eugenischen Vorzeichen weitergeführt.[55]

52 Vgl. dazu allgemein Gräser 1995, S. 167–191; Dickinson 1996, S. 204–210; für Westfalen Köster 1999, S. 209–217 sowie Steinacker 2007, S. 278–289.

53 Vgl. dazu neben der in der vorigen Fußnote erwähnten Literatur Blum-Geenen 1997, S. 430–441.

54 Vgl. Hecker 1931, bes. S. 276 und die Kritik daran durch den Bonner Vormundschaftsrichter Clostermann 1931; allgemein Kuhlmann 1985, S. 26–50; Peukert 1986, S. 240–252; Steinacker 2007, S. 271–277.

55 Blum-Geenen/Kaminsky 1995, S. 18 ff.

1.4 Kontinuität und rassistische Überformung der Jugendfürsorge im Nationalsozialismus (1933–1945)

Ihren statistischen Tiefstand erreichte die Fürsorgeerziehung in der Rheinprovinz im Jahre 1933 mit 7.468 Zöglingen, wobei rund 1.000 Zöglinge sich zu diesem Zeitpunkt in der »Freiwilligen Erziehungshilfe« befanden und nicht mehr mitgezählt wurden.[56] Seit 1927, als noch 20 Jugendliche pro 10.000 Einwohner sich in der Fürsorgeerziehung befanden, hatte sich dieser Anteil innerhalb von sechs Jahren halbiert. Dies war weniger eine Folge vermehrter Entlassungen als vielmehr verminderter Aufnahmen. In den Folgejahren stiegen die Zahlen der Fürsorgezöglinge bis 1937 wieder um ein Drittel an und verharrten bis in die Kriegszeit auf diesem Niveau. In der Kriegszeit fand bis 1943 noch einmal eine Steigerung der Zahlen statt. In den letzten Kriegsjahren kehrte sich dieser Trend angesichts zunehmender Raumprobleme in den Heimen und in den Pflegefamilien wieder um. Überhaupt stieg der Anteil der in Heimen untergebrachten Zöglinge bis 1935 auf rund 50 Prozent, was einerseits den Trend der verminderten Familienunterbringung noch aus den Jahren 1930 bis 1933 markiert, aber ebenso durch die erschwerten Entlassungen nach den Bestimmungen des Zwangssterilisationsgesetzes bedingt war.

1.4.1 Ausgrenzende wie fördernde Differenzierung der Fürsorgeerziehungszöglinge

Das Charakteristikum der nationalsozialistischen Gesellschaftspolitik war die Volksgemeinschaftsideologie, welche nicht nur vom eigenen Wohlfahrtsverband Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV) vertreten wurde, sondern alle gesellschaftlichen Bereiche und staatlichen Verwaltungen durchdrang. Die programmatische Neujustierung von einer Wohlfahrtspolitik zur aufbauenden »Volkspflege« prägte das Feld der Jugendfürsorge. Dies bedeutete in der Jugendfürsorge die Förderung vermeintlich »wertvoller« und die Ausgrenzung vermeintlich »erbkranker«, »gemeinschaftsunfähiger« und »nichtarischer« Elemente. Ähnliche Entwicklungen vollzogen sich auch auf anderen Feldern, vor allem in der Psychiatrie. Die von jeher und besonders in der Krise des Weimarer Wohlfahrtsstaates geformten Wertigkeits- und Aussonderungsvorstellungen richteten sich vor allem auf die als Belastung empfundene Klientel der Schwererziehbaren und Verhaltensauffälligen. Mit dem Machtantritt der Nationalsozialisten radikalisierte sich in der Rheinprovinz die »Aussonderung der ungeeigneten Elemente« aus der Fürsorgeerziehung. Die »Reinigung«, von der der rheinische Fürsorgedezernent Walther Hecker bereits 1931 gesprochen hatte, setzte ein. Dies war zugleich Teil eines insgesamt in der Folge feststellbaren Bemühens um eine Differenzierung der Jugendlichen, bei denen Erziehungsschwierigkeit und vermeintliche Erbkrankheit immer mehr gleichgesetzt wurden.

Nach der Notverordnung des Reichspräsidenten von 1932 stellte sich das Problem des Wohin mit den aus der Fürsorgeerziehung auszuscheidenden über Neunzehnjährigen und

56 Vgl. Jans/Beurmann 1963, S. 44; Steinacker 2007, S. 918.

nicht mehr »Erziehbaren« in neuer Schärfe. Als »Zwischenlösung« richtete die rheinische Fürsorgeerziehungsbehörde in Vorbereitung des von den Jugendfürsorgebehörden und den konfessionellen Wohlfahrtspflegeorganisationen ersehnten »Bewahrungsgesetzes« die »Bewahrung innerhalb der Fürsorgeerziehung« ein, »die einmal den Neuaufbau der Fürsorgeerziehung nicht stört und auf der anderen Seite doch den Belangen dieser Jugendlichen wie des Volksganzen gerecht« werde.[57] Die Bewahrung in letztlich vier Bewahrungsstationen sollte die »Grenzfälle« zwischen »Normalerziehbaren« und »Unerziehbaren« betreffen, bei denen ein beschränkter »Bewahrungserfolg« zu erwarten sei.[58]

Auf evangelischer Seite wurden für schulentlassene Jungen das Heilerziehungsheim Scheuern bei Nassau (in Hessen) und für schulentlassene Mädchen das Bergische Diakonissen-Mutterhaus, Abt. II, in Oberdüssel bei Aprath, auf katholischer Seite für schulentlassene Jungen das Eduardstift in Trier und für schulentlassene Mädchen das Institut der Schwestern zum Guten Hirten in Köln-Melaten bestimmt, die zum Tagespflegesatz von einer Reichsmark – was dem Unterstützungssatz eines aus der Anstaltserziehung entlassenen Jugendlichen entsprach – »bewahrten«. Bei »radikal widersetzlichen Naturen« sollte eine Entlassung aus der Fürsorgeerziehung oder bei »Schwachsinnigen« eine Überweisung in eine entsprechende Anstalt erfolgen.[59] Die Bewahrung war formal »freiwillig«, also nur mit Zustimmung der Betroffenen bzw. deren Personensorgeberechtigten durchzuführen. Die Bewahrung im Rheinland war geschlechtsspezifisch und betraf zu zwei Dritteln Mädchen und junge Frauen,[60] was der Einschätzung der Verantwortlichen von der größeren sittlichen Gefahr durch Frauen und Mädchen entsprach. Die im Rheinland durchgeführte »Bewahrung« für die »sog. Grenzfälle zwischen der Erfolgserziehung und der Unerziehbarkeit« hatte im zeitgenössischen Bewusstsein nur den Charakter einer »Behelfseinrichtung«, die in das erwartete »kommende Bewahrungsgesetz« einzugliedern sei.[61] Da jedoch das bereits in den Weimarer Jahren auf der Reichsebene diskutierte Bewahrungsgesetz nicht zustande kam, verstetigte sich die rheinische Bewahrungsregelung nicht nur bis Kriegsende, sondern auch darüber hinaus.

In Fortführung der Debatte um ein »Bewahrungsgesetz«, das jedoch auch in der NS-Zeit aus Kostengründen nicht erlassen wurde, diskutierten verschiedene Stellen während der Kriegszeit ein »Gemeinschaftsfremdengesetz«, das die terroristische Durchsetzung von Verhaltensnormen gegenüber so genannten Asozialen ermöglichen sollte. Es trat jedoch nicht mehr in Kraft. Teile dieses geplanten Ausgrenzungsgesetzes wurden mit Blick auf »verwahrloste« Jugendliche durch Einzelerlasse verwirklicht. Besonders hervorzuheben sind die »Jugendschutzlager« in Moringen seit 1940 für männliche und Uckermark seit 1942

57 Siehe hierzu die Bemerkungen in den Jahresberichten der rheinischen FEB (Fürsorgeerziehung 1934, bes. S. 28).

58 Bewahrung 1934, S. 44–45.

59 Durchführung 1935, S. 200–201.

60 Von 1934 bis 1936 waren von den 173 in der Rheinprovinz »bewahrten« Jugendlichen 112 Mädchen oder junge Frauen (Hecker 1936, bes. S. 258).

61 Peukert 1986, S. 276–278; Steinacker 2007, S. 640–650; zum Bewahrungsgesetz im Nationalsozialismus Willing 2003, S. 120–208.

für weibliche Jugendliche, die in der Extremform bereits die Verbindung von autoritären Erziehungsprogrammen mit rassistischer Aussonderung und Ausmerze repräsentierten. Als Vorstufe zur Aussonderung existierte seit Oktober 1940 der »Jugendarrest« zur Bestrafung der Tatbestände aus der zur rigiden Reglementierung der Jugend erlassenen »Polizeiverordnung zum Schutz der Jugend« vom 9.3.1940.[62] Besonders mit Blick auf »jugendliche Arbeitsbummelanten« hatte sich bis 1942 für die Behörden die Frage ergeben, wie jenseits der wirkungslosen Disziplinierungsmittel innerbetrieblicher Verwarnungen »eine straffe Sondererziehung« für Minderjährige unter 18 Jahren eingeführt werden könnte. Hierfür richtete die rheinische Fürsorgeerziehungsbehörde am 1.1.1943 im Jugendhaus Freimersdorf bei Brauweiler eine »Arbeitserziehungsabteilung« für männliche Jugendliche ein und ergänzte diese am 1.1.1944 mit einer »weiblichen Strafabteilung«. Gleichzeitig wurde 1944 »auf Wunsch« mehrerer Erziehungsheime für schulentlassene Mädchen damit die Möglichkeit zur Vollstreckung von Jugendarreststrafen an ihren schwererziehbaren Mädchen und jungen Frauen geschaffen.[63]

In diesen Beispielen bildeten sich nur die Spitzen einer Zufluchtnahme zu autoritären Konzepten der Erziehung ab, die als Gesamttendenz für die Entwicklung der Fürsorgeerziehung behauptet werden kann. Die Einteilung nach »Erfolgsaussicht« sollte die »Grundlage aller Differenzierung innerhalb der Fürsorgeerziehung« bleiben. Das Kriterium der »Erfolgsaussicht« versuchte Landesrat Hecker mit demjenigen der »Erbkrankheit« zu harmonisieren.[64] Der Gedanke des Neuaufbaus des Systems der öffentlichen Erziehung beruhte darauf, dass die Fürsorgeerziehung das Kernstück sein sollte mit der Freiwilligen Erziehungshilfe am oberen und der Bewahrungsfürsorge am unteren Ende.[65] Unter der »Bewahrung« stand nur noch die Ausgrenzung renitenter Fürsorgezöglinge in das Arbeitshaus Brauweiler – hier besonders in das 1935 auch für Mädchen eingerichtete Jugendheim Freimersdorf –, eine Strafanstalt oder in die Psychiatrie.[66]

Parallel mit der äußeren Differenzierung ging eine verschärfte innere Differenzierung der Kinder und Jugendlichen nach dem Grad der Bildungsfähigkeit bzw. der wahrscheinlich von diesen erreichbaren Leistungsfähigkeit einher. Das Kostenargument ließ die Fürsorgeerziehungsbehörde einen Pilotversuch in den rheinischen Hilfsschulanstalten durchführen. Stark beschränkte Hilfsschüler wurden in einer Kurzbeschultengruppe zu einem

62 Im Rheinland wurde 1940 die »Bewahrungsfürsorge außerhalb der Fürsorgeerziehung« eingeführt, die Minderjährige, bei denen keine FE mehr angeordnet werden konnte, auf »freiwilligen« Antrag der Personensorgeberechtigten in Heimen in besonderen Abteilungen bewahrte. Dabei war vornehmlich an sittlich gefährdete Mädchen gedacht, bei denen zumindest von einem begrenzten Erfolg ausgegangen wurde. Diese Bewahrungsfürsorge ist erst durch die Hilfen nach dem Bundessozialhilfegesetz entbehrlich geworden (Jans/Beurmann 1963, S. 48 f.).

63 Peukert 1986, S. 274–291. »Betr. Besichtigung der Arbeitserziehungsabteilung Freimersdorf« (12.9.1943), in: ALVR 14069, Bl. 423; FEB an Jugendämter im Gau Köln-Aachen (29.10.1943) und FEB an Jugendämter (14.2.1944), in: ADWRh Ohl 15.2.8, sowie FEB an Erziehungsheime mit schulentlassenen Mädchen (7.1.1944), in: AGRS 31.1.18.

64 Blum-Geenen/Kaminsky 1995.

65 So Hecker auf einer Sitzung der Landesjugendämter am 9./10.2.1943, zitiert nach Hansen 1991, S. 271.

66 Daners 1996; ders. 2004; Steinacker 2007, S. 641–650.

geringeren Pflegesatz zusammengefasst. Sie wurden nun noch weniger theoretisch unterrichtet und vielmehr direkt zu Handreichungen im Haushalt der Angestellten herangezogen, da sie »vermutlich nur beschränkt arbeitsfähig, aber nicht voll existenzfähig werden«. In der Hilfsschulanstalt Neu-**D**üssel**th**al fasste man zehn Jungen und zehn Mädchen in solch einer Gruppe zusammen.[67]

Die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV) als neuer Wohlfahrtsverband verschärfte die eingeleitete Trennung zwischen »erbgesunden Erfolgsfällen und erbkranken Nichterfolgsfällen«, indem sie ihr Interesse verstärkt auf die nur leicht verwahrlosten Fälle legte, die keine erbliche Belastung zu besitzen schienen. Neben der Vorsorge durch Familienhilfe und Erziehungsberatung stand das Auslesekonzept der Führung der »wertvollen« Jugend in einer kurzfristigen Heimerziehung in den so genannten Jugendheimstätten.[68] In der Rheinprovinz errichtete die NSV 1934 in Düsseldorf und 1936 in Mülheim/Ruhr-Speldorf »Kameradschaftsheime« für Jungen, die, geführt von HJ-Führern, den Charakter von Lehrlingsheimen besaßen. 1937 baute die NSV die eigene Heimfürsorge im Rheinland aus und errichtete ein Kameradschaftsheim für Mädchen in Düsseldorf sowie zwei nunmehr »NS-Jugendheimstätten« genannte Heime in Wuppertal und Niederbreisig, das erstere für »erbgesunde und erziehungsfähige Jungen« und das zweite für schulpflichtige Jungen und Mädchen »hauptsächlich der freiwilligen Erziehungshilfe«. Die Kehrseite der Förderung der vermeintlich weniger stark verwahrlosten Kinder und Jugendlichen lag allerdings in der erbbiologischen Ausgrenzung.

1.4.2 Zwangssterilisation als Fortsetzung eines Aussonderungsdiskurses der Krisenzeit

Die Fürsorgeerziehungsanstalten wurden in der ersten Verordnung zum nationalsozialistischen Zwangssterilisationsgesetz im Dezember 1933 zusammen mit psychiatrischen Einrichtungen und Strafanstalten als Einrichtungen genannt, die »Erbkranke« beherbergten. Die rheinische Fürsorgeerziehungsbehörde bemühte sich zunächst darum, die Einbeziehung der eigenen Klientel »in den scharfen Kampf gegen die Minderwertigenfürsorge und ihren zu hohen Aufwand«[69] zu begrenzen. Sie versuchte durch die Gleichsetzung der ohnehin durch die Notverordnung vom 4.11.1932 aufgrund von Erfolglosigkeit zu entlassenden Fürsorgezöglinge mit den vermeintlich »Erbkranken«, das Stigma der »Minderwertigkeit« abzustreifen und den zukünftigen Erfolg der Fürsorgeerziehung zu beschwören. Dieser recht eindeutige Versuch, die Zwangssterilisationspolitik des NS-Staates nicht nur in ihren Auswirkungen klein zu reden, sondern sie widerspruchslos zu akzeptieren und für das Ansehen des eigenen Ressorts zu instrumentalisieren, blieb nicht ohne Rückwirkungen auf die Fürsorgeerziehung selbst. Die Parallelisierung von Erbkrankheit mit Erziehungs-

67 Kaminsky 1995, S. 211.
68 Kuhlmann 1985, S. 172–189; Hansen 1991, S. 269–276; Steinacker 2007, S. 579–621.
69 Vgl. Oberpräsident (FEB) an Rheinischen Provinzialausschuß für Innere Mission (30.11.1933), in: ADWRh Ohl 15.2.8.; Hecker 1933, hier S. 351.

schwierigkeit führte zu Versuchen der verstärkten Aussonderung der »Erbkranken« aus der Fürsorgeerziehung, wenngleich die Inkongruenz immer wieder aufschien.

In den Jahren 1934 bis 1936 wurden die in Anstalten und in Familienpflege befindlichen Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen begutachtet, angezeigt, zur Sterilisation beantragt, verurteilt und operiert. Ab 1937 sanken die Zahlen der Sterilisierungsfälle, da nur noch Neuaufnahmen betroffen waren. Zudem wurde die Gesetzesauslegung wegen Rivalitäten zwischen Reichsärzteführer Wagner und dem Reichsinnenministerium sowie wegen des zunehmenden Widerstandes der »Erbkranken« und deren Angehörigen gegen ihre diskriminierende Behandlung vorsichtiger. Ärzte der Einrichtungen und Anstalten sowie die dem Landespsychiater Lückerath im Amt nachfolgenden beiden provinzialärztlichen Berater diagnostizierten wesentlich zurückhaltender, was besonders die Diagnose »angeborener Schwachsinn« betraf, wonach Fürsorgezöglinge fast ausschließlich angezeigt wurden. Die Möglichkeit einer »Nachreifung« wurde in Erwägung gezogen. Auch Gerichte urteilten vorsichtiger.

Die rheinische Fürsorgeerziehung durchliefen seit dem April 1933 bis Ende März 1939 20.775 Zöglinge (Stand 1.4.1933 plus Neuaufnahmen), von denen 2.866 Zöglinge zur Sterilisation angezeigt und 1.236 zu einer Sterilisation verurteilt wurden. Dies bedeutete, dass jeder siebte Fürsorgezögling bis dahin von einer Sterilisationsanzeige betroffen war und jeder siebzehnte eine Sterilisation über sich ergehen lassen mußte.[70] In nur 205 Fällen (ein Prozent) wurde eine Sterilisation gerichtlich abgelehnt. Bei über 50 Prozent der angezeigten Zöglinge wurde allerdings vom Amtsarzt kein Sterilisationsantrag gestellt. Dies verweist auf die hohe Anzeigehäufigkeit seitens der Fürsorgeerziehungsbehörde und die selektierende Funktion der Amtsärzte. Diese den gesetzlichen Vorgaben geschuldete Anzeigenhäufigkeit war keine rheinische Besonderheit, sondern im Bereich der Fürsorgeerziehung fast überall der Normalfall. Zu Kriegsbeginn wurde vom Reichsinnenministerium eine schon lange vorbereitete Verordnung erlassen, die die Zahl der Sterilisationen in der Kriegszeit, je nach Beanspruchung der zuständigen Stellen durch andere Dinge, beschränken sollte. Ein Erlass vom September 1939 sah vor, dass »bei möglicher aber unwahrscheinlicher Fortpflanzung sowie in unklaren und Grenzfällen« keine Anträge mehr zu stellen waren. Daraufhin sanken die Zahlen insgesamt stark ab. Zusammenfassende Statistiken über die Sterilisation von Zöglingen für den Bereich der Fürsorgeerziehung während des Zweiten Weltkrieges sind jedoch nicht überliefert.

Die Ausgrenzung der zahlenmäßig nicht sehr großen Gruppe von Sinti- und Roma-Kindern wie auch jüdischer Fürsorgeerziehungszöglinge fand unter rassenpolitischen Gesichtspunkten auch im Rheinland statt.[71] Die Fürsorgeerziehungsbehörde unter ihrem

70 Blum-Geenen/Kaminsky 1995, S. 34; Steinacker 2007, S. 920. Dies entsprach auch den Anteilen in der Provinz Westfalen, wo 6,3 Prozent aller Zöglinge bis 1938 sterilisiert worden waren (Kuhlmann 1985, S. 135).

71 Vgl. detailliert Steinacker 2007, S. 659–668. In der Rheinprovinz wurden nach einem Vermerk vom 30.12.1938 18 jüdische Fürsorgeerziehungszöglinge gezählt (14 in einem Heim, drei in Dienststellen, einer in einer Pflegestelle), nach einem Vermerk vom 4.9.1939 nur noch zehn, wobei die jüdischen Mischlinge nur schwer feststellbar seien, was zu einer nachfolgenden Rundfrage bei den Heimen

Leiter Walther Hecker ging in der Erfassung vorauseilend vor. Dennoch können mangels Nachweisen eindeutige Todesschicksale der als »fremdrassig« diskriminierten Kinder und Jugendlichen nur vermutet werden.

In einem indirekten und doch konkreten Sinne hatte auch das Erziehungsheim Neu-**D**üssel**th**al Berührung mit in den Krankenmord führenden Verlegungen. Als seit 1943 die Räumung des Hauses aus Luftschutzgründen versucht wurde, wurde 100 Kindern bis zehn Jahre als Ausweichunterkunft die Asbacher Hütte, eine Zweigeinrichtung der Diakonieanstalten Bad Kreuznach, zugewiesen. Auf landesbehördliche Anweisung verdrängten sie dabei 98 geistig behinderte Mädchen und Frauen, die von der gefürchteten »Gemeinnützigen Krankentransportorganisation« 1944 zu der Sterbeanstalt Meseritz-Obrawalde transportiert wurden. In der Logik der Ausgrenzung lag die Verdrängung der Schwächsten durch die weniger Schwachen.[72]

1.4.3 Entkonfessionalisierung

Die Fürsorgeerziehung – und hierbei insbesondere die geschlossene Fürsorge in Anstalten und Heimen – war auch während der NS-Zeit stark konfessionell geprägt. In der Heimfürsorge lag der katholische Anteil der Plätze bei rund 50 Prozent, der evangelische bei rund 25 Prozent und der staatliche nur bei 15 Prozent. Die rheinische Fürsorgeerziehungsbehörde verfolgte, wie auch die politische Leitlinie der NSDAP es vorsah, die »Entkonfessionalisierung der Fürsorgeerziehung« und begann 1937, ihre Zöglinge aus den Heimen für männliche Schulentlassene in die Provinzialheime zurückzuziehen. So wurde die Abteilung für schulpflichtige Jungen in der Rettungsanstalt Auf'm Schmiedel (Simmern) genauso aufgelöst und ins Provinzialerziehungsheim Solingen verlegt wie das Heim Wolf an der Mosel, das im Frühjahr 1939 die Hälfte seiner schulpflichtigen Insassinnen dorthin abgeben musste. Das evangelische Handwerker-Bildungsheim Gemünd und das katholische Eduardstift in Helenenberg waren zuerst betroffen.[73] Im Jahre 1938 wurden dann drei weitere Heime übernommen, wodurch die Fürsorgeerziehungsbehörde zugleich den Bereich der schulentlassenen Mädchen mit drei eigenen Heimen ausrüstete. Neben einem ursprünglich privaten Heim wurden zwei Heime »entkonfessionalisiert«, indem

führte. In einem Schreiben der FEB an Caritasverband und Innere Mission vom 8.11.1939 fragte Hecker an, ob eine Unterbringung der mittlerweile festgestellten Zöglinge (sechs bei der Caritas und acht bei der Inneren Mission) in einer dem Erlass entsprechenden Form möglich sei. Die Caritas überlegte daraufhin, ein Heim für diesen Zweck freizumachen, doch meldete sie bereits im Dezember 1939 Bedenken wegen der fehlenden Angleichung der Erlasse betreffend das Schulwesen (demnach sollten »Mischlinge« deutsche Schulen besuchen) und die FE. Die Caritas erbat eine Klärung, die jedoch nachfolgend nicht überliefert ist (alles Vorstehende nach der Akte ALVR 14045 »Angelegenheiten fremdrassiger Zöglinge«, die danach abbricht; in dieser Akte findet sich auch eine vermutlich von 1938 stammende Liste mit den Namen von 30 in der FE im Rheinland befindlichen Sinti und Roma; zehn sind darauf als »Zigeuner«, sieben als »Zigeunermischlinge« und 13 als nach »Zigeunerart« umherziehend kategorisiert.).

72 Vgl. Kaminsky 1995, S. 490–494.

73 Bericht 1938, bes. S. 501–502. Vgl. auch zu Gemünd Kaminsky 1994, S. 206 f.

das katholische Notburga-Haus Neuss und das Evangelische Mädchenheim Ratingen zur Übereignung an den Provinzialverband gezwungen wurden. Anderenfalls drohte die Fürsorgeerziehungsbehörde, die Zöglinge abzuziehen. Die Heime wurden an die dort bislang tätigen Schwesterngenossenschaften verpachtet, »bis der Ersatz des Schwesternpersonals durch vorbildlich geschultes und befähigtes weltliches Erzieherinnenpersonal möglich und angezeigt ist«.[74] Eine letzte Entkonfessionalisierung eines evangelischen Heims erfolgte schließlich 1939, als das Erziehungsheim Wolf an der Mosel (Traben-Trarbach) von der Provinzialbehörde übernommen wurde, wobei die neue Leiterin, Luise von der Heyden, aus dem Bergischen Diakonissenmutterhaus in Aprath abgeworben wurde.[75] Diese Entkonfessionalisierungen mit gleichzeitiger Rückverpachtung an die ursprünglichen Träger stellten wohl einen Kompromiss zwischen der ideologisch geforderten Entkonfessionalisierung und der Undurchführbarkeit der staatlichen Regie in der bislang konfessionell dominierten Fürsorgeerziehung im Rheinland dar. Weltliches Personal ohne konfessionelle Bindung stand nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung.

Zudem kam es über die von der NSV angestrebte Vorrangstellung, die der öffentlichen und privaten Fürsorge nur die vermeintlich »Minderwertigen« beließ, zu einem Grundsatzkonflikt zwischen öffentlicher und parteiamtlicher Wohlfahrtspflege.[76] Insbesondere das Interesse der Provinzialverwaltungen an einer Kostenbegrenzung in ihrem Ressort ließ dort, wo es starke konfessionelle Beteiligungen in der Fürsorgeerziehung gab, die staatliche Regie als eher unvorteilhaft erscheinen.[77]

Auch im Bereich der Familienunterbringung von Zöglingen wurde das bislang geltende Prinzip der konfessionell bestimmten Betreuung unterminiert. Insbesondere im Feld der offenen Jugendfürsorge verdrängte die NSV zunehmend die konfessionellen Verbände. Die NSV setzte dabei die Kriterien der »Erbgesundheit« der Zöglinge und der Parteizugehörigkeit bei den zu bestellenden Pflegern durch. Die Einschaltung der NSV bei der Bestellung der Fürsorger führte langfristig zu einer Ausschaltung der konfessionellen Vermittlungsstellen.[78] Am 1.4.1939 mussten die Zentralstelle für Evangelische Familienfürsorge in Neuwied und die Geschäftsstelle für katholische Familienerziehung in Dor-

74 Bericht 1939, hier S. 494. Zu Ratingen vgl. auch den Schriftwechsel in ADWRh Ohl 73.5.2.

75 Vgl. Hecker 1940, S. 210–214.

76 Vgl. insgesamt die mittlerweile herausgearbeiteten Konfliktlinien auf der Ebene des Deutschen Gemeindetages zwischen dem westfälischen Landeshauptmann Kolbow und NSV-Leiter Hilgenfeld bei Hansen 1991, S. 118 ff. sowie mit Blick auf die FE in Westfalen Köster 1997, bes. S. 132–136.

77 Vgl. die Meinungen über die angestrebte Entkonfessionalisierung in der Niederschrift über die Tagung der Sachbearbeiter der preußischen Fürsorgeerziehungsbehörden am 11. u. 12.10.1935 in Nordhausen und Quedlinburg (Auszug), in: ALVR 13916.

78 Noch Ende 1936 betonte in einem internen Schreiben der Leiter der Zentralstelle für Evangelische Familienfürsorge im Rheinland (Horning) an den Leiter des Stephansstifts in Hannover (Wolff) vom 31.8.1936 (in: AGRS 31.1.16), dass nicht alle Familienpflege »NSV-Sache« sei. Die Betreuung der »Minderwertigen«, wozu im Rheinland danach 90 Prozent der Zöglinge gehörten, sei nach wie vor Sache der konfessionellen Verbände. Siehe allgemein zur Zurückdrängung der konfessionellen Fürsorge (u.a. auch Rheinland) Wollasch 1991, S. 283 ff. und Kaminsky 1995, S. 199–206; Steinacker 2007, S. 830–856.

magen ihre Vermittlungen einstellen.[79] Die »erbgesunden, nicht aus asozialen Verhältnissen stammenden Zöglinge« sollten durch die NSV, die »erbkranken« und »asozialen« Zöglinge, die »wegen ihrer subjektiven Verwahrlosung einer besonderen Anlehnung an die bisherige Erziehungsstelle bedürfen«, durch die Heime selbst untergebracht werden. Insgesamt zeigte sich im Ergebnis bei Kriegsende allerdings ein Scheitern der Entkonfessionalisierungsbestrebungen im Heimbereich, was gut an den Zahlen der in konfessionellen Privatanstalten Untergebrachten gesehen werden kann. Bis 1942 sanken diese in der Rheinprovinz nur von 80 Prozent (1934) auf 74,5 Prozent (1942).[80] Die gewachsene Größe und historisch arbeitsteilige Aufgabenvergabe wirkte als großer Kontinuitätsfaktor über die NS-Zeit hinaus.

1.4.4 Krisenmanagement im Krieg

Die Tendenz der Entkonfessionalisierung in der Fürsorgeerziehung wurde in der Kriegszeit geringer, da die Aufgaben der Fürsorgestellen angesichts von Evakuierung, Bombenkrieg, dem Mangel an Heimen, an Pflegestellen und an Personal insgesamt kaum mehr zu bewältigen waren.[81] Im Zweiten Weltkrieg wuchs die vermeintliche Jugendverwahrlosung, was sich in steigenden Überweisungszahlen abbildete. Innerhalb der Heime wurden die Disziplinschwierigkeiten immer größer. Jugendpolitisch ist hier auf die Polizeiverordnung zum »Schutze der Jugend in der Öffentlichkeit« vom 9.3.1940 hinzuweisen, welche Jugendlichen bei Normabweichungen von den verstärkt ausgesprochenen Verboten mit Verhaftung und Verwahrung drohte. Die Antwort im Bereich der Jugendfürsorge bestand in einer Ausweitung der Repression (Zunahme der verhängten Strafen) und radikalisierten Ausgrenzung der Fürsorgezöglinge.

Die Kriegszeit bedeutete in verschiedener Hinsicht auch ein großes Erschwernis für die Heime, welche die Grundstruktur der Fürsorgeerziehung sicherstellten.[82] Insbesondere zu Kriegsbeginn erfolgten umfangreiche Räumungen und Fremdnutzungen der Heime. So wurde das Heim Rheindahlen bei Mönchengladbach zu Kriegsbeginn von der Provinzialverwaltung an die Wehrmacht verkauft – es hatte eine umfangreiche Beschlagnahme gedroht – und die Insassen mussten anderweitig untergebracht werden. Auch die Provinzialerziehungsheime in Solingen und Euskirchen hatten Platz für Wehrmachtseinheiten zu schaffen. Ähnlich erging es dem im Dezember 1941 noch nicht bezogenen und noch im Aufbau befindlichen Provinzialerziehungsheim Königshof in Krefeld für schulentlassene Mädchen, das von der Wehrmacht für ein Lazarett beschlagnahmt wurde. Im Ergebnis wurden nicht nur die konfessionellen Heime in der Rheinprovinz stärker belegt, sondern ebenso gut 400 Zöglinge in Heime in andere Provinzen verschickt. Als seit dem Frühjahr 1942 das Rheinland immer stärker vom Bombenkrieg betroffen wurde, reagierte die Pro-

79 Siehe Oberpräsident (FEB) an Zentralstelle für Evangelische Familienfürsorge 7.2.1939, in: AGRS 31.1.17.
80 Vgl. Steinacker 2007, S. 638 und 919 (Tabelle).
81 Siehe Hecker 1941, bes. S. 167.
82 Siehe zusammenfassend Steinacker 2007, S. 669–699.

vinzialverwaltung nur noch mit einem Katastrophenmanagement auf die immer schwieriger werdende Gesamtlage. Die permanente Improvisation steigerte sich noch einmal am Kriegsende, als die vorrückende Front erneut Evakuierungen und Flucht erzwang. Die Rationierung aller Güter des täglichen Bedarfs, die Verdunkelung und schließlich der Bombenkrieg in der zweiten Kriegshälfte betrafen fast alle Einrichtungen. Die sich in ländlichen Gegenden befindenden Einrichtungen waren im Allgemeinen weniger schwer betroffen als diejenigen in Städten oder ihrer Nähe. Die Heime wurden hinsichtlich der Arbeits- und Disziplinanforderungen an ihre Zöglinge besonders in die Kriegswirtschaft eingespannt. Die Ausnutzung des Arbeitspotenzials der Zöglinge führte dazu, dass es hier sogar nur in Ausnahmefällen zum Einsatz von ausländischen Zwangsarbeitskräften in den Einrichtungen kam.[83] Zum Kriegsende wurden Heimzöglinge auch direkt zu Aufräumarbeiten nach Bombenangriffen eingesetzt, wie zum Beispiel die Insassinnen des Düsseldorfer Dorotheenheimes 1944.[84]

Die Ende der 1930er Jahre beginnende Entkonfessionalisierung verschiedener Heime geriet ins Stocken, da diese nun unverzichtbar für die Versorgung der Erziehungsklientel waren. Zudem nahm der Druck seitens der NSV ab, eine eigenständige Versorgung im Bereich der Familienerziehung oder des Aufbaus eigener Heime durchzuführen. Sie wurde zunehmend mit Aufgaben in der Katastrophenschutzpolitik im Bombenkrieg betraut und mühte sich, den Abbau ihrer »aufbauenden Volkspflege« zu begrenzen. In allen Heimen wurden auch im Krieg die Neuzugänge durch den Landespsychiater weiter geprüft, ob sie zu sterilisieren waren. So lassen sich auch für die Kriegszeit in Heimen Sterilisationen nachweisen, wenn auch die Einschränkung bestand, nur noch besonders »fortpflanzungsgefährliche« Fälle zu sterilisieren.[85] In der Bilanz kurz vor Kriegsende sprach der rheinische Fürsorgedezernent Walther Hecker davon, »vor den Trümmern unserer rheinischen Heimerziehung« zu stehen.[86] Von den 25 evangelischen Kinder- und Fürsorgeheimen im Rheinland galten zehn als total zerstört bzw. schwer beschädigt. Die rheinische Provinzialverwaltung sah Ende März 1945 von 14 Einrichtungen für Schulkinder nur noch eine zur Verfügung stehen, von 24 Anstalten für schulentlassene Mädchen waren noch sechs übrig, von denen allerdings fünf aufgrund der Zerstörungen nicht mehr belegbar waren. Von den drei Anstalten für schulentlassene Jungen galt nur noch die Solinger Einrichtung als beschränkt belegungsfähig.[87] Die Zahlen der Fürsorgezöglinge sanken nach einem Höchststand 1942 (11.245) bis zum Kriegsende auf 8.205 ab, was den Platzverlust noch einmal scharf beleuchtet. Die rheinische Jugendfürsorge lässt sich damit am Kriegsende als extrem eingeschränkt charakterisieren.

Kinder und Jugendliche, um deren Wohl es gehen sollte, waren insbesondere in den Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft repressiv behandelt worden. Rund sechs Prozent

83 Beispiele für den hauswirtschaftlichen oder landwirtschaftlichen Einsatz in konfessionellen Heimen bei Kaminsky 2002, bes. S. 64–116.
84 Vgl. Kaminsky 2005, S. 233 f.
85 Vgl. Beispiele in Kaminsky 1995, S. 219 f.; ders. 2005, S. 232 f.
86 So Hecker an Scheuner 26.3.1945, zitiert nach: Steinacker 2007, S. 692.
87 Steinacker 2007, S. 693.

waren ihrer Zeugungsfähigkeit durch die Zwangssterilisation beraubt worden. Dennoch lässt sich die NS-Zeit als eine rassistisch überwölbte Phase in die Geschichte der Fürsorgeerziehung einordnen. Viele der Ausgrenzungen und Repressionen waren bereits in der Krisenphase der Weimarer Zeit grundgelegt. Nicht zuletzt die relative Kontinuität des Personals in der Fürsorgeerziehungsbehörde unter ihrem Leiter Walther Hecker verweist auf ein Verwaltungshandeln, das sich zwar zunehmend der nationalsozialistischen Ausgrenzungspolitik verpflichtet wusste, aber ihre Hintergründe in einer langen Vorgeschichte der Fürsorgeerziehung besaß.

Andreas Henkelmann/Uwe Kaminsky

2. Die Geschichte der öffentlichen Erziehung im Rheinland (1945–1972)

2.1 Der rechtliche Rahmen: Die Reichsjugendwohlfahrtsgesetz-Novelle von 1953 und das Jugendwohlfahrtsgesetz von 1961

Nach Kriegsende und dem Untergang des »Dritten Reiches« bemühte sich die öffentliche Erziehung, an die Weimarer Republik und das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz in seiner ursprünglichen Fassung von 1922 anzuknüpfen. Grundlegend war die Entscheidung der Besatzungsmächte, das Gesetz ohne das 1939 beschlossene Führerprinzip wieder in Kraft treten zu lassen. Diese Verordnung wurde noch 1945 bekannt gegeben, um des Nachkriegschaos' mit seinen unzähligen herumziehenden Jugendlichen Herr zu werden.[1] Da dies nicht gelang – auf die Situation im Rheinland wird noch ausführlich einzugehen sein – und weil sich trotz der Wiederherstellung des Gesetzes viele Jugendämter über eine unklare Rechtssituation beschwerten, begannen unmittelbar nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland die Beratungen über die Frage nach einem Jugendwohlfahrtsgesetz.[2] Das Ergebnis enttäuschte vor allem die Reformer unter den Fürsorgeexperten, da die dann verabschiedete Novelle vom 28.8.1953 kein neues Gesetz war, sondern weite Teil des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes übernahm und lediglich einige Veränderungen und Ergänzungen daran vornahm. Kontrovers diskutiert wurde vor allem die Verfassung des Jugendamtes und damit eng verbunden die schon in der Weimarer Republik höchst umstrittene Stellung der freien Wohlfahrtsverbände.[3] Der Schlüsselbegriff der »Subsidiarität« findet sich zwar noch

1 Abgedruckt bei Tillmann 1950, S. 18 ff. Eindrückliche regionale Beispiele für das Chaos der ersten Zeit nach Kriegsende finden sich etwa bei Köster 1999 (Westfalen), S. 383–396 und Zahner 2006, S. 47–55.

2 Am ausführlichsten dazu Hasenclever 1978, S. 172 ff.; Dickinson 1996, S. 256 f.; von der Osten 2003, S. 85–109 (aus der Perspektive des Katholischen Fürsorgevereins); Schrapper 2005, S. 429–434 (aus der Perspektive des Deutschen Vereins) und Zahner 2006, S. 200–205; vgl. an zeitgenössischen Kommentaren Potrykus 1953. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vom 8.5.1949 hatte eine erste Rechtsgrundlage geschaffen, indem es die Gültigkeit des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes, sofern es dem Grundgesetz nicht widersprach, festhielt und zudem das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz zum Bundesrecht erklärte. Damit wurde zur Abänderung desselben ein Bundesgesetz nötig, vgl. ausführlich Muthesius 1950, S. 10.

3 Der Aufbau der Jugendämter wurde so geändert. Statt der während der Weimarer Republik üblichen Kollegialbehörde wurde die so genannte Zweigliedrigkeit (JWA und Verwaltung) des Jugendamtes beschlossen.

nicht im Gesetzestext. Allerdings wurde in einer Entschließung der CDU/CSU-Mehrheit im Bundestag gegen die Stimmen der Opposition festgehalten, dass die Subsidiarität als »Grundgedanke des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes« wieder restituiert werden solle.[4] Für die Organisation der öffentlichen Erziehung wurde wichtig, dass nun die Einführung von Landesjugendämtern festgelegt wurde. Diese, darauf wird im nächsten Abschnitt mit Blick auf Nordrhein-Westfalen noch einzugehen sein, waren für die Umsetzung der öffentlichen Erziehung zuständig.

Konzeptionell änderte sich an der Fürsorgeerziehung nichts. Auch in den Debatten um das Gesetz stand die Frage nach der Ausrichtung der öffentlichen Erziehung keineswegs im Mittelpunkt. Anders verhielt es sich dagegen mit dem ebenfalls 1924 stark modifizierten § 4 des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes. Dieser recht offen formulierte Aufgabenkatalog des Jugendamtes, »Einrichtungen und Veranstaltungen [im Bereich des Mutterschutzes sowie für die Minderjährigen allen Alters] anzuregen, zu fördern und gegebenenfalls zu schaffen«, wurde auch als vorbeugende Erziehungsfürsorge interpretiert. Obwohl man mit Hasenclever davon sprechen kann, dass dieser Katalog nur als »bedingte Pflichtaufgaben« zu verstehen ist und wesentliche Finanzierungsfragen ungeklärt blieben, wird doch an dem Gesetz ein Richtungswechsel der Kinder- und Jugendfürsorge hin zu offenen und präventiven Formen deutlich.[5] Etwas überspitzt spricht Dickinson für die 1950er Jahre vom »Triumph of Prevention and Psychotherapy«.[6] Das Interesse und die Finanzströme verschoben sich weiter zuungunsten der öffentlichen Ersatzerziehung. Ihr geringes Ansehen spiegelt sich in der polemischen Bemerkung eines katholischen Experten aus dem Jahr 1960 wider: »Nach der öffentlichen Meinung liegt die fürsorgerische Heimerziehung im entlegensten, unzulänglichsten und wohl auch verwildertsten Teil der pädagogischen Provinz.«[7]

Daran konnte auch die Überarbeitung in Gestalt des Jugendwohlfahrtsgesetzes vom 11.8.1961 nichts ändern. Auch das neue Gesetz blieb hinter den Erwartungen vieler Reformer und Fürsorgeexperten zurück, wie sie sich etwa in den Vorschlägen der Arbeitsgemeinschaft für Jugendpflege und Jugendfürsorge 1957 und 1958 niederschlugen.[8] Im Mittelpunkt standen noch schärfer als bei den Diskussionen um die Reichsjugendwohlfahrtsgesetz-Novelle von 1953, die um den Begriff der »Subsidiarität« kreisten, die Stellung der freien Verbände und zudem das Elternrecht im Verhältnis zum Recht des Minderjährigen auf Erziehung. Das Gesetz, mit der CDU/CSU-Mehrheit im Bundestag verabschiedet, entschied sich für den Vorrang der freien Verbände und eine Stärkung des Elternrechts. Auch

4 Zitat nach Hasenclever 1978, S. 173. Daher wurden auch den freien Jugend- und Wohlfahrtsverbänden zwei Fünftel der stimmberechtigten Sitze im JWA zugesprochen.

5 Hasenclever 1978, S. 174; vgl. zur unklaren Finanzierung Zahner 2006, S. 206.

6 Dickinson 1996, S. 257; vgl. zur offenen Jugendarbeit grundlegend die regionale Studie von Fehrlen/Schubert 1997.

7 Wollasch 1960, S. 33.

8 Vgl. aus der Fülle an Literatur Hasenclever 1978, S. 193–206; Schrapper 1999, S. 47–50; von der Osten 2003, S. 110–131 (aus der Perspektive des Katholischen Fürsorgevereins); Schrapper 2005, S. 443–459 (aus der Perspektive des Deutschen Vereins) sowie an zeitgenössischen Kommentaren besonders interessant für das rheinische LJA Jans/Happe 1964.

wenn sich die Aufmerksamkeit wegen der bis zum Bundesverfassungsgericht vorgebrachten Auseinandersetzung auf den Streit um die Subsidiarität konzentrierte, brachte das Jugendwohlfahrtsgesetz von 1961 einige grundlegende Neuigkeiten.[9] Vor allem wurde die Verpflichtung des Jugendamtes festgehalten (§ 6 JWG Abs. 1), dem Minderjährigen Hilfen zur Erziehung bedarfsgerecht, rechtzeitig und ausreichend zu gewähren.[10] Mit Hasenclever kann man daher festhalten, dass so »ein individueller Rechtsanspruch dem Grunde nach« verankert wurde.[11]

Die Umsetzung dieses Anspruches fällt in der Gesamtbilanz gemischt aus. So wurde der Aufgabenkatalog (§ 4 RJWG) der Jugendämter erweitert und etwa um »die erzieherische Betreuung von Kindern und Jugendlichen im Rahmen von Familienerholung« (§ 5 JWG Abs. 1 Nr. 5) ergänzt sowie als ambulante Hilfeform die Schutzaufsicht zu einer »Erziehungsbeistandschaft« (§§ 55–61 JWG) ausgebaut.[12] In der öffentlichen Ersatzerziehung lässt sich eine ähnliche Symbiose von vielen alten mit einigen neuen Akzenten beobachten. So blieben wie schon bei der Reichsjugendwohlfahrtsgesetz-Novelle von 1953 die wesentlichen Grundlinien der öffentlichen Ersatzerziehung aus dem Kaiserreich bestehen – hier wurden ganze Passagen wortwörtlich übernommen, unter anderem auch der umstrittene Schlüsselbegriff der Verwahrlosung.[13] Allerdings zeigen sich auch einige Neuerungen, die in den folgenden Abschnitten auf ihre Relevanz für das Rheinland noch eingehender untersucht werden sollen. So wurde die im Rheinland bereits in der Weimarer Republik eingeführte Freiwillige Erziehungshilfe (§ 62 JWG) bundesgesetzlich geregelt, damit ausgebaut und so erstmals in Bayern, Württemberg und Schleswig-Holstein eingeführt – vor allem der Allgemeine Fürsorge-Erziehungs-Tag hatte sich in verschiedenen Publikationen für die Stärkung und den Ausbau der Freiwilligen Erziehungshilfe ausgesprochen.[14] Im Rheinland war die Freiwillige Erziehungshilfe wie erwähnt bereits 1927 eingeführt worden.[15]

Mit großer Aufmerksamkeit wurde registriert, wie das Gesetz Freiwillige Erziehungshilfe und Fürsorgeerziehung, einmal abgesehen von der Zustimmung der Erziehungsberechtigten, zu unterscheiden versuchte. Die Freiwillige Erziehungshilfe sollte »zur Abwendung der Gefahr oder zur Beseitigung des Schadens« im Hinblick auf die »leibliche, geistige oder seelische Entwicklung« (§ 62 JWG) dienen.[16] Damit wurde sprachlich eine Unterscheidung zur Fürsorgeerziehung vorgenommen, weil der Schlüsselbegriff der

9 Vgl. zur Entwicklung bis zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes 1967 von der Osten 2003, S. 131–139.
10 Jugendwohlfahrtsgesetz 1961, S. 6.
11 Hasenclever 1978, S. 202.
12 Damit förderte, um beim Beispiel zu bleiben, das Gesetz die Familienbildungsstätten und deren Vorläufer, vgl. dazu für Westfalen v. a. Depner 1999, S. 275 ff. Zitate nach Jugendwohlfahrtsgesetz 1961, S. 5 f., 24 ff.
13 Vgl. ausführlich zum Vergleich zwischen dem Gesetz von 1953 und 1961 Carspecken 1958, S. 1–20; vgl. zur Kritik Zahner 2006, S. 280–290, bes. S. 289.
14 Vgl. z. B. Wagner 1952; Marcus 1953 und Schulz 1953.
15 Vgl. Blum-Geenen 1997, S. 380–384; Steinacker 2007, S. 239–243.
16 Jugendwohlfahrtsgesetz 1961, S. 26 f.

Verwahrlosung (§ 64 JWG) vermieden wurde. Inhaltlich war damit aber nichts geklärt, »denn eine Gefährdung der Entwicklung umfasst als weiteren Tatbestand stets auch die drohende Verwahrlosung, so wie eine Schädigung die bereits eingetretene Verwahrlosung einbezieht«.[17] Es überrascht daher nicht, dass die juristischen Auffassungen entsprechend divergierten.[18]

Auch in einem anderen Punkt ging das JWG über das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz hinaus. Kannte die alte Gesetzgebung nur einen Schutz der Zöglinge (vgl. für Pflegekinder §§ 19–31 RJWG und für Pfleglinge § 71 RJWG), erweiterte man jetzt den Schutzraum der Minderjährigen, indem nun explizit eine Heimaufsicht formuliert wurde (§ 78 JWG).[19] Die an das Landesjugendamt delegierte Aufgabe hatte sicherzustellen, »daß in den Einrichtungen das leibliche, geistige und seelische Wohl der Minderjährigen gewährleistet ist« (§ 78 JWG Abs. 1).[20] Auch eine andere Erweiterung stellte die Landesjugendämter vor die Herausforderung, sich intensiv mit den Erziehungsanstalten in ihrem Sprengel zu beschäftigen. Unter der Überschrift »Heimdifferenzierung« hielt nämlich § 72 fest: »Das Landesjugendamt soll zur Durchführung der Freiwilligen Erziehungshilfe und der Fürsorgeerziehung für die erforderliche Differenzierung der Einrichtungen und Heime nach der zu leistenden Erziehungsaufgabe sorgen.«[21] Wie schon bei der Freiwilligen Erziehungshilfe bestätigte der Paragraph eine bereits im Rheinland bestehende Konzeption, die dadurch aber Unterstützung erhielt.[22]

Ein letzter für die Entwicklung im Rheinland sehr wichtiger Punkt: Das Höchstalter, bis zu der eine Einweisung eines Jugendlichen in öffentliche Ersatzerziehung erlaubt war, wurde »bis zur Vollendung seines 20. Lebensjahres« (§ 64 JWG) angehoben.[23] Das alte Reichsjugendwohlfahrtsgesetz hatte restriktiver bestimmt, das Höchstalter auf das 19. Lebensjahr beschränkt und grundsätzlich einschränkend festgehalten, dass nur nach einer Prüfung der Aussicht auf Erfolg Fürsorgeerziehung oder Freiwillige Erziehungshilfe ausgesprochen werden dürfe (§ 63 RJWG Abs. 2 und 3).[24] Der Passus zur Erfolgsaussicht wurde im Jugendwohlfahrtsgesetz nicht mehr aufgenommen. Auch in den Ausführungen zur Beendigung der Fürsorgeerziehung oder Freiwilligen Erziehungshilfe spielt der (Mangel an) Erfolg keine Rolle mehr. Kannte das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz (§ 73 RJWG) die Regelung, »einen Minderjährigen nach Vollendung des 18. Lebensjahres wegen Unausführbarkeit der Fürsorgeerziehung aus Gründen, die in der Person liegen« zu entlassen, so wurde dieser Paragraph jetzt ersatzlos gestrichen.[25] Dafür wurde die Regelung eingeführt, dass die Fürsorgeerziehung oder Freiwillige Erziehungshilfe aufgehoben werden konnte,

17 Abel 1999, S. 178.
18 Vgl. Jans/Happe 1963, S. 62–67.
19 Jugendwohlfahrtsrecht 1958, S. 6 ff., 18; Jugendwohlfahrtsgesetz 1961, S. 33 f.
20 Jugendwohlfahrtsgesetz 1961, S. 33.
21 Ebd., S. 30.
22 Vgl. dazu ausführlich Kap. I.2.4.3.
23 Jugendwohlfahrtsgesetz 1961, S. 26.
24 Jugendwohlfahrtsrecht 1958, S. 14.
25 Ebd., S. 19.

wenn »erhebliche, fachärztlich nachgewiesene geistige oder seelische Regelwidrigkeiten eine andere Form der Hilfe erfordern« (§ 75 JWG Abs. 2).[26] Erkennbar wird das Anliegen, dem Rechtsanspruch auf Erziehung nachzukommen. Faktisch bewirkte die Umsetzung im Rheinland vor allem im Bereich der weiblichen Minderjährigen das Gegenteil.

Neben diesen Formen existierte im Rheinland noch die so genannte Gefährdeten- und Bewahrungsfürsorge. Die Gefährdetenfürsorge war nach einem Rundschreiben des Landesjugendamtes von 1933 für ältere weibliche Minderjährige gedacht, denen eine Unterbringung im Arbeitshaus dann erlassen wurde, wenn sie sich freiwillig für zwei Jahre in eine Fürsorgestelle einweisen ließen. Die Zustimmung der Personensorgeberechtigten konnte durch Gerichtsbeschluss ersetzt werden, und das ausdrückliche Einverständnis des Minderjährigen war fallengelassen worden. Sie wurde auch nach 1945 für Minderjährige nach Vollendung des 19. Lebensjahres (in Ausnahmefällen auch nach dem 18. Lebensjahr) fortgeführt und galt seit 1949 auch für männliche Jugendliche. Im Selbstverständnis des Landesjugendamtes sollte sie eine »Hilfe für Spätverwahrloste« sein. Meist handelte es sich um vermeintliche »sexuelle Verwahrlosung«. Als Kriterium galt, dass eine ein- bis zweijährige Heimerziehung mit Erfolgsaussicht durchgeführt werden könnte. Hier wurde in der Nachkriegszeit der nur geringe »Heimpflegesatz«, der davon ausging, dass die Betreffenden bald zu »nutzbringender Arbeit« herangezogen werden könnten, auf das Niveau der Freiwilligen Erziehungshilfe angehoben und auch eine zumindest hauswirtschaftliche Ausbildung mit Abschlussprüfung angestrebt. Die »Bewahrungsfürsorge«, die ebenfalls 1934 im Rheinland eingeführt worden war, bestand bei Fällen, die zuvor in Fürsorgeerziehung oder Freiwilliger Erziehungshilfe gewesen waren, bei denen aber das Erziehungsziel wegen vermeintlich »abartigen Verhaltens« (»Lebensuntüchtigkeit«, »charakterliche Haltlosigkeit«, »asoziale Lebensführung«) nicht als erreichbar angesehen wurde.[27]

Die Kosten verteilten sich bei beiden Fürsorgearten so wie bei der Freiwilligen Erziehungshilfe (zwei Drittel Landesjugendamt und ein Drittel Bezirksfürsorgeverbände). Beide Formen – Gefährdeten- wie Bewahrungsfürsorge – konnten ihre Herkunft aus der NS-Zeit nicht verleugnen. Sie bedeuteten eine besonders autoritäre Form der Sozialdisziplinierung, die zudem durch die während des Nationalsozialismus erfolgte Gleichsetzung von vermeintlicher Erziehungsunfähigkeit und Erbkrankheit stark belastet war und immer weniger in die Zeit der demokratischen Bundesrepublik passen sollte. So musste Martha Beurmann 1959 eine Anfrage nach der »Bewahrungsfürsorge« für eine Minderjährige in Brauweiler ablehnend beantworten und fertigte einen Vermerk, in dem sie darauf hinwies, dass die besondere Abteilung für minderjährige Frauen, »die als Zwischenform zwischen Arbeitshaus und Erziehungsheim für Schwerstverwahrloste« gedacht war, nicht mehr bestehe. Darin erinnerte sie an ein »Pressebild, das Herrn Medizinalrat Dr. Kurzweg mit der Spritze zeigte und mehr oder weniger deutlich damit in diesem Zusammenhang

26 Jugendwohlfahrtsgesetz 1961, S. 31.
27 Landschaftsverband Rheinland 1960, S. 108–110.

der Vorwurf erhoben wurde, als sei unberechtigt eine medikamentöse Behandlung gegen renitente Frauen eingeleitet worden«.[28]

Dies hinderte das Landesjugendamt nicht daran, noch 1960 ein »Jugendbewahrungsgesetz« zu fordern, da dieses »Zwischengebiet zwischen Erziehung, Aufgaben des Arbeitshauses und Aufgaben des Jugendstrafvollzugs« Sondereinrichtungen erfordere, welche weder nach dem § 13 des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes noch nach dem Familienrecht zu regeln seien, da diesen der Artikel 104 des Grundgesetzes entgegenstehe.[29] Die Befürworter einer bewahrungsgesetzlichen Regelung schafften es zwar im seit 1961 geltenden Bundessozialhilfegesetz, entsprechende Regelungen zu verankern, welche jedoch nachfolgend nur selten angewandt wurden. Im Jahre 1967 erklärte dann das Bundesverfassungsgericht diese Regelungen für grundgesetzwidrig, was zu ihrer Abschaffung führte.[30] Seit 1963 verschwand der ohnehin im Gesamtrahmen marginale und immer geringer werdende Anteil von Minderjährigen in Gefährdeten- und Bewahrungsfürsorge vollständig aus der Statistik.[31]

Doch nicht nur die Gefährdeten- und Bewahrungsfürsorge standen im Fokus der Kritik. Auch die Unzufriedenheit auf Seiten vieler Fürsorgeexperten über das JWG war groß und wuchs während des gesellschaftlichen Reformklimas Ende der 1960er Jahre. So hielt der dritte Jugendbericht von 1972 fest: »Noch in seiner jetzigen Herkunft ist das JWG völlig durch seine Herkunft aus dem Polizeirecht (Pflegekinderschutz) und Strafrecht (FE) und durch obrigkeitsstaatliche Vorstellungen einer eingreifenden Verwaltung geprägt.«[32] Trotz dieser großen Unzufriedenheit gelang keine schnelle Reform des JWG von 1961. Auch die sozialliberale Koalition scheiterte daran und konnte ihren Gesetzesentwurf 1980 aufgrund des Vetos des Bundesrates nicht durchsetzen.[33] Die lange Ära des JWG endete erst mit dem 1990 verabschiedeten Kinder- und Jugendhilfegesetz.[34] Auch wenn Fürsorgeerziehung und Freiwillige Erziehungshilfe zu diesem Zeitpunkt nur noch eine Nebenrolle in der Kinder- und Jugendfürsorge spielten, wurden sie offiziell erst damit aufgegeben. Will man ein Fazit der rechtlichen Rahmenbedingungen für den Untersuchungszeitraum ziehen, überrascht das hohe Ausmaß an Kontinuität. Trotz einiger Neuerungen unterschied sich die Fürsorgeerziehung in ihrer Konzeption nur geringfügig von der Praxis, wie sie auf

28 Vermerk betr. Grundsatzfragen über die Grenzziehung der pädagogischen Zuständigkeit der öffentlichen Ersatzerziehung (Beurmann, 2.2.1959), in: ALVR 40372.

29 Landschaftsverband Rheinland 1960, hier 110. »Diese Minderjährigen terrorisieren vielfach ihre Familien und ihre Umgebung. Sie verstricken sich häufig immer mehr in eine asoziale Lebenseinstellung ohne straffällig zu werden. Ein Beispiel ist die mit allgemeiner schwerer Verwahrlosung verbundene Prostitution weiblicher Minderjähriger.«

30 Vgl. Willing 2003, S. 253–285.

31 So zählte der Landschaftsverband 1954 noch 215 Fälle in der Gefährdeten- und 64 in der Bewahrungsfürsorge, was bis 1963 auf sieben bzw. drei Fälle absank. Zahlen nach: Landschaftsverband Rheinland 1965, S. 93.

32 Bundesministerium 1972, S. 31.

33 Vgl. dazu einführend zu Reformanstößen Hasenclever 1978, S. 215–222 und Gries/Ringler 2005, S. 55 ff.

34 Vgl. dazu einführend mit weiterführender Literatur Gries/Ringler 2005, S. 61–73.

Grundlage des Fürsorgegesetzes von 1900 noch im Kaiserreich entfaltet worden war. Auch strukturell und personell lässt sich eine beeindruckende Kontinuität aufweisen.

2.2 Das Landesjugendamt Rheinland: Struktur und Personen

2.2.1 Die Übergangszeit (1945–1953)

Über die Organisation der öffentlichen Erziehung wurde im Gebiet des 1946 gegründeten Bundeslandes Nordrhein-Westfalen im Rahmen eines größeren Streitthemas heftig gerungen.[35] Dabei ging es um die Frage, ob eine den Provinzialverbänden ähnliche Struktur geschaffen oder die Aufgabengebiete auf andere Behörden verteilt werden sollten. Dieser »siebenjährige Krieg«,[36] wie die Auseinandersetzung damals umgangssprachlich genannt wurde, endete mit dem Sieg der Befürworter der alten Ordnung – vor allem die konfessionellen Wohlfahrtsverbände hatten sich mit Erfolg für eine Fortsetzung der Provinzialverbände ausgesprochen.[37] Am 6.5.1953 verabschiedete der Düsseldorfer Landtag mit großer Mehrheit die Landschaftsverbandsordnung zur Gründung eines westfälisch-lippischen und eines rheinischen Landschaftsverbandes als kommunale Selbstverwaltungskörperschaften höherer Ordnung in Rechtsnachfolge der Provinzialverbände. Damit war auch festgelegt, dass die Aufgabe der öffentlichen Ersatzerziehung an die Landschaftsverbände delegiert wurde. In Einklang damit hielt das nordrhein-westfälische Gesetz zur Ausführung des Reichsgesetzes für Jugendwohlfahrt vom 23.10.1956 fest, dass jedem der beiden Landschaftsverbände ein Landesjugendamt angehöre (§ 9 Abs. 1) und die Landesjugendämter als »Fürsorgeerziehungsbehörden« fungierten (§ 18).[38]

Anders als das Landeshaus in Münster, das seine Arbeit auch während der Zeit zwischen 1945 und 1953 fortsetzen konnte, wurde die rheinische Provinzialbehörde 1946 faktisch aufgelöst und in die Landesverwaltung, konkret in das Oberpräsidium Nordrhein, eingegliedert. Es war damit Teil des von 1946 bis 1953 bestehenden Sozialministeriums NRW.[39] Formalrechtlich wurde ein Fortbestehen des Provinzialverbandes Rheinland in der Zeit von 1945 bis 1953 konstruiert, wobei nur dessen Aufgaben von der staatlichen Verwaltung wahrgenommen worden seien.[40] Dieses kurze Zwischenspiel endete, wie oben geschildert, 1953.

35 Vgl. dazu Köster 1999, S. 509–522.
36 Brunn/Reulecke 1996, S. 98.
37 Vgl. für Westfalen Köster 1999, S. 513.
38 Das Gesetz ist abgedruckt in Jugendwohlfahrtsrecht 1958, S. 22–29.
39 Es wurde 1953 aufgelöst und fand Nachfolgebehörden im Ministerium für Arbeit, Soziales und Wiederaufbau (1953–1954), Ministerium für Arbeit und Soziales (1954–1970), Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (1970–1998).
40 Vgl. Enseling 1953, S. 77–79.

2.2.2 Das Personal – Kontinuität und Wandel

Wie bereits beschrieben, arbeitete das Landesjugendamt über das Kriegsende hinaus. Bei Kriegsende war die Verwaltung der rheinischen Fürsorgeerziehung sehr zersplittert. Der gesamte in Düsseldorf ansässige Provinzialverband war nach den ersten großen Bombenangriffen auf Düsseldorf seit 1943 in seiner Verwaltung auf immer mehr Außenstellen verteilt worden. Die Fürsorgeerziehungsbehörde saß zum Beispiel seit Anfang 1945 in einem Haus des Bergischen Diakonissenhauses im ländlichen Aprath zwischen Wuppertal und Düsseldorf.[41] Sie mühte sich, einen Überblick über ihr eingeschränktes Arbeitsgebiet zu behalten, und hatte sich mit der Militärregierung zu arrangieren.

Die alliierte Überprüfung der beschäftigten Mitarbeiter erbrachte im September 1945 die Internierung des Ressortleiters Walther Hecker und der Leiterin des Referats für die Fürsorgeerziehung, Martha Beurmann, die beide Mitglieder der NSDAP gewesen waren.[42]

Der Jurist Walther Hecker (1889–1974) hatte als Landesrat die Jugendwohlfahrtsabteilung der rheinischen Provinzialverwaltung seit April 1930 geleitet. Er war zuvor bei der Bezirksregierung Düsseldorf für Fragen der Jugendwohlfahrt zuständig gewesen und gegen die Stimmen der KPD und des Zentrums zum Landesrat gewählt worden.[43] Obwohl er Distanz zum organisierten Katholizismus hielt – er war nicht Mitglied der Zentrumspartei –, war er durchaus ein Verfechter der konfessionellen Wohlfahrtspflege. Da er auch dem Nationalsozialismus offen gegenüberstand, konnte er seine Positionen als Leiter der Fürsorgeerziehungsbehörde und stellvertretender Vorsitzender des Landesjugendamtes über die NS-Zeit halten. Als technokratischer Fachbeamter hatte er sich sehr in der oben beschriebenen rassistischen Überformung der Differenzierung der Fürsorgeerziehung engagiert. Nachdem er 1946 von der Militärregierung wieder freigelassen worden war, arbeitete er bis 1949 als Referent für Jugendwohlfahrt im Diözesan-Caritasverband Köln. Seit 1950 war er als Referent im Arbeits- und Sozialministerium NRW tätig, wo er dann 1952 wieder die Leitung der Abteilung Jugendwohlfahrt übernahm. Er schied Ende 1954 aus Altersgründen aus.[44]

Der promovierte Jurist Landesrat Ferdinand Saarbourg (1888–1977) war Hecker 1930 bei der Wahl zum Leiter der Abteilung unterlegen gewesen. Er war evangelisch und der Ansprechpartner für die Innere Mission. Er bearbeitete nachfolgend wesentlich die Aufgabenbereiche Jugendpflege und Jugendbewegung innerhalb der Fürsorgeerziehungsbehörde und wirkte von 1937 bis 1946 zusätzlich als Abteilungsdirigent der Rheinischen Versorgungskassen und Leiter der Abteilung für Blinden- und Gehörlosenfürsorge. Nach der Internierung Heckers übernahm er 1945 dessen Funktion und wechselte 1946 ins Sozial-

41 Vgl. Steinacker 2007, S. 697.

42 Die genauen Gründe für die Verhaftung der beiden bleiben unklar, doch geschahen diese Internierungen oft aufgrund der wahrgenommenen Positionen und NS-Parteimitgliedschaften.

43 Vgl. zu seiner Biographie Hansen 1991, S. 388; Blum-Geenen 1997, S. 331; Klee 2003, S. 235 f.; Hammerschmidt 2005, S. 360 f.; Steinacker 2007, S. 203 ff.; ALVR 18168.

44 Pressenotiz zur Verabschiedung von Walther Hecker (29.12.1954), in: ALVR, NL Klausa 30. »Er half wesentlich mit, daß auch in der Zeit von 1933–1945 die rheinischen Anstalten der Jugendhilfe vorwiegend ihren konfessionellen Charakter beibehielten.«

ministerium, wo er bis 1954 als Chefjustitiar arbeitete. Er beteiligte sich 1949 an der Wiedergründung des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes und war von 1960 bis 1963 dessen Leiter.[45]

Eine wichtige Persönlichkeit, die eine Kontinuität der jugendfürsorgerischen Verwaltung im Rheinland von der NS-Zeit in die Bundesrepublik widerspiegelte, war neben Walther Hecker die Juristin Martha Beurmann (1907–1983). Sie stammte aus einer evangelischen Familie. Der Vater war Oberbauingenieur und zog berufsbedingt 1926 mit der Familie von Kiel nach Essen. Laut ihrer Angabe im Lebenslauf 1939 fasste sie bereits in der Schule den Entschluss, Jura zu studieren, doch war ihr Vater gegen diesen Berufswunsch eingestellt, weswegen sie ein Jahr lang nach der Schulentlassung im Haushalt der Eltern und bei Verwandten hauswirtschaftliche Kenntnisse erwarb.[46] Im Sommersemester 1927 nahm sie dann das Studium der Rechtswissenschaften auf. Sie studierte bis 1930/31 in Bonn, Kiel und München. Sie leistete Praktika am Evangelischen Jugendamt in Bonn, dem dortigen Städtischen Jugendamt und dem Vormundschaftsgericht im Frühjahr 1931 ab, was ihr einen guten Einblick in die Praxis der Jugendhilfe gewährte.[47] Insbesondere der überregional bekannte Bonner Jugendrichter Ludwig Clostermann stellte ihr ein gutes Zeugnis aus. Von 1934 bis 1937 machte sie verschiedene Anwaltsvertretungen und musste 1937 in Essen auf eine Stelle im mittleren Dienst der Justizverwaltung gehen, da Frauen nicht im höheren Dienst arbeiten durften. Seit etwa Anfang 1939 arbeitete sie im Reichsjustizministerium, wo sie von Staatssekretär Freisler mit Fragen des weiblichen Strafvollzugs beschäftigt werden sollte. Dennoch ging sie im April 1939 auf das Angebot ein, eine Stelle bei der auf den ersten Blick sehr viel geringer gewerteten Provinzialverwaltung Rheinland anzutreten. Laut eines Vermerks von Verwaltungsdirektor Kitz machte sie bei einem Gespräch Anfang April 1939 einen hervorragenden Eindruck. Sie würde kommen, wenn sie die Zusage bekäme, in absehbarer Zeit eine Landesoberverwaltungsratsstelle zu erhalten.[48] Eine solche war zwar nicht direkt verfügbar, doch ließ sich Beurmann darauf ein. Sie erhielt die Möglichkeit, neben ihrer Tätigkeit mit einer Arbeit über das Thema »Das Erfordernis schuldhaften Verhaltens der Eltern als Voraussetzung zur Anordnung von Jugendhilfemaßnahmen nach herrschender Rechtslehre, Rechtsprechung und künftigem Recht« an der Reichsuniversität Straßburg zu promovieren.[49]

Martha Beurmann agierte als Fürsorgeerziehungsdezernentin in der Provinzialverwaltung und bearbeitete im Landesjugendamt den Schwerpunkt Jugendstrafrechtsreform. Sie setzte sich zu Kriegsbeginn für eine Ausweitung der Verbotsbestimmungen ein, wie sie dann auch in den Polizeiverordnungen zum Schutz der Jugend 1940 realisiert wurde. Sie war besonders nach dem Tod ihrer Vorgesetzten, Gräfin von Merfeld, für den Bereich der

45 Hansen 1991, S. 408; Steinacker 2007, S. 204.
46 Lebenslauf Martha Beurmann (15.4.1939, handschr.), in: ALVR 38378, Bl. 2.
47 Zeugnisabschrift (Clostermann, 12.9.1931), in: ebd., Bl. 5.
48 Vermerk an Landesrat Hecker (Kitz, 4.4.1939), in: ebd., Bl. 19.
49 Promotionsurkunde der Reichsuniversität Strassburg für Martha Beurmann 1.7.1942 (Rektor Karl Schmidt, Dekan Rechts- und Staatswissenschaften Dr. Friedrich Schaffstein), in: ebd., Bl. 78.

weiblichen Zöglinge und die Aufsicht über die konfessionellen Belegheime zuständig.[50] Beurmann engagierte sich sowohl in der NS-Frauenschaft und in der HJ wie auch in evangelischen Kreisen. Sie war zum Beispiel 1943 nach Wittlaer gezogen, wo sie in unmittelbarer Nähe zum Anstaltskomplex der Düsselthaler Anstalten wohnte. Nach dem Krieg erhielt sie verschiedene Leumundszeugnisse, so vom rheinischen Generalsuperintendenten Stoltenhoff und dem rheinischen Präses Held, die ihr bescheinigten, dass sie sich nicht besonders nationalsozialistisch exponiert habe und auch in evangelischen Kreisen mitarbeite.[51] Nach ihrer Entlassung aus der Internierung arbeitete sie vom Sommer 1946 bis zum Juli 1947 als Fürsorgehelferin beim Gemeindedienst für Innere Mission in Düsseldorf. Dann übernahm der Allgemeine Fürsorge-Erziehungs-Tag unter seinem Leiter Johannes Wolff die in der Jugendfürsorge ausgewiesene Juristin als Geschäftsführerin.

Seitdem sie im Januar 1948 vom Entnazifizierungsausschuss ihre Einstufung in die Kategorie IV (Mitläufer) in Händen hatte, versuchte sie zurück in den Dienst der Landesverwaltung zu kommen.[52] Trotz Bedenken auf politischer Seite gelang es ihr im Juli 1949, als Referentin im Sozialministerium NRW wieder eingestellt zu werden. Im Januar 1952 wurde sie auch wieder als Regierungsrätin ins Beamtenverhältnis berufen. Nach der Neugründung des Landschaftsverbandes Rheinland 1953 erreichte sie 1955 die Position einer Landesoberverwaltungsrätin, 1965 der Landesverwaltungsdirektorin und schließlich 1970 der Leitenden Landesverwaltungsdirektorin. Ende Februar 1972 ging sie in den Ruhestand. Martha Beurmann war eine der führenden Figuren des Landesjugendamtes, die sowohl Fragen der Heimaufsicht wie auch Konzeptionen der Jugendfürsorge und zahlreiche Programmpapiere erstellte.[53] Dennoch wurde sie nicht Leiterin des Landesjugendamtes.

Die Nachfolge ihres alten Chefs, Walther Hecker, trat 1955 der Jurist Karl-Wilhelm Jans (1911–2007) an. Der in Moers geborene Jans war Sohn eines evangelischen Kaufmanns. Er besuchte das humanistische Gymnasium Adolfinum in Moers und begann 1930 sein Jurastudium.[54] Er wurde nach dem Referendariat 1934 in den juristischen Vorbereitungsdienst und schließlich in das Beamtenverhältnis aufgenommen. Im Jahre 1936 promovierte er in Köln mit einer Arbeit über »Das Recht am Unternehmen und die Wirtschaftsordnung«.[55] In seinen sehr formalrechtlichen Argumentationen sah er – wie viele Juristen der damaligen Zeit – in »jedem Recht die Pflicht zur sozialen Ausübung« walten, was zeitgenössisch durch die nationalsozialistischen Grundlehren bestimmt sei.[56] Jans blieb nachfolgend in

50 Vgl. Steinacker 2007, S. 577–579; ALVR 38378.

51 Vgl. EkiR (Präses Held) an Ministerialdirektor Stöver (18.8.1950), in: ALVR 38378, Bl. 201.

52 Entnazifizierungsausschuss für den Reg.-Bez. Düsseldorf an Sozialministerium (5.1.1948), in: ebd., Bl. 147. »Ihre Wiedereinstellung als Provinzialverwaltungsrätin wird empfohlen.«

53 Vgl. LOVR Dr. Beurmann an LD (über LR Dr. Jans, 1.2.1962) (mit Anlage: »Ziel meiner Arbeit in der öffentlichen Erziehung, aufgegriffene Arbeiten, Arbeitsstand«), in: ALVR, NL Klausa 33; siehe auch den rückblickenden Bericht über ihre Zeit: Stellungnahme von Frau Dr. Martha Beurmann zum Abschlussbericht 7.9.1973, in: ALVR, 38879, Bl. 154–196.

54 Vgl. handschr. Lebenslauf Karl-Wilhelm Jans (10.7.1945), in: ALVR, Personalakte Jans; Jugendhilfe-Report 2/2007, S. 20.

55 Jans 1936. Seine Referenten waren Heinrich Lehmann und Hans Carl Nipperdey.

56 Ebd., S. 3 und 90 f. Dabei berief sich Jans u. a. auf Carl Schmitt. Vgl. auch Jans 1934, S. 1058 ff.

einer Verwaltungslaufbahn. Er durchlief die Positionen eines Probeassessors 1939, Regierungsassessors 1940 und Regierungsrats 1941. Seit 1939 war er beim Landratsamt Angermünde beschäftigt und wurde formell 1942 auf die Stelle eines Regierungsrats bei der Behörde des Reichsstatthalters Kärnten in Klagenfurt versetzt. Er war allerdings seit dem Oktober 1939 bei der Wehrmacht und geriet in Kriegsgefangenschaft.



Karl-Wilhelm Jans (undatiert)

Er wurde im Mai 1945 aus der Kriegsgefangenschaft entlassen und im August 1945 bei der Kreisverwaltung Moers als Regierungsrat eingestellt. Von April 1946 bis zum Frühjahr 1955 war er Beigeordneter der Kreisverwaltung Moers, wo er unter anderem mit jugendfürsorgerischen Fragen befasst war. Die Entnazifizierung hatte er 1947 mit der Einstufung in die Kategorie IV (Mitläufer) überstanden. Im Frühjahr 1955 wurde er dann zum Nachfolger Heckers als Landesrat im Landschaftsverband Rheinland und Leiter der Abteilung IV Jugendwohlfahrt bestimmt. Nach der Erinnerung des Landesdirektors Udo Klausa hatte im Vorfeld dieser Personalfrage Prälat Wilhelm Böhler[57] bei Klausa erfolglos darauf gedrungen, dass ein Katholik in diese Position kommen solle.[58] Diese Funktion nahm Jans bis zu seinem Ruhestand 1974 wahr. In der Begründung für die Verleihung des Verdienstkreuzes erster Klasse wurde seine Zeit so beschrieben: »Wiederaufbau und Umgestaltung von bestehenden Landesjugendheimen, Neubau von Landesjugendheimen und Heimen der freien Träger, Reform der öffentlichen Erziehung. In diesem Zusammenhang bahnbrechende neue Planungen bereits Ende der fünfziger Jahre durch die Konzeption des neuen Heilpädagogischen Landesjugendheims in Süchteln und des 1966 eröffneten Landesjugendheims Abtshof in Hennef: Aufgabe der früher von der Außenwelt weitgehend abgeschlossenen Fürsorgeerziehung zugunsten einer freizügigeren Erziehung mit erheblich erweitertem Angebot an die Jugendlichen, vermehrte Einschaltung von Psychologen und Psychiatern, verringerte Bettenzahl in den Schlafräumen, Verringerung der Gruppenstärken bei Vergrößerung des pädagogischen Mitarbeiterstammes, Öffnung der Heime nach außen.«[59]

57 Wilhelm Böhler (1891–1958) war bereits 1948 der katholische Beauftragte gegenüber dem Parlamentarischen Rat und Vertreter des nordrhein-westfälischen Episkopates bei der Landesregierung in Düsseldorf, vgl. Ganslmeier 2005.

58 Udo Klausa, Erinnerungen 1948–1974, in: ALVR, NL Klausa 401, Bl. 174.

59 LVR an Innenminster NRW (29.7.1974), in: ALVR, Personalakte Jans.

Diese lobende Beschreibung fasste zwar viele Fortschritte (in der Eigensicht des Landschaftsverbandes) zusammen, doch wird man auch einige Fragezeichen anbringen müssen, wie noch zu zeigen sein wird. Ferner hatte sich Jans in der »öffentlichen Jugendarbeit« und bei der Errichtung des Jugendhofs Königswinter engagiert. Zahlreiche Veröffentlichungen wiesen ihn als Fachmann in seinem Gebiet aus. So zeichnete er bereits in den 1950er Jahren für eine vom Landschaftsverband herausgegebene Sammlung von Gesetzestexten zum Jugendwohlfahrtsrecht verantwortlich und schrieb mit seinem damaligen Mitarbeiter und späteren Landesrat beim westfälischen Landschaftsverband Günter Happe ein »Handbuch für die Jugendhilfe« wie auch einen wichtigen Kommentar zum Jugendwohlfahrtsgesetz, der in modernisierter Form bis heute weiterexistiert.[60] Ferner ist seine ehrenamtliche Mitarbeit in Verbänden wie dem Allgemeinen Fürsorge-Erziehungs-Tag, wo er seit Anfang 1959 Vorstands- und Beiratsmitglied war und seit 1960 dem Rechtsausschuss (damals noch zur Reform des JWG), seit 1965 dem Ausbildungsausschuss, seit 1966 dem Ausschuss für Forschung und seit 1968 dem Ausschuss für offene Hilfen angehörte, erwähnenswert. Zudem hatte er während seiner gesamten Amtszeit die Federführung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter und war in vielfältiger Form an den von dort gegebenen Richtlinien beteiligt.

Im Untersuchungszeitraum der 1950er und 1960er Jahre repräsentiert auch der Landesdirektor des Landschaftsverbandes Udo Klausa (1910–1998), der von 1954 bis 1975 diese Position bekleidete, eine gewisse Kontinuität.[61] Klausa entstammte einer katholischen Familie. Sein Vater war Landrat des Kreises Leobschütz in Oberschlesien gewesen, wo Klausa das humanistische Gymnasium besuchte. Ab 1929 studierte er Rechts- und Staatswissenschaften in Grenoble, Paris und Breslau. Im Februar 1933 legte er hier sein Referendarexamen ab, das er wie die große Staatsprüfung mit »gut« absolvierte. Von 1933 bis 1937 hatte er bei den Amtsgerichten Ohlau und Leobschütz sowie beim Landgericht Ratibor als Referendar und dann bei der Regierung in Frankfurt/Oder, dem Landratsamt im Kreis Teltow, dem Amt Angermünde, dem Amt Welzow und dem Landratsamt Jüterbog (dort als Vertreter des Landrats) gearbeitet. Auch in seiner Zeit als Regierungsassessor wirkte er an verschiedenen Landratsämtern, bis er im Oktober 1939 als Regierungsrat zum persönlichen Referenten des in Posen als Regierungspräsident agierenden August Jäger wurde. Jäger war 1933/34 Reichskommissar für die evangelische Kirche gewesen und offenbar für den Aufbau der deutschen Verwaltung in Posen als Vertreter von Gauleiter Artur Greiser reaktiviert worden. Laut der eigenen Darstellung, die Klausa in seinen autobiographischen Aufzeichnungen hinterlassen hat, wurde er vom Reichsinnenministerium in diese Position geschoben, um Informationen über dieses neu dem Reich angegliederte Gebiet und die dortige Verwaltung einzuholen.[62] Klausa schaffte es laut eigener Darstellung auch,

60 Jugendwohlfahrtsrecht 1958; Jans/Happe 1963.

61 Alle Angaben nach ALVR 38266.

62 Vgl. Udo Klausa, Erinnerungen, Bd. I, in: ALVR, NL Klausa 400, Bl. 136; vgl. allgemein Broszat 1965, bes. S. 58 f.



Martha Beurmann Referat, JWA Sitzung in Haus Fichtenhain, undatiert

ein Vertrauensverhältnis zu dem redseligen Jäger aufzubauen.[63] Klausa hatte es aber auch mit Umsiedlungsaktionen der Deutschen und Polen aus dem Warthegau, die nach Posen kamen, zu tun. Im Februar 1940 schließlich übernahm er das Landratsamt des Kreises Bendzin (1941 zu »Bendsburg« umbenannt) im nordöstlichen Teil des Regierungsbezirks Kattowitz. Hier wohnten nach seinen Angaben 195.000 Einwohner, von denen nur 13.000 als Deutsche und rund 40.000 als Juden galten. Klausa betont, dass er dort nur zivile Verwaltung gemacht habe im Gegensatz zu der SS, die unter dem Label des »Reichskommissars zur Festigung deutschen Volkstums« die Aussiedlung der Polen, die Umsiedlungsaktionen Volksdeutscher und die Deportation der Juden betrieben habe. Von Auschwitz als Vernichtungslager habe er erst nach dem Krieg gehört.[64]

Im Frühjahr 1942 meldete er sich freiwillig zur Wehrmacht, um den offenbar bedrückenden Verhältnissen im Landkreis zu entkommen. Seine Familie siedelte in den Westen des Reiches über, wo sich Klausa kurz vor Kriegsende von seiner Truppe löste. Er tauchte mit

63 So habe Klausa mit Jäger abends häufiger zwei Flaschen Wein zwischen 22.00 und 2.00 Uhr geleert und erzählt. Dabei habe Klausa auch den Fall des Landrats von Hirschfeld erfahren, der mit einigen Volksdeutschen in Hohensalza das Gefängnis überfallen und dort einsitzende Polen erschossen habe. Klausa habe diesen Fall an das Reichsjustizministerium gemeldet, um solche Gräuel abzustellen (vgl. Udo Klausa, Erinnerungen, Bd. 1, in: ALVR, NL Klausa 400, Bl. 136).

64 Ebd., Bl. 220. Dennoch berichtet er auch die Geschichte, wie er seinen jüdischen Hausbesorger und dessen Familie vor einer Deportation zumindest zeitweise bewahrte, ihn sogar aus einem Lager in Bendschin holte. Dieses Erlebnis habe seine Meldung zur Wehrmacht im Frühjahr 1942 sehr beeinflusst. »Aber man wurde eben unschuldig – schuldig!« (ebd., Bl. 162–164).

seiner Familie in einem Schloss unter und entging der Kriegsgefangenschaft. Klausa lernte am Kriegsende den Unternehmer Schaumann kennen, in dessen Firma er von 1945 bis 1948 arbeitete.[65] Bis 1951 war er anschließend bei der Spinnerei und Strickwarenfabrik Josef Kudlich in Kempen als kaufmännischer Leiter beschäftigt. Obwohl sich Klausa aufgrund seiner familiären und beruflichen Herkunft zu den alten Ministerialkreisen zählte, gelang es ihm offenbar nicht, eine Stelle im öffentlichen Dienst zu erhalten. Verschiedene Versuche, unter anderen auch einmal im Bundesinnenministerium unter Gustav Heinemann, blieben erfolglos. Erst 1951 hatte seine Bewerbung als Geschäftsführer des Nordrhein-Westfälischen Landkreistages Erfolg. Er hatte hier seine NSDAP- und SA-Mitgliedschaft zugegeben und wäre deswegen beinahe nicht gewählt worden. Doch er konnte den ›Persilschein‹ eines katholischen Prälaten vorweisen, der ihn in seiner Zeit als Landrat in Oberschlesien kennengelernt hatte und bei ihm Verständnis für die Anliegen der katholischen Kirche gefunden hatte.[66] Dies sicherte Klausa offenbar die Wahl und damit seinen Wiedereintritt in den öffentlichen Dienst.[67] Im Jahre 1954 wurde er zum Landesdirektor des Landschaftsverbandes Rheinland gewählt, 1966 in diesem Amt bestätigt, aus dem er 1975 in den Ruhestand ging.

Zuvor war er insbesondere von den im Verein »Sozialpädagogische Sondermaßnahmen Köln« (SSK) zusammengeschlossenen sozialkritischen Gruppen als »Edelnazi« schwer kritisiert und insbesondere wegen seiner NS-Vergangenheit angegriffen worden.[68] Diese Angriffe lassen sich eindeutig als politische Instrumentalisierungen seiner NSDAP-Mitgliedschaft deuten. Die aus heutiger Perspektive wesentlich problematischere Zeit als Referent des 1948 in Polen wegen seiner Untaten hingerichteten August Jäger und als Landrat in Oberschlesien war nicht Thema der Angriffe. Vielmehr ging es in einer »Die Aussonderung der Entarteten« überschriebenen Dokumentation über den Landschaftsverband Rheinland um eine moralische Delegitimierung des LVR und seiner Mitarbeiter, die »grausame und ungesetzliche Mißstände in den Heimen« existieren ließen. Zuerst sei alles verdunkelt, dann abgestritten, schließlich jahrelang »untersucht« worden, um dann alles beim Alten zu belassen.[69] Klausa war allerdings im Gefolge der Heimbefreiungen

65 Schaumann soll nach Klausas Darstellung ebenso wie er selbst unter der »Nazijagd« gelitten haben. Klausa hatte zu Kriegsende die Betrachtung »Wann wird der Haß überwunden?« geschrieben, welche die verfehlte Politik der Sieger aufzeigt und die Freundschaft der beiden Männer befördert habe (vgl. ALVR, NL Klausa 402, Dokument Nr. 3).

66 Siehe Bescheinigung von Monsignore Albert Büttner vom 4.7.1946, in: ALVR, NL Klausa 400, Bl. 152.

67 ALVR, NL Klausa 401, Bl. 9 ff.

68 »Die Aussonderung der Entarteten«, Dokumentation über den Landschaftsverband Rheinland (Kopie), in: ALVR 40468. So hatte der SSK insbesondere Auszüge aus der Schrift von Udo Klausa, Rasse und Wehrrecht, abgedruckt und skandalisiert.

69 »Der Landschaftsverband läßt seinen Geisteskranken keinen tödlichen Giftbrei reichen, er schickt keine Krüppel ins Gas und läßt aufsässige und straffällige Jugendliche nicht in KZs und Strafkompanien verheizen. Im Gegenteil, er wendet Milliarden an Steuergeldern für diese Menschen auf. Wenn man aber die Bilder aus den Anstalten des Udo Klausa betrachtet, wo Menschen in Löchern hinter schweren Eisengittern vegetieren, wenn man die Berichte von Menschen hört, die in den Erziehungsheimen des Udo Klausa mit brutalen und zynischen Methoden in die Kriminalität, die Trunksucht,

und der Skandalisierungen der Heimerziehung durchaus reformfreudig und schlug zum Beispiel 1971 von sich aus die Erarbeitung einer »Idealkonzeption« vor. Das Anliegen der SSK erkannte er innerlich an, wenn er auch dachte, dass diese mit ihren Wohngemeinschaften nicht »den Stein des Weisen« gefunden hätten.[70] Insbesondere den politischen Zusammenhang der SSK lehnte Klausa ab: »Daß die Initiatoren dieser Bewegung nicht etwa gesellschaftskonforme Persönlichkeiten sondern Janitscharen der Revolution züchten wollen, ist ein Anlaß mehr, nach einem eigenen Konzept Ausschau zu halten.«[71]

Klausa, Jans und Beurmann gehörten einer Juristengeneration an, die im Nationalsozialismus ihre berufliche Sozialisation erhalten, sich hier ideologisch und funktional angepasst hatte und sich in der Bundesrepublik wieder entsprechend anpasste. Dabei lösten sie sich von der rassistischen Überformung der Jugendfürsorge und kehrten zu einem autoritären Muster der Fürsorglichkeit zurück. Dies zeigte sich unter anderem in den Grenzbereichen der Jugendfürsorge wie bei der Frage nach den so genannten Unerziehbaren, als man im Rheinland bis zum Beginn der 1960er Jahre ein Bewahrungsgesetz forderte. Einer anderen Generation gehörten Helmut Saurbier (Jg. 1934), der Nachfolger von Karl-Wilhelm Jans, und Rudolf Kraus (Jg. 1929) an.

Helmut Saurbier kam aus einer katholischen Familie und war der Sohn eines Stadtdirektors. Er studierte von 1954 bis 1958 Jura in München, an der Freien Universität Berlin und in Münster. Als Referendar arbeitete er von 1958 bis 1962 am Oberlandesgericht Köln und beim Westdeutschen Rundfunk. Anschließend trat er in die Dienste des Landschaftsverbandes und erreichte 1963 die Position eines Landesassessors, 1966 eines Landesverwaltungsrats und schließlich 1974 des Landesrats, worin er 1986 bestätigt wurde und 1994 in den Ruhestand ging. Ab dem Oktober 1963 wirkte er als Leiter der Referate 42 und 45, welche die Fürsorgeerziehung, Freiwillige Erziehungshilfe, Heimaufsicht, die Jugendämter, die Fachaufsicht und Fachfortbildung umfassten, darunter auch die Heimaufsicht und die Neubauplanung der landschaftsverbandseigenen Heime. Er besaß zudem auch Kenntnisse im internationalen Jugendrecht, wobei ihm seine englischen und französischen Sprachkenntnisse zugute kamen.[72] In der Nachfolgefrage von Jans als Leiter der Abteilung 4

auf den Strich oder in den Selbstmord getrieben werden, wenn man die Bilder sieht, in denen junge Menschen noch vor wenigen Jahren auf den Höfen von Udo Klausas Heimen in den gestreiften Jacken und den genagelten Holzschuhen der KZ-Häftlinge antreten, wenn man die Menschen, einstmals gesunde Menschen, kennenlernt, die durch regelmäßige Verabreichung schwerster Gifte und Betäubungsmittel körperlich und persönlich zerstört worden sind, dann begreift man, daß hier das Programm, das Udo Klausa sich selbst gab: ›die Aussonderung der Entarteten‹, immer weiter, Jahr für Jahr, verwirklicht worden ist, so als hätte es den 8.5.1945 nicht gegeben.« (»Die Aussonderung der Entarteten«, Dokumentation über den Landschaftsverband Rheinland [Kopie], in: ALVR 40468).

70 LD Klausa an Jans (4.3.1971), in: ALVR, NL Klausa 35.

71 Ebd. Auf einer vom SSK gestürmten Sitzung des LJWA habe Klausa nach eigener Beschreibung einen Störer, der bei einem Tumult einen Polizisten überwältigt hatte, an den Füßen hochgezogen und mit dem Kopf auf den Boden »gebumst« (Udo Klausa: Erinnerungen 1948–1975, in: ALVR, NL Klausa 401, Bl. 178 f.).

72 Vgl. ALVR, Personalakte Helmut Saurbier.

des Landschaftsverbandes setzte er sich 1974 gegen Rudolf Kraus durch, der vom ein Jahr später scheidenden Landesdirektor Udo Klausa favorisiert worden war.[73]

Kraus hatte von 1954 bis 1962 Politik, Soziologie, Rechts- und Sozialwissenschaften in Basel, Freiburg, Fribourg (Schweiz), Mainz und München sowie an der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin studiert. Seit 1961 führte er Lehraufträge über Sozialpädagogik durch. Er promovierte zweifach als Pädagoge und als Politikwissenschaftler und wurde 1971 Honorarprofessor für Sozial- und Jugendhilfe an der Ruhr-Universität Bochum. Seit 1966 arbeitete er als Landesoberverwaltungsrat beim Landschaftsverband Rheinland, wurde 1971 Landesverwaltungsdirektor und 1973 Leitender Landesverwaltungsdirektor. Klausa schätzte ihn besonders, weil er in der schwierigen Zeit zu Beginn der 1970er Jahre in die Wohngemeinschaften des SSK ging und sich dort Diskussionen stellte und Vermittlungen anbot.[74] Nach dem Ausscheiden von Martha Beurmann übernahm er im Mai 1972 deren Aufgaben im Referat 42.[75] Die Nachfolge von Jans in der Abteilungsleitung erhielt er jedoch 1974 nicht. Er ging dann 1975 in die Hauptfürsorgestelle des Landschaftsverbandes und wechselte später ins Sozialministerium nach Hessen.

Der Wandel, der sich im Landesjugendamt seit dem Ende der 1960er Jahre vollzog, wird schlaglichtartig an dem Vermerk eines Mitarbeiters im Landesjugendamt aus dem Jahr 1975 beleuchtet, in dem sich ein seit 1961 im Rheinland aktiver konfessioneller Anstaltsleiter über genau diese Veränderungen beschwerte und einen verloren gegangenen alten Konsens einforderte. So führte angesichts der Kündigung einer Mitarbeiterin, die der Vertreter des Landesjugendamtes in Frage gestellt hatte, der Direktor eines Düsseldorfer Heims laut dem Vermerk des Landesjugendamtes aus: »Was ich jedoch hier gemacht hätte, sei miese – später steigerte er sich auf mieseste – Soziologie. […] Wir könnten ihm nicht an den Karren fahren. Er […] habe sich für die Bekennende Kirche entschieden und würde auch mit Leuten wie mir fertig. Dann zählte er mir die Verdienste seiner Vorfahren auf, beginnend mit der Reformation über den Kirchenkampf und Leistungen seines Großvaters und erwähnte schließlich seine derzeitigen Freunde, bis hin zum jetzigen Bundeskanzler und dem Bundespräsidenten. Früher sei im LJA alles anders gewesen, da habe man sich auf die Leute verlassen können. Jetzt aber seien lauter Ideologen am Werke. Ob die wirklich meinten, sie könnten und sollten etwas gegen die freien Träger unternehmen.«[76] Diese Beschwerde,

73 Beide waren CDU-Mitglieder, doch trat Kraus nach Einschätzung von Klausa offenbar zu arrogant vor der Landschaftsversammlung auf. Vgl. Udo Klausa: Erinnerungen 1945–1978, in: ALVR, NL Klausa 401, Bl. 185.

74 Ebd. Siehe auch den Beitrag von Kraus im Protokoll des Ausschusses für Jugend, Familie und politische Bildung des Landtags von NRW. Anhörung von Sachverständigen zum Schwerpunkt »Heimerziehung«; Hintergrund ist der Jugendbericht der Landesregierung (DS 7/2155) (2.5.1973), in: ADWRh, Ev. Verband für Heimerziehung im Rheinland, Nr. 75, Bl. 76–84; ferner Kraus 1974.

75 Siehe Verwaltungsgliederungspläne, in: ALVR, EA 4.2.a12.

76 Vermerk betr. Düsselthaler Anstalten; hier: Kündigung von Frl. N. (Lapp, 24.8.1975), in: ALVR 41174. »Die Tendenz war eindeutig, ihn als großen gerechten und lauteren Gottesmann darzustellen und mich dagegen als miesen kleinen, mit wenig Verstand ausgerüsteten, am falschen Platz befindlichen, in Ideologien verfangenen Soziologen abzusetzen. Dies alles in einem erregten pastoralen Tonfall und in einer mit Bibelzitaten und einem Gesangbuchvers versetzten Ansprache. Ich bin ziemlich sicher,

welche nicht nur die soziologische Durchdringung des pädagogischen Handlungswissens als Ideologie abwertete und ein meritokratisches wie autoritäres Gegenmodell vor dem Hintergrund der freien Träger beschwor, wies auf die Ängste eines langgedienten Vertreters der Heimpädagogik hin, der das traditionelle landschaftsverbandlich-konfessionelle Arrangement in der Erziehungsfürsorge angegriffen sah.

Anhand des Personaltableaus des Landesjugendamtes lässt sich einerseits eine bestechende Kontinuität der Handelnden in zentralen Feldern konstatieren. Ein Generationenwechsel setzte hier Ende der 1960er Jahre ein und konnte sich erst Mitte der 1970er Jahre auch in den Leitungspositionen widerspiegeln. Welche Auswirkungen dies auf Konzeptionen und Handeln des Landesjugendamtes als Teil des Landschaftsverbandes wie der Fürsorgeerziehungsbehörde als staatlicher Aufsicht über das Erziehungswesen hatte, soll nachfolgend skizziert werden. Martha Beurmann übersandte dem Landesdirektor im Februar 1962 eine Ausarbeitung mit dem Titel »Ziel meiner Arbeit in der öffentlichen Erziehung, aufgegriffene Arbeiten, Arbeitsstand«. Sie wurde dazu motiviert, weil sie meinte, »zwar nicht an maßgeblichen, jedoch nicht unbedeuteteten [unbedeutenden] Stellen eine Beurteilung und Bewertung der Arbeit bzw. der Situation Platz greifen« zu sehen, die eine Entwertung der Arbeit ihrer Abteilung »Öffentliche Erziehung« bedeute. Sie konstatierte zunächst einen Substanzverlust durch die unzureichende finanzielle Ausstattung, die politischen Verwerfungen in der Zeit des Nationalsozialismus, die »zahlenmäßige Überbeanspruchung« der Heime in der Nachkriegszeit, die wissenschaftlich defizitäre Forschung über die öffentliche Erziehung, welche durch die Isolation der Disziplinen Pädagogik, Psychologie, Soziologie, Psychiatrie und Psychotherapie zusätzlich gelitten habe. Zudem habe die »Schwere der Arbeit und ihre allgemeine Minderbewertung« einen erhöhten Personalmangel zur Folge. Dies habe auch das Landesjugendamt in seinem Referat 41 (Öffentliche Erziehung) getroffen, dessen Mitarbeiterschaft weder auf der Ebene der Referenten noch derjenigen der Bezirkssachbearbeiter den gewandelten und größer gewordenen Aufgaben durch die Veränderungen in Wirtschaft, Gesellschaft und Familie gewachsen gewesen sei.[77] So habe das Referat vorwiegend neue Mitarbeiter als Referenten aufnehmen müssen, welche, wie sie am Beispiel einer Mitarbeiterin darstellte, »ihre Versetzung aus der Jugendpflegearbeit in die Jugendfürsorgearbeit als Degradierung empfand«. Nachdem sie es endlich geschafft hatte, ins Ministerium versetzt zu werden, blieb ihre Stelle ein ganzes Jahr unbesetzt. Weitere einschränkende Konstellationen sah sie in der ungünstigen Altersgliederung der Mitarbeiter, die aufgrund ihrer außergewöhnlichen Belastung oft krank waren. Die »Ermüdung und Mutlosigkeit durch jahrelange Überforderung«, die unzureichende Vorbildung verschiedener Mitarbeiter, die während des Krieges als »berufsfremd« in ihre Tätigkeitsfelder gelangt waren, und die mangelnde Bereitschaft, sich in das Arbeitsgebiet einzudenken, hemmten die Arbeit im Referat. Zudem seien weder von den Landesju-

daß ich hier nur ein auslösendes Moment war und daß ihm im Grunde die ganze Arbeit des Landesjugendamtes nicht paßt und er erheblich Angst vor ›Eingriffen‹ im Rahmen der Heimaufsicht hat.«

77 Vgl. »Ziel meiner Arbeit in der öffentlichen Erziehung, aufgegriffene Arbeiten, Arbeitsstand« (Beurmann, 1.2.1962), in: ALVR, NL Klausa 33.

gendheimen noch von den privaten Heimen »trotz Ansprechens keine wesentliche[n] Initiative[n], vor allen Dingen nicht auf dem Sektor der Erziehung Schulentlassener« ausgegangen. Beurmann kritisierte »auf diesem Gebiet die Tendenz auszuweichen in die Erfüllung leichterer und in der Öffentlichkeit weniger kritisierter Aufgaben (Arbeit mit Kindern, offene Heime, familienähnliche Erziehung verbunden mit der Abweisung schwieriger Minderjähriger und dergleichen)«.

In ihrer Philippika vergaß sie nicht, auf ihre Verbesserungen hinzuweisen, die unter anderem in der Einführung einer geordneten Aktenführung lagen – seit 1942 waren die generellen Vorgänge bis zu ihrer Rückkehr ins Amt 1949 nicht mehr geheftet worden, was zu einer »mangelnde[n] Durchschauung der Zusammenhänge« und fortdauernden Verwirrung im Amt geführt habe. So habe sie eine systematische Überprüfung des Arbeitsstandes hinsichtlich der gesundheitlichen Betreuung der Minderjährigen, der jugendpflegerischen Tätigkeiten und Ausbildungsmaßnahmen eingeführt. Sie verwies zudem auf die später zu beschreibende Heim- und Gruppendifferenzierung und die Schaffung von Übergangsgruppen zur Entlassung. Ihre Bemühungen umfassten auch den differenzierten Aufbau des Personals, die Verbesserung von dessen Ausbildung und auch die von ihr angeregte Auflockerung der nur männlichen Erziehung in den landschaftsverbandseigenen Heimen durch die Mitarbeit von Frauen. Zudem organisierte sie die Abteilung Fortbildungen für Erzieher. Schließlich gehörte auch die fachliche Beratung bei der Bauplanung der Heime zu ihrem Aufgabenspektrum.

Klar wird bereits in ihren Ausführungen, die noch vor der großen Ausweitung der Arbeit durch die Heimaufsichtspflicht nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz geschrieben waren, wie überfordert und personell quantitativ wie qualitativ unterbesetzt ihre Abteilung im Landesjugendamt war. Dass dann gerade Heimaufsichtsbesuche oftmals nicht in regelmäßigem Turnus stattfanden oder nur Korrespondenzen über Beschwerdefälle hinsichtlich der Züchtigung oder der Disziplinierung erfolgten, erscheint nachvollziehbar. Das schlechte Image der Heimerziehung wirkte hinein in die Behörde, welche diese zu begründen und zu vertreten hatte. Die Erosion erfolgte gleichsam von innen.

2.3 Die Entwicklung der öffentlichen Erziehung: Der statistische Befund

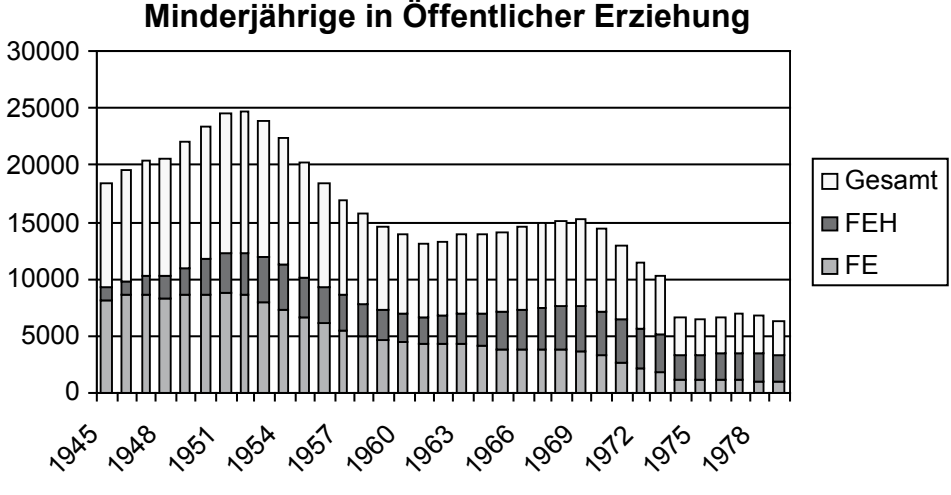
Will man vor diesem strukturellen und personellen Rahmen die Geschichte der öffentlichen Erziehung nachvollziehen, empfiehlt es sich, als erste Zugangsmöglichkeit das umfangreiche statistische Material auszuwerten, das ein grundlegendes Verständnis der Arbeit des Landesjugendamtes ermöglicht.

2.3.1 Phasen der Zu- und Abnahme

Die vielleicht wichtigste Statistik ist die, die darüber Auskunft gibt, wie viele Kinder und Jugendliche sich in öffentlicher Erziehung befanden (vgl. Tabelle 1). Hier lassen sich zwei unterschiedliche Entwicklungen beobachten: zum einen bei der Gesamtzahl der Pfleglinge und zum anderen bei der Verteilung zwischen Minderjährigen in Fürsorgeerziehung und in Freiwilliger Erziehungshilfe. Wenn man von den Gesamtzahlen ausgeht, bietet sich eine Einteilung in vier Phasen an.

Die erste Phase reicht von 1945 bis 1952. Nahm die Zahl der Pfleglinge in den letzten Kriegsjahren ab, stieg sie zwischen 1945 bis 1952 von 9.200 auf 12.312 wieder an. Allerdings stagnierte die Zahl der Minderjährigen in Fürsorgeerziehung. 1945 lag sie bei 8.205, 1952 bei 8.608. Das Wachstum der Gesamtzahl kam vor allem dadurch zustande, dass die Freiwillige Erziehungshilfe an Bedeutung gewann. 994 Minderjährige befanden sich 1945 in Freiwilliger Erziehungshilfe, 1952 waren es 3.704, und die Zahl stieg bis 1954 weiter leicht an auf 3.983. Trotz dieses Wachstums waren damit aber immer noch erheblich mehr Minderjährige in Fürsorgeerziehung als in Freiwilliger Erziehungshilfe. 1952 begann eine zweite Phase. Die Gesamtzahl der Zöglinge halbierte sich fast bis 1961 und sank auf 6.557 Minderjährige – beide Gruppen, Minderjährige in Fürsorgeerziehung und Freiwilliger Erziehungshilfe, verzeichneten Rückgänge. Allerdings zeigen sich Unterschiede in den Erziehungsmaßnahmen. Während sich die Zahl der Fürsorgezöglinge von 8.608 auf 4.294 fast halbierte, war der Rückgang an Pfleglingen in Freiwilliger Erziehungshilfe wesentlich schwächer und sank um etwa ein Drittel von 3.983 auf 2.263. Damit wird eine Kontinuität des oben skizzierten Trends sichtbar: Die Fürsorgeerziehung verlor, die Freiwillige Erziehungshilfe gewann an Bedeutung.

Tabelle 1[78]



78 Datenbasis: Landschaftsverband Rheinland 1964, S. 93; ders. 1970, S. 125; ders. 1980, S. 142.

1961 veränderte sich in einer dritten Phase erneut die Situation. Bis 1969 sollte die Gesamtzahl der Kinder in öffentlicher Erziehung leicht von 6.557 auf 7.642 steigen. Das Wachstum wurde wiederum ausschließlich dadurch ausgelöst, dass die Zahl an Minderjährigen in FEH anstieg und sich zwischen 1961 und 1969 von 2.263 auf 4.052 fast verdoppelte. Die Zahl an Minderjährigen in FE sank dagegen weiter kontinuierlich und lag 1969 bei 3.450. Der Trend, dass Freiwillige Erziehungshilfe und Fürsorgeerziehung einen Bedeutungswechsel erfuhren, setzte sich also fort.

1967 waren erstmals mehr Minderjährige in Freiwilliger Erziehungshilfe als in Fürsorgeerziehung – eine Entwicklung, die interessanterweise im selben Jahr auch in Westfalen stattfand.[79] Eine vierte Phase setzte dann 1969 ein. Die Gesamtzahl sank dramatisch von 7.642 auf 3.249 (1974). Der Rückgang erfolgte nicht gleichmäßig, sondern beschleunigte sich von Jahr zu Jahr und erreichte seinen Höhepunkt zwischen 1973 und 1974. Die Zahl sank dann von 5.143 auf 3.249, um bis Ende der 1970er Jahre auf diesem Niveau zu stagnieren. Dieser Rückgang machte sich bei beiden Erziehungsmaßnahmen bemerkbar. Sowohl die Zahl der Fürsorgeerziehungs-Pfleglinge als auch die Zahl an Minderjährigen in Freiwilliger Erziehungshilfe ging zurück. Ein anderer Trend setzte sich weiter fort. Während sich die Zahl von Minderjährigen in Freiwilliger Erziehungshilfe zwischen 1969 und 1974 von 4.052 auf 2.179 halbierte, fiel der Rückgang für die Fürsorgeerziehung noch dramatischer aus. Hier reduzierte sich die Zahl um etwa zwei Drittel von 3.590 auf 1.070. Insgesamt durchliefen damit mehr als 73.000 Minderjährige die öffentliche Erziehung im Rheinland zwischen 1945 und 1972.[80]

Will man die Entwicklung dieser vier Phasen verstehen, ist der zeitgenössische Kontext heranzuziehen. So lässt sich das starke Wachstum zwischen 1945 und 1951 auf das Chaos der Nachkriegszeit zurückführen. Einige Schlaglichter mögen genügen. Etwa 1,6 Millionen Minderjährige hatten im Krieg beide Eltern oder einen Elternteil verloren. Ungefähr 80.000 bis 100.000 von ihnen zogen ohne festen Wohnsitz umher.[81] Diese Zahl bezieht sich zwar auf das Jahr 1945, doch die Probleme vieler Kinder und Jugendlicher, das tägliche Überleben zu sichern, waren auch in den Folgejahren immens. Die Auswirkungen auf die öffentliche Erziehung im Rheinland, aber auch die Wahrnehmung dieses Problems durch das Landesjugendamt werden an verschiedenen Stellen noch genauer herauszustellen sein (vgl. Kap. I.2.4.1). Doch mit Blick auf die Entwicklung der Zöglingszahlen ist festzuhalten, dass die Behörden verschärft mit verschiedenen Disziplinierungsmaßnahmen auf die

79 Abel 1999, S. 176.

80 Die Berechnung erfolgt auf Grundlage der jährlichen Zugänge bzw. für 1945 des Bestandes an Zöglingen in öffentlicher Erziehung am Jahresanfang. Die genaue Zahl liegt nicht vor, da bei Jans/Beurmann 1963 nur die Zugänge in FE und FEH aufgeführt werden; anders als in »Leistung in Zahlen« fehlen die entsprechenden Zahlen für die Bewahrungs- und Gefährdetenfürsorge. Der so errechnete Wert von 72.816 Minderjährigen in öffentlicher Erziehung ist daher zu niedrig. Nimmt man die Zahlen von 1954 zur Grundlage – damals kamen 138 Minderjährige in Gefährdeten- und Bewahrungsfürsorge –, müsste man rund 1.000 Minderjährige hinzurechnen; vgl. Jans/Beurmann 1963, S. 44, Tabelle 9 sowie Landschaftsverband Rheinland 1964, S. 97; ders. 1970, S. 125; ders. 1980, S. 142.

81 Zahlen nach Hering 2005, S. 146.

Probleme reagierten, und dazu gehörten auch die Fürsorgeerziehung und die Freiwillige Erziehungshilfe. Die Nach- und Auswirkungen des Krieges zeigten sich deutlich in den Familienverhältnissen der Minderjährigen.[82] Der Anteil an Minderjährigen aus vollständigen Familien lag 1948 – für die Jahre davor liegen keine Werte vor – bei 24,3 Prozent. Dieser Wert sollte in den folgenden Jahren nicht mehr unterboten werden und stieg bis 1962 auf 36,1 Prozent. Umgekehrt war die Zahl der Voll- und Halbwaisen 1948 mit 4,8 bzw. 28,3 Prozent sehr hoch. Auch hier sanken die Werte deutlich und lagen 1962 bei 2,2 bzw. 15,2 Prozent. Außerdem zeigte die Scheidungswelle, die nach 1945 einsetzte, ihre Spuren. 1950 kamen 27,5 Prozent aller Kinder aus geschiedenen Ehen – ein Wert, der im Untersuchungszeitraum nicht mehr erreicht wurde.

Nach 1951 setzte dann eine Beruhigung ein. Der zahlenmäßige Rückgang ist vor allem als »Normalisierung« gegenüber den chaotischen Zuständen der unmittelbaren Nachkriegszeit zu deuten. Dazu gehörte auch, dass gemäß dem subsidiären Charakter der öffentlichen Ersatzerziehung andere örtliche Maßnahmen wieder stärker ergriffen wurden, die offensichtlich eine spätere Überweisung in Fürsorgeerziehung überflüssig machten.[83] Der Rückgang resultierte außerdem daraus, dass die geburtenstarken Jahrgänge der Vorkriegszeit altersbedingt aus der öffentlichen Erziehung ausschieden und die nun in Frage kommenden Jahrgänge der Kriegszeit geburtenschwach waren. Die Beruhigung wird noch deutlicher, wenn man die Zahl der Minderjährigen in öffentlicher Erziehung auf die Bevölkerungszahl bezieht.[84] 1951 wurde hier der Höhepunkt mit 17,8 Minderjährigen in Fürsorgeerziehung/Freiwilliger Erziehungshilfe auf 10.000 Einwohner erreicht. Bis 1961 sank der Wert kontinuierlich und lag in diesem Jahr bei 7,8. Damit war er an einem Punkt angelangt, den die öffentliche Ersatzerziehung zum letzten Mal 1904 unterschritten hatte. In der Weimarer Republik lag der Wert selbst Anfang der 1930er Jahre trotz der Notverordnungen noch über 10.

Dass man aber nur mit Vorsicht von einem grundsätzlichen Bedeutungsverlust der öffentlichen Ersatzerziehung sprechen kann, zeigt der Anstieg nach 1961. Offensichtlich ist dieser Anstieg auf das im selben Jahr verabschiedete Jugendwohlfahrtsgesetz zurückzuführen. Das Gesetz hob, wie geschildert, das Höchstalter an, bis zu dem Minderjährige in Fürsorgeerziehung oder Freiwillige Erziehungshilfe überwiesen werden konnten – eine Möglichkeit, von der im Rheinland offensichtlich Gebrauch gemacht wurde.[85] Für diese Beobachtung spricht, dass die Zahl der Zugänge zwischen 1961 und 1966 kontinuierlich stieg, nachdem sie vorher zwischen 1956 und 1960 stetig gesunken war. Die nächste Trendwende, die sich 1970 zum ersten Mal bemerkbar machte, ist auf die Heimkampagnen und die daraus folgenden Diskussionen um die öffentliche Erziehung zurückzuführen. So wie bei dem steilen Anstieg in der Nachkriegszeit handelt es sich auch bei dem rasanten Rückgang im Kontext des Wendejahres 1968 um einen bundesweiten Trend, der sich in allen

82 Alle Angaben nach Jans/Beurmann 1963, S. 73, Tabelle 15.
83 Vgl. Jans an den Arbeits- und Sozialminister (10.5.1957), in: HStAD, NW 648, Nr. 97.
84 Alle Angaben nach Jans/Beurmann 1963, S. 21, Tabelle 3 und S. 44, Tabelle 9.
85 Vgl. ebd., S. 80 für die Jahre 1962 und 1963.

Ländern bemerkbar machte.[86] Dazu gehörte auch der starke Einbruch im Jahr 1974, da zum 1.1.1975 die Volljährigkeit von 21 auf 18 Jahre herabgesetzt wurde. Mit Karl Abel, der die Freiwillige Erziehungshilfe in Westfalen untersucht hat, kann man daher den Rückgang auf eine »veränderte Einweisungspraxis auf Grund einer größeren Toleranz der Gesellschaft gegenüber abweichendem Verhalten, geburtenschwache Jahrgänge und das Greifen prophylaktischer Erziehungsmittel der Jugendämter« zurückführen.[87]

2.3.2 Das Verhältnis von Fürsorgeerziehung und Freiwilliger Erziehungshilfe

Neben diesen vier Phasen ist als durchgängiger Trend gut erkennbar, dass die Freiwillige Erziehungshilfe die Fürsorgeerziehung als bevorzugte Maßnahme ablöste. Dieser Trend ist nur dann erklärlich, wenn man berücksichtigt, dass, wie schon ausgeführt, das Jugendwohlfahrtsgesetz keine klaren inhaltlichen Kriterien schuf, um Fürsorgeerziehung und Freiwillige Erziehungshilfe zu unterscheiden. »In der Praxis erwiesen sich die Unterscheidungsmerkmale als reine Theorie, als aufgesetzt, als lebensfremd und unbrauchbar.«[88] Das Landesjugendamt Rheinland bestätigt diese für Westfalen gemachte Beobachtung und folgte auch nach 1961 seiner Linie, »FEH unabhängig von der Schwere der Gefährdung oder Schädigung, also auch für den vollen Bereich der Fürsorgeerziehung« zu gewähren.[89] In den Heimen wurden daher die Gruppen auch nicht nach Fürsorgeerziehung und Freiwilliger Erziehungshilfe getrennt. Auch die Richtlinien des Landschaftsverbandes Rheinland zur Freiwilligen Erziehungshilfe vom 16.8.1958 hielten fest: »Die Freiwillige Erziehungshilfe erfordert grundsätzlich dieselben Voraussetzungen wie die Fürsorgeerziehung […].«[90] Ausschlaggebendes Kriterium für das Landesjugendamt war die Bereitschaft des oder der Erziehungsberechtigten, einen Antrag beim Landesjugendamt auf Freiwillige Erziehungshilfe zu stellen, und eine positive Prognose über deren Bereitschaft, diese auch über einen längeren Zeitraum zu unterstützen, da die Freiwillige Erziehungshilfe aufgehoben werden musste, wenn die Erziehungsberechtigten ihr Einverständnis zurückzogen. Der Grund, warum die Freiwillige Erziehungshilfe nicht nur beim Landesjugendamt als »verhätscheltes Lieblingskind«[91] galt, lag daher nicht primär in der Kostenersparnis gegenüber Fürsorgeerziehungs-Zöglingen.[92] Wie schon bei der Einführung 1927 spielten auch nach 1945 pädagogische Motive die ausschlaggebende Rolle. Ziel war es, über »ein einverständliches Zusammenwirken mit den Eltern einen weit besseren pädagogischen Aus-

86 Vgl. Frings 2010.
87 Abel 1999, S. 177.
88 Ebd., S. 178.
89 Jans/Beurmann 1963, S. 38.
90 Abgedruckt in Jugendwohlfahrtsrecht 1958, S. 95–99, hier S. 96.
91 Abel 1999, S. 171.
92 Das LJA beteiligte sich nur an bis zu zwei Dritteln der Kosten, vgl. Richtlinien des Landschaftsverbandes Rheinland-Landesjugendamt vom 16.8.1958 zur Freiwilligen Erziehungshilfe, in: Jugendwohlfahrtsrecht 1958, S. 95–99, hier S. 98.

gangspunkt für die Erziehung gefährdeter oder auch schon geschädigter Minderjähriger« zu gewinnen.[93] Damit wird ein grundsätzliches Problem der öffentlichen Ersatzerziehung angesprochen. Auch wenn sich diese als Fürsorgeerziehung verstand, um sich so von ihrem Vorläufer vor 1900 zu distanzieren, blieb sie doch ein Zwangserziehungsgesetz, das an Popularität auch nach 1945 weder in der Öffentlichkeit noch bei den direkt Betroffenen, also den Minderjährigen und ihren Eltern, zulegen konnte. Die Freiwillige Erziehungshilfe als Fürsorgeerziehung »light« sollte als systemstabilisierende Maßnahme fungieren und der Druck auf die öffentliche Ersatzerziehung so abgeschwächt werden. Ein wichtiger Zusammenhang, der unterstreicht, dass die Freiwillige Erziehungshilfe als eine leichtere Form der Fürsorgeerziehung eingesetzt wurde, ist das Durchschnittsalter bei der Einweisung: Freiwillige Erziehungshilfe-Pfleglinge waren durchschnittlich jünger als Fürsorgeerziehungs-Zöglinge. So war der Anteil an schulpflichtigen Minderjährigen in Freiwilliger Erziehungshilfe in den 1950er Jahren bis zu 20 Prozent höher als in Fürsorgeerziehung.[94] Die Freiwillige Erziehungshilfe sollte wohl auch als eine Art »Warnschuss« fungieren.

Das entscheidende Umdenken, das sich an der Bevorzugung der Freiwilligen Erziehungshilfe zeigt, nämlich die Bereitschaft, mit den Erziehungsberechtigten zu kooperieren und diese nicht mehr vollständig von ihren Kindern fernzuhalten, zeigt sich auch an einem anderen Punkt. Dabei geht es um die Unterbringung der Fürsorgeerziehungs-Zöglinge. Auch hier ist ein Trend klar erkennbar. Diejenigen, die nicht in Heimen untergebracht waren, wurden seit den 1950er Jahren bevorzugt in der eigenen Familie untergebracht. Dieser Anteil erhöhte sich von 29,2 Prozent im Jahre 1946 auf über 60 Prozent in den 1960er Jahren. 1962 waren fast zwei Drittel aller Zöglinge in der eigenen Familie untergebracht gegenüber fünf Prozent, die sich in Pflegefamilien befanden, und 33 Prozent in Arbeits- bzw. Lehrstellen.[95] Ähnlich hoch lag der Wert auch bei den Minderjährigen in Freiwilliger Erziehungshilfe.[96]

Allerdings kann man diese Entwicklung nur dann verstehen, wenn man zwei Zusammenhänge berücksichtigt. Zum einen wechselten die meisten Pfleglinge in öffentlicher Ersatzerziehung nicht nur mehrmals die Heime, sondern auch die Art der Unterbringung. In einer typischen »Karriere« war die Unterbringung in der eigenen Familie das letzte Glied vor der Entlassung aus der öffentlichen Erziehung. Zum anderen sprechen viele Indizien dafür, dass die Unterbringung in der eigenen Familie auch Ausdruck einer in den 1960er Jahren zunehmenden Verlegenheit sein konnte, schwierige Minderjährige, die diverse Entweichungen unternommen hatten, »irgendwo« unterzubringen, da ja eine Entlassung aufgrund der Aussichtslosigkeit weiterer Erziehungsbemühungen mit dem Jugendwohlfahrtsgesetz 1961 nicht vereinbar war und zudem ein Mangel an Heimplätzen vor allem für als problematisch eingestufte Mädchen herrschte.[97] Wurden damit am Bedeutungsgewinn der Freiwilligen Erziehungshilfe und der zunehmenden Wichtigkeit

93 Jans/Beurmann 1963, S. 38.
94 Ebd., S. 82, Tabelle 16.
95 Ebd., S. 71, Tabelle 12.
96 Ebd., S. 72, Tabelle 13.
97 Vgl. dazu Kap. I.2.6.3.

der Unterbringung in der eigenen Familie die Bemühungen des Landesjugendamtes deutlich, den Zwangscharakter der öffentlichen Erziehung zu mildern, zeigen die Statistiken aber auch, dass die öffentliche Erziehung vor großen Problemen stand.

2.3.3 Die Probleme der öffentlichen Erziehung

Auch hier ist die Art der Unterbringung äußerst aufschlussreich. Im vorigen Abschnitt wurde darauf hingewiesen, dass die Unterbringung in der eigenen Familie innerhalb der so genannten Familienunterbringung wichtiger wurde. Dabei bleibt aber grundsätzlich zu konstatieren, dass die Heimunterbringung gegenüber der Familienunterbringung an Bedeutung gewann. So fällt als allgemeiner Trend zwischen 1945 und 1962 auf, dass die Anzahl von Pfleglingen mit Heimunterbringung stieg, und zwar von 46,4 auf 58,4 Prozent (Fürsorgeerziehung) bzw. von 33,7 auf 61,5 Prozent (Freiwillige Erziehungshilfe), während umgekehrt die Unterbringung in der eigenen oder in der fremden Familie oder auf einer Arbeits- bzw. Dienststelle von 51,4 auf 38 Prozent (Fürsorgeerziehung) bzw. von 66,3 auf 33,3 Prozent (Freiwillige Erziehungshilfe) zurückging.[98] Diese Entwicklung ist nicht nur auf einen Mangel an Pflege- oder Dienststellen zurückzuführen, sondern erschließt sich daraus, dass in der Logik des Landesjugendamtes diese Form der Unterbringung nur in leichteren Fällen sinnvoll erschien. Im Umkehrschluss zeigt sich, dass sich die Behörde häufiger mit als besonders erziehungsschwierig eingestuften Minderjährigen auseinandersetzen musste – offen sprachen Beurmann und Jans so auch in ihrer Standortbestimmung der öffentlichen Erziehung im Rheinland aus dem Jahr 1963 davon, dass »die Erziehungsprobleme schwerer geworden sind« und »die Situation der Minderjährigen in verstärktem Maß Heimerziehung erfordert«.[99] Diese Einschätzung wird später (vgl. Kap. I.2.6) noch genauer zu untersuchen sein. Wichtig in diesem Zusammenhang ist zunächst die Beobachtung, dass sich ein »harter Kern« an Minderjährigen in öffentlicher Ersatzerziehung – in der zeitgenössischen Sprache war wie schon im Kaiserreich und der Weimarer Republik von »Schwerst- und Unerziehbaren« die Rede – vor allem während der 1960er Jahre vergrößerte, die die Verantwortlichen im Landesjugendamt für nicht pflegefamilientauglich hielten. Der Anteil an Kindern in Pflegefamilien ging so auch deutlich zurück. 1962 waren 5,1 Prozent gegenüber 27 Prozent (Fürsorgeerziehung) (1945) bzw. 2,8 Prozent gegenüber 12,9 Prozent (Freiwillige Erziehungshilfe) (1945) von allen Minderjährigen, die nicht in Heimen untergebracht waren, in Pflegestellen.[100]

Diese Entwicklung resultierte auch aus einem anderen Zusammenhang, der wiederum das angesprochene Problem der »Schwersterziehbaren« betrifft. Dabei geht es um das Einweisungsalter.[101] Schon erwähnt wurde, dass die in Freiwilliger Erziehungshilfe aufgenommenen Minderjährigen jünger waren als die in Fürsorgeerziehung. Zu ergänzen ist ein

98 Jans/Beurmann 1963, S. 53, Tabelle 10 und S. 69, Tabelle 11.
99 Ebd., S. 71 und 83.
100 Ebd., S. 71 f., Tabelle 12 und 13.
101 Ebd., S. 82, Tabelle 16.

Trend, der beide Erziehungsmaßnahmen erfasste. Die kleinste Altersgruppe stellten die noch nicht schulpflichtigen Kinder. Der Anteil lag 1951 bei niedrigen 2,4 Prozent und sank in den 1960er Jahren auf unter 1 Prozent. Die Tendenz des steigenden Einweisungsalters machte sich aber auch bei den schulpflichtigen Minderjährigen bemerkbar. Auch hier ging der Anteil signifikant nach unten und sank in den 1950er Jahren bei beiden Erziehungsmaßnahmen um etwa zehn Prozent. Große Zuwächse zeigt dagegen die Zahl der schulentlassenen Jugendlichen auf, die von 58,3 auf 75,5 Prozent anstieg. In den 1960er Jahren waren in der Fürsorgeerziehung etwa 75 Prozent der Minderjährigen schulentlassen. Diese Fokussierung auf eine Altersgruppe führt zu zwei Zusammenhängen. Zum einen ist anzunehmen, dass man sich zunehmend scheute, Fürsorgeerziehung früh auszusprechen, und zunächst andere Maßnahmen wählte, wie sie im Jugendwohlfahrtsgesetz vor allem mit den §§ 5 und 6 sowie der Erziehungsbeistandschaft aufgezeigt wurden, oder sich darum bemühte, die Erziehungsberechtigen von Freiwilliger Erziehungshilfe zu überzeugen.

Für die Vermutung, dass der subsidiäre Charakter der öffentlichen Erziehung stärker Beachtung fand, spricht auch eine andere Beobachtung. So hatte das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz bewusst als sein Aufgabengebiet nicht nur die Beseitigung von Verwahrlosung definiert, sondern auch einen vorbeugenden Charakter, um so das erzieherische Anliegen herauszustreichen. Diese Unterscheidung wurde in allen weiteren Gesetzen aufgenommen. Allerdings ist deutlich erkennbar, dass die so genannte vorbeugende Fürsorgeerziehung nach 1945 im Rheinland kaum noch ausgesprochen wurde.[102] Lag der Wert 1933 bei 29,6 Prozent, war er 1945 bei 4,1 Prozent angelangt. Auch nach den wirren Nachkriegsjahren änderte sich daran wenig. In den 1950er und 1960er Jahren blieb er unter 5 Prozent. Häufig wurden sogar mehr Minderjährige aufgrund eines Jugendgerichtsurteils in öffentliche Ersatzerziehung überwiesen als in vorbeugende Fürsorgeerziehung. In der Regel waren etwa 90 Prozent aller Zöglinge wegen einer »heilenden Fürsorgeerziehung« in öffentlicher Ersatzerziehung. Die Fürsorgeerziehung wurde so zunehmend als letztes Erziehungsmittel eingesetzt. Ihr Ruf, die Endstation aller öffentlichen Erziehungsbemühungen zu sein, wurde dadurch zementiert.

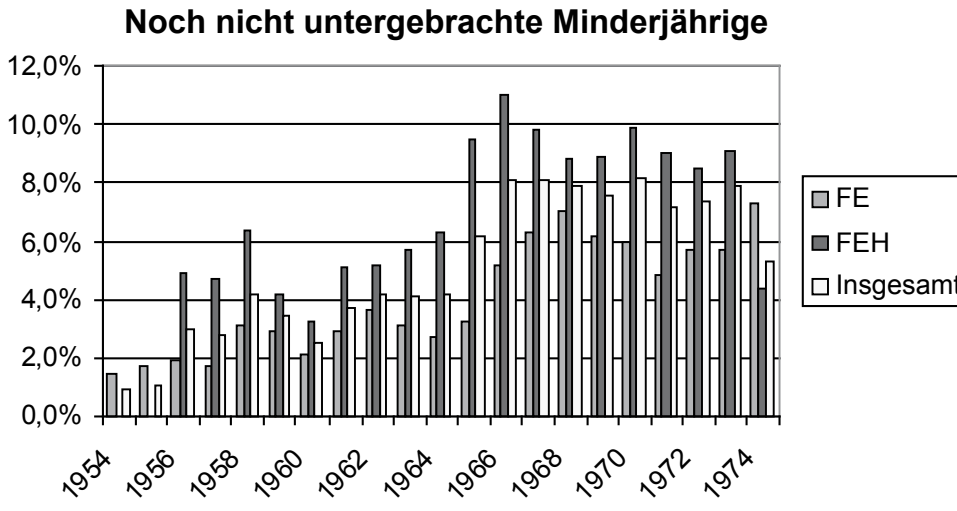
Dass viele, die in Fürsorgeerziehung endeten, als »schwer- oder schwersterziehbar« angesehen wurden, zeigt sich auch an der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer der Heimerziehung.[103] Zunächst sind auch hier die Unterschiede zwischen Freiwilliger Erziehungshilfe und Fürsorgeerziehung signifikant. Während bei der Freiwilligen Erziehungshilfe etwa 30 Prozent aller Minderjährigen nur bis zu einem Jahr blieben, lag dieser Wert 1962 bei der Fürsorgeerziehung bei 10,9 Prozent. Der Anteil an Fürsorgeerziehungs-Pfleglingen, die ein bis zwei, zwei bis drei, drei bis fünf oder über fünf Jahre blieben, lag dagegen höher als der der Freiwilligen Erziehungshilfe-Zöglinge.[104] Und auch hier sind die Entwicklungen äußerst aufschlussreich. Während sich im Bereich der Freiwilligen Erziehungshilfe im

102 Ebd., S. 83 sowie für die Zeit zwischen 1901 und 1923 S. 33, Tabelle 6.

103 Ebd., S. 85, Tabelle 18.

104 1 bis 2 Jahre: 37,5 Prozent gegenüber 28,4 Prozent, 2 bis drei Jahre: 24,5 Prozent gegenüber 18,7 Prozent, 3 bis 5 Jahre: 17,2 Prozent gegenüber 14,9 Prozent, über 5 Jahre: 9,9 Prozent gegenüber 6,2 Prozent.

Tabelle 2[105]



Zeitraum, für den Werte überliefert sind, nur wenig veränderte, sah dies bei der Fürsorgeerziehung anders aus. Die Gruppe der Zöglinge, die nur ein Jahr in Fürsorgeerziehung waren, sank von 15,5 (1954) auf 10,9 Prozent, die Gruppe der Zöglinge, die ein bis zwei Jahre in Fürsorgeerziehung waren, erhöhte sich von 32,9 auf 37,5 Prozent. Berücksichtigt man, dass der Anteil an Minderjährigen, die nach ihrer Schulentlassung in öffentliche Erziehung kamen, zunahm, spricht einiges für die Vermutung, dass immer mehr Minderjährige in Fürsorgeerziehung bis zur Volljährigkeit in der Erziehungsmaßnahme blieben. Als Martha Beurmann noch kurz vor ihrem Ausscheiden im Februar 1972 die 27 Antworten von 36 angefragten Heimen auflistete, die von über 440 Minderjährigen mit Heimaufenthalten über drei Jahre berichteten, war der Anteil der über sechs Jahre im Heim befindlichen mit gut 50 Prozent »erschreckend«.[106] Die Konsequenz aus der langen Aufenthaltsdauer wurde oben schon mit dem Hinweis auf den Heimplatzmangel angedeutet. Dieser Mangel wird statistisch dadurch greifbar, dass ein erheblicher Anteil der Minderjährigen als »noch nicht untergebracht« eingestuft wurde, weil sich keine Unterbringungsmöglichkeit organisieren ließ.

In den Nachkriegsjahren erreichte der Wert ein Hoch von 9,8 Prozent, um dann in den 1950er Jahren abzusinken.[107] Anfang der 1960er Jahre meldete sich das Problem aber wieder zurück. 1962 waren fast 9 Prozent der Minderjährigen (5,2 Prozent Freiwillige Erziehungshilfe, 3,6 Prozent Fürsorgeerziehung) noch nicht untergebracht. Im Abschnitt 2.6. wird zu

105 Datensatz: Landschaftsverband Rheinland 1964, S. 98; ders. 1970, S. 126; ders. 1980, S. 144.

106 Bericht zu dem Arbeitsgebiet »Heimdifferenzierung«. Arbeitsstand 29.2.1972 (Beurmann 31.5.1972), in: ALVR 18679 (auch ALVR 39628).

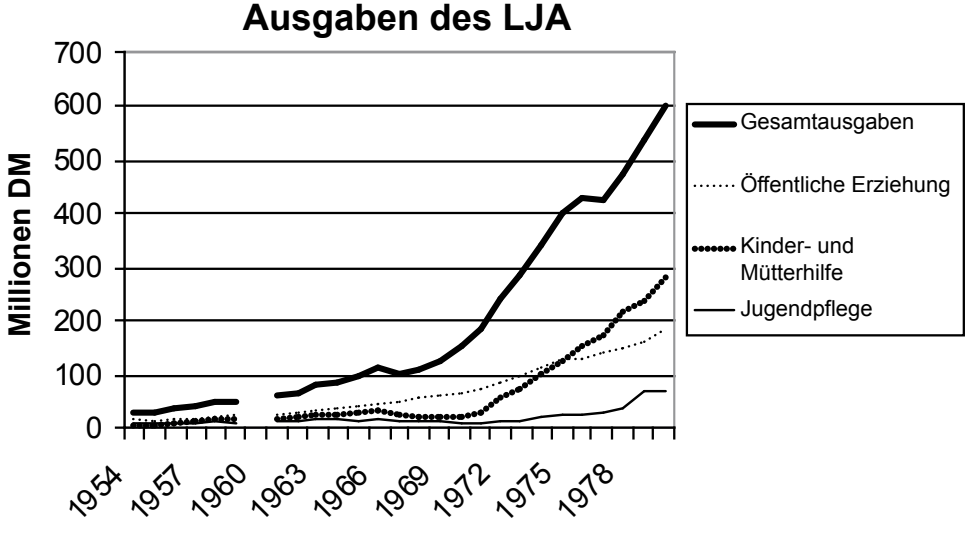
107 Jans/Beurmann 1963, S. 53, Tabelle 10 und S. 69, Tabelle 11.

zeigen sein, dass es sich dabei nicht nur um einen generellen Mangel an Plätzen handelte, sondern davon eine bestimmte Klientel, nämlich die als schwersterziehbar eingestuften Pfleglinge, vorrangig betroffen war.

2.3.4 Die finanziellen Grundlagen der öffentlichen Erziehung im Rheinland

Welche Möglichkeiten hatte das Landesjugendamt, auf diese Herausforderungen zu reagieren? Statistisch gesehen lassen sich die finanziellen Spielräume in Ansätzen gut erfassen. Schaut man sich die Ausgabenseite des LJA-Rheinland an, fällt auf, dass die Ausgaben für die öffentliche Erziehung kontinuierlich stiegen.

Tabelle 3[108]



Geht man von der eben skizzierten Phaseneinteilung aus, stammt der erste überlieferte Betrag aus dem Jahr 1954 und damit aus der zweiten Phase. Er betrug 15,5 Millionen DM. Am Anfang der dritten Phase im Jahr 1961 erhöhte sich die Summe auf 26,21 Millionen DM. In den 1960er Jahren beschleunigte sich das Wachstumstempo. 1967, also vor dem großen Wendejahr 1968, wurden 51,9 Millionen DM für die öffentliche Erziehung ausgegeben.

108 Datensatz: Landschaftsverband Rheinland 1964, S. 90; ders. 1970, S. 119; ders. 1980, S. 136. Bis 1963 existiert eine vierte Ausgabengruppe: die »Erholungsfürsorge«. Diese wurde danach der »Kinder- und Mütterhilfe« zugerechnet. Für die Graphik wurde die »Erholungsfürsorge« auch schon vor 1963 der »Kinder- und Mütterhilfe« zugerechnet. Ab 1970 wurde die Spalte »Kinder- und Mütterhilfe« als »Kinder-, Mütter- und Familienhilfe« bezeichnet. Zur Vereinfachung wird die alte Bezeichnung beibehalten.

Besonders aufschlussreich für den Reformprozess und auch Reformbedarf ist, dass nach 1967 dieses Tempo weiter an Fahrt gewann und sich die Ausgaben bis 1974 auf 116,4 Millionen DM erhöhten, obwohl die Zahl der Minderjährigen in öffentlicher Erziehung deutlich sank. Dieser Trend hielt auch nach 1974 an. Die Zahl der Minderjährigen in öffentlicher Erziehung sank weiter leicht, aber die Ausgaben erhöhten sich bis auf 181,5 Millionen im Jahr 1980. Ein Grund für die Mehrausgaben bestand im erhöhten Personalbedarf. Arbeiteten in den Rheinischen Landesjugendheimen 1954 192 Erzieherinnen und Erzieher, waren es 1968 bereits 389.[109] Bis 1974 stieg die Zahl auf 419. Da die Gesamtzahl der Minderjährigen in öffentlicher Erziehung sank, verbesserte sich die Relation zwischen Erzieherpersonal und Minderjährigen deutlich von ungefähr sechs Erziehern auf einen Minderjährigen 1954 zu einem fast ausgewogenen Verhältnis.[110]

Deutet sich an den dramatisch wachsenden Ausgaben für die öffentliche Erziehung die Modernisierungsleistung und der Modernisierungsbedarf des Landesjugendamtes an, muss daneben noch ein anderer Aspekt angesprochen werden. Um die Wertschätzung der öffentlichen Erziehung innerhalb der Kinder- und Jugendfürsorge einstufen zu können, sind andere Ausgabenposten vergleichend heranzuziehen. Dies kann hier nur für das Landesjugendamt geleistet werden. Zumindest angemerkt sei aber, dass sich Walther Hecker 1956 in einem Artikel über eine ungerechte Mittelverteilung beklagte: »Die hohen Aufwendungen, die der Bundesjugendplan und die Landesjugendpläne für die normale Jugend auswerfen, [werden] der gefährdeten und geschädigten Jugend grundsätzlich entzogen unter dem bedenklichen Vorwand, daß sie nicht die gleiche staatspolitische Bedeutung hätten. […] Unter diesen Umständen ist die unbefriedigende Lage der deutschen Heimerziehung nicht verwunderlich: Deren baulicher Zustand und die Unzulänglichkeit der Einrichtung stehen im Durchschnitt in keinem Verhältnis zu der Wohnkultur, die für die neuen Jugendwohnheime, Jugendfreizeitheime und Häuser der Jugend mit Mitteln der genannten Jugendpläne in den letzten Jahren erreicht wurde.«[111]

Unabhängig von dieser grundsätzlichen Frage lassen sich an der Mittelverteilung des Landesjugendamtes einige interessante Beobachtungen machen. Hier fällt auf, dass die öffentliche Erziehung bis Mitte der 1970er Jahre den größten Posten darstellte. Dies änderte sich. Die Ausgaben für Kinder- und Mutterhilfe, die die Ausgaben für Jugendpflege erst 1957 überrundet hatten, erhöhten sich in den 1970er Jahren schneller als die für die öffentliche Erziehung und waren 1976 der höchste Ausgabenposten.

109 Alle Angaben nach Landschaftsverband Rheinland 1965, S. 106 f. sowie ders. 1975, S. 161 f.

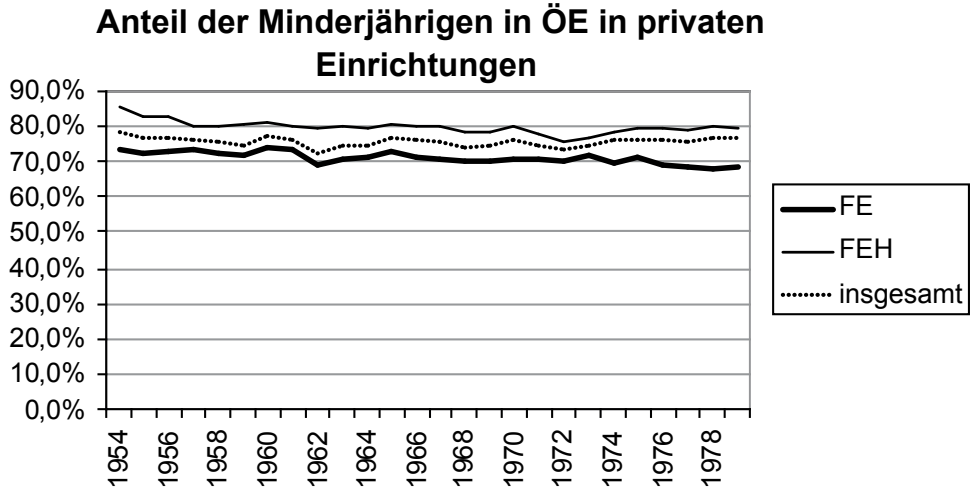
110 Relativierend muss hinzugefügt werden, dass der bessere Personalschlüssel auch aus einer Verringerung der Arbeitszeiten resultierte.

111 Hecker 1956, S. 43.

2.3.5 Die Rolle der privaten Wohlfahrt im Rheinland

Allerdings fehlt in dem angegebenen Budget ein nicht unerheblicher Posten, und das sind die Zuschüsse für Baumaßnahmen privater Heime, die fast vollständig in konfessioneller Trägerschaft waren. Auch nach 1945 gab das Landesjugendamt die Kooperation mit den Trägern der Freien Wohlfahrtspflege nicht auf.

Tabelle 4[112]



Etwa 75 Prozent aller Pfleglinge waren in Heimen privater Träger untergebracht (vgl. Tabelle 4). Der Wert änderte sich im Untersuchungszeitraum kaum und lag bei Fürsorgeerziehungs-Pfleglingen immer etwa 10 Prozent niedriger als bei Freiwilliger Erziehungshilfe-Zöglingen. Einen weiteren Unterschied begründete außerdem das Geschlecht. Das Landesjugendamt verfügte nur in den 1950er Jahren mit Haus Hall in Ratheim (Kreis Erkelenz) über ein eigenes Mädchenheim. Damit lag praktisch die gesamte Mädchenerziehung in den Händen der konfessionellen Heime – anzumerken bleibt, dass rund 55 Prozent der Minderjährigen in öffentlicher Erziehung Jungen waren.[113] Umgekehrt deutet sich damit an, dass

112 Datensatz: Landschaftsverband Rheinland 1964, S. 93; ders. 1970, S. 123; ders. 1980, S. 144. Die Werte beziehen sich nicht auf die Gesamtzahl der Minderjährigen in öffentlicher Erziehung, sondern nur auf diejenigen in Heimen.

113 Der Anteil an Mädchen in FE war höher als der in FEH. Der prozentuale Wert für die FE veränderte sich in den 1950er und 1960er Jahren kaum und lag bei etwa 45 Prozent. Der Anteil an Mädchen in FEH sank dagegen kontinuierlich von 46,8 (1954) auf 37 Prozent (1969). In den 1970er Jahren machte sich auch ein Rückgang an Mädchen in FE bemerkbar. 1974 waren 35,5 Prozent (FE) und 31,2 Prozent (FEH) der Minderjährigen weiblich, alle Angaben nach Leistung in Zahlen; vgl. zum Geschlechterverhältnis in Westfalen Köster 1999, S. 161. Köster beobachtet eine »eigentümli-

ein im Vergleich zur Gesamtzahl doch erheblicher Teil der Jungen in Fürsorgeerziehung in den Einrichtungen des Landschaftsverbandes untergebracht war, die sich vor allem um die »schwersterziehbaren« männlichen Jugendlichen zu kümmern hatten.

Zusammenfassend kann man festhalten, dass die öffentliche Erziehung von der Leistungsfähigkeit der konfessionellen Anstalten abhing. Deswegen hatte das Landesjugendamt ein ausgeprägtes Interesse daran, deren Leistungsfähigkeit auszubauen oder zumindest aufrechtzuerhalten. Da die konfessionellen Einrichtungen nicht in der Lage waren, den großen Bau- und Renovierungsbedarf der 1950er und 1960er Jahre auch nur annähernd zu stemmen, sprangen das Land und der Landschaftsverband ein. Ursprünglich vergab das Landesjugendamt die Gelder ohne Rückzahlungsforderung. Dies änderte sich in den 1960er Jahren. Seitdem wurde das Geld primär als Darlehen zur Verfügung gestellt. Vergleicht man die Zuschüsse für die privaten Heime mit den Ausgaben für die Rheinischen Landesjugendheime, fällt zunächst auf, dass in beiden Fällen der Geldstrom bei allen Schwankungen deutlich zunahm.[114] 1954 waren es 620.000 DM (Landesjugendamts-Heime) bzw. 570.000 DM (konfessionelle Heime). 1962 hatten sich die Summen auf 1.028.000 DM bzw. 3.186.000 DM erhöht. Die Zahlen verdeutlichen damit auch einen Prioritätenwechsel, da in den 1960er Jahren mehr Geld in die privaten als in die landschaftsverbandseigenen Anstalten floss.

2.3.6 Fazit

Auf welchem Stand bewegte sich die öffentliche Erziehung in den 1950er und 1960er Jahren? Die hier ausgewerteten statistischen Befunde zeigen ein ambivalentes Bild. Eine interessante These dazu hat Markus Köster in seiner Analyse der öffentlichen Erziehung in Westfalen aufgestellt. Geht man mit ihm von den Daten aus, die über die Altersstruktur Aufschluss geben, spricht einiges für die These, dass die öffentliche Ersatzerziehung in den 1950er und 1960er Jahren zu einem Austragungsort eines Generationenkonfliktes wurde. Köster hat für Westfalen eine ähnliche Altersstruktur beobachten können und gelangt so zu der Vermutung, dass die öffentliche Erziehung nach 1945 »endgültig zu einem Sanktionsinstrument gegen ›Halbstarke‹ wurde«.[115] In der öffentlichen Ersatzerziehung, so die These, die in Kap. I.2.6.3. genauer zu untersuchen sein wird, spiegelt sich damit eine allgemeine Entfremdung zwischen den verschiedenen Generationen in der Bundesrepublik Deutschland wider. An diesem Generationenkonflikt scheiterte die öffentliche Ersatzerziehung. Dem vor allem von der jungen Generation getragenen gesellschaftlichen Aufbruch war es in den 1960er Jahren nicht vermittelbar, Jugendliche »zwangszuerziehen«, erst

che Asymmetrie zwischen den Koordinaten Alter und Geschlecht der Neuzöglinge. Während unter den Schulpflichtigen immer ein deutliches Übergewicht der Jungen bestand, dominierten unter den Schulentlassenen zwischen 1924 und 1953 fast durchweg die Mädchen.« Eine vergleichbare Analyse lässt sich für das Rheinland nicht anstellen, da die Daten nicht vorliegen.

114 Jans/Beurmann 1963, S. 55 f.

115 Köster 1999, S. 160.

recht nicht nach der Schulentlassung und auch nicht in einer abgemilderten Form wie der Freiwilligen Erziehungshilfe.

Daraus ergibt sich eine weitere These: Die öffentliche Erziehung scheiterte nicht daran, dass sie sich einer Modernisierung verweigerte. Dass sie dazu bereit war, deutet sich an zunehmenden Ausgaben und den erhöhten Investitionen in den Aus-, Um- und Neubau von Heimen sowie der verbesserten Personalsituation an. Sie scheiterte daran, dass ihre Modernisierung mit der gesellschaftlichen Modernisierung nicht Schritt halten konnte und sie aufgrund ihres »Modernisierungsdefizits« abgehängt wurde.[116] Und sie scheiterte daran, dass sie versuchte, ein System zu reformieren. In der öffentlichen Diskussion der sechziger Jahre ging es aber nicht mehr um eine Verbesserung des Systems, sondern um einen grundlegenden Systemwechsel, einen »Richtungswechsel von der Intervention zur Prävention, von stationären Zwangsmaßnahmen zu offenen, freiwilligen und lebensweltnahen Angeboten und – grundlegend – vom Primat einer Stabilisierung gesellschaftlicher Ordnung zur anwaltschaftlichen Hilfe für das Individuum«.[117]

2.4 Die Ausrichtung der öffentlichen Erziehung

Der statistische Befund zeigt eine komplexe Entwicklung der öffentlichen Erziehung in ihrer Ausgestaltung, ihren finanziellen Möglichkeiten und auch ihren Problemen, vor allem mit Blick auf die schwersterziehbaren Jugendlichen, auf. Dieser Befund soll nun aus einer anderen Perspektive, nämlich der aktengestützten Analyse der konkreten Arbeit des Landesjugendamtes, vertieft werden.

2.4.1 Die Erziehungsfürsorge im Rheinland in den ersten Nachkriegsjahren

Für die Zöglinge in den Heimen änderte sich mit dem Kriegsende zunächst recht wenig. Zudem sahen auch die jugendpolitischen Konzepte der Alliierten eine Internierung verhaltensauffälliger Jugendlicher vor.[118] So verurteilte die Militärregierung Jugendliche zur Fürsorgeerziehung. Sie waren genauso zu behandeln und wurden ebenso finanziert wie normale Fürsorgezöglinge.[119] Die dabei von alliierter Seite praktizierte Fürsorgeerziehung als Strafmaßnahme widersprach bisherigen Konzepten in Deutschland und damit auch des rheinischen Landesjugendamtes, wonach diese gerade nicht als Strafe, sondern als Erzie-

116 Köster 1997, S. 168.
117 Köster 1999, S. 562.
118 Vgl. allgemein zur alliierten Jugendpolitik in der britischen Zone Köster 1999, S. 431–448; Kenkmann 1996, S. 334–341.
119 LJA an Erziehungsheime (9.8.1945), in: HStAD, NW 41, Nr. 7, Bl. 27. Eine Liste der durch Urteil von Militärgerichten oder Anweisung der Kontrollkommission 1949 bis 1952 eingewiesenen Jugendlichen findet sich in: ALVR 40715.

hungsmaßnahme zu betrachten sei.[120] Dennoch hatte auch diese Erziehungsmaßnahme in den Augen der Eltern wie der betroffenen Minderjährigen ihren Strafcharakter nie verloren. Walther Hecker, der erst im September 1945 von den Alliierten wegen seiner formalen Mitgliedschaften in NS-Organisationen interniert wurde, zeichnete noch im August 1945 für Rundschreiben an die Heime verantwortlich, in denen er eine Verlängerung der Fürsorgeerziehung über das 19. Lebensjahr hinaus anregte. Wenn die Eltern sich nicht meldeten und auf Entlassung bestünden, werde deren stillschweigendes Einverständnis vorausgesetzt. Wenn das Heim es trotzdem für notwendig erachte, die Rechtmäßigkeit der Fortdauer der Heimerziehung zu prüfen, solle bereits im Vorfeld mit den Vormundschaftsgerichten zur »Entziehung des Aufenthaltsbestimmungsrechts« in Verbindung getreten werden.[121]

Im Oktober 1945 berichtete das Landesjugendamt in einem Rundschreiben an die Heime der Nordrheinprovinz, dass manche Angehörige ihre Kinder zurück verlangten »mit der Begründung, daß sie zu den politisch verfolgten Familien gehören und vorwiegend oder ausschließlich dieserhalb die Fürsorgeerziehung angeordnet worden sei«. Doch auch »mit Drohung« vorgetragene Anträge seien zurückzuweisen, Entlassungen bedürften der Genehmigung des Landesjugendamtes.[122] Offenbar durfte die Fürsorgeerziehung vorübergehend nicht von den Jugendämtern eingeleitet werden. Erst nach der Instruktion Nr. 20 der Militärregierung konnte Fürsorgeerziehung ab dem September 1945 auch wieder gerichtlich verhängt werden.[123] Die Erziehungs-Kontroll-Verordnung der Militärregierung Nr. 77 vom 12.10.1946 sah dann so genannte Aufnahmeheime für die Regierungsbezirke Köln und Aachen für neu überwiesene Kinder und Jugendliche vor. So sollte die Anstalt Christi Hilf in Düsseldorf katholische Mädchen, das Dorotheenheim in Düsseldorf evangelische Mädchen und Dissidenten, das Provinzial-Erziehungsheim Euskirchen katholische Jungen und Dissidenten, das Provinzial-Erziehungsheim Solingen evangelische Jungen aufnehmen. Nach einer Beobachtung hatte die Unterbringung in »die nach der körperlichen und seelischen Verfassung jeweils geeignete Anstalt« zu erfolgen. Gerade die durch die Militärregierung zur »Anstaltsunterbringung verurteilt[en]« Minderjährigen konnten demnach nicht wie die gemäß dem Reichsjugendwohlfahrtsgesetz in die Fürsorgeerziehung aufgenommenen wahlweise außerhalb eines Heims in einer Pflegestelle untergebracht werden.[124] Dennoch wurde von Seiten der Militärregierung eine systematische »Umerziehung« ins Auge gefasst, wobei diese im Dezember 1946 bemängelte, dass eine Beaufsichtigung der Jugendlichen nach ihrer Entlassung nicht gewährleistet sei. In diesem Zusammenhang regte sie im Regierungsbezirk Düsseldorf an, die Jugendlichen zum Anschluss an eine der konfessionellen oder nicht konfessionellen Jugendorganisationen zu bringen. Die Aufnahme in die Gemeinschaft sollte den Zögling zu einem »norma-

120 Vgl. Lütze 2002, S. 47–51.
121 LJA (Hecker) an Erziehungsheime (3.8.1945), in: HStAD, NW 41, Nr. 7, Bl. 26.
122 LJA an Erziehungsheime der Nord-Rheinprovinz (20.10.1945), in: HStAD, NW 41, Nr. 7, Bl. 41.
123 LJA an Jugendämter usw. (20.9.1945), in: HStAD, NW 41, Nr. 7, Bl. 38–40.
124 Sozialminister NRW an Jugendämter in den Regierungsbezirken Düsseldorf, Köln u. Aachen (30.11.1946), in: HStAD, NW 41, Nr. 7, Bl. 92.

len Staatsbürger« ohne kriminelle Neigungen machen. Die Heime sollten den Jugendämtern die Entscheidung des Zöglings mitteilen.[125]

Einen Einblick in die mentale Lage der Jugendfürsorge gibt der Bericht über die Arbeitstagung der Anstalten für schulentlassene Mädchen im Erziehungsheim Christi Hilf in Düsseldorf Anfang April 1946. Zum Thema »Die pädagogische Situation der Gegenwart« sprachen die Ministerialrätin a. D. Dr. Weber und der Leiter des evangelischen Erziehungsheims Oberbieber Pastor Gerhard Fangmeier (1900–1985). Nach dem Ende der Großdeutschland-Phantasie des Nationalsozialismus sah Weber sich nun einer Depression gegenüber, weswegen die »Erziehung des Mädchens zur Wirklichkeit des Daseins« geschehen solle. »Die Jugend ist im Dienen und Helfen und Nachsicht üben ungeduldiger geworden. Der Macht- und Führerrausch, von dem auch die Kleinen ergriffen waren, verdichtete sich zu einer Revolte gegen die eigentlichen Erziehungsautoritäten des Elternhauses und der Erziehergeneration.« Es müsse wieder zur »Einordnung der Jugend«, zur »Pflege der Ehrfurcht« vor Gott und in der Folge auch vor den Menschen kommen. »Vor allem ist notwendig die Durchdringung des Tages und seines Werkes mit dem Religiösen. Mittelpunkt des pädagogischen Umbruchs ist die Erzieherpersönlichkeit, die an den religiösen, geistigen und sittlichen Aufbau des deutschen Volkes glaubt.«

Diese die eher emanzipierenden Wirkungen des NS-Jugendkultes abwehrende Einschätzung mündete also in der Stärkung altbewährter Autoritäten, als welche sich die großen Kirchen und die Religion anboten. Auch Pastor Fangmeier sah seit den »Erschütterungen« einen »schrankenlosen Selbsterhaltungstrieb« walten. Den Eltern und Zöglingen könne nicht mehr vertraut werden. »Die Eltern entführen leicht ihre Kinder und die Zöglinge haben einen starken Entweichungsdrang.« Die Heime erlebten in seinem Verständnis »Entladungsstörungen« einer »stärkeren seelischen Spannung« der Gefährdeten. Dabei unterschied Fangmeier verschiedene seelische Typen. So stehe der »verhärtete Mensch« unter dem »Dressat« (Fritz Künkel) und mache die Heime für die eigene Not verantwortlich. Der »sensitive und expansive Mensch« suche die Schuld dagegen bei sich und sei entweder gelähmt oder aber so robust, dass die Unzufriedenheit zu »stehlen und einbrechen« führe. Dagegen sei der »asoziale Mensch«, der »faule, nachlässige Mensch« ungepflegt und arbeitsunlustig. Der »gemütlose Mensch« habe wiederum keine Herzenswärme, sei grausam und quäle andere. Er sei gefährlich im Heim, denn sein Werkzeug sei der »haltlose Mensch«, der sich reibungslos in die Heimordnung passe, leicht zu lenken sei, freundlich erscheine, aber im freien Leben versage.

Diese Charakterologie, die sowohl Anklänge an die zeitgenössische wertende Charakter-Psychologie des Individualpsychologen Fritz Künkel[126] besaß als auch eigene systema-

125 Verordnung des Hauptquartiers der Militärregierung des Regierungsbezirks Düsseldorf vom 18.12.1946 (in der Fassung der Verordnung vom 19.12. u. 23.12.1946), in: HStAD, NW 41, Nr. 7, Bl. 104.

126 Fritz Künkel (1889–1956) hatte sich in der Zwischenkriegszeit der Adlerschen Richtung der Psychoanalyse angeschlossen und eine umfangreiche Charakterlehre entwickelt, die die vermeintliche philosophische Schwäche der Individualpsychologie durch Religionsphilosophie ausgleichen sollte. Er arbeitete als Arzt und während der NS-Zeit am 1936 gebildeten »Deutschen Institut für Psychologische Forschung und Psychotherapie« (Göring-Institut). Er kehrte von einer USA-Reise im

tische Beobachtungen einer langen Heimleiterzeit einbezog, diente ihm letztlich zum Lob des Heimes.[127] Gerade in der notvollen Nachkriegszeit unterstrich er die Mühen des Heimes um Nahrung für die Kinder, welche auch diesen sichtbar seien. »Das bindet sie an die Heime.« Ihm erschien allerdings die Pflege des seelischen Lebens noch wichtiger als die des körperlichen Wohls: »Die einzige Macht, der im Zusammenbruch Vertrauen erhalten geblieben ist, das ist die Kirche. An sie klammern sich die Menschen, auch die Jugend. Man muß ihr daher die Religion nahe bringen.«

Der Verweis auf die Kirche, die in den zeitgenössischen Erwartungen ihrer Vertreter eine Rechristianisierung der deutschen Zusammenbruchsgesellschaft bewirken sollte, war aber nur die eine Seite einer sich restaurierenden Jugendfürsorge. Auf der anderen Seite wurde auf die sich wieder herstellende formale Rechtlichkeit der Verfahren verwiesen. So legten die Teilnehmer bei der Besprechung praktischer Einzelfragen auf dieser Düsseldorfer Tagung fest, dass bei der Abfassung der Beschlüsse der Vormundschaftsgerichte Angaben des Heimes als Äußerungen der Fürsorgeerziehungsbehörde wiedergegeben werden sollten, »um das Vertrauensverhältnis zwischen den Heimen und den Eltern nicht zu zerstören«. Zudem wurde festgestellt, dass das Beschwerderecht der Eltern nun wieder hergestellt sei, weswegen die Rechtskraft der Beschlüsse abgewartet werden müsse.[128]

Die deutsche Form der Jugendfürsorge Ende der 1940er Jahre erhielt in den Augen englischer Beobachter keine guten Noten. Acht englische Sachverständige bereisten 1949 Heime in der britischen Zone in Deutschland und machten eine Bestandsaufnahme wie auch Vorschläge zur Hebung des »Erziehungs-Niveaus« in den Heimen.[129] »In Deutschland scheint das Ziel zu sein, eine Einstellung zu ermutigen, die stabile Verhältnisse als das Beste ansieht, und einen Geist zu entwickeln, der stark für unbedingten Gehorsam und Gleichförmigkeit ist. Auf solche Kinder, die ein schwieriges Verhalten zeigen, reagiert man so, daß man sie noch schärferer Disziplin unterwirft. Man denkt kaum daran, daß ein Kind durch seine Handlungen gegen eine Gesellschaft protestiert habe, die auf einer Form des Benehmens besteht, welche zu starr ist, die völlige Entwicklung seines Charakters und seiner Persönlichkeit zu gestatten.«[130]

Die englischen Berichterstatter kritisierten nicht nur, dass sehr unterschiedliche Kinder und Jugendliche ohne Rücksicht auf ihre Vorgeschichte in den gleichen Einrichtungen zusammengebracht würden, sondern auch, dass sie in »einigen Heimen eine Anzahl Straf-

Sommer 1939 nicht wieder nach Deutschland zurück und arbeitete nachfolgend in Los Angeles. Vgl. Kölch 2006; Lockot 1985, bes. S. 134 ff. und 188–212.

127 Gerhard Fangmeier hatte nach seinem Studium der Theologie in Bonn, Tübingen, Münster und Berlin seit 1926 am Religionspädagogischen Institut in Berlin unter der Leitung des Pädagogen Eduard Spranger und des Theologen Friedrich Delekat gearbeitet, wo er mit den zeitgenössischen psychologischen Theorien in Kontakt kam. Er arbeitete in den Erziehungseinrichtungen in Beuggen (Basel) 1924, Altdüsseltal 1927 und in der Anstalt Oberbieber, wo er von 1939 bis 1969 Direktor war. Vgl. Fangmeier 1977; Fangmeier 1999; ferner Fangmeier 1966, S. 638–657.

128 Bericht über die Arbeitstagung der Anstalten für schulentlassene Mädchen im Erziehungsheim Christi Hilf in Düsseldorf am 10.4.1946, in: HStAD, NW 41, Nr. 7, Bl. 72–74.

129 Kinderheime 1949.

130 Ebd., S. 26.

zellen« fanden. Als Strafen meinte man weniger die Prügelstrafe als vielmehr Arreststrafen ausgemacht zu haben. Hier wurde besonders beklagt, dass den Bestraften keinerlei Beschäftigung erlaubt sei, weil diese ihren vermeintlich schwachen Willen durch Nachdenken über ihre Verfehlung stärken sollten. Alle Heime entsprächen »einem allgemein gültigen, anscheinend traditionellen Muster«. Die Kontrolle der überwiegend durch religiöse Organisationen getragenen Heime durch das Landesjugendamt sei »meist verwaltender und finanzieller Natur« und gebe kaum Anregung zur Anwendung neuer Methoden. So gab es zum Beispiel keine Frauen in Heimen für ältere männliche Jugendliche, was die englischen Besucher als Fehler ansahen. Während es für Jungen zumindest in Ansätzen Berufsausbildungsmöglichkeiten und manchmal auch Sportfelder gab, waren solche bei Mädchenheimen nicht vorhanden. Arbeit in der Wäscherei und im Haushalt dominierte für sie, neben in manchen Fällen festgestellten Serienarbeiten in der Industrie oder in der Landwirtschaft. Eine Ausbildung für Büroarbeit war in keinem besuchten Heim vorhanden. Trotz der Nachkriegsnöte und der Schwierigkeit, für ausreichende Ernährung, Bekleidung und Raum in den Anstalten zu sorgen, wurde eine geringe Improvisationsbereitschaft beklagt, so dass zum Beispiel Kinder barfuß oder mit Holzplatten an den Füßen nicht wie normale Kinder gehen oder laufen konnten.

Vor allem die mangelhafte Behandlung bei psychisch bedingten Verhaltensauffälligkeiten vermerkte die britische Kommission negativ. Demnach wurde das Bettnässen so gut wie nicht behandelt und wurden nur seine Folgen mit Gummitüchern oder Strohmatratzen gemildert. Nur in einigen Heimen holte man den Rat von Psychiatern ein, die allerdings oft nicht modern ausgebildet gewesen seien, wohingegen systemische Ansätze wie in den britischen und amerikanischen child guidance clinics unbekannt seien. Interessanterweise wurde beklagt, dass außerhalb der konfessionellen Heime kaum Gelegenheit zur Religionsausübung gegeben wurde. Auch wenn diese Beobachtungen im Wesentlichen punktuelle Eindrücke aus der Nachkriegszeit festhielten, beschrieben sie doch auch die langfristigen Traditionen in vielen rheinischen Erziehungsheimen. Zwischen 1945 und 1950 hatte eine Zunahme der Überweisungen in die Fürsorgeerziehung und die Freiwillige Erziehungshilfe stattgefunden, die zeitgenössisch und auch rückblickend von Vertretern des Landesjugendamtes als Ausdruck einer wachsenden Jugendverwahrlosung angesichts der Situation unvollständiger Familien durch Flucht und Vertreibung gedeutet wurde.[131] Doch wurde dabei nicht reflektiert, dass die Jugendämter und Fürsorgeverwaltungen nach einer Phase der Lahmlegung am Kriegsende wieder in Betrieb kamen. Insofern hatte die Überfüllung der Heime und die Schwierigkeit der Unterbringung in der Nachkriegszeit auch etwas mit dem Wiedererstarken der sozialen Kontrolle zu tun, welche allerdings nachfolgend immer stärker mit dem Freiheitsbegehren der Jugendlichen in Konflikt geriet.[132]

131 Jans/Beurmann 1963, S. 52. Die Zahlen der Neuüberweisungen lagen im Zeitraum von 1946 bis 1950 zwischen ca. 2.700 und 3.100, und die Bestandszahl stieg von 9.800 (1946) auf 11.705 (1950). Vgl. auch Kap. I.2.3.

132 Vgl. Lützke 2002, S. 58–61.

Ein weiterer Faktor darf hierbei ebenso wenig übersehen werden. Mit dem Wiederfunktionieren der sozialen Kontrolle der Jugendämter und Fürsorgestellen vor Ort machte auch der Bereich der offenen Hilfen in Form der Jugendsozialarbeit enorme Fortschritte. Trotz autoritärer Restbestände bildete sich hierin ein anderer Umgang mit heimat- und bindungsloser Jugend ab. Zugleich fand angeregt durch die Alliierten ein Aufschwung der Erziehungsberatungsstellen statt. Diese Formen der offenen und lokalen Hilfen hatten allerdings zur Folge, dass, wie Jans rückblickend beschrieb, die öffentliche Ersatzerziehung durch »eine verstärkte ›negative‹ Auslese der Art, daß der Anteil der Minderjährigen mit besonderen Schwierigkeiten ansteigt«, belastet wurde.[133] Auch ohne die hier getroffene negative Wertung zu übernehmen, lässt sich sagen, dass die bessere Förderung der durch offene Formen der Erziehungshilfe erreichbaren Kinder und Familien in der Binnenlogik der Heimerziehung einer Verarmung dieser Erziehungsform Vorschub leistete. Dass dies von den betroffenen Eltern und Kindern ganz anders wahrgenommen wurde, versteht sich von selbst.

Insbesondere die Zunahme der Entweichungen aus den Heimen führte 1948 dazu, dass die Einrichtungen hierüber verstärkt an das Landesjugendamt berichten und Vorschläge unterbreiten sollten, um der »Entweichungssucht« entgegenzuwirken.[134] In den Jahren 1948 bis 1954 wurden umfangreiche Statistiken von den Heimen aggregiert. So sah eine Statistik über die Entweichungen 1948 besonders die rheinischen Landeserziehungsheime Solingen, Euskirchen und Fichtenhain von Entweichungen betroffen.

Insgesamt waren damit im Verlauf des Jahres 1948 rund 15 Prozent der am Ende des Rechnungsjahres 1947 in Heimen untergebrachten Minderjährigen in Fürsorgeerziehung (4.102) und Freiwilliger Erziehungshilfe (967) entlaufen.[135] Auch wenn man dabei in Rechnung stellt, dass hierin auch diejenigen Kinder und Jugendlichen mehrfach gezählt wurden, die mehrfach entwichen waren, und wohl auch von den Heimen bei der Meldung nicht nach der Kostenträgerschaft der betroffenen Kinder und Jugendlichen unterschieden wurde (mithin also auch Kinder in der kommunalen Fürsorge und auch nichtrheinische Zöglinge, die in rheinischen Heimen untergebracht waren, gezählt wurden), so waren die Zahlen doch recht hoch. Zudem bleibt unklar, ob in allen Heimen eine Entweichung auch als solche gezählt wurde, oder etwa die Landesjugendheime besonders gründlich zählten.[136]

133 LVR: Vorlage an den LJWA Nr. 3/98 Ju (29.6.1964), betr. »Die Heimsituation in der Freiwilligen Erziehungshilfe und Fürsorgeerziehung im Hinblick auf den Investitionsbedarf und die Förderung von Erziehungsheimen freier Träger«, in: ADWRh, Ohl 15.3.4.

134 Sozialminister an FE-Heime (10.6.1948), in: HStAD, NW 41, Nr. 7, Bl. 124.

135 Siehe die Zahlen des Bestandes in: Jans/Beurmann 1963, S. 53 und 69.

136 In den im Rahmen dieses Projektes ausgewerteten rund 1.000 Akten der Jahrgänge 1929 bis 1949 fanden sich in gut 40 Prozent Vermerke über Entweichungen, welche allerdings nicht nur aus den Heimen, sondern auch aus den Dienststellen und aus der häuslichen Unterbringung erfolgten. Über die Zeitpunkte bzw. -räume der Entweichungen lassen sich Korrelationen zu Phasen der Heimerziehung und der persönlichen Entwicklung (Alter usw.) feststellen (z.B. Aufnahme, Heimwechsel, Pflege- oder Arbeitsstellenwechsel, absehbares Ende der FE durch Erreichung der Volljährigkeit usw.).

137 In: ALVR 14054, Bl. 8.

Nachweisung der im I. bis IV. Quartal 1948 aus Anstalten entwichenen Zöglinge[137]

Anstalt	I. Quartal	II. Quartal	III. Quartal	IV. Quartal	zus.
Solingen	58	34	43	47	182
Euskirchen	41	39	33	35	148
Fichtenhain	28	29	27	18	102
Düsselthal	14	33	13	30	90
Dormagen	13	24	2	21	60
Bonn, Landesklinik	6	2	4	1	13
Urft	3	1	1	4	9
Mülheim-Ruhr-Dimbeck	3	6	2	3	14
Dorotheenheim	3	3	4	3	13
Aachen, Guter Hirte	2	0	0	1	3
Gertrudisheim	2	3	9	0	14
Bernardshof	2	7	1	6	16
Immerath	2	0	1	0	3
Kaiserswerth	2	3	3	2	10
Boppard	2	0	0	2	4
Hövelhof bei Stukenbrock	2	1	0	0	3
Neukirchen, Sonneck	1	0	0	0	1
Börgermoor	1	0	0	0	1
Neuss	1	1	1	1	4
Christi-Hilf	1	0	0	0	1
Klausheide	1	0	0	0	1
Benninghausen	1	0	0	0	1
Wolf	0	2	3	0	5
Hostert	0	2	0	0	2
Aachen-Soers	0	6	2	5	13
Ratingen	0	4	2	5	11
Köln-Melaten	0	1	1	1	3
Junkersdorf	0	2	1	1	4
Oberdüssel	0	1	0	2	3
Hagen-Haspe	0	2	1	0	3
Oberbieber	0	0	1	0	1
Eckenhagen	0	0	0	4	4
Barmen, Kinderheim	0	0	0	1	1
Duisdorf (b. Bonn)	0	0	0	2	2
Insgesamt	**189**	**206**	**155**	**195**	**745**

Jedenfalls sollten die Heime genaue Auskunft über die von ihnen vermuteten Gründe und mögliche Gegenmaßnahmen geben. So sah das Kloster Maria Trost bei Koblenz die Ursache des Ansteigens der Entweichungen in der Zöglingszusammensetzung, womit die Zuweisung von Mädchen, die bereits woanders entwichen waren und eine Affinität zu einer Entweichung besaßen, bezeichnet war, wohingegen der Erlenhof die hohe Zahl von Entweichungen schlicht auf Personalmangel zurückführte.[138]

Doch trotz teilweiser Erfolge in der Eindämmung der Fluchten aus den Heimen bis 1953 wurde besonders in den Landeserziehungsheimen die Zahl als »noch bedrohlich« eingeschätzt.[139] »Die bedrohliche Steigerung der Entweichungen rückt die Bedeutung der inneren Bindung der einzelnen Jugendlichen an das Heim und die einzelnen Erzieher erneut in den Mittelpunkt der Heimpädagogik. Die alten Mittel und Wege, um diese Bindung zu erreichen, sind in der heutigen Zeit offenbar unzulänglich und bedürfen der Ergänzung.«[140] Dieser im August 1953 ausgesprochene Appell in einem Rundschreiben des NRW-Sozialministeriums an die Heime verdeutlicht nicht nur die pädagogische Erneuerungsbedürftigkeit der Heimerziehung. Deutlich wird dabei, dass die »Flucht vor den Heimen« – so der Titel eines aufrüttelnden Films von Günther Walraff von 1971 – strukturell ein Teil der Heimerziehung auch in der Zeit der Bundesrepublik blieb.

2.4.2 Die Topographie der Heimlandschaft und die Heimdifferenzierung

Die bereits während des Krieges sich aufbauende Heimplatznot wurde im Rheinland infolge der neuen Zoneneinteilungen der Besatzungsmächte durch den Wegfall zahlreicher Plätze in vor 1945 belegten Erziehungsheimen verschärft. Im September 1945 resümierte die Fürsorgeerziehungsbehörde, dass seit Februar rund 45 Prozent Verlust an Heimplätzen (unter anderem durch Fremdnutzung von Alters- und Krankenfürsorge) entstanden sei. Dies führte zur Überbelegung der Restplätze und war »mit Rücksicht auf die bedrohliche Zahl der jetzt noch nicht erfassten gefährdeten und verwahrlosten Jugend draussen« nicht zu verantworten. Deswegen galt es in der Sicht des Landesjugendamtes, die Mitarbeit der freien Wohlfahrtspflege nach § 6 Reichsjugendwohlfahrtsgesetz anzuregen, um unter anderem auch die Übernahme der NSV-Arbeit durchzuführen.[141]

Nach Kriegsende wurden die Regierungsbezirke Koblenz und Trier durch die Besatzungszoneneinteilung von der Rheinprovinz abgetrennt und gingen an das 1947 gegründete Land Rheinland-Pfalz über. Zahlreiche konfessionelle Heime wie Oberbieber, Wolf an der Mosel, Mayen, Föhren, Boppard, Helenenberg bei Trier usw. gehörten nach Kriegsende zur französisch besetzten Zone.[142] Damit standen die Plätze in diesen Heimen nicht mehr unter dem Zugriff des rheinischen Landesjugendamtes wie zuvor. Eine Überweisung von

138 Kloster Maria Trost an Sozialminister (9.12.1952) u. Erlenhof an Sozialminister (10.12.1952), in: ALVR 14054, Bl. 44 u. 48.
139 Betr. Entweichungen für die Zeit vom 1.1. bis 31.3.1953 (23.4.1953), in: ALVR 14054, Bl. 65–66.
140 Sozialminister NRW an alle Erziehungsheime (hier Aprath) (15.7.1953), in: ADWRh, Ohl 10.2.2.2.
141 LJA an Jugendämter usw. (20.9.1945), in: HStAD, NW 41, Nr. 7, Bl. 38–40.
142 Jans/Beurmann 1963, S. 50 u. 80.

Kindern und Jugendlichen aus dem Verwaltungsgebiet des Landschaftsverbandes Rheinland erfolgte weiterhin, doch musste man sich die Plätze mit dem nun für die Heimaufsicht zuständigen Land Rheinland-Pfalz teilen. Bis 1964 sank der Anteil der dort untergebrachten Minderjährigen des Landschaftsverbandes Rheinland in Mayen und Föhren auf rund 80 Prozent, in Wolf, Oberbieber und Helenenberg auf rund 50 Prozent und in Koblenz-Lützel (Guter Hirte) und Bethesda (Boppard) auf ca. 10 bis 15 Prozent.[143]

Am 1.4.1946 befanden sich 9.200 Minderjährige in der Fürsorgeerziehung im Rheinland. In der Nordrhein-Provinz standen im Jahr 1946 vier Provinzialerziehungsheime und 33 Heime kirchlicher Träger und in Westfalen ein Provinzialerziehungsheim und 44 Heime kirchlicher Träger zur Unterbringung von Minderjährigen in der öffentlichen Ersatzerziehung zur Verfügung.[144]

Die vor der NS-Zeit bestehende konfessionelle Aufteilung wurde wieder hergestellt, indem die seit 1938 entkonfessionalisierten Heime Notburgahaus in Neuss und Evangelisches Mädchenheim Ratingen 1948 bzw. 1952 an die konfessionellen Betreiber zurückgegeben wurden. Auch das Heim Wolf an der Mosel wurde im Rahmen eines Wiedergutmachungsverfahrens 1950/51 an die rheinische Innere Mission restituiert.[145] Im nördlichen Bereich der alten Rheinprovinz befanden sich bis auf eines alle Heime für Mädchen in kirchlicher Trägerschaft. Die als Ausweicheinrichtung für die Provinzialerziehungsheime noch im Krieg angemieteten Häuser in Burgbrohl, Füssenich und Karthaus wurden nach dem Kriegsende unter der Heimleiterin des Heimes Karthaus zu einer Einrichtung für katholische schulpflichtige Jungen und schulentlassene Mädchen zusammengefasst, welche Ende 1945 dann in ein Haus der Heil- und Pflegeanstalt Hostert bei Waldniel umzog und 1950 schließlich dem eigens gemieteten Heim für schulentlassene Mädchen Haus Hall in Ratheim (Kreis Erkelenz) angegliedert wurde. Haus Hall existierte dann bis 1960, weil bei den freien Trägern nicht genügend geeignete Plätze zur Verfügung standen.[146] Ein neues Haus des Landschaftsverbandes für weibliche Minderjährige wurde Mitte der 1960er Jahre aufgrund des Heimplatzmangels in den konfessionellen Einrichtungen geplant.[147]

Ende des Jahres 1949 wurde auf dem Hintergrund des Heimplatzmangels ein Haus der alten Arbeitsanstalt Brauweiler unter dem Namen Dansweilerhof als Heim für schwererziehbare männliche Jugendliche wieder eingerichtet. Bedenken hinsichtlich der Kompatibilität dieser Fürsorge für 18- bis 21-jährige junge Männer mit den Bestimmungen der Artikel 12 und 104 des Grundgesetzes wurden vom Bundesinnenministerium gegenüber dem anfragenden NRW-Sozialministerium im August 1950 nicht erhoben.[148] Damit wurde das

143 LVR: Vorlage an den LJWA Nr. 3/98 Ju (29.6.1964) »Die Heimsituation in der Freiwilligen Erziehungshilfe und Fürsorgeerziehung im Hinblick auf den Investitionsbedarf und die Förderung von Erziehungsheimen freier Träger«, in: ADWRh, Ohl 15.3.4.

144 Siehe die Statistik in: ALVR 13941, Bl. 135.

145 Siehe den Beitrag über die Einrichtung Wolf an der Mosel in diesem Band, Kap. II.8.

146 Jans/Beurmann 1963, S. 51.

147 Niederschrift der 81. Sitzung des LJWA am 7.12.1964 in Köln (24.12.1964), in: ADWRh, Ohl 15.3.4.

148 Jans/Beurmann 1963, S. 52 f. Die Einrichtung in Brauweiler bestand in den 1950er Jahren aus sieben Abteilungen: einer Kinderstation, dem Provinzial-Erziehungsheim Dansweilerhof für männliche

in der Rheinprovinz bestehende System einer Differenzierung nach Alter, Geschlecht und Konfession weiter fortgeführt. In den vier Landesjugendheimen befanden sich häufig die als »schwieriger« eingestuften Kinder und Jugendlichen.

Einen Überblick vermittelt eine Übersicht aus der Mitte der 1950er Jahre, die die Heimlandschaft im Rheinland nach Alter und Konfession der Kinder und Jugendlichen abbildet.[149] Hierin sind alle Plätze der Heime abgebildet, einschließlich der für andere Landesjugendämter oder zahlende Stellen – insbesondere ist dabei an die kommunale Jugendfürsorge zu denken – vorgehaltenen Plätze. Diese tauchen allerdings in den Statistiken des Landschaftsverbandes nicht auf und sind immer nur im einzelnen Heim und punktuell zu erfassen gewesen. Eine aggregierte Statistik über diese Plätze hat es zeitgenössisch nicht gegeben.[150] Von den dort insgesamt 6.436 verzeichneten Plätzen waren fast die Hälfte (2.853) für vorschul- und schulpflichtige Kinder, der Rest teilte sich bei den schulentlassenen Minderjährigen nach Plätzen für männliche Jugendliche (1.115) und weibliche Jugendliche (2.473). Insbesondere die Fürsorge für weibliche Schulentlassene war eine traditionelle Domäne der konfessionellen Heime, deren evangelische und katholische Platzzahlen sich fast exakt mit der Konfessionsverteilung im Rheinland deckten.[151]

Insgesamt waren immer über 70 Prozent aller Zöglinge der Fürsorgeerziehung und Freiwilligen Erziehungshilfe in Heimen konfessioneller Träger untergebracht. Doch zeigt der Wert deutliche Abweichungen, wenn man Kinder und Jugendliche in Fürsorgeerziehung und Freiwilliger Erziehungshilfe vergleicht. Der Anteil an Zöglingen in Freiwilliger Erziehungshilfe lag etwa fünf Prozent über diesem Durchschnittswert, der bei Zöglingen in Fürsorgeerziehung etwa fünf Prozent darunter.[152] Eine Auflockerung des konfessionellen Prinzips der Verteilung der Kinder und Jugendlichen in der öffentlichen Erziehung im Rheinland erfolgte erst Anfang der 1970er Jahre. Bis dahin waren auch drei von den fünf landschaftsverbandseigenen Heimen sowohl in ihrer Belegung als auch in der personellen Besetzung konfessionell unterschieden. Eine seelsorgerliche Betreuung galt es sicher zu stellen.[153] So war die Anstalt Halfeshof in Solingen für schulentlassene evangelische Jun-

Fürsorgezöglinge, je einem Arbeitshaus für Männer und Frauen und dem Frauenheim Freimersdorf, einer Trinkerheilanstalt und einem Altenheim. Hier wurden u.a. wegen Bettelei, Landstreicherei und Prostitution verurteilte sowie geschlechtskranke Frauen aufgenommen. Vgl. das Kap. II.4 zum Dansweilerhof.

149 Siehe Anhang.

150 Vgl. insgesamt zur Geschichte und Entwicklung der Jugendhilfestatistik Rauschenbach/Schilling 1997, S. 23–60.

151 Siehe zur Konfessionsverteilung Weiß 2007, S. 15.

152 Danach befanden sich etwa 1954 insgesamt 78,2 Prozent aller in Heimen untergebrachten Minderjährigen in öffentlicher Erziehung in konfessionellen Heimen. Differenziert man diesen Wert nach FE oder FEH, lag er bei 73,6 Prozent gegenüber 85,5 Prozent. Dieser Ausschlag veränderte sich im Untersuchungszeitraum kaum: 1970 waren es 76,1 Prozent gegenüber 70,5 Prozent bzw. 80,1 Prozent, vgl. Landschaftsverband Rheinland 1965, S. 100 sowie ders. 1980, S. 145.

153 Siehe zur Auflockerung des konfessionellen Prinzips den Auszug aus der Niederschrift über die 14. Sitzung des LJWA – Unterausschuss »Öffentliche Erziehung« vom 18.1.1972 (11.2.1972), in: ALVR 40664. Vgl. insgesamt zu diesem Aspekt Pierlings/Swiderek 2010 sowie in diesem Band Kap. III.6.

gen bestimmt, wohingegen die Landesjugendheime Fichtenhain (Krefeld) und Erlenhof (Euskirchen) für schulentlassene katholische Jungen vorgesehen waren.

2.4.3 Heimdifferenzierung als Konzept

Was sich neben dieser konfessions- und geschlechtsspezifischen Einteilung der Heimlandschaft verstärkt seit den 1950er Jahren ausbildete, war eine zunehmende äußere und innere Differenzierung der Einrichtungen, welche sich besonders an der Erziehungsschwierigkeit orientierte.[154] Im Ideal sollten allgemein »angemessene Erziehungsformen« entwickelt werden, welche »Eigenverantwortung und Eigenentscheidung« der Minderjährigen in den Mittelpunkt stellen wollten. Hier galt es, wie der Leiter der Abteilung Jugendwohlfahrt, Jans, 1957 schrieb, »die Erziehungsanstalt alter Form zu überwinden durch Gruppenverkleinerung, individuellere Erfassung des einzelnen Minderjährigen durch verstärkten Personaleinsatz, bessere Kontaktpflege zur Umwelt, stärkere Einschaltung von Bewährungsproben während der Heimerziehung«. Doch sei eine solche »Umgestaltung« erst »im Fluss«. So sei das so genannte Gruppensystem, das einen »abgeschlossenen Lebensbereich« der Minderjährigen, die so genannte Gruppenwohneinheit, ermöglichen sollte, zu schaffen. Das erfordere laut Jans bei 40–50 Jahre alten Heimen erhebliche Umbauten und eine Verstärkung der finanziellen Hilfen für die privaten Träger. Im Rahmen der »Gruppendifferenzierung« sei bei vorschul- und schulpflichtigen Minderjährigen die »früher eng begrenzte altersmäßige Zusammensetzung der Gruppen« zu überwinden, wodurch größere Altersspannen und Entwicklungsstadien in den einzelnen Gruppen zusammengefasst werden sollten. Die so genannte Familiengruppe, womit die uneingeschränkte Zusammenfassung von Kindern unterschiedlichen Alters und Geschlechts gemeint war, könne dagegen nicht in der öffentlichen Ersatzerziehung »in grösserem Umfang durchgeführt werden«. Viele Kinder kämen erst »in höherem Lebensalter und belastet mit erheblichen Schädigungen, oft auch sexueller Art, in Fürsorgeerziehung«.[155]

In einem Tätigkeitsbericht von 1964 benannten Jans und Beurmann einen Kriterienkatalog der baulichen Veränderung der Heime. »Die Umgestaltung der Heime war – und ist auch noch – in besonderer Linie gerichtet auf die Überwindung einer Massenunterbringung durch Schaffung überschaubarer Wohngruppeneinheiten; sie müssen entsprechend den in der Gruppe zusammengefaßten Minderjährigen nach Zahl der Plätze, Art der Räume und Raumgrößen unterschiedlich sein, die Aufnahme neuer, der industriellen Wirtschaftsstruktur Rechnung tragender Ausbildungs- und Arbeitsbetriebe und Verbesserung vorhandener Betriebe, die Verbesserung sanitärer Einrichtungen, die Erneuerung der technischen Anlagen für Wirtschafts- und Versorgungsbetriebe, die Schaffung oder

154 Die »erforderliche Differenzierung der Einrichtungen und Heime nach der zu leistenden Erziehungsaufgabe« wurde dann auch bei der Reform des JWG 1961 im § 72 für die FE/FEH verpflichtend gemacht.

155 LVR (Jans) an ASM (10.5.1957), in: HStAD, NW 648, Nr. 97.

Erweiterung der räumlichen Voraussetzungen für Sport, Werken und sonstige jugendpflegerische Betätigung.«[156]

Daher plädierten die Verantwortlichen des Landesjugendamtes permanent für die Schaffung von Sondereinrichtungen.[157] Damit wird deutlich, dass das Landesjugendamt über die bauliche Gestaltung bestimmte pädagogische Ziele umzusetzen versuchte, die man als Ausdruck einer individuelleren Erziehung werten darf. Als Differenzierungsmerkmale in unterschiedlichen Kombinationen galten Martha Beurmann im Rückblick: »Alter, Geschlecht, normale oder verminderte Begabung, Heimschulbedürftigkeit oder Möglichkeit zum Ortsschulbesuch, Art und Grad der Gefährdung oder Schädigung und danach zum Beispiel Heime für kurzen Übergang zur Familienpflege bis hin zu Heimen für stark sexuell geschädigte Schulkinder und Sonderheimen oder Heimteilen für stark regelwidrige, ›psychopathische‹ Minderjährige, Befähigung zur Erlernung handwerklicher Berufe oder überwiegend zur Anleitung zur Arbeit, körperliche Erkrankungen oder Gefährdungen, vornehmlich in Bezug auf Tbc oder Geschlechtskrankheiten, Schwangerschaft oder Mutterschaft, auch Lage (Großstadt, Mittelstadt, Land) und Größe der Heime waren unterschiedlich.«[158]

Der Grundgedanke hinter der Differenzierung war es, eine bedarfsgerechte Hilfe für die Einzelnen zu geben. Dieses Anliegen führte allerdings auch dazu, bestimmte Problemgruppen von Minderjährigen zu identifizieren und diese in externen Sondereinrichtungen oder Sondergruppen innerhalb bestehender Einrichtungen zu befürsorgen. Dieses Bemühen rührte im fachlichen wie praktischen Diskurs unter anderem an die Debatte über die vermeintliche Unerziehbarkeit von bestimmten Gruppen von Minderjährigen, welche insbesondere seit Beginn der 1950er Jahre wieder in den Fokus rückte.[159] Neben der bereits erwähnten Wiedereröffnung des Dansweilerhofes 1949 kam es im Rheinland in den 1950er Jahren unter anderem zur Einrichtung von Sonderabteilungen für erziehungsschwierige Mädchen. Als 1951 das Sozialministerium in NRW die eigene Heimdifferenzierung durch die Schaffung von Sonderabteilungen für die »Aufnahme von sexuell gefährdeten bzw. geschädigten älteren evangelischen Schulmädchen« ausbauen wollte, fragte man in Kaiserswerth an. Laut einem Schreiben der Leiterin Diakonisse Luise Harz an ihren Vorsteher hatte diese selbst bei der Behörde die Anregung zu dieser Anfrage gegeben, denn sie meinte, dass die »Verwahrlosung« bereits auf die 11- bis 14-jährigen Mädchen übergegangen sei. Die vorgesehene Einrichtung mit 20 Plätzen sollte »im schlichten Rahmen gehalten werden, damit die Kinder nicht zu ihrem eigenen Schaden über ihren Stand

156 LVR: Vorlage an den LJWA Nr. 3/98 Ju (29.6.1964) »Die Heimsituation in der Freiwilligen Erziehungshilfe und Fürsorgeerziehung im Hinblick auf den Investitionsbedarf und die Förderung von Erziehungsheimen freier Träger«, in: ADWRh, Ohl 15.3.4 (auch in: ALVR 38690).

157 Vgl. Jans/Beurmann 1963, S. 88; Bericht zu dem Arbeitsgebiet »Heimdifferenzierung«. Arbeitsstand 29.2.1972 (Beurmann, 31.5.1972), in: ALVR 18679 (auch ALVR 39268).

158 Bericht zu dem Arbeitsgebiet »Heimdifferenzierung«. Arbeitsstand 29.2.1972 (Beurmann, 31.5.1972), in: ALVR 18679 (auch ALVR 39268).

159 Vgl. Zillken/Weingarten 1953; Stutte 1958; Gehltomholt/Hering 2006, bes. S. 81–84.



Schlafsaal mit Doppelstockbetten 1950er Jahre



Einzelzimmer Abtshof 1967
(die Hälfte der Jungen war zu diesem Zeitpunkt in Einzelzimmern untergebracht)

erzogen werden«.[160] Eine Lehrerin für die angeschlossene Heimschule und den Einsatz in der Wäscherei sollte genügen. Damit unterstützte die Kaiserswerther Einrichtung das Differenzierungsbemühen des Sozialministeriums, das sich angesichts der Not geflüchteter oder vertriebener Menschen in der direkten Nachkriegszeit mit einem wachsenden Anteil gerade evangelischer Kinder im Raum der Jugendfürsorge konfrontiert sah, für die es Plätze zu schaffen galt. Nachfolgend entstand hier eine Aufnahmeabteilung für evangelische Mädchen. Die in der oben zitierten Formulierung erwähnte Schlichtheit, die sich gegen jede Form des »Verwöhnens« verwahrte, entsprach nicht nur dem in Diakonissenkreisen populären protestantischen Askese-Ideal, sondern folgte auch einem ständisch-statischen Gesellschaftsmodell. Dies war auch zu Beginn der 1950er Jahre weit verbreitet, bot es doch Orientierung und Schutz angesichts der noch nicht ausgestandenen Nachkriegsnöte.

Auch im Evangelischen Mädchenheim Ratingen, einer Einrichtung mit rund 120 Plätzen, wurde aufgrund einer Anfrage des Landesjugendamtes von Ende 1953 eine »Abteilung für schwachbegabte, bewahrungsbedürftige, schulentlassene Jugendliche« eingerichtet. »Unter mütterlicher Führung und Betreuung sollen diese Jugendlichen im Rahmen ihrer eingeschränkten Möglichkeiten weiter gefördert werden durch eine ihrer Situation entsprechende erzieherische Wartung. Neben hausfraulicher Ertüchtigung ist vorgesehen, ihnen eine individuelle Nachschulung auf geistigem Gebiet und allgemeine Auflockerung durch Körperschulung zu gewähren. Je nach dem Grade ihrer Einsatzmöglichkeit, könnten die jungen Mädchen in Garten, Stall, in der Wäscherei und Näherei und in der Gemüseküche beschäftigt werden.«[161]

Die Hoffnung der Einrichtung, gerade »nicht renitente« Jugendliche zugewiesen zu erhalten, erfüllte sich nicht.[162] Wenige Jahre später waren die Klagen in Ratingen groß, da man angesichts der schwierigen Personallage (hier arbeiteten oft Schwesternschülerinnen in den Gruppen) sich von Jugendlichen, »die durch ihre Führung aus einem gewissen Rahmen fallen«, überfordert sah.[163] Die grundsätzliche Problematik der Ausdifferenzierung Schwererziehbarer und eine Ballung der Problemfälle wird daran sichtbar. Andere Einrichtungen lehnten daher von vornherein die Einrichtung entsprechender Sonderabteilungen ab. So warb das Landesjugendamt mit umfangreichen finanziellen Unterstützungen bei verschiedenen Frauenkongregationen, eine Abteilung für die Gruppe der schwersterziehbaren Mädchen in einer ihrer bereits bestehenden Einrichtungen zu eröffnen.[164] Allerdings reagierten die angefragten Kongregationen zum größten Teil ablehnend.[165] So musste das Landesjugendamt auf einen Notbehelf zurückgreifen und eröffnete eine Abteilung im

160 Mädchenheime (Luise Harz) an Frick (18.12.1951), in: FKSK, 2–1, Nr. 905.
161 Ev. Mädchenheim Ratingen (Menkel) an Hecker (19.12.1953), in: ALVR 41033, Bl. 267.
162 Vermerk über Gespräch mit Schw. Margarete Menkel (9.1.1954, Klein), in: ALVR 41033, Bl. 269.
163 Vermerk betr. Verlegung eines Mädchens 13.8.1957, in: ALVR 41033, Bl. 318.
164 Vgl. Auszug aus dem Bericht über die Reise von Frl. Klein nach Brauweiler und Aachen am 29.5.1953, in: ALVR 39632.
165 Vgl. Provinzialoberin an die Verwaltung des LVR (23.10.1953), in: ALVR 39632.

Arbeitshaus für Frauen in Brauweiler für die Mädchen, die sich nicht in konfessionellen Heimen unterbringen ließen.[166]

Der für die gesamte Fürsorgeerziehung im Rheinland typische Verlauf einer äußeren Modernisierung und Differenzierung begann nach der Erinnerung der leitenden Beamtin für die öffentliche Erziehung erst 1953, als der Landschaftsverband Rheinland sich wieder als eigenständige Behörde aus dem nordrhein-westfälischen Sozialministerium löste. Zuvor war in den Jahren des Wiederaufbaus das Feld der Heimfürsorge gerade in finanzieller Hinsicht stiefmütterlich ausgerüstet worden, obwohl die Heime durch die »Kriegs- und Nachkriegsverhältnisse ausgepowert« gewesen waren.[167] Auch die verfügbaren Aufstellungen der Jugendfürsorgeabteilung des Landschaftsverbandes weisen auf die Anstrengungen hin, die Heime durch Umbauten zu modernisieren und damit zu kleineren und differenzierteren Gruppen wie auch besseren Berufsausbildungsmöglichkeiten in den Einrichtungen zu kommen.[168] Hier hätte die Jugendfürsorgeabteilung offenbar gerne mehr gemacht, doch blieben in den 1950er Jahren die Fördermöglichkeiten beschränkt – sei es durch die verwehrte Anerkennung der Heime als Wohnstätten oder die nicht erfolgte Erhöhung des Förderanteils von Landesmitteln auf 70 Prozent der Kosten für Um- und Erweiterungsbauten. Zwischen 1954 und 1963 flossen insgesamt 23.167.000 DM als Baumaßnahmen und Investitionsbeihilfen an Landesjugendheime und 16.115.000 DM an private Heime.[169] Zwischen 1954 und 1963 wuchsen die Hilfen von 1.314.000 DM auf 4.213.000 DM im Bereich der eigenen Heime und von 575.000 DM auf 3.260.000 DM im Bereich der konfessionellen Heime, prozentual gesehen wuchsen also die Zuwendungen für die konfessionellen Heime stärker an als die für die Landesjugendheime.[170]

Die Differenzierung bezog sich primär auf die Schwere der vermeintlichen Verwahrlosung, welche im zeitgenössischen Selbstverständnis Sonderabteilungen insbesondere für renitente Mädchen wie auch vermeintlich Minderbegabte mit frühkindlicher Hirnschädigung notwendig machte. Dabei bildete sich ein Differenzierungsbemühen hinsichtlich der Grenze zur Psychiatrie ab. Die Grenzüberschreitung hin zu einer psychischen Regelwidrigkeit beschränkte auch laut dem 1953 erneuerten Reichsjugendwohlfahrtsgesetz die Zuständigkeit der Jugendfürsorge. Dennoch kristallisierte sich in den 1950er Jahren eine Gruppe von Kindern und Jugendlichen heraus, die man nicht in die Jugendpsychiatrie oder Behindertenfürsorge abschieben wollte oder konnte und für die eine Sonderfürsorge

166 Akten zu der Sonderabteilung ließen sich nicht ermitteln; Hinweise darauf finden sich in folgenden Heimaufsichtsakten: Institut vom Guten Hirten Aachen-West, Reisebericht vom 20.2.1953, in: ALVR 39632; Bericht über den Besuch des Hauses Junkersdorf 18.5.1966, in: ALVR 39596, Bl. 4; Beurmann an Jans (12.5.1966), in: ALVR 40313, Bl. 5 sowie zur Auflösung der Abteilung 1953 HStAD, NW 648, Nr. 101.

167 Siehe »Memorandum von Frau Dr. Beurmann« (16.7.1973), in: ALVR 38879.

168 Vgl. LVR: Vorlage an den LJWA Nr. 3/98 Ju (29.6.1964) »Die Heimsituation in der Freiwilligen Erziehungshilfe und Fürsorgeerziehung im Hinblick auf den Investitionsbedarf und die Förderung von Erziehungsheimen freier Träger«, in: ADWRh, Ohl 15.3.4.

169 Landschaftsverband Rheinland 1965, S. 95; vgl. auch in diesem Band Kap. I.2.3.

170 Eine Auswahlliste der Heime, die um- oder neu gebaut wurden, findet sich in Jans/Beurmann 1963, S. 56 f.

für notwendig erachtet wurde. Im Rheinland beförderte dies die Bildung so genannter heilpädagogischer Heime bzw. Abteilungen innerhalb bestehender Heime. In den bereits erwähnten Kaiserswerther Mädchenheimen zum Beispiel eröffnete 1955 eine so genannte heilpädagogische Abteilung, für die ein eigener Anbau errichtet worden war. Diese besaß mehr Fachpersonal und einen besseren Betreuungsschlüssel. Hier waren weniger Mädchen als in den anderen Gruppen untergebracht (nur 12).[171]

Ähnlich war die Situation in dem im selben Jahr eröffneten Haus Heckenwinkel der Düsselthaler Anstalten bei Düsseldorf, einer der größten evangelischen Jugendfürsorgeeinrichtungen im Rheinland. Es war für 20 Jungen in zwei Gruppen zu je zehn Jungen eingerichtet worden. Dort sollten »gehemmte, ängstliche, aggressive, bettnässende, sprachgestörte Kinder«, deren Leiden keine Unterbringung in einer Spezialanstalt rechtfertige, untergebracht werden.[172] Jede Gruppe war mit einem Gruppenerzieher oder einer Gruppenerzieherin und einem Praktikanten bzw. einer Praktikantin ausgestattet, ein vergleichsweise gutes Betreuungsverhältnis in dieser Zeit. Zudem agierten Psychiater und Psychologen im Umfeld der Gruppen. Angesichts des wachsenden Platzbedarfs wurde in den Düsselthaler Anstalten 1958 eine Gruppe für 6- bis 14-jährige schulpflichtige Mädchen »mit besonderen Auffälligkeiten, ausgenommen jedoch schwere sexuelle Schädigungen« eingerichtet. Gedacht war an »Mädchen mit starken Hemmungen, die Anzeichen einer neurotischen Störung sein können«. Es sollten auch »gemeinschaftsstörende« Mädchen aufgenommen werden. Die Abteilung war als Ergänzung zur Abteilung für »sexuell schwergefährdete schulpflichtige Mädchen im Koxhof«, einem Heim der Bergischen Diakonissenanstalt in Aprath, gedacht.[173] Die hier Mitte der 1950er Jahre eingerichteten Plätze reichten schnell nicht mehr aus für die damit definierte Klientel. Das Heim wurde Mitte der 1960er Jahre durch einen Neubau ersetzt (Haus Schniewind), der 68 Plätze barg.[174]

Der Landschaftsverband selbst plante seit Mitte der 1950er Jahre den Aufbau eines eigenen Heilpädagogischen Heims. Vorbild war dabei die differenzierte Fürsorge in Westfalen, welche sehr früh eine enge Zusammenarbeit mit der Jugendpsychiatrie in eigenen Spezialeinrichtungen aufgebaut hatte.[175] Die Diskussionen darüber waren allerdings sehr langwierig, da regional und lokal der Bedarf dafür äußerst unterschiedlich eingeschätzt wurde und die Frage des Ortes zunächst ungeklärt blieb.[176] Im Mai 1961 eröffnete schließlich das

171 Vgl. Leitung der Mädchenheime (Luise Harz) an Dir. LVR (15.10.1954), in: ALVR 39648.

172 Janzen 1956; ders. 1957.

173 LJA an Ev. Heime Oberbieber, Wolf, Aprath, Neukirchen, Röndahl, Hückeswagen (11.8.1958), in: ALVR 41267, Bl. 100.

174 LVR: Vorlage an den LJWA Nr. 3/68 Ju betr. Anträge auf Investitionsbeihilfen über 30.000 DM für Erziehungsheime (8.10.1963), in: ADWRh, Ohl 15.3.3.

175 Vgl. Köster 1999, S. 555–557.

176 Vgl. IV: Betr. Gesichtspunkte für die Planungen auf dem Gebiet der Verbesserung der öffentlichen Ersatzerziehung im Gebiet des LVR (mit Bezug auf: Kurze Denkschrift über die Situation der Erziehungsheime für schulentlassene männliche Jugendliche im Gebiet des LVR vom 20.3.1957) (o.D.) und Niederschrift über die Vollsitzung der Vereinigung der Wohlfahrtsdezernenten der nordrheinischen Stadtkreise am 10.9.1958, in: ALVR, NL Klausa 30.

Rheinische Heilpädagogische Erziehungsheim Süchteln, das von einem Psychiater geleitet wurde.[177]

2.4.4 Die psychiatrische Prägung der Jugendhilfe

Das Einwandern der Psychiatrie in die Pädagogik war eine Entwicklung, die seit den 1960er Jahren verstärkt stattfand. Dies war gepaart mit einer Modernisierung der Erziehungshilfen – so der neue Begriff, der den älteren der Erziehungsfürsorge ablöste –, die eine individualisierte Hilfe wie auch Kontrolle vorsahen. Dieser Prozess hatte viele Aspekte, von denen der Einsatz von Psychopharmaka nur einer war. Zu erwähnen sind die Verschiebung der Interventionen von der Anstaltsfürsorge in den Bereich der Prävention (Erziehungsberatungsstellen), die zunehmende Beschäftigung von Psychologen in den Erziehungsberatungsstellen und Heimen und nicht zuletzt die Professionalisierung der Pädagogik selbst, die sich im Aufkommen der Sozialpädagogik abbildete und überkommene Formen der konfessionell geprägten Disziplinpädagogik ablöste. Der Prozess der Heimdifferenzierung mit der Schaffung nicht nur kleinerer, sondern auch speziellerer Gruppen und kleinerer Heime (Heilpädagogisches Heim) war ein wesentlicher institutionengeschichtlicher Hintergrund dieser Entwicklung.

Der sich in der Jugendfürsorge bereits früh zeigende Trend zu einer Psychiatrisierung hatte im Rheinland eine eigene Vorgeschichte. Der 1920 eröffneten Anstalt Erlenhof in Euskirchen war eine »Zwischenanstalt für geistig Minderwertige« angeschlossen und die Leitung dem Psychiater Max Lückerath übertragen worden, der damit zugleich bis 1936 als Landespsychiater in der rheinischen Fürsorgeerziehung agierte.[178] Nach seinem Tod übernahmen zwei »provinzialärztliche Berater« diese Funktion, welche eine psychiatrische Begutachtung der Minderjährigen und Aussonderung in den Bereich der Psychiatrie oder Behindertenfürsorge zur Aufgabe hatte. Der Landespsychiater hatte zudem, wie oben gezeigt wurde, eine zentrale Funktion bei der Selektion der vermeintlich erbkranken Zöglinge für die nationalsozialistische Zwangssterilisation besessen.

In den 1950er Jahren wurde die Frage einer jugendpsychiatrischen Versorgung zunehmend problematisch. So war die Rheinische Landesklinik in Bonn, die bereits in der Zwischenkriegszeit die Begutachtung der Fürsorgeerziehungsfälle auf das Vorliegen einer eventuellen Geisteskrankheit durchgeführt hatte, immer weniger in der Lage, eine wachsende Zahl von problematischen Jugendlichen zu versorgen. Probleme bereiteten Personen mit »schwerer Psychopathie und hysterischen Wesenszügen«, die aber »nicht geisteskrank im organischen Sinn« sind.[179] Für die eindeutigen Fälle sollte Bonn oder eine Heil- und Pflegeanstalt zuständig bleiben. Doch galt es für die anderen Fälle »Sondereinrichtun-

177 Vgl. dazu in diesem Band Kap. II.6.

178 Vgl. Blum-Geenen 1997, S. 279–291; Steinacker 2007, S. 104–108.

179 Vermerk betr. Inanspruchnahme der Rhein. Landesjugendklinik oder Heil- und Pflegeanstalten zur Beobachtung und evtl. vorübergehenden kurzfristigen Behandlung im Verhältnis zu den gesetzlichen Bestimmungen über das gerichtliche Verfahren bei Freiheitsentziehung usw. (Beurmann, 19.1.1957), in: ALVR 40372.

gen« zu gründen und den jugendpsychiatrischen Dienst auszubauen. Man machte dann einen Versuch in der Rheinischen Landesklinik Viersen-Süchteln, wo eine Abteilung für zunächst zehn Mädchen entstand. Nachdem es hier zu Problemen der Abgrenzung zu den Psychiatriepatienten und zu Konflikten mit Tätlichkeiten unter den Mädchen kam, reduzierte man die Zahl der Plätze auf acht.[180]

Die Stelle der jugendpsychiatrischen Betreuung in der öffentlichen Erziehung im Rheinland war seit 1960 verwaist und wurde erst 1964 wieder durch den Psychiater Gieraths besetzt. Insbesondere die seit dem Inkrafttreten des Jugendwohlfahrtsgesetzes verstärkte Fürsorge für 18- bis 21-Jährige betonte die »erhöhte Bedürftigkeit jugendpsychiatrischer Hilfen«, die »über das entscheidende Alter der Formbarkeit häufig schon hinausgewachsen sind«. So durfte Fürsorgeerziehung oder Freiwillige Erziehungshilfe nicht mehr wegen pädagogischer Erfolglosigkeit abgebrochen werden, sondern nur bei Vorliegen »einer fachärztlich nachgewiesenen erheblichen geistigen oder seelischen Regelwidrigkeit, die eine andere Form der Hilfe erforderlich macht«.[181] Hier war die verbesserte psychiatrische Diagnostik entscheidend, welche insbesondere bei Heimkindern die Aufdeckung frühkindlicher Hirnschädigungen und Minderbegabungen ermöglichen sollte. Daraus folgte die »zweckentsprechende Herabminderung der erzieherischen Anforderungen« oder aber auch eine »Änderung der Erziehungsmethoden«. Bei Akutfällen und Auffälligkeit galt es aber, wie bereits in der Zwischenkriegszeit, eine Überweisung in die jugendpsychiatrische Klinik in Bonn oder das nächst gelegene Landeskrankenhaus für eine Gutachtenerstellung zu veranlassen. Gieraths meinte 1967, dass »grob geschätzt die Hälfte aller Fälle« in der Fürsorgeerziehung oder Freiwilligen Erziehungshilfe eine »neurotische Fehlentwicklung« aufweise.[182] Dabei gab es zu jener Zeit für rund 50 Heime mit 4.350 Minderjährigen nur in fünf Heimen mit 450 Minderjährigen eine ständige Beratung durch jugendpsychiatrisch vorgebildete Ärzte. Der Rest sei durch den jugendpsychiatrischen Dienst zu versorgen. In einer kurz darauf erstellten Vorlage gab Gieraths an, dass bei 38 Heimen freier Träger mit 4.258 Plätzen und bei fünf landschaftsverbandseigenen Heimen mit 946 Plätzen nur in 14 Heimen freier Träger Diplompsycholog(inn)en haupt- oder nebenamtlich mitarbeiten. Darunter seien diese in zwei landschaftsverbandseigenen Heimen hauptamtlich beschäftigt und in drei Einrichtungen die Stellen aktuell vakant. Nur in vier Heimen freier Träger (mit 535 Plätzen) arbeiteten regelmäßig Psychiater.[183]

180 Reisebericht über den Besuch der Landesklinik Süchteln am 27.2.1957 (Beurmann, 5.3.1957) und RLJH Süchteln an LJA (6.6.1957), in: ALVR 40372.

181 Zudem bestand dabei offenbar das Problem, dass die für eine psychiatrische Fürsorge bestimmten Jugendlichen oft den Heimen nicht abgenommen wurden, was im erzieherischen Selbstverständnis eine Gefährdung der Klientel bedeutete. Vgl. LVR: Vorlage an den LJWA Nr. 3/98 Ju (29.6.1964) »Die Heimsituation in der Freiwilligen Erziehungshilfe und Fürsorgeerziehung im Hinblick auf den Investitionsbedarf und die Förderung von Erziehungsheimen freier Träger«, in: ADWRh, Ohl 15.3.4.

182 Gieraths: Aufgaben des Jugendpsychiatrischen Dienstes beim LJA (Anlage 2 zur Niederschrift über die 18. Sitzung des LJWA v. 8.2.1967), in: ALVR 41714.

183 Gieraths forderte daraufhin eine Stelle zusätzlich. Siehe Vorlage für Minimalbesetzung einer überörtlichen Beratungsstelle im Jugendpsychiatrischen Dienst des LJA (Gieraths, 17.3.1967), in: ALVR 41714. Zur gleichen Zeit forderte auch die Gesundheitsabteilung des Landschaftsverbandes eine

Im Jahre 1968 vermerkte Martha Beurmann, dass in den letzten Jahren 50 bis 80 Jugendliche bekannt geworden seien, die »stark verhaltensgestört und stark minderbegabt sind«. So genannte Notfälle wurden 1968 im Landesjugendheim Erlenhof (14 Minderjährige im Alter von elf bis 14,5 Jahren) untergebracht, doch ein weiterer Bedarf wurde mit 150 Plätzen beziffert.[184] Die sich hiermit andeutende stärkere Differenzierung nach psychiatrischen Kriterien hatte nicht nur die positive Seite der besseren individuellen Hilfegewährung. Zugleich bedeutete sie eine verstärkte Aussiebung verhaltensgestörter, minderbegabter und vermeintlich psychisch kranker Kinder in die Psychiatrie oder die Behindertenhilfe. Zahlen hierüber waren leider nicht zu gewinnen. Es muss jedoch davon ausgegangen werden, dass es aufgrund der forcierten Ausgrenzung auch zu Fehlplatzierungen gekommen ist.[185]

2.5 Heimaufsicht und Heimunterstützung der freien Träger

2.5.1 Der rechtliche Rahmen

Die Bedeutung der freien Träger für die öffentliche Erziehung ist an verschiedenen Stellen angesprochen worden. So ließ sich zeigen, dass seit den Anfängen öffentlicher Ersatzerziehung im Rheinland ein Großteil der Minderjährigen in konfessionellen Einrichtungen untergebracht wurde. Daran änderte sich, wie aus dem Abschnitt über den statistischen Befund hervorgeht, auch nach 1945 nichts. Im Dritten Reich verstaatlichte Heime wurden daher an die konfessionellen Vorbesitzer zurückgegeben. Der Ausbau des Netzes an Einrichtungen in direkter Trägerschaft des Landesjugendamtes wurde nur langsam betrieben. Vor allem die Heimerziehung für weibliche Minderjährige blieb fast ausschließlich in Händen der konfessionellen Verbände. Wie aber gestaltete sich die Kooperation zwischen dem Landesjugendamt und der privaten Wohlfahrt? Im Abschnitt zur rechtlichen Ausgestaltung der öffentlichen Erziehung wurde bereits kurz auf eine Neuerung des Jugendwohlfahrtsgesetzes eingegangen: die Heimaufsicht. Dieses Rechtsmittel soll in einem ersten Schritt genauer erläutert und davon ausgehend gefragt werden, wie die Heimaufsicht im Rheinland praktiziert wurde.

Angliederung der jugendpsychiatrischen Stellen in ihrem Ressort, was allerdings der Landesdirektor angesichts der Untrennbarkeit dieser Arbeit von der Jugendwohlfahrtsabteilung ablehnte (Niederschrift über die 18. Sitzung des LJWA vom 8.2.1967 [Auszug], in: ebd.).

184 Niederschrift über die 34. Sitzung des LJWA vom 12.12.1968 (Auszug, 6.1.1969), in: ADWRh, Ohl 15.3.4.

185 Siehe den Hinweis bereits in relativ zeitnahen Bearbeitungen von Einzelschicksalen wie z.B. dem Film: »Rolf – ein sozialer Unfall« (Film von Albrecht Metzger), Südfunk Stuttgart 1971, 45 Min. Rolf hatte im Alter von drei Jahren die Diagnose eines frühkindlichen Hirnschadens erhalten. Danach wurde die Diagnose nicht mehr überprüft und einfach fortgeschrieben. Er war u.a. in der Evangelischen Behinderteneinrichtung Hephata in Mönchengladbach untergebracht.

Ausgangspunkt für eine solche Analyse ist der Abschnitt VII des Jugendwohlfahrtsgesetzes. Ausgelöst durch den Porazinski-Prozess – der gleichnamige Erzieher hatte in einem privaten, nichtkonfessionellen Heim ein Kind zu Tode geprügelt[186] – setzte eine intensive Debatte darüber ein, ob der Schutz der Minderjährigen in Einrichtungen der Kinder- und Jugendfürsorge über das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz ausreichend geregelt sei.[187] Gegen den Willen der konfessionellen Verbände enthielt das neue Jugendwohlfahrtsgesetz einen eigenen Abschnitt zur »Heimaufsicht«.[188] Als Ziel des Rechtsmittels wurde umfassend festgehalten, »daß in den Einrichtungen das leibliche, geistige und seelische Wohl der Minderjährigen gewährleistet ist«. Für die Umsetzung verantwortlich war das Landesjugendamt. An konkreten Auflagen wurde die Meldepflicht der Heime ausgeweitet, so mussten »die Personalien und die Art der Ausbildung des Leiters und der Erzieher der Einrichtung« an das Landesjugendamt weitergeleitet werden (JWG § 78 Abs. 4.1).[189] Zudem hatte das Landesjugendamt regelmäßig die Einrichtung an »Ort und Stelle zu überprüfen« (JWG § 78 Abs. 5). Falls eine solche Überprüfung nicht zur Zufriedenheit des Landesjugendamtes ausfiel, bestand die Möglichkeit, den Betrieb vorübergehend oder dauerhaft zu unterbinden. Umstritten war, ob § 78 die öffentliche Erziehung überhaupt betraf.[190] Der Abschnitt VI über die Erziehungsbeistandschaft, Freiwillige Erziehungshilfe und Fürsorgeerziehung kannte nämlich analog zum Reichsjugendwohlfahrtsgesetz (§ 62) ebenfalls einen Aufsichtsparagraphen (§ 69 Abs. 3).[191] Darin heißt es: »Die Freiwillige Erziehungshilfe und die Fürsorgeerziehung werden unter Aufsicht des Landesjugendamtes in der Regel in einer geeigneten Familie oder in einem Heim durchgeführt. […] Die

186 Der Erzieher Porazinski wurde am 19.11.1955 vom Landgericht Stade zu 15 Jahren Zuchthaus und Sicherheitsverwahrung verurteilt. In einer kleinen Anfrage von 20 Abgeordneten im Bundestag wurde die Bundesregierung gefragt, ob sie gewillt sei, die Heimaufsicht zu verschärfen (Kleine Anfrage 214 DS 1932 [7.12.1955], in: HStAD, NW 648, Nr. 61, Bl. 31).

187 »Die Ereignisse um Porazinski geben Veranlassung, das Problem der Aufsicht über die Fürsorgeerziehung nunmehr, d.h. also noch vor Inkrafttreten des Landesausführungsgesetzes zum Reichsjugendwohlfahrtsgesetz, mit besonderer Aufmerksamkeit zu behandeln und die Aufsicht nunmehr intensiv durchzuführen.« (Vermerk [IV B/2–9.746.0 -] betr. Aufsicht über die Durchführung der Fürsorgeerziehung [o.D., ca. Anfang 1956], in: HStAD, NW 648, Nr. 97).

188 Den konfessionellen Verbänden wurde aber dadurch entgegengekommen, dass einem zentralen Dachverband der freien Jugendhilfe auf Antrag die Überprüfung von Einrichtungen eines ihm angehörenden Trägers widerruflich übertragen werden konnte, wenn dieser dem Antrag zustimmte.

189 Jugendwohlfahrtsgesetz 1961, S. 33 f.

190 Vgl. ausführlich zur Diskussion Rebscher 1968, S. 58–68 sowie den Jahrgang 1962 des Zentralblatts für Jugendrecht und Jugendwohlfahrt. Auf einen Artikel von Wennemar Haarmann (Haarmann 1962) reagierte Karl-Wilhelm Jans (Jans 1962). Der Beitrag von Jans wiederum wurde von Peter Pant kritisiert (Pant 1962). Jans fand daraufhin Unterstützung durch Günter Happe (Happe 1962), der sich von dem Beitrag Pants distanzierte. Auffallend ist, dass damit das nordrhein-westfälische Arbeits- und Sozialministerium und das LJA Rheinland unterschiedlicher Auffassung waren. Spannungen zwischen beiden Behörden, auf die hier nicht weiter eingegangen werden kann, lassen sich auch im Umgang mit Beschwerden aufzeigen – wie es scheint, führte das Ministerium auch zeitweise Heimaufsichtsbesuche selbständig aus, vgl. HStAD, NW 648, Nr. 102.

191 Jugendwohlfahrtsrecht 1958, S. 14 und Jugendwohlfahrtsgesetz 1961, S. 29.

Aufsicht erstreckt sich darauf, daß das leibliche, geistige und seelische Wohl des Minderjährigen gewährleistet ist.« Peter Pant vom Arbeits- und Sozialministerium des Landes Nordrhein-Westfalen lehnte es auch deswegen ab, § 78 auf die öffentliche Erziehung zu beziehen, und gelangte zu der Einschätzung: »Ein Bedürfnis, den Schutz der Minderjährigen, die im Rahmen der FE oder FEH in Erziehungsheimen untergebracht sind, zu verstärken, bestand und besteht nicht, da die bisherigen gesetzlichen Bestimmungen als ausreichend angesehen werden müssen. Das Landesjugendamt hat allein durch den Umstand, daß es für die Belegung der Erziehungsheime zuständig ist, genügend Möglichkeiten auf ordnungsgemäße Zustände in den Heimen hinzuwirken.«[192]

Gegen die Auffassung, die Heimaufsicht von § 78 beziehe sich auf Einrichtungen außerhalb der öffentlichen Erziehung, sprachen sich mit Günter Happe und Karl-Wilhelm Jans die maßgebenden Männer der Landesjugendämter Rheinland aus. Sie interpretierten die beiden Paragraphen als ein Nebeneinander. Nach ihrer Lesart begründete § 69 den Schutz des individuellen Minderjährigen in Fürsorgeerziehung oder Freiwilliger Erziehungshilfe, so wie ihn auch das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz schon kannte. § 78 hingegen formulierte eine »institutionelle Heimaufsicht«: »‹Institutionell› bedeutet, daß sich die Aufsicht auf die Einrichtung und nicht auf den einzelnen Minderjährigen bezieht; sie erstreckt sich unter anderem ebenso auf die innere Struktur, die räumliche Gestaltung, die Sicherheit der Minderjährigen wie auf die Hygiene und andere Kriterien der Erziehung und damit des Wohls aller Minderjährigen im jeweiligen Heim. Besonderen Wert zu legen ist auf die Geeignetheit der Kräfte, die in den Einrichtungen tätig sind.«[193]

Rechtlich gesehen konnten sich Happe und Jans mit ihrer Position nicht durchsetzen. In Nordrhein-Westfalen wurde die Heimaufsicht durch einen Runderlass des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales vom 27.2.1963 geregelt.[194] Darin wurde festgehalten: »Die Heimaufsicht nach § 78 JWG erstreckt sich nicht auf Erziehungsheime, in denen Freiwillige Erziehungshilfe oder Fürsorgeerziehung durchgeführt wird.«[195] Stattdessen wurde die Aufsicht über die Minderjährigen in öffentlicher Erziehung auf § 69 JWG zurückgeführt. Allerdings hat diese Unterscheidung keine praktischen Konsequenzen, da die konkreten Ausführungen des Erlasses zu beiden Paragraphen in den wesentlichen Fragen gleich sind. Ausdrücklich wird so im Abschnitt über die Aufsicht der Minderjährigen in öffentlicher Erziehung »hinsichtlich der Art, des Inhaltes und des Umfanges der Aufsichtsbefugnisse« auf die entsprechenden Absätze in den Ausführungen zur Heimaufsicht nach § 78 JWG verwiesen.[196] Anders als Happe und Jans sieht der Erlass damit keinen Unterschied zwischen dem Schutz des individuellen Minderjährigen und der institutionellen Heimaufsicht. Die von Happe genannten oben zitierten Punkte, wie etwa die räumliche Gestaltung, werden vollständig aufgeführt. Der Aufgabenkatalog, der hier mit Blick auf die später zu klärende Frage der praktischen Umsetzung der Heimaufsicht vollständig wiedergegeben

192 Pant 1962, S. 197.
193 Happe 1962, S. 42; ähnlich Carspecken 1961.
194 Mbl-NRW, S. 288.
195 Vgl. ebd., Abschnitt II, 2.2 (2).
196 Ebd., S. 291, Abschnitt IV, 4.5.

wird, geriet so äußerst umfangreich: »a) die Beschaffenheit des Gebäudes, der Räume einschl. der Nebenräume und sanitären Einrichtungen und Außenanlage, b) die Ausstattung mit Spiel-, Lehr-, Unterrichts- und sonstigem Bildungsmaterial und ähnlichen Hilfsmitteln, c) die ärztliche und gesundheitliche Betreuung […], die Verpflegung, Bekleidung, körperliche Ertüchtigung, Beschäftigungszeiten der Minderjährigen, d) die pädagogische Betreuung der Minderjährigen, ggf. die schulische Betreuung […], die Lehr- und Anlernausbildung, die Freizeitgestaltung, e) die Sicherstellung der religiösen bzw. weltanschaulichen Betreuung der Minderjährigen, f) die Besetzung mit Erziehern, die auf Grund ihrer Persönlichkeit, ihrer Kenntnisse, ihrer fachlichen Ausbildung und (oder) ihrer pädagogischen Erfahrungen geeignet erscheinen, die Minderjährigen zu betreuen, g) die Besetzung mit Haus- und Wirtschaftspersonal.«[197]

Will man ein Fazit ziehen, bleibt festzuhalten, dass mit dem Ministerialerlass von 1963 die Heimaufsicht über einen umfassenden Aufgabenkatalog präzise erfasst wurde. Dennoch ist die Kontinuitätslinie dominant. Der Erlass berief sich nicht auf den neuen § 78, sondern auf § 69, der wiederum auf das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz (§ 62) zurückzuführen ist. Rechtlich gesehen war nach dieser Lesart damit eine institutionelle Heimaufsicht schon vor dem Jugendwohlfahrtsgesetz für die öffentliche Erziehung gegeben. »Unter ›öffentlicher Aufsicht‹ im Sinne dieser Bestimmungen [gemeint ist § 62 RWJG] verstand man aber nicht nur die Aufsicht über die Minderjährigen, sondern auch die Aufsicht über die Erziehungsanstalten als solche.«[198] Pant, von dem das Zitat stammt, konnte sich dabei auch auf das Preußische Ausführungsgesetz zum Reichsjugendwohlfahrtsgesetz vom 29.3.1924 stützen. Darin (§ 25) wird ausdrücklich von einer Aufsicht »über die Ausführung der Fürsorgeerziehung […] und die von ihnen zur Unterbringung von Minderjährigen benutzten Anstalten« gesprochen.[199]

Der These einer rechtlichen Kontinuität entspricht die praktische Umsetzung im Rheinland. Das Jahr 1961 markiert keinen Bruch. Das Verhältnis zu den freien Verbänden änderte sich aufgrund des Jugendwohlfahrtsgesetzes nicht grundlegend, und auch bei der Ausrichtung der Heimbesuche dominierte die Kontinuität, da es schon vor 1961 nicht nur um das Wohlergehen des individuellen Minderjährigen, sondern auch um die Einrichtung in den im Ministerialerlass von 1963 genannten Bezügen ging. Bevor diese Kontinuität am Beispiel der Heimaufsicht für zwei konfessionelle Einrichtungen exemplarisch gezeigt wird, soll zunächst auf die Zielsetzung des Landesjugendamtes eingegangen werden. Was verstand es unter Heimaufsicht der Belegheime und was bezweckte es damit?

197 Ebd., S. 288, Abschnitt II, 2.5.

198 Pant 1962, S. 196.

199 Abgedruckt in Jugendwohlfahrtsrecht 1958, S. 100–108, hier S. 101. So sah auch das Arbeits- und Sozialministerium in einem Vermerk Anfang 1956 die Aufsichtskette über die Heime wie folgt: 1. Provinzialanstalten, a) FE-Behörde, b) Oberpräsident, c) Minister, 2. Private Erziehungsheime, a) Reg.Präs., sofern Pflegekinder (FE) in Minderheit, b) Oberpräsident, sofern Pflegekinder (FE) in Mehrheit, c) FE-Behörde, soweit zur Ausführung der FE benutzt, »in erster Linie«, d) Oberpräsident, e) Minister, 3. Ausführung der FE, a) Oberpräsident, b) Minister (Vermerk (IV B/2–9.746.0-), betr. Aufsicht über die Durchführung der FE [o.D., ca. Anfang 1956], in: HStAD, NW 648, Nr. 97.

2.5.2 Die praktische Arbeit des Landesjugendamtes Rheinland

Einen guten Einblick in den Denkhorizont des Landesjugendamtes vermittelt ein Dokument aus dem Jahr 1958. In einem intensiven Austauschprozess hatte die Arbeitsgemeinschaft der norddeutschen Landesjugendämter und Fürsorgeerziehungsbehörden ein Grundsatzpapier »für die Überwachung der Heime« erstellt.[200] Schon der Titel verdeutlicht, dass der Fokus der Heimaufsicht im Verständnis des Grundsatzpapiers auf den Heimen lag und sich das Wohlergehen der einzelnen Zöglinge nach dieser Logik nur über die Aufsicht über die Einrichtungen sichern ließ. Ausdrücklich wird daher eine Einweisung von der »erzieherischen Leistungsfähigkeit« abhängig gemacht, wie sie sich in »personellen, räumlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen« niederschlägt.[201] In diesem Sinn sehen die Verfasser des Papiers es auch als notwendig an, die Minderjährigen nicht in irgendeiner beliebig auszusuchenden Einrichtung unterzubringen, sondern »das für den einzelnen Minderjährigen geeignete Heim zu bestimmen«.[202]

Fasst man diese hier vorgestellten Kerngedanken des Papiers zusammen, zeigt sich, dass für das LJA schon in den 1950er Jahren die Heimaufsicht mehr als eine Überwachung des Heimes oder einen Pflegekinderschutz im engen Sinn darstellte. Vielmehr ging es um eine Fortentwicklung der öffentlichen Erziehung, wie sie im Rheinland unter dem Leitbegriff der Heimdifferenzierung die Ausrichtung des Landesjugendamtes der Nachkriegszeit bestimmte. Das Ziel der Heimdifferenzierung wurde bereits beschrieben (vgl. Kap. I.2.4.3.), ihre Umsetzung hingegen führt zu den Einrichtungen der konfessionellen Wohlfahrtsverbände. Denn in Pfadabhängigkeit des bislang verfolgten Kurses blieb die Kooperation zwischen ihnen und dem Landesjugendamt äußerst eng. Etwa 75 Prozent der Heimplätze in der öffentlichen Erziehung wurden von konfessionellen Einrichtungen gestellt, wie im Abschnitt zum statistischen Befund (vgl. Kap. I.2.3) gezeigt wurde. Selbst wenn das Landesjugendamt gewollt hätte, wäre es allein aus finanziellen Gründen nicht möglich gewesen, die über zwanzig Belegheime zu ersetzen.

Das Verhältnis zwischen Landesjugendamt und den konfessionellen Heimen kann man daher vor 1961 als symbiotisch bezeichnen. Das Landesjugendamt benötigte die Plätze, während die Einrichtungen von seiner finanziellen Unterstützung abhängig waren. Diese Abhängigkeit wurde im Abschnitt zum statistischen Befund schon an den Bauzuschüssen verdeutlicht. Auch im Bereich der Pflegekosten kam es zu einer vergleichbaren Entwicklung. Vor allem auf Seiten der katholischen Heime gab es zu Beginn der Zusammenarbeit im 19. Jahrhundert ein ausgeprägtes Interesse, sich nicht von den Einnahmen staatlicher Stellen für die erbrachten Erziehungsleistungen abhängig zu machen, auch da eine solche

200 Grundsätze der Arbeitsgemeinschaft der norddeutschen Landesjugendämter und Fürsorgeerziehungsbehörden für die Überwachung der Heime, in denen Minderjährige in Fürsorgeerziehung und Freiwilliger Erziehungshilfe untergebracht werden, 5. Arbeitstagung der nordwestdeutschen Landesjugendämter und Fürsorgeerziehungsbehörden in Goslar vom 14. bis 16. April 1958, in: ALVR 38609.

201 Ebd., S. 1.

202 Ebd.

Haltung mit dem Ideal christlicher Nächstenliebe nicht vereinbar schien.[203] Diese Einstellung änderte sich nach 1945. Auslöser dafür war der Nachwuchsmangel der religiösen Gemeinschaften. Als Folge davon mussten die noch vorhandenen Kräfte mehr arbeiten. Absehbar war allerdings schon Anfang der 1950er Jahre, dass es sich dabei um keine dauerhafte Lösung handelte. Um weltliche Kräfte einstellen zu können, benötigten die Einrichtungen allerdings eine deutliche Erhöhung ihrer Einnahmen aus den Pflegegeldern. So wiesen vier katholische Heime, alle in Trägerschaft der Genossenschaft der Töchter vom heiligen Kreuz, in einem Schreiben vom 5.8.1953 an das Sozialministerium darauf hin, »dass jährlich in zunehmendem Maße Schwestern (Erzieherinnen) aus gesundheitlichen Gründen in wichtigen Positionen ausfallen. Da eine Auswechslung wegen Nachwuchsmangel nicht möglich ist, müßten diese Stellen weitgehend durch geschulte weltliche Kräfte ersetzt werden. Diese in genügender Zahl einzuschalten ist unmöglich, da uns kein Geld zur standesgemässen Entlohnung derselben zur Verfügung steht. Die Ordensschwestern haben in den Erziehungsheimen das Doppelte an Arbeitsleistungen zu tätigen, wie die wenigen Laienkräften, die inzwischen eingestellt wurden.«[204]

Die Einrichtungen drängten deswegen auf kostendeckende Pflegesätze. Wie groß das strukturelle Defizit war, zeigt sich daran, dass eine Reihe von Heimen trotz hoher Einnahmen aus Betrieben wie Wäschereien und Nähereien Anfang der 1950er Jahre kein ausgeglichenes Budget erzielten.[205] 1955 musste das Landesjugendamt daher offen eingestehen: »Die von dem Landschaftsverband Rheinland in Zusammenarbeit mit Vertretern der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege durchgeführten Überprüfungen einzelner Erziehungsheime haben ergeben, dass bei der Mehrzahl der Heime die derzeitigen Pflegesätze zur Durchführung einer Erziehung nach neuzeitlichen Erkenntnissen nicht ausreichen.«[206] Allerdings gelang es, dies im Laufe der nächsten Jahre zu ändern, so dass Karl-Wilhelm Jans und Martha Beurmann in ihrer Selbstdarstellung des Landesjugendamtes aus dem Jahr 1963 mit einem gewissen Stolz feststellen konnten, »dass die jetzigen Pflegesätze den Selbstkostenberechnungen der Heime entsprechen. Sie sind also kostendeckend.«[207] Das Wirtschaftswunder ermöglichte eine deutliche Aufwärtsentwicklung der Pflegesätze. Bewegten sich diese 1945 bei schulpflichtigen Minderjährigen zwischen 3,00 und

203 Vgl. zum Caritasideal Henkelmann 2007 sowie grundlegend zur wirtschaftlichen Seite Hammerschmidt 2003.

204 Schw. Oberin Jugendheim Christi Hilf Düsseldorf an das Sozialministerium des Landes NRW (5.3.1953), in: ALVR 41987, Bl. 2 f.

205 Vgl. ebd. Beispiele aus dem Jahr 1952: Christi Hilf Düsseldorf Einnahmen aus Näherei und Bügelrei 70.095,39 DM, Defizit 22.064,19 DM; Notburgahaus Neuss Einnahmen aus Nebenabteilungen 74.872,96 DM, Defizit 27.497,84 DM; Haus Nazareth Immerath, Einnahmen aus Nebenleistungen 50.876,79 DM, Defizit 13.058,56 DM, Raphaelshaus Aachen-Soers Erträge aus Nebenabteilungen 11.955,19 DM, Defizit 32.700,05 DM.

206 Aktennotiz betr. Neuregelung des Pflegesatzes (24.3.1955), in: ALVR 41987.

207 Jans/Beurmann 1963, S. 90.

3,10 Reichsmark, sprangen sie bis 1963 auf 8,45 bis 10,00 DM. Ähnlich steil stiegen die Sätze für schulentlassene Zöglinge an, die immer etwas höher lagen.[208]

Ein weiteres Problem, das die Einführung von kostendeckenden Sätzen unterstützte, kam mit der schon erwähnten Gruppendifferenzierung hinzu. Wenn das Landesjugendamt darauf drängte, die Gruppen weiter zu differenzieren und zu verkleinern, führte dies zu verringerten Einnahmen bei kaum reduzierten Kosten, da der Personalbestand gleich bleiben sollte. Exemplarisch aufzeigen lässt sich der daraus resultierende Interessenskonflikt an einer Auseinandersetzung zwischen dem Mädchenheim St. Josef in Düsseldorf-Heerdt und dem Landesjugendamt im Jahr 1959.[209] Während die Ordensleitung drohte, die Einrichtung zu schließen, da sie wegen einer als zu gering eingeschätzten Auslastung, die bei rund 85 Prozent lag, nicht wirtschaftlich zu führen sei, sprach sich das Landesjugendamt für ihren Erhalt aus. Statt die Auslastung zu maximieren, drängte sie darauf, die Gruppengrößen zu verringern. Insgesamt sollte das Heim 25 von 210 Plätzen aufgeben. Das Landesjugendamt musste daher, wollte es einen solchen Plan durchsetzen, Pflegegelder anbieten, die die Selbstkosten deckten. Dazu gab es weitere Töpfe des Landesjugendamtes – beispielsweise schüttete es Mittel für Bildungs- und Wanderfahrten aus, um das Freizeitangebot der Einrichtungen abwechslungsreicher werden zu lassen und eine möglichst »lebensnahe Erziehung« zu ermöglichen.[210]

Allerdings gaben auch Beurmann und Jans offen zu, dass trotz des Wirtschaftswunders die finanziellen Möglichkeiten des Landesjugendamtes begrenzt waren. Diese Grenzen schlugen sich in zwei verschiedenen Problemen nieder. Ein zentrales Dauerproblem nicht nur des Landesjugendamtes im Rheinland war das Personal. Sowohl die Werbung als auch die Qualifizierung bereiteten große Probleme. Das Lohnniveau in den 1950er Jahren wurde schon angesprochen. Prägnant zum Ausdruck gebracht wurde es in einem Schreiben des Hermann-Josef-Hauses in Urft an das Sozialministerium vom 12.8.1953: »Die Personalkosten sind verhältnismäßig niedrig gehalten, weil unser Personal zum Teil mehr aus caritativem Ideal, als nach Tarif arbeitet. Wir werden aber immer wieder gedrängt, die Löhne zu erhöhen, was nach unserer Berechnung pro Tag 0,30 DM beträgt.«[211]

Anzumerken bleibt, dass es speziell für die konfessionellen Heime noch etwas schwieriger war, gutes Personal zu finden, da ihr Tarif unter dem lag, der in den Einrichtungen des Landschaftsverbandes galt.[212] Auch an diesem Punkt lassen sich die daraus resultierenden Zielkonflikte aufzeigen, wie sich exemplarisch an den schon erwähnten Verhandlungen zwischen dem Josefshaus in Düsseldorf-Heerdt und dem Landesjugendamt 1959 verdeutlichen lässt.[213] Das Heim bemängelte fehlende Rentabilität. Beurmann versprach Abhilfe

208 Ebd., S. 89, Tabelle 14 und für die einzelnen Belegheime ALVR 44049 Pflegesatzverzeichnis der Pflegeheime 1952–1966.

209 Aktennotiz Beurmann (31.1.1959), in: ALVR 39679.

210 Jans/Beurmann 1963, S. 68; vgl. dazu ausführlich Kap. III.4.

211 ALVR 41987.

212 Vgl. Jans/Beurmann 1963, S. 87 sowie zu den tariflichen Bestimmungen S. 77 ff.

213 Aktenvermerk Beurmann betr. Gruppendifferenzierung und Gruppenstärke im Jugendhaus der Dominikanerinnen St. Josef, Düsseldorf-Heerdt (31.1.1959), in: ALVR 39679.

in Form von kostendeckenden Pflegesätzen, verlangte aber gleichzeitig auch Sparsamkeit und kritisierte so, dass verschiedene Stellen überbesetzt seien. In einem anderen Gespräch im gleichen Jahr verwies die Einrichtung auf Probleme bei der Personalwerbung. Die Personalkosten seien niedrig, da der Caritastarif nicht der Tarifordnung für Angestellte in den Heimen des Landschaftsverbandes entspreche. Daraus resultierten »viele Schwierigkeiten bei der Gewinnung geeigneter Kräfte«.[214] Das Beispiel verdeutlicht, dass das Landesjugendamt einerseits Sparsamkeit verlangte. Sparsamkeit wiederum konterkarierte andererseits die vom Landesjugendamt geforderte Qualitätsoffensive, da niedrige Gehälter die Attraktivität des Berufes schmälerten.

Diese permanente Quadratur des Kreises bedeutete, dass in der Konsequenz Kompromisse geschlossen werden mussten. Ein solcher Kompromiss wurde auch in der Professionalisierung der Erzieherinnen und Erzieher gewählt. Das Landesjugendamt war sich bewusst, dass die mit dem Begriff der Heimdifferenzierung gekennzeichnete Ausrichtung einer Modernisierung der öffentlichen Erziehung entscheidend von den pädagogischen Fähigkeiten des Personals abhing.[215] Bewusst wählte es auch hier einen kooperativen Ansatz. Es Landesjugendamt erbrachte Vorgaben. So wurde die Erzieherausbildung umstrukturiert und zum 29.3.1963 eine neue Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Heimerziehung erlassen. Allerdings verfügte es über keine eigenen Schulen, sondern unterstützte die konfessionellen Ausbildungsstätten, die vom Kultusminister als private Fachschulen für Heimerzieherinnen anerkannt wurden.[216] Rücksicht auf die konfessionellen Einrichtungen nahm das Landesjugendamt auch in einer anderen Entscheidung. So setzte es zwar die Qualifikationsansprüche hinsichtlich der Ausbildung an die Erzieherinnen und Erzieher in den 1960er Jahren herauf, wie im dritten Teil ausführlich gezeigt wird.[217] Gleichzeitig akzeptierte die Leitung des Landesjugendamtes, dass ältere Diakonissen und Ordensschwestern aufgrund ihrer langjährigen Erfahrung weiter auch als Gruppenschwester tätig sein durften, auch wenn sie keine entsprechende Qualifikation nachweisen konnten – die Arbeitskräfte waren insofern unersetzlich, da ihr Ausscheiden den Personalmangel nur noch verstärkt hätte.[218]

Ein zweites Problemfeld, das die Grenzen der finanziellen Leistungsfähigkeit des Landesjugendamtes verdeutlicht, blieb auch noch in den 1960er Jahren die Frage der räumlichen Gestaltung. Auch hier waren der Anspruch, nämlich die Einführung eines Familienprinzips, und die finanzielle Realität nur langsam vereinbar.[219] Einige Mustereinrichtungen lassen die Zielsetzung des Landesjugendamtes erkennen. Dazu gehörte das 1952 gegrün-

214 Aktenvermerk betr. Pflegesatzfeststellung für das Jugendheim der Dominikanerinnen St. Josef in Düsseldorf-Heerdt für die Zeit vom 1.10.1954 (9.5.1955), in: ALVR 39679.
215 Vgl. dazu ausführlich Kap. III.9.
216 Vgl. Jans/Beurmann 1963, S. 76.
217 Vgl. dazu auch Lützke 2002, S. 103 f.
218 Vgl. ebd.
219 Vgl. zum Familienprinzip in der öffentlichen Erziehung im Rheinland ebd., S. 61–63.

dete Heim Maria im Klee in Waldniel.[220] 1956 wurde es umgebaut und erweitert. Eine Anlage im Pavillonstil entstand, die man als eines der ersten Kinder- und Jugenddörfer im Rheinland bezeichnen kann. Außerdem wurde das Mädchenheim renoviert und auf 48 Plätze vergrößert. Es verfügte nun ausschließlich über Einzelzimmer. Dieser Standard war außergewöhnlich – keine andere Einrichtung im Rheinland hatte entsprechende räumliche Möglichkeiten aufzuweisen. Eine Zielmarke war damit in dieser bewusst als Leuchtturmprojekt konzipierten Einrichtung gesetzt.

Davon noch entfernt waren die Angaben in den bereits erwähnten Grundsätzen von 1958. Für den Schlafraum bei Mehrbetträumen hatten jedem Minderjährigen insgesamt 3–3,5 qm Bodenfläche zur Verfügung zu stehen. Schlafräume sollten im Höchstfall sieben Betten umfassen.[221] Ziel war es so, die großen Schlaf- und Essenssäle aufzulösen und stattdessen Gruppenwohneinheiten zu entwickeln. Auch hier gaben die Grundsätze eindeutige Vorgaben. Neben den Schlafräumen sollten mindestens zwei Wohnräume vorhanden sein.[222] Zudem wurde ein hygienischer Mindeststandard (ein Waschraum und eine Dusche für maximal zehn Minderjährige) festgehalten.[223] Allein aus finanziellen Gründen war es aber nicht möglich, in den kommenden Jahren alle Heime zügig umzubauen.[224] Für den hohen Investitionsbedarf waren vor allem die Kriegsschäden verantwortlich, zehn von 25 Kinderheimen der Inneren Mission beispielsweise waren total zerstört oder schwer beschädigt.[225] Dazu gesellte sich das Problem, dass in einer Reihe von Einrichtungen seit den 1920er Jahren keine substantiellen Renovierungen mehr vorgenommen worden waren.[226] Das Landesjugendamt musste sich so mit graduellen Veränderungen zufrieden geben, etwa in vielen Einrichtungen mit einem Umbau der großen Schlafsäle in kleinere Einheiten, weil der Investitionsbedarf enorm hoch war.[227] 1959 existierten in der Aachener Einrichtung der Schwestern zum Guten Hirten noch nicht einmal Waschräume. Die Mädchen wuschen sich mit Schüsseln in den Schlafräumen.[228] Gerade dieses

220 Vgl. zur Anstalt Henkelmann 2010 sowie die entsprechenden Heimaufsichtsakten ALVR 41276 und 41277.

221 Vgl. Grundsätze der Arbeitsgemeinschaft der norddeutschen Landesjugendämter und Fürsorgeerziehungsbehörden für die Überwachung der Heime, in denen Minderjährige in Fürsorgeerziehung und Freiwilliger Erziehungshilfe untergebracht werden, 5. Arbeitstagung der nordwestdeutschen Landesjugendämter und Fürsorgeerziehungsbehörden in Goslar vom 14. bis 16. April 1958, S. 2 in: ALVR 38609.

222 Ebd., S. 3.

223 Ebd.

224 Vgl. als Überblick über den großen Nachholbedarf die Unterlagen in: ALVR 41982 aus dem Jahr 1954, vor allem als Zusammenstellung der verschiedenen Anträge auf Bauzuschüsse Beurmann Vermerk für LR Hecker (26.6.1954).

225 Lützke 2002, S. 53.

226 Vgl. Jans/Beurmann 1963, S. 55.

227 Vgl. etwa für das Raphaelshaus Baubeschreibung zum Ausbau des Jugendschlafsaales im Jugendheim St. Raphael in Aachen-Soers, Mai 1954, in: ALVR 41982. Die großen Schlafsäle von 17,8 m mal 14,8 m wurden mit Sperrholzverkleidungen in kleinere Schlafräume mit je sechs Betten umgebaut.

228 Reisebericht über den Revisionsbesuch mit Vertretern des Arbeits- und Sozialministeriums am 21.7.1959 im Haus vom Guten Hirten in Aachen-West, S. 6 in: ALVR 39632.

Beispiel verdeutlicht aber den Zusammenhang zwischen der räumlichen Ausgestaltung und der pädagogischen Ausrichtung. Die Schwestern antworteten nämlich auf die Kritik des Landesjugendamtes bezüglich der hygienischen Ausstattung mit dem Verweis auf die so gegebene bessere Möglichkeit der Kontrolle. Aus dem gleichen Grund reagierten viele Einrichtungen auf das Drängen des Landesjugendamtes nach Auflösung der großen Schlafsäle mit einer gewissen Zurückhaltung.[229]

Geht man von diesem Befund aus, wird deutlich, dass Heimaufsicht und Heimunterstützung nicht zu trennen waren. Wenn man, wie in dem Grundsatzpapier von 1958 formuliert, eine »erzieherische Leistungsfähigkeit« von den Einrichtungen erwartete und dies auch an einem bestimmten Raumbedarf der Minderjährigen festmachte, musste man ihnen zunächst eine gewisse finanzielle Leistungsfähigkeit ermöglichen.[230] Dies gelang im Laufe der Jahre besser. Dabei ging es aber immer um graduelle Verbesserung. Ein Plan, der im Stil eines großen Wurfes die Heime innerhalb eines kurzen Zeitraums in einen modernen Zustand katapultieren sollte, existierte nicht, da er nicht umsetzbar schien. An diesem Kernproblem konnte auch das Jugendwohlfahrtsgesetz nichts ändern. Nach 1961 verschlechterte sich die Situation sogar. Die verschärften Sanktionsmöglichkeiten entpuppten sich als stumpfe Waffen, die im Rheinland nie zum Einsatz kamen, da die mögliche Drohung, ein Heim zu schließen, vielen konfessionellen Trägern keine Angst bereitet hätte. Der weiter zunehmende Nachwuchsmangel führte nämlich dazu, dass sich umgekehrt so manche Frauenkongregation von Einrichtungen trennen wollte. Entsprechende Pläne erschienen dem Landesjugendamt als Drohung, da sich mit jeder Schließung der sowieso schon vorhandene Heimplatzmangel verstärkte. Dies führte dazu, dass das System schon vor 1969 zu kollabieren drohte, worauf später noch einzugehen sein wird.

Erst die sozialen und gesellschaftlichen Unruhen des Jahres 1968, wie sie sich in Heimbesetzungen niederschlugen, änderten erneut die Situation. Die Frage nach dem Fortbestehen der Einrichtungen, die wegen des deutlichen Rückgangs an Zöglingen an Bedeutung verlor, verblasste angesichts des gesellschaftlichen Drucks, bestimmte Zustände als nicht mehr tolerabel hinzunehmen. Es ging damit nicht mehr um graduelle und langsame Verbesserung der Zustände, sondern um sofortige Lösungen. Zwei Beispiele mögen diesen Umbruch verdeutlichen. Ein in den Heimen häufig anzutreffendes Problem war die Anrede der Ordensschwestern. Das Landesjugendamt erkannte auch aufgrund von Beschwerden, dass bestimmte Anredeformen von den Minderjährigen als antiquiert abge-

229 Vgl. etwa Bericht über die Prüfung der Beschwerden der O.L. und Revision des Heimes Kloster vom Guten Hirten in Köln-Junkersdorf am 22.11.1954, S. 2 in: ALVR 39595: »Die Schwester Oberin wies hier noch einmal darauf hin, daß die großen Schlafsäle doch eine gewisse Sicherung gegen üble Vorkommnisse seien und ihre Bedenken gegen kleine Schlafsäle hier wieder auftauchten.«

230 Vgl. Grundsätze der Arbeitsgemeinschaft der norddeutschen Landesjugendämter und Fürsorgeerziehungsbehörden für die Überwachung der Heime, in denen Minderjährige in Fürsorgeerziehung und Freiwilliger Erziehungshilfe untergebracht werden, 5. Arbeitstagung der nordwestdeutschen Landesjugendämter und Fürsorgeerziehungsbehörden in Goslar vom 14. bis 16. April 1958, S. 2 in: ALVR 38609, S. 1f. in: ALVR 38609.

lehnt wurden.[231] So bemühte es sich im Jahr 1960, die Schwestern vom Guten Hirten davon abzubringen, sich als »Liebe Mutter« oder »Ehrwürdige Mutter« von den Zöglingen ansprechen zu lassen. Einen offenen Konflikt scheute das Landesjugendamt aber. Es ging um ein vorsichtiges und wiederholtes Einwirken. Daher erfolgte keine offene und eindeutige Aufforderung, dies zu unterlassen. Bezeichnend für diesen auf Verhandlung setzenden Stil ist eine Unterredung, die damit endete, dass die Provinzialoberin die Bitte der Behörde nicht erfüllte, sondern lediglich »eine Überprüfung zusagte«.[232]

Ende der 1960er Jahre herrschte ein anderer Umgangston. 1970 beschwerte sich beispielsweise im Josefshaus in Mülheim ein Mädchen während eines Heimbesuches darüber, dass eine Gruppenschwester das Sprechen auf dem Schlafsaal zu unterbinden versuchte, indem sie es mit einer schlechten Benotung sanktionierte, was wiederum negative Auswirkungen auf die Arbeitsprämien hatte.[233] Die Mitarbeiterin des Landesjugendamtes handelte sofort und stellte die leitende Ordensschwester zu Rede: »Da ich das für pädagogisch unmöglich hielt, habe ich Schw. A. zu diesem Gespräch hinzugezogen und sie dringend gebeten, für Abhilfe zu sorgen.« Dass es bei dieser Bitte nicht mehr um den Auftakt von Verhandlungen, sondern um eine höfliche Aufforderung ging, zeigt sich an der Reaktion der verantwortlichen Ordensschwester, die Änderung versprach und das Landesjugendamt auch später über die Durchführung des Gespräches mit der kritisierten Ordensschwester informierte.

Ein ambivalentes Bild von Grenzen und Möglichkeiten des Landesjugendamtes zeigt sich auch am Umgang mit Bestrafungen. Das Landesjugendamt hatte in Fortführung der Diskussionen, die in der Weimarer Republik einsetzten, Regeln erlassen, um Bestrafungen wie Isolierung und körperliche Züchtigung kontrollierend einzudämmen.[234] Wesentlicher Bestandteil dieser auf Kontrolle setzenden Strategie war es, dass bestimmte erzieherische Maßnahmen in Strafbücher und Nebenlisten eingetragen werden mussten.[235] Von beidem waren wie schon in den 1920er Jahren Kopien zu erstellen und dem Landesjugendamt jedes Vierteljahr einzureichen. Allerdings kamen die Heime dieser Forderung gar nicht oder nur zögerlich nach, so dass sie allein in den 1950er Jahren mehrfach in Erinnerung gerufen wurde.[236] Die Strategie des Landesjugendamtes gegen das Desinteresse der Einrichtungen unterstreicht die bislang herausgearbeitete Linie. Einerseits drohte es keinerlei Sanktions-

231 Vgl. Vermerk betr. Führung der Heime des Guten Hirten, Rücksprache mit der Provinzial-Oberin, 12.8.1960 (19.10.1960), in: ALVR 39595.

232 Ebd.

233 Alle Angaben nach Vermerk betr. Probleme im Josefshaus Mülheim/Ruhr (17.3.1970), in: ALVR 39655.

234 Vgl. dazu ausführlich Kap. III.5.

235 In das Strafbuch mussten körperliche Züchtigung sowie Arrest als »eine »strafweise Isolierung mit der Möglichkeit des Einschlusses« eingetragen werden. Die Nebenlisten dienten dem Vermerk von »Isolierungen, die nicht Strafcharakter haben, sondern ausschließlich heilpädagogischen Zwecken zur Beruhigung und Besinnung dienen«; vgl. Rundschreiben an die zur Erziehung von schulentlassenen Minderjährigen durch das LJA des Landschaftsverbandes Rheinland belegten Heime (30.8.1956), in: ALVR 40742.

236 Vgl. ebd. den Hinweis auf ein entsprechendes Rundschreiben vom 9.1.1951.

maßnahmen an. Andererseits beharrte es peinlich genau auf der Einhaltung der Richtlinien und hakte konsequent nach, wenn es keine Kopien erhielt oder sich darin Unstimmigkeiten zeigten, in der Hoffnung, auf diese Weise das Problem einzudämmen und es so graduell zu lösen.[237] So etwa schrieb Beurmann 1962 das Kinder- und Jugendheim Maria im Klee in Waldniel an und reklamierte: »Die Prüfung der Unterlagen hat ergeben, daß von Ihnen mit Schreiben vom 27.6.1956 die Führung eines Strafbuches angezeigt worden ist. […] Sie haben dann noch einige Male Strafbuchauszüge eingereicht […]. Für das Jahr 1960 wurde dagegen von Ihnen am 25.1.1961 Fehlanzeige erstattet und für das Jahr 1961 sowie das 1. Quartal 1962 liegen die vorgeschriebenen Strafbuch- bzw. Nebenlisten-Auszüge bisher nicht vor. Es erscheint fraglich, ob im Gegensatz zu früheren Erziehungsmaßnahmen 1960, 1961 und im 1. Quartal 1962 überhaupt keine Eintragungen erforderlich waren. […] Ich bitte sicherzustellen, daß Strafbuch und Nebenliste künftig regelmäßig geführt werden und mir auch die vierteljährlichen Auszüge pünktlich zugehen. Eine entsprechende Bestätigung bitte ich mir bis 15.5.1962 zu übersenden.«[238]

Das Zitat impliziert auch, dass das Landesjugendamt keineswegs naiv mit den Kopien umging, sondern sich der Problematik möglicher Auslassungen in den Strafbüchern sehr wohl bewusst war. Die Problematik führt zum grundsätzlichen Wissensstand des Landesjugendamtes über die einzelnen Einrichtungen. Dazu existierte ein ausgedehntes Meldewesen. Die von den Heimen einzureichenden jährlichen Vordrucke wurden nach dem erwähnten Runderlass des Arbeits- und Sozialministers vom 27.2.1963 erweitert, ohne dass allerdings ein grundsätzlich neuer Punkt hinzugefügt wurde, da schon nach dem erwähnten Porazinski-Prozess 1955 die Mitteilungspflicht über das Personal ausgeweitet worden war.[239] Das Landesjugendamt erhielt regelmäßig Kenntnis von der Belegung der Heime. Außerdem wurden die einzelnen Gruppen in ihrer Größe, ihren besonderen Merkmalen sowie den zuständigen Erzieherinnen und Erziehern aufgeführt. Auch über die Ausbildungs- und Arbeitsbetriebe sowie den Schulunterricht musste ein entsprechendes Formular ausgefüllt werden.[240] Meldungen hatten zudem bei besonderen Vorfällen, wie dem Tod eines Minderjährigen, der strafbaren Handlung eines Erziehers, einer Entweichung

237 Vgl. etwa Reisebericht über den Revisionsbesuch mit Vertretern des Arbeits- und Sozialministeriums am 21.7.1959 im Haus vom Guten Hirten in Aachen-West, in: ALVR 39632: »V. Einzelfragen, 1. Strafliste: Schwester Oberin wurde aufgefordert, die Strafliste vorzulegen. Es zeigte sich, daß das Heim keine Strafliste führt, obwohl nach hier Meldungen über Eintragung bzw. nicht vorliegende Eintragungen ergehen. Die Schwestern erklärten, daß sie sich bewußt wären, daß eine Strafliste geführt werden müsse. Der Mangel wird sofort abbestellt werden, aber von hier verfolgt werden müssen.«

238 LJA an das Kinder- und Jugendheim Maria im Klee (30.4.1962), in: ALVR 41277.

239 Vgl. Direktor des LVR an die Träger und Leiter der zur Durchführung der öffentlichen Erziehung belegten Heime von Trägern der freien Jugendhilfe im Gebiet des LVR (20.7.1964), in: ALVR 44022. Vorgelegt werden musste ein lückenloser Lebenslauf über Lebensdaten, Vorbildung und Berufsweg, ein amtsärztliches Gesundheitszeugnis sowie ein Führungszeugnis, vgl. Jans an ASM, 10.5.1957, S. 5 f., in: HStAD, NW 648, Nr. 97.

240 Entsprechende Formulare finden sich in den Heimaufsichtsakten, vgl. für das Institut des Guten Hirten Aachen-West, ALVR 39637.

oder einer meldepflichtigen Krankheit, zu erfolgen.[241] Außerdem waren die Einrichtungen angehalten, einen halbjährlichen Bericht über die »Erziehungslenkung« eines jeden Zöglings zu verfassen.

Wesentlich aussagekräftiger als die Formulare waren Heimbesuche, die in der Regel vorher angemeldet wurden. Auch hier gab es eine klare Vorgabe zur Regelmäßigkeit solcher Visitationen. Der Ministerialerlass von 1963 hatte ein ambitioniertes Ziel gesetzt. »Die Heime sind mindestens alle 2 Jahre […] einmal – bei Bedarf jedoch häufiger – durch das Landesjugendamt oder seine Beauftragten an Ort und Stelle zu überprüfen.«[242] Dieser Auftrag, allein im Rheinland arbeitete das Landesjugendamt mit über 30 Heimen zusammen, überforderte die personellen Kapazitäten. Es scheint, dass kleinere Einrichtungen mit nur wenigen Zöglingen in öffentlicher Erziehung für einen längeren Zeitraum aus dem Sichtfenster verschwinden konnten. So bemerkte beispielsweise die Mitarbeiterin des Landesjugendamtes nach ihrem Besuch in Maria Frieden, einer Einrichtung mit etwa 50 Plätzen in Langenberg bei Velbert: »Ich hatte den Eindruck, daß Schwester Oberin sich einmal selbst mit einem so ausgedehnten Heimbesuch, wie er seit Jahren nicht mehr stattgefunden hat, auseinandersetzen mußte. Es liegen keine ausführlichen Berichte aus mehr als den letzten 10 Jahren hier vor.«[243] Der Bericht stammt aus dem Jahr 1969. Offenbar hatte der Ministerialerlass hier keine Wirkung gezeigt.

Andererseits kannte das Landesjugendamt den Zustand vieler großer Einrichtungen sehr gut. Bei den großen Häusern lässt sich eine häufigere Begehung feststellen als in Langenberg.[244] Eine Mitarbeiterin des Landesjugendamtes musste zudem an der Abnahme der hauswirtschaftlichen Prüfung beteiligt werden, und auch auf diese Weise bestand ein enger Kontakt.[245] Einen seltenen Einblick, wie das Landesjugendamt intern die Leistungsfähigkeit einzelner Anstalten einschätzte, gibt ein Schreiben von Beurmann an Jans aus dem Jahr 1965.[246] Ein Besuch eines Staatssekretärs stand an, und Jans wollte von Beur-

241 Direktor des LVR an die Träger und Leiter der zur Durchführung der öffentlichen Erziehung belegten Heime von Trägern der freien Jugendhilfe im Gebiet des LVR (20.7.1964), S. 2 f., in: ALVR 44022; vgl. zu den besonderen Vorfällen, darunter auch sexueller Missbrauch, HStAD, NW 648, Nr. 103, wobei die Akte nur den Zeitraum 1956 bis 1961 abdeckt.

242 Mbl-NRW, S. 291 mit Verweis auf 2.10 (1), S. 289.

243 Heimbesuch im Kinderheim »Maria Frieden« in Langenberg am 10.11.1969 (17.11.1969) in: ALVR 39587.

244 Das LJA versuchte umgekehrt den Eindruck zu erwecken, die Heime regelmäßig zu besuchen; vgl. Jans an das Arbeits- und Sozialministerium (10.5.1957), in: HStAD, NW 648, Nr. 97. Jans listet darin 35 Heime auf, die 1956 besucht worden waren. Allerdings sind die genannten Zahlen nur wenig aussagekräftig, da die Art und damit auch die zeitliche Dauer des Besuches unklar bleiben. Vgl. auch Landschaftsverband Rheinland 1965, S. 123. In der Tabelle »Heimaufsicht« erfolgte in der Spalte »Heime der öffentlichen Erziehung« keine Angabe zur Anzahl der durchgeführten Besichtigungen zwischen dem 1.1.1963 und dem 30.4.1964 mit folgender Erklärung in einer Fußnote: »Die Heime werden in unregelmäßigen Abständen überprüft.« Der Band Leistung in Zahlen 1959–1970 (S. 150) nennt 14 Besichtigungen für das Jahr 1969, wobei wie schon bei der Angabe von Jans die Art des Besuches nicht weiter erläutert wird.

245 Vgl. z. B. für das St. Josephshaus in Düsseldorf-Heerdt vor allem die Berichte in: ALVR 39684.

246 Beurmann an Jans (10.2.1965), in: ALVR 38690.

mann wissen, welche Einrichtungen gezeigt werden sollten, um die aktuellen Probleme der öffentlichen Erziehung zu verdeutlichen. Beurmann antwortete konkret am Beispiel einiger Einrichtungen – gut erkennbar daran wird, dass sie über Entwicklung und Stand äußerst detailliert informiert war: »Wenn der Raum Köln genommen werden kann, so wird als Mädchenheim Melaten [Kloster vom Guten Hirten] zum Besuch vorgeschlagen. Hier kann man: schlechte Einrichtungen (Wirtschaftsbetriebe, Ausbildungsbetriebe und die letzte im Dachgeschoß untergebrachte Gruppe), durchschnittliche Einrichtungen (Gruppe Bethlehem), gute Einrichtungen (zwei neue Gruppenwohneinheiten im Schwesternhaus und Übergangsheim) zeigen und gleichzeitig darlegen, was das Heim noch dringend braucht.«[247] Gleichzeitig verdeutlicht das Zitat auch ein bestimmtes Ausmaß an Selbstreflexivität der Verantwortlichen. Auch wenn das Landesjugendamt Kritik von außen offensiv zu bekämpfen versuchte, war es sich intern der Schwächen und Grenzen der öffentlichen Erziehung bewusst.

Will man ein Fazit ziehen, zeigt sich ein ambivalentes Bild einer symbiotischen Beziehung zwischen Heimen und Landesjugendamt. Dieses Bild wird über den rechtlichen Rahmen nur unzureichend erfasst, da der Ausdruck »Heimaufsicht« ein einseitiges Abhängigkeitsverhältnis suggeriert. Tatsächlich aber bestand die Abhängigkeit auf beiden Seiten. Allerdings ließ das Landesjugendamt die privaten Heime nicht einfach gewähren, sondern verfolgte die Strategie, über eine Einbindung in den Prozess der Heimdifferenzierung deren Erziehungsarbeit langsam zu verbessern. Was das konkret bedeutete, welche Punkte in den Heimbesuchen untersucht wurden und wie überhaupt Heimbesuche abliefen, soll nun an zwei Beispielen exemplarisch gezeigt werden.

2.5.3 Fallbeispiele: Das St. Josephshaus (Düsseldorf-Heerdt) und die Düsselthaler Anstalten (Düsseldorf)

Das St. Josephshaus im linksrheinischen Düsseldorf-Heerdt geht auf eine Gründung aus dem Jahr 1892 zurück.[248] Als Personal arbeiteten in der Multifunktionseinrichtung – in ihr befanden sich ein Krankenhaus, eine Kleinkinderbewahranstalt, eine Haushaltsschule für junge Mädchen sowie ein Altenheim – Dominikanerinnen von Arenberg bei Koblenz.[249] Aus dem Heim wurde ein Komplex von Einrichtungen, da weitere Aufgabengebiete hinzukamen und neue Häuser eröffnet wurden. Dazu gehörte auch die Erziehung von weiblichen Fürsorgezöglingen der rheinischen Provinzialverwaltung. 1902 hatte der Orden für diesen Zweck ein Haus in Heerdt angemietet, um darin 60 Mädchen unterzubringen. Da die Räumlichkeiten bald nicht mehr reichten, zog die Anstalt 1909 in ein größeres Gebäude um, das bis zur Aufgabe der Einrichtung 1978 Verwendung fand. Die am 29.5.1909 eröffnete Anstalt nahm kurz darauf die Bezeichnung St. Josephshaus an. In ihr

247 Ebd.
248 Alle Angaben nach Brzosa 2004, S. 214–221. Eine Geschichte der Einrichtung liegt nicht vor.
249 Vgl. zur Entstehung der Kongregation Meuther 2005.



Düsseldorf-Heerdt ausgebombt

lebten an Fürsorgezöglingen schulentlassene Mädchen, die hauswirtschaftlich unterrichtet wurden. Außerdem gab es seit 1910 dort eine »Sammelstelle«, später bezeichnete sich diese Einrichtung als »Aufnahmeheim«.[250] Das St. Josephshaus spielte auch nach 1945 eine wichtige Rolle für das Landesjugendamt. Es schien deswegen unersetzlich zu sein, weil es als eine der wenigen katholischen Einrichtungen im Rheinland schulpflichtige Mädchen aufnahm. Im Rahmen der Heim- und Gruppendifferenzierung zeichnete es sich außerdem noch durch eine andere wichtige Aufgabe aus. Nach langen Verhandlungen erklärten sich die Dominikanerinnen 1950 bereit, eine Gruppe für »sexuell mittelschwer gefährdete« Mädchen zu eröffnen.[251] 1959 hatte die Einrichtung 145 Plätze für schulpflichtige und 65 Plätze für schulentlassene Mädchen. Die Abteilung für schulpflichtige Minderjährige verfügte über unterschiedliche Gruppen: Es gab eine Aufnahmegruppe, drei Gruppen für die oben genannten schwierigen »Fälle« sowie sechs »normale« Gruppen.[252] Die schulent-

250 Blum-Geenen 1997, S. 172 f.

251 Gesprächsvermerk 30.10.1950, in: ALVR 39678.

252 Vgl. zur Gruppendifferenzierung Vermerk betr. Pflegesatzfeststellung für das Jugendheim der Dominikanerinnen St. Joseph in Düsseldorf-Heerdt, für die Zeit vom 1.10.1954 (9.5.1955), in: ALVR 39679. Anzumerken bleibt, dass es sich bei dem St. Josephshaus um einen Gebäudekomplex handelte. Die

lassenen Mädchen besuchten in der Regel eine heiminterne Berufsschule oder befanden sich in Dienststellen.

Wie schon vorher kurz skizziert, drängte das Landesjugendamt darauf, die Gruppen zu reduzieren. Dieser Prozess verlief langsam, aber zielstrebig. So lag 1952 die Gesamtzahl der Plätze bei 310 (190 für schulpflichtige, 120 für schulentlassene Mädchen). Das Heim war damit überbelegt, da es für wesentlich weniger Bewohner gebaut worden war.[253] Bis 1959 wurde die Zahl dann auf 210 zurückgeführt. Wie schon skizziert, drängte das Landesjugendamt auf eine weitere Reduzierung. 1965 lebten 150 Zöglinge im Josephshaus.[254] 1971 waren es 90 und 1974 schließlich nur noch 40 Minderjährige.[255] Dieser Prozess setzte bedeutende Umbaumaßnahmen voraus, wobei schon in der unmittelbaren Nachkriegszeit umfangreiche Investitionen vorgenommen werden mussten, um die größten Kriegsschäden zu beseitigen. Insgesamt 381.570 DM überwies das Landesjugendamt der Einrichtung dafür zwischen 1953 und 1975. Hinzu kamen noch ein Darlehen in Höhe von 164.000 DM sowie Zuschüsse aus Mitteln des Bundesjugendplans (24.000 DM) und aus Mitteln des Landes NRW (50.000 DM).[256] Dabei bleibt zu berücksichtigen, dass das Geld über einen langen Zeitraum floss und Verbesserungen sich daher nur langsam einstellten.

Eines der Kernziele des Landesjugendamtes bestand darin, um diesen Zusammenhang an einem Beispiel zu erläutern, die Individualität der Minderjährigen in öffentlicher Erziehung stärker zu wahren. Wie auch bei anderen Anstalten unterstützte das Landesjugendamt daher eine Abkehr von den großen Schlafsälen, um eine Umwandlung in Gruppen zu fördern. 1953 stellte es für entsprechende Umbaumaßnahmen Gelder zur Verfügung. Die neuen Schlaftrakte waren danach allerdings immer noch so groß, dass ein Besucher 1958 diese als »Schlafsäle« bezeichnete.[257] Wenn Einzelzimmer damit noch längst nicht realistisch waren, so bemühte sich das Landesjugendamt, Privatsphäre zumindest über das Mobiliar zu schaffen. 1960 erhielt jedes Mädchen einen eigenen Kleiderschrank.[258] Vier Jahre später waren die Schlafräume weiter verkleinert worden. Außerdem unterstützte es Anstrengungen der Einrichtung, das Freizeitangebot zu erweitern, etwa über eine Erweiterung der Turn- und Festhalle sowie regelmäßige Fahrten in ein Landschulheim.[259]

Anlage bestand zum einen aus dem so genannten Jugendhaus. Es wurde 1908 errichtet und 1932 um einen Flügel erweitert. Zum anderen befanden sich die hauswirtschaftliche Berufsschule sowie die Sonderschule für Erziehungshilfe in zwei angrenzenden Gebäuden.

253 Vgl. zur Platzzahl im Kaiserreich, die mit 180 angegeben war, Blum-Geenen 1997, S. 459.

254 Belegungsbogen 24.5.1965, in: ALVR 39687.

255 Belegungsbogen 13.5.1971, 12.3.1974, in: ALVR 39687.

256 Vgl. dazu die Unterlagen in: ALVR 39686.

257 Bericht über die Teilnahme an der hauswirtschaftlichen Prüfung einer Mädchengruppe im Jugendheim St. Josef, Düsseldorf-Heerdt, am 18.4.1958, in: ALVR 39679.

258 Reisebericht über den Besuch des Josefshauses am 17.8.1960 (29.8.1960), in: ALVR 39679.

259 Vgl. Vermerk betr. Investitionsbeihilfen, 16.11.1959, in: ALVR 39679 und zum Landschulheim in der Eifel Beurmann, Vermerk betr. Besprechung am 20.1.1959 (31.1.1959), S. 5 f., in: ALVR 39679. Vgl. außerdem den Zeitungsartikel Steckenpferde helfen ins Leben – Vielseitige Freizeitgestaltung in fröhlichen Mädchen-»Familien« – Besuch im Jugendhaus Heerdt, in: Rheinische Post 27.3.1965, in: ALVR 39683.

Während sich damit die Räumlichkeiten und ihre Ausstattungen verbesserten, ist die Entwicklung des Personalbestandes als ambivalenter zu bezeichnen. Einerseits ist eine Professionalisierung in den 1960er Jahren erkennbar. Einen deutlichen Einschnitt markierte das Jahr 1960, als die Einrichtung auf Anraten des Landesjugendamtes eine Psychologin einstellte.[260] Andererseits herrschte ein dramatischer Personalmangel. 1966 beispielsweise waren die zehn Gruppenschwestern mit einer Ausnahme von ihrer Ausbildung her Kindergärtnerinnen und Kinderpflegerinnen. Sechs davon, allesamt ältere Ordensschwestern, waren gesundheitlich angeschlagen. Keine der »zweiten Erzieherinnen« in den Gruppen verfügte über eine Erzieherinnenausbildung. Diese Tätigkeit verrichteten vier Praktikantinnen, vier Kindergärtnerinnen bzw. -pflegerinnen, eine Sportlehrerin, eine Sozialarbeiterin und eine angelernte Hilfskraft.[261] Der Personalmangel führte dazu, dass Gruppen aufgelöst werden mussten.[262] Der Orden entschied sich schließlich, das Heim 1978 zu schließen.[263] Ein weiterer Grund, warum die Einrichtung im letzten Jahrzehnt ihres Bestehens unterbelegt war, ist außerdem darin zu suchen, dass das Josephshaus wie viele andere private Anstalten in den 1960er Jahren zunehmend wählerisch wurde und viele Anfragen des Landesjugendamtes ablehnte.[264]

Das Landesjugendamt war über die Schwierigkeiten informiert, hatte aber keine Lösungsmöglichkeiten für das Personalproblem. Auf die Frage nach der Heimaufsicht bezogen, ist damit festzuhalten, dass die Heimbesuche nur als ein Glied in einer Kette eines insgesamt intensiven Kontaktes zu sehen sind. Allein über die regelmäßigen Zuschüsse für Baumaßnahmen kannten die Verantwortlichen die Zustände in den betreffenden Einrichtungen recht gut. Wenn auch die Folge der Heimbesuche keine Regelmäßigkeit erkennen lässt, ist der Austausch zwischen Landesjugendamt und dem Josephshaus nur als intensiv zu bezeichnen. Die im Ministerialerlass von 1963 genannten Aspekte wurden auch schon vorher beachtet. Allerdings diente der Besuch nicht nur einer Überprüfung des Heimes, wobei vor allem der bauliche Zustand eine große Rolle spielte. Vielmehr ging es auch um die Entwicklung der Minderjährigen in öffentlicher Erziehung in der Einrichtung. So nahm im St. Josephshaus eine Mitarbeiterin des Landesjugendamtes regelmäßig an der hauswirtschaftlichen Prüfung teil. Diese Teilnahme fand auch vor dem Hintergrund statt, die Weiterentwicklung des Unterrichtes mit den verantwortlichen Erzieherinnen zu besprechen.[265] Um Kontakt mit den Zöglingen aufzunehmen, fand außerdem während des

260 Reisebericht über den Besuch des Josefshauses 17.8.1960 (29.8.1960), in: ALVR 39679.
261 Vermerk undatiert [wohl 1966], in: ALVR 39683.
262 Vgl. Josephshaus Düsseldorf an LJA, 9.3.1968, in: ALVR 39683.
263 Vgl. dazu die Unterlagen in: ALVR 39685.
264 Vgl. Sanders, Vermerk betr. Belegung des Jugendhauses der Dominikanerinnen Düsseldorf-Heerdt (12.12.1973), in: ALVR 39683: »Das Heim ist unterbelegt, da es sich nicht entschließen kann, mehr evangelische Mädchen oder Sonderschülerinnen […] aufzunehmen. Ältere schwierige Schulmädchen werden – verständlicherweise – ebenfalls abgelehnt.« Vgl. dazu ausführlich Kap. I.2.6.3.
265 Vgl. z.B. Reisebericht über die Teilnahme der hauswirtschaftlichen Prüfung im Josefshaus Düsseldorf-Heerdt am 28.2.1962 (19.3.1962), in: ALVR 39679.

Besuches eine Sprechstunde statt.[266] Die Minderjährigen konnten mit der Mitarbeiterin des Landesjugendamtes sprechen, ohne dass eine Vertreterin der Einrichtung anwesend war. Die Möglichkeit einer solchen Kontaktaufnahme nutzten zum Beispiel 1951 17 Mädchen.[267] Folgt man dem Gedächtnisprotokoll, sprachen die Minderjährigen offen über ihre Anliegen. In den meisten Fällen ging es um Familienprobleme. Einen typischen Fall brachte die zwölfjährige U.J. vor: »Das Kind berichtet, daß die Eltern geschieden und beide schuldig seien. Der Vater sei wiederverheiratet. Sie stehe sich nicht gut mit der zweiten Frau. Sie möchte daher, wenn sie aus dem Heim komme, am liebsten zur Großmutter. Ich habe erklärt, daß dieses alles dann geprüft werde, wenn die Frage der Entlassung zu entscheiden sei.«

In einem Fall beschwerte sich eine Zehnjährige über eine Ohrfeige, die sie zu Unrecht von einer Erzieherin erhalten habe. Die Mitbearbeiterin nahm die Kritik auf und besprach die Angelegenheit mit der Heimleiterin, die den Vorfall bestätigte. Interessanterweise nahm sie ihre Erzieherin nicht in Schutz, sondern kritisierte diese. Auch auf den Vorwurf eines anderen Mädchens, ihre Gruppenerzieherin sei »nicht immer gerecht und so aufgeregt«, der ebenfalls von der Angestellten des Landesjugendamtes weitergetragen wurde, reagierte die Heimleiterin nicht ablehnend. »Schwester K. bestätigte, daß Frl. K. keine konsequente Erzieherin sei, und sie selbst bemüht seien, einen besseren Ersatz zu finden.« Offenbar spiegelt sich in den Erfahrungen der Mädchen auch das Personalproblem wider. Auf die Heimaufsicht bezogen, wird deutlich, dass das Landesjugendamt Vorwürfe gegen Missstände in Einrichtungen nicht begrub, sondern vorschriftsgemäß mit der Bitte um Klärung weiterleitete. Allerdings lässt sich ein solcher Zwischenfall in der Regel nur bis zur ersten Reaktion der betroffenen Einrichtung nachvollziehen. Ob das Landesjugendamt mit der Antwort zufrieden war, der Sache weiter nachging oder die Angelegenheit als nicht aufklärbar zu den Akten legte, lässt sich oft nicht feststellen.

Penibel eingehalten werden mussten die Strafbucheintragungen. Das Dauerthema der öffentlichen Erziehung wurde von der Mitarbeiterin des Landesjugendamtes so auch 1964 während eines Heimbesuches im St. Josephshaus angesprochen. »Bei der Erörterung der Strafbucheintragungen ergaben sich auch hier wieder Unzulänglichkeiten, trotzdem die Häuser immer wieder auf korrekte Ausfüllung hingewiesen werden. Schwester K[…] mußte zugeben, daß kleine körperliche Strafen, etwa Ohrfeigen, nicht eingetragen wurden. Sie wurden aber der Heimleitung gemeldet. Das Heim ist dringend gebeten worden, die bestehenden Bestimmungen über die Eintragungen im Strafbuch genau zu beachten. Ich habe ferner in einem Nachgespräch Schwester K[…] daran erinnert, daß Isolierungen zum Zwecke der Erziehung nach den bestehenden Bestimmungen des Landesjugendamtes in einer Nebenliste zum Strafbuch einzutragen sind.«[268] Das Beispiel gibt damit nicht nur einen guten Einblick in die Normalität »kleiner« Strafen, sondern verdeutlicht auch die

266 Aus nicht erklärbaren Gründen fand allerdings nicht bei jedem Heimbesuch eine solche Sprechstunde statt.

267 Reisebericht über den Besuch des St. Josefshauses Düsseldorf-Heerdt am 11.11.1952, in: ALVR 39678.

268 Aktenvermerk betr. Heimbesichtigung (16.3.1964), in: ALVR 39683.

schon beschriebene Strategie des Landesjugendamtes. Sanktionen wurden nicht ausgesprochen. Stattdessen folgten Ermahnungen und Appelle. Bezeichnenderweise sieht sich die Mitarbeiterin aufgrund des Falles veranlasst, einen weiteren entsprechenden Rundbrief an die Einrichtungen zu schicken: »Es wird diese erneute Feststellung auf Nichtbeachtung der Bestimmung über die Führung des Strafbuches zum Anlaß genommen, alle Heime erneut verpflichtend auf die bestehenden Regelungen hinzuweisen.«[269]

Ein weiteres Beispiel für die Praxis der Heimaufsicht in den 1950er und 1960er Jahren sei an der größten evangelischen Einrichtung für Kinder und Jugendliche im Rheinland, den Düsselthaler Anstalten, gegeben. Der Düsselthaler Anstaltskomplex entstand aus einem 1819 gegründeten Rettungshaus, das Graf von der Recke-Volmarstein zunächst in Overdyck bei Bochum und seit 1822 im ehemaligen Trappistenkloster Düsselthal bei Düsseldorf betrieb.[270] An seinen Standort in Düsseldorf-Wittlaer kam die Einrichtung durch den Neubau verschiedener Erziehungsanstalten, nachdem das preußische Gesetz zur Fürsorgeerziehung 1900 in Kraft getreten war. In Wittlaer bei Düsseldorf baute man 1902 die landwirtschaftliche Erziehungsanstalt Lindenhof, 1905 die Handwerkerbildungsanstalt Reckestift und 1908 die Kinderanstalt Neu-Düsselthal. Dieser Verbund aus unterschiedlichen Heimen beherbergte 1931 rund 700 Kinder und Jugendliche.[271] Die Düsselthaler Anstalten blieben während der Kriegszeit die größte evangelische Einrichtung für Kinder und Jugendliche, die auch Minderjährige im Rahmen der Fürsorgeerziehung bzw. der seit 1927 in der Rheinprovinz eingerichteten Freiwilligen Erziehungshilfe aufnahm. Seit dem Kriegsbeginn dünnte sich die Mitarbeiterschaft der Heime aus. Der Arbeitskräftemangel betraf besonders die Landwirtschaft und die dem Reckestift angeschlossenen Anstaltsbetriebe. Es kam zum Einsatz von 21 nachweisbaren ausländischen Zwangsarbeitenden im Wittlaerer Anstaltskomplex, darunter auch Frauen mit ihren Kindern. Die Düsselthaler Anstalten galten bei Kriegsende als »Hochburg des Nationalsozialismus«.[272]

Am 28.8.1945 wurde die Heimschule wieder eröffnet. Angesichts der neuen Zonengrenzen fiel die vom Landesjugendamt bisher vorgenommene Überweisung von Kindern in die Hilfsschulanstalt Oberbieber (bei Koblenz) fort, und die Hilfsschulanstalt Neu-Düsselthal wurde das zentrale Aufnahmeheim für Kinder aus dem Bereich Nordrhein. Von fünf Hilfsschulklassen, einer Förderklasse und einer Normalschulklasse im Jahre 1937 erweiterte sich die Schule auf sieben Hilfsschulklassen und sechs Normalschulklassen im Jahre 1951.[273] Da

269 Ebd.

270 Siehe zur Geschichte der Einrichtung Viertel 1993; Rundt 1955; Salzmann 1985; Benninghoven/Pankoke 2005. Die Einrichtung besteht heute unter dem Namen Graf Recke Stiftung fort und hat dem Forschenden auf Anfrage freundlicherweise ihr Archiv zugänglich gemacht.

271 Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs setzte er sich aus verschiedenen Heimen zusammen: den »Kinderanstalten« Alt-Düsselthal für Kinder von drei bis 14 Jahren, den Heimen Zoppenbrück und Neu-Düsselthal für Hilfsschüler, dem Lindenhof für schulentlassene »Burschen« mit einer angeschlossenen Landwirtschaft und der Handwerkerbildungsanstalt Reckestift. Zudem existierte der Benninghof in Mettmann, der für ein Drittel so genannte Psychopathen und zwei Drittel normale Jugendliche eingerichtet war. Siehe zur Statistik der Düsselthaler Anstalten Hundinger 1931, S. 16–17.

272 Kaminsky 2002, S. 69–75.

273 Kinnius 1951, S. 39; vgl. auch Erbstösser 1976.

die Düsselthaler Anstalten den Ersatz für das Provinzialerziehungsheim Solingen bildeten, welches nach der Fremdnutzung als Lager für Displaced Persons im Sommer 1945 schwer beschädigt war und erst langsam wieder belegt werden konnte,[274] waren die Zahlen der zu versorgenden Kinder und Jugendlichen besonders hoch. Es traten Ernährungsschwierigkeiten auf. Eine im Dezember 1945 das Haus visitierende britische Ärztekommission stellte bei vielen Kindern eine starke Unterernährung fest.[275] Bis 1953 stiegen die Belegungszahlen im größten Einzelheim Neu-Düsselthal auf gut 500 und sanken bis 1958 erst wieder langsam auf 370 ab.[276] Im Kuratorium der Einrichtung hatte nicht nur der Geschäftsführer der Rheinischen Inneren Mission, Otto Ohl (1886–1973), einen Sitz, sondern ebenso der Generalsuperintendent der Rheinprovinz, Ernst Stoltenhoff (1879–1953), der höchste Repräsentant der Evangelischen Kirche für die preußische Provinz Rheinland. Nach 1952 besetzte der Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland diese Position.

Die Einrichtung machte seit dem Beginn der 1950er Jahre einen paradigmatischen Weg zu einer Differenzierung der Heimfürsorge durch. Neben der Trennung nach Geschlecht und Alter (Schulpflicht) fand eine zunehmende Differenzierung nach Reife, intellektuellen und schließlich auch psychologischen Ursachen für die vermeintlichen Erziehungsschwierigkeiten statt. Die Versuche zur Überwindung der Massenunterkünfte und zur Herbeiführung einer jugendgemäßen Ausstattung waren in Neu-Düsselthal wie anderswo recht zaghaft. So gelang es bis 1956 zwar, Waschräume für die einzelnen Gruppen und eine Spülküche einzurichten. Doch der schlechte Anstrich der Räume und die unzureichende Unterteilung der alten Schlafsäle – diese geschah »durchweg provisorisch mit halbhohen Wänden« – ließen die besichtigende Beamtin ihr Missfallen ausdrücken. Sie beklagte, dass »insbesondere für Schulmädchen eine individuellere Erfassung« nicht möglich sei, im Gegensatz zu Jungen, für die es im so genannten Gartenhaus bzw. im heilpädagogischen Heim Spezialeinrichtungen gab.[277]

Anfang der 1960er Jahre setzte eine neue Diskussion über eine verbesserte Heimdifferenzierung nach Erziehungsschwierigkeit ein, unter anderem sollte eine Gruppe für »ältere Schuljungen« mit sexueller Gefährdung geschaffen werden. Dies würde dann eine »Reduzierung der Gesamtbelegfähigkeit« nach sich ziehen, was aber zu Lasten der Einweisungen anderer Stellen und nicht des rheinischen Landesjugendamtes gehen sollte.[278] Das Landesjugendamt suchte insbesondere zu Beginn der 1960er Jahre nach Plätzen für lernbehinderte Kinder, welche die 1957 erweiterte Schule in den Düsselthaler Anstalten besuchen sollten. Die Einrichtung hatte dagegen Angst, dass ein steigender Anteil lernbehinderter Kinder die Lernsituation in der Schule so erschweren würde, dass ein geregelter Unterricht nicht

274 Vgl. Kap. II.2.

275 Kinnius 1951, S. 38.

276 Notizen aus den Bänden 6 bis 9 der Akte III A 15 betr. Neu-Düsselthal und der Akte III A 202 betr. Neu-Overdyk (Hopmann, 29.5.1958), in: ALVR 41267, Bl. 39–42.

277 Bericht über den Besuch von Frau Dr. Beurmann in den Düsselthaler Anstalten in Wittlaer (13.9.1956), in: ALVR 41266.

278 Reisebericht über den Besuch des Ev. Kinder- und Jugendheims Neu-Düsselthal (11.1.1961), in: ALVR 41267.

mehr möglich sei. Insofern drängte sie auf eine Beschränkung des Anteils der Hilfsschüler auf maximal 50 Prozent.[279] Zudem sollte noch eine besondere Gruppe als Förderklasse ausgegliedert werden. Das Landesjugendamt nahm im Verlauf der 1960er Jahre immer mehr wahr, dass die eigenen Pläne für einen Umbau der Gruppen und des Heims nicht mit den Plänen des Heimträgers identisch waren. Es fürchtete auch bei der notwendigen Renovierung des 1908 gebauten Gebäudes um die zur Verfügung stehenden Plätze.[280]

Die zunehmend problematischer werdende Lage, die ein Gemisch von schwierigen Jugendlichen, die immer selbstbewusster auftraten, überfordertem Erziehungspersonal und Personalmangel war, wurde nicht zuletzt in Fällen von Missbrauch und Züchtigungen deutlich. Bereits in der Zwischenkriegszeit waren die Düsselthaler Anstalten als Einrichtung mit einer problematischen Tradition von Bestrafung und Züchtigung aufgefallen.[281] Auch in den 1950er Jahren, seit die Aufzeichnungen in den Akten des Landesjugendamtes über die konfessionellen Belegheime wieder dichter werden, finden sich zahlreiche Aufzeichnungen über Bestrafungen, die deswegen aktenkundig wurden, weil sich Eltern oder Kinder beschwert hatten oder die verhängten und im Strafbuch eingetragenen Strafen den behördlich zugebilligten Strafrahmen überschritten. Nachfolgend stehen nicht in erster Linie die Strafen wie Schläge oder Isolierung in ihrer entwürdigenden Wirkung auf die Heimkinder im Fokus. Vielmehr sollen diese als Indikator für eine auch von Erzieherseite erlebte pädagogische Hilflosigkeit dienen, die durch verschiedene Faktoren der Anstaltsorganisation noch verstärkt worden war. Das in der Einrichtung aufbewahrte »Strafregister 1912–1966« weist für den gesamten Zeitraum bis zum 31.3.1966 insgesamt 1.280 Einträge auf, in denen sich Schläge, Isolierungen usw. befinden, die nach den staatlich vorgegebenen Strafvorschriften einzutragen waren. Demnach fand ein sichtbarer Anstieg der eingetragenen Strafen zwischen 1959 (14) und 1960 (29) statt, der sich 1961 noch einmal vermehrte (51) und 1963 seinen Höhepunkt mit dann 112 Einträgen erreichte.[282] Doch es gibt durchaus Hinweise, dass auch zu diesem Zeitpunkt nicht alle Strafen eingetragen wurden. Anlässlich der Misshandlung eines Kindes durch einen Praktikanten, der von der Einrichtung aus dem Dienst entfernt worden war, wurde die Führung des Strafbuches Thema bei einem Heimaufsichtsbesuch im August 1963. »Ich habe mir sodann das Strafbuch für Neu-Düsselthal im Original vorlegen lassen. Es enthielt so wenige Eintragungen, daß ich Zweifel an der Vollständigkeit der Buchführung geäußert habe. Man konnte mir dies nicht widerlegen, da

279 Reisebericht über den Besuch des Kinder- und Jugendheims Neu-Düsselthal am 14.1.1965 (Beurmann 15.2.1965), in: ALVR 41272. Dies war bereits ein Kompromiss, denn die Einrichtung hatte den Anteil noch 1963 auf 60 Prozent Volksschüler zu 40 Prozent Hilfsschüler festsetzen wollen (Reisebericht über den Besuch bei Herrn Direktor Pastor Schüler am 16.8.1963, in: ebd.). Siehe zudem den Bericht der Rektorin Tuchborn über die Schule, abgedruckt in: Erbstösser 1976, S. 71–75.

280 Vermerk über Besprechung am 8.11.1965 im Landeshaus Köln über Angelegenheiten der Erziehungsheime Reckestift u. Neudüsselthal (23.11.1965) u. Vermerk betr. Aufgabenstellung, Aufbau und Ausbau der Düsselthaler Anstalten (28.2.1966), in: ALVR 41272.

281 Kaminsky 1995, S. 76–81; vgl. auch ausführlich zur finanziellen Seite: Hammerschmidt 2003, bes. S. 100–106, 155–167, 231–239, 298–310.

282 AGRS, 183/3.2.4.1 »Strafregister 1912–1966«.

zugegeben wurde, daß die Bestrafungen nicht sofort nach der Meldung eingetragen werden. Die Meldungen werden schriftlich zu dem Strafbuch genommen und dann von Zeit zu Zeit nachgetragen.«[283] Da zudem in diesem Fall eines »außergewöhnlichen Schlagens« auch eine Erzieherin, die den Vorfall beobachtet hatte, als Zeugin zur Meldung verpflichtet gewesen wäre, sollte dieser laxe Umgang mit den Strafbestimmungen auch Thema auf der nächsten Erzieherkonferenz werden. Zwei Erzieher wurden anlässlich einer Besichtigung in ihrer Kompetenz angezweifelt.

Die Züchtigungen, an denen sich auch der theologische Anstaltsleiter beteiligte, rissen in den Folgejahren nicht ab. Im Herbst 1969 waren sich häufende Beschwerden erneut Anlass für einen Heimaufsichtsbesuch. Dabei wiesen die Gesprächsteilnehmer »mit Nachdruck aber darauf hin, daß das Erzieherpersonal überfordert« sei. Sie erwarteten vom Landesjugendamt, dass »es Stellung zu der augenblicklichen Wirklichkeit im Heim nimmt, wo ohne Schläge erfolgreiche Erziehung nicht mehr möglich sei«. »Im Heim bestreitet niemand, daß geschlagen wird. Vor dieser Tatsache sollte niemand sich die Augen verschließen. Das Landesjugendamt müsse wissen und erfahren, daß es in manchen Situationen und bei einigen Minderjährigen nicht anders gehe, als erzieherische ›Nachhilfe‹ durch Schläge.«[284] Angesichts dieses offensiven Eingeständnisses der verpönten Züchtigungen ging der Vertreter des Landesjugendamtes nur noch »besonders auf die Schläge mit Sandalen und Stock« ein und unterstützte das vorhandene Bedürfnis, »im kommenden Jahr eine Arbeitstagung im Jugendhof über das Thema: ›Strafen im Erziehungsheim‹ anzusetzen«. Das Gespräch mit den Jungen einer Gruppe im Heim brachte verschiedene Wünsche zu Tage, die darauf hindeuteten, dass diese »Gruppe sehr autoritär/patriarchalisch geführt« werde: »Ausgang für den einzelnen und nicht nur geschlossen mit oder für den Erzieher, die Gruppe wünscht sich ein Radio und möchte bei der Auswahl des Programms mitwirken, Privatsachen, wie zum Beispiel Uhren, lange Hose sei beim Ausgang zu erhalten, das Taschengeld sei zu gering, das sei besonders dann spürbar, wenn der eine oder andere Geschenke für die Angehörigen kaufen möchte, das Essen sei gelegentlich zu reichlich, weil jeder soviel essen muß, wie er vom Heimerzieher auf den Teller bekommt.« In der so genannten Sprechstunde der Kinder stellten fast alle die »Notwendigkeit der Mittagsruhe« in Frage. »Sie gaben an, daß man als Strafe gelegentlich auch eine halbe bis eine Stunde länger schlafen müsse.« Die Kinder der heilpädagogischen Gruppe hinterließen einen »verwahrlosten Eindruck«. Im Ergebnis sollten Heimaufsichtsbesuche häufiger werden und sich nicht nur auf äußere Dinge wie die Hygiene, die Räume usw. beschränken, sondern sich auch »mit dem allgemeinen Erziehungsablauf befassen (Freizeit, Beruf, Erziehungsstil, religiöse Erziehung u.a.)«.[285] An diesem Beispiel wird klar, dass in der Realität der konfessionellen Heime Strafe ein Grundprinzip darstellte. Das Landesjugendamt hatte dabei die Rolle des Kritikers, der über die Einhaltung von Grenzen wachte, aber keine

283 Reisebericht über den Besuch bei Herrn Direktor Pastor Schüler am 16.8.1963, in: ALVR 41272.
284 Heimaufsichtsbesuch am 17.10.1969 in Neu-Düsselthal, in: ALVR 41280.
285 Ebd.

Sanktionsinstrumente besaß. Die zu bewachenden Grenzen verschoben sich allerdings am Ende der 1960er Jahre.

2.6 Grenzen und Wandel der öffentlichen Erziehung (1961–1972)

Das Jahr »1968« gehört zu den Wendemarken deutscher Geschichte.[286] Auch für die öffentliche Erziehung sollte der gesellschaftliche Umbruch, den dieses Jahr verkörpert, einen Einschnitt bilden. 1969 begannen die so genannten Heimkampagnen von APO-Angehörigen.[287] Den Auftakt machte am 28.6. eine von Andreas Baader angeführte Protestaktion vor dem hessischen Jugendheim Staffelberg, das interessanterweise als Reformeinrichtung – unter anderem verfügte es über eine heilpädagogische Station – errichtet und erst 1962 eröffnet worden war.[288] Die Proteste gegen die Einrichtungen schlugen auch im Rheinland Wellen. Hier gründete sich im Juli 1969 der Verein »Sozialpädagogische Sondermaßnahmen Köln« (SSK), der das Landesjugendamt und seine Erziehungspraxis offen herausforderte. Diese Herausforderung beförderte eine tief greifende Transformation der öffentlichen Erziehung, wie allein die schon skizzierte Entwicklung der Zöglingszahlen verdeutlicht.[289] Bevor allerdings dieser Prozess analysiert wird, empfiehlt es sich zurückzuschauen, um eine wesentliche Voraussetzung für den erwähnten Transformationsprozess herauszuarbeiten. Die öffentliche Erziehung befand sich nämlich 1968 in einer schweren Krise. So schrieb Karl-Wilhelm Jans Ende 1968 in einem Vermerk, der sich für die Verstärkung amubulanter Formen und deren Mitfinanzierung durch das Landesjugendamt aussprach: »Das Landesjugendamt ist seit 2 Jahren nicht mehr in der Lage, die öffentliche Erziehung der gesetzlichen Verpflichtung entsprechend auszuführen. Die Schwierigkeiten haben ein katastrophales Ausmaß erreicht. Die vorhandenen Heime sind überlastet. Hunderte von Minderjährigen können nicht untergebracht werden. Damit ist praktisch ein teilweiser Aufnahmestop eingetreten.«[290] Die Problemlagen lassen sich aus verschiedenen Perspektiven einfangen. Einerseits zeigen sie sich vor allem im Bereich der Mädchenerziehung nach 1961, die innerhalb weniger Jahre an den Rand ihrer Leistungsfähigkeit gebracht wurde. Andererseits geht der grundsätzliche Reformbedarf der Heimerziehung aus einer Studie hervor, die bezeichnenderweise nie veröffentlicht wurde.

286 Siehe beispielhaft Gilcher-Holtey 1968.
287 Vgl. dazu einleitend Köster 2010.
288 Vgl. Arbeitsgruppe Heimreform, S. 140–147.
289 Vgl. Kap. I.2.3.1.
290 Jans, Modellversuch für eine neue Art der Durchführung der öffentlichen Erziehung (7.11.1968), in: ALVR 39119.

2.6.1 Erfolgs- und Methodenforschung im Rheinland – die Studie von Hans Thomae

Am Ende der 1950er Jahre machte sich im Bereich des Landschaftsverbandes eine gewisse Unsicherheit über die eigene Arbeit bemerkbar. Der letzte Versuch einer Studie über den Erziehungserfolg ehemaliger rheinischer Fürsorgezöglinge stammte aus dem Anfang des Jahres 1933. Der Erziehungsheimleiter und Landespsychiater Max Lückerath hatte 166 Jugendliche untersucht. Nur über 24 Prozent hatte er schlechte Auskunft erhalten und hielt deswegen die Existenzberechtigung der Fürsorgeerziehung für erwiesen.[291] An dieser Meinung hatte sich im Landesjugendamt auch bis 1961 nichts geändert. Ende 1959 wies das Arbeits- und Sozialministerium das Landesjugendamt ausdrücklich auf die in diesem Jahr erschienenen Studien von Pongratz/Hübner und Piecha über die »Lebensbewährung« ehemaliger Fürsorgezöglinge hin.[292]

Als das Solinger Tageblatt Anfang 1961 wegen der Gewährung von Akteneinsicht anfragte, um die Durchführung der Fürsorgeerziehung zu überprüfen, betonte Landesoberverwaltungsrätin Beurmann in abwehrender Manier zwar »die Unmöglichkeit der sachgemäßen Durchführung eines solchen Unternehmens«, doch verwies sie auch auf »die Notwendigkeit eigener Prüfungen«. Vorbild hierfür war die Studie von Pongratz und Hübner, die von den Entlassjahrgängen 1950 und 1951 in Hamburg 582 Jungen und 378 Mädchen untersucht hatte. Für das Rheinland schlug sie eine Untersuchungsreihe mit rund 1.000 Minderjährigen vor.[293] Als auch im Landesjugendwohlfahrtsausschuss im Juni 1961 nach dem Erfolg der Heimerziehung gefragt wurde, kündigte Landesrat Karl-Wilhelm Jans in Verbindung mit einem geeigneten Institut eine Untersuchung über den Erfolg der öffentlichen Erziehung an.[294] Obwohl im Etat für 1962 erstmals eine erste Rate zur Finanzierung einer solchen wissenschaftlichen Begleitforschung eingesetzt wurde, geschah bis zum Herbst 1962 nichts. Der Landschaftsverband als Träger des größten Landesjugendamtes und der größten Fürsorgeerziehungsbehörde in der Bundesrepublik hatte nach eigenen Angaben Schwierigkeiten, ein geeignetes Institut ausfindig zu machen. Er wollte die Studie von der Verwaltung selbst in Verbindung mit einer Universität und dem in Süchteln geplanten Rheinischen Institut für außerschulische Heilpädagogik durchführen.[295] Doch trotz Kritik im Ausschuss tat sich bis zum Beginn des Jahres 1966 nichts. Noch 1964 formulierte Landesoberverwaltungsrätin Beurmann die Notwendigkeit und das Forschungsanliegen. Demnach sollte es um die Ermittlung der Ursachen der seit zwei Jahren bestehenden Probleme bei der Unterbringung »für schwierige schulentlassene Mädchen« und um

291 Lückerath 1934, S. 30–32; vgl. Steinacker 2007, S. 386–393.
292 Arbeits- und Sozialminister NRW an LJA (21.12.1959), in: ALVR 38877, Bl. 1. Pongratz/Hübner 1959; Piecha 1959. Auf beide Studien wurde im AFET-Rundbrief vom 5.11.1959 hingewiesen.
293 Beurmann an Jans (7.3.1961), in: ALVR 38877, Bl. 11–17.
294 Auszug aus Niederschrift über die 51. Sitzung des LJWA vom 14.6.1961, in: ALVR 38877, Bl. 20.
295 Auszug aus Niederschrift über die 63. Sitzung des LJWA vom 23.10.1962, in: ALVR 38877, Bl. 27. Vgl. auch Jans/Beurmann 1963, S. 85–86.

eine Forschung über den Erziehungsverlauf und die Lebensbewährung nach fünfjähriger Entlassung aus der öffentlichen Ersatzerziehung gehen.[296]

Anfang 1966 kam der Kontakt zum Direktor des Psychologischen Instituts der Universität Bonn, Hans Thomae (1915–2003), zustande. Thomae, der selbst einmal ein Heim geleitet hatte,[297] hatte sich bis dahin bereits in Bonn und Erlangen mit einer Längsschnittuntersuchung über deutsche Nachkriegskinder hervorgetan. In seinen Studien zur Persönlichkeitsentwicklung rückte er die aktive Auseinandersetzung mit den wechselnden Umweltanforderungen in den Vordergrund. Die Aufrechterhaltung der Selbstachtung und das Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten waren für ihn ausschlaggebend für die erfolgreiche Bewältigung der harten Lebensbedingungen in der Nachkriegszeit.[298] Seit 1965 führte er die »Bonner Längsschnittuntersuchung normalen Alterns« (BOLSA) durch, die ihn und die spätere Bundesministerin für Familie und Alter, Ursula Lehr, mit zahlreichen Veröffentlichungen zu international anerkannten Altersforschern machte.[299] Die ihm nun übertragene Studie über den Erfolg der rheinischen Fürsorgeerziehung bildete also keineswegs den Schwerpunkt seiner damaligen Forschungen. Der Landschaftsverband rühmte sich, dass rund 80 Prozent des mit Kosten von ca. 70.000 DM auf vier Jahre bezifferten Projektes von der Universität getragen würden.[300]

In ersten Berichten nach einem und zwei Jahren über die durchgeführte Voruntersuchung wurde das Konzept der Untersuchung näher beschrieben.[301] Demnach waren bis dahin die weiteren Lebensverläufe von rund 100 ehemaligen Heimkindern durch Einsicht in die Akten und auch durch Nachfragen bei Jugendämtern und Vormundschaftsgerichten geklärt worden. Überwiegend hatte man eine große Hilfsbereitschaft bei den Ämtern gefunden, doch vor allem in den Jugendämtern in Köln und Essen bestanden auch grundsätzliche Bedenken, »ehemaligen Zöglingen ›nachzuspionieren‹«. Es waren zudem fünf Explorationen durch Interviews mit ehemaligen Heimkindern versucht worden. Doch ein Interview konnte aufgrund der Spannungen, die entstanden, als über die Zeit in der Fürsorgeerziehung erzählt werden sollte, nicht zu Ende geführt werden. Überhaupt waren die Betreffenden teilweise nicht zum Gespräch bereit oder »misstrauten« dem Ansinnen der Untersuchung.[302] Zudem hatte sich der Aufwand für die Studie als sehr erheblich herausge-

296 Betr. Forschungen im Bereich der öffentlichen Erziehung (Beurmann, 26.10.1964), in: ALVR 38877, Bl. 57–60.

297 So seine Angabe im Abschlussbericht (21.8.1973), in: ALVR 38879, Bl. 21–152, hier 21.

298 Vgl. Thomae 1953; Thomae 1962; Thomae/Hagen/Ronge 1962; Thomae 1965.

299 Thomae/Lehr 1968; Thomae/Lehr 1973; Thomae 1976.

300 Auszug aus Niederschrift über die 13. Sitzung des LJWA v. 26.7.1966, in: ALVR 38877, Bl. 70–73; auch 81b–81c.

301 Öffentliche Erziehung im Rheinland. Bericht über die Voruntersuchung (31.3.1967) und Thomae an LJA (Beurmann) (15.7.1968) (mit Anlage »Untersuchungsbericht«), in: ALVR 38877, Bl. 110–123 und 279–290.

302 So wurde z. B. ein Interviewter insgesamt fünfmal im Dezember 1966 und Januar 1967 besucht. Er war immer wieder ausgewichen mit dem Argument, er habe keine Zeit usw. »Beim letzten Besuch äußerte er offen, daß er der Angelegenheit mißtraue.« Der Betreffende hatte seit seiner Entlassung

stellt.[303] Nach der Einschätzung Thomaes waren die Akten oft »nach praktischen Gesichtspunkten erstellt«. So erfolgte zum Beispiel »unter Hintanstellung einer umfassenden Verhaltensbeschreibung die ausgeprägte Hervorhebung der Schwierigkeiten von Jugendlichen, um das Ziel des Antrags zu erreichen«. Zudem war die Stichprobe offenbar zu klein, um eine Kategorienbildung durchzuführen, weswegen zusätzlich jede zweite Akte des Entlassjahrgangs 1960 (beschränkt auf männliche Jugendliche) ausgewertet wurde. Nachfolgend konzentrierte man sich bei Interviews mit ehemaligen Schützlingen der öffentlichen Erziehung auf die regionalen Gebiete Essen für männliche Jugendliche und Köln/Bonn für weibliche. Das dann erarbeitete Auswertungsschema fokussierte auf die Aspekte Familiensituation, sozio-ökonomischer Standard, Leistungsverhalten, Verlaufsformen sozialer Auffälligkeiten, die aktuelle Lebenssituation ehemaliger Zöglinge und die Auszüge aus den Strafregistern.

Nach den Ergebnissen der Vorstudie kam ein Drittel der Untersuchten aus vollständigen Familien, zwei Drittel lebten bei Verhängung der Fürsorgeerziehung bei mindestens einem Elternteil. Bei Kindern aus unvollständigen Familien war zuvor der Wechsel von bis zu acht verschiedenen Erziehungsstellen nachweisbar. In zwei Dritteln der Fälle waren bereits vor Beginn der Maßnahme Eingriffe in die Rechte der Eltern zu verzeichnen gewesen. Die Angaben über den sozio-ökonomischen Standard über zum Beispiel ausgeübte Berufe oder das Einkommen waren dagegen sehr unvollständig. In der Kategorie »Leistungsverhalten« fanden sich zu zwei Dritteln Leistungsbewertungen und nur zu einem Drittel »relativ wertfreie Verhaltensbeobachtungen«. Bei den zu leistenden Beschreibungen sollte es um das »intellektuelle Niveau«, die Einsatzbereitschaft (Beurteilungen, Ereignisse bei Änderungen wie Heimwechsel, Dienststellenwechsel, Arbeitsurlaub) und die Effektivität der Leistung gehen. Aus den in den Akten befindlichen Verhaltensberichten ließen sich zudem Entweichungen, Lob, Tadel usw., das Verhalten zu Ordnungsanforderungen, Autoritätspersonen oder das Gruppenverhalten erfassen. Die Verlaufsformen sozialer Auffälligkeiten sollten nicht nur deren Formen (Diebstahl, Gewalt usw.), sondern auch den Zusammenhang mit bestimmten »Daseinstechniken« beschreiben.

»Diese Techniken bilden sich im Laufe der Entwicklung aus und können deshalb vom pädagogischen Standpunkt aus gute Orientierungen für pädagogische Zielsetzungen von Gruppen Jugendlicher als auch in der Einzelhilfe darstellen. Gerade dieses scheint mir einer der wesentlichen Gesichtspunkte der Untersuchung und des Zwecks der Bemühungen zu sein.«[304] Hierunter fasste Thomae: 1. Leistung als bevorzugte Daseinstechnik, 2. Aggressivität als Reaktion auf Schwierigkeiten, 3. Tendenz zur Opposition, zum Aufbegehren, 4. Tendenz zum Sich-Treibenlassen, »Gammeln«, 5. Einsatz primitiver Reizmittel,

1965 vier Eintragungen im Strafregister (Thomae an LJA [Beurmann] 15.7.1968 [mit Anlage »Untersuchungsbericht«], in: ALVR 38877, Bl. 279–290).

303 So hatte eine Fallbearbeitung in den Akten zehn Stunden erfordert. Für ein Interview betrug der Aufwand rund 20 Stunden, und es entstanden für alle Interviews zusammen Anfahrten von 2.000 km (ebd.). Die Studien wurden von den Diplompsychologen W. Karberg und E. Sommer sowie der Psychologin Dr. Zundel und den Berufspraktikantinnen Müller und Saul durchgeführt.

304 Thomae an LJA (Beurmann) (15.7.1968) (mit Anlage »Untersuchungsbericht«), in: ALVR 38877, Bl. 279–290, hier 288.

6. Anpassung an die institutionellen Aspekte der Situation, 7. Anpassung an die Befürfnisse anderer. Zur vergleichbaren Beschreibung der aktuellen Lebenssituation ehemaliger Zöglinge gab es einen Leitfaden der Interviews, mit dem Angaben über die Familiensituation, die wirtschaftlichen Verhältnisse, die Berufssituation, »Erinnerungen an das Jugendalter«, die Einstellung zu Erziehungsfragen und Zukunftspläne abgefragt werden sollten. Zudem sollte Wert auf die Beobachtung der Wohnung (Größe, Zustand, Pflegezustand der Kinder usw.) und den Ablauf des Interviews gelegt werden. Allerdings hatte sich bereits zum Vorbericht herausgestellt, dass nur »überwiegend sozial relativ reintegrierte Probanden« sich zu Gesprächen bereit fanden.

Die Zusammensetzung der Stichprobe für die Gesamtuntersuchung umfasste aus praktischen Gründen auch die Entlassjahrgänge 1963 und 1965 aus den Städten Köln, Bonn, Essen, Wuppertal, Solingen und Kempen/Krefeld, insgesamt 1.745 Personen, davon 972 männliche und 773 weibliche. Die Arbeiten nahmen allerdings nicht den ursprünglich erhofften Fortgang. So reduzierte sich die Zahl der untersuchten Fälle auf 1.313 wegen zu geringen Alters[305] oder zu geringer Zeit, die von den Betreffenden in der öffentlichen Ersatzerziehung verbracht worden war. Viele erhoffte Daten konnten deshalb nicht ausgewertet werden, weil »die erforderlichen Angaben in den Akten bis zu 95 % fehlten«. Zudem war die Führung von rund 200 Interviews angedacht, doch kamen nur 80 unter den oben erwähnten schwierigen Bedingungen zustande. Ausgewertet wurden letztlich nur 10 Interviews, die dem im August 1973 endlich eingereichten Abschlussbericht beigelegt wurden.[306] Die Arbeiten zogen sich insgesamt sehr lange hin. So war die Zusammenstellung aus den Akten des Landesjugendamtes Ende 1969 abgeschlossen, doch die Gewinnung von Strafregisterauszügen dauerte über das Jahr 1970 hinaus und die Übertragung der Daten auf Lochkarten und die statistische Auswertung gar bis Anfang 1972. Es war das Entstehen von zwei psychologischen Dissertationen geplant, die jedoch beide nicht fertig wurden.[307] Was bis Mitte 1973 vorlag, waren Zwischenberichte und Hausarbeiten, die von Thomae zu einem Abschlussbericht komponiert wurden. Dieser Bericht fand allerdings nicht das Gefallen des Landesjugendamtes, denn er übte eine zum Teil vernichtende Kritik an der Konzeption und Durchführung der öffentlichen Ersatzerziehung.

Das Landesjugendamt reagierte über ein Jahr nicht auf die Zusendung des Abschlussberichtes.[308] Intern erstellte die für den Bereich hauptverantwortliche Landesoberverwal-

305 Der Anteil der noch nicht schulpflichtigen Minderjährigen in der öffentlichen Erziehung war insgesamt allerdings sehr niedrig (1951: 2,4 Prozent; 1962: 0,6 Prozent). Vgl. Jans/Beurmann 1963, S. 82.

306 An anderer Stelle wird sogar von 500 angestrebten Interviews gesprochen (Vermerk [Haller] 21.11.1974, in: ALVR 38880). Bei den Interviewauswertungen handelte es sich wesentlich um eine Beschreibung der häuslichen Verhältnisse und eine von den Interviewern erstellte Nachschrift der auf die Fragen des erwähnten Leitfadens gegebenen Antworten.

307 Ein Autor, Dipl.-Psychologe Karberg, nahm 1970 den Ruf zu einer Arbeit in Äthiopien an, hielt die Zusage des Abschlusses der Arbeiten nicht ein und kehrte auch nicht 1973 nach Deutschland zurück. Im anderen Fall erhielt der Diplompsychologe einen Ruf an die Dortmunder Fachhochschule und beendete die Arbeit ebenfalls nicht.

308 Thomae an LVR (Direktor Saurbier) (10.9.1974), in: ALVR 38880.

tungsrätin Martha Beurmann ein Memorandum, das um Verständnis für die Notlagen der Nachkriegszeit warb und die eigene Tätigkeit in einem positiven Licht erscheinen ließ.[309] In der Sitzung des Landesjugendwohlfahrtsausschusses am 19.11.1973 teilte das Landesjugendamt seine Enttäuschung über die Dauer und das Ergebnis der Untersuchung mit. Erst fünf Jahre später erfolgte ein vom Amt zusammengefasster Bericht über die wissenschaftliche Forschung an das politische Aufsichtsgremium.[310] Seit 1972 hatte man zudem auf Seiten des Landesjugendamtes in einem »Arbeitskreis Zielplanung« angefangen, eigene Feststellungen über die statistischen Grundlagen und eigene Reformüberlegungen als »Rahmenplanung für die öffentliche Erziehung« zu konzipieren.[311]

Die Studie Thomaes wurde letztlich von den Entwicklungen Anfang der 1970er Jahre überholt und konnte für die radikal veränderte Situation in der öffentlichen Erziehung keine Hilfestellung mehr geben, es sei denn, diesen Wandel nachträglich zu legitimieren.[312] Unter historischen Gesichtspunkten ist sie trotzdem höchst informativ. Sie macht Aussagen über die Herkunft der Minderjährigen sowie den Verlauf der Erziehungsmaßnahmen und versucht zumindest sozialstatistische Aussagen aus einem äußerst heterogenen Material zu generieren. Trotz aller methodischen Mängel und Unschärfen, die bei der Datenaufnahme vorgekommen sind, ist sie die einzige, die letztlich Aussagen über ein ansonsten sehr graues Feld der rheinischen öffentlichen Erziehung Ende der 1960er Jahre macht.[313] Die Mängel bei der Erhebung der Interviews hatten ihre Ursache zum Teil in den Auswirkungen des Systems der öffentlichen Erziehung auf die ehemaligen Heimkinder. So beschrieb der Bericht des Landesjugendamtes von 1978: »Die Auffindung der Probanden war sehr zeitraubend und ihre Bereitschaft zu einem Interview äußerst gering, obwohl die Interviewer sich schriftlich und nur als Mitarbeiter eines wissenschaftlichen Institutes anmeldeten (öffentliche Erziehung wurde nicht erwähnt). Infolge Streuung der Probanden über das ganze Gebiet des Landesjugendamtes Rheinland stand das Ergebnis in keinem zu vertretenden Verhältnis zum Aufwand an Zeit und Geld; Akten anderer Behörden ergaben allenfalls geringe zusätzliche Informationen gegenüber den Akten des Landesjugendamtes. Zu Feststellungen über die Arbeitsbewährung kam es nicht, da die

309 Memorandum von Frau Dr. Beurmann (16.7.1973), in: ALVR 38879, Bl. 0–16.

310 Bericht über den Forschungsauftrag an Herrn Prof. Dr. Thomae, Rheinische Friedrich-Wilhelm-Universität in Bonn, zur »Erfolgs- und Methodenforschung betreffend die öffentliche Erziehung im Gebiet des Landesjugendamtes Rheinland« (Direktor des LVR: Vorlage an den LJWA, 15.2.1978), in: ALVR 38883.

311 Die hier erhobenen Daten hatten allerdings als Bezugspunkt Ende 1972 und waren nur nach vorne gerichtet. Vgl. LVR, Abt. Jugendwohlfahrt, LJA Rheinland, Rahmenplan für die öffentliche Erziehung: Zielvorstellungen, Köln 1974 (hekt.).

312 Auch Thomae betonte in seinem Abschlussbericht eher dessen »Beitrag zu einer Geschichte der öffentlichen Erziehung«. Vgl. Psychologisches Institut Bonn (Thomae): Probleme der öffentlichen Erziehung im Rheinland. Ergebnisse einer Aktenanalyse von 1960–1965 aus der öffentlichen Erziehung entlassenen Jugendlichen (Abschlussbericht 21.8.1973), in: ALVR 38879, Bl. 21–146, hier 96.

313 Die im Umfeld der »Rahmenplanung für die Öffentliche Erziehung« erfolgten Erhebungen (u.a. eine »Klientelerhebung« [16.7.1973] mit Stichtag vom 15.11.1972, in: ALVR 38566) hatten als Bezugspunkt den aktuellen Stand Anfang der 1970er Jahre.

Arbeitsämter wegen Änderungen im Karteiverfahren keine zweckentsprechenden Auskünfte mehr geben konnten. Im übrigen bestanden Bedenken, Rückfragen zu halten, die zu dem unguten Schluss führen konnten, es werde den Probanden ›nachspioniert‹.« Dass die ehemaligen Heimkinder nur ungern Auskunft über ihr oft bescheidenes Leben gaben und unschwer den langen Arm des Landesjugendamtes hinter dem Projekt spürten, dem sie spätestens durch die Volljährigkeit vor noch nicht allzu langer Zeit entkommen waren, erscheint rückblickend wenig verwunderlich. Es ist vielmehr ein Beleg für die Beschämung, welche die Heimerziehung auf der Seite der Betroffenen hinterlassen hat.

2.6.2 Die Ergebnisse: Reformbedürftigkeit

Aus den im Abschlussbericht mitgeteilten Ergebnissen sei auf folgende Feststellungen hingewiesen.[314] Der Beginn und Anlass der öffentlichen Erziehung wurde anhand der Stichprobe von 1.313 Fällen beschrieben. Das Durchschnittsalter bei der Heimaufnahme lag bei allen Fällen der Entlassjahrgänge 1960, 1963 und 1965 bei 15,08 Jahren. Über 60 Prozent der Minderjährigen kamen erst nach dem 14. Lebensjahr in Fürsorgeerziehung oder Freiwillige Erziehungshilfe. Die Anlässe hierfür wurden in der familiären Situation wie auch den Lebensumständen der Jugendlichen gesehen. Es stammten weniger als ein Drittel aus vollständigen Familien, 16,1 Prozent aus geschiedenen Ehen, 15,2 Prozent von Müttern, die den Kindsvater nicht geheiratet hatten. In einem Siebtel der Fälle war der Vater gestorben, was besonders auf die Kriegsgenerationen der 1939 bis 1945 geborenen Kinder hinweist, um die es hier ging. In 8,1 Prozent der Fälle war die Mutter wiederverheiratet. Rund die Hälfte der Minderjährigen lebte zuvor bei den Eltern. Bei 18 Prozent der Minderjährigen lag eine Amtsvormundschaft vor, was sich jedoch dadurch relativiert, dass eine solche bei unehelichen Kindern standardmäßig eingerichtet wurde.

Die Angaben über die soziale Gliederung waren dadurch verzerrt, dass für 41,7 Prozent keine Informationen über den Beruf des Vaters vorlagen. In den gezählten Fällen waren die Väter zu 24 Prozent Arbeiter, zu 18 Prozent Facharbeiter, zu 11,9 Prozent Angestellte bzw. Beamte und zu 4,3 Prozent Selbstständige. In der Hälfte aller Fälle wurde in den Akten von Verhaltensauffälligkeiten der Mütter und in 40 Prozent von solchen der Väter berichtet. Bei den Müttern war es überwiegend die Zuschreibung des so genannten unwirtschaftlichen Verhaltens und der Vernachlässigung des Haushalts, wohingegen zum Beispiel Prostitution eine geringe Rolle spielte. Beim Vater bestand die in den Akten zugeschriebene Verhaltensauffälligkeit überwiegend in der »Trunksucht« und der »Arbeitsscheu«. Die Überschreitung des Züchtigungsrechts und die »Unzucht mit eigenen Kindern« wurden dagegen nur in einem geringen Maße zugeschrieben. Zwei Drittel der Kinder und Jugendlichen kamen erst nach der Entlassung aus der Schule in die öffentliche Erziehung. Allerdings fehlten ganz überwiegend die Angaben über die erreichten Abschlüsse. Realschüler und Gymnasi-

314 Psychologisches Institut Bonn (Thomae): Probleme der öffentlichen Erziehung im Rheinland. Ergebnisse einer Aktenanalyse von 1960–1965 aus der öffentlichen Erziehung entlassenen Jugendlichen (Abschlussbericht 21.8.1973), in: ALVR 38879, Bl. 21–146.

asten waren zumindest so gut wie nicht unter den erfassten Jugendlichen vertreten. Besser dokumentiert waren die Angaben über die berufliche Situation vor der Heimaufnahme. Von den schulentlassenen Jugendlichen hatten 46,7 Prozent der von Fürsorgeerziehung und 31,7 Prozent der von Freiwilliger Erziehungshilfe Betroffenen mehr als zwei Arbeits- oder Lehrstellen inne gehabt, 20,2 Prozent bzw. 11,1 Prozent sogar mehr als fünf. Auch wenn hier ebenfalls die rund in der Hälfte aller Fälle fehlenden Informationen die größten Anteile bei Jungen wie Mädchen ausmachten, ließ sich doch an den feststellbaren Berufen ablesen, dass Mädchen oft in hauswirtschaftlichen und Handelsberufen gearbeitet hatten, wohingegen Jungen überwiegend in technischen Berufen beschäftigt waren, die allerdings wie zum Beispiel Schmied wenig günstige Berufsaussichten ergaben.

Neben diesen statistischen Zugängen zur Untersuchungsgesamtheit finden sich im Bericht auch eine Beschreibung der Aufnahmeuntersuchung bzw. -beobachtung und Bemerkungen über die Erstellung von Erziehungsplänen. In der Aufnahmeuntersuchung verbanden sich demnach ärztliche Untersuchungen oft »mit Aussagen zum Persönlichkeitsbild, wobei einerseits sehr stark Überzeugungen über die Bedeutung von Erbfaktoren für die Genese von Verhaltensauffälligkeiten in Erscheinung treten, andererseits eine Mischung wertender und ›objektiver‹ Charakterisierungen imponiert«.[315] In fast 85 Prozent aller Fürsorgeerziehungs- und 71 Prozent aller Freiwilligen Erziehungshilfe-Fälle fanden Thomae und seine Schüler Angaben über eine »psychiatrische Untersuchung«, doch blieb unklar, ob es sich wirklich um eine fachärztliche Begutachtung handelte. Eine psychologische Untersuchung blieb allerdings – abgesehen von der Durchführung teils veralteter Intelligenztests – in den Jahren 1955 bis 1963 eine Ausnahme. Ihre Qualität beurteilten Thomae und seine Schüler als sehr schwankend, wiederholten doch einige nur »die Vorwürfe der Behörden gegen die Jugendlichen unter Benutzung wissenschaftlichen Vokabulars« oder versuchten, die »beobachteten Verhaltensauffälligkeiten auf berichtete Erziehungsmängel zurückzuführen«.[316] Zudem gab es oft keine Verbindung zwischen einer zum Teil sehr differenzierten psychologischen Exploration und einer oft traditionell schlichten Formulierung des Erziehungsplans. Dies wurde am Beispiel von zwei Mädchen gezeigt, die man als Büglerin oder auch in der Landwirtschaft der Heime nach alter »Erziehungstradition« beschäftigte, obwohl ganz andere Interessen vorlagen. Das führte zu Unzufriedenheit der Mädchen und Auflehnung gegen die Heimerziehung.

In den erstellten Erziehungsplänen dominierte eine stark wertende Charakterisierung der Persönlichkeit der Jugendlichen mit einer Orientierung an erbtheoretischen Erklärungen (»Veranlagung«) und führte zu einer platten Rechtfertigung des Heimaufenthaltes, dessen Notwendigkeit und Länge unterstrichen wurden. Insbesondere die Persönlichkeitsentwicklung der Jugendlichen in der Heimerziehung bestimmten die Erziehenden durch negative Charakterisierungen wie »unordentlich«, »frech, dreist«, »hinterhältig«, »haltlos«, »kriecherisch« usw. Thomae sah darin das »Spiegelbild einer vorrationalen Auseinander-

315 Ebd., Bl. 38.
316 Ebd., Bl. 39.

setzung der Erzieher mit den von den Jugendlichen gezeigten Verhaltensproblemen«. Die Erziehungsberichte würden somit »zu einer Art ›Abrechnung‹ mit einem Widersacher«.[317]

Über den Verlauf der öffentlichen Erziehung waren nur Daten über die berufliche Tätigkeit im Heim, die Häufigkeit des Wechsels des Heimes bzw. der Pflegestelle und die Art der Beendigung der Ersatzerziehung zu gewinnen. Gut zwei Drittel der Mädchen arbeiteten im Heim im hauswirtschaftlichen Bereich bzw. wurden hierin ausgebildet. Dies bedeutete im Hinblick auf die ausgeübten Tätigkeiten vor der Heimeinweisung eine Verengung des beruflichen Profils. So waren in körperpflegerischen, Organisations- und Verwaltungstätigkeiten vorher 7,1 Prozent der Mädchen aktiv, wohingegen dies im Heimbereich auf 1,3 Prozent zurückging. Bei den Jungen verengte sich das berufliche Profil auf die Land- und Forstwirtschaft sowie die Gärtnerei, in welcher rund ein Viertel aller Minderjährigen arbeitete, wenngleich es vor der Heimzeit nur 1,7 Prozent waren. Umgekehrt waren vor der Heimeinweisung ausgeübte chancenreichere Berufe wie Elektriker, Mechaniker und Schlosser nur halb so häufig oder weniger im Heim vertreten. Thomae zog den vorsichtigen Schluss, dass in der öffentlichen Erziehung »das Berufsangebot nicht reichhaltig genug« sei.[318]

Bei der Frage nach Heimwechseln zeigte sich, dass ein häufiger Heimwechsel wohl die Ausnahme darstellte, denn lediglich 60 Prozent der Fürsorgeerziehungs-Zöglinge wechselten im Berichtszeitraum mindestens einmal das Heim, von diesen dann wiederum drei Viertel auch zweimal. Den Hintergrund hierfür sah Thomae in einer pädagogischen Ideologie der »Verwurzelung in einer bestimmten Umgebung«, sie spiegele aber auch »den geringen Differenzierungsgrad der Heime der öffentlichen Erziehung im Rheinland, der eine Verlegung unter dem Gesichtspunkt anderswo bestehender Sondereinrichtungen gar nicht als diskussionsbedürftig erscheinen« lasse.[319] Zu der Frage der Entweichungen als Indikator für eine gelingende Heimerziehung lagen nur Daten von 665 männlichen Jugendlichen vor, die vom Autor einer Vordiplomarbeit zum Thema ausgewertet wurden. Er markierte Entweichungen vor dem Hintergrund der aktuellen sozialpädagogischen Theorie als Vertrauensverlust für das Heim, da die Jugendlichen zu einer Vertrauensperson außerhalb fliehen würden. Das bringe auch das Problem des Herumtreibens und der Kriminalität bzw. des illegalen Lebens mit sich. Nach seiner Statistik waren entwichen:

1-mal	108	16,2 %
2-mal	80	12,0 %
3-mal	56	8,4 %
4-mal	31	4,7 %
…	…	…
16-mal	3	0,5 %
insgesamt	**379**	**57,0 %**

317 Ebd., Bl. 51.
318 Ebd., Bl. 54. Vgl. auch Kap. III.3.
319 Ebd., Bl. 55.

Demnach war mehr als die Hälfte der Zöglinge in der öffentlichen Erziehung überwiegend aus dem Heim und nicht etwa aus der Dienststelle, vom Arbeitgeber oder aus dem Elternhaus entwichen. Je häufiger sie entwichen, desto länger waren sie abwesend. Die Ziele der Entwichenen gliederten sich wie folgt:

Ziele der Entweichung	**bei erster Entweichung**	**in Prozent**
Eltern	338	50,8%
Familie	187	28,3%
»Herumtreiben«	126	18,9%

Der überwiegende Drang zu den Eltern oder der Familie, aus deren Verhältnissen die Minderjährigen ja erst in Fürsorgeerziehung bzw. Freiwillige Erziehungshilfe gekommen waren, sprach nicht gerade für die Heime als taugliche Ersatzheimaten. Die Heime reagierten bei der ersten Entweichung (Gesamt 382, davon bei 283 Angaben = 42,6 Prozent aller Entwichenen) mit folgenden Maßnahmen:

Keine	84	12,6%
Arrest	76	11,4%
Vergünstigungsentzug	12	1,8%
Geschlossene Gruppe	11	1,7%
verlegt in anderes Heim	38	5,7%
Urlaubssperre	2	0,3%
pädagogisches Gespräch	41	6,2%
Berufs- und Arbeitsstellenwechsel	9	1,4%
Widerrufliche Entlassung	7	1,1%
zudem eine zweite Maßnahme	45	6,8%

Der Autor resümierte, angesichts des Dranges nach Hause »scheinen doch die verhängten Maßnahmen in ihrer beabsichtigten Härte der Isolierung und Einkerkerung der noch minderjährigen Jugendlichen für diese selbst so wenig verständlich und gerecht, daß der Erziehungseffekt, dem entsprechend alle Maßnahmen der öffentlichen Erziehung unterzuordnen sind, gleich Null zu veranschlagen ist. Weiterhin ist aber zu fragen, ob bei den Jugendlichen nicht schwerste Verbitterung darüber ausgelöst wird, daß man seitens der Erzieher mit so harten Maßnahmen der Abstempelung und Freiheitsbeschränkung auf ihren Wunsch reagiert, Zuflucht und vielleicht auch die Lösung gewisser Konfliktspannungen bei ihren Eltern bzw. überhaupt bei Personen ihres Vertrauens aus dem Kreis der nächsten Familienangehörigen zu suchen.«[320] Zudem seien, wie Thomae in der Zusam-

320 Das Problem der Entweichungen in der Öffentlichen Erziehung (Joachim Filbry), in: ALVR 38878, Bl. 507–570, hier 552. Der hier wiedergegebene Eindruck und die oben genannten Ergebnisse stimmen auch mit der vorgenommenen Durchsicht von rund 1.000 Einzelfallakten überein, in denen

menfassung vortrug, die meisten Delikte, die bei den ersten Entweichungen begangen würden, Erstdelikte. »Damit wird die Reaktion auf die Heimsituation selbst zum kriminogenen Faktor.«[321] Seine Auswerter zeigten sich insbesondere von der Härte der Maßnahmen der Heime gegen Entweichende betroffen und erhoben »starke Vorwürfe gegen eine derart ›repressiv‹ arbeitende öffentliche Erziehung«, wie Thomae vermerkte.[322]

In vielen Akten blieb offenbar die Entlassung aus der öffentlichen Erziehung besonders schlecht dokumentiert. Hier fand man zum Beispiel bei 25,8 Prozent der Fürsorgeerziehungs-Zöglinge und 36,4 Prozent der Freiwilligen Erziehungshilfe-Fälle keine Informationen über ihren ersten Aufenthaltsort nach dem Heim im Falle einer widerruflichen Entlassung. Bei den dokumentierten Orten stand das Elternhaus mit einem Anteil von mehr als zwei Dritteln an erster Stelle, ganz im Gegensatz zu einer Vermittlung in Arbeitsstellen mit wohnungsmäßiger Unterbringung. Diese Rückkehr in ein oft weiterhin problematisches Milieu bezeichnete Thomae als eine Einschränkung der Erfolgschancen. Fast 50 Prozent der Minderjährigen in Fürsorgeerziehung und rund 30 Prozent derjenigen in Freiwilliger Erziehungshilfe wurden nach einer Entlassung auf Widerruf erst nach einem bis drei Jahren auch endgültig aus der öffentlichen Erziehung entlassen. Bei einem Fünftel der von Fürsorgeerziehung und einem Siebentel der von FEH Betroffenen wurde die Entlassung auch widerrufen. Bei Jungen war es zum Teil die Aufnahme in die Bundeswehr und bei Mädchen die Verheiratung, welche ein vorzeitiges Ende der öffentlichen Erziehung einläutete.

Nach der Entlassung fand nach der Beobachtung von Thomae und seinen Mitarbeitern oft eine Kumulierung der Verhaltensauffälligkeiten statt. In einer letzten kasuistischen Studie untersuchten sie die Deliktbelastung der Jugendlichen vor, während und nach der öffentlichen Erziehung. Demnach fand man in den Strafregisterauszügen bei 47 Prozent der männlichen und 15,1 Prozent der weiblichen Jugendlichen Eintragungen, die sich auf die Zeit nach der Entlassung aus der Fürsorgeerziehung bezogen. Während der Zeit des Bestehens der öffentlichen Erziehung galt dies für 51,2 Prozent der männlichen und 22,9 Prozent der weiblichen Minderjährigen. Vor der Zeit der Heimerziehung allerdings wiesen sogar 73,2 Prozent der männlichen und 41,3 Prozent der weiblichen Jugendlichen Verhaltensauffälligkeiten auf, die bei Überschreitung der Altersgrenze strafbar gewesen wären. Somit wurde von einer Minderung der Deliktneigung durch die öffentliche Erziehung gesprochen. Thomae sprach von einem ähnlichen Ergebnis, wie es auch in der Studie von Pongratz und Hübner bei Nichtberücksichtigung geringfügiger Normübertretungen

allerdings nur bei gut 40 Prozent eine Entweichung, oft auch mehrfach, feststellbar war. Die uneinheitliche Aktenführung (fehlende Angaben usw.) ließ allerdings eine genaue statistische Auswertung nicht lohnend erscheinen.

321 Psychologisches Institut Bonn (Thomae): Probleme der öffentlichen Erziehung im Rheinland. Ergebnisse einer Aktenanalyse von 1960–1965 aus der öffentlichen Erziehung entlassenen Jugendlichen (Abschlussbericht 21.8.1973), in: ALVR 38879, Bl. 62.

322 Ebd., Bl. 66.

belegt war.[323] Anhand der geringeren Deliktbelastung der Kinder aus ungünstigen Familien- und Wohnverhältnissen vor der Anordnung von Heimerziehung wurde scharf die Einweisungspraxis befragt, die Kinder und Jugendliche bereits aufgrund der schwierigen häuslichen Verhältnisse aus den Familien holte und nicht erst bei der Häufung von Delikten wie bei Kindern aus günstigen sozialen Verhältnissen. Der zeitgenössisch oft geäußerten Behauptung, dass die Berufstätigkeit der Mütter die Jugenddelinquenz begünstige, trat Thomae entgegen, denn gerade Kinder von »Nur-Hausfrauen« besaßen eine höhere Deliktbelastung.[324] Auch der häufige Wechsel des Heimes, der Pflege- und Erziehungsstelle hatte keine Auswirkungen auf die spätere Deliktbelastung, ganz im Gegenteil zur Häufigkeit von Entweichungen, die gemäß der Studie wegen der dabei »gebildeten negativen Sozialisationseffekte« einen Indikator für die soziale Bewährung bilden würden. Im Ergebnis allerdings egalisierte die öffentliche Erziehung die soziale Herkunft in dem Sinne, dass alle Minderjährigen danach eine ähnliche Deliktneigung zeigten. Thomae betonte in seiner Schlussbemerkung die »außerordentlich traditionsorientierte Einstellung« der öffentlichen Erziehung im Untersuchungszeitraum 1955 bis 1965, welche die aktuell in der Erziehungsarbeit stehenden Mitarbeiter zu einer Abgrenzung davon anregen sollte. Angesichts der mittlerweile erfolgten gesellschaftlichen Wandlungen hoffte er auf eine Reform der öffentlichen Erziehung.

2.6.3 Die öffentliche Erziehung in der Krise

Ein hohes Ausmaß an Reformbedürftigkeit hatten die Verantwortlichen im Landesjugendamt bereits vor dem Thomae-Gutachten in den 1960er Jahren ausgemacht. Geht man von einer Vorlage aus dem Jahr 1967 aus, zeigt sich ein komplexes Geflecht an Problemen.[325] Darin wurde auf den Aufgabenzuwachs hingewiesen, den das Landesjugendamt seit dem Inkrafttreten des JWG zu bewältigen hatte. So seien durch die Pflichtaufgaben der FEH und der Versorgung der 18- bis 20-Jährigen in den letzten fünf Jahren rund 1.200 Minderjährige in die öffentliche Ersatzerziehung gelangt. Auch bei geistigen Regelwidrigkeiten sei die Fürsorgeerziehung bzw. Freiwillige Erziehungshilfe fortzuführen, solange keine andere Art der Hilfe bestehe (§ 75 Abs. 2 JWG). Ebenfalls »bei schwerstverwahrlosten, renitenten älteren Minderjährigen ist eine ›praktische Unerziehbarkeit‹ nicht mehr als Ablehnungs-

323 Ebd., Bl. 73. Pongratz/Hübner unterschieden allerdings eine »Legalbewährung« von einer »beruflichen« und einer »sozialen Bewährung« (Pongratz/Hübner 1959, S. 13 ff.). Die Kriterien solcher Studien unterliegen aber dem gesellschaftlichen Wandel, was ihre Aussagekraft auf die Feststellung eines äußerlich regelkonformen Verhaltens als Anpassungsleistung reduziert. Vgl. auch Gehltomholt/Hering 2006, S. 131–138.

324 Psychologisches Institut Bonn (Thomae): Probleme der öffentlichen Erziehung im Rheinland. Ergebnisse einer Aktenanalyse von 1960–1965 aus der öffentlichen Erziehung entlassenen Jugendlichen (Abschlussbericht 21.8.1973), in: ALVR 38879, Bl. 85.

325 Denkschrift über die Lage der öffentlichen Erziehung im Rheinland (FEH und FE) mit handschriftlichen Streichungen [von Beurmann gefertigt, von Jans Pkt. 6 bis 8 gestrichen], in: ALVR 38874.



Mädchen in ihrem Zimmer vor dem Spiegel, Maria im Klee 1963

grund« anerkannt. Hinzu komme die bessere Analyse und Diagnostik der Erziehungsschwierigkeiten. Dies alles habe insgesamt einen Anstieg der in öffentlicher Erziehung untergebrachten Jugendlichen von 6.476 (1962) auf 7.277 (1967) und der Zahl der in Heimerziehung befindlichen Jugendlichen von 3.892 (3.6.1962) auf 4.491 (1.7.1967) bewirkt. Infolge der bereits beschriebenen Unterbringungsschwierigkeiten sei eine Zunahme der nicht Untergebrachten von 230 auf 600 zu verzeichnen. Zudem entzögen sich immer mehr bewusst durch Entweichung der Heimerziehung, was im Ergebnis einen Fehlbedarf von mindestens 400 Plätzen ausmache. Die weitere Entwicklung werde dadurch noch dramatischer, dass nach Absprachen der Sozialministerien von Rheinland-Pfalz und NRW die Plätze in Rheinland-Pfalz ab dem 1.5.1969 nur noch um 200 vermindert in Anspruch genommen werden könnten. So hätten bereits die fehlenden Heimplätze zu einer Zurückhaltung bei der Beantragung von Fürsorgeerziehung und Freiwilliger Erziehungshilfe geführt. Nach Ermittlungen des Landeskriminalamtes und von Jugendämtern sei unter anderem mit einem weiteren Bedarf von 1.000 Plätzen zu rechnen, welche am dringendsten für lernbehinderte Schulkinder – hier verwies Beurmann auf zeitgenössische Wartezeiten von sechs Monaten –, schulentlassene Mädchen (bes. »Schwerstgefährdete«) und schulentlassene Jungen (vier Monate Wartezeit) benötigt würden.

So forderte sie in der Zusammenfassung die Beschaffung von 1.000 bedarfsangepassten Heimplätzen bis zum Jahr 1970 und die Schaffung von weiteren 600 Heimplätzen nach 1970. Die Planungen des Landesjugendamtes sahen sowohl den Ausbau der landschaftsverbandseigenen Heime wie von Einrichtungen freier Träger vor. So sollten der Bau eines Erziehungsheims für schulaltrige Jungen im Landesjugendheim Fichtenhain mit 120 Plätzen und der Bau eines Landesjugendheims für schulentlassene, besonders schwierige Mädchen (74 bis 90 Plätze) durchgeführt werden. Die Errichtung von vier Gruppenwohneinheiten im Rheinischen Heilpädagogischen Landesjugendheim in Süchteln, die Errichtung von zwei Gruppenwohneinheiten im Abtshof, Hennef, die Errichtung von zwei Gruppenwohneinheiten im Halfeshof, Solingen, und der Erwerb eines bisher als Jugendwohnheim benutzten Geländes in Rheydt-Giesenkirchen sollten die landschaftsverbandseigene Fürsorge abrunden.

Bei den Heimen freier Träger waren der Neubau von vier Gruppenwohneinheiten für schulaltrige Jungen im Hermann-Josef-Haus in Urft, Ergänzungs- und Ersatzbauten für abgängige Plätze im Kinder- und Jugendheim Neu-Düsselthal, der Neubau eines Heimes für schulaltrige, lernbehinderte Kinder des Katholischen Erziehungsvereins der Rheinprovinz, der Ersatz- und Erweiterungbau des Dorotheenheims in Düsseldorf durch einen Heimneubau in Hilden sowie Ersatzbauten »für unbrauchbar gewordene Gebäude« als notwendig erachtet worden. »Wenn nicht sofort und fortlaufend eine Verbesserung dieser Lage herbeigeführt wird, wird eines Tages eine wirkliche Erziehungshilfe nicht mehr möglich und ein Rückschritt in alte Bewahrungsanstalten die Folge sein.« Dies gelte es zu verhindern. Interessant an der von Beurmann 1967 entworfenen Vorlage ist, dass in dieser offenbar von ihrem Vorgesetzten drei Punkte gestrichen wurden, die dann nicht in die Vorlage vor dem LJWA eingingen. In diesen Punkten 6 bis 8 äußerte Beurmann ihre Meinung über die schwierige Rechtsposition, in die das Landesjugendamt komme, wenn die vorgeschlagenen Maßnahmen nicht bewilligt würden. So verwies sie auf die Gefahr von Klagen und Zwangsmaßnahmen gegen den Landschaftsverband Rheinland bei Nichterfüllung der gesetzlichen Erziehungsaufgaben. Denn das Landesjugendamt habe Erziehungsrechte und Erziehungspflichten und könne sich nicht auf finanzielles Unvermögen berufen. So könnten Leistungsklagen nach Art. 19 Abs. 4 GG bzw. § 40 VwGO ein Verwaltungshandeln erzwingen. Dies berge auch die Gefahr von Regressansprüchen gegen den Landschaftsverband Rheinland bei nicht ordnungsgemäßer Erfüllung der gesetzlichen Erziehungsaufgaben (nach Art. 34 GG, § 839 BGB). Die Einflussnahme der Aufsichtsbehörden auf die Ausführung der öffentlichen Erziehung bedeute, dass das Land verpflichtet sei, dem Landschaftsverband Mittel für die öffentliche Erziehung zur Verfügung zu stellen. Beurmanns Vorgesetztem Karl-Wilhelm Jans gingen diese Ausführungen, die offensichtlich Druck ausüben sollten, zu weit, und er strich eigenhändig die Punkte durch.

Beurmann resignierte aber daraufhin nicht, sondern kämpfte weiterhin für die Stabilisierung der öffentlichen Erziehung im Rheinland. Einen Einblick, wie dramatisch sie offensichtlich die Situation einschätzte, gibt ein Brief von ihr an Jans vom 19.3.1968.[326] Beur-

326 ALVR 40313.

mann befand sich zum Zeitpunkt des Schreibens in Bad Wiessee zur Kur. Allerdings ließ ihr die Arbeit keine Ruhe. Aufgeschreckt von einigen Zeitungsartikeln, entfaltete sie darin eine »Notplanung zur Unterbringung schwererziehbarer schulentlassener Mädchen«. Auf diesen Notplan wird noch genauer einzugehen sein. Hier interessiert zunächst Beurmanns Situationseinschätzung: »Ich trage dies so dringlich – trotz der versprochenen Abschaltung zur Kur – vor, weil ich bei Fortdauer des jetzigen Zustandes den Zusammenbruch der Heimerziehung für schwierige Mädchen, die in öffentlicher Erziehung sind, befürchte.«[327] Um Beurmanns Einschätzung zu verstehen, ist es notwendig, sie aus verschiedenen Perspektiven zu beleuchten. Zunächst bleibt festzuhalten, dass die Unterbringung schulentlassener Mädchen keineswegs ein neues Problem der 1960er Jahre darstellte.[328] Das Landesjugendamt hatte im Jahrzehnt zuvor schon mit gemischtem Erfolg versucht, Sonderabteilungen für als schwersterziehbar eingestufte Mädchen in bereits bestehenden Heimen einrichten zu lassen. Diese den Einrichtungen Probleme machende Klientel stieß allerdings überall auf Ablehnung. Warum es trotz des nur begrenzten Erfolges nicht schon damals zu einer Implosion des Systems kam, wird deutlich, wenn man sich die Situation nach dem JWG anschaut. Wie bereits geschildert, vergrößerte es gegenüber dem Reichsjugendwohlfahrtsgesetz das Potential an Minderjährigen, die sich in öffentlicher Erziehung aufhalten konnten. Die Möglichkeit, Jugendliche zu entlassen, falls keine Aussicht auf Erfolg der Erziehungsarbeit abzusehen war, war nun nicht mehr gegeben, um das größte Problem, das sich auftat, zu benennen. Allein das Vorhandensein einer solchen Regelung stellt einerseits der Leistungsfähigkeit der öffentlichen Erziehung kein gutes Zeugnis aus, zeigt doch selbst der Gesetzgeber so Zweifel an ihr. Andererseits spricht sie auch für einen ausgeprägten Realitätssinn, da die Möglichkeit einer frühzeitigen Entlassung als Druckventil enorm zur Stabilität des Systems beitrug. Denn die Minderjährigen, bei denen die Regelung angewandt wurde, hatten oft nicht nur sich selbst den Erziehungsbemühungen, vor allem durch häufiges Entweichen, widersetzt, sondern versuchten auch andere von einer entsprechenden Abwehrhaltung zu überzeugen.

Es ist schwierig einzuschätzen, welche Bedeutung der Regelung vor 1961 zukam. Das sonst so statistikbesessene Landesjugendamt veröffentlichte darüber keine Zahlen. Aus dem internen Schriftverkehr sind nur die letzten Zahlen vor Inkrafttreten des JWG überliefert.[329] 1960 waren es 50 Minderjährige (29 Jungen und 21 Mädchen). 1961 schnellte die Zahl auf 72 Minderjährige empor (25 Jungen und 47 Mädchen). Offenbar aufgeschreckt von der Neuregelung, machte das Landesjugendamt besonders häufig Gebrauch von der Möglichkeit, potentielle Unruhestifter aus der öffentlichen Erziehung zu entfernen. 1962, also im kurzen Zeitraum von sieben Monaten vor Inkrafttreten des JWG, waren es immer noch 33 Minderjährige (15 Jungen und 18 Mädchen). Die Zahlen wirken in Relation zur Gesamtzahl aller Minderjährigen in öffentlicher Erziehung niedrig. Doch jeder dieser Jugendlichen brachte ein hohes Konfliktpotential mit in die Einrichtungen, das sich auf

327 Ebd.
328 Vgl. Kap. I.2.4.3.
329 Klingebiel an Jans (2.4.1965), S. 2 in: ALVR 38690.

andere Zöglinge ausbreiten konnte. Zudem vergrößerte das Jugendwohlfahrtsgesetz nicht nur die Zahl der als schwierig eingestuften Fälle. Es behielt auch die Einschränkung der Unterbringungsmöglichkeiten bei. Als Ausführungsanweisung zum JWG bestimmte nämlich der Arbeits- und Sozialminister per Runderlass, dass Minderjährige in öffentlicher Erziehung nicht in einem Arbeitshaus untergebracht werden dürften.[330]

Das Landesjugendamt stand mit dem Jugendwohlfahrtsgesetz von 1961 vor einem Problem, das die Mädchen- wesentlich stärker als die Jungenerziehung betraf. Ließ sich die Unterbringung der männlichen Jugendlichen in die eigenen Anstalten anordnen, besaß es keine entsprechende Einrichtung mehr für schulentlassene Mädchen, nachdem Haus Hall geschlossen worden war. Gegenüber den privaten Einrichtungen verfügte es über keine Weisungsbefugnis. Diese konnten sich als eigenständige Einrichtung für oder gegen die Aufnahme entscheiden. Als das System im Kaiserreich entstand, hatte das Landesjugendamt über diesen Schwachpunkt nicht nachgedacht, zu offensichtlich war, dass die Einrichtungen im Eigeninteresse jederzeit bereit waren, Zöglinge aufzunehmen, um eine möglichst hohe Auslastung zu erzielen und somit wirtschaftlich überlebensfähig zu bleiben. Eine solche Perspektive lässt sich noch für die ersten Jahre der Nachkriegszeit nachweisen. Allerdings verlor sie an Bedeutung. In den 1960er Jahren spielten dann, wie bereits geschildert, vor allem viele katholische Frauenkongregationen mit der Schließung ihrer Häuser. Der Nachwuchsmangel und die Probleme, qualifiziertes weltliches Personal zu finden, minderten ihre Leistungsfähigkeit und damit auch ihre Bereitschaft, Mädchen aufzunehmen, die offensiv einen Heimaufenthalt ablehnten. Dadurch entstanden dem Landesjugendamt enorme Schwierigkeiten, für alle Zöglinge einen Platz zu finden. Folgt man den internen Aufzeichnungen, entstanden allein zwischen dem Inkrafttreten des Jugendwohlfahrtsgesetzes im August 1962 bis 1965 aufgrund der neuen Regelung »erhebliche Unterbringungsschwierigkeiten« bei 111 Minderjährigen: »Von den kath. Mädchen waren nicht oder kaum unterzubringen 28, wurden aufgenommen, bereiteten aber so außerordentliche Schwierigkeiten, daß eine andere Unterbringung erforderlich wäre 14, sind als besonders schwierig zu bezeichnen, werden jedoch noch in den Heimen gehalten 18.«[331]

Dazu gesellten sich 51 evangelische Mädchen. 34 fielen in die erste, neun in die zweite und acht in die dritte Kategorie. Nach 1965 verschlechterte sich die Situation. Eine Liste für die Jahre 1966 bis 1968 benannte die weiblichen Minderjährigen, deren Erst- oder Wiederaufnahme auf massive Ablehnung seitens der Heime stieß. Sie kam auf 66 Eintragungen.[332] Eine erweiterte Liste führte 334 Mädchen auf.[333] Daran zeigt sich, dass es dem Landesjugendamt nicht gelungen war, das Problem in den Griff zu bekommen. Es verfolgte parallel zwei Lösungsansätze. Zum einen versuchte es verzweifelt, »Träger der freien Jugendhilfe zu bewegen, auf diesem Sektor [der Erziehung schulentlassener Mädchen] intensivere Betreuungsmöglichkeiten zu schaffen«.[334] Dabei ging es um ein dreifaches

330 Vgl. Klausa an den ASM NRW (9.9.1966), in: ALVR 40313.
331 Klingebiel an Jans (2.4.1965), S. 5 in: ALVR 38690.
332 Beurmann an Jans (13.3.1968), S. 2, in: ALVR 40313.
333 Ebd.
334 Beurmann an Dr. Jans Köln (12.5.1966), S. 5f., in: ALVR 40313.

Anliegen: »intensive, durch ärztliche, psychologische und sonstige Fachkräfte ausreichend fundierte Beobachtung, therapeutische Maßnahmen zur Ermittlung und Erprobung von wegen erzieherischer Beeinflussbarkeit, Sicherstellung der Aufnahme und erzieherischen Betreuung auch bei außerordentlichen Schwierigkeiten wie: Bereitschaft zu gewaltsamen Ausbruchsversuchen, starke Renitenz, Verdacht auf lesbische Beziehung, ungebremste Gefährdung anderer durch verderbliche Reden […].«[335] Die genannten Ziele zeigen ein ambivalentes Bild auf. Einerseits geht es um eine Intensivierung und Modernisierung der Erziehungsarbeit. Andererseits spricht gerade der letzte Aspekt eine andere Sprache. Die Frage, wie erzieherische Betreuung möglich ist trotz der Renitenz der Minderjährigen, wird nicht thematisiert. Es entsteht der Eindruck, dass hier »die Sicherstellung der Aufnahme« – oder in anderen Worten die Verwahrung der Minderjährigen – im Vordergrund stand.

Wie schon in den 1950er Jahren stießen die Vorschläge bei den Heimträgern auf Ablehnung. Die Einrichtungen verwiesen auf den Nachwuchsmangel. Eine Ausweitung der Arbeit sei nicht möglich. Stattdessen müsse reduziert werden. So etwa argumentierten die Schwestern vom Guten Hirten in Köln-Lindenthal 1968, die zumindest vereinzelt als besonders schwierig eingeschätzte Mädchen aufnahmen: »Die Provinzialoberin […] und die Schwestern des Heimes [Köln-Lindenthal] lehnten für ihre Einrichtungen eine derartige kleine Sondergruppe [für schulentlassene Mädchen] ab […]. Schwester Maria S[…] und Schwester H[…] vertreten die Auffassung, man müsse das tun, was man könne, jedoch […] ablehnen, wenn man nicht mehr könne, um die vorhandenen Kräfte wirkungsvoll einzusetzen. Ich [Beurmann] habe entgegnet, jedes einzelne Heim trete mit diesem einleuchtenden Satz ggf. aus seiner Verantwortung zurück. Das aber sei dem Landesjugendamt nicht möglich. Das Landesjugendamt könnte nicht wie das Heim mit einer Erklärung ›für mich nicht tragbar‹ diese Minderjährigen abschreiben bzw. ablehnen.«[336] Auch die wirtschaftliche Abhängigkeit der Heime änderte an ihrer ablehnenden Haltung nichts. Das evangelische Mädchenheim Ratingen beispielsweise hatte sich wegen einer finanziellen Unterstützung gegenüber dem Landesjugendamt verpflichtet, Minderjährige in allen Schwierigkeitsstufen aufzunehmen. Mit Verweis auf die Überarbeitung der Diakonissen und den Fachkräftemangel lehnte die Einrichtung es allerdings 1966 trotzdem ab, besonders renitente Mädchen aufzunehmen.[337]

Zu den Absagen gesellten sich zudem die ersten Schließungen von Einrichtungen, die den Platzmangel verstärkten. Als etwa die Dominikanerinnen von Bethanien 1966 für das Landesjugendamt überraschend die unmittelbare Schließung ihres Mädchenheimes ankündigten, bemühten sich die Verantwortlichen, dies zu verhindern.[338] Als positiven Anreiz boten sie eine Reduzierung der Platzzahlen und eine Verbesserung der Arbeits-

335 Ebd.

336 Beurmann, Aktenvermerk betr. Besuch des Hauses vom Guten Hirten, Köln-Lindenthal am 13.9.1968 (17.9.1968), S. 4, in: ALVR 40313.

337 Beurmann an Jans (12.5.1966), S. 6, in: ALVR 40313.

338 Vermerk über die Besprechung am 1. Februar 1967 wegen der beabsichtigten Aufgabe des Erziehungsheimes für schulentlassene Mädchen in Maria im Klee Waldniel (28.2.1967), in: ALVR 40313.

betriebe an, gleichzeitig stand aber auch die implizite Drohung im Raum, umfangreiche Darlehen an den Landschaftsverband zurückzahlen zu müssen. Beides half nicht. Das Mädchenheim wurde einige Monate später geschlossen, und diese Schließung brachte das Landesjugendamt in arge Verlegenheit. Offen bekannte sein Leiter Jans: »Mit der Aufgabe dieses Heimes verschärft sich die Situation zur Unterbringung stark geschädigter schulentlassener Mädchen erheblich. Ich sehe keinerlei Möglichkeiten, hierfür Ausweichplätze in anderen Erziehungsheimen freier Träger zu gewinnen oder durch Umbauten zu schaffen.«[339] Wie sehr sich die Einstellung der konfessionellen Träger gegenüber den Anfängen des dualen Systems gewandelt hatte, zeigt sich an der veränderten Haltung zur Frage, ob das Landesjugendamt eigene Heime betreiben sollte. Stand man solchen Plänen in der Entstehungsphase der öffentlichen Erziehung skeptisch bis ablehnend gegenüber, sprach man sich nun für die Errichtung einer neuen Landesjugendamt-Einrichtung aus. So unterstützte Otto Ohl vom Diakonischen Werk Rheinland in der Sitzung des Landesjugendwohlfahrtsausschusses vom 7.12.1964 den Vorschlag des Landesjugendamtes, ein Heim für schwererziehbare schulentlassene Mädchen zu bauen.[340]

Damit ist schon der zweite Lösungsansatz angesprochen. Dieser bestand darin, die Heimdifferenzierung mit einem Ausbau des Netzes eigener Heime voranzutreiben. Für eine solche Lösung sprach auch, dass in den 1960er Jahren eine religiöse Entfremdung vieler Zöglinge erkennbar wurde. So wirkte oftmals die Konfessionalität einer Einrichtung als Verstärker der bereits bestehenden Antipathie gegen eine Heimunterbringung.[341] Auch aus diesem Gesichtspunkt entstanden umfangreiche Papiere im Landesjugendamt, in denen, wie eingangs bereits skizziert, die Gründung unterschiedlicher Sonderheime des Landschaftsverbandes, und zwar nicht nur für die schulentlassenen Minderjährigen, sondern auch für »Minderbegabte« und »suchtgefährdete Minderjährige«, gefordert wurde.[342] Als erzieherischer Ansatz sollte eine heilpädagogische Ausrichtung zum Erfolg der Erziehungsarbeit führen. Vor allem die, die sich offensiv nicht anpassten und häufig entwichen, standen im Fokus der Aufmerksamkeit: »Vorbehaltlich einer Nachprüfung im Einzelnen kann sicherlich vermutet werden, daß die Häufigkeit der Heimentweichungen mit gezielten heilpädagogischen Methoden am ehesten angegangen werden könnte.«[343]

Allerdings ließen sich die entwickelten Pläne in den 1960er Jahren nicht realisieren, da der Landschaftsverband offensichtlich mit dem Bau der Heime in Süchteln und des Abtshofs bei Hennef seine Möglichkeiten ausgereizt sah.[344] Im Landesjugendamt reagierte

339 Jans an den Arbeits- und Sozialminister des Landes NRW (8.3.1967), S. 2, in: ALVR 40313.

340 Beurmann an Jans (12.5.1966), S. 7, in: ALVR 40313.

341 Vgl. zur religiösen Entfremdung vieler Jugendlicher am Beispiel des Heimes Maria im Klee Henkelmann 2010 sowie Beurmann an Jans (12.5.1966), S. 12, in: ALVR 40313 sowie Kap. III.6.

342 Klingebiel an Jans (2.4.1965), in: ALVR 38690.

343 Ebd., S. 13.

344 Vgl. Beurmann an Jans (12.5.1966), in: ALVR 40313, S. 5. »Das Anliegen ›Neubau eines Mädchenheims‹ mußte gegenüber den Baumaßnahmen für schulentlassene Jungen zeitweise zurücktreten.« Vgl. zur Entstehung des LJA-Mädchenheimes Steinberg in Remscheid in den 1970er Jahren die umfangreichen Aktenbestände im ALVR.

vor allem Beurmann äußerst nervös auf diese Entwicklung, die in einer Vielzahl von Eingaben und Stellungnahmen vor allem den Bau eines Heimes für schulentlassene Mädchen gefordert hatte. Die bereits für die Pläne zur Weiterentwicklung der konfessionellen Heime aufgezeigte Ambivalenz zwischen einer Modernisierung der Erziehung und einer Verwahrung der Jugendlichen sollte sich nun erneut zeigen. In ihrem bereits zitierten Brief aus Bad Wiessee schlug sie daher einen Notplan vor. Dieser sah vor, das alte Gebäude des Dansweilerhofes oder das nicht mehr benutzte Säuglingsheim des Arbeitshauses für Frauen in Brauweiler als Übergangslösung herzurichten und darin 25 schulentlassene Mädchen unterzubringen.[345] Berücksichtigt man, dass Beurmann und Jans in ihrer Darstellung der öffentlichen Erziehung im Rheinland die aus Platzmangel wieder belebte Einrichtung als ungewolltes Provisorium kritisch dargestellt und den als Ersatz konzipierten Neubau in Hennef begrüßt hatten, wird das Ausmaß an Verzweiflung deutlich.[346] Beurmann ging es offensichtlich nur noch darum, systemstabilisierend die aufsässigen Minderjährigen unter Kontrolle zu bekommen. Diese Ausrichtung lässt sich auch an den Bemühungen nachweisen, die Sonderabteilung im Frauenhaus der Rheinischen Landesarbeitsanstalt Brauweiler zu reaktivieren. Einen entsprechenden Vorstoß wagte Landesdirektor Klausa wohl auf Drängen von Beurmann im September 1966.[347] In einem Schreiben an den Arbeits- und Sozialminister bat er um die Genehmigung, zwei evangelische Mädchen dort unterzubringen, da sich kein Heimplatz für sie finden lasse. Klausa betonte, es handele sich um eine Ausnahme, doch ist zu vermuten, dass mit den beiden Fällen ausgetestet werden sollte, inwieweit sich das Verbot lockern ließ.

Um zu verstehen, warum sich im Landesjugendamt der Eindruck verfestigte, dass die Sache aus dem Ruder lief, empfiehlt es sich, genauer in den Blick zu nehmen, welche provisorischen Lösungsansätze das Landesjugendamt verfolgte. Eine gern gewählte Option wurde bereits im Abschnitt zur Statistik genannt: Der Anteil an nicht untergebrachten Minderjährigen lag in den 1960er Jahren deutlich höher als in den 1950er Jahren und erreichte 1966 und 1967 mit jeweils 8,1 Prozent aller Minderjährigen in öffentlicher Erziehung einen Spitzenwert.[348] Die Zahlen verdeutlichen, dass es dem Landesjugendamt zunehmend schwerer fiel, seine als besonders schwierig eingestuften Zöglinge unterzubringen.[349] Gleichzeitig wusste es, dass in den meisten Fällen die Unterbringung keine dauerhafte Lösung darstellte, da sich die Heime oftmals nach kurzer Zeit meldeten und das Landesjugendamt baten, die Minderjährige anderweitig unterzubringen. Das Problem der Abschiebung schwieriger Jugendlicher bestand schon in den 1950er Jahren, in der Regel ließ sich aber ein anderes Heim finden. Anders wurde es dagegen mit dem Jugendwohlfahrtsgesetz: Das Landesjugendamt versuchte zunächst, die Einrichtung von einer Abschiebung abzubringen, musste aber am Ende nachgeben und wandte sich an ein ande-

345 Beurmann an Jans (13.3.1968), in: ALVR 38690.
346 Jans/Beurmann 1963, S. 52–55.
347 Klausa an den ASM NRW (9.9.1966), in: ALVR 40313. Das Antwortschreiben ist nicht erhalten.
348 Vgl. Kap. I.2.3.3.
349 Vgl. zu den konfessionellen Heimen, die noch bereit waren, entsprechend eingestufte Mädchen aufzunehmen, Beurmann an Jans (12.5.1966), S. 9 f. in: ALVR 40313.

res Haus. Zähe Verhandlungen begannen, und wenn das Landesjugendamt erfolgreich war, begann sehr oft nach einer kurzen Zeit das gleiche Spiel von vorne.

Brigitte G. zum Beispiel geriet 1965 in Freiwillige Erziehungshilfe.[350] Sie lebte zunächst in einer Einrichtung in Waldniel. Nachdem das Haus 1967 aufgelöst wurde, gelang es dem Landesjugendamt nicht mehr, sie für einen längeren Zeitraum unterzubringen. Bis zum Sommer 1968 wurde sie von einer Einrichtung zur nächsten geschoben. Insgesamt durchlief sie sechs verschiedene Heime und drei Landeskrankenhäuser. Aufschlussreich ist der Fall auch deswegen, weil er verdeutlicht, dass das Landesjugendamt nicht mehr nur auf Erziehungsheime zurückgriff, sondern auch andere Institutionen einbezog. Neben den erwähnten psychiatrischen Anstalten gewannen vor allem die Vorasyle und Aufnahmeheime eine zunehmende Bedeutung. Dieser Einrichtungstyp war dafür zuständig, eine sofortige Unterbringung für folgende Gruppen zu gewährleisten: Zum einen die Jugendlichen, die auf die Ersteinweisung warteten und sofort aus ihrem bisherigen Lebensumfeld herausgenommen wurden. Zum anderen die Entwichenen, die nach ihrer Festnahme ›irgendwo‹ untergebracht werden mussten. In beiden Fällen ging es von der Idee her um einen kurzen Aufenthalt. Die Realität sah anders aus. Monika G. beispielsweise verbrachte im Reichenspergerhaus, einem Vorasyl in Köln, einen Monat.[351] Gerade die Situation in den Vorasylen geriet so außer Kontrolle. Die Einrichtungen waren nicht auf einen längeren Aufenthalt der Jugendlichen eingestellt. Die meisten der Minderjährigen, die schon mehrfach entwichen waren, unternahmen bald den nächsten Fluchtversuch. So entstand ein enormes Gewaltpotential. Monika G. beispielsweise zerstörte bei ihrem Fluchtversuch, den sie mit fünf anderen Mädchen unternahm, mehrere Türrahmen, Türen und Fenster und bedrohte eine Erzieherin mit einem Messer. Dabei bleibt zu betonen, dass die Gewalt in den Vorasylen nicht nur von den Minderjährigen ausging, sondern auch Erzieherinnen und Erzieher äußerst brutal vorgingen, worauf im Abschnitt zu den Heimrevolten und zum SSK genauer einzugehen sein wird.[352]

Angesichts der Aussichtslosigkeit weiterer Unterbringungsversuche entschied das Landesjugendamt daher oft, die Mädchen in »Arbeitsurlaub« zu geben und sie damit wieder in ihre Elternhäuser zurückzuschicken. Dabei handelte es sich in der Regel auch nur um ein Verschieben des Problems. Monika G. beispielsweise ließ sich auch dort nicht unter Kontrolle bringen und entwich, wobei der Vater aufgrund ihres renitenten Verhaltens vorher einen Herzanfall erlitten hatte. Sie wurde allerdings recht schnell gefasst und musste in das Rheinische Landeskrankenhaus. Andere hatten mehr Erfolg. Glaubt man Beurmann, wurde »stillschweigend die Fahndung nicht in der genügenden Intensität durchgeführt«,

350 Eine Auflistung von »schwierigen Fällen«, darunter auch Brigitte G., findet sich im Anschluss an Beurmann: an Jans (13.3.1968), in: ALVR 40313.

351 Raabe, 1. Vermerk betr. FE Monika G. (11.1.1968), sowie die Zusammenstellung der wichtigsten Daten ihrer Akte im Anschluss an Beurmann an Jans (13.3.1968), in: ALVR 40313.

352 Vgl. Kap. I.2.7. So wurde 1962 die Verbesserung der Sicherheit im Don-Bosco Heim in Köln diskutiert. Neben der Installation von Alarmanlagen ging es auch um die Frage, ob die Erzieher an Selbstverteidigungskursen teilnehmen sollten, vgl. Beurmann an den Arbeits- und Sozialminister (9.7.1962), in: HStAD, NW 648, Nr. 100.

offenbar bestand kein großes Interesse daran, die Mädchen in die öffentliche Erziehung zurückzuführen.

Als Fazit bleibt festzuhalten, dass dem Landesjugendamt in den 1960er Jahren die Kontrolle zu entgleiten begann, was sich vor allem im Bereich der Mädchenerziehung bemerkbar machte. Warum aber bereiteten die schulentlassenen Jugendlichen solche Schwierigkeiten? Und warum gerieten so viele Jugendliche in das Fadenkreuz der Jugendämter, die öffentliche Erziehung beantragten? Hier ist an die bereits vorgestellte These von Markus Köster anzuknüpfen, wonach die öffentliche Erziehung »endgültig zu einem Sanktionsinstrument gegen ›Halbstarke‹ wurde«.[353] Diese These ist zu präzisieren, weil der Begriff »Halbstarke« unscharf ist. Bezieht man ihn ausschließlich auf die Minderjährigen, die direkt an den so genannten Halbstarkenkrawallen in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre beteiligt waren, kann er nur bedingt weiterhelfen, da es sich dabei vorrangig um männliche Jugendliche gehandelt hat und sich zudem nicht nachweisen lässt, dass die öffentliche Erziehung eine besondere Rolle bei den staatlichen Sanktionsmaßnahmen gegen die Halbstarken spielte.[354] Erkennbar ist nur, dass ein hoher Anteil der »Rädelsführer« der Krawalle bereits Erfahrungen mit Ersatzerziehung gemacht hatte.[355] Geht man allerdings von einem weiten Begriff aus und versteht ihn als »Etikett für eine *ganze* Jugendgeneration und deren Sozialisationsproblematik«, kann man einen guten Zugang zu den Problemen des Landesjugendamtes erhalten.[356] Für ein solches Verständnis spricht, dass, auch wenn an den Halbstarkenkrawallen fast ausschließlich männliche Jugendliche aus der Arbeiterschicht beteiligt waren, ihr Lebensgefühl von einer Mehrheit der Jugendlichen ihrer Generation angenommen oder geteilt wurde.[357] Die Halbstarken bildeten so einerseits eine »Speerspitze […]. Nach und nach […] wurden entscheidende Elemente des Halbstarken-Stils und ihrer weniger starren und strengen Verhaltensstandards, vor allem über das Engagement der Kultur- und Freizeitindustrie, gesellschaftlich integriert.«[358] Andererseits wurden aber weiterhin bestimmte »halbstarke« Verhaltensweisen, wie etwa der häufige Besuch von Tanzlokalen, sanktioniert und trugen zur Einweisung in Fürsorgeerziehung bei, wie Lützke für das Rheinland belegt.[359]

353 Köster 1999, S. 160. Die so genannten Halbstarken sind bislang intensiv erforscht worden; vgl. zum aktuellen Forschungsstand ebd., S. 13–17; vgl. zur Begriffsgeschichte ebd., S. 178–186; Kurme 2006.

354 Vgl. dazu Kaiser 1959, S. 222–229; vgl. zu den Diskussionen um Maßnahmen der Jugendfürsorge hinsichtlich der Halbstarkenkrawalle am Beispiel Bayerns Zahner 2006, S. 173–186.

355 Kaiser unterscheidet zwischen Mitläufern, Avantgardisten und Rädelsführern. 20,7 Prozent der Rädelsführer hatten Heimerziehung erfahren, dagegen 8,2 Prozent der Avantgardisten und nur 3,8 Prozent der Mitläufer. »Bei den Mitläufern betrug der Anteil der (ehemaligen) Fürsorgezöglinge 2,5 Prozent, bei den Avantgardisten dagegen 4 Prozent und schließlich bei den Rädelsführern 8,6 Prozent« (Kaiser 2006, S. 157).

356 Zinnecker 2002, S. 465.

357 Vgl. zur Frage nach der sozialen Herkunft Kurme 2006, S. 298–317; vgl. zum Lebensgefühl Schildt 1993, S. 346.

358 Kurme 2006, S. 342 f., der hier der Interpretation von Maase 1992, vor allem S. 204 ff. folgt. Dabei handelte es sich allerdings um einen langsamen Prozess, vgl. Köster 1999, S. 418 f.

359 Vgl. Lützke 2002, S. 242–251.

Dabei handelte es sich um die Generation der um 1940 Geborenen, die so ihre Jugend zwischen 1955 und 1965 durchlebte. Anders als die Jugendgeneration zuvor, die auch als »Jugend ohne Jugend« bezeichnet wird, konnte sie im Deutschland des Wirtschaftswunders unter bislang unbekannten materiellen Bedingungen aufwachsen.[360] Unter diesen Voraussetzungen zeigen sich deutliche Mentalitätsunterschiede. »Es handelt sich um die erste Generation, die den Eintritt in die kommerzielle Jugend- und Freizeitkultur probte.«[361] So entstand eine eigene, stark von den USA beeinflusste, jugendliche Teilkultur mit einem Lebensgefühl, wie es sich etwa in Mode, Musik und Sprache niederschlug.[362] Einige für den Kontext der Heimerziehung zentrale Elemente sollen hier zumindest angerissen werden. Kennzeichnend für das neue Lebensgefühl ist die Aussage eines Beteiligten an einem Halbstarkenkrawall in Hannover. Der Jugendliche betonte, gewalttätige Ausschreitungen seien nicht beabsichtigt gewesen. »Wir wollten lustig und selber mal außer Rand und Band sein.«[363] Mit Wilfried Breyvogel kann man so die Halbstarken als »frei, mobil und hedonistisch« charakterisieren.[364] Damit eng verbunden entwickelte sich eine neue Körperlichkeit und ein veränderter Umgang mit Sexualität, wie es sich vor allem an einer anderen Art des Tanzens zeigt. »Tanz als befreites Bewegungsspiel des Körpers erobert die Tanzfläche und wird sie nicht mehr verlassen. […] Körperanspannung und Hüftschwung, individualisierte Akrobatik und Körperreiz werden Erotik und sexuellen Wunsch im Bewegungsspiel des Rock 'n' Roll unvergänglich zusammenführen.«[365] Auch das Männlichkeitsideal veränderte sich.[366] Geht man von James Dean als großem Idol der Generation aus, gewann Nonkonformität sowie eine gewisse Lässigkeit an Bedeutung. Das traditionelle Bild der Arbeit als Selbstzweck verlor damit an Relevanz.

Vor allem die Krawalle der Halbstarken wurden gesamtgesellschaftlich intensiv diskutiert. Auch wenn sich um Verständnis bemühte Positionen in den zeitgenössischen Diskussionen bemerkbar machten, so fällt doch auch eine Fülle von ablehnenden Stimmen auf.[367] Das Lebensgefühl der Halbstarken prallte auf den konservativen Zeitgeist der 1950er Jahre, der für die Reetablierung traditioneller Normen stand.[368] Ein wichtiger Bestandteil dieser Reetablierung war die öffentliche Erziehung. Geht man allein von den genannten Kennzeichen »hedonistisch, frei und mobil« aus, lässt sich das enorme Konfliktpotential erahnen, das sich dann in den 1960er Jahren mit dem Aufkommen neuer devianter Jugendgruppen

360 Vgl. zur Lebenssituation der Jugendlichen in der unmittelbaren Nachkriegszeit Gehltomholt/Hering 2006, S. 35–51, vor allem S. 35–41 und am Beispiel Westfalen Köster 1999, S. 383–396 sowie zu den materiellen Möglichkeiten der Jugend im Wirtschaftswunder Schildt 1993, S. 343.
361 Zinnecker 2002, S. 481.
362 Vgl. dazu grundlegend Maase 1992.
363 Zitiert nach Kaiser 1959, S. 211.
364 Breyvogel 2002, S. 450.
365 Ebd., S. 450 f.
366 Vgl. dazu Lindner 1996, S. 80.
367 Vgl. dazu einführend Kurme 2006, S. 243–263.
368 Vgl. Herbert 2002, vor allem S. 19–28.

wie den so genannten Gammlern noch steigerte.[369] Dabei bleibt einzuschieben, dass, wie später noch ausführlich gezeigt wird, die öffentliche Erziehung weiterhin vor allem Minderjährige aus der Arbeiterschicht im Fokus hatte.[370]

Es wäre allerdings zu einfach, die Auseinandersetzungen darauf zurückzuführen, dass das Landesjugendamt sich nur als Verteidiger konservativer Wertvorstellungen verstand, ohne dieses Konfliktpotential zu erkennen. Vielmehr, das zeigen die Ausführungen zur Heim- und Gruppendifferenzierung, ging es ihm darum, die Erziehungsarbeit zu modernisieren. Allerdings vollzog sich die Modernisierung, das wurde mit Blick auf die finanzielle Seite deutlich, recht langsam. Ein zweites Problem kommt hinzu, nämlich die Grenzen der Einflussmöglichkeiten des Landesjugendamtes. Das Landesjugendamt konnte den Prozess gegenüber den konfessionellen Heimen vor allem über Zuschüsse steuern und damit auch pädagogisch lenken. Auf notwendige Mentalitätsveränderungen der Erzieherinnen und Erzieher vor allem in den konfessionellen Heimen hinzuwirken war ihm dagegen nur begrenzt möglich. Dabei bleibt festzuhalten, dass die Erzieherinnen und Erzieher in den konfessionellen Einrichtungen durchaus Umbrüche wahrnahmen. So merkten verschiedene Schwestern vom Guten Hirten in Aachen-West während eines Heimbesuches im Jahr 1959 an, »daß ein erheblicher Wandel in der Achtung der Jugendlichen eingetreten sei. Man müsse damit rechnen, daß die Minderjährigen viel tiefer gestört seien als früher. Es fehle oft jeder Grund, auf den aufgebaut werden könne. Man müsse sehr weit von vorne anfangen. Dazu komme eine nicht mehr vorauszusetzende Anerkennung der Autorität der Erzieher. Die Autorität müsse stets neu erworben werden und aus der Persönlichkeit der Erziehenden folgen.«[371]

Wenn man hier vorsichtig die Beobachtung und die Deutung einer angeblich größeren »Störung« trennt, dann fällt vor allem das zunehmende Unverständnis der Schwestern für ihre Zöglinge und deren Lebensgefühl auf. Dieses Unverständnis führte dazu, dass wichtige Bestandteile der jugendlichen Lebenswelt kaum oder gar keine Beachtung fanden. 1962 zum Beispiel erklärten sich die Schwestern wohl auf Anraten des Landesjugendamtes während eines Heimaufsichtsbesuches dazu bereit, sich für die Wünsche ihrer Zöglinge nach »Kosmetikpflege« zu öffnen.[372] Ein anderes zentrales Themenfeld, das Rauchen, wurde dagegen trotz entsprechender Anregung des Landesjugendamtes in besagtem Heim sehr defensiv behandelt. Nur in Ausnahmefällen wurde der Zigarettenkonsum gestattet. Als Grund brachte das Heim die Brandschutzgefahr vor.[373] Anzunehmen ist aber, dass hier auch noch andere Motive eine Rolle spielten. Geht man von einem konservativen

369 Vgl. zu den Gammlern einführend Gotthardt 2007 sowie mit Blick auf rheinische Fürsorgezöglinge Lützke 2002, S. 251–256. Insgesamt zur Jugendkultur der 1960er Jahre Siegfried 2006.

370 Vgl. Kap. I.2.6.2.

371 Reisebericht über den Revisionsbesuch mit Vertretern des Arbeits- und Sozialministeriums am 21.7.1959 im Haus vom Guten Hirten in Aachen-West, S. 2 f. in: ALVR 39632.

372 Reisebericht über den Besuch im Kloster vom Guten Hirten, Aachen-West am 28.8.1962, S. 2 in: ALVR 39632. Ähnliche Konflikte zeigt Lützke 2002, S. 249 ff. auf.

373 Reisebericht über den Besuch im Kloster vom Guten Hirten Aachen-West am 28.8.1962, S. 2 in: ALVR 39632.

katholischen Frauenbild aus, wie es noch in den 1950er Jahren bestimmend war, gehörten weder Rauchen noch Schminken zu den gewünschten Verhaltensweisen.[374] Erst in den 1960er Jahren begannen sich Änderungen abzuzeichnen. Die Kritik, dass die Heime zu sehr klösterliche Werte und Normen vermittelten und zu wenig auf das Leben in der Welt vorbereiten, erfuhr nun innerkatholisch mehr Zuspruch als in den 1950er Jahren.[375] Im Hintergrund steht dabei ein gesamtgesellschaftlicher Mentalitätswandel. In den 1960er Jahren wurden »Normen und Leitbilder […] wie Disziplin, Zuverlässigkeit, Gehorsam sowie Ein- und Unterordnung zunehmend überlagert von postmateriellen Selbstentfaltungswerten wie Emanzipation, Ungebundenheit, Partizipation und Lebensqualität«.[376]

Fasst man diese Beobachtungen zusammen, entsteht das Bild einer Modernisierung der öffentlichen Erziehung, die mit der gesellschaftlichen Modernisierung nicht Schritt halten konnte. Die öffentliche Erziehung geriet so zunehmend ins Abseits. Diese Verschiebung trat auch deswegen ein, weil trotz aller Verbesserungen ihr Kernproblem ungelöst blieb. Auch nach 1945 blieb die öffentliche Erziehung eine Zwangserziehung. In Zeiten, in denen das persönliche Freiheitsempfinden zunahm, musste dieser Grundwiderspruch die öffentliche Erziehung noch stärker in eine gesellschaftliche Randstellung führen als vorher. In einem besonders dynamischen Jahr wie 1968 bedeutete dies, dass die Zahl der Unruhen in den Heimen dramatisch anstieg.[377] Die Heimkampagnen, die ein Jahr später starten sollten, sind so auch als Folgen dieses partiellen Zusammenbruchs vor allem der öffentlichen Mädchenerziehung zu verstehen.

2.7 Die Heimkampagnen, der SSK und die Reformversuche der öffentlichen Erziehung

2.7.1 Kumulierende Problemlagen 1968

Als 1968 die Proteste für eine Liberalisierung aller gesellschaftlichen Bereiche lauter und schärfer wurden, gehörte die Heimerziehung aufgrund der Repressivität der Fürsorgeerziehung, ihres vermeintlichen Klassencharakters und ihrer konfessionellen Monopolisierung mit zum Kernbereich der Kritik. So verbanden 1968 in Berlin Studierende und junge Dozenten kritische Theorie und Praxis der Sozialarbeit. Sie kritisierten nicht nur

374 Vgl. zum Rauchen die Debatte in der katholischen Fachzeitschrift Jugendwohl aus dem Jahr 1962, zusammengefasst von Ell 1962. Die Frage, ob das Rauchen von Mädchen unsittlich sei, wurde von den befragten Theologen unterschiedlich beantwortet. Wie wenig das Rauchen als jugendkulturelles Phänomen verstanden wurde, zeigen die dort thematisierten Lösungsvorschläge (S. 61). Dazu gehört die Idee, Bonbons als Ersatz für die Zigaretten anzubieten und über den verstärkten Einsatz von Gesellschaftsspielen und Basteleinheiten, am besten für wohltätige Zwecke, keine Langeweile unter den Mädchen aufkommen zu lassen.

375 Vgl. Henkelmann 2010.

376 Wolfrum 2005, S. 320; vgl. zum kulturellen Wandel auch Schildt/Siegfried 2009, S. 246 ff.

377 Einen Eindruck davon vermittelt Beurmann an Jans (19.3.1968), in: ALVR 40313.

mit »spektakulären Aktionen« die herrschende Heimerziehung, sondern eröffneten auch Gegenmodelle, die Jugendwohnkollektive Georg-von-Rauch-Haus und das Thomas-Weissbecker-Haus. Sie stellten gezielt Transparenz her, um »das Licht der Öffentlichkeit auf die menschenverachtenden Praktiken hinter Mauern, geschlossenen Türen und vergitterten Fenstern« in den Erziehungsheimen zu lenken.[378] In den Jahren seit 1968 fanden Protestaktionen von Gruppen der Außerparlamentarischen Opposition auch in Heimen in Hessen, Bayern, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen statt.[379] Besonders Hessen erlangte mit der so genannten Heimkampagne gegen das Heim Staffelberg 1969 einige Bekanntheit. In Frankfurt bildeten sich erste Wohngemeinschaften von Zöglingen. Doch auch im Rheinland hat es Beispiele für Kritik, die versuchte Auflösung alter Heimstrukturen und alternative Modelle gegeben.

Kennzeichen aller Veränderungen war eine bereits in den 1960er Jahren zunehmende öffentliche Kritik an der Heimerziehung. Diese Kritik steht in einer langen Traditionskette. Im Kaiserreich hatten vor allem den Arbeiterparteien nahe stehende Zeitungen intensiv über Missstände in den Heimen und Probleme der öffentlichen Erziehung berichtet.[380] Unter veränderten Vorzeichen flackerte die Kritik nach 1945 wieder auf. Geht man nur von den im Landesjugendamt diskutierten Artikeln und Rundfunkbeiträgen aus, deutet sich eine recht breite Opposition an – offenbar gründete sie auf tief greifende Ressentiments in Teilen der Bevölkerung gegen die Erziehungsheime.[381] Nachdem 1947 die Missstände im Mädchenheim Bethesda in Boppard, das auch dem Landesjugendamt Rheinland als Belegheim diente, scharf angegriffen worden waren, folgte 1953 eine ähnlich heftige Kritik in einer Reihe von Zeitungen an der Existenz einer Sonderabteilung für weibliche Fürsorgezöglinge im Arbeitshaus Brauweiler.[382] Drei Jahre später folgte ein weiterer die öffentliche Erziehung kritisierender Artikel. Wenn auch ohne regionalen Bezug, wurde im Rheinland ein Artikel der Bild-Zeitung 1956 unter der Überschrift »Man kann nicht nur Klaviere pfänden. Es gibt auch gepfändete Kinder« breit rezipiert. Der Artikel berichtete kritisch über das Schicksal eines Heimkindes und seine Einweisung: »Auf dem Weg zum Arzt versuchte ein Polizeibeamter, Albert am frühen Morgen von der Seite seiner Oma hinweg auf offener Straße ›festzunehmen‹. Der Junge flüchtete und schloß sich in Omas Waschküche ein. Sechs Polizei- und Verwaltungsbeamte erschienen, um ihn herauszuholen. Das alles

378 Kappeler 2008, S. 272; zu den Berliner Heimkampagnen vgl. auch Ahlheim u.a. 1971, S. 334–344.

379 Vgl. Almstedt/Munkwitz 1982, S. 29–41; Erfahrungsberichte in Gothe/Kippe 1970; Brosch 1971; Meinhof 1971; Liebel/Swoboda/Bott 1972; Körner/Müller/Keßler 1974; Gothe/Kippe 1975; Behnken/Zinnecker 1998.

380 Vgl. Kap. I.1.2.

381 Vgl. zur medialen Berichterstattung über die öffentliche Erziehung im Rheinland mit weiteren Beispielen und einer etwas anderen Einschätzung als hier vertreten Lützke 2002, S. 106–109.

382 Vgl. zu Boppard Lützke 2002, S. 84 f. Im Fall der Arbeitsanstalt war der Artikel »Für einen Pfiff in den Bunker« in der »Münchner Illustrierten« Nr. 44 Auslöser einer großen Welle von Empörung. Der Artikel wurde in anderen Zeitungen aufgenommen: Westdeutsche Neue Presse Köln 8.10.1953, Neue Presse Düsseldorf 8.10.1953, Neue Ruhr Zeitung Essen 8.10.1953, Westdeutsches Tageblatt Dortmund 9.10.1953, vgl. dazu ausführlich HStAD, NW 648, Nr. 101.

geschah, weil er in der Schule seine Lehrerin ärgerte, aus ihrem Nest gefallene junge Vögel getötet und Äpfel aus dem Garten des Nachbarn geholt haben soll.«[383]

An ein anderes Publikum gerichtet und damit auch in einem anderen Stil geschrieben war eine umfangreiche Artikelserie in der Wochenzeitung »Die Zeit« aus dem Jahr 1961. Schon die Überschrift »Erziehung hinter Gittern?« zeigt die distanzierte Einstellung an.[384] Darin wurden auch Heime wie der Dansweilerhof, in denen sich Fürsorgezöglinge des Landesjugendamtes befanden, offen angegriffen. Nur drei Jahre später beunruhigte das Landesjugendamt ein ähnlich kritischer Beitrag im Südwestfunk.[385] Massiv verstärkten sich dann die Angriffe auf die Heimerziehung im Jahr 1968. So fragte zum Beispiel Anfang 1968 in der Zeitschrift »Brigitte« Maria Bömers die Heimerziehung am Beispiel der Einrichtung Kloster zum Guten Hirten in Köln an.[386] Wenige Monate später, im Mai 1968, schrieb Ulrike Meinhof in der »Für Sie« einen »Bericht zur Situation der Heimkinder«, in dem sie über die Heimkarriere eines zu diesem Zeitpunkt flüchtigen Mädchens berichtete. Sie kritisierte den häufigen Wechsel der Beziehungspersonen, altertümliche Disziplinierungsrituale, die sittliche Enge und die Beschränktheit der Arbeits- und Qualifizierungsmöglichkeiten in den Heimen, wofür sie die Schuld nicht dem Erziehungspersonal, sondern den Verantwortlichen in »Politik, Behörden und Parteien« gab.[387] Meinhof wollte sogar im Juli 1968 in den Mädchenheimen der Diakonissenanstalt Kaiserswerth eine Undercover-Reportage machen, doch verwehrte ihr die Anstaltsleitung die Mithilfe.[388] Insbesondere die Kaiserswerther Mädchenheime waren ein Symbol für die nicht erfolgreiche Anpassung an die Wandlungen im Bereich der Heimerziehung. So waren in den 1960er Jahren zunehmend Plätze für erziehungsschwierige schulentlassene Mädchen gesucht worden, doch war die Kaiserswerther Diakonissenanstalt nur bereit, weniger schwierige Mädchen zu nehmen. Die radikale Reduktion der Platzzahl unter anderem aufgrund von Schwesternmangel und nicht vorhandenen weltlichen Erzieherinnen hätte beinahe bereits im Jahre 1963 zu einer Aufgabe der Arbeit geführt, doch wurde diese noch bis zum Ende der 1960er Jahre weitergeführt. Die Einstellung des Heimbetriebs in den Kaiserswerther Heimen 1969 repräsentierte insofern die schlechten materiellen Bedingungen, die alten pädagogischen Konzepte und den Mitarbeitermangel in der Heimerziehung.[389]

383 Bild-Zeitung 26.6.1956, S. 2, in: ALVR 40942.

384 Heinz Stuckmann, »Erziehung hinter Gittern?«, in: Die Zeit 17.11.1961, in: ALVR 40942.

385 Vgl. Jans an Wolff (25.2.1964), in: ALVR 40492.

386 Maria Bömers, »Für 65 Mädchen soll hier ein besseres Leben beginnen«, Brigitte 2/1968, S. 90–94 (zitiert nach ALVR 40943).

387 »Da sitzen sie, in ihren weißen Wänden, mit ihren blauen Schürzen und nähen die weiße Wäsche. Die weiße Kälte der Sachen läßt sie die menschliche Kälte dieser Umwelt doppelt spüren.« Vgl. »Die Flucht der Maria M.« (Ulrike Meinhof), in: Für Sie, Heft 10/1968 (7.5.1968), S. 90–101 (zitiert nach ALVR 40943); siehe ebenso den kritischen Artikel von Tilmann Moser, Heimzöglinge. Stiefkinder der Erziehung?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1.6.1968 (zitiert nach: ADWRh, Evangelischer Verband für Heimerziehung im Rheinland Nr. 76).

388 Vgl. Kaminsky 2008, S. 315 f.

389 Vgl. Protokoll betr. Besprechung mit dem Diakoniewerk Kaiserswerth 15.8.1969 (Jans), in: ALVR 41681.

Für den Dezember 1968 ist ebenfalls ein Flugblatt gegen die Heimerziehung einer »Gruppe der Antiautoritären« in Düsseldorf nachweisbar, das im Rheinischen Landesjugendheim Fichtenhain bei Krefeld unter die Türen verschiedener Gruppenhäuser geschoben worden war.[390] Im Juni 1969 erschien in der Zeitschrift »Stern« der Artikel »Einzelhaft für Kinder – Wie in christlichen Heimen Fürsorgezöglinge mit aller Gewalt zu besseren Menschen erzogen werden«.[391] Anlass war der missglückte Selbstmordversuch eines Jungen im Erziehungsheim Buchenhof der Inneren Mission in Schweicheln. Die Reporterin Heide Weidle berichtete kritisch über Strafzellen (»Besinnungsstübchen«), rigide Methoden sowie eine Briefzensur in den Heimen und klagte den herrschenden Mitarbeitermangel an. Dieser Artikel »hat in Heimen im Gebiet des Landschaftsverbandes Rheinland Unruhe ausgelöst«, wie Martha Beurmann an ihre westfälischen Kollegen schrieb.[392]

Im Heim Wolf an der Mosel, das in Rheinland-Pfalz liegt, doch von 1939 bis 1950 ein Heim des Provinzialverbandes Rheinland gewesen war und auch nachfolgend zum Teil mit rheinischen Minderjährigen belegt wurde, tauchten im August 1969 Studenten im Gottesdienst auf und verteilten Flugblätter, welche für die APO und gegen das Heim und dessen Erzieher mobilisieren sollten. Die Studenten waren ehemalige Schüler des örtlichen Gymnasiums und hatten sich dort bereits dem »Aktionszentrum unabhängiger und sozialistischer Schüler« (AUSS) angeschlossen. Anfang September 1969 kam es dann zu einer Diskussion zwischen zehn APO- und AUSS-Vertretern mit den Zöglingen. Laut dem Bericht des Einrichtungsleiters der am Anfang des Jahres in »Evangelischer Jugendhof Martin Luther King« umbenannten Einrichtung, Helmuth Schilling, fanden die Studenten allerdings unter den Minderjährigen, welche ihre vermeintliche Depravierung nicht erkennen wollten, keine Resonanz.[393]

2.7.2 Die Kritik des SSK und der Horizont der Alternativen

In Köln gründete sich im Juli 1969 als Produkt des Engagements von Sozialpädagogen und Studenten wie auch von Engagierten des Politischen Nachtgebets[394] der Verein »Sozialpädagogische Sondermaßnahmen Köln« (SSK), der sich insbesondere um entlaufene, obdachlose Jugendliche (oft Fürsorgezöglinge) kümmerte.[395] Neben dem Elend

390 Flugblatt 1968 über Heimerziehung »Gruppe der Antiautoritären« in Düsseldorf, Schützenstraße …, in: ALVR 40468.

391 »Einzelhaft für Kinder – Wie in christlichen Heimen Fürsorgezöglinge mit aller Gewalt zu besseren Menschen erzogen werden« (Heide Weidle), in: »Stern« (22.6.1969), zitiert nach ALVR 40943.

392 LVR Rheinland (Beurmann) an LVR Westfalen-Lippe (2.7.1969), in: ALVR 40943.

393 Schilling 1970. Vgl. auch Kap. II.8.

394 Vgl. zur Geschichte des politischen Nachtgebets: Schmidt 2007, S. 220–224; Cornehl 2007; Kaminsky 2008, S. 228–239. So wurden z. B. im »Urkontaktzentrum« mit dem Namen »Etage« des »Vereins kritischer Christen« auch obdachlose Jugendliche untergebracht.

395 Später nannte sich dieser in »Sozialistische Selbsthilfe Köln« um. Vgl. Gothe/Kippe 1970; Gothe/Kippe 1975; Liegel 1999, S. 55–59; Landesjugendamt 2001, S. 56–70. Siehe die Charakterisierung aus der zeitgenössischen Perspektive: LVR (Klausa) an ASM/NRW (9.4.1970) und ASM/NRW an LVR (24.4.1970), in: ALVR 39105.

einer wachsenden Zahl obdachloser Jugendlicher[396] waren dabei die Verhältnisse im Don-Bosco-Aufnahmeheim des Katholischen Männerfürsorgevereins in Köln Gegenstand des Protestes. Die Vorwürfe besagten, Minderjährige würden dort »oft monatelang hinter Gittern [vegetieren], sadistisch misshandelt [und] von einigen Erziehern sogar sexuell missbraucht«.[397] Diese Skandalisierung erzeugte eine heftige öffentliche Reaktion, welche letztlich zur Schließung der Einrichtung führte. Insbesondere die mediale Verstärkung der Vorwürfe gegen die Heimerziehung führte zu einer Problematisierung der öffentlichen Erziehung durch Jugendämter und Landschaftsverband. Meilensteine in diesem Prozess der Medialisierung der Missstände waren der Film von Günter Wallraff »Flucht vor den Heimen« und der »Kinderheimreport« von Jürgen Roth im Jahr 1971.[398]

In Köln entstanden seit 1969 Wohngemeinschaften entlaufener Fürsorgezöglinge.[399] Die Unterstützung der Häuser durch die Stadt Köln wurde ertrotzt und durch eine Vielzahl von Aktionen teilweise herbeigezwungen. Im März 1970 zum Beispiel wurde eine Art »Befreiungsaktion« im Rheinischen Landesjugendheim Erlenhof, das auch nach Ansicht des Landesjugendamtes einige Mängel aufwies, durchgeführt, als ein Jugendlicher dorthin zurückgeführt wurde.[400] Eine Massenflucht von Zöglingen war die Folge. Im Frühjahr 1971 wurde eine Sitzung des Landesjugendwohlfahrtsausschusses gestört, wobei es zu Handgreiflichkeiten zwischen den SSK-Leuten und der herbeigerufenen Polizei kam. Die Aktionen schufen Aufmerksamkeit und hatten ihren Hintergrund in der auf der Seite der Linken verfolgten »Randgruppenstrategie«, welche gerade in den am weitesten aus der

396 Der SSK schätzte in seinem Papier über die Situation der »Streunenden Jugend« in Köln im Mai 1970 die Zahl der Jugendlichen ohne Wohnung auf mindestens 1.000 (vgl. Gothe/Kippe 1970, S. 181–185).

397 Behnken/Zinnecker 1998, S. 263. Vgl. zeitgenössisch u.a.: Seidel/Zils 1971, S. 155–205 (vgl. auch »Trautes Heim …«, Politisches Nachtgebet am 5./6.5.1970, in: ALVR 39119; ferner: »Kinder klagen an. Sie schlagen und sie küssen es« [Politisches Nachtgebet in der Antoniterkirche, Köln, 2.+3. Juni [1970], in: ALVR 40468); Ein Betroffenenbericht eines u.a. im Don-Bosco-Heim untergebrachten Jugendlichen in: Gothe/Kippe 1970, S. 101–116; Köster 2010.

398 »Flucht vor den Heimen. Aussagen und Selbstdarstellungen (Fürsorgezöglinge)«. Film von Günter Wallraff, ZDF 1971 und Sendemanuskript »Kinderheimreport« von Jürgen Roth [Hörfunk WDR 1, Dienstag 18.5.1971 (20.30 bis 21.30 Uhr)], in: ADWRh, Evangelischer Verband für Heimerziehung im Rheinland Nr. 76 (später auch als: Roth 1973). Offenbar konnte nach Kritik der von Roth angegriffenen konfessionellen Heimträger und auf Vermittlung des LVR im November 1971 eine »Diskussion zur Sendung ›Kinderheim-Report‹ von Jürgen Roth« am 8.11.1971 im WDR III. Programm 21.00 bis 22.00 Uhr stattfinden. Teilnehmer: Dr. Elisabeth Siebenmorgen (Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter), Siegfried Hörrmann (Ev. Kinderdorf Tuttlingen), Dr. Gerhard Iben (Erziehungswissenschaftliches Seminar der Philipps-Universität Marburg), Hubertus Junge (DCV), Jürgen Roth; Diskussionsleiter Ulrich Gembardt, siehe Aktenvermerk (20.8.1971) und Ms. ebd.

399 Siehe R16–1 Jahr Jugendkontaktzentrum Kerpener Strasse, Köln, 1.7.1970–1.7.1971 (Druck), in: ALVR 40468.

400 So die Untertitelung im Walraff-Film »Flucht vor den Heimen«. Zur Aktion im Erlenhof siehe Kap. II.3.

Gesellschaft ausgegrenzten Bevölkerungsgruppen ein revolutionäres Potential erkennen wollte.[401]

Der SSK erhielt insbesondere wegen seiner Hinweisfunktion auf eine gesellschaftliche Problemkonstellation anfänglich durchaus politische Rückendeckung, insbesondere bei der SPD und der FDP und wohl auch von Einzelnen aus den Reihen der CDU.[402] Zudem unterstützten Prominente wie der Schriftsteller Heinrich Böll die Arbeit des SSK.[403] Auch die Meinungen im LJWA zum SSK, der mit der Obdachlosigkeit der Jugendlichen und damit indirekt der Heimplatznot der öffentlichen Erziehung Politik machte, waren nicht einheitlich.[404] Man schwankte zwischen Unterstützung und völliger Ablehnung der Arbeit. So erlangte der lange nicht anerkannte Verein durch ein Go-in beim Arbeits- und Sozialministerium in Düsseldorf im Mai 1972 und den Beistand vieler anderer Gruppen die öffentliche Anerkennung seiner Anlaufstelle für obdachlose Jugendliche (»Kontaktzentrum«). Die Besetzung des Büros des Oberbürgermeisters von Köln im April und die Belagerung des Jugendamtes der Stadt im Mai 1973 führten zu einer Vereinbarung mit der Stadt zur finanziellen Absicherung des Konzeptes.[405] Auch wenn letztlich im August 1973 der Bruch der städtischen Politik mit dem SSK stattfand, weil dieser sich die weitere Aufnahme obdachloser Jugendlicher nicht verbieten ließ und in den Unterbringungshäusern zum Teil unhaltbare Zustände entstanden,[406] war mit den dort vorgeführten Alternativen ein Veränderungsdruck auf die klassische Jugendhilfe entstanden.[407]

Neben dem Ausbau von Erziehungsberatungsstellen besonders in den 1960er Jahren kam es seit 1969 zu so genannten öffentlichen Erziehungshilfen im Bereich von acht Jugendämtern.[408] Dort betreuten dann 18 Sozialarbeiter jeweils 10–15 junge Menschen ambulant, was eine Verkürzung der Heimerziehung und weniger Heimrücknahmen zur Folge hatte. Das Landesjugendamt rühmte sich 1970 der Förderung von sechs Wohngemeinschaften mit 48 Plätzen seit 1969/70. Die Forderung von »sozialkritischen Grup-

401 Vgl. zur Randgruppenstrategie zeitgenössisch: Randgruppenkonferenz in Berlin. Berichte und Materialien, in: Rote Presse Konferenz 2 (1970), Nr. 54 (27.2.1970), in: ALVR 39119; Gothe/Kippe 1970, S. 68–82; ansonsten Steinacker 2007.

402 Gothe/Kippe 1975, bes. S. 66–90; R16–1 Jahr Jugendkontaktzentrum Kerpener Strasse, Köln, 1.7.1970–1.7.1971 (Druck), in: ALVR 40468.

403 Siehe die Widmung: »Der SSK erfüllt eine wichtige und notwendige Aufgabe, der die Behörden hilflos gegenüberstehen.« (Heinrich Böll), in: Gothe/Kippe 1975, S. 2. Böll kaufte zudem ein Haus in Köln-Ehrenfeld, in dem der SSK sein »Soziales Zentrum« einrichten wollte (ebd., S. 161 f.).

404 Sven Steinacker (Bergische Universität Wuppertal) bereitet eine ausführliche Arbeit hierüber vor. Hier ist nicht der Raum, um eine ausführliche Geschichte dieser Auseinandersetzungen zu schreiben. Vgl. Niederschriften der LJWA-Sitzungen am 25.3.1970 u. 19.5.1970, in: ALVR 39105.

405 Hilferuf – Verbot vor der Tür (Zur Lage des SSK, Textheft) Sept. 1973, in: ALVR 40468.

406 Nach eigenen Angaben lag die Zahl der betreuten Jugendlichen von Mai bis September 1973 bei ca. 400. Im September 1973 sollen in zwei Kontaktzentren und zwölf Wohngemeinschaften, in Einzelwohnungen und Privatwohnungen rund 283 Jugendliche betreut worden sein (ebd.).

407 Siehe hierzu Steinacker 2010.

408 Siehe das Konzeptpapier von Jans hierzu, in dem er durchrechnet, dass diese Form der Betreuung sehr viel billiger als ein Heimaufenthalt sei: Modellversuch für eine neue Art der Durchführung der öffentlichen Erziehung (Jans, 7.11.1968), in: ALVR 39119.

pen« – besonders ist hier der SSK zu nennen –, durch Wohngemeinschaften die Heimerziehung überflüssig zu machen, wurden vom Landschaftsverband als nicht realisierbar angesehen.[409] Das Landesjugendamt setzte neben dem Modellversuch offene Erziehung mit der ambulanten Betreuung von Jugendlichen »in angemieteten Zimmern« auf zwei Formen der Wohngemeinschaften, einmal in Form von selbstständigen Institutionen und zum anderen auf »Trabanteninstitutionen der Heime«, so genannte ausgelagerte Gruppen. Zudem unterstützte man die örtlichen Kommunen bei der pädagogischen und administrativen Betreuung solch neuer Aufgaben im örtlichen Zuständigkeitsbereich, wozu auch der SSK zählte.[410] Anfangs wurde der SSK von Seiten des Landesjugendamtes unterstützt, das sich offenbar davon auch ein Auffangen der allerorten um sich greifenden Proteste und politischen Aktionen gegen die traditionellen Formen der Heimerziehung erhoffte. Später suchte der SSK eine Abgrenzung insbesondere zur Heimaufsicht des Landesjugendamtes und skandalisierte die frühen Versuche mittlerweile abgespaltener Gruppen, ein Übereinkommen mit diesem zu finden.[411]

Am eindrücklichsten geschah dies für das Landesjugendamt in Form einer Dienstaufsichtsbeschwerde, die der SSK beim Arbeits- und Sozialminister gegen die Heimaufsicht des Landesjugendamtes im Oktober 1972 einlegte.[412] Dabei ging es um die eidesstattlichen Aussagen von aus dem Reckestift geflohenen Jugendlichen, die von Prügel, einem Zwang zum Besuch des Gottesdienstes, mangelnden Informationen über Berufsausbildungsmöglichkeiten, mangelnder Belehrung über das Beschwerderecht, einer Briefzensur, diskriminierenden und schikanösen Vorschriften bezüglich Kleidung und Haartracht berichteten, deren Nichteinhaltung bestraft würde. Zudem hätten sich im Sommer 1972 bei einem Brand in der »geschlossenen Gruppe« die Minderjährigen nur befreien können, weil es ihnen gelang, ein Fenster aufzubrechen. Ferner sei einem bei einem Fluchtversuch abgestürzten Jungen erst eine halbe Stunde später medizinische Hilfe zu Teil geworden. Der SSK habe insgesamt in drei Jahren ca. 30 Beschwerden beim Landesjugendamt Rhein-

409 Landschaftsverband Rheinland 1970, S. 123. Auf der 43. Sitzung des LJWA am 23.2.1970 verwies Jans (mit Ergänzungen von Beurmann) auf »Neue Entwicklungen in der öffentlichen Erziehung« und erwähnte die Jugendwohngemeinschaften in Frankfurt und Köln (Auszug aus Niederschrift über die 43. Sitzung des LJWA am 23.2.1970, in: ADWRh, Evangelischer Verband für Heimerziehung im Rheinland Nr. 73).

410 Diskussionsgrundlage für Herrn LD und Herrn LR 4 (Pressekonferenz 5.9.1973, Kr.[aus]), in: ALVR, NL Klausa 51.

411 So Gothe/Kippe 1975, S. 11–30. Im Juli 1969 wandte sich der Erzieher Rudolf May aus dem Don-Bosco-Heim in Köln an den Landschaftsverband und trug den Plan vor, der »Bewegung, bevor sie sich formiert, durch eine gezielte Aktion Einhalt zu gebieten«. Dafür wollte er Gebäude im Stadtgebiet anmieten, um schwierige Jugendliche in diesen in offener Form mit einem Team zu betreuen (Vermerk Dernbach an LR 4, 25.7.1969, in: ALVR 39119); vgl. auch LJA (Beurmann) an Landesdirektor (8.4.1970), in: ALVR, NL Klausa 35. Bei diesem Gespräch mit zwei Sozialarbeitern, die im Auftrag des SSK Wohngemeinschaften führen wollten, beriefen sie sich auf den Vorsitzenden des LJWA, Scheve, der gesagt habe, es könnten weitere Kollektive gegründet werden, wenn man Sozialarbeiter bringe.

412 SSK an MAGS 17.10.1972 (Abschr. an Bundesarbeitsminister Arend, Bundesgesundheitsministerin Strobel, LD Klausa, Leiter JA Köln, Ev. Kirche im Rheinland), in: ALVR 39146.

land abgegeben, die alle nicht verfolgt worden seien, weshalb die »Heimaufsicht als Farce« bezeichnet wurde.

Der Verlauf dieser Beschwerde, die letztlich vom Arbeits- und Sozialministerium zurückgewiesen wurde, macht deutlich, dass die Heimaufsicht des Landesjugendamtes angesichts des Veränderungsdrucks sehr viel umfangreichere Recherchen anstellte als zuvor. Dabei stellte sich heraus, dass die Beanstandungen keineswegs aus der Luft gegriffen waren. So wurde vom Heim zwar ein Zwang zum Gottesdienstbesuch bestritten und wurden nur »religionspädagogische Gespräche« erwähnt, was allerdings angesichts des im Hintergrund hierzu geführten Schriftwechsels zwischen dem Landesjugendamt und der Einrichtung getrost als Euphemismus gekennzeichnet werden kann. So wurden zum Beispiel auch körperliche Züchtigungen abgestritten, doch räumte der Erziehungsleiter ein, es gebe Ausnahmen, wenn zum Beispiel Erzieher von Jugendlichen mit einem Schraubenschlüssel mit dem Tod bedroht würden. Er räumte eine gewisse »Dunkelziffer« ein. Zum Gottesdienstzwang wurde darauf verwiesen, dass nur ein katholischer Junge im Heim sei. Es gebe keinen Zwang, aber man »dränge und schiebe« die Minderjährigen zum Gottesdienst, da man der Meinung sei, das Evangelium habe diesen etwas zu sagen. Zwei Jugendliche lehnten hier kategorisch eine Teilnahme ab. Sie müssten dann in die »halbgeschlossene« Gruppe. Obwohl der Landesjugendamt-Vertreter Kraus hiergegen Bedenken anmeldete, sah das Heim organisatorisch keine andere Möglichkeit, um die Aufsicht zu gewährleisten. In dieser Gruppe hatten alle Jugendlichen immer Blue Jeans (aus Arbeitsgründen) zu tragen, wogegen Kraus ebenfalls aus pädagogischen Gründen intervenierte. In seiner Auswertung resümierte er, dass in 90 Prozent der Anklagen Aussage gegen Aussage stehe, aber das Reckestift dasjenige Heim sei, gegen das die meisten Beschwerden vorliegen. Er zweifelte insbesondere die Qualität und Arbeit des Heimleiters an.[413]

In einem zusammenfassenden Bericht über das Reckestift aufgrund der Reiseberichte zwischen 1961 und 1972, der Strafbuchauszüge und der Beschwerden zwischen 1960 und 1972 stellte der Bearbeiter des Landesjugendamtes fest, dass bei einer Belegung von 120 Minderjährigen neben dem Heimleiter und dem Erziehungsleiter 15 Erzieher und Helfer und zwei Hausvorsteher sowie an den Arbeitsplätzen 38 Bedienstete arbeiteten. Vor 1965 lag die Zahl der Strafen laut den Strafbuchauszügen unter 100, stieg 1966 auf 161 und 1968 auf 248 (1969: 217 und 1970: 239). Mehr als 50 Prozent der Jugendlichen waren mehrmals eingetragen. Besonders der Arrest als Strafe stieg seit 1965 (da waren es noch unter zehn Fälle) bis 1968 auf 78 Fälle. Die Anzahl der im Strafbuch eingetragenen Schläge war besonders in den Jahren 1964 bis 1967 (Höchstzahl 1966: 17 mal) sehr hoch. Nach Entweichungen wurde am häufigsten Arrest verhängt. Andere Gründe für Strafen waren Aggression gegen Erzieher, Prügeleien unter Minderjährigen, Arbeitsverweigerung, Trunkenheit, Beleidigung und Gehorsamsverweigerung. Die Anzahl der Beschwerden stieg von jährlich zwei bis fünf in den Jahren 1960–1967 auf 1968/69 je sieben und erreichte 1970 insgesamt 15. Beschwerdeführer waren bis 1970 meist die Eltern und ab 1971 vorwiegend die Minderjährigen selbst.

413 Vermerk Dienstaufsichtsbeschwerde des SSK; hier Protokoll über die Besprechung in den Düsselthaler Anstalten (Landesoberverwaltungsrätin Meyer) (23.10.1972), in: ALVR 39146.

Dabei gab es seit 1964 keine Beschwerden mehr über die Ernährung. Es dominierten der persönliche Bereich von Schule, Arbeit und Freizeit, das Zusammenleben mit den Erziehern und mit anderen Jugendlichen und Einwände gegen das Heim als »Erziehungsstätte« an sich. Dabei wurden immer wieder die Fragen Kirchgang, Haartracht, Ausgang, Arbeitszeit, Strafen wie Schläge, mangelnde Mitsprache, Briefkontrolle, Bekleidung, Prügeleien der älteren Jugendlichen mit den jüngeren, übertriebene Forderungen nach Sauberkeit und Ordnung zum Gegenstand.

Als Konsequenzen schlug der Bearbeiter die Überprüfung der bisherigen Praxis der Heimbesuche vor. Es sollte regelmäßig eine Jugendsprechstunde mit anschließender Erzieherkonferenz in der Einrichtung erfolgen und die Fort- und Ausbildung der Erzieher unterstützt werden. Doch auch die Frage nach Erziehungsziel und -stil sei zu stellen.[414] So hatte ein Praktikant gegenüber dem SSK einen Bericht gegeben, der nicht nur die Schläge von Erzieherseite skandalisierte, sondern auch von einer Anleitung dazu sprach. Das Rechtfertigungsmuster der Erzieher gegenüber von ihm erhobenen Vorwürfen sei gewesen: »Wir sitzen doch alle im gleichen Boot, ich kann nicht dafür, daß ihr im Heim seid, ihr wollt euch doch nur drücken usw.«

Die mangelnde Einhaltung der Jugendarbeitsschutzbestimmungen (es war zu lange gearbeitet worden) wurde vom Reckestift eingeräumt und abgestellt. Zum angeblich unzureichenden Beschwerderecht der Minderjährigen wurde auf einen öffentlichen Briefkasten auf dem Gelände verwiesen. Die rigiden Regelungen zum Ausgang (nur am Wochenende) wurden gelockert, erlaubt wurde nun Ausgang auch an Wochentagen. Zudem wurde der Zwang zu einer einheitlichen Kleidung in der geschlossenen »Gruppe 8« zumindest anerkannt und mit dem Verweis auf die Auflösung dieser Gruppe beantwortet. Hinsichtlich der inkriminierten Züchtigungen (besonders ein Erzieher war dabei von verschiedenen ehemaligen Zöglingen erwähnt worden) verwies das Sozialministerium in seiner Zurückweisung der Dienstaufsichtsbeschwerde auf die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Düsseldorf. Insgesamt könne dem Landesjugendamt aber keine mangelhafte Aufsichtsführung vorgeworfen werden.[415]

Gerade an diesem Beispiel, das zu einer umfangreichen Aktenüberlieferung geführt hat, wird klar, wie stark das Landesjugendamt mittlerweile selbst auf eine Änderung der Verhältnisse in den Heimen hinzuwirken versuchte, wenngleich es nach außen das Heim und damit seine eigene Heimaufsicht verteidigte.

Insbesondere der bereits erwähnte Rudolf Kraus, Nachfolger der langjährigen Leiterin des Referats Öffentliche Erziehung Martha Beurmann, war durchaus ein Kritiker der faktischen Heimerziehung, doch wollte er eine Reform im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten.[416] Zudem war ein Heimaufsichtsbericht von ihm über das Kontaktzentrum im

414 Vermerk Bönsch (2.11.1972), in: ALVR 39146.

415 MAGS an SSK (13.8.1973), in: ALVR 39152.

416 Vgl. Anhörung von Sachverständigen im Ausschuss für Jugend, Familie und politische Bildung, 2.5.1973, Düsseldorf: Beitrag Prof. Dr. Dr. Rudolf Kraus (Ruhr-Universität Bochum): Kritische Anmerkungen zur Heimerziehung, in: ADWRh, Evangelischer Verband für Heimerziehung im Rheinland Nr. 72. Kraus wurde nach eigener Auskunft die Referatsleitung nach einem »SSK-Go-in«

Hotel Astor Anfang August 1973 mit dafür verantwortlich, dass die Vereinbarung mit dem SSK von der Stadt Köln aufgekündigt wurde. Er hatte dort unhaltbare Zustände attestiert.[417] Der SSK sah sich nachfolgend vor die Alternative gestellt, einer Zusammenarbeit auf der Ebene einer Kapazitätsbeschränkung zuzustimmen oder aber seine Anerkennung und Förderungsfähigkeit als Träger zu verlieren. Nach weiteren Verhandlungen[418] kam es im Februar 1974 schließlich zur Zurückziehung der Anerkennung als Träger und der Schließung der Häuser unter anderem aufgrund Geld- und auch Personalmangels.[419] Der wieder kleiner werdende SSK machte schließlich in Form einer begrenzten Selbsthilfegruppe (»Wir packen an«) von Betreuern und Jugendlichen, welche die Annahme von staatlichen Geldern verweigerte, weiter. Vom SSK wurde diese Entwicklung als Emanzipation von der Entmündigung durch den modernen Sozialstaat begriffen.

2.7.3 Das Landesjugendamt zwischen Ablehnung der Kritik und Lernprozessen

Das Landesjugendamt wurde in diesen Auseinandersetzungen immer wieder scharf angegriffen, der Unfähigkeit geziehen und fand sich oft in der Rolle als Hüter eines vergehenden Systems der Jugendhilfe wieder. Es lernte allerdings in diesen Auseinandersetzungen mit dem SSK, die zum Teil in Form von Sympathie oder Ablehnung auch quer durch die Mitarbeiterschaft des eigenen Amtes gingen.[420] Im Landesjugendwohlfahrtsausschuss wurde in einer Sitzung im Februar 1970 beschlossen, alternative Formen, wie der SSK sie forderte, zu unterstützen, allerdings die Aufsicht über die Projekte zu behalten, was zum Beispiel die Ablehnung der gemeinsamen Unterbringung von Jungen und Mädchen betraf.[421] Ein erstes »Arbeitspapier des Landesjugendamtes Rheinland für neue Formen

aufgrund einer Sofortentscheidung des Landesdirektors übertragen, da Beurmann auch gesundheitsbedingt nicht mehr »problemregelnd« eingreifen konnte (Kraus in einer E-Mail vom 15.7.2010 an die Verfasser).

417 Vgl. Auszug aus der Niederschrift über die 41. Sitzung des LJWA vom 14.8.1973 (mit Bericht von Kraus) und Diskussionsgrundlage für Herrn LD und Herrn LR 4 (Pressekonferenz 5.9.1973, Kr.[aus]), in: ALVR, NL Klausa 51.

418 Vgl. u.a. Ergebnisprotokoll über eine gemeinsame Besprechung zwischen dem Verein Sozialpädagogische Sondermaßnahmen Köln (SSK), dem DPWV-Ortsverband Köln, dem Städtischen Jugendamt Köln und dem LJA Rheinland am 6.11.1973 in Köln (Deters, 7.11.1973), in: ALVR, NL Klausa 51.

419 MAGS an Verein SSK e.V. (auch an Oberstadtdirektor Köln, Regierungspräsidenten Köln, LVR, Polizeipräsidenten Köln), 8.2.1974, in: ALVR 40252; Gothe/Kippe 1975, S. 66–90.

420 Vgl. Beurmann an Landesdirektor (7.9.1970), in: ALVR, NL Klausa 35; Vermerk Rehbein an LR 4 (11.2.1971), in: ALVR 39100.

421 Auszug aus Niederschrift über die 43. Sitzung des LJWA am 23.2.1970, in: ALVR 39119 (auch in: ADWRh, Evangelischer Verband für Heimerziehung im Rheinland Nr. 73). Auch in einem Erfahrungsaustausch der Obersten Landesjugendbehörden im April 1970 über Aktionen gegen die öffentliche Erziehung in Heimen legten die versammelten Vertreter die Richtschnur fest: keine Akzeptanz oder Förderung von Aktionen außerhalb der Legalität, jeder Träger soll sich eine Rechtsform geben und einem anerkannten Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege anschließen, keine räumliche Ballung von Wohngruppen mit einer maximalen Stärke von acht Personen, die untere Altersgrenze sollte etwa 16 Jahre betragen, die Auswahl der Minderjährigen habe durch das LJA zu erfolgen, das

der Durchführung der öffentlichen Erziehung« definierte im März 1970 als Ziel die Öffnung für die Aufnahme von Minderjährigen in Familien und Wohngemeinschaften. Es war an Gruppen von nicht mehr als fünf bis sieben Jugendlichen mit dem Mindestalter 17 Jahre gedacht. »Die Sozialisation durch das Zusammenleben in der kleinen Gruppe hat als Grundlage stärkere Selbsterfahrung, Du-Konfrontierung, Wir-Bindung, Selbstorganisation und gezielte einzel- und gruppentherapeutische Einflußnahme zum Abbau fehlerhafter Verhaltensmuster.« Die anvisierten neuen Formen dürften sich aber nicht gegen die öffentliche Erziehung richten. Sie unterständen der Heimaufsicht, und die Jugendlichen könnten nur mit Zustimmung der Personensorgeberechtigten teilnehmen.[422]

In einer Heimleiterkonferenz wenige Wochen später kam die Frage nach einer neuen Konzeption des Landesjugendamtes auf. Karl-Wilhelm Jans meinte jedoch, der Kreis der Anwesenden, der nicht nur Mitarbeiter des Landesjugendamtes, sondern auch der Träger und Leiter der Einrichtungen der öffentlichen Erziehung umfasste, sei zu groß. Eine verbindliche Konzeption könne an diesem Tag nicht erstellt werden. Er deutete jedoch an, dass Reformen auch die Erhöhung der Haushaltspläne bedeuten könnten. Zudem sollte man »dynamische Formen in unseren Heimen überdenken, diese beginnen beim Haarschnitt und hören bei der Kleidung auf, die auch heute oft noch Kinder aus Fürsorgeheimen bekommen, damit sie nicht entweichen«.[423] Im Landesjugendamt hatte ein Umdenkungsprozess eingesetzt. Dem mit revolutionärem Impetus antretenden SSK brachte dieser Prozess jedoch nicht schnell genug Ergebnisse bzw. festigte in seinen Augen erneut eine, wenn auch verbesserte Form der Fürsorgeerziehung.[424] Als Landesdirektor Klausa im April 1971 aus dem Urlaub heraus seine Überlegungen an Landesrat Jans schrieb, überschnitt sich dies offenbar mit Planungen, die bereits im Landesjugendamt angelaufen waren.[425] Klausa, der wohl kurz vorher in den USA gewesen war, meinte: »Wenn wir Entwicklung, Bewußtseinswandel, Aktionen und Proteste in diesem Bereich zusammenhalten, können wir durchaus nicht nur das gute Gewissen derjenigen vertreten, die sich mit ihren Maßnahmen im Recht und zufrieden wissen.« Er war mit dem Erfolg der öffentlichen Erziehung insgesamt nicht zufrieden. »Wir fanden damals kein anderes Konzept der öffentlichen Erziehung, abgesehen von einer Intensivierung der Erzieherausbildung, der Verstärkung des Personals, der Verkleinerung der Gruppen, der Verbesserung der Berufsausbildung,

auf keinen Fall auf ihr Auswahl- und Belegungsrecht verzichten dürfe (siehe Auszug aus der Sitzung der Obersten Landesjugendbehörden am 16./17.4.1970 in Essen, in: ALVR 39105).

422 Arbeitspapier des LJA Rheinland für neue Formen der Durchführung der öffentlichen Erziehung (Köln, 12.3.1970), in: ALVR 39119 (auch in: ADWRh, Evangelischer Verband für Heimerziehung im Rheinland Nr. 72). Das Papier wurde am 17.3.1970 mit den SSK-Vertretern Hentze und May diskutiert, die das Verbot von gemischt-geschlechtlichen Gruppen nicht akzeptieren und die Frage für spätere Besprechungen offen halten wollten (vgl. Protokoll über die Besprechung am 17.3.1970, Pfister, in: ALVR 39119).

423 Aktenvermerk: Heimleiterkonferenz am 24.3.1970, in: ADWRh, Evangelischer Verband für Heimerziehung im Rheinland Nr. 72.

424 Gothe/Kippe 1975, S. 112–119.

425 LD Klausa an Jans 4.3.1971, in: ALVR, NL Klausa 35 (auch in: ALVR 40252). So handschr. Bemerkung: »Das war im Urlaub diktiert, überschneidet sich mit heutigen Erwägungen.«

des Gemeinschaftsbewußtseins, der Teilhabe unserer Jugendlichen am Erziehungsprozeß (hier besonders Abtshof). Andererseits habe ich auch durchaus nicht den Eindruck, daß die Gegenseite in Gestalt ihrer Wohngemeinschaften etwa den Stein der Weisen gefunden hätte. […] Trotzdem oder gerade deshalb müssen wir versuchen, unter dem Eindruck in der Öffentlichkeit und gegen unsere eigenen Erfahrungen oder Sorgen für den Erziehungsbereich nach einem Idealkonzept zu suchen, gleichgültig wie es aussieht, was es kostet, ob es durchführbar ist. Erst an so einem Konzept kann man messen, was fehlt, warum es fehlt, wo die Verantwortung liegt. Und einem Ideal, das man fast nie erreichen kann, kann man sich zumindest mehr oder weniger nähern. Es setzt Maßstäbe. […] Im Grunde sollte es uns freuen, daß nun endlich einmal die öffentliche Meinung für unsere Schützlinge Partei ergreift, nachdem sie jahrzehntelang unter der Diskriminierung (›Fürsorgezögling‹) der Gesellschaft leiden mußten. Gegen diese Diskriminierung waren wir ja immer zu Felde gezogen. Daß nun ein anderes Kind mit einem anderen Bade ausgeschüttet wird, ist bedauerlich, aber menschlich.«

Es sollten nach Klausas Vorschlag in einer Arbeitsgruppe mit Vertretern aus Bund und Ländern neue Ideen entwickelt werden. In der Antwort auf die Überlegungen seines Vorgesetzten unterstrich Jans seine eigenen Überlegungen, die er seit mehreren Jahren in Vorträgen immer wieder vorgebracht habe, wonach »die stärkere mitverantwortliche Einschaltung der Jugendämter« hinsichtlich offener und ambulanter Betreuung von Minderjährigen notwendig sei. Hier sei es auch eine Aufgabe des Landesjugendamtes, vermehrt Erziehungsbeistandschaften anzuregen. Er verwies auf das Beispiel des Landesjugendamtes Hannover, das seit zehn bis fünfzehn Jahren einen »Schutzhelferdienst« (ähnlich wie die »Bewährungshilfe«) durch beim Landesjugendamt angestellte Sozialarbeiter durchführe. Für den nur langsamen Wandel im Bereich der öffentlichen Erziehung machte Jans explizit das »Generationenproblem« verantwortlich: »Die Älteren Erfahrenen sind kaum mehr in der Lage, umzulernen, die Jüngeren, ganz Neuen denken so radikal anders in der Sache und auch vielleicht gesellschaftspolitisch, daß der gute Mittelweg wieder nur sehr schwer zu finden ist.«[426]

In der Folge regte das Landesjugendamt eine einheitliche Neufassung der Heimordnungen an. Es sollten insbesondere die sich als konflikthaft und schwierig herausstellenden Bereiche der Züchtigung, der Arreststrafen, des Briefgeheimnisses, der Arbeitszeitbegrenzung und der Glaubens- und Bekenntnisfreiheit eindeutig geregelt werden. Anfänglich fühlten sich dabei die konfessionellen Träger bzw. ihre Wohlfahrtsverbände übergangen. Doch letztlich einigte man sich 1972, eine »Grundordnung« für die Erziehungsheime zu schaffen, welche »die im Grundgesetz verankerten Grundrechte der Jugendlichen wahren« sollte.[427] Im Mai 1972 beschloss der Landesjugendwohlfahrtsausschuss »Allgemeine

426 Jans an LD (15.3.1971), in: ALVR 40252.

427 Protokoll der AG Ev. Heimerziehung vom 31.1.1972 im Haus der Diakonie, Düsseldorf (E. Steppat) und Vermerk üb. Gespräch am 30.3.1972, 10 Uhr in Münster über Fragen der Heimordnung (FE-FEH) zwischen den Landesjugendämtern Rheinland und Westfalen und der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege NRW (Schöppe, 6.4.1972), in: ADWRh, Evangelischer Verband für Heimerziehung im Rheinland Nr. 72.

Richtlinien zur Durchführung der öffentlichen Erziehung (Freiwillige Erziehungshilfe und Fürsorgeerziehung)«, die in einem ersten Teil insbesondere jene Grundrechte in der Heimerziehung betonten.[428] Daraufhin wurden Mitte Juni 1972 30 Heime aufgefordert, eine Heimordnung zu erstellen. Bis September 1973 legten 27 Heime Entwürfe hierfür vor, nur sieben davon konnten vom Landesjugendamt ungeändert genehmigt werden.[429] Bei 20 Heimen waren »Einzelverhandlungen erforderlich«, darunter auch für die Landesjugendheime Erlenhof und Abtshof. Im Wesentlichen ging es bei diesem Prozess der Umsetzung der Richtlinien des Landesjugendwohlfahrtsausschusses zur Durchführung der öffentlichen Erziehung um Grundsatzfragen wie Strafen, Ausgang, Entweichung, Entlassung, Briefzensur und die weltanschauliche Konzeption.[430] Die Heimordnungen sollten »dem Verständnishorizont der Kinder und Jugendlichen« gerecht werden und deren zum Teil zuvor erfolgte Mitwirkung bei der Entstehung der Entwürfe »nicht als ›Beschäftigungstherapie‹ – wie es ein Heimleiter formulierte – erscheinen«. Das Landesjugendamt schlug einen »Musterentwurf« vor, den zum Beispiel die drei Heime, welche sich nicht in der Lage gesehen hatten, einen eigenen Entwurf zu fertigen, zu übernehmen gebeten wurden.[431]

Die konzeptionelle Einflussnahme des Landesjugendamtes auf die Heime freier Träger war in diesem Punkt sehr massiv geworden, was von diesen beklagt wurde.[432] Die teilweise Neuausrichtung der öffentlichen Erziehung erzwang eine transparentere Formulierung der weltanschaulichen bzw. pädagogischen Ausrichtung der Erziehung in den Heimen und damit eine Reflexion über die eigenen Grundlagen der Arbeit insbesondere in konfessionellen Heimen. Zugleich fand eine Intensivierung der Heimaufsicht statt, was sich darin zeigte, dass 1972/73 die Beratungskräfte für die Heimaufsicht in Form des Einsatzes von jungen Sozialwissenschaftlern und Pädagogen verdoppelt wurden.[433]

Im Rheinland konstituierte das Landesjugendamt 1972 einen »Arbeitskreis Zielplanung«, der sich arbeitsteilig über eine Neukonzeption Gedanken machte.[434] Vorgesehen waren eine Bestandsaufnahme der Heime und der Klientel wie auch anzuregende Veränderun-

428 Siehe LVR (LJA) an die zur Durchführung der öffentlichen Erziehung belegten Heime 15.6.1972 (mit Allgemeinen Richtlinien … vom 9.5.1972), in: ALVR 40467. Abgedruckt in: Bäuerle/Markmann 1974, S. 267–275.

429 Vorlage an den LJWA Nr. 5/203 Ju (LVR, 25.9.1973), in: ALVR 52024.

430 Vgl. Heimordnungen, in: ALVR 40688.

431 Es handelte sich um die Einrichtungen Gertrudisheim (Düsseldorf), Jugendhaus (Düsseldorf) und Haus an der Linde (Bensberg). Siehe am Beispiel der Einrichtung in Viersen-Süchteln den Verlauf des Reformprozesses, beschrieben von Köhler-Saretzki 2008, bes. S. 10–76 sowie das Kapitel zu Viersen-Süchteln in diesem Band (II.6).

432 So z.B. in dem Ergebnisprotokoll über das Gespräch mit Diözesan-Caritas-Direktor Dr. Brisch und Vertretern der katholischen Heime für Jugendliche in öffentlicher Erziehung am 10.12.1973 zum Thema: Heimerziehung (Raabe, 14.12.1973), in: ALVR 52024.

433 Diskussionsgrundlage für Herrn LD und Herrn LR 4 (Pressekonferenz 5.9.1973, Kr.[aus]), in: ALVR, NL Klausa 51. Nach Auskunft von Kraus handelte es sich um drei Diplomwissenschaftler aus seinem Bochumer Lehrbereich und einen reformorientierten Sozialarbeiter (Kraus in einer E-Mail vom 15.7.2010 an die Verfasser).

434 Siehe die Protokolle der seit April 1972 tagenden Arbeitsgruppe »Rahmenplanung ›Öffentliche Erziehung‹«, in: ALVR 39269, 39270; sowie die erstellten Papiere und weitere Niederschriften von

gen hinsichtlich der Fragen wie Differenzierung, Bildung, Ausbau offener und ambulanter Angebote usw. Die Vorschläge des Landesjugendamtes kumulierten schließlich im »Rahmenplan der Öffentlichen Erziehung des LVR«, dessen »Band A« noch 1973 und dessen zweiter Teil im Mai 1974 vorgelegt wurde. Dieser sah die Schaffung von Diagnoseeinrichtungen, eine Verbesserung der Kooperationen der Eltern, Jugendämter und Einrichtungen vor. Zudem sollte die bis dahin verfolgte Differenzierung des Feldes der öffentlichen Erziehung durch Intensivgruppen im Heim, Familienpflegestellen mit »hauptberuflichen Eltern« und anderen Formen wie Wohngemeinschaften, Wohngruppen, Jugendpensionen und Jugendwohnheimen verstärkt werden. Der weitere Aufbau von Therapiemöglichkeiten, verbesserte schulische Bildungsmöglichkeiten innerhalb wie außerhalb der Heime sowie die Anpassung der beruflichen Bildung an die Erfordernisse des Arbeitsmarktes wie durch die Einführung eines Berufsvorbereitungsjahres und entsprechende Berufsvorbereitungslehrgänge waren ebenfalls angestrebt.[435] Der Plan wurde allerdings zu einer Dauerdiskussion, die noch weitere Jahre anhielt und zunehmend den Charakter eines Prozesses erhielt.[436]

All dies war begleitet von einer Zunahme der Mittel, die im Bereich Jugendwohlfahrt eine Rolle spielten. So fand allein im Bereich der öffentlichen Erziehung eine Verdoppelung der Ausgaben von 1970 (65,0 Mio DM) auf 1975 (126,8 Mio DM) statt.[437] Nimmt man die Mittel für die Mutter- und Kindförderung, für die Jugendpflege sowie für die Investitionen der freien Träger hinzu, so fand eine Steigerung um rund 160 Prozent statt. Dies geschah bei einer gleichzeitigen Halbierung der sich in Fürsorgeerziehung und Freiwilliger Erziehungshilfe befindlichen Minderjährigen, deren Zahl von 7.170 (1970) auf 3.346 (1975) sank und sich nachfolgend auf diesem Niveau bis Ende der 1970er Jahre einpendelte.[438] Dabei steigerten sich die verausgabten Finanzmittel noch einmal um 50 Prozent bis zum Ende des Jahrzehnts. Diese Entwicklung zog im Endeffekt eine Reformierung des Systems der Jugendhilfe nach sich. Diese geschah allerdings auf der weitergeltenden Rechtsbasis des Jugendwohlfahrtsgesetzes. Das System der Heimerziehung differenzierte sich weiter aus und erprobte viele neue Modelle. Den radikalen Kritikern war dies jedoch zu wenig. Ihr Ziel einer grundlegenden Änderung der gesellschaftlichen Bedingungen konnte

Sitzungen in: ALVR 38524, 38525 u. 38566. Die einzelnen Abhandlungen können hier nicht vorgestellt werden.

435 Vgl. LVR, Abt. Jugendwohlfahrt, LJA Rheinland, Rahmenplan für die öffentliche Erziehung: Zielvorstellungen, Köln 1974 (hekt.). In der Sitzung des LJWA am 14.5.1974 wurde die Beratung der Vorlage in den Unterausschuss »Öffentliche Erziehung« delegiert (ALVR 41446).

436 So war für den Text aufgrund der Notwendigkeit der ständigen Fortschreibung »die Vervielfältigung in Loseblattausgabe« gewählt worden. Eine zweite Auflage nach »ausführlicher Diskussion und Überarbeitung« wurde nach Zustimmung des LJWA und des Landschaftsausschusses im Juni 1977 vorgelegt (siehe Vorbemerkung zur zweiten Auflage …, in: Rahmenplanung für die Öffentliche Erziehung: Band B. Zielvorstellungen, S. 3–4). Im September 1979 wurde dann der dritte Teil der Rahmenplanung für die öffentliche Erziehung, der aus den Zielvorstellungen entwickelte Maßnahmenkatalog, genehmigt. Vgl. Landschaftsverband Rheinland 1980, S. 137.

437 Landschaftsverband Rheinland 1980, S. 134.

438 Ebd., S. 139.

nicht erreicht werden.[439] Zumindest die rechtlichen Grundbedingungen sind durch die Verabschiedung des neuen Kinder- und Jugendhilfegesetzes 1990 verändert worden, das die Instrumente der Fürsorgeerziehung und Freiwilligen Erziehungshilfe bundesweit endgültig abschaffte.

439 Vgl. hierzu Gothe/Kippe 1975, S. 112–119.

II. Geschichte der Heime des Landschaftsverbandes



Luftaufnahme Fichtenhain

Thomas Swiderek

1. Das Rheinische Landesjugendheim Haus Fichtenhain, Krefeld

1.1 Vorgeschichte

Das Rheinische Landesjugendheim Haus Fichtenhain[1] bei Krefeld ist das älteste Heim des ehemaligen Provinzialverbandes Rheinland, des Rechtsvorgängers des heutigen Landschaftsverbandes Rheinland. Als »Rheinischer Wohngruppen- und Ausbildungsverbund Fichtenhain« wird das Heim heute noch vom Landschaftsverband als Jugendhilfeangebot genutzt und ist – neben dem ehemaligen Landesjugendheim Halfeshof in Solingen – eine der beiden bis heute noch genutzten Einrichtungen. Im Jahr 1904 beschloss der 44. Provinziallandtag den Bau dieses ersten Erziehungsheimes für schulentlassene Jungen, und nach einer Bauzeit von zwei Jahren zogen, ab dem 1.10.1906, schrittweise die ersten Zöglinge ein. Dass man sich gerade für diesen Standort entschied, hatte einen einfachen Grund: Der Provinzialverband besaß hier einen etwa 480 Morgen großen Gutshof »Haus Fichtenhain«, auf dessen Gelände das neue Heim entstand.[2] Strittig war zu Beginn die Größe der Anstalt, doch während die Abgeordneten des Provinziallandtages eine Einrichtung für nicht mehr als 50 Jugendliche favorisierten, entschieden sich die Sachverständigen und die Finanzexperten für eine wesentlich größere Einrichtung.[3] Es wurde letztlich eine Einrichtung für 200 schulentlassene Jungen geplant und gebaut.

Die architektonische Konzeption sah vor, die einzelnen Häuser im »Pavillon-System« um einen Rasenplatz herum anzuordnen. Daraufhin entstanden fünf Häuser, in denen die Jugendlichen in jeweils zwei Gruppen mit jeweils 20 bis 25 Personen wohnten. Alle sieben Gruppen hatten einen Schlafsaal und einen Tagesraum. Weiterhin gab es eine Krankenabteilung, ein Verwaltungsgebäude, Werkstätten, eine Waschküche mit Badeeinrichtungen, eine Küche und einen Festsaal. Diese Gestaltungsform und Ausrichtung der Häuser im Kreis um eine Rasenfläche herum wurde als Modell auch für weitere Heimbauten übernommen, so auch für das Rheinische Landesjugendheim Halfeshof in Solingen. Fichtenhain hatte somit gewissermaßen Modellcharakter. Zunächst wurden 39 Mitarbeiter eingestellt, davon waren – außer dem Direktor und zwei Lehrkräften – nur sechs Erziehungsgehilfen und neun Handwerker für die Erziehung und Ausbildung der Jugendlichen

1 Zu Beginn noch als »Rheinische Provinzial-Fürsorgeerziehungsanstalt« bezeichnet, wurde die Einrichtung mit der Gründung des LVR 1953 in »Rheinisches Landesjugendheim Haus Fichtenhain« umbenannt.

2 Vgl. 50 Jahre Fichtenhain, Chronik von Prälat Paul Wolpers zum 50-jährigen Heimjubiläum, in: ALVR 29236.

3 Vgl. Gollnick an das LJA (6.7.1981), in: ALVR 40413.

zuständig. Die verbliebenen 21 Mitarbeiter waren in der Verwaltung, als Pförtner, in der Küche und anderen technischen Bereichen tätig, so Gollnick in einem Schreiben zum 75-jährigen Jubiläum des Heimes.[4] Ziel war, den als geeignet bewerteten Jugendlichen eine Ausbildung anzubieten oder sie in den heimeigenen Betrieben arbeiten zu lassen. So wurden in den ersten Jahren viele Jugendliche Schlosser, Schreiner, Schuhmacher oder Korbflechter. Die »nicht ausbildungsfähigen« Jungen mussten in der Landwirtschaft (Gutshof), in der Gärtnerei oder in der Küche (Schälküche) arbeiten. Arbeit war von Beginn an ein zentrales Erziehungsmittel und damit für alle Jungen verpflichtend.

Unter anderem aufgrund fehlender Zuweisungen von Zöglingen musste Haus Fichtenhain aus wirtschaftlichen Gründen im Jahr 1930 schließen.[5] Bis 1945 wurden das Haus und das Gelände dann verschiedentlich zweckentfremdet: von 1930 bis 1932 als Trinkerheilanstalt, 1932 für ein Jahr als Arbeitslager des Freiwilligen Arbeitsdienstes (FAD),[6] von 1933 bis 1939 als SA-Schulungslager und in den Jahren 1939–1940 als Kriegsgefangenen-Mannschaftslager (STALAG) »STALAG VI J Fichtenhain«, dessen Gefangene unter anderem als Zwangsarbeiter bei Mannesmann und Henkel in Düsseldorf arbeiten mussten.[7] Ein halbes Jahr vor Kriegsende, im November 1944, wurden das Gelände und die Häuser durch Luftangriffe teilweise zerstört und stark beschädigt. Davon waren in erster Linie die Gärtnerei und das Kesselhaus betroffen, weiter wurden Dächer abgedeckt und ein Großteil des Mobiliars zerstört. Trotz dieser beschränkten räumlichen Bedingungen zogen bereits im Juni 1945 die ersten Jugendlichen wieder ein.[8] Neben einigen durch die Militärgerichte wegen Diebstahls und Mundraub verurteilten Jugendlichen kamen die ersten Fürsorgezöglinge aus dem Landesjugendheim Erlenhof in Euskirchen, das noch bis 1946 von den Engländern beschlagnahmt und belegt war.[9] Erster kommissarischer Heimleiter und Direktor in Haus Fichtenhain wurde 1945 der aus dem Erlenhof kommende Meister und Erzieher Müller, erster ordentlicher Direktor des Rheinischen Landesjugendheimes Fichtenhain wurde Franz Merzbach, der zuvor als Jugendseelsorger und Gefängnispfarrer in Düsseldorf tätig gewesen war.[10]

4 Direktor des RLJH Fichtenhain Gollnick (6.7.1981), in: ALVR 40413.

5 Am 15.5.1930 wurde Fichtenhain als Fürsorgeerziehungsanstalt nach Beschluss des Provinziallandtages vom 11.4.1930 geschlossen. Die Schließung erfolgte sehr »geräuschlos« ohne große Erwähnung in Verwaltungsberichten oder der provinzeigenen Fachzeitschrift »Wohlfahrtspflege«, vgl. Banach 2006, S. 93.

6 1931 wurde der Freiwillige Arbeitsdienst (FAD) gegründet, um arbeitslose Jugendliche und Erwachsene zu gemeinnützigen Arbeiten heranziehen zu können; er wurde 1935 durch die Gründung des Reichsarbeitsdienstes (RAD) abgelöst/erweitert.

7 Hauptaufgabe des Lagers war die Verwaltung des Kriegsgefangeneneinsatzes im gesamten Umkreis, vgl. weiter hierzu Banach 2006, S. 120 ff.

8 Der vormals zuständige Provinzialverband war als eigenständige Behörde mit dem Kriegsende und der Übernahme der Besetzungsstatuten für die vier Zonen faktisch aufgelöst. So nahm zu Beginn das neu geschaffene Arbeits- und Sozialministerium in Düsseldorf die Belange der ehemaligen FEB wahr.

9 Vgl. Banach 2006, S. 147.

10 Direktor Müller übernahm nach der Wiedereröffnung nur vorübergehend die Leitung des Heimes. Erster langjähriger Direktor wurde Franz Merzbach, der bis 1952 die Einrichtung leitete und 1952

1.2 Nachkriegszeit, Wiedereröffnung und erste Strukturen

So startete der wieder aufgenommene Betrieb des Fürsorgeerziehungsheimes unter den allgemein schwierigen Bedingungen der ersten Nachkriegsmonate. Die erste Besichtigung des Provinzialerziehungsheimes seitens des Landesjugendamtes am 2.6.1945[11] führte zu ersten provisorischen Aufbauarbeiten, um schnellstmöglich wieder Jugendliche aufnehmen und einweisen zu können. Deshalb entschloss man sich seitens des Landesjugendamtes, zunächst »eine Arbeitsgruppe, bestehend aus drei Bediensteten des Erziehungsheimes Erlenhof, sieben Bediensteten des Erziehungsheimes Halfeshof und einem Lehrling«[12] nach Fichtenhain zu bringen.

Auf dem Gelände waren die meisten ehemaligen Wohnungen der Bediensteten unbewohnbar und im Verwaltungsgebäude waren noch bis 1947 die Unterrichtsräume, das Lehrerzimmer, die Bibliothek und das Fotolabor untergebracht, des Weiteren mussten die ehemaligen Schlaf- und Wohnräume wieder hergerichtet werden. Das hatte zur Folge, dass erste Neu- und Umbauarbeiten parallel zum laufenden Heimbetrieb durchgeführt wurden. Gerade in den Anfangsjahren mussten schnell Kapazitäten (Wohnraum, Arbeitsplätze und Servicebetriebe) geschaffen werden, um die rasch ansteigenden Belegungszahlen in Fichtenhain bewältigen zu können. Da die deutschen Amts- und Jugendgerichte unmittelbar nach Kriegsende geschlossen waren beziehungsweise zunächst nicht arbeiten durften, sollten die Jugendlichen auf freiwilliger Basis oder durch Polizeiverfügungen eingewiesen werden. In beiden Fällen sollte nach Aufnahme der Arbeit durch die Gerichte ein ordnungsgemäßer Gerichtsbeschluss nachgereicht werden.[13] Das Landesjugendamt selber wollte/musste die teilweise beurlaubten oder evakuierten Minderjährigen, die weiterhin in öffentlicher Erziehung standen, wieder in die Heime zurück berufen.[14] Hintergrund dieser raschen Wiederaufnahme der Fürsorgeerziehung waren – neben den Einweisungen durch die Militärgerichte – die Notstände vieler Familien und Jugendlicher kurz nach Kriegsende (Wohnungslosigkeit, Arbeitslosigkeit, Hunger, elternlose und heimatlose Jugendliche) sowie die Überzeugung, dass gerade Jugendliche durch die außergewöhnlichen Notlagen der Zeit Gefahr liefen zu verwahrlosen und deshalb besonders der staatlichen Fürsorge bedürften. Die Neueinweisungen und die Belegungszahlen bestätigen diese Auffassung, und so wuchs die Belegungszahl im Landesjugendwohnheim Fichtenhain bis Mitte April 1948 bereits wieder auf 245 Jugendliche an.[15]

durch Prälat Paul Wolpers abgelöst wurde. Weitere Direktoren waren und sind: Hubertus Gollnick (1971–1988) und seit 1988 die amtierende Leiterin Sabine Kaul.

11 Vgl. Jans/Beurmann 1963, S. 50.

12 Ebd., S. 51.

13 Vgl. ALVR 13919, Bl. 16, 21, 25 u. 35.

14 Zu bedenken ist an dieser Stelle, dass diese Einweisungsurteile während der NS-Zeit gefällt worden waren und somit als »Rechtsurteile« der nationalsozialistischen Fürsorgepolitik übernommen wurden.

15 Antwort des Arbeits- und Sozialministeriums betr. der Anfrage der Militärregierung zu den Belegungen der Fürsorgeerziehungsheime, in: ALVR 14072. Vgl. dazu Näheres in Kap. III.1.

1.3 Belegung und Struktur der Einrichtung (1953–1973)

Dieser schnelle Zuwachs an Jugendlichen hatte zur Folge, dass die Jugendlichen, so wie in der Zeit vor der Schließung im Jahr 1930, in großen Schlafsälen untergebracht werden mussten, die mit 35 und mehr Jugendlichen belegt waren. »Diesen Jugendlichen standen in ihren Gruppen ein Schlafsaal und ein Gruppenraum zur Verfügung. Wollte ein Erzieher einmal mit einem Jugendlichen alleine sprechen, so war er gezwungen, mit dem Jugendlichen auf den Flur oder sonst wohin zu gehen.« In den Anfangsjahren vor den Umbaumaßnahmen Anfang der 1950er Jahre war Fichtenhain wie folgt gegliedert: zwei Aufnahmegruppen, zwei Lehrlingsgruppen, eine Gruppe für 14- bis 15-Jährige, eine Gruppe für den Gutshof (Stallgruppe), eine Gruppe für besonders schwierige Jungen, eine Gruppe für »Bettnässer«.[16] Auf Grund dieser problematischen Belegungssituation forderte das Sozialministerium die drei Provinzialerziehungsheime bereits im Jahr 1951 auf zu prüfen, ob man Jugendliche unter bestimmten Voraussetzungen auch wieder entlassen könne. Die Heime sollten prüfen, »welche Jugendliche (1) als Lehrlinge oder Arbeiter in einer Familie untergebracht werden könnten, (2) ob eine gleichzeitige Unterbringung in einem auswärtigen Jugendwohnheim möglich wäre oder (3) man eine versuchsweise Entlassung einiger Jugendlicher befürworten könnte«.[17] Grundsätzlich erkannte man hierdurch die Notwendigkeit, perspektivisch eine Stelle eines Außenfürsorgers zu schaffen, »dessen Aufgabe es zukünftig sein soll, geeignete Stellen für die Minderjährigen zu finden«. Erschwerend kam hinzu, dass die bis dato durchgeführten Verlegungen von schwierigen Jugendlichen in den Dansweilerhof nicht mehr möglich waren.

»Eine Verlegung in den Dansweilerhof kann vorläufig nicht in Frage kommen«, so das Arbeits- und Sozialministerium 1951, »weil der Dansweilerhof selbst überfüllt ist und die durch die Zusammenlegung schwersterziehbarer Jungen auftretenden pädagogischen Schwierigkeiten nicht weiter erhöht werden dürfen. In Zukunft muss jedes der Provinzial-Jugendheime sich selbst auch auf eine Gruppe von Jungen einstellen, die größere Erziehungsschwierigkeiten verursachen.«[18] Faktisch führten diese Haltung sowie dann die Schließung des Dansweilerhofes 1966 zur Entstehung geschlossener Gruppen in den Landesjugendheimen. Im Landesjugendheim Fichtenhain existierte seit dem 23.11.1962 die erste offizielle geschlossene Gruppe.[19]

Die nachfolgende Tabelle der Belegungszahlen von 1951 bis 1973 bestätigt diese schnelle Zunahme von Jugendlichen im Heim. Erkennbar ist auch der zunächst stetige Anstieg bis 1953 (über 331 Jugendliche), die Reduzierung seit Anfang der 1960er Jahre auf maximal 242 (1967) und die deutliche Verringerung ab dem Jahr 1970. Diese Zahlen entsprechen dem allgemeinen statistischen Trend für die Heime im Gebiet des Landschaftsverbandes.[20]

16 Vgl. Fluktuation – ein Problem der Heimerziehung, Hausarbeit, S. 1, in: ALVR 40573.
17 Vgl. Arbeits- und Sozialministerium an die drei Provinzial-Erziehungsheime betr. der steigenden Zahlen der schulentlassenen Minderjährigen (20.12.1951), in: ALVR 18891/Teil I.
18 Schreiben des Arbeits- und Sozialministeriums (20.12.1951), in: ALVR 18891.
19 Vgl. Jahresbericht 1956, in: ALVR 18856.
20 Vgl hierzu Näheres in Kap. I.2.3.

Belegung des Landesjugendheims Haus Fichtenhain:[21]

Jahr	**1951**	**1952**	**1953**	**1954**	**1955**	**1956**	**1957**	**1958**
Belegung	265	?	331	305	309	311	256	236
Jahr	**1959**	**1960**	**1961**	**1962**	**1963**	**1964**	**1965**	**1966**
Belegung	216	235	263	?	?	231	228	223
Jahr	**1967**	**1968**	**1969**	**1970**	**1971**	**1972**	**1973**	
Belegung	242	227	227	147	139	126	102	

Diese Zahlen basieren auf den jährlich erstellten Jahresberichten der Heime an das Landesjugendamt. Diese Berichte waren in ihrem Aufbau standardisiert und wurden seit 1953 regelmäßig erstellt. Sie gaben im ersten Teil einen Überblick über die zahlenmäßigen Entwicklungen (Bestand, Zu- und Abgänge), differenzierten die verschiedenen Zugänge (Ersteinweisungen, Überweisungen, Heimrücknahmen) und der Abgänge (Aufhebung der Fürsorgeerziehung oder Freiwilligen Erziehungshilfe), die Erteilung von Arbeitsurlaub, die Unterbringung in Arbeits- und Ausbildungsstellen und Familienpflege.

Im zweiten Teil wurden die Jugendlichen in ihrer Gesamtheit charakterisiert und allgemeine Aussagen über ihren Entwicklungsstand abgegeben. So hieß es beispielsweise im Jahresbericht für 1965, »die meisten Jugendlichen wiesen in ihrer geistig-seelischen Entwicklung einen Rückstand auf. Ihre schulischen Kenntnisse entsprachen nicht dem Wissen, das man auf Grund ihres Schulabschlusses aus dem 7. bzw. 8. Schuljahr hätte erwarten können. Das war weniger auf mangelnde Begabung, als vielmehr auf ungünstige häusliche Verhältnisse und eine unzulängliche Förderung ihrer Anlagen zurückzuführen.« Zur Begründung der Heimeinweisung hieß es weiter, »die Jugendlichen kommen überwiegend aus zerrütteten häuslichen Verhältnissen und erfuhren in den Familien ungenügende Betreuung seitens der Eltern. Daraus resultierten kriminelle Delikte (meist Diebstähle), Arbeitsunlust und der Hang zum Streunen. Die Jugendlichen kommen aus gegensätzlichen familiären Verhältnissen: ein Teil (Wohlstandsverwahrloste) kommen aus einer scheinbar geordneten und finanziell gesicherten Umgebung, ein anderer Teil ist in einer unsozialen Umwelt aufgewachsen.«[22]

Der durchschnittliche Heimaufenthalt in Fichtenhain wurde mit 1,3–1,6 Jahren angegeben mit dem Hinweis, dass es auf Grund fehlender Unterbringungsmöglichkeiten in den jeweiligen Heimatorten der Jugendlichen zu Problemen komme, wenn sie in eine Arbeitsbeurlaubung entlassen werden sollten. Kritisiert wurde an dieser Stelle seitens des Heimes, dass es auch immer wieder zu Problemen mit Eltern kam, deren Kinder auf Basis

21 Diese Zahlen sind aus den Jahresberichten des Heimes, in: ALVR 18856; 29717; 40418; 40364 sowie aus den Gegebenheiten der Heimerziehung 1967–1973 entnommen, in: ALVR 29204. Für die Jahre 1952, 1953 und 1963 liegen keine Angaben vor.

22 Jahresbericht des RLJA Fichtenhain, in: ALVR 29717.

der Freiwilligen Erziehungshilfe in die Heime eingewiesen wurden. Diese Eltern hätten, so Wolpers weiter, »oft nur unter dem Druck des bevorstehenden Strafverfahrens dem FEH-Antrag zugestimmt und ziehen deshalb zu früh die Zustimmung zum Heimaufenthalt wieder zurück«. Obwohl die Formulierungen und inhaltlichen Beschreibungen in den jeweiligen Jahresberichten oft sehr ähnlich waren, sind sie doch die einzige kontinuierliche Quelle aus den Heimen, auf Grund derer die Arbeit des Heimes und die strukturellen, organisatorischen Veränderungen und erzieherischen Entwicklungen nachzuvollziehen sind. Des Weiteren enthielten die Berichte Angaben über den schulischen Unterricht und die Seelsorge im Heim, die sportlichen und freizeitlichen Aktivitäten und gaben einen Überblick über den Gesundheitszustand der Jungen. Abschließend wurden die verschiedenen heiminternen Bestrafungsformen sowie die Anzahl der gerichtlichen Strafen aufgeführt, die Kontakte zu den Angehörigen, die Verpflegung und ein Überblick über die Ausbildungs- und Arbeitsbetriebe gegeben.

Die besondere Problematik der bis Mitte der 1950er Jahre sehr starken und schnellen Zunahme von Jugendlichen und die anfänglich deutlich spürbaren Platzprobleme führten zu den bereits angesprochenen sehr großen Gruppen mit einer äußerst knappen Personalbesetzung. So notierte Wolpers in seinem ersten Jahresbericht für 1953 bis 1954, dass es besonders »bei der Aufnahme beziehungsweise bei Einleben in den Aufnahmegruppen aufgrund des Größenverhältnisses von 1:30 (1 Erzieher auf 30 Jugendliche) und der unerfreulichen, engen Raumgestaltung (31 Menschen in einem 24 m^2-Raum), zu größeren Problemen kam«.[23] Weitere Probleme bereiteten laut Bericht die Jugendlichen, die nach einer verbüßten Jugendstrafe wieder zurück ins Heim kamen; Jugendliche, die über die Freiwillige Erziehungshilfe eingewiesen wurden, da – so Wolpers – Eltern und Jugendliche glaubten, hier Ausnahmen erwirken zu können wie beispielsweise den Verbleib bei den Eltern nach einer Entweichung.[24] Diese Aussage bestätigt die Auffassung, dass es für die Heime im Erziehungsalltag nach der Einweisung nicht relevant war, ob der Jugendliche durch ein Urteil des Vormundschaftsgerichts oder über einen Antrag des Jugendamtes eingewiesen wurde.[25]

1.3.1 Charakterisierung der Gruppen und Zuteilung der Jugendlichen[26]

Die nachfolgende Aufstellung veranschaulicht die Gruppenaufteilung des Heimes. Anhand der vorgenommenen Differenzierung werden die Merkmale erkennbar, aufgrund derer die Jugendlichen aufgeteilt und charakterisiert wurden. Darüber hinaus gibt sie Auskunft über die Schwerpunkte der Erziehungsarbeit.

23 Vgl. Jahresbericht 1953–1954, in: ALVR 18856.
24 Vgl. ebd.
25 Vgl. hierzu weiter in Kap. III.1.
26 Vgl. Gegebenheiten der Heimerziehung, in: ALVR 40460.

Gruppendifferenzierung 1956:[27]

Gruppen-bezeichnung	Gruppendifferenzierung	Belegung
Abt. 1	Aufnahmeabteilung für Jüngere	28
Abt. 2	Aufnahmeabteilung für Ältere	26
Abt. 3	Abteilung der Enuretiker (Bettnässer)	21
Abt. 4	Charakter einer geschlossenen Gruppe	27
Abt. 5	Offene Gruppe	24
Abt. 6	Abteilung der Jüngsten (13–16 Jahre)	20
Abt. 7	Halboffene Gruppe	23
Abt. 8	Offene Gruppe	19
Abt. 9	Offene Gruppe	21
Abt. 10	Charakter einer geschlossenen Gruppe/Gutshof	22
Abt. 11	Lehrlings-/Jugendwohnheim	43

Aufnahmegruppe: Hier verbrachten die Jugendlichen die ersten vier bis sechs Wochen. Diese Phase diente der Eingewöhnung ins Heim. Fichtenhain verfügte 1956 über je eine Aufnahmegruppe für jüngere und ältere Jugendliche. Gruppe der Enuretiker: Dies waren Jungen, die aufgrund einer physischen oder psychischen Erkrankung Bettnässer waren und im Heim in einer gesonderten Gruppe zusammengefasst wurden. Ob diese Separierung therapeutisch sinnvoll war oder für die Jungen im Heim eher eine Stigmatisierung bedeutete, lässt sich aus den vorliegenden Quellen nicht eruieren. In späteren Belegungsverzeichnissen ist diese Gruppe nicht mehr vorhanden.

Geschlossene Gruppe: Obwohl es zu diesem Zeitpunkt in Fichtenhain noch keine offiziell geschlossene Gruppe gab, wurden – so die Begründung des Heimes – die »physisch Massiven und psychisch Primitiven« in der 4. Abteilung untergebracht. Von dem Erzieher wurde hier »ein sehr festes und energisches Auftreten, aber auch Geduld und Einfühlungsvermögen« erwartet. Die zweite Gruppe, die dem »Charakter nach eine geschlossene Abteilung war«, war der Gutshof. Hier waren bis zu 35 durchweg ältere, kräftige und stabile Jungen untergebracht, die zuvor oft entwichen waren und/oder in anderen Arbeitsstellen versagt hatten. Durch einen »erhöhten Arbeitseinsatz« und eine stärkere Bindung sollten diese Jungen »seßhaft werden« mit der Aussicht, in eine landwirtschaftliche Stelle vermittelt zu werden.

Offene Gruppen: In diesen Gruppen waren die Jugendlichen untergebracht, die sich in unterschiedlichen Arbeits-, Anlern- oder Ausbildungsverhältnissen befanden. Diese waren auf dem Heimgelände, in (Lehr-)Werkstätten oder in der Stadt. Lehrlingsheim oder Jugendwohnheim: Hier waren Jugendliche untergebracht, die sich in anderen Häusern zuvor bewährt hatten. Im Gegensatz zu den anderen Gruppen bewohnten sie Drei-

27 Ebd.

bettzimmer. Fasst man die Offenen Gruppen und das Jugendwohnheim zusammen, so waren zum Zeitpunkt der Auflistung in diesen Gruppen über 50 Prozent der gesamten Jugendlichen untergebracht. Halboffene Gruppe: Hier waren die Jugendlichen untergebracht, die noch zu viele Defizite aufwiesen, um bereits in einer offenen Gruppe leben zu können. »Hier sind ebenfalls Jungen, die als Anlernlinge eingesetzt sind und bei denen man noch im Unklaren ist, ob sie in eine Lehrstelle hineingeführt werden können.« Gruppe der Jüngeren: Dies waren die Jungen, die zuvor in Kinder- oder Waisenheimen aufgewachsen waren und, so die Einschätzung des Heimes, »in der Schwierigkeit der Pubertät standen«. Vom Erzieher wurde erwartet, dass er »mütterliches« Verständnis haben solle und sich in die Gedankenwelt der Kinder hineinversetzen könne.

Diese Darstellung verdeutlicht das ganze Spektrum der Jugendlichen, die sich aufgrund ihres Alters, ihrer bisherigen Heimerfahrungen, ihres psychischen Zustandes sowie bestehender somatischer Erkrankungen unterschieden. Allen Gruppen gemeinsam war die personelle Besetzung mit jeweils einem Erzieher pro Gruppe. Über den Zustand des Heimes (Versorgung, Gestaltung der Räumlichkeiten, Bekleidung) gab diese Aufstellung keine Auskünfte.

In einem Reisebericht aus dem selben Jahr 1956 hielt Beurmann nachträglich ihre Beobachtungen und kritischen Anmerkungen schriftlich fest. Dieser Besuch wurde seitens des Landesjugendamtes zwar angekündigt, ohne jedoch das eigentliche Ziel erkennbar zu machen. »Der Besuch bezweckte eine Überprüfung der äußeren Versorgung der Gruppen und ihres Zustandes, einen Einblick in die Verpflegung des Heimes, die Überprüfung der Einrichtung und Anlage der Arreträume.«[28] So bemängelte Beurmann unter anderem, dass ihrer Auffassung nach den Jungen zu wenige Handtücher zur Verfügung stünden. Denn obwohl ausreichend Handtücher verschiedener Farben vorhanden waren, wurde jedem Jugendlichen nur ein Handtuch zugestanden. Als Begründung nannte der verantwortliche Erzieher, dass es keinen zweiten Haken zum Aufhängen dafür gebe. Weiter wurde beanstandet, dass in zwei Abteilungen die Jungen keinen Freizeitanzug zum Wechseln hatten, da in diesen Gruppen keine Schränke dafür vorhanden waren. »In Abteilung 7 hat dies zur Folge, dass der Freizeitanzug für die Jungen vom Magazin überhaupt nicht ausgegeben ist, also die Jungen überhaupt auch keine Möglichkeit haben, sich nach Arbeitsschluss umzuziehen.«[29] Bei der Frage nach der ausreichenden Verpflegung wurde offenbar, dass die Beköstigung für die Stadtarbeiter nicht ausreichend war. »Es wurde zugegeben, dass die Kaltverpflegung der Stadtarbeiter wohl knapp bemessen sei und besser sein könnte, präzise Angaben fehlten. Es wurde auch erklärt, dass im vergangenen Jahr schon einmal die Arbeitgeber im Heim angerufen hätten mit der Bitte, den Jungen bessere Butterbrote mitzugeben.« Beurmann bat in diesem Zusammenhang um die Zusendung eines wöchentlichen Küchenzettels, aus dem die Mengen der täglich gelieferten Lebensmittel hervorgingen, um so gegebenenfalls Unzulänglichkeiten in der Verpflegung auszumachen und eventuelle Mehraufwendungen zu organisieren. Abschließend wurden bauliche Kon-

28 Reisebericht (Beurmann) in das RLJH Fichtenhain (15.2.1956), in: ALVR 41340.
29 Ebd.

zeptionen besprochen, die teilweise bereits ausgeführt oder noch in Planung waren. Von Seiten des Heimes kam der konkrete Wunsch, die Schlafsäle durch halbhohe Trennwände unterteilen zu können.

Diese Illustrierung eines Heimbesuches seitens des Landschaftsverbandes macht die Ambivalenz solcher Besuche und/oder Kontrollen deutlich. Der Landschaftsverband war Träger der Einrichtungen und als Fürsorgeerziehungsbehörde auch für die Belegung der Heime zuständig. Gleichzeitig war er interessiert daran, dass die Heime ihrem Auftrag entsprechend arbeiteten und funktionierten. Der zuvor beschriebene Fall macht ersichtlich, das diese »Doppelfunktion als Träger und Auftraggeber« in der Praxis bedeuten konnte, dass der Landschaftsverband als Auftraggeber die Erhöhung des Verpflegungssatzes als notwendig erachtete, die er als Träger gleichzeitig gewährleisten und umsetzen musste. Somit veränderte auch die ab 1961 durch § 78 Jugendwohlfahrtsgesetz formulierte Heimaufsicht das Verhältnis zu den eigenen Heimen nicht entscheidend.[30] Interessant ist diese Situation vor dem Hintergrund der Kontrolle der Heime. Zugespitzt formuliert, kontrollierte das Landesjugendamt sich selber. Gab es eine Beschwerde über ein Heim, wurde sie in erster Instanz an das Landesjugendamt gerichtet, das dann die Heimleitung als verantwortliche Stelle im Heim aufforderte, die Beschwerde zu verfolgen.

Gruppengröße*:* Bis Ende der 1950er Jahre lässt sich noch keine signifikante Veränderung der Gruppengrößen erkennen. So zeigt die nachfolgende Tabelle für das Jahr 1959 noch ähnlich hohe Werte für die Gruppenbelegung wie im Jahr 1956. Einzig die Anzahl der Gruppen ist um zwei zusätzliche Gruppen angestiegen.

Gruppenbelegung in Haus Fichtenhain 1959:[31]

Gruppenbezeichnung	Merkmale für Gruppendifferenzierung	Gruppenbelegung
1. Abt.	Heimlehrlinge	21
2. Abt.	Gemischte Aufnahmegruppe	18
3. Abt.	Anlernlinge in Werkstatt/Baustellen	21
4. Abt.	Halboffene Gruppe; Jgdl. mit bes. Schwierigkeiten	22
5. Abt.	Offene Gruppe; Erprobung für freiheitlichere Behandlung, indiv. Führung notwendig, Aufnahme Älterer	21
6. Abt.	Aufnahme für Ältere	21
7. Abt.	Erziehungsgruppe der Jüngsten	21
8. Abt.	Aufnahmegruppe für die Jüngsten	21
9. Abt.	Neue Heimlehrlingsgruppe	20
10. Abt.	Heimlehrlingsgruppe	18

30 Siehe Grundsätzliches zur Heimaufsicht in Kap. I.2.5.

31 Allgemeine Personalangelegenheiten, in: ALVR 18883.

Gruppen-bezeichnung	Merkmale für Gruppendifferenzierung	Gruppen-belegung
11.+12. Abt.	Jugendwohnheim für Arbeiter und Lehrlinge, die in der Stadt beschäftigt sind	48
13. Abt. Gutshof	Vorwiegend ältere Minderjährige mit erheblichen Schwierigkeiten (Charakter einer geschlossenen Gruppe)	21

Erste deutliche Veränderungen – siehe nachfolgende Tabelle für 1967 – waren ab Mitte der 1960er Jahre auszumachen. Wenn auch die Anzahl der Gruppen (13) gleich blieb, verringerte sich die Gruppengröße erkennbar. Keine Gruppe war mit mehr als 18 Jugendlichen belegt, lediglich das Lehrlingsheim war wie bisher mit annähernd 40 Personen belegt. Des Weiteren standen den Gruppen nun mehr Schlaf- und Tagesräume zur Verfügung. Die Verringerung der Gruppengrößen setzte sich in den kommenden Jahren sukzessive fort, bis 1974 die durchschnittliche Gruppengröße bis auf maximal 12 Jugendliche pro Gruppe gesunken war.

Gruppendifferenzierung, Stand 1.10.1967:[32]

Gr. Nr.	Gruppendifferenzierung	Größe	Alter	Tagesräume	Schlafräume
1	Aufnahme Jüngere	18	15–16	2	4
2	Minderbegabte	18	16–21	2	7
3	Aufnahme Ältere	18	17–21	2	4
4	Stadtarbeiter	17	16–21	2	11
5	Gemischte Erziehungs-gruppe	18	15–21	2	7
6	Erziehungsgruppe der Jüngsten	16	14–15	2	4
7	Heimlehrlinge	17	15–18	2	3–4
8	Heimlehrlinge	18	16–21	2	7
9	Geschlossene Gruppe	18	16–21	2	4
10	Gutshofgruppe	16	16–21	2	10
11	Lehrlingsheim	37	14–21		
12	Heimlehrlinge	18	16–21	2	3
13	Geschlossene Gruppe	15	14–21	2	12

32 Gegebenheiten der Heimerziehung, Belegungszahlen 1967–1973, in: ALVR 29204.

1.3.2 Die geschlossenen Gruppen

Eine erkennbare Erweiterung erfuhr das Gruppenkonzept durch das Hinzukommen zweier geschlossener Gruppen, wobei die erste geschlossene Gruppe bereits seit dem 23.11.1962 existierte. Die Entscheidung, geschlossene Gruppen in den Landesjugendheimen einzurichten, hatte unter anderem mit der veränderten Verlegungspraxis zu tun, da die Heime seit Anfang der 1960er Jahre aufgefordert waren, ihre schwierigeren Jungen selber zu versorgen und nicht, wie bis dahin mitunter üblich, in den Dansweilerhof abzuschieben. Mit der Schließung des Dansweilerhofes 1966 war diese Verlegung völlig ausgeschlossen. Dies könnte somit auch ein Grund für die im Anschluss geschaffene zweite geschlossene Gruppe gewesen sein.

Vor der Einrichtung der ersten geschlossenen Gruppe (Gruppe 13) mussten 1962 entsprechende Umbauarbeiten in Haus V vollzogen werden, da dieser Gruppe auch geschlossene Werkstätten (Holz und Metall) angeschlossen waren. Das bedeutete, dass die Jungen dieser Gruppe weder während der Arbeitszeit noch in der arbeitsfreien Zeit mit den übrigen Jugendlichen in Kontakt kommen sollten. Dies wird auch durch die Erinnerungen von Gustav Berger gestützt, der bei der Beschreibung des Morgenappells dazu bemerkte: »Da müssen wir ganz fein aufpassen. Die Gruppe 13 wurde nicht rausgeführt. Die war absolut zu. Die hatten ihren eigenen Hofgang, aber sonst nichts.«[33] Ziel war es, die Fluchtmöglichkeiten so weit wie möglich auszuschließen. Eröffnet wurde die erste Gruppe 1962 mit zunächst drei Jugendlichen, dann erhöhte sich die Anzahl auf fünf Jungen. Im Januar 1963 waren es bereits 15 Jungen, die in dieser Gruppe lebten. Fast alle Jungen schliefen in Einzelzimmern. Die neben dem Umbau des Hauses V zu verrichtenden Gartenarbeiten im Innenhof, so Wolpers in einem Schreiben an das Landesjugendamt, sollten von den Jungen selber übernommen werden. Doch diese widersetzten sich dieser Arbeit, was Wolpers bedenken ließ, ob man diese Jungen überhaupt in der angrenzenden Holzwerkstatt mit den teuren Maschinen arbeiten lassen könne. »Es erschien uns weniger wichtig, was die Jungen tun sollen, sondern daß sie überhaupt beschäftigt waren.«[34] Dies führte in der Praxis dazu, dass man zur Beschäftigung der Jungen eine Flechtwerkstatt einrichtete, wo die Jugendlichen nun Fußmatten für eine Firma herstellten. Diese Arbeit, so Wolpers, sei dem arbeitstechnischen Niveau der Jugendlichen angepasst. Wobei man sich nicht sicher war, »ob die Jugendlichen es nicht besser können oder sich einfach verweigern«.[35]

Die Berichte und Aussagen des Heimes zu dieser Gruppe waren sehr unterschiedlich. So resümierte Wolpers im Jahresbericht von 1965, »die Erfahrungen, die bisher mit der Gruppe gemacht werden konnten, können als positiv bezeichnet werden. Leider reichen die Plätze in dieser Abteilung oft nicht aus, so dass 1 oder 2 Jungen […] in den Isolierräumen übernachten mussten. So lange, wie die Gruppe so geführt wird, wie das bisher der Fall war, möchten wir auf ihre Existenz nicht verzichten.«[36] Bereits ein Jahr später (1966)

33 Interview Gustav Berger (7.10.2009), S. 6, in: ALVR 49421.
34 Wolpers in einem Schreiben an das LJA (16.1.1963), in: ALVR 29723.
35 Ebd.
36 Wolpers im Jahresbericht 1965, in: ALVR 29717.

berichtete Wolpers von erheblichen Schwierigkeiten: »Diese dürften einerseits auf den öfteren Wechsel der Erzieher, die an den Lehrgängen zur I. und II. Erzieherausbildung teilnahmen, zurückzuführen sein, andererseits aber auch in der immer stärker erforderlichen Belegung mit älteren Jugendlichen (über 18 Jahren), die bereits erheblich kriminell in Erscheinung getreten waren, begründet sein.«[37] Diese Zustandsbeschreibung und Bewertung setzte sich auch im darauf folgenden Jahr (1967) fort, wenn Wolpers bemerkte, die Gruppe sei fast ständig überbelegt, und die vorwiegend älteren Jugendlichen nützten jede Gelegenheit zum Entweichen und stünden der Heimerziehung ablehnend gegenüber. »Eine ersprießliche Erziehungsarbeit ist kaum zu leisten, diese Gruppe dient daher mehr der Bewahrung.«[38] Das Heim fühlte sich mehr und mehr überfordert, diese Gruppen erzieherischer zu führen und die Jugendlichen pädagogisch zu erreichen.

Diese Schwierigkeiten gipfelten dann 1969 in einem Tumult seitens der Jugendlichen in dieser Gruppe, zu dessen Beilegung das Heim sich alleine nicht in der Lage sah. In einem Brief an das Landesjugendamt forderte Wolpers am darauf folgenden Tag das Landesjugendamt auf, nach Fichtenhain zu kommen. »Ich bitte Sie daher auch für die anderen Erzieher, kommen Sie nach hier zu einer ehrlichen Aussprache und nehmen Sie zu dieser Sache Stellung.«[39] Die Ereignisse waren das Resultat von Geschehnissen, die bereits vor Monaten begonnen hatten. »In den letzten Monaten sind mehrere Fenster aufgebrochen worden um eine Fluchtmöglichkeit zu finden. Das ist ja noch in gewisser Weise zu verstehen. Da die Jungen genau so wie wir einen gewissen Freiheitsdrang haben [sic!]. Daß man aber neuerdings die Gruppenräume sowie das Mobiliar aus revolutionären Bewegungen heraus beschädigt und zerstört, sowie sich über Erzieheranweisungen einfach hinweg setzt und diese noch massiv bedroht, dürfte doch auch nicht in ihrem Sinne sein und einfach zu weit gehen.«[40] Die Jugendlichen hatten am Abend zuvor begonnen, Teile der Küchendurchreiche zu beschädigen. Die Androhung, dass es erst Essen gäbe, wenn diese Entwendungen [welche? Beschädigung der Durchreiche ist keine Entwendung] wieder zurückgegeben wären, brachte kein Ergebnis. Am darauf folgenden Morgen beim Frühstück sowie beim Mittagessen warfen die Jugendlichen das Essen gegen Türen und Wände, Tische und Stühle wurden zur Verbarrikadierung genutzt. Wolpers, der mit einem Erzieher in der Gruppe anwesend war, rief den Erziehungsleiter Thomé zur Hilfe. Der aber weigerte sich, die Gruppe zu betreten, und forderte Wolpers auf, das Landesjugendamt zu verständigen. Die Jugendlichen begründeten ihre Aktionen damit, dass sie das Landesjugendamt in Köln dadurch zwingen wollten, sich um ihre Belange zu kümmern: »Sie, Herr Pasch, Herr Hein oder andere Erzieher könnt ja nicht dafür, daß wir hier festgehalten werden. Aber da die anderen von vorne oder von Köln sich ja nicht um uns kümmern oder sich wenigstens hier mal sehen lassen müssen wir hier die Sau machen, damit sie eine Meldung schreiben die

37 Wolpers im Jahresbericht 1966, in: ALVR 29717.
38 Wolpers im Jahresbericht 1967 an das LJA, in: ALVR 40418.
39 Wolpers in einem Schreiben an das LJA (14.10.1969), in: ALVR 29723.
40 Ebd.

einmal nach vorne und zum anderen nach Köln geht. Hierauf müssen die Herrn sich hier ja sehen lassen.«[41]

Erziehungsleiter Thomé kommentierte diese Bemerkungen des Jugendlichen P. dahin gehend, dass er P. als bekannten Querulanten bezeichnete, der ja bereits Gelegenheit gehabt habe, mit ihm und dem Landesjugendamt zu sprechen. Wie sich das Landesjugendamt nach diesen Ereignissen geäußert oder verhalten hat, ist durch Quellen leider nicht weiter zu verfolgen gewesen. Es wird aber doch deutlich, dass die Einrichtung der geschlossenen Gruppen den Heimen Probleme bereitete, deren Gründe wohl offensichtlich und allen Beteiligten bekannt waren. Vom zeitlichen Moment her lässt sich dieser Vorfall in die Geschehnisse entfachter gesellschaftlicher Kritik gegen die Heimerziehung aufnehmen, die Ende der 1960er Jahre an verschiedenen Orten zu Revolten in den Heimen führten.

1.3.3 Personal

Die Nachkriegsjahre im Rheinischen Landesjugendheim Fichtenhain sind personell nachhaltig geprägt durch ihren zweiten, langjährigen Direktor und Heimleiter Prälat Paul Wolpers. Paul Wolpers (1909–1998) war von 1938 bis 1942 als Assistent und von 1942 bis 1947 als Krankenhauspfarrer im Franz-Sales-Haus (Heim für geistig behinderte Kinder/Jugendliche) in Essen tätig. Von 1947 bis 1952 war er Religionslehrer in Siegburg, bevor er 1952 vom Landschaftsverband Rheinland zum Heimleitenden Direktor nach Fichtenhain berufen wurde. Am 1.6.1971 schied Wolpers als Direktor aus.[42] Er leitete die Einrichtung somit von 1952 bis 1971 und repräsentiert damit fast den gesamten hier in der Studie zu untersuchenden Zeitraum. Wolpers war katholischer Pfarrer und das Heim Fichtenhain eine Einrichtung für katholische Jugendliche. Die Belegung fast aller landschaftsverbandseigenen Heime erfolgte nach der konfessionellen Herkunft der Minderjährigen[43] und fand ihren Ausdruck in einer über lange Zeit erkennbaren konfessionellen Orientierung im Heimalltag. Dies bedeutete, dass die religiöse Unterweisung in Form von Morgenandachten, die sonntäglichen Messbesuche und die Begehung der unterschiedlichen religiösen Feiertage im Heim ein Stück weit das Heimleben mit strukturierten. Der Wiederaufbau der Kirche und die repräsentative Einweihung durch den Weihbischof 1966 machten den Stellenwert des religiösen Lebens im Heim deutlich. Diese Bedeutung erlangte es unter anderem durch den Direktor, der im Heim in erster Linie verantwortlicher Heimleiter war, aber als Pfarrer auch das religiöse Leben im Heim nachhaltig prägte. Nachfolger als Direktor und Heimleiter wurde Hubertus Gollnick. Er übernahm die Leitung des Fichtenhains im Jahr 1971 und beendete seine Amtszeit im Jahr 1988. Gollnick war zuvor Direktor des Erziehungsheimes Erlenhof gewesen.[44]

41 Ebd.
42 Vgl. hierzu Banach 2006, S. 131 ff.
43 Vgl. dazu mehr in Kap. III.6.
44 Vgl. mehr zur Person Gollnick in Kap. III.3.

Die Leitung und Koordinierung der pädagogischen Arbeit gehörte zum Aufgabengebiet des Erziehungsleiters. Er war sowohl für die Betreuung und Beratung der im Erziehungsdienst tätigen Dienstkräfte zuständig als auch für den Ablauf der Erziehungsarbeit in den Gruppen verantwortlich. Dazu gehörten unter anderem die Führung von Erstgesprächen bei der Aufnahme der Minderjährigen, die Zuweisung in die Gruppen und in die Lehrwerkstätten zur Berufsausbildung, die Erstellung der halbjährlichen Führungsberichte, die Führung der Erziehungslisten, die Durchführung von Sprechstunden, die Mitwirkung bei der Aus- und Fortbildung der Erzieher, die Planung der Arbeitseinsätze der Jugendlichen in Lehr- und Arbeitsverhältnissen außerhalb des Heimes, die Koordinierung der Freizeitgestaltung, die Kontrolle der Heimstrafen und die Wahrnehmung von Gerichtsterminen und die Überwachung und Lenkung der Gruppenarbeit.[45]

Diese Position als Erziehungsleiter hatte über einen Zeitraum von knapp 14 Jahren Stephan Thomé inne. Er kam 1958 nach Fichtenhain und beendete seine Tätigkeit 1972. Somit war er über einen sehr langen Zeitraum der einzige Stellvertreter von Wolpers. Seine beruflichen Fähigkeiten wurden von Seiten Wolpers in den ersten fünf Jahren unterschiedlich bewertet. Während Wolpers ihm zum Beginn gute Arbeitszeugnisse ausstellte und seine Befähigung zum leitenden Erzieher bestätigte, machte er auch Aussagen, die dessen Kompetenzen anzweifelten. So auch in einem Zeugnis anlässlich der Frage nach einer Verbeamtung Thomés im Dezember 1962. Hier schrieb Wolpers: »Er hat wenig Organisationstalent mitgebracht. […] Gute Ansätze sind stets vorhanden, aber sie bedürfen öfter des Anstoßes. Die Ursache liegt m.E. in seiner weichen Art, weshalb er auch, wenn es in Zeiten meiner Abwesenheit zu Kompetenzschwierigkeiten kam, den Kürzeren zog. […] Ansonsten bemüht sich T., sich mit den Nöten und Anliegen unserer Jugendlichen zu konfrontieren […].« Jans' Antwort war die Verschiebung der Verbeamtung auf Lebenszeit.

Im Interview mit dem Zeitzeugen und ehemaligen Heimkind Gustav Berger schilderte dieser einen Vorfall Ende der 1960er Jahre in Fichtenhain, an dem auch der Erziehungsleiter beteiligt gewesen sei. In Folge [Im Verlauf? Nach?] einer verbalen Auseinandersetzung zwischen einem Erzieher und einem Jugendlichen verständigte dieser [das wäre der Jugendliche; ist der Erzieher gemeint, müsste es heißen: jener] den Erziehungsleiter, damit er zur Unterstützung dazu kommen sollte. Als Thomé eingriff, soll sich die Situation dann folgendermaßen abgespielt haben: »Ähm, ich habe also seinerzeit erlebt – nur um einfach mal zu sagen, wie […] oder anzuzeigen, wie rau die Sitten sind – ich habe also erlebt – selber daneben gestanden – wie der Erziehungsleiter Thomé seinerzeit, wie der nen Jungen durch ne dicke Glastüre geschlagen hat. Das habe ich selbst miterlebt. Wir sind an dem gleichen Abend noch zur Heimleitung marschiert und haben gesagt: passte auf, hier muss was passieren. Der ist seinerzeit dann versetzt worden, so weit ich weiß, nach Euskirchen.«[46] Die nachfolgenden Recherchen konnten diese Schilderung nicht einwandfrei verifizieren. Die Personalakten geben zwar ein ungewöhnliches Bild der weiteren beruflichen Anstellung Thomés im Landschaftsverband wieder, aber konkrete Hinweise

45 Vgl. Aufgaben der verschiedenen Berufsgruppen, in: ALVR 29724.
46 Interview Gustav Berger (7.10.2009), S. 4, in: ALVR 49421.

auf diesen Vorfall lassen sich aus ihnen nicht erschließen. Interessanterweise zeigt die Akte Thomés, dass er Anfang 1970 Einblick in seine Personalakte erbeten hatte und 1971 auf eigenen Wunsch ohne Bezüge eine zunächst dreimonatige Beurlaubung beantragte. Gollnick, nun Direktor des Fichtenhain, stimmte dieser Beurlaubung zu. Sie wurde bis Ende 1972 verlängert, bis Thomé Anfang 1973 ins Landesjugendheim Erlenhof nach Euskirchen wechselte, denn eine Rückkehr nach Fichtenhain wurde ausgeschlossen. Hier wurde er abermals stellvertretender Heimleiter von Direktor Rehbein. Diese Beschäftigung endete dann aber bereits nach fünf Monaten, und Thomé wechselte zu Beginn des Jahres 1974 ins Heilpädagogische Landesjugendheim Süchteln. Nach einem Arbeitsgerichtsprozess wegen Nichtzahlung ausstehender Besoldungsbezüge schied Thomé Anfang 1975 auf eigenen Wunsch aus dem Landschaftsverband aus.

In einem Scheiben vom August 1973 schilderte Rehbein die Schwierigkeiten mit Thomé folgendermaßen: »Entscheidend ist weiterhin, dass die Grundhaltung Herrn T. zu Erziehungsproblemen über Jahre hinweg geprägt wurde, in denen auch andere Prinzipien zum Tragen kommen, als sie im Erlenhof in Zukunft durchgesetzt werden.«[47] Der Leitende Landesverwaltungsdirektor Kraus fasste dann im Dezember in einem Schreiben die Kompetenzen Thomés nochmals so zusammen: »[…] Das pädagogische Bemühen von Herrn T. orientiert sich vorrangig am Zielbild einer Familie, die trotz mancher Schwierigkeiten heute noch das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit und des ›Aufeinander-Bezogenseins‹ hat. Hierzu zählen auch gewisse Ordnungsprinzipien und Rangwerte im Verhältnis Eltern zu ihren Kindern, wie sie unter anderem auch im christlichen Denken enthalten sind. […] Herr T. wäre in der Lage, ›Ordnungsfunktionen‹, die auch in einem Heim notwendig sind, jedoch als ›undankbare Aufgabe‹ empfunden werden, zu übernehmen.«[48] Letztlich lässt sich die Schilderung des Zeitzeugen nicht eindeutig belegen. Die verschiedenen Arbeitsplatzwechsel von Thomé deuten zwar in diese Richtung, aber der beschriebene Vorfall wird, wie gesagt, in den Personalakten nicht erwähnt. Die durch Kraus und Rehbein beschriebenen Erziehungsvorstellungen lassen vermuten, dass Thomé ein autoritärer Erzieher war, der vor eingreifenden Handlungen gegen Jugendliche nicht zurück schreckte. Das könnte den beschriebenen Vorfall möglich gemacht haben. Wäre dem so, hätte das Landesjugendamt den Vorfall nicht in die Akten aufgenommen, und für Thomé hätte der Vorfall keine Konsequenzen gehabt. Andernfalls könnte aber auch die Schilderung von Gustav Berger drastischer ausgefallen sein, als es sich tatsächlich zugetragen hatte. Aber letzten Endes lassen sich keine der beiden Varianten belegen.

Eine weitere wichtige Position im Heim war die des Hausvorstehers. Er war sowohl übergeordnet im Heim tätig (verantwortlich für Sauberkeit, Ordnung und Sicherheit im Heim; Vorbereitung der Dienstpläne, Arbeitseinsatz der Jugendlichen, Verwaltung des Bekleidungsmagazins) als auch innerhalb der Gruppen als »hausväterlicher Erzieher für die Jugendlichen«. Für die unmittelbare Arbeit in den Gruppen waren die Gruppenerzieher und Zweiterzieher zuständig. Beide Berufsgruppen hatten unterschiedliche berufliche

47 Schreiben von Rehbein an das LJA (8.8.1973), in: ALVR 52328.
48 Schreiben von Kraus (4.12.1973), in: ALVR 52328.

Abschlüsse oder standen – wie die Erzieheranwärter – noch im Ausbildungsprozess. Da die Ausbildung der Erzieher über einen langen Zeitraum praxisbegleitend und durch den Landschaftsverband selber organisiert wurde, arbeiteten diese Erzieheranwärter bereits als volle Arbeitskräfte in den Gruppen, obwohl sie aufgrund des zu absolvierenden theoretischen Ausbildungsunterrichts immer wieder in der Gruppenarbeit ausfielen. Da, wie bereits erwähnt, für eine Gruppe zunächst auch nur ein Erzieher zuständig war, musste jeder Ausfall eines hauptamtlichen Mitarbeiters (durch Krankheit, aber auch bedingt durch eine hohe Fluktuation) kurzfristig ersetzt werden. Dieser Ausfall wurde dann entweder durch Erzieher anderer Gruppen oder durch Erzieheranwärter ausgeglichen. Bei den erheblichen Gruppengrößen mit den zum Teil schwierigen Jugendlichen und Bedingungen in den Gruppen waren diese Ausnahmesituationen gleich auch meist Krisensituationen, die dann in der Praxis weniger pädagogisch als lediglich organisatorisch aufgefangen wurden.

Für den Freizeit- und Sportbereich gab es in Fichtenhain – aber noch nicht unmittelbar nach dem Krieg – spezielle Sport- und Werkerzieher. Besonders die Sporterzieher hatten eine, wie in Kapitel III.4 ausführlicher dargestellt wird, besondere Bedeutung im Freizeit- wie im Erziehungsbereich in den Heimen. Neben dem für das Landesjugendheim Fichtenhain verantwortlichen Sporterzieher übernahm der langjährige Erziehungsleiter Stefan Thomé einen Teil des freiwilligen Sportangebotes. Er war für die Gründung des Fichtenhainer Kanuclubs verantwortlich, der als Angebot für die Jugendlichen wie auch für die Bediensteten des Heimes zur Verfügung stand. Neben den gruppenpädagogischen Mitarbeitern gab es die verschiedenen Meister in den Arbeits- und Werkstätten. Diese hatten in der Regel eine handwerkliche und eine pädagogische (Zusatz-)Ausbildung. Eine festangestellte Krankenschwester (seit 1.5.1954), ein Sporterzieher (seit 3.1.1955) und ein Außenfürsorger (seit 15.1.1921) sowie ein nebenamtlicher praktischer Arzt und Zahnarzt komplettieren die Liste der verschiedenen Arbeitsbereiche im Heim.

1.4 Heimalltag

Der Heimalltag basierte in Fichtenhain, wie in allen anderen landschaftsverbandseigenen Heimen, auf einem durchorganisierten und geplanten Tagesablauf: Wecken, waschen, frühstücken, Küchen- oder andere Dienste und dann wurden alle Gruppen – bis auf die geschlossene Gruppe – auf den Hof geführt. »Man wurde also auf den Appellhof geführt, mitsamt dem Erzieher. Der Erzieher stand dann – also der Gruppenleiter oder wie auch immer – der stand dann bei der Gruppe und dann wurde halt gesagt: So, diejenigen, die krank sind, kommen also separat, die wurden dann (die dann nicht bettlägerig waren) wurden dann zum Kartoffelschälen – ja, musste ja auch irgendwo gemacht werden – die die anderen wurden dann eingeteilt. Für den Garten oder auf das Feld oder, oder oder. So, und das ging dann bis Mittags. Mittags ging's dann in der Gruppe auch wieder in der Reihe zum Mittagessen und nach dem Mittagessen, nach 'ner – ich sag jetzt mal, anderthalb Stunden – Pause traf man sich wieder auf dem Appellhof und ging dann wieder weg. Also

ganz normal.«[49] Ausgenommen von diesem täglichen Ritual waren die Außen- und Stadtarbeiter. Alle anderen arbeiteten in heimeigenen Anlernbetrieben oder in Arbeitsstellen auf dem Heimgelände.

Ausbildungs- und Arbeitsbetriebe des Heimes, Stand 1.6.1956

Betriebs-bezeichnung	Art der Ausbildung oder Beschäftigung	Zahl der beschäftigten Minderjährigen
Schlosserei	Bau- und Maschinen-Schlosserhandwerk	13
Schreinerei	Bau- und Möbelschreinerhandwerk	11
Anstreicherei	Anstreicherhandwerk	5
Schuhmacherei	Schuhmacherhandwerk	11
Schneiderei	Schneiderhandwerk	6
Korbflechterei	Korbmacherhandwerk	8
Maschinenhaus	Schlosser-, Klempner-, Elektrohandwerk	22
Bäckerei	Bäckerhandwerk	2
Gärtnerei	Gärtner	38
Gutshof	Landwirtschaft	30
Küche	Küchenbetrieb	10
Wäscherei	Wäschereibetrieb	4

Die landwirtschaftlichen Betriebe des Fichtenhains konzentrierten sich auf den Gutshof, der geografisch am Rande des Heimgeländes lag. Landwirtschaft war für das Heim aus drei Gründen von Bedeutung: Zum einen trugen die Erzeugnisse zum teilweisen Selbsterhalt des Heimes bei,[50] zum anderen wurden sie verkauft, und die Gewinne flossen als Einnahmen in den Haushalt des Heimes ein, und letztlich bot die Landwirtschaft Arbeitsplätze für die Jungen an, denen man mangels Intelligenz oder Interesse keine anderen, technischen oder handwerklichen, Arbeiten zutraute. Auch waren die Arbeiten im Gutshof so organisiert, dass die kleinen Gruppen gut zu überwachen waren und deshalb mit Jungen besetzt wurden, die zu entweichen drohten. Schon vor der offiziellen Einführung geschlossener Gruppen betrachtete und behandelte man seitens des Heimes diese Jugendlichen als eine solche geschlossene Gruppe.

Aus einem Schreiben des Direktors Wolpers an den Landschaftsverband aus dem Jahr 1965 wird der Gutshof als Arbeitsplatz im Heim – für die Jugendlichen wie für die Erzieher – erkennbar. Hintergrund war eine Arbeitsbesprechung aller im Gutshof tätigen Mitarbeiter, inklusive des Erziehungsleiters, des Wirtschaftsbeamten und des Hausvorstehers. Wolpers beklagte in diesem Schreiben die schwierigen Arbeitszeiten und -bedingungen

49 Interview Gustav Berger (7.10.2009), S. 5, in: ALVR 49421.

50 Mitte der 1960er Jahre verfügte das RLJH Fichtenhain über 250 Morgen Land, 45 Stück Großvieh und 150 Schweine, vgl. Banach 2006, S. 131.

für die Erzieher. Er wollte damit anregen, darüber nachzudenken, ob es nicht sinnvoller sei, die Milchzucht auf Herdenzucht umzustellen, um dadurch die Arbeitszeiten zu verbessern. Auch wenn es ihm hier nicht vordergründig um die Jugendlichen ging, wird doch aus der Schilderung der Arbeitsverhältnisse deutlich, dass die im Gutshof beschäftigten Jungen äußerst widrige Arbeitsbedingungen erlebten.

Aufgrund verschiedener Melkzeiten splittete sich ihre Arbeitszeit an Wochentagen in vier Einheiten auf. Arbeitsbeginn war um 4.15 Uhr und Arbeitsende gegen 18.30 Uhr. Auch wenn die nachstehende Aufstellung auf die Dienstzeiten des Erziehers hinweisen sollte, geben sie so auch die Arbeitszeiten der sechs im Stall beschäftigten Jungen wieder: »4.15–5.15 Uhr = 1 Stunde, 9.00–12.00 Uhr = 3 Stunden, 14.45–15.15 Uhr = 0,5 Stunden, 17.30–18.30 Uhr = 1 Stunde. Das machen in der Woche 6 × 5,5 = 33 Stunden. Der Sonntagsdienst sieht wie folgt aus: Die Jugendlichen werden um 4.15 Uhr geweckt und wie werktags zum Gutshof gebracht, aber dann nicht um 9.00, sondern schon um 7.15 Uhr zum Waldhaus zurückgeholt, da hier ein gründliches Brausen, Umkleiden und Vorbereitung für den Gottesdienst um 9.00 Uhr vor sich gehen muss. Nachmittags werden die Stalljungen wieder um 14.15 Uhr zum Gutshof gefahren und um 17.30 Uhr zurückgeholt. […] Diese 2,5 Stunden kämen zu den 33 Stunden, sodass der Erzieher wöchentlich auf 35,5 Stunden käme.«[51]

Die Stalljungen wohnten zusammen im Waldhaus und hatten aufgrund ihrer besonderen Arbeitszeiten gänzlich andere Arbeits- und freie Zeiten als die anderen Jungen. Das hieß, sie konnten auf Grund der sehr frühen Zeiten auch nur bedingt an den gemeinschaftlichen Freizeitangeboten teilnehmen. Ihre Kontakte mit den anderen Jugendlichen blieben auch auf Grund der räumlichen Trennung begrenzt. Dieses Beispiel zeigt nochmal sehr klar, welche Prioritäten seitens des Heimes bzw. seitens des Landesjugendamtes gesetzt waren: Es ging hier um die erzieherische Disziplinierung der Jungen mittels Arbeit. Andere sozialisierende Aspekte waren dem nachgeordnet.

Der Freizeitbereich in Fichtenhain glich in seiner Struktur dem des Halfeshofs oder auch des Erlenhofs. Freizeit war ein gestalteter zeitlicher Raum neben der Arbeit. Deshalb lagen die Angebote in den Abendstunden und an den Wochenenden. In Kapitel III.4 wird ausgeführt, welche Freizeitangebote in den Heimen stattfanden. Als Besonderheit für Fichtenhain lässt sich die schon erwähnte, auf Betreiben des Erziehungsleiters Thomé entstandene Kanuabteilung angeben, die den Jungen und den Mitarbeitern ermöglichte, den Kanusport zu erlernen und an Wettbewerben teilzunehmen.[52] Neben den verschiedenen Sportfesten fanden im Sommer regelmäßig Zeltlagerfahrten für alle Gruppen statt. Ein weiterer wichtiger Aspekt des Heimalltags im Fichtenhain war das Begehen religiöser Feierlichkeiten und traditioneller Brauchtumsfeste. Neben den christlichen jahreszeitlichen Festen wie Weihnachten, Ostern und Pfingsten wurden auch das Ernte-Dankfest, St. Martin, Peter und Paul (-Kirmes) und Karneval regelmäßig gefeiert.

51 Wolpers in einem Schreiben an das LJA (12.11.1965), in: ALVR 40464.
52 Vgl. dazu ALVR 18909.

Thomas Swiderek

2. Das Rheinische Landesjugendheim Halfeshof, Solingen

2.1 Vorgeschichte

Das Rheinische Landesjugendheim Halfeshof liegt im Statdtgebiet von Solingen und wird seit 1910 als Provinzial-Fürsorgeerziehungsheim für schulentlassene evangelische Jungen im Gebiet des Landschaftsverbandes Rheinland genutzt. Hintergrund für den Beschluss des 45. Provinziallandtages waren, wie bereits zuvor bei der Genehmigung des Baus des Landesjugendheimes Haus Fichtenhain, die von den freien Wohlfahrtsverbänden Anfang des 20. Jahrhunderts nicht mehr zu bewältigenden Einweisungen von Jugendlichen in die Fürsorgeerziehung. So beschloss der Provinziallandtag auf seiner Sitzung am 16.3.1905 den Bau eines zweiten Erziehungsheimes, nun für Jungen evangelischer Konfession. Der 46. Provinziallandtag erteilte am 15.2.1906 die Ermächtigung zur Errichtung der Anstalt und stellte die Mittel zur Verfügung. Im Gegensatz zum Heim Fichtenhain, wo der Provinzialverband einen Gutshof besaß, musste hier ein geeignetes Gelände gefunden werden. Aufgrund der evangelischen Ausrichtung entschied man sich für das Bergische Land. »Das Gelände war 137 Morgen groß, gehörte der Familie Paaß und war unter dem Namen Paaßhof bekannt. Das Heim erhielt den Namen Halfeshof.«[1] Die Eröffnung fand am 15.11.1910 statt,[2] die feierliche Einweihung im darauf folgenden Jahr am 4.7.1911.

Während des Ersten Weltkrieges schrumpften die ursprünglichen Belegungszahlen von 230 Jugendlichen zeitweise bis auf 70 Jugendliche. Viele meldeten sich freiwillig als Frontsoldaten, und viele kehrten nicht aus dem Krieg zurück. Ebenso wurden Erzieher zur Armee eingezogen. »Zum Stillstand kam die Erziehungsarbeit erst durch die Ruhrbesetzung im Jahr 1920. Das Heim wurde von englischen Truppen besetzt. Nur ein kleiner Teil der Jungen und des Personals blieb zurück, um die Landwirtschaft fortzuführen. Erst im April 1926 kehrte der in ein Altersheim nach Waldbröl verlegte Teil der Jugendlichen in ihr altes, neu hergerichtetes Heim zurück. Der Name des Heimes wurde in Rheinisches Provinzialerziehungsheim geändert.«[3] Erster Direktor im Jahr 1910 wurde der evangelische Pfarrer Schenk aus Hessen. Er leitete die Anstalt bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1938 und nochmals stellvertretend für seinen einberufenen Nachfolger Direktor Brochhausen bis zu seinem Unfalltod im Jahr 1940. Während des Nationalsozialismus wurde die konfes-

1 Aus der Geschichte des RLJH Halfeshof, in: ALVR 18342.

2 Somit feierte das noch immer als Kinder- und Jugendhilfeeinrichtung des LVR genutzte Heim im Jahr 2010 sein 100-jähriges Bestehen.

3 Geschichte des Halfeshofs, in: ALVR 18342.

sionelle Ausrichtung zeitweise aufgehoben, so dass nun Jugendliche beider Konfessionen in den Halfeshof eingewiesen wurden. Des Weiteren gab es neben den schulentlassenen Jungen ab 1939 auch zwei Gruppen schulpflichtiger Jungen im Heim. Seit dem Unfall von Pfarrer Schenk 1940 lag die Verantwortung des Heimes bei dem Oberinspektor Püschel, der diese Position bis zu seiner Pensionierung 1945 innehatte. Der Bombenangriff auf Solingen im November 1944 hinterließ große Zerstörungen und auch das Erziehungsheim wurde schwer getroffen.

2.2 Nachkriegszeit und erste Strukturen

In den ersten Nachkriegsmonaten wurde der Halfeshof zunächst im April 1945 von amerikanischen Truppen und anschließend als Durchgangslager russischer Truppen zweckentfremdet. Die Jugendlichen des Heimes wurden in dieser Zeit größtenteils entlassen und nach Hause geschickt. Ein kleiner Teil von ihnen wurde in einer ehemaligen Wirtschaft an der Müngestener Brücke untergebracht. Direktor Brochhausen, der 1938 die Leitung des Heimes übernommen hatte, kehrte nach dem Krieg nicht mehr an seinen Arbeitsplatz zurück und wurde durch den bisherigen Oberlehrer Nevries aus der Gehörlosenschule in Essen ersetzt. Dieser blieb bis zur Einsetzung des Solinger Gemeindepfarrers Hans Langmaack im Jahre 1952 der erste Direktor des Provinzial-Erziehungsheimes Halfeshof. Wie alle Erziehungsheime auf dem Gebiet des Provinzialverbandes musste auch das Provinzial-Erziehungsheim Halfeshof seine Mitarbeiter der Entnazifizierung unterziehen. Mit einem Schreiben vom 28.7.1945 forderte der Oberpräsident der Rheinprovinz den Direktor des Halfeshofs auf, über »alle Beamten und Angestellten, welche nach der Verfügung vom 10.7.1945 – II A/B Nr. 201 – einen Fragebogen auszufüllen hatten, folgende Angaben zu machen: Name, Stellung vor 1933, zu Beginn des Krieges, zur Zeit der Besetzung und jetzige Stellung und Aufenthalt.« Des Weiteren sollte angegeben werden, welche Beamte Parteimitglied waren und wenn, seit wann sie es waren.[4]

Die Beantwortung ergab folgendes Bild: Von den 18 leitenden Mitarbeitern im Heim waren 16 Parteimitglieder gewesen. Diese waren: der Direktor Brochhausen, der Psychiater und Arzt Dr. Noll, der Anstaltspfarrer Rabe, der Verwaltungsinspektor Püschel, der Rentmeister, die allermeisten Werkstattmeister sowie die beiden Anstaltslehrer. Pfarrer Rabe war bereits seit dem 1.10.1932, der Arzt Dr. Noll und Oberinspektor Püschel seit 1934, die meisten anderen seit 1937 Parteimitglied gewesen. Unmittelbar entlassen worden sind der Direktor Brochhausen und Anstaltspfarrer Rabe.[5] Dies bedeutete einen hohen Bedarf an neuen Mitarbeitern, deren Einstellung aber zumindest bis 1946 – so ein Schrei-

4 Scheiben des Oberpräsidenten an den Halfeshof (28.7.1945), in: ALVR 18333.

5 Vgl. ALVR 18333. An einer Stelle spricht der ehemalige Erzieher im Halfeshof Willi Stöcker davon, dass ca. 90 Prozent der jetzigen Erzieher (o.D.) des Halfeshofs ehemalige SS-Angehörige gewesen sein sollen, und verweist auf die Tätowierungen am Arm, in: ALVR 18325. Dieser Vorwurf lässt sich in den Akten nicht weiter verfolgen.



Luftaufnahme Halfeshof undatiert

ben des Oberpräsidenten bezüglich des Verbots eigenmächtiger Personaleinstellungen – noch durch die Militärregierung genehmigt werden musste.[6] Seit dem 18.12.1947 lag die Entnazifizierung in den Händen der deutschen Verwaltung. Im ersten Jahresbericht für den Landschaftsverband 1953/54 kommentierte der Verwaltungsoberinspektor Harwege (Nachfolger von Oberinspektor Püschel) die entstandene personelle Situation so: »Diese turbulente Zeit hat auch im Personalbestand des Heimes viele Änderungen verursacht. Durch Anordnungen der Militärbehörde (Engländer) oder Entnazifizierungsausschüsse wurden Entlassungen von langjährig im Dienst erfahrenen Beamten vorgenommen. Die Lücken mussten oft durch unerfahrene Kräfte ausgefüllt werden. Das ständige Kommen und Gehen neuer Kräfte erschwerte die Arbeit sehr.«[7]

Wie auch im Heim Fichtenhain erlaubten die Kriegsschäden zu Beginn nur einen provisorischen Heimbetrieb. Durch die Bombardierungen waren der landwirtschaftliche Hof (Paaßhof), die Kirche, der Kuhstall, die Hofscheune und die Schreinerei völlig zerstört worden. Die geringeren Schäden an den übrigen Häusern konnten in den ersten Monaten repariert und die Häuser wieder nutzbar gemacht werden. Erhebliche Probleme

6 Schreiben des Oberpräsidenten (3.7.1946), in: ALVR 18333.
7 Jahresbericht des Halfeshofs für 1954 und 1955, in: ALVR 41071.

bereiteten die zerstörten und verfeuerten Möbel und das Fehlen des geschlachteten Viehs. Bei der Freigabe des Heimes am 11.8.1945, so Oberinspektor Harwege, waren alle Räume unvorstellbar und unbeschreiblich zerstört und verschmutzt. »Nur sehr langsam konnte eine Abteilung nach der anderen wieder belegt, die Kochküche – nach zeitweiligem, notdürftigem Kochen im Schlachthaus – und später auch die Heimbäckerei wieder in Betrieb genommen werden. Die Ernährungs- und Bekleidungslage war durch die Bewirtschaftung aller Lebensmittel (auch der selbst erzeugten) und Wirtschaftsgüter aller Art oft mehr als schlecht.«[8]

Vor diesem Hintergrund ist es schon erstaunlich, dass der Betrieb des Erziehungsheimes so schnell wieder fortgesetzt wurde. Doch belegte auch die Militärregierung die kurz nach Kriegsende wieder eröffneten Heime sehr schnell mit zu Jugendstrafen verurteilten Jugendlichen. Bereits im April 1948 waren wieder 217 Jugendliche im Halfeshof untergebracht.[9] So bewertete Regierungsdirektorin Hopmann vom Arbeits- und Sozialministerium in Düsseldorf bei einem Besuch im Halfeshof 1951 die bereits begonnenen Bauarbeiten »im allgemeinen als gut vorangeschritten und dem Zweck entsprechend durchgeführt«. Kritik hingegen äußerte sie an der Gestaltung der Mattenflechterei, die dringend einer Überholung bedürfe, »da der Arbeitsraum sehr unfreundlich wirkt und dieses gerade bei dieser Arbeit und der durch die Art des Betriebes bedingten größeren Abgeschlossenheit der Jungen unerwünscht« sei.[10] Des Weiteren wurde Nevries aufgefordert zu überdenken, »in welcher Weise das Zellenhaus so hergerichtet werden könne, daß es den gefängnismäßigen Charakter verliere und durch Schaffung von Einzelzimmern und mehrbettigen Schlafzimmern Raum für eine kleine Gruppe geförderter Jungen ergebe«.[11]

Eine erhebliche Baumaßnahme in den ersten Jahren nach dem Krieg war der Bau eines begehbaren Kanals vom Maschinenhaus bis zum Verwaltungsgebäude mit Anschluss an die Häuser IV, III und II sowie eines Kanals zwischen dem Wirtschaftsgebäude und dem Haus I. »Was hier in monatelanger Handarbeit unter ungünstigen Bedingungen, Gefels und schlechtem Wetter, geleistet wurde, wird nicht mehr zu überbieten sein. Bei der Erstattung von Berichten über diese Arbeiten muß immer wieder herausgestellt werden, daß diese Arbeiten, bei denen sich die angesetzten Jungen unter der so geschickten Anweisung des Erziehers Uthmeier und Handwerkers Zwiste auslassen können, mit einer an keiner Arbeit zu beobachtenden Freude verrichtet werden.«[12]

Es sei an dieser Stelle dahin gestellt, ob die Jungen tatsächlich Spaß an dieser Arbeit hatten. Zu bedenken ist hier aber, dass diese grundlegenden bauhandwerklichen Instandsetzungen einer Einrichtung des Landschaftsverbandes wohl in einem erheblichen Maße von den Jugendlichen selber durchgeführt wurden. Aus der Darstellung des Jahresberichtes geht auch nicht hervor, ob sich die Jungen freiwillig zu dieser Tätigkeit haben melden können. Wenn dem nicht so war, muss man zumindest darauf hinweisen, dass hier Arbei-

8 Bericht über die Arbeitsbetriebe im Jahresbericht 1954, in: ALVR 41071.
9 Anfrage der Militärregierung, in: ALVR 14072, Bl. 195.
10 Reisebericht Hopmann (25.1.1951), in: ALVR 41048.
11 Ebd.
12 Jahresberichte 1954 und 1955, in: ALVR 41071.

ten durch die Jungen verrichtet wurden, die eigentlich Aufgabe des Landschaftsverbandes gewesen waren. Neben den wieder hergestellten Werkstätten wurde auch die zerstörte Kirche restauriert und konnte bereits am 30.7.1950 wieder feierlich eingeweiht werden. Gleichzeitig wurde auch die Festhalle umgestaltet, so dass sie in den kommenden Jahren sowohl für Feste als auch für freizeitliche und sportliche Angebote genutzt werden konnte.

2.3 Belegung und Strukturen der Einrichtung (1953–1975)

Mit der Etablierung des Landschaftsverbandes als eigene und zuständige Behörde mit dem Landesjugendamt als verantwortlicher Abteilung für die Fürsorgeerziehung im Rheinland begannen sich auch die verwaltungsmäßigen Arbeiten und Kontakte zwischen dem Landesjugendamt und den Heimen zu normalisieren. Seit 1953 organisierte sich diese Zusammenarbeit unter anderem durch regelmäßige Direktorenkonferenzen aller Heime und auch durch regelmäßige Berichte (Jahresberichte) und vielfältige Verfügungen und Korrespondenzen. Diese Berichte waren aber mehr als nur Berichterstattung. »Der Jahresbericht soll vielmehr«, so Hecker, »ein Rechenschaftsbericht des Heimes sein, in dem in gedrängter Form das vorgetragen wird, was zur besonderen Charakterisierung des Heimes und seiner Arbeit im vergangenen Rechnungsjahr zu sagen ist […].«[13] Ein weiteres Mittel der Kommunikation zwischen Heim und Landsjugendamt waren Besuche und Besichtigungen im Heim. Bei einer der ersten Besichtigungen im Jahr 1954 wurden dann seitens des Landesjugendamtes erhebliche Mängel im Halfeshof ausgemacht. In einem abschließenden Bericht an das Heim kommentierte Landesdirektor Klausa, dass der Zustand der dortigen Einrichtung stellenweise für ein Landesjugendheim des Landschaftsverbandes Rheinland untragbar sei und schon in nächster Zeit einer tatkräftigen Erneuerung bzw. Instandsetzung bedürfe. So wurde beispielsweise bemängelt, dass der 1954 eingerichtete Werkraum mit den Hobelbänken nun schon seit längerem unbenutzt liegen gelassen wurde.[14] Klausa kündigte umfangreiche Mittel zur Anschaffung von Inventar an, die im kommenden Haushalt abgerufen werden konnten.

Ähnlich der Entwicklung von Belegungszahlen in den anderen Landesjugendheimen stiegen auch im Halfeshof die Zahlen der zu betreuenden Jugendlichen seit 1945 kontinuierlich an. So waren in den Jahren 1958–1960 bis zu knapp 300 Jugendliche im Heim. Bedenkt man die während dessen parallel stattfindenden Umbauten und Neubauten, gab es immer wieder Provisorien. Mitte der 1960er Jahre pendelten sich die Belegungszahlen bei ca. 225 Jungen ein, bis sie sich Anfang der 1970er Jahre von 163 im Jahr 1970 bis auf 131 im Jahr 1975 verringerten. Durch das Hinzukommen eines separat gelegenen Jugendwohnheimes (Quellenhof), der aber wirtschaftlich zum Halfeshof gehörte, muss zum eigentlichen Bestand ab 1967 die jeweilige Belegung des Wohnheims dazugerechnet werden. Doch

13 Hecker an die Heime des LVR (21.1.1954), in: ALVR 41071.
14 LJA an das RLJH Halfeshof (20.12.1954), in: ALVR 18918.

der allgemeine Trend der allmählich abnehmenden Belegungszahlen bis Mitte der 1970er Jahre lässt sich auch für den Halfeshof nachzeichnen.

Belegungszahlen für das Landsjugendheim Halfeshof[15]

Jahr	**1951**	**1952**	**1953**	**1954**	**1955**	**1956**	**1957**	**1958**
Belegung	?	?	278	271	262	239	?	289
Jahr	**1959**	**1960**	**1961**	**1962**	**1963**	**1964**	**1965**	**1966**
Belegung	267	298	?	?	?	207	225	237
Jahr	**1967**	**1968**	**1969**	**1970**	**1971**	**1972**	**1973**	**1974**	**1975**
Belegung	212	232	230	163	153	132	132	132	131
Quellenhof	+28	+22	+29	+23	+20	+28	+21	+7	+6

2.3.1 Charakterisierung der Gruppen und Zuteilung der Jugendlichen

Gruppendifferenzierung, Stand Dezember 1957[16]

Gruppe Nr.	**Gruppendifferenzierung**	**Alter**	**Belegung**
1a	Aufnahmegruppe Jüngere	14–16	28
1b	Aufnahmegruppe Ältere	17–21	28
2a	Erziehungsgruppe	14–16	26
2b	Erziehungsgruppe	17–21	26
3a	Erziehungsgruppe	14–16	26
3b	Erziehungsgruppe	17–21	26
4a	Geschlossene Gruppe		24
4b	Stadtarbeitergruppe		27
4c	Isolierungsgruppe		
5	Landwirtschaftliche Abt.		28
6a	Erziehungsgruppe Jüngere	14–16	24
6b	Lehrlingsabteilung		26

Charakterisierung der verschiedenen Gruppentypen:
Aufnahmegruppen: Nach der Einweisung wurde jeder Jugendliche zunächst in eine Aufnahmegruppe eingewiesen. Hier blieb er ca. vier bis sechs Wochen, bis nach Erstellung des Erziehungsberichtes über seine weitere Verlegung innerhalb des Heimes entschieden

15 Zahlen für 1953–1956 in Verwaltungsbericht vom 28.12.1957, in: ALVR 41071.
16 Verwaltungsbericht vom 28.12.1957, in: ALVR 41071.

wurde. In erster Linie wurden in dieser Zeit seine Arbeitsfähigkeit und seine Bereitschaft, sich im Heimsystem zu integrieren, beobachtet. Unterteilt wurden die Jungen nach ihrem Alter.[17] Erziehungsgruppen: Nach der Aufnahmephase kamen die Jugendlichen in eine der altersentsprechenden Erziehungsgruppen. Zusätzlich wurden hier auch aus anderen Heimen verlegte Jungen zugeordnet.
Geschlossene Gruppe: Diese Gruppe war den schwer erziehbaren, unruhigen Jungen vorbehalten, die nicht (mehr) in anderen Gruppen belassen werden konnten. Jugendliche dieser Abteilung waren auch während des Arbeitsdienstes eingeschlossen. Isolierungsgruppe: Diese Gruppe war für Jugendliche vorgesehen, die wegen andauernder Entweichungen, Aufsässigkeit, im Heim begangener Verfehlungen zu besonderer Betreuung abgesondert werden sollten. Dauer der Isolierung: ein bis fünf Tage. Landwirtschaftliche Abteilung: Hier waren Jugendliche untergebracht, die eine Ausbildung in Feldbestellung und Viehwirtschaft absolvierten. Weiter wurden sie in landwirtschaftlichen Außenstellen untergebracht und durch Außenfürsorger betreut. Waren die Gruppen 1957 noch mit durchschnittlich 26–28 Jugendlichen belegt, reduzierte sich die Gruppenstärke Mitte der 1960er Jahre auf durchschnittlich 18 Jugendliche. Die nachfolgende Tabelle macht die Reduzierung der Gruppengröße deutlich:

Gruppendifferenzierung, Stand 1.10.1966[18]

Gruppe Nr.	Gruppendifferenzierung	Größe	Schlafräume
1a	Adoleszenten	20	8
1b	Aufnahme (ältere Jungen)	18	6
2a	Lehr- und Anlernlinge	20	4
2b	Erziehungsgruppe Jüngere	20	4
3a	Erziehungsgruppe Landwirtschaft	20	4
3b	Lehr- und Anlernlinge	20	4
4b	Heilpädagogische Gruppe	12	12
5	Zum Zeitpunkt nicht belegt		
6a	Aufnahmegruppe Jüngere	18	7
6b	Heilpädagogische Gruppe	17	4
7a	Geschlossene Gruppe der Älteren	16	10
7b	Geschlossene Gruppe der Jüngeren	16	10
Jugendwohnheim	Stadtarbeiter und Stadtlehrlinge	48	12
Quellenhof	Stadtarbeiter und Stadtlehrlinge	29	21

17 Vgl. dazu Näheres in Kap. III.1.
18 Gegebenheiten der Heimerziehung, in: ALVR 40361.

Anfang der 1970er Jahre erfuhr die Gruppendifferenzierung im Halfeshof eine entscheidende Wende. Während sich der Arbeitsschwerpunkt im Fichtenhain immer mehr auf die Berufsvorbereitung und Aufnahme von älteren, schulentlassenen Jungen verlagerte, nahm der Halfeshof immer mehr schulpflichtige Kinder auf. Gab es im Jahr 1971 eine Schuljungengruppe mit insgesamt zwölf Kindern, so waren es im kommenden Jahr bereits drei Gruppen mit insgesamt 36 Kindern.[19] Diese neue Ausrichtung veränderte den Charakter des Heimes zusehends. »Im Jahr 1973 wurde die Umstrukturierung des Heimes entsprechend der Planung fortgesetzt. Im Juli 1973 wurde eine weitere Erziehungsgruppe für schulpflichtige Jungen eröffnet, sodass jetzt 6 Gruppen mit insgesamt 70 Plätzen von Schülern belegt sind. Demgegenüber sind noch 9 Gruppen für Schulentlassene – 7 Erziehungsgruppen und 2 Jugendwohnheimgruppen – mit 123 Plätzen eingerichtet.«[20]

2.3.2 Personal

Nach dem Ausscheiden des ersten Direktors Nevries wurde mit Hans Langmaack am 1.11.1952 ein evangelischer Pfarrer der nächste Direktor des Halfeshofs in Solingen.[21] Langmaack war zuvor Pfarrer in Dortmund und Solingen gewesen und übernahm als staatlich anerkannter Jugend- und Wohlfahrtspfleger die Leitung des Erziehungsheimes. Wie auch für die Landesjugendheime Haus Fichtenhain und Erlenhof entschied sich das Landesjugendamt, für diese konfessionell orientierte Einrichtung einen Geistlichen zu wählen. Sich auch nach 1945 wieder für einen geistlichen Direktor zu entscheiden, entsprach der traditionell konfessionell orientierten Haltung des bisherigen Provinzialverbandes sowie seiner bisherigen Einstellungspolitik. Langmaack[22] war 51 Jahre alt, als er die Leitung zu einer Zeit übernahm, in der die schwierige Nachkriegszeit zwar überstanden war, aber in den kommenden Jahren viele Veränderungen im Heim bevorstanden. Auch wenn er auf Grund seines Ausscheidens im Jahr 1966 die auch für die Heimerziehung entscheidenden gesellschaftlichen Emanzipationsprozesse Ende der 1960er/Anfang der 1970er Jahre nicht mehr als verantwortlicher Direktor miterlebte, so erfuhr das Heimleben doch schon während seiner Amtszeit spürbare Veränderungen. Die anfangs noch sehr großen Schlafsäle wurden in kleinere Wohneinheiten umgewandelt. Die Disziplinierung der Jungen war einer – zumindest formalen – größeren Kontrolle seitens des Landesjugendamtes unterworfen.

19 Jahresbericht für 1971, 1972 und 1973, in: ALVR 40361.
20 Jahresbericht für 1973, in: ALVR 40361.
21 Wechsel in der Leitung des Halfeshofs, in: ALVR 18436.
22 Geboren 1901 in Stettin, Reifeprüfung 1921 in Neu-Brandenburg, Studium der Theologie an den Universitäten Greifswald, Rostock, Marburg und an der Theologischen Hochschule in Bethel; 1927 Hilfsschullehrer in der Diakonenanstalt Duisburg; 1928 Gemeindediakon an der Reinoldikirche in Dortmund; 1932 Examen als staatlich anerkannter Jugend- und Wohlfahrtspfleger; theologische Examina 1941 und 1942; Wehrdienst bis 1945; 1945 Pfarrer in Dortmund, 1947 Pfarrer in Solingen, am 1.11.1952 Beauftragung als Direktor des RLJH Halfeshof; am 31.3.1966 Eintritt in den Ruhestand wegen Erreichens der Altersgrenze; Weiterbeschäftigung bis zum 30.9.1966, in: ALVR 18436.

Immer mehr Jugendliche entwichen aus der Anstalt oder lehnten sich gegen Regeln und Vorschriften auf.

Sein Nachfolger wurde der 41-jährige bisherige Amtsgerichtsrat Paul Knappertsbusch.[23] Knappertsbusch war als Soldat im Krieg und in amerikanischer Gefangenschaft gewesen, bevor er in Köln sein Jurastudium aufnahm. Anschließend trat er in den juristischen Dienst in Solingen ein, wurde Amtsgerichtsrat und engagierte sich in der evangelischen Jugendarbeit in Solingen. Als gebürtiger Solinger war er wohl mit den Verhältnissen vor Ort vertraut und auf Grund seines Berufes auch mit der nun zu betreuenden Klientel. Was den Ausschlag für seine Ernennung gegeben hatte, lässt sich anhand der Akten nicht nachzeichnen. Seine juristische Ausbildung und Tätigkeit als Richter am Jugendgericht wie auch seine Mitarbeit in evangelischen Kirchenkreisen waren wohl entsprechende Referenzen. Bei seiner Amtseinführung am 5.10.1966 formulierte er in seiner Antrittsrede seine Erziehungsvorstellungen: »[…] Wir werden nicht darauf verzichten können, unseren Jungen ein erhebliches Maß an Freizügigkeit zu gewähren. Die Methoden der Erziehungsarbeit haben sich gewandelt. Wir werden in Zukunft mehr Kontakt mit der Öffentlichkeit suchen.« Mit Knappertsbusch wurde erstmals kein Geistlicher mehr Heimleiter. Die Veränderungen infolge dieser Personalentscheidung waren im Heimalltag im Halfeshof ebenso spürbar wie beim Wechsel des Direktors im Rheinischen Landesjugendheim Fichtenhain im Jahr 1971. Hatten die konfessionellen Direktoren die seelsorgerische Arbeit im Heim übernommen und auch die Messen bzw. Gottesdienste gefeiert, so wurden nun nebenamtliche Geistliche eingestellt, und man orientierte sich mehr und mehr in die Gemeinden im Ort.

Neben den Direktoren waren die Erziehungsleiter für den Tagesablauf im Heim zuständig. Sie waren die Stellvertreter der Direktoren, bis zu einem gewissen Maß selbstständig und für die Erzieher und Jugendlichen im Heim die verantwortliche Ansprechperson. Im Halfeshof war die Stelle des Erziehungsleiters nach dem Krieg zunächst unbesetzt. Erster Erziehungsleiter wurde Heinz Jung, der seinen Dienst im Halfeshof 1966 antrat. Jung blieb mit kurzer Unterbrechung bis 1979 als Erziehungsleiter tätig.[24] Die Zuständigkeiten und Aufgabengebiete deckten sich mit denen der anderen Erziehungsleiter in den Rheinischen

23 Geboren 1925 in Solingen; aufgewachsen in Wuppertal; Besuch des humanistischen Gymnasiums in Elberfeld; 1943 Arbeitsdienst und Wehrmacht; 1944 Verwundung in Russland; amerikanische Gefangenschaft bis September 1945; anschließend Jurastudium in Köln, gleichzeitig Studium der Grundzüge der Psychologie; 1952 Eintritt in den richterlichen Dienst; später Amtsgerichtsrat beim Jugendgericht und Vormundschaftsgericht in Solingen; zugleich Tätigkeit in der evangelischen Jugendarbeit in Solingen; seit 1958 berufenes Mitglied für Jugendpflege bei der Synode des Ev. Kirchenkreises Solingen; seit 1956 beratendes Mitglied des Jugendwohlfahrtsamtes der Stadt Solingen; seit 1958 im Rahmen der Erzieherausbildung des RLJH Halfeshof Unterricht in den Lehrfächern Familienrecht und Jugendwohlfahrt; seit 1956 Vorsitzender des Vereins zur Bewährungshilfe e.V. und Mitglied (später Vorsitzender) des Ausschusses für Bewährungsaufsicht; Vorstandsmitglied der LAG zur Förderung der Bewährungshilfe in NRW; am 23.7.1966 Beschluss des Landschaftsausschusses über die Einstellung als neuer Direktor des RLJH Halfeshof, in: ALVR 18346.

24 Zur Person Heinz Jung siehe ALVR 38791.

Landesjugendheimen.[25] Ende der 1960er Jahre entschloss sich der Landschaftsverband, einen zweiten Erziehungsleiter in den Heimen zu installieren. Seit dem 1.10.1970 teilte sich Jung die Aufgaben mit dem neuen Erziehungsleiter Reichow. Beide waren für je eine geschlossene Gruppe und eine Aufnahmegruppe zuständig. Die übrigen Erziehungsgruppen wurden aufgeteilt. Darüber hinaus waren sie für verschiedene Funktionsbereiche wie die Schule, die Lehrlingsausbildung, die Jugendpflege, die Freizeit und die Werkstätten zuständig.[26] Nach Ansicht des Landesjugendamtes hatte sich der Einsatz weiterer Erziehungsleiter bewährt, so die Auffassung in der Direktorenkonferenz vom April 1971.[27]

2.3.3 Das Jugendwohnheim Quellenhof

Der Quellenhof im Stadtteil Solingen-Wald war seit 1924 im Besitz der Inneren Mission in Solingen, die dort seit 1954 ein Mädchenwohnheim betrieb. Als sich der Vorstand 1964 gezwungen sah, die Einrichtung aufzugeben, entschloss sich der Landschaftsverband 1965, dieses Haus zu pachten. Hintergrund des Interesses waren erhebliche Belegungsengpässe für schulentlassene Jungen. Allein für 1964 errechnete der Landschaftsverband einen Bedarf von über 100 Plätzen. In einem Schreiben Beurmanns bezüglich der Anpachtung des Quellenhofes vom November 1964 formulierte sie den Bedarf bzw. die Vormerkungen in den einzelnen Heimen wie folgt: für den Erlenhof 30 Vormerkungen, im Fichtenhain 19, im Halfeshof 35 und im Dansweilerhof 28.[28]

Zur Verbesserung dieser Situation sollte in Erwägung gezogen werden, den Quellenhof für den Betrieb eines Erziehungsheimes mit Jugendwohnheimcharakter anzumieten bzw. zu pachten. Angedacht war eine Belegung mit etwa 30 vorwiegend evangelischen Jugendlichen, da das Heim bisher eine evangelische Einrichtung war, doch man wollte auch katholischen Jungen die Aufnahme möglich machen. Als Differenzierungsrichtlinie schlug Beurmann vor, »daß das Heim Gefährdete und leichter geschädigte Minderjährige aufnimmt, die nicht mehr oder überhaupt nicht erst die Unterbringung in einem Heim brauchen, in dem auch die Berufsausbildung mit einbezogen ist. In Frage kämen demnach Schulabgänger aus den Kinderheimen zur Erstvermittlung in eine Berufsausbildung, gut geförderte Minderjährige aus den Heimen Halfeshof, ggfs. auch Fichtenhain, die von dem dortigen Jugendwohnheim in größere Freiheit und vor allen Dingen in ein anders geführtes Heim verlegt werden möchten, gut geförderte Minderjährige oder auch leicht gefährdete oder geschädigte Erstaufnahmen, für die der Besuch einer fortbildenden Schule oder einer Fachschule beabsichtigt ist.«[29]

Nach einigen Schwierigkeiten beim Umbau des Hauses und Verzögerungen bei den Verhandlungen wegen des Pachtvertrages nahm das Heim am 15.8.1966 seine Arbeit auf. Erster Heimleiter wurde Herr Seckels. Ziel war, schulentlassene männliche Jugendliche während

25 Vgl. zu seinen Tätigkeiten Kap. II.1.
26 Aufgabengebiete der Erziehungsleiter im Halfeshof, in: ALVR 39551.
27 Niederschrift des Protokolls der Direktorenkonferenz vom 27.4.1971, in: ALVR 38671.
28 Scheiben des LJA (3.11.1964), in: ALVR 41080.
29 Scheiben von Beurmann (3.11.1964), in: ALVR 41080.



Quellenhof Außenansicht 1965

ihrer Lehrzeit weiter zu betreuen. Durch die Herausnahme geeigneter Jugendlicher aus den anderen Heimen hoffte man dort wiederum Platz zu bekommen. Aufgenommen werden, so Jans in einem Schreiben an die Heime vom September 1966, »bis zu 30 Jugendliche aller Konfessionen; sie sollen beruflich in den Industrie- und Handwerksbetrieben Solingens eingesetzt werden. Die zahlreichen und vielfältigen Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten der Industriestadt Solingen, insbesondere aber die gesicherte intensive Betreuung geben dem Heim seinen besonderen Charakter und sollen es über das Niveau der allgemeinen Jugendwohnheime hinausheben. Die können oftmals von ihrer Struktur und personellen Besetzung her den speziellen Bedürfnissen der Jugendlichen nicht voll gerecht werden. Es bestand daher ein echtes Bedürfnis nach einem Spezialwohnheim für diese Jugendlichen. Hier bietet sich der Quellenhof als gute Möglichkeit zur Erprobung und Bewährung unter gezielter pädagogischer Führung an.«[30] Diese Charakterisierung und die Betonung einer neuen pädagogischen Ausrichtung lassen erkennen, dass man vor allem für die Jugendlichen mit einer guten Prognose eine neue Wohnform anbieten wollte. Die anvisierte Belegungszahl von 30 Jugendlichen wurde zwar nicht erreicht, aber bis 1973 war der Quellenhof mit jeweils über 20 Jugendlichen belegt. In den kommenden zwei Jahren gab es immer wieder technische Probleme im Haus, deren Behebung und Finanzierung zu

30 Jans in einem Schreiben an die Heime des LJA, in: ALVR 41080.

erheblichen Auseinandersetzungen mit dem Verein Quellenhof e.V. als Verpächter führten. Eine defekte Heizungsanlage behinderte einen geregelten Heimablauf, so dass der Landschaftsverband 1973 erstmals darüber nachdachte, den 1975 auslaufenden Pachtvertrag nicht mehr zu verlängern.

Letztlich aber wurde der Quellenhof auf Grund »eigener« Belegungsschwierigkeiten am 7.4.1975 geschlossen. Hintergrund war die Herabsetzung der Volljährigkeit auf 18 Jahre. Dadurch sank die Belegung zum Schluss auf sechs Jugendliche. Die noch anwesenden Jugendlichen wurden schließlich in möblierten Zimmern in der Stadt untergebracht oder vom Halfeshof übernommen.

2.4 Heimalltag

Ab 1953 lief der Unterricht in der Heimschule – wenn auch nur rudimentär – wieder planmäßig, das hieß, an allen Tagen der Woche wurden Gruppen durch den einzigen Lehrer Liebtreu unterrichtet. Neben der knappen Besetzung verhinderten auch die oftmaligen Verlegungen, Entlassungen und Neuaufnahmen von Jugendlichen einen kontinuierlichen Schulverlauf. Weiter, so Langmaack im Jahresbericht für 1953/54, erschwerte ein starkes Bildungsgefälle innerhalb der Jugendlichen einen geordneten Unterricht.

Für den beschriebenen Zeitraum wurde folgender Unterrichtsplan aufgestellt:[31]

Tag	**Klasse/Bildungsstufe/Niveaugruppen**
Montags	feste Abteilungen, alle Bildungsstufen (geschlossene Gruppe)
Dienstags	Aufnahmegruppe, alle Bildungsstufen bis zur 7. Volksschulklasse
Mittwochs	Unterstufe bis zur 5. Volksschulklasse, inklusive Hilfsschüler
Donnerstags	6. Volksschulklasse
Freitags	7. Volksschulklasse

Die unterrichteten Fächer für alle Klassen waren:

Stunde	**Fach**
1. Stunde	Religion
2.+3. Stunde	Deutsch, Rechnen, Raumlehre, Geschichte, Erdkunde, Naturkunde, Naturlehre, Zeichnen
4. Stunde	Sport

Mit Ausnahme der Jugendlichen der geschlossenen Gruppen sowie der Aufnahmegruppen wurden die Jugendlichen ihrem Schulabschluss gemäß zusammengelegt und unterrichtet.

31 Jahresbericht Halfeshof 1953/54, in: ALVR 41071.

Die durchschnittliche Klassengröße betrug ca. 15 Schüler pro Klasse. Zur Unterstützung des hauptamtlichen Lehrers (seit dem 8.5.1953) erteilten ersatzweise auch Erzieher und Handwerksmeister Unterricht im Heim. Es wurden allerdings nicht alle Jugendlichen des Heimes unterrichtet. Das mag in erster Linie am Fehlen von Lehrern gelegen haben, aber auch, so Langmaack weiter, daran, »daß die Schule den Charakter einer Förderschule tragen soll. Darum blieb das 8. Schuljahr unberücksichtigt. Davon abgesehen wäre eine Erfassung aller im Heim lebenden Jungen technisch undurchführbar. Nur für den Einzelunterricht der Analphabeten wurde von dieser Einteilung abgewichen.«[32]

Diese Einschätzung, die Schule im Heim als Förderschule anzusehen, entsprach durchaus auch der Einschätzung des Landesjugendamtes. Im Kapitel III.2 wird im Gesamtbild erkennbar, dass die schulische Bildung zwar von Beginn an ein fester Bestandteil des Erziehungskonzeptes war, aber eben als begleitendes Element neben dem Aspekt Arbeit als Erziehungsmittel. Alle Jungen, die in den Halfeshof eingewiesen wurden, hatten bereits eine Schule durchlaufen und galten offiziell als schulentlassen. Der Grund war das altersgemäße Erreichen der jeweiligen Schulpflichtgrenze oder die Ausschulung der Jugendlichen. Der Unterricht im Heim galt also zunächst der »Nachschulung« der Jugendlichen, die sich in einer Lehrausbildung befanden und parallel zum Berufsschulunterricht gehen mussten. Diesen sollte ein Förderunterricht ermöglichen. Des Weiteren wollte man allen Jungen eine schulische Grundbildung nachreichen, die sie aufgrund ihrer Erziehungsprobleme (Schulversäumnisse, Krankheiten) in den öffentlichen Schulen nicht erhalten konnten. Somit gab es immer ein zweigleisiges Schulangebot: die Grundbildung für die Jugendlichen, die bisher wenig Schulunterricht bekommen hatten, zum Ausgleich elementarer Kenntnisse und den Förderunterricht für die Jugendlichen in den Lehrausbildungen. Der Schwerpunkt lag bei der Förderung der Auszubildenden, für die eine Berufsschulpflicht bestand. Deshalb gingen die Planungen hinsichtlich der Beschulung in erster Linie hin zur Berufssonderschule im Heim. Der Landschaftsverband hatte 1963 beschlossen, in den Landesjugendheimen Erlenhof, Süchteln und Fichtenhain eine Heimberufsschule zu errichten. Für den Halfeshof sah man die Entwicklung im Bereich der schulpflichtigen Jugendlichen und der Einrichtung einer Heimsonder- oder Heimvolksschule.[33]

So belegt der Schulunterricht für das Jahr 1969 diese Orientierung. Es gab drei Lehrlingsklassen, eine Klasse für den Grundlehrgang Holz sowie eine Klasse für die neu aufgenommenen Jugendlichen. Die Klassenstärke betrug im Jahr 1969 durchschnittlich zwölf Schüler, wobei auch zu diesem Zeitpunkt die Fluktuation unter den Jungen den Ablauf des Unterrichts schwierig gestaltete. Dabei konnte festgestellt werden, so Knappertsbusch in seinem Jahresbericht für 1969, »dass die Schülerzahl während des Winterhalbjahres wesentlich konstanter war, als im Sommerhalbjahr. Dies wirkte sich natürlich auf den Unterricht und oft auch auf die Disziplin in den Klassen aus.«[34] Grundsätzlich lässt sich festhalten, dass das Schulangebot immer differenzierter wurde und man den Jugendlichen ein brei-

32 Langmaack im Jahresbericht von 1953/54, in: ALVR 41071.
33 Besprechung der Fachabteilung 4 mit den Direktoren der Heime vom 28.12.1966, in: ALVR 38670.
34 Knappertsbusch im Jahresbericht 1969/70, in: ALVR 40361.

tes Angebot an Schulabschlüssen und Bildungsmöglichkeiten machte. Diese Entwicklung wurde durch die vermehrte Aufnahme schulpflichtiger Kinder entscheidend beeinflusst. Neben der Unterrichtung berufsschulpflichtiger Jugendlicher bot der Halfeshof in seiner »Heimsonderschule« den Jugendlichen, die man nicht in öffentliche Schulen aufnahm und die bisher noch keinen Abschluss besaßen, die Möglichkeit einer heiminternen Nachbeschulung an. Auch wurden Kooperationen mit Volkshochschulen eingegangen, die ihre Kurse auch innerhalb des Heimes anboten.[35] Diese Schwerpunktsetzung wurde seitens des Landschaftsverbandes weiterverfolgt, und dem Halfeshof wurden nunmehr nur noch schulpflichtige Jugendliche zugewiesen. »Schulpflichtige, die zur Beobachtung analog § 66 JWG für ein Landesjugendheim vorgesehen sind, werden künftig nur noch dem Halfeshof und dem Erlenhof zuzuweisen sein.«[36]

35 Vgl. Schreiben des Halfeshofs an den LVR (12.3.1971), in: ALVR 41044.
36 Niederschrift der Direktorenbesprechung vom 29.6.1972, in: ALVR 38671.

Judith Pierlings

3. Das Rheinische Landesjugendheim Erlenhof, Euskirchen

3.1 Vorgeschichte

Der Plan, in Euskirchen eine Erziehungsanstalt für männliche Jugendliche zu errichten, bestand bereits 1912, als die Rheinische Provinzialverwaltung 80 Hektar Ödland an der Erft erwarb.[1] Von Anbeginn der Planung des Erlenhofs sollte diese neue Einrichtung nicht die üblichen Aufgaben einer Fürsorgeerziehungsanstalt wahrnehmen, sondern eine »Anstalt mit Sonderaufgaben« werden.[2] Zu diesen Aufgaben gehörte die Betreuung Minderjähriger, die als »geistig minderwertig« angesehen wurden. Diese Jugendlichen sollten in entsprechenden Zwischenanstalten – gewissermaßen Einrichtungen zwischen regulären Erziehungsanstalten und so genannten Irrenanstalten – betreut werden. Dementsprechend sollte die neue Anstalt in Euskirchen sowohl die Funktion einer solchen Zwischenanstalt als auch die einer Beobachtungseinrichtung für Jugendliche übernehmen. Hier sollte vorab geprüft werden, ob man diese Jugendlichen noch in einer regulären Erziehungsanstalt betreuen konnte.[3] 1914 wurde mit dem Bau der Einrichtung begonnen, 1917 zogen 25 Zöglinge und ein Erzieher in die noch nicht vollständig errichtete Einrichtung ein, um ein altes Grabensystem zur Entwässerung wieder nutzbar zu machen.[4] Fertig gestellt wurde die Einrichtung 1921 und zunächst unter dem Namen »Provinzial-Fürsorgeerziehungsanstalt Euskirchen« geführt. Belegt wurde sie, wie auch nach dem Zweiten Weltkrieg, mit schulentlassenen katholischen Jungen. Die konzeptionelle Planung hatte, trotz der Verzögerung der Inbetriebnahme, weiterhin Bestand. So wurde die Sonderabteilung, die auch als »Psychopathenstation« geführt wurde, mit 26 Einzelzimmern eingerichtet, die teilweise nur nachts, teilweise aber auch als Aufenthaltsort für Tag und Nacht genutzt wurden. Die Beobachtungsabteilung umfasste weitere 14 Plätze.[5] 1924 wurde das Heim zusätzlich um eine »Geschlechtskrankenabteilung« erweitert. Die Einrichtungsleitung oblag ab 1921 dem Psychiater Max Lückerath, der bereits seit 1908 Landespsychiater für die rheinische Fürsorgeerziehung war. Diese medizinisch-psychiatrische Leitung unterstrich die Prägung

1 Vgl. Mahlberg-Gräper 1998, S. 18.
2 Jans/Beurmann 1963, S. 27.
3 Vgl. ebd.
4 Vgl. Mahlberg-Gräper 1998, S. 18.
5 Zur Ausdifferenzierung der Heime in den 1920er Jahren vgl. Steinacker 2007, S. 223 ff.

der Einrichtung und ihre Sonderstellung deutlich.[6] Ab 1926 wurde die Einrichtung dann umbenannt in »Provinzial-Fürsorgeerziehungsheim Euskirchen«.

Baulich umfasste die Einrichtung damals, neben den Unterkünften für die Zöglinge, eine Vielzahl an Wohnstätten für die Angestellten, eine eigene Kirche, Wirtschaftsgebäude, eine Wäscherei sowie verschiedene Werkstätten. Zusammen mit einem eigenen Gutshof und einer Gärtnerei bildete die Anstalt ein nahezu »autarkes Dorf«, in dem zu Anfang 500 Zöglinge lebten.[7] Die Gebäude waren so angeordnet, dass in deren Mitte ein Platz entstand, der unter anderem zum morgendlichen Antreten genutzt wurde. Die Gebäude der Einrichtung, in denen die Jugendlichen lebten und arbeiteten, waren so angeordnet, dass sie vom Verwaltungsgebäude und von der Direktorenwohnung aus einzusehen waren.[8]

Während des Zweiten Weltkrieges wurde die Einrichtung auch weiterhin genutzt und auf Grund des Wegfalls von Plätzen in anderen Einrichtungen intensiv belegt. So wurde beispielsweise ein Großteil der Jugendlichen aus dem provinzialeigenen Fürsorgeheim in Rheindahlen, das 1939 an die Luftwaffe verkauft worden war, in den Erlenhof verlegt.[9] Die Belegung des Erlenhofs stieg in den Jahren 1941–1943 nochmals auf 500 Zöglinge an.[10] Hinzu kam, dass Teile der Einrichtung der Wehrmacht zur Verfügung gestellt werden mussten, so wurden im Februar 1940 beispielsweise 150 Soldaten im Erlenhof einquartiert. Im weiteren Kriegsverlauf und der intensiven Bombardierung des Rheinlandes wurden die Heimeinrichtungen als Notunterkünfte genutzt. So wurden 1943 im bereits voll belegten Erlenhof, nach Bombenangriffen auf die Stadt Köln, weitere 40 Familien untergebracht. Im Oktober 1944 zerstörte dann ein abgestürztes Flugzeug Teile der Werkstätten, durch einen Fliegerangriff wurde kurz danach auch das Maschinenhaus zerstört, was zur Folge hatte, dass der Einrichtung keine Heizung und kein Strom zur Verfügung stand. Ab Dezember 1944 wurde die Einrichtung zusätzlich als Feldlazarett genutzt. Im Februar 1945 wurden durch einen weiteren Flugzeugabsturz Teile der Gebäude zerstört. Landesrat Hecker legte zur selben Zeit die Entscheidung, ob die Einrichtung zu evakuieren sei, in die Hände des Anstaltsleiters Müller.[11] Im März 1945 wurde der Erlenhof dann von einrückenden amerikanischen Truppen besetzt und erneut als Feldlazarett genutzt. Zunächst wurden die Jugendlichen noch als Hilfskräfte eingesetzt, im Juni 1945 dann aber endgültig, zusammen mit den verbliebenen Erziehern, der Einrichtung verwiesen.[12]

Auf die Nutzung des Erlenhofs als Feldlazarett der amerikanischen Truppen folgte eine kurzzeitige Verwendung der Einrichtung durch die britischen Truppen, die das Heim als

6 Zur Verbindung zwischen Jugendhilfe und Psychiatrie sowie zur Person Lückerath vgl. Kap. I.2.4.4.; Blum-Geenen 1997, S. 279 ff., 424 ff. sowie Steinacker 2007, S. 104 ff. Lückerath verstarb 1937, und Provinzialrat Müller wurde sein Nachfolger.

7 Vgl. Mahlberg-Gräper 1998, S. 18.

8 Vgl. Steinacker 2007, S. 319.

9 Zur Gesamtsituation der Heimeinrichtungen im Gebiet des LVR während des Krieges vgl. Kap. I.1.4., bes. Kap. I.1.4.4.

10 Vgl. Mahlberg-Gräper 1998, S. 18.

11 Vgl. Steinacker 2007, S. 697 f.

12 Vgl. ebd., S. 676.



Luftbild Erlenhof 1929

Unterkunft nutzten. Bereits ab Dezember 1945 wurde die Freigabe des Heimes und die Neubelegung diskutiert, da auch die Militärregierung an einer schnellen Wiederbelegung der Heime, vor allem mit den von den Militärgerichten verurteilten Jugendlichen, interessiert war.[13] Im April 1946 wurde das Heim dann als »Provinzial-Erziehungsheim Erlenhof« endgültig wieder freigegeben und zunächst mit 30 Jungen aus dem Fichtenhain belegt. Im November des Jahres 1946 waren bereits wieder 190 männliche Jugendliche im Erlenhof untergebracht.[14]

13 Vgl. Sozialministerium an die britische Militärregierung (8.12.1945), in: ALVR 13884 Bl. 409, sowie Jans/Beurmann 1963, S. 50.

14 Vgl. Mahlberg-Gräper 1998, S. 19.

3.2 Belegung und Struktur der Einrichtung 1946 bis in die 1970er Jahre

Die Belegungsstruktur respektive die »Art« der zugewiesenen Zöglinge schien nach Wiedereröffnung des Erlenhofs nahtlos an die Zeit vor und während des Krieges anzuknüpfen. So schrieb Verwaltungsoberinspektor Klein, der als langjähriger Mitarbeiter die Einrichtung vor Einberufung des Direktors Thiele übergangsweise leitete, schon Anfang 1946 über die zur Aufnahme erwarteten Jugendlichen: »Ich rechne für Euskirchen wiederum auf die Dauer mit der Zuweisung der schwierigeren Fälle der FE, also mit schweren Psychopathen, Epileptischen, leicht Schwachsinnigen, Selbstmordkandidaten, Geschlechtskranken und Bazillenträgern. […] Vorerst sind allerdings eine Gruppe normaler und zum Arbeitseinsatz bereiter und fähiger Jungen zu überweisen, die nicht nur beim Aufbau der Baulichkeiten, sondern insbesondere auch zum Einsatz in unserer großen Land-, Stall- und Gartenwirtschaft mit vollem Erfolg eingesetzt werden können.«[15]

Strukturiert wurde die Einrichtung durch die Bildung von sieben Gruppen: eine Bettnässerabteilung, eine Geschlechtskrankenabteilung sowie fünf weitere Gruppen, die nach der jeweiligen Entweichungsgefahr gegliedert waren.[16] Eine dieser Gruppen wurde, zumindest in der Korrespondenz, weiterhin als Psychopathenabteilung bezeichnet.[17] Geprägt war die Nachkriegszeit vor allem durch den Wiederaufbau der Einrichtung, an dem die Jugendlichen mitzuarbeiten hatten. Die Beseitigung der Kriegsschäden zog sich bis 1951 hin.[18] Es herrschte ein Mangel an Ausstattung für die Einrichtung, vor allem Kleidung, Schuhe und Betten standen nicht in ausreichendem Maße für das immer stärker belegte Heim zur Verfügung.[19] Die Belegungssituation entspannte sich auch zu Beginn der 1950er Jahre nur wenig. Innerhalb der Reihe der Provinzial-Erziehungsheime wurde der Erlenhof als »mehr geschlossenes Heim« verstanden und mit den als schwieriger angesehenen Fällen belegt.[20] Die ständige Überbelegung der Einrichtung sowie die Vielzahl an Neuaufnahmen waren die Hauptkritikpunkte, die Direktor Wilms gegenüber dem Sozialministerium äußerte. So wurden etwa in der Zeit von Anfang April bis Anfang Juni 1951 66 neue Jugendliche aufgenommen, was Wilms entsprechend kommentierte: »Wie ich bereits mehrfach mitgeteilt habe, besteht zu einer ausreichenden erzieherischen Betreuung, die gerade in den 1. Wochen des Aufenthaltes besonders wichtig und schwierig ist, unter solchen Umständen keine Möglichkeit mehr.«[21]

Auch die Ausstattung der Einrichtung hatte sich zu Beginn der 1950er Jahre noch nicht vollständig normalisiert. So gab es etwa, auch bedingt durch die Überbelegung, nicht aus-

15 Klein an Oberpräsidenten der Rheinprovinz (30.1.1946), in: ALVR 13884, Bl. 419.
16 Reisebericht Reg. Dir. Hopmann (22.7.1947), in: ALVR 13884.
17 Ministerialrätin Laarmann an Ministerialdirektor Weber (17.4.1948), in: ALVR 18264.
18 Vgl. Landschaftsverband Rheinland 1960, S. 243.
19 So war die Steigerung der Belegung auf 380 Jungen zu Beginn des ersten Quartals 1949 geplant. Schreiben Thiele an Sozialministerium (2.10.1948), in: ALVR 13884, Bl. 622.
20 Vgl. Besprechungsvermerk über Unterredung im Dansweilerhof (14.12.1951), in: ALVR 44066.
21 Wilms an Sozialministerium (13.6.1951), in: ALVR 13885, Bl. 133.



Haus der Handwerker, 1951

reichend Betten und Bettzeug für alle Jungen, was Schlafplätze auf dem Fußboden zur Folge hatte.[22] Als Reaktion auf solche Kritik wies das Sozialministerium darauf hin, dass die Situation in den anderen Heimen ähnlich sei und aus Platzmangel bereits auf Heime außerhalb der Nordrheinprovinz zurückgegriffen werde.[23] Im Laufe der 1950er Jahre wurde der Erlenhof diversen Umbauarbeiten unterzogen, um die Einrichtung nach und nach dem notwendigen Raumbedarf anzupassen.[24] 1956 wurden auch die ehemalige »Psychopathenabteilung« und die reine »Bettnässerabteilung« umgebaut. Die Bezeichnung einzelner Jugendlicher als Psychopathen tauchte aber weiterhin auf. So hieß es im Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1957, dass Bettnässer zusammen mit »erziehungsschwierigen Psychopathen sowie beschränkten Jugendlichen, die der heilpädagogischen Behandlung bedürfen, [untergebracht wurden]. In der Isolierung, die gleichfalls im Lazarettgebäude untergebracht ist, wurden eine Reihe sexuell abwegiger Jugendlicher sowie schwererziehbare Psychopathen betreut.«[25] Offiziell sprach man von einer Sonderabteilung für »Jugendliche mit besonderer psychiatrischer Betreuungsbedürftigkeit«.[26] Diese Gruppe unterschied den

22 Vgl. Wilms an Sozialministerium (25.10.1951), in: ALVR 13885, Bl. 274.
23 Vgl. hierzu auch Kap. II.4. zum Dansweilerhof, der auf Grund fehlender Plätze zu Beginn der 1950er Jahre wieder in Betrieb genommen wurde.
24 Vgl. hierzu die Reiseberichte von Beurmann aus den Jahren 1952–1960, in: ALVR 40664.
25 Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1957, in: ALVR 23823.
26 Landschaftsverband Rheinland 1960, S. 243.

Erlenhof von seinen Schwestereinrichtungen in Solingen und Krefeld. Die Belegung des Erlenhofs blieb in den 1950er Jahren weiterhin konstant hoch. Bei einer Soll-Belegung von 350 Jugendlichen kam es – auch bedingt durch Umbauten – nur selten zu Phasen, in denen die Einrichtung nicht voll belegt war.[27] Für 1959 sah die Struktur der Gruppen folgendermaßen aus:[28]

	Art der Gruppe
Gruppe 1:	freie Gruppe für Lehrlinge und Anlernlinge, negativ-reife Jungen. Bis zu 28 Plätze
Gruppe 2:	freie Gruppe für Lehrlinge und Anlernlinge, verlässliche Jungen verschiedenen Alters. Bis zu 28 Plätze
Gruppe 3	geschlossene Gruppe: von Entweichung zurückgekehrte Jugendliche, Versager aus anderen Heimen, 16–19 Jahre, nach Beobachtung noch Unsichere, Ersteinweisungen, ältere Jungen der Gefährdetenfürsorge. Bis zu 28 Plätze
Gruppe 4:	freie Gruppe: Gärtnerlehrlinge, Gartenarbeiter, Bäckerlehrlinge. Bis zu 28 Plätze
Gruppe 5:	geschlossene Aufnahmegruppe für Ersteinweisungen, 15–18 Jahre. Bis zu 22 Plätze
Gruppe 6:	halboffene Gruppe Lehrlinge, Stadt- und Feldarbeiter. Bis zu 26 Plätze
Gruppe 7:	geschlossene Gruppe, schwer Erziehbare mit endogenen und stark exogenen Schäden. Bis zu 28 Plätze
Gruppe 8:	halboffene Gruppe, 14- und 15-Jährige. Bis zu 24 Plätze
Gruppe 9:	halboffene Gruppe, Bettnässer, psychisch Schwierige, Psychopathen. Bis zu 22 Plätze
Gruppe 10:	freie Gruppe, Arbeitsjungen des Gutshofs. Bis zu 24 Plätze
Gruppe 11:	freie Gruppe, Lehrlingshaus. Bis zu 22 Plätze
Gruppe 12:	freie Gruppe, jüngere Lehrlinge und jüngere Stadtarbeiter. Bis zu 25 Plätze
Gruppe 13:	geschlossene Gruppe, Isolierung, somatisch und psychisch Abartige. Bis zu 10 Plätze und 5 weitere Wohnschlafräume im Lazarett.

In acht der Gruppen standen den Jugendlichen jeweils nur ein Schlafraum und ein Tagesraum zur Verfügung. In zwei der Gruppen waren fünf Schlafräume vorhanden und drei Gruppen, darunter die Gruppe 13 zur Isolierung, verfügten über Einzelzimmer. Zum großen Teil verfügten die Gruppen, ausgenommen die Gruppe zur Isolierung, zusätzlich noch

27 Vgl. ebd. Die Belegungszahl von 350 Jungen umfasst auch das Gut Heisterberg, vgl. Abschnitt 3.3 in diesem Kapitel.

28 Vgl. Gegebenheiten der Heimerziehung 1959, in: ALVR 40230.

über Tischtennis- und/oder Bastelräume. Im weiteren Verlauf reduzierte sich die Belegung des Erlenhofs sukzessive. So hieß es in einem Schreiben von Jans 1965: »Nach eingehender Besprechung während der Direktorenkonferenz am 12.7.1965 und gründlicher Erwägung bei der Sitzung des Jugendwohlfahrtsausschußes am 20.7.1965 erscheint mir eine Verminderung der Gruppen dringend erforderlich.«[29] Im Jahr 1966 lag die Belegungskapazität der Einrichtung dann noch bei 235 Jungen und reduzierte sich bis 1973 noch einmal deutlich nach unten auf 150 Jungen.[30] Auch die Gruppenstrukturen veränderten sich zusehends. So gab es etwa 1966 keine Gruppe mehr mit nur einem Schlafraum, die weitere Platzreduzierung hatte weitere Verbesserungen in diesem Bereich zur Folge. Die Bezeichnungen der einzelnen Gruppen veränderten sich von der sehr detaillierten und eher problemorientierten, wie sie exemplarisch für das Jahr 1959 beschrieben wurde, hin zu allgemeineren Beschreibungen wie geschlossene Gruppe, halboffene Gruppe, heilpädagogische Gruppe oder Aufnahmegruppe Mitte der 1960er Jahre. Ab 1966 wurde eine Gruppe für 20 Jungen dann auch als Jugendwohnheim innerhalb der Einrichtung geführt. Zudem wurde 1966 die so genannte Entlassungsgruppe eingerichtet. Hier sollte die Gruppe »spätverwahrloster Jugendlicher, die zum ersten Mal im fortgeschrittenen Alter – als so genannte Adoleszenten – in den Erlenhof kamen«, betreut werden. Ihnen sollte von Beginn an, sofern sie in der Aufnahmezeit als geeignet eingestuft wurden, mehr Selbstverantwortung zugesprochen sowie ein Mehr an Rechten und Pflichten gegeben werden.[31]

Mit Beginn der 1970er Jahre wurde dann nur noch von Normalgruppen und Schülergruppen gesprochen. Eine geschlossene Gruppe gab es aber weiterhin.[32] An diese erinnert sich Edgar Schiller, der 1970 im Erlenhof war: »Ich kann mich noch entsinnen, im Erlenhof, da war ich, auf der zwölften Gruppe, dat war die geschlossene, da wo man denn, hat man ihnen schon erzählt? Und da war ein Erzieher, das war der Herr Z. – den Namen hab' ich au' nie vergessen. Der hat zu mir gesacht, wenn ich nich' still bin, würd' er mich umbringen, ich wär' nich' der erste. Er hat's wahrscheinlich in Wut gesacht, so. Nur, das war'n Seemann, 'n alter, 'ne richtigen Kante und der schreckte auch nich davor zurück … ich hab auch mal von dem einen gekriecht – ich bin gleich umgefallen. […] muß man sich vorstellen, da wurden abends die Zimmer abgeschlossen. Und einer nahm mal da Feuer mit 'rein, das war, das waren damals Matratzen aus Stroh, diese ja, der hat dat Dingen angesteckt. Da wär'n wir bald alle draufgegangen. Dat hat den gar nich' interessiert: Ja, dann würd' er eben verbrannt … Rauchvergiftungen … da konnte man ja auch kein Fenster aufmachen, weil man ja inne geschlossene Gruppe war, alles zu und abgeschlossen. I.: Also man konnte als Jugendlicher nich' selber das Fenster öffnen? E. Sch.: Nein! Und die Türen wurden auch

29 Jans an Merzbach (22.7.1965), in: ALVR 40230. Vgl. zu baulichen und strukturellen Änderungsvorstellungen des LJA auch Kap. I.2.4.3.

30 Vgl. Gegebenheiten der Heimerziehung, in: ALVR 40230 sowie ALVR 40363. Die Reduktion der Plätze erfolgte, außer unter pädagogischen Gesichtspunkten, auch aufgrund weiterer Umbaumaßnahmen.

31 Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1967 Kap. II Gesamtcharakter der Minderjährigen, in: ALVR 23824.

32 Vgl. Gegebenheiten der Heimerziehung, in: ALVR 40363.

abends abgeschlossen. Da ham' denn damals, dat weiß ich noch, drei Leute, unter anderem au' ich, wir ham die Türe denn eingetreten, damit we wieder Luft kriechten.«[33]

Die Belegung erfolgte über die Jahre hindurch vor allem mit schulentlassenen Jungen, diese wurden auch weiterhin als (psychisch) schwierig oder auch sexuell geschädigt eingestuft.[34] Ab Mitte der 1960er Jahre kamen dann zunehmend auch schulpflichtige Kinder zur Aufnahme. Diese noch volksschulpflichtigen Jungen wurden zunächst vor allem aus erzieherischen Gründen aus Schulkinderheimen in den Erlenhof verlegt.[35] Begonnen wurde mit einer Schülergruppe im Jahr 1967, 1975 lag die Zahl bereits bei 70 schulpflichtigen Jungen.[36]

3.3 Außenstelle Heisterberg[37]

Das Anwesen Heisterberg bei Königswinter wurde 1939 mit dem Ziel erworben, dort ein weiteres Provinzial-Erziehungsheim – für 150 Jugendliche – und zudem eine Schule für Heimerzieherinnen zu errichten. Der geplante Umbau konnte im Verlauf des Krieges dann aber wegen fehlender Baumaterialien sowie der angeordneten Zwangsbewirtschaftung nicht umgesetzt werden. Die Einrichtung wurde letztlich als uneigenständige Außenstelle – zunächst des Halfeshofs und später des Erlenhofs – behandelt und als Unterkunft für einige wenige Jugendliche genutzt. 1946 waren es zehn Jugendliche, die zunächst vor allem mit Instandsetzungsarbeiten beschäftigt waren.[38]

Im Jahr 1950 schrieb der Erzieher und Verwalter Meyers über Gut Heisterberg: »Haus Heisterberg ist ein Provinzialgut, wir haben hier Landwirtschaft, Gärtnerei, Obstanlagen, große Waldungen und Weinberge. Das Gut wird selbständig verwaltet, untersteht aber dem Jugendheim Erlenhof in Euskirchen. So sind die 25 Jungen vom Heim Euskirchen. Hier werden nur Jugendliche hin abkommandiert, welche gute Führung haben und in Kürze entlassen werden können. Die Jungens sollen zeigen, dass sie ordentliche Kerle geworden sind […].«[39] Die Belegung des Gutes Heisterberg blieb mit durchschnittlich 25 Jungen relativ konstant. 1954 waren an Personal ein Gutsverwalter, drei Erzieher, eine Wirtschafterin, eine als Stütze benannte Hilfskraft, die vor allem in der Küche eingesetzt wurde, sowie ein Gartenmeister vor Ort. Auch diese Zahlen blieben weitestgehend kons-

33 Interview Edgar Schiller (31.8.2009), S. 15, in: ALVR 49429.
34 Jans an LR 1 (15.4.1965), in: ALVR AZ 10002936 Band I Personalakte Gollnick.
35 Vgl. Gollnick an LJA (11.9.1967), in: ALVR 40233.
36 Vgl. zur Verknüpfung der Themen Schule und Heimerziehung Kap. III.2.
37 Insgesamt ist die Quellenlage zum Gut Heisterberg für den Untersuchungszeitraum, vor allem was die Betreuung der Jungen vor Ort angeht, nicht sehr umfassend.
38 Vgl. Steinacker 2007, S. 636; Jans/Beurmann 1963, S. 46 sowie ALVR 18887.
39 Abschrift eines Schreibens von Meyers. Anlage zum Schreiben des LJA an einen Vater (31.7.1950), in: ALVR 13885, Bl. 116.

tant.[40] Mitte der 1950er Jahre wurde seitens des Landesjugendamtes begonnen, eine anderweitige Nutzung des Gutes zu diskutieren. Die Räumung des Heisterbergs als Außenstelle des Erlenhofs wurde im Landesjugendwohlfahrtsausschuss im Dezember 1957 beschlossen, die Jugendlichen aus der dortigen Gruppe sollten zunächst in einem provisorisch zu errichtenden Haus am Sportplatz des Erlenhofs, welches später einer anderweitigen Nutzung übergeben werden sollte, untergebracht werden.[41] Für Gut Heisterberg wurde zunächst die Nutzung als heilpädagogisches Heim angedacht. Dann wurde dort aber 1959 der Jugendhof Rheinland eröffnet, eine »Bildungsstätte für alle Kräfte, die in der Jugendhilfe unmittelbare oder mittelbare Hilfs- und Förderungsarbeit leisten«.[42]

3.4 Personal

In der Nachkriegszeit übernahm zunächst der Gewerbeoberlehrer Bernhard Thiele (* 18.8.1890) die Leitung des Erlenhofs. Thiele wurde, nach vorheriger Tätigkeit an der Berufs- und Fachschule für Jungen in Krefeld, am 1.10.1946 kommissarischer Leiter des Erlenhofs. Er blieb dort jedoch nicht lange. Sowohl seitens des Sozialministeriums als auch der Mitarbeiterschaft wurde er nicht als die richtige Persönlichkeit zur Leitung einer Einrichtung wie dem Erlenhof gesehen. Ihm wurde ein labiler und leicht reizbarer Charakter attestiert, der nicht als Vorbild für die Jungen geeignet sei.[43] Obwohl Thiele zunächst noch eine Chance gegeben werden sollte, sich im Erlenhof zu bewähren, wurde seine Probezeit letztlich nicht verlängert und ihm ein Wechsel als Angestellter ins Sozialministerium nahe gelegt. Ab Ende 1948 war Thiele bereits von seinen Dienstgeschäften entbunden, seine Vertretung übernahm, bis zur Einstellung eines neuen Direktors, der zuvor bereits übergangsweise als Leitung tätig gewesene Verwaltungsoberinspektor Klein. Thieles Nachfolger wurde ab 1.3.1949 der Mediziner Karl Wilms (* 10.8.1904). Wilms, der vor seinem Medizinstudium unter anderem drei Jahre katholische Theologie studiert hatte, übernahm die Leitung des Erlenhofs zunächst kommissarisch, wurde im Dezember 1950 dann aber endgültig als Direktor ernannt. Dass ein Arzt als Leitungskraft eingestellt werden sollte, begründete das Sozialministerium mit der Zielgruppe des Erlenhofs. »Es war zu berücksichtigen, dass dem Provinzial-Jugendheim in Euskirchen mit seinen besonderen Abteilungen für Psychopathen und Geschlechtskranke die schwierigsten und am stärksten verwahrlosten Jungen zugewiesen werden.«[44]

Aber auch Wilms blieb nicht lange als Direktor in Euskirchen. Erkrankt an allgemeiner Erschöpfung sowie Herz- und Kreislaufstörungen, konnte er bereits im Sommer 1951 zwei

40 Vgl. Haushaltspläne für Gut Heisterberg, in: ALVR 23859.
41 Vgl. Niederschrift zur Sitzung LJWA vom 10.12.1957, in: ALVR 41873.
42 Landschaftsverband Rheinland 1960, S. 246.
43 Vgl. internen Schriftwechsel des Sozialministeriums (6.4.1948 sowie 17.4.1948), in: ALVR 18264.
44 Sozialministerium Abteilung IIIB/2 an Finanzminister des Landes NRW (17.2.1950), in: ALVR 38445, Bl. 48.

Monate lang seinem Dienst nicht nachkommen und bat, Ende 1951, um Entlassung aus dem Dienst der Landesregierung NRW zum April 1952. Zu diesem Zeitpunkt wechselte er dann in die eigene Praxis.

Prägend für den Untersuchungszeitraum sind drei Direktoren des Erlenhofs, die in der Zeit von 1952 bis 1975 die Leitung der Einrichtung innehatten. Über einen relativ langen Zeitraum – von Juni 1952 bis Mai 1966 – war der katholische Pfarrer Franz Merzbach (* 28.5.1905) Direktor des Erlenhofs. Neben seinem Theologiestudium hatte Merzbach Pädagogik, Philosophie und Soziologie studiert. Vor seiner Tätigkeit in der Fürsorgeerziehung hatte er zunächst als Kaplan und später kurzzeitig als Religionslehrer gearbeitet. Von 1938 bis 1946 war er Generalsekretär des katholischen Männerfürsorgevereins Deutschland, ab 1940 arbeitete er zudem als Geistlicher im Gefängnis in Düsseldorf-Derendorf, nach kurzer Zeit als stellvertretender Anstaltspfarrer. Ab 1.6.1946 leitete er dann als Direktor das Provinzial-Jugendheim Haus Fichtenhain. Erstmals kam Merzbach 1951, als Krankheitsvertretung für Direktor Wilms, in den Erlenhof, offiziell wurde er im Juni 1952 von Krefeld nach Euskirchen versetzt und übernahm das Amt des Direktors sowie die seelsorgerische Betreuung der Jugendlichen in der mittlerweile wieder nur mit katholischen Jungen belegten Einrichtung. Genau wie der Erlenhof wurden auch die beiden anderen »großen« Landesjugendheime – Halfeshof und Fichtenhain – von Geistlichen geleitet, und Merzbach bildete, zusammen mit den Direktoren Langmaack und Wolpers, eine durchaus prägende Generation geistlicher Leitungskräfte in den Landesjugendheimen.[45] Doch bereits 1958 bat er um Entlassung aus dem Dienst des Landschaftsverbandes Rheinland, da er sich zum einen um ein kirchliches Amt bewerben wollte, zum anderen aber die eigene Gesundheit durch die Arbeit im Erlenhof gefährdet sah. So heißt es in einem Schreiben an den Landesdirektor Klausa: »Seit zwölf Jahren führe ich eine schwere Aufgabe an verwahrloster männlicher Jugend durch und hier im Erlenhof ohne Erziehungsleiter, seit vier Jahren sogar ohne Hausvorsteher. Dabei handelt es sich stets um mehr als 300 heranwachsende Jungen.«[46] Trotz der personell angespannten Situation und gesundheitlicher Probleme blieb Merzbach aber noch bis Mai 1966 im Amt des Direktors, bevor er sich in den vorzeitigen Ruhestand versetzen ließ. Die Aufgabe, als Pfarrer die Messe in der heimeigenen Kirche zu lesen, nahm er noch über seine Pensionierung hinaus wahr.

Merzbachs Nachfolger wurde der Lehrer Hubertus Gollnick (* 1.4.1926). Gollnick kam nach Arbeitsdienst (März bis Ende Mai 1944) und Wehrmacht (Juni 1944 bis Mai 1945) im Mai 1946 aus englischer Kriegsgefangenschaft. Er studierte dann Pädagogik, Biologie und Psychologie und erwarb die Anerkennung als Sonderschul- und Sonderturnlehrer. Ab 1951 arbeitete Gollnick als Lehrer, zunächst in Hamburg, später im Schuldienst der Stadt Düsseldorf. Im Juli 1958 bewarb er sich beim Landschaftsverband Rheinland um die Anstellung als Erziehungsleiter, seine Bewerbung wurde mit Interesse aufgenommen, zunächst sah man aber keine entsprechende Stelle für ihn. Dann wurde ihm ab Januar

45 Zur religiösen Erziehung in den RLJH vgl. Kap. III.6.

46 Merzbach an Klausa (2.5.1958), in: ALVR, Ausgeschiedenennummer 27322, Personalakte Merzbach, Bd. 1, Bl. 44.

1959 eine dreimonatige Erprobung im Dansweilerhof – mit vorgeschalteter Einarbeitung in Fichtenhain – angeboten. Zum 14.3.1959 wurde Gollnick dann offiziell als Erziehungsleiter des Dansweilerhofs angestellt. Von dort wechselte er im August 1960 in das Rheinische Heilpädagogische Landesjugendheim Süchteln, wo er ebenfalls die Position des Erziehungsleiters übernahm. Auf Wunsch des Landesjugendamtes übernahm Gollnick dann im April 1965 die Stelle des Erziehungsleiters im Erlenhof. Aufgrund der als problematisch eingeschätzten Leitungssituation im Erlenhof, vermutlich war damit auch die gesundheitliche Einschränkung des Direktors Merzbach gemeint, wurde es als notwendig angesehen, eine qualifizierte Kraft im Erlenhof zu beschäftigen.

»Mit Rücksicht auf die schwierige Situation im Rheinischen Landesjugendheim Erlenhof in Euskirchen in der Leitung des Heimes ist es erforderlich, die Stelle des Erziehungsleiters durch einen erfahrenen Erziehungsleiter zu besetzen. Die Belegung des Heimes mit schwer sexuell geschädigten Jugendlichen lässt es auch geraten erscheinen, einen Erziehungsleiter mit heilpädagogischer Erfahrung in diesem Heim einzusetzen.«[47] Im folgenden Jahr übernahm Gollnick dann die Direktorenstelle von Merzbach, ab 1967 unterrichtete er zusätzlich nebenamtlich in der Heimschule des Erlenhofs. Ähnlich wie sein Vorgänger hatte aber auch Gollnick mit gesundheitlichen Belastungen, die in Verbindung zu seiner Tätigkeit als Direktor standen, zu tun.[48] Nach einer kurzzeitigen Abordnung an die Rheinische Fachschule für Sozialarbeit im Oktober 1970 und einer längeren Erkrankung kehrte Gollnick im Januar 1971 zwar in den Erlenhof zurück, bat aber im März desselben Jahres um seine Versetzung und wechselte schließlich im Juli 1971 auf die Direktorenstelle in Fichtenhain. Die Nachfolge von Gollnick übernahm Dr. Klaus Rehbein (* 3.6.1930). Rehbein hatte sich, nach dem Studium (Sozialpädagogik, Germanistik, Philosophie, Strafrecht) und der Promotion über »Formen der Erziehung im Jugendstrafvollzug«, sowohl durch wissenschaftliche als auch praktische Tätigkeit mit den Themen des Strafprozesses und des Strafvollzuges auseinandergesetzt – unter anderem als Erziehungsleiter einer Jugendstrafvollzugsanstalt –. Beim Landschaftsverband Rheinland bewarb Rehbein sich 1966 zunächst auf Erziehungsleiterstellen in Süchteln bzw. dem Halfeshof. Landesrat Jans wollte Rehbein aber für den Dienst innerhalb des Landesjugendamtes gewinnen und bot ihm eine Stelle im Referat 42 (Freiwillige Erziehungshilfe, Fürsorgeerziehung, Erziehungsberatung, Fachaus- und -fortbildung) an. Rehbein begann seine Tätigkeit innerhalb des Landesjugendamtes im Oktober 1966. Im Mai 1971 übernahm er dann die Direktorenstelle im Erlenhof. Rehbein hatte bereits früher deutlich gemacht, in eines der Landesjugendheime als Direktor wechseln zu wollen, gleichzeitig aber auch signalisiert, an weiterer Entwicklung innerhalb des Landesjugendamtes interessiert zu sein.[49] So arbeitete er zu Beginn seiner Direktorentätigkeit zunächst an zwei Tagen in der Woche in der Zentralverwaltung weiter und beschäftigte sich mit dem Aufgabengebiet »neue Formen der öffentlichen

47 Jans an LR 1 (o.D.) mit Bitte um Versetzung Gollnicks zum Erlenhof zum 15.4.1965, in: ALVR AZ 10002936 Bd. I, Personalakte Gollnick.

48 Vgl. Personalrat des Erlenhofs an LR Fischbach (26.11.1970), in: ALVR AZ 10002936 Bd. I Personalakte Gollnick. In dem Schreiben wird die gesundheitliche Erschöpfung des Direktors thematisiert.

49 Vgl. Schreiben Rehbein zur Bewerbung um Direktorenposten (1.4.1971), in: ALVR 38375.

Erziehung«. Zudem übernahm er ab 1971 nebenamtlich eine Vertretungsprofessur (Kriminologie, Jugendrecht und Strafvollzug) an der Universität Bielefeld, die er mehrere Jahre innehatte. Rehbein galt als progressiv, auch was seine Verknüpfung von wissenschaftlicher und praxisorientierter Arbeit anging. In einer dienstlichen Beurteilung von 1973 heißt es: »Als Referent im Landesjugendamt Rheinland hat Dr. Rehbein die Auseinandersetzung mit neuen Formen der Öffentlichen Erziehung […] gesucht und ›durchgestanden‹. Als Direktor des Landesjugendheims Erlenhof hat Dr. Rehbein den administrativen und pädagogisch höchst schwierigen Prozeß einer Umstrukturierung der Erziehungsformen und Erziehungsmethoden […] eingeleitet. […] Dominierendes Kriterium seines Erziehungsstiles ist die Herstellung personaler Beziehungen zu den einzelnen jungen Menschen seines Erziehungsheimes.«[50] Rehbein leitete das Landesjugendheim Erlenhof bis 1975 und wechselte dann als Professor für Erziehungswissenschaft und Sozialpädagogik an die Universität Marburg.

Die Situation der Erzieherschaft im Erlenhof war, ähnlich wie auch in den anderen Landesjugendheimen, in vielen Phasen geprägt durch einen starken Mangel an Personal. So fehlte es in der direkten Nachkriegszeit an qualifiziertem Personal, woran sich auch der Zeitzeuge Jakob Schulz erinnert, der von Dezember 1948 bis Oktober 1949 im Erlenhof untergebracht war. Für Schulz haben sich die Erzieher als »Männer fortgeschrittenen Alters« eingeprägt. Er vermutet, dass sie im Krieg gewesen sein müssen, und beschreibt ihre Methoden als militärisch: »Ja, das waren Erzieher gewesen, dat waren für mich keine Erzieher […]. Ich kann mir das gar nicht vorstellen, was dat für Typen waren, ne. Dreier Reihen, antreten im Laufschritt, ne, usw., da gingen wir dann, äh, in de Gärtnerei oder Kartoffel schälen alle Mann, ne.«[51] Schulz berichtet weiter, dass es einen zuständigen Erzieher für eine Gruppe von 25 Jungen gab, hinzu kam ein Erzieher, der die Jungen zur Arbeit begleitete und dort beaufsichtigte. Persönlichen Kontakt oder Gespräche mit den Erziehern habe es kaum gegeben.[52] Für den Beginn der 1950er Jahre beschrieb Beurmann, nach einem Besuch im Erlenhof, die dortige Lage als weniger ungünstig als erwartet und formulierte die Hoffnung, »dass es Direktor Merzbach im Laufe der Zeit gelingen wird, den durch die misslichen Personalverhältnisse der letzten Jahre etwas zerrütteten guten Geist des Hauses wieder herzustellen«.[53]

Ab Mitte der 1950er Jahre gestaltete sich die Personalsituation innerhalb der Gruppen so, dass jeweils ein Erzieher und eine ständige Hilfskraft für eine Gruppe vorgesehen waren.[54] Die Verteilung von zwei Kräften pro Gruppe blieb weitestgehend, auch bei Reduzierung der Platzzahl, als Belegungsideal bestehen.[55] 1958 betrug die Gesamtzahl der Erzieher 39,

50 Dienstliche Beurteilung durch Prof Dr. Dr. Kraus (10.8.1973), in: ALVR 38375.
51 Interview Jakob Schulz (1.9.2009), S. 24, in: ALVR 49431. Zur Personalknappheit vgl. Schreiben des Direktors Thiele (2.10.1948), in: ALVR 13884, Bl. 622.
52 Vgl. Interview Jakob Schulz (1.9.2009), S. 57, 60 und 68, in: ALVR 49431.
53 Reisebericht Beurmann (10.6.1952), in: ALVR 40664.
54 Vgl. Gegebenheiten der Heimerziehung für die Jahre 1959–1964, in: ALVR 40230 sowie Landschaftsverband Rheinland 1960, S. 243.
55 Vgl. Gegebenheiten der Heimerziehung 1966–1973, in: ALVR 40636.

hinzu kamen elf Mitarbeiter in den Handwerksbetrieben, 1972 waren es – bei einer Belegung mit 150 Jugendlichen – 32 pädagogische Mitarbeiter.[56] Personelle Engpässe ergaben sich allerdings immer wieder. So fehlte über einen langen Zeitraum ein Erziehungsleiter.[57] Im Jahresbericht 1968 wies der Direktor auf die fehlenden Möglichkeiten zur Fortbildung der Erzieherschaft hin, die aus einer »angespannten Personallage« resultierten.[58] Zusätzlich beschäftigte der Erlenhof sechs Schwestern vom Orden des Heiligen Josef in Trier. Die Schwestern waren von Oktober 1949 an im Wirtschaftsbereich – vor allem in Küche und Wäscherei des Heimes – tätig. Ende 1961 mussten sie aus Nachwuchsmangel ihre Dienste einstellen.[59]

3.5 Heimalltag

Wie auch in den anderen Heimen für schulentlassene Minderjährige war der Alltag im Erlenhof vor allem durch Arbeit geprägt.[60] In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die Jungen für den Wiederaufbau der eigenen Einrichtung, aber auch anderer Häuser, wie etwa der Provinzial-Blindenschule, eingesetzt.[61] Hinzu kam die Beschäftigung auf den heimeigenen Ländereien, in den Stallungen und in der Gärtnerei sowie für umliegende Bauern und Firmen. Der Zeitzeuge Jakob Schulz erinnert sich etwa an das Umgraben der Schlammbecken der angrenzenden Zuckerfabrik sowie an die Arbeit in der Gärtnerei des Heimes.[62] Ausbildungsplätze gab es in den Berufen Schlosser, Installateur, Elektriker, Schreiner, Schuhmacher, Bäcker und Schneider. Allerdings waren diese nur in geringer Zahl vorhanden, so dass wenige der über 300 Jungen in der Einrichtung eine Lehre absolvieren konnten.

1953 sahen die Ausbildungsmöglichkeiten im Erlenhof folgendermaßen aus: 17 Lehrstellen in der Schreinerei, sechs Lehrstellen in der Anstreicherei, zwölf Lehrstellen in der Schlosserei, drei Lehrstellen in der Schuhmacherei, sechs Lehrstellen in der Schneiderei, fünf Lehrstellen in der Bäckerei, drei Lehrstellen in der Gärtnerei sowie zwei Lehrstellen in der Korbmacherei.[63] Hinzu kamen diverse Hilfsarbeiten in Landwirtschaft und Garten sowie die geschlossenen Arbeitsbereiche Mattenflechterei und Kartoffelschälerei.

56 Vgl. Pressedienst Juli 1972, in: ALVR 25824.
57 Merzbach an LD Klausa (2.5.1958), in: ALVR Ausgeschiedenennummer 27322, Personalakte Merzbach Bd. 1, Bl. 44.
58 Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1968, in: ALVR 23824.
59 Vgl. Reisebericht Hopmann (23.2.1949), in: ALVR 13884, Bl. 632 sowie Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1961, in: ALVR 23823.
60 Vgl. umfassend Kap. III.3.1 sowie III.3.2.
61 Vgl. Vermerk Abteilung Jugendwohlfahrt III B/2 (19.10.1949), in: ALVR 13884, Bl. 660. Auch Jungen des Halfeshofs arbeiteten beim Wiederaufbau der Schule mit.
62 Vgl. Interview Jakob Schulz (1.9.2009), S. 24 und 44, in: ALVR 49431.
63 Vgl. Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1953, in: ALVR 23823.

Auch wenn die Ausbildungsmöglichkeiten an dieser Stelle recht vielfältig wirken, darf die Gesamtbelegung der Einrichtung nicht außen vor gelassen werden. Bei einer Sollbelegung von 350 Jungen hatten weiterhin nur die wenigsten eine Möglichkeit, eine Lehre zu absolvieren. Merzbach sah diese Problematik auch, zudem aber auch gleichzeitig die Schwierigkeit, dass vor allem die Handwerksbetriebe, bei einer Zunahme an Lehrlingen, an Rentabilität verlieren könnten. »Weiteres ist noch zu tun, wobei auch die Frage nach einer Rationalisierung der Ausbildung zu stellen ist, um den Kreis der zu den Handwerksberufen drängenden Jugendlichen auch voll zu erfassen. Dieser Schritt setzt jedoch eine Wandlung in der Auffassung von der Rentabilität dieser Betriebe voraus, deren Rentabilität mit zunehmender Intensivierung der Lehrlingsausbildung zwangsläufig absinken muß.«[64]

Im Laufe der Jahre entwickelte sich die Ausbildungssituation innerhalb des Erlenhofs langsam weiter, die Arbeitsfelder blieben recht ähnlich, es kamen aber berufsbildende Lehrgänge hinzu, wie etwa der Grundlehrgang Metall. Mit solchen Arbeitsmöglichkeiten sollte, zumindest in Ansätzen, einer Modernisierung sowie den Interessen der Jungen Rechnung getragen werden. Allerdings standen auch 1960 noch nur 75 Jungen in einem Lehr- oder Anlernverhältnis innerhalb des Erlenhofs, die meisten Lehrstellen gab es dabei im Bereich der Schreinerei. Dem gegenüber wurden 244 Jungen mit sonstigen Arbeiten, wie landwirtschaftlicher Tätigkeit, Arbeit in der Hauskolonne oder Mattenflechten, beschäftigt.[65] Die Jugendlichen, die neu in der Einrichtung aufgenommen wurden, wurden bis 1966 in der Schälküche, danach in der Gärtnerei eingesetzt. Ab 1965 kam als Neuerung ein so genannter Zugangslehrgang hinzu. Hier durchliefen die neu aufgenommenen Jugendlichen – neben der Arbeit – eine Art Lehrgang, in dem sie mit allen Fragen bezüglich des Heimaufenthaltes vertraut gemacht werden sollten. »Sinn des Zugangslehrganges ist es, […] den Jugendlichen besser kennenzulernen, seine Mitarbeitsbereitschaft zu wecken und ihn auf die vielfältigen Möglichkeiten der Förderung innerhalb des Heimes aufmerksam zu machen.«[66] Zum Inhalt des Zugangslehrgangs gehörten, zusätzlich zur Arbeit und ergänzendem Schulunterricht, Informationen über Themen wie: Berufsberatung, Prämien, Gesundheit und Hygiene, Verpflegung und Bekleidung, »Du und das Recht« sowie zwei Aussprachen mit dem Direktor.[67] Im weiteren Verlauf des Untersuchungszeitraums zeigen sich innerhalb der Arbeitsmöglichkeiten keine gravierenden Veränderungen. Vielmehr wird beschrieben, dass mit einer zunehmenden Verjüngung der Jugendlichen innerhalb der Einrichtung die bisherigen Ausbildungsmöglichkeiten nicht mehr als passend empfunden wurden. »Nachteilig macht sich bemerkbar, dass diese traditionellen Arbeits- und Ausbildungsangebote weder konzeptionell noch organisatorisch und personell darauf eingestellt

64 Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1953, in: ALVR 23823.

65 Vgl. Gegebenheiten der Heimerziehung 1960, in: ALVR 40230. Theoretisch hätten auch mehr Lehrstellenplätze zur Verfügung gestanden, warum diese nicht besetzt wurden, geht aus den Aufzeichnungen nicht hervor. Vermutlich wurde mit fehlenden intellektuellen Fähigkeiten der Jungen, die häufig bei der Charakterbeschreibung der Jugendlichen in den jeweiligen Jahresberichten auftauchten, argumentiert. Hinzu kam sicher auch ein Mangel an Personal.

66 Papier des Direktors »Vorläufige Richtlinien für den Zugangslehrgang« (10.5.1965), in: AVLR 28434.

67 Vgl. ebd. Stundenplan über Zugangslehrgang.

sind, noch nicht arbeitsfähige schulentlassene Jugendliche angemessen zu fördern. Außerdem fehlt eine systematische und für die Klientel angemessene Form der Berufsorientierung. Schließlich ist das traditionelle Angebot nicht in der Lage, berufliche Abschlüsse unterhalb des Lehrabschlusses zu vermitteln. An der Überwindung dieses unhaltbaren Zustandes konnte im Berichtsjahr nicht gearbeitet werden, weil allgemeine Stabilisierungserfordernisse vorrangig waren und außerdem die vorgesehene dritte Erziehungsleiterstelle nicht besetzt war.«[68]

Die ab ca. 1967 vermehrt aufgenommenen noch schulpflichtigen Jungen wurden zunächst im Rahmen eines Berufsfindungskurses beschäftigt. Dieser Kurs umfasste vormittags je fünf Stunden Unterricht in den Fächern Rechnen, Religion, Deutsch, Berufskunde (Filme), Raumlehre, Bürgerkunde, Singen, Sport, Schularbeiten. Nachmittags kamen als Beschäftigung Betriebsbesichtigungen, Werkstattpraktika und Werken hinzu. Nach einem halben Jahr wurde der Kurs allerdings in dieser Form eingestellt, da die Jungen, vor allem durch die Nachmittagsbetreuung, nicht richtig zu erfassen seien. Zudem erschwere das »niedrige intellektuelle Niveau« der Jungen den Unterricht.[69] Die Jungen wurden anschließend in einer so genannten Tagesklasse beschult, die Nachmittage sollten analog denen in Kinderheimen durch Wandern, Spielen und Schulaufgaben gestaltet werden.[70] Die Tagesklasse wurde in den kommenden Jahren weiter aufrechterhalten, 1969 um eine zweite ergänzt. 1971 gab es insgesamt vier Tagesklassen, die sich folgendermaßen aufteilten: Klasse 1: Haupt- und Volksschüler des achten und neunten Schuljahres, Klassen 2 und 3: lernbehinderte Sonderschüler des ersten bis vierten sowie des fünften und sechsten Schuljahres, Klasse 4: Analphabeten bis erstes Schuljahr.[71]

Die Freizeitmöglichkeiten innerhalb des Erlenhofs waren, ähnlich wie in den anderen Landesjugendheimen, vor allem durch Sport geprägt.[72] Für die ersten Nachkriegsjahre beschreibt der Zeitzeuge Jakob Schulz allerdings, dass es keine Freizeitangebote wie Fußball oder Werken gegeben habe. Lediglich ein Baseballspiel gegen amerikanische Besatzungssoldaten ist ihm in Erinnerung.[73] In den 1950er Jahren standen ein Sportplatz, ein Schwimmbad, eine Turnhalle sowie später in einigen der Gruppen Tischtennisplatten zur Verfügung. 1961 wurde dann das »Heimwerk Freizeit und Bildung« gegründet. Hier sollten alle Jungen einmal pro Woche an einem Abend an einer Arbeitsgemeinschaft teilnehmen können. Beispiele für solche Arbeitsgemeinschaften waren: ein Lesekreis, eine Laienspielgruppe, Sing- und Instrumentalkreis. Geleitet werden sollten diese Arbeitsgemeinschaften von Angestellten des Heimes. Ergänzt werden sollte das Angebot durch Besuche auswärtiger Veranstaltungen wie Schauspiel oder Oper. Zudem sollte jede Gruppe eine eigene Tageszeitung haben.[74] Der Zeitzeuge Alfred Hoffmann erinnert sich an die Freizeitge-

68 Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1975, in: ALVR 23824.
69 Erfahrungsbericht Gollnick an das LJA (11.9.1967), in: ALVR 40233.
70 Vgl. ebd.
71 Statistik über Schulsituation des Erlenhofs (9.3.1971), in: ALVR 25835.
72 Vgl. Kap. III.4.1.
73 Vgl. Interview Jakob Schulz (1.9.2009), S. 69 f., in: ALVR 49431.
74 Vgl. Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1961, in: ALVR 23823.

staltung zu Beginn der 1960er Jahre, als er im Erlenhof war: »Freizeit gab's in der Gruppe, gab's natürlich so Spielgruppen, ne, wie, wie, war ja auch eigentlich alles da. Es war Schach da, es waren, Gesellschaftsspiele im, im Großen und Ganzen, die hatten en, en, en eigenes kleines Schwimmbad, man konnte schwimmen und, aber ansonsten war, war also nich sehr viel, wurde nich sehr viel angeboten. Man hatte einmal in der Woche, Ausgang, sonntags […] dann durfte man für vier Stunden oder fünf Stunden nach Euskirchen, musste […] also sehr pünktlich dann wieder im Heim sein. Das waren aber nicht alle, sondern die, die ne offene Gruppe hatten, ja.«[75]

Ab 1965 hatten alle Gruppen ein eigenes Radiogerät und einen eigenen Fernseher. Über das Radioprogramm durfte die Gruppe selbstständig entscheiden, das TV-Programm wurde durch eine, aus vier Erziehern bestehende, Fernsehkommission festgelegt. Diese Kommission benannte für die gesamte Einrichtung die Sendungen, die nicht gesehen werden durften.[76] Der Zeitzeuge Edgar Schiller, der 1970 im Erlenhof war, berichtet über die Sportmöglichkeiten: »Im Erlenhof war's gut, da, ja da hatt'n wir Kicker, Tischtennis, ähm, nen riesengroßen Fußballplatz, en eigenes Schwimmbad … das fand ich nur … und das hab' ich so'n bisschen negativ in Erinnerung: wenn ich, äh, früher Feierabend hatte und es war so'n Wetter wie jetzt, dann durften wir da nich' rein, weil da denn die Erzieher waren. Ich denke, wat denken die denn, bin ich krank, wenn ich da im Wasser springe und sie sind drin … ja, wir durften nich' da rein, weil die Erzieher und die Erzieherkinder da zu der Zeit waren. Dat war … aber abends konnten wir dat nutzen. […] Aber Freizeitangebot im Heim, das, äh, war eigentlich ok.«[77] Im weiteren Verlauf wurden auch die Ausgangsregeln für die Jugendlichen weiter gelockert, so dass auch die Möglichkeit bestand, die Freizeit außerhalb des Heimes zu verbringen. Auch hieran erinnert sich Edgar Schiller: »Wo der Doktor Rehbein da war, konnten wir ja jeden Tag inne Stadt gehen. Der hatte das ja denn geändert mit den Ausgangskarten. Da gab es ja damals die braune, die war einmal, die blaue zweimal und die grüne, da konnte man dreimal inne Woche 'raus. Das hatte sich denn geändert und da hat man auch die ersten Mädels kennen gelernt. Da hatte sich dat Freizeitverhalten denn wiederum geändert.«[78]

75 Interview Alfred Hoffmann (25.1.2010), S. 14, in: ALVR 49426.
76 Vgl. Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1965, in: ALVR 23824.
77 Interview Edgar Schiller (31.8.2009), S. 15, in: ALVR 49429.
78 Ebd.

3.6 Veränderungen in der Heimorganisation im Laufe der 1970er Jahre

Wie bereits ausführlich dargestellt, waren die ersten Jahre der Wiederbelegung des Erlenhofs geprägt von Aufbauarbeiten, von Mangel an Einrichtungsgegenständen und Personal sowie einer stetigen Überbelegung. Der Heimalltag wurde eher organisiert als gestaltet, wie etwa aus der Dienstanweisung für die Erzieherschaft aus dem Jahre 1952 zu erkennen ist.[79] Auch bis in die 1960er Jahre lassen sich wenig wirkliche Veränderungen innerhalb des Heimes erkennen.[80] Auch wenn es in kleineren Bereichen, wie etwa bei der dargestellten Freizeitgestaltung, Veränderungen und einen beginnenden offeneren Umgang mit den Jugendlichen gegeben zu haben schien, brauchte es bis in die späten 1960er Jahre, bis langsam Veränderungen im Alltag und in der Organisation des Heimes sichtbar wurden. Exemplarisch gehörten hier etwa Veränderungen in der Besuchs- und Ausgangsregelung hinzu, die den Jugendlichen, bei entsprechendem Verhalten, längeren Ausgang und früheren Ausgang nach Neuaufnahme ins Heim ermöglichten und auch die Möglichkeit für Sonderregelungen in Absprache offen ließen, was durchaus neu war.[81] Die Möglichkeit der Beteiligung erhielten die Jugendlichen über die jeweiligen Gruppensprecher bzw. den Heimrat und den Heimsprecher, die durch die Gruppensprecher gewählt wurden. Diese brachten in ihren Sitzungen Veränderungsvorschläge ein und diskutierten sie mit dem Direktor.[82]

Im März 1970 kam es dann im Erlenhof zu Aktionen durch den SSK (Sozialpädagogische Sondermaßnahmen Köln).[83] Jugendliche waren während ihres Ausgangs von SSK-Mitgliedern angesprochen worden, die ihnen Wohnmöglichkeiten in Köln und Unterstützung anboten. Nachdem der Jugendliche Holger F., der sich an eine dieser Wohngemeinschaften gewandt hatte, nach einem Gespräch im Landesjugendamt – unter Beteiligung des ihn begleitenden SSK-Mitglieds sowie Direktor Gollnicks – dem Erlenhof wieder zugeführt wurde, kam es zu einer »Befreiungsaktion« durch den SSK. Nach einer mehrstündigen Diskussion im Erlenhof zwischen Vertretern des Heimes, des Landesjugendamtes sowie des SSK sollte Holger F. wieder mit nach Köln genommen werden, was Direktor Gollnick nicht zulassen wollte. Er berief sich dabei darauf, dass es keine Genehmigung des Landesjugendamtes gebe sowie die schriftlich formulierte Bitte des Vaters vorliege, den

79 Vgl. Dienstanweisung in Anlage zu Schreiben Wilms an Sozialminister des Landes NRW (12.2.1952), in: ALVR 14148.

80 Vgl. zur Krise der Heimerziehung Kap. I.2.6.1, I.2.6.2 und I.2.6.3.

81 Vgl. Ausgangsordnungen des Erlenhofs vom 1.12.1966 und 15.3.1970, in: ALVR 28434.

82 Vgl. etwa Protokolle der Sitzungen vom 11.3.1970, in: ALVR 28435. Ein Datum, zu dem mit dieser Form der Beteiligung begonnen wurde, ist aus der Akte nicht zu ersehen.

83 Der Verein »Sozialpädagogische Sondermaßnahmen Köln« (SSK) gründete sich im Juli 1969 unter anderem durch engagierte Sozialpädagogen und Studenten und kümmerte sich in seinen Anfängen besonders um entlaufene Jugendliche (häufig Fürsorgezöglinge). Vgl. zur Arbeit des SSK und Kooperationsversuchen mit dem LJA Kap. I.2.7.

Jungen seine Lehre im Erlenhof beenden zu lassen.[84] Als die SSK-Mitglieder trotzdem versuchten, Holger F. mitzunehmen, wurde dies »von Mitarbeitern des Erlenhofs […] verhindert, wobei der Jugendliche den jungen Leuten mit sanfter Gewalt weggenommen werden mußte. Das ausgesprochene Hausverbot wurde nicht beachtet, so daß die Mitarbeiter des Erlenhofs die fünf jungen Leute aus dem Heim drängten. Bevor die Polizei erschien, fuhren diese weg.«[85] Zwei Tage nach dem Versuch, Holger F. wieder mit nach Köln zu nehmen, kam es erneut zu einer Aktion seitens des SSK. Am Nachmittag des 6.3.1970 tauchten über 40 Mitglieder und Sympathisanten des SSK am Erlenhof auf und forderten einen Austausch über allgemeine Fragen der Heimerziehung und über den Fall Holger F. Direktor Gollnick lehnte mit Verweis auf die Vorfälle der vergangenen Tage ab und zog, nachdem niemand das Heimgelände verlassen wollte, die Polizei hinzu. Dies änderte die Situation nicht entscheidend, vielmehr wurde seitens der Polizei ein Gespräch zwischen einer Abordnung des SSK und der Heimvertretung vorgeschlagen, um die Situation zu entschärfen, worauf Gollnick sich dann auch einließ.[86] In der Diskussion zwischen Gollnick und anderen Heimvertretern, fünf SSK-Mitgliedern sowie Medienvertretern wurden Aktionen der vergangenen Tage und der Umgang mit Entweichung diskutiert.[87]

Am folgenden Wochenende wurden die Jugendlichen des Erlenhofs im Ausgang erneut von SSK-Mitgliedern angesprochen und über Unterkunftsmöglichkeiten in Köln informiert. Wie vom Ausgang zurückgekehrte Jugendliche berichteten, wurden ihnen Unterbringungen in Familien in Köln und die Vermittlung von Lehrstellen angeboten.[88] Letztlich entwichen an diesem Wochenende 14 Jungen aus dem Erlenhof, mehrere von ihnen gingen in die Betreuung durch den SSK über und wurden aus der Heimerziehung entlassen.[89] Aufgrund von Unruhe unter den Mitarbeitern und Jugendlichen vor dem Hintergrund der stattgefundenen Aktionen hielt es Direktor Gollnick für nötig, eine Woche nach der Aktion und diversen Zeitungsberichten eine Vollversammlung für alle Jugendlichen und Mitarbeiter einzuberufen. Hier stellte er die »Grundrechte« der Jugendlichen im Erlenhof noch einmal für alle ausführlich vor: »a) Freier Briefverkehr (öffentlicher Briefkasten, öffentliche Telefonzentrale; Briefmarken für Briefe an Angehörige werden vom Heim gestellt), b) Jederzeit Besuchsrecht der Angehörigen, c) Rückspracherecht der Jugendlichen bei der Heimleitung zu jeder Zeit […], d) Antragsrecht: Jeder Jugendliche kann auf Vordruck oder formlos jederzeit einen Antrag stellen, wenn ihm etwas unklar ist oder er einen Wunsch hat oder er etwas geregelt haben möchte. Auf jeden schriftlichen Antrag erhält der Antragsteller schriftlich Bescheid und nimmt durch Unterschrift

84 Vgl. Gollnick an LJA (9.3.1970), Bl. 214 bzw. Bericht über SSK-Aktion in Anlage des Schreibens Bl. 215–218, in: ALVR 39139.
85 Vgl. ebd. Bl. 216.
86 Vgl. ebd., Bl. 217 f. sowie Protokoll der Besprechung, Bl. 219–226.
87 Vgl. ebd., Protokoll der Besprechung Bl. 219–226. Einer der Medienvertreter war Günther Wallraff, zu diesem Zeitpunkt für das ZDF tätig. Die Situation im Erlenhof ist auch in seinem Film »Flucht vor den Heimen« in Ausschnitten zu sehen.
88 Vgl. ebd. Bericht Gollnick an LJA über Situation am 8.3.1970, Bl. 229.
89 Vgl. ebd. Gollnick an LJA (31.3.1970), ohne Paginierung.

davon Kenntnis. e) Beschwerderecht. Die Beschwerdemöglichkeiten bestehen zunächst bei der Heimleitung mündlich und schriftlich. Ist der Beschwerdeführer damit nicht zufrieden, hat er jederzeit das Recht, seine Beschwerden schriftlich beim Jugendamt, beim Landesjugendamt oder bei Gericht vorzubringen. Beschwerdebriefe werden verschlossen weitergeleitet. Wenn ein Jugendlicher nicht oder schlecht schreiben kann, kann er seine Beschwerde zu Protokoll geben oder im Erziehungsbüro diktieren, f) das Recht auf eigene Kleidung. g) Freie Berufswahl: Für Jugendliche, die noch innerhalb des Heimes beschäftigt werden müssen im Rahmen der Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten des Erlenhofs. Für die anderen Jugendlichen auch außerhalb des Heimes. Niemand kann und wird zu einer Lehrausbildung gezwungen. Für die Jugendlichen der geschlossenen Gruppe ist die Wahl des Arbeitsplatzes eingeschränkt. h) Es werden auf Wunsch von interessierten Jugendlichen Arbeitsgemeinschaften und Interessengruppen gebildet, falls sich nur genügend Interessierte dafür melden. i) Jeder Jugendliche hat ein Anrecht auf Ausgang und Urlaub, die keine Vergünstigung sind.«[90]

Weiter informierte Gollnick über die nächsten Aufgaben des Erlenhofs, die die Neuerung der Prämien-, Urlaubs- und Ausgangsregelung – unter Einbeziehung der Gruppensprecher – umfassten. Es entsteht der Eindruck, dass hier alle Angebote des Heimes zusammengefasst und sehr positiv formuliert wurden – etwa was die freie Berufswahl angeht –, um zu verdeutlichen, dass die Situation im Heim bereits fortschrittlich sei. Letztlich verließ aber eine große Anzahl Jugendlicher das Heim, um beim SSK aufgenommen und von dort betreut zu werden. Der Zeitzeuge Edgar Schiller gehörte auch – allerdings erst 1972 und trotz positiver Meinung über Gollnicks Nachfolger Rehbein – zu den Jugendlichen, die nach Entweichung aus dem Erlenhof beim SSK unterkamen. »Ich bin denn noch kurz in einer Wohngruppe gewesen, in Köln, SSK Köln […]. Die Leute war'n in Ordnung. Die hatten zwar komische politische Ansichten, aus meiner damaligen Sicht, […] ich bin da hingegangen, weil, äh: ›Geh' mal hin, frach' mal nach, ob de da pennen kannst.‹ Ich bin denn da hin […]. Wo ich entwichen war, richtig! Bin ich da, bin ich da hingegangen. […] Bin ich aber au' nich' zurechtgekommen. Ich, ähm, das kam wahrscheinlich daher … Sie müssen sich vorstellen, ich wurd' denn auf so'n Zimmer gebracht, da lag nur 'ne Matratze und, äh, und Bettzeug. Da war ganz, die haben ganz wie sagt man unkonventionell, unkons-, unkonservativ gelebt und da bin ich nicht mit klargekommen, irgendwie. Die Menschen da, die waren unheimlich in Ordnung. Die sind auf einen eingegangen und, für die war man irgendwo als Mensch wichtig. Aber ich bin da irgendwie nich' klargekommen. Da bin ich, bin ich wieder gegangen.«[91]

Im Nachgang zu den Aktionen und Vollversammlungen wurden weitere Veränderungen im Umgang mit den Jugendlichen umgesetzt. So sollten die Erzieher die Jungen, die es wünschten, ab April 1971 mit Vornamen und Sie ansprechen. Per Aushang wurden die Jugendlichen im Juni 1971 informiert, dass sie ein eigenes Antragsrecht zur Aufhebung

90 Vermerk über die Vollversammlung aller Jugendlichen und Mitarbeiter am 10.3.1970, in: ALVR 28435.
91 Interview Edgar Schiller (31.8.2009), S. 16, in: ALVR 49429.

der Fürsorgeerziehung hatten.[92] Mit dem Wechsel in der Leitung des Erlenhofs kam es dann zu weiteren Veränderungen. Direktor Rehbein, der zuvor als Referent im Landesjugendamt beschäftigt war und den Erlenhof bereits vielfach besucht hatte, brachte weitere Neuerungen in das Heim ein.[93] Der als progressiv geltende Rehbein führte etwa einen mindestens alle 14 Tage stattfindenden Gruppenabend ein, an dem allgemeine Fragen der Gruppe zu besprechen waren. Zudem berief er Vollversammlungen aller Mitarbeiter und Jugendlichen des Heimes ein. Die Jugendlichen selber waren weiterhin zusätzlich durch die Gruppensprecherversammlung organisiert. Weiter schaffte Rehbein 1972 zwei Hunde für die Einrichtung an, da er die Tierhaltung aus pädagogischen und therapeutischen Gründen für sinnvoll erachtete. Einem Jugendlichen, der neu in den Erlenhof gekommen sei und seinen Hund habe mitbringen können, sei das Einleben deutlich leichter gefallen. Das Landesjugendamt zeigte sich hier zunächst etwas verhalten, letztlich wurden aber weitere Tiere angeschafft, und auch 1975 hatte der Erlenhof noch vier Hunde.[94] Zudem war Rehbein federführend an der Erarbeitung einer neuen Heimordnung – basierend auf den vom Landesjugendwohlfahrtsauschuss verabschiedeten »Allgemeine[n] Richtlinien zur Durchführung der öffentlichen Erziehung« – beteiligt.[95] Sein Entwurf wurde vom Landesjugendamt akzeptiert, da er in vollem Umfang den Richtlinien entspreche.[96]

Der Zeitzeuge Edgar Schiller erinnert sich deutlich an Rehbein und beschreibt einen klar erkennbaren Wandel in der Einrichtung: »Und im Erlenhof war mittlerweile en Mann dran, der is' für mich als Reformer da in die Geschichte eingegangen: Das war Doktor Rehbein. […] Vor dem Mann hatte ich Hochachtung. […] Das war für mich so der erste Reformer, der auf die Jungens eingegangen is'; der nach dem Grund, warum, weswegen gefragt oder geforscht hat. […] Der hat in den Jungens und in den Kindern noch Menschen gesehen und der wollte mehr daraus machen, wie nur verwahren. Er hat mir mal gesagt ›Ich will in dem Heim hier keine Schau machen, ich will das nur wohnlich machen, damit sich hier jeder wohlfühlt‹.« Schmitz beschreibt eine deutliche Veränderung in den Erziehungsmethoden und dem Umgang mit den Jugendlichen: »Ich glaube, dass die Methoden im Erlenhof sich geändert hat, wo Doktor Rehbein das Heim übernommen hat. Er hat ja damals von, vom Herrn Doktor Hubertus Gollnick übernommen, […] das hab' ich noch in Erinnerung und da änderte sich eben einiges. Man konnte, es war was ganz Neues, dass man, einfach zum Heimleiter hingehen konnte, ohne dass man von der Vorzimmerdame oder was gestoppt […]. Der Mann war für jeden erreichbar, der hat, sich mit jedem Kind auseinandergesetzt, mit jedem Jugendlichen. Der hat die Gruppen besucht, der hat gefragt: ›Is' alles in Ordnung?‹ Und er hat mal gesagt, er duldet keine Gewalt, sprich: Schläge oder so was in seinem Heim. Das war […] für mich doch, jo, erstaunlich. Die ganze Erschei-

92 Vgl. Aushang in den Gruppen (8.6.1971), in: ALVR 23884.

93 Vgl. Protokolle über die Besuche Rehbeins im Erlenhof im Zuge der Heimaufsicht, in: ALVR 40664. Rehbein war 1968 regelmäßig im Erlenhof gewesen und hatte dort verschiedentlich mit den Jugendlichen Diskussionen usw. durchgeführt.

94 Vgl. zur Hundehaltung ALVR 40629.

95 Vgl. hierzu auch Kap. I.2.7.3.

96 Vgl. Kraus an Rehbein (25.10.1973), in: ALVR 28434.

nung von dem Mann, die war für mich erstaunlich: Der hatte eisgraue, so lange Haare. […] Der hatte schon so lange … fuhr […] 'nen, Cabrio; ich fand den eigentlich ganz cool, von der Optik schon her. Was ich an dem eben schon so faszinierend fand, man konnt' zu dem hingehen, man konnt' sich mit ihm … er hat immer versucht, Lösungen zu finden. Ich hab', äh, miterlebt – könnt' ich sogar namentlich nennen – er hat Jungs aus der U-Haft rausgeholt […] also er hat sich für seine Jungens – wie er immer sagte – da hat er sich zerrissen.«[97]

Trotz der erkennbaren Veränderungen war der Erlenhof 1972 allerdings mit massiver Kritik konfrontiert. Bemängelt wurden der bauliche Zustand der Gruppenräume und deren Einrichtungen. Nach einem Besuch des Landesjugendamtes im Erlenhof protokollierte Landesverwaltungsdirektor Kraus: »Von den ca. 25 Erziehungsheimen, die ich in diesem Jahr […] kennenlernte, ist der Erlenhof mit Abstand die Einrichtung, die am schlechtesten ausgestattet ist. […] Der Landschaftsverband kann es sich nicht leisten, diese Einrichtung im jetzigen Zustand zu belassen. Wenn diese Zustände publik werden, ist der Skandal da.«[98] Kraus wies darauf hin, dass der Erlenhof in seiner Ausstattung das aktuell in der Kritik stehende Reckestift in Düsseldorf übertreffe. Zudem habe Rehbein ihn informiert, dass er das Heim in diesem Zustand übernommen habe und es ihm an qualifizierten Mitarbeitern fehle. Kraus schlug die Besichtigung des Heimes durch Vertreter des Landesjugendamtes, unter anderem den Landesrat, und die Erarbeitung eines Sofortprogramms vor. »Im Rahmen der Heimaufsicht würde ich bei keinem freien Träger solche Zustände akzeptieren. Können wir es uns leisten, daß wir in einer eigenen Einrichtung des Landschaftsverbandes andere Maßstäbe anlegen?«[99] Beim Besuch der Einrichtung einen Monat später wurden die Mängel des Erlenhofs weiter erörtert und zusammengetragen. Neben baulichen Einschränkungen wurden vor allem Schäden innerhalb der Häuser – etwa kaputte Möbel oder abgerissene Tapeten – sowie Zerstörung an aktuell im Umbau befindlichen Gebäuden bemängelt, die, so die Sicht des Landesjugendamtes, durch bessere Aufsicht hätten verhindert werden müssen. Letztlich wurde zusammengefasst, dass vier der Gruppenräume nicht mehr in der bisherigen Form zu nutzen seien, vier einer umfassenden Renovierung bedürften und die Schulräume in keiner Weise den Anforderungen entsprächen.[100] Der Situation innerhalb der Einrichtung wurde fürs Erste mit einem Sofortprogramm und der Finanzierung kleineren Umbau- sowie Renovierungsarbeiten begegnet. Hierfür wurden zunächst für die Haushaltsjahre 1973 und 1974 finanzielle Mittel bewilligt. Eine weitere Umplanung der Einrichtung sollte dann längerfristig angelegt sein.[101] Die Zustimmung zum Sofortprogramm bzw. der Gewährung zusätzlicher finanzieller Mittel zog sich bis Mitte 1973 hin. Die Gründe, warum es innerhalb der Einrichtung zu solch problematischen Verhältnissen kommen konnte, wurden nicht umfassend erörtert. Als

97 Interview Edgar Schiller (31.8.2009), S. 4 sowie S. 11, in: ALVR 49429.
98 Vgl. Besichtigung des Erlenhofs am 27.10.1972, Bericht vom selben Tag, in: ALVR 44282.
99 Ebd.
100 Bericht über Besuch des LJA am 24.11.1972, in: ALVR 44282.
101 Vgl. Niederschrift über die 37. Sitzung des LJWA am 13.3.1973 im Erlenhof Euskirchen sowie Protokolle über die Sitzungen der weiteren beteiligten Ausschüsse wie Bau- und Finanzausschuss, in: ALVR 44282.

Begründung wurde lediglich angeführt, dass Rehbein zunächst noch in der Verwaltung tätig gewesen war, eine Erfassung der Situation in Gänze daher nicht möglich gewesen sei.[102] Veränderungen in den Erziehungsmethoden lassen sich für die beginnenden 1970er Jahre erkennen, eine Anpassung an bauliche und räumliche Anforderungen ließ hingegen noch länger auf sich warten.

102 Niederschrift über die 37. Sitzung des LJWA am 13.3.1973 im Erlenhof Euskirchen, in: ALVR 44282.

Judith Pierlings

4. Das Rheinische Landesjugendheim Dansweilerhof, Brauweiler[1]

4.1 (Vor-)Geschichte der Einrichtung im Kontext der Arbeitsanstalt Brauweiler bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges

Im Zuge des Inkrafttretens des preußischen Fürsorgegesetzes von 1901 wurden erstmals um 1902 Abteilungen der Arbeitsanstalt Brauweiler – das ehemalige Lazarettgebäude und eine Etage des Frauengebäudes – für die öffentliche Erziehung genutzt.[2] Wie in den sich wiederholenden Fällen in den kommenden 60 Jahren war auch zu diesem Zeitpunkt ein Mangel an Heimplätzen der Auslöser für die Nutzung dieser Gebäude. Vor allem für ältere Jugendliche, die als »schwererziehbar« galten, wurden Plätze in staatlich geführten Fürsorgeanstalten benötigt, und so wurden in den Räumlichkeiten der Arbeitsanstalt schulentlassene Jungen und Mädchen, die »entweder gerichtlich mehrfach vorbestraft oder sittlich ganz besonders verwahrlost sind und deshalb von den Privatanstalten zurückgewiesen werden«, untergebracht.[3] Die Problematik der Zusammenkunft der Insassen der Arbeitsanstalt mit jugendlichen Fürsorgezöglingen wurde hierbei zwar gesehen, aber dennoch billigend in Kauf genommen.[4] Bezeichnet wurde die dortige Abteilung zunächst als »Erziehungsabteilung« und später als »Fürsorgeerziehungshaus Freimersdorf«. Als Begründung für die Verwendung des Namens »Freimersdorf« – Name der dem Ort Brauweiler vorgelagerten

1 Da sich dieses Kapitel nur am Rande mit der Fürsorgeerziehung bzw. der Unterbringung von Jugendlichen in den Räumlichkeiten der Arbeitsanstalt Brauweiler vor 1945 beschäftigt und der Schwerpunkt auf der Einrichtung »Dansweilerhof« nach 1945 liegt, sei zur weiterführenden Auseinandersetzung mit der Geschichte der gesamten Arbeitsanstalt auf Daners 1996 sowie Daners/Wißkirchen 2006 verwiesen. Zur Fürsorgeerziehung während der NS-Zeit allgemein und zur Situation in Brauweiler vgl. Steinacker 2007. Zur Arbeitsweise innerhalb der Einrichtung vgl. exemplarisch von Jarotzky 1908 oder Bosse 1936.

2 Vgl. Jans/Beurmann 1963, S. 20. Daners wiederum benennt als Beginn der Betreuung von Fürsorgezöglingen 1905. Zur Entwicklung der Nutzung von Teilen der Arbeitsanstalt für Fürsorgezöglinge vgl. Blum-Geenen 1997, S. 179 ff. Es sei darauf hingewiesen, dass sich bereits seit der Gründung der Arbeitsanstalt immer wieder Kinder und Jugendliche in der Einrichtung befunden hatten. Hierzu gehörten vor allem straffällige Jungen. Vgl. Daners 1996, S. 107 f.

3 Von Jarotzky 1908, S. 61. Von Jarotzky war zum damaligen Zeitpunkt Direktor der Provinzial-Arbeitsanstalt Brauweiler.

4 Zur Entwicklung der Nutzung von Teilen der Arbeitsanstalt für Fürsorgezöglinge, dem Umgang mit der zunächst als problematisch gesehenen Nähe zur Arbeitsanstalt sowie der Betreuung der Jugendlichen vgl. Blum-Geenen 1997, S. 179 ff.

Hofschaften – wurde der Schutz der Zöglinge vor dem negativ behafteten Namen Brauweiler angegeben.[5] Bis zu einer Höchstzahl von mehr als 200 Jungen und bis zu 30 Mädchen wurde die damalige Aufnahmekapazität ausgedehnt, bis die Einrichtung dann vor dem Ersten Weltkrieg schrittweise geschlossen wurde.[6] Überlegungen, Freimersdorf, anstelle der dann gebauten Provinzial-Erziehungsanstalt Fichtenhain, zur Dauereinrichtung zu machen, wurden 1904 wieder verworfen. Während des Ersten Weltkrieges wurde eine kleine Abteilung für Fürsorgezöglinge aufrechterhalten, die unter dem Namen »Fürsorge-Erziehungsanstalt-Freimersdorf« geführt wurde.[7]

In der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg erfolgten immer wieder Bemühungen, auch Jugendliche der Fürsorgeerziehung in die Räume der Arbeitsanstalt zu übernehmen. 1932 wurde dann eine Jugendabteilung innerhalb der Arbeitsanstalt eröffnet, die als »Provinzial-Jugendhaus Freimersdorf b/Köln« bezeichnet wurde und als »Sonderheim für Bewährungsfälle [sic] für schulentlassene Jungen«[8] sowohl mit so genannten Bewahrungsfällen, vermittelt über den Bezirksfürsorgeverband, als auch mit männlichen Fürsorgezöglingen belegt wurde. Ab 1934 wurde dann auch an der Einrichtung einer Mädchenabteilung gearbeitet, die 1935 eröffnet und ebenfalls mit Bewahrungsfällen sowie Fürsorgezöglingen belegt wurde. Hierzu gehörten auch junge Frauen aus der 1935 aufgelösten »Psychopathenstation« der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt Düren.[9] Aufgenommen wurden im »Jugendhaus Freimersdorf« neben den Fürsorgezöglingen aus dem Rheinland auch Jugendliche aus Baden und Württemberg. Erweiterung erfuhr das Jugendhaus durch die ab 1943 eingerichtete Unterabteilung für »minderjährige, männliche Arbeitsbummelanten«.[10] Diese Jugendlichen waren bis zu sechs Monate in der Einrichtung und wurden dann entweder als gebessert entlassen oder der endgültigen Fürsorgeerziehung überstellt. Eine Unterscheidung im Umgang mit den unterschiedlichen Gruppen Jugendlicher, die im Jugendhaus untergebracht waren, schien allerdings nicht zu bestehen. So formulierte der damalige Direktor Albert Bosse: »[es] kommt […] für die Insassen des Jugendhauses Freimersdorf zunächst einzig und allein darauf an, ihnen ihren Eigenwillen und Trotz ›zu brechen‹.«[11] Ein tatsächliches Erziehungskonzept für diese Jugendlichen bestand bewusst nicht.[12] Die

5 Vgl. Daners 1996, S. 108. Er weist darauf hin, dass auch der Name »Freimersdorf« bald nach Gründung im Kölner Raum durchaus negative Bekanntheit erhielt.

6 Die männlichen Jugendlichen wurden vor allem in die neu gebauten Einrichtungen Fichtenhain, Rheindahlen und Halfeshof verlegt. Allerdings wurden auch nach der Eröffnung der anderen Einrichtungen weiter besonders schwierige Fälle nach Freimersdorf vermittelt. Vgl. Blum-Geenen 1997, S. 186.

7 Daners 1996, S. 113 und S. 124.

8 Rundlauf der Abteilung VII A-3 des Provinzialverbandes (17.4.1935), in: ALVR 14111; Bl. 13 sowie Daners 1996, S. 125.

9 Vgl. Oberpräsident der Rheinprovinz an die Abteilung VII A – Fürsorgeerziehungsbehörde – sowie abschriftlich an den Direktor der Prov. Arbeitsanstalt (10.1.1935), in: ALVR 14111, Bl. 27, sowie Reisebericht LR Hecker vom 13.9.1934, ebd. Bl. 4.

10 Daners 1996, S. 126.

11 Bosse 1936, S. 193.

12 Vgl. ebd.

Abteilung für »Arbeitsbummelanten« bestand bis Juli 1944, wurde dann jedoch für die Errichtung einer Dienststelle der Kölner Gestapo geräumt.

Für junge Frauen wurde neben der »regulären« Abteilung im Jugendhaus im Laufe des Zweiten Weltkrieges eine zusätzliche Sonderabteilung eingerichtet.[13] Hintergrund war, dass die regulären Heime zunehmend Schwierigkeiten mit den schulentlassenen Mädchen hatten. Das Landesjugendamt entschloss sich daher, »eine dem Vollzug von Jugendarrest ähnliche Disziplinierungsmaßnahme für solche schulentlassene Mädchen durchzuführen, die besonders renitent waren und daher von den Heimen für eine zeitweise Verlegung in ein straffer geführtes Heim vorgeschlagen wurden«.[14] Für diese Maßnahme wurde ein Teil des Arrestgebäudes der Arbeitsanstalt Brauweiler genutzt, in dem bis zu 20 Mädchen aufgenommen werden konnten. Die Dauer des Aufenthalts lag zwischen vier Wochen und drei Monaten und war vor allem durch den Ausschluss von Gemeinschaftsveranstaltungen und Freizeitaktivitäten, die Übernachtung in Einzelzellen, die Beschäftigung innerhalb des Hauses sowie eine beschränkte tägliche Aufenthaltszeit im Freien geprägt.[15]

Mit der Begründung des weiteren Anstiegs der Anzahl an Zöglingen der Fürsorgeerziehung und Freiwilligen Erziehungshilfe im Verlauf des Zweiten Weltkrieges sowie dem Mangel an Heimplätzen wurden ab März 1942 weitere Gebäude der Arbeitsanstalt Brauweiler für die Fürsorgeerziehung in Anspruch genommen. In einem leerstehenden Gebäude der ehemaligen Trinkerheilanstalt wurden im »Erziehungsheim Dansweilerhof« zunächst 120 und später bis zu 250 Zöglinge aufgenommen. Die Einrichtung sollte offiziell keinen Sondercharakter haben und »schulentlassene Jungen bis zum 18. Lebensjahr, von denen man sich – im Gegensatz zu den Jugendlichen im Jugendhaus Freimersdorf – eine rasche Wiedereingliederung in die Gesellschaft erhoffte«, aufnehmen.[16] »De facto handelte es sich […] beim Dansweiler Hof um eine nur notdürftig verschleierte Verwahreinrichtung für vermeintlich schwererziehbare Jugendliche.«[17] Überwiesen wurden unter anderem die Jugendlichen aus der Arbeitsgruppe des Jugendhauses Freimersdorf, die zur endgültigen Fürsorgeerziehung vorgeschlagen wurden, das hierfür notwendige Gerichtsurteil wurde nicht abgewartet.[18] Hinzu kamen auch Jugendliche aus den anderen Provinzialerziehungsheimen, die dort als zu schwierig galten oder mehrfach aus der Einrichtung geflüchtet waren.[19] Die Einrichtung erhielt damals bereits den Charakter, den sie auch in der Zeit der erneuten Nutzung nach dem Zweiten Weltkrieg beibehalten sollte. Zum Zeitpunkt des Kriegsendes wurden sowohl das Jugendhaus Freimersdorf als auch der Dansweilerhof

13 Vgl. LR Hecker an die Rheinischen Fürsorgeerziehungsheime mit schulentlassenen Mädchen (12.4.1944), in: ALVR 14111, Bl. 221.
14 Jans/Beurmann 1963, S 49.
15 Ebd. S. 50.
16 Daners 1996, S. 128.
17 Steinacker 2007, S. 648.
18 Vgl. Vermerk über Besprechung am 9.3.1944 zwischen Direktor Bosse, Dr. Termeer, LR Hecker und Prov.-Verw.-Rätin Beurmann bzgl. Jugendlicher im Jugendhaus Freimersdorf, in: ALVR 14111, Bl. 243.
19 Vgl. Steinacker 2007, S. 648.

geschlossen und die männlichen Zöglinge nach Solingen und die weiblichen nach Düsseldorf gebracht.[20]

4.2 Der Dansweilerhof und die Fürsorgeerziehung in Freimersdorf in der Nachkriegszeit

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges wurde in den Räumlichkeiten der Arbeitsanstalt zunächst ein »Displaced Persons«-Lager eingerichtet.[21] Zeitnah wurde aber innerhalb des Sozialministeriums über die möglichst baldige Fortsetzung der umfassenden Nutzung der Arbeitsanstalt gesprochen. So erreichten das Sozialministerium des Landes NRW beispielsweise viele Anfragen, auch aus anderen Bundesländern, nach Unterbringungsmöglichkeiten für Jugendliche in der Arbeitsanstalt.[22] 1950 gingen die Anstaltsgebäude dann offiziell an das nordrhein-westfälische Sozialministerium über und die Arbeitsanstalt nahm – was bereits im Sozialausschuss des Landtages im August 1949 beschlossen worden war – ihre Tätigkeit in nahezu gleicher Art wieder auf.[23] Die Situation der Heimerziehung in der direkten Nachkriegszeit gestaltete sich äußerst schwierig. Auf der einen Seite wurde das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz in seiner Fassung von 1922 durch die Besatzungsmächte für anwendbar erklärt und es wurde versucht, möglichst schnell wieder einen Heimalltag herzustellen. Gleichzeitig ergab sich aber ein großer Mangel an Heimplätzen etwa durch die Zerstörung vieler Heime sowie durch den durch die Zoneneinteilung bedingten Wegfall von Plätzen in zuvor durch die Rheinprovinz genutzten Belegheimen, etwa in Rheinland-Pfalz. Hinzu kam die gesellschaftliche Situation, die geprägt war von Schwarzmarkthandel, Schmuggelei oder Obdachlosigkeit und, aufgrund der daraus geschlossenen Jugendgefährdung, einen Anstieg an Neuaufnahmen in die Heimerziehung zur Folge hatte.[24] Zu den Neuaufnahmen kamen die Fürsorgezöglinge, die bereits während des Krieges in Heimen gewesen waren, denn eine Überprüfung der während der NS-Zeit ausgeführten Fürsorgebeschlüsse fand in aller Regel nicht statt.[25] So wurden bereits ab 1947 auch wieder Fürsorgezöglinge nach Brauweiler überführt, was eine Fortführung der Traditionen der letzten 40 Jahre bedeutete. »Am 29.5. ds. Js. ist eine Kolonne von 25 schulentlassenen Jugendlichen aus dem Prov. Erziehungsheim Fichtenhain nach Brauweiler überführt

20 Es sei darauf hingewiesen, dass 1944 Insassen der Jugendabteilung in Jugendkonzentrationslager gebracht worden sind. Vgl. ebd., S. 658.

21 Unter DP-Lagern wurden von den Alliierten genutzte Einrichtungen zur temporären Unterbringung so genannter Displaced Persons (DPs) verstanden. Als Displaced Persons galten Ausländer, die sich als Folge des Krieges nicht in ihrem Herkunftsland befanden, u.a. ehemalige Zwangsarbeiter, KZ-Häftlinge usw.

22 Vgl. Lützke 2002, S. 58.

23 Daners 1996, S. 267.

24 Vgl. Kap. I.2.4.1 sowie Jans/Beurmann 1963, S. 52.

25 Vgl. Lützke 2002, S. 47ff.

worden, um dort bei den Wiederaufbauarbeiten eingesetzt zu werden. Diese Abteilung wird vorläufig als Außenstelle des Prov. Erziehungsheims Fichtenhain geführt und untersteht der pädagogischen Aufsicht des Direktors der Anstalt Fichtenhain, der derzeit das Recht hat, nach pädagogischen Gesichtspunkten den Zu- und Abgang in der Abteilung zu bestimmen. Der Schriftwechsel ist über das Provinzial-Erziehungsheim in Fichtenhain zu führen.«[26]

Die Jugendlichen des Fichtenhains führten, zusammen mit ehemaligen Beamten der Arbeitsanstalt, die Gärtnerei und den Gutshof der Anstalt weiter. 1948 wurde die Kolonne dann nochmals vergrößert. Weibliche Jugendliche wurden nach dem Zweiten Weltkrieg im Frauenheim Freimersdorf aufgenommen. Sie waren dort als kleine Gruppe »schwersterziehbarer Fürsorgezöglinge« zusammen mit Frauen und Mädchen, die ihre Gefängnisstrafe durch ein Jahr in der Arbeitsanstalt abwenden wollten, sowie mit jungen Frauen, die wegen »Triebhaftigkeit und Haltlosigkeit« entmündigt waren, untergebracht.[27] Im Zuge eines Besuches des Sozialausschusses des nordrhein-westfälischen Landtages in der dortigen Abteilung wurden extreme Zustände innerhalb der Isolierzellen bekannt und es kam zu einem Skandal, der von der Presse umfassend aufgegriffen wurde.[28] Neben der Kritik an den räumlichen Zuständen wurde auch die Vermischung von Jugendlichen mit den »Korrigenden« der Arbeitsanstalt kritisiert, eine Kritik, die immer wieder im Zusammenhang mit der Unterbringung Jugendlicher in Räumen der Arbeitsanstalt geäußert worden war.

Im Zuge der Kritik wurde zunächst die Nutzung der Isolierzellen durch den Sozialminister untersagt, schließlich entschied der Sozialausschuss des Landtages in seiner Sitzung vom 14.8.1953 aber, die Nutzung unter veränderten Voraussetzungen, wie etwa zeitlicher Begrenzung der Isolierung oder täglicher Kontrolle durch den Direktor, wieder zu billigen.[29] Gleichzeitig wurde aber auch formuliert: »Es wird angestrebt, keine weiblichen Fürsorgezöglinge der Anstalt mehr zuzuführen und die in der Anstalt noch befindlichen Zöglinge anderweitig unterzubringen.«[30] Wann zuletzt weibliche Fürsorgezöglinge dem Frauenheim Freimersdorf zugeführt wurden, ist nicht eindeutig ersichtlich. Eine weitere Reaktion auf die fehlenden Heimplätze war ein erneuter Rückgriff auf die Räumlichkeiten der ehemaligen Trinkerheilanstalt. Der Dansweilerhof wurde wiedereröffnet und im Sommer 1950 endgültig als »Heim für Schwererziehbare« eingerichtet. Die aufgrund der Zerstörung und baulich schlechten Zustände zu Beginn eher geringe Platzzahl wurde bald gesteigert und auch für die Gefährdetenfürsorge genutzt.

26 Rundschreiben Sozialministerium NRW Abteilung Jugendwohlfahrt an die Referenten, Generalbüros und Bezirksarbeiter der Abteilung IIIB/Referat 2 (10.6.1947), in: ALVR 14111, Bl. 320.

27 Vgl. Internen Vermerk des Sozialministeriums NRW Aktenzeichen V/III A2 (29.10.1953), in: HStAD NW 648 Nr. 101.

28 Vgl. Mädchen im Raubtierkäfig.

29 Vgl. Minister für Angelegenheiten der Landschaftsverbände des Landes NRW an den Minister für Arbeit, Soziales und Wiederaufbau NRW (10.12.1953), in: HStAD NW 648 Nr. 101.

30 Ebd.

4.3 Das Erziehungsheim Dansweilerhof ab 1950

4.3.1 Belegung und Zielgruppe der Einrichtung

Die Belegung des Dansweilerhofs erfolgte zum Zeitpunkt der Neubegründung nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem über die anderen Provinzial-Jugendheime. Vor dem Hintergrund, dass der Dansweilerhof als Einrichtung für die »Schwersterziehbaren« verstanden wurde, sollten zunächst die als besonders schwierig eingestuften Jungen nach Brauweiler verlegt werden. Ziel war, dass in den anderen Heimen Kapazitäten für die vielen Jugendlichen, die zur Neuaufnahme in die Heimunterbringung anstanden, geschaffen wurden. Um den Platzbedarf bedienen zu können, wurde aber auch die Verlegung weniger schwieriger Jungen, die eigentlich nicht unbedingt der Zielgruppe entsprachen, nach Brauweiler erwartet.[31] Im Rahmen der Direktorenkonferenz wurde die Zielgruppe für den Dansweilerhof dann weiter konkretisiert und damit verbundene Schritte vereinbart. »Die Unterredung hatte folgendes Ergebnis: in den Dansweilerhof werden a) Jungen, die infolge ihrer wiederholten Entweichung in einem mehr offenen Heim sich als untragbar erwiesen haben, b) ältere, reifere, stark verwahrloste, sexuell-gebundene, gewalttätige Jugendliche, die eine Gefahr für die jüngeren darstellen, aufgenommen. […] Wenn in Zukunft nur die oben angeführten Jungen in den Dansweilerhof verlegt werden, soll ihre Unterbringung ausnahmslos zunächst in der Aufnahmeabteilung, also der am meisten geschlossenen erfolgen. Herr Corsten [kom. Direktor] möchte die 4 Abteilungen des Dansweilerhofs vergittern. Bei der Art der dem Dansweilerhof zugewiesenen Jungen wurde das als berechtigt anerkannt, doch empfohlen, die Tagesräume unvergittert zu lassen.«[32]

Vor dem Hintergrund dieser als notwendig erachteten Methoden im Umgang mit der Zielgruppe des Dansweilerhofes wurde ebenfalls entschieden, dass das Heim nicht als Provinzial-Jugendheim zu bezeichnen sei, da sich dieser Name nicht mit den gewählten Methoden vertrage.[33] Durch die Neuschaffung der Bezeichnung »Provinzial-Erziehungsheim Dansweilerhof« wurde die Einrichtung so von den anderen Provinzial-Jugendheimen abgegrenzt. Diese Methode der Andersstellung des Dansweilerhofs durch die Bezeichnung wurde auch unter Trägerschaft des LVR mit dem Namen »Rheinisches Landeserziehungsheim«, auch hier in Abgrenzung zu den Rheinischen Landesjugendheimen, beibehalten.[34]

Die Zielgruppe des Dansweilerhofs blieb im Laufe der Zeit weitgehend die gleiche: Jugendliche, die zuvor in anderen Heimen nicht zurecht gekommen waren und für die der Dansweilerhof eine Art »letzte Station« darstellte. So wurde die Einrichtung noch 1962 definiert als Einrichtung für: »Schulentlassene männliche Minderjährige der FE und FEH z. Zt. auch noch der Gefährdeten- und Bewahrungsfürsorge des Landesjugendamtes, die besondere Schwierigkeiten bieten, insbesondere starke aktive Ablehnung jeder Erzie-

31 Vgl. Sozialministerium NRW an Direktor des Provinzialerziehungsheimes Erlenhof (7.8.1950 sowie 21.8.1950), in: ALVR 40118.

32 Bericht Reg. Direktorin Hopmann über Direktorenkonferenz in Brauweiler am 8.9.1950, in: ALVR 40118.

33 Vgl. ebd.

34 Ab Mai 1962 wurde der Dansweilerhof dann offiziell ebenfalls als RLJH geführt.

hung, starke Entweichungsneigung, bes. sexuelle Triebhaftigkeit, Neigung zu brutalem Verhalten, erheblich straffällig gewordene Minderjährige; in der Regel Aufnahme nach fehlgeschlagenen Bemühungen in einem anderen Heim, nach Art des Einzelfalles auch Erstaufnahme.«[35] Dieser Eindruck spiegelt sich auch in den in die Untersuchung einbezogenen Einzelfallakten wider. In gerade einmal 15 Fällen war der Dansweilerhof der Ort der Erstaufnahme. Wesentlich häufiger aber die dritte, vierte oder fünfte Einrichtung, in der ein Jugendlicher untergebracht wurde. Zu Beginn der erneuten Nutzung des Dansweilerhofs als Erziehungsheim waren zunächst 25 Plätze für männliche Jugendliche vorgesehen, aber bereits im Mai 1950 änderte der damalige kommissarische Direktor Corsten die im Haushalt geplante Aufnahmekapazität und stellte dem Landesjugendamt 175 Plätze in Aussicht. Diese wurden dann auch vollständig ausgenutzt, so dass Anfragen aus anderen Bundesländern, wie etwa Rheinland-Pfalz, nicht berücksichtigt werden konnten.[36]

Die höchste Belegung hatte der Dansweilerhof im Dezember 1951 mit 210 untergebrachten Jungen. In dieser Zeit häuften sich gewalttätige Ausbruchsversuche aus der Einrichtung. Zum Umgang mit dieser Entwicklung wurde die Belegungszahl zunächst reduziert und wurden nur bis zu zwei Jugendliche aus einem Heim gleichzeitig in den Dansweilerhof verlegt. Bis Mitte der fünfziger Jahre lag die Belegung dann bei bis zu 160 Jungen. In die Diskussion um die Belegung des Dansweilerhofs floss von Beginn an die Sichtweise ein, dass es sich bei der Einrichtung nur um eine Übergangslösung handeln könne. Die Nähe zur dortigen Arbeitsanstalt sowie die baulichen Mängel der Einrichtung wurden bereits frühzeitig kritisiert: »Schon 1950 […] führte der damalige Sozialminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Minister Dr. Weber, […] aus, er hielte die Verbindung von Jugenderziehungsanstalt und Arbeitsanstalt […] für unzweckmäßig und nur für eine Übergangslösung.«[37] Diese Kritik wurde auch über die folgenden Jahre immer wieder geäußert, gleichzeitig scheiterten aber wiederholte Versuche der Reduzierung der Platzzahl, die, auch aufgrund von Gruppenschließungen wegen baulicher Mängel, dringend erforderlich gewesen wäre. »Herr LR Dr. Jans wies darauf hin, dass die im Sommer 1956 vertretene Auffassung, es genügten im Dansweilerhof zukünftig 120 Plätze, aufgeteilt in 6 Gruppen […], sich als irrig erwiesen hat. Nach dem Platzbedarf des Landesjugendamtes sind im Dansweilerhof 130–135 Plätze notwendig.[38] Der Neubau eines Ersatzheimes wurde zwar im Zuge dieser Diskussionen immer wieder gefordert, etwa durch den Landesjugendwohlfahrtsausschuss: »Der Neubau für den Dansweilerhof […] wird erneut mit aller Eindringlichkeit gefordert. […] Das Ziel bleibe die Neuerrichtung eines Heimes für Schwersterziehbare. Bis zum Auszug aus dem Bereich der Arbeitsanstalt würden […] noch

35 Fragebogen zur Vorbereitung der Besichtigung von Heimen der FE und FEH, zugehörig zu Bericht zur Besichtigung durch Vertreter des Sozialministeriums NRW am 29.10.1962, in: HStAD, NW 648, Nr. 98.

36 Vgl. Jans/Beurmann 1963, S. 52.

37 Ebd., S. 54.

38 Vermerk Beurmann über Gespräch mit Vertretern des LJA, der Bauabteilung sowie des Dansweilerhofs (25.2.1957), in: ALVR 40141.

2–3 Jahre vergehen.«[39] Letztlich wurde der Dansweilerhof aber weiter am Rande der Maximalkapazität belegt, was die Erziehungsarbeit und das Leben in der Einrichtung extrem erschwerte.[40]

4.3.2 Gruppenstrukturen und Räumlichkeiten

Räumlich war der Dansweilerhof in einem zweistöckigen, U-förmigen Bau in der ehemaligen Trinkerheilanstalt untergebracht. Bis 1956 lebten die Jugendlichen zu je 20 Personen in acht Gruppen. Die Einteilung der Jugendlichen in die verschiedenen Gruppen und die Zuweisung zu geschlossenen Gruppen erfolgte in der Regel anhand der den Jungen attestierten Charaktereigenschaften bzw. des pädagogischen Bedarfs. Hierbei wurden auch Empfehlungen der überweisenden Heime berücksichtigt. Hinzu kam die Zuteilung anhand der Arbeit, der ein Jugendlicher nachging. Neu aufgenommene Jugendliche wurden zunächst grundsätzlich in der geschlossenen Aufnahmegruppe untergebracht. Diese Gruppe wurde als die »geschlossenste« Abteilung verstanden und war entsprechend vergittert. Zusätzlich wurden noch drei weitere Gruppen vergittert, um so der vermuteten Entweichungsgefahr entgegen zu wirken. Das Sozialministerium stimmte der Vergitterung vor dem Hintergrund der »Art der dem Dansweilerhof zugewiesenen Jungen« als nicht zu vermeidender Maßnahme zu.[41] Die Gestaltung der Aufnahmegruppe wurde zwar zunehmend kritisch gesehen: »Seit längerem wird es als besonderer Nachteil durch das Landesjugendamt empfunden, dass alle Minderjährigen des Dansweilerhofes, gleich welchen Alters und gleich welcher Vorgeschichte, durch ein und dieselbe Aufnahmegruppe gehen. Für eine Reihe Minderjähriger, vor allen Dingen für solche, die im sexuellen Bereich noch wenig geschädigt sind, ist eine getrennte Erfassung auch in der Aufnahmezeit dringend erwünscht.«[42]

Tatsächliche Veränderungen stellten sich aber nicht ein und das hier kritisierte Vorgehen sollte noch bis 1964 Bestand haben. Der Zeitzeuge Gustav Läuber erinnert sich noch an seine Ankunft in der geschlossenen Aufnahmegruppe: »und, äh, dann nannten se dann, wie ich dann da rein kam, det ›Kinderzuchthaus‹ und da kam ich so, auf, auf ne Abteilung, ne geschlossene Abteilung, weil ich ja neu war, die mussten mich ja beobachten wie ich mich verhalte und, äh, meine Lehre war unterbrochen, ja, dat war … dat konnten se knicken.«[43] Ab 1957 waren die Jugendlichen aufgrund von Gruppenschließungen wegen Renovierungsbedarfs und baulicher Mängel dann in sechs Gruppen untergebracht. Die

39 Auszug aus der Niederschrift über die 29. Sitzung des LJWA vom 5.2.1959, in: ALVR 40141.

40 Vgl. zu den Belegungszahlen bis Ende der 1950er Jahre Landschaftsverband Rheinland 1960 sowie ab 1960 die alljährlichen Übersichten »Gegebenheiten der Heimerziehung«, in: ALVR 40117 sowie ALVR 40230.

41 Bericht Reg. Direktorin Hopmann über Direktorenkonferenz in Brauweiler am 8.9.1950, in: ALVR 40118. Vgl. ebenfalls Sozialministerium NRW an den Direktor des Provinzialerziehungsheimes Erlenhof (7.8.1950), in: ALVR 40118.

42 Reisebericht Beurmann vom 11.12.1956, in: ALVR 40141.

43 Vgl. Interview Gustav Läuber (21.1.2010), S. 5, in: ALVR 49427.

Unterteilung erfolgte weiterhin in der beschriebenen Art. So gab es exemplarisch für das Jahr 1957 folgende Gruppen: eine geschlossene Aufnahmegruppe, eine Lehrlingsabteilung, eine geschlossene Abteilung (Durchgangsgruppe mit Vergünstigungsentzug) sowie drei Erziehungsgruppen (Bewahrungsfälle, ältere Erziehungsschwierige, Jungen in Einzelarbeit und Außenkolonne). Die Jungen waren zu durchschnittlich 21 Personen in den jeweiligen Gruppen untergebracht, ihnen standen pro Gruppe ein Tagesraum sowie zwischen zwei und fünf Schlafräumen zur Verfügung.[44]

Die Gruppenstruktur der Einrichtung änderte sich im weiteren Laufe der 1950er Jahre kaum, lediglich die Bezeichnungen der Gruppen wurden mitunter leicht verändert. Bauliche Veränderungen waren aufgrund der räumlichen Situation nur begrenzt möglich und wurden zudem auf das Notwendigste reduziert.[45] Auch ein Erweiterungsbau wurde 1960 nur umgesetzt, da der für den Dansweilerhof geplante Ersatzbau später als erhofft in Betrieb genommen werden konnte. Eine Verkleinerung der Gruppen resultierte aus dem Ausbau des Dachbodens allerdings nicht. Mit dem Wechsel zu Direktor Robert Werner änderte sich zwar die räumliche Situation nicht, aber im Bereich der Gruppenausgestaltung und -struktur lassen sich Veränderungen konzeptioneller Art erkennen. So wurde ab 1960 etwa die Gestaltung der Aufnahmegruppe verändert, was 1962 in eine Hausverfügung zur Arbeit mit der Aufnahmegruppe sowie die Festschreibung eines fünfwöchigen Einführungslehrgangs mündete.[46] Die Jugendlichen sollten während der Zeit in der Aufnahmegruppe ausführlich beobachtet werden und es sollte eine »gewisse Erziehungsbereitschaft« erreicht werden, um so »die Voraussetzungen für eine wirksame erzieherische Förderung des Jungens während seines Heimaufenthaltes zu schaffen«.[47] Zur Erreichung dieser Ziele schrieb die Hausverfügung verschiedene Verhaltensrichtlinien für den Erzieher vor, etwa das offene Eingehen auf den Jugendlichen, die Betonung der Möglichkeiten der Heimerziehung oder die Stärkung des Gemeinschaftsgefühls. Möglichst viele Erzieher sollten sich, etwa durch verschiedene Unterrichtseinheiten, ein Bild von dem Neuaufgenommenen machen und dies in die so genannte Zugangskonferenz einfließen lassen. Der Jugendliche wiederum nahm in der Zeit in der Aufnahmegruppe an dem Einführungslehrgang teil, der neben der Beschäftigung im geschlossenen Arbeitsbereich sowie Einzelgesprächen mit Direktor, Geistlichem, Erziehungsleiter und Gruppenerzieher noch Unterricht in verschiedenen Themenbereichen umfasste. Hierzu gehörten neben Fächern wie Werken, Singen und Sport auch Unterrichtseinheiten zu den Themen: Gefahren der Heimerziehung; Du und Deine Gesundheit; Sinn und Ziel der Heimerziehung; Nikotin-Alkohol;

44 Vgl. die jährlichen Aufstellungen zu den Gegebenheiten der Heimerziehung, in: ALVR 40230, 40117 sowie 44124.

45 Vgl. Vermerk Beurmann über Gespräch mit Vertretern des LJA, der Bauabteilung sowie des Dansweilerhofs (25.2.1957), in: ALVR 40141.

46 Vgl. Haus-Verfügung 5/1962, in: ALVR 44066. Noch 1957 war der Verbleib in der Aufnahmegruppe bzw. der Zeitpunkt bis zu einer Besprechung über den weiteren Verbleib eines neu aufgenommenen Jungen mit vier Monaten angegeben worden. Vgl. Vermerk Beurmann über Gespräch mit Erziehern des Dansweilerhofes, 23.9.1957, in: ALVR 40141.

47 Hausverfügung Nr. 5/1962, in: ALVR 44066.

Selbsterziehung und Sexualfragen.[48] Der Jugendliche hatte in dieser Zeit ein Berichtsheft zu verfassen, welches dann zusammen mit den verschiedenen Berichten der Erzieher, den Eindrücken des Direktors, des Geistlichen sowie Gutachten des Arztes, Lehrers und Berufsberaters zur Entscheidung über den zukünftigen Arbeitsbetrieb sowie die zukünftige Gruppe führen sollte. Konnte in der vorgegebenen Zeit keine Erziehungsbereitschaft erreicht werden, hatte der Jugendliche den Lehrgang in Teilen oder vollständig zu wiederholen oder »andere geeignet erscheinende Maßnahmen« wurden beschlossen.

Neben der inhaltlichen Neugestaltung der Aufnahmegruppe wurde auch die bisherige Bewahrungsgruppe umgewandelt und als so genannte Trainingsgruppe verstanden. »An die Stelle […] ist die sog. Trainingsgruppe mit höchstens 12 Jugendlichen getreten. In ihr wird versucht, die erheblichen Charaktermängel durch besonders intensive und verstärkte Erziehungsmaßnahmen zu beheben. […] Der Aufenthalt in dieser Gruppe dauert […] in der Regel 5 Wochen. […] Herr Direktor Werner betont, daß er mit dieser Methode bisher gute Erfahrungen gemacht habe; sie sei der früheren Bewährungsabteilung mit ihrem notwendigerweise äußerst gespannten Klima sicherlich vorzuziehen.«[49] Eine Abkehr von geschlossenen Gruppen war dies aber nicht, neben der Trainingsgruppe sowie der Aufnahmegruppe existierte weiterhin eine Isoliergruppe, in der Jugendliche nach Entweichung, Tätlichkeiten oder Verstößen gegen die Heimordnung untergebracht wurden. Auch an die Aufnahme in diese Gruppe respektive den Wechsel von Zellen im Keller hin zur Isoliergruppe erinnert Gustav Läuber. Zu Beginn seiner Zeit im Dansweilerhof war er nach einer Entweichung in den Zellentrakt gebracht worden. »Aus dieser, Straßenbahn, haben die mich zurückgebracht und dann kam ich dann in' Keller. Da war en Zellentrakt. Der Zellentrakt, der war […] 40 Zellen waren da unten, im Keller unten, da gab's nix an Decken oder so, da war nur eine Holzpritsche.«[50] Als er später ein weiteres Mal entwich, kam er im Anschluss nicht mehr in die Zelle im Keller, sondern in die Isolierabteilung, was für ihn aber keine grundsätzliche Veränderung in der Art der Bestrafung bedeutete: »und da hat man mich nich mehr eingesperrt, unten im Keller, sondern, äh, ganz allein in einem Zimmer gelassen, war dat selbe, nur dat ich nich im Keller war […]. Ja, da war ich in nem einzelnen Zimmer und da, ach ja, da fingen en neuer Praktikant an. Dat war en Student, der war damals meines Erachtens so 22, 23 und der beschäftigte sich mit mir und, da hat der gesagt, ›hör mal, du bleibst mindestens 2 Tage hier in dem Zimmer‹, ich sag ›nich da unten‹, ›nä, da kommste nich mehr rein, dat is vorbei‹.«[51]

Zum 1.10.1964 wurde dann, als letzte Veränderung in der Gestaltung der Gruppen, die geschlossene Aufnahmegruppe abgeschafft. In einer durch das Landesjugendamt bewilligten Testphase wurden die neuaufgenommenen Jugendlichen direkt den so genannten Normalgruppen zugewiesen, sie nahmen aber weiterhin am beschriebenen Lehrgang teil. Die Gruppenverteilung sah 1964 im Dansweilerhof somit folgendermaßen aus: vier so genannte

48 Vgl. ebd.
49 Protokoll Besichtigung des Dansweilerhofs durch Vertreter des Arbeits- und Sozialministeriums NRW am 29.10.1962, in: HStAD NW 648 Nr. 98.
50 Interview Gustav Läuber (21.1.2010), S. 6, in: ALVR 49427.
51 Interview Gustav Läuber (21.1.2010), S. 8 f., in: ALVR 49427.

Normalgruppen, belegt mit je 14 bis 24 Jungen, eine Gruppe für berufsunreife und individuell besonders zu fördernde Jugendliche für 15 Jungen sowie eine geschlossene Trainingsgruppe für 14 Jungen. Der Versuch der Auflösung der geschlossenen Aufnahmegruppe wurde durch die Leitung der Einrichtung grundsätzlich positiv bewertet, gleichzeitig aber auch zum Anlass genommen, Kritik an der weiterhin umfassenden Belegung des Dansweilerhofs zu formulieren. »Allzuoft muß die Differenzierung [bei der Gruppenzuweisung] jedoch danach erfolgen, in welcher Gruppe zufällig gerade ein Bett frei ist. Solange die Heime immer wieder bis an die Grenze ihrer Kapazität belegt werden müssen, bleibt jeder Versuch einer Differenzierung nach der Erziehungsschwierigkeit der Persönlichkeit notgedrungen unvollständig.«[52]

4.3.3 Arbeit und Schule

In einer Einrichtung für schulentlassene Jugendliche wie dem Dansweilerhof war der Alltag der Jugendlichen vor allem durch Arbeit geprägt. Nur ein relativ geringer Teil der Jugendlichen fand hierbei allerdings in normalen Lehr- und Anlernverhältnissen Beschäftigung oder arbeitete in einem regulären externen Arbeitsverhältnis. Wie im Kapitel III.3.2 ausführlich dargestellt wird, lag dies häufig daran, dass den Jugendlichen die hierfür nötigen Fähigkeiten nicht zugetraut oder abgesprochen wurden. Da dem Dansweilerhof vor allem die als schwererziehbar geltenden Jugendlichen – die als eine Art »negative Auslese aus den anderen Anstalten« gesehen wurden – zugewiesen wurden, war dies dort die gängige Argumentation, weshalb relativ viele Jungen im Bereich der Hilfsarbeit beschäftigt waren.[53] Hinzu kam der Hinweis auf die enorme Fluktuation in der Einrichtung, die grundlegende Ausbildungen aufgrund fehlender Zeit nahezu unmöglich machte.[54] So wurde der Großteil der Jungen mit Hilfstätigkeiten beschäftigt. Hierzu gehörten in erster Linie die geschlossenen Bereiche, die aufgrund der Entweichungsgefahr als notwendig angesehen wurden. In der zu diesem Bereich gehörenden Mattenflechterei waren die Jungen der geschlossenen Abteilungen sowie bis 1958 die Jungen der Aufnahmegruppe beschäftigt, bis für diese die »Kistennagelei« eröffnet wurde, in der Kisten des Kölner Großmarktes repariert wurden.[55] Ab 1960 erhielten die beiden Bereiche die eher euphemistische zusätzliche Bezeichnung »Werkstatt«. 1961 wurde die Mattenwerkstatt aufgelöst, es gab aber weiterhin Bereiche, in denen die Jungen »geschlossen« beschäftigt wurden. An die Beschäftigung in der »Kisten-Werkstatt« erinnert sich Gustav Läuber, der vor der Aufnahme in den Dansweilerhof eine Lehre gemacht hatte und diese dort nicht fortsetzen konnte: »und gearbeitet hab ich in einer, Kistenbude nannten die die, […] da kriegten wir die, die Obstkisten, die wurden repariert, diese dünnen Dinger da […] und die sind ja ziemlich fein und die ham wir dann

52 Werner an LJA (26.11.1964), in: ALVR 40118.

53 Papier des Dansweilerhofs (ohne Verfasser) »Grenzen und Möglichkeiten des Unterrichts im Erziehungsheim Dansweilerhof« (31.5.1957), in: ALVR 40123.

54 Als Zahlen werden hier z.B. für das Jahr 1955/56 298 Neuzugänge und 330 Abgänge genannt. Vgl. ebd.

55 Vgl. Protokoll (o.D.) über Besichtigung des Dansweilerhofs durch Vertreter des Arbeits- und Sozialministeriums des Landes NRW am 29.10.1962, in: HStAD NW 648 Nr. 98.

zusammengekloppt und mit, mit, äh, Nägel wieder hergerichtet. Und dat war meine Arbeit da.«[56]

In den so genannten Kolonnen, also Arbeitseinsätzen in Gruppen, als weiterer Hauptarbeitsbereich für Hilfstätigkeiten, arbeiteten die Jugendlichen zu Beginn in den Bereichen Landwirtschaft und Gärtnerei, später kamen dann Arbeiten für und bei auswärtigen Firmen hinzu. Gustav Läuber wurde nach einiger Zeit der Beschäftigung innerhalb des Hauses auch in eine solche Kolonne versetzt. »Nach ner gewissen Zeit ham se mich dann gelockert und dann bin ich dann nach Köln-Zollstock gefahren, jeden Morgen bin ich abgeholt worden mit son nem Lieferwagen, 8 oder 10 Jungens, und dann ham wir da, in so ner Elektrofirma, Grothe hieß die […] Da hab ich an so nem Schleifbock gestanden und hab Türklinken und, und wat weiß ich, äh, Schlüssel, Lichtschalter blank gemacht mit Terpentin.«[57]

Als Spezifikum des Dansweilerhofs existierten so genannte Wochenkommandos, in denen Jugendliche zur Erprobung unter der Woche in den Stellen verblieben und lediglich zum Wochenende ins Heim zurückkehrten. Trotz der sich, wie dargestellt, wiederholenden Kritik der Nähe zur Arbeitsanstalt wurden die dortigen Werkstätten von Beginn an durch den Dansweilerhof mitgenutzt und weitestgehend für Lehr- und Anlernlinge reserviert.[58] Hier gab es etwa die Bereiche: Druckerei und Schriftsetzerei, Anstreicherei, Schreinerei, Schuhmacherei, Bau- und Kunstschlosserei, Schneiderei, Heizkraftwerk und Gärtnerei. Mit Erlass des Sozialministers vom 12.7.1962 wurde dann die Anweisung gegeben, die Ausbildung von Jugendlichen in den Betrieben der Arbeitsanstalt einzustellen.[59] Beschult wurden die Lehrlinge in der örtlichen Berufsschule, hinzu kamen für sie noch Förderstunden an zwei Abenden in der Woche. Die restlichen Jungen wurden in der Regel einmal pro Woche in einer Klasse mit den Jungen des jeweils gleichen Arbeitseinsatzbereichs innerhalb der Einrichtung beschult. Sie erhielten Unterricht unter anderem in den Fächern Rechnen, Deutsch, Staatsbürgerkunde, Geschichte und Religion. Der Erfolg dieser Form der Beschulung wurde aber immer wieder seitens der Einrichtung in Frage gestellt. Der Charakter der Jugendlichen und ihre fehlende Lernbereitschaft wurden für schulische Misserfolge als zentrale Begründung herangezogen. »Gegen einen solchen Ausbund von Disziplinlosigkeit, Lernunwilligkeit und Bildungsunvermögen kommt auch die stärkste Persönlichkeit nicht an.«[60] In den 1960er Jahren wurde die Schulbildung innerhalb des Dansweilerhofs durch eine Förderklasse für Jungen mit besonderen schulischen Rückständen ergänzt. Der Unterricht in der Heimschule fand nicht zwingend regelmäßig statt, Ausfälle etwa durch besondere Arbeitseinsätze oder auch die längerfristige Vakanz der Heimlehrerstelle führten dazu, dass es auch Zeiten ganz ohne oder mit nur zeitweiligem

56 Interview Gustav Läuber (21.1.2010), S. 5 f., in: ALVR 49427.
57 Ebd., S. 8.
58 Vgl. Dansweilerhof an das LJA (8.4.1958), in: ALVR 40141.
59 Vgl. LVR Plaga an Referatsleiter 41 und 42 (12.10.1962), in: ALVR 40141.
60 Papier des Dansweilerhofs (ohne Verfasser) »Grenzen und Möglichkeiten des Unterrichts im Erziehungsheim Dansweilerhof« (31.5.1957), in: ALVR 40123.

Unterricht gab. Die Schule des Dansweilershofs war keine offiziell anerkannte Berufsschule.[61]

4.3.4 Heimordnung

Bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges galten für die in Brauweiler bzw. im Dansweilerhof untergebrachten Fürsorgezöglinge Teile der Hausordnung der Provinzial-Arbeitsanstalt.[62] Hinzu kam das so genannte braune Handbuch, »das die für die Behandlung der dort untergebrachten […] Fürsorgezöglinge in Betracht kommenden gesetzlichen und reglementmässigen Bestimmungen enthält«.[63] Mit dem »braunen Handbuch« war die Publikation »Die Fürsorgeerziehung in der Rheinprovinz« des ehemaligen Landesrats Karl Vossen gemeint. Die Veröffentlichung von 1928 umfasste auch eine Hausordnung für die Rheinischen Provinzialerziehungsheime. Obwohl die Einrichtungsleitung ca. 1952 wiederholt um die Erstellung einer Hausordnung gebeten wurde, liegt für die Zeit nach der erneuten Eröffnung des Dansweilerhofes keine eigene Hausordnung vor, was die Vermutung nahelegt, dass weiterhin das »braune Handbuch« Gültigkeit besaß.[64]

Mit Beginn der Tätigkeit des Direktors Werner wurden dann nach und nach so genannte Hausverfügungen erstellt, wie im Zuge der Beschreibung der Aufnahmegruppe bereits erwähnt. Diese waren teilweise nur für das Personal, teilweise auch den Jugendlichen zur Kenntnis zugänglich und wurden fortlaufend erweitert. Thematisch umfassten die Hausverfügungen die Bereiche: Gruppenordnungen; Heimgemeinschaft; Allgemeine Verhaltensregeln; Verpflegung und Bekleidung; Seelsorge; Arbeit, Beruf, Prämie; Unterricht; Freizeit; Verbindung mit der Außenwelt; Disziplin/Hausstrafen; Außenfürsorge; allgemeine Anweisungen für den Erzieher sowie Verwaltungs-Richtlinien.[65] Eine Besonderheit für den Dansweilerhof war die so genannte Heimgemeinschaft, die mit den Hausverfügungen 4/1962 und 4a/1962 eingeführt wurde.[66] Ziel dieser Heimgemeinschaft war es, dem einzelnen Jungen durch das Bewähren in verschiedenen Stufen mehr Verantwortung zu geben. Dazu wurden die Jugendlichen in die Gruppen »Neuling« und »Heimbürger« – mit verschiedenen Abstufungen – aufgeteilt. Mit dem Übertritt in die jeweils nächst höhere Stufe waren verschiedene Vergünstigungen – wie etwa Wochenendurlaube – verbunden. Die Jugendlichen mussten den Übertritt in die jeweils nächste Stufe schriftlich beantragen, in weiteren im Heim existierenden Gremien wurde hierüber abgestimmt. Hinzu kam ab

61 Vgl. Kap. III.2.
62 Vgl. Hausordnung der Provinzialarbeitsanstalt Stand 1934, in: ALVR 14111, Bl. 73 ff.
63 Sozialministerium an Dansweilerhof (28.5.1942), in: ALVR 13898.
64 Vgl. verschiedene Erinnerungsschreiben an den Dansweilerhof seitens des Sozialministeriums bzw. des Landesjugendamtes, in: ALVR 44066.
65 Vgl. die entsprechenden Richtlinien, in: ALVR 44066.
66 Vgl. ebd.

Dezember 1963 der Jugendrat, der die Aufgabe hatte, »an der Entwicklung eines sinnvollen Heimlebens mitzuarbeiten und die Heimleitung zu beraten«.[67]

4.3.5 Personal

Der Dansweilerhof wurde zunächst kommissarisch, ab 4.1.1951 dann offiziell durch den Psychologen und Oberregierungsrat Heinrich Corsten geleitet. Er war zeitgleich auch Direktor der Arbeitsanstalt, und sein beruflicher Hintergrund wurde im Düsseldorfer Sozialministerium als ein Zeichen des Neuanfangs gewertet.[68] Letztlich trug Corsten aber dazu bei, dass das schlechte Image, welches die Arbeitsanstalt zu dieser Zeit in der Öffentlichkeit hatte, noch verstärkt wurde. So wurde ihm vorgeworfen, sich an der Arbeitskraft der Insassen der Arbeitsanstalt bereichert zu haben – hierbei ging es um die Bewirtschaftung des Gartens und der Ställe der Anstalt ohne angemessene Bezahlung. Hinzu kamen dann noch Unregelmäßigkeiten in den Abrechnungen der Anstalt. Schließlich kam es 1958 zu einem Prozess gegen Corsten, in dem er zu fünf Monaten Gefängnis und 600 DM Geldstrafe verurteilt wurde.[69] Corsten wurde im April 1956 durch den Juristen und Landesverwaltungsdirektor Rudolf Müller abgelöst, der ebenfalls Leitungskraft für die gesamte Anstalt war. 1958 wurde dann erstmalig ein eigener Direktor für den Dansweilerhof eingestellt. Der bisherige Direktor Müller schreibt dazu für den monatlichen Informationsdienst des Landesjugendamtes: »Herr Landesrat Dr. Jans führte am 19.2.1958 Herrn Helmut Wetzels, Diplom-Psychologen, in sein Amt als Direktor des Rheinischen Landesjugendheimes Dansweilerhof ein. In seiner Ansprache sagte Herr Landesrat Dr. Jans unter anderem, daß hiermit der erste Schritt zur Verselbständigung des Jugendheims getan sei, das seit dem Jahre 1950 besteht und verwaltungsmäßig der Rheinischen Landesarbeitsanstalt Brauweiler angeschlossen ist.«[70]

Wetzels wurde 1960 von Dr. Robert Werner als Direktor abgelöst. Der promovierte Jurist Werner hatte seine Wurzeln in der Jugendbewegung der 1920er Jahre. Nach dem Zweiten Weltkrieg, den er zum Teil wegen seiner vermeintlichen Widerstandsarbeit in der jungdeutschen Jugendbewegung in Haft verbrachte, war Werner zunächst Geschäftsführer der städtischen Baugemeinschaft für Wiederaufbau in Gießen. Er wechselte dann ins Ministerium für Wiederaufbau und politische Befreiung und zur hessischen Justizverwaltung. 1949 übernahm Werner die Leitung der Jugendstrafanstalt Rockenberg in Hessen, wo er bis zu seinem Wechsel in den Dansweilerhof tätig war. Werner genoss damals den Ruf, im Jugendstrafvollzug Pionierarbeit geleistet zu haben.[71] Im Zuge seiner Bewerbung im Rheinland heißt es in einem Empfehlungsschreiben zu seiner Person: »Dr. Werners Her-

67 § 1 der Geschäftsordnung des Jugendrates im Rheinischen Landesjugendheim Dansweilerhof vom 3.12.1963, in: ALVR 44066; zur ausführlichen Beschreibung des Jugendrates vgl. Kap. II.5. zum RLJH Abtshof.

68 Vgl. Daners 1996, S. 162.

69 Ebd.

70 Müller an Pressestelle (o.D.), in: ALVR 33480.

71 Vgl. Frankfurter Rundschau vom 16.8.1960, in: ALVR 38268.

kunft aus der Jugendbewegung der Zwanzigerjahre prägt noch heute sein Tun […]. Der pädagogischen Aufgabe zutiefst verpflichtet, ohne Rücksichtnahme auf sich und konformistische Urteile […]. Jugenderziehung bedeutet vor allem menschliches Vorbild. Durch sein frisches und jugendnahes, ehrliches und gerades Auftreten ist Dr. Werner nach meiner Auffassung zum Pädagogen geschaffen.«[72]

Ziel der Übernahme der Leitung durch Werner sollte es sein, den Dansweilerhof nach moderneren Gesichtspunkten umzugestalten und vor allem den Umzug in das neu geplante Heim in Hennef mit vorzubereiten.[73] Wie bereits dargestellt, änderten sich unter Werner zunächst die Gruppenstrukturen, weiterhin führte er die so genannten Hausverfügungen ein und bereitete die Einführung des Jugendrates vor. Seine Verpflichtung als Direktor wurde seitens der Aufsichtsbehörden als Wandel für die Einrichtung Dansweilerhof gewertet. »Die Heimleitung hat sich in den letzten Jahren mit Erfolg bemüht, das Klima des Heims zu verbessern. Besonders deutlich ist der grundlegende Wandel der inneren pädagogischen Situation, die trotz der äußeren Schwierigkeiten […] einen erstaunlichen Stand erreicht hat.«[74] Trotz der insgesamt schwierigen Situation in der Einrichtung brachte der Einstieg Werners zumindest in der konzeptionellen Gestaltung erkennbare Veränderungen mit sich. Auch der Zeitzeuge Gustav Läuber erinnert sich noch an einen Kontakt mit Werner: »Ja, und dann hat er [der Praktikant] mich, nach dem Dr. Werner, angeblich en Diplompädagoge oder wat weiß ich, gebracht und dann ham wir uns dann unterhalten und dann hat der gesagt, eigentlich wär ich ja doch en wertvoller Mensch.«[75]

Nicht nur im Bereich der Direktorenstelle, auch sonst war die personelle Besetzung des Dansweilerhofs eng mit der der Arbeitsanstalt verbunden. So wurden in der ersten Zeit der Einrichtung Aufseher der Arbeitsanstalt als »Erzieher« eingesetzt. Zu diesem Zeitpunkt stand nicht genügend qualifiziertes Personal zur Verfügung, so dass auf diese Lösung zurückgegriffen wurde. Und obwohl diese Ergänzung des Personals vorgenommen wurde, galten die eingesetzten Erzieher und Aufseher als völlig ausgelastet bzw. überlastet.[76] Eine weiterhin enge Personalsituation, Spannungen innerhalb der unterschiedlichen Teile der Erzieherschaft – etwa zwischen Gruppenerziehern und Arbeitserziehern[77] – sowie fehlende Qualifikation bzw. Berufserfahrung des Personals prägten das Bild im Laufe der 1950er Jahre. So heißt es nach einem umfassenden Ausbruchsversuch von sieben Jugendlichen in einem Reisebericht von Beurmann: »Es muss als unglücklich bezeichnet werden, dass ein erst seit Januar tätiger Lernerzieher mehrere Wochen hindurch die Gruppen-

72 Generalstaatsanwalt Fritz Bauer an Direktor des LVR (27.4.1960), in: ALVR 38268.
73 Vgl. Artikel des Kölner Stadtanzeigers zum 25. Dienstjubiläum Werners (22.3.1966), in: ALVR 44127.
74 Protokoll (o.D.) über Besichtigung des Dansweilerhofes durch Vertreter des Arbeits- und Sozialministeriums des Landes NRW am 29.10.1962, in: HStAD NW 648 Nr. 98.
75 Interview Gustav Läuber (21.1.2010), S. 9, in: ALVR 49427.
76 Vgl. Bemerkung vom 19.6.1950 über Besprechung von Vertretern des Sozialministeriums mit Direktor Corsten in Brauweiler am 15.5.1950, in: ALVR 13077.
77 Vgl. Vermerk Beurmann über Gespräch mit Erziehern des Dansweilerhofes (23.9.1957), in: ALVR 40141.

führung wahrzunehmen hatte.«[78] Unmittelbare Konsequenzen auf solche Situationen und Überforderung des Personals seitens der Aufsichtsbehörde waren, zumindest zu Beginn der 1950er Jahre, etwa die Verschärfung der nächtlichen Arreststrafe oder die kurzfristige Reduzierung der Platzzahlen. Eine umfassende Veränderung des Stellenplans oder ein sonstiges ordnendes Eingreifen wurde zumindest mittelfristig allerdings nicht umgesetzt, wie etwa aus dem Schreiben des Direktors Müller hervorgeht, »[…] da außer den drei in den Werkstätten beschäftigten Heimerziehern keine geprüften Heimerzieher dem Dansweilerhof zu Verfügung stehen.«[79] Es entsteht an dieser Stelle der Eindruck, dass der Aufsichtsbehörde Schwierigkeiten innerhalb der Einrichtung deutlich bekannt waren, die Eingriffs- und Veränderungsmöglichkeiten aber sehr begrenzt waren. So trafen im Dansweilerhof, der mitunter bis an die Kapazitätsgrenzen belegt war, schwierige Jugendliche auf zu wenig und häufig unerfahrenes Personal. Auch die nächtliche »Überwachung« wurde durch Personal der Arbeitsanstalt abgedeckt, »das Jugendheim [wird] nach Ende des Abendbereitschaftsdienstes um 22:30 von der Nachtstreife für die gesamte Anstalt betreut […]. An dieser Nachtstreife nehmen keine Erzieher des Dansweilerhofs teil.«[80] Ab 1961 wurde die nächtliche Betreuung dann von zwei Erziehern im Nachtdienst übernommen.

Im Bereich der Ausbildung der Jugendlichen wurde ebenfalls mit den Mitarbeitern der Arbeitsanstalt zusammengearbeitet und wurden die dortigen handwerklichen Kräfte genutzt. »Nach der besonderen Eigenart der Anlehnung des Dansweilerhofs an die Arbeitsbetriebe der Arbeitsanstalt Brauweiler werden für die Ausbildung und Arbeitsanleitung handwerkliche Fachkräfte der Arbeitsanstalt Brauweiler für die Minderjährigen mit eingesetzt.«[81] Die Jugendlichen, die in Kolonnen beschäftigt waren, wurden immer wieder auch durch Lernerzieher und auch Praktikanten begleitet. Betrachtet man die Zahl der Beschäftigten innerhalb des direkten Gruppendienstes, so zeigt sich deutlich, wie wenig pädagogisches Personal etwa 1957 vorhanden war. Bei einer durchschnittlichen Gruppenstärke von 20 Jungen waren lediglich die Aufnahmegruppen sowie die geschlossene Abteilung mit zwei Kräften besetzt, wobei die zweite Kraft in der Aufnahmeabteilung ein Lernerzieher war. Im Lauf der 1960er Jahre zeigt sich die Situation dann entspannter, so sind 1961 bereits durchschnittlich überall zwei Kräfte tätig und 1965 sind es dann drei. Zu erwähnen ist allerdings, dass es sich bei den zusätzlich zu den Gruppenleitungen beschäftigten Mitarbeitern häufig um Hilfskräfte und Lernerzieher handelte.[82]

78 Reisebericht Beurmann (31.8.1956), in: ALVR 40141.
79 Direktor Müller an LJA (3.4.1957), in: ALVR: 40141.
80 Direktor Müller an LJA (8.11.1957), in: ALVR 44059.
81 Fragebogen zur Vorbereitung der Besichtigung von Heimen der FE und FEH, Anlage zu Schreiben Jans an den Arbeits- und Sozialminister NRW (22.9.1958), in: HStAD NW 648 Nr. 97.
82 Vgl. hierzu tabellarische Jahresübersichten in den Gegebenheiten der Heimerziehung, in: ALVR 40230.

4.3.6 Die Auflösung des Dansweilerhofes

Die bauliche und strukturelle Situation im Dansweilerhof war in der kompletten Zeit der Nutzung als Landesjugendheim geprägt von Kompromisslösungen und dem Verständnis, es mit einer Notlösung zu tun zu haben. Räumliche Begrenztheit, fehlende Bereitschaft für umfassende Umbauten in Kombination mit einer hohen Belegung mit schwierigen Jugendlichen prägten die Struktur des Heimes. Seitens des Landesjugendamtes wurde dieser Zustand zwar gesehen, Veränderungen wurden jedoch nur langfristig in die Wege geleitet. So zogen sich Planung und Bau der neu zu errichtenden Einrichtung – Abtshof in Hennef – über zehn Jahre hin, und die Notlösung Dansweilerhof wurde letztlich 16 Jahre als Landesjugendheim genutzt. Ab Herbst 1965 wurde eine erste Gruppe von sechs Jungen und zwei Erziehern als Vorauskommando in den Abtshof verlegt. Im April 1966 konnte das neue Heim dann bezogen werden.[83]

83 Zur Schaffung der Ersatzeinrichtung Abtshof sowie der zehnjährigen Planungsphase vgl. Kap. II.5.

Judith Pierlings

5. Das Rheinische Landesjugendheim Abtshof, Hennef[1]

5.1 Der Abtshof als Ersatzbau

Der Abtshof wurde als Rheinisches Landesjugendheim im April 1966 in Hennef eröffnet und ersetzte, als fünfte landschaftsverbandseigene Einrichtung, den bis zu diesem Zeitpunkt genutzten Dansweilerhof in Brauweiler. Der von Beginn an als Notlösung verstandene Dansweilerhof wurde vor allem wegen der räumlichen Begrenztheit und der Nähe der Jugendlichen zu den Insassen der Arbeitsanstalt kritisiert. Forderungen nach einem Ersatzbau wurden ab Mitte der 1950er Jahre kontinuierlich wiederholt. Der Prozess des Neubaus einer Ersatzeinrichtung zog sich letztlich aber über zehn Jahre hin – von der ersten Thematisierung im Landesjugendwohlfahrtsausschuss bis zur Eröffnung 1966.[2] Trotz der fortwährenden Beteuerung der Dringlichkeit, einen Ersatzbau für den Dansweilerhof zu schaffen, standen zunächst Schwierigkeiten, ein geeignetes Gelände für die neue Heimeinrichtung zu finden, einer zügigen Umsetzung des Baubeginns im Wege.[3] Nach der negativen Prüfung der Möglichkeiten, die bereits im Besitz des LVR befindlichen Liegenschaften zu nutzen, wurden schließlich ab Mitte 1959 verschiedene potentielle Grundstücke besichtigt. Zeitgleich führte der Landesjugendwohlfahrtsausschuss eine Debatte um die pädagogische Ausgestaltung respektive die Zielgruppe der neuen Einrichtung. Die Idee, doch keinen »neuen Dansweilerhof« zu bauen, wurde diskutiert, »man könne sich die Fragen stellen […], ob man nicht lieber ein modernes, offenes oder halboffenes Heim einrichten solle und die Insassen des Dansweilerhofes in einer anderen, dafür frei zu machenden Einrichtung betreuen soll.«[4] Der neu gegründete Unterausschuss »Neubau Landesjugendheim« – bestehend aus Vertretern von SPD, CDU und FDP sowie des Caritasverbandes, der Arbeiterwohlfahrt und der Inneren Mission – erörterte unter anderem auch diese Frage und auf Basis der Ausschussergebnisse wurde im Juni 1959 entschieden, die Jugendlichen aus dem Dansweilerhof nicht auf die anderen Landesjugendheime zu verteilen, sondern die neu zu bauende Einrichtung doch als Ersatzbau zu verstehen. Im

1 Trotz mehrerer Versuche konnte im Rahmen des Projekts kein Zeitzeuge für den Abtshof für ein Interview gewonnenen werden. Vgl. Kap. IV.2.

2 Vgl. Neubau des RLJH Abtshof in Hennef, Übersicht über den Verlauf der Planungen (25.11.1963), in: ALVR 40142.

3 In regelmäßigen Abständen wurde die Betonung dieser Dringlichkeit in die Protokolle des LJWA aufgenommen. Vgl. ebd.

4 Protokoll der Sitzung des LJWA am 27.5.1959, in: ALVR 40142.

Sommer 1960 wurde dann, nach weiterer Besichtigung verschiedener Grundstücke, das Gelände des Abtshofs in Hennef erworben.

Basierend auf einer Denkschrift von Martha Beurmann – als Vorlage für den Landesjugendwohlfahrtsausschuss – wurde im Juni 1961 ein entsprechendes Raumprogramm verabschiedet und eine Empfehlung für eine moderne Bauweise ausgesprochen.[5] In der Denkschrift wurde – neben einer deutlichen Kritik an den Zuständen im Dansweilerhof – auch die angedachte Zielgruppe der Einrichtung sowie die pädagogische Konzeption – aus der Sicht des Landesjugendamtes – umrissen. So sollte der Abtshof verstanden werden als eine Einrichtung für ältere schulentlassene Jungen, die »durch ihr Alter und die zum Teil dadurch gegebene bisherige Lebensweise einer normalen Jugendgemeinschaft und ihren Lebensformen entwachsen sind« und die »in besonderem Maße im Widerspruch zu ihren natürlichen Erziehern […] und daher auch zur Heimerziehung stehen«.[6] Zusammenfassend wurde der Abtshof geplant als Einrichtung für »Minderjährige, die besonderer Aufsicht bedürfen«, was sicherlich dem Anspruch entwuchs, eine Folgeeinrichtung für den als »geschlossenste« Einrichtung verstandenen Dansweilerhof zu schaffen.[7]

In den folgenden Jahren wurde dann, in unterschiedlichen Gremien und Konstellationen, vor allem die konkrete Ausgestaltung des Neubaus, auch vor dem Hintergrund der Zielgruppe der Einrichtung, weiter diskutiert. So heißt es etwa in einem Protokoll einer Baubesprechung aus dem Jahr 1962, »die für die Jugendlichen bestimmten Räume sollen zur Heimseite und nicht zur Straßenseite liegen. Es soll vermieden werden, daß die Jugendlichen durch die Nutzung dieser Räume zwangsläufig in den unmittelbaren Bereich des Heimeingangs gezogen werden.«[8] Insbesondere die Planung der Werkstattgebäude wurde mehrfach überarbeitet, zudem musste auch die Finanzierungsgrundlage erweitert werden, was den Bau zusätzlich verzögerte und verteuerte. Mit einer weiteren Betonung der äußersten Dringlichkeit – auch vor dem Hintergrund der Novellierung des Jugendwohlfahrtsgesetzes – sowie dem Beschluss, bei Bauausschuss und Hochbauverwaltung um Beschleunigung der Bauarbeiten zu bitten, versuchte der Landesjugendwohlfahrtsausschuss einmal mehr den Fortgang des Baus zu forcieren.[9] 1965 konnte mit der konkreten Planung der Belegung der Einrichtung begonnen werden. So wurde zunächst vereinbart, ein »Vorkommando« des Dansweilerhofes zur Sicherung und Wartung der Einrichtung sowie zur Gestaltung der Außenanlage ab Herbst 1965 vorauszuschicken. Bestehen sollte

5 Vgl. Neubau des RLJH Abtshof in Hennef, Übersicht über den Verlauf der Planungen (25.11.1963), in: ALVR 40142. Zur Veranschaulichung moderner Heimarchitektur wurden auch Einrichtungen in den Niederlanden, das heilpädagogische RLJH Viersen-Süchteln sowie die Einrichtung Staffelberg in Hessen besichtigt.

6 »Denkschrift des Landesjugendamtes Rheinland über den Bau eines Rheinischen Landesjugendheims in Hennef« Vorlage Nr. 141/Ju für LJWA am 5.6.1961, in: ALVR 44245.

7 Vgl. ebd.

8 Protokoll über die Sitzung zu Besprechungen zum Neubau des LJH am 28.2.1961, in: ALVR 44243. In der Regel nahmen an diesen Besprechungen Vertreter der verschiedenen beteiligten Referate des LVR sowie der Direktor des Dansweilerhofes teil, der auch die Leitung des Abtshofs übernehmen sollte.

9 Vgl. Neubau des RLJH Abtshof in Hennef, Übersicht über den Verlauf der Planungen (25.11.1963), in: ALVR 40142.

dieses »Kommando« aus zwei Erziehern und sechs Jugendlichen.[10] Ab April 1966 wurde die Einrichtung dann in Teilen mit Jugendlichen des Dansweilerhofes belegt. Offiziell wurde der Abtshof am 18.4.1966 eröffnet.

5.2 Belegung und Struktur der Einrichtung

Der Abtshof wurde, neben den anderen Rheinischen Landesjugendheimen, ebenfalls mit schulentlassenen männlichen Jugendlichen belegt und, wie dargestellt, als Einrichtung für Jungen mit »besonderem Aufsichtsbedarf« verstanden. Zunächst waren dies vor allem die Jugendlichen aus dem aufgelösten Dansweilerhof. Im weiteren Verlauf war der Abtshof, ähnlich wie der Dansweilerhof, in aller Regel nicht die Einrichtung zur Erstaufnahme der Jungen, sondern folgte auf Aufenthalte in verschiedenen anderen Heimen, vor allem den Rheinischen Landesjugendheimen.[11] Eine Besonderheit des Abtshofs war, dass die Einrichtung, anders als Fichtenhain, Halfeshof und Erlenhof, paritätisch belegt wurde. Hier dominierte das pädagogische das konfessionelle Differenzierungsprinzip. Der Abtshof unterschied sich auch in seiner Platzzahl von den »drei großen Landesjugendheimen«. Mit einer Aufnahmekapazität von bis zu 157 Jugendlichen war er deutlich kleiner.

Untergebracht war der Abtshof auf einem weitläufigen Gelände, die Gebäude waren im Pavillonstil errichtet und über das Heimgelände verteilt. Der Baustil und die Anordnung der Gebäude wurden zu diesem Zeitpunkt als äußerst modern und innovativ angesehen. Die Jugendlichen lebten in zehn Gruppen, die jeweils in einem der beschriebenen Pavillons – den so genannten Gruppenhäusern – untergebracht waren. Die Belegungszahlen der Einrichtung blieben über den Untersuchungszeitraum relativ konstant. Zu Beginn der Nutzung wurde die mögliche Belegungskapazität noch nicht vollständig ausgenutzt und lag 1966 noch bei 141 Jugendlichen. Im Folgejahr waren 157 Jungen untergebracht, diese Zahl hielt sich dann auch recht konstant bis zu einer Platzreduzierung 1970 auf 136 Plätze bzw. 1973 auf 130 Plätze.[12] Die Größe der jeweiligen Gruppen lag zwischen 14 und 16 Jugendlichen, die Reduzierung der Plätze hatte dann in allen Gruppen eine Verringerung der Gruppengröße zur Folge. Die Hälfte der aufgenommenen Jugendlichen war in Einzelzimmern untergebracht, der Rest lebte in Vierbettzimmern. Die Entwicklung hin zu mehr Raum für den einzelnen Jugendlichen wurde als entscheidende Neuerung und Schritt zu einem moderneren Heim verstanden. So schrieb Direktor Werner in einer Broschüre über den Abtshof: »Die Räume der Jungen entsprechen einem Lebensstandard,

10 Vgl. Protokoll der Baubesprechungen vom 22.2.1965, in: ALVR 44243.

11 In den im Forschungsrahmen betrachteten Einzelfallakten war der Abtshof in nur einem Fall das Erstaufnahmeheim und in diesem Fall als Alternative zur Inhaftierung in Untersuchungshaft. Vgl. ALVR 32344.

12 Vgl. hierzu die jährlich zu erstellende Übersicht »Gegebenheiten der Heimerziehung«, in: ALVR 40362.



Außenansicht Abtshof (ohne Straße) 1968

den heute in Deutschland jeder erreichen kann, der ordentlich seiner Arbeit nachgeht.«[13] Zu den Gruppen gehörten zusätzlich noch je zwei Gruppenräume sowie unterschiedliche Räume für die Freizeit, etwa Werk- oder Tischtennisräume. In sechs der zehn Gruppenhäuser befanden sich zudem noch die Wohnungen, in denen die Gruppenerzieher mit ihren Familien lebten.

Unterteilt waren die Gruppen in die so genannten Normalgruppen sowie zwei geschlossene Gruppen, die als Trainingsgruppe und als Bewährungsgruppe bezeichnet wurden und in einem geschlossenen Bereich des Heimes lagen.[14] Trotz der als modern verstandenen Bauweise wurde der geschlossene Bereich durch Mauern von anderen Teilen des Heimes getrennt und mit zusätzlichen Sicherungsinstallationen, wie Alarmanlagen und Fenstersicherungen, versehen.[15] Ab 1969 wurde dann nur noch eine der beiden als geschlossene Gruppe belegt, im Zuge der Platzreduzierungen gab es dann noch zehn bzw. im weiteren Verlauf der 1970er Jahre fünf als geschlossen bezeichnete Plätze. In Anlehnung an das Vorgehen, welches bereits im Dansweilerhof praktiziert worden war, wurde auch im

13 . Broschüre des LVR über den Abtshof, hg. von der Pressestelle des LVR 1968, darin Text des Direktors Werner zum Abtshof, in: ALVR 44127.

14 Vgl. Broschüre des LVR über den Abtshof, hg. von der Pressestelle des LVR 1968, in: ALVR 44127.

15 Über die Errichtung der Mauern wurde zwar diskutiert – als Alternative war ein Drahtzaun mit Bewachsung im Gespräch –, die Alternative, die Gruppen nicht abzugrenzen, war aber letztlich kein Thema in der Planung der Einrichtung. Für den Fall, dass es weiterer geschlossener Gruppen bedurft hätte, waren bereits bei der Ausgestaltung der Einrichtung zwei weitere Gruppen mit den entsprechenden Sicherungsvorkehrungen versehen worden. Vgl. Baubesprechung vom 30.4.1962, in: ALVR 44243. Trotz Modernisierungsabsichten wollte man demnach nicht auf die geschlossene Gruppe, auch in umfassenderer Form, verzichten. Vgl. Kap. III.5.3.2.

Abtshof der neu aufgenommene Jugendliche zunächst in den so genannten Einführungslehrgang vermittelt.[16] Dr. Werner vertrat auch für die Heimerziehung im Abtshof weiterhin die Haltung, dass es unerlässlich sei, »[…] daß in den ersten Wochen beim Neuling eine Vertiefung durch eine lehrgangsmäßige Einführung in die Ziele und Möglichkeiten des Heims erfolgt«.[17] Trotz der Zusammenführung der Neuaufgenommenen innerhalb des Lehrgangs wurden die Jugendlichen, wie im Dansweilerhof in einer Testphase bereits erprobt, aber nicht gesammelt in einer Aufnahmegruppe untergebracht, sondern gleich in einer der Normalgruppen.

5.3 Heimalltag

Den Heimalltag im Abtshof beschreibt ein Erzieher in einer Hausarbeit, die im Rahmen seiner Ausbildung entstand: »Aus der Sicht der Jugendlichen sieht der Tagesablauf wie folgt aus: Wecken; Bettenbauen; Zimmer auskehren; Papierkorb ausleeren; Waschen; […]; Freizeitbekleidung anziehen; gemeinsam frühstücken; auf Tischsitten achten; Tisch abdecken; Aschenbecher bereitstellen; eventuell eine Zigarette rauchen; in die Schleuse gehen und Freizeitkleidung aus- und Arbeitskleidung anziehen; noch vorhandene Warmhaltekübel zur Küche bringen; volle Mülleimer zum Abladeplatz bringen; so frühzeitig das Gruppenhaus verlassen, daß die Arbeitsstelle pünktlich erreicht wird; bis zur Mittagspause arbeiten; zum Gruppenhaus gehen; Arbeitsbekleidung aus- und Freizeitkleidung anziehen; waschen; gemeinsam Mittag essen; auf Tischsitten achten; Tisch abräumen; Aschenbecher bereitstellen; eventuell eine Zigarette rauchen; auf sein Zimmer gehen und kurze Zeit ruhen oder einen Brief schreiben oder eine Partie Tischtennis spielen; […] frühzeitig zur Arbeit gehen; […] bis zum Feierabend arbeiten; hiernach zur Gruppe gehen; Arbeitsschuhe reinigen; Arbeitsbekleidung aus- und Freizeitbekleidung anziehen; waschen; gemeinsam zu Abend essen; Tisch abräumen; Aschenbecher bereitstellen; eventuell rauchen; hierbei kurz die anfallenden Tagesfragen klären; je nach Wochenplan vorbereiten auf das gemeinsame Schwimmen, den gemeinsamen Sport […], den Gemeinschaftsabend, den Ausgang; für die Sauberkeit des zugewiesenen Teils des Hauses sorgen; persönliche Dinge erledigen; seinen Hobbys nachgehen; zur Nachtruhe vorbereiten; schlafen.«[18]

Der sehr strukturierte Tagesablauf unterscheidet sich sicher kaum von dem in den anderen Rheinischen Landesjugendheimen Ende der 1960er Jahre, und ähnlich wie dort war der Heimalltag vor allem durch Arbeit und Beschäftigung geprägt. Wie bei der baulichen Gestaltung der Gruppenhäuser war auch im Bereich der Arbeitsmöglichkeiten versucht worden, das Heim aus damaliger Sicht möglichst modern zu gestalten. Unter Hinzunahme

16 Vgl. zur Darstellung dieses Lehrgangs Kap. II.4.3.4.

17 So Werner in einem »skizzenhaften Entwurf für die Erziehungsarbeit im Landesjugendheim Hennef«, den er zur Diskussion an Jans sendete (24.2.1965), in: ALVR 40235.

18 Der administrative Arbeitsbereich des Gruppenerziehers und seine pädagogische Begründung. Hausarbeit im Rahmen der Erzieherausbildung II, September 1969, in: ALVR 40561.

verschiedener Sachverständiger – etwa von der Industrie- und Handelskammer oder aus unterschiedlichen Wirtschaftszweigen – sowie der Besichtigung neu gestalteter Werkstätten in anderen Heimen, war versucht worden, die Arbeitsbereiche zeitgemäß zu organisieren. Lehrmöglichkeiten bestanden in verschiedenen Metallberufen sowie als Elektriker, Schreiner, Maler und Anstreicher. Mit dieser Auswahl wurde im Abtshof auf klassische Heimausbildungsberufe wie etwa den des Schuhmachers verzichtet. Für die Jugendlichen, die nicht in einem regulären Lehrverhältnis beschäftigt waren – hierzu gehörten unter anderem die Jungen der geschlossenen Gruppen und des Aufnahmelehrgangs –, wurden vor allem industrieähnliche Fertigungsbetriebe – in der Regel in Kooperation mit Fremdfirmen – geschaffen. Den Hintergrund dieses Vorgehens beschreibt Landesrat Jans in einer Anfrage an einen potentiellen Kooperationspartner aus der Industrie: »Im Rahmen der beruflichen Förderung von Jugendlichen in der öffentlichen Erziehung hat das Landesjugendamt darauf zu achten, daß diejenigen Minderjährigen, die für eine Lehrausbildung nicht in Betracht kommen, arbeitsmäßig unter ähnlichen Bedingungen wie in der Industrie gefördert werden. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie die Frage prüfen könnten, ob Teile Ihres Fertigungsprogramms in die vorerwähnte Betriebshalle verlegt werden könnten.«[19] Für die Jugendlichen der Aufnahmegruppe sollte diese Form der Arbeit zudem »die Testung für den beruflichen Einsatz« zulassen, also »eine ernste Beschäftigung ermöglichen« und mehr als nur ein Werkraum sein.[20]

Im ersten Jahr der Nutzung des Abtshofs standen für die Jugendlichen insgesamt 24 Lehrstellen sowie 22 Anlernverhältnisse in den oben genannten Bereichen zur Verfügung, ob diese Plätze tatsächlich ausgeschöpft wurden, ist nicht ersichtlich, vor dem Hintergrund der zu Beginn als sehr eng beschriebenen Personaldecke des Abtshofs aber nicht wahrscheinlich. Im Bereich Metall wurden zudem zwölf Plätze für den »Grundausbildungslehrgang« angeboten. Hinzu kamen 42 Plätze für Hilfsarbeiten im Garten – die vor allem als »arbeitstherapeutische Beschäftigung« gesehen wurden – sowie in den so genannten Innenbetrieben.[21] Hierzu gehörte unter anderem auch die Beschäftigung für die Firma Tipon, wo die Jungen in der Produktion von Lackstiften für VW eingesetzt wurden. Hinzu kamen noch 25 Plätze in Außenarbeitsgruppen bei extern gelegenen Firmen, die zumindest anteilig »Hilfsarbeit für geförderte Jungen, die normalen Arbeitsbedingungen nachkommen können« liefern sollten.[22] Strukturell blieben die Arbeitsbereiche innerhalb der Einrichtung in den kommenden Jahren recht ähnlich. Allerdings verschob sich das Verhältnis der Lehr- und Anlernverhältnisse zu den reinen Arbeitsertüchtigungen respek-

19 LR Jans an potentiellen Kooperationspartner (Dynamit Nobel AG Troisdorf) (4.1.1966), in: ALVR 44081.

20 Vgl. Protokoll der Baubesprechung vom 22.2.1961, in: ALVR 44243.

21 Vgl. hierzu Jahresübersicht »Gegebenheiten der Heimerziehung«, in: ALVR 40362. In der Übersicht des Abtshofes werden die Tätigkeiten in der industriellen Fertigung im ersten Berichtsjahr teilweise noch als Anlernverhältnis gezählt, obwohl aus der Beschreibung der Tätigkeit hervorgeht, dass es sich um Hilfsarbeiten handelt. Ab 1967 werden diese Arbeitsplätze dann nur noch als Arbeitsertüchtigung gezählt.

22 Vgl. ebd.

tive Hilfsarbeiten Mitte der 1970er Jahre zu mehr Plätzen im Lehr- und Anlernbereich. So gab es etwa 1974 in den Metallberufen 21 Plätze für Lehrausbildungen sowie sechs Anlernplätze. Hinzu kamen insgesamt elf Lehrstellen und neun Anlernplätze in den Berufen Schreiner, Anstreicher sowie in der Gärtnerei und der Elektrowerkstatt. Im Bereich der Arbeitsertüchtigung waren es in zwei heiminternen Industriegruppen noch 14 Plätze, davon sechs für die geschlossene Gruppe.[23] Hintergrund dieser zahlenmäßigen Veränderungen im Bereich von Arbeit und Beschäftigung bzw. Reduzierung der Industriearbeiten waren zum einen Veränderungen in der Beschulung der Jungen. So wurden die Jugendlichen in drei Leistungsgruppen in so genannten Hauptschulabschlusslehrgängen unterrichtet und, wenn möglich, dem Hauptschulabschluss zugeführt.[24] Hinzu kam aber bereits ab Ende der 1960er Jahre die Schwierigkeit, ausreichend Aufträge von den Industriebetrieben, die die Arbeitsmöglichkeiten für die Hilfsarbeiten liefern sollten, zu bekommen. So heißt es bereits 1967: »Die Beschäftigungslage im Rheinischen Landesjugendheim Abtshof hat sich wesentlich ungünstiger entwickelt, als während der Planungsarbeiten vorausgesehen werden konnte. Infolge der inzwischen eingetretenen Konjunkturverflachung ist es bisher nicht gelungen, den für die dritte Werkhalle vorgesehenen industriellen Betrieb zu gewinnen. In dieser Halle ist zur Zeit eine Fertigung für die Firma Tipon in Köln untergebracht […]. Es können damit zwar etwa 20 Jugendliche beschäftigt werden, jedoch entspricht der Betrieb nicht den arbeitspädagogisch wünschenswerten Vorstellungen.«[25]

Diese Situation setzte sich, mit zeitweiligen Verbesserungen, ähnlich fort, die Auftragslage wurde aber allgemein als rückläufig beschrieben. Eine Konsequenz dieses Zustandes war, dass unter anderem die Kooperation mit der Firma Tipon, obwohl die Beschäftigung nicht den Vorstellungen der Heimleitung entsprach, bis in die 1970er Jahre Bestand hatte.[26] Das Heim steckte also in dem Dilemma, den Jugendlichen Beschäftigung anbieten zu müssen und gleichzeitig nicht ausreichend qualifizierte Arbeit zur Verfügung zu haben. Die Lösung schien zu sein, auch weiter auf die nicht als angemessene Beschäftigung verstandene Arbeit zurück zu greifen. Hier darf nicht außer Acht gelassen werden, dass die Heime auch Profit aus der Kooperation mit den Fremdfirmen erwirtschafteten, welcher zur Deckung der Heimkosten herangezogen und hierfür auch eingeplant wurde.[27] Die Leitung der Einrichtung versuchte dem Fehlen der industriellen Arbeitsmöglichkeiten zusätzlich noch einen positiven Aspekt abzugewinnen. Durch den Rückgang an Arbeitsplätzen in diesem Bereich sei es den in den Betrieben tätigen Werkerziehern wesentlich besser möglich, sich auf die Ausbildung der Jugendlichen zu konzentrieren.[28] Diese Aussage lässt also

23 Vgl. ebd.

24 Vgl. Vorlage an den LJWA, Nr. 5/172 Ju (11.4.1973), in: ALVR 29192. Im Durchschnitt erreichten jährlich 15 Jungen den Abschluss. Vgl. auch Kap. III.2.

25 Werner an das LJA (31.1.1967), in: ALVR 44260. Werner wollte mit diesem Schreiben u.a. den Bau einer geplanten Gärtnerei als weiteren Ausbildungsbetrieb beschleunigen.

26 Vgl. entsprechend Jahresberichte des Abtshofs, in: ALVR 40362 sowie ALVR 44126.

27 So wurden exemplarisch für das Jahr 1969 30.690,24 DM in den Arbeitsbetrieben der Firmen Tipon und Gebra-Plast erwirtschaftet. Vgl. Jahresbericht, in: ALVR 44126.

28 Vgl. Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1972–1973, in: ALVR 40362.

vermuten, dass zuvor nicht ausreichend Personal in den Werkstätten vorhanden war, um die Jugendlichen angemessen in ihrer Ausbildung anzuleiten. Dieser Eindruck der personellen Engpässe bestätigt sich bei Betrachtung des für die berufliche Bildung der Jugendlichen geplanten Förderlehrgangs für berufsunreife Jungen, der zu Beginn der Nutzung des Abtshofes konzeptionell vorgesehen und mitgeplant worden war, letztlich aber auch aufgrund personeller Engpässe nur schleppend umgesetzt werden konnte.

5.4 Personal

Direktor des Abtshofs war zum Zeitpunkt der Gründung Dr. Robert Werner, der bereits ab Juni 1961 den Dansweilerhof geleitet hatte und an der Planung des Abtshofs aktiv beteiligt war.[29] Werner leitete den Abtshof bis zum 31.7.1972 und wurde durch den Lehrer Wilhelm Satrutin abgelöst. Satrutin war bereits seit Januar 1968 im Abtshof beschäftigt, zuvor hatte er unter anderem als Oberlehrer und Erziehungsgruppenleiter in der Jugendstrafanstalt Siegburg gearbeitet. Im Abtshof war Satrutin zunächst als Heimoberlehrer tätig, ab 15.1.1969 als Erziehungsleiter, dies zunächst auf Probe und ab Juli 1969 in voller Verantwortung. Im März 1972 bewarb sich Satrutin um die Nachfolge als Direktor. Werner, der die Bewerbung deutlich befürwortete, argumentierte gegenüber dem Landesjugendamt, dass aufgrund der Achtung und Akzeptanz, die Satrutin innerhalb der Einrichtung genieße, seine Einstellung als Direktor dazu führe, dass ein Wechsel in der Leitung ohne Störung der erzieherischen Arbeit möglich sei.[30] Satrutin übernahm die kommissarische Leitung ab August 1972, offizieller Direktor wurde er zum Februar 1973. Der Stellenplan des Abtshofs sah für 1968 insgesamt 94 Mitarbeiter vor, darunter einen Erziehungsleiter, einen Heimoberlehrer, einen Psychologen sowie Sporterzieher und Werkerzieher. Die Bildung eines Teams aus verschiedenen Fachkräften, welches in der Erziehungsplanung eng zusammen arbeiten sollte, hatte für den Direktor große Bedeutung, wie er in seinen konzeptionellen Überlegungen zur Erziehungsarbeit im Abtshof betonte.[31] Zu den genannten Kräften sollten 25 Erzieher in den Gruppen hinzu kommen – um so den vom Allgemeinen Fürsorge-Erziehungs-Tag erarbeiteten Stellenschlüssel zu gewährleisten – und ebenso viele in den Lehr- und Arbeitsbetrieben.[32] Gleichzeitig befanden sich aber noch 40 Prozent der Erzieher in Ausbildung, was zum einen personelle Engpässe im Heimalltag bedeutete, da die Ausbildung berufsbegleitend organisiert war, und zum anderen eine Konzentration unerfahrener Kräfte mit sich brachte. So gestand Werner auch ein: »Die Situation führt

29 Eine genauere Beschreibung über den Werdegang und Hintergrund Werners findet sich in Kap. II.4.3.5.

30 Vgl. Werner an LJA (6.3.1972), in: ALVR AZ 10010058 Personalakte Satrutin.

31 Vgl. den »skizzenhaften Entwurf für die Erziehungsarbeit im Landesjugendheim Hennef« (18.2.1965), in: ALVR 40235.

32 Vgl. Broschüre des LVR über den Abtshof, hg. von der Pressestelle des LVR 1968, darin Text des Direktors Werner zum Abtshof, S. 8, in: ALVR 44127.

zu einer für das Heim sehr schwierigen, aber unerlässlichen Übergangszeit, bis nach etwa 2–3 Jahren von einer wirklich normalen und stetigen erzieherischen Arbeit gesprochen werden kann.«[33] Gleichzeitig wurde der Abtshof aber beworben als Einrichtung, in der die Jungen Beistand durch »fachkundige Erzieher« erhalten sollten.[34]

Das Fehlen von Personal wurde an vielen Stellen an das Landesjugendamt zurückgemeldet. Ein Medium hierfür waren die Jahresberichte. So heißt es etwa im Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1967 im Absatz zu Ausbildungs- und Arbeitsbetrieben: »Sehr unerfreulich ist die Tatsache, daß außer den Werklehrmeistern alle Arbeitserzieher in den Lehrbetrieben sich noch in der Ausbildung befinden. Die personelle Besetzung ist dadurch zu gering. Der ständige Ausfall durch Unterricht und Kurse läßt einen stetigen und planmäßigen Arbeitsablauf nicht zu.«[35] Das Fehlen des Personals hatte auch zur Folge, dass bei der Planung des Heimes angedachte Maßnahmen, wie der Förderlehrgang für »berufsunreife« Jungen, nicht zeitnah umgesetzt werden konnten. »Die angespannte Personallage des Heimes lässt zur Zeit die personelle Besetzung eines Förderlehrgangs noch nicht zu, solange die Erzieherausbildung in dem bisherigen Umfang durchgeführt werden muss.«[36] Die Personallage innerhalb des Abtshofs entspannte sich mit der Zeit und im Zuge der Platzreduzierungen. Anfang der 1970er Jahre kam es auch zu einer Erhöhung des Personalschlüssels innerhalb der einzelnen Gruppen. So waren zu Beginn der Nutzung des Abtshofs pro Gruppe 2,5 Kräfte für durchschnittlich 15 Jungen zuständig, 1973 waren es dann durchschnittlich drei Kräfte für circa elf Jungen.[37]

5.5 Heimordnung und pädagogische Haltung

Eine als solche erkennbare Heimordnung liegt für den Untersuchungszeitraum für den Abtshof nicht vor. Allerdings setzte Direktor Werner die während seiner Tätigkeit im Dansweilerhof begonnene Arbeit an Heim- und Hausverfügungen im Abtshof weiter fort. Viele der Verfügungen, die im Dansweilerhof erarbeitet worden waren, fanden zunächst auch im Abtshof Anwendung, sollten aber nach und nach überarbeitet werden. »Bereits im Dansweilerhof wurde begonnen, eine lebendige Heim- und Hausordnung in der Form zu entwickeln, daß zu den verschiedenen Lebensbereichen im Heim regelnde Verfügungen gesammelt wurden. […] Die Verfügungen aus dem Dansweilerhof sind jedoch inzwischen zu einem großen Teil überholt. Die Mappen [mit den entsprechenden Verfügungen] […] harren seit 2 Jahren einer Umarbeitung. Aus zeitlichen Gründen war es bisher nicht möglich, diese auch nur zu einem vorläufigen Abschluss zu bringen.«[38] Es bestanden auf

33 Vgl. ebd.
34 Vgl. Broschüre des LVR über den Abtshof, hg. von der Pressestelle des LVR 1968, in: ALVR 44127.
35 Jahresbericht des Abtshofs für das Geschäftsjahr 1967, in: ALVR 40365.
36 Werner an LJA (3.8.1967), in: ALVR 44081.
37 Vgl. »Gegebenheiten der Heimerziehung«, in: ALVR 40362.
38 Werner an LJA, bezugnehmend auf Rundschreiben vom 20.5.1969 (8.12.1969), in: ALVR 44066.

der einen Seite also Ideen zur Gestaltung einer Heimordnung, gleichzeitig wurden diese, aufgrund zeitlicher und vermutlich personeller Engpässe, nicht in die Praxis umgesetzt und die Jugendlichen hatten sich weiterhin an »überholte« Verfügungen zu halten. Eine Besonderheit in der Organisation des Heimes war der so genannte Jugendrat. Dieser wurde im Dansweilerhof begründet und hatte die Aufgabe, »an der Entwicklung eines sinnvollen Heimlebens mitzuarbeiten und die Heimleitung zu beraten«.[39] Auch im Abtshof wurde dieses Gremium, und mit ihm die wesentlichen Teile der Geschäftsordnung, übernommen, Direktor Werner betonte allerdings, dass es sich nicht um Selbstverwaltung, sondern um beratende Mitverwaltung handele.[40] Mitglieder des Jugendrates waren zunächst Obleute der verschiedenen Gruppen und Betriebe, Vertreter von Interessengruppen innerhalb des Heimes sowie der Direktor, der auch den Vorsitz übernahm, und der Erziehungsleiter, wobei nur die Obleute der regulären Wohngruppen stimmberechtigte Mitglieder waren. Die Mitglieder des Rates konnten begründete Anträge zu verschiedenen Themen einbringen, allerdings musste das Gesamtwohl des Heimes verfolgt werden. Beschlüsse des Jugendrates hatten »in der Regel die Form der Empfehlung an die Heimleitung, bestimmte Maßnahmen anzuordnen oder durchzuführen«.[41] Der Jugendrat veränderte seine Form über die Jahre, so übernahm ab 1969 nicht mehr der Direktor den Vorsitz, sondern ein von den Jugendlichen gewählter Vertrauensmann. Zudem nahmen zwei Jugendliche des Jugendrates an der wöchentlichen Gruppenerzieherkonferenz teil, in der wesentliche grundlegende Fragen der Heimerziehung, aber keine Einzelfälle besprochen wurden. 1970 erlahmte die Tätigkeit des Jugendrates, und die Arbeit wurde für ein halbes Jahr ausgesetzt, bis sie dann in der hergebrachten Form, unter Leitung des Direktors, wieder aufgenommen wurde.[42]

Wie bereits für den Dansweilerhof vorgestellt, versuchte Direktor Werner auch im Abtshof sein Verständnis von Heimerziehung in die Praxis umzusetzen. Für ihn sollte die Erziehung im Heim umfassende und ganzheitliche Bildung beinhalten. »Sie umfasst Unterricht und Wissensvermittlung, Berufsausbildung und körperliche Ertüchtigung ebenso wie Gemütspflege und Wecken staatsbürgerlicher Mitverantwortung. In der Vielseitigkeit der Bildungseinflüsse liegen die besonderen Möglichkeiten der Heimerziehung.«[43] Er versuchte seine pädagogische Haltung, etwa durch die Einrichtung des Jugendrates oder den Einführungslehrgang, in die Arbeit und den Heimalltag zu integrieren, um als Ziel der Erziehungsarbeit die Jugendlichen zu »[…] sozialtüchtige[n], d.h. den normalen

39 § 1 der Geschäftsordnung des Jugendrates im Rheinischen Landesjugendheim Dansweilerhof vom 3.12.1963, in: ALVR 44066.

40 Werner an LJA (13.4.1967), in: ALVR 40126.

41 § 7 (4) der Geschäftsordnung des Jugendrates im Rheinischen Landesjugendheim Dansweilerhof vom 3.12.1963, in: ALVR 44066.

42 Vgl. Jährliche Berichte über die Arbeit des Jugendrates, in: ALVR 40126.

43 Aufsatz des Direktors Werner »Sozialisation als Bildungsauftrag. Aus der Praxis der Heimerziehung aus dem Rheinischen Landesjugendheim Abtshof […]«, in: ALVR 41009. Der Aufsatz wurde von Werners Nachfolger an das LJA geschickt (29.3.1973) mit dem Hinweis, dass der Aufsatz die pädagogische Konzeption des Abtshofs darlege.

Anforderungen des Lebens in unserer heutigen freien Gesellschaft gewachsenen Menschen« zu erziehen. Gleichwohl stieß dieses Vorhaben stets an die Grenzen des Alltags, der zu Beginn der Zeit des Abtshofs vor allem durch personelle Engpässe und »nicht fertiges« Personal gekennzeichnet war.

Erlebnisse mit der Pädagogik im Abtshof beschreibt der Jugendliche Fritz K., der nach diversen Entweichungen aus dem Abtshof schließlich durch den SSK betreut wurde. So berichtet er über die Zeit der Aufnahme: »Die ersten sechs Wochen waren wir mal da, dann wurden wir so einem Test unterzogen […]. Die Heimleitung und der Psychologe, die arbeiteten dann ein Erziehungsprogramm aus, und dem Jugendlichen wurde dann gesagt, daß dieses Erziehungsprogramm das einzigste beste wäre. […]. Wenn er aber da dran zusammengekracht ist, dann wurde dem gesagt, du hast es ja so gewollt.«[44] Auch an den Jugendrat erinnert sich Fritz K.: »Ich wurde zuvor auf Haus vier gebracht. Haus vier ist eine geschlossene Gruppe. Wo man alles entbehren musste. Ich habe mich aber trotzdem hochgearbeitet und wurde Obmann, konnte also die Zigaretten für die anderen drehen, hatte immer reichlich zu rauchen und so. Weil man Vertrauen in mich gesetzt hat, ich konnte also den Dienstplan fertig stellen oder den Wochenplan für den einzelnen Jungen, was der machen muss – Spüldienst und Tagesraumdienst und Waschraum – und Zimmerdienst.«[45]

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass im Abtshof versucht wurde, zeitgemäßere Wege zu gehen und sich auch einer fortschrittlicheren Pädagogik zu öffnen, was vor allem an der Person des Direktors Werner lag, der zu seiner Zeit als durchaus progressiv galt. Gleichzeitig wird aber aus den Erinnerungen des Fritz K. deutlich, dass die pädagogischen Ziele und Vorhaben für die Jugendlichen nicht wirklich transparent gewesen sein können. Sie verweisen zudem auf ein gängiges System der Hierarchisierung der Jugendlichen, in das auch die als demokratisierend gedachte Mitverwaltung durch den »Jugendrat« eingebunden blieb. Zudem verzichtete eines der »modernsten Heime Europas«[46] weiterhin nicht auf die von den Jugendlichen als ausbeutend erlebte Industriearbeit[47] sowie die Abgrenzung Einzelner in geschlossene und räumlich deutlich vom Rest des Heimes abgetrennte Wohnbereiche. Personelle und finanzielle Engpässe sorgten zudem dafür, dass konzeptionelle Ideen, wie etwa ein Berufsförderungslehrgang, nicht bzw. nur langfristig umgesetzt werden konnten.

44 Protokoll Fritz K., in: Gothe/Kippe 1970, S. 57.
45 Ebd. S. 61.
46 Ebd. S. 56.
47 Ebd.

Sarah Banach

6. Das Rheinische Heilpädagogische Landesjugendheim Viersen-Süchteln

6.1 Die Vorgeschichte

Von 1961 bis 1982/83 unterhielt der LVR das Rheinische Heilpädagogische Landesjugendheim Viersen-Süchteln[1] mit Übergangsheim, als einziges heilpädagogisches Heim für schulentlassene, ab 1975 auch für schulpflichtige, männliche Jugendliche.[2] Erste Planungen für den Bau eines heilpädagogischen Heimes für schulentlassene männliche Jugendliche bestanden bereits 1954.[3] Geplant war, dieses Heim unter Verwendung seines Besitzes in Heisterberg bei Königswinter[4] und der dort schon bestehenden Dependance des Erlenhofs zu errichten.[5] Der Um- bzw. Ausbau der Gebäude wurde noch Ende 1954 begonnen.[6] 1956 wurden die Bauarbeiten jedoch gestoppt, da sich erwies, dass »wegen der Anzahl der benötigten Gebäude auch räumlich der Plan praktischer an einem anderen Ort als am Heisterberg verwirklicht würde«.[7] Vor diesem Hintergrund suchte der LVR seit 1957 nach einem anderen geeigneten Standort für sein Vorhaben. Am 28.1.1958 entschied der Landesjugend-

1 In Zuge der kommunalen Neugliederung im Januar 1972 wurde das Rheinische Heilpädagogische Landesjugendheim Süchteln in Rheinisches Heilpädagogisches Landesjugendheim Viersen umbenannt. Vor diesem Hintergrund wird in dieser Publikation vom Rheinischen Heilpädagogischen Landesjugendheim Viersen-Süchteln gesprochen.

2 Die Darstellung des Rheinischen Heilpädagogischen Landesjugendheims Viersen-Süchteln bezieht sich sowohl auf die im ALVR vorhandenen Quellen als auch auf ausgewählte Einzelfallakten. Das StA Viersen verfügt über kein zusätzliches Material zu dem Heim für den untersuchten Zeitraum. Für die Darstellung des Heimes in den 1970er Jahren konnten die Veröffentlichungen des Direktors Karl-Josef Kluge hinzugezogen werden.

3 Baupläne, Besichtigungsprotokolle, Interne Schreiben sowie Vorlagen für den LJWA zum Bau des Rheinischen Heilpädagogischen Landesjugendheimes Viersen-Süchteln befinden sich in den Akten ALVR 41876; 41877.

4 Zur gleichen Zeit gab es innerhalb des LVR die Überlegungen, in Heisterberg den Jugendhof Rheinland zu errichten, welcher 1959 in Betrieb genommen wurde. Der Jugendhof Rheinland war eine »Bildungsstätte für alle Kräfte, die in der Jugendhilfe unmittelbare oder mittelbare Hilfs- und Förderungsarbeit leisten« (Landschaftsverband Rheinland 1960, S. 246), wie z. B. für nationale und internationale Jugendbegegnungen, Ost-West-Begegnungen. Der Jugendhof Rheinland bot Platz für 92 Lehrgangsteilnehmerinnen und -teilnehmer. Zudem gab es drei Zimmer für Dozentinnen und Dozenten. Darüber hinaus waren fünf Lehr- und Vortragszimmer vorhanden. Geleitet wurde der Jugendhof Rheinland 1958 von Gustav Küpper (vgl. Landschaftsverband Rheinland 1960, S. 246).

5 Zum RLJH Erlenhof siehe Kap. II.3.

6 Vgl. Erstellung des Rheinischen Heilpädagogischen Landesjugendheimes Süchteln, in: ALVR 41874.

7 Ebd.

wohlfahrtsausschuss, dass das Heim auf dem Gelände der Rheinischen Orthopädischen Landesklinik in Süchteln bei Viersen gebaut werden sollte. Das Bauvorhaben nahm der Landesjugendwohlfahrtsausschuss auf seiner Sitzung am 21.5.1958 an, und die Bauarbeiten wurden am 7.1.1959 begonnen. Vorgesehen war, das Heim im Oktober 1960 zu eröffnen. Die Eröffnung konnte nicht zu diesem Termin erfolgen, da »die unmittelbar neben dem Heim gelegene, ungenügend gesicherte Kiesgrube eine Gefahr für die Jugendlichen« darstellte.[8] Nach vorangegangener Ordnungsverfügung sowie einem Verwaltungsgerichtsverfahren, welches mit einem Vergleich endete, konnte der LVR mit dem Eigentümer der Kiesgrube eine Einigung erzielen. Zum Schutz der Jugendlichen musste ein Zaun errichtet werden.[9] Am 20.1.1961 wurden die ersten Jugendlichen aufgenommen. Die offizielle Einweihung des Heimes fand am 19.5.1961 statt.

6.2 Belegung und Struktur

Bei der Eröffnung am 20.1.1961 bestand das Heim aus einem Hauptgebäude und mehreren Nebengebäuden. Es lag am Rande der Ortschaft Viersen-Süchteln, »umgeben von Wald und Grünflächen. Der Häuserkomplex im Neubaustil, bestehend aus Wohngruppenhäusern, Lehrwerkstätten, Wirtschafts- und Verwaltungsgebäuden, Mitarbeiterwohnungen, liegt großzügig auf hügeligem, gepflegten Wiesengelände verteilt. Das Jugendheim besteht aus 6 Wohngruppen à 10 bis 12 Heimplätzen. Jeweils zwei Gruppen leben zusammen in einem zweigeschossigen Haus. Jede Gruppe bewohnt eine Etage, die eine abgeschlossene Wohnung darstellt und von je drei Erziehern unterschiedlicher Ausbildung betreut wird. Das Haus mit den Gruppen 1 und 3 ist das so genannte Übergangsheim mit Jugendlichen, die außerhalb des Heimes arbeiten. In dem Haus mit den Gruppen 4 und 5 leben vorwiegend Jugendliche, die im Heim arbeiten, in den Gruppen 6 und 7 überwiegend Schüler.«[10]

Das Heim war in sieben Gruppen gegliedert, die in heilpädagogische Gruppen, Wohngruppen bzw. Gruppen im Übergangsheim differenziert waren. 1973 waren die Gruppen aufgeteilt in eine »Lehr- und Ausbildungsgruppe – Übergangsheim, Schülergruppe – Übergangsheim, Stadtarbeitergruppe – Übergangsheim, Heilpädagogische Gruppe – Haus IV, Schülergruppe – Haus IV.«[11] Die heilpädagogische Gruppe und die Schülergruppe in Haus V waren aus personellen Gründen nicht belegt. Insgesamt gab es Platz für ca. 75 Jugendliche, womit das Heim im Vergleich zu anderen Heimen, wie zum Beispiel dem Erlenhof mit 220 Plätzen, klein war. Die Belegung des Heimes (ohne Übergangsheim) blieb von der Eröffnung im Januar 1961 bis Mitte der 1970er Jahre relativ

8 Ebd.
9 Vgl. ebd.
10 Vorläufiges Manuskript von K.-J. Kluge, undatiert, in: ALVR 29657.
11 Vgl. Jahresbericht 1973, in: ALVR 40360.



Luftbild Rhein. Heilpäd. Institut Viersen-Süchteln



Einweihung Viersen-Süchteln 18.5.1961

konstant, durchschnittlich waren ca. 65 Plätze belegt.[12] Zum ersten Direktor des Heimes wurde Landesmedizinalrat Heinrich Koch (* 1916) ernannt, der die Einrichtung bis zum 30.6.1971 leitete.[13] Zu seinen Aufgaben gehörte die Leitung des Heimes, der Schule sowie des Erzieherseminars.[14] Seine Ehefrau, Marielotte Koch, war in Viersen-Süchteln als Heimärztin tätig. In dieser Funktion nahm sie beispielsweise die Aufnahme- und die Entlassungsuntersuchung vor. Als Fachärztin für Neurologie und Psychiatrie/Psychotherapie war sie im Rahmen der heilpädagogischen Betreuung der Jugendlichen darüber hinaus für die Durchführung der ärztlichen Psychotherapie zuständig.[15]

Das Übergangsheim, verstanden als »Zwischenglied zwischen einem ›Jugendwohnheim‹ und einem ›Erziehungsheim‹«,[16] war konzipiert für 48 bis höchstens 54 schulentlassene Jugendliche. Gedacht war an »a) Minderjährige, die einer gehobeneren Berufsausbildung – evtl. auch Schulbesuch – nach Eignung und Neigung zugeführt werden müssen, aber erzieherisch eine intensivere Betreuung brauchen, als sie ein Wohnheim bieten kann, b) Minderjährige, die wegen ihrer Sensibilität nicht auf längere Dauer in einem Heim mit grösserer Belegungszahl erzogen werden können, jedoch noch nicht entlassungsreif, wohl aber für ein halboffenes Heim tragbar sind, c) Minderjährige, die in einem Erziehungsheim ausreichend gefördert sind, aber kein aufnahmefähiges Elternhaus haben und daher befähigt werden müssen, den Übergang zu einer völlig selbständigen Lebensführung zu finden.«[17]

Wie aus der Heim- und Hausordnung von 1969 hervorgeht, hatten die Erzieher im Übergangsheim wie folgt Hausdienst zu verrichten: »1.) Im Übergangsheim ist von Montag bis Freitag – von 8:00 bis 12:00 und von 13:30 bis 17:30 Uhr, am Samstag von 8:00 bis 12:00 Uhr – ein Hausdienst eingerichtet. 2.) Der betreffende Erzieher muß jederzeit telefonisch erreichbar sein. Er soll sich grundsätzlich im oder in der Nähe des Dienstzimmers der Gruppe 1 (App. 41) aufhalten. Wenn er sich aus dem Hörbereich des App. 41 entfernt, muß ein Junge den Telefondienst übernehmen. 3.) Zu den ständigen Aufgaben des Hausdienstes

12 Laut den Jahresberichten des LVR (vgl. ALVR 41895) war das Rheinische Heilpädagogische Landesjugendheim Viersen-Süchteln jeweils zum 31. Dezember mit der folgenden Anzahl von Jugendlichen belegt:

Jahr	**1961**	**1962**	**1963**	**1964**	**1965**	**1966**	**1967**	**1968**
Anzahl	62	75	73	69	71	72	74	73

Jahr	**1969**	**1970**	**1971**	**1972**	**1973**	**1974**	**1975**	
Anzahl	68	68	67		69	56	73	

13 Im Januar 1971 hatte Koch seinen Arbeitsvertrag mit dem LVR gekündigt, da er der »Aufforderung von Herrn Prof. Huber gefolgt (war), die Leitung der jugendpsychiatrischen Klinik Weißenau zu übernehmen« (ALVR 11967).

14 Zur Erzieherausbildung des LVR siehe Kap. III.9.

15 Vgl. ALVR AZ 496 518097.

16 Vorlage an den LJWA Nr. 18/Ju (5.12.1957), in: ALVR 41873.

17 Ebd.

gehört die Beaufsichtigung und Betreuung folgender Gruppen von Jungen: a) beurlaubte oder aus sonstigen Gründen von der Arbeit befreite Jungen, b) Kranke – soweit sie sich in der Gruppe 1 des Übergangsheimes aufhalten, c) Schüler und Berufsschüler, d) Arrestanten.[18] 4.) Der Hausdiensterzieher soll nicht zu Vertretungsdiensten in Werkstätten oder Arbeitsgruppen herangezogen werden. 5.) Durch die Aufsichts- und Betreuungsaufgabe des Erziehers im Hausdienst muss gesichert werden, dass a) Schüler, die nicht an der Mittagsmahlzeit der Gruppe teilnehmen können, verpflegt werden, b) kein Junge ohne Auftrag oder besondere Genehmigung das Haus (III) und das Heim verlässt, c) jeder Junge die ihm zugewiesenen Aufgaben erledigt, d) Schulaufgaben rechtzeitig und mit der erforderlichen Sorgfalt gemacht werden, e) unpünktliche Rückkehr von Jungen bemerkt und die für die Verspätung geltend gemachten Gründe geprüft werden, f) die Jugend[lichen] die ihnen zugestandene freie Zeit sinnvoll gestalten. 6.) Soweit es die Umstände erfordern und zulassen, soll der Hausdiensterzieher mit den von ihm beaufsichtigten Jungen Reinigungsarbeiten in der Gruppe 1 und dem Haus III nach Plan durchführen. Kranke dürfen nur in dem vom Arzt bestimmten Umfang zu Arbeiten herangezogen werden. Urlaubern, Schülern und Berufsschülern soll eine angemessene Freizeit zugebilligt werden. 7.) Es wird ein Bereitschaftsdienstbuch angelegt, das im Dienstzimmer der Gruppe 1 aufbewahrt wird. In dieses Buch muß täglich eingetragen werden: a) bei Dienstantritt des Erziehers, wer wann, wie lange und zu welchem Zweck das Heim verlassen darf (Arzt, Friseur, Einkauf, Sonderausgang), b) bei Beendigung des Dienstes, welche besonderen Vorkommnisse zu vermerken sind. Dazu gehören insbesondere: auffälliges und ungehorsames Verhalten von Jungen, unerlaubtes Entfernen aus dem Heim, verspätete Rückkehr ins Heim. 8.) Das Hausdienstbuch muß zu jeder Zeit vom Erziehungsleiter oder dessen Vertreter eingesehen werden können. Die täglich vorzunehmenden Eintragungen müssen ein zuverlässiges Bild von den wichtigen Ereignissen während des Hausdienstes ergeben. Vor allem muß zu ersehen sein, welche Jungen innerhalb welcher Zeit im Heim waren, bzw. sein mussten. 9.) Bei besonderen Vorkommnissen, deren Regelung nicht in den Bereich der oben genannten Aufgaben des Hausdiensterziehers gehört, verständigt dieser den Erziehungsleiter – oder dessen Vertreter.«[19]

Das Übergangsheim war als eine Einrichtung für den Übergang zwischen Wohngruppe mit einer 24-Stunden-Betreuung und selbstständigem Wohnen in einer eigenen Wohnung konzipiert. Die Jugendlichen, die beispielsweise eine Lehre außerhalb des Heimes in der

18 Im Rheinischen Heilpädagogischen Landesjugendheim Viersen-Süchteln gab es ein Besinnungs- bzw. Arrestzimmer. Wegen »dringender Entweichungsgefahr, offener Widersetzlichkeit oder Straftaten« (Heim- und Hausordnung Süchteln, 1969, in: ALVR 41883) konnte ein Jugendlicher in das Zimmer gebracht werden. Dies bedurfte der schriftlichen oder mündlichen Anordnung des Direktors und konnte für die »Freizeit, aber auch für den ganzen Tag gelten; sie kann bis zu drei Tagen angeordnet werden. Die Mitnahme persönlicher Dinge (Bücher und Schreibutensilien) kann dem Minderjährigen gestattet werden. Er trägt seine normale Arbeitskleidung. Das Essen wird ihm gebracht. Rauchen ist nicht gestattet« (Heim- und Hausordnung Süchteln, 1969, in: ALVR 41883). Zum Thema Strafen siehe Kap. III.5.

19 Heim- und Hausordnung Süchteln, 1969, in: ALVR 41883.

Stadt absolvierten, wurden nur stundenweise am Tag betreut. Für die damalige Zeit war die Unterbringung zur Verselbstständigung eine neue Form der Unterbringungsmöglichkeit von schulentlassenen Jugendlichen.

6.3 Zielgruppe der Einrichtung

Das Rheinische Heilpädagogische Landesjugendheim Viersen-Süchteln war als eine Einrichtung der Fürsorgeerziehung und Freiwilligen Fürsorgeerziehung konzipiert. Vorwiegend sollten jüngere schulentlassene Jungen aufgenommen werden, »deren Verhaltensauffälligkeiten oder soziale Anpassungsschwierigkeiten durch eine heilpädagogische Spezialbehandlung – und nur durch eine solche – erfolgsversprechend angegangen werden können. Das Heim kommt also nicht in Frage für schwerst-erziehbare, bewahrungsbedürftige, schwachsinnige oder geisteskranke Minderjährige. Es sollen vielmehr die Erkenntnisse aller modernen Hilfsmöglichkeiten der Erziehung aus pädagogischen, psychotherapeutischen, psychologischen, jugendpsychiatrischen und soziologischen Quellen – in systematischem Zusammenwirken in aussichtsreichen Fällen fruchtbar gemacht und damit die Mittel und Wege der Heilpädagogik im Zuständigkeitsbereich der öffentlichen Ersatzerziehung verbessert werden.«[20]

Die Auswahl für die Unterbringung der schulentlassenen Jungen erfolgte nach den Richtlinien, die in der Vorlage an den Landesjugendwohlfahrtsausschuss vom 5.12.1957 niedergelegt sind.[21] Danach waren die »heilpädagogischen Gruppen vorgesehen für jüngere, schulentlassene Minderjährige mit erlebnisbedingter Fehlentwicklung, wenn erzieherische Einflußnahme trotzdem Erfolg verspricht, und für Minderjährige, die in sexueller Beziehung gefährdet sind.«[22] Obwohl die Richtlinien die Zielgruppe für die Unterbringung in ein heilpädagogisches Heim klar definierten, sah die Praxis vielfach anders aus. Häufig sollten in Viersen-Süchteln auch Jugendliche aufgenommen werden, deren »Fehlentwicklungen, die als rein oder überwiegend erlebnisbedingt beurteilt worden waren, sich bei genauerer Betrachtung als wesentlich anders verursacht« herausstellten.[23] Zudem kam es vor, dass andere Heime, die den Wunsch nach Entlassung gerade der »störendsten« Jugendlichen äußerten, häufig die Notwendigkeit sahen, diese Jugendlichen in ein heilpädagogisches Heim zu vermitteln. Deshalb wurden vielfach »ältere, bereits fest geprägte oder intellektuell und (oder) charakterlich defekte Minderjährige vorgeschlagen. […] In der Mehrzahl handelt es sich um Minderjährige, die man früher als Psychopathen bezeichnet hätte, heute vielfach besser in den Bereich extremer, konstitutioneller Persönlichkeitsvarianten einordnet. Diese neuere Bezeichnung ist auch insofern zutreffender, als sich oft

20 Schriftliche Vorbereitung Direktor Kochs für eine Pressekonferenz am 4.2.1960, in: ALVR 41874.
21 Vgl. Vorlage an den LJWA, Nr. 18/Ju (5.12.1957), in: ALVR 41873.
22 Jahresbericht 1961, in: ALVR 41895.
23 Ebd.

neben der seelischen Eigentümlichkeit eindeutig anlagebedingte, körperliche Besonderheiten auffinden lassen.«[24]

Im September 1974 wurde beispielsweise Raimund W.[25] mit knapp dreizehn Jahren im Landesjugendheim Viersen-Süchteln wegen Erziehungsschwierigkeiten aufgenommen. Er hatte Wutanfälle, Kontaktschwierigkeiten und zeigte zudem eine extreme Ängstlichkeit seinen Eltern gegenüber. Für die weitere Hilfeplanung war es das vordringlichste Ziel, seine Ängste abzubauen, »verbunden mit dem Aufbau einer Kooperationsfähigkeit vor allem mit Gleichaltrigen. Durch die Schaffung eines Sicherheitsrahmens über gute Bezüge zu Erwachsenen, direkter Verstärkung von ansatzweise gezeigtem wünschenswerten Verhalten und absolut kleinschrittigem Vorgehen scheint dem Jugendlichen geholfen werden zu können.«[26] Wie dem Erziehungsbericht des Landesjugendheimes Viersen-Süchteln zu entnehmen ist, schien der Verbleib in der Einrichtung zweckmäßig und erfolgversprechend zu sein.

6.4 Das Personal

In Viersen-Süchteln wurden die Schüler und Jugendlichen von ungefähr 60 Heimangestellten versorgt, betreut und gefördert. 1973 standen zwei ausgebildete Sozialarbeiter, »8 Erzieher mit 1. Ausbildung, 2 Mitarbeiter vor Abschluss der Zweitausbildung, 9 Erzieher mit Prüfung im Werkstattbereich und 3 ohne Prüfung im Werkstattbereich zur Verfügung. Insgesamt waren mit vorgeschriebener Ausbildung 12 Erzieher zur Verfügung, 68,5 Prozent der Mitarbeiter stehen noch in der berufsbegleitenden Ausbildung.«[27] 1973 konnte auch endlich wieder ein Psychologe eingestellt werden. Seine Tätigkeit erstreckte sich unter anderem auf die Situations- und Strukturanalysen, auf therapeutische Hilfestellungen, diagnostische Arbeit und das Führen praxisbezogener Fallgespräche mit Pädagogen im Gruppen- und Werkstattbereich.[28]

24 Ebd.
25 Vgl. ALVR 32307.
26 Ebd.
27 Jahresbericht 1973, in: ALVR 41895.
28 Vgl. ebd.

6.5 Die Entwicklung des Heimes in den 1970er Jahren

Anfang der 1970er Jahre bestanden Planungen, das Landesjugendheim Viersen-Süchteln in ein Heim für schwererziehbare Mädchen umzustrukturieren.[29] Die geplante Umwandlung wurde im Mai 1973 wieder aufgegeben, da die Umstrukturierung unter den »gegenwärtigen personellen Verhältnissen als gescheitert«[30] angesehen wurde. Nach dem Weggang von Direktor Koch ernannte der LVR 1971 Klaus-Josef Kluge[31] zum neuen Direktor des Rheinischen Heilpädagogischen Landesjugendheimes Viersen-Süchteln. Kluge war als Professor an der PH Rheinland in Köln, in der Abteilung für Heilpädagogik mit dem Forschungsbereich Verhaltensauffälligenpädagogik, tätig. Die Leitung des Heimes führte er nebenamtlich mit acht Stunden pro Woche aus. Kluge war »aufgrund seiner hauptamtlichen Stellung als o. Professor an der PH Rheinland vertraglich das Recht eingeräumt worden, im Heim wissenschaftlich zu arbeiten, d.h.: wissenschaftlich begründete Thesen zu falsifizieren bzw. zu verifizieren und aus ihnen abgeleitete Erziehungsprogramme auf ihre Wirksamkeit im Feld der Heimerziehung zu überprüfen«.[32] Laut Dienstanweisung vom 28.10.1971 hatte Kluge als Direktor der Einrichtung in den Sachbereichen Sonderschule, Freizeit, der Arbeits- und Berufsfindung sowie den Sondereinrichtungen, wie zum Beispiel der Intensivstation oder Pädodiagnostik, zu entscheiden und die Beratungs-, Dokumentations- und Forschungszentrale über soziale Abweichung und Verhaltensauffälligenpädagogik zu leiten.[33] Auffällig an der Auflistung seiner Aufgabenbereiche ist im Hinblick auf die Tätigkeit von Direktor Koch, dass die Leitung des Erzieherseminars nicht erwähnt wird. Die Erklärung dafür ist, dass mit der Einstellung Kluges eine Trennung der Funktion des Direktors von der des Leiters des Erzieherseminars vorgenommen wurde und dieses 1971 in die Räumlichkeiten der ehemaligen Höheren Fachschule für Sozialpädagogik in Düsseldorf umzog.[34]

Da Kluge nicht alle Funktionen eines Heimdirektors innerhalb seiner nebenamtlichen Tätigkeit erfüllen konnte, musste ein zusätzlicher Erziehungsleiter eingestellt werden, der den Direktor in seiner Abwesenheit vertrat. Mit der Einstellung Kluges beabsichtigte der LVR eine konzeptionelle Umgestaltung des Heimes, um eine »zeitgemäße, an wissenschaftlichen Erkenntnissen orientierte Heimpädagogik aufzubauen. […] Die Motivation für den Landschaftsverband, diesen Modellversuch zu initiieren, war, dass Träger der

29 Zur geplanten Umstrukturierung des Heimes in ein Mädchenheim siehe ALVR 40177, 40181 und 40182.

30 Auszug aus Protokoll, undatiert (vermutlich Mai 1973), in: ALVR 40177.

31 Im Zuge seiner Einstellung als Direktor des Heimes im Nebenamt musste über das Beamten- bzw. Doppelbeamtenverhältnis entschieden werden. Der Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes NRW erteilte Kluge am 24.8.1971 die Genehmigung zur Wahrnehmung der Heimleitung nach der Nebentätigkeitsverordnung, vgl. ALVR 29657.

32 Schreiben vom 31.5.1976, in: ALVR 40191.

33 Dienstanweisung für den Direktor vom 28.10.1971, in: ALVR 29657.

34 Zur Erzieherausbildung des LVR siehe Kap. III.9.

Jugendhilfe aufgrund der Heimkampagne[35] in der Öffentlichkeit unter einem gewissen Reformdruck standen und sich dazu gezwungen sahen, neue Wege der Hilfen zur Erziehung zu beschreiten.«[36] Die Umstrukturierung erfolgte unter dem Motto »Demokratie in Funktion«,[37] wobei Kluge darunter eine Organisationsform verstand, die eine »weitgehende Delegierung von Verantwortung an alle Mitglieder zur Folge [hatte]. […] Gleichzeitig bedeutet diese Art von demokratischer Heimstruktur für alle eine partnerschaftliche sowie gegenseitig vereinbarte und zugestandene Hierarchie.«[38] Die Umsetzung der Umstrukturierung erfolgte schrittweise, angefangen mit der Abnahme der Fenstergitter, der Einführung von freiem Ausgang der Jugendlichen bis hin zum Besuch von öffentlichen Schulen. Vor allem war sie jedoch geprägt durch Kluges Ansatz für den Umgang mit verhaltensauffälligen Kindern und Jugendlichen.

6.5.1 Kluges Ansatz der Verhaltensauffälligenpädagogik und die Umstrukturierung des Heimes

Als Vertreter der Kölner Verhaltensauffälligenpädagogik verstand Kluge seine Fachdisziplin als »Teildisziplin von Sonderpädagogik; sie hat die Erforschung von Phänomenen zur Aufgabe, die ›einen Menschen in die Situation der jeweiligen Behinderung bringen‹, die Bereitstellung von Maßnahmen, die ›eine Abweichung von dem pädagogischen Führungsverhalten, welches bei Nichtbehinderten eingesetzt wird, erforderlich machen‹, mit dem Ziel, die ›Behinderten trotz aller endogenen und exogenen Störfaktoren zu einer integrierten Existenz zu führen‹.«[39] Darüber hinaus vertrat Kluge die Auffassung, dass Heimerziehung nach sonderpädagogischen Prinzipien durchgeführt, effektiv zur Refunktionalisierung verhaltensauffälliger Minderjähriger ausgewiesen sei und befürwortet werden könne. »Moderne Heimerziehung für Verhaltensauffällige ist das Eröffnen von Sozialisationsfeldern verschiedenster Art mit den Zielen, negative Verhaltensweisen abzubauen, die Reintegration und Resozialisierung des Jugendlichen einzuleiten und positive, ein Leben als verantwortungsbewusster, kritischer und engagierter, demokratischer Bürger ermöglichende Verhaltens- und Einstellungsformen aufzubauen.«[40]

Um diese Ziele zu erreichen, unternahm er im Rheinischen Landesjugendheim Viersen-Süchteln den Versuch, die Heimerziehung nach sonderpädagogischen Zielvorstellungen umzusetzen. Dafür wurden die Jugendlichen in nahezu allen wichtigen Fragen des Alltags beispielhaft in Gremien beteiligt.[41] Die Arbeit in den Gremien sollte die Kommunikation zwischen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und den Vorgesetzten, aber auch zwischen Personal und Jugendlichen verbessern. Auf der Ebene der Leitung gab es zum

35 Zur Heimkampagne Anfang der 1970er Jahre siehe ausführlicher Kap. I.2.7.
36 Köhler-Saretzki 2009, S. 37.
37 Kluge 1979, S. 21.
38 Kluge 1984, Teil IV, S. 98.
39 Kluge/Vosen 1975, S. 9.
40 Ebd., S. 57.
41 Vgl. ebd., S. 60.

einen die »Heimvorstandsrunde«, »in der sich einmal in der Woche im Landesjugendheim unter dem Vorsitz des Direktors der Psychologe, die Niveaustufenleiter,[42] die Lehrer und ein Mitglied des Personalrates zur Heimvorstandssitzung trafen. Ihre Aufgabe ist es die Grundsätze der Viersener Heimerziehung zu garantieren, Personalfragen organisatorischer und finanzieller Art zu klären und Konflikte zwischen Mitarbeitern und zum Beispiel der Heimleitung zu lösen.«[43] Kontrolliert wurde der Heimvorstand und seine Funktionstüchtigkeit von der Gesamtkonferenz,[44] »einer repräsentativen Form der demokratischen Mitbestimmung der Kinder und Jugendlichen. Die Mitglieder der Gesamtkonferenz wurden durch eine formelle schriftliche Einladung, in der die Tagungsordnungspunkte bekannt gegeben wurden, viermal im Jahr einberufen.«[45]

Beispielsweise schlugen die Jugendlichen auf der ersten Gesamtkonferenz am 10.9.1971 vor, darüber zu beraten, ob sie während der Arbeitszeit und auf den Gruppen in den Zimmern rauchen und während der Freizeit auf den Betten liegen dürfen. Nach vorausgegangener Diskussion standen folgende Ergebnisse zur Abstimmung: »a) Rauchen während der Arbeitszeit. Dieser Punkt soll den Werkstatterziehern vorgelegt werden. Eine Entscheidung soll in den nächsten 8 Tagen zusammen mit den Vertretern der Jungen herbeigeführt werden. Abstimmungsergebnis: 29 Ja/1 Enthaltung. b) Rauchen in den Zimmern: Grundsätzlich ist das Rauchen in den Zimmern bis 21.00 Uhr gestattet. Für Brandschäden haftet der Jugendliche selbst. Abstimmungsergebnis: 29 Ja/1 Enthaltung. c) Benutzung der Betten während der Freizeit: Grundsätzlich bestehen keine Bedenken dagegen, wenn zum Schutz des Bezuges eine Decke über das Bett gelegt wird. Die Decken sollen nach und nach durch die Verwaltung beschafft werden. Abstimmungsergebnis: Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.«[46] Inwiefern das, was auf der ersten Gesamtkonferenz beschlossen wurde, auch im Alltag des Heimes umgesetzt wurde, ließ sich aufgrund der Quellenlage nicht rekonstruieren.

42 Aufgrund seiner Forschungsergebnisse führte Kluge die neue Position des Niveaustufenleiters ein. Die Einführung eines Niveaustufenleiters wurde 1973 erstmals im Jahresbericht erwähnt, und bereits 1974 wurde eine Stelle für diesen geschaffen (vgl. ALVR 41895). Der Niveaustufenleiter war, mit eigenen Führungsaufgaben ausgestattet, beauftragt, im Sinne von wissenschaftlicher Beratung und Koordination pädagogischer Aktivitäten, innerhalb des Heimes drei Niveaustufen einzurichten, wobei Stufe 1 die Eingangsstufe war und die intramurale Sozialisation und Therapie beinhaltete. In Stufe 2 erhielten die Jugendlichen intra- und extramurale Sozialisationshilfen. Das bedeutete, dass die Jugendlichen dieser Stufe in der Übergangsgruppe möbliert auf dem Gelände wohnen sollten. Stufe 3 zielte auf die extramurale Sozialisation, in der Jugendliche auf Wunsch in einer Wohnetage, in einer Jugendpension oder in Einzelzimmern wohnen konnten (vgl. Jahresbericht 1973, in: ALVR 41895). Generelles Ziel der veränderten Heimorganisationsstruktur war die Leistungs- und Verhaltenssteigerung im Hinblick auf die Refunktionalisierung der Jugendlichen.

43 Köhler-Saretzki 2008, S. 44.

44 Einen Ausschnitt bzw. ein lebendiges Bild einer von Direktor Kluge geleiteten Gesamtkonferenz dokumentiert u.a. der Film aus dem Jahr 1972 »Angeblich gefällt mir hier alles« (HStAD, RWF, Nr. 0705).

45 Köhler-Saretzki 2008, S. 44.

46 Ergebnisprotokoll der 2. Gesamtkonferenz (10.9.1971), in: ALVR 40169.

6.5.2 Die wissenschaftliche Begleitung der Einrichtung

Einige von Kluge im Landesjugendheim Viersen-Süchteln unter verschiedenen Fragestellungen durchgeführte Studien wurden in der sechsbändigen Reihe »Entwicklung im Heim« veröffentlicht, wie zum Beispiel die Studie über die Freizeiterwartungen verhaltensauffälliger Heimjugendlicher.[47] Ziel der Studie war, die Freizeiterwartungen von verhaltensauffälligen männlichen Jugendlichen des Heimes Viersen-Süchteln zu erfragen und die Ergebnisse zu dokumentieren. Dafür wurden 52 männliche Jugendliche mit Hilfe eines Fragebogens nach ihren Freizeiterwartungen befragt. Die insgesamt 167 Nennungen verteilten sich auf 15 Kategorien von Freizeiterwartungen und ergaben nach Häufigkeit angeordnet die folgenden Nennungen:[48]

Häufigkeit		Erwartungsbereich
N	%	
20	12	mehr Geld
19	11	Sport
18	11	Musik hören
16	10	mit Mädchen ausgehen
12	7	Tanzen, Diskothek
12	7	Ausgehen, Weggehen
12	7	längerer Ausgang
10	6	Gesellschaftsspiele
10	6	Hobby
10	6	Fernsehen, Kino
9	5	Gammeln
6	4	Schlafen, Nichtstun
5	3	Lesen
5	3	Schießen
3	2	Tierpflegen

Aus einer ersten Betrachtung der Ergebnisse zog Kluge den Schluss, dass »sich die ermittelten Freizeiterwartungsbereiche auf Gegebenheiten des normalen Alltags oder der Woche beziehen«.[49] Anschließend wurden die Ergebnisse beispielsweise in Abhängigkeit vom Alter, vom Bildungsstand oder vom Status Fürsorgeerziehung oder Freiwilliger Fürsorgeerziehung betrachtet. In einem Schlussvergleich wurden die Freizeiterwartungen den Freizeittätigkeiten der Jugendlichen gegenüber gestellt. Auffallend war zum Beispiel, dass das »Fernsehen im alltäglichen Leben der Jungen eine viel größere Rolle spielt, als die

47 Fürderer/Schoenmackers 1984
48 Kluge/Kornblum 1984, S. 142.
49 Ebd.

Jungen zunächst zum Ausdruck bringen. Auch wünschen die Jungen aktivere Freizeitbetätigungen, als sie in der Realität ausüben.«[50]

6.5.3 Die Qualifizierung des Personals

In den 1970er Jahren wurde die Qualifizierung des Personals in Viersen-Süchteln realisiert durch Supervision, Teamtrainings und Pädotrainings. Mit Hilfe von Supervision wurde den Mitarbeitern die Möglichkeit gegeben, ihre Fähigkeiten in Selbstkritik und Selbstkontrolle zu erweitern. Das erste Teamtraining fand 1974 statt, welches »als Kommunikations- und Verhaltenstraining der Förderung und Einübung demokratischen Verhaltens diente«.[51] Das Pädotraining, welches Kluge »als eine unter wissenschaftlicher Kontrolle und Verantwortung organisierte Veranstaltung, in der Pädagogen berufsbezogene und handlungsspezifische Verhaltensweisen selbst erfahren und anwenden lernen«, definierte, wurde Pädagogen bzw. Lehrern oder Erziehern als Qualifizierungsmaßnahme/Fortbildungstraining angeboten.[52] Dies geschah in Form eines mehrtägigen, meist vier bis sechs Tage dauernden Kurses, wie Kluge beschreibt: »Wir fahren zu diesem Zweck [Pädotraining] mit einer größeren Teilnehmerzahl (N–30–35 Teilnehmer) in eine Jugendbildungsstätte außerhalb von Köln, um auf der Basis eines gruppendynamischen Seminars Selbst- und Fremdverhalten kennenzulernen, zu analysieren und zu definieren. Gleichzeitig werden mit Hilfe von uns entwickeltem Trainingsmaterial und Übungsaufgaben die Teilnehmer vor die Aufgabe gestellt, kooperative Verhaltensweisen zu praktizieren und verschiedene pädagogische Verhaltensweisen anzuwenden: Kontrollierte Dialoge, Reiz-Reaktions-Wortübungen, Motivationsaufgaben, Entscheidungsspiele und so genannte Streßaufgaben sollen den zukünftigen Lehrer veranlassen, sein Lehr- und Lernverhalten unter Kontrolle von Trainern und Mitstudenten zu zeigen bzw. zu verändern.«[53] Darüber hinaus nahmen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesjugendheimes Viersen-Süchteln unter Voraussetzung der Möglichkeit der Freistellung an Tagungen und Seminaren teil, unter anderem in dem vom LVR getragenen Jugendhof Rheinland in Heisterberg.

6.5.4 Besondere Förderangebote für die Kinder und Jugendlichen

Zur Förderung der Kinder und Jugendlichen führte Kluge auch verschiedene pädagogische Angebote ein, wie zum Beispiel 1972 die Intensivstation[54] und 1973 das Begegnungszentrum. »Die Intensivstation wurde als gruppen- und werkstattübergreifendes Angebot speziell für nicht schul- und berufsmotivierte Jugendliche eingerichtet. Diese Jugendlichen waren den Gruppen- und Werkstattpädagogen dadurch aufgefallen, dass sie sich zu der von

50 Kluge/Kornblum, Am liebsten, S. 170.
51 Köhler-Saretzki 2008, S. 48.
52 Kluge, Pädotraining für Sonderschullehrer in Schulen für Verhaltensauffällige, 1972, in: ALVR 29657.
53 Ebd.
54 Die Intensivstation wurde, laut Jahresberichten 1973 und 1974 (ALVR 41895), im Jahre 1972 eingerichtet und bestand bis 1974. Genauere Angaben ließen sich aufgrund der Quellenlage nicht ermitteln.

den Erziehern angebotenen und/oder geforderten Arbeit nicht motivieren ließen und in der Regel ein destruktives Verhalten eigenem oder anderem Eigentum gegenüber zeigten. Gruppenprozesse wurden durch diese Jugendlichen aufgehalten, die Gruppenentwicklung erschwert und das Wir-Bewusstsein von Gruppen beeinträchtigt. Das führte dazu, dass andere Gruppenmitglieder auf das Verhalten der ›Störenfriede‹ reagierten und sie zur Gruppenrandständigkeit zwangen. Über Kurzzeitprogramme in der Intensivstation wurde versucht, ein ›gutes Klima‹ zu schaffen, das einer Integration und Motivierung der Jugendlichen förderlich werden sollte. Diese Absicht wurde zum Beispiel über Museumsbesuche, Ausflüge in die nähere und weitere Umgebung und Ausstellungsbesuche erreicht.«[55]

Das Begegnungszentrum als sonderpädagogische Begegnungsstätte arbeitete seit 1973. Darin stellten die Erzieher den Jugendlichen einen Clubraum zur Verfügung, in dessen Gestaltungsprozess sie mit einbezogen waren. »Ziel der Arbeit im Begegnungszentrum war der Abbau sozialer Ängste und emotionaler Konflikte in Bezug auf die Anforderungen des Zusammenlebens im Heim und in der Gesellschaft. Organisatorisch war die Arbeit im Begegnungszentrum in zwei Phasen aufgeteilt. Die schul- und arbeitsorientierten Hilfestellungen fanden in den Vormittags- und Nachmittagsstunden an Werktagen statt. Die freizeitpädagogische Arbeit wurde in die Abendstunden an Werktagen und in die Ferien gelegt. Der freizeitpädagogische Bereich wurde selbständig von der Projektgruppe ›Freizeit im Begegnungszentrum‹ geplant und organisiert. Diese Gruppe bestand aus je zwei Jugendlichen aus jeder Wohngruppe und aus dem für das Begegnungszentrum verantwortlichen Erzieher.«[56]

6.5.5 Der Heimalltag

Wie in den anderen Heimen für schulentlassene Minderjährige war der Alltag im Landesjugendheim Viersen-Süchteln vor allem durch Arbeit geprägt.[57] Für die schulentlassenen Jugendlichen, die für ein externes Ausbildungsverhältnis noch nicht ausreichend belastungsfähig waren, bestand, wie in den anderen Heimen auch, die Möglichkeit, in verschiedenen heimeigenen Werkstätten eine Berufsausbildung zu absolvieren bzw. arbeitstherapeutisch begleitet zu werden. 1974 gab es beispielsweise eine Metallverarbeitende Werkstatt, eine Holzverarbeitende Werkstatt und eine Malerwerkstatt. Aufgabe der Werkstätten war, die Jugendlichen wieder zu qualifiziertem Arbeits- und Leistungsverhalten zu trainieren, ihr Interesse für eine manuelle Tätigkeit zu wecken und sie auf das »reale« Arbeitsleben außerhalb des Heimes vorzubereiten. »Jugendliche unseres Hauses bleiben nur solange in der Werkstatt, bis sie von den Leistungen und dem Arbeitsverhalten her soweit gefördert sind, dass sie in Betrieben und Werkstätten rund um Viersen arbeiten können. Wir wollen über diese Außenstellen den Bezug zur Realität aufbauen und einbeziehen. Auf diese

55 Köhler-Saretzki 2008, S. 50.
56 Ebd.
57 Zum Thema Arbeit und Ausbildung in den Heimen des LVR siehe Kap. III.3.

Weise können unsere Jugendlichen Vergleiche zwischen dem Arbeitstempo und den Leistungsanforderungen im Heim und in den Arbeitsstellen außerhalb des Heimes ziehen.«[58]

1975 konnten beispielsweise sechs Jugendliche in die nähere Umgebung von Viersen vermittelt werden. Diese Jugendlichen gingen zunächst vom Heim aus zu ihrer Arbeitsstelle, bis sie ein möbliertes Zimmer in der Nähe ihres Arbeitsplatzes beziehen konnten. 1970 wurde beispielsweise Eberhard U. wegen Schuleschwänzen, Leistungsschwierigkeiten in der Schule, Fortlaufen von zu Hause und sexuell auffälligem Verhalten mit 15 Jahren im Landesjugendheim Viersen-Süchteln aufgenommen. Wie es im Erziehungsbericht heißt, äußerte er bereits bei der Aufnahme den Wunsch, Schreiner zu werden. Vor diesem Hintergrund wurde er zur arbeitsmäßigen Überprüfung in die holzverarbeitende Werkstatt eingeteilt. Der Werkstattmeister bescheinigte ihm eine »gute Übersicht von Arbeitsabläufen […] sowie eine gute Auffassungsgabe im praktischen Bereich, einschließlich der Handhabung des Werkzeuges«.[59] Eine Lernfähigkeit schloss der Werkstattmeister wegen erheblicher theoretischer Mängel zunächst noch aus. Deshalb wurde für ihn eine gezielte und sinnvolle Arbeitserziehung in der holzverarbeitenden Werkstatt, eine umfassende Freizeitgestaltung in Form von sportlicher Betätigung sowie eine allgemeine Nachhilfe im schulischen Bereich angeboten. Schon im November 1971 wurde Eberhard U. »als Auszubildender in der Tischlerei Busse, Süchteln, für die Dauer von etwa 8–12 Wochen zur weiteren Ausbildung eingesetzt. Der Ausbildungsvertrag mit dem hiesigen Werkobermeister bleibt bestehen, da der Minderjährige nach Ablauf der 8–12 Wochen die Lehre im hiesigen Heim fortsetzen soll.«[60] Die zeitweilige Arbeitserprobung in einem Betrieb außerhalb des Heimes wurde für positiv befunden, da »der Minderjährige in der hiesigen heimeigenen Werkstatt nicht mit allen vorkommenden beruflichen Arbeiten vertraut gemacht werden kann. Gleichzeitig soll damit geprüft werden, ob er auch ohne die schützende Umgebung des Heimes den Anforderungen einer Ausbildung gerecht werden kann.«[61] Im zweiten Lehrjahr wurde Eberhard U. der »Arbeitsgemeinschaft Soziale Arbeit e.V.« in Köln vorgestellt. In einem dort geführten Gespräch äußerte er sich dahin gehend, dass er erst nach Abschluss der Zwischenprüfung, das heißt mit Beginn des dritten Lehrjahres, in eine Wohngemeinschaft nach Köln verlegt werden wollte.

Unter der Leitung von Direktor Kluge wurden in den 1970er Jahren auch heiminterne berufsvorbereitende Werkstätten eingerichtet, was die Einrichtung von anderen Heimen unterschied. Ziel war, die Jugendlichen im Vorfeld der Ausbildung zu begleiten, theoretische Lücken zu schließen, die sonst nur schwer durch die anderen Betriebe ausgeglichen werden konnten, bzw. sie bei der Berufswahl zu unterstützen. 1973 bestanden zum Beispiel die Berufsfindungswerkstatt, die Berufsorientierungswerkstatt, die Kunsthandwerkliche Werkstatt und die Werkstatt für industrielle Kleinmontage. »In der Berufsfindungswerkstatt wird mit Metall gearbeitet, vorrangig geht es um die Vermittlung von Grundkenntnis-

58 Kluge 1973, S. 289.
59 Erziehungsbericht, in: ALVR 32310.
60 Ausbildungsvertrag, in: ALVR 32310.
61 Ebd.

sen in der Handhabung von Werkzeug und Material sowie um die Bedienung von Maschinen. Auf diese Weise soll ein harmonischer Übergang zur Arbeit erreicht werden.«[62] »In der Berufsorientierungswerkstatt wird dem Jugendlichen ein breitgefächertes Angebot von Techniken sowie von Werkzeug und Material angeboten, um ihm so Stützen und Hilfen zu seiner beruflichen Orientierung zu geben.«[63] Die Kunsthandwerkliche Werkstatt war auf die Vermittlung von werkpädagogischen und (arbeits-)therapeutischen Hilfen spezialisiert, in der zur Erlangung der Berufsreife bzw. zur Vorbereitung auf den Besuch einer öffentlichen Schule vorübergehend ausgeschulte schulpflichtige Jugendliche betreut wurden. 1971 arbeiteten 45 Jugendliche in den Betrieben und Werkstätten des Heimes, von denen beispielsweise vier in der Kunsthandwerklichen Werkstatt und sechs Jugendliche in der Montagewerkstatt beschäftigt waren.[64]

Seit Eröffnung des Heimes 1961 wurde den schulentlassenen Jugendlichen in Viersen-Süchteln berufsschulähnlicher Unterricht erteilt.[65] Dafür war ein Gewerbeoberlehrer eingestellt, aber auch die Werkstattleiter unterrichteten die Jugendlichen. Als der Lehrer 1963 in den Dansweilerhof versetzt wurde, erhielten die Jugendlichen den Unterricht von einem nebenamtlich tätigen Volksschullehrer, den beiden Geistlichen und von Erziehern. Erst Anfang der 1970er Jahre wurde die Lehrerstelle neu besetzt.[66] Den Lehrlingen wurde im Rahmen ihrer Ausbildung der Fachunterricht von ihren Lehrwerksmeistern erteilt.[67] Im Unterschied zu den Jahren davor wurden 1975 in Viersen-Süchteln auch schulpflichtige Minderjährige aufgenommen, für deren Beschulung drei Lehrer eingestellt wurden. Die Schüler wurden in verschiedenen Gruppen beschult: »Bei der ersten Gruppe handelte es sich um Jungen, die aufgrund von massiven Verhaltensstörungen vom Schulbesuch beurlaubt waren. Diese Jungen – die ausschließlich der Wohngruppe 6 angehörten – waren so schulaversiv eingestellt, dass eine normale Beschulung ihre Aversion verstärkt hätte […]. Die zweite Gruppe umfasste verhaltensauffällige und lernbehinderte Jungen, die teilweise auch sehr schulaversiv eingestellt waren. Für die Jungen dieser Gruppe stellte sich die Arbeit folgendermaßen dar: 1. Entspannungs- und Anpassungsphase, 2. Verhaltenstrainingsprogramm, 3. Beginn eines Schulleistungsprogramms […]. Die dritte Gruppe setzte sich zusammen aus verhaltensauffälligen Hauptschülern, deren Sozial- und Leistungsverhalten zu der Hoffnung Anlaß gab, dass auch sie in absehbarer Zeit in die Hauptschule eingeschult werden konnten.«[68]

1975 beantragte der LVR beim Schulausschuss die Errichtung einer Schule für Erziehungshilfe im Rheinischen Heilpädagogischen Landesjugendheim Viersen-Süchteln. Der Schulausschuss empfahl daraufhin dem Landschaftsausschuss, er möge diesen Antrag genehmigen. Auf seiner Sitzung am 9.10.1975 fasste dieser dann den Beschluss, dass der

62 Jahresbericht 1974, in: ALVR 41895.
63 Ebd.
64 Das Rheinische Heilpädagogische Landesjugendheim Süchteln 1971, in: ALVR 29657.
65 Zum Thema Schule im Heim siehe Kap. III.2.
66 Vgl. Jahresberichte, in: ALVR 41895.
67 Vgl. Jahresbericht 1964, in: ALVR 41895.
68 Jahresbericht 1975, in: ALVR 41895.

LVR mit Wirkung vom 1.1.1976 im Rheinischen Heilpädagogischen Landesjugendheim Viersen-Süchteln eine Schule für Erziehungshilfe errichtet.[69] Im März 1977 erhielt die Schule die staatliche Anerkennung als Rheinische Landesschule für Erziehungshilfe.[70]

6.5.6 Freizeitgestaltungsmöglichkeiten

In Viersen-Süchteln stand den Jugendlichen keine Turnhalle und kein Sportplatz für ihre Freizeitgestaltung zur Verfügung. Erst im Dezember 1974 wurde ein neues Sportzentrum errichtet.[71] Bis dahin war es jedoch möglich, die Spielwiesen und gelegentlich den Sportplatz des Süchtelner Fußballclubs zu nutzen. Zudem konnten die Jugendlichen sich zu einmal wöchentlich stattfindenden Interessengruppen, wie zum Beispiel Rettungsschwimmen, Tischtennis oder Fußball, zusammenschließen. Zudem verfügte jede Gruppe über eine kleine Bibliothek und ein Radio, dessen Programmauswahl jedoch von den Gruppenerziehern vorgenommen wurde. Bis Januar 1969 stand in der Festhalle des Heimes ein Fernseher für das gesamte Heim zur Verfügung.[72] Montagabend mussten die Jugendlichen am »Jugendforum«, einer Veranstaltungsreihe zu verschiedenen allgemein bildenden Themen, wie Verkehrserziehung, Recht oder Demokratie und Diktatur, teilnehmen.[73] In den 1970er Jahren besuchten einzelne Gruppen Veranstaltungen außerhalb des Heimes wie zum Beispiel Beatabende oder besuchten Diskotheken in der Umgebung, um den Kontakt zur Öffentlichkeit zu pflegen. Seit Januar 1969 verfügte jede Gruppe über einen eigenen Fernseher, und die Jugendlichen durften im Einvernehmen mit den Erziehern ein Wochenprogramm auswählen.[74] Mit der Einführung der 5-Tage-Woche im Arbeitsbereich 1971 erhielten alle Jugendlichen »je nach Verhalten Gelegenheit, bis zu dreimal wöchentlich in Ausgang zu gehen. Damit wurde ein Teil der Freizeitgestaltung in die Eigeninitiative der Jugendlichen selbst gelegt. An der Planung der einzelnen Gruppenaktivitäten innerhalb des Heimes bzw. außerhalb des Heimes wurden die Jugendlichen in demokratischer Weise mitbeteiligt.«[75]

69 Vgl. Jahresbericht 1975, in: ALVR 41895.
70 Vgl. Jahresbericht 1977, in: ALVR 40345.
71 Vgl. Jahresbericht 1974, in: ALVR 41895.
72 Vgl. Jahresbericht 1968, in: ALVR 41895.
73 Vgl. Jahresbericht 1961, in: ALVR 41895.
74 Vgl. Jahresbericht 1969, in: ALVR 41895.
75 Vgl. Jahresbericht 1971, in: ALVR 41895.

6.5.7 Unstimmigkeiten in der Zusammenarbeit mit dem Landesjugendamt und die Entlassung Kluges 1977

Zum 31. 3. 1977 kündigte das Landesjugendamt das Vertragsverhältnis mit Kluge, da es sich dazu entschlossen hatte, das Heim von einem hauptamtlichen Direktor leiten zu lassen, und um die mit Kluges Umstrukturierungsmaßnahmen aufgetretenen Unstimmigkeiten in Zukunft zu vermeiden.[76] Zum 1.4.1977 wurde Hubert Gollnick, Direktor des Rheinischen Landesjugendheimes Fichtenhain in Krefeld,[77] zum kommissarischen Leiter der Einrichtung bestellt.[78] Diese Tätigkeit übte Gollnick bis zur Einstellung des neuen Direktors Heinz Hauertz Anfang 1978 aus. Von Juni 1982 bis Anfang 1983 wurde das Heim schrittweise aufgelöst. Für die zu diesem Zeitpunkt nicht nach Hause zu entlassenden Jungen wurde ein Verbundsystem von familienorientiert arbeitenden Gruppen eingerichtet, die Rheinischen Wohngruppen Grefrath, die bis heute bestehen.[79]

6.6 Fazit

In den 1970er Jahren unterlag das Landesjugendheim Viersen-Süchteln dem öffentlichen Reformdruck, welcher sich im Wunsch nach demokratischeren Strukturen ausdrückte und in dessen Folge die Jugendlichen mit neuen Rechten ausgestattet werden sollten. Diesen initiierten Reformkurs führte Kluge in Viersen-Süchteln mit verschiedenen Mitteln ein und setzte ihn um, vor allem durch die Beteiligung der Jugendlichen in der Gremienarbeit bzw. bei der Freizeitgestaltung. Trotz der vielfältigen Reformbemühungen war die schulische Situation über viele Jahre nicht zufrieden stellend, zudem bestand Personalmangel. Darüber hinaus gab es Schwierigkeiten in der Umsetzung der »neuen« demokratischen Arbeitsweise, was ein Eingreifen der Heimaufsicht notwendig machte und schließlich zur Kündigung des Direktors Kluge führte.

76 Vgl. Internes Schreiben vom 11.11.1976, in: ALVR 40171. Zur gleichen Thematik siehe auch ALVR 29657.

77 Zum RLJH Fichtenhain in Krefeld siehe Kap. II.1.

78 Vgl. ALVR 40345 und ALVR AZ 10002936. In einem Schreiben an Landesrat Saurbier vom 7.6.1977 skizziert Gollnick rückwirkend die, wie er sie beurteilt, ungünstigen pädagogischen Verhältnisse im Landesjugendheim Viersen-Süchteln. Darin geht er u.a. auf die fehlende Qualifikation der Mitarbeiter und auf die mangelnde Betreuung der Minderjährigen in der Nacht ein (vgl. ALVR 40176).

79 Zur Schließung des Heimes vgl. ALVR 40185.

Sarah Banach

7. Das Rheinische Landesjugendheim Haus Hall, Ratheim

7.1 Die Geschichte des Rheinischen Landesjugendheimes Haus Hall und die Situation der schwererziehbaren Mädchen im Rheinland in den 1960er Jahren

Das Rheinische Landesjugendheim Haus Hall bestand von 1953 bis 1960. Es war lange Zeit das einzige Heim für Mädchen, welches durch den LVR unterhalten wurde. In der Rheinprovinz standen nach dem Zweiten Weltkrieg für die Unterbringung von weiblichen Jugendlichen hauptsächlich konfessionelle Belegheime zur Verfügung.[1] Dies änderte sich, als der LVR 1953 das Provinzialerziehungsheim für schulentlassene Mädchen in Ratheim (Kreis Erkelenz) übernahm,[2] weil die Belegheime nicht mehr ausreichend Plätze anbieten konnten.[3] Das Heim war in einem gepachteten Gebäude des Gutes Haus Hall untergebracht, das im Besitz der Familie von Büllesheim war und bis heute ist. Der Pachtvertrag lief 1960 aus und wurde nicht verlängert, weil, wie es in einem Schreiben von Beurmann an den Bundesminister für Familie und Jugend aus dem Jahr 1966 heißt, »das Landesjugendamt und die Träger der freien Jugendhilfe der Auffassung waren, die Freiwillige Erziehungshilfe und Fürsorgeerziehung könne für alle heimerziehungsbedürftigen schulentlassenen Mädchen in Einrichtungen der freien Jugendhilfe durchgeführt werden«.[4]

Die Aufgabe des Heimes hatte aus mehreren Gründen Folgen für die Unterbringung von minderjährigen weiblichen Jugendlichen im Rheinland. Zum einen entstanden Schwierigkeiten für die Unterbringung der Mädchen durch die Einführung des Jugend-

1 Zur Fürsorgeerziehung für Mädchen siehe insbesondere Schmidt 2002; Gehltomholt/Hering 2006.

2 Das Heim, welches der LVR im Jahr 1953 übernahm, wurde im Mai 1943 als Provinzial-Erziehungsheim für schulentlassene Mädchen in Karthaus bei Trier gegründet, welches im September 1944 evakuiert werden musste. Die Evakuierung der Minderjährigen fand über das Provinzial-Erziehungsheim Wolf a. d. Mosel (vgl. das Kap. über das Heim Wolf, II.8) in die Heil- und Pflegeanstalt Hausen in Waldbreitbach statt. Im September 1945 siedelte die Einrichtung nach Waldniel um und wurde zur Heil- und Pflegeanstalt Hostert, welche im Januar 1947 in das Provinzial-Jugendheim Hostert umbenannt und zu einer Erziehungsstätte mit Heimschule umfunktioniert wurde. Im Mai 1950 erfolgte die Verlegung nach Ratheim (Landkreis Erkelenz) (vgl. Landschaftsverband Rheinland 1960). Zur Geschichte des Gutes sei auf das lokalgeschichtliche Werk von Terboven 1985 verwiesen.

3 Vgl. Jans/Beurmann 1963, S. 51, sowie Kap. I.1 und I.2.

4 Beurmann an den Bundesminister für Familie und Jugend (8.8.1966), in: ALVR 40310.

wohlfahrtsgesetzes im August 1961,[5] weil es Einfluss auf die Erziehungspraxis in den Heimen hatte, zum Beispiel dadurch, dass »die Bestimmung, dass Fürsorgeerziehung nicht angeordnet werden darf, wenn sie offenbar keine Aussicht auf Erfolg bietet, ersatzlos fortgefallen ist, die Zuständigkeit der öffentlichen Erziehung eindeutig auch für Minderjährige mit erheblichen geistigen und seelischen Regelwidrigkeiten gegeben ist und erst dann endet, wenn fachärztlich nachgewiesene erhebliche geistige und seelische Regelwidrigkeiten solcher Art vorliegen, dass sie eine andere Form der Hilfe erfordern, auch im letzteren Fall eine bestehende Freiwillige Erziehungshilfe oder endgültige Fürsorgeerziehung bis zur tatsächlichen Sicherung dieser anderen Hilfe fortgeführt werden muss, die Möglichkeit, eine erfolglos verlaufende Fürsorgeerziehung […] wegen so genannter pädagogischer Unerziehbarkeit für Minderjährige über 18 Jahre nach einjähriger Dauer zu beenden, nicht mehr gegeben ist, die Altersgrenze für die Gewährung oder Anordnung auf das 20., für die Beendigung kraft Gesetzes auf den Eintritt der Volljährigkeit heraufgesetzt sind; damit bleiben erfolglos betreute Minderjährige in der Regel 1 bis 2 Jahre länger in der öffentlichen Erziehung, außerdem wächst die Zahl derjenigen, die im späteren Alter mit verfestigten Fehlhaltungen über die öffentliche Erziehung kommen.«[6]

Durch das Inkrafttreten des Jugendwohlfahrtsgesetzes wurde die Altersgrenze, bis zu der einem Minderjährigen die Freiwillige Erziehungshilfe gewährt bzw. die Fürsorgeerziehung angeordnet werden konnte, uneingeschränkt bis zum vollendeten 20. Lebensjahr (Volljährigkeit) angehoben. Wie viele Mädchen nach Vollendung des 18. Lebensjahres seit Inkrafttreten des Gesetzes in die öffentliche Erziehung aufgenommen wurden, illustrieren die folgenden Zahlen: »2. Halbjahr 1962 75 Mädchen, 1963 126 Mädchen, 1964 107 Mädchen, 1965 107 Mädchen, 1. Halbjahr 1966 54 Mädchen.«[7] Wie die Zahlen belegen, wurden die Heime mit immer mehr und zu einem großen Anteil auch mit schwererziehbaren schulentlassenen Mädchen konfrontiert, die zudem nicht mehr so einfach, zum Beispiel wegen »pädagogischer Unerziehbarkeit«, aus der Fürsorgeerziehung entlassen werden konnten.

Um einen Überblick über die Situation derjenigen Mädchen zu erhalten, deren Unterbringung besondere Schwierigkeiten bereitete, wie zum Beispiel durch Ablehnung des Erziehungsangebots oder durch Entweichungen, vermerkte das Landesjugendamt seit 1962 die Namen von weiblichen Minderjährigen in einer Liste. 1962 waren dies 111 Jugendliche, davon 60 katholische und 51 evangelische schulentlassene Mädchen,[8] 1966 wies die Liste schon 334 Eintragungen auf.[9] Eines dieser Mädchen war Renate Z. Sie wurde 1948 geboren und brachte im Dorotheenheim in Düsseldorf mit 14 Jahren ihr erstes Kind zur Welt. »Dieses frühe sexuelle Erlebnis scheint die Mdj. nicht verkraftet zu haben. Sie benutzt jede Gelegenheit zu entweichen und betätigt sich als Dirne. Ein Kind befindet sich im Haushalt der Eltern, das zweite Kind hat sie zur Adoption abgegeben. Renate arbeitet nicht regelmä-

5 Zu der gesetzlichen Entwicklung bzw. den gesetzlichen Änderungen durch das Inkrafttreten des Jugendwohlfahrtsgesetzes siehe Kap. I.1; I.2 und Hasenclever 1978.
6 LJWA Nr. 3/96 (20.5.1964), in: ALVR 40302.
7 Beurmann an den Bundesminister für Familie und Jugend (8.8.1966), in: ALVR 40310.
8 LJWA Nr. 3/96 (20.5.1964), in: ALVR 40302.
9 Beurmann an Jans (13.3.1968), in: ALVR 40313.



Außenansicht Haus Hall

ßig. Von einer Heimrücknahme wurde abgesehen, da kein Heimplatz zur Verfügung stand und das JA sowie Sw. Lisa vom Mädchenheim Bethanien der Auffassung sind, dass Renate so sehr geprägt ist, dass eine Heimerziehung erfolglos ist.«[10] Seit 1966 führte das Landesjugendamt zudem auch eine Liste, in welche die Namen der Mädchen eingetragen wurden, »die massive Ablehnungen durch die Heime für Erstaufnahme oder Wiederaufnahme« erfuhren.[11] 1966 standen auf dieser Liste die Namen von 66 Mädchen.[12]

Schwierigkeiten für die Unterbringung von schulentlassenen Mädchen entstanden auch dadurch, dass sich die freien Träger[13] in zunehmendem Maße für leistungsunfähig erklärten, da sie sich mit der Erziehung der schwierigen Mädchen überfordert fühlten.[14] Sie lehnten deren Aufnahme sowohl aus personellen als auch aus weltanschaulichen Gründen

10 ALVR 43013.
11 Beurmann an Jans (13.3.1968), in: ALVR 40313.
12 Ebd.
13 Zur Situation der freien Träger z. B. die Platzabgabe bzw. die Befürwortung für die Einrichtung eines Heims in der Trägerschaft des LVR allgemein betreffend siehe Akte ALVR 40313.
14 In Besprechungen mit dem LJA legten die freien Träger im April 1960 und im November 1962 dar, dass »sie nicht in der Lage seien, den erörterten Schwierigkeiten in der Erziehung schulentlassener

ab. Wie es in einem Schreiben vom 29.8.1974 heißt, hatten die konfessionellen Träger der Mädchenheime in den letzten Jahren Personalprobleme, unter anderem »durch erheblichen Nachwuchsmangel in den Ordens- bzw. Schwesterngemeinschaften; durch Überalterung der Schwestern, die aus diesem Grund für den Erziehungs- und Gruppendienst ausfallen bzw. mit ihm überfordert sind; durch Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit von weltlichen Kräften (Fachkräfte im Erziehungsdienst und in beratenden, diagnostischen und therapeutischen Diensten) und Schwestern in einem konfessionell geleiteten Heim; durch mangelnde weltanschauliche Offenheit von Schwestern Laienkräften gegenüber.«[15] Die Personalprobleme wirkten sich auch auf das Platzangebot aus. Von 1969 bis 1972 ging die Zahl der Plätze für schulentlassene weibliche Fürsorgezöglinge im Rheinland von 1.599 auf 753 zurück. »Diese Entwicklung hat sich in der Zeit vom 1.12.1972 bis 1.8.1974 durch einen weiteren Verlust von 157 Pl. fortgesetzt.«[16] Zudem ging das Platzangebot zurück durch die Auflösung einiger Heime, wie zum Beispiel des Mädchenheims Maria im Klee in Waldniel 1967, die Schließung mehrerer Gruppen in einigen Heimen bzw. die Platzreduzierung in den Gruppen fast aller Heime.[17]

Die weltanschauliche Problematik lag darin begründet, dass die konfessionellen Träger deutlich machten, dass sie ihren Erziehungsauftrag nur ausführen könnten, »wenn sie ihre Heime als weltanschaulich geschlossene Einheiten verstehen und führen«.[18] Dies hatte zur Konsequenz, dass sie schwererziehbaren Mädchen keine Hilfsangebote unterbreiten konnten, die mit den Regeln ihres weltanschaulich geschlossenen Konzeptes in Widerspruch standen. Vor diesem Hintergrund forderten die freien Träger beispielsweise in Besprechungen mit dem Landesjugendamt im April 1960 und im November 1962, dass der LVR die Einrichtung eines Heimes für schulentlassene Mädchen übernehmen sollte.[19]

Seit 1960 wurde der Bau eines solchen Mädchenheimes im Landesjugendwohlfahrtsausschuss diskutiert. In der Sitzung vom 7.12.1964 fasste dieser einstimmig den Beschluss, dass er »die Einrichtung eines Landesjugendheimes für schulentlassene Mädchen mit einer Belegungskapazität für etwa 90 Mädchen für erforderlich hielt«.[20] Die Verwaltung wurde beauftragt, die Planung fortzuführen und ein zum Erwerb geeignetes Gelände zu suchen. Der geschätzte Kostenaufwand betrug rund 1,8 Millionen DM. 1966 wurden in Wuppertal geeignete Grundstücke gefunden, der Kauf des Geländes bzw. der Bau des Heimes aber nicht sogleich genehmigt. Wie aus einem Schreiben von Beurmann an Jans deutlich wird, riet sie dem Landesrat dringend, die »Grundstücksangebote beschleunigt auf ihre Brauchbarkeit zu überprüfen«,[21] da sich auf lange Sicht nicht wieder eine solche Chance ergeben

Mädchen mit den ihnen zur Verfügung stehenden […] Möglichkeiten und Methoden zu begegnen« (Beurmann an Jans [12.5.1966], in: ALVR 40313).

15 Schreiben vom 29.8.1974, in: ALVR 44470. Vgl. allgemein auch Kap. I.2.6.3.

16 Schreiben vom 29.8.1974, in: ALVR 44470.

17 Vgl. ebd.

18 Schreiben vom 29.8.1974, in: ALVR 44470.

19 Beurmann an Jans (12.5.1966), in: ALVR 40313.

20 Ebd.

21 Ebd.

würde, der Bau des Heimes seit langem als notwendig erachtet und im Landesjugendwohlfahrtsausschuss schon seit neun Jahren diskutiert werde, die Möglichkeit bestehe, dass der LVR ein Landesdarlehen in Anspruch nehmen könnte und der Neubau dieses Mädchenheimes schon einmal wegen Baumaßnahmen für schulentlassene Jungen zeitweise zurücktreten musste.[22] 1968 spitzte sich die Lage in den Mädchenheimen zu, als in der Presse davon berichtet wurde, dass eine Gruppe der »Tiger Boys« in ein Mädchenheim in Aachen eingedrungen sei, um ein Mädchen zu befreien. Einen ähnlichen Vorfall hatte es bereits im Sommer 1967 in Köln-Lindenthal gegeben. Dieses Ereignis nahm Beurmann zum Anlass, sich erneut an Jans zu wenden. In ihrem Schreiben drängt sie darauf, »möglichst noch 1968, spätestens jedoch 1969 eine Übergangslösung zur Unterbringung von etwa 25 schulentlassenen Mädchen zu schaffen«.[23] Ihr Vorschlag war, eine solche Gruppe übergangsweise in den alten Gebäuden des Dansweilerhofs einzurichten.[24]

Obwohl in den 1960er Jahren offensichtlich war, dass für die Unterbringung von schwererziehbaren Mädchen in den Heimen der konfessionellen Träger nicht ausreichend Plätze zur Verfügung standen, Mädchenheime wie zum Beispiel das Heim Maria im Klee aufgelöst wurden und dem LVR dadurch Plätze für die Belegung fehlten, die konfessionellen Heime über Schwierigkeiten im Umgang mit den schulentlassenen, schwererziehbaren Mädchen klagten (Mitarbeiternachwuchsmangel, weltanschauliche Geschlossenheit) und die Übergangslösungen zu keiner Entlastung der Situation bzw. Abwendung der Krise führten, realisierte der LVR bis Anfang der 1970er Jahre weder den Bau eines neuen Mädchenheimes noch setzte er eine andere langfristige Lösung um.[25] In einem Schreiben vom 29.8.1974 heißt es erneut, dass das Landesjugendamt Rheinland »eigene Einrichtungen für Mädchenerziehung schaffen [muss], die die freien Träger nicht erfüllen bzw. nicht erfüllen können«, um seinen Gesetzesauftrag angemessen zu erfüllen.[26] Erst im Jahr 1980 eröffnete der LVR das schon lange geforderte Mädchenheim in Remscheid.[27]

7.2 Struktur und Belegung

Das Rheinische Landesjugendheim Haus Hall bestand aus einem Hauptgebäude und verfügte über 75 Plätze. Aufgenommen wurden gefährdete und verwahrloste schulentlassene katholische weibliche Jugendliche zur Durchführung der Fürsorgeerziehung und Freiwilligen Erziehungshilfe, »die den Schwerpunkt ihrer Gefährdung nicht auf sexuellem Gebiet

22 Vgl. ebd.
23 Beurmann an Jans (19.3.1968), in: ALVR 40313.
24 Zum Dansweilerhof siehe Kap. II.4.
25 Beispielsweise wurde im LVR von 1970 bis 1973 darüber nachgedacht, das Rheinische Heilpädagogische Landesjugendheim Viersen-Süchteln in ein Heim für Mädchen umzufunktionieren. Vgl. dazu Kap. II.6 sowie allgemein: ALVR 40177.
26 Schreiben vom 29.8.1974, in: ALVR 44470.
27 Zum Mädchenheim Steinberg in Remscheid siehe u.a. in: ALVR 43778.

haben und nicht stark fluchtbereit sind. Bevorzugt für Minderjährige, die eine Bindung an ländliche Lebensformen haben, aus pädagogischen Gründen erhalten sollten oder einer besonderen Betreuung in kleiner Gemeinschaft bedürfen«.[28] Von den 75 Plätzen waren in der Zeit von 1954 bis 1958 durchschnittlich nur knapp 60 Betten belegt, wie die folgende Tabelle[29] zeigt:

Jahr – Stand 31. März	**1954**	**1955**	**1956**	**1957**	**1958**
Anzahl Mädchen	63	53	64	62	57

Die Mädchen waren in vier Gruppen, drei gemischten Gruppen[30] mit je 18 Plätzen sowie einer gemischten Aufnahmegruppe für sechs bis zwölf Jugendliche, in einem Haupthaus untergebracht. Insgesamt gab es zehn Schlafräume mit einer durchschnittlichen Belegung von vier bis sechs Minderjährigen und einen Schlafsaal mit 20 Betten. Darüber hinaus verfügte jede Gruppe über einen eigenen Tagesraum. In den Tagesräumen gab es »4er und 6er Tische, Stühle, Gruppenschränke, z.T. mit Einzelfächern für die persönlichen Sachen der Minderjährigen«.[31] Zudem waren alle Tagesräume an eine zentrale Rundfunkanlage angeschlossen; ein Raum war mit einem Klavier ausgestattet. Zur Behandlung von erkrankten Mädchen stand ein Krankenzimmer mit drei Betten zur Verfügung. Die ärztliche Betreuung sowie die Aufnahmeuntersuchung fanden durch einen freien Vertragsarzt (mit Bereitschaftsdienst) statt, der ein Mal wöchentlich eine Sprechstunde im Heim anbot. Es war keine Sportanlage vorhanden, aber eine Spielwiese.[32] Darüber hinaus verfügte das Haus Hall über eine Heimschule.[33] Der berufsschulähnliche Unterricht im Heim wurde durch die Erzieherinnen, das waren drei Fürsorgerinnen, eine Kindergärtnerin, zwei Jugendleiterinnen und eine hauswirtschaftliche Betriebsleiterin, erteilt.[34] Zudem verfügte das Haus Hall innerhalb des Guts über vier Morgen Gartenland, welches nur zum Eigenbedarf bewirtschaftet wurde. Vor diesem Hintergrund wurden die Mädchen nicht in der Landwirtschaft ausgebildet, sondern lediglich in Gartenarbeiten angeleitet. Generell arbeiteten acht Jugendliche im Garten, für die Frühjahrsbestellung und zur Erntezeit wurden dann ca. zwölf Jugendliche im Garten beschäftigt.[35]

28 Schreiben vom 29.8.1974, in: ALVR 44470.
29 Landschaftsverband Rheinland 1960, S. 244.
30 Gemischte Gruppe bedeutet hier eine Gruppe für schulentlassene Mädchen der FE und FEH, vgl. Besichtigung von Heimen der FE und FEH, hier RLJH Haus Hall (13.2.1958), in: ALVR 44234.
31 Besichtigung von Heimen der FE und FEH, hier RLJH Haus Hall (13.2.1958), in: ALVR 44234.
32 Ebd.
33 Zum Thema Schulen im Heim siehe Kapitel III.2.
34 Vgl. Besichtigung von Heimen der FE und FEH, hier RLJH Haus Hall (13.2.1958), in: ALVR 44234.
35 Vgl. ebd.

7.3 Die Arbeits- und Berufsausbildung der Mädchen

Unmittelbar nach ihrer Heimaufnahme nahmen alle Mädchen am hauswirtschaftlichen Unterricht teil, welcher sich an den Lehrplan des hauswirtschaftlichen Berufsschulunterrichts anlehnte. Beispielsweise wurden 1957 folgende Fächer gelehrt: Deutsch, Gemeinschafts- und Bürgerkunde, Hauswirtschaftslehre, Säuglingspflege, hauswirtschaftliches Rechnen, Ernährungslehre, Haushaltungskunde, Gartenbau, Religion, Gesang und Sport.[36]

Wie in den 1960er und 1970er Jahren in der Heimerziehung üblich,[37] konnten die schulentlassenen Mädchen im Haus Hall eine hauswirtschaftliche Grundausbildung mit Heimabschlussprüfung,[38] eine Berufsausbildung im Damenschneiderhandwerk oder eine Anlernausbildung als Kleider- und Wäschenäherin absolvieren.[39] 1959 waren die schulentlassenen Mädchen in folgende Klassen aufgeteilt:[40]

Betriebsbezeichnung	**Personal**	**Art der Anleitung und Ausbildung**	**Plätze (in Klammern tatsächliche Belegung)**
Nähklasse	1 Schneidermeisterin	Schneiderlehrlinge	4 (2) Lehrausbildungen, 1 (0) Anlernausbildung, 12 (12) sonstige Beschäftigung
Näh-Lehr-Klasse	1 Erzieherin	?	1 (1) Lehrausbildung, 9 (9) sonstige Beschäftigung
Web- und Handarbeitsklasse	1 Handwerksgesellin	Keine Angaben	12–15 (15) sonstige Beschäftigung
Waschküche	k.A.	k.A.	8 (8) sonstige Beschäftigung
Küche	k.A.	k.A.	6 (6) sonstige Beschäftigung
Garten	1 Hauswirtschaftsleiterin	k.A.	15 (15) sonstige Beschäftigung
Hausarbeit	1 Hauswirtschaftsleiterin	k.A.	10 (10) sonstige Beschäftigung

36 Vgl. Auszugsweise Abschriften aus den Jahresberichten der Rhein. Landesjugendheime (außer Halfeshof), hier Haus Hall 1956 (12.6.1957), in: ALVR 40429.

37 Zum Thema Beschäftigung und Arbeit in der Heimerziehung siehe Kap. III.3 bzw. sei grundsätzlich auf die Publikationen von Bock 1960; Gehltomholt/Hering 2006 hingewiesen.

38 Wie es in dem Besichtigungsbogen des RLJH Haus Hall in der Abschrift von 13.2.1958 heißt, bestand für die Mädchen auch die Möglichkeit, den Beruf der geprüften Hausgehilfin zu erlernen. 1958 gab es fünf Lehrlinge, welche die Kreisberufsschule Geilenkirchen-Heinsberg besuchten (vgl. Besichtigung von Heimen der FE und FEH, hier RLJH Haus Hall [13.2.1958], in: ALVR 44234).

39 Besichtigung von Heimen der FE und FEH, hier RLJH Haus Hall (13.2.1958), in: ALVR 44234.

40 Gegebenheiten der Heimerziehung, Gruppenstärke und Belegung (Übersichten der Rheinischen Landesjugendheime) 1958–1965, hier Haus Hall (1959), in: ALVR 40230.

Der berufsschulähnliche Unterricht im Haus Hall gliederte sich in die drei Stufen: Unterstufe, Mittelstufe und Oberstufe. Die Jugendlichen der Ober- und Mittelstufe erhielten je neun Wochenstunden, die der Unterstufe sechs Wochenstunden Unterricht. Dieser Unterricht wurde, wie bereits erwähnt, von den Erzieherinnen des Heimes erteilt.[41] Zum Abschluss der Heimzeit war es den Mädchen dann möglich, eine hauswirtschaftliche Prüfung abzulegen. Die Prüfung bestanden am 1.6.1956 13 Mädchen.[42] Im Anschluss an ihre Prüfung wurden die Mädchen in Haushaltsstellen vermittelt.[43] Wenigen Mädchen war es möglich, im Haus Hall eine Schneiderlehre zu beginnen, das heißt, sich im Damenschneiderhandwerk ausbilden zu lassen. Die Lehrlinge besuchten die Kreisberufsschule Erkelenz. 1958 waren es beispielsweise vier Lehrlinge.[44] Die Anlernlinge als Kleider- und Wäschenäherin nahmen am Berufsschulunterricht der Kreisberufsschulen Erkelenz und Geilenkirchen-Heinsberg teil. Im Heim erhielten sie zusätzlich von ihren Meisterinnen noch Fachunterricht sowie besondere Anleitung durch praktische Übungen.[45] Zusammenfassend wird in dem Jahresbericht von 1956 über die Beteiligung der Mädchen am Unterricht festgehalten, dass »mit geringeren Ausnahmen bei der derzeitigen Heimbelegung allgemein von einer regen Beteiligung und Aufgeschlossenheit der Jugendlichen im Unterricht berichtet werden [kann]. Das Heim steht in regem Kontakt zu den Fachvorsteherinnen der Berufsschulen. Unsere Lehrlinge werden, wie auch die guten Zeugnisse aufweisen, in Führung und Leistungen von den Schulen gut beurteilt.«[46]

7.4 Der Heimalltag

Der Alltag der Mädchen war in Haus Hall klar strukturiert und geprägt durch Arbeit, Unterricht und Freizeit. Die Arbeitszeit, einschließlich des Unterrichts, betrug für alle Mädchen 48 Stunden in der Woche. Darüber hinaus konnten sie »monatlich einmal an einem Wochentag und alle zwei Monate an einem Sonntag Besuch von Eltern, Geschwistern, Großeltern oder sonstigen nahen Angehörigen empfangen«.[47] Als Freizeitgestaltungsmöglichkeiten bot das Heim den Jugendlichen zum Beispiel eine Jugendbücherei,

41 Besichtigung von Heimen der FE und FEH, hier RLJH Haus Hall (13.2.1958), in: ALVR 44234.

42 Vgl. Auszugsweise Abschriften aus den Jahresberichten der Rheinischen Landesjugendheime (außer Halfeshof), hier Haus Hall 1956 (12.6.1957), in: ALVR 40429.

43 Die Mädchen, welche Haushaltsstellen außerhalb des Heimes innehatten, wurden tarifmäßig entlohnt. »Ihr Arbeitsverdienst wird von dem Arbeitgeber in Gemeinsamkeit mit dem Außenfürsorger verwaltet mit dem Ziel, nach Abzug eines Taschengeldes Ersparnisse für größere Anschaffungen zu machen. Die Minderjährigen erhalten 10 bis 13 DM monatlich Taschengeld« (Besichtigung von Heimen der FE und FEH, hier RLJH Haus Hall [13.2.1958], in: ALVR 44234).

44 Vgl. Auszugsweise Abschriften aus den Jahresberichten der Rhein. Landesjugendheime (außer Halfeshof), hier Haus Hall 1956 (12.6.1957), in: ALVR 40429.

45 Vgl. ebd.

46 Ebd.

47 Besichtigung von Heimen der FE und FEH, hier RLJH Haus Hall (13.2.1958), in: ALVR 44234.

Spiel und Sport im Freien, Spaziergänge und mehrtägige Wanderungen sowie Heimfeste und Laienspiele an. Zudem konnten Veranstaltungen der Volkshochschule besucht werden, wie zum Beispiel Dichterlesungen und Farblichtbildvorträge.[48]

7.5 Das Personal

1958 wurde das Haus Hall von Elisabeth Schwarz, die Volkspflegerin mit staatlichen Prüfungen in Jugendwohlfahrtspflege und Berufs- und Wirtschaftsfürsorge war, geleitet. Weiterhin gab es eine Hauswirtschaftsleiterin, Gertrud Haas, die gleichzeitig stellvertretende Heimleiterin war.[49] Als Außenfürsorgerin war Margarete Scheefer tätig. Sie hatte die Aufgabe, die in Haushaltsstellen außerhalb des Heimes untergebrachten Mädchen zu betreuen. Ziel ihrer Tätigkeit war, dafür »Sorge zu tragen, dass der Minderjährige am Ort seiner Unterbringung ohne großen Zeitverlust häufiger beobachtet werden kann und dass auch er die Möglichkeit hat, ohne große Schwierigkeiten eine Person zu erreichen, bei der er Beschwerden über die Art seiner Behandlung in der betreffenden Familie anbringen kann«.[50] Darüber hinaus waren 13 weitere Angestellte in Haus Hall tätig: neun Gruppenerzieherinnen sowie Erzieherinnen am Arbeitsplatz, zwei Handwerksmeisterinnen und zwei Verwaltungs- und Wirtschaftsangestellte.[51] Ein Teil des Personals war im selben Gebäude »neben den Schlafräumen der Minderjährigen untergebracht«[52]; die meisten Angestellten jedoch auf den Wohnetagen in sechs Einzel- und zwei Doppelzimmern.[53]

7.6 Fazit

Zusammengefasst kann gesagt werden, dass das Rheinische Landesjugendheim Haus Hall ein zeitgemäß geführtes Mädchenheim war, welches sich aufgrund seiner Schließung 1960 nicht mit den Anforderungen der modernen, fortschrittlichen Pädagogik auseinandersetzen und diese in die Praxis umsetzen musste. Zudem war es kaum mit den sich verändernden Problemlagen der Mädchen konfrontiert. Für die 1960er Jahre kann gesagt werden, dass der LVR, der gemäß § 69 JWG zur Durchführung der öffentlichen Erziehung (Fürsorgeerziehung und Freiwillige Erziehungshilfe) verpflichtet war und aufgrund dieser Verpflichtung für die erforderliche Differenzierung der Heime nach der zu leistenden

48 Vgl. Auszugsweise Abschriften aus den Jahresberichten der Rhein. Landesjugendheime (außer Halfeshof), hier Haus Hall 1956 (12.6.1957), in: ALVR 40429.
49 Besichtigung von Heimen der FE und FEH, hier RLJH Haus Hall (13.2.1958), in: ALVR 44234.
50 Die Ausführung der FE betreffend, Erlass vom 11.8.1956, in: HStAD NW, 648, Nr. 97.
51 Vgl. Landschaftsverband Rheinland, Handbuch.
52 Besichtigung von Heimen der FE und FEH, hier RLJH Haus Hall (13.2.1958), in: ALVR 44234.
53 Vgl. ebd.

Erziehungsaufgabe zu sorgen hatte (vgl. § 73 JWG), seiner Verpflichtung im Bereich der Mädchenerziehung nicht ausreichend nachgekommen ist, da für deren Unterbringung zu wenig Plätze zur Verfügung standen. Über zehn Jahre lang wurde im Landesjugendwohlfahrtsausschuss über den Bau eines Mädchenheimes diskutiert. In diesem langen Zeitraum ging der LVR Kompromisse ein und arbeitete Notlösungen aus anstatt nach neuen Wegen für die Betreuung von schwererziehbaren Mädchen zu suchen bzw. dem Bau eines Mädchenheimes stattzugeben. Erst 1980 eröffnete er das Mädchenheim Steinberg in Remscheid.

Uwe Kaminsky

8. Das Landeserziehungsheim bzw. Evangelische Kinder- und Jugendheim Wolf an der Mosel

8.1 Entwicklung und Trägerwechsel

Das Wolfer Waisenheim war 1894 für die evangelischen Diasporagemeinden an der Mosel gegründet worden. Die Durchführung des preußischen Fürsorgeerziehungsgesetzes führte ab 1900 zu einem Ausbau der Einrichtung, die seit 1912 von Pfarrer Emil Storkebaum geleitet wurde. In den Endjahren der Weimarer Republik geriet dieses Heim genauso wie viele andere der Inneren Mission unter anderem in finanzielle Schwierigkeiten. In den Jahresberichten 1932 und 1933 wurde neben einer Unterbelegung (im Schnitt waren nur zwei Drittel der rund 150 Plätze belegt) besonders die wiederholte Kürzung der Pflegegelder durch den Landesfürsorgeverband beklagt.[1] Nach der nationalsozialistischen Machtergreifung meinte das Heim »ermutigende Zeichen der Besserung« wahrnehmen zu können. In dem vom Heim offiziell versandten 43. und 44. Jahresbericht vom Juli 1935 stand: »Unser Erziehungsziel ist durch den christlichen Glauben entscheidend bestimmt worden, der sich in der Liebe zum Nächsten betätigt. Diese ist aber gar nicht denkbar und möglich, wenn der einzelne Mensch sich und seinen Neigungen lebt und um sich selbst kreist, sondern nur, wenn er in Selbstverleugnung, Opferbereitschaft, Hingebungsfreudigkeit den Anderen dient und sein Ich dem großen Ganzen, der Gemeinschaft unterordnet. Wir haben uns darum nicht erst gründlich ›umstellen‹ brauchen, als durch den nationalsozialistischen Umschwung vieles Morsche, Ungesunde und Faule, das sich leider auch auf dem Gebiete der Erziehung breit gemacht hatte, beseitigt wurde und Autorität, Zucht, Einsatzbereitschaft, Unterordnung, Opferfreudigkeit mit neuen Zungen als Erziehungswerte ersten Ranges gepredigt wurden.«[2]

Die nationalsozialistische Betonung von Autorität und Sittlichkeit verfing nicht nur im Wolfer Waisenheim und führte zur Gleichsetzung eigener konservativer Ziele mit dem Nationalsozialismus. Darin spiegelt sich jenes klassische Mißverständnis nationalprotestantischer Kreise, die 1933 in der Machtübernahme durch die NS-Bewegung nur eine Spielart der ersehnten autoritären Staatsform erblickten. Die Betonung von Sport und die Gründung eines »Jungvolkzuges« (das »Deutsche Jungvolk« war die Vorfeldorganisation

1 Die gedruckten Jahresberichte für den Zeitraum 1911 bis 1933 finden sich in AEKR Düsseldorf, Best. Konsistorium B XII 27. Siehe ferner ADWRh, Ohl OW 14.1; ALVR 14100.

2 43. u. 44. Jahresbericht Wolfer Waisenheim 1935, in: ALVR 14100, Bl. 71.

für Kinder von zehn bis zwölf Jahren von Hitlerjugend und »Bund Deutscher Mädel«) und einer BDM-Gruppe hob das Heim 1935 besonders hervor. Auch die Zwangssterilisationspolitik des Nationalsozialismus wurde von den Heimverantwortlichen unterstützt und praktiziert.[3] Das Heim erlebte im Rahmen der seit 1938 im Rheinland forcierten »Entkonfessionalisierung« des Fürsorgewesens einen Trägerwechsel. Zwar hatte selbst die Rheinische Fürsorgeerziehungsbehörde noch 1938 die konfessionelle Trägerschaft gegenüber den Stellen der NSDAP in Traben-Trarbach und Bernkastel verteidigt, doch als ein Mitglied des Vorstandes mit der Provinzialverwaltung von sich aus im Verlauf des Jahres 1939 in Verhandlung wegen einer Übernahme des Heimes trat, war die Entkonfessionalisierung kaum mehr aufzuhalten. Pfarrer Emil Storkebaum ging im August 1939 in den Ruhestand und der Trägerverein ließ sich zu einem Verkauf drängen.[4] Im Heim wurden 1940/41 fast alle Häuser renoviert (Einbau von Zentralheizung, Warmwasserversorgung usw.). Es wurde von der Provinzialverwaltung auch als Ausbildungsstätte für den Erzieherinnennachwuchs (mit zehn bis zwölf Schülerinnen) verwandt. Hier fand auch die Begutachtung von Sonderfällen und die Unterbringung konfessionsloser Kinder statt.[5]

Die Innere Mission bemühte sich seit 1946 um einen Rückkauf der nach ihrer Ansicht nur unter Zwang verkauften Einrichtung, der Ende 1950 schließlich zustande kam.[6] Ab dem 1. Oktober 1950 übernahm bereits faktisch die Innere Mission Rheinland wieder die Verantwortung für das Heim.[7] Da auf Seiten der Inneren Mission davon ausgegangen worden war, dass die seinerzeit aus dem Bergischen Diakonissenhaus Aprath abgeworbene Leiterin Dr. Luise von der Heyden (1897–1957) die wesentlichen Argumente für das Land Rheinland-Pfalz beigesteuert hatte, welche gegen eine Rückübertragung ins Feld geführt worden waren, war ihr Verbleib in der Leitungsposition keineswegs unumstritten.[8] Sie hatte offenbar Bedenken hinsichtlich ihrer Unabhängigkeit im täglichen Geschäft der Einrichtung, die durch einen Vorstand beschränkt werden könnte. Da allerdings von der Heyden als fähige Leiterin galt, welche die Anstalt »nach vorne« gebracht habe und in

3 Vgl. Kaminsky 1995, S. 206–233, bes. 216, 227 f.; ALVR 14065, Bl. 25–26.

4 Siehe Ohl an Ev. Konsistorium der Rheinprovinz (1.12.1939), in: AEKR Düsseldorf, Best. Konsistorium B XII 27; »Aus der Erinnerung« (Bericht über Wolf seit der Übernahme; von Luise von der Heyden, ca. 1957) und Ohl an Schilling (17.9.1957), in: ADWRh, Ohl OW 14.3.

5 Vgl. Aktenvermerk betr. Rückgabe (o.D., ca. Juni 1948), in: ADWRh Ohl OW 14.2.

6 Daten für die Verhandlung betr. Rückgabe des Wolfer Waisenheims (ca. Ende 1949) in: ADWRh Ohl OW 14.2. Im Rahmen der Verhandlungen kam es auch 1949 zur Einreichung einer Restitutionsklage der Evangelischen Kirche im Rheinland, welche zwar durch den Beschluss des Landgerichts Trier in Sachen Rheinischer Provinzialausschuss gegen das Land Rheinland Pfalz am 25.6.1951 entschieden wurde, aber durch einen bereits im Dezember 1950 getroffenen Vergleich nicht mehr wirksam war (ebd.).

7 Ohl an Kirchenrat lic. Sachsse (11.10.1950), in: ADWRh, Ohl OW 14.2.

8 So hatte sie der alte Leiter, Pfarrer Emil Storkebaum, in einem Artikel in der Kirchenzeitung »Glaube und Heimat« angegriffen, weil sie die Bibelsprüche über den Türen (»Ich bin der gute Hirte« und »Bete und arbeite«) hatte entfernen lassen. »Aus der Erinnerung« (Bericht über Wolf seit der Übernahme; von Luise von der Heyden, ca. 1957), in: ADWRh, Ohl OW 14.3.



Gesamtansicht der Häuser Wolf an der Mosel 1951

der Provinzialverwaltung einen guten Ruf genoss,[9] bemühte sich der Geschäftsführer der Rheinischen Inneren Mission, Otto Ohl, sie zu halten.[10] Sie blieb Leiterin bis zum Oktober 1956, als sie sich krankheitsbedingt zurückziehen musste. Luise von der Heyden hatte 1917 bis 1922 in Marburg, München, Freiburg und Bonn Philologie, Volkswirtschaft, Staats- und Verwaltungsrecht, Philosophie und Psychologie studiert. Im Jahre 1923 promovierte sie in Bonn mit einer Arbeit über »Die Ideenwelt der evangelischen Arbeitervereine«. Sie arbeitete zwei Jahre als Polizeifürsorgerin in Köln und war danach fast 15 Jahre im Bergischen Diakonissenhaus in Aprath als Erziehungsleiterin tätig. Sie lehrte Pädagogik und Psychologie an einer Frauenschule für Volkspflege. Sie wechselte 1939 in das Wolfer Waisenheim, womit sie indirekt die Entkonfessionalisierungspolitik des Nationalsozialismus stützte, was ihr innerhalb der Inneren Mission verübelt wurde. In Aprath hatte sie an der dort seit 1934 im Auftrag der rheinischen Provinzialverwaltung durchgeführten Bewahrung wie auch an der Durchführung der Verfahren zur Zwangssterilisation der Zöglinge teilgenommen.[11] In ihrer Einrichtung in Wolf verteidigte sie die Koedukation und eine

9 So auch Hopmann an Ohl (12.3.1951), in: ALVR 39641; vgl. auch den Beitrag Luise von der Heyden, Die erzieherische Umwelt der Heime, in: Trost 1966, S. 453–458.

10 Ohl an E. Meyer-Bothling (Koblenz) (12.12.1950), in: ADWRh, Ohl OW 14.2.

11 Vgl. Kaminsky 1995, S. 233–241.

familienhafte Erziehung altersheterogener Kindergruppen gegen das Ansinnen, eine reine Mädchenerziehungsanstalt aufzubauen.[12] Unter ihrer Leitung wurde unter anderem ein Diplompsychologe in der Anstalt eingestellt. In der Nachkriegszeit leitete sie die Renovierungs- und Erneuerungsarbeiten, die mit einer Verkleinerung der Gruppenschlafräume einhergingen.

Der Nachfolger Luise von der Heydens in der Anstaltsleitung wurde 1956 der Arzt und Diplompsychologe Helmuth Schilling, der bis 1984 in dieser Position blieb. Er war von seiner Vorgängerin selbst vorgeschlagen worden und hatte zuvor in einer Erziehungsberatungsstelle in Heidelberg gearbeitet.[13] Er hatte verschiedentlich Kinder nach Wolf gebracht, wobei von der Heyden sein pädagogisches Geschick erkannt zu haben meinte. Schilling modernisierte und differenzierte das Heim weiter. Er betrieb seit dem April 1957 vom Heim aus eine Erziehungsberatungsstelle in Bernkastel-Kues, was die Stärkung des beratenden Vorfeldes einer Heimeinweisung bedeutete. Der Leiter des Knabenheims, der Diplompsychologe Becker, übernahm die Arbeit in der zeitgenössisch als »Erziehungsambulanz« bezeichneten Stelle.[14] Schilling führte anfänglich wöchentliche Erzieherbesprechungen im Heim durch, bei denen eine stärkere Mitverantwortung der dort tätigen Kräfte das Ziel war.[15] In seiner Zeit führte er die verstärkte Heimdifferenzierung durch, welche auch eine Verkleinerung der Gruppen zur Folge hatte. Seine Arbeit war sowohl bei Vertretern des Landesjugendamtes wie auch der politischen Vertreter des Landesjugendwohlfahrtsausschusses gut angesehen, was sich in verschiedenen Rückmeldungen durch Besichtigungskommissionen spiegelte.[16]

8.2 Belegung und Struktur

Auch nach der Bildung des Landes Rheinland-Pfalz 1947 und nach der Übernahme des Heimes durch die Innere Mission 1950 blieb Wolf an der Mosel ein wesentliches Belegheim der rheinischen Provinzialverwaltung. Doch waren die Heimplätze mit dem nun für die Heimaufsicht zuständigen Land Rheinland-Pfalz zu teilen. Von 1955 bis 1961 sank der

12 Brüchert 2001, S. 200–201; »Aus der Erinnerung« (Bericht über Wolf seit der Übernahme; von Luise von der Heyden, ca. 1957), in: ADWRh, Ohl OW 14.3.

13 Ohl an Kaphahn und Eichholz (18.5.1956), in: ADWRh, Ohl OW 14.2.

14 Berron an Ohl (12.11.1957), in: ADWRh, Ohl OW 14.3.

15 Ohl an Schilling (16.1.1964), in: ADWRh, Ohl OW 14.3.

16 Laut dem Vertreter der Diakonie Otto Ohl wurde das Heim bei einer Besichtigungsfahrt des rheinischen LJWA 1963 von zahlreichen Teilnehmern als »eine wahre Wohltat« im Vergleich zu den anderen Heimen in Rheinland-Pfalz (bes. Helenenberg) empfunden, die »abschreckend« seien und »traurige Eindrücke« hinterließen. Ohl an Schilling (Wolf a.d. Mosel) (15.7.1963), in: ADWRh, Ohl 15.3.1.

Anteil der in Wolf untergebrachten Minderjährigen des Landschaftsverbandes Rheinland von rund 50 Prozent auf unter ein Drittel.[17]

Jahr	tatsächl. Belegung	Belegung durch Landesjugendamt Rheinland
1.7.1955	189	97
1.7.1956	176	94
1.7.1957	174	71
1.8.1958	179	64
1.7.1959	182	58
1.6.1960	180	61
1.7.1961	185	53

Insbesondere im Bereich der schulentlassenen Mädchen waren nur noch sieben von 45 Plätzen belegt. Dies vergrößerte die Schwierigkeiten des Landesjugendamtes Rheinland insbesondere Anfang der 1960er Jahre, weibliche schulentlassene Jugendliche unterzubringen. Es versuchte deshalb Anfang 1963 erfolgreich eine Belegungsquote von zumindest 50 Prozent für weibliche Minderjährige in öffentlicher Erziehung aus dem Gebiet des Landschaftsverbandes Rheinland zu erhalten.[18] Dass dies trotzdem nicht ausreichte, um den Mangel an Plätzen zu kompensieren, wurde vorstehend bereits erläutert. Das sehr abgeschiedene Heim Wolf an der Mosel galt als eine Station für Jugendliche, die möglichst weit ab von den gefährdenden städtischen Umfeldern untergebracht werden sollten, was sich an der Verlegungsgeschichte von Einzelfällen zeigen lassen kann, welche oft aus Wuppertal oder Düsseldorf dorthin verlegt wurden.[19] In einem Vermerk über die Heimschule hielt die Heimleiterin Luise von der Heyden 1955 fest, dass ca. 20–25 Prozent der Kinder aus Flüchtlings- und Vertriebenenfamilien stammten.[20]

Das Heim besaß nach dem Krieg rund 200 Plätze, beherbergte außer Säuglingen und Kleinkindern, Schulpflichtigen und Schulentlassenen auch eine Heimschule und bot Berufsausbildungsmöglichkeiten wie auch die Möglichkeit zu einer heilpädagogischen Behandlung.[21] Im Einzelnen gab es im Jahr 1953 für Kleinkinder im Alter von ein bis drei Jahren 8–12 Plätze, für Kinder von drei bis acht Jahren 20–22 Plätze, für Schuljungen von sechs bis zehn Jahren 15–16 Plätze, für Schuljungen von zehn bis 16 Jahren 35 Plätze und für Schulmädchen insgesamt 60 Plätze, eingeteilt in die Altersgruppen bis zehn, zehn bis zwölf und zwölf bis 14 Jahren. Zudem existierten noch 40 Plätze für schulentlassene Mäd-

17 Reisebericht über den Besuch des Kinder- und Jugendheimes Wolf a. d. Mosel am 8.9.1961 (Beurmann 22.9.1961), in: ALVR 39642.
18 LJA (Beurmann) an Arbeits- und Sozialminister NRW (1.2.1963), in: ALVR 39643.
19 Vgl. ALVR 15546, 16190, 16207, 16259.
20 Wolf (v. d. Heyden) an Ohl (1.2.1955), in: ADWRh, Ohl OW 14.2.
21 Vgl. die Auflistung im Verzeichnis evangelischer Erziehungsheime (September 1953), hg. vom EREV als Sonderheft der »Evangelischen Jugendhilfe«, S. 25.

chen.[22] Die Gruppenstärken sanken langsam und lagen zum Beispiel bei den drei Gruppen für schulentlassene Mädchen im September 1961 bei 15, wobei allerdings eine Gruppe mit 17 überbelegt war. Zudem existierte zu diesem Zeitpunkt für Jungen von acht bis zwölf Jahren eine heilpädagogische Gruppe (»Spatzennest«) mit zehn Plätzen.[23] Die letztgenannte Gruppe war von Schilling zur Abrundung des Heimes und Entlastung der anderen Gruppen gebildet worden,[24] doch wurde sie nicht vom rheinischen Landesjugendamt gefördert, da hier keine Fürsorgeerziehungsfälle bzw. Fälle der Freiwilligen Erziehungshilfe untergebracht waren. Schilling kritisierte dies bei einem Besuch von Vertretern des Sozialministeriums NRW. Zudem verwies er darauf, dass die Übermittlung der Akten von Zöglingen der öffentlichen Erziehung aus dem Gebiet des Landschaftsverbandes oft nur verspätet erfolge (im Vergleich zu den Fällen von kommunalen Jugendämtern aus dem Nordrheinbereich) und auch oft Gutachten von Erziehungsberatungsstellen fehlten, was eine angemessene Platzierung der Kinder erschwere.[25]

Im Heim arbeiteten 1958 insgesamt 35 Angestellte, sieben Praktikantinnen, eine Anlernkraft und eine Aushilfskraft.[26] In der Gruppenbesetzung des Heimes waren 1961 jeweils für zwei Gruppen drei hauptamtliche Kräfte vorhanden, ein(e) Gruppenerzieher(in) und eine Kraft, die den Vertretungsdienst jeweils in zwei Gruppen übernahm. Nur in der heilpädagogischen Gruppe war eine stärkere Personalbesetzung mit einer Gruppenerzieherin, einer Kindergärtnerin und einer Psychagogin vorhanden.[27] Die Heimschule in Wolf war eine Volksschule mit Förderklasse. Zudem wurde 1962 die Anerkennung einer Berufsschule für die schulentlassenen Mädchen angestrebt, obwohl die Unterrichtserteilung hinter der vorgesehenen Stundenzahl zurück blieb. Doch wollte das Heim ersatzweise »das praktische Tun in den so genannten ›Ämtern‹ (also die praktische Ausbildung)« anerkannt erhalten. Zudem war das Heim seit 1960 als Ausbildungsbetrieb für die Berufe Kleidernäherin und Handplätterin anerkannt, was schulentlassenen Mädchen eine Berufsausbildung ermöglichte.[28] Das Heim besaß traditionell eine umfangreiche Außenfürsorge, deren rund 200

22 Reisebericht vom 8./9.7.1953 über Wolf an der Mosel (Beurmann), in: ALVR 39641.

23 Reisebericht über den Besuch des Kinder- und Jugendheimes Wolf a.d. Mosel am 8.9.1961 (Beurmann 22.9.1961), in: ALVR 39642. Im August 1970 wurde die Platzzahl in den Familiengruppen um einen, in den Schulmächengruppen um zwei und bei den Schuljungengruppen um vier reduziert. Zudem waren zu jenem Zeitpunkt zwei Schuljungengruppen wegen Personalmangels geschlossen, was die Belegung auf 155 begrenzte (Rhein. Gesellschaft an LJA [8.7.1970], in: ALVR 39643).

24 In seinem Referat über »Grenzen der Sozialpädagogik« auf einer Besprechung des Arbeitskreises Ev. Heimerziehung schlug Schilling 1964 die Intensivierung der Diagnostik und Konzentrierung der Behandlung in heilpädagogischen Gruppen vor. Vgl. Ev. Kinder- und Jugendheim Wolf/Mosel: Protokoll über die Besprechung des Arbeitskreises Evangelischer Erziehungsheime im Rheinland am 23.10.1964 in Wolf an der Mosel (19.11.1964), in: ADWRh, Evangelischer Verband für Heimerziehung im Rheinland Nr. 73.

25 Vermerk (IV B – 6272.01) Besichtigung von FE- und FEH-Heimen in Rheinland-Pfalz (8.11.1962), in: HStAD, NW 648, Nr. 98.

26 IM Rheinland an LJA Rheinland-Pfalz (29.8.1958), in: ADWRh, Ohl OW 14.3.

27 Reisebericht über den Besuch des Kinder- und Jugendheimes Wolf a.d. Mosel am 8.9.1961 (Beurmann 22.9.1961), in: ALVR 39642.

28 Ebd.

Pflege- bzw. Arbeitsstellen unter anderem auf Bauernhöfen im Umland durch eine eigene Fürsorgerin betreut wurden.[29] Allerdings wurde die Frage der Platzierung von Jugendlichen für eine Ausbildung in stadtfernen Bereichen mit dem Schwerpunkt der Landwirtschaft in den 1960er Jahren zunehmend kontrovers diskutiert.

8.3 Bestrafungen im Heim

Die Leiterin Luise von der Heyden hatte 1951 einen Konflikt mit dem rheinischen Landesjugendamt über körperliche Strafen sowohl an schulpflichtigen Kindern als auch an schulentlassenen Mädchen. Im Januar 1951 mahnte das rheinische Landesjugendamt alle Heime, Straflisten einzusenden. Das Heim, das seit 1948 keine Straflisten mehr eingesandt hatte, reagierte darauf mit der Mitteilung, dass »seit einiger Zeit ein Strafbuch nicht mehr regelmäßig geführt werde, daß aber körperliche Züchtigungen selten sind, die Erziehergemeinschaft grundsätzlich die köperliche Züchtigung ablehnt und bei schulentlassener Jugend auch nicht anwendet«. Als auf einem Auszug aus der Strafliste bestanden wurde, sandte das Heim Wolf an der Mosel erstmalig seit 1948 wieder einen Straflistenauszug ein. Dieser enthielt »körperliche Züchtigungen in einem Maße, wie sie in keinem der Heime Nordrheins auch nur annähernd erreicht wird«.[30] So hatten »5 schulentlassene Mädchen in der genannten Zeit eine Ohrfeige« und acht verschiedene Kinder mehrfach Schläge erhalten. Diese Gruppen waren allerdings von den Bestimmungen, die zumindest bei Schulpflichtigen körperliche Strafen zuließen, ausdrücklich ausgeschlossen gewesen: Das Landesjugendamt führte aus: »Bei einer Zuweisung von nur 115 bis 120 Minderjährigen durch mich sind lt. Strafbuchauszug innerhalb der erwähnten 3 Monate in 39 Fällen körperliche Strafen durchgeführt [worden].« Es handelte sich um 12-mal »Klaps«, 15-mal Ohrfeigen, 9-mal Schläge mit der Hand, 2-mal Schläge mit dem Stock, einmal »eine Tracht Prügel«. Zudem verteilten sich die Maßnahmen auf sechs Abteilungen und auf elf verschiedene Erzieher(innen). Mit Blick auf den im Februar 1950 versandten Erlaß betr. Züchtigungsverbot fügte Martha Beurmann an: »Es wird allerdings wahrscheinlich nicht ganz einfach sein, diese Umstellung in der Erziehungsmethode herbeizuführen, da die dortige Erzieherschaft offenbar gewohnt ist, in recht erheblichem Umfange von körperlichen Züchtigungen Gebrauch zu machen.«[31]

Gegen diese Charakterisierung ihrer Erzieherschaft verwahrte sich die Heimleiterin, die in ihrer Rechtfertigung allerdings darauf hinwies, dass »die Heimerzieherschaft ja durch das Verbot einer körperlichen Züchtigung gegenüber der Lehrerschaft (in Rheinland-Pfalz ist die körperliche Züchtigung nicht verboten und wird auch ausgeübt) und gegenüber den

29 Reisebericht (24.6.1949), in: ALVR 39641.
30 Vermerk (III B/2) (6.9.1951), in: ALVR 39641.
31 Sozialminister NRW an Landeserziehungsheim Wolf a.d. Mosel (v.d. Heyden) (6.9.1951), in: ADWRh, Ohl OW 14.2.

Eltern, die die körperliche Züchtigung weitgehend noch bejahen und als Recht für sich in Anspruch nehmen, pädagogisch – innerlich und äußerlich – in eine schwierige Lage gebracht worden ist. […] Für das Kind, besonders für das primitive Kind, ist der Stock dadurch vielfach noch Zeichen und Symbol letzter Autorität und es besteht die Gefahr, dass die Heimerzieherschaft als mit geringeren Rechten ausgestattet, auch geringere Achtung genießt.«[32] Sie hielt zwar das Verbot der körperlichen Züchtigung für richtig, doch meinte sie, dass gerade durch das gemeinsame Besprechen der Züchtigungen in der Erzieherschaft eine »notwendige Kontrolle« gegeben sei. Für »Ausnahmefälle« wie für »Fälle menschlichen Versagens der Erzieherschaft« müsse die Aufsichtsbehörde Verständnis aufbringen, sonst werde eben heimlich geschlagen. Die angeführte Zahl der körperlichen Züchtigungen – alle zwei resp. drei Tage ein Klaps oder eine Ohrfeige – drücke nach ihrer Ansicht zudem keine besondere Häufigkeit aus.

Damit sprach die im Jahr 1954 mit dem Bundesverdienstkreuz unter anderem wegen ihrer pädagogischen Verdienste ausgezeichnete Heimleiterin[33] ein grundsätzliches Problem an, das durch eine Normensetzung, die ihrer Ansicht nach der gesellschaftlichen Realität vorauseilte, zustande kam. Durch ein Verbot der Züchtigung sah sie sich und das Erziehungspersonal autoritär entmachtet, was sie auch durch die dem Schreiben angehängte Geschichte über eine »Tracht Prügel« illustrierte, die sie selbst einem Kind, das sich beharrlich geweigert hatte ins Bett zu gehen, mit einem Stock verabreicht habe, da ansonsten nach ihrer Meinung die Autorität der Erzieherin ins Wanken geraten wäre.

Nach diesem Rüffel des Landesjugendamtes sank die Anzahl der eingetragenen Strafen, zudem wurde laut einem Bericht des Landesjugendamtes von 1953 fast nur noch Arrest verhängt.[34] Das Problem der Züchtigungen blieb aber auch in den Folgejahren Gegenstand von Beschwerden. Dabei wurde zudem die in vielen Mädchenheimen gängige Praxis angefragt, dass entwichene Mädchen nach ihrer Rückkehr nicht nur mit Arrest bestraft, sondern auch gynäkologisch untersucht wurden. Zudem waren sie von zehn Uhr abends bis zum nächsten Morgen um sechs Uhr in ihren Zimmern eingeschlossen und hatten zur Verrichtung ihrer Notdurft nur einen Eimer zur Verfügung. Die Klage über Schläge, die der Lehrer in der angeschlossenen Heimschule verabreicht hatte, wurde mit Verweis auf die Erlaubtheit solcher Maßnahmen gemäß der »Schulzucht« beantwortet.[35]

Auch unter dem neuen Leiter Helmuth Schilling kamen Beschwerden über Züchtigungen immer wieder vor. So wurde 1960 ein dreizehnjähriger Junge mit vier Ohrfeigen bestraft, da er ein anderes Kind in die Seite getreten hatte.[36] Wohl im Jahre 1962 kam es zu einer von einer Erzieherin zugegebenen Ohrfeige.[37] Schilling bemühte sich insgesamt,

32 Ev. Kinder- und Jugendheim Wolf a.d. Mosel (v.d. Heyden) an Sozialminister NRW (Jugendwohlfahrt) (23.9.1951), in: ADWRh, Ohl OW 14.2.
33 Brüchert 2001.
34 Reisebericht vom 8./9.7.1953 über Wolf a.d. Mosel (Beurmann), in: ALVR 39641.
35 Beschwerde Fam. Franz Wolter an Sozialminister (28.1.1953) und Wolf an der Mosel (Luise von der Heyden) an Sozialminister (9.3.1953), in: ALVR 39641.
36 ALVR 16259.
37 LJA (Beurmann) an Arbeits- und Sozialminister NRW (1.2.1963), in: ALVR 39643.

die körperlichen Züchtigungen als unerlaubte Erziehungsmaßnahme in morgendlichen Dienstbesprechungen, bei denen alle am Vortag verhängten Strafen besprochen werden sollten, zu stigmatisieren. »Dennoch übersteigt es unsere Kräfte und Möglichkeiten, bisher ganz ohne sie auszukommen.«[38] Er verwies dabei auf eine vielfach unqualifizierte Mitarbeiterschaft. Es gelang ihm auch nach eigener Einschätzung im Jahre 1969, Studenten, die im Rahmen der Heimkampagnen in das im Januar 1969 programmatisch in »Evangelischer Jugendhof Martin Luther King« umbenannte Heim kamen, in eine konstruktive Diskussion zu bringen, in der die Heimkinder sich gegen die Studenten positionierten und das angebotene Erklärungsmuster ihrer Deprivation durch den Heimaufenthalt ablehnten.[39]

Will man ein Fazit aus diesen Beschreibungen in den Akten ziehen, so wird deutlich, dass die Einrichtung, obwohl sie nur kurzzeitig im Besitz der rheinischen Provinzialverwaltung war, immer eine Einrichtung im Belegungsbereich des rheinischen Landesjugendamtes gewesen ist. Auch jenseits des offensichtlichen nationalsozialistischen Entkonfessionalisierungsinteresses sollte mit dieser Einrichtung der Bereich der Jugendfürsorge für Mädchen durch die Verwaltung des Provinzialverbandes besetzt und damit die Abhängigkeit von den konfessionellen Trägern, auf deren Einvernehmen man angewiesen war, gemindert werden. Das Heim machte auch nach seiner Rückübertragung an die Innere Mission 1950 eine Entwicklung durch, die in vieler Hinsicht die allgemeinen Tendenzen der rheinischen öffentlichen Erziehung spiegelt, wenn es auch nur noch gut zur Hälfte von rheinischen Fürsorgeerziehungszöglingen und Zöglingen der Freiwiiligen Erziehungshilfe belegt war. Die bauliche Modernisierung ging mit einer verstärkten Heimdifferenzierung (unter anderem heilpädagogisches Heim) einher. Die fachliche Leitung professionalisierte sich insbesondere nach dem Ausscheiden der alten Leiterin in der Person eines Psychologen. Dennoch hatte das Heim weiter mit einer Tradition auch (körper)strafender Pädagogik zu kämpfen, die es auch bis zum Ende der 1960er Jahre nicht abstellen konnte. Hierbei spielte ähnlich wie im Bereich des Landschaftsverbandes insgesamt eine unausgebildete Mitarbeiterschaft eine verstärkende Rolle.

38 Wolf (Schilling) an LJA (9.9.1968), in: ALVR 39643.
39 Schilling 1970, S. 10–14.

III. Einzelaspekte

Thomas Swiderek

1. Einweisung, Verlegung und Entlassung – formale Verfahren und pädagogische Realitäten

1.1 Rechtliche Voraussetzungen zur Einweisung in die Fürsorgeerziehung

Es gab vielfältige Anlässe und Begründungen, warum ein Kind oder ein Jugendlicher in die Fürsorgeerziehungsanstalt eingewiesen wurde. Lediglich die formalen Einweisungsverfahren waren übersichtlich: entweder durch ein Urteil des Vormundschaftsgerichts zur Durchführung einer Fürsorgeerziehungsmaßnahme (FE) oder durch Antrag über die kommunalen Jugendämter zur Durchführung einer Freiwilligen Fürsorgeerziehung (FEH). Für den einzelnen Jugendlichen musste dieser formalrechtliche Unterschied für sein unmittelbares Leben im Heim zunächst einmal keine entscheidende Bedeutung haben, ebenso wenig für den administrativen Verlauf der Heimeinweisung. Für die Eltern machte es bereits einen gravierenden Unterschied, ob sie die Einweisung aus freien Stücken mit einem unter Umständen selber gestellten Antrag einleiteten oder ein Vormundschaftsgericht durch einen partiellen Sorgerechtsentzug (Erziehung, Aufenthalt und Beaufsichtigung) ihnen die Erziehung ihres Kindes für einen bestimmten Zeitraum aus der Hand nahm und einer Fürsorgeerziehungsbehörde – hier dem Landesjugendamt – anvertraute.[1] Die Fürsorgebehörde sah ihrem Selbstverständnis nach in der praktischen Anwendung keinen Unterschied im Wesen der beiden Erziehungshilfen und klassifizierte ihrer Auffassung nach weder nach Förderbarkeit des Minderjährigen noch stufte sie in einer Bewertung den Minderjährigen oder seine Eltern dadurch ab. Die Unterscheidung der Hilfen basierte, so Jans/Beurmann, nur auf der »Art der Sicherung der erzieherischen Hilfe« und auf der »Begrenzung des Rechts und der Pflicht zur erzieherischen Hilfe ohne, eventuell auch gegen die Zustimmung des Erziehungsberechtigten«.[2]

1 Dieser Rechtszustand der Übertragung von Elternrechten auf die Fürsorgebehörde war in der Rechtsprechung immer wieder Anlass von Diskussionen. »Diese dem Familienrecht […] angehörigen Rechte […] werden nun durch die Anordnung der FE in starkem Maße von Vormundschaftsgericht beeinträchtigt«, so Claussen 1954, S. 11. Die Debatte ging darum, ob die Fürsorgebehörde kraft hoheitlicher Gewalt eigenes Recht ausübe oder eben das Recht der Eltern übernehme. Das JWG, so Claussen, sei diesen beiden Extremen gegenüber einen Mittelweg gegangen. »Es betrachtet das Verhältnis der Eltern und des Staates gegenüber dem Kind weniger unter dem Gesichtspunkt des Erziehungsrechts der Eltern als vielmehr vom Erziehungsanspruch des Kindes aus«, in: ebd., S. 17.

2 Jans/Beurmann 1963, S. 60.

Dem vormundschaftlichen Urteil war oftmals ein längerer, manchmal aber auch nur ein kurzer Fürsorgevorgang voraus gegangen, indem eine Fürsorgerin eines Wohlfahrtsverbandes oder eines örtlichen Jugendamtes bereits in den Familien tätig war. Dieser Prozess der wohlfahrtsstaatlichen Betreuung und Beobachtung im Rahmen des Jugendwohlfahrtsrechts konnte durchaus bereits mehrere Jahre dauern und andere Eingriffe im Sinne von Maßnahmen und Leistungen im Rahmen des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes (RJWG) und ab 1961 des Jugendwohlfahrtsgesetzes (JWG) in den Familien bedeutet haben.[3] Das »Recht auf Erziehung«, wie es bereits im Reichsjugendwohlfahrtsgesetz verankert war und in verschiedenen Reformen und Änderungsgesetzen im Jugendwohlfahrtsgesetz eine gewisse Erweiterung erfuhr,[4] enthielt verschiedene Leistungsmerkmale, die einer Heimeinweisung unterstützend voraus gingen. Die Verwirklichung des Anspruches des Kindes auf Erziehung, den es naturgemäß nicht selbst durchsetzen konnte, erforderte aber auch einen staatlichen Kontroll- und Überwachungsapparat. Die Verwirklichung des Kindesrechts wurde so zur staatlichen Aufgabe; das Recht des Kindes legitimierte gewissermaßen die Ausdehnung staatlicher Interventionen im gesamten Erziehungsbereich. Allen Eingriffen gemeinsam war ein mehrstufiger Gefährdungszustand (seit Inkrafttreten des JWG 1961) eines Minderjährigen (unter 20 Jahre), dessen »leibliche, geistige oder seelische Entwicklung gefährdet oder geschädigt ist«. Dabei war zunächst ein Erziehungsbeistand (früher Schutzaufsicht) zur Abwendung der Gefahr oder zur Beseitigung des Schadens geboten und ausreichend (§ 55 JWG) oder, wenn die Personensorgeberechtigten einverstanden waren, die Durchführung der Freiwilligen Erziehungshilfe zu vereinbaren (§ 62 JWG). Drohte der Minderjährige zu verwahrlosen oder war die Verwahrlosung bereits eingetreten und es konnten keine anderen ausreichenden Erziehungsmaßnahmen gewährt werden, wurde Fürsorgeerziehung angeordnet (§ 64 JWG).[5]

Eine Voraussetzung für die Gewährung von Freiwilliger Erziehungshilfe war die Bereitschaft der Personensorgeberechtigten, die Durchführung der Maßnahme zu fördern. Die Erziehungswilligkeit der Eltern musste allerdings glaubwürdig erscheinen und ein Mindestmaß an erzieherischer Bereitschaft vorhanden sein. Die Gewährung erfolgte auf schriftlichen Antrag der Eltern durch das Landesjugendamt. Der Antrag wurde beim örtlichen Jugendamt gestellt, das seinerseits eine Stellungnahme (§ 63 JWG) abgeben musste. Im Rheinland wurde nachfolgende Erklärung von den Personensorgeberechtigten unterschrieben: »Ich beantrage hiermit, mein Kind/Mündel […] zum Zwecke der Erziehung in einem Heim oder in einer geeigneten Familie unterzubringen. Die Art der Unterbringung überlasse ich dem Ermessen des Landesjugendamtes der Rheinprovinz. Ich bin damit einverstanden, daß mein Kind, solange es sich in einem Heim befindet, der Hausordnung dieses Heims untersteht und daß es, sobald es sich dazu eignet, in eine Pflege-, Dienst- oder Lehrstelle untergebracht wird. Ich werde ohne Einwilligung des Landesjugendamtes das

3 So kamen auch Jugendliche, die zuvor bereits in Waisenhäusern, Kinderheimen, bei Pflegefamilien oder auch bereits in FEH waren, in einem erweiterten Verfahren nun in die FE.

4 Vgl. Potrykus 1965, S. 256 f.

5 Vgl. Roestel 1962, S. 434 f.

Kind nicht aus dem Heim oder der Stelle wegnehmen. Die Auswahl der Stelle, die Regelung und Verwendung des Lohnes übertrage ich dem Landesjugendamt. Ich ermächtige dieses, mein Kind/Mündel, falls es sich ohne ordnungsmäßige Genehmigung entfernt, um es vor Gefahr zu schützen – soweit nötig – mit Hilfe behördlicher Stellen in das Heim bzw. die Familie zurückzubringen. Ich bin darüber belehrt, daß das Landesjugendamt bis zu zwei Drittel der durch die Erziehung meines Mündels entstehenden Kosten trägt, und daß diese Kosten von mir zurückgefordert werden, wenn ich die vorstehende Vereinbarung nicht einhalte.«[6]

Die Freiwillige Erziehungshilfe wurde in der Regel in einer geeigneten Familie oder in einem Erziehungsheim unter Aufsicht des Landesjugendamtes durchgeführt (§ 69 Abs. 3 JWG). Weigerten sich die Eltern, einer Freiwilligen Erziehungshilfe zuzustimmen, oder ging man davon aus, dass sie die Maßnahme nicht zu unterstützen bereit waren, wurde – in der Regel durch das Jugendamt, aber es waren auch Personensorgeberechtigte und das Landesjugendamt antragsberechtigt – ein Antrag auf Fürsorgeerziehung an das Vormundschaftsgericht gestellt (§ 65 Abs. 1 JWG). Auch das Gericht konnte von Amts wegen ein Verfahren einleiten (§ 65 Abs. 1 JWG). Während des Verfahrens hörte das Gericht vor Beschlussfassung die Antragsberechtigten und den Minderjährigen (§ 65 Abs. 2 JWG). Weiter konnte es zur Beurteilung der Persönlichkeit des Minderjährigen eine Untersuchung durch einen Sachverständigen anordnen.[7] Bei Gefahr im Verzug konnte das Vormundschaftsgericht vorläufige Fürsorgeerziehung (§ 67, Abs. 1–3 JWG) bis zu einer Dauer von sechs Monaten anordnen. Dieses Vorgehen war gängige Praxis der Gerichte, so dass in der Regel mit dem ersten Gerichtstermin für die Minderjährigen bereits ein Einweisungsurteil mit einem vorbestimmten Heim vorlag. Dieses vorläufige Urteil musste gleichwohl innerhalb von sechs Monaten seitens des Gerichtes durch die endgültige Fürsorgeerziehung bestätigt werden, da sonst die Fürsorgeerziehung aufzuheben war. Die Fürsorgeerziehung endete mit der Volljährigkeit des Minderjährigen (§ 75 Abs. 1 JWG), sie war aufzuheben, wenn ihr Zweck erreicht oder anderweitig sichergestellt war. Dies konnte zum Beispiel eine Beurlaubung ins Elternhaus sein oder die Annahme einer Lehr- oder Arbeitsstelle in einer Familie. »Wenn aber erhebliche, fachärztlich nachgewiesene, geistige oder seelische Regelwidrigkeiten des Minderjährigen eine andere Form der Hilfe erforderlich machten, so durfte die Fürsorgeerziehung erst aufgehoben werden, wenn die neue Form der Hilfe gesichert war (§ 75 Abs. 2 JWG).«[8]

Erste Heimstation war für die meisten Kinder und Jugendlichen ein Beobachtungsheim, doch die älteren, männlichen schulentlassenen Jugendlichen im Gebiet des Landschaftsverbandes Rheinland wurden in der Regel direkt den Landesjugendheimen zugewiesen. Aufgeteilt wurden sie lediglich aufgrund ihrer konfessionellen Zugehörigkeit oder – in besonderen Fällen aufgrund pädagogischer Erwägungen – auch nach Standortaspek-

6 »Erklärung des Inhabers der Personensorge:« [Vordruck, ca. 1946], in: ALVR 15546.

7 Im Falle einer Aussetzung des Verfahrens hatte das Gericht einen Erziehungsbeistand zu bestellen (§ 68, Abs. 3 JWG).

8 Schmidle/Junge 1967, S. 64.

ten.[9] Aufgrund der erwähnten vorläufigen Fürsorgeerziehung konnte diese unmittelbare Zuweisung in die Erziehungsheime erfolgen, die laut Jugendwohlfahrtsgesetz »neben einer Unterbringung nach § 66 Abs. 2 [in die Beobachtungsheime, d.V.] angeordnet werden« kann. Da in der Regel die Fürsorgeerziehungs-Erstbeschlüsse alle vorläufigen Charakter trugen, gingen die Jugendlichen direkt in die Landesjugendheime und wurden hier vor Ort einer eventuellen Erstbeobachtung unterzogen.[10] Trotz dieser rechtlichen Gesetzmäßigkeit ist diese Verfahrensweise durchaus fragwürdig, sollte doch diese Erstbeobachtung auch Aufschluss darüber geben, ob die anvisierte Heimeinweisung überhaupt die richtige Erziehungsmaßnahme für diese Minderjährigen war oder ob diese aufgrund beobachteter »psychischer und physischer Schwächen« eine andere Hilfeform als die der Heimerziehung bedurften. Jans/Beurmann argumentierten zu Recht dahin gehend, dass sie besondere Beobachtungsheime für erforderlich hielten, da dort »in verstärktem Maße die personellen und sachlichen Voraussetzungen für eine vielschichtige Untersuchung gegeben sind, die Minderjährigen auch in den verschiedenen pädagogischen Situationen beobachtet werden und pädagogische und therapeutische Hilfen, eventuell auch eine medikamentöse Unterstützung, bei besonderen Erziehungsschwierigkeiten ermittelt und für den einzelnen Minderjährigen erprobt werden« konnten.[11] Im weiteren Verlauf des Textes wird noch genauer darauf einzugehen sein, wie die Beobachtungszeit in den Aufnahmegruppen der Rheinischen Landesjugendheime des Landschaftsverbandes Rheinland in der Praxis aussah.

Festzuhalten bleibt an dieser Stelle, dass die »Praxis der vorläufigen Fürsorgeerziehungsurteile« der Vormundschaftsgerichte und der direkten Zuweisungen in die Landesjugendheime damit einer Tendenz den Boden bereitete, dass die Jugendlichen mehrheitlich nur aufgrund der Gutachten der örtlichen Fürsorgestellen sowie der Stellungnahmen der Jugendämter in die Fürsorgerziehungsheime eingewiesen wurden.[12] Diese Vorgehensweise griff – in Anbetracht der schwerwiegenden Folgen möglicher Fehleinschätzungen für den einzelnen Jugendlichen in ihrem Hilfeprozess – wesentlich zu kurz. Aufgrund fehlender Beobachtungsheime für diese älteren, schulentlassenen männlichen Jugendlichen kam das Landesjugendamt seinen eigens formulierten pädagogischen Standards in der Fürsorgeerziehung nicht nach, auch wenn die Landesjugendheime durch Beobachtung in einer Aufnahmegruppe diesen Rechtsanspruch formalrechtlich einlösten. Die geforderte inter-

9 So konnte es sein, dass man Jugendliche aufgrund häuslicher Hintergründe (Gewalt, Misshandlungen) bewusst in ein vom Wohnort der Eltern weiter entferntes Heim einwies.

10 Schulz argumentierte dagegen in einem Artikel zu Arten und Formen der Heime, dass »die Beobachtung zur Feststellung der Erziehungsfähigkeit […] nicht Aufgabe der Erziehungsheime [sei], sondern Spezialeinrichtungen obliegen würde«, vgl. Trost 1966, S. 281.

11 Jans/Beurmann 1963, S. 62.

12 Diese Vorgehensweise wurde auch von Wenzel in seiner Untersuchung von drei im Zuständigkeitsbereich eines LJA liegenden Heimen für schulentlassene Jungen bestätigt, wenn er aufzeigt, dass nur in zwei Prozent aller Fälle dem Beschluss der vorläufigen FE Maßnahmen nach § 66 JWG angeschlossen wurden. Die Tatsache ist umso bedeutender, so Wenzel, »als auch in den Heimen selbst zuwenig Jungen einer psychiatrischen und psychologischen Untersuchung zugeführt werden. Untersuchungen durch Sachverständige bleiben damit auf allzu wenige, vordringlich erscheinende Fälle beschränkt […]«,Wenzel 1970, S. 71.

disziplinäre Zusammenarbeit von »Ärzten, Psychologen und natürlich besonders fähigen Pädagogen«[13] war in den heimeigenen Aufnahmegruppen nur bedingt gegeben.[14]

1.2 Zuständigkeiten und Heimeinweisungen in der unmittelbaren Nachkriegszeit

Die zum Ende des Krieges zwischenzeitlich aufgeteilte Fürsorgeerziehungsbehörde des Provinzialverbandes wurde für die Zeit nach 1945 zunächst in das Arbeits- und Sozialministerium in Düsseldorf eingegliedert. Hinzu kam die bereits an anderer Stelle dargestellte außergewöhnliche Situation, dass neben der Fürsorgeerziehungsbehörde auch die Militärgerichte verurteilte kriminelle Jugendliche per Gerichtsbeschluss in die bestehenden und sich im Wiederaufbau befindenden Erziehungsanstalten im Gebiet des bisherigen Provinzialverbandes einwiesen. So mussten die Jugendämter in den rheinischen Großstädten immer wieder Jugendliche in Erziehungsheimen unterbringen, wie aus einem Schreiben des Oberpräsidenten der Nord-Rheinprovinz vom 16.8.1945 hervor geht. Die vom Militärgericht in Düsseldorf zu bis zu zwei Jahren Fürsorgeerziehung verurteilten Jugendlichen mussten nun in die Erziehungsheime nach Fichtenhain und in den Halfeshof nach Solingen gebracht werden. Ohne genauere Kenntnisse über die einzelnen Jungen und oftmals ohne schriftliche Unterlagen über die jeweiligen Straftaten wurden sie auf Anordnung des Oberpräsidenten nach konfessioneller Zugehörigkeit und zu gleichen Teilen auf die beiden Heime verteilt.[15] Dieses Vorgehen widersprach dem deutschen Jugendstrafrecht sowie den Regelungen der Fürsorgeerziehung, da die Urteile der deutschen Jugendgerichte nur dann in eine Fürsorgeerziehungsmaßnahme mündeten, wenn die strafbaren Handlungen ein Anzeichen von Verwahrlosung waren und nicht eine Bestrafung, sondern eine Erziehung notwendig schien. Zum anderen, so der Oberpräsident in einem Schreiben an die Militärregierung in Düsseldorf, wäre er dankbar, »wenn seitens der Militärregierung geprüft werden könnte, ob in Anlehnung an die Regelungen der Fürsorgeerziehung im deutschen Recht diese Fristbestimmung zu vermeiden wäre«.[16] So erläuterte er im Verlauf des Schreibens die besonderen Regelungen der Fürsorgeerziehung, insbesondere die zeitliche Nicht-Befristung einer Erziehungsmaßnahme, die Pflicht der Beendigung bei Erreichung des Erziehungsziels sowie die weitere Betreuung in einer Lehrstelle, Arbeitsstelle oder bei der beaufsichtigten Rückkehr in die eigene Familie. Abschließend verwies er noch auf den Umstand, dass die Jugendgefängnisstrafe notwendig sei, »um aus der Fürsorgeerziehung

13 Ebd., S. 62.

14 In einem dokumentierten Fall kam es gerade bedingt durch die Situation der Aufnahme in das Heim zu einem nachgewiesenen Missbrauchsfall im RLJH Haus Fichtenhain, siehe dazu Kap. II.1.

15 Oberpräsident der Rheinprovinz (16.8.1945), in: ALVR 13919, Bl. 16.

16 Oberpräsident der Rheinprovinz (13.9.1945) an die Militärregierung der Nord-Rheinprovinz, betr.: Maßnahmen gegen straffällige Jugendliche, insbesondere FE, in: ebd., Bl. 21.

solche Jugendlichen fern zu halten, die mit dieser Maßnahme nicht zu fördern sind«.[17] In einem weiteren Schreiben vom 18.9.1945 an die Militärregierung deutete man auf den Umstand hin, dass gerade die beiden Erziehungsheime in Fichtenhain und in Solingen aufgrund ihrer Kriegszerstörungen und ihrer anderweitigen Inanspruchnahme – hier insbesondere in Solingen, wo nach Abzug der amerikanischen Truppen sowjetische Zwangsarbeiter untergebracht waren[18] – »erhebliche Aufbauschwierigkeiten zu überwinden haben und hierdurch die erforderliche Überwachung der Jugendlichen noch nicht hinreichend gesichert ist. […] Fluchtverdächtige Minderjährige können daher z. Z. nicht in diesen Heimen sondern nur in einem Jugendgefängnis […] ausbruchssicher untergebracht werden.«[19] Mit diesem Schreiben sollte einerseits auf die tatsächlichen Entweichungen hingewiesen werden, aber in erster Linie wollte man noch einmal auf die unterschiedliche Handhabung im deutschen Jugendrecht aufmerksam machen, denn die zusätzlichen Belegungen blockierten die Heimplätze für die Fürsorgezöglinge in einer Phase äußerst begrenzter Kapazitäten.

Die Erfahrungsberichte der Heimleitungen bestätigten die Entweichungen und räumten, wie der kommissarische Leiter des Erziehungsheims Halfeshof, Püschel, ein, dass die von den Militärgerichten verurteilten Jungen »gleicherweise behandelt werden wie Fürsorgezöglinge und nicht wie Gefangene. Dementsprechend werden sie auch im Freien beschäftigt und haben günstige Gelegenheiten zum Entweichen.« Drei Monate später, Ende Dezember 1945, berichtete Püschel aber auch, dass viele der zu einer Gefängnisstrafe verurteilten Jungen »die Strafzeit im Erziehungsheim als Wohltat empfinden, während die meisten Fürsorgezöglinge verdrossen, missmutig, unzugänglich, einsichtslos, gedrückt und widerwillig die Heimzeit verbringen«. Er erklärte diesen Umstand damit, »daß die Fürsorgezöglinge, im Gegensatz zu den nur befristet im Heim lebenden Jungen, sich die Entlassung verdienen müssten und somit immer vom Urteil des Erziehers abhängig« seien und das »als ständigen Druck« empfänden.[20] Auch Fichtenhain bestätigte diesen Umgang mit den vom Militärgericht verurteilten Jugendlichen und ihre Behandlung nach deutschem

17 Oberpräsident der Rheinprovinz (18.9.1945) an die Militärregierung für den Regierungs-Bezirk Düsseldorf, betr.: Übernahme von strafgerichtlich verurteilten Jugendlichen in FE, in: ebd., Bl. 25.

18 Siehe zur Geschichte des RLJH Halfeshof, Solingen Kap. II.2.

19 Oberpräsident der Rheinprovinz (18.9.1945) an die Militärregierung für den Regierungs-Bezirk Düsseldorf, betr. Übernahme von strafgerichtlich verurteilten Jugendlichen in FE, in: ALVR 13919, Bl. 25.

20 Direktor des Provinzial-Erziehungsheims Solingen (29.12.1945) an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz, betr. der Durchführung der FE bei Einweisung durch die Militärgerichte, in: ebd., Bl. 37. Diese »treffliche Charakterisierung« möglicher Gemütszustände und Haltungen der Fürsorgeerziehungszöglinge macht, wenn auch wohl unbeabsichtigt, die Besonderheit der FE deutlich: Die Jugendlichen befanden sich in einem erkennbaren Abhängigkeitsverhältnis, dessen Regeln sie nicht beeinflussen konnten. In den Interviews zum Forschungsprojekt wird an verschiedenen Stellen immer wieder diese Abhängigkeit und Ohnmacht geschildert, deren »Spielregeln« die meisten Jugendlichen im Laufe des Heimaufenthaltes erlernten und befolgten. Anders als bei der jedem Erziehungsverhältnis innewohnenden Abhängigkeit lag hier eine systematische Abhängigkeit vor, die stark durch ein erwartetes wohlfeiles Verhalten der Jugendlichen seitens der Heime geprägt war.

Recht sowie das Fehlen nötiger Papiere.[21] Doch um den in den letzten Monaten des Jahres 1945 ständig vorkommenden Entweichungen überhaupt etwas entgegen setzen zu können, ermahnte der Oberpräsident die Erziehungsheime, »dass bei solchen Einlieferungen die Jugendlichen besonders auf die Folgen einer Entweichung aufmerksam gemacht werden müssen […]. Es ist selbstverständlich, dass die durch Militärgerichtsurteil festgelegte Dauer der Heimunterbringung, die durch eine Entweichung unterbrochen wird, nachgeholt werden muss. Hierbei ist zur Vermeidung weiterer Entweichungen eine möglichst geschlossenere Form der Unterbringung nach Wiedereinlieferung vorzusehen.«[22]

Es waren zwei Aspekte, die die Arbeit der Fürsorgebehörde wie auch die der Direktoren der beiden in den Nachkriegsmonaten wieder eingeschränkt funktionierenden Erziehungsheime in Krefeld (Haus Fichtenhain) und in Solingen (Halfeshof) erschwerten: zum einen der große Platzmangel in den Erziehungsheimen und zum anderen die Überweisungen der Jugendlichen durch Strafurteile, was die in der öffentlichen Meinung vertretene Auffassung von den Erziehungsheimen als Strafanstalten weiter verstärkte. Auch veränderte sich die Atmosphäre in den Heimen, wenn die zur Fürsorgeerziehung Eingewiesenen mit den zur Jugendstrafe Verurteilten in einer Gruppe zusammen lebten und der Zweck des Heimaufenthalts von den Jugendlichen ständig in Frage gestellt wurde. Den Heimen war es unmöglich, all die Jungen in ihre Einrichtungen aufzunehmen, die von den Gerichten verurteilt wurden. Allein in Fichtenhain gab es im August 1947 eine Warteliste »von über 100 Jungen, die schon durch die Gerichte angewiesen und angemeldet sind«, so der neue Direktor Merzbach, der viele der verurteilten Jugendlichen als nicht verwahrlost definierte, da sie oftmals nur wegen Diebstahls zur Versorgung ihrer Familien verurteilt waren und einen großen Schaden erleiden könnten, wenn sie hier im Heim mit den verwahrlosten Jugendlichen zusammen kämen.[23] Auch ein von der Militärregierung erlassener erster Gnadenerlass vom Dezember 1945 konnte die Einweisungssituation für die Heime nicht nachhaltig ändern, da aufgrund dieser Bestimmungen nur die Jugendlichen aus den Heimen entlassen werden durften, deren Urteil vor dem 19.12.1945 gefällt worden war.[24] Erst die Abänderung eines Artikels der britischen Militärregierung zum 1.1.1949 veränderte die Einweisungspraxis der britischen Gerichte dahin gehend, dass sie nun in der Lage waren, Jugendliche bis zu einem Alter von 18 Jahren in eine Erziehungsanstalt einweisen zu kön-

21 Direktor Müller (8.12.1945) an den Oberpräsidenten der Nord-Rheinprovinz, betr. der Durchführung der Fürsorgeerziehung bei Einweisungen durch Militärgerichte, in: ALVR 13919, Bl. 36.

22 Oberpräsident der Nord-Rheinprovinz (10.12.1945) an die Fürsorgeerziehungsheime der Nord-Rheinprovinz, in: ebd., Bl. 126.

23 Direktor des RLJH Fichtenhain an den Oberpräsidenten der Nord-Rheinprovinz (14.8.1947), der dieses Schreiben an das Hauptquartier der Militärregierung in übersetzter Form weiterreichte, in: ebd., Bl. 248.

24 FEB (Vermerk) vom 15.3.1946 in einem Schreiben an die Provinzial-Erziehungsheime in Solingen u. Fichtenhain betr. dem Gnadenerlass der Militärregierung vom 21.12.1945, in: ebd., Bl. 145.

nen. Bisher war ihnen dies nach britischem Gesetz nur bei Jugendlichen bis zu einem Alter von 16 Jahren möglich.[25]

Aber nicht nur die Einweisungen der britischen Militärgerichte ließen die Zöglingszahlen in den Erziehungsheimen im Rheinland schnell wieder anwachsen, auch die deutschen Gerichte wiesen seit Dezember 1945 Jugendliche wieder in die Fürsorgeerziehung ein. Die auf Anordnung der Militärregierung seit Februar 1946 vom Landesjugendamt verfassten »Monatsberichte zur Erziehung« geben einen Eindruck von den strukturellen Entwicklungen in der Jugendfürsorge sowie den monatlichen Verurteilungszahlen und Einweisungen in die Fürsorge. Diese Berichte sollten der Militärregierung unter anderem einen Überblick geben über die Anzahl der geöffneten Erziehungsanstalten und Waisenhäuser, die Anzahl der untergebrachten Kinder: a.) Knaben, b.) Mädchen. Des Weiteren über die Anzahl der vor Gericht gekommenen Jugendlichen: a.) Knaben, b.) Mädchen, die Zahl der abgewiesenen Fälle und die Anzahl der Jugendlichen, die in Anstalten überwiesen wurden.[26] Aus diesen Mitteilungen geht hervor, dass im Januar 1946 laut erstem Bericht[27] in insgesamt 28 Erziehungsanstalten 950 Jungen und 1420 Mädchen aufgenommen waren. Diese Anzahl steigerte sich zum März 1946[28] auf 37 Erziehungsanstalten mit insgesamt 1152 Jungen und 2092 Mädchen; im September 1947[29] gab es 32 Erziehungsanstalten mit insgesamt 1696 Jungen und 2758 Mädchen; im September 1948[30] waren es 33 Erziehungsanstalten mit insgesamt 1868 Jungen und 2893 Mädchen, und im September 1949[31] waren 33 Erziehungsanstalten im Gebiet in Betrieb mit insgesamt 1811 Jungen und 2934 Mädchen.

Deutlich wird eine kontinuierliche Steigerung der aufgenommenen Jungen wie Mädchen, wobei die Anzahl der Mädchen in Erziehungsanstalten jeweils fast um 1000 Personen höher lag. Des Weiteren geht aus den Berichten hervor, dass die Anzahl der vor Gericht gekommenen Jugendlichen sich wie folgt zusammensetzte: Im Januar 1946 waren 211 Knaben und 62 Mädchen vor Gericht gekommen, davon wurden 39 Fälle abgewiesen und 63 in Erziehungsanstalten aufgenommen; im März 1946 waren bereits 654 Jungen und 133 Mädchen vor Gericht gekommen, davon wurden 76 Fälle abgewiesen und 249 in Erziehungsanstalten eingewiesen; im September 1947 befanden sich 899 Jungen und 195 Mädchen vor Gericht, davon wurden 73 abgewiesen und 296 in Erziehungsanstalten aufgenommen; im September 1948 waren 2091 Jungen und 457 Mädchen vor Gericht gekommen, davon wurden 141 Fälle abgewiesen und 287 in Erziehungsanstalten aufge-

25 Land Education Department Land North Rhine Westphalia in Düsseldorf an das Sozialministerium NW (14.1.1949), betr. Ordinance Nr. 72, in: ALVR 13919, Bl. 395.

26 Hauptquartier der Militär-Regierung (18.12.1945) (Übersetzung) an den Oberpräsidenten der Nord-Rheinprovinz betr. monatl. Berichte der Fürsorgebehörde über den Stand der Jugendfürsorge, Hochschulen, Schulen und Lehrerbildungsanstalten, in: ALVR 12955, Bl. 121.

27 Bericht des LJA der Nord-Rheinprovinz zur Verfügung des Herrn Oberpräsidenten vom 22.12.1945 – Klt/400 – zu den Punkten 1, 6a,b,c, 7 und 8 der Anordnung der Militärregierung vom 18.12.1945 (Bericht für Januar 1946), in: ebd., Bl. 134.

28 Bericht für März 1946, in: ebd., Bl. 149.

29 Bericht für September 1947, in: ebd., Bl. 234.

30 Bericht für September 1948, ebd., Bl. 281.

31 Bericht für September 1949, in: ebd., Bl. 293.

nommen, und im September 1949 waren 1978 Jungen und 412 Mädchen vor Gericht, davon wurden 108 Fälle abgewiesen und 471 in Erziehungsanstalten eingewiesen. Bemerkenswert ist der enorme Anstieg an Jugendgerichtsfällen für den aufgeführten Zeitraum, die weitaus höhere Anzahl der vor Gericht gestandenen Jungen und die erkennbare Steigerung der Heimeinweisungen als Urteil. Interessanterweise ist innerhalb dieser Zeitspanne ab März 1946 bis September 1949 nur eine neue Erziehungsanstalt hinzugekommen. Das bedeutet, dass in diesem Zeitraum die bestehenden Heime so weit instand gesetzt wurden, dass der stetige Anstieg eingewiesener Jugendlicher Platz fand. Somit waren im September 1949 nach diesen Berichten insgesamt 4745 Mädchen und Jungen in Erziehungsheimen im nordrheinischen Gebiet des Provinzialverbandes untergebracht.

Trotz der Vielzahl von Einweisungen bestanden weiter praktische Probleme, um beispielsweise alle verurteilten Jugendlichen schnellstmöglich in Vorasylen oder Kinderheimen unterzubringen. So wird im Bericht für März 1946 bemerkt, dass aufgrund der fehlenden Gebäude und Räumlichkeiten Jugendliche »übermäßig lange in Haft gehalten werden und im Gefängnis verbleiben«.[32] Große Schwierigkeiten bereiteten die Unterbringung männlicher Jugendlicher in Lehr- und Arbeitsstellen sowie das »ziellose Wandern« von Jugendlichen, besonders in der wärmeren Jahreszeit. Das Landesjugendamt organisierte deshalb in Zusammenarbeit mit den Stadtjugendämtern die Kontrolle und Überwachung von Bahnhöfen und anderen Verkehrspunkten. Auch von der Wiederaufnahme der Arbeit des Provinzial-Erziehungsheimes in Euskirchen für schulentlassene schwererziehbare Jungen versprach sich die Fürsorgeerziehungsbehörde etwas Entlastung und mehr Kapazitäten.

Diese außergewöhnlichen Arbeitsverhältnisse für die Fürsorgeerziehungsbehörde normalisierten sich im Verlauf des Jahres 1949 wieder. Die Fürsorgearbeit basierte nun zusehends wieder auf deutschem Jugendrecht, das Landesjugendamt erhielt mehr und mehr seine Handlungskompetenzen zurück, auch wenn es noch bis 1953 als Abteilung innerhalb des Sozialministeriums verankert war. Für die Fürsorgepraxis hieß das, dass die deutschen Vormundschaftsgerichte die Fürsorgeerziehungs-Urteile aussprachen und – wie bereits im Kapitel I.2.3 erläutert – die Einweisungen in die Heime immer häufiger auf einem Antrag auf Freiwillige Erziehungshilfe beruhten. Für den Jugendlichen aber hatte diese rechtliche Differenzierung für den unmittelbaren Einweisungsvorgang meist keine Bedeutung.

32 Bericht für März 1946, in: ebd., Bl. 149.

1.3 Einweisungen – Ein Verwaltungsakt mit Folgen

Im Falle einer Fürsorgeerziehung wurde das rechtskräftige Urteil des Vormundschaftsgerichts sowohl dem Jugendamt als auch dem über 14-jährigen Jugendlichen und dessen Eltern zugestellt,[33] und es war nun Aufgabe der Jugendämter, die Jugendlichen dem Heim zuzuführen.[34] Im Falle der Vereinbarung einer Freiwilligen Erziehungshilfe gaben manchmal die sich überfordert fühlenden Eltern ihre Kinder selbst beim Jugendamt oder in einem Heim ab. Im Normalfall begleitete ein Mitarbeiter des Jugendamtes oder die Fürsorgerin den oder die Minderjährige in das Heim, wobei die Überführung von männlichen Jugendlichen in der Regel von männlichen Mitarbeitern durchgeführt wurde. Dieser an sich recht profane Vorgang bedeutete für fast alle Jugendliche einen gravierenden Einschnitt in ihrem Leben. Oft waren die Einrichtungen weit von dem Wohnort der Eltern entfernt, mancher war bis zu diesem Zeitpunkt noch nie von Zuhause weg gewesen. Fast keiner wusste genau, was ihn erwartete. Auch wenn es seitens des Landesjugendamtes keine offiziellen Bestimmungen oder festen Regeln zum Einweisungsvorgang gab, war man sich dieses ersten Schrittes für die Jugendlichen in die Heimerziehung aber durchaus bewusst. Bereits 1948 auf einer Tagung des Arbeits- und Sozialministeriums in Krefeld ging der damalige Direktor des Provinzial-Fürsorgeerziehungsheims Fichtenhain, Franz Merzbach, in seinem Referat zur »Zusammenarbeit zwischen Vormundschafts- und Jugendrichter, Jugendamt und Erziehungsanstalt zum Wohle der gefährdeten Jugend« auch auf den Aspekt der Einweisung ein und kritisierte, dass die meisten Jugendlichen durch einen Begleiter in das Heim gebracht würden. »Ziel muß jedoch sein, dass der Junge allein kommt. In dem alleinankommenden Jugendlichen ist der Anfang aller Erziehung, die Bereitschaft zur Selbsterziehung schon gesetzt und damit die Hauptschwierigkeit der Fürsorgeerziehung überwunden. Es muß also das Anliegen der Jugendämter sein, die Jugendlichen in diesem Sinne zu beeinflussen. Ein Alleinreisen der Mädchen scheint bei der ersten Einweisung allerdings kaum durchführbar.«[35]

Dieses hehre Ziel blieb, und das bestätigen die Einzelfallakten wie die Ausführungen der Interviewten, in der Praxis unerreicht. Die Eintragungen in den Erziehungslisten bestätigen, dass die Jugendlichen in der Regel mit einem Begleiter des Jugendamtes in die Heime kamen. Dieses Vorgehen entsprach dann doch mehr der Praxis, die der Provinzialausschuss der Rheinprovinz bereits im § 10 seiner Geschäftsanweisung für die Fürsorgeerziehungsbehörde von 1925 und 1928 formuliert hatte, wo es hieß: »Die erste Überführung der Zöglinge

33 Gegen die Anordnung konnten sowohl die Antragsberechtigten als auch der über 14-jährige Minderjährige Beschwerde einlegen (§ 65 Abs. 3–4 JWG).

34 Auch Einweisungen, die durch Antrag auf FEH eingeleitet wurden, vollzogen sich meist sehr ähnlich. Es gab auch Eltern, die ihre Kinder selber in die Heime brachten. Dies war aber nicht der Normalfall. Meist wurden die Heimeinweisungen auch dieser Jugendlichen von einem Mitarbeiter des Jugendamtes oder von einer Fürsorgerin durchgeführt.

35 Bericht über die Tagung: Zusammenarbeit zwischen Vormundschafts- und Jugendrichter, Jugendamt und Erziehungsanstalt am 24.8.1948 im Provinzial-Erziehungsheim Fichtenhain bei Krefeld, in: HStAD NW 41, Nr. 7, Bl. 135–139.

aus der eigenen Familie in die vom Landeshauptmann bezeichnete Familie oder Anstalt bewirkt das Jugendamt […] durch zuverlässige Begleiter […].«[36] Auch aus Sicht der Praxis war man sich dieses besonderen Vorgangs bewusst, auch wenn man ihn wesentlich skeptischer bzw. pragmatischer beurteilte als Direktor Merzbach. »Zunächst sollte versucht werden, die Eltern, einen Elternteil oder den sonstigen Erziehungsberechtigten selbst zur Vornahme der Zuführung zu bewegen. Dies wird nur in wenigen Fällen gelingen. Während die Eltern Jugendlicher, die im Rahmen der Freiwilligen Fürsorgeerziehung untergebracht werden, dieses Ansinnen oftmals aus der Befürchtung heraus, den Kontakt mit dem schwierigen Kind dann ganz zu verlieren, ablehnen, wird eine solche Aufforderung von den Erziehungsberechtigten der Jugendlichen, die durch einen FE-Beschluss in ein Heim eingewiesen werden, meist aus ihrer Antihaltung gegen die angeordnete Erziehungsmaßnahme heraus zurückgewiesen.«[37] Dieses Dilemma macht gewissermaßen einen Grundkonflikt in der damaligen Fürsorgeerziehung deutlich: den Konflikt zwischen der Behörde, die im Sinne des Jugendwohls und gegebenenfalls auf Anordnung des Gerichts eine Erziehungsmaßnahme einleitete und wahrnahm, und den Eltern und Jugendlichen, die diese Entscheidung nicht mittragen wollten, obwohl diese doch im Sinne ihres Kindes getroffen wurde.[38]

Mit der Herausnahme des Jugendlichen aus dem Elternhaus, so Ficht, »beginnt nun die eigentliche Aufgabe des Begleiters«. Denn die größte Befürchtung seitens der Jugendämter war, der Jugendliche könne davonlaufen. Immer wieder versuchten Jugendliche bereits auf dem Weg ins Heim, dem Begleiter zu entweichen. Um dies zu verhindern, gab es so genannte Verhaltensregeln, welche Gesprächsthemen ein Begleiter unbedingt vermeiden sollte bzw. welche Inhalte förderlich waren. So sollten »Versprechungen hinsichtlich der Länge des Heimaufenthaltes oder die Möglichkeit baldiger Aufnahme einer Lehre […] nicht abgegeben werden«.[39] Stattdessen sollte der Jugendliche in ein »Gespräch verwickelt werden« oder es wurde empfohlen, ihm »guten Lesestoff« anzubieten. Diese Ratschläge gingen so weit, dass der Begleiter die ganze Fahrt vorab planen sollte, bis hin zu der Aufforderung an den Jungen, vor Beginn der Fahrt noch einmal zur Toilette zu gehen, da er als Begleitperson ihn auf der versperrten Zugtoilette nicht genügend kontrollieren könnte. Trotzdem sollte man sich bemühen, dem Jugendlichen »nicht unnötig zu Bewusstsein zu bringen, daß er sich auf einer unfreiwilligen Reise befindet«.[40] Liest man die Erinnerungen ehemaliger Heimkinder an die Fahrt in ihre Heime, muten diese Tipps und Ratschläge

36 Vossen 1928, S. 52.
37 Ficht 1962, S. 352.
38 Dieser Grundkonflikt ließ sich in der FE nie gänzlich auflösen und trägt noch heute zur bedingten Ablehnung von Heimerziehung – vor allem auf Grundlage eines Sorgerechtsentzuges – als Hilfe zur Erziehung bei. Diese Form, auch wenn sie aktuell nur in Ausnahmefällen zur Anwendung kommt, gehört zu den umstrittensten Hilfeformen. Geschlossene Plätze innerhalb der Heimerziehung gibt es aktuell ca. 260 in Deutschland – mit steigender Tendenz. Vgl. hierzu W. Schlink/Schattenfroh 2001, S. 73–171.
39 Ficht 1962, S. 351.
40 Ebd., S. 355.

recht hilflos an; anscheinend glaubte man, die Jugendlichen mit einfachen Mitteln von dem tatsächlichen Zweck und Ziel der Fahrt ablenken zu können. Für viele Kinder und Jugendliche war gerade die Einweisung ein schlimmes, für einige auch ein traumatisches Erlebnis. So wie für Herbert Vogel, der sich an seine Einweisung in das Rheinische Landesjugendheim Halfeshof Anfang der 1950er Jahre noch gut erinnern kann: »Furchtbar. Für mich ist eine Welt zusammengebrochen, wie man mir sagte, von der Fürsorgerin aus: ›Da wirst du eingesperrt!‹ Und das hieß für mich: irgendwo in einem Raum, Türe zu, vergessen. Das hieß für mich eingesperrt sein. Das war furchtbar.«[41]

In der alltäglichen Praxis der Jugendämter blieb die Überbringung oder Zustellung der Jugendlichen in ein Heim ein unbedeutender Verwaltungsakt, für viele Mitarbeiter der Jugendämter ein unvermeidlicher, lästiger Aspekt der Heimeinweisung. Doch machte diese »erste Kontaktaufnahme« mit der Fürsorgeerziehung für einige Jugendliche zum ersten Mal sehr deutlich, dass sowohl sie selber als auch ihre Eltern kaum mehr Einfluss auf die kommenden Entwicklungen hatten, denn notfalls konnte das Jugendamt eine verweigerte Einweisung auch unter Hinzuziehung der Polizei, notfalls auch mittels Gewaltanwendung durchführen.[42] Formalrechtlich konnten die Eltern oder die Erziehungsberechtigten zwar gegen das Urteil des Vormundschaftsgerichts Einspruch einlegen, aber die im ersten Urteil verkündete »vorläufige Heimerziehung« hatte Rechtskraft und wurde in der Regel umgehend eingeleitet. Dieser Prozess der Heimeinweisung endete mit der Aufnahme des Jugendlichen in dem ausgesuchten Heim.

41 Interview Herbert Vogel (15.9.2009), S. 13, in: ALVR 49433.

42 Dies war – wenn denn überhaupt – nur im Fall einer vormundschaftsgerichtlich angeordneten FE möglich. Die Juristen waren sich in ihren Auslegungen der vorhandenen Rechtslage uneinig. Einige sahen eine zwangsweise Durchführung nur über eine Anordnung des Vormundschaftsgerichtes gegeben, andere waren mehrheitlich der Auffassung, »daß die FE-Behörde kraft der auf sie übertragenen Elternrechte, insbesondere des Aufenthaltsbestimmungsrechts und im Hinblick auf die Strafbestimmung in § 86 JWG (früher § 76 RJWG), notfalls die Unterbringung eines widerstrebenden Minderjährigen in einer Familie oder in einem FE-Heim mit Gewalt ohne Einschaltung des Vormundschaftsgerichts durchgesetzt werden könne«, so Potrykus 1966, S. 161 f. Diese Meinung wird auch von Claussen unterstützt, der zwar auch auf die besondere Situation der Verknüpfung von Privat- und Verwaltungsrecht hinweist, aber auch konstatiert, »daß die Fürsorgeerziehungsbehörde die rechtliche Möglichkeit zur Zwangserziehung haben muss, denn da, wo der gute Wille des Minderjährigen oder seiner Eltern fehlt, ist die Anwendung unmittelbaren Zwangs der einzige Weg, die Durchführung der Fürsorgeerziehung zu sichern«. Da aber eine »ausdrückliche gesetzliche Bestimmung hierfür fehlt, sieht sich die Literatur vor die undankbare Aufgabe gestellt, eine Rechtsgrundlage für die Zwangsanwendung aus allgemeinen Rechtsgrundsätzen abzuleiten«, Claussen 1954, S. 53. Dies trifft auch auf die Diskussion der Anwendung von Zwang als Straf- und Erziehungsmittel zu. Siehe hierzu mehr in Kap. III.5.

1.4 Aufnahmeverfahren, heiminterne Regelungen und Fürsorgeberichte

»Entscheidend für ein gutes Beginnen der Heimerziehung ist dann die Aufnahme des Jugendlichen.«[43] Für die Minderjährigen in den rheinischen Landesjugendheimen bedeutete dies die Einteilung in eine der Aufnahmegruppen. Alle Heime hatten mindestens eine oder zwei solcher Gruppen, vereinzelt und für eine bestimmte Zeit. So wie in den Rheinischen Landesjugendheimen Halfeshof und Haus Fichtenhain gab es in den Heimen auch spezielle Aufnahmeabteilungen[44] mit mehreren altershomogenen Gruppen. Die offizielle Leitung dieser Aufnahmegruppen hatte in allen Häusern – formal – der Direktor der Einrichtung, die übliche Beobachtungszeit dauerte ca. vier bis sechs Wochen.[45] Sie diente dem Landesjugendamt zur ersten Beobachtung und Einschätzung, wieweit sich die im Urteil des Vormundschaftsgerichts formulierten Verwahrlosungserscheinungen des Jungen in Verhaltensauffälligkeiten, im Umgang mit den Erziehern und den Mitzöglingen, im Arbeitsprozess oder in der Freizeit darstellten. Für die Heime war es die Entscheidungsgrundlage für die Zuweisung in eine ihrer Gruppen. Doch obwohl es gemeinsame und übereinstimmende Verfahrensweisen für diese erste Phase des Heimaufenthalts gab, setzten die einzelnen Heime eigene Akzente und unterschiedliche Schwerpunkte. So nahmen die Jugendlichen im Halfeshof während dieser Zeit – speziell in der Nachkriegszeit – beispielsweise nicht am Schulunterricht teil, hingegen wurden sie direkt in einer gesonderten Gruppe einem der Arbeitsbereiche in der Küche, in der Waschküche, im Schälkeller (Kartoffeln) oder in der »Uthmeier-Kolonne« (Arbeits- und Baukolonne) zugeteilt. Nach Abschluss der Beobachtungszeit wurde ein Erziehungsbericht angefertigt, zu dessen Beurteilung ein Bericht des Gruppenerziehers, des Arztes, des Arbeitserziehers sowie ein Intelligenztest des Lehrers herangezogen wurde.[46] Nach der Beoabachtungszeit schied der Jugendliche aus der Aufnahmeabteilung aus und wurde einer der Erziehungsabteilungen überwiesen.

Im Rheinischen Erziehungsheim Dansweilerhof mussten sich die Jugendlichen ab 1960 einem speziellen Lehrgang unterziehen, der neben Einzelgesprächen auch die Unterweisung zu verschiedenen Themen wie »Sinn und Ziel der Heimerziehung« oder »Selbsterziehung und Sexualfragen« beinhaltete. In einer schriftlichen Zusammenfassung der Besichtigung der Einrichtung unter anderem durch einen Vertreter des Landesjugendamtes 1962 hieß es dazu weiter: »Hervorzuheben ist, daß während dieser Zeit fast alle Gruppenerzieher in der Aufnahmegruppe tätig werden und die Jugendlichen über ihre beruflichen und sonstigen Möglichkeiten im Heim unterrichten. Dadurch entsteht schon frühzeitig die Gelegenheit, Kontakt aufzunehmen; bei dem späteren Übergang in eine Erziehungsgruppe

43 Ficht 1962, S. 356.

44 Aufnahmebogen des RLJH Halfeshof, in: ALVR 18297.

45 Laut JWG sollte diese Beobachtungszeit nach sechs Wochen beendet sein. »Erweist sich diese Zeit als nicht ausreichend, so kann das Vormundschaftsgericht die Unterbringung durch Beschluss verlängern (§ 66, Abs. 2 JWG)«, in: Schmidle/Junge 1967, S. 61.

46 Aufnahmebogen des RLJH Halfeshof, in: ALVR 18297.

werden die Wünsche und Neigungen des Jugendlichen soweit möglich berücksichtigt.«[47] Weiter nahmen die Jungen an einem vierstündigen Unterricht sowie einer vierstündigen Arbeit einschließlich Werken und Basteln teil. Ziel dieser Maßnahmen war es, die Aufnahmevoraussetzung einer Erziehungsbereitschaft bei den Jungen zu erkennen und zu wecken. Das Rheinische Erziehungsheim Dansweilerhof hatte, aufgrund seiner Nähe zur Arbeitsanstalt und seiner besonderen Klientel, im Vergleich zu den übrigen landschaftsverbandseigenen Landesjugendheimen immer eine Sonderstellung inne. Allen Aufnahmegruppen in den Heimen des Landschaftsverbandes gemeinsam war hingegen die Geschlossenheit der Gruppen, und die ehemaligen Heimkinder erinnerten sich alle an die vergitterten Fenster in den Aufnahmegruppen. »Und das war geschlossen, da war ein Gitter vor, das weiß ich, und da konnten sie auch nicht raus, das war immer abgeschlossen«,[48] so die Erinnerung von Herbert Vogel an seine ersten Wochen im Rheinischen Landesjugendheim Halfeshof Anfang der 1950er Jahre. Die grundsätzliche Furcht der Heime vor Entweichungen der Jungen, insbesondere in den ersten Wochen, ließ das Landesjugendamt immer wieder einer Vergitterung der Fenster zustimmen.

Entgegen der Literatur, die an verschiedenen Stellen auf diesen »besonderen Moment im beginnenden Erziehungsprozess« hinwies,[49] lief die unmittelbare Ankunft und Aufnahme des Jugendlichen in der Regel sehr formal ab. Nach der Übergabe der Einweisungspapiere und der Erledigung weiterer Formalitäten musste sich der Junge einer Reihe von verschiedenen Aufnahmeprozeduren unterziehen: Seine Koffer wurden kontrolliert, seine Kleidung der Anreise wurde abgegeben und bis zur Entlassung aufbewahrt. Seine private Kleidung konnte der Junge in der Regel behalten,[50] bekam aber vom Heim gesonderte Arbeitskleidung gestellt. Diese Arbeitskleidung war für alle Jungen im Heim identisch, so dass sie außerhalb der Einrichtung als Heimzöglinge leicht erkennbar waren.[51] Diese Uniformiertheit und das Tragen von Arbeitsbekleidung in der Freizeit kritisierte das Landesjugendamt nach einem Besuch des Rheinischen Landesjugendheimes Halfeshof im Jahre 1957. »Es wurde nochmals eindringlich darauf hingewiesen, daß es notwendig sei, daß die Minderjährigen in der Freizeit und zur Schule nicht ihre Arbeitskleidung, sondern ihre Freizeitkleidung trügen. Die Erörterung ergab, daß dies nicht von allen Gruppen eingehal-

47 Besichtigung des RLJH Dansweilerhof in Freimersdorf am 29.10.1962, in: HStAD NW 648, Nr. 98, Bl. 2.

48 Interview Herbert Vogel (15.9.2009), S. 19, in: ALVR 49433.

49 Vgl. Bäumer 1966, S. 489–492.

50 Auf die Anfrage des LJA vom 10.3.1958, inwieweit das Tragen von Privatkleidung im Heim erlaubt bzw. eingeschränkt sei, antwortete der Direktor des RLJH Fichtenhain am 27.8.1958, dass das Tragen von Privatkleidung in dem hiesigen Heim erlaubt sei, vgl. ALVR 18866, Teil II.

51 Diese Einheitlichkeit der Arbeitskleidung hatte durchaus Auswirkungen. So berichtete ein ehemaliger Junge aus dem RLJH Halfeshof, dass sie auf dem Weg zu ihrer Arbeitsstelle außerhalb des Heimes öfter von der Polizei angehalten und nach dem Ziel gefragt worden seien, da Passanten sie beobachtet und als Heimzöglinge erkannt hatten. »Ja gut, da hatten wir unsere Kleidung, das fiel sofort auf«, vgl. Interview Herbert Vogel (15.9.2009), S. 18, in: ALVR 49433.



Halfeshof Ankunft Zögling 1963

ten wird.«[52] Als sehr unangenehm wurde die obligatorische Kopfreinigung gegen Ungeziefer empfunden, anschließend wurde geduscht und den Jugendlichen wurden – wenn erforderlich – die Haare geschnitten.[53]

Darüber hinaus mussten sich alle Minderjährigen einer ärztlichen Untersuchung unterziehen, deren Ergebnisse meist stichwortartig in die Erziehungsliste eingetragen wurden. Diese reichten von Angaben der Größe, dem Sehvermögen, der Ausprägung seiner Reflexe, dem Zustand der Geschlechts- und der inneren Organe, einer Blutuntersuchung über eine Beschreibung der Schädelform bis zur Bestimmung eines Gesamteindruckes.

52 Auszug aus dem Reisebericht des LJA (Beurmann) vom 8.4.1957 über den Besuch des RLJH Halfeshof am 3.4.1967, in: ALVR 41057.

53 Die Pflicht des Haarschnitts bzw. der Haarschnitt als Strafmittel in der Heimerziehung hatte in der Geschichte der Heimerziehung eine lange Tradition. Noch in der Nachkriegszeit wurde in manchen Heimen im Gebiet des LVR das Kurzscheren der Haare als Bestrafung der Jugendlichen angewandt (siehe dazu Kap. III.5). Aber als kontinuierliches Strafmittel wurde es nach 1945 nicht mehr eingesetzt und war seitens des LJA untersagt.

Weiter wurde sein Intelligenz- und Entwicklungszustand anhand verschiedener Kriterien gemessen: seine Merkfähigkeit (»6 Zeilen, 26 Silben«), seine Fähigkeit zur Unterscheidung erfragt (Unterschied von Geiz und Neid oder von Holz und Glas), er musste ein Bild beschreiben, und es wurden ihm Fragen zu seinem ethischen Empfinden gestellt.[54] Die Erziehungslisten enthielten standardisierte Informationen zu seiner Herkunft (Verhältnisse im Elternhaus), seinem Vorleben (körperliche, geistige und charakterliche Entwicklung), zu eventuellen gerichtlichen Bestrafungen, den ärztlichen Befund bei der Aufnahme sowie die Eintragungen der Beobachtungen im Heim bzw. in der Familie (dies waren alltägliche Eintragungen der Erzieher, der Zwischenbericht oder auch eine abschließende Bewertung des Heimaufenthalts für eine Verlegung oder Beurlaubung nach Hause).

Obwohl die Aufnahme in der Regel einem wiederkehrenden Ritual glich, wurde sie von jedem Jugendlichen selbstverständlich anders empfunden und wahrgenommen. Ein Junge, der zum ersten Mal in ein Heim eingewiesen wurde, empfand die Aufnahmeprozedur oftmals als entwürdigende Maßnahme, hingegen wusste der Junge, der aus einem anderen Heim verlegt wurde, was ihn erwartete. So veranschaulichen die Eintragungen der Erziehungslisten sehr unterschiedliche Reaktionen der Neuankömmlinge. Direktor Wolpers aus dem Rheinischen Landesjugendheim Fichtenhain fasste die Reaktion der Heimaufnahme des Adalbert V. beispielsweise mit folgenden Worten zusammen: »Adalbert V. wurde am 18.2.1965 morgens um 7 Uhr (!) von einem Herrn des Jugendamtes M. in unser Heim gebracht. Der grosse, kräftige, breitschultrige Jugendliche sah sauber und gesund aus. Er hat auffallend rote Haare. Bei der Aufnahme war er sauber und ordentlich gekleidet. Im Erstgespräch verhielt er sich höflich. Er wirkte etwas schockiert, denn die Heimeinweisung hatte ihn überrascht, er war morgens aus dem Bett geholt worden.«[55] Es wurde weiter nicht ausgeführt, weshalb der Jugendliche überrascht war. Es lässt sich hier zwar nur spekulieren, ob er nur wegen des frühen Termins am Morgen überrascht war oder aber, weil man ihm den konkreten Einweisungstermin absichtlich nicht mitgeteilt hatte. Das könnte wiederum daran gelegen haben, dass die Absprache des Termins seitens des Jugendamtes nur mit den Eltern und ganz bewusst ohne den Jungen getroffen wurde, um etwaige Schwierigkeiten mit dem Jugendlichen bei Ablehnung seiner Heimeinweisung zu vermeiden. Auf jeden Fall zeugte es von mangelnder Offenheit gegenüber dem Jugendlichen, der möglicherweise so das Gefühl hatte, »überrumpelt« worden zu sein. Aus den Eintragungen der Einzelfallakten sowie aus einzelnen Schilderungen der Interviewten geht hervor, dass die unmittelbare Aufnahme der Jugendlichen für viele bereits die Basis für den kommenden Heimaufenthalt bedeutete.

So schilderte Harald Steiger seine erste Begegnung am Aufnahmetag mit dem Direktor des Rheinischen Landesjugendheimes Erlenhof dahin gehend, dass die ihm verabreichte Ohrfeige – sozusagen als erste Begegnung mit dem Heim – ihn veranlasste, noch am Aufnahmetag zu entweichen: »H. S.: Ich wurde da abgeliefert, wie ein Stück Vieh. I.: Was heißt

54 Vgl. hierzu die Eintragungen in die Erziehungsliste des Jugendlichen Wolfgang N., in: ALVR 15951.

55 Eintragungen in die Erziehungsliste über die Aufnahme des Jugendlichen Adalbert V. in das RLJH Haus Fichtenhain, in: ALVR 16137.



Erstgespräch Wolpers und Junge 1963

das? Sie kamen sich so vor? H.S.: Nein, es wurden nur die Akten überreicht, ein paar Worte gesprochen, dann musst ich beim Direktor Gollnick hin, da hab ich schon'ne Zigarette im Mund gehabt und da hab ich die erste Ohrfeige gekriegt. Aber die hat sich gut gesessen gehabt. I.: Und dann, wie weiter? H.S.: Und dann, wie weiter? Kommt jetzt der Witz: War ich ein Jahr auf der Flucht. I.: […] also sind Sie da nicht sehr freundlich empfangen worden: Sie sind dann sofort weggelaufen, wenn Sie sagen: ein Jahr auf der Flucht? H.S.: Ja. Ich war eine Stunde nur im Erlenhof. Ich war ein Jahr auf der Flucht. I.: Also Sie sind da eingewiesen worden, in welche Gruppe oder sind Sie dann sofort los? H.S.: Das ging nur … ich […] die Ohrfeige, dann hab ich mir über die Backe gestrichen, da hab ich gesagt: ja, da bin ich schon mal gut aufgehoben hier, so hab ich gesehen, dass er [Direktor Gollnick, d.V.] seine – kann man sagen, Uniform angehabt, seine Stiefel da an, seinen Knüppel an der Seite gehabt und so, ne. Ich denk, ja, kennteste doch irgendwo her. Jo, dann hat der gesagt: ›Dann gehst du von da nach hinten rüber, da wartet einer auf dich und dann kannste deine Klamotten in Empfang nehmen und dann wirste da eingewiesen‹. Da bin ich dann direkt aus dem Tor – weg war ich.«[56]

56 Interview Harald Steiger (14.10.2009), S. 4, in: ALVR 49432. Steiger kam am 12.12.1969 in das RLJH Erlenhof. Der unmittelbare Anlass war eine körperliche Auseinandersetzung mit seinen Vater. Der

Wenn es auch nicht repräsentativ ist, so zeigt dieses Beispiel doch, wie entscheidend eine planvolle Aufnahme war und welche weitreichenden Folgen eine missglückte Aufnahme in einem Heim für einen Jugendlichen haben konnte. Harald Steiger wurde als neunjähriger Junge aufgrund schwierigster Verhältnisse im Elternhaus mit erheblichen Gewalterfahrungen – deren weitere Vermeidung auch wesentlich für die Fürsorgeerziehung war – in das Heim eingewiesen. Die Reaktion des Direktors – mag der Grund auch einer Reaktion bedurft haben –, ihn für sein Fehlverhalten sofort körperlich zu bestrafen, war für einen Jugendlichen mit einem solchen Erfahrungshintergrund die denkbar verkehrteste Erfahrung. Für ihn, so seine rückblickende Erinnerung an diese Szene, war das wie »vom Regen in die Traufe« zu kommen, und seine unmittelbare Reaktion war die Entweichung. Ob die Reaktion des Direktors aufgrund fehlender Informationen über den familiären Hintergrund des Jungen erfolgte oder eben eine übliche Erziehungs- bzw. Strafreaktion auf ein solches Verhalten war, lässt sich an dieser Stelle nicht eindeutig beantworten. Es ist anzunehmen, dass die Ohrfeige dem Jugendlichen sofort klar machen sollte, wer die Regeln bestimmt und wer die Autorität im Heim innehat. Hier wird deutlich, dass es grundsätzlich einen Unterschied machte, ob eine Fürsorgerin oder im Falle einer Verlegung ein Erzieher des bisherigen Heimes die Aufnahme begleitete oder ein Mitarbeiter des Jugendamtes, der den Jugendlichen meist nur aus den Papieren kannte und weniger von den detaillierten Umständen der Einweisung oder den persönlichen Hintergründen des Jugendlichen als Person mitteilen konnte.

Entgegen der vorgesehenen Regel im Aufnahmeverfahren, die Informationen zur sozialen Anamnese, die auf dem Gutachten der Fürsorgestelle und dem Fürsorgeerziehungs-Antrag des Jugendamtes beruhte, unmittelbar am Aufnahmetag oder spätestens am darauffolgenden aufzunehmen, war es in der Praxis mehrheitlich üblich, diese Informationen erst ein bis zwei Monate später, sie mit den bis dahin gesammelten Eindrücken zusammenfassend, nachzutragen.[57] Dieses Vorgehen lässt sich aus den Erziehungslisten der Einzelfallakten rekonstruieren. So wie im Beispiel des 17-jährigen Klaus Peter J., der am 23.12.1964

hatte versucht, seine Mutter zu vergewaltigen. S. kam ihr zu Hilfe und verletzte seinen Vater mit einem Messerstich. Er war zu dem Zeitpunkt neun Jahre alt. Vor seiner Einweisung in den Erlenhof war er schon in zwei Kinderheimen. Bereits am Tag seiner Einweisung entwich S. sofort wieder und kehrte ca. ein Jahr später freiwillig ins RLJH Erlenhof zurück. Er verbrachte diese Zeit mit Schaustellern, zwischendurch auch zu Hause. Sein Vater war währenddessen im Gefängnis. Die Zeit von ca. Dezember 1970 bis zum Ende der FE-Zeit verbrachte S. im Erlenhof, seiner Aussage nach bis zu seinem 21. Lebensjahr. Nach seiner Entlassung war er einige Jahre unterwegs, arbeitete viel an vielen verschiedenen Stellen, reiste herum, »machte Platte« und beging währenddessen kleinere Straftaten. Mit ca. 30 Jahren zog er wieder nach Euskirchen und heiratete. Aufgrund der Nähe zum ehemaligen Heim traf/sah er immer wieder ehemalige Erzieher des Erlenhofs. S. hatte viele Erlebnisse von und Erinnerungen an Gewalttätigkeiten im Erlenhof sowohl von Seiten der Erzieher gegen ihn selber als auch gegen seine Mitbewohner, innerhalb der Gruppe oder gegenüber anderen, vgl. genauer das Interviewtranskript im ALVR.

57 Auch die grundsätzlich am ersten Tag oder zumindest in den unmittelbar darauf folgenden Tagen vorgeschriebene ärztliche Untersuchung fand oftmals erst 14 Tage bis drei Wochen nach der Aufnahme statt.

gemäß § 67 JWG zur vorläufigen Fürsorgeerziehung in das Rheinische Landesjugendheim Halfeshof eingewiesen wurde. Die tatsächliche Einweisung erfolgte dann am 15. März des kommenden Jahres; dem endgültigen Fürsorgeerziehungsurteil wurde, aufgrund eines psychologischen Gutachtens des Heimpsychologen, eine psychiatrische Voruntersuchung zur Feststellung der Erziehungsfähigkeit vorangestellt. »Die vorläufige Fürsorgeerziehung wurde angeordnet, und am 15.3.1965 fand Klaus Peter Aufnahme in unserem Heim. Seine körperliche Entwicklung ist altersgemäß, der Ernährungs- und Kräftezustand ausreichend. Schon beim Anfangsgespräch machte er auf sich aufmerksam, als er nicht sein Geburtsjahr angeben konnte. Die Angaben zu seiner Person und seinem Lebenskreis waren nur lückenhaft. […] In seiner äußeren Erscheinung wirkte er ungepflegt. Die Haare hingen weit ins Gesicht. Der Kopf war voll Ausschlag. Er hatte weder Anstand noch Benehmen und mußte mit den einfachsten Regeln vertraut werden. Beim Essen benahm er sich unanständig, und Hinweise seiner Kameraden beantwortete er mit Frechheit. […] Auch mußte er dazu gebracht werden, sich auch morgens zu waschen. Sein Verhalten führte zu großen Spannungen in der Gruppe. Niemand wollte an seinem Tisch sitzen und etwas mit ihm zu tun haben. Dazu kam noch, daß er fast jede Nacht einnässte. […] Klaus Peter hat äußerst dürftige geistige Anlagen, Gaben und Fähigkeiten.«[58] Ziel war es, die bereits diagnostizierte Erziehungsunfähigkeit durch ein zweites Gutachten zu verifizieren. Doch das Ergebnis des Klinikaufenthaltes widersprach dem Gutachten des Heimpsychologen, und man attestierte dem Jungen die Erziehungsfähigkeit im Heim. Trotzdem aber wurde Klaus Peter J. nach dem sechswöchigen Klinikaufenthalt nicht wieder im Heim aufgenommen, sondern bis zur Beendigung der Fürsorgeerziehungsmaßnahme zu seinem 21. Geburtstag nach Hause beurlaubt.

1.4.1 Berichte, Gutachten und Akten – langlebige und problematische Informationsquellen

»Sozialarbeiter haben ein ambivalentes Verhältnis gegenüber den Anforderungen und Konsequenzen einer bürokratischen Aktenführung. Obwohl sie sich untereinander und über den ›Fall‹ permanent anhand von Akten verständigen, empfinden sie die schriftliche Dokumentation des eigenen Handelns und die ›Verschriftlichung‹ des Klienten als eine lästige und professionsferne Tätigkeit«,[59] so die Autoren in einem Handbuchartikel zur Sozialarbeit/Sozialpädagogik zum Stichwort »Sozialarbeiter und ihre Akten« Mitte der 1980er Jahre. Diese (selbst)kritische Haltung, die die Autoren den Sozialarbeitern unterstellen, war über lange Zeit so nicht zu konstatieren. In bürokratischer Handhabung wurden die Gutachten und die Sozial- und Führungsberichte, die den Weg eines Jugendlichen von seiner ersten Aufnahme als möglichen Fürsorgefall dokumentierten, lange Zeit wenig bzw. gar nicht hinterfragt. Sie wurden »angelegt«, weitergeführt und als »nicht hinterfragte

58 Eintragungen in die Erziehungsliste des Jugendlichen Klaus Peter J. durch den Direktor des RLJH Halfeshof Langmaack (10.5.1965), in: ALVR 16315.

59 Müller/Müller 1987, S. 24 f.

Informationsquelle« von allen am Prozess Beteiligten genutzt. Oft wurden (und werden) sie auch als Basisquelle für den Beginn einer nächsten Akte oder eines neuen Berichtes verwendet, wie vorab anhand der Erziehungslisten in den Heimen aufgezeigt. Diese Gefahr erkannte auch das Landesjugendamt, das in einem Schreiben vom 27.8.1958 auf die Probleme hinwies, die dadurch entstanden, dass »zu oft Stellungnahmen, Formulierungen und Wertungen – auch über häusliche Verhältnisse und die Eltern – anderer Institutionen in die Erziehungslisten aufgenommen werden, die dann wiederum von den Vormundschaftsgerichten wörtlich unter Angabe der Quelle in den Beschluß auf Anordnung der endgültigen Fürsorgeerziehung aufgenommen werden.«[60] Doch die in der Praxis oftmals komplizierte Zusammenarbeit der verschiedenen, nicht selten miteinander konkurrierenden Fachdisziplinen in der Aufnahmephase ließ bisweilen Kritik entstehen. So entstand mit der allmählichen Etablierung des Sozialarbeiters mit Hochschulstudium in den Heimen eine »disziplinäre Konkurrenzsituation« mit den bereits etablierten Psychologen in den Erziehungsheimen, die sich unter anderem in einer distanzierten Haltung gegenüber den professionellen Einschätzungen der psychologisch-psychiatrisch-medizinischen Sichtweisen seitens der Sozialarbeiter äußerte.

Unterstützt sah man sich durch die amerikanischen Forschungen zu Devianz und abweichendem Verhalten, die, im Zuge gesellschaftlicher Emanzipationsprozesse und einer beginnenden Institutionskritik Ende der 1960er Jahre, auch in den Lehrplänen deutscher Hochschulen Einzug hielten und nun vermehrt in der (sozialen) Praxis beforscht wurden. Es mehrten sich die kritischen Stimmen, die in den Berichten und Akten weniger den Informationsgehalt denn die Gefahr sahen, die Jugendlichen durch die subjektiven Wertäußerungen zu schädigen. Eingebettet war diese Haltung in eine sich allgemein verändernde Sichtweise und Einschätzung der Bewertung eines gesellschaftlich konformen respektive abweichenden Verhaltens sowie der Stellung der verantwortlichen Institutionen. Diese auf dem Ansatz des »labeling approach« (»Stigmatisierungstheorie«) basierende Annahme einer durch die Instanzen sozialer Kontrolle (hier unter anderem Jugendamt, Fürsorgerinnen, Heime) erfolgenden negativen Zuschreibung abweichenden Verhaltens einer Randgruppe (Heimkinder), die sich am Ende von einer Fremd- zur Selbstzuschreibung entwickelt, soll hier lediglich die »Reaktionskette von Verhalten und Handeln« beschreiben, denen die Jugendlichen vom ersten Kontakt bis zur Beendigung ihrer Heimerziehung ausgesetzt waren. Die gesichteten Einzelfallakten bestätigen in einem hohen Maße diese Auffassung einer »Dokumentationskultur« von Akten und Erziehungslisten verkürzender, wertender und subjektiv gehaltener Aussagen. Die Heime verwerteten in erster Linie Informationen, die sie nicht selber gesammelt hatten. Im Gegenteil verließen sich viele Heime – gerade bei Ersteinweisungen – im Wesentlichen auf die Fürsorgeberichte des antragstellenden Jugendamtes und die Sozialberichte der Fürsorgerinnen. Diese oftmals unzureichenden, einseitig gefärbten Schilderungen der finanziellen, räumlichen, gesundheitlichen und ökonomischen Begebenheiten der Familie des Jugendlichen, dessen

60 Beurmann (27.8.1958) an die Rhein. Landesjugendheime zur Abfassung des Schlussberichts nach der Beobachtungszeit, in: ALVR 18866, Teil II.

schulischer Leistungen und Schwierigkeiten, der Probleme in der Arbeits- oder Lehrstelle, seines Freizeitverhaltens sowie seiner charakterlichen Merkmale fokussierten sich in der Regel auf die Darstellung des Mangels, der Fehlleistungen und der Probleme. »So notwendig der schriftliche Bericht ist, so sehr hüte man sich aber andererseits vor seiner Übertreibung, weil er immer davon abhängig ist, was jene für Wahrnehmungstypen sind, die ihn geschrieben oder durch ihre Auskunft in der vorliegenden Form ermöglicht haben.«[61] Dass sich das Landesjugendamt der möglichen (Aus)Wirkung stigmatisierender Berichte und Aktenführung bewußt war, wird an folgendem Beispiel deutlich. Beurmann wies in einem Schreiben an die Direktoren der Rheinischen Landesjugendheime vom 20.8.1958 darauf hin, dass »in Zukunft die Bezeichnungen ›Zögling‹, ›Fürsorgeerziehung‹, ›Transporteur‹ und ›Transportkosten‹ nicht mehr verwendet werden und an Stelle dessen nun die Bezeichnungen ›Minderjähriger‹, ›Schützling‹, ›Begleiter‹ und ›Überführungskosten‹ zu verwenden« seien.[62]

Vor allem durch die Heimverlegungen bekamen die Berichte eine grundlegende Bedeutung, denn die Erziehungslisten aus dem früheren Heim wurden im neuen kontinuierlich weitergeführt. Das hieß für jeden Jugendlichen, dass alle Eintragungen immer wieder von Neuem den ersten Eindruck der neuen Erzieher bestimmten. Man las die Eintragungen gewissermaßen als eine Art »Erziehungsheimbiographie« des Jugendlichen. Neben den biografischen Angaben enthielten sie kurze Eintragungen zu alltäglichen Geschehnissen sowie zu seiner Entwicklung im Heim. Doch waren diese Angaben meist sehr wertend und ungenau und verglichen die Verhaltensweisen und den Entwicklungsstand mit einem undefinierten Normalzustand. Diese Eintragungen wurden von den betreuenden Erziehern notiert und abschließend vom Direktor gegengezeichnet. Aussagen wie »auf der Gruppe ist er linkisch und ungeschickt oder körperlich über sein Alter hinaus entwickelt, geistig unter dem Durchschnitt oder es zeichnet sich aber ab, daß es sich bei dem Jungen um einen stimmungslabilen und zur Oberflächlichkeit und Gedankenlosigkeit neigenden Jugendlichen« handele,[63] geben keine wirklichen Informationen wieder. Dafür implizieren die Eintragungen meist die Annahme der Lüge seitens des Jugendlichen, wenn es beispielsweise in den Eintragungen der nachbetreuenden Fürsorgestelle heißt, »G. arbeitet angeblich seit 4 Wochen in seiner Firma […]«.[64] Hier wird eher die mögliche Unwahrheit der Aussage dokumentiert, statt sie zuvor zu überprüfen.

»Die erste Bewertung stammt gewöhnlich von einer Fürsorgerin. Sie beurteilt den Charakter des Kindes, seine Verhaltensweisen, seine Umgebung. Sie notiert die Klagen der Eltern und die Familienverhältnisse. Auf ihre Empfehlung hin entscheidet der Sachbear-

61 Falke 1959, S. 74 f.

62 Beurmann (20.8.1958) an die Direktoren der Rhein. Landesjugendheime, in: ALVR 18866, Teil II.

63 Beispiele aus einer Einzelfallakte eines Jugendlichen, der Mitte der 1960er Jahre im RLJH Halfeshof untergebracht war, vgl. ALVR 16358.

64 Ebd., Eintragungen der nachbetreuenden Fürsorgestelle des Diakonischen Werkes, als der Jugendliche nach seinem Heimaufenthalt und während seiner Beschäftigung wieder im elterlichen Haushalt wohnte. Währenddessen betreute ihn eine Fürsorgestelle vor Ort. Er war aber weiterhin in Heimerziehung.

beiter im Jugendamt – und zwar fast immer in ihrem Sinne – über das weitere Vorgehen. Hat das Kind bereits vorher eine Erziehungsberatungsstelle besucht, wird von dieser auf Anfrage ein psychologisches Gutachten über das Kind dem Jugendamt zugeschickt. Die Beurteilung der Fürsorgerin und – soweit vorhanden – der Psychologen tauchen in der Fortschreibung der Akten immer wieder in dem Schriftverkehr auf, den das Amt etwa mit übergeordneten Stellen oder Heimen unterhält. Angereichert werden diese Beurteilungen häufig noch durch solche von Polizeibeamten, Lehrern, Hortleitern, Nervenärzten und manchmal Nachbarn oder Verwandten. Auch der Heimleiter wird, bei Einweisung des Kindes, über diese Beurteilungen informiert. In den von ihm verfaßten Führungsberichten ans Amt reichert er die alten Beurteilungen mit neuen Einschätzungen an.«[65]

Die Fürsorgeberichte ließen eine »Entwicklungskette« der Defizite entstehen, die zur juristischen Verwendung letztlich alle auf einer Diagnose der mehrstufigen Verwahrlosung gründeten. »Von ihren Stärken und ihren Fähigkeiten ist an keiner Stelle die Rede«, so Hering über die »Macht der Diagnosen und die Geduld der Opfer«.[66] Sie verweist zu Recht auf die stigmatisierenden Zuschreibungen und Kategorisierungen, die sowohl für die Mädchen als auch für die Jungen galten. Kuhlmann sieht keinen gravierenden Unterschied in den Zuschreibungen der 1950er und 1960er Jahre von denen, »die im Nationalsozialismus bereits üblich gewesen waren«.[67] Sie waren eingebettet und legitimiert im Zeitgeist der 1950er bis Ende der 1960er Jahre und entsprachen den »Standards bürgerlicher Lebensführung«[68]; »man« sprach zwar einerseits von besonderen Lebensumständen der Jugendlichen als »Kriegskindern«, von einer elternlosen und von den Kriegsgeschehnissen belasteten und traumatisierten Jugendgeneration, bewertete andererseits aber diese Umstände in der Tradition bisheriger Diagnostik als individuelle Verwahrlosungsmerkmale im Sinne einer psychiatrischen oder psychopathologischen Ursächlichkeit. Doch wie lässt sich diese Legitimierung seitens breiter gesellschaftlicher Schichten erklären? Wie war die Jugendfürsorge als »jene Institution, die sich mit den Fällen nicht ›normal‹ verlaufender Sozialisation beschäftigte«,[69] eingebunden in die Allianz jugendschützender und sozialpädagogisch arbeitender Institutionen?

Die Analyse der Diagnosen und Beschreibungen der Sozial- und Fürsorgeberichte, die sich in der Regel in der Urteilsbegründung der Vormundschaftsgerichte für eine Fürsorgeerziehungsmaßnahme sinngemäß bis wörtlich wiederfanden, lässt die Intention der Verwahrlosungsbegründung deutlich werden. Es waren in erster Linie Beschreibungen eines negativen Bildes bürgerlichen Lebens, das sich in typisch »verwahrlosten Verhaltensweisen« wie Aussätzigkeit, Bequemlichkeit, Gleichgültigkeit, Geschwätzigkeit, Rumtreiberei, Unordentlichkeit, Arbeitsbummelei oder Unehrlichkeit ausdrückte. Alle diese Verwahrlosungsmerkmale gründeten sich auf einer individuellen Verhaltensdisposition, die man in einer Antriebsschwäche, einer Triebhaftigkeit und in charakterlichen Fehlentwicklungen,

65 Schumann 1975, S. 33–56.
66 Hering 2006, S. 12 f.
67 Kuhlmann 2008, S. 23. Sie verweist hier zusätzlich auf Lützke 2002.
68 Ubbelohde 2002, S. 412.
69 Ebd., S. 403.

die man beispielsweise in mangelnder Energie, fehlender Strebsamkeit, Versagen in der Schule und am Arbeitsplatz, einem generell geringen Realitätsbewusstsein bis hin zur Realitätsunangepasstheit, sexueller Umtriebigkeit – bei Mädchen bis zur Prostitution – bis hin zur Kriminalität, zu erkennen glaubte. »Fürsorgeberichte liefern eine mehrschichtige Realitätskonstruktion«, doch, so Steinacker weiter, »obwohl sie mit dem Anspruch auftreten, in ihrer Darstellung eine objektive Wirklichkeit zu beschreiben, erlauben sie detaillierte Erkenntnisse über die ihnen zugrunde liegenden gesellschaftlichen Ordnungsvorstellungen und lassen mehr Aufschlüsse über die moralischen Vorstellungen ihrer Verfasser zu als über die in ihnen beschriebene Realität.«[70] Dass dies auch bei den Akten der rheinischen Zöglinge im Allgemeinen nicht anders war, wurde auch von Hans Thomae in seiner Studie über Minderjährige in der Öffentlichen Erziehung bestätigt.[71]

1.4.2 Exkurs: Die Verwahrlosungs- und Normalitätsdebatte

Alle durch Vormundschaftsgerichte verhängten Fürsorgeerziehungsmaßnahmen (§ 64 JWG) beruhten auf der Diagnose der Verwahrlosung, die sich aus einer erzieherischen Fehlleistung seitens der Erziehungsberechtigten (Verhältnisse) und dem daraus resultierenden abweichenden Verhalten des Jugendlichen zusammensetzte. »Die heimliche Meßlatte der Beurteilung war eine Vorstellung vom ›normalen‹ Kind/Jugendlichen und von ›normalen Verhältnissen des Aufwachsens‹. Fast in jeder Entscheidung spielen beide Normalitäten eine Rolle, allerdings mit unterschiedlicher Gewichtung: Einmal liegt die Betonung mehr bei den Verhältnissen (überwiegend der Familie beziehungsweise den Eltern oder Elternteilen), ein andermal liegt sie mehr beim Verhalten beziehungsweise den Eigenschaften des Kindes/Jugendlichen.«[72] Die seit seiner Einführung kontinuierlich anhaltenden Debatten um den Verwahrlosungsbegriff und die kontroversen Ansichten über die Auswirkungen dieses rechtlich unbestimmten Begriffes sind in Kürze kaum zu rekapitulieren und darzustellen. Verschiedenste Fachrichtungen wie die der Juristen, Sozialwissenschaftler, Erziehungswissenschaftler, Psychologen und Psychiater versuchten jeweils aus ihrer Perspektive den Begriff zu definieren, zu klassifizieren (äußere, körperliche, geistige und sittliche Verwahrlosung) und zu operationalisieren, um ihn für die Praxis tauglich zu machen. Ebenso beständig kritisierten die Betroffenen bzw. ihre politischen oder verbandlichen Vertreter diese vorrangig nach mittelschichtorientierten Norm- und Wertmaßstäben formulierten Vorgaben für ein gesellschaftlich akzeptiertes Verhalten. Entsprach die Lebensweise einer Familie oder das Verhalten eines Jugendlichen nicht diesen Erwartungen, so erkannte das Gesetz eine bestehende oder zu erwartende Gefahr einer Verwahrlosung. Diese sollte/musste unter bestimmten Voraussetzungen mit einer Erziehung in einem Heim korrigiert werden. Entscheidend waren die definitorischen Merkmale einer Verwahrlosungs-

70 Steinacker 2007, S. 292; vgl. hierzu Müller/Müller 1987, S. 26 f.; Aich 1973.
71 Vgl. dazu Kap. I.2.6.3.
72 Kappeler 2009, S. 6.

erscheinung. In der gesellschaftlichen Realität waren in überwiegender Weise Menschen betroffen, die aufgrund akuter ökonomischer Krisen (Arbeitslosigkeit), familiärer Probleme (Scheidung, Krankheit) oder schichtenspezifischer Benachteiligungen (Bildung, Einkommen) die normativen Erwartungen der Mehrheitsgesellschaft nicht erfüllen konnten (oder wollten). Dieses »verbindliche normative Leitbild« hatte Muchow bereits 1954 in einem Beitrag zur Auslegung der Lebenswirklichkeit von Verwahrlosung in Frage gestellt und kritisiert, dass die äußere Verwahrlosung davon abhänge, »welcher Berufsgruppe, welcher Schicht, welcher Altersklasse, ja welchem Geschlecht der Betreffende angehört und wie das Leitbild der jeweiligen Gruppe in Bezug auf die äußere Erscheinung aussieht«.[73] In Dorschs Wörterbuch der Psychologie erklärte man Verwahrlosung ab Anfang der 1950er Jahre »als einen Zustand charakterlichen Zerfalls, besonders auf dem Gebiet des sozialen und ethischen Verhaltens«.[74] Mitte der 1960er Jahre definierte Hehlmann im Wörterbuch der Pädagogik Verwahrlosung als »charakterlichen Verfallszustand, der häufig an Asozialität grenzt, die Lebensform von Menschen außerhalb des geordneten Gemeinschaftslebens. […] Im kindlichen Alter beginnt die Verwahrlosung meist mit Schuleschwänzen oder Fortlaufen von der Familie, im Reifealter und später oft sofort mit Eigentumsvergehen, Bandenbildung, Prostitution.«[75] Es gab aber auch schon früh Autoren wie Aichhorn, der bereits 1925 warnte, »soziale, moralische oder ethische Werturteile helfen uns ebenso wenig wie die Parteinahme für Eltern und Gesellschaft«.[76] Für Steinvorth reduzierten diese Definitionsversuche das Verwahrlosungsproblem aber auf ein »Problem von Norm, Abweichung und sozialer Kontrolle; sie verkürzen es damit um seine psychologische und psychopathologische Dimension und nehmen es als individuelle Störung nicht ernst«.[77] In Anbetracht der in der Heimerziehungspraxis der rheinischen Landesjugendheime des Landschaftsverbandes Rheinland vorrangigen Erziehungsmittel, die in der fraglichen Zeit deutlich an gruppenpädagogischen Konzepten und weniger individualpädagogisch orientiert waren, muss man die Effektivität unter diesem Gesichtspunkt ebenso in Frage stellen wie die in der Praxis häufig reduzierte Erziehungsarbeit auf ein oftmals simples System von Belohnung und Strafe.

Im Zuge der Ausdifferenzierungen der Angebote und Leistungen in der Kinder- und Jugendhilfe, einer zunehmenden Professionalisierung der (Aus)Bildungsgänge von Erziehern und Sozialarbeitern sowie der fortlaufenden Debatte über ein neues, modernes, präventiv orientiertes und die Leistungsaspekte hervorhebendes Jugendgesetz, wurde zuerst die bis dato als notwendig zu diagnostizierende Verwahrlosung in der Praxis als Argumentationsgrundlage und zur Rechtfertigung einer Erziehungsmaßnahme verdrängt und verschwand dann durch das neue Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) auch als gesetzliche Grundlage und juristische Definition endgültig aus der Erziehungshilfe.

73 Muchow 1954, S. 171.
74 Dorsch, Verwahrlosung, zit. n. Steinvorth, S. 23.
75 Hehlmann 1967, S. 557.
76 Aichhorn 1951, S. 64.
77 Steinvorth 1973, S. 23. Steinvorth analysierte 60 Fürsorgeakten mit der Absicht, wissenschaftliche Verwahrlosungstheorien mit der amtlichen Diagnosepraxis zu konfrontieren.

1.5 Verlegungen, Entlassungen und frühzeitige Aufhebung der Fürsorgeerziehung

1.5.1 Verlegungen

Verlegungen während des Erziehungsprozesses hatten verschiedene Ursachen und unterschiedliche Ziele.[78] Die letzte Verlegung für einen schulentlassenen Jungen konnte der Wechsel aus einem Kinder- oder Waisenheim in ein Lehrlings- oder Fürsorgeheim sein. Dies geschah einerseits aus Altergründen, andererseits aus Gründen der öffentlichen Weitererziehung. Wechselte ein Jugendlicher aus einem Rheinischen Landesjugendheim in ein anderes Landesjugendheim des Landschaftsverbandes, erfolgte die Verlegung oft aus disziplinarischen Erwägungen heraus. Bis zur Auflösung des Rheinischen Erziehungsheimes Dansweilerhof 1966 war es durchaus üblich, bei mehrfachen Vergehen und wiederholten Entweichungen dem Jugendlichen die Verlegung in den Dansweilerhof anzudrohen. In seiner Begründung für eine notwendige Verlegung in den Dansweilerhof argumentierte der Direktor des rheinischen Landesjugendheimes Halfeshof, Langmaack, in einem Schreiben an den Landschaftsverband dahin gehend, dass ihm (dem Jugendlichen) aufgrund seines massiven Fehlverhaltens (unter anderem sechsmal entwichen) »energisch beigebracht werden muss, daß er eine Entlassung nicht erzwingen kann, und daß er sich zwingen muss, durchzuhalten und ein anderer Kerl zu werden«. Da selbst »die geschlossene Gruppe ihn nicht in seiner labilen Haltung ändern kann« und er sich »widerspenstig und uneinsichtig, hinterhältig und unbeständig zeigt, bitte ich ihn in den Dansweilerhof zu verlegen und ihn damit zu zwingen, an sich zu arbeiten«.[79]

Der Dansweilerhof galt als Erziehungsheim für die schwersterziehbaren Jungen, dessen Konzept erkennbar mehr auf eine Bewahrung als auf eine Erziehung der Jugendlichen hin ausgerichtet war. Deshalb stand die Verlegung in dieses Heim meist auch am Ende einer unterschiedlich langen »Verlegungslaufbahn« (»Heimkarriere«), wenn denn keine anderen disziplinarischen Maßnahmen mehr griffen. So wie bei Hans-Günther N., der nach acht Verlegungen innerhalb von neun Jahren Heimaufenthalt im April 1962 in den Dansweilerhof eingewiesen wurde.[80] Begonnen hatte die Fürsorgerziehung für Hans-Günther N. mit seinem 10. Lebensjahr in einem Kinderheim, dann kam ein Aufenthalt bei seiner Mutter, dann die Rückführung ins Kinderheim und im Anschluss folgten zwei Arbeitsstellen mit Familienpflege. Die nächste Verlegung erfolgte ins Rheinische Landesjugendheim Halfeshof, das ihn abermals in eine Arbeitsstelle mit Familienpflege überwies. Bevor schließlich die letzte Verlegung in den Dansweilerhof aufgrund seiner Volljährigkeit die Fürsorgeerziehung 1964 beendete, wurde der Junge versuchsweise nach Hause beurlaubt. Wenn man bedenkt, dass die psychiatrische Begutachtung den Jungen als »vermutlich schwachsinnig« und ihn »bei seiner dürftigen Veranlagung für sein Verhalten als kaum verantwortlich«

78 Verlegungen wurden aus fachlicher Sicht immer wieder diskutiert.

79 Direktor Langmaack an den Direktor des LVR (26.3.1959) mit der Bitte um Verlegung des Jugendlichen Manfred K. in das Erziehungsheim Dansweilerhof, in: ALVR 15681.

80 Siehe Einzelfallakte Hans-Günther N., in: ALVR 15953.

beurteilte,[81] so erscheint der Verlauf dieses Erziehungsprozesses mit seinen vielen Verlegungen und Abbrüchen zumindest im Nachhinein fragwürdig. Aus pädagogischer Sicht lässt sich hier kein schlüssiges Gesamtkonzept erkennen, eher eine planlose Aneinanderreihung einzelner Versuche. Aus den Akten wird nicht ersichtlich, was aus dem Jugendlichen geworden ist, und ohne einen Abschlussbericht lässt sich nicht rekonstruieren, wie der Landschaftsverband den Erziehungsverlauf und -erfolg für diesen Jungen abschließend bewertete.

Eine weitere Verlegungsvariante – auch bei disziplinarischen Angelegenheiten – war die interne Heimverlegung. Besonders nach mehrfachen Entweichungen wurden die Jungen in den Rheinischen Landesjugendheimen innerhalb des Heimes – nach Absolvierung der Arreststrafe – oftmals von einer offenen in eine geschlossene Gruppe verlegt. Befand sich der Jugendliche in einer Stadtarbeitergruppe oder arbeitete er als Lehrling außerhalb des Heimes, war damit oftmals auch der Verlust der Arbeits- oder Lehrstelle verbunden. Die Verlegung in eine geschlossene Gruppe bedeutete den Einschluss sowohl am Tag als auch während der Nacht. Doch der vorrangige Grund für eine Verlegung im Sinne des Erziehungskonzeptes der Fürsorgeerziehung war die Aufnahme einer Arbeit (mehrheitlich) oder der Beginn einer Lehre außerhalb des Heimes. Dies war ein vorrangiges Ziel des Heimerziehungskonzepts des Landesjugendamtes Rheinland für die schulentlassenen Jungen in den Landesjugendheimen und begründete sich demzufolge auf den beobachteten Entwicklungsfortschritten der Jugendlichen. So lebten die Jugendlichen, die unmittelbar nach der Beobachtungszeit in der Aufnahmegruppe in ein Arbeitsverhältnis oder in eine Lehrstelle außerhalb des Heimes wechselten, fortan in den dafür vorgesehenen Stadtarbeiter- und Lehrlingsgruppen. Wenn die Arbeits- oder Lehrstelle weit außerhalb des Heimes lag, konnte das für den Jugendlichen die Verlegung in ein Lehrlingswohnheim, in eine Pflegefamilie (im Hause des Dienstherrn) oder aber zu den Eltern nach Hause bedeuten (Arbeitsbeurlaubung). Die Fürsorgeerziehung wurde dadurch grundsätzlich noch nicht beendet, sondern an die örtlichen Jugendämter oder eine Fürsorgestelle zur Ausführung übertragen. Regelmäßige Berichte sollten dem Heim kontinuierliche Informationen über die Entwicklungen des Jugendlichen liefern, ob er seine Arbeit gut verrichtete, ob es Probleme mit den Pflegefamilien oder mit den Eltern gab. Gegebenenfalls wurde das Lehr- oder Arbeitsverhältnis wieder beendet und der Jugendliche auf Antrag der betreuenden Stelle wieder ins Heim zurückgeführt. Eine Alternative war ein Arbeitsstellenwechsel oder die Suche nach einem neuen Lehrherrn.

Ein weiterer Grund für einen Wechsel aus dem Heim war die Übergabe in eine Pflegestelle (bei Schulpflichtigen) bzw. in eine Dienst- oder Arbeitsstelle (bei Schulentlassenen). Häufiger Verlegungsgrund war die Beurlaubung nach Hause. Dies war in der Regel mit der Aufnahme einer Arbeit verbunden (Arbeitsurlaub) und wurde bezüglich der Weiterbetreuung ähnlich gehandhabt wie zuvor beschrieben. Fakt ist, dass fast kein Jugendlicher seine Zeit in der öffentlichen Erziehung in nur einem Heim erlebte. Basierte eine Heimeinweisung auf einem Antrag auf Freiwillige Erziehungshilfe, war es dagegen möglich und kam

81 Ebd.

immer wieder vor, dass die elterliche Zustimmung zur Heimerziehung bereits kurz vor der eigentlichen Aufnahme oder aber kurz nach der Einweisung wieder zurückgezogen wurde. Oftmals erfolgte aus Pflege-, Dienst- oder Arbeitsstellen eine Rücknahme ins Heim, manchmal auch nach einer Entweichung aus der Stelle. Hintergründe für diese Rückkehr in die Heime waren nicht nur die pädagogischen Schwierigkeiten der Kinder und Jugendlichen, die sich mit Pflegeeltern, Lehrherren oder der eigenen Familie nicht verstanden und in Konflikte gerieten. In manchen Fällen kam es hier zur gezielten Ausbeutung der Arbeitskraft der Minderjährigen, ihrer Misshandlung oder ihrem sexuellen Missbrauch.

Eine Heimrückführung musste aber nicht zwingend die Wiedereinweisung in das bisherige Heim bedeuten. Oft entschied man sich aus erzieherischen Gründen, den Jugendlichen bewusst einem anderen Rheinischen Landesjugendwohnheim zuzuführen. Aus den Erziehungslisten der Einzelfallakten lässt sich oftmals nur schwer rekonstruieren, weshalb das Heim gerade zu diesem Zeitpunkt einen Jungen in eine Arbeitsstelle verlegte oder nach Hause beurlaubte. Beispiele wie die des Jugendlichen Willi W., der am 3.11.1960 in das Rheinische Landesjugendwohnheim Fichtenhain zur Fürsorgeerziehung eingewiesen und bereits am 15.4.1961 wieder in den Arbeitsurlaub nach Hause entlassen wurde, zeigen einen eher »zufälligen« Entscheidungsprozess. Knapp vier Wochen zuvor prognostizierte Direktor Wolpers dem Jungen in seiner Beurteilung zur Anordnung der endgültigen Fürsorgeerziehung bei einem längeren Heimaufenthalt eine gute Entwicklung. »Während eines längeren Heimaufenthaltes könnte er durch verständnisvolles Eingehen auf seine Probleme zu einem sozial angepassten Verhalten geführt werden.«[82] Die nächste Eintragung vom 15.4.1961 verweist mit einem Satz auf den bevorstehenden Arbeitsurlaub. Die nächsten Eintragungen bis zum 13.3.1962 beschreiben in wenigen Sätzen das Verhalten des Jugendlichen auf seiner Arbeitsstelle und sein Zusammenleben mit den Eltern. Die dann erneut eingeleitete Heimrückführung in das Rheinische Landesjugendwohnheim Erlenhof wurde mit Bummeleien und Entwendungen auf der Arbeit sowie mit dem »unerträglichen Verhalten« (so die Eltern des Jungen) des Jungen seinen Eltern gegenüber begründet. Eine nähere Begründung für seine Verlegung wurde nicht aufgeführt. Während seines siebenmonatigen Aufenthalts im Erlenhof wurden zwei Eintragungen in die Erziehungsliste getätigt, die ihm eine »gute Führung« bescheinigten und ihn als »aufmerksam und hilfsbereit« beschrieben sowie zwei Entweichungen festhielten. Interessanterweise hatte der Vater, bereits wenige Wochen nach der Heimrückführung, wieder einen Arbeitsurlaub seines Sohnes gewünscht. Dem wurde dann am 17.10.1962 seitens des Heimes entsprochen. Die nächsten drei Jahre bis zu seiner Entlassung wegen Volljährigkeit lebte er zu Hause bei seinen Eltern. Die betreuende Fürsorgestelle, der Caritasverband Essen-Ruhr, notierte sieben Einträge während dieser Zeit und befürwortete bereits nach vier Monaten im Januar 1963 eine Entlassung nach § 69 Abs. 3 JWG.[83] Im März 1964 jedoch verschlechterte sich das Verhältnis zu seinen Eltern derart, dass der Jugendfürsorger eine erneute Heimrück-

82 Ersteintragung und Begründung für die weitere Anordnung der Fürsorgeerziehung in der Erziehungsliste durch den Direktor des RLJH Fichtenhain Wolpers (9.3.1961), in: ALVR 16138.

83 Eintragung von Merzbach auf S. 9 der Erziehungsliste, in: ALVR 16138.

führung anregte. Drei Monate später, im Juni 1964, argumentierte der betreuende Verband jedoch gegen die geplante Heimrückführung und forderte das Landesjugendamt auf, den Vorgang zu stoppen. Kurz darauf begann Willi W. seinen Dienst bei der Bundeswehr und stellte gleichzeitig einen Antrag auf Volljährig- und Ehemündigkeit, da seine Braut schwanger von ihm war. Der Jugendfürsorger schlug deshalb die Aufhebung der Fürsorgeerziehung vor. Der letzte Eintrag, unmittelbar vor Willi W.'s 21. Geburtstag, beschrieb die Situation, dass der Jugendliche fahnenflüchtig sei und sich mit seiner Verlobten in die Zone abgesetzt habe. Drei Wochen später wurde die Fürsorgeerziehung aufgrund der Volljährigkeit des Jugendlichen offiziell beendet. Warum sich Willi W. in die DDR abgesetzt hatte, geht aus den Akten nicht hervor.

Dieses Beispiel, wenn auch nicht repräsentativ für alle Heimverläufe, weist doch einige charakteristische Merkmale auf. Ein wesentlicher Aspekt in der Planung der Fürsorgeerziehung war – wie bereits erwähnt – die Vorbereitung auf eine Arbeits- oder Lehrstelle. Bis auf die Jugendlichen, die sich aufgrund von Entweichungen, aufsässigem Verhalten und Auflehnung gegen die Fürsorgeerziehung oder aufgrund mangelnder arbeitskompatibler Kompetenzen (Unpünktlichkeit, Faulheit, Unordentlichkeit, fehlender Ausdauer) seitens des Heims für ungeeignet erwiesen, war der Wechsel in eine Arbeitsstelle außerhalb des Heimes ein bedeutender Aspekt im Fürsorgeerziehungsprozess. Stellte sich eine Arbeitsstelle als ungeeignet heraus, versuchte man eine neue Arbeitsstelle für den Jugendlichen zu finden. Während dieser Zeiten wurde er von einem Außenfürsorger des Heimes betreut (s. dazu Funktionen der verschiedenen Erziehertypen in den Kapiteln der Heimdarstellungen). Das konnte also bedeuten, dass der Junge während seiner Heimzeit bis zu drei, vier oder fünf Arbeitsstellen innehatte, was zusätzlich auch mit einem Heimwechsel verbunden sein konnte. Es kam auch immer wieder vor, dass die Arbeitsbeurlaubungen nach Hause mit einer Rückführung ins Heim endeten. Die Gründe dafür lagen oftmals in den unreflektiert gebliebenen familiären Verhältnissen, also auch darin, dass die Eltern nach dem Entzug ihrer Kinder keine begleitende Unterstützung bekamen, um auf den bevorstehenden Besuch bzw. auf die mögliche Beurlaubung ihrer Kinder vorbereitet zu sein. Deshalb wiederholten sich oftmals die tradierten Beziehungsprobleme beim erneuten Zusammenleben. So kann man der Auffassung von Jans/Beurmann, was die Bedeutung eines gut funktionierenden familiären Umfelds betraf, nur zustimmen, wenn sie konstatierten: »Alle erzieherischen Bemühungen sind jedoch von zweifelhaftem, jedenfalls von eingeschränktem Erfolg, wenn es nicht gelingt, das Verständnis der Familie des Minderjährigen für die pädagogischen Bemühungen zu gewinnen und zu erhalten, etwaige Störungen des Eltern-Kind-Verhältnisses zu überwinden und die Familie besser als bisher zu befähigen, die Erziehung ihres Kindes durchzuführen.«[84] Die Bewältigung der erkannten Probleme verwiesen Jans/Beurmann dann zu Recht in die Zuständigkeit der kommunalen Jugendämter, ohne die eigene Verantwortung für die Zusammenarbeit mit den Eltern gänzlich zu negieren. Allein die reale Praxis lässt sich nur schwer durch Akten abgleichen. In den Jahresberichten der Heime gehörten die Darstellung und Bewertung der familiären Besuche

84 Jans/Beurmann 1963, S. 72.

und Kontakte der Eltern und Angehörigen gegenüber den Jugendlichen zum Dokumentationsstandard, aber es blieb in der Regel bei statistischen Angaben über die zahlenmäßigen Kontakte. Über konzeptionelle Elternarbeit der Heime wurde nichts berichtet. Bedenkt man die Vorschriften der Briefkontrolle, die begrenzenden Besuchsregelungen und die oftmals zwangsweise herbeigeführte Heimerziehung, dürfte der Kontakt zwischen Heim und Elternhaus äußerst problematisch gewesen sein, und so reduzierte sich das »Engagement« vieler Eltern deshalb oft nur auf die Unterstützung ihrer Kinder zur Beendigung der Erziehungsmaßnahme.

1.5.2 Entlassungen und frühzeitige Aufhebung

Die Fürsorgeerziehung endete spätestens mit der Volljährigkeit des Jugendlichen (seit 1961 § 75 Abs. 1 JWG) und wurde daraufhin vom Vormundschaftsgericht aufgehoben. Des Weiteren konnten sowohl das Landesjugendamt als auch andere Antragsberechtigte nach § 75 Abs. 4 JWG einen Aufhebungsantrag stellen. Dies waren in der Regel die Personensorgeberechtigten, das Jugendamt oder die Minderjährigen selbst, wenn sie über 14 Jahre alt waren. Die Freiwillige Erziehungshilfe endete, wenn die Eltern ihre Zustimmung zu dieser Maßnahme zurückzogen. Dann musste das Landesjugendamt überlegen, einen Antrag auf Fürsorgeerziehung zu stellen, was keineswegs die Regel war.[85] In der sozialen Praxis endete die Fürsorgeerziehung für die Jugendlichen in den rheinischen Landesjugendheimen vorrangig mit der Volljährigkeit, wenn auch oft – wie zuvor gesehen – die Jugendlichen nicht mehr im Heim lebten. Über die Wirkungen und den vermeintlichen »Erfolg« der Erziehung im Heim wurden im bereits erwähnten Forschungsprojekt von Thomae (vgl. Kapitel I.2.6.3) genauere Aussagen getroffen. Im besten Fall hatte der Jugendliche eine berufliche Ausbildung im Heim bzw. in der freien Wirtschaft absolvieren können. Allerdings existierten 1967 nur für die Hälfte aller in den Landesjugendheimen untergebrachten Minderjährigen Plätze in Berufsausbildungsprogrammen oder Ausbildungsplätze.[86]

Heim	Platzzahl	Plätze in Berufsausbildungsprogrammen (u. a. auch »Industriearbeit« usw.) oder Ausbildungsplätze
Erlenhof	235	125
Fichtenhain	245	126
Halfeshof	245	ca. 110
Abtshof	150	69
Süchteln	80	31

So wie im Fall von Gustav Berger, der eine Bäckerlehre im Heim abschloss und nun, kurz vor seiner Entlassung, eine Arbeitsstelle suchte: »[…] da hab ich sogar drei Tage frei bekommen, um – ich hatte einen Bruder in Krefeld – um dann da zu nächtigen, konnte

85 Vgl. ALVR 15641.
86 LVR an Arbeits- und Sozialminister NRW (8.11.1967) (errechnet aus Übersicht I), in: ALVR 40847.

ich eine Stelle suchen, also auf Stellensuche. Das hat dann auch funktioniert. […] Ich habe dann eine Gesellenstelle angetreten, die ja damals gut bezahlt worden ist, habe dann ein bisschen was gespart und bin dann losgetrampt, zu der Zeit.«[87] Diese Schilderung spricht für eine gewisse Vorbereitung auf die Entlassung.

Neben den regulären Beendigungen und Entlassungen aus der Fürsorgeerziehung, weil das Ziel als erreicht angesehen wurde, gab es eine Reihe von Anlässen, aufgrund deren der Landschaftsverband (oder auch die Eltern) eine vorzeitige Beendigung beantragten. Nicht selten war der Grund einer frühzeitigen Entlassung eine zu verbüßende Gefängnisstrafe. Wie im Beispiel von Edgar Schiller, der nach vielen Entweichungen und Heimrückführungen sowie einem kurzen Aufenthalt in einer der Wohngruppen des Vereins »Sozialpädagogische Sondermaßnahmen Köln« (SSK)[88] 1973 aufgrund der Verurteilung zu einer Jugendstrafe aus dem Rheinischen Landesjugendheim Erlenhof entlassen wurde. »Äh, ich war das ganze Jahr unterwegs, bin da entwichen […], bin denn zurückgeführt worden, wieder entwichen, wieder zurückgeführt und […] und wo das entschieden wurde, dass die mich nicht weiter haben wollten, war ich schon in Untersuchungshaft.«[89] Diese Vorgehensweise einer Entlassung aus der Fürsorgeerziehung noch vor dem 19. Lebensjahr war damals durchaus üblich. Wenn ein Jugendlicher zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wurde, die über das Erreichen des 19. Lebensjahres hinaus reichte, wurde die Fürsorgeerziehung mit Beginn der Strafzeit beendet und auch nach der Entlassung keine Wiederaufnahme bis zur Volljährigkeit des Jungen beantragt.[90]

Ein weiterer frühzeitiger Entlassungsgrund war der Eintritt in die Bundeswehr. Die ab 1956 wieder geltende Wehrpflicht für alle nach dem 1.7.1937 geborenen männlichen Jugendlichen ermöglichte den Jugendlichen eine frühzeitige Beendigung ihrer Fürsorgeerziehung. So meldete sich Dieter Schmidt 1965 freiwillig zur Bundeswehr als Zeitsoldat, nach eigenen Angaben, um der Aufsicht durch das Jugendamt zu entgehen. »Da kamen auch so ein paar Reibereien wieder mit dem, mit dem, mit dem Vormund. Man war so unter Kontrolle. Bis dann einer auf die Idee kam: ›Jung, verpflichte dich doch zur Bundeswehr. Dann bist du aus dem ganzen Scheiß raus.‹ Und da hab ich mich zur Bundeswehr verpflichtet. Da bin ich dann auch eingezogen worden und nach vier Monaten, ähm, weil ich ja auch keine Lust als Soldat hatte, dann hab ich diesen Job wieder aufgegeben.« Nach der Probezeit kehrte er nach Wuppertal zurück und lebte kurz bei seinem ehemaligen Pflegevater. »Da war ich 19. Da bin ich bis zum 21. Lebensjahr untergetaucht. Um nicht von der Fürsorge erwischt zu werden. Die hätten mich ja wieder eingekascht, weil ich ja noch nicht volljährig war, ne? Und das ist mir dann mit Bravour gelungen.« Er arbeitete dann bis zu seiner Volljährigkeit ohne Papiere auf verschiedenen Baustellen.[91] In den ersten Nachkriegsjahren bis zum Mauerbau 1961 entzogen sich auch Jugendliche, indem sie in die damalige Ostzone flüch-

87 Interview Gustav Berger (7.10.2009), S. 20, in: ALVR 49421.
88 Vgl. dazu mehr in Kap. I.2.7.
89 Interview Edgar Schiller (31.8.2009), S. 16, in: ALVR 49429.
90 So z.B. in den zwanzig Fällen ALVR 15588, 15779, 15886, 15890, 15908, 16037, 16191, 16194, 16211, 16223, 16226, 16230, 16259, 16272, 32327, 32335, 32341, 32351, 15524, 16273.
91 Interview Dieter Schmidt (1.9.2009), S. 5.

teten – hier lag seit 1950 die Volljährigkeitsgrenze bei 18 Jahren – oder sich gar der Fremdenlegion anschlossen.[92] So hieß es über eine weibliche Minderjährige, die 1954 auf der Flucht war: »Sie habe in die Ostzone gewollt, um endlich einmal keinen Spion hinter sich zu haben.«[93] Ein 18-Jähriger, der 1959 als Obdachloser aufgegriffen und im Rheinischen Landesjugendheim Fichtenhain untergebracht wurde, zog 1960 in die »Ostzone« um, wo seine Mutter (sein Vater war gestorben) mit einem neuen Partner wohnte.[94] In einem anderen Fall ging ein 20-Jähriger, der bereits zweimal aus dem Eduardstift in Helenenberg entwichen war, im Juli 1965 zur Bundeswehr, wo er allerdings bereits im Januar 1966 »fahnenflüchtig« wurde und sich in die DDR absetzte.[95] Weibliche Fürsorgezöglinge hingegen beantragten – oftmals bei Schwangerschaft – die vorzeitige Ehe-/Heiratsgenehmigung, die aber vom Landschaftsverband immer im Einzelfall geprüft wurde. Für die männlichen Jugendlichen der rheinischen Landesjugendheime traf diese Form der Aufhebung aber nur in sehr begrenztem Maße zu.

Ein faktisches Ende der Befürsorgung durch das Landesjugendamt für die betroffenen Minderjährigen ist bereits angedeutet worden: das Leben in der Illegalität. Diese Form des sich selbst der Fürsorgeerziehung oder Freiwilligen Erziehungshilfe Entziehens ist in verschiedenen Einzelfällen oben bereits angedeutet worden. Es nahm am Ende der 1960er Jahre angesichts der Heimplatznot der öffentlichen Erziehung im Rheinland immer mehr zu.[96] Hierin spiegelte sich teilweise eine große Sozialkompetenz der für unmündig und beschränkt erklärten Minderjährigen, die mit ihrem Verhalten eine grundsätzliche Kritik an der öffentlichen Erziehung in Form einer Abstimmung mit den Füßen bekundeten. Die 19-jährige Margot K., die als 16-Jährige von ihrer Mutter ins Heim gegeben und nach 17 Monaten zu einem Arbeitsurlaub zu ihrer Mutter entlassen worden war, setzte sich nach deren Tod zu ihrem langjährigen Freund ab und wollte diesen heiraten. Ihr Vormund verweigerte die Zustimmung zur Eheschließung. Auf das Ansinnen des Jugendamtes, dort persönlich vorzusprechen – sie sollte nicht festgehalten werden –, antwortete sie 1966: »Aber das ich auf so einer festgesetzten Lüge nicht reinfalle, ist wohl klar!« Sie schickte ihren Verlobten (auch einen ehemaligen Fürsorgezögling), dem man sagte, dass er ja auch keine rosige Vergangenheit habe. Daraufhin formulierte sie ihre radikale Kritik an der öffentlichen Erziehung: »Meinen Sie denn im Ernst, dass es mit der Heimerziehung immer gut ist? Die 17 Monate sind doch wohl genug, oder nicht! Kann man die Menschen denn wirklich zwingen auseinander zu gehen, bloß weil es den Behörden nicht passt, dass sie glücklich sind. Oder weil die Eltern nicht mehr da sind, und sie meinen sie könnten über ein[en] voll und ganz zu bestimmen haben. Bald weiß ich nicht mehr was ich tun soll! Was wollen sie denn damit erreichen, man kommt sich ja vor wie ein Sklave, der immer Angst vor dem, was vor ihm steht, hat. Manchmal glaube ich, dass die auf der Fürsorge wohl für Vernichtungen, aber nicht zur Hilfe da sind. Wenn man mit ihnen einmal was

92 So z.B. ALVR 15502 oder 15779. Beide waren nach ihren Entweichungen unauffindbar.
93 ALVR 15645.
94 ALVR 15831.
95 ALVR 16138.
96 Vgl. dazu Kap. I.2.6.1 und I.2.7.

zu tun gehabt hat, ist man, glaube ich, verloren. Glauben sie denn nicht, dass es auch mal eine Besserung gibt. Können sie uns denn nicht helfen oder gibt es von Euch auch keine Hilfe. Eigentlich sollte man ja annehmen, dass Ihr dafür da seid. Also mein Vormund gibt die Einwilligung zum Heiraten nicht. Aber dagegen kann ein einfacher Arbeiter nichts machen.«[97]

97 Margot K. an »Sehr geehrte Herren …« (LJA) (Eingangsstempel 29.6.1966), in: ALVR 16245.

Thomas Swiderek

2. Heimschule oder Schule im Heim? Erziehung und Bildung in der Heimerziehung

Schule, Unterricht und Erziehung waren von Beginn an gemeinsame Bestandteile der Fürsorgeerziehung in den Erziehungsanstalten.[1] Die Bündelung dieser drei Aufgabenbereiche war eine Herausforderung, die die Heime leisten und organisieren mussten. Deshalb stand eine Frage dabei immer wieder im Mittelpunkt, nämlich ob »das Heim eine eigene Schule haben sollte oder nicht«,[2] denn der Status »Schule im Heim« war im deutschen Bildungs- und Schulsystem lange unklar und umstritten.[3] Erst Ende der 1960er Jahre mit der schrittweisen Anerkennung des Heimunterrichts als anerkanntem Ersatz des Unterrichts in den öffentlichen Berufsschulen bis Mitte der 1970er Jahre, als sich, bedingt durch ein sich kontinuierlich verjüngendes Klientel, die Schulen in den Erziehungsheimen des LVR als staatlich anerkannte »Schulen für Erziehungshilfe« etablieren konnten, positionierte sich der LVR im Schulsystem. Bis dahin wurde viel experimentiert und wurden verschiedene Schulformen für die überwiegend älteren, schulentlassenen Jungen (Heimberufsschulen) ausprobiert.

Aber auch aus pädagogischen Erwägungen heraus blieb (und bleibt) dies eine Fragestellung, die das Selbstverständnis der Fürsorgeerziehung betrifft: Will man die Jugendlichen trotz der Heimeinweisung (bewusste Herausnahme aus der bisherigen Lebenswelt) so schnell wie möglich wieder eingliedern oder gestaltet man die Fürsorgeerziehung wie in den 1950er bis 1970er Jahre dahin gehend, die Jugendlichen erst mal für einen längeren

1 Vgl. Vossen 1928, S. 109 f. Bereits in den Anfangsjahren der FE im Rheinland war der Unterricht für die schulpflichtigen wie für die schulentlassenen Zöglinge geregelt. Im § 14 der Hausordnung »Unterricht und Ausbildung« hieß es im 2. Satz dazu: »Der Unterricht für die schulentlassenen Zöglinge regelt sich nach den Vorkenntnissen und der Berufswahl. Im Handwerk beschäftigten Zöglingen wird Fach- sowie Fortbildungsunterricht erteilt; im Übrigen hat der Unterricht vorzugsweise den Zweck, die Lücken der Volksschulbildung auszufüllen.« Weiter in § 16: »Bei der Beschäftigung der schulentlassenen Zöglinge ist darauf zu achten, daß die theoretische und praktische Ausbildung zu einem Berufe möglichst methodisch und gründlich erfolgt. Soweit möglich, sollen die im Handwerk beschäftigten Zöglinge auf die Gesellenprüfung vorbereitet werden.«

2 Vgl. Lesemann 1966, S. 432.

3 Die FE hatte immer den Anspruch, Erziehung (Heim) und Bildung (Schule) in ihrem Konzept zu integrieren. Das deutsche Schulsystem hat sich diesbezüglich immer etwas distanziert und die Wissensvermittlung und den Unterricht als seine vorderste Aufgabe gesehen. Erziehung war in erster Linie Aufgabe der Familie. Wenn ein Kind Erziehungsschwierigkeiten aufwies, wurde es oftmals auf eine andere, meist niedrigere Schulform überwiesen bis hin zur Sonderschule. Sie sollte gewissermaßen eine Brücke schlagen, um eine Schnittfläche zu haben, um Bildung und die notwendige Ersatzerziehung zu ermöglichen.

Zeitraum abzusondern, um sie so auf die Wiedereingliederung in die Gesellschaft vorzubereiten? Heute wird man diese Frage sehr eindeutig beantworten, denn die aktuellen Konzeptionen von Heimerziehung und Inobhutnahme sehen eine Reintegration in den bisherigen Lebenszusammenhang als ein entscheidendes Merkmal einer gelingenden Hilfe in der Erziehung an. Im fraglichen Zeitraum bedeutete Erziehung in der Fürsorge für die Jugendlichen einen im Durchschnitt einige Jahre lang andauernden Aufenthalt im Heim. Denn man argumentierte dahin gehend, dass die diagnostizierte Verwahrlosung (als Einweisungsgrund) nur mit einer langfristig gestalteten Erziehung außerhalb von Familie und vertrautem Lebensraum zu korrigieren sei, um eine anschließende erfolgreiche Wiedereingliederung ermöglichen zu können.

Für die landschaftsverbandseigenen Heime galt es, für die 14- bis 18-jährigen schulentlassenen Jungen – die sich in den Heimen in unterschiedlichen beruflichen Situationen wie in Lehrstellen, in Anlernberufen als auch in Arbeitsstellen befanden – den angemessenen Unterricht und die entsprechende Fächerwahl anzubieten. Während es für die Lehrlinge, besonders für die, die in Betrieben außerhalb des Heimes arbeiteten, möglich war, in die allgemeinen öffentlichen Berufsschulen zu gehen, wurden die Heimlehrlinge, die Anlernlinge und im besonderen die ungelernten Jugendlichen in den Heimschulen und später in den heimeigenen »Sonder-Berufsschulen« unterrichtet. Das hieß für die Mehrheit der Jungen, dass sie ausschließlich in der Heimschule unterrichtet wurden, da nur sehr wenige Zöglinge außerhalb des Heimes eine Lehrstelle fanden. Für viele Jugendliche bedeuteten die damaligen Bedingungen eine eingeschränkte schulische (Aus)Bildung und Vorbereitung auf ihr Berufs- und Arbeitsleben.[4]

4 Viele ehemalige Heimkinder klagen heute – im Rentenalter – über die für sie damals in den Heimen schlechten Ausbildungs- und Berufsmöglichkeiten. Denn für viele bot der Aufenthalt in den Heimen keine adäquate Unterstützung, sondern erwies sich später für sie eher als vertane Zeit und zeitlicher Verlust in der Planung und Vorbereitung für eine Berufsperspektive. Das hat nun gerade im Alter für viele schlimme Konsequenzen hinsichtlich ihrer jetzigen finanziellen Situation aufgrund z.B. fehlender Rentenbeiträge. Viele Heimkinder hatten während ihres Heimaufenthaltes keine Ausbildung oder Lehre machen können, so dass sie später nur als ungelernte Kräfte Arbeit finden konnten. In Zeiten wirtschaftlicher Prosperität ist das – mit Einschränkungen – noch praktizierbar, doch in ökonomisch schlechten Phasen verlieren diese Personen oft als erste ihren Arbeitsplatz. Wenn diese Zustandsbeschreibung für einen Großteil der ehemaligen Heimkinder zutrifft, so gab es auch individuelle Lebensverläufe, die aus eigener Sicht von ihrem Heimaufenthalt in beruflicher Perspektive profitiert haben. Denn, so die Aussage eines Interviewten zu seiner Lehre im Heim: »Ich weiß nicht, ob ich es in der freien Wirtschaft auch geschafft hätte?«, in: Interview Gustav Berger (7.10.2009), in: ALVR 49421. Mehr dazu in Kap. III.3.

2.1 Schule und Unterricht in den Landesjugendheimen des LVR: Vom Provisorium zur Anerkennung

Wie der gesamte Heimbetrieb musste auch der Unterricht in den ersten Nachkriegsjahren oft behelfsmäßig gelingen. Zerstörte Räumlichkeiten und fehlendes Unterrichtsmaterial ließen keinen regulären Unterricht zu, und über lange Zeit konnten die wenigen Lehrkräfte nur einen provisorischen Unterricht mit notdürftigem Lehrplan anbieten. In Haus Fichtenhain beispielsweise unterrichtete lange nur eine Lehrperson – Heimlehrer Doppelfeld, der auch schon vor der Schließung 1930 als Lehrer dort tätig war – und wurde von den Werklehrmeistern und – im besten Falle – von nebenamtlichen Berufsschullehrern von außen unterstützt. Im Rheinischen Landesjugendheim Halfeshof wurde der langjährige Lehrer Rück 1947 zum Rheinischen Landesjugendheim Erlenhof nach Euskirchen versetzt und durch den Lehrer Rüdiger ersetzt, der nach seinem Ausscheiden 1953 wiederum von Herrn Liebtreu ersetzt wurde. Die relativ wenigen Informationen, die für die ersten Jahre nach 1945 zur Verfügung stehen, zeigen ein Bild des Provisoriums. Die Heime mussten zum großen Teil erst wieder aufgebaut werden, da sie unterschiedlich stark von Kriegsschäden betroffen waren. So galt es zunächst die Gebäude wieder bewohnbar zu machen, um ausreichend Wohn- und Schlafmöglichkeiten für die Jugendlichen zu schaffen. Diese Arbeiten wurden zu einem nicht unwesentlichen Teil durch die Jugendlichen selber ausgeführt. Folglich hatte die Aufrechterhaltung und Durchführung des Schul- oder Berufsschulunterrichts für die Heime nicht die Priorität anderer Bereiche.[5] So nahmen Jugendliche im Rheinischen Landesjugendheim Halfeshof bis Anfang der 1950er Jahre während ihrer vier- bis sechswöchigen Beobachtungszeit in der Aufnahmegruppe auch nicht am Schulunterricht teil, obwohl auch durch den Unterricht notwendige Beobachtungen für eine Erziehungsplanung hätten gewonnen werden können. Hingegen wurden sie direkt einer Arbeitsgruppe zugeordnet. Dies lässt ein Stück weit die damalige Einstellung des Landesjugendamtes sowie der Heime zu Schule und Unterricht erkennen.[6]

Nichtsdestotrotz bestand nach Auffassung des Kultusministeriums bereits im Jahre 1949 eine Berufsschulpflicht, so auch für alle schulentlassenen Jungen in der Heimerziehung.

5 Grundsätzlich ist die Akten- und Quellenlage zur Thematik Schule und Unterricht – besonders für die Jahre von 1945 bis 1953 – wesentlich schlechter als für andere angrenzende Bereiche wie beispielsweise für die Themen Arbeit, Ausbildung oder Beruf. Dies mag zu einem Teil daran liegen, dass man als Anbieter von Fürsorgeerziehungsheimen selber dem Bereich Schule und Unterricht anfänglich nicht eine so wesentliche Bedeutung zumaß wie dem Bereich der Arbeitserziehung und der beruflichen Orientierung. Zum anderen wurde auch die Heimerziehung als Institution von den Kultus- und Schulministerien nicht in erster Linie als Bildungs-, sondern als Erziehungsinstitution angesehen. Hier lebten die ausgeschulten Kinder und Jugendlichen oder eben schulentlassene Jungen, die zwar berufsschulpflichtig waren (bis zum 18. Lebensjahr), aber auch ohne die notwendige Berufsschulbildung in den Arbeitsprozess aufgenommen wurden. Das änderte sich erst mit der sich verjüngenden Klientel in den Heimen und der langfristigen Etablierung und Genehmigung eines eigenständigen Schultyps, einer Sonderschule für Berufsschulpflichtige als »Schule für Erziehungshilfe« in den Einrichtungen Mitte der 1970er Jahre.

6 Vgl. Aufnahmebogen im Provinzial-Erziehungsheim Halfeshof, in: ALVR 18297.

Die Direktoren der Provinzial-Erziehungsheime äußerten sich dazu auf einer Besprechung am 12.5.1949 jedoch skeptisch, insbesondere da sie den Großteil der Fürsorgezöglinge aus pädagogischen Erwägungen für ungeeignet hielten, eine öffentliche Berufsschule besuchen zu können. Sie sagten aber zu, »die Heimschulen dem Lehrplan der Berufsschulen anzugleichen, aber den besonderen Bedürfnissen der Heime dabei Rechnung zu tragen«.[7]

Auf einer weiteren Konferenz über den Berufsschulunterricht in den Erziehungsheimen für schulentlassene Jungen 1950 wurde am Beispiel des Erziehungsheimes Haus Fichtenhain verdeutlicht, wie ein Berufsschulunterricht gestaltet und aufgeteilt werden kann, sowie welche Fächerschwerpunkte bisher gesetzt wurden. »Berufsfachschule: Hier werden zurzeit wöchentlich acht Stunden Unterricht erteilt. Davon unterrichtet der hauptamtliche Lehrer eine Stunde Bürgerkunde, eine Stunde Berufskunde und eine Stunde Deutsch. Der Werklehrmeister unterrichtet eine Stunde Fachkunde, -rechnen und -zeichnen sowie eine Stunde Werkunterricht. Dazu kommt noch eine Stunde Religionsunterricht durch den Religionslehrer (Direktor). Es gibt drei Handwerkerklassen, eine für das 1. Lehrjahr, eine für das 2. Lehrjahr und eine für die Hilfskräfte in den Werkstätten. Die Lehrlinge im 3. Lehrjahr gehen in die Städtische Berufsschule in Krefeld. Berufsschule: In der Berufsschule werden die ›unruhigen und schwierigen‹ Jungen des Heimes unterrichtet, deren Klassenzusammensetzung oft wechselt. Sie sind auf dem Feld, im Garten, in der Küche, auf der Kammer oder als Hausburschen beschäftigt. Die Erteilung dieses Unterrichts ist saisonal auf den Herbst und Winter beschränkt.«[8] Weiterhin sollte für die Zukunft eine zusätzliche Lehrkraft der Landwirtschaftsschule verpflichtet werden, um die geplanten sechs Stunden Unterricht in den Fächern: Rechnen, Deutsch, Bürgerkunde, Berufskunde, Religionsunterricht und Lebenskunde anbieten zu können.

Auch im Rheinischen Landesjugendheim Halfeshof normalisierte sich der Unterricht erst Anfang der 1950er Jahre wieder. Besonders hier waren umfangreiche Aufräumarbeiten sowie Um- und Neubauten zu erledigen,[9] bevor wieder ein reguläres Heimleben mit einem planmäßigen Unterricht erfolgen konnte. Mit der Einstellung des Lehrers Gerhard Liebtreu zum 8.5.1953 konnte im September des Jahres der planmäßige Schulbetrieb wieder aufgenommen werden. Aus dem ersten Jahresbericht nach dem Krieg von 1953 geht hervor, dass an den fünf Werktagen jeweils vier Stunden Unterricht angeboten wurden: 1. Stunde Religion, 2. und 3. Stunde Unterricht in den Volksschulfächern Deutsch, Rechnen, Raumlehre, Geschichte, Erdkunde, Naturkunde und Zeichnen und in der 4. Stunde Sport. Es wurden alle Klassenstufen ab der 5. bis zur 7. Volksschulklasse angeboten. Eingeschlossen waren auch die geschlossenen Gruppen. Da er, so Liebtreu in seiner Bilanzierung, »davon ausgehe, dass die Schule den Charakter einer Förderschule tragen soll, blieb das 8. Schul-

7 Sozialministerium vom 18.5.1949 über die Besprechung der Leiter der Provinzial-Erziehungsheime am 12.5.1945, in: ALVR 14072, Bl. 334.

8 Abschrift: Konferenz über den Berufsschulunterricht in den Erziehungsheimen für schulentlassene Jungen am 6. Juni 1950 in Haus Fichtenhain, Krefeld. Teilgenommen haben: Reg. Direktorin Hopmann; Berufsschul-Direktor Ferdinand, Essen; Direktor Merzbach; Lehrer Doppelfeld, in: ALVR 14148, Bl. 41.

9 Siehe dazu genauer Kap. II.2. RLJH Halfeshof.

jahr unberücksichtigt. Davon abgesehen wäre eine Erfassung aller im Heim lebenden Jungen technisch undurchführbar. Nur für den Einzelunterricht der Analphabeten wurde von dieser Einteilung abgewichen.«[10]

Bis Ende der 1950er Jahre unterrichteten in den Heimschulen der Rheinischen Landesjugendheime in der Regel nur ein Heimoberlehrer, ein Sportlehrer und mehrere Werklehrmeister als Fachlehrer die bis zu 213 schulpflichtigen Jugendlichen. Zusätzlich übernahmen die Direktoren in ihrer Funktion als Pastoren und Prälaten den Religionsunterricht in den Rheinischen Landesjugendheimen Fichtenhain und Halfeshof. Eine durch das Landesjugendamt 1957 erstellte Übersicht über die vom LVR betreuten schulischen Einrichtungen in den eigenen Heimen ergab folgendes Bild: Im Rheinischen Landesjugendheim Erlenhof, Euskirchen wurden 213 schulpflichtige Jungen vom Direktor, zwei Heimlehrern, einem Sportlehrer und sieben Werklehrmeistern, die als Fachlehrer eingesetzt wurden, unterrichtet, im Rheinischen Landesjugendheim Halfeshof, Solingen 117 schulpflichtige Jungen vom Direktor, einem Heimlehrer, einem nebenamtlichen Aushilfslehrer, einem Sportlehrer und vier Werklehrmeistern, im Rheinischen Landesjugendheim Haus Fichtenhain, Krefeld 210 schulpflichtige Jungen durch den Direktor, einen Sportlehrer sowie neun Werklehrmeister. Im Rheinischen Landesjugendheim Dansweilerhof, Freimersdorf wurden 92 Jungen durch einen Heimlehrer, acht Werklehrmeister und je einen katholischen und evangelischen Geistlichen unterrichtet und im Rheinischen Landesjugendheim Haus Hall, Ratheim (einziges Mädchenheim) wurden 60 schulpflichtige Mädchen durch eine Hauswirtschaftsleiterin, zwei Fürsorgerinnen, eine Jugendleiterin und eine Gruppenerzieherin unterrichtet.[11]

Anfangs waren die Schulen nicht als reguläre, ordentliche Schulen im Sinne des Schulgesetzes anerkannt. Das bedeutete, sie gestalteten ihren Lehrplan weitgehend selbstständig und waren keiner Schulbehörde unterstellt. Da der LVR aber die Anerkennung des Unterrichts oder Teile des Unterrichts als Berufsschulunterricht anstrebte, orientierten sich die Heime an den Lehrplänen der öffentlichen Schulen. Erst mit dem neuen Schulverwaltungsgesetz im Jahre 1958 schien sich die Stellung der Schule im Heim zu wandeln. Beurmann wies in einer Heimleiterbesprechung darauf hin, dass davon auszugehen sei, »dass die schulischen Einrichtungen in den RLJH als berufsbildende Schulen anerkannt und der Schulaufsicht des Regierungspräsidenten unterstellt werden. Der Unterricht ist dann nach einem von der Schulaufsichtsbehörde genehmigten Lehrplan zu erteilen.«[12] Dieser Anpassungsprozess sollte aber noch einige Jahre dauern, bis die Heime eine staatliche Anerkennung ihres Unterrichts bekamen. In der Zwischenzeit bauten sie ihr Schulangebot sukzessive aus. Im Rheinischen Landesjugendheim Fichtenhain arbeiteten 1960 bereits fünf Lehrer sowie Prälat Wolpers als Religionslehrer. Ebenso stiegen die Schülerzahlen wie auch die Dauer des Schulbesuchs, denn jetzt erhielten die Jugendlichen »während der

10 Jahresberichte des Halfeshofs 1953–1974, hier Jahresbericht 1953, in: ALVR 40071.

11 Übersicht über die vom LVR auf dem Gebiete der öffentlichen Ersatzerziehung betreuten schulischen Einrichtungen in den eigenen Heimen des Landschaftsverbandes, in: ALVR 40123.

12 Vgl. Niederschrift der Direktorenbesprechung vom 21.7.1958. Beurmann wies hier auf das neue Schulverwaltungsgesetz vom 3.6.1958 GVBL.NW Nr. 42/58 hin, in: ALVR 18859, Teil III.

gesamten Dauer ihres Heimaufenthalts Unterricht und zwar vom Tag ihrer Aufnahme bis zur Entlassung ohne Rücksicht auf das Alter«.[13]

In einem Schreiben vom April 1962 fasste Beurmann die damalige Situation des Unterrichts zusammen. Auf Grundlage des oben genannten Schulverwaltungsgesetzes vom Juni 1958 waren die Heime der Fürsorgeerziehung oder Freiwilligen Erziehungshilfe verpflichtet, den Berufsschulunterricht sicherzustellen. Die Schulaufsicht wurde vom »Regierungspräsidenten als obere Schulaufsichtsbehörde im Benehmen mit dem Landschaftsverband ausgeübt«. Beurmann forderte die Heime auf, sich zu äußern, »in welcher Weise Ihres Erachtens in Ihrem Heim rechtlich dieser Schulunterricht geregt werden sollte«. Als mögliche Schulformen bzw. Handhabung schlug sie hier »die Einrichtung einer heimeigenen Berufsschule in Ihrer Trägerschaft verbunden mit dem Antrag auf Anerkennung als private Ersatzschule gemäß 3. AVOzSchOG betr. Ersatzschule vom Juli 1959 vor oder die Verhandlungen mit den zuständigen Stellen der Schulverwaltung mit dem Ziel, daß die Minderjährigen Ihres Hauses der öffentlichen Berufsschule angeschlossen werden, aber erreicht wird, daß die Lehrkräfte der öffentlichen Schule für diese Unterrichtung in Ihr Haus kommen, soweit nicht die Minderjährigen ohne Gefährdung des Erziehungszieles eine öffentliche Schule besuchen können«.[14] Ziel des Landesjugendamtes war es, dass »die Minderjährigen eine mindestens gleichartige schulische Bildung erhalten, wie sie auf Grund des allgemeinen Schulwesens ihnen außerhalb zuteil würde, die Erteilung von Unterricht als Erziehungsmittel genutzt wird unabhängig davon, ob ein Minderjähriger altersgemäß oder nach der Berufswahl noch berufsschulpflichtig wäre, der Unterricht dem Leistungsstand der Minderjährigen entsprechend angesetzt werden kann, also auch im Rahmen eines Berufsschulunterrichtes die Zuweisung zur Klasse nicht nach Alter oder der zuletzt erfolgten Beschulung außerhalb des Heimes erfolgt, sondern nach dem Leistungsstand, ggfls. in kürzeren Zeitabschnitten während der Heimerziehung der Minderjährige in eine höhere Klasse steigen kann, insbesondere zu Beginn der Heimerziehung durch eine besondere schulische Organisation der Unterricht abweichend von dem üblichen Berufsschulstoff und Schema genutzt werden kann, um bei dem Minderjährigen Verständnis für die jetzige Situation zu wecken, seine Lern- und Leistungsbereitschaft anzuregen und zu steigern, seine Leistungsfähigkeiten zur Einstufung in den Unterricht festzustellen«.[15] So die Planungen und theoretischen Vorgaben seitens des Landesjugendamtes. Aber es wurde bereits hier deutlich, in welche mögliche Schulform die Entwicklungen in den Heimen gehen würden. Auf dieser Grundlage entstanden in den Heimen jeweils unterschiedliche Schwerpunkte, was die schulischen als auch die beruflichen Ausbildungsmöglichkeiten betraf.

Ein weiterer fester Bestandteil des schulischen Angebots der Heime waren die Förderung und die Nachbereitung des Berufsschulstoffes für die Lehrlinge, die in öffentlichen

13 Heimoberlehrer Doppelfeld an den Direktor des LVR (19.11.1960), bzgl. einer Anfrage des LVR vom 9.11.1960. Hintergrund war die anvisierte Anerkennung des Unterrichts als Berufsschulunterricht, in: ALVR 29197.

14 Schreiben des LJA (Beurmann) (26.4.1962), in: ALVR 41889.

15 Schreiben des LJA (Beurmann) (26.4.1962), in: ALVR 41889.

Berufsschulen ihren Unterricht absolvierten. Aufgrund ihrer oftmals fehlenden oder unterbrochenen Schullaufbahnen gerieten die Heimkinder schnell in einen Wissens- und Lernrückstand, den die Heime mit Zusatz- und Nachhilfeunterricht sowie der Überprüfung der Hausaufgaben aufzuholen versuchten. Doch gerieten die Heime bei dieser zusätzlich angebotenen Arbeit schnell an die Grenzen ihrer personellen Kapazitäten und forderten vom Landesjugendamt zusätzliche Mittel. Den im Rheinischen Landesjugendheim Fichtenhain als Lehrbeauftragten eingesetzten Gewerbeoberlehrer Dams wollte man 1965 gerne als erweiterte Kraft für diesen nebenamtlichen Unterricht einsetzen und beantragte deshalb zusätzliche finanzielle Mittel vom Landesjugendamt. Mit der Begründung, so der Verband, dafür keine Mittel zur Verfügung zu haben, wurde das Ansinnen abgelehnt.[16] Dies ist um so bemerkenswerter, da die vom Landesjugendamt anvisierte Anerkennung des heimeigenen Unterrichts als Berufsschulunterricht eben auch davon abhing, dass es dem Heim gelingen würde, die vom Kultusministerium geforderte Stundenzahl pro Klasse anbieten zu können.[17] Dies war dem Heim mit seinen zwei hauptamtlichen sowie zwei nebenamtlichen Lehrkräften weder zu diesem Zeitpunkt noch zwei Jahre später im Jahr 1967 gelungen, als man das Landesjugendamt wieder einmal vergeblich um die Genehmigung nebenamtlichen Unterrichts bat. »Von unseren beiden Heimlehrern werden 13 Klassen betreut. Jede Klasse erhält also durchschnittlich nur 3,7 Stunden pro Woche«,[18] so Wolpers in seinem Schreiben. Diese Stundenzahl fällt aufgrund der erhöhten Anzahl der unterrichteten Schüler noch unter die angebotene Stundenzahl pro Schüler von 1953 zurück. Hintergrund der Haltung des Landesjugendamtes war, dass man seitens des Verbandes lange Zeit keine einheitliche Linie bezüglich des Schulausbaus fuhr bzw. man immer zwischen der grundsätzlichen Anerkennung der Notwendigkeit eines Schulangebots und einer stärkeren Gewichtung anderer Erziehungsziele wie dem der Arbeitserziehung hin und her lavierte. So lässt sich hier vielleicht auch die Antwort des Direktors des Landesjugendamtes an den Gewerbeoberlehrer Johannes Dams einordnen, wenn er ihm bezüglich des nebenamtlichen Unterrichts im Jahr 1969 ähnlich wie zwei Jahre zuvor antwortete, dass »die in den Rheinischen Landesjugendheimen bestehenden Schulen als Sonderformen[19] der Volksschulen anzusehen sind und der dort zu erteilende Unterricht nach seinem Schwergewicht ein individueller Unterricht zur Förderung der Minderjährigen unter besonderer Berücksichtigung ihrer Erziehungsschwierigkeiten […] ist«.[20]

16 Vgl. Wolpers (7.9.1965) an den Direktor des LJA mit der Bitte um Genehmigung zusätzlicher Mittel, in: ALVR 29197.

17 Vgl. Jahresbericht 1965 des RLJH Fichtenhain, Abschnitt: Unterricht im Heim, in: ALVR 18856, Teil II.

18 Wolpers (19.7.1967) an das LJA mit der Bitte um Genehmigung nebenamtlichen Unterrichts, in: ALVR 18886.

19 Diese Haltung entsprach auch der Sicht des Allgemeinen Fürsorgeerziehungstages (AFET), der sich in seiner Schrift »Erziehungsheime in Wort und Bild« 1961 dafür aussprach, dass im Grund genommen alle Heimschulen Sonderschulcharakter tragen.

20 Der Direktor des LVR an den Gewerbeoberlehrer Johannes Dams (März 1969), bzgl. der Erteilung zusätzlichen, nebenamtlichen Unterrichts, in: ALVR 18886.

Weitere Förderprogramme wurden für die noch nicht berufsschulreifen Jugendlichen angeboten. In der Begründung für die Genehmigung eines solchen Förderlehrgangs verwies das Rheinische Landesjugendheim Erlenhof auf die aufgenommenen schulentlassenen Jugendlichen, die »noch nicht berufsfähig sind, d.h., daß sie noch nicht fähig sind zur Aufnahme einer beruflichen Ausbildung oder einer Arbeit, ohne die Störung der weiteren Persönlichkeitsentwicklung befürchten zu müssen«. »Wir beabsichtigen«, so Gollnick in seinem Schreiben weiter, »im Herbst des Jahres mit dem ersten ›Förderlehrgang für noch nicht berufsreife Jugendliche‹ von einjähriger Dauer für 16 Jugendliche zu beginnen […].«[21] Dieser Vorschlag des Erlenhofs wurde seitens des Landesjugendamtes positiv beschieden. In einem Schreiben des Landesjugendamtes vom Juli 1969 hieß es dazu, »es ist beabsichtigt, in den Landesjugendheimen Abtshof und Erlenhof Förderlehrgänge für Minderjährige als ständige Einrichtung durchzuführen«.[22]

Die Aufgliederung und Einteilung der Klassen geschah noch immer vorrangig nach Berufen, Gruppenzugehörigkeit und den Sondergruppen. So trennte das Rheinische Landesjugendheim Fichtenhain ihre (1967) zwölf Schulklassen nach folgendem Schema: zwei Metallklassen, zwei Lehrlingsklassen, eine Sonderklasse, ein Schweißerkurs, eine Klasse für die Gruppen 3 und 9, eine Klasse für die Gruppen 1, 2 und 6, eine Klasse für die Gruppen 4, 5 und 7, eine Klasse für Gruppe 10, eine Aufnahmeklasse für die Neuzugänge und eine Klasse für die geschlossene Gruppe 13. Die Klassenstärke betrug in allen zwölf Klassen 10–16 Jungen, die Stundenzahl pro Klasse lag bei fünf bis sechs Stunden. Diese schematische Einteilung ließ sowohl den Altersaspekt als auch mögliche unterschiedliche Wissenskenntnisse außen vor. Lediglich die gemeinsame Zugehörigkeit zu einer Gruppe oder der gemeinsame inhaltliche Hintergrund war ausschlaggebend, welcher Klasse oder welchem Kurs die Jungen zugeteilt wurden. Dies geschah aus der Überzeugung, dass nicht das Alter die Gemeinsamkeit darstellte, sondern der fürsorgeerzieherische Hintergrund (Art der Verwahrlosung, Gründe für die Einweisung, Entweicher, Neuzugang oder Lehrling) das übereinstimmende Kriterium war. Damit unterschied man sich sichtlich von den öffentlichen Schulen, die in erster Linie altersgemäß einteilen.

Mit der zunehmenden Differenzierung und dem Bedeutungszuwachs für den schulischen Unterricht im Erziehungsprozess der Heimerziehung entstand gewissermaßen ein neuer Erziehungsbereich, der nun Erziehung und Bildung zusammendachte. Auch die Struktur des Heimes änderte sich dadurch, da die Lehrer als Teil des Gesamtprozesses ihre Stellung neu aushandelten. Dies führte in der Anfangszeit zu Kompetenzgerangel mit den Erziehern in den Heimgruppen und Werkstätten. Auf einer gemeinsamen Konferenz aller Heimlehrer der Rheinischen Landesjugendheime im Jahr 1971 wurde eine erste Dienstanweisung für Heimlehrer diskutiert, wo es unter anderem darum ging, die letztliche Kompetenz des Heimleiters auch für den Schulbereich festzuhalten. Auch in den anderen Diskussionspunkten drehte es sich um Fragen der Zuordnung und Orientierung, denn der

21 Gollnick in einem Schreiben (5.5.1969) an das Landesjugendheim, in: ALVR 40708.

22 Schreiben (Vermerk) des LJA (Tesch), in: ALVR 40708. Zur Situation im Erlenhof vgl. Kap. II.3.5 sowie für den Abtshof Kap. II.5.3.

Lehrplan sollte einerseits so identisch wie möglich dem der öffentlichen Schulen entsprechen, ohne die besonderen pädagogischen Bedingungen des Unterrichts in einem Heim mit erziehungsschwierigen Kindern und Jugendlichen außer Acht zu lassen. So erklärt sich § 3 (1) der Dienstordnung, wenn es darin hieß: »Die Heimlehrer erteilen Volksschul-, Sonderschul- und Berufsschulunterricht sowie Förderunterricht.«[23] Als Vorlage für den Landesjugendwohlfahrtsausschuss fasste das Landesjugendamt 1972 die Schulsituation in den Rheinischen Landesjugendheimen nochmals zusammen. Hierin wurde festgestellt, dass die Schulen des Landesjugendamtes nun immer häufiger Kinder überwiesen bekämen, die in anderen Heimen nicht mehr tragbar waren. Im Halfeshof bestand beispielsweise eine »Warteliste für ca. 33 Jugendliche, die aber aufgrund der zu geringen Anzahl von Lehrern zum damaligen Zeitpunkt nicht aufgenommen werden konnten«. Von den damals insgesamt ca. 700 Jugendlichen in allen vier Rheinischen Landesjugendheimen (Fichtenhain, Krefeld; Halfeshof, Solingen; Abtshof, Hennef; Erlenhof, Euskirchen) sowie dem Heilpädagogischen Landesjugendheim Viersen besuchten ca. 520 Jugendliche eine Schule. Davon waren 307 im Berufsschulbereich und 147 im Hauptschulbereich plus ca. 55 Jugendliche des Abtshofes, die einen Hauptschulabschlusslehrgang absolvierten. Von den 520 Jugendlichen gingen ca. 180 in öffentliche Schulen und ca. 340 von ihnen wurden in den Heimschulen unterrichtet. Zusätzlich zu den eingesetzten Lehrern wurden zur Unterstützung auch Erzieher als Assistenten sowie Werklehrmeister im vorbereitenden und nachbereitenden Unterricht in den Berufsschulen eingesetzt. »Im Rahmen der Berufsausbildung der Jugendlichen hat sich in allen Heimen ein differenziertes Förderungssystem herausgebildet, das das Erreichen des Hauptschulabschlusses mit einschließt«,[24] so der Bericht in seiner Zusammenfassung. Im Hauptschulbereich bestanden derzeit zwei anerkannte Sonderschulen für Erziehungshilfe.

2.2 Neue Strukturen und neue Probleme

In den kommenden Jahren war eine Zielsetzung des Landesjugendamtes, dass die »verschiedenen Teilbereiche des Heimes (Gruppe, Erziehung und Arbeitsplatz, Schule) integrativ zusammen wirken, um einen Erfolg des Heimaufenthaltes zu erreichen«.[25] Das war durchaus kein reibungsloser Prozess, wie die zahlreichen Bemerkungen in den Besprechungsprotokollen der Heimlehrer sowie der Direktoren der Heime erkennen lassen. Die Zusammenarbeit zwischen Heim und Schule wurde zwar im Allgemeinen als zufriedenstellend bewertet, doch die immer wieder auftretenden Dissonanzen blieben (zum Teil bis

23 Protokoll über die Konferenz der Heimlehrer der Rhein. Landesjugendheime am 24.11.1971. Diskutiert wurde die Dienstanweisung für Heimlehrer in den Rhein. Landesjugendheimen, in: ALVR 38556.

24 Jans (11.4.1973) an den LJWA. Bericht über die Schulsituation in den rheinischen Landesjugendheimen. Niederschrift der 34. Sitzung am 12.12.1972, in: ALVR 29192.

25 Vgl. Ergebnisprotokoll des LJWA der Konferenz der Heimlehrer am 27.2.1973 (6.3.1973), in: ALVR 18859, Teil II.

heute) ein ebenso integraler Bestandteil der Zusammenarbeit.[26] In der Praxis versuchte man die gemeinsame Arbeit mit möglichst transparenten Strukturen und »offenen Türen« für beide Seiten zu erleichtern. So nahm mindestens ein Vertreter der Lehrer jeweils an den Erziehungskonferenzen teil, weiter legte man Wert auf informelle Kontakte wie bei Gesprächen bei der Gruppen- und Klassenübergabe, durch Besuche auf den Gruppen oder bei Freizeitkontakten. Die Lehrer sollten als »Multiplikatoren neuer Erziehungsstile« in die Heimerziehung einwirken. In einer neuen Rahmenplanung für die öffentliche Erziehung wollte das Landesjugendamt dieses Zusammenwirken, was weit mehr als eine Kooperation war, konzeptualisieren. Erste Andeutungen gingen dahin, die »zukünftige Notwendigkeit einer Beschulung zu erörtern«, wie auch auf den Umstand hinzuweisen, »dass ein Ersatz der Schulpflicht durch das Angebot lernen zu dürfen für den Klientenkreis der Heimschule günstig wäre, um überhaupt wieder eine Motivation zu erreichen. Lernziele und Lerninhalte sind daher in diesem Zusammenhang zu sehen.«[27] Den Lehrern sicherte man zu, an dieser Diskussion beteiligt zu werden. Im Anschluss einer Bereisung von vier Rheinischen Landesjugendheimen Ende 1973 wurde der aktuelle Zustand in den Heimen wie folgt zusammengefasst:[28] Zahlreiche Jugendliche waren erheblich lern- und leistungsbehindert, viele Jugendliche hatten in ihrer Schulzeit erhebliche Misserfolge erlitten, die zu einer Lernunwilligkeit geführt hatten. Das hieß, es gab Jugendliche mit einem Bedarf »andauernder Beschulung im Heim«, Jugendliche, die nur einer kurzfristigen Heimbeschulung bedurften, und Jugendliche, die sofort am Ort beschult werden konnten.

Der damalige Zustand sowie die besonderen Probleme von zwei landschaftsverbandseigenen Rheinischen Landesjugendheimen lassen sich folgendermaßen resümieren: Rheinisches Landesjugendheim Halfeshof, Solingen: Anerkennung als »Schule für Erziehungshilfe«. Das Heim war für ca. 75 schulpflichtige und für ca. 130 schulentlassene Jungen eingerichtet. Der Berufsschulunterricht wurde teilweise extern in den öffentlichen Schulen

26 Es wurde hier die Situation im RLJH Erlenhof angedeutet, wo »Gegensätze bestehen, die teilweise erheblich sind«. Obwohl an dieser Stelle nicht weiter ausgeführt, wusste man von solchen Differenzen, wenn zwei in sich unterschiedliche Institutionen wie Schule (Bildung) und Heim (Erziehung) aufeinander treffen. Auch in aktuellen Diskussionen bezüglich der notwendigen Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe/Sozialpädagogik wird immer wieder deutlich, dass viel gegenseitige Anerkennung der jeweiligen Arbeit beider Seiten notwendig ist, um im Resultat erfolgreich für die Kinder und Jugendlichen zu wirken. Denn der Ausgangspunkt sowie die methodischen Inhalte der jeweiligen Profession unterscheiden sich deutlich. Im Falle der »Schule im Heim«-Situation war es noch komplizierter, da die Hauptverantwortlichkeit – zumindest für die zu untersuchende Zeitspanne – beider Arbeitsbereiche in den Händen des Heimdirektors lag. Da die Direktoren der Rhein. Landesjugendheime über einen langen Zeitraum von ihrer Ausbildung her in erster Linie Geistliche waren, waren professionelle Differenzen mit der Schule vorprogrammiert. Entscheidend waren oft die einzelnen Persönlichkeiten und die möglichst offenen Strukturen im Gesamtkonzept, vgl, ALVR 18859, Teil II.

27 ALVR 18859, Teil II.

28 LJA (Reisebericht) vom 30.10.1973 betr. einer Bereisung von vier Heimen der öffentlichen Erziehung. Es wurden neben den zwei LVR-eigenen Landesjugendheimen Fichtenhain und Halfeshof noch die Heime Düsselthaler Anstalten – Kinderheim Neu-Düsselthal sowie das Raphaelshaus in Dormagen besucht. Ich beschränkte mich in der Auswertung hier auf die zwei LVR-eigenen Heime, in: ALVR 29197.



Fichtenhain, Schule, Klassensituation 1 Lehrer 3 Schüler

durchgeführt, einige Jugendliche erhielten Unterricht im Heim, bis sie in die Schulen am Ort wechselten. Die Lehrer hatten alle nur eine Lehrbefähigung für Grund- und Hauptschulen und absolvierten deshalb parallel eine Zusatzausbildung für das Lehramt an Schulen für Lernbehinderte und Erziehungshilfe. Im Hinblick auf den Ausbau der Schule als Ganztagsschule herrschte Lehrermangel im Halfeshof. – Rheinisches Landesjugendheim Haus Fichtenhain, Krefeld: Das Heim nahm damals ca. 150 schulentlassene Jungen auf. Schwerpunkt der Arbeit waren lernbehinderte und anfallskranke Jugendliche. Die Jugendlichen hatten erhebliche schulische Defizite, und es fehlten Berufsvorbereitungsklassen und Klassen für die Durchführung von Berufsgrundschuljahren. Deren Einrichtung war jedoch abhängig von der Existenz einer Berufsschule, für deren Einrichtung wiederum eine noch aktuell nicht vorhandene Schülerzahl notwendig war. Weiterhin hatte keiner der im Haus Fichtenhain unterrichtenden Lehrer eine Lehrbefähigung für Erziehungshilfe oder Lernbehinderung.

Somit wurden die damaligen Probleme der Schulen in den Heimen der öffentlichen Erziehung durch das Landesjugendamt wie folgt charakterisiert: Es herrschte ein Mangel an Lehrern, was zu einer Nichterfüllung des Stunden-Solls für die Schüler führte. Dies hatte seinen Grund in der temporären Unterbelegung einiger Heime, was dann dazu führte, dass man Jugendliche, die der Heimerziehung bedurften, aufgrund fehlender Schulplätze in den Heimen nicht aufnehmen konnte. Auf Grund der fehlenden Zusatzausbildungen der Lehrer war ein den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen entsprechender Unterricht nicht möglich. Auf Grund der besonderen Bedürfnisse der Heimschulen erschien es problematisch, die Richtlinien der öffentlichen Schulen auf die Rheinischen Landesjugendheime zu übertragen, da die Vorgaben der Schüler-Lehrer-Relation nicht passten, die Klassenstärke zu hoch war und keinen Spielraum bot, notwendige sonderpädagogische Maßnahmen durchzuführen.

Die Anerkennung der Heimschulen in den Rheinischen Landesjugendheimen Erlenhof und Halfeshof bedeutete eine erhebliche Veränderung der Struktur der Landesjugendheime und brachte das Landesjugendamt damit gewissermaßen auch in Zugzwang. Nun wurde der schulische Betrieb von außen beobachtet, und es mussten stabile Strukturen entstehen, um den Anforderungen zu entsprechen. Einige der Verantwortlichen erkannten, dass die Alleinverantwortung für die Erziehung der Jungen nicht mehr ausschließlich wie bisher in den Händen der Direktoren der Heime liegen könne. Ihnen war deshalb sehr daran gelegen, eventuelle Veränderungen bestehender Stellen und Funktionen neuer Arbeitsbereiche neu zu definieren. So diskutierte man beispielsweise die Frage, ob es notwendig sei, eine eigene Rektorenstelle für die Schulführung zu schaffen, oder – so die andere Auffassung – ob der Erziehungsleiter diese Aufgabe mit übernehmen könnte. Direktor Knappertsbusch vom Rheinischen Landesjugendheim Halfeshof sprach sich für eine separate Stelle aus, da seiner Auffassung nach »eine Kombination die Aufgaben verwischen würde« und der Erziehungsleiter »andere wichtige Aufträge (Sorgerechtswahrnehmung, Praktikantenausbildung, Öffentlichkeitsarbeit) zu erfüllen habe«.[29] Hubertus

29 Niederschrift (31.5.1973) der Direktorenkonferenz am 23.5.1973 im RLJH Halfeshof, in: ALVR 38555.

Gollnick (Rhein. Landesjugendheim Erlenhof) sah den Schulleiter sogar als »ein Mitglied der erweiterten Heimleitung an, so wie den Erziehungsleiter, den Verwaltungsleiter und den Direktor«.[30] Das Rheinische Landesjugendheim in Viersen sprach sich indes gegen einen eigenen Schulleiter und für die Aufgabenübernahme seitens des Erziehungsleiters aus. Diese Diskussion offenbart ein Stück weit die bevorstehenden strukturellen und konzeptionellen Auswirkungen dieser Entscheidung. Landesrat Jans ging sogar so weit in seiner Behauptung, dass er von einem neuen Erziehertyp für die öffentliche Erziehung sprach. Eines wurde an dieser Debatte deutlich, dass die öffentliche Erziehung im LVR sich mitten in einer Umstrukturierung befand, in der die Schule ihren Platz im System Heimerziehung noch finden musste.

Die endliche Zulassung und Genehmigung einer Schule für Erziehungshilfe erfolgte durch den Regierungspräsidenten in Düsseldorf mit Wirkung vom 10.8.1975.[31] Anlass war der Beschluss des Landschaftsausschusses vom 11.7.1974 zur Einrichtung einer Heimberufsschule (Sonderschule). Hintergrund war die problematische Beschulung der Heimkinder in öffentlichen Schulen. »Da der überwiegende Teil der Jugendlichen so stark verhaltensgestört ist, ist eine Unterrichtung in örtlichen Berufsschulen nicht durchführbar«,[32] so die Begründung des Landesjugendamtes im Antrag auf Genehmigung. Da der Gesetzgeber auch Behinderten einen anerkannten Ausbildungsberuf zugestand[33] und das Landesjugendamt die überwiegende Mehrheit der Jugendlichen in ihren Heimen (von 110 Jungen im Rheinischen Landesjugendheim Fichtenhain besuchten lediglich zwölf Jungen die externe Schule) als erziehungsschwierig/verhaltensgestört einstufte,[34] musste aufgrund

30 ALVR 39555.

31 Der Regierungspräsident an den Direktor des LVR (5.6.1975), Genehmigung zur Errichtung einer Schule für Erziehungshilfe (Sonderschule für den Berufsbildenden Bereich) – Haus Fichtenhain, Krefeld, in: ALVR 29192.

32 Der Direktor des LVR an den Regierungspräsidenten Düsseldorf vom 30.7.1974. Hier begründete das LJA die Einrichtung einer Sonderschule in der Berufsschulstufe und verwies auf die Aufforderung seitens des Regierungspräsidenten, der das LJA in einem Schreiben vom 31.7.1973, AZ 44.32.04, darauf hingewiesen hatte, dass die im RLJH untergebrachten Jugendlichen verpflichtet seien, ihre Schulpflicht zu erfüllen, was sie in einer ungenehmigten Schule nicht könnten, in: ALVR 29197.

33 Grundlage hierfür war der Erlass des Kultusministeriums vom 2.4.1975 – II A 5 37–11 Nr. 594/74. »[…] Auch Behinderte sollen grundsätzlich in einem anerkannten Ausbildungsberuf ausgebildet werden. Ist jedoch ein erfolgreicher Abschluß einer solchen Berufsausbildung von vornherein nicht zu erwarten, müssen Ausbildungsgänge mit Qualifikationen angeboten werden, die der Eigenart und der Leistungsfähigkeit der Schüler entsprechen […]«, in: Schreiben des Regierungspräsidenten in Düsseldorf an den Direktor des LVR vom 5.6.1975, in: ALVR 29192.

34 Das LJA diagnostizierte die Jugendlichen des RLJH Fichtenhain wie folgt: »Es handelt sich in 17 Fällen um Jugendliche, bei denen infolge eines Hirnschadens oder eines anderen neurologischen Befundes eine spezielle Erziehungsbedürftigkeit gegeben ist. In 7 Fällen konnten psychopathische Störungen nachgewiesen werden, die mit sekundären Lern- und Leistungsausfällen einhergehen und eine intensive sonderpädagogische Behandlung erforderlich machen. Bei 89 Jugendlichen führten Fehlerziehung und/oder mangelnde Betreuung im familiären Bereich oder infolge plötzlicher Familienauflösung oder -veränderung zu tief greifenden Störungen im Persönlichkeitsbild, die dann sekundäre Lern- und Leistungsausfälle zur Folge haben. 90 Jugendliche sind selbst in hohem Maße

der Schulpflicht allen Jungen ein – staatlich anerkanntes – Schulangebot gemacht werden. Dieses wurde nun mit der staatlich anerkannten Schule für Erziehungshilfe (Sonderschule für den berufsbildenden Bereich) als »Schule im Heim« ermöglicht.

2.3 Fazit

Dieses Resultat bedeutete perspektivisch eine erziehungs- und bildungspolitische Öffnung im Konzept der Fürsorgeerziehung im LVR. Nach einer fast 20-jährigen Debatte wurde aus dem Provisorium »Heimschule« eine feste, staatlich anerkannte Schulform, die trotz zahlreicher Veränderungsprozesse noch heute besteht.[35] Im Laufe der in den Blick genommenen Jahre entwickelte und differenzierte sich das Schulangebot der Heime im Gebiet des LVR zusehends. Das lag, wie bereits angeführt, daran, dass die allgemeine Schulpflicht auf neun bzw. zehn Schuljahre verlängert wurde und nun in den Einrichtungen – neben den schulentlassenen, berufsschulpflichtigen Jungen – auch normalschulpflichtige Jugendliche untergebracht waren. Zum anderen bestand das Recht eines jeden Kindes und Jugendlichen – auch eines behinderten – auf ein reguläres, anerkanntes Schul- und Berufsschulangebot, das ihnen einen Schulabschluss und/oder einen Ausbildungsabschluss ermöglichen sollte. Die im Erlass des Kultusministeriums NRW enthaltenen Ausnahmen und Besonderheiten für Jugendliche mit offensichtlichen Schwächen und Behinderungen sahen neben dem öffentlichen Schul- und Berufsschulangebot auch ein »der Eigenart und der Leistungsfähigkeit der Schüler« entsprechendes Berufsschulangebot vor.[36] Aufgrund der diagnostizierten Krankheitsbilder der Jugendlichen schloss sich, so die Auffassung des Landesjugendamtes, der Besuch einer öffentlichen Schule für die Mehrheit der Jugendlichen aus.

Für die einzelnen Heime und im Besonderen für das Landesjugendamt war dieser Prozess der Implementierung einer Schule für Erziehungshilfe als Sonderberufsschule eine Geschichte der langsamen Annäherung. Rückblickend waren die Bedingungen des Unterrichtens für die Heimschulen über lange Jahre hinweg eine ständige Auseinandersetzung um Mittel und Stellen mit dem Landesjugendamt gewesen. Parallel dazu verfolgten sowohl die Heime als auch das Landesjugendamt die schrittweise Anerkennung der Heim-

gefährdet und/oder stellen für andere eine Gefahr dar. Es handelt sich um Jugendliche, die wiederholt erhebliche materielle oder personelle Schäden verursacht haben und einer vertieften Erziehungshilfe in einer Kleinklasse bedürfen. (Mehrfachnennungen sind bedingt durch Mehrfachbehinderungen/Mehrfachursachen)«, in: ALVR 29197, S. 3.

35 Heute heißen die Schulen für Erziehungshilfe auch »Förderschule mit Schwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung«.

36 Dieser Erlass des Kultusministeriums NRW basiert auf den »Empfehlungen zur beruflichen Bildung Behinderter und zur Errichtung länderübergreifender beruflicher Schulen für Behinderte« der Kultusministerkonferenz vom 6.2.1975, in der wesentliche Aussagen zur beruflichen Bildung Behinderter – aufgegliedert nach Behinderungsgruppen – enthalten waren.

schulen als staatlich anerkannte Schulformen. Doch die genaue inhaltliche Ausrichtung schien über lange Zeit fraglich, und die Vorstellungen stimmten nicht immer überein. Den Heimen ging es im Alltag vornehmlich darum, ihren wenigen Schülern in den öffentlichen Berufsschulen den notwendigen Zusatzunterricht und Hausaufgabenbetreuung anzubieten, damit sie auch ihre theoretische Gesellenprüfung erfolgreich abschließen konnten. Des Weiteren wollten sie der zahlenmäßigen Mehrheit ihrer Jungen Unterricht und Bildung nachreichen, um ihnen so gegebenenfalls die Nachholung des Schulabschlusses zu ermöglichen. Viele Jugendliche standen den schulischen Angeboten eher ablehnend gegenüber. Das hatte sicherlich mit ihren bisherigen Schulerfahrungen zu tun, aber auch zu einem großen Teil damit, dass alle Jugendlichen in oftmals sehr anstrengende Arbeitsprozesse eingegliedert waren, die sie körperlich sehr forderten. Deshalb wollten die meisten von ihnen die wenige Zeit, die sie nicht arbeiten mussten, lieber zur Erholung und zur Freizeit nutzen. Hier liegt meines Erachtens ein erkennbarer Widerspruch im System, wenn sowohl das Landesjugendamt als auch die Heime die Jugendlichen zum Nachholen ihrer Schulabschlüsse motivieren wollten und der Schule aufgrund ihrer Institutionalisierung innerhalb des Heimgefüges eine größere Bedeutung zukommen ließen, andererseits ihr aber im Heimalltag und im Zeitplan der Jugendlichen nur eine Nebenrolle zuwiesen. Das lässt an dieser Stelle den Schluss zu, dass der Arbeitserziehung der Jugendlichen immer deutlich mehr Beachtung geschenkt wurde als der (schulischen) Bildung.

Die Thematik »Schule und Heim« hatte weder im Landesjugendamt noch innerhalb der Fachöffentlichkeit über lange Zeit eine große Relevanz. Themen wie Arbeitserziehung, Prämien und Taschengeldzahlungen oder die Frage der angemessenen und erlaubten Strafmittel in der Fürsorgeerziehung beschäftigten das Landesjugendamt, die Fachbehörden wie auch die Autoren der Fachzeitschriften deutlich mehr. So befasste sich auch der Allgemeine Fürsorgeerziehungstag (AFET) erstmals 1961 in seiner Beiratssitzung mit dem Thema »Heim und Schule«, die Arbeitsgemeinschaft für Jugendpflege und Jugendfürsorge (AGJJ) behandelte das Thema »Schule und Jugendhilfe in ihrer gemeinsamen Verantwortung für die Jugend« erstmals 1960 und der Verband deutscher Sonderschulen diskutierte auf seiner Jahrestagung 1961 – zeitgleich wie der AFET – das Thema »Sonderschulpädagogik und Sozialpädagogik«. Die AFET-Tagung bezeichnete dann auch die Beziehung von Heim und Schule als ein »umfassendes, schwieriges und aktuelles Problem«, das seine Aktualität, so Lesemann[37] in

37 Gustav Lesemann, Sonderschullehrer, Leiter eines Jugendheims, Verbands- und Ehrenvorsitzender der Deutschen Sonderschulen, war so etwas wie der »Nestor der Hilfs- und Sonderschulentwicklung« in Deutschland. Bereits vor 1945 beteiligte er sich wort- und schriftreich an den nationalsozialistischen Gesetzgebungen »zur Verhütung erbkranken Nachwuchses« und forderte bereits 1929 die »lebenslange Zwangsasylierung der Schwachsinnigen«. Auch nach 1945 war er weiterhin in der Fortentwicklung der Sonderschulen beteiligt, schrieb zahlreiche Artikel zum »Ausleseverfahren für Hilfsschüler« und behauptete eine »ganzmenschliche Eigenart« von Hilfs-/Sonderschülern, die er auch bei Heimkindern vorfand. Auf Grund seiner Popularität und Verdienste wurden zahlreiche Sonder- und Lernbehindertenschulen in Deutschland nach ihm benannt. Eine Stiftung seines Namens vergibt den Gustav-Lesemann-Preis. Trotz der durchaus bekannten Vergangenheit Lesemanns haben bis heute nur wenige Schulen den Entzug ihres Namens vorangetrieben.

seinem Eröffnungsvortrag,[38] »aus den vergleichbaren Reformgedanken und Zielsetzungen beider Institutionen ableiten ließe: Lebensoffene Erziehung im Heim und Lebensnähe in der Schule – Gruppenerziehung im Heim und Gruppenarbeit und -unterricht in der Schule – Familiale Erziehung im Heim und Wohnstuben-Atmosphäre im Heim/Schule – Soziale Rehabilitation im Heim und Erziehung zum sozialen Verhalten in der Schule«.[39] Er erkannte einen möglichen Gewinn einer fruchtbaren Zusammenarbeit von Heim und Schule und forderte deshalb eine »Verschmelzung beider Einrichtungen«, um so der »disharmonischen Wesensgestalt«[40] der Kinder und Jugendlichen entgegen wirken zu können. Im Einklang mit der Auffassung des AFET konnte Lesemann hier, mit der Anerkennung der Heimschulen in der Fürsorgeerziehung als Sonderschulen, für den Ausbau dieses Sonderschulsystems plädieren.

Wie lassen sich diese Entwicklungen des Schulbereichs in der Fürsorge- und Heimerziehung im Gebiet des LVR bewerten? Welche Bedeutung hatte die Entscheidung, diese »zweite Säule« Schule/Bildung neben derjenigen der Erziehung in den Heimen zu installieren? Zunächst einmal hat man seinen Auftrag erweitert und der Schul- und Berufsausbildung innerhalb der Heimerziehung eine eigene Gewichtung gegeben. Es war eine Entscheidung, die Kinder und Jugendlichen mit diesem Schritt einer »Sonderschule im Heim« noch enger an die Heime zu binden. In den zeitgenössischen Debatten würde man von »mehr Exklusion, weniger Inklusion« sprechen. Bildungspolitisch aber war es eine Entscheidung, die durchaus einer damaligen gesellschaftlichen wie fachlichen Auffassung entsprach, nonkonformes Verhalten zwar zu tolerieren, es als krankhaft diagnostiziertes Verhalten zu therapieren, aber nur in gesonderten Räumen. Die Argumentation des Landesjugendamtes war, dass gerade die »Behinderung« einen geschützten Raum und eine gesonderte, aufwendige Betreuung notwendig mache. Dies könnten die öffentlichen Schulen nicht leisten. So entstand diese Bildungsinstitution innerhalb einer Erziehungsinstitution, für die zu Beginn der Institutionalisierung nur ein unvollständiger Entwurf seitens des Landesjugendamtes vorlag. Die Heime mussten ihre Infrastruktur ausbauen, mehr Lehrpersonal einstellen und ein tragfähiges Konzept erstellen, denn die bisherige Durchführung des Unterrichts im Heim war so nicht mehr möglich.

Doch in seinen Grundannahmen vertrat der LVR seinerzeit damit keine Sonderstellung. Viele Kinder und Jugendliche wurden aufgrund ihrer verschiedenen diagnostizierten

38 Lesemann, Heim und Schule, Eröffnungsvortrag der Beiratssitzung des Allgemeinen Fürsorgeerziehungstages 1961, Mitglieder-Rundbrief Nr. 5/6 (Juli 1961), S. 34 f.

39 Ebd., S. 35.

40 Lesemann erkannte »die Heimkinder im Vergleich zum vollgesunden Kind als mehr oder minder disharmonische Personengestalten« an. Deshalb forderte er, »je uneinheitlicher, disharmonischer ein Menschenwesen ist, desto einheitlicher, unteilbarer, totaler müssen die Hilfen sein, die wir ihm als Lebensbeistand geben« (S. 35). Gleicht man seine Thesen und Vorschläge für den Betrieb dieser »neuen Heimschulen« mit weiteren Schriften zum Sonderschulwesen ab, so erkennt man die Zielsetzung. Für ihn ging es nicht um die Frage, ob es eine Heimschule oder eine Schule im Heim geben solle, sondern nur darum, welche Stellung die Heimschule im gesamten System der Behindertenpädagogik einnahm.

»Auffälligkeiten«, »Störungen« und »Krankheiten« sowie der dadurch bedingten Verwahrlosung (oder umgekehrt) in die Heime eingewiesen. Meist waren sie aus den öffentlichen Volks- oder Hilfsschulen ausgeschult bzw. als nicht mehr beschulbar eingestuft worden. Vor dem Hintergrund der damals rechtlich legitimierten und erziehungswissenschaftlich üblichen Diagnostik eines »multiplen Verwahrlosungsbegriffs« sowie der fürsorgerischen Zielsetzung einer »Heilung« dieses Zustandes lässt sich die Entscheidung des Landesjugendamtes, die Schule als zweite Säule im Heim zu integrieren, nachvollziehen. Beurteilt man die Entscheidung im Zusammenhang aktueller Debatten über die Selektionshaftigkeit des deutschen Erziehungs- und Bildungssystems sowie der Erkenntnisse über deren Auswirkung bis heute, muss man diesen ersten Schritt als den Beginn einer nachhaltigen Entwicklung in der Fürsorge- und Heimerziehung, der bis heute seine Auswirkungen hat, bezeichnen.

Judith Pierlings

3. Arbeit in der Heimerziehung und die Frage nach Entlohnung und Sozialversicherung

3.1 Grundlegende Funktionen der Arbeit in der Heimerziehung

Fehlverhalten von Jugendlichen in der Arbeitsstelle oder in der Ausbildung war ein häufiger Grund zur Einweisung in die Heimerziehung. Dies ist auch deshalb interessant, da man gleichzeitig »Arbeit als entscheidenden Erziehungs- und Heilfaktor [und] die Arbeitsstätte als wesentlichen Erziehungsraum«[1] wertete – eine Haltung, die die Heimerziehung prägte und die es über einen langen Zeitraum gegeben hat. Zuschreibungen wie »Arbeitsbummelei« oder »Arbeitsversagen«, häufiger Stellenwechsel oder ein vermeintlich zu wählerischer Umgang mit der Arbeitsstelle waren Gründe, Jugendliche in die Fürsorgeerziehung zu überweisen.[2] Diese zugeschriebenen Verhaltensweisen dienten dann dazu, die Diagnose der Verwahrlosung zu begründen. So heißt es etwa in der preußischen Ausführungsanweisung zum Reichsjugendwohlfahrtsgesetz: »Da die Verwahrlosung häufig auf Arbeitsunlust beruht, ist die Erziehung zur Arbeit, besonders bei den Schulentlassenen, wichtig. […] Die Erfahrung hat gezeigt, daß gelernte Arbeiter weniger leicht arbeitslos werden als ungelernte. Außerdem ist gerade die Handwerkslehre ein ausgezeichnetes Erziehungsmittel. Es ist deshalb die Erlernung eines Berufes durch die Minderjährigen tunlichst zu fördern.«[3] In den Zeiten des Nationalsozialismus und im Verlauf des Zweiten Weltkrieges hatten die Arbeit und die Arbeitsleistung Jugendlicher einen besonderen Stellenwert.[4] Verfehlungen in der Arbeitsstelle, mangelnde Disziplin, Fehlen am Arbeitsplatz oder ein unerlaubter Stellenwechsel führten, neben der Zuweisung zur Fürsorgeerziehung, auch zu weiteren Disziplinierungsmaßnahmen. »Zum häufigsten gegen die bei heranwachsenden ›Arbeitsbummelanten‹ angewandten Disziplinierungsmittel entwickelte sich […] der im Oktober 1940 eingeführte Jugendarrest.«[5]

1 Döffinger 1962, S. 128.
2 Vgl. hierzu exemplarisch Fenner 1991.
3 Abschnitt IV, Absatz 16 der allgemeinen Ausführungsanweisungen des MFV zum RJWG und zum preußischen Ausführungsgesetz, in: Potrykus 1953, S. 417.
4 Vgl. zur Verbindung der Themen Arbeit und Anstaltserziehung für die 1920er Jahre, die Weimarer Republik und die NS-Zeit Steinacker 2007; zur NS-Zeit zudem Lotfi 2003 sowie Kuhlmann 1985, hier bes. Kapitel 7 und 8.
5 Steinacker 2007, S. 511.

Auch nach dem Zweiten Weltkrieg wandelte sich innerhalb der Fürsorgeerziehung zunächst wenig, eine Änderung pädagogischer Methoden erfolgte nicht, vielmehr blieb die Disziplinierung weiter im Fokus der Erziehung. So wurden Verfehlungen am Arbeitsplatz oder die fehlende Arbeitsbereitschaft weiterhin als Gründe für zunehmende Verwahrlosung herangezogen und die entsprechenden charakterlichen Zuschreibung wie etwa »arbeitsscheu« oder »arbeitsunlustig« fortlaufend ohne Problematisierung weiter verwendet.[6] Erst mit den im Kontext der Heimkampagnen ausgelösten Veränderungen in der Heimerziehung änderte sich auch der grundsätzliche Blick auf den Bereich »Arbeit als Erziehungsmittel« innerhalb der Heimerziehung, wie im Kontext der Landesjugendheime bzw. der weiblichen Zöglinge später in diesem Kapitel noch dargestellt wird. Innerhalb der konkreten Heimerziehung wurden der Arbeit im Heimalltag verschiedene Funktionen zugeschrieben. Sie sollte auf der einen Seite als konkretes Erziehungsmittel fungieren – Erziehung durch Arbeit –, auf der anderen Seite stellte sie aber auch ein zentrales Erziehungsziel – Erziehung zur Arbeit(sfähigkeit) – dar. »Die Zöglinge müssen in allen Anstalten körperlich fest arbeiten, und zwar der täglichen Stundenzahl nach nicht zu knapp. Das ist recht so, das betone ich ausdrücklich. Wer arbeiten kann, kommt durchs Leben. […] Berufliche Tüchtigkeit und Charakter gehören zusammen. Wo eines fehlt oder auch nur ungenügend ist, leidet das andere.«[7]

Es sollte also vor allem darum gehen, den jungen Menschen zu einem anerkannten Mitglied der Gesellschaft zu formen und positiv konnotierte Eigenschaften wie etwa »[…] Fleiß, Aufmerksamkeit, Sauberkeit, Beharrlichkeit, Ausdauer, Geduld, Tapferkeit, Sorgfalt, Gründlichkeit, Unternehmungslust, Konzentrationsvermögen und Gewissenhaftigkeit […]« herauszubilden.[8] Neben dieser charakterbildenden Funktion wurde auch die Wichtigkeit der beruflichen Bildung für die Jugendlichen gesehen. Allerdings herrschte wenig Einigkeit über die Art und Intensität, mit der qualifizierender beruflicher Bildung innerhalb der Heimerziehung nachgegangen werden sollte bzw. über die Verpflichtung der Heime, Ausbildungsmöglichkeiten zu stellen.[9] Eine weitere Funktion der Arbeit war es zudem, die Arbeitskraft der Jugendlichen zur Minderung der Kosten der Heime zu nutzen. »Die Anstalten brauchten die Arbeitsleistung der Zöglinge, um möglichst kostensparend wirtschaften zu können.«[10] In der Nachkriegszeit wurde die Arbeitskraft der Jugendlichen vor allem für den Wiederaufbau der Einrichtungen oder in der Landwirtschaft genutzt, um die Versorgung innerhalb des Heimes zu gewährleisten. Aber auch weiterhin wurde die Arbeit der Zöglinge gebraucht, um das Heim finanzieren zu können, da etwa innerhalb des Landesjugendamtes Rheinland erst ab 1956 ein kostendeckender Pflegesatz existierte.[11]

6 Vgl. Lützke 2002, S. 86 und 122.
7 Müller 1949, S. 19.
8 Merkheft des Erziehers K. Fehrenbach 1949/50, in: ALVR 25861.
9 Die Ausgestaltung beruflicher Bildung war vor allem im Bereich der FE weiblicher Minderjähriger ein schwieriger Punkt, wie im weiteren Verlauf des Kapitels noch dargestellt wird.
10 Gehltomholt/Hering 2006, S. 106.
11 Vgl. hierzu auch Kap. I.2.5.2.

Letztlich hatte die Arbeit, neben all den zuvor beschriebenen Funktionen und den in sie gesetzten Erwartungen, aber auch die Aufgabe, die Jugendlichen zu beschäftigen. So eröffnete beispielsweise das Landesjugendheim Erlenhof 1958 die eigentlich bereits geschlossene Mattenflechterei wieder, um im Winter für die Jugendlichen etwas zu tun zu haben. »In der außenkommando- und außenarbeitsarmen Zeit ist es von Vorteil, über diese Möglichkeit der Beschäftigung für einen Teil der Jugendlichen zu verfügen.«[12] Neben den pädagogischen, berufsbildenden und charakterformenden Eigenschaften, die der Arbeit zugesprochen wurden, darf also nicht übersehen werden, dass es in vielen Fällen um die bloße Beschäftigung der schulentlassenen Jugendlichen ging. Hierzu wurden häufig einfache Hilfsarbeiten verwendet, wie etwa das Mattenflechten oder das Kartoffeln schälen, um den Jugendlichen etwas zu tun zu geben und sie zusätzlich auch »unter Kontrolle« zu haben.

3.2 Organisation der Arbeitsmöglichkeiten in Heimeinrichtungen

3.2.1 Arbeitsfelder und Einsatzmöglichkeiten – ein einführender Überblick[13]

Über einen langen Zeitraum war vor allem die Landwirtschaft der zentrale Arbeitsbereich. So hieß es bereits bei Johann Hinrich Wichern: »Beschäftigung der Zöglinge in der Landwirtschaft ist jeder anderen Beschäftigung vorzuziehen. Auch für diejenigen Knaben, welche für die Erlernung eines Handwerks ins Auge gefasst sind, empfiehlt sich zunächst eine längere Beschäftigung in der Landarbeit.«[14] Hintergrund für diese Art der Beschäftigung war vordergründig die als heilend und pädagogisch wertvoll verstandene Wirkung der Tätigkeit in Landwirtschaft und Garten.[15] Diese Auffassung blieb bis in die 1960er Jahre bestehen. So wurde etwa 1964 auf einer Arbeitstagung der Landesjugendämter und Fürsorgeerziehungsbehörden »der große pädagogische Wert der Landwirtschaft für die Heimerziehung« hervorgehoben und vor allem der »arbeitstherapeutische« Effekt für noch nicht »berufsreife« Jungen betont.[16] Viele Einrichtungen hatten, auch aufgrund ihrer ländlichen Lage, kaum andere Beschäftigungsmöglichkeiten für die Jugendlichen. Gängige Praxis war in diesem Bereich, neben der Beschäftigung in heimeigener Landwirtschaft,

12 Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1958, in: ALVR 23823.

13 Dieser Abschnitt bezieht sich vor allem auf die männlichen Fürsorgezöglinge.

14 Zitiert nach Kiehn 1966, S. 441.

15 Vgl. hierzu etwa die Beiträge von Schaubert 1966; Döpp-Woesler 1966 sowie Weiland 1966. Das Handbuch der Heimerziehung (Trost) war zum Zeitpunkt seines Erscheinens ein Standardwerk zur Aus- und Weiterbildung.

16 Niederschrift vom 11.1.1965 über die 16. Arbeitstagung der Landesjugendämter und FEB am 14.–16.10.1964, in: ALVR 39914.

auch die Arbeit als »Kolonne«, das hieß in Gruppen- oder in Einzeleinsätzen bei umliegenden Landwirten.

Mit der zunehmenden Entwicklung moderner und technischer Berufe mussten sich auch die Heime ansatzweise diesen Berufssparten öffnen. So kamen innerhalb der Einrichtungen eigene Werkstätten hinzu bzw. bestehende Einrichtungen wurden verändert, wobei sich nicht alle Berufe, vor allem wegen des Erwerbs und der Pflege teurer Industrieanlagen, für die Ausbildung im Heim eigneten. Gängige Berufe waren – neben Landwirtschaft und Gärtnerei – unter anderem Schuhmacher, Schneider, Korbmacher, Schlosser, Schreiner, Maler oder Metzger.[17] Zu den Bereichen der Landwirtschaft und der Werkstätten kamen Kooperationen mit externen Firmen hinzu. Hier wurden die Jugendlichen mit industrieller Arbeit, teilweise in den Räumlichkeiten der Heime, beschäftigt. Dies führte in vielen Heimen etwa zur Einrichtung einer Mattenflechterei, in der zum Beispiel Toilettenvorleger erstellt wurden. Dieses Thema wird im weiteren Verlauf noch genauer aufgegriffen. Nur einem Teil der Jungen konnte es innerhalb ihrer Zeit im Heim ermöglicht werden, eine vollständig anerkannte Lehre zu absolvieren. Als Begründung hierfür wurde neben der Kürze des Heimaufenthaltes häufig auch die Persönlichkeit der Jugendlichen angeführt. »Tatsächlich zeigt sich jedoch, daß die Zahl derjenigen Minderjährigen, die ein weitergehendes Berufsziel anstreben und ernstlich zu verfolgen in der Lage sind, gering ist.«[18] Hinzu kamen fehlende räumliche sowie personelle Kapazitäten, um mehr Jugendlichen eine anerkannte Ausbildung zukommen zu lassen, sowie die fehlende Wirtschaftlichkeit der Werkstätten.[19] Um ihnen dennoch eine Lehre zu ermöglichen, versuchte man die Jugendlichen in externe Stellen zu vermitteln, wobei hier stets die Sorge vor möglichen Entweichungen aus dem Heim bestand. Hinzu kamen innerhalb der Einrichtungen Lehrgänge und Erprobungsmaßnahmen etwa im Bereich Metall oder Holz. Den großen Bereich der Hilfstätigkeiten gab es aber weiterhin. Anzumerken ist an dieser Stelle, dass »[…] der Begriff ›Berufsausbildung‹ in der Heimerziehung wesentlich umfassender ist als sonst üblich. Zur Berufsausbildung zählen neben den ausgesprochenen Lehr- und Anlernverhältnissen mit Abschlussprüfung auch alle Anlernverhältnisse ohne Abschlussprüfung und Beschäftigungen oder Anleitungen ohne anerkanntes Ausbildungsziel. So taucht in der Liste der Berufsausbildungsmöglichkeiten für die Jungen der Beifahrer, der Bote, der Küchengehilfe, der Hilfsarbeiter […] auf.«[20]

Im Laufe der 1960er Jahre wurde die Rückständigkeit im Bereich der Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten in den Heimeinrichtungen weiter kritisiert und eine Veränderung der Einrichtung, eine Erweiterung der Jugendwohnheime oder auch die Schaffung von Heimen in industriellen Ballungsgebieten gefordert. »Die rasante Entwicklung in

17 Kiehn 1966, S. 447.
18 Jans/Beurmann 1963, S. 65.
19 Vgl. Kiehn 1966, S. 446.
20 Bock 1960, S. 71. Bock bezieht sich hier auf eine Befragung von mehr als 200 Heimen für Schulentlassene im gesamten Bundesgebiet, die 1957 zur Vorbereitung einer Tagung des AFET stattfand. Auch für die jungen Frauen wird der Ausbildungsbegriff ähnlich weit gefasst. Hier tauchen etwa Berufe wie Küchen- oder Krankenhaushilfe auf.

den letzten Jahrzehnten hat zu einer starken Diskrepanz zwischen den Möglichkeiten im Heim und den Anforderungen draußen geführt. Es kann nicht geleugnet werden, daß die Arbeitserziehung im Heim rückständig ist. […] Dazu kommt, daß in vielen Heimen noch immer Ausbildungsmöglichkeiten in Berufen bestehen, die – aus anderen sozialen Bedingungen entstanden – heute kaum noch eine Zukunft haben: Schneider, Schuster, u.a.«[21] Im Kontext der stärker werdenden Kritik an den Heimeinrichtungen wurde die Öffnung der Heime und die Expansion von externen Beschäftigungsmöglichkeiten diskutiert und gefordert, vor allem mit dem Argument einer Vermeidung von zu starker Geschlossenheit und Isolierung der Jugendlichen von externen Einflüssen und Beziehungen. Gleichzeitig wurde aber auch der Vorteil heiminterner Ausbildungsmöglichkeiten betont, um somit auch den verhaltensauffälligeren Jugendlichen eine berufliche Ausbildung anbieten zu können.[22]

Im Lauf der 1970er Jahre wurden dann die verschiedenen beruflichen Bildungsmaßnahmen auch in ihrer Wertigkeit heraufgesetzt, als etwa Entlohnung und Sozialversicherung auch für Jugendliche in Berufsvorbereitung hinzukamen.[23] Als Folge der Verlängerung der Schulpflicht sowie der Herabsetzung der Volljährigkeit in den 1970er Jahren absolvierten immer weniger Jugendliche ihre Lehre während des Heimaufenthaltes. Es wurde versucht, dieser Entwicklung mit einer stufenweisen Ausbildung zu begegnen. Und trotz erkennbarer Veränderung der Situation wurde der Zustand der Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten bis über die 1970er Jahre hinaus weiter kritisch betrachtet. »Ihres jahrhundertelangen Charakters als Stätten der Arbeitsdisziplinierung, der ›Produktion‹ von Hilfsarbeitern und Hausgehilfinnen und als Instrument zur Kostendämpfung der Heimerziehung wurden Ausbildungs- und Beschäftigungsinitiativen in den Heimen seit den ›Heimkampagnen‹ zwar zunehmend entkleidet, modernen Ausbildungsstandards aber bis heute nur ausnahmsweise angenähert. […] Zu Beginn der 80er Jahre […] für Jungenheime aber – was die Differenzierung des Angebots angeht – gewisse Fortschritte festgestellt.«[24]

3.2.2 Arbeit und berufliche Bildung in der Erziehung weiblicher Jugendlicher

Die Arbeit schulentlassener Mädchen in der Fürsorgeerziehung sollte neben der Änderung von Verhaltensweisen wie Arbeitsscheu und Unlust unter anderem auch mit der Vorstellung aufräumen, den Lebensunterhalt »statt durch ›harte Arbeit‹ durch einen ›liederlichen Lebenswandel‹ bestreiten zu können«.[25] Schulentlassene junge Frauen hatten, vor einer möglichen weiteren beruflichen Qualifikation, in aller Regel eine hauswirtschaftliche Grundausbildung innerhalb des Heimes zu absolvieren. Diese Qualifikation galt als zwingend notwendig, variierte aber in ihrer Gestaltung in den verschiedenen Heimen deut-

21 Becker 1967, S. 155.
22 Vgl. Wilfert 1969, S. 90 f.
23 Vgl. die Abschnitte 3.3.–3.5 in diesem Beitrag.
24 Blandow 1989, S. 293 f.
25 Gehltomholt/Hering 2006, S. 106.

lich.[26] Die Funktion dieser Art von Arbeit war es vor allem, ihnen die Fähigkeiten zu vermitteln, die für ihre, als selbstverständlich erachtete, Rolle als Mutter und Hausfrau wichtig waren, sowie sie sittlich und charakterlich zu bilden.[27] Nebeneffekt war sicher auch die Einsparung von Kosten für die jeweilige Einrichtung, da die Mädchen Aufgaben erfüllten, die ohnehin im Haushalt des Heimes angefallen wären.

Im Rheinland existierte bereits ab Januar 1935 eine Verordnung zur Absolvierung einer hauswirtschaftlichen Prüfung im Erziehungsheim. Zu dieser sollten möglichst alle Mädchen im Heim nach etwa anderthalb Jahren Aufenthalt in der Einrichtung zugelassen werden, wobei die Prüfung den Heimaufenthalt nicht verlängern sollte. Die Prüfung sollte alle Fächer der Hauswirtschaft umfassen und theoretische wie praktische Kenntnisse überprüfen.[28] Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde diese Verordnung im August 1946 wieder für gültig erklärt und eine Wiederaufnahme der hauswirtschaftlichen Prüfung in den Heimeinrichtungen für weibliche Minderjährige angestrebt.[29] Die Meinung, dass es wichtig sei, den jungen Frauen zunächst eine hauswirtschaftliche Grundausbildung angedeihen zu lassen, hielt sich innerhalb des Landschaftsverbandes über einen langen Zeitraum. »Trotz […] Vermittlung von spezialisierten Berufsausbildungen innerhalb der öffentlichen Ersatzerziehung wird der Grundsatz aufrecht erhalten, dass jede Jugendliche im Hinblick auf ihre spätere Verantwortung als Frau und eventuell Mutter eine gute Grundausbildung in der Hauswirtschaft unter Einbeziehung von Erziehungsfragen für den Säugling und das Kleinkind erhält. Diese seit Jahrzehnten durchgeführte Ausbildung wird im Allgemeinen durch einen einjährigen Kursus vermittelt […]. Er schliesst mit einer heimeigenen Prüfung unter Vorsitz einer Vertreterin des Landesjugendamtes. Es ist die Frage – sie wird zurzeit in der Praxis erprobt – wie für diejenigen Minderjährigen, die stark zu einer anderen Berufsausbildung tendieren, die Grundausbildung eventuell – auf ein halbes Jahr? [sic!] – verkürzt wird.«[30] Diese Haltung wurde auch bei konkreten Anfragen durch Minderjährige aufrechterhalten. So bat Ingeborg S., die zu diesem Zeitpunkt im Dorotheenheim Düsseldorf untergebracht war, im April 1960 beim Landesjugendamt um die Möglichkeit, direkt eine kaufmännische Ausbildung beginnen zu dürfen.[31] Im Antwortschreiben des Landesjugendamtes heißt es, »[…] daß mir eine Abänderung der Entscheidung, Dich zunächst an einer hauswirtschaftlichen Grundausbildung teilnehmen zu lassen, nicht möglich ist, da ich die Ausbildung für zweckmäßig halte. […] Ich erwarte, daß

26 Vgl. Bock 1960, S. 81 ff. Bock vergleicht hier unter anderem die hauswirtschaftliche Grundbildung in 22 Mädchenheimen in NRW und ordnet diese den drei Gruppen zu: systematische Arbeitsanleitung, Haushaltungsschule und hauswirtschaftliche Einübung.

27 Vgl. Bericht vom 13.3.1961 über Arbeitsgemeinschaft mit Heimleitern und Vertretern des Arbeitsamtes Aachen am 17.2.1961, in: ALVR 18685.

28 Vgl. Abschrift Schreiben Oberpräsident der Rheinprovinz betr. Hauswirtschaftliche Prüfung (2.1.1935), in: ALVR 14141.

29 Vgl. Oberpräsidenten der Rheinprovinz an die Heime für weibliche Minderjährige (19.8.1946), in: ALVR 14141.

30 Beurmann an den AFET zur Vorbereitung der AFET-Tagung 1958 (3.4.1958), in: ALVR 40951.

31 Vgl. ALVR 16207.



Ratingen Mangelgruppe 1963

Du Dir in den kommenden Monaten besonders viel Mühe gibst, um das Ziel der Ausbildung zu erreichen. Du musst Dir auf jeden Fall darüber im Klaren sein, daß die weiteren Maßnahmen bezüglich Deiner Berufsausbildung von Deiner Führung und charakterlichen Entwicklung abhängen. […]«[32]

Die nach der hauswirtschaftlichen Qualifikation zur Auswahl stehenden beruflichen Möglichkeiten waren für junge Frauen nicht sehr groß. »Als Berufsausbildung kamen in der Nachkriegszeit nur die schmale Palette von Frauenberufen in Frage, die allgemein als geeignete weibliche Berufstätigkeiten bezeichnet wurden. Die Mehrheit der Mädchen blieb nur zwischen einem und zwei Jahren in der Anstalt und konnte lediglich mit den Grundlagen hauswirtschaftlicher Fähigkeit ausgestattet werden. Aber auch diejenigen, die eine Berufsausbildung durchliefen, kamen selten in den Genuss einer ordentlichen Abschlussprüfung mit Gesellenbrief.«[33] So erinnert sich die Zeitzeugin Charlotte Schäfer

32 LJA an Ingeborg S. (12.5.1960), in: ALVR 16207. Nach ca. einem halben Jahr konnte die Jugendliche die hauswirtschaftliche Grundausbildung abschließen und eine externe Ausbildung beginnen.

33 Gehltomholt/Hering 2006, S. 118.

an die Arbeit im Bügelraum des katholischen Gertrudisheims in Düsseldorf: »Dann hab' ich denn von morgens bis abends hab' ich da am Bügelbrett gestanden, hoch schwanger. […] Das fand ich schon ganz unmenschlich, dass ich von morgens bis abends, ohne dass sie sich hinsetzen durften, bügeln musste. […] In erster Linie hatte ich Oberhemden zu bügeln. Die mussten ganz akkurat gebügelt werden, Ende des … der 50er, Anfang der 60er Jahre waren das die gestärkten Hemden und, ähm, na ja, ich wurde … es wurde mir gezeigt und ich hab es dann nachher auch auf Zeit mussten die noch gebügelt werden.«[34] Für viele junge Frauen wurde, neben der Arbeit im Heim, in dieser Zeit die so genannte In-Dienst-Gabe als berufliche Möglichkeit gewählt, was bedeutete, dass die jungen Frauen nach der hauswirtschaftlichen Grundausbildung in Privathaushalte vermittelt wurden und dort als Hausangestellte oder für die Kinderbetreuung beschäftigt waren. Die Zeitzeugin Hilde Hohmann erinnert sich: »Oder man kam vielleicht auch mal raus irgendwo in eine Familie von Fremden. Oder man wurde irgendwo, wo es dann auch die Volljährigkeit so anging, irgendwo hingeschickt. In die Eifel bin ich mal öfters irgendwo hingebracht worden, wo ich dann arbeiten sollte. Da bin ich immer abgehauen. Man also, ich hab immer so den Eindruck gehabt, so das Gefühl gehabt, man wird da hingesetzt, um nun zu arbeiten, zu putzen und weiter so.«[35] Diese Beschäftigungsform wurde »[…] mehr und mehr von der weiblichen Jugend abgelehnt.«[36] Sie bestand zwar bis in die 1960er Jahre hinein, wurde aber zunehmend auch als Vorpraktikum oder Eignungsprüfung etwa für den Beruf der Kinderpflegerin gesehen.[37]

Die geringe Auswahl an zur Verfügung stehenden Lehr- und Anlernmöglichkeiten für die weiblichen Minderjährigen beschreibt auch Resi Bock in ihrer Dissertation. Sie macht darin anhand einer Befragung des AFET aus dem Jahre 1957 zum einen deutlich, dass die Heime, die keine Ausbildungsmöglichkeiten anboten, in aller Regel Einrichtungen für weibliche Minderjährige waren, und zum anderen, dass, wenn doch Lehr- und Anlernmöglichkeiten zur Verfügung standen, diese für die jungen Frauen wesentlich weniger Auswahl boten als für die jungen Männer.[38] Dass die Berufe, die für die jungen Frauen zur Verfügung standen, vor allem hauswirtschaftliche, pflegerische und traditionell handwerkliche Berufe waren, soll nicht unerwähnt bleiben. Dass im Heim eine solche Verengung auf »typisch weiblich« definierte Berufsfelder erfolgte, stellte auch die wissenschaftliche Begleitstudie von Hans Thomae über Zöglinge in den Jahren 1955 bis 1965 fest.[39] Innerhalb des Landschaftsverbandes Rheinland wurde ab Mitte der 1950er Jahre die Notwendigkeit der Erweiterung der beruflichen Möglichkeiten für die weibliche Jugend und die

34 Interview Charlotte Schäfer (9.10.2009), S. 4, in: ALVR 49430.
35 Interview Hilde Hohmann (31.8.2009), S. 15, in: ALVR 49425.
36 Beurmann an die evangelischen Belegheime (26.6.1957), in: ALVR 18685.
37 Vgl. hierzu etwa Schreiben der Mädchenheime der Diakonissen-Anstalt Düsseldorf-Kaiserswerth an das Landesjugendamt (27.9.1963), in: ALVR 41685.
38 59 genannte Lehr- und Anlernberufe für männliche Jugendliche zu 21 für weibliche, wobei der Begriff der »Ausbildung« hier insgesamt sehr weit gefasst wurde. Vgl. Bock 1960, S. 69 ff.
39 Vgl. hierzu Kap. I.2.6.3.

stärkere Berücksichtigung gewerblicher Arbeit grundsätzlich diskutiert.[40] Es entwickelte sich daraus die Hinzunahme von einigen gewerblichen Anlernberufen. Allerdings waren auch dies erneut Berufe im hauswirtschaftlichen Kontext, vorwiegend im Bereich bereits bestehender Wäscherei- und Nähereibetriebe in den Heimen. So wurden in den späten 1950er Jahren etwa Berufe wie Handplätterin, Wäscheausstattungsnäherin oder Büglerin mit Prüfungen vor der Industrie- und Handelskammer in einzelnen Heimen angeboten.

Im Laufe der 1960er Jahre wurden weitere Verbesserungen für die berufliche Bildung junger Frauen und eine Reduzierung – nicht Einstellung – der hauswirtschaftlichen Ausbildung gefordert.[41] Auch seitens des Landesjugendamtes wurde zunehmend erkannt, dass die Berufsvorbereitung der jungen Frauen eine notwendige Aufgabe der Heimerziehung sei. »Es kann nicht übersehen werden, daß der größte Teil der jungen Mädchen nach der Heimerziehung zunächst berufstätig ist.«[42] Die genauere Planung der beruflichen Zukunft mit den Alternativen der vollen hauswirtschaftlichen Ausbildung mit heiminterner Abschlussprüfung oder der hauswirtschaftlichen Grundausbildung und einer – in unterschiedlicher Form gestalteten – beruflichen Unterweisung wurde als notwendig angesehen.[43] Seit Beginn der 1960er Jahre stieg dann auch das Interesse, jungen Frauen zumindest den Zugang zu sozialen Berufen wie zum Beispiel Kranken-, Alten- oder Kinderpflegerin zu ermöglichen. Eine Umfrage des Landesjugendamtes in den zuständigen Belegheimen zeigte 1963 gleichwohl, dass die Vermittlung in diese Berufsfelder noch keine gängige Praxis war.[44] Die Heimkampagnen der späten 1960er und frühen 1970er Jahre erreichten die Heime der Mädchenerziehung weit weniger intensiv als die Einrichtungen für Jungen, allerdings wurde der Zustand dort auch kritisch gesehen und mit ihm auch die berufliche Situation der jungen Frauen, wie hier etwa durch Vertreter der Sozialpädagogischen Sondermaßnahmen Köln (SSK). »Außer in Hauswirtschaft, Säuglingspflege usw. können sie nur als Wäscherin, Schneiderin, Stickerin, Weißnäherin oder in ähnlichen Frauenberufen des 19. Jahrhunderts ausgebildet werden. Es wird von den Behörden offen zugegeben, daß man diese ›Ausbildung‹ als Vorbereitung für Fließbandarbeit betrachtet. […] Daneben gibt es in den meisten Heimen Produktionsstätten für Kugelschreiber, Lackstifte, Pappkartons und ähnliches.«[45]

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die berufliche Bildung weiblicher Heimzöglinge über einen langen Zeitraum lediglich an der hauswirtschaftlichen Unterweisung und der Vorbereitung auf die Rolle als Hausfrau und Mutter orientiert war. Eine Öffnung der Heime hin zu gewerblichen Berufen vollzog sich nur langsam und war häufig nicht mit der Möglichkeit eines Lehr- oder Anlernverhältnisses außerhalb der Einrichtung ver-

40 Vgl. Beurmann an den AFET zur Vorbereitung der AFET-Tagung 1958 (3.4.1958), in: ALVR 40951.
41 Vgl. Lützke 2002, S. 94.
42 Bericht vom 13.3.1961 über die Arbeitsgemeinschaft mit Heimleitern und Vertretern des Arbeitsamtes Aachen am 17.2.1961, in: ALVR 18685.
43 Vgl. ebd.
44 Vgl. Beurmann an die evangelischen Belegheime (26.6.1957), in: ALVR 18685, sowie Mädchenheime der Diakonissen-Anstalt Düsseldorf-Kaiserswerth an das LJA (27.9.1963), in: ALVR 41685.
45 Gothe/Kippe 1970, S. 32.

bunden. Und auch wenn innerhalb des Landesjugendamtes und auch innerhalb der Einrichtungen langsam die Notwendigkeit der Veränderung und Öffnung gesehen wurde – so betonten etwa Jans und Beurmann, dass »dem Strukturwandel der Wirtschaft und der Wandlung des Berufswunsches der Mädchen entscheidend Rechnung zu tragen [sei]«[46] –, »hat [es] aber de facto bis in die 1970er Jahre hinein gedauert, bis sich […] Reformen durchsetzen konnten«.[47] Bestätigt wird diese Einschätzung auch durch den AFET, der in seinem Mitgliederrundbrief noch im September 1979 die Einseitigkeit der beruflichen Bildungsmöglichkeiten sowie die weiterhin häufig bestehende alleinige Orientierung auf die Rolle als Hausfrau und Mutter in der Berufsbildung der jungen Frauen kritisierte und einen dringenden Veränderungsbedarf betonte.[48]

3.2.3 Arbeitsbereiche und deren Organisation innerhalb der Rheinischen Landesjugendheime

Innerhalb der Rheinischen Landesjugendheime Erlenhof, Fichtenhain und Halfeshof zeigte sich ein ähnliches Bild wie das zur grundsätzlichen Situation der Arbeit und Beschäftigung vorgestellte. In der Nachkriegszeit wurden die Jugendlichen, neben dem Einsatz zum Wiederaufbau der Einrichtungen, vor allem im Garten, auf dem Feld und in der heimeigenen Landwirtschaft beschäftigt, wie sich der Zeitzeuge Jakob Schulz an den Erlenhof in der Zeit um ca. 1948 erinnert: »Da wurde nur in der Landwirtschaft gearbeitet, ne. Und in der Gärtnerei […] die hatten Kühe gehabt, die hatten Felder gehabt, die hatten ja alles gehabt da in Euskirchen, ne. […] Da wurden wir über dat Feld geschickt und, äh, mittags rein und dann nachmittags wieder über dat Feld geschickt, ne.«[49] Herbert Vogel erinnert sich an die Zeit im Halfeshof zu Beginn der 1950er Jahre und seine Beschäftigung in der Landwirtschaft: »Und denn ging es so'n paar Tage gut und denn kam der Erzieher an und meinte dann: ›Also ab morgen früh seid ihr beiden im Kuhstall. Kühe melken.‹ Kühe melken? Ich Kühe melken? Ich hab' noch nie ne ich hab' zwar ne Kuh gesehen. Aber Kühe melken, das war für mich nen, ähm, Buch mit sieben Siegeln. Na jedenfalls wurden wir um vier Uhr aussem Bett geschmissen. Ach, bis ich da erst mal wach war, das hat 'ne halbe Stunde gedauert. War ich ja nich gewohnt. Und dann stand unten an der Treppe so'n klein Männeken, […] und der packte uns beide so an der Schulter un' dann schob er uns in den Kuhstall und dann sah ich denn die Kühe da. Mal erst gezählt: 24. Ich denk': Du lieber Gott, dat kann aber lustig werden. Und dann zeigte er uns, wie gemolken wird. ›Immer so schön von oben nach unten, erst den Finger nass machen, mit dem bisschen Milch. Die Milch is' fettig, ihr braucht keine Creme.‹ […] Ja und dann ham wir uns die Finger nass gemacht un dann ham wir angefangen. Und das hat dann keine fünf Minuten gedauert, da steht der neben mir und da meint er: ›Du muss' nich' so machen, soo!‹ Und da trat der mir

46 Jans/Beurmann 1963, 1963 S. 65.
47 Gehltomholt/Hering 2006, S. 105.
48 Vgl. Empfehlungen AFET, S. 47 ff.
49 Interview Jakob Schulz (1.9.2009), S. 46, in: ALVR 49431.



Halfeshof Werkstatt 1963

den Schemel unter'm Hintern weg. Und da saß ich – auf deutsch gesagt – in der Scheiße. Das war's erste. Das hat der mehrere Male wiederholt.«[50]

Häufig gab es die Einsätze in den so genannten Kolonnen, woran sich Jakob Schulz ebenfalls erinnert. Während seiner Zeit im Erlenhof war er unter anderem mit dem Umgraben des Schlammbeckens der ortsansässigen Zuckerfabrik beschäftigt: »Da war ein Schlammbecken, ne. Da musste man mit 24 Mann in einer Reihe umgraben, rückwärts, Schlammbecken, 15 war ich da. Also ich hab Schwielenvereiterung gehabt, Handschuh anziehen kannste net. Weitermachen, weitermachen, ne später, ne. Also das war grausam und der Dings, äh, der Erzieher hat hinter uns gestanden, ne. […] So war das, das war unsere Arbeit, man wurde jeden Tag kolonnenweise abgeführt zum Arbeiten, ne, jeden Tag.«[51] Daneben gab es Arbeitsmöglichkeiten in den Wirtschaftsbetrieben der Heime und einige handwerkliche Ausbildungen, die nach den Zeiten des Wiederaufbaus langsam erweitert wurden. Im Fichtenhain existierten etwa für das Jahr 1949 Arbeitsmöglichkeiten

50 Interview Herbert Vogel (15.9.2009), S. 3 f., in: ALVR 49433.
51 Interview Jakob Schulz (1.9.2009), S. 24, in: ALVR 49431.



Junge beim Schweißen
Fichtenhain (1970er Jahre)
undatiert

als Schlosser, Schmied, Elektriker, Installateur, Schreiner, Schneider, Schuhmacher, Maler und Anstreicher, Bäcker, Gärtner, Landwirt oder Korbflechter.[52] Auch wenn dies für diese Zeit ein umfassendes Angebot war, so muss doch darauf hingewiesen werden, dass das Landesjugendheim Fichtenhain mit rund 245 schulentlassenen Jugendlichen belegt war und es nur eine sehr begrenzte Anzahl an Lehrstellen gab.[53] In den anderen beiden Landesjugendheimen – Erlenhof und Halfeshof – waren die Einsatzfelder für die Jugendlichen ähnlich gelagert, ebenso lagen die Zahlen zwischen untergebrachten Jugendlichen und zur Verfügung stehenden anerkannten beruflichen Bildungsmöglichkeiten ähnlich weit auseinander.[54] So wurde im Erlenhof im Jahr 1953 zwar auch ein Großteil der oben genannten Arbeitsbereiche angeboten, insgesamt neun handwerkliche Arbeitsfelder, die meisten Einsatzmöglichkeiten gab es aber in der geschlossenen Mattenflechterei sowie als Hilfsarbeiter in der Gärtnerei. Hier wurden zwischen 20 und 30 bzw. 30 und 40 Jugendliche eingesetzt.[55]

Damit die heiminternen Lehrstellen staatlich anerkannt wurden – etwa durch die Landwirtschaftskammer –, bedurfte es zur Anleitung der Jugendlichen einer bestimmten

52 Rückmeldung Merzbach an das Sozialministerium (3.1.1949), in: ALVR 18903. Hintergrund war eine geplante Erstellung eines Heimverzeichnisses durch den AFET.

53 Vgl. zur Belegungszahl: Direktor des Fichtenhains an die Militärregierung (26.5.1948), in: ALVR 14072.

54 Vgl. hierzu die Jahresberichte der Rhein. Landesjugendheime sowie die jährliche Übersicht »Gegebenheiten der Heimerziehung« zu Belegungsstärke und Struktur der Einrichtung.

55 Vgl. Jahresbericht des Erlenhofs für das Geschäftsjahr 1953, in: ALVR 23823.

Anzahl qualifizierten Personals. Da dies häufig nicht in ausreichender Zahl vorhanden war, konnten auch nur relativ wenige Jugendliche in Lehrstellen übernommen werden.[56] Ein weiteres Problem war zudem, dass häufig nur Teile der landwirtschaftlichen Ausbildung in den Landesjugendheimen absolviert werden konnten und die Jugendlichen zur Anerkennung der Lehre noch in einen externen Betrieb vermittelt werden mussten.[57] Im vierten landschaftsverbandseigenen Heim, dem Dansweilerhof, war die Lage anders. Das Heim befand sich auf dem Gelände der Arbeitsanstalt Brauweiler, und es wurden die dortigen Werkstätten für die Lehrausbildung mitgenutzt, was aber seitens des Sozialministeriums NRW und später des Landesjugendamtes immer wieder kritisch gesehen wurde. Ein Großteil der Jungen wurde allerdings mit Hilfsarbeiten beschäftigt. Da man bei den Jugendlichen des Dansweilerhofs von einer Art »negativer Auslese aus den anderen Anstalten« ausging,[58] argumentierte man häufig mit der fehlenden Fähigkeit der Jugendlichen, eine Ausbildung zu absolvieren, und zudem der zu kurzen Zeit, die sie im Dansweilerhof verbrachten – die Jungen wurden häufig nach mehreren Verlegungen als »letzte Station« in den Dansweilerhof gebracht.[59]

Im Laufe der 1950er Jahre wurde die Notwendigkeit einer Öffnung zu moderneren Berufen teilweise erkannt. So hieß es in einem Schreiben von Landesrat Jans an den Sozialminister des Landes NRW im Mai 1957: »Die berufliche Erziehung der Minderjährigen erfordert eine Angleichung an die Berufsmöglichkeiten des freien Wirtschaftslebens und die Berufsneigung und Eignung. Eine Umgestaltung größeren Stiles ist im Fluss. Die Zuführung zu landwirtschaftlichen Berufen als Dauerlösung geht mehr und mehr zurück.«[60] Als ein Resultat dieser Überlegungen war 1956 im Erlenhof ein Grundausbildungslehrgang im Bereich Metall eingeführt worden, da erkannt worden war, dass die Jugendlichen, die zum Großteil aus den Großstädten kamen, Berufe im Bereich Landwirtschaft und Gärtnerei ablehnten und diese als Begründung für Heimentweichungen anführten.[61] Diesen Lehrgang stellte Jans dann auch als Teil der größeren Veränderungen in seiner Darstellung gegenüber dem Sozialministerium heraus.[62] Es darf an dieser Stelle aber nicht übersehen werden, dass die Landwirtschaft auch weiterhin ein großer Arbeitsbereich blieb. So teilte der Direktor des Erlenhofs dem Landesjugendamt im Zuge einer Erhebung des Allgemeinen Fürsorge-Erziehungs-Tages 1957 mit, dass im Sommer zwi-

56 Vgl. hierzu exemplarisch den Schriftverkehr zwischen dem RLJH Fichtenhain und der Landwirtschaftskammer Rheinland aus den Jahren 1949 bzw. 1954, in: ALVR 18903.

57 Vgl. Schriftwechsel zwischen der Landwirtschaftskammer Rheinland und den Provinzialerziehungsheimen Juli 1952, in: ALVR 23890.

58 Papier des Dansweilerhofs (ohne Verfasserangabe) »Grenzen und Möglichkeiten des Unterrichts im Erziehungsheim Dansweilerhof« (31.5.1957), in: ALVR 40123.

59 Das Argument, dass die Jungen für eine Ausbildung nicht geeignet seien, wurde allerdings auch von den anderen Einrichtungen häufig ins Feld geführt. Zur schulischen Qualifikation der Jugendlichen vor Aufnahme in FE und FEH vgl. Kap. I.2.6.2.

60 Jans an den Arbeits- und Sozialminister NRW (10.5.1957), Bl. 48 in: HStAD NW 648 Nr. 97.

61 Vgl. RLJH Erlenhof an das LJA (28.5.1956), in: ALVR 23890.

62 Jans an den Arbeits- und Sozialminister NRW (10.5.1957), Bl. 48, in: HStAD NW 648 Nr. 97.

schen 70 und 159 Jugendliche ohne spezielle Ausbildung in der Landwirtschaft beschäftigt würden.[63]

Die Berufssparten für die Jungen blieben im Laufe der 1960er Jahre ähnlich gelagert wie in den 1950er Jahren. Veränderungen gab es teilweise in der Zahl der angebotenen Lehrplätze, so wurden etwa in Berufen mit vermeintlich geringerer Perspektive die Stellen reduziert (etwa im Schuhmacher- oder Schneiderhandwerk) und im Bereich etwa des Metallhandwerks die Platzzahl erhöht. Lehrgänge, wie der erwähnte im Bereich Metall, wurden auf weitere Sparten ausgeweitet. So etablierten sich zum Beispiel im Fichtenhain Lehrgänge im Schweißerhandwerk. Alternativen zu den Hilfsarbeiten, in denen weiterhin ein Großteil der Jungen beschäftigt war, bestanden jedoch nicht. Hier gab es nur kleinste Umgestaltungen, die die Situation veränderten. So wurde etwa im Erlenhof im April 1965 die Mattenflechterei endgültig geschlossen, es existierten aber weitere Tätigkeitsfelder wie die Hausgruppe (zur Reinigung von Haus und Gelände) oder eine Werkstatt zur Fabrikation von Matratzen.[64] Auch die Landwirtschaft blieb weiterhin ein großer Einsatzbereich, im Landesjugendheim Fichtenhain war sie im Jahr 1966 sogar noch der größte Bereich.[65] Dass sich die berufliche Situation der Jungen auf den Bereich der Landwirtschaft bzw. der Forstwirtschaft verengte, bestätigen auch die Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitstudie von Hans Thomae über Zöglinge in den Jahren 1955 bis 1965.[66] Im 1966 neu eingerichteten Rheinischen Landesjugendheim Abtshof wurde der Schwerpunkt der Lehr-, Anlern- und Berufsförderungsmöglichkeiten auf die Bereiche Metallhandwerk, Elektroberufe sowie Schreinerei gelegt. Hinzu kamen industrielle Werkstätten, in denen mit auswärtigen Firmen kooperiert wurde und in denen die Jugendlichen beschäftigt werden sollten, die keine Lehre absolvierten. »Im Rahmen der beruflichen Förderung von Jugendlichen in der öffentlichen Erziehung hat das Landesjugendamt darauf zu achten, daß diejenigen Minderjährigen, die für eine Lehrausbildung nicht in Betracht kommen, arbeitsmäßig unter ähnlichen Bedingungen wie in der Industrie gefördert werden. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie die Frage prüfen könnten, ob Teile Ihres Fertigungsprogramms in die vorerwähnte Betriebshalle verlegt werden könnten.«[67]

Auf Landwirtschaft als Arbeitsbereich wurde im Abtshof vollständig verzichtet, eine Gärtnerei sollte aus arbeitstherapeutischen Gründen entstehen, die Umsetzung zog sich allerdings in die Länge.[68] Das Rheinische Heilpädagogische Landesjugendheim Viersen-Süchteln nahm eine Sonderstellung innerhalb der Heime ein, was sich auch in den zur Auswahl stehenden beruflichen Möglichkeiten niederschlug.[69] Für das Jahr 1967 gaben

63 Vgl. Rückmeldung des RLJH Erlenhof (19.9.1957) zu Rundfrage des AFET vom 24.7.1957, in: ALVR 40951.
64 Vgl. exemplarisch die Jahresberichte für die Geschäftsjahre 1962–1965, in: ALVR 23824.
65 Vgl. Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1966, in: ALVR 40418.
66 Vgl. Kap. I.2.6.2.
67 Jans an potentielle Kooperationspartner (4.1.1966), in: ALVR 44081. Vgl. zur Kooperation mit Fremdfirmen auch Abschnitt 3.2.4 in diesem Beitrag.
68 Vgl. Schriftwechsel Direktor Werner mit LJA (31.1.1967 sowie 31.5.1967), in: ALVR 44260.
69 Vgl. Kap. II.6.

die Direktoren die Zahlen für die Arbeitsbereiche der jeweiligen Rheinischen Landesjugendheime folgendermaßen an:[70] Im Erlenhof waren bei einer Belegung mit 235 Jungen 127 Plätze für berufliche Bildung vorhanden, die meisten davon in Schreinerei und Schlosserei. Inklusive der so genannten Grundlehrgänge waren es dort 45 Plätze. Im Fichtenhain waren es bei einer Belegung mit 245 Jungen 127 Plätze für berufliche Bildung. Ebenfalls die meisten im Bereich Schlosserei und Schreinerei (45 Plätze) sowie im Schweißerhandwerk (12 Plätze). Im Halfeshof gab es bei einer Belegung mit 245 Jungen 114 Plätze für die berufliche Bildung, auch hier eine ähnliche Lagerung der Einatzbereiche. Im Abtshof wurden bei einer Belegung mit 150 Jungen 70 Plätze angeboten, im heilpädagogischen Heim Viersen-Süchteln bei einer Belegung mit 80 Jugendlichen 31 Plätze.

Betrachtet man diese Zahlen, müssen zwei Aspekte berücksichtigt werden. Zum einen handelt es sich bei den genannten Plätzen nicht nur um anerkannte Berufsausbildungsplätze, sondern auch um Anlernverhältnisse bzw. teilweise auch um so genannte Arbeitsertüchtigung. So gab es etwa im Abtshof zum entsprechenden Zeitpunkt, wie oben dargestellt, keine Ausbildungsplätze im Bereich der Industriebetriebe, auch wenn diese in die Zahlen mit eingerechnet wurden.[71] Zudem handelt es sich bei den Zahlen um vorhandene Plätze, und ob diese tatsächlich belegt waren, geht aus der Übersicht nicht hervor. Vor dem Hintergrund anderer Erhebungen aus den jeweiligen Einrichtungen, wie etwa den Jahresberichten, ist zu vermuten, dass dies nicht der Fall war. Es fällt auf, dass diese Durchmischung der verschiedenen Arbeitsmöglichkeiten nicht selten in Rückmeldungen der Heime an das Landesjugendamt, etwa in den Jahresberichten oder den jährlichen Rückmeldungen »Gegebenheiten der Heimerziehung«, vorkommt. Es entsteht der Eindruck, dass es häufig nur um die Angabe von Zahlen ging und die Notwendigkeit einer Differenzierung nicht unbedingt gesehen wurde.

Mit Beginn der 1970er Jahre und vor dem Hintergrund des 1969 in Kraft getretenen Berufsbildungsgesetzes wurden die Ausbildungsmöglichkeiten innerhalb der Heime durch das Landesjugendamt überprüft und bewertet.[72] Die Situation in den Werkstätten der Landesjugendheime, deren Ausstattung sowie die dort erzielten Ergebnisse wurden als gut bewertet. Kein Bedarf mehr gesehen wurde für die Fortführung der Schneiderausbildung, im Bereich Schreinerei und Schuhmacherei wurde eine Reduzierung und Zentralisierung auf einzelne Einrichtungen angedacht. Als Reaktion auf die erwartete Herabsetzung der Volljährigkeit sowie die Verlängerung der Schulpflicht wurde überlegt, »die heiminterne Ausbildung […] daher auf eine Stufenausbildung vornehmlich für die Berufe Metall, Elektro und Malerei auszurichten«.[73] Das Landesjugendheim Fichtenhain sollte zudem in erster Linie zur beruflichen Orientierung und Berufsfindung belegt werden und aus den anderen Heimen ausgeschulte bzw. gerade schulentlassene Jugendliche zugewiesen bekommen. Die

70 Vgl. Übersicht über die Erziehungsheime in NRW, in: ALVR 40242.

71 Vgl. hierzu entsprechend die Gegebenheiten der Heimerziehung für den Abtshof, in: ALVR 40362.

72 Das Berufsbildungsgesetz hatte zudem Einfluss auf die Sozialversicherung der Zöglinge. Vgl. hierzu Abschnitt 3.4.

73 Ergebnisniederschrift vom 13.6.1972 über die Besprechung des LJA mit den Direktoren der Rhein. Landesjugendheime am 6.4.1972, in: ALVR 38671.

Heime Halfeshof und Erlenhof sollten im Gegenzug eher die schulpflichtigen Jugendlichen, die den Landesjugendheimen zur Beobachtung gemäß § 66 JWG zugewiesen wurden, übernehmen.[74] Veränderungen ergaben sich auch im Bereich der Landwirtschaft, so wurden die Gutshöfe in den Einrichtungen sukzessive geschlossen, im Erlenhof etwa zum 1.1.1972.[75] Für das Jahr 1971 sah die Berufssituation, basierend auf einer Rundfrage des Landesjugendwohlfahrtsausschusses, innerhalb der Landesjugendheime folgendermaßen aus:[76]

Art der Beschäftigung	**Anzahl der vorhandenen Plätze in den Rhein. Landesjugendheimen**
Anerkannte Lehrberufe	Gesamt: 284
Davon die meisten in den Bereichen:	
Anstreicher/Maler	47
Schreiner/Tischler	38
Schlosser	36
Anerkannte Anlernberufe	Gesamt: 26
Schweißer	16
Metallhandwerk	10
Anleitungs- und Einübungsberufe	Gesamt: 33
Davon die meisten in den Bereichen:	
Gärtnereihelfer	16
Der Berufsausbildung dienende Kurse	Durchschnittlich 45
Davon die meisten in den Bereichen:	
Metall	21
Holz	13
Berufliche Förderlehrgänge	14

Betrachtet man die Zahlen für 1971, so wird deutlich, dass insgesamt das Verhältnis zwischen Jugendlichen innerhalb der Einrichtungen und den qualifizierenden Berufsmöglichkeiten, die angeboten wurden, verbessert wurde. Die Zahl der Plätze für die berufliche Förderung innerhalb der Einrichtung blieb relativ konstant, da die Zahl der Jugendlichen innerhalb der Einrichtungen aber sank und zudem mehr schulpflichtige Jungen aufgenommen wurden, darf vermutet werden, dass sich die Möglichkeiten, innerhalb des Heimes eine berufliche Qualifikation zu erlangen, auch wenn teilweise nur in Form eines Lehrgangs, mit Beginn der 1970er Jahre verbesserten.

Im Zuge von Prozessen des Umdenkens, die mit Beginn der 1970er Jahre einsetzten, verabschiedete im Juni 1972 der Landesjugendwohlfahrtsausschuss »Allgemeine Richtlinien zur Durchführung der öffentlichen Erziehung (Freiwillige Erziehungshilfe und

74 Vgl. ebd.

75 Vgl. Gegebenheiten der Heimerziehung für 1971, in: ALVR 40363.

76 Rundfrage zu schulischen und Berufsausbildungsmöglichkeiten in Heimen der Öffentlichen Erziehung (Stichtag 1.9.1971) auf Basis einer Anfrage des LJWA aus der Sitzung vom 9.3.1971, in: ALVR 39267.

Fürsorgeerziehung)«.[77] Zur Arbeit und Beschäftigung hieß es dort: »Wegen der Bedeutung der Berufsausbildung und zur Sicherung der freien Berufswahl ist für ein bedarfsorientiertes differenziertes System von Ausbildungsplätzen zu sorgen. Dabei sollte nach Möglichkeit darauf geachtet werden, daß dem Jugendlichen Berufsbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten auch außerhalb des Heimes geboten werden, soweit dies pädagogisch im Einzelfall zu vertreten ist. Bei der Einrichtung der Ausbildungs- und Arbeitsplätze ist mit den Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern und den Arbeitsämtern engstens zusammenzuarbeiten.«[78] Änderungen ergaben sich ebenfalls durch die »Richtlinien für die Ausbildung und Beschäftigung Jugendlicher in Heimen und die Gewährung von Ausbildungs- und Arbeitsvergütung«, die ab April 1972 Gültigkeit hatten und Änderungen im Zuge des Berufsbildungsgesetzes für die Heime umsetzten.[79] Ein letzter, innerhalb des Untersuchungszeitraums liegender Schritt zu Veränderungen war die Abfassung des »Rahmenplans für die öffentliche Erziehung«, der ab 1972 durch den »Arbeitskreis Zielplanung« begonnen und 1974 veröffentlicht worden war. Dieser Rahmenplan umfasste, neben statistischen Aufschlüsselungen über die Heimerziehung, auch eigene Reformüberlegungen.[80] Im Beitrag zur Berufsausbildung, den der Direktor des Halfeshofs Knappertsbusch verfasst hatte, wurden verschiedene Anstöße zur Veränderung der Ausbildung, vor allem innerhalb der Heime, angedacht. Auf die heiminterne Ausbildung konnte und wollte man nicht verzichten, da weiterhin davon ausgegangen wurde, dass viele Jugendliche eine geschützte Arbeitsstelle benötigten. Als Veränderung wurde der Berufsberatung eine noch zentralere Rolle innerhalb der Heimerziehung eingeräumt, für die auch ein für alle Zöglinge verpflichtender zweimonatiger Einführungskurs genutzt werden sollte. Hinzukommen sollte auch eine intensivere Verwendung der Möglichkeiten der so genannten Stufenausbildungen (§ 26 Berufsbildungsgesetz BBiG), die die Ausbildungsinhalte in verschiedene Stufen unterschiedlichen Schwierigkeitsgrades unterteilte. Knappertsbusch sah hier den Vorteil, dass mit der Stufenausbildung »ein Ausbildungssystem geschaffen werden [könne], in dem jeder Jugendliche die seiner Befähigung gemäße Ausbildungsstufe erreichen könne«.[81] Letztlich müsse es vor allem darum gehen, die Ausbildungsplätze innerhalb der Heime nach den Faktoren: soziografische Lage des Heimes, Wirtschaftsstruktur des Einzugsgebietes sowie den Entwicklungstendenzen in der Wirtschaft auszuwählen. »Die nach diesen Kriterien getroffene Auswahl der heimgebundenen Ausbildungsplätze schließt es aus, Berufsausbildung nach sachfremden Gesichtspunkten – Versorgung des Heimes, Rentabilität des Ausbildungsbetriebes – zu ordnen.«[82]

77 Vgl. zu dieser Phase innerhalb des LJA Kap. I.2.7.3.
78 Allgemeine Richtlinien Landesjugendamt, S. 17.
79 Vgl. Richtlinien, in: ALVR 41903. Die Auswirkungen der Richtlinien auf Entlohnung und Sozialversicherung werden im weiteren Verlauf des Kapitels dargestellt.
80 Vgl. Kap. I.2.7.3.
81 Beitrag Knappertsbusch zum Rahmenplan (13.8.1973), S. 7, in: ALVR 38568.
82 Ebd.

3.2.4 Die Organisation der externen Beschäftigung und die Kooperation mit Fremdfirmen

Die am Beispiel der Rheinischen Landesjugendheime beschriebenen unterschiedlichen Arbeitsfelder waren – wie in allen weiteren Einrichtungen zur Beschäftigung für die schulentlassene Jugend – in Arbeitsbereiche innerhalb und außerhalb der Heime unterteilt. Wie dargestellt, wurde innerhalb der Einrichtungen ein Großteil der Jungen mit Hilfsarbeiten (häufig auch als Arbeitsertüchtigung bezeichnet) in den unterschiedlichen Arbeitsbereichen oder Wirtschaftsbetrieben der Heime beschäftigt bzw. mit der Übernahme allgemein anfallender Arbeiten im Heim (etwa die Hausgruppe zur Reinigung der Einrichtung). Hinzu kamen die verschiedenen Vorbereitungslehrgänge sowie die Beschäftigung im Rahmen eines Lehr- oder Anlernverhältnisses. Außerhalb der Einrichtungen waren auch die Jungen, im Falle der Mädchen wurde dies bereits vorgestellt, häufig in so genannten Dienst-Stellen beschäftigt. Hier wurden sie nach einer gewissen Zeit im Heim beispielsweise zur Beschäftigung bei einem Landwirt oder zur Beendigung ihrer Lehre in Familien vermittelt. Sie blieben in dieser Zeit aber dennoch Zöglinge des Heims und wurden von der dortigen Außenfürsorge betreut.

Die Beschäftigung der Jugendlichen, die im Heim lebten, aber außerhalb der Einrichtung tätig waren, wurde ab dem 1.4.1962 durch eine für alle im Bereich des LVR untergebrachten schulentlassenen Mädchen und Jungen gültige Außenarbeitsordnung geregelt. Hintergrund für die Schaffung einer solchen Ordnung war die wenig einheitliche Regelung der Außenarbeit innerhalb der verschiedenen Einrichtungen. »Die verwaltungsmäßige Kontrolle über die in Außenarbeit eingesetzten Jugendlichen erscheint nicht ausreichend und innerhalb der Heime des Landschaftsverbandes unterschiedlich.«[83] Außenarbeit wurde in dieser Ordnung verstanden als »pädagogisch ausgerichteter Vorgang«,[84] über deren »Art und Dauer nach erzieherischen Gesichtspunkten« der Direktor oder sein Stellvertreter zu entscheiden hatte.[85] Die Außenarbeitsordnung strukturierte die Arbeitseinsätze der Minderjährigen in fünf unterschiedlichen Kategorien. Eine zentrale Form war die so genannte Arbeitsgruppe, in der eine variierende Gruppe Jugendlicher unter der Anleitung eines Erziehers stunden- oder tageweise außerhalb des Heimes bzw. im Wirtschaftsbereich eines Unternehmens innerhalb des Heimes beschäftigt war. Verstanden wurde die Arbeitgruppe als »charakterliche […] und leistungsmäßige […] Erprobung« des Minderjährigen, die nicht als dauerhafte Beschäftigung angelegt war.[86] Die Beschäftigung innerhalb der Arbeitsgruppe sollte verstanden werden als »Bestandteil des umfassenden Erziehungsverhältnisses der Heimerziehung«, die durch die konstant durchgeführte Erziehung durch eine Fachkraft der Einrichtung gekennzeichnet war.[87] Zu dieser Einschätzung der Arbeitssituation gehörte auch das grundsätzliche Verständnis, dass die Tätigkeit in der Arbeitsgruppe kein Arbeitsverhältnis im Sinne des Arbeitsrechts zwischen dem Jugendlichen und

83 Niederschrift über die Direktorenkonferenz am 25.4.1957, in: ALVR 38670.
84 Außenarbeitsordnung für Minderjährige der öffentlichen Erziehung vom 20.2.1962, in: ALVR 39384.
85 Ebd.
86 Ebd.
87 Ebd.

dem Unternehmer, für das gearbeitet wurde, begründete. Vielmehr wurde zwischen der Heimeinrichtung und dem Unternehmen ein so genannter Arbeitsverschaffungsvertrag geschlossen, das Heim stellte also dem Vertragspartner fremde Arbeitskraft zur Verfügung.[88] Organisiert war die Arbeitsgruppe dergestalt, dass die Jugendlichen von einem Erzieher zur Arbeit begleitet, dort von ihm fachlich angeleitet und nach einem Arbeitstag, der neun bis zehn Stunden Abwesenheit aus dem Heim nicht übersteigen sollte, wieder in die Einrichtung zurück gebracht wurden.[89] Die Außenarbeitsordnung legte abschließend fest, dass Arbeitsgruppen nur in vorab durch die Außenfürsorge auf arbeitsmäßige, erzieherische und gesundheitliche Gegebenheiten überprüfte Arbeitsstellen zu entsenden waren. Was genau dieser Prüfung unterlag, bzw. welche »erzieherischen« Gegebenheiten vorzuliegen hatten, darüber liefert die Ordnung keine Informationen.

Eine weitere Form der Außenarbeit war die »Familienhilfe«, die eine Sonderform der erzieherischen Betreuung darstellte und »[…] den Minderjährigen zeitweise in eine familienhafte Arbeits- und Lebensweise« bringen sollte.[90] Diese Arbeits- und Lebensweise fand sich in der Regel im Haushalt der Familie eines noch aktiven oder ehemaligen Erziehers des Heimes, in welchem der Minderjährige, der genau wie die Familie besonders auszuwählen war, über einen längeren Zeitraum tätig sein sollte. Im Vordergrund dieser Beschäftigungsform sollte nicht die »Arbeitsleistung«, sondern die »erzieherische Betreuung im Rahmen der Familie« stehen.[91] Als Tätigkeiten wurden hier etwa Haus- und Gartenarbeit in Betracht gezogen, die nähere Ausgestaltung der Tätigkeit oblag dem Heimleiter der jeweiligen Einrichtung bzw. seinem Vertreter. Auch für diese Form des Arbeitseinsatzes wurde betont, dass nicht ein tatsächliches Arbeitsverhältnis begründet wurde, sondern ein »Erziehungs- und Betreuungsverhältnis eigener Art«.[92]

Die Beschäftigung als »Stunden- oder Tageshilfe« – als weitere Form der Außenarbeit – fand ebenfalls in Familien ehemaliger Erzieher oder auch in dem Heim bekannten Familien statt. Der überwiegende Zweck dieser stunden- oder tageweisen Beschäftigung war hier aber die tatsächliche Arbeitsleistung, und zwar als kurzzeitig angelegte Erprobung. Durch diese Kurzfristigkeit der – eher aushilfsweisen – Beschäftigung wurde, so das Verständnis des Landesjugendamtes, kein reguläres Arbeitsverhältnis und somit keine Sozialversicherungspflicht begründet. Die Inanspruchnahme einer Stunden- oder Tageshilfe war nur nach Rücksprache mit dem Direktor bzw. seinem Stellvertreter möglich, die Familien, in die vermittelt wurde, mussten zuvor durch die Außenfürsorge des Heims überprüft werden. Für Minderjährige, die sich in »freieren Verhältnissen« erproben sollten und aufgrund ihres Charakters und ihrer Leistung für geeignet gehalten wurden – worin diese Eignung

88 Ebd. Die Bewertung der Arbeitseinsätze als pädagogische Maßnahmen nimmt auch eine zentrale Rolle in der Debatte um Entlohnung von Arbeit bzw. Sozialversicherungspflicht ein, worauf im weiteren Beitrag noch eingegangen wird.

89 Hierbei war stets das Jugendarbeitsschutzgesetz vom 9.8.1960 zu berücksichtigen. Zur Debatte um die Gültigkeit dieses Gesetzes in Einrichtungen der öffentlichen Erziehung siehe Abschnitt 3.2.6.

90 Außenarbeitsordnung für Minderjährige der öffentlichen Erziehung vom 20.2.1962, in: ALVR 39384.

91 Ebd.

92 Ebd.

lag, legte die Ordnung nicht fest –, gab es die so genannte Einzelarbeit auf Probe, eine Beschäftigung außerhalb der Einrichtung oder innerhalb des Heimes ohne Leitung durch einen Erzieher.[93] Gedacht war an eine maximale Dauer von sechs Wochen, das kurzfristige Aufeinanderfolgen von Probearbeitsverhältnissen – so genannte Ketteneinsätze – war nicht gestattet. Wie bei der Stunden- und Tageshilfe wurde der Erprobungscharakter als Begründung für die Versicherungsfreiheit herangezogen. Bewährte sich ein Minderjähriger in der Einzelarbeit auf Probe, war für ihn eine Lehr- oder Arbeitsstelle auf Dauer zu suchen. Bei Versagen in der Erprobung – hier wurde sicher die Entweichung als größte Gefährdung gesehen – bedurfte es einer »angemessenen Bewährungszeit«, bis ein erneuter Versuch unternommen werden konnte.[94] Vermittelt werden durfte nur in vorab durch die Außenfürsorge oder einen vom Heimleiter bzw. Landesjugendamt bestimmten Mitarbeiter geprüfte Arbeitsstellen. Basis der Arbeitseinsätze auf Probe sollten schriftliche Verträge sein, die die Befristung und den Probecharakter der Beschäftigung umfassten.

Als fünfte und letzte Form der Außenarbeit gab es die so genannten Stadtarbeiter oder Stadtlehrlinge, Minderjährige, die auf der Basis eines regulären, sozialversicherungspflichtigen Arbeits- oder Ausbildungsverhältnisses außerhalb des Heimbereiches beschäftigt waren. Hierfür wurden vor allem Jugendliche vorgesehen, die »vermutlich im freien Arbeits- oder Lehrverhältnis bestehen werden, aber in der arbeitsfreien Zeit noch weiterer Betreuung durch den Erzieher bedürfen«.[95] Die Unterbringung dieser Jugendlichen sollte innerhalb der Heime in speziellen Gruppen oder Jugendwohnheimen erfolgen. Die Arbeitsverhältnisse waren durch schriftliche Verträge zu fixieren, über die das Landesjugendamt zu informieren war. Hintergrund war hier vor allem die Berechnung und Einziehung von Kostenbeiträgen. Edgar Schiller erinnert sich, wie er vom Erlenhof aus seine Metzgerlehre außerhalb fortgesetzt hat: »Ich hatte mich denn entschlossen, 'ne Metzgerlehre anzufangen, die hab' ich im Heim angefangen. Ja, der Meister war eigentlich ganz ok, weil der mich in Ruh' gelassen hat. Und, äh, dann ham' die denn geprüft, ob ich für den Beruf geeignet bin und, man hat mir denn 'ne Lehrstelle in der Stadt vermittelt und die, das war nich' so gut. Man kriegte immer zu hören: du biss en Mitternachtsschlosser, du kommst doch aus em Heim, du kanns' froh sein, dat du hier arbeites'.«[96]

Die Außenarbeitsordnung regelte auch die zu zahlenden Entgelte für die geleistete Arbeit. Bezahlt wurde nicht etwa ein direkter, an Tarifen orientierter Lohn für die geleisteten Arbeiten – Ausnahmen bildeten hier die Stadtarbeiter und Stadtlehrlinge –, sondern eine pauschale Vergütung.[97] Diese Pauschalbeträge waren durch den Vertragspartner, also etwa ein externes Unternehmen, direkt an die Heimkasse zu zahlen, denn »Zahlungen unmittelbar an den Minderjährigen sind unstatthaft und befreien nicht von

93 Ebd.
94 Ebd.
95 Ebd.
96 Interview Edgar Schiller (31.8.2009), S. 10, in: ALVR 49429.
97 Auch wenn eine Lösung von Tarifsätzen bestand, sollte eine Orientierung an der wirtschaftlichen Entwicklung und den gängigen Löhne erfolgen.

der Zahlungspflicht«.[98] Auch eine Pauschale für den begleitenden Erzieher, etwa innerhalb der Arbeitsgruppe, war direkt an die Heimkasse zu zahlen. Die so verbuchten Zahlungen wurden zur Deckung der Heimkosten herangezogen und im Pflegesatz entsprechend als »Einnahme aus der Tätigkeit der Minderjährigen« berücksichtigt.[99] Die Jugendlichen erhielten also keinen direkten Lohn für ihre Arbeit, sondern Prämien gemäß der hierfür aktuell gültigen Ordnung. Der Lohn der Stadtarbeiter und -lehrlinge wurde ebenfalls auf die Heimkosten angerechnet. Den Vertragspartnern wurden gemäß der Außenarbeitsordnung Pauschalen in Rechnung gestellt, die pro Minderjährigen und Stunden berechnet wurden: Arbeitsgruppen in der gewerblichen Wirtschaft 1,50 DM, in der Landwirtschaft oder in Haushalten 1 DM, Familienhilfe 0,35 DM, Stunden- oder Tageshilfen 0,70 DM, Einzelarbeit auf Probe in der gewerblichen Wirtschaft 1,80 DM, in der Landwirtschaft 1,30 DM sowie im Haushalt 1,30 DM. Für den begleitenden Erzieher waren bei einer Tätigkeit bis zu einem halben Tag 7,50 DM, für einen ganzen Tag 15 DM zu zahlen.

Die in der Außenarbeitsordnung beschriebenen Kooperationen mit Fremdfirmen oder landwirtschaftlichen Betrieben waren ein gängiges und altbekanntes Vorgehen in der Heimerziehung.[100] Innerhalb der Rheinischen Landesjugendheime wurde bereits frühzeitig im Bereich der vielerorts vorhandenen Mattenflechtereien mit externen Firmen kooperiert. Im Rheinischen Landesjugendheim Erlenhof bestand ein entsprechender Vertrag mit der Großweberei Breiden bereits seit 1928.[101] Die Firmen hatten in aller Regel für die Anlieferung des zu verarbeitenden Materials sowie für das Vorhandensein von ausreichend vielen Aufträgen für eine vorab vereinbarte Zahl von Jugendlichen zu sorgen. Bis zur Einführung der dargestellten Außenarbeitsordnung sowie der Taschengeld- und Prämienordnung aus dem gleichen Jahr war die Bezahlung der Jugendlichen bzw. die Gewährung von Prämien in Eigenregie der Heime geregelt. Im vorgestellten Beispiel wurden 1949 erstmals Prämien an die Jungen gezahlt. »Ein gut arbeitender Junge [hat] die Möglichkeit, sich in der Woche 0,70 DM an Prämie zu verdienen.«[102] Auch danach wurden die Jugendlichen, wie oben dargestellt, nicht an den Einkünften aus der Produktion beteiligt. Die Kooperation fand in dieser oder ähnlicher Form über den gesamten Untersuchungszeitraum in allen Heimen statt. Häufig waren es die »geschlossenen Arbeitsbereiche«, wo die Jungen in dieser Form mit einfachen Arbeiten, für die es keiner besonderen Fähigkeiten bedurfte, beschäftigt wurden.[103] Das Bewusstsein, dass die Jugendlichen billige Arbeitskräfte für die Unternehmen waren, war zwar durchaus vorhanden, es wurde hierauf aber nicht umfassend eingegangen.[104] Es entsteht der Eindruck, dass die Heime sich in einer Art Abhängigkeit

98 Außenarbeitsordnung für Minderjährige der öffentlichen Erziehung vom 20.2.1962, in: ALVR 39384.
99 Ebd.
100 Vgl. hierzu exemplarisch auch Benad/Schmuhl/Stockhecke 2009. Dort wird die Arbeit der Jugendlichen beim Torfstechen im Moor umfassend beschrieben.
101 Vgl. Vertragsunterlagen zwischen Betrieb und Rheinprovinz aus Mai bzw. Juni 1928, in: ALVR 25842.
102 Abmachung zur Prämienzahlung zwischen dem Direktor des Erlenhofs und dem Leiter der Betriebswerkstatt (24.6.1949), ALVR 25842.
103 Vgl. Jahresbericht des RLJH Abtshof für das Geschäftsjahr 1969, in: ALVR 44126.
104 Vgl. Niederschrift über die Direktorenkonferenz am 26.11.1958, in: ALVR 38670.

von den Betrieben sahen, da sie die Einsatzmöglichkeiten für die Jugendlichen für dringend erforderlich hielten und auch die Einkünfte aus den Werkstätten für die Deckung der Heimkosten eingeplant und herangezogen wurden.[105] Im Laufe der Zeit wurde, wie im Kontext der Arbeitsmöglichkeiten in den Rheinischen Landesjugendheimen bereits angedeutet, die Kooperation auch unter dem Aspekt gesehen, den Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, innerhalb der Heime Arbeitsbedingungen wie in der Industrie vorzufinden. Dieses Vorgehen wurde vor allem für den Abtshof vertreten, der 1966 eröffnet wurde und als äußerst modernes Heim galt. Kooperationen wurden auch hier häufig in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt getroffen. Hierbei handelte es sich allerdings in erster Linie um Arbeitsaufträge für die Werkstätten, in denen die Jugendlichen in Lehrgängen oder Anlernverhältnissen beschäftigt waren. Lehrstellen wurden durch diese Kooperationen in der Regel nicht geschaffen.[106]

Neben den Kooperationen innerhalb der Heime gab es auch ähnlich gelagerte Fälle, in denen die Jugendlichen als Gruppe in einen Industriebetrieb, oder wie bereits dargestellt, in die Landwirtschaft gebracht wurden. Wurden die Jugendlichen durch einen Erzieher begleitet, galten die Einsatzbereiche mitunter auch als geeignete Arbeitsplätze für »entweichungsgefährdete Jugendliche«. Auch hier wurden die Einnahmen entsprechend auf die Heimkosten angerechnet und dies auch als wichtiger Aspekt solcher Kooperationen formuliert. So hieß es im Vermerk des Direktors des Erlenhofs, Gollnick, zu einem Besuch in einem möglichen Kooperationsbetrieb: »Ich bitte alle beteiligten Mitarbeiter besorgt zu sein, daß diese neue Arbeitsmöglichkeit uns erhalten bleibt. Der Landschaftsverband erhält dadurch eine ganz erhebliche Mehreinnahme, und die Jugendlichen werden an die normalen Arbeitsbedingungen gewöhnt.«[107] Eine vollständige Übersicht über die Firmen, mit denen im Bereich des Landesjugendamtes kooperiert wurde, ist zumindest aus den vorliegenden Quellen nicht zu gewinnen. Dies liegt zum einen an der unvollständigen Überlieferung der Akten, zum anderen aber auch daran, dass häufig aus Aufzeichnungen, wie etwa den Jahresberichten, nicht zu erkennen ist, mit welchen Firmen genau zusammengearbeitet wurde. Hier werden die Außenkolonnen zum Beispiel numerisch oder nach dem begleitenden Erzieher benannt. Exemplarisch können als Kooperationspartner etwa die Firmen Tipon, Maddaus, Gebra Plast, Backhaus & Graas, Wanderer-Werke, Escho-Plast, Glashütte Ingridhütte, Spies-Hecker & Co. genannt werden.

105 So wurden im RLJH Abtshof, exemplarisch für das Jahr 1969, 30.690,24 DM in den Arbeitsbetrieben der Firmen Tipon und Gebra-Plast erwirtschaftet. Vgl. Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1969, in: ALVR 44126.

106 Vgl. ebd. Vgl. zum konkreten Beispiel des RLJH Abtshof auch Kap. II.5.3.

107 Vermerk Gollnick zum Ablauf der Kooperation der Glashütte »Ingridhütte« mit dem RLJH Erlenhof (11.12.1967), in: ALVR 23883.

3.2.5 Zuweisungspraxis und Berufsberatung

Da, wie bereits beschrieben, die berufliche Bildung einen wichtigen Stellenwert in der Heimerziehung hatte, musste es ein Vorgehen geben, wie die schulentlassenen Jungen und Mädchen einen, im besten Fall sogar gewünschten, Beruf ergreifen konnten. Hierzu gehörte neben der Beobachtung und Einstufung neu aufgenommener Jugendlicher die durch das Landesjugendamt gewünschte Kooperation mit der Berufsberatung. Zur Klärung möglicher beruflicher Interessen und Fähigkeiten sollte in der Regel die Zeit nach der Aufnahme eines schulentlassenen Jugendlichen innerhalb eines Beobachtungsheimes oder in der so genannten Aufnahmegruppe genutzt werden.[108] Hierzu wurde den Jugendlichen in der Regel zunächst eine Beschäftigung in einem »geschlossenen Arbeitsbereich« zugewiesen, in dem er durch den Erzieher beobachtet werden sollte. Dies war gängige Praxis in Erziehungsheimen. Argumente für dieses Vorgehen waren anfänglich eher eine Bewährung des Jugendlichen vor der Vermittlung in die Werkstatt, später wurde mit Motivation zur Arbeit und dem Versuch der Vermeidung erneuter beruflicher Misserfolge sowie der Überprüfung beruflicher Interessen argumentiert.[109] Im Erlenhof war der entsprechende Einsatzbereich zum Beispiel bis 1966 die Schälküche, die dann von der Gärtnerei abgelöst wurde.[110] Im Dansweilerhof wurde zunächst in der Mattenflechterei und ab 1958 in der Kistennagelei gearbeitet. Allerdings darf an dieser Stelle nicht übersehen werden, dass relativ lange die Zuweisung der Jungen zu den Hilfsarbeiten noch über den morgendlichen Appell verlief, an den sich unter anderem der Zeitzeuge Gustav Berger erinnert: »Ja, das war jeden Morgen. Man wurde also auf den Appellhof geführt, mitsamt dem Erzieher. Der Erzieher stand dann – also der Gruppenleiter oder wie auch immer –, der stand dann mit bei der Gruppe und dann wurde halt gesagt: So, diejenigen, die krank sind, kommen also separat, die wurden dann, die dann nicht bettlägerig waren, wurden dann zum Kartoffelschälen – ja, musste ja auch irgendwo gemacht werden – und die anderen wurden dann eingeteilt. Für in den Garten oder auf das Feld oder, oder, oder. So, und das ging dann bis mittags. Mittags ging's dann in der Gruppe auch wieder in der Reihe zum Mittagessen und nach dem Mittagessen, nach ner – ich sag jetzt mal, anderthalb Stunden – Pause traf man sich wieder auf dem Appellhof und ging dann wieder weg. Also ganz normal.«[111]

Die Beschäftigung innerhalb der Aufnahmeabteilung wurde ab Mitte der 1960er Jahre, zumindest in einigen Heimen, durch so genannte Einführungslehrgänge, die den Jugendlichen mit dem Heimleben vertraut machen sollten, ergänzt.[112] Die Frage, inwieweit Arbeiten wie Kartoffelnschälen und Mattenflechten Aufschluss geben konnten über berufliche Fähigkeiten eines Jugendlichen, muss man freilich stellen. Und obwohl die Situation für die neu aufgenommenen Jugendlichen zeitweilig kritisiert wurde, blieb sie langfristig in der beschriebenen Form erhalten.[113] Der Zeitzeuge Harald Steiger erinnert sich an die

108 Vgl. Jans/Beurmann 1963, S. 61f.
109 Vgl. hierzu etwa Kiehn 1966 oder Becker 1967.
110 Vgl. Heimordnung des Erlenhofs, allg. Regelungen (nach Stichworten), in: ALVR 28434.
111 Interview Gustav Berger (17.10.2009), S. 5f., in: ALVR 49421.
112 Vgl. Kap. II.4. zum RLJH Dansweilerhof sowie Kap. II.3. zum RLJH Erlenhof.
113 Vgl. Reisebericht Jans und Beurmann über Besuch im Dansweilerhof (11.12.1956), in: ALVR 40141.

Aufnahmezeit im Erlenhof und die Arbeit in der Gärtnerei: »Ja dann wirste nach ungefähr … so drei bis sechs Wochen bleibste dann erst mal auf der Abteilung und dann geht das erst mal los: Schule, Arbeit, Schule, Arbeit. Nicht großartig, dass du auf der faulen Haut liegst, sondern du wirst zum Arbeiten gezwungen. Das hieß normalerweise […]. Schule interessierte groß gar keinen. Der Lehrer, der mal da war … na ja. Dann hieß das erst mal: Arbeiten. In der Woche vielleicht zwei Mal Schule, dann war's gut. Gärtnerei. Und da konnte sich jeder ne gewisse Zeit seinen eigenen Beruf aussuchen.«[114] Zur weiteren Klärung der beruflichen Perspektive sollte es den schulentlassenen Jugendlichen zusätzlich ermöglicht werden, eine Berufsberatung zu erhalten.[115] Bereits im Jahr 1948 wurde der Abteilung Jugendwohlfahrt durch das Institut für praktische Psychologie (zugehörig zum Sozialministerium Düsseldorf) »[…] Hilfe bei der Durchführung von Eignungsprüfungen für einen Beruf in den Erziehungsheimen […]« angeboten.[116] Dieses Angebot wurde von einem Großteil der Einrichtungen abgelehnt – mit Hinweisen etwa auf den Verbleib der Mädchen im hausfraulichen Bereich, auf die fehlende Intelligenz der Jugendlichen für die Absolvierung einer Lehre sowie auf die als ausreichend erlebte Kooperation mit der Berufsberatung. Es zeigt sich hier exemplarisch, dass mögliche Ideen zu Neuerungen durch das Landesjugendamt nicht zwingend in der Praxis ankamen. Die Heime zeigten an dieser Stelle vielmehr ihre Autonomie und blieben lieber bei den alt vertrauten Vorgehensweisen. 1957 wandte sich Landesrat Jans dann an alle eigenen Einrichtungen sowie die Belegheime zur Klärung der Kooperation mit den Berufsberatungen und betonte in seinem Schreiben, »die öffentliche Ersatzerziehung umschließt die wichtige Aufgabe der Berufsfindung und Berufsbildung […]. Sie sind in den Heimen für schulentlassene Minderjährige als ständige Aufgabe gegeben. Dort ist für viele junge Menschen die Prüfung der Berufseignung und Berufsneigung nachzuholen, weil den Minderjährigen bisher ein Berufsstreben und die Erziehung zur Arbeit überhaupt gefehlt hat. Bei anderen ist zu prüfen, ob der bisher eingeschlagene Berufsweg der richtige war.«[117]

Als Vorgehen wies er an, dass die Berufsberatung für die Schulabgänger einzuschalten und Berufsneigung und -eignung rechtzeitig zu prüfen sei. Das Ergebnis der Berufsberatung musste bis zum 15. Januar eines Jahres dem Landesjugendamt mitgeteilt werden. Für die schulentlassenen Minderjährigen sollte bei der Neuaufnahme innerhalb der Erstbeobachtung die Frage nach dem Berufs- und Arbeitseinsatz geklärt und während der gesamten Heimerziehung mit der zuständigen Berufsberatung zusammen gearbeitet werden. Mögliche Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt sollten an das Landesjugendamt weitergegeben werden.[118] Jans betonte weiter die Notwendigkeit der Kooperation mit den Eltern bzw. dem Vormund, deren Mitwirkung aus »allgemein menschlichen und

114 Interview Harald Steiger (14.11.2009), S. 6, in: ALVR 49432.
115 Eine grundlegende Übersicht bietet z.B. der Artikel von Karbe 1966.
116 Sozialministerium an die Provinzialerziehungsheime sowie die Belegheime (13.3.1949), in: ALVR 14012.
117 Jans an die Rhein. Landesjugendheime und Belegheime (25.9.1957), in: ALVR 18685.
118 Vgl. ebd.

pädagogisch-psychologischen Gründen« anzustreben sei.[119] Für die Jugendlichen, die im Bereich von Hilfsarbeiten oder der Landwirtschaft beschäftigt waren, musste das Landesjugendamt über den Führungsbericht informiert werden, welche berufliche Perspektive angestrebt werde bzw. für welche Arbeit der Jugendliche sich eigne und welche Haltung er, seine Eltern sowie der Vormund dazu äußerten. Das beschriebene Vorgehen hatte auch für den Bereich der Außenfürsorge Gültigkeit.[120] Häufige Arbeitsplatzwechsel der Jugendlichen sollten vermieden werden, wünschte ein Jugendlicher einen Wechsel, so war dieser durch den Direktor der Einrichtung zu gestatten.[121] Auch wenn das Vorgehen des Landesjugendamtes an dieser Stelle sehr umfassend klingt, so darf nicht übersehen werden, dass es für die Jugendlichen innerhalb der Einrichtung nur begrenzte berufliche Möglichkeiten gab und sich dies auch häufig außerhalb der Heime ähnlich darstellte. Dies konnte etwa an der örtlichen Lage des Heims oder auch der Zugehörigkeit des Jugendlichen zur Fürsorgeerziehung und den damit verbundenen Stigmatisierungen liegen.[122] Wurden für die Jugendlichen Lehrstellen mit Unterbringung etwa bei einem Meister gefunden, waren dies häufig Beschäftigungen in weniger beliebten Berufssparten.

Die Organisationsstruktur der heiminternen Beschäftigung und die Zuweisung der Jugendlichen zu einer bestimmten Sparte erfüllten auch die Funktion, die Jugendlichen zu bestärken oder zu bestrafen. So waren die geschlossenen Arbeitsbereiche nicht nur für die neu aufgenommenen Jugendlichen vorgesehen, sondern auch die Beschäftigungsfelder der Jugendlichen, die nach einer Entweichung in die Einrichtung zurückkehrten, oder aufgrund anderer Verfehlungen dort beschäftigt wurden. Die Jugendlichen wurden aus ihren bisherigen Beschäftigungen genommen und zunächst in den geschlossenen Bereichen beschäftigt. Die Sinnhaftigkeit der gleichen Beschäftigung von Jugendlichen, die neu ins Heim aufgenommen wurden, und denen, die von der Entweichung zurück waren, wurde zwar bereits 1958 diskutiert, Veränderungen brauchten aber eine lange Zeit.[123] Auch wurde gesehen, dass das Angebot, das den Jugendlichen im geschlossenen Bereich gemacht wurde, nicht sinnvoll und ausreichend war: »[…] Die traditionellen Arbeitseinsätze der geschlossenen Gruppen in der Mattenflechterei und Schälküche […] genügen nicht. Es

119 Ebd. Vor allem war die Kooperation im Rahmen der FEH notwendig, da es der Zustimmung der gesetzlichen Vertretung zum Abschluss eines Lehr- oder Anlernvertrages bedurfte.

120 Vgl. ebd. In der Niederschrift über die Direktorenkonferenz am 8.11.1961, in: ALVR 38670 wird von Beurmann nochmals, mit Verweis auf das Rundschreiben, die Notwendigkeit der engeren Zusammenarbeit mit den Berufsberatungen betont – ggfs. unter Hinzuziehung des Landesarbeitsamtes, wenn das Heim darum bitte. Sie betont die Wichtigkeit vor allem für die in der Landwirtschaft beschäftigten Jugendlichen und weist darauf hin, dass die Nutzung der Möglichkeiten Aufgabe des Heims sei.

121 Vgl. exemplarisch Formular zum Arbeitsplatzwechsel (29.9.1967), in: ALVR 32190 sowie Stellungnahme des Direktors Gollnick zu Arbeitseinsatz (5.6.1965), in: ALVR 28434.

122 Das Landesjugendamt wies bereits frühzeitig darauf hin, in Lehr-, Dienst und Anlernverträgen darauf zu achten, »[…] dass im Vertrag die Tatsache seiner Zugehörigkeit zur FE nicht zum Ausdruck kommt«. Worte wie Zögling und Fürsorgeerziehung seien im Vertrag zu vermeiden. Schreiben des LJA an die Rhein. Landesjugendheime und Belegheime (5.9.1956), in: ALVR 18685.

123 Vgl. hierzu etwa die Niederschrift über die Direktorenkonferenz am 21.7.1958, in: ALVR 38670.

müssen Beschäftigungen entwickelt werden, die die Jungen ansprechen und sie nach Möglichkeit auch für die Zeit des späteren freien Lebens beruflich fördern.« Gleichzeitig wurde aber die Notwendigkeit weiterer geschlossener Arbeitsbereiche gesehen.[124] Es zeigt sich an dieser Stelle eine deutliche, vor allem zeitliche, Diskrepanz zwischen dem, was als sinnvoll andiskutiert wurde, und dem, was in der praktischen Arbeit umgesetzt wurde. Eine Arbeitsmöglichkeit mit mehr Freiraum, etwa die Beschäftigung als Hausbursche innerhalb des Heimes oder Beschäftigungen außerhalb des Heims, wurde hingegen als Bestätigung für Jugendliche, die sich bewährt hatten und als gefestigt angesehen wurden, verstanden, wie zum Beispiel der dargestellten Außenarbeitsordnung zu entnehmen ist.[125]

3.2.6 Rechtliche Aspekte im Kontext der Arbeit im Heim – Lehrverträge und Arbeitsschutz

Da, wie ausführlich dargestellt wurde, der beruflichen Ausbildung und der Arbeit ein zentraler Stellenwert in der öffentlichen Erziehung beigemessen wurde, oblag der Fürsorgeerziehungsbehörde bzw. dem Landesjugendamt »das Recht, die Berufsausbildung des Minderjährigen zu bestimmen und zugleich die Pflicht, für eine ordentliche Ausbildung zu sorgen«.[126] Auf diesem Weg konnte also Einfluss genommen werden auf die Berufswahl und die Ausbildungsart der Jugendlichen. Im Reichsjugendwohlfahrtsgesetz § 70 III hieß es entsprechend: »Die Fürsorgeerziehungsbehörde gilt für alle Rechtsgeschäfte, die die Eingehung, Änderung oder Aufhebung eines Dienst- oder Lehrvertrages oder die Geltendmachung der sich aus einem solchen Vertrage ergebenden Ansprüche betreffen, als gesetzliche Vertreterin des Minderjährigen. Sie ist insbesondere befugt, den Arbeitsverdienst des Minderjährigen zu verwalten und für ihn zu verwenden.«[127] Dies bedeutete, dass etwaige Verträge, die durch die Eltern oder durch den Vormund abgeschlossen waren, keine Gültigkeit hatten, allerdings durch die Zustimmung der Fürsorgeerziehungsbehörde genehmigt werden konnten. Die Fürsorgeerziehungsbehörde konnte die Verträge für den Minderjährigen nicht nur abschließen, sondern auch verändern und kündigen.[128] Viele Lehrverträge, die durch die Fürsorgeerziehungsbehörde abgeschlossen wurden, enthielten die Zusatzklausel, dass eine Kündigung auch aus pädagogischen Gründen möglich war. So heißt es in einem Lehrvertrag aus dem Jahr 1963: »Ein wichtiger Grund zur Auflösung des Lehrvertrages liegt auch dann vor, wenn das Landesjugendamt über eine anderweitige Unterbringung des Minderjährigen entscheidet. Eine solche Entscheidung wird ausschließlich dann getroffen, wenn sie dem Landesjugendamt erzieherisch oder rechtlich notwendig erscheint.«[129] Resi Bock charakterisiert diese Möglichkeit der Einfluss-

124 Ebd.
125 Vgl. Stellungnahme des Direktors Gollnick zum Arbeitseinsatz (5.6.1965), in: ALVR 28434.
126 Claussen 1954, S. 66. Bei Jugendlichen, die in der FEH untergebracht waren, bedurfte der Abschluss eines Lehr- oder Dienstvertrages der Zustimmung durch die Eltern bzw. den Vormund.
127 Potrykus 1953, S. 21.
128 Vgl. Claussen 1954.
129 Lehrvertrag vom 26.4.1963, in: ALVR 16304.

nahme der Fürsorgeerziehungsbehörde »als Unterordnung der Berufsausbildung unter die Gesamterziehung«.[130] Auch im Jugendwohlfahrtsgesetz hatte die Fürsorgeerziehungsbehörde weiter die oben beschriebene Funktion. Im entsprechenden Paragraph (§ 69 IV) heißt es dazu: »Bei Ausführung der Fürsorgeerziehung gilt das Landesjugendamt für alle Rechtsgeschäfte, welche die Eingehung, Änderung oder Aufhebung eines Arbeits- oder Berufsausbildungsverhältnisses oder die Geltendmachung der sich aus einem solchen Rechtsverhältnis ergebenden Ansprüche betreffen, als gesetzlicher Vertreter des Minderjährigen. Es ist auch befugt, den Arbeitsverdienst und die Renten des Minderjährigen zu verwalten und für ihn zu verwenden.«[131]

Die Arbeitszeiten der Jugendlichen waren schon frühzeitig ein Thema; so wies Regierungsrätin Hopmann bereits 1949 bei einem Besuch des Gutes Heisterberg, einer Außenstelle des Landesjugendheims Erlenhof, darauf hin, dass die Jungen im Weinbau zu viel arbeiten würden. Die Arbeitszeit übersteige acht Stunden und sei zu reduzieren.[132] Eine Arbeitszeit von durchschnittlich acht Stunden täglich schien die Regel in den Landesjugendheimen zu sein.[133] In einem Referat für die Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter stellte Beurmann dann auch heraus, dass »im Gebiet des Landesjugendamtes Rheinland seit langem entsprechende Regelungen der Begrenzung der Arbeitszeit sowohl in Bezug auf das Zeitvolumen überhaupt, als auch in Bezug auf Abendarbeit, Sonntagsarbeit und die vielen anderen Einschränkungen [gelten]«.[134] Wobei es für den Bereich der Landwirtschaft offensichtlich Ausnahmen zu geben schien. So erinnert sich Herbert Vogel an seine Zeit im Halfeshof 1951: H.V.: »Ähm, wir mussten um vier Uhr aus dem Bett. Um halb fünf war Frühstück und um fünf mussten wir drüben sein, bis – jetzt nageln sie mich nicht fest – zwölf oder ein Uhr. Dann gab es Mittag und danach war ne Stunde Pause. Wir aus dem Kuhstall, aus der Landwirtschaft hatten zwei Stunden Pause. Das war auch 'ne Bevorzugung, weil wir ja anders arbeiten mussten, wie die, die da noch. Wo die anderen geblieben waren, tagsüber, das wissen wir auch nicht, jedenfalls ich weiß das nicht. Die kamen auch teilweise abends erst wieder. Wo die verschwunden waren oder gewesen sind, weiß ich nicht. Keine Ahnung.« I.: »Die anderen Jugendlichen ihrer Gruppe?« H.V.: »Ja. Und dann mussten wieder rüber um, ja, so vier Uhr bis manchmal nachts um neun, zehn, elf, je nachdem, wie lange das Melken gedauert hatte. Oder aber 'ne Sau kriegte gerade Junge. Da ging das dann auch schon mal durch bis anderen morgens fünf, sechs Uhr, bis dass der Schweizer dann kam. Der hat uns dann abgelöst, da durften wir rüber.«[135]

Die Einführung des »Gesetzes zum Schutz der arbeitenden Jugend« vom 9.8.1960 stellte die Heimerziehung und mit ihr das Landesjugendamt und die Heimeinrichtung dann

130 Bock 1960, S. 61.
131 Potrykus 1953, S. 26.
132 Reisebericht Hopmann zu Besuch im Heisterberg (28.2.1949), in: ALVR 18887, Bl. 150.
133 Vgl. Niederschrift über die Direktorenkonferenz am 8.11.1961, in: ALVR 38670.
134 Referat Beurmann für die BAGLJÄ am 12. und 13.10.1961, S. 7, in: ALVR 38616.
135 Interview Herbert Vogel (15.9.2009), S. 24, in: ALVR 49433.

allerdings vor Probleme in einigen Punkten der Gesetzesanwendung.[136] Denn im § 1 des Gesetzes hieß es, »daß das Gesetz dann keine Anwendung findet, wenn die Beschäftigung überwiegend Zwecken der Erziehung, der Heilung oder des Schulunterrichts dient«.[137] Es ging also, ähnlich wie bei der noch darzustellenden Debatte um die Sozialversicherung, um die Diskussion, inwieweit die Beschäftigung der Jugendlichen einen erzieherischen Aspekt erfüllte und damit, zumindest theoretisch, nicht unter das Gesetz fiel.[138] Die Debatte umfasste Fragen, wie mit »Ämtern« innerhalb der Gruppe – etwa dem Aufräumen der Küche oder der Schlafräume – zu verfahren sei. Ein weiterer Diskussionspunkt war die gesetzliche Gewährung von Urlaub. Es stellte sich hierbei vor allen Dingen die Frage der konkreten Umsetzung des Urlaubs und wohin die Jugendlichen für die Urlaubszeit entlassen werden sollten.[139] Relativ schnell herrschte Klarheit darüber, dass die Minderjährigen, die als Einzelne oder auch in Gruppen – auch zusammen mit einem Erzieher – in einem fremden Wirtschafts- und Betriebsbereich beschäftigt waren, nicht zu den Ausnahmen des § 1 gehörten.[140] Zur weiteren Klärung in Fragen des Gesetzes wurden die Heime zunächst mit einem Schreiben vom 24.8.1961 über die wichtigen und anzuwendenden Bestimmungen des Gesetzes informiert und um Rückmeldung über das bisherige Vorgehen gebeten. So informierte etwa der Direktor des Fichtenhains, dass die Arbeitszeit Montag bis Freitag 8,25 Stunden betrage und am Samstag 4,45 Stunden gearbeitet würden. Mittagspause werde von 12 Uhr bis 13.30 Uhr gewährt, hinzu kämen 15 Minuten Pause am Vormittag sowie eine 20-minütige Pause am Samstag. Die sich daraus ergebende Wochenarbeitszeit von 43 Stunden wurde – nach Eingang der Gesetzesbestimmungen im Heim – für die Jungen unter 16 Jahren um drei Stunden gekürzt.[141]

Letztlich wurde im Rahmen der Direktorenkonferenz Einigung erzielt, dass die Arbeitszeit innerhalb des Heimes bei durchschnittlich 40 Stunden festzulegen sei, was – laut Rückmeldung der Heime – auch zuvor schon in der Regel der Fall gewesen sei.[142] Für die Gewährung von Urlaub schlug Jans für die Jungen, die außerhalb des Heimes beschäftigt waren, vor, dass Erziehungsleitung und Außenfürsorge gemeinsam eine Planung erstellen sollten. Der Urlaub sei aber nicht an einem Stück zu gewähren, und Entweichungen seien von der Urlaubszeit abzuziehen. Für die Jugendlichen, die innerhalb des Heimes beschäftigt waren »sei das Problem der Urlaubsgewährung ›mit der leichten Hand,

136 Klarheit herrschte über das Verbot der Sonntagsarbeit sowie die Gewähr von Pausen und Ruhezeiten. Vgl. Hinweise auf wichtige Bestimmungen des Gesetzes zum Schutz der arbeitenden Jugend, Anlage zu Rundschreiben an die im Rahmen der Öffentlichen Erziehung belegten Heime (24.8.1961), in: ALVR 39384.

137 Referat Beurmann für die BAGLJÄ am 12. und 13.10.1961, S. 3, in: ALVR 38616.

138 Vgl. exemplarisch Ausnahmen Jugendarbeitsschutz AFET sowie Zimmermann 1960.

139 Vgl. hierzu die Diskussion in der BAGLJÄ und FEB sowie der Direktorenkonferenz. Niederschrift über die 10. Arbeitstagung der Landesjugendämter und FEB am 12. und 13.10.1961, in: ALVR 38914 sowie Niederschrift über Direktorenkonferenz am 8.11.1961, in: ALVR 38670.

140 Vgl. hierzu Außenarbeitsordnung für Minderjährige der öffentlichen Erziehung vom 20.2.1962, in: ALVR 39384.

141 Vgl. Wolpers an LJA (11.10.1961), in: ALVR 18903.

142 Laut Arbeitsschutzgesetz konnten Jugendliche über 16 Jahre auch 44 Stunden eingesetzt werden.

aber gesetzlich richtig‹ (d.h. unter analoger freiwilliger Anwendung der an sich nicht verpflichtenden Bestimmungen) zu lösen.«[143] Hierunter verstand Jans auch die Gewährung von Urlaub innerhalb des Heimes; der Jugendliche sei dann nicht zur Arbeit hinzuzuziehen. »Es müsse, speziell was die Freizeit der Minderjährigen betreffe, im Ganzen eine pädagogisch vertretbare Regelung erzielt werden.«[144] Gustav Berger, der eine Bäckerlehre im Erlenhof absolvierte, berichtet, dass er nicht zu den sonst üblichen Zeiten des Bäckerhandwerks habe arbeiten müssen, sondern morgens habe beginnen können. Von möglichen Sonderregelungen des Arbeitsschutzgesetzes wurde also offenbar nicht immer Gebrauch gemacht.[145] G.B.: »Ja, richtig. Da fing man also nicht morgens um vier Uhr an, sondern halt zu normalen, üblichen Arbeitszeiten.« I.: »Sie mussten also nicht nachts raus?« G.B.: »Nein, ich brauchte nicht … nee, nee.«[146] Der Verzicht auf die Samstagarbeit scheint dann 1971 umgesetzt worden zu sein. So hieß es in einem Schreiben des Heilpädagogischen Heimes Viersen-Süchteln: »Wir teilen Ihnen mit, dass wir ab dem 4.10.1971 die 5-Tage-Woche im hiesigen Werkstattbereich einführen. Der Samstag ist für den Minderjährigen schul- und arbeitsfrei.«[147]

Mit Einführung der »Richtlinien für die Ausbildung und Beschäftigung Jugendlicher in Heimen« zum 1.4.1972 sowie der Erfassung nahezu aller im Heim beschäftigten Jugendlichen durch das Berufsbildungsgesetz wurde in punkto Arbeitsschutz endgültig festgelegt, dass das Gesetz innerhalb der Heime anzuwenden sei.[148] Bezug auf den Arbeitsschutz der Jugendlichen nahmen auch die im Juni 1972 vom Landesjugendwohlfahrtsausschuss verabschiedeten »Allgemeinen Richtlinien zur Durchführung der öffentlichen Erziehung (Freiwillige Erziehungshilfe und Fürsorgeerziehung)«. Dort hieß es entsprechend: »Gemäß § 19 des JASchG [Jugendarbeitsschutzgesetz] stehen dem Jugendlichen mindestens 24 Werktage Jahresurlaub, das heißt Freizeit von jeglicher Ausbildungs- und Arbeitsforderung, zu, der möglichst zusammenhängend gewährt werden soll. […] Für schulentlassene Jugendliche sollte im Rahmen einer 40-Stunden-Woche am Samstag in der Regel kein Arbeits- oder Ausbildungstag sein.«[149]

143 Niederschrift über die Direktorenkonferenz am 8.11.1961, in: ALVR 38670.
144 Vgl. ebd.
145 Vgl. hierzu Hinweise auf wichtige Bestimmungen des Gesetzes zum Schutz der arbeitenden Jugend, Anlage zu Rundschreiben an die im Rahmen der Öffentlichen Erziehung belegten Heime (24.8.1961), in: ALVR 39384.
146 Interview Gustav Berger (7.10.2009), S. 8, in: ALVR 49421.
147 Erziehungsleiter des heilpäd. Landesjugendheimes Viersen-Süchteln an LJA (27.9.1971), in: ALVR 41890
148 Vgl. zu den Richtlinien, in: ALVR 41903.
149 Allgemeine Richtlinien Landesjugendamt, S. 17.

3.2.7 Zusammenfassung

Der Themenbereich »Arbeit im Heim« war in seinem ganzen Ausmaß über einen langen Zeitraum von zähen Veränderungsprozessen betroffen. Es gab seitens des Landesjugendamtes und auch einzelner Einrichtungen respektive Persönlichkeiten in den Einrichtungen zwar immer wieder Versuche, die Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten zu verändern und zu verbessern. Letztlich entsteht aber der Eindruck, dass lange in althergebrachten Strukturen verharrt wurde, hier sei als Beispiel nur das lange Festhalten am Arbeitsbereich Landwirtschaft oder an veralteten Berufsausbildungen – bis weit in die 1960er Jahre – erwähnt. Sicherlich darf nicht außer Acht gelassen werden, dass Veränderungen in großen Einrichtungen wie den Landesjugendheimen ihre Zeit brauchten, aber dennoch lässt sich durchaus eine Diskrepanz zwischen angedachten konzeptionellen Ideen zu Veränderungen und deren Umsetzung, etwa in der Kooperation mit der Berufsberatung oder der Etablierung moderner Berufe, erkennen. Als weiterer Punkt ist sicher zu erwähnen, dass ein recht weitläufiger Umgang mit dem Begriff der »Ausbildung« betrieben wurde. Sicher waren nicht alle Jungen, die ins Heim kamen, in der Lage, eine berufliche Ausbildung zu absolvieren, sei es aus persönlichen Gründen oder wegen der Kürze des Heimaufenthaltes – was speziell im Zuge von verlängerter Schulpflicht und Herabsenkung der Volljährigkeit als Argument ins Feld geführt wurde –, allerdings wurde diese Problematik auch nicht umfassend thematisiert. Vielmehr entsteht der Eindruck, dass vielfach das Angebot, welches vorhanden war, wenig differenziert dargestellt wurde, hier etwa die Übersicht über die Ausbildungsmöglichkeiten von 1967, sondern eher die Gesamtzahl der vorhandenen Plätze in den Blick genommen wurde und so die wenig(er) qualifizierten Stellen kaum Berücksichtigung fanden. Wurde differenzierter dargestellt, waren es vor allem die Ausbildungsplätze, die in den Blick genommen wurden. Dass aber ein Großteil der Jugendlichen über viele Jahre mit Hilfsarbeiten, später dann vermehrt in Lehrgängen, beschäftigt wurde und die Heimerziehung ohne berufliche Qualifikation verließ, wird in diesem Kontext nicht thematisiert. Tatsächliche Veränderungen brachten dann die 1970er Jahre mit sich. Hierzu gehörten etwa weitere Modernisierungen der Werkstätten, Schließungen von landwirtschaftlichen Arbeitsbereichen und das Berufsbildungsgesetz, im Zuge dessen weitere Arbeitsbereiche im Heim als tatsächliche Ausbildungen anerkannt wurden. Zum Bereich der Kooperation mit Fremdfirmen lässt sich zusammenfassend sagen, dass lange Zeit an Arbeiten, wie in den Mattenflechtereien oder der Kistennagelei, festgehalten wurde, um die Jugendlichen beschäftigen und kontrollieren zu können. Dass damit keine Qualifikation verbunden war, wurde zwar kritisiert, aber hingenommen. Hinzu kam, dass man sich in eine Art Abhängigkeit von den Fremdfirmen begab. Heime wie der Abtshof, die mit ihren Werkstätten auf solches Zusammenarbeiten ausgerichtet waren, hatten zwar das Ziel, den Jugendlichen industrieähnliche Arbeitsbereiche zu liefern, mussten aber zur Aufrechterhaltung des Betriebes mitunter auch Kooperationen weiter laufen lassen, die als eigentlich nicht angemessen angesehen wurden.[150]

150 Vgl. exemplarisch Direktor Werner an das LJA (31.1.1967), in: ALVR 44260. Werner weist hier darauf hin, dass die Kooperation mit der Firma Tipon nicht den arbeitspädagogisch wünschenswerten

3.3 Prämie und Taschengeld als Formen materieller bzw. finanzieller Zuwendung

3.3.1 Die Prämie als Erziehungsmittel

Als materielle Ausstattung für Kinder und Jugendliche in der Heimerziehung etablierte sich die so genannte Prämie. Bereits in der Hausordnung für die Rheinischen Provinzialerziehungsheime aus dem Jahre 1924 findet sich ein entsprechender Hinweis: »Es können u.a. folgende Vergünstigungen gewährt werden […]. Prämien, und zwar als Belohnung für Wohlverhalten und Fleiß sowie für Schonung, Sauberhalten und Instandsetzung der Kleidung. Die Zöglinge dürfen Geld annehmen, müssen es aber abgeben; es wird für sie aufbewahrt und steht zur freien Verfügung […].«[151] Die Prämie wurde nicht als Vergütung für eine geleistete Arbeit verstanden, sondern als »Erziehungsmittel eigener Art«, welches Verhalten und die Pflichterfüllungen des Jugendlichen in der Heimerziehung insgesamt berücksichtigen sollte.[152] Dieses Erziehungsmittel, dessen Funktion – so Beurmann – darin bestand, »[…] daß dem Minderjährigen Zuwendung materiellen Werts zur eigenen Verfügung gemacht werde und die Höhe dieser Zuwendung nach einem ›Leistungssystem‹ eigener Art berechnet wird«, gab es in der Heimerziehung seit mehreren Jahrzehnten, es variierte aber sehr deutlich zwischen den unterschiedlichen Heimen.[153]

Nachdem das Landesjugendamt zunächst lediglich durch richtungweisende Rundschreiben Einfluss auf die Prämiengestaltung in Einrichtungen genommen hatte, wurde das Thema ab 1956 grundsätzlicher behandelt und vor allem eine Vereinheitlichung der Prämiensätze intensiver verfolgt.[154] Das Thema wurde zudem in verschiedenen Gremien wie etwa der Direktorenkonferenz, der Arbeitsgemeinschaft der Heimleiter oder auch der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter und Fürsorgeerziehungsbehörden diskutiert und eine Abschaffung bzw. weitreichende Reduzierung der unterschiedlichen Behandlung der Minderjährigen im Heim gefordert.[155] Durch eine Rundfrage bei den landschaftsverbandseigenen Einrichtungen sowie den Belegheimen wurde der unterschiedliche Sachstand innerhalb der Einrichtungen ergänzend sondiert. Neben der unterschiedlichen Sprachwahl (Taschengeld, Prämie, Belobigung) ergaben sich nicht nur Unterschiede in der Höhe der gewährten Prämie, sondern auch in deren Ausgestaltung. So wurden in einigen Einrichtungen Sachprämien – wie etwa Bastelmaterial, Filmvorführungen für die Gesamtgruppe oder auch Begünstigungen bei den Besuchen von Veranstaltungen –

Standards entspreche, dennoch werde an der Kooperation festgehalten.

151 Hausordnung für die rheinischen Provinzialerziehungsheime, in: Vossen 1929, S. 110.

152 Referat Beurmann für die BAGLJÄ am 12. und 13.10.1961, S. 16, in: ALVR 38616.

153 Ebd.

154 Vgl. Prämienordnung für die in öffentlicher Erziehung (FE, FEH, Gefährdeten- und Bewahrungsfürsorge) befindlichen, im Gebiet des LVR in Erziehungsheimen untergebrachten Minderjährigen vom 20.2.1962, in: ALVR 40956.

155 Vgl. internen Vermerk Beurmann (10.11.1959), in: ALVR 40956, sowie exemplarisch Protokolle der Direktorenkonferenz vom 26.11.1958 in: ALVR 38670, sowie der Heimleiter-AG vom 14.1.1959, in: ALVR 40950.

gewährt.[156] Auch Güter, die eigentlich durch das Heim zu stellen waren, wurden mitunter als Sachprämien verstanden.[157] Deutlich wurde zudem auch, dass in vielen Einrichtungen die schulpflichtigen Kinder kein Taschengeld, also keine finanzielle Zuwendung, erhielten.

3.3.2 Übergreifend gültige Prämienordnungen ab 1962

Bis zur Erstellung einer übergreifenden Prämienordnung zog sich die Debatte über mehrere Jahre hin. So berichtete Beurmann dem AFET bereits 1958, »das Landesjugendamt des LVR erarbeitet gegenwärtig neue Richtlinien. […] Die Prämien sind im Sinne dieser Regelung wieder verstanden als eine Zuwendung – grundsätzlich in Form von Geld – die nicht reguläre Entlohnung für die Arbeit ist, weil nach hiesiger Auffassung das Verhältnis zwischen Jugendlichem und Heim auch auf dem Sektor der Arbeitserziehung eigenen Charakter hat und nicht einem Arbeitsverhältnis gleichgesetzt werden kann.«[158] Die erste für die im Bereich des LVR befindlichen Erziehungsheime gültige Prämienordnung wurde aber erst zum 1.4.1962 erlassen.[159] Darin wurde die Prämie, wie bereits einleitend vorgestellt, als Erziehungsmittel verstanden, das »den erzieherischen Zweck des Taschengeldes (Erziehung des Minderjährigen zum zweckentsprechenden Umgang mit Geld und zur Selbstständigkeit) mit dem Prinzip, die Minderjährigen erfahren zu lassen, daß Leistung auch materiellen Erfolg bringt«,[160] verbinden sollte. Die Ordnung legte weiterhin fest, dass die Gewährung der Prämie lediglich in Form einer Geldzuwendung möglich sei, auf diese aber kein Rechtsanspruch bestehe. Zu zahlen war die Prämie aus dem Pflegesatz, da sie »im Rahmen des allgemeinen Erziehungsauftrages des Heimes liegt«.[161]

Untergliedert wurde die Prämie in eine Grundprämie – zu zahlen nach verschiedenen Altersstufen, frühestens ab dem zehnten Lebensjahr, in geeigneten Fällen nach Entscheid des Heimes ab dem achten Lebensjahr – und eine Zusatzprämie – gezahlt nach Leistung, die verstanden wurde als entsprechendes Verhalten und Pflichterfüllung in Gruppe, Schule und Arbeit.[162] Sowohl über die Grund- als auch über die Zusatzprämie konnte aber das Verhalten des Minderjährigen »bewertet« werden. So sah die Ordnung eine Kürzung der Grundprämie bis auf 50 Prozent bei einer Leistung – entsprechend dem dargestellten Leistungsbegriff – schlechter als ausreichend vor. Eine Sperrung der Auszahlung dieser so reduzierten Summe war bei besonders schlechter Leistung möglich. Die Zusatzprämie

156 Vgl. Rückmeldungen der unterschiedlichen Einrichtungen auf die Rundfrage des LVR vom 8.11.1956, in: ALVR 40951.

157 Vgl. Protokoll Heimleiter-AG vom 14.1.1959, in: ALVR 40950. Hier plädierte etwa die Leitung des Gertrudisheims für die Gewährung von Seife und Zahnpasta als Sachprämie, was seitens des LJA abgelehnt wurde.

158 Beurmann an den AFET (3.4.1958), in: ALVR 40951.

159 Zum Prozess der Erarbeitung der Prämienordnung und der Bearbeitung durch verschiedenste Gremien vgl. ALVR 40956.

160 Prämienordnung vom 20.2.1962, S. 2, in: ALVR 40956.

161 Ebd., S. 2.

162 Ebd., S. 3.



Halfeshof Taschengeld 1963

wiederum sollte die überdurchschnittliche Leistung – vor allem im Bereich der Lehr- und Anlerntätigkeit – berücksichtigen. Die Ausgestaltung dieser Vorgaben wurde durch das Landesjugendamt nicht weiter konkretisiert. Vielmehr hieß es in der Ordnung: »Jedes Heim hat Grundsätze zu entwickeln, nach denen es entsprechend seinen Gegebenheiten die Prämien festsetzt. Diese Grundsätze sind dem Landesjugendamt auf Anforderung zu Kenntnis zu geben.«[163] Ausgezahlt werden sollte die Prämie mindestens einmal pro Monat. Die zu zahlenden Sätze betrugen 1962:[164]

Gruppe	**Grundprämie (monatlich) in DM**	**Zusatzprämie (monatlich) in DM (Höchstbetrag)**
Minderjährige vom vollendeten 10. Lebensjahr bis zur Entlassung aus der Volks- oder Hilfsschule	1	3

163 Ebd., S. 3 f.
164 Ebd., Anlage 1.

Gruppe	Grundprämie (monatlich) in DM	Zusatzprämie (monatlich) in DM (Höchstbetrag)
Minderjährige nach Entlassung aus der Volks- oder Hilfsschule bis zum vollendeten 16. Lebensjahr	6	10
Minderjährige über 16 Jahre bis zum vollendeten 18. Lebensjahr	8	14
Minderjährige über 18 Jahre	12	18

Dem Jugendlichen sollten von seiner Prämie bis zu 3 DM wöchentlich für Aufwendungen, die außerhalb der Leistungen lagen, welche über Pflegesätze und sonstige Bestimmungen der Heimerziehung gewährt wurden, ausgezahlt werden. Lag seine Prämie über diesem zur Auszahlung zur Verfügung stehenden Betrag, sollten zwei Drittel dieser Summe für den Jugendlichen auf dessen Heimkonto bei der Heimkasse bzw. ab einer Summe von 75 DM auf einem Sparkonto mit Sperrvermerk bei einer Bank angelegt werden, das letzte Drittel sollte dem Jugendlichen zur freien Verfügung stehen.[165] Über das gesparte Geld auf dem Heimkonto konnte der Jugendliche nur mit Zustimmung des Gruppenerziehers, über das Geld auf dem Sparkonto nur mit Zustimmung des Heimleiters verfügen. Ziel war es, dass der Jugendliche zum Zeitpunkt der Heimentlassung eine gesparte Summe von ca. 100 DM zur Verfügung haben sollte.[166] Für den Fall, dass der Jugendliche durch vorsätzliches oder fahrlässiges Verhalten Schaden anrichtete oder im Zusammenhang mit einem Strafverfahren Bußgeld zu zahlen hatte, sollten diese Zahlungen aus den Prämien der Minderjährigen beglichen werden. Hierzu bedurfte es der Zustimmung der Heimleiter oder des Landesjugendamtes. Sämtliche Auszahlungen vom Heimkonto des Minderjährigen waren durch diesen auf einem dafür erstellten Kontoblatt zu unterzeichnen.

Die so verabschiedete Prämienordnung wurde von den verschiedenen Einrichtungen ab April 1962 in die Praxis umgesetzt. Rückmeldungen aus den Einrichtungen, die durch das Landesjugendamt angefragt wurden, ergaben, dass weiterhin die Möglichkeit der individuellen Ausgestaltung durch die einzelnen Heime bestand.[167] So wurden in einigen Einrichtungen die Prämiengruppen nochmals unterteilt, Punktesysteme für die Gewährung von Prämien eingeführt oder auch Noten für das Betragen vergeben und anhand dieser die Grund- und die Zusatzprämie gewährt. Auch mussten einige Einrichtungen nochmals dezidiert auf die Nutzung des Eigengeldes der Jugendlichen hingewiesen werden.[168]

165 Ebd., S. 4.

166 Vgl. ebd., S. 5. Zur Verwaltung der Heimkonten sowie der heiminternen Abläufe vgl. ebd., S. 5 ff.

167 Vgl. hierzu ALVR 40957. Dort finden sich Erfahrungsberichte der einzelnen Einrichtungen zu den jeweiligen Prämienordnungen.

168 So z.B. das St. Josephhaus in Düsseldorf, das Zahlungen im Kontext von Entweichungen (z.B. Telefonkosten) dem Heimkonto des jeweiligen Jugendlichen zur Last gelegt hatte. Vgl. Schreiben des LJA an St. Josephhaus (6.9.1962), in: ALVR 40957.

Ein Großteil der Einrichtungen meldete an den Landschaftsverband zurück, dass die Prämiengewährung eine erhebliche finanzielle Mehrbelastung für die Einrichtung darstelle. Grundsätzlich wurde die Einführung einer allgemein gültigen Prämienordnung aber als sinnvoll angesehen. 1965 wurde die Ordnung dann durch eine erneuerte und modifizierte Fassung – gültig ab dem 1.4.1965 – abgelöst. Verändert wurde zunächst die sprachliche Bezeichnung der neuen Fassung, die als Taschengeld- und Prämienordnung betitelt wurde.[169] Hintergrund für den Terminus Taschengeld war, neben dem alltäglichen Sprachgebrauch sowie der Anpassung an die vom Bundessozialhilfegesetz verwendete Terminologie, auch die Tatsache, dass nun auch Kindern ab dem sechsten Lebensjahr geldliche Zuwendungen gewährt wurden. Als Prämien wurden jetzt nur noch Zusatzbeträge an Schulentlassene verstanden, erhielten Schulpflichtige Zuwendungen über den Grundbetrag hinaus, wurden diese als Taschengeld-Zusatzbetrag bezeichnet. Die der Ordnung zugrunde liegende erzieherische Haltung und das entsprechende Leistungsverständnis – »es gehört zur Erziehung eines jungen Menschen, daß er seinem Alter entsprechend zum zweckmäßigen Umgang mit Geld erzogen wird, die Möglichkeit erfährt, durch Leistung auch materiellen Erfolg zu erringen und in die Lage versetzt wird, sich persönliche Wünsche zu erfüllen […]« – unterschieden sich nicht grundlegend von der ersten Prämienordnung.[170] Ergänzt wurde lediglich der Anspruch, dass die Minderjährigen die zusätzlich zu den Grundbeträgen gewährte Zuwendung als gerecht erleben sollten. Auch die Möglichkeiten der Prämienkürzung entsprechend der Ordnung von 1962 sowie die Erstellung heimeigener Grundsätze zur Bemessung der Zahlungen hatten weiter Bestand. Die Höhe der Prämien sowie die Altersgruppen strukturierte die neue Ordnung folgendermaßen:[171]

Gruppe	Taschengeld (monatlich) Normalbetrag in DM	Taschengeldzusatzbetrag bzw. Prämie für Schulentlassene (Höchstbetrag) in DM
6–10 Jahre	2	2
Über 10–14 Jahre	4	4
Über 14–17 Jahre	12	12
Über 17–21 Jahre	16	18

Die grundsätzliche Verwendung der Zuwendungen durch den Jugendlichen und der Spargedanke wurden ebenfalls weiter übernommen. Dezidiert hingewiesen wurde allerdings ergänzend darauf, dass die Gelder der Jugendlichen nicht für Bestandteile des Erziehungsprogramms wie Wanderfahrten oder Ausflüge sowie für die in der üblichen Versorgung vorgesehenen Kosmetikartikel genutzt werden durften. Der verwaltungsgemäße Ablauf – Verbuchung auf Heimkonto, Einrichtung eines Sparkontos usw. – wurde von der neuen

169 Vgl. Taschengeld- und Prämienordnung für die in öffentlicher Erziehung (FEH, FE) befindlichen, im Gebiet des LVR in Erziehungsheimen untergebrachten Minderjährigen vom 23.3.1965, in: ALVR 40950.

170 Ebd.

171 Ebd., Anlage 1.

Ordnung nicht grundlegend verändert. Im August 1967 wurde die Taschengeld- und Prämienordnung noch einmal verändert. Es wurde eine zusätzliche Stufe für schulentlassene Jugendliche eingeführt und kleinere Erhöhungen der Beträge wurden vorgenommen. Ab 1969 wurde dann eine weitere Erhöhung der Taschengelder, mit dem Verweis auf eine generelle Preiserhöhung, diskutiert. Verschiedene Heime und auch die Jugendlichen selber wandten sich mit entsprechenden Schreiben und Unterschriften direkt an das Landesjugendamt.[172] Dieser Diskussion wurde 1970 durch einen Beschluss des Landesjugendwohlfahrtsauschusses über eine Erhöhung der Zuwendungen an die Jugendlichen begegnet.[173] Es wurde zudem die Notwendigkeit gesehen, die bisherigen Regelungen grundlegend zu verändern, wobei hier darauf hingewiesen wurde, dass eine Neuregelung – Idee war die umfassendere Zahlung von Lehrlings- und Arbeitsvergütung mit Belassung von Freibeträgen – einer langwierigen sachlichen und rechtlichen Prüfung bedürfe. So wurden also zum 1.4.1970 zunächst die Zuwendungen erhöht, allerdings mit der Ergänzung, dass »[…] zukünftig das Taschengeld ein fester Betrag und nur die Arbeitsprämie teilweise variabel ist«.[174] Eine Kürzung des allen Jugendlichen zustehenden Taschengeldes war nicht mehr möglich, zudem wurde der Begriff Prämie durch die Bezeichnung Arbeitsprämie ersetzt. Die veränderten Beträge stellten sich wie folgt dar:[175]

Alter	Taschengeld (monatlich)	Arbeitsprämie Grundbetrag (monatlich)	Arbeitsprämien Erhöhungsbetrag (monatlich)
6–9	4	–	–
10–13	8	–	–
14–16	16 (bei Verbleib in weiterführender Schule fester Zuschlag 10 DM)	18	16
17–20	20 (dito)	28	22

Die neu festgelegten Beträge sowie die zu Grunde gelegten Vorstellungen waren mit dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe abgestimmt, wo die gleichen Sätze galten. Ab 1.1.1973 trat dann die bereits 1970 geplante Veränderung in Kraft, die vor allem dadurch

172 Vgl. exemplarisch das Schreiben der Gruppe 4 des RLJH Fichtenhain vom 19.11.1969 an das LJA mit der Bitte um Erhöhung der Prämien, in: ALVR 40957.

173 LJA an die Rhein. Landesjugendheime und Belegheime Betreff: zur Zahlung von Taschengeld und Arbeitsprämie im Rahmen der Öffentlichen Erziehung. Bisherige Regelungen und notwendige Änderungen (23.3.1970), S. 2, in: ALVR 40950. Darin findet sich Abschrift des Beschlusses 5/2 aus der LJWA-Sitzung vom 13.3.1970. Als Gründe für die Erhöhung wurden genannt: »Preisveränderung, Änderung der Anschauung über einen der Jugend gemäßen Lebensstandard, Auflockerung der Heimerziehung durch vermehrten Ausgang und Urlaub mit erhöhtem Geldbedarf.«

174 LJA an die Rhein. Landesjugendheime und Belegheime (23.3.1970), S. 2, in: ALVR 40950.

175 Ebd., S. 4.

gekennzeichnet war, dass die Taschengeldordnung nicht mehr für Jugendliche in Ausbildungs- und Arbeitsverhältnissen innerhalb der Heime Gültigkeit hatte, sondern für alle anderen Jugendlichen innerhalb einer Einrichtung, unabhängig von der Rechtsgrundlage der Unterbringung. Die Ausrichtung der Ordnung veränderte sich hingegen nur unwesentlich. Neben einem Anstieg der Beträge wurde nochmals dezidiert auf die Funktion des Taschengeldes »Erfüllung individueller Wünsche« und die Abgrenzung zu Leistungen, die aus dem Pflegesatz zu zahlen waren – zum Beispiel Freizeitbeschäftigungen, Vereinsmitgliedschaften, Ausflüge, Zeltlager – hingewiesen. Ebenfalls wurde betont, dass das Taschengeld eigenverantwortlich zu nutzen sei, allerdings hatte der Direktor weiterhin die Möglichkeit, das Taschengeld zu sperren, wenn der Minderjährige sich selber oder andere durch Missbrauch des Geldes erheblichen Schaden zufügte.[176]

Zusätzlich zu den monatlich gewährten Prämien bzw. Taschengeldern wurden den Minderjährigen Sonderprämien im Bereich Arbeit und Ausbildung gewährt. Auch diese Formen der Belobigungen veränderten sich über die Jahre. So gab es zunächst eine Sachprämie in Form eines Buches oder Werkzeugs für bestandene Gesellen- und Gehilfenprüfungen, gestaffelt nach erreichter Abschlussnote.[177] Dieses Vorgehen wurde 1954 auf die anerkannten Anlernberufe ausgeweitet, ab 1956 erhielten dann auch Jugendliche, die sich seit zwei oder mehr Jahren in einer Dienststelle befanden, als Anerkennung für gutes Verhalten eine Sachprämie. 1967 wurden die Prämien für den Abschluss von Lehr- und Anlernausbildungen sowie für die langfristige Bewährung in einer Arbeitsstelle dann nochmals angepasst. Es wurde an dieser Stelle, wie in den vorherigen Rundschreiben, darauf hingewiesen, dass es sich um eine freiwillige Zuwendung des Landesjugendamtes handele. Die Gewährung einer Sachprämie wurde weiter favorisiert, eine Barauszahlung war nur für die Verwendung im Kontext einer Bildungsmaßnahme möglich.[178]

3.4 Die Entwicklung der Entlohnung und die Anrechnung auf die Heimkosten

3.4.1 Heimexterne Beschäftigung und die Zahlung von Kostenbeiträgen

Die Jugendlichen, die externen Beschäftigungen nachgingen, erhielten dann normale Lohnzahlungen, wenn es sich um ein reguläres Arbeits- oder Lehrverhältnis handelte. Diese Zahlungen standen ihnen allerdings nicht frei zur Verfügung, sondern wurden von der Heimeinrichtung verwaltet.[179] Die Fürsorgeerziehungsbehörde war dazu befugt,

176 Vgl. Richtlinien des LJA Rheinland gem. § 20 (1) JWG zur Gewährung von Taschengeld an Minderjährige in Heimen und gleichartigen Einrichtungen (gültig ab 1.1.1973), Engel 1977, S. 159.

177 Vgl. Erlass des Sozialministers NRW vom 31.7.1951, in: ALVR 40959.

178 Vgl. hierzu und zur jeweiligen Höhe der unterschiedlichen Prämien Rundschreiben des LJA an die Rhein. Landesjugendheime sowie die Belegheime vom 22.7.1953, 13.10.1954, 5.5.1956 und 31.1.1967, in: ALVR 40959.

179 Die Aufgabe wurde von der FEB an die Heime übertragen.

aber nicht verpflichtet, dieses Einkommen des Jugendlichen zu verwalten und für ihn zu verwenden. Gleichwohl war diese Befugnis nicht die grundsätzliche Zustimmung zur Anrechnung des Lohns auf die Kosten der Heimerziehung. »Wenn § 70 III Satz 2 JWG die Fürsorgeerziehungsbehörde ermächtigt, den Arbeitsverdienst für den Minderjährigen zu verwenden, so bedeutet das, daß sie für den Minderjährigen Anschaffungen vornehmen, nicht jedoch, daß sie generell seinen Lohn zur Bezahlung der Fürsorgeerziehungskosten verwenden darf. Die Erstattung der Fürsorgeerziehungskosten darf vielmehr nur nach § 75 JWG und den landesrechtlichen Ausführungsbestimmungen erfolgen. Dabei ist es durchaus zulässig, wenn der in einem Arbeitsverhältnis stehende Minderjährige in den durch die Lohnpfändungsverordnung gezogenen Grenzen zur Deckung der laufenden Fürsorgeerziehungskosten herangezogen wird.«[180] Die konkrete Klärung der Verwendung des Lohns der Minderjährigen musste also das Ausführungsgesetz bestimmen, entsprechend hieß es dort: »Für die Erstattungsforderungen der Kommunalverbände an die Minderjährigen oder die zu ihrem Unterhalt Verpflichteten sind Tarife zugrunde zu legen, welche von dem Minister für Volkswohlfahrt nach Anhörung der Kommunalverbände festgesetzt werden […]. Für die Fürsorgeerziehung Schulentlassener sollen von diesen und den zum Unterhalt Verpflichteten Kosten nur dann erhoben werden, wenn sie in Anstalten untergebracht oder durch Krankheit arbeitsunfähig sind.«[181] Änderungen kamen dann mit dem »Ersten Gesetz zur Neuordnung und Vereinfachung der Verwaltung«, das ab 1.1.1958 in Kraft trat. Hierzu hieß es im Runderlass des Arbeits- und Sozialministers des Landes NRW vom 8.11.1957: »Die Erstattungsforderungen der Landschaftsverbände sind nach § 75 RJWG in Verbindung mit § 1 des am 1. Januar 1958 in Kraft tretenden Verwaltungsvollstreckungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen […] im Verwaltungsverfahren beizutreiben, da es sich bei den Erstattungsforderungen um öffentlich-rechtliche Forderungen handelt. […] Die Landschaftsverbände setzen die Höhe der beizutreibenden Kosten fest. Hierbei werden sie die sozialen und erzieherischen Gesichtspunkte zu berücksichtigen und Härten zu vermeiden haben […].«[182] Im Jugendwohlfahrtsgesetz regelten dann entsprechend § 85 sowie die §§ 47, 48 des AGJWG die Heranziehung der Minderjährigen sowie der Unterhaltspflichtigen zu den Kosten der Heimerziehung.[183]

Die gesetzliche Grundlage fand im Bereich des Provinzialverbandes und später des Landesjugendamtes Berücksichtigung durch entsprechende Anordnungen. So hieß es in der Bestimmung über die Verwendung und verwaltungstechnische Behandlung von 1952: »Die Jugendlichen haben am Lohnzahltage ihren gesamten Arbeitsverdienst mit der Lohnbescheinigung dem Abteilungserzieher abzugeben, der […] das Geld nach Abzug

180 Claussen 1954, S. 31. § 75 RJWG legte fest, wer für die Fürsorgeerziehungskosten aufkommen könnte – der Minderjährige oder der zum Unterhalt Verpflichtete – und begrenzte die möglicherweise zu zahlende Summe durch die Lohnpfändungsgrenze. Vgl. hierzu Potrykus 1953, S. 353 f.

181 § 23 des Preußischen Ausführungsgesetzes zum RJWG vom 29.3.1924 in: Potrykus 1953, S. 404.

182 Runderlass des Arbeits- und Sozialministers vom 8.11.1957 IV B/2–1234.1–6272.1, in: Jugendwohlfahrtsrecht 1958, S. 128 f.

183 Vgl. Potrykus 1953, S. 521 ff. und S. 758 sowie Richtlinien des LVR für die Beiträge zu den Kosten der öffentlichen Erziehung gemäß § 85 JWG (gültig ab 1.1.1968), in: ALVR 40589.

des dem Jugendlichen bis zum nächsten Lohnzahltag zustehenden Taschengeldes sowie eines Betrages von monatlich DM 10 je Jugendlichen, an die Heimkasse abliefert. […] Der […] Betrag von DM 10 je Jugendlicher und Monat ist im Interesse der Entlastung der Heimkasse für kleinere Auslagen zu verwenden. Ein eventuell nach Ablauf des Monats verbleibender Restbetrag ist dem Heimkonto des Jugendlichen zuzuführen.«[184] Von dem so einbehaltenen Geld des Minderjährigen wurde bis zu einer Höhe von 60 DM auf eine Heranziehung für Kost und Wohnung verzichtet. Eine Summe höher als 60 DM wurde zu zwei Dritteln auf die Heimkosten angerechnet, die Höchstgrenze der zu vereinnahmenden Summe lag bei 114 DM. Verwendet werden sollte das restliche, auf dem Heimkonto des Jugendlichen verbleibende – bzw. ab einer gewissen Höhe zinsbar auf einem Sparkonto angelegte – Geld für Fahrtkosten zur Berufsschule und Arbeit sowie Schulmaterial. Das dem Jugendlichen zu gewährende Taschengeld war durch die Einrichtungsleitung zu bestimmen, eine entsprechende Taschengeld- oder Prämienordnung existierte zu dieser Zeit noch nicht. Die Einrichtungsleitung wurde aber darauf hingewiesen, dass bei der Festsetzung des Taschengeldes »[…] darauf zu achten sei, daß bei den in den eigenen Betrieben des Heimes beschäftigten Jugendlichen kein berechtigter Anlass zur Unzufriedenheit aufkommt«.[185]

Zugriff auf seine Ersparnisse hatte der Minderjährige nur mit Zustimmung des Direktors oder eines entsprechend beauftragten Erziehers, nach der Entlassung aus der Einrichtung sollte dem Jugendlichen das Geld ausgezahlt werden. Dies allerdings nur, wenn keine »pädagogischen Belange« gefährdet wurden – bestanden hier Zweifel, war über den Umgang mit den Ersparnissen mit der Fürsorgeerziehungsbehörde Rücksprache zu halten. Eine Auszahlung in Form von Bekleidung oder Bedarfsartikeln war ebenfalls möglich.[186] Die Praxis der Heranziehung der Jugendlichen zu den Heimkosten wurde auch nach Gründung des Landschaftsverbandes 1953 beibehalten. Es wurde allerdings die Notwendigkeit gesehen, dies in veränderter und vereinheitlichter Form zu tun.[187] So wurde etwa der Bedarf gesehen, die Jugendlichen zu höheren Leistungen heranzuziehen und sie mit Jugendlichen in privaten Jugendwohnheimen gleichzustellen, die für ihren Unterhalt weitgehend selbst aufkommen müssten.[188]

Gleichzeitig mit der Außenarbeitsordnung sowie der ersten umfassend gültigen Prämienordnung wurde dann zum 1.4.1962 eine einheitliche »Verwendung und Verrechnung des Arbeitsverdienstes und [der] Erziehungsbeihilfe (Lehrlingsvergütung) der Minderjährigen der öffentlichen Erziehung, die in Heimen oder Fremdfamilien untergebracht sind«, in

184 Abteilungsverfügung des Sozialministeriums vom 21.3.1952, in: ALVR 40589.
185 Ebd.
186 Ebd.
187 Aus dem Rundschreiben zu Verwendung und Verrechnung des Arbeitsverdienstes vom 20.2.1962 ergibt sich, dass bis zu diesem Zeitpunkt mit einzelnen Heimen Einzelregelungen bestanden hatten, in: ALVR 39384.
188 Vgl. Niederschrift über die Direktorenkonferenz vom 26.11.1958, in: ALVR 38670.

Kraft gesetzt.[189] Hierdurch wurde eine Berechnungsgrundlage für die den Jugendlichen zustehenden Freibeträge sowie die auf Unterbringungskosten anzurechnende Summe geschaffen. Als Freibetrag wurde den Jugendlichen neben einem Taschengeld – in der Höhe des maximalen Taschengelds der gleichaltrigen im Heim beschäftigten Jugendlichen – ein Betrag zur Instandhaltung der Bekleidung (15–25 DM), Fahrgeld sowie eine Lernmittelpauschale (5 DM) gewährt. Jungen Müttern wurde ein zusätzlicher Sonderbetrag (20 DM) belassen. Verdiente der Jugendliche weniger als die Summe, die sich aus dem Freibetrag ergab, musste die Differenz durch das Landesjugendamt bestritten werden. Bei Jugendlichen mit einem Einkommen bis 140 DM wurde die Differenz zwischen Freibetrag und Einkommen auf die Unterbringungskosten angerechnet. Höhere Verdienste des Jugendlichen wurden bis zu der Grenze von 140 DM analog berechnet, eine darüber hinaus gehende Summe wurde bis zur Grenze von 200 DM hälftig auf die Unterbringungskosten angerechnet. Verdienste über diese Grenze hinaus wurden zu zwei Dritteln – bis zur Deckung der vollen Unterbringungskosten – angerechnet.[190] Die so vereinnahmten Beträge wurden bei der Heranziehung von Unterhaltspflichtigen zu den Kosten der Heimerziehung entsprechend berücksichtigt. Für Jugendliche in Jugendwohn- oder Lehrlingsheimen fand das Rundschreiben entsprechend Anwendung.[191]

An die Anrechnung seines Lohns und die Gewährung eines »Taschengeldes« erinnert sich der Zeitzeuge Alfred Hoffmann, der ab 1961 im Erlenhof war und als Stadtarbeiter beschäftigt war: »Die Bezahlung ging dann an den Erlenhof noch […]. Da wurde en Teil angespart, ne […]. Ja, da wurde en Taschengeld von, äh, 15 Euro [DM?] pro Woche wurde mir […]. Da hab' ich dann meine Geschäfte mit gemacht. Ich hab' in, in Eu … in Euskirchen dann dafür Zigaretten gekauft, ich war Nichtraucher und hab' die Zigaretten dann wieder vermaggelt an alle anderen Zöglinge, die mir dann, meinetwegen en, en, Schmuckstück verkauft habe oder irgendwas, ne, oder teurer bezahlt haben, da hab' ich son bisschen Geschäfte, also en bisschen gemaggelt hab' ich immer schon.«[192] Auch Gustav Berger, der vom Erlenhof aus seine Bäckerlehre außerhalb beendete, erinnert sich an die Anrechnung seines Lohns und die anteilige Auszahlung: »Ich bin der Meinung, aber ganz schwach irgendwo, ganz weit hinten, meine ich, dass ich dreißig D-Mark im Monat bekommen hätte. So und mit diesen dreißig Mark musst ich irgendwo den Monat über aushalten, ja. Da wurde sich, also samstags mittags wurde sich dann mit dem Erzieher hingesetzt, der … mit allen. Dann wurde dann vor Ort abgeregelt, was man denn an Taschengeld für die kommende Woche bekommt und das belief sich immer so auf drei Mark.« I.: »Können Sie

189 Vgl. entsprechendes Rundschreiben vom 20.2.1962, in: ALVR 39384. Mit Jugendlichen in Fremdfamilien waren solche gemeint, die gegen Pflegegeld in einer Fremdfamilie untergebracht waren und von dort eine Lehr- oder Arbeitsstelle aufsuchten.

190 Zu den genauen Summen vgl. ebd. Anlagen S. 1 f., sowie entsprechende Rechenbeispiele im Schreiben des LJA an die Rhein. Landesjugendheime und Belegheime (9.5.1962), in: ALVR 39384.

191 Zur Klärung der genauen Zuständigkeitsabläufe in diesem Kontext vgl. Schreiben des LJA an die Jugendämter im Bereich des LVR sowie die vom LJA belegten Jugendwohn- und Lehrlingsheime sowie die Belegheime der öffentlichen Erziehung (27.7.1962), in: ALVR 39384.

192 Interview Alfred Hoffmann (25.1.2010), S. 11 f., in: ALVR 49426.

sich erinnern, dass von Ihrem Lehrgeld … dass es auch ein Sparbuch für Sie gab, dass das Heim … also das Geld für Sie angespart wurde, was Ihnen am Ende des Heimaufenthaltes gegeben wurde?« G.B.: »Kann ich mich nicht entsinnen. Wenn es das gegeben hätte, hätte ich das gerne, das Sparbuch.«[193] [Fehler in der Quelle oder Abschreibfehler?]

Mit Wirkung vom 1.10.1967 wurden die Bestimmungen über die Verwendung und Verwaltung des Arbeitsverdienstes bzw. der Erziehungsbeihilfen modifiziert.[194] Ziel der Regelung war es, »[…] die Minderjährigen daran zu gewöhnen, später für sich selbst sorgen zu müssen, indem sie sich bei eigenen Einnahmen an den Kosten für den Lebensunterhalt aus eigenen Mitteln beteiligen«.[195] Das grundsätzliche Vorgehen – Gewährung eines Freibetrags und anteilige Anrechnung auf die Unterbringungskosten – wurde weiter aufrechterhalten, es erfolgte allerdings eine Erhöhung der einzelnen Beträge und somit des Freibetrags. Die Staffelung der Anrechnung hingegen wurde abgeschafft. Mit der neuen Regelung wurden von der Differenz zwischen Freibetrag und Verdienst 30 Prozent dem Jugendlichen belassen, 70 Prozent auf die Kosten der Erziehungsmaßnahme angerechnet.[196] Die Regelung wies darauf hin, dass die über den Freibetrag hinausgehende Summe, ähnlich wie bei den Prämien beschrieben, für den Minderjährigen zu verwalten und einem Sparkonto zuzuführen sei. Weiterhin wurde ein Höchstheranziehungssatz festgelegt, der die Summe von 10 DM täglich nicht überschreiten durfte. Im Kontext der Änderungen bei Prämien und Taschengeld wurden zum 1.5.1970 Teilsummen der Freibeträge erhöht, um für die Minderjährigen mit eigenen Einkünften zu gewährleisten, dass sie »[…] wenigstens über die gleichen Beträge verfügen können, die den Minderjährigen im Heim […] ausgezahlt werden«.[197] Es zeigte sich hier auch eine Entwicklung hin zu einer Lockerung im Umgang des Jugendlichen mit seinen eigenen Einkünften. So wurde in der Neuregelung von 1970 formuliert: »Es ist anzustreben, daß die Minderjährigen ihr Arbeitseinkommen bzw. ihre Lehrlingsvergütung nach Abzug des Kostenbeitrages so bald wie möglich eigenverantwortlich verwalten und für sich verwenden.«[198]

193 Interview Gustav Berger (7.10.2009), S. 17 f., in: ALVR 49421.

194 Vgl. Rundschrieben des LJA an die Rhein. Landesjugendheime und Belegheime (21.8.1967), in: ALVR 40589.

195 Vgl. ebd., S. 1.

196 In der Literatur finden sich Hinweise auf ein Anrechnungsverhältnis von 40 Prozent zu 60 Prozent. Vgl. Sauerborn 1965.

197 Rundschreiben des LVR an die im Bereich des LVR belegten Erziehungsheime sowie Jugendämter, Landesjugendämter, überörtlichen Erziehungsbehörden und Spitzenverbände (12.5.1970), in: ALVR 40589.

198 Ebd., S. 2.

3.4.2 Arbeitsvergütung für im Heim beschäftigte Jugendliche

Wie in den Ausführungen zur Organisation der Arbeitserziehung sowie der Gewährung von Taschengeld und Prämien bereits dargestellt, erhielten die Jugendlichen, die innerhalb der Heimeinrichtungen arbeiteten, sei es in Berufsvorbereitung, in Hilfsarbeit oder einer regulären Lehrstelle, keinen direkten Arbeitslohn, sondern ebenfalls die zuvor dargestellten Prämien. Waren Jugendliche außerhalb des Heimes beschäftigt, galt für sie das Gleiche, außer sie waren in einem regulären Arbeits- oder Lehrverhältnis tätig.[199] Eine Veränderung dieser Situation wurde bereits ab Beginn der 1970er Jahre diskutiert und eine »Neuregelung der Zahlungsart – möglichst weitgehende Lehrlings- bzw. Arbeitsvergütung bei Belassung von Freibeträgen statt Zahlungen von Taschengeld und Prämie […]« angestrebt.[200] Tatsächliche Änderungen stellten sich dann mit den im April 1972 erlassenen »Richtlinien für die Ausbildung und Beschäftigung Jugendlicher in Heimen und die Gewährung von Ausbildungs- und Arbeitsvergütungen« ein. Basis für diese Richtlinien bildete das Berufsbildungsgesetz (BBiG) vom 14.8.1969. In den Erläuterungen zu den Richtlinien hieß es: »Das Berufsbildungsgesetz ist nach übereinstimmender Auffassung des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung, des AFET-Ausschusses ›Arbeitserziehung und Berufsbildung‹ und der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter auch auf die Ausbildung in Heimen anzuwenden. Die Richtlinien stellen sicher, daß im Bereich des Landesjugendamtes Rheinland alle Jugendlichen, die im Heim beschäftigt sind, gleich behandelt werden. Sie beruhen im wesentlichen auf den Grundsätzen, die in der Empfehlung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter […] enthalten sind.«[201]

Die Jugendlichen, die innerhalb des Heimes arbeiteten, wurden anhand des Gesetzes in vier Gruppen unterteilt. In Ausbildung befanden sich: Jugendliche in Ausbildung zu einem anerkannten Beruf (gem. §§ 3–5 BBiG); in Berufsausbildung als körperlich, seelisch oder geistig Behinderte (gem. § 48 BBiG)[202] sowie in einem anderen Ausbildungsverhältnis (§ 19 BBiG), was den Bereich der Berufsfindungs- und Ausbildungslehrgänge im Heim umfasste. Hinzu kamen die Jugendlichen, die einer regelmäßigen Arbeit in einem Betrieb nachgingen und bei denen der Fokus nicht auf berufliche Erprobung, sondern auf produktive Arbeitsleistung gelegt war. Allen diesen Jugendlichen wurde nach den neuen Richtlinien Vergütung für ihre Arbeit gezahlt. Die drei Gruppen, die unter dem Begriff »Ausbildung« gefasst wurden, erhielten Vergütungen, die nach den Richtsätzen der jeweils zuständigen Handwerks- oder Industrie- und Handelskammer bemessen wurden. Auch die Vergütung der Jugendlichen, die einer Arbeit nachgingen, orientierte sich an der Aus-

199 Vgl. zur Abgrenzung auch die Außenarbeitsordnung vom 20.2.1962 in Abschnitt 3.2.4.

200 Schreiben des LJA an die Rhein. Landesjugendheime und Belegheime zur Zahlung (23.3.1970), S. 2, in: ALVR 40950.

201 Richtlinien für die Ausbildung und Beschäftigung Jugendlicher in Heimen und die Gewährung von Ausbildungs- und Arbeitsvergütungen vom 25.1.1972, Erläuterungen S. 1, in: ALVR 41903.

202 Der Behinderungsbegriff des BBiG deckte sich nicht mit dem des damals gültigen BSHG, sondern umfasste eine nicht kurzfristig heilbare Behinderung, die ein Abweichen vom regulären Ausbildungsrahmenplan sowie besondere erzieherische Hilfen nötig machte. Es oblag dem Heim, dies zu prüfen. Vgl. ebd., Erläuterungen zu den Richtlinien, S. 5.

bildungsvergütung plus einem Zuschlag von 100 DM monatlich. Die genaue Höhe wurde vom Heim festgesetzt. Die Jugendlichen hatten von ihrem Einkommen einen Kostenbeitrag für die Unterbringung zu zahlen. Dies erfolgte analog der Regelung für die Jugendlichen, die extern beschäftigt waren. Seitens der Direktoren der Landesjugendheime wurde die Neuregelung positiv bewertet. Kritik kam aus den Reihen der Außenfürsorger: »Die Teilnehmer wiesen übereinstimmend auf die nicht mehr zu übersehende Problematik hin, die durch die Neuregelung der Ausbildungs- und Arbeitsvergütung aufgeworfen ist. Der Lehrling im Heim hat mehr Geld und mehr Freizeit als der Lehrling in der Außenfürsorge […]. Die Vergünstigungen für Jugendliche im Heim verfestigen die Ghettosituation der Heime.«[203]

3.4.3 Zusammenfassung

Betrachtet man den Themenbereich Prämien und Entlohnung, so muss man dies für die verschiedenen Beschäftigungsarten getrennt tun. Für die Jugendlichen, die innerhalb eines Heimes beschäftigt waren, sei es in Lehre oder als Hilfsarbeiter, bestand für einen Großteil des Untersuchungszeitraums keine Verbindung zwischen Arbeit und Entlohnung. Zentrales Argument war, dass es sich bei der Arbeit um eine erzieherische Maßnahme handele und nicht um ein reguläres Arbeitsverhältnis. Die Jugendlichen erhielten ihre Prämien also losgelöst von der beruflichen Beschäftigung. Obwohl es Ziel der Prämien sein sollte, »den erzieherischen Zweck des Taschengeldes […] mit dem Prinzip, die Minderjährigen erfahren zu lassen, daß Leistung auch materiellen Erfolg bringt«, zu verbinden, wurde dies nicht erreicht.[204] Denn der Jugendliche erfuhr ja gerade keine Verbindung zwischen dem, was er an Arbeit leistete, und dem, was er an Geld bekam. Diese Diskrepanz macht das Empfinden von »ausgenutzt werden« nachvollziehbar, vor allem, wenn in der Arbeit tatsächlich produziert wurde, wie etwa in der Kooperation mit externen Firmen oder innerhalb eines Wirtschaftsbetriebs wie Metzgerei und Bäckerei. Veränderungen brachten auch hier das Berufsbildungsgesetz und mit ihm die Richtlinien vom 25.2.1972, die beide für eine weitere Anerkennung der Arbeit im Heim sorgten. Die Jugendlichen, die außerhalb des Heimes in Lehre oder Anstellung beschäftigt waren, erhielten zumindest einen regulären Lohn, auch wenn dieser anteilig auf die Heimkosten angerechnet wurde. Dieses Vorgehen ist allerdings auch heute noch üblich (etwa in der stationären Hilfe gem. § 67 SGB XII).

203 Ergebnisprotokoll des 1. Arbeitsgesprächs des LJA mit AußenfürsorgerInnen am 26.1.1973, in: ALVR 41890.

204 Prämienordnung vom 20.2.1962, S. 2, in: ALVR 40956.

3.5 Sozialversicherung und Heimerziehung[205]

Die Verknüpfung der Arbeit und Beschäftigung der schulentlassenen Minderjährigen mit dem Gesamtkonzept der Heimerziehung und die Betonung des erzieherischen Effektes der Arbeit waren viele Jahre Begründung dafür, dass den Jugendlichen – mit der zuvor dargestellten Ausnahme – keine Arbeitsvergütung gewährt wurde und somit auch keine Sozialversicherungsbeiträge geleistet wurden. Die Diskussion um die Sozialversicherungspflicht der schulentlassenen Minderjährigen wurde als Fachdebatte über einen langen Zeitraum in der Fachliteratur, aber auch in den unterschiedlichen Gremien geführt.[206] Bereits in der zweiten Sitzung der Bundesarbeitsgemeinschaft der nordwestdeutschen Landesjugendämter und Fürsorgeerziehungsbehörden – Vorläufer der späteren Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter (BAGLJÄ) – im Juli 1955 wurde das Thema diskutiert und eine Einigung darüber erzielt, dass »[…] Versicherungsschutz aus Sozialversicherung nur entstehen kann, wenn außerhalb der Heimerziehung ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis für den Minderjährigen besteht […]«.[207] In der Debatte wurde zu einer Rundfrage des AFET zum selben Thema Stellung genommen und folgende Position bezogen: Eine Übernahme der Mindestbeträge zur Aufrechterhaltung der Anwartschaft durch die Fürsorgeerziehungsbehörde wurde abgelehnt. Die Idee einer Gesetzesänderung dahingehend, dass die im Erziehungsheim verbrachten Zeiten als Ersatzzeit angerechnet werden kann, wurde bejaht.[208] Die Ablehnung der Sozialversicherungspflicht der Minderjährigen, die innerhalb der Heime beschäftigt waren, wurde durch verschiedene, aber in den meisten Debatten wiederkehrende Argumente begründet. Zentrale Begründung war häufig die Betonung der Integration der beruflichen Bildung in die Gesamtheit der erzieherischen Maßnahmen der Fürsorgeerziehung bzw. Freiwilligen Erziehungshilfe: »[…] bei Minderjährigen, die um ihrer Erziehungsbedürftigkeit willen in einem Heim mit heimeigenen Arbeits- und Ausbildungsbetrieben untergebracht werden müssen, [ist] der Arbeits- und Ausbildungsauftrag eingebettet […] in das umfassende Erziehungsverhältnis, das die Behebung der Gefährdung oder Schädigung zum Ziele hat.«[209]

Die Arbeit wurde an dieser Stelle ausschließlich pädagogisch beurteilt und mit dem Erziehungsauftrag nach § 1 JWG – jedes Kind habe ein Recht auf Erziehung zur gesellschaftlichen Tüchtigkeit – begründet. Weitere Argumentationen orientierten sich eher

205 Der Beitrag stellt den Umgang mit dem Gesamtthema Sozialversicherung über den Untersuchungszeitraum dar und setzt sich mit der damaligen fachpolitischen und pädagogischen Debatte auseinander. Eine juristische und versicherungsrechtliche Aufarbeitung kann und will dieser Beitrag nicht leisten. Hier sei verwiesen auf den Zwischenbericht des »Runden Tisches« und die dort angeregte juristische Aufarbeitung des Themas (vgl. Zwischenbericht, bes. S. 42 f.).

206 Vgl. hierzu exemplarisch Zeitschriften wie Sozialpädagogik, Zentralblatt für Jugendrecht und Jugendwohlfahrt, Nachrichtendienst des Deutschen Vereins oder die Mitgliederrundbriefe des AFET.

207 Niederschrift über die 2 Arbeitstagung der nordwestdeutschen Landesjugendämter und FEB am 1. und 2.7.1955, in: ALVR 38913.

208 Vgl. ebd.

209 Deutsch 1959, S. 166. Deutsch war Landesrat des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen.

an der versicherungsrechtlichen Komponente. So wurde herangezogen, dass es für die Gewährung der Sozialversicherung eines freien Arbeiters bedürfe, und die Gewährung von Leistungen mit dem Hinweis auf die »Unfreiheit« des Minderjährigen abgelehnt.[210] Da der Beschäftigung der Jugendlichen der Entgeltcharakter fehle, der für die Gewährung einer Sozialversicherung notwendig sei, und die Beschäftigung nicht auf einem schriftlichen Arbeitsvertrag beruhe, bestehe keine Sozialversicherungspflicht.[211] Die finanzielle Mehrbelastung, die den Fürsorgeerziehungsbehörden und Landesjugendämtern durch die Sozialversicherung der Minderjährigen entstanden wäre, war sicherlich ein entscheidendes Argument, auch wenn dieses in der Fachdebatte nicht offen ins Feld geführt wurde.[212] Gegenläufige Sichtweisen innerhalb der Fachdebatte kritisierten die Überbetonung des pädagogischen Effekts der Arbeit und setzten dem entgegen, dass die Erziehung nicht der alleinige Zweck der Beschäftigung der Minderjährigen sei, sondern es auch um die Erlernung eines Berufes bzw. um berufliche Qualifikationen gehe. »Die Beschäftigung der Jugendlichen ist ein Teil der Erziehung. Damit ist aber nicht zugleich gesagt, daß die Erziehung auch der Hauptzweck der arbeitsmäßigen Beschäftigung sei. Es ist zwischen dem Zweck der Unterbringung und der Arbeit streng zu unterscheiden.«[213] Zudem wurde argumentiert, dass auch jedes sonstige Lehrverhältnis eines jungen Menschen erzieherische Komponenten habe, dies dort die Sozialversicherung aber keinesfalls ausschließe.[214] Auch der fehlende Entgeltcharakter der Beschäftigung im Heim wurde in Frage gestellt, da die Prämien durchaus mit den Leistungen der Jugendlichen innerhalb ihrer Arbeit in Verbindung gesetzt werden konnten. Ein Entgelt müsse nicht nach Tarif gezahlt werden, um zur Versicherungspflicht zu führen. Nicht zuletzt wurde auch die Notwendigkeit der Gleichstellung der Jugendlichen innerhalb und außerhalb der Einrichtungen betont. »Es ist nämlich nicht einzusehen, weshalb die Minderjährigen, die in der Anstalt selbst beschäftigt werden, in Bezug auf die Sozialversicherungspflicht anders behandelt werden sollen als die außerhalb der Anstalt beschäftigten Fürsorgezöglinge. Dies gilt umso mehr, als die tatsächlich verrichtete Arbeit bei beiden Beschäftigungsmöglichkeiten häufig keinerlei Unterschiede aufweist und auch der Arbeitseinsatz innerhalb oder außerhalb der Anstalt manchmal von Zufälligkeiten abhängt.«[215]

Die Fachdebatte wurde umfassend und langfristig geführt – so war das Thema der Sozialversicherung etwa innerhalb der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter und Fürsorgeerziehungsbehörden regelmäßiger Tagesordnungspunkt –, und trotz verschiedener Bewertung der gängigen Argumente setzte sich die ablehnende Position gegenüber der

210 Vgl. Weber 1956.
211 Vgl. Schulz 1956.
212 Vgl. Niederschrift über die 2. Arbeitstagung der nordwestdeutschen Landesjugendämter und FEB am 1. und 2.7.1955, in: ALVR 38913. Dort wurde vereinbart, die Idee des AFET, vorgebracht im Rahmen einer Rundfrage vom 21.5.1955, zur Übernahme der Mindestbeträge zur Aufrechterhaltung der Anwartschaft durch die FEB abzulehnen. Vgl. auch Potrykus 1958, S. 226.
213 Teitge 1958, S. 68.
214 Vgl. Bless 1962.
215 Ebd., S. 46.

Sozialversicherungspflicht doch als zentrale Haltung bis Anfang der 1960er Jahre durch.[216] Innerhalb des Landesjugendamtes Rheinland wurde ebenfalls als entscheidender Punkt der Argumentation die Einbettung der Tätigkeit des Jugendlichen in den übergeordneten Auftrag des Heimes gesehen. So heißt es in einem Schreiben von Landesrat Jans an den Arbeits- und Sozialminister des Landes NRW: »Bei Heimen der öffentlichen Ersatzerziehung, die gefährdete oder geschädigte Minderjährige aufnehmen und nach der Eigenart der Jugendlichen Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten bereitstellen müssen, ist diese arbeitsmäßige Ertüchtigung und berufliche Ausbildung nur Teil eines umfassenden Erziehungsverhältnisses. Die Rechtsbeziehungen zwischen dem Heimträger und dem Minderjährigen werden bestimmt durch dieses Gesamtverhältnis.«[217]

Aufgrund dieser Einbettung der Arbeit in das erzieherische Gesamtkonzept wurden sowohl Ausbildungs- und Arbeitseinsätze innerhalb des Heimes als auch Arbeitseinsätze außerhalb des Heimes unter Anleitung eines Erziehers als nicht frei übernommene Tätigkeiten verstanden, die aus diesem Grund als versicherungsfrei bewertet wurden.[218] Ergänzt wurde dieses Argument durch die Sichtweise, dass aufgrund des fehlenden Arbeitsvertrages – der auf der Basis eines Austausches von Leistung und Lohn geschlossen werde – zwischen Erziehungsheim und Minderjährigem auch kein Lohnanspruch bestehe. Auch bei einer Lehrausbildung innerhalb des Heimes bestehe dieser Anspruch nicht, da kein regulärer Lehrvertrag abgeschlossen werde. Vielmehr werde der Lehrling lediglich der Handwerksrolle angezeigt, was zu einer Anerkennung der Lehrtätigkeit führe, aber keinen Vertrag begründe. Dieses Verfahren orientierte sich am Umgang von Handwerksmeistern mit der Beschäftigung ihrer Söhne. »Aber selbst wenn ein Lehrvertrag in allgemeiner Form abgeschlossen wird, ist er innerhalb der öffentlichen Erziehung doch gekennzeichnet dadurch, daß die Ausbildung im Vollzug der umfassenden Erziehungsaufgabe erfolgt.«[219] Auch im Fall des Lutz J. wurde ähnlich argumentiert. Der Vater des Jungen, der im Erlenhof eine Lehre absolviert hatte, schrieb am 21.10.1962 per Einschreiben an das Landesjugendamt: »Mein oben genannter Sohn befand sich im Jungenheim Erlenhof Euskirchen in Berufsausbildung, er hatte einen Lehrvertrag. Infolge dieses Lehrvertrags musste der Landschaftsverband für Lutz Sozialbeiträge zahlen, es wurde aber nicht gemacht. Diese drei Jahre werden ihm aber später fehlen bei Berechnung der Rente. […] Ich beantrage, daß der Landschaftsverband die Sozialbeiträge nachentrichte, oder erklärt, daß sie die fehlenden drei Jahre, beim späteren Rentenberechnung zu übernehmen.« [Zitat prüfen, der letzte Satz scheint verstümmelt.] Im Antwortschreiben heißt es dazu: »Zu ihren Schreiben […] teile ich mit, daß ihr Sohn während seiner Heimzeit keiner versicherungspflichtigen Tätigkeit nachgegangen ist. Ein sozialversicherungspflichtiges Lehrverhältnis ist nicht

216 Vgl. Urteil des Bundessozialgerichts, Besprechung 1963.
217 Jans an Arbeits- und Sozialminister NRW (11.5.1959), in: ALVR 41903.
218 Vgl. Niederschrift über Besprechung zur Sozialversicherungspflicht von Jugendlichen im RLJH Fichtenhain am 17.2.1961, in: ALVR 38616.
219 Referat Beurmann für die BAGLJÄ am 12. und 13.10.1961, S. 16, in: ALVR 38616.

begründet worden, da Ihr Sohn wegen erhöhter Erziehungsbedürftigkeit im Heim (Heimschlosserei) lernen musste.«[220]

3.5.1 Die Versicherungspflicht nach dem Urteil des Bundessozialgerichts 1963

Diese Sichtweise musste grundlegend überdacht werden, als das Bundessozialgericht in Kassel am 30.1.1963 entschied, »daß Lehrlinge, die zum Zweck der Berufsausbildung in Heimen eine Lehre aufnehmen, sozialversicherungspflichtig sind«[221] und somit Lehrlinge und anerkannte Anlernlinge innerhalb der Heimeinrichtungen mit den Jugendlichen, die außerhalb einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgingen, gleichsetzte. Die Umsetzung des BSG-Urteils vom 30.1.1963 gestaltete sich insgesamt schwierig und hatte eine Reihe versicherungsrechtlicher sowie verwaltungstechnischer Fragen zur Folge.[222] »Das Urteil des Bundessozialgerichts vom 30.1.1963 hat eine Fülle von rechtlichen und organisatorischen Fragen bei der Durchführung der Sozialversicherungspflicht für Lehrlinge in Heimen der öffentlichen Erziehung aufgeworfen.«[223] Debattiert wurden diese Fragen und die Umsetzung des Urteils zunächst in Gremien wie der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter und Fürsorgeerziehungsbehörden. Hier hatte der LVR in dieser Zeit die Federführung inne und übernahm in dieser Funktion auch die Verhandlungen mit den zentralen Stellen der Versicherungsträger und Krankenkassen.[224] Basis für diese Verhandlungen, in denen es zunächst um die Klärung der Frage der Nachversicherung der Minderjährigen ging, waren Empfehlungen des Sozialversicherungsausschusses des Allgemeinen Fürsorge-Erziehungs-Tages. Zentrale Idee war hierbei

220 Vgl. Schriftwechsel in: ALVR 15885. Der Vater klagte dann noch gegen das LJA, wurde aber letztlich über das Urteil des Bundessozialgerichts und die Möglichkeit der Nachversicherung informiert, vgl. den folgenden Abschnitt 3.5.1. Die Klage zog er dann zurück.

221 LJA an die Mitglieder der BAGLJÄ (20.2.1963), in: ALVR 38616. Zum genauen Inhalt des Urteils: 1. Werden Jugendliche in staatlich anerkannten Lehrwerkstätten eines caritativen Erziehungsheims auf Grund von »Anstaltslehrverträgen«, die von der Handwerkskammer genehmigt sind und zur Eintragung der Lehrlinge in die Lehrlingsrolle geführt haben, nach Art der Lehrlingsausbildung in gewerblichen Betrieben mit dem Ziel der Ablegung der Gesellenprüfung ausgebildet, so sind diese Jugendlichen »Lehrlinge« i.S. des RVO § 165 a Nr. 2. Die Versicherungspflicht solcher Lehrverhältnisse wird nicht dadurch ausgeschlossen, dass das Erziehungsheim in erster Linie die Erziehung der Jugendlichen anstrebt und dieses Ziel auch bei der Berufsausbildung in seinen Lehrwerkstätten verfolgt. Auch die Lehrverhältnisse der durch vormundschaftsgerichtlichen Beschluss der Fürsorgeerziehung überwiesenen Jugendlichen (RJWG § 63), die in das Erziehungsheim aufgenommen sind, beruhen auf freien Verträgen und begründen daher Versicherungspflicht. Vgl. Bundessozialgericht.

222 Da es sich hier nicht um eine juristische und versicherungsrechtliche Abhandlung handelt, wird auf eine dezidierte Darstellung verzichtet und werden nur die für das Thema der schulentlassenen Jugendlichen relevanten Details der Debatte dargestellt. Zur Debatte vgl. z.B. ALVR 52274 sowie ALVR 38616.

223 LVR als federführende Stelle der BAGLJÄ an den Bundesverband der AOK als federführende Stelle der Sozialversicherungsträger (28.10.1963), in: ALVR 38616.

224 Vgl. hierzu Protokoll der 13. Arbeitstagung der BAGLJÄ vom 20. bis 22.5.1963, in: ALVR 38914, sowie Schreiben Jans an die Mitglieder der BAGLJÄ (20.9.1963), in: ALVR 38616.

die Nutzung unterschiedlicher Stichtage für die rückwirkende Versicherung. Als Stichtag für die Krankenversicherung sollte der 1.2.1963, ein Tag nach dem Urteilsspruch, gewählt werden, um so einen enormen Verwaltungsmehraufwand für die Heimträger, aber auch die Krankenkassen zu vermeiden. In der Frage der Rentenversicherung sollte der Betrag rückwirkend entrichtet werden. »Ein Verzicht auf eine rückwirkende Entrichtung der Beiträge im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen würde in diesem Falle zu Lasten des versicherungspflichtigen Jugendlichen gehen.«[225] Dieses aufgeteilte Vorgehen wurde jedoch seitens der Versicherungsträger abgelehnt.

Innerhalb des Landesjugendamtes wurden die betroffenen Einrichtungen durch entsprechende Rundschreiben und Verfahrensanweisungen über den Stand der Debatte sowie die Umsetzung des Urteils in der Praxis informiert. Es wurde hierbei zunächst festgestellt, wer zum Kreis der Versicherungspflichtigen zu zählen war. Hierzu gehörten die Jugendlichen, die in einem Lehrverhältnis standen, sowie die Jugendlichen, die als Anlernlinge beschäftigt waren. »Keine Sozialversicherungspflicht besteht für Minderjährige, die aus arbeitstherapeutischen Gründen beschäftigt werden und bei denen im Rahmen der Beschäftigung allgemein erzieherische Belange im Vordergrund stehen. Das gilt auch für Minderjährige, deren Beschäftigung etwa der Arbeitsgewöhnung, der Berufsfindung und Berufsförderung, d.h. also nicht unmittelbar der Berufsausbildung, dient. Bei weiblichen Minderjährigen fallen hierunter alle Beschäftigungsarten, die der Vorbereitung auf die künftigen Aufgaben als Mutter und Hausfrau dienen.«[226] Als Abgrenzungsmerkmal sollte das Bestehen eines Lehr- oder Anlernvertrags bzw. die Anmeldung zur Eintragung in die Lehrlingsrolle gelten. Die Beitragsstufe war nach der niedrigsten Stufe zu bemessen, da das Arbeitsverhältnis als unentgeltlich gewertet wurde. Prämien galten, wie dargestellt, nicht als Gegenwert für Arbeitsleistungen. Beiträge wurden zunächst für die betreffenden Jugendlichen ab Urteilserlass, also dem 1.2.1963, entrichtet.

Im Juni 1964 wurden die Heime dann über die Verhandlungen mit den Spitzenverbänden informiert, und eine Nachversicherung zur Sozialversicherung für alle betroffenen Jugendlichen war im vollen Umfang ab dem 1.12.1958 durchzuführen. »Es muss sichergestellt werden, dass jeder Minderjährige, der sich seit dem 3.12.1958 in Lehre oder Anlehre befand, erfasst wird.«[227] Es oblag den jeweiligen Heimen, sich mit der zuständigen Ortskrankenkasse in Verbindung zu setzen und »im Einzelnen die Modalitäten der Nachversicherung zu verhandeln«.[228] Zur Beschleunigung des Verfahrens sollte direkt der volle Umfang für die Nachversicherung gezahlt werden. Das Landesjugendamt war dann durch die Heime über die nachversicherten Minderjährigen zu informieren, um eventuelle Gegenforderungen aus zuvor verausgabten Krankenkosten geltend zu machen. Neben den

225 Empfehlung des Sozialversicherungsausschusses des AFET zu den Folgerungen, die sich aus dem Urteil des BSG vom 30.1.1963 für die Praxis der Heimerziehung ergeben. Anlage zu Schreiben des AFET an den LVR als federführende Stelle der BAGLJÄ (10.9.1963), in: ALVR 38616.

226 LJA an alle Heime mit Berufsausbildungs- und Anlernwerkstätten (6.11.1963), in: ALVR 44130.

227 Ebd.

228 Ebd. Auch hier gab es in der Umsetzung des Urteils einige Schwierigkeiten, letztlich wurden die Jugendlichen über die Betriebskrankenkasse BKK LVR versichert.

verwaltungs- und verfahrenstechnischen Fragen, die durch das Urteil und die beschriebene Umsetzung entstanden, stellte die Abgrenzung der versicherungspflichtigen von den nichtversicherungspflichtigen Arbeiten auch weiterhin eine Schwierigkeit im Heimalltag dar. Viele Jugendliche, etwa in beruflicher Erprobung oder Hilfsarbeiten, wurden von dem Urteilsspruch nicht erfasst.

Auch innerhalb des Landesjugendamtes wurde diese Problematik gesehen und diskutiert, hierbei ging es vor allem um die Jugendlichen in den so genannten Lehrtests bzw. Einzelarbeitsverhältnissen auf Probe, die dann möglichst in ein Lehr- oder Anlernverhältnis münden sollten. Diskutiert wurde über den Zeitpunkt des Versicherungsbeginns bzw. die Berücksichtigung der Erprobung durch eine mögliche nachträgliche Versicherung und daraus resultierende Unklarheiten mit den Versicherungsträgern.[229] Es zeigt sich an dieser Stelle, dass die Heime in der Umsetzung und Gestaltung solcher Themen relativ freie Hand hatten und es etwa im Ablauf für die Erprobung in einem bestimmten Beruf – und zunächst auch dem Beginn der Versicherung – kein einheitliches Vorgehen gab. Ein tatsächliches Ende dieser Diskussion ist nicht zu erkennen. Festgelegt wurde nur, dass die so genannten Grundlehrgänge, die in vielen Landesjugendheimen, etwa im Bereich Holz und Metall, absolviert wurden, zwar auf die Lehrzeit angerechnet werden konnten, aber nicht nachversichert wurden, da sie »nach Sinn und Zweck einen anderen Charakter« hatten.[230] Es wurde zudem darauf hingewiesen, dass »[…] nach etwa zwei bis drei Monaten Probeausbildungsversuch ein festes, schriftliches Ausbildungsverhältnis zustande kommen soll. […] Abgesehen davon, daß dem Jugendlichen dann wertvolle Zeit für die Rentenversicherung verloren geht, ist der Jugendliche während dieser Probezeit nicht unfall- und krankenversichert.«[231]

Auch der Sozialversicherungsausschuss des AFET versuchte sich dieser Problematik bereits kurz nach der Urteilsverkündung anzunehmen und die Idee, Zeiten der Heimerziehung nach Beendigung der Schulpflicht als Ersatzzeit anerkennen zu lassen, wieder aufzugreifen.[232] In einer Vorlage für die Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter und Fürsorgeerziehungsbehörden informierte Oberregierungsrat Claussen von der Jugendbehörde Hamburg über diese Idee: »In einer Sitzung am 9.10.1964 in Bonn mit Vertretern des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung erwies sich jedoch, daß die dahin zielenden Bemühungen keine Aussicht auf Erfolg haben würden, da sie den Bestrebungen des Ministeriums, unechte Versicherungsverhältnisse abzubauen, zuwiderlaufen. […] Der Sozialversicherungsausschuss versucht daher […] die Grenzen zwischen sozialversi-

229 Vgl. LJA an die Rhein. Landesjugendheime sowie das Handwerkerbildungswerk Reckestift und Jugendwerk St. Ansgar (15.12.1967), in: ALVR 52155.

230 Niederschrift über die Konferenz der Fachabteilung 4 mit Wirtschafts- und Verwaltungsbeamten der Rhein. Landesjugendheime (30.11.1964), S. 8, in: ALVR 52155.

231 LJA an das Jungenheim Junkersdorf bei Köln (3.9.1968), in: ALVR 52155.

232 Dieses Thema hatte der AFET bereits wesentlich früher diskutiert und versucht, entsprechende Diskussionen für eine geänderte Gesetzgebung in Gang zu setzen. Vgl. exemplarisch zustimmende Haltung der BAGLJÄ Niederschrift über die 2. Arbeitstagung der nordwestdeutschen Landesjugendämter und FEB am 1. und 2.7.1955, in: ALVR 38913.

cherungspflichtiger und nicht sozialversicherungspflichtiger Tätigkeit im Heim näher zu umreißen. Der Ausschuss äußerte übereinstimmend die Ansicht, daß Tätigkeiten im Heim, die der Arbeitstherapie oder der Berufsfindung dienen oder die dazu bestimmt sind, den Jugendlichen erst berufsreif zu machen, keine sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungen sind. Im Einzelnen wird es aber schwer sein, die Entscheidung zu treffen.«[233] Es zeigt sich an dieser Stelle, dass durch das Urteil des Bundessozialgerichts der Sozialversicherungsschutz auf weitere Minderjährige im Heim ausgedehnt werden konnte, bei weitem aber nicht alle Jugendlichen erfasst wurden. Durch die unterschiedliche Handhabung der beruflichen Erprobung und auch der hauswirtschaftlichen Grundbildung der weiblichen Minderjährigen waren viele Jugendliche nicht von der Sozialversicherung erfasst.

Der AFET versuchte 1969 durch eine Befragung in den jeweiligen Landesjugendämtern bzw. den von dort belegten Heimen zu eruieren, wie viele der nicht mehr schulpflichtigen Jugendlichen sozialversichert wurden, um mit den entsprechenden Zahlen in die weitere Debatte um die Anerkennung von Ausfallzeiten gehen zu können.[234] Für den LVR ergaben sich aus der Befragung (Stichtag 1.6.1969) folgende Zahlen (Übersicht über die schulentlassenen Jugendlichen, untergebracht in Heimen des Gebiets des LVR, und deren Sozialversicherungsstatus. Normale Zahlen: sozialversichert; kursive Zahlen: nicht sozialversichert):[235]

	Jungen	**Mädchen**	**Gesamt**
Gesamtzahl nicht mehr voll schulpflichtiger Minderjähriger in FE und FEH	1.298	1.120	2.418
Davon im Heim beschäftigt	**922**	**1.057**	**1.979**
In Lehre	222 *0*	14 *0*	236 *0*
In anerkanntem Anlernverhältnis	22 *0*	48 *0*	70 *0*
Auf Probe fürs Lehr- und Anlernverhältnis	22 *49*	0 *36*	22 *85*
Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse mit echter Vergütung	1 *0*	18 *0*	19 *0*
In anderen Beschäftigungsverhältnissen	118 *488*	13 *928*	131 *1.416*
Davon außerhalb des Heimes beschäftigt (aber im Heim wohnend)	**364**	**60**	**424**

233 Vorlage 7/65 der Jugendbehörde Hamburg für die 17. Arbeitstagung der Arbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter vom 21. bis 23.4.1965 in Hamburg, in: ALVR 38616.

234 Der AFET wurde hierbei durch die BAGLJÄ unterstützt, vgl. Niederschrift der 24. Arbeitstagung vom 6.1.1969, in: ALVR 38616. Dort ist auch der Fragebogen des AFET zu finden.

235 Vgl. Bericht des Arbeitsausschusses »Arbeitserziehung und Berufsbildung«, S 3.

	Jungen	**Mädchen**	**Gesamt**
In Lehre	145	9	154
	0	*0*	*0*
In anerkanntem Anlernverhältnis	3	1	4
	0	*0*	*0*
Auf Probe fürs Lehr- und Anlernverhältnis	12	4	16
	0	*0*	*0*
Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse mit echter Vergütung	189	35	224
	0	*0*	*0*
In anderen Beschäftigungsverhältnissen	*2*	5	7
	13	*6*	*19*
Besuchen weiterführende Schule mit Vollunterricht	**12**	**3**	**15**

Bezogen auf die Sozialversicherung zeigt die Übersicht, dass diejenigen Jugendlichen, die in einem anerkannten Lehr- oder Anlernverhältnis beschäftigt wurden, auch versichert wurden. Dies gilt gleichermaßen sowohl für die interne und externe Beschäftigung als auch für die Jungen und Mädchen. Auch innerhalb regulärer Arbeitsverhältnisse waren die Jugendlichen beiderlei Geschlechts sozialversichert. In den als »andere Beschäftigungsverhältnisse« bezeichneten Arbeitsbereichen sowie in der beruflichen Erprobung zeigt sich ein nicht ganz einheitliches Bild. Hier schien weiterhin, wie bereits angedeutet, Unklarheit in der Bewertung der Beschäftigung zu bestehen. Setzt man nun aber die Zahl der versicherten Jugendlichen in Relation zu denen, die nicht v
ersichert wurden, so zeigt sich, dass die große Mehrheit der Jugendlichen nicht von der Sozialversicherungspflicht erfasst wurde. 1.505 Jungen und Mädchen gegenüber 883 waren in Beschäftigungen tätig, die nicht der Sozialversicherungspflicht unterlagen bzw. nicht versichert wurden. Hier sind vor allem die »anderen Beschäftigungsverhältnisse« innerhalb des Heimes in den Blick zu nehmen, in denen 1.416 der 2.418 nicht mehr voll schulpflichtigen Minderjährigen beschäftigt wurden.

Betrachtet man die Zahlen dann noch getrennt nach beiden Geschlechtern, zeigt sich, dass es vor allem die Mädchen waren, die in nicht sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungen arbeiten mussten. Wo die Jungen innerhalb des Heimes in 244 Fällen die Möglichkeit hatten, eine Lehre oder ein anerkanntes Anlernverhältnis zu absolvieren und dabei sozialversichert zu sein, waren es in der Gruppe der Mädchen lediglich 52, die in einem solchen Kontext beschäftigt wurden. Von diesen 52 waren dann noch 48 in einem weniger qualifizierenden Anlernverhältnis beschäftigt. Auch außerhalb der Einrichtungen waren die jungen Frauen seltener in qualifizierende Ausbildungen vermittelt (148 Jungen in Lehr- und Anlernverhältnissen im Vergleich zu zehn Mädchen). Es zeigt sich also sehr eindrücklich, dass in der beruflichen Qualifikation, die innerhalb und außerhalb der Einrichtungen geboten wurde, die Mädchen deutlich schlechter gestellt waren als die Jungen und dadurch bedingt auch deutlich seltener in den Genuss der Sozialversicherung kamen.

Diese Tendenz zeigt sich auch in der Gesamtheit der durch den AFET befragten Heime: Von den insgesamt innerhalb und außerhalb der Heime beschäftigten 15.686 Jugendlichen (6.798 Mädchen und 8.888 Jungen) waren 6.315 sozialversichert, also auch hier deutlich weniger Jugendliche, die von der Versicherung erfasst wurden. Und auch der gravierende Unterschied zwischen den Geschlechtern, der sich bereits bei den Heimen innerhalb des Gebiets des LVR zeigte, wird hier erkennbar. So sind von den 6.798 Mädchen lediglich 1.630 sozialversichert.[236] Der Arbeitsausschuss »Arbeitserziehung und Berufsbildung« des AFET diskutierte die Ergebnisse so, dass in vielen Fällen die versicherungsrechtlichen Möglichkeiten nicht ausreichend genutzt wurden und viele Jugendliche so nicht in den Anspruch der Versicherung kamen. »Die Landesjugendämter und andere überörtlichen Erziehungsbehörden […], aber auch die Heimträger selbst sollten die Fragebogenaktion zum Anlass nehmen, zu überprüfen, ob bei der Gestaltung der Beschäftigungsverhältnisse und insbesondere bei der Sozialversicherung der Minderjährigen wenigstens die jetzt vorhandenen Möglichkeiten ausgeschöpft werden.«[237]

3.5.2 Letzte Veränderungen im Kontext des Berufsbildungsgesetzes

Die weiterhin bestehende Lücke im Versicherungsschutz der Minderjährigen wurde dann letztlich zum 1.4.1972 durch »die Richtlinien für die Ausbildung und Beschäftigung Jugendlicher in Heimen und die Gewährung von Ausbildungs- und Arbeitsvergütung« weiter geschlossen.[238] Die Richtlinien waren im Kontext des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) vom 14.8.1969 verabschiedet worden. Zur Sozialversicherung anzumelden waren nun, in Ergänzung zu den Lehr- und Anlernlingen, auch die Jugendlichen in Berufsfindungs- und Erprobungslehrgängen (§ 19 BBiG) sowie die im Heim mit regulärer Arbeit beschäftigten Minderjährigen. Hinzu kamen die Jugendlichen, die aufgrund eines besonderen erzieherischen Bedarfs als körperlich, seelisch oder geistig Behinderte gemäß Berufsbildungsgesetz (§ 48 BBiG) eingestuft wurden.[239] Mit diesen Richtlinien sollten dann alle innerhalb des Heims beschäftigten Jugendlichen von der Sozialversicherung erfasst werden. Das Heim trat dadurch »hinsichtlich der Verpflichtungen, die sich aus dem Steuer- und Sozialversicherungsrecht ergeben, […] als Arbeitgeber auf«.[240] Nach einigen kleinen Schwierigkeiten in der Umsetzung der Richtlinien, etwa der Abgrenzung zwischen Erprobung und Arbeit oder dem Umgang mit entwichenen Jugendlichen, wurden die neuen Richtlinien, zumindest seitens der Direktoren, als positiv gewertet, und es wurde eine pädagogisch bessere Atmosphäre attestiert.[241] Seitens des AFET wurde jedoch bemängelt, dass es mitunter

236 Vgl. ebd.
237 Ebd., S. 5.
238 Vgl. ALVR 41903.
239 Vgl. hierzu die Ausführungen in Kap. 3.4.2.
240 Vgl. Erläuterungen zu den Richtlinien S. 17, in: ALVR 41903.
241 Vgl. hierzu LJA an die Rhein. Landesjugendheime und Belegheime (12.4.1972), in: ALVR 40947, sowie die Niederschriften zu den Direktorenkonferenzen vom 20.6.1972 und 28.6.1973, in: ALVR 38671.

noch Schwierigkeiten mit einigen Sozialversicherungsträgern bei der Versicherung der Jugendlichen gebe, »[…] denen im Sinne des § 19 des BBiG ›berufliche Kenntnisse, Fertigkeiten und Erfahrungen‹ vermittelt werden sollen. […] Der Ausschuss [›Beruf und Arbeit‹] ist – auch hier in engem Kontakt zur Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter und zu den obersten Landesjugendbehörden – bemüht, auch diese Lücke zu schließen.«[242]

3.5.3 Zusammenfassung

Trotz dieser letzten Schwierigkeit kann das Jahr 1972 gleichwohl als Schlusspunkt in einer langwierigen Debatte um die Sozialversicherung der Heimjugendlichen gesehen werden. In einer fast 20 Jahre währenden Diskussion war es nicht gelungen, die Jugendlichen umfassend der Sozialversicherung zuzuführen. Zunächst war dies auch nicht das Ziel des Landesjugendamtes gewesen. Auch hier griff, wie im Kontext der Entlohnung oder auch des Arbeitsschutzes, das Argument, dass es sich bei der Arbeit um eine erzieherische Maßnahme handele. Aber auch mit dem Urteil des Bundessozialgerichts von 1963 und der daraus resultierenden Versicherungspflicht konnte nur die Minderheit der arbeitenden Jugendlichen erfasst werden. Vor allem die jungen Frauen wurden durch das Urteil aus Kassel nicht erfasst. Letztlich brauchte es weitere zehn Jahre, bis sich die Versicherungspflicht auf nahezu alle im Heim und außerhalb des Heimes beschäftigten Jugendlichen ausweitete. Es ist also auch für die heutige Debatte fraglich, ob der Sozialversicherungsschutz der zentrale Punkt ist, denn wie dargestellt – hier sei noch einmal dezidiert auf die Zahlen der AFET Befragung von 1969 verwiesen – wurde über den gesamten Untersuchungszeitraum nur die Minderheit der Jugendlichen durch den Versicherungsschutz erfasst.

242 AFET Ausschuss, S. 59.

Thomas Swiderek

4. Freizeitgestaltung, Freundschaften und der Umgang mit Sexualität in der Heimerziehung

4.1 Freizeit als gestaltete Zeit und Erziehungsmittel in der Heimerziehung

Eine gestaltete Freizeit in den Rheinischen Landesjugendheimen gehörte zum Konzept der Heimerziehung.[1] Dabei nahm die sportliche Betätigung und sportliche Erziehung einen breiten Raum ein: Sportfeste, Teilname an Bundesjugendspielen, heimeigene Fußballmannschaften, eine Kanuabteilung[2] im Rheinischen Landesjugendheim Fichtenhain sowie die Mitgliedschaft in den verschiedenen örtlichen Sportvereinen gehörten genauso zum Angebot wie der erzieherische Bereich des Sportes in Form des Sportunterrichts im Heimalltag. Dies schloss auch den Bereich Sport und Gesundheit mit ein und insbesondere die heilgymnastischen Angebote zur Korrektur und Vorbeugung von Haltungsschäden der Jugendlichen.[3] Aber es gab auch andere Freizeitaktivitäten wie das Wandern oder Rad fahren, Musik hören oder Filme schauen, Werken und Basteln. Im Sommer wurden in allen Rheinischen Landesjugendheimen Ferienfahrten in Form von Zeltlagern und Radtouren für alle Gruppen angeboten. In den Heimen wurden Bibiotheken eingerichtet und Musikgruppen gegründet. Seitens des Landschaftsverbandes wurde die Teilnahme an verschiedenen Wettbewerben unterstützt.

4.1.1 Freizeitsport und sportliche Erziehung

»Wesentlich ist, daß in jedem neu zu errichtenden Heim die notwendigen Übungsstätten für die Leibeserziehung nicht nur geplant, sondern auch gebaut werden, und daß in den alten Heimen fehlende Turn-, Spiel- und Schwimmanlagen nachträglich erstellt werden. Diese Übungsstätten müssen in unmittelbarer Nähe der Heime liegen, damit die Jugend geradezu zwangsläufig zur lebensnotwendigen und erzieherisch nicht zu ersetzenden täglichen Leibesübung ›vor der Haustür‹ und damit zur Gesundheit, Lebensfreude, Lebens-

1 Vgl. Jans/Beurmann 1963, S. 66 f.

2 Erziehungsleiter Stefan Thomé gründete 1968 im RLJH Fichtenhain eine Kanuabteilung innerhalb des bestehenden Vereins »Grün-Weiss Fichtenhain«. Nach langen Verhandlungen gelang ihm die Aufnahme der Kanuabteilung des Heimes in den Deutschen Kanu-Verband. Somit konnte der Verein an nationalen Wettbewerben teilnehmen, in: ALVR 18909.

3 Siehe hierzu auch Kap. III.7.

ertüchtigung und ganzheitlichen Menschenbildung hingeführt wird.«[4] Die Bedingungen für sportliche Betätigungen und Angebote in der Nachkriegszeit waren für fast alle rheinischen Heime zunächst problematisch. Die zuvor vorhandenen Sportplätze waren aufgrund von Kriegszerstörungen unbrauchbar, geeignete Räumlichkeiten und das notwendige Personal (Sportlehrer) fehlten. Doch bereits im Rahmen der ersten Investitionen 1953 für Baumaßnahmen und Inventar der Heime im Gebiet des Landschaftsverbandes wurden, so Jans/Beurmann, auch die bestehenden Sportstätten umgestaltet, wiederaufgebaut oder neu errichtet. »Wie die Neu- und Ergänzungsbauten dienen sie der verbesserten Unterbringung der Jugendlichen, der Umgestaltung der Ausbildungsbetriebe, der erheblichen Verbesserung sanitärer Einrichtungen, der Errichtung von Turn-, Schwimm- und Gymnastikhallen, der Bereitstellung von Werkräumen, der Anlage von Spiel- und Sportplätzen.«[5]

Bereits in den 1920er Jahren bewertete die Fürsorgeerziehungsbehörde den Sport als ein »außerordentlich wichtiges Erziehungsmittel« und bewilligte finanzielle Mittel zur Beschaffung von Turngeräten und Einrichtungen von Sportstätten. Ein Turninspektor besichtigte im Auftrage der Fürsorgeerziehungsbehörde alle Einrichtungen und berichtete von einem aktiven Sportangebot (vor allem Turnen und Fußball) in den Heimen.[6] Diese Bestandsaufnahme, so Blum-Geenen, machte aber auch deutlich, dass die recht gute Ausstattung der Provinzialanstalten mit Sport- und Spielgeräten nicht im gleichen Ausmaß auf die konfessionellen Heime zutraf.[7] Neben der Jugendfürsorge wurde dann auch die Jugendpflege mit der Verabschiedung des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes ein gesetzlich anerkannter und geförderter Bereich zur Erziehung der Jugend, und man erkannte somit die Bedeutung eines neuen Freizeitverhaltens, das im Zuge der Jugendbewegung seit Anfang des 20. Jahrhunderts entstanden war, auch für die Jugend in den Heimen. Damit erklärt sich die unvermittelte Bedeutung und Wichtigkeit, die man seitens des Landschaftsverbandes von Beginn an einer sportlichen Erziehung oder körperlichen Ertüchtigung im Erziehungskonzept beimaß. Direktor Wolpers formulierte dies in einem Bericht über die Sportbetriebe in Haus Fichtenhain 1958 dahin gehend: »Seit eh und je gehört zur Ganzheitserziehung der Menschen die Leibeserziehung. Wenn das aber schon für die gesunden, in normalen Verhältnissen Heranwachsenden gilt, wie viel mehr muß die Betreuung der uns anvertrauten, an Charakter- und Haltschwäche leidenden, z.T. mit Zivilisationsschäden behafteten Jugendlichen auf die Erziehung zur körperlichen Ertüchtigung hin ausgerichtet sein.«[8]

Sport war also mehr als eine reine Freizeitbeschäftigung, sondern vielmehr Teil eines ganzheitlichen Erziehungskonzeptes, in dem man neben der Arbeit und der schulischen Bildung auch der sportlichen Betätigung eine nachweislich erzieherische Wirkung zusprach. Deshalb war Sport in der Regel auch verpflichtend, nicht nur als Sportunterricht,

4 Hanebuth 1966, S. 1011.
5 Jans/Beurmann 1963, S. 57.
6 Vgl. Blum-Geenen 1997, S. 232.
7 Ebd., S. 234.
8 Direktor des RLJH Haus Fichtenhain (22.3.1958): Bericht über den Sportbetrieb in Haus Fichtenhain, in: ALVR 18915.

sondern auch im Freizeitbereich zur Vorbereitung der Sportfeste. »Die Sportstunden sind für jeden Jungen pflichtgemäß angesetzt – jede Gruppe hat ihre Sportstunden – aber trotzdem ist Begeisterung vorhanden.«[9] Diese äußere Verpflichtung aller Jugendlichen zur Teilnahme an der Vorbereitung zum sportlichen Wettkampf korrespondierte mit einer affirmativen Haltung vieler Jugendlicher zum Sport an sich. Gustav Berger, der als Jugendlicher unter anderem im Rheinischen Landesjugendheim Erlenhof untergebracht war, beschreibt die Bedeutung des Sportes dergestalt: I.: »Also wenn jetzt jemand nicht sportlich war oder nicht an Sport interessiert war …«. G.B.: »Ja, dann hatte der sowieso die Arschkarte. Das ist 'ne normale Angelegenheit. Wer nicht sportlich war, der war von vorne rein unter durch. Das ist 'ne ganz normale Sache …«. I.: »Sowohl bei den Erziehern als auch bei den Jugendlichen?« G.B.: »Bei den Erziehern will ich jetzt … nein, das will ich jetzt so nicht sagen. Ich sag mal so: wenn jemand nicht so sportlich war, dann – wie stell' ich das denn dar? Äh, ich stell' das mal so dar, dass beispielsweise die Lehrlingsgruppen – Gruppe sieben und acht – grundsätzlich guckten, dass wenn sie 'nen guten Fußballer irgendwo ausmachten, dass se den möglichst zu sich zogen, um ihre Gruppe verstärken zu können. So in den Sinne etwa.« I.: »Also Sport war durchaus so etwas wie ein Integrationsmittel, wenn man zum Beispiel neu ins Heim gekommen ist und man war ein guter Sportler in irgendeiner Sportart?« G.B.: »Hatte man nicht die größten Probleme. So kann man das sagen, ja.«[10] Sport hatte demnach mehrere Bedeutungen: Für einen sportinteressierten Jugendlichen konnte die Sportbegeisterung und die Beherrschung einer im Heim anerkannten Sportart als so genannter »Tür-Öffner« zur schnelleren Etablierung in einer neuen Gruppe nützlich sein, und für das Heim bedeutete ein sporttreibender Jugendlicher ein motivierter Junge für die Sporterziehung des Heimes und eine mögliche Verstärkung in einer der Heimmannschaften. Anders war es für Jugendliche, die ungern Sport trieben. Für sie bedeutete die verpflichtende Teilnahme am Sportunterricht sowie die Teilnahme an Sportfesten, so lässt sich annehmen, dass sie sich ein weiteres Mal in ihrer Entscheidungsfreiheit eingeschränkt sahen.

Aber trotz der grundsätzlichen Aufmerksamkeit, die man seitens des Landschaftsverbandes dem Sport als Freizeitaktivität wie als Erziehungsmittel von Beginn an zukommen ließ, dauerte es ungefähr bis Ende der 1950er/Anfang der 1960er Jahre, bis sich in allen Heimen geeignete Sportplätze, Schwimmbäder oder Sporthallen befanden. Das bedeutete, bis in allen Heimen eine ausreichende sportliche Infrastruktur vorhanden war, musste man sich jeweils mit den Gegebenheiten vor Ort arrangieren. Das hieß, wie im Beispiel des Rheinischen Landesjugendheimes Fichtenhain, dass man als Ausgleich für das zur Verfügungstellen einer Arbeitskolonne von 15 Jungen für etwa 14 Tage an die Stadt Krefeld unentgeltlich das Schwimmbad nutzen konnte.[11] Mit der Fertigstellung des eigenen Sportplatzes im Herbst 1956 besserten sich die Gegebenheiten für das Heim, und man konnte nun auf einer regulären Sportanlage (400 m Laufbahn) mit einem dazugehörigen Rasen-

9 Ebd., S. 3.
10 Interview mit Gerhard Berger (7.10.2009), S. 10.
11 Wolpers an LJA (28.9.1960), in: ALVR 18915.

platz ein breites Angebot einschließlich der Austragung von Sportwettbewerben organisieren. »Diese Anlage wurde in jahrelanger harter Arbeit von den Jungen z.T. selbst erstellt«,[12] so der Direktor des Heimes in Fichtenhain. Die Einweihung erfolgte im Beisein örtlicher und sportlicher Prominenz mit einem anschließend ausgetragenen Siegersportfest aller Rheinischen Landesjugendheime im September 1956.[13] Wesentlich schwieriger gestaltete sich die Aufrechterhaltung des Sportangebotes in den Wintermonaten. Um das allabendliche Sportangebot für alle Gruppen stattfinden zu lassen, nutzte man über lange Zeit noch den Festsaal des Heimes.[14] Diese »3. Möglichkeit sportlicher Betätigung bei Regenwetter oder im Winter ist unser neu gestalteter Festsaal. Er ist leider nur behelfsmäßig dafür einsetzbar. In einer solchen Aula gibt es ja eine Reihe die sportliche Betätigung hemmender Faktoren, wie große, ungeschützte Fenster, hängende Kronleuchter, eine sehr schöne, aber empfindliche Holzvertäfelung u.a.m. Aber trotz aller Hindernisse ist der Raum im letzten Winter für den Sportbetrieb fast jeden Abend genutzt worden. Die Übungen wurden in ihrem Ablauf entsprechend ausgerichtet und gewählt.«[15] Diese Beschreibung der zunächst fehlenden Sportstätten, des trotzdem stattfindenden Sportangebotes, der jeweils unterschiedlich arrangierten Notlösungen bis zur allmählichen Normalisierung durch den Bau von Sportplätzen bis Mitte der 1950er Jahre trifft in ähnlicher Art und Weise auch auf die anderen Rheinischen Landesjugendheime zu. Wenn auch die Quellen für diese Heime nicht separat vorliegen, so lässt sich doch annehmen, dass auch hier erst einmal die notwendigen Räumlichkeiten für die Jugendlichen und den alltäglichen Erziehungsbetrieb wieder aufgebaut und die bestehende Räumlichkeit (Festsaal) für sportliche Angebote genutzt worden sind. Übereinstimmend lässt sich aber konstatieren, dass alle rheinischen Heime die sportliche Erziehung nach dem Krieg wieder aufgenommen haben und auch den Sport als Freizeitangebot – wie noch zu sehen sein wird – ausbauten.

Eine erste Abfrage bezüglich der Ausgestaltung der Leibeserziehung in den Erziehungsheimen und der Zusammenarbeit mit den Sportverbänden vom März 1957 seitens des Landschaftsverbandes nutzte der Direktor des Fichtenhains zu einer Auflistung seines Sportangebotes sowie der noch bestehenden infrastrukturellen Mängel. Für das Sommersportprogramm nannte er folgende Angebote und Wettbewerbe mit anderen Mannschaften: Gymnastik, Turnen, Leichtathletik, Volleyball, Faustball, Handball und vereinzelt Fußball. Aufgrund der fehlenden Sporthalle konnten die Ballspiele im Winter nicht stattfinden. Für den Sportunterricht zeichnete ab Januar 1955 ein eigens eingestellter diplomierter Sportlehrer verantwortlich. Die Sportstunden der älteren Jugendlichen fanden alle in der freien Zeit am Abend statt, so dass der Sportunterricht nicht die Arbeitszeiten einschränkte. Lediglich die jüngeren (14- bis 16-Jährigen) hatten je zwei Sportstunden am Vormittag. Über diesen Pflichtunterricht hinaus gab es zusätzlich Interessengruppen für Tischtennis, Federball, Faustball und Volleyball. Die Teilnahme an öffentlichen Wettbe-

12 Sportbetrieb in Haus Fichtenhain, in: ALVR 18915, Bl. 2.
13 Wolpers über die Einweihung des neuen Sportplatzes des RLJH Fichtenhain und gleichzeitig Siegersportfest der vier Rhein. Landesjugendheime am 23.9.1956, in: ALVR 18915.
14 Ebd.
15 Ebd.

werben und Spielbetrieben war zum Berichtszeitpunkt noch nicht so bedeutend, doch die Planungen der Teilnahme an öffentlichen Sportligen sowie eine Aufnahme in Sportverbände (Westdeutscher Fußballverband) waren im Gange. Abschließend wies man noch auf die »wohl wichtigste Sportart« (das Schwimmen) hin und bedauerte das Fehlen eines eigenen Schwimmbades, sah man doch in der Nutzung des öffentlichen Bades für die Gruppenerzieher »grosse erzieherische Schwierigkeiten, […] die durch den Besuch des öffentlichen Freibades – am Rande einer Großstadt – auftauchen, […] da dort Gefahren für die Jugendlichen in erheblichem Masse gegeben sind.«[16] Auf die genannten Gefahren wurde an dieser Stelle nicht näher eingegangen. Es ist anzunehmen, dass Wolpers hier auf mögliche »sexuelle Gefahren« anspielte, die in einem sehr offen gehaltenen Raum wie einem Freibad für die Erzieher nicht gut zu kontrollieren waren.

Nach der Etablierung festangestellter Sporterzieher in den Rheinischen Landesjugendheimen fanden in den kommenden Jahren regelmäßige Besprechungen der Sporterzieher und Werklehrmeister statt. Auf diesen vom Landesjugendamt organisierten Treffen wurden alle sport- und freizeitrelevanten Themen besprochen, so unter anderem die Gründung so genannter Heimsportvereine (1958),[17] die inhaltlichen Angebote der Sommer- und Wintersportpläne der einzelnen Heime, die Bedeutung und Einführung eines neuen Programms der Heilgymnastik aufgrund festgestellter Haltungsschäden, terminliche Absprachen der Heim-, Sieger- und Erziehersportfeste (1960),[18] die Nutzungsschwerpunkte der verschiedenen Sportstätten wie Schwimmbäder, Sporthalle und Sportplätze, die Integration der Heimsportmannschaften in den regulären Spielbetrieb der Verbände sowie der Aufbau einzelner Heimsportvereine (1969).[19] Über diese sportspezifischen Themen hinaus wurden auch handwerkliche Angebote zur Freizeitgestaltung und die Teilnahme an Wettbewerben und Basaren erörtert. Es wurden Ausstellungen mit Holz-, Mosaik-, Ton-, Mal- und Zeichen-, Emaille- und Metallarbeiten organisiert, und die Heime nahmen an Wettbewerben teil. Um eine möglichst breite Zustimmung zu den Sportangeboten zu erlangen, wies man bereits auf der ersten Besprechung der Sporterzieher 1958 darauf hin, dass es sinnvoll erscheine, die Jugendlichen an den Planungen der Sportangebote in den Heimen zu beteiligen. Inwieweit das in den einzelnen Heimen in den kommenden Jahren geschah, lässt sich nicht verifizieren. Aber bei einem ersten gemeinsamen Gespräch von Erziehern und einer Auswahl schulentlassener Mädchen und Jungen aller Heime im Gebiet des Landschaftsverbandes Rheinland im Januar 1970 versuchte man zur besseren Abstimmung

16 Vgl. RLJH Fichtenhain an den Direktor des LVR (10.4.1957) bzgl. der Ausgestaltung der Leibeserziehung in den Erziehungsheimen des LVR, hier: Zusammenarbeit mit den Sportverbänden, in: ALVR 18914.

17 Vgl. Niederschrift vom 20.12.1958 über die Besprechung mit den Sporterziehern der Rhein. Landesjugendheime am 18.12.1958, in: ALVR 18915.

18 Vgl. Besprechung der Sporterzieher und Werklehrmeister der Rhein. Landesjugendheime am 17.12.1960, in: ALVR 18915.

19 Vgl. Auszüge aus den Erfahrungsberichten der Heime, erstattet von den Sporterziehern während der Arbeitstagung am 15.12.1969, in: ALVR 18915.

und inhaltlichen Planung von Sportfesten die Meinung der Jugendlichen zu ermitteln.[20] So wies ein Vertreter des Landesjugendamtes in einem einführenden Referat deutlich auf die Freiwilligkeit des Sportangebotes hin, besonders solle man »von einem zwangsweisen Frühsport abkommen und hinführen zur Neigungs- und Leistungsgruppe«.[21] Diese Aussage lässt sich wohl so interpretieren, dass es in den Heimen Anfang 1970 noch üblich war, morgens verpflichtenden Frühsport zu treiben.

Die Ausführungen der Jugendlichen bestätigten das grundsätzliche Interesse an sportlicher Betätigung, sie lehnten aber den Pflichtsport ab und kritisierten das Fehlen von geeigneten Räumlichkeiten und Sportgeräten. Aber sie übten auch Kritik an der zeitlichen Planung der Sportangebote: »Er wird abgelehnt, weil er vielfach in der Freizeit angesetzt ist. Freizeit ist nach Meinung der Jugendlichen ohnehin eng begrenzt, zumal deren Gestaltung meist diktiert werde«, so die Zusammenfassung des Landesjugendamtes. Aber sie sprachen sich auch für eine angemessene Motivation der Jugendlichen durch Sportlehrer aus, denn »viele Minderjährige scheuen die Anstrengung, sie wollten sich nicht blamieren und haben Angst davor«. Am Ende dieser ersten gemeinsamen Besprechung forderten die Vertreter des Rheinischen Landesjugendheimes Abtshof in einem Antrag, dass es fortan ein generelles institutionalisiertes Gremium der Minderjährigen zur Mitgestaltung in den Heimen geben müsse. Das Landesjugendamt bestätigte daraufhin, »dem berechtigten Wunsch der Minderjährigen nach stärkerer Mitgestaltung« bei Fragen des Sportes in jedem Falle Rechnung tragen zu wollen. Die Forderung eines institutionalisierten Gremiums zur Mitgestaltung, so das Landesjugendamt, könne man in dieser personellen Zusammensetzung und in dieser Besprechung nicht beschließen.[22]

4.1.2 Sportfeste – jährliche Veranstaltungen mit Öffentlichkeit

Die alljährlich stattfindenden Heimsportfeste sowie die gemeinsamen Siegersportfeste der Rheinischen Landesjugendheime waren große, öffentlichkeitswirksame und sorgfältig geplante Veranstaltungen des Landesjugendamtes. Sie wurden abwechselnd jeweils von einem der Heime organisiert und ausgerichtet. Die Einladungen gingen an Stadtvertreter wie Bürgermeister und Stadtverordnete, an die Verwaltung des Landesjugendamtes, die Mitglieder des Landesjugendwohlfahrtsausschusses, die Direktoren der anderen Landesjugendheime, an die Direktoren der Berufsschulen im Ort, Vertreter von Sportschulen bis hin zu Kampfrichtern des Leichtathletikverbandes.[23] Jedes Jahr wurde mindestens ein gemeinsames Heimsportfest für die Jugendlichen in allen Rheinischen Landesjugendheimen organisiert, das ähnlich wie das nachfolgende, vom Rheinischen Landesjugendheim Erlenhof durchgeführte Heimsportfest 1959 ablief: 08.30 Uhr Eintreffen der Teilnehmer, 09.00 Uhr Gottesdienst, 10.00 Uhr Eröffnung des Sportfestes, 10.10 Uhr Beginn

20 Ergebnisprotokoll vom 11.2.1970 über die Gespräche mit Minderjährigen am 29. bzw. 30.1.1970, in: ALVR 18915.
21 Ebd., Bl. 3.
22 Ebd., Bl. 7.
23 Vgl. ALVR 18915.



Zieleinlauf Sportfest Erlenhof 1962

des Dreikampfes (100-Meter-Lauf, Weitsprung, Kugelstoßen), 11.00 Uhr zwei Faustballspiele, 12.05 Uhr Olympische Staffel (800 Meter, 200 Meter, 400 Meter), 12.20 Uhr Mittagessen, 14.30–15.10 Uhr Schwimmwettkämpfe, 15.15–15.45 Uhr Faustballspiel um den 3. Platz, 15.55–16.00 Uhr 1000-Meter-Lauf Jugendliche, 16.00–16.30 Uhr Faustballendspiel, 16.35–16.40 Uhr 1500-Meter-Lauf, 16.45–16.50 Uhr 1500-Meter-Lauf, 16.55–17.00 Uhr 4 × 100-Meter-Staffel, 17.00 Uhr Siegerehrung, 18.00 Uhr Abendessen.[24] Die Sieger aller Heimsportfeste trafen sich dann in einem gemeinsamen Siegersportfest, wo die Jugendlichen gegeneinander antraten und die Sieger aller Heime ermittelten. Daneben wurden auch gesonderte Erziehersportfeste veranstaltet.

Ende der 1960er Jahre gab es in den Rheinischen Landesjugendheimen – trotz sehr unterschiedlicher Ausstattung mit geeigneten Sporträumen – ein breit gefächertes Angebot an sportlichen Möglichkeiten. Allen gemeinsam war die Differenzierung zwischen der Spor-

24 Gemeinsames Sportfest der Heime Fichtenhain, Halfeshof, Erlenhof, Dansweilerhof am 4.7.1959 im RLJH Erlenhof, in: ALVR 18901.

terziehung und den angebotenen Neigungsgruppen. Sporterziehung hieß die verpflichtende Teilnahme aller Gruppen am Sportunterricht und – wenn vorhanden – am Schwimmunterricht. Die Stundenzahl variierte zwischen zwei bis vier Wochenstunden je Alter. Die Teilnahme an den Neigungsgruppen war, so weit ersichtlich, freiwillig. Die Angebote reichten von den Ballsportarten (Fußball, Handball, Faustball, Volleyball, Tischtennis), die in allen Heimen angeboten wurden, bis zu speziellen Sportarten wie dem Kanusport im Rheinischen Landesjugendheim Fichtenhain. Bis auf das Rheinische Landesjugendheim in Süchteln standen allen anderen Rheinischen Landesjugendheimen eigene Sportplätze zur Verfügung, im Abtshof, im Erlenhof und im Halfeshof gab es jeweils eine Sporthalle und im Abtshof zusätzlich eine eigene Schwimmhalle zur Benutzung für Jugendliche und Erzieher. Die schlechtesten Sportmöglichkeiten hatte das Rheinische Landesjugendheim Viersen-Süchteln. Hier standen den Jugendlichen kein Sportplatz und keine geeignete Sporthalle auf dem Heimgelände zur Verfügung.

Wichtig war allen Heimen, dass die Jugendlichen an heiminternen und vor allem externen Sportwettbewerben teilnahmen. Die Zugehörigkeit zu den entsprechenden Sportverbänden ermöglichte die Austragung von Sportwettkämpfen, zu denen dann auch auswärtige Jugendliche und Mannschaften eingeladen wurden. Das Landesjugendamt unterstützte diese Kontakte außerordentlich und regte seinerseits die Teilnahme an Landes- und Bundesjugendspielen an: »Mit meinem Schreiben vom 5.5.1959 und 6.5.1960 hatte ich auf die Bedeutung des Sports für die Arbeit in den Erziehungsheimen hingewiesen und angeregt«, so Happe in einem Rundschreiben an die Heime, »die betreuten Minderjährigen zahlreich an den Bundesjugendspielen teilnehmen zu lassen. Der Herr Bundesminister des Innern hat mit der Bekanntmachung vom 17.7.1960 die Winterspiele zu den Bundesjugendspielen ausgeschrieben. […] Ich würde es sehr begrüßen, wenn sich die von mir belegten Heime auch an den Winterspielen möglichst zahlreich beteiligen würden.«[25]

4.1.3 Wanderungen und alljährliche Zeltlager

Die alljährlichen Zeltlager und die Wanderungen im Sommer und an Wochenenden waren weitere bedeutsame Freizeitaktivitäten, die sich durch eine große Anzahl entsprechender Quellen und Akten nachzeichnen lassen. Besonders das »jugendgemäße Wandern« mit der Möglichkeit eines mehrtägigen Zeltlagers wurde seitens des Landschaftsverbandes seit 1951 finanziell und ideell gefördert.[26] Zur Gesamtplanung mussten die Heime ihre Aufenthaltsorte, die zu erwartenden Teilnehmerzahlen, das Alter der Jungen, Gruppenstärke, Verkehrsmittel, Zahl der Begleiter und die geplanten Aktivitäten gegenüber dem Landschaftsverband begründen, um die geplanten Fahrten genehmigt und die Kosten erstattet zu bekommen. Diese Tages-, Wochenend- und mehrtägigen Wanderungen mit gemeinsa-

25 Rundschreiben Happe (LJA) vom 28.6.1960 an die Heime des LVR betr. der Bundesjugendspiele 1960/61 und Bezug nehmend auf das Rundschreiben vom 6.5.1960, in: ALVR 18915.

26 Direktor des LVR vom 10.5.1955 an die von der FEB und dem LJA des LVR belegten privaten Erziehungsheime betr. der Förderung jugendpflegerischer Maßnahmen innerhalb der Heimerziehung, in: ALVR 18901.



Zeltlager Dansweilerhof 1961

men Übernachtungen in Zeltlagern oder Ferienhäusern waren mehr als nur eine Freizeitaktivität. Zur Begründung und Zielsetzung der ferienmäßigen Wanderfahrten erkannte der Landschaftsverband bereits 1955, dass die Heimerziehung, »insbesondere die langfristig durchgeführte, in der Gefahr steht, durch die Gleichmäßigkeit und verminderte Erlebnismöglichkeit in ihrer Wirksamkeit beeinträchtigt zu werden, zu wenig Gelegenheit für die Aufrechterhaltung des Kontakts zur Außenwelt und vor Abschluß der Heimerziehung zur Erprobung der Minderjährigen in normalen Lebensverhältnissen zu bieten sowie bei der Heimjugend ein Gefühl der Zweitrangigkeit gegenüber der freien Jugend entstehn zu lassen«.[27]

Darüber hinaus sollten so auch die in Dienststellen untergebrachten Jugendlichen während einer solchen Ferienmaßnahme in einer zwanglosen längeren Gemeinschaft mit den Erziehern eine notwendige »erzieherische Weiterführung« erfahren. Denn diese Wanderfahrten in »kleiner Gemeinschaft« hätten sich als geeignet erwiesen, so der LVR weiter, eine Erprobung der Heimjugend im Verhalten außerhalb des Heimes zu geben. »Diese mehrtägigen feriengemäßen Fahrten sind daher in erster Linie Erziehungsmittel und nicht vorwiegend Erholungsmaßnahme. Sie sollen selbstverständlich daneben so gestaltet sein, daß

27 Ebd., S. 1–2.

sie der Erholung der Minderjährigen dienen.«[28] Gefördert wurden deshalb nur Wochenend-, mehrtägige Wanderfahrten und Zeltlager.[29] Eintägige Wanderungen hingegen waren von der finanziellen Förderung ausgeschlossen. Diese Haltung entsprach durchaus einer damals auch in der Heimerziehung verbreiteten Auffassung von der Bedeutung von »Fahrt und Lager«, wo sich, so die beispielhafte Ansicht eines Erziehungsleiters eines Heimes aus Nürnberg, »eine Fülle von natürlichen Gelegenheiten zur Charakterbildung, die im Heim oft gesucht und geschaffen werden müssen«, ergeben könnten. »Initiative, Selbstverantwortung, Gemeinschaftsgefühl und gegenseitige Rücksichtnahme können sich entfalten […]. Das Ertragen von Strapazen, die Überwindung von Durst und Müdigkeit sind vorzügliche Mittel zur Stärkung der inneren Willenskraft, der es gerade unseren Jungen oft so sehr mangelt. […] Kein Junge kann sich der Romantik des Lagerfeuers entziehen, und mancher wird auf einsamer Nachtwache unter dem gestirnten Himmel zum erstenmal in seinem Leben vom Schauder der Unendlichkeit angerührt.«[30] Ob sich diese Ziele durch die Fahrten und Zeltlager erreichen ließen, lässt sich für die rheinischen Heime vorrangig durch die Berichte der Kontrollbesuche des Landesjugendamtes und die Erfahrungsberichte der begleitenden Erzieher der Heime sowie einiger Erlebnisberichte von Jugendlichen erschließen. Die in der Mehrzahl positiven Berichte der Erzieher und Jugendlichen im Anschluss an die Ferienfreizeiten bestätigen die Wirkungen dieser für die Jugendlichen außergewöhnlichen Lebens- und Erlebenssituationen auf den Zeltplätzen und Wanderungen. Nimmt man die Erlebnis- und Reflexionsberichte der Erzieher zur Grundlage, gab es trotz der »freiheitlichen Verhältnisse«, so die Betonung, nur wenige Entweichungen. »Es mag etwas übertrieben klingen, wenn man sagt, der kritische Zeitpunkt der Zeltlager beginnt beim Anblick des Heimes. Er kann gemildert werden durch eine Begrüßung bei der Ankunft.«[31] Diese besonderen (positiven) Umstände der Ferienmaßnahmen wurden in vielen Berichten der Erzieher beschrieben. So auch in dem Bericht über das Zeltlager der 3. Gruppe des Rheinischen Landesjugendheimes Erlenhof vom 16.6. bis 27.6.1962. Der begleitende Erzieher schilderte eine neuntägige Zeltfreizeit mit einer 26-köpfigen Jungengruppe. Interessant war die Zusammenfassung und Einschätzung der Freizeit aus der Sicht

28 Ebd., S. 2.

29 Schreiben des LJA (Beurmann) an die vom LVR zur Unterbringung von Minderjährigen der FE und FEH in Anspruch genommenen Heime im Bereich des LVR vom 19.3.1957 betr. der rechtzeitigen Planung und erweiterten Durchführung von Wanderungen im Rechnungsjahr 1957. Das LJA erinnerte die Heime regelmäßig an rechtzeitige Planung der Wanderungen und manifestierte damit regelmäßig das große Interesse des LJA an diesem Freizeitangebot. »Trotz des Wissens um personelle Schwierigkeiten möchte ich Sie bitten, diese Form der Freizeitbeschäftigung weiterzufördern und aufrecht zu halten. Die Urlaubsplanungen der Mitarbeiter seien doch auch zu beachten, damit kein Personal fehlt«, in: ALVR 18901. Vgl. hierzu Schreiben des LJA (Beurmann) (26.4.1961) an die Heime des LVR betreffend der Förderung von Freizeitmaßnahmen im Bereich der Jugendfürsorge durch Landesmittel, in: ALVR 18901.

30 Abdruck eines Referats von Schubert, Zeltlager, in: Mitglieder Rundbrief des AFET e.V., Nr. 2 (1953), S. 8–10.

31 Zusammenfassende Berichte von Erziehern verschiedener Rhein. Landesjugendheime in Zeltlagern im Jahre 1962, in: ALVR 41067.

der nachfolgenden Wochen. Keiner der Jungen war während des Zeltlagers entwichen, und der Erzieher schilderte interessierte, aktive Jungen, die Spaß an den Unternehmungen hatten. In den Tagen und Wochen nach der Freizeit hingegen, so der Erzieher Weber, »kam es zu Entweichungen schlimmsten Ausmaßes, einer steckte den anderen an, ja, fünf von ihnen wurden bei einer Entweichung gleich insofern straffällig, als sie einen PKW stahlen und auf und davon fuhren. Ich habe mir lange überlegt, wie es zu diesem Umschwung in der Gesinnung gekommen sein mag. Sicher trug viel, vielleicht sogar entscheidend dazu bei, daß auf die Gruppe sofort im Anschluß an die Freizeit, andere, besonders entweichungsgefährdete Jungen verlegt werden mußten, weil sie anderweitig nicht mehr untergebracht werden konnten. Jungen, die mehrere Monate entwichen waren und nun erzählten, wie leicht es sei, draußen unterzutauchen. Es ist ja auch schwer, sich die Freiheit zu verdienen, wenn man nicht weiß, wie lange man noch in Unfreiheit ausharren muß. Die ungewisse Zeit ist gerade für junge Menschen nicht kompensierbar, und so unterliegen sie leicht der Beeinflussung.«[32]

Auch wenn die Berichte über die Ferienmaßnahmen überwiegend positiv ausfielen, gab es kritische Stimmen, sowohl seitens der betreuenden Erzieher als auch der Mitarbeiter des Landesjugendamtes, die die Zeltlager regelmäßig aufsuchten und kontrollierten. Dabei bemängelten sie beispielsweise, wie beim Besuch des Zeltlagers des heilpädagogischen Landesjugendheims Süchteln in Lantenbach (Aggertalspere) 1962, die zu große Anzahl der Jugendlichen im Lager, die zu strenge Ordnung oder auch die Regeln der Essenszubereitung, die hier nur in den Händen der Erzieher lag.[33] In den Berichten der Erzieher lassen sich wiederholt Kritikpunkte erkennen, die in erster Linie die praktische Ausgestaltung der Freizeit betrafen. So bemängelten sie beispielsweise die eingeschränkten Freizeitinteressen mancher Jungen, die in der Freizeit oftmals »lieber in der Sonne liegen, Mädchen treffen, Bier trinken und Geld ausgeben wollen«. Schwierig war es auch, die Jugendlichen zu Wanderungen zu motivieren, dagegen, so die Aussagen, fanden die angebotenen Geländespiele meist Interesse, besonders wenn die Wettkämpfe mit Preisen ausgestattet wurden. Einig waren sich die Erzieher, dass eine gute und intensive Vorbereitung der Zeltlager sowie die Transparenz der inhaltlichen Gestaltung der Tage für die Jugendlichen notwendig seien. Berücksichtigt man die personellen Bedingungen während dieser Freizeiten (zwei Erzieher für eine oftmals 20–25 Jungen starke Gruppe), lassen sich die Bedenken und Vorsichtsmaßnahmen der Erzieher durchaus nachvollziehen, wenn sie beispielsweise auf die Bedeutung der Zusammensetzung der Gruppen hinwiesen oder auf die zuvor ausgehandelte und für alle Jungen gleiche Höhe der Taschengelder. Die Angst vor Entweichungen, vor zu vielen Kontakten mit Mädchen oder einem zu großen Alkoholgenuss der Jugendlichen verunsicherte den einen oder anderen Erzieher, so dass es einigen doch notwendig schien, die Ordnung im Zeltlager so weit aufrecht zu erhalten, dass »das Niveau der Ordnung nicht

32 Bericht über das Zeltlager der 3. Gruppe (des RLJH Erlenhof) vom 16.6.–27.6.1962 im Ahrtal, in: ALVR 41067.

33 Vgl. LJA betr. der Besuche der Zeltlager der RLJH Süchteln, RLJH Fichtenhain und Halfeshof am 30.8.1962, in: ALVR 41067.

unter das der Heimordnung im Heim fallen dürfe«.[34] Das entsprach – trotz des kritischen Hinweises auf ein Zuviel an Ordnung im Zeltlager – wohl auch der Ansicht des Landschaftsverbandes, dem eine gute Außenwirkung dieser Ferienmaßnahmen sehr wichtig war. Ein Ziel war es, durch positive Presse ein möglichst gutes Bild der Heimerziehung in der Öffentlichkeit zu vermitteln. Begegnungen mit der Dorfbevölkerung und Sportturniere mit ansässigen Sportmannschaften sollten deshalb der oftmals schlechten Meinung (oder der Uninformiertheit) in der Bevölkerung gegenüber der Heimerziehung entgegentreten. Die bereits erwähnten Kontrollbesuche dienten unter anderem auch diesem Ziel.

4.1.4 Jugendpflegerische Veranstaltungen und Freizeitangebote

Ebenso bedeutsam wie die alljährlichen Ferienmaßnahmen und Wanderausflüge waren die wöchentlichen Freizeitaktivitäten im Heimalltag, die Beteiligung an musischen und handwerklichen Wettbewerben und Ausstellungen, die Wahrung kirchlicher wie traditioneller Feste und Feiertage sowie auch die Teilnahme an örtlichen Freizeitangeboten. Denn ebenso wie die Sportangebote waren die organisierten Freizeitaktivitäten ein integraler Bestandteil der Heimerziehung, die – unter Berücksichtigung der Arbeitszeit – hauptsächlich in den Abendstunden und an den Wochenenden angeboten wurden. In allen Landesjugendheimen stand den Jugendlichen eine Heimbibliothek zur Verfügung, die Heime bezogen Tageszeitungen, die in allen Gruppen auslagen. Im Fichtenhain beispielsweise gab es jeden Samstagabend einen Lesekreis[35] und in allen Heimen wurden regelmäßige Filmabende angeboten. Die breite Auswahl der Filme sollte alle Filmgenres und Themen abdecken: »Die Diebe von Marschan« (märchenhaftes Abenteuer), »Menschenraub« (gesellschaftskritisches Drama), »Die Nacht beginnt am Morgen« (Untergang eines U-Bootes), »Der Tod war schneller« (Kriminalfilm) oder »Julius Cäsar« (Tragödie).[36] Wie auch im Fichtenhain gab es Mitte der 1960er Jahre oftmals Kooperationen mit den ortsansässigen Volkshochschulen, wodurch das Filmangebot der VHS in den Heimen gezeigt werden konnte. Wichtig beim Filmangebot war die laut Programm im Anschluss vorgesehene Diskussion.[37]

Nicht nur die Filme, sondern auch das Freizeitprogramm änderten sich im Laufe des Untersuchungszeitraums. War es in den 1950er Jahren noch ein besonderes Angebot, sich gemeinsam eine Fernsehsendung anzuschauen, so war Mitte der 1960er Jahre das Fernsehen fest im Erziehungsprogramm eingebaut. »In allen Gruppen steht ein Fernseher. Wöchentlich berät sich der Erzieher in der Gruppe mit seinen Jungen und bespricht mit ihnen an Hand der vorliegenden Filmillustrierten die Sendungen, die evt. angeschaut werden können.«[38] Ende der 1960er Jahre gab es in allen Heimen »Beatkeller«, die von den

34 Bericht über das Zeltlager der 3. Gruppe (des RLJH Erlenhof) vom 16.6.–27.6.1962 im Ahrtal, in: ALVR 41067.
35 Vgl. Jahresbericht 1954 des RLJH Haus Fichtenhain, in: ALVR 18856, Teil II.
36 Freizeitplan für die Monate Oktober – Dezember 1962 des RLJH Erlenhof, in: ALVR 18901.
37 Vgl. Jahresbericht 1967 des RLJH Haus Fichtenhain, in: ALVR 29717.
38 Vgl. Jahresbericht 1965 des RLJH Haus Fichtenhain, in: ALVR 29717.

Jugendlichen geschaffen und gestaltet wurden. Das heißt, es gab einerseits Angebote, die in allen Heimen identisch waren, und andererseits heimspezifische Aktivitäten.[39] So gab es beispielsweise ab Mitte 1950 im Rheinischen Landesjugendheim Fichtenhain das Angebot eines Heim-Blasorchesters, in dem Angestellte, Erziehersöhne und vereinzelt auch Heimjugendliche mitspielten. Doch nicht jede angebotene Aktivität der Heime fand ausschließliche Zustimmung beim Landesjugendamt. Auf die Anforderung einer finanziellen Unterstützung zum Kauf neuer Instrumente wies Beurmann seitens des Landschaftsverbandes in einem Schreiben 1956 deutlich darauf hin, dass die »angeforderten 2.400 DM für weitere Instrumente aber nur genutzt werden dürfen, wenn Minderjährige in ausreichendem Masse hinzugezogen werden können«.[40] Zwei Jahre später gab es laut Schreiben des Direktors Wolpers eine Stammgruppe (Erzieher, Erziehersöhne, zwei Jungen aus der katholischen Pfarrjugend) ohne Beteiligung der Heimjungen und eine Anfängergruppe, bestehend aus zwei Erziehern und vier Jungen aus dem Heim. Wolpers beklagte »die fehlende Ausdauer der Jungen, die immer wieder dazu führt, dass Jungen bereits nach kurzer Zeit wieder aufhörten«. Man überlegte daraufhin, ob man die Jungen vielleicht mit einem Fanfarenzug zur Teilnahme und zum Verbleib im Orchester begeistern könnte.[41] Andere Heime versuchten mit Trägern kommunaler Bildungs- und Freizeitangebote zu kooperieren. So gelang es dem Rheinischen Landesjugenderziehungsheim Dansweilerhof 1962, das Heim als »Nebenstelle der Volkshochschule« anerkennen zu lassen, damit im Dansweilerhof Veranstaltungen angeboten werden konnten, die nur für Heimbedienstete und Jugendliche des Dansweilerhofes zugänglich waren.[42] Ende der 1960er bis Mitte der 1970er Jahre gab es in allen Heimen Heimzeitungen, die von den Jugendlichen gestaltet und redaktionell betreut wurden.

Traditionelle Angebote aller Heime waren die – zum Teil bereits erwähnten – Bastel- und Werkgruppen, Fotografieren, Filmabende, Vorträge und Theateraufführungen. Trotz eingeschränkter Mittel und Möglichkeiten war man seitens der Heime von Beginn an motiviert, den Jugendlichen Angebote für ihre Freizeit zu ermöglichen. So wies das Rheinische Landesjugendheim Halfeshof in seinem ersten Jahresbericht 1954 nicht ohne »Stolz« darauf hin, dass – trotz aller grundlegenden Wiederaufbauarbeiten – »1953 im Dachgeschoss des Hauses II der erste Bastelraum hergerichtet wurde. Dieser helle und zu handwerklicher Freizeitgestaltung geradezu einladende Raum ist mit zwei je 4-stelligen Werkbänken und

39 Zu bemerken sei an dieser Stelle, dass ein Überblick des Freizeitverhaltens und der Freizeitangebote in der Heimerziehung für einen so langen Zeitraum nur exemplarisch möglich ist. Es soll hier in erster Linie darum gehen, die Gemeinsamkeiten, Unterschiede sowie Schwerpunkte der Angebotspalette herauszustellen. Dies soll verdeutlichen, welchen Stellenwert die gestaltete Freizeit im Konzept der Heimerziehung in den rheinischen Landesjugendheimen hatte.

40 Scheiben des LJA (Beurmann) an das RLJH Fichtenhain (27.7.1956) betr. Besetzung des Blasorchesters, in: ALVR 18901.

41 Schreiben des Direktors des RLJH Fichtenhain an das LJA (22.2.1958) betr. Zusammensetzung des Blasorchesters, in: ALVR 18901.

42 Vermerk des LJA (Beurmann) (3.11.1960) betr. Einschaltung der Volkshochschule Brauweiler in die Arbeit des Erziehungsheimes, in: ALVR 40711.

allem Werkzeug für Bastelarbeiten mit verschiedenen Werkstoffen eingerichtet.«[43] Ein weiterer wichtiger Aspekt innerhalb der Freizeitplanungen der Heime war die Aufrechterhaltung traditioneller Feste wie Karneval oder das Erntedankfest. Besonders die Pflege der kirchlichen Feiertage war den konfessionell orientierten Landesjugendheimen wichtig. Weihnachten, Ostern, Pfingsten sowie die religiös-traditionellen Feiertage wie St. Martin, Nikolaus oder verschiedene Heiligenfeste wurden mit feierlichen Zeremonien und Festabläufen in den Heimen begangen.[44] Am Beispiel des sehr detaillierten Festplanes der Peter und Paul-Kirmes[45] im Landesjugendheim Fichtenhain lässt sich die Organisation solcher Feste nachzeichnen: »Festfolge: 07.45 Uhr Der Tag wird eingeläutet, 08.00 Uhr Gottesdienst für die Gruppen, 09.00 Uhr Gottesdienst für die Gruppen, 10.30 Uhr Beginn des Kirmesbetriebes an 6 Ständen (Schießbuden, Kletterstange, Ball werfen, Zielwerfen, Drehbude), 12.00 Uhr Mittagessen, 13.30 Uhr Fortsetzung des Kirmesbetriebes, 14.30 Uhr Humoristische Wettkämpfe (Hindernislauf, Schubkarrenrennen, Staffellauf), 16.00 Uhr Kaffee, 16.30 Uhr Bunter Nachmittag unter dem Motto: ›Wer zuletzt lacht‹, 18.30 Uhr Abendessen, 19.15 Uhr Musikalischer Ausklang. Es spielt das Orchester ›Quetschkomodia Haus Fichtenhain‹.«[46]

Zum einen ging es um die prinzipielle Wahrung eines kirchlichen Feiertages und einer kulturellen Traditionen, zum anderen um ein freizeitliches Angebot für die Jugendlichen, das – ganz nebenbei – immer auch generelle Aspekte und Zielsetzungen der Heimerziehung wie die Förderung der Gemeinsamkeit, der Ordnung, des Wettbewerbes, der Konfessionalität, des Gruppengefühls und der Sportlichkeit mit integrierte. Anzumerken sei an dieser Stelle noch, dass nicht immer alle Angebote zu allen Teilen auch für die Jugendlichen zugänglich waren. Die Heime organisierten, neben den Veranstaltungen für die Jungen, auch heimeigene Feste wie Karnevalsfeiern oder den St. Martinsball, die nur von den Bediensteten und ihren Familien besucht werden durften.

Ein weiterer wichtiger Aspekt bei der Freizeitgestaltung und -organisation der Heime war der der Außenwirkung mit einer positiven Wahrnehmung in der Öffentlichkeit. So war dem Landesjugendamt immer daran gelegen, die angebotenen Aktivitäten in den Heimen so oft und vorteilhaft wie möglich in der Öffentlichkeit zu präsentieren. Dazu lud man, wann immer es möglich war, die Vertreter der kommunalen Öffentlichkeit in die Heime ein oder präsentierte sich in den lokalen Medien. Aber auch die Verbreitung und Kommunikation innerhalb des Verbandes sowie zwischen den Heimen war dem Landesjugendamt wichtig. Als der Dansweilerhof 1961 begann, sein wöchentliches und monatliches Freizeitprogramm in einem saisonalen Flyer (Sommer- und Winterprogramm) zu präsentieren, nutzte Beurmann diese Gelegenheit, in einem Schreiben an die zuständigen Dezernenten und Bezirkssachbearbeiter der öffentlichen Ersatzerziehung auf dieses Programm

43 XIV. Punkt »Sonstiges« durch den Berichterstatter Verwaltungs-Oberinspektor Harwege im Jahresbericht über die Rechnungsjahre 1954 und 1955 des RLJH Halfeshof in Solingen, in: ALVR 41071.

44 Vgl. dazu mehr in Kap. III.6.

45 Vgl. Veranstaltungen im Rahmen der Heimorganisation und Freizeitgestaltung, in: ALVR 29190.

46 Vgl. Programm und Festfolge der Peter und Paul-Kirmes (o.D.) des RLJH Fichtenhain, in: ALVR 18914.

hinzuweisen: »[…] der Dansweilerhof, der ja in seiner Erziehungsart häufig verkannt wird, hat es sich besonders angelegen sein lassen, eine entsprechende Form für Ankündigungen und Durchführungen dieser Arbeitskreise zu finden.«[47] Die Außenwirkung war hier mindestens so entscheidend wie die inhaltlichen Angebote für die Jugendlichen. Die reichten sowohl im Dansweilerhof als auch in anderen Heimen wie beispielsweise im Landesjugendheim Erlenhof vom Angebot der Anfertigung von Marionetten, Kunstschrift- und Plakatschrift, Werken in Holz, Emaille- und Mosaikarbeiten, Modellbau, Modellieren in Ton und Pappmaschee, Linolarbeiten und dem Basteln von Flechtmaterial über die Laienspielgruppe, den Singkreis bis zu Kursen zu aktuellen Fragen der Weltpolitik, Englischkursen oder dem Angebot des Schachspielens. Daneben gab es Sonderveranstaltungen nach besonderem Plan wie einen Vortragsabend mit Dias und Film eines Polarforschers, einen Rezitationsabend mit einem Dramaturgen, einen Vortrag über heimische Greifvögel und eine weihnachtliche Erzählung.[48]

Neben der wichtigen Öffentlichkeitsarbeit war das Landesjugendamt auch immer bemüht, die Heime in einem ständigen Prozess des gegenseitigen Austausches von Erfahrungen zu begleiten. So nahm Beurmann 1961 die Aktivitäten des Dansweilerhofes zum Anlass, um mit den Heimen gemeinsam zu überlegen, »ob und ggfs. wie so oder ähnlich auch in Ihrem Hause verfahren wird oder verfahren werden könnte«.[49] Die diesbezüglichen Bemühungen lassen sich wohl mit dem allgemeinen Interesse an einer Verbreitung guter Ideen erklären, diente aber wohl auch dem Zweck, andere Heime zu mehr Aktivitäten zu motivieren bzw. ihre Angebote und Präsentationen zu optimieren. Anfragen seitens des Landesjugendamtes an die Heime, wie eine Intensivierung der Freizeitbeschäftigung in den Heimen möglich wäre, sollten die aktuellen Bemühungen zusammenfassen. In einem Schreiben des Landesjugendamtes forderte Jans die Heime 1970 auf, zu folgenden Fragen Stellung zu nehmen: »Welche Notwendigkeiten und Möglichkeiten sehen Sie für Ihr Heim hinsichtlich der zusätzlichen Bildung von Neigungsgruppen und der Leitung dieser Neigungsgruppen, sind im Heim Kräfte vorhanden, die entsprechende Eignung und Neigung haben und durch zusätzliche Ausbildung geschult werden sollten, können oder müssen zusätzliche Kräfte angeworben werden, entweder durch das Heim oder mittels Ausschreibung?«[50]

Die Antwort des Landesjugendheimes Fichtenhain machte die Situation – die sich nicht gravierend von den anderen Heimen unterschied – im Freizeitbereich deutlich. Es gab eine ganze Palette von Angeboten, zu deren Bewältigung zusätzliche Kräfte angewor-

47 Schreiben des LJA (Beurmann) an die Dezernenten und Bezirkssacharbeiter der öffentlichen Ersatzerziehung vom 31.1.1961 betr. die Jugendpflege im Heim, in: ALVR 40122.

48 Programm »Freizeit und Bildung« im RLJH Erlenhof, Plan von Oktober–Dezember 1962, in: ALVR 18901.

49 Schreiben des LJA (Beurmann) vom 31.1.1961 an die Rhein. Landesjugendheime Erlenhof, Halfeshof, Fichtenhain betr. die Jugendpflege in der Heimerziehung und die Möglichkeit der Bildung von Interessengemeinschaften, in: ALVR 40122.

50 Schreiben des LJA (Jans) an das RLJH Haus Fichtenhain (30.11.1970) betr. die Frage nach der Intensivierung der Freizeitgestaltung in den Rhein. Landesjugendheimen, in: ALVR 18886.

ben werden mussten. Auch bedurften die bisher tätigen Erzieher, so Wolpers, »einer intensiven Ausbildung auf dem ausgewählten Gebiet«.[51] Diese so genannten Freizeiterzieher wurden von allen Direktoren als notwendig befunden,[52] so die Haltung im Jahre 1970, und die Stellen wurden in den kommenden Stellenplanentwürfen aufgenommen. Des Weiteren forderte man die Heime auf, »zur sinnvollen Gestaltung der Freizeit geeignete nebenamtliche Kräfte auf Honorarbasis zu gewinnen« und bei der Planung die Mitverantwortung und -entscheidung der Jugendlichen im Freizeitbereich zu berücksichtigen.[53] Weiter könnten geeignete Jugendliche, deren Erziehungsmaßnahme aufgehoben war, »gegen Vergütung als Mitarbeiter (Helfer) für die Heime gewonnen werden«.[54] Das Landesjugendamt wie auch die Heime waren sich der Bedeutung der Freizeit als einer zu gestaltenden (freien) Zeit in der Heimerziehung durchaus bewusst. Von Beginn an argumentierte man dahin gehend, »daß erzieherische Hilfen in der öffentlichen Erziehung ohne intensive und gut geleitete Sporterziehung nicht mehr denkbar sind. Und weiter: wie Sport bieten auch jugendpflegerische Veranstaltungen mannigfaltige Gelegenheiten, die Schüler und Jugendlichen aus der Passivität und lediglich beschaulichen Betrachtung der Darbietungen unserer Massenmedien herauszuholen.«[55] Die Jugendlichen sollten ihre Freizeit sinnvoll nutzen, das hieß im Sinne des Landschaftsverbandes eine pädagogisch gestaltete Freizeit. Gerade die Jugendlichen der öffentlichen Erziehung glaubte man auch in der Freizeit »nachsozialisieren« zu müssen, um dem diagnostizierten Verwahrlosungsverhalten entgegen zu treten. Je intensiver man die freie Zeit der Jugendlichen organisierte und verplante, um so größer der erwartete Lerneffekt. Gleichzeitig aber auch ermöglichte dies die größtmögliche Kontrolle der Jugendlichen. So behauptete Merzbach 1951, »daß es wohl für die Zukunft ankäme, die in den Minderjährigen steckende ›Proletarität‹ zu erkennen und diese mit ›volksbildnerischen‹ Bemühen zu entpolitisieren.« Merzbach weiter, »die Jungen werden während ihres Aufenthalts in der Stadt, im Kino von Erziehern begleitet und beobachtet. Die Erzieher fahren während ihrer Freizeit oder ihrem Dienst außerhalb des Heimes mit dem Fahrrad durch die Stadt und beobachten die Jungen, ob sie zum Beispiel in die Wirtschaft gehen.«[56] Die Jugendlichen galten – besonders außerhalb des Heimes – als ständig gefährdet und die Heime glaubten, dass nur eine möglichst umfassende Kontrolle diese Gefahr eindämme. Vor diesem Hintergrund ist es nicht erstaunlich, dass die nicht geplante und vorstrukturierte freie Zeit für die Jugendlichen knapp bemessen war. Wenn die Jugendlichen – in der Regel an den Sonntagen – freien Ausgang hatten, so gingen sie in die Stadt, ins Kino

51 Ebd., Antwortschreiben des Direktors des RLJH Fichtenhain (o.D.), in: ALVR 18886.
52 Vgl. Ergebnis-Niederschrift über die Besprechung des LJA mit den Direktoren der Rhein. Landesjugendheime am 26.11.1970, in: ALVR 38551.
53 Vgl. Ergebnis-Niederschrift über die Besprechung des LJA mit den Direktoren der Rhein. Landesjugendheime am 24.5.1971, in: ALVR 38551.
54 Vgl. Ergebnis-Niederschrift (26.11.1970), in: ALVR 38551.
55 Jahresbericht 1972 des RLJH Halfeshof, in: ALVR 40361.
56 Scheiben des Direktor Merzbach an den Sozialminister des Landes NRW betr. die Begleitung der Jungen in ihrer Freizeit in die Stadt (1951), in: ALVR 18891, Teil I.

oder auf den Kirmesplatz. Mit dem zur Verfügung stehenden Taschengeld konnten sie sich meist nur kurze Zeit in Wirtschaften oder anderen öffentlichen Lokalen aufhalten.

4.2 Sexualität, Geschlechtserziehung und Freundschaft

Der Schwerpunkt der nachfolgenden Betrachtung liegt auf der Beschäftigung mit männlicher Sexualität und der Freundschaft zwischen Jungen. Dies ist insofern von Bedeutung, als im Bereich der Mädchenfürsorge das Thema Sexualität – wegen der bei Mädchen mehrheitlich diagnostizierten sexuellen Verwahrlosung als Fürsorgegrund – schon sehr früh ein beachtetes Thema war und in verschiedenen Forschungsarbeiten zum Thema Mädchen in der Fürsorge als Teilaspekt behandelt wurde.[57] Dies schließt in unterschiedlicher Gewichtung auch den Komplex Mädchenfreundschaft und Freundschaft zwischen Mädchen und Jungen ein. Hier soll es nun in erster Linie um Freundschaften von Jungen in den rheinischen Landesjugendheimen gehen. Das schließt die Freundschaft zwischen Jungen und Mädchen nicht gänzlich aus, aber der Fokus liegt hier zum einen auf der »Geschlechts- und/oder Sexualerziehung in den rheinischen Heimen für schulentlassene Jungen« und zum anderen auf dem Aspekt »Freundschaften im Heim«. Dies konnte auch durchaus die Freundschaft mit einem Erzieher bedeuten.

Besonders in den 1950er Jahren gab es heftige Diskussionen im Bereich der Jugendpolitik und Jugendfürsorge sowie eine intensive gesellschaftliche Auseinandersetzung über die modernen Gefährdungen der Jugend und den notwendigen Schutz der Jugend. 1951 wurde das Gesetz zum Schutze der Jugend in der Öffentlichkeit (JÖSchG) erlassen, im selben Jahr gründete sich die Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz (BAJ), 1953 wurde nach dem Modell des 1926 erlassenen Gesetzes zur Bewahrung der Jugend vor Schund- und Schmutzschriften das Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften (JgefSchrG) erlassen, und ein Jahr später folgte die Gründung der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften (BPjS). Auch auf Länderebene waren die Aktivitäten im Bereich des Jugendschutzes vielfältig. Über den Landesjugendplan NRW wie auch durch Mittel des Landeshaushalts wurden zahlreiche Maßnahmen zur Behebung der »Jugendnot« und zum Schutz der Jugend finanziell unterstützt und gefördert. So erhielten die Landesjugendämter Zuweisungen zur Finanzierung von Jugendschutz-Fachkräften in den örtlichen Jugendämtern sowie Mittel zur Durchführung von Jugendschutzmaßnahmen wie Jugendschutzwochen und Plakataktionen sowie zur Förderung der Arbeitsstelle »Aktion Jugendschutz«. Aber auch das Land NRW selbst war in der Jugendschutzarbeit tätig, indem das Arbeits- und Sozialministerium »maßgeblich an der Bekämpfung von Schmutz und Schund mitwirkte«, so der Vorsitzende des Jugendausschusses des Landtages NRW.[58] Gerade durch die Möglichkeiten einer sich entwickelnden und verbreitenden

57 Vgl. Lütze 2002; Schmidt 2002; Gehltomholt/Hering 2006.
58 Molis 1956, S. 3.

Freizeitindustrie sah man erhebliche Gefahren für die Jugend. Gleichzeitig sah man die bestehenden moralischen Werte seitens eines Teiles der Jugendlichen immer öfter in Frage gestellt. Infolgedessen versuchte man, den Zugang der Jugendlichen zu aktuellen Filmen, Literatur und Musik immer häufiger und intensiver einer jugendschützenden Kontrolle zu unterziehen. Die Jugend veränderte sich, und die Gesellschaft konnte mit ihrem »Verstehen der Jugend« nicht Schritt halten. Eine Reaktion des Staates waren die gesetzlichen Beschränkungen des Zugangs und Gebrauchs bestimmter Freizeit- und Kulturangebote. Denn man glaubte, so weiterhin eine möglichst umfangreiche Kontrolle über die Entstehung und Verbreitung von »jugendgefährdenden Schriften und Filmen« zu haben, um somit den Einfluss auf die Werte- und Normerziehung der Jugendlichen zu wahren. Positiv gewendet wollte man mit dem gesetzlichen Schutz der Jugend »die anarchistischen Zonen der Freizeitwelt (Spielhallen, Rummelplätze, Varieté-, Kabarett- und Revuedarbietungen, öffentliche Tanzlustbarkeiten, Kino, Branntwein-, Alkohol- und Tabakgenuss) ordnen und prohibitiv gesetzlich in den Griff zu nehmen versuchen«.[59]

Doch die neuen Jugendstile ließen sich nicht gänzlich verbieten, und für einen Teil der Jugendlichen war es ein Mittel, gegen die – ihrer Auffassung nach – gesellschaftliche Unterdrückung von Sinnlichkeit und Sexualität zu protestieren. Die neue Musik mit ihren Tanzbewegungen in den 1950er Jahren drückte ein neues Körpergefühl und -bild mit einer sich wandelnden Einstellung zu Sexualität und Freundschaft aus. »Während sich im Gesellschaftstanz der jeweiligen Zeit bestehende sexuelle Normen verfestigten, sind die Tänze der Jugendkulturen immer bewußte Verstöße gegen die Konventionen eines gesellschaftlich akzeptierten Tanzverhaltens und damit soziale Desintegration.«[60] Es war so auch ein Protest gegen die Lustfeindlichkeit der Gesellschaft, und mit dem Rock 'n' Roll protestierte man gegen die Unterdrückung sinnlicher Bewegungen des Körpers und gegen die Versuche der Erwachsenen, »die körperliche Begegnung der Geschlechter in die geregelten Formen zu kanalisieren […]«.[61] Es entstanden neue Jugendcliquen mit erkennbaren Distinktionsmerkmalen wie Kleidung oder Haarschnitt (»Elvistolle«) zur äußerlichen Abgrenzung gegenüber der Generation der Eltern und einer bewussten Demonstration der Ablehnung traditioneller Haltungen und Ansichten – auch im Umgang mit den Geschlechtern, mit Sexualität oder Freundschaft.

4.2.1 Sexualität und Geschlechtserziehung zwischen Tabuisierung und Aufklärung

In der Jugendfürsorge galt die besondere Aufmerksamkeit den zu verwahrlosen drohenden und den bereits verwahrlosten Jugendlichen. War bei den Mädchen die sexuelle oder sittliche Verwahrlosung ein dominierendes Kennzeichen und Begründung für eine Fürsorgeerziehung, wurde bei Jungen homosexuelles oder homoerotisches Verhalten im Heim

59 Muchow 1957, S. 3.
60 Müller/Nimmermann 1968, S. 16.
61 Richrad/Krüger 1995, S. 104.

befürchtet und wurden die Begegnungen mit Mädchen als potenziell gefährliche angesehen. So lässt sich die zunehmende Bedeutung einer Geschlechts- oder Sexualerziehung in den Heimen des Landschaftsverbandes in den 1950er Jahren auch mit den dargestellten jugendkulturellen und gesellschaftlichen Veränderungen erklären, in deren Zusammenhang sich auch die Bedeutung und die Formen von Freundschaft für Jugendliche zu ändern begannen. Speziell in den Jungenheimen bestand nach Ansicht des Landschaftsverbandes – über die grundsätzlichen Gefahren sexueller Kontakte zwischen Jungen und Mädchen hinaus – eine »beständige Gefahr« homoerotischer wie homosexueller Verfehlungen. Diese durch präventive Regeln zu unterbinden war ein Ziel. Ein anderes war die strenge und rigorose Verurteilung und Bestrafung eines solchen Vergehens. So wurden im Oktober 1957 drei Jugendliche vom Direktor des Landeserziehungsheimes Dansweilerhof mit Arrest und Vergünstigungsentzug bestraft, da es unter ihnen zu sexuellen Ausschreitungen gekommen war. »Die Ermittlungen ergaben, daß H. öfter Schmerzen am Geschlechtsteil verspürte und dies seinen Zimmerkameraden mitgeteilt hat. Hieraus entwickelten sich dann unsittliche Gespräche und Handlungen, die darin gipfelten, daß die drei Jugendlichen im Schlafsaal onanierten.«[62] Bedenkt (und berücksichtigt) man die zur damaligen Zeit vorherrschende Rechtslage sowie die in der Gesellschaft vorherrschende Meinung zu Homosexualität und zum Umgang mit homosexuellem Verhalten (Aufrechterhaltung der Sittlichkeit), wundert diese rigorose Haltung des Landesjugendamtes nicht. Die inhaltliche Ausrichtung des Sexualstrafrechtsparagrafen 175 StGB,[63] der bis 1969 noch auf der gesetzlichen Ausformulierung der Fassung von 1935 basierte, stellte homosexuelle Handlungen unter bestimmten Voraussetzungen unter Strafe und blieb trotz einiger juristischer Eingaben in seiner Form bis Anfang der 1970er Jahre aufrecht erhalten. Erst dann wurde die Strafbarkeit homosexueller Handlungen zwischen volljährigen Erwachsenen aufgehoben, hingegen stand sie in Fällen einer Beteiligung Minderjähriger für den Volljährigen weiter unter Strafe. Das heißt, das Anliegen des Landesjugendamtes sowie das deutliche Einschreiten der Heime gegen homosexuelles oder homoerotisches (hier wurde kein Unterschied gemacht und das Verhalten der Jugendlichen auch nicht als mögliche pubertäre Phase im Entwicklungsprozess zur eigenen Sexualität erklärt) Verhalten basierte in erster Linie auf dem Verständnis einer christlich wie gesellschaftlich akzeptierten Sexualmoral, die davon ausging, dass solche »unnatürlichen Verhaltensweisen« möglichst im Ansatz und bedingungslos unterbunden werden mussten. Zum anderen war man sich der juristisch schwierigen Situation bewusst, wenn es – aufgrund homosexueller Beziehungen zwischen Jugendlichen oder zwischen Erziehern und Jugendlichen – zu Beschwerden und Vorwürfen seitens der Eltern oder der Jugendämter gekommen war.

So lässt sich die Reaktion des Landesjugendheimes Halfeshof im Jahr 1968 auf die Vorwürfe zweier entwichener Jugendlicher, die beim Aufgriff durch das Jugendamt Rheinhausen als Begründung ihres Entweichens die homosexuellen Avancen eines Erziehers angaben, dahin gehend nachvollziehen. Die beiden Jugendlichen bezichtigten einen Erzieher,

62 Scheiben von Müller an das LJA (1.10.1957), in: ALVR 38661.
63 § 175 Unzucht zwischen Männern, in: Strafgesetzbuch, S. 92.

»eine zweite Ader« zu haben, das hieß schwul zu sein. Als Begründung für ihre Anschuldigung beschrieben sie, dass der Erzieher sie »in den Haaren gekrabbelt hätte« und sie am Kopf oder an der Schulter berührt habe. Im Anschluss revidierten sie ihre Anschuldigungen dahin gehend, dass sie nicht genau wüssten, ob Herr E. homosexuell sei. Für den Direktor aber war es Anlass genug, dem Erzieher in einem Gespräch zu bedenken zu geben, »welch böse Auslegung Schulterklopfen oder ähnliches erfahren kann«.[64] Obwohl hier nicht geklärt werden kann, ob die Anschuldigungen – wie Direktor Knappertsbusch rekapitulierte – tatsächlich nur Schutzbehauptungen der Jugendlichen waren oder sie auf Grund der möglicherweise eindringlichen heiminternen Vernehmung durch den Direktor ihre Beschuldigungen zurückgezogen haben, wird deutlich, mit welcher Dringlichkeit die Heime diesen Beschuldigungen entgegen traten.

Auch für den Bereich der Freizeitgestaltung glaubte man seitens des Verbandes auf mögliche sittliche Gefährdungen hinweisen zu müssen. So erinnerte das Landesjugendamt die Heime, besonders bei mehrtägigen Wanderungen auf die Ausschaltung einer sittlichen Gefährdung während des Übernachtens zu achten. »Dies gilt sowohl für die Vermeidung von sittlichen Verfehlungen der Jugendlichen untereinander, als auch für Verfehlungen Dritter an den Jugendlichen«,[65] so Jans in einem Schreiben an die Heime im April 1957. Auch wenn Jans hier keine konkreten potenziell Handelnden (Dritte) einer sittlichen, sprich sexuellen Verfehlung benannte, so lässt sich annehmen, dass hier einerseits von homosexuellem Verhalten zwischen den Jugendlichen des Heimes, aber auch zwischen Jungen und außenstehenden Personen gesprochen wurde. Weiterhin schließt es wohl auch die Gefahr möglicher heterosexueller Kontakte zwischen Jungen und Mädchen mit ein. Inwieweit er hier auch mögliche unfreiwillige sexuelle Kontakte, sprich sexuelle Belästigungen oder Missbrauchssituationen (auch durch erwachsene Personen) miteinbezog, lässt sich nicht eindeutig erkennen. Auch im Sportbereich wollte man denkbare Gefahren einer (sexuellen) Begegnung zwischen den Jungen des Heimes und Mädchen von außen wenn möglich unterbinden. So verweigerte Beurmann dem Direktor des Rheinischen Landesjugendheimes Fichtenhain die Erlaubnis, den Heimsportplatz weiblichen Sportgruppen aus der Umgebung zur Verfügung zu stellen. »Ich habe erklärt, daß eine Mitbenutzung durch Mädchen meines Erachtens gleichgültig zu welcher Zeit, nicht möglich ist.«[66] War der Aufenthalt im Heim bis auf die Nachtzeiten, auch aufgrund der sehr ausgedehnten und durch das Heim breit organisierten Tagesabläufe, für die Erzieher recht übersehbar und kontrollierbar, war die Überwachung des öffentlichen Raumes und der freien Zeit der Jugendlichen nur schwer zu garantieren. Dazu gehörten neben den Zeiten des freien Ausgangs auch die Freizeitangebote wie Ausflüge, Zeltlager oder Sportveranstaltungen. Deshalb setzte man einerseits auf eine Aufklärung der Jugendlichen und andererseits auf eine möglichst umfangreiche Kontrolle. Doch um die als notwendig erachtete Geschlechtser-

64 Vorwurf homosexuellen Verhaltens eines Erziehers, in: ALVR 18305.
65 Schreiben von Jans an die Heime des LVR (12.4.1957), in: ALVR 18901.
66 Vermerk von Beurmann (23.1.1957) bzgl. der Nutzung des Sportplatzes in Fichtenhain, in: ALVR 40405.

ziehung in den Heimen anbieten und durchführen zu können, musste das Landesjugendamt zunächst die Bereitschaft der Erzieher wecken, sie in Fortbildungen schulen und auch entsprechendes Material zur Verfügung stellen.

Aus einem schriftlichen Vermerk des Landesjugendamtes von 1961 geht hervor, dass sich das Landesjugendamt erstmals auf einer Fortbildung der Heimerzieherschaft im Jahre 1950 mit sexualpädagogischen Fragen beschäftigt hatte. »Damals hat Frau Dr. med. Müller aus dem Erziehungsheim Neu-Düsselthal über ›Die Einwirkung sexueller Früherlebnisse auf die Psyche der Kinder und Jugendlichen‹ einen Vortrag gehalten.«[67] Dies soll nicht heißen, dass Sexualität und ein akzeptierter Umgang mit Sexualität bis dahin in den Heimen kein Thema waren. Es bedeutet aber, dass der Landschaftsverband dem Komplex »Sexualität und Erziehung« bis zu diesem Zeitpunkt offiziell nicht in dieser Weise Aufmerksamkeit geschenkt hatte. Zum anderen bedeutete es, dass man sich der Frage annahm, inwieweit sexuelle Erlebnisse die Psyche von Kindern beeinflussen (bzw. bereits beeinflusst hatten) und wie man als Erziehungsinstitution darauf einwirken könnte (Erziehung und Sexualität). Lattke wies in einem Mitte der 1950er Jahre verfassten Artikel zur »Geschlechtlichen Erziehung der männlichen Heimzöglinge« darauf hin, dass die Sexualerziehung der Heimjugend, aufgrund der besonderen Lebenssituation und des Fehlens familiärer Intimsphäre,[68] einer besonderen Vorbereitung und Beachtung in den Heimen für männliche Jugendliche bedürfe. Fünf Jahre später, im Jahre 1955, diskutierte der Landschaftsverband dann das Thema »Geschlechtlichkeit und Geschlechtserziehung« auf einem Fortbildungslehrgang für Erzieher mit einer Fokussierung auf männliche Jugendliche. Ein evangelischer Jugend- und Eheberater referierte über die Themen »Seinshafte Grundlagen der Geschlechtlichkeit« und »Systematik der Geschlechtserziehung«, und anschließend wurden Fragen zur »Methodik in der Geschlechtserziehung und zu Fehlentwicklungen auf geschlechtlichem Gebiet« behandelt.[69]

Parallel dazu entstand eine Zusammenarbeit mit der Landesarbeitsgemeinschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und für die Geschlechtserziehung Nordrhein-Westfalen (LAGG), eine vom Innenministerium (Abt. Gesundheit) getragene Organisation, deren Aufgabe es unter anderen war, die Geschlechtserziehung zu fördern. In einem Schreiben des Arbeits- und Sozialministeriums an die Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe von 1957 forderte das Ministerium die Jugendhilfe auf, ihrerseits die Unterstützung des LAGG zu nutzen, »um für die Geschlechtserziehung die Formen und Methoden zu entwickeln, die den einzelnen Arbeitsbereichen [innerhalb der Jugendhilfe] unter Berücksichtigung der Altersstufen gerecht werden«.[70] Bisher hatte die LAGG hauptsächlich Institutionen im Bereich des Gesundheitswesens sowie die Schulen beraten und mit Material versorgt. Jetzt wurden die Landschaftsverbände aufgefordert, die ihnen mitgesandten Schriften für einen möglichen Einsatz zur Geschlechtserziehung in den

67 Vermerk des LJA (Klingelbiel) (23.8.1961), in: ALVR 38669.
68 Lattke 1952, S. 539 ff.
69 Vermerk des LJA (Klingelbiel) (23.8.1961), in: ALVR 38669.
70 Schreiben des Arbeits- und Sozialministeriums (17.7.1958) an die Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe, in: ALVR 38669.

Heimen zu prüfen. In einer ersten Kommentierung seitens des Landschaftsverbandes an die Heime schränkte Beurmann die Nützlichkeit der Hefte für den speziellen Einsatz in den Erziehungsheimen zwar ein, deutete aber auf eine erste gute Hilfe für die Erzieher hin: »Die speziellen Probleme, die den Heimen auf dem Gebiet der Geschlechtserziehung im Hinblick auf die besonders gehäuften und graduell verschärften sexuellen Gefährdungen der betreuten Minderjährigen aufgegeben sind, werden in den Schriften naturgemäß zwar nicht berührt, immerhin können diese Hefte in der Hand der Erzieher meines Erachtens eine gute Hilfe bilden.«[71] Zugleich empfahl Beurmann, die Mitteilungshefte der LAGG für die Heime zu bestellen und forderte die Heime auf, die Handreichungen der LAGG auszuwerten. Diese hatten die Bereitstellung der Schriften begrüßt und weiter bestätigt, »daß die Heimerzieher daraus wesentliche Einsichten gewonnen haben. Mehrere Heime – so die Kinderheime Haus Sonneck und Reckestift – weisen allerdings auch auf die Hemmungen hin, die im Kreis der Erzieherschaft, und zwar sowohl bei jüngeren als auch bei älteren Erziehern, mit Bezug auf das Problem der Geschlechtserziehung bestehen«, so der zusammenfassende Vermerk des Landesjugendamtes. Diese Haltung, so der Vermerk weiter, bestätige die von Engelmann (Psychologin, Köln) auf der Tagung vom Februar 1958 geäußerte Auffassung, »es bestände eine innere Sperre bei den Erziehern, die sie unfähig mache, auf dem Gebiete der Sexualpädagogik erzieherische Hilfe zu leisten«.[72] Dieser distanzierten Haltung entsprach in Ansätzen auch Rüngers Auffassung in seiner zu Ausbildungszwecken genutzten »Heimerziehungslehre« zu Beginn der 1960er Jahre, als er argumentierte, »die Behandlung sexueller Fragen im Gespräch mit den Kindern und Jugendlichen ist in erster Linie Aufgabe der Eltern. Nur dann, wenn sie versagen oder fehlen, ist es Auftrag des Erziehers, über sexuelle Dinge mit dem Kinde zu sprechen. Im Heim, in dem der Erzieher die Eltern weithin vertritt, wird dies sehr oft der Fall sein müssen […].«[73] Es galt den Erziehern die Notwendigkeit einer Geschlechtserziehung zu verdeutlichen, diese in den Ausbildungen zu verankern und ihnen für die Praxis und Anwendung genügend und nützliches Material an die Hand zu geben. Innerhalb des Landesjugendamtes nahm man sich auf Fortbildungen des Themas an und versuchte die fachlichen Debatten in der Literatur und Ergebnisse von Tagungen (AFET) mit den praktischen Erfahrungen der Heime zu koppeln. Besonders die Nutzung audio-visueller Hilfsmittel stand im Mittelpunkt der Methodik in der Geschlechtserziehung. In einer Anfrage des Landesjugendamtes von 1969,[74] wie in den Heimen Geschlechtserziehung durchgeführt werde, welche audio-visuellen Hilfsmittel in den Heimen vorlägen und welche Erfahrungen sie damit gemacht hätten, gab es ganz unterschiedliche Reaktionen. Die Landesjugendheime Fichtenhain und Abtshof besaßen keinerlei Film- und Bildmaterial, und das Erziehungsheim Süchteln verzichtete bewusst auf den Einsatz dieser Materialien. Lediglich das Landesjugendheim Halfeshof und der ihm angeschlossene Quellenhof gaben an, Filme oder Dias

71 Schreiben von Beurmann (2.12.1958), in: ALVR 38669.
72 Vgl. ALVR 38669.
73 Rünger 1962, S. 94.
74 Schreiben (Anfrage) von Beurmann an die Heime (24.7.1969), in: ALVR 40855.

als Unterrichtsmaterial einzusetzen (»So entsteht neues Leben«, Diaserie »Der Mensch«). Süchteln argumentierte deutlich gegen die Nutzung audio-visueller Materialien. Dieser Auffassung nach »sollte die Aufklärung und Erziehung je nach Entwicklungsstand des Einzelnen individuell geschehen«.[75] Einzig das Landesjugendheim Erlenhof berichtete von guten Erfahrungen mit den vorhandenen Hilfsmitteln sowie einem 12-stündigen Kurs für die Schülertagesklasse.[76] Doch trotz der recht reservierten Haltung der Heime bezüglich des Einsatzes audio-visueller Materialien intensivierte und vervollständigte Beurmann die Nutzung und den Bestand vorhandener Filme und arrangierte eine Zusammenarbeit mit der Landesbildstelle in Düsseldorf. Wie sich die Geschlechtserziehung in den Heimen tatsächlich gestaltete und welchen Erkenntnisgewinn die Jugendlichen von diesem Unterricht bzw. dieser Aufklärung hatten, lässt sich aus den Quellen nur ansatzweise nachvollziehen. Eine im Landesjugendheim Halfeshof 1969 verfasste Hausarbeit eines Erziehers untersuchte anhand von 200 ausgewerteten Interviews das »Sexualwissen sozial auffälliger Jugendlicher«. Die Ergebnisse zeigen ein deutliches Interesse an einer Beschäftigung mit sexueller Aufklärung und offenbaren gleichzeitig erhebliche Mängel bei den Kenntnissen über geschlechts-biologische Vorgänge. So kannten nur rund 66 Prozent der Jugendlichen den weiblichen Zyklus, lediglich rund 40 Prozent hatten Kenntnisse über den Zeugungsvorgang, und nur ungefähr 21 Prozent der Befragten kannten keine [??? »keine« streichen?] Verhütungsmittel oder Verhütungsmaßnahmen. Ähnlich schlecht oder wenig informiert waren die Jugendlichen über Geschlechtskrankheiten und deren Folgen. Der Autor kam zu der Schlussfolgerung, dass weder die Schule noch das Elternhaus genügend Sexualerziehung anboten und es ob des zu geringen Wissens notwendig sei, dies durch die Heime nachzuholen.[77]

Die konkrete inhaltliche Ausgestaltung (Konzepte) des Sexualkundeunterrichts sowie die Haltung und Positionierung des Landschaftsverbandes zu sexualpädagogischen und sexualethischen Fragen sind nur mittelbar erkennbar. Das Beispiel der Antwort Beurmanns auf die Anfrage einer Außenfürsorgerin des Bergischen Diakonissen-Mutterhauses aus dem Jahr 1965 vermittelt allenfalls ihre unentschlossene Haltung gegenüber Abtreibung und Verhütungsmitteln. In einem Brief äußerte die Außenfürsorgerin ihre Bedenken wegen der häufiger auftretenden Schwangerschaften von Mädchen in der Außenfürsorge. Weiter beklagte sie immer mehr und schnellere sexuelle Kontakte der Minderjährigen. Deshalb forderte sie eine eingehende und umfassende Aufklärung, »die wahrscheinlich soweit gehen muß, daß sie den Gebrauch von Verhütungsmitteln mit einschließt. Die Problematik der Abtreibung oder der unehelichen Geburt ist so groß, daß man ernsthaft überlegen muß, ob wir unseren Jugendlichen nicht alle Möglichkeiten zur Kenntnis bringen müssen, die verhindern können, daß unerwünschtes Leben entsteht.«[78] Beurmanns Antwort lässt keine präzise Haltung erkennen, doch gibt sie zu verstehen, »daß die hier

75 Antwortschreiben des RLJH Süchteln (8.8.1969) an das LJA, in: ALVR 40855.
76 Antwortschreiben des RLJH Erlenhof (21.8.1969) an das LJA, in: ALVR 40855.
77 Vgl. Das Sexualwissen sozial auffälliger Jugendlicher, in: ALVR 40560.
78 Brief der Außenfürsorgerin Lüdtke an Beurmann (8.6.1965), in: ALVR 40854.

aufgesetzte Problematik, trotz der großen Not […], in die die Mädchen geraten, wenn sie durch eine unerwünschte Empfängnis zu einer Abtreibung kommen, eine sehr sorgfältige Abwägung bedürfe, was im Rahmen der Jugendführung und Erziehung zu geschehen hat«.[79] Sie war sich der besonderen Problematik bewusst, war aber an dieser Stelle nicht bereit, Verhütung und Abtreibung als Möglichkeit zuzulassen. Ihr Hinweis, auf diese Frage bei einem späteren Gespräch über spezielle Fragen der geschlechtlichen Erziehung in Heimen für schulentlassene Mädchen zurückzukommen, lässt eine tatsächliche Antwort offen. Die Haltung der Außenfürsorgerin zeigte aber bereits erste Tendenzen, die – wie im Rundbrief des AFET zwei Jahre später abgedruckt – in einem Referat von Patzschke zum Thema »Sonderproblem der Mädchenerziehung« anlässlich einer Beiratssitzung 1967 bestätigt wurden, wenn er die sexuelle Situation der heutigen Jugend als einen »Prozeß der Auflösung überlieferter Regeln des geschlechtlichen Verhaltens« charakterisierte.[80]

Die im Zuge der 1968er Bewegung unter anderem angestoßene Debatte über gesellschaftliche Zwänge und Normen betraf in ihrem Kern auch immer die bestehenden Formen der menschlichen Beziehungen. Die traditionelle Rolle von Mann und Frau wurde in Frage gestellt, und dies betraf auch den sexuellen Umgang miteinander. Im Rahmen dieses gesellschaftlichen Wandlungsprozesses mussten auch die Erzieher in den Heimen auf die Fragen und Forderungen der Jugendlichen reagieren. Dass da oftmals zwei gegensätzliche Auffassungen aufeinander trafen, lässt sich erahnen. Und dass es für viele ältere Erzieher schwierig war, in einer angemessenen Sprache mit den Jugendlichen zu diskutieren, lässt sich nachvollziehen. So verwundert es nicht, dass auch noch im Jahre 1973 auf einer Besprechung der Direktoren konstatiert wurde, »Erzieher wie Jugendliche seien nicht in der Lage, adäquat über das Problem Sexualität zu reden, bzw. es zu verarbeiten. […] Es sei zwar notwendig und möglich über das ›Ist‹ zu diskutieren, es müsse aber, so Guthof, ein Teilnehmer der Konferenz, auch darüber geredet werden, welche Ersatzhandlungen toleriert werden können. Eine Problembewußtseinserweiterung allein sei nicht ausreichend – ihre Notwendigkeit und damit die der geplanten Fortbildungsmaßnahmen seien unumstritten –, die Frage des Handelns danach sei zu überprüfen.«[81]

79 Antwort von Beurmann (2.9.1965), in: ALVR 40854.

80 Patzschke arbeitete in seinem Referat schön die Widersprüchlichkeit, in der die Pädagogik (Erzieher) in der damaligen Situation steckte, heraus. Er verwarf weder die Verantwortung der Erzieher gegenüber dem Jugendlichen, ihn auf die »Lebensform ihrer Zeit« vorzubereiten, noch verkannte er die Veränderungen, die Gamm beschrieb: »Wir können nicht in unserer Erziehung zur Askese auffordern mitten in einer Gesellschaft, die uns auf Schritt und Tritt zum Genuß auffordert«, in: Patzschke 1967, S. 2.

81 Niederschrift vom 31.5.1973 der Direktorenkonferenz des LJA, in: ALVR 38555.

4.2.2 Exkurs: Freundschaften im Heim oder Zwangsgemeinschaften auf Zeit?

Die Themen »Freunde« und »Freundschaften« sind durch die vorliegenden Akten nur schwer zugänglich, und auch die Interviews der ehemaligen Heimkinder geben hierzu nur geringe Informationen. Die wenigen Aussagen der Interviewten, die diesem Themenkomplex zugeordnet werden können, lassen das Fragile dieses Themas deutlich werden. »I.: Hatten Sie auch Freunde während der Zeit?« H.V.: »Ja, den, den Nachbarn. Den ich von Haus Eins an gekannt hab, bis zum Schluss, bis dass ich weggekommen bin, von da oben [RLJH Halfeshof]. Also, wir waren immer zusammen und den hätte ich mal gerne wiedergesehen. Überhaupt, die ganze Abteilung. Ich weiß nicht, wie viele davon noch leben. Wenn man die mal wiedersehen könnte …«[82] Es war ein eher zufälliger Anlass, der diese freundschaftliche Beziehung zwischen den Jungen beginnen ließ, und sie dauerte nicht über die Heimentlassung hinaus an. An einer anderen Stelle resümiert Herbert Vogel weiter. H.V.: »Da hab' ich 'en Kumpel neben mir gehabt, der kam zwei Wochen später und der hat sich derart an mich geheftet … ich wusst' gar nicht, wat der von mir wollte! Wahrscheinlich Freundschaft, ich hab' ihm gefallen: keine Ahnung. Wir waren immer zusammen. Man hätt' uns auch nicht trennen können. Den hat ich immer neben mir.«[83] Ob sich aus dieser Zufälligkeit eine Freundschaft im Sinne eines vertraulichen Verhältnisses entwickelt hatte, ließ er offen. Das Zustandekommen und das Zulassen lässt die Beziehung als zumindest zweckmäßig erscheinen. Vielleicht war dies auch zunächst ausreichend. Während des weiteren Interviews ging Vogel nicht weiter auf das Thema ein.

Eine andere Haltung und Wertung von Beziehungen während der Heimzeit lässt sich aus dem Interview mit Gustav Berger erfahren. Auf die Frage, ob er einen guten Freund im Heim hatte, antwortete er, »och ich hatte ein paar gute Kumpels, klar. Aber ›Freund‹, da bin ich also sehr vorsichtig, weil das ist nen zweischneidiges Schwert. Also bevor ich jemanden nen Freund bezeichne … nee, das waren Gruppenmitglied, ja, aber mehr nicht.«[84] Diese Aussage lässt den Schluss zu, dass Gustav Berger während seiner Heimzeit keinen Freund unter den Jugendlichen gehabt hatte und freundschaftliche Beziehungen von Zweckgemeinschaften trennt. Ein weiterer Aspekt zum Thema Freundschaft greift die Verbindung von freundschaftlichen Beziehungen und Homosexualität zwischen den Jungen im Heim auf. Auf die Frage, ob Freundschaften möglich waren oder ob sie unterbunden wurden, gab Alfred Hoffmann folgende Antwort: A.H.: »Freundschaften waren möglich. Das war auch, äh, äh, Homosexualität zum Beispiel ein Thema. […] Ne, man wurde also angesprochen, ich war immer, sagen wir so'n bisschen der Sensible und der, der Schöne, ne. […] und wurde dann von Jungs angesprochen, die halt 'ne andere Neigung hatten. […] und da musste man sich halt wehren und, und sich das vom Hals halten, aber da waren noch andere, die die sind dann, äh, weich geworden und ham dann so, so Verhältnisse angefangen.«[85]

82 Interview Herbert Vogel (15.9.2009), S. 20, in: ALVR 49433.
83 Ebd., S. 1.
84 Interview Gustav Berger (7.10.2009), S. 14, in: ALVR 49421.
85 Interview Alfred Hoffmann (25.1.2010), S. 9–10, in: ALVR 49426.

Vor dem Hintergrund der reinen Jungenanstalten und der äußerst restriktiven Haltung der Heime gegenüber möglichen Begegnungen mit Mädchen ist es nicht ungewöhnlich, dass homoerotische oder homosexuelle Beziehungen entstanden. Zum anderen befanden sich die Jungen im Alter von 14 bis 21 Jahren entwicklungsbedingt in einer Zeit der sexuellen Identitätsfindung und der ersten Liebesbeziehungen. »Dabei ist für die sexuelle Entwicklung der Persönlichkeit und ihres Partnerverhaltens insgesamt weniger wichtig, wann, sondern unter welchen Bedingungen und wie der erste Geschlechtsverkehr zustande kommt. Sexuelle Früh- und Wechselaktivitäten sind eng mit bestimmten Persönlichkeits- und Lebensbedingungen gekoppelt. An vorderer Stelle stehen gestörte Beziehungen zu den Eltern, schulische Leistungsprobleme und berufliche Perspektivlosigkeit. So können Jugendliche, denen Selbstbestätigung und soziale Anerkennung in der Schule nicht ausreichend gelingen, dazu tendieren, auf anderen Gebieten, zum Beispiel auf dem der Sexualität, Erfolge anzustreben. Hierbei ist Leistungsschwäche bzw. -versagen nicht Folge, sondern Ursache eines bestimmten Partner- und Sexualverhaltens. Die Sexualität wird Mittel zum Zweck.«[86] So waren wohl, wenn auch an dieser Stelle nur spekuliert, viele (homosexuelle) Annäherungsversuche zwischen den Jungen durch die Nichtanwesenheit von Mädchen bedingt. Die dargestellten sexualkindlichen Aufklärungen beschränkten sich zu einem nicht unerheblichen Teil auf den biologischen Zeugungsakt, dem moralisch-erzieherischen Aspekt einer vorehelichen Enthaltsamkeit mit einer religiösen Haltung zu Partnerschaft und Sexualität. Berücksichtigt man des Weiteren die soziale Herkunft vieler Jungen, die in ihren Elternhäusern zuvor oftmals keine funktionierenden Partnerschaften erlebt hatten und für ihre emotionale wie geschlechtliche Entwicklung positive Vorbilder benötigt hätten, so lässt sich das beschriebene Verhalten der Jungen damit ansatzweise erklären.

86 Weller, Sexualerziehung.

Thomas Swiderek

5. Strafen und ihre Ausformungen als Erziehungsmittel in der Heimerziehung

Die Auseinandersetzungen und Diskussionen über die richtigen und angemessenen Erziehungsmethoden und -mittel in der Fürsorge- und Heimerziehung – und insbesondere über die adäquaten Formen der Bestrafungen zum Erreichen der gesetzten Erziehungsziele – begleiten die Heimerziehung seit ihrer Entstehung Ende des 19./Anfang des 20. Jahrhunderts.[1] In erster Linie lässt sich dies mit ihrem Entstehungshintergrund erklären, sofern man die Fürsorgeerziehung vorrangig in den Kontext von Jugendstrafe stellen muss und Erziehung hier lange Zeit primär dem Zweck der Disziplinierung galt.[2] Für die damalige Fürsorgeerziehung wurden diese Auseinandersetzungen in der Zeit von 1900 bis zum Beginn der 1930er Jahre sowohl auf der politischen Ebene in den Parteien und auf Regierungsebene (Jugendgesetze, Jugendstrafrecht, Jugendfürsorge) als auch auf der Ebene der Administration (Fürsorgeerziehungsbehörde, später Landschaftsverband/Landesjugendamt) in Form von Erlassen sowie in den Heimen selber geführt. Sie berührten in der erzieherischen Praxis fast alle Bereiche des Heimalltages der Kinder und Jugendlichen, wenn es im Erziehungsprozess um die Erreichung eines gewünschten Verhaltens oder die Reduzierung bzw. Aufhebung eines unerwünschten Verhaltens ging. Dann waren Bestrafungen, der Entzug von Vergünstigungen oder aber die positive Verstärkung durch Lob und Belohnung die gewohnten und bewährten Erziehungsmittel (positive und negative Strafen).[3] Körperliche Züchtigungen in Form von Schlägen oder Freiheitsentzug in Form von Arresten und Isolierungen waren die drastischsten Formen der Disziplinierung, die

1 Im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts bis heute wandelten sich die Begriffe für diese Form der öffentlichen Erziehung: FE, staatliche/öffentliche Ersatzerziehung und Heimerziehung. Die jeweiligen Bezeichnungen spiegelten auch immer die jeweilige gesellschaftliche Stellung bzw. Bedeutung dieser Erziehungsform wider. So lässt sich hier, zumindest in wenigen Bemerkungen, konstatieren, dass sich eine Entwicklung im Laufe des 19./20. Jahrhunderts von der reinen Fürsorge als Zwangserziehung (nach 1871) über erste Liberalisierungsversuche in der Weimarer Zeit mit dem Ziel einer Förderung der Jugend (§ 1 RJWG) bis zum Rückfall in totalitäre Formen der Auslese (»Minderwertigenfürsorge«) während des Nationalsozialismus vollzog. Vgl. zur genaueren Periodisierung Kuhlmann 2006, S. 353–361. Nach 1945 bewegte man sich zunächst in einem begrifflichen Durcheinander, wenn selbstverständlich alte Bezeichnungen wie z.B. »Verwahrloste«, »Fürsorgezöglinge« oder »Bewahrung« in den behördlichen und umgangssprachlichen Gebrauch übernommen wurden. Erst allmählich wurden belastete Begriffe verbannt, und weniger stigmatisierende Bezeichnungen wie »Heimerziehung« oder »Minderjährige« setzten sich im Fachjargon durch. Zur historischen Entwicklung der Fürsorgeerziehung vgl. Kap. I.1. und I.2.

2 Vgl. Peukert 1986, S. 37 ff.

3 Vgl. Blum-Geenen 1997, S. 211–229 und S. 369–373, sowie Steinacker 2007.

aber in den Erziehungsheimen in Deutschland noch bis Anfang der 1970er Jahre vielfach verbreitet waren. Alltägliche Methoden waren Ausgangssperren, Taschengeldreduzierung oder -entzug, Besuchsverbote, zusätzliche Arbeitsdienste in der Gruppe oder Lob und Tadel.[4]

Der Heimalltag in den rheinischen Erziehungsanstalten zeigte – auch für die Zeit von 1945 bis Anfang der 1970er Jahre – viele Parallelen zu eben diesen Zustandsbeschreibungen für die Zeit vor dem Krieg. Auch in dieser Zeitspanne erzog man in erster Linie mit Mitteln von Strafe, Zwang und Kontrolle zu Disziplin, Ordnung und Sauberkeit. Die Erzieher bedienten sich in der Regel einer sehr eingeschränkten Auswahl erzieherischer Methoden, sahen sie doch die Jungen als »verwahrloste, kriminelle und nicht gesellschaftsfähige« Zöglinge, die nur durch entsprechende Strenge und Härte noch eine Aussicht auf ein »normales Leben« in der Gesellschaft hätten. Aufgabe der Fürsorgeerziehung war es, »die Zöglinge zu Menschen heranzubilden, die an Leib und Seele gesunde, von Gemeinschaftsgeist erfüllte, berufstüchtige, arbeitsfreudige und dadurch sozial fruchtbare Persönlichkeiten darstellen«.[5] Besonders in der Zeit unmittelbar nach dem Krieg sah man die Jugend als gefährdete und bedrohliche Altersgruppe an, deren normwidriges Verhalten die gesellschaftliche Ordnung störte und gefährdete. »Diese Wahrnehmung jugendlichen Verhaltens war symptomatisch für den Umgang mit jugendlicher Abweichung in der Bundesrepublik in den 50er Jahren. Dominant waren zu dieser Zeit jugendpolitische und pädagogische Konzepte, die eine Führung, Kontrolle und Bevormundung der heranwachsenden Generation vorsahen. Auf jugendliche Abweichung wurde vor allem mit Strafe reagiert. Dies änderte sich im Laufe der 60er Jahre.«[6]

Diese Haltung spiegelte sich in der Jugendfürsorge und in den Erziehungsanstalten, wo eine Vielzahl von Verboten und Einschränkungen, die das Verhalten der Erzieher respektive der Jugendfürsorge gegenüber den Jugendlichen verdeutlichte, vorherrschte: Kontrolle aller Briefpost, eingeschränkte bis ganz aufgehobene Ausgeherlaubnis, ein geringes Taschengeld bzw. Entlohnung für teilweise sehr harte unfreie Arbeit und freiheitentziehende Bestrafungen wie Arrest oder Isolierungen. Der gesamte Umgang mit den Jugendlichen gründete auf dem Prinzip, »daß die Zöglinge wegen ihres körperlichen und geistigen Zustandes einer besonderen Pflege bedürfen, und so lange in der Erziehungsanstalt verbleiben als notwendig, um sie körperlich und geistig zu kräftigen und sie an Zucht und Ordnung zu

4 Parallel zu diesen damals üblichen Erziehungsmethoden in den durchweg großen Anstalten gab es zeitgleich auch verschiedene Erziehungsexperimente (Kinderrepubliken, Summerhill, das Kinderhaus von Janusz Korczak oder das Kinderheim Baumgarten von Siegfried Bernfeld), die die Entwicklungen – zumindest langfristig – im Bereich der institutionellen Erziehung durchaus beeinflusst haben. Diese sozialpädagogischen Reformbemühungen, die Kindern und Jugendlichen eine Heimerziehung zugute kommen lassen wollten, die – wie es der Pädagoge Hermann Nohl formuliert hatte – »von den Problemen ausgeht, die sie haben, und nicht von denen, die sie machen«, waren mehr an der Stärkung und Kompentenzerweiterung der Kinder und Jugendlichen interessiert als an den disziplinarischen Korrekturen, vgl. Niemeyer 1999, S. 150. Für die Zeit nach 1945 sei hier an die Kinder- und Jugenddörfer erinnert.

5 Vossen 1928, S. 101.

6 Ubbelohde 2002, S. 402.

gewöhnen«.[7] Der Verwahrlosungsbegriff in all seinen Facetten bestimmte die Haltung der Behörden (Einweisung und Diagnose) wie auch die Erziehungsmethoden in den Heimen, und erst mit dem Wegfall dieser Kategorie und der ihr innewohnenden Stigmatisierung änderte sich aufgrund (fach)politischer wie fachdisziplinärer Debatten allmählich die Sicht auf den Sinn und Zweck der Heimerziehung. Die Kinder und Jugendlichen wurden nicht mehr nur als rechtlose Objekte angesehen, sondern als eigenständige Subjekte mit eigenen Rechten – auch während des Heimaufenthaltes.[8]

Für eine Darstellung und Bewertung der Erziehungs- und Strafmittel in den Erziehungsanstalten der rheinischen Erziehungsheime ist es notwendig, in den zeitlichen Kontext – zumindest kursorisch – die Zeit vor 1945 einzubeziehen. Entscheidende gesetzliche Regelungen und behördliche Verordnungen und Richtlinien haben ihren konzeptualen wie zeitlichen Entstehungshintergrund in dieser Zeit und blieben (teilweise) auch bis in die 1970er Jahre als Handlungsgrundlage in den Heimen wie für die Debatten innerhalb des Landesjugendamtes relevant.

5.1 Entwicklungen der rechtlichen Bestimmungen der Strafmittel und körperlichen Züchtigung vor 1945

Bereits in der Weimarer Zeit sollte die körperliche Züchtigung bzw. körperliche Strafe als Erziehungsmittel in den Fürsorgeanstalten des Provinzialverbandes nur noch in Ausnahmefällen angewandt werden.[9] Zahlreiche Erlasse regelten die immer wieder neu formulierten Einschränkungen, bis der Erlass vom 12.7.1929, unter anderem aufgrund positiver Erfahrungen einiger Fürsorgeerziehungsbehörden, die die »Züchtigung aus der Reihe der zulässigen Strafmittel bereits entfernt hatten, ohne Gefahr, damit die äußere Zucht und Ordnung in den Anstalten gefährdet zu haben«, verfügte, dass ab sofort nur noch männliche Zöglinge im Alter von acht Jahren bis zur Beendigung der Schulpflicht in engen Grenzen körperlich gezüchtigt werden durften; schulentlassene Jungen waren gänzlich davon ausgenommen. Weiterhin enthielt der Erlass ein explizites und umfangreiches Beschwerderecht, das den Zöglingen ermöglichte, jegliche Beschwerden – auch wenn sie sich unmittelbar gegen den Heimleiter richteten – direkt an die Fürsorgeerziehungsbehörde zu richten. Jeder Zögling sollte bei Heimeintritt über dieses Recht unterrichtet werden, und die Fürsorgebehörde war ihrerseits angehalten, bei Revisionsgesuchen ein vertrauliches Gespräch anzubieten. Bei konkreten Vorwürfen sollte weiter ein zusätzlicher pädagogischer Fach-

7 Vgl. Vossen 1928, S. 47.
8 Zum Verwahrlosungsbegriff und zur Debatte um Stigmatisierung in der Heimerziehung vgl. Kap. III.1.
9 Vgl. Erlass Minister für Volkswohlfahrt vom 12.7.1929 – III F 1621/29, in: ALVR 40740.

mann hinzugezogen werden.[10] Die Kehrtwende erfolgte mit dem Erlass vom 4.7.1935,[11] als der Reichsminister des Innern den Erlass von 1929 aufhob, das Beschwerderecht wieder außer Kraft setzte sowie das Züchtigungsverbot in entscheidenden Aspekten revidierte und den Heimen bzw. den Erziehern vor Ort somit wieder die rechtliche Sicherheit und Erlaubnis gab – wenn auch mit geringen Einschränkungen –, die Zöglinge »zur Wahrung der Autorität des Erziehers oder zur Aufrechterhaltung der Zucht und Ordnung in der Anstalt« wieder körperlich züchtigen zu dürfen. Auch wenn der Provinzialverband in einer unmittelbaren Kommentierung darauf hinwies, dass diese Neuregelungen nicht als »Freibrief zu einer Prügel-Pädagogik« verstanden sein sollten und der »Notfall klar belegbar sein müsse«,[12] so markierte dieser Erlass doch eine deutliche Revision des Status quo. Erste pädagogische Reformschritte (Reichsjugendwohlfahrtsgesetz oder Sozialpädagogische Bewegung) und Liberalisierungsversuche in der Fürsorgeerziehung im Rheinland während der vergangenen zehn Jahre wurden damit rückgängig gemacht.

5.2 Entwicklungen und Veränderungen in der Zeit von 1945 bis 1975

Vor diesem Hintergrund nahm man, fast zwei Jahre nach Kriegsende im Februar 1947, die Debatte über die geeigneten Strafformen sowie über die Möglichkeiten und Grenzen der körperlichen Züchtigung in den rheinischen Erziehungsheimen wieder auf. Erste schriftliche Belege und inhaltliche Konkretisierungen finden sich in dem Schreiben des Sozialministers des Landes Nordrhein-Westfalen (zuständig für die Fürsorgeerziehung des Rheinlandes von 1945 bis 1953) vom 1.2.1947,[13] kommentiert durch ein Schreiben des Sozialministers an die Heime für schulentlassene Jungen und Schulkinder des Rheinlandes vom 10.2.1950,[14] in dem – hinweisend auf den Erlass von 1947 – das anvisierte Verbot körperlicher Züchtigung nun nicht mehr nur für schulentlassene Mädchen, sondern auch für schulentlassene Jungen gelten sollte. Des Weiteren wurde angemahnt, von der noch bestehenden Züchtigungspraxis in Heimen für Schulkinder »so selten Gebrauch […] zu machen, daß auf dieses Strafmittel völlig verzichtet wird«. Weiter wurde darauf verwiesen, dass alle Fälle doch vorkommender Züchtigungen in den Heimen unverzüglich der zuständigen Heimleitung gemeldet und bei Nichtmeldung »Anzeige von dritter

10 Vgl. Preußischer Minister für Volkswohlfahrt (Erlass) vom 12.7.1929 – II F 1621/29, in: ALVR 18866, Teil II.

11 Vgl. Reichs- und Preußischer Minister des Inneren (Runderlass) vom 4.7.1935, VW 2455/29.6.35, in: ALVR 18866, Teil II.

12 Vgl. Oberpräsident der Rheinprovinz (14.10.1936), in: ALVR 18886, Teil II.

13 Vgl. Sozialministerium des Landes NRW (Erlass) vom 1.2.1947, in: ALVR 18337.

14 Arbeits- und Sozialminister an die Heime für schulentlassene Jungen und Schulkinder des Rheinlandes (10.2.1950), betr. den Erlass des Reichs- und Preußischen Ministers des Inneren vom 4.7.1935 VW 2455/29.6.35 und den Erlass vom 1.2.1947 – III B/7a Tgb.-Nr. 12 A, in: ALVR 39184.

Seite« erstattet werden solle. Ziel war es, die Strafordnung in der Form vor 1933 wieder einzuführen, und man orientierte sich als Vorlage an dem Erlass von 1929. Die Heimleiter wurden nun aufgefordert, die bestehenden Hausordnungen zu modifizieren und auf Grundlage ihrer Erfahrungen und Ansichten Änderungsvorschläge bezüglich einer Neufassung des bestehenden »§ 23 Strafen und Strafmittel der Hausordnung für rheinische Provinzial-Erziehungsheime« vorzulegen.[15] Die Auffassungen über die Aufnahme eines formellen Verbots körperlicher Züchtigungen in die Hausordnungen gingen auseinander. So sprach sich der kommissarische Leiter des Provinzial-Erziehungsheimes in Solingen, Nevries, 1947 gegen eine Neuformulierung des Textes aus und plädierte vielmehr dafür, die Bestimmungen des Erlasses vom 4.7.1935 aufzunehmen, wo es hieß, »die Züchtigung ist nur dann anwendbar, wenn sie zur sofortigen Wahrung der Autorität der Erziehung oder zur Aufrechterhaltung der Zucht und Ordnung in der Anstalt im gegebenen Augenblick das wirksamste Erziehungsmittel darstellt. Sie muß unmittelbar nach frischer Tat erfolgen.« Nevries sah sich hier in seiner Meinung durch, wie er sagte, »bewährte Erzieher und Erzieherinnen bestätigt, die sich aus erzieherischen Gründen gegen ein formelles Verbot der körperlichen Züchtigung« aussprachen.[16]

Der zu diesem Zeitpunkt verantwortliche Direktor des Provinzial-Erziehungsheimes Fichtenhain in Krefeld, Franz Merzbach, formulierte seine Neuregelungen auf der Grundlage des Erlasses von 1929 und argumentierte dahin gehend, dass die Fürsorgeerziehung bemüht sein müsse, »von dem üblen Ruf frei zu werden, den ihr die körperliche Züchtigung, das Kurzscheren der Haare und dergl. im Laufe der Zeit eingebracht haben«.[17] Er hielt es deshalb für notwendig, den Begriff der »körperlichen Züchtigung« in einer Neufassung der Hausordnung näher zu bestimmen. Seiner Auffassung nach müsse der Erzieher aber im Alltag geschützt sein, wenn er die Zöglinge in einer »pädagogischen Notwehrsituation und um des öffentlichen Gewissens der ihm anvertrauten Gruppe willen […] körperlich züchtigt (züchtigen muss), um ein mutwilliges, rohes, böswilliges Verhalten an Ort und Stelle maßregeln zu können«.[18] Wichtig erschien ihm hier indes, dass die körperliche Züchtigung nicht im Sinne eines systematischen Strafvollzugs angewandt werden solle, und plädierte deshalb für die Aufnahme des Verbots körperlicher Züchtigung (Ohrfeigen, Schläge auf den Kopf, auf die flache Hand, Ziehen am Ohr, Stoßen gegen das Kinn) in die neue Hausordnung. Des Weiteren solle das Kurzscheren der Haare als Strafmaßnahme für schulentlassene Jungen verboten sein, da dies allgemein als »typische Maßnahme des Strafvollzugs in den Gefängnissen« bekannt sei. Grundsätzlich solle in einer Neufassung des § 23 (Hausordnung) folgender Strafkatalog bzw. Strafmittel aufgenommen und in der Praxis handhabbar sein: Für Zöglinge im schulpflichtigen Alter: »Entziehung von Vergünstigungen (Prämien, Nachtisch); Entziehung des Brotaufstrichs beim zweiten Frühstück und zur Vesper bis zu 3 Tagen, Vorenthalten des Sonntagsanzuges, Verlust von

15 Vgl. Vossen 1928, S. 111–113.
16 Vgl. Nevries an Arbeits- und Sozialminister (10.2.1947), in: ALVR 18866, Teil II.
17 Merzbach an Arbeits- und Sozialminister (25.2.1947), in: ALVR 18866, Teil II.
18 Ebd.

Freistunden, Verweis, der in schweren Fällen auch öffentlich erteilt werden kann. Einweisung in ein Einzelzimmer zur Einkehr und Besinnung des schulpflichtigen Zöglings, über dessen Trotz und Widersetzlichkeit der Erzieher auf eine andere Art und Weise nicht Herr zu werden weiß. Für Zöglinge im nachschulpflichtigen Alter: Entziehung von Vergünstigungen wie für Schulpflichtige, jedoch Entziehung des Brotaufstrichs beim zweiten Frühstück und zur Vesper bis zu 6 Tagen. (Öffentlicher) Verweis. Stubenarrest. Arrest mit und ohne Beschäftigung in geschlossener Einzelzelle bis zu 7 Tagen. Der Arrest ist mit Gewährung einer Matratze und Decke zum Nachtlager zu vervollstrecken. In jedem Fall ist dem Arrestanten eine Stunde Bewegung im Freien, getrennt von den anderen Zöglingen, zu gewähren […]. Eine Verdunkelung der Zelle ist unzulässig, ebenfalls sind weitere Verschärfungen verboten. Als selbstständige Strafe aber auch neben Arrest Einschränkung der Beköstigung auf Verabreichung der 3 Hauptmahlzeiten bei Zöglingen im Alter von über 16 Jahren, falls nach ärztlichem Urteil keine Bedenken zu erheben sind.«[19] Die bisher im Strafkatalog (§ 23 der Hausordnung) offiziell festgeschriebene und damit erlaubte körperliche Züchtigung für schulpflichtige als auch schulentlassene Zöglinge wäre damit frühzeitig entfallen.[20]

5.2.1 Strafbücher als behördliches Kontrollinstrument?

Weiterhin enthielt die Haus-/Strafordnung für die rheinischen Erziehungsheime die Verpflichtung, kontinuierlich Strafbücher bzw. Straflisten zu führen und diese regelmäßig vierteljährlich an das Landesjugendamt zu senden.[21] In diesen Listen mussten alle Strafen wie der Arrest, die Isolierungen oder die Einzelbewahrungen mit dem zugehörigen Namen des Zöglings, dem angezeigten Vergehen, der Höhe der Strafe, dem Zeitraum der Vollstreckung und dem Hinweis, ob es sich um eine körperliche Züchtigung handelte, mit der Unterschrift des verantwortlichen Heimdirektors aufgeführt werden.[22] Bei einer körperlichen Züchtigung wurde neben dem Grund auch der Erzieher namentlich genannt und in einer angeführten kurzen Erklärung des Direktors der Vorfall erläutert. Wurden die aufgelisteten körperlichen Züchtigungen nicht gesondert vom Heimleiter kommentiert, forderte das Landesjugendamt den Direktor in der Regel schriftlich auf, dazu Stellung zu nehmen. Waren deutlich viele und lange Isolierungszeiten aufgelistet, begründete die Heimleitung das in der Regel mit dem Kommentar, dass es sich hier »nur um nächtliche Einschließungen mit Arbeitseinsatz am Tage« handele.

Für das Jahr 1950 lassen sich die verhängten Strafen und das Strafmaß, exemplarisch dargestellt am Rheinischen Landesjugendheim Fichtenhain, laut Strafbuch wie folgt

19 Ebd.
20 Vgl. Vossen 1928, S. 112.
21 Vgl. Rundschreiben vom 9.1.1951 – III B 2 – II 53, in: ALVR 18897, Teil II.
22 Vgl. z.B.: Strafbuch des Landesjugendheimes Fichtenhain, Krefeld mit der Strafliste für den Zeitraum vom 1.4.1952 bis 31.3.1951, in: ALVR 18897, Teil II.

differenzieren:[23] Mit den angegebenen Tagen ist die verhängte Arrestzeit (Strafmaß) gemeint.

Vergehen	**Strafmaß**
Entweichung	1–3 Tage
Entweichungsabsicht	2 Tage
Entweichung mit Aufsässigkeit	4 Tage
2. Entweichung	2 Tage
Entweichung mit Entweichsversuch zuvor	3 Tage
Entweichung + Kamaradendiebstahl	5 Tage
Dauerndes Entweichen	2 Tage
Rücksichtsloses + brutales Verhalten den Kamaraden gegenüber	2 Tage
Entweichung + Bedrohung des Begleiters	3 Tage
Erwiesene unwahre Beschuldigungen dem Erzieher gegenüber	3 Tage
Kamaradendiebstahl (Fahrrad, Anzug)	4 Tage
Grenzvergehen während der Entweichung	3 Tage
Versuchtes Sittlichkeitsvergehen an einem kleinen Kind	3 Tage
Wegen Irreseins (jetzt in der Heil- und Pflegeanstalt Süchteln)	2 Tage
Unsittlichkeit	1 Tag
Fünf Diebstähle in der Kundschaft seiner Firma	4 Tage
Anderen einen Schlüssel zum Entweichen besorgt	2 Tage
Grobe Tätlichkeit einem Kamaraden gegenüber	2 Tage

Allgemeine rechtliche Grundlage für das erzieherische Handeln in den Erziehungsanstalten und – im Besonderen – für die Ausübung und Anwendung von Bestrafungen und körperlichen Züchtigungen waren die den Fürsorgezuweisungen zugrunde liegenden gerichtlichen Urteile der Vormundschaftsgerichte. Mit dieser vormundschaftsgerichtlichen Anordnung der Fürsorgeerziehung – die Freiwillige Erziehungshilfe hat eine andere Grundlage[24] – erfolgte die partielle Übertragung von Elternrechten auf die Fürsorgeerziehungsbehörde respektive auf die Heime als ihre Beauftragten.[25] Das betrifft hier zum Beispiel das Aufenthaltsbestimmungsrecht, den Abschluss von Arbeits- und Lehrverträgen und eben auch das Erziehungsrecht der Eltern. Die damalige Fassung des im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) geregelten Rechts der Personensorge (§ 1631 BGB) umfasste in

23 Die Strafbücher geben keine detaillierteren Auskünfte darüber, welche Form des Arrestes (nächtliche Isolierung oder durchgehender Arrest) verhängt wurde.

24 Hier versichern die Eltern, dass sie mit der Heimeinweisung einverstanden sind und die Heimordnung anerkennen. Auch wenn die Rechtsnatur der FEH das Elternrecht nicht beeinträchtigt, so implizierte doch die Zustimmung der Eltern zur Heimordnung, dass sie auch mit der Anwendung von »erzieherisch förderlichen Strafen« im Heim einverstanden waren.

25 Vgl. hierzu weiter in Kap. III.1.

seinem zweiten Satz auch das dem Vater zugestandene Erziehungsrecht, »angemessene Zuchtmittel gegen das Kind anwenden« zu dürfen.[26] Das heißt, es leitete sich hieraus unter Umständen das Recht der Fürsorgeerziehungsbehörde ab, »angemessene Zuchtmittel« gegen das Kind respektive den Jugendlichen anwenden zu dürfen (Übertragungsrecht).[27] Das BGB verstand hierunter Maßnahmen, die im jeweiligen Einzelfall zur »Förderung der Erziehung und Beaufsichtigung des Minderjährigen« (Erziehungszweck der Fürsorge) notwendig erschienen. Einschränkung fand (und findet) dieses Recht im Strafgesetzbuch, wenn nach den §§ 170d StGB (Fürsorgepflichtverletzung), § 223 StGB (Vorsätzliche Körperverletzung), § 223a StGB (Voraussetzung der gefährlichen Körperverletzung) sowie § 223b StGB (Misshandlung Abhängiger) die Angemessenheit überschritten und damit strafbar wurde. Somit standen dem Heim im Sinne des BGB folgende – ähnlich den in der Hausordnung der Rheinischen Landesjugendheime festgeschriebenen – Zuchtmittel zur Verfügung: a) Verbalstrafen (Ermahnungen, Verwarnungen, Verweis), b) Entzug von Vergünstigungen (Entzug von Essen, Rauchverbot, gemeinsames Fernsehen), c) Minderung des Taschen- und Arbeitsgeldes sowie Verfügungssperre über diese Gelder bei »Arbeitsbummelanten« und bei schlechtem Allgemeinverhalten, d) Freizeiteinschränkungen und Urlaubssperre im Falle eigenmächtiger Verlängerung der Freizeit, zum Beispiel durch verspätete Rückkehr von Spiel oder Spaziergang und bei Entweichungen, e) Auferlegung besonderer Pflichten (diese dürfen aber keine psychische oder physische Überforderung darstellen und nicht gegen geltendes Recht wie zum Beispiel die Arbeitsschutzbestimmungen verstoßen), f) Isolierung, g) Heimverlegung, h) körperliche Züchtigung.[28]

So lässt sich an dieser Stelle konstatieren, dass an unterschiedlicher Stelle – wie auch durch das Landesjugendamt und gewissermaßen seit Bestehen der Fürsorgeerziehung zu Beginn des 20. Jahrhunderts – versucht wurde, durch mehrere Erlasse die Praxis der körperlichen Züchtigung in den Heimen einzuschränken bzw. zu verbieten. Diese verwaltungsmäßigen und arbeitsrechtlichen Vorschriften für die Praxis in den Heimen setzten aber die grundsätzlichen zivil- bzw. berufsrechtlichen Bestimmungen nicht außer Kraft. Auch wenn ein Erzieher – delegiert durch den verantwortlichen Heimleiter – unterschriftlich wie in den Heimen des LVR bestätigen musste, von diesem Verbot zu wissen,[29] konnte ihm strafrechtlich – wenn ihm keine Verfehlungen im Sinne des Strafgesetzbu-

26 Dieses Recht der Eltern bzw. Erziehungsberechtigten, ggf. auch mit Gewalt gegen ihre Kinder agieren zu können, wurde offiziell erst mit dem am 1.1.1980 eintretenden Sorgerechtsgesetz geändert. Die entwürdigenden Erziehungsmaßnahmen im § 1631, II BGB wurden aufgehoben und der Begriff der »elterlichen Gewalt« in den der »elterlichen Sorge« gewandelt.

27 »Bei der Prüfung der Übertragung elterlicher Züchtigungsgewalt sind als mögliche Übertragungstatbestände die Anordnung der Heimerziehung und der Abtretungsvertrag zu unterscheiden«, vgl. Schwenke 1969, S. 170.

28 Vgl. Carspecken 1958, S. 40.

29 Jeder Erzieher der rheinischen Erziehungsheime musste eine Erklärung unterschreiben, in der er erklärte, dass er »[…] davon Kenntnis genommen hat, daß auf Grund des Erlasses des Herrn Sozialministers des Landes Nordrhein-Westfalen vom 10.2.1950 – Aktz. III B/2 – II 53 – […] die körperliche Züchtigung ausnahmslos verboten ist. Unter körperlicher Züchtigung ist jeder tätliche Angriff auf einen Zögling, auch z.B. ein Schlag mit der Hand oder eine ähnliche Handlung verstanden.« Alle

ches nachzuweisen waren – kein Schaden entstehen. Arbeitsdisziplinarische Maßnahmen (Ermahnungen, Kündigung) waren hiervon ausgeschlossen und konnten vom Arbeitgeber ausgesprochen werden. Die grundsätzliche Haltung des Landesjugendamtes bezüglich des Vorgehens bei Bekanntwerden körperlicher Züchtigungen bis hin zu Misshandlungsvorwürfen war eindeutig. Entscheidender war hier die unmittelbare Reaktion der einzelnen Heime, das heißt, inwieweit die angezeigten Beschwerden gegenüber der Anstaltsleitung weiter verfolgt wurden und den Heimkindern Glauben geschenkt wurde.

Die dokumentierten Fälle beweisbarer und verfolgter Gewaltanwendungen von Erziehern gegenüber einem Jugendlichen verdeutlichen das Vorgehen des Landesjugendamtes, das in vorliegenden Beispielen auch zur Kündigung des beschuldigten Erziehers führte. So beispielsweise im Falle eines Erzieheranwärters in Haus Fichtenhain, der im Jahr 1968 einen Jungen während des Schlafens so heftig geschlagen hatte, dass dieser ein blaues Auge und mehrere Prellungen davon trug. Der Reaktion des Erziehers ging eine Auseinandersetzung im Schlafsaal zweier Jungen in einer Gruppe voraus, die aber bereits seitens eines Nachterziehers geklärt war. Der Erzieheranwärter der Gruppe, dem der Vorfall geschilderte wurde, griff völlig unnötig nochmals in die Situation ein, indem er, als bereits alle Jungen schliefen, einen der beiden Jugendlichen im Schlaf heftigst schlug und beschimpfte. Da dieser »Erzieher in Ausbildung« nach dieser Eskalation körperlicher Züchtigung keine Erklärung dazu abgab und das Geschehen auch nicht offiziell meldete, andererseits aber der Vater des Jungen mit Strafanzeige drohte, sah das Landesjugendamt eine fristlose Kündigung für notwendig an.[30] Grundsätzlich lässt sich aber an dieser Stelle bereits festhalten, dass der einerseits immer wieder diskutierte Verzicht, von körperlicher Züchtigung in allen Heimen des LVR einschließlich der von konfessionellen Trägern (Heimaufsicht) geführten Heime abzusehen, trotz der eingerichteten Kontrollmaßnahmen (Führung von Strafbüchern, Einsendung der Straflistenauszüge, Heimbesuche usw.) nicht zu einem tatsächlichen Verzicht in der Praxis geführt hatte. Ein Grund dafür war eine indifferente Haltung auf behördlicher Ebene (Landesjugendamt) wie auch die uneinheitliche Auffassung der Direktoren der Heime. Denn die Struktur innerhalb des Fürsorgesystems des Landesjugendamtes war dergestalt, dass trotz Heimaufsichtspflicht die Heime in ihrer »Arbeit vor Ort« eine sehr autonome Position gegenüber dem Landesjugendamt vertreten konnten und sollten. In einem Bericht über die »Lage der öffentlichen Erziehung« im Rheinland vom 30.10.1969 an den Landesrat Jans fasste ein Mitarbeiter des Landesjugendamtes die Situation wie folgt zusammen: »Der Erziehungsstil ist in einigen Heimen schlecht – zu autoritär. Die

Vorkommnisse mussten dem Direktor oder seinem Stellvertreter unmittelbar gemeldet werden. Sollte er das nicht tun, so wurden ihm »ernste Folgen« angedroht, vgl. ALVR 18333, Formular: Erklärung.

30 Vgl. ALVR 49343. Zu bemerken sei an dieser Stelle, dass es sich bei dem Mitarbeiter um einen noch nicht fertig ausgebildeten Erzieher handelte und man hier somit auch mit dessen Unerfahrenheit oder Unkenntnis argumentieren konnte. Andererseits muss aber auch erwähnt werden, dass dieser Erzieheranwärter aufgrund personeller Engpässe – er war eigentlich nur zweite Kraft – die Gruppe alleine und verantwortlich geführt hatte. Dies war eine mindestens problematische Situation, so dass das LJA durchaus Bedenken hatte, dass man dies zum Vorwurf hätte erheben können. Grundsätzlich hat das LJA im vorliegenden Beispiel eindeutig und angemessen seine Aufsichtspflicht wahrgenommen.

Minderjährigen werden in fast allen Heimen geschlagen.«[31] Dies macht eines deutlich: Letztlich waren es die jeweiligen Strukturen und Atmosphären in den einzelnen Häusern, die dem Erzieher eine entsprechende erzieherische Freiheit und auch Handlungssicherheit ließen, so dass körperliche Züchtigungen und im besonderen freiheitsentziehende Maßnahmen im Erziehungsalltag – auch über die Notwehrsituation oder das Schützen anderer Minderjähriger vor unmittelbarer Gefahr hinaus – im erzieherischen Repertoire und in ihrer Einstellung erhalten blieben und üblich waren. Denn wenn es erforderlich war, so die Auffassung der Direktoren der Rheinischen Landesjugendheime noch im Jahr 1969, »einen bestimmten Minderjährigen zu einem bestimmten Tun bewegen zu wollen, muss es dem Erzieher möglich sein, notfalls körperliche Züchtigungsmittel einsetzen zu können und zu dürfen«.[32]

Die Ende der 1960er Jahre auch im Gebiet des LVR stärker werdende öffentliche Kritik an der Heimerziehung fachte die bestehende Diskussion über den Einsatz körperlicher Züchtigungen und Arrestierungen als Strafmittel in den Heimen innerhalb des Landesjugendamtes immer wieder an.[33] Das Landesjugendamt nahm dies zum Anlass, in einem Schreiben an alle Heime im Gebiet nochmals an die geltenden Bestimmungen über die körperliche Züchtigung zu erinnern mit dem Hinweis, »dass auf den Erzieher in Ausübung seines Dienstes die strafverschärfenden Bestimmungen über Verbrechen und Vergehen im Amt angewendet werden, im Falle einer körperlichen Züchtigung des Minderjährigen also § 340 StGB – Körperverletzung im Amt – zur Anwendung kommt«. Weiter hieß es, »dass die Erzieher sich auch nicht darauf berufen können, dass die Eltern oder sonstige Erziehungsberechtigte ihnen das Recht eingeräumt hätten, die Minderjährigen zu schlagen oder sonst zu bestrafen. Träger des Erziehungsrechts ist das Landesjugendamt. […] Eine unmittelbare Übertragung von Erziehungsrechten der Eltern auf die Heime oder ihre Erzieher ist nicht möglich […].«[34] Doch erst 1972, mit dem Beschluss der »Allgemeinen Richtlinien zur Durchführung der öffentlichen Erziehung (FEH und FE)« vom 9.5.1972, formulierte das Landesjugendamt Rheinland erstmals explizit, was als Erziehungsmittel in welcher Form in den Heimen des LVR erlaubt war. So hieß es in einem Schreiben an alle zur Durchführung der öffentlichen Erziehung belegten Heime im Gebiet des LVR[35] vom 15.6.1972 im Abschnitt »Grundrechte und Heimerziehung« wie folgt: »[…] 5.) Körperliche Züchtigung ist kein Erziehungsmittel. Ausnahmen im Falle der Notwehr, des Notstandes oder unter den Voraussetzungen des Gesetzes über die Ausübung und Grenzen unmittel-

31 Bönsch (LJA) (30.10.1969) an Jans, betr. allgemeine Probleme der öffentlichen Erziehung und Heimerziehung, in: ALVR 39267.

32 Vgl. Direktorenkonferenz vom 25.3.1969, in: ALVR 18859.

33 Vgl. dazu ausführlicher Kap. I.2.7.

34 Vgl. LJA an die vom LVR zur Durchführung der öffentlichen Erziehung belegten Heime im Gebiet des LVR betr. der Erziehungs- und Strafmittel in der öffentlichen Erziehung; hier: körperliche Züchtigung vom 31.1.1967, in: ALVR 39184.

35 Diese Adressierung schließt eindeutig auch die konfessionellen und freien Träger mit ein.

baren Zwanges[36] oder sonstige allgemeine Schuldausschließungsgründe bleiben unberührt. Arrest ist kein Erziehungsmittel. Weder Entweichungen, noch die Verweigerungen der Erfüllung von Pflichten, noch Gewalthandlungen Jugendlicher rechtfertigen Freiheitsentziehung als Arrest. Freiheitsentziehung als Strafe ist ausschließlich den hierfür zuständigen Stellen (Gerichten) vorbehalten. Es ist von Fall zu Fall zu entscheiden, ob bei erheblichen Straftaten strafunmündiger Jugendlicher Anzeige erstattet werden muß. 6.) Aus den genannten Gründen kann jedoch eine vorübergehende Trennung von der Gruppe (Einzelunterbringung) unumgänglich sein. Eine solche Isolierung ist, wenn andere Mittel nicht ausreichen, nur zulässig, um eine schwerwiegende Gefahr für den Jugendlichen selbst oder andere Personen abzuwenden oder Straftaten oder Gewalttätigkeiten eines Jugendlichen gegen sich selbst oder andere Personen zu verhindern. Eine Einzelunterbringung dieser Art kann nur der Heimleiter oder sein allgemeiner Vertreter in Erziehungsangelegenheiten anordnen; er hat alle Fälle in jederzeit nachprüfbarer Form unter Angabe der Gründe aktenkundig zu machen. Die Einzelunterbringung ist zu beenden, sobald sie nicht mehr erforderlich ist, in der Regel von 3 Tagen. Über eine Einzelunterbringung, die die Zeit von 24 Stunden überschreitet, ist das Landesjugendamt unverzüglich zu unterrichten. Diese Unterrichtung entbindet den Heimleiter oder seinen Stellvertreter in Erziehungsangelegenheiten nicht von der Verpflichtung, die Notwendigkeit weiterer Einzelunterbringungen laufend zu prüfen. Die Befugnis, die Einzelunterbringung jederzeit zu beenden, kann auch einem Erzieher übertragen werden. Während der Einzelunterbringung muß eine angemessene pädagogische und laufende – auch gesundheitliche – Betreuung sichergestellt sein. Grund und Zweck der Einzelunterbringung sollen mit dem Jugendlichen in geeigneter Weise durch den Heimleiter oder seinen allgemeinen Vertreter in Erziehungsangelegenheiten erörtert werden.«[37]

Diese Richtlinien wurden auch auf der 27. Sitzung des Landesjugendwohlfahrtsausschusses am 9.5.1972 bestätigt.[38] Die daraufhin einsetzende Debatte ließ die noch immer uneinheitlichen und kontroversen Auffassungen vieler in der Jugendfürsorge Verantwortlicher und Tätiger nochmals deutlich werden. So forderte ein Mitglied des Landesjugendwohlfahrtsausschusses in einer der kommenden Sitzungen, nochmals auf das Problem der Entweichungen und die den Heimen nach den neuen Richtlinien noch zur Verfügung

36 Vgl. Jans an den Direktor des RLJH Fichtenhain (14.8.1963). In diesem Schreiben erläuterte Jans die Grundsätze dieses Gesetzes, dass den in den Heimen Tätigen erlaubt sei, unter bestimmten Voraussetzungen sowie unter Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit unmittelbaren Zwang ausüben zu können. Um dies auch außerhalb des Heimes tun zu können (Rückführung von Entweichungen bei Zeltlagern, Wanderungen), benötigten die Mitarbeiter einen Ausweis und vorab eine entsprechende Belehrung. Rechtshintergrund bot hier § 1 des UZwG. NW. vom 22.5.1962, der Vollzugsdienstkräften die rechtmäßige Ausübung öffentlicher Gewalt zur Durchführung von Vollstreckungs-, Aufsichts-, Pflege- oder Erziehungsaufgaben gegenüber Personen, deren Unterbringung in einer Einrichtung der FE angeordnet ist, einräumt, in: ALVR 29239.

37 Klausa an die belegten Heime im Gebiet des LVR (15.6.1972) betr. die Allgemeinen Richtlinien zur Durchführung der öffentlichen Erziehung. Hier: Teil 1: Grundrechte und Heimerziehung, in: ALVR 40467. Abgedruckt in: Bäuerle/Markmann 1974, S. 267–275.

38 Vgl. 27. Sitzung des LJWA in Viersen-Süchteln vom 9.5.1972, in: ALVR 41712.

stehenden Erziehungsmittel einzugehen. Seiner Auffassung nach seien die Richtlinien »zu weich« und er kritisierte, dass man »keine angemessene Reaktion auf die Entweichungen finden könne.«[39] Diese Kritik bezog sich vorrangig auf die seit den öffentlichen Skandalisierungen und Angriffen auf einzelne Heime stattgefundenen (Massen-)Entweichung aus dem Rheinischen Erziehungsheim Erlenhof bzw. eine grundsätzliche Verunsicherung vieler in der Heimerziehung Tätigen, die bisherige Erziehungsmittel nun immer häufiger öffentlich in Frage gestellt sahen. Ihre Kritik betraf im Besonderen das grundsätzliche Verbot der Arrestierungen bzw. die Frage, wie und in welcher Form in den Heimen weiterhin eine geschlossene Unterbringung (geschlossene Gruppen) möglich sei, die sie als eine erzieherische Reaktion für dringend notwendig hielten.

Im Landesjugendamt war man sich dieser Problematik durchaus bewusst, doch wollte man die Diskussion gerne selber »in der Hand behalten«. Deshalb schlug man vor, zunächst eine Erörterung im Unterausschuss Öffentliche Erziehung vorzuziehen, um anhand eigenen Zahlenmaterials und Vorschlägen die Frage erneut zu debattieren. So trug Kraus auf der Sitzung vom 2.11.1972 die Auswertungen des Landesjugendamtes vor und kam bezüglich der geschlossenen Gruppen in den Heimen zu folgenden Ergebnissen: »Auch heute noch sei die räumliche Ausstattung der geschlossenen Gruppen in den Heimen unzulänglich. Es fehlten Therapie- und Aggressionsräume sowie geeignete Beschäftigungs- und Freizeiteinrichtungen. Die personelle Besetzung dieser geschlossenen Gruppen sei ebenso unbefriedigend. Eine Mitarbeit hierzu besonders ausgebildeter Pädagogen und Therapeuten sei durchweg nicht gewährleistet. Das Problem werde noch dadurch verdichtet, daß es im Landesjugendamt an einer präzisen Kenntnis der Situation (Auswertungsdienste) sowie an den personellen Möglichkeiten für eine qualifizierte Beratung (Beratungsdienste) fehle.«[40] Auf dieser Grundlage kam der Ausschuss daraufhin zu folgendem zusammenfassenden Ergebnis: »Auf Möglichkeiten zur geschlossenen Unterbringung von Jugendlichen kann grundsätzlich nicht verzichtet werden. Dabei bleibt zu prüfen, in welcher Zahl und in welchen Heimen solche Möglichkeiten vorzusehen sind, die geschlossenen Gruppen sind baulich und räumlich entsprechend der zu leistenden pädagogischen Aufgabe auszustatten, für die Arbeit in diesen Gruppen muß eine Besetzung mit besonders ausgebildeten, qualifizierten Mitarbeitern gewährleistet sein. Ggfs. sind Neueinstellungen vorzunehmen, die Verwaltung des Landesjugendamtes wird gebeten, die derzeitige Situation differenziert zu untersuchen (Auswertung), die Verwaltung des Landesjugendamtes wird weiterhin gebeten, dem Ausschuss Vorschläge für Sofortmaßnahmen sowohl für den Bereich der Heime wie auch für das Landesjugendamt vorzulegen. Eine Klärung der Situation in den Landesjugendheimen ist vorrangig.«[41] So versuchte man einen für die Praxis in den Heimen handhabbaren Kompromiss zu finden, ohne die Bestimmungen der »Richtlinien« außer Kraft zu setzen. Man anerkannte die Probleme in den Heimen und versuchte so eine neue

39 Sitzung des Unterausschusses Öffentliche Erziehung, Diskussion über Entweichungen und Heimrichtlinien (8.12.1972), in: ALVR 41712.

40 Niederschrift vom 8.12.1972 über die 19. Sitzung des Unterausschusses Öffentliche Erziehung vom 2.11.1972 in Düsseldorf, in: ALVR 41712.

41 Ebd.

Form zu finden, indem der bisherige disziplinarische Charakter der geschlossenen Gruppen einem deutlich erzieherischen und pädagogischen Platz machen sollte.[42]

5.2.2 Arrest und Isolierungen: umstrittene, aber alltägliche Strafmittel in der Heimerziehung

Rückblickend beurteilt führten die Vorschriften und administrativen Verbote der körperlichen Züchtigung in der erzieherischen Praxis aber zu einem verstärkten Einsatz anderer Strafmittel. So lässt sich aus den Strafbüchern rückschließen, dass vor allem freiheitsentziehende Maßnahmen wie der Arrest, die Isolierung oder die Einzelbewahrung (hier gibt es keine einheitliche Benennung oder Klassifizierung seitens der Heime) quantitativ deutlich zunahmen und – wie die Akten- und Quellenanalyse sowie die geführten Interviews zeigen – das überwiegend eingesetzte Strafmittel bei Entweichungen und anderen gröberen Verstößen gewesen zu sein scheinen.

Exemplarische Darstellung von Arreststrafen und körperlichen Züchtigungen in den Strafbüchern und Straflisten am Beispiel des Rheinischen Landesjugendheimes Fichtenhain für die Jahre 1948–1969:[43]

Jahr	**1948**	**1949**	**1950**	**1951**	**1952**	**1953**
Arrestierungen	19	57	42	74	82	?
Körperliche Züchtigung			1 Ohrf.	2 Ohrf.	6 Ohrf.	12 Ohrf.

Jahr	**1954**	**1955**	**1956**	**1958**	**1960**	**1962**
Arrestierungen	174	250	213	241	378	235
Körperliche Züchtigung	2 Ohrf.	9, davon 7 Ohrf. + 2 Stockhiebe	5 Ohrf.	3 Ohrf.	5 Ohrf.	2 Ohrf.

Jahr	**1963**	**1964**	**1965**	**1966**	**1967**	**1968**	**1969**
Arrestierungen	356	301	423	401	430	402	451
Körperliche Züchtigung	3 Ohrf.						

Dieser Überblick macht die Häufigkeit deutlich, mit der die Arrestierung im Heim als Strafmittel eingesetzt wurde. Es wird ersichtlich, dass die Verhängung des Arrests vor allem

42 An dieser Stelle lässt sich an die aktuellen Debatten zur Zwangserziehung und der Frage nach der Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit von »Auszeiträumen« als freiheitsbeschränkende und -entziehende Erziehungsmittel anknüpfen, vgl. hierzu Widersprüche 2008 und 2009.

43 Zusammenstellung der Strafbücher/Straflisten des RLJH Fichtenhain 1948–1969, in: ALVR 18897. Für die Jahre 1953, 1957, 1959 und 1961 liegen keine Angaben vor.

in den 1960er Jahren erheblich zugenommen hatte. Diese Einschätzung wird auch durch ein Schreiben vom 30.8.1956 des Landesrates Jans an die Erziehungsheime untermauert, wenn er bereits zum damaligen Zeitpunkt bemerkte, »unter den Straf- und Erziehungsmitteln für schulentlassene Minderjährige, insbesondere für schulentlassene Jungen, nimmt nach dem erstrebten und notwendigen Ausschluss der körperlichen Züchtigung und nach den Erkenntnissen des pädagogischen Wertes einer guten Einzelbeeinflussung die Anordnung von Isolierungen verschiedenster Art und Ausgestaltung einen größeren Raum ein als früher«.[44] Gleichzeitig wies er aber im selben Schreiben auch auf den Umstand hin, dass aufgrund der uneinheitlichen und unklaren Definition und Praktizierung von Arrest (= strafweise Isolierung) und Einzelbewahrung (= Isolierung, die nicht strafweisen Charakter hat, sondern ausschließlich einem heilpädagogischen Zweck zur Beruhigung oder Besinnung dienen soll) der eigentliche (erzieherische) Zweck dieser Maßnahme konterkariert werde. »Trotz der Vielfalt der Bezeichnungen besteht der Eindruck, dass die ›Isolierungen‹ nicht stets der Individualität des Jugendlichen entsprechend angepasst und auch die Ausgestaltung nicht genügend variiert sind. Die Erkenntnisse der Pädagogik und Psychologie wie auch die Erfahrungen und Weisungen in Bezug auf den Jugendarrest zeigen, dass eine zeitweise Entfernung des Minderjährigen aus der Gemeinschaft – sei es zur Strafe, sei es ohne Strafcharakter zur Beruhigung und Besinnung – nur dann pädagogischen Wert hat, wenn diese Zeit erzieherisch richtig genutzt wird. Hierzu gehört beispielsweise die individuell zu gestaltende Einschaltung des Einzelgesprächs, der Beschäftigung, der Lektüre usw. […].«[45]

An dieser Stelle lässt sich aber bereits festhalten, dass eben diese individuelle Betreuung als eine »gezielte erzieherische Maßnahme« zu diesem Zeitpunkt in der Praxis so nicht stattgefunden hat. Die Arrestierungen oder auch Isolierungen gestalteten sich vorrangig als Strafmaßnahme, um ein Vergehen zu ahnden. Die Jugendlichen wurden weggesperrt und bis zu maximal zweimal sieben Tagen (mit einer Unterbrechung von einem Tag) von der Gruppe getrennt. Allein schon die Ausstattung der Räumlichkeiten ließ keinen Zweifel an der Intention der Strafe zu. Mehrere Heimbesichtigungen seitens des Landesjugendamtes beschrieben die Arresträume als kalte und karge Zellen, meist im Keller gelegen. So lässt sich die Schilderung des Arrestaufenthalts eines ehemaligen Heimkindes aus dem Rheinischen Landesjugendheim Erlenhof nachvollziehen, wenn er resümiert: »[…] man hat ja auch nichts zu lesen gekriegt. Gar nichts. Man saß da, dat Bett war hochgeklappt, wurde abends erst runtergetan […]. Und das von Freitags abends oder Freitag mittags […] bis Montags morgens. Da hab' ich denn angefangen, die Steine zu zählen.«[46] Nach einem Besuch im Dansweilerhof beispielsweise fasste Regierungsdirektorin Hopmann ihre Eindrücke 1951 wie folgt zusammen: »Die Arrestzellen befinden sich im Keller. Sie sind gross, aber völlig ohne Ausstattung. Nachts wird ein Strohsack auf die Erde gelegt, über Tag entfernt. Im Raum steht dann nur noch ein Klosettkübel.« Während des Besuches war ein Junge in der

44 Vgl. Direktor des RLJH Fichtenhain (30.8.1956), in: ALVR 18897, Teil II.
45 Ebd.
46 Interview Edgar Schiller (31.8.2009), S. 12, in: ALVR 49429.

Zelle eingesperrt, der, so Hopmann weiter, »hatte sich auf seine Schuhe gesetzt, da er keine andere Sitzgelegenheit hatte. Seine nur mit Strümpfen bekleideten Füsse musste er also auf den kalten Boden stellen. Er war ohne Beschäftigung, machte einen äusserst verbissenen Eindruck.«[47] Der Leiter der Einrichtung, Direktor Corsten, bestätigte diese Form der Bestrafungen in seiner Anstalt und bekräftigte seinerseits, dass er Entweichungen der Jungen regelmäßig mit drei Tagen Arrest und auch mit dem Abschneiden der Haare bestrafe. Seiner Auffassung nach blieb ihm kein anderes wirksames Strafmittel, weiterhin wertete er diese Form der Bestrafung als sinnvoll, »da der Junge dieses Zeichen seiner vermeintlichen Schande mit sich rumträgt, bis die Haare nachgewachsen sind, wird er ohne Zweifel bis dahin in innerer Verstimmung verharren und gegen die Erzieher opponieren, die ihm diese körperliche Verstümmelung angetan haben.«[48]

Das Sozialministerium reagierte daraufhin und forderte den Heimleiter auf, seine Strafmaßnahmen zu überdenken bzw. Sorge zu tragen, die »bemängelten« Zustände in den Arrestzellen zu beheben: »Sollte sie [die Arreststrafe] in einem Einzelfall noch einmal angewandt werden, so ist dafür Sorge zu tragen, dass der Junge eine Sitzgelegenheit hat, mindestens ein Buch zu seiner Beschäftigung, ausreichend bekleidet ist und dass ihn ausreichendes Bettzeug nachts vor Kälte schützt.« Dieses Beispiel macht deutlich, wie das Landesjugendamt als verantwortliche Fürsorgebehörde mit solchen Aufsichtsfällen umgegangen ist: Man nahm die Situation zur Kenntnis, brachte seine ablehnende Haltung zum Ausdruck, verwies auf bestehende Richtlinien und Verordnungen und forderte das Heim auf, die Situation zu ändern, ohne aber ernsthafte Konsequenzen deutlich zu machen, wenn sich die Situation nicht änderte. Man formulierte, wie in dem beschriebenen Fall, seine Forderungen mit dem Appell: »Ich hoffe daher, dass auch die Strafe des Kurzscherens der Haare möglichst bald von Ihnen abgeschafft wird«, obwohl man an anderer Stelle darauf aufmerksam gemacht hatte, »daß der Minister für Volkswohlfahrt schon 1931 darauf hinwies, daß das Kurzscheren der Haare als Strafmaßnahme als unzulässig erachtet werde.«[49] Wenn auch der Dansweilerhof ob seiner besonderen Klientel – oftmals schwierige(re) Jungen, die unter anderem aus anderen Heimen des LVR im Dansweilerhof zusammengefasst oder dorthin verlegt wurden – die Situation in den anderen Heimen des LVR nicht gänzlich abbildet, so zeigen doch auch Beispiele und die ausgewerteten Strafbücher der anderen Heime, dass der Arrest oder die Isolierung bis in die 1970er Jahre in allen untersuchten Heimen des LVR als Strafmittel anhand der Eintragungen in den Strafbüchern nachweisbar ist. An dieser Stelle hatte es das Landesjugendamt unterlassen, trotz aller Verweise auf das nötige Vorhandensein einer Ausnahmesituation, konsequent genug gegen diese Praxis vorzugehen und den Heimen bereits frühzeitig Alternativen aufzuzeigen.

Ein weiterer Besuch – nun seitens des Landesjugendamtes durch Landesoberverwaltungsrätin Frau Dr. Beurmann am 8.2.1956 – im Erziehungsheim Haus Fichtenhain brachte ähnliche Zustände in den Arrestzellen zu Tage. Auch hier im Haus gab es Arreträume,

47 Vgl. Bericht Besuch Dansweilerhof am 10.5.1951 durch Hopmann und Jost, in: ALVR 44063.
48 Ebd.
49 Ebd.

in denen Jugendliche ihre Strafen verbüßten. Auch hier wurde nach der Besichtigung seitens der verantwortlichen Behörde Kritik am Zustand der Räumlichkeiten formuliert. Beurmanns Fazit hierzu: »Keine der Zellen hat eine feste Möblierung. Nach Angaben des Direktors […] wird bei Arrestvollzug im allgemeinen Matratze, Tisch und Stuhl gegeben. Nur in besonderen Fällen wird die Möblierung geringer gehalten.« Es wird zu erwägen sein, so die Überlegungen Beurmanns, »ob es sich auch hier empfiehlt, für 1 oder 2 Zellen eine feste Bank anzubringen, damit nicht der unerfreuliche Zustand entsteht, daß stark renitente Minderjährige in einem leeren Raum eingesperrt werden«.[50] An dieser Stelle wurde nun gar keine Kritik mehr am grundsätzlichen Vorhandensein der Arrestzellen geäußert, sondern lediglich bemängelt, dass diese unangemessen eingerichtet seien. Die Heime selber beurteilten die pädagogische Wirkung und Sinnhaftigkeit der Arreste oder Isolierungen durchaus auch skeptisch. So schreibt der Autor des Jahresberichtes[51] 1955 für die Situation in Haus Fichtenhain etwas sarkastisch, »die alten Hasen nutzen die Zeit zum ausruhen, ihnen würde das Alleinsein erst dann unangenehm werden, wenn es länger als 3 Tage anhalten und in der Verpflegung einen Niederschlag finden würde«.[52] Dennoch wurde diese Form der Bestrafung im Gebiet des Rheinlandes bis Anfang der 1970er Jahre weiter praktiziert. Ziel dieser Bestrafungsform war es, dem Jugendlichen klar zu machen, dass sein Verhalten oder sein Vergehen keine Begründung oder Rechtfertigung erfahren konnte. Wer entwich, wurde eingesperrt, auch wenn aus den Strafbüchern nicht hervorgeht, ob die Arrestierung bereits bei der ersten Entweichung erfolgte oder, wie aus dem Gutachten von Thomae hervorgeht, dass nur 11,4 Prozent der zum ersten Mal Entwichenen mit Arrest bestraft wurden (siehe Kap. I.2.6.3). Aber wie bereits angedeutet wurde, nicht nur bei Entweichung, auch bei Diebstahl und anderen Vergehen wurde der Jugendliche eingesperrt, lediglich die Dauer variierte.

Die Häufigkeit der Gebrauchs dieser Strafform lässt sich anhand einer Gegenüberstellung der eingetragenen Arreste in den Strafbüchern des Erziehungsheimes Haus Fichtenhain (jeweils für die Monate September – Oktober – November – Dezember für die Jahre 1965 bis 1969) mit den insgesamt verhängten Arresttagen ein Stück weit verdeutlichen: In dem angegebenen Zeitraum (jeweils für ein Vierteljahr) gab es minimal 119, maximal 148 Arrestierungen, und es wurden insgesamt minimal 363, maximal 489 Tage Arrest verhängt. Die durchschnittliche Bestrafungszeit lag bei 3,4 Arresttagen pro Vergehen. Das Einsperren der Jugendlichen war in den rheinischen Erziehungsheimen somit alltägliche Erziehungsmethode, auch noch Ende der 1960er Jahre.

Des Weiteren offenbaren die Strafbücher die ganze Bandbreite der verschiedenen Vergehen der Jugendlichen, die diese Strafe nach sich zogen: Entweichungen und -versuche

50 Reisebericht (Beurmann) über den Besuch im RLJH Fichtenhain vom 15.2.1956, in: ALVR 41340.

51 Jahresberichte dienten dem LJA als Arbeitsbeleg der Heime und als Informationsbasis, um seinerseits Gesamtplanungen aufnehmen zu können. Für die Heime waren es Belege ihrer Tätigkeiten und die Möglichkeit, ihrerseits Planungs- oder Änderungswünsche zu formulieren. Auch wenn diese Berichte nach einem Standardformular erstellt wurden, bieten sie für den Forscher einen – ob ihrer Regelmäßigkeit – guten Gesamtüberblick über die Entwicklungen in den einzelnen Häusern.

52 Vgl. Jahresberichte 1955, Stichwort: Strafen, in: ALVR 18856, Teil II.

(häufigste Nennung), Diebstahl, Kameradendiebstahl, Schlägerei, ungebührliches Benehmen im Heim und auf der Dienststelle, sexuelle Verwirrungen (Masturbation, Homosexualität), Arbeits- und Schulversäumnis, zu spät aus dem Urlaub zurück gekommen, sexuelle Vergehen (auch gegen Kinder) oder auch, widersetzliches Verhalten und Frechheiten gegenüber dem Direktor. Strafliste (auszugsweise), Stand: 2. Qartal 1954 bis 1. Quartal 1955:[53]

Monat	Name	Vergehen	Art + Höhe der Strafe	Strafe vollstreckt	Körperl. Züchtigung	Anhörung d. Arztes
27.4.1954	Gerd	Entweichung	1 Tg. Arrest	27.4.1954	nein	nein
22.5.1954	Manfred	Entweichung	3 Tg. Arrest	22.5.1954	nein	nein
6.6.1954	Peter	Diebstahl	2 Tg. Arrest	6.6.1954	nein	nein
18.6.1954	Willi	Entweichung	Ohrfeige von Herrn L.	18.6.1954	nein	nein
18.7.1954	Klaus	Sex. Verirrungen	1 Tg. Arrest	18.7.1954	nein	nein
18.7.1954	Arthur	Frechheiten gegen den Direktor	3 Tg. Arrest	18.7.1954	nein	nein
3.9.1954	Kurt	Widersetzliches Verhalten	7 Tg. Arrest	3.9.1954	nein	nein
8.9.1954	Heinz	Entweichung/ Diebstahl	6 Tg. Arrest	8.9.1954	nein	nein
27.11.1954	Manfred	Entweichung	10 Tg. Arrest	27.11.1954	nein	nein
3.12.1954	Peter	Entweichung/ Herumtreiben/ Lohnunterschlagung	10 Tg. Arrest	3.12.1954	nein	nein
3.1.1955	Guntram	Ausbruchsversuch	Ohrfeige von Herrn L.	3.1.1955	nein	nein
19.1.1955	Karl	Sex. Vergehen	15 Tg. Arrest	9.1.1955	nein	nein

Dieser Auszug aus der Strafliste/dem Strafbuch des Rheinischen Landesjugendheimes Fichtenhain für das Jahr 1954/55 zeigt die verschiedenen Gründe von Vergehen – von Entweichung, Diebstahl, widersetzlichem Verhalten gegenüber dem Direktor, Ausbruchsversuch bis hin zu sexuellen Verirrungen und sexuellen Vergehen – sowie die daraufhin erlassene Strafe. Diese variierte von einem Tag bis zu maximal 15 Tagen Arrest. Auch die körperlichen Strafen wie beispielsweise Ohrfeigen wurden in die Straflisten aufgenom-

53 Auszug aus der Strafliste/Strafbuch des RLJH Fichtenhain für die Zeit vom 27.4.1954 bis 30.3.1955, in: ALVR 18897, Teil II.

men. Die meist sehr kurz gehaltenen Begründungen (meist nur drei oder vier Worte) sind inhaltlich oft vage und lassen kaum erkennen, wie stichhaltig sie sind. Auffallend ist aber, dass die Vergehen ebenso wie die Strafen eine enorme Spannweite aufweisen. Selbst möglicherweise strafrechtliche Vergehen (sexuelles Vergehen an einem fünfjährigen Mädchen) werden mit sehr willkürlich gesetzten Arrest- oder Isolierungstagen bestraft. So wurde dieses Vergehen beispielsweise sowohl mit zwei Tagen als auch mit 15 Tagen bestraft, die Entweichung und vor allem die wiederholte Entweichung beispielsweise mit zwei bis zu neun und mehr Tagen geahndet. Auch die Vergehen, die laut Strafbuch mit einer körperlichen Züchtigung geahndet wurden, enthielten keine detaillierteren Schilderungen. Es lassen sich unterschiedliche Anlässe erkennen, die nach Sichtung der Strafbücher in der Regel mit Ohrfeigen, aber auch Stockhieben bestraft wurden.

Dies lässt den Schluss zu, dass es kein einheitliches Raster zur Bestrafung der verschiedenen Vergehen in den einzelnen Heimen (Hausordnung) und für die Heime insgesamt (Landesjugendamt als Aufsicht) gab, sondern es in erster Linie am individuellen Urteil des Erziehers respektive des Direktors lag, welche Strafen vergeben wurden und wie hoch sie ausfielen. Das heißt weiterhin, dass es dem Heim und insbesondere dem Heimleiter, als dem letztlich Verantwortlichen, oblag, die gesetzten Strafen der handelnden Erzieher zu legitimieren. Wenn man davon ausgeht, dass viele der Kinder und Jugendlichen in mehr als nur einem Heim gelebt haben, dann – und das bestätigen die ausgewerteten Einzelfallakten – haben sie diesbezüglich unterschiedliche Erfahrungen gemacht und es wird deutlich, dass ein sehr hohes Maß an Willkür der Maßstab des Handelns war und der postulierte »heilpädagogisch-erzieherische Zweck« einer Bestrafung dadurch verfehlt wurde. »Da eine Strafe als Erziehungsmittel nur wirksam ist, wenn sie vom Jugendlichen als recht und billig anerkannt und deshalb auch mit innerer Zustimmung, wenn vielleicht auch ungern, hingenommen wird, müssen Strafen, bei denen diese Zustimmung erfahrungsgemäß nicht erreicht wird, auf die Dauer überwunden werden«,[54] so die Antwort hinsichtlich des pädagogischen Zwecks bzw. der Fragwürdigkeit von Strafen seitens des Sozialministeriums bereits 1951.

Es gab keine einheitliche Arrestordnung seitens des Landesjugendamtes für die Heime, aber separate Ordnungen einzelner Heime. Legt man die vorhandenen Arrestordnungen[55] der Heime zugrunde – die sich in ihren Grundzügen kaum unterschieden –, lässt sich der Erziehungsaspekt denn auch nicht erkennen. Dagegen sind die Einweisung in die Zelle (Arrestfähigkeit gegebenenfalls vom Heimarzt geprüft), die Bekleidungsvorschriften (saubere Arrestkleidung) und die Erstattungsregeln bei Verschmutzungen und Beschädigungen der Zelle (unterschriftliche Belehrung) detailliert geregelt. Der Jugendliche bekam drei Mahlzeiten am Tag (konnte aber nicht nachfassen) und in besonderen Fällen konnten die Mahlzeiten »vereinfacht« werden. In der Regel bekam der Arrestant einmal am Tag

54 Vgl. Heimbesichtigung von Hopmann (16.5.1951), in: ALVR 44063.

55 Vgl. Arrestordnungen des Landesjugendheimes Süchteln vom 1.10.1969, in: ALVR 41883, sowie des RLJH Halfeshof in Solingen vom 18.11.1968 »Ordnung zur Vollziehung von Arrest und zur Absonderung Jugendlicher (Isolierung)«, in: ALVR 18499.

30 Minuten »eine Bewegung in frischer Luft« (Gartenstück des Arrestbereichs) und etwaige Vergünstigungen wie eine Lektüre bedurften laut Arrestordnung der Anordnung durch die Heimleitung. Während des Tages wurden – nach eingehender Säuberung der Zelle durch den Jugendlichen – die Matratze und seine Decke einbehalten. Im Falle eines verschärften Arrests wurde – wie Direktor Wolpers im Jahresbericht 1958 für das Rheinische Landesjugendheim Fichtenhain berichtete – auch zusätzlich die Verpflegung gekürzt, die sich, in diesem Fall, aus trockenem Brot und Kaffee (morgens), voller Verpflegung (mittags) und trocknem Brot und Suppe (abends) zusammensetzte. »Ursache zur Bestrafung war[en] meist bösartig wiederholte Ausbruchsversuche und Kameradendiebstähle«,[56] so die Begründung. Problematisch ist jedoch, dass das Fehlen einer verpflichtenden Ordnung für alle eine Willkürsituation entstehen ließ und den Heimen freie Hand, heimintern verfahren zu können und sich gegenüber dem Landesjugendamt nur bedingt rechtfertigen zu müssen. Diese Zusammenfassung zeigt offenkundig, mit welchen simplen erzieherischen Reaktionen bzw. Methoden die Heime auf ein abweichendes Verhalten der Jugendlichen reagierten, denn einzig allein Abschreckung sollte die Jugendlichen veranlassen, ihr Verhalten zu ändern. Diese (und auch ein Teil der Öffentlichkeit) empfanden diese Strafe, die einer Verurteilung zu einer Jugendarreststrafe oder Gefängnisstrafe eines Gerichtes gleichkam, als staatliche Machtdemonstration und Beleg dafür, dass sie während ihres Heimaufenthalts »auch wie Verurteilte« behandelt werden (konnten).

Die Durchsicht der vorliegenden Strafbücher (von 1950 bis 1972) lässt die Annahme zu, dass der Arrest oder die Isolierung die gängigste, schriftlich fixierte Bestrafungsform in den untersuchten Heimen war. Die Arrestzellen und Isolierungsräume ließen, wie bereits erwähnt, schon aufgrund ihrer baulichen Voraussetzungen und ihrer Lage in den Heimen (meist im Kellergeschoss) gar keine – wie an einigen Stellen seitens des Landesjugendamtes geforderte – eingehende erzieherische Beschäftigung (Reflexion des Vergehens, intensive Betreuung) mit den Jugendlichen während des Arrestaufenthalts zu. Die Arrestordnungen sahen per se gar keine pädagogischen Handlungen vor, die während dieser Zeit stattfinden sollten. Dass es, wie in der protokollierten Zusammenfassung der Direktorenbesprechung vom 25.3.1969 zu lesen ist,[57] auch Ende der 1960er Jahre noch keine einheitlichen Arrestierungsvorschriften (sowohl hinsichtlich des förmlichen Arrestierungsverfahrens als auch bezüglich Dauer, Verschärfungen, Freistunden, Betreuung) für die Heime des Landesjugendamtes gab, lässt die Forderung nach einer intensiven, sinnvollen pädagogischen Betreuung recht illusorisch erscheinen.

56 Vgl. Jahresberichte des RLJH Haus Fichtenhain für die Jahre 1957–1959, 1960 und 1965–1967: Abschnitt: Strafen, in: ALVR 18858, Teil II.

57 Vgl. Konferenzen und Tagungen der Heimleiter und -direktoren, in: ALVR 18859.

5.2.3 Die geschlossene Gruppe: Erziehungsmethode mit oft weitreichenden Folgen

Eine weitere Strafmöglichkeit oder Erziehungsmethode waren die Verlegungen in eine geschlossene Gruppe. Meist waren es Jugendliche, die bereits oft entwichen waren, die – nach Verbüßung einer oder mehrerer Arrestaufenthalte – für einen unbestimmten, aber längeren Zeitraum diesen Gruppen zugeordnet wurden. Oft ging mit dieser Zuweisung auch die Herausnahme aus einem Arbeits- oder gar Lehrverhältnis einher, so dass diese Form der Bestrafung eine sehr einschneidende Entwicklung mit durchaus nachhaltigem Effekt für die Jugendlichen war. Geschlossene Gruppen hatten – mit wechselnden Bezeichnungen[58] – im Erziehungskonzept der Fürsorgeerziehung der 1950er bis 1970er Jahre einen festen Platz. So gab es im Landesjugendheim Haus Fichtenhain ab 1962 eine geschlossene Gruppe, 1967 sind zwei geschlossene, 1972 wieder eine geschlossene Gruppe verzeichnet.[59] Meist waren sie komplett belegt, oftmals überfüllt, so dass einige Häuser bei akutem Platzmangel Jugendliche vorübergehend auch in den Arrest- und Isolierzellen unterbrachten.[60] Ähnlich der Kritik an den Arreststrafen stellten die Heime den erzieherischen Nutzen der geschlossenen Gruppen durchaus in Frage. So beanstandete Direktor Wolpers im Jahresbericht 1967: »[Geschlossene Gruppen] stellen eine erhebliche Belastung dar. Sie [sind] fast ständig überbelegt. Weil dort vorwiegend ältere Jugendliche untergebracht werden müssen, die bei jeder Gelegenheit entweichen und der Heimerziehung ablehnend gegenüber stehen, ist eine ersprießliche Erziehungsarbeit kaum zu leisten. Diese Gruppe dient daher mehr der Bewahrung.«[61]

Nichtsdestotrotz wurde auch die Notwendigkeit und die »erzieherische Zweckmäßigkeit« stets betont. Die Anfrage eines Heimes der Inneren Mission bei München, die im Jahr 1963 eine geschlossene Gruppe in ihrem Haus plante, beantwortete der Direktor des Rheinischen Landesjugendheimes Halfeshof Pfarrer Hans Langmaack mit seinen Erfahrungen äußerst positiv: »Nachdem ein eigenes Haus für Jugendliche, die besonderer Betreuung und Aufsicht bedürfen errichtet war, war es möglich, nunmehr 2 Gruppen als geschlossene Abteilungen einzurichten. […] Da dieses Haus am Rande des Heimes etwas abseits vom übrigen Heimkomplex liegt, kommen diese Jugendlichen mit denen des übrigen Heimes kaum oder gar nicht in Berührung. […] Die bisherige Möglichkeit, Jugendliche in ein geschlossenes Heim abzugeben (Dansweilerhof in Brauweiler b. Köln) entfällt fast ganz. Zusammenfassend kann man sagen, daß die Art der Absonderung schwieriger Jugendli-

58 Geschlossene Gruppe, geschlossene Abteilung, später auch Intensivgruppe, heute Time-Out-Gruppen: Die Bezeichnungen für diese Gruppen änderten sich im Laufe der Zeit sowie mit den sich ändernden pädagogischen Konzepten. Der freiheitsentziehende Aspekt blieb aber bestehen.

59 Vgl. hierzu: Jahresberichte für die Jahre 1965 bis 1967, in: ALVR 18856; weiter Belegungszahlen 1967 bis 1972, in: ALVR 29204.

60 Vgl. Jahresberichte RLJH Fichtenhain 1966–1972, in: ALVR 40418.

61 In Haus Fichtenhain gab es ab 1962 die erste geschlossene Gruppe, ab 1967 wurde eine weitere Gruppe eingerichtet, in: ALVR 40418.

cher, wie sie bei uns geschieht, nicht nur für das Heim, sondern auch für den Jugendlichen selbst, wenn er weiß worum es geht, durchaus positiv zu beurteilen ist.«[62]

Während des Aufenthalts in der geschlossenen Gruppe reduzierte sich der Bewegungsspielraum für die Jugendlichen auf die Räumlichkeiten dieser Gruppe. Sie lebten und arbeiteten zusammen und hatten kaum bis gar keinen Kontakt zu den anderen Jugendlichen. Einer der Interviewten schilderte den Morgenappell[63] in Haus Fichtenhain, an dem alle anderen Gruppen teilnehmen mussten und bei dem das Fehlen der geschlossenen Gruppe allen Anwesenden immer wieder deutlich machte, dass eine Absonderung in der geschlossenen Abteilung auch immer den Ausschluss vom alltäglichen Heimleben bedeutete. »Die Gruppe 13 [die geschlossene Gruppe] wurde nicht rausgeführt. Die war absolut zu. Die hatten ihren Hofgang, aber sonst nichts«, so Gustav Berger, ehemaliger Jugendlicher in Haus Fichtenhain zwischen 1966 bis 1968.[64] Die oftmals ungenügende Ausstattung der Räumlichkeiten, die sehr begrenzte Bewegungsfreiheit, die Isolierung von den anderen Jungen, die sehr begrenzten Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten machten auch diese »Erziehungsmethode« zu einer reinen Strafmethode.[65] Noch 1972 beklagte das Landesjugendamt, dass die räumliche Ausstattung der geschlossenen Gruppen in den Heimen weitgehend unzulänglich sei und es überall an »Therapie- und Aggressionsräumen sowie geeigneten Beschäftigungs- und Freizeiteinrichtungen« fehle. Des Weiteren sei die personelle Besetzung dieser geschlossenen Gruppen unbefriedigend, da eine Mitarbeit besonders ausgebildeter Pädagogen und Therapeuten notwendig, aber nicht gewährleistet sei. Ein Grund für diese planerische Misere seien die »fehlenden Kenntnisse und [dass] man die Verwaltung des Landesjugendamtes deshalb bat, die derzeitige Situation differenziert zu untersuchen«.[66]

62 Direktor des RLJH Halfeshof (5.8.1963) an das Heim der Inneren Mission »Herzogsägmühler Heime« bei München, die zwecks Planung und Einrichtung einer geschlossenen Gruppe den LVR um Unterstützung und Erfahrungsberichte gebeten hatte, in: ALVR 18537.

63 Auch Alfred H. berichtete im Interview von einem Morgenappell im RLJH Erlenhof. H. wurde 1961 in die FE eingewiesen. »Nun waren diese Regeln ja so früher, es wurde angetreten auf so 'nem Appellhofplatz morgens früh um, um halb sieben oder sieben Uhr, da wurden die Namen durch, also im Prinzip so wie bei der Bundeswehr«, in: Interview Alfred Hofmann (25.1.2010), S. 5.

64 Interview Gustav Berger (7.10.2009), S. 6, in: ALVR 49421.

65 So beklagten sich die Direktoren der Heime bereits 1958 u.a. über die ungenügenden bzw. unattraktiven Arbeitsmöglichkeiten in den geschlossenen Gruppen. »Die traditionellen Arbeitseinsätze […] in der Mattenflechterei und Schälküche (oder auch Korbflechterei wie in Haus Fichtenhain) genügen nicht. Es müssen Beschäftigungen entwickelt werden, die die Jungen ansprechen und sie nach Möglichkeit auch für die Zeit des späteren freien Lebens beruflich fördern. […]«. Niederschrift Direktorenkonferenz (21.7.1958), in: ALVR 18859, Teil III.

66 Situation der öffentlichen Erziehung, hier: Diskussion über die neuen Heim- und Ausbildungsrichtlinien. Auf einer Tagung referierte Dr. Hummes die Situation der geschlossenen Gruppen in den Landesjugendheimen des LVR, in: ALVR 41712. Vgl. zur Praxis geschlossener Gruppen Kap. II.1.3.2.

5.3 Schläge, Demütigungen und Misshandlungen – welche Rechte hatten Kinder und Jugendliche in der Heimerziehung?

Sich gegen die Entscheidungen eines Erziehers aufzulehnen oder sich gegen eine Verlegung in eine geschlossene Gruppe oder in ein anderes Heim erfolgreich zu wehren war für die Jugendlichen so gut wie unmöglich. Das Urteil des Vormundschaftsgerichts übertrug die elterliche Sorge auf die Fürsorgebehörde (Landesjugendamt), die dann wiederum die unmittelbare Ausführung in die Hände der Heime übergab. Dieses besondere Sorge- und Gewaltenverhältnis in der Heimerziehung bestimmte im Heimalltag das Verhältnis zwischen Erzieher und Zögling, auch wenn es in der Praxis immer wieder zu Konflikten und vereinzelt auch zu rechtlichen Auseinandersetzungen führte. Der Erzieher hatte das Recht, den Jugendlichen im gesetzlichen Rahmen stellvertretend im Sinne der Hausordnung und allgemein festgeschriebener Erziehungsziele in der Fürsorgeerziehung des Landesjugendamtes zu erziehen, und der Jugendliche musste sich den Anordnungen beugen. Ein Aushandeln von Konflikten oder unterschiedlichen Interessen, wie es heute im Erziehungsverhältnis durchaus üblich ist, war in der Zeit der 1950er bis Anfang der 1970er Jahre und in den Fürsorgeerziehungsanstalten im Besonderen nahezu unmöglich. Die Erziehung vollzog sich im besten Falle patriarchalisch, oft eher militärisch auf der Basis von Befehl und Gehorsam.

Die formale Ablehnung der körperlichen Züchtigung (mit Ausnahme der Notwehrsituation und der Vermeidung von Gefahren für den Jugendlichen selber oder für andere) seitens des Landesjugendamtes wie auch die Verpflichtung der Direktoren der Heime, die weitgehende Einschränkung körperlicher Züchtigungen gegenüber den Erziehern durchzusetzen, waren die Rahmenbedingungen, innerhalb derer sich der erzieherische Alltag für die Jugendlichen in den Heimen gestaltete. Die meisten Erziehungshandlungen im Alltag geschahen nebenbei, oft recht ungeplant und situativ. Die Heime hatten häufig wenig Personal, das in der damaligen Zeit zusätzlich oft schlecht ausgebildet war und häufig fluktuierte. Dagegen waren die Einrichtungen mit sehr vielen Jugendlichen belegt, die – zumindest bis Ende der 1950er Jahre – oft in großen Sälen zusammen untergebracht waren. Die Jugendlichen hatten anfänglich kaum Möglichkeiten, sich von den anderen Jugendlichen zu distanzieren und sich eine Privatsphäre zu schaffen. Der Heimalltag war außerordentlich durchstrukturiert, und die Erzieher hatten die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass die Jugendlichen sich diesem Schema anzupassen lernten und ihre Funktionen darin wahrnahmen. Die vorprogrammierten Diskrepanzen und Spannungen innerhalb der großen, sehr heterogenen Gruppen von Jugendlichen wie auch zwischen Erziehern und Zöglingen entluden sich oft in aggressiven bis gewalttätigen Auseinandersetzungen. Für viele ehemalige Heimkinder bleibt die Heimzeit als eine durch Gewalttätigkeit geprägte Zeit in Erinnerung, die, darüber hinaus, für viele bereits im Vorfeld der Heimerziehung in ihren Familien begonnen hatte. Für einige blieb und bleibt sie mit traumatischen Erlebnissen verbunden.[67] Schläge, Demütigungen, »Mobbing« bis hin zu körperlichen und sexuellen Misshandlungen sind in den

67 Vgl. dazu Kap. IV.

Erziehungsheimen geschehen, einige davon sind dokumentiert – die alltäglichen »kleinen« Entwürdigungen blieben dagegen eher unbemerkt und sind nicht festgehalten.

Dies beschreibt die eine Seite der Heimerziehung, und die Gründe dafür waren vielfältig. Die schwierige Personalsituation in den Heimen belastete die unmittelbare Erziehungssituation im Heimalltag nachhaltig.[68] Wie an anderer Stelle bereits dargestellt, blieb der Betreuungsschlüssel lange rückständig.[69] In den Gruppen arbeitete oftmals nur ein verantwortlicher Erzieher, dem gegebenenfalls ein Erzieher in der Ausbildung (Erzieheranwärter, Hilfserzieher, Praktikant) zur Seite stand. War der verantwortliche Gruppenerzieher erkrankt, musste der Erzieheranwärter die Gruppe für diese Zeit alleine übernehmen. Berücksichtigt man die Größe und die Zusammensetzung der Gruppen, war die Erziehungsarbeit für einen Mitarbeiter nur sehr schwer zu bewältigten. Die Ausbildung der Erzieher verlief in der Regel parallel zur Arbeit, so dass auch auf Grund dessen diese Mitarbeiter oft ausfielen. Weiter bleibt auch zu bedenken, dass aufgrund der ständigen Personalknappheit in den Heimen die Heime auch bei der Auswahl der Bewerber eingeschränkt waren. Schlussendlich führte auch die angesprochene rechtliche Situation, die Übertragung der Erziehungsgewalt auf die Erzieher, zu durchaus folgenschweren Missverständnissen oder Fehlverhalten der Erzieher gegenüber den Jugendlichen. Die durch das Landesjugendamt oder zuvor durch das Arbeits- und Sozialministerium erlassenen Verwaltungsvorschriften, die dem Erzieher die Anwendung körperlicher Züchtigung sehr stark einschränkten und ihn unterschriftlich darauf hinwiesen, dass er bei Nichtbeachtung die arbeits- oder strafrechtlichen Konsequenzen zu tragen hatte, wurden seitens der Gerichte im konkreten Fall unterschiedlich bewertet. Im nachfolgenden Abschnitt soll anhand ausgewählter Beispiele aufgezeigt werden, wie die Heime und das Landesjugendamt auf Fälle von Missbrauch und Gewaltanwendung durch Erzieher reagierten und welche konkreten Konsequenzen die Vorwürfe und die Anklagen wegen Missbrauchs für die Erzieher hatten.

5.3.1 Aktenkundige Belege von Missbrauch, Gewalt und Machtausübung gegen Jugendliche und durch Jugendliche

Für die rheinischen Erziehungsheime liegen einige schriftlich fixierte Vorfälle über körperliche Misshandlungen sowie sexuellen Missbrauch seitens der Erzieher gegen Zöglinge wie auch von Zöglingen untereinander vor,[70] die – basierend auf den Informationen der Jugendlichen von ihnen selbst, durch ihre Eltern, das Jugendamt oder seitens eines Anwalts – an die Heime und/oder das Landesjugendamt berichtet wurden. Bei Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen oder in Fällen, in denen ein Erzieher einen Jugendlichen geohrfeigt oder geschlagen hatte, aber keine unmittelbaren rechtlichen

68 Vgl. dazu Kap. III.9.

69 Vgl. dazu genauer Kap. II.1.–8.

70 Strafaktionen, Prügeleien, Drangsalierungen, Einschüchterungen von Jugendlichen an Jugendlichen gehörten – zumindest in den Jungenheimen – zum Alltag.

Schritte (Anzeige) nötig erschienen, wurde ein solcher Vorgang vom Heim (Direktor oder Erziehungsleiter) aufgenommen und das Landesjugendamt informiert (wie auch durch die Strafbücher). Auf Grund von Verwaltungsvorschriften des Landesjugendamtes musste jeder Fall von Züchtigung gemeldet werden. Daraufhin forderte das Landesjugendamt in der Regel von den Beteiligten eine Stellungnahme ein. Meistens wurden die Jugendlichen in diesem Fall vom Direktor oder dessen Stellvertreter vernommen, der ein Protokoll aufsetzte, das die Jungen unterschreiben mussten. Das Landesjugendamt entschied dann, ob der Fall damit abgeschlossen war oder ob es weitere Untersuchungen geben musste. Hatte der Erzieher körperlich gezüchtigt, wurde er nochmals auf das grundsätzliche Verbot der Züchtigung hingewiesen. Hatte der Erzieher diese Züchtigung nicht gemeldet, wurde er ermahnt und darauf hingewiesen, dass es bei einer Wiederholung zu arbeitsrechtlichen Konsequenzen kommen konnte. Im Falle eines Vorwurfs homosexueller Handlungen eines Erziehers an einem Jugendlichen war das Heim wie auch der Landschaftsverband sehr darum bemüht, hier keinen Verdacht ungeprüft zu lassen.[71]

An dieser Stelle sei aber noch bemerkt, dass hier keine Fälle körperlicher Züchtigungen, gewalttätiger Konflikte oder sexueller Misshandlungen aufgezeigt und beurteilt werden können, die nicht zur Anzeige kamen bzw. nicht in irgendeiner Form aktenmäßig dokumentiert wurden. Ob ein Fall körperlicher Züchtigung oder sexuellen Missbrauchs in der zuvor beschriebenen Form genügend und ausreichend untersucht wurde und ob alle Beteiligten intensiv bemüht waren, den Fall lückenlos aufzuklären, kann hier nicht beurteilt werden. Die Beispiele, die schriftlich vorliegen, zeigen unterschiedliche Verfahrens- und Verhaltensmuster auf, wie in diesen Fällen vorgegangen wurde.[72] Ob die Jugendlichen bei der Aufnahme eines internen Vernehmungsprotokolls zuvor darauf hingewiesen wurden, keine Falschaussage zu machen und des Weiteren auf mögliche Konsequenzen hingewiesen wurden, woraufhin sich einzelne Jugendliche dann möglicherweise so unter Druck gesetzt fühlten, dass sie die zuvor gemachten Vorwürfe revidierten oder abmilderten, kann an diese Stelle zwar angenommen, aber nicht belegt werden. Gesagt werden kann, dass in vielen Fällen das »Verfahren« mit der Stellungnahme des beschuldigten Erziehers endete, in dem er seine Unschuld beteuerte und die Gründe seines Handelns mit den verfehlten Reaktionen oder Handlungen des Jugendlichen erklärte: Er selber begründete sein Handeln fast immer mit einer Notwehrsituation, der Vermeidung einer weiteren möglichen Eskalation oder einer unzulässigen Provokation des Jugendlichen.

Heiminterne Klärung des Vorwurfs körperlicher Züchtigung eines Jugendlichen durch seinen Erzieher

Das nachfolgende Beispiel bestätigt diese Vorgehensweise. Im Rheinischen Landesjugendheim Erlenhof wurde dem Erzieher F. im November 1965 vorgeworfen, er habe den Jugendlichen Hermann E. auf den Mund geschlagen. Zuvor, so die Aussage des Erzie-

71 Vgl. dazu auch Kap. 4.2.1.

72 Vorwurf der körperlichen Züchtigung eines Jugendlichen des RLJH Erlenhof durch seinen Erzieher F., in: ALVR 16300.

hers, habe der Jugendliche ihn derart provoziert, dass »er ihm mit der rechten Hand einen Schlag auf den Mund gegeben habe. Dabei habe er den Eindruck gehabt, dass der Junge sich absichtlich zu Boden fallen ließe.« Da der Junge nach dem Schlag auf dem Boden liegen blieb, nicht wieder von alleine aufstand und den Anschein einer Bewusstlosigkeit erweckte, wurde der Junge abends dem Heimarzt vorgestellt, der seinerseits eine mögliche Bewusstlosigkeit aber ausschloss. Weiterhin wurde dann noch ein Psychiater eingeschaltet, der am selben Abend den Jungen untersuchte. Er beschrieb den Jungen als »recht unsachlich, der versuche, sein eigenes Verhalten als ganz selbstverständlich und alltäglich zu schildern, während er das Verhalten des Erziehers mit starker Entrüstung wiedergab und nachdrücklich hinzufügte, dass einem Jungen hier ja nicht geglaubt würde, einem Erwachsenen dagegen glaubt man alles. Er redet viel und wirkt dabei gespreizt und wichtigtuerisch. Seine Mitteilung über einen angeblichen Herzfehler wirkt konfus und ist der Symptomatik einer bekannten Herzerkrankung nicht zuzuordnen. […] Zusammenfassend kann gesagt werden, dass bei dem Jugendlichen ein organischer Herzfehler nicht vorliegt. Es ist höchst unwahrscheinlich, dass nach dem Zwischenfall mit dem Erzieher eine Bewusstlosigkeit aufgetreten ist. Mit Sicherheit hat keine Comotio cerebri (Gehirnerschütterung) vorgelegen. Vielmehr kann nach der Beschreibung während der psychiatrischen Exploration angenommen werden, daß es sich um ein von dem Jugendlichen aus Geltungssucht provoziertes Unternehmen gehandelt hat. Eine körperliche Schädigung durch den Schlag auf den Mund ist heute nicht mehr zu erkennen.«[73] Das Landesjugendamt fragte daraufhin im Heim nochmals nach, ob der Erzieher F. den Vorfall von sich aus der Heimleitung ordnungsgemäß gemeldet habe, ob sich der Minderjährige bereits vorher beschwert habe und ob die Heimleitung den Arzt mit der Untersuchung beauftragt habe, um etwaige Verletzungen festzustellen.[74] Das Heim bestätigte in einem Antwortschreiben, dass der Vorfall durch den Erzieher der Leitung mitgeteilt wurde und man den Jungen daraufhin gehört habe. Auch habe der Jugendliche ausdrücklich erklärt, »dass er sich nicht beschweren wolle, er wünsche aber, dass dem Erzieher gesagt werde, dass er falsch gehandelt habe«.[75] Dies wurde seitens des Heimes durch eine Belehrung des Erziehers über das generelle Züchtigungsverbot getan.

Dieser Fall zeigt den Verfahrensweg einer heiminternen Aufklärung einer körperlichen Züchtigung eines Jugendlichen durch einen Erzieher auf, auch wenn die zusätzliche psychiatrische Untersuchung nicht den Normalfall darstellte. Der grundsätzliche Weg aber wird deutlich. Ob die Einschätzung der Unglaubwürdigkeit des Jungen zutraf bzw. ob die Konfliktsituation einer solchen »erzieherischen Reaktion« des Erziehers tatsächlich bedurfte, war nicht Bestand der Untersuchung. Es ging vielmehr um die Klärung des »richtigen arbeitsrechtlichen Verhaltens« des Erziehers und um die Frage, ob die Züchtigung gesundheitliche Schäden verursacht hatte. Pädagogisch wurde der Fall – laut Aktenlage – nicht reflektiert. In Fällen von zur Anklage gekommenen gewalttätigen oder sexuellen Miss-

73 Gierath (18.11.1965), in: ALVR 16300.
74 LJA an RLJH Erlenhof (7.12.1965), in: ALVR 16300.
75 RLJH Erlenhof an LJA (30.12.1965) in: ALVR 16300.

handlungen nahmen die Untersuchungen einen anderen Verlauf und endeten oftmals mit dem Ausscheiden des Erziehers aus dem Heimdienst.

Missbrauchsvorwurf und Anklage gegen den Erzieher Walter A.

So wie im nachfolgenden Fall, wo der Erzieher Walter A. im Jahr 1969 aufgrund von Zeugenaussagen zu einer Gefängnisstrafe von neun Monaten oder vier Jahren auf Bewährung verurteilt und daraufhin vom Landesjugendamt entlassen wurde.[76] Der Erzieher, der seit 1961 als Gruppenerzieher im Rheinischen Landesjugendheim Fichtenhain beschäftigt war, hatte einen Jungen monatelang immer wieder zu homosexuellen Handlungen gezwungen und aufgrund seiner Machtposition ein Abhängigkeitsverhältnis (Drohungen, Vergünstigungen) aufgebaut, so dass es dem Jungen lange unmöglich erschien, sich dagegen zu wehren oder es publik zu machen. Erst als der Junge sich einem Praktikanten anvertraute sowie zwei anderen Jugendlichen aus seiner Gruppe davon erzählte, informierte der Praktikant den Erziehungsleiter, der daraufhin die Polizei einschaltete. Der Jugendliche Gregor M., der seit dem 22.8.1968 im Rheinischen Landesjugendheim Fichtenhain eingewiesen war, wurde der Gruppe 3 zugeordnet und bereits im Erstgespräch von dem Erzieher Walter A. sehr eindeutig und lange über seine geschlechtliche Entwicklung und seine sexuellen und auch homosexuellen Erfahrungen befragt. Bereits an diesem Abend kam es zur ersten Kontaktaufnahme, die Gregor M. aber abwies. Eine Woche später kam es zu ersten sexuellen Annäherungen des Erziehers, die sich in der Folgezeit fortsetzten und immer intensiver wurden (Onanie, Oralverkehr). Dies passierte in der Zeit von August 1968 bis Februar 1969. Laut eigenen Aussagen versuchte der Jugendliche immer wieder diesen Kontakten zu entkommen bzw. anderen Jungen davon zu erzählen, wurde aber durch Bedrohungen des Erziehers gezwungen zu schweigen. Als der Druck zu groß wurde, vertraute er sich zwei anderen Jungen und einem Praktikanten an, die ihm halfen, den Erzieher mittels Fotografien zu überführen. Walter A. wurde verhaftet und auf Grund der Aussage von Gregor M. eingesperrt. Am 17.2.1969, vier Tage nach der Verhaftung, wurde Walter A. fristlos gekündigt.

In einer Stellungnahme beschrieb der Erziehungsleiter den Erzieher als fleißig und eifrig, der viel Aktivität entwickelte und auf saubere Kleidung und Räumlichkeiten achtete. Weiter hieß es, »sein Verhalten den Minderjährigen gegenüber war autoritär; er neigte dazu, seine starren und engen Erziehungsvorstellungen nachdrücklich durchzusetzen [sic], ohne die jeweiligen Gegebenheiten zu berücksichtigen und ohne der jeweiligen Eigenart des Minderjährigen Rechnung zu tragen. Wer seinen Anordnungen folgte war bei ihm gut angesehen und konnte sich Vorteile verschaffen, auch wenn er sich nur scheinbar anpasste. […] Walter A. zeigte während seiner Tätigkeit in unserem Haus wenig Teamfähigkeit, er war sehr eigenwillig und neigte dazu, sich selbst zu überschätzen. Er konnte keine Kritik an seiner Person und seiner Handlungsweise vertragen, sparte aber nicht mit kritischen Bemerkungen gegenüber seinen Kollegen. Die ihm zur Last gelegten Entgleisungen [sic] sind uns nur schwer erklärlich, da Herr A. verheiratet ist und 3 Kinder hat. In seinen

76 Vgl. Personalakte Walter A./RLJH Fichtenhain, in: ALVR 49350.

Beobachtungsberichten, die er über jeden Jugendlichen anfertigen musste, fanden sich fast regelmäßig Bemerkungen über sexuelle ›Auffälligkeiten‹, die aber als normales, entwicklungsbedingtes Verhalten bei Jugendlichen erklärt werden können. Es fiel auf, dass Herr A., darauf angesprochen, wenig Einsicht zeigte. Es schien ihm unangenehm zu sein, über diese Dinge zu sprechen, so daß der Eindruck entstand, als verdränge er diese Problematik auf Grund eines übersteigerten Über-Ichs.«[77]

Im Laufe des Verfahrens wurde offenkundig, dass dem Beschuldigten noch ein weiteres Vergehen wegen Unzucht mit einem Abhängigen aus dem Vorjahr (1967) zur Last gelegt wurde. Es handelte sich um einen im Jahr 1969 bereits entlassenen Jungen aus demselben Heim. Dieses Verfahren stützte sich aber »nur« auf die Aussage dieses Jungen, dessen Glaubwürdigkeit man anzweifelte, weswegen das Verfahren ruhte, so dass der Erzieher weiterhin im Heim arbeiten konnte. Diese erste Beschuldigung aus dem Jahr 1967 wurde im Prozess fallen gelassen. In der Urteilsbegründung zur zweiten Klage rekapitulierte das Gericht nochmals die beiden Anklagen und kam zu der Aussage, dass man die Aussage des ersten Klägers Reinhard S. 1967 zunächst mit allem Vorbehalt aufgenommen habe, »wie das mit Aussagen von gefährdeten und verwahrlosten Fürsorgezöglingen immer geschieht […]. Der Verdacht, dem zunächst der Umstand entgegenstand, dass man dem Angeschuldigten als verheiratetem Manne und Vater von drei Kindern die Tat nicht zutraute, zumal die Aussage des Zeugen Reinhard S. mit dem Bestreben in Verbindung stand, von dem Rheinischen Landesjugendheim Fichtenhain wegzukommen, wurde zur Gewissheit, als der Fall b.) bekannt wurde.«[78] Im Laufe der Verhandlung legte der Erzieher Walter A. ein Geständnis ab. Dem Landesjugendamt ist in diesem Fall kein schuldhaftes Verhalten vorzuwerfen, aber die Tatsache, dass bereits ein Jahr zuvor eine erste Beschuldigung wegen sexuellen Missbrauchs seitens eines Jugendlichen geäußert wurde und es zu keiner Suspendierung oder Kündigung kam, verweist auf Schwachstellen. Die Darlegungen des Gerichts, warum im Jahr 1967 die geäußerte Beschuldigung des Jugendlichen nicht weiterverfolgt wurde (Unglaubwürdigkeit), und die Stellungnahme des Heimes mit dem Verweis auf den famililiären Hintergrund des Beklagten unterstützen die Annahme, dass man in solchen Fällen den Jungen weniger glaubte als den Erziehern.

Verurteilung des Erziehers Erhard K. wegen Köperverletzung gegen einen Minderjährigen sowie anschließende Aufhebung des Urteils

Im nachfolgenden zweiten Beispiel wird der Fall des Erziehers Erhard K. geschildert, der auf Grund »gefährlicher Körperverletzung« gemäß § 223 StGB im Amt in erster Instanz im November 1964 zu einer Gefängnisstrafe von zwei Monaten verurteilt wurde.[79] Gegen dieses Urteil legte der Angeklagte Berufung ein, die wiederum im Dezember 1965 verhandelt wurde. Erhard K. war seit 1961 als Hilfserzieher im evangelischen Kinder- und

77 Stellungnahme Erziehungsleiter (Thomé) (25.2.1969) zur Kündigung des Erziehers A., in: ALVR 49350.

78 Anklageschrift des Gerichts (6.9.1969), in: ALVR 49350.

79 Vgl. hierzu auch die erstmalige Beschreibung bei Henkelmann/Kaminsky 2007, S. 261–262.

Jugendheim Neu-Düsselthal (Graf-Recke-Stiftung) angestellt und als zweiter Erzieher in einer Jungengruppe (8–14 Jahre) tätig. Hier kam es am 5.8.1963 zu dem Vorfall, in dessen Verlauf er dem 13-jährigen Dieter S. auf Grund wiederholten widersetzlichen Verhaltens körperlich züchtigte. »Der Angeklagte nahm daraufhin einen dünnen Kinderspazierstock und gab damit dem Dieter S. einige Schläge auf das Gesäß. Da dieser sich wehrte und zu entweichen versuchte, trafen ihn einige Schläge an seinem Oberschenkel. Die Folgen dieser Züchtigung waren einige Striemen und blaue Flecke an den Oberschenkeln«, so die Darstellung in der Berufungsschrift.[80] Der besondere Aspekt dieses Falles lag darin, dass der Erzieher seine Handlungen damit begründete, dass ihm die Mutter des Jungen bei einem vorherigen Besuch im Heim ausdrücklich erlaubt hatte, ihren Sohn »hart anzufassen«. Wenn er nicht spure, dann solle er »ruhig einmal ein paar drauf kriegen«, so die Mutter. Diese Aussage wurde von Zeugen bestätigt. Am Tag des Vorfalls führte der Angeklagte die Aufsicht über die Gruppe allein (!) aus, da der Haupterzieher einen freien Tag hatte. Entgegen der ersten Verurteilung vom 27.7.1963 vor dem Jugendgericht in Düsseldorf entschied das Landgericht Düsseldorf für den Angeklagten und erkannte seine Argumentation, er habe im Auftrag der Mutter gehandelt, an. »Der Angeklagte gibt diesen Sachverhalt [die Schläge mit dem Stock] zu. Er lässt sich dahingehend ein, er habe die Äußerung der Zeugin S. [Mutter des Jungen] dahingehend verstanden, dass sie dem jeweiligen Erzieher ihres Sohnes das Recht einräumen wolle, erforderlichenfalls ihren Sohn auch mit Schlägen zu züchtigen.«[81] Das Gericht bestätigte diese Auslegung der Übertragung, indem es folgendermaßen argumentierte: »Die Ausführung dieses Züchtigungsrechtes war ihm von der erziehungsberechtigten Mutter [FEH-Einweisung] des Dieter S. übertragen worden. Ihr steht die auf Gewohnheitsrecht beruhende Züchtigungsbefugnis (BGHSt 11/248) allein zu. Ihr Ehemann ist der Stiefvater des Dieter S. und ihm gegenüber nicht erziehungsberechtigt. Die Ausführung dieses ihr zustehenden Züchtigungsrechtes konnte die Zeugin S. auf den Angeklagten übertragen. […] Dieses Recht zur Ausübung maßvoller Züchtigung hat der Angeklagte auch nicht mißbraucht. Das Verhalten des Dieter S. an dem betreffenden Tag war so, dass eine Züchtigung auch unter Zuhilfenahme eines dünnen Stockes nicht unangebracht war. […] Die Zeugin hat – nach Betrachten der Farbfotographien der Verletzungen – bekundet, dass ihr Sohn zu Hause Schläge bekommen habe, die mindestens ebenso starke Zeichnungen auf der Haut hinterlassen hätten, wie die vom Angeklagten ausgeteilten Schläge. Der Angeklagte hat somit auch nicht den Rahmen des ihm zur Ausübung übertragenen Züchtigungsrechtes überschritten. Die Kammer ist im übrigen der Ansicht, dass die vom Angeklagten ausgeteilten Schläge in einem angemessenen Verhältnis standen zu dem widerspenstigen Verhalten des Zeugen S. Es handelte sich dabei nicht um eine das Anstands- und Sittlichkeitsgefühl verletzende Züchtigung. Die vom Angeklagten an dem Zeugen S. vorgenommene Züchtigung ist auch nicht deshalb rechtswidrig, weil es dem Angeklagten von der Heimleitung mehrfach verboten worden war, die ihm unterstellten Kinder mit Schlägen zu züchtigen. Bei diesem Züchtigungsver-

80 Berufungsschrift des Landgerichts Düsseldorf (22.12.1964), in: ALVR 49330.
81 Ebd.

bot handelte es sich um eine verwaltungsinterne Anordnung, die lediglich disziplinarische Bedeutung für den Angeklagten hatte. Ebensowenig, wie bloße Verwaltungsanordnungen einen strafrechtlichen Rechtfertigungsgrund schaffen, vermögen sie ein Verhalten, das auf materiellem Gesetz oder auf Gewohnheitsrecht beruht und danach nicht strafbar ist, zu kriminellem Unrecht zu erklären (BGHSt 11/252).«[82]

Diese Argumentation bedeutete, dass dem Landesjugendamt die Hoheitsgewalt über die Erteilung einer Ermächtigung verloren ginge, wenn die Personensorgeberechtigten durch Zustimmung zur körperlichen Züchtigung dem Erzieher die Entscheidungsgewalt übertragen würden. In einem Schreiben an den Leitenden Oberstaatsanwalt des Landgerichts Düsseldorf verurteilte Beurmann diese Auslegung des Gerichts und bekräftigte ihren Standpunkt dahingehend, dass es dem Landesjugendamt überlassen sei, die unmittelbar Erziehenden zu ermächtigen, körperliche Züchtigungen durchzuführen: »Ein Recht zur körperlichen Züchtigung könnte nur dadurch gegeben sein, daß das Landesjugendamt den Leiter des Heimes, in das es den Minderjährigen gibt, generell oder im Einzelfall auch zur Anwendung der körperlichen Züchtigung ermächtigt und dieser Leiter dem betreffenden Erzieher die gleiche Ermächtigung erteilt. Selbst bei der Ermächtigung zu körperlichen Züchtigungen innerhalb der Heimerziehung könnte keinesfalls jeder, der im Heim mit Erziehung befasst ist, zum Schlagen berechtigt sein. Das Landesjugendamt hat jedoch eine derartige generelle oder spezifische Ermächtigung nicht gegeben.«[83] Beurmann war hier erkennbar bemüht, die Erstellung individueller Erziehungsregeln für einzelne Jugendliche in den Heimen nicht den Eltern zu überlassen. Für den jeweiligen Erzieher könnte diese Handhabung bedeuten, dass er den Umgang mit den Jugendlichen zunächst mit den Eltern verhandelte und nicht mehr vorrangig seinem Arbeitgeber Rechenschaft schuldig wäre. Die durch das Landesjugendamt erlassene Verwaltungsvorschrift einer eingeschränkten Anwendung körperlicher Züchtigungen durch den Heimleiter – der diese an seine Erzieher wiederum stellvertretend weitergeben konnte – sowie die formulierten Konsequenzen bei unsachgemäßer Anwendung (Ermahnung und/oder Kündigung) wären damit quasi außer Kraft gesetzt, wenn der züchtigende Erzieher auf eine Erlaubnis der Personensorgeberechtigten verweisen könnte. Das eingeschränkte Verbot der Züchtigung seitens des Landesjugendamtes wäre damit in Frage gestellt gewesen. Die vorliegende Akte gibt leider keine Auskunft darüber, wie die Oberstaatsanwaltschaft auf diese Einwände des Landesjugendamtes reagiert hat.

Die nachfolgenden Beispiele zeigen zwei Fälle körperlicher Gewalt (Selbstjustiz) gegen Jugendliche, die ihnen durch andere Jugendliche zugefügt wurden. Sie sollen verdeutlichen, wie die zuständigen Erzieher reagierten, wie die Heime in solchen Situationen verfuhren, welche Haltung das Landesjugendamt einnahm und welche Erklärungen sich für eine solche gruppeninterne Gewalthandlung aufzeigen lassen.

82 Ebd.

83 Beurmann an den Oberstaatsanwalt (Februar 1965), in: ALVR 49330.

Gewalttätigkeiten zwischen Jugendlichen: »Pantoffelparade« und »Hordenkeile«
Im Oktober 1964 warf der Jugendliche Günter P. dem Rheinischen Landesjugendheim Halfeshof bzw. dem zuständigen Erzieher Albert H. vor, dass er in den ersten Tagen nach seiner Aufnahme im Heim durch andere Jugendliche unter anderem in Form einer so genannten Pantoffelparade mit einem Gummiriemen geschlagen worden sei. Weiterhin habe er auf Knien den Fußboden reinigen müssen (»Kniebohnern«), so dass es zu Verletzungen an den Knien gekommen sei.[84] Dieses Beschwerdeschreiben richtete er an den Jugendrichter Friebertshausen in Mettmann, der das Schreiben dann an das Landesjugendamt weiterleitete. In einem Schreiben von Jans vom November 1964 wurde das Heim nun aufgefordert, diesen Vorwürfen nachzugehen. Er forderte den Heimleiter Langmaack auf, »den Behauptungen des Minderjährigen sorgfältig nachzugehen und zu prüfen, ob die Jugendlichen ›im Wege der Selbstjustiz‹ so genannte Pantoffelparaden veranstalten und ob es der Wahrheit entspräche, daß der zuständige Erzieher Albert H. die Klage des Minderjährigen nach dem Überfall nicht zur Kenntnis genommen habe.«[85] Auf der Grundlage einer schriftlichen Aussage des beschuldigten Erziehers Albert H. vom 16.11.1964 nahm der Heimleiter Langmaack selbst dazu Stellung. Er sah kein Fehlverhalten seitens des Erziehers und bekräftigte seinerseits, dass »an der Wahrheit der Aussage von Herrn H. nicht die geringsten Zweifel bestehen. ›Schlappenparaden‹ werden nicht geduldet. Der Heimleitung ist seit Jahren kein Fall derartiger Selbstjustiz bekannt. […] Nächtliche Schlägereien, die durch Zwistigkeiten zwischen 2 oder mehreren Jugendlichen vorzukommen drohten, konnten wiederholt verhindert werden […]. Das schließt nicht aus, daß auch einmal ein Minderjähriger von seinen Kameraden, übrigens immer aus berechtigten Gründen [sic], nächtlicherweise Senge bezieht. […] Die Heimleitung ist davon überzeugt, daß der Minderjährige seine Entweichungen und möglicherweise seine Straftaten motivieren will. […].«[86]

Abschließend fasste das Landesjugendamt in einem Schreiben an das Amtsgericht Mettmann (Friebertshausen) den Sachverhalt nochmals zusammen und kam zu der Auffassung, dass die Vorwürfe des Jugendlichen Günter P. nicht zutreffen könnten: »Nach meinen Ermittlungen ist der Minderjährige nach seiner ersten Entweichung im Heim von anderen Jugendlichen weder mit einem Gummiriemen noch mit Pantoffeln verprügelt worden. Auch hat er nicht, wie er behauptet, eine angebliche Prügelei einem Erzieher gemeldet. Der zuständige Erzieher, Herr H., hat in seiner Stellungnahme, an deren Glaubwürdigkeit kein Zweifel besteht, dargelegt, daß Günter P. zwar von Jungen, wie es häufig der Fall ist, geneckt wurde. Es handelt sich um versteckte Spielereien, die vom Erzieher sofort unterbunden wurden. P. wurde auch nicht, wie er angegeben hat, zum so genannten ›Kniebohnern‹ eingesetzt. Unter Kniebohnern versteht man die völlig gefahrlose Art der Fußbodenreinigung, die überdies nur bei Kunststoffböden stattfindet. […] Die etwas

84 Günter P. an Jugendrichter Friebertshausen (21.10.1964), in: ALVR 16338.
85 LJA an RLJH Halfeshof (4.11.1964), in: ALVR 16338.
86 Langmaack an LJA (19.11.1964), in: ALVR 16338.

wehleidige Art des Minderjährigen lässt darauf schliessen, daß er möglicherweise die Beschwerden vorgebracht hat, um sich der Heimerziehung zu entziehen […].«[87]

Dieses Beispiel zeigt, dass, ganz ähnlich wie im zuerst geschilderten Beispiel des Jugendlichen Hermann E. im Rheinischen Landesjugendheim Erlenhof, ein Vorwurf wegen Misshandlung, der gegen das Heim respektive dessen Erzieher gerichtet wurde oder wie im vorliegenden Beispiel gegen andere Jugendliche (Heim als verantwortliche Aufsicht), vom Landesjugendamt aufgenommen wurde und ein Prozess der Klärung stattfand. Auf Grund der vorliegenden Belege lässt sich im Nachhinein nicht mehr verifizieren, ob die Schilderungen des Erziehers oder die des Jungen der Wahrheit entsprachen. Rein formal hat das Landesjugendamt die Beschwerde untersucht, alle Beteiligten zur Sache angehört und abschließend entschieden, dass hier dem Erzieher mehr Glaubwürdigkeit zustehe als den Aussagen des Jungen. Die Aussage des Direktors, dass nächtliche Strafaktionen einer Gruppe gegen einen Einzelnen (»Senge«)«immer aus berechtigten Gründen« geschehen wären, lässt vermuten, dass solche Schlägereien bekannt waren und – wenn es »angebracht« schien – auch geduldet wurden. Interessant an diesem Fall ist weiterhin die Tatsache, dass ein ehemaliger Jugendlicher des Rheinischen Landesjugendheimes Halfeshof in einem der geführten Interviews genau diesen Vorwurf des »Kniebohnerns« auch beschrieben hat sowie die Verletzungen, die er dadurch davon getragen hatte.[88]

Ein zweites Beispiel von »Selbstjustiz« zwischen den Jugendlichen ergibt sich aus der Auswertung der eingesandten Straflisten. Im Rheinischen Landesjugendheim Erlenhof wurden im Jahr 1951 zwei Fälle gruppeninterner Bestrafungen gemeldet, die das Arbeits- und Sozialministerium als damalige Aufsichtsbehörde genauer zu klären verlangte. In beiden Fällen handelte es sich um so genannte Hordenkeile, die man Jungen verabreichte, die sich öffentlich gegen die Gruppe ausgesprochen hatten (Gruppenverrat) oder beispielsweise einen Kameradendiebstahl begangen hatten. In einem Schreiben vom Januar 1952 forderte das Sozialministerium das Heim auf, zu beiden Fällen Stellung zu nehmen. »Ich bitte mir mitzuteilen, wann und inwiefern und welche Jugendliche geschlagen haben, und warum die Aufsicht diese Strafaktion nicht verhindern konnte.«[89] In einem Antwortschreiben des Heimes wurden daraufhin beide Tathergänge nochmals detailliert geschildert und abschließend begründet, warum diese Gewalttätigkeiten nicht zu verhindern waren. Im ersten Fall wurde dem Jugendlichen Hans Gerd L. Kameradendiebstahl zur Last gelegt, da er »in einem unbewachten Augenblick aus dem Erzieherzimmer die Lohntüte [des Jugendlichen Ludwig H.] gestohlen und den Inhalt in raffinierter Weise versteckt hat«.[90] An der daraufhin einsetzenden Suchaktion beteiligte sich auch der Jugendliche L. und beschuldigte währenddessen andere des Diebstahls. Letztlich wurde der Geldbetrag doch gefunden, und L. gab den Diebstahl zu. In der darauf folgenden Nacht verprügelten seine Gruppenkamaraden den Jugendlichen L., »jedoch hat er nur Schläge auf den Hosenboden

87 LJA an Amtsgericht Mettmann (21.12.1964), in: ALVR 16338.
88 Vgl. dazu weiter unten im Text.
89 Arbeits- und Sozialministerium an das RLJH Erlenhof (30.1.1952), in: ALVR 14148.
90 RLJH Erlenhof an Arbeits- und Sozialministerium (12.2.1952), in: ALVR 14148.

bekommen, sodaß keine Verletzungen entstehen konnten«, so die Auffassung des Heimes. Außerdem habe der Beschuldigte tags darauf erklärt, »dass seine Kameraden nach seiner Auffassung ganz richtig gehandelt hätten und dass er diese Strafe redlich verdient habe«. Wer an dieser Gruppenbestrafung beteiligt gewesen war, konnte laut Aussage des Heimes nicht ermittelt werden.

Im zweiten Fall hatte eine Gruppe von Jugendlichen ihren Mitbewohner Axel M. nachts im Schlafsaal verprügelt, da dieser Tage zuvor bei einem Lazarettaufenthalt »gegen die Abteilung gesprochen habe und sich dabei so ausdrückte, als müssten sich alle vor ihm ducken«,[91] so die Zusammenfassung des Heimes. Der namentlich genannte Beschuldigte Junge Heinz F. sowie alle anderen Jungen wurden daraufhin seitens des Heimes dringlichst vor der Wiederholung solcher Schlägereien gewarnt, und es wurde ihnen angedroht, dass ihnen der Weihnachtsurlaub gestrichen oder auch Arrest drohen würde. Als Begründung in beiden Fällen nannte das Heim die bauliche/räumliche Situation vor Ort. »Daß in unseren Schlafsäalen keine ausreichende Kontrolle möglich ist, ist der dortigen Stelle bekannt. […] Bei einem im Pavillionsystem erbauten Erziehungsheim, in dem die Jungen in den einzelnen Häusern in meist überfüllten Schlafsäalen zusammen wohnen, sind solche Vorkommnisse leider nicht mit Sicherheit zu verhindern. Andernfalls müsste in jedem Schlafsaal ein Erzieher wohnen. Im Übrigen ist mit solchen Vorkommnissen in jeder größeren Jungengemeinschaft schon einmal zu rechnen. […] Es sind alle Erzieher noch einmal darauf hingewiesen worden, daß Strafaktionen jeder Art zu verhindern sind. Jedoch bin ich außerstande, die Schlafsäale die ganze Nacht hindurch kontrollieren zu lassen.«[92]

Zusammenfassend lässt sich zu diesen beiden Beispielen sagen, dass Haltung und Handlung des Landesjugendamtes respektive des Arbeits- und Sozialministeriums kein Fehlverhalten darstellten. Sie haben sowohl auf Klärung der Beschwerde der körperlichen Gewalt reagiert als auch die Hinweise zu vorgekommenen gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den Jugendlichen ernst genommen und Aufklärung verlangt. Ob die Annahme der fehlenden Glaubwürdigkeit der Angaben des Günter P. schlüssig war oder hier nur das Verhaltensschema erkennbar ist, dass man in Fällen des Vorwurfs eines Jugendlichen doch mehrheitlich dem Erzieher Glauben schenkte, lässt sich nicht eindeutig beantworten. Die Aussage des Direktors Langmaack, dass eine gruppeninterne Bestrafung, wenn, dann »übriges immer aus berechtigten Gründen« geschah, lässt sich unterschiedlich interpretieren. Und dass ein Jugendlicher die Schläge seiner Gruppenkameraden im Nachhinein selber als »gerechtfertigt und redlich verdient bewertet« und das Heim diese Zustimmung indirekt nutzte, um die Schläge zu erklären, muss nicht bedeuten, dass man diese Form der Selbstjustiz grundsätzlich zuließ. Der Verweis auf die baulichen und räumlichen Gegebenheiten sowie die großen Schlafsäale und großen Gruppen in den 1950er Jahren lassen hier eher Platz für Kritik an den strukturellen Bedingungen der Heimerziehung in den damaligen Heimen. Einen weiteren Klärungsansatz bieten die Aussagen der ehemaliegen Heimkinder. Das heißt, neben den besonderen und den dokumentierten Fällen von Züch-

91 Vgl. ebd.
92 Ebd.

tigungen und Misshandlungen gab es im Heimalltag gewalttätige Handlungen, die weder strafrechtlich verfolgt noch dokumentiert wurden und somit auch zu keinerlei Konsequenzen für die Erzieher geführt haben. Die nachfolgenden Beispiele beruhen auf den Aussagen der im Rahmen des Forschungsprojekts geführten Interviews ehemaliger Jugendlicher in den Rheinischen Landesjugendheimen.[93]

Gewalttätige und demütigende Erziehungsmethoden

Gerade die »kleineren, alltäglicheren Vergehen« von Erziehern, die sich beispielsweise in Form einer übermäßigen Bestrafung äußerten, wurden weder an den Heimleiter gemeldet noch irgendwie schriftlich festgehalten. So musste zum Beispiel Herbert Vogel im Rheinischen Landesjugendheim Halfeshof 1951/52 auf Geheiß eines Erziehers auf den Knien zweieinhalb Tage einen Parkettfußboden mit Sand »säubern«, bis seine Knie bluteten und er mit Kniescheibenvereiterung ins Krankenhaus musste und noch heute unter den Folgen leidet. »Bis abends hab' ich durchgehalten. Und am nächsten Morgen hatte ich so ein Knie. Das war aber wirklich rings 'rum so dick geschwollen. Und da guckt der mich an und fragt mich doch: ›Wat haste denn mit den Knien gemacht?‹ Ich sage: Das kommt von dem Schrubben da; den ganzen Tag auf den blanken Knien, ich sage: auf dem harten Fußboden. Ich sage: ich kann nicht mehr; ich sage: ich tu auch nicht mehr! Sagt er: ›Dat zeig ich dir: tu ich nicht mehr!‹ Da hat der mich noch eine Stunde lang gezwungen, dat weiterzumachen.«[94] In einem anderen Interview berichtete Harald Steiger, dass er am Tag seiner Einweisung in das Rheinische Landesjugendheim Erlenhof 1960 während des Aufnahmegespräches von Direktor Gollnick geohrfeigt wurde, weil er eine Zigarette im Mund hatte. Herbert Steiger entfloh daraufhin für ein ganzes Jahr, bis er sich freiwillig wieder im Erlenhof vorstellte.[95] Ein anderer Interviewpartner, Gustav Berger, berichtete von einer Begebenheit, die sich im Rheinischen Landesjugendheim Haus Fichtenhain in der Zeit zwischen 1966 und 1969 zugetragen hat.[96] Während einer Auseinandersetzung mit einem Jugendlichen rief der beteiligte Erzieher den Erziehungsleiter Thomé hinzu, der den Jugendlichen während der Auseinandersetzung durch eine Glastür stieß. Nach der Erinnerung des Interviewten wurde der Erziehungsleiter daraufhin in den Erlenhof versetzt.[97]

Des Weiteren wird auch der Vorwurf erhoben, dass man die Jugendlichen gezwungen habe, immer alles und jedes essen zu müssen, was ihnen angeboten wurde. Das wird durch die Interviews mehrmals bestätigt und es werden auch solche Situationen geschildert, wo der Zwang zum Essen als individuelle Bestrafung und auch als Abschreckung für die anderen Jungen genutzt wurde. So wie Herbert Vogel es erlebte, als er von seinem Erzieher im Rheinischen Landesjugendheim Halfeshof nach der regulären Essenszeit gezwungen wurde, grüne Heringe zu essen, bis er alles wieder erbrach: »[…] Dann saß er genau mir gegenüber und guckte zu. Da hat der mich gezwungen, die drei Heringe zu essen. Zwei

93 Vgl dazu auch Kap. IV.1.
94 Interview Herbert Vogel (15.9.2009), S. 6, in: ALVR 49433.
95 Interview Harald Steiger (14.10.2009), S. 4, in: ALVR 49432; ausführlich dargestellt in Kap. II.1.
96 Interview Gustav Berger (7.10.2009), S. 4, in: ALVR 49421.
97 Vgl. Personalakte Stephan Thomé, in: ALVR 52328, sowie Kap. II.1.

hab ich geschafft. Da wurd's mir derart übel, dass ich quer über den Tisch gebrochen hab'. Und der hat was mitgekriegt. Ich sah nur noch was hochkommen und zwei Hände kamen auf mich zu. Hörn sie mal: ich hatte solche Backen. […] Feuerrot. Was hat der Mann mich da verdroschen […].«[98]

Diese wenigen Beispiele zeigen, dass es für die Jugendlichen im Heimalltag fast unmöglich war, der Macht bzw. dem möglichen Machtmissbrauch eines Erziehers zu entgehen. Ein wie zuvor beschriebenes Fehlverhalten in einem situativen Erziehungsprozess ließ sich in den meisten Fällen nicht oder nur schwerlich nachweisen. Wenn eine Beschwerde vom Landesjugendamt aufgegriffen und weiterverfolgt wurde, musste sie schon – wie die zuvor dargestellten Beispiele zeigen – eine besondere Gewichtung haben. Vor allem musste sie zunächst schriftlich festgehalten werden, das heißt, die Beschwerde musste vom Heim aufgenommen und dann an das Landesjugendamt weitergeleitet werden. Erst dann konnte das Landesjugendamt tätig werden. Bereits die wenigen Aussagen/Beispiele der Interviewten zu demütigenden und gewalttätigen »Übertretungen und Übergriffen« von Erziehern lassen die Annahme zu, dass viele dieser Fälle nicht zur dokumentierten Aufnahme geführt haben. Somit blieb den Jugendlichen nur die Möglichkeit, solche Verfehlungen eines Erziehers in Form eines persönlichen Beschwerdebriefes an das Landesjugendamt zu richten. Dieses Recht stand allen Jugendlichen in den rheinischen Heimen zu. Diese Beschwerden konnten sie schriftlich oder persönlich bei einem Heimbesuch des Landesjugendamtes vortragen.

5.3.2 Die Rechte der Jugendlichen

Im Heimalltag hatten die Jugendlichen in der Heimerziehung zunächst nur sehr einschränkte Rechte, und über diese wurden sie noch dazu nur selten gut und ausreichend informiert. Vieles änderte sich grundsätzlich erst durch die öffentlichen Skandalisierungen der Heimerziehung Ende der 1960er Jahre, als man den damaligen Zustand in den Heimen auch mit der diskriminierenden Rechtslage der Kinder und Jugendlichen sowie dem mangelndem Rechtsverständnis mancher Heimleiter und Erzieher erklärte. Bedenkt man den damaligen Rechtsstatus von Kindern und Jugendlichen in der Gesellschaft (Kinder als Objekte) sowie das im privaten Bereich (Familie) und in den Schulen geltende Recht auf körperliche Züchtigung, so wundert es nicht, dass viele Erzieher in den Heimen davon ausgingen, dass insbesondere für diese Jugendlichen in den Erziehungsheimen eine besonders strenge und disziplinierende Erziehung nötig sei. Ebenso erschien es vielen unüblich, ihre Handlungsweisen mit den den Jugendlichen zustehenden Rechten abzugleichen. Doch wie sah die damalige Rechtslage der Jugendlichen im Heim aus? Wurden ihnen ihre zustehenden Rechte selbstverständlich vermittelt und verständlich erklärt? Wie und wo konnte der Jugendliche seine Rechte einfordern und sich Unterstützung holen?

Seitens des Jugendwohlfahrtsgesetzes und der Richtlinien des Landesjugendamtes standen den Jugendlichen im Heimalltag folgende Rechte zu: Jeder Jugendliche in

98 Interview Herbert Vogel (15.9.2009), S. 7, in: ALVR 49433.



Jugendvertretung Fichtenhain 1972

den Landesjugendheimen des LVR hatte das Recht, sich beim Landesjugendamt über Rechtsverletzungen eines Erziehers zu beschweren. Seit 1962 konnte jeder über 14-jährige Minderjährige kraft eigenen Rechts einen Antrag auf Aufhebung der Fürsorgeerziehung beim Landesjugendamt stellen. Hingegen stand den Minderjährigen in der Freiwilligen Erziehungshilfe dieses Recht nicht zu.[99] Jedem Jugendlichen musste das ergangene Fürsorgeerziehungs-Urteil unmittelbar zugehen, um ihm so das innewohnende Recht des Widerspruchs zu ermöglichen.[100] Jeder Jugendliche konnte ab dem 14. Lebensjahr selber

99 Vgl. Heimleiterbesprechung am 23.4.1971, in: ALVR 18859, Teil II.
100 Vgl. Landgericht Aachen (16.6.1969), in: ALVR 38552.

bestimmen, ob und welcher Konfession er angehören und ob er an den religiösen Feierlichkeiten und seelsorgerischen Angeboten teilnehmen wollte.

Im Hinblick auf das bestehende Recht der über 14-jährigen Minderjährigen, in den Heimen einen eigenständigen Antrag auf Aufhebung der Fürsorgeerziehungs-Maßnahme zu stellen, wies Beurmann die anwesenden Direktoren und Erziehungsleiter im April 1971 auf einer Heimleiterbesprechung nochmals eindringlich darauf hin, diese Rechtssituation zu beachten und zu befolgen. »Bei Ablehnung des Landesjugendamtes wird er schriftlich beschieden und dabei zugleich über die Möglichkeit, die Entscheidung des Vormundschaftsgerichts anzurufen, belehrt. Gegen eine ebenfalls negative Entscheidung des Vormundschaftsgerichts hat er die sofortige Beschwerde, ggfs. auch später die weiteren sofortigen Beschwerden.« Den Jugendlichen der Freiwilligen Erziehungshilfe stehe die Aufhebungsklage nicht zu. Gleichwohl, so Beurmann in ihren Anweisungen an die Heimleiter, »muß dem Minderjährigen ggfs. der Weg gezeigt werden, wie er eine gerichtliche Entscheidung herbeiführen kann. Wenn er sich ernsthaft durch den Antrag der Personenberechtigten auf Gewährung von FEH bzw. dadurch ungerecht behandelt fühlt, daß sie keinen Entlassungsantrag stellen, so ist ihm in geeigneter Form mitzuteilen, daß er letztlich die Möglichkeit hat, den Vormundschaftsrichter um Prüfung zu bitten, ob seine Eltern bzw. sonstige Personensorgeberechtigten das Personensorgerecht durch ihr Verhalten missbrauchen.«[101] Des Weiteren stand dem Jugendlichen das Recht zu, gegen sein Fürsorgeerziehungs-Urteil Widerspruch einzulegen. Das setzte aber voraus, dass das jeweilige Heim ihm dieses Schreiben unmittelbar und pünktlich zukommen ließ. Es kam aber wohl nicht selten vor, dass die Beschlüsse über die Anordnung der Fürsorgeerziehung an die Rheinischen Landesjugendheime gesandt und dann erst Tage oder Wochen später dem Jugendlichen ausgehändigt wurden. Wie das Landgericht Aachen in einem Schreiben vom 16.6.1969 an den Direktor des Landesjugendamtes beklagte, sei im vorliegenden Fall in der Fürsorgesache Anton S. der Beschluss am 15.4.1969 dem Heim Haus Fichtenhain zugegangen. »Die Aushändigung des Beschlusses an den Minderjährigen erfolgte erst am 2.5.1969, also erst 2½ Wochen nach Zustellung. Obgleich der Minderjährige sofort am 2.5.1969 die Beschwerdeschrift verfasst und der Heimverwaltung zur Weitergabe übergab, wurde die Absendung erst am 10.5.1969 bearbeitet und erst am 15.5.1969 vollzogen […].«[102] Auf Nachfrage des Landesjugendamtes beim Erziehungsleiter Thomé gab dieser an, dass man diesen Vorfall jetzt nicht weiterverfolgen könne, da der entsprechende Gruppenerzieher in Urlaub sei.

Fragt man die ehemaligen Heimkinder heute, ob sie über ihre Rechte informiert wurden, so erhält man unterschiedliche Aussagen: Viele kannten ihr Beschwerderecht beim Landesjugendamt, manche kannten ihr Recht der freien Religionsausübung, kaum einer kannte sein Recht auf eigenständigen Widerspruch gegen ein Fürsorgeerziehungs-Urteil, die wenigsten wurden überhaupt ausreichend informiert, geschweige denn im Falle eines Rechtsstreites unterstützt. Die Heimleitungen und viele Erzieher sahen in den Rechten der

101 Heimleiterbesprechung vom 23.4.1971, in: ALVR 18859, Teil II.
102 Landgericht Aachen (16.6.1969), in: ALVR 38552.

Minderjährigen oftmals eher eine Bedrohung oder Verhinderung ihrer Arbeit. Sie sahen ihre Aufgabe eher darin, den Jugendlichen an das System Heimerziehung heranzuführen und daran zu gewöhnen, als ihnen dabei behilflich zu sein, wieder aus der Heimerziehung herauszukommen. So lässt sich der Einwand »verstehen«, wenn die Heimleiter auf einer Heimleiterbesprechung 1971 die vom Landesjugendamt geforderte Rechtsbelehrung und Unterstützung der Jugendlichen bei der Beschwerdeschrift gegen ihr Fürsorgeerziehungs-Urteil einen »Arbeitsanfall befürchten, der die Heime von der unmittelbar erforderlichen pädagogischen Aufgabe fern hält«. Man könne doch, so die Meinung der Heimleiter, »derartige Anträge erst mit dem nächstfälligen turnusmäßigen Bericht einsenden«.[103] Auch bei dem Recht auf Beschwerden hielten sich die Heime oftmals nicht an die vorgeschriebenen Richtlinien. So monierte Landesrat Jans in einem Schreiben an die Heime im Bereich des LVR im Jahre 1965, dass die ansonsten stattfindende Briefkontrolle bei Beschwerdebriefen der Jugendlichen an das Landesjugendamt zu unterbleiben habe. »Für Beschwerden ist ausdrücklich bestimmt, daß die Minderjährigen darüber belehrt werden müssen, daß sie sich jederzeit an das Landesjugendamt wenden können und daß diese Briefe im Heim nicht geöffnet und gelesen werden.«[104]

5.4 Fazit

Strafen waren (und sind) immer auch Erziehungsmittel, sowohl in der privaten als auch in der öffentlichen Erziehung. Zu diesen gehör(t)en auch körperliche Züchtigungen, die in den Erziehungsheimen eine lange Tradition hatten. Für die zu untersuchende Zeit von 1945 bis in die Mitte der 1970er Jahre galt in Deutschland das Recht der körperlichen Züchtigung von Kindern für die Väter (seit 1896) und seit dem Gleichstellungsgesetz 1958 auch für die Mütter. Erst mit der Neuformulierung des § 1631 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuches im November 2000 wurde das Züchtigungsrecht in Deutschland abgeschafft. Seitdem heißt es, »Kinder haben ein Recht auf gewaltfreie Erziehung. Körperliche Bestrafungen, seelische Verletzungen und andere entwürdigende Maßnahmen sind unzulässig.«[105] Dieser Gesetzesänderung ging eine jahrzehntelange Debatte voraus, die sowohl in der Politik, in den unterschiedlichen Gremien als auch in der Öffentlichkeit geführt wurde. Auch innerhalb des Landschaftsverbandes war die Diskussion über die Bestrafungsformen und insbesondere die körperliche Bestrafung der Jugendlichen in der Heimerziehung ein beständiges Thema. Das bereits unmittelbar nach dem Krieg durch das Arbeits- und Sozialministerium wieder auferlegte Verbot der körperlichen Züchtigung für die Erzieher in den Heimen sollte diese Form der Bestrafung nur noch in Ausnahmefällen ermöglichen.

103 Vgl. ALVR 18859, Teil II.

104 LJA an die Heime (15.2.1965) betr. die Nichtkontrolle von Beschwerdebriefen der Jugendlichen an das LJA, in: ALVR 18866, Teil II.

105 Bürgerliches Gesetzbuch, S. 376.

Nichtsdestotrotz kam es immer wieder zu Fällen körperlicher Gewalt oder Misshandlung von Erziehern gegen Jugendliche wie auch zwischen den Jugendlichen. In Fällen kleinerer Verstöße wie Ohrfeigen, die in die Strafbücher aufgenommen wurden, verlangte das Landesjugendamt gegebenenfalls eine Klärung seitens der Heime. Nach Anhörung aller Beteiligten (Erzieher und Jugendliche) anerkannte man in der Regel die »Notwendigkeit« oder die besondere Ausnahmesituation an, so dass für den Erzieher keine oder nur geringe Konsequenzen folgten. Einzig wurde er auf die möglichen arbeitsrechtlichen Konsequenzen hingewiesen, falls es zur Wiederholung käme. Wurden gewalttätige oder auch sexuell motivierte Taten eines Erziehers gegenüber einem Jugendlichen zur Anzeige gebracht und strafrechtlich verfolgt (Strafurteil) oder wurde dem Erzieher ein eindeutiges Fehlverhalten nachgewiesen, wurde er, in den vorliegenden Fällen, aus dem Dienst entlassen. Dieser Schritt entsprach den arbeitsrechtlichen Richtlinien, die das Landesjugendamt in Fällen körperlicher Züchtigung oder Gewalt erlassen hatte. Entscheidender als diese verwaltungsinterne Handhabung des Landesjugendamtes in solchen besonderen Fällen war der alltägliche, unmittelbare Umgang mit den Jugendlichen im Heimalltag sowie die Einstellung vieler Erzieher zur körperlichen Züchtigung bzw. zur Bestrafung »als einer Fortsetzung der Erziehung mit körperlichen Mitteln«.

Die zumindest bis Ende der 1960er Jahre in der deutschen Gesellschaft durchaus legitimierte und gesellschaftlich wenig hinterfragte körperliche Züchtigung von Eltern, Lehrern und Erziehern gegen Kinder und Jugendliche ließ eine latent gewalttätige Atmosphäre auch in den Heimen entstehen bzw. weiter bestehen. Der damalige über alle gesellschaftlichen Schichten hinweg verbreitete Konsens einer auf Autorität und Disziplin beruhenden Erziehung wurde somit seitens der Erzieher in der Fürsorgeerziehung fortgesetzt. Gerade hier, so glaubte man, müsse man die »verwahrlosten« und »innerlich unstrukturierten« Jugendlichen durch Härte und Ordnung an die gesellschaftlichen Normen und Werte heranführen. Meinhof kritisierte im Vorwort zu ihrem Film »Bambule« diese Einstellung zu Recht, wenn sie die institutionelle Erziehung als ein Einüben in Verhältnisse beschrieb, in denen die Macht an anderen ausgeübt wurde.[106] Erst mit den »Allgemeinen Richtlinien zur Durchführung der öffentlichen Erziehung«[107] von 1972 wurde die körperliche Züchtigung, bis auf Ausnahmen im Falle von Notwehr oder Notstand, als Erziehungsmittel in den Heimen des LVR außer Kraft gesetzt und dies in den Hausordnungen festgeschrieben. Dies bedeutet(e) aber nicht, dass seit Inkrafttreten dieser Bestimmungen körperliche Züchtigungen im Erziehungsalltag keine Anwendung mehr fanden und finden.[108] Für die rheinischen Heime lässt sich resümieren, dass Arrestierung und Isolierung der Jugendlichen für einen langen Zeitraum das gängige Strafmittel waren. Sie wurden bei allen Arten

106 Vgl. Meinhof 1971.

107 Allgemeine Richtlinien zur Durchführung der öffentlichen Erziehung in den Heimen, in: Bäuerle/Markmann 1974, S. 267–275.

108 Aktuelle Untersuchungen im Bereich der Stationären Erziehungshilfen kommen zu der Einschätzung, dass körperliche Strafen zwar von der großen Mehrheit der Erzieher abgelehnt werden, dass aber eine begründete Dunkelziffer vermutet werden kann. Vgl. dazu: Gründer/Müller-Schlotmann/Reidegeld 2009, S. 14–25.

von Vergehen eingesetzt und ersetzten die körperliche Züchtigung als Strafmittel. Am häufigsten wurde die Arreststrafe bei Entweichungen, Entweichungsversuchen oder wiederholtem Entweichen eingesetzt. Aber auch bei Diebstählen, aufsässigem Verhalten bis hin zu homosexuellen Avancen gegenüber anderen Jungen oder sexuellen Missbrauchsversuchen an Kindern wurde die Arreststrafe angewandt. Die Arrestzeiten reichten, laut Strafbüchern, von einem bis zu 15 Tagen, wobei die Dauer der verfügten Arrestzeiten durchschnittlich drei bis fünf Tage betrug. Die erst Ende der 1960er Jahre in einzelnen Heimen festgeschriebenen Arrestordnungen begrenzten die Arrestdauer auf drei Tage und die erlassenen »Allgemeinen Richtlinien« verboten, den Arrest als Erziehungsmittel einzusetzen. Somit konnte von nun ab weder bei Entweichungen, Gewalthandlungen oder bei der Verweigerung von Pflichtaufgaben der Arrest als Strafe eingesetzt werden. Arrest wurde ab jetzt als Freiheitsentzug definiert und konnte nur noch per Gerichtsbeschluss verhängt werden.

Was lässt sich abschließend festhalten? Die vorliegenden dokumentierten Fälle körperlicher Gewalt und Misshandlungen von Erziehern gegen Jugendliche führten alle zu Entlassungen der Erzieher. Dies waren Fälle, die zur Anzeige kamen und per Gerichtsurteil zu einer Verurteilung des Erziehers geführt hatten. Es liegen weiterhin auch Fälle vor, die zwar nicht strafrechtlich verfolgt wurden, die aber, ob des eindeutig belegbaren und nachweisbaren Vergehens des Erziehers, zur Entlassung führten. Die Aussagen der interviewten ehemaligen Heimkinder verweisen hingegen auf Beispiele »alltäglicher Gewaltanwendung und Demütigungen« in den Heimen, die im unmittelbaren Erziehungsalltag stattfanden, aber selten bis gar nicht dokumentiert wurden. Das waren Tritte in den »Hintern«, das zwangsweise Essen bestimmter Lebensmittel bzw. der verabreichten Menge,[109] das Tragen identischer Arbeitskleidung, die oft auch in der Freizeit getragen werden musste, das Säubern von Toiletten mit der Zahnbürste, das Reinigen der Böden auf Knien (»Kniebohnern«), das Trinken von Schweineblut[110] oder das Schlafen auf einer Tür zur Vermeidung des Bettnässens.[111] Für viele blieben diese wiederholten Demütigungen im Alltag präsenter und negativer in Erinnerung als die Tage des Eingesperrtseins im Arrest. Eingehende und ausgehende Briefe wurden kontrolliert, und gleichzeitig wurden die Jugendlichen animiert, ihren Eltern oder Angehörigen zu schreiben. Sie sollten das »regelmäßige Arbeiten erlernen«, wurden aber gleichzeitig oftmals nicht ausreichend oder gar nicht entlohnt, sondern bekamen ein Taschengeld. Hatten sie vor ihrer Heimeinweisung eine Ausbildung begonnen, konnten viele diese während ihrer Heimzeit nicht fortsetzen, sondern mussten die von den Heimen angebotene Ausbildung oder Arbeit erlernen. Diese Erfahrungen und Erinnerungen komplettieren, erweitern und/oder widersprechen den dargestellten Beispielen des Umgangs mit körperlicher Züchtigung und Bestrafungen in den Heimen, wie sie durch die Akten zu ermitteln sind. Natürlich geben auch persönliche Erinnerungen kein repräsentatives Bild des Heimlebens für alle Jugendlichen wieder. Was aber deutlich wird,

109 Vgl. hierzu auch Kap. III.7.1.3.
110 Vgl. Interview Herbert Vogel (15.9.2009), S. 6, 8 u. 16, in: ALVR 49433.
111 Vgl. Interview Gustav Berger (7.10.2009), S. 23, in: ALVR 49421.

ist die Diskrepanz zwischen dem vom Landesjugendamt vorgeschriebenen, erwarteten und erwünschten Verhalten und dem tatsächlichen Erzieherverhalten in den Heimen. Dass dies möglich war, hatte strukturell mit der weitgehenden Autonomie der Heime zu tun. Für den unmittelbaren Erziehungsalltag und die Einhaltung von Vorschriften und Regeln sowie deren Umsetzung waren zuvorderst die Direktoren verantwortlich. Dass es in den Heimen möglich war, Jugendliche zu demütigen, zu quälen und auch körperliche Gewalt gegen sie anzuwenden, hatte einerseits mit der zur damaligen Zeit in weiten Teilen der Gesellschaft bestehenden Akzeptanz von Bestrafungen und Züchtigungen von Kindern und Jugendlichen zu tun, andererseits unterstützte gerade die Form der (totalen) Institution/Anstalt ein solches Verhalten. Die Erziehungsheime, das zeigen die unterschiedlichen Aspekte des Heimlebens, waren solche »totalen Institutionen«, in denen das Leben der Jugendlichen fast in Gänze strukturiert, verplant und bis auf weinige, frei zur Verfügung stehende Zeit vorbestimmt war. Räumlich gab es anfänglich gar keine, später sehr begrenzte Intimsphären und Plätze des Rückzugs; zeitlich waren die Jugendlichen von morgens bis abends in Arbeits-, Schul- und geplanten Freizeitgruppen eingeteilt. Ausgangszeiten waren straff geregelt, begrenzt und in den Anfangswochen zunächst ganz aufgehoben. Beschwerden wurden vom Heim selbst oder vom Landesjugendamt aufgenommen und geklärt, es standen keine unabhängigen Ansprechpartner zur Verfügung. Auch wenn nicht alle Jugendlichen (zum Beispiel Lehrlinge in den Jugendwohnheimen) im gleichen Maße von dieser systematischen Vereinnahmung betroffen waren, so lässt sich doch konstatieren, dass das Leben der Jugendlichen in der Heimerziehung ein »unfreies« Leben war, mit der Zielsetzung einer Wiedereingliederung in die Gesellschaft.

Andreas Henkelmann/Uwe Kaminsky

6. Religion und religiöse Erziehung in den Heimen des Landschaftsverbandes

6.1 Grundlagen: Die Entstehung der öffentlichen Erziehung im Rheinland unter konfessionellen Vorzeichen im Kaiserreich und in der Weimarer Republik

Die Strukturierung der öffentlichen Erziehung im Rheinland erfolgte, wie bereits mehrfach anklang, über eine Verschränkung der konfessionellen Wohlfahrtspflege mit den zuständigen öffentlichen Behörden.[1] Die Grundlagen dafür wurden im Kaiserreich geschaffen: Als die Zwangserziehung und die Fürsorgeerziehung eingeführt wurden, griff die zuständige Provinzialverwaltung auf die bereits vorhandenen konfessionellen Einrichtungen zurück bzw. warb bei konfessionellen Institutionen für den Neubau von Heimen.[2] Selbst der Bau eigener im Besitz des Provinzialverbandes sich befindender Einrichtungen führte nicht zur Auflösung der Kooperation. Vielmehr wurden die neuen Häuser für Minderjährige einer speziellen Konfession gegründet. Zudem standen sie unter Leitung von Geistlichen. So wurde zum Direktor der ersten provinzialeigenen Einrichtung in Krefeld-Fichtenhain am 1.10.1905 der Anstaltsgeistliche des Gefängnisses in Düsseldorf-Derendorf, August Claßen, ernannt.[3] Die Einrichtung war ausschließlich für katholische Jungen bestimmt so wie auch die zweite und vierte Anstalt in Rheindahlen und Euskirchen, deren Bau 1907 und 1913 beschlossen worden war. Die dritte Einrichtung, der Solinger Halfeshof, dagegen nahm nur evangelische Jungen auf. Dabei handelte es sich nicht nur um eine nominelle konfessionelle Trennung. Vielmehr war Religion in ihrer konfessionellen Form ein wesentlicher Bestandteil des vorgeschriebenen Alltags. In Fichtenhain beispielsweise gehörten das Morgengebet genauso wie der tägliche Gottesdienstbesuch zu den täglichen Pflichten.[4] Unterstrichen wurde der katholische Charakter von Fichtenhain, indem dort nicht nur weltliche katholische Kräfte, sondern auch zehn Ordensschwestern arbeiteten.[5] Auch die Hausordnung für die Rheinischen Erziehungsheime hob die Bedeutung der Religion für den Heimalltag hervor.[6] Das Thema »Erziehung und Seelsorge« wird im IV. Abschnitt unter § 24 erläutert,

1 Vgl. Kap. I.1. und I.2. sowie insgesamt zum Themenkomplex Pierlings/Swiderek 2010 – vor allem auf der Quellenauswahl dieses Aufsatzes bauen die folgenden Seiten auf.
2 Vgl. Blum-Geenen 1997, S. 33–294, bes. 176–196; Steinacker 2007, S. 45–116.
3 Blum-Geenen 1997, S. 200.
4 Ebd., S. 201.
5 Ebd., S. 200.
6 Abgedruckt in Vossen 1928, S. 106–116.

wobei darin auch konfessionelle Besonderheiten, nämlich katholischer Mess- und evangelischer Andachtsbesuch, Berücksichtigung finden: »An Sonn- und Feiertagen besuchen die Zöglinge mindestens einmal den Gottesdienst. Die katholischen Zöglinge wohnen an Werktagen abteilungsweise der heiligen Messe bei; für die evangelischen Zöglinge findet morgens und abends eine kurze Andacht statt. […] Das Morgen-, Abend- und Tischgebet wird in jeder Abteilung gemeinsam verrichtet. Die Seelsorge (Religionsunterricht, Predigt, Sakramentenspendung) für die Zöglinge wird von einem Anstaltsgeistlichen wahrgenommen.« Diese Kooperation, die sich in ihrer Struktur erst in den 1960er Jahren aufzulösen begann, ist aus verschiedenen Kontexten zu verstehen. Wenn es um die Frage der konfessionellen Trennung geht, ist auf den tiefgreifenden Konfessionalismus des langen 19. Jahrhunderts zu verweisen, der sich in einem ausgeprägten Besitzstandsdenken und damit verbunden der wechselseitigen Furcht vor einer Re- und Entkatholisierung ausdrückte.[7] Das Aufspannen klarer Trennlinien diente so der Bewahrung des brüchigen konfessionellen Friedens.

Warum aber griff die Fürsorgeerziehungsbehörde überhaupt auf die konfessionelle Wohlfahrtspflege zurück? Zum einen spiegelt sich darin die katholische Prägung der gesamten Provinzialverwaltung wider – Steinacker spricht so von einem provinziell-konfessionellen Fürsorgekartell.[8] Zum anderen gehörte die christliche Religion zu den Kernbeständen des Erziehungsansatzes auch in den landschaftsverbandseigenen Heimen. Zutreffend sieht Blum-Geenen in »Disziplin, Arbeit und Religion« die »wesentlichen Erziehungsmittel«.[9] Aus der Perspektive der Fürsorgeerziehungsbehörde spielte die Konfession dabei keine herausragende Rolle. Entscheidend war vielmehr die Vorstellung, über eine religiöse Beeinflussung den Zögling von seinem devianten Verhalten abzubringen, so wie auch das normative Leitbild aller Erziehungsbemühungen von der Vorstellung eines »religiös-sittlichen Menschen« geprägt war.[10] Der Begriff stammt aus den Ausführungsbestimmungen zum Fürsorgeerziehungsgesetz von 1900 und bezeichnete die Zielmarke der Fürsorgeerziehung. Auch die konfessionelle Ausrichtung wurde sowohl im Zwangs- als auch im Fürsorgeerziehungsgesetz eindeutig festgelegt, in dessen Kontinuität sich das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz stellte. § 69 Abs. 1 des Gesetzes bestimmte: »Im Falle der Familienerziehung ist der Minderjährige mindestens bis zum Aufhören der Schulpflicht in einer Familie seines Bekenntnisses, im Falle der Anstaltserziehung soweit möglich in einer Anstalt seines Bekenntnisses unterzubringen.«[11]

7 Vgl. zum Konfessionalismus die umstrittene These von Olaf Blaschke (Blaschke 2002), der das 19. Jahrhundert als zweites konfessionelles Zeitalter deutet; vgl. zum Konfessionalismus im Bereich der Wohlfahrtspflege Henkelmann 2008, vor allem S. 85–89.

8 Vgl. hierzu Steinacker 2007, S. 93 ff.; vgl. auch ebd., S. 202 ff., wo Steinacker anhand der Besetzungen des LJA und seiner Vorgängereinrichtung deutlich macht, welche Bedeutung konfessionelle Einflüsse im Provinzialverband und damit in der FEB besaßen.

9 Blum-Geenen 1997, S. 197.

10 Zitiert nach ebd.

11 Jugendwohlfahrtsrecht 1958, S. 17.

Diese eindeutig religiös-konfessionelle Ausrichtung wurde allerdings durch das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz in Anlehnung an das Gesetz über die religiöse Kindererziehung vom 15.7.1921 modifiziert. Das Gesetz über die religiöse Kindererziehung bestimmte (§ 5), dass bis zur Vollendung des vierzehnten Lebensjahres der Erziehungsberechtigte und danach die oder der Minderjährige selbst über das religiöse Bekenntnis verfügen.[12] Ausdrücklich wurde darin festgehalten (§ 6), dass der Paragraph analog auch für Kinder »in einer nicht bekenntnismäßigen Weltanschauung« gelte. Diese Möglichkeit wurde auch im Reichsjugendwohlfahrtsgesetz berücksichtigt. § 69 Abs. 2 hält so fest: »Minderjährige ohne Bekenntnis sollen nur mit ihrem Einverständnis, sofern sie ihr Bekenntnis selbst bestimmen können, andernfalls mit demjenigen des Erziehungsberechtigten in einer Familie oder in einer Anstalt eines bestimmten Bekenntnisses untergebracht werden.« Die »Allgemeinen Ausführungsanweisungen« des preußischen Ministers für Volkswohlfahrt zum Reichsjugendwohlfahrtsgesetz konkretisierten diesen Passus und bestimmten mit Blick auf das Gesetz zur religiösen Kindererziehung: »Auf Grund dieses Gesetzes liegt es im Ermessen der Eltern oder des über 14 Jahre alten Minderjährigen selbst, ob die Erziehung konfessionell zu gestalten ist oder nicht, mag der Jugendliche nun einem Bekenntnis angehören oder bekenntnislos sein. In gleicher Weise ist zu entscheiden, in welchem Bekenntnis der Minderjährige zu erziehen ist.«[13] Diese Anweisungen hatten praktische Konsequenzen für die öffentliche Erziehung im Rheinland. Die Vermutung, das Landesjugendamt habe wegen seiner konfessionell-christlichen Ausrichtung die Gesetzeslage missachtet, lässt sich zumindest insofern nicht bestätigen, da in den Geschäftsberichten »religionslose« Zöglinge aufgeführt werden. Dieser Anteil lag 1929/1930 bei 2,1 Prozent.[14] Die »religionslosen« Minderjährigen wurden vorrangig außerhalb der Rheinprovinz untergebracht, da es außer einer 1926 errichteten Einrichtung der AWO an konfessionslosen Anstalten mangelte. Trotz dieser Modifizierung lässt sich als Fazit festhalten, dass Erziehung zur Konfession und Erziehung durch christliche Religion die Grundausrichtung der Fürsorgeerziehung als »unhintergehbarer Kernbestandteil« entscheidend bestimmten.[15]

6.2 Restauration: Die Wiederherstellung der konfessionellen Strukturierung nach 1945

Nachdem die beschriebene Struktur im »Dritten Reich« merklich erschüttert worden war, standen die Zeichen nach 1945 auch hinsichtlich der konfessionell-christlichen Ausrichtung wieder auf Restauration.[16] Diese Wiederherstellung der Zustände vor 1933 lässt sich gut daran erkennen, dass die Entkonfessionalisierung der provinzialeigenen Heime

12 Abgedruckt in ebd., S. 179–180, hier S. 180.
13 Abgedruckt in ebd., S. 100–108, hier S. 105 Absatz 17.
14 Blum-Geenen 1997, S. 329.
15 Steinacker 2007, S. 338.
16 Vgl. Kap. I.1.4.



Bibelgespräch Halfeshof 1963

rückgängig gemacht wurde.[17] Halfeshof und Erlenhof fungierten ausschließlich wieder für evangelische bzw. katholische männliche Minderjährige. Auch das 1945 erneut geöffnete Heim Fichtenhain übernahm seine alte Aufgabe und stand ausschließlich katholischen Jungen als Einrichtung zur Verfügung.[18] Der konfessionellen Aufteilung entsprechend erfolgte auch bald wieder die Besetzung der Direktorenposten in den drei genannten Heimen.[19] Vor allem die 1950er und 1960er Jahre waren durch ein hohes Ausmaß an Kontinuität geprägt: Franz Merzbach, der vorher Anstaltsgeistlicher in einem Düsseldorfer Gefängnis war, leitete Fichtenhain von Juni 1946 bis 1952 und anschließend den Erlenhof bis 1966. Paul Wolpers, ebenfalls langjährig als Seelsorger in einer Einrichtung tätig gewesen, fungierte als Direktor im Fichtenhain von 1952 bis 1971.[20] Der evangelische Geistliche

17 Vgl. dazu Steinacker 2007, S. 631–639.

18 Nur der »Dansweilerhof« in Brauweiler war konfessionell nicht gebunden, offenbar weil er in einem Teil der ebenfalls überkonfessionellen Arbeitsanstalt Brauweiler lag und beide Einrichtungen zunächst von einem Direktor geleitet wurden. Zudem galt die Anstalt als Provisorium.

19 Vgl. ausführlich zu den Direktoren die entsprechenden Heimgeschichten im zweiten Teil.

20 Vgl. zu Wolpers, der von 1938 bis 1947 im Franz-Sales-Haus, einem Heim für geistigbehinderte Kinder und Jugendliche in Essen arbeitete, Banach 2006.

Kirchweihe in Fichtenhain 1966



Hans Langmaack war für den Halfeshof von 1952 bis 1966 verantwortlich. Als im Vorfeld seiner Ernennung der Geschäftsführer der Inneren Mission im Rheinland, Otto Ohl, von Landesrat Hecker vertraulich um seine Meinung oder andere Vorschläge gefragt wurde, legte Hecker folgenden Standpunkt dar: »An und für sich wäre es wahrscheinlich wünschenswert, dass die Leitung auch der evangelischen Anstalt in die Hand eines Theologen gelegt würde, weil die beiden katholischen Erziehungsheime von Theologen geleitet werden. Persönlich steht Landesrat Hecker auf dem Standpunkt, dass die Hauptsache die fachliche Eignung des Bewerbers sein sollte, er meinte aber, dass gegebenenfalls die Kirchenleitung anderer Meinung sein könnte.«[21]

Somit perpetuierte sich das Arrangement zwischen dem Landesjugendamt und den konfessionellen Gruppierungen auch in der Leitung der Rheinischen Landesjugendheime. Dieser Wiederherstellung der konfessionellen Heimdifferenzierung im Bereich der landschaftsverbandseigenen Einrichtungen entsprach auch die Rückgabe der während der NS-Zeit durch den Provinzialverband übernommenen Häuser an konfessionelle Träger.[22]

21 Vermerk (vertraulich!) (8.9.1952), in: ADWRh Ohl 15.2.14.
22 Vgl. Kap. I.2.4.

Die wichtige Stellung, die das religiöse Leben in den Einrichtungen einnahm, lässt sich auch an kirchlichen Feiertagen und Festen erkennen, welche den Jahresablauf in den Rheinischen Landesjugendheimen prägten. Hierzu merkte Direktor Franz Merzbach im Jahresbericht des Erlenhofs für das Jahr 1956 an: »Der Verlauf des kirchlichen Lebens hat das Jahr hindurch seinen bekannten Rhythmus, von dem sich die jungen Menschen im allgemeinen gerne erfassen lassen.«[23] Prägend für diesen Rhythmus waren Ostern und Weihnachten, aber zum Beispiel auch Fronleichnam mit einer eigenen Prozession spielte in den katholischen Heimen eine große Rolle. Der Ablauf der Feierlichkeiten zeigt eine traditionelle Frömmigkeit auf, die sich in den Bahnen des kirchlichen Lebens, wie es sich außerhalb der Einrichtungen abspielte, orientierte. Dies lässt sich exemplarisch an der Planung des Weihnachtsfestes für das Heim Fichtenhain aus dem Jahr 1956 darstellen:

»Freitag, den 21.12.56

13.30	Beichtvorbereitung in der Kapelle für die Urlauber
14.00	Beichtgelegenheit (3 Herren sitzen Beichte bis 18 Uhr)
ab 18.45	sitzen 2 Herren Beichte bis nach Bedarf. Auch die Erwachsenen können ab 18.45 von der Beichtgelegenheit Gebrauch machen

Samstag, den 22.12.56

7.15	Messe für die Urlauber mit Weihnachtskommunion
9.00	Im Festsaal Weihnachtsfeier für die Urlauber. […]
18.00–19.00	Beichtgelegenheit für die Familien […]

Sonntag, den 23.12.56

8.30	Hlg. Messe
14.30	Beichtvorbereitung für alle Jungen, die im Heim bleiben […]
15.00	Beichtgelegenheit (2 Herren sitzen Beichte bis 18 Uhr)
Ab 18.45	sitzt 1 Herr Beichte bis nach Bedarf, auch hier können die Erwachsenen von der Beichtgelegenheit Gebrauch machen

Heilig Abend, den 24.12.1956

13.00	Arbeitsschluss
17.00	Abendessen in den Abteilungen. Nach dem Abendessen Weihnachtsfeier der Gruppen in den Abteilungen. Nach der Weihnachtsfeier verbleiben die Gruppen in diesem Jahr in ihren Häusern.
19.30	Weihnachtsfeier für die Ledigen des Personals im Ledigenspeiseraum
23.00	Wecken
23.45	Adventsfeier in der Kirche

23 Jahresberichte des Erlenhofs 1953–1961 (ohne 1954), in: ALVR 23823.

1. Weihnachtsfeiertag, den 25.12.1956

0.00	Weihnachtsmette (Engel- und Hirtenamt). Die musikalischen Einlagen spielt das Heimorchester
8.30	Wecken
9.30	3. Weihnachtsmesse für alle (Königsmesse)
17.00	Weihnachtsandacht«[24]

Religiöse Fest- und Feierkultur hatte eine gemeinschaftsstiftende Funktion, die insbesondere in einer »totalen Institution« notwendig war. Zudem bedeutete sie eine Einübung in religiöse Ritualkultur und war mit einer Auffassung von religiöser Frömmigkeit verbunden, die in beiden Kirchen noch in den 1950er Jahren dominant war. Dies veränderte sich allerdings mit der religiösen Tradierungskrise seit dem Ende der 1950er Jahre.[25]

6.3 Umbrüche: Die Säkularisierung der öffentlichen Erziehung nach 1960

Schon Anfang der 1960er Jahre machten sich deutliche Umbrüche bemerkbar, die als Säkularisierung der öffentlichen Erziehung gedeutet werden können. Diese Verweltlichung lässt sich an verschiedenen Entwicklungen festmachen.

6.3.1 Entkonfessionalisierung

In den 1960er Jahren verlor das Kriterium »Konfession« im Landesjugendamt deutlich an Bedeutung. So waren die beiden neuen in den 1960er Jahren errichteten Einrichtungen, das im Mai 1961 eröffnete heilpädagogische Erziehungsheim Viersen-Süchteln sowie der fünf Jahre später eingeweihte Abtshof in Hennef, der den Dansweilerhof ersetzte, nicht mehr ausschließlich auf Minderjährige einer Konfession eingestellt. In beiden Fällen überwog das fachliche Interesse die Bedeutung der Konfessionalität. Beide Einrichtungen wurden daher auch nicht mehr von Geistlichen geleitet, sondern von weltlichen Kräften. Diese Entwicklung erfasste auch die anderen landschaftsverbandseigenen Heime. Den Direktoren des Erlen- und Halfeshofs sowie von Fichtenhain folgten in den 1960er Jahren keine weiteren Geistlichen mehr – die Leitungsgewalt ging damit vollständig in weltliche Hände über. Auch die konfessionelle Aufteilung der Heime wurde langsam aufgegeben. 1972 wies Beurmann in einer Sitzung des Landesjugendwohlfahrtsausschusses darauf hin, dass »die konfessionelle Trennung sowohl in der Belegung der Heime wie auch in der personellen

24 ALVR 29232.

25 Vgl. Jähnichen, Von der »Zucht« zur »Selbstverwirklichung«?; Henkelmann 2010.

Besetzung zunehmend abgebaut werde«.[26] Hintergrund war eine Anfrage, »die Differenzierung der Heime nach Konfessionen zu überprüfen. In dieser Zeit der zunehmenden Zusammenarbeit der Konfessionen, insbesondere in den Bereichen der Erziehung und Bildung, sollte auch im Bereich der Heimerziehung die konfessionelle Trennung möglichst schnell überwunden werden.«[27] Beurmann betonte, dass sich ihre Antwort allerdings nur auf landschaftsverbandseigene Heime beziehe. Faktisch hatten sich allerdings auch schon die konfessionellen Heime auf eine Entkonfessionalisierung eingestellt. Ausschlaggebend war in katholischen Einrichtungen vor allem der Personalmangel, der dazu führte, dass beispielsweise 1968 im St. Josephshaus in Düsseldorf-Heerdt zum ersten Mal eine nichtkatholische Mitarbeiterin als Gruppenschwester eingestellt wurde.[28]

Welche Konsequenzen hatte diese Entkonfessionalisierung? Zum einen ist ein Bedeutungsverlust der Seelsorge gut erkennbar. Sie blieb zwar ein wichtiger Bestandteil der Erziehungsarbeit in den Rheinischen Landesjugendheimen, rückte aber zunehmend aus dem Fokus. Dies zeigt sich zum Beispiel in den Jahresberichten des Erlenhofs. Das Kapitel Gottesdienst und Seelsorge wurde auch nach der Pensionierung des Direktors Merzbach fortgeführt, verlor aber deutlich an Stellenwert und Umfang.[29] Als zweite Konsequenz musste die Seelsorge in den 1960er Jahren vollständig neu organisiert werden. Vorher waren die Direktoren auch gleichzeitig Anstaltspfarrer. Nur die Beichte wurde von außen stehenden Geistlichen abgenommen. Hierzu schrieb der Direktor des Rheinischen Landesjugendheimes Erlenhof Franz Merzbach im Jahresbericht 1953: »Lediglich die Beichtgelegenheit muß aus psychologischen und kirchenrechtlichen Gründen von einem Aushilfsgeistlichen gewährt werden, was regelmäßig geschieht.«[30] Nun musste extern nach Seelsorgern gesucht werden. Im Erlenhof übernahmen Dominikaner des Klosters Walberberg diese Aufgabe. Problematisch gestaltete sich dabei die Ausarbeitung einer »Ordnung für den Dienst der nebenamtlich tätigen Geistlichen in den Rheinischen Landesjugendheimen«.[31] Ein konkreter Abschluss der Beratungen über das Papier ist, zumindest für den Untersuchungszeitraum, nicht ersichtlich.[32]

Schwierigkeiten bereitet die Frage nach dem Umgang des Seelsorgers mit ihm von Zöglingen anvertrauten Informationen. Das Landesjugendamt drängte auf Weitergabe dieser Informationen. Offenbar bestanden Sorgen vor negativen Einwirkungen der externen Geistlichen auf den Alltag. Im Hintergrund der Beratungen standen vermutlich auch erste Konflikte zwischen Seelsorgern und Heimleitung. So kam es etwa in Viersen-Süchteln 1965 zu einer Auseinandersetzung, als dem für die Seelsorge zuständigen Kaplan der Zugang zu

26 Auszug aus der Niederschrift über die 14. Sitzung des LJWA – Unterausschuss »Öffentliche Erziehung« vom 18.1.1972 (11.2.1972), in: ALVR 40664.
27 Ebd.
28 Vgl. die Personalbögen, in: ALVR 39687.
29 Vgl. hierzu: Jahresberichte des Erlenhofs 1953–1961 (ohne 1954)), in: ALVR 23823, sowie Jahresberichte des Erlenhofs 1962, 1965–1969, in: ALVR 23824.
30 Jahresberichte des Erlenhofs 1953–1961 (ohne 1954), darin: Bericht Geschäftsjahr 1953, in: ALVR 23823.
31 Vgl. den Entwurf in der zweiten Fassung (15.12.1966), in: ALVR 40664.
32 Vgl. dazu Schreiben von Kraus (30.7.1973), in: ALVR 40666.

einem Jugendlichen im Arrest verwehrt wurde. Der Geistliche beschwerte sich daraufhin beim Landesjugendamt. Der Direktor der Einrichtung, Dr. Koch, erklärte den Schritt in einem Schreiben an den Landesrat wie folgt: »Arrest soll vor allem auch und gerade durch das Fehlen menschlichen Kontaktes zur Besinnung führen […]. Dem Isolierten soll in dieser Zeit der Mangel an menschlicher Kommunikation schmerzlich bewußt werden und ihn auch dadurch veranlassen, sich in Zukunft korrekter zu verhalten und harmonischer einzufügen. Um diesen pädagogisch beabsichtigten Effekt nicht zu gefährden, verzichten meine sonstigen Mitarbeiter (auch der Psychologe) im Regelfalle darauf, die nur akut situativ bedingte Ansprechbarkeit des Jungen auszunutzen; Herr Kaplan […] jedoch nicht.«[33] Auch im Erlenhof kam es zu Konflikten zwischen Heimleitung und den Dominikanern. So heißt es in einem internen Vermerk des Direktors Gollnick aus dem Jahr 1968: »Es schien so, als ob die Walberberger ihre Arbeit mehr im sozialpädagogischen Bereich als im religiösen sähen. Es fiel außerdem auf, daß im Religionsunterricht und in den Predigten nicht nur kritische, sondern nach meiner Auffassung auch der Erziehung abträgliche Ausführungen gemacht wurden. So wurde in der Osternachtsmesse u.a. den Jungen Rudi Dutschke als angehender Prophet genannt.«[34]

6.3.2 Bedeutungsverlust und -wandel von Religion

Im internen Vermerk von Gollnick scheint allerdings auch ein weiterer Konfliktpunkt auf. Damit ist der Bedeutungswandel und -verlust von Religion in den 1960er Jahren gemeint. Eine entsprechende Predigt wäre zehn Jahre vorher undenkbar gewesen. Allerdings hob sich schon die Einstellung zur religiösen Erziehung in den 1950er Jahren deutlich vom Umgang mit dem Thema im Kaiserreich ab. So distanzierten sich alle katholischen Fürsorgeexperten vom religiösen Zwang.[35] Auf dieser Linie lag auch Paul Wolpers, Direktor in Fichtenhain, der betonte: »Der Gottesdienst und die religiöse Haltung müssen als wohlbegründete Forderung erscheinen und nicht einfach erzwungen werden.«[36] Auch wenn nicht erkennbar ist, wie Wolpers diesen Anspruch in Fichtenhain umzusetzen versuchte, lässt sich zumindest aus Erinnerungen ehemaliger Bewohner der Rheinischen Landesjugendheime ein ambivalentes Bild erstellen. Aus Gustav Bergers Aussagen, die er weder positiv noch negativ verstanden haben möchte, geht vor allem die Selbstverständlichkeit einer Ritualfrömmigkeit ohne tiefere Wirkung hervor: »I.: Erinnern Sie sich noch an das religiöse Leben im Heim?« G.B.: »Nicht so wirklich, nein. Nicht so wirklich.« I.: »An Messen oder an Gebete …«. G.B.: »Wir sind mit Sicherheit zu Messen gegangen, sonntags morgens, mit Sicherheit. Aber das … man hat teilgenommen und fertig.« I.: »Weder eine positive noch negative Äußerung …«. G.B.: »Weder das eine, noch das andere. Man hat teilgenommen und dann war es das.«[37]

33 Koch an Jans (18.11.1965), in: ALVR 41887.
34 Interner Vermerk des Direktors Gollnick (19.4.1968), in: ALVR 23889.
35 Vgl. dazu ausführlich Henkelmann 2010.
36 Zitiert nach Banach 2006, S. 135.
37 Interview Gustav Berger (7.10.2009), S. 18, in: ALVR 49421.

Berger bezieht seine Aussagen auf den Fichtenhain in den 1960er Jahren. Andere Akzente setzt dagegen Alfred Hoffmann, der 1961 in den Erlenhof kam. Hoffmann betont vor allem den religiösen Zwang: »I.: […] Wie sah das mit der religiösen Erziehung aus?« A.H.: »Ja, die war sehr streng, also da muss ich sagen, es wurde gebetet beim Tischgebet, ne, das fing beim Tischgebet an […]. Den Zwang hab ich nie vertragen, […] so oder so, auch diesen religiösen Zwang nicht. Das hat mich en bisschen gestört, ne, dieses, dieses Muss […]. Also man wurde da doch dann dahingehend doch en bisschen geknechtet, dat, das waren aber auch diese Schwestern, diese Schwestern und der Direktor war ja halt en Pastor.«[38] Die Frage, ob die unterschiedlichen Erinnerungen auch unterschiedliche Praxen in den Einrichtungen spiegeln, lässt sich nicht eindeutig beantworten. Erkennbar ist allerdings ein Wandel im Umgang mit der religiösen Erziehung. Bereits 1960 schlug so der damalige Leiter des Heimes in Viersen-Süchteln Koch vor, die Frage des Gottesdienstbesuches anders anzugehen. In einem Schreiben an das Landesjugendamt sprach er sich für einen freiwilligen Besuch des Gottesdienstes aus, und zwar nicht im Heim, sondern in der Stadt. »Eine Gefahr der Heimerziehung – der Abkapselung – würde durch den bewussten Kontakt mit der Öffentlichkeit gerade in dem Lebensbereich entgegengewirkt, in dem keine Verwahrlosungsgefahr besteht.«[39] Das Landesjugendamt betonte in seiner Antwort, der Gottesdienst habe zunächst weiter innerhalb des Heimes stattzufinden.[40] Hintergrund für diese Haltung war die Sorge, dass die Jugendlichen ihre Teilnahme an den Gottesdiensten in der Gemeinde zur Entweichung nutzen würden. Seit 1961 wurde es den Minderjährigen im Rheinischen Heilpädagogischen Landesjugendheim Süchteln dann aber doch freigestellt, am Gottesdienst teilzunehmen.[41] Aus einem Reisebericht des Landesjugendamtes geht außerdem hervor, dass 1967 die Messe nicht mehr im Heim gehalten wurde, sondern im Ort besucht werden konnte.[42]

Einen anderen Umgang dagegen bevorzugte der Leiter des Erlenhofs Hubertus Gollnick. Noch 1968 schrieb er: »Seit jeher ist der Besuch der Sonntagsmesse hier Pflicht, d.h. die Jugendlichen werden ausnahmslos geschlossen zum Gottesdienst in der Heimkirche geführt.«[43] Gleichwohl äußerte Gollnick auch Zweifel, ob der Zwang zum Gottesdienstbesuch das adäquate Mittel zur religiösen Erziehung und Gewissensbildung sei: »Wenn man die skeptische Haltung der meisten Jugendlichen in der Heimerziehung in Rechnung setzt – und in dieser Beziehung unterscheiden sich die hier untergebrachten Jugendlichen nicht von den anderen Jugendlichen – habe ich Zweifel, ob der Zwang, den Sonntagsgottesdienst zu besuchen, das adäquate Mittel ist, die notwendige religiöse Erziehung und die Gewissensbildung zu fördern.«[44] Ab Herbst des Jahres 1969 wurde den Minderjährigen des Rheinischen Landesjugendheimes Erlenhof der Besuch des Gottesdienstes dann

38 Interview Alfred Hoffmann (25.1.2010), S. 16, in: ALVR 49426.
39 Koch an JA (6.10.1960), in: ALVR 41887.
40 Vgl. Reisebericht Beurmann (29.10.1969), in: ALVR 41887.
41 Vgl. Koch an LJA (31.8.1961), in: ALVR 41887.
42 Vgl. Reisebericht Beurmann (27.11.1967), in: ALVR 41887.
43 Gollnick an Erzbischöfliches Generalvikariat Köln (30.12.1968), in: ALVR 23889.
44 Ebd.

freigestellt.[45] Gollnicks Worte sind allerdings nicht nur bemerkenswert, weil sie eine Veränderung im Umgang mit der »Sonntagspflicht« benennen, sondern in der Begründung auf die Tradierungskrise hinweisen, die beide Konfessionen schon in den 1950er Jahren voll erfasste, sich in den Heimen aber erst im Laufe der 1960er Jahre deutlich bemerkbar machte.[46] So berichteten die Direktoren der Rheinischen Landesjugendheime 1960 davon, dass der Kirchgang am Sonntag nur wenig Ablehnung erfahre.[47] Allerdings hatte Jans mit dieser Antwort nicht gerechnet und gelangte zu folgender Erklärung: »Diese an sich überraschende Feststellung kann neben echter Überzeugung durch eine gewisse, in der Hausordnung der Heime liegende Gewohnheit oder durch den Wunsch nach Abwechselung begründet sein.«[48] Jans antizipierte damit wohl die Stimmung, die sich in den folgenden Jahren dann endgültig bemerkbar machte. Die von Gollnick bemerkte Skepsis teilten so etwa auch die Dominikanerinnen von Bethanien. Im Jahresbericht über das Kinder- und Jugenddorf in Waldniel 1967 wird festgehalten: »Das Mitfeiern der Eucharistie ist für manche Jungen und Mädchen im Entwicklungsalter nur eine lästige Pflicht. Der Besuch der Hl. Messe geschieht nicht nur von unseren Jugendlichen, sondern von einem großen Prozentsatz der so genannten katholischen Jugend aus Gewohnheit oder weil die Eltern oder die Schwestern es so wünschen. Wir stehen hier vor einer großen Aufgabe.«[49]

Aus dieser ablehnenden Haltung verschärften sich die Konflikte um die Verbindlichkeit des Gottesdienstbesuches. Die juristische Lage hatte sich im wesentlichen weder 1953 noch 1961 durch das Jugendwohlfahrtsgesetz geändert. So hält das JWG in § 71 Abs. 2 fest: »Der Minderjährige soll in einer Familie oder in einem Heim untergebracht werden, in denen die Erziehung nach den Grundsätzen seiner Kirche, Religionsgesellschaft oder Weltanschauungsgemeinschaft durchgeführt wird.«[50] Davon konnte allerdings abgesehen werden, wenn eine »geeignete Familie oder ein geeignetes Heim nicht vorhanden ist oder besondere erzieherische Bedürfnisse des Minderjährigen es erfordern; seine religiöse Betreuung muß gesichert sein«. Anders als das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz geht das Jugendwohlfahrtsgesetz ausdrücklich auf die Zöglinge ein, die keiner Konfession angehören, ohne allerdings inhaltlich neue Akzente zu setzen. »Minderjährige, die keiner Kirche oder sonstigen Religionsgemeinschaft und keiner Weltanschauungsgemeinschaft angehören, sollen nach Möglichkeit nur mit Einverständnis der Personensorgeberechtigten oder, wenn sie das 14. Lebensjahr vollendet haben, nur mit ihrem Einverständnis in einer Familie oder in einem Heim untergebracht werden, in denen die Erziehung nach den Grundsätzen einer

45 Vgl. Gollnick an den Landesausschuss der katholischen Jugend (24.9.1970), in: ALVR 23889.

46 Vgl. zur Tradierungskrise auf katholischer Seite allgemein Rölli-Alkempe 2000, S. 231–235 und mit Blick auf die Probleme der Jugendpastoral Ruff 2005, und exemplarisch am Beispiel des Kinder- und Jugenddorfes »Maria im Klee« in Waldniel Henkelmann 2010.

47 Jans, Niederschrift über die Besprechung der Fachabteilung 4 mit den Direktoren der Rheinischen Landesjugendheime am 30.11.1960 im Landeshaus in Köln, in: ALVR 38668.

48 Ebd.

49 Jahresbericht 1967, S. 2, in: Archiv des Kinder- und Jugenddorfes Bethanien, Aktenordner Jahresberichte.

50 § 71 Abs. 2 JWG, zitiert nach Jugendwohlfahrtsgesetz 1961, S. 30.

bestimmten Kirche, Religionsgesellschaft oder Weltanschauungsgemeinschaft durchgeführt wird.«[51]

Entsprechende Fälle scheinen in den 1950er Jahren nur selten vorgekommen zu sein. Wie das Landesjugendamt damit umging, lässt sich an einem Beispiel aus dem Jahr 1960 zeigen.[52] Im Rahmen einer Besprechung des Landesjugendamtes mit den Direktoren der Rheinischen Landesjugendheime wurde unter anderem das Ansinnen eines Jugendlichen, aus der Kirche austreten zu wollen, diskutiert. Der Achtzehnjährige hatte erklärt, »nicht mehr katholisch sein und nicht mehr am Kirchgang teilnehmen zu wollen, sowie den Kirchenaustritt gewünscht«.[53] Jans' Stellungnahme zeigte einerseits eine klare Tendenz, den Jugendlichen davon abzubringen, ohne aber die rechtlichen Vorgaben zu überschreiten. So »bezeichnet [er] die religiöse Erziehung als Fundament unserer christlichen, freiheitlichen Ordnung, weist aber auch auf das Recht des Minderjährigen hin, ab 14 Jahren seine Religion frei wählen zu können. Ein direkter Zwang, beispielsweise zum Kirchgang, wäre deshalb unzulässig und würde einer richterlichen Nachprüfung nicht standhalten.« Daher empfahl Jans, in entsprechenden Fällen den Jugendlichen im Gespräch evtl. unter Zuhilfenahme der Eltern zu überzeugen, »bei echtem Protest eines Jugendlichen aber diesem nachzugeben«.[54]

In der religiösen Tradierungskrise der Kirchen wurde das Ungenügen einer rein äußerlichen religiösen Ritualerziehung deutlich. Ein Beispiel hierfür war die Zunahme von Beschwerden, wie sie sich in der größten evangelischen Kinder- und Jugendhilfeeinrichtung im Rheinland, den damaligen Düsselthaler Anstalten, spiegelte. In den Düsselthaler Anstalten meldeten sich angesichts eines Heimaufsichtsbesuchs 1970 vermehrt Kinder, die den Zwang zum Gottesdienstbesuch beklagten.[55] »Man möchte nicht jeden Sonntag zur Kirche gehen müssen, man möchte auch mal so richtig bis 9.30 Uhr ausschlafen. Zu Hause ginge man sicher nicht jeden Sonntag. Als ein Vorschlag kam etwa 14-tägiger Kirchgang. Die Predigt sei für sie oft so unverständlich. Es würden viele Fremdworte gebraucht. Ob man den Gottesdienst nicht unterschiedlicher gestalten könnte. Einige sprachen von Gottesdiensten, bei denen andere Musik geboten würde als die übliche Kirchenmusik. Das Gespräch hierzu war recht lebhaft.«

Diese Klagen standen im Zusammenhang mit einem erneut aufbrechenden Konflikt zwischen dem leitenden Psychologen und dem Erziehungsheimleiter auf der einen und dem theologischen Anstaltsdirektor auf der anderen Seite. Der leitende Psychologe hatte nach einer Serie von Missständen in den Düsselthaler Anstalten »moderne Erziehungsmethoden« eingeführt. Dies hatte zu einem Nachlassen der Disziplin, mangelndem Schulbesuch

51 § 71 Abs. 3 JWG, zitiert nach Jugendwohlfahrtsgesetz 1961, S. 30.

52 Niederschrift über die Besprechung der Fachabteilung 4 mit den Direktoren der Rheinischen Landesjugendheime am 30.11.1960 im Landeshaus in Köln, Jans (o.D.), in: ALVR 39668.

53 Ebd.

54 Ebd.

55 Beurmann, Betr. Heimaufsichtsbesuch in Neu-Düsselthal am 8.10.1970 (13.10.1970) und Bönsch, Vermerk betr. Kindersprechstunde im Kinderheim Neu-Düsselthal am 21.10.1971 (26.10.1971), in: ALVR 41280.

usw. geführt. Er sah sich inneranstaltlich einer Phalanx aus Schulleitung und dem theologischen Anstaltsdirektor gegenüber. Dabei ging es auch um die Frage, was evangelische Anstaltserziehung ausmache, da diese offenbar als ordnendes und bestimmendes Moment ins Feld geführt wurde. Der Konflikt, in dessen Austrag es Mitte 1971 zum Ausscheiden des leitenden Psychologen kam, brachte die Bestätigung eines Gottesdienstzwangs wie auch in Einzelfällen von Bestrafungen sich verweigernder Kinder und Jugendlicher durch den theologischen Anstaltsleiter zutage. Martha Beurmann resümierte, dass sich früher die Kinder in Neudüsselthal nach Kirchgängern und Nichtkirchgängern sortiert hätten, doch jetzt sei »der Kirchgang eine Pflicht«, da die Kinder als Gruppe zur Kirche gingen. Die Jugendlichen würden diese hausordnungsmäßige Regelung auch als Zwang auffassen. Beurmann hatte den Eindruck, dass »man mit einem regelmäßigen sonntäglichen Kirchgang die Minderjährigen, die in Heimen der öffentlichen Erziehung sind, überfordert. Sie kämen im allgemeinen aus einer Umgebung, in der ein so regelmäßiger Kirchgang keinesfalls üblich ist. Draußen besuchen ja evangelische Familien auch nicht jeden Sonntag die Kirche. Nach meiner Auffassung wird durch derartige Hausordnungen, denen man sich kaum entziehen kann, von den Jugendlichen ein Höchstmaß an Erfüllung kirchlicher Pflichten gefordert, obwohl man damit rechnen muß, daß sie vielfach der Kirche sehr fern stehen. Es entsteht m.E. ein großer Schaden, wenn sich bei diesen Jugendlichen der Eindruck verfestigt, sie müßten zur Kirche, weil sie in öffentlicher Erziehung sind. Dies würde sie der Kirche weiter entfremden.«[56]

Der veränderte Blick Beurmanns auf die religiöse Ritualerziehung im Heim hatte seinen Hintergrund im Wechsel des kirchlichen und gesellschaftlichen Klimas. In der evangelischen Kirche hatten bereits in den 1960er Jahren Bewegungen für eine Reform der Kirche, des Gottesdienstes und eine Öffnung zur Gesellschaft Platz gegriffen.[57] Ähnliche Entwicklungen lassen sich auf katholischer Seite beobachten.[58] Im Bereich der Heimerziehung gab es charakteristische Zeitverzögerungen und daher entsprechende Konflikte, wenn, wie oben am Beispiel des Erlenhofs und der Walberberger Dominikaner skizziert, reformfreudige Geistliche Veränderungen in die Seelsorge ihrer Einrichtung einbrachten und die Zeichen der Zeit anders deuteten, als es dem Heimleiter recht war. Beurmann erkannte zutreffend, dass »die angeschnittene Frage eine brennende Frage der Jugenderziehung ist und nicht nur religionspädagogische Fragen berührt, sondern darüber hinaus auch Möglichkeiten und Grenzen der öffentlichen Erziehung«.[59] Insbesondere nach den »Heimbefreiungen« stieg die Kritik am vermeintlichen »Gottesdienstzwang« in konfessionell bestimmten Heimen, von dem viele der entlaufenen Minderjährigen berichteten. Auch die oben beschriebene Dienstaufsichtsbeschwerde gegen das ebenfalls zu den Düsselthaler Anstalten gehörende Heim Reckestift verwies darauf.[60] Der Frankfurter Lehrstuhlinhaber für Öffentliches Recht Erhard Denninger wies im Rahmen eines von ihm erstellten

56 Beurmann an OKR von Staa (Präses des Kuratoriums) (18.8.1971), in: ALVR 41280.
57 Vgl. am Beispiel der Evangelischen Kirche im Rheinland Kaminsky 2008, S. 187–239.
58 Vgl. für die Caritas einführend Henkelmann 2008, S. 422–427.
59 Beurmann an OKR von Staa (Präses des Kuratoriums) (18.8.1971), in: ALVR 41280.
60 Vgl. Kap. I.2.7.3.

Gutachtens für den AStA der Frankfurter Universität mit dem Titel »Jugendfürsorge und Grundgesetz« 1969 darauf hin, dass der Staat kein Recht habe, »Kindern und Jugendlichen eine an einem bestimmten weltanschaulichen Leitbild fixierte Erziehung aufzuzwingen«.[61] Auf den Religionswahlmündigen (12 bzw. 14 Jahre als Altersgrenze) dürfe überhaupt kein Gewissenszwang ausgeübt werden. »Gottesdienstbesuch, Bibellektüre, das Singen geistlicher Lieder sind von dieser Altersstufe an nur auf völlig freiwilliger Basis statthaft. Dabei muß gewährleistet sein, daß den Desinteressierten deshalb weder direkt noch indirekt Nachteile entstehen.«[62] Denninger argumentierte dabei mit dem staatlichen Erziehungsauftrag, der seiner Auffassung nach eine solche Beeinflussung nicht erlaube. Das Landesjugendamt Rheinland reagierte seinerseits auf diese »öffentlichen Debatten« dahin gehend, dass es in seinen »Allgemeinen Richtlinien zur Durchführung der öffentlichen Erziehung« von 1972 im Teil I – Grundrechte und Heimerziehung – unter anderem darauf hinwies, dass »die Heime entsprechend Art. 7, 20 der Landesverfassung NW berechtigt sind, Angebote zur religiösen Erziehung« zu machen, aber es nicht gerechtfertigt sei, »den Jugendlichen zu einer kirchlichen Handlung oder Feier oder Teilnahme an religiösen Übungen zu zwingen […]. Weder die Teilnahme noch die Nichtteilnahme darf mit Vorteil oder Nachteil verbunden sein.«[63] Des Weiteren wurde ab 1972 versucht, die konfessionelle Trennung in der Belegung der landschaftsverbandseigenen Heime sowie in der Personalstruktur schrittweise aufzuheben. In allen Heimen sollte aber eine – der jeweiligen Konfession entsprechende – Betreuung weiterhin gewährleistet sein.[64]

In den Vorarbeiten für eine »Rahmenplanung der Öffentlichen Erziehung« machte Rudolf Kraus 1973 eine grundsätzliche Ausarbeitung über die »Zueinanderordnung pädagogischer und weltanschaulicher Differenzierungskriterien in der Heimerziehung«.[65] Darin beschrieb er nicht nur den weltanschaulich-konfessionellen Differenzierungsschlüssel der Belegheime von 17 Heimen in katholischer Trägerschaft, neun in evangelischer Trägerschaft, einem in der Trägerschaft der AWO und einem in der Trägerschaft des Jugendsozialwerks, sondern kritisierte, dass dieser einer geforderten pädagogischen Differenzierung widerspreche, was sich unter anderem in den gegenwärtigen Schwierigkeiten der Unterbringung widerspiegele. Im Sinne einer mittel- und langfristigen Konzeption einer pädagogischen Heimdifferenzierung plädierte er für die Überwindung des »verbändehistorisch« entstandenen Ist-Zustands. Er meinte, gerade vor dem Hintergrund der von

61 Denninger 1971, S. 164–170, auch in: AFET-Mitgliederrundbrief 1971, Nr. 1/2, S. 3 ff.; ferner in: Giesecke 1973, S. 81–89. Der Text erschien erstmalig 1969 in der Zeitschrift »Kritische Justiz« und wurde als Gutachten anlässlich von Verhandlungen mit dem hessischen Ministerium und dem hessischen Landeswohlfahrtsverband verfasst.

62 Ebd., S. 166.

63 Siehe LVR (LJA) an die zur Durchführung der öffentlichen Erziehung belegten Heime 15.6.1972 (mit Allgemeinen Richtlinien vom 9.5.1972), in: ALVR 40467. Abgedruckt in: Bäuerle/Markmann 1974, S. 267–275.

64 Vgl. Auszug aus der Niederschrift über die 14. Sitzung des LJWA – Unterausschuss »Öffentliche Erziehung« vom 18.1.1972 (11.2.1972), in: ALVR 38668.

65 Kraus, Die Zueinanderordnung pädagogischer und weltanschaulicher Differenzierungskriterien in der Heimerziehung, vereinbarter Abgabetermin 1.8.1973, in: ALVR 38526.

den Heimen eingeforderten neuen Heimordnungen »weltanschaulich offene« und »weltanschaulich geschlossene« Träger identifizieren zu können. Die letzteren sollten nur noch außerhalb des Systems der öffentlichen Erziehung existieren.[66] In den Randbemerkungen in den Akten, die wahrscheinlich von seinem Chef Jans stammten, wird allerdings deutlich, wie unrealistisch dieser das fand: »Und die Verhältnisse ignorieren? Alles neu machen? Mit wessen Geld? Mit welchen Menschen?« Damit verwies Jans auf das historisch gewachsene Realitätsprinzip der Heimerziehung, welche eben konfessionell bestimmt war und wobei es darauf ankam, die Träger für eine Mitarbeit an einer pädagogischen Gesamtplanung zu gewinnen. Der angedeutete Wandel der Religion und der evangelischen wie katholischen Heimerziehung, der in den 1970er Jahren in verschiedenen Konzeptpapieren fixiert wurde,[67] erleichterte eine Umorientierung, die weg von einer Erziehung zum Glauben und hin zu einer Entdeckung des Glaubens als Inhalt christlich-religiöser Erziehung führte. Der Direktor des Erziehungsvereins in Neukirchen-Vluyn, Rudolf Weth, machte zum Beispiel auf einer Heimleiterkonferenz 1977 klar, dass Glaube nicht das Ziel »christlicher Erziehung« sein könne. Vielmehr gehe es um die Vermittlung von Angenommensein, die Vermeidung des Missbrauchs von Religion zur Autoritätsverstärkung und ein »geduldiges Wartenkönnen«.[68] Die Transformation der Religion selbst wurde damit zu einem Garanten des Fortbestehens einer sehr viel sanfteren christlich-religiösen Erziehung im Feld der Erziehungshilfen, die mit den Zielen von Emanzipation und Mündigkeit in den demokratischen Staat der Bundesrepublik eingebettet blieb.

66 Ebd.

67 Vgl. Zur Lage der Heimerziehung 1970, ferner Das Heim als Erziehungshilfe 1973.

68 Vgl. die Referate von Rudolf Weth, Fragen der christlich-religiösen Erziehung im Heim, und Rudolf Kelzenberg (Helenenberg/Trier), Religiöse-weltanschauliche Erziehung, in: Landschaftsverband Rheinland (Landesjugendamt), Bericht über die Informations- und Arbeitstagung der Heimleiter und Heimleiterinnen vom 20. bis 21. April 1977, durchgeführt vom LJA Rheinland im Jugendhof Rheinland, Königswinter (Köln o. D. [1977]), S. 21–36.

Judith Pierlings

7. Körperliche Versorgung – Ernährung, Gesundheit und Hygiene in der Heimerziehung

7.1 Ernährung und der Umgang mit Essen in der Heimerziehung

Die Ernährung in den Heimen war ein Grundelement der zu gewährenden Versorgung, welche die öffentliche Erziehung kompensatorisch angesichts der Missstände der »Verwahrlosung« in den Familien zu gewähren hatte. Das Versprechen, das Wohl der Minderjährigen zu garantieren, war wohl in keinem anderen Punkt so zentral einzulösen wie in der Frage der Verpflegung. Insbesondere Konflikte der Minderjährigen oder ihrer Eltern mit der öffentlichen Erziehung bildeten sich deswegen besonders an diesem Punkt ab. Hier konnte die Delegitimierung der ungeliebten öffentlichen Erziehung zentral versucht werden und das Landesjugendamt, das bereits vor 1961 über das Einzelwohl der Untergebrachten zu wachen hatte, musste in den Bereichen der Ernährung, der Hygiene, der Ordnung und der Sauberkeit die Heime überwachen.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges waren die Bevölkerung wie die Heimbewohner von Nahrungsmittelmangel und den Notständen der Nachkriegszeit betroffen. So mussten die Heime mitunter auch Nahrungsmittel untereinander verteilen, um zumindest die grundlegende Versorgung zu gewährleisten. »Unter Bezugnahme auf fernmündliche Rücksprache […] berichte ich, daß das hiesige Heim bereit ist, zur Überbrückung der im Prov. Erziehungsheim Fichtenhain aufgetretenen Ernährungsschwierigkeiten 10 Ztr. Weizen und 10 Ztr. Hafer zur Herstellung von Haferflocken usw. an das genannte Heim abzugeben.«[1] Entsprechend erinnert sich auch der Zeitzeuge Jakob Schulz, der 1948 im Rheinischen Landesjugendheim Erlenhof untergebracht war: »Ja, die Nachkriegsverpflegung, ne, dat war Suppe viel Kappes […] viel Suppe da und Kommissbrot noch […] und so wat, war aber alles […] Eintopf viel, ne […]. Genau wie die Leute draußen gelebt haben, so lebten wir auch, ne.«[2] Über die Einrichtungen im Gebiet des Landschaftsverbandes Rheinland heißt es für die Nachkriegszeit: »Die materielle Not im Zeitpunkt der Währungsreform war groß. Die Erziehungsheime sind seit Beginn der Wirtschaftskrise 1930 – also fast 20 Jahre hindurch – nur mit dem Notwendigsten zur Aufrechterhaltung des laufenden Betriebes versorgt worden. […] Die Pflegesätze stiegen erst langsam. Das

1 Provinzial-Erziehungsheim Erlenhof an das Sozialministerium NRW (30.5.1947), in: ALVR 40623.
2 Interview Jakob Schulz (1.9.2009), S. 103, in: ALVR 49431.

Prinzip des kostendeckenden Pflegesatzes ist erst seit 1956 mehr und mehr verwirklicht worden.«[3] In dieser Zeit wurden besonders intensiv die heimeigenen Landwirtschaften sowie der Garten genutzt, um das Heim, also die Kinder und Jugendlichen ebenso wie das Personal, ernähren zu können. Oft herrschte Mangel an Grundnahrungsmitteln, und das nicht nur in den Heimen, wie das Beispiel des Todes eines Kindes im Kinderheim Neudüsselthal 1947 zeigte. Es wurde schwer unterernährt und verwahrlost zusammen mit seinen zwei Geschwistern eingeliefert und verstarb an einer Herzschwäche nach der Einlieferung in das Kaiserswerther Krankenhaus. Der Heimleiter Kinnius sandte einen Bericht darüber als einen »Notschrei« auch an das Sozialministerium, in dem er darauf hinwies, dass rund 80 Prozent der Aufnahmen des letzten Jahres in einem ähnlich erbärmlichen Zustand ins Heim gekommen seien.[4]

Die Anpassung der Ernährung in Heimeinrichtungen an neuere Erkenntnisse der Ernährungswissenschaft wurde dann ab Mitte der 1950er Jahre durch die entsprechende Literatur gefordert.[5] Ernährung im Heim wurde hierbei immer häufiger unter dem Aspekt eines förderlichen Lebens diskutiert und – ähnlich wie die Themen Gesundheit und Hygiene – als wichtiger Teil der Erziehung zu Leistungsfähigkeit und einem gesunden Lebenswandel verstanden. Den Heimeinrichtungen wurde nahegelegt, sich mehr auf die Auswahl und Zusammensetzung der Nahrungsmittel als auf die reine Kalorienzufuhr zu konzentrieren und so Kenntnisse der aktuellen Ernährungslehre mit zu berücksichtigen.[6] Neben dem Appell, entsprechende personelle und räumliche Ressourcen innerhalb der Heime zu schaffen – hierzu gehörte etwa die Forderung nach fachlich ausgebildetem Küchenpersonal, der Zusammenarbeit mit dem Heimarzt sowie einer Küchenausrüstung zur entsprechenden Zubereitung der Nahrungsmittel[7] –, wurden zudem Anforderungen an die konkrete Heimernährung formuliert. Verlangt wurde vollwertige und bedarfsdeckende Ernährung, die sättigend sein sollte, den Nährwert der Nahrungsmittel bei der Zubereitung sicherte, abwechslungsreich und schmackhaft sein sollte. Den Kindern und Jugendlichen sollten zudem die Voraussetzungen zur besten Ausnutzung der Nahrung gegeben werden. Hierunter wurden das pünktliche Einhalten der Mahlzeiten sowie die ungestörte Nahrungsaufnahme verstanden.[8]

3 Jans/Beurmann 1963, S. 55.
4 Sterbefall Ernst August B. (Kinnius, 17.3.1947), in: ADWRh, Ohl 71.2.6.
5 Vgl. exemplarisch Rünger 1962 sowie Sabath 1966. Das Handbuch der Heimerziehung stellte zum Zeitpunkt seines Erscheinens ein Standardwerk zur Aus- und Weiterbildung dar.
6 Vgl. Sabath 1966.
7 Vgl. ebd.
8 Vgl. ebd.

7.1.1 Die Haltung des Landesjugendamtes zur Ernährung

Das Landesjugendamt begegnete solchen Vorschlägen aus der Theorie auf verschiedene Weise. Die Fortbildung des heimeigenen Personals, vor allem in den eigenen Einrichtungen, wurde ab Mitte der 1950er Jahre als ein Schritt auf dem Weg zu einer moderneren Ernährung verstanden. Hierzu gehörte etwa eine Tagung für die Provinzial-Erziehungsheime respektive deren Küchenleitungen, Verwaltungsinspektoren, Obergärtner und Erziehungsleiter zum Thema »Richtige Ernährung von Jugendlichen in Heimen«. Neben einem Erfahrungsaustausch sollte versucht werden, Richtlinien zu einer neuzeitlichen Ernährung im Heim zu verfassen.[9] Zudem wurde die Ernährung innerhalb der Einrichtungen – im Zuge der Heimaufsicht bei entsprechenden Besuchen – in Augenschein genommen. So etwa 1956 während eines Aufenthaltes von Beurmann im Rheinischen Landesjugendheim Fichtenhain: »Zur Überprüfung der Beköstigung wurde 1. in der Küche der Speiseplan überprüft. 2. mit der Küchenleiterin und später gemeinsam mit Herrn Direktor Wolpers und Herrn OI Ludwig, Herrn Erziehungsleiter Fikus die Essensfrage besprochen. 3. in der Gruppe 5 die Mittagessenausgabe beobachtet. Das Mittagessen: Kartoffel, Senfsosse, Königsberger Klopse und Gurke, war nach der Zusammensetzung und nach dem Zustand in der Küche nicht zu beanstanden. Bei der Ausgabe […] zeigte sich als wesentlicher Mangel, dass Kartoffel und Sosse in einem Topf angeliefert wurden und dadurch unansehnlich, nämlich ›gemanscht‹ aussahen.«[10] Weiter hatten die Einrichtungen den Speiseplan für eine Woche schriftlich festzulegen. Dieser musste dann sowohl von der Küchenleitung als auch von der innerhalb des Heimes für die Verpflegung zuständigen Mitarbeiterin bzw. der Einrichtungsleitung oder deren Vertretung unterschrieben werden. Der Speiseplan sollte weiter alle Formen der Sonderverpflegung und Zusatzkost, etwa bei Untergewicht oder Schwangerschaft, sowie genaue Mengen der wesentlichen, für den einzelnen Minderjährigen verbrauchten, Nahrungsmittel umfassen.[11] Durch solche Maßnahmen sollte versucht werden, mögliche Fehlplanungen in der Versorgung der Kinder und Jugendlichen und daraus resultierende Mängel zu vermeiden. Zudem galt es, »die Speisezettel […] zur Sicherung der Nachprüfung etwaiger Heimbeschwerden oder zur Ermöglichung von Heimkontrollen 2 Jahre aufzubewahren«.[12]

Die Speisezettel wurden als zusätzliches Kontrollinstrument, neben der Überprüfung der Verpflegung im Zuge der Heimaufsichtsbesuche des Landesjugendamts, unregelmäßig rückwirkend durch das Landesjugendamt angefordert. So auch 1962, wobei neben der Vorlage der Speisezettel die Kooperation mit dem Heimarzt in puncto Ernährung rückgemeldet werden sollte. Die Versorgung sah in zwei exemplarischen Einrichtungen – einem Jungenheim, einem Mädchenheim – nach Selbstangabe der Heime folgendermaßen aus:

9 Vgl. Einladungsschreiben LR Hecker an die Provinzial-Erziehungsheime (26.5.1953), in: ALVR 41021.

10 Reisebericht (15.2.1956) über Besichtigung des RLJH Fichtenhain am 8.2.1956, in: ALVR 41340, Bl. 558.

11 Dieses Vorgehen wurde den Einrichtungen bei Besuchen immer wieder in Erinnerung gerufen, vgl. etwa Reisebericht zum Besuch im Raphaelshaus, Dormagen (27.12.1954), in: ALVR 41021.

12 Rückmeldung Beurmann an Heim »Maria im Klee« (30.4.1962), in: ALVR 41024. Sie nahm Bezug auf eine Besichtigung des Heimes durch Vertreter des LJA und des Sozialministeriums am 19.2.1962.

Für das Rheinische Landesjugendheim Erlenhof:[13]

Tag	Frühstück	Mittag	Abend
	Täglich gab es für alle Kaffee. Für die Jungen im Heim: 350 g Brot, 40 g Margarine, für die Stadtarbeiter 600 g Brot, 40 g Margarine		
So. 29.4.1962	Alle Jungen: Wurst I 40 g	Boullion 15 g mit Reiseinlage 20 g, Rinderschmorbraten 140 g, Sauerkraut 160 g, Kartoffelbrei, Sauce. Nachmittags: gefüllter Streuselkuchen	Jagdwurst 50 g, holl. Schnittkäse 40 g, 250 g Brot, 25 g Butter, Hagebuttentee
Mo. 30.4.1962	Stadtarbeiter: Zungenwurst 100 g, Käse I 80 g Jungen im Heim: 1 Ei	Königin-Suppe 20 g, Schinkennudeln 200 g, Tomaten 20 g, Specksauce	80 g Leberklöße, 1000 g Salzkartoffeln, Currytunke, 125 g rote Beete
Di. 1.5.1962 Feiertag	Alle Jungen: Dauerwurst 40 g	Obstkaltschale, Rindergulasch 125 g, Mischgemüse 180 g, Salzkartoffeln 1000 g. Nachmittags: Rodonkuchen	50 g Fleischwurst, 33,3 g Streichkäse, 250 g Brot, 25 g Butter, Tee
Mi. 2.5.1962	Stadtarbeiter: 1 Ei, 120 g Fleischwurst Jungen im Heim: Käse I 40 g	Bohnensuppe mit Rindfleisch 140 g, Reispudding, Fruchtsaft	140 g gebackener Fisch, 1000 g Kartoffeln, Tee
Do. 3.5.1962	Stadtarbeiter 100 g Schinken, Käse II 80 g Jungen im Heim: Aufschnitt 40 g	Graupensuppe 30 g, Schweinekotelett 140 g, Porreegemüse 300 g, 1000 g Kartoffeln	140 g Reisbrei, eingemachte Pflaumen 160 g, 100 g Speisequark, 1 Brötchen

13 Rückmeldung des RLJH Erlenhof (19.5.1962) auf Schreiben des LJA, in dem die Einrichtungen aufgefordert wurden, Wochenspeisepläne für die Zeit 29.4.–5.5.1962 vorzulegen, in: ALVR 41024.

Tag	Frühstück	Mittag	Abend
Fr. 4.5.1962	Stadtarbeiter: Mettwurst 100 g, Käse I 80 g Jungen im Heim: Käse II 40 g	Tapioka-Juliennensuppe 20 g, Rührei (1 Ei), Salzkartoffeln 800 g, Zwiebeltunke	160 g Brathering, 800 g Salzkartoffeln, Kräutertunke, 160 g Sauerkrautsalat
Sa. 5.5.1962	Stadtarbeiter: 1 Ei, 120 g Käse Jungen im Heim: 1 Ei	Grünkernsuppe 25 g, gepökelte Rinderbrust 125 g mit Meerrettichtunke, 1000 g Salzkartoffeln, rote Beete	40 g Frankfurter Würstchen, 800 g Kartoffelsalat, 40 g Käseschnittchen, Hagebuttentee

Für das Mädchenheim Haus Elim, Moers:[14]

Tag	Frühstück	Mittag und Nachmittag	Abend
	(täglich Kaffee)	(täglich Kaffee)	
So. 29.4.1962	2 Schnitten Graubrot 160 g, 1 Schnitte Weißbrot 80 g, 20 g Butter, 45 g Gelee	500 g Kartoffeln, 400 g Spinat, 110 g Bratklopse, Fetttunke, Götterspeise, Vanilletunke Nachmittags: 2 Stück Streuselkuchen	3 Schnitten Brot 300 g, 20 g Margarine, 50 g Wurst, 40 g Käse, ½ Ei, Tee
Mo. 30.4.1962	3 Schnitten Brot 240 g, 20 g Margarine, 45 g Schmierwurst, 40 g Sirup	Sauerkrauteintopf 300 g Kartoffeln, 250 g Sauerkraut, 60 g Speck, Waldbeersuppe mit Sago und 2 Zwieback Nachmittags: Schnitten Brot 160 g, 18 g Margarine, 45 g Marmelade	Bratkartoffeln 400 g, Dosenfleisch 100 g, Reste von mittags, Tee
Di. 1.5.1962 Feiertag	3 Schnitten Brot 240 g, 20 g Butter, 45 g Honig	Brühsuppe mit Nudeln, 500 g Kartoffeln, 400 g Spinat, 25 g Fett, 1 Spiegelei Nachmittags: 2 Rosinenstütchen	200 g Brot, 50 g Belag, 18 g Margarine, Mixmilch

14 Rückmeldung Haus Elim 26.5.1962 auf Schreiben des LJA, in dem die Einrichtungen aufgefordert wurden Wochenspeisepläne für die Zeit 29.4.–5.5.1962 vorzulegen, in: ALVR 41024.

Tag	Frühstück	Mittag und Nachmittag	Abend
Mi. 2.5.1962	3 Schnitten Brot 240 g, 20 g Margarine, 80 g Quark	0,5 l dicke Gemüsesuppe, 4 Apelpfannkuchen mit Zimt und Zucker 100 g Nachmittags: 2 Schnitten Brot 160 g, Butter 18 g, Honig 45 g	Nudeln mit Tomatentunke (90 g Nudeln, 150 g Tunke), 1 Schnitte Brot 100 g, 25 g Käsebutter
Do. 3.5.1962	3 Schnitten Brot 240 g, 20 g Margarine, 40 g Quark, 35 g Sirup	500 g Kartoffeln, 80 g weiße Bohnen, ¼ l Tomantentunke, 60 g Blutwurst, Quarkspeise mit Obst Nachmittags: 2 Schnitten Brot 160 g	Kartoffelsalat mit Wurst (375 g Kartoffeln, 40 g Wurst). Reste von mittags, Tee
Fr. 4.5.1962	3 Schnitten Brot 240 g, 20 g Margarine, 60 g Wurst, 35 g Sirup	Pilzsuppe, 500 g Kartoffeln, Zwiebel-Specktunke, roher Möhrensalat 400 g Nachmittags: 2 Schnitten Brot 160 g, 18 g Margarine, 45 g Marmelade	Graupensuppe mit Kartoffeln (250 g Kartoffeln, 60 g Graupen), 100 g Brot, 45 g Harzer Käse, 15 g Margarine
Sa. 5.5.1962	3 Schnitten Brot 240 g, 20 g Margarine, 80 g Quark mit Marmelade	Erbensuppe mit Kartoffeln und Fleisch (300 g Kartoffeln, 60 g Erbsen, 60 g Fleisch), Schokoladen-Pudding mit Vanille-Tunke Nachmittags: 2 Schnitten Brot 160 g, 18 g Margarine, 45 g Marmelade	2 Brötchen, 20 g Margarine, 70 g Würstchen, 35 g Streichkäse, Suppenreste

Ein Großteil der Heime meldete auf die Anfrage des Landesjugendamtes, dass mit dem Heimarzt insoweit kooperiert werde, als die Ernährung der Jugendlichen besprochen werde, hierbei vor allem die Sonderkost und die Versorgung schwangerer Mädchen. Es fällt auf, dass eine Vielzahl der Heime keine Angaben über die Mengen der angebotenen Nahrungsmittel machte, obwohl dies, wie oben dargestellt, durch das Landesjugendamt gefordert worden war. Dass dieses Vorgehen auch in den kommenden Jahren noch üblich war, geht aus internen Schreiben von Beurmann aus dem Jahre 1964 hervor. Sie kritisierte

darin die unkorrekte Erstellung der Speisezettel, aus denen weder die Menge noch die Qualität der verwendeten Nahrungsmittel hervorgehe.[15] Inwieweit die Angaben auf dem Speisezettel also tatsächlich einen Rückschluss auf die Qualität und Zusammensetzung der Ernährung ermöglichten, ist fraglich.

Seitens des Landesjugendamtes wurden die Schritte zur Kontrolle und Verbesserung der Ernährung in den Heimen ebenfalls durchaus kritisch gesehen. So vermutete Beurmann bereits 1955, dass eine Kontrolle bei Heimbesuchen sowie das Einsehen der Speisezettel nicht ausreichend sei: »Seit längerer Zeit macht mir die Frage Sorgen, wie die Güte der Ernährung in den Heimen bei Heimkontrollen festgestellt werden kann. Ich lasse mir bei Besuchen nach meiner Auswahl die Gewichtskontrollen vorlegen und sehe die Küchenzettel ein. Dies reicht nicht. Die Küchenzettel werden sehr unterschiedlich geführt, sie sagen meist nicht genug über Menge und Güte der dem Einzelnen zukommenden Ernährung aus. Gewichtskontrollen bieten naturgemäß auch nur einen groben Anhalt. Außerdem wird m.E. wohl auch mancherorts Anlass bestehen, die Art der Zusammenstellung des Küchenzettels und die Zubereitung der Speisen auf neuzeitliche Erkenntnisse umzustellen.«[16] Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen wurden Kooperationen mit Sachverständigen angestoßen. So ließ das Landesjugendamt die Verpflegung innerhalb der Rheinischen Landesjugendheime durch das Max-Planck-Institut Dortmund auswerten. »Auf Veranlassung des Landschaftsverbandes Rheinland (Landesjugendamt) wurde in der Zeit vom 1. bis 28. Februar 1959 in den verbandseigenen Jugendheimen […] eine Erhebung durchgeführt mit dem Ziel, die Verpflegung der Jugendlichen einer ernährungsphysiologischen Auswertung zu unterziehen.«[17] Ziel dieser Untersuchung sollte sein, zu ermitteln, ob die Ernährung in ihrer Zusammensetzung als vollwertig, also alle lebensnotwendigen Nährstoffe umfassend, angesehen werden konnte. Entsprechend wurde der Nahrungsverbrauch mit dem Nahrungsbedarf verglichen und wurden besonders die Hauptnährstoffe Eiweiß, Fett und Kohlenhydrate sowie Vitamine und Mineralstoffe in den Blick genommen. Ergebnis der Untersuchung war, dass alle fünf Einrichtungen (Erlenhof, Fichtenhain, Halfeshof, Dansweilerhof und Haus Hall) »den zu betreuenden Jugendlichen Nahrung in ausreichendem Maße darboten, so daß der energetische Bedarf […] in vollem Umfang gedeckt wurde.«[18] Kritisch angemerkt wurde allerdings, dass in einigen Heimen der Fettverbrauch zu hoch sei, was mit einem überdurchschnittlichen Verbrauch an Brot und den dafür benötigten Belägen in Verbindung gebracht wurde. Der Obstverbrauch wurde für einige der Heime als zu gering kritisiert, gleichzeitig aber auch der mögliche Grund benannt: »In der obstarmen Zeit ist, sofern kein Lagervorrat besteht, eine Versorgung mit Südfrüchten für Heime mit gebundenen Pflegesätzen eine kaum lösbare Kostenfrage.«[19] Kritik wurde zudem an der Versorgung der Jugendlichen, die außerhalb des Heimes

15 Vgl. Schreiben Beurmann an LOI Harke (12.3.1964 und 22.9.1964), in: ALVR 41024.
16 Beurmann an Jans (ohne genaues Datum Juni 1955), in: ALVR 41021.
17 Bericht des Max-Planck-Institutes für Ernährungsphysiologie zur ernährungsphysiologischen Auswertung der Verpflegung in Jugendheimen des LVR (10.11.1959), in: ALVR 40659.
18 Ebd.
19 Ebd.

beschäftigt waren, geübt, welche zum Teil das Essen vom Vortag mit zur Arbeitsstelle nahmen. Dies sei aufgrund des Nährstoffverlustes, der aus der Aufbewahrung resultiere, nicht zu empfehlen. Grundsätzlich wurde betont, dass die ernährungsphysiologisch richtige Ernährung innerhalb der Gemeinschaftsversorgung nicht durch Argumente wie Geld- oder Zeitersparnisse auszuhebeln sei. »Der Nährwert der Kost ist nicht nur für den Verpflegtenkreis die Hauptsache, sondern die Aufsichtsbehörde und Heimleiter […] müssen an der richtigen Beköstigung der in den Heimen Verpflegten interessiert sein, denn von der optimalen Kost sind sowohl Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit, als auch die Gesundheit des zu betreuenden Verpflegtenkreises abhängig.«[20] Anzumerken ist an dieser Stelle, dass die umfassende Begutachtung der Verpflegung in den Einrichtungen nur für die landschaftsverbandseigenen Heime vorgenommen wurde. Für die Belegheime nahm der Landschaftsverband, in seiner Funktion als Landesjugendamt, eine solche Prüfung – trotz der Bedenken gegenüber der Verlässlichkeit der eigenen Kontrollinstrumente – nicht vor. Gerade in den Belegheimen waren allerdings Kinder im Wachstum oder auch schwangere junge Frauen untergebracht, was eine ernährungsphysiologische Untersuchung sicher notwendig gemacht hätte. Ob eine Prüfung über dortige Heimträger stattgefunden hat, ist nicht bekannt.

Fortsetzung fand die Überprüfung der Einrichtungen durch das Max-Planck-Institut in einer Kooperation mit der Deutschen Gesellschaft für Ernährung in Frankfurt. Eine zugehörige Ernährungsberaterin besuchte ab 1960 in unregelmäßigen Abständen die Landesjugendheime, um die dortige Ernährung in den Blick zu nehmen und das Personal zu beraten. Diese Beratungen zogen sich, mit mehrjährigen Pausen, über einen Zeitraum von gut zehn Jahren hin. Ergebnis dieser Beratungen war zusammenfassend, dass die Ernährung, zumindest ab Beginn der Beratung, als befriedigend bezeichnet wurde. Gleichwohl wurde immer wieder die Zusammensetzung kritisiert. So erhielten die Jungen zwar ausreichend Kalorien (mitunter sogar zu viel, bedingt durch die überhöhte Gabe von sättigenden Lebensmitteln wie Kartoffeln und Brot), die Versorgung mit Milchprodukten, Eiweiß, Mineralstoffen und Vitaminen wurde immer wieder als nicht voll ausreichend bezeichnet. Dem gängigen Argument der fehlenden finanziellen Mittel setzte die Beraterin umsetzbare Änderungsvorschläge entgegen.[21] Dieser Schritt zu einer Beratung der Heime war sicher einer in die Richtung einer verbesserten Ernährung; es darf aber nicht außer Acht gelassen werden, dass es sich hierbei immer nur um kurzzeitige Aktionen handelte. Zudem brauchte es von der ersten Idee durch Beurmann 1955 bis zur Zusammenarbeit mit dem Max-Planck-Institut ganze vier Jahre. Die Durchführung der Erstberatung des Erlenhofs durch die Beraterin der Deutschen Gesellschaft für Ernährung benötigte sogar fünf Jahre Anlaufzeit vom ersten Kontakt bis zur tatsächlichen Zusammenarbeit. Es zeigt sich an diesem Beispiel, dass auf Seiten des Landesjugendamtes Veränderungs- und Verbesse-

20 Ebd.

21 Vgl. etwa Beratungen der Rhein. Landesjugendheime Fichtenhain und Erlenhof, in: ALVR 40623 und ALVR 40456.

rungsvorschläge bestanden, der Weg in die Praxis und die Umsetzung dieser im Alltag der Einrichtungen mitunter langwierig und schwierig war.

7.1.2 Umgang mit Beschwerden

Beschwerden über das Essen gab es zum einen von den Jugendlichen selber, häufig waren es aber auch die Eltern, die die (angeblich) schlechte Ernährung ihrer Kinder im Heim kritisierten. Inhalt der Beschwerden war häufig, dass das Essen nicht schmecke, schlechte Qualität habe oder/und nicht ausreichend sei. So beschwerte sich der Jugendliche Günther K. 1956 über das Essen im Erlenhof: »Hinzu kommt, dass auch die äußeren Bedingungen uns nicht gefallen. Vor allem gilt das für das Essen. Das Essen ist m.E. schlecht zubereitet. Die alten Kartoffeln schmecken schlecht. Wir finden auch, daß es zu wenig Fleisch gibt. Wir bekommen in der Regel nur sonntags Fleisch und nur morgens zu den Butterbroten Wurst.«[22] In der Tat zeigt ein Speiseplan aus dem Erlenhof von 1954, dass die Mittagsmahlzeiten an fünf von sieben Tagen aus Suppen und Eintöpfen bestanden, jeweils unter der Beigabe von 65 bis 80 g Fleisch. An einem Tag gab es Kartoffeln mit Speck und Pfannekuchen und sonntags Fleisch mit Kartoffeln.[23] Als Konsequenz aus Beschwerden wurde in der Regel seitens des Landesjugendamtes beim jeweiligen Heim eine Stellungnahme zu dem entsprechenden Sachverhalt eingefordert. Auf Grund sich wiederholender Beschwerden über zu geringe Verpflegung erbat sich das Landesjugendamt 1956 von den Landesjugendheimen Berichte über die Situation im Heim in puncto Verpflegung. Grundtenor der Einrichtung war der Hinweis auf die enge finanzielle Ausstattung, die eine Verbesserung der Ernährung nur schwer möglich machte. So schrieb der Direktor des Fichtenhains: »Bei der verabreichten Beköstigung wurde der Sättigungsgrad zwar erreicht, die Art der Beköstigung kann jedoch nicht als befriedigend angesehen werden, da zur Erreichung des Sättigungsgrades bei den zur Verfügung stehenden beschränkten Mitteln vorwiegend stärkehaltige Nahrungsmittel verwandt werden mussten. […] Eine befriedigende Erhöhung der fett- und eiweisshaltigen Nahrungsmittel bei dem jetzigen Durchschnittssatz von 1,26 DM würde eine so starke Kürzung der stärkehaltigen Nahrungsmittel nach sich ziehen, daß der Sättigungsgrad nicht mehr gewährleistet sein würde.«[24] Der beschriebene Ablauf von Beschwerde und reflexhaftem Hinweis auf die unzureichenden Pflegesätze kann in diesem Kontext durchaus als gängiges Muster der Heime verstanden werden.

Aber auch die Eltern der Kinder und Jugendlichen beschwerten sich über die Ernährung in den Einrichtungen. So beklagte sich etwa die Mutter eines in Haus Elim untergebrachten Mädchens über Ungeziefer im Essen.[25] Die Reaktion des Sozialministeriums war die grundsätzlich in Beschwerdefällen übliche und gerade beschriebene, das heißt, die Beschwerde wurde an das entsprechende Heim weitergeleitet und eine Stellungnahme zu

22 Niederschrift über die Vernehmung zu dem Zwischenfall (Gruppenausbruchsversuch, Anm. J.P) im RLJH Erlenhof am 15.7.1956, in: ALVR 40628.
23 Vgl. Speiseplan des RLJH Erlenhof für die Woche vom 3.10 bis 9.10.1954, in: ALVR 41021.
24 Fichtenhain an das LJA (21.2.1956), in: ALVR 41021.
25 Luise K. an das Sozialministerium NRW (30.1.1950), in: ALVR 41281.

dem Sachverhalt erbeten. Im dargestellten Fall informierte die Einrichtung, dass regelmäßig gegen Ungeziefer, was ein grundsätzliches Problem aller Großküchen sei, vorgegangen werde.[26] Diese Information wurde der Mutter dann entsprechend durch das Ministerium mitgeteilt. In einem Beschwerdefall im Josefshaus in Mülheim an der Ruhr 1953 wurde den Beschwerden eines Mädchens über das Essen im Heim, die durch die Mutter weitergegeben worden waren, insoweit nachgegangen, dass das Mädchen bei einem Revisionsbesuch in der Einrichtung mit der Beschwerde der Mutter persönlich konfrontiert wurde. Sie hatte sich zu den Aussagen der Mutter zu äußern. Nach der im Besichtigungsbericht protokollierten Aussage hatte sie gesagt, dass sie das Essen nun mal nicht möge, was mit einem Hinweis auf den Unterschied zwischen »Essen, das man nicht mag« und »Essen, das nicht gut ist« quittiert wurde. Zudem sollte sie noch weitere Jugendliche benennen, die ihre Aussagen vom schlechten Essen bestätigten, was ihr, so wird zumindest im Bericht über die Situation vermutet, sehr unangenehm war. Mit der Aussage, dass die anderen Jugendlichen die Qualität des Essens betonten und sich über die Beschwerde des einzelnen Mädchens empörten, endet die Klärung dieser Beschwerde. Dass das Mädchen in eine sehr unangenehme Situation gebracht wurde, wird nicht weiter berücksichtigt.[27]

Der Umgang mit der Versorgung der Jugendlichen, deren Kontrolle sowie die Bearbeitung möglicher Beschwerden verliefen also insgesamt sehr formalistisch. Es ging in erster Linie um die Absicherung einer angemessenen Versorgung der Minderjährigen, welche auch, so scheint es zumindest, grundsätzlich ab Mitte der 1950er Jahre weitestgehend gewährleistet werden konnte.[28] So berichten auch verschiedene befragte Zeitzeugen übereinstimmend, dass die reine Versorgung insgesamt angemessen, wenn auch nicht gut gewesen sei. So Gustav Läuber über die Versorgung in Neu-Düsselthal: »Mit dem Essen, was, kann ich mich gar net dran erinnern, ob dat Essen […] als Kind … man nimmt dat als gegeben hin, ja. Es is' einfach, es wird dahin gestellt oder bzw. sie gehen dahin mit der Kelle da drauf und so wird dann gegessen.«[29] Seit 1964 gab es in den Düsselthaler Anstalten offenbar auch keine Beschwerde mehr über die Nahrung. Die Konflikte im Heim entzündeten sich seitdem offenbar an anderen Dingen wie der vorenthaltenen Freizügigkeit, den Strafen usw.[30] Gustav Berger wirft einen von seiner heutigen Sicht auf die Dinge geprägten Blick auf die Versorgung in den unterschiedlichen Heimen, in denen er gelebt hat: »Wenn man sich im Nachhinein Gedanken macht, was alles kostet, was es alles für 'ne Arbeit ist, so was herzurichten, kann ich mich über die Verpflegung nicht beklagen. Absolut nicht. Wir sind immer satt geworden und schmackhaft hin oder schmackhaft her, das ist 'ne andere

26 Haus Elim an Sozialministerium Frau Hopmann (31.3.1950), in: ALVR 41281.

27 Bericht vom 22.6.1953 über die Revision des Josefshauses in Mülheim an der Ruhr am 17.6.1953, in: ALVR 39651.

28 Dabei wurde allerdings, wie erwähnt, durch die Heime wiederholt auf den geringen Pflegesatz hingewiesen und die Problematik, mit diesem die Versorgung angemessen zu gestalten. Vgl. exemplarisch Reisebericht vom 15.2.1956 über Besichtigung des RLJH Fichtenhain am 8.2.1956, in: ALVR 41340, Bl. 558.

29 Interview Gustav Läuber (21.1.2010), S. 15 f., in: ALVR 49427.

30 Vgl. Vermerk Bönsch (2.11.1972), in: ALVR 39146. Vgl. Kap. I.2.7.2.

Frage. Dass das Essen schon mal kalt oder kühler war, ja Gott … aber ansonsten kann ich mich wirklich nicht beklagen. Absolut nicht. In keinem der Heime. Wirklich nicht.«[31]

7.1.3 Essen als Zwang – Essen ohne eigene Kontrolle

Dass das Essen aber weitere wichtige Aspekte hatte, neben der reinen Versorgung, darf in diesem Kontext nicht übersehen werden. So wurde es häufig in Verbindung mit Bestrafung eingesetzt.[32] Vielfach ging es hier aber nicht um Essensentzug, sondern um den Zwang zu essen. So erinnert sich Bertha Gruber an die Zeit im Kinderheim: »Mit dem Essen, also … da gab's keine freie Wahl. Selbst das, was ich nicht mochte, musste ich essen. Ich mochte also keine Milchsuppe. Ich hab' sowieso schon keine Milch vertragen und dann wurde ich aber gezwungen und wenn ich gesagt habe: ›Ich mag das nicht‹, dann musste ich die doppelte Portion essen. Also, das war der Horror […]. Es musste auch alles aufgegessen werden. Auch, egal, ob wir satt waren oder nicht. Da wurden wir dann dazu gezwungen. Und für die Kleinen tat mir das immer sehr leid, die dann so lange vor ihrem Teller gesessen haben. Und dann haben wir manchmal das Essen irgendwie, da gab's so ne tolle Heizung, wo man das Essen rein verstecken konnte. Und dat war immer 'ne Qual. Also, ich konnte mir dat nicht mit ansehen, wie die sich da mit dem Essen quälten. Und ich wurde natürlich gezwungen, diese Milch zu trinken. Und dann saß ich alleine in diesem dunklen Essraum, das Licht wurde ausgemacht, die Stühle um mich herum standen oben, und ich saß da alleine vor meiner Tasse Milch. Ich hab dann irgendwann versucht, die Gelegenheit zu finden, diese Milch wegzukippen. Weil mir ja halt danach immer schlecht wurde.«[33]

Der Zwang, das Essen aufzuessen, resultierte häufig auch aus der Organisation einer gleichmäßigen Massenverpflegung, bei der festgelegte Mengen ausgegeben wurden, auf die die Kinder und Jugendlichen keinen wirklichen Einfluss nehmen konnten. So gab es häufig auch nicht die Möglichkeit, Essen, das schmeckte, nachzunehmen oder außerhalb der festgelegten Mahlzeiten etwas zu bekommen. Diese fehlende Selbstbestimmtheit beschreibt ebenfalls Bertha Gruber: »Also, es gab drei feste Mahlzeiten: Morgens, mittags und abends. Und dazwischen gar nichts. Außer sonntags, da gab es Kuchen und so'n, so'n verdünnten Himbeersaft. Und, aber auch die Brote durften wir uns nicht schmieren, wir durften auch nicht bestimmen, ob wir jetzt satt sind oder noch Hunger haben. Das wurde von denen festgelegt […]. Ja, es gab auch Essenszeiten. Also, auch festgelegt. Wie viel Scheiben Wurst jeder haben darf und so, das wurde also alles genau aufgeteilt – außer für's Personal. Ne? Die durften sich frei bedienen.«[34] Charlotte Schäfer ist vor allem in Erinnerung, dass das Essen stark rationiert wurde: »Auch das Obst, das wurde so eingeteilt. Es war alles … grad

31 Interview Gustav Berger (7.10.2009), S. 13 f., in: ALVR 49421.
32 Vgl. hierzu auch Kap. III.5.3.1 und die dort beschriebenen Erinnerungen des Zeitzeugen Herbert Vogel.
33 Interview Bertha Gruber (7.8.2009), S. 8 sowie S. 25, in: ALVR 49423.
34 Ebd., S. 8.

solche Dinge wurden wahnsinnig eingeteilt. Also da gab's nix ma so außer der Reihe.«[35] Dass zum »Aufessen müssen« auch das Essen des eigenen Erbrochenen gehörte, daran erinnern sich mehrere ehemalige Heimkinder. So berichtet etwa Hilde Wiesling: »Wenn ich nur an Brotsuppe denke, ähm, wenn man se nich' gegessen hat, ich nicht gegessen habe, dann musste ich se noch mal essen und wenn ich se ausgebrochen habe, musste ich se noch mal essen. Das sind Dinge, die verfolgen einen.«[36] Hilde Hohmann erinnert sich: »Und wenn man dann erbrochen hatte, dann musste man das wieder essen.«[37]

Ernährung und Essen hatten also neben der reinen Versorgung der Kinder und Jugendlichen einen deutlichen Erziehungs- und Bestrafungsaspekt, der vor allem über die Vorenthaltung oder den Zwang, essen zu müssen, ausgeübt wurde. Hinzu kamen der Organisation Heim innewohnende Strukturen wie die zeitschemenbedingte Ausgabe der Mahlzeiten, die dazu führten, dass wenig Selbstbestimmung in der eigenen Nahrungsaufnahme möglich war. So wurde nicht nur bestimmt, was es wann zu essen galt, sondern auch, wie viel man essen durfte bzw. musste.

Nahrung als ein großes Konfliktthema der Heimerziehung verlor gegen Ende der 1960er Jahre zunehmend an Brisanz. Im Zuge einer sich in einigen Heimen entwickelnden Mitbestimmung wurde es den Jugendlichen ermöglicht, die Auswahl der Speisen mit zu gestalten. Exemplarisch heißt es im Jahresbericht 1971 des Heilpädagogischen Heimes Viersen-Süchteln, dass dem Wunsch nach Mitbestimmung entsprochen wurde: »Dazu kamen aus jeder Gruppe je ein Jugendlicher einmal wöchentlich mit der Hauswirtschaftsleiterin und der Küchenleiterin zusammen. Die Jungen konnten […] Wünsche für den Speiseplan der folgenden Woche bekannt geben. Diese Wünsche wurden soweit als möglich berücksichtigt. Es zeigte sich […] bald, dass die Jungen […] in sehr begrenztem Rahmen Vorschläge machen konnten.«[38]

7.2 Gesundheit und Hygiene als Teile der Heimerziehung

7.2.1 Gesundheitliche Betreuung innerhalb des Heimes

Die medizinische Betreuung der Kinder und Jugendlichen wurde vom Heimarzt, der in den Erziehungsheimen nebenamtlich tätig war, durchgeführt. Hinzu kam in einem Großteil der Einrichtungen noch pflegerisch ausgebildetes Personal, das häufig in den heimeigenen Krankenstationen beschäftigt war. Das Vorhandensein eines Kranken- oder Arztzimmers sollte, zumindest aus fachlicher Sicht, Bestandteil aller Erziehungsheime sein. »Ein heizbares Krankenzimmer mit abwaschbaren Wänden darf in keinem Erziehungsheim fehlen. Es soll innerhalb des Hauses ruhig gelegen sein, einen Luftraum von 15 cbm pro Bett und

35 Interview Charlotte Schäfer (9.10.2009), S. 46 f., in: ALVR 49430.
36 Interview Hilde Wiesling (5.10.2009), S. 14, in: ALVR 49422.
37 Interview Hilde Hohmann (31.8.2009), S. 2, in: ALVR 49425.
38 Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1971, in: ALVR 41895.

Medizinische Untersuchung heilpäd. Heim Süchteln



eine eigene Waschstelle besitzen.«[39] Neuaufgenommene Jugendliche mussten zeitnah vom Heimarzt untersucht werden. Dieses Vorgehen war allgemein üblich: »Bei der meist bestehenden Unmöglichkeit, neuaufzunehmende Kinder in Quarantäne zu nehmen, erscheint es zweckmäßig, die Kinder bei der Ankunft vor Einordnung in das Haus einer, wenn auch kurzen, so doch gründlichen Inspektion zu unterziehen, die sich namentlich auf den Zustand der Haut, das Vorhandensein von Ungeziefer und den Rachenbefund erstrecken sollte.«[40] Unter anderem wurde dieses Vorgehen auch durch ein Urteil des Bundesgerichts vom 3.12.1956 geregelt. Dieses legte nicht nur fest, dass der Fürsorgeerziehungsbehörde die Verpflichtung zur gesundheitlichen Fürsorge der Zöglinge oblag, sondern auch, dass »zumindest bei Einweisung des Zöglings in eine Erziehungsanstalt eine ärztliche Mitwirkung zur Gewinnung eines Urteils unter anderem darüber, ob der Zögling den besonderen Anforderungen der Gemeinschaftserziehung und -arbeit in einer geschlossenen Anstalt nach seinem Gesundheitszustand gewachsen ist«, zu erfolgen hatte.[41] Das Landesjugendamt informierte vor dem Hintergrund des Urteils das Sozialministerium NRW und teilte mit, dass in den Heimen im Rheinland keine Sondermaßnahmen aufgrund des Urteil vorzunehmen seien, und stellte weiter den Stand der gesundheitlichen Betreuung

39 Cropp 1954, S. 71.
40 Ebd., S. 72.
41 AFET an FEB, LJA und Fachminister im Bundesgebiet (27.3.1957). Information über Entscheidung des Bundesgerichtes vom 3.12.1956 zur Frage der Verantwortung der FEB für die gesundheitliche Betreuung der Zöglinge, in: ALVR 38666.

der Jugendlichen vor. So sollten alle Jugendlichen nach Erstaufnahme unverzüglich einer umfassenden ärztlichen Untersuchung unterzogen werden. Deren Ergebnisse wurden dann in der so genannten Erziehungsliste – einer umfassenden Aufstellung über die Person des Kindes oder Jugendlichen, die grundsätzlich am Anfang der Einzelfallakte zu finden war und bei einem Heimwechsel weiterzugeben war – aufgeführt. Dokumentiert wurden folgende Positionen: Größe, Gewicht, Schädel, Sehvermögen, Augenbewegungen, Pupillen, Sprache, Gehör, Zähne, Sensibilität, Motilität, Reflexe, Geschlechtsorgane, Drüsen, Innere Organe, Degenerationszeichen, Haut, Ergebnis der bakteriologischen und Blutuntersuchung sowie ein Gesamteindruck des Zöglings. Das Heim beantwortete zudem nach einer Beobachtungszeit aus ärztlicher und pädagogischer Sicht die Fragen, welche Beschäftigung für den Zögling zu empfehlen bzw. zu widerraten sei sowie ob besondere Behandlungen – körperlicher oder geistiger Art – notwendig seien.[42] Die gesundheitliche Betreuung der Jugendlichen im Heim war geprägt von einer immensen Sorge vor Infektionskrankheiten, und es oblag dem Heimarzt, auch in diesem Kontext Untersuchungen vorzunehmen. Ein besonderes Augenmerk galt der Tbc-Erkrankung. Deren Behandlung bzw. Maßnahmen zur Prävention wurden durch mehrere Rundschreiben seitens der Fürsorgeerziehungsbehörde geregelt.[43] So sollten die neu aufgenommenen Jugendlichen nach Ankunft im Heim umfassend untersucht und bei Verdacht einer Röntgenuntersuchung unterzogen werden. Die Jugendlichen, die bereits länger im Heim waren, hatten sich regelmäßigen Tbc-Reihenuntersuchungen zu unterziehen. Auch das Personal in den Heimen musste seinen Gesundheitszustand durch amtsärztliche Bescheinigungen nachweisen bzw. sich regelmäßig durch den Heimarzt untersuchen lassen.

Die Sorge vor ansteckenden Erkrankungen blieb auch in den kommenden Jahren ein wichtiger Punkt in der Heimorganisation. So besagten zum Beispiel die Richtlinien für den Betrieb und Bau von Einrichtungen gem. § 78 JWG, die die Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter und überörtlichen Erziehungsbehörden erarbeitet hatte: »Bei Aufnahme ist ein ärztliches Attest vorzulegen, welches das Freisein von ansteckenden Krankheiten bescheinigt. Das Attest darf nicht älter als 8 Tage sein. Im Eilfall ist die Untersuchung unverzüglich nachzuholen. Das Attest ist für die Dauer des Aufenthaltes aufzuheben.«[44] Zudem wurde gefordert, dass die Mitarbeiter mit den Anzeichen übertragbarer Krankheiten vertraut sein sollten, um diese dem Gesundheitsamt melden zu können. Alle Mitar-

42 Vgl. LJA an das Sozialministerium NRW (12.7.1957), in: ALVR 38666. Das Vorgehen wurde von den Heimen in gleicher Form bereits seit Jahren so vorgenommen, was sich aus den Erziehungslisten der vorliegenden Einzelfallakten ersehen lässt. Vgl. etwa den Einzelfall Arthur D. (ALVR 1541), der bei der Erstaufnahme ins Kinderheim Oberbieber 1942 nach dem beschriebenen Schema untersucht wurde bzw. bei dem die Ergebnisse in der dargestellten Form dokumentiert wurden.

43 Vgl. hier etwa den Runderlass zur Bekämpfung von Seuchen, der ab Mai 1942 Gültigkeit besaß und mit Schreiben des Sozialministeriums vom 27.8.1947 den Heimen zur weiteren Verfahrensanweisung erneut ins Gedächtnis gerufen wurde, in: ALVR 39383.

44 Richtlinien für den Betrieb und Bau von Einrichtungen gem. § 78 JWG. Erarbeitet von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter und überörtlichen Erziehungsbehörden, beschlossen in der 31. Arbeitstagung 13.–15.10.1971, in: ALVR 41034.

beiter hatten zudem vor ihrer Einstellung durch Vorlage eines amtsärztlichen Zeugnisses die Freiheit von Krankheiten, wie etwa Diphtherie und Typhus, nachzuweisen.[45] Dass die Jugendlichen letztlich weiterhin häufig ohne Vorhandensein eines solchen Attestes in die Heime aufgenommen wurden, geht aus einer Rundfrage des Landesjugendamtes von 1974 hervor. Die Dringlichkeit der Aufnahme, die Unkenntnis der zuvor betreuenden Stelle oder das akute »Aufgreifen« des Jugendlichen wurden als Begründungen angegeben.[46] Intensiv in den Blick genommen wurde auch die Möglichkeit einer Geschlechtskrankheit der Jugendlichen, hier speziell der Mädchen.[47] Der Heimarzt hatte die Jugendlichen bei Aufnahme, neben den dargestellten Untersuchungen, auch auf Geschlechtskrankheiten zu untersuchen und festzustellen, ob klinische Anzeichen für eine solche bestanden. Bei allen Kindern und Jugendlichen hatte eine Blutuntersuchung zur Abklärung einer Syphiliserkrankung zu erfolgen, hinzu kam bei Mädchen, die »aufgrund subjektiver Verwahrlosung« ins Heim aufgenommen waren, eine mikroskopische Untersuchung zur Abklärung einer Erkrankung an Gonorrhoe.[48] Es lässt sich hier vermuten, dass den Mädchen, denen häufig ein »schlecht beleumundetes Umfeld« oder gar ein »dirnenhaftes« Verhalten attestiert wurde, regelmäßig unterstellt wurde, an einer Geschlechtskrankheit erkrankt sein zu können. So weisen die Richtlinien deutlich auf die geringe Glaubwürdigkeit der schulentlassenen Mädchen hin.[49] Auch bei Jugendlichen, die nach Entweichung oder einer Zeit in einer Dienst-, Lehr oder Pflegestelle ins Heim zurückkehrten, musste das beschriebene Verfahren durchgeführt werden, allerdings konnte auf die serologische und mikroskopische Untersuchung verzichtet werden, wenn kein Verdacht bestand. Auch hier wurden also keine wirklich klaren Kriterien angesetzt, wer zu untersuchen war. Dass eine Untersuchung nach Entweichung zur Regel im Heim gehörte und den jungen Erwachsenen, und auch hier wieder speziell den Mädchen, unterstellt wurde, in ihrer Abwesenheit sexuelle Kontakte gehabt zu haben, erinnert die Zeitzeugin Hilde Hohmann. Sie berichtet über das Kloster zum Guten Hirten in Köln: »Wenn se aus dem Heim abgehauen sind und […] kamen dann wieder zurück, das war der Horror für mich – ich hatte Horror gehabt vorm Frauenarzt: Als erstes wurde man zum Frauenarzt geschickt […], ob man Jungfrau ist, ob man Geschlechtskrankheiten hat oder ob wir schwanger sind. Ja, wenn wir abhauen, dann

45 Vgl. ebd.

46 Vgl. Rundfrage des LJA an die Heime (3.8.1974) sowie die Rückmeldungen der Einrichtungen, in: ALVR 41043.

47 So verfügte das RLJH Erlenhof über eine eigene Geschlechtskrankenabteilung, die aber zu Beginn der 1950er Jahre mit in die Isolierabteilung integriert wurde. Vgl. ALVR 40709.

48 Vgl. Sozialministerium an die Erziehungsheime der Nord-Rheinprovinz (12.3.1947), mit dem die weiterhin gültige Verfügung des Landeshauptmanns der Rheinprovinz vom 19.12.1929 zur Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten noch einmal in Erinnerung gerufen und die weitere Gültigkeit der Verfügung mitgeteilt wurde, in: ALVR 39383.

49 Vgl. Richtlinien vom 19.12.1929, in: ALVR 19.12.1929, Bl. 26. Vgl. zu Begründungen, die für die Anordnung der öffentlichen Erziehung für schulentlassene Mädchen herangezogen wurden, Lützke 2002, S. 168 ff.

ist klar, dann haben wir mit Männern zu tun gehabt, oder watt? Ja, ich wusste ja noch nicht einmal, wie ein Mann aussieht. Mit 13 Jahren bin ich da abgehauen […].«[50]

Neben den beschriebenen Untersuchungen sollte der Heimarzt zudem bei allen weiteren allgemeinen Reihenuntersuchungen – die in regelmäßigen Abständen durchzuführen waren – ein besonderes Augenmerk auf die Geschlechtserkrankungen richten. Zudem war es Aufgabe des Erziehungspersonals, während der Zeit im Heim auf weitere Zeichen solcher Erkrankungen zu achten.[51] Auch wenn die Kontrolle der Ausbreitung solcher Erkrankung aus Sicht des Heimes oder auch des Landesjugendamtes erforderlich sein mochte, »vermitteln diese zwangsweise durchgeführten Untersuchungen den Mädchen ein Gefühl von Ohnmacht und Ausgeliefertsein«.[52] Der Heimarzt hatte zu den dargestellten Untersuchungen zusätzlich noch die Aufgabe, die Jugendlichen vor der Entlassung zu untersuchen – war dies nicht möglich, musste der Jugendliche zumindest dem Krankenpflegepersonal vorgestellt werden. Hintergrund dieses Vorgehens war unter anderem, sich vor etwaigen Beschwerden, zum Beispiel durch die Eltern, zu schützen. Eine weitere Aufgabe des Arztes war es, die Jugendlichen, die in Isolation untergebracht waren, einmal wöchentlich zu untersuchen.[53] Hinzu kamen Einsätze in Fällen, in denen eine Betreuung durch das Krankenpflegepersonal nicht mehr als ausreichend betrachtet wurde. In Notfällen sollte das Heim zudem – mit Zustimmung des Landesjugendamtes – einen entsprechenden Facharzt hinzuziehen. Dass die Einschaltung des Heimarztes oder gar eines Fach- oder Notarztes nicht immer geschehen ist, lässt ein Rundschreiben des Landesjugendamtes aus dem Jahre 1968 vermuten. Nach einem Todesfall in einem der Landesjugendheime aufgrund einer Tablettenvergiftung wurden alle Heime darauf hingewiesen, »daß es in jedem Einzelfall erforderlich ist, bei Verdacht der Vergiftung eines Jugendlichen durch Medikamente oder Chemikalien sofort den für das Heim zuständigen Heimarzt einzuschalten […]«, bzw. dass eine klinische Untersuchung und Beobachtung durchzuführen sei.[54] Dass der Heimarzt nicht unbedingt hinzugerufen wurde, geht zudem auch aus den Erinnerungen der Zeitzeugen hervor. Hier berichtet etwa Bertha Gruber davon, dass wiederkehrende Beschwerden an den Knien nicht ernst genommen wurden und es dadurch erst in späteren Jahren zu einer notwendigen Operation kommen konnte: »Und mich hat das eben geärgert, äh, ich hab's denen im Kinderheim immer gesagt, dass ich Beschwerden habe und die

50 Interview Hilde Hohmann (31.8.2009), S. 13, in: ALVR 49425.

51 Vgl. Sozialministerium an die Erziehungsheime der Nord-Rheinprovinz (12.3.1947), in: ALVR 39383.

52 Lützke 2002, S. 223. Auch in den von Lützke geführten Interviews finden sich ähnliche Erlebnisse wie das von Frau Hohmann beschriebene.

53 Vgl. Anlage zu Schreiben des LJA (Hopmann) an Landesmedizinalrat Dr. Schmitz (18.11.1957), in: ALVR 38661. Hopmann stellt hier u.a. die Verpflichtungen des Heimarztes auf Basis der Hausordnung für die Rheinischen Provinzial-Erziehungsheime (Vossen 1928, S. 106 ff.) zusammen. Obwohl es sich um eine Hausordnung aus den 1920er Jahren handelt, wird sie noch in den 1950er Jahren angewandt.

54 Rundschreiben LJA an alle Heime im Gebiet des LVR (16.4.1968), in: ALVR 38664.

haben gesagt: ›Du stellst dich nur an und da ist nix.‹ Die sind der Sache überhaupt nicht nachgegangen.«[55]

Wie aus dem bisher Dargestellten ersichtlich, nahmen das Landesjugendamt respektive das Sozialministerium vor allem durch Rundschreiben und Verfügungen Einfluss auf die gesundheitliche Betreuung der Kinder und Jugendlichen. Neben Verhaltensanweisungen im Kontext von Infektionserkrankungen umfassten diese Schreiben häufig auch Verfahrenswege für die Finanzierung und Kostenerstattungen von Untersuchungen, Heil- und Pflegemitteln oder Krankenhaus- und Kuraufenthalten. Hinzu kamen Anweisungen für den Umgang mit Impfungen und Operationen, hier ging es vor allem um die rechtliche Klärung der Zustimmung durch Personensorgeberechtigte und entsprechende Verfahren in Notfallsituationen.[56] Im Laufe der Zeit weitete sich der Themenbereich entsprechender Rundschreiben des Landesjugendamtes auf Bereiche wie Rauschgift und Alkohol aus. So wurden die Heime 1968 informiert, dass alkoholisiert ins Heim kommende Jugendliche als hilfsbedürftige Personen anzusehen seien und sich das Personal umgehend ein Bild von dem Jugendlichen zu machen und bei Bedarf einen Arzt hinzuzuziehen habe. Zudem wurde darauf hingewiesen, dass »bei einem unter den Folgen übermäßigen Alkoholgenusses stehenden Minderjährigen […] erzieherische Maßnahmen, insbesondere auch Bestrafung, zwecklos« seien.[57] Im Kontext möglicher Suchterkrankungen bat das Landesjugendamt die Heime »um Mitteilung von vermutetem und tatsächlich erwiesenem Mißbrauch durch Kinder und Jugendliche […], auch Angaben über Gaststätten oder Zusammenkünfte an bestimmten (gefährdenden) Orten sind für das Landesjugendamt von Interesse […].«[58] Die gesundheitliche Betreuung der Kinder und Jugendlichen wurde insgesamt sehr genau organisiert und verlief in der Regel sehr »nach Plan«.

7.2.2 Die Bedeutung der Hygiene im Heimalltag

Im Heimalltag war, neben dem Heimarzt und dem Krankenpflegepersonal, in erster Linie das Erziehungspersonal in die gesundheitliche Betreuung involviert. Seine Aufgabe war es beispielsweise, das Körpergewicht der Kinder und Jugendlichen alle drei Monate, bei untergewichtigen und schwachen Kindern einmal pro Monat, zu kontrollieren. Zudem war es Aufgabe des Erziehers, der beim wöchentlichen Baden anwesend war, regelmäßig den körperlichen Zustand der Minderjährigen zu beobachten, um »körperlich zurückgebliebene oder krankheitsverdächtige« Zöglinge dem Heimarzt zu melden.[59] Hinzu kam in der gesundheitlichen Betreuung im Alltag des Heimes der Themenbereich der »Hygiene«, der

55 Interview Bertha Gruber (7.8.2009), S. 7, in: ALVR 49423.

56 Vgl. exemplarisch Rundschreiben des Sozialministeriums zur Ausgabenbewilligung bei Zahnbehandlungen und Beschaffung von Heilmitteln (12.11.1951), in: ALVR 38664, Abteilungsverfügung 17/59 zur Durchführung von Kurmaßnahmen für Minderjährige in öffentlicher Ersatzerziehung (24.6.1959), in: ALVR 39383. Rundschreiben zum Verfahren bei Operationen (31.7.1961), in: ebd.

57 Rundschreiben LJA (1.7.1968), in: ALVR 39383.

58 Rundschreiben LJA (18.11.1969), in: ALVR 39383.

59 Vgl. LJA an das Sozialministerium NRW (12.7.1957), in: ALVR 38666.

neben Aspekten wie Sauberkeit innerhalb der Einrichtung und dem Schutz vor Erkrankungen auch den gesamten Bereich der Körperpflege abdeckte. Hygiene war, zusammen mit Gesundheitserziehung und Gesundheitsbelehrung, ein Thema, das auch theoretisch diskutiert wurde. Der gesunden Umgebung und der körperlichen Gesundheit wurden zentrale Bedeutung für die Entwicklung eines Kindes oder Jugendlichen zugeschrieben und das Erreichen dieser körperlichen Gesundheit wurde als Voraussetzung für die vollwertige Leistungskraft eines Menschen, die es ja durch die Heimerziehung zu erreichen galt, verstanden. Dass es dem Kind respektive dem Jugendlichen bisher an gesundheitlicher Erziehung gemangelt hatte und zum Teil »nicht einmal die einfachsten Grundregeln, die zur persönlichen Reinlichkeit gehören«, bekannt waren, wurde dabei in der Regel als gegeben vorausgesetzt.[60] Als erzieherisches Vorgehen wurde vor allem auf die Belehrung der Kinder und Jugendlichen gesetzt und der Fokus auf Themen wie Körperpflege, Hygiene oder Körperhaltung gerichtet. Der Erziehende sollte zunächst selbst als Beispiel fungieren. »Wenn das Heim der Jugend einen gesunden Lebensraum darstellt, der sowohl in den äußeren hygienischen Anforderungen als auch in seiner inneren Gestaltung gesundheitsfördernd ist, dann bilden sich von selbst selbstverständliche Gewohnheiten, die zu einer gesunden Lebensweise hinführen.«[61] Hinzukommen sollte in der alltäglichen Arbeit die Nutzung von Anschauungsmaterial, etwa von Büchern und Artikeln oder Filmen.

Im Heimalltag hatten die Erzieher zunächst vor allem auf die Körperpflege der Kinder und Jugendlichen zu achten. So heißt es in der Hausordnung für die Provinzial-Erziehungsheime: »Die Erzieher werden darauf achten, daß jeder Zögling nach dem Aufstehen sich gründlich bis zum Gürtel wäscht und seine Mundhöhle unter Benutzung einer Zahnbürste reinigt. Mindestens einmal wöchentlich baden alle Zöglinge in der Badeanstalt. Daneben findet die Benutzung der Brausen während des Sommers nach Bedarf öfters statt.«[62] Dass Körperpflege durch die Mitarbeiter intensiv gefordert wurde, die Jungen aber auch selber darauf Einfluss nahmen, dass man sich wusch, erinnert der Zeitzeuge Harald Steiger: »Sauberkeit war bei uns das erste Gebot. Also, das wurde schon eingedrillt. Nicht, ich hab' heute keine Lust, oder ich tu mich morgen duschen, oder übermorgen duschen. Gut, wer duschen wollte. Pflicht war in der Woche zwei Mal duschen. Das war Pflicht gewesen. Und das wussten die aber alle ganz genau. Und wer nicht geduscht hat, da kam ein Eimer Wasser im Bett. Ja, Feierabend. Oder, dann waren – wie gesagt – jede Gruppe war mit fünfunddreißig Mann belegt. Meistens waren das mehr, aber wir waren mit fünfunddreißig. Du hast keine Lust? Da sind wir mit fünfunddreißig Mann hingegangen, haben wir uns die T-Shirts ausgezogen, haben den gepackt und haben den festgehalten, unter der Dusche. Ja, so, jetzt kannste dich einseifen, bitte schön. […] Wenn der nämlich krank gewesen wäre, dann wäre nämlich die ganze Abteilung krank gewesen. Das konnten

60 Sabath 1966, S. 770.

61 Ebd., S. 790.

62 Vgl. Vossen 1928, S. 107. Wie bereits dargestellt, hatten diese Ordnung bzw. zumindest die betreffenden Abschnitte auch noch in den 1950er Jahren Gültigkeit. Vgl. Anlage zu Schreiben des LJA (Hopmann) an Landesmedizinalrat Dr. Schmitz (18.11.1957), in: ALVR 38661.

wir uns nicht leisten.«[63] Die Zeitzeugin Hilde Wiesling erinnert den »ganzen hygienischen Bereich«, wie sie es nennt, das heißt den Bereich der körperlichen Pflege und die Benutzung der Toilette, als für sie sehr unangenehm. Das Fehlen der persönlichen Intimsphäre ist ihr bis heute als belastende Erinnerung im Gedächtnis geblieben: »Und, ähm, ja, da war alles … die Toiletten waren offen, man konnte nichts abschließen, man konnte … die Duschen waren offen. Es war alles so menschenunwürdig, da hab ich gelernt, was ich heute noch gut kann, wenn ich zur Toilette muss, einzuhalten. Ich bin manchmal nur zwei Mal am Tag zur Toilette gegangen, weil, weil es einfach ekelig war offene Türen da zu haben. Das hab ich damals schon so empfunden. Das sind eigentlich so die wesentlichen Sachen, die sich so in meinem Kopf eingegraben haben.«[64]

Es gab innerhalb einiger Heime auch die Situation, dass für die Kinder und Jugendlichen nicht die Möglichkeit bestand, im umfassenden Maße zu duschen und zu baden. Aufgrund baulicher Mängel oder auch fehlender finanzieller Mittel standen nicht die entsprechenden Einrichtungen zur Verfügung. So wurden etwa bei einer Revision des Josefshauses in Mülheim an der Ruhr im Jahre 1962 die mangelnden Waschmöglichkeiten für die Jugendlichen kritisiert und entschieden, die als zu klein erachteten Waschschüsseln in den Schlafsälen, die zeitlich noch aus der unmittelbaren Nachkriegszeit stammten, zu entfernen und eine Duschanlage zu erbauen.[65] Unter den Aspekt der Hygiene im Heim wurde auch das Wechseln der Kleider gefasst. Die Kinder und Jugendlichen erhielten hierzu zunächst nur einmal in der Woche die Gelegenheit.[66] Noch 1966 war dies die Regel, wurde aber im Rahmen der Direktorenkonferenz kritisiert, und es wurde eine »angemessene Beachtung« solcher Themen seitens des Landesjugendamtes erbeten.[67]

Innerhalb der Mädchenheime gehörte zum Bereich der Körperpflege zusätzlich der Umgang mit der Monatsblutung. Aus den Reiseberichten über die Heimaufsicht des Landesjugendamtes entsteht der Eindruck, dass die Einrichtungen hier einen sehr »verhaltenen« Umgang pflegten und sich einem solchen Thema nicht zu sehr öffnen wollten bzw. keine Offenheit für einen moderneren Umgang zeigten. Dies verhielt sich also widersprüchlich zur damals einschlägigen Theoriemeinung – wie oben dargestellt. »Mein Vorschlag, durch die Erzieherinnen eine regelmäßige Kontrolle über den Eintritt der Mensis zu führen, stieß auf Bedenken. Es entstand der Eindruck, daß die Schwestern eine Scheu davor haben, durch eine fühlbare Kontrolle zu sehr in den Intimbereich der Gesundheitspflege und Hygiene der Mädchen einzudringen. […] Ich habe empfohlen, zur Verbesserung der Hygiene den Mädchen während der Mensis Material zur Verfügung zu stellen,

63 Interview Harald Steiger (14.10.2009), S. 38, in: ALVR 49432.

64 Interview Hilde Wiesling (5.10.2009), S. 5f., in: ALVR 49422.

65 Vgl. Revision des Josefshauses am 17.6.1953 sowie 22.6.1953, in: ALVR 39651. Im Handbuch der Heimerziehung wurden als Standard neben Reihenwaschbecken oder Waschbrunnen für die Jungen Duschen mit Trennwänden sowie für die Mädchen Duschen und pro zehn Personen eine Badewanne benannt. Vgl. Lucius 1966, S. 1039.

66 Vgl. ebd.

67 Vgl. Niederschrift (31.8.1966) über die Besprechung der Fachabteilung 4 mit den Direktoren der Rhein. Landesjugendheime vom 25.7.1966, in: ALVR 38670.

das vernichtet werden kann. Es bedarf m.E. noch einer intensiven Einwirkung auf die Heimleitung, um auf diesem Gebiet der Hygiene eine Verbesserung zu erzielen.«[68] Auch die befragten Zeitzeuginnen berichten über ihre Erfahrungen in diesem Zusammenhang und bestätigen, dass der natürliche Vorgang der Regelblutung innerhalb der Heimeinrichtungen zum schambesetzten, unangenehmen und mitunter auch demütigenden Ereignis werden konnte.[69] In der Erinnerung von Hilde Hohmann sind es vor allem die fehlenden Informationen und Erklärungen durch das Personal, die ihr in Erinnerung geblieben sind: H. H: »Ähm, ja, da muss ich so dran denken, wie wir so in die pubertäre Zeit kamen, da wurden wir dann, wie wir unsere ersten Blutungen gekriegt haben, wurden wir dann von den Nonnen gerufen: ›Jetzt seid ihr Frauen. Und das habt ihr jetzt jeden Monat. Bla bla bla.‹ Und da war's.« I.: »Keine weiteren Erklärungen?« H.H.: »Nein.«[70] Die Zeitzeugin Hilde Wiesling erinnert zum einen den Mangel an notwendigen Hygieneutensilien: »Ähm, dann der ganze hygienische Bereich. […] Man bekam, ähm 6 Stoffbinden am Tag. Wenn man etwas stärker blutete, ja, dann nahm man … dann nahm noch Klopapier dazu.« I.: »Also das war dann sozusagen ein Problem, was man selber zu lösen hatte?« H. W: »Ja, genau.« Weiter berichtet sie aber auch von der Demütigung, die sie in diesem Zusammenhang erleben musste und wie sie diese bis heute nicht vergessen kann: »Und, ähm, wenn dann nachts mal was durch gekommen ist und das Bettlaken rot war, dann hatte man sich vor die Gruppe zu stellen mit dem Bettlaken, damit auch alle sehen, was man gemacht hat Schlimmes […].« I.: »Aber es wurde einem auch nicht geholfen wie man das …« H.W.: »Nein, natürlich nicht.« I.: »… besser machen könnte?« H.W.: »Nein, natürlich nicht. […] Das war einfach alles so diskriminierend«. I.: »Ja.« H.W.: »Das sind so Dinge, die, die, […] das sind Dinge, die sich festsetzen. Alles das, wo wenn man vor anderen Menschen auch als Kind vorgezeigt wird, vorgeführt wird […]. Und das war halt gerade in den ganzen hygienischen Bereichen vor allem […].[71]

Insgesamt erweckt der Bereich der Hygiene- und Gesundheitserziehung in den Heimen ein sehr formalistisches Bild. Organisiert durch eine Reihe von Vorgaben und Verfügungen, wurde zumindest äußerlich die gesundheitliche Versorgung gewährleistet. Auch hygienisch für wichtig gehaltene Vorgaben wurden erfüllt, denn es wurde als »Aufgabe des einzelnen Erziehers [gesehen], innerhalb der ihm anvertrauten Erziehungsgruppe für die rechte Gesundheitspflege und Hygiene bei jedem einzelnen Kind und Jugendlichen zu sorgen«.[72] Der Bedeutung, die Erkrankungen, körperliche Beschwerden oder auch körperliche Veränderungen für Kinder und Jugendliche gehabt haben könnten, wurde nicht begegnet, was sich etwa in den Erfahrungen der Zeitzeuginnen niederschlägt und eine bis heute belastende Erinnerung ist. Untersuchungen, wie diejenige auf Geschlechtskrankheiten bei Mädchen nach Entweichungen, hatten einen Strafcharakter für die Betroffenen, was

68 Reisebericht über den Besuch im Kloster vom Guten Hirten, Aachen-West, am 28.8.1962, in: ALVR 39595.
69 Vgl. Lützke 2002, S. 228.
70 Interview Hilde Hohmann (30.8.2009), S. 13, in: ALVR 49425.
71 Interview Hilde Wiesling (5.10.2009), S. 6, in: ALVR 49422.
72 Rünger 1962, S. 85.

von diesen in den Interviews auch gespiegelt wird. Ein selbstverantwortliches Verhältnis zum eigenen Körper oder gar zur eigenen Sexualität wurde in den Heimen nicht erzeugt. Vor allem das geistliche Personal wirkt in diesem Kontext völlig überlastet und konnte den Mädchen und jungen Frauen keine Unterstützung sein. Ein veränderter Umgang mit Körperlichkeit im Verlauf der 1960er Jahre sorgte dann für eine restlose Überforderung.

Uwe Kaminsky

8. Die Verbreiterung der »pädagogischen Angriffsfläche«

Eine medizinisch-psychologische Untersuchung in der rheinischen öffentlichen Erziehung aus dem Jahr 1966

Im nachfolgenden Text ist von der Einführung der seit den 1950er Jahren in der Psychiatrie gebräuchlichen Psychopharmaka im Bereich der öffentlichen Erziehung die Rede.[1] Diese Medikamente dienten auch nach Meinung ihrer Verfechter nicht der »Ursachentherapie«, sondern sollten durch die Beeinflussung einzelner Symptome den »Prozeß der pathologischen Eigengesetzlichkeit des abnormen Geschehens« durchbrechen und »Bedingungen für einen therapeutischen Neubeginn« schaffen. Der Düsseldorfer Landesobermedizinalrat Heinz Krebs betonte im ersten Heft der wissenschaftlichen Informationsschriften des Allgemeinen Fürsorgeerziehungstages 1967 zwar die Grenzen einer »Psychopharmako-Therapie«, welche die Heilpädagogik nicht ersetzen könne und die »Gefahr von Scheinlösungen« berge, doch zugleich meinte er, dass sie »aus unserem therapeutischen Repertoire nicht mehr wegzudenken« sei, da sie es vermöge, »die pädagogische Angriffsfläche zu verbreitern«.[2] Wie diese theoretisch umschriebene Zielstellung der Anwendung von Psychopharmaka bei so genannten schwererziehbaren Kindern und Jugendlichen praktisch aussehen konnte, soll am nachfolgenden Beispiel dokumentiert und bewertet werden. Auf die Abgrenzungsschwierigkeiten im Rahmen einer Heimdifferenzierung hinsichtlich der heilpädagogisch zu behandelnden Minderjährigen ist bereits im zweiten Kapitel hingewiesen worden. Es kam im Verlauf der 1960er Jahre zu einem Ausbau der jugendpsychiatri-

1 Zur Einführung von Psychopharmaka in die psychiatrische Praxis der Landeskrankenhäuser bereits Mitte der 1950er Jahre siehe die beispielhafte historische Studie von Hanrath 2002, S. 302–307. Vgl. den Hinweis auf die Verordnung von Clorpromazin in der RLK Düsseldorf-Grafenberg seit 1953 in: <www.rk-duesseldorf.lvr.de/behandlungsangebote/geschichte/1955–1967.htm> [Zugriff: 20.3.2009]. Aktuelle medizingeschichtliche Forschung über den Einsatz von Medikamenten (u.a. auch Psychopharmaka) bündelt sich auf europäischer Ebene im Netzwerk DRUGS <www.drughistory.eu> [Zugriff 16.11.2009]).

2 Landes-Ober-Medizinalrat Dr. H. Krebs (RLK Düsseldorf-Grafenberg), Hilfen, S. 41 f. u. 51. Der Herausgeber der Schrift, der Marburger Ordinarius Hermann Stutte (1909–1982), der seit 1954 erster Lehrstuhlinhaber für Kinder- und Jugendpsychiatrie und Leiter des Instituts für Ärztlich-Pädagogische Jugendhilfe in Marburg a.d. Lahn war, hatte sich 1944 in Tübingen mit einer Arbeit über »Schicksal, Persönlichkeit u. Sippe ehemaliger F.[ürsorge]Z.[öglinge] (Beitrag zum Problem der sozialen Prognose)« habilitiert und auch in der Nachkriegszeit intensiv über die »Grenzen der Sozialpädagogik« gearbeitet (vgl. Stutte 1958). Zu Stuttes z.T. skandalisierter Vergangenheit in der NS-Zeit siehe die Beiträge von Schäfer 1996, ferner Rexroth/Bussiek/Castell 2003, S. 488–494.

schen Betreuung innerhalb der rheinischen öffentlichen Erziehung. Dieser Prozess hatte viele Aspekte, von denen der Einsatz von Psychopharmaka nur ein Feld war, das sich allerdings an einem gut dokumentierten Beispiel im Rheinland paradigmatisch aufzeigen lässt.

8.1 Der Fall »Psychologische Untersuchung von Schwererziehbarkeit« 1966

Die Düsselthaler Anstalten in Düsseldorf-Wittlaer waren die größte evangelische Erziehungseinrichtung im Rheinland. Bestehend aus dem Kinder- und Jugendheim Neu-Düsselthal mit einer Heimschule, dem Heim Alt-Düsselthal und dem Handwerkerbildungsheim Reckestift, bot es in den 1950er Jahren rund 600 Plätze für schulpflichtige Kinder beiderlei Geschlechts wie auch für schulentlassene Jungen.[3] Im Jahre 1965 nahmen die Düsselthaler Anstalten Kontakt zur Rheinischen Landesklinik (RLK) Grafenberg in Düsseldorf auf, die das Heim Neu-Düsselthal seit diesem Jahr jugendpsychiatrisch betreute.[4] In der Psychologischen Abteilung der RLK Grafenberg untersuchte eine Arbeitsgruppe seit Jahren Fragen der »motorischen Aktivierung«.[5] Davon ausgehend, dass diese bei Heimkindern höher als bei in der Familie aufwachsenden Kindern sei, bat die Heimleitung im Sommer 1965 das Landesjugendamt in einem Brief, einer Versuchsreihe an den Heimzöglingen zuzustimmen: »Das Anliegen der geplanten Untersuchung ist es, festzustellen, welche Veränderungen des aktivierten Verhaltens durch medikamentöse Beeinflussung zu erzielen sind, wobei der Akzent der Untersuchung in einer differentiellen Betrachtung liegen soll.« Es sollte die Frage geklärt werden, »ob mit einer allgemeinen Dämpfung und Harmonisierung auch eine Erhöhung der Selbstkontrolle einhergehen kann«. Hierzu war geplant, eine Kontrollgruppe von 15 bis 20 Kindern neurologisch-jugendpsychiatrisch und psychologisch zu untersuchen.

Das Landesjugendamt hatte zunächst Bedenken und fürchtete eine unnötige Aufregung der Kinder. Diese Bedenken versuchte der Leiter der RLK Düsseldorf, Friedrich Panse,[6] zu zerstreuen, indem er darauf hinwies, dass alle Untersuchungen im Heim stattfänden.

3 Vgl. zur Geschichte der Einrichtung Viertel 1993; Salzmann 1985; Benninghoven/Pankoke 2005. Die Einrichtung besteht heute unter dem Namen »Graf Recke Stiftung« fort und hat auf Anfrage freundlicherweise ihr Archiv zugänglich gemacht (nachfolgend zitiert als AGRS). Weitere archivische Unterlagen konnten im ALVR und AEKR hierzu benutzt werden.

4 Vermerk betr. Neu-Düsselthal: Mitarbeit eines Psychiaters (Beurmann, 23.6.1965), in: ALVR 41271. Der Heimleiter Neu-Düsselthals, Schmidt, hatte den Kontakt mit dem seit 1959 an der Rhein. Landesklinik Bonn und zuvor in Grafenberg arbeitenden Landesobermedizinalrat Joachim Baucke (geb. 1913) intensiviert, nachdem der bisherige betreuende Psychiater, Prof. Ebermaier, die Arbeit krankheitsbedingt eingestellt hatte.

5 Düsselthaler Anstalten an LJA (Jans) (19.7.1965), in: ALVR 38865.

6 Zur Biographie des bereits im Rahmen der NS-Euthanasie in Bonn aktiven Friedrich Panse (1899–1973) vgl. Forsbach 2006, bes. S. 213–216, 493 f., 640–645. Panse war von 1956 bis 1967 Leiter der RLK Grafenberg (vgl. <www.rk-duesseldorf.lvr.de/behandlungsangebote/geschichte/1955–1967.htm> [Zugriff

Zudem machte er den Nutzen der Untersuchung für die Wissenschaft und eine zukünftige Therapie der Jugendlichen geltend. Frühere von seinen Mitarbeitern im Heilpädagogischen Heim Heckenwinkel der Düsselthaler Anstalten durchgeführte Untersuchungen der Heimkinder hätten im EEG (= Elektroenzephalogramm: Messung der Spannungsschwankungen an der Kopfoberfläche durch Aufzeichnung der elektrischen Aktivität des Gehirns) eine größere Aktivierung ergeben. Nun sollte die Hypothese überprüft werden, dass »durch eine angemessene pharmakologisch bedingte Reduzierung der Erregbarkeit (Tranquilizierung) das Lern- und Kontrollverhalten der aktivierten verhaltensschwierigen Kinder verbessert werden kann«, und es sollte untersucht werden, inwiefern die Lerneffekte auch nach Absetzung der ein- oder mehrmaligen Medikation wirksam blieben.[7] Der für die Jugendfürsorge zuständige Landesrat Karl-Wilhelm Jans hatte Bedenken gegenüber dieser Untersuchung. Er bezweifelte, »daß die etwa gewonnenen Ergebnisse für die Heimarbeit relevant« seien. Zudem rechnete er »mit einem Widerstand der Eltern der in eine besondere Testreihe einbezogenen Kinder […], der sich möglicherweise auf die allgemeine Einstellung zur öffentlichen Erziehung negativ auswirken könne«.[8] Seine Bedenken wurden erst bei einem persönlichen Treffen mit Klinikdirektor Panse zerstreut, bei dem dieser erklärte, dass alle psychologischen Untersuchungen (auch die EEGs) nur im Heim stattfinden sollten: »Dabei würden auch heute innerhalb der Heimarbeit gebräuchliche leichte Medikamente Verwendung finden, nicht aber im Sinne eines experimentellen Medikationsversuches. Irgendwelche körperlichen Eingriffe würden nicht vorgenommen.«[9] Die Untersuchung erhielt den Titel »Psychologische Untersuchung von Schwererziehbarkeit«. Im Januar 1966 fasste Jans die Zustimmung des Landesjugendamtes in einem Schreiben an Panse dahingehend zusammen, dass das Landesjugendamt als »Träger von Erziehungsrechten und -pflichten« an Stelle der Eltern die »bestmögliche Hilfe« zu gewähren habe. Daher sehe es sich »befugt, für den einzelnen Minderjährigen die Maßnahmen durchzuführen oder zu veranlassen, die seiner Situation adäquat« seien. Auch in Heimen der »freien Jugendhilfe« handele das Heim »auf Grund einer ihm übertragenen Aufgabe«. Es sei »jedoch gehalten, bei Sondermaßnahmen, die außerhalb des allgemeinen Auftrages liegen, für den einzelnen Minderjährigen die Entscheidung des Landesjugendamtes einzuholen«. Letztlich begrüßte Jans die Bereitschaft der klinisch-psychologischen Abteilung der RLK, Minderjährige »mit besonderen Auffälligkeiten in eine intensivere psychologische Untersuchung, evtl. verbunden mit einer üblichen medikamentösen Behandlung, zu nehmen«, zumal lediglich Medikamente vergeben werden sollten, die »auch sonst innerhalb einer Heimerziehung für auffällige Minderjährige gebräuchlich« seien. Zur Vorgehensweise for-

20.3.2009]). Noch im Ruhestand erstattete Panse Gutachten, u. a. über den ehemaligen Fürsorgezögling und Sexualstraftäter Jürgen Bartsch (vgl. Brückweh 2006, bes. S. 215–218).

7 RLK Düsseldorf (Panse) an LR Jans (LJA) (12.10.1965), in: ALVR 38865. »Irgendwelche Bedenken gegen solche, einer zukünftigen Therapie dienenden Untersuchungen kann ich ärztlicherseits nicht sehen.«

8 Vermerk über Besprechung im Landeshaus am 8.11.1965 (Düsselthaler Anstalten, 18.11.1965), in: ALVR 41272.

9 Vermerk für Frau Dr. Beurmann (Jans, 14.12.1965), in: ALVR 38865.

derte er, dass die Heimleitung dem Landesjugendamt die Namen der Probanden mitteilen solle, damit dieses feststellen könne, »ob etwa aus Gründen der Zusammenarbeit mit den Eltern oder auf Grund sonstiger Unterlagen Anlaß besteht, das Kind von der Untersuchung überhaupt auszunehmen oder weiteres vorher zu klären«. Zur Zustimmung des Landesjugendamtes trug auch bei, dass eine Veröffentlichung der Ergebnisse geplant war und weitere Wege einer wissenschaftlichen Zusammenarbeit ausgebaut werden sollten.[10]

Das Heim sandte daraufhin verschiedene Listen der zur Untersuchung vorgesehenen Kinder an das Landesjugendamt. Darauf fanden sich zum Beispiel elf Kinder, die »bereits auf jugendpsychiatrische Verordnung [hin] medikamentös betreut« wurden. Über einen Jungen hieß es, er habe bisher nicht behandelt werden können, weil er sich weigerte, Medikamente einzunehmen.[11] Dies scheint eine erwähnenswerte Ausnahme gewesen zu sein. Für 13 Kinder wurde vermerkt, dass sie bereits wegen »motorischer Unruhe fachärztlich untersucht« worden seien, 16 weitere sollten folgen. Für das Landesjugendamt prüfte der für die Heimfürsorge zuständige Landespsychiater Gieraths, ob aus den Akten »Gründe für Einwände ärztlicherseits ersichtlich« würden. Für 35 Kinder wurde die Untersuchung genehmigt.[12] In fünf weiteren Fällen hielt man vorsichtshalber eine weitere Prüfung »im Hinblick auf die anfallsfördernde Nebenwirkung einzelner neuroleptisch wirksamer Medikamente« für angemessen.[13] Bald meldete sich das Heim wieder, dankte für die Genehmigung, beschrieb, dass täglich vier Kinder fortlaufend einbezogen würden, und bat um Genehmigung einer Ergänzungsliste: »Da nicht gewährleistet ist, daß alle beteiligten Kinder die Medikamente regelmäßig einzunehmen bereit und in der Lage sind (zum Beispiel Entweichung, Krankheit), bitten wir die Einbeziehung von 6 weiteren Kindern in die Untersuchungsreihe zu prüfen.«[14] Die Ergebnisse wurden schließlich 1968 in einer psychiatrischen Fachzeitschrift veröffentlicht. Die medikamentöse Dämpfung durch Truxal (= Chlorprothixen,[15] in der Dosis 3 × 15 mg über 16 Tage) hatte zwar das Lernen als solches nicht beeinflusst, doch die kognitive Differenzierungsleistung verbessert. Die visuomotorische Tätigkeit – die Kopplung vorwiegend visuell aufgenommener Informationen (Input) mit der Handmotorik (Output) – verlief unter Medikamenteneinfluss signifikant lang-

10 LJA (Jans) an Panse (RLK) (21.1.1966), in: ALVR 38865. Panse trieb daraufhin zur Eile an, da bei einem Kongress im August bereits Ergebnisse der Neu-Düsselthaler Gruppe im Vergleich zu Patienten der RLK vorgestellt werden sollten (Panse an Jans 27.1.1966, in: ebd.).

11 Neu-Düsselthal (G. Schmidt) an LVR (Beurmann) (28.1.1966), in: ebd.

12 LJA an Neu-Düsselthal (7.2.1966), in: ebd. Gieraths, geb. 1926, gestorben 1972, war seit 1964 beim Landschaftsverband beschäftigt.

13 LJA (Gieraths) an Neu-Düsselthal (19.2.1966), in: ebd.

14 Neu-Düsselthal (Schmidt) an LJA (Beurmann) (16.2.1966), in: ebd. Fünf davon wurden vom LJA genehmigt (vgl. LJA [Beurmann] an Neu-Düsselthal 28.3.1966, in: ebd.).

15 Bei Chlorprothixen handelt es sich um ein bis heute angewandtes Neuroleptikum, das zur Dämpfung von Unruhe und Erregungszuständen bei speziellen geistig-seelischen Erkrankungen verabreicht wird. Als Nebenwirkungen werden extrapyramidale Störungen, Müdigkeit, Verlängerung der Reaktionszeit, Benommenheit, therapiezerebrale Krampfanfälle, Einengung der Erlebnisfähigkeit usw. beschrieben (vgl. Nissen/Fritze/Trott 1998, S. 240–244; Rote Liste 2005, Sp. 249–251).

samer und fehlerfreier, so dass es bei einfacher Schreibtätigkeit zu einer Erhöhung des Schreibtempos kam.[16]

8.2 Die Folgen der Untersuchung im Heim

Der vermehrte Einsatz von Medikamenten, durch den die Heimkinder, vermeintlich in ihrem eigenen Interesse, zu Probanden gemacht wurden, zeitigte innerhalb der Einrichtung verschiedene Folgen. Im Januar 1967 trat der Heimarzt nach fast zehnjähriger Tätigkeit für das Kinderheim Neu-Düsselthal von seiner Funktion zurück. Er verwies neben Momenten, in denen er sich durch die jüngeren Heimleiter und Erziehenden zurückgesetzt sah, auf einen enormen »Konsum von Psychopharmaka« in der Einrichtung und legte eine beeindruckende Liste für das zurückliegende Dreivierteljahr vor. Dabei protestierte er gegen die Umstände der Untersuchung: »Ob es sich hier um einen Reihenversuch handelt, oder ob diese Verordnungen Dauerzustand bleiben sollen, ist mir nicht bekannt. Der Heimarzt wurde davon auch nicht in Kenntnis gesetzt. Wenn auch die Psychologen aus dieser Therapie ein günstiges Resumee ziehen werden, ich muss als Arzt eine Sedierung in dieser Form ablehnen.«[17] Obwohl die Untersuchung des Teams der Rheinischen Landesklinik im Frühjahr 1966 nach acht Wochen bereits abgeschlossen war, blieb der Medikamentenverbrauch recht hoch. In einem Telefongespräch mit Landespsychiater Gieraths gab Landesobermedizinalrat Baucke an, dass er das Heim einmal in der Woche besuche und Medikamente verordne. Rund 185 Kinder habe er selbst untersucht, von denen 40 bis 45 Psychopharmaka oder Antiepileptika erhielten. Die Dosis gehe nie über 3 × täglich zwei Tabletten Taractan oder Truxal à 15 mg hinaus. Nur in vereinzelten Fällen sei er bei 3 × 45 mg täglich angelangt. Gieraths notierte: »Auf meine Frage, ob man nicht befürchten müsse, daß sehr viele Kinder mit Erziehungsschwierigkeiten durch eine Medikation in dieser Höhe nicht mehr in der Lage seien, ihre Konflikte bewußt zu erleben und auszuagieren, antwortete Dr. Baucke, er gehe in seiner Dosierung nie so hoch, daß das zu befürchten sei. Andererseits würden ihm jetzt auch von der Schule hin und wieder Kinder vorgestellt mit der Frage, ob hier nicht eine ähnliche medikamentöse Behandlung angezeigt und sinnvoll wäre.«[18] Über ein persönliches Gespräch mit dem ausgeschiedenen Heimarzt notierte Gieraths: »Zur medikamentösen Behandlung sagte Herr Dr. Blumberg, er kenne die Struktur des Heimes und seiner Kinder gut genug, um beurteilen zu können, daß nicht so viel ›psychiatrische Fälle‹ in Neu-Düsselthal seien, um eine so hohe Medikamentenverordnung

16 Grünewald/Grünewald-Zuberbier/Rode 1968, S. 23–37.

17 Die Aufzählung umfasste 17.000 Tabletten Taractan 15, 250 Taractan 50, 13.000 Truxal, 1.500 Tofranil, 1.500 Valium 2, 1.500 Valium 5, 250 Librium 10, 250 Librium 25, 250 Zentropil, 300 Melleril, 500 Tegretal, 200 Neurocil, 350 Sacroten. Vgl. Dr. med. Herbert Blumberg (Lintorf) an LR Beurmann (LVR) 13.1.1967, in: ALVR 41271.

18 Vermerk betr. Beendigung der Mitarbeit von Herrn Dr. med. Blumberg (Dr. Gieraths, 24.1.1967), in: ALVR 41271.

zu rechtfertigen. Er habe den Eindruck, daß das persönliche Gespräch mit den Kindern und die Möglichkeit, daß die Kinder sich austoben könnten, und daß man mit ihnen etwas unternehme, zurückgedrängt würde zugunsten einer medikamentösen Sedierung. Bei den Halbjahresuntersuchungen seien ihm verschiedentlich Kinder aufgefallen, die ganz zweifellos unter einer zu hohen Medikamentenwirkung standen und dösig erschienen.«[19] Auf der vom Landesjugendamt erbetenen Liste mit den im letzten Dreivierteljahr 1966 medikamentös behandelten Kindern standen schließlich 74 Namen.[20] Im Februar 1967 kam es zu einem kontroversen Gespräch zwischen Landesrat Jans, den Ärzten Baucke und Gieraths sowie dem Erziehungsleiter der Düsselthaler Anstalten, Schmidt, über »unterschiedliche Auffassungen über Fragen der Medikation«. Der in die Kritik geratene Baucke rechtfertigte sich laut Vermerk, indem er behauptete, man sei »rückständig, wenn man nicht die durch die Medikation möglichen Hilfen nutzen würde«. »Die so gewonnene Beruhigung sei nicht nur für die Gruppe, für den Lehrer, sondern für das Kind selbst eine Hilfe.« Auch Heimleiter Schmidt betonte die seines Erachtens gegebene Notwendigkeit einer Medikation, um »Affekt-Spitzen abzuschneiden, die die Einpassung des Kindes in die Gruppe gefährden«. Die Bedenken des zurückgetretenen Heimarztes hielt er für »zu stark durch Anschauungen aus der Erwachsenenpsychiatrie geprägt«. Jans gab angesichts der mitgeteilten Zahlen zu bedenken, dass man »sehr intensiv die Frage aufzuwerfen [habe], ob nicht die Zahl der Minderjährigen und ggf. auch Dauer und Ausmaß der Medikation gesenkt werden« könnten. Dem widersprach Heimleiter Schmidt, zumal bereits die »nächsten 40 für eine solche Behandlung anständen«. Jans lehnte solch eine Behandlung der Frage als »zu pauschal« ab und forderte, »diese Medikation dürfe nur Hilfszweck, nicht Selbstzweck sein«. Gieraths bestätigte auf Befragen, »daß die in Neu-Düsselthal festgestellte Prozentzahl Minderjähriger, die medikamentös aufgrund Verordnungen des Psychiaters behandelt würden, den Prozentsatz in anderen Häusern wesentlich überschritten; er gehe dabei von Häusern aus, die eine in etwa vergleichbare Zusammensetzung des Kreises der Minderjährigen hätten und ebenfalls nebenamtlich regelmäßig durch Psychiater betreut würden«. Im Streitgespräch reduzierte sich die Frage darauf, ob unter Medikamenten eine Förderung oder Verhinderung der Persönlichkeitsentwicklung erfolge. Man einigte sich schließlich, dass in Neu-Düsselthal »eine gewisse Zurückhaltung« bei Medikamenten geübt werden solle und die Aushändigung der Medikamente über die Gruppenerzieher oder aber über die Krankenschwestern der Krankenstation von der Heimleitung zu prüfen sei.[21]

19 Vermerk betr. Gespräch mit Dr. Blumberg (Dr. Gieraths, 24.1.1967), in: ALVR 41271.

20 Aufstellung der Kinder, welche im Zeitraum vom 1.4.–31.12.1966 von Herrn Landesmedizinaldirektor Dr. Baucke medikamentös behandelt wurden (Schmidt) [handschr.: »Anlage zum Schreiben vom 23.3.67«], in: ALVR 41271. Zudem fanden sich hier z.T. Zusatzangaben wie »laut Bonn nicht zu fördern«; »Bettnässer« (7-mal); »nicht förderbar«; »EEG pathologisch« usw.

21 Vermerk über die Besprechung am 10.2.1967 betr. Ärztliche Betreuung von Minderjährigen in öffentlicher Erziehung in dem Ev. Kinder- und Jugendheim Neu-Düsselthal und Heimaufsicht (31.7.1967), in: ALVR 38865 [auch in: ALVR 41271].

8.3 Haltungen und Wertungen

Versucht man, diesen Fall zu kontextualisieren, so bieten sich verschiedene Bereiche dazu an. Zunächst geht, wie einleitend beschrieben, aus diesem Fall hervor, dass es eine Anwendung von Medikamenten nicht nur im Bereich der Psychiatrie, sondern auch der Heimerziehung bereits Mitte der 1960er Jahre gegeben hatte. Es handelte sich bei der so genannten Psychopharmakotherapie um den Versuch, die Symptome zu beeinflussen, welche die so genannte Schwererziehbarkeit darstellten. Diese Symptome wurden als »Desintegrationsformen« gesehen, welche nicht nur die Persönlichkeitsstruktur des Individuums, sondern auch seinen »Umweltbezug« betrafen, womit die »soziale Eingliederung« gemeint war.[22] Bereits 1961 resümierte der Züricher Psychiater Jakob Lutz (1903–1998) in einem Lehrbuch für Kinderpsychiatrie, dass Medikamente wie Largactil und Melleril »eine große Hilfe bei dumpfen Erregungszuständen Schwachsinniger und den Zuständen von anders nicht eingrenzbarer Enthemmung und Reizbarkeit Hirngeschädigter« seien. Bei »abnormen Abwehrhaltungen fehlentwickelter psychopathischer und neurotischer Jugendlicher« gelinge »mit Hilfe auflockernder Mittel im guten Interesse des Patienten« die Schaffung einer »besseren Kontaktbereitschaft«, welche dann als Ausgangsbasis für heilpädagogische und psychotherapeutische Bemühungen diene.[23] Unabhängig von der im vorliegenden Beispiel zeitgenössisch bereits ventilierten Frage, ob Medikamente einem Erziehungszweck (Persönlichkeitsentwicklung) dienen oder schaden können, fällt an dem beschriebenen Beispiel eines evangelischen Heimes auf, dass man, angeregt von der Psychologisierung und Psychiatrisierung der Heimerziehung, die Frage der Rechte der Kinder nie zum Gegenstand erhob. Auch die Weigerung des erwähnten Kindes, Medikamente einzunehmen, führte nicht zu einer Sensibilisierung innerhalb der Einrichtung. Die Durchführung des Versuches muss daher als ethisch fragwürdig bezeichnet werden.[24]

Die Konstruktion des Landesjugendamtes und der Rheinischen Landesklinik, wonach es um das Wohl der Kinder gehe und es sich um eine in Kinder- und Jugendheimen übliche

22 Krebs 1967, S. 41.

23 Lutz 1961, zitiert nach: Krebs 1967, S. 50.

24 Die Untersuchung ohne Einholung der Genehmigung der Personensorgeberechtigten stellte einen Verstoß gegen den Nürnberger Kodex dar, der einen »informed consent«, die freiwillige und informierte Einwilligung nach bestmöglicher Aufklärung der Beteiligten an medizinischer Forschung, vorsieht. Der Nürnberger Kodex war im Rahmen des Nürnberger Ärzteprozesses 1947 formuliert worden und bildete die Entscheidungsgrundlage für die juristische Beurteilung der medizinischen Experimente und der eugenischen Verbrechen der NS-Medizin. Er schreibt vor, dass Versuchspersonen medizinischer Experimente vor ihrer Entscheidung das Wesen, die Dauer, der Zweck des Versuchs, Methode, Mittel, Unannehmlichkeiten und Gefahren verständlich gemacht werden müssen. Menschen, die auf Grund von Bewusstlosigkeit, geistiger Behinderung oder auf Grund ihres Krankheitszustandes dieses Verständnis nicht aufbringen können und deshalb keine informierte Einwilligung geben können, sind demnach eindeutig vor medizinischen Versuchen geschützt. Nur Standardbehandlungen und Heilversuche können durch die Ersatzeinwilligung der gesetzlichen Vertreter zum Wohl des Betroffenen legitimiert werden. Vgl. Weindling 2001; Katz 1992, S. 237; Arnold/Sprumont 1997, S. 115 ff.; Sprecher 2007.

Medikamentengabe handele, erscheint in der Rückschau höchst problematisch und setzt ein vermeintliches Eigeninteresse der Kinder voraus. Hier dürfte es sich jedoch um eine fortdauernde Fremdbestimmung über Minderjährige in Heimerziehung, die sich nicht wehren konnten, gehandelt haben. Die Mitwirkung des die Kinder- und Jugendlichen betreuenden Psychiaters Joachim Baucke selbst, der noch in einem ersten Schreiben der RLK als Leiter der Untersuchung bezeichnet wurde,[25] gibt einen Anhalt für die Vermischung von Heil- und Forschungsinteressen. Seine Funktion ermöglichte es zudem, die Weigerung des alten Heimarztes, Medikamente in entsprechenden Mengen zu verschreiben, zu kompensieren. Die Medikamente wurden offenbar gezielt für die Untersuchung verschrieben, worauf die ergänzende Einbeziehung von fünf Kindern hinweist.

Dass dieser Versuch zudem unter der Oberleitung des Direktors der Rheinischen Landesklinik, Friedrich Panse, stattfand, der ihn gegenüber dem für die Jugendfürsorge zuständigen Landesrat Karl-Wilhelm Jans rechtfertigte und verharmloste, bürgt für eine Kontinuität des Denkens, nach der Patienten Objekte der psychiatrischen Wissenschaft waren und nicht als Subjekte behandelt wurden. Dafür spricht auch Panses beruflicher Werdegang: Panse wandte sich unter anderem in den 1930er Jahren zusammen mit dem Bonner Professor Kurt Pohlisch der Eugenik und der »erbbiologischen Bestandsaufnahme« im Rheinland zu. 1940 widmete er sich wiederum zusammen mit Pohlisch dem Ausfüllen von Meldebögen im Rahmen der NS-Euthanasie-»Aktion T4«. Als Wehrmachtspsychiater war er in den Krankenhausgebäuden der Alexianer in Porz dafür verantwortlich, dass so genannte Kriegszitterer Elektroschockbehandlungen erlitten und danach zurück an die Front getrieben wurden. In einem Nachkriegsverfahren wegen der NS-Euthanasie war es ihm erfolgreich gelungen, sich als vermeintlicher Widerstandskämpfer gegen den Massenmord an den psychisch Kranken und Behinderten darzustellen. 1953 klagte er als außerplanmäßiger Professor in Bonn seine Stelle ein, obwohl sich das Landeskabinett gegen seine Wiederbeschäftigung entschieden hatte. 1956 wechselte er als Leiter an die RLK Düsseldorf-Grafenberg.[26]

Die Forschung über die Wirkung von Medikamenten auf »schwererziehbare« Kinder hatte offenbar eine Türöffnerfunktion für die vermehrte Ausgabe von Medikamenten im

25 RLK Düsseldorf an LR Jans (LJA) (12.10.1965), in: ALVR 38865. Joachim Baucke (Jg. 1913) hatte bereits 1961 zusammen mit den Autoren des oben erwähnten Auswertungsaufsatzes Grünewald und Zuberbier eine Studie veröffentlicht: Baucke/Grünewald/Zuberbier 1961, S. 549–564. Dabei waren altersmäßig übereinstimmende Gruppen von 30 verhaltensschwierigen Kindern eines heilpädagogischen Heims (meist so genannte emotionell Verwahrloste), 30 verhaltensschwierigen Kindern einer Erziehungsberatungsstelle und 30 verhaltensunauffälligen Kindern unter kontrollierten Bedingungen bezüglich ihrer Graphomotorik untersucht worden. Das durchschnittliche Bewegungsverhalten der Heimkinder war im Vergleich zur Normalgruppe durch eine »impulsive, ungezügelte Bewegungsweise« gekennzeichnet. Bei den Erziehungsberatungskindern überwog ein vergleichsweise gehemmtes, unsicheres, überkontrolliertes Bewegungsverhalten. Die ermittelten Unterschiede wurden mit dem Faktor der Verhaltensschwierigkeit (oder -gestörtheit) erklärt, ohne allerdings diesen Faktor anders als mit der institutionell vorgegebenen Betreuungsform zu definieren.

26 Vgl. die Darstellung von Leipert 1991, bes. S. 120–123; Riedesser/Verderber 1996, bes. S. 144–149; Forsbach 2006, S. 640–645.

Heim Neu-Düsselthal.[27] Diese wurden als willkommenes Mittel zur Erleichterung der Erziehungsarbeit betrachtet. Nicht nur das Ansinnen der Heimschule an Psychiater Baucke auf Verschreibung von Medikamenten verwies darauf. Der Zusammenhang zwischen einer schwierigen Erziehungssituation und der angestrebten Beruhigung der Zöglinge gilt umso mehr, als in den Vorjahren verschiedene Probleme und damit verbunden eine Häufung von Züchtigungen im Heim Neu-Düsselthal aufgetreten waren.[28] Ein eher intern wahrgenommener Skandal über Schläge, die der theologische Anstaltsleiter an Kinder ausgeteilt hatte, führte im Sommer 1964 zur Kündigung des bisherigen Heimleiters, eines Diplompsychologen. Dieser hatte unter anderem auch die »diktatorische Struktur« der traditionellen patriarchalen Anstaltsleitung beklagt.[29] Im Herbst 1964 übernahm der bereits erwähnte Diplompsychologe Gottfried Schmidt die pädagogische Leitung des Heimes. Wie einem Besichtigungsbericht des Landesjugendamtes vom März 1965 zu entnehmen ist, hatte Schmidt eine auf 275 Plätze reduzierte Einrichtung vorgefunden, in der zu 75 Prozent Jungen, zu 25 Prozent Mädchen in 20 Erziehungsgruppen mit der Größe von im Schnitt 14 Kindern untergebracht waren. Von den 41 Erziehern hatten 20 eine sozialpädagogische Ausbildung. Von 44 Planstellen waren 16 nicht voll besetzt, weswegen der Heimträger verstärkt Praktikanten der Höheren Fachschulen für Sozialarbeit und der Pädagogischen Hochschulen als »Zweiterzieher« einsetzte. Die Schlafräume waren mit 15 Betten zu stark belegt, und die Abtrennung durch niedrige Trennwände aus Holz reichte den besichtigenden Beamten nicht aus. Sie regten eine Bettenzahl von drei bis fünf pro Raum an.[30] Die schwierigen räumlichen Bedingungen und die Unterbesetzung der Stationen mit Erzieherinnen und Erziehern, die zum Teil keine pädagogische Ausbildung besaßen, führten zu permanenten Überforderungssituationen. Hier wussten sich einzelne Erziehende in Konfliktsituationen nicht anders als mit körperlicher Gewalt zu helfen. Die Medikamentenvergabe, durch die im vorliegenden Beispiel eine große Anzahl Kinder sediert wurde, wurde vor diesem Hintergrund zeitgenössisch als unterstützende Modernisierung des Erzieherhandelns wahrgenommen. Körperliche Disziplinierungsmittel konnten bei erziehungsschwierigen Kindern umso eher entfallen. Dies verweist auf eine Grenzüberschreitung der Psychopharmakotherapie, die ansonsten zeitgenössisch als Fortschritt begriffen wurde. Der oben genannte Heimleiter und Diplompsychologe Gottfried Schmidt leitete 1970 »moderne Erziehungsmethoden« in der Einrichtung ein und

27 Vgl. auch den von Peter Wensierski beschriebenen Fall einer Anwendung von Chlorprotixen im evangelischen Kinderheim in Scherfede in den Jahren 1965 bis 1970 (2006, S. 83–96, bes. 92 f.).

28 So monierte das LJA zwischen Oktober 1964 und März 1965 allein 14 Fälle von Bestrafungen, in denen kein »erzieherischer Notstand«, sondern vielmehr Überforderung eines Praktikanten vorlag (LJA an Düsselthaler Anstalten 23.3.1965, in: ALVR, 41272). Siehe zusammenfassend hierzu den Reisebericht über den Besuch des Kinder- und Jugendheims Neu-Düsselthal am 3.6.1965 (4.6.1965) (Beurmann), in: ebd. Vgl. zudem Henkelmann/Kaminsky 2010, bes. S. 261 f.

29 »Auseinandersetzung mit Vorfällen und Tatbeständen …« (Stellungnahme der Dipl. Psych. Joachim Hardtmann und Schwarz an das Kuratorium zu ihrer Entlassung durch den Direktor, o.D. [ca. Aug. 1964]), in: ALVR 41278 [siehe auch AEKR, 6 HA 034 Nr. 78 Bd. 2].

30 Vermerk betr. Besichtigung des Kinder- und Jugendheims Neu-Düsselthal [am 24.3.1965] (o.D.), in: ALVR, 41272.

geriet damit in einen schweren Konflikt mit dem konservativen theologischen Anstaltsleiter, so dass er sich 1971 gezwungen sah, das Heim zu verlassen.[31] Schmidt repräsentiert in dieser Hinsicht die Janusköpfigkeit des Fortschritts in der Jugendhilfe, wobei auf enge disziplinarische Rahmenbedingungen zunehmend verzichtet werden sollte. Das Zusammenwirken von forschender Institution (RLK Grafenberg), Landesjugendamt und konfessionellem Träger führte im vorliegenden Fall zu einer Verantwortungsteilung. Der Versuch blieb im Bereich der rheinischen öffentlichen Erziehung offenbar einmalig. Folgeprojekte sind nicht überliefert. Dennoch war damit die Tür zu einer medikamentösen Beeinflussung der »schwererziehbaren« Kinder und Jugendlichen zur Verbreiterung der »pädagogischen Angriffsfläche« in Erziehungsheimen geöffnet worden.[32]

31 Unterlagen hierzu sind sowohl beim LJA wie auch bei der Evangelischen Kirche im Rheinland angefallen. Vgl. ALVR 41278; AEKR, 6 HA 034 Nr. 78 Bd. 1 u. 2. Ferner befindet sich eine umfassende Zeitungsausschnittsammlung im Archiv der Graf Recke Stiftung.

32 In den Düsselthaler Anstalten blieb eine Anwendung von Psychopharmaka bei »schwererziehbaren« Kindern auch nachfolgend in Gebrauch, worauf die Erwähnung im Bericht über einen Heimaufsichtsbesuch Ende 1969 hindeutet. Hierbei wurde moniert, dass die Lehrer nicht wussten, welche Kinder Medikamente erhielten, was es ihnen nicht erlaube, ihre Beobachtungen mitzuteilen. Neben dem bereits erwähnten Jugendpsychiater Baucke war auch die Kaiserswerther Kinderärztin Dr. Rochs im Heim zweimal die Woche anwesend. Ihnen wurden alle neuen Kinder vorgestellt, Baucke ging auch über die Gruppen, um sich zu orientieren (Bericht über den Besuch des Kinderheims Neu-Düsselthal am 15.12.1969, in: ALVR 41280).

Sarah Banach

9. Das Erziehungspersonal und die landschaftsverbandseigene Erzieherausbildung

In den Heimen des Landschaftsverbandes Rheinland waren mehr als 300 Erzieher für die Betreuung von über 1.100 Kindern und Jugendlichen (Stand 1959) zuständig.[1] Besonders in den 1960er Jahren bestand in den Heimen ein hoher Bedarf an Erziehern bzw. an ausgebildetem Erzieherpersonal. Um gute Erziehungsarbeit in den Heimen leisten zu können, machte es sich der Landschaftsverband Rheinland zur Aufgabe, die in seinen Heimen arbeitenden Erzieheranwärter zu Erziehern auszubilden, und begründete 1961 das Rheinische Erzieherseminar.[2]

9.1 Das Erzieherpersonal

In den Heimen des Landschaftsverbandes Rheinland waren Erzieher mit verschiedenen Berufsbezeichnungen tätig, wie zum Beispiel als Gruppenerzieher, als Zweiterzieher, als Arbeitserzieher oder als Erzieheranwärter, auch Lernerzieher genannt. Der Gruppenerzieher war in der Regel eine pädagogisch ausgebildete Kraft, welche verantwortlich eine Gruppe Jugendlicher leitete und für die Belange der Jugendlichen in erzieherischer, gesundheitlicher, pflegerischer, wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht zuständig war. Er unterstand dem Erziehungsleiter bzw. dem Direktor und arbeitete mit einem Zweiterzieher zusammen.[3] Der Arbeitserzieher war für die Betreuung und die praktische Ausbildung der Jugendlichen im Heim an ihrem Arbeitsplatz bzw. in ihren Lehrstellen oder Werkstätten zuständig (Berufsschulunterricht erhielten die Jugendlichen heimintern oder in einer öffentlichen Berufsschule). Zusätzlich waren in den Heimen so genannte Erzieheranwärter beschäftigt, das waren pädagogisch (noch) nicht ausgebildete Personen, die unter bestimmten Voraussetzungen für die Erzieherausbildung I zugelassen werden konnten. In den landschaftsverbandseigenen Heimen waren 1970 beispielsweise 62 Erzieheranwärter eingestellt, 1971 waren es 46 und 1972 noch 34.[4]

1 Vgl. Erziehungseinrichtungen (o.D.), in: ALVR 41981.
2 Die folgende Darstellung des Erzieherpersonals bzw. der landschaftsverbandseigenen Erzieherausbildung beruht auf den Quellen des LVR. Die Quellenlage kann als gut bezeichnet werden. Lediglich statistische Angaben ließen sich aus den vorhandenen Quellen nur unzureichend rekonstruieren. Die Zahlen geben beispielsweise keine Auskunft drüber, welche Qualifikation der Erzieher bei seiner Einstellung hatte. Detailliertere Aussagen dazu finden sich in den Kapiteln zu den einzelnen Heimen und in Müller-Kohlenberg 1972.
3 Vgl. Entwurf Dienstanweisung Gruppenerzieher (28.3.1958), in: ALVR 41000.
4 Guthof an LR 1 (29.11.1973), in: ALVR 40634.

9.1.1 Zahlen und Fakten

Von 1955 bis 1972 waren in den landschaftsverbandseigenen Heimen durchschnittlich 309 Erzieher beschäftigt.[5] Wie die genaue Verteilung aussah, veranschaulicht die folgende Tabelle:

Jahr	**1955**	**1965**	**1966**	**1967**	**1968**	**1969**	**1970**	**1971**	**1972**
Bestand	217	349	356	358	353	343	378	379	370

Der Anstieg von 217 Erziehern im Jahr 1955 auf 349 Erzieher im Jahr 1965 ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass sich das Landesjugendamt bemühte, den Betreuungsschlüssel von 2,25 Erziehern auf 20 Jugendliche (2,25 : 20 = Erzieher-Meßzahl), den der Allgemeine Fürsorge-Erziehungs-Tag vorgab, zu erfüllen.[6] Dies bedeutete, dass das Landesjugendamt bei gleich bleibendem Zöglingsbestand in seiner Stellenplanung mehr Erzieherstellen einplanen bzw. einrichten musste, da der Betreuungsschlüssel im Erlenhof beispielsweise 1957 noch bei 2,47 Erziehern auf 20 Jugendliche (2,47 : 20) lag.

Erlenhof 1957: 340 Jungen, 1960: 280 Jungen

	Stellenplan 1957	
	Soll	**Ist**
Gruppenerzieher	14	14
Erzieher m.g.V.	12	10
Heimerzieher	14	12
Lernerzieher	4	4
gesamt	**44**	**40**

Zur Ermittlung der Erzieher-Meßzahl in den landschaftsverbandseigenen Heimen wurden 1960 1. alle Gruppenerzieher, 2. alle Erzieher mit gehobener Verantwortung (m.g.V.), 3. alle Heimerzieher, 4. 50 Prozent der Lernerzieher erfasst. Nicht gezählt wurden die Außenfürsorger, Sportlehrer, Werkserzieher, Werklehrmeister und Handwerksmeister.[7]

Das ergibt folgenden Erzieherschlüssel:
Erlenhof 1957: 2,47 : 20
Erlenhof 1960: 4 : 20.[8]

5 Vgl. Landschaftsverband Rheinland 1970 und Landschaftsverband Rheinland 1975. Die darin verwendeten Zahlen stammen aus der Statistik des LVR-Referats »Allgemeine Planungsgrundlagen, Verwaltungsanalyse, kommunale Grundlagenforschung, Statistik« und sind wenig detailliert.

6 Vgl. AFET 1971. In seiner Untersuchung über die »Lage der Heimerzieher« stellte der AFET 1958 Leitsätze über Gruppengröße und Personalbesetzung auf (vgl. AFET 1958) und legte u.a. Forderungen in Leitsätzen zur Behebung des Erziehermangels in den Heimen vor.

7 Vgl. die Vergleichszahlen zur AFET-Messzahl bei gleichzeitiger Übersicht über Soll- und Ist-Stellen von 1960 in: ALVR 41981.

8 Vgl. ebd.

1958 sah der Personalbestand in den Landesjugendheimen Erlenhof, Dansweilerhof, Halfeshof, Fichtenhain[9] und Haus Hall wie folgt aus. In allen Heimen zusammen waren 330 Bedienstete und zehn Praktikanten tätig. Davon waren 49 Beamte, 250 Angestellte und 31 Lohnempfänger. Aufgeschlüsselt bedeutet dies, dass es vier Direktoren (eine Stelle unbesetzt), eine Heimleiterin, vier Erziehungsleiter (zwei Stellen unbesetzt), sieben Lehrer (zwei Stellen unbesetzt), 182 Erzieher (31 Stellen unbesetzt), 24 Werklehrmeister und sechs Handwerksmeister gab.[10] Die Arbeitszeit des Erziehers sollte in den 1970er Jahren laut AFET 42 Stunden wöchentlich einschließlich der notwendigen Zeit für Vorbereitung und Teambesprechungen betragen. »Von den 42 Stunden sind durchschnittlich 10 Stunden für Vorbereitung und Teambesprechungen und andere Tätigkeiten außerhalb der Gruppe abzuziehen, so dass 32 Stunden wöchentlich für den Gruppendienst zur Verfügung stehen. Berücksichtigt man im Jahr die Feiertage, Urlaub und Fortbildung und die zusätzlich gesetzlichen Feiertage, so bleiben 44 Wochen zu 32 Stunden = 1408 Stunden für den Einsatz in der Gruppe pro Erzieher.«[11]

9.1.2 Das Berufsbild des Heimerziehers

Das Berufsbild des Heimerziehers untersuchte Hildegard Müller-Kohlenberg 1971 in einer empirischen Studie.[12] In die Untersuchung einbezogen wurden 30 Erzieherinnen und 51 Erzieher, die 1968 in Heimen für erziehungsschwierige schulentlassene Jugendliche arbeiteten. Dabei wurden nur diejenigen Erzieher in die Erhebung aufgenommen, die als Gruppenerzieher tätig waren. Die berufliche Situation der Arbeitserzieher untersuchte sie dagegen nicht. In Bezug auf den Ausbildungsstand der Erzieher kommt Müller-Kohlenberg zu dem Schluss, dass 44 Prozent der befragten Heimerzieher eine Sozialpädagogische Fachschule besucht hatten oder ein pädagogisches Hochschulstudium nachweisen konnten.[13] Über die soziale Herkunft der Heimerzieher sagt die Studie aus, dass bei Heimerziehern nicht von einer ausgesprochenen erzieherischen Familientradition gesprochen werden kann, aber bei sieben Prozent der Befragten auch der Vater einen erzieherischen Beruf ausübte.[14] Ferner wurde deutlich, dass »Heimerzieher« nicht ein Aufsteigeberuf für Angehörige der Arbeiterschaft war, sondern ein Großteil der in der Heimerziehung Tätigen aus Berufen kam, deren Aufstiegschancen eingeschränkt oder rückläufig waren. »Diese überrepräsentierten Kleingewerbebetreiber setzten sich überwiegend zusammen aus Landwirten, aber auch Müller, Schuhmacher, Schneider, Weber, Kaufleute und Schmiede sind darunter zu finden. […] Der Heimerzieherberuf bietet sich absteigenden Gruppen des unteren

9 Zum Landesjugendheim Fichtenhain siehe Kap. II.1.
10 Vgl. die Vergleichszahlen zur AFET-Messzahl bei gleichzeitiger Übersicht über Soll- und Ist-Stellen von 1960 in: ALVR 41981.
11 AFET 1971, S. 40.
12 Vgl. Müller-Kohlenberg 1972.
13 Vgl. Müller-Kohlenberg 1972, S. 20 f.
14 Vgl. ebd., S 54.

Mittelstandes an, bei ihren Bemühungen, dem Absinken ins Proletariat zu entgehen.«[15] Dass, wie Müller-Kohlenberg in ihrer Untersuchung zeigt, die meisten Heimerzieher aus Kleingewerbebetreiberberufen stammten, wird auch am Beispiel des Rheinischen Landesjugendheimes Erlenhof deutlich. Von 1959 bis 1961 waren in den einzelnen Gruppen des Erlenhofs überwiegend Wohlfahrtspfleger[16] als Gruppenerzieher bzw. Landwirte, Schneider, Schlosser, Schuhmacher, Kaufmänner oder Metzgergehilfen mit einer Erzieherprüfung als Zweiterzieher bzw. als Erzieheranwärter beschäftigt, wie die folgende Tabelle zeigt:

Gruppe	**1959**	**1960**	**1961**
Haus I 1 offene Gruppe für Lehrlinge und Anlernlinge, »negativ-reife« Jugendliche	1 Erzieher (Wohlfahrtspfleger), sonstige ständige Hilfskraft: 1 (Landwirt mit Erzieherprüfung [Erz.pf.])	1 Erzieher (Wohlfahrtspfleger), sonstige ständige Hilfskraft: 1 (Landwirt mit Erzieherprüfung), 1 zusätzliche ständige Erziehungskraft (Schneidermeister Erz.pf.)	Gruppenerzieher nicht vorhanden, 1 Erzieher als sonstige Erziehungskraft (landwirtschaftliche Schule, 2 Semester Heimerziehung), 1 ständige Hilfskraft (Schlossergehilfe, Erzieheranwärter)
Haus I 1 offene Gruppe für Lehrlinge und Anlernlinge, verlässliche Jungen verschiedenen Alters	1 Erzieher (8 Sem. Musikschule und Heimprüfung), sonstige ständige Hilfskraft: 1 (Schneidermeister mit Erzieherprüfung)	1 Erzieher (8 Sem. Musikschule und Heimprüfung), sonstige ständige Hilfskraft: 1 (Schneidermeister mit Erzieherprüfung)	Gruppenerzieher nicht vorhanden, 2 Erzieher als sonstige Erziehungskräfte (Binnenschiffer und Heimerzieher und Schneidermeister mit Erz.pf), 1 ständige Hilfskraft (Tuchweber und Erzieheranwärter)

15 Ebd., S. 56.

16 Die Berufsausbildung zum Wohlfahrtspfleger fand nach dem Zweiten Weltkrieg wieder an den Wohlfahrtsschulen statt. Im Rahmen der bundeseinheitlichen Neuordnung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung 1959 wurde die Berufsbezeichnung »Wohlfahrtspfleger« durch die Bezeichnung »Sozialarbeiter« abgelöst und die Ausbildung an so genannten Höheren Fachschulen für Sozialarbeit durchgeführt (vgl. Amtho 2003, S. 495).

Gruppe	1959	1960	1961
Haus II 1 geschlossene Gruppe für von Entweichung zurückgekehrte Jugendliche, Versager aus anderen Heimen von 16 bis 19 Jahren, nach Beobachtung noch Unsichere, Ersteinweisungen und ältere Jungen der Gefährdetenfürsorge	1 Erzieher (Wohlfahrtspfleger), sonstige ständige Hilfskraft: 1 (Schuhmachermeister mit Erzieherprüfung)	1 Erzieher (Wohlfahrtspfleger), sonstige ständige Hilfskraft: 1 (Schuhmachermeister mit Erzieherprüfung)	Wegen Umbau aufgelöst
Haus II 1 offene Gruppe: Gärtnerlehrlinge, Gartenarbeiter, Bäckerlehrlinge	1 Erzieher (kaufm. Lehre und Wohlfahrtspfleger), ständige Hilfskraft: 1 Landwirt mit Erz.pf	1 Erzieher (kaufm. Lehre und Wohlfahrtspfleger), ständige Hilfskraft: 1 Landwirt mit Erz.pf	1 Erzieher (kaufm. Lehre und Wohlfahrtspfleger), ständige Hilfskraft: 1 Landwirt mit Erz.pf
Haus II 1 geschlossene Aufnahmegruppe für Ersteinweisungen für Jugendliche von 15 bis 18 Jahren	1 Erzieher (Finanzanwärter und Wohlfahrtspfleger), 1 ständige Hilfskraft (Schlossermeister mit Erz.pf)	1 Erzieher (Finanzanwärter und Wohlfahrtspfleger), 1 ständige Hilfskraft (Schlossermeister mit Erz.pf)	1 Erzieher (Finanzanwärter und Wohlfahrtspfleger), 2 ständige Hilfskräfte (Pflasterer und Heimerzieher und Textilingenieur und Erzieheranwärter)
1 halboffene Gruppe für Lehrlinge, Stadt- und Feldarbeiter	1 Erzieher (kaufm. Lagerverwalter, Heimprüfung), 1 ständige Hilfskraft (Landwirt, Erz.pf)	befand sich im Umbau	im Umbau aufgelöst

Gruppe	1959	1960	1961
1 geschlossene Gruppe für schwer Erziehbare mit endogenen und stark exogenen Schäden	1 Erzieher (Anstreichergeselle, Desinfektor mit Heimprüfung), 1 ständige Hilfskraft (Binnenschiffer, Erz.pf)	1 Erzieher (Anstreichergeselle, Desinfektor mit Heimprüfung), 1 ständige Hilfskraft (Binnenschiffer, Erz.pf)	Gruppenerzieher nicht vorhanden, 2 sonstige Erziehungskräfte (Metzgergehilfe und Maurer mit Heimprüfung) und 1 ständige Hilfskraft
1 halboffene Gruppe für 14- und 15-Jährige (Wohnheim am Sportplatz), seit 1960 eine offene Gruppe für Jungen mit positiver Entwicklung und landwirtschaftliche Arbeiter	1 Erzieher (Elektriker, Wohlfahrtspfleger) 1 ständige Hilfskraft (Schneidergehilfe, Lernerzieher)	1 Erzieher (Erzieherausbildung und -prüfung), 1 ständige Hilfskraft (Gärtnergehilfe, Lernerzieher)	Gruppenerzieher nicht vorhanden, 1 sonstige Erziehungskraft und 2 ständige Hilfskräfte (Gärtnergehilfe Heimerzieher, Bäckermeister als Erzieheranwärter)
1 halboffene Gruppe für Enurethiker und psychisch schwierige Psychopathen	1 Erzieher (Volksschullehrer), 1 ständige Hilfskraft (Landwirt mit Erz. pf)	1 Erzieher (Volksschullehrer), 1 ständige Hilfskraft (Landwirt mit Erz. pf)	Gruppenerzieher nicht vorhanden, 1 sonstige Erziehungskraft und 2 ständige Hilfskräfte (Landwirte mit Erz.pf)
1 offene Gruppe für Arbeitsjungen des Gutshofs	1 Erzieher (Landwirt mit Heimprüfung), 1 ständige Hilfskraft (Landwirt mit Erz.pf)	1 Erzieher (Landwirt mit Heimprüfung), 1 ständige Hilfskraft (Landwirt Erz.pf)	Gruppenerzieher nicht vorhanden, 1 sonstige Erziehungskraft und 3 ständige Hilfskräfte
1 offene Gruppe im Lehrlingshaus	1 Erzieher (Wohlfahrtspfleger), 1 ständige Hilfskraft (Metzgermeister mit Erz.pf)	1 Erzieher (Wohlfahrtspfleger), 1 ständige Hilfskraft (Metzgermeister mit Erz.pf)	1 Erzieher (Wohlfahrtspfleger), 3 ständige Hilfskräfte (Metzger, Landwirt, Gärtner mit Erz.pf)

Gruppe	1959	1960	1961
1 offene Gruppe für jüngere Lehrlinge und jüngere Stadtarbeiter, seit 1960 geschlossene Aufnahmegruppe II, ab 1961 Beobachtungshaus	1 Erzieher (Erzieherausbildung, Erz. pf) 1 ständige Hilfskraft (Landwirt mit Erz.pf)	1 Erzieher (Volksschullehrer), 1 Hilfskraft (Textil-Ing. als Lernerzieher)	1 Erzieher (Volksschullehrer), 2 ständige Hilfskräfte (Landwirt, Schreinergehilfe mit Erz.pf)
1 geschlossene Gruppe zur Isolierung somatisch und psychisch abartiger Jugendlicher, seit 1961 Lazarettgebäude	1 Erzieher (Dachdecker, Wohlfahrtspfleger), 1 ständige weitere Erziehungskraft (Landwirt mit Erz.pf)	1 Erzieher (Dachdecker, Wohlfahrtspfleger), 1 ständige weitere Erziehungskraft (Landwirt mit Erz.pf), 1 zusätzlich ständige Hilfskraft (Schneidermeister mit Erz.pf)	1 Erzieher (Dachdecker, Wohlfahrtspfleger), 1 ständige weitere Erziehungskraft (Landwirt mit Erz.pf), 1 zusätzlich ständige Hilfskraft (Schneidermeister mit Erz.pf)
Gruppe 14	in Planung	Lazarett	Lazarett
Gruppe 15 seit 1960 für Stadtarbeiter, seit 1961 Festsaalgruppe und Dachboden	in Planung	1 Erzieher (Musikhochschule und Heimprüfung), 1 ständige Hilfskraft (Landwirt mit Erz. pf)	Gruppenerzieher nicht vorhanden, 1 sonstige Erziehungskraft und 2 ständige Hilfskräfte[1]

9.1.2 Die Aufgaben und Tätigkeiten eines Erziehers im Heim

Laut Martha Beurmanns Entwurf einer Dienstanweisung aus dem Jahr 1958 sollte der Gruppenerzieher für die Belange der Jugendlichen in erzieherischer, gesundheitlicher, pflegerischer, wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht zuständig sein. Er hatte darauf zu achten, dass im Ablauf des Gruppenlebens die Heim- und Hausordnung gewahrt wurde. Den Schwerpunkt seiner Arbeit sollte die Erziehung der Jugendlichen bilden. Ziel sollte sein, die guten Anlagen der Jugendlichen zu erkennen und zu fördern und ihr Vertrauen zu gewinnen. Um dies zu erreichen, sollte er Kontakte zu ihnen suchen, pflegen und vertiefen und sich mit der Vorgeschichte, den häuslichen Verhältnissen und den individuellen

17 Die Daten der Tabelle wurden aus den »Gegebenheiten der Heimerziehung, Gruppenstärke und Belegung« von 1959 bis 1965 für das RLJH Erlenhof zusammengetragen, vgl. ALVR 40230.

Charaktereigenschaften des einzelnen Jugendlichen vertraut machen. Zu seinen Aufgaben gehörte auch die Freizeitgestaltung, die Kontaktpflege mit den Angehörigen, das Achten auf Körper- und Kleiderpflege sowie Sauberkeit und Ordnung, die Beköstigung und das Vermitteln von Tischsitten, Unterstützung bei der Berufsausbildung und Berufsberatung und das Kümmern um wirtschaftliche und finanzielle Angelegenheiten.[18] Zuständig war er auch für das Führen des so genannten Beobachtungsbogens, den er mindestens ein Mal wöchentlich, im Bedarfsfall öfter, ausfüllen musste. Der Beobachtungsbogen bildete die Grundlage für die erzieherische Beurteilung des Jugendlichen. Darüber hinaus wirkte er bei der Aufstellung der Erziehungslisten mit, in die beispielsweise der Aufnahme- bzw. Entlassungstag, Entweichungen, Krankenhausaufenthalte, Informationen über den Kontakt zu den Angehörigen vermerkt wurden.[19] Zudem sollte er mit den anderen Erziehern zusammenarbeiten, an Besprechungen und Konferenzen teilnehmen und musste dem Erziehungsleiter besondere Vorkommnisse melden.

9.2 Die Professionalisierung des Heimerzieherberufes – eine Skizze

Die Forderung nach Ausbildung der Heimerzieher ist wesentlich jünger als die Heimerziehung selbst. Die historischen Vorformen der heutigen Heimerziehung, die Waisenhäuser und das Armenpflegewesen, waren auf die physische Versorgung und religiöse Unterweisung der Kinder gerichtet. Erziehung, Unterricht und Berufsausbildung wurden den Kindern und Jugendlichen nicht zuteil. Auch die Ausbildung der Erzieher bzw. deren Qualifizierung wurde nicht zum Problem. Erst mit Erlass des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes 1922 wurde eine einheitliche Organisation der Jugendfürsorge im gesamten Reichsgebiet eingeführt. Im Zuge dessen wurden erstmals Kurse zur Qualifizierung von Heimerziehern angeboten und in den folgenden Jahren ausgeweitet.[20] Gleichzeitig wurde eine Debatte um den »geborenen Erzieher« heftig geführt und das nicht nur in der Heimerziehung. Die Frage nach dem angeborenen Talent zur Erziehung oder der Erlernbarkeit von pädagogischen Fähigkeiten war Gegenstand wissenschaftlicher Auseinandersetzungen und ist bis heute wissenschaftlich nicht entschieden. Innerhalb dieser Debatte gab es verschiedene Positionen, von denen eine zum Beispiel die Haltung vertrat, dass »man sich in der Erziehung auf Intuition und die naturwüchsige Entwicklung des pädagogischen Verhältnisses verlassen könne«, da »die Aufgaben der Eltern in der Familie üblicherweise ohne besondere

18 Vgl. Entwurf einer Dienstanweisung für Gruppenerzieher, 28.3.1958 in: ALVR 41000. Zur Praxis des Heimerziehers sei auf die Publikation von Kiehn 1965 verwiesen.

19 Vgl. Entwurf einer Dienstanweisung für Gruppenerzieher (28.3.1958), in: ALVR 41000.

20 Vgl. Müller-Kohlenberg 1972 und Amthor 2003. Zur Geschichte der Heimerziehung allgemein sei auf die Publikationen von Sauer 1978; Röper 1976; Scherpner 1979; Peukert 1986 und Kuhlmann 1985 verwiesen.

pädagogische Kenntnisse wahrgenommen werden«.[21] Eine extremere Variante dieser Position vertrat sogar die Auffassung, dass »fachliches Wissen diesen mütterlichen oder väterlichen Eigenschaften zuwiderlaufe und sie ersticken könne«.[22] Aber auch die Frage nach der fachlichen Ausbildung eines Erziehers war nicht unproblematisch, da sich »keineswegs immer eine fachliche Überlegenheit des ausgebildeten Erziehers gegenüber dem unausgebildeten« Erzieher feststellen ließ.[23] Entscheidend kam es darauf an, was in der Ausbildung inhaltlich und methodisch vermittelt wurde, und nicht auf die Dauer der Ausbildung.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden zahlreiche Ausbildungsstätten für Heimerzieher (wieder) gegründet. 1950 bestanden bereits fünf Ausbildungsstätten, deren Zahl sich stetig erhöhte. Trotzdem stellt der Allgemeine Fürsorge-Erziehungs-Tag in seiner 1958 veröffentlichten Untersuchung über die »Lage der Heimerzieher«[24] fest, dass von »1.126 tätigen Erziehern 493 Personen und damit lediglich 43,8 % des Personals über eine Fachausbildung verfügten und davon lediglich 55 eine gesonderte Ausbildung zum ›Heimerzieher‹ vorweisen konnten.«[25] 1961 gab es schon 17 Heimerzieherschulen, von denen der überwiegende Teil in evangelischer und nur vier in katholischer Trägerschaft stand. »Im Jahr 1966 wurden bereits ca. 1.092 Schüler an insgesamt 21 Heimerzieherschulen, davon 15 in freier und 6 unter öffentlicher Trägerschaft, ausgebildet.«[26] Darüber hinaus führten Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein auch so genannte verwaltungseigene Ausbildungsformen für Heimerzieher ein, wie zum Beispiel der Landschaftsverband Rheinland, dessen Erzieherausbildung im Folgenden dargestellt wird.

Zusammengefasst kann gesagt werden, dass in den Heimen des Landschaftsverbandes Rheinland Erzieher in unterschiedlichen Funktionen, wie zum Beispiel als Gruppen- oder Arbeitserzieher, tätig waren und sich das Landesjugendamt, wie die Zahlen zeigen, bemühte, den Personalschlüssel an die AFET-Messzahl anzugleichen. Deutlich wurde aber auch, dass in den Heimen zu einem hohen Prozentsatz Erzieher arbeiteten, die, wie es zu der Zeit üblich war, Handwerksberufe wie Metzger, Schlosser erlernt hatten bzw. Landwirte waren und erst durch die landschaftsverbandseigene Erzieherausbildung pädagogisch qualifiziert wurden.

21 Müller-Kohlenberg 1972, S. 18.
22 Ebd.
23 Ebd., S. 19.
24 Vgl. AFET 1958.
25 Amthor 2003, S. 426. Zur Geschichte und Entwicklung der Heimerzieherausbildungsstätten sei auf die Denkschrift zu Fragen der verwaltungseigenen Ausbildung von Heimerziehern in Landesjugendheimen verwiesen, vgl. Beurmann, 25.5.1961 in: ALVR 44296.
26 Amthor 2003, S. 428.



Erzieherkonferenz 1950er Jahre

9.3 Vom Erzieherseminar zur Fachschule für Sozialpädagogik – die landschaftsverbandseigene Erzieherausbildung

Mit der Gründung des Rheinischen Heilpädagogischen Landesjugendheimes Viersen-Süchteln 1961 begründete der Landschaftsverband Rheinland dort auch das Rheinische Erzieherseminar,[27] welches in Personalunion vom Direktor des Heimes mitgeleitet und organisatorisch auch von der Verwaltung des Heimes miterfasst wurde. Einige Jahre lang war geplant, auf dem Gelände des Heimes ein Schul- bzw. Internatsgebäude zu errichten, welches Klassenräume, eine Bibliothek, Arbeitszimmer sowie Aufenthaltsräume und darüber hinaus 50 Einzelzimmer für die Unterbringung der Teilnehmer enthalten sollte.[28] Der vorgesehene Neubau des Erzieherseminars scheiterte jedoch immer wieder an Grundstücksschwierigkeiten,[29] so dass Räumlichkeiten des Landesjugendheimes Viersen-Süchteln genutzt wurden und die internatsmäßige Unterbringung der Erzieher 16 Plätze des Heimes blockierte.[30] Die Ausbildung der Erzieher bestand aus einem theoretischen und einem praktischen Teil. Um die Verschränkung von Theorie und Praxis zu gewähr-

27 Zum Rheinischen Heilpädagogischen Landesjugendheim Viersen-Süchteln siehe Kap. II.6.
28 Vgl. Memorandum des LJA Rheinland (ohne Jahreszahl, vermutlich 1962), in: ALVR 44296.
29 Vgl. Anhang zur Vorlage an den LJWA (17.11.1971), in: ALVR 41765.
30 Vgl. ebd.



Erzieher im Gruppengespräch 1950er Jahre

leisten, wurde eine personale Verbindung zwischen der Bildungsstätte und dem Landesjugendheim Viersen-Süchteln angestrebt, das heißt, der Direktor des Heimes war gleichzeitig Leiter der Ausbildungsstätte. Neben dem Direktor waren als hauptamtliche Lehrkräfte ein Dozent als Ausbildungsleiter[31] und ein weiterer Dozent als heilpädagogischer Praktikumsleiter angestellt. Darüber hinaus wirkten, innerhalb ihrer Dienstobliegenheiten, die Direktoren der landschaftsverbandseigenen Heime, die Erziehungsleiter, hauptamtlich tätige Heimärzte,[32] Psychologen, Lehrer der Heimschule, Werkerzieher als nebenamtliche Lehrkräfte an der Ausbildung mit.[33] Am 1.11.1971 siedelte das Erzieherseminar in frei werdende Räumlichkeiten der ehemaligen Höheren Fachschule für Sozialpädagogik nach Düsseldorf um. Mit der Umsiedlung des Erzieherseminars nach Düsseldorf bzw. der Umstrukturierung der Ausbildung wurde die Personalunion des Direktors aufgehoben, so dass der zweite Direktor des Landesjugendheimes Viersen-Süchteln, Karl-Josef Kluge,

31 Seit 1963 war Gerhard Liebetrau Ausbildungsleiter des Erzieherseminars, vgl. ALVR 29657.

32 War der Heimarzt nebenamtlich tätig, so sollte ihm »möglichst der Unterricht im Fach ›Gesundheitslehre mit dem Schwerpunkt Heimhygiene‹ übertragen werden.« (§ 6: Lehrkörper in: Landesjugendamt, AuPr.O, 1963, S. 5).

33 Vgl. § 6: Lehrkörper in: Landesjugendamt, AuPr.O, 1963, S. 5. Zur Verteilung, Auswahl und Einstellung der Lehrer für die Ausbildung der Erzieheranwärter und Erzieher vgl. ALVR 18876, Bd. II.

nicht mehr Leiter des Erzieherseminars war. Vielmehr sollte die Fachschule für Sozialpädagogik als selbständige Außendienststelle etabliert werden.[34]

Am 21.3.1963 wurde die von der Verwaltung zur Verbesserung der Ausbildung erarbeitete Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Heimerzieher (AuPr.O) erlassen. Gemäß § 1 der Ausbildungsordnung war Zweck der Ausbildung, »persönlich und charakterlich geeignete Personen fachlich [zu] befähigen, berufsmäßig Erziehungsarbeit in Heimen für gefährdete oder geschädigte erziehungsschwierige Minderjährige zu leisten«.[35] Die Ausbildung war berufsbegleitend angelegt und sollte laut Ausbildungsprüfungsordnung in geschlossenen Lehrgängen durchgeführt werden und zwar für Erzieheranwärter (Erzieherausbildung I) und Erzieher (Erzieherausbildung II). In der Praxis sah dies jedoch anders aus, wie beispielsweise der Direktor des Landesjugendheimes Fichtenhain, Paul Wolpers, 1964 in einem Schreiben anmerkte. Demnach hätten bis 1964 keine geschlossenen Lehrgänge stattgefunden und es sei dazu gekommen, dass die Teilnehmer nicht immer aus dem Gruppendienst für den Unterricht abgestellt werden konnten.[36] Somit wurde den Erzieheranwärtern der Unterricht in kleineren Gruppen in den einzelnen Landesjugendheimen erteilt, deren Lehrgangsleiter der jeweilige Direktor der Einrichtung war.[37] Im Juni 1968 begann im Rheinischen Landesjugendheim Fichtenhain in Krefeld[38] die Ausbildung der Lehrgangsgruppe I/6, für die sechs Erzieheranwärter angemeldet waren, und zwar:

Name	Jahrgang	Beruf	Dienstantritt
Johannes S.	1932	Stahlbauschlosser	1.8.1967
Karl H.	1931	Schlossermeister	1.8.1967
Ulrich Sch.	1940	Techn. Zeichner	1.9.1967
Heinz F.	1929	Maurermeister	15.9.1967
Franz Sch.	1938	Schlossermeister	1.6.1968
Peter B.	1944	Kaufm. Angestellter	15.7.1968

Generell wurden im selben Jahr für die Erzieherausbildung I drei gesonderte Lehrgänge angeboten, und zwar für drei Erzieheranwärter aus dem Landesjugendheim Fichtenhain, fünf aus dem Landesjugendheim Erlenhof[39] und sechs aus dem Landesjugendheim Halfeshof.[40] Da es aus der Lehrgangsgruppe I/6 des Landesjugendheims Fichtenhain drei Abmeldungen gab, wurde dort kein gesonderter Unterricht erteilt. Die Kandidaten nahmen deshalb am Unterricht des Landesjugendheims Halfeshof teil.[41]

34 Vgl. Vorlage an LJWA (17.11.1971), in: ALVR 41765.
35 § 1: Form und Zweck der Ausbildung in: Landesjugendamt (Hg.), AuPr.O, 1963, S. 1.
36 Vgl. Wolpers an Jans (4.8.1964), in: ALVR 18876, Bd. II.
37 Vgl. Jans an das RLJH Fichtenhain (24.7.1964), in: ALVR 18876, Bd. II.
38 Zum RLJH Fichtenhain in Krefeld siehe Kap. II.1.
39 Zum RLJH Erlenhof siehe Kap. II.3.
40 Zum RLJH Halfeshof siehe Kap. II.2.
41 Direktor Wolpers an das LJA (14.6.1968), in: ALVR 18869, Bd. II.

9.3.1 Die Erzieherausbildung I

An der Erzieherausbildung I konnten Erzieheranwärter teilnehmen, die in den landschaftsverbandseigenen Heimen beschäftigt waren und wenn sie das 21. Lebensjahr vollendet hatten bzw. einen guten Volksschulabschluss oder eine gleichwertige schulische Vorbildung sowie eine mindestens zweijährige abgeschlossene Berufsausbildung nachweisen konnten.[42] Ihre ca. zwei Jahre dauernde Ausbildung schlossen sie dann mit der Heimerzieherprüfung I ab. Nach bestandener Prüfung erhielt der Erzieheranwärter die Dienstbezeichnung »Erzieher« und wurde nach Maßgabe verfügbarer Stellen weiter in einem landschaftsverbandseigenen Heim beschäftigt und tarifgerecht vergütet.[43] Die Ausbildung bestand aus einem praktischen und einem theoretischen Teil sowie der Praxisberatung. Der theoretische Unterricht fand im Erzieherseminar und die praktische Tätigkeit im Landesjugendheim mit Praxisanleitung durch das Seminar statt, wobei die Teilnahme am Unterricht als Dienstzeit angerechnet wurde. Gemäß dem Ausbildungsplan sollte der Erzieheranwärter »einen möglichst vielseitigen Einblick in das Heimleben und eine umfassende Ausbildung in den Aufgaben des Erziehers mit Heimerzieherprüfung I erhalten. Die Ausbildung umfasste: 1. Anleitung und Beschäftigung im Erziehungsdienst in Arbeitsbetrieben, in Erziehungsgruppen sowie während der Freizeitbeschäftigung der Jugendlichen, 2. Anleitung zur Erledigung der schriftlichen Arbeiten, die der Erzieher in den Arbeitsbereichen zu fertigen hat, 3. Unterweisung und Übung in den in der Heimerziehung gepflegten Sportarten und jugendpflegerischen Betätigungen, 4. Hospitieren im Schulunterricht, in Arbeitsgemeinschaften für Werken, in sonstiger musischer Betätigung und Sport und zwar mit der Maßgabe, dass die Ausbildungsformen zu 3. und 4. zum Teil gleichzeitig eine theoretische Ausbildung erhalten.«[44] Die theoretische Ausbildung umfasste Unterricht in den Fächern Deutsch, Religion, Staats- und Sozialkunde, Heimerziehungslehre, Pädagogik, Psychologie und Theorie der Gruppenpädagogik, aber auch Gesundheitslehre mit dem Schwerpunkt Heimhygiene, Abfassung schriftlicher Berichte sowie Werken und Zeichnen oder Musik.[45]

Die Ausbildung endete mit der Heimerzieherprüfung I, in der der Erzieheranwärter zeigen musste, ob er das Ausbildungsziel erreicht hatte. Die Prüfung umfasste einen schriftlichen und einen mündlichen Teil sowie eine Erzieherprobe. Abgenommen wurden die Prüfungen vom Prüfungsausschuss, dem der Leiter der Verwaltung des Landesjugendamtes, der Leiter der Personalverwaltung, der Lehrgangsleiter sowie zwei Lehrkräfte angehörten.[46] Die schriftliche Prüfung bestand aus einer vierstündigen Klausur. »Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses bestimmt drei Aufgaben, von denen der Prüfling eine auszuwählen hat. Die Themen werden dem Unterrichtsstoff oder dem Tätigkeitsbereich des Prüflings entnommen. Die Arbeit soll dem Prüfling Gelegenheit geben, zu zeigen, dass er in der Lage ist, theoretisches Wissen in der Praxis zu nutzen. Die Themen wer-

42 Vgl. § 2: Teilnahmevoraussetzungen, in: Landesjugendamt (Hg.), AuPr.O, 1963, S. 2.
43 Vgl. § 20: Berufliche Wirkung, in: ebd., S. 11.
44 Vgl. § 4: Ausbildungsplan, in: ebd., S. 3.
45 Vgl. § 4: Ausbildungsplan, in: ebd., S. 3 f.
46 Vgl. § 10: Prüfungsausschuss, in: ebd., S. 7 f.

den dem Lehrgangsleiter in einem versiegelten Umschlag zugeleitet. Der Umschlag ist vor Beginn der schriftlichen Prüfung im Beisein der Prüflinge zu öffnen.«[47] Die mündliche Prüfung erstreckte sich auf bestimmte Fächer, wie zum Beispiel Heimerziehungslehre, Pädagogik und Psychologie, und sollte nicht länger als 50 Minuten dauern. In der Erzieherprobe sollte der Prüfling zeigen, dass er befähigt war, eine Gruppe Jugendlicher zu leiten. Dafür erhielt er am Vortag der Prüfung vom Prüfungsausschuss drei Aufgaben, von denen er eine schriftlich bearbeiten musste. Die schriftliche Ausarbeitung brachte der Prüfling am nächsten Tag zur Erzieherprobe mit und führte anschließend die Aufgabe mit einer Gruppe Jugendlicher durch.[48]

9.3.2 Die Erzieherausbildung II

Zur Erzieherausbildung II konnten Erzieher zugelassen werden, wenn sie »1. als Erzieher in einem Landesjugendheim beschäftigt [waren], 2. das 26. Lebensjahr vollendet [hatten], 3. eine längere praktische Bewährung im Erziehungsdienst nachweisen [konnten], 4. die mittlere Reife oder eine gleichwertige Schulbildung [nachwiesen] oder eine angemessene Bildungsreife [besaßen] oder durch Förderung im Heim [erhielten].«[49] Nach zwei Jahren schlossen die Erzieher ihre Ausbildung mit der Heimerzieherprüfung II ab und wurden nach bestandener Prüfung, insofern Stellen verfügbar waren, weiter in den Heimen des Landschaftsverbandes Rheinland beschäftigt sowie nach Tarifrecht besoldet. Die Erzieherausbildung II war in einen theoretischen und einen praxisbegleitenden Teil untergliedert. Laut Ausbildungsplan umfasste der theoretische Bereich den Unterricht in allgemeinbildenden Fächern, wie zum Beispiel Deutsch, Religion und Staatsbürgerliche Bildung, berufskundlichen Fächern, wie Heimerziehungslehre, Pädagogik, Psychologie und Heilpädagogik, und musischen Fächern, Werken und Sport. Ergänzt wurde die theoretische Ausbildung durch die Praxisberatung. »Die Praxisberatung soll es dem Lehrgangsteilnehmer erleichtern, die theoretischen Kenntnisse in der Erziehungsarbeit anzuwenden. Sie wird nach wesentlichen Ausbildungsabschnitten oder während der Vermittlung eines besonders schwierigen Unterrichtsstoffes durchgeführt.«[50] Zudem mussten die Lehrgangsteilnehmer zwei 12-Tage Praktika absolvieren, deren Ziel es war, ihnen Einblick in zwei bis drei andere Einrichtungen der Jugendhilfe zu gewähren.[51] Die Ausbildung endete mit der Heimerzieherprüfung II, die aus einem schriftlichen und einem mündlichen Teil bestand. Die schriftliche Prüfung bestand aus einer Hausarbeit über ein Thema aus dem Tätigkeitsbereich des Prüflings. »Für die Hausarbeit stehen dem Prüfling 4 Wochen Zeit zur Verfügung. Sie ist mindestens 3 Wochen vor der mündlichen Prüfung dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses mit der Vorzensur des Lehrgangsleiters und derjenigen Lehrkräfte einzusenden,

47 § 8: Schriftliche Prüfung, in: ebd., S. 8.
48 Vgl. § 15: Erzieherprobe, in: ebd., S. 9.
49 § 21: Teilnahmevoraussetzungen, in: ebd., S. 11 f.
50 § 24: Ausbildungsplan, in: ebd., S. 13.
51 Vgl. ebd.

deren Unterrichtsfächer die Thematik der Arbeit vornehmlich berührt.«[52] Darüber hinaus mussten zwei Klausuren angefertigt werden, die eine über ein theoretisches Thema und die andere über ein Thema der praktischen Erziehungsarbeit. Die mündliche Prüfung war als Aussprache und nicht als »Abfragen von Gedächtnisstoff« konzipiert. Außer den Fachkenntnissen sollte die Prüfung die »Reife, die Auffassungs- und Urteilskraft der Prüflinge« erkennen lassen und nicht länger als 50 Minuten dauern.[53]

1969 waren zur Heimerzieherprüfung II 16 Erzieher zugelassen, und zwar fünf Erzieher aus dem Landesjugendheim Halfeshof, ein Erzieher aus Fichtenhain, vier Erzieher vom Erlenhof, ein Erzieher aus Viersen-Süchteln und fünf Erzieher vom Abtshof.[54] Ihre Hausarbeit mussten sie beispielsweise zu einem der folgenden Themen schreiben: 1. Die erzieherischen Möglichkeiten des darstellenden Spiels in der heilpädagogischen Sondergruppe, 2. Struktur und Funktion eines Jugendwohnheimes, 3. Pausen und Stille und ihre erzieherische Bedeutung im Heim oder 4. Die Bedeutung des Arrests in der Heimerziehung.[55] Für die erste Prüfungsklausur standen den Prüflingen 1969 folgende Themen zur Wahl: 1. Möglichkeiten und Grenzen der Verwirklichung eines individuellen Erziehungsplanes aus der Sicht des Gruppenerziehers, 2. Welche politischen Funktionen erfüllen die Massenmedien in der Bundesrepublik?, 3. Erläutern Sie die Rechtsstellung minderjähriger Personen a) im Allgemeinen, b) in öffentlicher Erziehung (FE, FEH).[56] Zu einem Thema aus ihrer praktischen Arbeit in den Heimen mussten die Prüflinge 1969 ihre zweite Prüfungsklausur ablegen und dafür beispielsweise eines der folgenden Themen wählen: 1. Möglichkeiten und Grenzen der Mitverantwortung Jugendlicher in ihrer Gruppe oder 2. Erklären Sie, wie Sie die »Präventiv-Pädagogik« und das Prinzip der »Assistenz« nach Don Bosco in Ihrer Arbeit verwirklichen können.[57]

Die mündlichen Prüfungen der 16 Kandidaten der Erzieherausbildung II fanden am 22. und 23.4.1970 statt. Aufgeteilt waren sie in zwei Blöcke. Zum einen hatten die Prüflinge eine Falllösung zu erarbeiten und zum anderen ein Einzelthema zu bearbeiten und dieses den Prüfern vorzustellen. Für die Falllösung wurde den Prüflingen eine Fallgeschichte eines Jugendlichen vorgelegt, die auch die Vorgeschichte enthielt. Aufgabe des Prüflings war, anhand des Fallbeispiels etwa festzustellen, ob der Jugendliche in einem Landesjugendheim oder in einer anderen Einrichtung untergebracht werden musste.[58] Ein Einzelthema, welches den Prüflingen 1970 zur Bearbeitung gegeben wude, war beispielsweise die Sozialversicherungspflicht und die Frage: »Äußern Sie sich zu der Sozialversicherungspflicht für Minderjährige in der öffentlichen Erziehung«.[59] Alle Prüflinge dieses Lehrganges bestanden die Heimerzieherprüfung II: im schriftlichen Teil fünf Erzieher mit der Note 4, sechs

52 § 33: Schriftliche Prüfung, in: ebd., S. 16.
53 § 34: Mündliche Prüfung, in: ebd., S. 17.
54 Vgl. Heimerzieherprüfung II: Einteilung der Prüfungsgruppen, in: ALVR 40584.
55 Vgl. ALVR 40752.
56 Vgl. ebd.
57 Vgl. ebd.
58 Vgl. Falllösungen in: ALVR 40584.
59 Vgl. Einzelthemen in: ALVR 40584.

Erzieher mit der Note 3, zwei Erzieher mit der Note 3+ und drei Erzieher mit der Note 2.[60] Die Verteilung der Gesamtnote der mündlichen Prüfungen sah folgendermaßen aus: Vier Ezieher erhielten die Note 4, sechs die Note 3 und sechs die Note 2.[61]

9.3.3 Ausblick: Auf dem Weg zur staatlichen Anerkennung

Zur Verbesserung der Personal- bzw. der Ausbildungssituation der Erzieher war vorgesehen, die Erzieherausbildung des Landschaftsverbandes Rheinland Anfang der 1970er Jahre umzuändern,[62] vor allem um den Erzieheranwärtern die staatliche Anerkennung als Erzieher zu ermöglichen. Um dies zu erreichen, legte der Landschaftsverband Rheinland dem Landesjugendwohlfahrtsauschuss am 17. November 1971 eine Vorlage mit dem Anliegen vor, die landschaftsverbandseigene Erzieherausbildung umzustrukturieren, das Erzieherseminar organisatorisch als selbständige Außenstelle zu etablieren bzw. für die Ausbildung der Erzieher eine Rheinische Fachschule für Sozialpädagogik in Düsseldorf zu errichten.[63] In der Begründung zur Vorlage heißt es unter anderem, dass die »Fortführung der landschaftsverbandseigenen Erzieherausbildung für die Arbeit in den Landesjugendheimen eine Existenzfrage [ist], da nur dadurch sichergestellt werden kann, dass Erzieher in Zukunft in ausreichender Zahl und angemessener Ausbildung zur Verfügung stehen.«[64]

Am 14.12.1971 stimmte der Landesjugendwohlfahrtsauschuss in seiner 23. Sitzung der Errichtung der Fachschule für Sozialpädagogik in Düsseldorf zu, woraufhin der Landschaftsausschuss in seiner Sitzung vom 9.3.1972 den Beschluss fasste, dass für »die Ausbildung der Erzieher eine Rhein. Fachschule für Sozialpädagogik in Düsseldorf eingerichtet [werden soll]. Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderliche Genehmigung für die Errichtung der Fachschule beim Kultusministerium zu beantragen.«[65] Der Antrag auf

60 Vgl. Heimerzieherprüfung II: Ergebnis der schriftlichen Prüfung, in: ALVR 40584.

61 Vgl. Bewertungsbogen in: ALVR 40584.

62 Detailliertere Ausführungen zur vorgesehenen Neuregelung, zur Kapazität der Fachschule für Sozialpädagogik sowie zu den finanziellen Auswirkungen der Umstellung siehe Vorlage an den LJWA, Nr. 5/89 Ju (17.11.1971), in: ALVR 41765. Die Erzieherausbildung war mehrfach Tagesordnungspunkt für die Direktorenkonferenzen. Siehe dazu u.a. die Niederschriften in den Akten ALVR 38552, 38556, 38670 und 38671. Auf einer dieser Konferenzen wurde 1969 zum Beispiel die Frage diskutiert, ob es notwenig sei, die Erzieherausbildung zu differenzieren. »Es besteht Übereinstimmung dahin, daß Erzieher im Gruppendienst und am Arbeitsplatz die gleiche Grundausbildung haben müssen. Die Direktoren Knappertsbusch [Halfeshof] und Werner [Dansweilerhof] sind für eine Differenzierung und würden eine klare Trennung zwischen Gruppenerziehung und Arbeitserziehung wünschen. Dem steht die Meinung der Direktoren Gollnick [Erlenhof], Koch [Viersen-Süchteln] und Wolpers [Fichtenhain] gegenüber, die eine gleiche Ausbildung sowohl für Erzieher im Gruppendienst als auch am Arbeitsplatz befürworten, jedoch die Möglichkeit aufzeigen, dass gegen Ende der Ausbildung besondere Fächer ausgetauscht bzw. Vertiefungsgebiete ermöglicht werden könnten« (Niederschrift über die Besprechung des LJA mit den Direktoren der Rheinischen Landesjugendheime am 8.5.1969 in: ALVR 38552).

63 Vgl. Vorlage an den LJWA, Nr. 5/89 Ju (17.11.1971), in: ALVR 41765.

64 Vgl. ebd.

65 Jans, 30.4.1973, als Vorlage an den LJWA Nr. 5/174 Ju, in: ALVR 41765.

Genehmigung der Fachschule für Sozialpädagogik wurde am 27.3.1973 an die Schulabteilung des Regierungspräsidenten in Düsseldorf gestellt[66] und mit Erlass des Kultusministers vom 23.7.1973 genehmigt.[67] Somit führte die Abschlussprüfung der weiterhin berufsbegleitend durchgeführten Erzieherausbildung ab 1.2.1974 zur staatlichen Anerkennung als Erzieher. »Das Anerkennungsjahr, das die Absolventen einer Vollzeit-Fachschule ableisten müssen, bevor sie die staatliche Anerkennung zuerkannt bekommen, entfällt wegen des praktischen Einsatzes während der berufsbegleitenden Ausbildung (daher 3 statt 2 Jahre Vollzeitausbildung).«[68] Da laut Beschluss des Kultusministers die Erzieher, welche die landschaftsverbandseigene Ausbildung absolviert hatten, nicht die Externenprüfung an der Fachschule für Sozialpädagogik in Düsseldorf ablegen durften, »da hier Anstellungsträger, Schulträger und Dienstherr der Dozenten, welche die Erzieherprüfung abgenommen haben, identisch wären«,[69] wurde für sie eine Übergangsregelung getroffen. Diese sah vor, dass es für diese Erzieher die Möglichkeit gab, »sich an einer der 7 Fachschulen für Sozialpädagogik mit dem Schwerpunkt ›Heimerziehung‹ in NRW der Externenprüfung zu unterziehen und auf diese Weise die staatliche Anerkennung zu bekommen. Hier besteht kein Unterschied zwischen der bisherigen Ausbildung I und II.«[70]

Zusammengefasst kann gesagt werden, dass seit Inkrafttreten der Ausbildungs- und Prüfungsordnung 218 Erzieheranwärter die Heimerzieherprüfung I und 32 Erzieher die Heimerzieherprüfung II absolviert hatten.[71] Anfang der 1960er Jahre standen für die Ausbildung der Erzieher in Viersen-Süchteln nicht ausreichend Plätze zur Verfügung, sodass keine geschlossenen Lehrgänge gebildet wurden, sondern jedes Heim, insofern sich genügend Erzieheranwärter oder Erzieher angemeldet hatten, seinen eigenen Lehrgang gründete und die Ausbildung in den eigenen Räumlichkeiten durchführte. Erst mit der Umstrukturierung der Erzieherausbildung Anfang der 1970er Jahre und der Etablierung der Fachschule für Sozialpädagogik in Düsseldorf konnten die Teilnehmer die staatliche Anerkennung als Erzieher erlangen.

9.4 Die Personalsituation in den landschaftsverbandseigenen Heimen und ihre Auswirkung

Um den Problembereichen der Heimerziehung in den 1960er Jahren, wie zum Beispiel dem Mangel an Erzieherpersonal, zu begegnen, wurden die Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten der Erzieher und die Arbeitszeit- und Urlaubsregelung verbessert. Dennoch waren mehr als die Hälfte der in den Heimen tätigen Erzieher pädagogisch unausgebildete Kräfte,

66 Vgl. ebd.
67 Vgl. Saurbier (7.5.1975), in: ALVR 40634.
68 Ebd.
69 Vgl. ebd.
70 Vgl. ebd.
71 Anlage zur Vorlage an den LJWA (17.11.1971), in: ALVR 41765.

wie der AFET in seiner bereits erwähnten Studie über die »Lage der Heimerziehung«[72] aufzeigte. Hinzu kam, dass der »Grad der gesellschaftlichen Anerkennung, den der Berufsstand der Heimerzieher genoss, auch an der Tatsache ablesbar [war], dass eine ausgebildete Erzieherkraft schlechter verdiente als eine Stenotypistin. Folge des geringen gesellschaftlichen Status und der niedrigen Bezahlung war ein chronischer Erziehermangel. Viele Heimgruppen konnten nicht besetzt werden. Noch 1965 arbeitete in einer Gruppe meist nur eine Erziehungskraft. Die hieraus resultierende Überforderung war u.a. ein Grund dafür, dass auch im pädagogischen Bereich weiterhin ein repressiver Erziehungsstil praktiziert wurde.«[73] Auch in den landschaftsverbandseigenen Heimen bestand in den 1960er Jahren Erziehermangel, wie zum Beispiel in der geschlossenen Bewährungsgruppe des Landesjugendheimes Abtshof, in der 1967 und 1968 die Stelle des Gruppenerziehers nicht besetzt war,[74] sowie im Landesjugendheim Erlenhof, wo 1961 gleich in vier Gruppen kein Gruppenerzieher eingestellt war. Dies geht auch aus einem von Plaga 1965 ausgearbeiteten Memorandum hervor: »In den Rheinischen Landesjugendheimen fehlen seit Jahren qualifizierte Kräfte. Das liegt nicht allein an dem bekannten Mangel von pädagogischen und sonstigen Fachkräften im Erziehungssektor. Immer stärker fallen die strukturellen Veränderungen und Verbesserungen der Arbeitsbedingungen (Vergütung, verkürzte Arbeitszeit, Aufstiegsmöglichkeiten usw.) außerhalb der Heimerziehung ins Gewicht, die den Anreiz der Arbeit in einem Heim der öffentlichen Erziehung zunehmend abgeschwächt haben. Die Erkenntnis, dass höhere Vergütungen, längere und geregeltere Freizeit sowie bessere Aufstiegsmöglichkeiten, d.h. nichts anderes als Vergrößerung des individuellen Entfaltungsspielraumes, der jedem qualifizierten Mitarbeiter einen Wechsel seines Arbeitsplatzes nahe legt, wird in den Rheinischen Landeserziehungsheimen nicht nur durch die Tatsache deutlich, dass die Heime kaum noch über Sozialarbeiter als Gruppenerzieher[75] verfügen, sondern auch einem gefährlichen Absinken des geistigen Niveaus des Erziehernachwuchses, der fast ausschließlich aus der Handwerkerschaft und der Industriearbeiterschaft gewonnen werden muss.«[76]

Die Fluktuation der Erzieher bzw. der Mangel an qualifiziertem Erzieherpersonal in den Gruppen wirkte sich auch auf die pädagogische Arbeit aus, wie es im Memorandum über die Personalsituation weiter heißt: »Schwerwiegende Erziehungsschwierigkeiten, zum Beispiel Angriffe auf Erzieher, Entweichungen, haben in den vergangenen Jahren ständig zugenommen. Daß solche ›pädagogischen Katastrophen‹ z.T. auf eine schwache Besetzung zurückzuführen sind, unterliegt keinem Zweifel. Der Personalmangel im Erziehungssektor hat darüber hinaus die Erzieherschaft mit zusätzlichem Vertretungsdienst belastet. Über-

72 Vgl. AFET 1958.

73 Almstedt/Munkwitz 1982, S. 21f.

74 Zahlen zusammengetragen aus den Jahresberichten bzw. Gegebenheiten der Heimerziehung für den Abtshof in: ALVR 40362.

75 Zur Zeit stehen für 61 Erziehungsgruppen nur 17 Sozialarbeiter zur Verfügung. 33 Gruppen sind mit Erziehern besetzt, denen die Qualifikation zur Leitung einer Gruppe fehlt. Sie befinden sich teilweise in der Ausbildung, vgl. Memorandum (1965), in: ALVR 41681.

76 Ebd.

steigerte Anforderungen führen zu Nervosität und zu Spannungen unter der Mitarbeiterschaft. Nicht besetzte oder fehlende Stellen in der Heimleitung und beim höheren Fachpersonal verursachen Koordinationsfehler und Ausfälle in der notwendigen Beratung der Erzieherschaft. Sollen die Heime ihren erzieherischen Aufgaben voll gewachsen sein, so bedarf es weiterer Überlegungen zur Verbesserung der Personalstruktur, zur Vergütung und Stellenbewertung, die ihren Niederschlag in einer allmählichen zeitgemäßen Anpassung des Tarifwerkes und der Besoldung an die Bedürfnisse einer sachgerechten Nachwuchsgewinnung und Nachwuchslenkung finden müssen.«[77] Um die Personalsituation zu verbessern, wurde vorgeschlagen, die Vergütung unter anderem für Direktoren, Erziehungsleiter und Lehrer sowie Erzieher anzuheben, was schließlich mit der Eingruppierung der Erziehergehälter in den Bundesangestelltentarifvertrag (BAT) erfolgte.[78]

9.5 Fazit

Mit der Begründung des Rheinischen Erzieherseminars 1961 und der Ausarbeitung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Heimerzieher 1963 bemühte sich der Landschaftsverband Rheinland sehr, die in seinen Heimen arbeitenden Erzieheranwärter und Erzieher auszubilden. Ein Problem jedoch war, dass die Ausbildung nicht zur staatlichen Anerkennung als Erzieher führte. Diese wurde jedoch Anfang der 1970er Jahre beantragt und im Zuge der Umstrukturierung des Erzieherseminars zur Fachschule für Sozialpädagogik 1973 genehmigt. Deutlich wurde aber auch, dass sich der Landschaftsverband Rheinland erst in den 1970er Jahren verstärkt um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Heimen bemühte, um dem Personalmangel vorzubeugen. Obwohl ein Zusammenhang zwischen Personalmangel und Erziehungsschwierigkeiten in den Gruppen gesehen wurde, konnte nicht verhindert werden, dass es in den Heimen, insbesondere in der pädagogischen Arbeit mit den Jugendlichen, zu Schwierigkeiten zwischen Erziehern und Jugendlichen kam, die sich in Entweichungen, körperlichen Auseinandersetzungen oder einem repressiven Erziehungsstil äußerten.

77 Ebd.

78 Anregungen zum Bundesmanteltarif, Besprechungen über Tarifverträge für Heimerzieher sowie Listen für die Eingruppierungen u.a. von Erzieherpersonal in den BAT finden sich in: ALVR 38650.

IV. Lebenserinnerungen ehemaliger Heimkinder

Sarah Banach

1. Methodische Vorbemerkungen

1.1 Oral History und Heimerziehung

Die in einer Erweiterung des Forschungsprojektes durchgeführten Interviews sollen sowohl zur Korrektur als auch zur Ergänzung der aus den Akten gewonnenen Ergebnisse dienen. So haben sich 2009 fast 100 Betroffene und ehemalige Erzieher bei einer Hotline des Landschaftsverbandes Rheinland gemeldet. Die Anrufer wollten einerseits »ihre Geschichte« als eine Kompensation für die lange fehlende Beachtung ihrer Schicksale erzählen. Denn sowohl die Träger als auch sie selbst haben über die Verhältnisse in den Heimen geschwiegen. Darüber hinaus berichteten sie auch interessante Aspekte über den Heimalltag und atmosphärische Details über die Einrichtungen, die sich nicht in den untersuchten Quellen niedergeschlagen haben und eine historische Auswertung geboten erscheinen lassen. Eine noch umfangreichere historisch-systematische und methodisch kontrollierte Einbeziehung der Erfahrungen von Zeitzeugen wäre erwünscht, konnte aber bislang arbeitstechnisch aufgrund der finanziellen und zeitlichen Begrenzung des Gesamtprojektes nicht geleistet werden. Im Folgenden wird zunächst allgemein die Bedeutung und die Funktion der durch die Methode der Oral History gewonnenen lebensgeschichtlichen Zeugnisse der ehemaligen Heimkinder skizziert. Anschließend wird beschrieben, wie die Interviews im Rahmen dieses Forschungsprojektes durchgeführt und ausgewertet wurden.

Nach bisherigen Erkenntnissen der Oral History eignen sich Interviews für historische Rekonstruktionen in zwei wesentlichen Hinsichten: 1. Oral History dient als Quelle über Bereiche, die in der Aktenüberlieferung nicht auftauchen. Hier ist besonders an die Alltagsgeschichte zu denken. Im vorliegenden Fall der Geschichte der Heimerziehung sind sie als ergänzende oder manchmal auch einzige Überlieferung über alltägliche Begebenheiten und individuell erlebte Besonderheiten von hohem Wert. So lassen sich meist weder in Visitationsberichten der Heimaufsichtsbehörden noch in Heimordnungen konkrete Informationen über die Bedeutung der Gefüge in den jeweiligen Wohngruppen für Heimkinder finden. Aber gerade diese Strukturen spielen in den bislang geführten Gesprächen mit Betroffenen oft eine ähnlich große Rolle wie zum Beispiel der enge Ordnungsrahmen. Gerade für schwächere Heimkinder konnte diese »Hackordnung« den Heimalltag außerordentlich negativ beeinflussen. Auch über die tatsächlichen Arbeitsbedingungen der Minderjährigen in den Heimen – positive wie negative – halten sich die schriftlichen Quellen oftmals bedeckt, da hier eher Angaben zum Umfang der Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten abgebildet sind. Schließlich scheint es für die im Heim untergebrachten Kinder und Jugendlichen auch im urteilenden Rückblick großes Gewicht zu haben, ob sie beispielsweise unter den Mitarbeitern eine feste Bezugsperson gefunden und ob bzw. welche Strafen sie erfahren haben. Dieser wichtige Aspekt für ein differenziertes

Bild der Heimerziehung ist ebenfalls häufig nur im Rahmen einer Zeitzeugen-Befragung zu ermitteln. 2. Oral History beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit der Verarbeitung von Geschichte, der Veränderbarkeit der Selbstdeutungen von Menschen. Das Berichtete liegt zum Zeitpunkt eines Interviews bereits länger zurück und erhält seine Formung durch verschiedene Filter. Die rückblickende mündliche Erzählung ist nur eine von vielen Quellen, die neben den zeitnäheren Formen von Tagebüchern, Briefen usw. existiert.[1] Erinnerung erhält erst durch die Einflüsse der dazwischen liegenden Zeit Beständigkeit. Die in Interviews produzierten Lebenserinnerungen spiegeln Wahrnehmungen, Interpretationen und Erfahrungsmuster wider, die bei der wissenschaftlichen Analyse nicht ausgeblendet werden dürfen. Die Differenz zwischen historischer Wirklichkeit und der sie abbildenden Quelle ist durchaus kein Merkmal der Erinnerungen. Sie dienen, wie andere Quellen auch, als »Überreste« zur Rekonstruktion von Geschichte in einem Prozess des Spurenlesens.[2] Sie bedürfen der Kritik wie andere Quellen auch.

Der Oral History wird häufig vorgeworfen, sie sei als Methode unwissenschaftlich und die dabei erstellten Quellen seien nur »subjektiv«. Wissenschaftliche Ansprüche wie Repräsentativität und Objektivität, Aussagekraft und Generalisierbarkeit würden nicht erfüllt. Dieser Kritik liegt das Missverständnis zugrunde, dass aus erzählten Lebenserinnerungen exakte Beschreibungen der historischen Wirklichkeit erwartet werden. Vertreter der Oral History verweisen jedoch gerade auf die Subjektivität als kennzeichnende Qualität des lebensgeschichtlichen Interviews. Oral History kann nicht so repräsentativ sein wie quantitative sozialwissenschaftliche Erhebungen; es ist auch nicht ihr Anspruch. Es ist nicht nur arbeitstechnisch unmöglich, die dafür notwendige Zahl von Interviews zu führen, sondern auch die Auswahl der Interviewpartner unterliegt vielen einschränkenden Kriterien. Zum Zeitpunkt der Projektdurchführung leben oft nur noch bestimmte Interviewpartner, und von diesen ist nur eine gewisse Anzahl zu einem Interview bereit. Deswegen haben die qualitative Auswahl der befragten Gruppe von Interviewpersonen, die quellenkritische Untersuchung und Deutung der lebensgeschichtlichen Erzählungen und der Vergleich der Ergebnisse mit denjenigen aus anderen Quellen in historischer Perspektive mehr Bedeutung. Wichtig erscheint dabei die Reflexion der Auswahl der Interviewpartner, um Grenzen möglicher Interpretationen deutlich werden zu lassen.[3] Die Überlagerungen, Deckerinnerungen und konstituierenden Prozesse der Erlebniswahrnehmung, Erlebnisverarbeitung und erzählenden Rekonstruktion sind ein wichtiger Bereich in der methodischen Diskussion über die Oral History.[4] Die biographische Forschung weist darauf hin, dass es nicht nur kollektive Muster der Erinnerung gibt, sondern ebenso Orientierungen

1 Als Überblick über die Interpretation verschiedener Quellen vgl. beispielsweise Rusinek/Ackermann/Engelbrecht 1992, insbesondere die Beiträge von Zimmermann, S. 13 ff.; Hüttenberger, S. 27 ff.; Weiss, S. 45 ff.; Engelbrecht, S. 61 ff.

2 Vgl. hierzu die Bemerkungen bei Niethammer 1994. Vgl. aus der Perspektive der Gedächtnisforschung Welzer 2000; Welzer 2001; und Welzer 2002.

3 Siehe die grundsätzliche Skepsis gegenüber einer quantifizierenden Auswertung vor dem Hintergrund der Praxis bei Niethammer 1985, sowie bei Niethammer 1994, S. 457–501, bes. S. 485 f.

4 Vgl. Niethammer 1985, S. 392 ff.; Geppert 1994.

am biographischen Gesamtkonzept des sich Erinnernden sowie an Formtraditionen der gesellschaftlichen Kommunikation (zum Beispiel Lebenslauf, Beichte, ärztliche oder pädagogische Anamnese). Die Interviewpartner greifen auf einen Fundus von Erzählfiguren und kollektiver Geschichtentradition zurück. Zudem existiert eine Differenz von Ereignis, Erlebnis und Erinnerung. Ereignisse werden erst in der Wahrnehmung und im Erlebnis Einzelner konstituiert. Erlebnisse wiederum werden in den lebensgeschichtlichen Erzählungen aus einer Perspektive der Gegenwart erinnert. »Indem sich die Erinnerung auf ein vergangenes Erlebnis bezieht und damit auf das Gesamtsystem der möglichen Perspektiven verweist, unter denen sich das Erlebnis für den Erinnernden darbieten kann, also auch auf die Perspektive kurz nach dem Erleben, wirkt die Vergangenheit auf die Gegenwart ein.«[5] Es gilt zu beachten, dass Lebensgeschichten sowohl auf die sie prägenden Ereignisse in der Vergangenheit wie auf die Deutungsmuster in der Gegenwart der Zeitzeugen verweisen, die sie konstruieren. Es bleibt deshalb geboten, die erzählten Erlebnisse zu analysieren, um die Mechanismen ihrer Auswahl aus dem Gedächtnis und die Art ihrer Darbietung zu verstehen.

Ein lebensgeschichtliches Interview ist ein Interaktionsprozess zwischen Interviewtem und Interviewer. Die Interviewer sind an der Produktion der Quellen beteiligt. In diesem Zusammenhang kann im besten Falle von einer kreativen Rolle des Interviewers für den Interviewprozess gesprochen werden, von »Mäeutik« (Geburtshelferkunst), die im philosophischen Sinne durch geschicktes Fragen die Antworten hervorbringt, die dem Befragten vorher nicht klar waren.[6] Im schlechtesten Fall kann es aber auch zu einer Störung der Kommunikation kommen, in der die Beziehungsaspekte der Kommunikation die Inhaltsaspekte überlagern. Bisherige Auswertungen von Oral History-Projekten zu anderen Themen wie auch zur Erfahrungsgeschichte der Heimerziehung[7] verweisen zudem auf die so genannte Sättigung im Interviewmaterial, die es erlaubt, auch mit kleinen Zahlen zu führender Interviews Aussagen beispielsweise über Muster der Erinnerung zu treffen.[8] Vor dem Hintergrund der gegebenen Problematisierung, aber auch der Chancen einer Annäherung an das Thema mit den Mitteln der Oral History sind lebensgeschichtliche Interviews mit ehemaligen Heimkindern durchgeführt worden, die im Hintergrund von einem spezifischen Leitfaden mitbestimmt waren. In der Praxis können Interviews sowohl lebensgeschichtlich als auch leitfadengestützt sein. Um die Relevanz der erzählten Geschichten für die gesamte Biographie der Interviewten bestimmen zu können, bietet sich aber ein lebensgeschichtlicher Ansatz an, der durch einen Leitfaden thematisch entsprechend zu vertiefen ist. Dabei wird im Ablauf idealtypisch von drei Phasen ausgegangen – einer offenen Phase, einer Nachfragephase und einer durch den Leitfaden bestimmten Phase, welche nicht bereits im Gesprächsverlauf behandelte Themenfelder abdecken

5 Rosenthal 1995, S. 132.

6 Vgl. Vorländer 1990.

7 Siehe beispielhaft die Befragungen bei Kuhlmann 2008; Lützke 2002; Fontana 2007; Gatzemann 2008; Schmuhl 2009.

8 Niethammer spricht dabei vom Erfahrungswert von fünf bis 15 Interviews, aus denen sich »gesättigte Verlaufstypen«, die eine Auswertung erlauben, herauspräparieren lassen (Niethammer 1978, S. 208).

soll.[9] Vorbilder für bereits durchgeführte Interviewauswertungen mit Heimkindern liegen unter anderem für das Rheinland vor. In ihrer Dissertation über die Öffentliche Erziehung und Heimerziehung für Mädchen im Rheinland von 1945 bis 1975 verbindet Anette Lützke die Auswertung zahlreicher Fürsorge-Akten mit Interviews von neun ehemaligen weiblichen Heimkindern. In ihrer Studie waren nur Frauen zu einem Gespräch bereit, die sich nach dem Heimaufenthalt im Leben »bewährt« hatten. Lützke kommt zu dem Ergebnis, dass die Befragten über unterschiedliche Strategien im Umgang mit den Ereignissen der eigenen Heimerziehung verfügen. Vollständige Abspaltung und starke Verdrängung im privaten Bereich bestimmten hier nicht selten den Blickwinkel.[10]

1.2 Auswahl der Interviewpartner

Bei der Auswahl der Interviewpartner ist nicht nach Kriterien einer vermeintlichen »historischen Gerechtigkeit« verfahren worden, die in psychologischer Hinsicht möglichst viele Menschen oder besonders schwere Schicksale zu Wort kommen lässt.[11] Hier galt es vielmehr, eine qualitative Auswahl zu treffen, die sich an Kriterien orientiert, die durch die Auswertung des Aktenmaterials als vermeintlich typisch oder als systematisch fehlend in anderer Überlieferung identifiziert werden kann. Vor diesem Hintergrund wurden aus den ca. 100 Anrufern der Hotline des Landschaftsverbandes Rheinland 20 Personen ausgewählt, die in landschaftsverbandseigenen Heimen bzw. in konfessionellen Belegheimen des LVR untergebracht waren, evangelischer oder katholischer Konfession waren, zu unterschiedlichen Zeiten (Nachkriegszeit, 60er Jahre, 70er Jahre) in diesen Heimen gelebt haben, die männlichen oder weiblichen Geschlechts waren, um ein möglichst differenziertes Bild an möglichen Themen und Erfahrungen abdecken zu können. Aus dieser Stichprobe erklärten sich 14 Personen bereit, ein Interview zu geben. Die befragten ehemaligen

9 Vgl. zur Beschreibung dieses Vorgehens Breckner 1994.

10 Lützke 2002, S. 444. Kuhlmann, die ihre Interviewpartner für ihre Untersuchung über eine Tageszeitung gesucht hatte und ehemalige Heimkinder wie auch Erzieher befragte, betont die Ambivalenz mancher Erzählungen. So wurden das Aufwachsen und die Arbeit im Heim innerhalb eines Interviews oft positiver und dann auch wieder negativer erinnert. Das Heim galt sowohl als »Knast« wie auch kurze Zeit später als Ort, an den der Erzählende nach der Entlassung wieder zurück wollte. »Im Verlauf einiger Interviews präzisierten die Befragten auf Nachfragen die widersprüchlichen Erinnerungen, und viele bekannten sich auch zu ihren bis heute ambivalenten Gefühlen« (Kuhlmann 2008, S. 39). Zu Erinnerungsmustern bzw. Erfahrungsrekonstruktionen von ehemaligen Heimkindern vgl. auch Kuhlmann, Erfahrungsrekonstruktionen.

11 Die Schaffung von Kommunikationsgelegenheiten für Opfer historischer Ungerechtigkeiten kann nicht das primäre Ziel historischer Forschung sein. Dies muss im vorliegenden Themenfeld der Heimerziehung den Einrichtungen bzw. Verbänden der Träger von Einrichtungen, wie z.B. dem LVR, der Caritas, der Diakonie, dem Paritätischen Wohlfahrtsverband bzw. der Arbeiterwohlfahrt aufgetragen bleiben, die sich hier nicht von einer Betreuungsaufgabe entlasten können. Vielfach organisieren sich mittlerweile die Opfer in Internetforen selbst.

Heimkinder waren zwischen 40 und 65 Jahre alt, die meisten von ihnen waren ca. 60 Jahre alt. Interviewt wurden vier Frauen und zehn Männer, von denen etwa die Hälfte in landschaftsverbandseigenen Heimen, wie zum Beispiel dem Erlenhof bzw. Halfeshof, oder in konfessionellen Belegheimen, wie zum Beispiel dem Gertrudisheim in Düsseldorf, untergebracht waren. Zwei dieser Interviews mussten vorzeitig abgebrochen werden, da sich die Interviewpartner im Gespräch nicht mehr zugetraut haben, sich mit den eigenen Erinnerungen intensiv zu konfrontieren bzw. über ihre Erlebnisse im Heim zu berichten. Von Seiten des Interviewers war es in dieser Situation wichtig, den Zeitzeugen nicht zu drängen, weiterzuerzählen, sondern ihn als sehr betroffenen Menschen zu sehen und das Unvermögen, über die Erlebnisse sprechen zu können, zu akzeptieren und zu respektieren. Die anderen interviewten ehemaligen Heimkinder haben sehr bereitwillig über ihre Erlebnisse im Heim berichtet, aber auch ihre gesamte Lebensgeschichte erzählt. Im Zusammenhang mit ihrem Erleben wurde in ihren Erzählungen immer ein zentrales Thema deutlich. Dies soll im Rahmen der Auswertung der Interviews herausgestellt werden.

1.3 Durchführung der Interviews

Die Durchführung der Interviews bestand aus drei Phasen; der Vorbereitung, dem Interview und der Nachbereitung bzw. der Auswertung. 1) In der Vorbereitungsphase wurde das Interview als problemzentriert-narratives Interview angelegt.[12] Das bedeutet, dass die Interviews zwar einem Frageleitfaden folgten, dieser jedoch dem Erzählbedürfnis des Interviewten untergeordnet war, da die Interviewpartner zu Beginn des Interviews aufgefordert waren, über ihr Leben zu erzählen (narrativer Teil). Erst anschließend erfolgte der Nachfrageteil (problemzentrierte Fragen). Die Kontaktaufnahme zu den Interviewpartnern erfolgte über die bei der Hotline des LVR hinterlassene Telefonnummer. In einem ersten Telefonat wurde der Hintergrund für den Anruf erklärt und ein Termin für das Interview vereinbart. 2) Das Interview fand in den meisten Fällen in der Wohnung des Zeitzeugen statt. Nur ein Interview wurde an einem neutralen Ort durchgeführt. Anwesend waren in der Regel der Interviewer und der Zeitzeuge, nur in einigen Fällen nahm auch die Partnerin bzw. der Partner als Zuhörer an dem Gespräch teil. Im Anschluss an das Interview wurde ein Dokumentationsbogen erstellt, in dem der Interviewer unter anderem die Kontaktaufnahme und Anbahnung des Interviews, die Interviewumgebung bzw. die Situation/Atmosphäre während des Interviews beschrieb. Anschließend wurden die Interviews transkribiert. In einem weiteren Schritt wurden die transkribierten Interviews den Interviewpartnern zurück gesendet. Damit war beabsichtigt, dass diese ihre Aussagen gegenlesen und Korrekturen an falsch transkribierten Namen, Orts- oder Sachbetreffen durchführen konnten. 3) Nach der Transkription erfolgte die Auswertung der Interviews

12 Zum problemzentriert-narrativen Interview vgl. Witzel 1982.

mit Hilfe der Methode des Thematischen Kodierens.[13] In einem ersten Schritt wurde das Interview aufmerksam durchgelesen und zu Themenschwerpunkten zusammengefasst. Durch diese Vorgehensweise konnte ein zentrales Thema des Interviews herausgearbeitet werden. Ziel der Auswertung ist, durch die Darstellung und Auswertung von Einzelfällen das zentrale Thema des Gesagten zu erfassen und die unterschiedlichen subjektiven Erfahrungen für sich sprechen zu lassen bzw. diese als Gegensatz oder Ergänzung der Erkenntnisse aus den Sachakten zu verwerten.

13 Das Thematische Kodieren erfolgte in Anlehnung an die Methode von Flick, vgl. Flick 1999.

2. Exemplarische Interviewanalysen

Aus der vorgestellten Gesamtmenge wurden exemplarisch vier Interviews ausgewählt. Die Auswahl für die Falldokumentation erfolgte nach dem Schema, möglichst viele konträre Erfahrungen einzubeziehen, wie beispielsweise Heimerziehung als positive oder negative Erfahrung, Heimerziehung in der Erinnerung einer jungen schwangeren Frau bzw. eines jungen Mannes bzw. Heimerziehung in einem landschaftsverbandseigenem Heim bzw. einem konfessionellen Belegheim des Lanschaftsverbandes Rheinland. Die Auswertung der Interviews erfolgte wie oben beschrieben. Die Falldokumentation beginnt mit einer biografischen Skizze und wird mit einer Zusammenfassung des zentralen Themas abgeschlossen.

2.1 Herbert Vogel

Herbert Vogel wurde 1938 in Wuppertal geboren. Er wuchs mit drei jüngeren Geschwistern auf. Seine Eltern waren verheiratet. Mit 16 Jahren erfuhr er, dass sein Vater nicht sein leiblicher Vater war. Er ist evangelisch getauft. Herbert Vogel ist verheiratet und hat fünf Kinder. Ein Sohn ist verstorben; sein jüngster Sohn wohnt noch bei ihm in der Wohnung. Herbert Vogel hat (vermutlich) einen Volksschulabschluss. Mit 13 Jahren kam er in die Heimerziehung und wurde im Halfeshof in Solingen untergebracht, wo er ein Jahr lang lebte. Der Grund für seine Einweisung in die Heimerziehung war nach seinen Angaben, dass er ein »ziemlicher Rabauke« war und sich »geschlagen hat wie ein Kesselflicker«. Zudem klaute er manchmal. Im Halfeshof wurde er anfangs in einer Aufnahmegruppe untergebracht, in der nach vier bis sechs Wochen entschieden wurde, in welche Gruppe die Jugendlichen kommen bzw. zu welcher Arbeit sie eingeteilt werden sollten. Herbert Vogel kam in eine altersgemischte Gruppe mit 10 bis 15 Kindern und Jugendlichen und arbeitete in der Landwirtschaft. Nach seiner Zeit im Heim begann er mit 16 Jahren eine Lehre als Maschinenschlosser und Gebläsebauer, die er nach zweieinhalb Jahren abbrach, da er, als sein Stiefvater erkrankte, für die Familie Geld verdienen musste. Arbeit fand er im Hoch- und Tiefbau. Mit 57 Jahren wurde er arbeitslos und ging mit 60 Jahren (auch krankheitsbedingt) in Rente. Zur Zeit des Interwiews (2009) war er 71 Jahre alt.

Herbert Vogel war von 1951 bis 1952 im Halfeshof in Solingen untergebracht. In seinem Interview berichtet er viel über seine Arbeits- und Straferfahrungen im Halfeshof. Zudem hatte er das Gefühl, dass es der Erzieher auf ihn »abgesehen« hatte, da er mehr Aufgaben übertragen bekam als andere. Die Frage, ob Herbert Vogel eine Ausbildung oder Lehre beginnen mochte, wurde von Seiten des Heimes nicht an ihn gestellt. Aufgrund positiver Erinnerungen an Erlebnisse auf dem Land entschied sich Vogel für die Arbeit in der Landwirtschaft. Von da ab ging er jeden Tag zur Arbeit auf einen Bauernhof, der ungefähr 15

Gehminuten vom Halfeshof entfernt lag. Nebenbei bzw. vor und nach der Arbeit auf dem Bauernhof musste er noch in der heimeigenen Landwirtschaft arbeiten. Das hieß tägliche Arbeit von vier Uhr morgens bis abends, manchmal auch nachts, zum Beispiel wenn Ferkelgeburten anstanden. Warum er diesen zusätzlichen Dienst erledigen musste, weiß Vogel nicht, sagt aber dazu, dass der Erzieher ihn »auf dem Kieker« hatte.[1] Das Gefühl, dass der Erzieher ihn »auf dem Kieker« hatte, wurde auch daran deutlich, wie er beim Kühe melken und bei den Ferkelgeburten behandelt wurde. H.V.: »Und denn ging es so 'n paar Tage gut und denn kam der Erzieher an und meinte dann: Also ab morgen früh seid ihr beiden [Herbert Vogel und sein Freund] im Kuhstall. Kühe melken. Kühe melken? Ich Kühe melken? Ich hab' noch nie ne … ich hab' zwar 'ne Kuh gesehen. Aber Kühe melken, das war für mich nen, ähm, Buch mit sieben Siegeln. Na jedenfalls wurden wir um vier Uhr aussem Bett geschmissen. Ach, bis ich da erst mal wach war, das hat 'ne halbe Stunde gedauert. War ich ja nich' gewohnt. Und dann stand unten an der Treppe so'n klein Männeken, vielleicht so einsfümmensechzig, einssiebzig groß, bepackt wie en Maulesel, also Höhe mal Breite mal Tiefe; solche Arme, äh, Hände wie 'n Suppenteller. Meine Meinung, die ich heute hab' und der packte uns beide so an der Schulter un' dann schob er uns in den Kuhstall und dann sah ich denn die Kühe da. […] Mal erst gezählt: vierenzwanzig Kühe! Ich denk': Du lieber Gott, dat kann aber lustig werden. Und dann zeigte er uns, wie gemolken wird. Immer so schön von oben nach unten, erst den Finger nass machen, mit dem bisschen Milch … Die Milch is' fettig, ihr braucht keine Creme. Damals auch schon, so 'ne Art Gleitcreme. Ja und dann ham wa uns die Finger nass gemacht un dann ham wa angefangen. Und das hat dann keine fünf Minuten gedauert, da steht der neben mir und da meint er: Du muss' nich' so machen, soo! Und da trat der mir den Schemel unter'm Hintern weg. Und da saß ich – auf Deutsch gesagt – inne Scheiße. Das war's erste. Das hat der mehrere Male wiederholt. Nee, ich denk', du bis aber einer von denjenigen, die es aber wissen wollen, verdammt noch mal! Sagen konnte man ja nichts, allein schon aus Angst, die man hatte, überhaupt was zu sagen. Dann, ja, ne, dann kam noch so verschiedenes hinterher: Da mussten wa sogar noch bei den Schweinen Geburtshelfer spielen. Das ging dann durch, die ganze Nacht bis morgens früh und dann is' mir zwischendurch so'n Ferkel gestorben. Ich weiß nicht warum. Es kann sein, dass ich vor lauter Aufregung – weil ich das ja noch nie gemacht habe – den Schleim aus de Schnauze nehmen, dat hab' ich wahrscheinlich vergessen. Jedenfalls war das Ferkel tot. Und dann kam der Schweizer [der Erzieher] zwei, drei Stunden später und fragte: Alles klar? Ich sag: Joo. Und wat is' das da? Ich sag: dat is' tot. Tot geboren, oder gestorben? Ich sag: weiß ich nich', ich sag: wahrscheinlich gestorben. Da hat der mir einen auf das Gesicht gehauen … äh, dass ich mich nicht überschlagen hab', dat war alles. Dat war ja […]. Da bin ich mal erst laufen gegangen und der natürlich hinter mir her. Warum, weiß ich nich. Aber er wollte mich wahrscheinlich noch mal strafen. Aber dat hat er nicht geschafft. Da bin ich inner Scheune 'rein, oben drauf und da war ich weg.«[2]

1 Interview Herbert Vogel (15.9.2009), S. 7, in: ALVR 49433.
2 Interview Herbert Vogel (15.9.2009), S. 3 f., in: ALVR 49433.

Das Verhalten des für die Ställe zuständigen Erziehers hat Herbert Vogel als sehr gewalttätig in Erinnerung. Wenn er sich weigerte, bestimmte Aufgaben zu erledigen, gab es Schläge oder Tritte, die er als sehr schmerzhaft in Erinnerung hat. Zur Strafe musste er den Parkettboden »schrubben«, bis seine Knie anschwollen und er eine Knievereiterung bekam, die eine Woche lang auf der Krankenstation behandelt werden musste. H.V.: »Dann irgendwann mal, kam er [der Erzieher] an, da ging es dann so reihum, guckte jeden so an und meinte dann: Ja, wir müssen mal den Fußboden schrubben. Och, hab ich gesagt: schrubben, schön! Feuchten Lappen, 'nen Schrubber, Eimer Wasser, was weiß ich, und dann: Jö! Hab ich so gedacht. Da wurde der abgezogen und der Dumme war ich. Warum, weiß ich nicht. Vielleicht hatte der mich auf' m Kieker. Der hat so viel mit mir angestellt, das kann ich Ihnen gar nicht … ich weiß dat gar nicht mehr, aber ich hab es noch hier oben drin, irgendwie. Und am nächsten Tag kam er dann an mit 'nem Eimer; 'nem halben Eimer voll Sand, 'nem Eimer mit Wasser und 'nem Ziegelstein. Ich hab dann geguckt. Ja, sagt er, ich erklär dir das gleich. Sacht er: Moment, das wird noch spannend. Meint er heut Abend musste damit fertig sein. Ich sag: womit? Ja, mit dem Boden. Und das war ein Parkettboden. Alles solche Brettchen, und dann wieder so, immer schön. Meiner Erinnerung nach etwa so groß und so breit. Die müsste da eigentlich heut' noch drin sein. Das muss ein Schweinegeld gekostet haben. Dann gab er mir den Ziegelstein in die Hand. Den machste erst nass und dann gehste damit in den Salz- äh, Salzeimer … In den Sandeimer und dann – Brettchen für Brettchen – immer schön rauf und runter, rauf und runter – Brettchen für Brettchen. Und wenn das gut ist, ich komm dann und guck' zwischendurch mal. Dann war der zwei Stunden weg. Da hab ich den nicht mehr gesehen. Und ich saß da und hing da auf meinen Knien. Immer: gib ihm Saures. Um dem jetzt 'nen Gefallen zu tun, hab ich die besonders geschrubbt, hab noch drauf gedrückt, ich Idiot. Er kommt, guckt sich das an: Ah, sacht er, das is aber nicht in Ordnung. Das musste noch mal machen. Und abends taten mir die Knie weh; da hab ich grad die Hälfte von dem gesamten Raum fertig. Mir taten die Knie weh! Ich wusste nicht mehr, wo ich es suchen sollte. Und dann hat er wahrscheinlich Erbarmen gehabt, weil ich ihm das gezeigt hab, das war alles feuerrot. Ich hatte ja kein Schrubb da drunter, nix. Nur die blanken Knie auf diesem Boden! Und ab und zu kniet man sich ja mal auf den Sand, weil der sich ja mittlerweile trocknet und verteilt sich dann. Und dann kniet man mit den Knien auf dem Sand rum. Ich hab heut noch 'nen Steinchen hier drin. Dat is immer noch da! Ja, und dann kam er dann wieder, nach 'ner Stunde, anderthalb: Wie, noch nicht weiter? Nee, ich sag: hier gucken Se mal, ich sag: mir tun die Knie weh, ich sag: es geht nicht mehr! Ach, 'nen Indianer kennt keinen Schmerz! Morgen wird weitergemacht! Den Satz hab ich, wie wir da raus waren, noch zigmal gehört: Indianer kennt kein Schmerz. Hab ich vorher noch nie gehört. Und am nächsten Morgen ging et dann weiter. Die waren weg, ich sollte eigentlich in den Kuhstall, aber dat war ja nix, ich musste ja den Boden machen. Jedenfalls hab ich dann weitergeschrubbt. Bis abends hab ich durchgehalten. Und am nächsten Morgen hatt ich so ein Knie. Das war aber wirklich rings rum so dick geschwollen. Und da guckt der mich an und fragt mich doch: Wat haste denn mit den Knien gemacht? Ich sag: das kommt von dem Schrubben da; den ganzen Tag auf dem blanken Knie, ich sag: auf dem harten Fußboden. Ich sag: ich kann nich' mehr; ich sag: ich tu auch nicht mehr! Sagt er: ›Dat zeig ich dir: tu ich nich mehr!‹ Da hat der mich

noch eine Stunde lang gezwungen, dat weiterzumachen. Aber nächsten Morgen muss er wahrscheinlich Muffen gekriegt haben, da hat er mich gepackt und da sind wir dann in 'ne Krankenstation. Dat hat er dann doch geschafft. Aber das nach zweieinhalb Tage. Da hatt' ich eine so genannte Kniescheibenvereiterung. Ich kann Ihnen was sagen: da hab ich was mitgemacht! Mein lieber Schwan! Die Narbe hier, die hab ich heute noch.«[3]

Dass ihn der Erzieher »auf dem Kieker« hatte und Herbert Vogel sich im Vergleich zu anderen Kindern im Heim als der »Dumme« bzw. der »Leidtragende« fühlte, dies schildert er eindrucksvoll in seiner Erinnerung an das Schweine-Schlachten bzw. Schweineblut-Trinken müssen. H.V.: »Jedenfalls hieß es dann mal, irgendwann morgens früh: Wir schlachten heute. Und dann haben wir zwei, zwei Schweine – und zwar war das genau, wenn man so die Treppe rauf ging, auf der rechten Seite, da war so'n kleines Gebäude. Was das heut ist, das weiß ich nicht. Und da drunter war noch'n Gebäude. Was das jetzt war, weiß ich nicht. Aber da wurde drin geschlachtet. Wir standen da, und die Schweine standen vor uns, und da kam der mit so'nem komischen Gerät an und das gab 'nen Knall und dann fiel das Schwein um. Hab ich erst später erfahren: Bolzenschussgerät. Jahre später erst. Dann war er abends wahrscheinlich schon da drin, da hatt er so'n großen Kessel – wie 'ne Badewanne sah das aus – Wasser heiß gemacht, und da wurden die Schweine dann reingelegt, und dann durften wir die schrubben, damit die Haare weggingen. Ob da noch'n Zusatzmittel mit drin war, kann ich nicht sagen; aber ich glaub nur, dass das Heißwasser war. Ja, wir natürlich mit dem Messer: gib ihm Saures, die Haare runter und was wir vergessen hatten: Schweine ham ja grundsätzlich schon mal den Speck am Hals und das waren Falten. Da ham wir beide nicht drauf geachtet. Jedenfalls kam der Schweizer [der Erzieher] wieder, nach 'ner Stunde oder anderthalb Stunden und meinte dann: Alles sauber? – Hmm. Dann hob er das dann so aus der Wanne, sacht er: Was ist das? Oh, ich sag, Borsten. Klatsch, hatten wir wieder einen. Mein Jugend-, mein Nachbar, der wusste gar nicht, was los war. Der hat nichts damit zu tun gehabt. Der stand da bloß und hat geguckt. Aber ich war wieder der Dumme! Ich, ich musste die Ohrfeigen wieder einstecken. Dann ging er zu ihm, der kriegte anschließend auch noch einen. Na ja, gut, es musste eben so sein, ich war nun mal der Leidtragende. Ich weiß nicht warum. Ich hab' in meinem ganzen Leben Pech gehabt. Ich hab noch nie richtig Glück gehabt. Dann hieß es dann: Ja, Schwein auf den Tisch! Nur er ging dann mit de Hände drunter, hob das vier Zentnerschwein hoch oder dreieinhalb, ich weiß es nicht und schmiss dat dann auf so'n Tisch. Dann nahm er sich'n Messer und war da am Wetzen, am Schleifen, mit so 'nem komischen langen Ding, das ham wir jetzt auch hier, wo man Messer mit schärft, und dann hat der dem die Schlagader aufgeschnitten und hat das ausbluten lassen. Da ist mir schon komisch geworden. Und da stand dann natürlich so 'ne Wanne. Und dann hat der den Tisch so 'n bisschen angehoben auf einer Seite – da hat er so 'n Klotz drunter gemacht, damit das schön nach vorne lief, das Blut. Ach, dacht ich, du lieber Gott. Und das roch so komisch! Buah, ich denk das … nee. Na ja, hat dann vielleicht so zehn Minuten gedauert, viertel Stunde, dann kam nix mehr. Da nahm er sich das Schwein, schmiss das einfach so runter auf den Boden, nahm sich das

3 Ebd., S. 5.

nächste dicke Schwein, legte das da drauf und dann hat denn die Adern auf jeder Seite durchgeschnitten, und da kam der plötzlich mit drei Bechern an. Erst hab' ich gedacht, kriegen wir was zu trinken? Kriegten wir auch. Ham wa gekriegt. Und wissen Se auch wat? Das frische Schweineblut, lauwarm. Ich denk nee, muss das sein? Mann, sagt er, hör doch auf, da kriegt man Kräfte von! Da werdet ihr … guck mich mal an! meint er, was meinste woher ich den Körper hab? Nur von Schweineblut und viel Fleisch essen, wat weiß ich! Ich guck' meinen Nachbarn an, nee, machen wir nicht! Türe auf, beide raus, der hinter uns her, der kleine Zwerg. Der hat uns beide hinten so genommen, hat uns hochgenommen und hat uns wieder da rein getragen. Wir sind nicht gegangen, konnten wir gar nicht, weil wir so ein Stück über dem Boden schwebten! So Kräfte hatte der Mann! Wir konnten gar nicht laufen! Da hat der uns dann fallen lassen – die drei Becher standen da. So, sacht er, den nehm ich und den nehmt ihr zwei! Der war vielleicht so hoch, ungefähr diesen Umfang, also, 'n halber Liter war bestimmt da drin, wenn nicht mehr. Und da kam er dann mit 'nem Löffel an und da hat er irgendwas drauf. Heute weiß ich, dass das Salz gewesen ist. Rein getan und rumgerührt und das ham wir dann notgedrungen getrunken, notgedrungen! Mir ist auch nicht übel geworden und meinem Kollegen auch nicht; aber der hat sich daran ergötzt, der leckte sich die Schnute ab, das wollt ich noch gesacht haben: Da unten is noch mehr drin, da sind noch ein paar Liter. He, ich denk', nee, buah! Aber man gewöhnt sich an alles. Der Mensch ist ein Gewohnheitstier. Nachher ham wir das sogar verlangt, komischerweise. Wie ich auf die Idee gekommen bin, weiß ich auch nicht!«[4]

Herbert Vogel hat überwiegend negative Erinnerungen an die Zeit im Halfeshof, da diese geprägt war von Schlägen, Fußtritten, Willkür und Zwang. Zudem hatte er das Gefühl, dass ihn der Erzieher »auf dem Kieker« hatte, da er willkürlich mehr Arbeiten erledigen musste als andere Jugendliche des Heimes. Trotz seiner negativen Erinnerungen hält Herbert Vogel die Zeit im Heim in der Rückschau für ihn auch für hilfreich. Erst aus heutiger Sicht kann er sagen, dass ihm die Zeit im Heim auch geholfen hat. Als 13-Jähriger war er ein »Rabauke«, der »Sachen gemacht« hat, die verboten waren. Wichtig ist ihm, Kritik an den Methoden und Umgangsweisen im Heim zu üben, die aus seiner Sicht keine Erziehungsmethoden waren.

2.2 Hilde Wiesling

Hilde Wiesling wurde 1950 geboren. Sie wuchs bei Pflegeeltern auf, die sie adoptieren wollten. Ihre leiblichen Eltern hat sie nie kennen gelernt und hat auch nie nach ihnen gesucht. Sie nahm den Namen ihrer Pflegeeltern an. Erst im Erstkommunionunterricht erfuhr sie den Nachnamen ihrer leiblichen Mutter. In ihrer Kindheit wurde sie als »mischhäutiges Kind« betitelt und mit dieser Bezeichnung durch das Dorf, in dem sie gewohnt hat, getrieben. 1960, mit knapp zehn Jahren, wurde sie im St. Raphaelshaus in Düsseldorf

4 Ebd., S. 8 f.

untergebracht. Aufgrund der MS-Erkrankung des Pflegevaters 1958, der Geburt eines leiblichen Kindes der Pflegeeltern und der Pubertät des Stiefbruders wurde sie »aufsässig« und nach ihren Angaben deshalb nicht adoptiert, sondern von der Fürsorgestelle »aus der Familie geholt«. Ihre schulischen Leistungen waren dementsprechend schlecht. Von ihrer Aufnahme im Heim kann sie sich nur noch an die ärztliche Untersuchung erinnern. Der Arzt sagte zu ihr, sie sei frühreif. Mehr habe man nicht mit ihr gesprochen. Aufgenommen wurde sie in eine altersgemischte Gruppe mit ca. sechs bis acht Mädchen, da sie schon ihre »Periode« hatte. In der Schule hatte sie weiterhin schlechte Noten mit Ausnahme der Kopfnote »Führung«, wie sie betont. Für kurze Zeit legten sich ihre schlechten schulischen Leistungen, da im Heim eine Schwester arbeitete, die auf sie einging. Als diese ihre Stelle wechselte, wurden die Noten wieder schlechter. 1962 nahm sie an »Jugend musiziert« in Köln teil. 1964 beendete sie mit der 6. Klasse die Schule im St. Raphaelshaus. Ungefähr zu diesem Zeitpunkt erfuhr sie, dass sie einen leiblichen Bruder hatte. Durch einen Hungerstreik erzwang sie von den Nonnen seine Adresse. Der Bruder lebte in einer anderen Pflegefamilie. Sie haben bis heute Kontakt. Nach dem Schulabschluss arbeitete sie in der Wäscherei und Küche des Heimes. Erst zu diesem Zeitpunkt nahm sie ihre Fürsorgerin persönlich wahr. 1965 wurde sie als Haushaltshilfe in einen Privathaushalt vermittelt. Dort wurde sie nach sechs Wochen wieder entlassen, weil die Frau des Hauses ihr unterstellte, sie habe einen Löffel gestohlen. Sie kam zurück ins Heim und arbeitete dort wieder in der Wäscherei. Etwas später durfte sie in einer Gruppe des Heimes als Helferin anfangen. Im August 1969 beendete Hilde Wiesling die Arbeit in der Gruppe und verließ das Heim. Sie nahm eine Beschäftigung als Erziehungshelferin im Kinderheim St. Michael in Wuppertal an. Als sie 21 Jahre alt war, heiratete sie und zog dann mit ihrem Mann zusammen. Um sich nach ihrer Aussage »in der Ehe zurecht zu finden«, wie zum Beispiel mit den Problemen der Haushaltsführung, hörte sie für ein halbes Jahr auf zu arbeiten und brachte dann einen Sohn zur Welt. Während ihrer Zeit im Heim und auch danach pflegte sie den Kontakt zu ihren Pflegeeltern. Sie hat nach eigenen Angaben den Heimaufenthalt aus ihrer Biografie gestrichen. Der Rentenbescheid weist von 1964 bis 1968 für ihre Arbeit im Heim eine Lücke auf.

Hilde Wiesling war von 1960 bis 1969 im St. Raphaelshaus, einem katholischen Belegheim des Landschaftsverbandes Rheinland, in Düsseldorf untergebracht. In ihrem Interview berichtet Hilde Wiesling sehr einprägsam von den hygienischen Verhältnissen im Heim und dem Essen. Die Toiletten und Duschen waren offen, so dass es in diesem Bereich für den Einzelnen keine Privatsphäre gab, was sie als »menschenunwürdig« bezeichnet. Manchmal ging Hilde Wiesling nur zwei Mal am Tag auf die Toilette. H.W.: »Ähm, da hab' ich gelernt, was ich heute noch gut kann, ähm, wenn ich zur Toilette muss, einzuhalten. Ich bin manchmal nur zwei Mal am Tag zur Toilette gegangen, weil, weil es einfach ekelig war offene Türen da zu haben.«[5] Wenn Hilde Wiesling an die Zeit im St. Raphaelshaus denkt, fallen ihr direkt zwei negativ besetzte Begriffe ein, das Essen und die »Periode«. H.W.: »Ja. Essen und Periode.« I.: »Ja. Ja. Also das waren sozusagen die größten

5 Interview Hilde Wiesling (5.10.2009), S. 5, in: ALVR 49422.

Per … Probleme?« H.W.: »Ja. Ja, immer.« I.: »Ja. Ja.« H.W.: »Ja.« I.: »Periode ist das was Sie erzählt haben.« H.W.: »Ja.« I.: »Also auch diese Entwürdigung.« H.W.: »Ja, genau.« I.: »Die damit verbunden war und, ähm, Essen im Grunde auch, wenn man was …« H.W.: »Ja, genau.« I.: »… nicht wollte, man musste es trotzdem.« H.W.: »Ja.« I.: »Ja. Was gab es da zu essen?« H.W.: »Brotsuppe, Brotsuppe, Brotsuppe. Eintopf«. I.: »Was für Eintöpfe?« H.W.: »Ja, dadurch, dass sie selbst angebaut haben.« I.: »Aha.« H.W.: »Waren es also überwiegend Dinge, die auch aus ihren eigenen, äh, Produkten …«. I.: »Also im Grunde so Selbstverpflegung?« H.W.: »Ja, genau.« I.: »Ja.« H.W.: »… kamen.« I.: »Ja.« H.W.: »Und, ähm, sehr viel so *Speck,* ausgekochte *Speckschwarten* und, ähm, wie ich dann älter wurde oder wir dann älter wurden, dann ham wir immer gesagt, das Feine fressen die Nonnen und wir kriegen den Abfall. Ähm, weil das Fleisch muss ja irgendwo geblieben sein.« I.: »Ja.« H.W.: (Lachen). I.: »Ja.« H.W.: »Ja.« I.: »Also Fleisch gab es …«. H.W.: »Nein.« I.: »… selten bis gar nicht.« H.W.: »Kann ich mich gar nicht erinnern.«[6]

Hilde Wiesling erzählt nicht nur, dass die Erzieherinnen aus ihrer Sicht besseres Essen, wie zum Beispiel Fleisch anstatt Speckschwarten, bekommen haben müssen, sondern berichtet auch davon, dass sie »erbrochenes« Essen noch einmal essen mussten und dass sie aufgrund ihrer Erfahrung im Heim bis heute manche Speisen nicht essen könne. H.W.: »Ja, es gab halt auch viele Situationen in der Zeit, an die man dann denkt …«, I.: »Ja.« H.W.: »… die einem nachhängen.« I.: »Ja.« H.W.: »Ähm, mit dem Essen. Es gab manchmal wirklich Schweinefraß, ham wir immer gesagt und das war es auch. Wenn ich nur an Brotsuppe denke, ähm, wenn man se nich' gegessen hat, ich nicht gegessen habe, dann musste ich se noch mal essen. Und wenn ich se ausgebrochen habe, musste ich se noch mal essen. Das sind Dinge, die verfolgen einen …,« I.: »Ja.« H.W.: »… das Leben lang.« I.: »Ja.« H.W.: »Zum einen hat das alles so gestunken, ähm, ich esse heute, wenn ich essen gehe, ich achte darauf, ich würde jetzt also nie etwas Überbackenes essen, mit Champignons und dergleichen Dinge, weil mich das optisch einfach zu sehr …« I.: »daran erinnert.« H.W.: »… an diese Dinge erinnert.« I.: »Ja. Ja.« H.W.: »Das ist, ähm, oder meine Nase, die ist so empfindlich geworden, das kann man gar nicht nachvollziehen.« I.: Ja.« H.W.: Wenn ich irgendwo […] wo's nach Bratwurst riecht, dann muss ich schon heben.« I.: »Ja.« H.W.: »Also das ist einfach stecken geblieben.« I.: »Ja. Ja, gut, das war ja auch 'ne lange Zeit, ja.« H.W.: Das ist einfach stecken geblieben.«[7]

Wie prägend auch der Umgang mit der Hygiene war, besonders für ein junges Mädchen, schildert Hilde Wiesling am Beispiel »Periode«. Wenn sie ihre »Periode« hatte, bekam sie nur sechs Stoffbinden am Tag. Bloßgestellt vor der Gruppe wurde sie, wenn die Binden nachts nicht hielten und das Bettlaken rot war. H.W.: »Ähm, dann der ganze hygienische Bereich. Man bekam, ähm sechs Stoffbinden am Tag.« I.: »Ja.« H.W.: »Wenn man etwas stärker blutete, ja, dann nahm man … dann nahm noch Klopapier dazu.« I.: »Also das war dann sozusagen ein Problem, was man selber zu lösen hatte?« H.W.: »Ja, genau. Ja. Und, ähm, wenn dann nachts mal was durch gekommen ist und das Bettlaken rot war, dann hatte

6 Ebd., S. 23 f.
7 Ebd., S. 14 f.

man sich vor die Gruppe zu stellen mit dem Bettlaken, damit auch alle sehen, was man gemacht hat Schlimmes.«[8]

Hilde Wiesling hat ausschließlich negative Erinnerungen an ihre Zeit im St. Raphaelshaus, gerade im Bezug auf die Hygiene und das Essen. Die Heimstruktur erlebte sie zum Beispiel durch die offenen Waschräume als »menschenunwürdig«. Ebenso fühlte sie sich durch den Umgang der Erzieherinnen mit den Monatsblutungen gedemütigt oder vor der Gruppe bloßgestellt. Auch in ihren individuellen Vorlieben für Essen fühlte sie sich eingeschränkt, da diese im Heim nicht berücksichtigt wurden und sie zum Essen gezwungen wurde. Diese gefühlsmäßigen Erinnerungen, wie Würdelosigkeit und Demütigung, prägen ihr Leben so nachhaltig, dass sie bis heute den Gang zur Toilette hinauszögert, den Geruch mancher Speisen nicht ertragen bzw. einige Gerichte nicht essen kann. Und sie empfindet dies als Einschränkung in ihrem Leben.

2.3 Alfred Hoffmann

Alfred Hoffmann wurde am 2.10.1944 geboren. Er hat zwei Geschwister. Sein Vater verließ die Mutter nach dem Zweiten Weltkrieg und kümmerte sich seitdem nicht mehr um die Kinder. So war seine Mutter allein erziehend. Tag und Nacht arbeitete sie, damit die Kinder etwas »lernen« bzw. eine Lehre machen konnten. Später heiratete seine Mutter erneut. Mit seinem Stiefvater »konnte« Alfred Hoffmann nicht. Als Jugendlicher hatte er nur »Unsinn im Kopf«, »schmiss« seine Lehre als Schildermaler und machte sich Anfang der 1960er Jahre mit einem Freund auf den Weg nach Frankreich, um zur Fremdenlegion zu gehen. In Saarbrücken wurden sie jedoch gefasst und kamen in die Fürsorgeerziehung. Als 17-Jähriger wurde er dann im Erlenhof untergebracht. Dort musste er in der Wäscherei arbeiten (ca. 1,5 Jahre), weil er, wie er sich selbst beschreibt, ein »Künstlertyp« gewesen sei. Die »harten« Jugendlichen mussten auf dem Feld arbeiten, den sensibleren Jugendlichen, wie er selbst, wurden Arbeiten zugeteilt, die nicht so schwer waren. Sein Gruppenerzieher, der für ihn ein Vaterersatz war, setzte sich stets für ihn ein und vermittelte ihm bei einem Malermeister in Euskirchen eine Arbeitsstelle. Dort konnte er seine angefangene Lehre als Schildermaler nicht beenden, da sein Arbeitgeber nur Malergesellen ausbilden durfte. Mit 19 Jahren wurde er inoffiziell aus dem Erlenhof entlassen, da er im Haus seines Arbeitgebers eine Wohnung beziehen konnte. Nach dessen Tod erbte Alfred Hoffmann die Firma und übernahm diese, so dass er mit 21 Jahren der jüngste Unternehmer in Euskirchen war. Daraufhin wurde er offiziell aus der Fürsorgeerziehung entlassen. Die Firma leitete er bis zu seiner Pensionierung. Heute lebt er mit seiner zweiten Frau und seinem jüngsten Kind zusammen in einem großen Einfamilienhaus auf dem Firmengelände. Die beiden älteren Kinder sind schon von zu Hause ausgezogen. Das älteste Kind stammt aus seiner ersten Ehe.

8 Ebd., S. 6. Zum Thema Hygiene in der Heimerziehung vgl. auch Kap. III.7.

Alfred Hoffmann war von 1961 bis 1965 im Erlenhof in Euskirchen untergebracht, wo er in einer Gruppe mit bis zu 15 Jugendlichen lebte. Trotz der Gruppenregeln war das Zusammenleben in der Gruppe nicht immer einfach. In seiner Erinnerung gab es öfters Konflikte zwischen den Erziehern und den Jugendlichen, wenn sich die Jugendlichen nicht an die Gruppenregeln hielten. A.H.: »Und da kommt dann Stress auf, dat is doch ganz klar, ne, und so kam bei den Erziehern auch Stress auf und die ham dann den Druck ausgeübt auf verschiedene Zöglinge, die sich, äh, von Anfang an geweigert haben, diese Erziehungsmethoden anzuerkennen. Und ich hab' se, äh, äh, im groben und ganzen hab' ich se anerkannt und hab' gemerkt, diese Regeln tun dir eigentlich ganz gut. Also hab' [ich] dadurch mein Leben total ändern können oder in die richtige Bahn lenken können. Das heißt, also mir hat das Heim gut getan.«[9] Auch eine Strafe, die er von seinem Erzieher auferlegt bekam, hätten aus seiner Sicht andere Jugendliche vielleicht als Misshandlung erlebt. Für ihn sei die Verhängung der Sanktion ein »Schlüsselerlebnis« gewesen. A.H.: »Ich meine also, das hat mich nicht geschädigt und, äh, auch dass ich mal, äh, den Flur mit der Zahnbürste schrubben musste, hat mich auch nicht geschädigt, das war so mal eine Strafe.« I.: »So für was, was war das Vergehen?« A.H.: »Ähm, ich hab … ich bin nachts einmal aus dem Fenster gestiegen, weil ich mich in 'ne Sekretärin im Erlenhof verliebt hatte und die hab ich dann nachts getroffen *(lacht)*. Mit der hab ich mich nachts getroffen und dann hat mich einer verraten aus der Gruppe. Ich hatte en Einzelzimmer, aber der hat das irgendwie spitz bekommen, also en so genannter Freund, ne. Und der hat mich dann beim Gruppenerzieher angeschissen und hat gesagt, der is aus 'em Fenster, also wurde ja um, um neun Uhr wurde ja Licht ausgemacht oder um halb zehn, ne, da war ja Ende. Da wurde auch abgeschlossen, also nicht diese einzelnen Räume, sondern draußen die Haupttüre. Und dann bin durch so'n Kippfenster; die Sehnsucht hat mich getrieben *(lacht),* bin da rausgeklettert. So, und als ich dann morgens um halb fünf wieder rein klettern, äh, geklettert kam, saß der auf meinem Bett, der Erzieher, ne, und hat gewartet auf mich, ja.« I.: »Und dann war die Strafe.« A.H.: »So, und dann hat der alle Türen aufgerissen von allen Zöglingen und dann, dann drei Eimer Wasser über den Flur gekippt und ließ mich dann mit der Zahnbürste dann den Flur schrubben. Das war so eine ganze … das war auch en Schlüsselerlebnis.« I.: »Ja.« A.H.: »Aber ich finde, ich hab', äh, gedacht, ich hab' et eigentlich verdient, ne. Ja, so gehen die Meinungen auseinander, en anderer würde jetzt sagen, ich bin misshandelt worden und dat drückt mich heute noch. Ne. Und so, ich möchte da eigentlich nur immer, immer kontra sein.«[10]

Heimerziehung als positives Erlebnis zu deuten bedeutet für Alfred Hoffmann nicht, dass das Zusammenleben der Gruppe konfliktfrei verlaufen sei. So erlebte er auch, dass Erzieher »gebrüllt« und Schläge »ausgeteilt« haben. Gewaltausbrüche fanden aber auch von Seiten der Jugendlichen statt. A.H.: »Und ich kann mich nich' mein Leben lang immer beschweren über Dinge, die, die, äh, die versuchen ja auch ihr Bestes. Ich mein dieser Gruppenerzieher … unser Gruppenerzieher war gelernter Metzger, der war also gar nich' vom Fach. Also der hat wahrscheinlich irgendwann en Kursus gemacht und, äh, so, der

9 Interview Alfred Hoffmann (25.1.2010), S. 3, in: ALVR 49426.
10 Ebd., S. 7f.

hatte seine Familie noch am, am, am Hals, ne, und dann seine Jungs. Dass der oft, äh, äh, Nerven zeigte, war klar, ne. Der hat dann auch oft geschrieen und gebrüllt und, äh, klar, aber die […].« I.: »Aber haben Sie Schläge mitbekommen, dass andere …?« A.H.: »Nein.« I.: »Jetzt nich' Sie persönlich, aber andere.« A.H.: »Nein, ja, Schläge nicht, äh,« I.: »Mhm, aber eher so Brüllen und mal Schimpfen […].« A.H.: »Ja, eher verbal, ja ja. Ja ja, aber ich weiß auch, dass auf anderen Gruppen auch, äh, Schläge ausgeteilt wurden. Aber wie gesagt auf Gegenseitigkeit. Da waren, da waren halt, äh, harte Jungens, die ham sich gewehrt oder bzw. die ließen sich gar nichts gefallen, ne, aber dat sind ausgerechnet die, die heute alles protestieren, ne, die heute alle so gehen und ohne Zähne sind und, äh, in dem Alter. Sehen Sie, ich bin 65, ich bin immer noch jung drauf. Weil, äh, dat is die andere Seite, ne, die, die misshandelt worden sind, äh, gut, äh, vielleicht waren die zu sehr rebellisch. Ich weiß nich, aber […].« I.: »Also das heißt, Sie sagen von beiden Seiten, das heißt, Sie haben auch mit erlebt, dass Zöglinge […]«. A.H.: »Das hab' ich auch erlebt.« I.: »Weil Sie ham ja auch schon grad gesagt …« A.H.: »Ja.« I.: »… so aus em Fenster gehalten oder«. A.H.: »Ja ja.« I.: »Das heißt, die Zöglinge waren auch, äh …« A.H.: »So oder so.« I.: »… auch körperlich gewalttätig.« A.H.: »Und da wurden auch Strafen angeordnet und manchmal sind dann, äh, das hat man so am Rande mitbekommen, dann sind dann drei Erzieher, äh, auf einen los, ne. Dann hat der eine Erzieher Hilfe geholt und wurde mit so 'nem Jugendlichen, der, der sich dann da, äh, äh, auch körperlich gewehrt hat, nicht mehr fertig und dann ham die den in die Zwangsjacke gesteckt mit drei Mann und dann eine Nacht da unten in diesem Gefängnis[11] verbracht, ne.«[12]

In besonders guter Erinnerung hat Alfred Hoffmann seinen Gruppenerzieher, weil dieser sich für ihn eingesetzt und ihm eine Lehrstelle verschafft hat. A.H.: »[…] ich muss sagen, unser Gruppenerzieher hat sich wahnsinnig für uns eingesetzt. So, und dann kam dann das berühmte Schlüsselerlebnis für mich. Ich hatte ja, äh, weil wir auf der … sozusagen auf dem Weg zur Fremdenlegion waren, in dieser Phase hab ich meine Lehrstelle geschmissen und, äh, es stand also ein Jahr vor dem Abschluss und dann hat sich mein Gruppenerzieher immer eingesetzt, nicht nur für mich, auch für andere, äh, einen Job zu bekommen, hier in der Stadt, also Erlenhof ist ja hier in Euskirchen. Ich bin ja hier geblieben, ne, einer der wenigen, die hier geblieben sind. Und, äh, hat dann so lange rum ermittelt, bis er eine Firma gefunden hat, die das gleiche machte wie ich gelernt habe.«[13] Der Gruppenerzieher unterstützte ihn nicht nur bei der Suche nach einer Arbeitsstelle, sondern war für ihn ein Vaterersatz. Zu ihm konnte Alfred Hoffmann eine Beziehung aufbauen. Als er erfuhr, dass der Gruppenerzieher gestorben war, war er auch nach Jahren noch traurig. I.: »Gab's da so, dass Sie auch so 'ne Beziehung zu einem der Mitarbeiter aufbauen konnten? Wie war das?« A.H.: »Ja, der Erzieher war für mich, äh, äh, so, so wie ne Vaterfigur. Und, äh, ich muss sagen, ich hab sehr getrauert, als der gestorben is'. Der is' also vor, vor drei, vier Jahren is' der gestorben. Dat hat mir, äh, dick jetan. Der war für mich, äh, so Vaterersatz. Ich

11 Alfred Hoffmann verweist hier auf die Arrestzelle des Erlenhofs.
12 Interview Alfred Hoffmann (25.1.2010), S. 12 f., in: ALVR 49426.
13 Ebd., S. 4.

hab ja nie 'nen Vater gekannt. Also mein Vater hat meine Mutter nach em Krieg verlassen und hat sich auch nich' mehr um uns gekümmert, ne.«[14]

Schon zu Beginn des Interviews machte Alfred Hoffmann deutlich, dass er seine Zeit im Heim als positiv erlebt hat. Aus diesem Grund war es ihm wichtig, über seine Erfahrungen zu berichten, um eine gegenläufige Position zu den ausschließlich negativen Berichten anderer ehemaliger Heimkinder zum Ausdruck zu bringen. Durch den Aufenthalt im Erlenhof konnte er sein »Leben total ändern« bzw. in die »richtige Bahn« lenken. Dies schreibt er zum einen seinem Charakter zu, da er die Strafe des Erziehers als gerecht und nicht als Misshandlung empfindet, und zum anderen seinem Gruppenerzieher, der sich für ihn einsetzte und für ihn ein Vaterersatz war. Es war ihm möglich, zu seinem Gruppenerzieher eine Beziehung aufzubauen, was ihm den Einstieg in das Berufsleben bzw. den Übergang zum selbständigen Leben außerhalb des Heimes erleichtert hat. Als prägendstes Erlebnis war für ihn die Erfahrung, im Erlenhof einen Ersatz für sein Zuhause gefunden zu haben und sich an die Regeln halten zu müssen.

2.4 Charlotte Schäfer

Charlotte Schäfer wurde 1941 im Saarland geboren. Am 25.1.1959 wurde sie im sechsten Monat ihrer Schwangerschaft von ihrer Mutter ins Gertrudisheim in Düsseldorf eingewiesen. Zu diesem Zeitpunkt war sie fast 18 Jahre alt. Die Entbindung ihrer Tochter fand im März 1959 in der Krankenstation des Heimes in Anwesenheit eines Arztes und einer Hebamme aus dem St. Vinzenz-Krankenhaus in Düsseldorf statt. Sie wurde gezwungen, ihre Tochter Marie kurz nach der Geburt zur Adoption freizugeben. Am 1.8.1959 konnte Charlotte Schäfer ihre vorher begonnene Lehre bei der Firma Bosch in Düsseldorf fortsetzen und vorzeitig beenden. Bis zu ihrer Volljährigkeit wohnte sie dann in einem Jugendwohnheim, dem Anna-Niedeck-Haus in Düsseldorf. Dort fühlte sie sich wohler als im Gertrudisheim und blieb länger als unbedingt nötig. 1962, nach Erreichen der Volljährigkeit, heiratete Charlotte Schäfer den leiblichen Vater ihres Kindes. Er starb vor Jahren an einem Herzinfarkt. Jetzt lebt Charlotte Schäfer mit ihrem zweiten Mann in Langenfeld. Sie kehrte nicht mehr ins Saarland zurück, sondern blieb in Düsseldorf. Der Zugang zu ihrem Kind war ihr durch die Adoption verwehrt. Erst 1982 kam es zu einer ersten Begegnung zwischen Mutter und Tochter. Da war die Tochter 22 Jahre alt. Heute haben die beiden ein gutes Verhältnis. Als leibliche Mutter ist es für Charlotte Schäfer allerdings ein Problem, die unumstößliche Tatsache zu akzeptieren, dass es die Adoptiveltern, insbesondere die Adoptivmutter, im Leben ihrer Tochter gibt. Die drei Enkelsöhne wissen von den »zwei Müttern« ihrer Mutter. Sie besuchen ihre leibliche Großmutter regelmäßig.

Charlotte Schäfer ist das Gertrudisheim als eine gefängnisähnliche, total abgeschlossene und reglementierte Anstalt (Gefängnisdrill) in Erinnerung, die ihr sehr zugesetzt hat. Die

14 Ebd., S. 14.

Leiterin, Frau Hummel, zu der sie bis heute Kontakt hat, schildert sie als freundlich, ebenso die Leiterin des Anna-Niedeck-Hauses, Frau Funke, die ihr bis heute eine Freundin ist. In besonders schlimmer Erinnerung ist ihr Frau Schmitz, ihre Gruppenleiterin im Gertrudisheim, die sie als Typ »Gefängisaufseherin« charakterisiert. Hochschwanger musste sie den ganzen Tag stehen und bügeln, vor allem gestärkte Herrenoberhemden. Sie bekam keinen Lohn für die Arbeit und empfand das als Zwangsarbeit. Als das Kind geboren war, wurde ihr wenig Zeit mit dem Kind gegeben. Das Schlimmste für Charlotte Schäfer war die totale Unfreiheit, die Postzensur, der Schlafsaal mit vielen Betten und die Tatsache, keinen eigenen Raum für sich zu haben. Das Essen war nicht so schlecht, auf Schwangere wurde allerdings keine besondere Rücksicht genommen, weder beim Essen noch sonst. Die bei der Geburt anwesende Hebamme Schwester Marianne war freundlich. Die Fürsorgerin, Frau Braun, die die Adoption vermittelte, bezeichnet Charlotte Schäfer, ähnlich wie ihre Betreuerin im Gertrudisheim Frau Schmitz, als eine »Horrorvorstellung«. Freundinnen hatte sie nicht, sie fühlte sich vollkommen fehl am Platz. Die anderen Mädchen kamen meist alle aus einem Sozialmilieu; sie galten als schwererziehbar, teilweise sehr früh entwickelt, waren sehr jung, manche schon mit zwölf Jahren schwanger. Hilde Wiesling betont, dass sie aus einem anderen Elternhaus kam, »eine gute Kinderstube« bei ihrer Mutter, die sehr streng und katholisch war, erhalten habe. Die Tochter wurde bewusst vom Saarland ins Rheinland verbracht. Sie erhielt gelegentlich Besuch, war ansonsten aber völlig auf sich gestellt. – Wenn sie könnte, sagt sie, würde sie das Gertrudisheim am liebsten aus ihrem Gedächtnis löschen, aber es holt sie immer wieder ein, dass sie wie eine »Schwerverbrecherin« behandelt wurde und ihr Kind abgeben musste, was unter den heutigen Verhältnissen gar nicht denkbar sei. Sport hat in ihrem Leben immer eine große Rolle gespielt, der Vater ihres Kindes war 1952 Olympiateilnehmer. Ihre Tochter hat Sport und Englisch studiert.

Charlotte Schäfer war von Januar 1959 bis August 1959 im Gertrudisheim in Düsseldorf untergebracht. Von August 1959 bis zu ihrer Volljährigkeit 1962 lebte sie im Anna-Niedeck-Haus in Düsseldorf. Hochschwanger kam Charlotte Schäfer 1959 in die Schwangerengruppe des Gertrudisheims. Alle anderen 20 bis 25 Jugendlichen, die in dieser Gruppe lebten, kamen mehr oder weniger aus dem Umkreis von Düsseldorf und Aachen, so dass sie sich als Saarländerin vollkommen isoliert und alleingelassen fühlte. Auch ihre Eltern standen ihr in dieser Zeit nicht zur Seite; sie erhielt von niemandem Unterstützung. Aus ihrer Sicht gab es nur Schwierigkeiten. C.S.: »Das fing mit der Entbindung an, äh …«. I.: »War die im Krankenhaus?« C.S.: »Äh, nein, die hatten eine Krankenstation, wenn nix Kompliziertes war, hatten die eine Krankenstation.« I.: »Ja.« C.S.: »Da kam aber … Hebamme und Arzt kamen. Und zwar von dem, äh, Vinzenzkrankenhaus in Derendorf. Das ist an für sich bekannt. Also selbst der Tag, wie es bei mir los ging, ich hatte ja da, äh, ich konnte mich dann auch, äh, es war auch net ständig jemand hinter mir her, ich konnte mich da auch in dem Haus bewegen, weil ich Schmerzen hatte, die Wehen setzten ein, aber sie waren sich *vollkommen* selbst überlassen, *vollkommen* selbst, ich konnte mich nur bewegen, dass ich Treppe auf, Treppe runter ging, Treppe rauf, Treppe runter. Und dann, äh, ist die Fruchtblase geplatzt, geplatzt und dann sagten die noch, das dauert noch, das dauert noch, aber dann als die Fruchtblase platzte, dann hatten die, oh, dann wurden die hellhörig, und da war ich direkt auf der Krankenstation. Äh, die, das Kind selbst wurde ihnen

weggenommen, aber das war, glaube ich, zu dieser Zeit war das, weggenommen, da kamen die in ihr Bettchen und wurden auch aus dem Krankenzimmer rausgeholt. Ähm, die Hebamme selbst, die war sehr nett, das kann ich nicht anders sagen, äh, und das war damals die Schwester Marianne und Schwester Marianne hatte mich immer gewarnt und hat gesagt Charlotte, Charlotte, ähm, ich weiß was es für Sie heißt, aber, äh, lassen Sie sich das alles noch mal durch en Kopf gehen. Ich sag', ich kann mir net viel durch en Kopf gehen lassen, ähm, das ist 'ne ganz … für mich ist das, äh, ganz schlimm, ich weiß gar net, zu wem ich zu gehen hab'. Ich, ich hab' gar keinen. Ich hab' zwar meine Eltern, ich hab' mei …, äh, meinen Bruder, ich hab' meine Patentante, aber ich sag', das ist wie ein Schwerverbrechen. Ich … und dann kam das Kind, da war angeschlossen auch en Kinderheim, da kamen auch von außerhalb Kinder 'rein und die … unsre Kinder kamen da auch 'rein, äh, Besuchszeit der Kinder war alles alles sehr begrenzt. Sie konnten da nicht so, wie sie wollten dahin, sondern das ging alles strikt nach Stundenplan, äh, Schwester Marianne war 'ne super Kranken … Kinderkrankenschwester, Schwester Terese, äh, war lieb zu den Kindern, aber sehr streng, äh, die ließ nach rechts und links gar nix durchgehen. Vielleicht waren zu der Zeit auch zu viele Kinder. Könnte sein. Und, äh, das waren ja auch alles Kinder, die dem Staat zur Last fielen, ähm, ich weiß net, ich kann mich da net erinnern, äh, auf jeden Fall, äh, für mich war's nur begrenzt. Sie durften auch nicht außerhalb des Geländes mit den Kindern hin, sondern das war alles ganz genau nach Uhrzeit und nur im Gelände und nach rechts und links gab es nichts. Tja.« I.: »Wann mussten Sie …« C.S.: »und …« I.: »… nach der Entbindung wieder arbeiten?« C.S.: »Direkt. Da gab's keine Schonzeiten, direkt, direkt.«[15]

Nach der Entbindung wurde Charlotte Schäfer gezwungen, ihre Tochter Marie zur Adoption freizugeben, da ihre Eltern das Kind nicht bei sich aufnehmen wollten. C.S.: »Da war das, äh, klar, also meine Eltern ham sich nicht dafür bereit erklärt, die wollten das Kind auch gar nicht sehen, es war von vornherein, dass ich das Kind abgeben sollte und der einzige, der so hinter mir stand, aber die Schwester Marianne sagte, ich kann auch net helfen, aber, ähm, helfen konnte mir gar keiner, sondern ich hab' mich dann, äh, dazu, äh, wo ich auch immer wieder getreten wurde, äh, wir müssen jetzt handeln, wir müssen jetzt handeln.«[16] Die Abwicklung der Adoption fand in der Düsseldorfer Altstadt, wahrscheinlich in der Adoptionsvermittlungsstelle des Jugendamtes, statt. Während des Gesprächs erhielt sie keine Hilfestellung, wurde nicht beraten bzw. wurde nicht über ihre Rechte aufgeklärt. C.S.: »Das war so 'ne Dachkammer, da kann ich mich erinnern, ich wurde da auch gar net groß gefragt, sondern die sagten dann, äh, ja […] irgendwelche Fragen, äh, also das, äh, mit Verhütung, ohne Verhü … Hören Sie mal, das war mir alles, äh, und da saß diese Olga Schmitz [ihre verhasste Betreuerin aus dem Gertrudisheim] saß da noch dabei, hören Sie mal, das fand ich überhaupt net so in Ordnung und die Leute auf'em Amt, die fand ich och net grad, äh, dass die mir zu was anderem geraten hätten oder dass sie gesagt hätten, wir geben Ihnen ne Hel … Hilfestellung, gar nix.«[17] Ihr wurde keine andere Möglichkeit

15 Interview Charlotte Schäfer (9.10.2009), S. 14, in: ALVR 49430.
16 Ebd., S. 17
17 Ebd.

angeboten, als das Kind zur Adoption freizugeben. Als Marie ein Jahr alt war, wurde sie in eine Adoptivfamilie vermittelt. C.S.: »Und das ist auch ein Punkt, äh, wo ich sagen muss, ähm, das war, das war schon keine menschliche Angelegenheit mehr. Es war sozusagen, äh, ich kann es sagen, da muss ich natürlich sagen, bedingt durch mein Elternhaus, war das 'ne ›Muss-Sache‹.« I.: »Ja.« C.S.: »Also, das Kind nicht, äh, du ja, aber das Kind nicht und, ähm, tja, und dann is' die Marie, ein Jahr war die, dann, äh, bei den Adoptiveltern. Und da hat mir Frau Braun[18] [vermutlich aus der Adoptionsvermittlungsstelle beim Jugendamt] gesagt, sie hätte sich sehr viel Mühe gegeben, dass die Marie in eine gute Familie käm'. Die Familie hätte schon ein Kind aus dem, äh, Gertrudisheim, aber das ist ein Problemkind. Und jetzt wollten sie ja mal en Kind haben, was en Sonnenschein is'. Ja. Ähm ja, und ähm, dann habe ich bis 1982 nichts von gesehen, nichts mehr gehört.«

Auffallend an dem Interview ist das wiederholte Ansprechen der Tatsache, dass Charlotte Schäfer ihre Tochter zur Adoption frei geben musste. Keiner, selbst ihre Eltern nicht, stand ihr zur Seite, unterstützte sie oder klärte sie über ihre Rechte und Möglichkeiten auf. Dies hinterließ in ihr das Gefühl des »Mutterseelenalleinstehens« bzw. das Gefühl, in einer »totalen Institution« gefangen zu sein. Die Adoption, die Schilderung, wie der Kontakt zu ihrer Tochter heute ist, sind die zentralen Themen des Interviews und lassen andere Situationen, wie zum Beispiel Bestrafungen im Heim oder die Beschreibung des Tagesablaufes, in den Hintergrund treten.

18 Wie Charlotte Schäfer in ihrem Interview berichtet, lebt Frau Braun noch. Als sie Frau Braun später einmal traf, vermied diese den Kontakt zu ihr. »Frau Braun is mir aus em Weg gegangen und hat im Nachhinein zu mir gesagt, sie wär gerne mir aus em Weg gegangen, weil ich hätte immer so traurig geguckt und sie wollte das net noch irgendwie das Gespräch da drauf bringen« (Interview mit Charlotte Schäfer, 9.10.2009, S. 20, in: ALVR 49430). Ihr Mann und die ehemalige Heimleiterin des Anna-Niedeck-Hauses, Frau Funke, mit der Charlotte Schäfer befreundet ist, sprachen einmal mit Frau Braun und erkundigten sich, ob die Möglichkeit besteht, dass Charlotte Schäfer Kontakt zu ihrem adoptierten Kind aufnehmen könne. C.S.: »Dann hatte ich … wurde ich denn da, da war die noch im Dienst 1982 und da sagt sie, ähm, sie würde jetzt alles für mich tun, wenn ich die … *[Weinen]* damit der Kontakt …« I.: »Wieder hergestellt wird.« C.S.: »Und da muss ich sagen, da hat se nicht auf sich warten lassen, sondern ich glaub ich bin aus der Tür gegangen und sie hat sofort zu den Adoptiveltern den Kontakt aufgenommen und, ähm, da sagt se, ähm, die Marie wenn, dann möcht ich se sofort sehen« (Ebd., S. 20).

3. Resümee

Zusammenfassend kann für alle Interviews gesagt werden, dass sämtliche Interviewpartner ihre Zeit im Heim unterschiedlich wahrgenommen haben, und diese Interviews daher ein eigenes Erinnerungsmuster aufweisen. Deutlich wird, dass die Erfahrungen aus der Zeit in den Heimeinrichtungen unterschiedlich reflektiert werden. Die Interviews sind keine schematischen, gleichförmigen Berichte, sondern differenzierte Erzählungen. Die Rekonstruktionen reichen von einer positiven über eine gemischte bis zu einer negativ-ablehnenden Bewertung der Zeit im Heim. Einzelne Interviews enthalten Erinnerungen an Ohnmachtsgefühle, Willkürerlebnisse, Demütigungen und Strafen. In fast allen Interviews werden jedoch die Themen Arbeit und Ausbildung, Bestrafungen, Gewalt und das Thema Essen angesprochen. Dabei wird auf das Thema Strafe differenziert eingegangen. Strafen, wie zum Beispiel den Fußboden »schrubben«, wurden als entwürdigende Erfahrung oder als positives Schlüsselerlebnis erlebt und geschildert. Ebenso wurde von direkter Gewalt, das heißt, selbst »Schläge erhalten zu haben«, und von indirekter Gewalt, das heißt, gesehen zu haben, wie andere Jugendliche geschlagen worden sind, berichtet. Die Aussagen betreffen sowohl die landschaftsverbandseigenen Heime, wie hier in den Falldokumentationen den Halfeshof in Solingen und den Erlenhof in Euskirchen, als auch die konfessionellen Belegheime, wie zum Beispiel das Gertrudisheim und das St. Raphaelshaus in Düsseldorf. Die Integration dieser Themen in die Gesamtbiografie erfolgte auf unterschiedliche Weise. Aus Angst vor Stigmatisierung verschwiegen einige Interviewpartner ihrer Familie bzw. ihrer Partnerin oder ihrem Partner den Heimaufenthalt, andere wollten die Zeit im Heim aus »ihrem Gedächtnis löschen« bzw. die Erinnerungen »verdrängen«, und wieder andere konnten den Heimaufenthalt gut in ihre Biografie integrieren. Auffallend an den Lebensgeschichten der Interviewten ist, dass sie alle verheiratet sind bzw. in einer Partnerschaft leben, Kinder haben und sich mehr oder weniger im Berufsleben etabliert haben. Insgesamt teilten sich in den Interviews Menschen mit, die sich trotz ihrer Erfahrungen im Heim in ihrem Leben über Partnerschaft, Familie und Beruf in bürgerliche Normalbiografien eingeordnet haben.

Andreas Henkelmann/Uwe Kaminsky/
Judith Pierlings/Thomas Swiderek/Sarah Banach

Zusammenfassung

Das vorliegende Projekt hat erstmals die Geschichte der Heimerziehung in der Zuständigkeit eines bundesdeutschen Landesjugendamtes in den Blick genommen. Da das Landesjugendamt des Landschaftsverbandes Rheinland eines der größten Landesjugendämter bzw. eine der größten Fürsorgeerziehungsbehörden in der Bundesrepublik war,[1] können die Ergebnisse eine hohe Aussagekraft für die Heimerziehung insgesamt beanspruchen.

Historische Skizze

Im einleitenden Grundlagenkapitel wurde die Geschichte der öffentlichen Erziehung im Rheinland skizziert, deren rechtliche Grundlagen ohne große Brüche vom preußischen Fürsorgeerziehungsgesetz 1900, dem Reichsjugendwohlfahrtsgesetz 1922, seiner Novellierung 1953 bis zum Jugendwohlfahrtsgesetz 1961 reichten. Das Instrument der Fürsorgeerziehung wurde seit 1927 im Rheinland durch die Freiwillige Erziehungshilfe ergänzt. Anders als bei der Fürsorgeerziehung, wo ein Eingriff in das Erziehungsrecht der Eltern stattfand, war dafür die Zustimmung und Mitwirkung der Erziehungsberechtigten notwendig. Die Freiwillige Erziehungshilfe gewann gegenüber der Fürsorgeerziehung an Bedeutung. Im Jahre 1967 waren erstmals mehr Minderjährige im Rahmen der Freiwilligen Erziehungshilfe als dem der Fürsorgeerziehung untergebracht. Obwohl sich die rechtlichen Regelungen ausdrücklich von einer Strafe abhoben und auf Erziehung abzielten, behielten sie in der Praxis einen stark diskriminierenden und strafenden Charakter. Für die Kinder und Jugendlichen blieb so auch der Charakter der erzwungenen Fremdplatzierung bestimmend, der ihren Heimaufenthalt oder ihre Unterbringung bei einer Pflegefamilie oder in einer Arbeitsstelle definierte. Kontakt mit einem Heim hatten fast alle Kinder und Jugendlichen in der öffentlichen Erziehung, doch war rund die Hälfte jeweils in so genannter Familienpflege außerhalb von Heimen untergebracht.

Das provinzialstaatliche Fürsorgearrangement blieb in der Zwischenkriegszeit wie auch nach 1945 stark konfessionell bestimmt. Man bediente sich der vorhandenen katholischen und evangelischen Einrichtungen und unterstützte diese durch Zuschüsse und Kredite beim Aus- und Umbau. Die wenigen eigenen Heime, welche die Provinzialverwaltung

1 So nach dem Auszug aus Niederschrift über die 63. Sitzung des LJWA vom 23.10.1962, in: ALVR 38877, Bl. 27.

gründete und unterhielt, waren ausschließlich für männliche Schulentlassene geschaffen worden. Für Mädchen blieben nur Anstalten in konfessioneller Trägerschaft, wenn man vom kurzen Zwischenspiel von Haus Hall (Ratheim) absieht. Aber auch die Rheinischen Landesjugendheime nahmen bis in die 1960er Jahre Minderjährige ausschließlich nach ihrer Konfession auf. Nach der rassistischen Überwölbung der traditionellen öffentlichen Erziehung in Form der Zwangssterilisation während der NS-Zeit von rund sechs Prozent der Minderjährigen und der Ausgrenzung von Jugendlichen jüdischer oder als »minderwertig« erachteter Herkunft dauerte die rheinische Ersatzerziehung auch nach 1945 fort, wobei wieder an die rechtlichen Auslegungen von vor 1933 angeknüpft wurde. Das Ordnungsdenken der britischen Besatzungsmacht, die Jugendliche zur Strafe in Erziehungsheime steckte, und die schwierige Nachkriegssituation mit Hunger, sozialer Not und auseinander gerissenen Familien machten die Heime zu Abschiebeinstitutionen. Das alte Personal des Landesjugendamtes, das sich in der nationalsozialistischen Zeit den repressiven und rassistischen Erziehungsvorstellungen angepasst hatte, konnte sich nach einer Schamfrist und geglückter eigener Entnazifizierung seit dem Beginn der 1950er Jahre wieder etablieren, wie an den Personen von Landesrat Walther Hecker und der Landesoberverwaltungsrätin Martha Beurmann gesehen werden konnte.

Der statistische Befund zeigt vier Phasen in der Entwicklung der öffentlichen Erziehung auf. Die erste Phase reichte von 1945 bis 1952 und war vor dem Hintergrund der chaotischen Nachkriegszeit durch einen starken Anstieg der Minderjährigen in Fürsorgeerziehung und Freiwilliger Erziehungshilfe geprägt. Nach 1952 gingen die Zahlen in den Wirtschaftswunderjahren zurück, offenbar aber auch deswegen, weil die geburtenstarken Vorkriegsjahrgänge ausschieden. 1961 änderte sich diese Entwicklung erneut, und es kamen wieder mehr Minderjährige in öffentliche Erziehung. Im Hintergrund stand das Jugendwohlfahrtsgesetz. Die neue rechtliche Regelung hob das Höchstalter an, bis zu dem Minderjährige in öffentliche Erziehung überwiesen werden konnten. Gleichzeitig hob es die Möglichkeit auf, Minderjährige wegen Aussichtslosigkeit weiterer Erziehungsbemühungen aus öffentlicher Erziehung zu entlassen. 1969 setzte dann eine vierte Phase ein. Die Zahlen sanken dramatisch. Waren 1952 12.312 Minderjährige in öffentlicher Erziehung, waren es 1974 nur noch 5.143. Darin spiegelt sich, dass sich mit dem Wendejahr 1968 eine kritische Haltung gegenüber der öffentlichen Erziehung durchsetzte und diese nur noch zurückhaltend angeordnet wurde. Zudem wurde zum 1.1.1975 die Volljährigkeit von 21 auf 18 Jahre gesenkt. Insgesamt durchliefen mehr als 73.000 Minderjährige zwischen 1945 und 1972 die öffentliche Erziehung im Rheinland. Die Analyse des statistischen Befundes verweist auch auf einen weiteren wichtigen Zusammenhang. Die steigende Zahl der schulentlassenen Minderjährigen in öffentlicher Erziehung in den fünfziger und sechziger Jahren deutet darauf hin, dass die öffentliche Erziehung über den eigentlichen Auftrag hinaus zunehmend zur Sanktion gegen so genannte Halbstarke diente, worin sich auch ein Generationenkonflikt widerspiegelt.

Das Landesjugendamt bemühte sich um eine Modernisierung seiner Erziehungsarbeit über das Konzept einer Heim- und Gruppendifferenzierung. Bei dem Ausbau der Heimdifferenzierung ging es anfänglich um eine Wiederherstellung und Modernisierung der Gebäude und in der Folge um eine zunehmende Differenzierung nach pädagogi-

schen Gesichtspunkten. In den landschaftsverbandseigenen Heimen löste die abgeschlossene Gruppenwohneinheit vorherige Massenunterbringungen in den 1950er Jahren erst langsam ab. Im Zuge der Professionalisierung des Erziehungshandelns, das nicht nur die Grenze zur psychiatrischen Behandlung – welche ein Ausscheiden aus der Jugendfürsorge bestimmte – ausdehnte, sondern auch psychologisch inspiriertes heilpädagogisches Handeln zur Richtschnur erhob, kam es zur Bildung heilpädagogischer Gruppen in verschiedenen Einrichtungen. Nach langen Debatten richtete auch der Landschaftsverband 1961 ein heilpädagogisches Heim in Viersen-Süchteln ein. Die Platzzahlen blieben allerdings beschränkt und lesen sich eher als Beleg für die verzögerte bzw. hinterher hinkende Modernisierung des Systems der öffentlichen Erziehung. Die in einem psychologischen Versuch aus dem Jahr 1966 dokumentierte »Verbreiterung der pädagogischen Angriffsfläche« durch die Vergabe von Psychopharmaka an die Heimkinder im evangelischen Heim Neudüsselthal macht zudem die Gefahr der Grenzüberschreitung im Rahmen eines Modernisierungsprozesses der öffentlichen Erziehung deutlich. Die dabei in Ableitung vom Erziehungsrecht des Landesjugendamtes ausgeübte Fremdbestimmung über die Kinder und Jugendlichen führte zur Genehmigung eines ethisch zweifelhaften Versuches, dessen Konsequenz die vermehrte Ausgabe von sedierenden Medikamenten an die Heimkinder war.

Auch vor der Etablierung einer expliziten Heimaufsicht durch das Jugendwohlfahrtsgesetz 1961 interpretierte das Landesjugendamt seine Aufsichtspflicht über die Minderjährigen in öffentlicher Erziehung als institutionelle Heimaufsicht. Die Heimaufsicht bezog sich sowohl auf die landschaftsverbandseigenen als auch auf die konfessionellen Heime. Allerdings hatte das Landesjugendamt naheliegenderweise unterschiedliche Einflussmöglichkeiten auf die beiden Heimtypen. Zu betonen bleibt, dass die Behörde auch bei den konfessionellen Belegheimen die Heimaufsicht nicht nur über die Pflegekinderaufsicht in Anschlag brachte, sondern sie dazu nutzte, die Heime zu einer Weiterentwicklung ihrer baulichen Ausstattung und pädagogischen Ausrichtung zu bewegen. Wenn sich auch Verbesserungen etwa in der Abkehr von den großen Schlafsälen einstellten, blieben die Fortschritte begrenzt, was an den nicht ausreichenden Mitteln, dem Personalmangel und der gesellschaftlichen Dynamik lag, die den Reformbemühungen vorauseilte. Das Verhältnis des Landesjugendamtes zu den konfessionellen Heimträgern war symbiotisch. Beide profitierten von dem Arrangement, in dem allerdings erst seit dem Ende der 1950er Jahre kostendeckende Pflegesätze gewährt wurden. Das Personal, das zum großen Teil aus den Schwestern- und Brüdergemeinschaften bzw. Orden der Kirchen kam, ließ sich insbesondere seit dem Einsetzen der religiösen Tradierungskrise am Ende der 1950er Jahre immer weniger ersetzen, was zur Misere der Heimerziehung entscheidend beitrug. Bei überforderten Mitarbeitern in den konfessionellen Heimen kam es deshalb vielfach zur Überschreitung des Züchtigungsverbots und der Durchsetzung rigider Verhaltensnormierungen durch Arrest und Strafen, wie am Beispiel des Düsseldorfer Reckestiftes gezeigt werden konnte. Das Landesjugendamt beklagte dies in den durchgeführten Heimbesichtigungen. Die Mittel zur Intervention waren allerdings auf Seiten des Landesjugendamtes begrenzt, da zum einen die Nichtbelegung eines konfessionellen Heimes das staatlich-konfessionelle Arrangement gestört hätte und zum anderen besonders seit den 1960er Jahren ein wachsender Heimplatzmangel existierte, weswegen das Instrument der Nichtbelegung sehr stumpf war.

Insbesondere bei schulentlassenen Mädchen entstanden immer längere Listen derjenigen, die nicht untergebracht werden konnten – 1967 waren es 600.

Eine vom Landesjugendamt seit dem Anfang der 1960er Jahre angeregte wissenschaftliche Begleitforschung zur öffentlichen Erziehung kam erst seit 1966 in Verbindung mit dem Bonner Lehrstuhlinhaber für Psychologie, Hans Thomae, zustande und wurde letztlich von den Entwicklungen des Umbruchs Anfang der 1970er Jahre überholt. Dennoch wies sie in ihren Ergebnissen über die in den Jahren 1960 bis 1965 aus den Heimen Entlassenen auf den großen Reformbedarf der öffentlichen Erziehung im Rheinland hin und ist eine einmalige historische Quelle. Thomae beschrieb die Klientel der öffentlichen Erziehung anhand der Stichprobe von 1.313 Fällen. Das Durchschnittsalter bei der Heimaufnahme lag bei allen Fällen der Entlassjahrgänge 1960, 1963 und 1965 bei 15,08 Jahren. Über 60 Prozent der Minderjährigen kamen erst nach dem 14. Lebensjahr in Fürsorgeerziehung oder Freiwillige Erziehungshilfe. Die Anlässe hierfür wurden in der familiären Situation wie auch den Lebensumständen der Jugendlichen gesehen. Es stammte weniger als ein Drittel aus vollständigen Familien. Die Angaben über die soziale Gliederung waren dadurch verzerrt, dass für 41,7 Prozent keine Informationen über den Beruf des Vaters vorlagen. In den gezählten Fällen waren die Väter zu 24 Prozent Arbeiter, zu 18 Prozent Facharbeiter, zu 11,9 Prozent Angestellte bzw. Beamte und zu 4,3 Prozent Selbstständige. Vor der Heimaufnahme wiesen 73,2 Prozent der männlichen und 41,3 Prozent der weiblichen Jugendlichen Verhaltensauffälligkeiten auf, die bei Erreichen der Altersgrenze strafbar gewesen wären. In der Hälfte aller Fälle wurde von Verhaltensauffälligkeiten der Mütter und in 40 Prozent von solchen der Väter in den Akten berichtet. Bei den Müttern war es überwiegend die Zuschreibung des so genannten unwirtschaftlichen Verhaltens und der Vernachlässigung des Haushalts, wohingegen zum Beispiel Prostitution eine geringe Rolle spielte. Beim Vater bestand die in den Akten zugeschriebene Verhaltensauffälligkeit überwiegend in der »Trunksucht« und der »Arbeitsscheu«. Die Überschreitung des Züchtigungsrechts durch die Eltern und die »Unzucht mit eigenen Kindern« spielten dagegen in den Beschreibungen nur eine geringe Rolle. Zwei Drittel der Kinder und Jugendlichen kamen erst nach der Entlassung aus der Schule in die öffentliche Erziehung. Allerdings fehlten ganz überwiegend die Angaben über die erreichten Abschlüsse. Realschüler und Gymnasiasten waren zumindest so gut wie nicht unter den erfassten Jugendlichen vertreten. Die berufliche Tätigkeit im Heim bedeutete für gut zwei Drittel der Mädchen die Hauswirtschaft, was eine Verengung des beruflichen Profils von vor der Heimeinweisung bedeutete. Ähnlich verengte sich bei den Jungen die berufliche Orientierung auf die Land- und Forstwirtschaft sowie die Gärtnerei, in welchen rund ein Viertel der männlichen Minderjährigen arbeitete, wenngleich es vor der Heimzeit nur 1,7 Prozent waren. Umgekehrt waren vor der Heimeinweisung ausgeübte chancenreichere Berufe wie Elektriker, Mechaniker und Schlosser nur halb so häufig oder weniger im Heim vertreten. Entweichungen wurden anhand der Daten von 665 männlichen Jugendlichen gezählt. 57 Prozent von ihnen waren mindestens einmal entwichen, gut 40 Prozent mehr als einmal. Dies war Ausdruck des Misstrauens gegen das Heim, denn die Fluchten zielten zu fast 80 Prozent zu den Eltern oder den eigenen Familien, wo man sich trotz aller Mängel offenbar besser aufgehoben sah. Zudem waren laut Thomae die meisten

Delikte, die bei den ersten Entweichungen begangen wurden, Erstdelikte der Minderjährigen, womit er die Heimerziehung als »kriminogenen Faktor« identifizierte.

Bei der (oft widerruflichen) Entlassung stand das Elternhaus mit einem Anteil von mehr als zwei Dritteln an erster Stelle, ganz im Gegensatz zu einer Vermittlung in Arbeitsstellen mit wohnungsmäßiger Unterbringung. Diese Rückkehr in ein oft weiterhin problematisches Milieu bezeichnete Thomae als eine Einschränkung der Erfolgschancen. Der vermeintliche Erfolg der öffentlichen Erziehung wurde von Thomae mit dem Indikator der Deliktbelastung zu messen versucht. Demnach fand er in den Strafregisterauszügen bei 47 Prozent der männlichen und 15,1 Prozent der weiblichen Jugendlichen Eintragungen, die sich auf die Zeit nach der Entlassung aus der Fürsorgeerziehung bezogen. Dies bedeutete sogar eine Minderung der Deliktneigung, verglichen mit den Verhaltensauffälligkeiten vor der Heimerziehung. Dennoch muss das hier in Anschlag gebrachte Kriterium der Legalbewährung kritisch hinterfragt werden, verweist es doch letztlich nur auf den Erfolg oder Misserfolg einer oberflächlichen Anpassung an herrschende gesellschaftliche Normen, ohne wirklich nach den Bedürfnissen der Individuen zu fragen.

Auch die Verantwortlichen im Landesjugendamt sahen diesen Reformbedarf, wie zum Beispiel eine Denkschrift über die Lage der öffentlichen Erziehung im Rheinland und zahlreiche Dokumente vom Ende der 1960er Jahre ausweisen, doch machten sie sich nur zaghaft an eine Veränderung des Systems der öffentlichen Erziehung in Form der Schaffung von Jugendwohngemeinschaften und ambulanten Betreuungsangeboten. Der Horizont von Alternativen wurde insbesondere von den Sozialpädagogischen Sondermaßnahmen Köln (SSK) aufgemacht, die seit 1969 durch spektakuläre Aktionen auf die wachsende Zahl entlaufener, zum Teil obdachloser Fürsorgezöglinge aufmerksam machten. Dabei geriet das vom Landschaftsverband repräsentierte System der öffentlichen Erziehung insgesamt stärker in die Kritik und auch vermehrt in die öffentliche Wahrnehmung. Das Landesjugendamt reagierte darauf mit neuen, im Mai 1972 veröffentlichten Richtlinien zur Durchführung der öffentlichen Erziehung, die die Grundrechte der Minderjährigen unterstrichen und in der Folge auch in den Heimordnungen aller Heime ihren Niederschlag finden sollten. Außerdem erfolgte seit dem Frühjahr 1972 die Ausarbeitung einer Rahmenplanung der öffentlichen Erziehung, welche die Umorientierung auf Bildungserwerb, die verstärkte Heimdifferenzierung und die Nachsorge zu wesentlichen Zielen machte, die es nachfolgend einzulösen galt.

Die landschaftsverbandseigenen Heime

Am Beispiel der Geschichte der landschaftsverbandseigenen Landesjugendheime wurde deren Spezifik und Klientel skizziert. Der Landschaftsverband Rheinland als Träger der Heime existiert seit 1953 als Nachfolger des alten rheinischen Provinzialverbandes, und die Fürsorgeerziehungsbehörde war von 1945 bis 1953 im Sozialministerium NRW integriert. In den Heimen spiegelte sich nicht nur die konfessionelle und geschlechtliche Aufteilung (Halfeshof in Solingen für evangelische männliche Minderjährige, Fichtenhain in Krefeld

und Erlenhof in Euskirchen für katholische männliche Minderjährige), welche erst wesentlich mit der Gründung des Rheinischen Heilpädagogischen Landesjugendheims Süchteln-Viersen 1961 nach pädagogischen Kriterien durchbrochen wurde. Die Landesjugendheime nahmen vor allem verhaltensauffällige Problemfälle auf, welche von den privaten Heimen abgeschoben oder gar nicht erst aufgenommen wurden. Der Abschiebeort Dansweilerhof fungierte neben den erwähnten Heimen bis 1966 als »Endstation« für die Minderjährigen. Der Dansweilerhof wurde bereits vor und im Zweiten Weltkrieg als Einrichtung der Fürsorgeerziehung genutzt und 1950 endgültig als »Heim für Schwererziehbare« eingerichtet. Verstanden als Übergangslösung, deren Nutzung aufgrund akuten Heimplatzmangels nötig wurde, wurde die Einrichtung, die innerhalb der Arbeitsanstalt Brauweiler lag, letztlich 16 Jahre genutzt. Geprägt waren diese Jahre vor allem von räumlicher Begrenztheit, wenig Investitionen in die Gebäude, einer Belegung mit den als schwersterziehbar verstandenen Jungen und einer andauernden, aber konsequenzlosen Kritik an der Nähe zur Arbeitsanstalt. Die Nachfolgeeinrichtung des 1966 geschlossenen Dansweilerhofes wurde der Abtshof in Hennef, der lange Zeit als ein äußerst modernes Heim galt und bewusst ein auf berufliche Bildung hin orientiertes Profil entwickelte. Diese Qualifizierungsversprechen konnten allerdings vor allem wegen Mangels an Personal sowie Schwierigkeiten in der Kooperation mit Industriebetrieben nicht vollständig eingelöst werden.

Das älteste der Rheinischen Landesjugendheime, Haus Fichtenhain in Krefeld, nahm im Juni 1945 seine Arbeit als Provinzial-Erziehungsheim wieder auf. Das Landesjugendamt setzte wie auch beim Rheinischen Landesjugendheim Halfeshof in Solingen auf eine schnellstmögliche Reorganisation und auf eine hohe Aufnahmefähigkeit, die es durch notwendige Um- und Neubauten bei laufendem Betrieb sicherstellen wollte. Der große Bedarf an Plätzen bestimmte die Planungen im Landesjugendamt zunächst nachhaltiger als pädagogische Konzepte. Die Einrichtungen Halfeshof und Fichtenhain mussten sich mit einer hohen Quote entweichender Jugendlicher auseinandersetzen, so dass für einen Teil der Jugendlichen die Disziplinierungsmaßnahmen während des Heimaufenthaltes weitaus bedeutender waren als das angestrebte Erlernen eines Berufes. Mitte der 1960er Jahre begann sich das Profil der beiden Einrichtungen zu differenzieren. Während sich die Arbeit des Rheinischen Landesjugendheimes Fichtenhain schwerpunktmäßig auf die berufliche Bildung der schulentlassenen Jungen konzentrierte, nahm der Halfeshof vermehrt schulpflichtige Kinder auf. Um den landesweit gestiegenen Bedarf an Plätzen für schulentlassene Jungen decken zu können, eröffnete der Landschaftsverband Rheinland 1966 als Dependance zum Halfeshof ein zusätzliches, separates Jugendwohnheim für ältere, berufstätige Jungen, den Quellenhof. Sowohl der Fichtenhain als auch der Halfeshof existieren noch heute als Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen des Landschaftsverbandes. Auch das dritte »große« Landesjugendheim, der Erlenhof in Euskirchen – wieder in Betrieb genommen 1946 – war geprägt von hohen Aufnahmeanforderungen und einem parallel laufenden Umbau- und Umbildungsprozess. Anders als die anderen beiden Einrichtungen war der Erlenhof lange Zeit eine Einrichtung, in die auch als psychisch auffällig verstandene – lange Zeit als »Psychopathen« bezeichnete – Jugendliche aufgenommen wurden. Wie im Halfeshof wurden auch im Erlenhof ab Mitte der 1960er Jahre vermehrt schulpflichtige Jungen aufgenommen. Im Zuge der Protestaktionen seitens des SSK war

der Erlenhof eine der besonders in der Kritik stehenden Einrichtungen. Für die Jugendlichen greifbare Veränderungen brachte dann der Wechsel zum Direktor Klaus Rehbein Anfang der 1970er Jahre mit sich.

Die einzige Einrichtung des Landschaftsverbandes für Mädchen, Haus Hall in Ratheim, existierte nur von 1950 bis 1960 und setzte keine eigenen Akzente gegenüber den konfessionellen Anstalten für Mädchen, die im Rheinland ansonsten ein Monopol besaßen. Erst die Verstärkung offener Beratungs- und Betreuungsangebote und die Unterstützung von Wohngemeinschaften führten seit Ende der 1960er Jahre zu einer Auflockerung der öffentlichen Erziehung im Rheinland und zu auch wissenschaftlich basierten Reformversuchen der Heimerziehung (unter anderem in Viersen-Süchteln), welche jedoch oft hinter den eigenen Ansprüchen zurück blieben.

Einzelaspekte

Die Beschreibung ausgewählter Einzelaspekte des Alltags aus den Einrichtungen des Landschaftsverbandes brachte eine Profilierung, Vertiefung und Ergänzung der an der Organisationsgeschichte der Heimfürsorge aufgezeigten Entwicklungslinien. Nachfolgend soll kurz rekapituliert werden, was über die Bereiche Einweisung, Entlassung, Verlegung, schulische Bildung, berufliche Bildung, Arbeit, Kontrolle, Strafen, Religion, Ernährung, Gesundheit und Hygiene sowie Freizeit, Freundschaft und Sexualität rekonstruierbar war.

Trotz der unterschiedlichen rechtlichen Basis der öffentlichen Erziehung in Form der Fürsorgeerziehung und der Freiwilligen Erziehungshilfe wurden die Minderjährigen in den Heimen nicht unterschiedlich nach den entsprechenden Fällen kategorisiert. In der direkten Nachkriegszeit waren zudem noch viele Minderjährige von der englischen Besatzungsmacht mit bis zu zweijährigen Strafen verurteilt und zur Verbüßung in die Erziehungsheime gebracht worden, eine dem Sozialministerium sehr widerstrebende Vermischung von Straf- und Erziehungsort. Außerdem gab es noch eine kleine Gruppe von Minderjährigen in öffentlicher Erziehung in »Bewahrungsfürsorge«. Im Rahmen einer vorläufigen Fürsorgeerziehung verbrachten viele männliche Minderjährige ihren ersten Kontakt mit der Heimerziehung auf der Aufnahme- oder Beobachtungsstation eines Landesjugendheimes. Die Einweisung war ein Verwaltungsakt, bei dem nur theoretisch auf die betroffenen Minderjährigen eingegangen, diese vielmehr vor vollendete Tatsachen gestellt wurden. In den Aufnahmeabteilungen blieb die erstellte Diagnostik oft unzureichend, da die postulierte Zusammenarbeit von Psychiatern, Psychologen und Pädagogen mehrheitlich nicht stattfand. Die Fenster in diesen Gruppen waren vergittert, weil man insbesondere nach dem Schock der Aufnahme ins Heim Fluchten befürchtete. Die im Heim erstellten Berichte waren überwiegend defizitorientiert, relativ informationsarm und gaben Bewertungen in psychologisiertem oder pädagogisiertem Vokabular wieder. Das Maß des Normalen, an dem gemessen wurde, war ein »bürgerliches Leben«, das hinsichtlich abweichenden Verhaltens kaum Toleranz besaß.

Im Heim erlebten die Minderjährigen Verlegungen teilweise aus formalen Gründen zwischen verschiedenen Gruppen und auch wegen der Überschreitung einer Altersgrenze, etwa bei der Schulentlassung. Zudem fanden Verlegungen aus pädagogischen Gründen statt, wenn Konflikte in den Gruppen dies erforderten, nach Fluchten oder bei fortgesetzter »Renitenz«. Dann führte der Weg bei männlichen Minderjährigen oft in den Dansweilerhof (bis 1966) bzw. in geschlossene Gruppen oder später »Intensivgruppen« in den Heimen. Die Arbeitsaufnahme war häufig der Hintergrund einer Entlassung aus dem Heim. Viele Minderjährige in der öffentlichen Erziehung verbrachten ihre letzte Zeit in der öffentlichen Erziehung bei ihren Eltern. Dennoch fanden sich kaum Belege für eine gezielte Elternarbeit seitens der Heime. Andere Ausstiege aus der öffentlichen Erziehung bestanden bei männlichen Minderjährigen in der Meldung zur Bundeswehr oder durch die Flucht in das Ausland, vereinzelt sogar in die Fremdenlegion. Häufig führte das Entweichen zu kriminellen Handlungen, die eine Jugendgefängnisstrafe nach sich zogen. Bei weiblichen Minderjährigen kam noch als häufiger Grund des Ausscheidens aus der Fürsorgeerziehung oder Freiwilligen Erziehungshilfe eine Eheschließung vor. Die meisten dieser Varianten einer Beendigung vor der Volljährigkeit beruhten letztlich entweder auf der Flucht der Minderjährigen vor den Heimen oder im Erreichen des »Erziehungsziels«, also der Anpassung an die gesellschaftlichen Verhältnisse.

In den Heimen des Landschaftsverbandes standen sich zwei mögliche Konzeptionen hinsichtlich einer Beschulung entgegen, nämlich entweder innerhalb der Heime (Heimsonderschule) oder in externen Schulen. Man entschied sich im Wesentlichen für die erste Möglichkeit, der Schaffung einer Sonderschule als Berufsschule im Heim. Die mehrheitlich geringen Bildungsvoraussetzungen wie auch die konstatierte Fluchtgefahr sprachen für einen gesonderten, fördernden Unterricht innerhalb der Einrichtungen. Somit blieb der Schulbesuch in der Praxis für die Mehrheit der Jugendlichen den institutionellen Bedingungen des Heims (zum Beispiel Verhinderung von Fluchten) sowie der konzeptionellen Ausrichtung (Erziehung zur Arbeit) untergeordnet. Dies führte zu einer Benachteiligung der Heimkinder. Diese wurden zum Beispiel klassenmäßig nicht nach Alter, sondern nach ihrer Erziehungsschwierigkeit aufgeteilt. Damit wurde eher einer Exklusion der Heimkinder als einer Inklusion Platz gegeben. Eine wesentliche Änderung erfuhr diese Praxis erst mit der schrittweisen staatlichen Anerkennung der Heimschulen als Berufssonderschulen/Schulen für Erziehungshilfe Mitte der 1970er Jahre. Die bis dahin oftmals schwierigen Personaldebatten zwischen Heim und Landesjugendamt bekamen eine neue Qualität, da man nun gezwungen war, organisatorische (Stundenzahl) wie inhaltliche (Curricula) Vorgaben zu erfüllen.

Sehr viel dominierender als die schulische Bildung war die Arbeit bzw. die Beschäftigung in den für Schulentlassene gedachten Heimen in der Trägerschaft des Landschaftsverbandes Rheinland. Es ging einerseits um eine Erziehung durch Arbeit und um eine Erziehung zur Arbeit. Diese war also sowohl Erziehungsmittel als auch Erziehungsziel. Die meisten Einsatzfelder lagen insbesondere in den Heimen für männliche Schulentlassene noch lange zu einem großen Teil in der Landwirtschaft und wurden nach und nach durch handwerkliche Berufsbildungsmöglichkeiten in heimeigenen Werkstätten und Wirtschaftsbetrieben (Schlosser, Schmied, Elektriker, Schreiner, Schuhmacher, Maler, Bäcker, Gärtner

usw.) ergänzt. Hinzu kamen berufsbildende Lehrgänge und ab den 1970er Jahren stufenweise Ausbildungsgänge. In geringerem Umfang wurden die beruflichen Möglichkeiten auch durch Beschäftigung in externen Betrieben ergänzt. Vorherrschend blieben aber auch hier die institutionellen Begrenzungen, die durch das freiheitsentziehende Setting Heim (Furcht vor Entweichungen) gegeben waren. Bei schulentlassenen Mädchen dominierte eine hauswirtschaftliche Grundausbildung, und nur sehr eingeschränkt existierten heiminterne Berufsbildungsmöglichkeiten zur Wäscherin, Schneiderin, Stickerin usw., die in ihrer Zuschreibung, wonach es sich um einen Beruf handeln sollte, stark ins 19. Jahrhundert zurückwiesen.

Die Arbeit innerhalb des Heimes war in einen Berufsausbildungsbereich und den der Hilfsarbeiten organisiert. Die große Mehrheit der Jugendlichen führte heimintern Hilfsarbeiten aus, die als »Arbeitsertüchtigungen« sowie als berufliche Erprobung verstanden wurden. Häufig waren dies einfachste Tätigkeiten, die der bloßen Beschäftigung und damit verbunden auch der Kontrolle der Jugendlichen dienten. Externe Arbeiten wurden ab 1962 in Form einer »Außenarbeitsordnung« geregelt. Arbeitsgruppen von Minderjährigen aus den Heimen des Landschaftsverbandes waren demnach über so genannte Arbeitsverschaffungsverträge unter anderem auch bei bzw. für Unternehmen wie Tipon, Maddaus, Gebra Plast, Backhaus & Graas, Wanderer-Werke, Escho-Plast usw. tätig. Viele dieser Betriebe belieferten zudem heimeigene Werkstätten, so dass die Jugendlichen auch innerhalb der Heime Industriearbeit zu leisten hatten. Die Minderjährigen galten dabei, anders als bei regulären Lehr- und Arbeitsverträgen außerhalb der Heimeinrichtungen, nicht als sozialversicherungsrechtlich Beschäftigte. Erst ein Urteil des Bundessozialgerichtes von 1963 änderte dies und führte zumindest für einen – allerdings zunächst nur kleineren – Teil (bis 1969 nur rund ein Viertel) von ihnen zu einer Versicherungspflicht. Versichert wurden ab 1963 alle regulären Lehr- und Anlernlinge, die innerhalb der Heime beschäftigt waren. Die Rückversicherung griff bis zum Jahr 1958. Überwiegend blieben die Jugendlichen – besonders häufig betraf dies Mädchen – aber auch weiterhin in den Heimen in nicht sozialversicherungspflichtigen Anlern- oder vermeintlichen Arbeitserprobungsverhältnissen beschäftigt. Erst seit 1972 wurde die Lücke im Versicherungsschutz der im Heim beschäftigten Jugendlichen durch neue Richtlinien geschlossen, und die Arbeitsformen wurden an die Maßgaben des Berufsbildungsgesetzes angeglichen. Seitdem erst galten die Heime auch als Arbeitgeber ihrer »Zöglinge«.

Bis dahin erhielten die Jugendlichen Taschengelder und Prämien als finanzielle Zuwendungen, deren Höhe in verschiedenen Verordnungen festgelegt wurde. Diese galten als Erziehungsmittel, über das die Heime bzw. die Erzieher gegenüber den Jugendlichen als letzte Instanz zu bestimmen hatten. Auch extern im Rahmen eines Ausbildungsverhältnisses oder Arbeitsvertrags erzielte Vergütungen wurden den Jugendlichen nicht ausbezahlt, sondern für die Heimkosten gegengerechnet und nur in Höhe eines Taschengeldes bzw. eines Selbstbehaltes ausbezahlt. Überschüssiges Geld sollte auf ein Sparkonto eingezahlt werden, worüber die Minderjährigen erst bei Volljährigkeit verfügen konnten. Damit erfuhren die Jugendlichen gerade nicht die Verbindung zwischen dem, was sie an Arbeit leisteten, und dem, was sie an Geld erhielten. Diese Diskrepanz macht das Erleben von Ausbeutung und eines Zwangs zur Arbeit nachvollziehbar, vor allem, wenn in der

Arbeit tatsächlich produziert wurde, wie etwa in der Kooperation mit externen Firmen oder innerhalb eines Wirtschaftsbetriebs.

In den Heimen des Landschaftsverbandes wurde für die männlichen Minderjährigen eine durch Sport, Wandern, Zeltlager und jugendpflegerische Veranstaltungen gestaltete Freizeit organisiert. Die Freizeitbeschäftigungen galten als Erziehungsmittel, die gegen die vermeintlichen Versuchungen einer wachsenden und verführenden Konsumwelt eingesetzt wurden. Im Rahmen eines galoppierenden Ordnungsdenkens und umfassenden Jugendschutzes ging es um eine sinnvolle Nutzung der Freizeit. Gerade die Jugendlichen der öffentlichen Erziehung glaubte man auch in der Freizeit »nachsozialisieren« zu müssen, um dem diagnostizierten Verwahrlosungsverhalten entgegen zu wirken. Auch die Sexualität der ausschließlich männlichen Jugendlichen in den landschaftsverbandseigenen Heimen wurde nur zaghaft thematisiert. Sexuelle Betätigung mit anderen Jungen oder Selbstbefriedigung stand unter einem Verbot, dessen Übertretung zu Bestrafung führen konnte. Kontakte mit Mädchen, auch bei Außenarbeiten oder in der Freizeit, sollten verhindert werden. Von der Tabuisierung bis zur aufklärenden Geschlechtserziehung, die erst in den 1970er Jahren langsam einsetzte, war es ein langer Weg.

Den schärfsten Ausdruck einer Sozialdisziplinierung der Kinder und Jugendlichen durch die Heime findet man in den Kontroll- und Strafregimen. Die Strafen reichten vom Entzug von Vergünstigungen über Ausgehverbote, Arreststrafen bis zur körperlichen Züchtigung, galten als Erziehungsmittel und sollten eine Verhaltensänderung bewirken. In den rheinischen Heimen war die körperliche Züchtigung seit 1947 für schulentlassene Mädchen und seit 1950 auch für schulentlassene Jungen verboten und führte bei strafrechtlich verfolgten Taten zu arbeitsrechtlichen Kündigungen. Dennoch wurde sie als letzte Maßnahme in den Heimen praktiziert, wenn auch in den 1960er Jahren tendenziell abnehmend und durch Arreststrafen ersetzt. Die bereits in der Zwischenkriegszeit eingeführten Strafbücher bzw. -listen sollten durch die Pflicht zur Eintragung eine Kontrolle für das Landesjugendamt über die Strafen schaffen und eine ausufernde Handhabung verhindern. In strittigen Fällen oder bei offiziellen Beschwerden forderte das Landesjugendamt von den Heimen eine Klärung des Falles. Dennoch wurden auch diese Instrumente im Anstaltsalltag zum Teil unterlaufen. Die mangelnde Transparenz des Geschehens in den Heimen und den Gruppen, die wesentlich auf die »totale Institution« Heim zurückging, begünstigte autoritäre Abhängigkeitsverhältnisse, in denen den betroffenen Heimkindern eine Wahrnehmung ihrer bereits eingeschränkten Rechte nochmals erschwert wurde. Die Aufsicht des Landesjugendamtes selbst über die landschaftsverbandseigenen Heime krankte nicht nur an geringem und schlecht ausgebildetem Erzieherpersonal, sondern auch an einer tendenziell die Interessen der Minderjährigen zurückstellenden Haltung, welche sich in Beschwerdefällen immer wieder manifestierte. Dies schloss zwar nicht aus, dass Fälle brutaler Misshandlungen und auch sexuellen Missbrauchs bestraft und strafrechtlich verfolgt wurden. Doch begünstigte sie eine auf Minderberechtigung und Defizite der Heimkinder orientierte Haltung, die viele Interviewpartner an Beispielen ›alltäglicher Demütigungen‹ beklagten.

Die Differenzierung nach Konfession war eine historisch gewachsene Grundbedingung der öffentlichen Erziehung im Rheinland. Nicht nur die evangelischen und katholischen

Heime standen für ein konfessionelles Profil, auch die Heime des Landschaftsverbandes wurden nach 1945 erneut nach konfessionellen Gesichtspunkten getrennt belegt. Erst die zunehmende pädagogische Differenzierung in Form der Neueröffnung des Rheinischen Heilpädagogischen Landesjugendheims Viersen-Süchteln 1961 und die in den 1960er Jahren zunehmend sichtbar werdende Tradierungskrise der Kirchen in einer immer säkularer werdenden Gesellschaft lösten die strenge Zuordnung, die bis in die Bestimmung kirchlichen Leitungspersonals für die landschaftsverbandseigenen Heime reichte, nach und nach auf. Die Ordnungsleistung einer religiösen Ritualerziehung mit ihren Feierkalendern und täglichen Übungen wurde nicht nur von Seiten der Heimleitungen immer geringer gewertet, sondern auch seitens der Heimkinder immer stärker hinterfragt. Markante Klagen über den Gottesdienstzwang Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre in konfessionellen Einrichtungen verweisen auf die Veränderung eines gesellschaftlichen und religiösen Ideals, das in den Heimen allzu lange konserviert worden war. Dennoch blieb auch in der Phase der neuen Rahmenplanung der öffentlichen Erziehung (seit 1974) eine Auflösung der historisch gewachsenen Struktur der Heimerziehung in Form der konfessionellen Träger illusorisch. Nachfolgend wurden aber, bedingt durch die Transformation der Religion, neue Formen religiöser Erziehung und Bildung durchgeführt, die Emanzipation und Mündigkeit im demokratischen Staat der Bundesrepublik zur Richtschnur machten.

Die Ernährung im Heim war eines der Grundversorgungsfelder der die Versäumnisse der Herkunftsfamilie ausgleichenden und im Ideal als »heilend« beschriebenen Heimerziehung. Das Landesjugendamt kontrollierte die Speisezettel nach Menge und Qualität der verausgabten Lebensmittel und ließ sich sogar wissenschaftlich dabei beraten. Die Ernährungsschwierigkeiten, die für die direkte Nachkriegszeit dokumentiert werden können, waren bis Mitte der 1950er Jahre offenbar abgestellt. Eine abwechslungsreiche Ernährung im Heim war damit aber nicht immer garantiert. Gleichzeitig wurde die Ernährung in der Praxis auch zur Disziplinierung eingesetzt, worauf die Beispiele für Essensentzug oder Essenszwang hinweisen. Aufessen zu müssen oder gar Erbrochenes wieder essen zu müssen ist in den Erinnerungen ehemaliger Heimkinder präsent. Außer im Fehlverhalten Einzelner hatte dies auch in der Massenverpflegung der Institution Heim einen Hintergrund, die eine Missachtung individueller Bedürfnisse begünstigte. Ähnlich wie die Ernährung waren auch die Hygiene und die gesundheitliche Betreuung im Heim zu gewährleisten und vom Landesjugendamt zu kontrollieren. Waschrituale und medizinische Untersuchungen wurden von den Betroffenen oft als Drill und Zwang erlebt. Die zum Teil nur schwer an die Heime zu vermittelnde Problematik der Menstruation bei Mädchen und nachfolgende Benutzung von Binden bei der Regelblutung verweist auf einen tendenziell tabuisierenden Umgang mit dem Körper. Die gynäkologische Zwangsuntersuchung von Mädchen (unter anderem nach Entweichungen) erlebten viele von ihnen als entwürdigende Strafe.

Die Interviews mit ehemaligen Heimkindern, die zur Ergänzung der Erkenntnisse aus zeitnahen Aktenberichten wie auch zur Kenntlichmachung der subjektiven Erfahrung der ehemaligen Heimkinder geführt worden sind, beschreiben viele Details des Alltags in den Heimen, über die nur wenig andere Quellen vorliegen. Die Interviews haben subjektiv bestimmte zentrale Themen, die um die Punkte Ohnmacht, Bestrafung, Demütigung, Arbeit und berufliche Bildung, Beziehungslosigkeit, Essen usw. kreisen. Die Wahr-

nehmung dieser Themen und deren Integration in die Gesamtbiografie ist individuell unterschiedlich erfolgt. Die Rekonstruktionen waren oft sehr differenziert und reichten von einer positiven über eine gemischte bis zu einer extrem ablehnenden Bewertung der Heimzeit. Die Stigmatisierung durch die Zeit im Heim ist für fast alle ein implizites oder explizites Thema, das in Einzelfällen zur Tabuisierung und zum Verschweigen dieser Jahre innerhalb der eigenen Familie geführt hat. Die Biographien verweisen zudem auf die Menschen hinter den Zahlen, rechtlichen Rekonstruktionen, nüchternen Beschreibungen und Interpretationsangeboten, ohne deren Engagement eine Arbeit wie die vorstehende nicht hätte entstehen können.

Eine Zusammenführung der diversen Ergebnisse verdeutlicht die Komplexität des Geschehens und kann sich der vergangenen Realität nur annähern. Wie ein roter Faden zieht sich aber in allen Abschnitten eine verspätete Modernisierung als Kernproblem durch. Diese Verspätung resultierte zum einen aus einer strukturellen Unterfinanzierung sowohl des Landesjugendamtes als auch der Einrichtungen. Zum anderen handelte es sich dabei auch um einen mentalen Verzögerungseffekt. Das Landesjugendamt und seine Einrichtungen standen für ein Ordnungsdenken, das den Jugendlichen als Störfaktor wahrnahm und auch äußerst repressive Seiten hatte. Mit einer solchen Einstellung driftete die öffentliche Erziehung angesichts der gesellschaftlichen Umbruchsprozesse, wie sich schon in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre an den Halbstarkenkrawallen andeutete, ins Abseits – auf den Bedeutungsgewinn von postmateriellen Selbstentfaltungswerten ging die Heimerziehung zu spät und zu langsam ein. Erst als 1969 der SSK in seinen Protesten die Defizite öffentlichkeitswirksam werden ließ, begann das Landesjugendamt, sich endgültig von den konservativen 1950er Jahren zu verabschieden. Mit dem Grundsatzpapier von 1972 öffneten sich endgültig die Tore zu einer umfangreichen Modernisierung des Landesjugendamtes und der öffentlichen Erziehung.

Anhang

Plätze in Erziehungsheimen im Rheinland ca. 1955
nach Altersgruppen und Konfession (zusammengestellt nach ALVR 41231)

Name und Anschrift	Träger des Heims	besondere Merkmale des Heimes	Gesamtzahl der Plätze
1. Heime für Vorschulpflichtige und Schulpflichtige			**2.853**
davon: 1 a) alle Heime für ev. Vorschulpflichtige u. Schulpflichtige			*1.263*
Kinderheim Grossenbaum, Duisburg-Grossenbaum	Niederrheinisches Diakonissenmutterhaus Duisburg-Grossenbaum	Minderjährige der Fürsorgeerziehung und Freiwilligen Erziehungshilfe. »Das Heim nimmt weitgehend auch elternlose Kinder ausserhalb der öffentl. Ersatzerziehung auf.«	120
Kinderheim Haus Sonneck in Neukirchen (Schriftwechsel über Erziehungsverein Neukirchen, Kr. Moers)	Erziehungsverein Neukirchen, Kr. Moers	Minderjährige der Fürsorgeerziehung und Freiwilligen Erziehungshilfe	83
Erziehungsheim Neu-Düsselthal, Wittlaer-Einbrungen, Post Düsseldorf-Kaiserswerth (mit Abteilung Neu-Overdyk)	Düsselthaler Anstalten, Wittlaer-Einbrungen, Post Düsseldorf-Kaiserswerth	3 Aufnahmegruppen, heilpädagogisch orientierte Sondergruppen, nach verschiedenen Bedürfnissen ausgerichtet	440
Ev. Waisenhausstiftung Wesel	Evgl. Waisenhausstiftung Wesel	Minderjährige der Fürsorgeerziehung und Freiwilligen Erziehungshilfe	46
Bergisches Diakonissen-Mutterhaus, Oberdüssel, Post Aprath	Bergisches Diakonissen-Mutterhaus, Oberdüssel, Post Aprath	verschiedene Einrichtungen wie Bergisches Kindersanatorium für seelisch anfällige Kinder, Jugendwerkheim für schulentlassene, berufsschwache weibliche Jugendliche in Oberdüssel	574

Name und Anschrift	Träger des Heims	besondere Merkmale des Heimes	Gesamtzahl der Plätze
davon: 1 b) alle Heime für kath. Vorschulpflichtige u. Schulpflichtige			*1.590*
Raphaelshaus Dormagen bei Köln mit dem Landheim Michaelshof Birnbach, Kreis Altenkirchen/Westerwald (Schriftwechsel für das Landheim über Dormagen)	Kath. Erziehungsverein für die Rheinprovinz	Aufnahme von Minderjährigen der Fürsorgeerziehung und Freiwilligen Erziehungshilfe, verstärkte Überführung in Familienpflege	524
St. Martinus Kinderheim, Düsseldorf-Bilk, Martinstr. 7 in Verbindung mit dem Marienheim Hagen-Haspe,	Mutterhaus Dernbach-Westerwald	Minderjährige der Fürsorgeerziehung und Freiwilligen Erziehungshilfe, 1 Aufnahmegruppe	125
Kinderheim St. Josef Eckenhagen, Bez. Köln,	Kath. Kirchengemeinde Eckenhagen	Minderjährige der Fürsorgeerziehung, Freiwilligen Erziehungshilfe und öffentl. Verbände	130
Caritas-Jugendheim Hostert über Waldniel	Diözesan-Caritasverband Aachen	Minderjährige der Fürsorgeerziehung und Freiwilligen Erziehungshilfe	120
Kinderheim Maria Frieden, Langenberg, Am Hellerkamp 2	Institut J.B.M.V. Mainz	Vorwiegend Freiwillige Erziehungshilfe, auch Fürsorgeerziehung und freie Unterbringung	45
Pauline von Malinckrodt-Heim, Siegburg-Wolsdorf, Jakobstr. 16	Waisenhaus GmbH	Minderjährige der Fürsorgeerziehung und Freiwilligen Erziehungshilfe, vornehmlich Kinder außerhalb der öffentlichen Ersatzerziehung	132
Hermann Josef Haus, Urft, Krs. Schleiden über Kall	Kath. Erziehungsverein für die Rheinprovinz	Minderjährige der Fürsorgeerziehung und Freiwilligen Erziehungshilfe	137

Name und Anschrift	Träger des Heims	besondere Merkmale des Heimes	Gesamtzahl der Plätze
Jugendhaus der Dominikanerinnen St. Joseph, Düsseldorf-Heerdt, Pariser Str. 115	Kranken- und Pflegeanstalt GmbH Arenberg in Arenberg über Koblenz	Fürsorgeerziehung und Freiwillige Erziehungshilfe, gesonderte Aufnahmegruppe, Krankenstation, auch für Aufnahme von Lungenkranken mit geschlossener Tb. (das Heim ist vorwiegend Kinderheim)	310
Malteser Kinderheim St. Agnes, Mödrath bei Horrem	Genossenschaft der Rhein. Westf. Malteser Devotionsritter e.V.	Vorwiegend Heimunterbringung außerhalb der öffentlichen Ersatzerziehung, jedoch auch Freiwillige Erziehungshilfe und Fürsorgeerziehung	67
2. Plätze für Schulentlassene männlich insgesamt			**1.115**
davon: 2 a) Plätze für kath. Schulentlassene			*715*
Provinzial-Jugendheim Erlenhof, Euskirchen mit Provinzialgut Heisterberg bei Königswinter	Landschaftsverband Rheinland	Minderjährige der Fürsorgeerziehung, FEH, Gefährdeten- und Bewahrungsfürsorge; Aufnahmegruppe, heilpädagogische Sondergruppe, Geschlechtskrankenabteilung, jugendwohnheimgemäße Gruppe mit Ausbildung oder Arbeitseinsatz in der Stadt	375
Provinzial-Jugendheim Haus Fichtenhain	Landschaftsverband Rheinland	Minderjährige der Fürsorgeerziehung, FEH, 2 Aufnahmegruppen, angeschlossenes Jugendwohnheim für in Fürsorgeerziehung und FEH befindliche Minderjährige	340
davon 2 b) Plätze für ev. Schulentlassene männlich			*470*
Provinzial-Erziehungsheim Dansweilerhof Freimersdorf bei Köln	Landschaftsverband Rheinland	Minderjährige der Fürsorgeerziehung, nur in geringem Maße FEH; Gefährdeten- und Bewahrungsfürsorge, geschlossene Abteilung	25

Name und Anschrift	Träger des Heims	besondere Merkmale des Heimes	Gesamtzahl der Plätze
Halfeshof, Solingen	Landschaftsverband Rheinland	Minderjährige der Fürsorgeerziehung und FEH, in geeigneten Fällen auch Gefährdetenfürsorge; starke Differenzierung nach Gefährdungs- und Verwahrlosungsart und -grad, 2 Aufnahmegruppen, 1 jugendwohnheimgemäß geführte Übergangsgruppe zur Aufnahme der in Lehr oder Dienststellen tätigen »Stadtarbeiter«	280
Handwerkerbildungsheim Reckestift, Wittlaer-Einbrungen, Post Düsseldorf-Kaiserswerth	Düsselthaler Anstalten (Graf von der Recke-Stiftung)	Minderjährige der Fürsorgeerziehung und FEH, Ausbildung in eigenen Betrieben, daneben vielseitige Ausbildung in Lehr- und Anlernbetrieben außerhalb des Heims	165
3. Plätze für schulentlassene Mädchen insgesamt			**2.473**
davon: 3 a) Plätze für ev. schulentlassene Mädchen			*910*
Dorotheenheim, Düsseldorf	Ev. Frauen-Asyl-Verein Düsseldorf	FE und FEH, ggfs. auch Gefährdetenfürsorge, Aufnahmegruppe der werdenden u. stillenden Mütter, Geschlechtskrankenbehandlung, angeschlossen ein Säuglings- und Kleinkinderheim zur Aufnahme der Kinder der in Heimerziehung befindlichen Mädchen, Entbindung im Krankenhaus	122
Haus Elim Neukirchen, Krs. Moers	Erziehungsverein Neukirchen	Erstaufnahmen aus dem Bereich der FEH, die nach dem mitgeteilten Entwicklungsgang vermutlich diesem Heim zugewiesen wurden, außerdem Fürsorgeerziehung	93
Berg. Diakonissen-Mutterhaus Aprath a) Haus Eben-Ezer	Berg. Diakonissenmutterhaus, Oberdüssel Post Aprath	Minderjährige der Fürsorgeerziehung und Freiwilligen Erziehungshilfe, 1 Aufnahmegruppe	264

Name und Anschrift	Träger des Heims	besondere Merkmale des Heimes	Gesamtzahl der Plätze
Ev. Mädchenheim Oberhausen	Ev. Mädchenheim Oberhausen		61
Ev. Mädchenheim Ratingen	Ev. Mädchenheim Ratingen		150
Mädchenheime der Diakonissenanstalt Düsseldorf-Kaiserswerth	Diakonissenanstalt Düsseldorf-Kaiserswerth		220
davon 3 b) Plätze für kath. schulentlassene Mädchen			*1.563*
Liebfrauenhort, Aachen, Wilhelmstr. 22	Kath. Fürsorgeverein für Mädchen, Frauen u. Kinder, Aachen	vorwiegend Minderjährige der Freiwilligen Erziehungshilfe, auch Privatzöglinge	27
Jugendheim St. Raphael, Aachen-Soers	Genossenschaft der Töchter vom Hl. Kreuz	Minderjährige der FEH und Fürsorgeerziehung, Behandlung von Geschlechtskranken	160
Kloster vom Guten Hirten, Aachen-Süsterfeld	Genossenschaft der Schwestern vom Guten Hirten	Minderjährige der Fürsorgeerziehung und FEH, Gefährdeten- und Bewahrungsfürsorge, Aufnahme geschlechtskranker Mädchen, vereinzelt Aufnahme kath. taubstummer Mädchen, Bewahrungsgruppe, Übergangsheim für eigene Heimzöglinge	190
Agnes-Stift Bonn, Rheindorfer Str. 151	Genossenschaft der Schwestern der christlichen Liebe Paderborn	Vorwiegend Minderjährige der FEH, auch Fürsorgeerziehung	130
Jugendheim Christi-Hilf, Ddorf, Flurstr. 57	Genossenschaft der Töchter vom Hl. Kreuz	Vorwiegend Minderjährige der FE, auch FEH, Aufnahmeabteilung, Behandlung Geschlechtskranker	180

Name und Anschrift	Träger des Heims	besondere Merkmale des Heimes	Gesamtzahl der Plätze
Gertrudisheim D.dorf, Ulmenstr. 83 mit Mütterheim Waldhof Meererbusch	Kath. FV für Mädchen, Frauen und Kinder D.dorf Ulmenstr. 83	FEH und FE und in Sonderfällen der Gefährdetenfürsorge	120
Haus Nazareth Honnef/Rh.	Verein der Schwestern vom Guten Hirten e.V.	Überwiegend Minderjährige der FEH, ausgewählte Beobachtungsgruppe gemischt mit Erziehungsfällen	50
Jugendheim Immerath, Kreis Erkelenz	Genossenschaft der Töchter vom Hl. Kr. i.V. Düsseldorf	Minderjährige der Fürsorgeerziehung und FEH, Sondergruppe mit beschränkter Aufnahmefähigkeit für a) kath. schulentlassene Mädchen mit offener Tb, b) kath. schulentlassene Mädchen mit geschlossener Tb, besondere Krankenstation für stationäre Krankenhausbehandlung kath. schulentlassener Mädchen. Das Heim ist einem Krankenhaus angeschlossen.	60
Kloster vom Guten Hirten Junkersdorf	Kloster vom Guten Hirten, staatl. gen. Anstalt öffentl. Rechts	Bewahrungsgruppen, Übergangsheim in Anlehnung an jugendwohnheimmäßige Erziehungsform der FE, FEH, Erziehungshilfe, Gefährdeten- und Bewahrungsfürsorge	269
Kloster vom Guten Hirten, Köln Melaten	Stiftung Haus vom Guten Hirten	Vorwiegend FE und FEH, Gefährdeten- und Bewahrungsfürsorge, Bewahrungsgruppe für Jugendliche des Heimes in jugendwohnheimmäßiger Erziehungsform	85

Name und Anschrift	Träger des Heims	besondere Merkmale des Heimes	Gesamtzahl der Plätze
St. Josefshaus Mülheim/Ruhr Dimbeck 6	Kathol. Fürsorge-verein für Mädchen, Frauen und Kinder e. V. Mülheim/Ruhr	Minderjährige der Fürsorgeerziehung, FEH, Gefährdete, evtl. auch Bewahrungsfürsorge, Entbindungsstation, Säuglings- und Kleinkinder-abteilung für die Kinder der im Heim befindlichen Mädchen, Geschlechtskrankenstation	112
Bethanien Haus Maria im Klee Waldniel bei Mönchengladbach	Kongregation der Dominikanerin-nen von Bethanien, Mutterhaus Venlo Holland	Minderjährigen-Gefährdentenfürsorge, auch FE und FEH	20
Jugendheim Notburgahaus Neuss/Rhein	Verein Notburgahaus e. V.	Minderjährige der FE und FEH	160
Plätze insgesamt			**6.436**

Abkürzungsverzeichnis

ADW	Archiv Diakonisches Werk der EKD
ADWRh	Archiv Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche im Rheinland
AEKR	Archiv der Evangelischen Kirche im Rheinland, Düsseldorf
AFET	Allgemeiner Fürsorge-Erziehungs-Tag
AGJWG	Gesetz zur Ausführung des Gesetzes für Jugendwohlfahrt
AGRS	Archiv der Graf-Recke-Stiftung, Düsseldorf
ALVR	Archiv des Landschaftsverbandes Rheinland
APO	Außerparlamentarische Opposition
ASM	Arbeits- und Sozialministerium NRW
AuPr.O	Ausbildungs- und Prüfungsordnung
AUSS	Aktionszentrum unabhängiger und sozialistischer Schüler
AZ	Aktenzeichen
BAGLJÄ	Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter
BAJ	Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz
BAT	Bundesangestelltentarif
BbiG	Berufsbildungsgesetz
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BPjS	Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften
BGHSt	Bundesgerichtshof in Strafsachen
BSHG	Bundessozialhilfegesetz
BSG	Bundessozialgericht
EKD	Evangelische Kirche in Deutschland
Erz.pf	Erzieherprüfung
FAD	Freiwilliger Arbeitsdienst
FE	Fürsorgeerziehung
FEB	Fürsorgeerziehungsbehörde
FEH	Freiwillige Erziehungshilfe
FKSK	Fliedner Kulturstiftung Kaiserswerth
HJ	Hitlerjugend
HStAD	Hauptstaatsarchiv Düsseldorf
HzE	Hilfen zur Erziehung
JgefSchrG	Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften
JAScHG	Jugendarbeitsschutzgesetz
JB	Jahresbericht
JÖSchG	Gesetz zum Schutz der Jugend in der Öffentlichkeit
JWG	Jugendwohlfahrtsgesetz
LAGG	Landesarbeitsgemeinschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und für die Geschlechtserziehung Nordrhein-Westfalen

LD	Landesdirektor
LJA	Landesjugendamt
LJWA	Landesjugendwohlfahrtsausschuss
LR	Landesrat
LVR	Landschaftsverband Rheinland
LWL	Landschaftsverband Westfalen-Lippe
Mbl-NRW	Ministerialblatt Nordrhein-Westfalen
NL	Nachlass
NRW	Nordrhein-Westfalen
NS	Nationalsozialismus; nationalsozialistisch
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
OP	Oberpräsident (der Rheinprovinz)
PH	Pädagogische Hochschule
PV	Provinzialverwaltung
RdErl.	Runderlass
RJWG	Reichsjugendwohlfahrtsgesetz
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RLK	Rheinische Landesklinik
RP	Regierungspräsident
SA	Sturmabteilung
SD	Sicherheitsdienst der SS
SGB	Sozialgesetzbuch
SS	Schutzstaffel
SSK	Sozialpädagogische Sondermaßnahmen Köln
StA	Stadtarchiv
StGB	Strafgesetzbuch

Quellen- und Literaturverzeichnis

1. Archive

Archiv des Landschaftsverbandes Rheinland (ALVR)
Sachakten
Einzelfallakten
NL Klausa

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf (HStAD)
NW 648
NW 41

Archiv der Evangelischen Kirche im Rheinland (AEKR)
6 HA 034 (NL Präses Immer)
1 OB 017 (Sachakten LKA, Bestand Konsistorium)

Archiv des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche im Rheinland (ADWRh)
Bestand Ohl
Evangelischer Verband für Heimerziehung im Rheinland

Archiv der Fliedner Kulturstiftung, Kaiserswerth (FKSK)
FKSK 2–1 (Diakonissenanstalt)

Archiv der Graf Recke Stiftung, Düsseldorf (AGRS)
Sachakten; unverzeichnetes Archivgut

Zeitzeugeninterviews
Interview Gustav Berger, 7.10.2009
Interview Paul Groß, 19.10.2009
Interview Bertha Gruber, 7.8.2009
Interview Alfred Hoffmann, 25.1.2010
Interview Hilde Hohmann, 31.8.2009
Interview Gustav Läuber, 21.1.2010
Interview Albrecht Lehman, 18.9.2009
Interview Charlotte Schäfer, 9.10.2009
Interview Edgar Schiller, 31.8.2009
Interview Dieter Schmidt, 1.9.2009
Interview Jakob Schulz, 1.9.2009

Interview Harald Steiger, 14.10.2009
Interview Herbert Vogel, 15.9.2009
Interview Hilde Wiesling, 5.10.2009

2. Literatur

Abel, Karl: Freiwillige Erziehungshilfe, in: Köster/Küster, Zwischen Disziplinierung und Integration, S. 267–281
AFET (Hg.): Die Lage der Heimerzieher. Ergebnis einer vom Vorstand des AFET durchgeführten Untersuchung in 5 Ländern der Bundesrepublik (Hannover 1958)
AFET: Gruppenstärke und Messzahlen für pädagogische Fachkräfte, in: AFET Mitgliederrundbrief 1971, Nr. 4, S. 40–41
AFET Ausschuss »Beruf und Arbeit«, in: AFET Mitgliederrundbrief 1973, Nr. 4/5, S. 59
Ahlheim, Rose u.a.: Gefesselte Jugend. Fürsorgeerziehung im Kapitalismus (Frankfurt a.M. 1971)
Allgemeine Richtlinien des Landesjugendamtes Rheinland zur Durchführung der öffentlichen Erziehung im Rheinland (FEH und FE), in: AFET Mitgliederrundbrief 1973, Nr. 1/2, S. 15–18
Aich, Prodosh (Hg.): Da weitere Verwahrlosung droht. Fürsorgeerziehung und Verwaltung (Hamburg 1973)
Aichhorn, August: Verwahrloste Jugend. Die Psychoanalyse in der Fürsorgeerziehung (Bern 1951)
Almstedt, Matthias/Munkwitz, Barbara (Hg.): Ortsbestimmung der Heimerziehung. Geschichte, Bestandsaufnahme, Entwicklungstendenzen (Weinheim/Basel 1982)
Amthor, Ralph Christian: Die Geschichte der Berufsausbildung in der Sozialen Arbeit. Auf der Suche nach Professionalisierung und Identität (Weinheim/München 2003)
Arbeitsgruppe Heimreform: Aus der Geschichte lernen: Analyse der Heimreform in Hessen (1968–1983) (Erziehungshilfe Dokumentation, Bd. 16) (Frankfurt a.M. 2000)
Arnold, Pascal/Sprumont, Dominique: Der Nürnberger Kodex: Regeln des Völkerrechts, in: Ulrich Tröhler/Stella Reiter-Theil (Hg.), Ethik und Medizin 1947–1997 – Was leistet die Kodifizierung von Ethik? (Göttingen 1997), S. 115–130
Ausnahmen vom Jugendarbeitsschutz, in: AFET Mitgliederrundbrief 1961, Nr. 3/4, S. 26–28
Badenhop, Hans-Georg: Gruppenstärke und Messzahlen für pädagogische Fachkräfte, in: AFET Mitgliederrundbrief 1971, Nr. 4, S. 40–41
Banach, Harald: Schwierige Zeiten in Fichtenhain 1930 bis 1945, in: Ders., Ich werde mich umdrehen und gehen …, S. 121–127
Banach, Harald: Prälat Paul Wolpers, in: Ders., Ich werde mich umdrehen und gehen …, S. 131–143
Banach, Harald: Lern- und Lehrmittel standen nicht zur Verfügung …, in: Ders., Ich werde mich umdrehen und gehen …, S. 147–154

Banach, Harald (Hg.): Ich werde mich umdrehen und gehen …: 100 Jahre Jugendhilfe in Fichtenhain (Krefeld 2006)

Banach, Sarah: Der Ricklinger Fürsorgeprozess 1930. Evangelische Heimerziehung auf dem Prüfstand (Frauen- und Genderforschung in der Erziehungswissenschaft, Bd. 5) (Opladen 2007)

Baucke, Joachim/Grünewald, Gerhard/Zuberbier, Erika: Graphomotorische Untersuchungen an verhaltensschwierigen Kindern, in: Archiv für Psychiatrie und Nervenkrankheiten. Vereinigt mit Zeitschrift für die Gesamte Neurologie und Psychiatrie 201 (1961), S. 549–564

Bäumer, Maria: Aufnahme und Entlassung der Zöglinge, in: Trost (Hg.), Handbuch der Heimerziehung, Bd. 1, S. 489–492.

Bäuerle, Wolfgang/Markmann, Jürgen: Reform der Heimerziehung. Materialien und Dokumente. Zusammengestellt im Auftrag der Internationalen Gesellschaft für Heimerziehung (Federation Internationale des Communautes d'Enfants – FICE) (Weinheim/Basel 1974)

Becker, Wilhelm: Zur Berufsausbildung im Heim, in: Unsere Jugend 19 (1967), S. 155–162

Behnken, Imbke/Zinnecker, Jürgen: »Hi ha ho, die Bonzen komm'n ins Klo!« Sozialpädagogische Studentenbewegung und Modernisierung Sozialer Arbeit in Deutschland, in: Westfälische Forschungen 48 (1998), S. 257–282

Benad, Matthias/Schmuhl, Hans-Walter/Stockhecke, Kerstin (Hg.): Endstation Freistatt. Fürsorgeerziehung in den v. Bodelschwinghschen Anstalten Bethel bis in die 1970er Jahre (Schriften des Instituts für Diakonie- und Sozialgeschichte an der Kirchlichen Hochschule Wuppertal/Bethel, Bd. 16) (Bielefeld 2009)

Benninghoven, Cornelia/Pankoke, Eckart: Leben lernen. Hundert Jahre Berufsbildungszentrum der Graf-Recke-Stiftung (Düsseldorf 2005)

Bericht der Rheinischen Provinzialverwaltung über ihre Tätigkeit während des Rechnungsjahres 1937: Fürsorgeerziehung, in: Die Rheinprovinz 14 (1938), S. 498–506

Bericht der Rheinischen Provinzialverwaltung über ihre Tätigkeit während des Rechnungsjahres 1938: Fürsorgeerziehung, in: Die Rheinprovinz 15 (1939), S. 492–503

Bericht des Ausschusses »Arbeitserziehung und Berufsbildung«, in: AFET Mitgliederrundbrief 1970, Nr. 5/6, S. 1–5

Beurmann, Martha: Die Heimerzieherschaft. Aufbau und Einordnung in das Berufsgefüge, in: Landschaftsverband Rheinland (Hg.), Öffentliche Erziehungshilfe im Umbruch. Eine Schrift zum 50jährigen Bestehen des Rheinischen Landesjugendheims Haus Fichtenhain (1957), Düsseldorf o.J. [1957], S. 15–26

Bewahrung innerhalb der Fürsorgeerziehung, in: Die Rheinprovinz 10 (1934), Heft 9, S. 44–45

Blandow, Jürgen: Heimerziehung und Jugendwohngemeinschaften, in: Ders./Faltermeier, Josef (Hg.), Erziehungshilfen in der Bundesrepublik Deutschland. Stand der Entwicklung (Deutscher Verein für Öffentliche und Private Fürsorge: Arbeitshilfen, Heft 36) (Stuttgart u.a. 1989), S. 276–315

Blaschke, Olaf: Der »Dämon des Konfessionalismus«. Einführende Überlegungen, in: Ders. (Hg.), Konfessionen im Konflikt. Deutschland zwischen 1800 und 1970: Ein zweites konfessionelles Zeitalter (Göttingen 2002), S. 13–71

Bless, Ludwiga: Zur Frage der Sozialversicherungspflicht von Minderjährigen in Fürsorgeerziehungsanstalten, in: Zentralblatt für Jugendrecht und Jugendwohlfahrt 49 (1962), S. 42–46

Blum-Geenen, Sabine: Fürsorgeerziehung in der Rheinprovinz von 1871–1933 (Rheinprovinz, Bd. 11) (Köln 1997)

Blum-Geenen, Sabine/Kaminsky, Uwe: »Reinigung von der Last der Erbkranken« – Fürsorgeerziehung und Zwangssterilisation, in: Landschaftsverband Rheinland, Archivberatungsstelle (Hg.), Folgen der Ausgrenzung. Studien zur Geschichte der NS-Psychiatrie in der Rheinprovinz (Köln 1995), S. 1–40

Bock, Resi: Probleme mit der Berufserziehung gefährdeter weiblicher Jugend. Eine Untersuchung über die Rolle der Arbeit in der Heimerziehung (Diss. päd. Frankfurt a.M. 1960)

Bosse, Albert: Das Jugendhaus Freimersdorf, Zweck, Einrichtung und Erziehungsmethode, in: Die Rheinprovinz 12 (1936), S. 190–194

Breckner, Roswitha: Von den Zeitzeugen zu den Biographien. Methoden der Erhebung und Auswertung lebensgeschichtlicher Interviews, in: Berliner Geschichtswerkstatt (Hg.), Alltagskultur, Subjektivität und Geschichte. Zur Theorie und Praxis von Alltagsgeschichte (Münster 1994), S. 199–222

Breyvogel, Wilfried: Provokation und Aufbruch in der westdeutschen Jugend in den 50er und 60er Jahren. Konflikthafte Wege der Modernisierung der westdeutschen Gesellschaft in der frühen Bundesrepublik, in: Herrmann, Protestierende Jugend, S. 445–461

Brosch, Peter: Fürsorgeerziehung. Heimterror und Gegenwehr (Frankfurt a.M. 1971)

Broszat, Martin: Nationalsozialistische Polenpolitik (Frankfurt a.M. 1965) [Erstausgabe: Stuttgart 1961]

Brüchert, Hedwig: Dr. Luise von der Heyden (1897–1957), in: Kommission des Landtags Rheinland-Pfalz (Hg.), Rheinland-Pfälzerinnen. Frauen in Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur in den Anfangsjahren des Landes Rheinland-Pfalz (Mainz 2001), S. 200–201

Brückweh, Kerstin: Mordlust. Serienmorde, Gewalt und Emotionen im 20. Jahrhundert (Frankfurt a.M. 2006)

Brunn, Gerhard/Reulecke, Jürgen: Kleine Geschichte von Nordrhein-Westfalen 1946–1996 (Köln/Stuttgart/Berlin 1996)

Brzosa, Ulrich: 100 Jahre Caritasverband für die Stadt Düsseldorf. Die Geschichte der Caritas in Düsseldorf von den Anfängen bis zur Gegenwart (Köln 2004)

Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit: Dritter Jugendbericht (Bonn 1972)

Bundessozialgericht 3. Senat, Entscheidungsdatum: 30.1.1963, Aktenzeichen 3RK 36/59, Dokumententyp: Urteil, in: Juris, das Rechtsportal, <www.juris.de> (Stand 2.2.2009)

Carspecken, Ferdinand: Die Strafe im Erziehungsheim und ihre Rechtsgrundlagen, in: Zentralblatt für Jugendrecht und Jugendwohlfahrt 4 (1958), S. 38–44

Carspecken, Ferdinand: Aufsicht und Pflegekinderschutz in den Heimen nach dem neuen JWG, in: Unsere Jugend 13 (1961), S. 498–505

Carspecken, Ferdinand: Probleme des Jugendwohlfahrtsgesetzes vom 11.8.1961. Fragen der Freiwilligen Erziehungshilfe und der Fürsorgeerziehung, der Heimaufsicht und des Schutzes von Minderjährigen unter 16 Jahren in den Einrichtungen der Jugendhilfe (Jugend im Blickpunkt) (Berlin/Neuwied 1962)

Castell, Rolf u.a.: Geschichte der Kinder- und Jugendpsychiatrie in Deutschland in den Jahren 1937–1961 (Göttingen 2003)

Claussen, Hans: Pflichten und Rechte der Fürsorgeerziehungsbehörde (Neue Schriftenreihe des Allgemeinen Fürsorgeerziehungstages, Heft 8) (Hannover 1954)

Clostermann, Ludwig: »Reinigung« der Fürsorgeerziehung, in: Zentralblatt für Jugendrecht und Jugendwohlfahrt 23 (1931), S. 202–205

Coerper, Carl/Hagen, Wilhelm/Thomae, Hans (Hg.): Deutsche Nachkriegskinder. Methoden und erste Ergebnisse der deutschen Längsschnittuntersuchungen über die körperliche und seelische Entwicklung im Schulkindalter (Stuttgart 1954)

Cornehl, Peter: Dorothee Sölle, das »Politische Nachtgebet« und die Folgen, in: Hermle/Lepp/Oelke, Umbrüche, S. 265–284

Cramer, August: Bericht an das Landesdirektorium in Hannover über die Ergebnisse der psychiatrisch-neurologischen Untersuchung der Fürsorgezöglinge in dem Stephansstift bei Hannover, im Magdalenenheim bei Hannover, im Frauenheim bei Himmelsthür vor Hildesheim und im Calandshof bei Rotenburg, in: Klinisches Jahrbuch 18 (1908), S. 163–198

Cropp, Fritz: Welche hygienischen Anforderungen sind an unsere Erziehungsheime zu stellen?, in: Evangelische Jugendhilfe 74 (1954), S. 70–72

Damberg, Wilhelm/Frings, Bernhard/Jähnichen, Traugott/Kaminsky, Uwe (Hg.): Mutter Kirche – Vater Staat? Geschichte, Praxis und Debatten der konfessionellen Heimerziehung seit 1945 (Münster 2010)

Daners, Hermann/Wißkirchen, Josef: Was in Brauweiler geschah. Die NS Zeit und ihre Folgen in der Rheinischen Provinzial-Arbeitsanstalt. Dokumentation (Rheinprovinz, Bd. 16) (Pulheim 2006)

Daners, Hermann: »Ab nach Brauweiler …!« Nutzung der Abtei Brauweiler als Arbeitsanstalt, Gestapogefängnis, Landeskrankenhaus … (Pulheimer Beiträge zur Geschichte und Heimatkunde, Sonderveröffentlichung, Bd. 15) (Pulheim 1996)

Daners, Hermann: Jugendliche und ihre »Erziehung« in der Arbeitsanstalt Brauweiler. Ein Vergleich zwischen Kaiserzeit und Zeit des Nationalsozialismus, in: Pulheimer Beiträge zur Geschichte 28 (2004), S. 170–183

Das Heim als Erziehungshilfe. Denkschrift des Verbandes katholischer Einrichtungen der Heim- und Heilpädagogik, in: Jugendwohl 54 (1973), S. 424–466

Denninger, Erhard: Jugendfürsorge und Grundgesetz, in: Brosch, Fürsorgeerziehung, S. 164–170

Depner, Gerald: Adoptionsvermittlung, Pflegekinderwesen und Hilfen für Familien, in: Köster/Küster, Zwischen Disziplinierung und Integration, S. 267–277

Deutsch, Karl-Heinz: Die Rechtsnatur des Arbeitseinsatzes Minderjähriger während der Heimerziehung, in: Recht der Jugend 7 (1959), S. 166–168
Dickinson, Edward Ross: The Politics of German Child Welfare from the Empire to the Federal Republic (Cambridge/Mass. 1996)
Die Kinderheime und Anstalten der britischen Zone, von Engländern gesehen, in: Unsere Jugend 1 (1949), Heft 5, S. 26–28
Döffinger, Gerhard: Erzieher am Arbeitsplatz, in: Sozialpädagogik. Zeitschrift für Mitarbeiter 4 (1962), S. 128–131
Döpp-Woesler, Aenne: Der Heimgarten – ein Arbeitsfeld der Heimerziehung, in: Trost (Hg.), Handbuch der Heimerziehung, Bd. 2, S. 1028–1037
Dorsch, Friedrich: Psychologisches Wörterbuch. Stichwort Verwahrlosung (Berlin 1970)
Durchführung der Bewahrung innerhalb der Fürsorgeerziehung, in: Die Rheinprovinz 11 (1935), S. 200–201
Ell, Ernst: Rauchen im Mädchenwohnheim – Schlußbericht, in: Jugendwohl 43 (1962), S. 54–64
Empfehlung des AFET für die berufliche Eingliederung von Mädchen in Einrichtungen der Jugendhilfe, in: AFET Mitgliederrundbrief 1979, Nr. 4, S. 47–49
Engel, Rembert (Hg.): Freiwillige Erziehungshilfe und [?] Fürsorgeerziehung in Nordrhein-Westfalen (Sozialwesen in Nordrhein-Westfalen, Bd. 1) (München/Wien 1977)
Engelbrecht, Jörg: Autobiographien, Memoiren, in: Rusinek/Ackermann/Engelbrecht (Hg.), Einführung in die Interpretationen historischer Quellen, S. 61–79
Enseling, Jost: Entwicklung und Bedeutung der preußischen Provinzialverbände und das Problem ihres Fortbestehens als Landschaftsverbände in Nordrhein-Westfalen (Diss. iur. Münster 1953)
Erbstösser, Hermann: Das Düsselthaler Schulwesen, hg. zur Einweihung des Neubaus der Schule II (Düsselthal) vom Kuratorium der Düsselthaler Anstalten (o.O. [Düsseldorf] 1976)
Falke, Horst: Eingewiesen durch das Jugendamt, in: Unsere Jugend 11 (1959), S. 74–76
Fangmeier, Gerhard: Die Seelsorge für Kinder und Jugendliche, insbesondere für die männliche Heimjugend, in: Trost (Hg.), Handbuch der Heimerziehung, Bd. 2, S. 638–657
Fangmeier, Gerhard: Erlebnisse und Gedanken eines Neusiedlers (1977 Ms.)
Fangmeier, Jürgen: Gerhard Fangmeier 1900–1985, in: Witschke, Diakonie bewegt, S. 479–496
Fehrlen, Burkhard/Schubert, Ulrich: Offene Jugendarbeit in Baden-Württemberg: Von der Nachkriegszeit bis zum Ende der 60er Jahre (Leinfelden-Echterdingen 1997)
Fenner, Joachim: Durch Arbeit zur Arbeit erzogen. Berufsausbildung in der preußischen Zwangs- und Fürsorgeerziehung (Historische Schriftenreihe des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen, Quellen und Studien, Bd. 1) (Kassel 1991)
Ficht, Jürgen: Die Überführung Jugendlicher in ein Heim und die Rückführung entwichener Jugendlicher, in: Unsere Jugend 14 (1962), S. 351–359
Flick, Uwe: Qualitative Forschung. Theorie, Methoden, Anwendung in Psychologie und Sozialwissenschaften (Reinbek bei Hamburg 1999)

Fontana, Julia: Fürsorge für ein ganzes Leben? Spuren der Heimerziehung in den Biographien von Frauen (Frauen- und Genderforschung in der Erziehungswissenschaft, Bd. 3) (Opladen 2007)
Forsbach, Ralf: Die Medizinische Fakultät der Universität Bonn im »Dritten Reich« (München 2006)
Frie, Ewald: Wohlfahrtsstaat und Provinz. Fürsorgepolitik des Provinzialverbandes Westfalen und des Landes Sachsen 1880–1930 (Forschungen zur Regionalgeschichte, Bd. 8) (Paderborn 1993)
Frings, Bernhard: Annäherung an eine differenzierte Heimstatistik – Statistik der Betroffenheit, in: Damberg/Frings/Jänichen/Kaminsky, Mutter Kirche – Vater Staat?, S. 28–47
Frings, Bernhard: Zwischen Tradition und reformerischen Schritten – Die Johannesburg im Emsland, in: Damberg/Frings/Jähnichen/Kaminsky, Mutter Kirche – Vater Staat?, S. 229–247
Frölich, Matthias: Das Landesjugendamt Westfalen. Kooperation und Konflikt zwischen Behörde und konfessionellen Trägern der Jugendhilfe, in: Damberg/Frings/Jähnichen/Kaminsky, Mutter Kirche – Vater Staat?, S. 174–189
Fürderer-Schoenmackers, Heidi/Kluge, Karl-Josef: Entwicklung im Heim Teil VI: Berufsprobleme und -chancen von Heimerziehern (Beiträge zur Erziehungstherapie und Eingliederungshilfe, Bd. 31) (München 1984)
Fürsorgeerziehung oder Bewahrung? Aus dem Jahresbericht der Rheinischen Fürsorgeerziehung, in: Die Rheinprovinz 10 (1934), Heft 8, S. 25–30
Ganslmeier, Florian: Art. »Böhler, Wilhelm Johannes«, in: BBKL Bd. XXV (2005), Sp. 93–103
Gatzemann, Andreas: Die Erziehung zum »neuen« Menschen im Jugendwerkhof Torgau. Ein Beitrag zum kulturellen Gedächtnis (Diktatur und Widerstand, Bd. 14) (Berlin/Münster 2008)
Gehltomholt, Eva/Hering, Sabine: Das verwahrloste Mädchen. Diagnostik und Fürsorge in der Jugendhilfe zwischen Kriegsende und Reform (1945–1965) (Frauen- und Genderforschung in der Erziehungswissenschaft, Bd. 4) (Opladen 2006)
Geppert, Alexander C.T.: Forschungstechnik oder historische Disziplin? Methodische Probleme der Oral History, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 45 (1994), S. 303–323
Gilcher-Holtey, Ingrid (Hg.): 1968. Vom Ereignis zum Mythos (Frankfurt a.M. 2008)
Giesecke, Hermann (Hg.): Offensive Sozialpädagogik (Göttingen 1973)
Gothe, Lothar/Kippe, Rainer: Ausschuß. Protokolle und Berichte aus der Arbeit mit entflohenen Fürsorgezöglingen (Köln 1970)
Gothe, Lothar/Kippe, Rainer: Aufbruch. Fünf Jahre Kampf des SSK: Von der Projektgruppe für geflohene Fürsorgezöglinge über die Jugendhilfe zur Selbsthilfe verelendeter junger Arbeiter (Köln 1975)
Gotthardt, Tina: Abkehr von der Wohlstandsgesellschaft: Gammler in den 60er Jahren der BRD (Saarbrücken 2007)

Gräser, Marcus: Der blockierte Wohlfahrtsstaat. Unterschichtsjugend und Jugendfürsorge in der Weimarer Republik (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 107) (Göttingen 1995)

Gries, Jürgen/Ringler, Dominik: Jugendamt und Jugendhilfe in der Bundesrepublik Deutschland. Geschichte, Analysen und Materialien mit den Ausführungsgesetzen der Bundesländer (Jugendamt und Jugendhilfe, Bd. 1) (2., überarbeitete Auflage Baltmannsweiler 2005)

Gründer, Richard/Müller-Schlotmann, Richard/Reidegeld, Eckhard: Reaktionen auf unerwünschtes Verhalten in der Stationären Erziehungshilfe, in: Unsere Jugend 61 (2009), S. 14–25

Grünewald, Gerhard/Grünewald-Zuberbier, Erika/Rode, I.: Beeinflussung der Handlungskontrolle durch Chlorprothixen bei unruhigen verhaltensschwierigen Kindern, in: Archiv für Psychiatrie und Zeitschrift für die gesamte Neurologie 211 (1968), S. 23–37

Haarmann, Wennemar: Schutz von Pflegekindern und Heimkindern nach dem neuen Jugendwohlfahrtsgesetz, in: Zentralblatt für Jugendrecht und Jugendwohlfahrt 49 (1962), S. 8–12

Hammerschmidt, Peter: Finanzierung und Management von Wohlfahrtsanstalten 1920 bis 1936 (Historische Forschungen, Bd. 25) (Stuttgart 2003)

Hammerschmidt, Peter: Wohlfahrtsverbände in der Nachkriegszeit. Reorganisation und Finanzierung der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege 1945 bis 1961 (München 2005)

Hanebuth, Otto: Sportplatz, Turnhalle und Schwimmbad im Erziehungsheim, in: Trost (Hg.), Handbuch der Heimerziehung, Bd. 2, S. 1010–1020

Hanrath, Sabine: Zwischen »Euthanasie« und Psychiatriereform. Anstaltspsychiatrie in Westfalen und Brandenburg: Ein deutsch-deutscher Vergleich (1945–1964) (Forschungen zur Regionalgeschichte, Bd. 41) (Paderborn/München/Wien 2002)

Hansen, Eckhard: Wohlfahrtspolitik im NS-Staat. Motivationen, Konflikte und Machtstrukturen im »Sozialismus der Tat« des Dritten Reiches (Beiträge zur Sozialpolitik-Forschung, Bd. 6) (Augsburg 1991)

Happe, Günter: Nochmals: Heimaufsicht und Aufsicht über Minderjährige im Rahmen der öffentlichen Erziehung, in: Zentralblatt für Jugendrecht und Jugendwohlfahrt 49 (1962), S. 248–253

Happe, Günter: Heimaufsicht nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz (Kleine Schriften des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, Heft 14) (2., neubearbeitete Auflage Frankfurt a.M. 1984)

Happe, Günter/Saurbier, Helmut/Maas, Udo/Jans, Karl-Wilhelm: Kinder- und Jugendhilferecht. Kommentar. Stand Februar 2009, Gesamtwerk inkl. 43. Lieferungen, Loseblattsammlung (o.O. [Stuttgart] 2009)

Hasenclever, Christa: Jugendhilfe und Jugendgesetzgebung seit 1900 (Göttingen 1978)

Hecker, Walther: Das Moment der Freiwilligkeit in der Fürsorgeerziehung, in: Die Wohlfahrtspflege in der Rheinprovinz 7 (1931), S. 274–277

Hecker, Walther: Zur Frage der Minderwertigkeit der Fürsorgezöglinge, in: Die Wohlfahrtspflege in der Rheinprovinz 9 (1933), S. 351–352

Hecker, Walther: Zur Bewahrung Jugendlicher, in: Die Rheinprovinz 12 (1936), S. 255–258
Hecker, Walther: Rheinische Fürsorgeerziehung im Kriege (aus dem Bericht der rheinischen Fürsorgeerziehungsbehörde über das Rechnungsjahr 1940/41), in: Die Rheinprovinz 16 (1940), S. 210–214
Hecker, Walther: Probleme der Fürsorgeerziehung im Kriege, in: Die Rheinprovinz 17 (1941), S. 165–169
Hecker, Walther: Die allgemeinen Voraussetzungen für eine Neuordnung der Jugendfürsorge in Deutschland, in: Jugendwohl 37 (1956), S. 42–45
Hehlmann, Wilhelm: Verwahrlosung, in: Ders. (Hg.), Wörterbuch der Pädagogik, Stuttgart 1967, S. 557
Henkelmann, Andreas: »Der Dienst am Nächsten in Gefahr«? Transformationsprozesse im Selbstverständnis der Caritas während der fünfziger Jahre, in: Jähnichen/Friedrich/Witte-Karp, Auf dem Weg in »dynamische Zeiten«, S. 127–173
Henkelmann, Andreas: Caritasgeschichte zwischen katholischem Milieu und Wohlfahrtsstaat. Das Seraphische Liebeswerk (1889–1971) (Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, Bd. 113) (Paderborn 2008)
Henkelmann, Andreas: Die Entstehung der Vereinigung für katholische caritative Erziehungstätigkeit, in: Stephan Hiller/Eckhart Knab/Heribert Mörsberger (Hg.), Erziehungshilfe – Investition in die Zukunft – 100 Jahre BvkE [?] (Freiburg i.Br. 2009), S. 15–35
Henkelmann, Andreas: Die Entdeckung der Welt – Katholische Diskurse zur religiösen Heimerziehung zwischen Kriegsende und Heimrevolten (1945–1969), in: Damberg/Frings/Jähnichen/Kaminsky, Mutter Kirche – Vater Staat?, S. 147–171
Henkelmann, Andreas: Religiöse Erziehung in Anstalten der Kinder- und Jugendfürsorge in den 1950er und 1960er Jahren – Das Beispiel »Maria im Klee« in Waldniel, in: Damberg/Frings/Jähnichen/Kaminsky, Mutter Kirche – Vater Staat?, S. 261–278
Henkelmann, Andreas/Kaminsky, Uwe: Konfessionelle Wohlfahrtspflege und moderner Wohlfahrtsstaat. Überlegungen zu einem schwierigen Verhältnis am Beispiel der Heimerziehung in den fünfziger und sechziger Jahren, in: Jähnichen/Friedrich/Witte-Karp, Auf dem Weg in »dynamische Zeiten«, S. 253–285
Herbert, Ulrich: Liberalisierung als Lernprozeß. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte – eine Skizze, in: Ders. (Hg.), Wandlungsprozesse in Westdeutschland, S. 7–53
Herbert, Ulrich (Hg.): Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration und Liberalisierung 1945–1980 (Moderne Zeit, Bd. 1) (Göttingen 2002), S. 7–53
Hering, Sabine: »Verwahrloste Mädchen« als Zielgruppe öffentlicher Erziehung – ein Rückblick auf die Jahre 1945–1965, in: Diana Franke/Joachim Henseler/Jürgen Reyer (Hg.), Sozialpädagogik: Vom Therapeutikum zur Weltgesellschaft – Historische und systematische Beiträge (Baltmannsweiler 2005), S. 135–150
Hering, Sabine, Die Macht der Diagnosen – und die Geduld der Opfer. Mädchen in der Fürsorgerziehung 1945–1965, in: Sozialextra 30 (2006), Heft 12, S. 12–15

Herrmann, Ulrich (Hg.): Protestierende Jugend. Jugendopposition und politischer Protest in der deutschen Nachkriegsgeschichte (Materialien zur historischen Jugendforschung) (Weinheim/München 2002), S. 461–487
Hermle, Siegfried/Lepp, Claudia/Oelke, Harry (Hg.): Umbrüche. Der deutsche Protestantismus und die sozialen Bewegungen in den 1960er und 70er Jahren (Arbeiten zur kirchlichen Zeitgeschichte, Reihe B: Bd. 47) (Göttingen 2007)
Heyden, Luise von der: Die erzieherische Umwelt der Heime, in: Trost (Hg.), Handbuch der Heimerziehung, Bd. 1, S. 453–458
Hinz-Wessels, Annette: »Skandal im Erziehungsheim« – Heinrich Grüber und der Fall Waldhof-Templin, in: Zeitschrift für Kirchengeschichte 118 (2007), S. 45–80
Hong, Young-Sun: Welfare, Modernity, and the Weimar State, 1919–1933 (Princeton 1998)
Hubert, Harry: Jugendfürsorge, Jugendwohlfahrt und Jugendhilfe. Zur Geschichte des Jugendamtes der Stadt Frankfurt am Main, Bd. 1: Von den Anfängen bis 1945 (Frankfurt a.M. 2005)
Hundinger, Ina (Hg.): Verzeichnis der deutschen evangelischen Erziehungsheime und Waisenhäuser, hg. von Ina Hundinger für den Centralausschuß für Innere Mission (Berlin 1931)
Hüttenberger, Peter: Tagebücher, in: Rusinek/Ackermann/Engelbrecht (Hg.), Einführung in die Interpretation historischer Quellen, S. 27–43
Jähnichen, Traugott/Friedrich, Norbert/Witte-Karp, André (Hg.): Auf dem Weg in »dynamische Zeiten«. Transformationen der sozialen Arbeit der Konfessionen im Übergang von den 1950er zu den 1960er Jahren (Bochumer Forum zur Geschichte des sozialen Protestantismus, Bd. 9) (Berlin 2007), S. 127–173
Jans, Karl-Wilhelm: Unternehmen und Führer des Betriebs, in: Deutsche Juristenzeitung 39 (1934), S. 1058–1060
Jans, Karl-Wilhelm: Das Recht am Unternehmen und die Wirtschaftsordnung (Düsseldorf 1936)
Jans, Karl-Wilhelm: Heimaufsicht und Aufsicht über Minderjährige nach dem neuen Jugendwohlfahrtsrecht, in: Zentralblatt für Jugendrecht und Jugendwohlfahrt 49 (1962), S. 121–125
Jans, Karl-Wilhelm/Beurmann, Martha: Öffentliche Erziehung im Rheinland. Aufgabe, Weg und Ziel (Köln o.J. [1963])
Jans, Karl-Wilhelm/Happe, Günther: Jugendwohlfahrtsgesetz. Kommentar mit systematisch gegliederten Erlassen, den einschlägigen Nebengesetzen und ergänzenden Bestimmungen (Köln 1963)
Jans, Karl-Wilhelm/Happe, Günther: Handbuch für die Jugendhilfe. Vorschriftensammlung. Mit einer Einführung in Geschichte und Wesen des Jugendrechts (Köln/Stuttgart 1964)
Janzen, Willi: Haus Heckenwinkel, in: Evangelische Jugendhilfe 34 (1956), S. 47–48
Janzen, Willi: Gedanken und Erfahrungen über die Arbeit in einem heilpädagogischen Heim, in: Evangelische Jugendhilfe 35 (1957), S. 41–45
Jarotzky, Hans von: Die Rheinischen Provinzialanstalten in Brauweiler: Kurze Darstellung der Einrichtung, der Verwaltung und des Betriebes (Brauweiler 1908)

Jugendwohlfahrtsgesetz. Textausgabe mit Einführung und ergänzender Bundesgesetzgebung, bearbeitet von Karl-Wilhelm Jans und Günther Happe (Kommunale Schriften, Neue Folge, Nr. 16) (4., ergänzte Auflage Köln 1961)

Jugendwohlfahrtsrecht, bearbeitet von Karl-Wilhelm Jans und Erika Müller, hg. vom Landschaftsverband Rheinland Landesjugendamt (8., überarbeitete Auflage Düsseldorf 1958)

Kaiser, Günther: Randalierende Jugend. Eine soziologische und kriminologische Studie über die so genannten »Halbstarken« (Heidelberg 1959)

Kaminsky, Uwe: Von der Duisburger Diakonenanstalt zum Theodor Fliedner Werk 1919 bis 1981, in: Klaus Hildemann/Uwe Kaminsky/Ferdinand Magen, Pastoralgehilfenanstalt – Diakonenanstalt – Theodor Fliedner Werk. 150 Jahre Diakoniegeschichte (Schriftenreihe des Vereins für Rheinische Kirchengeschichte, Bd. 114) (Köln 1994)

Kaminsky, Uwe: Zwangssterilisation und »Euthanasie« im Rheinland. Evangelische Erziehungsanstalten sowie Heil- und Pflegeanstalten 1933 bis 1945 (Schriftenreihe des Vereins für Rheinische Kirchengeschichte, Bd. 116) (Köln 1995)

Kaminsky, Uwe: Dienen unter Zwang. Studien zu ausländischen Arbeitskräften in Evangelischer Kirche und Diakonie im Rheinland während des Zweiten Weltkriegs (Bonn 2002)

Kaminsky, Uwe: Sittlichkeitsdenken und Zwangssterilisation. Die Hilfsschulanstalt Neudüsseltal im Nationalsozialismus, in: Erika Welkerling/Falk Wiesemann, Unerwünschte Jugend im Nationalsozialismus, S. 177–190

Kaminsky, Uwe: »Die Erziehung unserer Mädchen zur Frau und Mutter«. Das Düsseldorfer Dorotheenheim im Nationalsozialismus, in: Erika Welkerling/Falk Wiesemann, Unerwünschte Jugend im Nationalsozialismus, S. 223–236

Kaminsky, Uwe: Kirche in der Öffentlichkeit. Die Transformation der Evangelischen Kirche im Rheinland (1948–1989) (Schriftenreihe des Vereins für Rheinische Kirchengeschichte, Bd. 173) (Bonn 2008)

Kaminsky, Uwe: »Schläge im Namen des Herrn« – Öffentliche Debatte und historische Annäherung. Eine Einführung, in: Damberg/Frings/Jähnichen/Kaminsky (Hg.): Mutter Kirche – Vater Staat?, S. 5–26

Kappeler, Manfred: »Achtundsechzig« und die Folgen für Pädagogik und Soziale Arbeit, in: Forum Erziehungshilfen 14 (2008), S. 268–273

Kappeler, Manfred: Die Wege ins Heim, in: Kröger/Schrapper (2009), Fürsorgeerziehung der 1950er und 1960er Jahre, S. 6–28

Karbe, Agnes: Berufsberatung und Heimerziehung, in: Trost (Hg.), Handbuch der Heimerziehung, Bd. 1, S. 479–484

Katz, Jay: The Consent Principle of Nuremberg Code: Its Significance Then and Now, in: George J. Annas/Michael A. Grodin (Hg.), The Nazi Doctors and the Nuremberg Code – Human Rights in Human Experimentation (Oxford/New York 1992), S. 227–239

Kelzenberg, Rudolf: Religiös-weltanschauliche Erziehung, in: Landschaftsverband Rheinland (LJA) (Hg.), Bericht über die Informations- und Arbeitstagung der Heimleiter und Heimleiterinnen vom 20. bis 21. April 1977 durchgeführt vom Landesjugendamt Rheinland im Jugendhof Rheinland, Königswinter (Köln o.J. [1977]), S. 27–36

Kenkmann, Alfons: Wilde Jugend. Lebenswelt großstädtischer Jugendlicher zwischen Weltwirtschaftskrise, Nationalsozialismus und Währungsreform (Düsseldorfer Schriften zur neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens, Bd. 42) (Essen 1996)

Kiehn, Erich: Werkstatt und Heim, in: Trost (Hg.), Handbuch der Heimerziehung, Bd. 1, S. 441–452

Kiehn, Erich: Praxis des Heimerziehers (Freiburg i.Br. 1965)

Die Kinderheime und Anstalten der britischen Zone, von Engländern gesehen, in: Unsere Jugend 1 (1949), H. 5, S. 26–28

Kinnius, Wilhelm: Neu-Düsseltal in der Zeit von 1936 bis 1951. Erinnerungen ernster und froher Art (o.O. [Düsseldorf] o.J. [1951] Ms.)

Klausa, Udo: Rasse und Wehrrecht (Recht und Rechtswahrer, Heft 2) (Stuttgart/Berlin 1936)

Klee, Ernst: Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945 (Frankfurt 2003)

Kluge, Karl-Josef: Jahresbilanz in einem Heim mit forschungsbegleiteter Praxis, in: Jugendwohl 54 (1973), S. 287–291

Kluge, Karl-Josef: Einführung in die Heimpädagogik der Gegenwart: ein Beitrag zur Demokratisierung von Gefährdeten und Verwahrlosten, sowie zur Verminderung von Segregation (Darmstadt 1979)

Kluge, Karl-Josef/Kornblum, Hans-Joachim: Entwicklung im Heim. Teil III: »Am liebsten mache ich Sport und tanze«: was Heimbewohner denken, hoffen, fühlen (Berichte zur Erziehungstherapie und Eingliederungshilfe, Bd. 28) (München 1984)

Kluge, Karl Josef/Vosen, Mechthild: Kölner Verhaltensauffälligenpädagogik. Grundsätze, Methoden und Forschungsergebnisse. Ein Beitrag zum Selbstverständnis einer Variante von Pädagogik für Verhaltensauffälligkeiten (Mensch und Verhaltensauffälligkeit, Bd. 7) (Neuburgweier 1975)

Köhler-Saretzki, Thomas: Heimerziehung damals und heute – Eine Studie zu Veränderungen und Auswirkungen der Heimerziehung über die letzten 40 Jahre (Diss. phil. Köln 2008) <kups.ub.uni-koeln.de/volltexte/2009/2649/pdf/Diss_Heimerziehung_Koehler.pdf>

Kölch, Michael: Theorie und Praxis der Kinder- und Jugendpsychiatrie in Berlin 1920–1935. Die Diagnose »Psychopathie« im Spannungsfeld von Psychiatrie, Individualpsychologie und Politik (Diss. phil. Berlin 2006)
<www.diss.fu-berlin.de/diss/receive/FUDISS_thesis_000000002422>

Körner, Hans Erich/Müller, Jochen/Kessler, Uwe: Erzieherische Sonderhilfen, in: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit 25 (1974), S. 420–430

Köster, Markus: »Stiefvater Staat« – Fürsorgeerziehung in Westfalen zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik, in: Andreas Wollasch (Hg.), Wohlfahrtspflege in der Region. Westfalen-Lippe während des 19. und 20. Jahrhunderts im historischen Vergleich (Forschungen zur Regionalgeschichte, Bd. 22) (Paderborn 1997), S. 111–139

Köster, Markus: Jugend, Wohlfahrtsstaat und Gesellschaft im Wandel. Westfalen zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik (Forschungen zur Regionalgeschichte, Bd. 30) (Paderborn 1999)
Köster, Markus: Die Fürsorgeerziehung, in: Ders./Thomas Küster, Zwischen Disziplinierung und Integration, S. 155–169
Köster, Markus: Die Heimkampagnen – die 68er und die Fürsorgeerziehung, in: Damberg/Frings/Jähnichen/Kaminsky, Mutter Kirche – Vater Staat?, S. 63–77
Köster, Markus/Küster, Thomas (Hg.): Zwischen Disziplinierung und Integration. Das Landesjugendamt als Träger öffentlicher Jugendhilfe in Westfalen und Lippe (1924–1999) (Forschungen zur Regionalgeschichte, Bd. 31) (Paderborn 1999)
Kraus, Rudolf: Die Fürsorgeerziehung im Dritten Reich (1933–1945), in: Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit 5 (1974), S. 161–210
Krebs, H.: Psychopharmako-therapeutische Hilfen bei der Behandlung schwererziehbarer und verhaltensgestörter Jugendlicher, in: Stutte, Jugendpsychiatrische Probleme, S. 41–61
Krone, Dietmar: Albtraum Erziehungsheim. Die Geschichte einer Jugend (Leipzig 2007)
Kröger, Rainer/Schrapper, Christian (Hg.): Fürsorgeerziehung der 1950er und 60er Jahre. Stand und Perspektiven der (fach-)historischen und politischen Bearbeitung. Dokumentation eines ExpertInnengesprächs am 5. März 2008 in Koblenz, hg. in Kooperation mit AFET-Bundesverband für Erziehungshilfe e.V. und der Universität Koblenz-Landau, Institut für Pädagogik (Koblenz 2008 Ms.)
Kröger, Rainer/Schrapper, Christian (Hg.): Fürsorgeerziehung der 1950er und 1960er Jahre – Stand und Perspektiven aktueller Forschung. Dokumentation eines ExpertInnengesprächs am 3. Juni 2009 in Koblenz, hg. in Kooperation mit AFET-Bundesverband für Erziehungshilfe e.V. und der Universität Koblenz-Landau, Institut für Pädagogik (Koblenz 2009 Ms.)
Kuhlmann, Carola: Erbkrank oder erziehbar? Jugendhilfe als Vorsorge und Aussonderung in der Fürsorgeerziehung in Westfalen 1933–1945 (Beiträge zur Geschichte der Sozialpädagogik) (Weinheim/München 1985)
Kuhlmann, Carola: Grenzen und Schnittstellen zwischen Erziehungshilfe, Justiz und Psychiatrie, in: Martin Scherpner/Christian Schrapper (Hg.), 100 Jahre AFET – 100 Jahre Erziehungshilfe 1906–2005 (Hannover 2006), S. 353–361
Kuhlmann, Carola: »So erzieht man keinen Menschen!« Lebens- und Berufserinnerungen aus der Heimerziehung der 50er und 60er Jahre (Wiesbaden 2008)
Kuhlmann, Carola: Erfahrungsrekonstruktionen Erzogener und Erziehender in der Heimerziehung der 50er und 60er Jahre, in: Damberg/Frings/Jähnichen/Kaminsky, Mutter Kirche – Vater Staat?, S. 337–353
Kurme, Sebastian: Halbstarke: Jugendprotest in den 1950er Jahren in Deutschland und den USA (Campus Forschung, Bd. 901) (Frankfurt a.M./New York 2006)
Lademacher, Horst: Von den Provinzialständen zum Landschaftsverband. Zur Geschichte der landschaftlichen Selbstverwaltung der Rheinlande (Köln 1973)
Landesjugendamt (Hg.): Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Heimerzieher (AuPr.O Erzieher), Köln, in: HA 5.4/5 (1963)

Landesjugendamt des Landschaftsverbandes Rheinland (Hg.): Spiel nicht mit den Schmuddelkindern. 100 Jahre Umgang mit Randgruppen in der Öffentlichen (Ersatz)-Erziehung (Pulheim o.J. [2001])
Landschaftsverband Rheinland (Hg.): Der Landschaftsverband Rheinland. Ein Handbuch mit dem Bericht der Verwaltung über den Zeitraum von der Gründung bis zum 31. März 1958 (o.O.o.J. [1960])
Landschaftsverband Rheinland (Hg.): Leistung in Zahlen, 1954–1964 (Köln 1965)
Landschaftsverband Rheinland (Hg.): Leistung in Zahlen, 1959–1970 (Köln 1970)
Landschaftsverband Rheinland (Hg.): Leistung in Zahlen, 1970–1980 (Köln 1980)
Lattke, Herbert: Geschlechtliche Erziehung der männlichen Heimzöglinge, in: Trost (Hg.), Handbuch der Heimerziehung, Bd. 1, S. 539–545
Leipert, Matthias: »Euthanasie« und »Widerstand« von Ärzten in der Rheinprovinz 1939–1945, in: Ralf Seidel/Wolfgang Franz Werner (Hg.), Psychiatrie im Abgrund. Spurensuche und Standortbestimmung nach den NS-Psychiatrie-Verbrechen (Rheinprovinz, Bd. 6) (Köln 1991), S. 111–124
Lesemann, Gustav: Erziehungsheim und Schule, in: Trost (Hg.), Handbuch der Heimerziehung, Bd. 1, S. 431–440
Liebel, Manfred/Swoboda, Herbert/Bott, Heinz (Hg.): Jugendwohnkollektive. Alternative zur Fürsorgeerziehung? (München 1972)
Liegel, Wolfgang: Die 70er Jahre: Gesetzlicher Anachronismus und seine Folgen, in: Landschaftsverband Rheinland (Hg.), 75 Jahre Landesjugendamt Rheinland (Köln 1999), S. 55–59
Lindner, Werner: Jugendprotest seit den fünfziger Jahren. Dissens und kultureller Eigensinn (Studien zur Jugendforschung, Bd. 17) (Opladen 1996)
Lockot, Regine: Erinnern und Durcharbeiten. Zur Geschichte der Psychoanalyse und Psychotherapie im Nationalsozialismus (Frankfurt a.M. 1985)
Lotfi, Gabriele: KZ der Gestapo. Arbeitserziehungslager im Dritten Reich (Frankfurt a.M. 2003)
Lucius, Albert: Hygiene in der Heimerziehung, in: Trost (Hg.), Handbuch der Heimerziehung, Bd. 2, S. 1038–1043
Lutz, Jakob: Kinderpsychiatrie. Eine Anleitung zu Studium und Praxis. Für Ärzte, Erzieher, Fürsorger, Richter. Mit besonderer Berücksichtigung heilpädagogischer Probleme (Zürich 1961)
Lückerath, Max: Erfolge in der Fürsorgeerziehung, in: Die Rheinprovinz 10 (1934), Heft 11, S. 30–32
Lützke, Annette: Öffentliche Erziehung und Heimerziehung für Mädchen 1945 bis 1975 – Bilder »sittlich verwahrloster« Mädchen und junger Frauen (Diss. phil. Essen 2002)
<www.d-nb.de/netzpub/index.htm>
Maase, Kaspar: BRAVO Amerika. Erkundungen zur Jugendkultur der Bundesrepublik in den fünfziger Jahren (Schriftenreihe des Hamburger Instituts für Sozialforschung) (Hamburg 1992)
Mädchen im Raubtierkäfig, in: Aufwärts (Jugendzeitschrift des Deutschen Gewerkschaftsbundes) 29.10.1953, S. 1

Mahlberg-Gräper, Bruni: Wie aus der Anstalt ein Zuhause wurde. Die Entwicklung der öffentlichen Erziehung am Beispiel des Erlenhofs Euskirchen, in: Neues Rheinland 41 (1998), S. 18–20
Malmede, Hans: Jugendkriminalität und Zwangserziehung im deutschen Kaiserreich bis 1914. Ein Beitrag zur historischen Jugendforschung (Hohengehren 2002)
Marcus, Erwin: Die freiwillige öffentliche Erziehung (Sonderveröffentlichungen des Allgemeinen Fürsorgeerziehungstages, Nr. 2) (Hannover 1953)
Meinhof, Ulrike Marie: Bambule – Fürsorge – Sorge – für wen? (Berlin 1971)
Meuther, Ralf: Cherubine Willimann: dominikanische Ordensgründerin während der Reichsgründung und des sozialen Fortschritts (Studien zur Kirchengeschichte, Bd. 5) (Hamburg 2005)
Molis, Ernst: Die Jugendpolitik in Nordrhein-Westfalen. Vorbildlicher Beitrag eines Bundeslandes zum Jugendschutz, in: Jugendschutz 1956, Heft 9, S. 2–6
Muchow, Hans Heinrich: Verwahrlosung. Ein Beitrag zur Auslegung der Lebenswirklichkeit »Verwahrlosung«, in: Unsere Jugend 5 (1954), S. 171–172
Muchow, Hans Heinrich: Jugendschutz auch morgen!, in: Jugendschutz 1957, Heft 2, S. 2–6
Müller, Carl Wolfgang/Nimmermann, Peter: In Jugendclubs und Tanzlokalen (München 1968)
Müller, Hartmut W./Müller, Siegfried: Akten/Aktenanalyse, in: Hanns Eyferth/Hans-Uwe Otto/Hans Thiersch (Hg.), Handbuch zur Sozialarbeit, Sozialpädagogik (Neuwied/Darmstadt 1987), S. 23–42
Müller, Wilhelm: Ist Erziehungsarbeit nur Arbeitserziehung? Gedanken zur Anstaltsfürsorgeerziehung, in: Unsere Jugend 1 (1949), S. 19–22
Müller-Kohlenberg, Hildegard: Das Berufsbild des Heimerziehers. Eine empirische Untersuchung in Heimen für erziehungsschwierige Jugendliche (Weinheim/Basel 1972)
Muthesius, Hans: Reichsjugendwohlfahrtsgesetz (Kohlhammers Kommentare) (Stuttgart/Köln 1950)
Niemeyer, Christian: Theorie und Praxis der Sozialpädagogik (Münster 1999)
Niethammer, Lutz: Oral History in den USA. Zur Entwicklung und Problematik diachroner Befragungen, in: Archiv für Sozialgeschichte 18 (1978), S. 457–501
Niethammer, Lutz: Fragen-Antworten-Fragen. Methodische Erfahrungen und Erwägungen zur Oral History, in: Lutz Niethammer/Alexander von Plato (Hg.), »Wir kriegen jetzt andere Zeiten.« Auf der Suche nach der Erfahrung des Volkes in nachfaschistischen Ländern. Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1939 bis 1969, Bd. 3 (Berlin/Bonn 1985), S. 392–445
Niethammer, Lutz: »Oral History«, in: Ilko-Sascha Kowalczuk (Hg.), Paradigmen deutscher Geschichtswissenschaft. Ringvorlesung an der Humboldt-Universität zu Berlin (Berlin 1994), S. 189–210
Nissen, Gerhardt/Fritze, Jürgen/Trott, Götz-Erik: Psychopharmaka im Kindes- und Jugendalter (Ulm/Stuttgart/Jena/Lübeck 1998)
Oberwittler, Dietrich: Von der Strafe zur Erziehung? Jugendkriminalpolitik in England und Deutschland (1850–1920) (Campus Forschung, Bd. 799) (Frankfurt a.M. 2000)

Osten, Petra von der: Jugend- und Gefährdetenfürsorge im Sozialstaat. Auf dem Weg zum Sozialdienst katholischer Frauen 1945–1968 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, Bd. 93) (Paderborn 2003)

Pant, Peter: Heimaufsicht und Aufsicht über Minderjährige im Rahmen der öffentlichen Erziehung, in: Zentralblatt für Jugendrecht und Jugendwohlfahrt 49 (1962), S. 195–197

Patzschke, Wilhelm: Sonderprobleme der Mädchenerziehung, in: AFET Mitgliederrundbrief 1967, Nr. 6/7, S. 2

Peukert, Detlev J.K.: Grenzen der Sozialdisziplinierung. Aufstieg und Krise der deutschen Jugendfürsorge von 1878 bis 1932 (Köln 1986)

Piecha, Walter: Die Lebensbewährung der als unerziehbar entlassenen Fürsorgezöglinge (Göttinger rechtswissenschaftliche Studien, Bd. 27) (Göttingen 1959)

Pierlings, Judith/Swiderek, Thomas: Die Heime des Landschaftsverbandes Rheinland unter konfessionellen Vorzeichen, in: Damberg/Frings/Jähnichen/Kaminsky, Mutter Kirche – Vater Staat?, S. 191–209

Pongratz, Luise/Hübner, Hans-Odo: Lebensbewährung nach öffentlicher Erziehung. Eine Hamburger Untersuchung über das Schicksal aus der Fürsorge-Erziehung und der Freiwilligen Erziehungshilfe entlassener Jugendlicher (Darmstadt/Berlin/Neuwied 1959)

Potrykus, Gerhard: Jugendwohlfahrtsgesetz nebst den Ausführungsgesetzen und Ausführungsvorschriften der deutschen Länder. Kommentar (München/Berlin 1953; 2., völlig neu bearbeitete Auflage München 1972)

Potrykus, Gerhard: Fürsorgeerziehung und Arbeitsverhältnis, in: Recht der Jugend 6 (1958), S. 225–227

Potrykus, Gerhard: Neues Jugendwohlfahrtsrecht in Nordrhein-Westfalen, in: Zentralblatt für Jugendrecht und Jugendwohlfahrt 52 (1965), S. 256–261

Potrykus, Gerhard: Zwangsweise Durchführung von Fürsorgebeschlüssen, in: Zentralblatt für Jugendrecht und Jugendwohlfahrt 53 (1966), S. 161–165

Rätz-Heinisch, Regina/Schroer, Wolfgang/Wolff, Mechthild: Lehrbuch Kinder- und Jugendhilfe: Grundlagen, Handlungsfelder, Strukturen und Perspektiven (Studienmodule soziale Arbeit) (Weinheim/München 2009)

Rauschenbach, Thomas/Schilling, Matthias (Hg.): Die Kinder- und Jugendhilfe und ihre Statistik, Bd. 1: Einführung und Grundlagen (Neuwied/Kriftel/Berlin 1997)

Rebscher, Georg Erich: Die Heimaufsicht des Landesjugendamtes nach § 78 JWG (Diss. iur. Marburg 1968)

Reulecke, Jürgen (Hg.): Die Stadt als Dienstleistungszentrum. Beiträge zur Geschichte der »Sozialstadt« in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert (St. Katharinen 1995)

Rexroth, Christian A./Bussiek, Dagmar/Castell, Rolf: Hermann Stutte. Die Bibliographie. Biographie, Abstracts, Kommentare (Göttingen 2003)

Richrad, Birgit/Krüger, Heinz-Hermann: Vom »Zitterkäfer« (Rock'n Roll) zum »Hamster im Laufrädchen« (Techno), in: Wilfried Ferchhoff/Uwe Sander/Ralf Vollbrecht (Hg.), Jugendkulturen – Faszination und Ambivalenz: Einblicke in jugendliche Lebenswelten; Festschrift für Dieter Baacke zum 60. Geburtstag (Weinheim/München 1995), S. 93–109

Riedesser, Peter/Verderber, Axel: »Maschinengewehre hinter der Front«: Zur Geschichte der deutschen Militärpsychiatrie (Frankfurt a.M. 1996)

Rölli-Alkemper, Lukas: Familie im Wiederaufbau. Katholizismus und bürgerliches Familienideal in der Bundesrepublik Deutschland 1945–1965 (Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, Bd. 89) (Paderborn 2000)
Röper, Friedrich Franz: Das verwaiste Kind in Anstalt und Heim. Ein Beitrag zur historischen Entwicklung der Fremderziehung (Göttingen 1976)
Roestel, Günter: Die Bedeutung der Freiwilligen Erziehungshilfe für die Vormundschaftsgerichte, in: Unsere Jugend 14 (1962), S. 434–440
Rosenthal, Gabriele: Die erzählte Lebensgeschichte als historisch-soziale Realität. Methodologische Implikationen für die Analyse biographischer Daten, in: Berliner Geschichtswerkstatt (Hg.), Alltagskultur, Subjektivität und Geschichte (Münster 1994), S. 125–138
Rosenthal, Gabriele: Erlebte und erzählte Lebensgeschichte. Gestalt und Struktur biographischer Selbstbeschreibungen (Frankfurt a.M./New York 1995)
Rote Liste Service (Hg.): Rote Liste 2005. Arzneimittelverzeichnis für Deutschland (einschl. EU-Zulassungen und bestimmter Medizinprodukte) (Aulendorf 2005)
Roth, Jürgen: Heimkinder. Ein Untersuchungsbericht über Säuglings- und Kinderheime in der Bundesrepublik (Köln 1973)
Rünger, Helmut: Heimerziehungslehre (Handbücherei für die Kinderpflege, Bd. 3) (Witten 1962)
Ruff, Mark Edward: The Wayward Flock. Catholic Youth in Postwar West Germany 1945–1965 (Chapel Hill 2005)
Rundt, Erich: 50 Jahre Dienst an unserer Jugend. Festschrift zur 50 Jahrfeier unseres Reckestiftes (o.O. [Düsseldorf] 1955)
Rusinek, Bernd/Ackermann, Volker/Engelbrecht, Jörg (Hg.): Einführung in die Interpretation historischer Quellen. Schwerpunkt Neuzeit (Paderborn u.a. 1992)
Sabath, Ilse-Maria: Heimgesundheitspflege, in: Trost (Hg.), Handbuch der Heimerziehung, Bd. 2, S. 769–792
Sabath, Ilse-Maria: Die Ernährung im Heim, in: Trost (Hg.), Handbuch der Heimerziehung, Bd. 2, S. 1044–1051
Sachsse, Christoph/Tennstedt, Florian: Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland, Bd. 1: Vom Spätmittelalter bis zum Ersten Weltkrieg, Bd. 2: Fürsorge und Wohlfahrtspflege 1871–1929, Bd. 3: Der Wohlfahrtsstaat im Nationalsozialismus (Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz [nur Bd. 1 und 2] 1980–1992)
Sachsse, Christoph/Tennstedt, Florian: Sicherheit und Disziplin: Eine Skizze zur Einführung, in: Dies. (Hg.), Soziale Sicherheit und soziale Disziplinierung. Beiträge zu einer historischen Theorie der Sozialpolitik (Frankfurt a.M. 1986), S. 11–45
Salzmann, Edith: Kinder im Abseits. Graf Recke-Stiftung Düsselthal. Vom Rettungshaus zur stationären Jugendhilfe (Düsseldorf 1985)
Sauer, Martin: Heimerziehung und Familienprinzip (Neuwied/Darmstadt 1978)
Sauerborn, Gertrud: Das Arbeitsverhältnis des Jugendlichen im FE Heim, in: Unsere Jugend 17 (1965), S. 401–405
Schäfer, Wolfram: »Bewahrung« und »erbbiologische Aussiebung« von Fürsorgezöglingen: Anmerkungen zum Doppelcharakter der öffentlichen Erziehung im NS-Staat, in: Konvent der Philipps-Universität (Hg.), Die Philipps-Universität im Nationalsozialismus.

Veranstaltungen der Philipps-Universität zum 50. Jahrestag des Kriegsendes 8. Mai 1995 (Marburg 1996), S. 223–250
Schaubert, Hugo: Handwerker, Gärtner und Landwirte im Erziehungsheim, in: Trost (Hg.), Handbuch der Heimerziehung, Bd. 2, S. 965–970
Scherpner, Hans: Geschichte der Jugendfürsorge (Göttingen 21979)
Schildt, Axel/Siegfried, Detlef: Deutsche Kulturgeschichte. Die Bundesrepublik – 1945 bis zur Gegenwart (München 2009)
Schildt, Axel: Von der Not der Jugend zur Teenager-Kultur: Aufwachsen in den 50er Jahren, in: Ders./Arnold Sywottek (Hg.), Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre (Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Reihe B: Bd. 33) (Bonn 1993), S. 335–349
Schilling, Helmuth: »Kulturrevolution« gegen die Heimerziehung, in: Diakonie im Rheinland 7 (1970), Heft 1, S. 10–14
Schlink, Bernhard/Schattenfroh, Sebastian: Zulässigkeit der geschlossenen Unterbringung in Heimen der öffentlichen Jugendhilfe, in: Jörg Michael Fegert/Karl Späth/Ludwig Salgo (Hg.), Freiheitsentziehende Maßnahmen in der Jugendhilfe und Kinder- und Jugendpsychiatrie (Münster 2001), S. 73–171
Schmidle, Paul/Junge, Hubertus: Lehrtafeln zum Gesetz für Jugendwohlfahrt (JWG) vom 11. August 1961 (Freiburg 1967)
Schmidt, Heike: Gefährliche und gefährdete Mädchen. Weibliche Devianz und die Anfänge der Zwangs- und Fürsorgeerziehung (Sozialwissenschaftliche Studien, Heft 38) (Opladen 2002)
Schmidt, Klaus: Glaube, Macht und Freiheitskämpfe. 500 Jahre Protestanten im Rheinland (Köln 2007)
Schmuhl, Hans-Walter: »Papst Leo«, »Blondi«, »Karpfen« und die anderen. Fürsorgeerziehung in Freistatt aus der Sicht der Zöglinge, in: Benad/Schmuhl/Stockhecke, Endstation Freistatt, S. 153–216
Schrapper, Christian: Zwischen Ausbau und Umbruch. Gesellschaftliche Rahmenbedingungen und Selbstverständnis der Jugendwohlfahrt in den 60er Jahren, in: Köster/Küster, Zwischen Disziplinierung und Integration (Paderborn 1999), S. 43–55
Schrapper, Christian: Das Recht der Jugendwohlfahrt und der Jugendhilfe seit 1945 – Überlegungen zur Bedeutung des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge in der Geschichte einer »Dauerreform«, in: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Berlin (Hg.), Forum für Sozialreformen. 125 Jahre Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (Berlin 2005), S. 423–467
Schrapper, Christian/Sengling, Dieter (Hg.): Waisenhäuser und Erziehungsanstalten in Westfalen (Münster 1985)
Schulz, Gertraude: Die Freiwillige Erziehungshilfe. Geschichtliche Entwicklung, gegenwärtiger Stand, zukünftige Regelung zur Fürsorgeerziehung und sonstigen Erziehungsmaßnahmen (Neue Schriftenreihe des Allgemeinen Fürsorgeerziehungstages, Heft 6) (Hannover 1953)

Schulz, Gertraude: Die Sozialversicherung von Minderjährigen in Erziehungsheimen, Sonderdruck aus dem Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge 36 (1956), in: AFET Mitgliederrundbrief 1963, Nr. 5, o. S. [S. 1–4]

Schumann, Carola: Heimerziehung und kriminelle Karrieren, in: Manfred Brusten/Jürgen Hohmeier (Hg.), Stigmatisierung: zur Produktion gesellschaftlicher Randgruppen, Bd. 2 (Neuwied 1975), S. 33–56

Schwall-Düren, Angelika: Kinder- und Jugendfürsorge im Großherzogtum Baden in der Epoche der Industrialisierung. Entwicklung und Zielsetzung der staatlichen, kommunalen und verbandlichen Fürsorge 1850–1914 (Forschungen zur oberrheinischen Landesgeschichte, Bd. 30) (Freiburg i. Br. 1980)

Schwenke, Hans-Christoph: Die Erziehung im Fürsorgeerziehungsheim unter besonderer Berücksichtigung der Disziplinarmaßnahmen. Zugleich ein Vergleich des deutschen und englischen Rechts (Diss. iur. Hamburg 1969)

Seidel, Uwe/Zils, Diethard (Hg.): Aktion Politisches Nachtgebet. Analysen, Arbeitsweisen, Texte und Politische Gottesdienste aus Augsburg, Berlin, Bonn-Bad Godesberg, Dinslaken, Düsseldorf, Köln, Osnabrück, Rheinhausen, Stuttgart, Trier und Utrecht (Wuppertal 1971)

Siegfried, Detlev: Time is on my side: Konsum und Politik in der westdeutschen Jugendkultur der 60er Jahre (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, Bd. 41) (Göttingen 2006)

Sprecher, Franziska: Medizinische Forschung mit Kindern und Jugendlichen nach schweizerischem, deutschem, europäischem und internationalem Recht (Veröffentlichungen des Instituts für Deutsches, Europäisches und Internationales Medizinrecht, Gesundheitsrecht und Bioethik der Universitäten Heidelberg und Mannheim, Bd. 29) (Berlin/Heidelberg 2007)

Stahlmann, Martin: Die berufliche Sozialisation in der Heimerziehung. Erziehende im Spannungsfeld von Grenzsituationen, Leitbildern und Berufsbiografie (Beihefte zur Vierteljahrsschrift für Heilpädagogik und ihre Nachbargebiete, Bd. 15) (Bern/Stuttgart/Wien 1993)

Steinacker, Sven: Der Staat als Erzieher. Jugendpolitik und Jugendfürsorge im Rheinland vom Kaiserreich bis zum Ende des Nazismus (Stuttgart 2007)

Steinacker, Sven: Die radikale Linke und die sozialen Randgruppen. Facetten eines ambivalenten Verhältnisses, in: Rotaprint 25 (Hg.), Agit 883. Bewegung, Revolte, Underground in Westberlin 1969–1972 (Berlin 2007), S. 201–212

Steinacker, Sven: Heimerziehung, Kritik und Alternativen. Jugendhilfe und Soziale Bewegungen in den siebziger Jahren, in: Damberg/Frings/Jähnichen/Kaminsky, Mutter Kirche – Vater Staat?, S. 89–106

Steinvorth, Günter: Diagnose – Verwahrlosung: Eine psychologische Analyse anhand von Jugendamtsakten (Forschungsbericht Deutsches Jugendinstitut München) (München 1973)

Strafgesetzbuch: mit Nebengesetzen und Verordnungen, erläutert von Eduard Dreher (33., neubearbeitete Aufl. München 1972)

Stutte, Hermann: Grenzen der Sozialpädagogik. Ergebnisse einer Untersuchung praktisch unerziehbarer Fürsorgezöglinge (Neue Schriftenreihe des Allgemeinen Fürsorgeerziehungstages, Heft 12) (Marburg 1958)
Stutte, Hermann (Hg.): Jugendpsychiatrische Probleme und Aufgaben in der öffentlichen Erziehungshilfe (Wissenschaftliche Informationsschriften des AFET, Heft 1) (Hannover 1967)
Teitge, Gustav: Die rechtliche Natur der Arbeitsverhältnisse von Fürsorgezöglingen, in: Bundesarbeitsblatt 9 (1958), S. 67–72
Terboven, Johannes Heinrich: Lokalgeschichtliches, Sagen und Legenden aus dem Bereich der Großgemeinde Hückelhoven-Ratheim (Hückelhoven 1985, Nachdruck der Ausgabe 1949)
Thomae, Hans: Naschkatzen und kleine Diebe (Bedrohte Jugend – drohende Jugend, Heft 31) (Stuttgart 1953)
Thomae, Hans: Beobachtung und Beurteilung von Kindern und Jugendlichen (Psychologische Praxis, Heft 15) (4., verbesserte und vermehrte Auflage Basel 1962 [1. Auflage 1954])
Thomae, Hans: Vorbilder und Leitbilder der Jugend (Überblick und Leitbilder der Jugend, Bd. 6) (München 1965)
Thomae, Hans (Hg.): Patterns of aging. Findings from the Bonn longitudinal study of aging (Contributions to Human Development, Bd. 3) (Basel u.a. 1976)
Thomae, Hans/Lehr, Ursula (Hg.): Altern. Probleme und Tatsachen (Frankfurt a.M. 1968)
Thomae, Hans/Lehr, Ursula (Hg.): Berufliche Leistungsfähigkeit im mittleren und höheren Erwachsenenalter. Eine Analyse des Forschungsstandes (Schriften der Kommission für Wirtschaftlichen und Sozialen Wandel, Bd. 1) (Göttingen 1973)
Thomae, Hans/Hagen, Wilhelm/Ronge, Anna: 10 Jahre Nachkriegskinder (München 1962)
Tillmann, Wilhelm: Jugendwohlfahrtsrecht und Fürsorgerecht mit besonderer Berücksichtigung des in der britischen Zone geltenden Rechtes, Teil 1: Jugendwohlfahrtsrecht (München 1950)
Trost, Friedrich (Hg.): Handbuch der Heimerziehung, 2 Bände (Frankfurt a.M.u.a. 1952–1966)
Ubbelohde, Julia: Der Umgang mit jugendlichen Normverstößen, in: Herbert, Wandlungsprozesse in Westdeutschland, S. 402–436
Uhlendorff, Uwe: Geschichte des Jugendamtes. Entwicklungslinien öffentlicher Jugendhilfe 1871 bis 1929 (Kasseler Studien zur Sozialpolitik und Sozialpädagogik, Bd. 2) (Weinheim/Basel/Berlin 2003)
Urteil des Bundessozialgerichts, Besprechung des Urteils durch Reg.Rat Dr. Claussen, in: AFET Mitgliederrundbrief 1963, Nr. 5, S. 37–40
Viertel, Gerlinde: Anfänge der Rettungshausbewegung unter Adelbert Graf von der Recke-Volmarstein (1791–1878). Eine Untersuchung zu Erweckungsbewegung und Diakonie (Schriftenreihe des Vereins für Rheinische Kirchengeschichte, Bd. 110) (Köln 1993)
Vorländer, Herwart: Mündliches Erfragen von Geschichte, in: Ders. (Hg.), Oral History. Mündlich erfragte Geschichte (Göttingen 1990), S. 7–28

Vossen, Karl: Die Fürsorgeererziehung in der Rheinprovinz. Zusammenstellung der für die Durchführung der Fürsorgeerziehung wichtigen Bestimmungen zum Gebrauch von Fürsorgern und Erziehungsheimen (Düsseldorf 1928)

Wagner, Egon: Die Erweiterung der Fürsorgeerziehung zur öffentlichen Erziehungshilfe (Sonderveröffentlichung des Allgemeinen Fürsorgeerziehungstages, Nr. 1) (Hannover 1952)

Weber, Hans-Günter: Zur Frage der Versicherungspflicht von heimeingewiesenen Minderjährigen, in: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge 36 (1956), S. 17–23

Weiland, Werner: Der Gutshof im Erziehungsheim in: Trost (Hg.), Handbuch der Heimerziehung, Bd. 2, S. 1021–1027

Weindling, Paul: The Origins of Informed Consent: The International Scientific Commission on Medical War Crimes, and the Nuremberg Code, in: Bulletin of the History of Medicine 75 (2001), S. 37–71

Weiss, Stefan: Briefe, in: Rusinek/Ackermann/Engelbrecht (Hg.), Einführung in die Interpretation historischer Quellen, S. 45–60

Weiß, Lothar: Religions- und Konfessionsgemeinschaften seit 1871 (Beiheft VIII/1 von Franz Irsigler [Hg.], Geschichtlicher Atlas der Rheinlande, 10. Lieferung) (Bonn 2007)

Welkerling, Erika/Wiesemann, Falk (Hg.): Unerwünschte Jugend im Nationalsozialismus. Jugendpflege und Hilfsschule im Rheinland 1933–1945 (Düsseldorfer Schriften zur neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens, Bd. 75) (Essen 2005)

Weller, Konrad: Sexualerziehung in der Familie, in: <www.familienhandbuch.de/cmain/fFachbeitrag/a_Erziehungsbereiche/s_1177.htm>

Welzer, Harald: Das Interview als Artefakt. Zur Kritik der Zeitzeugenbefragung, in: BIOS 13 (2000), S. 51–63

Welzer, Harald (Hg.): Das Soziale Gedächtnis. Geschichte, Erinnerung, Tradierung (Hamburg 2001)

Welzer, Harald: Das kommunikative Gedächtnis. Eine Theorie der Erinnerung (München 2002)

Wensierski, Peter: Schläge im Namen des Herrn. Die verdrängte Geschichte der Heimkinder in der Bundesrepublik (München 2006)

Wenzel, Hermann: Fürsorgeheime in pädagogischer Kritik. Eine Untersuchung in Heimen für männliche Jugendliche und Heranwachsende (Sozialpädagogik, Bd. 3) (Stuttgart 1970)

Weth, Rudolf: Fragen der christlich-religiösen Erziehung im Heim, in: Landschaftsverband Rheinland (LJA) (Hg.), Bericht über die Informations- und Arbeitstagung der Heimleiter und Heimleiterinnen vom 20. bis 21. April 1977, durchgeführt vom Landesjugendamt Rheinland im Jugendhof Rheinland, Königswinter (Köln o.J. [1977]), S. 21–26

Widersprüche, »Euch werden wir helfen!« – Kinderschutz zwischen Hilfe und Kontrolle. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, Heft 109 (10/2008) (Bielefeld 2008)

Widersprüche, Grenzen des Zwangs? Soziale Arbeit im Wandel. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, Heft 113 (9/2009) (Bielefeld 2009)
Wilfert, Otto: Das Erziehungsheim gestern, heute und morgen. Beiträge zur Theorie der Heimerziehung (Jugend im Blickpunkt) (Neuwied/Berlin 1969)
Wilhelm, Elena: Rationalisierung der Jugendfürsorge. Die Herausbildung neuer Steuerungsformen des Sozialen zu Beginn des 20. Jahrhunderts (Bern/Stuttgart/Wien 2005)
Willing, Matthias: Das Bewahrungsgesetz (1918–1967). Eine rechtshistorische Studie zur Geschichte der deutschen Fürsorge (Beiträge zur Rechtsgeschichte des 20. Jahrhunderts, Bd. 42) (Tübingen 2003)
Witschke, Reinhard (Hg.): Diakonie bewegt. 150 Jahre Innere Mission und Diakonie im Rheinland (Schriftenreihe des Vereins für Rheinische Kirchengeschichte, Bd. 140) (Köln 1999)
Witzel, Andreas: Verfahren der qualitativen Sozialforschung. Überblick und Alternativen (Frankfurt a.M. 1982)
Wolfrum, Edgar: Die Bundesrepublik Deutschland 1949–1990 (Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 23) (Stuttgart 2005)
Wollasch, Andreas: Besprechung »Marcus Gräser, Der blockierte Wohlfahrtsstaat«, in: Westfälische Forschungen 46 (1996), S. 732–735
Wollasch, Andreas: Der Katholische Fürsorgeverein für Mädchen, Frauen und Kinder (1899–1945). Ein Beitrag zur Geschichte der Jugend- und Gefährdetenfürsorge in Deutschland (Freiburg i.Br. 1991)
Wollasch, Hans: Standort und Aufgabe der Katholischen Heimerziehung, in: Paul Schmidle (Hg.), Katholische Heimerziehung in unserer Zeit. Bericht über die siebte Tagung Heim- und Heilerziehung 1959 in Stuttgart (Freiburg i.Br. 1960), S. 33–61
Zahner, Daniela: Jugendfürsorge in Bayern im ersten Nachkriegsjahrzehnt 1945–1955/1956 (Miscellanea Bavarica Monacensia, Bd. 180) (München 2006)
Zillken, Anna/Weingarten, Gertrud: Gibt es unerziehbare Minderjährige? Untersuchung über Lebensschicksale schulentlassener Mädchen (Neue Schriftenreihe des Allgemeinen Fürsorgeerziehungstages, Heft 5) (1953)
Zimmermann, Georg: Die Neuordnung des Jugendarbeitsschutzes, in: Zentralblatt für Jugendrecht und Jugendwohlfahrt 47 (1960), S. 253–260
Zimmermann, Michael: Zeitzeugen, in: Rusinek/Ackermann/Engelbrecht (Hg.), Einführung in die Interpretation historischer Quellen, S. 13–26
Zinnecker, Jürgen: »Halbstarke« – die andere Seite der 68er-Generation, in: Herrmann, Protestierende Jugend, S. 461–487
Zur Lage der Heimerziehung. Denkschrift, hg. vom Evangelischen Erziehungs-Verband e.V. zum 50jährigen Bestehen 1970, in: Die Innere Mission 1970, S. 159–180
Zwischenbericht des Runden Tisches »Heimerziehung in den 50er und 60er Jahren« (Berlin 2010), Internetdokument. Download unter: <www.rundertisch-heimerziehung.de/documents/RTH_Zwischenbericht.pdf>

Abbildungsverzeichnis

	Signatur	Beschreibung	Kapitel
1	ALVR Bild 2/148	Karl-Wilhelm Jans (undatiert)	I.2.2.2
2	ALVR Bild 3/26 S. 1	Martha Beurmann Referat, JWA-Sitzung in Haus Fichtenhain, undatiert	I.2.2.2
3	ALVR Bild 2/26 S. 19	Schlafsaal mit Doppelstockbetten 1950er Jahre	I.2.4.3
4	ALVR Bild 1/495 Negativ 67/185	Einzelzimmer Abtshof 1967 (die Hälfte der Jungen war zu diesem Zeitpunkt in Einzelzimmern untergebracht)	I.2.4.3
5	ALVR Bild 2/14	Düsseldorf-Heerdt ausgebombt	I.2.5.3
6	ALVR Bild 2/41	Mädchen in ihrem Zimmer vor dem Spiegel, Maria im Klee 1963	I.2.6.3
7	ALVR Bild 3/26 S. 3	Luftaufnahme Fichtenhain	II.1
8	ALVR Bild 3/57 Inhaltsverzeichnis: I. Totalansicht Luftaufnahme Bl. 2 Unteres Bild	Luftaufnahme Halfeshof undatiert	II.2.2
9	ALVR 40571, Foto 1	Quellenhof Außenansicht 1965	II.2.3.4
10	ALVR Bild 3/15 erste Seite Album	Luftbild Erlenhof 1929	II.3.1
11	ALVR Bild 3/15 Seite 7 Album (oberes Bild)	Haus der Handwerker, 1951	II.3.2
12	ALVR Bild 1/495 negativ 68/92	Außenansicht Abtshof (ohne Straße) 1968	II.5.2
13	ALVR Bild 2/21	Luftbild Rhein. Heilpäd. Institut Viersen-Süchteln	II.6.1
14	ALVR Bild 2/21	Einweihung Viersen-Süchteln 18.5.1961	II.6.1
15	ALVR 38860 Foto 4	Außenansicht Haus Hall	II.7.1
16	ALVR Bild 3/40 1 Seite	Gesamtansicht der Häuser Wolf an der Mosel 1951	II.8
17	ALVR Bild 2/42	Halfeshof Ankunft Zögling 1963	III.1.4
18	ALVR Bild 2/35	Erstgespräch Wolpers und Junge 1963	III.1.4

	Signatur	Beschreibung	Kapitel
19	ALVR Bild 2/35	Fichtenhain, Schule, Klassensituation 1 Lehrer 3 Schüler	III.2.2
20	ALVR Bild 2/40 Film 150 Nr. 9,	Ratingen Mangelgruppe 1963	III.3.2.2
21	ALVR Bild 2/42 Film 170 Nr. 1	Halfeshof Werkstatt 1963	III.3.2.3
22	ALVR Bild 1/492, Negativ 72/32/7	Junge beim Schweißen Fichtenhain (1970er Jahre) undatiert	III.3.3.3
23	ALVR Bild 2/42 Film 134 Nr. 11	Halfeshof Taschengeld 1963	III 3.3
24	ALVR Bild 2/12	Zieleinlauf Sportfest Erlenhof 1962	III.4.1.2
25	ALVR 40660, Foto 3	Zeltlager Dansweilerhof 1961	III.4.1.3
26	ALVR Bild 1/492 Negativ 72/34/2	Jugendvertretung Fichtenhain 1972	III.5.3.2
27	ALVR Bild 2/42 Film 134 Nr. 3	Bibelgespräch Halfeshof 1963	III.6.2
28	ALVR Bild 1/492 Negativ 66/67/9	Kirchweihe in Fichtenhain 1966	III.6.2
29	ALVR Bild 2/21	Medizinische Untersuchung heilpäd. Heim Süchteln	III.7.2.1
30	LVR (1957) Öffentliche Erziehungshilfe im Umbruch. Eine Schrift zum 50jährigen Bestehen des RLJH Fichtenhain S. 19	Erzieherkonferenz 1950er Jahre	III.9.3
31	LVR (1957) Öffentliche Erziehungshilfe im Umbruch. Eine Schrift zum 50jährigen Bestehen des RLJH Fichtenhain S. 22	Erzieher im Gruppengespräch 1950er Jahre	III.9.3

Autorenverzeichnis

Banach, Sarah Dr. phil., Jahrgang 1972. Lehrkraft für besondere Aufgaben an der Universität Siegen. Seit 2008 Mitarbeit im Projekt »Heimerziehung im Rheinland« des Landschaftsverbandes Rheinland.

Henkelmann, Andreas, Dr. theol., Jahrgang 1973. Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Kirchengeschichte des Mittelalters und der Neuzeit an der Katholisch-Theologischen Fakultät Bochum. Seit 2006 Wissenschaftlicher Mitarbeiter beim DFG-Forschungsprojekt »Transformation der Religion nach 1945« an der Ruhr-Universität Bochum. Seit 2008 Mitarbeit im Projekt »Heimerziehung im Rheinland« des Landschaftsverbandes Rheinland.

Kaminsky, Uwe, Dr. phil., Jahrgang 1962. Seit 2006 Wissenschaftlicher Mitarbeiter beim DFG-Forschunngsprojekt »Transformation der Religion in der Moderne« und seit 2008 beim Projekt »Konfessionelle Heimerziehung in der frühen BRD« an der Ruhr-Universität Bochum. Seit 2008 Mitarbeit im Projekt »Heimerziehung im Rheinland« des Landschaftsverbandes Rheinland.

Pierlings, Judith, Dipl.-Sozialpädagogin, Jahrgang 1978. Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Siegen. Seit Oktober 2008 Mitarbeit im Projekt »Heimerziehung im Rheinland« des Landschaftsverbandes Rheinland und seit Juli 2009 in der ‚Forschungsgruppe Pflegekinder' (Leitung: Prof. Dr. Klaus Wolf) an der Universität Siegen.

Swiderek, Thomas, Dr. phil., Jahrgang 1960. Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Wuppertal. Seit Oktober 2008 Mitarbeit im Projekt »Heimerziehung im Rheinland« des Landschaftsverbandes Rheinland. Arbeitsschwerpunkte im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe, der Kindheitsforschung, der Heimerziehung sowie der Geschichte, Theorie und Methoden Sozialer Arbeit

Impulspapier zur Diskussion über Maßnahmen zur Prävention, zum Schutz vor und Hilfe bei sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche

Unmittelbar nach Bekanntwerden der schweren sexualisierten Gewalt gegen Kinder und Jugendliche in Lügde hat das Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration auf Veranlassung von Herrn Minister Stamp damit begonnen, die Strukturen von und Rahmenbedingungen für Prävention, Intervention und Hilfen für minderjährige Opfer von sexualisierter Gewalt und ihre Familien einer genaueren Betrachtung zu unterziehen. Dies erfolgte mit dem Ziel, Schwachstellen zu erkennen und Vorschläge für die Weiterentwicklung auszuarbeiten. Dabei blieb unbeachtet, dass das Ministerium bei der Ausgestaltung der örtlichen Hilfe- und Präventionsstrukturen über keine steuernde Zuständigkeit gegenüber den örtlichen öffentlichen Trägern der Jugendhilfe verfügt. Dem Ministerium war dabei vor allem daran gelegen, schnell eine Gelegenheit für einen intensiven Austausch unterschiedlicher Akteure zu diesem Thema zu schaffen und deren Bewertungen und Handlungsempfehlungen systematisch zu erfassen.

Der hierzu initiierte Arbeitsprozess begann im Februar 2019 und wurde im Juli 2019 vorläufig abgeschlossen. Neben vielen Einzelgesprächen mit Akteuren aus der Kinder- und Jugendhilfe fanden insbesondere drei umfänglichere, je drei Sitzungen umfassende Gesprächsrunden statt. Im Einzelnen waren dies Gespräche mit:

- Expertinnen und Experten u.a. aus der Fachberatung, Betroffenenverbänden, Wissenschaft sowie Jugendämtern im Bereich Kinderschutz und Prävention sexualisierter Gewalt,
- den für die Bereiche Strafverfolgung, Prävention und Intervention im Bereich sexualisierter Gewalt zuständigen Ressorts der Landesregierung,
- einer Arbeitsgruppe von Verantwortlichen aus Jugendämtern, Landesjugendämtern und Vertretungen der kommunalen Spitzenverbände.

Ziel der Gesprächsrunden und Einzelgespräche war es, auf den Ebenen Prävention, Intervention und Hilfe für Opfer zu einem Austausch darüber zu kommen, wie die aktuelle Aufstellung der Akteure in den jeweiligen Bereichen zu bewerten ist, welche Schritte der Weiterentwicklung erforderlich sind und an welchen Stellen ggf. eine grundsätzliche Neuorientierung erfolgen muss. Dabei herrschte ein breiter Konsens, dass eine sinnvolle Weiterentwicklung und Neuorientierung nur auf der Basis der vielfältigen, bereits vorhandenen Strukturen und Angebote erfolgen kann und diese in die Überlegungen einzubeziehen sind.

Nachfolgende Grundeinschätzungen bildeten dabei den Ausgangspunkt:

Die Prävalenz sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche zu vermindern und sie frühestmöglich zu unterbinden, den Opfern sexualisierter Gewalt schnell und

effektiv zu helfen und langfristig Angebote der Begleitung zu machen, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nicht nur alle Institutionen, sondern auch das gesellschaftliche Umfeld von Kindern und Jugendlichen betrifft. Diese Aufgabe schließt Kinder und Jugendliche mit Behinderungen ebenso ein wie junge Erwachsene, die sich noch in Schule und Ausbildung befinden.

Zur Prävention gehört es, die Tatsache und das Ausmaß sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche zu enttabuisieren, sowie darüber aufzuklären,

- dass es in der Verantwortung von Erwachsenen liegt, Kinder vor sexualisierter Gewalt zu schützen,
- welche Möglichkeiten bestehen, diese besser zu erkennen,
- welche Strategien die Täter verfolgen, und
- welche Ansätze geeignet sind, Kinder und Jugendliche mit ihren Rechten vertraut zu machen und sie gegen sexualisierte Gewalt zu sensibilisieren.

Zur Intervention gehört es, bei vermuteter oder erwiesener sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche Handlungsbedarfe klar zu erkennen sowie geeignete und schnell verfügbare Hilfen zur Hand zu haben, die möglichst alle erforderlichen Unterstützungsleistungen bereitstellen können. Die Notwendigkeit zur Intervention ergibt sich dabei nicht erst im Falle von sexuellen Übergriffen mit Körperkontakt von Gleichaltrigen oder Erwachsenen gegenüber Kindern und Jugendlichen. Unter anderem werden auch sexualisierte Grenzverletzungen, die online oder mittels bildlicher und filmischer Darstellungen im Zusammenhang mit digitalen Medien stattfinden, auf der Ebene der peer-Beziehungen ebenso zunehmend problematisch wie das Grooming-Verhalten Erwachsener zur gezielten Vorbereitung sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche. Intervention ist vor allem dann möglich, wenn bei den unterschiedlichen Akteuren eine entsprechende Handlungskompetenz vorhanden ist, sie voneinander wissen und in Kooperationsnetzwerken organisiert sind.

Vor diesem Hintergrund greift das vorliegende Impulspapier des MKFFI die in den unterschiedlichen Gesprächen und im Rahmen der Anhörung des Landtags Nordrhein-Westfalen am 24.6.2019 – auch kontrovers – erörterten Ideen und Empfehlungen auf und legt daraus resultierende Vorschläge für mögliche fachliche Maßnahmen für die folgenden vier Bereiche vor:

(1) Vorschläge im Bereich Kinder und Jugendliche und ihres familiären Umfelds

(2) Vorschläge im Bereich Personal, Einrichtungen, Institutionen

(3) Vorschläge im Bereich der Jugendämter

(4) Überprüfung rechtlicher Regelungen

Das MKFFI hat für einige der vorgeschlagenen Maßnahmen keine bzw. keine direkte Zuständigkeit. Diese Vorschläge können in Gesprächsprozessen mit anderen Landesministerien, den Kommunalen Spitzenverbänden oder anderen Partnern angeregt und erörtert werden. Grundsätzlich können die vorgeschlagenen Maßnahmen in ein umfassenderes Handlungskonzept eingehen, das auf parlamentarischer Ebene oder durch die Einsetzung einer Kommission erarbeitet wird. Insoweit sind die nachfolgenden Vorschläge als Anregung und Impuls zu verstehen. Das MKFFI wird gleichwohl unmittelbar damit beginnen, Maßnahmen in eigener Zuständigkeit zu ergreifen.

(0) Allgemeine Vorschläge

Einigkeit bestand in allen Gesprächen darüber, dass es dringend einer landesweit agierenden Fachstelle bedarf, die sich intensiv mit dem Thema sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche befasst und auf der Grundlage weiter- bzw. neu zu entwickelnder fachlicher Standards die vorhandenen Hilfe- und Beratungsangebote weiter qualifizieren kann.

Die Landesfachstelle soll ein wesentlicher Motor für die flächendeckende fachliche Qualitätsentwicklung im Bereich der Prävention, Intervention und Nachsorge von sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe werden. Dies erreicht sie neben ihrer Funktion als allgemeine Anlaufstelle für Fachkräfte und Personal unter anderem durch die Entwicklung und Verbreitung von Materialien für die Sensibilisierung von Kindern und Jugendlichen und deren Eltern, die Erstellung von fachlichen Empfehlungen für Qualifizierung und verschiedene Fachverfahren, den Aufbau von Expert(inn)en- und Referent(inn)enpools, die Erstellung von Arbeitshilfen und Informationsplattformen sowie die Durchführung von Fachtagen und Workshops, etc.

Diese landeszentrale Stelle kann die notwendige Qualifizierungsarbeit jedoch nur leisten, wenn sie zugleich durch regionale Kooperationsstellen ergänzt wird, so dass eine möglichst flächendeckende Versorgung mit Informations-, Beratungs-, Fortbildungs- und Konzeptangeboten erreicht wird.

Es ist beabsichtigt, die Landesfachstelle im Jahr 2020 zu errichten. Sie soll durch einen Fachbeirat begleitet werden.

Im Folgenden werden unter der oben genannten Gliederungsstruktur (1) bis (4) die vorgeschlagenen Maßnahmen vorgestellt.

(1) Vorschläge im Bereich Kinder und Jugendliche und ihres familiären Umfelds

1.1 Weiterentwicklung von Schutzkonzepten und -prozessen gegen sexualisierte Gewalt

Ziel

Zum Beispiel Kindertageseinrichtungen, Schulen, Vereine oder Freizeiteinrichtungen sind Orte, an denen sich Kinder und Jugendliche regelmäßig aufhalten. In diesen Einrichtungen und Institutionen sind präventive Schutzprozesse derart umgesetzt, dass Kinder und Jugendliche dort vor sexualisierter Gewalt sicher sein können und über kompetente Ansprechpersonen verfügen.

Mögliche Maßnahmen

- Eine Bestandsaufnahme zu Konzepten und Umsetzungsbedingungen von Schutzprozessen durchführen. Dabei soll auch der digitale Raum einbezogen werden.
- Mindestanforderungen für Schutzprozesse und Vorgaben zur Umsetzung von Schutzkonzepten ableiten und vereinbaren. Dazu gehören Beteiligungsprozesse, insbesondere auch von jungen Menschen. Informationsangebote und Materialien zum Thema erstellen, durch Internetplattformen, Qualifizierung, Fachberatung und Informationsveranstaltungen in die Fläche bringen.
- Schutzkonzepte in Kindertageseinrichtungen/ Familienzentren, in der Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit verbindlich einführen durch Anpassung rechtlicher Rahmensetzungen oder die Schaffung entsprechender Fördervoraussetzungen. Verpflichtende Umsetzung von Schutzkonzepten in Schulen in Nordrhein-Westfalen mit dem dafür zuständigen Ressort erörtern.
- Handlungsrahmen, Arbeitshilfen und Empfehlungen zur Unterstützung der Implementierung erstellen.
- Bei der Umsetzung von Schutzkonzepten/ -prozessen vor Ort auch niedrigschwellige Beratungsstrukturen in Quartieren und Sozialräumen in Verbindung mit Anonymität sichernden Anlaufstellen (z.B. Hotline oder App) gewährleisten.

1.2 Angebote für Kinder, Jugendliche und Eltern zur Prävention von und zum Schutz vor sexualisierter Gewalt flächendeckend an Kindertageseinrichtungen und Schulen umsetzen

Ziel

Begleitend und auch im Vorfeld zur verpflichtenden Einführung von präventiven Schutzkonzepten in Kindertageseinrichtungen/ Familienzentren, Vereinen oder Freizeiteinrichtungen (s.o.) sind diese Einrichtungen und Institutionen in der Lage, Kinder

und Jugendliche zu sensibilisieren für Mechanismen und Formen sexualisierter Gewalt (auch in peer-Gruppen) und wie sie diese erkennen und ggf. abwehren können. Dazu sind Kindertageseinrichtungen und Familienzentren, Vereine oder Freizeiteinrichtungen zum einen flächendeckend über entsprechende Angebote und Materialien informiert. Zum anderen bieten sie in ihren Einrichtungen regelmäßig und verbindlich entsprechende altersgerechte und lebensweltliche Angebote für Kinder und Jugendliche. Angebote für Eltern werden ergänzend von Familienzentren oder der Erziehungs- und Familienberatung organisiert und durchgeführt.

Mögliche Maßnahmen

- Informations- und Austauschprozesse mit freien und öffentlichen Trägerstrukturen in den Bereichen Kindertagesstätten, Jugendarbeit, Jugendverbänden, Offener Ganztag, Elternverbänden und -beiräten, Familien- und Erziehungsberatung etc. initiieren.
- Rahmensetzung für die Verbindlichkeit der Angebote für Kinder und Jugendliche, z.B. durch Anpassung rechtlicher Rahmensetzungen oder die Schaffung entsprechender Fördervoraussetzungen schaffen. Verpflichtende Umsetzung von Aufklärungsangeboten in Schulen in Nordrhein-Westfalen mit dem dafür zuständigen Ressort erörtern.
- Durchführung einer Sammlung vorhandener Angebote und Materialien, die für die sensibilisierende Arbeit mit Kindern und Jugendlichen eingesetzt werden können. Erarbeitung einer differenzierten Empfehlungsliste durch die Landesfachstelle. Erstellung von Orientierungshilfen für die Träger.
- In Gesprächen mit den Landesjugendämtern und weiteren Trägern und Institutionen mit einschlägiger Fachexpertise (z.B. Schulpsychologie) diese bitten, hierzu entsprechende Qualifizierungsangebote für sozialpädagogisches Personal, Lehrkräfte und weitere Beschäftigte in pädagogischen Einrichtungen anzubieten.
- Gespräche mit dem Kulturressort und den vier Landestheatern zur Frage der Entwicklung/ Weiterführung von geeigneten altersgemäßen Theaterstücken zur Prävention von und zum Schutz vor sexualisierter Gewalt führen. Freie Theater mit entsprechender Expertise sollen einbezogen werden.

1.3 Schutz von Kindern und Jugendlichen in stationären Einrichtungen verbessern

Ziel

Kinder und Jugendliche, die in stationären Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe leben, verfügen über niedrigschwellige Möglichkeiten und Angebote innerhalb und außerhalb der Einrichtungen, sich zu beschweren und ihre Mitspracherechte geltend zu machen. In den Einrichtungen sind Schutzkonzepte gegen sexualisierte Gewalt verbindlich umgesetzt und das dort tätige Personal für das Thema sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche sensibilisiert.

Mögliche Maßnahmen

- Stärkung der Betriebserlaubnisse erteilenden Stellen für Einrichtungen der Heimerziehung durch eine Bundesratsinitiative zur Weiterentwicklung der §§ 45 SGB VIII, z.B. durch Erweiterung der Voraussetzungen für die Betriebserlaubnis, orientiert am Schutzbedürfnis von Kindern und Jugendlichen.
- Einrichtung einer landesweiten und nachhaltigen Struktur zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, die in stationären Einrichtungen leben (Vertretungsorgan).
- Schaffung von Beschwerdemöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen außerhalb der jeweiligen Einrichtung als Voraussetzung für die Betriebserlaubnis rechtlich verbindlich einrichten (§ 45 SGB VIII).
- Umsetzung von Schutzkonzepten gegen sexualisierte Gewalt in Einrichtungen der Heimerziehung als Voraussetzung für die Betriebserlaubnis verankern.
- Qualifizierungsangebote für Fachkräfte und weiteres Personal in Einrichtungen der Heimerziehung umsetzen.

(2) Vorschläge im Bereich Personal in Einrichtungen und Institutionen

2.1 Fortbildungs- und Qualifizierungsoffensive für Fachkräfte und für weiteres Personal in der Kinder- und Jugendhilfe und darüber hinaus umsetzen

Ziel

Fachkräfte und weiteres Personal in pädagogischen (und ggf. psychosozialen) Einrichtungen, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten (Kindertageseinrichtungen/ Familienzentren, Kindertagespflege, Kinder- und Jugendarbeit, Vereine, Freizeiteinrichtungen) können frühzeitig Anzeichen von sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche wahrnehmen und verfügen über ausreichend Handlungssicherheit, um die Prävalenz sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche zu vermindern und zu ihrer frühestmöglichen Unterbindung beizutragen. Zu den für die Fortbildungs- und Qualifizierungsoffensive zentralen Themen gehören u.a. Informationen und Kenntnisse in den Bereichen sexualisierter Gewalt an Kindern und Jugendlichen, Täterstrategien, peer-to-peer-Gewalt, sexualisierte Gewalt in digitalen Räumen, Umsetzung von Schutzkonzepten und -prozessen, Umgang mit der Vermutung sexualisierter Gewalt, gute (Kooperations-)Praxis bei Gefährdungseinschätzungsverfahren, Hilfestrukturen, Opferschutz, pädagogische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen zur Verbesserung der Prävention von und zum Schutz vor sexualisierter Gewalt.

Mögliche Maßnahmen

- Bestandsaufnahme und Sichtung in den Bereichen Kinder- und Jugendhilfe, Familie, Sport, Schule, Polizei, Justiz, Gesundheit, Weiterbildung und bei den Kirchen von Qualifizierungsangeboten, -inhalten und -formaten im Themenbereich Prävention von und zum Schutz vor sexualisierter Gewalt durchführen.
- Mindestanforderungen und Qualitätsstandards für Fortbildung und Qualifizierung für die Kinder- und Jugendhilfe im Bereich der Prävention sexualisierter Gewalt verabreden.
- Fortbildungs- und Qualifizierungsangebote für sozialpädagogische Fachkräfte und weiteres Personal in den Einrichtungen und Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe gemeinsam mit Trägern und Institutionen mit einschlägiger Fachexpertise in diesem Bereich (wie z.B. der Erziehungsberatung) in die Fläche bringen, insbesondere in Verbindung mit der verbindlichen Einführung von Schutzkonzepten und -prozessen (s. Punkt 1.1).
- Verpflichtende Fortbildung von Lehrkräften in Schulen in Nordrhein-Westfalen mit dem dafür zuständigen Ressort erörtern.

2.2 Abgestimmte interdisziplinäre Qualifizierungsangebote zur Prävention sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche und zum Kinderschutz für Fachkräfte und weiteres Personal aus Kindertageseinrichtungen/ Familienzentren und Schulen, aus Allgemeinen Sozialen Diensten, der Polizei, dem Gesundheitswesen, für Lehrkräfte aus Schulen, Familienrichter(inne)n und Erziehungsberatungsstellen schaffen

Ziel

Eine Sensibilisierung für die Prävention von und den Schutz vor sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche sowie Kenntnisse von angrenzenden Bezugssystemen, ihrer Strukturen und Verfahrensweisen werden durch übergreifende, interdisziplinäre, inhaltlich und konzeptionell aufeinander abgestimmte Fortbildungsangebote gefördert. Die Bereiche Kinder- und Jugendhilfe (Träger/ Leitungen aus Kindertageseinrichtungen/ Familienzentren, Kinder- und Jugendarbeit, Offener Ganztag, Hilfen zur Erziehung, Kinderschutz), Familie (Familien- und Erziehungsberatung), Schule (Schulleitungen, Schulpsychologie, Schulsozialarbeit, untere Schulaufsicht), Justiz (Familienrichter/innen), Gesundheitswesen (Gesundheitsämter, Ärzteschaft) und Polizei setzen entsprechende Angebote im Land um. Für die Weiterentwicklung des Handelns vor Ort unterstützen die Bereiche die Umsetzung gemeinsamer Formate der Fortbildung und Vernetzung (s. 3.3).

Mögliche Maßnahmen

- Die beteiligten Ressorts der Landesregierung entwickeln in ihren je eigenständigen Fortbildungs- und Qualifizierungssystemen, unter Berücksichtigung von Mindestanforderungen an Fachthemen und notwendigen Kenntnissen sowie Kompe-

tenzen, inhaltlich und konzeptionell aufeinander bezogene oder sich ergänzende Angebote.

- Einbezogen werden dabei u.a. zugrundeliegende Rechtsaspekte und Handlungsprämissen, Täterstrategien im Bereich sexualisierter Gewalt, Umgang mit Hinweisen und Verdachtsäußerungen, Kooperationen und Verfahrensstandards im Kinderschutz und bei sexualisierter Gewalt, Krisenintervention, Klärung von Kooperationserfordernissen und -verpflichtungen.
- Die Angebote werden in den jeweiligen Bereichen und – sofern möglich – auch gemeinsam durchgeführt. Unterstützt wird dies durch in diesen Punkten abgestimmte Fortbildungsprogramme der unterschiedlichen Bereiche sowie ggf. ein gesondertes Fachprogramm.

2.3 Spezialisierte Fachberatung gegen sexualisierte Gewalt verbessern und in die Fläche bringen

Ziel

Kinder, Jugendliche sowie junge Erwachsene, die Opfer von sexualisierter Gewalt geworden sind, und ihre Familien bekommen erreichbare, rasche, qualifizierte und auf ihre Situation zugeschnittene Hilfe, psychosoziale Beratung und/ oder Therapieangebote. Zugleich können Jugendämter und freie Träger, Kindertageseinrichtungen und weitere Einrichtungen auf spezialisierte Fachberatungsangebote in erreichbarer Nähe zugreifen. Dafür ist die Fachberatungsstruktur in Nordrhein-Westfalen flächendeckend ausgebaut und umfassend bekannt. Mit Blick auf Inhalte und die Beratungsqualität kommen Mindeststandards zur Anwendung.

Mögliche Maßnahmen

- Analyse des Weiterentwicklungsbedarfs im Bereich der spezialisierten Fachberatung vornehmen.
- Entwicklung von Mindestanforderungen und Qualitätsstandards in der spezialisierten Fachberatung.
- Konzept zur qualitativen Weiterentwicklung und zum räumlichen Ausbau von spezialisierten Fachberatungsangeboten für von sexualisierter Gewalt betroffene Kinder, Jugendliche und ihre Familien entwickeln.
- Konzept zur qualitativen Weiterentwicklung und zum räumlichen Ausbau von spezialisierten Fachberatungsangeboten für Einrichtungen und Institutionen der Kinder- und Jugendhilfe entwickeln.

2.4 Interdisziplinäres und landesweit agierendes Spezialist(inn)enteam aufbauen, das bei Fällen sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche hinzugezogen werden kann

Ziel

Im Falle der Intervention bei sowie der Nachsorge von sexualisierter Gewalt erhalten unmittelbar Betroffene, Angehörige, Fachkräfte in Institutionen, Einrichtungen und Unterstützungssysteme fundierte Beratung und Begleitung. Für die Bearbeitung von Fällen sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche, bei denen die vorhandenen örtlichen Kapazitäten nicht ausreichen und/ oder zusätzliche Kompetenzen benötigt werden, steht ein landesweit einsetzbares Team von Spezialistinnen und Spezialisten bereit, das hinzugezogen werden und die Verantwortlichen vor Ort unterstützen kann.

Mögliche Maßnahmen

- Bedarfslagen und erforderliche fachliche Qualitäten im Austausch zwischen Landesregierung und den einschlägigen Fachstrukturen im Land definieren.
- Vor diesem Hintergrund Qualifikations- und Erfahrungshintergründe eines Teams von Spezialist(inn)en festlegen (Ärztinnen und Ärzte, Psycholog(inn)en, Polizist(inn)en, Fachkräfte der Jugendämter und der Ermittlungsbehörden, bereits bestehende Fachberatungsstellen etc.).
- Vereinbarung über Zuständigkeiten, Kompetenzen, Verfahren und Aufgaben des Spezialist(inn)enteams treffen.
- Geeignete Spezialist(inn)en identifizieren (u.a. aus dem Bereich der spezialisierten Fachberatung) und für die Mitarbeit gewinnen.
- In diesem Rahmen prüfen, ob Barnehus-Häuser (*childhood houses*), in denen Fälle von sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche in rechtlicher, medizinischer und psychosozialer Hinsicht betreut werden, eine sinnvolle Perspektive der fachlichen Weiterentwicklung von Kinderschutzambulanzen als Kompetenzzentren sein könnten.

2.5 Kenntnisse und Kompetenzen im Bereich der Prävention sexualisierter Gewalt in Ausbildung und Studium verankern

Ziel

Das Thema Kinderschutz ist, auch mit seiner speziellen Ausprägung im Bereich sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche, Pflichtbestand in der Fachschulausbildung zum/ zur Erzieher/in. In den einschlägigen Studiengängen an Universitäten und (Fach-)Hochschulen im Bereich des Bachelors/ Masters der Sozialpädagogik und Sozialen Arbeit sowie der Lehrerausbildung sind praxisnahe Pflichtmodule zum

Kinderschutz verankert. Die Prävention von und der Schutz vor sexualisierter Gewalt sowie der Umgang mit der Vermutung sexualisierter Gewalt sind als verpflichtende Themen im juristischen sowie im Lehramts-Referendariat, in der Ausbildung zum Polizeidienst sowie von Allgemeinmediziner(inne)n, Kinderärzt(inn)en und Familienrichter(inne)n eingeführt.

Mögliche Maßnahmen

- Die jeweiligen Ressorts ergreifen im Rahmen ihrer Zuständigkeit die erforderlichen Maßnahmen, um Themen des Kinderschutzes und insbesondere der Prävention sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche in Ausbildung und Studium zu verankern.
- Es werden Gespräche mit Universitäten und Hochschulen in Nordrhein-Westfalen geführt, um die Umsetzung der Maßnahmen zu erreichen.
- Interdisziplinäre Lehrveranstaltungen sowie Online-Angebote der Hochschulen werden aufgebaut.
- Bei der Re-Akkreditierung von Studiengängen wird geprüft, ob pflichtige Module zum Thema "Kinderschutz" Bestandteil der Studiengänge sind.

(3) Vorschläge im Bereich der Jugendämter

3.1 Fachliche Empfehlungen für einen verbesserten Kinderschutz vereinbaren

Ziel

Landesjugendämter und Kommunale Spitzenverbände in Nordrhein-Westfalen vereinbaren gemeinsam aktualisierte Empfehlungen zum Kinderschutz und zur Prävention von und dem Schutz vor sexualisierter Gewalt, die eine durchgehend hohe Leistungs- und Verfahrensqualität in der Fachpraxis vor Ort sicherstellen. Dabei werden auch konkrete Weiterentwicklungen in rechtlicher, konzeptioneller oder organisatorischer Hinsicht thematisiert. Die Empfehlungen nehmen dabei Aspekte der Prävention, der Intervention sowie der Nachsorge von sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche in den Blick.

Mögliche Maßnahmen

- Im Rahmen der hierfür bestehenden Verfahren werden fachliche Empfehlungen für eine durchgehend hohe Leistungs- und Verfahrensqualität fortentwickelt bzw. ggf. neue erarbeitet. Betrachtet werden sollen dabei Themen wie (a) Schutz, Stärkung und Aufklärung von Kindern und Jugendlichen (b) Personalbemessung, Qualifizierung, Personalentwicklung und Qualität in den Allgemeinen Sozialen Diensten (c) Verfahrensstandards bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung nach § 8a SGB VIII (d) Verfahrensstandards im Pflegekinderdienst (e) Umsetzung von

Schutzkonzepten und -prozessen in Kindertageseinrichtungen und weiteren Einrichtungen (f) Auf- und Ausbau von Kooperationsstrukturen zu anderen Systemen (v.a. Schule, Gesundheit, Polizei, Justiz) (g) Verbesserung der Attraktivität der Arbeit in den Allgemeinen Sozialen Diensten der Jugendämter für Berufseinsteiger/ innen bzw. bereits erfahrenes Personal aus anderen Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe.

- Land, Kommunale Spitzenverbände und Landesjugendämter verständigen sich auf der Grundlage dieser fachlichen Empfehlungen über Schritte zu ihrer Umsetzung. Diese durch die Entwicklung von Unterstützungsbausteinen flankieren, wie Organisationsberatung, Workshops, kollegiale Beratungsformate oder Formate nach Punkt 3.2.
- Zur Überprüfung der Qualität der Aufgabenwahrnehmung bestehende Organisationsuntersuchungen einbeziehen bzw., soweit erforderlich, punktuell zusätzliche Organisationsuntersuchungen in einer Stichprobe von kleinen, mittleren und großen Jugendämtern durchführen. Dabei bedarfsweise Prüfung vornehmen, ob die Mindestgröße für ein Jugendamt in nordrhein-westfälischen Städten und Gemeinden (gemessen an der Einwohnerzahl) anzupassen ist.
- Weitere gezielte Unterstützung für die Jugendämter auf der Grundlage einer Befragung von ASD-/ PKD-Mitarbeiter/innen in Nordrhein-Westfalen (in Verbindung mit Punkt 3.2) entwickeln.
- Datenbasis im Handlungsfeld Kinderschutz/ Prävention von und zum Schutz vor sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche verbessern, v.a. mit Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik (TU Dortmund).

3.2 Unterstützungsinitiative für Mitarbeiter/ innen der Allgemeinen Sozialen Dienste und Pflegekinderdienste

Ziel

Auf der Grundlage der fachlichen Empfehlungen unter Punkt 3.1 erhalten die örtlichen Fachkräfte im Bereich Kinderschutz und Pflegekinderwesen in ihrem Arbeitsfeld bedarfsgerechte Unterstützung. Diese besteht v.a. in Beratungs- und Qualifizierungsangeboten, um Kenntnisse zu aktualisieren und Handlungskompetenzen weiterzuentwickeln. Zur Umsetzung dieser Unterstützungsinitiative ist eine Vereinbarung zwischen dem Land, den Kommunalen Spitzenverbänden und den Landesjugendämtern bzgl. der notwendigen Rahmenbedingungen getroffen.

Mögliche Maßnahmen

- Befragungen zu Unterstützungsbedarfen von ASD-/ PKD-Mitarbeiter/innen in Nordrhein-Westfalen durchführen (s.a. Punkt 3.1).

- Rahmenbedingungen und gemeinsame fachliche Anforderungen für eine strukturierte Unterstützungsinitiative für Beschäftigte in Allgemeinen Sozialen Diensten und Pflegekinderdiensten zwischen Land, Kommunalen Spitzenverbänden, Landesjugendämtern und Fachverbänden vereinbaren (s.a. Punkt 3.1).
- Aktuelle und geeignete Ansätze, Konzepte oder Materialien sichten und ggf. neu entwickeln, ein bedarfsgerechtes Angebot an Unterstützung, Beratung und Qualifizierung für Mitarbeitende in den ASDs/ PKDs gemeinsam mit Landesjugendämtern, Weiterbildungsträgern und ggf. weiteren Anbietern sicherstellen.

3.3 Lokale (ggf. regionale), Sektor übergreifende Zusammenarbeit zum Kinderschutz und zur Prävention von und zum Schutz vor sexualisierter Gewalt aufbauen

Ziel

Vor dem Hintergrund der in den verschiedenen Bereichen – wie Kinder- und Jugendhilfe, Familie, Schule, Polizei, Justiz, Gesundheit oder Freizeitangeboten – vorhandenen Zuständigkeiten bei der Prävention von und dem Schutz vor sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche wird vor Ort die Zusammenarbeit der Beteiligten in Qualitätszirkeln, Präventionskonferenzen, Arbeitsgruppen oder ähnlichen Netzwerken weiterentwickelt. Die Bereiche arbeiten dort themenbezogen zusammen und bringen Qualitätsentwicklungsprozesse den Gegebenheiten vor Ort gemäß voran.

Mögliche Maßnahmen

- Das Land, die Kommunalen Spitzenverbände, die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege sowie die Landesjugendämter unterstützen den Aufbau kommunaler oder regionaler Strukturen zum Kinderschutz und der Prävention von und zum Schutz vor sexualisierter Gewalt an Kindern und Jugendlichen.
- Bestehende Netzwerke zum Kinderschutz, zu den Frühen Hilfen und/ oder Kommunale Präventionsketten erweitern ihren fachlichen Fokus um den eigenständigen Aspekt sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche. Nach Möglichkeit steuern die Landesjugendämter fachliche Beratung und Begleitung bei.
- Wo keine Netzwerke bestehen, befördern die Jugendämter den eigenständigen Aufbau von Sektor übergreifenden Qualitätszirkeln oder vergleichbaren Strukturen zum Thema sexualisierte Gewalt, in denen alle relevanten Akteure für die Prävention von und zum Schutz vor sexualisierter Gewalt vertreten sind. Unterstützt wird dies u.a. durch den Erlass des Ministeriums des Innern zu Sicherheitskonferenzen in den Kreispolizeibehörden (Erweiterung um Aspekte des Kindeswohls).

- Die Landesfachstelle macht vor Ort gezielt unterstützende Informations- und Vernetzungsangebote oder koordiniert bedarfsweise thematisch fokussierte Lerncluster im Bereich Prävention von und Schutz vor sexualisierter Gewalt.

3.4 Qualifizierung und Qualitätsentwicklung in den Bereichen Pflegekinderwesen und Hilfen zur Erziehung (§§ 27 ff SGB VIII) bei den freien Trägern in Kooperation mit den örtlichen öffentlichen Trägern anregen

Ziel

Für Kinder und Jugendliche, die in Pflegeverhältnissen leben, ist der Pflegekinderdienst Ansprechpartner und vertrauensvoller Berater sowie Bindeglied zwischen Pflegestelle, Jugendamt und weiteren Institutionen. Freie Träger, die im Auftrag der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe einen Pflegekinderdienst ausführen oder im Rahmen von Pflegeverhältnissen weitere Hilfen zur Erziehung nach §§ 27 ff SGB VIII erbringen (z.B. Sozialpädagogische Familienhilfe), sind für das Thema der sexualisierten Gewalt an Kindern und Jugendlichen besonders sensibilisiert. In den Kooperationsbezügen der freien Träger mit den ASDs der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfeträger sowie in den regelmäßigen Entwicklungsberichten wird dieser Aspekt regelmäßig bearbeitet. Die Form der Bearbeitung ist in den Leistungsvereinbarungen zwischen öffentlichem und freiem Träger verbindlich geregelt.

Mögliche Maßnahmen

- Wissen und Handlungskompetenzen von Fachkräften (und ggf. weiterem Personal) in Pflegekinderdiensten und Hilfen zur Erziehung nach §§ 27 ff SGB VIII im Kontext Prävention sexualisierter Gewalt weiterentwickeln.
- Handlungsleitfäden für öffentliche und freie Träger im Bereich Pflegekinderwesen mit Best-Practice-Beispielen werden gemeinsam von Landesjugendämtern, KSVen und Freier Wohlfahrtspflege aktualisiert bzw., soweit notwendig, neu erarbeitet.
- Land, Kommunale Spitzenverbände, Landesjugendämter Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege verständigen sich auf dieser Grundlage über die Durchführung von Qualitätsentwicklungsprozessen. Die Qualitätsentwicklungsprozesse enthalten verbindliche Vereinbarungen zur Qualifizierung von Fachkräften und weiterem Personal in Pflegekinderdiensten und Allgemeinen Sozialen Diensten (verzahnt mit Maßnahmen in 3.3).
- Jugendämter schließen entsprechende Qualitätsentwicklungsvereinbarungen mit den freien Trägern vor Ort ab bzw. ergänzen bestehende Leistungsvereinbarungen um den Bereich Prävention von und zum Schutz vor sexualisierter Gewalt.

(4) Reformprozess zum SGB VIII aufgreifen sowie weitere bundes- und landesrechtliche Regelungen überprüfen

Ziel

Im Rahmen des Beteiligungs- und Dialogprozesses des BMFSFJ zur Reform des Achten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VIII), „Mitreden – Mitgestalten: Die Zukunft der Kinder- und Jugendhilfe“, sowie im anschließenden Gesetzgebungsverfahren auf der Grundlage eines Gesetzentwurfs des Bundes werden – teilweise in Abstimmung mit anderen Bundesländern – rechtliche Regelungsinitiativen eingebracht, die den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexualisierter Gewalt verbessern können. Ggf. werden eigenständige Gesetzesinitiativen über den Bundesrat eingebracht. Weiterhin sind relevante bundes- sowie die notwendigen landesrechtlichen Regelungen überprüft und an die Weiterentwicklungsbedarfe angepasst.

Zur Diskussion stehende Reformvorschläge

- Zuständigkeitsregelungen bei Pflegeverhältnissen
  - Unterbringung außerhalb des örtlichen Zuständigkeitsbereichs des für die Hilfe zuständigen Jugendamtes: Zukünftig sollte die Zustimmung des örtlich zuständigen öffentlichen Trägers der Kinder- und Jugendhilfe verbindlich vorgeschrieben werden. Bereits bei Beginn einer Pflegemaßnahme sollte eine Übertragung der fachlichen Zuständigkeit (allerdings nicht der Kostenträgerschaft) auf den örtlich zuständigen öffentlichen Träger erfolgen, es sei denn, es ist absehbar, dass die Unterbringung nur von kurzer Dauer ist.
  - Wegfall der Regelung, dass bei Einrichtung einer Pflegschaft im Rahmen von Hilfen zur Erziehung nach §§ 27 ff SGB VIII die Erteilung einer Pflegeerlaubnis nicht erforderlich ist (§ 44 Abs. 1 SGB VIII).
- Standards für die Kontrolle, Unterstützung und Begleitung von Pflegeverhältnissen
  - Regelung zur Prüfung des Weiterbestehens der Voraussetzungen für die Pflegeerlaubnis gemäß § 44 Abs. 3 SGB VIII: Sollte zukünftig als Muss-Vorschrift ausformuliert sein (jetzt: Soll-Vorschrift).
  - Präzisierung des Beratungsanspruchs für Eltern und Pflegeeltern.
- Versagensgründe für die Erteilung einer Pflegeerlaubnis
  - Ergänzung der bundesgesetzlichen Vorgaben des § 44 SGB VIII um die Vorgaben zur Pflegeerlaubnis gemäß den §§ 16 und 17 AG-KJHG.
  - Präzisierung und Regelung des Konstrukts „Netzwerkpflege“.
- Datenschutz am Kindeswohl orientieren
  - Eine gesonderte bzw. geänderte Regelung zum Datenschutz bzw. Datenaustausch zwischen den beteiligten öffentlichen und freien Kinder- und Jugendhilfeträgern und anderen beteiligten Behörden (z.B. Schulen) oder

Stellen (z.B. Ärzteschaft) trägt zu einem verbesserten Schutz der betroffenen Kinder und Jugendlichen bei.

- Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung
  - Präzisierung von Qualifikation und Anforderungsprofil einer „Insoweit erfahrenden Fachkraft“ (§ 8a SGB VIII).
  - Rechtliche Klarstellung im SGB VIII zur Meldepflicht von Jugendämtern und anderen Behörden auf den unterschiedlichen staatlichen Ebenen gegenüber den Strafverfolgungsbehörden bei begründetem Verdacht auf sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche.
  - Präzisierung der Grundsätze und Maßstäbe für die Bewertung der Qualität sowie der geeigneten Maßnahmen zu ihrer Gewährleistung (§ 79a SGB VIII) in der Fallbetreuung in den Allgemeinen Sozialen Diensten.
- Weiterentwicklung der §§ 45 ff SGB VIII zur Stärkung der Aufsicht über Einrichtungen der Heimerziehung (s. Punkt 1.3).
- Prüfung, inwieweit korrespondierend zur Kooperationsverpflichtung der Jugendämter nach § 81 SGB VIII in anderen relevanten Bereichen der Sozialgesetzgebung sowie der Landesgesetzgebung (z.B. Schule, Justiz, Polizei) Zusammenarbeitsverpflichtungen geregelt sind. Neuregelungsbedarfe identifizieren, Rechtsänderungen anregen.
- Verlängerung der Tilgungsfristen im erweiterten Führungszeugnis: Eine Verlängerung der Tilgungsfristen im erweiterten Führungszeugnis, welches vorgelegt werden muss, wenn eine Prüfung der persönlichen Eignung nach § 72a SGB VIII ansteht, eine sonstige berufliche oder ehrenamtliche Beaufsichtigung, Betreuung, Erziehung oder Ausbildung Minderjähriger oder eine Tätigkeit aufgenommen werden soll, die geeignet ist, Kontakt zu Minderjährigen aufzunehmen, trägt zu einem besseren Schutz von Kindern und Jugendlichen in Schulen, Betreuungs-, Freizeit- und Berufsausbildungseinrichtungen bei.

S. Eschweiler, LVR-Landesjugendamt
Dr. M. Weber, LWL-Landesjugendamt

Köln/Münster, 06.11.2019

Vermerk

Impulspapier des MKFFI NRW zur Diskussion über Maßnahmen zur Prävention und zum Schutz vor und Hilfe bei sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche

Hier: Vorlage für den Arbeitskreis Kinder- und Jugendhilfe zur Beschlussfassung über prioritär zu entwickelnde Empfehlungen

Das Impulspapier des MKFFI schlägt unter Punkt 3.1 die Vereinbarung fachlicher Empfehlungen zwischen den Landesjugendämtern und Kommunalen Spitzenverbänden für einen verbesserten Kinderschutz vor.

Landesweite Empfehlungen bieten den Jugendämtern einen fachlichen Orientierungsrahmen für die Ausgestaltung ihres Handelns und eine Argumentationshilfe für die erforderliche Ergebnis-, Prozess- und Strukturqualität. Dennoch ist ein solcher Orientierungsrahmen nicht unmittelbar für die Praxis vor Ort anwendbar, sondern muss auf die örtlichen Gegebenheiten übertragen und angepasst werden. Die kommunale Selbstverwaltung bietet dafür den passenden und notwendigen Rahmen.

Jenseits notwendiger regionaler Ausdifferenzierungen müssen sich aber junge Menschen und ihre Familien darauf verlassen können, dass sie unabhängig vom Wohnort eine Leistungsgewährung entsprechend der Regeln des fachlichen Könnens vorfinden und ihre Rechtsansprüche in vergleichbarer Weise sichergestellt werden. ASD-Fachkräfte, die eine hohe Verantwortung für das Wohl von Familien und den Schutz von Kindern tragen und für die die Angst vor individueller strafrechtlicher Verfolgung gegenwärtig eine hohe psychische Belastung darstellt, brauchen Rahmenbedingungen, die ihnen eine fachlich qualifizierte Praxis erlauben.

Vor diesem Hintergrund begrüßen die Landesjugendämter den Vorschlag des MKFFI, eine einheitliche(re) Praxis durch die Erstellung gemeinsamer Empfehlungen zu erreichen und sind gerne bereit, daran mitzuwirken. Es ist aber darauf hinzuweisen, dass auch verbindliche fachliche Empfehlungen niemals eine Garantie dafür darstellen, dass es nicht zu tragischen Verläufen im Kinderschutz kommt.

Gemäß den getroffenen Vereinbarungen haben die Landesjugendämter eine Bestandsaufnahme der vorliegenden Arbeitshilfen/Empfehlungen vorgenommen und einen Vorschlag für die Vereinbarung von Empfehlungen nach Priorität entwickelt:

1. Bestandsaufnahme relevanter Arbeitshilfen/Empfehlungen[1]

Aufgabe der Landesjugendämter ist es, gemäß § 85 Abs. 2 Nr. 1 und § 79a SGB VIII die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe durch die Entwicklung fachlicher Empfehlungen zu unterstützen, die Orientierung für die Gestaltung und Qualitätsentwicklung der örtlichen Praxis bieten. Für die in Punkt 3.1 des Impulspapiers

[1] Eine Bestandsaufnahme aller Arbeitshilfen/Empfehlungen ist als Anlage beigefügt.

in Rede stehenden Handlungsbereiche sind in den letzten 10 Jahren folgende Arbeitshilfen und Empfehlungen veröffentlicht worden:

a) zum Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung:

MGFFI NRW/LVR-Landesjugendamt Rheinland/LWL-Landesjugendamt Westfalen: Risikomanagement bei Kindeswohlgefährdung - Kompetentes Handeln sichern. 2009

LVR-Landesjugendamt Rheinland/LWL-Landesjugendamt Westfalen: Grundsätze und Maßstäbe zur Bewertung der Qualität einer insoweit erfahrenen Fachkraft. Eine Orientierungshilfe für Jugendämter. 2014

LVR-Landesjugendamt Rheinland: Gelingensfaktoren bei der Wahrnehmung des Schutzauftrages. Eine Orientierungshilfe für Jugendämter. 2015

In Vorbereitung:

LWL-Landesjugendamt Westfalen: Zusammenarbeit zwischen Jugendämtern und der betriebserlaubniserteilenden Stelle im Kinderschutz – bis zur Betriebserlaubnis, während des Betriebs der Einrichtung, bei besonderen Vorkommnissen und der Feststellung von Mängeln. (Veröffentlichung geplant 2. Quartal 2020)

Koordinationsstelle Sucht/LWL-Landesjugendamt Westfalen: Kooperation von Sucht- und Jugendhilfe im Kinderschutz. (Veröffentlichung geplant 1. Halbjahr 2020)

b) zur Pflegekinderhilfe:

LVR-Landesjugendamt Rheinland: Dokumentation Leuchtturm-Projekt Pflegekinderdienst. 2011

LVR-Landesjugendamt Rheinland/LWL-Landesjugendamt Westfalen/Städtetag, Landkreistag & Städte- und Gemeindebund NRW: Grundlagen zur Qualitätsentwicklung der Pflegekinderhilfe nach § 33 (1) und (2) SGB VIII. 2013

LVR-Landesjugendamt Rheinland/LWL-Landesjugendamt Westfalen: Arbeitshilfe zur Familiären Bereitschaftsbetreuung. 2017

Kompetenzzentrum Pflegekinder/LVR-Landesjugendamt Rheinland/LWL-Landesjugendamt Westfalen: Vorbereitung von zukünftigen Pflegeeltern. 2017

Diese Arbeitshilfen und Empfehlungen benennen in der Regel Grundsätze und Maßstäbe für die Qualität der in Frage stehenden Leistungen (fachliche Orientierungen, Qualitätsmerkmale, Ergebnis-, Prozess- und Strukturqualität o.ä.). Die Frage der fachlichen Qualität, d.h. die Frage welche Ergebnisse und welchen Nutzen die Leistungen für die Adressat*innen bringen sollen, stellt dabei immer den Ausgangspunkt der Überlegungen dar.

Nach dem Grundsatz „aus der Praxis für die Praxis" werden die Empfehlungen und Arbeitshilfen in der Regel in Arbeitsgruppen mit verschiedenen Jugendämtern (unterschiedlicher Größen und Strukturtypen) erarbeitet. Arbeitshilfen werden dem Arbeitskreis Kinder- und Jugendhilfe und den beiden Landesjugendhilfeausschüssen zur Kenntnis gegeben. Empfehlungen werden nach Beschlussfassung durch die Landesjugendhilfeausschüsse, unter Beteiligung der Kommunalen Spitzenverbände und mit öffentlicher Ausschreibung an die kommunalen Jugendämter zur Beteiligung erarbeitet. Für die Erarbeitung einer Empfehlung ist daher ein Zeitraum von mindestens einem Jahr, je nach Umfang auch deutlich länger, zu veranschlagen.

2. Vorschlag für Empfehlungen nach Priorität

Aus Sicht der Landesjugendämter sind folgende Empfehlungen sinnvoll:

a) zum Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung:

Die beiden ***Orientierungshilfen zum Schutzauftrag gemäß § 8a SGB VIII*** (Grundsätze und Maßstäbe zur Bewertung der Qualität einer insoweit erfahrenen Fachkraft & Gelingensfaktoren bei der Wahrnehmung des Schutzauftrages) können zeitnah aktualisiert und als gemeinsame Empfehlungen veröffentlicht werden.

Sie sollten zudem um eine ***Empfehlung zum Umgang mit Anhaltspunkten für den sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen*** ergänzt werden, die in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe entwickelt werden müsste. Die Federführung hierfür würde das LVR-Landesjugendamt Rheinland übernehmen. Die Empfehlung könnte im Laufe des Jahres 2020 erstellt und in 2021 veröffentlicht werden.

Eine weitere Ergänzung kann durch eine ***Empfehlung zum Umgang mit Anhaltspunkten für häusliche Gewalt*** erfolgen, die gerade – allerdings als Arbeitshilfe – in einer Arbeitsgruppe mit Jugendämtern erarbeitet wird. Die Federführung hierfür liegt beim LWL-Landesjugendamt Westfalen. Die Erarbeitung ist hier ebenfalls für 2020 geplant und die Veröffentlichung für die erste Jahreshälfte 2021 vorgesehen.

b) zum Pflegekinderwesen:

Im Bereich der Pflegekinderhilfe sind derzeit seitens der Bundesarbeitsgemeinschaft Landesjugendämter grundlegende Empfehlungen auf Bundesebene in Vorbereitung, an denen beide NRW-Landesjugendämter aktiv beteiligt sind. Die Empfehlungen greifen u.a. Vorarbeiten des Dialogforums Pflegekinderhilfe zum Kinderschutz in Pflegefamilien auf. Das Dialogforum Pflegekinderhilfe arbeitet parallel daran, im Zuge der SGB VIII-Reform durch Gesetzesnovellierungen – möglicherweise auch zu gesetzlich festgelegten Kriterien für eine Pflegeerlaubnis bzw. Eignungsprüfung – zu einer weitergehenden Qualitätsentwicklung in der Pflegekinderhilfe beizutragen. Erst nach Vorlage dieser Empfehlungen und nach möglicher Vorlage eines Gesetzentwurfs zur SGB VIII-Reform wird daher sinnvoll zu prüfen sein, ob sich die Kommunalen Spitzenverbände in NRW diesen Empfehlungen anschließen und ob ggf. darüber hinaus noch ein Bedarf an Empfehlungen besteht.

Unabhängig davon wird vorgeschlagen, eine ***Empfehlung zur Verwandten- und Netzwerkpflege*** zu erarbeiten. Seit dem Jahr 2018 erfolgt im Rheinland ein vom LVR-Landesjugendamt Rheinland gefördertes Projekt zu diesem Thema, an dem die Jugendämter Düsseldorf, Köln und die Städteregion Aachen beteiligt sind und das bis September 2020 läuft. Die Arbeitsergebnisse könnten anschließend in eine spezielle Empfehlung zur Verwandten- und Netzwerkpflege einfließen, die im Jahr 2021 erstellt werden sollte.

c) Empfehlung zur Personalbemessung

Der Vorschlag des MKFFI Empfehlungen zur Personalbemessung zu erstellen, wird von den Landesjugendämtern befürwortet. Dies insbesondere, weil viele Jugendämter den Wunsch nach einer verbindlichen Bemessungsgrundlage durch die Landesjugendämter äußern, u.a. auch mit der Begründung, dass gerade in Kommunen in der Haushaltssicherung eine Aushöhlung der fachlichen Qualität drohe. Aus Sicht der

Landesjugendämter können solche Empfehlungen nur gemeinsam mit den Kommunalen Spitzenverbänden erstellt werden.

Auch und insbesondere zur Umsetzung der zu vereinbarenden fachlichen Empfehlungen benötigen die Jugendämter eine angemessene Zahl an Fachkräften. Das Wachsen aller Arbeitsbereiche der Allgemeinen Sozialen Dienste in den letzten Jahren und der damit verbundene personelle Ausbau erfolgen in Zeiten eines Generationenwechsels und Fachkräftemangels. Dies führt in vielen Sozialen Diensten zu einer hohen Personalfluktuation mit belastenden Vertretungssituationen und – nicht zuletzt bei der Frage der Personalbindung – zu Diskussionen um eine Fallzahlobergrenze. Aufgrund der Heterogenität der Jugendämter in Größe, Aufgaben und Organisation ist es aus Sicht der Landesjugendämter kaum möglich, eine einheitliche Fallzahl als Grundlage für eine Personalbemessung festzulegen. Eine Fallzahlobergrenze berücksichtigt zudem nicht die tatsächlich geleistete Qualität der Arbeit, sondern setzt eher Anreize zur Erhöhung von Fallzahlen und birgt damit die Gefahr, fachliche Standards abzusenken.

Vielmehr sollte die Personalbemessung auf der Basis einer Beschreibung der Kernprozesse, die mit der Ermittlung des durchschnittlichen Zeitbedarfs verbunden wird, erfolgen. Für die Kernprozesse, die bereits in Arbeitshilfen/Empfehlungen beschrieben sind (Hilfeplanung, § 8a-Verfahren etc., ***s. dazu die Anlage mit der Auflistung der hierfür relevanten Empfehlungen***), könnten im Rahmen eines Modellprojektes mittlere Bearbeitungszeiten für die einzelnen Prozessschritte entwickelt werden, die als Orientierung für die örtliche Personalbemessung dienen können. In zukünftigen Empfehlungen könnten die mittleren Bearbeitungszeiten dann regelhaft mit aufgenommen werden.

Aus Sicht der Landesjugendämter sollte vor dem Beginn solch bedeutender und aufwändiger Arbeitsvorhaben die Frage geklärt werden, wie eine Verbindlichkeit der Umsetzung für die Jugendämter sichergestellt werden kann, damit die Arbeitsergebnisse nicht ins Leere laufen.

Aktuelle Informationen aus dem Bereich der frühkindlichen Bildung

Landesjugendhilfeausschuss Rheinland

07.02.2020

Sandra Clauß
LVR-Fachbereich Kinder und Familie

Themen

1. Initiative Personalgewinnung des Landes NRW

2. Individualverträge nach § 125 SGB V

3. Umsetzung der Reform des Kinderbildungsgesetzes
   - Durchführungsverordnung
   - Erforderliche Beschlussfassung in den örtlichen Jugendhilfeausschüssen
     - zusätzliche plusKitas
     - Angebote zur Flexibilisierung der Betreuungszeiten
     - Zweckbindung

Initiative Personalgewinnung des Landes NRW

Einrichtung einer Stabsstelle im MKFFI zum 01.01.2020

Einrichtung einer Projektgruppe:

- Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration
- Ministerium für Schule und Bildung
- Ministerium für Arbeit und Soziales
- Bundesagentur für Arbeit/ Regionaldirektion NRW
- Kommunale Spitzenverbände NRW
- Freie Wohlfahrtspflege
- Gewerkschaften
- Kirchen
- Landesjugendämter

Verabschiedung eines Arbeitsprogramms und Bündelung von Arbeitspaketen

Einrichtung von sechs Arbeitsgruppen zu jedem Arbeitspaket

Arbeitspakete

1. Erhöhung der Ausbildungszahlen, Weiterbildung von Kinderpfleger*innen, Verbesserung der Zugänge von ausländischen Fachkräften, Gewinnung neuer Zielgruppen
2. Bindung von Personal an das Arbeitsfeld, Rückgewinnung, Teilzeitaufstockung
3. Personalvereinbarung
4. Entlastung des pädagogischen Personals
5. Qualifizierte Anleitung, Aufstiegsmöglichkeiten, multiprofessionelle Teams, Einbindung akademisch Ausgebildeter
6. Monitoring des Personalbedarfs

Therapeutisches Leistungen in Kitas auf der Basis von Individualverträgen nach § 125 SGB V

Inkrafttreten des Terminservice- und Versorgungsgesetzes (TSVG) zum 11.05.2019

Änderung des § 125 SGB V:
Wegfall der Gesetzesgrundlage für den Abschluss und die Fortführung von Individualverträgen nach § 125 SGB V auf Landesebene

Konsequenz:
Refinanzierung der in Kitas nach § 125 SGB V beschäftigten Therapeut*innen entfällt ab 01.07.2020

Ablehnung der Bundesratsinitiative des Landes NRW zur Änderung des § 125 SGB V am 29.11.2020

Therapeutisches Leistungen in Kitas auf der Basis von Individualverträgen nach § 125 SGB V

Unmittelbare Information der Träger der freien Wohlfahrtspflege und der Kommunalen Spitzenverbände durch das Landesjugendamt

Handlungsoption:
Antrag der Träger auf Kassenzulassung

In Vorbereitung:
Bereitstellung von Informationen für interessierte Träger zusammen mit der ARGE Heilmittelzulassung NRW

.

Durchführungsverordnung KiBiz (DVO)

Die Fassung vom 18. Dezember 2007 bleibt für die Förderung der Kindertagesbetreuung bis zum Kitajahr 19/20 in Kraft.

Auf dieser Grundlage erfolgt die Endabrechnung und der Verwendungsnachweis.

Für die Förderung ab dem Kitajahr 20/21 wird eine zweite DVO erlassen.

Die Veröffentlichung soll vor dem 15. März 2020 erfolgen.

Erforderliche Beschlussfassung in den örtlichen Jugendhilfeausschüssen

- zusätzliche plusKitas
- Angebote zur Flexibilisierung der Betreuungszeiten
- Zweckbindung

Bedarfsgerechter Ausbau von plusKITAS (§ 44 und § 45 KiBiz-n.F.)

1. **Keine Änderungen:**
   - plusKITAS betreuen einen hohen Anteil von Kindern mit besonderem Unterstützungsbedarf, insbesondere mit sprachlichem Förderbedarf.
   - Voraussetzung für die Zahlung des Zuschusses ist die Aufnahme in die Jugendhilfeplanung.

2. **Neuerungen:**
   - Bündelung der Zuschüsse für plusKITAS und Sprachförderkitas in plusKITAS.
   - Das Land erhöht die Mittel von 70 Mio. auf 100 Mio. Euro.
   - Die Höhe des Landeszuschusses je Jugendamt berechnet sich aus den Vorgaben des § 45 Abs. 1 KiBiz n.F. und wurde mit Rundschreiben Nr. 42/27/2019 mitgeteilt.
   - Jede plusKITA soll mindestens eine halbe Fachkraftstelle zusätzlich vorhalten.
   - Jugendhilfeplanung kann die Förderung unbefristet festlegen, jedoch mind. für 5 Jahre.
   - Sprachfördermittel von mind. 5.000 € können in Ausnahmefällen fortgeschrieben werden

Zuschuss pro plusKITA	**01.08.2019**	**01.08.2020**
	25.000 €	30.000 €

Bedarfsgerechter Ausbau von plusKITAS (§ 44 und § 45 KiBiz-n.F.)

3. Implikation für die Jugendhilfeplanung:

- Das JA muss mindestens 30.000 € an eine plusKITA weiterleiten, es kann jedoch auch mehr Mittel je plusKITA weiterleiten, wenn es dies so in seiner Jugendhilfeplanung festlegt.
- Es ist keine Beantragung der Mittel zum 15.03. erforderlich, d. h. entsprechende Beschlüsse müssen nicht bis zu diesem Datum gefasst werden, sondern können auch danach erfolgen.
- Ein Datum, bis zu dem Beschlüsse gefasst werden müssen, ist nicht vorgegeben;
- es empfiehlt sich jedoch, die Beschlussfassung zeitlich so vorzunehmen, dass die Träger die Gelder auch zweckentsprechend im betreffenden Kindergartenjahr verwenden können.

Empfehlung des LJA: Den Beschluss möglichst bis zu Beginn des Kindergartenjahres zu fassen.

Flexibilisierung der Betreuungszeiten (§ 48 KiBiz-n.F.)

1. Neues Förderprogramm: Landeszuschuss für die örtlichen Jugendämter

- im Kitajahr 20/21 40 Millionen Euro
- im Kitajahr 21/22 60 Millionen Euro
- ab dem Kitajahr 22/23 80 Millionen Euro
- Höhe des Landeszuschusses zur Flexibilisierung nach Jugendamtsbezirk
- (vgl. Rundschreiben Nr. 42/27/2019)

2. Das Jugendamt erhält den Zuschuss unter der Bedingung, dass es zusätzlich 25 % Eigenmittel einbringt.

3. Förderfähige Maßnahmen

- Öffnungszeiten von wöchentlich über 47 Stunden, an Wochenend- und Feiertagen,
- Öffnungszeiten und Betreuungsangebote nach 17 Uhr und vor 7 Uhr,
- Reduzierung der Schließtage auf 15 oder weniger Schließtage (max. 27 Schließtage),
- zusätzliche Betreuungsangebote bei unregelmäßigem Bedarf,
- ergänzende Kindertagespflege.

Flexibilisierung der Betreuungszeiten (§ 48 KiBiz-n.F.)

4. Bedingungen

- Im Rahmen der örtlichen Jugendhilfeplanung entscheidet das Jugendamt auf der Basis der örtlichen Bedarfslage, welche Angebote in die Förderung aufgenommen werden.
- Bei der Konzeptionierung und Inanspruchnahme der flexiblen Angebotsformen ist den alters- und entwicklungsbezogenen Bedürfnissen der Kinder nach Kontinuität und Verlässlichkeit sowie den Bildungs- und Bildungsprozessen der einzelnen Kinder Rechnung zu tragen.
- Die im Rahmen flexibler Angebotsformen eingesetzten Personen sollen mindestens über eine Qualifikation als Kindertagespflegeperson im Umfang von 160 Unterrichtsstunden oder vergleichbare Kenntnisse verfügen und sind mindestens als Beschäftigte in der Tätigkeit von Kinderpfleger*innen mit staatlicher Anerkennung zu vergüten.
- **Der § 43 SGB VIII Erlaubnis zur Kindertagespflege und § 45 SGB VIII Erlaubnis für den Betrieb einer Einrichtung gelten uneingeschränkt!**

Flexibilisierung der Betreuungszeiten (§ 48 KiBiz-n.F.)

5. Antrag / Mittelzuweisung

- Es ist keine Beantragung der Mittel zum 15.03. erforderlich, d. h. entsprechende Beschlüsse müssen nicht bis zu diesem Datum gefasst werden, sondern können auch danach erfolgen.
- Ein Datum, bis zu dem Beschlüsse gefasst werden müssen, ist nicht vorgegeben.
- Entsprechende Angebote können auch noch im Laufe des Kindergartenjahres in die Planung aufgenommen werden, d. h. auch kurzfristige Erweiterungen der Angebote sind möglich.
- Der Zuschuss wird monatlich ausgezahlt.

Zweckbindung
(§55 Abs. 2 KiBiz-n.F.)

U3 Plätze können vorrangig mit U3-Kindern belegt werden
Voraussetzung: Beschluss der örtlichen Jugendhilfeplanung

Öffnung der Zweckbindung
- gilt für alle geförderten U3 Plätze aus allen Landes- und Bundesprogrammen seit 2008,
- gilt frühestens ab dem 01.08.2020 - soweit der Beschluss vorliegt,
- gilt nicht für zurückliegende Kindergartenjahre!

Der **Beschluss des Jugendhilfeausschusses** kann für den gesamten Jugendamtsbezirk gefasst werden.
In welchen Fällen Plätze nur vorrangig - und nicht mehr vollständig - mit U3 Kindern belegt werden, muss das Jugendamt im Einzelfall **für den jeweiligen Träger dokumentieren**.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Aktueller Bericht zur Umsetzung des BTHG

1. Personal

Zum 02.01.2020 und 03.02.2020 hat es weitere Einstellungen von Fallmanager*innen gegeben, so dass nunmehr 29 Personen eingestellt sind.

Es hat weitere Vorstellungsrunden gegeben, um die Mitgliedskörperschaften Mülheim an der Ruhr, Kreis Euskirchen und Kreis Wesel zu besetzen.

2. Räume

Einige Fallmanager*innen sind bereits in den Mitgliedskörperschaften im Einsatz. Dies sind:

- Mönchengladbach
- Düsseldorf
- Kreis Heinsberg
- Oberbergischer Kreis
- Köln – in der Zentralverwaltung untergebracht
- Kreis Kleve
- Städteregion Aachen
- Rhein-Bergischer-Kreis

In folgenden Mitgliedskörperschaften sind bislang keine Räume vorhanden:

- Kreis Euskirchen
- Krefeld
- Leverkusen
- Kreis Viersen

Hier intensiviert die Verwaltung die Suche nach geeigneten Räumen.

3. Antragswesen

Es liegen bereits eine große Anzahl von Anträgen beim LVR (Schätzung über 1.500). Es handelt sich der Regel um Anträge auf Assistenzleistungen bzw. Neuanträge auf Frühförderung / solitärer heilpädagogischer Leistungen.

Leider musste festgestellt werden, dass die Bearbeitung der örtlichen Ebene im Jahr 2019 sich zeitlich verzögert hat, so dass nunmehr der LVR zuständig geworden ist. Diese Anträge werden mit einer hohen Priorität bearbeitet.

4. Technik

Die Übergangsprozesse für die Jahre 2019/2020 sind insgesamt für die Aufgaben der Umsetzung des BTHG sind – mit Hilfe von Alternativlösungen – erfolgreich gemeistert worden. Nun gilt es, die Feinjustierungen umzusetzen.

Als problematisch sind derzeit die technischen Voraussetzungen für das Fallmanagement in Form von Internetzugängen bzw. Erreichbarkeit. Hier wird gemeinsam mit Infokom mit Hochdruck dran gearbeitet.

5. Anzahl der Kontakte der Hotline

Im Januar 2020 sind insgesamt 459 Anrufe bei der Servicehotline eingegangen. Die meisten Anrufe (jeweils ca. 180) sind von Kita-Personal bzw. Eltern/Angehörige eingegangen. Gegenüber dem Monat Dezember mit ca. 80 Anrufen hat sich somit die Kontaktaufnahme mehr als verfünffacht.

Festzustellen ist, dass kritische Telefonate auf eine Gesamtanzahl von unter 10 feststellbar sind.

6. Regionalkonferenzen

Am heutigen Tag findet eine weitere Regionalkonferenz speziell für Kitas statt – aufgrund der immensen Anmeldungen ist eine weitere Veranstaltung am 26.02.2020 geplant.

7. Informationsveranstaltungen der Spitzenverbände der FW

Vertreter*innen des Fachbereiches 41 nehmen derzeit an den Informationsveranstaltungen der Spitzenverbände der FW teil. Dabei wird sowohl ein fachlicher Input gegeben, als auch aufkommende Fragestellungen beantwortet

8. BTHG – Portal

Hinzuweisen ist auf der LVR – Seite www.bthg.lvr.de, auf der eine Fülle von Informationen zum BTHG zu finden ist.

TOP 3 Vorlagen aus dem Organisationsbereich LVR-Direktorin; Schulen, Inklusionsamt, Soziale Entschädigung; Soziales

Die Direktorin des Landschaftsverbandes Rheinland

Qualität für Menschen

Vorlage Nr. 14/3823

öffentlich

Datum: 16.04.2020
Dienststelle: LVR-Direktorin
Bearbeitung: Herr Woltmann/Frau Mosbach

Betriebsausschuss LVR-Jugendhilfe Rheinland	**26.05.2020**	**Kenntnis**
Landesjugendhilfeausschuss	**28.05.2020**	**Kenntnis**
Ausschuss für Inklusion	**04.06.2020**	**Kenntnis**
Ausschuss für den LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen	**08.06.2020**	**Kenntnis**
Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung	**15.06.2020**	**Kenntnis**
Schulausschuss	**24.08.2020**	**Kenntnis**
Sozialausschuss	**25.08.2020**	**Kenntnis**
Krankenhausausschuss 3	**31.08.2020**	**Kenntnis**
Krankenhausausschuss 2	**01.09.2020**	**Kenntnis**
Krankenhausausschuss 4	**02.09.2020**	**Kenntnis**
Bau- und Vergabeausschuss	**04.09.2020**	**Kenntnis**
Krankenhausausschuss 1	**07.09.2020**	**Kenntnis**
Gesundheitsausschuss	**08.09.2020**	**Kenntnis**
Umweltausschuss	**09.09.2020**	**Kenntnis**
Kulturausschuss	**17.09.2020**	**Kenntnis**

Tagesordnungspunkt:

LVR-Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention: Entwurf Jahresbericht 2019

Kenntnisnahme:

Der Entwurf des Jahresberichtes 2019 zum LVR-Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention wird gemäß Vorlage-Nr. 14/3828 zur Kenntnis genommen.

Nach Beratung in allen Fachausschüssen im LVR ist abschließend eine Beschlussfassung durch den Ausschuss für Inklusion mit seinem Beirat für Inklusion und Menschenrechte in der Sitzung am 24.09.2020 geplant.

UN-Behindertenrechtskonvention (BRK):

Diese Vorlage berührt eine oder mehrere Zielrichtungen des LVR-Aktionsplans zur Umsetzung der BRK.	ja

Gleichstellung/Gender Mainstreaming:

Diese Vorlage berücksichtigt Vorgaben des LVR-Gleichstellungsplans 2020.	ja

Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt (lfd. Jahr):

Produktgruppe:	
Erträge: Veranschlagt im (Teil-)Ergebnisplan	Aufwendungen: /Wirtschaftsplan
Einzahlungen: Veranschlagt im (Teil-)Finanzplan Bei Investitionen: Gesamtkosten der Maßnahme:	Auszahlungen: /Wirtschaftsplan
Jährliche ergebniswirksame Folgekosten:	
Die gebildeten Budgets werden unter Beachtung der Ziele eingehalten	

L u b e k

Worum geht es hier?

In leichter Sprache:

Menschen mit Behinderungen haben alle Menschen-Rechte.
Der LVR hat dafür im Jahr 2014 einen Aktions-Plan gemacht.

In dem Aktions-Plan erklärt der LVR:
So wollen wir die Rechte beachten und fördern.



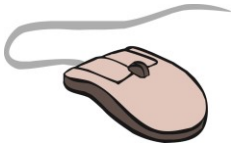
Aktion heißt: Etwas tun!
Jetzt berichtet der LVR, was er im Jahr **2019**
für die Rechte von Menschen mit Behinderungen
getan hat.

Darüber wollen wir reden:
Waren die Aktionen im Jahr 2019 richtig?
Und: Was ist für die nächsten Jahre wichtig?



Haben Sie Fragen zu diesem Text?
Dann können Sie beim LVR in Köln anrufen:
0221-809-2202

Viele Informationen zum LVR in leichter Sprache
finden Sie hier: www.leichtesprache.lvr.de



Der Zusatztext in leichter Sprache soll zum einen die Verständlichkeit der Vorlage insbesondere für Menschen mit Lernschwierigkeiten konkret verbessern, zum anderen für die Grundsätze der Zugänglichkeit und Barrierefreiheit im Bereich Information und Kommunikation im Sinne der Zielrichtungen 6 und 8 des LVR-Aktionsplans zur UN-Behindertenrechtskonvention sensibilisieren.

Mit der Telefonnummer 0221-809-2202 erreicht man die zentrale Stabsstelle Inklusion und Menschenrechte (00.300). Sie gibt oder vermittelt bei Bedarf gern weitere Informationen. Bilder: © Reinhild Kassing.

Zusammenfassung:

Gemäß Vorlage-Nr. 13/3448 wurde die Verwaltung damit beauftragt, ein **jährliches Berichtswesen** zum LVR-Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention zu entwickeln.

In der Anlage zu Vorlage-Nr. 14/3823 wird der **Entwurf** des Berichtes für das Berichtsjahr 2019 zur Kenntnis gegeben. Er dokumentiert zentrale Aktivitäten zur Umsetzung der 12 Zielrichtungen des LVR-Aktionsplans im Berichtsjahr 2019.

Der Bericht will und kann keinen Anspruch auf vollständige Dokumentation aller Aktivitäten erheben, die „irgendeinen" Beitrag zur Umsetzung der BRK leisten. Vielmehr wirft der Bericht **Schlaglichter auf besondere Aktivitäten** und stellt diese einer kritischen Würdigung durch Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft bereit.

Nach Beratung in allen Fachausschüssen im LVR ist abschließend eine Beschlussfassung durch den Ausschuss für Inklusion mit seinem Beirat für Inklusion und Menschenrechte in der **Sitzung am 24.09.2020 zum Ende der 14. Wahlperiode** der Landschaftssammlung Rheinland geplant.

Zum **Beginn der 15. Wahlperiode** werden die Jahresberichte für 2019 und 2020 in einer Doppelausgabe der Broschüre „Gemeinsam in Vielfalt" veröffentlicht.

Die **Kurzdarstellung (Faltblatt)** für das Berichtsjahr 2019 erfolgt noch im Herbst 2020.

Begründung der Vorlage-Nr. 14/3823:

LVR-Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention: Entwurf Jahresbericht 2019

1. Politischer Auftrag und Sachstand

Im Zuge des Beschlusses des LVR-Aktionsplans zur Umsetzung der BRK durch den Landschaftsausschuss wurde die Verwaltung gemäß Vorlage-Nr. 13/3448 damit beauftragt, ein jährliches Berichtswesen zur Dokumentation und Überprüfung des weiteren Verfahrens zu entwickeln, das den Grundsatz der Partizipation beachtet.

In der Anlage zu Vorlage-Nr. 14/3823 wird der Entwurf des Berichtes für das Berichtsjahr 2019 zur Kenntnis gegeben.

Der Bericht ist ein **Instrument zur Überwachung der Umsetzung der BRK im LVR** und soll

- zentrale Maßnahmen und Aktivitäten beschreiben, die der LVR zur Erreichung seiner 12 Zielrichtungen aus dem LVR-Aktionsplan ergriffen hat, sowie

- Entwicklungen in der Verfolgung der 12 im Aktionsplan definierten Zielrichtungen sichtbar und bewertbar machen.

Dabei kann die Bewertung dieser Entwicklungen nur im konstruktiven Dialog zwischen Verwaltung, Politik und den Selbstvertretungsorganisationen der Menschen mit Behinderungen stattfinden. Hierzu soll der Bericht Anlass und Arbeitsgrundlage sein. Fragen in diesem Bewertungsprozess könnten sein,

- ob zur Verfolgung der Zielrichtung geeignete Maßnahmen ergriffen wurden,

- ob mit den Aktivitäten die richtigen Schwerpunkte gesetzt wurden oder

- ob besonders dringende Herausforderungen und Problemanzeigen, auf die zum Beispiel in den Anschließenden Bemerkungen des UN-Fachausschusses hingewiesen wurde, adressiert wurden.

2. Methodisches Vorgehen bei der Berichterstellung

Vor dem Hintergrund der Ziele des Berichtes und der eingesetzten Steuerungsinstrumente zur Umsetzung des LVR-Aktionsplans wurden für den Berichtsentwurf mehrere Informationsquellen ausgewertet und unterschiedliche methodische Herangehensweisen gewählt:

- Die in der LVR-Zielvereinbarungsdatenbank vorliegenden Informationen zu den vereinbarten strategischen Zielen zwischen der LVR-Direktorin und den Dezernentinnen und Dezernenten, den Maßnahmen zur Zielerreichung und den Zuordnungen zum LVR-Aktionsplan wurden ausgewertet und mit den Steuerungsunterstützungen der Dezernate reflektiert.

- Vorliegende Tätigkeits- und Jahresberichte aus den Dezernaten wurden danach gesichtet, ob hier über Aktivitäten berichtet wird, die einen direkten oder indirekten Beitrag zu den Zielrichtungen des LVR-Aktionsplans erkennen lassen.

- Es wurden alle Vorlagen gesichtet, die im Berichtsjahr 2019 im Ausschuss für Inklusion und seinem Beirat für Inklusion und Menschenrechte behandelt wurden.

- Es wurden die LVR-Pressemeldungen im Berichtsjahr auf Aktivitäten gesichtet, die direkt oder indirekt einen Beitrag zu den Zielrichtungen des LVR-Aktionsplans darstellen.

- Es wurden einschlägige Newsletter des LVR ausgewertet (LVR-Newsletter Soziales und Integration, LVR-Newsletter Kultur).

Die Gliederung des Berichts folgt wieder den 12 Zielrichtungen des Aktionsplans. Da die einzelnen Zielrichtungen nicht trennscharf sind, wurden die berichteten Aktivitäten in diesem Bericht jeweils einer – besonders deutlich sichtbaren – Zielrichtung zugeordnet.

3. Weiteres Vorgehen

Wie in den Vorjahren wird der Entwurf des Berichtes für das Berichtsjahr 2019 allen Fachausschüssen im LVR zur Kenntnis gebracht. Abschließend ist eine Beschlussfassung durch den Ausschuss für Inklusion mit seinem Beirat für Inklusion und Menschenrechte in der Sitzung am 24.09.2020 zum Ende der 14. Wahlperiode der Landschaftssammlung Rheinland geplant.

Zum Beginn der 15. Wahlperiode werden die Berichte für 2019 und 2020 in einer Doppelausgabe der **Broschüre „Gemeinsam in Vielfalt"** mit der Dokumentation der letzten Dialog-Veranstaltung und der Fortschreibung des LVR-Datenblattes „Behinderung und Geschlechtergerechtigkeit" veröffentlicht.

Die bekannte Kurzdarstellung (Faltblatt) für das Berichtsjahr 2019 erfolgt noch im Herbst 2020.

L u b e k

Anlage

Anlage zu Vorlage-Nr. 14/3823

LVR-Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention:

Jahresbericht 2019

Gliederung

Einleitung 2

Schlagwortverzeichnis nach Handlungsfeldern 2

ZIELRICHTUNG 1 Die Partizipation von Menschen mit Behinderungen im LVR ausgestalten 3

ZIELRICHTUNG 2 Die Personenzentrierung im LVR weiterentwickeln 7

ZIELRICHTUNG 3 Die LVR-Leistungen in Form des Persönlichen Budgets steigern 12

ZIELRICHTUNG 4 Den inklusiven Sozialraum mitgestalten 13

ZIELRICHTUNG 5 Die Barrierefreiheit in allen LVR-Liegenschaften herstellen 17

ZIELRICHTUNG 6 Die Zugänglichkeit in allen Informations- und Kommunikationsmedien und -formaten im LVR herstellen 19

ZIELRICHTUNG 7 Ein universelles LVR-Veranstaltungsdesign entwickeln 22

ZIELRICHTUNG 8 Die Leichte Sprache im LVR anwenden 23

ZIELRICHTUNG 9 Menschenrechtsbildung im LVR systematisch betreiben 24

ZIELRICHTUNG 10 Das Kindeswohl und Kinderrechte im LVR als inklusiven Mainstreaming-Ansatz schützen 33

ZIELRICHTUNG 11 Die Geschlechtergerechtigkeit im LVR als inklusiven Mainstreaming-Ansatz weiterentwickeln 37

ZIELRICHTUNG 12 Vorschriften und Verfahren im LVR systematisch untersuchen und anpassen 39

In Zahlen 46

Einleitung

Im Folgenden werden zentrale **Maßnahmen und Aktivitäten** des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR) im Jahr 2019 berichtet, die direkt oder indirekt auf Zielrichtungen des LVR-Aktionsplans „Gemeinsam in Vielfalt" Bezug nehmen und auf diese Weise einen Beitrag zur **Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (BRK)** im LVR leisten.

Mehrjährige Aktivitäten, die bereits in den Berichten der Vorjahre enthalten waren, wurden nur dann aufgegriffen, wenn wiederum ein konkreter Anlass dafür im aktuellen Berichtsjahr 2019 vorlag.

Der Jahresbericht folgt in seiner Gliederung den 12 Zielrichtungen des LVR-Aktionsplans „Gemeinsam in Vielfalt".

Schlagwortverzeichnis nach Handlungsfeldern

Das nachfolgende Verzeichnis weist die **sieben Handlungsfelder** aus, in denen der LVR aktiv ist. Es ist angegeben, auf welche Aktivitäten des Jahresberichts sich auf die jeweiligen Handlungsfelder beziehen. Einige Aktivitäten berühren mehrere Handlungsfelder.

Handlungsfeld	**Aktivitäten**
1. Arbeit und Beschäftigung	Z1.5, Z1.7, Z2.5, Z2.6, Z2.7, Z2.8, Z2.9, Z10.6, Z10.7, Z12.10
2. Bewusstseinsbildung	Z9.5, Z9.6, Z9.7, Z9.8, Z9.9, Z9.10, Z9.11, Z9.12, Z9.13, Z9.15, Z10.9, Z11.1, Z11.2, Z11.3
3. Bildung und Erziehung	Z1.6, Z4.2, Z4.5, Z6.1, Z6.2, Z9.14, Z10.2, Z10.3, Z10.4, Z10.5, Z10.7, Z 10.8
4. Kultur und Freizeit	Z4.3, Z5.2, Z6.1, Z6.2, Z9.7, Z9.8, Z9.9
5. Psychiatrie und Gesundheit	Z1.5, Z1.8, Z2.1, Z2.2, Z2.3, Z2.4, Z2.10, Z4.4, Z12.9
6. Verwaltung und Organisation	Z1.1, Z1.2, Z1.3, Z1.4, Z1.8, Z2.7, Z2.8, Z6.4, Z8.1, Z9.1, Z9.2, Z9.3, Z9.4, Z9.10, Z10.1, Z12.1, Z12.2, Z12.3, Z12.4, Z12.5, Z12.6, Z12.8, Z12.9
7. Wohnen und Sozialraum	Z3.1, Z4.1, Z4.2, Z4.6, Z4.7, Z5.1, Z6.3, Z12.7

ZIELRICHTUNG 1
Die Partizipation von Menschen mit Behinderungen im LVR ausgestalten

Worum geht es im Kern bei dieser Zielrichtung?

Partizipation im Sinne von Zielrichtung 1 des LVR-Aktionsplans meint die Mitsprache bzw. Mitbestimmung von Menschen mit Behinderungen und ihren Organisationen in öffentlichen Angelegenheiten, die die Gruppe der Menschen mit Behinderungen betreffen.

Der LVR hat sich in seinem Aktionsplan zum Ziel gesetzt, Menschen mit Behinderungen über ihre Organisationen gemäß Artikel 4, Absatz 3 BRK bei der Ausarbeitung und Umsetzung von Rechtsvorschriften und politischen Konzepten zur Durchführung dieses Übereinkommens eng zu konsultieren und aktiv einzubeziehen.

Partizipation soll ein selbstverständlicher Bestandteil der Arbeit des LVR in Politik und Verwaltung sein und werden. Sie ist kein Selbstzweck, sondern dient der Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen und ist ein zielführendes Mittel, um die Qualität von Ergebnissen zu verbessern.

Welche zentralen Maßnahmen und Aktivitäten wurden im LVR zur Erreichung dieser Zielrichtung ergriffen?

Überblick:

Z1.1 Politische Partizipation im LVR
Z1.2 Dritter LVR Dialog Inklusion und Menschenrechte
Z1.3 Partizipationsworkshop mit HPH-Nutzer*innenbeiräten
Z1.4 Dezernatsübergreifendes Verbändegespräch Selbsthilfe
Z1.5 Fortführung der Peer Counseling- Beratung unter dem Dach der Kontakt-, Koordinierungs- und Beratungsstellen (KoKoBe)
Z1.6 Projekt „Gehört werden!"
Z1.7 Institutionelle Förderung der Landesarbeitsgemeinschaft Werkstatträte
Z1.8 Gestaltung der Veränderungsprozesse durch eine Informationsveranstaltung für die Nutzerinnen-und Nutzerbeiräte der LVR-HPH-Netze

Z1.1 Politische Partizipation im LVR

Bereits 2015 wurde in der politischen Vertretung mit dem **Ausschuss für Inklusion** und seinem beratenden **Beirat für Inklusion und Menschenrechte** ein Verfahren zur Partizipation in öffentlichen Angelegenheiten des LVR fest institutionalisiert. 2019 wurden insgesamt sieben Sitzungen abgehalten, darunter **fünf** gemeinsame Sitzungen von Ausschuss und Beirat. Sitzungstermine waren:

14.03.2019	21. Sitzung des Ausschusses für Inklusion und 23. Sitzung des Beirates für Inklusion und Menschenrechte (gemeinsame Sitzung)
26.03.2019	24. Sitzung des Beirates für Inklusion und Menschenrechte
15.05.2019	22. Sitzung des Ausschusses für Inklusion und 25. Sitzung des Beirates für Inklusion und Menschenrechte (gemeinsame Sitzung)

04.07.2019	23. Sitzung des Ausschusses für Inklusion und 26. Sitzung des Beirates für Inklusion und Menschenrechte (gemeinsame Sitzung)
27.09.2019	27. Sitzung des Beirates für Inklusion und Menschenrechte
10.10.2019	24. Sitzung des Ausschusses für Inklusion und 28. Sitzung des Beirates für Inklusion und Menschenrechte (gemeinsame Sitzung)
28.11.2019	25. Sitzung des Ausschusses für Inklusion und 29. Sitzung des Beirates für Inklusion und Menschenrechte (gemeinsame Sitzung)

Z1.2 Dritter LVR-Dialog Inklusion und Menschenrechte

Am 06. Dezember 2019 fand zum dritten Mal der partizipative LVR-Dialog Inklusion und Menschenrechte statt.

Am Vormittag war die freie Journalistin Zuhal Mössinger-Soyhan zu Gast in Köln. Gemeinsam mit Dorothee Daun, Vorsitzende des LVR-Beirates für Inklusion und Menschenrechte, reflektierte sie unter Moderation von Alf Spröde (LVR-Institut für Training, Beratung und Entwicklung) über Grenzen und Möglichkeiten der Selbstbestimmung. Im Fokus stand dabei insbesondere die Situation von Menschen, die in besonderen Wohnformen leben. Besonders eindrücklich waren dabei die „O-Töne" von Nutzer*innenbeiräten aus LVR-HPH-Wohneinrichtungen, die immer wieder in das Gespräch eingespielt wurden (vgl. Maßnahme Z1.3). Diese O-Töne waren im Rahmen eines Workshops der Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden mit Nutzer*innenbeiräten des LVR-HPH-Netzes West entstanden.

Im zweiten Teil der Veranstaltung stellen sich der Politik und Verwaltung des LVR in drei Arbeitsgruppen wieder den Fragen und Anregungen der Verbände. Ausgangspunkt der Diskussion waren dabei jeweils aktuelle Aktivitäten des LVR aus dem im Herbst 2019 erschienene aktuelle LVR-Jahresbericht „Gemeinsam in Vielfalt 2019". Besonders großes Interesse fand angesichts der in Kürze anstehenden Neuerungen die Arbeitsgruppe „Teilhabe unter dem Bundesteilhabegesetz". In den beiden weiteren Arbeitsgruppen wurde das jährliche Datenblatt „Behinderung und Geschlechtergerechtigkeit" sowie das neue Führungskräftecurriculum diskutiert.

Z1.3 Partizipationsworkshop mit HPH-Nutzer*innenbeiräten

In Vorbereitung auf den dritten LVR-Dialog Inklusion und Menschenrechte hat die Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden am 7. Juli 2019 mit Nutzer*innenbeiräten des LVR-HPH-Netzes West im HPZ Jülich einen Workshop veranstaltet. Gemeinsam wurde erarbeitet, was Selbstbestimmung im Kontext des Lebens in einer besonderen Wohnform bedeutet. Als Ergebnis wurden O-Töne aufgenommen und beim LVR-Dialog präsentiert (vgl. Maßnahme Z1.2).

Durch dieses Vorgehen sollte erreicht werden, dass die Meinungen von Menschen mit Lernschwierigkeiten einen sichtbaren Platz beim LVR-Dialog Inklusion und Menschenrechte finden. Denn dieser Zielgruppe fällt es oft schwer, sich bei großen Fachveranstaltungen tatsächlich „auf Augenhöhe" mit Wortbeiträgen einzubringen.

Die Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden plant, diesen Austauschprozess mit den Nutzer*innenbeiräten der LVR-HPH-Netze sowie ggf. weiteren Gruppen fortzusetzen.

Z1.4 Dezernatsübergreifendes Verbändegespräch Selbsthilfe

Die Dezernate setzen Partizipationsprozesse in der Verwaltung in eigener Zuständigkeit um. Für Gremien mit rheinlandweiter Bedeutung wurde im Berichtsjahr 2018 eine einheitliche Erstattungsregel für die Fahrtkosten vereinbart (vgl. Maßnahme Z1.3 im Jahresbericht „Gemeinsam in Vielfalt 2019").

Bereits 2017 hat das LVR-Dezernat Soziales ein **„Verbändegespräch Selbsthilfe"** ins Lebens gerufen, um in den kontinuierlichen Dialog mit den Selbstvertretungsverbänden zu treten. Was so unspektakulär klingt, ist eine echte Innovation, weil es traditionell nur mit den Verbänden der Anbieter regelmäßige Treffen gab. Aufgrund vieler thematischer Überschneidungen wurde das „Verbändegespräch Selbsthilfe" im Juni 2019 erstmals als gemeinsame Veranstaltung der LVR-Dezernate „Soziales", „Kinder, Jugend und Familie" sowie „Schulen, Inklusionsamt und Soziale Entschädigung" ausgerichtet.

Z1.5 Fortführung der Peer Counseling-Beratung unter dem Dach der Kontakt-, Koordinierungs- und Beratungsstellen (KoKoBe)

Über das Ende seines Modellprojektes „Peer Counseling im Rheinland" im Dezember 2018 hinaus unterstützt der LVR weiter das Beratungsangebot Peer Counseling, jetzt in Kooperation mit den regionalen Kontakt-, Koordinierungs- und Beratungsstellen (KoKoBe).

Im Berichtsjahr 2019 haben fünf regionalen KoKoBe die Peer-Beratung in ihr Beratungsangebot aufgenommen und unterstützen die Peer-Berater*innen unter Nutzung der Erfahrungen aus den Modellprojekten. Hierzu wurden Fördermittel zur Verfügung gestellt.

Es handelt sich dabei um folgende KoKoBe bzw. KoKoBe-Trägerverbünde:

- KoKoBe Aachen des VKM e.V. Aachen
- KoKoBe Burscheid des LVR-HPH-Netz Ost
- KoKoBe Viersen der Lebenshilfe Viersen e.V. (in Kooperation mit der KoKoBe Viersen-Dülken des LVR-HPH-Netz West)
- KoKoBe Köln-Mülheim der Lebenshilfe Köln e.V. (in Kooperation mit dem Trägerverbund KoKoBe Köln)
- KoKoBe Bonn des Diakonischen Werkes Bonn und Region (in Kooperation mit dem KoKoBe-Trägerverbund Bonn-Rhein-Sieg)

2020 soll das Angebot Peer-Beratung unter dem Dach der KoKoBe in weiteren drei bis fünf Regionen im Rheinland aufgebaut werden.

Die Peer Counseling-Angebote der Selbsthilfeorganisationen „Landesverband Psychiatrie-Erfahrener NRW e.V. (LPE)" und der „PsychiatriePatinnen und -Paten e.V. (PPEV)" in Aachen werden in Nachfolge des LVR-Modellprojektes seit 2019 weiter aus Mittel des LVR-Dezernates Klinikverbund und Verbund Heilpädagogischer Hilfen gefördert (vgl. Vorlage-Nr. 14/3134).

Z1.6 Projekt „Gehört werden!"

Die Landschaftsverbände Rheinland (LVR) und Westfalen-Lippe (LWL) sowie das NRW-Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration (MKFFI) unterstützen Kinder und Jugendlichen aus der stationären Erziehungshilfe seit 2017 im Rahmen des dreijährigen Projekts „Gehört werden!" dabei, eine landesweite Interessenvertretung zu gründen (vgl. Maßnahme Z1.6 im Jahresbericht „Gemeinsam in Vielfalt 2019").

Im Mai 2019 wurde nun die erste Interessenvertretung gewählt. Das Gremium besteht aus elf Kindern und Jugendlichen im Alter zwischen zwölf und 20 Jahren und will künftig mehr Beteiligung für die Bewohnerinnen und Bewohner von Einrichtungen und Wohngruppen erreichen. Fünf Mal im Jahr wird die JVJ NRW tagen.

➔ Mehr erfahren: www.gehoert-werden.de

Z1.7 Institutionelle Förderung der Landesarbeitsgemeinschaft Werkstatträte

Das Bundesteilhabegesetz enthält in § 39 Werkstätten-Mitwirkungsverordnung (WMVO) eine Neuregelung zur Finanzierung der überörtlichen Interessenvertretungen der Werkstatträte auf Landes- und auf Bundesebene.

Im Berichtsjahr 2019 habe sich die beiden Landschaftsverbände in NRW als zuständige Träger der Eingliederungshilfe in einem partizipativen Entwicklungsprozess mit der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Werkstatträte und der LAG WfbM darauf geeinigt, die LAG Werkstatträte dauerhaft im Rahmen einer institutionellen Förderung zu unterstützen. Es handelt sich dabei um eine Festbetragsfinanzierung mit Elementen einer Fehlbedarfsfinanzierung (vgl. Vorlage-Nr. 14/3640).

Z1.8 Gestaltung der Veränderungsprozesse durch eine Infoveranstaltung für die Nutzer*innenbeiräte der LVR-HPH-Netze

Im August 2019 fand eine adressatengerecht gestaltete Veranstaltung für die Nutzer*innen-Beiräte der LVR-HPH-Netze des BTHG-Projektes des LVR-Dezernates Klinikverbund und Verbundes heilpädagogischer Hilfen statt.

Die Betriebsleitung informierte in ausgewählten Präsentationsmethoden die Anwesenden über die anstehende Reorganisation der LVR-HPH-Netze zum Jahresbeginn 2020.

Es wurde erläutert, wie aus drei Netzen ein großer Verbund werden kann und welche Vorteile das für die Qualität der Betreuung bringen wird. Die angebotene Möglichkeit, den Betriebsleitungen für die Neuaufstellung der Strukturen Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitzugeben, wurde durch die Beiräte zahlreich genutzt.

Ab 2020 braucht es einen neuen Wohn- und Betreuungsvertrag, der die dann erfolgte Trennung der Existenzsicherung von der Fachleistung Eingliederungshilfe abbildet. Nach dem Wohn- und Teilhabegesetz NRW sollen die Beiräte bei relevanten Veränderungen in den Vertragswerken mitwirken.

ZIELRICHTUNG 2
Die Personenzentrierung im LVR weiterentwickeln

Worum geht es im Kern bei dieser Zielrichtung?

Personenzentrierung bedeutet, stets den einzelnen Menschen als Träger von Rechten mit seinen individuellen Unterstützungsbedarfen in den Mittelpunkt des Handelns zu stellen. Zudem geht es darum, den menschenrechtlichen Grundsatz der Selbstbestimmung bestmöglich zu achten. Das bedeutet vor allem, die Mitsprache der Menschen mit Behinderungen bei Entscheidungen zu gewährleisten, die persönliche Angelegenheiten, d.h. ihr eigenes Leben berühren.

Ein personenzentriertes Vorgehen zeichnet sich auch dadurch aus, dass konsequent die Vielfalt der Menschen mit Behinderungen (z.B. hinsichtlich der individuellen Art der Beeinträchtigung, Herkunft, Alter, geschlechtlicher Identität, sexueller Orientierung, Religion und Weltanschauung) berücksichtigt wird.

Welche zentralen Maßnahmen und Aktivitäten wurden im LVR zur Erreichung dieser Zielrichtung ergriffen?

Überblick:

Z2.1 Überprüfung freiheitsentziehenden und freiheitsbeschränkenden Maßnahmen in den LVR-HPH-Netzen
Z2.2 Reduzierung von freiheitsentziehenden und freiheitsbeschränkenden Maßnahmen in der psychiatrischen Behandlung
Z2.3 LVR-Psychiatrie-Symposium 2019
Z2.4 Forensische Fachtagung „Sex & Drugs & Rock'n'Roll"
Z2.5 Neues Modellprojekt „Fachkraft für additive Fertigungsverfahren"
Z2.6 Neues Modellprojekt zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen durch Mensch-Roboter-Kollaboration
Z2.7 Neues Modelprojekt „Fachberatung für inklusive Bildung" an der IHK zu Köln
Z2.8 Beschäftigung von Menschen mit Behinderung beim LVR
Z2.9 Vereinbarung im Landesrahmenvertrag zur personenzentrierten Leistung
Z2.10 Fortentwicklung der OEG-Traumaambulanzen

Z2.1 Überprüfung freiheitsentziehenden und freiheitsbeschränkenden Maßnahmen in den LVR-HPH-Netzen

Grundsätzlich steht die Reduzierung der Anwendung freiheitsentziehender Maßnahmen im Fokus der LVR-HPH-Netze und der Verbundzentrale. Zusätzlich zu den jährlichen Regelprüfungen in den Wohnverbünden der LVR-HPH-Netze wurden in 2019 für alle Personen, die in hohem Maße von Fixierungsmaßnahmen betroffen sind, ethische Fachgespräche durchgeführt.

Die Fachgespräche fanden vor Ort unter Einbezug des persönlichen und professionellen Unterstützer*innenkreises bei den Personen statt, bei denen Fixierungsmaßnahmen angewandt werden. Selbstverständlich konnten auch die betroffenen Personen selbst bei Wunsch an dem Gespräch teilnehmen. Diese Möglichkeit wurde von mehr als der Hälfte der Menschen mit geistiger Behinderung, bei denen es zur Anwendung von freiheitsentziehenden Maßnahmen kommt, wahrgenommen.

Z2.2 Reduzierung von freiheitsentziehenden und freiheitsbeschränkenden Maßnahmen in der psychiatrischen Behandlung

Die Reduzierung des Einsatzes von freiheitsentziehenden und freiheitsbeschränkenden Maßnahmen in der psychiatrischen Behandlung war auch im Berichtsjahr 2019 ein wichtiges Ziel im LVR-Klinikverbund.

Durch das Fachforum Ärztliche Direktion wurde ein Interventionskatalog für den LVR-Klinikverbund erarbeitet, der Diskussionsgrundlage für einen multiprofessionellen Austausch in den weiteren Fachforen dienen soll. So wird sichergestellt, dass die Maßnahmen aus allen beteiligten Berufsgruppen mitgedacht sowie klinikspezifisch Umsetzungsoptionen Berücksichtigung finden.

Z2.3 LVR-Psychiatrie-Symposium 2019

Wohin führt der Weg der psychiatrischen Behandlung und Therapie? Damit beschäftigte sich im Februar 2019 auf Einladung des Klinikverbundes LVR die Fachwelt der Psychiatrie im Kölner Mediapark. Am Ende war eines sicher: Vieles wird sich durch neue Ansätze wie die Digitalisierung und biologische Psychiatrie in den nächsten fünf bis zehn Jahren verändern. Was bleibt ist der Anspruch einer qualitativ hochwertigen Versorgung von Bürgerinnen und Bürgern aller Altersgruppen und für alle psychiatrischen Diagnosegruppen. Was fehlt ist eine ausreichende Finanzierung, die auch den Spielraum zulässt, moderne Psychiatrie in modernen Gebäuden mit genügend Personal verwirklichen zu können.

Z2.4 Forensische Fachtagung „Sex & Drugs & Rock'n'Roll"

Im Mai 2019 fand in der LVR-Klinik Bedburg-Hau die 25. Forensische Fachtagung „Sex & Drugs & Rock'n'Roll" mit dem Thema „More than a feeling – Bindung, bindungslos, mehr als ein Gefühl" statt. Die renommierte Fachtagung gehört zu den größten forensischen Veranstaltungen in Deutschland und Europa.

Drei Tage lang präsentieren 41 interdisziplinäre und internationale Forensik-Expertinnen und -Experten neue Forschungs- und Behandlungserkenntnisse. In Vorträgen und 24 Arbeitsgruppen präsentieren sie den rund 350 Gästen, wie forensische Patientinnen und Patienten erfolgreich behandelt werden können.

Z2.5 Modellprojekt „Fachkraft für Additive Fertigungsverfahren"

Die Auswahl technischer Berufe für Menschen mit einer Sehbehinderung ist überschaubar und konzentriert sich vorwiegend auf metallverarbeitende Berufe. Für sehbehinderte Menschen mit anderem technischen Berufshintergrund besteht somit wenig Auswahl.

Daher fördert das LVR-Inklusionsamt weiterhin das Modellprojekt beim Berufsförderungswerks Düren gGmbH (BFW Düren). Das Projekt hat zum Ziel, die Integrationsmöglichkeiten bzw. die Chancen zum Erhalt des Arbeitsplatzes von sehbehinderten Menschen mit einem technischen Berufsabschluss durch eine Qualifizierung in dem Produktionsverfahren der Additiven Fertigungstechnik, allgemein als 3D-Druck bezeichnet, zu verbessern.

Durch die Kooperation mit dem Lehrstuhl für Informatik der RWTH Aachen wird eine Qualifizierung auf dem Stand der technischen Entwicklung und in diversen Fertigungsverfahren ermöglicht. Die Einbettung des Projekts in eine Integrationsmaßnahme ermöglicht den Rehabilitandinnen und Rehabilitanden durch Praktika, die erworbenen Kenntnisse zu vertiefen und anzuwenden. Sie erhalten nach Abschluss des Projekts ein Hauszertifikat des BFW Düren „Fachkraft für additive Fertigungsverfahren". Zum Projektende soll die Qualifizierung in das Regelangebot des BFW Düren übernommen werden. Die Projektdauer ist auf 24 Monate angelegt. Projektzeitraum ist der 1. Januar 2019 bis 31. Dezember 2020.

Z2.6 Modellprojekt zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen durch Mensch-Roboter-Kollaboration

Die Caritas Wertarbeit – als Teil des Caritasverbandes für die Stadt Köln e.V. – führt durch Förderung des LVR-Inklusionsamtes und der Stiftung Wohlfahrtspflege des Landes NRW seit Juni 2019 das dreijährige Modellprojekt „Next Generation – Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsmarkt durch Mensch-Roboter-Kollaboration" durch. Kooperationspartner des Modellprojektes ist das Institut für Getriebetechnik, Maschinendynamik und Robotik der RWTH Aachen.

Das Modellprojekt verfolgt das Ziel, die in der Privatwirtschaft bislang unbeachtete Zielgruppe von Menschen mit Behinderungen und hohem Unterstützungsbedarf, die beispielsweise in Werkstätten für behinderte Menschen beschäftigt werden, durch den Einsatz robotischer Systeme stärker auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu etablieren. Die Idee ist es, durch Schaffung guter Beispiele von Mensch-Roboter-Kollaborationen in Partnerunternehmen zu zeigen, dass Technologie als inklusionsförderndes Instrument verstanden werden kann.

Z2.7 Neues Modelprojekt „Fachberatung für inklusive Bildung" an der IHK zu Köln

Das Modellprojekt „Beschäftigung eines*einer „Fachberater*in für inklusive Bildung" bei der Industrie- und Handelskammer zu Köln" hat das Ziel, Schüler*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf nach Beendigung der Schule in ein Ausbildungsverhältnis auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu vermitteln. Aktuell stehen die jungen Menschen mit Behinderung nach ihrem Schulabschluss vor der großen Herausforderung eine Ausbildung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu finden. Es gilt, die schulische Inklusion der jungen Menschen mit Behinderung in der Ausbildung fortzusetzen, um zu vermeiden, dass sie nach erfolgreicher Inklusion in der Schule keine Alternative zu der Beschäftigung in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung (WfbM) haben.

Die Fachberatung fungiert als Lotse zwischen der beruflichen Orientierung (KAoA-STAR) und der beruflichen Ausbildung. Die Aufgaben der Fachberatung sind die bedarfsbezogene Beratung, die Koordination zwischen den beteiligten Stellen und die Unterstützung bei der Suche einer Ausbildung und Berufsschule sowie der Auswahl geeigneter Bewerberinnen und Bewerber. Die Fachberatung geht am Ende von KAoA-STAR auf die Schüler*innen zu und unterstützt und begleitet diese beim Finden eines Ausbildungsplatzes. Die Fachberatung ist Ansprechpartner*in zum Thema „Behinderung und Ausbildung" im Kammerbezirk Köln. Die Projektlauzeit ist zunächst auf zwei Jahres festgelegt.

Z2.7 Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen beim LVR

Der LVR ist nicht nur als Leistungsträger und Leistungserbringer für das Ziel der Personenzentrierung verantwortlich, sondern auch in seiner Funktion als Arbeitgeber. Der LVR bietet Beschäftigungsmöglichkeiten für zahlreiche Menschen mit (Schwer-)Behinderung. Dies wird an der Gesamtbeschäftigungsquote deutlich:

Kennzahl: Gesamtbeschäftigungsquote von Menschen mit Behinderungen im LVR gem. § 71 Abs. 1 SGB IX

Die Schwerbehindertenquote des gesamten LVR liegt schon seit vielen Jahren deutlich über dem gesetzlich vorgegeben Wert von fünf Prozent.

In der Zentralverwaltung ist die Quote höher als im gesamten LVR und betrug im September 2019 12,80 %

Zum 31.12.2019 lag die Quote im gesamten LVR bei 9,70 % und ist demnach leicht zurückgegangen (Stand Ende 2018 bei 10,02%)

Aus der Vorlage 14/3686 lässt sich erkennen, dass die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung im LVR und damit auch das Übertreffen der Beschäftigungsquoten gemäß SGB IX kein Phänomen der unteren Entgelt- und Besoldungsgruppen ist, sondern sich fast homogen über alle Gruppen der Tarifbeschäftigten und der Beamtenschaft verteilt. Eine Privilegierung von Menschen mit Behinderungen im Personalbeschaffungsprozess ist jenseits der gesetzlichen Regelungen im Hinblick auf die Grundsätze der Bestenauslese dagegen nicht möglich (Gedanke der „umgekehrten Diskriminierung").

Der im Jahresturnus erstellte Personalbericht des LVR (zuletzt Vorlage 14/3392) enthält eine Vielzahl von Kennzahlen auch zur Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen, auf die ergänzend in der Vorlage zur Umsetzung der UN – BRK hingewiesen werden kann.

Ein wichtiges Instrument der Beschäftigung sind die **Inklusionsabteilungen** im LVR, aktuell in der LVR-Krankenhauszentralwäscherei, in der LVR-Druckerei, in der LVR-Klinik Köln (Verteilerküche) sowie im LVR-Archäologischen Park Xanten. Zudem bietet der LVR **Betriebsintegrierte Arbeitsplätze** (BiAp) an, d.h. beim LVR angesiedelte befristete oder dauerhaft angelegte Arbeitsplätze einer Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM).

Kennzahl: Anzahl der Betriebsintegrierten Arbeitsplätze

Ende 2019 standen im LVR 33 Betriebsintegrierte Arbeitsplätze zur Verfügung, von denen lediglich 25 besetzt waren. Die Zahl der Betriebsintegrierten Arbeitsplätze beim LVR ist im Jahresvergleich rückläufig.

Da der Stellenpool von Jugendlichen mit einer Schwerbehinderung in den vergangenen Jahren nicht umfänglich ausgelastet wurde, erfolgte für 2020 eine Reduzierung um 12 Stellen auf nunmehr 10 Stellen.

Z2.8 Vereinbarung im Landesrahmenvertrag zur personenzentrierten Leistung

Für den gesamten Bereich der Sozialen Teilhabe, dem mit Abstand finanziell bedeutsamsten Regelungsbereich einschließlich der gesamten Wohnhilfen, konnte ein einheitliches, modulares Finanzierungssystem vereinbart werden, welches unter anderem für die Wohnhilfen oder Leistungen der Tagesstruktur gilt. Dem, der UN-Behindertenrechtskonvention sowie dem BTHG zu Grunde liegenden Leitgedanken der Selbstbestimmung und Personenzentrierung folgend, sind die einzelnen Leistungen prinzipiell wohnortunabhängig. So ist eine beispielsweise qualifizierte Assistenz bei Bedarfserhebung, inhaltlicher Leistungsbeschreibung und ihrer Finanzierungshöhe prinzipiell identisch, egal ob sie im heutigen stationären oder ambulanten Kontext erbracht wird. Menschen mit Behinderungen haben demzufolge ein stärkeres Wunsch- und Wahlrecht, da die personenzentrierten Leistungen deutlicher als heute im Vordergrund stehen.

Z2.9 Fortentwicklung der OEG-Traumaambulanzen

Der LVR konnte in Verhandlungen mit dem Land NRW erreichen, dass die Vergütungssätze der OEG-Traumaambulanzen (TA) erhöht wurden. Damit verbunden ist die Erwartung, dass die TA sich künftig verstärkt mit Nacherhebungen befassen. Auch wurde eine feste Stelle zur fachlichen Begleitung der Arbeit der TA beim LVR geschaffen.

Ab dem 01.01.2021 wird das Angebot der TA, das bisher in NRW auf freiwilliger Basis vorgehalten wurde, bundesweit verpflichtend.

ZIELRICHTUNG 3
Die LVR-Leistungen in Form des Persönlichen Budgets steigern

Worum geht es im Kern bei dieser Zielrichtung?

Mit Zielrichtung 3 hat sich der LVR zum Ziel gesetzt, die Inanspruchnahme des Persönlichen Budgets im Rheinland zu steigern. Beim Persönlichen Budget handelt es sich um eine Form der Leistungsgewährung, die die Selbstbestimmung der Leistungsberechtigten in besonderer Weise in den Mittelpunkt stellt (siehe Zielrichtung 2). Mit dem Persönlichen Budget übernehmen Menschen mit Behinderungen selbst die Regie der Leistungsausgestaltung. Im Gegensatz zur Sachleistung werden ihnen in Form des Persönlichen Budgets direkt Finanzmittel zur Verfügung gestellt. Mit diesen Mitteln können sie sich selbst die erforderliche Unterstützung beschaffen, um ihre Bedarfe zu decken.

Welche zentralen Maßnahmen und Aktivitäten wurden im LVR zur Erreichung dieser Zielrichtung ergriffen?

Überblick:
Z3.1 Regionale Praxisdialoge zum Thema Persönliches Budget

Z3.1 Regionale Praxisdialoge zum Thema Persönliches Budget

Eines der strategischen Ziele des LVR-Dezernats Soziales ist die Förderung der Inanspruchnahme von Leistungen des Persönlichen Budgets. Dazu wurde 2015 ein umfangreicher Maßnahmenkatalog beschlossen (z.B. neue Musterzielvereinbarung, verwaltungsinterne Fortbildungen, verstärkte Öffentlichkeitsarbeit, jährliches Berichtswesen)

Im Berichtjahr 2019 hat das Dezernat Soziales in Kooperation mit den Kompetenzzentren Selbstbestimmt Leben (KSL NRW) vier weitere regionale Praxisdialoge zum Thema Persönliches Budget durchgeführt.

Der LVR berichtet regelmäßig darüber, wie sich die Nutzung Persönlicher Budgets entwickelt (zuletzt Vorlage-Nr. 14/3116) und wie der LVR bei der Umsetzung von Zielrichtung 3 des LVR-Aktionsplans vorangekommen ist

Kennzahl: Entwicklung des Persönlichen Budgets im Rheinland

Die aktuellen Zahlen zeigen, dass in 2017 die Zahl der Nutzerinnen und Nutzer des Persönlichen Budgets um 27 Prozent im Vergleich zu 2015 gestiegen ist. Bei Erstanträgen stieg die Zahl der Personen sogar um 64 Prozent. Genutzt wird das Persönliche Budget nahezu vollständig für Leistungen der sozialen Teilhabe (Wohnleistungen und Tagesstruktur). 29 Prozent der Budget-Nutzerinnen und -Nutzer sind unter 30 Jahre alt.

Diese Gruppe und die Budget-Nutzenden mit primär körperlicher Beeinträchtigung sind im Vergleich mit der Gesamtgruppe der Leistungsberechtigten in der Eingliederungshilfe beim LVR deutlich überrepräsentiert. 41 bzw. 43 Prozent der Budget-Nutzerinnen und -Nutzer sind primär geistig bzw. psychisch behindert (inklusive Suchterkrankung). 47 Prozent der Leistungsberechtigten mit Persönlichem Budget sind Frauen, 53 Prozent Männer.

ZIELRICHTUNG 4
Den inklusiven Sozialraum mitgestalten

Worum geht es im Kern bei dieser Zielrichtung?

Mit Zielrichtung 4 hat sich der LVR zur Aufgabe gemacht, innerhalb seiner Zuständigkeiten an der Gestaltung eines inklusiven Sozialraum in den Kommunen vor Ort mitzuwirken. Dies bedeutet, Bedingungen zu schaffen, die ein selbstbestimmtes und gemeinschaftliches Leben aller Menschen in ihrer gesamten Vielfalt ermöglichen.

Welche zentralen Maßnahmen und Aktivitäten wurden im LVR zur Erreichung dieser Zielrichtung ergriffen?

Überblick:

Z4.1 Sozialräumliche Erprobung Integrierter Beratung
Z4.2 Systemorientier Unterstützung schulischer Inklusion
Z4.3 Verlängerung des kostenfreien Eintritts in Museen für Menschen im Bezug von Eingliederungshilfe
Z4.4 Neue dezentrale Angebote in den LVR-Kliniken
Z4.5 Fortführung des Angebots „Klicksonar" an den LVR-Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt Sehen
Z4.6 Integrierte Behandlung und Rehabilitation durch Kinder- und Jugendpsychiatrie in den Regionen
Z4.7 Förderung eines Wohnprojektes in Aachen

Z4.1 Sozialräumliche Erprobung Integrierte Beratung

Die Realisierung der Leitidee der Integrierten Beratung wurde in 2019 durch die Bildung von vier Teilprojekten in verschiedenen Fachdezernaten begonnen:

- LVR-Dezernat Soziales

  Teilprojekt „BTHG 106+"

- LVR-Dezernat Kinder, Jugend und Familie

  Teilprojekt „Fachberatung Kindeswohl und Kinderrechte"

- LVR-Dezernat Schulen, Inklusionsamt, Soziale Entschädigung

  Teilprojekt „Peer-Bildungsberatung"

- LVR-Dezernat Klinikverbund und Verbund Heilpädagogischer Hilfen

  Teilprojekt „Integrierte Beratung in der psychiatrischen Versorgung"

Die Teilprojekte verfolgen jeweils unterschiedliche programmatische Schwerpunkte.

Die Gesamtfederführung (Projektleitung) liegt bei der Stabsstelle Inklusion - Menschenrechte – Beschwerden im Organisationsbereich der LVR-Direktorin.

Z4.2 Systemorientierte Unterstützung schulischer Inklusion

Seit 2019 befindet sich das Unterstützungsangebot der Systemorientierten Unterstützung schulischer Inklusion (Systemorientierte Unterstützung schulischer Inklusion, SUsI, vgl. Vorlage 14/2973) des LVR an zwei Standorten (Stadt Essen und Kreis Düren) in Erprobung. In einem weiteren Kreis (Kleve) sind die gemeinsamen Planungen in der Konkretisierungsphase. SUsI ist ein Angebot, welches unter dem Motto „Lotsen, vernetzen, informieren" eine Lotsenfunktion bei Fragen zum Thema „Schulische Inklusion" übernimmt. Durch eine regionale und sozialraumorientierte Vernetzung relevanter Expert*innen und durch Weitergabe von Expertise, bspw. über unsere Förderschwerpunkte, werden Fachleute in ihrer Arbeit vor Ort unterstützt, um das Gemeinsame Lernen vor Ort zu befördern und zu stärken.

SUsI verfolgt das Ziel, die Expert*innen vor Ort in den Kommunen zu befähigen, die unterschiedlichsten Fragen zum Themengebiet der schulischen Inklusion beantworten zu können bzw. die fachkundigen Partner*innen vor Ort zu kennen und an diese weiter zu verweisen. Neben der Unterstützung vor Ort in den Kommunen, wurde im Rahmen des Beratungsangebotes von SUsI begleitend eine zentrale rheinlandweite Hotline und Mailadresse für Interessierte, Fachkräfte sowie Ratsuchende in der Zentralverwaltung des LVR eingerichtet. Die rheinlandweite Hotline sowie Mailadresse sind Serviceleistungen des LVR, die in erster Linie die Funktion haben, zu dem richtigen Beratungsangebot zu lotsen – ggf. nach einer einzelfallbezogenen Recherche zur Frage des passenden Beratungsangebotes.

Z4.3 Verlängerung des kostenfreien Eintritts in Museen für Menschen im Bezug von Eingliederungshilfe

Im Berichtsjahr 2019 hat der LVR beschlossen, dass Menschen mit Behinderungen aus dem Rheinland, die Leistungen der Eingliederungshilfe zum Wohnen und/oder zur Beschäftigung erhalten, auch weiterhin die Museen des LVR kostenfrei besuchen können.

Der LVR ermöglicht den freien Eintritt in die LVR-Museen für den berechtigten Personenkreis bereits seit 2007. Ab 2020 gilt die Regelung in Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes für alle Menschen im Rheinland, die Leistungen der Eingliederungshilfe zur Sozialen Teilhabe, zur Arbeit, zur Bildung und/oder zur medizinischen Rehabilitation durch den LVR erhalten. Berechtigte erhalten ein Ausweis im Scheckkartenformat. Eine Begleitperson erhält ebenfalls kostenfreien Eintritt. In den letzten sechs Jahren haben jährlich durchschnittlich rund 3.000 Leistungsberechtigte das Angebot in Anspruch genommen.

Z4.4 Neue dezentrale Angebote der LVR-Kliniken

Im Mai 2019 hat die neue **Tagesklinik mit Institutsambulanz der LVR-Klinik Viersen in Nettetal** ihren Betrieb aufgenommen. Behandlungsschwerpunkte des neuen Angebots sind Depressionen, Psychosen sowie Angst- und Suchterkrankungen. 20 Behandlungsplätze stehen für Patientinnen und Patienten zur Verfügung. Es werden Einzel- und Gruppentherapien angeboten – bei Bedarf auch Gespräche unter der Einbindung von Angehörigen und Bezugspersonen.

Im Juni 2019 wurde das Behandlungszentrum Solingen der LVR-Klinik Langenfeld in Betrieb genommen. Das Behandlungszentrum Solingen besteht aus einer stationären Behandlungseinheit mit 40 Betten und einem Gerontopsychiatrischen Zentrum mit 15 tagesklinischen Behandlungsplätzen und einer Ambulanz.

In der stationären Behandlungseinheit werden Patientinnen und Patienten mit allgemeinpsychiatrischen Krankheitsbildern sowie Patientinnen und Patienten mit vorrangig depressiven Symptomen.

Seit August 2019 können sich Patientinnen und Patienten zudem an das neue **Gerontopsychiatrische Zentrum Lessingstraße in Langenfeld** mit einer Ambulanz und Tagesklinik wenden. Behandelt werden ältere Menschen mit seelischen Störungen wie Depressionen, akuten Lebenskrisen, Demenzerkrankungen oder chronischen Psychosen. Insgesamt stehen 20 Behandlungsplätze zur Verfügung. Das barrierefreie und innenstädtisch gelegene Gebäude verfügt über eine gute infrastrukturelle Anbindung. Der öffentliche Nahverkehr, Einkaufsmöglichkeiten, Restaurants und Sportmöglichkeiten befinden sich in der Nähe.

Tageskliniken dienen als Bindeglied von ambulanter und vollstationärer Versorgung. Das Angebot richtet sich an psychisch erkrankte Menschen, die mehr Unterstützung benötigen als ambulante Dienste leisten können, aber nicht stationär aufgenommen werden müssen. Der Aufenthalt in der Tagesklinik bietet den Patientinnen und Patienten damit die Möglichkeit, weiterhin in ihrem sozialen Umfeld weitgehend selbstständig und selbstbestimmt zu leben.

Z 4.5 Fortführung des Angebots „Klicksonar" an den LVR-Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt Sehen

Klicksonar ermöglicht einem blinden Menschen die detaillierte Wahrnehmung der Umgebung. Es ist eine einfache Methode der Echolokalisation, die eine bereits bei jedem Menschen angelegte Fähigkeit der Wahrnehmung nutzt. Am Ende steht ein dem Sehen ähnlicher Vorgang räumlicher Orientierung mit weitreichenden Möglichkeiten für blinde Menschen.

Zwischen 2016 und 2019 hat der LVR erfolgreich ein Projekt zur „Einführung und Etablierung von Klicksonar in die Frühförderung der LVR-Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt Sehen" durchgeführt. Im Projekt wurde geburtsblinden Kindern im Rheinland über die Lehrer*innen in der pädagogischen Frühförderung die Klicksonar-Technik angeboten, indem die Lehrer*innen (Frühförderkräfte) qualifiziert und beim Praxis-Erwerb durch Supervisionen unterstützt wurden.

Nach Ende des Projektes wurde im Berichtsjahr 2019 nun eine Verselbständigungsphase über zwei Jahre beschlossen. In der Verselbständigungsphase können die aktuell mit Klicksonar geförderten Kinder und die Frühförderkräfte der Schulen bei Supervisionen oder weiteren Fortbildungen zur Verstetigung auf Antrag beim LVR-Schulträger finanziell unterstützt werden (vgl. Vorlage-Nr. 14/3320).

Z4.6 Integrierte Behandlung und Rehabilitation durch Kinder- und Jugendpsychiatrie in den Regionen

Bis 2022 stehen für die laut Haushaltsbeschluss 14/225 beschlossenen Modellregionen Haushaltsmittel in Höhe von 1,5 Millionen bereit.

Z 4.7 Förderung eines inklusiven Wohnprojektes in Aachen

Der Verein „Arbeitsgemeinschaft zur Förderung Hörgeschädigter" ist das erste Projekt, das 2019 mit einer Summe von 200.000 Euro gefördert werden konnte. Es soll ein Wohnhaus für insgesamt 14 Mietparteien als Teil des Sozialraums „Aachen-Nord" entstehen, in dem Menschen unterschiedlichen Hörgrades und Menschen ohne Behinderungen zusammenleben.

Im Berichtsjahr 2019 hat die politische Vertretung des Landschaftsverbandes Rheinland entschieden, ein weiteres inklusives Bauprojekt in Oberhausen mit 200.000 Euro zu unterstützen. In den Wohnprojekt werden bis zu 21 Mieterinnen und Mieter inklusiv zusammenleben.

Die Landschaftsversammlung Rheinland hatte bereits 2018 die Förderung geeigneter inklusiver Wohnprojekte für Menschen mit und ohne Behinderung durch Zuschuss beschlossen. Damit sollen inklusive Wohnmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen gefördert werden. Insgesamt stellt der LVR bis zu zwei Millionen Euro jährlich für inklusive Bauprojekte zur Verfügung.

ZIELRICHTUNG 5
Die Barrierefreiheit in allen LVR-Liegenschaften herstellen

Worum geht es im Kern bei dieser Zielrichtung?

Barrierefreiheit bedeutet, die Umwelt so zu gestalten, dass sie für Menschen mit Behinderungen genauso nutzbar und zugänglich ist wie für Menschen ohne Behinderungen. Dies ist nur Schritt für Schritt möglich. Mit der Zielrichtung 5 hat sich der LVR genau auf diesen Weg gemacht. Ziel ist es, langfristig die Barrierefreiheit in allen LVR-Liegenschaften herzustellen.

Welche zentralen Maßnahmen und Aktivitäten wurden im LVR zur Erreichung dieser Zielrichtung ergriffen?

Überblick:

Z5.1 Barrierefreiheit in Bestandsgebäuden des LVR
Z5.2 Inklusive Angebote zur Vermittlung des kulturellen Erbes

Z5.1 Umsetzung der Zielvereinbarung zur Barrierefreiheit der LVR-Liegenschaften

Für die Gebäude der Zentralverwaltung in Köln-Deutz[1] wurde mit den Verbänden von Menschen mit Behinderungen am 18. November 2013 eine Zielvereinbarung gemäß Paragraf 5 Behindertengleichstellungsgesetz NRW zur Barrierefreiheit im Hinblick auf die Auffindbarkeit, Zugänglichkeit und Nutzbarkeit der Gebäude abgeschlossen. Sie ist im Zielvereinbarungsregister des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW veröffentlicht und bildet die wesentliche Arbeitsgrundlage zur Umsetzung der Zielrichtung 5 im LVR.

Das Dezernat Gebäude-und Liegenschaftsmanagement, Umwelt, Energie, Bauen für Menschen GmbH veröffentlicht jährliche Zwischenberichte zum Umsetzungsstand der Zielvereinbarung, zuletzt zum 30.11.2019 (vgl. Vorlage-Nr. 14/3240).

Die Zielvereinbarung gilt auch als Rahmenkonzept für die Herstellung von Barrierefreiheit in allen Liegenschaften des LVR und seiner wie Eigenbetriebe geführten Einrichtungen.

So wurde im LVR-Max- Ernst-Museum Brühl ein Evakuierungskonzept aufgestellt und abgestimmt. Insbesondere die zulässige Anzahl von rollstuhlnutzenden Besucher*innen wurde vereinbart. Im Ergebnis werden nun die baurechtlichen Forderungen deutlich übererfüllt.

Im LVR-Landesmuseum Bonn wird seit April 2019 eine barrierefreie Aufzugsanlage eingebaut, die alle Geschosse des Museums erschließen wird. Darüber hinaus wird der gesamte Eingangsbereich neu und unter Beachtung der Anforderungen an Barrierefreiheit gestaltet (Garderobe, Schließfächer, WC-Anlage)

[1] Im Einzelnen sind dies: das Landeshaus, Kennedy-Ufer 2, das Horion Haus, Hermann-Pünder-Straße 1, die Informations- und Bildungsstätte (IBS), das LVR-Haus, Ottoplatz 2 sowie das Dienstgebäude Deutzer Freiheit 77.

Im LVR-Industriemuseum Schauplatz Bergisch Gladbach, dem LVR-Industriemuseum Schauplatz Ratingen sowie im LVR-Kulturzentrum Abtei Brauweiler und dem LVR-Industriemuseum Zinkfabrik Altenberg sind die Konzepte zur Barrierefreiheit mit den entscheiden Beteiligten abgestimmt. Die Ausführungen beginnen sukzessive ab 2020.

In den LVR-Förderschulen werden mit Hilfe von Landesmitteln aus dem Förderprogramm „Gute Schule 2020" umfangreiche Umbau- und Sanierungsmaßnahmen durchgeführt. Alle Schulstandorte sind langfristig barrierefrei gestaltet und werden anhand einer Prioritätenliste umgesetzt.

Z5.2 Inklusive Angebote zur Vermittlung des kulturellen Erbes

Ende 2019 konnte das durch die LVR-Museumsförderung geförderte Projekt zur Verbesserung der Angebote für blinde und sehbehinderte Menschen in den drei LVR-Museen mit großen Freilichtbereichen abgeschlossen werden:

Im LVR-Freilichtmuseum Kommern entstanden für die Baugruppen Eifel, Niederrhein und Bergisches Land wetterfeste Tastmodelle, die blinden und sehbehinderten Menschen die Orientierung im Museumsgelände ermöglichen.

Im LVR-Freilichtmuseum Lindlar wurde der Archäobotanische Schaugarten an Haus Hilden, der die Geschichte und die Vielfalt mitteleuropäischer Kultur- und Nutzpflanzen zeigt, durch das Anbringen von Braille-Tafeln und Tastobjekten für die Zielgruppe erschlossen.

Im LVR-Archäologischen Park wurde durch umfängliche Konzeptarbeit auch in Zusammenarbeit mit Betroffenen die Grundlage gelegt für ein innovatives Besucherleitsystem durch den weitläufigen Park, das künftig allen Besucherinnen und Besuchern des APX bessere Orientierung ermöglichen soll.

Alle drei Maßnahmen tragen dazu bei, die Aufenthaltsqualität für Menschen mit Seheinschränkungen in den LVR-Museen deutlich zu verbessern. Sie haben durch die fachliche Beratung, intensive Zusammenarbeit und den kollegialen Austausch mit Betroffenen zudem Vorbildcharakter für die anderen LVR-Museen.

In den LVR-Kulturdienststellen konnten in 2019 zahlreiche große und kleine inklusive Angebote zur Vermittlung des kulturellen Erbes umgesetzt werden:

Im LVR-KULTURHAUS Landsynagoge Rödingen erstellten Schüler*innen ein Video zu Inhalten im 1. Obergeschoss. Das Video wird Besucher*innen, die aus Mobilitätsgründen die Ausstellung im 1. Obergeschoss nicht besuchen können, im Erdgeschoss auf iPads zur Verfügung gestellt. Im LVR-Landesmuseum Bonn wurde ein Beirat für Besucher*innen mit Behinderung gegründet.

Neu entwickelt wurde ein Tastbuch für den Besuch des Max Ernst Museums Brühl des LVR. Dezernat 9 erstellte den ersten Flyer für Gehörlose mit einer Übersichtskarte und Angeboten in Deutscher Gebärdensprache (DGS).

Die Industriemuseen in Solingen, Euskirchen, Oberhausen (Antony-Hütte und Eisenheim), das LVR-Freilichtmuseum Kommern und das LVR-KULTURHAUS Landsynagoge Rödingen wurden in 2019 im Rahmen von „Reisen für alle" (Tourismus NRW in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Seminar für Tourismus (DSFT) Berlin e. V.) rezertifiziert.

ZIELRICHTUNG 6
Die Zugänglichkeit in allen Informations- und Kommunikationsmedien und -formaten im LVR herstellen

Worum geht es im Kern bei dieser Zielrichtung?

Zielrichtung 6 macht deutlich, dass sich Zugänglichkeit nicht nur auf bauliche Begebenheiten, sondern ebenso auf Information und Kommunikation bezieht. Um Informationen für alle zugänglich zu machen, müssen Informations- und Kommunikationsmedien so gestaltet sein, dass sie für Menschen mit unterschiedlichen Beeinträchtigungsformen wahrnehmbar und verständlich sind. Im Bereich digitaler Kommunikation sind neben Wahrnehmbarkeit und Verständlichkeit zudem Anforderungen an Bedienbarkeit und die Robustheit (Kompatibilität mit verwendeten individuellen Hilfsmitteln) zu beachten.

Welche zentralen Maßnahmen und Aktivitäten wurden im LVR zur Erreichung dieser Zielrichtung ergriffen?

Überblick:

Z6.1 Inklusives Kinderbuch Neandertaler
Z6.2 Audioprojekt für die Römerthermen Zülpich
Z6.3 Webportal Integrierte Beratung wird zum LVR-Beratungskompass
Z6.4 Schaffung eines neuen Dezernates „Digitalisierung, IT-Steuerung, Mobilität und technische Innovation"

Z6.1 Inklusives Kinderbuch Neandertaler

Das LVR-LandesMuseums Bonn und das Neandertal-Museum Mettmann haben im Berichtsjahr ein inklusives Kinderbuch auf den Weg gebracht. Es richtet sich an Kinder mit und ohne Behinderungen, speziell an Kinder mit Seheinschränkung und Lernbehinderungen. Das Buch soll zur 200-Jahr-Feier des LVR-LandesMuseums Bonn im Mai 2020 erscheinen und dann in den Museumsshops der beiden Museen und anderer LVR-Museen erhältlich sein.

Bei dem Buch ist jeweils eine Seite in normaler Sprache mit Kinderbuchillustrationen versehen, darauf ist die Braille-Schrift in Silikondruck aufgebracht. Jeweils daran anschließend befindet sich eine Seite in Leichter Sprache mit dem gleichen Inhalt und einfacheren Darstellungen. Im hinteren Bereich gibt es noch Erklärungen zu Braille und Leichter Sprache sowie Hinweise für Lehrende und Eltern.

Das Buch wird erstmals Kindern mit und ohne Behinderungen ein gemeinsames Lernerlebnis über den Neandertaler und seine Zeit ermöglichen.

Z6.2 Audioprojekt für die Römerthermen Zülpich – Museum der Badekultur

Das LVR-Zentrum für Medien und Bildung hat eine besondere Audioführung für die Römertherme Zülpich entwickelt und produziert. Die Herausforderung bestand darin, Besucher*innen mit den verschiedensten geistigen und körperlichen Bedürfnissen ein erlebnisreiches Hörerlebnis der Ausstellung zu ermöglichen. Nach intensiver Konzeptions- und Produktionsphase können jetzt auch blinde und sehbehinderte Menschen einen eindrucksvollen Museumsbesuch mit dem neuen inklusiven Audioguide erleben. Darüber hinaus wird zusätzlich eine Version in leichter Sprache angeboten.

Speziell für die jungen Besucher*innen des Museums gibt es die Möglichkeit, mit einem passgenau für die Ausstellung konzipierten Hörspiel, diese auf eine ganz neue Art zu entdecken: Die Charaktere Julia und Jonas führen die Kinder in Form einer erlebnisreichen Rally durchs Museum, bei der es am Ende sogar etwas zu gewinnen gibt.

Z6.3 Webportal Integrierte Beratung wird zum LVR-Beratungskompass

Das unter der sog. Leitidee der Integrierten Beratung (vgl. Eckpunkte der Vorlage Nr. 14/2746 sowie Z4.1 „Sozialräumliche Erprobung Integrierte Beratung") aufgesetzte Projekt zur Entwicklung eines Webportals hat im Januar 2019 seine Arbeit in zwei parallelen Handlungssträngen aufgenommen.

Bei der Auswahl eines geeigneten IT-Dienstleisters zielten zwei Auswahlkriterium auf die Fähigkeit, zukünftige Nutzergruppen partizipativ einzubinden und die besonderen Anforderungen von Menschen mit Behinderungen zu berücksichtigen.

Im zweiten Handlungsstrang sind weitere Beratungsleistungen des LVR für Bürgerinnen und Bürger in sogenannten Use-Cases (etwa: „Anwendungsfälle") abgebildet worden, z.B. der Beratungsbedarf von traumatisierten Menschen nach Gewaltverbrechen. Die Fokussierung auf die bessere Zugänglichkeit von Beratung führte im Dezember 2019 zu der Entscheidung, dem Portal den Titel LVR-Beratungskompass zu geben.

Auf Basis dieser Arbeiten beginnt in 2020 die technische Realisierung und der fachliche-inhaltliche „Innenausbau".

Z6.4 Schaffung eines neuen Dezernates „Digitalisierung, IT-Steuerung, Mobilität und technische Innovation".

Die Digitalisierung umfasst mittlerweile fast alle Lebensbereiche, sowohl privat wie auch beruflich. Sie birgt insgesamt, aber besonders auch für Menschen mit Behinderung ein großes Potenzial zur Unterstützung und Vereinfachung des täglichen Lebens. Menschen mit Behinderungen sind aufgrund von Barrieren weiterhin teilweise von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschossen.
Es ist Aufgabe der Digitalisierung, einen Beitrag zur Inklusion zu leisten. Gerade die Arbeitswelt 4.0 mit ihren Möglichkeiten des zeit- und ortsunabhängigen Arbeitens und ihren technischen Neuerungen bietet für Menschen mit Behinderung die Möglichkeit einer besseren Integration in das Arbeitsleben.

Mit der Gründung des Dezernates für Digitalisierung, IT-Steuerung, Mobilität und technische Innovationen beschreitet der LVR den Weg, die verschiedenen Ansätze zur digitalen Transformation zu bündeln und voranzubringen.

In einem partizipativen Prozess soll bis Ende des Jahres 2020 eine Digitale Agenda als Digitalisierungsstrategie des LVR erstellt werden. Darin werden Zielrichtungen, Vorgehensweisen und Rahmenbedingungen der Digitalisierung des LVR definiert. Die Digitale Agenda verfolgt dabei zwei übergeordnete Ziele:

1) Zum einen soll sie mittels eines Leitbilds und verbindlicher Leitlinien einen Orientierungsrahmen für den Prozess der Digitalen Transformation der internen Arbeitsabläufe und der Leistungen des LVR bieten. Dabei sollen wünschenswerte Ziele der Digitalisierung, wie beispielsweise die Steigerung der sozialen, ökologischen und ökonomischen Nachhaltigkeit des Verwaltungshandelns und der Abbau von Inklusionshindernissen durch die Nutzung digitaler Instrumente, aufgezeigt werden. Gleichzeitig dient der Orientierungsrahmen der Vermeidung von negativen Auswirkungen der Digitalisierung, wie beispielsweise der Entstehung neuer

Exklusionsrisiken durch nicht-barrierefreie Anwendungen und Arbeitsumgebungen oder den Abbau von Arbeitsplätzen durch Automatisierung.

2) Zum anderen soll sie innerhalb zentraler Handlungsfelder die wichtigsten Arbeitspakete und Maßnahmen definieren, um den LVR mit digitalen Innovationen dabei zu unterstützen, ein moderner und attraktiver Arbeitgeber sowie ein kundenorientierter Dienstleister für die Menschen im Rheinland zu bleiben. Zu den übergeordneten Handlungsfeldern zählt neben den digitalen Infrastrukturen, digitalen Prozessen und digitalen Arbeitsumgebungen auch die Entwicklung einer geeigneten Unternehmenskultur für das digitale Zeitalter. Zu den Maßnahmen zählen dabei u.a. das aktivitätsbasierte Arbeiten („New Work"), die Reduktion von Medienbrüchen in Prozessen, die Digitalisierung wiederkehrender und zeitintensiver Verwaltungstätigkeiten, die Personalisierung von Dienstleistungen und deren orts- und zeitunabhängige digitale Verfügbarkeit.

Der sachgerechte und effiziente Einsatz der IT bildet einen Eckpfeiler des zielgruppenorientierten Handelns für die Menschen im Rheinland. Oberstes Ziel aller Aktivitäten zur Barrierefreiheit ist dabei die inklusive Nutzung von digitalen Anwendungen und Angeboten sowohl in Richtung der Bürger*innen und externen Partner*innen als auch intern durch die Mitarbeiter*innen des LVR.

Zu den Aufgaben des neu gegründeten Dezernates zählt im Rahmen der IT-Gesamtsteuerung deshalb auch unter anderem die Prüfung und Förderung der Weiterentwicklung der Bestands-IT-Verfahren, Webauftritte und Inhalte in Bezug auf die Zugänglichkeit und Barrierefreiheit.

ZIELRICHTUNG 7
Ein universelles LVR-Veranstaltungsdesign entwickeln

Worum geht es im Kern bei dieser Zielrichtung?

Zielrichtung 7 bezieht sich wie Zielrichtung 6 auf einen bestimmten Teilaspekt von Zugänglichkeit und macht deutlich, dass auch Veranstaltungen Menschen mit und ohne Behinderungen offenstehen sollen. Bei allen Veranstaltungen des LVR ist daher grundsätzlich die diskriminierungsfreie Zugänglichkeit für alle interessierten (bzw. eingeladenen) Menschen sicherzustellen. Dabei ist es wichtig, Zugänglichkeit für den gesamten Prozess des Veranstaltungsmanagements zu berücksichtigen, also auch bei der Planung, Einladung und Dokumentation. Von großer Bedeutung ist hierbei eine positive Grundhaltung in der Verwaltung zur „Begegnung in Vielfalt".

Welche zentralen Maßnahmen und Aktivitäten wurden im LVR zur Erreichung dieser Zielrichtung ergriffen?

Keine Meldung

ZIELRICHTUNG 8
Die Leichte Sprache im LVR anwenden

Worum geht es im Kern bei dieser Zielrichtung?

Leichte Sprache ist ein spezifisches Kommunikationsmittel, um die Zugänglichkeit von Information und Kommunikation gezielt für Menschen herzustellen, die sich in Folge von Leseeinschränkungen standardsprachliche Texte kaum oder gar nicht erschließen können. Zum primären Adressatenkreis zählen insbesondere Menschen mit Lernschwierigkeiten oder einer sog. geistigen Behinderung. Leichte Sprache ist somit ein besonderer Aspekt von Zielrichtung 6.

Welche zentralen Maßnahmen und Aktivitäten wurden im LVR zur Erreichung dieser Zielrichtung ergriffen?

Überblick:

Z8.1 Arbeitshilfe zum strategischen Einsatz Leichter Sprache

Z8.1 Empfehlungen zum strategischen Umgang von Trägern öffentlicher Belange mit Leichter Sprache

Seit Mai 2017 erhalten alle politischen Vorlagen, in deren Beratungsfolge der Ausschuss für Inklusion bzw. sein Beirat für Inklusion und Menschenrechte vorgesehen ist, standardmäßig einen bebilderten Zusatztext in leichter Sprache. Zudem wurden für zentrale Kommunikationsbereiche (Öffentlichkeitsarbeit, direkte Kundenkommunikation und verwaltungsinterne Kommunikation) Ansprechpersonen bestimmt, die intern zur kollegialen Beratung zur Verfügung stehen. Überdies wurden allgemeine Empfehlungen zum Einsatz Leichter Sprache erarbeitet.

Die LVR-Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden hat diese umfänglichen Vorarbeiten und Erfahrungen nun in die Mitautorenschaft der Broschüre „Empfehlungen für Träger öffentlicher Belange zum strategischen Umgang mit Leichter Sprache" eingebracht. Die Empfehlungen wurden vom LVR gemeinsam mit der Agentur Barrierefrei NRW verfasst (vgl. Maßnahme Z8.2 im Jahresbericht „Gemeinsam in Vielfalt 2019").

Die Empfehlungen wurden im NRW-Fachbeirat „Barrierefreiheit, Zugänglichkeit, Wohnen" diskutiert und dort im März 2019 beschlossen. In seiner Sitzung am 04. April 2019 hat sich der Inklusionsbeirat NRW ebenfalls mit den Empfehlungen befasst und sie beschlossen.

Mit einem Begleitschreiben des Staatssekretärs wurden die Empfehlungen (s. Anhang) im Sommer 2019 vom NRW-Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales an alle Kommunen in NRW verschickt.

Ein Abruf der barrierefreien PDF-Broschüre ist hier möglich:
https://www.mags.nrw/sites/default/files/asset/document/2019-07-18_empfehlungen-leichte-sprache_barrierefrei_web.pdf

Am 05. September 2019 hat die Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden eine Workshop der Agentur barrierefrei NRW für Kommunen im NRW mitgestaltet.

ZIELRICHTUNG 9
Menschenrechtsbildung im LVR systematisch betreiben

Worum geht es im Kern bei dieser Zielrichtung?

Mit Zielrichtung 9 hat sich der LVR ausdrücklich zur Aufgabe gemacht, systematisch Menschenrechtsbildung im LVR zu betreiben. Dahinter steht die Vorstellung, dass Menschenrechte erst dann umfassend im Verband umgesetzt und beachtet werden, wenn einerseits das Wissen über diese Rechte vorhanden ist, und andererseits die Fähigkeiten, diese Rechte auch tatsächlich für sich selbst oder andere einzufordern.

Welche zentralen Maßnahmen und Aktivitäten wurden im LVR zur Erreichung dieser Zielrichtung ergriffen?

Überblick:

Z9.1 Resolution „Gemeinsam in Vielfalt – Inklusion als Menschenrecht umsetzen"
Z9.2 Netzwerkarbeit der Stabstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden
Z9.3 Mitarbeit im Inklusionsbeirat und den Fachbeiräten auf Landesebene
Z9.4 Unterstützung der Einarbeitung der neuen Mitarbeiter*innen in der Abteilung Querschnittsaufgaben und Transferleistungen im Dezernat Kinder, Jugend und Familie
Z9.5 Veranstaltung „Menschenrechte schützen!?" anlässlich des 70-jährigen Dienstjubiläums der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte
Z9.6 Filmvorführung „Kinder der Utopie"
Z9.7 Tag der Begegnung
Z9.8 Mobil der Begegnung
Z9.9 Karneval für alle
Z9.10 Sensibilisierung von Adoptionsfachkräften für das Thema „Menschen mit Behinderung als Adoptionsbewerbende"
Z9.11 Aufarbeitung der eigenen Geschichte
Z9.12 Fachveranstaltung „Zuhören – Anerkennen – Nicht vergessen!"
Z9.13 Mitmän – Neuer Preis des LVR für junge Menschen
Z9.14 Neue E-Learning Angebote des Inklusionsamtes
Z9.15 Ausstellung „Gerettet – auf Zeit!"

Z9.1 Resolution „Gemeinsam in Vielfalt – Inklusion als Menschenrecht umsetzen"

Der Landschaftsausschuss des LVR im März 2019 einstimmig die Resolution „Gemeinsam in Vielfalt – Inklusion als Menschenrecht umsetzen" beschlossen. Fast auf den Tag genau zehn Jahre nach dem Inkrafttreten des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Deutschland (BRK) bekräftigte die politische Vertretung des LVR ihre Verantwortung für deren Umsetzung.

Der Beschluss erfolgte nach vorheriger Beratung im LVR-Beirat für Inklusion und Menschenrechte. Der Beirat trat am Jahrestag erneut in Köln zur Würdigung der Resolution zusammen. Die Resolution wurde auf gemeinsamen Antrag der Fraktionen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, Die Linke und Freie Wähler beschlossen.

Im Wortlaut:

Resolution des Landschaftsausschusses der 14. Landschaftsversammlung Rheinland anlässlich des 10. Jahrestages des Inkrafttretens der UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland

Gemeinsam in Vielfalt – Inklusion als Menschenrecht umsetzen

Am 26. März 2009 trat in Deutschland das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (die sog. UN-Behindertenrechtskonvention) bundesgesetzlich in Kraft.

Auch vor dem Hintergrund des im Januar 2019 veröffentlichten unabhängigen Monitoringberichtes des Deutschen Instituts für Menschenrechte e.V. zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Nordrhein-Westfalen stellt der Landschaftsausschuss anlässlich des 10. Jahrestages des Inkrafttretens fest, dass viele Fortschritte erreicht wurden.

Es bleibt aber noch viel zu tun - im Rheinland wie auch in Deutschland insgesamt. Wir begrüßen daher Anzeichen für eine allein auf der Grundlage von Gewissensfreiheit beruhende demokratische Aussprache im Deutschen Bundestag zur Frage nach der pränatalen Diagnostik der Trisomie 21 oder anderer genetischer Varianten. Im zehnten Jahr der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention weisen wir entschieden darauf hin, dass nur eine inklusive Gesellschaft eine Gesellschaft der gleichen Würde und gleichen Rechte für alle Menschen ist und werdende Eltern mit und ohne Behinderungen ermutigen kann, freie Entscheidungen zu treffen.

Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention fordert die gesamte Rechtsordnung auf allen staatlichen Ebenen heraus und muss als politische Daueraufgabe verstanden werden. Dass es nicht mehr zu gelingen scheint, in diesem bedeutenden Wahljahr des Europäischen Parlamentes das Wahlrecht für alle Menschen mit Behinderungen auf Bundesebene einzuführen, bekümmert uns. Die europäische Idee muss alle demokratischen Stimmen erreichen können.

Als politische Vertretung des LVR bekennen wir uns zu unserem Teil der Verantwortung und der Pflichten zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in einem gesamtstaatlichen Prozess. Der Landschaftsverband Rheinland trägt dazu seit 2014 mit seinem einstimmig beschlossenen Aktionsplan „Gemeinsam in Vielfalt" im Rahmen seiner Aufgaben und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit bei.

Wir betrachten demnach die UN-Behindertenrechtskonvention neben dem Bundesteilhabegesetz (BTHG) als eine handlungsleitende gesetzliche Grundlage zur Umsetzung des Ausführungsgesetzes zum BTHG in Nordrhein-Westfalen (AG-BTHG NRW).

Wir appellieren an Bund, Land, Kommunen und alle Träger von Einrichtungen und Diensten, alle Anstrengungen zu unternehmen, die selbstbestimmte und gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in einer inklusiven Gesellschaft zu verwirklichen.

In diesem Sinne bekräftigt der Landschaftsausschuss der 14. Landschaftsversammlung Rheinland ausdrücklich sein politisches Leitziel der Inklusion.

➔ Mehr erfahren: www.inklusion.lvr.de

Z9.2 Netzwerkarbeit der Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden

Die Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden hat 2019 erneut zahlreiche **interne fachliche Austauschgespräche** mit Akteuren im LVR durchgeführt, um gemeinsame thematische Schnittmengen und Ansatzpunkte für eine Zusammenarbeit auszuloten. Diese Akteure waren (in alphabetischer Reihenfolge):

- Abteilung Heilpädagogische Hilfen im LVR-Dezernat Klinikverbund und Verbund Heilpädagogischer Hilfen (regelmäßiger Quartals-Jour Fixe)
- Abteilung Inhouse-Consulting, LVR-Strategiekonzepte im LVR-Dezernat Personal und Organisation
- Abteilung Querschnittsaufgaben und Transferleistungen im LVR-Dezernat Kinder, Jugend und Familie
- Abteilung Schutz von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen im LVR-Dezernat Kinder, Jugend und Familie
- Abteilung Seminare, Öffentlichkeitsarbeit, Forschungsvorhaben im LVR-Dezernat Schulen, Inklusionsamt, Soziale Entschädigung
- Fachbereich Regionale Kulturarbeit im LVR-Dezernat Kultur und Landschaftliche Kulturpflege
- Fachbereich Schulen im LVR-Dezernat Schulen, Inklusionsamt, Soziale Entschädigung
- Fachbereich Soziales Entschädigungsrecht im LVR-Dezernat Schulen, Inklusionsamt, Soziale Entschädigung (zudem Übernahme eines Vortrags bei der Fachbereichsbesprechung am 6. November 2019)
- Fachbereichsleiter*innenkonferenz im LVR-Dezernat Kinder, Jugend und Familie
- Fachbereichsleiter*innenkonferenz im LVR-Dezernat Soziales (regelmäßige Teilnahme)
- Fachbereichsleitung Kommunikation (regelmäßiger Jour Fixe)
- Institut für Training, Beratung und Entwicklung im LVR-Dezernat Personal und Organisation
- LVR-Archivberatungs- und Fortbildungszentrum
- LVR-Berufskolleg in Düsseldorf (zudem Übernahme eines Workshops beim „Tag der Vielfalt" am 20. September 2019)
- LVR-LandesMuseum Bonn
- Stab Umwelt- und Klimaschutz, Nachhaltiges Bauen, Bauprojektcontrolling im LVR-Dezernat Gebäude- und Liegenschaftsmanagement, Umwelt, Energie, Bauen für Menschen GmbH
- Stabsstelle Gleichstellung und Gender Mainstreaming im Organisationsbereich der LVR-Direktorin (regelmäßiger Jour Fixe)

- Team Fachberatung Soziale Dienste im LVR-Dezernat Kinder, Jugend und Familie
- Zentrale Adoptionsstelle/Auslandsadoption, Schiedsstelle der Jugendhilfe im LVR-Dezernat Kinder, Jugend und Familie

Zudem fand eine intensive **Vernetzung mit externen Akteuren** statt:

Als Gast einer Arbeitsgruppe der Focal Points von **Bund und Ländern** im Bundesministerium für Arbeit und Soziales am 25. November 2019 in Berlin hatte die Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden die Gelegenheit, ausführlich den LVR-Aktionsplan sowie die entwickelten Mainstreaming-Instrumente vorzustellen. Der Vortrag fand großes Interesse.

Überdies fanden mehrere Austauschgespräche mit der **Beauftragten der Landesregierung für Menschen mit Behinderung sowie für Patientinnen und Patienten,** dem **Focal Point des LWL** sowie dem **Focal Point der Landesregierung** statt.

Zur bundesweiten Vernetzung nahm der Leiter der Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden am 11. und 12. November 2019 an den **Inklusionstagen in Berlin** teil.

Darüber hinaus vertrat die Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden beide Landschaftsverbände auch im Berichtsjahr 2019 im **Expertenbeirat für den Teilhabebericht NRW**.

Am 06. Juni 2019 unterstützte die Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden eine Fortbildungsveranstaltung für die landesgeförderten **Kompetenzzentren Selbstbestimmt Leben** (KSL) in NRW mit einem Vortrag.

Z9.3 Mitarbeit im Inklusionsbeirat und in den Fachbeiräten auf Landesebene

Der LVR bringt sich aktiv in die Arbeit des Inklusionsbeirates und der Fachbeiräte auf Landesebene ein.

Der Inklusionsbeirat des Landes besteht aus Vertreterinnen und Vertretern von zahlreichen Organisationen und Verbänden für Menschen mit Behinderungen. Unterstützt werden sie von beratenden Expertinnen und Experten. Ständiges Mitglied ist zudem die Beauftragte der Landesregierung für die Belange der Menschen mit Behinderung sowie für Patientinnen und Patienten. Der Inklusionsbeirat arbeitet gemeinsam mit der Landesregierung an einer nachhaltigen und konsequenten Umsetzung des Aktionsplans „Eine Gesellschaft für alle – NRW inklusiv".

Unterstützt wird der Inklusionsbeirat durch die Arbeit von sechs Fachbeiräten. Diese sind bei den jeweils zuständigen Fachministerien angesiedelt.[2] Der LVR ist mit folgenden Personen ständig in den Gremien vertreten (Stand Januar 2020):

[2] https://www.mags.nrw/inklusionsbeirat-und-fachbeirate

Gremium	LVR-Mitglied	LVR-Vertretung
Inklusionsbeirat	LVR-Direktorin Ulrike Lubek	Herr Bernd Woltmann
Arbeit und Qualifizierung	Herr Christoph Beyer	Frau Annette Esser
Barrierefreiheit, Zugänglichkeit und Wohnen	Frau Melanie Henkel	Frau Barbara Kaulhausen
		Herr Dr. Dieter Schartmann
Gesundheit	LVR-Dezernentin Martina Wenzel-Jankowski	Frau Susanne Stephan-Gellrich
Kinder und Jugendliche	LVR-Dezernent Lorenz Bahr	Herr Dieter Göbel
Partizipation	Herr Bernd Woltmann	Frau Beate Kubny
Inklusive schulische Bildung	LVR-Dezernentin Prof. Dr. Angela Faber	Frau Dr. Alexandra Schwarz

Die Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden führt ein Monitoring der Aktivitäten des LVR in diesen Gremien durch.

Z9.4 Unterstützung der Einarbeitung der neuen Mitarbeiter*innen in der Abteilung Querschnittsaufgaben und Transferleistungen im LVR-Dezernat Kinder, Jugend und Familie

Zum 01. Januar 2020 hat das LVR-Dezernat Kinder, Jugend und Familie neue Aufgaben im Rahmen der Eingliederungshilfe für Kinder mit Behinderungen im Elementarbereich übernommen. Für die Mitarbeitenden, die die neuen Aufgaben übernommen haben, wurde eine umfassende Schulungsreihe konzipiert und durchgeführt.

Die Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden hatte am 15. Oktober 2019 und 05. November 2019 erstmals die Gelegenheit, je einen Seminartag zum Thema Inklusion und Menschenrechte mit den Mitarbeitenden des Fallmanagements sowie der Sachbearbeitung zu gestalten.

Z9.5 Veranstaltung „Menschenrechte schützen!?" anlässlich des 70-jährigen Jubiläums der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte

Anlässlich des 70-jährigen Jubiläums der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte hat die Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden am 22. Januar 2019 alle Mitarbeitenden sowie weitere Interessierte zu einer Diskussionsveranstaltung eingeladen.

In ihrem Vortrag spannte die Stabsstelle einen Bogen von 1948 bis 2018, von der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte bis hin zu den UN-Nachhaltigkeitszielen, vom Recht auf Gleichheit bis hin zum Diversity-Gedanken.

Im anschließenden Gespräch wurde an zwei, auf den ersten Blick nicht so augenfälligen Beispielen, betrachtet, wo uns Menschenrechtsfragen im LVR – auch jenseits der BRK – heute begegnen und bewegen. Zu Gast waren Herr Naylor von der Anlauf- und Beratungsstelle der Stiftung Anerkennung und Hilfe im Rheinland sowie Frau Heyner aus dem LVR-Stab Umwelt/Umweltverträglichkeit, Energiebericht, Klimaschutz, Controlling Baumaßnahmen, BFC-Verfahren.

Z9.6 Filmvorführung „Die Kinder der Utopie"

Fast 20.000 Besucherinnen und Besucher hatten den Dokumentarfilm „Die Kinder der Utopie" bereits beim bundesweiten Aktionsabend am 15. Mai 2019 im Kino gesehen. Er zeigt sechs junge Erwachsene – drei mit und drei ohne Behinderung – die sich zwölf Jahre nach ihrer Grundschulzeit wieder treffen. Die gemeinsame Schulzeit hat die jungen Menschen geprägt. Sie sind "die Kinder der Utopie".

Am 27. September 2019 wurde der Film noch einmal in der Sitzung des LVR-Beirates für Inklusion und Menschenrechte gezeigt. Anschließend diskutierte der Beirat engagiert mit Eva-Maria Thoms vom Verein mittendrin e.V.

Z9.7 Tag der Begegnung

Am 25. Mai 2019 fand der 20. „Tag der Begegnung" im Kölner Rheinpark und Tanzbrunnen statt, etwa 30.000 Gäste feierten mit. Die Besucherinnen und Besucher erlebten ein Musik-Festival auf drei Bühnen, eine Ausstellung im Rheinpark sowie über 160 inklusive Mitmachaktionen.

Der Rheinpark wurde vom LVR barrierearm ausgebaut, sodass die Ausstellung von über 160 Vereinen, Verbänden, Initiativen, sozialen Trägern und Unternehmen für alle zugänglich war – erstmals unterstützt durch ein digitales Leitsystem, das auch blinden Menschen Zusatzinformationen bot.

Der Tag der Begegnung wurde als Beitrag des LVR zum Deutschen Diversity-Tag 2019 angemeldet und so im Programmheft beworben. Die Stabsstelle Gleichstellung und Gender Mainstreaming, die Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden sowie die Abteilung LVR-Strategiekonzepte und Personalcontrolling waren mit einem gemeinsamen „Diversity-Stand" vertreten. Im Rahmen des Standes wurden z.B. Materialien der Antidiskriminierungsstelle des Bundes und der Charta der Vielfalt sowie das Interkulturelle Kochbuch des LVR anschaulich präsentiert. Zudem wurden Auszüge der Ausstellung „Bürowelten" gezeigt. Der Stand fand in Kooperation mit dem Deutschlandfunk (als direkter Nachbarstand) sowie der Ortsgruppe Süd von Amnesty International statt.

Der LVR feiert den „Tag der Begegnung" seit 1998 als Signalveranstaltung für ein besseres Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderungen. Der LVR reagierte mit der Veranstaltung auf ein umstrittenes Gerichtsurteil, das Menschen mit Behinderung im Garten ihres Wohnhauses zum Schweigen bringen sollte, weil sich ein Nachbar gestört fühlte. Der „Tag der Begegnung" findet alle zwei Jahre im Kölner Rheinpark statt. Die Stadt Köln stellt dem LVR das Gelände kostenfrei zur Verfügung.

➔ Mehr erfahren: www.tag-der-begegnung.lvr.de

Z9.8 Mobil der Begegnung

Auch 2019 war wieder das „LVR-Mobil der Begegnung" auf Tour durchs Rheinland. Bei dem Mobil der Begegnung handelt es sich um einen ausklappbarer und auch für Menschen im Rollstuhl zugänglichen Anhänger. Die Besucherinnen und Besucher können dort an Mitmachaktionen teilnehmen, die zum Nachdenken und zur Bewusstseinsbildung anregen sollen. Bei den folgenden Gelegenheiten war das Mobil im Einsatz:

- 28./29. September 2019: 30. Großes Zechenfest, Zeche Zollverein Essen
- 22. September 2019: Stadtfest „Wipperfürther Herbst", Wipperfürth
- 21. September 2019: Leichlinger Stadtfest, Leichlingen
- 08. September 2019: Tag der offenen Tür, LVR-Klinik, Düren
- 07. September 2019: Leben braucht Vielfalt, Solingen
- 23.-25. August 2019: Siegburger Stadtfest, Siegburg
- 16.-18. August 2019: Eine Stadt Fest, Mönchengladbach
- 10./11. August 2019: Venloer Straßenfest, Höhe Venloer Straße 260, Köln-Ehrenfeld
- 03./04. August 2019: Deutzer Straßenfest, Deutzer Freiheit, Köln-Deutz
- 06./07. Juli 2019: 50 Jahre Erftstadt, Bonner Straße (K44), Erftstadt
- 23. Juni 2019: Straßenland, Offenbachplatz, Köln
- 25. Mai 2019: Tag der Begegnung, Rheinpark, Köln
- 05. Mai 2019: Museums- und Aktionsfest, LVR-Industriemuseum Zinkfabrik Altenberg, Oberhausen
- 04. Mai 2019: Erftstädter Gesundheitstag, Rathaus, Erftstadt
- 28. April 2019: Stadtfest Euskirchen, Innenstadt, Euskirchen

➔ Mehr erfahren: www.inklusion-erleben.lvr.de

Z9.9 LVR-Initiative „Karneval für alle"

Mit seiner Initiative „Karneval für alle" setzt sich der Landschaftsverband Rheinland seit 2013 rheinlandweit dafür ein, dass Menschen mit Behinderungen im Sitzungs- und Straßenkarneval mitfeiern können. In Kooperation mit Karnevalsgesellschaften und weiteren Partnern macht er Angebote an Hör-, Seh- und Gehbehinderte sowie an Menschen mit geistiger Behinderung und anderen Einschränkungen.

Bereits zuvor in Köln, Bonn und Mönchengladbach aktiv, hat die LVR-Initiative in der Session 2019/2020 ihr Engagement auf die rheinischen Städte Düsseldorf und Aachen ausgeweitet: Am Düsseldorfer Rosenmontagszug gibt es nun – neben Köln – auch eine rollstuhlgerechte LVR-Tribüne. Und in Aachen hat sich die Initiative finanziell am Bau eines rollstuhlgerechten Karnevalswagens beteiligt, auf dem über die aktuelle Session hinaus auch in den nächsten Jahren Menschen im Rollstuhl in den großen Aachener Umzügen mitfahren können.

➔ Mehr erfahren: www.inklusion-erleben.lvr.de
➔ Mehr erfahren: www.karneval-fuer-alle.de

Z9.10 Sensibilisierung von Adoptionsfachkräften für das Thema „Menschen mit Behinderung als Adoptionsbewerbende"

Das LVR-Landesjugendamt hat sich im Berichtsjahr 2019 intensiv mit dem Thema „Menschen mit Behinderung als Adoptionsbewerber" befasst. Das Thema wurde im März 2019 im Rahmen des Arbeitskreises Adoption vorgestellt, dem alle

Adoptionsvermittlungsstellen im Rheinland angehören. Anschließend erfolgte eine Erhebung per Fragebogen bei alle Adoptionsvermittlungsstellen. Parallel dazu haben Interviews mit Adoptionsbewerberinnen und -bewerbern mit Behinderungen stattgefunden. Ziel war es, Handlungsansätze zur Sensibilisierung der Adoptionsfachkräfte für das Thema zu entwickeln.

Z9.11 Aufarbeitung der eigenen Geschichte

Der LVR setzt sich seit vielen Jahren sehr intensiv und offen mit seiner eigenen Geschichte auseinander. Im Berichtsjahr 2019 wurde unter dem Titel „Mein Gewissen ist rein" ein Medienpaket veröffentlicht, welches sich mit den Tätern der NS-Euthanasie beschäftigt.

Seit 2014 veröffentlicht das Archiv des Landschaftsverbandes Rheinland Medianpakete, die zur Vermittlung der Geschichte der „NS Euthanasie" im Rheinland an Schülerinnen und Schülern konzipiert sind. Dabei arbeitet das Archiv mit einem Expert*innen Gremium aus Wissenschaft und Pädagogik sowie dem LVR-Zentrum für Medien und Bildung zusammen, um ein inhaltlich vielseitiges und didaktisch ansprechendes Angebot für Schulen und andere Bildungseinrichtungen zusammenzustellen.

Z9.12 Fachveranstaltung „Zuhören – Anerkennen – Nicht vergessen!"

Unter dem Titel „Zuhören – Anerkennen – Nicht vergessen!" würdigten Land und Kirchen im Juni 2019 das Leid und die Unrechtserfahrungen von Kindern und Jugendlichen in stationären Einrichtungen. Im Mittelpunkt stehen Menschen, die als Kinder in Einrichtungen der Behindertenhilfe und Psychiatrie wie auch in Kinderheimen Unrecht und schweres Leid wie beispielsweise Missbrauch und Misshandlungen erlitten haben.

Anlässlich der im Landtag stattfindenden Veranstaltung zogen die Landschaftsverbände Rheinland (LVR) und Westfalen-Lippe (LWL) eine Zwischenbilanz zur Stiftung Anerkennung und Hilfe. Bis Mitte Juni 2019 haben sich 3.553 Betroffene an die Regionalen Anlauf- und Beratungsstellen für die Stiftung „Anerkennung und Hilfe" gewandt. In 2.136 Fällen (1.312 Westfalen/824 Rheinland) konnten bereits Vereinbarungen zu finanziellen Leistungen aus der Stiftung abgeschlossen werden. Die Stiftung hat auf dieser Grundlage bislang rund 24 Millionen Euro Anerkennungszahlungen an die Betroffenen in Nordrhein-Westfalen für erlittenes Leid und Unrecht sowie für fehlende Rentenversicherungszeiten während der Unterbringungszeit ausgezahlt.

Eine wichtige Aufgabe der Expertinnen und Experten von LVR und LWL ist es, die Betroffenen bei der Gewährung von finanziellen Leistungen aus der Stiftung „Anerkennung und Hilfe" zu unterstützen. Als Anerkennungs- und Unterstützungsleistung können Betroffene pauschal maximal 9.000 Euro erhalten. Zudem können sie einen Ausgleich für entgangene Rentenansprüche bekommen, wenn für geleistete Arbeit ab dem 14. Lebensjahr keine Sozialversicherungsbeiträge gezahlt worden sind. Wer bis zu zwei Jahre sozialversicherungspflichtig in den Einrichtungen gearbeitet hat, kann maximal 3.000 Euro erhalten, wer länger gearbeitet hat, kann maximal 5.000 Euro erhalten.

Im Rheinland können sich Betroffene bis Ende 2020 an die Anlauf- und Beratungsstelle beim LVR in Köln wenden unter 0221 809-5001.

Z9.13 Mitmän: Neuer Preis des LVR für junge Menschen

Der LVR hat 2019 mit dem Mitmän einen neuen Preis ins Leben gerufen. Dieser richtet sich an Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene mit und ohne Behinderungen (bis 27

Jahre) und zeichnet Ideen und Beiträge für eine inklusive Gesellschaft aus. Bis zum 30. September 2019 konnten Bewerbungen für den mit insgesamt 10.000 Euro dotierten Preis eingereicht werden.

Der LVR ehrt seit vielen Jahren einzelne Personen, Gruppen und Unternehmen, die sich in besonderer Weise im Sinne der vom LVR verkörperten Werte und Themen engagieren. Neben der Einrichtung des neuen Jugendpreises wurden 2019 weitere Neuerungen beschlossen.

Ab 2020 wird der seit über 40 Jahren bestehende Rheinlandtaler in zwei Kategorien vergeben: „Kultur" und „Gesellschaft". Zudem werden alle Auszeichnungen unter dem neuen kommunikativen Dach „LVR.Rheinland.Ausgezeichnet." zusammengefasst.

➔ Mehr Informationen: www.ausgezeichnet.lvr.de

Z9.14 Neue E-Learning Angebote des LVR-Inklusionsamtes

Schwerbehindertenvertretungen, Betriebs- und Personalräte, Inklusionsbeauftragte und andere Akteure haben auch 2019 intensiv das Schulungsangebot des LVR-Inklusionsamtes genutzt. Neben Präsenzveranstaltungen entwickelt das LVR-Inklusionsamt nun auch vermehrt E-Learning-Angebote wie Web-Seminare. Die Resonanz ist positiv.

Z9.15 Ausstellung „Gerettet - auf Zeit"

Bereits im Rahmen der Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus am 28. Januar 2019 im LVR verwies die Vorsitzende der Landschaftsversammlung Anne Henk-Hollstein auf das Schicksal von etwa 1000 jüdischen Kindern. Diese verließen von November 1938 bis Juli 1939 das nationalsozialistische Deutschland, wurden von ihren Eltern getrennt und kamen in Belgien bei Pflegeeltern oder in Waisenhäusern unter.

Im Dezember 2019 zeigen der Landschaftsverband Rheinland (LVR) und der Lern- und Gedenkort Jawne e.V. im LVR-Landeshaus in Köln-Deutz die Ausstellung „Gerettet – auf Zeit. Kindertransporte nach Belgien 1938/1939".

Die Ausstellung erzählt Rettungsgeschichten und außergewöhnliche Lebenswege von etwa tausend jüdischen Kindern, die in den Jahren 1938/1939 aus dem gesamten damaligen Deutschen Reich der Ausgrenzung und Verfolgung durch die Nationalsozialisten entkamen.

Indem sich der LVR mit unterschiedlichsten Aktivitäten kritisch der eigenen Geschichte in der NS-Zeit sowie in der Nachkriegszeit stellt und damit an begangenes Unrecht erinnert, trägt der LVR zur unverzichtbaren Erinnerungskultur bei.

ZIELRICHTUNG 10
Das Kindeswohl und Kinderrechte im LVR als inklusiven Mainstreaming-Ansatz schützen

Worum geht es im Kern bei dieser Zielrichtung?

Die UN-Behindertenrechtskonvention sowie die seit 25 Jahren in Deutschland geltende Kinderrechtskonvention heben das besondere Schutzbedürfnis von Kindern und Jugendlichen hervor. Daher hat sich der LVR mit Zielrichtung 10 das Ziel gesetzt, dass die besonderen Belange, die Rechte und das Wohl von Heranwachsenden mit und ohne Behinderungen bei allen Aktivitäten des LVR in besonderer Weise mitgedacht und beachtet werden. Diese Zielrichtung geht also über den Geschäftsbereich des Dezernates Kinder, Jugend und Familie sowie des LVR als Schulträger hinaus, sondern betrifft alle Handlungsfelder.

Welche zentralen Maßnahmen und Aktivitäten wurden im LVR zur Erreichung dieser Zielrichtung ergriffen?

Überblick:

Z10.1 Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses zum Jahrestag der UN-Kinderrechtserklärung
Z10.2 Abschluss der Rheinland-Kita-Studie
Z10.3 Abschluss der Studie zur Frühförderung in NRW
Z10.4 Projekt zu freiheitsbeschränkenden und freiheitsentziehenden Maßnahmen in den Hilfen zur Erziehung
Z10.5 Broschüre „Kinderschutz in der Kindertagesbetreuung"
Z10.6 Qualifizierung von beruflichen Quereinsteiger*innen in Kindertageseinrichtungen
Z10.7 Bildungspolitische Positionierung des LVR
Z10.8 LVR-Inklusionspauschale
Z10.9 Fachtagung „Die versteckten Sinnesbehinderungen – zerebrale Wahrnehmungsstörungen"

Z10.1 Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses zum Jahrestag der UN-Kinderrechtserklärung

Zum 30. Jahrestag des Inkrafttretens der UN-Kinderrechtskonvention (UN-KRK) in Deutschland hat sich der LJHA in seiner Sitzung am 07.11.2019 mit der Bedeutung der UN-KRK für die Arbeit der zentralen Adoptionsstelle auseinandergesetzt.

Die zentrale Adoptionsstelle des LVR-Landesjugendamtes Rheinland ist ein wichtiges Instrument bei der Umsetzung der Vorgaben des Artikel 21 UN-KRK. Neben Fortbildungsangebote der zentralen Adoptionsstelle für Fachkräfte der Adoptionsvermittlungsstellen im Rheinland und Fachberatung gibt das LVR-Landesjugendamt Stellungnahmen gegenüber dem Familiengericht in Adoptionssachen mit Auslandsberührung ab.

Ferner obliegt der zentralen Adoptionsstelle des LVR-Landesjugendamtes Rheinland lediglich die Aufsicht über Adoptionsvermittlungsstellen in freier Trägerschaft.

Z10.2 Abschluss der Rheinland-Kita-Studie

Im Rahmen der zweijährigen Studie haben Forscherinnen und Forscher der Universität Siegen im Auftrag des LVR systematisch Herausforderungen und Gelingensbedingungen

mit Blick auf die gemeinsame Bildung und Betreuung von Kindern mit und ohne Behinderungen untersucht (vgl. Maßnahme Z10.1 im Jahresbericht „Gemeinsam in Vielfalt 2019“).

Im Mai 2019 wurden nun die Ergebnisse vorgestellt. Zu den zentralen Erkenntnissen der Studie gehört, dass 58 Prozent der befragten Einrichtungen Kinder mit Behinderungen betreuen. 42 Prozent nehmen ausschließlich Kinder ohne Behinderungen auf. Dabei ist die Bereitschaft, Kinder mit Behinderungen aufzunehmen bei den Kita-Leitungen die bislang keine Kinder mit Einschränkungen aufgenommen haben unterschiedlich ausgeprägt.

Expertinnen und Experten aus Jugendämtern sowie von Kita-Trägern und Fachberatungen wiesen in den geführten Interviews auf die Notwendigkeit hin, die Arbeitsbedingungen des Kita-Personals zu verbessern, eine inklusive Kita-Grundausstattung zu schaffen und ausreichend Geld für die Umsetzung von Inklusion bereitzustellen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den rheinischen Kindertageseinrichtungen sowie Eltern von Kindern mit Behinderung betonten, dass kleinere Gruppengrößen und mehr Räume benötigt würden. Auch wünschten diese befragten Gruppen sich mehr Geld und Zeit, um zum Beispiel die Elternarbeit zu verbessern. Fachliche Unterstützung beim Umgang mit Kindern mit Behinderung sowie Therapie vor Ort in der Kita waren weitere gewünschte Verbesserungen.

Z10.3 Abschluss der Studie zur Frühförderung in NRW

Die Landschaftsverbände haben mit dem Ausführungsgesetz zum Bundesteilhabegesetz in Nordrhein-Westfalen (AG-BTHG NRW) als Träger der Eingliederungshilfe zum 01.01.2020 auch die Zuständigkeit für die Frühförderung von Kindern im Vorschulalter erhalten, die sie übernommen.

Da die bisherigen Strukturen auf der örtlichen Ebene sehr heterogen sind, haben die Landschaftsverbände das Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik e.V. (ISG) mit der Erhebung und Analyse der Frühförderstrukturen beauftragt. Der Abschlussbericht der Studie wurde im April 2019 dem Sozialausschuss in seiner Sitzung vorgestellt. Die Ergebnisse der Studie beinhalten verschiedene Handlungsempfehlungen für die Landschaftsverbände.

FACHTAGUNG FÜR JUGENDHILFE & JUSTIZ. Wie können Einrichtungen für Kinder und Jugendliche bei freiheitsentziehenden Maßnahmen dem Einzelfall nach § 1631 b BGB gerecht werden?

Z10.4 Projekt zu freiheitsbeschränkenden und freiheitsentziehende Maßnahmen in den Hilfen zur Erziehung

Zum 01. Oktober 2017 ist der § 1631b Absatz 2 BGB in Kraft getreten. Seither bedürfen sämtliche denkbaren Sachverhalte, in denen eine freiheitsentziehende Maßnahme für ein Kind/einen Jugendlichen durchgeführt werden soll – einer Genehmigung durch das Familiengericht, und zwar unabhängig vom Charakter der Einrichtung. Die Personensorgeberechtigten entscheiden weiterhin vorrangig über die grundsätzliche Anwendung und die Art und Weise von freiheitsentziehenden Maßnahmen. Aber: Die Einholung einer familiengerichtlichen Genehmigung wird von Amts wegen auf Anregung der Personensorgeberechtigten oder der Einrichtung durch die Schilderung des Einzelfalles eingeleitet.

Die neue Norm hat bei Trägern und Einrichtungen viele Fragen über die Art und Weise der Umsetzung aufgeworfen. In einem Projekt des LVR-Landesjugendamtes und der TH Köln (Julia Zinsmeister/Ellen Schlüter) wurde daher im Berichtsjahr 2019 untersucht, wie

sich die Rechtsprechung der rheinländischen Familiengerichte zu den unterbringungs- und unterbringungsähnlichen Maßnahmen seit 2017 entwickelt.

Am 15. November 2019 richtete das LVR-Landesjugendamt eine Fachtagung zum Thema aus, auf der die vorläufigen Ergebnisse der Studie vor- und zur Diskussion gestellt wurden. Ziel der Veranstaltung war es, zwei Jahre nach der Neufassung der Vorschrift im Austausch eine erste Zwischenbilanz zu ziehen. Gleichzeitig strebte das LVR-Landesjugendamt an, die Beteiligten im Rheinland in diesen Verfahren miteinander zu vernetzen. Anfang 2020 sollen Handlungsempfehlungen erscheinen.

Z10.5 Broschüre „Kinderschutz in der Kindertagesbetreuung"

Pädagogische Fachkräfte sind als wichtige und enge Bezugspersonen maßgeblich für den Schutz von Kindern mit und ohne Behinderungen im institutionellen Bereich verantwortlich. Für sie hat der LVR-Fachbereich Kinder und Familie im Berichtsjahr 2019 die Broschüre „Kinderschutz in der Kindertagesbetreuung - Prävention und Intervention in der pädagogischen Arbeit" veröffentlicht. Die Publikation gibt einen Überblick über Handlungsempfehlungen und praktische Maßnahmen, damit körperlich/sexuelle Übergriffe und Vernachlässigungen erkannt werden können und adäquat mit ihnen umgegangen wird. Darüber hinaus unterstützt die Broschüre Mitarbeitende und Träger dort, wo bereits ein Vorfall eingetreten ist. Flussdiagramme helfen dabei, Maßnahmen aus Gesehenem oder Erlebtem abzuleiten. Infokästen zeigen, wie man sich aktiv dem betroffenen Kind zuwenden und die richtigen Worte finden kann.

Z10.6 Qualifizierung von beruflichen Quereinsteiger*innen in Kindertageseinrichtungen

Das LVR-Landesjugendamt hat gemeinsam mit dem LWL eine Arbeitsgruppe unter Beteiligung des Ministeriums für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen (MKFFI) etabliert. Gemeinsam wurden Qualifizierungsbedarfe für Quereinsteigerinnen und -einsteigern in Kindertageseinrichtungen untersucht. Im Ergebnis wurden von der Arbeitsgruppe vier Qualifizierungsmodule unter Einbeziehung menschenrechtsbildender Aspekte wie Inklusion und Diversity im
Umfang von 160 Stunden entwickelt:

1. Modul: Berufliches Selbstverständnis; Beziehungen gestalten und pädagogisch handeln,
2. Modul: Erziehungs-, Bildungs- und Betreuungsauftrag; sozialpädagogische Bildungsarbeit professionell gestalten,
3. Modul: Lebenswelten und Diversitäten wahrnehmen, verstehen und Inklusion fördern,
4. Modul: Erziehungs- und Bildungspartnerschaften und Übergänge gestalten sowie im Team agieren.

Z10.7 Bildungspolitische Positionierung des LVR

Am 05.07.2019 hat der Landschaftsausschuss Rahmenbedingungen und bildungspolitische Perspektiven für die gelingende Weiterentwicklung eines inklusiven Schulsystems beschlossen (Vorlage 14/3401/1). Die Vorlage stellt eine bildungspolitische Positionierung dar und stellt die konkreten Auswirkungen auf die Aufgaben des LVR als Schulträger dar. Die Verwaltung wurde beauftragt, ihr zukünftiges Handeln weiterhin auf dieser Grundlage auszurichten.

Z10.8 LVR-Inklusionspauschale

Mit freiwilligen Mitteln aus der LVR-Inklusionspauschale (LVR-IP) unterstützt der LVR seit 2010 Schulträger im Rheinland bei ihren Bemühungen, auch Kindern und Jugendlichen mit einem sonderpädagogischen Unterstützungsbedarf den Besuch einer allgemeinen Schule zu ermöglichen (Vorlage 13/232).

Im Jahr 2019 (Vorlage 14/3509) sind 161 förderfähige Anträge für die LVR-IP eingereicht worden. Im Jahr 2019 bestand erstmals die Möglichkeit, bei erheblicher Bedarfsfalländerung einen Antrag zu stellen obwohl das Kind bereits an einer allgemeinen Schule beschult wird. Diese Möglichkeit wurde gut angenommen: 19 Förderanträge wurden für Schüler*innen gestellt, die sich bereits im Gemeinsamen Lernen befanden.

Die LVR-Inklusionspauschale ist eine die Landesförderung ergänzende einzelfallbezogene Förderung (Anreizförderung). Aus dem jährlichen Förderbudget in Höhe von 450.000 EUR erhalten Schulträger finanzielle Unterstützung für Hilfen, die für den konkreten Einzelfall für die Beschulung an der allgemeinen Schule notwendig sind. Die Förderung durch den LVR erfolgt immer einzelfallbezogen im Sinne der Stärkung des personenzentrierten Ansatzes, d.h. die Orientierung seiner Förderleistungen am individuellen Bedarf. Die freiwillige Förderung des LVR konzentriert sich auf die Bereiche sächliche Ausstattung und barrierefreie Herrichtung der Räumlichkeiten, bei denen die Schulträger aufgrund der Besonderheiten des Einzelfalls einen hohen Unterstützungs- und Beratungsbedarf haben.

Z10.9 Fachtagung „Die versteckten Sinnesbehinderungen – zerebrale Wahrnehmungsstörungen"

Am 22.11.2019 fand im LVR eine interdisziplinäre Fachtagung zum Thema zerebrale Wahrnehmungsstörungen statt. Rund 100 Teilnehmer*innen (v.a. Lehrkräfte sowie therapeutische und pflegerische Fachkräfte sowie weitere Fachkräfte aus dem Bereich Schule). Mit der Veranstaltung soll die schulische Situation der von zerebralen Wahrnehmungsstörungen betroffenen Kindern und Jugendlichen in Förderschulen und allgemeinen Schulen verbessert werden.

ZIELRICHTUNG 11
Die Geschlechtergerechtigkeit im LVR als inklusiven Mainstreaming-Ansatz weiterentwickeln

Worum geht es im Kern bei dieser Zielrichtung?

Die BRK sowie die UN-Frauenrechtskonvention weisen auf das besondere Diskriminierungsrisiko von Frauen und Mädchen hin. Mit Zielrichtung 11 hat sich der LVR daher zur Aufgabe gemacht, bei allen Aktivitäten und in allen Handlungsfeldern die Zielrichtung der Geschlechtergerechtigkeit systematisch zu beachten.

Diese Zielrichtung knüpft an den 2017 von der LVR-Stabsstelle Gleichstellung und Gender Mainstreaming veröffentlichten „Gleichstellungsplan 2020" an.

Welche zentralen Maßnahmen und Aktivitäten wurden im LVR zur Erreichung dieser Zielrichtung ergriffen?

Überblick:

Z11.1 Fachveranstaltung „Beratung für Frauen inklusiv gestalten – Schritte in die Zukunft"
Z11.2 Ausstellung „MehrWert? GleichWert!"
Z11.3 Elternschaft von Menschen mit Behinderungen

Z11.1 Fachveranstaltung „Beratung für Frauen inklusiv gestalten - Schritte in die Zukunft"

Kommunale Frauenbüros, Gleichstellungs- und Frauenberatungsstellen sind Anlaufstellen für alle Frauen in Krisen- und Problemsituationen: für junge wie alte Frauen, für Mütter, Frauen mit Migrationshintergrund oder auch für Frauen mit unterschiedlichen Behinderungen. Allerdings nehmen aktuell nur zu wenige Frauen mit Behinderungen die Angebote der Gleichstellungsstellen, der Fachberatungsstellen oder Frauenhäuser in Anspruch. Auch auf Seiten der Angebote bestehen zum Teil noch Unsicherheiten in Bezug auf Frauen mit Behinderungen.

In einer Fachtagung am 21. März 2019 reflektierte der LVR in Kooperation mit dem LWL die derzeitige Situation der Beratungslandschaft für Frauen in NRW und sensibilisierte für die Belange von Frauen mit Behinderungen. Es wurden gute Beispiele aus der Praxis vorgestellt und in verschiedenen Workshops Kenntnisse und praktische Fähigkeiten für die Beratung von Frauen mit Behinderungen vermittelt. Der LVR gestaltete die Veranstaltung gemeinsam mit dem Dachverband der autonomen Frauenberatungsstellen NRW e.V. und dem Netzwerk Frauen und Mädchen mit Behinderung NRW.

Z11.2 Ausstellung „MehrWert? GleichWert!"

Im Landeshaus des LVR war von Ende Februar bis Ende März 2019 die Ausstellung „MehrWert? GleichWert!" sehen.

Gezeigt wurden Fotografien und Geschichten von Mädchen und Frauen unterschiedlicher Identitäten und Lebensentwürfe. Mit dem provokanten Titel spielte die Ausstellung ganz bewusst mit gesellschaftlichen Vorurteilen und medial geprägten Klischees und regte die Ausstellungsgäste zum Denken an.

Die Ausstellungsmacherinnen vom Verein „Holla" wollen mit der Schau Körperbildnormierungen, Klischees und Vorurteile aufdecken und hinterfragen. Auf Augenhöhe stellen die Mädchen und Frauen auf den Bildern verschiedenste Charaktere mit vielfältigen Biographien dar.

Das Ziel ist es, Privilegien und Diskriminierungen sichtbar zu machen und aktiv zu hinterfragen. Die Botschaft: Unterschiede bereichern unsere Gesellschaft und machen sie erst zu einem bunten und vielfältigen Ort.

Z11.3 Elternschaft von Menschen mit Behinderungen

Im Berichtsjahr 2019 hat der LVR weiter das Modell des Vereins MOBILE – Selbstbestimmtes Leben Behinderter e.V. „Entwicklung von Leitlinien zu Qualitätsmerkmalen Begleiteter Elternschaft in Nordrhein-Westfalen" begleitet (vgl. Maßnahme Z11.4 im Jahresbericht „Gemeinsam in Vielfalt 2019"). Neben der Mitarbeit in Projektbeirat beteiligte sich der LVR u.a. an Planungstreffen in der Modellregion „Rheinisch-Bergischer-Kreis".

Im Landesrahmenvertrag zu den Leistungen der Eingliederungshilfe nach dem SGB IX wurde im Berichtsjahr ein eigener Absatz zur Qualifizierten Elternassistenz aufgenommen.

ZIELRICHTUNG 12
Vorschriften und Verfahren im LVR systematisch untersuchen und anpassen

Worum geht es im Kern bei dieser Zielrichtung?

Zielrichtung 12 verweist darauf, dass die Vorschriften und Verwaltungsverfahren des LVR mittelbare oder unmittelbare Auswirkungen für Menschen mit Behinderungen entfalten können. Der LVR muss daher sicherstellen, dass die Regelungen, Vorschriften und Weisungen, die er aufgrund seiner Kompetenzzuweisung erlassen hat, mit den Vorgaben der BRK vereinbar sind, insbesondere mit Blick auf das Diskriminierungsverbot nach Artikel 4, Absatz 1 BRK.

Welche zentralen Maßnahmen und Aktivitäten wurden im LVR zur Erreichung dieser Zielrichtung ergriffen?

Viele der bereits beschriebenen Aktivitäten zur Umsetzung der Zielrichtungen des LVR-Aktionsplans betreffen letztlich Vorschriften und Verfahren des LVR. Diese Aktivitäten wurden in der Regel einer Zielrichtung zugeordnet, die ihre primäre inhaltliche Zielstellung abbildet. Die hier ergänzend beschriebenen Aktivitäten konzentrieren sich auf die Anpassung von Vorschriften oder Verfahren und/oder die Verbesserung der empirischen Datenlage im engeren Sinne.

Überblick:

Z12.1	Anbindung der Geschäftsstelle Anregungen und Beschwerden an die Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden
Z12.2	Begleitung der zweiten Staatenprüfung Deutschlands
Z12.3	Neue Gebrauchsanweisung zum LVR - Inklusionsplan
Z12.4	Abschluss eines neuen Landesrahmenvertrags NRW
Z12.5	Abschluss einer neuen Rahmenvereinbarung über die Leistungen der Eingliederungshilfe und der Sozialhilfe
Z12.6	Abschluss der Landesrahmenvereinbarung Frühförderung
Z12.7	Regionales Beratungsangebot nach § 106 SGB IX
Z12.8	Modellprojekte zur Erprobung des Bundesteilhabegesetzes
Z12.9	Projekt zum Bundesteilhabegesetz im LVR-Dezernat Klinikverbund und Verbund Heilpädagogischer Hilfen
Z12.10	Fortsetzung des „NRW-Weg" für Menschen mit besonders hohem Unterstützungsbedarf im WfbM auch nach Einführung des BTHG

Z12.1 Anbindung der Geschäftsstelle Anregungen und Beschwerden an die Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden

Beschwerden sind wichtig. Sie helfen dem LVR seine Arbeit stetig zu verbessern – ganz im Sinne des Leitgedankens „Qualität für Menschen". Zudem geben sie den Menschen, mit denen der LVR in Kontakt steht, die Möglichkeit bedeutende und höchstpersönliche Kritik zu äußern: Mit einer Beschwerde können sie darauf hinweisen, dass sie sich in ihren grundlegenden (Menschen-)Rechten durch den LVR verletzt fühlen.

Dies kann zum Beispiel die Achtung ihrer Freiheitsrechte im Rahmen der Behandlung in einer LVR-Klink betreffen, wenn es um Themen wie Medikation, Zwangsbehandlung oder Ausgang im Rahmen einer geschlossenen Unterbringung geht. Ebenso wichtig sind Themen wie die Sicherstellung des Selbstbestimmungsrechts im Rahmen der Eingliederungshilfe.

Der LVR trägt Verantwortung in vielen sensiblen Lebenslagen von sehr vielen Menschen im Rheinland. Dies gilt insbesondere auch für Menschen mit Behinderungen. Der LVR setzt seit 2014 mit seinem Aktionsplan „Gemeinsam in Vielfalt" die UN-Behindertenrechtskonvention (BRK) nachhaltig um. Der Umsetzungsprozess in Deutschland wird von einem internationalen Fachausschuss der Vereinten Nationen in Genf regelmäßig überprüft. 2015 wurden von dort aus die Bedeutung unabhängiger Beschwerdemöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen ausdrücklich bestätigt.

Vor diesem Hintergrund hat LVR-Direktorin Ulrike Lubek entschieden, die Geschäftsstelle für Anregungen und Beschwerden (auch bekannt als „Zentrales Beschwerdemanagement", kurz ZBM), die seit 2010 im Fachbereich 06 angesiedelt war, ab März der (bisherigen) LVR-Stabsstelle Inklusion und Menschenrechte zuzuordnen. Das erfahrene Team des ZBM bleibt ebenso unverändert wie die eigenständige, unabhängige Bearbeitung von Anregungen und Beschwerden.

Gemeinsam mit Herrn Woltmann und Frau Henkel aus der Anlauf- und Koordinierungsstelle nach Art. 33 BRK (auch „Focalpoint" genannt) wird nun dieser zentrale Beschwerdeweg in der ZV (weitere Verfahren sind in den Einrichtungsverbünden des LVR vorhanden) und das zentrale jährliche Berichtswesen über Beschwerden im LVR für den Verwaltungsvorstand weiterentwickelt und gestärkt.

Gleichzeitig wird die Schnittstelle zu den beiden parallelen Projekten zur sog. Integrierten Beratung (Sozialräumliche Erprobung und digitales Serviceportal) sichergestellt.

Z12.2 Begleitung der zweiten Staatenprüfung Deutschlands

Im April 2015 wurde Deutschland als Vertragsstaat der UN-Behindertenrechtskonvention (BRK) erstmals durch den internationalen **UN-Fachausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen** in Genf geprüft. Im Ergebnis wurden sog. Abschließende Bemerkungen veröffentlicht. Die Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden hat diese systematisch und transparent ausgewertet (vgl. die interne Follow-up-Berichterstattung sowie Maßnahme Z12.1 im Jahresbericht „Gemeinsam in Vielfalt 2019").

Im Jahr 2018 hat ein neuer Prüfungszyklus begonnen. Am 21. September 2018 hat der UN-Fachausschuss eine **Fragenliste** („List of Issues") veröffentlicht. In der Fragenliste wird die Bundesregierung um nähere Informationen zur Umsetzung vieler Artikel der BRK gebeten. Die Liste umfasst insgesamt 36 Fragen. Fragen, die die Zuständigkeiten des LVR berühren, hat die Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden in Vorlage-Nr. 14/3081 dargestellt.

Anhand der Fragenliste lassen sich für den LVR relevante Themen identifizieren, bei denen aus Sicht des UN-Fachausschusses Umsetzungsdefizite der UN-Behindertenrechtskonvention vermutet werden. Zentrale Themen wurden daher bereits in den Arbeitsgruppen beim 2. LVR-Dialog Inklusion und Menschenrechte am 6. Dezember 2018 in Köln diskutiert.

Am 17. Juli 2019 wurde durch das Bundeskabinett der (sog. zweite und dritte) **Staatenbericht zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention** beschlossen. Dieser neue Staatenbericht umfasst die Antwort der Bundesregierung auf die Fragen des UN-Fachausschusses. Im Vorfeld der Erstellung des Staatenberichtes hat die Bundesregierung über die Focal Points der Länder ein Beteiligungsverfahren durchgeführt. Wie bereits beim ersten Prüfungszyklus erhielt der LVR über die Landesregierung NRW Gelegenheit, dem Bericht der Bundesregierung zuzuarbeiten.

Die Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden hat die Antworten der Bundesregierung im neuen Staatenbericht zu ausgewählten Themenbereichen ausgewertet, die den LVR in seiner Zuständigkeit in besonderer Weise berühren (vgl. Vorlage-Nr. 14/3544).

Z12.3 Neue Gebrauchsanweisung zum LVR-Aktionsplan

Der LVR-Aktionsplan zur Umsetzung der BRK ist kein Maßnahmenkatalog, sondern beschreibt vielmehr ein strategisches Vorgehen. Dieses erklärt sich nicht von alleine.

Im März 2015 wurde daher eine erste „Gebrauchsanweisung" zum Aktionsplan veröffentlicht. Zwischenzeitlich wurden zahlreiche Erfahrungen mit dem Aktionsplan gesammelt und Umsetzungsstrategien erprobt. Auch Begriffe und Definitionen haben sich weiterentwickelt. Daher ist im Januar 2019 eine neue (digitale) Gebrauchsanweisung online gegangen. Sie gibt Hinweise für den Umgang mit dem Aktionsplan nach innen wie nach außen und wird bei Bedarf kontinuierlich angepasst.

➔ Mehr erfahren: www.inklusion.lvr.de

Hintergrund: „Großbaustelle Bundesteilhabegesetz"

Der nordrhein-westfälische Landtag hat am 11. Juli 2018 das Ausführungsgesetz zum Bundesteilhabegesetz verabschiedet. Damit werden zukünftig alle Fachleistungen für erwachsene Menschen mit Behinderungen bei den Landschaftsverbänden angesiedelt. Zudem übernehmen die Landschaftsverbände ab 2020 die Zuständigkeit für die Unterstützungsangebote für Kinder mit Behinderungen in Kindertagesstätten, Kindertagespflege und Frühförderung.

Das Ausführungsgesetz ist rückwirkend zum 1. Januar 2018 in Kraft getreten. Die Übertragung der neuen Zuständigkeiten erfolgt jedoch erst zum 1. Januar 2020.

Das Bundesteilhabegesetz betrifft den LVR in nahezu allen Bereichen, sowohl in seiner Rolle als Leistungsträger (insb. Dezernate Soziales und Kinder, Jugend und Familie) als auch als Leistungserbringer (insb. Dezernat Klinikverbund und Verbund Heilpädagogischer Hilfen). Daher das BTHG den LVR auch im Berichtsjahr 2019 intensiv beschäftigt.

*Im Folgenden werden **ausgewählte Aktivitäten** skizziert, die mit neuen oder veränderten Verfahren einhergehen.*

Z12.4 Abschluss eines neuen Landesrahmenvertrags NRW

Im Juli 2019 wurde ein neuer Landesrahmenvertrag über die Leistungen der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen in Nordrhein-Westfalen von den Landschaftsverbänden Rheinland (LVR) und Westfalen-Lippe (LWL), den kommunalen Spitzenverbänden (Städtetag NRW, Landkreistag NRW, Städte- und Gemeindebund NRW), den Wohlfahrtsverbänden sowie den öffentlichen und privat-gewerblichen Leistungsanbietern unterzeichnet. Die Vereinbarung regelt den Rahmen für die Unterstützungsleistungen für zirka 250.000 Menschen mit wesentlichen Behinderungen in Nordrhein-Westfalen ab 2020 (vgl. Maßnahme Z12.2 im Jahresbericht „Gemeinsam in Vielfalt 2019").

Eine neue Vereinbarung war notwendig geworden, weil zum 1. Januar 2020 die Reform der Eingliederungshilfe als dritte Stufe des Bundesteilhabegesetzes in Kraft tritt. Hintergrund des Gesetzes ist die UN-Behindertenrechtskonvention, die als Ziele mehr Selbstbe-

stimmung und Teilhabe sowie das Recht auf individuelle Leistungen für Menschen mit Behinderungen in den Mittelpunkt stellt. Dies setzt der neue Vertrag um.

Der Unterstützungsbedarf für Menschen mit Behinderungen wird künftig individuell ermittelt und nach einem einheitlichen System unabhängig von der Wohnform erbracht und finanziert. Insbesondere für Menschen, die in bisherigen Wohneinrichtungen leben und unterstützt werden, soll dies einen Zugewinn an Selbstbestimmung und eine stärker am individuellen Bedarf und Wunsch ausgerichtete Leistung bringen. Weitere Neuerungen sind die Regelungen zu Qualitäts- und Wirtschaftlichkeitsprüfungen beispielsweise in Werkstätten, die einem besseren Schutz der leistungsberechtigten Menschen mit Behinderungen dienen.

Die Sozial- und Selbstvertretungsverbände als Interessenvertretung für die Menschen mit Behinderungen haben sich aktiv in die Verhandlungen eingebracht.

Z12.5 Abschluss einer neuen Rahmenvereinbarung über die Leistungen der Eingliederungshilfe und der Sozialhilfe

Im Berichtsjahr 2019 wurde eine neue Rahmenvereinbarung der Landschaftsverbände und der Kommunalen Spitzenverbände über die Leistungen der Eingliederungshilfe und der Sozialhilfe erfolgreich verabschiedet (vgl. Vorlage-Nr. 14/3405). Die Rahmenvereinbarung ist zum 1. Januar 2020 in Kraft getreten und gilt zunächst für fünf Jahre (vgl. Maßnahme Z12.3 im Jahresbericht „Gemeinsam in Vielfalt 2019“).

Z12.6 Abschluss der Landesrahmenvereinbarung Frühförderung

Im Berichtsjahr 2019 ist es gelungen, die 2018 begonnenen Verhandlungen für eine Landesrahmenvereinbarung zur Umsetzung der Verordnung zur Früherkennung und Frühförderung behinderter und von Behinderung bedrohter Kinder zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen (vgl. Maßnahme Z12.4 im Jahresbericht „Gemeinsam in Vielfalt 2019“).

Die Landesrahmenvereinbarung wurde im September 2019 durch die Landschaftsverbände Westfalen-Lippe (LWL) und Rheinland (LVR), die Freie Wohlfahrtspflege und die gesetzlichen Krankenkassen/-verbände unterzeichnet. Die Vereinbarung schafft ab 2020 verlässliche und einheitliche Rahmenbedingungen für alle Beteiligten und beinhaltet verbindliche Vorgaben für die Frühförderung von allen Vorschulkindern in NRW, die von Behinderung bedroht sind oder eine Behinderung haben. Zur interdisziplinären Frühförderung gehören beispielsweise heilpädagogische Leistungen und medizinisch-therapeutische Behandlungen wie Physio-, Sprach- und Ergotherapie.

Die Vereinbarung war notwendig geworden, weil zum 1. Januar 2020 die Reform der sogenannten Eingliederungshilfe als dritte Stufe des neuen Bundesteilhabegesetzes (BTHG) in Kraft trat. Hintergrund des Gesetzes ist die UN-Behindertenrechtskonvention, die als Ziele mehr Selbstbestimmung und Teilhabe sowie das Recht auf individuelle Leistungen für Menschen mit Behinderungen in den Mittelpunkt stellt.

Z12.7 Regionales Beratungsangebot nach § 106 SGB IX

Im Berichtsjahr 2018 hat der LVR ein Rahmenkonzept beschlossen, wie zukünftig ein regional verankertes Angebot der Beratung und Unterstützung (nach § 106 SGB IX n.F.) durch den LVR als Träger der Eingliederungshilfe aussehen soll. Dieses Rahmenkonzept sieht auch eine Weiterentwicklung der Kontakt-, Koordinierungs- und Beratungsstellen (KoKoBe) und die Berücksichtigung von Peer Counseling vor.

Im Gesamtplan- bzw. Teilhabeplanverfahren nach dem BTHG übernehmen zukünftig ab 2020 LVR-eigene Mitarbeitende die Bedarfsermittlung für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen. Für den Personenkreis der erwachsenen Menschen mit Behinderungen wird das bisherige Modell der kooperativen Bedarfsermittlung weiterentwickelt: Die Bedarfserhebung bei Erstanträgen soll mittelfristig und bei ausreichenden Personalressourcen durch Mitarbeitende des LVR erfolgen. Die Bedarfserhebung bei Folgeanträgen wird weiterhin durch die Leistungsanbieter durchgeführt (vgl. Vorlage-Nr. 14/2893).

Im Berichtsjahr 2019 wurde in den 26 Mitgliedskörperschaften des LVR die Standortsuche für die Beratung vor Ort gestartet. An den jeweiligen Standorten wollen Dezernat 4 und 7 gemeinsam unter einem Dach beraten. Die Mitgliedskörperschaften und Kooperationspartner wie KoKoBe, SPZ, EuTB, u.a. zeigten eine hohe Kooperationsbereitschaft, so konnten bis Ende 2019 bereits in vielen Mitgliedskörperschaften Beratungsstandorte gefunden werden.

Darüber hinaus wurde ein Fortbildungscurriculum für die Mitarbeitenden verabschiedet. In Dezernat 4 wurde im Berichtsjahr 2019 eine Schulungsreihe bereits durchgeführt. Für Dezernat 7 starten die Schulungen die Schulungen für die Fallmanager*innen Anfang 2020. Die Schulungen werden je nach Bedarf mit internen und externen Fachreferent*innen ausgestaltet.

Z12.8 Modellprojekte zur Erprobung des Bundesteilhabegesetzes

Im Dezernat Soziales laufen seit 2018 zwei Projekte im Rahmen der modellhaften Erprobung des BTHG:

- Das erste Projekt, für das der LVR die Förderzusage des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) erhalten hat, ist ein gemeinsames Verbundprojekt mit dem LWL. Es trägt den Abkürzungsnamen „**TexLL**" und betrifft folgende Regelungsbereiche: Trennung der existenzsichernden Leistungen von den Fachleistungen, Ausgestaltung der Assistenzleistungen (§ 78 SGB IX), Zumutbarkeit und Angemessenheit (§ 104 SGB IX), gemeinsame Leistungserbringung (§ 116 SGB IX). Ziel ist die Entwicklung eines einheitlichen Leistungs- und Finanzierungssystems unabhängig von der Wohnform (vgl. Vorlage-Nr. 14/2463).

  Im Berichtsjahr 2019 hat das Projekt TexLL LVR in Absprache mit dem Projekt TexLL LWL eine modulare Bearbeitung vereinbart, da unter Berücksichtigung der diversen landesteiligen Gegebenheiten in der Anbieterlandschaft und im praktischen Verwaltungshandeln eine höhere Effizienz erzielt werden kann. Mit einem Leistungserbringer konnte in 2019 die durch den Landesrahmenvertrag NRW vereinbarte neue Finanzierungs- und Leistungssystematik in ersten Teilschritten erprobt werden und wird in 2020 mit drei weiteren Leistungserbringern fortgeführt.

- Das zweite Modellprojekt „**NePTun** – Neue Grundlagen von Pflege und Teilhabe – Instrument zur Abgrenzung von Eingliederungshilfe- und Pflegeleistungen" des LVR beschäftigt sich mit den Schnittstellen zwischen Eingliederungshilfe, Leistungen der Pflegeversicherung und Hilfe zur Pflege und den damit zusammenhängenden Einkommens- und Vermögensanrechnungen (vgl. Vorlage-Nr. 14/3417).

  Im Jahr 2019 hat das Projektteam nach der Aufarbeitung der rechtlichen Grundlagen zunächst einen theoretischen Rahmen entwickelt, aus dem anschließend Kriterien zur Differenzierung der personellen Hilfen in den beiden Systemen Pflege und Eingliederungshilfe abgeleitet wurden. Diese Kriterien sind anhand von rund 50 leitfadengestützten Interviews mit Leistungsberechtigten auf Tauglichkeit und Praktikabilität getestet worden. Daneben befasst sich das Modellprojekt zudem mit den Auswirkungen, die sich aus der Einführung des „Lebenslagenmodells" nach § 103 Abs. 2 SGB IX (n.F.) auf den Verwaltungsvollzug, die Bewilligungspraxis und die Einkommenssituation der Betroffenen ergeben.

Z12.9 Projekt zum Bundesteilhabegesetz im LVR-Dezernat Klinikverbund und Verbund Heilpädagogischer Hilfen

Das BTHG und seine Auswirkungen prägte ebenfalls das Dezernat Klinikverbund und Verbund Heilpädagogischer Hilfen als Träger von Einrichtungen der Eingliederungshilfe im Jahr 2019. Das im Jahr 2018 gestartete Projekt zur Umsetzung des BTHG, welches die verschiedenen betroffenen Bereiche des Dezernats sowie der dazugehörigen Einrichtungen begleitet, war im Berichtszeitraum u.a. intensiv mit den Vorbereitungen zur Umsetzung der dritten Reformstufe zu Jahresbeginn 2020 befasst.

Mit der Verabschiedung des Landesrahmenvertrag NRW nach §131 SGB IX konnte ab Mitte des Jahres die nötige Neugestaltung der Wohn- und Betreuungsverträge konkretisiert und bis Ende des Jahres umgesetzt werden. Für die sachgerechte Ausstellung der neu gefassten Verträge sowie die Erfüllung der Anforderungen des BTHG an die neu geordnete Leistungserbringung mussten eine Vielzahl von weiteren Aufgaben in den LVR-HPH-Netzen sowie den Abteilungen für Soziale Rehabilitation an den LVR-Kliniken bewältigt werden. Bestehende Arbeitsprozesse mussten den neuen Anforderungen angepasst, aber auch zum Teil neue Themen und Arbeitsinhalte in den Betreuungsangeboten und der Verwaltung eingeführt werden. Mitarbeitende, rechtliche Vertretungen sowie Angehörige wurden regelmäßig über die Veränderungen informiert. Die Nutzer*innen-Beiräte wurden im Rahmen ihrer Mitwirkungsaufgabe nach dem Wohn- und Teilhabegesetz einbezogen. Ebenso wurde Material in Leichter Sprache zu den anstehenden Veränderungen erarbeitet, um dieses in der Arbeit der Nutzer*innen-Beiräte sowie für alle interessierten Kund*innen und Klient*innen in den Angeboten einzusetzen.

Durch die Arbeitsgruppen in der Projektstruktur, regelmäßige Vorträge in den Leitungskonferenzen der LVR-getragen Einrichtungen sowie Fortbildungsangebote in der LVR-Akademie für seelische Gesundheit wurden regelmäßig Informationen zum BTHG, dessen Umsetzungsstand sowie notwendigen Handlungsbedarf vermittelt. Der hierbei entstandene dialogische Austausch wurde intensiv genutzt, um weitergehende Fragestellungen zu identifizieren und somit eine möglichst umfassende Bearbeitung des Themas sicherzustellen.

Neben der Vorbereitung der sog. Trennung der Leistung zum Jahr 2020 wurden im Projekt ebenso unter anderem die Weiterentwicklung der Kontakt-, Koordinierungs- und Beratungsstellen (KoKoBe) für erwachsene Menschen mit geistiger Behinderung (vgl. Maßnahme Z1.5) sowie das SPZ-Weiterentwicklungsprojekt begleitet. Auch die Auswirkungen des BTHG auf das Behandlungs- und Therapiegeschehen im Bereich des Maßregelvollzugs an den LVR-Kliniken wurde bearbeitet.

Im Rahmen der Verhandlungen zum Landesrahmenvertrag NRW (siehe auch Maßnahme Z12.5) vertraten Mitarbeitende des Dezernates die Interessen der öffentlichen Leistungserbringer in der Ausgestaltung der Rahmenbedingung der zukünftigen Eingliederungshilfe in NRW.

Z12.10 Fortsetzung des „NRW-Weges" für Menschen mit besonders hohem Unterstützungsbedarf in Werkstätten (WfbM) nach Einführung des BTHG

In NRW hat man schon früh die Entscheidung getroffen, auch Menschen mit hohem und/oder besonderem Unterstützungsbedarf den Zugang zur Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) zu ermöglichen, sofern ein Mindestmaß an aktiver und zielgerichteter Handlungsfähigkeit vorliegt (NRW-Weg). Dieser Personenkreis wird in anderen Bundesländern in Tagesförderstätten betreut.

Mit der Einführung des BTHG zum 01.01.2018 hat der Gesetzgeber in § 58 Abs. 1 Satz 2 SGB IX jedoch die Anforderungen an die Aufnahme in den Arbeitsbereich einer WfbM mit der Folge konkretisiert, dass Menschen mit sehr hohem und/oder sehr besonderem Unterstützungsbedarf der direkte Zugang zum Arbeitsbereich einer WfbM verwehrt ist.
In NRW bestand von Beginn an bei allen Beteiligten die große Bereitschaft, den sehr erfolgreichen NRW-Weg auch für diesen Personenkreis weiterzuentwickeln und eine tragfähige Lösung zu finden.

Im Berichtsjahr 2019 konnte unter Federführung des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales in NRW eine Rahmenvereinbarung abgestimmt werden. Danach konzipieren die WfbM ein auf diesen besonderen Personenkreis zugeschnittenes und auf drei Monate bezogenes Bildungsangebot, das mit der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit (BA) abzustimmen und nach erfolgter Anerkennung umzusetzen ist. Im Anschluss an dieses passgenaue berufliche Bildungsangebot kann dann die Übernahme in den Arbeitsbereich als Leistung der Eingliederungshilfe in Kostenträgerschaft der Landschaftsverbände erfolgen (vgl. Vorlage-Nr. 14/3718).

Diese Regelungen beziehen sich sowohl auf die Tätigkeit in einer WfbM als auch bei sog. anderen Leistungsanbietern.

In Zahlen

In diesem Bericht wurden für das Berichtsjahr 2019 insgesamt **70 Aktivitäten** bzw. Maßnahmenbündel dokumentiert, die direkt oder indirekt einen Beitrag zu den Zielrichtungen des LVR-Aktionsplans darstellen.

Der Bericht wirft gezielt Schlaglichter auf die Aktivitäten des LVR und stellt diese einer kritischen Würdigung durch Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft im Kontext der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention bereit (Monitoring-Funktion).

Die bedeutsame Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes spiegelt sich im Berichtsjahr 2019 deutlich insbesondere in den Zielrichtungen 2 (Personenzentrierung), 10 (Kindeswohl) und 12 (Verfahren und Vorschriften) wieder.

Zielrichtung	**Anzahl der Aktivitäten im Berichtsjahr 2019**	Zum Vergleich			
		Berichtsjahr 2018	Berichtsjahr 2017	Berichtsjahr 2016	Berichtsjahr 2015
Aktionsbereich 1: Selbstvertretung und Personenzentrierung					
ZIELRICHTUNG 1	**8**	7	7	8	6
ZIELRICHTUNG 2	**10**	10	22	27	29
ZIELRICHTUNG 3	**1**	1	1	3	2
Aktionsbereich 2: Zugänglichkeit					
ZIELRICHTUNG 4	**7**	6	4	10	10
ZIELRICHTUNG 5	**2**	2	2	4	6
ZIELRICHTUNG 6	**4**	2	3	4	3
ZIELRICHTUNG 7	**-**	1	1	2	3
ZIELRICHTUNG 8	**1**	2	6	5	3
Aktionsbereich 3: Menschenrechtsbildung					
ZIELRICHTUNG 9	**15**	17	11	17	12
ZIELRICHTUNG 10	**9**	2	2	3	1
ZIELRICHTUNG 11	**3**	4	4	3	3
Aktionsbereich 4: Menschenrechtsschutz durch Verwaltungshandeln					
ZIELRICHTUNG 12	**10**	10	2	4	8
Insgesamt	**70**	64	65	90	86

Die Direktorin des Landschaftsverbandes Rheinland

Qualität für Menschen

Vorlage Nr. 14/3990

öffentlich

Datum: 20.04.2020
Dienststelle: LVR-Direktorin
Bearbeitung: Herr Woltmann/Herr Eichmüller

Schulausschuss	**04.05.2020**	**empfehlender Beschluss**
Sozialausschuss	**05.05.2020**	**empfehlender Beschluss**
Gesundheitsausschuss	**15.05.2020**	**empfehlender Beschluss**
Landesjugendhilfeausschuss	**28.05.2020**	**empfehlender Beschluss**
Ausschuss für Inklusion	**04.06.2020**	**Beschluss**

Tagesordnungspunkt:

Integrierte Beratung: Bericht zum Stand der beiden Projekte zur sozialräumlichen Erprobung und zum Webportal „LVR-Beratungskompass"

Beschlussvorschlag:

Der Umsetzungsstand der beiden LVR-Projekte (Sozialräumliche Erprobung und digitaler Beratungskompass), die auf der Grundlage der beschlossenen "Leitidee" und der "Eckpunkte" zur Integrierten Beratung entwickelt wurden, wird gemäß Vorlage Nr. 14/3990 zur Kenntnis genommen und dem beschriebenen weiteren Vorgehen zugestimmt.

UN-Behindertenrechtskonvention (BRK):

Diese Vorlage berührt eine oder mehrere Zielrichtungen des LVR-Aktionsplans zur Umsetzung der BRK.	ja

Gleichstellung/Gender Mainstreaming:

Diese Vorlage berücksichtigt Vorgaben des LVR-Gleichstellungsplans 2020.	nein

Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt (lfd. Jahr):

Produktgruppe:	
Erträge: Veranschlagt im (Teil-)Ergebnisplan	Aufwendungen: /Wirtschaftsplan
Einzahlungen: Veranschlagt im (Teil-)Finanzplan Bei Investitionen: Gesamtkosten der Maßnahme:	Auszahlungen: /Wirtschaftsplan
Jährliche ergebniswirksame Folgekosten:	
Die gebildeten Budgets werden unter Beachtung der Ziele eingehalten	

L U B E K

Worum geht es hier?

In leichter Sprache

Der LVR hat viele Aufgaben.



Eine besonders wichtige Aufgabe ist:
Menschen mit Behinderungen beraten.

Der LVR will die Menschen mit Behinderungen
im Rheinland **noch besser** beraten.



Beratung soll **einfach da** sein, wo die Menschen leben.
Beratung soll die Menschen noch **stärker**
und freier machen.

Kinder und Jugendliche brauchen
besondere Beratung und Unterstützung.



Alle wichtigen Informationen für Menschen
mit Behinderungen sollen auch gut im **Internet**
zu finden sein.

Haben Sie Fragen zu diesem Text?
Dann können Sie beim LVR in Köln anrufen:
0221-809-2202



Der Zusatztext in leichter Sprache soll zum einen die Verständlichkeit der Vorlage insbesondere für Menschen mit Lernschwierigkeiten konkret verbessern, zum anderen für die Grundsätze der Zugänglichkeit und Barrierefreiheit im Bereich Information und Kommunikation im Sinne der Zielrichtungen 6 und 8 des LVR-Aktionsplans zur UN-Behindertenrechtskonvention sensibilisieren.

Mit der Telefonnummer 0221-809-2202 erreicht man die zentrale Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte - Beschwerden (00.300). Sie gibt oder vermittelt bei Bedarf gern weitere Informationen.

Bilder: © Reinhild Kassing.

Zusammenfassung

Mit dieser Vorlage wird über die erste Phase der beiden **Projekte zur Integrierten Beratung** berichtet, die gemäß der sog. „Eckpunkte"-Vorlage Nr. 14/2746 durch Beschluss des Landschaftsausschusses am 09.07.2018 auf den Weg gebracht wurden.

Es handelt sich hierbei um folgende Projekte:

A. Sozialräumliche Erprobung Integrierte Beratung (SEIB)
B. Digitales Webportal (jetzt: „LVR-Beratungskompass")

Zu **A.** werden die **vier Teilprojekte** „BTHG 106+", „Fachberatung Kindeswohl und Kinderrechte", „Peer-Bildungsberatung" und „Integrierte Beratung in der psychiatrischen Versorgung" und deren Bündelung in einer **Gesamtprojektstruktur** vorgestellt.

Die Themen **Sozialraumstrategie, Partizipation, Selbstbestimmung und Unterstützung insbesondere von Kindern und Jugendlichen** mit Behinderungen und psychischen Erkrankungen sind dezernatsübergreifend erkennbar.

Zu **B.** wird der aktuelle Entwicklungsstand kurz vor der Veröffentlichung des Portals dargestellt. Es werden die Funktionen der ersten ab Mai zur Verfügung stehenden Version benannt. Weiter werden die Inhalte der nächsten Ausbaustufen im weiteren Jahresverlauf beschrieben. Ergänzend zur Vorlage ist eine Live-Präsentation des LVR-Beratungskompass in den Fachausschüssen vorgesehen.

Über den weiteren Projektverlauf wird die Verwaltung den zuständigen Fachausschüssen der 15. Landschaftsversammlung Rheinland im kommenden Jahr wieder berichten.

Begründung der Vorlage Nr. 14/3990:

Integrierte Beratung: Bericht zum Stand der beiden Projekte zur sozialräumlichen Erprobung und zum Webportal „LVR-Beratungskompass"

Gliederung

1 Einleitung 3
2 „Integrierte Beratung" als Leitidee für den LVR 4
3 Projekt A: „Sozialräumliche Erprobung Integrierte Beratung" (kurz: SEIB) 5
3.1 Projektstruktur, aktueller Sachstand 5
3.2 Teilprojekte 6
3.2.1 Teilprojekt „BTHG 106+" 6
3.2.2 Teilprojekt „Fachberatung Kindeswohl und Kinderrechte" 8
3.2.3 Teilprojekt „Peer-Bildungsberatung" 9
3.2.4 Teilprojekt „Integrierte Beratung in der psychiatrischen Versorgung" 10
3.3 Ausblick SEIB 11
4 Projekt „LVR-Beratungskompass" (ehemals: Webportal Integrierte Beratung) 12
5 Weiteres Verfahren 13

1 Einleitung

Mit dieser Vorlage wird erstmals über die wesentlichen Entwicklungen und ersten Ergebnisse der beiden **Projekte zur Integrierten Beratung** berichtet, die gemäß der sog. „**Eckpunkte"-Vorlage Nr. 14/2746** durch Beschluss des Landschaftsausschusses am 09.07.2018 auf den Weg gebracht wurden.

Es handelt sich hierbei um folgende Projekte:

A. **Sozialräumliche Erprobung Integrierte Beratung (SEIB)**
B. **Digitales Webportal (jetzt: „LVR-Beratungskompass")**

Dem Beschluss gingen ausführliche Diskussionen in Politik und Verwaltung voraus, die sich mit der nachhaltigen strukturellen Verbesserung der Beratung und Information von Kundinnen und Kunden des LVR bzw. leistungsberechtigten Menschen befassten. Die **politisch formulierte Herausforderung** im sog. Haushaltsbegleitbeschluss der Landschaftsversammlung Rheinland gemäß Antrag 14/140 bezog sich diesbezüglich insbesondere auf eine **stärkere Koordination und Vernetzung der Beratungsleistungen**.

Als ein mögliches Vorgehen wurde eine „neuartige Präsenz" des LVR in den Mitgliedskörperschaften unter dem Stichwort „Beratungshäuser" angedacht, in denen eine „ganzheitliche Beratung" der Personen erfolgen solle.

Die Verwaltung skizzierte gemäß Vorlage Nr. 14/2242 vom 28.11.2017 eine **„Leitidee" zur Integrierten Beratung für den LVR**. Aus dieser wurden die beiden Projekte entwickelt, über die im Folgenden zu berichten ist.

Es zeichnet sich ab, dass die sozialräumliche Erprobung der integrierten Beratung und die Entwicklung des Webportals Vorhaben mit **Innovationspotential** für den gesamten Verband aufweisen. Sie gestalten und intensivieren modellhaft Formen der dezernatsübergreifenden Zusammenarbeit bzw. sind „das" Pilotprojekt zur Digitalisierung im LVR.

Die „Organisationsentwicklung" des LVR ist jedoch nur Mittel zum Zweck. Vor dem Hintergrund des Aufgabenprofils des LVR muss die **Stärkung der selbstbestimmten Teilhabe von Menschen mit Behinderungen im Rheinland** und der LVR-Aktionsplan „Gemeinsam in Vielfalt" zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Fokus stehen. Hierfür sollen die Projekte wichtige Beiträge leisten.

2 „Integrierte Beratung" als Leitidee für den LVR

Im Sinne des personenzentrierten Ansatzes wurde eine integrierte Beratung gemäß Vorlage Nr. 14/2242 dadurch gekennzeichnet, dass das gesamte Beratungsgeschehen fachlich-inhaltlich **auf die ratsuchende Person zugeschnitten** wird. Die persönliche Lebenssituation, der individuelle Bedarf sowie die spezifischen Kommunikations- und Mitwirkungsmöglichkeiten sind konsequent zu berücksichtigen.

Für die Ratsuchenden besteht der Hauptvorteil darin, dass sie idealerweise **Beratung aus einer Hand** erfahren und somit schneller und effektiver die Unterstützung erhalten können, die sie tatsächlich brauchen.

Auf organisatorischer Ebene zeichnet sich Beratung nach dieser Leitidee dadurch aus, dass die **Angebote gut miteinander vernetzt** sind, wechselseitig aufeinander verweisen können und bei Bedarf koordiniert sind, was letztlich auch **Parallel- und Doppelberatungen vermeiden** hilft.

Davon ausgehend wurde bei kritischer Betrachtung die Versäulung der **Verwaltungsgliederung** des LVR und eine nur sehr eingeschränkte zentrale **Verfügbarkeit von Informationen** und Kommunikationsdaten im LVR als relevante **Stolpersteine** identifiziert, der sich die beiden Projekte nun systematisch annehmen.

3 Projekt A: „Sozialräumliche Erprobung Integrierte Beratung" (kurz: SEIB)

3.1 Projektstruktur, aktueller Sachstand

Bereits gemäß der Vorlage Nr.14/2746 wurde festgehalten, dass der **Herausforderung** nicht allein auf der Basis theoretischer, rein konzeptioneller Überlegungen „ohne Zwischenschritt" zu einer flächendeckenden Institutionalisierung von neuen sozialräumlichen Beratungsformen begegnet werden kann.

Gegenstand dieses zwischenzeitlich „Sozialräumliche Erprobung Integrierte Beratung" genannten Projektes ist insofern die **Erarbeitung und Erprobung der inhaltlich-fachlichen und organisatorischen Voraussetzungen** für eine verbesserte Vernetzung und Kooperation des Beratungsgeschehens des LVR.

Eine **erste Projektphase** sah vor, von **Mitte 2018 bis Ende 2019** die personellen und konzeptionellen Voraussetzungen für eine **anschließende 2,5jährige Phase der Erprobung** von Beratungsformaten (zweite Projektphase 2020 bis Mitte 2022) zu schaffen. **Ende 2022** sollen die Erkenntnisse und Erfahrungen in einem **„LVR-Rahmenkonzept Integrierte Beratung"** gebündelt werden.

SEIB ist ein Entwicklungsprojekt und insofern ergebnisoffen, als dass Möglichkeiten und Grenzen der **Umsetzung der Leitidee ab 2023** aus den Kernaufgaben und Kompetenzen der beteiligten Fachdezernate heraus praktisch erprobt werden.

Gemäß Vorlage Nr. 14/2746 wurden **vier Teilprojekte** beschlossen, die nachfolgend unter der Gliederungsziffer 3.2 näher vorgestellt werden.

Für diese Teilprojekte wurden zum 01.01.2019 **Personalressourcen** im Umfang von je zwei Fachkräften (Vollzeit) bereitgestellt. Die Projektleitung wurde bei allen Teilprojekten an der Formulierung der Aufgabenprofile beteiligt und hatte umfassend Gelegenheit zur Teilnahme an den Auswahlgesprächen. Die Personalentscheidungen und die Fach- und Dienstaufsicht der **Teilprojektmitarbeitenden** obliegen im Übrigen vollständig den Fachdezernaten.

Leider stellte sich die interne wie externe **Ausschreibung** der Stellen, die **Auswahl** der Bewerber*innen und letztlich die **Besetzung** als außerordentlich **langwierig** heraus, was die konzeptionelle Feinzeichnung der Teilprojekte und die Vorbereitung der **Erprobungsphase deutlich verzögerte**: Die erste Stellenbesetzung gelang effektiv zum Mai 2019 (Dezernat Soziales) und tatsächlich werden alle acht Stellen zum ersten Mal gleichzeitig im April 2020 besetzt sein.

Mit der **Federführung für das Projekt „SEIB"** wurde der Leiter der LVR-Anlauf- und Koordinierungsstelle zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden) **im Organisationsbereich der LVR-Direktorin** beauftragt.

Die **Projektleitung** konnte ebenfalls im Mai 2019 intern administrativ verstärkt werden und führt **seit Juni 2019 monatliche Projektbesprechungen** mit den sukzessive die

Arbeit aufnehmenden Projektteams der Fachdezernate durch. Des Weiteren sind monatlich Besprechungen zwischen Projektleitung und Teilprojekt als **bilaterale Jour Fixe** eingeführt.

Die gemäß der Vorlage Nr. 14/2746 **geplante externe Evaluation** des Projektes ist konzeptionell noch nicht feingezeichnet. Die Vorüberlegungen zielten bislang auf eine Auswertung von externen „Beratungskontakten" in den Teilprojekten auf der Grundlage einer einheitlichen Basisdokumentation. Erst im weiteren Projektverlauf wird sich herausstellen, ob eine übergreifende **prozessbegleitende Fragestellung** für ein „LVR-Rahmenkonzept" sinnvoll, d.h. zielführend zu evaluieren ist.

3.2 Teilprojekte

Bereits mit den Eckpunkten gemäß Vorlage Nr. 14/2746 wurde ausgeführt, dass die zu beteiligenden **Fachdezernate unterschiedliche Perspektiven auf das Thema Beratung** von Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen mit differenzierten Aufgaben und Rollen haben. Dementsprechend wurden **jeweils eigenständige Anknüpfungspunkte** für das Projekt gewählt.

Diese sog. Teilprojekte sind quasi die **„Labore"**, aus denen heraus - ausgehend von fachlichen **„Hausaufgaben"** als bereits vorhandenen bzw. außerhalb des SEIB-Projektes begründeten fachlichen Herausforderungen - im Gesamtprojektrahmen bildlich gesprochen „aufeinander zu" gearbeitet werden soll. Die Teilprojekte sollen die **Möglichkeiten übergreifender Haltungen, Fachkonzepte und Handlungsansätze** für den LVR ausschöpfen.

Die **Breite und Heterogenität der Aufgaben des LVR** insgesamt spiegelt sich in den Teilprojekten wieder.

3.2.1 Teilprojekt „BTHG 106+"

Das **LVR-Dezernat Soziales** erprobt mit dem Teilprojekt „BTHG 106+" in drei Mitgliedskörperschaften die **bestmögliche sozialräumliche „Beratung und Unterstützung"** von Leistungsberechtigten der Eingliederungshilfe nach dem Bundesteilhabegesetz. Hierbei ist die interne Aufgabenteilung bzw. Schnittstelle zur Abteilung Transferleistungen (intern 41.20) im LVR-Dezernat Kinder, Familie und Jugend zu beachten (vgl. auch Vorlage 14/2893 „Umsetzung des BTHG beim LVR - hier: Aufbau von Beratung und Unterstützung nach § 106 SGB IX n.F. sowie Weiterentwicklung der Kontakt-, Koordinierungs- und Beratungsstellen unter Berücksichtigung von Peer Counseling" vom 21.08.2018).

Die enge Zusammenarbeit beider Dezernate findet ihren Ausdruck in **gemeinsamen regionalen Beratungsstandorten**, an denen die Beratung und Unterstützung vernetzt und abgestimmt, m.a.W. integriert, so erfolgt, dass die Selbstbestimmung und die volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Leben in der Gesellschaft im Sinne des Gesetzes gefördert werden kann.

Bei erwachsenen Menschen mit (drohender) Behinderung hält der LVR an seinem kooperativen Modell der **Bedarfsermittlung mit der freien Wohlfahrtspflege** fest - aber in modifizierter Form. Mittelfristig und ressourcenabhängig besteht die Absicht, bei Erstanträgen die **Bedarfserhebung mit dem BEI_NRW** durch eigene LVR-Mitarbeitende vorzunehmen. Folgeanträge werden wie bisher durch die Dienste der freien Wohlfahrtspflege erarbeitet.

In den Pilotregionen des Teilprojektes wird im Laufe des Jahres 2020 der **Einstieg in die Erstbedarfserhebung mit LVR-eigenen Mitarbeitenden** erfolgen, für die ein umfangreiches **Schulungsprogramm** begonnen wurde.

Als **Pilotregionen** wurden ausgewählt:

(1) Eingliederungshilfeberatung des LVR in der **Stadt Duisburg** im Amt für Soziales und Wohnen, (Konferenzzentrum „der kleine Prinz"), Schwanenstr. 5-7, 47051 Duisburg

(2) Eingliederungshilfeberatung des LVR im Oberbergischen Kreis in der Kreisverwaltung **Oberbergischer Kreis**, Amt für Soziale Angelegenheiten, Moltkestraße 42, 51643 Gummersbach

(3) Eingliederungshilfeberatung des LVR im **Rhein-Erft-Kreis** im selben Gebäude wie die KoKoBe, Südweststr. 16, 50126 Bergheim (ein Nebeneingang wird gemeinsam mit der örtlichen EUTB genutzt)

Mit dieser Auswahl wurden **eine städtische Region**, mit hoher Bevölkerungsdichte und hoher Mobilität sowie einem gut ausgebauten öffentlichen Nachverkehr **sowie zwei Flächenkreise** mit ländlicher Struktur, einer geringeren bis geringen Bevölkerungsdichte und einem weniger gut ausgebauten öffentlichen Nahverkehr ausgewählt.

Zudem waren **weitere örtliche Bedingungen ausschlaggebend** für die Wahl der drei Pilotregionen:

• Der örtlicher Träger der Eingliederungshilfe und weitere Akteure der Beratung, wie z.B. der KoKoBe-Trägerverbund, die Sozialpsychiatrischen Zentren (SPZ), die Ergänzende unabhängige Teilhabe-Beratung (EuTB), signalisieren eine hohe Kooperationsbereitschaft in Bezug auf die Beratung von Menschen mit Behinderungen.

• Die regionalen KoKoBe-Trägerverbünde beteiligen sich aktiv an der Weiterentwicklung der KoKoBe, vor allem im Hinblick auf den Aufbau der Peer-Beratung (siehe unten).

• In allen drei Gebietskörperschaften stehen ab dem 01.01.2020 Räumlichkeiten zur Verfügung, die durch Mitarbeitende der Dezernate Jugend und Soziales genutzt werden können.

- Die Pilotregionen verteilen sich auf das Rheinland:



Abb.1: Rheinlandkarte mit Pilotregionen Duisburg, Oberbergischer Kreis, Rhein-Erft-Kreis

Über den Einstieg in die Erstbedarfserhebung mit LVR-eigenen Mitarbeitenden hinaus wird in einem weiteren Arbeitspaket des Teilprojektes der modellhaft bereits entwickelte **Ansatz der Peer-Beratung mit den rheinischen Koordinations-, Kontakt- und Beratungsstellen (KoKoBe) qualitativ und quantitativ ausgebaut**.

Hiermit soll der kooperative und partizipative **Anspruch des LVR** an einer entscheidenden Stelle der Leistungen für Menschen mit Behinderungen **über die gesetzlichen Anforderungen hinausgehend** weiter profiliert und verstetigt werden (vgl. auch Vorlage Nr. 14/3362 „Fortführung und weiterer Ausbau der Peer-Beratung unter dem Dach der KoKoBe ab dem Jahr 2020" vom 03.06.2019).

3.2.2 Teilprojekt „Fachberatung Kindeswohl und Kinderrechte"

Das **LVR-Dezernat Kinder, Familie und Jugend** erprobt mit dem Teilprojekt „Fachberatung Kindeswohl und Kinderrechte" ausgehend vom prominenten **„Auftrag Kindeswohl"** nach dem Kinder- und Jugendhilferecht die Entwicklung eines inklusiven Mainstreaming-Ansatzes für Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderungen, der bereits 2014 in Zielrichtung 10 des LVR-Aktionsplans zur UN-

Behindertenrechtskonvention (BRK) angelegt wurde und sich konzeptionell somit auch mit der **UN-Kinderrechtskonvention** (KRK) befasst.

Die „KRK" hat in Deutschland übrigens dieselbe bundesgesetzliche Bedeutung wie die „BRK", das Deutsche Institut für Menschenrechte übernimmt ebenfalls das unabhängige Monitoring ihrer nationalen Umsetzung und Deutschland untersteht derselben völkerrechtlichen Überwachung (Staatenprüfungsverfahren).
Das Teilprojekt unterscheidet sich von den anderen Teilprojekten insofern, als dass **keine Umsetzung an Modellstandorten** mit Beratungsangeboten für individuelle Anliegen von Menschen im Rheinland vorgesehen ist. Das entspricht dem gesetzlichen Beratungsauftrag und –profil des Landesjugendamtes für zahlreiche Fachthemen und Aufgaben, für das ein methodisches Rahmenkonzept (Stand 2017) grundlegend ist. Vor diesem Hintergrund ist die **Fachberatung und Unterstützung von Kommunen und anderen Akteuren vor Ort** (z.B. örtlichen Jugendämtern, freien Trägern der Jugendhilfe und Elternvereinigungen) **zum Thema Kinderwohl, Kinderrechte und Inklusion in den Sozialräumen** (ggf. auch in Form von Veranstaltungen) eine wichtige, nach außen gerichtete Funktion.

Die dezernatsübergreifende **Beratung und Unterstützung im LVR** hinsichtlich der besonderen Förder- und Schutzbelange von Kindern und Jugendlichen und altersgerechter Partizipationsformen stellt die andere wichtige Funktion des Teilprojektes dar. Ein „**LVR-Beratungsnetzwerk Kindeswohl und Kinderrechte"** mit den drei anderen SEIB-Teilprojekten hat die Arbeit aufgenommen.

Die gemäß Vorlage Nr. 14/2746 beschriebene **Idee eines „Servicetelefons"** für Familien im Rheinland wird zugunsten der Entwicklung des „LVR-Beratungskompasses" (vgl. Abschnitt 4) (noch) nicht aktiv verfolgt. Dieses Portal könnte perspektivisch ein adäquates „integriertes" Informationsangebot für solche externen Einzelanliegen darstellen, was zunächst auszuloten ist.

3.2.3 Teilprojekt „Peer-Bildungsberatung"

Das **LVR-Dezernat Schulen, Inklusionsamt, Soziale Entschädigung** erprobt mit dem Teilprojekt „Peer-Bildungsberatung" einen neuen Schulungs- und Empowerment-Ansatz für Schüler*innen mit und ohne sonderpädagogischem Förderbedarf im Rheinland. Der Fokus liegt auf der Entwicklung eines sozialräumlichen Angebotes im **Kontext Schule und Inklusion**. Damit ist das Teilprojekt eingebettet in die bildungspolitische Positionierung des LVR und das strategisch bedeutende Projekt „Systemorientierte Unterstützung schulischer Inklusion" (kurz: SUSI; vgl. Vorlagen Nr. 14/3401/1 „Rahmenbedingungen und bildungspolitische Perspektiven für die gelingende Weiterentwicklung eines inklusiven Schulsystems – Auswirkungen auf die Aufgaben des LVR als Schulträger" vom 27.06.2019 und Nr. 14/2973 „Systemorientierte Unterstützung schulischer Inklusion" vom 13.11.2018).

Die Grundidee des Projektes ist, dass die „Peer-Bildungsberater*innen" (LVR-Schüler*innen gemeinsam mit Regelschüler*innen) als **Diversitätsbotschafter*innen in den Sozialräumen** wirken: Sie selbst sollen als Multiplikator*innen Informationen,

Trainings und Beratung zu den Themen "Diversität" und "Empowerment" für andere Schüler*innen (ihre "Peers") anbieten.

Ein solches **Angebot der Menschenrechtsbildung** stärkt die Rechte von Kindern und Jugendlichen im Sinne des Artikels 24, Absatz 3 der UN-BRK (Kompetenzerwerb für volle und gleichberechtigte Teilhabe an Bildung und der Gemeinschaft).

Die Schulungsmodule, die die Basis für die Tätigkeiten der "Peer-Bildungsberater*innen" sind, werden im Teilprojekt bereits unter **Beteiligung und Mitbestimmung von Schüler*innen** und mit Unterstützung der neuen Fachberatung Kindeswohl und Kinderrechte des LVR-Landesjugendamtes (Teilprojekt im Dezernat Kinder, Jugend und Familie) erarbeitet.

Eine Vorauswahl der **Modellregionen** hat bereits stattgefunden. Die Zusammenarbeit mit den dortigen LVR-Förderschulen und bereits kooperierenden Regelschulen der Kommunen wird derzeit geklärt. Darüber hinaus soll im weiteren Projektverlauf – neben SUSI – auch die Einbeziehung der Pilotregionen des Teilprojektes „BTHG 106+" geprüft werden, um Synergien zu schaffen.

3.2.4 Teilprojekt „Integrierte Beratung in der psychiatrischen Versorgung"

Das **LVR-Dezernat Klinikverbund und Verbund Heilpädagogischer Hilfen** entwickelt und erprobt mit dem Teilprojekt „Integrierte Beratung in der psychiatrischen Versorgung" strukturelle Möglichkeiten zur **Stärkung der Selbstvertretung und der Partizipation** von Menschen mit psychischen Erkrankungen. Im psychiatrischen Kontext ist Partizipation als gemeinsame Plattform von Patient*innen, professionell Tätigen und Angehörigen, also **im „Trialogischen Format"**, zu verstehen.

Partizipation in diesem Sinne soll als implementiertes strukturgebendes Element **organisationsübergreifend sowohl in der LVR-Verbundzentrale als auch in den klinischen und außerklinischen Versorgungs- und Beratungsinstitutionen des LVR** geprüft, entwickelt und erprobt werden.

Innerhalb der Verbundzentrale wird Partizipation durch eine Art Beirat der Patient*innen- und Angehörigenvertretungen als sogenanntes „Trialogisches Forum" vorgeschlagen. In ausgewählten Kliniken und Beratungsinstitutionen (z.B. SPZ) erfolgt die Entwicklung und Erprobung **sozialräumlich angepasster Modelle** insbesondere unter Berücksichtigung des **personenzentrierten Ansatzes** in den jeweiligen Regionen. Hierbei soll die verletzliche Lebenslage von **psychisch erkrankten Kindern und Jugendlichen und ihre besonderen Schutz- und Unterstützungsbedarfe** besondere Aufmerksamkeit erhalten durch die Entwicklung trialogischer Formate in den Modellregionen des Projektes „Seelische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen stärken…" (vgl. Vorlage Nr. 14/3736). Das gilt im besonderen Maße für jene Kinder und Jugendliche, die zusätzlich Leistungen der öffentlichen Jugendhilfe erhalten. Das Thema **Prävention sexualisierter Gewalt** (vgl. Vorlage Nr. 14/3821) soll in diesem Kontext besondere Beachtung finden.

Neben der projektbezogen geplanten Kooperation mit dem LVR-Landesjugendamt erfolgt insbesondere der Einbezug der neuen Fachberatung Kindeswohl und Kinderrechte des LVR-Landesjugendamtes (Teilprojekt Dezernat 4).

Als **erste Modellregion** wurde für das Stadtgebiet Solingen bereits ein neues Beratungsformat entwickelt und steht aktuell zur konkreten Erprobung an. Die LVR-Klinik Langenfeld und der Psychosoziale Trägerverein e.V. in **Solingen** bieten gemeinsam eine kostenlose telefonische Beratung für psychisch erkrankte Menschen, ihre Angehörigen und Bezugspersonen (Peers) sowie relevanter Institutionen (z.B. Jobcenter) in Solingen an.

Die Angebote und Netzwerke für psychisch kranke Menschen und ihre Angehörigen in Solingen sollen dadurch stärker bedarfsorientiert gesteuert und das Schnittstellenmanagement aktuell zwischen der LVR-Klinik Langenfeld und dem Psychosozialen Trägerverein e.V. und perspektivisch auch zu anderen Trägern und Anbietern in Solingen optimiert werden. Mit dem neuen integrierten Beratungsangebot sind die Verbesserung der psychosozialen Versorgung sowie der verbesserte Zugang zu Informationen und Beratung in Solingen verbunden. Zusätzlich wird die Beratung durch den digitalen „LVR-Beratungskompass" (vgl. Abschnitt 4) als umfassende Informationsplattform profitieren können. Die telefonische Beratung soll sehr zeitnah nach Aufhebung der aktuellen Kontaktbeschränkungen beginnen.

Ergänzende Informationen der Teilprojekte („work in progress") für die Beratungen im Sozialausschuss, Landesjugendhilfeausschuss, Schulausschuss und Gesundheitsausschuss finden sich in der Anlage.

3.3 Ausblick SEIB

Es lassen sich schon deutliche Schnittmengen der vier Teilprojekte erkennen, die nun in der Erprobungsphase erweitert und gefestigt werden müssen:

So scheint etwa eine gemeinsame, dezernatsübergreifende **Sozialraumstrategie** sinnvoll, die diese Frage beantwortet: Was sind Gelingensbedingungen für die kompetente und wirkungsvolle Beratung des LVR „vor Ort"?

Alle Teilprojekte fokussieren auf eine Stärkung der **Selbstbestimmung und Partizipation** im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention. Ein „Peer-Profil" des LVR insgesamt ist hier ebenso zu entwickeln wie eine **Gewaltschutzstrategie**.

Ebenfalls hat sich ein deutlicher Arbeitsschwerpunkt in der **Beratung und Unterstützung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen** entwickelt, der gemeinsam auszugestalten ist.

Schließlich zeichnet sich in den Diskussionen auf Gesamtprojektebene ab, dass sich SEIB kaum exklusiv mit dem **„Merkmal Behinderung"** im Sinne der BRK befassen kann. Vielfalt als Ausdruck menschlicher Einzigartigkeit hat große Bedeutung für eine inklusive

Gesellschaft der an Würde und Rechten Gleichen. So wird das Thema Diversity im Weiteren wohl noch an Bedeutung gewinnen.

4 Projekt „LVR-Beratungskompass" (ehemals: Webportal Integrierte Beratung)

Beratungsleistungen des LVR sollen für Rat- und Hilfesuchende Bürger*innen einfacher und besser verständlich zugänglich werden. Dieses Ziel wird neben der Erprobung einer anders gestalteten persönlichen Beratung (SEIB) ab Mai 2020 durch ein neues Internetangebot unterstützt. Als Arbeitsgrundlage dient dafür auch die Vorlage Nr. 14/2242 („Integrierte Beratung von Menschen mit Behinderungen im Rheinland – Bestandsaufnahme und Maßnahmen" vom 21.12.2017) mit der Broschüre „Beratungsangebote des LVR für Menschen mit Behinderung".

Aus dem Konzept für ein Webportal zur Unterstützung Integrierter Beratung (vgl. „Eckpunkte"-Vorlage Nr. 14/2746) ist ein kurz vor der Veröffentlichung stehendes neues Internetangebot des LVR mit dem Titel „LVR-Beratungskompass" entwickelt worden. Dabei werden nicht nur Beratungsleistungen des LVR angezeigt. Es werden auch Angebote von Partnern der Versorgungs- und Betreuungslandschaft für Menschen mit Behinderungen dargestellt, z.B. mit Leistungen der Kontakt-, Koordinierungs- und Beratungsstellen (KoKoBe), den Sozialpsychiatrischen Zentren (SPZ) oder Ansprechstellen der Mitgliedskörperschaften des LVR in den Bereichen Soziales, Jugend, Schule und Gesundheit. Grundlage dafür ist im Wesentlichen der § 106 Bundesteilhabegesetz (BTHG), in dem die Pflicht zur Beratung und Unterstützung über die Eingliederungshilfe hinaus normiert ist. Die Bedeutung dieses „ganzheitlichen" Ansatzes wurde beispielsweise auf einer Veranstaltung des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales am Rande der RehaCare in Düsseldorf im September 2019 von allen Interessensgruppen bestätigt.

Intuitiv nutzbare, auf unterschiedliche Bedarfe ausgelegte und den Barrierefreiheitsanforderungen entsprechende Zugangswege liefern im LVR-Beratungskompass die Informationen zu konkreten Beratungsleistungen des LVR und/oder seiner Partner. Dabei werden die Standortinformation der rat- und hilfesuchenden Menschen berücksichtigt, um standort- bzw. wohnortnahe Angebote darstellen zu können. Die Suchergebnisse zu Beratungsangeboten des LVR und seiner wichtigsten Partner werden in einer kombinierten Karten-Listenansicht angezeigt. An Hand der angezeigten Informationen ist ein Anruf bei der Beratungsstelle (ggf. direkt über das Smartphone), eine Terminanafrage per standardisierter Mail oder der Aufruf weiterer Informationen möglich. Unterschiedliche Funktionen sind mit potenziellen Nutzern in einer KoKoBe auf Verständlichkeit und Handhabbarkeit in mehreren Durchgängen getestet worden. Zur Illustration der beschriebenen Funktionalitäten ist eine Live-Präsentation in den Sitzungen der Fachausschüsse vorgesehen.

Im weiteren Jahresverlauf erfolgt der technische und inhaltliche Ausbau des Portals. Dies umfasst unter anderem die Anzeige freier Terminfenster für Beratungsleistungen des LVR, unterschiedlichste Formularfunktionen, die Einbindung des Service-Kontos NRW mit der Möglichkeit eines Dateiuploads (zum Hinterlegen von antragsbegleitenden Dokumenten und weiterer dialogischer Elemente, wie z.B. einer Statusmeldung über den

Bearbeitungsstand von Anträgen). Funktionen wie Statusmeldungen und Dateiupload erfordern auch die sukzessive Verknüpfung mit den unterschiedlichen LVR-Fachanwendungen.

Mit dem Beratungskompass beabsichtigt der LVR auch die im Onlinezugangsgesetz geforderte digitale Zugänglichkeit wesentlicher Leistungen des LVR erfüllen. Die ab dem 31.12.2022 geltenden Anforderungen des Onlinezugangsgesetzes betreffen alle öffentlichen Verwaltungen. Die sich in diesem Kontext abzeichnenden, aber noch nicht hinreichend konkreten Entwicklungen zu einem Portalverbund und einem kommunalen Landesportal werden aufmerksam begleitet und immer wieder auf Relevanz für den LVR überprüft.

5 Weiteres Verfahren

Der Landschaftsverband Rheinland hat sich unter der Leitidee der Integrierten Beratung deutlich positioniert und profiliert: Er stärkt mit beiden Projekten das Recht auf zugängliche Information und auf eine auf selbstbestimmte Teilhabe ausgerichtete Beratung.

Über die im weiteren Projektverlauf diesbezüglich aufwachsenden Erfahrungen und Zwischen-Ergebnisse beider Projekte (SEIB und Beratungskompass) wird die Verwaltung den zuständigen Fachausschüssen der 15. Landschaftsversammlung Rheinland im kommenden Jahr berichten.

L U B E K

Anlage

Anlage SEIB zu Vorlage Nr. 14/3990

Ergänzende Beschreibungen der vier Teilprojekte zum aktuellen Entwicklungsstand („work in progress“)

I. BTHG 106plus (Seite 2)

II. Fachberatung Kindeswohl und Kinderrechte (Seite 14)

III. Peer-Bildungsberatung (Seite 20)

IV. Integrierte Beratung in der psychiatrischen Versorgung (Seite 24)

I. BTHG 106plus (LVR-Dezernat Soziales)

Projektteam im Medizinisch-Psychosozialen Fachdienst (Abteilung 74.60):

Michaela Langebröker, Leitung (seit Mai 2019)

Jens Derksen (seit Juli 2019)

Abteilungsleitung: Beate Kubny

1 Was genau wird bis zum 30.06.2022 „integriert" erprobt?

Mit Inkrafttreten des Eingliederungshilferechts als 2. Teil des SGB IX ab dem 01.01.2020 hat der Landschaftsverband Rheinland mit § 106 SGB IX n.F. einen deutlich konkreteren und differenzierteren Auftrag erhalten, „Beratung und Unterstützung" für die Leistungssuchenden auszugestalten.

Das Teilprojekt 106+, das federführend durch den Medizinisch-psychosozialer Fachdienst aus Dezernat 7, Fachbereich 74 durchgeführt wird, verknüpft den Projektauftrag der „Sozialraumorientierten Erprobung Integrierter Beratung (SEIB)" mit diesem gesetzlichen Auftrag. Entsprechend sind sowohl die Teilprojektleitung als auch die Projektmitarbeit beim MPD angesiedelt. Hierdurch wird eine enge Verknüpfung und Zusammenarbeit mit der Unter-AG Beratung der AG BTHG als auch der KoKoBe-Koordination gewährleistet.

Zur Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben des § 106 SGB IX im Rheinland wurde durch den Landschaftsausschuss am 01.10.2018 beschlossen (siehe Vorlage-Nr. 14/2893), dass die Beratung und Unterstützung durch das Fallmanagement der Dezernate Kinder, Jugend und Familie sowie Soziales dezentral vor Ort erfolgen wird.

Beratung und Unterstützung nach § 106 SGB IX muss dabei gemäß den Regelungen zur Zuständigkeit aus dem Ausführungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (AG-BTHG NRW) vorgehalten werden:

- Für Kinder, die in der Herkunftsfamilie leben und die Eingliederungshilfeleistungen im Elementarbereich (Kindertagesstätte, Kindertagespflege) und Frühförderung benötigen.
  Diese Leistungen einschließlich der Beratung und Unterstützung werden gemäß der LVR-eigenen Organisationsaufteilung durch das LVR-Dezernat Kinder, Jugend und Familie bearbeitet.
- Für Kinder und Jugendliche, die nicht in der Herkunftsfamilie leben und Hilfen über Tag und Nacht erhalten sowie für deren Annexleistungen.
  Diese Leistungen einschließlich der Beratung und Unterstützung werden gemäß der LVR-eigenen Organisationsaufteilung durch das LVR-Dezernat Soziales in einer eigenen Abteilung bearbeitet.
- Für Menschen mit Behinderungen ab dem 18. Lebensjahr (bzw. nach Abschluss der Schulausbildung an einer Allgemeinbildenden oder Förderschule), die Eingliederungsleistungen erhalten. Diese Leistungen einschließlich der Beratung und Unterstützung werden durch das LVR-Dezernat Soziales in den Fachbereichen 72, 73 und 74

Hieraus ergeben sich Schnittstellen zwischen den LVR-Dezernaten Kinder, Jugend und Familie sowie Soziales bei der strukturellen und konzeptionellen Umsetzung der Beratung und Unterstützung nach § 106 SGB IX, die sich in den folgenden vier Prinzipien abbilden.

1.1 Prinzip „Integrierte Beratung 106+"

Der erste Schritt zur Umsetzung der Integrierten Beratung 106+ erfolgt durch die enge Zusammenarbeit der Dezernate Kinder, Jugend und Familie sowie Soziales bei der Erbringung von Beratung und Unterstützung nach § 106 SGB IX. Die enge Zusammenarbeit findet ihren Ausdruck in gemeinsamen regionalen Beratungsstandorten, an denen die Beratung und Unterstützung vernetzt und abgestimmt erfolgt. Die Mitarbeitenden aus den beiden LVR-Dezernaten wirken durch ihre Beratung und Unterstützung aktiv daran mit, die Selbstbestimmung und die volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Leben in der Gesellschaft zu fördern.

1.2 Prinzip „Beratung und Erst-Bedarfsermittlung durch LVR-eigene Mitarbeitende"

Die Umsetzung von integrierter Beratung und Unterstützung nach § 106 SGB IX n.F. erfolgt in enger Verzahnung mit der Bedarfsermittlung.

1.2.1 Bei Kindern und Jugendlichen mit (drohender) Behinderung werden die Bedarfe ab dem 01.01.2020 ausschließlich durch eigene LVR-Mitarbeitende (Erst- und Folgeanträge, die nicht unter die Heranziehungssatzung im Bereich der Frühen Förderung fallen) des LVR-Dezernats Kinder, Jugend und Familie mit dem eigens für Kinder und Jugendliche entwickelten Bedarfsermittlungsinstrument (BEI_NRW KiJu) erhoben und bearbeitet (vgl. Vorlage 14/2893). Im LVR-Dezernat Soziales, Abteilung 73.60 Kinder und Jugendliche wird dies sukzessive und ressourcenabhängig umgesetzt.

1.2.2 Bei erwachsenen Menschen mit (drohender) Behinderung hält der LVR an seinem kooperativen Modell der Bedarfsermittlung mit der freien Wohlfahrtspflege fest - aber in modifizierter Form. Mittelfristig und ressourcenabhängig besteht die Absicht, bei Erstanträgen die Bedarfserhebung mit dem BEI_NRW durch eigene LVR-Mitarbeitende vorzunehmen. Folgeanträge werden wie bisher durch die Dienste der freien Wohlfahrtspflege erhoben. In den Pilotregionen des Teilprojektes 106+ wird im Laufe des Jahres 2020 der Einstieg in die Erstbedarfserhebung mit LVR-eigenen Mitarbeitenden erfolgen. Als Pilotregionen wurden die Stadt Duisburg, der Oberbergische Kreis sowie der Rhein-Erft-Kreis ausgewählt (siehe auch Punkt 2).

1.3 Prinzip „Kooperation mit den regionalen Beratungsangeboten"

Die LVR-eigene Beratung nach § 106 SGB IX kooperiert vor Ort mit weiteren regionalen Beratungsangeboten. Hierbei werden die Koordinierungs-, Kontakt- und Beratungsstellen (KoKoBe), die Sozialpsychiatrischen Zentren (SPZ), die Sozialpsychiatrischen

Kompetenzzentren Migration (SPKoM), die Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung (EuTB), die Inklusionsfachdienste (IFD) sowie die weiteren Beratungsangebote des örtlichen Trägers zur allgemeinen Daseinsfürsorge (z.B. Suchtberatung, Seniorenberatung, Schuldnerberatung) einbezogen. Ebenso werden weitere örtliche Beratungsangebote der Rehabilitationsträger und weiterer Sozialleistungsträger (z.B. Pflegestützpunkte) sowie die Angebote der Selbsthilfe von Menschen mit Behinderung für die Entwicklung und den Austausch berücksichtigt.

1.4 Prinzip „Peer-Beratung ermöglichen"

Um die Partizipation und Mitbestimmung von Menschen mit Behinderung zu unterstützen, soll es für die Ratsuchenden möglich sein, im Rahmen einer Beratung nach § 106 SGB IX und auf Wunsch durch Expert*innen in eigener Sache beraten zu werden. Um dies zu unterstützen wird Peer-Beratung an der KoKoBe aufgebaut.

2 Sind (Beratungs-)Aktivitäten „vor Ort" geplant und ggf. wo?

Eine Beratung nach § 106 SGB IX ist seit dem 01.01.2020 in allen Regionen des Rheinlands auf Anfrage möglich. Aktuell werden durch die Dezernate Kinder, Jugend und Familie sowie Soziales unter Berücksichtigung der Prioritäten und Anforderungen des BTHG in allen Regionen dezentral Beratungs- und Unterstützungsangebote für Kinder und Jugendliche und für erwachsene Menschen mit Behinderung aufgebaut.

Die integrierte Beratung, die die oben beschriebenen vier Prinzipien berücksichtigt, wird im Rahmen des Teilprojektes SEIB 106+ ab dem 2. Quartal 2020 in den drei Pilotregionen Stadt Duisburg, Oberbergischer Kreis sowie Rhein-Erft-Kreis erprobt werden.

2.1 Standorte für die Beratung nach § 106 SGB IX

Um das 1. Prinzip der integrierten Beratung im ganzen Rheinland umzusetzen, wurde bei der Standortsuche darauf geachtet, dass ein gemeinsamer Beratungsstandort für die LVR-Dezernate Kinder, Jugend und Familie sowie Soziales gefunden wird.

Um das Prinzip der trägerübergreifenden Kooperation bei der Beratung und Unterstützung von Menschen mit Behinderung umzusetzen, Synergieeffekte zu nutzen und Parallelstrukturen zu vermeiden, wurde mit den Sozialdezernenten der Mitgliedskörperschaften vereinbart, die Beratungsstandorte mit den örtlichen Trägern abzustimmen und wenn möglich deren Raumressourcen zu nutzen.

Des Weiteren wurden die KoKoBe in die Standortsuche einbezogen. Ergänzend wurden da, wo keine Beratungsstandorte in Zusammenarbeit mit diesen beiden Partnern gefunden wurden, weitere Kooperationspartner angesprochen, wie z.B. HPH-Netze und SPZ.

Die möglichen Standorte wurden durch Mitarbeitende der Dezernate Kinder, Jugend und Familie sowie Soziales unter Einbeziehung des Personalrates des LVR-Dezernates Kinder, Jugend und Familie besichtigt und auf ihre Eignung überprüft. Die Teilprojektleitung und

der Projektmitarbeiter des Teilprojektes 106+ sowie weitere Mitarbeitende des MPD nahmen für das Dezernat Soziales an der Standortsuche teil.

Mittlerweile gibt es in 22 von 26 rheinischen Mitgliedskörperschaften verbindliche Absprachen und Planungen für eine Raumnutzung. Von diesen 22 wurden bereits 9 Standorte bezogen und werden für die Beratung und Unterstützung nach § 106 SGB IX genutzt, bei den anderen befindet sich die Eröffnung des Beratungsstandortes in Vorbereitung.

In 4 Mitgliedskörperschaften (Euskirchen, Krefeld, Leverkusen und Wuppertal) konnten bisher keine Räume in Zusammenarbeit mit dem örtlichen Träger oder weiteren Kooperationspartnern gefunden werden. Die Raumsuche wird gemeinsam durch beide Dezernate fortgesetzt.

Bei der Suche nach geeigneten Beratungsräumen für die Beratung und Unterstützung nach § 106 SGB IX gab es 2019 noch einige unbekannte Variablen. So konnte nur geschätzt werden, wie viele Beratungsanfragen auf die Mitarbeitenden zukommen werden. Es ist davon auszugehen, dass es notwendig sein wird, in einigen Regionen Veränderungen hinsichtlich der Personalkapazitäten für die Beratung und des Beratungsstandorts vorzunehmen, um den Beratungsbedarf beantworten zu können.

2.2 Pilotregionen für die Erprobung der Beratung nach § 106 SGB IX

Unter Berücksichtigung verschiedener Standortfaktoren wurden als Pilotregionen zur Erprobung der Beratung und Unterstützung nach § 106 SGB IX folgende Mitgliedskörperschaften ausgewählt:

1. Die Stadt Duisburg,
2. der Oberbergische Kreis und
3. der Rhein-Erft-Kreis.

Mit dieser Auswahl wurden

- eine städtische Region, mit hoher Bevölkerungsdichte und hoher Mobilität sowie einem gut ausgebauten öffentlichen Nachverkehr
- sowie zwei Flächenkreise mit ländlicher Struktur, einer geringeren bis geringen Bevölkerungsdichte und einem weniger gut ausgebauten öffentlichen Nahverkehr ausgewählt.

Zudem waren weitere örtliche Bedingungen ausschlaggebend für die Wahl der drei Pilotregionen

- der örtlicher Träger und weitere Akteure der Beratung, wie z.B. der KoKoBe-Trägerverbund, die SPZ, die EuTB, signalisieren eine hohe Kooperationsbereitschaft in Bezug auf Beratung von Menschen mit Behinderung
- die regionalen KoKoBe-Trägerverbünde beteiligen sich aktiv an der Weiterentwicklung der KoKoBe, vor allem im Hinblick auf den Aufbau der Peer-Beratung.
- In allen drei Gebietskörperschaften stehen ab dem 01.01.2020 Räumlichkeiten zur Verfügung, die durch Mitarbeitende der Dezernate Jugend und Soziales genutzt werden können.

- Die Pilotregionen verteilen sich auf das Rheinland.



Abb.1: Rheinlandkarte mit Pilotregionen Duisburg, Oberbergischer Kreis, Rhein-Erft-Kreis

2.3 Qualifikation des Fallmanagements

Aufgrund der umfassenden Sozialrechtsreform durch das BTHG und den damit verbundenen veränderten rechtlichen Bestimmungen und Zuständigkeiten entstehen ganz neue Anforderungen an die Mitarbeitenden des LVR. Dies betrifft vor allem das LVR-Fallmanagement der Dezernate Kinder, Jugend und Familie sowie Soziales, das die Beratung und Unterstützung gemäß § 106 SGB IX dezentral, vor Ort erbringen und eine umfassende Bedarfsermittlung inklusive der Bedarfserhebung durchführen wird.

Durch den erweiterten Aufgabenzuschnitt des Fallmanagements ist es notwendig, die in der Ausbildung und durch die bisherige berufliche Tätigkeit erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten der Mitarbeitenden im Sinne des Fachkräftegebots nach § 97 SGB IX zu vertiefen und zu erweitern. Hierzu müssen geeignete Qualifizierungsmaßnahmen entwickelt und durchgeführt werden. Diese werden zuerst durch das Fallmanagement der Pilotregionen wahrgenommen und sollen anschließend alle Fallmanagerinnen und Fallmanager sukzessive erreichen.

Nach § 97 SGB IX gilt es neben fundierten Kenntnissen des Sozial- und Verwaltungsrechts sowie über den leistungsberechtigten Personenkreis nach § 99 SGB IX

und dessen Teilhabebedarfe und Teilhabebarrieren, Kenntnisse über den regionalen Sozialraum zu erlangen. Zudem sollen die Fachkräfte befähigt werden mit allen Beteiligten zu kommunizieren und Gelegenheit zum Austausch mit Menschen mit Behinderungen erhalten.

Die fachliche Qualifizierung des Fallmanagements muss somit gleichermaßen die Bereiche der Sozial-, Fach-, Beratungs- und Methodenkompetenz berücksichtigen (siehe Abb. 2), damit eine Aufgabenwahrnehmung im Sinne des Gesetzgebers möglich wird.

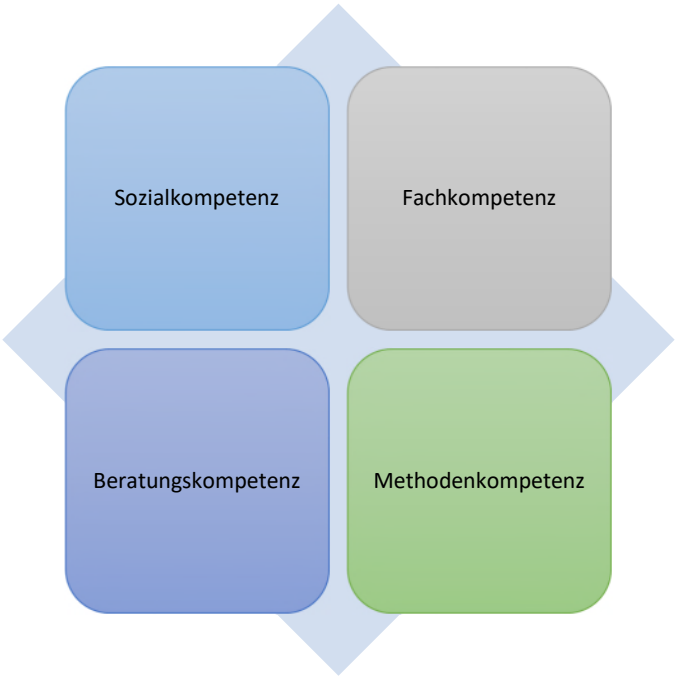


Abb. 2: Kompetenzen des Fallmanagements 2020

Auf der Grundlage des Schulungskonzeptes der Unter-AG Beratung aus der AG-BTHG wurden bereits 2019 Schulungsmaßnahmen für das Fallmanagement der LVR-Dezernate Kinder, Jugend und Familie und Soziales gestartet und durchgeführt.

Insbesondere für das Fallmanagement der Pilotregionen werden aktuell Schulungen mit dem Schwerpunkt zur Weiterentwicklung der Beratungs- und Methodenkompetenz angeboten. Es handelt sich dabei u.a. um folgende Schulungsangebote:

2.3.1 Einführung in die Beratung von Menschen mit Behinderung

Referentin: Susanne Siebert
Co-Referent Wolfgang Wiederer (Senior-FM 73.10)

Ziel der Schulung:
Es handelt sich um ein Basismodul mit dem Ziel, die Beratungskompetenz beim Fallmanagement weiterzuentwickeln und zu stärken, die Beratungsrolle zu reflektieren und Techniken für eine konstruktive Beratung und Gesprächsführung zu vermitteln.

2.3.2 Umgang mit schwierigen und aggressiven Ratsuchenden

Referent: Dieter Köllner
Co-Referentin: Anna Grajcak (Fallmanagerin 73.10)

Ziel der Schulung:
In diesem Schulungsmodul geht es darum, mit schwierigen Beratungssituationen umzugehen, Aggressionen und Gewaltbereitschaft zu erkennen und deeskalierend auftreten zu können. Zudem geht es ebenfalls um Maßnahmen, um sich selbst zu schützen.

2.3.3 Beratung von Menschen mit geistiger Behinderung

Referentin: Sonja Mauritz
Co-Referent*in aus dem Bereich Peer-Beratung
Seminarbegleitung: Wolfgang Wiederer (Senior-FM 73.10)

2.3.4 Beratung von Menschen mit einer psychischen Behinderung

Referentin: Lothar Steffens
Co-Referent*in: Genesungsbegleiter*in
Seminarbegleitung: Wolfgang Wiederer (Senior-FM 73.10)

Ziel der Schulungen 2.3.3 und 2.3.4:
In diesen beiden Modulen erhält das Fallmanagement einen vertiefenden Einblick in die Beratungspraxis und erweitert seine Methodenkompetenz in Bezug auf die Beratung der jeweiligen Zielgruppe. Dabei wird auf die besonderen Bedürfnisse der jeweiligen Zielgruppe eingegangen mit dem Ziel, diese in der Kommunikation und Begegnung angemessen zu berücksichtigen und ein adäquates Beratungsangebot zu gestalten.

Beide Schulungsmodule werden von einem Referent*innen-Duo durchgeführt, das aus einer/m Fachreferent*in sowie einer/m Co-Referent*in aus der jeweiligen Zielgruppe der Menschen mit Behinderung besteht. So wird dem Fallmanagement die Gelegenheit gegeben, sich mit der Perspektive von Menschen mit Behinderung stärker vertraut zu machen.

Schulungen zu besonderen Methoden der Kommunikation, z.B. Gebärdensprache, Leichte Sprache werden bereits durch das LVR-Institut für Training, Beratung und Entwicklung angeboten. Weitere Schulungsmodule z.B. zur Beratung von Menschen mit Sinnesbeeinträchtigungen befinden sich aktuell in Vorbereitung.

2.3.5 Spezifische Schulungen im Dezernat Kinder, Jugend und Familie

Um das Fallmanagement auf die spezifischen Anforderungen mit Blick auf Kinder mit (drohender) Behinderung bis zum Schuleintritt vorbereiten zu können, wurde im Dezernat Kinder, Jugend und Familie ein umfassendes Schulungsprogramm entwickelt und – teils ergänzend zu den gemeinsamen Schulungen mit dem Dezernat Soziales – entsprechend umgesetzt.

2.4 Umsetzung der Beratung § 106 SGB IX ab 2020

Mit Inkrafttreten der 3. Stufe der Umsetzung des BTHG ab dem 01.01.2020 ist eine regionale Beratung von Menschen mit Behinderung im Rheinland gesetzlich vorgesehen und wird durch den LVR bereits geleistet.

Im Rahmen des Teilprojektes 106+ wird Beratung und Unterstützung nach § 106 SGB IX inklusive einer umfänglichen Bedarfsermittlung durch das Fallmanagement von Dezernat Soziales für erwachsene Menschen mit Behinderung in den drei Pilotregionen als Integrierte Beratung erfolgen.
Der genaue Starttermin für die drei Pilotregionen ist von verschiedenen Faktoren abhängig:

- Die Einführung von BEI_NRW für erwachsene Menschen mit Behinderung ist bei den Leistungserbringern der Region erfolgt. Dies wird voraussichtlich für alle drei Pilotregionen ab der 2. Jahreshälfte gegeben sein.
- Die Qualifizierung des Fallmanagements aus den Regionalabteilungen hat stattgefunden. Die grundlegenden Beratungsmodule sind im 1. Halbjahr 2020 geplant.
- Die notwendige technische Ausstattung ist bis 30.06.2020 vorhanden.

Als Starttermin für die Umsetzung der Beratung 106+ in den Pilotregionen ist von daher der 01.07.2020 vorgesehen.

3 Welche Überlegungen gibt es zur Zugänglichkeit bzw. Barrierefreiheit des Beratungsangebotes?

Auf der Grundlage der durch die Unter-AG Beratung der AG-BTHG formulierten „idealtypischen" Anforderungen an die Standorte und Räumlichkeiten für die Beratung und Unterstützung durch die Dezernate Jugend und Soziales wurden im Hinblick auf die Zugänglichkeit bzw. die Barrierefreiheit folgende Rahmenbedingungen geprüft:

- Die Beratung durch das Dezernat Kinder, Jugend und Familie steht an fünf Tagen die Woche zur Verfügung, Dezernat Soziales nutzt auf Anfrage und nach Vereinbarung den Beratungsstandort an einem Tag die Woche.
  Eine Beratung an einem anderen, mit dem Ratsuchenden vereinbarten Ort ist möglich. Hiermit soll eine gute Zugänglichkeit der Beratung ermöglicht werden.
- Der Standort ist barrierefrei zu begehen und verfügt zudem über eine behindertengerechte Toilette.
- Der Standort ist mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar. Es gibt Parkmöglichkeiten.
- Der Standort bietet die Möglichkeit auf dem LVR-Server zu arbeiten (Wlan-, Lan-Verbindung). Das Fallmanagement verfügt über eine entsprechende technische Ausstattung.
  Somit ist es möglich dem Ratsuchenden, wenn notwendig, bereits im Beratungsgespräch weitere Informationen zur Verfügung zu stellen oder auch Unterlagen für den Eingliederungshilfeantrag zu verarbeiten.

Die Beratung und Unterstützung nach § 106 SGB IX soll allen Menschen mit Behinderung zugänglich sein. Barrierefreiheit bezieht sich sowohl auf die örtlichen und räumlichen

Gegebenheiten, wie z.B. Rampen, elektrische Türöffner, breite Flure, Aufzüge und die Ausstattung durch entsprechendes Mobiliar, ausreichend Platz für Rollstuhlfahrer*innen, behindertengerechte Toiletten etc.

Zudem ist es notwendig, dass das Gespräch in einem vertraulichen Rahmen geführt werden kann. Es ist wünschenswert, dass es zudem Platz für eine Spiel- bzw. Leseecke für Kinder gibt. Auf Anfrage ist es vorgesehen, dass die Beratung auch aufsuchend erfolgen kann.

Barrierefreiheit meint jedoch auch, dass die Beratung eine für den jeweiligen Menschen mit Behinderung wahrnehmbare Form haben muss. Dies berührt Aspekte wie z.B. Leichte Sprache, Gebärdendolmetschen, Dolmetscher*innen für Taubblinde Menschen.

Niedrigschwelligkeit bedeutet auch, dass Ratsuchende schnell notwendige und weiterführende Informationen erlangen können. Das Fallmanagement muss von daher gute Kenntnisse über den Sozialraum besitzen, mit anderen regionalen Beratungsangeboten vernetzt sein und auf das nötige digitale technische Equipment zurückgreifen können, damit Informationen rasch recherchiert und zur Verfügung gestellt werden können.

4 Welche Überlegungen gibt es zur Zusammenarbeit und Partizipation der Selbstvertretung von Menschen mit Behinderungen?

Gemäß dem 3. Prinzip „Kooperation mit den regionalen Beratungsangeboten" erfolgt die Integrierte Beratung in den Pilotregionen in enger Kooperation mit den weiteren Beratungsakteuren. Hierzu gehören auch die Angebote der Selbstvertretung von Menschen mit Behinderung, wie Selbsthilfegruppen u.a.

Vor dem Hintergrund der Kenntnisse des Sozialraums sind dem Fallmanagement die Angebote der Selbstvertretung von Menschen mit Behinderung vor Ort bekannt. Das Angebot der Beratung und Unterstützung nach § 106 SGB IX ist dabei ebenso der örtlichen Selbstvertretung von Menschen mit Behinderung bekanntzumachen, damit diese ihrerseits Ratsuchende auf das Beratungsangebot des LVR aufmerksam machen können. Durch das Fallmanagement wird im Rahmen der Kooperationsaktivitäten ein Austausch und eine Zusammenarbeit mit der Selbsthilfe gesucht.

Eine multiprofessionelle und multiperspektivische Vernetzung beziehungsweise Kooperation der unterschiedlichen Beratungsangebote unterstützt die Umsetzung der UN-BRK und des BTHG. Dies sollte auch Feedback-Schleifen im Sinne eines direkten Austauschs, einer Verständigung mit den Selbstvertretungen vor Ort beinhalten. Somit kann ermittelt werden, wie die Resonanz auf das Angebot der 106er-Beratung ausfällt, ob die erwünschte Qualität der Beratung eingehalten wird und/oder ob es Kritik, Anregungen und Wünsche seitens der Ratsuchenden gibt.

Selbstbestimmung und Partizipation von Menschen mit Behinderung sind bei der Umsetzung der Integrierten Beratung 106+ Schwerpunkte, denen besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird. Aufbauend auf den Erfahrungen des LVR-Modellprojektes Peer-Counseling (2014 - 2018) wurde daher bereits 2019 an 5

Standorten im Rheinland Peer-Beratung bei der KoKoBe aufgebaut. Im Jahr 2020 werden weitere 5 KoKoBe-Standorte eine Förderung zum Aufbau von Peer-Beratung erhalten. Die drei Pilotregionen sind hier berücksichtigt. Da der Aufbau der Peer-Beratung an der KoKoBe ein fundamentaler Bestandteil der Integrierten Beratung im Teilprojekt 106+ ist, widmet sich der Projektmitarbeiter schwerpunktmäßig der Koordination und Weiterentwicklung der Peer-Beratung bei der KoKoBe.

Vor diesem Hintergrund kann 2020 eine neue Schulungsreihe zur Qualifizierung von Peer-Beratenden angeboten werden. Diese besteht aus sechs eintägigen Schulungsmodulen sowie drei Vertiefungstagen. Darüber hinaus werden zwei weitere Auffrischungsmodule für bereits geschulte Peer-Beratende angeboten. Die Planung, Organisation und inhaltliche Begleitung der Schulungsreihe gehört ebenso zu den Aufgaben des Projektmitarbeiters, wie die Durchführung regelmäßiger Kooperations- und Austauschtreffen und die Abwicklung der Förderung zur Peer-Beratung bei der KoKoBe.

5 Welche (anderen) Beratungsangebote des LVR sind für die Aufgabenstellung des Teilprojektes unter Umständen von Interesse und sollen im Projektverlauf betrachtet werden?

Grundsätzlich ist ein Austausch und eine Zusammenarbeit aller Teilprojekte der Sozialraumorientierten Erprobung Integrierter Beratung (SEIB) wichtig, um den Erfahrungsaustausch zu pflegen und Impulse für das eigene Teilprojekt zu bekommen.

Die LVR-Dezernate Kinder, Jugend und Familie sowie Soziales setzen gemeinsam den gesetzlichen Auftrag bei der Beratung und Unterstützung nach § 106 SGB IX um, auch wenn sich ihr Angebot an unterschiedliche Adressaten und Zielgruppen richtet. Fundamentaler Bestandteil des Teilprojektes ist von daher die enge Zusammenarbeit, Abstimmung und Kooperation zwischen den Mitarbeitenden beider Dezernate.

Gemäß dem dritten Prinzip der Integrierten Beratung 106+ „Kooperation mit anderen regionalen Beratungsangeboten" (siehe 1.3) ist eine enge Zusammenarbeit und Kooperation mit weiteren LVR-eigenen und durch den LVR geförderten Beratungsangeboten wie z.B. IFD, KoKoBe, SPZ folgerichtig und unabdingbar.

6 Welche Beratungsangebote Dritter (z.B. der Kommune) sind für die Aufgabenstellung des Teilprojektes aus heutiger Sicht unter Umständen von Interesse und sollen im Projektverlauf betrachtet werden?

Die LVR-eigene Beratung nach § 106 SGB IX kooperiert vor Ort mit weiteren regionalen Beratungsangeboten und wirkt daran mit, dass es für Menschen mit Behinderung ein tragfähiges regionales Beratungsnetzwerk gibt.

Neben den durch den LVR geförderten regionalen Beratungsangeboten wie den KokoBe, SPZ, SPKoM, IFD gilt es, sich mit weiteren regionalen Beratungsangeboten anderer Träger zu vernetzen. Ziel ist, dass der Mensch mit Behinderung das für ihn passende Beratungsangebot findet und von der Beratung im Sinne seiner Bedarfe und Wünsche profitieren kann.

Zu den weiteren zu berücksichtigen Beratungsangeboten zählen, z.B.

- Die Beratungsangebote des örtlichen Trägers (z.B. Suchtberatung, Seniorenberatung, Schuldnerberatung)
- Die örtlichen Beratungsangebote der Rehabilitationsträger
- Und weiterer Sozialleistungsträger (z.B. Pflegestützpunkte)
- sowie die Angebote der Selbsthilfe von Menschen mit Behinderung

7 Welche Fragestellungen aus der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention sind von Bedeutung und könnten im Projektverlauf diskutiert werden? (z.B. Gewaltschutz, unabhängige Beschwerdestellen, Elternschaft)

7.1 Ausgestaltung der Partizipation

Die Aspekte Selbstbestimmung und Partizipation von Menschen mit Behinderung werden durch den Aufbau von Peer-Beratung an der KoKoBe durch das Teilprojekt 106+ bereits berücksichtigt. Menschen soll als Expert*innen in eigener Sache die Möglichkeit eröffnet werden, andere Menschen vor dem Hintergrund der eigenen Erfahrungen zu beraten.

7.2 Weiterentwicklung der Personenzentrierung

Das Beratungssetting der Beratung und Unterstützung nach 106 SGB IX greift den Aspekt der Personenzentrierung auf, indem regionale Standorte aufgebaut werden, die Beratung soll den individuellen Rahmenbedingungen gerecht werden und in wahrnehmbarer Form erfolgen. Je nach Wunsch und individueller Lebenssituation gibt es die grundsätzliche Möglichkeit für eine aufsuchende Beratung an einem geeigneten anderen Ort, als dem Beratungsstandort.

7.3 Mitgestaltung des inklusiven Sozialraums

Durch die Kooperation und Vernetzung mit den weiteren regionalen Beratungsangeboten entsteht eine vertiefte Kenntnis über die Angebote und Möglichkeiten, die der Sozialraum für Menschen mit Behinderung bereithält. Hierbei können ebenso besondere Chancen wie Barrieren und Lücken des Sozialraums deutlich werden und in die Entwicklung des Sozialraums einfließen.

7.4 Barrierefreiheit herstellen

Neben der örtlichen und räumlichen Barrierefreiheit gilt es vor allem, Beratung und Unterstützung so zu gestalten, dass sie eine wahrnehmbare Form für die Menschen mit Behinderung hat.

7.5 Zugänglichkeit von Informationen sicherstellen

Das Projekt B „Digitales Beratungsportal" kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass Informationen über den Sozialraum, Angebote, Möglichkeiten und Ansprechpartner*innen für die Menschen mit Behinderung rasch und transparent zur Verfügung stehen. Das Teilprojekt 106+ unterstützt den Aufbau des „Digitalen Beratungsportal" von daher entsprechend.

8 Welche Schnittstellen zum parallelen Projekt „Digitales Beratungsportal" sind bereits erkennbar?

- Das Digitale Beratungsportal leistet Öffentlichkeitsarbeit für die Beratung und Unterstützung nach 106 SGB IX.

- Das Digitale Beratungsportal kann einen Zugang für Beratungsanfragen und deren Organisation bieten.

- Über das „Digitale Beratungsportal" können Informationen über die Angebote und Möglichkeiten im Sozialraum und deren Ansprechpartner*innen rasch recherchiert und zur Verfügung gestellt werden.

- Das „Digitale Beratungsportal" bietet die Möglichkeit zur Bereitstellung verschiedener barrierefreier Informationen, die die besonderen Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung aufgreifen (z.B. Sehbehinderte und blinde Menschen, hörbehinderte und taube Menschen).

II. Fachberatung Kindeswohl und Kinderrechte (LVR-Dezernat Kinder, Jugend und Familie)

Fachberatungsteam im LVR-Landesjugendamt (Fachbereiche 42 und 43):

Jens Arand (seit Mitte Dezember 2019)
Abteilung Schutz von Kindern in Kindertageseinrichtungen, Qualitätsentwicklung, Qualifizierung (42.22, Teamleitung Themen und Fortbildung Dr. Melanie Lietz)

Christina Muscutt (seit Oktober 2019)
Abteilung Jugendförderung (43.14, Teamleitung Koordinationsstelle Kinderarmut Alexander Mavroudis)

Teilprojektleitung: Ursula Knebel-Ittenbach (Abteilungsleitung 42.20)

1 Was genau wird bis zum 30.06.2022 „integriert" erprobt?

Das Teilprojekt des Dezernates 4 verdeutlicht eindrücklich, dass es sich bei der Umsetzung des Gesamtprojektes SEIB um eine fachbereichs- und dezernatsübergreifende Querschnittsaufgabe im Landschaftsverband Rheinland handelt.

Denn das zentrale Anliegen des Projektteams ist es, das Kindeswohl und die Kinderrechte im Sinne der Zielrichtung 10 des Landschaftsverbandes Rheinland als inklusiven Mainstreaming-Ansatz in den Fokus zu nehmen. Hieraus ergibt sich eine sehr wesentliche interne Wirkrichtung der Akteure des Teilprojektes.

Zur Gewährleistung der Abdeckung der Bedarfe sämtlicher relevanter Altersgruppen arbeiten innerhalb des Dezernates 4 zwei Fachberatungen aus den Fachbereichen 42 (Kinder und Familie) und 43 (Jugend) eng vernetzt zusammen.

Deren intensive interne Verbindungen ergeben sich

- mit dem Fallmanagement des Fachbereichs 41 (Querschnittsaufgaben und Transferleistungen) im Rahmen der sozialräumlich orientierten Beratung von Personensorgeberechtigten und Fachkräften aus dem elementarpädagogischen Bereich (Beratung vor Ort)

- mit dem Team des Teilprojektes „Peer-Bildungsberatung" des Dezernates 5 insbesondere aufgrund der Zielgruppe von Schüler*innen (also Kindern und Jugendlichen)

- mit dem Team des Teilprojektes Psychiatrie (Dezernat 8) im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrien und hinsichtlich von Kindern psychisch kranker Eltern

- mit dem Team des Teilprojektes BTHG 106+ (Dezernat 7) aufgrund der dort verorteten Beratung hinsichtlich Elternschaft mit Behinderung.

Die Fachberatung Kindeswohl und Kinderrechte begründet Kinderrechte vor allem menschenrechtlich und möchte eine entsprechende Haltung und Orientierung organisationsweit voranbringen.

Thematisch stehen dabei u.a. folgende zentrale Themen/Oberbegriffe im Fokus:

- Partizipation als wesentliche Grundlage der Umsetzung der UN-KRK (Erfassung von Kinderperspektiven, Beteiligung, Beschwerden…)

- Diversität und Menschen in unterschiedlichen Lebenslagen

Die Fachberatung Kindeswohl und Kinderrechte ist explorativ ausgerichtet; weitere Schwerpunktsetzungen und deren Konkretisierungen erfolgen fortlaufend bedarfsgerecht im Umsetzungsprozess. Ziel ist es die Kinderrechtsperspektive in den Überlegungen der anderen Teilprojekte fest zu verankern.

Das Teilprojekt unterscheidet sich insofern von den anderen Teilprojekten, dass keine Umsetzung an Modellstandorten vorgesehen ist. In der erst kurzen operativen Umsetzungsphase weisen sich die Planungen primär in Richtung übergreifender Fachberatung und Unterstützung der sozialräumlich ausgerichteten Beratungsstrukturen. Hier sind folgende Initiativen angedacht:

- Beratung der anderen Teilprojektteams zu den Themen „Kindeswohl", „Kinderrechte" und „Vernetzung auf der kommunalen Ebene"

- Unterstützung des Fallmanagements bei der Vernetzung vor Ort (erster Aufschlag bereits am 24.01.20 erfolgt (Austausch mit dem Fallmanagement des Dezernates 7; weitere Austauschtermine in Planung)

- Tandemberatung vor Ort – gemeinsam mit dem Fallmanagement und/oder übrigen Teilprojekten

- Durchführung themenbezogener interner Werkstattgespräche mit Fallmanagement und Fachberatungen (z.B. Kinderrechte, Partizipation und Inklusion, Vernetzung in der Kommune, Kinderperspektiven, …) auf Grundlage vorangegangener Bedarfsanalysen

- Aufbau und Koordination eines LVR-internen Netzwerkes „Kinderrechte"
  - Regelmäßiger fachlicher Austausch und kollegiale Beratung bei konkreten Fragestellungen auf operativer Ebene der Teilprojekte
  - Begriffsoperationalisierungen: Abstimmung der Deutung und Nutzung von projektrelevanten Begrifflichkeiten durch Austausch und Input.
  - Nutzung „diversitätssensibler" Sprache
  - Kennzeichnung kontext- und professionsabhängiger Gemeinsamkeiten und Differenzen der Teilprojekte (Perspektiven, Themenschwerpunkte, …)

- Wissenstransfer innerhalb des LVR. Mögliche Instrumente und Aktivitäten sind:
  - Fachgespräche und Kooperationen mit relevanten Fachdezernaten, –teams und –kolleg*innen

- Mitwirkung an Fachveranstaltungen anderer Dezernate/Fachabteilungen
- SEIB-Informationsveranstaltung innerhalb des Dezernates 4
- dezernatsübergreifende interne Publikationen zu Kindeswohl und Kinderrechten
- Hospitation bei den Beratungsangeboten der Teilprojekte

- Klärung möglicher Schnittstellen, zum Beispiel zum Thema Prävention und Gewaltschutz für Kinder und Jugendliche mit Behinderung

Dabei ist vorgesehen, die etablierten Konzepte der LVR-Fachberatungen auf der Basis eines Rahmenkonzeptes aus 2017 im Dezernat 4 anzuwenden und umzusetzen. Gleiches gilt für die angedachten extern ausgerichteten Angebote unterschiedlicher Formate. Dabei wird es sich beispielsweise um Publikationen, Fachveranstaltungen, Werkstattgespräche und Kooperationsangebote für Fachkräfte in den Kommunen (JA-Leitungen, Kita-Leitungen, Kita-Fachkräfte, Koordinationsstellen Frühe Hilfe, Kinderschutz, Kinderarmut, Jugendhilfeplaner, Betroffeneninitiativen etc.) handeln.

Aktuell sind hier folgende Aktivitäten angedacht:

- Beratung von Kommunen beim Auf-/ und Ausbau der Vernetzung zum Thema Kinderrechte und Inklusion in den Sozialräumen und zwischen relevanten Ämtern

- Bedarfsorientierte Fachveranstaltungen vor Ort zum Thema „Kinderrechte" unter Einbezug verschiedener Akteure mit inklusiven Aufgaben
  - Z.B. Themenbezogene Werkstattgespräche mit Fallmanagement und Fachberatungen (z.B. Kinderrechte, Partizipation und Inklusion, Vernetzung der Kommune, Kinderperspektiven, …)

- Fachveranstaltungen für unterschiedliche Zielgruppen (Jugendämter, Träger usw.) zum Thema „Kinderrechte". Hierzu gehören:
  - Werkstattgespräche mit Jugendämtern (Koordinationsfachkräfte Kinderarmut, kommunale Präventionsketten, Frühe Hilfe, Frühförderung, LVR-Fallmanagement, …)
  - Aktuell: 04.06.20: Werkstattgespräch `Kinderrechte und Inklusion´: Vernetzung u.a. von Vertreter*innen der kommunalen Präventionsketten und dem LVR-Fallmanagement
  - Aktuell: Planung einer Kooperationsveranstaltung mit dem Elternverein „mittendrin e.V." zum Thema `Inklusive Angebote der (offenen) Jugendarbeit´ am 28.04.20
  - Vernetzungstagungen kommunaler Ämter (Jugend-, Sozial- und Gesundheitsämter)

2 Sind (Beratungs-)Aktivitäten „vor Ort" geplant und ggf. wo?

Es sind keine Modellstandorte vorgesehen. Die Beratung von Kommunen und hier insbesondere Jugendämtern soll nach Bedarf erfolgen. Die Beratung der Personensorgeberechtigten vor Ort erfolgt primär durch die Fallmanager*innen.

3 Welche Überlegungen gibt es zur Zugänglichkeit bzw. Barrierefreiheit des Beratungsangebotes?

Die Beratung der Jugendämter und anderer relevanter Träger kann vor Ort erfolgen. In diesen Fällen ist die Barrierefreiheit, soweit notwendig, im Vorfeld zu klären.
Für die Durchführung von Fachveranstaltungen, Informations- und Werkstattgesprächen stehen die bekannten barrierefreien Möglichkeiten und Räume in der ZV zur Verfügung. Vorgesehen ist ein Lotsendienst, der bei Anfragen die jeweilige Zuständigkeit klärt und die Beratungssuchenden an die verantwortlichen Stellen vermittelt. Sollten im Einzelfall konkrete Beratungstermine notwendig sein, würden diese in der Zentralverwaltung oder an geeigneten Orten in den Kommunen stattfinden.

4 Welche Überlegungen gibt es zur Zusammenarbeit und Partizipation der Selbstvertretung von Menschen mit Behinderungen

Der Einbezug der Selbstvertretung ist erwünscht, bisher aber noch nicht konkretisiert. Denkbar ist beispielsweise die Einbindung in ausgewählte Fachveranstaltungen wie am 28.04.20 mit dem Elternverein „mittendrin e.V.".

5 Welche (anderen) Beratungsangebote des LVR sind für die Aufgabenstellung des Teilprojektes unter Umständen von Interesse und sollen im Projektverlauf betrachtet werden?

Neben den Beratungsangeboten innerhalb des Gesamtprojektes SEIB und dem damit eng verbundenen Online-Portal `Beratungskompass´ gibt es zahlreiche Anknüpfungspunkte des Teilprojektes innerhalb des LVR. Gleiches gilt für das BTHG-online-Beratungsangebot BTHG. Offensichtlich wird dies im Rahmen der Teilhabeberatungen durch das Fallmanagement in den Dezernaten 4 (Kinder, Jugend und Familie) und 7 (Soziales).

Darüber hinaus bieten sich Schnittstellen zu den Fachberatungen des Landesjugendamtes der Fachbereiche 42 (Kinder und Familie) und 43 (Jugend), die sich in der Verortung des Teilprojektes in den ebendiesen Fachbereichen wiederspiegeln. Eine ganzheitliche Herangehensweise bietet sich durch die Verknüpfung mit den bereits vorhandenen Fachberatungsthemen (z.B. Inklusion, Partizipation und Kinderschutz), der Beratung der Netzwerkkoordinator*innen `Frühe Hilfen´, `Kinderarmut´ und `Kommunale Präventionsketten´, der Jugendförderung, des Ganztags sowie der Beratung der Jugendämter.

Darüber hinaus soll im Projektverlauf geprüft werden, inwieweit und ggf. in welcher Form sich die Etablierung der Themen `Kindeswohl´ und `Kinderrechte´ als LVR-weiter Mainstreaming-Ansatz unterstützen lässt.

6 Welche Beratungsangebote Dritter (z.B. der Kommune) sind für die Aufgabenstellung des Teilprojektes aus heutiger Sicht unter Umständen von Interesse und sollen im Projektverlauf betrachtet werden?

Besondere Bedeutung haben die kommunalen Präventionsketten und Präventionsnetzwerke, beginnend mit den Frühen Hilfen, die in vielen Kommunen im Rheinland aufgebaut wurden und werden. Diese in der Regel von Jugendämtern koordinierten Strukturen sind wichtige Bezugspunkte auch für Unterstützungsangebote für Menschen mit Behinderungen – und für die Aktivitäten des LVR.
Ebenso bedeutsam ist die (kommunale) Fachberatungsstruktur vor Ort. Sie bietet Möglichkeiten zur Weiterentwicklung der Teilhabemöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung durch fachliche Diskurse und gemeinsame Veranstaltungen. Darüber hinaus sind weitere Akteursgruppen wie z.B. Kinderschutzfachkräfte interessante Ansprech- und ggf. Kooperationspartner.

7 Welche Fragestellungen aus der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention sind von Bedeutung und könnten im Projektverlauf diskutiert werden?

- Möglichkeiten der Partizipation für Kinder und Jugendliche mit Behinderung.
- Kulturelle und sozioökonomische Unterschiede von Familien bei der Bewertung von Behinderung.
- Bild vom Kind/Jugendlichen in unterschiedlichen Institutionen.
- Mögliche Folgen und Auswirkungen von Armut auf Kinder und Jugendliche mit Behinderung.
- Inklusive Sozialräume und inklusive Institutionen für Kinder und Jugendliche mit Behinderung.

8 Welche Schnittstellen zum parallelen Projekt „Digitales Beratungsportal" sind bereits erkennbar?

Das SEIB-Teilprojektteam unterstützt den Projektleiter, die mit der Umsetzung beauftragte Firma Sunzinet und alle beteiligten Akteure bei der Ausgestaltung des Portals.

Im Rahmen der Teilnahme an Workshops und Interviews wird die Fachexpertise des Dezernates 4 eingebracht, um das Portal als Informations- und Lotsenplattform für relevante Themen des Dezernates zu etablieren. Es werden Beratungsleistungen und Zugänge im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe aufgezeigt und inhaltlich aufbereitet. Das Portal soll nach dem hiesigen Verständnis auch Möglichkeiten zur Beschwerde bieten, auf die im Einzelfall dann durch die Fachberatung Kindeswohl und Kinderrechte adäquat reagiert werden kann.

Fortlaufend soll die Unterstützung bei der Bewerbung des Portals und bei der Klärung von Anfragen erfolgen, die Themen und Zuständigkeiten des Landesjugendamtes betreffen.

III. Peer-Bildungsberatung
(LVR-Dezernat Schulen, Inklusionsamt, Soziale Entschädigung)

Projektteam in der Abteilung Schulentwicklungsplanung, Grundsatzfragen, schulfachliche Themen, Öffentlichkeitsarbeit (Abteilung 52.20):

Lena Bergs, Leitung (seit August 2019 mit 0,5 Stellenanteil)
(voraus. ab April 2020 Komplettierung der Projektleitung durch Wolfgang Thiems)

Stephanie Hermsmeier (seit Dezember 2019)

Abteilungsleitung: Kirsten Hack

1 Was genau wird bis zum 30.06.2022 „integriert" erprobt?

Der Fokus des Teilprojektes Peer-Bildungsberatung liegt auf der Entwicklung und Erprobung eines dezernatsspezifischen sozialräumlichen Konzeptes für ein Angebot - nach einheitlichen, fachübergreifenden Merkmalen und Standards im Sinne der Eckpunkte der Integrierten Beratung - im Bereich der schulischen Inklusion. Damit ist das Thema eingebettet in die Zielrichtung des Fachbereichs Schulen und trägt zur Weiterentwicklung des Unterstützungsspektrums der schulischen Inklusion bei (Vorlage 14/3401/1, Vorlage 14/2973).

Die Grundidee des Projektes ist, dass die „Peer-Bildungsberater*innen" - LVR-Schüler*innen gemeinsam mit Regelschüler*innen - als Diversitätsbotschafter*innen in ihren Sozialräumen wirken: Sie bieten Beratung und Trainings zu den Themen „Diversität" und „Empowerment" für andere Schüler*innen („Peers") an. Diese Inhalte werden vorab in einer gemeinsam entwickelten modularen Schulung vermittelt. Die Schüler*innen werden partizipativ an den Projektbausteinen beteiligt und bestimmen mit. Ein Projektbeirat (siehe unten) soll begleitend unterstützen.

Folgende Aufgaben wurden ab August 2019 aufgenommen:

- Intensive Auseinandersetzung und wissenschaftliche Recherche zu den Themenfeldern der Peerarbeit im (Förder-)Schulbereich und allgemein zu Diversität, Empowerment, Diskriminierung und Sozialraum wurden abgeschlossen.

- Analyse der Aktivitäten der LVR-Schüler*innenvertretungen und deren Arbeit in den LVR-Förderschulen zur zukünftigen Vernetzung mit den Gremien der Selbstvertretungen der Schüler*innen wurden erhoben. Recherche weiterer Akteur*innen für den geplanten Projektbeirat aus Wissenschaft, Antidiskriminierungsarbeit und Selbsthilfe ist derzeit in Bearbeitung.

- Aufbau einer kontinuierlichen Austauschstruktur, u.a. im Gesamtprojekt SEIB ist erfolgt und findet dauerhaft projektbegleitend statt.

- Entwicklung und Verstetigung von internen und externen Wissenstransferprozessen ist als Daueraufgabe implementiert.

- Modellregionen-Recherche, um adäquate LVR-Modellschulen sowie nachfolgend kooperierende Regelschulen auszuwählen (siehe unten, derzeit laufen Vorgespräche mit Schulleitungen u.a.).

- Analyse der Projektrisiken in dezernatsübergreifender Zusammenarbeit sind erfolgt.

- Ausarbeitung der Projektkonzeption und des Projektstrukturplans befinden sich aktuell in dezernatsinterner Diskussion und Abstimmung.

Als nächster Projekt-Meilenstein werden im ersten und zweiten Quartal 2020 Expert*inneninterviews mit LVR-Schulleitungen und LVR-Schüler*innenvertretungen durchgeführt, um die Projektplanung aus verschiedenen Perspektiven zu validieren.

2 Sind (Beratungs-)Aktivitäten „vor Ort" geplant und ggf. wo?

Die Erprobung des Teilprojektes soll zunächst in ausgewählten Modellregionen stattfinden. Eine Auswahl der Modellregionen hat bereits stattgefunden; eine Kontaktaufnahme zu den Kommunen sowie zu den LVR-Förderschulen hinsichtlich einer Kooperation findet derzeit statt.

Es wird beabsichtigt, die bereits mit LVR-Förderschulen kooperierenden Regelschulen in das Teilprojekt miteinzubinden. Darüber hinaus werden die Standorte anderer Teilprojekte wie beispielsweise Dezernat 7 - Soziales („BTHG106+") beachtet, um Synergien zu bündeln.

Im Rahmen der vorläufigen Projektkonzeption sollen die Schulungen in den jeweiligen regional kooperierenden LVR-Förderschulen stattfinden. Die Peer-Bildungsberater*innen werden die Beratungen und Trainings an Schulen und Ganztagsangeboten sowie im Rahmen von Freizeitangeboten durchführen können. Die Schulungen sind u.a. in Kooperation mit dem Teilprojekt des Dezernats 4 - Kinder, Jugend und Familie („Kindeswohl und Kinderrechte") geplant.

Dezernat 5 unterstützt die schulische Inklusion. Das Angebot soll sich ebenso an Regelschulen richten, die bereits mit LVR-Förderschulen kooperieren.

3 Welche Überlegungen gibt es zur Zugänglichkeit bzw. Barrierefreiheit des Beratungsangebotes?

Das Angebot soll sich an LVR-Schüler*innen aller Förderschwerpunkte (Hören und Kommunikation, Sehen, Sprache, Körperliche und motorische Entwicklung) richten. Das Angebot wird barrierearm aufgebaut, zum Beispiel die sozialräumliche Verortung (Veranstaltungsorte) und die Orientierung an den Ressourcen der Kinder und Jugendlichen ist grundlegendes Projektziel.

4 Welche Überlegungen gibt es zur Zusammenarbeit und Partizipation der Selbstvertretung von Menschen mit Behinderungen

Das Angebot geht von Selbstvertretungen in den Schulen aus und hat Kinder und Jugendliche mit Behinderungen im Fokus. Weitere Expert*innen mit Behinderungen, die ggf. auch schon in ähnlichen Projekten Erfahrungen gesammelt haben, werden in den Projektbeirat geladen.

5 Welche (anderen) Beratungsangebote des LVR sind für die Aufgabenstellung des Teilprojektes unter Umständen von Interesse und sollen im Projektverlauf betrachtet werden?

Die Zusammenarbeit mit den anderen Teilprojekten ist geplant und von allen Seiten erwünscht. Ebenso soll mit Beratungsangeboten des LVRs, z.B. seitens des Inklusionsamtes oder der KoKoBes, kooperiert werden.

6 Welche Beratungsangebote Dritter (z.B. der Kommune) sind für die Aufgabenstellung des Teilprojektes aus heutiger Sicht unter Umständen von Interesse und sollen im Projektverlauf betrachtet werden?

Beratungsangebote, die sich im Bereich der schulischen Inklusion, politischen Bildung, Antidiskriminierungsarbeit/Anti-Bias und Selbsthilfe bewegen sowie allgemein Jugendberatungsstellen.

7 Welche Fragestellungen aus der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention sind von Bedeutung und könnten im Projektverlauf diskutiert werden?

Folgende Inhalte der UN-Behindertenrechtskonvention könnten im Projektverlauf diskutiert werden bzw. sind für das Teilprojekt von Bedeutung:

- Teilhabe am politischen und öffentlichen Leben
- Bildung, Meinungsfreiheit und Informationszugang
- Barrierefreiheit
- Persönliche Mobilität
- Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung
- Inklusion
- Durch die Weiterführung der Zusammenarbeit der Landesschüler*innen-Vertretung NRW sowie das Projekt „BeSt-Beraten & Stärken" wird das in 2018 durch eine Fachveranstaltung des LVR-Fachbereichs Schulen aufgegriffene

Thema „Prävention sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche mit Behinderung“ (Vorlage 14/1388) weiterverfolgt.

8 Welche Schnittstellen zum parallelen Projekt „Digitales Beratungsportal“ sind bereits erkennbar?

Nach Implementierung und Evaluation des Angebots Peer-Bildungsberatung werden die Projektergebnisse und mögliche Ansprechpersonen im Portal veröffentlicht.

IV. Integrierte Beratung in der psychiatrischen Versorgung (LVR-Dezernat Klinikverbund und Verbund Heilpädagogischer Hilfen)

Projektteam in der Abteilung Psychiatrische Versorgung (Abteilung 84.20):

Patricia Knabenschuh, Leitung (seit September 2019)

Stephan Schmitz (seit Januar 2020)

Abteilungsleitung: Monika Schröder

Das Projekt ist im Fachbereich Planung, Qualitäts- und Innovationsmanagement (Fachbereichsleitung Susanne Stephan-Gellrich) angesiedelt. Aus dem Fachbereich und der Stabsstelle „Strategische Steuerungsunterstützung (SCO)" der Dezernentin wurde eine erweiterte Arbeitsgruppe für das Projekt gebildet, an der zusätzlich mitwirken:

- Rolf Mertens (Grundsatzangelegenheiten Kinder- und Jugend-Psychiatrie/-Psychotherapie und Soziale Rehabilitation, 84.20)
- Alexandra Peek (Innovationsmanagement, 84.10)
- Prof. Dr. Yvonne Kahl (Stabsstelle SCO)

1 Was genau wird bis zum 30.06.2022 „integriert" erprobt?

Das Gesamtprojekt SEIB zielt darauf ab, die Beratungsleistungen des LVR für Menschen mit Behinderungen integriert auszurichten. Hieran werden Anforderungen wie z.B. Personenzentrierung und sozialräumliche Vernetzung gestellt. Aber auch weitergehende Aspekte wie z.B. Partizipation und Gewaltschutz sollen in die Beratungskonzepte Eingang finden.

Zwar berücksichtigt das BTHG dies grundsätzlich, für das Teilprojekt in der psychiatrischen Versorgung ist die Ausrichtung der integrierten Beratung jedoch im Kontext der spezifischen Bedürfnisse der Personengruppe der psychiatrisch erkrankten Erwachsenen, Kinder und Jugendlichen auch außerhalb des Wirkungskreises des BTHG zu definieren.

Dies gilt im besonderen Maße für psychisch kranke Kinder und Jugendliche, die stationär kinder- und jugendpsychiatrisch behandelt und beraten werden. Die Wahrnehmung ihrer Bedürfnisse und die daraus zu entwickelnden partizipativen Beratungs- und Versorgungsstrukturen sind von besonderer Relevanz im Sinne des Schutzgedankens (Verhinderung von Gewalt u. Zwang/Sicherung Kindeswohl) und im Sinne der Stärkung der Kinder- bzw. Menschenrechte. Dies gilt umso mehr für jene Gruppen junger Menschen, die sich in besonders vulnerablen Lebensverhältnissen befinden, wie z.B. Kinder, die nicht in ihrer Herkunftsfamilie leben können und in stationärer Jugendhilfe und in Pflegefamilien der besonderen Obhut staatlicher Stellen anvertraut sind. Deshalb ist die Integrierte Beratung auch im Kontext der Vorlage 14/3821 „Präventive Maßnahmen gegen sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche mit Behinderung" zu sehen.

Partizipation auch im präventiven Sinne bedeutet für das Dezernat 8 nicht nur, die Sichtweise der Betroffenen selbst zu berücksichtigen, sondern ebenso die ihrer Angehörigen. Deshalb ist Partizipation als „Trialogisches Format" zu verstehen.

Während sich dies im Erwachsenenbereich regelmäßig auf Partner*innen, Kinder, Eltern oder Geschwister bezieht, fungieren die Eltern von minderjährigen Kindern und Jugendlichen nicht nur in der Rolle der Angehörigen, sondern auch in der Rolle der gesetzlichen Vertreter*innen für ihre Kinder. Für Kinder aus stationären und familiären Jugendhilfesettings (Pflegekinder) kommen gesetzliche Vertreter*innen, Bezugserzieher*innen und fallverantwortliche Jugendamtsmitarbeitende als weitere potentiell beteiligte Personen hinzu.

Im Rahmen des Projektes gilt es, Formen der (trialogischen) Partizipation unter Berücksichtigung dieser Rollendivergenzen und der unterschiedlichen Patienten*innengruppen zu entwickeln und Möglichkeiten der Implementierung in die Praxis zu schaffen.

Grundständiges Ziel des Projektes im Dezernat 8 ist es, Partizipation als tragendes Element der Selbstbestimmung und des Schutzes (vor Gewalt und Diskriminierung) bei der Versorgung und der Beratung psychisch kranker Menschen stärker in den Mittelpunkt zu stellen. Dies ist auf mehreren Ebenen denkbar:

1. LVR-Klinikverbund

   Zur Implementierung partizipativer Strukturen auf der Ebene der Zentralverwaltung des Klinikverbundes wird eine Art Beirat als sogenanntes „Trialogisches Forum" vorgeschlagen. Ziel dieses Forums ist die strukturelle Begleitung der fachlichen Qualitätsentwicklung der psychiatrischen Versorgung der LVR-Kliniken über die Beteiligung von Patienten*innen und ihren Angehörigen bei ihren individuellen Behandlungszielen und Therapiebeziehungen hinaus.

   Die Besetzung des Forums sollte paritätisch - bestehend aus Vertretungen der Patienten*innen, ihrer Angehörigen, Vertreter*innen des Klinikpersonals (zusätzlich zur Behandlungsebene auch aus dem Entscheiderkreis) und der Klinikverbundzentrale - erfolgen. Als essentielles Kriterium für ein erfolgreiches Wirken des Trialogischen Forums wäre seine sinnvolle Einbindung in die institutionellen Strukturen des LVR-Klinikverbundes einschließlich der Dezernatsverwaltung zu nennen.

   Grundsätzlich könnte sich das Trialogische Forum mit allen Themen in den LVR-Kliniken befassen. Als spezifische Themen zu nennen sind die Behandlung im Zwangskontext, Mitsprache bei der Behandlung und Medikation, adäquate Berücksichtigung vulnerabler Patientengruppen (im Sinne einer „Diversity"-Orientierung) und alle Fragen und Themen, die aus der Gruppe der Patient*innen und ihrer Angehörigen selbst kommen. Die Einschätzungen und Anregungen als Ergebnisse der Diskussion und Erörterung mit den genannten Themen könnte durch Stellungnahmen des Trialogischen Forums in die entsprechenden institutionellen Gremien, wie z.B. die erweiterte Verbund- oder die Strategiekonferenz, eingebracht werden.

Arbeitsweisen, verbindliche Absprachen, die Einbindung weiterer Gremien sowie die Benennung der zu beteiligenden Verbände (Patienten- und Angehörigenverbände) und die personelle Verortung dieser Daueraufgabe innerhalb des Dezernates 8 sind noch zu erarbeiten.

2. Kliniken des LVR-Klinikverbundes

   Partizipation in den LVR-Kliniken soll schwerpunktmäßig für den Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie (KJPPP), nach Möglichkeit durch die sinnvolle Verknüpfung mit dem Projekt „Seelische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen stärken durch integrierte Behandlung und Rehabilitation durch Kinder- und Jugendpsychiatrie in den Regionen" (s. Vorlage 14/3736), entwickelt werden. Durch die bereits vorhandene Projektstruktur und die definierten Ziele dieses Projektes könnten in der KJPPP an drei LVR-Kliniken sowohl Kinder und Jugendliche als auch relevante andere Beteiligte, wie z.B. Akteure der Kinder- und Jugendhilfe, unmittelbar in einen neuen Partizipationsprozess einbezogen werden.

   Als erster Schritt ist eine grundlegende Bestandsaufnahme – insbesondere vor dem Hintergrund der Rollendivergenzen - zu erstellen. Hierfür bietet sich beispielsweise eine Befragung an, deren fachlich-inhaltliche Ausgestaltung noch erarbeitet wird. Denkbar sind Kooperationen und/oder die Entwicklung von Partizipationsstrukturen im Sinne des Projektes „Gehört werden" (https://www.gehoert-werden.de/de/), ein Projekt des LVR-Dezernates 4 in Kooperation mit dem LWL.

   Für die Vorbereitung Trialogischer Formate in der psychiatrischen Versorgung erwachsener Menschen ist zunächst eine Bestandsanalyse zur Feststellung bereits vorhandener Beteiligungsformate, wie z.B. Behandlungsvereinbarungen, Angebote der Genesungsbegleitung, die Arbeit von Ombudspersonen, o.ä. in den LVR Kliniken erforderlich. Im Weiteren ist zu prüfen, ob und wie weit die bestehenden Beteiligungsformate in die Konzeption einbezogen und ggf. im Sinne einer Partizipation im Trialogischen Format weiterentwickelt werden können.

3. Gemeindepsychiatrische (sozialräumliche) Versorgung

   Die Entwicklung partizipativer Strukturen im gemeindepsychiatrischen Kontext und hier vor allem innerhalb der SPZ sollte die dritte Säule der Partizipation im Trialogischen Format sein. Als erstes Format wäre eine trialogisch besetzte Begleitgruppe (analog den KoKoBe) denkbar. Insoweit soll eine enge Kooperation und Austausch mit dem jeweiligen KoKoBe´s und dem Dezernat 7 strukturell verankert sein. Wichtig ist hierbei, die SPKoM systematisch mit einzubeziehen (Diversity) und die Gruppe der in den SPZ bzw. in der Selbsthilfe tätigen Ex-In Fachkräften/ Peer Counselor*innen zu berücksichtigen. Eine konkrete Konzeptentwicklung steht noch aus.

4. Eine konkrete Maßnahme ist im Stadtgebiet Solingen bereits in der Umsetzung: Die LVR-Klinik Langenfeld und der Psychosoziale Trägerverein Solingen e.V. haben sich in einem Kooperationsvertrag zur gemeinschaftlichen telefonischen Beratung Solinger Bürger*innen verpflichtet.

Alle Teilprojekte im Dezernat 8 beinhalten die sektorenübergreifende Beratung für psychisch schwer erkrankte Menschen im Sozialraum, während und nach der stationären Behandlung. Die Zielgruppen der integrierten Beratung sind Menschen im Versorgungsgebiet mit psychiatrischen Informations- und Beratungsbedarfen in allen Altersgruppen.

Ergebnisse dieser Projekte sollen langfristig in das gesamte Versorgungssystem des LVR-Klinikverbundes mit einfließen, die Prozesse verbessern und die Übergänge zwischen stationärer und ambulanter Versorgung (weiter) harmonisieren und perspektivisch Anzahl und Dauer stationärer Aufenthalte vermindern und/oder effizienter mit der ambulanten Anschlussversorgung verknüpfen und die Partizipation der Patient*innen und ihrer Angehörigen strukturell verankern.

2 Sind (Beratungs-)Aktivitäten „vor Ort" geplant und ggf. wo?

Als erste Modellregion wurde die Stadt Solingen ausgewählt. Das konkrete Projekt umfasst die sektorenübergreifende Beratung für psychisch erkrankte Menschen, ihre Angehörigen und Bezugspersonen (Peers) sowie relevanter Institutionen. Hierfür steht in Kürze eine zentrale telefonische Beratung für die Menschen aus dem Stadtgebiet Solingen zur Verfügung. Die LVR-Klinik Langenfeld und der Psychosoziale Trägerverein e.V. Solingen bieten zunächst an vier Tagen in der Woche jeweils in der Zeit von 10.00 – 14.00 Uhr zu jeweils gleichen Teilen telefonische Beratung an. Damit ist das Ziel verbunden, die psychiatrische und psychosoziale Versorgung der Solinger Bürger*innen zu verbessern.

Gleichzeitig sollen die Angebote und Netzwerke stärker bedarfsorientiert gesteuert und das Schnittstellenmanagement perspektivisch auch zu anderen Trägern und Anbietern in Solingen verbessert werden. Dies sind beispielsweise Träger des betreuten Wohnens, der psychosozialen Beratung oder auch das Jobcenter Solingen und vor allem der Sozialpsychiatrische Dienst der Stadt Solingen.

Die telefonische Beratung bietet Informationen zu vorhandenen Behandlungs- und Unterstützungsangeboten, Beratungsstellen oder nennt (Beratungs- und Behandlungs-) Adressen in Solingen oder kann im Sinne einer Lotsenfunktion individuelle, personenbezogene Beratungs- und Behandlungswege aufzeigen. Im Sinne einer Clearingfunktion kann die telefonische Beratung erste individuelle bedarfsorientierte Behandlungsperspektiven aufzeigen.

Standardmäßig werden in jedem Beratungsfall die persönliche Lebenssituation der Anrufenden, ihr individueller Gesamtbedarf und die vorhandenen Ressourcen systematisch erfasst (Screeningbogen) und in die Beratung einbezogen (Personenzentrierung). Hierfür werden entsprechende Fachkräfte auf Seiten der Kooperationspartner für die telefonische Beratung eingesetzt.

3 Welche Überlegungen gibt es zur Zugänglichkeit bzw. Barrierefreiheit des Beratungsangebotes?

Der Zugang zur telefonischen Beratung soll niederschwellig und mithin barrierefrei sein. Insoweit werden vielfältige Anliegen von der Information bis zur persönlichen Beratung bedient werden. Die Beratung ist kostenfrei und steht zunächst an vier Tagen pro Woche zur Verfügung. Außerhalb der genannten Zeiten stehen in Solingen der Sozialpsychiatrische Dienst der Stadt sowie der Psychosoziale Trägerverein Solingen e.V. mit seinem Krisentelefon rund um die Uhr für alle dringlichen Anliegen zur Verfügung. Die Einführung des Beratungstelefons wird mit strukturierter Öffentlichkeitsarbeit begleitet, um schnell eine breite Bekanntheit in Solingen zu erreichen.

Zur Sicherung des Erfolgs des Beratungstelefons ist zusätzlich die zügige web-basierte Bereitstellung nicht nur der LVR-Angebote, sondern auch der ortsspezifischen Angebote anderer Träger in Solingen im Rahmen des Projektes „Portal Integrierte Beratung" erforderlich. Dies unterstützt den barrierefreien Zugang zu den Angeboten der psychiatrischen und psychosozialen Versorgung in Solingen.

4 Welche Überlegungen gibt es zur Zusammenarbeit und Partizipation der Selbstvertretung von Menschen mit Behinderungen

Die Entwicklung grundlegender partizipativer Strukturen in der Beratung und Versorgung psychisch kranker Menschen ist angedacht (s.o.). Bereits seit einiger Zeit verfolgt der LVR-Klinikverbund die hier genannten Ziele mit der Beschäftigung von Genesungsbegleitenden und partizipativen Behandlungsansätzen (z. B. Adherence-Therapie, Soteria-Konzept).

Bei der weiteren Konzeptentwicklung der integrierten Beratung ist in einem ersten Schritt die Einbindung der Genesungsbegleitenden gewünscht.

5 Welche (anderen) Beratungsangebote des LVR sind für die Aufgabenstellung des Teilprojektes unter Umständen von Interesse und sollen im Projektverlauf betrachtet werden?

Für die integrierte Beratung in der psychiatrischen Versorgung ist das Teilprojekt BTHG 106plus von besonderer Bedeutung. Darüber hinaus ist die neue Fachberatung Kindeswohl und Kinderrechte zur Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der Jugendhilfe relevant.

Hierbei wird die Partizipation vor allem mit dem Fokus auf die Themen Gewaltschutz, Kindeswohl und Prävention betrachtet. Die Kooperation mit den anderen Teilprojekten in den Dezernaten ist obligatorisch.

6 Welche Beratungsangebote Dritter (z.B. der Kommune) sind für die Aufgabenstellung des Teilprojektes aus heutiger Sicht unter Umständen von Interesse und sollen im Projektverlauf betrachtet werden?

Unter Berücksichtigung der regionalen Unterschiede sollen vor allem die bestehenden kommunalen Angebote wie Gesundheitsämter, regionale SPZ und SPKoM einbezogen werden. Dies wird sich insbesondere auf die Regionen beziehen, die im Rahmen des Projektes „Seelische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen stärken durch integrierte Behandlung und Rehabilitation durch Kinder- und Jugendpsychiatrie in den Regionen" (s. Vorlage 14/3736) ausgewählt sind.

An diesen Standorten sollen die jeweiligen öffentlichen und freien Träger der Jugendhilfe sowie kommunale Beratungsstellen für psychisch kranke Kinder und/oder ihre Eltern (z.B. SPZ) einbezogen werden.

7 Welche Fragestellungen aus der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention sind von Bedeutung und könnten im Projektverlauf diskutiert werden?

- Inklusiver Sozialraum
- Partizipation
- Gewaltschutz

Weitere Aspekte werden noch erarbeitet und fließen in die Konzeption ein.

8 Welche Schnittstellen zum parallelen Projekt „Digitales Beratungsportal" sind bereits erkennbar?

Für den Erfolg des Beratungstelefons in Solingen ist es unerlässlich, dass die Beratungsangebote des LVR und darüber hinaus der anderen Träger vor Ort für die Fachkräfte der Beratung kurzfristig zur Verfügung stehen.

Die Direktorin des Landschaftsverbandes Rheinland

Qualität für Menschen

Ergänzungsvorlage Nr. 14/3871/1

öffentlich

Datum: 30.04.2020
Dienststelle: Fachbereich 54
Bearbeitung: Frau Eisermann

Landesjugendhilfeausschuss	**28.05.2020**	**Kenntnis**
Ausschuss für Inklusion	**04.06.2020**	**Kenntnis**

Tagesordnungspunkt:

Reform des Sozialen Entschädigungsrechts - ein erster Überblick und Ausblick

Kenntnisnahme:

Die Ausführungen zur Reform des Sozialen Entschädigungsrechts werden gemäß Vorlage Nr. 14/3871/1 zur Kenntnis genommen.

UN-Behindertenrechtskonvention (BRK):

Diese Vorlage berührt eine oder mehrere Zielrichtungen des LVR-Aktionsplans zur Umsetzung der BRK.	ja

Gleichstellung/Gender Mainstreaming:

Diese Vorlage berücksichtigt Vorgaben des LVR-Gleichstellungsplans 2020.	ja

Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt (lfd. Jahr):

Produktgruppe:	
Erträge: Veranschlagt im (Teil-)Ergebnisplan	Aufwendungen: /Wirtschaftsplan
Einzahlungen: Veranschlagt im (Teil-)Finanzplan Bei Investitionen: Gesamtkosten der Maßnahme:	Auszahlungen: /Wirtschaftsplan
Jährliche ergebniswirksame Folgekosten:	
Die gebildeten Budgets werden unter Beachtung der Ziele eingehalten	

In Vertretung

P r o f. D r. F a b e r

Worum geht es hier?

In leichter Sprache



Schutz vor Gewalt ist ein Menschen-Recht!



Der Staat muss darum alle Menschen vor Gewalt schützen.
Menschen mit Behinderungen sind leider besonders oft Opfer von Gewalt.

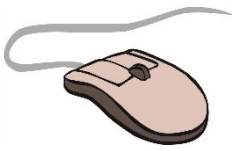
Der Staat unterstützt Menschen, die Gewalt erfahren haben.
Dafür gibt es jetzt ein neues Gesetz.



Im Rheinland kommt diese Hilfe für Opfer vom LVR.



Haben Sie Fragen zu diesem Text?
Dann können Sie beim LVR in Köln anrufen:
0221-809-2202.



Viele Informationen zum LVR in Leichter Sprache finden Sie hier:
www.leichtesprache.lvr.de

Der Zusatztext in leichter Sprache soll zum einen die Verständlichkeit der Vorlage insbesondere für Menschen mit Lernschwierigkeiten konkret verbessern, zum anderen für die Grundsätze der Zugänglichkeit und Barrierefreiheit im Bereich Information und Kommunikation im Sinne der Zielrichtungen 6 und 8 des LVR-Aktionsplans zur UN-Behindertenrechtskonvention sensibilisieren.

Mit der Telefonnummer 0221-809-2202 erreicht man die zentrale Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden (00.300). Sie gibt oder vermittelt bei Bedarf gern weitere Informationen. Bilder: © Reinhild Kassing.

Zusammenfassung:

Ende Dezember 2019 wurde das „Gesetz zur Regelung des Sozialen Entschädigungsrechts" verkündet. Ziel der Reform ist es, das Soziale Entschädigungsrecht (SER) den heutigen Bedürfnissen der Opfer von Gewalttaten auszurichten. Leistungen sollen schneller und zielgerichteter erbracht werden und der Entschädigung von Nachteilen dienen, für die die staatliche Gemeinschaft Verantwortung trägt.

Diese Vorlage informiert über die wesentlichen Änderungen gegenüber dem bisherigen Recht.

Das bisher in mehreren Gesetzen geregelte SER wird größtenteils übernommen und künftig im Sozialgesetzbuch Vierzehntes Buch (SGB XIV) zusammengeführt. Die Vorschriften treten in mehreren zeitlichen Abschnitten in Kraft. Rückwirkend zum 01.07.2018 werden die Waisengrundrenten und das Bestattungsgeld erhöht. Ab dem 20.12.2019 ist die Regelung zur örtlichen Zuständigkeit in Kraft getreten, was eine Abkehr vom bisherigen Tatortprinzip hin zum Wohnortprinzip zur Folge hat. Ab dem Jahr 2021 können Geschädigte bundesweit die Hilfen der Traumaambulanzen in Anspruch nehmen.

Im SGB XIV wird der Gewaltbegriff neu gefasst und um die „psychische Gewalt", ein vorsätzliches, rechtswidriges und unmittelbar gegen die freie Willensentscheidung einer Person gerichtetes schwerwiegendes Verhalten, erweitert. Ausdrücklich sind dann Straftatbestände, wie etwa Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung, Stalking und Menschenhandel, benannt, durch deren Tatbestandsverwirklichung ein schwerwiegendes Verhalten konkretisiert sein kann. Auch die erhebliche Vernachlässigung von Kindern wird einer Gewalttat gleichgestellt. Menschen, die einen Schockschaden erlitten haben sowie Personen, die mittels eines Angriffs mit einem Kraftfahrzeug geschädigt worden sind, haben künftig Ansprüche auf Leistungen.

Die Einmalzahlungen für im Ausland geschädigte Personen sowie die monatlichen Entschädigungszahlungen werden wesentlich erhöht. Teilhabeleistungen werden künftig ohne den Einsatz von Einkommen und Vermögen erbracht, Leistungen der Pflegeversicherung werden um schädigungsbedingte Mehrbedarfe ergänzt. Die Unterscheidung zwischen den Begriffen Versorgung und Fürsorge wird aufgegeben, die bisherigen Leistungen größtenteils im SGB XIV fortgeführt.

Weiterhin enthält das Gesetz umfangreiche Besitzstandregelungen im Hinblick auf die Ansprüche und Leistungen für Geschädigte und Hinterbliebene. Für Betroffene besteht ein einmaliges befristetes Wahlrecht zwischen den bisherigen Leistungen und den Leistungen nach dem SGB XIV.

Durch die Reform des Sozialen Entschädigungsrechts rechnet der Fachbereich Soziale Entschädigung mit einem Aufgabenzuwachs und erwartet eine Steigerung der Antragszahlen. Der Fachbereich stellt sich der Herausforderung, die Reform im Sinne der Menschen im Rheinland und im Sinne des Leitbildes des LVR „Qualität für Menschen" zielgerichtet umzusetzen.

Begründung der Vorlage 14/3871/1:

Der Ältestenrat hat in seiner Sondersitzung am 16.03.2020 aufgrund der Corona-Pandemie entschieden, alle Ausschusssitzungen bis zum 30.04.2020 abzusagen.
Hiervon war der Landesjugendhilfeausschuss am 19.03.2020 und der Ausschuss für Inklusion am 20.03.2020 betroffen.
Die Vorlage soll den beiden betroffenen Fachausschüssen zur Kenntnis gegeben werden.

Begründung der Vorlage Nr. 14/3871:

I. Allgemeines

Am 19.12.2019 wurde im Bundesgesetzblatt das „**Gesetz zur Regelung des Sozialen Entschädigungsrechts**"[1] verkündet. Diese Vorlage informiert über die **wesentlichen Änderungen** gegenüber dem bisherigen Recht, insbesondere in Bezug auf das Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten - Opferentschädigungsgesetz (OEG).

Das Soziale Entschädigungsrecht basiert noch auf dem Gesetz über die Versorgung der Opfer des Krieges - Bundesversorgungsgesetz (BVG). Dies war 1950 für die Versorgung Kriegsbeschädigter und ihrer Hinterbliebenen geschaffen worden. Ziel der jetzt erfolgten Reform ist es, das Soziale Entschädigungsrecht (SER) den heutigen Bedürfnissen betroffener Menschen, insbesondere der Opfer von Gewalttaten und terroristischer Anschläge, auszurichten. Leistungen sollen schneller und zielgerichteter erbracht und somit ein bürgernaher Zugang zu den Leistungen eröffnet werden. Die Leistungen sind auf schädigungsbedingte Bedarfe ausgelegt und innerhalb des Systems der Sozialleistungen durch Sondervorschriften gekennzeichnet. Sie dienen der Entschädigung, dem Ausgleich und der Abgeltung der immateriellen Nachteile durch ein schädigendes Ereignis, für das die staatliche Gemeinschaft eine besondere Verantwortung trägt.

II. Artikel-Gesetz

Das „Gesetz zur Regelung des Sozialen Entschädigungsrechts" ist ein sog. Artikel-Gesetz, da es gleichzeitig mehrere Gesetze in sich vereint. Zudem ist es ein Änderungsgesetz, das eine bestimmte Thematik in einer ganzen Reihe von Gesetzen und Verordnungen ändert.

Artikel 1 ordnet das Soziale Entschädigungsrecht in ein eigenes Sozialgesetzbuch als „**Sozialgesetzbuch Vierzehntes Buch (SGB XIV)**" ein. Dort wird das Soziale Entschädigungsrecht neu geregelt.

Es folgen weitere 59 Artikel, wie z.B. die Artikel 2 und 3, die das OEG und BVG ändern. Die beiden Artikel sollen Erkenntnissen und Forderungen aus dem Bericht

[1] Der Gesetzestext kann unter dem folgenden Link im Internet aufgerufen werden:
https://www.bmas.de/DE/Service/Gesetze/gesetz-zur-regelung-des-sozialen-entschaedigungsrechts.html

des Beauftragten der Bundesregierung für die Opfer und Hinterbliebenen des Terroranschlags auf dem Breitscheidplatz in Berlin Rechnung tragen.

Die Artikel 4 bis 57 enthalten Folgeänderungen von bestehenden Gesetzen und Verordnungen. In Artikel 58 werden die aufzuhebenden Gesetze und Verordnungen erfasst. Artikel 59 regelt die Finanzuntersuchung und Artikel 60 schlussendlich das Inkrafttreten des Gesetzes.

Mit der rechtssystematischen Einordnung des Sozialen Entschädigungsrechts in ein neues Sozialgesetzbuch soll, laut Gesetzesbegründung, der Verantwortung des Staates für ein erbrachtes Sonderopfer oder für ein erlittenes Unrecht in angemessener Weise Rechnung getragen werden.

Das neue SGB XIV regelt künftig explizit vier Entschädigungstatbestände für:

- Opfer einer (zivilen) Gewalttat,
- auch künftig noch mögliche Opfer der beiden Weltkriege, beispielsweise durch nicht entdeckte Kampfmittel (sog. Blindgänger),
- Personen, die durch Ereignisse im Zusammenhang mit der Ableistung des Zivildienstes eine gesundheitliche Schädigung erlitten haben sowie
- Personen, die durch eine Schutzimpfung oder sonstige Maßnahmen der spezifischen Prophylaxe nach dem Infektionsschutzgesetz (IfSG) eine gesundheitliche Schädigung erlitten haben.

Die Soziale Entschädigung beinhaltet Geld-, Sach- und Dienstleistungen. In das neue Gesetz wurde eine Ermächtigungsgrundlage für die Versorgungsmedizin-Verordnung aufgenommen, die die Grundsätze der medizinischen Bewertung der gesundheitlichen Schädigungsfolgen und ihres Grades regelt.

III. Zeitlicher Ablauf des Inkrafttretens

Das Soziale Entschädigungsrecht, das bislang in mehreren unterschiedlichen Gesetzen geregelt war, wird nun größtenteils übernommen und im Gesetz zur Regelung des Sozialen Entschädigungsrechts zusammengeführt. Die Vorschriften treten in mehreren zeitlichen Abschnitten – rückwirkend zum 01.07.2018 bis hin zum 01.01.2024 – in Kraft.

Durch diese Änderung des BVG und des OEG sind die Erhöhung der Waisengrundrenten und des Bestattungsgeldes sowie die Übernahme von Überführungskosten rückwirkend zum 01.07.2018 in Kraft getreten. Ebenfalls Rückwirkung entfaltet der neu verankerte Grundsatz der Gleichbehandlung inländischer und ausländischer Gewaltopfer.

Am Tag nach der Verkündung des Gesetzes, also dem 20.12.2019, ist die Regelung zur örtlichen Zuständigkeit in Kraft getreten. In Abkehr vom bisherigen Tatortprinzip, also der Zuständigkeit des Bundeslandes, in dem sich die Tat ereignet hat, ist künftig dasjenige Land zuständig, in dem die Antragsteller*innen ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben.

Darüber hinaus treten zum 01.01.2021 bereits einzelne §§ des SGB XIV, wie z.B. Regelungen und Inhalte zu den Traumaambulanzen, in Kraft.

Abschließend folgen dann die übrigen Regelungen des SGB XIV mit Wirkung zum 01.01.2024 und das BVG und das OEG werden aufgehoben. Der Zeitraum bis zum vollständigen Inkrafttreten soll den Verwaltungen der Länder ermöglichen, sich personell, strukturell und organisatorisch auf die kommenden Veränderungen vorzubereiten.

IV. Wesentliche Änderungen

Nachfolgend werden die wesentlichen Änderungen des Gesetzes zur Regelung des Sozialen Entschädigungsrechts und deren Auswirkungen dargestellt:

1) Ausweitung des Gewaltbegriffes um die „psychische Gewalt"

Durch die Reform des Sozialen Entschädigungsrechts wird mit Wirkung zum 01.01.2024 der Gewaltbegriff **neu** gefasst und um den Aspekt der „**psychischen** Gewalt" erweitert. Dies ist als ein vorsätzliches, rechtswidriges und unmittelbar **gegen die freie Willensentscheidung** einer Person gerichtetes schwerwiegendes Verhalten definiert. Der bisherige physische Gewaltbegriff (**tätlicher**, vorsätzlicher Angriff) hat psychische Gewalt nicht erfasst.

Allerdings gilt auch für den neuen Gewaltbegriff, dass auf ein vorsätzliches, rechtswidriges Verhalten abgestellt wird, welches zu einer **gesundheitlichen Schädigung** führt. Nach der Gesetzesbegründung soll nicht jegliches unerlaubtes Verhalten als psychische Gewalttat eingestuft werden, anderenfalls würde der Tatbestand ins Uferlose laufen.

In § 13 SGB XIV sind in diesem Zusammenhang nun ausdrücklich Straftatbestände, wie z. B.

- Menschenhandel,
- Nachstellung (Stalking),
- Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung wie z.B. des sexuellen Missbrauchs, des sexuellen Übergriffs, der sexuellen Nötigung, der Vergewaltigung ebenso wie der
- Geiselnahme oder der
- räuberischen Erpressung

aufgenommen worden, durch deren Tatbestandsverwirklichung ein schwerwiegendes Verhalten konkretisiert sein kann.

Ferner, ausdrücklich in § 14 SGB XIV einer Gewalttat gleichgestellt, ist ab dem Jahr 2024 auch die „**erhebliche Vernachlässigung**" von Kindern. Laut Gesetzesbegründung sind damit die Fälle von Vernachlässigung gemeint, in denen die Sorgeberechtigten einem Kind keine unmittelbare körperliche Gewalt antun, jedoch nicht für dessen körperliches und psychisches Wohl sorgen, es sich selbst überlassen, so dass das Kind erheblichen körperlichen oder psychischen Schaden nimmt. Ebenso ist die psychische Vernachlässigung erfasst, sofern sie als dauerhaftes,

ausgeprägtes Fehlverhalten der Sorgeberechtigten in Erscheinung tritt. Beide Fallkonstellationen werden nach erster Einschätzung zu einer erheblichen Steigerung der Antragszahlen führen.

2) Gesetzliche Normierung der sogenannten „Schockschäden"

Ausdrücklich gesetzlich verankert - bisher ist dies Ausfluss der Rechtsprechung - können Menschen, die einen Schockschaden erlitten haben, einen Anspruch auf Leistungen haben. Dies betrifft Personen, die die Tat miterlebt oder das Opfer aufgefunden haben und dadurch eine schwere gesundheitliche Schädigung erlitten haben. Auch Personen, die durch die Überbringung der Nachricht vom Tode oder der Verletzung des Primäropfers eine schwere gesundheitliche Schädigung erlitten haben, können einen Anspruch geltend machen.

3) Angriffe mit Kraftfahrzeugen

Eine durch einen vorsätzlichen, tätlichen Angriff mit einem Kraftfahrzeug geschädigte Person kann ebenfalls ab dem Jahr 2024 Ansprüche nach dem SGB XIV geltend machen. Bisher, im OEG sind diese Taten per Gesetz ausgeschlossen, erfolgte eine Versorgung der Geschädigten durch die Verkehrsopferhilfe e. V.. Das Attentat am Breitscheidplatz in Berlin hat aber gezeigt, dass die Leistungspflicht der Verkehrsopferhilfe nicht ausreicht, um die notwendige Entschädigung - gerade in Fällen mit vielen Opfern - angemessen sicher zu stellen. Abzuwarten bleibt, inwiefern sich diese Änderung auf die künftigen Antragszahlen auswirken wird.

4) Gleichstellung von inländischen und ausländischen Gewaltopfern sowie Erhöhung der Einmalzahlungen bei Gewalttaten im Ausland

Mit Rückwirkung zum 01.07.2018 hat der Gesetzgeber inländische und ausländische Opfer einer Gewalttat bei den Ansprüchen gleichgestellt und die bisherige Differenzierung aufgehoben. Dadurch wird die schwierige Anknüpfung an den Aufenthaltsstatus nach dem OEG entbehrlich, und die Leistungen können unabhängig von der Staatsangehörigkeit erfolgen.

Auch die Einmalzahlungen für durch Gewalttaten im Ausland geschädigte Personen werden, ab dem 01.01.2024, wesentlich erhöht.

GdS	Einmalzahlung -alt-	Einmalzahlung -neu-
GdS 10 + 20	800 €	
GdS 30 + 40	1.600 €	2.600 €
GdS 50 + 60	5.800 €	7.800 €
GdS 70 + 80		13.000 €
GdS 70 bis 90	10.200 €	
GdS 90		20.800 €
GdS 100	16.500 €	28.600 €

5) Die „Schnellen Hilfen"- Traumaambulanzen und Fallmanagement

Gesetzlich verankert als neue Leistungen sind die sog. „Schnellen Hilfen". Darunter sind Leistungen als niederschwelliges Angebot in den Traumaambulanzen und Leistungen des Fallmanagements zu verstehen.

Das Angebot der OEG-Traumaambulanzen wird in Nordrhein-Westfalen bereits seit vielen Jahren vorgehalten. Ab dem Jahr 2021 gilt bundesweit für den Zugang zu den Traumaambulanzen, dass auch vor Einleitung eines formellen Antragsverfahrens deren Hilfe in Anspruch genommen werden kann. Hierzu genügt es, wenn eine summarische Prüfung ergibt, dass eine Person durch ein schädigendes Ereignis betroffen sein kann. Ferner muss dann spätestens nach der zweiten Sitzung in einer Traumaambulanz ein Antrag gestellt werden, sofern weitere Leistungen benötigt werden.

Erwachsene können zur therapeutischen Intervention bis zu 15 Sitzungen in der Traumaambulanz erhalten, Kinder und Jugendliche bis zu 18 Sitzungen. Die Schnellen Hilfen gelten ebenfalls für Betroffene, bei denen das schädigende Ereignis bereits länger zurückliegt (z.B. bei Missbrauch in der Kindheit). Das jetzt gesetzlich verankerte Verfahren ist etwas bürokratischer als das bisher in Nordrhein-Westfalen praktizierte. Die Leistungen bleiben aber im Kern gleich.

Darüber hinaus soll das beim Träger der Sozialen Entschädigung angesiedelte Fallmanagement ab 2024 die Betroffenen durch das Antrags- und Leistungsverfahren begleiten und diese auch bei der Beantragung anderer Sozialleistungen, die wegen des schädigenden Ereignisses benötigt werden, unterstützen. Sowohl der LVR als auch der LWL halten seit Jahren ein Fallmanagement für den Bereich des Sozialen Entschädigungsrechts (SER) vor.

6) Änderungen in der Krankenbehandlung

Beschädigte und deren Angehörige sollen weiterhin Leistungen der medizinischen Rehabilitation erhalten. Grundsätzlich werden diese Leistungen durch die gesetzlichen Krankenkassen im Auftragsverhältnis erbracht. Neu gegenüber dem bisherigen Recht ist die Normierung von ergänzenden Leistungen, die über das Recht und die Leistungsverpflichtung der gesetzlichen Krankenkassen hinausgehen und bei Bedarf durch die Verwaltungsbehörde erbracht werden sollen (u.a. bei Psychotherapie und Zahnersatz).

Die Hilfsmittelversorgung, die bislang Aufgabe der Verwaltungsbehörde ist, wird auf die Unfallkassen der Länder übertragen.

Die gesetzlichen Krankenkassen und die Unfallkassen erhalten für die Leistungserbringung eine Erstattung durch die Verwaltungsbehörde. Diese erfolgt in den ersten zwei Jahren einzelfallbezogen; danach wird auf eine Pauschale umgestellt. Die Verwaltung erwartet hier einen erheblichen zusätzlichen Vollzugsaufwand in den ersten Jahren.

7) Teilhabeleistungen

Neben Leistungen der Krankenbehandlung und den Entschädigungszahlungen wird auch der Teilhabegedanke aufgegriffen und die bisher bereits im BVG - unter Verweis auf das Sozialgesetzbuch Neuntes Buch (SGB IX) - geltenden Bestimmungen der Teilhabe fast inhaltsgleich im Kapitel 6, den §§ 62 bis 70 SGB XIV, aufgenommen. Die Teilhabeleistungen werden nunmehr ohne den Einsatz von Einkommen und Vermögen erbracht.

Hierin liegt die Fortentwicklung des bisherigen Grundgedankens der Vorschriften des § 29 BVG zugrunde: „Rehabilitation vor Rente". Es sollen Gesundheitsstörungen gebessert und die Teilhabe am Arbeitsleben ermöglicht und gesichert werden. Die Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben entsprechen im Wesentlichen den bisherigen Regelungen im BVG. Sie sind darauf ausgerichtet, die beruflichen Folgen der gesundheitlichen Schädigung auszugleichen oder zu mildern. Es wird hierbei, wie bisher, auf die umfassenden Regelungen des SGB IX verwiesen.

Die bisher unter der „Hilfe in besonderen Lebenslagen" und dort unter den Eingliederungshilfeleistungen zusammengefassten Leistungen zur Sozialen Teilhabe sind in eigenständigen Regelungen erfasst. Geschädigten stehen u.a. Leistungen für Wohnraum, Leistungen zur Mobilität sowie Hilfen zur Förderung der Verständigung zur Verfügung. Auch hier wird umfänglich auf die seit dem 01.01.2020 durch das Bundesteilhabegesetz (BTHG) neu gefassten Vorschriften des SGB IX verwiesen.

8) Leistungen der Sozialen Entschädigung bei Pflegebedürftigkeit

Diese richten sich in Art und Umfang nach den Leistungen der Pflegeversicherung aus dem Sozialgesetzbuch Elftes Buch (SGB XI). Bei darüberhinausgehenden schädigungsbedingten Bedarfen werden die notwendigen und angemessenen Kosten übernommen. Somit ergänzen die Leistungen des Sozialen Entschädigungsrechts den Leistungsumfang der Pflegeversicherung.

9) Fürsorgerische Leistungen

Die Unterscheidung zwischen den Begriffen Versorgung und Fürsorge wurde im SGB XIV aufgegeben; dennoch sind die bisherigen (fürsorgerischen) Leistungen, bis auf wenige Ausnahmen, weiterhin im SGB XIV im Kapitel 11, den §§ 92 bis 98 SGB XIV, Besondere Leistungen im Einzelfall, enthalten. Lediglich die Altenhilfe, Krankenhilfe und Erholungshilfe werden aus dem Leistungskatalog der Fürsorgeleistungen ab dem Jahr 2024 gestrichen.

Dies verdeutlicht die Absicht des Gesetzgebers nach einer Fortführung des bewährten und umfangreichen Leistungsspektrums für die betroffenen Berechtigten.

Ab Inkrafttreten des SGB XIV ist es bei **schädigungsbedingten Bedarfen** zur Erbringung besonderer Leistungen im Einzelfall ausreichend, wenn ein Grundbescheid besteht, der die Schädigungsfolge und ggf. deren Grad feststellt. Diese Leistungen sind daher nicht von dem Bezug einer Entschädigungszahlung abhängig. Dies bedeutet eine Änderung zum geltenden Recht, nach dem ein Anspruch auf Grundrente bestehen muss. Da die Geschädigten und die ebenfalls (zeitlich

begrenzt) berechtigten Hinterbliebenen für diese Leistungen finanziell hilfebedürftig sein müssen, sind aber auch Einkommen und Vermögen grundsätzlich einzusetzen.

Die getroffenen umfangreichen Besitzstandsschutzregelungen ermöglichen den nach bisherigem Recht ebenfalls berechtigten Familienangehörigen (Partner und Kinder) eine langfristige Sicherstellung der Leistungen.

10) Umfangreiche Bestandsschutzregelungen und befristetes Wahlrecht

Personen, die bis zum 31. Dezember 2023 Leistungen beziehen oder einen entsprechenden Antrag gestellt haben, erhalten im Rahmen des Besitzstandsschutzes weiterhin ihre Versorgungsleistungen. Zudem gelten die bisher anerkannten Schädigungsfolgen sowie der festgestellte Grad der Schädigungsfolgen (GdS) weiter. Hierfür werden die Geldleistungen addiert und um 25 % erhöht.

Darüber hinaus erhalten die Betroffenen ein befristetes einmaliges Wahlrecht zwischen den bisherigen Leistungen und den Leistungen nach dem SGB XIV. Angesichts der deutlich höheren monatlichen Entschädigungsleistungen nach dem neuen Recht (siehe hierzu unten unter Punkt 11) wird sich voraussichtlich ein Großteil der Beschädigten für Leistungen nach dem neuen Recht entscheiden.

Für Hinterbliebene und Familienangehörige wird sich dagegen aller Voraussicht nach das alte Recht als günstiger erweisen, so dass für diesen Personenkreis mit einer langen Übergangszeit zu rechnen ist (siehe auch Punkt 9). Dies stellt an die Sachbearbeitung hohe Anforderungen, da sowohl das bisherige als auch das neue Recht bis längstens zum Jahr 2033 rechtssicher angewendet werden muss.

11) Erhöhung der Entschädigungszahlungen

Geschädigte mit einem GdS von 30 und Hinterbliebene erhalten anrechnungsfrei wesentlich erhöhte monatliche Entschädigungszahlungen. Zudem können Geschädigte, Witwen oder Witwer anstatt der monatlichen Entschädigungszahlung auch Einmalzahlungen als Abfindung für die Dauer von fünf Jahren erhalten.

GdS	**Grundrente aktuell/mtl.**	**Entschädigung ab 01.01.2024/mtl.**
GdS 30 + 40	151 €/205 €	400 €
GdS 50 + 60	274 €/348 €	800 €
GdS 70 + 80	482 €/583 €	1.200 €
GdS 90	700 €	1.600 €
GdS 100	784 €	2.000 €

Geschädigte, deren Einkommen durch die Schädigungsfolgen gemindert ist, erhalten einen Berufsschadensausgleich, der im Wesentlichen den bisherigen Regelungen des BVG entspricht.

12) Fortbestand der bisherigen Anspruchsvoraussetzungen

Weiterhin Bestand hat im SGB XIV auch der bisherige Kausalitätsgrundsatz als unverzichtbare Voraussetzung in der Sozialen Entschädigung. Für die Erbringung der staatlichen Entschädigung ist daher - wie bisher - die ursächliche Verbindung sowohl zwischen schädigendem Ereignis und gesundheitlicher Schädigung als auch zwischen gesundheitlicher Schädigung und Schädigungsfolge erforderlich.

13) Rechtsvermutung bei psychischen Gesundheitsstörungen ab 2024

Ab dem Jahr 2024 wird bei psychischen Gesundheitsstörungen eine **Rechtsvermutung** normiert. Danach wird die Wahrscheinlichkeit des ursächlichen Zusammenhangs im Einzelfall vermutet, wenn diejenigen medizinischen Tatsachen vorliegen, die nach den Erfahrungen der medizinischen Wissenschaft geeignet sind, einen Ursachenzusammenhang zwischen einem nach Art und Schwere geeigneten schädigenden Ereignis und der gesundheitlichen Schädigung und der Schädigungsfolge zu begründen und die Vermutung nicht durch einen anderen Kausalverlauf widerlegt wird.

14) Besonderer zeitlicher Geltungsbereich

Das SGB XIV findet Anwendung für Anträge auf Leistungen der Sozialen Entschädigung, die ab dem 01.01.2024 gestellt werden. Personen, die vor dem Inkrafttreten des SGB XIV geschädigt wurden, erhalten Leistungen, wenn diese auch nach dem OEG entschädigungsfähig gewesen wären. Das heißt, die Folgen einer psychischen Gewalttat können dann entschädigt werden, wenn sich die Tat nach dem Inkrafttreten des SGB XIV ereignet hat.

V. Übertragung der Aufgaben auf die Landschaftsverbände

Seit dem 01.01.2008 nehmen die Landschaftsverbände die Aufgaben des Sozialen Entschädigungsrechts insgesamt, Kriegsopferversorgung (KOV) und Kriegsopferfürsorge (KOF), wahr. Die Leistungen der KOF werden als Selbstverwaltungsaufgaben, die Leistungen der KOV als Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung erbracht. Zuvor wurde diese Aufgabe (KOV) von den Versorgungsämtern im Land Nordrhein-Westfalen wahrgenommen.

Nach § 111 SGB XIV sind bzw. bleiben die Länder die Träger der Sozialen Entschädigung. Sachlich zuständig sind nach § 112 SGB XIV die nach Landesrecht bestimmten Behörden. Das Land NRW muss also, mit Inkrafttreten des SGB XIV, neu festlegen, welche Behörde bzw. welche Behörden das Soziale Entschädigungsrecht ausführen sollen.

Es ist vom Land NRW damit zu entscheiden, ob die Landschaftsverbände auch künftig die Leistungen des Sozialen Entschädigungsrechts erbringen sollen. Eine entsprechende Aufgabenübertragung seitens des Landes NRW auf die Landschaftsverbände wäre, wie bisher auch, konnexitätsrelevant.

Hieraus folgt, dass das Land für die Übertragung dieser Aufgaben ein Aufgabenübertragungsgesetz, inklusive einer Kostenfolgeabschätzung für einen Belastungsausgleich, vorlegen müsste. Bereits zu Beginn des Jahres 2020 wurde seitens des Fachreferats beim Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS NRW) signalisiert, dass kurz nach Inkrafttreten des Gesetzes, Gespräche innerhalb des Ministeriums hierzu stattfinden sollen. Perspektivisch wolle man kurzfristig auf die Landschaftsverbände zu kommen.

Vorbehaltlich einer zufriedenstellenden Verhandlung über den Belastungsausgleich, kann und sollte die Aufgabe durch die Landschaftsverbände aus Sicht der Verwaltung weiter wahrgenommen werden. Schon bisher wird die Aufgabe durch die Landschaftsverbände erfolgreich durchgeführt. Auch erfahrenes, für die Aufgabenwahrnehmung qualifiziertes, Personal ist bereits vorhanden. Mit dem MAGS NRW werden daher Gespräche in diese Richtung geführt. Die Verwaltung wird über den Fortgang der Verhandlungen berichten.

VI. Resümee

Unabhängig von den Ansprüchen, die Kriegsopfer, Impfgeschädigte oder ehemalige Zivildienstleistende nach dem Gesetz werden geltend machen können, ist absehbar, dass mit dem Tag des Inkrafttretens des SGB XIV die Zahl der Berechtigten im Bereich der Entschädigung von Gewaltopfern überwiegen wird. Der Fokus der Entschädigung wird daher bei diesem Personenkreis liegen, insbesondere vor dem Hintergrund der Erweiterung und Neufassung des Gewaltbegriffes. Auch die Einführung des Tatbestandes der erheblichen Vernachlässigung von Kindern wird vermutlich einen deutlichen Anstieg der Antragszahlen mit sich bringen.

Darüber hinaus werden Leistungen nach der „alten" und nach der „neuen" Rechtslage zu erbringen sein, so dass vor dem Hintergrund des gesetzlich vorgesehenen Wahlrechts der Beschädigten und den Besitzstandsregelungen für Hinterbliebene und Familienangehörige in einem langen Übergangszeitraum erhebliche Anforderungen an die Sachbearbeiter*innen gestellt werden.

Der LVR-Fachbereich Soziale Entschädigung rechnet insgesamt mit einem deutlichen Anstieg der Antragszahlen, wobei derzeit nur vage erste Prognosen zur künftigen Fallzahlentwicklung aufgestellt werden können. In dieser Frage wird auch der Austausch mit den anderen Bundesländern gesucht werden, um belastbare Aussagen zum künftigen Arbeitsaufkommen und dem damit verbundenen Personalbedarf treffen zu können.

Der Fachbereich stellt sich der Herausforderung, die Reform im Sinne der Menschen im Rheinland und im Sinne des Leitbildes des LVR „Qualität für Menschen" zielgerichtet umzusetzen.

In Vertretung

P r o f. D r. F a b e r

Die Direktorin des Landschaftsverbandes Rheinland

Qualität für Menschen

Ergänzungsvorlage Nr. 14/3879/1

öffentlich

Datum: 22.04.2020
Dienststelle: OE 7
Bearbeitung: Frau Brüning-Tyrell

Landesjugendhilfeausschuss	**28.05.2020**	**Kenntnis**
Ausschuss für Inklusion	**04.06.2020**	**Kenntnis**
Ausschuss für den LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen	**14.09.2020**	**Kenntnis**

Tagesordnungspunkt:

Bericht der Bundesregierung zum Stand und zu den Ergebnissen der Maßnahmen nach Art. 25 Abs. 2-4 BTHG

Kenntnisnahme:

Der Bericht der Bundesregierung zum Stand und zu den Ergebnissen der Maßnahmen nach Art. 25 Abs. 2-4 BTHG wird gemäß Vorlage 14/3879/1 zur Kenntnis genommen.

UN-Behindertenrechtskonvention (BRK):

Diese Vorlage berührt eine oder mehrere Zielrichtungen des LVR-Aktionsplans zur Umsetzung der BRK.	ja

Gleichstellung/Gender Mainstreaming:

Diese Vorlage berücksichtigt Vorgaben des LVR-Gleichstellungsplans 2020.	nein

Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt (lfd. Jahr):

Produktgruppe:	
Erträge: Veranschlagt im (Teil-)Ergebnisplan	Aufwendungen: /Wirtschaftsplan
Einzahlungen: Veranschlagt im (Teil-)Finanzplan Bei Investitionen: Gesamtkosten der Maßnahme:	Auszahlungen: /Wirtschaftsplan
Jährliche ergebniswirksame Folgekosten:	
Die gebildeten Budgets werden unter Beachtung der Ziele eingehalten	

In Vertretung

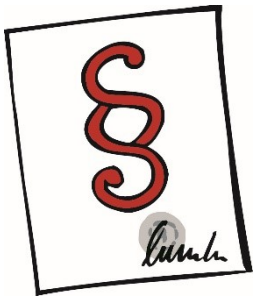
L e w a n d r o w s k i

Worum geht es hier?

In leichter Sprache

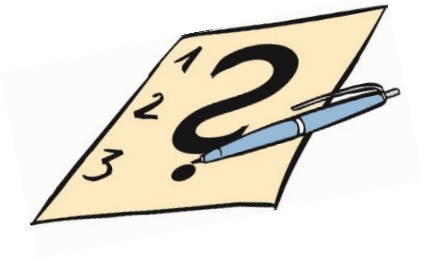


Im Dezember 2016 hat der Deutsche Bundestag
das neue Bundes-Teilhabe-Gesetz beschlossen.
Damit ändert der Deutsche Bundestag
die Leistungen für Menschen mit Behinderungen.



Seit dem Jahr 2020 kümmert sich der **LVR**
um noch mehr Fach-Leistungen
für Menschen mit Behinderungen im Rheinland.

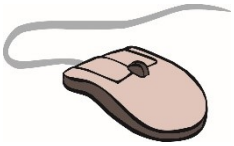
Jetzt berichtet die Bundes-Regierung ganz ausführlich
über viele Fragen zum neuen Gesetz in Deutschland.



Zum Beispiel:
Klappt alles so wie es geplant war?
Sind die Hilfen besser geworden?
Sind die Hilfen für den Staat teuer geworden?



Haben Sie Fragen zu diesem Text?
Dann können Sie beim LVR in Köln anrufen:
0221-809-2202.



Viele Informationen zum LVR in Leichter Sprache
finden Sie hier: www.leichtesprache.lvr.de

Der Zusatztext in leichter Sprache soll zum einen die Verständlichkeit der Vorlage insbesondere für Menschen mit Lernschwierigkeiten konkret verbessern, zum anderen für die Grundsätze der Zugänglichkeit und Barrierefreiheit im Bereich Information und Kommunikation im Sinne der Zielrichtungen 6 und 8 des LVR-Aktionsplans zur UN-Behindertenrechtskonvention sensibilisieren.

Mit der Telefonnummer 0221-809-2202 erreicht man die zentrale Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden (00.300). Sie gibt oder vermittelt bei Bedarf gern weitere Informationen. Bilder: © Reinhild Kassing.

Zusammenfassung:

Mit dieser Vorlage informiert die Verwaltung über die Inhalte der Berichterstattung der Bundesregierung an den Deutschen Bundestag zu den in Art. 25 Bundesteilhabegesetz (BTHG) vorgesehenen Untersuchungen und dem Projekt Umsetzungsbegleitung im Jahr 2019.

Im Gesetzgebungsverfahren zum Bundesteilhabegesetz (BTHG) kam es zu weitreichenden Verunsicherungen wegen der umfangreichen Änderungen der gesetzlichen Grundlagen zur Erbringung der Eingliederungshilfe. Die Verbände von Menschen mit Behinderungen befürchteten beispielsweise Leistungsverschlechterungen. Die Leistungsträgerseite befürchtete Mehrkosten aufgrund von Leistungsausweitungen, die weit über den Kosten liegen, die durch den Bund im Gesetzgebungsverfahren veranschlagt waren. Die Leistungserbringerseite befürchtete insbesondere eine Verschlechterung der Finanzierungsgrundlagen und mehr bürokratischen Aufwand durch die Veränderungen. Aus diesem Grund sind in Art. 25 BTHG umfangreiche Evaluationen und eine ausführliche Berichterstattung der Bundesregierung gegenüber Bundestag und Bundesrat zu den Folgen des BTHG vorgesehen.

Der Bericht der Bundesregierung (BT Drucksache 19/16470) informiert zu folgenden Sachverhalten:

1. Begleitung der Umsetzung der Regelungen des BTHG (Umsetzungsbegleitung BTHG) nach Art. 25 Abs. 2 BTHG:
Das Projekt „Umsetzungsprojekt BTHG" des Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. soll vorrangig Träger der Eingliederungshilfe bei der Umsetzung der mit dem BTHG neu eingeführten Regelungen unterstützen. Ziel des Projektes ist es, Intentionen, Hintergründe und Regelungsinhalte des BTHG in die Fachöffentlichkeit zu transportieren, das Verständnis für die neuen Regelungen zu fördern und dafür zielgruppenspezifische Veranstaltungen und Fortbildungen durchzuführen. Landesrat Dirk Lewandrowski wurde als Mitglied für die BAGüS in den Projektbeirat berufen. Aufgrund der noch nicht abgeschlossenen Systemumstellungen wurde die Laufzeit des zunächst bis zum 31.12.2019 finanzierten Projektes bis zum 31.12.2022 verlängert.

2. Untersuchung der Ausführungen sowie der absehbaren Wirkungen der neuen Regelungen der Eingliederungshilfe (Wirkungsprognose) nach Art. 25 Abs. 2 BTHG:
Ziel und Aufgabe der Wirkungsprognose ist es, die Ausführung der Leistungen sowie die absehbaren Wirkungen der neuen Regelungen der Eingliederungshilfe zu untersuchen. Das Forschungsprojekt gliedert sich in zwei Teilprojekte: Im Rahmen der Implementationsanalyse werden Verantwortliche der Sozialverwaltungen interviewt. In der Wirkungsbetrachtung soll durch Interviews mit leistungsberechtigten Menschen mit Behinderung die Teilhabesituation der Betroffenen in den Blick genommen werden. Der LVR wurde bereits angefragt wegen der Datenübermittlung und hat nach den wissenschaftlichen Vorgaben eine Stichprobe gezogen.

3. Modellhafte Erprobung der zum 1. Januar 2020 in Kraft getretenen Verfahren und Leistungen der Eingliederungshilfe nach Art. 25 Abs. 3 BTHG:
In der modellhaften Erprobung gem. Art. 25 Abs. 3 BTHG erproben derzeit 26 Projekte in fast allen Bundesländern die maßgeblichen Veränderungen des BTHG vor und nach deren

Inkrafttreten zum 01.Januar 2020. Der LVR beteiligt sich mit zwei Modellprojekten an dieser Untersuchung (siehe auch Vorlage 14/2463). Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass die bisherigen Ergebnisse aus den Modellprojekten noch keine belastbaren Erkenntnisse darüber zulassen, ob die untersuchten gesetzlichen Regelungen die mit dem BTHG gewünschten Auswirkungen auf die Beteiligten des sozialrechtlichen Dreiecks haben werden.

4. Untersuchung der jährlichen Einnahmen und Ausgaben bei den Leistungen der Eingliederungshilfe (Finanzuntersuchung) nach Art. 25 Abs. 4 BTHG:
Der Bericht des BMAS verweist auf den zweiten Zwischenbericht des Instituts für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG) vom 06.12.2019. Das ISG untersucht die finanziellen Auswirkungen in sechs Bereichen. Zum ersten Aspekt der Auswirkungen der veränderten Einkommens- und Vermögensanrechnung hat das ISG in 2019 zwei Stichprobenerhebungen im Frühjahr und im Herbst bei bundesweit 34 örtlichen und überörtlichen Trägern der Sozial- bzw. Eingliederungshilfe durchgeführt. Für die übrigen fünf Untersuchungsbereiche wurde von Mai bis Juli 2019 eine flächendeckende Befragung aller Leistungsträger durchgeführt, an der sich 176 Träger beteiligten. Beide Untersuchungen sollen in den kommenden Jahren wiederholt werden. Die erste Erhebungswelle führt lediglich zu ersten Zwischenergebnissen.

Die Vorlage berührt die Zielrichtungen Partizipation (Z 1) und Personenzentrierung (Z 2) des LVR-Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention.

Begründung der Vorlage Nr. 14/3879/1

Der Ältestenrat hat in seiner Sondersitzung am 16.03.2020 aufgrund der Corona-Pandemie entschieden, alle Ausschusssitzungen bis zum 30.04.2020 abzusagen. Hiervon waren auch der Ausschuss für den LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen am 17.03.2020, der Landesjugendhilfeausschuss am 19.03.2020 und der Ausschuss für Inklusion am 20.03.2020 betroffen.
Die Vorlage soll den betroffenen Fachausschüssen zur Kenntnis gegeben werden.

Hinweis: Die Anlage wird in gedruckter Form nur der politischen Vertretung gereicht.

Begründung der Vorlage Nr. 14/3879:

Das Bundesteilhabegesetz (BTHG) verpflichtet das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) in Artikel 25, dem Bundestag und dem Bundesrat in den Jahren 2018, 2019 und 2022 zum Stand und zu den Ergebnissen verschiedener Maßnahmen zur Evaluation der finanziellen, rechtlichen und fachlichen Wirkungen des BTHG und zur Umsetzungsbegleitung zu berichten. Nun liegt mit der Bundestags-Drucksache 19/16470 der Report vom 08.01.2020 für das Jahr 2019 vor. Im Einzelnen wird über folgende Untersuchungen und Projekte informiert:

1. **Begleitung der Umsetzung der Regelungen des BTHG (Umsetzungsbegleitung BTHG) nach Art. 25 Abs. 2 BTHG**

Mit der Umsetzung dieses Auftrages wurde der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. als Zuwendungsnehmer betraut. Das Projekt „Umsetzungsprojekt BTHG" soll vorrangig Träger der Eingliederungshilfe bei der Umsetzung der mit dem BTHG neu eingeführten Regelungen unterstützen. Darüber hinaus richtet es sich auch an Leistungserbringer und Menschen mit Behinderungen und ihre Verbände. Ziel des Projektes ist es, Intentionen, Hintergründe und Regelungsinhalte des BTHG in die Fachöffentlichkeit zu transportieren, das Verständnis für die neuen Regelungen zu fördern und dafür zielgruppenspezifische Veranstaltungen und Fortbildungen durchzuführen. Landesrat Dirk Lewandrowski wurde als Mitglied für die BAGüS in den Projektbeirat berufen.

Das Projekt basiert auf einer sog. Offline-Online-Strategie. Neben der Projektwebsite (www.umsetzungsbegleitung-bthg.de) werden regionale Veranstaltungen in den Bundesländern sowie vertiefende Fortbildungen zu maßgeblichen Veränderungen durch das BTHG (z.B. Bedarfsermittlungsinstrument, Gesamtplanverfahren u.a.) durchgeführt. Darüber hinaus werden Online-Experten-Diskussionen zu ausgewählten Themen angeregt. Im September 2019 hat eine Bilanzveranstaltung stattgefunden, die den Umsetzungsstand in den Bundesländern beleuchtete. Sämtliche Ergebnisse der durchgeführten Veranstaltungen werden über die Website einem größeren Kreis an Interessierten zugänglich gemacht.

Die Bundesregierung bilanziert, dass die Aktivitäten von allen Beteiligten gut angenommen werden. Aufgrund der noch nicht abgeschlossenen Systemumstellungen wurde die Laufzeit des zunächst bis zum 31.12.2019 finanzierten Projektes bis zum

31.12.2022 verlängert. Es ist über die bisherigen Aktivitäten hinaus geplant, den Kreis der rechtlichen Betreuerinnen und Betreuer stärker in den Blick zu nehmen und die Zahl der Regionalkonferenzen zu erhöhen.

2. Untersuchung der Ausführung sowie der absehbaren Wirkungen der neuen Regelungen der Eingliederungshilfe (Wirkungsprognose) nach Art. 25 Abs. 2 BTHG

Ziel und Aufgabe der Wirkungsprognose ist es, die Ausführung der Leistungen sowie die absehbaren Wirkungen der neuen Regelungen der Eingliederungshilfe zu untersuchen. Dazu war das Institut für angewandte Sozialwissenschaften GmbH (infas) mit einer Machbarkeitsstudie beauftragt worden. Das dort vorgeschlagene Forschungsdesign wurde vom BMAS bei der Ausschreibung der Hauptuntersuchung weitgehend übernommen. Der Auftrag dafür ging im April 2019 an die Bietergemeinschaft von infas und ISG Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG). Das Forschungsprojekt gliedert sich in zwei Teilprojekte: Im Rahmen der Implementationsanalyse werden Verantwortliche der Sozialverwaltungen interviewt. Hierzu werden bundesweit 60 repräsentativ ausgewählte Kreise, kreisfreie Städte und überörtliche Träger in qualitativen Interviews zu zwei Zeitpunkten befragt – um den 1.1.2020 herum und zu einem späteren Zeitpunkt. In der Wirkungsbetrachtung soll durch Interviews mit leistungsberechtigten Menschen mit Behinderung die Teilhabesituation der Betroffenen in den Blick genommen werden. Der LVR wurde bereits angefragt wegen der Datenübermittlung und hat nach den wissenschaftlichen Vorgaben eine Stichprobe gezogen.
Das BMAS hat einen partizipativen Beirat zur fachlichen Begleitung des Projektes eingerichtet.

3. Modellhafte Erprobung der zum 1. Januar 2020 in Kraft getretenen Verfahren und Leistungen der Eingliederungshilfe nach Art. 25 Abs. 3 BTHG

In der modellhaften Erprobung gem. Art. 25 Abs. 3 BTHG erproben derzeit 29 Projekte in fast allen Bundesländern die maßgeblichen Veränderungen des BTHG vor und nach deren Inkrafttreten zum 01.Januar 2020. Sämtliche Projekte werden durch Kienbaum Consultants International wissenschaftlich begleitet.
Die Projekte erproben folgende Regelungen:

- die Einkommens- und Vermögensanrechnung (§§ 135ff SGB IX-neu),
- die Assistenzleistungen in der Sozialen Teilhabe (§ 113 Abs.2 Nr. 2 i. V. m. § 78 SGB IX-neu),
- die Umsetzung des Rangverhältnisses zwischen Leistungen der Eingliederungshilfe und Leistungen der Pflege (§91 Abs. 3, § 103 SGB IX-neu),
- die Prüfung der Zumutbarkeit und Angemessenheit (§104 SGB IX-neu),
- die Möglichkeit der gemeinschaftlichen Leistungserbringung (§116 Abs. 2 und 3 SGB IX-neu),
- die Trennung der Fachleistungen der Eingliederungshilfe von existenzsichernden Leistungen in besonderen Wohnformen sowie
- die Bezüge zu anderen Leistungen der sozialen Sicherung, insbesondere soweit sie Gegenstand des Gesamtplanverfahrens sind.

Der LVR beteiligt sich mit zwei Modellprojekten an dieser Untersuchung (siehe auch Vorlage 14/2463). Über das Modellprojekt „NePTun", das sich mit der Abgrenzung von Pflege- und Eingliederungshilfe beschäftigt, wurde mit Vorlage 14/3417 berichtet. Das Projekt „TexLL" erprobt die Auswirkungen der Trennung der Fachleistungen der Eingliederungshilfe von den existenzsichernden Leistungen sowie die Auswirkungen des neuen Leistungssystems der Assistenzleistungen in den besonderen Wohnformen. Über den Stand in beiden LVR-Modellprojekten wurde in der Vorlage 14/3713 zum Umsetzungsstand des BTHG im November 2019 informiert.

Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass die bisherigen Ergebnisse aus den Modellprojekten noch keine belastbaren Erkenntnisse darüber zulassen, ob die untersuchten gesetzlichen Regelungen die mit dem BTHG gewünschten Auswirkungen auf die Beteiligten des sozialrechtlichen Dreiecks haben werden.

Ursprünglich war vorgesehen, auch die Neuregelung des leistungsberechtigten Personenkreises in die modellhafte Erprobung einzubeziehen. Das Forschungsprojekt zu den rechtlichen Auswirkungen des Art. 25a BTHG nach Art. 25 Abs. 5 BTHG kam jedoch zu dem Ergebnis, dass sich das Ziel, nämlich den Personenkreis der Eingliederungshilfeberechtigten unverändert zu lassen, mit dem derzeitigen Wortlaut von § 99 des Art. 25a BTHG nicht vereinbaren lasse. Dies hat zur Folge, dass zum 01.01.2023 nicht, wie vorgesehen der neue § 99 SGB IX durch Bundesgesetz in Kraft gesetzt wird, sondern vielmehr ein weiterer partizipativer Beteiligungsprozess einer neuen gesetzlichen Regelung vorgeschaltet wird. Dieser Prozess ist derzeit noch nicht abgeschlossen.

4. Untersuchung der jährlichen Einnahmen und Ausgaben bei den Leistungen der Eingliederungshilfe (Finanzuntersuchung) nach Art. 25 Abs. 4 BTHG

Der Bericht des BMAS verweist auf den zweiten Zwischenbericht des Instituts für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG) vom 06.12.2019.
Das ISG untersucht die finanziellen Auswirkungen in sechs Bereichen:

- Verbesserte Einkommens- und Vermögensanrechnung
- Einführung des Budgets für Arbeit und der anderen Leistungsanbieter
- Neue Leistungskataloge für die soziale Teilhabe und die Teilhabe an Bildung
- Trennung der Fachleistungen der EGH von den Leistungen zur Existenzsicherung
- Einführung eines trägerübergreifenden Teilhabeplanverfahrens
- Einführung von Frauenbeauftragten in den Werkstätten für behinderte Menschen.

Zum ersten Aspekt der Auswirkungen der veränderten Einkommens- und Vermögensanrechnung hat das ISG in 2019 zwei Stichprobenerhebungen im Frühjahr und im Herbst bei bundesweit 34 örtlichen und überörtlichen Trägern der Sozial- bzw. Eingliederungshilfe durchgeführt. Für die übrigen fünf Untersuchungsbereiche wurde von Mai bis Juli 2019 eine flächendeckende Befragung aller Leistungsträger durchgeführt, an der sich 176 Träger beteiligten. Beide Untersuchungen sollen in den kommenden Jahren wiederholt werden. Die erste Erhebungswelle führt lediglich zu ersten Zwischenergebnissen.

Auf Grundlage der ersten Dokumentation zu Einkommen und Vermögen schätzt das ISG die Mehrausgaben in der Sozial- und Eingliederungshilfe durch die Anhebung der Vermögensgrenzen zum 01.01.2017 und 01.04.2017 auf jährlich 41 Millionen Euro bundesweit. Die Erhöhung des Einkommensfreibetrags wird mit Mehrkosten von rund 15 Millionen Euro jährlich beziffert. Diese kumulierten Mehrausgaben stellen nach Einschätzung des ISG eine Untergrenze dar. Betont wird jedoch, dass diese Berechnungen noch mit vielen Unwägbarkeiten behaftet sind.

An der Hauptuntersuchung, in der mit einem Fragebogen die anderen fünf Themenbereiche abgefragt wurden, haben sich in NRW die beiden Landschaftsverbände mit je 4 Regionalabteilungen sowie 30 Kreise und kreisfreie Städte beteiligt. Erhoben wurden zum Beispiel Zahl und Aufwand für Budgets für Arbeit in 2018 und die Zahl der anderen Leistungsanbieter. In Bezug auf den Erfüllungsaufwand für die Umsetzung des Teilhabe- bzw. Gesamtplanverfahrens geben 97 Prozent der befragten Träger an, dass sie mit erhöhtem Personalaufwand und neuen Aufgaben rechnen und dafür Personaleinstellungen planen oder bereits vorgenommen haben. Das ISG schätzt, dass hochgerechnet deutschlandweit rund 1.100 Vollzeitstellen bereits neu besetzt wurden und 1.500 Vollzeitstellen in 2019/2020 geschaffen werden. Vorwiegend soll dabei pädagogisch und ähnlich qualifiziertes Personal mit Planungskompetenz eingestellt werden. Bedarf besteht aber auch an Verwaltungskräften. Für 2018 geht das ISG von zusätzlichen Personalkosten in Höhe von 68 Millionen Euro aus – das BMAS hatte in seiner Kostenschätzung 50 Millionen Euro angenommen.
Lediglich 11 Prozent der befragten Träger erwarten finanzielle Einsparungen durch die neuen Planungsverfahren.
Das ISG betont, dass alle dargestellten Zwischenergebnisse im Verlauf der weiteren Untersuchung überprüft und konsolidiert werden müssen.

In Vertretung

L e w a n d r o w s k i

Als Anlage ist beigefügt:

- Bericht zum Stand und zu den Ergebnissen der Maßnahmen nach Artikel 25 Absatz 2 bis 4 des Bundesteilhabegesetzes (BT Drucksache 19/16470)

Deutscher Bundestag **Drucksache 19/16470**

19. Wahlperiode 08.01.2020

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Bericht zum Stand und zu den Ergebnissen der Maßnahmen nach Artikel 25 Absatz 2 bis 4 des Bundesteilhabegesetzes

Inhaltsverzeichnis

		Seite
1.	**Einleitung**	2
2.	**Begleitung der Umsetzung der Regelungen des Bundesteilhabegesetzes (Umsetzungsbegleitung BTHG) nach Artikel 25 Absatz 2 BTHG**	3
3.	**Untersuchung der Ausführung sowie der absehbaren Wirkungen der neuen Regelungen der Eingliederungshilfe (Wirkungsprognose) nach Artikel 25 Absatz 2 BTHG**	4
4.	**Modellhafte Erprobung der zum 1. Januar 2020 in Kraft tretenden Verfahren und Leistungen der Eingliederungshilfe nach Artikel 25 Absatz 3 BTHG**	5
4.1.	Modellprojekte	5
4.2.	Wissenschaftliche Begleitung	6
5.	**Untersuchung der jährlichen Einnahmen und Ausgaben bei den Leistungen der Eingliederungshilfe (Finanzuntersuchung) nach Artikel 25 Absatz 4 BTHG**	8
Anlage 1:	**Zwischenbericht Umsetzungsbegleitung BTHG**	11
Anlage 2:	**Zwischenbericht Wirkungsprognose**	25.
Anlage 3:	**Übersicht Projekte der modellhaften Erprobung**	62
Anlage 4:	**Zwischenbericht modellhafte Erprobung**	63
Anlage 5:	**Zwischenbericht Finanzuntersuchung**	246

Zugeleitet mit Schreiben des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales vom 30. Dezember 2019 gemäß Artikel 25 Absatz 7 des Bundesteilhabegesetzes.

1. Einleitung

Am 29. Dezember 2016 wurde das Gesetz zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen (Bundesteilhabegesetz – BTHG) im Bundesgesetzblatt verkündet. Übergeordnetes Ziel des BTHG ist es, die Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen zu verbessern und die Eingliederungshilfe zu einem modernen Teilhaberecht weiterzuentwickeln. Damit trägt das Gesetz dem Grundanliegen der UN-Behindertenrechtskonvention nach einer inklusiven Gesellschaft Rechnung. Konkret sollen sich Eingliederungshilfeleistungen künftig konsequent am individuellen Bedarf der Menschen mit Behinderungen orientieren und nicht mehr an einer bestimmten Wohnform. Darüber hinaus werden unter anderem neue Instrumente zur Teilhabe am Arbeitsleben geschaffen und die Einkommens- und Vermögensanrechnung in der Eingliederungshilfe deutlich großzügiger ausgestaltet.

Ein weiteres übergeordnetes Ziel des BTHG ist es, die bestehende Ausgabendynamik in der Eingliederungshilfe zu bremsen und keine neue Ausgabendynamik entstehen zu lassen. Dies soll über eine bessere Steuerungsfähigkeit geschehen, zu der vor allem die optimierte Gesamtplanung sowie Änderungen im Vertragsrecht beitragen sollen.

Das BTHG tritt in mehreren Stufen in Kraft. Die umfangreichsten Änderungen im Bereich der Eingliederungshilfe ergeben sich zum 1. Januar 2020, wenn die Eingliederungshilfe aus dem Sozialhilferecht nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) in den Teil 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IX) überführt wird.

Im Gesetzgebungsverfahren haben die weitreichenden mit dem BTHG vorgesehenen Veränderungen zu Verunsicherungen geführt. Einige Verbände von Menschen mit Behinderungen befürchteten Leistungsverschlechterungen, während der Bundesrat die Befürchtung äußerte, dass Leistungsausweitungen zu Mehrkosten führen könnten, die über den im Gesetzgebungsverfahren veröffentlichten Schätzungen liegen. Aus diesem Grund hat der Gesetzgeber der Bundesregierung über Artikel 25 BTHG einen umfassenden Auftrag zur Umsetzungsunterstützung und Untersuchung der Gesetzesfolgen erteilt, der weit über die übliche Gesetzesevaluation hinausgeht.

Artikel 25 BTHG lautet:

„[…]

(2) Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales kann im Einvernehmen mit den Ländern die Ausführung der Leistungen nach Artikel 1 Teil 2 untersuchen und die Träger der Eingliederungshilfe bei der Umsetzung der neu eingeführten Regelungen begleiten. Die Erkenntnisse aus der Untersuchung und der Umsetzungsbegleitung sollen ab dem 1. Januar 2020 mit den Erkenntnissen der Evidenzbeobachtung in der Eingliederungshilfe zusammengeführt werden. Soweit das Bundesministerium für Arbeit und Soziales Dritte in die Durchführung der Untersuchung oder der Umsetzungsbegleitung einbezieht, setzt es sich vorab mit den Ländern hierzu ins Benehmen.

(3) Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales fördert in den Jahren 2017 bis 2021 im Einvernehmen mit den zuständigen Landesbehörden Projekte zur modellhaften Erprobung der zum 1. Januar 2020 in Kraft tretenden Verfahren und Leistungen nach Artikel 1 Teil 2 einschließlich ihrer Bezüge zu anderen Leistungen der sozialen Sicherung in einer begrenzten Anzahl von ausgewählten Trägern der Eingliederungshilfe. Artikel 25a § 99 wird ab dem Jahr 2019 in die modellhafte Erprobung einbezogen. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales lässt die Erprobung wissenschaftlich untersuchen und stellt hierzu das Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Gesundheit her, soweit dessen Ressortzuständigkeit berührt ist.

(4) Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales untersucht in den Jahren 2017 bis 2021 die Entwicklung der jährlichen Einnahmen und Ausgaben bei den Leistungen der Eingliederungshilfe auf der Grundlage der Bundesstatistik und von Erhebungen bei den Trägern der Eingliederungshilfe, die im Einvernehmen mit den Ländern durchgeführt werden. Soweit das Bundesministerium für Arbeit und Soziales Dritte in die Durchführung der Untersuchung einbezieht, setzt es sich vorab mit den Ländern hierzu ins Benehmen. Dabei sollen insbesondere die finanziellen Auswirkungen der

1. verbesserten Einkommens- und Vermögensanrechnung,
2. Einführung des Budgets für Arbeit und der anderen Leistungsanbieter,
3. neuen Leistungskataloge für die soziale Teilhabe und die Teilhabe an Bildung,
4. Trennung der Fachleistungen der Eingliederungshilfe von den Leistungen zum Lebensunterhalt,
5. Einführung eines trägerübergreifenden Teilhabeplanverfahrens sowie

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

6. Einführung von Frauenbeauftragten in den Werkstätten für behinderte Menschen

untersucht werden. Bei der Untersuchung stellt das Bundesministerium für Arbeit und Soziales das Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen und dem Bundesministerium für Gesundheit her, soweit deren Ressortzuständigkeit berührt ist.

[…]

(7) Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales berichtet dem Bundestag und dem Bundesrat in den Jahren 2018, 2019 und 2022 zum Stand und zu den Ergebnissen der Maßnahmen nach den Absätzen 2 bis 4."

Nach Maßgabe des Artikels 25 Absatz 2 bis 4 BTHG hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) die folgenden Untersuchungen und Projekte initiiert:

- Begleitung der Umsetzung der Regelungen des Bundesteilhabegesetzes (Umsetzungsbegleitung BTHG) nach Artikel 25 Absatz 2 BTHG,
- Untersuchung der Ausführung sowie der absehbaren Wirkungen der neuen Regelungen der Eingliederungshilfe (Wirkungsprognose) nach Artikel 25 Absatz 2 BTHG,
- Modellhafte Erprobung der zum 1. Januar 2020 in Kraft tretenden Verfahren und Leistungen der Eingliederungshilfe (modellhafte Erprobung) nach Artikel 25 Absatz 3 BTHG,
- Untersuchung der jährlichen Einnahmen und Ausgaben bei den Leistungen der Eingliederungshilfe (Finanzuntersuchung) nach Artikel 25 Absatz 4 BTHG.

Mit der Durchführung der Umsetzungsbegleitung BTHG ist der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V. als Zuwendungsnehmer betraut. Über Zuwendungen werden auch die Projekte der modellhaften Erprobung bei den Trägern der Eingliederungshilfe gefördert. Die Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung mbH (gsub) betreut die Projekte der modellhaften Erprobung zuwendungsrechtlich. Für die Forschungsprojekte nach Artikel 25 Absatz 2 bis 4 BTHG hat das BMAS mittels europaweiter Ausschreibungen geeignete Auftragnehmer gewonnen.

Alle Untersuchungen und Projekte werden von Beiräten fachlich begleitet, in denen unter anderem Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Vertreterinnen und Vertreter der Bundesländer, der Leistungsträger, der Leistungserbringer und der Verbände von Menschen mit Behinderungen zusammenkommen. Zudem erfolgt in den Beiräten eine gegenseitige Beratung der die Projekte durchführenden Forschungsinstitute. Hierdurch werden Doppelforschungen vermieden und Synergien so gut wie möglich genutzt. Ein weiteres Gremium des Austauschs relevanter Akteure ist die zweimal jährlich tagende Länder-Bund-Arbeitsgruppe zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (LBAG BTHG). Hier berichten die Auftragnehmer aller Untersuchungen und Projekte gegenüber den 16 Bundesländern sowie den kommunalen Spitzenverbänden regelmäßig über ihre Tätigkeit und geben einen Ausblick auf die nächsten geplanten Schritte. Durch die Vor- und Nachbesprechungen zu den Sitzungen der LBAG BTHG mit dem Deutschen Behindertenrat kommt es auch zu einem Austausch mit Betroffenenvertreterinnen und -vertretern.

Artikel 25 Absatz 7 BTHG enthält die an das BMAS gerichtete Verpflichtung, in den Jahren 2018, 2019 und 2022 dem Bundestag und dem Bundesrat zum Stand und zu den Ergebnissen der Maßnahmen nach Artikel 25 Absatz 2 bis 4 BTHG zu berichten. Mit dem vorliegenden Bericht kommt das BMAS dieser Pflicht für das Jahr 2019 nach.

2. Begleitung der Umsetzung der Regelungen des Bundesteilhabegesetzes (Umsetzungsbegleitung BTHG) nach Artikel 25 Absatz 2 BTHG

Das Projekt „Umsetzungsbegleitung BTHG" unterstützt vorrangig die zukünftigen Träger der Eingliederungshilfe bei der Umsetzung der mit dem BTHG neu eingeführten Regelungen. Darüber hinaus richtet es sich an Leistungserbringer und Menschen mit Behinderungen sowie deren Verbände und adressiert somit alle Akteure des sozialrechtlichen Dreiecks. Ziel des Projektes ist es, Intentionen, Hintergründe und Regelungsinhalte des BTHG in die Fachöffentlichkeit zu transportieren, das Verständnis für die grundlegenden Veränderungen zu erhöhen sowie durch zielgruppenspezifische Veranstaltungen die Neuregelungen vertiefend und umsetzungsorientiert aufzubereiten.

Das BMAS fördert den Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V. (Deutscher Verein) seit Mai 2017 bei der Durchführung des Projektes über eine Zuwendung. Das Projekt basiert auf einer Offline-Online-Strategie, bei der offline durchgeführte Veranstaltungen mit der Projektwebsite (www.umsetzungsbegleitung-bthg.de) verzahnt werden. In diesem Rahmen hat der Deutsche Verein im Jahr 2019 zehn zwei- bis

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

dreitägige Vertiefungsveranstaltungen durchgeführt, die sich jeweils mit einem Thema der Eingliederungshilfe befasst haben. Zudem wurde im Jahr 2019 eine Regionalkonferenz angeboten, an der vier Länder teilgenommen haben. Die bei diesen Veranstaltungen erörterten Themen waren im Vorfeld mit den beteiligten Ländern abgestimmt worden. Im September 2019 wurde außerdem eine Bilanzveranstaltung durchgeführt, bei der in einem großen Teilnehmerkreis der Umsetzungsstand des BTHG beleuchtet wurde.

Die offline durchgeführten Veranstaltungen wurden auf der Projektwebsite dokumentiert und so einem größeren Interessentenkreis zugänglich gemacht. Über diesen Wissenstransfer hinaus bietet die Projektwebsite als Informations- und Kommunikationsplattform unterschiedliche Möglichkeiten zur aktiven Beteiligung, etwa über regelmäßig stattfindende Online-Fachdiskussionen oder über Webinare mit ausgewählten Expertinnen und Experten. Die Website bietet zudem die Möglichkeit, Fragen rund um die neuen Regelungen in der Eingliederungshilfe zu stellen, die dann vom Projekt beantwortet werden. Diese und auch die im Zusammenhang mit den anderen Beteiligungsformaten der Website gestellten Fragen gehen in einen BTHG-Kompass ein, der als wachsendes Kompendium zum BTHG rund um den Bereich der Eingliederungshilfe den Wissenstransfer unterstützt. Auf Wunsch der Länder hat das Projekt außerdem eine geschlossene Plattform für Vertreterinnen und Vertreter der Träger der Eingliederungshilfe eingerichtet. Hier können diese sich in einem geschützten Raum − ohne Zugriff durch das BMAS − zu praktischen Fragen austauschen.

Ergänzt wird das Angebot des Projekts Umsetzungsbegleitung BTHG durch die Versendung eines monatlichen Newsletters, der über aktuelle Themen zum BTHG informiert und auf zukünftige Veranstaltungen des Projektes hinweist. Wie alle anderen Projekte auch, wird die Umsetzungsbegleitung BTHG fachlich durch einen Beirat begleitet.

In der bisherigen Laufzeit hat sich gezeigt, dass das Projekt von allen Beteiligten gut angenommen wird. Es wurde zunächst bis zum 31. Dezember 2019 befristet bewilligt. Angesichts des tiefgreifenden Systemwandels im Bereich der Eingliederungshilfe zum 1. Januar 2020 besteht aber auch über den 31. Dezember 2019 hinaus ein hoher Bedarf, die Umsetzung der Reform zu begleiten und zu unterstützen. Aus diesem Grund wurde das Projekt bis zum 31. Dezember 2022 verlängert. Das gemäß Artikel 25 Absatz 2 BTHG erforderliche Einvernehmen mit den Ländern wurde bei der sechsten Sitzung der LBAG BTHG am 17. Oktober 2019 hergestellt.

Die bewährte Offline-Online-Strategie soll auch künftig fortgeführt werden. Darüber hinaus werden die aus der Projektdurchführung gewonnenen Erkenntnisse genutzt, um auf veränderte Bedarfe der Zielgruppe einzugehen. Insbesondere bei den rechtlichen Betreuerinnen und Betreuern hat sich in den vergangenen Monaten eine große Unsicherheit hinsichtlich der Reform und der damit verbundenen Verwaltungsveränderungen gezeigt. Daher werden künftig spezielle Informationsangebote an diese Gruppe gerichtet. Eine weitere Neuerung besteht in der Erhöhung der Zahl der Regionalkonferenzen, die das Ziel verfolgt, die flächendeckenden Beteiligungsmöglichkeiten zu verbessern. Außerdem wird das geschlossene Forum für Leistungsträger angesichts der anhaltend geringen Nutzung eingestellt.

Weitere Details zur Umsetzung des Projektes können Anlage 1 entnommen werden.

3. Untersuchung der Ausführung sowie der absehbaren Wirkungen der neuen Regelungen der Eingliederungshilfe (Wirkungsprognose) nach Artikel 25 Absatz 2 BTHG

Ziel der Wirkungsprognose ist es, Erkenntnisse darüber zu erlangen, inwiefern die Vorschriften der reformierten Eingliederungshilfe dazu geeignet sind, die mit dem BTHG verbundenen Zielsetzungen zu erreichen. Auf Grundlage der Ergebnisse des Forschungsvorhabens soll der Gesetzgeber entscheiden können, ob er gesetzgeberischen Handlungsbedarf sieht.

Zur Vorbereitung der Hauptuntersuchung hat das BMAS im Jahr 2017 das infas Institut für angewandte Sozialwissenschaften GmbH (infas) mit der Durchführung einer Machbarkeitsstudie beauftragt. Ziel war die Entwicklung eines geeigneten Forschungsdesigns mit konkreten Leitfragen und einem methodischen Vorgehen für die Hauptstudie sowie die Klärung von Fragen zu Datenbedarf und -verfügbarkeit. Der Abschlussbericht dieses Vorhabens wurde dem BMAS im September 2018 vorgelegt und war Teil des Berichts der Bundesregierung nach Artikel 25 Absatz 7 BTHG im Jahr 2018. Das von der Machbarkeitsstudie empfohlene Forschungsdesign besteht aus einer Implementationsanalyse, einer prozessbegleitenden Wirkungsbetrachtung sowie einer optionalen kausalen Wirkungsanalyse für die Leistungen Budget für Arbeit und andere Leistungsanbieter.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Das BMAS hat die Empfehlungen der Machbarkeitsstudie bei der Ausschreibung der Hauptuntersuchung weitgehend übernommen und an den Zeit- und Kostenrahmen angepasst. Den Zuschlag für das Forschungsvorhaben erteilte das BMAS im April 2019 einer Bietergemeinschaft bestehend aus infas und ISG Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG). Im Zuge des Vergabeverfahrens wurde auf die kausalen Wirkungsanalysen verzichtet, da diese sehr anspruchsvoll und kostenintensiv sind und nur unter erheblichen Kürzungen bei den anderen Projektbestandteilen realisierbar gewesen wären.

Das Forschungsprojekt gliedert sich somit in zwei große Teiluntersuchungen:

1. eine Implementationsanalyse, die die Umsetzung der gesetzlichen Regelungen auf den beteiligten Steuerungsebenen untersucht sowie
2. eine Wirkungsbetrachtung, die die Teilhabesituation der Menschen mit Behinderungen in den Blick nimmt.

Während die Implementationsanalyse überwiegend auf leitfadengestützten Interviews mit Verantwortlichen auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene basiert, stützt sich die Wirkungsbetrachtung auf standardisierte Befragungen von Betroffenen. Beide Teiluntersuchungen sind als Wiederholungsbefragungen mit zwei Messzeitpunkten angelegt, von denen der erste vor der Systemumstellung am 1. Januar 2020 (oder kurz danach) und der zweite im Jahr 2021 liegt. So lassen sich Einschätzungen zur Umsetzung und zu den Teilhabemöglichkeiten der Betroffenen im Zeitverlauf miteinander vergleichen und in Relation zu gesetzlichen Änderungen setzen.

Im Fokus beider Teiluntersuchungen stehen folgende neun Regelungsbereiche:

- Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben (§ 140 SGB XII bzw. § 111 SGB IX i. d. F. ab 1. Januar 2020 (SGB IX-neu)), insbesondere andere Leistungsanbieter und Budget für Arbeit (§§ 60, 61 SGB IX),
- Leistungen zur Teilhabe an Bildung (§ 112 SGB IX-neu),
- Leistungen zur Sozialen Teilhabe (§§ 113 ff. SGB IX-neu i. V. m. §§ 76 ff. SGB IX),
- das Wunsch- und Wahlrecht (§ 104 Absatz 2 und 3 SGB IX-neu),
- die gemeinsame Inanspruchnahme von Leistungen (§ 116 Absatz 2 und 3 sowie § 112 Absatz 4 i. V. m. § 104 SGB IX-neu),
- die Gesamtplanung (§§ 141 ff. SGB XII bzw. §§ 117 ff. SGB IX-neu),
- die Instrumente der Bedarfsermittlung (§ 142 SGB XII bzw. § 118 SGB IX-neu),
- Steuerungsinstrumente und die Verbesserung der Steuerungsfähigkeit der Eingliederungshilfe,
- der Beitrag der Leistungsberechtigten (§ 92 i. V. m. §§ 135 ff. SGB IX-neu).

Bereits kurz nach Projektstart haben der Auftragnehmer und das BMAS am 29. Mai 2019 ein Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern der Länder, der kommunalen Spitzenverbände sowie der Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Sozialhilfeträger (BAGüS) geführt. Dabei wurde das Untersuchungskonzept der Wirkungsprognose präsentiert und für die Unterstützung des Projekts geworben. Anschließend wurden die für die Betroffenenbefragungen notwendigen datenschutzrechtlichen Genehmigungen nach § 75 SGB X bei den zuständigen obersten Landesbehörden beantragt. Aus 15 der 16 Bundesländer liegen diese Genehmigungen vor. Sobald auch die Stichproben aus den Zuständigkeitsbereichen der ausgewählten Träger vorliegen, beginnt infas mit der Betroffenenbefragung. Außerdem wird die erste Befragungswelle der Implementationsanalyse Ende 2019/Anfang 2020 durchgeführt.

Das BMAS hat einen partizipativen Beirat zur fachlichen Begleitung des Projekts eingerichtet. Dieser hat am 17. September 2019 erstmals getagt und dabei das Erhebungsdesign positiv bestätigt. Näheres zum Forschungsdesign und zum Stand der Bearbeitung lässt sich dem als Anlage 2 beigefügten ersten Zwischenbericht des Auftragnehmers entnehmen.

Das Projekt Wirkungsprognose läuft bis November 2022.

4. Modellhafte Erprobung der zum 1. Januar 2020 in Kraft tretenden Verfahren und Leistungen der Eingliederungshilfe nach Artikel 25 Absatz 3 BTHG

4.1. Modellprojekte

Im Rahmen der modellhaften Erprobung nach Artikel 25 Absatz 3 BTHG erproben ausgewählte Leistungsträger der Eingliederungshilfe einzelne Vorschriften des BTHG vor und nach deren Inkrafttreten zum 1. Januar 2020. Dafür wenden sie bei einem ausgewählten Fallbestand parallel zum geltenden Recht „virtuell“ künftiges

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Recht an. So lassen sich Hinweise darauf erhalten, ob sich die mit der Reform der Eingliederungshilfe verbundenen Ziele erreichen lassen oder ob kurzfristiger Nachsteuerungsbedarf besteht. Dabei geht es vor allem um das Ziel einer Verbesserung der Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen. Ab 2020 findet in der modellhaften Erprobung ein Perspektivwechsel statt. Anstatt virtuell neues Recht zu erproben, werden die Projekte die Abläufe und Wirkungen dann − unter Berücksichtigung der länderspezifischen Übergangsvereinbarungen − im „Echtbetrieb“ analysieren.

Es werden insbesondere diejenigen Vorschriften erprobt, die im Gesetzgebungsverfahren besonders kontrovers diskutiert worden sind. Zu ihnen zählen

- die Einkommens- und Vermögensanrechnung (§§ 135 ff. SGB IX-neu),
- die Assistenzleistungen in der Sozialen Teilhabe (§ 113 Absatz 2 Nr. 2 i. V. m. § 78 SGB IX-neu),
- die Umsetzung des Rangverhältnisses zwischen Leistungen der Eingliederungshilfe und Leistungen der Pflege (§ 91 Absatz 3, § 103 SGB IX-neu),
- die Prüfung der Zumutbarkeit und Angemessenheit (§ 104 SGB IX-neu),
- die Möglichkeit der gemeinschaftlichen Leistungserbringung (§ 116 Absatz 2 und 3 SGB IX-neu),
- die Trennung der Fachleistungen der Eingliederungshilfe von existenzsichernden Leistungen in besonderen Wohnformen sowie
- die Bezüge zu anderen Leistungen der sozialen Sicherung, insbesondere soweit sie Gegenstand des Gesamtplanverfahrens sind.

Die ursprünglich 31 Modellprojekte haben ihre Arbeit im Januar 2018 aufgenommen. Sie laufen überwiegend bis Ende 2021. Mit Ausnahme von Berlin sind alle Bundesländer an der Erprobung beteiligt. Zwei Projekte (Rostock und Hildburghausen) haben ihre Arbeit wegen Personalmangels in der Zwischenzeit allerdings einstellen müssen. Eine Übersicht über die verbliebenen 29 Projekte, deren Projektdauer sowie die jeweils erprobten Regelungsbereiche findet sich in Anlage 3.

Administriert und zuwendungsrechtlich begleitet werden die Projekte seit 2017 von der Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung GmbH (gsub). Wie bereits 2018, organisierte die gsub auch im Jahr 2019 in Zusammenarbeit mit dem BMAS und dem Auftragnehmer der wissenschaftlichen Begleitung Kienbaum Consultants International (siehe Abschnitt 4.2.) ein Treffen aller Projekte. Dieses fand am 12. und 13. September 2019 in Berlin statt. Das Treffen bot den Projekten die Möglichkeit, sich zu vernetzen und die weitere Herangehensweise an die Erprobung zu diskutieren.

Ursprünglich war vorgesehen, ab 2019 auch die Neuregelung zum leistungsberechtigten Personenkreis in der Eingliederungshilfe nach Artikel 25a § 99 BTHG in die modellhafte Erprobung einzubeziehen. Das Forschungsprojekt zu den rechtlichen Wirkungen von Artikel 25a BTHG nach Artikel 25 Absatz 5 BTHG kam jedoch zu dem Ergebnis, dass sich das Ziel, den leistungsberechtigten Personenkreis unverändert zu lassen, mit der Regelung des Artikel 25a § 99 BTHG nicht erreichen lässt. Aus diesem Grund wird davon Abstand genommen, ein Bundesgesetz zu erlassen, welches die Regelung 2023 hätte in Kraft treten lassen (vgl. Artikel 26 Absatz 5 BTHG). Eine Erprobung von Artikel 25a § 99 BTHG ist damit ebenfalls obsolet.

In der Folge hat das BMAS im vierten Quartal 2018 mit der Arbeitsgruppe „Leistungsberechtigter Personenkreis“ einen partizipativen Beteiligungsprozess zur Neugestaltung des Leistungszugangs in der Eingliederungshilfe gestartet. Der Prozess wurde im Sommer 2019 abgeschlossen mit dem Ergebnis einer grundsätzlichen Verständigung auf ein Modell zur Neudefinition des leistungsberechtigten Personenkreises der Eingliederungshilfe. Danach werden die Begrifflichkeiten, die den Zugang zu Leistungen der Eingliederungshilfe beschreiben, unter Orientierung an der UN-Behindertenrechtskonvention und der Internationalen Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit (ICF) dem modernen Verständnis von Behinderung angepasst. Bei der Konkretisierung des Modells haben die Mitglieder der Arbeitsgruppe ihre unterschiedlichen Positionen angenähert. Nicht zu allen Punkten konnte dabei jedoch final Konsens erzielt werden. Die Auswirkungen potenziell kritischer Punkte der konkreten Ausgestaltung dieses Modells auf den leistungsberechtigten Personenkreis sollen extern wissenschaftlich untersucht werden.

4.2. Wissenschaftliche Begleitung

Die modellhafte Erprobung wird begleitend wissenschaftlich untersucht und evaluiert. Der Auftrag für die Begleitforschung wurde im August 2018 an die Firma Kienbaum Consultants International GmbH (Kienbaum) mit dem Unterauftragnehmer infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft GmbH (infas) erteilt. Das Forschungsvorhaben läuft bis Juni 2022.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Direkt nach Auftragserteilung verschaffte sich Kienbaum einen Überblick über die einzelnen Modellprojekte und erläuterte in vier Workshops zu den unterschiedlichen Regelungsbereichen im Januar 2019 die konkreten Datenbedarfe für die Evaluation. Die wissenschaftliche Begleitung stützt sich auf folgende Erhebungsformen:

- eine standardisierte Befragung der Projekte,
- eine Online-Plattform, auf die Einzelfalldaten zu den erprobten Leistungsfällen hochgeladen werden können,
- Interviews mit Leistungserbringern sowie
- Interviews mit Leistungsberechtigten.

Im Frühjahr 2019 hat Kienbaum die erste Datenerhebungswelle bei den Modellprojekten durchgeführt und erste Erprobungsdaten ausgewertet. Die aus den Daten gewonnenen Einblicke sind im 2. Zwischenbericht dargestellt, den Kienbaum im Juni 2019 als Entwurf und im August 2019 final übermittelt hat. Eine Entwurfsversion des Berichts wurde auf der 2. Sitzung des partizipativen Projektbeirats am 28. Juni 2019 zur Diskussion gestellt. Die finale Version des Zwischenberichts ist dem vorliegenden Bericht als Anlage 4 beigefügt.

Die in dem Bericht enthaltenen Erkenntnisse stützen sich auf 3.208 erprobte Fälle. Der Fortschritt der Erprobung ist je nach Regelungsbereich sehr unterschiedlich. Belastbare Erkenntnisse existieren bislang vor allem zur neuen Einkommensanrechnung in der Eingliederungshilfe sowie mit Abstrichen zur Trennung der Fachleistungen der Eingliederungshilfe von existenzsichernden Leistungen in stationären Einrichtungen bzw. besonderen Wohnformen. In anderen Regelungsbereichen ist die Erprobung durch Rechtsunsicherheiten erschwert worden. Diese betreffen vor allem das Fehlen von Landesrahmenverträgen und neuen Bedarfsermittlungsinstrumenten. In der Folge haben einige Modellprojekte bestimmte Regelungsbereiche zeitlich zurückgestellt, während andere mit eigenen, sich von Projekt zu Projekt unterscheidenden Annahmen zur Rechtsauslegung gearbeitet haben. Die Erkenntnisse zu diesen Regelungsbereichen sind daher zum aktuellen Zeitpunkt lediglich als erste Tendenzen anzusehen.

Für alle Ergebnisse gilt, dass sie sich nur auf die Stichprobe der 29 Modellprojekte beziehen und nicht hochrechenbar auf die Gesamtheit der Eingliederungshilfeempfängerinnen und -empfänger in Deutschland sind, da die Modellprojekte nicht nach dem Kriterium der Repräsentativität ausgewählt worden sind. Ferner spiegeln die Ergebnisse zum aktuellen Zeitpunkt einzig die Perspektive der Leistungsträger und Leistungserbringer wider. Interviews mit Leistungsberechtigten haben bislang nur testweise stattgefunden. Umfassendere Befragungen sollen ab 2020 durchgeführt werden, wenn die Leistungsberechtigten in Kontakt mit dem neuen Recht gekommen sind.

Im Einzelnen ergibt sich in den sieben untersuchten Regelungsbereichen folgendes Bild:

Einkommens- und Vermögensheranziehung

Durch die Einführung des Beitrags nach § 92 SGB IX-neu ergeben sich absehbar deutliche finanzielle Entlastungen für die Leistungsberechtigten. Das durchschnittlich einzusetzende Einkommen sinkt deutlich und weniger Betroffene müssen überhaupt Einkommen einsetzen.

Assistenzleistungen

Die Erprobung befindet sich in diesem Bereich noch in den Anfängen. Als schwer nachvollziehbar bewerten einige Modellprojekte die Abgrenzung zwischen qualifizierter und kompensatorischer Assistenz nach § 78 Absatz 2 SGB IX.

Rangverhältnis zwischen Leistungen der Eingliederungshilfe und Leistungen der Pflege

Die Abgrenzung von Eingliederungshilfe- und Pflegeleistungen gestaltet sich in Teilen schwierig − vor allem im Bereich kompensatorische Assistenz in der Eingliederungshilfe nach § 78 Absatz 2 Nummer 1 SGB IX. Eine grundsätzliche Klärung des Rangverhältnisses wird von einigen Projekten gefordert, obwohl zum einen der Gesetzgeber bereits in der vergangenen Wahlperiode nach intensiven Diskussionen entschieden hat, an dem Verhältnis der Gleichrangigkeit von Leistungen der Eingliederungshilfe und solchen der Pflegeversicherung festzuhalten (§ 91 Absatz 3 SGB IX n. F., § 13 Absatz 3 Satz 3 SGB XI), und zum anderen die empirische Untersuchung des Rangverhältnisses erst am Anfang steht. Die Beurteilung der Praxistauglichkeit des Verfahrens nach § 13 Absatz 4 SGB XI (Leistungserbringung „wie aus einer Hand“) bedarf angesichts der bislang sehr niedrigen Fallzahlen in den Modellprojekten, die diesbezüglich erst am Anfang stehen, weiterer Untersuchung.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Wunsch- und Wahlrecht

Die Projekte erwarten künftig ein stärkeres Abfragen von Wünschen und eine durch die Prüfung von personellen und familiären Verhältnissen wachsende Bedeutung der Zumutbarkeitsprüfung nach § 104 Absatz 3 SGB IX-neu. Fast alle Modellprojekte konstatieren jedoch auch, dass Wünsche der Leistungsberechtigten bereits nach aktuellem Recht standardmäßig erhoben und geprüft werden. Die Wünsche beziehen sich meist auf den Ort und den zeitlichen Rahmen der Leistungserbringung sowie die Person oder die Qualifikationen von Assistenzkräften. Einer großen Mehrheit der Wünsche wird nach geltendem und künftigem Recht stattgegeben. Keinem Wunsch, dem aktuell entsprochen wird, wird nach neuem Recht nicht mehr entsprochen. Wünschen zur Wohnform wird fast immer stattgegeben, künftig sogar in allen untersuchten Fällen.

Gemeinsame Inanspruchnahme

Die Erprobung bezieht sich bislang vor allem auf Leistungsberechtigte in stationären Einrichtungen und befindet sich noch im Anfangsstadium. Aufgrund sehr geringer Fallzahlen sind noch keine Aussagen möglich.

Trennung der Fachleistungen der Eingliederungshilfe von existenzsichernden Leistungen

Die Modellprojekte haben sich in einem ersten Schritt auf die Flächenaufteilung in Wohnflächen und Fachleistungsflächen in stationären Einrichtungen konzentriert. Im Schnitt aller Fälle liegt die Relation bei 75 Prozent Wohnfläche und 25 Prozent Fachleistungsfläche. Auf Grundlage der Flächenverteilungen haben sich in einem zweiten Schritt die Kosten der Unterkunft (KdU) und deren Verhältnis zur Vergleichsmiete sowie zur in § 42a Absatz 5 SGB XII normierten oberen Angemessenheitsgrenze von 125 Prozent der Vergleichsmiete ermitteln lassen. In 33 Prozent der Fälle lagen die KdU unterhalb der Vergleichsmiete, in 40 Prozent der Fälle oberhalb der Vergleichsmiete, aber unterhalb der oberen Angemessenheitsgrenze, und in 27 Prozent der Fälle oberhalb der oberen Angemessenheitsgrenze. Die Projekte berichten von Schwierigkeiten bei der Ermittlung der Kosten.

Freie Barmittel bei Bewohnerinnen und Bewohnern besonderer Wohnformen

Aufgrund sehr geringer Fallzahlen sind noch keine Aussagen möglich.

Insgesamt gibt es zum aktuellen Zeitpunkt keine Anhaltspunkte dafür, dass sich die mit dem BTHG verbundenen Ziele − insbesondere eine Verbesserung der Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen − nicht erreichen lassen. Dies gilt auch für jene Regelungsbereiche, in denen erst vergleichsweise wenige Fälle die Erprobung durchlaufen haben. Während der bisherigen Projektlaufzeit hat sich allerdings gezeigt, dass die Modellprojekte an verschiedenen Stellen Auslegungsfragen zu den gesetzlichen Neuregelungen haben. Das BMAS hat die diesbezüglichen Rückmeldungen der Projekte dahingehend geprüft, ob sie gesetzgeberische Klarstellungen nötig erscheinen lassen. Gerade im Bereich der Einkommens- und Vermögensanrechnung ist dies in einigen Fällen notwendig gewesen. Infolgedessen hat das BMAS die notwendigen technischen Korrekturen an einzelnen Regelungen noch in das SGB IX/SGB XII-Änderungsgesetz eingebracht.

5. Untersuchung der jährlichen Einnahmen und Ausgaben bei den Leistungen der Eingliederungshilfe (Finanzuntersuchung) nach Artikel 25 Absatz 4 BTHG

Die Finanzuntersuchung soll Aufschluss über die finanziellen Auswirkungen der reformierten Eingliederungshilfe auf den Bund sowie auf die Länder und Gemeinden geben. Grundlagen der Untersuchung sind die Bundesstatistik sowie Erhebungen bei den Trägern der Eingliederungshilfe. Die Auswertungen werden sowohl bundesweit als auch für jedes Bundesland gesondert vorgenommen. Die Untersuchung widmet sich insbesondere den in Artikel 25 Absatz 4 BTHG aufgeführten sechs Bereichen:

- verbesserte Einkommens- und Vermögensanrechnung,
- Einführung des Budgets für Arbeit und der anderen Leistungsanbieter,
- neue Leistungskataloge für die soziale Teilhabe und die Teilhabe an Bildung,
- Trennung der Fachleistungen der Eingliederungshilfe von den Leistungen zum Lebensunterhalt,
- Einführung eines trägerübergreifenden Teilhabeplanverfahrens,
- Einführung von Frauenbeauftragten in den Werkstätten für behinderte Menschen.

Zur Vorbereitung der Finanzuntersuchung wurden ab dem Jahr 2017 zunächst Fragen der Datenverfügbarkeit und der Notwendigkeit von Erhebungen geklärt. Hierzu beauftragte das BMAS das ISG Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG) mit einer Vorstudie. Auf Grundlage der Ergebnisse der Vorstudie wurde

Anfang 2018 die Hauptuntersuchung europaweit ausgeschrieben. Im Juli 2018 beauftragte das BMAS das ISG mit diesem Forschungsvorhaben. Zu Beginn der Finanzuntersuchung wurde ein partizipativer Beirat eingerichtet, der am 14. Dezember 2018 zum ersten Mal und am 18. September 2019 ein weiteres Mal getagt hat. Das Projekt Finanzuntersuchung läuft bis November 2022.

Ab Herbst 2018 wurde in verschiedenen Gremien (z. B. Länder-Bund-Arbeitsgruppe zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes) angeregt, die Ermittlung der sogenannten Effizienzrendite in die Untersuchung aufzunehmen. Im Ergebnis hat sich das ISG bereit erklärt, sich im Rahmen der Finanzuntersuchung neben den sechs erwähnten Untersuchungsbereichen auch der Überprüfung der Effizienzrendite zu widmen. Die Effizienzrendite ist Teil der Kostenschätzung des BTHG. Für die Eingliederungshilfe werden Einspareffekte durch eine bessere Steuerung erwartet, die vor allem auf dem in der Eingliederungshilfe ergänzend anzuwendenden Gesamtplanverfahren, den Regelungen im Vertragsrecht sowie den präventiv wirkenden Modellvorhaben in den Rechtskreisen SGB II und SGB VI fußen. Pauschalierend wird davon ausgegangen, dass die Länder und Gemeinden ab dem Jahr 2020 eine ansteigende Effizienzrendite von zunächst 100 Mio. Euro verzeichnen werden. Das ISG wird für die Ermittlung der Effizienzrendite die Fallzahlen und Ausgaben in der Eingliederungshilfe vor und nach der Systemumstellung analysieren und auch subjektive Einschätzungen der Leistungsträger in die Auswertung einbeziehen. Die Ermittlung der Effizienzrendite ist aufgrund der Vielzahl zu berücksichtigender Einflussfaktoren methodisch äußerst anspruchsvoll und kann im Rahmen der Finanzuntersuchung nur im Rahmen einer Näherung erfolgen.

Zur Untersuchung der verbesserten Einkommens- und Vermögensheranziehung hat das ISG im März und April 2019 die erste Dokumentation bei bundesweit 34 örtlichen und überörtlichen Trägern der Sozialhilfe durchgeführt. Die Einkommens- und Vermögensdokumentation wurde bei denselben Trägern im September und Oktober 2019 wiederholt und soll auch in den Folgejahren für je zwei Monate jeweils im Frühjahr und im Herbst durchgeführt werden. Für die übrigen fünf Untersuchungsbereiche wurde von Mai bis Juli 2019 eine flächendeckende Befragung aller Leistungsträger durchgeführt. An dieser beteiligten sich 176 Träger. Auch diese Befragung wird jährlich wiederholt werden. Daneben sind Statistikauswertungen und kleinere Zusatzbefragungen zu den Leistungen des Budgets für Arbeit und bei anderen Leistungsanbietern vorgesehen, mit deren Umsetzung das ISG teilweise bereits begonnen hat.

In einigen Regelungsbereichen sind die bislang erhobenen Daten noch nicht belastbar, so dass das ISG erste Hochrechnungen nur für ausgewählte Bereiche durchgeführt hat. In der weiteren Projektumsetzung dürfte die Aussagekraft der erhobenen Daten aufgrund der sich einstellenden Routinen deutlich zunehmen. Noch keine Aussagen lassen sich derzeit zu den Regelungsbereichen treffen, in denen Neuregelungen erst 2020 in Kraft treten; dies betrifft die neuen Leistungskataloge für die soziale Teilhabe und die Teilhabe an Bildung sowie die Trennung der Fachleistungen der Eingliederungshilfe von den existenzsichernden Leistungen.

Auf Grundlage der ersten Dokumentation der Einkommens- und Vermögensheranziehung hat das ISG die Mehrausgaben in der Eingliederungshilfe und der Sozialhilfe aufgrund der Verbesserungen bei der Vermögensanrechnung zum 1. Januar 2017 bzw. 1. April 2017 geschätzt. Dies betrifft die Anhebung der Vermögensfreigrenze in der Eingliederungshilfe auf 30.000 Euro und in der Sozialhilfe von 2.600 Euro auf 5.000 Euro. Die jährlichen Mehrausgaben dieser Veränderungen in der Eingliederungshilfe betragen demnach hochgerechnet ca. 41 Mio. Euro. Mithilfe eines Statistikabgleichs hat das ISG zudem die Mehrkosten ermittelt, die den Leistungsträgern durch die Erhöhung des Einkommensfreibetrags für Leistungsbezieherinnen und -bezieher in stationären Einrichtungen entstanden sind. Dieser Abgleich weist eine jährliche Mehrbelastung (Einnahmeverlust) der Träger der Eingliederungshilfe in Höhe von rund 15 Mio. Euro aus. Die Schätzung ist allerdings noch mit Unwägbarkeiten verbunden.

Die kumulierten Mehrausgaben von demnach 56 Mio. Euro stellen nach Ansicht des ISG eine Untergrenze der tatsächlich anfallenden Mehrkosten dar und können nicht direkt den Kostenschätzungen des BTHG gegenübergestellt werden. Dies liegt daran, dass bei der reformierten Einkommensheranziehung für Leistungsberechtigte in Privathaushalten bisher keine Schätzung der Mehrkosten möglich gewesen ist. Für diese Personengruppe wurden die Freibeträge für Einkommen aus Erwerbstätigkeit sowie für Einkommen aus einer Werkstattbeschäftigung zum 1. Januar 2017 ebenfalls (geringfügig) erhöht.

Nach Auswertung der flächendeckenden Trägerbefragung 2018 weist das ISG im Bereich Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben bundesweit hochgerechnet 936 Budgets für Arbeit aus, die im Laufe des Jahres 2018 bewilligt wurden. Etwa sieben Prozent der Budgetnehmer haben den befragten Trägern zufolge vorher keine Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben erhalten und sind somit als „Neufälle“ zu betrachten. Bei den Zahlen zum Budget für Arbeit ist zu berücksichtigen, dass vor Inkrafttreten der Ausführungsgesetze der Bundesländer im Laufe des Jahres 2018 in der Regel keine Budgets für Arbeit bewilligt wurden. Die Erhebungen des ISG

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

zeigen außerdem, dass die Leistungsträger 2018 bundesweit hochgerechnet 53 Verträge mit anderen Leistungsanbietern abgeschlossen haben. Auch hier muss berücksichtigt werden, dass die Landesausführungsgesetze als Grundlage für den Vertragsabschluss erst im Laufe des Jahres 2018 in Kraft getreten sind. Bei den anderen Leistungsanbietern waren im Jahr 2018 65 Personen beschäftigt. 44 Prozent von ihnen haben vorher keine Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben erhalten.

Mit Blick auf den für die Umsetzung des Teilhabeplanverfahrens und Gesamtplanverfahrens entstehenden Erfüllungsaufwand gaben 97 Prozent der befragten Leistungsträger an, dass sie infolge des BTHG neues Personal eingestellt hätten oder noch einstellen würden. Dabei haben viele Träger schon vor 2018 vergleichbare Planungsverfahren zumindest in Teilbereichen angewandt. Nur für 25 Prozent der Träger sind die Planverfahren völlig neu. Für das Jahr 2018 werden die zusätzlichen Personalkosten aufgrund der bisher erfolgten Neueinstellungen für die Planungsverfahren infolge des BTHG bundesweit auf 68 Mio. Euro geschätzt.

Nach Hochrechnung der Daten der Trägerbefragung gab es im Jahr 2018 in den Werkstätten für behinderte Menschen insgesamt 480 Frauenbeauftragte und 1.280 Werkstatträte. Dabei ist die Zahl der Frauenbeauftragten nach Einschätzung des ISG wahrscheinlich untererfasst. Auch die Angaben zu den Ausgaben in diesem Bereich erscheinen nicht belastbar. Diese Unsicherheiten sowie Schlussfolgerungen für die weiteren Erhebungen sind im weiteren Projektverlauf durch das ISG zu klären.

Alle dargestellten Zwischenergebnisse werden im Verlauf der Untersuchung anhand einer verbesserten Datengrundlage sowie weiterentwickelter Erhebungsinstrumente zu überprüfen und zu konsolidieren sein.

Den Stand der Bearbeitung, die Zwischenergebnisse sowie erste Überlegungen für eine methodische Herangehensweise zur Überprüfung der Effizienzrendite hat das ISG in dem als Anlage 5 beiliegenden Zwischenbericht 2019 zusammengetragen.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Anlage 1

Umsetzungsbegleitung Bundesteilhabegesetz

Projekt „Umsetzungsbegleitung Bundesteilhabegesetz“

Bericht nach Art. 25 Abs. 7 BTHG für das Jahr 2019

6. November 2019

Inhalt

1. Hintergrund ... 2
2. Zielsetzung ... 3
3. Themen des Projekts ... 3
3.1 Überblick über die Projektthemen ... 3
3.2 Inhaltliche Schwerpunkte der Projektarbeit im Jahr 2019 ... 4
4. Konzeption und Formate der Projektarbeit ... 7
4.1 Fachveranstaltungen ... 8
4.1.1 Vertiefungsveranstaltungen ... 8
4.1.2 Regionalkonferenzen ... 9
4.1.3 Bilanzveranstaltung ... 10
4.1.4 Externe Veranstaltungen ... 11
4.2 Projektwebsite www.umsetzungsbegleitung-bthg.de ... 12
4.2.1 Informationsportal ... 12
4.2.2 Beteiligungsportal: Online-Fachdiskussionen, BTHG-Kompass und Webinare ... 12
4.3 Projektbeirat ... 14
4.4 Öffentlichkeitsarbeit ... 14

Gefördert durch:
Bundesministerium für Arbeit und Soziales
aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

In Trägerschaft von:
Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

1. Hintergrund

Das Gesetz zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen (Bundesteilhabegesetz – BTHG) stellt eine der zentralen sozialpolitischen Reformen der letzten Jahre dar. Ein Ausgangspunkt dieser tiefgreifenden Reform ist das von Deutschland im Jahr 2009 ratifizierte Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen der Vereinten Nationen (UN-Behindertenrechtskonvention – UN-BRK) und der darin verankerte Paradigmenwechsel im Verständnis von Behinderung: Behinderung ist nicht mehr länger ein Defizit einer Person, sondern entsteht aus der Wechselwirkung zwischen Menschen mit Beeinträchtigungen und einstellungs- und umweltbedingten Barrieren. Dieser andere Blickwinkel spiegelt sich in zahlreichen verwaltungsrechtlichen Änderungen für die Leistungsträger wider, in veränderten Leistungsprofilen der Leistungserbringer und in neuen Rechten und Pflichten für die Betroffenen.

Eines der wichtigsten Ziele des BTHG ist die Reform der Eingliederungshilfe. Bislang war die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen eine Leistungsform im Recht der Sozialhilfe. Um selbstbestimmte Teilhabe im Sinne der UN-BRK gewährleisten zu können, wird die Eingliederungshilfe durch das BTHG aus dem Recht der Sozialhilfe und damit aus dem staatlichen Fürsorgesystem in das SGB IX überführt, wo Rehabilitation und Teilhabe für Menschen mit Behinderungen geregelt sind. Dadurch soll die Eingliederungshilfe zu einem modernen Teilhaberecht umgestaltet werden, welches dem Grundsatz der Personenzentrierung folgt.

Die reformierte Eingliederungshilfe ist in den Bundesländern und von den jeweils von dort bestimmten Trägern der Eingliederungshilfe umzusetzen. Das heißt, der Einflussbereich des Bundes endet grundsätzlich mit der Verabschiedung des Gesetzes. Dabei ist es insbesondere die Aufgabe der Träger der Eingliederungshilfe und Leistungserbringer, die komplexen Neuregelungen nun in die Praxis umzusetzen.

Mit Art. 25 Abs. 2 BTHG hat der Gesetzgeber dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) die Möglichkeit gegeben, die Träger der Eingliederungshilfe bei der Umsetzung des BTHG zu begleiten. Dafür wurde im Einvernehmen mit den Ländern das Projekt „Umsetzungsbegleitung Bundesteilhabegesetz“ ins Leben gerufen.

Seit dem 1. Mai 2017 ist der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V. (Deutscher Verein) Träger des Projekts „Umsetzungsbegleitung Bundesteilhabegesetz“. Der Deutsche Verein ist das gemeinsame Forum von Kommunen und Wohlfahrtsorganisationen sowie ihrer Einrichtungen, der Bundesländer, der privatgewerblichen Anbieter sozialer Dienste und von den Vertreterinnen und Vertretern der Wissenschaft für alle Bereiche der

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Sozialen Arbeit, der Sozialpolitik und des Sozialrechts. Er begleitet und gestaltet durch seine Expertise und Erfahrung die Entwicklungen u. a. der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik, der Sozial- und Altenhilfe, der Grundsicherungssysteme, der Pflege und Rehabilitation. Zu den Mitgliedern des Deutschen Vereins zählen u. a. Institutionen, die künftig für die Erbringung der Eingliederungshilfe zuständig sein werden.

Im Deutschen Verein wurde eine Geschäftsstelle für das Projekt eingerichtet. Das Projekt wird durch das BMAS zunächst bis zum 31. Dezember 2019 gefördert.

2. Zielsetzung

Ziel des Projekts ist es, die (zukünftigen) Träger der Eingliederungshilfe und Hilfe zur Pflege sowie angrenzender Fachbereiche bei der Umsetzung der gesetzlichen Neuregelungen des BTHG zu begleiten.

Darüber hinaus richtet sich das Projekt an die Erbringer von Leistungen für Menschen mit Behinderungen sowie an die fachspezifischen Organisationen von und für Menschen mit Behinderungen.

Durch das Projekt sollen Intention, Hintergrund und Regelungsinhalte des BTHG in die Fachöffentlichkeit transportiert werden. Darüber hinaus bietet das Projekt Informationen und die Möglichkeit des Erfahrungsaustausches über die rechtlichen Änderungen durch zielgruppenspezifische Veranstaltungen und auf dem Internetportal www.umsetzungsbegleitung-bthg.de.

3. Themen des Projekts

Inhaltlich bezieht sich das Projekt vor allem auf das reformierte Eingliederungshilferecht in Teil 2 SGB IX n. F. Zugleich werden die allgemeinen Regelungen des Teils 1 SGB IX einbezogen.

3.1 Überblick über die Projektthemen

Das Themenportfolio des Projekts umfasst:

- Kriterien der ICF und Ermittlung des Bedarfs des Menschen mit Behinderungen (mit möglichst trägerübergreifender Wirkung)

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

- Gesamtplanverfahren insbesondere im Verhältnis zum Teilhabeplanverfahren (mit trägerübergreifender Wirkung)
- Teilhabe am Arbeitsleben
- Trennung von Fachleistung und existenzsichernden Leistungen
- Vertragsrecht und Leistungserbringerrecht
- Teilhabe an Bildung
- Übersicht, welche neuen Leistungen die Leistungsträger aufbauen müssen
- Schnittstellen zwischen Eingliederungshilfe und Pflegeversicherung/Hilfe zur Pflege, Eingliederungshilfe und Kinder-und Jugendhilfe, Eingliederungshilfe und Arbeitsförderung/Grundsicherung für Arbeitssuchende, Eingliederungshilfe und gesetzlicher Rentenversicherung sowie Eingliederungshilfe und gesetzlicher Krankenversicherung
- Vernetzung von verschiedenen Beratungsangeboten
- Bestimmung der Kriterien für Pauschalen und gemeinsame Leistungserbringung
- neue Berechnung von Einkommen und Vermögen
- unterstützte Elternschaft
- soziale Teilhabe/Assistenzleistungen

Die Themen des Projekts wurden in der konstituierenden Sitzung des Projektbeirats abgestimmt.

3.2 Inhaltliche Schwerpunkte der Projektarbeit im Jahr 2019

Im Jahr 2019 standen für das Projekt zum einen Themen im Vordergrund, die mit der zweiten Reformstufe des BTHG zum 1. Januar 2018 in Kraft getreten sind (Bedarfsermittlung, Gesamt- und Teilhabeplanverfahren, Vertragsrecht, Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben). Zum anderen lag ein Schwerpunkt auf Aspekten, die in Vorbereitung des Inkrafttretens der dritten Reformstufe zum 1. Januar 2020 thematisiert wurden (Trennung der bisherigen Komplexleistung Eingliederungshilfe in Fachleistungen und existenzsichernde Leistungen, Leistungen zur Sozialen Teilhabe, Leistungen zur Teilhabe an Bildung).

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Inhaltliche Schwerpunkte:

- Bedarfsermittlung/Bedarfsermittlungsinstrumente
  Das BTHG sieht vor, dass die Ermittlung des individuellen Bedarfs durch ein Instrument erfolgen muss, das sich an der Internationalen Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit (ICF) orientiert und die Beschreibung einer nicht nur vorübergehenden Beeinträchtigung der Aktivität und Teilhabe in den neun Lebensbereichen der ICF vorzunehmen hat (§ 118 Abs. 1 SGB IX n. F.). In diesem Zusammenhang haben die Leistungsträger bzw. die Bundesländer neue Bedarfsermittlungsinstrumente erarbeitet oder bestehende Instrumente an die Neuregelungen des BTHG angepasst. Das Projekt hat dieses Thema im Jahr 2019 in zwei dreitägigen Fachveranstaltungen, in einem Webinar und in einer Online-Fachdiskussion unter Beteiligung von zuständigen Expert/innen aus den Landessozialministerien und von den Eingliederungshilfeträgern adressiert.
- Gesamtplanverfahren und Teilhabeplanverfahren
  Mit den zum 1. Januar 2018 in Kraft getretenen Reglungen zur Gesamtplanung (§§ 117ff. SGB IX n. F.) wurden im Recht der Eingliederungshilfe die Anforderungen an ein personenzentriertes Verfahren zur Ermittlung und Feststellung der Bedarfe sowie zur Steuerung, Dokumentation und Wirkungskontrolle des Teilhabeprozesses gesetzlich normiert. Diese Regelungen im Bereich der Eingliederungshilfe ergänzen das für alle Rehabilitationsträger verbindlich geltende Teilhabeplanverfahren des SGB IX, 1. Teil (§§ 19ff. SGB IX) und stellen die Grundlage einer bedarfsdeckenden Leistungserbringung dar. Hierzu fanden im Jahr 2019 drei Fachveranstaltungen und eine Online-Fachdiskussion statt.
- Vertragsrecht
  Mit der zweiten Reformstufe des BTHG sind zum 1. Januar 2018 auch die Neuregelungen zum Vertragsrecht für die Eingliederungshilfe in den §§ 123 bis 134 SGB IX in Kraft getreten. Damit können die neu bestimmten Träger der Eingliederungshilfe und die Leistungserbringer mit den Rahmenvertragsverhandlungen für die ab 1. Januar 2020 geltenden Regelungen beginnen. Die Landesrahmenverträge wurden über den gesamten Berichtszeitraum hinweg gesichtet und auf der Projektwebsite zur Verfügung gestellt.
- Trennung der bisherigen Komplexleistung Eingliederungshilfe in Fachleistungen und existenzsichernde Leistungen
  Eine wichtige Voraussetzung, um das deutsche Rehabilitations- und Teilhaberecht in Übereinstimmung mit Art. 19 UN-BRK zu gestalten, ist, dass Teilhabeleistungen, also auch die Leistungen der Eingliederungshilfe, unabhängig von der Wohnform gewährt

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

werden, in der Menschen mit Behinderungen leben. Menschen mit Behinderungen, die in den bisherigen stationären Einrichtungen der Eingliederungshilfe leben, erhalten derzeit eine Komplexleistung, in die sowohl existenzsichernde Leistungen wie Wohnen und Ernährung (in pauschalierter Form) als auch die eigentlichen Fachleistungen der Eingliederungshilfe einfließen. Im Rahmen der Überführung der Eingliederungshilfe aus dem SGB XII in das SGB IX müssen nun Leistungserbringer herausfinden, welcher Anteil der für den Betrieb ihrer Einrichtungen entstehenden Kosten tatsächlich auf die Erbringung der Fachleistungen der Eingliederungshilfe entfällt. Nur die eigentlichen Fachleistungen, nicht aber Leistungen der Existenzsicherung sollen künftig durch die Träger der Eingliederungshilfe finanziert werden. Sofern Leistungen zur Existenzsicherung im Einzelfall notwendig sind, werden diese aus den Systemen der Grundsicherung, nicht aber durch die Träger der Eingliederungshilfe erbracht. Die Trennung der Fachleistungen und existenzsichernden Leistungen findet mit der dritten Reformstufe des BTHG zum 1. Januar 2020 statt. In Vorbereitung dieser Reformstufe lag ein inhaltlicher Schwerpunkt der Projektarbeit auf dem Thema Leistungstrennung. Hierzu wurde eine Vertiefungsveranstaltung veranstaltet und eine Online-Fachdiskussion durchgeführt.

- Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben
  Die Teilhabe am Arbeitsleben ist ein zentraler Punkt, in dem das BTHG das deutsche Sozialrecht in Bezug auf die UN-BRK weiterentwickelt (BT-Drs. 18/9522: 188f.). Mit dem BTHG sollen mit den zwei neuen Leistungsarten „Budget für Arbeit“ und „andere Leistungsanbieter“ Alternativen zur Beschäftigung in Werkstätten für behinderte Menschen geschaffen werden. Im Fokus der Projekttätigkeit standen dabei im Jahr 2019 die „anderen Leistungsanbieter“, zu denen eine Online-Fachdiskussion und ein Webinar durchgeführt wurden.
- Leistungen zur Teilhabe an Bildung
  Mit dem BTHG wird die Teilhabe an Bildung erstmals als eigene Rehabilitationsleistung definiert, für die u. a. die Eingliederungshilfe zuständig ist. Die in der Eingliederungshilfe neu eingeführte Leistungsgruppe (§ 112 SGB IX n.F.) richtet sich an die Bereiche Schule, Hochschule und berufliche Bildung. Individuelle Hilfen zur (hoch-)schulischen Bildung durch Leistungen der Eingliederungshilfe konnten bisher nur in begrenztem Umfang erbracht werden. Zudem waren keine Unterstützungsleistungen für Weiterbildungsmaßnahmen (Masterstudium, Meisterkurs, Promotionsstudium etc.) vorgesehen. Der Leistungszugang wird künftig weiter gefasst und damit der Zugang zu umfassender Bildung im Sinne der UN-BRK unterstützt.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Besonderes Augenmerk lag im Jahr 2019 auf der konkreten Ausgestaltung der neu strukturierten Leistungen in den Bereichen Schule, Hochschule und beruflicher Bildung. Dazu wurden im Rahmen einer Vertiefungsveranstaltung Ansätze der Bundesländer zur inklusiven Gestaltung der Bildungssysteme diskutiert.

- Leistungen zur Sozialen Teilhabe
  Mit dem Bundesteilhabegesetz wird die Leistungsgruppe „Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft“ umbenannt in „Leistungen zur sozialen Teilhabe“. Künftig werden die Leistungen zur sozialen Teilhabe in Teil 1 des SGB IX (§§ 76 ff. SGB IX) und für die Eingliederungshilfe ab 2020 in Teil 2 des SGB IX (§§ 113 ff. SGB IX n.F.) zusammengefasst und neu strukturiert. Diese Vorschriften werden vom § 94 Abs. 3 SGB IX flankiert, der die Länder dazu verpflichtet, auf flächendeckende, am Sozialraum orientierte und bedarfsdeckende Leistungsangebote hinzuwirken. Im Zentrum einer Online-Fachdiskussion und einer Vertiefungsveranstaltung zu Beginn des Jahres 2019 standen daher die sozialräumliche Gestaltung von Teilhabeleistungen, die (künftige) Ausgestaltung der Leistungen zur sozialen Teilhabe sowie die Schnittstelle der Eingliederungshilfe zur Pflege.
- Schnittstelle Eingliederungshilfe und Pflege
  Die Abgrenzung der Leistungen der sozialen Pflegeversicherung sowie der Hilfe zur Pflege nach dem Siebten Kapitel des SGB XII von denen der Eingliederungshilfe ist mit der Aufrechterhaltung des Gleichrangs von Leistungen beider Systeme durch das Bundesteilhabegesetz und der Einführung teilhabeorientierter Pflegeleistungen nicht einfacher geworden. Das Zusammentreffen der Leistungsarten wurde in verschiedenen Vorschriften neu geregelt. Zugleich gilt § 43 a SGB XI weiter, der nun den pauschalierten Zuschuss der Pflegeversicherung für Pflegebedürftige in Räumlichkeiten im Sinne des § 71 Abs. 4 Nummer 3, die Leistungen der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen erhalten, regelt. Die Richtlinie zur Abgrenzung der Wohnformen nach § 71 Abs. 5 SGB XI befindet sich derzeit im Genehmigungsverfahren. Vor diesem Hintergrund hat das Projekt eine zweitägige Vertiefungsveranstaltung zu Abgrenzung und Zusammentreffen der Leistungen durchgeführt und erste Erkenntnisse zweier Modellprojekte vorgestellt.

4. Konzeption und Formate der Projektarbeit

Dem Projekt „Umsetzungsbegleitung Bundesteilhabegesetz“ liegt eine Offline-online-Strategie zugrunde. Es werden Fachveranstaltungen mit unterschiedlichen Formaten sowie

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

die Möglichkeit der Information und Beteiligung auf der Projektwebsite www.umsetzungsbegleitung-bthg.de angeboten.

Veranstaltungen und Website gehen dabei Hand in Hand: Die Inhalte der Veranstaltungen werden auf der Website mit einem hohen Anspruch an die Barrierefreiheit dokumentiert und damit für einen größeren Personenkreis zugänglich gemacht und die Diskussionen auf dem Beteiligungsportal der Website fließen in die Konzeption der Fachveranstaltungen ein.

Das Projekt unterstützt die Leitungskräfte, Verantwortungsträger, leitende Fachreferate und Fachpersonal der (zukünftigen) Träger der Eingliederungshilfe:

- Durch eine Auftaktveranstaltung im Jahr 2017, Regionalkonferenzen mit den Bundesländern in den Jahren 2018 und 2019 sowie mehrtägige Vertiefungsveranstaltungen in den Jahren 2018 und 2019 und eine Bilanzveranstaltung im Jahr 2019.
- Durch Informationen auf der Projektwebsite zu Intention, Hintergrund und Regelungsinhalten des Gesetzes und zum Umsetzungsstand in den Bundesländern.
- Durch die umfangreiche Dokumentation der Veranstaltungen auf der Projektwebsite.
- Durch Online-Fachdiskussionen und Webinaren zu den Themen des Gesetzes.
- Durch ein stetig wachsendes Online-Kompendium zum Gesetz, den BTHG-Kompass. Er entsteht aus Fragen des Fachpublikums zu Themen des BTHG, die vom Projekt und ausgewiesenen Expertinnen und Experten beantwortet werden.

4.1 Fachveranstaltungen

4.1.1 Vertiefungsveranstaltungen

Das Projekt hat im Jahr 2019 die handelnden Personen und Institutionen bei der Umsetzung des BTHG im Rahmen bundesweiter, zwei- bis dreitägiger Vertiefungsveranstaltungen unterstützt. Diese bieten einen Raum zum Austausch für Leistungsträger, -erbringer und -berechtigte und fokussieren jeweils einen Themenschwerpunkt des BTHG.

Zweck der Vertiefungsveranstaltungen ist es außerdem, Intention, Hintergrund und Regelungsinhalte des BTHG in die Fachöffentlichkeit zu übermitteln und einen einheitlichen Informationsstand zu ermöglichen. Daher werden zu Beginn einer jeden Vertiefungsveranstaltung der Hintergrund des BTHG, die wesentlichen Änderungen im

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Rahmen des BTHG, die Reformstufen, landesrechtliche Regelungen sowie der Umsetzungsstand des BTHG vorgestellt.

Die Vertiefungsveranstaltungen richten sich an jeweils 50 bis 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Im Jahr 2019 führte das Projekt zwölf Vertiefungsveranstaltungen durch:

- Soziale Teilhabe,
  30.01.-01.02.2019 in Hannover
- Bedarfsermittlung und Leistungsplanung auf Grundlage der ICF,
  13.-15.02.2019 in Hannover
- Vertragsrecht,
  28.02.-01.03.2019 in Erkner
- Trennung der Komplexleistung Eingliederungshilfe in Fachleistungen und existenzsichernde Leistungen,
  18.-20.03.2019 in Berlin
- Gesamt- und Teilhabeplanverfahren nach dem BTHG als Chance für Leistungen wie aus einer Hand,
  10.-12.04.2019 in Berlin
- Gesamtplan nach § 117 SGB IX n.F. – aus der Praxis für die Praxis,
  08.-10.05.2019 in Augsburg
- Teilhabe an Bildung,
  20.-22.05.2019 in Hannover
- Bedarfsermittlung und Leistungsplanung auf Grundlage der ICF,
  26.-28.06.2019 in Augsburg
- Eingliederungshilfe, Hilfe zur Pflege und gesetzliche Pflegeversicherung,
  09.-10.09.2019 in Erkner
- Teilhabeplanverfahren,
  21.-22.11.2019 in Berlin.

Alle Vertiefungsveranstaltungen waren innerhalb weniger Tage ausgebucht. Die Veranstaltungen werden auf der Projektwebsite dokumentiert und die Unterlagen werden zum Download bereitgestellt.

4.1.2 Regionalkonferenzen

Neben den Vertiefungsveranstaltungen organisierte das Projekt in Kooperation mit den Bundesländern fünf Regionalkonferenzen für Vertreterinnen und Vertreter der (zukünftigen)

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Träger der Eingliederungs- und Sozialhilfe, der Leistungserbringer und Organisationen der Menschen mit Behinderungen. Die Regionalkonferenzen bieten den beteiligten Akteuren eine Plattform, auf der sie sich zum Stand und zu Herausforderungen der Umsetzung des BTHG austauschen können. Ein besonderer Fokus liegt auf dem gemeinsamen Austausch in Fachforen.

Nachdem im Jahr 2018 bereits vier Regionalkonferenzen erfolgreich durchgeführt werden konnten, fand im Jahr 2019 die Regionalkonferenz Süd statt:

- Regionalkonferenz Süd mit den Ländern Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland
  13.-14.05.2019 in Stuttgart
  Besonders in den Blick genommen wurden in Fachforen die Themen Trennung der Fachleistungen von den existenzsichernden Leistungen, Landesrahmenverträge - aktuelle Berichterstattung aus den Ländern, Bedarfsermittlung und -feststellung / Bedarfsermittlungsinstrumente sowie Teilhabe am Arbeitsleben.

Die Regionalkonferenzen werden auf der Projektwebsite dokumentiert und die Unterlagen werden zum Download bereitgestellt.

4.1.3 Bilanzveranstaltung

Am 16. und 17. September zogen 280 Vertreterinnen und Vertreter aller Bereiche des sozialrechtlichen Dreiecks eine Bilanz zum Umsetzungsstand des BTHG. Im Zentrum der Bilanzveranstaltung standen drei zentrale Fragen: Wie kommt die Umsetzung des Gesetzes voran? Was bleibt zu tun, um „Leistungen wie aus einer Hand“ zu ermöglichen? Und wie geht es politisch weiter mit dem BTHG?

Dr. Rolf Schmachtenberg, Staatssekretär im BMAS, erläuterte den Teilnehmenden in seinem Eröffnungsvortrag den Paradigmenwechsel von der historisch gewachsenen fürsorglichen Fremdbestimmung hin zu einem modernen selbstbestimmten Teilhaberecht. Der dafür notwendige „Kraftakt“ wurde in der anschließenden Podiumsdiskussion mit der ASMK-Vorsitzenden und Sozialministerin in Mecklenburg-Vorpommern, Stefanie Drese, sowie Vertreterinnen und Vertretern von Kommunen, Leistungserbringern und Betroffenen diskutiert: der ambitionierte Zeitplan für die Umsetzung, die Systemunterschiede zwischen den Bundesländern, die Verhandlung von Landesrahmenverträgen vor dem Hintergrund unterschiedlicher Vorstellungen von Teilhabe sowie die Suche und Schulung von Personal für die Eingliederungshilfe. Einig waren sich die Diskutierenden darin, dass es eines

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

umfassenden Bewusstseinswandels bedürfe, für den mit dem BTHG die rechtliche Grundlage geschaffen worden sei.

Im weiteren Verlauf des ersten Veranstaltungstags hatten die Teilnehmenden die Möglichkeit, in mehreren Durchgängen an jeweils einstündigen Diskussionsstationen zu Themenbereichen des BTHG teilzunehmen. Der Fokus lag darauf, in kleinen Gruppen die aktuellen Herausforderungen und offenen Fragen, aber auch Lösungsansätze und Best Practice zu erarbeiten. Die Themenbereiche waren: Bedarfsermittlung und ICF, Trennung von Fach- und existenzsichernden Leistungen, Vertragsrecht, Gesamt- und Teilhabeplanverfahren, Teilhabe am Arbeitsleben, Teilhabe an Bildung, Soziale Teilhabe, Schnittstellen sowie Vernetzung von Beratungsangeboten.

Gegenstand der ersten Podiumsdiskussion des zweiten Tages war, dass der Bewusstseinswandel nicht nur die Eingliederungshilfe, sondern alle Rehabilitationsträger betreffen muss. Vertreterinnen und Vertreter von GKV-Spitzenverband, Bundesagentur für Arbeit, Deutscher Rentenversicherung und den Unfallkassen besprachen, was notwendig ist, damit die Komplexität des Sozialsystems nicht zu Lasten der Menschen mit Behinderungen geht. Für Leistungen „wie aus einer Hand“, ein zentrales Ziel des BTHG, soll die „Gemeinsame Empfehlung Reha-Prozess“ der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation eine Grundlage schaffen. Die Podiumsteilnehmerinnen und -teilnehmer machten jedoch deutlich, dass neue Prozesse und Strukturen nur durch intensive Kommunikation und Schulung bei den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen ankämen. Dass in der Praxis noch viel Nachholbedarf in der Zusammenarbeit der Rehabilitationsträger besteht, wurde in der Diskussion mit den Teilnehmenden deutlich.

Zum Abschluss der Bilanzveranstaltung diskutierten die behindertenpolitischen Sprecherinnen und Sprecher von CDU, FDP, Linken und Grünen die Weiterentwicklung des BTHG. Dass der Mensch im Mittelpunkt des Verwaltungshandelns stehen müsse und dies vielerorts nicht der Fall sei, war Konsens zwischen den Politikerinnen und Politikern. Die Tücken des gegliederten Sozialsystems würden durch das BTHG besonders deutlich und seien noch komplexer geworden. Auftrag der Politik sei es, das BTHG weiterzuentwickeln, wo gesetzliche Regelungen erforderlich seien, und Druck auszuüben, wo geltendes Recht nicht eingehalten werde.

4.1.4 Externe Veranstaltungen

Neben den eigenen Veranstaltungen hat das Projekt im Jahr 2019 auf 14 externen Veranstaltungen einen Input gegeben.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

4.2 Projektwebsite www.umsetzungsbegleitung-bthg.de

Zur Umsetzung der Offline-online-Strategie wurde eine Projektwebsite entwickelt, die eine übersichtliche Informationsermittlung erlaubt, Möglichkeiten zur Beteiligung des Fachpublikums gewährleistet und die technischen Voraussetzungen zur Bewerbung der Projektveranstaltungen, zur Anmeldung für diese und zu deren Dokumentation beinhaltet.

U. a. mit Hilfe von Kontrastverhältnissen, Screenreader-Funktion, Tastatur-Navigation, Mobiler App und ausgewählten Elementen in Leichter Sprache ist die Website barrierefrei gestaltet.

Die Website verzeichnete im Jahr 2019 pro Monat rund 27.000 Besuche. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer lag bei etwa vier Minuten.

Die Projektwebsite bietet sowohl die Möglichkeit der Information (vgl. Kap. 4.2.1) als auch der Beteiligung (vgl. Kap. 4.2.2).

4.2.1 Informationsportal

Die Website des Projekts beinhaltet Informationen zum Hintergrund, wesentlichen Inhalten und Phasen des Inkrafttretens des BTHG. Darüber hinaus dokumentiert das Projekt den Umsetzungsstand des BTHG in den Bundesländern – sowohl nach Bundesländern als auch nach Themen geordnet (https://umsetzungsbegleitung-bthg.de/gesetz/umsetzung-laender/).

Weitere Elemente des Informationsportals der Website sind:

- Dokumentation der Fachveranstaltungen.
- Redaktionelle Artikel zu aktuellen Entwicklungen zum BTHG und zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen.
- Eine thematisch geordnete Sammlung von Links und Materialien zum BTHG.

4.2.2 Beteiligungsportal: Online-Fachdiskussionen, BTHG-Kompass und Webinare

Im Zentrum des Projekts stehen Fragen und Beiträge zum BTHG von Fachleuten und Interessierten. Mit zeitlich begrenzten Online-Fachdiskussionen nimmt das Projekt nach und nach einzelne Themen des BTHG in den Fokus.

Die Themen werden überblicksartig im Rahmen eines Exposés dargestellt und relevante Materialien zur Vorbereitung bereitgestellt. Mit dem Start der Online-Fachdiskussionen

können Interessierte Fragen und Beiträge zum Thema eingeben – sowohl namentlich als auch anonym.

Im Jahr 2019 wurden Online-Fachdiskussionen zu folgenden Themen durchgeführt:

- Soziale Teilhabe,
  14.01.-08.02.2019
- Trennung von Fach- und existenzsichernden Leistungen,
  29.10.2018-23.09.2019
- Bedarfsermittlungsinstrumente in den Bundesländern,
  03.06.-31.12.2019
- Andere Leistungsanbieter,
  21.10.-13.12.2019
- Gesamt- und Teilhabeplanverfahren,
  18.11.-13.12.2019.

Die Online-Fachdiskussionen sind zu finden unter: https://umsetzungsbegleitung-bthg.de/beteiligen.

Darüber hinaus können im Rahmen einer allgemeinen Online-Fachdiskussion zu jeder Zeit Fragen und Beiträge zu allen Themen des BTHG abgegeben werden.

Die eingestellten Beiträge werden vom Projekt geprüft, veröffentlicht und können von anderen Nutzerinnen und Nutzern eingesehen werden. In Zusammenarbeit mit ausgewiesenen Expertinnen und Experten recherchiert das Projekt zu diesen Fragen in Gesetzestexten, Fachbeiträgen, Urteilen, zum Umsetzungsstand in den Ländern und guten Beispielen aus der Praxis. Die Antworten werden sowohl an die Verfasserinnen und Verfasser der Beiträge versandt als auch im Fall der Einwilligung im BTHG-Kompass veröffentlicht. Die eingestellten Fragen-Antwort-Paare können weiter kommentiert und erweitert werden. Damit entsteht über die Projektlaufzeit ein Kompendium zum BTHG, der sogenannte BTHG-Kompass.

Der BTHG-Kompass ist als stetig wachsendes Kompendium gedacht. Er soll Themen umfassen, die mit der Umsetzung des BTHG im Zusammenhang stehen und den Umsetzungsstand, zentrale Fragestellungen, Fachbeiträge, gute Beispiele und Urteile abbilden. Aktuell befinden sich rund 200 Fragen-Antwort-Paare im BTHG-Kompass (https://umsetzungsbegleitung-bthg.de/bthg-kompass/).

Begleitend zur Fachdiskussion Bedarfsermittlungsinstrumente hat das Projekt am 5. September 2019 erstmals ein Webinar durchgeführt, an dem über 190 Nutzerinnen und

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Nutzer teilgenommen haben. Das Webinar wurde aufgenommen, untertitelt und auf der Projektwebsite weiteren Interessierten zur Verfügung gestellt. Ein zweites Webinar fand im Rahmen der Fachdiskussion andere Leistungsanbieter am 14. November 2019 statt.

4.3 Projektbeirat

Das Projekt wird fachlich durch einen Beirat begleitet. Dieser setzt sich aus zehn Mitgliedern zusammen und umfasst Vertreterinnen und Vertreter der Bundesländer, des Deutschen Landkreistags, des Deutschen Städtetags, der Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe (BAGüS), der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW), des Deutschen Behindertenrates und der Fachverbände für Menschen mit Behinderung. Das BMAS nimmt mit Gaststatus an den Sitzungen des Beirats teil. Der Beirat trifft sich in regelmäßigen Abständen zweimal pro Jahr.

4.4 Öffentlichkeitsarbeit

Das Projekt informiert monatlich in einem Newsletter über seine Arbeit und (Neu-) Entwicklungen bei der Umsetzung des BTHG in den Bundesländern. Die Anzahl der Abonnentinnen und Abonnenten für den Newsletter des Projekts beträgt rund 6.700 (Stand: Oktober 2019).

Über seine Veranstaltungen und Fachdiskussionen informiert das Projekt mittels Pressemitteilungen und regelmäßigen Beiträgen im Newsletter des Deutschen Vereins.

Darüber hinaus tragen die Projektreferentinnen und -referenten mit gelegentlichen Veröffentlichungen in Fachzeitschriften zum Diskurs um das BTHG bei, u.a.:

- Steinmüller, Florian/Löwe, Annett (2019): Der Umsetzungsstand des Bundesteilhabegesetzes in den Bundesländern. In: ARCHIV für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit, 1/2019, S.16-30.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Anlage 2

Zwischenbericht 2019

Untersuchung der Ausführung sowie der absehbaren Wirkungen der neuen Regelungen der Eingliederungshilfe nach Art 25 Abs. 2 BTHG (Wirkungsprognose)

Bundesministerium für Arbeit und Soziales

infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft GmbH

Friedrich-Wilhelm-Straße 18
D-53113 Bonn
Tel. +49 (0)228/38 22-0
Fax +49 (0)228/31 00 71
info@infas.de
www.infas.de

ISG Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH

Weinsbergstraße 190
D-50825 Köln
Tel. +49 (0)221/130 655-0
Fax +49 (0)221/130 665 46
info@isg-institut.de
www.isg-institut.de

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Zwischenbericht an

Bundesministerium für Arbeit und Soziales
Referat Vb3
z.Hd. Herr Stephan Sievert
Wilhelmstr. 49
10117 Berlin

Projekt

7104
Bonn, September 2019
Sc, Su, Hu

Vorgelegt von

infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft GmbH
Friedrich-Wilhelm-Straße 18
53113 Bonn

ISG – Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH
Weinsbergstraße 190
50825 Köln

Kontakt

Dr. Helmut Schröder
Bereichsleitung Sozialforschung

Tel. +49 (0)228/38 22-406
Fax +49 (0)228/310071
E-Mail h.schroeder@infas.de

Dr. Dietrich Engels
Geschäftsführer

Tel. +49 (0)221/130655-22
Fax +49 (0)221/130655-46
E-Mail Engels@isg-institut.de

Autoren

Julia Harand (infas)
Dr. Helmut Schröder (infas)
Dr. Holger Schütz (infas)

Alina Schmitz (ISG)
Dr. Dietrich Engels (ISG)

infas ist zertifiziert
nach ISO 20252 für die Markt-,
Meinungs- und Sozialforschung

infas ist Mitglied im
Arbeitskreis Deutscher Markt- und
Sozialforschungsinstitute e.V.
(ADM) und ESOMAR

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Inhaltsverzeichnis

1 Einordnung 6

2 Evaluationsgegenstand 7

3 Untersuchungsdesign 10

4 Implementationsanalyse 12
4.1 Steuerung und Umsetzung der EGH: Leistungsebene 12
4.2 Steuerung und Umsetzung der EGH: Governance-Ebene 13
4.3 Erhebungsinhalte der Implementationsanalyse 15
4.4 Stichprobe für die Implementationsanalyse 18

5 Prozessbegleitende Befragung von Leistungsbeziehenden 20
5.1 Konzept 20
5.2 Grundgesamtheit und Stichproben 21
5.3 Untersuchungsinhalte 24
5.4 Erhebungsmethoden 28

6 Aktueller Stand des Vorhabens 31
6.1 Datenschutzrechtliche Genehmigungen der Länder 31
6.2 Regionalauswahl 32
6.3 Entwicklung der Erhebungsinstrumente 32
6.4 Einbindung eines Beirats 33
6.5 Arbeits- und Zeitplanung 33
6.6 Feldvorbereitung 34

Literatur 35

infas

ISG

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1	Längsschnittdesign und Messzeitpunkte	21
Abbildung 2	Zeitplan	33

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1	Steuerung und Umsetzung der Eingliederungshilfe: Leistungsebene	12
Tabelle 2	Steuerung und Umsetzung der Eingliederungshilfe: Governance-Ebene	14
Tabelle 3	Erhebungsinhalte Regelungsbereiche 1 bis 3	16
Tabelle 4	Erhebungsinhalte Regelungsbereiche 4 bis 9	17
Tabelle 5	Steuerung und Umsetzung der Eingliederungshilfe: Interviews nach Erhebungswelle und Methodik	18
Tabelle 6	Interviews auf der Governanceebene nach Erhebungswelle und Methodik	19
Tabelle 7	Stichprobe der 60 Landkreise und kreisfreien Städte (Proportionalauswahl)	23
Tabelle 8	Stichprobenansatz differenziert nach Art der Stichprobe und Messzeitpunkt	24
Tabelle 9	Erhebungsinhalte der Befragung von Leistungsbeziehenden	25
Tabelle 10	Geplante Versionen der Erhebungsinstrumente	30

infas

ISG

1 Einordnung

Mit dem „Gesetz zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen“ vom 23.12.2016 (kurz: Bundesteilhabegesetz (BTHG)) wurde eine mehrstufige Reform des Sozial- und Rehabilitationsrechts eingeleitet (vgl. Deutscher Bundestag 2016a, 2016b). Im Zentrum steht die stufenweise Herauslösung der Eingliederungshilfe (EGH) aus dem Sozialhilferecht (SGB XII) und ihre Integration als Teil 2 in das Neunte Buch Sozialgesetzbuch. Diese Rechtsänderung betrifft alle Eingliederungshilfeleistungen zur selbstbestimmten Lebensführung für Menschen mit Behinderungen sowie die Bestimmungen zur Gesamtplanung der Leistungen, zum Vertragsrecht, zur Einkommens- und Vermögensanrechnung sowie zur Statistik.

Das Gesetzgebungsverfahren war von einer intensiven Beratung mit den Bundesländern, Leistungsträgern, Kommunalverbänden, Verbänden der Menschen mit Behinderung und Verbänden der Leistungserbringer begleitet. Wegen der divergierenden Erwartungen und Befürchtungen verknüpft der Gesetzgeber die Rechtsänderungen mit einer Evaluation. Mit Artikel 25 Absatz 2 BTHG wird das BMAS ermächtigt, im Einvernehmen mit den Bundesländern die Umsetzung und Wirkung der reformierten Eingliederungshilfe zu untersuchen. Dabei soll festgestellt werden, ob die zwei wesentlichen Ziele der Reform der Eingliederungshilfe erreicht werden: die Verbesserung der Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen und eine Dämpfung der Ausgabendynamik.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

2 Evaluationsgegenstand

Unter dem Arbeitstitel „Wirkungsprognose nach Artikel 25 Absatz 2 BTHG“ nimmt das Evaluationsvorhaben des BMAS neun Regelungsbereiche in den Fokus. Sie betreffen zum Teil neu geregelte Leistungen, Verfahrensregeln oder die Steuerungsfähigkeit der Eingliederungshilfe. Im Einzelnen handelt es sich um die folgenden Regelungsbereiche:

1. **Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben, insbesondere andere Leistungsanbieter und Budget für Arbeit (§§ 60, 61, 111 SGB IX)**
   Mit dem BTHG will der Gesetzgeber die Beschäftigungsmöglichkeiten insbesondere für Personen erweitern, die ansonsten geringere Chancen auf eine Beschäftigung am allgemeinen Arbeitsmarkt haben und in der Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) auch nicht richtig aufgehoben sind. Das Ziel ist, Menschen mit Behinderung entsprechend ihrem individuellen Leistungsvermögen für die größtmögliche Teilhabe am Arbeitsleben zu fördern. Um den Übergang zwischen der WfbM und dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu erleichtern, wird ein „Budget für Arbeit“ bereitgestellt. Mit dieser personenzentrierten Leistung sollen Anreize zur Aufnahme einer Tätigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt sowohl für die betroffenen Personen als auch für Betriebe gesetzt werden. Mit dem Angebot von anderen Leistungsanbietern, die geringere Kriterien als eine WfbM erfüllen müssen, sollen neue Beschäftigungsmöglichkeiten außerhalb der Werkstatt eröffnet werden.
2. **Leistungen zur Teilhabe an Bildung (§ 112 SGB IX)**
   Diese Leistungsgruppe wurde mit dem Bundesteilhabegesetz neu eingeführt und bündelt teilweise bereits vorher bestehende Leistungen. Damit soll das Recht auf Bildung ohne Diskriminierung und auf Grundlage der Chancengleichheit durch ein integratives und inklusives Bildungssystem auf allen Ebenen gewährleistet werden. Zur Teilhabe an Bildung werden unterstützende Leistungen erbracht, die erforderlich sind, damit Menschen mit Behinderung Bildungsangebote gleichberechtigt wahrnehmen können.
3. **Leistungen zur Sozialen Teilhabe (§§ 113 ff. SGB IX, §§ 76 ff. SGB IX)**
   Sie sollen Menschen mit Behinderung eine gleichberechtigte Teilhabe am gemeinschaftlichen Leben ermöglichen oder erleichtern. Im Mittelpunkt steht die selbstbestimmte und eigenverantwortliche Lebensführung sowohl im eigenen Wohnraum als auch im sozialen Raum. Mit der Gesetzesänderung wird die Leistungsgruppe „Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft“ umbenannt in „Leistungen zur Sozialen Teilhabe“. Der Katalog der Sozialen Teilhabeleistungen wird nicht erweitert oder eingeschränkt, sondern aus Gründen der Rechtssicherheit bei der Leistungserbringung zusammengeführt, neu formuliert und benannt. Im Einzelnen sind dies Leistungen für Wohnraum, Assistenzleistungen, heilpädagogische Leistungen, Leistungen zur Betreuung in einer Pflegefamilie, Leistungen zum Erwerb und Erhalt praktischer Kenntnisse und Fähigkeiten, Leistungen zur Förderung der Verständigung, Leistungen zur Mobilität, Hilfsmittel und Besuchsbeihilfen.

4. **Das Wunsch- und Wahlrecht**
   (§ 104 Abs. 2 und 3 SGB IX)
   Das Wunsch- und Wahlrecht, das gemäß § 8 SGB IX für alle Rehabilitationsträger gilt, wird mit § 104 SGB IX für das Eingliederungsrecht noch einmal präzisiert. Dort wird das Prinzip der Personenzentrierung der Leistungen, unabhängig von der Wohnform verankert. Demgemäß werden Leistungen der Eingliederungshilfe gemäß des individuellen Bedarfs, der persönlichen Verhältnisse, dem Sozialraum und den Kräften und Mitteln der Leistungsberechtigten erbracht (§ 104 Abs. 1 SGB IX). Die Wunsch- und Wahlfreiheit der Leistungsberechtigten ist allerdings nicht unbegrenzt. Die Wünsche der Leistungsberechtigten werden nach dem Gebot der Angemessenheit geprüft (§ 104 Abs. 2 SGB IX). Damit das Wahlrecht bei der Angemessenheitsprüfung nicht rein ökonomischen oder pragmatischen Kriterien zum Opfer fällt, muss die Zumutbarkeit einer vom Wunsch der Betroffenen abweichenden Leistung geprüft werden (§ 104 Abs. 3 SGB IX).

5. **Die gemeinsame Inanspruchnahme von Leistungen**
   (§ 116 Abs. 2 und 3 sowie § 112 Abs. 4 SGB IX)
   Die Möglichkeit, eine Leistung gemeinsam in Anspruch zu nehmen, ist kein neuer Sachverhalt in der Eingliederungshilfe. Mit dem BTHG wird aber eine rechtliche Klarstellung vorgenommen. Leistungen zur Assistenz, heilpädagogische Leistungen, Leistungen zum Erwerb und Erhalt praktischer Fähigkeiten und Kenntnisse, zur Förderung der Verständigung, zur Beförderung im Rahmen der Leistungen zur Mobilität und zur Erreichbarkeit einer Ansprechperson können von mehreren Leistungsberechtigten gemeinsam in Anspruch genommen werden.

6. **Die Gesamtplanung und das Gesamtplanverfahren**
   (§§ 141 ff. SGB XII, §§ 117 ff)
   Durch die Aufhebung von stationären, teilstationären und ambulanten Leistungen gewinnt die Koordination zwischen verschiedenen Leistungsträgern und Leistungserbringern eine besondere Bedeutung. Der personenorientierte Ansatz stellt hinsichtlich Transparenz, Abstimmung und Dokumentation höhere Anforderungen an die Hilfeplanung und die Koordination der Leistungserbringung. Eine optimierte Gesamtplanung bildet das Kernstück für eine bedarfsgerechte Leistungserbringung. Die Leistungsbeziehenden sollen aktiv von Beginn an in das Verfahren einbezogen werden; ihr Wunsch- und Wahlrecht soll dabei berücksichtigt und dokumentiert werden.

7. **Instrumente der Bedarfsermittlung**
   (§ 142 SGB XII, § 118 SGB IX)
   Die Neuausrichtung von einrichtungsbezogenen Leistungen der Eingliederungshilfe zu personenbezogenen Leistungen erfordert Instrumente zur Ermittlung des individuellen Bedarfs. Die Fachleistungen werden individuell ermittelt und nachvollziehbar in einem Gesamtplan niedergelegt. Die Bedarfsermittlung soll mit einem ICF-orientierten Instrument erfolgen.

8. **Steuerungsinstrumente und Verbesserung der Steuerungsfähigkeit der EGH**
   Mit dem novellierten Eingliederungshilferecht will man einen transparenten und effektiven Planungsprozess für Teilhabeleistungen gestalten. Trotz Verbesserung der individuellen Teilhabemöglichkeiten soll keine neue Ausgabendynamik entstehen. Einen Beitrag verspricht sich der Gesetzgeber von der

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Stärkung der Steuerungsfunktion der Leistungsträger gegenüber den Leistungserbringern. Leistungen sollen für die Betroffenen passgenau erbracht werden und zugleich dem Gebot der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit folgen, dessen Einhaltung durch Qualitäts- und Wirtschaftlichkeitsprüfungen optimiert werden soll.

9. **Der Beitrag der Leistungsberechtigten**
(§ 92 SGB IX, §§ 135 ff. SGB IX)
Die Leistungsberechtigten werden, wie schon nach altem Recht, mit einem Beitrag an den Kosten der Eingliederungshilfeleistungen beteiligt. Davon ausgenommen sind die gleichen Leistungsarten wie nach altem Recht. Maßgeblich war eine einzelfallbezogene Beurteilung der finanziellen Situation. Mit dem BTHG wird nun der Beitrag neu geregelt. Er orientiert sich am Gesamteinkommen bestehend aus dem Erwerbseinkommen und anderen Einkommen sowie an dem ggf. vorhandenen Vermögen der Person, wobei die Freigrenzen für Einkommen und Vermögen ab 2020 deutlich angehoben werden. Dann bleiben auch die Einkommen und Vermögen der Ehe- und Lebenspartner in der Eingliederungshilfe anrechnungsfrei. Der Gesetzgeber erwartet, dass die stufenweise Einführung von höheren Freigrenzen zu einer Verbesserung der Einkommenssituation führt.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

3 Untersuchungsdesign

Das Konzept der Evaluation fußt im Wesentlichen auf einer Machbarkeitsstudie, die im Vorfeld der Ausschreibung im Auftrag des BMAS angefertigt wurde (Schröder/Harand 2018). Für die Entwicklung der Fragestellungen und des Evaluationskonzepts wurde eine umfassende Auswertung der Gesetzesbegründung zum BTHG, der Anhörungsprotokolle aus dem Gesetzgebungsverfahren und nicht zuletzt auch von Studien, Papieren und Verlautbarungen vorgenommen. Die Empfehlungen der Machbarkeitsstudie wurden weitgehend übernommen und an den Zeit- und Kostenrahmen angepasst. Die deutlichste Abweichung von dem in der Machbarkeitsstudie vorgeschlagenen Untersuchungskonzept betrifft den Verzicht auf eine kausale Wirkungsanalyse für die beiden Leistungen „Budget für Arbeit“ und „andere Leistungsanbieter“. Die Leitfragen und das Konzept hat das BMAS mit der Länder-Bund-Arbeitsgruppe (LBAG) anlässlich der Sitzung am 18.10.2018 abgestimmt.

Die durch die Evaluation zu beantwortenden Leitfragen beinhalten zwei Perspektiven. Es handelt sich einerseits um Fragen zur Umsetzung der Neuregelungen und Rechtspräzisierungen in der Verwaltungspraxis. Die zweite Perspektive gilt den Auswirkungen auf die Leistungsbeziehenden. Beide Perspektiven gilt es bei der Evaluation sowohl analytisch als auch in der empirischen Überprüfung zu unterscheiden.

Aus der Verwaltungsperspektive ist von besonderem Interesse, wie die gesetzlichen Regelungen in den Bundesländern und Kommunen in Strukturen, Prozesse und Verfahren umgesetzt werden. Die Ausgestaltung der Leistungsprozesse und Verwaltungsabläufe ist Gegenstand der Implementationsanalyse (Abschnitt 4). Sie untersucht die Umsetzung aus der Perspektive der beteiligten Träger und Akteure des Leistungssystems und der Menschen mit Behinderungen. Unverzichtbar ist auch ein Blick auf die übergeordneten rechtlichen und politischen Entscheidungen und Vorgaben, die den Handlungsrahmen für die operative Organisation und Erbringung von Eingliederungshilfeleistungen bilden. Es ist deshalb sinnvoll, die Governance-Ebene (Länder, Bund, Spitzenverbände und Selbstvertretungsorganisationen der Menschen mit Behinderungen) in die Implementationsanalyse einzubeziehen. Die Triangulation der Ergebnisse eröffnet einen Blick auf die Frage, inwieweit die Umsetzung auf der operativen Ebene durch Entscheidungen und Regelungen der Governance-Ebene bedingt sind und wie die Gesetzesänderungen durch Leistungsträger, Leistungserbringer sowie durch die Selbstvertretungsorganisationen der Menschen mit Behinderung bewertet werden.

Die zweite Perspektive versucht, die Auswirkungen der Rechtsänderungen auf die Leistungsbeziehenden zu erschließen. Es steht zu erwarten, dass die Novellierung des Leistungsrechts und die damit verbundene Verwaltungspraxis auch bei den Leistungsbeziehenden beobachtbare Auswirkungen hat. Im Fokus steht einerseits die Struktur und Zusammensetzung der Leistungsbezieher, die sich potenziell durch veränderte Zugangsregeln ändern kann. Darüber hinaus sind aber auch die Auswirkungen der Rechtsänderung auf die individuelle Lebenssituation der betroffenen Menschen und deren Teilhabe in unterschiedlichen Kontexten ein Zielkriterium, an dem die Novellierung gemessen werden kann.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Strukturelle Veränderungen im Bestand der Leistungsbeziehenden indizieren, ob es zu möglichen Leistungsausdehnungen bzw. -beschränkungen kommt. Veränderungen im konkreten Verhalten geben Hinweise darauf, ob die Eingliederungshilfeleistungen die Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen stärken. Beide Perspektiven eröffnen die Möglichkeit, sowohl intendierte als auch nicht intendierte Folgen der Gesetzesänderungen empirisch zu erschließen. Diese Befragung von Leistungsbeziehenden zu ihren Teilhabemöglichkeiten über den Systemwechsel hinaus wurde in der Machbarkeitsstudie mit dem Begriff „Prozessbegleitende Wirkungsbetrachtung“ umschrieben (Schröder/Harand 2918: 95ff).

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

4 Implementationsanalyse

4.1 Steuerung und Umsetzung der EGH: Leistungsebene

Die Implementationsanalyse untersucht die Umsetzung der gesetzlichen Regelungen im Verwaltungshandeln der Leistungsträger. Im Zentrum der Analyse steht die konkrete Leistungs- und Ausführungsebene vor Ort. Dort findet die Planung und Bewilligung des Gesamtplans statt. Leistungsplanung und -bescheidung erfolgen im Rahmen unterschiedlicher Trägerzuständigkeiten in den Bundesländern und Regionen. Die Implementationsanalyse erfolgt mit dem Ziel, die konkrete Organisation und Umsetzung sowie die Funktionalität von organisatorischen Lösungen aus Sicht der beteiligten Verwaltungen zu untersuchen und dabei förderliche wie hinderliche Faktoren auszumachen.

Neben den Leistungsträgern werden auch Repräsentanten von Leistungserbringern in die Untersuchung einbezogen. Diese wirken bei der Beantragung von Leistungen mit, sind ggf. in die Teilhabeplanung involviert und erbringen letztlich die Leistungen für die Leistungsberechtigten. Tabelle 1 gibt einen Überblick über die im Leistungsprozess relevanten Akteure und ihre Funktionen.

Tabelle 1 Steuerung und Umsetzung der Eingliederungshilfe: Leistungsebene

Institutionen	Funktion	Zuständigkeit
Leistungsträger	– Träger der Eingliederungshilfe (landesspezifisch) – Qualitätssicherung – Gesamtplanung und Fallmanagement	– Bewilligung von Leistungen, Fallmanagement – Leistungsindikatoren, Verfahrensregeln/-aufsicht – Beratung des Gesamtplans in der Gesamtplankonferenz
	Kostenüberwachung	Controlling
Leistungserbringer	Anbieter von ambulanten, teilstationären und Leistungen in besonderen Wohnformen	Beratung von Leistungsberechtigten, Abklären von Voraussetzungen
	/ Ggf. Mitwirkung bei Gesamtplan	Ggf. Abklärung mit Leistungsträger
	Erbringung von Leistungen	Leistungen bei Wohnen, individueller Förderung, sozialer Teilhabe
	Fachkonzept	Leitlinien, Regelungen, konzeptionelle Orientierungshilfen, Dokumentation
	Personalkonzept	Aufsichtsmaßnahmen, Supervision, Qualifizierung
Gesamtplankonferenz (regional unterschiedlich)	Beratung von Teilhabeplan/ Gesamtplan	Gesamtplanung in der EGH, Teilhabeplanung bei Mitzuständigkeit weiterer Reha-Träger

Quelle: ISG/infas

4.2 Steuerung und Umsetzung der EGH: Governance-Ebene

Zur vollständigen Betrachtung des Umsetzungsprozesses gehört auch die Berücksichtigung der politischen und fachlichen Rahmenbedingungen, unter denen die Umsetzung erfolgt. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie das novellierte Eingliederungshilferecht von den politischen und fachlichen Gremien auf Landes- und Kommunalebene an die regionalen Verhältnisse angepasst und umgesetzt wird. Wir folgen deshalb der Empfehlung der Machbarkeitsstudie, die Implementationsanalyse auf regionaler Ebene mit einer Governance-Analyse auf den Handlungsebenen Bund, Länder, kommunale Selbstverwaltung, Leistungsträger und Selbstvertretungsorganisationen der Menschen mit Behinderungen zu verbinden (Schröder/Harand 2018: 83ff.). Das Ziel ist, die Rahmenbedingungen auszuleuchten, die Einfluss auf die regionalen Abläufe der Leistungsbescheidung und -erbringung haben. Insbesondere Steuerungs- und Bewertungsfragen sowie Begründungen für die Umsetzungsentscheidungen bilden hier ein zentrales Thema.

Mit Hilfe von Leitfadeninterviews sollen Einschätzungen von verantwortlichen Stellen des Bundes, der Bundesländer, der kommunalen Spitzenverbände, der kommunalen Selbstverwaltung sowie der Selbstvertretungsorganisationen der Menschen mit Behinderung erfragt werden. Tabelle 2 gibt einen Überblick über die wesentlichen Funktionen und Zuständigkeiten dieser Akteure.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Tabelle 2 Steuerung und Umsetzung der Eingliederungshilfe: Governance-Ebene

Institutionen	Funktion	Zuständigkeit
Bund	Verantwortliche im BMAS Ausschuss für Arbeit und Soziales im Deutschen Bundestag	Rechtliche Rahmenbedingungen setzen: Gesetze, Ausführungsbestimmungen
	Länder-Bund-AG (LBAG) als Begleitgremium der BTHG-Umsetzung	Kommunikation, Fachgespräche, Koordination zwischen Akteuren
Bundesländer	Zuständigkeiten regeln, Ausführungsbestimmungen erlassen	Landesausführungsgesetze, Anweisungen
	Bereitstellung finanzieller Mittel	Budgetierung, Prioritäten setzen
	Ggf. Fachaufsicht	Fachgespräche
	Rechnungsaufsicht	Rechnungs-/Budgetprüfung
Kommunale Spitzenverbände	Deutscher Städtetag Deutscher Landkreistag Deutscher Städte- und Gemeindebund	Kommunale Interessenvertretung: Koordination und Abstimmung zwischen Kommunen und Sozialhilfeträgern
		Politikberatung, Mitwirkung an politischer Meinungs-/Mehrheitsbildung: Stellungnahmen, Mitwirkung an Anhörungen, Beteiligung an Foren und Veranstaltungen
		Entwicklung von Fachkriterien und Beratung: eigene Fachkonzepte, Stellungnahme zu Fachkonzepten und Entwicklungsbedarf
Überörtliche Träger	Überörtliche Leistungsträgerschaft	Fachkonzepte, Umsetzungsstand, Finanzierung u. Entwicklung
Selbstvetretungsorganisationen der Menschen mit Behinderung	Deutscher Behindertenrat mit seinen 3 Säulen der Verbände der Menschen mit geistigen, psychischen und körperlichen Behinderungen und ggf. weitere Verbandsorganisationen/Verbände, die darin nicht vertreten sind	Interessenvertretung der Menschen mit Behinderung, Sprachrohr: Verlautbarungen, Forderungen an Politik und Kostenträger, Politikberatung, Mitwirkung an politischer Meinungs-/Mehrheitsbildung
		Ansprechpartner für die Landesrahmenverträge
		Entwicklung von Fachkriterien und Beratung: eigene Fachkonzepte, Stellungnahme zu Fachkonzepten und Entwicklungsbedarf

Quelle: ISG/infas

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

4.3 Erhebungsinhalte der Implementationsanalyse

Die Implementationsanalyse soll den Stand der Umsetzung der Gesetzesänderungen in der Verwaltungs- und Leistungspraxis darstellen. Wurden die Gesetzesänderungen noch nicht auf Ebene der Länder umgesetzt (für einige Regelungen, die im Jahr 2020 in Kraft treten, wurden in einigen Ländern Übergangsregelungen getroffen), sollen die Erwartungen an künftige Veränderungen oder etwaige Vorbereitungen erfasst werden.

Übergreifend sind die folgenden Fragestellungen von Interesse:

- Wie wird das BTHG in den einzelnen Bundesländern konkret umgesetzt?
- Wie werden die gesetzlichen Regelungen in der Verwaltungs- und Leistungspraxis umgesetzt?
- Werden die intendierten Ziele und Wirkungen erreicht? Wenn ja: Welches sind förderliche Faktoren? Wenn nein: Welches sind hindernde Faktoren? Inwieweit liegt dies an den gesetzlichen Regelungen und inwieweit an der praktischen Umsetzung vor Ort?
- Welche Auswirkungen sind durch die rechtlichen Änderungen aus Sicht der Träger, Leistungserbringer und der Selbstvertretungsorganisationen der Menschen mit Behinderungen zu erwarten?
- Welche Aspekte werden als gewinnbringend eingeschätzt und an welchen Stellen zeichnet sich Handlungsbedarf ab?

Diese Fragestellungen werden in sämtlichen der neun relevanten Regelungsbereiche thematisiert. Darüber hinaus gibt es bereichsspezifische Fragestellungen.

Einen Überblick über die Erhebungsinhalte der Implementationsanalyse sowie die jeweils befragten Akteure in den ersten drei Regelungsbereichen (Teilhabe am Arbeitsleben, Teilhabe an Bildung, Soziale Teilhabe) gibt Tabelle 3.

Tabelle 3 Erhebungsinhalte Regelungsbereiche 1 bis 3

Übergreifend in jedem Bereich	– Landesspezifische Rahmenbedingungen – Veränderungen durch das BTHG – Bisherige Entwicklungen, zukünftige Erwartungen – Auswirkungen auf die Leistungsberechtigten – Veränderungen der Verwaltungspraxis – Gewinnbringende Aspekte – Ansatzpunkte zur Weiterentwicklung (z.B. rechtliche Vorgaben, praktische Umsetzung)
Regelungsbereich (1)	Befragte Akteure und Inhalte
Teilhabe am Arbeitsleben: Budget für Arbeit und andere Leistungsanbieter	– Leistungsträger – Leistungserbringer: (1) WfbM, (2) Andere Leistungsanbieter, (3) Arbeitgeber, die budgetnehmenden Beschäftigten, (4) Anbieter von Anleitung und Begleitung im Rahmen des Budgets für Arbeit – Selbstvertretungsorganisationen der Menschen mit Behinderung – Inanspruchnahme (z.B. bestimmte Personengruppen, Umfang der erbrachten Leistungen) – Branchen und Dienstleistungsspektrum der Betriebe – Aufgabenfelder der Beschäftigten – Wechsel aus der WfbM in neue Angebotsformen – Verbleib in den Angeboten, Gründe für „vorzeitiges“ Ausscheiden – Vorteile gegenüber bisherigen Angeboten
Regelungsbereich (2)	Befragte Akteure und Inhalte
Teilhabe an Bildung	– Leistungsträger – Leistungserbringer – Selbstvertretungsorganisationen der Menschen mit Behinderung – Inanspruchnahme (z.B. bestimmte Personengruppen, Art und Umfang der erbrachten Leistungen) – Erwartung an zukünftige Beantragung
Regelungsbereich (3)	Befragte Akteure und Inhalte
Soziale Teilhabe	– Leistungsträger – Leistungserbringer – Selbstvertretungsorganisationen der Menschen mit Behinderung – Inanspruchnahme (z.B. bestimmte Personengruppen, Art und Umfang der erbrachten Leistungen) – Erwartung an zukünftige Beantragung – Information der Leistungsbeziehenden über Gesetzesänderungen – Kenntnisstand der Leistungsberechtigten

Quelle: ISG/infas

Darüber hinaus nimmt die Implementationsanalyse die Themenbereiche Wunsch- und Wahlrecht, gemeinsame Inanspruchnahme von Leistungen, Gesamtplanung und Gesamtplanverfahren sowie Instrumente zur Bedarfsermittlung in den Blick. Schließlich sind die Implementation der Steuerungsinstrumente der Eingliederungshilfe und des neuen Eigenbeitrags der Leistungsberechtigten von Interesse. Die wesentlichen Erhebungsinhalte und befragten Akteure in diesen Bereichen finden sich in Tabelle 4.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Tabelle 4 Erhebungsinhalte Regelungsbereiche 4 bis 9

Übergreifend in jedem Bereich	– Landesspezifische Rahmenbedingungen – Veränderungen durch das BTHG – Bisherige Entwicklungen, zukünftige Erwartungen – Auswirkungen auf die Leistungsberechtigten – Veränderungen der Verwaltungspraxis – Gewinnbringende Aspekte – Ansatzpunkte zur Weiterentwicklung (z.B. rechtliche Vorgaben, praktische Umsetzung)
Regelungsbereich (4)	**Befragte Akteure und Inhalte**
Wunsch- und Wahlrecht	– Leistungsträger – Leistungserbringer – Selbstvertretungsorganisationen der Menschen mit Behinderung – Erfassung der Wünsche der Leistungsbeziehenden – Kriterien für Angemessenheit und Zumutbarkeit – Vorgehen bei Konflikten zwischen Wünschen der Leistungsbeziehenden und Angemessenheit
Regelungsbereich (5)	**Befragte Akteure und Inhalte**
Gemeinsame Inanspruchnahme von Leistungen	– Leistungsträger – Leistungserbringer – Selbstvertretungsorganisationen der Menschen mit Behinderung – Umfang und Art der gemeinsam erbrachten Leistungen – Praktische Ausgestaltung der Leistungserbringung – Sicherstellung des Wunsch- und Wahlrechts – Vorgehen bei Konflikten infolge gegenläufiger Interessen – Zusammenarbeit zwischen Leistungsträger und Leistungserbringer
Regelungsbereich (6)	**Befragte Akteure und Inhalte**
Gesamtplanung und Gesamtplanverfahren	– Leistungsträger – Leistungserbringer – Selbstvertretungsorganisationen der Menschen mit Behinderung – Ablauf von Gesamtplanung und Gesamtplanverfahren – Einbezug der Leistungsbeziehenden und ihrer Vertrauenspersonen sowie der Leistungsträger – Planung und Abstimmung bei mehreren leistungsverantwortlichen Trägern – Schnittstellen zum trägerübergreifenden Teilhabeplanverfahren – Auswirkungen: schnellere und passgenauere Leistungsbewilligung? – Inhalte und Umsetzung von Teilhabezielvereinbarungen
Regelungsbereich (7)	**Befragte Akteure und Inhalte**
Instrumente der Bedarfsermittlung	– Leistungsträger – Leistungserbringer – Selbstvertretungsorganisationen der Menschen mit Behinderung – Bisheriges Instrument und Unterschiede zum neuen Instrument – Unterschiede zu Instrumenten in anderen Bundesländern
Regelungsbereich (8)	**Befragte Akteure und Inhalte**
Steuerungsinstrumente und Verbesserung der Steuerungsfähigkeit der EGH	– Leistungsträger – Leistungserbringer – Selbstvertretungsorganisationen der Menschen mit Behinderung – Wirtschaftlichkeits- und Qualitätsprüfungen (Umfang, eingesetzte Instrumente) – Auswirkungen: mehr Transparenz und Effizienz? Passgenauere Leistungen? Effizienzsteigerung realistisch? – Konflikte zwischen Wirtschaftlichkeit und Qualität
Regelungsbereich (9)	**Befragte Akteure und Inhalte**
Eigenbeitrag der Leistungsberechtigten	– Leistungsträger – Selbstvertretungsorganisationen der Menschen mit Behinderung – Auswirkungen auf Verwaltungsabläufe: mehr Transparenz und Vereinfachung der Berechnung und Abrechnung? – Wirksame Entlastung der Leistungsbeziehenden?

Quelle: ISG/infas

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

4.4 Stichprobe für die Implementationsanalyse

Um diese vielschichtigen Fragestellungen zu beleuchten, sind leitfadengestützte Interviews mit den genannten Akteuren vorgesehen, die zu zwei Zeitpunkten erfolgen sollen: Die erste Befragung wird Ende des Jahres 2019 bis Anfang des Jahres 2020 durchgeführt, also vor bzw. kurz nach Inkrafttreten der meisten Rechtsänderungen. Auf Ebene der Steuerung und Umsetzung sind rund 120 Leitfadeninterviews geplant. Die zweite Erhebung erfolgt im ersten und zweiten Quartal des Jahres 2021. Hier werden weitere 65 Interviews sowie 10 Gruppendiskussionen durchgeführt, um den Fortgang des Umsetzungsprozesses mit ausgewählten Akteuren zu erörtern. Um diese Erhebung nach erfolgter Implementation auf eine breitere Basis zu setzen, planen wir die Befragung von 800 Fallmanagern/innen und Leistungserbringern (vgl. Tabelle 5).

Tabelle 5 Steuerung und Umsetzung der Eingliederungshilfe: Interviews nach Erhebungswelle und Methodik

Stelle/Einrichtung	Welle 1/Methode	Welle 2/Methode
Leistungsträger: Amtsleitung EGH/Referatsleitung Fallmanagement	45 Leitfadeninterviews 35 Leitfadeninterviews	50 Leitfadeninterviews 300 schriftliche Erhebung (brutto)
Leistungserbringer: Erbringer von ambulanten und teilstationären Leistungen sowie Leistungen in besonderen Wohnformen, darunter Erbringer von Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben	15 Leitfadeninterviews	500 schriftliche Erhebung (brutto)
Leistungsbezieher eines Budgets für Arbeit; Beschäftigte bei anderen Leistungsanbietern	15 Interviews (in Verbindung mit der Finanzuntersuchung des ISG)	15 Interviews (in Verbindung mit der Finanzuntersuchung des ISG)
Teilnehmende an lokaler Gesamtplankonferenz	10 Leitfadeninterviews	10 Gruppendiskussionen
Gesamt	**120**	**875 (brutto)**

Quelle: ISG/infas

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Auch mit den Vertretern der Governance-Ebene sind Interviews vorgesehen. Wie eingangs erwähnt, werden auch Selbstvertretungsorganisationen der Menschen mit Behinderungen befragt, um die Perspektive der Leistungsbeziehenden zu den neun Regelungsbereiche einzubeziehen. Diese Befragungen sind für das zweite Quartal 2020 vorgesehen. Nach gut einem Jahr ist eine Wiederholungsbefragung mit denselben Stellen geplant. Sie dient der Feststellung des erreichten Implementationsstatus. Für diese zweite Welle sind 33 Interviews eingeplant.

Tabelle 6 Interviews auf der Governanceebene nach Erhebungswelle und Methodik

Stelle/Einrichtung	Welle 1/Methode	Welle 2/Methode
Bundesländer	16 Leitfadeninterviews	16 Mix telefon./persönl. Leitfadeninterviews
Bundesministerium für Arbeit und Soziales	1 Leitfadeninterview, 1 Gruppendiskussion	1 Leitfadeninterview, 1 Gruppendiskussion
Bundestag	3 Leitfadeninterviews	
Kommunale Spitzenverbände	3 Leitfadeninterviews	3 Mix telefon./persönl. Leitfadeninterviews
Betroffenenverbände	6 Leitfadeninterviews	6 Mix telefon./persönl. Leitfadeninterviews
Überörtliche Träger	6 Leitfadeninterviews	6 Mix telefon./persönl. Leitfadeninterviews
Gesamt	**36**	**33**

Quelle: ISG/infas

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

5 Prozessbegleitende Befragung von Leistungsbeziehenden

5.1 Konzept

Die Umsetzung des BTHG in der Verwaltung bildet nur einen Teil der Evaluationsfragestellungen ab. Genauso bedeutsam ist die Frage, welche Auswirkungen die Rechtsänderungen für die betroffenen Leistungsbezieherinnen und Leistungsbezieher hat. Mit der Novellierung wird eine Verbesserung der Teilhabesituation für die betroffenen Menschen angezielt bei gleichzeitiger Dämpfung der Kostenentwicklung. Um dies zu beobachten, ist eine empirische Begleituntersuchung bei den betroffenen Leistungsberechtigten geplant.

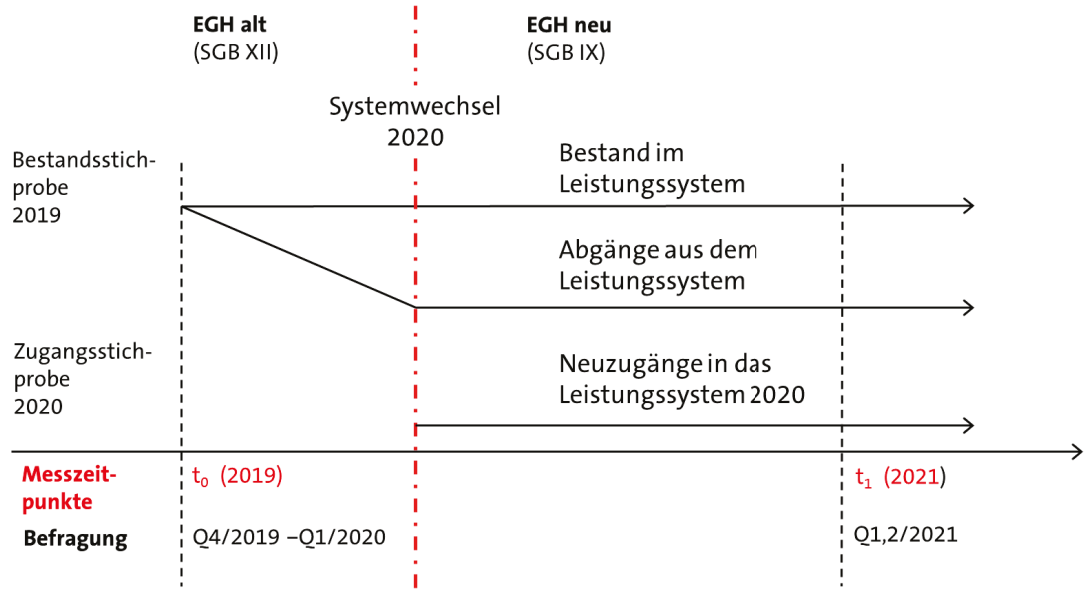
Die Grundidee der prozessbegleitenden Erhebung ist, die Auswirkungen der Rechtsänderungen anhand einer Stichprobe von leistungsbeziehenden Personen in einem Längsschnittansatz zu beobachten. Die Folgenabschätzung für die betroffenen Personen erfolgt anhand messbarer Indikatoren für die individuelle Teilhabe, die unter den Bedingungen des alten Leistungsrechts und nach Eintritt des neuen Rechts verglichen werden. Um der unterschiedlichen Lebenssituation und Teilhabe von Leistungsbeziehenden in privaten Haushalten und Einrichtungen der Eingliederungshilfe (zukünftig: besondere Wohnformen) gerecht zu werden, ist beabsichtigt, zwei Stichproben von Betroffenen zu ziehen und mittels eines standardisierten Erhebungsinstruments zu befragen.

Das Konzept lässt sich mit folgenden Eckpunkten umschreiben (vgl. auch Schröder/Harand 2018: 95ff.):

- Die standardisierte Befragung von Leistungsbeziehenden in Privathaushalten bzw. in Einrichtungen der Eingliederungshilfe findet in einem Längsschnitt (Panelansatz) mit zwei Messzeitpunkten statt. Der erste Zeitpunkt liegt vor dem Inkrafttreten der Neuregelungen, der zweite Messzeitpunkte gut ein Jahr später.
- Die Basis bildet eine Stichprobe von Leistungsbeziehenden, die nach altem Recht in 2019 und nach neuem Recht in 2020 EGH-Leistungen erhalten.
- Die Leistungsbeziehenden aus 2019 werden vor der Rechtsumstellung und ein Jahr später befragt. In der Längsschnittbetrachtung erweist sich, ob die Leistungsberechtigten von der Rechtsänderung profitieren oder ob sie Nachteile erfahren. Im Zeitvergleich erschließt sich, ob sich bei den Leistungsbeziehenden die Teilhabe an Lebensbereichen verändert. Anhand der Wiederholungsbefragung ist auch nachvollziehbar, wenn Personen nicht mehr im Leistungsbezug sind. Die Abgänger/innen aus dem Leistungsbezug werden zu ihrer aktuellen Situation und Teilhabe befragt. Von besonderem Interesse ist die Frage, ob die Abgänge durch den Systemwechsel bedingt sind.
- Durch die Rechtsänderungen können möglicherweise auch neue Leistungsberechtigungen erwachsen. Um dies zu festzustellen, wird zum zweiten Messzeitpunkt eine Zugangsstichprobe von neuen Leistungsbeziehenden hinzugezogen, die erst nach dem Inkrafttreten in 2020 einen Erstantrag gestellt haben. Das Ziel ist zu prüfen, worin sich die Gruppe der Leistungsbeziehenden nach den Systemänderungen von den Berechtigten nach altem Recht unterscheidet und ob es zu einer Ausweitung des Kreises von Leistungsbeziehenden kommt.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Abbildung 1 Längsschnittdesign und Messzeitpunkte



Quelle: infas

5.2 Grundgesamtheit und Stichproben

Grundgesamtheit

Die Grundgesamtheit der Studie besteht aus den Leistungsbeziehenden zum jeweiligen Messzeitpunkt in 2019 bzw. 2020. Es handelt sich um Personen, die eine oder mehrere Leistungen nach dem geltenden Eingliederungshilferecht (2019: §§ 53 ff. SGB XII, 2020: Teil 2 SGB IX) beziehen. Die Leistungen der Eingliederungshilfe dienen dazu, „eine drohende Behinderung zu verhüten oder eine Behinderung oder deren Folgen zu beseitigen oder zu mildern und die behinderten Menschen in die Gesellschaft einzugliedern. Hierzu gehört insbesondere, den behinderten Menschen die Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft zu ermöglichen oder zu erleichtern, ihnen die Ausübung eines angemessenen Berufs oder einer sonstigen angemessenen Tätigkeit zu ermöglichen oder sie so weit wie möglich unabhängig von Pflege zu machen“ (§ 53 Abs. 3 SGB XII). Sinngemäß ist dieser Auftrag auch in das SGB IX übernommen worden (§ 90 SGB IX).

Die Grundgesamtheit der Leistungsbeziehenden wird bei den Trägern der Eingliederungshilfe verwaltet. In der Regel werden sowohl die Leistungsdaten als auch die personenbezogenen Daten (Name, Anschrift usw.) in Leistungs- und Zahlbarmachungssystemen der zuständigen Träger dokumentiert. Bei diesen Angaben handelt es sich um Sozialdaten im Sinne der Sozialgesetzbücher I und X. Die Ziehung einer Stichprobe aus dieser Grundgesamtheit bedarf einer entsprechenden datenschutzrechtlichen Prüfung und Genehmigung durch die aufsichtführende Stelle.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Die Stichprobenziehung aus Verwaltungsdaten ist in anderen Feldern der Sozialgesetzgebung inzwischen eingeübte Praxis. Im Fall der Eingliederungshilfe haben wir es allerdings mit einer besonderen organisatorisch-technischen Anforderung zu tun. Je nach Landesrecht sind sehr unterschiedliche Träger zuständig. Liegt die Aufgabe bei überregionalen Trägern, ist ein zentraler Datenzugang für mehrere Kommunen möglich. Ist die Aufgabe jedoch an die Gemeinden delegiert, liegen die Leistungs- und Personendaten auch nur regional bei diesen zuständigen Gemeinden vor. Der Weg der Stichprobengewinnung führt in diesen Fällen nur über eine Anforderung von Stichproben bei den Kreisen bzw. kreisfreien Städten. Allein dieser Umstand macht eine Auswahl von Regionen erforderlich, in denen befragt wird.

Erste Auswahlstufe: 60 Kreise/kreisfreie Städte

Die erste Stufe des Stichprobenkonzepts dient einer repräsentativen Auswahl von Regionen. Die kleinste Untersuchungseinheit bilden Kreise und kreisfreie Städte. Idealerweise wird die Erhebung bei den Leistungsbeziehenden in denselben Kreisen und kreisfreien Städten durchgeführt, in denen auch die Implementationsanalyse stattfindet. Die Ergebnisse der Verwaltungsanalyse und der Prozessbegleitung von Betroffenen können dann unmittelbar aufeinander bezogen werden.

Kreise und kreisfreie Städte werden so ausgewählt, dass sie nicht nur die Bundesrepublik repräsentieren, sondern auch jeweils ihre Bundesländer. Die Zufallsauswahl erfolgt zielgruppenproportional. Anhand der EGH-Leistungsstatistik, die beim Statistischen Bundesamt auf Kreisebene vorliegt, werden die Kreise geschichtet nach Bundesländern entsprechend ihrem Anteil an EGH-Leistungsfällen ausgewählt (sogenannte pps-Auswahl[1]). Das Ergebnis der Ziehung ist in Anlage 2 dokumentiert. In diesen Kreisen und kreisfreien Städten sollen Stichproben von Betroffenen angefordert werden. Um gegebenenfalls Ausfälle bei den Kommunen ausgleichen zu können, wurde auch eine strukturgleiche Auswahl von Ersatzkommunen gezogen.

Gemessen am Anteil der Leistungsbeziehenden bildet die Regionalstichprobe eine sehr gute Anpassung an die Grundgesamtheit. Die Verteilungen weichen in den Bundesländern nur geringfügig von der Grundgesamtheit ab. Insgesamt repräsentiert die Regionalstichprobe die Grundgesamtheit in der Bundesrepublik hervorragend.

[1] pps steht für Probability Proportional to Size (Wahrscheinlichkeit proportional zur Größe).

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Tabelle 7 Stichprobe der 60 Landkreise und kreisfreien Städte (Proportionalauswahl)

	Bevölkerung		EGH*		gezogene Kreise		Differenz	gezogene Ersatzkreise	
	Grundgesamtheit		Grundgesamtheit (GG)		PPS-Ziehung Kreise bzw. Points**		zur GG	PPS-Ziehung Kreise bzw. Points**	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	%	abs.	%
Gesamt	82.521.653	100,0	749.620	100,0	63	100,0	0,0	58	100,0
Bundesland									
Schleswig Holstein	2.881.926	3,5	30.683	4,1	2	3,2	-0,9	2	3,5
Hamburg	1.810.438	2,2	19.708	2,6	2	3,2	0,6		
Niedersachsen	7.945.685	9,6	85.121	11,4	7	11,1	-0,3	7	12,1
Bremen	678.753	0,8	2.965	0,4	1	1,6	1,2	1	1,7
Nordrhein-Westfalen	17.890.100	21,7	172.183	23,0	14	22,2	-0,8	14	24,1
Hessen	6.213.088	7,5	53.665	7,2	4	6,4	-0,8	4	6,9
Rheinland-Pfalz	4.066.053	4,9	30.366	4,1	3	4,8	0,7	3	5,2
Baden-Württemberg	10.951.893	13,3	68.332	9,1	6	9,5	0,4	6	10,3
Bayern	12.930.751	15,7	115.463	15,4	9	14,3	-1,1	9	15,5
Saarland	996.651	1,2	9.328	1,2	1	1,6	0,4	1	1,7
Berlin	3.574.830	4,3	30.037	4,0	3	4,8	0,8		
Brandenburg	2.494.648	3,0	26.644	3,6	2	3,2	-0,4	2	3,5
Mecklenburg-Vorpommern	1.610.674	2,0	22.064	2,9	2	3,2	0,3	2	3,5
Sachsen	4.081.783	5,0	36.582	4,9	3	4,8	-0,1	3	5,2
Sachsen-Anhalt	2.236.252	2,7	24.600	3,3	2	3,2	-0,1	2	3,5
Thüringen	2.158.128	2,6	21.879	2,9	2	3,2	0,3	2	3,5

*Empfänger von Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel SGB XII: Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (EGH)
** Point-Stichprobe: In Hamburg und Berlin wurden jeweils mehrere Points gezogen. In Summe sind es genau 60 Kreise.
Basis: Destatis Gemeindeverzeichnis, EGH-Leistungsberechtigte auf Kreisebene, Stand 31.12.2017

Zweite Auswahlstufe: geschichtete Auswahl von Leistungsbeziehenden

Im nächsten Schritt sollen für diese regionalen Klumpen jeweils zwei Stichproben bei den zuständigen Trägern gezogen werden. Ist ein überregionaler Träger zuständig, kann es sein, dass er für mehrere Kreise/kreisfreie Städte die Stichproben bereitstellen muss.

Angefordert werden bei den Trägern jeweils zwei Stichproben:

- Eine Stichprobe repräsentiert den Bestand alle Leistungsbeziehenden, die in einem privaten Haushalt wohnen. Dies schließt neuere Wohnformen wie ambulant betreutes Wohnen und Wohngemeinschaften ein, so lange die Person bzw. ihr Haushalt jeweils ein eigenes Mietverhältnis hat.
- Eine zweite Stichprobe umfasst Leistungsbeziehende, die in einer Einrichtung der Eingliederungshilfe (ab 2020: besondere Wohnform) wohnen.

Die Stichprobenziehung soll zu zwei Zeitpunkten erfolgen. Aus dem Bestand 2019 ist eine Bruttostichprobe von 3.300 Leistungsbeziehenden in Haushalten und 2.500 Personen in Einrichtungen erforderlich. Zum zweiten Messzeitpunkt wird außerdem eine Stichprobe von Neuzugängen in den Leistungsbezug aus dem Jahr 2020 benötigt. Diese Stichprobe umfasst 2.500 Fälle, die in Privathaushalten leben und 800 Personen in Einrichtungen (vgl. Tabelle 8).

Die genannten Stichproben umfassen den Gesamtansatz bei den 60 Kreisen und kreisfreien Städten. Die einzelnen Kommunen stellen jeweils nur einen zielgruppenproportionalen Anteil zur Verfügung. Für diesen Zweck werden genaue Ziehungsanweisungen erstellt. Mit der Ziehungsanweisung werden auch die von den

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Betroffenen bezogenen Leistungsarten angefordert. Es wird zu klären sein, wie gut insbesondere kleinere Träger dies leisten können. Bei Bedarf können die Kommunen mit dem infas-Team Rücksprache halten und bei der Ziehung fernmündlich bzw. per Videokonferenz beraten werden.

Tabelle 8 Stichprobenansatz differenziert nach Art der Stichprobe und Messzeitpunkt

	Leistungsbeziehende in…	
	Haushalten	Einrichtungen
Bestandsstichprobe (Bestand: 2019)		
Erstbefragung (MZP 1)		
Bruttostichprobe	3.300	2.500
Nettostichprobe (Interviews angezielt)	1.200	900
Geschätzte Panelbereitschaft	85%	85%
Wiederholungsbefragung (*MZP 2*)		
Einsetzbare Panelstichprobe	950	750
Nettostichprobe (Interviews angezielt)	750	600
Zugangsstichprobe (2020)		
Erstbefragung (MZP 2)		
Bruttostichprobe	2.500	800
Nettostichprobe (Interviews angezielt)	900	400
Geschätzte Panelbereitschaft	85%	85%

Quelle: infas

5.3 Untersuchungsinhalte

Die prozessbegleitende Befragung von Leistungsbeziehenden soll die absehbaren Auswirkungen der Rechtsänderungen auf die Lebenssituation und die Perspektive der Betroffenen untersuchen. Im Projektzeitraum bis 2022 wird im Rahmen der prozessbegleitenden Befragung zweimalig eine standardisierte Befragung von Leistungsbeziehenden als Panelerhebung durchgeführt. Dabei wird eine Startkohorte von Leistungsbeziehenden, die 2019 Leistungen der Eingliederungshilfe beziehen, nach dem Systemwechsel wiederholt befragt. Abgänge aus dem Leistungssystem werden weiterverfolgt. Ergänzt wird die Erhebung nach dem Systemwechsel 2020 um Neuzugänge in das Leistungssystem. Dies eröffnet die Möglichkeit, Veränderungen durch den Systemwechsel abzubilden sowie mögliche Veränderungen in der Struktur der Leistungsbeziehenden durch den Systemwechsel zu beobachten.

Das Frageprogramm für die Befragung der Leistungsbeziehenden wird an der Lebenswelt der betroffenen Menschen mit Behinderungen ausgerichtet. Neben Fragen zur Verfahrensbeteiligung der Leistungsbeziehenden an der Bedarfsermittlung und der Gesamtplanung werden auch die Teilhabemöglichkeiten der

Betroffenen erfasst. Es werden einerseits Leistungsbeziehende befragt, die in einem eigenen Haushalt leben, andererseits Leistungsbeziehende, die in einer Wohneinrichtung der Eingliederungshilfe (zukünftig besondere Wohnform) leben. Die Erhebung ist so angelegt, dass die Ergebnisse der Befragung für Menschen in besonderen Wohnformen vergleichbar sind mit denen der Menschen in Privathaushalten. Durch die Vergleichbarkeit zentraler Fragen erwächst ein Einblick in die Unterschiede zwischen den Lebenswelten, die sicherlich durch die Form des Wohnens und der Betreuung geprägt sind. Die Vergleichbarkeit zentraler Indikatoren ermöglicht zudem einen Blick auf die unterschiedlichen Bedingungen für Teilhabe. Die neun zu untersuchenden Regelungsbereiche spiegeln sich dabei in den Fragestellungen wider. Um die Befragungspersonen mit den unterschiedlichen Arten von Beeinträchtigung oder Behinderungen mit der Erhebung nicht zu überfordern, sind die Inhalte der Befragung auf rund 45 Minuten Befragungszeit ausgerichtet.

Einen modulweisen Überblick über die Themen und Inhalte der Befragung der Leistungsbeziehenden gibt die folgende Tabelle.

Tabelle 9 Erhebungsinhalte der Befragung von Leistungsbeziehenden

Modul 1	**Intro**
Lebenszufriedenheit	Allgemeine Zufriedenheit
Modul 2	**Wohnen**
Wohnen in besonderer Wohnform	Art der Wohnform, Größe der Wohngruppe, eigenes Zimmer, Angebot an Freizeitaktivitäten, Internetzugang
Wohnen im Privathaushalt	Eigentum oder Miete, Wohnkonstellation, Haushaltsgröße, betreutes Wohnen, Leistungen zum Umbau der Wohnung
Selbstbestimmung beim Wohnen	Wohnzufriedenheit, eigene Entscheidung für aktuelle Wohnform, Wunsch nach anderer Wohnform
Modul 3	**Beeinträchtigung und Unterstützungsbedarf**
Beeinträchtigungen/ Behinderungen	Art und Stärke der Beeinträchtigungen, Einschränkung der Aktivitäten im Alltag
Unterstützungsbedarf im Alltag	Bei alltäglichen Aufgaben (z.B. Mahlzeiten zubereiten, Schriftsachen regeln, finanzielle Angelegenheiten)
Nutzung von Unterstützung	Helfer aus dem persönlichen Umfeld, institutionelle Helfer (z.B. Betreuungspersonal, Assistenz)
Bewertung	Bewertung der Unterstützung und Zufriedenheit, fehlende Unterstützung bzw. Hilfsmittel
Modul 4	**Mobilität und Kommunikation**
Unterstützungsbedarf bei Mobilität	Durch institutionelle Helfer (z.B. Betreuungsdienste, Assistenten), Bewertung der Unterstützung und Zufriedenheit, fehlende Hilfsmittel
Mobilitätshilfen	Kenntnis und Inanspruchnahme Kfz-Hilfe
Kommunikationshilfen	Hilfen zur Verständigung, Kenntnis und Inanspruchnahme

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Modul 5	**Freizeit und soziale Teilhabe**
Freizeit- und soziale Aktivitäten	Aktivitäten in Freizeit und Kultur
Unterstützung(sbedarfe)	Unterstützung durch institutionelle Helfer, Bewertung institutionelle Helfer, fehlende Unterstützung
Modul 6	**Selbstbestimmung und soziale Einbindung**
Selbstbestimmung	Im Alltag und bei wichtigen Entscheidungen, Wunsch nach mehr Selbstbestimmung in bestimmten Lebensbereichen
Soziale Einbindung	Ehrenamtliche Tätigkeit, Mitgliedschaft in Vereinen und Sport
Gesetzliche Betreuung	Vorhandensein von und Zufriedenheit mit gesetzlicher Betreuung
Modul 7	**Gesundheit**
Gesundheitszustand	Subjektive Einschätzung
Amtlich anerkannte Behinderung	Grad der Behinderung, Schwerbehindertenausweis, Ausweismerkmale Merkzeichen
Pflegegrad	Aktueller Pflegegrad
Modul 8	**Bildung**
Bildungsabschlüsse	Höchster allgemeinbildender Schulabschluss, höchster Ausbildungsabschluss
Studium	Bachelor/Master, Leistungen zur Bildung
Unterstützungsbedarf	Durch institutionelle Helfer, Bewertung der Unterstützung, fehlende Unterstützung bzw. Hilfsmittel
Qualifizierungsmaßnahmen	Teilnahme an berufsvorbereitenden Maßnahmen
Berufliche Weiterbildung	Inanspruchnahme, Unterstützung durch institutionelle Helfer, Bewertung der Unterstützung
Modul 9	**Erwerbstatus**
Erwerbstätigkeit	Art des Betriebs (1. Arbeitsmarkt, WfbM, andere Leistungsanbieter), Erwerbseinkommen, vorherige Erwerbssituation, Arbeitszufriedenheit
Unterstützungsbedarfe	Institutionelle Helfer, Bewertung der Unterstützung, fehlende Unterstützung bzw. Hilfsmittel
Beschäftigung in der WfbM	Arbeitsbereich, Wunsch auf 1. Arbeitsmarkt zu arbeiten, Unterstützung/ Vermittlung bei Übergang in 1. Arbeitsmarkt, Werkstattlohn
Nichterwerbstätigkeit	Teilnahme an tagesstrukturierenden Maßnahmen
Budget für Arbeit	Kenntnis, Bezug, Wunsch Beantragung, Gründe für das Nichtbeantragen
Modul 10	**Beteiligung an Bedarfsermittlung**
Verfahrensbeteiligung	Einbezug in Antragstellung, Beteiligung bei der Bedarfsermittlung, Beteiligung am Gesamtplan/-verfahren, Beteiligung bei der Gesamtplankonferenz
Gesamtplan	Kenntnis, Durchführung und Beteiligung, Zeitpunkt der Erstellung
Wunsch- und Wahlrecht	Berücksichtigung und Umsetzung von Wünschen, Begründung bei Nichtberücksichtigung und Alternativvorschläge
Modul 11	**Soziodemografie und soziale Position**
Soziodemografische Merkmale	Geschlecht, Geburtsdatum, Staatsangehörigkeit, Migrationshintergrund, Religionszugehörigkeit, Familienstand
Finanzielle Lage	Monatlich verfügbarer Betrag, Bewertung finanzielles Auskommen, Zugang monatliches Taschengeld, Geld einteilen

Quelle: infas/ISG

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Die Befragung der Leistungsbezieherinnen und -bezieher fokussiert also zwei zentrale Themenbereiche. Der erste Themenkomplex befasst sich mit den Zielkriterien, die das Teilhabeverhalten der Betroffenen abbilden. Der zweite befasst sich mit den Erfahrungen der Personen aus dem Leistungsprozess. Beide Themenbereiche sind im Folgenden skizziert.

Zielkriterien

Das Bundesteilhabegesetz (BTHG) soll dazu beitragen, Menschen mit Behinderungen eine bessere gesellschaftliche Teilhabe und mehr individuelle Selbstbestimmung zu ermöglichen. Das übergeordnete Zielkriterium ist also nicht eindimensional oder auf einen Wirkungsbereich beschränkt, sondern umfasst die verbesserte Teilhabe an verschiedenen Lebensbereichen.

Ob dieses Ziel erreicht wird, bemisst sich an der faktischen Teilhabe von Menschen mit einer Behinderung in unterschiedlichen Lebensbereichen. Dieses universelle Ziel der UN-Behindertenrechtskonvention liegt auch dem novellierte SGB IX zugrunde. Mit sozialer Teilhabe sind nicht nur die Chancen zur Teilhabe, sondern auch das aktive Teilhabeverhalten gemeint.

Die Messung der sozialen Teilhabe in dieser Evaluation ist um eine Anschlussfähigkeit an internationale und nationale Erhebungen bemüht. Konsens besteht darüber, dass „soziale Teilhabe“ multidimensional zu messen ist. Wie im ICF-Konzept angelegt, wird das faktische Verhalten in unterschiedlichen Lebensbereichen erfragt: Mobilität und Kommunikation, soziale Einbindung, Selbstbestimmung, Gesundheit, Arbeit, Bildung, Kultur und Freizeit. Neben der Washington Group hat vor allem das Statistische Amt Kanadas ein survey-fähiges Fragebogeninstrument vorgelegt (Statistics Canada 2012). Analog wurde auch im European Health and Integration Survey (EHSIS) gemessen (vgl. EUROSTAT o.J.). Mit der vom BMAS geförderten Teilhabestudie wurde dieses Screeninginstrument erstmals auch für deutsche Verhältnisse adaptiert (vgl. Schröder et al. 2017; Steinwede et al. 2018). In Fortführung dieser Ansätze liegt dieser Evaluation ein Konzept zugrunde, mit dem Veränderungen der sozialen Teilhabe in den verschiedenen Lebensbereichen beobachtet werden können.

Leistungsbezug und Erfahrungen aus dem Leistungsprozess

Den zweiten Themenschwerpunkt bilden Fragen zu den konkreten Leistungen, die eine Person erhält. Insbesondere interessieren Assistenzleistungen und eine Bewertung, ob diese Unterstützung für die Bewältigung der Alltagsanforderungen ausreicht. Diese Einschätzung ist für verschiedene Lebensbereiche von Interesse.

Ein Fokus liegt auf den Erfahrungen, die eine Person mit der Beantragung der Leistungen, der Bedarfsermittlung und der Mitwirkung an der Gesamtplanung gewonnen hat. Hier sind auch Fragen nach der Berücksichtigung von Wünschen und ggf. Erfahrungen mit Zumutbarkeitsprüfungen platziert.

Ein Augenmerk liegt auch auf Erfahrungen und Bewertungen der gemeinsamen Inanspruchnahme von Leistungen. Nicht zuletzt wird auch nach dem Eigenbeitrag der leistungsbeziehenden Person gefragt.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

5.4 Erhebungsmethoden

Befragungen von Menschen mit einer im Sinne des Gesetzes „wesentlichen Behinderung“ stellen die Vorbereitung und Durchführung vor besondere Anforderungen. Die Erhebung muss den sehr unterschiedlichen Lebenslagen, den Funktionsbeeinträchtigungen von Körper, Sinnen oder Psyche gerecht werden. Die Teilnahme an der Untersuchung soll nicht an einer vorliegenden Beeinträchtigung oder Behinderung scheitern. Die Befragung muss sich auch auf mögliche Unterschiede hinsichtlich kognitiver und sprachlicher Fähigkeiten einstellen. Fragebogen und barrierefreie Befragungsmethodik tragen dieser Unterschiedlichkeit Rechnung:

- Durch einen Mix von Erhebungsmodi haben die Befragten die Möglichkeit, jene Erhebungsmethode zu wählen, die ihren Anforderungen am besten gerecht wird (Multimethodenansatz).
- Einfache Strukturierung des Fragebogens, leicht verständliche Formulierungen der Erhebungsfragen und der Einsatz zielgruppenspezifischer Erhebungsinstrumente sollen die Teilnahme und eigenständige Beantwortung der Fragen unterstützen.

Multimethodenansatz

Bei den Bezieherinnen und Beziehern von Eingliederungshilfeleistungen handelt es sich um Menschen, die zum Teil nicht lesen können und/oder Einschränkungen beim Verständnis von Texten haben. Dies gilt insbesondere für Menschen mit einer kognitiven Beeinträchtigung, aber auch für einen Teil der Menschen mit einer Gehörlosigkeit. Die Befragung dieser Personengruppe stellt besondere Anforderungen gleichermaßen an das Befragungsinstrument und an die Interviewdurchführung. Personen mit psychischen Beeinträchtigungen bilden die zweite große Gruppe der EGH-Beziehenden. Sie zu befragen, stellt besondere Anforderungen an die Kontaktaufnahme und Interviewführung, in einige Fällen auch an die Art der Fragestellungen.

Um den unterschiedlichen Anforderungen gerecht zu werden, wird die standardisierte Erhebung möglichst barrierefrei durchgeführt. Als Start- und Standardmethode ist die persönlich-mündliche Befragung durch eine Interviewerin oder einen Interviewer vorgesehen. Das Interview wird computergestützt (CAPI – Computer Assisted Personal Interview) durchgeführt. Möchte eine befragte Person allerdings den Fragebogen lieber selbst ausfüllen, sei es auf dem Laptop oder im Internet, oder möchte sie lieber telefonisch befragt werden, so veranlasst der Interviewende vor Ort einen entsprechenden Moduswechsel. Die ausgewählten Personen werden dann zeitnah kontaktiert und erhalten den Zugang zu einem Online-Fragebogen bzw. werden von einem Telefoninterviewer kontaktiert.

Fragebogen in möglichst einfacher Sprache und in Leichter Sprache

Der Fragebogen wird möglichst einfach strukturiert. Er verzichtet auf komplexe Sachverhalte und ist in einer einfachen, klaren Sprache formuliert (vgl. z.B. Emerson et al. 2004; Finlay/Lyons 2001; Perry 2004; Prosser/Bromley 2012; Schäfers 2008; Tassé et al. 2005). Für die Entwicklung des Fragebogens gibt es keine

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Standardkonzepte. Wie bei der Teilhabestudie, die zurzeit von infas durchgeführt wird (Schröder et al. 2017, Steinwede et al. 2018), orientiert sich die Fragebogenentwicklung an einem mittleren Schwierigkeitsgrad. Es werden möglichst einfache Formulierungen der Fragen und Antworten verwendet. Die Anforderungen an die Verständlichkeit und Einfachheit gelten für jeden guten Fragebogen (vgl. Bradburn et al. 2004), insbesondere aber für die Befragung von Menschen mit Beeinträchtigungen und Behinderungen.

Für Befragte mit z.B. kognitiven Einschränkungen wird ein Fragebogen in Leichter Sprache vorgehalten. Die Leichte Sprache basiert auf einem Regelwerk, welches für Menschen, die fast gar nicht lesen können, entwickelt wurde. Sie stellt einen zentralen Baustein dar, um die Barrierefreiheit für Menschen mit kommunikativen und/oder kognitiven Beeinträchtigungen sicherzustellen.

Befragung von Menschen mit Hörbeeinträchtigungen/Gehörlosigkeit

Um Menschen mit einer Hörbeeinträchtigung (Gehörlosigkeit oder Schwerhörigkeit) nicht systematisch von der Erhebung auszuschließen, werden zusätzliche Kommunikationshilfen benötigt, die die Lautsprache unterstützen bzw. ersetzen. Je nach Sozialisation und Resthörvermögen kommunizieren Menschen mit Hörbehinderung in Gebärden- und/oder Lautsprache. Darüber hinaus ist zu beachten, dass es bei längeren Texten und einer komplizierten Formulierung zu Verständnisschwierigkeiten kommen kann, da für von Geburt an gehörlose Menschen das Erlernen von Lautsprache nur erschwert und begrenzt möglich ist (Gerich et al. 2003; Kaul et al. 2009).

Da im Vorfeld der Befragung nicht immer klar ist, wie stark die jeweilige Einschränkung der Hörfähigkeit ausgeprägt ist, soll der Interviewer vor Ort klären, ob die Erhebung als persönliches Interview (CAPI) erfolgen kann oder ob ein eigenständiges Ausfüllen des Fragebogens (CASI, CAWI) zu einer besseren Teilhabe der Person führt. Bei Bedarf kann auch eine Person hinzugezogen werden, die der Deutschen Gebärdensprache (DGS) mächtig ist. Dies kann eine Person des Vertrauens, bei Bedarf aber auch ein professioneller Gebärdensprachdolmetscher sein.

Befragung von Menschen mit Sehbeeinträchtigungen/Blindheit

Um Menschen mit einer Sehbehinderung befragen zu können, müssen verschiedene Anforderungen an den Befragungsmodus und das Erhebungsinstrument erfüllt sein. Je nach Stärke der Einschränkung variieren diese Anforderungen.

Sofern keine parallele Hörbeeinträchtigung vorliegt, wird das Interview auf den akustischen Kommunikationskanal konzentriert (Schröder 1996). Insofern bieten sich persönliche Interviews (CAPI), telefonische Interviews (CATI) und Online-Befragungen (CAWI) zur Durchführung an. Die Nutzbarkeit von Online-Befragungen hängt jedoch von der technischen Hard- und Softwareausstattung der Befragten und deren Kommunikationsgewohnheiten ab. Die eingesetzte Befragungssoftware wird dahingehend programmiert, dass die Navigation durch den Fragebogen mittels Tastatursteuerung (Tab-Steuerung) erfolgen kann. Außerdem können alle gängigen Screenreader, mit denen blinde Menschen im Internet surfen, die Texte des Fragebogens zuverlässig vorlesen.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Befragung von Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf

Die Grenze der Befragbarkeit wird bei Personen erreicht, die sich Außenstehenden nicht eindeutig auf verbalem Weg mitteilen können. Hier stellt sich die Frage nach methodischen Alternativen, die eine Annäherung an die Subjektperspektive erlauben. Für diesen Fall sind sogenannte Stellvertreterbefragungen (z.B. wichtige Bezugspersonen wie Familienangehörige, Betreuungspersonen) vorgesehen.

Ergebnisse von Untersuchungen, die Selbstauskünfte (von Menschen mit Lernschwierigkeiten oder kognitiven Beeinträchtigungen) und Fremdauskünfte (meist von Eltern oder Assistenten) auf ihre Kongruenz untersucht haben, sind widersprüchlich (zum Forschungsstand vgl. Schäfers 2008). Die Ergebnisse weisen allerdings darauf dahin, dass die Güte der Fremdauskunft vom zu messenden Merkmal abhängt. Bei Faktfragen und objektiven Indikatoren sind Stellvertreterbefragungen erfolgversprechender als bei subjektiven Indikatoren (z.B. persönliche Zufriedenheit).

Tabelle 10 Geplante Versionen der Erhebungsinstrumente

Instrumentenversionen	Beschreibung/Inhalt	Zielgruppe
Fragebogen in einfacher Alltagssprache		Teilnehmende der Befragung in Privathaushalten und Einrichtungen der Eingliederungshilfe, die keine schweren kommunikativen oder kognitiven Beeinträchtigungen haben
Kurzfragebogen in Leichter Sprache	Übersetzung einer Kurzfassung des Fragebogens in Leichte Sprache	Teilnehmer mit besonderen Einschränkungen, insbesondere mit kognitiven oder kommunikativen Beeinträchtigungen
Fragebogen für Fremdauskunft (Stellvertreterinterview)	Objektive Indikatoren über die Befragungsperson	Teilnehmende, die starke kognitive und kommunikative Beeinträchtigungen haben und bei denen eine Bezugsperson anwesend ist und Auskunft gibt

Quelle: infas

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

6 Aktueller Stand des Vorhabens

Mit Datum vom 26.04.2019 hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales der infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft GmbH und der ISG – Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH den Auftrag zur Durchführung der Evaluation gemäß Artikel 25 Absatz 2 BTHG erteilt. Die Teams von infas und ISG haben unverzüglich die Arbeiten am Vorhaben aufgenommen. In den rund viereinhalb Monaten konnte bereits eine Fülle von Aufgaben erledigt werden. Das Vorhaben bewegt sich im angebotenen Zeitplan.

6.1 Datenschutzrechtliche Genehmigungen der Länder

Eine Säule der Evaluation bildet die Befragung von Leistungsbeziehenden. Sie erfolgt in zwei Wellen. In der ersten Welle wird eine Stichprobe von Personen befragt, die im Herbst 2019 Eingliederungshilfeleistungen erhält. Eine Stichprobe von Neuzugängen in die Eingliederungshilfe, die nach der Rechtsänderung neu in das Leistungssystem gekommen sind, wird ein Jahr später gezogen.

Die Grundgesamtheit der Leistungsbeziehenden wird bei den Trägern der Eingliederungshilfe verwaltet. Für die Erhebung soll daraus eine Stichprobe gezogen werden, die sich auf 60 Kreise und kreisfreie Städte (mit insgesamt 63 Sample Points) verteilt. Für die Durchführung der Erhebung sind Namen, Anschrift und einige Zusatzmerkmale erforderlich. Bei diesen Angaben handelt es sich um Sozialdaten im Sinne der Sozialgesetzbücher I und X. Die Ziehung einer Stichprobe aus dieser Grundgesamtheit bedarf einer entsprechenden datenschutzrechtlichen Genehmigung durch die aufsichtführenden Stellen bei den zuständigen Ministerien der Bundesländer.

Um die Bundesländer zeitnah über das Vorhaben zu informieren und die Anforderungen an die Datenschutzanträge und -bewilligungen abzustimmen, fand am 29.05.2019 eine Besprechung mit den Bundesländern und den kommunalen Spitzenverbänden beim BMAS statt. Dort wurden entscheidungsrelevante Fragen besprochen und Anforderungen für eine Bewilligung nach § 75 SGB X ausgetauscht. Im Anschluss daran haben infas und ISG eine entsprechende Genehmigung nach § 75 SGB X zur Offenbarung der Sozialdaten durch die zuständigen Träger beantragt. Mit Datum vom 14.06.2019 und 19.06.2019 erfolgte die Versendung der Anträge bzw. ergänzender Angaben an die Bundesländer. Das Land Mecklenburg-Vorpommern hat dankenswerterweise eine Vorklärung der Anträge und die Koordination mit den Bundesländern übernommen.

Dank dieser koordinierten Aktion und zügiger Klärungsprozesse lagen Ende September 2019 14 Bewilligungen vor. Eine weitere Genehmigung ist in Aussicht gestellt. In einem einzigen Bundesland ist der Antrag noch in Klärung. Wir gehen davon aus, dass alle Bundesländer die Übermittlung der Adressdaten genehmigen werden.

6.2 Regionalauswahl

Die Eingliederungshilfe ist traditionell als föderale Aufgabe organisiert und liegt in der Zuständigkeit der Bundesländer. Schon unter dem Dach des SGB XII besteht bisher eine Vielfalt von unterschiedlichen Trägerzuständigkeiten und Abläufen in den Ländern. So sind bei rund der Hälfte der Länder die Aufgaben der EGH bei einem (resp. in NRW bei 2, in Bayern bei 7) überregionalen Träger gebündelt. In den anderen Ländern sind örtliche Träger mit dieser Aufgabe betraut. Eine weitere Differenzierung kommt dadurch zustande, dass einige überörtliche Träger wiederum Kommunen zur Durchführung heranziehen. Diese Unterschiedlichkeit der Strukturen wird auch nach der Novellierung fortleben.

Um generalisierbare Aussagen für die Bundesrepublik zu treffen zu können, ist eine repräsentative Auswahl von vergleichbaren regionalen Einheiten erforderlich, in denen die Umsetzung des Leistungsrechts erfolgt. Um zu einer einheitlichen Auswahl der Beobachtungseinheiten zu gelangen und die Ergebnisse auf die Gesamtheit generalisieren zu können, wurden als kleinste Einheit für die Betrachtung dieser Umsetzungsprozesse 60 Kreise und kreisfreie Städte (63 Sample Points) ausgewählt. In diesen regionalen Einheiten werden Stichproben von Leistungsbeziehenden sowie die an der Leistungsbescheidung und -erbringung beteiligten Akteure befragt. Die Wahl dieser kleinsten regionalen Beobachtungseinheit stellt sicher, dass der gesamte Leistungsprozess bis auf die lokale Ebene einbezogen wird – unabhängig davon, ob die EGH-Zuständigkeit bei einem örtlichen oder überörtlichen Träger liegt.

Die Auswahl der Regionen erfolgte bereits Anfang Juni 2019 – im Zuge der Vorbereitung der Datenschutzanträge an die Bundesländer – als proportionale Auswahl der Leistungsbeziehenden geschichtet nach Bundesländern und Regionalmerkmalen. Der statistische Auswahlprozess hat zu einer Regionalstichprobe mit einer hervorragenden Anpassung an die Grundgesamtheit geführt.

6.3 Entwicklung der Erhebungsinstrumente

Parallel zu den laufenden Antragsverfahren hat das Team von ISG und infas mit der Entwicklung der Erhebungsinstrumente für die Implementationsanalyse und die Befragung der Leistungsbeziehenden begonnen.

Auf der Grundlage einer analytischen Festlegung von Erhebungsdimensionen wurden zentrale Fragestellungen ausgearbeitet und in erste Prototypen von Erhebungsinstrumenten überführt. Dies betrifft zum einen die Entwicklung von Leitfäden für qualitative Interviews mit Leistungsträgern, Leistungserbringern und Selbstvertretungsorganisationen von Menschen mit Behinderungen. Zum zweiten betrifft dies die Entwicklung eines standardisierten Fragebogens für die Befragung der Leistungsbeziehenden. Nachdem das grundsätzliche Einverständnis des Beirats vorliegt, haben die Programmierarbeiten für die elektronischen Fragebogenvarianten begonnen.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

6.4 Einbindung eines Beirats

Das BMAS hat einen Beirat zur fachlichen Begleitung des Forschungsprojekts eingerichtet.

Am 17.09.2019 fand in Berlin beim BMAS die konstituierende Sitzung des Beirats statt. Ein zentraler Tagesordnungspunkt war der inhaltliche Austausch zu den Erhebungsinhalten und -methoden der Implementationsanalyse und der prozessbegleitenden Wirkungsbetrachtung. Nach eingehender Diskussion und der Aufnahme von Anregungen wurden das Erhebungsdesign und die Erhebungsdimensionen von den Beiratsmitgliedern positiv bestätigt.

6.5 Arbeits- und Zeitplanung

Meilensteine für die prozessbegleitende Wirkungsbetrachtung bilden die zeitgerechte Ziehung der Stichproben sowie die Befragungen bei den Leistungsbeziehenden. Die erste Welle startet im Herbst 2019 und wird bis Ende des ersten Quartals 2020 durchgeführt. Die zweite Erhebungswelle soll in der zweiten Jahreshälfte 2021 durchgeführt werden.

Abbildung 2 Zeitplan

Meilensteine	**2019**			**2020**				**2021**				**2022**			
	Q II	Q III	Q IV	Q I	Q II	Q III	Q IV	Q I	Q II	Q III	Q IV	Q I	Q II	Q III	Q IV
Datenschutzrechtliche Klärung und Stichprobe															
Klärung des Antrags nach § 75 SGB X durch die Länder															
Stichprobenübermittlung durch die EGH-Träger															
Implementationsanalyse															
Entwicklung Erhebungsinstrumente und Stichprobenziehung															
Vorbereitung/Durchführung von Interviews															
Vorbereitung/Durchführung schriftliche Erhebung															
Auswertung + Einordnung in übergeordnete Analyse															
Prozessbegleitende Wirkungsbetrachtung															
Entwicklung Erhebungsinstrumente und Ziehung Bestand/Neuzugänge															
Bestand: Befragung zu Messzeitpunkt t_0															
Bestand und Zugang: Befragung zu Messzeitpunkt t_1															
Deskriptive Auswertungen und weiterführende Analysen															
Berichtslegung															
Zwischenberichte und Abschlussbericht		30.9				30.9				30.9					30.11

Quelle: infas/ISG

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

6.6 Feldvorbereitung

Der standardisierte Fragebogen für die erste Erhebungswelle bei Leistungsbeziehenden wird aktuell zwischen Forschungskonsortium und BMAS final abgestimmt. Es folgen die Übersetzung in Leichte Sprache sowie die Vorbereitung des Fragebogens für unterschiedliche Erhebungsvarianten (CAPI, online, telefonisch) in barrierearmer Gestaltung.

Um Ansprechpartner für die Implementationsanalyse zu gewinnen und die Ziehung der Stichproben von Leistungsbeziehenden einzuleiten, ist die schriftliche Kontaktaufnahme zu den Trägern der nächste wichtige Schritt. Dafür ist bereits alles Notwendige vorbereitet, von den Anschreiben bis zu den Handreichungen für die Stichprobenziehung. Wir wenden uns dabei mit einem freundlichen Anschreiben direkt an die zuständigen Landräte und Oberbürgermeister, um unser Anliegen zu erläutern und um Unterstützung zu bitten. Die von den Ländern eingeholte datenschutzrechtliche Genehmigung liegt dem Anschreiben als Anlage bei. Beigefügt wird auch ein gemeinsames Empfehlungsschreiben der kommunalen Spitzenverbände und der BAGüS.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Literatur

BAG (Bundesarbeitsgemeinschaft für Unterstützte Beschäftigung) (o.J.): Das Budget für Arbeit: Umsetzungsstand in ausgewählten Bundesländern. http://www.bag-ub.de/index.php (März 2018)

BAGüS (Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe)/con_sens (2015): Kennzahlenvergleich Eingliederungshilfe der überörtlichen Träger der Sozialhilfe. Münster

BAR (Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation) (2017): Bundesteilhabegesetz. Kompakt. Die wichtigsten Änderungen im SGB IX. Frankfurt/M.

BMAS (Bundesministerium für Arbeit und Soziales) (2015): Abschlussbericht des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales über die Tätigkeit der Arbeitsgruppe Bundesteilhabegesetz: 10. Juli 2014 – 14. April 2015: Teil A:Berlin, 14. April 2015

BMAS (Bundesministerium für Arbeit und Soziales) (2015): Arbeitsgruppe Bundesteilhabegesetz – Abschlussbericht – Teil B. Berlin

BMAS (Bundesministerium für Arbeit und Soziales) (2018): Häufige Fragen zum Bundesteilhabegesetz. http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Schwerpunkte/faq-bthg.pdf;jsessionid=73AA037CA66C0187D74715F7B681CCE6?__blob=publicationFile&v=16 (06.03.2018)

Bradburn, N., Sudman, S., Wansink, B. (2004): Asking Questions. The Definitive Guide to Questionnaire Design – For Market Research, Political Polls, and Social and Health Questionnaires. San Francisco: Jossey-Bass

BR-Drucksache 428/16 vom 23.09.2016: Gesetzentwurf der Bundesregierung – Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen (Bundesteilhabegesetz – BTHG)

BT-Drucksache 18/9522 vom 05.09.2016: Gesetzentwurf der Bundesregierung – Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen (Bundesteilhabegesetz – BTHG)

Brose, W. (2016): Das Recht auf Arbeit behinderter Menschen nach Art. 27 UN-BRK in: Bieback, K.-J./ Bögemann, C. / Igl, G. / Welti, F. (Hrsg.) Der Beitrag des Sozialrechts zur Realisierung des Rechts auf Gesundheit und des Rechts auf Arbeit für behinderte Menschen, Berlin 2016, S.135-144

Brückner, E., Mayer, K. U. (1998): Collecting life history data: Experiences from the German life history study. In J. Z. Giele, G.H. Elder (Eds.), Methods of life course research: Qualitative and quantitative approaches (pp. 152-181). Thousand Oaks: Sage.

BTHG (Bundesteilhabegesetz) (2017): Gesetz zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen. Vom 23. Dezember 2016. Bundesgesetzblatt, 2016, Teil I, Nr. 66, S. 3224 – 3340

Bundesagentur für Arbeit (2010): Leitfaden Teilhabe am Arbeitsleben für behinderte Menschen (berufliche Rehabilitation) – Fachliche Hinweise. https://www.arbeitsagentur.de/web/wcm/idc/groups/public/documents/webdatei/mdaw/mdk4/~edisp/l6019022dstbai388383.pdf (04.08.2016)

Conrad-Giese, M. (2016): Hilfen zur angemessenen Schulbildung außerhalb des pädagogischen Kernbereichs, Anmerkung zu BSG 09.12.2016 – B 8 SO 8/15R; A4-2018 unter www-reha-recht.de (28.02.2018)

Cook, T. D., Campbell, D.T. (1979): Quasi-Experimentation: Design & Analysis Issues for Field Settings. Houghton Mifflin Company, Boston.

Deutscher Bundestag (2016b): Ausschussdrucksache 18(11)801 vom 04.11.2016: Ausschuss für Arbeit und Soziales, Zusammenstellung der schriftlichen Stellungnahmen zum Gesetzentwurf der Bundesregierung – Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen (Bundesteilhabegesetz – BTHG)

Drasch, K., Kleinert, C., Matthes, B., Ruland, M. (2016): Why Do We Collect Data on Educational Histories over the Life Course the Way We Do? Core Questionnaire Design Decisions in Starting Cohort 6 – Adults. In: Blossfeld, H.-P., Maurice, J.v., Bayer, M., Skopek, J. (eds.): Methodological Issues of Longitudinal Surveys. The Example of the National Educational Panel Study. Wiesbaden: Springer: 331-347

Düwell, F.-J. (2011): Das Behindertenrechtsübereinkommen und das Recht auf Arbeit für behinderte Menschen in Deutschland, Behindertenrecht, 49-53

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Emerson, E., Hatton, C., Thompson, T., Parmenter, T.R. (2004): The International Handbook of Applied Research on Intellectual Disabilities. Chichester (West Sussex): John Wiley

Finlay, W.M.L., Lyons, E. (2001): Methodological Issues in Interviewing and Using Self-Report Questionnaires With People With Mental Retardation. Psychological Assessment, Vol 13, 3, 319-335

Harand, J., Schröder, H. (2019): Entwicklung eines Evaluationsdesigns für das Forschungsvorhaben "Wirkungsprognose nach Artikel 25 Absatz 2 BTH". Die berufliche Rehabilitation, 33. Jg., H1: 24-37

Hasnain, R., Shpigelman, C.-N., Scott, M., Gunderson, J.R., Rangion, H.B., Oberai, A., McKeever, L. (2015): Surveying People with Disabilities: Moving Toward Beter Practices and Policies. In: Johnson, T.P. (ed.): Handbook of Health Survey Methods. Chichester: John Wiley: 619-642

Gerich, J. (2010): Thurstone- und Likertsaklierung. In: Wolff, C., Best, H. (Hrsg.): Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften: 259-281

ISG (Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik)/D. Engels (2015): Verwaltungskosten der Fallbearbeitung in der Eingliederungshilfe nach Kapitel 6 SGB XII. Expertise des ISG Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. In: BMAS (2015): Abschlussbericht des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales über die Tätigkeit der Arbeitsgruppe Bundesteilhabegesetz: 10. Juli 2014 – 14. April 2015: Teil B:Berlin

ISG (Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik) (2017): Schaffung einer Datengrundlage für die Finanzuntersuchung nach Art. 25 Absatz 4 BTHG. Expertise im Auftrag des BMAS Köln

ISG (Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik), transfer, Welti, F.; Schmidt-Ohlemann, M. (2018): Abschlussbericht zum Forschungsprojekt Rechtliche Wirkungen im Fall der Umsetzung von Artikel 25a § 99 BTHG (ab 2023) auf den leistungsberechtigten Personenkreis der Eingliederungshilfe. Hrsg.: Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Bundestags-Drucksache 19/4500 vom 13.09.2018, Berlin.

Habermas, J. (1981): Theorie des kommunikativen Handelns, Frankfurt.

LWL (Landschaftsverband Westfalen-Lippe Integrationsamt Westfalen) (2017): Leistungen zur Teilhabe am Arbeits- und Berufsleben und Nachteilsausgleiche für (schwer-)behinderte Menschen – gültig ab 1. Januar 2018, Münster: Landwirtschaftsverlag, 2017, 36. aktualisierte Auflage, Stand: August 2017

Mayer, K. U. (1987): Lebenslaufforschung. In W. Voges (Ed.), Methoden der Biographie- und Lebenslaufforschung, (pp. 51-73). Opladen. Leske & Budrich.

Mayer, K. U. (2009): New directions in life course research, Annual Review of Sociology, 35, 413-433. doi 10.1146/annurev.soc.34.040507.134619

Nachtschatt, E., Ramm, D. (2016): Die Leistungen zur Teilhabe an Bildung im Bundesteilhabegesetz: Stellungnahme des Bundesrates und Gegenäußerung der Bundesregierung; Beitrag D52-2016 unter www.reha-recht.de (24.11.2016)

Nebe, K., Schimank, C. (2016): Das Budget für Arbeit im Bundesteilhabegesetz. Teil 1: Darstellung der Entwicklung und kritische Betrachtung bis zur Befassung im Bundesrat, Beitrag D47-2016 unter www.reha-recht.de (16.11.2016)

Nebe, K., Waldenburger N. (2014): Budget für Arbeit. Forschungsprojekt im Auftrag des Integrationsamtes des LVR. Köln 2014: Hrs. LVR, Integrationsamt, http://www.lvr.de/media/wwwlvrde/soziales/menschenmitbehinderung/arbeitundausbildung/dokumente_229/15_0456_Forschungsbericht_barrierefrei.pdf

Perry, J. (2004): Interviewing People with Intellectual Disabilities. In: Emerson, E., Hatton, C., Thompson, T, Parmenter, T.R.: The International Handbook on Intellectual Disabilities. Chichester (West Sussex): John Wiley: 115-131

Prosser, H., Bromley,J. (2012): Interviewing People with Intellectual Disabilities. In: Emerson, E., Hatton, C., Dickson, K,, Gone, R., Caine, A., Bromley, J. (eds.): Clinical Psychology and People with Intellectual Disabilities. Chichester: John Wiley

Ramm, D. (2017a): Wege in die berufliche Bildung für Jugendliche mit Behinderung – Teil 2: Allgemeine Vorgaben und Vorgaben und Leistungen bei der beruflichen Bildung (schwer-)behinderter Jugendlicher; Beitrag D21-2017 unter www.reha-recht.de (14.11.2017)

Ramm, D. (2017b): Wege in die berufliche Bildung für Jugendliche mit Behinderung – Teil 6: Das Bundesteilhabegesetz: Ein Gewinn für die berufliche Ausbildung für Jugendliche mit Behinderung? Beitrag D30-2017 unter www.reha-recht.de (14.07.2017)

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Reims, N. (2016a): Berufliche Rehabilitation von Menschen mit Behinderungen. Einfluss auf Gesundheit und Erwerbsintegration. Bielefeld: Bertelsmann

Rossi, P.H., Freeman, H.E., Hofmann, G. (1988): Programm-Evaluation. Einführung in die Methoden angewandter Sozialforschung. Stuttgart: Enke

Rubin, Donald (1974): Estimating Causal Effects of Treatments in Randomized and Nonrandomized Studies. In: Journal of Educational Psychology 66 (5), 688-701

Schäfers, M. (2008): Lebensqualität aus Nutzersicht. Wie Menschen mit geistiger Behinderung ihre Lebenssituation beurteilen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Schmidt-Ohlemann, M., Seyd, W. (2009): Die Nutzung der ICF bei der Ausgestaltung der Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben (berufliche Rehabilitation). Empfehlungen der Deutschen Vereinigung für Rehabilitation vom 31. März 2009

Schnell, R., Hill, P.B., Esser, E. (1988): Methoden der empirischen Sozialforschung. München: Oldenbourg Verlag

Schnell, R., Stubbra, V. (2010): Datengrundlagen zur Erwerbsbeteiligung von Menschen mit Behinderung in der Bundesrepublik. Diskussionspapier, Universität Duisburg-Essen.

Schröder, H., H. Schütz (2011): Fortschritte bei der Inklusion von Menschen mit einer Behinderung? Eine schwierige Berichtspflicht bei unzureichender Datenlage. Behindertenrecht, H2:53-59

Schröder, H., Steinwede, J. (1998): Begleitforschung zum Modellvorhaben: Übergänge von der Sonderschule/WfB in das Erwerbsleben. Betriebsbefragung. 3. Zwischenbericht. Köln: LVR

Schröder, H./ Steinwede. J./ Schäfers, M./ Kersting, A./ Harand, J. (2017): Repräsentativbefragung zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen. Erster Zwischenbericht. Bonn-Berlin: BMAS Forschungsbericht 492 (https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/Forschungsberichte/fb-492-repraesentativbefragung-behinderung.pdf;jsessionid=86A1A8913EBFE87FB21261FB31876289?__blob=publicationFile&v=1).

Seifert, M. (2010): Kundenstudie – Bedarf an Dienstleistungen zur Unterstützung des Wohnens von Menschen mit Behinderung. Berlin.

Steinwede, J./ Kersting, A./ Harand, J./ Schröder, H./ Schäfers, M./ Schachler, V. (2018): Repräsentativbefragung zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen. Zweiter Zwischenbericht. Bonn-Berlin: BMAS Forschungsbericht 512 (https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/Forschungsberichte/fb-512-repraesentativbefragung-behinderung.pdf?__blob=publicationFile&v=5).

Tassé, M.J., Thompson, J.R., Wehmeyer, M. (2005): Support Intensity Scale. Guidelines für Interviewing People with Disabilities. Washington D.C.: AAIDD – American Association on Intellectual and Development Disabilities

Tisch, A., Brötzmann, N., Heun, K., Rauch, A., Reims, N., Schlenker, K., Tophoven, S. (2017): Abschlussbericht Evaluation von Leistungen zur Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben. Qualitative Befragung von Rehabilitandinnen und Rehabilitanden im Förderbereich der Bundesagentur, BMAS: Forschungsbericht 480: http://www.bmas.de/DE/Service/Medien/Publikationen/Forschungsberichte/fb-480-abschlussbericht-teilhabe-behinderter-menschen-am-arbeitsleben.html (14.11.2017)

UN-BRK (United Nations-Behindertenrechtskonvention) (2008): Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen vom 13. Dezember 2006. Zwischen Deutschland, Liechtenstein, Österreich und der Schweiz abgestimmte Übersetzung. Bundesgesetzblatt (BGBL) 2008 II, S. 1419

Weber, M. (2015): Werkstätten für behinderte Menschen im Spannungsfeld zwischen Schutzfunktion und Übergangsmanagement. Teilhabe H4, Jg. 54, S. 157 –162

WHO (World Health Organization) (2005): ICF. Internationale Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit. Genf: WHO

Wolff, H.-G., Bacher, J. (2010): Hauptkomponentenanalyse und explorative Faktorenanalyse. In: Wolf, C., Best, H. (Hrsg.): Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften: 333-365

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Anlage 3

Stand: Juni 2019

Übersicht über die Projekte der modellhaften Erprobung nach Artikel 25 Absatz 3 BTHG

Länder	Projektträger	Laufzeit	1. Einkommens- & Vermögens-anrechnung	2. Assistenz-leistungen	3a. Umsetzung Regelung Rangverhältnis Eingliederungshilfe zu Pflegeversicherung	3b. Umsetzung Regelung Menschen mit Behinderung & Pflegebedarf	4. Prüfung Zumutbarkeit & Angemessen-heit	5. Möglichkeit der gemein-schaftlichen Leistungser-bringung	6. Abgrenzung Leis-tungen der Eingli-derungshilfe von existenzsichernden Leistungen	7. Bezüge zu anderen Leistungen der soz. Sicherung
Baden-Württemberg	Bodenseekreis	2018 - 2021	x	x	x	x	x	x	x	x
	Rems-Murr-Kreis	2018 - 2021	x	x	x	x	x	x	x	x
Bayern	Bezirk Oberbayern	2018 - 2021	x							
Brandenburg	Landkreis Ostprignitz-Ruppin	2018 - 2021	x						x	
	Landkreis Spree-Neiße	2018 - 2021	x	x	x	x	x	x	x	x
	Landkreis Teltow-Fläming	2018 - 2021			x		x			x
	Frankfurt Oder	2018 - 2021			x		x			
Bremen	Land Bremen	2018 - 2021	x							
Hamburg	Stadt Hamburg	2018 - 2021			x				x	
Hessen	Stadt Wiesbaden	2018 - 2021			x				x	x
Mecklenburg-Vorpommern	Stadt Schwerin	2018 - 2021	x				x		x	
Niedersachsen	Stadt Oldenburg	2018 - 2021	x	x	x	x	x	x	x	
Nordrhein-Westfalen	Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) und Rheinland (LVR) - Verbundprojekt	2018 - 2021		x			x	x	x	
	Landschaftsverband Rheinland (LVR)	2018 - 2021			x	x				
Rheinland-Pfalz	Landkreis Bad Kreuznach	2018 - 2021			x					
	Landkreis Mainz-Bingen	2018 - 2021							x	
Saarland	Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie	2018 - 2020							x	
Sachsen	Kommunaler Sozialverband Sachsen	2018 - 2021	x				x	x		
	Landkreis Mittelsachsen	2018 - 2021								x
Sachsen-Anhalt	Landkreis Mansfeld-Südharz	2018 - 2021	x		x		x			
	Landkreis Börde	2018 - 2021			x				x	
	Landkreis Jerichower Land	2018 - 2021	x	x	x	x	x	x	x	x
	Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration	2018 - 2021	x	x	x	x	x	x	x	x
Schleswig-Holstein	Kreis Nordfriesland	2018 - 2021	x	x	x	x	x	x	x	x
	Stadt Kiel	2018 - 2020							x	
	Kreisverwaltung Kreis Segeberg	2018 - 2021			x		x			
Thüringen	Landkreis Sonneberg	2018 - 2021	x	x				x	x	x
	Landkreis Saalfeld-Rudolstadt	2018 - 2021	x		x	x			x	
	Landkreis Nordhausen	2018 - 2021			x					x
29 Projekte			**15**	**9**	**18**	**9**	**14**	**10**	**18**	**11**

Quelle: BMAS

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Anlage 4

Kienbaum

infas

ZWEITER ZWISCHENBERICHT

Wissenschaftliche Untersuchung der modellhaften Erprobung der Verfahren und Leistungen nach Artikel 1 Teil 2 des Bundesteilhabegesetzes vom 29. Dezember 2016 einschließlich ihrer Bezüge zu anderen Leistungen der sozialen Sicherung

Berlin, 9. August 2019

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

ZWEITER ZWISCHENBERICHT

Wissenschaftliche Untersuchung der modellhaften Erprobung der Verfahren und Leistungen nach Artikel 1 Teil 2 des Bundesteilhabegesetzes vom 29. Dezember 2016 einschließlich ihrer Bezüge zu anderen Leistungen der sozialen Sicherung

Autoren

René Ruschmeier (Projektleitung (Kienbaum Consultants International GmbH))

Annegret Bötel (Kienbaum Consultants International GmbH)

Lara Ebert (Kienbaum Consultants International GmbH)

Dr. Helmut Schröder (infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft GmbH)

Dr. Holger Schütz (infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft GmbH)

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Kienbaum International Consultants GmbH
Dessauer Straße 28/29
10963 Berlin
Telefon: +49 30 88 01 98-55

rene.ruschmeier@kienbaum.de

Kienbaum

August 2019

Erstellt im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.
Die Durchführung der Untersuchungen sowie die Schlussfolgerungen aus den Untersuchungen sind von den Auftragnehmern in eigener wissenschaftlicher Verantwortung vorgenommen worden. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales übernimmt insbesondere keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Untersuchungen.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Inhalt

1.	**Zusammenfassung**	**12**
1.1	Regelungsbereich 1 – Einkommen und Vermögen	15
1.2	Regelungsbereich 2 – Assistenzleistungen	16
1.3	Regelungsbereich 3 – Rangverhältnis zwischen Leistungen der EGH und Leistungen der Pflege	17
1.4	Regelungsbereich 4 – Wunsch- und Wahlrecht der Leistungsberechtigten	20
1.5	Regelungsbereich 5 – Gemeinsame Inanspruchnahme	21
1.6	Regelungsbereich 6 – Trennung der Fachleistungen der EGH von den Leistungen zum Lebensunterhalt	23
1.7	Regelungsbereich 7 – Sicherungsmechanismus „Betrag zur freien Verfügung“	24
2.	**Einleitung**	**25**
2.1	Projekte zur modellhaften Erprobung	25
2.2	Auftrag der Begleitforschung	26
2.3	Aufgabe und Aufbau des Berichts	29
3.	**Die Modellprojekte und Stand der Erprobung**	**30**
3.1	Voraussetzungen für die Erprobung: Merkmale der Modellprojekte	30
	3.1.1 Träger der Modellprojekte	31
	3.1.2 Ressourcen der Modellprojekte	33
3.2	Ausrichtung der Erprobung auf die Regelungsbereiche und Forschungsfragen	35
3.3	Fazit	39
4.	**Methodisches Vorgehen**	**40**
4.1	Voranalyse der Projekte – Exploration	41
4.2	Entwicklung der Erhebungsinstrumente	42

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

4.3	Datenerhebung und -Instrumente	42
	4.3.1 Online-Plattform	43
	4.3.2 Standardisierte Befragung der Projekte	43
	4.3.3 Interviews mit Leistungserbringern	44
	4.3.4 Interviews mit Leistungsberechtigten	44
4.4	Fazit zum methodischen Vorgehen und zur Datenerhebung	53
5.	**Stand und Ergebnisse der Erprobung nach Regelungsbereichen**	**57**
5.1	Regelungsbereich 1 – Einkommen und Vermögen	57
	5.1.1 Fokus der Erprobung und Stand	57
	5.1.2 Vorgehen in der Erprobung	59
	5.1.3 Befunde zu den Forschungsfragen	61
	5.1.4 Klärungsbedarf und Hinweise	72
	5.1.5 Fazit zum Regelungsbereich 1	74
5.2	Regelungsbereich 2 – Assistenzleistungen	76
	5.2.1 Fokus der Erprobung und Stand	76
	5.2.2 Vorgehen in der Erprobung	79
	5.2.3 Befunde zu den Forschungsfragen	80
	5.2.4 Klärungsbedarf und Hinweise	87
	5.2.5 Fazit zum Regelungsbereich 2	88
5.3	Regelungsbereich 3 – Rangverhältnis zwischen Leistungen der EGH und Leistungen der Pflege	89
	5.3.1 Fokus und Vorgehen in der Erprobung	89
	5.3.2 Befunde zu den Forschungsfragen	91
	5.3.3 Klärungsbedarf und Hinweise	108
	5.3.4 Fazit zum Regelungsbereich 3	111
5.4	Regelungsbereich 4 – Wunsch- und Wahlrecht der Leistungsberechtigten	114
	5.4.1 Fokus der Erprobung und Stand	114
	5.4.2 Vorgehen in der Erprobung	117
	5.4.3 Befunde zu den Forschungsfragen	119
	5.4.4 Klärungsbedarf und Hinweise	128
	5.4.5 Fazit zum Regelungsbereich 4	129
5.5	Regelungsbereich 5 – Gemeinsame Inanspruchnahme	131
	5.5.1 Fokus der Erprobung und Stand	131
	5.5.2 Vorgehen in der Erprobung	133
	5.5.3 Befunde zu den Forschungsfragen	135
	5.5.4 Klärungsbedarf und Hinweise	144

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

5.5.5 Fazit zum Regelungsbereich 5 144

5.6 Regelungsbereich 6 – Trennung der Fachleistungen der EGH von den Leistungen zum Lebensunterhalt 146
5.6.1 Fokus der Erprobung und Stand 146
5.6.2 Vorgehen in der Erprobung 148
5.6.3 Befunde zu den Forschungsfragen 149
5.6.4 Klärungsbedarf und Hinweise 156
5.6.5 Fazit zum Regelungsbereich 6 157

5.7 Regelungsbereich 7 – Sicherungsmechanismus „Betrag zur freien Verfügung“ 159
5.7.1 Fokus der Erprobung und Stand 159
5.7.2 Vorgehen in der Erprobung 161
5.7.3 Befunde zu den Forschungsfragen 162
5.7.4 Klärungsbedarfe und Hinweise 164
5.7.5 Fazit zum Regelungsbereich 7 164

5.8 Teilbericht Frühförderung 166
5.8.1 Vorstellung Modellvorhaben 166
5.8.2 Erkenntnisse aus der Erprobung 169
5.8.3 Herausforderungen innerhalb der modellhaften Erprobung 180

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Abbildungsverzeichnis

Regelungsbereich 1

Abbildung 5.1 – 1: Anzahl MP, die Forschungsfragen im RB 1 bearbeiten 58

Abbildung 5.1 – 2: Stand der Erprobungsarbeiten RB 1 59

Abbildung 5.1 – 3: Darstellung der Veränderungen in den Berechnungsgrundlagen nach den drei Bezugszeiträumen 62

Abbildung 5.1 – 4: Fallzahlen nach Bezugszeiträumen 63

Abbildung 5.1 – 5: Höhe durchschnittlicher Einkommenseinsatz (Bezugszeitraum 1 und 2) 64

Abbildung 5.1 – 6: Höhe durchschnittlicher Einkommenseinsatz nach Wohnform (Bezugszeitraum 2 und 3) 66

Abbildung 5.1 – 7: Einkommenshöhe und Einkommenseinsatz nach Einkommensart 67

Abbildung 5.1 – 8: Entwicklung Anzahl der Leistungsempfänger_innen in der EGH (2005 bis 2018) 68

Abbildung 5.1 – 9: Veränderungen im Arbeitsablauf (bedingt durch neue Regelung zur Einkommens- und Vermögensheranziehung) 70

Regelungsbereich 2

Abbildung 5.2 – 1: Anzahl MP, die Forschungsfragen im RB 2 bearbeiten 77

Abbildung 5.2 – 2: Stand der Erprobungsarbeiten RB 2 78

Abbildung 5.2 – 3: Ermittelte Bedarfe für Assistenzleistungen 81

Regelungsbereich 3

Abbildung 5.3 – 1: Anzahl MP, die Forschungsfragen im RB 3 bearbeiten 89

Abbildung 5.3 – 2: Aufgaben der Modellprojekte (Erprobung Frage 3.1) 92

Abbildung 5.3 – 3: Konzentration der Erprobung auf Fallkonstellationen 93

Abbildung 5.3 – 4: Partner in der Erprobung (RB 3) 94

Abbildung 5.3 – 5: Überschneidungen zwischen EGH und Pflege 96

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Abbildung 5.3 – 6: Stand der Erprobungsarbeiten Frage 3.2 100

Abbildung 5.3 – 7: Stand der Erprobungsarbeiten Frage 3.3 106

Regelungsbereich 4

Abbildung 5.4 – 1: Anzahl MP, die Forschungsfragen im RB 4 bearbeiten 115

Abbildung 5.4 – 2: Stand der Erprobungsarbeiten RB 4 116

Abbildung 5.4 – 3: Im Großen und Ganzen ist es in der derzeitigen Praxis einfach, die Wünsche der Leistungsberechtigten in Bezug auf die Gestaltung der EGH-Leistungen zu ermitteln. 118

Abbildung 5.4 – 4: Häufigkeit Wunschäußerung nach Gestaltungsmerkmalen 120

Abbildung 5.4 – 5: Entscheidung über Wünsche (Rechtslage heute – Rechtslage 1.1.2020) 121

Abbildung 5.4 – 6: Verteilung der Wünsche in Bezug auf Wohnform 124

Abbildung 5.4 – 7: Entscheidung über Wünsche für stationär und ambulant lebende Leistungsberechtigte (Rechtslage heute – Rechtslage 1.1.2020) 125

Regelungsbereich 5

Abbildung 5.5 – 1: Stand der Erprobungsarbeiten RB 5 132

Abbildung 5.5 – 2: Wunscherfassung in Bezug auf individuelle/gemeinsame Inanspruchnahme 135

Abbildung 5.5 – 3: Gemeinsame Inanspruchnahme EGH-Leistungen 136

Abbildung 5.5 – 4: Wünsche individuelle Inanspruchnahme im stationären Bereich 140

Abbildung 5.5 – 5: Wünsche individuelle Inanspruchnahme im ambulanten Bereich 140

Abbildung 5.5 – 6: Auswirkungen des § 116 Abs. 2 SGB IX auf die Verfahren des Leistungsträgers 142

Regelungsbereich 6

Abbildung 5.6 – 1: Anzahl MP, die Forschungsfragen im RB 6 bearbeiten 147

Abbildung 5.6 – 2: Stand der Erprobungsarbeiten RB 6 148

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Abbildung 5.6 – 3: Auskömmlichkeit der KdU 153

Regelungsbereich 7

Abbildung 5.7 – 1: Anzahl MP, die Forschungsfragen im RB 7 bearbeiten 159
Abbildung 5.7 – 2: Stand der Erprobungsarbeiten RB 7 160

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Abkürzungsverzeichnis

BAGüS	Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BRD	Bundesrepublik Deutschland
EGH	Eingliederungshilfe
EK	Einkommen
EK-Einsatz	Einkommenseinsatz
F	Forschungsfrage
GKV	Gesetzliche Krankenversicherung
GruSi	Grundsicherung
HzP	Hilfe zur Pflege
KdU	Kosten der Unterkunft
LB	Leistungsberechtigte
LBAG	Länder-Bund-Arbeitsgruppe
MDK	Medizinischer Dienst der Krankenversicherung
MP	Modellprojekte
MP-Befragung	Modellprojekt-Befragung
N	Grundgesamtheit
RB	Regelungsbereich
VM	Vermögen

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

1. Zusammenfassung

Der vorliegende 2. Zwischenbericht der Begleitforschung zur modellhaften Erprobung der zum 1.1.2020 in Kraft tretenden Verfahren und Leistungen einschließlich ihrer Bezüge zu anderen Leistungen der sozialen Sicherung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) stellt den Stand der Erprobungsarbeiten und die Ergebnisse der ersten Untersuchungen dar. Im Fokus der Erprobung stehen folgende Regelungsbereiche (RB) des BTHG:

- RB 1: Einkommen und Vermögen
- RB 2: Assistenzleistungen
- RB 3: Rangverhältnis der Leistungen EGH und Pflege
- RB 4: Wunsch- und Wahlrecht der Leistungsberechtigten
- RB 5: Gemeinsame Inanspruchnahme
- RB 6: Trennung der Fachleistungen der EGH und der Leistungen zum Lebensunterhalt
- RB 7: Sicherungsmechanismus „Betrag zur freien Verfügung“

Die bisherigen Untersuchungen zeigen die Herausforderungen auf, die sich den 30 Modellprojekten bei der Implementierung der neuen Regelungen stellen und liefern erste und vorläufige Antworten auf die forschungsleitenden Fragen und Befunde dahingehend, welche Folgen sich bei der materiell-rechtlichen Anwendung der künftigen Vorschriften des BTHG abzeichnen. Es liegen dazu punktuell Ergebnisse vor, jedoch nicht für die Breite aller Regelungsbereiche und Forschungsfragen. Dies hängt mit der außerordentlichen Heterogenität sowohl der Ausgangsbedingungen für die Erprobung als auch der Erprobung selbst zusammen. Die Modellprojekte unterscheiden sich in Bezug auf

- landesrechtliche Rahmenbedingungen (Stand der Implementierung von Bedarfsermittlungsinstrumenten und Gesamtplanverfahren, Vereinbarung von Landesrahmenverträgen),
- Größe und Ausstattung der Projekte,
- Regelungsbereiche, die jeweils von einem Projekt erprobt werden,
- methodisches Vorgehen in der Erprobung,
- Stand der Erprobungsarbeiten.

Diese Situation ist bei der Interpretation der in diesem Zwischenbericht vorgestellten Ergebnisse zu berücksichtigen.

Modellprojekte und deren Stand

30 Modellprojekte werden von EGH-Leistungsträgern aus 15 Bundesländern nach der Bewilligung durch das BMAS (Ende des Jahres 2017) seit Beginn des Jahres 2018 durchgeführt. Diese Träger spiegeln die Heterogenität von Regelungen, Strukturen und Verfahren für die Umsetzung des Teilhaberechts für Menschen mit

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Behinderungen insgesamt in Deutschland wider. Die Trägerstrukturen der Modellprojekte bilden allerdings keine statistisch valide repräsentative Stichprobe ab, da die Modellprojekte im Wege eines Antragsverfahrens ausgewählt und bewilligt wurden, bei dem eine Vielzahl von Voraussetzungen zu erfüllen waren. Gleichwohl erlaubt es die Erprobung der neuen Regelungen des BTHG in dieser heterogenen Trägerstruktur, Aussagen zu deren Umsetzung und Wirkungen in der Praxis zu treffen.
Die unterschiedlichen Ressourcen der Modellprojekte, bedingt durch die unterschiedliche Höhe der Förderung und die damit verbundene unterschiedliche personelle Ausstattung, sind weitere Faktoren, die die Erprobung beeinflussen und zu einem heterogenen Vorgehen in der Erprobung führen.
Die Modellprojekte konzentrieren sich in unterschiedlichem Maße auf die Erprobung der einzelnen Regelungsbereiche (von der Bearbeitung aller bis hin zu nur einem Regelungsbereich). Die Erprobung verläuft also heterogen sowohl in zeitlicher (Arbeitsstand), inhaltlicher (Forschungsfragen) und methodischer (Erprobungsansätze und deren Umsetzungsstand) Hinsicht.

Methodik der Begleitforschung

Mit der Erprobung der voraussichtlichen Wirkungen der gesetzlichen Neuregelungen des reformierten Rechts der Eingliederungshilfe hat der Gesetzgeber Neuland beschritten. Noch bei keinem verabschiedeten Regelwerk auf Bundesebene wurde die materiell-rechtliche Anwendung der künftigen Vorschriften und deren praktische Auswirkungen noch vor deren Inkrafttreten erprobt. Die modellhafte Erprobung von Regelungsbereichen des Artikels 1 Teil 2 BTHG stellt alle Beteiligten, einschließlich der Modellprojekte, das BMAS und die Begleitforschung vor gänzlich neue Herausforderungen. Zusätzlich stellt sich die besondere methodische Herausforderung, die Heterogenität sowohl der Voraussetzungen der einzelnen Modellprojekte als auch des Herangehens an die Erprobung und des Stands der Erprobung zu berücksichtigen.
Für die Begleitforschung der Projekte wurde vor diesem Hintergrund ein spezifisches methodisches Design entwickelt, das erlaubt

- für den Zwischenbericht 2019 den Stand der Projekte und ihre ersten Ergebnisse aus der Erprobung zu erfassen und zu untersuchen als auch
- über die gesamte Laufzeit der Projekte bis zum 31.12.2021 die Erprobungsergebnisse zu erfassen und zu analysieren.

Dazu wurden – basierend auf einer explorativen Phase bis zum Jahresende 2018 – im ersten Quartal die dazugehörigen Erhebungsinstrumente von Kienbaum (Online-Plattform zur Erfassung quantitativer Daten sowie regelungsbereichsspezifische Fragebögen für die Befragung der Modellprojekte und Leistungserbringer) – unter Beteiligung einzelner Modellprojekte zur Klärung der Umsetzbarkeit – entwickelt.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Parallel zu diesem Prozess lief das Verfahren zur Genehmigung der Übermittlung von Sozialdaten von den Modellprojekten an Kienbaum und infas GmbH gemäß § 75 Abs. 4 SGB X durch die obersten Landesbehörden in den 15 beteiligten Bundesländern. Auf der Basis der Genehmigungen wurden die datenschutzrechtlichen Aspekte zwischen den Modellprojekten und Kienbaum in bilateralen Datenübermittlungsverträgen geregelt.
Die erste Datenerhebung mit den neu konzipierten Instrumenten erfolgte im Monat April 2019. Sie umfasste

- die Erhebung quantitativer Daten über die eigens für die Begleitforschung der modellhaften Erprobung entwickelte Online-Plattform (Online-Datentabellen),
- eine vorwiegend qualitativ angelegte Online-Befragung der Modellprojekte zu Fokus, Ansätzen / Vorgehen und Stand der Erprobungen sowie zu den dabei gewonnenen Ergebnissen und Erkenntnissen,
- halbstrukturierte Interviews mit Leistungserbringern zu ihren Erfahrungen und ihrer Sicht auf die Trennung von existenzsichernden Leistungen von denen der EGH-Fachleistungen.

Parallel dazu hat infas einen ersten Leitfaden für die ab 2020 geplanten Interviews mit Leistungsberechtigten entwickelt und im Mai und Juni 2019 explorative Interviews mit leistungsberechtigten Personen durchgeführt. Diese Interviews wurden vor allem als Methodentest hinsichtlich der Machbarkeit und Durchführbarkeit der Interviews mit dem Personenkreis genutzt und es wurden Schlussfolgerungen für die Durchführung der Befragungen in 2020 gezogen.

Datenlage und Fokus der Erprobung auf die Regelungsbereiche

Das methodische Grundgerüst mit einer Vielfalt an quantitativen und qualitativen Instrumenten ist demnach bereits entwickelt und auf die Datenerfassung für den gesamten Zeitraum der Begleitforschung zur modellhaften Erprobung ausgelegt.
Die erste Erhebungswelle im April 2019 hat gezeigt, dass es mit diesen ausdifferenzierten Instrumenten gelingt, die Heterogenität der Modellprojekte und der Erprobung zu erfassen. Fehlende Rücklaufe bei der Datenerhebung lassen sich in nahezu allen Fällen mit dem Stand der Erprobung erklären.
Mit einer bisher geplanten Anzahl von 7.247 EGH-Leistungsbeziehenden in der Erprobung erscheint eine Stichprobengröße erreicht, die in Relation zu der Gesamtanzahl von über 900.000 Leistungsbeziehenden in Deutschland sowie zu knapp 292.000 Leistungsbeziehenden im Zuständigkeitsbereich der Modellprojekte durchaus aussagekräftig sein kann.
Erfasst sind in den Online-Datentabellen bisher insgesamt 3.208 Fälle. Die Verteilung der Fälle nach Regelungsbereichen zeigt, dass sich die Erprobung auf die Regelungsbereiche 1 (Einkommen und Vermögen) und 6 (Trennung der Leistungen zur Existenzsicherung und der EGH-Fachleistungen) konzentriert. Für die Ermittlung der vor allem finanziellen Auswirkungen dieser Regelungen können mit dieser

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Grundgesamtheit erste Aussagen getroffen werden. Anders stellt es sich jedoch bei den anderen Regelungsbereichen dar. Mit Fallzahlen jeweils zwischen 132 bis 633 können noch keine belastbaren Ergebnisse aus der Erprobung abgeleitet werden. Dies gilt umso mehr angesichts des Umstands, dass längst nicht alle erfragten Daten zu den Fällen vorliegen. Die wesentliche Ursache hierfür ist die bereits beschriebene Heterogenität der Modellprojekte hinsichtlich ihrer Ausrichtung auf die Forschungsfragen, ihres Erprobungsansatzes und des Arbeitsstandes. Um die Aussagekraft der bisherigen Erprobung im Einzelnen beurteilen zu können, ist ein differenzierter Blick auf jeden Regelungsbereich nötig. Die spezifische Analyse der bisherigen Erprobung nach den einzelnen Regelungsbereichen nimmt deshalb den zentralen Raum dieses Zwischenberichts ein. Sie bietet in erster Linie Einsicht in die Implementierung der neuen Regelungen in die Praxis der EGH-Träger. Wenngleich die Implementierung gegenwärtig unter „experimentellen Bedingungen“ erfolgt, lassen sich aus ihnen Erkenntnisse dahingehend ableiten, welche Bedingungen für eine effektive Umsetzung der neuen Regelungen ab 01.01.2020 wichtig sind.

1.1 Regelungsbereich 1 – Einkommen und Vermögen

Die Erprobung der Neuregelung der Einkommens- und Vermögensheranziehung ist je nach Forschungsfrage sehr unterschiedlich weit vorangeschritten. Zum derzeitigen Stand der Erprobung haben die Modellprojekte mehrheitlich Simulationsberechnungen zum Einkommenseinsatz nach den Vorgaben der §§ 135 ff. SGB IX durchgeführt und sich mit den Auswirkungen der ab dem 1.1.2020 geltenden Regelungen zur Einkommens- und Vermögensheranziehung auf die Verwaltungspraxis vertraut gemacht. Aus den vorliegenden Befunden lassen sich erste Aussagen zur Beantwortung der Forschungsfragen ableiten.

In den Online-Datentabellen wurden für insgesamt 1.645 Leistungsberechtigte Angaben zum Einkommenseinsatz und der Berechnungsgrundlage (zu mindestens einem der drei Bezugszeiträume) erfasst. Die Auswertungen dieser Daten ergibt, dass sich die Veränderungen in der Einkommensheranziehung, insbesondere durch die Erhöhung des Einkommensfreibetrags zum 1.1.2017, nur unwesentlich auf die Einkommenssituation der Leistungsberechtigten ausgewirkt haben. Der Einkommens-Einsatz der Leistungsberechtigten in der Stichprobe blieb vor und nach der ersten Reformstufe in etwa konstant. Deutliche Verbesserungen ergeben sich für die Leistungsberechtigten vorrausichtlich erst nach der ab dem 1.1.2020 geltenden Einkommens-Beitragsberechnung. Demnach legen die Berechnungen der Modellprojekte zum Einkommenseinsatz der Leistungsberechtigten nahe, dass der Anteil der Leistungsberechtigten in der Stichprobe, die künftig einen Einkommenseinsatz für die EGH leisten müssen, wesentlich geringer ist, als der Anteil der Leistungsberechtigten, die heute einen Einkommenseinsatz leisten.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Auch in der Höhe des einzusetzenden Einkommens ergeben sich Veränderungen. Nach den Berechnungen der Modellprojekte sinkt der Eigenbeitrag von derzeit knapp 400 Euro monatlich (gem. der geltenden Beitragsberechnung) auf knapp 100 Euro monatlich (gem. der künftigen Beitragsberechnung gem. §§ 135 ff. SGB IX) (Forschungsfrage 1.1).

Zum derzeitigen Stand der Erprobung kann die Entwicklung der Anzahl der EGH-Leistungsempfänger_innen nach dem 1.1.2020 noch nicht zuverlässig prognostiziert werden. Aus den vorliegenden aggregierten Daten der Leistungsträger lässt sich ableiten, dass die Anzahl aller Leistungsempfänger_innen in der Kostenträgerschaft der Modellprojekte in den Jahren von 2016 bis 2018 kontinuierlich gestiegen ist. Dabei ging die erste Anhebung der Einkommens- und Vermögensgrenzen zum 1.1.2017 mit keinem disproportionalen Anstieg der Anzahl der Leistungsempfänger_innen einher, d.h. die Erhöhung hat bei den Modellprojektträgern keine wesentlichen Veränderungen bei der Anzahl der Leistungsempfänger_innen in der EGH ausgelöst. Valide Aussagen zu möglichen Auswirkungen auf die Anzahl von EGH-Leistungsempfänger_innen ab dem 1.1.2020 werden erst ab dem Frühjahr 2021 möglich sein (Forschungsfrage 1.2 und 1.3).

Die Einschätzungen der Modellprojekte zu den Auswirkungen der Neuregelung der Einkommens-Beitragsberechnung auf die Verwaltungspraxis sind noch vage. Die Antworten aus der MP-Befragung deuten darauf hin, dass sich durch die neue Einkommens-Beitragsberechnung Veränderungen in den Arbeitsprozessen der Fallbearbeitung ergeben, die sich auch auf die qualifikatorischen Anforderungen an das Personal auswirken. Veränderungen treten nach Aussagen der Modellprojekte in allen Prozessschritten der Fallbearbeitung auf. Besonders betroffen seien die Beratung und Information der Leistungsberechtigten, die Beibringung von Unterlagen sowie die Prüfung und Kalkulation der Einkommens- und Vermögenseinsätze. Mehraufwände entstünden vornehmlich in der Umstellungsphase. Langfristig erwarten die Modellprojekte, dass sich tendenziell keine Mehr- oder Minderaufwände für die Fallbearbeitung ergeben (Forschungsfrage 1.4).

1.2 Regelungsbereich 2 – Assistenzleistungen

Insgesamt steht die Erprobung erst in den Anfängen. Angesichts nicht vereinbarter Landesrahmenverträge und der damit gegebenen Unklarheit für die Umsetzung der Regelungen haben einige Modellprojekte ihre Ansätze zur Erprobung auch noch nicht festgelegt. Die Forschungsfragen zu Assistenzleistungen für Eltern mit Behinderung sowie zu Leistungsberechtigten im Ehrenamt werden nur von vier bzw. fünf Projekten angegangen, allerdings wurden zum derzeitigen Stand der Erprobung

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

noch zu wenige Fälle für die Erprobung identifiziert. Auch zu den Auswirkungen auf die Verwaltungspraxis lassen sich aus der Erprobung noch keine validen Erkenntnisse ableiten (Forschungsfrage 2.1).

Was sich aus den laufenden Projekten zeigt, ist, dass die Zusammenarbeit mit Leistungserbringern und die Bedarfsermittlung eine wichtige Rolle spielt. In der Erprobung wurden bisher für 252 Fälle Bedarfe an Assistenzleistungen gemäß den Kategorien des § 78 SGB IX ermittelt. Aus den Erprobungsarbeiten ergeben sich folgende erste Befunde bzw. Hinweise:

- Für 194 Leistungsberechtigte in besonderen Wohnformen wurden Bedarfe ermittelt. Von diesen wurden bisher 41 virtuell nach neuem Recht entschieden (Leistungsfeststellung).
- Die Praxistauglichkeit der Differenzierung „kompensatorische Assistenz“ und „qualifizierte Assistenz“ erweist sich aus der Sicht von vier Modellprojekten als kritisch. Der Begriff und die Anforderungen an eine Fachkraft (Ausbildung, Qualifikation, Berufsbild) seien unklar. Der Gesetzestext lasse sehr viel Interpretationsspielraum und erfordere Präzisierungen durch einen Landesrahmenvertrag. Zudem werden von den Modellprojekten bei der kompensatorischen Assistenz erhebliche Überschneidungen zu Leistungen der Pflege festgestellt, die klärungsbedürftig seien (vgl. auch F 3.1). Grundsätzlich zwinge die Differenzierung sowohl Leistungsträger als auch Leistungserbringer, sich stärker mit den Bedarfen der Leistungsberechtigten auseinanderzusetzen, aber es stellten sich zudem erhebliche Herausforderungen in den praktischen Abläufen zur Leistungserbringung. Sie betreffen die Personaleinsatzplanung und berühren die Personalstrukturen bei den Trägern (Forschungsfrage 2.3).

1.3 Regelungsbereich 3 – Rangverhältnis zwischen Leistungen der EGH und Leistungen der Pflege

Übergreifend ist festzustellen, dass sich die Kooperation mit den Pflegekassen in den Modellprojekten erst langsam entwickelt und von erheblichen Informationsproblemen gekennzeichnet ist (gegenseitige Kenntnis der „Leistungssysteme“, Umfang und Art von gewährten Leistungen auf Ebene des Einzelfalls, Ansprechpartner_innen bei den Pflegekassen). Deutlich einfacher wird dagegen die Kooperation mit den Trägern der Hilfe zur Pflege wahrgenommen, da hier die Träger beider Leistungen bei der Mehrzahl der Modellprojekte identisch sind. Doch auch hier werden vereinzelt von Modellprojekten Informationsprobleme (Transfer von Daten zum Leistungsbezug) festgestellt.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Frage 3.1 (Gleichrangverhältnis EGH und Pflege)

Die Modellprojekte verfolgen sehr heterogene Erprobungsansätze, um der – aus Sicht der Begleitforschung – allgemein gestellten Forschungsfrage nach den Auswirkungen des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs und des Gleichrangverhältnisses von EGH und Pflege auf den Verwaltungsvollzug und die Bewilligungspraxis der EGH-Träger nachzugehen. Entsprechend der Heterogenität war die Datenerhebung für den Zwischenbericht 2019 darauf ausgerichtet, zunächst die unterschiedlichen Erprobungsansätze zu erfassen und erste Erkenntnisse zur Praxis an den Schnittstellen EGH und Pflege zu erheben. Die ersten Befunde aus maximal sechs Modellprojekten lassen sich wie folgt zusammenfassen:
Überschneidungen zwischen EGH und Pflege (SGB XI und XII) betreffen alle Kernbereiche der sozialen Teilhabe und speziell die kompensatorischen Assistenzleistungen der EGH (vgl. RB 2). Die Überschneidungen bzw. Schwierigkeiten resultieren v.a. für die EGH-Leistungsträger in erheblichen Schwierigkeiten bei der Bedarfsermittlung und Maßnahmenplanung.
Die Potenziale einer zwischen den Leistungsträgern abgestimmten Leistungserbringung werden in den ersten Arbeiten zur Erprobung jedoch auch deutlich. Zu deren Erschließung soll nach Ansicht der Modellprojekte die Implementierung der gemeinsamen Bedarfsermittlung und Hilfeplanung (Teilhabe- bzw. Gesamtplanverfahren) verbessert werden. Dazu gehöre auch, dass Leistungsangebote und Verantwortlichkeiten der jeweiligen Leistungsträger genauer definiert und voneinander abgrenzt werden müssten. Letztlich wird durch die Modellprojekte aufgezeigt, dass es einer „Lösung des Gleichrangverhältnisses“ von SGB IX und SGB XI durch den Gesetzgeber bedarf.

Aus Sicht der Begleitforschung stoßen die Modellprojekte, die zu der Forschungsfrage 3.1 arbeiten und bereits erste Erkenntnisse gewonnen haben, an die bestehenden „Systemgrenzen“ von EGH und Pflege. Damit sind gleichzeitig Grenzen dafür gesetzt, was überhaupt erprobt werden kann. Abgrenzungskriterien und Bedingungen zur Ermittlung und Feststellung der Bedarfe fehlen bzw. werden teilweise erst von den Modellprojekten gesetzt um überhaupt erprobt werden zu können. Es gibt also kaum „Konkretes“, was ohne weiteres erprobt werden kann. Die Erprobung stellt auch hohe Anforderungen daran, sich überhaupt in die Systeme „hineinzuarbeiten“. Dementsprechend befindet sich das Gros der Projekte noch in der „Findungs- und Konzipierungsphase.“

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Frage 3.2 (Umsetzung und Praxistauglichkeit der Verfahrensschritte gem. § 13 Abs.4 SGB XI)

Die Modellprojekte stehen bei der Erprobung der Forschungsfrage 3.2 erst in den Anfängen. Es liegen erst von einem Projekt Ergebnisse vor, die auf der Basis von mehr als drei Fällen ermittelt wurden.

Mit dem Verfahren betreten alle Modellprojekte Neuland – ebenso die Pflegekassen, die nach Angaben der Modellprojekte oftmals erst über das Instrument der „Leistung wie aus einer Hand" aufgeklärt werden müssen.

Die Schlüsselfrage, sowohl für die Gewinnung von Erkenntnissen über die Praxistauglichkeit als auch die Erprobung selbst, ist die Gewinnung von Leistungsberechtigten, die Interesse an einer Leistungsbündelung haben. Es bedarf persönlicher Kommunikation um Leistungsberechtigte bzw. deren gesetzliche Betreuer_innen für das Verfahren zu gewinnen. Zudem ist nach den bisherigen Erfahrungen der Modellprojekte eine gezielte Kommunikation hin zu den Pflegekassen wichtig, um eine Leistungsbündelung anzubahnen. Die Modellprojekte, die schon so weit sind, haben in dieser Hinsicht vielfältige Aktivitäten entwickelt.

Die Praxistauglichkeit des Verfahrens wird von den Modellprojekten als kritisch eingeschätzt. Sie benennen Hürden sowohl aus der Perspektive der Leistungsberechtigten und der Pflegekassen als auch des EGH-Trägers. Der Aufwand für alle Beteiligten sei hoch und stehe in keiner angemessenen Relation zu dem Nutzen, den sie daraus ziehen können. Für die Leistungsberechtigten sei der Nutzen des Verfahrens nur schwer vermittelbar.

Der von Seiten der Modellprojekte angemerkte Klärungsbedarf und ihre Hinweise beziehen sich angesichts dieser Bewertungen eher auf Detailfragen.

In Bezug auf die Datenqualität (Online-Datentabellen) sollten die an die Begleitforschung gemeldeten Daten im weiteren Verlauf der Erprobung von den Modellprojekten stärker auf ihre Plausibilität hin überprüft und ggf. korrigiert werden.

Frage 3.3 (Lebenslagenmodell)

Die Modellprojekte stehen noch am Anfang der Erprobung zu den Auswirkungen des Lebenslagenmodells auf Veränderungen in Einkommenssituation der Leistungsberechtigten sowie auf die Bewilligungs- und Verwaltungspraxis der Leistungsträger. Bislang bereiten die Modellprojekte mehrheitlich die Erprobung organisatorisch vor und ermitteln erste Fälle für die Stichprobe. Im derzeitigen Stadium der Erprobung bereitet den Modellprojekten die Auswahl bzw. Identifikation von Leistungsberechtigten, die künftig vom Lebenslagenmodell umfasst sind, Schwierigkeiten. Die EGH-Träger verfügen teilweise nicht über alle Angaben zu einer leistungsberechtigten Person (wie Bezug von Leistungen der HzP oder Pflege, erstmaliger EGH-Bezug vor Erreichen der Regelaltersgrenze) die notwendig sind, um zu bestimmen, ob eine Person die Voraussetzungen für das Lebenslagenmodell

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

erfüllt. Vor diesem Hintergrund bedarf es für die weitere Erprobung einer gezielteren Ermittlung der Personengruppe, die unter das Lebenslagenmodell fallen würden.
Im Rahmen der Erprobung wurden bisher fünf Leistungsberechtigte identifiziert, die künftig vom Lebenslagenmodell umfasst würden. Eine Auswertung zum aktuellen und künftigen Einkommenseinsatz ergab noch keine aussagekräftigen Antworten auf die Frage nach den Auswirkungen auf die Einkommenssituation der Betroffenen. Auf die Bewilligungs- und Verwaltungspraxis der Leistungsträger wird sich die Einführung des Lebenslagenmodells voraussichtlich dahingehend auswirken, dass künftig von den Leistungsträgern der Pflege, EGH und HzP eine engere Zusammenarbeit bei der Koordination und Abrechnung von Leistungen gefordert ist.

1.4 Regelungsbereich 4 – Wunsch- und Wahlrecht der Leistungsberechtigten

Der derzeitige Stand der Erprobung und die Datenbasis bieten einen ersten Einblick in die Erprobung, können jedoch die Forschungsfragen noch nicht belastbar beantworten. Durch den hohen Abstraktionsgrad der Erprobung des Wunsch- und Wahlrechts bzw. der Regelungen des § 104 SGB IX gestaltet sich die praktische Durchführung der Erprobung teilweise als schwierig. Zwölf Modellprojekte haben sich zum Zeitpunkt der ersten Datenerhebung im April 2019 an der MP-Befragung beteiligt und neun Modellprojekte haben Daten auf der Online-Plattform hinterlegt.

Die Erprobungsansätze sind in Bezug auf die Ausrichtung auf die Forschungsfragen und Stichprobenauswahl heterogen. Die Bedarfsermittlung bildet bei knapp der Hälfte der Modellprojekte den Ausgangspunkt für die Erprobungen. Die Bedarfsermittlungsinstrumente berücksichtigen mehrheitlich die Abfrage und die Dokumentation von Wünschen. Laut Aussage der Modellprojekte werden damit in der derzeitigen Praxis Wünsche, sowohl bei den stationär wie auch ambulant lebenden Leistungsberechtigten, standardmäßig erhoben, festgehalten und geprüft.

Die in der Erprobung bislang erfassten Wünsche (Online-Datentabelle) beziehen sich mehrheitlich auf Leistungen der Sozialen Teilhabe sowie die Gestaltungsmerkmale Person bzw. Qualifikation der Assistenz, Ort und zeitlicher Rahmen/Ablauf der Leistungserbringung. Die Auswertung der Daten zur Entscheidung über die Wünsche ergibt, dass dem Großteil der eingetragenen Wünsche sowohl nach geltendem wie auch künftigem Recht stattgegeben wurde/bzw. würde. Keinem Wunsch, dem nach geltendem Recht entsprochen wird, würde in den bisher untersuchten Fällen künftig nicht entsprochen werden (Forschungsfrage 4.1).

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Die Einschätzungen der MP zu den Auswirkungen der Neuregelung des § 104 SGB IX, insbesondere hinsichtlich des Mehrkostenvorbehalts, sind vage. Die Befragung der Modellprojekte ergibt, dass der Mehrkostenvorbehalt nach deren Angaben auch heute nicht das ausschlaggebende Kriterium für eine Wunschgewährung oder -ablehnung sei. Tendenziell deuten die Befunde aus der Erprobung darauf hin, dass in Zukunft, bei der Prüfung eines Wunsches, der Mehrkostenvorbehalt bzw. die Angemessenheitsobergrenze weniger entscheidungsrelevant sein werden. Die Zumutbarkeitsprüfung, und damit die Berücksichtigung der persönlichen, familiären und örtlichen Umstände einschließlich der Wohnform, würde bei der Entscheidungsfindung an Bedeutung gewinnen (Forschungsfrage 4.2).

Wünsche hinsichtlich der Wohnform beziehen sich in der Mehrzahl der Fälle auf den Wunsch, weiterhin in der gleichen Wohnform zu leben. Nach geltendem Recht wurden elf von 60 erfassten Wünschen nicht entsprochen. Die fiktive Entscheidung auf Wunschgewährung bzw. -ablehnung gem. § 104 SGB IX ergibt, dass künftig neun der derzeit abgelehnten Fälle bewilligt würden. In keinem Fall würde einem nach geltendem Recht entsprochenen Wunsch (hinsichtlich einer ambulanten bzw. stationären Wohnform) künftig nicht entsprochen werden (Forschungsfrage 4.3).

Die Einschätzungen der Modellprojekte zu den Auswirkungen der Neuregelung des § 104 SGB IX auf die Verwaltungspraxis sind noch sehr vage. Ihre Antworten deuten darauf hin, dass die Modellprojekte auch heute bei der Bedarfsermittlung und Hilfe- bzw. Gesamtplanung die Ziele und Wünsche der leistungsberechtigten Person nach unterschiedlichen Standards erfassen und prüfen. Es zeichnet sich aber ab, dass die Modellprojekte künftig eher mehr Zeit auf die Erhebung/Prüfung der Wünsche der Leistungsberechtigten verwenden werden und somit die Prüfung der Zumutbarkeit (Berücksichtigung des persönlichen, familiären und beruflichen Umfelds) ein stärkeres Gewicht erhält (Forschungsfrage 4.4)

1.5 Regelungsbereich 5 – Gemeinsame Inanspruchnahme

Stand und Datenbasis geben einen ersten Einblick in die Erprobung, können die Forschungsfragen jedoch noch nicht belastbar beantworten. Neun Modellprojekte erproben insgesamt die gemeinsame Inanspruchnahme. Bisher liegen Daten zu 63 Fällen aus drei Projekten vor. Dementsprechend steht die Erprobung erst in den Anfängen. Die Erprobungsansätze sind in Bezug auf Ausrichtung auf die Forschungsfragen sowie die Einbeziehung von Leistungserbringern und -berechtigten heterogen. Bedarfsermittlungen bilden bei der Hälfte der Projekte den Ausgangspunkt für die Erprobung. Teilweise erproben Modellprojekte den Regelungsbereich gemeinsam mit den Regelungsbereichen der Assistenzleistungen (Regelungsbereich 2) und dem Wunsch- und Wahlrecht (Regelungsbereich 4):

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Die Erprobung der gemeinsamen Inanspruchnahme bezieht sich gegenwärtig vor allem auf Leistungsberechtigte in besonderen Wohnformen (51 von 63 Fällen). Sie erhalten mehrheitlich Assistenzleistungen, Leistungen zum Erwerb und Erhalt praktischer Fähigkeiten und Leistungen zur Erreichbarkeit einer Ansprechperson in gemeinsamer Inanspruchnahme. Leistungserbringer prägen in der derzeitigen Praxis noch maßgeblich die Entscheidung über das „Wie“ der Leistungserbringung (Forschungsfrage 5.1).

Es liegen erste Einschätzungen von drei Modellprojekten zu Problemen der gemeinsamen Inanspruchnahme aus Sicht von Leistungsberechtigten, Leistungserbringern und Leistungsträgern vor. Insgesamt sind diese Einschätzungen noch als anekdotisch zu betrachten und erlauben noch nicht, ein klares Bild über Probleme bei der gemeinsamen Inanspruchnahme zu zeichnen (Forschungsfrage 5.2).

Mit Blick auf die Zukunft sind die Aussagen der Modellprojekte, ob künftig häufiger Wünsche hinsichtlich der gemeinsamen oder individuellen Inanspruchnahme von Leistungsberechtigten benannt würden, nicht eindeutig. Tendenziell lässt sich aus den Ergebnissen der Befragung ableiten, dass künftig stationär lebende Leistungsberechtigte häufiger etwaige Wünsche äußern werden (Forschungsfrage 5.3).

Die Einschätzungen der Modellprojekte zu den Auswirkungen der Neuregelung des § 116 Abs. 2 SGB IX auf die Verwaltungspraxis bleiben noch sehr vage. Ihre Antworten hinsichtlich möglicher Auswirkungen auf die Steuerungsfähigkeit von Leistungen deuten auf Herausforderungen in der Steuerung von EGH-Leistungen selbst hin (Forschungsfrage 5.4), da derzeit kaum Daten zur Bewilligung von Leistungen in gemeinsamer Inanspruchnahme erfasst sind bzw. den Modellprojekten nicht bekannt ist, welche Steuerungsdaten künftig erfasst werden (Forschungsfrage 5.4).

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

1.6 Regelungsbereich 6 – Trennung der Fachleistungen der EGH von den Leistungen zum Lebensunterhalt

Insgesamt ist die Erprobung im Regelungsbereich 6 weit vorangeschritten und ermöglicht eine erste Einschätzung zur Auskömmlichkeit der KdU und den Auswirkungen der Trennung der Leistungen auf Bewilligungs-, Verwaltungs- und Kalkulationspraxis. Landesrahmenverträge werden dringlich für Prozessbeschreibungen, Übergangslösungen und die Berechnung von Kostenpunkten benötigt. Sowohl Leistungsträger als auch -erbringer rechnen durch die Neuregelung mit grundlegenden Veränderungen in ihrer bisherigen Praxis und empfinden vor allem die Zuordnung von Sonderflächen und Personalplanung/Personaleinsatz (sowohl hinsichtlich Qualifikation als auch hinsichtlich Umfang des Personalkörpers) als Herausforderung. Insgesamt wird ein deutlicher zeitlicher Mehraufwand erwartet, der bei Trägern der EGH und Trägern der Grundsicherung, vor allem bei der Fallbearbeitung, hervortritt. Auch auf Seiten der Leistungsberechtigten und/oder ihrer gesetzlichen Betreuer_innen sind für die Modellprojekte Veränderungen absehbar, die sich analog zu den EGH- und Grundsicherungsträgern in einem erhöhten Zeitaufwand (z.B. durch die doppelte Antragsstellung) widerspiegeln. Auf Leistungsberechtigte komme mehr Eigenverantwortung bezüglich Alltagsgestaltung, mehr Handlungsmöglichkeiten und damit verbundene Entscheidungsfindung und der selbstständigen Umgang mit Geldmitteln zu (Forschungsfragen 6.1, 6.3 und 6.4).

Die Aufteilung der Gesamtflächen in Wohn- und Fachleistungsfläche bei den in den Modellprojekten untersuchten Fällen liegt im Mittel bei 73 Prozent Wohn- und 27 Prozent Fachleistungsfläche und somit unter der Standardaufteilung von 80 Prozent / 20 Prozent. Die Höhe der KdU liegt überwiegend über der Vergleichsmiete, aber unterhalb der Angemessenheitsgrenze (§ 45 a Abs. 5 Satz 4 SGB XII i.d.F. ab 01.01.2020 – „125 Prozent“). Bei knapp einem Fünftel aller Fälle liegen die KdU über der Angemessenheitsgrenze, bei einem Drittel unter der Vergleichsmiete. Die der Berechnung zugrunde gelegte Vergleichsmiete ist mehrheitlich die durchschnittliche Warmmiete der Einpersonenhaushalte mit Bezug von SGB XII/SGB II, aber auch der Mietspiegel des Landes und die örtliche Vergleichsmiete werden teilweise als Vergleichswert herangezogen.
Insgesamt gibt es viele Unklarheiten in Bezug auf die Kalkulation der Kosten der Unterkunft. Dies zeigt sich auch in der Fülle des von den Modellprojekten gemeldeten Klärungsbedarfs (Forschungsfrage 6.2).

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

1.7 Regelungsbereich 7 – Sicherungsmechanismus „Betrag zur freien Verfügung“

Die Erprobung in Regelungsbereich 7 steht am Anfang. Das Fehlen von Landesrahmenverträgen in den meisten Bundesländern sorgt für Unsicherheit in der Vorbereitung und verzögert das Voranschreiten in der Erprobung.

Der Großteil der Projekte erprobt Regelungsbereich 7 anhand der gleichen Stichprobe wie Regelungsbereich 6. Die Zusammenarbeit mit Leistungserbringern spielt eine wichtige Rolle und wird von Seiten der Modellprojekte als wichtig und gewinnbringend wahrgenommen. Insgesamt stehen Leistungsträger, Leistungserbringer und Leistungsberechtigte vor großen Herausforderungen, die sich aus Sicht der Modellprojekte für die Leistungsberechtigten vor allem in einer stärker erforderlichen Selbstorganisation und Verantwortung für den Umgang mit Geldmitteln und Konten ausdrückt. Leistungsträger und -erbringer sehen sich vor allem mit Unklarheiten und einer eingeschränkten Planbarkeit hinsichtlich Leistungsangebot und fehlenden Richtlinien konfrontiert (Forschungsfrage 7.1).

Ob für die Leistungsberechtigten ersichtlich ist, welcher Anteil vom Regelsatz für sie zur freien Verfügung verbleibt, können die Modellprojekte noch nicht beantworten (Forschungsfrage 7.2).

Von 170 für die Erprobung des Regelungsbereichs 7 gemeldeten Fällen konnte bisher nur ein Modellprojekt Simulationsberechnungen für 13 Fälle durchführen. Bei den 13 Leistungsberechtigten, für die Barbetrag, Bekleidungspauschale und freie Barmittel berechnet wurden, lag der „Betrag zur freien Verfügung“ deutlich über dem aktuellen Barbetrag plus Bekleidungspauschale. Dies ist jedoch ein Einzelbefund, dem, zum derzeitigen Stand der Erprobung, nur wenig Aussagekraft beigemessen werden kann (Forschungsfrage 7.3).

Auch hinsichtlich der Auswirkungen auf die Verwaltungspraxis lassen sich noch keine validen Erkenntnisse aus der Erprobung ableiten (Forschungsfrage 7.4).

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

2. Einleitung

2.1 Projekte zur modellhaften Erprobung

Mit dem „Gesetz zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen“ vom 23.12.2016 – Bundesteilhabegesetz (BTHG)“ wurde eine mehrstufige Reform des Sozial- und Rehabilitationsrechts eingeleitet. Damit wird die deutsche Rechtslage an den Geist und Inhalt der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) angepasst. Im Zentrum steht dabei, die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen stufenweise aus dem Sozialhilferecht (SGB XII) herauszulösen und als Teil 2 im Neunten Buch Sozialgesetzbuch in das Teilhaberecht zu integrieren. Die Eingliederungshilfe (EGH) wird von einer einrichtungszentrierten Leistung zu einer personenzentrierten Leistung ausgerichtet. Fachleistungen werden von existenzsichernden Leistungen getrennt. Die Novellierung verfolgt zwei zentrale Ziele: Zum einen soll das Selbstbestimmungsrecht und die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen gestärkt werden. Zum anderen ist beabsichtigt, vor allem durch eine Straffung der Verfahren, die Kostenentwicklung der Eingliederungshilfe zu dämpfen.
Das neue Eingliederungshilferecht tritt in seinen wesentlichen Teilen zum 1.1.2020 als Teil 2 des BTHG in Kraft (Art. 26 Abs. 4 Ziffer 1 BTHG). Damit ist ein tiefgreifender Systemwechsel verbunden, dessen Umsetzung wissenschaftlich begleitet und unterstützt wird. Dazu hat der Gesetzgeber mit der Verabschiedung des BTHG zugleich eine modellhafte Erprobung der zum 1.1.2020 in Kraft tretenden Verfahren und Leistungen einschließlich ihrer Bezüge zu anderen Leistungen der sozialen Sicherung beschlossen (Art. 25 Abs. 3 BTHG). Von der Erprobung der Regelungen werden – noch vor deren Inkrafttreten – frühzeitige Rückschlüsse auf etwaige Änderungsbedarfe erwartet.

Auf Basis der Richtlinie des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) vom 23.07.2017 wurden im Einvernehmen mit den Ländern 31 Modellprojekte ausgewählt und seit 2018 durch das BMAS gefördert. Deren Aufgabe ist es „die materiell-rechtliche Anwendung der künftigen Vorschriften und ihre praktischen Auswirkungen noch vor dem Inkrafttreten zum 1. Januar 2020 […] modellhaft bei ausgewählten Leistungsträgern zu erproben. Im Einvernehmen mit den zuständigen obersten Landesbehörden sollen [sie] hierzu parallel zur regulären Anwendung geltender Vorschriften einen ‚repräsentativen Fallbestand‘ (vgl. amtliche Begründung zu Artikel 25 Absatz 3 BTHG) aus ihrem Zuständigkeitsbereich spiegelbildlich auch nach den Vorschriften des künftigen Rechts, zum Beispiel „virtuell", bearbeiten (modellhafte Fallbearbeitung). Dabei ist der Begriff der Repräsentativität so auszulegen, dass durch die Ergebnisse der modellhaften Fallbearbeitung belastbare Rückschlüsse auf die flächendeckende Wirkung der so erprobten Regelungsbereiche

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

möglich sind. Andere Bearbeitungsformen als die modellhafte Fallbearbeitung sind zulässig, soweit sie den Förderzielen entsprechen."
Folgende sieben Regelungsbereiche des Art. 1 Teil 2 des BTHG sind gem. der Förderrichtlinie des BMAS Gegenstand der Erprobung:

1. Einkommens- und Vermögensanrechnung gem. §§ 135 ff. SGB IX
2. Assistenzleistungen als Leistung der sozialen Teilhabe gem. § 113 Abs. 2 i.V.m. § 78 SGB IX
3. Rangverhältnis zwischen Leistungen der Eingliederungshilfe und der Leistungen der Pflege gem. § 91 SGB IX und § 103 SGB IX
4. Prüfung der Zumutbarkeit und Angemessenheit gem. § 104 SGB IX
5. Gemeinschaftliche Leistungserbringung gem. § 116 SGB IX
6. Trennung von Fachleistungen der EGH von existenzsichernden Leistungen
7. Bezüge zu anderen Leistungen der sozialen Sicherung, insbesondere soweit sie Gegenstand des Gesamtplanverfahrens sind.

2.2 Auftrag der Begleitforschung

Aufgabe der Begleitforschung ist, die Erprobung der vorgestellten sieben Regelungsbereiche des BTHG zu begleiten und wissenschaftlich zu untersuchen. Dabei sind folgende übergeordnete Fragestellungen zu beantworten:

- Welche Auswirkung hat die Herauslösung der Eingliederungshilfe aus dem „Fürsorgesystem" der Sozialhilfe auf
  - die persönliche Situation der betroffenen Menschen sowie
  - auf die Leistungssituation der Träger der Eingliederungshilfe?
- Welche qualitativen und quantitativen Veränderungen lösen die Neuregelungen im Vergleich zur vorherigen Regelungssituation aus?

Diese leitenden Fragestellungen wurden vom BMAS im Einvernehmen mit den Ländern und dem Bundesministerium für Gesundheit weiter in spezifische forschungsleitende Fragen für die einzelnen Regelungsbereiche konkretisiert:

1. Einkommens- und Vermögensheranziehung

1.1. Welche finanziellen Auswirkungen hat die veränderte Einkommensheranziehung (Betrag nach § 136 ff. SGB IX) auf die Einkommenssituation der Betroffenen?
1.2. In welchem Umfang führen die Neuregelungen des Einkommenseinsatzes zu einer Veränderung der Anzahl der Leistungsempfänger?
1.3. In welchem Umfang führt die Veränderung des Vermögenseinsatzes (Begriff des Vermögens nach § 139 SGB IX) zu einer Ausweitung der Leistungsempfänger in der Eingliederungshilfe?
1.4. Welche Auswirkungen hat der Systemwechsel (Umstellung von der sozialhilferechtlichen Berechnung des Einkommens und des Einkommenseinsatzes auf

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

die zukünftige Zugrundelegung der Summe der Einkünfte bzw. der Bruttorente und der Ermittlung des Beitrags nach § 137 SGB IX) auf den Verwaltungsvollzug?

2. Assistenzleistungen

2.1. Hat der neu eingefügte Leistungstatbestand "Assistenzleistungen" (§113 Abs. 2, Nr. 2 in Verbindung mit §78 SGB IX) Auswirkungen auf die Bewilligungs- und die Verwaltungspraxis der Leistungsträger? Falls ja, welche?
2.2. Trägt der Leistungstatbestand dazu bei, dass die entsprechenden in einer vollstationären Einrichtung erbrachten Leistungen umfänglich aufgefangen werden? Wenn nein, wo gibt es Lücken?
2.3. Ist die Differenzierung von Assistenzleistungen nach §78 Abs. 2 SGB IX zur Übernahme von Handlungen einschließlich der Begleitung und der qualifizierten Assistenz praxistauglich?
2.4. In welchem Umfang werden Leistungen für Assistenz an Mütter und Väter mit Behinderungen bei der Versorgung und Betreuung ihrer Kinder gewährt? Sichert die korrespondierende Regelung im Gesamtplanverfahren, dass die jeweils zuständigen Leistungsträger ihre Leistungsverantwortung wahrnehmen?
2.5. In welchem Umfang werden im Zusammenhang mit der Ausübung eines Ehrenamtes Aufwendungen für eine notwendige Unterstützung im Rahmen familiärer, freundschaftlicher, nachbarschaftlicher oder ähnlich persönlicher Beziehungen erstattet? In welchem Umfang durch eine Assistenzkraft?
2.6. Führt die vorrangige Inanspruchnahme familiärer, freundschaftlicher, nachbarschaftlicher oder ähnlich persönlicher Beziehungen bei der Bewilligung von Assistenzleistungen für Personen, die ein Ehrenamt ausführen, zu Veränderungen bei der Bereitschaft, sich ehrenamtlich zu engagieren?

3. Umsetzung des Rangverhältnisses zwischen Leistungen der EGH und Leistungen der Pflege

3.1. Welche Auswirkungen hat das Verhältnis von Leistungen der Pflege und Leistungen der Eingliederungshilfe nach § 91 Abs. 3 SGB IX unter Zugrundelegung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs mit seinen Teilhabelementen auf den Verwaltungsvollzug und die Bewilligungspraxis?
3.2. Sind die Verfahrensschritte beim Zusammentreffen beider Leistungen praxistauglich (auf der Basis der noch in Abstimmung befindlichen Empfehlung gemäß § 13 Abs.4 SGB XI) und werden sie berücksichtigt?
3.3. Welche Auswirkung hat die Einführung des „Lebenslagenmodells“ nach § 103 Abs. 2 SGB IX auf den Verwaltungsvollzug, die Bewilligungspraxis und die Einkommenssituation der Betroffenen?

4. Prüfung der Zumutbarkeit und Angemessenheit

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

4.1. Hat die Regelung des § 104 SGB IX Auswirkungen auf die Berücksichtigung des Wunsch- und Wahlrechts der Leistungsberechtigten? Wenn ja, in welchem Umfang?
4.2. Ergeben sich für die Leistungsberechtigten Veränderungen gegenüber dem geltendem Recht (insbesondere § 9 SGB XII)? Falls ja, welche?
4.3. Hat die Neuregelung des § 104 SGB IX im Vergleich zum geltenden Recht Auswirkungen hinsichtlich der gewünschten Wohnform? Falls ja, welche?
4.4. Führt die Neureglung des § 104 SGB IX zu Veränderungen in der Verwaltungspraxis? Falls ja, welche?

5. Möglichkeit der gemeinsamen Inanspruchnahme

5.1. In welchem Umfang wird von der gemeinsamen Inanspruchnahme Gebrauch gemacht? Bei welchen Leistungen?
5.2. Sind Probleme bei der gemeinsamen Inanspruchnahme erkennbar? Wenn ja, welche?
5.3. Haben die Regelungen des § 116 Abs. 2 SGB IX Auswirkungen auf die Berücksichtigung des Wunsch- und Wahlrechts der Leistungsberechtigten? Ergeben sich für die Betroffenen insoweit Veränderungen gegenüber dem geltenden Recht? Falls ja, welche?
5.4. Führt die Neureglung des § 116 Abs. 2 SGB IX zu Veränderungen in der Verwaltungspraxis, insbesondere hinsichtlich der Steuerungsfähigkeit der Leistungen? Falls ja, welche?

6. Abgrenzung der neuen Leistungen EGH (Fachleistungen) von existenzsichernden Leistungen

6.1. Welche Auswirkungen hat die Trennung der Fachleistungen der EGH von den Leistungen zum Lebensunterhalt auf die Bewilligungspraxis der Leistungsträger und für die Leistungsberechtigten?
6.2. Ist die in § 42a Abs. 5 SGB XII normierte Angemessenheitsgrenze für zu bewilligende KdU auskömmlich im Sinne der gesetzlichen Definition? Falls nein, in welchem Umfang wird diese Grenze überschritten und die übersteigenden KdU den Fachleistungen der Eingliederungshilfe zugeordnet?
6.3. Welche Auswirkungen hat die Trennung der Fachleistungen der Eingliederungshilfe von den Leistungen zum Lebensunterhalt auf die Verwaltungspraxis?
6.4. Welche Auswirkungen hat die Trennung der Fachleistungen der Eingliederungshilfe von den Leistungen zum Lebensunterhalt auf die Kalkulationspraxis der Leistungserbringer, insbesondere hinsichtlich der nach geltendem Recht vorgesehenen Vergütungsvereinbarungsbestandteile Grundpauschale, Maßnahmenpauschale sowie Investitionsbetrag (§ 76 Abs. 2 SGB XII)?

7. Bezüge zu anderen Leistungen der sozialen Sicherung im Gesamtplanverfahren

7.1. Wie wirkt der beschriebene Sicherungsmechanismus?

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

7.2. Ist für den Leistungsberechtigten klar ersichtlich, welcher Anteil am Regelsatz ihnen nach Abzug fixer Kosten verbleibt?
7.3. In welcher (absoluten) Höhe verbleiben diese finanziellen Mittel den Leistungsberechtigten im Einzelfall?
7.4. Hat der oben beschriebene Sicherungsmechanismus Auswirkungen auf die Verwaltungspraxis? Falls ja, welche?

Die Ergebnisse der wissenschaftlichen Untersuchung sollen eine Entscheidungsgrundlage für den Gesetzgeber dahingehend bilden, ob

- die Neuregelungen modifiziert werden müssen und
- strukturelle Veränderungen am Gesamtsystem notwendig werden, um die Ziele des Reformvorhabens zu erreichen.

Ein wichtiger Teil des Auftrags der Begleitforschung ist zudem, die Projekte bei der Erprobung zu begleiten und zu beraten. Dies betrifft vor allem die Ausrichtung der Erprobung auf die Beantwortung der Forschungsfragen und umfasst insbesondere methodische und technische Aspekte der Datenerhebung. Ziel der Beratung ist, eine belastbare, aussagekräftige Datenqualität für die wissenschaftliche Untersuchung zu gewährleisten.

2.3 Aufgabe und Aufbau des Berichts

Nachdem sich der erste Zwischenbericht vom 4. November 2018 auf die Beschreibung des Untersuchungsauftrags und die Konzeption der Begleitforschung konzentrierte, stellt der vorliegende Zwischenbericht den Stand und erste Ergebnisse der Untersuchung zur modellhaften Erprobung dar. Er liefert damit die ersten Antworten auf die forschungsleitenden Fragen und Befunde dahingehend, welche Folgen sich bei der materiell-rechtlichen Anwendung der künftigen Vorschriften des BTHG abzeichnen. Zum jetzigen Zeitpunkt werden dafür primär die Erfahrungen, welche die Modellprojekte als Leistungsträger der Eingliederungshilfe in der Erprobung gemacht haben, herangezogen. Punktuell wird auf die Perspektive von Leistungserbringern eingegangen (vor allem Regelungsbereich 6 – Abgrenzung der neuen Leistungen EGH (Fachleistungen) von existenzsichernden Leistungen). Auswirkungen auf die Leistungsberechtigten wurden hypothetisch-rechnerisch für ausgewählte Regelungsbereiche ermittelt (vor allem zum Regelungsbereich 1 – Einkommen) und es wurden erste Pilotinterviews mit Leistungsberechtigten geführt, die in die Erprobung der Modellprojekte einbezogen sind.
Nach der Einleitung zum Bericht wird zunächst übergreifend auf die Modellprojekte und den Stand der Erprobung eingegangen (Kapitel 3). Diese Informationen sind wichtig für die Wahl und das Verständnis der eingesetzten Methodik (Kapitel 4). Insbesondere sind sie sie aber relevant für die Interpretation der Befunde zum Stand und den ersten Ergebnissen der Erprobung. Diese sind in Kapitel 5 enthalten, das in die einzelnen Regelungsbereiche, die erprobt werden, gegliedert ist.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

3. Die Modellprojekte und Stand der Erprobung

3.1 Voraussetzungen für die Erprobung: Merkmale der Modellprojekte

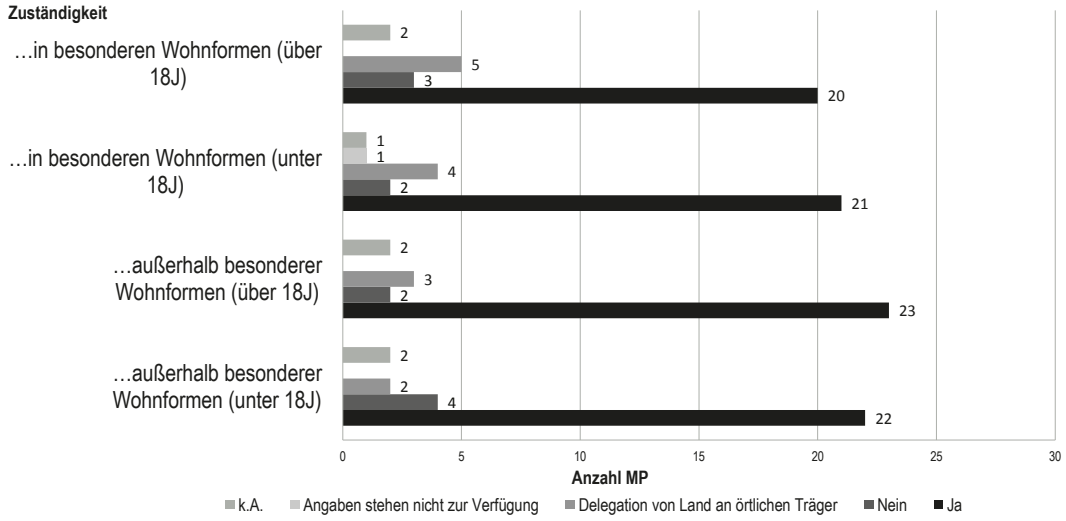
In diesem Kapitel werden zunächst zentrale Eckdaten zu den Ausgangsvoraussetzungen der Modellprojekte für die Erprobung sowie zum Stand der Modellprojekte aufgezeigt. Dies sind wichtige Faktoren, die bei der Entwicklung des methodischen Designs der Begleitforschung (vgl. Kapitel 4) zu berücksichtigen waren und relevant für die Interpretation der Erkenntnisse und Ergebnisse sind, die bisher durch die Erprobung gewonnen wurden. Sie bedingen eine ausgeprägte Heterogenität der Erprobungsansätze der einzelnen Modellprojekte in den jeweiligen Regelungsbereichen des BTHG und letztendlich auch einen sehr unterschiedlichen Stand in der Erprobung.
Zum Stand April 2019 führten insgesamt 30 Modellprojekte in 15 Bundesländern (kein Projekt im Land Berlin) die Erprobung durch. Ein bewilligtes Projekt wurde aufgrund von Personalmangel nicht umgesetzt und nahm die Förderung nicht in Anspruch. Ein Träger ist dabei mit zwei Projekten, einem Verbundprojekt mit einem anderen Träger sowie einem eigenständigen Projekt zum Regelungsbereich 3 (Rangverhältnis zwischen Leistungen der EGH und Leistungen der Pflege) vertreten.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

3.1.1 Träger der Modellprojekte

Die Träger der Modellprojekte sind allesamt Träger der Eingliederungshilfe, jedoch mit unterschiedlichen Zuständigkeiten für Menschen mit Behinderungen in und außerhalb besonderer Wohnformen sowie für die Altersgruppen über und unter 18 Jahren. Dies zeigt die folgende Abbildung.

Abbildung 3.1-1: Zuständigkeiten der Träger der Modellprojekte in der EGH



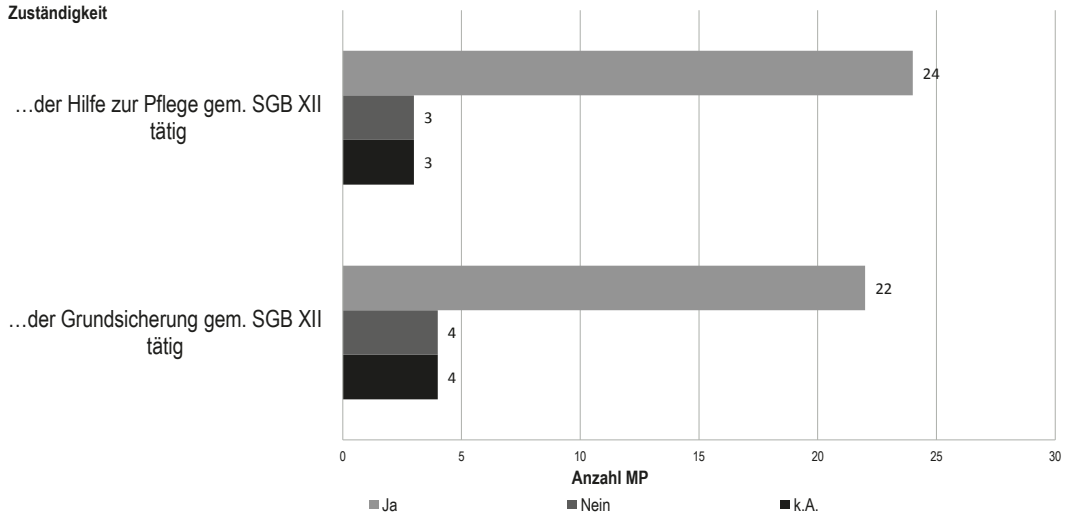
Quelle: Online-Datentabellen aggregierte Daten der MP, N=30

Unter den Trägern der Modellprojekte finden sich sowohl überörtliche als auch örtliche Träger der EGH. Einige örtliche Träger (beispielsweise in Sachsen-Anhalt) nehmen dabei im Wege der Delegation Aufgaben der überörtlichen Träger wahr.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Das Gros der Träger fungiert gleichzeitig auch als Träger der Grundsicherung gem. SGB XII (22 Modellprojekte) oder als Träger der Hilfe zur Pflege gem. SGB XII (24 Modellprojekte). Dies ist vor allem für die Erprobung der Regelungsbereiche 6 und 7 (Trennung der Fachleistungen der EGH von den Leistungen zum Lebensunterhalt, und Sicherungsmechanismus zum Barbetrag) bzw. des Regelungsbereichs 3 (Rangverhältnis zwischen Leistungen der EGH und Leistungen der Pflege) von Relevanz.

Abbildung 3.1-2: Zuständigkeiten der Träger der Modellprojekte für Leistungen außerhalb der EGH

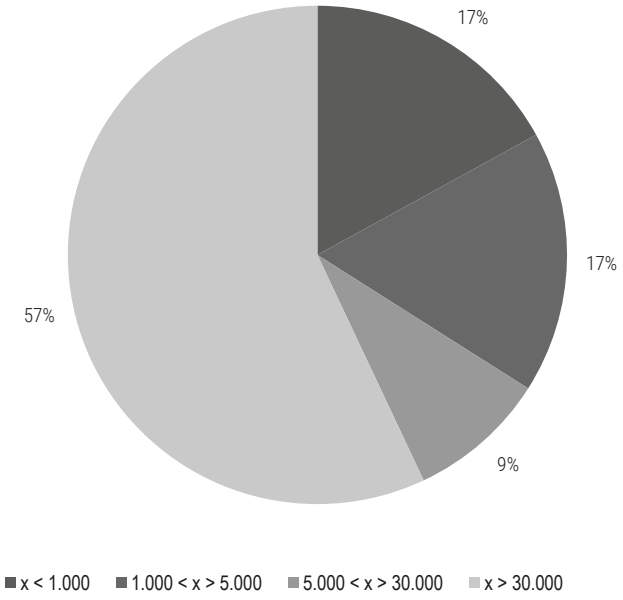


Quelle: Online-Datentabellen aggregierte Daten der MP, N=30

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Des Weiteren variiert die Größe der Träger – gemessen an der Zahl der EGH-Leistungsbeziehenden in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich – beträchtlich. Der in dieser Hinsicht „kleinste“ Träger ist das Landratsamt Sonneberg mit knapp 700 Leistungsbeziehenden. Die „größten“ Träger sind die Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe mit je über 70.000 Leistungsbeziehenden. Der überwiegende Teil der Träger (57 Prozent) bewegt sich in der Größenordnung zwischen 1.000 und 5.000 Leistungsbeziehenden:

Abbildung 3.1-3: Größe der Träger nach Anzahl Leistungsbeziehender



Quelle: Online-Datentabellen aggregierte Daten der MP, N=22

Insgesamt verdeutlichen diese wenigen Kennziffern zu den involvierten EGH-Trägern, dass die Modellprojekte die Erprobung vor einem heterogenen Hintergrund durchführen. Dieser bildet auch die Heterogenität von Regelungen, Strukturen und Verfahren für die Umsetzung des Teilhaberechts für Menschen mit Behinderungen in Deutschland ab. Die Trägerstrukturen der Modellprojekte stellen allerdings keine statistisch valide repräsentative Stichprobe dar, da die Modellprojekte durch ein Antragsverfahren ausgewählt wurden, bei dem eine Vielzahl von Voraussetzungen zu erfüllen war.

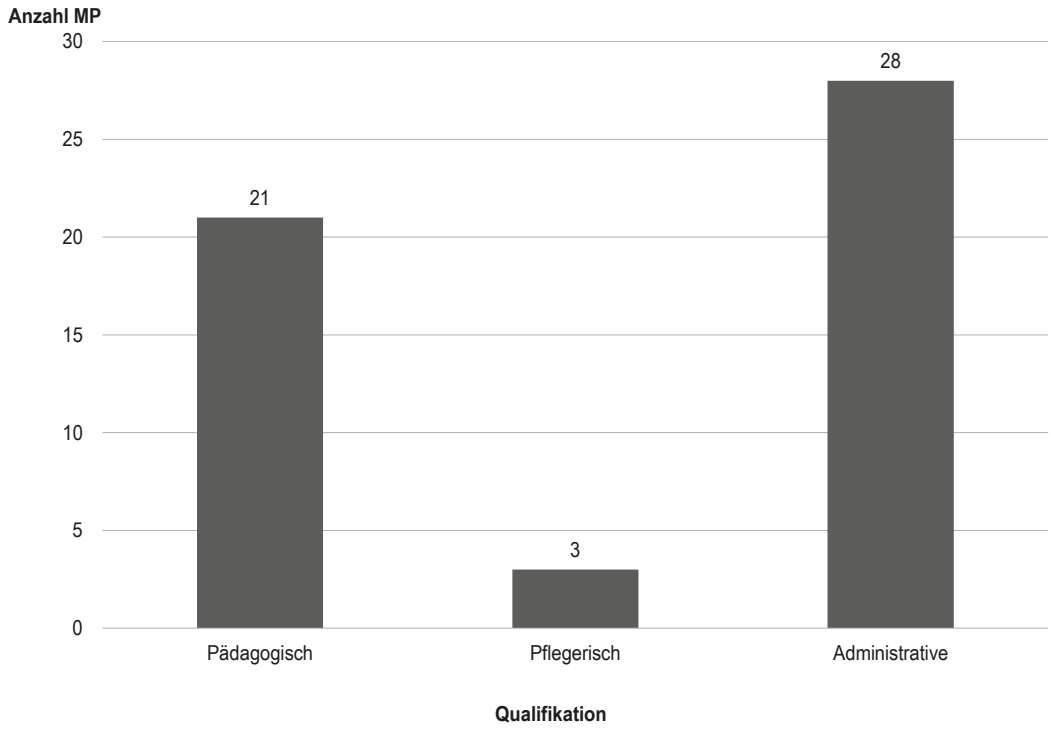
3.1.2 Ressourcen der Modellprojekte

Nicht nur die Spannbreite der Größenordnungen der Träger der Modellprojekte ist groß (s.o.), sondern auch die der finanziellen Ausstattung der Modellprojekte. Das durchschnittliche Fördervolumen eines Modellprojekts beträgt 846.000 Euro, der

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Maximalwert liegt bei 2,64 Millionen Euro und der Minimalwert bei 207.000 Euro.[1] Da über diese Mittel im Wesentlichen Personal gefördert wird, wird deutlich, wie unterschiedlich der Personaleinsatz von Projekt zu Projekt ist. Davon hängen wiederum die gewählten Erprobungsansätze ab. So erproben „kleine" Modellprojekte typischerweise eher Neufälle, während „große" Projekte in der Lage sind, Verfahren für die Umsetzung neuer Regelungen (einschließlich Handbüchern) zu entwickeln und auf dieser Basis dann Simulationsberechnungen für große Stichproben an Bestandsfällen durchzuführen. Ein weiterer Faktor, der die Erprobung beeinflusst, ist die Qualifikation des Personals. Wie aus der folgenden Abbildung deutlich wird, dominiert in den Modellprojekten Personal mit einer administrativen Qualifikation (28 Modellprojekte setzen es ein), gefolgt von pädagogischen Qualifikationen (21 Modellprojekte). Nur drei Modellprojekte verfügen über Personal mit einem pflegerischen Hintergrund.

Abbildung 3.1-4: Qualifikationshintergrund der Mitarbeitenden in den Modellprojekten



Quelle: Online-Datentabellen aggregierte Daten der MP, N=28

Der Qualifikationshintergrund der Mitarbeitenden in den Modellprojekten bestimmt die Art und Weise, wie erprobt wird. So bauen einige Modellprojekte die Erprobung

[1] GSUB, April 2018: Übersicht über bewilligte Anträge der modellhaften Erprobung. Unveröffentlicht.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

auf Ergebnissen des Gesamtplanverfahrens auf, während bei anderen die Durchführung des Gesamtplanverfahrens Teil der Erprobung ist.
Die unterschiedlichen Ressourcen der Modellprojekte sind also ein weiterer Faktor, der die Erprobung beeinflusst und zu einem heterogenen Vorgehen führt.

3.2 Ausrichtung der Erprobung auf die Regelungsbereiche und Forschungsfragen

Die Modellprojekte bearbeiten die unter Abschnitt 2.2 aufgeführten Regelungsbereiche in unterschiedlichem Maße. Nur einige erproben alle sieben Regelungsbereiche. Andere konzentrieren sich auf nur einen Regelungsbereich und wieder andere haben sich für die Erprobung von ausgewählten Regelungsbereichen entschieden. Dies geht aus der folgenden Übersicht hervor. Sie bildet den Stand von Ende April 2019 ab. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Landschaftsverband Rheinland (LVR) neben der Erprobung des Reglungsbereichs 1 und 3 zusätzlich gemeinsam eine Erprobung mit dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) durchführt.

Abbildung 3.2-1: Modellprojekte und Regelungsbereiche

Modellprojekt	Bundesland	RB	RB 1	RB 2	RB 3	RB 4	RB 5	RB 6	RB 7
Bodenseekreis	BW	1-7	x	x	x	x	x	x	x
Rems-Murr-Kreis	BW	1-7	x	x	x	x	x	x	x
Bezirk Oberbayern	BY	1	x						
Kreisverwaltung Ostprignitz-Ruppin	BB	1-6	x	x	x	x	x	x	
Spree-Neiße	BB	1-7	x	x	x	x	x	x	x
Stadt Frankfurt (Oder)	BB	3, 4			x	x			
Teltow-Fläming	BB	3, 4, 7			x	x			x
SFSJFIS Bremen	HB	1	x						
BASFI Hamburg	HH	3, 6			x			x	
Amt für soziale Arbeit Wiesbaden	HE	3			x				
Landeshauptstadt Schwerin	MV	1, 4, 6	x			x		x	

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Stadt Oldenburg	NI	1–6	x	x	x	x	x	x	
Landschafts-verband Westfalen-Lippe (Verbundantrag)	NRW	2, 4, 5, 6		x		x	x	x	
Landschafts-verband Rheinland (Verbundantrag)	NRW	2, 4, 5, 6		x		x	x	x	
Landschafts-verband Rheinland	NRW	1, 3	x		x				
Kreisverwaltung Bad Kreuznach	RP	3			x				
Kreisverwaltung Mainz-Bingen	RP	6						x	
Saarland	SL	6						x	
Kommunaler Sozialverband Sachsen	SN	1, 4, 5	x			x	x		
Landratsamt Mittelsachsen	SN	7							!
Landkreis Börde	ST	1, 3	x		x				
Landkreis Jerichower Land	ST	1–7	x	x	x	x	x	x	x
Landkreis Mansfeld-Südharz	ST	1, 3, 4	x		x	x			
Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration	ST	1–7	x	x	x	x	x	x	x
Kreis Nordfriesland	SH	1–7	x	x	x	x	x	x	x
Kreis Segeberg	SH	3, 6			x			x	
Landeshauptstadt Kiel	SH	6						x	
Landkreis Hildburghausen	TH	1, 3, 5, 6	x		x		x	x	
Landkreis Nordhausen	TH	3, 7			x				x
Landkreis Saalfeld-Rudolstadt	TH	1, 3, 6	x		x			x	
Landratsamt Sonneberg	TH	1, 2, 5, 6, 7	x	x			x	x	x

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Quelle: Zuwendungsbescheide modellhafte Erprobung

Die Begleitforschung durch Kienbaum setzte im September 2018 ein, nachdem alle Projekte bereits Ende 2017 bewilligt waren und die Mehrzahl der Projekte bereits mit den Erprobungen begonnen hatte. Die forschungsleitenden Fragen (Abschnitt 2.2), die gegenüber der allgemein gehaltenen Förderrichtlinie das Erkenntnisinteresse an der Erprobung inhaltlich schärfen und eingrenzen, waren den Modellprojekten bis dahin nicht bekannt. Erst im September 2018 wurden die forschungsleitenden Fragen auf dem Treffen aller Modellprojekte (14. Bis 15. September 2018) mit der Vorstellung des Vorhabens der Begleitforschung präsentiert.

Arbeitsstand

Der Arbeitsstand der Modellprojekte war zu dem Zeitpunkt unterschiedlich weit. Während die ersten Modellprojekte bereits die praktische Erprobung begonnen hatten (beispielsweise Gewinnung von Leistungsberechtigten für die Erprobung, Erstellung von Handbüchern, Definierung von Verfahrensabläufen, Durchführung von Simulationsberechnungen zu Einkommen und Vermögen), waren andere erst mit der konzeptionellen Vorbereitung befasst (Klärung der rechtlichen Grundlagen, Entwicklung des Erprobungsdesigns). Schließlich hat sich die Personalgewinnung bei einigen Projekten als schwierig erwiesen, so dass einige Projekte im September 2019 noch nicht vollständig arbeitsfähig waren.[2] Dieser unterschiedliche Umsetzungsstand der Modellprojekte wirkt sich naturgemäß auf den Stand der gesamten Erprobung aus, so dass es eine Reihe von Modellprojekten gibt, die bisher nur wenige Erkenntnisse generieren konnten, während andere deutlich fortgeschrittener sind. Dazu kommt, dass jedes Modellprojekt seine eigene Zeitplanung hat. Diese sieht teilweise auch vor, mit der Erprobung von einzelnen Regelungsbereichen erst zu einem deutlich späteren Zeitpunkt, also beispielsweise erst nach Inkrafttreten der Regelungen ab dem Jahre 2020, zu beginnen.

Ausrichtung an den Forschungsfragen

Bis zum September 2018 haben die Modellprojekte an der Erprobung auf Basis der in den Förderanträgen bzw. Zuwendungsbescheiden fixierten inhaltlichen Schwerpunkte, des methodischen Vorgehens und der Zeitplanung gearbeitet – allerdings ohne Kenntnis der Forschungsfragen. Diese sind jedoch weitaus spezifischer als die in der Förderrichtlinie benannten Regelungsbereiche. So war der

[2] Die extremsten Beispiele: Ein Modellprojektträger ist aufgrund erfolgloser Personalsuche von der Durchführung des Modellprojekts zurückgetreten. Ein anderes Modellprojekt konnte erst zum Februar 2019 die Stelle der Projektleitung besetzen. Auch bei anderen Modellprojekten hat sich die vollständige Besetzung der Stellen bis in den Dezember hineingezogen. Insgesamt ist ein häufiger Personalwechsel zu verzeichnen.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Regelungsbereich 7 lediglich mit dem Titel: „Bezüge zu anderen Leistungen der sozialen Sicherung, insbesondere soweit sie Gegenstand des Gesamtplanverfahrens sind“ überschrieben. Die Forschungsfragen fokussieren sich jedoch auf den in § 119 Abs. 2 Satz 2 SGB IX geregelten „Sicherungsmechanismus“ für die Barmittel zum Verbleib bei dem Leistungsberechtigten. Ein Modellprojekt hatte bereits die Erprobung in diesem Regelungsbereich auf die Frühförderung ausgerichtet. Der Erprobungsansatz sah vor, dass das Modellprojekt das Gesamtplanverfahren gem. § 117 SGB IX unter Beteiligung einer interdisziplinären Frühförderstelle durchspielt (mit insgesamt ca. 70 Neufällen). In Absprache mit der Begleitforschung und dem Auftraggeber wurden dem Modellprojekt eigene auf das Forschungsdesign des Modellprojekts zugeschnittene Fragen zur Bearbeitung zugewiesen (vgl. Forschungsfragen Frühförderung). Ähnlich verhielt es sich mit dem Regelungsbereich 3 „Umsetzung des Rangverhältnisses von Leistungen der Eingliederungshilfe und Leistungen der Pflege (§ 91 Absatz 3 und § 103 SGB IX)“. Hier lagen einerseits sehr detaillierte, aber inhaltlich und methodisch weit voneinander divergierende Konzepte vor (beispielsweise zur Untersuchung, Definition und Erprobung von Abgrenzungskriterien zwischen EGH und Pflege sowie zur Erprobung des Verfahrens der Umsetzung der Empfehlung von GKV und BAGüS zum Verfahren gemäß § 13 Abs. 4 SGB XI). Andere Modellprojekte hatten sich dagegen vorgenommen, die Umsetzung des Rangverhältnisses in den Gesamtplanverfahren zu erproben. Hinzu kommt, dass es für ein Projekt aufgrund der zwischenzeitlich erfolgten Regelung zur EGH-Zuständigkeit durch das BTHG-Ausführungsgesetz des Landes nicht mehr möglich war, die zugespitzten Forschungsfragen des Regelungsbereichs 6 „Abgrenzung der neuen Leistungen der Eingliederungshilfe nach Artikel 1 Teil 2 von den Leistungen nach dem 4. Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (existenzsichernde Leistungen)“[3] zu beantworten. Darüber hinaus stellen einige Modellprojekte die Berechnung fiskalischer Auswirkungen in den Vordergrund, andere schauen dagegen auf die Auswirkungen in den Verfahren und wieder andere bearbeiten alle Aspekte gleichermaßen (was wiederum eine Ressourcenfrage ist – s.o.).
Im Ergebnis ist festzustellen, dass die Modellprojekte die Erprobung nur zum Teil auf alle Forschungsfragen des Regelungsbereichs ausgerichtet haben.

Ausgehend davon, dass sich die Modellprojekte in unterschiedlichem Maße auf die Erprobung der einzelnen Regelungsbereiche konzentrieren (von der Bearbeitung aller bis hin zu nur einem Regelungsbereich) ist insgesamt also ein stark unterschiedlicher Arbeitsstand in der Erprobung festzustellen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass nicht alle Forschungsfragen aller sieben Regelungsbereiche

[3] Formulierung laut Förderrichtlinie

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

gleichermaßen von den Modellprojekten angegangen werden. Die Erprobung findet nicht nur in einem heterogen geprägten Feld und mit unterschiedlicher Ressourcenausstattung der Projekte statt (vgl. 3.1), sondern sie verläuft auch in zeitlicher (Arbeitsstand), inhaltlicher (Forschungsfragen) und methodischer (Erprobungsansätze und deren Umsetzungsstand) Hinsicht heterogen. Zum Stand des Zwischenberichts können deshalb erst punktuell Ergebnisse vorliegen und nicht in der Breite aller Regelungsbereiche und Forschungsfragen beantwortet werden. Diese Situation ist bei der Interpretation der in diesem Zwischenbericht vorgestellten Ergebnisse zu berücksichtigen. Die Heterogenität der Voraussetzungen für die Erprobung der Modellprojekte, ihrer Ansätze und ihres Standes stellt aber auch besondere Anforderungen an die Herangehensweise und Methodik für die Begleitforschung. Darauf sowie auf die letztendlich genutzten Instrumente zur Datenerhebung wird im folgenden Kapitel eingegangen.

3.3 Fazit

Die Modellprojekte sind in einer sehr heterogenen Struktur von EGH-Leistungsträgern aus 15 Bundesländern verankert. Diese Struktur bildet grundsätzlich auch die Heterogenität von Regelungen, Strukturen und Verfahren für die Umsetzung des Teilhaberechts für Menschen mit Behinderungen insgesamt in Deutschland ab. Die Trägerstrukturen der Modellprojekte bilden allerdings keine statistisch valide repräsentative Stichprobe ab, da die Modellprojekte im Wege eines Antragsverfahrens ausgewählt wurden, bei dem eine Vielzahl von Voraussetzungen zu erfüllen waren. Gleichwohl erlaubt es die heterogene Trägerstruktur, die neuen Regelungen des BTHG in der realen Praxis zu erproben.

Die unterschiedlichen Ressourcen der Modellprojekte, insbesondere in Bezug auf die Höhe der Förderung und die damit eng verbundene personelle Ausstattung, sind ein weiterer Faktor, der die Erprobung beeinflusst und zu einem heterogenen Vorgehen in der Erprobung führt.

Die Modellprojekte konzentrieren sich in unterschiedlichem Maße auf die Erprobung der einzelnen Regelungsbereiche (von der Bearbeitung aller bis hin zu nur einem Regelungsbereich). Sie verläuft auch heterogen sowohl in zeitlicher (Arbeitsstand), inhaltlicher (Forschungsfragen) als auch methodischer (Erprobungsansätze und deren Umsetzungsstand) Hinsicht. Dabei ist zu berücksichtigen, dass nicht alle Forschungsfragen aller sieben Regelungsbereiche gleichermaßen von den Modellprojekten angegangen werden. Zum Stand des Zwischenberichts können deshalb erst punktuell Ergebnisse vorliegen und nicht in der Breite aller Regelungsbereiche und Forschungsfragen.

Diese Situation ist bei der Interpretation der in diesem Zwischenbericht vorgestellten Ergebnisse zu berücksichtigen.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

4. Methodisches Vorgehen

Mit der Erprobung der voraussichtlichen Wirkungen der gesetzlichen Neuregelungen des reformierten Rechts der Eingliederungshilfe hat der Gesetzgeber Neuland beschritten. Noch bei keinem verabschiedeten Regelwerk auf Bundesebene wurde die materiell-rechtliche Anwendung der künftigen Vorschriften und deren praktische Auswirkungen noch vor deren Inkrafttreten erprobt. Die modellhafte Erprobung von Regelungsbereichen des Artikels 1 Teil 2 BTHG stellt alle Beteiligten, einschließlich der Modellprojekte, das BMAS und die Begleitforschung vor gänzlich neue Herausforderungen. Auf etwaige relevante Vorerfahrungen mit einer ex-ante Erprobung gesetzlicher Regelungen kann keine der Beteiligten zurückgreifen. Hinzu kommt die Heterogenität der Voraussetzungen für die Erprobung sowie die Heterogenität der Modellprojekte in ihrem Herangehen und ihrem Stand der Arbeiten.
Für die Begleitforschung der Projekte wurde vor diesem Hintergrund ein methodisches Design entwickelt, das erlaubt

- für den Zwischenbericht 2019 den Stand der Projekte und ihre ersten Ergebnisse aus der Erprobung zu erfassen und zu untersuchen als auch
- über die gesamte Laufzeit der Projekte bis zum 31.12.2021 die Erprobungsergebnisse zu erfassen und zu analysieren.

Basierend auf einer explorativen Phase bis zum Jahresende 2018 wurden im ersten Quartal die dazugehörigen Erhebungsinstrumente von Kienbaum (Online-Plattform zur Erfassung quantitativer Daten sowie regelungsbereichsspezifische Fragebögen für die Befragung der Modellprojekte und Leistungserbringer) entwickelt.
Parallel zu diesem Prozess lief das Verfahren zur Genehmigung der Übermittlung von Sozialdaten von den Modellprojekten an Kienbaum und infas GmbH gemäß § 75 Abs. 4 SGB X durch die obersten Landesbehörden in den 15 beteiligten Bundesländern. Auf Basis der Genehmigungen wurden die datenschutzrechtlichen Aspekte zwischen den Modellprojekten und Kienbaum in bilateralen Datenübermittlungsverträgen geregelt.
Die erste Datenerhebung bei den Modellprojekten erfolgte im Monat April. Sie umfasste

- die Erhebung quantitativer Daten über die eigens für die Begleitforschung der modellhaften Erprobung entwickelte Online-Plattform,
- eine stärker qualitativ angelegte Online-Befragung der Modellprojekte zu Fokus, Ansätzen / Vorgehen und Stand der Erprobungen sowie zu den dabei gewonnenen Ergebnissen und Erkenntnissen,
- halbstrukturierte Interviews mit Leistungserbringern zu ihren Erfahrungen und ihrer Sicht auf die Trennung von existenzsichernden Leistungen von denen der EGH-Fachleistungen.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Parallel dazu hat infas einen ersten Leitfaden für die ab 2020 geplanten Interviews mit Leistungsberechtigten entwickelt und im Mai und Juni 2019 explorative Interviews mit leistungsberechtigten Personen durchgeführt. Diese Interviews wurden vor allem als Methodentest hinsichtlich der Machbarkeit und Durchführbarkeit des Interviews genutzt und es wurden Schlussfolgerungen für die Durchführung der Befragungen in 2020 gezogen.

In den folgenden Abschnitten werden die Eckpunkte und Zielsetzungen des methodischen Designs sowie die Schritte hin zu seiner Entwicklung skizziert.

4.1 Voranalyse der Projekte – Exploration

Angesichts der vorgefundenen Heterogenität der Modellprojekte (s.o.) war zunächst eine systematische Exploration der Projekte notwendig, um die Arbeit der Modellprojekte nach wissenschaftlichen Maßstäben erfassen und untersuchen zu können. Ausgehend von der Sichtung der Antrags- und Bewilligungsunterlagen wurden zu diesem Zweck von Ende September bis Anfang Dezember 2018 alle 30 Projekte von dem Kienbaum Forschungsteam besucht und in der Regel Gruppengespräche mit den Teams der Modellprojekte geführt (sog. Vor-Ort-Besuche). In diesen Gesprächen wurde zunächst die Organisation und die Rahmenbedingungen des Modellprojekts sowie der Stand der Erprobung insgesamt erhoben und reflektiert. Anschließend waren dann, spezifisch nach den einzelnen Regelungsbereichen sowie differenziert nach den Forschungsfragen, die folgenden Aspekte zu klären:

- Fallzahlen
- Methodisches Vorgehen
- Organisation der Erprobung (Zusammenarbeit mit anderen Leistungsträgern, Leistungsberechtigten, Leistungserbringern, Verbänden etc.)
- Datenermittlung, Dokumentation und Datentransfer

Bei jedem Besuch wurde darüber hinaus auch der Klärungsbedarf des Modellprojekts festgehalten und bei grundsätzlichen rechtlichen Fragen gegebenenfalls an das BMAS weitergeleitet.

Die Vor-Ort-Besuche bestätigten das heterogene Bild des Stands der Erprobung, aber auch die Herausforderung, die Erprobung stärker auf die Forschungsfragen hin auszurichten. Vor diesem Hintergrund kamen das BMAS und Kienbaum überein, zu Beginn des Jahres 2019 Workshops mit den Modellprojekten zu den einzelnen Regelungsbereichen durchzuführen.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

4.2 Entwicklung der Erhebungsinstrumente

Es wurden im Januar 2019 insgesamt vier Workshops durchgeführt, an denen die jeweils betroffenen Modellprojekte teilnahmen:

- Workshop zur Erprobung des Regelungsbereichs 3
- Workshop zur Erprobung der Regelungsbereiche 6 und 7
- Workshop zur Erprobung des Regelungsbereichs 4
- Workshop zur Erprobung der Regelungsbereiche 2 und 5

Übergeordnetes Ziel war es, möglichst valide Datengrundlagen für die Begleitforschung sowohl kurzfristig für diesen Zwischenbericht als auch für die gesamte Laufzeit der Erprobung zu schaffen. Voraussetzung hierfür war eine stärkere Ausrichtung der Erprobungsansätze an den Forschungsfragen. Im Rahmen der Workshops bot sich den Modellprojekten darüber hinaus die Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch untereinander und damit der gegenseitigen Hilfestellung. Kienbaum nutze die Workshops gezielt, um sowohl die Befunde aus den Vor-Ort-Besuchen zu präsentieren als auch um die Überlegungen zur Datenerhebung vorzustellen und mit den Modellprojekten abzustimmen. Die moderierten Diskussionen bildeten im Ergebnis einen wichtigen Input für die darauf folgende Entwicklung der Erhebungsinstrumente in den Monaten Februar und März 2019. Auch in diesen Prozess waren einzelne Modellprojekte zum Test der Erhebungsinstrumente einbezogen. Parallel dazu fanden individuelle Beratungen mit sechs Modellprojekten zu ihren Erprobungskonzepten statt. Aus der retrospektiven Sicht von Kienbaum war dieser Prozess zwischen den Modellprojekten und der Begleitforschung unverzichtbar, um den erzielten Rücklauf bei den Erhebungen im April 2019 zu erreichen.

4.3 Datenerhebung und -Instrumente

Im Folgenden sind die schließlich eingesetzten Instrumente zur Datenerhebung im Überblick beschrieben. Auf die Interviews mit den Leistungsberechtigten wird ausführlicher eingegangen, weil es hier um die Darstellung der Untersuchungen zur Machbarkeit der anvisierten Interviews mit Leistungsberechtigten geht.
Die Online-Plattform wie auch die standardisierte Befragung der Projektträger sind weitgehend so angelegt, dass sie für alle Erhebungswellen im Rahmen der Begleitforschung eingesetzt werden können. Die einzelnen Erhebungstabellen, Fragebögen und Leitfäden sind in dem gesonderten Teil 2 des Berichts dokumentiert.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

4.3.1 Online-Plattform

Die Datenerhebung auf der Online-Plattform „mp-bthg.kienbaum.com“ dient der Erfassung quantitativer Angaben zur Erprobung. Die Projekte können auf der Plattform in sog. Online-Datentabellen laufend die Erprobung dokumentieren. Sie ist in zwei Ebenen gegliedert

- Online-Datentabellen mit einzelfallbezogenen Daten und
- Online-Datentabellen mit aggregierte Daten (vor allem zu den Merkmalen der Modellprojekte bzw. deren Träger.

Im vorliegenden Bericht werden diese Datenquellen als „Datentabellen-Online“ zitiert.

4.3.1.1 Datentabellen Einzelfall bezogener Daten

In den Online-Datentabellen mit einzelfallbezogenen Daten werden von den Modellprojekten zum einen die Merkmale von Leistungsberechtigten (Stammdaten), die in die Erprobung einbezogen werden, anonymisiert erfasst, zum anderen werden Angaben zur Erprobung und deren Ergebnisse (z.B. Umfang der EGH-Leistung, die eine Person heute erhält, Umfang der EGH-Leistung nach der ab 01.01.2020 geltenden Rechtslage) erfasst. Die dafür erforderlichen Angaben unterscheiden sich nach den einzelnen Regelungsbereichen und Forschungsfragen.

4.3.1.2 Datentabellen aggregierter Daten

In den Online-Datentabellen mit aggregierten Daten werden Kerndaten der Modellprojekte erfasst, zu denen insbesondere zentrale Hintergrundinformationen gehören, die für die Einordnung und Analyse von Erprobungsergebnissen relevant sind. Dazu gehören Merkmale des Trägers der Modellprojekte, wie z.B. die Entwicklung der Anzahl von EGH-Leistungsempfänger_innen im Zuständigkeitsbereich oder die Zuständigkeiten für die Gewährung anderer Leistungen. Zu einzelnen Regelungsbereichen werden zusätzliche aggregierte Daten abgefragt, die sich nur auf die Erprobung dieses Regelungsbereichs beziehen.

4.3.2 Standardisierte Befragung der Projekte

Die standardisierte Befragung der Projektträger erfragt jeweils zu den einzelnen Regelungsbereichen den Fokus und Stand der Erprobung und erhebt – soweit notwendig – spezifisch für die einzelnen Forschungsfragen das bisherige Vorgehen, Ergebnisse und Erkenntnisse. Darüber hinaus wird für jeden Regelungsbereich auch etwaiger Klärungsbedarf, der sich während der Erprobung stellt, erhoben. Die qualitativ geprägte online durchgeführte Befragung der Modellprojekte stellt eine

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

wichtige Ergänzung zu den quantitativen Erhebungen dar, unterstützt die Plausibilisierung der quantitativen Angaben und ist wichtig, um Stand und Ergebnisse der Erprobung zu erklären.
Ergänzend dazu besteht jederzeit die Möglichkeit für die Modellprojekte, etwaige für die Begleitforschung relevante Dokumente (z.B. Projektberichte, Studien o.ä.) auf der Online-Plattform hochzuladen.

4.3.3 Interviews mit Leistungserbringern

Die Perspektive der Leistungserbringer ist insbesondere zur Beantwortung der Forschungsfragen zur Trennung der existenzsichernden Leistungen und der Fachleistungen relevant. Hierzu wurden bisher fünf Leistungserbringer in halbstandardisierten persönlichen Interviews befragt.

4.3.4 Interviews mit Leistungsberechtigten

4.3.4.1 Zielsetzung und Einordnung der explorativen Interviews Mai/Juni 2019

Im Mai und Juni 2019 hat infas im Rahmen der wissenschaftlichen Untersuchung zur modellhaften Erprobung des BTHG explorative Interviews mit leistungsberechtigten Personen durchgeführt. Die Interviews dienten im ersten Schritt dazu, auszuloten, inwieweit und in welchem Maße die betroffenen Personen in der Lage und auskunftsfähig sind, welche (Assistenz- und Unterstützungs-) Leistungen sie aktuell erhalten. Im zweiten Schritt sollte festgestellt werden, inwieweit es gelingt, diese Leistungen mit der/dem Betroffenen in Bezug zur (bisherigen) Prozessgestaltung der Hilfeplanung und den Themenaspekten der Evaluation zu setzen. Drittens wurde erhoben, ob und inwiefern Betroffene über die anstehenden Rechtsänderungen in irgendeiner Weise informiert sind. Die Interviews sind insofern vor allem als Methodentest zu verstehen, mit dem Fokus auf Machbarkeit und Durchführbarkeit des Interviews. Im Blick stehen dabei auch die Verständlichkeit zentraler Begriffe und Prozesse. Geprüft wird, ob der Leitfaden für die vorgesehenen Interviews verständlich und handhabbar ist und ob die Fragen für die Betroffenen auch gut zu beantworten sind.

Auf Basis der Ergebnisse aus diesem Frühjahr sind sodann Schlussfolgerungen zu ziehen, ob und wie die avisierten Vergleichseinschätzungen im kommenden Jahr von der Zielgruppe erhoben werden können.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

4.3.4.2 Entwicklung des Erhebungsinstruments (explorativer Leitfaden)

Für die für 2020 geplanten 60 fallbezogenen Interviews mit EGH-Leistungsberechtigten – anvisiert sind 15 qualitative Interviews je Regelungsbereich – stehen folgende vier Regelungsbereiche im Zentrum:

- Erbringung von Assistenzleistungen, insbesondere in vollstationären Einrichtungen
- Prüfung der Zumutbarkeit und Angemessenheit
- Möglichkeiten der gemeinsamen Inanspruchnahme
- Bezüge zu anderen Leistungen der sozialen Sicherung im Gesamtplanverfahren.

Forschungsstrategisch interessiert vor allem die vergleichende Vorher-Nachher-Perspektive auf die Rechtsänderungen, inwieweit sich also für die Befragten merkbare Änderungen im Leistungsumfang, der Leistungsqualität oder Leistungserbringung zeigen. Aussagen dazu setzen einerseits voraus, dass die fragliche Leistung für die befragte Person hinreichend deutlich spezifiziert ist, der Fragenstimulus also verständlich und eindeutig den Gegenstand benennt, auf den die befragte Person antworten soll. Andererseits hängt die Aussage- und mithin Interviewfähigkeit der Befragten grundsätzlich davon ab, kognitiv und kommunikativ in der Lage bzw. befähigt zu sein, die gestellten Fragen zu verstehen und zu diesen sach- oder themengerechte Antworten artikulieren zu können. Bei den EGH-Leistungsberechtigten handelt es sich überwiegend um Menschen mit schweren und schwersten Beeinträchtigungen, insbesondere im kognitiven Bereich, die zweite größere Gruppe der EGH-Berechtigten weisen psychische Beeinträchtigungen auf. Vor diesem Hintergrund stellt die Interviewfähigkeit der Befragten zu dem durchaus komplexen Gegenstand im Rahmen eines leitfadengestützten Interviews die eigentliche Herausforderung dar. Im Rahmen der Exploration werden daher die Machbarkeit und die angemessene Form dieser leitfadengestützten Interviews auf den Prüfstand gestellt.

Bei (vielen) EGH-Leistungsberechtigten dürften nicht nur gewisse kognitive Grenzen der Interviewfähigkeit vorliegen, sondern es kann auch plausibel davon ausgegangen werden, dass (viele oder die meisten) EGH-Leistungsberechtigten mit den fraglichen Rechtsnormen (SGB XII/SGB IX alt; BTHG/SGB IX neu) der thematisierten Regelungsbereichen entweder gar nicht oder nur in einem eingeschränkten Maße vertraut sein dürften. Darum wurde für die explorativen Interviews entschieden, den Leitfaden inhaltlich und sprachlich möglichst einfach zu halten und weithin an der Lebenswelt der Befragten auszurichten.

Dafür wurden in Anlehnung an das ICF-Konzept sechs zentrale Lebensbereiche (Leben im Haushalt/Alltag, Mobilität, Aus- und Weiterbildung, Beschäftigung /

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Berufliche Tätigkeit (auch WfbM), Kommunikation und soziale Kontakte, Freizeitaktivitäten) ausgewählt. Für jeden Lebensbereich wurde sodann zunächst die Frage vorgesehen, ob die befragte Person dafür eine regelmäßige Unterstützung durch betreuende Dienste oder Helfer erhalte, und wenn ja, um was für Dienste es sich dabei handelt. Im zweiten Schritt sollte die Zielperson die Frage beantworten, ob diese Dienste in dem persönlich benötigten Umfang zur Verfügung stehen. Die Klärung des erhaltenen Leistungsspektrums an EHG-Leistungen bildet den ersten Teil des Interviewleitfadens ab, neben der Erfassung der maßgeblichen Beeinträchtigungen und Behinderungen und des Gesundheitszustandes der Zielperson.

In einem zweiten Interviewteil sollten die Antworten aus Teil 1 sodann auf die vier thematischen Regelungsbereiche bezogen werden, ohne dabei den Abstraktionsgrad der Fragen des Erhebungsinstruments zwingend zu steigern. Entsprechend wurden verschiedene Fragen zur Finanzierung/institutionellen Regelung von Assistenzleistungen, zum Hilfeplanverfahren, zur gemeinsamen Inanspruchnahme von Leistungen sowie zur Verfügbarkeit eines eigenen Geldbetrags in alltagsprachlicher Formulierung aufgesetzt.

Schließlich wurde im letzten Teil des Erhebungsinstruments eine Frage dazu aufgenommen, ob die Zielperson schon von den anstehenden Rechtsänderungen 2020 gehört habe und wenn ja, was sie gegebenenfalls dazu sagen könne. Auf vergleichende Fragen zur Rechtslage alt und neu, die im Jahr 2020 eine wichtige Rolle spielen sollen, wurde bewusst von vornherein verzichtet, da dieser Vergleich zum Erhebungszeitraum 2019 noch gar nicht gezogen werden kann.

4.3.4.3Vorbereitung und Durchführung explorativer Interviews

Da für die einvernehmlich mit BMAS verabredeten explorativen Interviews zum Frühjahr 2019 mit einigen EGH-Leistungsberechtigten vorab keine datenschutzrechtliche Genehmigung für eine Adressoffenbarung eingeholt werden konnte, konnte die Lösung nur sein, direkt Einverständniserklärungen bei den Zielpersonen für eine Kontaktaufnahme einholen zu lassen. Kienbaum fragte dafür bei den Modellprojekten an, im Rahmen der laufenden Kontakte mit EGH-Leistungsberechtigten diese für die Mitwirkung an einem Interview zu interessieren und ein schriftliches Einverständnis zur Kontaktierung durch infas zu geben. Im Zuge dieser Aktion kamen 10 Einverständniserklärungen von Zielpersonen aus insgesamt vier Modellprojekten zusammen.

Nach der Weiterleitung dieser Einverständniserklärungen von Kienbaum an infas nahm infas im Verlauf des Monats Mai 2019 direkten telefonischen Kontakt mit Zielpersonen auf, um konkrete Interviewtermine zu verabreden. infas (persönlich

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

vertreten durch die Projektleitung) konnte sodann zwischen Ende Mai und Anfang Juni insgesamt fünf explorative Interviews mit EGH-Leistungsberechtigten aus drei Modellprojekten aus den Bundesländern Baden-Württemberg, NRW und Thüringen führen.

Umsetzungspraktisch verlief die Vorbereitung und Durchführung der Interviews problemlos. Die flankierende Unterstützung von Modellprojekten und Wohneinrichtungen (inklusive Tagesbetreuer_innen) für die genauen Terminabsprachen war vorbildlich. Der Einstieg in die Interviews vor Ort mit persönlicher Vorstellung, Skizzierung des Anliegens, die Einholung des Einverständnisses für das Interview und dessen Audioaufzeichnung des Interviews bei den Zielpersonen sowie die mündliche Erläuterung und Aushändigung der schriftlichen Erklärung zur Einhaltung des Datenschutzes (siehe Anlagen) verliefen reibungslos, ohne Nachfragen oder Irritationen bei den Zielpersonen. In zwei von fünf Interviews war ein/eine Tagesbetreuer_innen mit anwesend, die sich gleichwohl beide inhaltlich weitgehend zurückhielten und nur an wenigen Punkten ergänzende Informationen in das Gespräch einflochten.

Die inhaltlichen Ergebnisse der Exploration werden im nächsten Abschnitt zusammengefasst.

4.3.4.4Ergebnisse des Methodentests

Profile der befragten Personen

Von den fünf Befragten im Alter von etwa Mitte 20 bis Anfang 60 waren drei lern- bzw. kognitiv beeinträchtigt, zwei Befragte wiesen eine psychische Beeinträchtigung auf. Von den drei lernbeeinträchtigten Befragten benannten zwei ohne Zögern „Lese- und Schreibschwäche“ als ihre Beeinträchtigung, der/die dritte Befragte wollte oder konnte bemerkenswerterweise gar keine Beeinträchtigung oder Behinderung benennen, auch nicht auf Nachfrage. Diese Person räumte lediglich ein, sein Leben seit früher Kindheit in Heimen verbracht zu haben, wobei familiäre Gewalt im frühkindlichen Alter als ein Grund angedeutet wurde. Die zwei anderen Befragten führten ihre psychische Beeinträchtigung an, beides Formen der Schizophrenie. Mehrfachbeeinträchtigung wurde zum einen von einer Person angeführt, die neben der Lernbeeinträchtigung noch eine starke Sehschwäche aufwies. Zum anderen wies einer/eine der psychisch beeinträchtigten Befragten ebenfalls eine Sehschwäche sowie weitere physische Gesundheitsprobleme auf (unter anderem Herzfehler, Schlaganfallfolgen). Der aktuelle Gesundheitszustand wurde von allen Befragten als (relativ) gut eingeschätzt.

Drei der fünf Befragten wohnen in Wohnheimen für Menschen mit Behinderungen, zwei wohnen in einer betreuten Wohngemeinschaft. Von den fünf Befragten waren vier in WfbM beschäftigt, einer/eine der zwei psychisch beeinträchtigten Personen

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

ging aktuell keiner Form der Erwerbstätigkeit nach. Keiner der Befragten befand sich zum Erhebungszeitpunkt in einer Aus- oder Weiterbildung.

Aus der Außenperspektive des wissenschaftlichen Beobachters oder Interviewers handelte es sich bei allen fünf Befragten um Personen mit guter bis sehr guter Sprachfähigkeit und allgemein guter Kommunikationsfähigkeit im Gesprächsdialog. Dies korrespondiert auch mit der Übernahme von einzelnen Ehrenämtern (z.B. in der Behindertenpolitik). Eine der lernbeeinträchtigten befragten Personen sowie eine der psychisch beeinträchtigten befragten Personen waren im Heimbeirat der Wohneinrichtung tätig.

Antwortverhalten der befragten Personen

Die Fragen des Interviewleitfadens wurden von den drei Zielpersonen mit kognitiver Beeinträchtigung überwiegend korrekt verstanden, von den Zielpersonen mit psychischer Beeinträchtigung vollständig korrekt verstanden. Bei einzelnen Fragen bezogen sich die Antworten der kognitiv Beeinträchtigten auf etwas anderes als das, worauf die Frage eigentlich abzielte. Diese Fragen wurden offenkundig falsch verstanden und eingeordnet und verwiesen teilweise auch eindeutig auf personenbezogene Einschränkungen in kognitiven oder kommunikativen Kompetenzen. Bei einer der befragten Personen war in diesem Zusammenhang besonders auffällig, dass er auf viele Fragen durchaus wortreich und eloquent einging, bei einzelnen Fragen aber „an der Frage vorbei“ antwortete. Einer der psychisch beeinträchtigten Befragten war in seinen Antworten hingegen recht wortkarg; bei vielen Fragen war es notwendig genauer nachzufragen. Am Ende des Interviews war bei dieser Person eine deutliche Erleichterung zu spüren, die Interviewsituation hinter sich gebracht zu haben.

In Bezug auf das Antwortverhalten der Befragten ist für viele Fragen festzuhalten, dass sich die Befragten eher knapp und sparsam ausdrücken. Das gilt vor allem für die Einschätzungs- oder Bewertungsfragen mit Blick auf die persönliche Versorgungslage mit unterstützenden Diensten in den angesprochenen Lebensbereichen. Zumeist äußern sich die Befragten zufrieden über ihre aktuelle Situation in fraglichen Bereichen und artikulieren auch keine Zusatzwünsche oder Zusatzbedarfe, die Antworten fallen dazu in der Regel entsprechend kurz aus. Zu einzelnen Themenaspekten, die die Befragten persönlich bewegen oder interessieren, erfolgen von Einzelnen auch längere Aussagen oder Ausführungen (z.B. zu Hobbies oder zum Ehrenamt, zum Wunsch mit der Freundin zusammenzuziehen etc.), dieses ist durchaus im Sinne der Methode eines leitfadengestützten Interviews.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Befunde zu den Forschungsfragen

Bei dem inhaltlichen Block zur analytischen Einordnung der persönlichen Situation zu den thematischen Regelungsbereichen (Teil 2 des Leitfadens) ergaben sich unterschiedlich ergiebige Antworten von den Befragten. Zunächst wurde die Zielperson zur Finanzierung der persönlichen Unterstützungsleistungen befragt, ob sie dazu etwas wisse oder sagen könne. Zwei der kognitiv beeinträchtigten Befragten wussten dazu nichts oder konnten nur eine Vermutung äußern, der/die dritte kognitiv beeinträchtigte Befragte antwortete, dass die Unterstützung vom „Kostenträger" bezahlt werde. Die zwei psychisch beeinträchtigten Personen nannten ebenfalls korrekt den zuständigen Kostenträger. Bei dieser Frage bewegt sich das Antwortspektrum also genau zwischen Wissen und Nicht-Wissen.
Die Frage nach einem persönlichen Hilfe- oder Gesamtplan wurde hingegen von allen fünf positiv beantwortet, d.h. für die Zielpersonen war der Begriff des Hilfeplans durchaus geläufig und sie wussten, dass für sie selbst ein solcher Plan gemacht wurde und existiert. Die Befragten wussten teilweise auch sehr genau, welche Personen beim Hilfeplanverfahren dabei mit anwesend waren. Nachfragen zu den inhaltlichen Details des (letzten) Hilfeplangesprächs ergaben nur wenig Zusatzinformation, zum Teil konnte sich dazu nicht gut erinnert werden, zum Teil ergab sich die Aussage, dass die Beteiligten verschiedene Fragen gestellt hätten, ähnlich wie beim laufenden (Interview-)Gespräch. Die Befragten gaben übereinstimmend an, dass ihre Wünsche bei der Hilfeplanung berücksichtigt wurden. Die psychisch beeinträchtigten Befragten betonen in diesem Zusammenhang insbesondere die Berücksichtigung ihrer Wünsche bezüglich der Wohnform und der Art der Betreuung im Rahmen des Hilfeplanverfahrens.
Hinsichtlich der Nachfragen zum Wunsch- und Wahlrecht mit Blick auf Umgang und Reaktionen ergaben sich kaum weiterführende Antworten. So konnte z.B. keiner der Befragten von Erlebnissen berichten, dass persönliche Wünsche abgelehnt oder kritisch aufgenommen wurden.

Eine gemeinsame Inanspruchnahme von Leistungen liegt bei den Befragten (in unterschiedlichem Umfang und Art) beim Wohnen, gemeinsamen Freizeitaktivitäten in der Wohngruppe, sowie (in einem Fall) beim Fahrdienst zur WfbM vor. Damit zeigten sich alle Befragten aktuell im Kern zufrieden. Lediglich eine der zwei psychisch beeinträchtigten Personen führte an, irgendwann in der Zukunft lieber wieder allein wohnen und vielleicht auch eine Familie gründen zu wollen. Insgesamt erbrachten die Nachfragen bei den Zielpersonen zur gemeinsamen Inanspruchnahme keine Hinweise auf aktuell virulente Konfliktlinien oder Probleme, auch nicht auf der Ebene der Mitbewohner innen in der Wohneinrichtung.

Abschließend wurde nach der Kenntnis der anstehenden Rechtsänderungen gefragt. Von den drei Befragten mit kognitiven Beeinträchtigungen konnte keiner dazu etwas sagen; sie wussten dazu (noch) gar nichts. Entsprechend konnten sie auch nicht die

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Frage beantworten, was sie persönlich für sich von diesen Änderungen erwarten. Die zwei psychisch beeinträchtigten Personen zeigten sich dagegen als besser informiert. Beide kannten das persönliche Budget, der eine Befragte hatte sogar entsprechende Detailkenntnisse. Die zwei Befragten wiesen zudem auf ein Informationsschreiben sowie ein Informationsgespräch mit dem Kostenträger zum Bedarfsermittlungsinstrument hin. Eine der befragten Personen verwies auf die Notwendigkeit, neue Anträge für 2020 stellen zu müssen. Als relevant erachten beide die Auswirkungen auf die finanzielle Gestaltung der Leistungen.

4.3.4.5 Vorläufige Schlussfolgerungen für die Haupterhebung 2020

Die explorativen Interviews aus Mai/Juni 2019 verweisen im Kern auf die prinzipielle Machbarkeit (Durchführbarkeit) leitfadengestützter Interviews auch mit EGH-Leistungsberechtigten. Nach Maßgabe unserer Ergebnisse ist es prinzipiell möglich, Art und Umfang von Behinderung, Beeinträchtigung und Gesundheitszustand zu erschließen sowie zu erheben, in welchen Lebensbereichen Unterstützungsleistungen durch Helfer oder Dienste erbracht werden und inwieweit gegebenenfalls noch weitere Unterstützungsleistungen benötigt oder gewünscht werden – auch wenn die hier Befragten kaum weitere Bedarfe artikuliert haben. Auch zu institutionellen Regelungen (Finanzierung, Hilfeplanverfahren) konnten partiell Auskünfte und Aussagen eingeholt werden, ebenso wie zur Bewertung der persönlichen Versorgung mit Unterstützungsleistungen der EGH.

Zugleich ist die Durchführbarkeit von leitfadengestützten Interviews mit EGH-Leistungsberechtigten nach unseren explorativen Befunden weiterhin keinesfalls als selbstverständlich zu bewerten. Einige Ergebnisse und Argumente sprechen dagegen, Leitfadeninterviews, wie in der getesteten Form, uneingeschränkt für die Haupterhebungsphase 2020 zu empfehlen. Zunächst ist die Frage der für ein solches Interview geeigneten Zielpersonen nüchtern und kritisch zu reflektieren. Bei den fünf befragten Personen der Exploration handelte es sich durchweg um Menschen mit guter bis sehr guter sprachlicher Ausdrucks- und Kommunikationsfähigkeit. Im Personenkreis der EGH-Leistungsberechtigten stellen Personen mit einem solchen Kommunikationsprofil allerdings sicher eher die Ausnahme dar, viele andere Leistungsberechtigte dürften für ein Interview im skizzierten oder ähnlich konzipierten Rahmen kaum befähigt sein.

Zudem zeigten sich selbst bei den kommunikativ überdurchschnittlich kompetenten Zielpersonen der Exploration Grenzen und Unschärfen beim Antwortverhalten. Um das Profil der erhaltenen Assistenzleistungen annähernd genau zu erfassen, sind zum Teil genaue und beharrliche Nachfragen erforderlich, weil gerade bei den kognitiv beeinträchtigten Personen nicht immer „passgenaue Antworten“ gegeben werden.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Darüber hinaus ist die Frage des Vergleichs des Leistungsprofils vor und nach Rechtsänderung noch gar nicht erprobt. Die für 2020 angedachten Interviews sind insofern konzeptionell noch anspruchsvoller und für die Zielpersonen entsprechend noch schwieriger. Um keine Artefakte zu produzieren, sollten gerade in Hinblick auf die dann notwendige Retrospektiverhebung (Leistungsprofil 2019 vor Rechtsänderung) klare zeitliche Referenzpunkte für die Zielpersonen geschaffen werden, um die sachgerechte Beantwortung zu erleichtern.

Ein gewisser zu erwartender Vorteil der Interviewsituation 2020 liegt darin, bereits vor dem Interview ein kleines Set an personenbezogenen Stammdaten[4] zu erhalten, deren Kenntnis die Vorbereitung und Durchführung des Interviews stützt. So wird etwa die Art der Behinderung der zu befragenden Personen vorab bekannt sein, was bei den explorativen Interviews im Frühjahr 2019 noch nicht vorgehalten werden konnte. Diese Stammdaten erleichtern daher sicher die Interviewplanung, sind indes für sich allein nicht hinreichend, die wesentlichen inhaltlichen Fragen des Leitfadeninterviews zu beantworten.

Diesbezüglich bleibt es 2020 zunächst als vordringliche Aufgabe, etwaige Leistungsänderungen zwischen 2019 und 2020 möglichst präzise zu identifizieren. Erst in einem zweiten Schritt sind die möglichen Änderungen im persönlichen Leistungsprofil als auch die rechtlichen Änderungen aus der Perspektive der Leistungsberechtigten zu thematisieren und mit den Betroffenen zu besprechen. Die in den Explorationsinterviews gemachten Erfahrungen bestärken uns in der Richtigkeit dieser Vorgehensweise. Das Interview setzt bei der Lebenswelt der betroffenen Menschen an, was den persönlichen Zugang zu den Menschen ebnet und zudem erfahrungsgestützte Aussagen differenziert nach unterschiedlichen Lebensbereichen hervorbringt. Dazu gibt es, unseres Erachtens nach, keine tragfähige Alternative. Die Bewertung und Einordnung der lebensweltlichen Erfahrung von Leistungsberechtigen zu den analytisch relevanten Themen- oder Regelungsbereichen ist ungleich schwieriger, kann aber auch nur (mehr oder weniger gut) gelingen, wenn der „Anker“ der erhaltenen Unterstützungsleistungen und -dienste gelegt und geklärt ist. Darum empfehlen wir, die Grund- und Aufbaustruktur des Leitfadens für die Haupterhebung 2020 im Wesentlichen so zu belassen wie 2019 erprobt.

[4] Nach aktuellem Stand sind dies die Merkmale Alter (Geburtsjahr), Geschlecht, Art der Behinderung, Pflegegrad, in besonderer Einrichtung lebend, Bestandsfall, Neufall, Teilhabe- oder Gesamtplan liegt vor, gegebenenfalls Datum Teilhabe- oder Gesamtplan.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Anpassungsbedarfe und Optimierungsmöglichkeiten beim Leitfadeninstrument

Die beschriebenen partiell auftretenden Unschärfen im Antwortverhalten und die Tendenzen zu sehr kurz gefassten und damit auch teils ungenauen oder unspezifischen Antworten verweisen aus unserer Sicht zugleich auf bestimmte Anpassungsbedarfe und Optimierungsmöglichkeiten beim Leitfadeninstrument. Um die Genauigkeit und die Differenziertheit der Antworten gerade zur persönlichen Lebenssituation und den Unterstützungsleistungen in den verschiedenen Lebensbereichen zu steigern, hielten wir es z.B. für hilfreich, die offenen Leitfragen teilweise mit sogenannten „Vorcodes“ zu hinterlegen und bedarfsweise einzusetzen. Vorcodes stellen themenrelevante Antwortkategorien dar, deren (gelegentliche bis häufige) Nennung auch im Rahmen eines qualitativen Interviews plausibel erwartet werden kann, die aber nicht standardmäßig vorgelesen werden. Wird der Vorcode eigeninitiativ von dem/der Respondenten_in genannt, können die Interviewer dies auf ihrem Interviewbogen einfach vermerken. Wird der Vorcode von dem/der Respondenten_in nicht genannt, können die Interviewer gegebenenfalls gezielt nachfragen, ob dieser Aspekt vielleicht doch eine Rolle im Kontext der Frage spielt. Auf diese Weise bleibt der offene Charakter der Interviewführung gewahrt, aber die Interviewer erhalten die Möglichkeit zu sorgfältig strukturierten Nachfragen, wenn erforderlich oder sinnvoll. Das Interview wird dadurch für beide Beteiligten etwas gestützt und vereinfacht, ohne dass es vollständig in die Form eines standardisierten Interviews kippt; zugleich werden die Antworten genauer und gehaltvoller gerade bei Befragten mit Tendenzen zu Kurzantworten. Darüber hinaus bleiben offene Einschätzungs- und Bewertungsfragen integraler Bestandteil des Leitfadens.

Ein weiterer, aktuell noch offener Punkt für die Leitfaden- und Interviewgestaltung 2020 betrifft die Frage, ob es in der Praxis durchführbar wäre, die Interviews jeweils auf einen Regelungsbereich hin abzustellen. Wenn jeweils nur ein Schwerpunktthema pro Interview anfiele, würde das Einzelinterview jeweils inhaltlich und zeitlich etwas entlastet oder entschlackt. Für die betroffenen Zielpersonen wäre dies sicher ein Vorteil. Da die Regelungsbereiche aber einige Überlappungs- und Verschränkungsaspekte beinhalten, stellt sich zugleich die Frage, ob eine Fokussierung auf ein Schwerpunktthema pro Interview tatsächlich sinnvoll erscheint. Eine „ganzheitliche“ Fallbetrachtung spräche eher dagegen, in dessen Erschließung auch eine Stärke des qualitativen, leitfadengestützten Interviews zu sehen ist.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Abschließend sei noch einmal die notwendige Selektivität bei den zu befragenden Personen hingewiesen. Wenn der Ansatz der leitfadengestützten Interviews bei EGH-Leistungsberechtigten umgesetzt wird, ist es praktisch unvermeidlich, sich vornehmlich auf Zielpersonen mit ausreichend guten Sprach- und Kommunikationskompetenzen zu beschränken. Die Umsetzung des (halb-)offenen Interviewansatzes und Leitfadens kann nicht für alle EGH-Leistungsberechtigten erfolgen. Eine Übersetzung in alle notwendigen barrierefreien Unterstützungsformate wäre – ganz abgesehen von Ressourcenfragen – auch rein praktisch gar nicht vollständig möglich, ohne auf flexible Nachfrageoptionen zu verzichten, was gerade ein Kernmerkmal für Leitfadeninterviews darstellt. Der Mehrwert der Leitfadeninterviews in diesem Projektkontext liegt indes gerade darin, anhand von ausgesuchten Einzelfällen die Implikationen und Auswirkungen der BTHG-Reformen auf die Betroffenen in einem qualitativen Zugriff exemplarisch und phänotypisch zu erschließen.

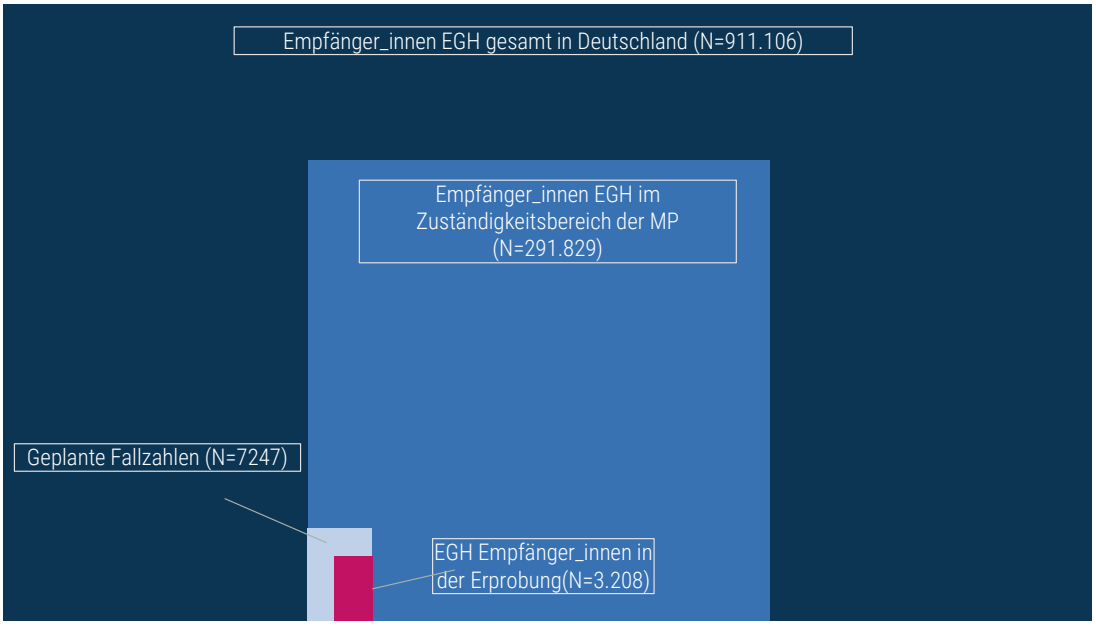
4.4 Fazit zum methodischen Vorgehen und zur Datenerhebung

Das methodische Grundgerüst mit einem Mix an quantitativen und qualitativen Instrumenten ist entwickelt und auf die Datenerfassung für den gesamten Zeitraum der Begleitforschung zur modellhaften Erprobung ausgelegt.
Die erste Erhebungswelle im April 2019 hat gezeigt, dass es mit diesen ausdifferenzierten Instrumenten gelingt, die Heterogenität der Modellprojekte und der Erprobung zu erfassen. Fehlender Rücklauf bei den Datentabellen oder in der Projektbefragung lässt sich in nahezu allen Fällen mit dem Stand der Erprobung erklären (vgl. Kapitel 3). Es gibt nur ein Projekt, das sich überhaupt nicht an der Datenerhebung beteiligt hat. In diesem Fall war die für die Erprobung vorgesehene Stelle vakant.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Mit einer – laut den Online-Datentabellen – geplanten Anzahl von 7.247 EGH-Leistungsbeziehenden in der Erprobung erscheint eine Stichprobengrößenordnung erreicht, die in Relation zu der Gesamtanzahl von über 900.000 Leistungsbeziehenden in Deutschland sowie zu knapp 292.000 Leistungsbeziehenden im Zuständigkeitsbereich der Modellprojekte durchaus aussagekräftig sein kann:

Abbildung 4.4-1: Relationen der Stichprobengröße der Erprobung

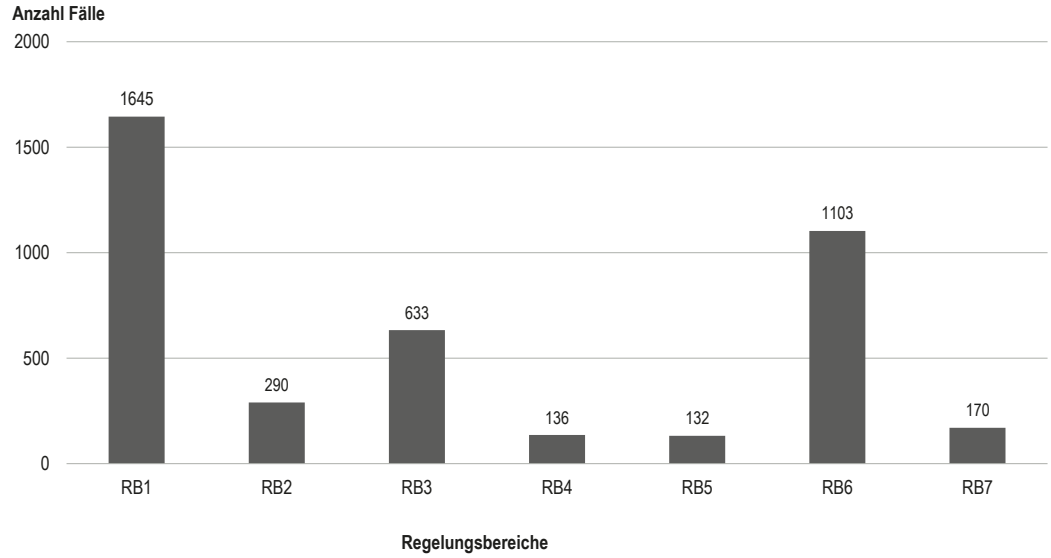


Quelle: Eigene Abbildung nach Daten des Statistischen Bundesamtes und Daten aus den Online-Datentabellen der aggregierten Daten der MP, N=26 MP

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Erfasst sind in den Online-Datentabellen bisher insgesamt 3.208 Fälle.[5] Sie verteilen sich auf die Erprobung nach den einzelnen Regelungsbereichen wie folgt:

Abbildung 4.4-2: Bisher erfasste Anzahl von Fällen nach Regelungsbereichen



Quelle: Online-Datentabellen aggregierte Daten der MP, N=26 MP

Die Verteilung der Fälle nach Regelungsbereichen zeigt, dass sich die Erprobung in Bezug auf Fallzahlen auf die Regelungsbereiche 1 und 6 konzentriert. Für die Ermittlung von finanziellen Auswirkungen können mit dieser Grundgesamtheit erste Aussagen getroffen werden. Anders stellt es sich jedoch bei den anderen Regelungsbereichen dar. Mit Fallzahlen zwischen 132 bis 633 Fällen können noch keine belastbaren Ergebnisse aus der Erprobung abgeleitet werden. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass längst nicht alle erfragten Daten zu den Fällen vorliegen. Die wesentliche Ursache hierfür ist die bereits beschriebene Heterogenität der Modellprojekte hinsichtlich ihrer Ausrichtung auf die Forschungsfragen, ihres Erprobungsansatzes und des Arbeitsstandes (vgl. Kapitel 3). Um die Aussagekraft der bisherigen Erprobung im Einzelnen beurteilen zu können, ist ein differenzierter Blick auf jeden Regelungsbereich notwendig. Die spezifische Analyse der bisherigen Erprobung in den Regelungsbereichen nimmt deshalb den zentralen Raum dieses Zwischenberichts ein. Sie bietet in erster Linie Einsicht in die Implementierung der neuen Regelungen in die Praxis der EGH-Träger. Wenngleich die Implementierung erst unter „experimentellen Bedingungen“ erfolgt, lassen sich aus ihnen Aussagen dahingehend ableiten, welche Bedingungen für eine effektive Umsetzung der neuen Regelungen ab 01.01.2020 geschaffen sein sollten.

[5] Ein Fall kann jeweils für mehrere Regelungsbereiche vorgesehen sein.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Die Begleitforschung empfiehlt das folgende Kapitel auch vor diesem Hintergrund zu interpretieren.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

5. Stand und Ergebnisse der Erprobung nach Regelungsbereichen

5.1 Regelungsbereich 1 – Einkommen und Vermögen

5.1.1 Fokus der Erprobung und Stand

Die Untersuchungen zum Regelungsbereich richten sich auf die folgenden vier Forschungsfragen.

Frage 1.1 – Welche finanziellen Auswirkungen hat die veränderte Einkommensheranziehung (Betrag nach § 136 ff. SGB IX) auf die Einkommenssituation der Betroffenen?
Frage 1.2 – In welchem Umfang führen die Neuregelungen des Einkommenseinsatzes (EGH) zu einer Veränderung der Anzahl der Leistungsempfänger?
Frage 1.3 – In welchem Umfang führt die Veränderung des Vermögenseinsatzes (Begriff des Vermögens nach § 139 SGB IX) zu einer Ausweitung der Leistungsempfänger in der Eingliederungshilfe?
Frage 1.4 – Welche Auswirkungen hat der Systemwechsel (Umstellung von der sozialhilferechtlichen Berechnung des Einkommens und des Einkommenseinsatzes auf die zukünftige Zugrundelegung der Summe der Einkünfte bzw. der Bruttorente und der Ermittlung des Beitrags nach § 137 SGB IX) auf den Verwaltungsvollzug?

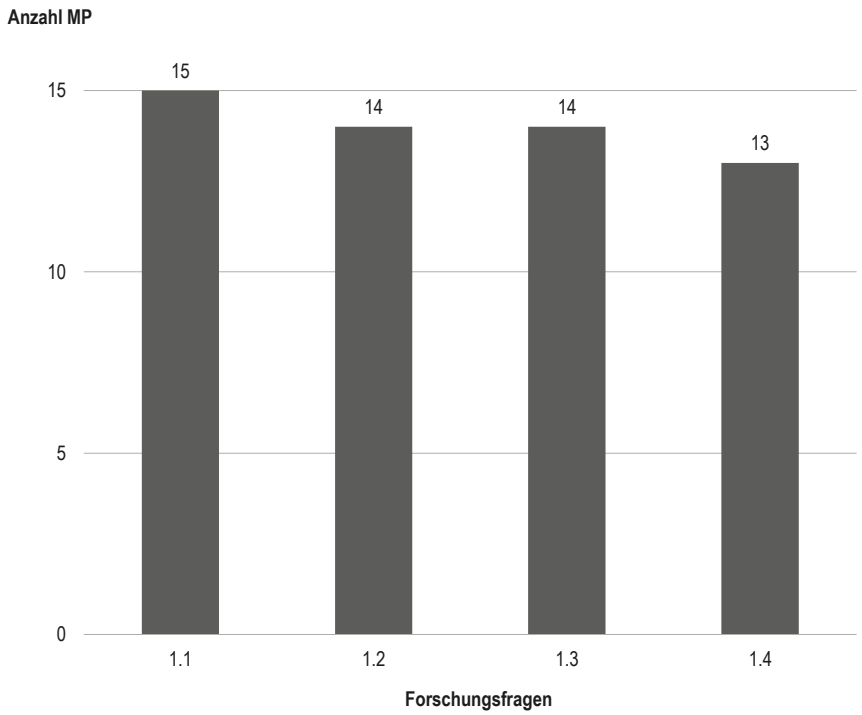
Laut den Zuwendungsbescheiden erproben insgesamt 18 Modellprojekte die Auswirkungen der für die Eingliederungshilfe ab dem 1.1.2020 neu geltenden Regelungen zur Heranziehung von Einkommen und Vermögen.
Zum Zeitpunkt der ersten Datenerhebung im April 2019 haben sich jeweils 16 Modellprojekte an der MP-Befragung beteiligt und Falldaten in den Online-Datentabellen hinterlegt.[6]

[6] Eines der beiden Modellprojekte, das keine Daten zum Regelungsbereich 1 an die Begleitforschung übermittelt hat, erprobt die Auswirkungen der Neuregelung bei der Einkommens- und Vermögensheranziehung nur mit Leistungsberechtigten, die zukünftig vom Lebenslagenmodell umfasst sind (siehe Forschungsfrage 3.3). Die Ergebnisse der Berechnungen werden von diesem Modellprojekt im Rahmen der Datenlieferung für den Regelungsbereichs 3 übermittelt. Das zweite Modellprojekt, das sich nicht an der ersten Datenübermittlung beteiligt hat, hat die Teilnahme am gesamten Erprobungsvorhaben bis auf unbestimmte Zeit eingestellt.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Abbildung 5.1 - 1 zeigt auf, wie viele Modellprojekte zu jeder Forschungsfrage im Regelungsbereich 1 arbeiten. Insgesamt 15 Modellprojekte bearbeiten demnach im Rahmen der Erprobung die Forschungsfrage 1.1 und je zwischen 13 und 14 Modellprojekte die Forschungsfragen 1.2 bis 1.4. Elf Projekte erproben den Regelungsbereich 1 in seiner Gesamtheit und sehen vor, im Rahmen der Projektlaufzeit zu allen Forschungsfragen Daten zu erheben und zu übermitteln.

Abbildung 5.1 - 1: Anzahl MP, die Forschungsfragen im RB 1 bearbeiten



Quelle: MP-Befragung RB 1, Frage „Welche Forschungsfragen zum Regelungsbereich gehen Sie in der Erprobung an?“ N=16, Mehrfachnennung möglich

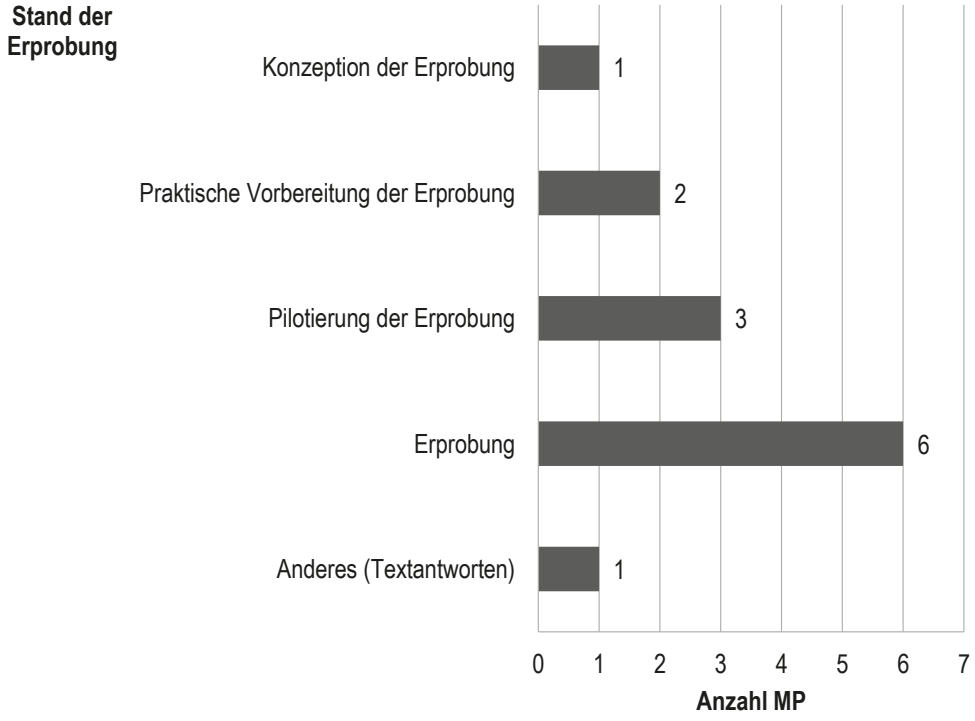
Die Erprobung der Neuregelung der Einkommens- und Vermögensheranziehung ist je nach Forschungsfrage sehr unterschiedlich weit vorangeschritten.
14 der 16 Modellprojekte haben im Rahmen der Erprobung bereits Simulationsberechnungen für Einzelfälle nach den Vorgaben der §§ 135 ff. SGB IX durchgeführt und einen Vergleich zur aktuellen Höhe des Einkommenseinsatzes angestellt (Frage 1.1). Zwei Modellprojekte haben in der Online-Datentabelle bislang nur die Stammdaten der für die Simulationsberechnung vorgesehenen Fälle erfasst bzw. die Höhe des aktuellen Einkommenseinsatzes (und die entsprechende Berechnungsgrundlage) ausgewiesen. Beide Modellprojekte planen die Simulationsberechnungen zur Einkommensheranziehung für diese Fälle zu einem späteren Zeitpunkt durchzuführen.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Die Forschungsfragen 1.2 und 1.3 (Auswirkungen auf die Anzahl der Leistungsempfänger_innen) werden von 14 Modellprojekten im Rahmen der Erprobung bearbeitet. Der Erprobungsansatz sieht vor, dass die Modellprojekte die Anzahl ihrer EGH-Leistungsempfänger_innen nach Jahren jeweils zum Jahresende (Dezember 2016 bis Dezember 2021) ausweisen. Derzeit gibt es, ohne aufwändige Befragungen, keine zuverlässige Methode, die Entwicklung der Anzahl der Leistungsempfänger_innen zu prognostizieren.

Die Forschungsfrage 1.4 wird von 13 Modellprojekten bearbeitet. Knapp zwei Drittel der Modellprojekte hat pilothaft die Prozesse der Fallbearbeitung nach künftigem Recht erprobt. Demgegenüber stehen 3 Modellprojekte noch am Anfang der Erprobung bzw. haben erst die praktischen Vorbereitungen der Erprobung abgeschlossen (siehe Abbildung 5.1 - 2).

Abbildung 5.1 - 2: Stand der Erprobungsarbeiten RB 1



Quelle: MP-Befragung RB 1, Frage „Wie weit ist Ihr Projekt in der Erprobung der Auswirkungen auf den Verwaltungsvollzug vorangeschritten?“ N=13

5.1.2 Vorgehen in der Erprobung

Die Erprobung im Regelungsbereich 1 (insbesondere die Erprobung der Forschungsfragen 1.1. und 1.4) erfordert grundsätzlich den Einsatz eines Kalkulationstools bzw. einer Berechnungsvorlage, anhand derer die Veränderung der

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Höhe des Einkommenseinsatzes nach Rechtslage 1.1.2020 kalkuliert werden kann. Alle Modellprojekte, die eine Simulationsberechnung durchgeführt haben, nutzen ein entsprechendes Kalkulationsinstrument. Zwei Modellprojekte arbeiten bereits mit der Fachsoftware zur Bestimmung des Einkommens- und Vermögenseinsatzes. Die Mehrzahl der Modellprojekte kann noch nicht abschätzen, ab welchem Zeitpunkt die Fachsoftware zur Verfügung steht und hat dafür eigene, meist Excel-basierte Tools entwickelt.[7] Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich die Berechnungswege und Ergebnisse zwischen den Modellprojekten unterscheiden. Die Begleitforschung geht davon aus, dass sich etwaige Unterschiede vor allem mit der Einführung der Fachsoftware nivellieren werden.

Die Stichprobe im Regelungsbereich 1 umfasst insgesamt 1.645 Fälle. In knapp der Hälfte der Modellprojekte sind nur Leistungsberechtigte in die Stichprobe einbezogen, die bereits nach geltendem Recht einen Einkommenseinsatz leisten. Diese Modellprojekte gehen von der Annahme aus, dass Leistungsberechtigte, die nach aktueller Rechtslage keinen Einkommenseinsatz leisten müssten (beispielsweise aufgrund von niedrigem Einkommen oder Bezug von Leistungen gem. §138 Abs. 1 (8) SGB IX), nach dem Systemwechsel nicht schlechter gestellt seien. Der Fallbestand in der Stichprobe des Regelungsbereichs 1 ist also dahingehend verzerrt, dass mehr Leistungsberechtigte vertreten sind, die nach aktuellem bzw. künftigem Recht einen Einkommenseinsatz leisten müssen, als für die Grundgesamtheit aller Leistungsberechtigten in den Modellprojekten zu erwarten wäre.

[7] Antworten auf Frage „Bitte geben Sie an, ab welchem Zeitpunkt Ihnen voraussichtlich die Fachsoftware zur Einkommen- und Vermögensanrechnung zur Verfügung steht.“, N=16

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

5.1.3 Befunde zu den Forschungsfragen

5.1.3.1 Frage 1.1 – Auswirkungen auf Einkommenssituation der Leistungsberechtigten

Frage 1.1 – Welche finanziellen Auswirkungen hat die veränderte Einkommensheranziehung (Betrag nach § 136 ff. SGB IX) auf die Einkommenssituation der Betroffenen?

In den Online-Datentabellen werden für jeden Einzelfall Daten zur Höhe des Einkommenseinsatzes und des zugrundeliegenden Einkommens für bis zu drei Bezugszeiträume erhoben. Die nachfolgend dargestellten Werte zum Einkommenseinsatz wurden auf Grundlage der Daten der Online-Datentabellen berechnet. Die Ergebnisse der Berechnungen beziehen sich, falls nicht anders ausgewiesen, sowohl auf Daten der ambulant als auch stationär lebenden Leistungsberechtigten.
Bei der Interpretation der Ergebnisse ist zu berücksichtigen, dass die Höhe des berechneten Einkommenseinsatzes sich nicht in jedem Fall ausschließlich auf EGH-Leistungen bezieht. Hintergrund ist, dass Leistungsberechtigte in stationären Einrichtungen, nach dem derzeit geltenden Recht eine Komplexleistung erhalten. Durch diese Komplexleistung werden alle Leistungen der Eingliederungshilfe und des notwendigen Lebensunterhalts abgedeckt.
Aufgrund der fehlenden Differenzierung, beziehen sich die Berechnungen zum Einkommenseinsatz der stationär lebenden Leistungsberechtigten daher mehrheitlich sowohl auf den Teil des Einkommens, der für Leistungen der EGH als auch auf den Teil des Einkommens, der für die Grundsicherung eingesetzt werden muss. Nur wenige Modellprojekte haben den Teil des Einkommens, der für Leistungen der EGH aufgebracht werden muss separat ausgewiesen.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Die Werte zum Einkommenseinsatz der ambulant lebenden Leistungsberechtigten wie auch die Werte zum künftigen Einkommenseinsatz (nach dem 1.1.2020) beziehen sich hingegen Modellprojekt übergreifend auf die tatsächliche Höhe des Einkommenseinsatzes für die Leistungen der EGH.

Abbildung 5.1 - 3: Darstellung der Veränderungen in den Berechnungsgrundlagen nach den drei Bezugszeiträumen

Bezugszeitraum 1	**Bezugszeitraum 2**	**Bezugszeitraum 3**
Bestimmung des Einkommenseinsatzes und Berechnungsgrundlage gem. §§ 87 bis 89 SGB XII	Bestimmung des Einkommenseinsatzes und Berechnungsgrundlage gem. §§ 87 bis 89 SGB XII	Bestimmung des Einkommenseinsatzes und Berechnungsgrundlage gem. §§ 136 bis 138 SGB IX-neu
Rechtslage **vor** 1.1.2017	Rechtslage **nach** 1.1.2017	Rechtslage **nach** 1.1.2020
	• Zusätzlicher Freibetrag auf Einkommen aus Erwerbstätigkeit • Erhöhung der Vermögensfreigrenze auf 27.600 Euro	• Neugestaltung des Einkommens-Beitragssystems • Erhöhung der Grundfreibeträge auf Einkommen • Freibleibendes Partnereinkommen und -vermögen • Erhöhung der Vermögensfreigrenze auf ca. 50.000 Euro

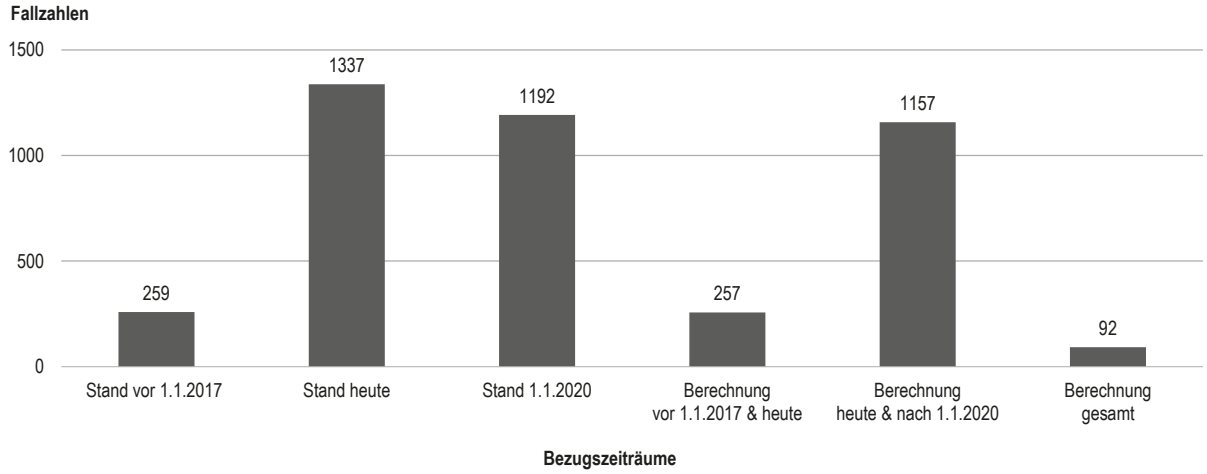
Quelle: Eigene Darstellung Kienbaum

Der erste Bezugszeitraum bezieht sich auf den Zeitraum vor den Änderungen in der Einkommensheranziehung im SGB XII zum 1.1.2017. Der zweite Bezugszeitraum bezieht sich auf den Zeitraum vom 1.1.2017 bis 31.12.2019 und damit auf die derzeit geltenden Vorschriften zur Einkommensheranziehung gem. den §§ 87 bis 89 SGB XII. Der dritte Bezugszeitraum bezieht sich schließlich auf den Zeitraum ab dem 1.1.2020 und damit auf die künftigen Regelungen zur Einkommensheranziehung nach dem SGB IX.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Insgesamt wurden in den Online-Datentabellen für 1.645 Leistungsberechtigte Angaben zum Einkommenseinsatz und der Berechnungsgrundlage (zu mindestens einem der drei Bezugszeiträume) erfasst. Die Abbildung 5.1 - 4 verdeutlicht, dass sich die Fallzahlen je nach Bezugszeitraum stark unterscheiden.

Abbildung 5.1 - 4: Fallzahlen nach Bezugszeiträumen



Quelle: Online-Datentabellen RB 1, N=1.645

Nur vier Modellprojekte haben für 92 Fälle Vergleichsberechnungen nach den drei Bezugszeiträumen (vor 1.1.2017, aktuell, nach 1.1.2020) durchgeführt. Entscheidend für die Beantwortung der Forschungsfrage 1.1. ist zum einen die Gegenüberstellung der Vergleichsberechnungen für den Bezugszeitraum 1 und Bezugszeitraum 2 sowie die Gegenüberstellung der Berechnungen für die Bezugszeiträume 2 und 3. Insgesamt haben sechs Modellprojekte für 257 Fälle Daten zur Höhe des Einkommenseinsatzes vor der ersten Erhöhung sowie nach dem 1.1.2017 in den Online-Datentabellen erfasst. Eine Gegenüberstellung des aktuellen sowie künftigen Einkommenseinsatzes wurde für 1.157 Leistungsberechtigte durchgeführt. Insbesondere der Fallbestand der Vergleichsberechnungen für die Bezugszeiträume 2 und 3 ist ausreichend hoch, um aus den vorliegenden Daten erste Einschätzungen zu den finanziellen Auswirkungen der veränderten Einkommensheranziehung abzuleiten.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Vergleichsberechnung für die Bezugszeiträume 1 und 2

Die Veränderung in der Einkommensheranziehung zum 1.1.2017 brachte für die Leistungsberechtigten in der Stichprobe keine bzw. nur eine geringfügige Verbesserung (siehe Abbildung 5.1 – 5).

Abbildung 5.1 - 5: Höhe durchschnittlicher Einkommenseinsatz (Bezugszeitraum 1 und 2)[8]

	Bezugszeitraum 1 (Rechtslage **vor** 1.1.2017)	Bezugszeitraum 2 (Rechtslage **nach** 1.1.2017)
Anzahl LB mit Einkommenseinsatz	107	107
Gesamtvolumen Einkommenseinsatz	83.463	82.588
Gesamtvolumen Einkommen (der LB mit Einkommenseinsatz)	104.399	103.648
Durchschn. Einkommen (der LB mit Einkommenseinsatz)	975	968
Durchschn. Einkommenseinsatz (der LB mit Einkommenseinsatz)	**780**	**771**

Quelle: Online-Datentabellen RB 1, N=257

Dabei ist zu beachten, dass immerhin 150 von 257 Fällen in der Stichprobe bereits nach der Berechnung für den ersten Bezugszeitraum keinen Einkommenseinsatz leistete. Der andere Teil der Leistungsberechtigten leistete zwar vor dem 1.1.2017 einen Einkommenseinsatz, bezog aber ein sehr geringes monatliches Einkommen von durchschnittlich knapp 1.000 Euro[9]. Für diese Fälle brachte die Erhöhung der Freigrenzen bei der Einkommensheranziehung keine wesentliche Besserstellungen – sie betrifft Leistungsberechtigte mit Erwerbseinkommen und Barvermögen von bis 27.600 Euro.

[8] Der Wert zum Einkommenseinsatz der Leistungsberechtigten bezieht sich auf die stationär und ambulant lebenden Leistungsberechtigten. Der Einkommenseinsatz bei den stationär lebenden Leistungsberechtigten entspricht überwiegend dem Einkommenseinsatz für die Gesamtleistung in der stationären Einrichtung (Leistungen der EGH und des notwendigen Lebensunterhalts nach SGB XII).

[9] Nettoeinkommen, dass für die Berechnung des Einkommenseinsatzes als Berechnungsgrundlage herangezogen wurde

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Vergleichsberechnung für die Bezugszeiträume 2 und 3

Zum 1.1.2020 wird die Eingliederungshilfe in das SGB IX überführt. Damit gelten für die Leistungsberechtigten auch günstigere Regelungen bei der Heranziehung von Einkommen für die EGH-Leistungen.

Die Auswertung der Daten der Online-Datentabellen ergibt, dass die Leistungsberechtigten in der Stichprobe mehrheitlich von den neuen Regelungen zur Einkommensheranziehung profitieren, das heißt, dass sie künftig einen deutlich geringeren Einkommenseinsatz leisten müssen als vor dem Jahr 2020. Nach den Berechnungen der Modellprojekte ist keine/kein Leistungsberechtige_r nach neuem Recht schlechter gestellt und muss, bei gleichbleibend hohem Einkommen, künftig einen höheren Einkommenseinsatz leisten.

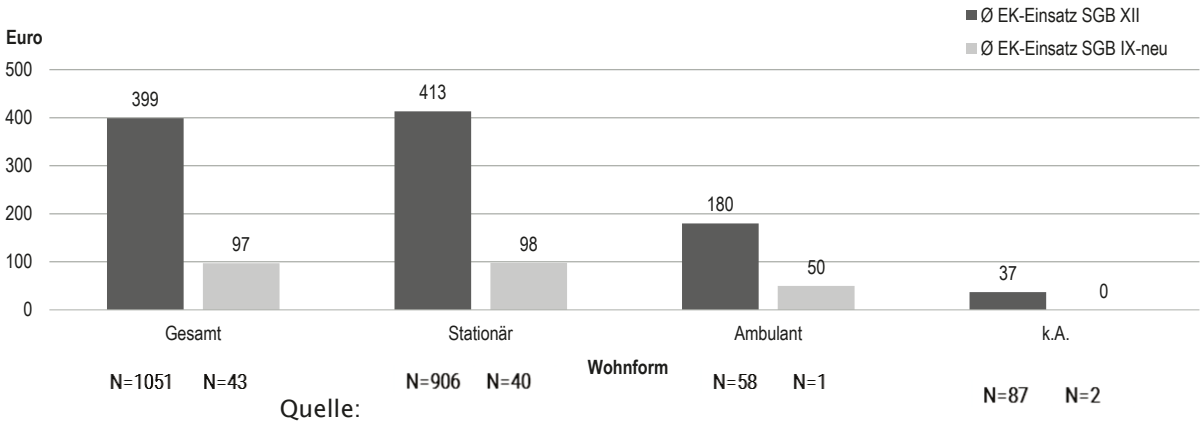
Darüber hinaus interessiert, ob und in welchem Umfang die höheren Einkommensgrenzen dazu beitragen, dass künftig weniger Leistungsberechtigte einen Einkommenseinsatz für die EGH leisten müssen. In der Stichprobe setzen nach geltendem Recht 90 Prozent der Leistungsberechtigten Einkommen ein. Dieser Anteil umfasst sowohl stationär als auch ambulant lebende Leistungsberechtigte. Dabei ist zu berücksichtigen, dass für die Gruppe der stationär lebenden Leistungsberechtigten in den Berechnungen überwiegend nicht differenziert wurde zwischen EGH-Leistungen und möglichen Leistungen der Grundsicherung (vgl. oben).

Legt man bei den Berechnungen zum Einkommenseinsatz der Leistungsberechtigten in der Stichprobe die Einkommensgrenzen gem. den §§ 135ff SGB IX zu Grunde, dann müssten nur noch 4 Prozent der Leistungsberechtigten künftig Einkommen für die EGH einsetzen. Das heißt, dass der Anteil der Leistungsberechtigten in der Stichprobe, die künftig einen Einkommenseinsatz für die EGH leisten müssten, im Vergleich zur gegenwärtigen Rechtslage sinken würde. Die tatsächliche Höhe der Differenz lässt sich noch nicht quantifizieren, da in den Daten zum derzeitigen Einkommenseinsatz der stationär lebenden Leistungsberechtigten überwiegend nicht zwischen dem Einkommenseinsatz für die EGH und dem für die Grundsicherung unterschieden wird.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Die folgende Abbildung stellt die Veränderungen in der Höhe des durchschnittlichen Einkommenseinsatzes je nach Wohnform dar.

Abbildung 5.1 - 6: Höhe durchschnittlicher Einkommenseinsatz nach Wohnform (Bezugszeitraum 2 und 3)[10,11]



Quelle:
Online-Datentabellen RB 1

Für die Daten der Stichprobe gilt: Nach geltendem Recht liegt der Mittelwert des von den Leistungsberechtigten einzusetzenden Einkommens bei knapp unter 400 Euro. Künftig liegt dieser Betrag deutlich niedriger – bei 97 Euro. Das entspricht einem Viertel der Höhe des aktuellen Betrags. Nur ein ambulant lebender Leistungsberechtigter würde künftig einen Einkommenseinsatz von 50 Euro monatlich leisten. Demgegenüber erbringen nach geltendem Recht 58 Leistungsberechtigte im ambulanten Wohnen einen EK-Einsatz. Bei den stationär lebenden Leistungsberechtigten setzen künftig 40 Personen Einkommen in der Höhe von durchschnittlich 98 Euro monatlich für die EGH ein (aktuell sind es 906 Personen). Die Standardabweichung beim Einkommenseinsatz liegt bei knapp 80 Euro. Das heißt, im Durchschnitt weicht der künftig zu leistende Einkommenseinsatz für alle Leistungsberechtigten (im ambulanten und stationären Wohnen) um etwa 80 Euro vom Mittelwert ab. Damit ist die Streuung der Werte um das arithmetische Mittel sehr groß.

[10] Der Gesamtwert zum Einkommenseinsatz der Leistungsberechtigten bezieht sich auf die stationär und ambulant lebenden Leistungsberechtigten. Der Einkommenseinsatz bei den stationär lebenden Leistungsberechtigten (gem. SGB XII) entspricht überwiegend dem Einkommenseinsatz für die Gesamtleistung in der stationären Einrichtung (Leistungen der EGH und des notwendigen Lebensunterhalts nach SGB XII).

[11] Die Werte zur Höhe des durchschnittlich einzusetzenden Einkommens in Abbildung 5.1-5 unterscheiden sich wesentlich von den Werten zur Höhe des Einkommenseinsatzes in Abbildung 5.1-6. Diese Differenz ist dadurch zu erklären, dass den Berechnungen unterschiedliche Stichproben zu Grunde liegen, und zwar hinsichtlich der Zahl der Fälle als auch hinsichtlich deren Zusammensetzung.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Nach dem 1.1.2020 wird die Höhe des einzusetzenden Einkommens auf Basis der steuerrechtlichen Einkünfte des Leistungsberechtigten ermittelt. Durch die Festsetzung eines vergleichsweise höheren Grundfreibetrags für Einkommen aus Erwerbseinkommen erfolgt eine Privilegierung im Vergleich zu anderen Einkunftsarten. In Abbildung 5.1 - 7 wird die Höhe des durchschnittlichen Einkommenseinsatzes (nach aktuellem und künftigem Recht) differenziert nach Einkommensarten ausgewiesen.

Abbildung 5.1 - 7: Einkommenshöhe und Einkommenseinsatz nach Einkommensart

	Leistungsberechtigte mit Einkommen überwiegend aus…			Einkommen nicht zuordenbar (gem. § 136 Abs. 2 SGB IX-neu)
	Renteneinkünften	nicht sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung[12]	Sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung	
Anzahl LB mit EK-Einsatz (nach SGB IX-neu)	38	2	1	2
Durchschn. EK der LB mit EK Einsatz	2161	-	3703	1450
durchschn. EK-Einsatz je $LB_{Ek\text{-}Einsatz}$	85	-	310	202

Quelle: Online-Datentabellen RB 1

In den Online-Datentabellen der betreffenden Modellprojekte sind insgesamt 85 Leistungsberechtigte erfasst, die ein Einkommen aus einer (überwiegend) sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung beziehen. In nur einem dieser Fälle (mit einem Einkommen von 3.700 Euro) müsste der Leistungsberechtigte ab 2020 einen Einkommenseinsatz (in Höhe von 310 Euro) leisten.
Die Mehrheit der Leistungsberechtigten in der Stichprobe bezieht Einkommen überwiegend aus Renteneinkünften (929 Leistungsberechtigte). Davon müssten 36 nach künftigem Recht einen Einkommenseinsatz leisten. Im Mittel beträgt bei diesen Leistungsberechtigten der künftige Einkommenseinsatz knapp 85 Euro (bei einem mittleren Einkommen von knapp über 2000 Euro monatlich).

[12] Die Plausibilitätsprüfung der Daten (N=2) ergab Unstimmigkeiten im Verhältnis der Höhe des Einkommens zur Höhe des errechneten Einkommenseinsatzes.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

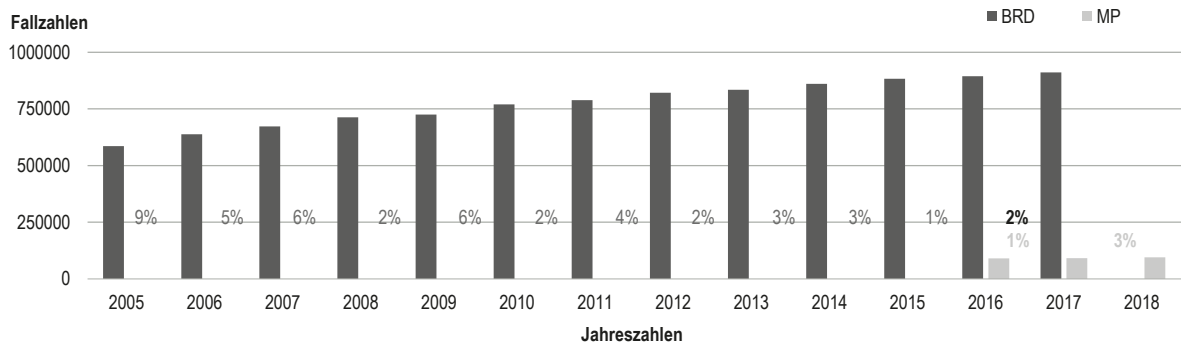
5.1.3.1 Frage 1.2 und 1.3 – Auswirkungen auf die Anzahl der Leistungsempfänger_innen in der EGH

Frage 1.2 – In welchem Umfang führen die Neuregelungen des Einkommenseinsatzes (EGH) zu einer Veränderung der Anzahl der Leistungsempfänger?
Frage 1.3 – In welchem Umfang führt die Veränderung des Vermögenseinsatzes (Begriff des Vermögens nach § 139 SGB IX) zu einer Ausweitung der Leistungsempfänger in der Eingliederungshilfe?

In den Online-Datentabellen haben 14 Modellprojekte die absolute Anzahl der Leistungsempfänger_innen in ihrem Zuständigkeitsbereich im Jahresverlauf von 2016 bis 2018 (je zum 31. Dezember) erfasst. Aus den Daten kann die Entwicklung der Anzahl der Leistungsempfänger_innen abgeleitet und über die Jahre hinweg nachgezeichnet werden. Insgesamt verzeichnen die Modellprojekte als EGH-Leistungsträger per Stichtag 31.12.2018 knapp 95.000 Leistungsempfänger_innen.

In Abbildung 5.1 – 8 wird die Entwicklung der Anzahl der Leistungsempfänger_innen in den Modellprojekten der Entwicklung der Anzahl der Leistungsempfänger_innen im ganzen Bundesgebiet gegenübergestellt.

Abbildung 5.1 - 8: Entwicklung Anzahl der Leistungsempfänger_innen in der EGH (2005 bis 2018)



Quelle: Bundesamt für Statistik (Datenreihe von 2005 bis 2017) und Online-Datentabellen RB 1, N=14

Die Anzahl der Leistungsempfänger_innen bei den Modellprojekten ist in den Jahren von 2016 bis 2018 kontinuierlich gestiegen – ein Prozent von 2016 auf 2017 und drei Prozent von 2017 auf 2018. Dieser Anstieg entspricht in etwa dem relativen Anstieg der EGH-Leistungsempfänger_innen im gesamten Bundesgebiet. Auffällig

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

ist, dass die erste Anhebung der Einkommens- und Vermögensgrenzen zum 1.1.2017 mit keinem disproportionalen Anstieg der Anzahl der Leistungsempfänger_innen einhergeht.

Interessant für die Beantwortung der Forschungsfragen 1.2 und 1.3 ist die Entwicklung der Anzahl der Leistungsempfänger_innen in den Jahren nach Inkrafttreten der neuen Regelungen in der Einkommens- und Vermögensheranziehung der EGH (zum 1.1.2020). Die Falldaten aus der Erprobung (vgl. Befunde zur Forschungsfrage 1.1.) deuten darauf hin, dass die Mehrzahl der Leistungsberechtigten, die heute einen Einkommenseinsatz leisten, nach künftigem Recht deutlich weniger oder gar kein Einkommen für die EGH einsetzen müssen. Es ist im Umkehrschluss davon auszugehen, dass Menschen mit Behinderungen, die aufgrund hohen Einkommens und Vermögens heute keine EGH-Leistungen beziehen, von den Veränderungen bei der Einkommens- und Vermögensanrechnung in der EGH profitieren und sich damit die Anzahl der Leistungsempfänger_innen in der EGH ab dem 1.1.2020 erhöht. Der genaue Umfang dieser Veränderung kann zum derzeitigen Zeitpunkt nicht bestimmt werden, da die Größe des Personenkreises der Menschen, die trotz Behinderung keine EGH-Leistungen beziehen (bspw. aufgrund zu hohen Einkommens oder Vermögens), den EGH-Leistungsträgern der Modellprojekte nicht bekannt ist.

Erste Aussagen zu möglichen Veränderungen im Umfang der Leistungsempfänger_innen ab dem 1.1.2020 werden ab dem Frühjahr 2021 möglich sein. Bis zu diesem Zeitpunkt liegen die Daten zur absoluten Anzahl der Leistungsempfänger_innen nach Inkrafttreten der neuen Regelungen vor.

5.1.3.2 Frage 1.4 – Auswirkungen der veränderten Einkommens- und Vermögensheranziehung auf den Verwaltungsvollzug

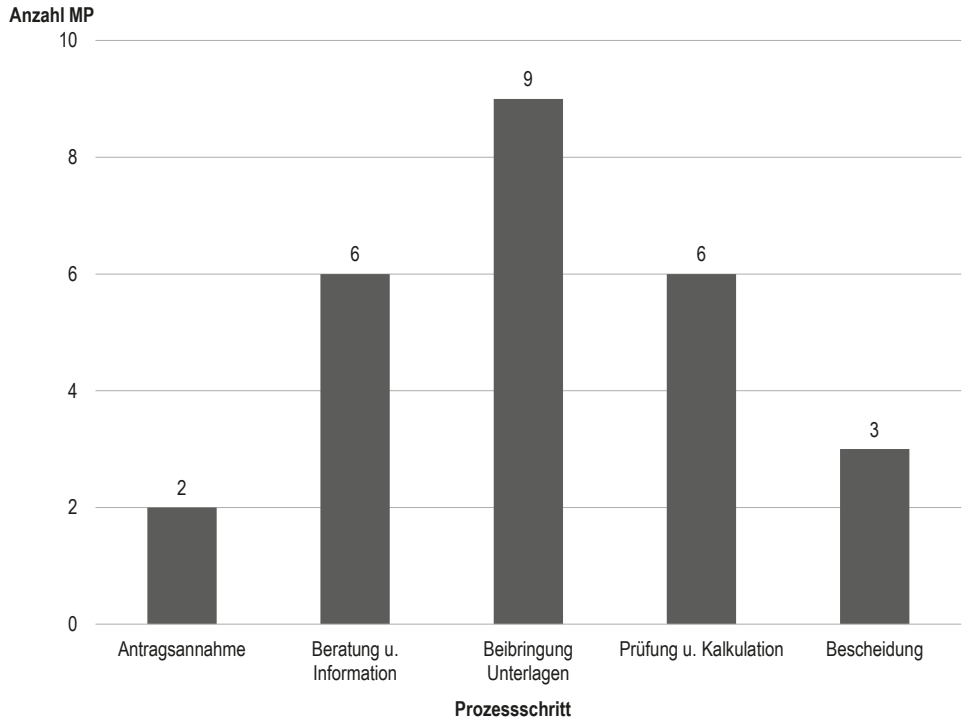
> Frage 1.4 – Welche Auswirkungen hat der Systemwechsel (Umstellung von der sozialhilferechtlichen Berechnung des Einkommens und des Einkommenseinsatzes auf die zukünftige Zugrundelegung der Summe der Einkünfte bzw. der Bruttorente und der Ermittlung des Beitrags nach § 137 SGB IX) auf den Verwaltungsvollzug?

Der Stand der Erprobung und die Datenbasis geben einen ersten Einblick in die Erprobung der Auswirkungen des Systemwechsels auf den Verwaltungsvollzug, können die Forschungsfragen jedoch noch nicht belastbar beantworten. Bei der Interpretation der vorliegenden Daten ist zu berücksichtigten, dass den Modellprojekten mehrheitlich die Fachsoftware zur Bestimmung des Einkommens- und Vermögenseinsatzes noch nicht zur Verfügung steht. Die Modellprojekte erwarten, dass sich frühestens ab Juli 2020 Routinen in den neuen Arbeitsprozessen

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

entwickelt haben werden. Die Mehrzahl der Modellprojekte (zehn von 13 Modellprojekten) erwartet, dass sich durch die neue Einkommens-Beitragsberechnung Veränderungen in den Arbeitsprozessen für die Fallbearbeitung ergeben.[13] Zwei Modellprojekte geben an, dass sie keine grundlegenden Veränderungen erwarten bzw. ein Modellprojekt sagt aus, dass es hierzu noch keine Einschätzung abgeben kann. Abbildung 5.1 – 9 zeigt auf, an welchen Stellen die Auswirkungen auf die Verwaltungspraxis besonders hervortreten.

Abbildung 5.1 - 9: Veränderungen im Arbeitsablauf (bedingt durch neue Regelung zur Einkommens- und Vermögensheranziehung)



Quelle: MP-Befragung RB 1, Frage „An welchen Stellen im Arbeitsablauf/in der Fallbearbeitung treten diese Veränderungen besonders stark hervor?“ N=10, Mehrfachnennung möglich

Demnach sind in allen Prozessschritten – von der Antragsannahme bis hin zur Bescheidung – Auswirkungen für die Fallbearbeitung zu erwarten. Diese Auswirkungen treten insbesondere bei der Beratung und Information der

[13] Antworten auf Frage „Erwarten Sie, dass sich durch die neue Berechnungssystematik Veränderungen in den Arbeitsabläufen für die Fallbearbeitung ergeben (von der Antragsannahme und Beibringung von Einkommensnachweisen bis hin zur Bescheidung über den Einkommenseinsatz)?“, N=13

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Leistungsberechtigten, bei der Beibringung von Unterlagen sowie bei der Prüfung und Kalkulation der Einkommens- und Vermögenseinsätze hervor.

Auswirkungen auf die personellen/qualifikatorischen Anforderungen

Die erwarteten Veränderungen wirken sich laut Aussage von sechs Modellprojekten (von 13) auch grundsätzlich auf die personellen/qualifikatorischen Anforderungen für die Fallbearbeitung aus. Vier Modellprojekte sehen dahingehend keine Veränderungen und drei Modellprojekte können hierzu noch keine Aussagen treffen. Die Aussagen der Modellprojekte weisen damit in unterschiedliche Richtungen. [14] Drei der sechs Modellprojekte, die Veränderungen der personellen/qualifikatorischen Anforderungen erwarten, gehen davon aus, dass der bestehende Personalkörper die Qualifikationsanforderungen auch zukünftig weitestgehend abdecken kann.[15] Dies gilt insbesondere dann, wenn Mitarbeitende in der neuen Berechnungssystematik geschult (Einkommenssteuerrecht) werden und punktuell zusätzliches Personal mit Ausbildung im Steuerrecht eingestellt wird.

Auswirkungen auf die Aufwände in der Fallbearbeitung

Die Auswirkungen auf die Verwaltungspraxis treten in der Umstellungsphase besonders stark hervor. Bis zur Einstellung von Routinen ist daher davon auszugehen, dass ein Mehraufwand in der Fallbearbeitung für die Träger der EGH entsteht. Auch langfristig würde sich, laut Aussage zweier Modellprojekte, durch eine umfangreichere Detailprüfung in Einzelfällen, der Aufwand für die Fallbearbeitung erhöhen. Dies gelte insbesondere für Fälle, in denen keine Steuerbescheide vorlägen und bei der Fallbearbeitung die entsprechenden Nachweise einzufordern seien oder selbst zu prüfen sei, ob Einkünfte zur Summe der Einkünfte nach § 2 Abs. 2 EStG zählen. Darüber hinaus erwartet ein Modellprojekt, dass bei der Detailprüfung, eine größere Anzahl Unterlagen benötigt würde (sowohl für das Vorvorjahr als auch das aktuelle Jahr), um konkret die Jahresbruttobeträge der steuerrechtlich relevanten Einkünfte zu ermitteln. Die Anforderung bzw. Vorlage eines Nachweises über das aktuelle monatliche Nettoeinkommen, z.B. auch vereinfacht durch Kontoauszüge sei künftig nicht mehr ausreichend. Die Einholung der Unterlagen würde den Prozess der Fallbearbeitung daher annahmegemäß erhöhen.[16]

---

[14] Antworten auf Frage „Gehen Sie davon aus, dass sich durch die neue Berechnungssystematik grundsätzlich die qualifikatorischen/personellen Anforderungen für die Fallbearbeitung verändern? (bspw. Anforderungsprofile)“, N=13

[15] Antworten auf Frage „Kann den neuen Qualifikationsanforderungen mit dem bestehenden Personalköper im Großen und Ganzen entsprochen werden?“, N=6

[16] Antworten auf Frage „Erwarten Sie, dass durch die neue Arbeitsweise/die Prüfung der Einkommen nach SGB IX auf lange Sicht insgesamt ein Mehr- oder Minderaufwand für die Fallbearbeitung bei der Prüfung der Einkommen entsteht? “, N=13

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Die Erfahrungen aus der Erprobung lassen andererseits auch vermuten, dass sich an einigen Stellen der Aufwand für die Fallbearbeitung reduziert. Ein Modellprojekt weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass zwar die Detailprüfung in Einzelfällen mehr Zeit in Anspruch nehmen würde, sich aber andererseits aufgrund höherer Einkommens- und Vermögensfreigrenzen der Kreis derer, für die eine Prüfung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse notwendig erscheint, verringere.[17] Wie die Befunde aus den Simulationsberechnungen zur Forschungsfrage 1.1. zeigen, bezieht die Mehrzahl der derzeitigen Leistungsempfänger_innen ein so niedriges Einkommen, dass eine Detailprüfung und Berechnung des Einkommens- und Vermögenseinsatzes nach künftigem Recht entfallen wird. Dies betrifft insbesondere Empfänger_innen der Grundsicherung, Rentner_innen mit Einkünften knapp über dem Grundsicherungsanspruch, geringfügig Beschäftigte und Arbeitnehmer_innen mit geringem Einkommen. Dieser Personenkreis stellt gegenwärtig die Mehrheit aller Leistungsempfänger_innen in der Stichprobe dar.

Vor diesem Hintergrund ist auch nachvollziehbar, dass sechs (von 13) Modellprojekte angeben, dass sich auf lange Sicht kein Mehr- oder Minderaufwand für die Verwaltung erwarten lässt. Die übrigen sieben Modellprojekte geben an, dass sie die langfristigen Auswirkungen in Hinblick auf Mehr- oder Minderaufwände noch nicht abschätzen können.

5.1.4 Klärungsbedarf und Hinweise

Im Rahmen von Vor-Ort Interviews konnte die Begleitforschung erste Hinweise und Klärungsbedarfe der Modellprojekte – insbesondere hinsichtlich der Berechnung des Einkommens- und Vermögenseinsatzes sowie der Bestimmung der Berechnungsgrundlage nach EStG – zusammentragen und im Nachgang an den Gesetzgeber übermitteln. Einige der Hinweise aus der Erprobung haben bereits bei der Ausgestaltung des SGB IX-/SGB XII-Änderungsgesetzes („Gesetz zur Änderung des Neunten und des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch und anderer Rechtsvorschriften“) Berücksichtigung gefunden.[18]

[17] Antworten auf Frage „An welchen Stellen im Prozessablauf reduziert sich der Zeitaufwand für die Verwaltung? “, N=13

[18] Am 17.04.2019 wurde das SGB IX-/SGB XII-Änderungsgesetz vom Kabinett verabschiedet. Der Gesetzentwurf wird nun in das parlamentarische Verfahren des Bundestages eingebracht. Die Verabschiedung im Bundestag ist für November 2019 geplant, so dass das Gesetz zum 01.01.2020 in Kraft treten kann.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Zum Zeitpunkt der Datenerhebung im April 2019 äußerten die Modellprojekte insbesondere Fragen nach dem Umgang mit selten vorkommenden Fall- bzw. Haushaltskonstellationen.[19]

- Mehrere Modellprojekte berichten von Schwierigkeiten, den Kostenbeitrag bei minderjährigen Leistungsberechtigten (je nach unterschiedlicher Wohnform, Familienstand und Einkommen) zu bestimmen. Eine beispielhafte Fallkonstellation bei der sich Schwierigkeiten bei der Bestimmung der Bezugsgröße ergäben, sei die einer minderjährigen leistungsberechtigten Person, die verheiratet ist, und mit dem Ehepartner gemeinsam in einem eigenen Haushalt lebt. Kann die Bezugsgröße nicht errechnet werden, wäre es in der Folge nicht möglich einen Kostenbeitrag zu ermitteln bzw. zu fordern.
- Klärungsbedarf bestehe bei der Frage, an wen der Kostenbeitrag der Eltern nach § 138 Abs. 4 SGB IX zu entrichten sei. Würde der Beitrag nach § 138 (4) SGB IX analog § 137 (3) SGB IX definiert, wäre er von der zu erbringenden Leistung abzuziehen. Der Leistungsberechtigte bzw. der Leistungserbringer hätte für die Beibringung des Beitrags zu sorgen. Im Falle einer Vereinnahmung durch den Leistungsträger würde keine Kürzung der Fachleistung nach § 137 (3) SGB IX stattfinden.
- Weiterer Klärungsbedarf bestehe bei der Frage, ob und wie Zuschläge zur Einkommensgrenze gem. § 136 Abs. 3 SGB IX anzurechnen seien, wenn keine Auskünfte über die Einkommensverhältnisse des Ehegatten eingereicht würden und aufgrund des fehlenden Auskunftsanspruchs im SGB IX gegen den Ehegatten auch nicht durchgesetzt werden könnten.
- Den Modellprojekten sei unklar, ab welchem Zeitpunkt bei unterjähriger wesentlicher Veränderung der Einkommensverhältnisse eine rückwirkende Neuberechnung und Festsetzung eines Kostenbeitrags aus Einkommen unter Beachtung des maßgeblichen § 48 SGB X zu erfolgen habe (z.B. rückwirkend zum 01.01. des Kalenderjahres oder ab Zeitpunkt der Änderung der Verhältnisse)
- Weiterhin lässt sich, laut Aussage der Modellprojekte, noch nicht klar ableiten, ob durch die Formulierung des § 135 Abs. 1 lediglich die Heranziehung der nach § 2 Abs. 2 EStG steuerbaren Renten modifiziert werden solle (Berücksichtigung der Bruttorente anstelle des Besteuerungsanteils), oder ob auch eine Berücksichtigung der nicht steuerbaren Renteneinkünfte erfolgen müsse.

[19] Antworten auf Frage „Hat sich bei der Erprobung der Neuregelungen Klärungsbedarf ergeben, den Sie bisher nicht allein lösen konnten? “, N=16

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Die hier aufgeführten Fragestellungen und Klärungsbedarfe stellen nur einen Auszug aller übermittelten Hinweise aus der Erprobung an die Begleitforschung dar. Insgesamt zeigt die Auswertung der Hinweise, dass die Anwendung der neuen Regelungen keine grundsätzlichen Probleme bereitet, sondern vor allem Detailfragen gestellt werden. Es handelt sich somit um typische Implementierungsschwierigkeiten, die aber nicht grundsätzlicher Natur sind.

5.1.5 Fazit zum Regelungsbereich 1

Die Erprobung der Neuregelung der Einkommens- und Vermögensheranziehung ist je nach Forschungsfrage sehr unterschiedlich weit vorangeschritten. Zum derzeitigen Stand der Erprobung haben die Modellprojekte mehrheitlich Simulationsberechnungen zum Einkommenseinsatz nach den Vorgaben der §§ 135 ff. SGB IX durchgeführt und sich mit den Auswirkungen der ab dem 1.1.2020 geltenden Regelungen zur Einkommens- und Vermögensheranziehung auf die Verwaltungspraxis vertraut gemacht. Aus den vorliegenden Befunden lassen sich erste, vorläufige Aussagen zur Beantwortung der Forschungsfragen ableiten.

In den Online-Datentabellen wurden für insgesamt 1.645 Leistungsberechtigte Angaben zum Einkommenseinsatz und der Berechnungsgrundlage (zu mindestens einem der drei Bezugszeiträume) erfasst. Die Auswertungen dieser Daten ergibt, dass sich die Veränderungen in der Einkommensheranziehung, insbesondere durch die Erhöhung des Einkommensfreibetrags zum 1.1.2017, nur unwesentlich auf die Einkommenssituation der Leistungsberechtigten ausgewirkt haben. Der Einkommens-Einsatz der Leistungsberechtigten in der Stichprobe blieb vor und nach der ersten Reformstufe in etwa konstant. Deutliche Verbesserungen ergeben sich für die Leistungsberechtigten vorrausichtlich erst nach der ab dem 1.1.2020 geltenden Einkommens-Beitragsberechnung. Demnach legen die Berechnungen zum Einkommenseinsatz der Leistungsberechtigten nahe, dass der Anteil der Leistungsberechtigten in der Stichprobe, die künftig einen Einkommenseinsatz für die EGH leisten müssen, wesentlich geringer ist, als der Anteil der Leistungsberechtigten, die heute einen Einkommenseinsatz leisten.
Nach den Berechnungen der Modellprojekte sinkt der Eigenbeitrag von knapp 400 Euro monatlich (gem. der geltenden Beitragsberechnung) auf knapp 100 Euro monatlich (gem. der künftigen Beitragsberechnung gem. §§ 135 ff. SGB IX) (Forschungsfrage 1.1).

Zum derzeitigen Stand der Erprobung kann die Entwicklung der Anzahl der EGH-Leistungsempfänger_innen nach dem 1.1.2020 noch nicht zuverlässig prognostiziert werden. Aus den vorliegenden aggregierten Daten der Leistungsträger lässt sich ableiten, dass die Anzahl aller Leistungsempfänger_innen in der Kostenträgerschaft der Modellprojekte in den Jahren von 2016 bis 2018

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

kontinuierlich gestiegen ist. Dabei ging die erste Anhebung der Einkommens- und Vermögensgrenzen zum 1.1.2017 mit keinem disproportionalen Anstieg der Anzahl der Leistungsempfänger_innen einher, das heißt, die Erhöhung hat bei den Modellprojektträgern keine wesentlichen Veränderungen bei der Anzahl der Leistungsempfänger_innen in der EGH ausgelöst. Erste Aussagen zu einer möglichen Zunahme der Anzahl von Leistungsempfänger_innen in Folge der Neuregelungen zum 01.01.2020 werden erst ab dem Frühjahr 2021 möglich sein (Forschungsfrage 1.2 und 1.3).

Die Einschätzungen der Modellprojekte zu den Auswirkungen der Neuregelung der Einkommens-Beitragsberechnung auf die Verwaltungspraxis sind noch vage. Die Antworten aus der MP-Befragung deuten darauf hin, dass sich durch die neue Berechnungsweise der Einkommensbeiträge Veränderungen in den Arbeitsprozessen für die Fallbearbeitung ergeben, die sich auch auf die qualifikatorischen Anforderungen an das Personal auswirken. Veränderungen treten nach Aussagen der Modellprojekte in allen Prozessschritten der Fallbearbeitung auf. Besonders betroffen seien die Beratung und Information der Leistungsberechtigten, die Beibringung von Unterlagen sowie die Prüfung und Kalkulation der Einkommens- und Vermögenseinsätze. Mehraufwände entstünden vornehmlich in der Umstellungsphase. Langfristig erwarten die Modellprojekte, dass sich eher keine Mehr- oder Minderaufwände für die Fallbearbeitung ergeben (Forschungsfrage 1.4).

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

5.2 Regelungsbereich 2 – Assistenzleistungen

5.2.1 Fokus der Erprobung und Stand

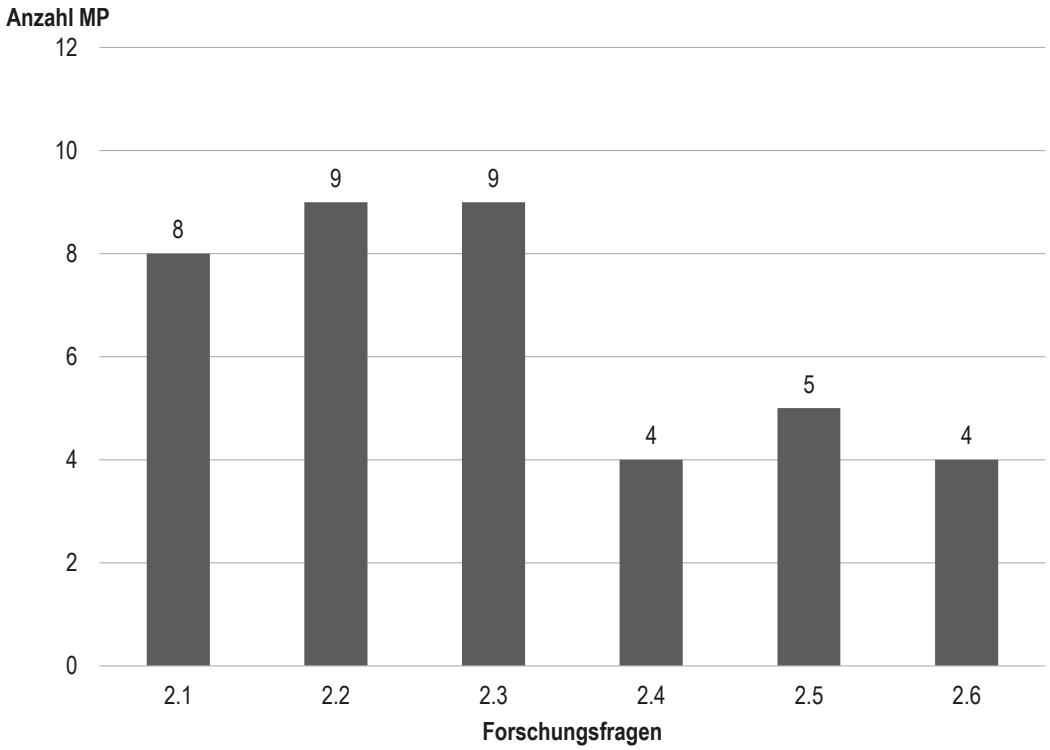
Die Untersuchungen zum Regelungsbereich richten sich auf die folgenden sechs Forschungsfragen.

2.1. Hat der neu eingefügte Leistungstatbestand "Assistenzleistungen" (§113 Abs. 2, Nr. 2 in Verbindung mit §78 SGB IX) Auswirkungen auf die Bewilligungs- und die Verwaltungspraxis der Leistungsträger? Falls ja, welche?
2.2. Trägt der Leistungstatbestand dazu bei, dass die entsprechenden in einer vollstationären Einrichtung erbrachten Leistungen umfänglich aufgefangen werden? Wenn nein, wo gibt es Lücken?
2.3. Ist die Differenzierung von Assistenzleistungen nach §78 Abs. 2 SGB IX zur Übernahme von Handlungen einschließlich der Begleitung und der qualifizierten Assistenz praxistauglich?
2.4. In welchem Umfang werden Leistungen für Assistenz an Mütter und Väter mit Behinderungen bei der Versorgung und Betreuung ihrer Kinder gewährt? Sichert die korrespondierende Regelung im Gesamtplanverfahren, dass die jeweils zuständigen Leistungsträger ihre Leistungsverantwortung wahrnehmen?
2.5. In welchem Umfang werden im Zusammenhang mit der Ausübung eines Ehrenamtes Aufwendungen für eine notwendige Unterstützung im Rahmen familiärer, freundschaftlicher, nachbarschaftlicher oder ähnlich persönlicher Beziehungen erstattet? In welchem Umfang durch eine Assistenzkraft?
2.6. Führt die vorrangige Inanspruchnahme familiärer, freundschaftlicher, nachbarschaftlicher oder ähnlich persönlicher Beziehungen bei der Bewilligung von Assistenzleistungen für Personen, die ein Ehrenamt ausführen, zu Veränderungen bei der Bereitschaft, sich ehrenamtlich zu engagieren?

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Diese sechs Fragen werden nicht alle gleichermaßen von den Modellprojekten bearbeitet. Die folgende Abbildung zeigt, dass die Forschungsfragen betreffend Assistenzleistungen für Mütter und Väter mit Behinderungen sowie für Personen im Ehrenamt nur von vier bzw. fünf Modellprojekten bearbeitet werden sollen.

Abbildung 5.2 - 1: Anzahl MP, die Forschungsfragen im RB 2 bearbeiten

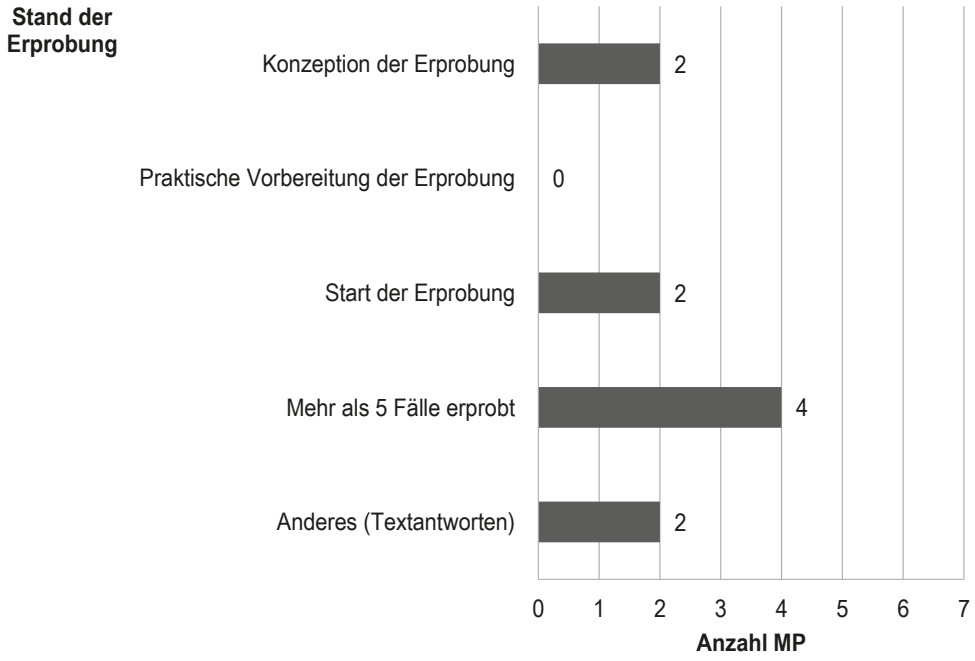


Quelle: MP-Befragung RB 2, Frage „Welche Forschungsfragen zum Regelungsbereich gehen Sie in der Erprobung an?“ N=10, Mehrfachnennung möglich

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Die Arbeiten zur Erprobung befinden sich insgesamt erst in den Anfängen. Die konzeptionelle und praktische Vorbereitung sowie eine Pilotierung der Erprobungsabläufe stehen bei der Mehrzahl der Projekte im Vordergrund. Nur vier der befragten Modellprojekte geben an, bereits Erprobungen durchzuführen.

Abbildung 5.2 - 2: Stand der Erprobungsarbeiten RB 2



Quelle: MP-Befragung RB 2, Frage „Wie weit ist Ihr Projekt insgesamt in der Erprobung der Assistenzleistungen vorangeschritten?“ N= 10

Der unterschiedliche Arbeitsstand der Modellprojekte ist durch unterschiedliche Faktoren bedingt. So sieht die Arbeitsplanung eines Modellprojekts, das alle sieben Regelungsbereiche bearbeitet, vor, den Leistungstatbestand „Assistenzleistungen“ erst ab 2020 zu bearbeiten. Ein anderes Modellprojekt hat zunächst nur Bedarfsermittlungen, jedoch noch keine virtuelle Bewilligung durchgeführt. Bei einem anderen Projekt liegen erst zum Zeitpunkt der Befragung die Erklärungen Leistungsberechtigter vor, an der Erprobung teilzunehmen, sodass mit den Arbeiten erst ab Mai 2019 begonnen wurde.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

5.2.2 Vorgehen in der Erprobung

Die Erprobung der Assistenzleistungen erfordert grundsätzlich ein differenziertes Bild über die individuellen Bedarfe eines Leistungsberechtigten. Insofern sollte die Bedarfsermittlung eine wichtige Rolle in der Erprobung spielen. Dabei gehen die Projekte unterschiedlich vor. Wie bereits bei den Vor-Ort Interviews deutlich wurde, wird bei Bestandsfällen häufig auf bereits vorliegende Informationen des Fallmanagements oder der Bedarfsermittlung (nach bestehender Aktenlage) aufgebaut. Andere Modellprojekte starten dagegen die Erprobung jedes Einzelfalls mit einer individuellen Bedarfsermittlung gemäß § 118 SGB IX.
Bisher führen fünf von zehn Modellprojekten Bedarfsermittlungen für alle zu erprobenden Fälle durch. Ein Modellprojekt strebt an, dies für mindestens zwei Drittel der Fälle zu tun. Zwei weitere haben sich in der Beziehung noch nicht entschieden, für ein Modellprojekt ist das nicht relevant und eine weiteres führt gar keine Bedarfsermittlung durch. Letztere Antwort betrifft einen überörtlichen EGH-Träger, in dessen Zuständigkeitsbereich die Bedarfsermittlung von den herangezogenen Gebietskörperschaften durchgeführt wird. Teilhabe- bzw. Gesamtpläne liegen bisher für 97 der insgesamt 290 Fälle vor, die für die Erprobung der Assistenzleistungen vorgesehen sind. Für 100 Fälle liegen keine Teilhabe- bzw. Gesamtpläne vor. In 92 Fällen sind diese Informationen noch nicht ermittelt worden.[20]
Für die Klärung der Fragen zu den Assistenzleistungen in vollstationären Einrichtungen und der Praxistauglichkeit der Differenzierung von qualifizierter und kompensatorischer Assistenz sollte aus Sicht der Begleitforschung idealerweise die Perspektive und Erfahrung von Leistungserbringern miteinbezogen werden.
Von zehn Modellprojekten arbeiten fünf in der Erprobung mit Leistungserbringern zusammen oder wollen das zukünftig tun. Eins hat sich dahingehend noch nicht entschieden. Jeweils zwei Projekte arbeiten nicht mit Leistungserbringern zusammen oder halten das in ihrem Erprobungsansatz für nicht relevant.

[20] Online-Datentabellen RB 2, in einem weiteren Fall steht diese Information nicht zur Verfügung

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

5.2.3 Befunde zu den Forschungsfragen

5.2.3.1 Frage 2.1 – Auswirkungen auf die Bewilligungs- und die Verwaltungspraxis

Frage 2.1 – Hat der neu eingefügte Leistungstatbestand „Assistenzleistungen“ (§113 Abs.2, Nr. 2 in Verbindung mit §78 SGB IX) Auswirkungen auf die Bewilligungs- und die Verwaltungspraxis der Leistungsträger? Falls ja, welche?

Der bisherige Erprobungsstand erlaubt noch keine belastbaren Antworten auf die Forschungsfrage, sondern zeigt lediglich erste Tendenzen auf. Drei der acht Modellprojekte, die zu dieser Forschungsfrage arbeiten, haben laut der MP-Befragung bereits Abläufe bzw. das Verfahren für die Bedarfsermittlung, Feststellung und Bewilligung von Assistenzleistungen entwickelt. Nur diese drei Modellprojekte geben auch erste Einschätzungen zur künftigen Verwaltungspraxis. So werden im Verfahren zur Bewilligung von Assistenzleistungen außerhalb besonderer Wohnformen eher keine Änderungen erwartet.[21] Änderungen in der Verwaltungspraxis betreffen Leistungen für Leistungsberechtigte in besonderen Wohnformen, und zwar für alle Verfahrensschritte von der Bedarfsermittlung bis hin zur Bewilligung von Leistungen.[22]
Auswirkungen auf möglicherweise veränderte Qualifikationsanforderungen an das Personal beim Leistungsträger lassen sich noch nicht aus der Erprobung ableiten. Drei Projekte äußern sich dazu, jedoch mit gegensätzlichen Einschätzungen.

5.2.3.2 Frage 2.2 – Abdeckung der Leistungen in vollstationären Einrichtungen

Frage 2.2 –Trägt der Leistungstatbestand dazu bei, dass die entsprechenden in einer vollstationären Einrichtung erbrachten Leistungen umfänglich aufgefangen werden? Wenn nein, wo gibt es Lücken?

[21] Antworten auf Frage „Bitte bewerten Sie die folgende Aussage „Mit der Einführung des Leistungstatbestands „Assistenzleistungen“ für Leistungsberechtigte, die außerhalb besonderer Wohnformen leben, sind insgesamt grundlegende Veränderungen in den Verfahren des Leistungsträgers verbunden“

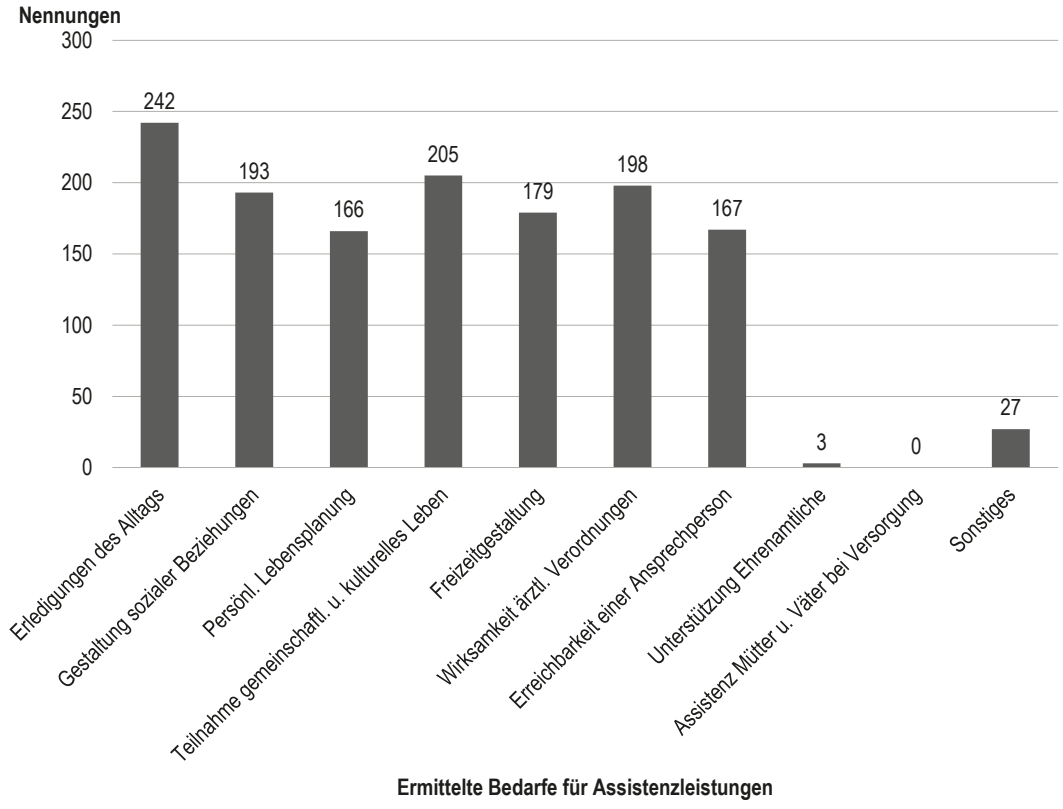
[22] Antworten auf Frage „Bitte bewerten Sie die folgende Aussage „Mit der Einführung des Leistungstatbestands „Assistenzleistungen“ für Leistungsberechtigte, die in besonderer Wohnformen leben, sind insgesamt grundlegende Veränderungen in den Verfahren des Leistungsträgers verbunden“

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Aus der bisherigen Erprobung lassen sich keine Anzeichen dafür herleiten, dass mögliche Bedarfe von Leistungsberechtigten in stationären/besonderen Wohnformen künftig nicht abgedeckt werden könnten.

Für die 290 Fälle, die nach Angaben der Modellprojekte bisher für die Erprobung vorgesehen sind, wurden bisher in sieben Modellprojekten Bedarfe an Assistenzleistungen für 252 Fälle ermittelt.[23] Dabei wird deutlich, dass sich der Unterstützungsbedarf eines Leistungsberechtigten über mehrere Arten bzw. Kategorien an Assistenzleistungen erstrecken kann. Dies wird aus den Mehrfachnennungen bei den ermittelten Bedarfen deutlich. Sie betreffen sowohl Leistungsberechtigte innerhalb und außerhalb besonderer Wohnformen und verteilen sich auf die Kategorien von Assistenzleistungen wie folgt:

Abbildung 5.2 - 3: Ermittelte Bedarfe für Assistenzleistungen



Quelle: Online-Datentabellen RB 2, N=252

In besonderen Wohnformen wurden bisher für 194 Leistungsberechtigte Bedarfe ermittelt. Davon wurden 41 virtuell entschieden. Nur in einem Fall davon würde dem

[23] Online-Datentabellen RB 2

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Bedarf vollumfänglich nicht entsprochen werden. Er betrifft einen Bedarf an Assistenzleistungen mit einem monatlichen Stundenumfang von 90 Stunden. Demgegenüber liegt den anderen Fällen ein Bedarf von durchschnittlich 25 Stunden. im Monat zu Grunde (min. 5, max. 40 Stunden monatlich).[24]

Bei der Befragung der Modellprojekte gibt es keine Anzeichen dafür, dass mit dem neuen Leistungskatalog Bedarfe in vollstationären Leistungen nicht abgedeckt werden können.[25] Allerdings haben sich nur drei von neun Modellprojekten dazu geäußert. Nach deren Angaben sind bei der (virtuellen) „Bewilligung" von Assistenzleistungen keine Unterschiede nach den Wohnformen festzustellen. Die anderen sahen sich aufgrund des Erprobungsstandes noch nicht dazu in der Lage, dazu Aussagen zu treffen.

[24] Online-Datentabellen RB 2

[25] Antworten auf Frage „Sind alle Arten an Assistenzleistungen, die im Rahmen der Maßnahmenpauschalen für Leistungsberechtigte in vollstationären Einrichtungen nach dem bis zum 31.12.2019 geltenden Recht erbracht werden, durch die in § 78 SGB IX beschriebenen Leistungen abgedeckt?"

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

5.2.3.3Frage 2.3 –Praxistauglichkeit der Differenzierung von Assistenzleistungen nach §78 Abs. 2 SGB IX

Frage 2.3 – Ist die Differenzierung von Assistenzleistungen nach §78 Abs. 2 SGB IX zur Übernahme von Handlungen einschließlich der Begleitung und der qualifizierten Assistenz praxistauglich?

Die bisherige Erprobung erlaubt erste Erkenntnisse zur Beantwortung der Forschungsfrage und weist auf Schwierigkeiten hin, die Regelung in der Praxis umzusetzen.
Vier von neun Modellprojekten sehen sich in der Projektbefragung in der Lage, Aussagen zu der Forschungsfrage zu treffen. Sie ziehen ihre Erkenntnisse aus einer systematischen Bedarfsermittlung, wie aus Textantworten zu der Frage „Wie sind Sie in der Erprobung vorgegangen, um die Praxistauglichkeit der Differenzierung der Assistenzleistungen gem. § 78 Abs. 2 zu ermitteln?“ hervorgeht:

Textbox 5.2-1: Vorgehen in der Erprobung (RB 2)

⇒ Es werden „virtuell Bedarfe mit realen Leistungsberechtigten, die in stationären Einrichtungen leben, erhoben.“
⇒ Es erfolgt eine „Individuelle Bedarfsermittlung mit Unterstützung des Bedarfsermittlungsinstruments in Papierform im persönlichen Gespräch mit fachlicher Begleitung der Leistungserbringer“
⇒ „Interdisziplinäre Arbeitsgruppen [wurden] zur Definition von Assistenzleistungen und Abgrenzung kompensatorischer Assistenzleistungen von Leistungen der Pflegeversicherung zur Vorbereitung der Fallbearbeitung der Testfälle [eingesetzt]. In den ab 01.05.2019 stattfindenden Gesamt-/Teilhabeplankonferenzen wird der individuelle Hilfebedarf der Testpersonen anhand des Bedarfsermittlungsinstruments Baden-Württemberg erhoben. Anschließend wird ein Gesamtplan erstellt, der den Inhalt und Umfang der Assistenzleistungen nach neuer Rechtslage ab 01.01.2020 abbildet.“
⇒ In jedem Einzelfall werden die Assistenzleistungen differenziert zugeordnet.“

Quelle: MP-Befragung RB 2, Frage „Wie sind Sie in der Erprobung vorgegangen, um die Praxistauglichkeit der Differenzierung der Assistenzleistungen gem. § 78 Abs. 2 zu ermitteln?“ N= 4

Einheitlich wird von den vier Projekten konstatiert, dass die Regelung zur Differenzierung von Assistenzleistungen schwer nachzuvollziehen und umzusetzen sei. Damit stehen die Modellprojekte bereits vor der eigentlichen Erprobung der Regelung vor Herausforderungen. Die Befragung zeigt, dass die in der Praxis gewährten Assistenzleistungen nicht eindeutig den in § 78 Abs. 2 Ziffern 1 und 2

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

(kompensatorische und qualifizierte Assistenz) zugeordnet werden können.[26] Der Begriff und die Anforderungen an eine Fachkraft (Ausbildung, Qualifikation, Berufsbild) seien unklar. Der Gesetzestext lasse sehr viel Interpretationsspielraum und erfordere Präzisierungen durch einen Landesrahmenvertrag: "*Begriffe sind zu unbestimmt und führen zu unterschiedlichen Auslegungen bei Leistungsträgern und Leistungserbringern. Unklar [sind] die Normierung der Fachkraftquote in der kompensatorischen Assistenz. Hilfreich ist z.B. ein Landesrahmenvertrag. Dieser war in der Pilotphase noch nicht abgeschlossen.*"[27] Besonders herausfordernd gestalte sich die Umsetzung der Regelung zur Assistenz, wenn sie auf Schnittstellen zu Leistungen der Pflege trifft: *„[Eine) inhaltliche Zuordnung von kompensatorischen Assistenzleistungen und Leistungen der Pflegeversicherung zum Hilfebedarf des Menschen mit Behinderung [ist] kaum möglich. [Die] Regelung zum Gleichrang beider Leistungen [ist] nicht umsetzbar."*[28]

Vor dem Hintergrund dieser Schwierigkeiten bei der Differenzierung der Assistenzleistungen liegen bisher nur weitere fragmentarische Ergebnisse zur Anwendung der Reglung vor. Zu der Frage, welchen Umfang qualifizierte und kompensatorische Assistenz (Zeitanteile) bei den einzelnen Arten der Assistenzleistungen haben, schätzen zwei Projekte ein, dass sich der Zeitaufwand jeweils hälftig verteile.[29]

Drei Projekte bewerten die Praxistauglichkeit mit der Schulnote „4" und ein Projekt mit „5".[30] Dies zeigt mit welchen Herausforderungen die Differenzierung der Assistenzleistungen in der Praxis verbunden ist. Zentrale Punkte seien in dieser Hinsicht:

- **Personenzentrierung:** Einerseits fordere die Differenzierung sowohl Leistungsträger (Bedarfsermittlung) und Leistungserbringer auf, sich mit dem individuellen Bedarf der Leistungsberechtigten eingehend

[26] Antworten auf Frage „Ist die im Gesetz vorgegebene Differenzierung der Assistenzleistungen gem. § 78 Abs. 2 Ziffern 1 und 2 in kompensatorische und qualifizierte Assistenz für Sie einfach nachzuvollziehen und umzusetzen?", N=4

[27] Antworten auf Frage „Ist die im Gesetz vorgegebene Differenzierung der Assistenzleistungen gem. § 78 Abs. 2 Ziffern 1 und 2 in kompensatorische und qualifizierte Assistenz für Sie einfach nachzuvollziehen und umzusetzen?", N=4

[28] Antworten auf Frage „Ist die im Gesetz vorgegebene Differenzierung der Assistenzleistungen gem. § 78 Abs. 2 Ziffern 1 und 2 in kompensatorische und qualifizierte Assistenz für Sie einfach nachzuvollziehen und umzusetzen?", N=4

[29] Antworten auf Frage „Wie schätzen Sie basierend auf Ihren Befunden aus der Erprobung die Zeitanteile von kompensatorischer und qualifizierter Assistenz bei der Erbringung von Assistenzleistungen insgesamt ein? Bitte geben Sie jeweils eine Prozentangabe an.", N= 4

[30] Antworten auf Frage „Wenn Sie eine Schulnote (1-6) für die Bewertung der Praxistauglichkeit der Differenzierung der Assistenzleistungen in kompensatorische und qualifizierte Assistenz vergeben könnten, welche Note würden Sie nach ihren bisher gemachten Erkenntnissen vergeben?", N=4

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

auseinanderzusetzen. Insoweit würde die Personenzentrierung gestärkt. Dabei müsse jedoch berücksichtigt werden, dass Leistungsberechtigte häufig kaum zwischen Fachkraft oder Nicht-Fachkraft unterscheiden, sondern vielmehr die persönliche Vertrauensbeziehung entscheidend sei.

- **Abläufe und Organisation**: Nach Einschätzung einiger Modellprojekte erhöhe sich der Zeit- und damit der Personalaufwand der Leistungsträger bei der Bedarfsermittlung, insbesondere für Leistungsberechtigte in den besonderen Wohnformen. Perspektivisch könne er jedoch durch eine konsequente Digitalisierung des Bedarfsermittlungsinstruments wieder minimiert werden. Zukünftig müsse ein Leistungserbringer Unterstützungsleistungen, die bisher zusammenhängend von einer Person erbracht werden, in Leistungen nach kompensatorischer und qualifizierter Assistenz trennen. Diese seien durch unterschiedliches Personal in getrennten Abläufen zu erbringen. Damit sei die Personalstruktur der Leistungserbringer auszudifferenzieren. Dies sei eine besondere Herausforderung für kleinere Leistungserbringer, für die es schwierig ist, unterschiedliche Qualifikationsprofile vorzuhalten und eine entsprechende Arbeitsorganisation zu gewährleisten.
- **Konkretisierung der gesetzlichen Regelung und Voraussetzungen**: Obwohl in den nächsten Monaten mit den Landesrahmenverträgen zwar eine Konkretisierung hinsichtlich der personellen und organisatorischen Voraussetzungen zu erwarten sei (z.B. Definition Fachkraft, Fachkraftquote, Maßstäbe zur Prüfung der Wirksamkeit, Weiterentwicklung und Digitalisierung der Bedarfserhebungsinstrumente), bestünden, so die Aussage eines Modellprojekts, angesichts der derzeitigen Unbestimmtheit der Regelung jedoch Risiken. Je nach Bundesland könne qualifizierte und kompensatorische Assistenz unterschiedlich ausgelegt und gehandhabt werden. Zudem blieben bei der jetzigen Regelung und dem bestehenden Gleichrang von Leistungen der Pflege und der EGH die Abgrenzung bzw. die Schnittstellen beim Zusammentreffen von kompensatorischer Assistenz und Leistungen der jeweiligen Pflegekassen ungeklärt.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

5.2.3.4 Frage 2.4 – Assistenzleistungen für Mütter und Väter mit Behinderungen

Frage 2.4 – In welchem Umfang werden Leistungen für Assistenz an Mütter und Väter mit Behinderungen bei der Versorgung und Betreuung ihrer Kinder gewährt? Sichert die korrespondierende Regelung im Gesamtplanverfahren, dass die jeweils zuständigen Leistungsträger ihre Leistungsverantwortung wahrnehmen?

Die Auswertung der für den Regelungsbereich der Assistenzleistungen vorgesehenen 290 Fälle ergab, dass bisher kein Fall darunter ist, in dem Assistenzleistungen an Mütter und Väter gewährt werden (für 24 Fälle sind diese Angaben noch nicht ermittelt worden).

Vor diesem Hintergrund sollten Modellprojekte gezielter als bisher Eltern, die EGH-Leistungen zur Versorgung und Betreuung ihrer Kinder erhalten, in die Erprobung einbeziehen.

5.2.3.5 Fragen 2.5 und 2.6 – Assistenzleistungen für Personen, die ein Ehrenamt ausüben

Frage 2.5: In welchem Umfang werden im Zusammenhang mit der Ausübung eines Ehrenamtes Aufwendungen für eine notwendige Unterstützung im Rahmen familiärer, freundschaftlicher, nachbarschaftlicher oder ähnlicher persönlicher Beziehungen erstattet? In welchem Umfang durch eine Assistenzkraft?

Frage 2.6 – Führt die vorrangige Inanspruchnahme familiärer, freundschaftlicher, nachbarschaftlicher oder ähnlich persönlicher Beziehungen bei der Bewilligung von Assistenzleistungen für Personen, die ein Ehrenamt ausüben, zu Veränderungen bei der Bereitschaft, sich ehrenamtlich zu engagieren?

Unter den 252 Fällen, für die bisher Bedarfe ermittelt wurden, sind nur zwei Leistungsberechtigte, die ein Ehrenamt ausüben (aus zwei Modellprojekten). In der Befragung geben drei Modellprojekte an, in der Erprobung insgesamt Leistungsberechtigte, die ein Ehrenamt ausüben, einbeziehen zu wollen.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Weitergehende Ergebnisse aus der Erprobung liegen für den Personenkreis noch nicht vor. Angesichts dessen sollten die Modellprojekte gezielter als bisher Leistungsberechtigte im Ehrenamt in die Erprobung einbeziehen.

5.2.4 Klärungsbedarf und Hinweise

Wie insbesondere Forschungsfrage 2.4 aufzeigt, stößt die modellhafte Erprobung beim Umgang mit unbestimmten Rechtsbegriffen an Schwierigkeiten. Dies zeigt sich auch in den Antworten und Hinweisen, die in der Befragung von den Modellprojekten gegeben wurden.[31]

- Sie betreffen unter anderem das Verständnis für die in § 78 SGB IX genannten Arten von Assistenzleistungen (Trennschärfe: *„Was ist konkret mit ‚persönlicher Lebensplanung' gemeint? Wo liegt der Unterschied zwischen Teilhabe am gemeinschaftlichen und kulturellen Leben und der Freizeitgestaltung?"*).
- Vor allem bedürfe es einer klareren Definition der „*Fachkraft als qualifizierter Assistenz" (§ 78 SGB IX Abs. 2 Satz 3) in Bezug auf die qualifikatorischen Anforderungen sowie der Klärung der Voraussetzungen, welche Leistungen als kompensatorisch, und welche als qualifiziert zu bewerten seien.*[32]

Es zeigt sich auch, dass die modellhafte Erprobung von den überwiegend noch nicht ausgehandelten Landesrahmenverträgen insofern beeinflusst wird, als dass deren Konkretisierungen zu den Assistenzregelungen „abgewartet" werden, das heißt eine Erprobung ohne Landesrahmenvertrag nicht zweckmäßig erscheint. Auch wird darauf hingewiesen, dass Bedarfsermittlungsinstrumente noch nicht überall zur Verfügung stehen.

Schließlich wird auf Schnittstellen bzw. Abgrenzungsprobleme von kompensatorischer Assistenz zu den Leistungen der Pflege hingewiesen:

- Bei der Bedarfsermittlung sei keine Abgrenzung von kompensatorischer Assistenz und Leistungen der Pflegeversicherung möglich: „Selbst bei gelingender Abgrenzung besteht durch das Gleichrangverhältnis weiterhin Unklarheit bzgl. der Zuordnung. Durch die Zielsetzung der Maßnahme (Teilhabe vs. Versorgung/Pflege) ist sie im Einzelfall nur schwer möglich, vor allem bei Menschen mit einer mittelgradigen bis schweren geistigen

[31] Antworten auf Frage „Hat sich bei der Erprobung der Assistenzleistungen Klärungsbedarf ergeben, den Sie bisher nicht allein lösen konnten?" Frage: „Gibt es darüber hinaus Aspekte aus der Erprobung des Regelungsbereichs 2, die wir mit unseren Fragen nicht angesprochen haben, die Sie uns aber mit auf den Weg geben möchten?", N=12

[32] Antworten auf Frage „Hat sich bei der Erprobung der Assistenzleistungen Klärungsbedarf ergeben, den Sie bisher nicht allein lösen konnten?", N=10

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

und/oder körperlichen Behinderung, teilweise auch bei schwerwiegenden chronifizierten psychischen Erkrankungen/seelischer Behinderung."[33]

5.2.5 Fazit zum Regelungsbereich 2

Insgesamt steht die Erprobung erst in den Anfängen. So planen einige Projekte den Beginn der Erprobung erst im Jahr 2020. Ansätze zur Erprobung sind noch nicht von allen Projekten festgelegt. Die Forschungsfragen zu Assistenzleistungen für Eltern mit Behinderung sowie zu Leistungsberechtigten im Ehrenamt werden nur von vier bzw. fünf Projekten angegangen, allerdings wurden zum derzeitigen Stand der Erprobung noch zu wenige Fälle identifiziert, so dass auch keine Aussagen zu den Forschungsfragen möglich sind. Auch zu den Auswirkungen auf die Verwaltungspraxis lassen sich aus der Erprobung noch keine validen Erkenntnisse ableiten (Forschungsfrage 2.1).

Was sich aus den laufenden Projekten zeigt, ist, dass die Zusammenarbeit mit Leistungserbringern und die Bedarfsermittlung eine wichtige Rolle spielen. Die Erprobung hat für 252 Fälle Bedarfe an Assistenzleistungen gemäß den Kategorien des § 78 SGB IX ermittelt. Aus den Erprobungsarbeiten ergeben sich folgende erste Befunde bzw. Hinweise:

- Für 194 Fälle von Leistungsberechtigten in besonderen Wohnformen wurden Bedarfe ermittelt. Von diesen wurden bisher 41 virtuell nach neuem Recht entschieden (Leistungsfeststellung). Nur in einem Fall davon wurde dem Bedarf nicht vollumfänglich entsprochen (Forschungsfrage 2.2).
- Die Praxistauglichkeit der Differenzierung „kompensatorische Assistenz" und „qualifizierte Assistenz" erweist sich aus der Sicht von vier Modellprojekten als kritisch. Der Begriff und die Anforderungen an eine Fachkraft (Ausbildung, Qualifikation, Berufsbild) seien unklar. Der Gesetzestext lasse sehr viel Interpretationsspielraum und erfordere Präzisierungen durch einen Landesrahmenvertrag. Zudem würden bei der kompensatorischen Assistenz erhebliche Überschneidungen zu Leistungen der Pflege festgestellt, die klärungsbedürftig seien (vgl. auch RB 3.1). Grundsätzlich zwinge die Differenzierung sowohl Leistungsträger als auch Leistungserbringer, sich stärker mit den Bedarfen der Leistungsberechtigten auseinanderzusetzen, aber es stellten sich zudem erhebliche Herausforderungen in den praktischen Abläufen zur Leistungserbringung. Sie beträfen die Personaleinsatzplanung und berührten die Personalstrukturen bei den Trägern (Forschungsfrage 2.3).

[33] Antworten auf Frage „Gibt es darüber hinaus Aspekte aus der Erprobung des Regelungsbereichs 2, die wir mit unseren Fragen nicht angesprochen haben, die Sie uns aber mit auf den Weg geben möchten?", N=10

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

5.3 Regelungsbereich 3 – Rangverhältnis zwischen Leistungen der EGH und Leistungen der Pflege

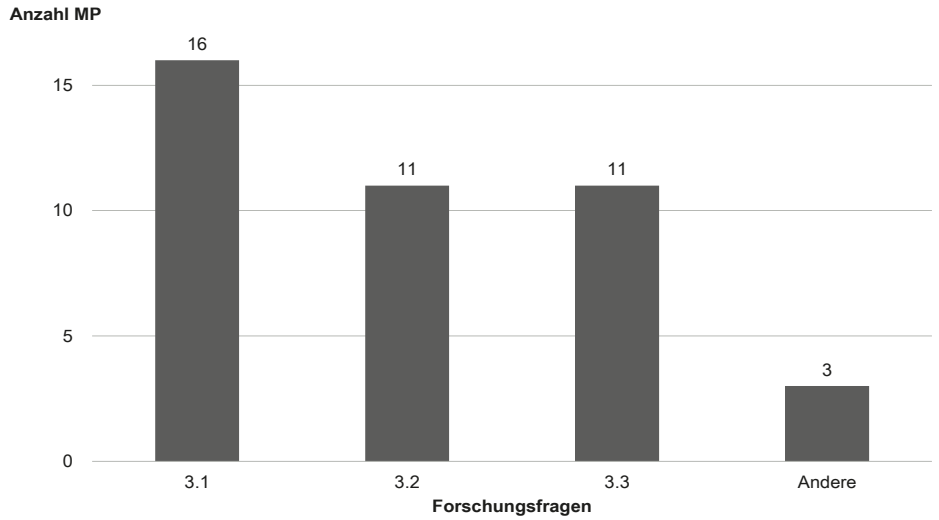
5.3.1 Fokus und Vorgehen in der Erprobung

Folgende Forschungsfragen sind Gegenstand der Untersuchungen:

> 3.1. Welche Auswirkungen hat das Verhältnis von Leistungen der Pflege und Leistungen der Eingliederungshilfe nach § 91 Abs. 3 SGB IX unter Zugrundelegung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs mit seinen Teilhabeelementen auf den Verwaltungsvollzug und die Bewilligungspraxis?
> 3.2. Sind die Verfahrensschritte beim Zusammentreffen beider Leistungen praxistauglich (auf der Basis der Empfehlung gemäß § 13 Abs.4 SGB XI) und werden sie berücksichtigt?
> 3.3. Welche Auswirkung hat die Einführung des „Lebenslagenmodells“ nach § 103 Abs. 2 SGB IX auf den Verwaltungsvollzug, die Bewilligungspraxis und die Einkommenssituation der Betroffenen?

Insgesamt beteiligen sich 18 Modellprojekte an der Erprobung des Regelungsbereichs. Die Erprobung ist dabei jedoch in unterschiedlichem Maße auf die drei Forschungsfragen des Regelungsbereichs 3 ausgerichtet, und ist durch ein ausgesprochen heterogenes Vorgehen gekennzeichnet.

Abbildung 5.3 - 1: Anzahl MP, die Forschungsfragen im RB 3 bearbeiten



Quelle: MP-Befragung RB 3, Frage „Welche Forschungsfragen zum Regelungsbereich gehen Sie in der Erprobung an?“ N=18, Mehrfachnennung möglich

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Unter „Andere“ handelt es sich zum einen um zwei Modellprojekte, die anhand von 62 Fällen spezifisch die Auswirkungen der Trennung von Fachleistungen und existenzsichernden Leistungen auf die Veränderung der Höhe des Pauschalbeitrags der Pflegekassen zur Erstattung von Pflegeaufwendungen für EGH-Leistungsbeziehende in stationären Einrichtungen gem. § 43 a SGB XI ermitteln und berechnen.[34] Zum anderen untersucht ein Modellprojekt umfassend die Abgrenzung der Leistungen der EGH von denen der Pflege. Es geht dabei folgenden Fragen nach: *„Lassen sich Kriterien entwickeln, anhand derer es möglich ist, bestehende Bedarfe eindeutig den Leistungen Eingliederungshilfe und Pflege im Sinne des SGB XI bzw. der Hilfe zur Pflege im Sinne des SGB XII zuzuordnen? Welche inhaltlich-fachlichen Kriterien können dies sein? Welche Konsequenzen ergeben sich für die leistungsberechtigten Personen, Leistungserbringer und Leistungsträger, insbesondere im Hinblick auf die Praktikabilität der Leistungserbringung?“*[35]

Darüber hinaus bestimmen auch Zuständigkeitsregelungen der Länder zum BTHG den Fokus von Projekten. So konzentriert sich ein Modellprojekt aufgrund des Landesausführungsgesetzes zum BTHG ausschließlich auf ambulante Fälle und die der einzelfallbezogenen Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche bis max. Sekundarstufe II (Frühförderung, Kita und Schule), da die Zuständigkeit für Menschen mit Behinderungen über 18 Jahren beim überörtlichen Träger liegt.[36] Diese gesetzlichen Zuständigkeitsregelungen wurden aber erst verabschiedet, als das Modellprojekt bereits in die Erprobung gestartet war.

Letztlich sind es nur fünf der 18 Modellprojekte, die in der Erprobung alle drei Forschungsfragen des Regelungsbereichs 3 berücksichtigen. Zum Vorgehen in diesem Fall erläutert ein Modellprojekt: *„Es wird bei allen Neufällen eine Bedarfsermittlung mit dem Fokus und Zuordnung der Bedarfe nach Eingliederungshilfe (EGH) und Pflege durchgeführt. Ein MDK-Gutachten wird in der Regel mit Antragstellung, aber spätestens bei Hinweisen auf eine mögliche Pflegebedürftigkeit empfohlen. Die konkrete Bedarfsdeckung (in/außerhalb von besonderen Wohnformen) ergibt sich dann erst aus und nach der Bedarfsermittlung. Somit sind für die Forschungsfrage 3.1 alle Wohnformen enthalten. Hinsichtlich der Forschungsfrage 3.2 und 3.3. erfolgt dann eine Konzentration auf ambulante Fälle.“* [37]

---

[34] Die Ergebnisse der Berechnung dieser Fälle sind bisher noch nicht systematisch von der Begleitforschung erhoben worden.

[35] Antwort auf Frage „Welche Forschungsfragen zum Regelungsbereich gehen Sie in der Erprobung an?“, N=18

[36] Antwort auf Frage „Bitte beschreiben Sie genauer, um welche Gruppen von Behinderungen es sich dabei handelt.“, N=1

[37] Antwort auf Frage „Aufgabe unseres Projekts ist es…weiteres, bitte beschreiben Sie in aller Kürze“, N=16

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Die Heterogenität des Vorgehens der Modellprojekte kam aufgrund der Tatsache zustande, dass den Modellprojekten beim Start der Erprobung die Forschungsfragen zunächst nicht bekannt waren. Zudem ist die Frage 3.1 nach den Auswirkungen des Pflegebedürftigkeitsbegriffs auf das Verhältnis von Leistungen der Pflege und denen der Eingliederungshilfe nach § 91 Abs. 3 SGB IX auf Verwaltungsvollzug und Bewilligungspraxis sehr allgemein gestellt und lässt einen breiten Spielraum in der Erprobung. Dagegen sind die Fragen zur Umsetzung des Verfahrens nach § 13 Abs. 4 SGB XI und zum Lebenslagenmodell deutlich spezifischer gestellt und erfordern bestimmtere Erprobungsansätze.
Vor diesem Hintergrund der besonderen Heterogenität der Modellprojekte im Regelungsbereich 3 hat die Begleitforschung die Erprobungsansätze, die sich nicht speziell auf das Verfahren nach § 13 Abs. 4 SGB XI (3.2) und Lebenslagenmodell (3.1) richten, der allgemeinen Forschungsfrage 3.1 zugeordnet. Dementsprechend wurden die Erhebungsinstrumente (Fragebögen und Datenerhebungsbögen) spezifisch auf die Forschungsfragen 3.1 bis 3.2 zugeschnitten. Die Ergebnisse der Auswertungen werden dementsprechend im Folgenden dargestellt, wobei jeweils auch auf das Vorgehen zur Erprobung spezifisch eingegangen wird.

5.3.2 Befunde zu den Forschungsfragen

5.3.2.1 Frage 3.1 – Gleichrangverhältnis EGH und Pflege und seine Auswirkungen auf Verwaltungsvollzug und Bewilligungspraxis

Frage – 3.1. Welche Auswirkungen hat das Verhältnis von Leistungen der Pflege und Leistungen der Eingliederungshilfe nach § 91 Abs. 3 SGB IX unter Zugrundelegung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs mit seinen Teilhabeelementen auf den Verwaltungsvollzug und die Bewilligungspraxis?

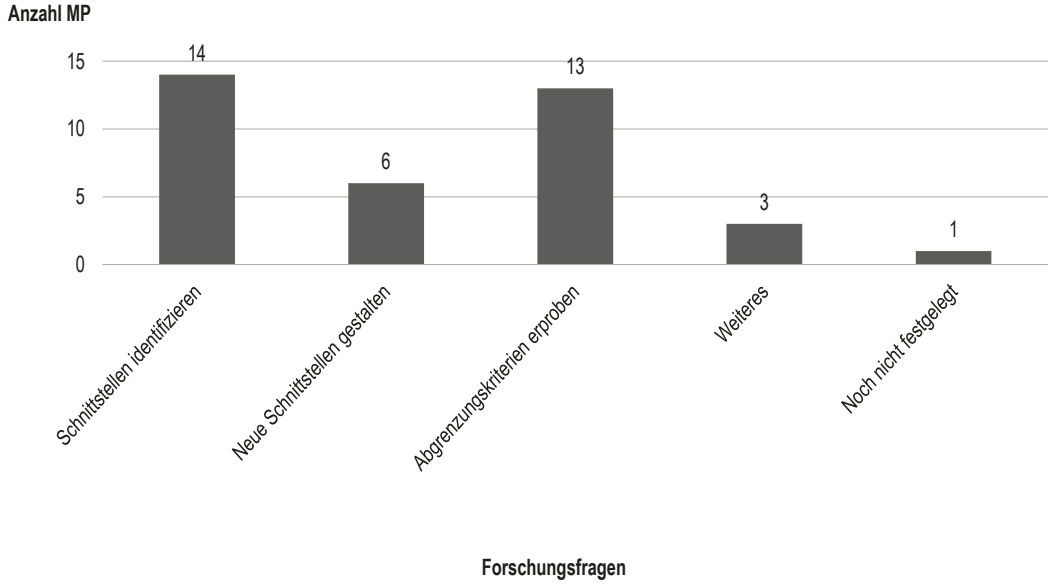
Ansätze in der Erprobung

Um einen systematischen Überblick über die unterschiedlichen Erprobungsansätze zur Forschungsfrage 3.1 zu gewinnen, wurden die Modellprojekte zunächst zu ihrem Vorgehen befragt. Deren Antworten in Bezug auf die selbst gestellten Aufgaben, den Fokus auf Fallkonstellationen sowie Partner in der Zusammenarbeit bestätigen das bereits gewonnene heterogene Bild von der Erprobung.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Im Vordergrund der Aufgaben, die die Modellprojekte für sich definiert haben, steht die Identifizierung und Untersuchung von Schnittstellen zwischen der EGH und der Pflege sowie deren Abgrenzung zueinander.

Abbildung 5.3 - 2: Aufgaben der Modellprojekte (Erprobung Frage 3.1)



Quelle: MP-Befragung RB 3, Frage „Aufgabe unseres Projekts ist es...“ N=16, Mehrfachnennung möglich

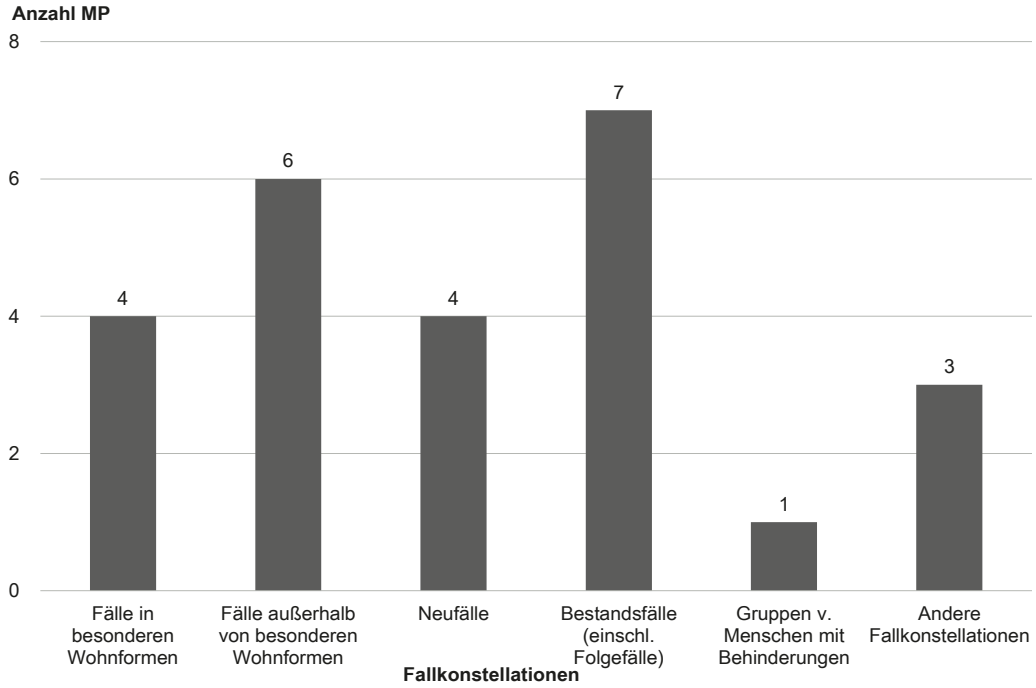
Aspekte der Gestaltung von Schnittstellen treten demgegenüber zurück. Ein Projekt untersucht dezidiert die Auswirkungen des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs auf die Bewilligungspraxis und die Lebenssituation der leistungsberechtigten Personen.[38]

[38] Antwort auf Frage „Aufgabe unseres Projekts ist es…weiteres, bitte beschreiben Sie in aller Kürze“, N=16

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Die Erprobungsansätze beziehen sich auf unterschiedliche Fallkonstellationen. Zehn von 16 Modellprojekten wollen sich auf bestimmte Fallkonstellationen konzentrieren. Bei diesen zehn Projekten bilden Fälle außerhalb besonderer Wohnformen und Bestandsfälle relative Schwerpunkte. Insgesamt erfasst die Erprobung ein breites Spektrum von EGH-Fällen.

Abbildung 5.3 - 3: Konzentration der Erprobung auf Fallkonstellationen



Quelle: MP-Befragung RB 3, Frage „Bitte geben Sie an, auf welche Fallkonstellationen Sie sich in der Erprobung von Leistungen der EGH/Pflege konzentrieren“, N=10, Mehrfachnennung möglich

Dabei ist weiter zu berücksichtigen, dass einzelne Projekte noch speziellere Ansätze verfolgen:

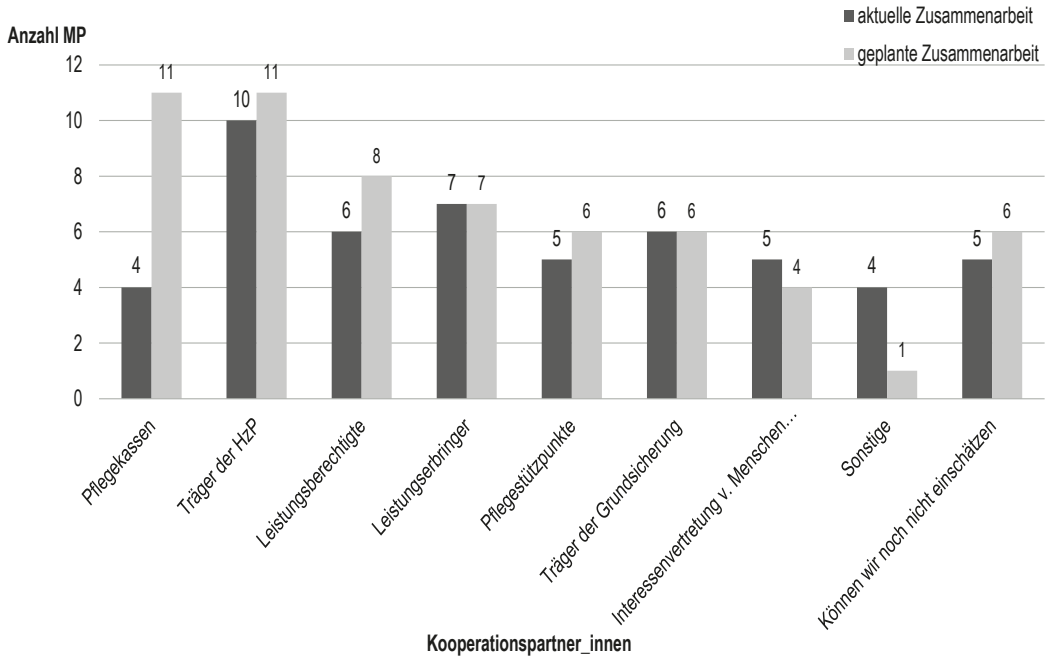
- Untersuchung der einzelfallbezogenen Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche bis max. Sekundarstufe II (Frühförderung, Kita und Schule)
- Fokus auf Differenzierung der Leistungen Pflege/EGH bei Leistungsberechtigten im ambulant betreuten Wohnen und im Alleinwohnen
- Fälle des persönlichen Budgets
- Besonders kostenintensive Fälle[39]

[39] Antworten auf Frage „Bitte beschreiben Sie, auf welche Fallkonstellationen Sie sich konzentrieren.“, N=3

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Zur Erprobung arbeiten die Modellprojekte mit einem breiten, heterogenen Spektrum an Akteuren zusammen oder haben das vor. Dabei zeigt die Gegenüberstellung der Antworten zur geplanten und zur faktischen Zusammenarbeit auch, dass die Modellprojekte ihre Planungen noch nicht vollständig umsetzen konnten. Zum einen wurden die Modellprojekte danach gefragt, mit wem sie in der Erprobung zusammenarbeiten wollen.

Abbildung 5.3 - 4: Partner in der Erprobung (RB 3)



Quelle: MP-Befragung RB 3, Frage „Mit wem planen Sie im Rahmen der Erprobung zusammenzuarbeiten?“ N=16, Mehrfachnennung möglich

Zum anderen wurden sie nach ihren aktuellen Kooperationspartnern gefragt. Weitere Partner die genannt werden („Sonstige“) sind überörtliche EGH-Träger, das Jobcenter (BA) oder Akteure der Wissenschaft. Auch ein Modellprojekt wurde als Kooperationspartner benannt. Die bisher relativ geringe Bedeutung der Pflegekassen als Kooperationspartner (N=4) lässt sich als Indiz für Schwierigkeiten bereits bei der Anbahnung von Kontakten interpretieren (vgl. auch weiter unten). Zudem zeigt die Anzahl der Antworten „Können wir noch nicht sagen“, dass mindestens ein Viertel der Modellprojekte in ihrer Konzeption und Planung der Erprobung noch in den Anfängen steht. Insgesamt ist aus diesen Befunden zum Vorgehen der Modellprojekte der Schluss zu ziehen, dass die Erprobungsansätze zu heterogen und noch nicht hinreichend konsolidiert sind, um aus der Erprobung verallgemeinerbare Befunde erwarten zu können.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Auch die bisher von den Modellprojekten erfassten Fälle zeigen, dass die Erprobung zur Forschungsfrage 3.1 erst am Anfang steht. Sie bilden die geplanten Erprobungsansätze (s.o.) nur zum Teil ab und es bestehen noch Datenlücken:

- 295 konkrete Fälle sind bisher für die Erprobung erfasst. 195 davon beziehen Leistungen der Pflegeversicherung (für weitere 32 noch nicht ermittelt, 68 beziehen keine Leistungen). Sieben Fälle beziehen Leistungen der HzP, 235 nicht. Für 27 Fälle ist dies noch nicht ermittelt, für die restlichen Fälle liegen dazu keine Angaben vor.
- Von den 295 Fällen leben 99 in besonderen Wohnformen, 169 wohnen außerhalb besonderer Wohnformen. Für weitere 27 stehen diese Angaben nicht zur Verfügung oder sind noch nicht ermittelt worden.
- Es handelt sich mehrheitlich um Bestandsfälle (200 von 295).
- Für 186 der 295 Fälle liegt ein Teilhabe- oder Gesamtplan vor. Für 47 Fälle trifft dies nicht zu. Für weitere 53 Fälle stehen diese Angaben nicht zur Verfügung oder sind noch nicht ermittelt worden.[40]

Datenlücken sowie gänzlich fehlende Daten sind auch dadurch bedingt, dass ein Teil der Modellprojekte zunächst damit befasst ist, die Grundlagen für die Erprobung zu legen. Sie setzen sich intensiv mit den jeweiligen Rechtsgrundlagen, Verfahren und Praxis der Leistungssysteme SGB XI, SGB XII und SGB IX auseinander, um auf dieser Basis die eigentliche Erprobung mit Leistungsberechtigten durchzuführen (Grundlagenarbeit).
Festzuhalten ist also, dass der Stand der Modellprojekte im April 2019 und die damit verbundene Datenbasis nicht hinreichend konsolidiert sind, um aussagekräftige Ergebnisse aus der Erprobung sowohl zur Verwaltungspraxis als auch zur Bewilligung von Leistungen ableiten zu können.
Der Stand der Erprobung ermöglicht also nur erste wenige Erkenntnisse zum Verwaltungsvollzug unter den Bedingungen des Gleichrangs von Leistungen der EGH und Pflege gem. § 91 Abs. 3 SGB IX. Diese stützen sich auf die Befragung der Modellprojekte, von denen bisher nur wenige auskunftsfähig waren. Es wurde zum einen nach ihren Erkenntnissen aus der Erprobung (virtuelle Fallbearbeitung) in Bezug auf

- identifizierte Schnittstellen bzw. Überschneidungen von EGH und Pflege,
- Qualität der Zusammenarbeit der EGH mit Pflegekassen bzw. HzP-Trägern,
- Auswirkungen einer abgestimmten Leistungserbringung auf Leistungsberechtigte und Leistungserbringer

gefragt. Zum anderen wurden die entsprechenden Erkenntnisse aus der vorbereitenden „Grundlagenarbeit“ (s.o.) der Modellprojekte erhoben.

[40] Online-Datentabellen RB 3

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Schnittstellen und Überschneidungen EGH und Pflege

Nach den Antworten der Modellprojekte zeigen sich Schnittstellen zwischen EGH und Pflege bereits bei der Bedarfsermittlung und betreffen einzelne Leistungen.

Textbox 5.3-1: Schnittstellen EGH und Pflege

„Schnittpunkte treten bereits im Rahmen der Bedarfsermittlung auf. Zuordnung der Leistungen zum entsprechenden Leistungsspektrum bzw. Differenzierung im Einzelfall kaum möglich. Leistungen können sowohl Teilhabe- als auch Pflegeaspekte beinhalten. Zuordnung dieser Leistungen aufgrund gesetzlicher Gleichrangigkeit nicht möglich."
„Bedarfsermittlung: in Bezug auf Basis-Selbstversorgung, Umgang eigene Person, Alltag und Freizeit. Leistungserbringung: Schnittmenge zwischen Leistungen einfacher Assistenz bei EGH u. Betreuungs-u. Entlastungsleistungen der Pflege. Eine weitere Schnittmenge könnte mit Einführung des § 71 SGB XI entstehen."
„Auf Ebene der Leistungserbringung: klare Zuordnung der Aufgaben der Pflege bzw. der Eingliederungshilfe bei der Leistungserbringung in der Praxis nicht möglich."

Quelle: MP-Befragung RB 3, Frage „Haben Sie Schnittstellen zwischen der EGH und der Pflege (HzP und PK) identifiziert, die über die Regelung des § 13 Abs. 4 SGB XI und § 103 Abs. 2 SGB IX sowie das Teilhabeplanverfahren (gem. § 19 SGB IX) und Gesamtplanverfahren (gem. § 117 SGB IX) hinausgehen?" N=4

Die Überschneidungen zwischen EGH und Pflege betreffen vor allem die Kernbereiche der sozialen Teilhabe.

Abbildung 5.3 - 5: Überschneidungen zwischen EGH und Pflege

SGB XI	SGB IX
Kognitive und kommunikative Fähigkeiten	Kommunikation
Selbstversorgung	Selbstversorgung
Verhaltensweisen und psychische Problemlagen	Allgemeine Aufgaben und Anforderungen
"Interpersonelle Interaktionen und Beziehungen"	Gemeinschafts-, soziales und staatsbürgerliches Leben

Quelle: MP-Befragung RB 3, Frage „In welchen der in § 14 SGB XI bzw. § 61 a SGB XII definierten Bereiche gibt es die größten Überschneidungen mit den in § 118 SGB IX definierten Lebensbereichen?" N=5

Die von den Modellprojekten identifizierten Überschneidungen in den Leistungen beziehen sich vor allem auf kompensatorische Assistenz gemäß § 78 Abs. 2, Satz 2, Nummer 1 SGB IX einerseits und die Betreuungs- bzw. Entlastungsangebote der Pflege andererseits. So sei die Unterstützung der Freizeitgestaltung und

tagesstrukturierender Maßnahmen durch die EGH grundsätzlich auch über Betreuungs- bzw. Entlastungsangebote der Pflege leistbar.[41]

Stand der Kooperation der EGH mit Leistungsträgern der Pflege

Die Kooperation von EGH und Pflegekassen ist ein Thema, das sich in der Praxis der Erprobung erst langsam entwickelt. Es ist davon abhängig, wie gut die bestehenden Kontakte der Modellprojekte zur Pflegekasse sind. So berichtet eines der Modellprojekte, dass es schwierig sei, die einschlägigen Ansprechpartner_innen zu erreichen und gemeinsame Besprechungen zu vereinbaren. Auch wird bemerkt, dass es an Kenntnis des BTHG und entsprechendem Personal (Zuständigkeiten) auf Seiten der Pflegekassen fehle. Ein anderes Projekt verfügt dagegen durch die gemeinsame Arbeit im Pflegestützpunkt über gute Kontakte zu den Pflegekassen. Als effektiv hat es sich – wie auch die Befunde zur Forschungsfrage 3.2 zeigen – erwiesen, mit den zuständigen Pflegekassen gezielte Kooperationsgespräche zu führen und sie in die Gesamtplanverfahren mit einzubeziehen. Ein Modellprojekt berichtet, dass es zunehmend von Leistungsberechtigten oder rechtlichen Betreuer_innen sowie Leistungserbringern über Termine zu MDK-Gutachten informiert würde und Mitarbeitende des MP dann an den jeweiligen Terminen teilnehmen könnten. Auch nennt ein Modellprojekt die Einbeziehung von Pflegestützpunkten in das Gesamtplanverfahren bzw. die Gesamtplankonferenz als Ansatz, um die pflegerische Versorgung abzustimmen.[42]

Die Kooperation zwischen Trägern der EGH und der HzP wird, im Gegensatz zu der mit den Pflegekassen, als deutlich einfacher eingeschätzt. Sie wird vor allem durch die gemeinsame Zuständigkeit eines Trägers für beide Leistungen begünstigt, die relativ häufig ist (81 Prozent der Träger der Modellprojekte sind zugleich Träger der Hilfe zur Pflege). Als Bezugspunkte für eine gelingende Zusammenarbeit werden eine „gemeinsame Bedarfsfeststellung im stationären Setting mit der gemeinsamen Abstimmung der zu leistenden Maßnahmen“ und die Durchführung des persönlichen Budgets genannt.[43]

---

[41] Antworten auf Frage „Welche Leistungen der EGH und der Pflege betrifft dies insbesondere [beispielsweise Leistungen für die Haushaltsführung, Freizeitgestaltung; Leistungen, die durch eine qualifizierte/einfache Assistenz erbracht werden; Leistungsarten der Pflegeversicherung wie Betreuungs- und Entlastungsleistung; Leistungen der HzP]?“; N=6

[42] Antworten auf Frage „Von welchen Faktoren hängt, nach Ihrer Erfahrung aus der Erprobung, die Kooperationsbereitschaft der Pflegekassen ab?“, N=16

[43] Antworten auf Frage „Von welchen Faktoren hängt, nach Ihrer Erfahrung aus der Erprobung die Kooperationsbereitschaft des Leistungsträgers der HzP ab?“, N=3

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Auswirkungen einer abgestimmten Gewährung der Leistungen von EGH und Pflege auf Leistungsberechtigte

In der Erprobung erweist sich das Gesamtplanverfahren nach § 117 ff. SGB IX (ab 2020) als der rechtliche Rahmen für die Klärung der Bedarfe der Leistungsberechtigten und die Abstimmung der Leistungen zwischen den Leistungsträgern. Durch das Verfahren werde – so die Sicht der Modellprojekte – der Leistungsberechtigte in den Mittelpunkt gestellt. Im Einzelnen werden folgende Vorteile herausgestellt:

- „Die Partizipation von Leistungsberechtigten ermöglicht eine frühzeitige Einbindung zur Stärkung der individuellen und persönlichen Wünsche, entsprechend der Lebensplanung. Die Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderung ist sichergestellt."
- „Gute, umfassende Beratung und damit bessere Entscheidungsfindung um systemübergreifende Hilfen von verschiedenen Leistungsträgern und -Leistungserbringern anzunehmen – gegebenenfalls anders als beantragt." [44]

Die Vielzahl der beteiligten Akteure im Verfahren und die damit verbundene Fülle an Informationen, die vom Leistungsberechtigten verarbeitet werden müssten (z.B. Zustimmungserklärungen zu den einzelnen Verfahrensschritten), könnten nach Einschätzung der Modellprojekte jedoch auch den Leistungsberechtigten überfordern. Die fehlende Abgrenzbarkeit der Leistungen von EGH und Pflege bedeute zudem Rechtsunsicherheit für die Leistungsberechtigten.[45]

Auswirkungen einer abgestimmten Gewährung der Leistungen von EGH und Pflege auf Leistungserbringer

Eine gelingende Zusammenarbeit von EGH und Pflegekassen würde nach den ersten Einschätzungen der Modellprojekte insbesondere die Rolle und Aufgaben von Leistungserbringern verändern und zugleich die Transparenz der Leistungen aus den unterschiedlichen Systemen erhöhen.[46] Die Aufgaben zur Bedarfsermittlung würden sich von den Leistungserbringern hin zum EGH-Leistungsträger verlagern. Die Modellprojekte weisen aber auch auf Befürchtungen hin, dass sich EGH-Leistungen minimieren würden, wenn es zu einer stärkeren Abstimmung zwischen den Leistungsträgern käme. Positive Effekte könnten jedoch eine verstärkte Kooperation mit Leistungserbringern aus anderen Leistungssystemen oder eine

[44] Antworten auf Frage „Welche Vor- und Nachteile ergeben sich aus der Zusammenarbeit für die Leistungsberechtigten?", N=2

[45] Antworten auf Frage „Welche Auswirkungen haben/hätten diese Überschneidungen auf Leistungsberechtigte, Leistungserbringer und die jeweiligen Leistungsträger?", N=6

[46] Antworten auf Frage „Welche Vor- und Nachteile ergeben sich aus der Zusammenarbeit für die Leistungserbringer?", N=2

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Neuausrichtung von Leistungserbringern sein, die als Faktoren zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit gelten. Hierbei sei allerdings zu berücksichtigen, dass man schnell an den bestehenden Fachkräftemangel im Bereich der Pflege und Sozialarbeit stoße.[47]

Perspektive der EGH-Leistungsträger auf eine abgestimmte Leistungserbringung von EGH und Pflege

Die Modellprojekte als EGH-Leistungsträger sehen die oben beschriebene unklare Abgrenzung bzw. Gleichrangigkeit von Leistungen der EGH und der Pflege als Hindernis für eine abgestimmte und bedarfsorientierte Leistungsgewährung. Ein Modellprojekt berichtet, dass vermehrt Anträge beim EGH-Leistungsträger eingingen, die nicht in dessen fachliche Leistungskompetenz fielen. Es bedürfe einer klaren Abgrenzung der Leistungen beider Systeme zueinander. Die jetzigen Unklarheiten würden möglicherweise zu einer nicht optimalen Leistungsgewährung führen.[48] Es gibt von Seiten der Modellprojekte durchaus erste Ansätze, wie das Funktionieren der Schnittstellen insbesondere bei der Bedarfsermittlung und Hilfeplanung verbessert werden könnte,[49] doch zeigt die bisherige Erprobung den Wunsch nach einer grundsätzliche Klärung des Rangverhältnisses von EGH und Pflege durch den Gesetzgeber auf. Dies ist näher im Abschnitt 5.3.3.1 dargelegt. Er berührt auch Fragen, die sich bei der Erprobung der Assistenzleistungen ergeben haben (vgl. 5.2.5).

---

[47] Antworten auf Frage „Welche Auswirkungen haben/hätten diese Überschneidungen auf Leistungsberechtigte, Leistungserbringer und die jeweiligen Leistungsträger?“, N=5

[48] Es gibt auch Spekulationen über entstehende Mehraufwendungen bei EGH-Träger. Dies zeigt sich in einer Antwort auf die Frage „Welche Auswirkungen haben/hätten dieser Überschneidungen auf Leistungsberechtigte, Leistungserbringer und die jeweiligen Leistungsträger?“: „Eine konkrete Zuordnung zu dem jeweiligen Leistungsrecht (SGB IX, SGB XI, SGB XII) ist nicht eindeutig möglich und führt gegebenenfalls zu finanziellen Mehraufwendungen, da die Eingliederungshilfe vollumfänglich durch den Eingliederungshilfeträger finanziert wird und die Hilfe zur Pflege pauschalisiert durch die Pflegekasse und gegebenenfalls aufstockend (bedarfsdeckend) durch den Träger der Eingliederungshilfe realisiert wird“.

[49] Hinweis eines MP in der Befragung dazu: „Berücksichtigt werden müssen Informationen über Ziel und Zweck der Maßnahme, den betroffenen Lebensbereich, den Ort der Leistungserbringung, den Grad der Beeinträchtigung des Leistungsberechtigten sowie den Hilfemodus (vollständige Übernahme, Teilübernahme, Begleitung, Betreuung etc.). Des Weiteren spielen der Informationsstand der beteiligten Akteure (z.B. die Kenntnis aktueller Konzepte aus den entsprechenden Fachdisziplinen und rechtlicher Rahmenbedingungen) sowie die einheitliche Verwendung der wichtigsten Begriffe Betreuung, Begleitung, Befähigung, Assistenz etc.) eine wichtige Rolle. Zur Sicherstellung dieses Informationsstandes werden Handreichungen o.ä. (beispielsweise zu Schulungsmaßen) zu entwickeln sein. Denkbar ist auch die Erstellung eines Glossars o.ä. in dem die Begrifflichkeiten und die Bedeutungen dargestellt werden.“

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

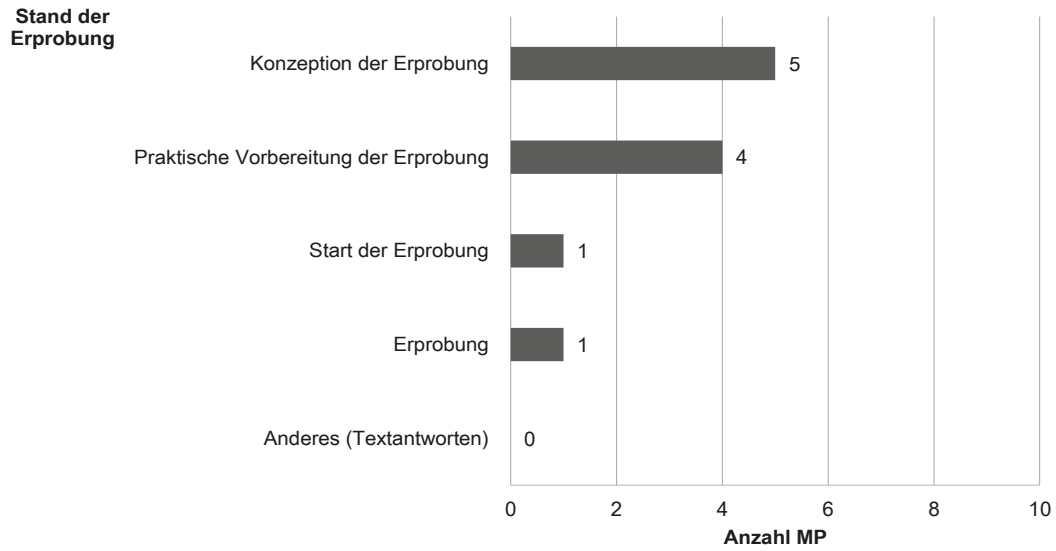
Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

5.3.2.2 Frage 3.2 – Umsetzung und Praxistauglichkeit der Verfahrensschritte gemäß der Empfehlung GKV/BAGüS (§ 13 Abs.4 SGB XI)

Frage 3.2 Sind die Verfahrensschritte beim Zusammentreffen beider Leistungen praxistauglich (auf der Basis der Empfehlung GKV/BAGüS gemäß § 13 Abs.4 SGB XI) und werden sie berücksichtigt?

Ein Ansatz der stärkeren Personenzentrierung des BTHG ist es, Leistungen wie aus einer Hand zu erbringen und damit „zeitintensive Zuständigkeitskonflikte" der Leistungsträger untereinander „sowie Doppelbegutachtungen zulasten der Menschen mit Behinderungen" zu vermeiden.[50]
Die Modellprojekte stehen bei der Erprobung bzw. Umsetzung der Verfahrensschritte gemäß der gemeinsamen Empfehlung von GKV und BAGüS zu § 13 Abs. 4 SGB XI erst in den Anfängen (Konzeption oder praktische Vorbereitung), wie die folgende Abbildung verdeutlicht. Erst ein Projekt hat mehr als drei Fälle erprobt:

Abbildung 5.3 - 6: Stand der Erprobungsarbeiten Frage 3.2



Quelle: MP-Befragung RB 3, Frage „Wie weit ist Ihr Projekt in der Erprobung der Leistungserbringung „wie aus einer Hand" gem. der gemeinsamen Empfehlung von BAGüS und GKV zu § 13 Abs. 4 SGB XI vorangeschritten?", N=11

[50] BT-Drusa 18/11076, Gesetzentwurf vom 23.06.2016, S. 192

Laut der Datenerfassung in den Online-Datentabellen sind bisher 181 Fälle zur Erprobung vorgesehen. Jedoch erfüllen davon nicht alle die Voraussetzungen für eine Leistungsbündelung „wie aus einer Hand“: nur 120 Personen davon leben in der Häuslichkeit, und von diesen beziehen nur 42 Fälle Pflegesachleistungen (§ 36 SGB XI) oder Betreuungsleistungen gem. § 45 a Abs. 4 SGB XI oder Entlastungsleistungen nach § 45 b SGB XI.[51] Sie verteilen sich auf sechs Projekte. Für weitere 19 Fälle sind diese Voraussetzungen für eine Leistungsbündelung „wie aus einer Hand“ noch nicht ermittelt worden.[52]

Ermittlung von interessierten Leistungsberechtigten

Für die Erprobung als auch für die Implementierung der Leistungsbündelung „wie aus einer Hand“ ist die Ermittlung von interessierten Leistungsberechtigten der erste Schritt. Die Modellprojekte sind geteilter Meinung darüber, ob es einfach ist, Leistungsberechtigte, die für den Regelungsbereich in Frage kommen, zu ermitteln. Fünf stimmen der Aussage voll oder eher zu, dass diese einfach zu ermitteln seien, während fünf weitere dem eher nicht zustimmen. Ein Projekt kann es noch nicht einschätzen.[53] Als ein zentrales Problem zeigt sich die fehlende Verfügbarkeit von Informationen beim EGH-Träger (Modellprojekt) darüber, ob EGH-Leistungsempfänger_innen Leistungen zur Pflege erhalten. Nur eines von zehn Modellprojekten gibt an, dass im derzeitigen Fachverfahren entsprechende Informationen erfasst würden und damit Auswertungen für Bestandsfälle möglich seien. Bei der Mehrheit der Projekte ist eine „händische“ Ermittlung dieser Informationen notwendig. Einfacher ist es jedoch bei Neufällen, die das Gesamtplanverfahren durchlaufen. Hier kann direkt an entsprechenden Informationen des Gesamtplanverfahrens angeknüpft werden. Zudem weist ein Modellprojekt darauf hin, dass nicht alle Leistungsberechtigten bereit seien, Angaben über den Bezug von Leistungen der Pflegeversicherung zu machen.[54]

[51] Für fünf Fälle wurde dies noch nicht ermittelt.

[52] Die Angaben zu den Fällen, die für die Erprobung zur Forschungsfrage 3.2 vorgesehen sind, müssen grundsätzlich von den MP auf ihre Plausibilität hin überprüft werden, da die Auswertungen durch Kienbaum ergeben haben, dass die Voraussetzungen für eine Leistungsbündelung bei noch nicht einmal einem Viertel der Fälle vorliegt. Die Begleitforschung wertet dies auch als Indiz für den noch nicht ausgereiften Stand der Erprobung.

[53] Antworten auf Frage „Leistungsberechtigte, für die die Regelung in Frage kommt, lassen sich einfach ermitteln.“, N=11

[54] Antworten auf Frage „Was macht es für Sie schwer, die Leistungsberechtigten, für die die Regelung zur Leistungserbringung „wie aus einer Hand“ in Frage kommt, zu ermitteln?“, N=5

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Zusammenarbeit EGH und Leistungsträger der Pflege

Eine weitere Voraussetzung für die Leistungsbündelung „aus einer Hand“ ist die Zusammenarbeit mit den Leistungsträgern der Pflege. Auch hier zeigt sich (vgl. Abschnitt zur Forschungsfrage 3.1, 5.3.2.1), dass die Zusammenarbeit reibungsloser ist, wenn die Träger der EGH und der HzP identisch sind. Fünf von elf Projekten benennen dies als einen entscheidenden Faktor. Ein weiteres Modellprojekt führt eine Vereinbarung zur Zusammenarbeit der Träger an: *„Mit dem Träger der Hilfe zur Pflege wurde eine generelle Vereinbarung zur Sicherstellung der Einbeziehung des Trägers der Hilfe zur Pflege für Leistungsberechtigte, bei denen neben EGH und Pflege nach SGB XI zusätzlich Hilfe zur Pflege bezogen wird, geschlossen. So ist die Einbeziehung durch das regelhafte Verfahren bereits sichergestellt. Hierdurch wird (in jedem Einzelfall) ein weiterer Arbeitsschritt vermieden.“* [55]

In der Zusammenarbeit der EGH-Träger mit den Pflegekassen bedarf es, nach den ersten Befunden, gezielter Kommunikation zur Anbahnung der Leistungsbündelung. Allerdings können erst zwei Modellprojekte Aussagen dazu machen, inwiefern die Verfahren mit den zuständigen Pflegekassen, ohne größere Reibungsverluste, durchgeführt werden. Beide haben unterschiedliche Erfahrungen gemacht. Ein Modellprojekt bewertet die bisherige Zusammenarbeit als eher reibungsfrei und weist auf Bedingungen dafür hin: *„Vor Beginn der Umsetzungs-/ Erprobungsphase hat sich das Modellprojekt mit den Pflegekassen zusammengesetzt, das Verfahren sowie die Erforderlichkeit der Kooperation erläutert, so dass hierdurch ein guter Grundstein für eine überwiegend gelingende Zusammenarbeit mit den Pflegekassen gelegt werden konnte. Ein wichtiger Faktor für die gute Zusammenarbeit ist, dass jede Pflegekasse dem Modellprojekt einen Ansprechpartner aus ihrem Hause genannt hat“.*[56] Das andere Modellprojekt sieht größere Reibungsverluste: *„Die Verfahren sind noch nicht auf einander abgestimmt (Pflegekasse bestand auf eigenes Antrags- und Bewilligungsverfahren). Pflegekassen sind nach unserer Einschätzung personell noch nicht ausreichend für Gesamtplankonferenzen aufgestellt.“* [57]

[55] Antworten auf Frage „Was sind aus Ihrer Sicht die entscheidenden Faktoren für die gute Anbahnung der Zusammenarbeit mit dem Träger der Hilfe zur Pflege?“, N=6

[56] Antwort auf Frage „Was sind aus Ihrer Sicht die entscheidenden Faktoren für die gute Anbahnung der Zusammenarbeit mit den Pflegekassen?“, N=1

[57] Antwort auf Frage „Was sind aus Ihrer Sicht die entscheidenden Faktoren für eine eher schwierige Anbahnung der Zusammenarbeit mit den Pflegekassen?“, N=1

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Zugang und Information der Leistungsberechtigten

Gezielte Kommunikation ist auch in Richtung der Leistungsberechtigten erforderlich. Auch für sie ist die Leistungsbündelung „wie aus einer Hand“ Neuland. Jedoch steht auch in dieser Beziehung die Erprobung der Regelung erst am Anfang. Fünf der elf Modellprojekte haben sich noch nicht mit der Kommunikation hin zu den Leistungsberechtigten befasst. Die anderen sechs Modellprojekte nutzen unterschiedliche Wege: Drei der sechs informieren Leistungsberechtigte direkt über die Möglichkeiten. Dazu führt ein Projekt zielgerichtete Informationsveranstaltungen durch, bei denen auch ehrenamtliche Betreuer_innen und Berufsbetreuer_innen einbezogen werden. Ein anderes Modellprojekt kooperiert mit Leistungserbringern. Bei zwei MP informieren Hilfeplaner und Fallmanager_innen der EGH die Leistungsberechtigten über die Möglichkeiten. Ein Projekt hat spezielles Informationsmaterial für Leistungsberechtigte, deren Angehörige und Betreuer_innen erarbeitet.[58]

Praxistauglichkeit des Verfahrens

Die Falldaten zeigen den Erprobungsstand auf, jedoch lassen sich daraus noch nicht Erkenntnisse zur Praxistauglichkeit des Verfahrens ableiten. Bisher haben sechs Leistungsberechtigte ihre Zustimmung zur Leistungsbündelung erteilt (aus drei Projekten, vier Leistungsberechtigte davon aus einem Modellprojekt). In fünf Fällen hat die zuständige Pflegekasse an der Gesamtplan- bzw. Teilhabekonferenz mit Zustimmung des LB teilgenommen. Zwei Leistungsberechtigte haben die Zustimmung nicht erteilt. Als mögliche Gründe dafür geben die Modellprojekte in der Projektbefragung an, dass „keine erkennbaren Vorteile für den LB“ ersichtlich gewesen seien und das „Verfahren zu kompliziert für LB“ sei.[59]

[58] Antworten auf Frage „Wie erfolgt Ihr Zugang zu potenziell interessierten Leistungsberechtigten bzw. ihren gesetzlichen Betreuer_innen für die Erprobung?“, N=11

[59] Antworten auf Frage „Was sind nach Ihrer Einschätzung Gründe von Leistungsberechtigten bzw. ihren gesetzlichen Vertreter_innen, dem Verfahren zur Leistungsbündelung nicht zuzustimmen?“, N=11

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Die Einschätzungen der Modellprojekte gehen dahin, dass das Verfahren weitgehend nicht praktikabel sei, keine erkennbaren Vorteile für den EGH-Träger bringe und mit einem zu hohen Verfahrensaufwand im Verhältnis zu möglichen Vorteilen verbunden sei:

Abbildung 5.3-1: Bewertung des Verfahrens durch die Modellprojekte

	Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme gar nicht zu	Nicht abschätzbar
Das Verfahren ist im Großen und Ganzen gesehen praktikabel.	0	0	**3**	2	6
Der Geltungsbereich (Leistungen) ist zu eingegrenzt.	1	1	1	1	7
Der Abschluss von Vereinbarungen bringt keine erkennbaren Vorteile für den EGH-Träger gegenüber einer getrennten Leistungserbringung.	**2**	**2**	0	1	6
Der Verfahrensaufwand ist zu hoch in Relation zu möglichen Vorteilen aus Sicht eines EGH Trägers.	**3**	**2**	0	0	6

Quelle: MP-Befragung RB 3, Frage „Wie schätzen Sie nach Ihren bisherigen Erfahrungen die Praktikabilität des Verfahrens ein?“ N=11

Hürden, die einer Praktikabilität entgegenstehen, werden von den Modellprojekten für alle Verfahrensbeteiligten, gesehen.

Leistungsberechtigte

- Das Verfahren sei den Leistungsberechtigten schwer vermittelbar, da „Logik“ der Leistungsgewährung von EGH und den Pflegekassen sehr unterschiedlich sei: Aus Bescheid der Pflegekassen gehe nur die Art und Höhe der Pflegeleistung hervor, nicht jedoch die konkreten Hilfen im Einzelnen, die mit den Leistungserbringern vereinbart würden.
- Bei der Inanspruchnahme von Pflegesachleistungen erfolge in der Regel die Abtretung des Geldanspruchs an den Pflegedienst. Aus dieser Perspektive sei also keine Notwendigkeit für das Verfahren nach § 13 Abs. 4 SGB XI sichtbar.
- Leistungsberechtigte hätten nicht notwendigerweise ein Interesse, Leistungen der Pflegekasse gegenüber der EGH offenzulegen.
- In Bezug auf die Leistungsbewilligung erfolge eine „doppelte“ Bescheidung der Pflegeleistungen sowohl durch die EGH als auch die Pflegekasse. Dies bedinge mehr bürokratischen Aufwand auch für die Leistungsberechtigten.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Pflegekassen

- Insgesamt seien keine Vorteile aus deren Sicht erkennbar. Der (zusätzliche) Austausch mit der EGH sei aufwändig.
- Der Kontakt zu den Kunden ginge verloren.

EGH-Träger

- Es stelle sich die Schwierigkeit, überhaupt das Verfahren und den Nutzen des Verfahrens gegenüber Leistungsberechtigten zu vermitteln.
- Für ein effizientes Verfahren sei nicht gesichert, dass Umfang und Art der Leistungen der Pflege den EGH-Trägern a priori bekannt sind.
- Die Abstimmung mit jeder einzelnen Pflegekasse zu jedem Fall erfordere einen hohen Aufwand. Jeder EGH-Träger habe mit der Vielzahl von Pflegekassen auch eine Vielzahl an Schnittstellen zu bearbeiten.[60]

Übergreifend fasst ein Modellprojekt die Gründe für die fehlende Praktikabilität in folgendem Statement zusammen: „*Der enorme zeitliche Mehraufwand, welcher sich aus der stetig notwendigen Zusammenarbeit zwischen der Eingliederungshilfe und der Pflegekasse ergibt, schließt ein praktikables Verfahren aus. Entscheidungen eines Rehabilitationsträgers bedingen Entscheidungen des anderen. Dies führt aus unserer Sicht zu einem deutlich aufwändigeren Austausch und folglich zu längeren Wartezeiten für den Leistungsberechtigten. Zudem müssen Leistungserbringer ihre Leistungen genau verteilen, sodass hier entsprechende Leistungen mit dem jeweils zuständigen Rehabilitationsträger (EGH oder Pflegekasse) abgerechnet werden.*“[61]

Als einen weiteren hindernden Faktor benennt ein Modellprojekt, dass die „verwaltungstechnischen Rahmenbedingungen“ für das Verfahren nicht feststünden. Dies kann auch als Hinweis auf grundsätzliche Hemmnisse oder gar Vorbehalte auf Seiten der Leistungsträger zur Implementierung der Vereinbarung zwischen GKV und der BAGüS vom April 2018 verstanden werden.

[60] Antworten auf Frage „Welche Hürden stehen einem praktikablen Verfahren in besonderem Maße entgegen?“, N=6

[61] Antworten auf Frage „Welche Hürden stehen einem praktikablen Verfahren in besonderem Maße entgegen?“, N=6

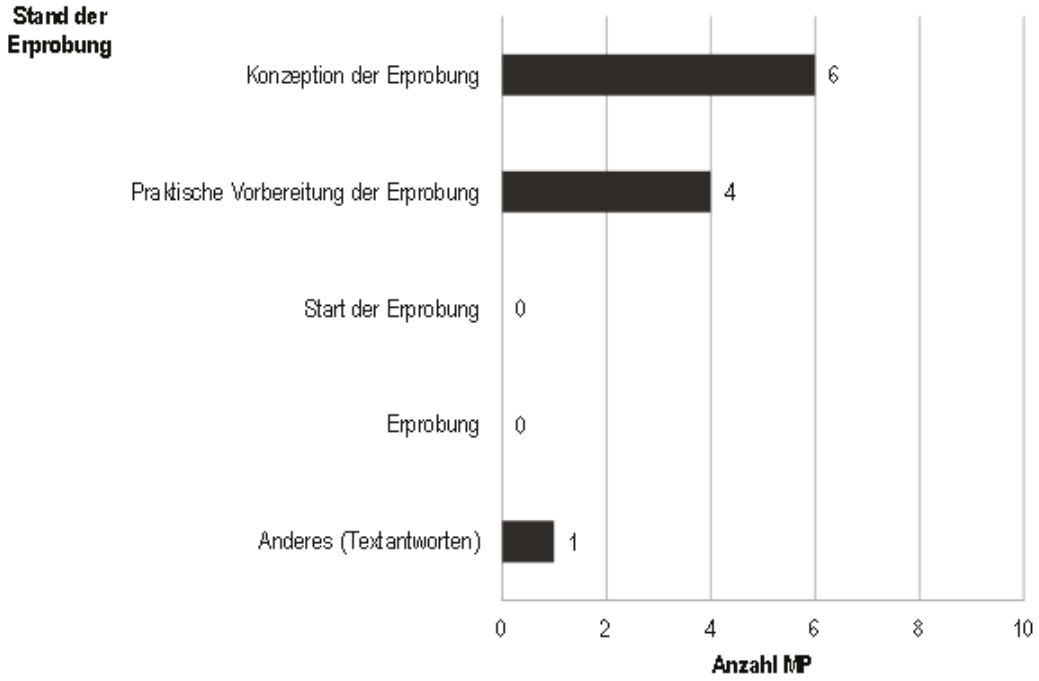
Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

5.3.2.3 Frage 3.3 – Einführung des „Lebenslagenmodells“ nach § 103 Abs. 2 SGB IX

Frage 3.3 – Welche Auswirkung hat die Einführung des „Lebenslagenmodells“ nach § 103 Abs. 2 SGB IX auf den Verwaltungsvollzug, die Bewilligungspraxis und die Einkommenssituation der Betroffenen?

Mit der Einführung des Lebenslagenmodells gilt ab dem 1.1.2020, dass Leistungsberechtigte, die sowohl Leistungen der Eingliederungshilfe und der Hilfe zur Pflege beziehen, von den günstigeren Einkommen- und Vermögensheranziehungsregelungen der EGH profitieren sowie die Leistungen einheitlich aus den Händen der Eingliederungshilfe beziehen.
Wie Abbildung 5.3 – 7 aufzeigt, stehen die Modellprojekte bei der Erprobung der Auswirkungen des Lebenslagenmodells noch am Anfang und haben zunächst die Erprobung organisatorisch vorbereitet bzw. die Stichproben ermittelt.

Abbildung 5.3 - 7: Stand der Erprobungsarbeiten Frage 3.3



Quelle: MP-Befragung RB 3, Frage „Wie weit ist Ihr Projekt in der Erprobung des Lebenslagenmodells vorangeschritten?“ N=11

In den Online-Datentabellen haben drei Modellprojekte fünf Fälle erfasst, die die formellen Voraussetzungen des § 103 Abs. 2 SGB IX erfüllen (gleichzeitiger Bezug

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

von ambulanter EGH und HzP, Bezug von Leistungen der EGH bereits vor dem Renteneintrittsalter). In der MP-Befragung geben dagegen elf Modellprojekte an, dass sie Auswirkungen des Lebenslagenmodells derzeit erproben würden bzw. das künftig vorhaben. Laut Aussage der Modellprojekte stünden die Projektmitarbeitenden bei der Erprobung der neuen Regelungen vor der praktischen Herausforderung, Leistungsberechtigte, die künftig vom Lebenslagenmodell umfasst sind, zu identifizieren. In der derzeitigen Praxis würden die Informationen für die Entscheidung, dass das Lebenslagenmodell auf eine leistungsberechtigte Person zutrifft, nicht systematisch von jedem EGH-Träger erfasst. Den Modellprojekten sei nicht in jedem Fall bekannt, ob eine leistungsberechtigte Person Leistungen der Pflege oder Hilfe zur Pflege beziehe, und wenn ja, welche Arten der Pflegeleistungen dem Leistungsberechtigten gegenüber erbracht würden. Diese Informationslücken könnten teilweise erklären, weshalb bislang nur wenige Fälle zur Erprobung des Lebenslagenmodells erfasst wurden.

Vor diesem Hintergrund bedarf es für die weitere Erprobung einer gezielteren Ermittlung der Personengruppe, die künftig unter das Lebenslagenmodell fallen würde. Allerdings gehen die Modellprojekte generell davon aus, dass die Grundgesamtheit aller potenziell vom Lebenslagenmodell umfassten Leistungsberechtigten sehr klein ist. Der Fallgröße in der Stichprobe ist dadurch eine recht niedrige Grenze gesetzt.

Auswirkungen des Lebenslagenmodells auf die Bewilligungs- und Verwaltungspraxis

Obwohl die Modellprojekte noch am Anfang der Erprobung stehen, geben vier Modellprojekte an, dass sie bereits erste Einschätzungen über mögliche Auswirkungen des Lebenslagenmodells auf die Bewilligungs- bzw. Verwaltungspraxis des EGH-Trägers abgeben könnten. Alle vier Modellprojekte erwarten, dass sich durch die Einführung des Lebenslagenmodells Veränderungen in den Arbeitsabläufen des EGH-Trägers ergeben werden.[62] Insbesondere erfordere die praktische Umsetzung der Regelungen des § 103 Abs. 2 SGB IX eine engere Abstimmung mit den Leistungsträgern der Hilfe zur Pflege (SGB XII) und den Pflegekassen (SGB XI) sowie einer Abgrenzung der Teilhabeziele der EGH und Pflege im Rahmen des Gesamtplanverfahrens (vgl. dazu auch die Befunde zur Forschungsfrage 3.1, Abschnitt 5.3.2.1).[63]

[62] Antworten auf Frage „Ergeben sich durch die Einführung des Lebenslagenmodells aus Ihrer heutigen Sicht Veränderungen in den Arbeitsabläufen des EGH-Trägers?“, N=11

[63] Antworten auf Frage „Welche zusätzlichen Prozesse sind für die Umsetzung des Lebenslagenmodells erforderlich (beispielsweise Prüfung der Erreichbarkeit von Teilhabezielen, Kostenerstattung HzP)? “, N=4

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Auswirkungen des Lebenslagenmodells auf die Einkommenssituation des Leistungsberechtigten

Die Prüfung von Einkommen und Vermögen erfolgt bei den vom Lebenslagenmodell umfassten Leistungsberechtigten durch die Modellprojekte einheitlich nach den Regelungen zur Einkommen- und Vermögensheranziehung der EGH. Zu den tatsächlichen Auswirkungen dieser Regelungen auf die Einkommenssituation der Betroffenen lassen sich aus den vorliegenden Daten (Online-Datentabellen) noch keine Aussagen ableiten. Vier der fünf Fälle in der Erprobung leisten bereits nach geltendem Recht keinen Einkommenseinsatz und werden auch künftig kein Einkommen einsetzen müssen. Eine leistungsberechtigte Person, die die Voraussetzungen für das Lebenslagenmodell erfüllt, ist künftig finanziell besser gestellt. Gemäß der Einkommensbeitragsberechnung nach den §§ 135ff SGB IX muss die leistungsberechtigte Person ab dem 1.1.2020 (bei gleichbleibend hoher Berechnungsgrundlage) keinen Eigenkostenbeitrag für die EGH aufbringen.

5.3.3 Klärungsbedarf und Hinweise

Entsprechend dem unterschiedlichen inhaltlichen Fokus der drei Forschungsfragen zum Regelungsbereich EGH-Pflege (vgl. 5.3.1) wird der von den Modellprojekten aufgezeigte Klärungsbedarf und deren Hinweise nach den Forschungsfragen gegliedert dargestellt.

5.3.3.1 Klärungsbedarf und Hinweise Frage 3.1

Aus der bisherigen Erprobung leiten die Modellprojekte vor allem den Bedarf einer grundsätzlichen Klärung des Gleichrangverhältnisses von SGB IX und SGB XI durch den Gesetzgeber ab. Es bedürfe sowohl der Entwicklung von Kriterien zur Abgrenzung der Lebensbereiche von SGB IX und SGB XI als auch für die Zuordnung einzelner Leistungen zu den jeweiligen Leistungsträgern. Dazu einige Zitate von Modellprojekten aus der Befragung:

- *„Der Gegensatz in den Leistungen aus dem SGB XI und SGB IX besteht einerseits in der sektoralen Abgrenzung (ambulant, teil-, stationär) in der Pflege und andererseits in der individuellen Hilfe bei der Eingliederungshilfe. Es werden zudem im SGB XI in der Definition der Pflegebedürftigkeit gleiche Begrifflichkeiten wie im SGB IX verwendet. Bei der Bedarfsermittlung der Lebensbereiche, findet beim Gesamt- und Teilhabeplan in der Eingliederungshilfe der ICF Anwendung und im Versorgungsplan der Pflege im SGB XI die Module des NBA. So sind trotz Empfehlungen der BAGÜS einige Abgrenzungen nicht eindeutig zuzuordnen.“*

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

- *„Welche Kriterien werden herangezogen, um gleichlautende bzw. wirkungsgleiche Lebensbereiche der EGH und HzP zu trennen?“*[64]

Ziele, Zwecke und Leistungen von SGB IX und SGB XI seien nicht aufeinander abgestimmt. Dies manifestiere sich in § 43 a SGB XI:

- *„Es ist unklar, warum der Zugang zu Leistungen der Pflegeversicherung für Menschen mit Behinderungen und Pflegebedarf, die in Einrichtungen oder Räumlichkeiten im Sinne des § 71 Abs. 4 SGB XI leben, durch die Regelungen des § 43 a SGB XI (pauschale Abgeltung der Leistungen der Pflegeversicherung) beschränkt bleibt. Dies widerspricht u.E. dem Grundsatz der personenzentrierten Leistungserbringung des BTHG. Der Zugang zu den Leistungen sollte unabhängig von der Wohnform geregelt sein. Eingliederungshilfe und Pflege haben auch nach der Intention des Gesetzgebers unterschiedliche Aufgaben bzw. Ziele/Zwecke. Es erscheint daher widersprüchlich, eine Zuordnung durch die Regelung zu umgehen. Auch aus Qualitätsgesichtspunkten ist entscheidend, wer die Pflegeleistungen in diesen Einrichtungen und Räumlichkeiten erbringt und wer die Qualität der erbrachten Leistungen sicherstellt.“*[65]

Ein Modellprojekt kommt zu der folgenden, aus der Sicht der Begleitforschung zentralen Schlussfolgerung:

- *„Aufgrund unserer Befassung mit den einschlägigen Gesetzen bleibt festzustellen, dass es zwingend einer rechtlichen Festlegung bedarf, welche Leistung vorrangig ist. Ein nebeneinander gleichrangiges Recht ist praktisch nicht umsetzbar, insbesondere vor dem Hintergrund der widersprüchlichen Rechtsnormen.“*[66]

5.3.3.2 Klärungsbedarf und Hinweise Frage 3.2

Der von den Modellprojekten angemerkte Klärungsbedarf und ihre Hinweise beziehen sich eher auf Details in den Regelungen. Sie lassen die grundsätzlich geäußerte Kritik an der Eignung des Verfahrens in der Praxis außen vor:

Klärungsbedarf

- In dem vorgesehenen Kostenerstattungsverfahren sei der Fall nicht geregelt, wenn Rechnungen durch Leistungsberechtigte im Vorfeld beglichen werden und zur Erstattung durch die Pflegekasse beim Träger der EGH eingereicht werden.

---

[64] Antworten auf Frage „Welchen Klärungsbedarf sehen Sie in Bezug auf die Abgrenzung der Leistungen der EGH von denen der Pflege, den Sie bisher nicht selbst lösen konnten?“, N=16

[65] Antwort auf Frage „Welchen Klärungsbedarf sehen Sie in Bezug auf die Abgrenzung der Leistungen der EGH von denen der Pflege, den Sie bisher nicht selbst lösen konnten?“, N=16

[66] Antwort auf Frage „In welchen der in § 14 SGB XI bzw. § 61 a SGB XII definierten Bereiche gibt es die größten Überschneidungen mit den in § 118 SGB IX definierten Lebensbereichen?“, N=16

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Hinweise:

- Es erscheine hilfreich, dass die Pflegekasse die EGH über noch nicht in Anspruch genommene Leistungen bereits bei Vorliegen der Zustimmungserklärung des Leistungsberechtigten informiere (nicht erst nach Erhalt des Leistungsbescheides der EGH). Dadurch würde auch die Leistungserbringung von Pflegeleistungen zum Gegenstand des Gesamtplanverfahrens werden.
- Es solle geprüft werden, inwiefern das Verfahren auch auf Kombileistungen der Pflege angewendet werden könne.
- Arbeitgebermodelle seien aufgrund der Gewährung von Pflegegeld durch die Pflegekasse vom Verfahren nach § 13 Abs. 4 SGB XI ausgeschlossen. Gerade aber in diesen Fällen erscheine das Verfahren sinnvoll.

5.3.3.3 Klärungsbedarf und Hinweise Frage 3.3

Die bisherigen Erfahrungen und Erkenntnisse der Modellprojekte aus der Erprobung zeigen, dass noch Klärungsbedarf in Bezug auf die Auslegung des § 103 Abs. SGB IX, besteht. Dies betrifft insbesondere Fragen zur Abstimmung der Leistungsträger der EGH und HzP und Schwierigkeiten bei der Bestimmung der vom Lebenslagenmodell umfassten Leistungsberechtigten.

- Klärungsbedarf sehen die Modellprojekte bei der Auslegung des Begriffs „umfasst“. Mit dem Begriff habe der Gesetzgeber die gleiche Formulierung gewählt wie bereits bei der Pflege im stationären Bereich im § 103 Absatz 1 SGB IX. Demnach sei die Regelung so zu verstehen, dass Leistungen der HzP integraler Bestandteil der EGH würden. Den Modellprojekten stelle sich die Frage nach der praktischen Umsetzung dieser Regelung, das heißt, ob Leistungen der HzP (bei Zutreffen des Lebenslagenmodells) künftig nicht gesondert ausgewiesen bzw. bewilligt werden müssten.
- Weiter bereitet den Modellprojekten die Auslegung des 2. Halbsatzes in § 103 Abs. 2 Satz 1 „es sei denn, der Leistungsberechtigte hat vor Vollendung des für die Regelaltersrente im Sinne des Sechsten Buches erforderlichen Lebensjahres keine Leistungen der Eingliederungshilfe erhalten“ Schwierigkeiten. In der derzeitigen Praxis sei es für die Modellprojekte schwierig nachzuverfolgen, ob und wann eine Person erstmals EGH Leistungen bezogen habe. Dies gelte vor allem dann, wenn sie vorübergehend nicht im Leistungsbezug der EGH gestanden habe. Zudem ist den Modellprojekten unklar, in welchem Umfang EGH-Leistungen vor Erreichen der Regelaltersgrenze bezogen werden müssten, um die Voraussetzungen für das Lebenslagenmodell zu erfüllen (beispielsweise einmaliger Bezug einer EGH-Leistung, die in keinem unmittelbaren Verhältnis zum derzeitigen Hilfebedarf stehe).

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

5.3.4 Fazit zum Regelungsbereich 3

Entsprechend dem unterschiedlichen inhaltlichen Fokus der drei Forschungsfragen zum Regelungsbereich EGH-Pflege (vgl. 5.3.1) wird für jede Forschungsfrage ein gesondertes Fazit gezogen.

5.3.4.1 Fazit zur Frage 3.1

Die Modellprojekte verfolgen sehr heterogene Erprobungsansätze, um der – aus Sicht der Begleitforschung – allgemein gestellten Forschungsfrage nach den Auswirkungen des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs und des Gleichrangverhältnisses von EGH und Pflege auf den Verwaltungsvollzug und die Bewilligungspraxis der EGH-Träger nachzugehen. Entsprechend der Heterogenität war die Datenerhebung für den Zwischenbericht 2019 darauf ausgerichtet, zunächst die unterschiedlichen Erprobungsansätze zu erfassen und erste Erkenntnisse zur Praxis an den Schnittstellen EGH und Pflege zu erheben. Die ersten und vorläufigen Befunde aus maximal sechs Modellprojekten lassen sich wie folgt zusammenfassen: Schnittstellen zwischen EGH und Pflege (SGB XI und XII) betreffen alle Kernbereiche der sozialen Teilhabe und speziell die kompensatorischen Assistenzleistungen der EGH (vgl. RB 2). Die Überschneidungen bzw. Schwierigkeiten resultieren vor allem für die EGH-Leistungsträger in erheblichen Schwierigkeiten bei der Bedarfsermittlung und Maßnahmenplanung. Die Potenziale einer zwischen den Leistungsträgern abgestimmten Leistungserbringung werden in den ersten Arbeiten zur Erprobung jedoch auch sichtbar. Zu deren Erschließung bedarf es einer verbesserten Implementierung der gemeinsamen Bedarfsermittlung und Hilfeplanung (Teilhabe- bzw. Gesamtplanverfahren). Dazu gehört aus Sicht der Modellprojekte auch, dass Leistungsangebote und Verantwortlichkeiten der jeweiligen Leistungsträger genauer definiert und abgrenzt werden müssen. Letztlich wird aus den MP zurückgemeldet, dass es einer „Lösung des Gleichrangverhältnisses“ von SGB IX und SGB XI durch den Gesetzgeber bedarf.

Aus der Sicht der Begleitforschung stoßen die Modellprojekte, die zu der Forschungsfrage 3.1 arbeiten und bereits erste Erkenntnisse gewonnen haben, an die bestehenden „Systemgrenzen“ von EGH und Pflege. Damit sind gleichzeitig Grenzen dafür gesetzt, was überhaupt erprobt werden kann. Abgrenzungskriterien und Bedingungen zur Ermittlung und Feststellung der Bedarfe fehlen bzw. werden teilweise erst von den Modellprojekten gesetzt, um überhaupt erprobt werden zu können. Es gibt also kaum „Konkretes“, was ohne weiteres erprobt werden kann. Die Erprobung stellt auch hohe Anforderungen, sich überhaupt in die Systeme „hineinzuarbeiten“. Dementsprechend befindet sich das Gros der Projekte noch in der „Findungs- und Konzeptionsphase.“

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

5.3.4.2 Fazit zur Frage 3.2

Die Modellprojekte stehen bei der Erprobung des RB 3.2 erst in den Anfängen. Erst von einem Projekt liegen Ergebnisse vor, die auf der Basis von mehr als drei Fällen ermittelt wurden.
Mit dem Verfahren betreten alle Modellprojekte Neuland – ebenso die Pflegekassen, die oftmals erst über das Instrument der „Leistung wie aus einer Hand“ aufgeklärt werden müssen.
Die Schlüsselfrage, sowohl für die Gewinnung von Erkenntnissen über die Praxistauglichkeit als auch die Erprobung selbst, ist einerseits die Gewinnung von Leistungsberechtigten, die Interesse an einer Leistungsbündelung haben; es bedarf persönlicher Kommunikation um Leistungsberechtigte oder deren gesetzliche Betreuer für das Verfahren zu gewinnen. Andererseits bedarf es gezielter Kommunikation hin zu den Pflegekassen, um eine Leistungsbündelung anzubahnen. Die Modellprojekte, die schon so weit sind, haben in dieser Hinsicht vielfältige Aktivitäten entwickelt.
Die Praxistauglichkeit des Verfahrens wird von den Modellprojekten als kritisch eingeschätzt. Sie benennen Hürden, sowohl aus der Perspektive der Leistungsberechtigten und der Pflegekassen als auch des EGH-Trägers. Der Aufwand für alle Beteiligten sei hoch und stehe in keiner angemessenen Relation zu dem Nutzen, den sie daraus ziehen könnten. Für die Leistungsberechtigten sei der Nutzen des Verfahrens nur schwer vermittelbar.
Der von Seiten der Modellprojekte angemerkte Klärungsbedarf und ihre Hinweise beziehen sich angesichts dieser Bewertungen eher auf Detailfragen.
In Bezug auf die Falldaten (Online-Datentabellen) für die Begleitforschung sollten die gemeldeten Daten im weiteren Verlauf der Erprobung von den Modellprojekten auf ihre Plausibilität hin überprüft und gegebenenfalls korrigiert werden.

5.3.4.3 Fazit zur Frage 3.3

Die Modellprojekte stehen noch am Anfang der Erprobung zu den Auswirkungen des Lebenslagenmodells auf die Einkommenssituation der Leistungsberechtigten sowie die Bewilligungs- und Verwaltungspraxis der Leistungsträger. Demnach bereiten die Modellprojekte bislang mehrheitlich die Erprobung organisatorisch vor und ermitteln erste Fälle für die Stichproben. Im derzeitigen Stadium der Erprobung bereitet den Modellprojekten die Auswahl bzw. Identifikation von Leistungsberechtigten, die künftig vom Lebenslagenmodell umfasst sind, Schwierigkeiten. Die EGH-Träger verfügen teilweise nicht über alle Angaben einer leistungsberechtigten Person (wie Bezug von Leistungen der HzP oder Pflege, erstmaliger EGH-Bezug vor Erreichen der Regelaltersgrenze) die notwendig sind, um zu bestimmen, ob eine Person die formellen Voraussetzungen für das Lebenslagenmodell erfüllt. Vor diesem Hintergrund bedarf es für die weitere

Erprobung einer gezielteren Ermittlung der Personengruppe, die, unter der Voraussetzung, dass sich der Leistungsbezug nicht verändert, unter das Lebenslagenmodell fallen würden.

Im Rahmen der Erprobung wurden fünf Leistungsberechtigte identifiziert, die künftig vom Lebenslagenmodell umfasst würden. Eine Auswertung zum aktuellen und künftigen Einkommenseinsatz ergab noch keine aussagekräftigen Antworten auf die Frage nach den Auswirkungen auf die Einkommenssituation der Betroffenen. Auf die Bewilligungs- und Verwaltungspraxis der Leistungsträger wird sich die Einführung des Lebenslagenmodells voraussichtlich dahingehend auswirken, dass künftig von den Leistungsträgern der Pflege, EGH und HzP eine engere Zusammenarbeit bei der Koordination und Abrechnung von Leistungen gefordert ist.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

5.4 Regelungsbereich 4 – Wunsch- und Wahlrecht der Leistungsberechtigten

5.4.1 Fokus der Erprobung und Stand

Die Untersuchungen zum Regelungsbereich richten sich auf die folgenden vier Forschungsfragen.

Frage 4.1 – Hat die Regelung des § 104 SGB IX Auswirkungen auf die Berücksichtigung des Wunsch- und Wahlrechts der Leistungsberechtigten? Wenn ja, in welchem Umfang?
Frage 4.2 – Ergeben sich für die Leistungsberechtigten Veränderungen gegenüber dem geltendem Recht (insbesondere § 9 SGB XII)? Falls ja, welche?
Frage 4.3 – Hat die Neuregelung des § 104 SGB IX im Vergleich zum geltenden Recht Auswirkungen hinsichtlich der gewünschten Wohnform? Falls ja, welche?
Frage 4.4 – Führt die Neureglung des § 104 SGB IX zu Veränderungen in der Verwaltungspraxis? Falls ja, welche?

Im Fokus der Erprobung des Regelungsbereichs 4 steht die Frage, inwiefern die Neuregelung des § 104, der die drei wesentlichen Prinzipien der Leistungserbringung (Grundsatz der einzelfallorientierten Leistung, Umfang des Wunsch- und Wahlrechts und die Zumutbarkeitsprüfung) zueinander ins Verhältnis setzt, Auswirkungen auf die Gewährung von Leistungen hat. Der hohe Abstraktionsgrad dieser Fragestellung gestaltet die praktische Durchführung der Erprobung teilweise als schwierig.
Ausweislich der Zuwendungsbescheide erproben 14 Modellprojekte die Umsetzung des § 104 SGB IX, der ab dem 1.1.2020 die Angemessenheits- und Zumutbarkeitsprüfung in der EGH normiert. Die Erprobung zum Wunsch- und Wahlrecht steht in engem Zusammenhang mit den Fragen zur Erprobung der Gemeinsamen Inanspruchnahme (Regelungsbereich 5).

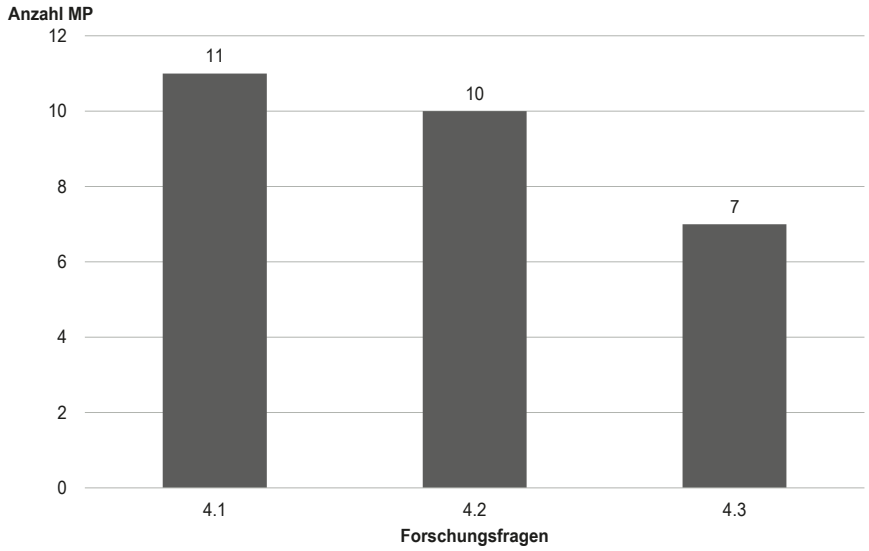
Zwölf Modellprojekte haben sich an der MP-Befragung beteiligt und neun Modellprojekte Daten auf der Online-Plattform erfasst. Die MP-Befragung wurde aufgrund des inhaltlichen Zusammenhangs zwischen den Fragestellungen nicht analog zu den Forschungsfragen aufgebaut, sondern vielmehr in drei Fragenkomplexe untergliedert:
1. Fragen zu den Auswirkungen der Neuregelung des § 104 SGB IX auf Wünsche hinsichtlich der Gestaltung von Leistungen

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

2. Fragen zu den Auswirkungen der Neuregelung des § 104 SGB IX auf die gewünschte Wohnform
3. Fragen zu den Auswirkungen der Neuregelung des § 104 SGB IX auf die Verwaltungspraxis

Die Abbildung 5.4 - 1 zeigt, dass sich die Modellprojekte in der Erprobung des Regelungsbereichs 4 insbesondere auf die Gestaltung von Leistungen und Wünschen zur Wohnform konzentrieren. Sieben Modellprojekte erproben darüber hinaus die Auswirkungen auf die Verwaltungspraxis.

Abbildung 5.4 - 1: Anzahl MP, die Forschungsfragen im RB 4 bearbeiten



Quelle: MP-Befragung RB 4, Frage „Welche Forschungsfragen zum Regelungsbereich gehen Sie in der Erprobung an?“ N=12, Mehrfachnennung möglich

Bei zwei Modellprojekten, die bislang keine Daten aus der Erprobung des Regelungsbereichs an die Begleitforschung übermittelt haben (weder im Rahmen der MP-Befragung noch den Online-Datentabellen), sieht die Arbeitsplanung vor, dass die Erprobung der Angemessenheits- und Zumutbarkeitsprüfung nach neuem Recht erst zu einem späteren Zeitpunkt im Projektablauf erfolgen soll.

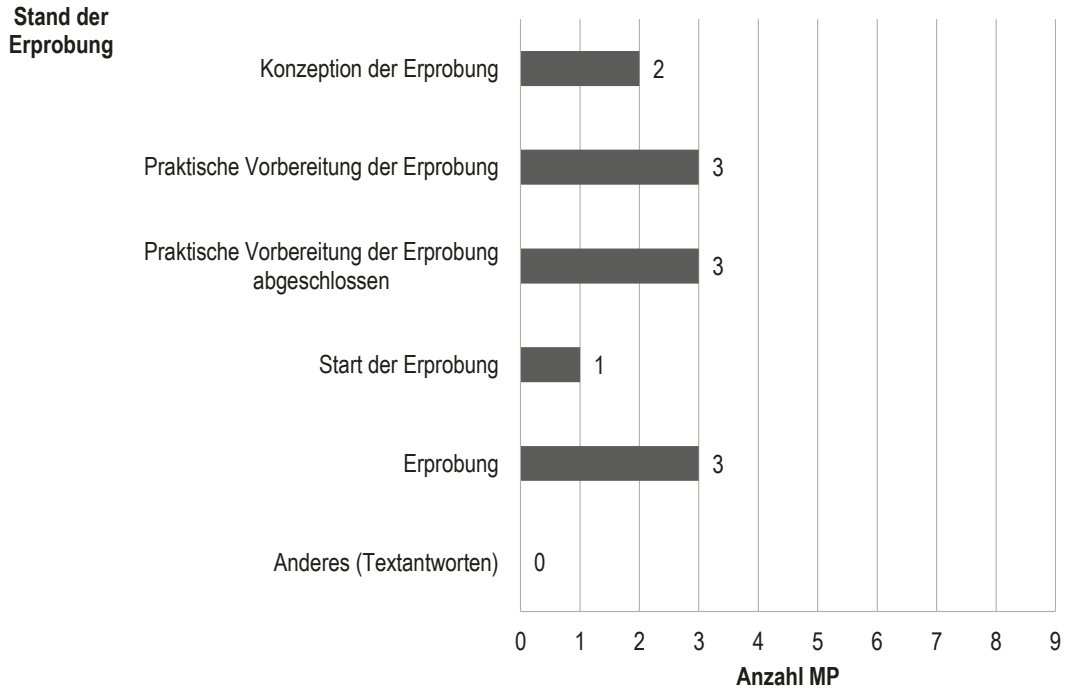
Drei weitere Modellprojekte haben bislang keine Daten auf der Online-Plattform erfasst. Diese stehen laut eigenen Aussagen noch am Beginn der Erprobung und aktuell vor der Herausforderung, Leistungsberechtigte zu identifizieren, die sich für die Erprobung eignen. Derzeit würden Wünsche der Leistungsberechtigten zwar im Rahmen der Bedarfsermittlung (insbesondere bei den ambulant lebenden Leistungsberechtigten) erfasst, jedoch werde keine systematische Übersicht darüber geführt, welche Wünsche von welchen Leistungsberechtigten geäußert wurden und

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

welche Entscheidungen hinsichtlich Wunschgewährung oder -ablehnung getroffen wurden.[67]

Auch die Modellprojekte, die bereits Fälle für die Erprobung identifiziert haben, berichten von ähnlichen Schwierigkeiten. Dies spiegelt sich in den Antworten zum Stand der der Erprobung wider (siehe Abbildung 5.4 - 2). Drei der zwölf Modellprojekte geben an, dass Sie derzeit die Erprobung vorbereiten, die rechtlichen Grundlagen aufbereiten und die Stichprobe ermitteln würden. Nur drei Modellprojekte geben an, dass sie im Rahmen der Erprobung bei mehr als drei Leistungsberechtigten Wünsche erhoben und eine fiktive Entscheidung auf Wunschgewährung oder -ablehnung nach künftigem Recht getroffen hätten.

Abbildung 5.4 - 2: Stand der Erprobungsarbeiten RB 4



Quelle: MP-Befragung RB 4, Frage „Wie weit ist Ihr Projekt in der Erprobung der möglichen Auswirkungen des § 104 SGB IX auf das Wunsch- und Wahlrecht der Leistungsberechtigten vorangeschritten?“ N=12

[67] Antworten auf Frage „Bitte bewerten Sie die folgenden Aussagen. Wünsche der Leistungsberechtigten (hinsichtlich der Gestaltung der Leistungen) werden im Rahmen des Gesamt-/Teilhabeplanverfahren immer abgefragt.“, N=11

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

5.4.2 Vorgehen in der Erprobung

Die Erprobung der Angemessenheits- und Zumutbarkeitsprüfung setzt voraus, dass die Wünsche der Leistungsberechtigten bekannt sind. Knapp die Hälfte der Modellprojekte gibt an, dass bei der Fallauswahl insbesondere solche Leistungsberechtigte berücksichtigt wurden, für die im Teilhabe- bzw. Gesamtplanverfahren Wünsche erfasst wurden. Andere Modellprojekte stimmen sich bei der Fallauswahl für die Stichprobe eng mit dem Fallmanagement ab und nehmen nach deren Hinweisen Leistungsberechtigte in die Stichprobe auf. Von vier Modellprojekten werden auch explizit Leistungsberechtigte in der Stichprobe berücksichtigt, deren Wünschen nach geltendem Recht nicht entsprochen wurde. Die Vor-Ort Interviews ergaben, dass sich einige Modellprojekte zur Identifizierung dieser Fälle, auf Klagefälle vergangener Jahre stützen (unter anderem aufgrund abgelehnter Wünsche).
Insgesamt haben die Modellprojekte auf der Online-Plattform 97 Leistungsberechtigte mit 181 Wünschen erfasst (Wünsche hinsichtlich der Gestaltung von Leistungen N=110, Wünsche hinsichtlich der Wohnform N=71). Für knapp 100 dieser Wünsche wurde angegeben, ob dem Wunsch derzeit entsprochen wird und ob dem Wunsch künftig entsprochen würde. Die Stichprobe ist sehr heterogen zusammengesetzt (ambulant und stationär lebende Leistungsberechtigte, Behinderungsbilder, Pflegegrade). Das Geschlechterverhältnis ist ausgeglichen.
Ein Gesamt-/Teilhabeplan liegt für ca. die Hälfte der Fälle vor. Er ist für die Definition der individuellen Teilhabeziele und damit für eine umfassende Prüfung der Zumutbarkeit und Angemessenheit einer Leistung kritisch. Gem. § 104 SGB IX ist die Prüfung nicht allein auf Kostengesichtspunkte beschränkt, sondern berücksichtigt auch die Qualität der Leistung und deren Erfolgswahrscheinlichkeit im Hinblick auf die im Gesamtplan festgehaltenen Teilhabeziele. Zehn von zwölf Modellprojekten geben an, dass das vom Modellprojekt genutzte Bedarfsermittlungsinstrument die Abfrage von Bedarfen und Wünschen hinsichtlich der Gestaltung von Leistungen berücksichtigt.[68] Bei einem Modellprojekt werden solche Wünsche im Bedarfsermittlungsinstrument nicht berücksichtigt. Ein weiteres Modellprojekt kann dazu noch keine Einschätzung abgeben. Die Abfrage von Wünschen hinsichtlich der Wohnform ist in elf von zwölf genutzten Bedarfsermittlungsinstrumenten vorgesehen (ein Modellprojekt gibt an, dass es dazu noch keine Aussagen treffen kann).[69] Wünsche hinsichtlich der Gestaltung von Leistungen, wie auch hinsichtlich der gewünschten Wohnform, würden, laut Aussage

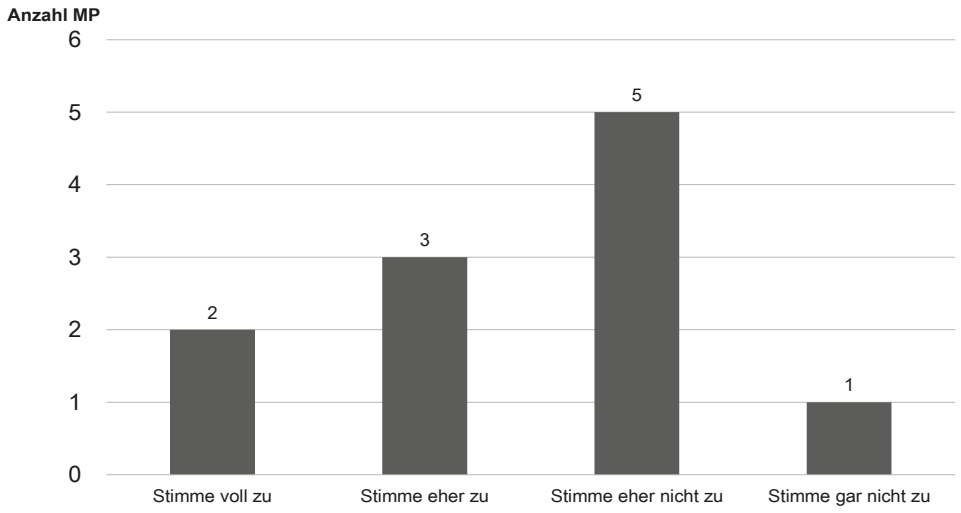
[68] Antworten auf Frage „Berücksichtigt das von Ihnen genutzte Bedarfsermittlungsinstrument auch Bedarfe und Wünsche über die Gestaltung von Leistungen?“, N=12

[69] Antworten auf Frage „Berücksichtigt das von Ihnen genutzte Bedarfsermittlungsinstrument auch Bedarfe und Wünsche hinsichtlich der Wohnform?“, N=12

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

von elf der zwölf Modellprojekte, sowohl bei stationär wie auch ambulant lebenden Leistungsberechtigten standardmäßig erhoben (ein Modellprojekt trifft dazu keine Aussage).[70] Unterschiede zeigen sich im Antwortverhalten der Modellprojekte auf die Frage, ob die Leistungsberechtigten auf ihre Wünsche hin befragt würden.[71] Sieben von elf Modellprojekten geben an, dass ambulant lebende Leistungsberechtigte bzw. deren gesetzliche Betreuer_innen bereits heute Wünsche selbstständig, ohne gezieltes Nachfragen seitens der EGH, ansprächen. Bei drei Modellprojekten sei dies nicht der Fall. Bei den stationär lebenden Leistungsberechtigten geben nur die Hälfte der Modellprojekte (sechs von elf) an, dass etwaige Wünsche im Rahmen des Teilhabe- und Gesamtplanverfahrens von den Leistungsberechtigten bzw. deren Betreuer_innen selbstständig angesprochen würden. In Abbildung 5.4 - 3 wird deutlich, dass es, trotz standardisierter Prozesse zur Abfrage und Prüfung von Wünschen, für sechs von elf Modellprojekten eher schwierig ist, Wünsche der Leistungsberechtigten zu ermitteln.

Abbildung 5.4 - 3: Im Großen und Ganzen ist es in der derzeitigen Praxis einfach, die Wünsche der Leistungsberechtigten in Bezug auf die Gestaltung der EGH-Leistungen zu ermitteln.



Quelle: MP-Befragung RB 4, Frage „Im Großen und Ganzen ist es in der derzeitigen Praxis einfach, die Wünsche der Leistungsberechtigten in Bezug auf die Gestaltung der EGH-Leistungen zu ermitteln." N=11

[70] Antworten auf Frage „Bitte bewerten Sie die folgenden Aussagen. Wünsche der Leistungsberechtigten (hinsichtlich der Gestaltung der Leistungen) werden im Rahmen des Gesamt-/Teilhabeplanverfahren immer abgefragt.", N=11

[71] Antworten auf Frage „Bitte bewerten Sie die folgenden Aussagen. Wünsche der Leistungsberechtigten (hinsichtlich der Gestaltung der Leistungen) werden von den Leistungsberechtigten / gesetzlichen Betreuern_innen immer selbstständig angesprochen und klar kommuniziert..", N=11

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Verschiedene Faktoren erschweren es den Modellprojekten, in der derzeitigen Praxis Wünsche der Leistungsberechtigten zu erheben. Fünf der sechs Modellprojekte, die von Schwierigkeiten berichten, geben an, dass die Fallmanager_innen teilweise vor der Herausforderungen stünden, die Wünsche der Leistungsberechtigten zu verstehen und konkret festzuhalten (beispielsweise wenn Leistungsberechtigte ihre Wünsche nicht klar kommunizieren könnten). Darüber hinaus bestätigen vier Modellprojekte, dass es für die Fallmanager_innen häufig schwierig sei, abzuwägen, ob ein Wunsch auf Drängen der gesetzlichen Betreuer_in genannt werde oder ob der Leistungsberechtigte den Wunsch tatsächlich habe. Laut Aussage eines Modellprojekts seien darüber hinaus „viele Leistungsberechtigte derzeit nicht ausreichend über die Möglichkeit informiert, Wünsche im Rahmen der Bedarfsermittlung zu äußern“. [72]

5.4.3 Befunde zu den Forschungsfragen

5.4.3.1 Frage 4.1 – Berücksichtigung des Wunsch- und Wahlrechts der Leistungsberechtigten

Frage 4.1 – Hat die Regelung des § 104 SGB IX Auswirkungen auf die Berücksichtigung des Wunsch- und Wahlrechts der Leistungsberechtigten? Wenn ja, in welchem Umfang?

Der bisherige Erprobungsstand erlaubt noch keine belastbaren Antworten auf die Forschungsfrage, sondern zeigt lediglich erste Tendenzen auf. Die Auswertung der Daten aus den Online-Datentabellen zum Regelungsbereich 4 deckt sich in weiten Teilen mit den Ergebnissen aus der MP-Befragung. Insgesamt haben sieben Modellprojekte 110 Wünsche[73] in den Online-Datentabellen erfasst, für die eine fiktive Entscheidung auf Basis der Angemessenheits- und Zumutbarkeitsprüfung gem. § 104 SGB IX erfolgen soll bzw. erfolgt ist. Für jeden Wunsch wurde erfasst, auf welche Leistungsgruppe und welches Gestaltungsmerkmal sich der Wunsch bezieht. Wünsche hinsichtlich der Wohnform wurden getrennt abgefragt. Deren Ergebnisse werden unter der Forschungsfrage 4.3 (Auswirkungen auf die gewünschte Wohnform) näher erläutert.

[72] Antworten auf Frage „Was sind Faktoren, die es erschweren, die Wünsche der Leistungsberechtigten zur Gestaltung der Leistung zu ermitteln und festzuhalten?“, N=6

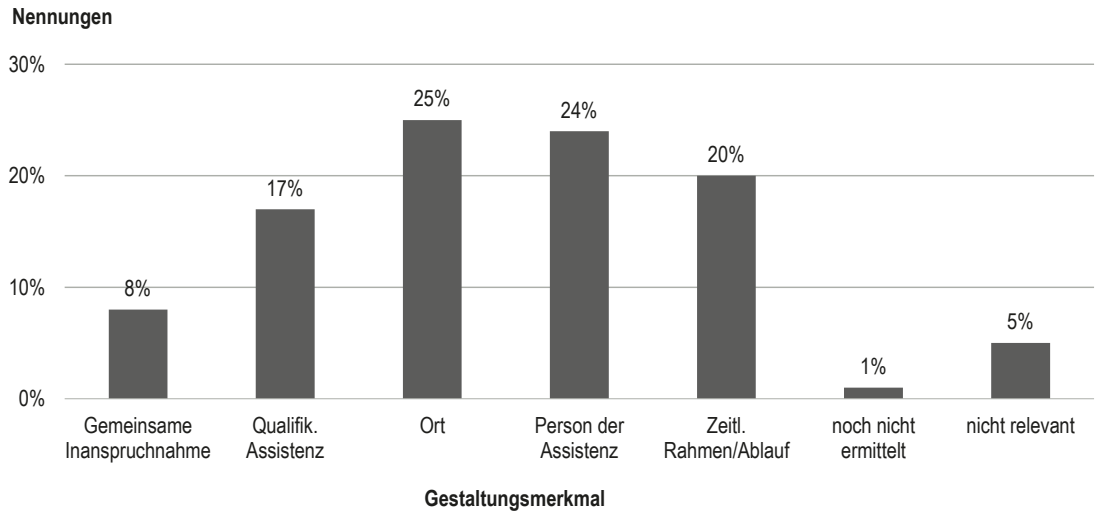
[73] Hinsichtlich der Gestaltung von Leistungen

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Wunschäußerung nach Leistungsart und Gestaltungsmerkmal

Für 67 der 110 Wünsche, die nach Angaben der Modellprojekte bisher für die Erprobung vorgesehen sind, wurden fiktive Entscheidungen getroffen, ob der Wunsch nach künftigem Recht abgelehnt oder bewilligt würde. Diese Wünsche beziehen sich mehrheitlich auf Leistungen zur Sozialen Teilhabe und die Gestaltungsmerkmale „Person" bzw. „Qualifikation der Assistenz" sowie auf den „Ort" und den „zeitlichen Rahmen/Ablauf der Leistungserbringung" (siehe Abbildung 5.4 – 4). Weniger häufig äußerten die Leistungsberechtigten der Stichprobe Wünsche hinsichtlich der gemeinsamen Inanspruchnahme von Leistungen. Leistungsberechtigte, deren Wunsch sich auf die Leistungen zur Teilhabe an Bildung beziehen, verbinden diesen Wunsch fast ausschließlich mit dem Gestaltungsmerkmal Ort der Leistungserbringung. Bei den Wünschen bezogen auf Leistungen zur Sozialen Teilhabe dominiert dagegen das Gestaltungsmerkmal Person der Assistenz bzw. Qualifikation der Assistenz.

Abbildung 5.4 - 4: Häufigkeit Wunschäußerung nach Gestaltungsmerkmalen



Quelle: Online-Datentabellen RB 4, N=110

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Auswertung zur Wunschentsprechung und -ablehnung

Die Auswertung der Daten zur Entscheidung über die Wünsche ergibt, dass der überwiegenden Mehrheit der Wünsche (98 von 110 Wünschen) nach geltendem Recht nachgekommen wird. In sechs Fällen wurde die endgültige Entscheidung noch nicht ermittelt bzw. keine Angabe hinsichtlich der Entscheidung gemacht. Sechs Wünschen wurde nach geltendem Recht nicht entsprochen. Dabei handelt es sich in vier Fällen um Wünsche bezogen auf „Leistungen zur Sozialen Teilhabe“ und die Gestaltungsmerkmale „Person bzw. Qualifikation der Assistenz“. In den verbleibenden zwei Fällen bezieht sich der Wunsch auf „Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben“ ohne Angabe eines Gestaltungsmerkmals und „Leistungen zur Teilhabe an Bildung“ mit dem Gestaltungsmerkmal „zeitlicher Rahmen/Ablauf“.

Abbildung 5.4 - 5: Entscheidung über Wünsche (Rechtslage heute - Rechtslage 1.1.2020)

Entscheidung nach geltendem Recht (§§ 9 und 13 SGB XII)				Fiktive Entscheidung nach künftigem Recht (§ 104 SGB IX)			
entsprochen	nicht entsprochen	nicht ermittelt	keine Angabe	entsprochen	nicht entsprochen	nicht ermittelt	keine Angabe
98	**6**	4	2	67	**1**	40	2

Quelle: Online-Datentabellen RB 4, N=110

Für 67 der 110 Wünsche wurde eine fiktive Entscheidung unter Berücksichtigung der Neuregelung des § 104 SGB IX getroffen. Im Ergebnis zeigt sich, dass nur in einem der 67 Fälle dem Wunsch künftig nicht entsprochen würde. Alle sechs Wünsche, die nach geltendem Recht abgelehnt wurden, würden, mit Ausnahme des Wunsches bezogen auf den Leistungstyp „Leistungen zur Teilhabe an Bildung“, künftig bewilligt.

Einschätzung der möglichen Veränderungen für die Leistungsträger

Im Rahmen der MP-Befragung sahen sich nur zwei Modellprojekte in der Lage, erste Einschätzungen über mögliche Auswirkungen der Neuregelungen des § 104 SGB IX abzugeben. Die Aussagen beider Modellprojekte weisen in unterschiedliche Richtungen.[74] Ein Modellprojekt erwartet mit Inkrafttreten des § 104 SGB IX keine

[74] Antworten auf Frage „Bitte bewerten Sie die folgenden Aussagen basierend auf den Erkenntnissen der Erprobung: Die Neuregelung der Angemessenheits- und Zumutbarkeitsprüfung (gem. § 104 SGB IX) hat zur Folge, dass Wünsche der Leistungsberechtigten hinsichtlich der Gestaltung der Leistung zukünftig gezielter abgefragt werden.“, N=2

Antworten auf Frage „Bitte bewerten Sie die folgenden Aussagen basierend auf den Erkenntnissen der Erprobung: Die Neuregelung der Angemessenheits- und Zumutbarkeitsprüfung (gem. § 104 SGB IX) hat zur Folge, dass

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Veränderungen für die bisherige Praxis – weder hinsichtlich der Erhebung der Wünsche noch bei der Prüfung und Entscheidung. Demnach würden EGH-Leistungen bereits heute nach der Besonderheit des Einzelfalles bestimmt und die Empfehlungen der Hilfeplanung orientierten sich an den Zielen des behinderten Menschen. Demgegenüber sagt ein Modellprojekt aus, dass sich insbesondere für Leistungsberechtigte, die aktuell in stationären Wohnformen leben, tendenziell eine Verbesserung in Bezug auf die Berücksichtigung von deren Wünschen ergeben werde. In den stationären Wohnformen bestehe, so die Aussage des Modellprojekts, mit der pauschalen Leistungs- und Vergütungssystematik derzeit wenig Gestaltungsspielraum für eine individuelle Anpassung der Leistungen. Mit Inkrafttreten des BTHG und der Leistungstrennung, ergebe sich für die EGH-Leistungsträger dann in stärkerem Maße die Verpflichtung, Leistungen personenzentriert zu ermitteln und zu prüfen. Bei der Prüfung auf Angemessenheit eines Wunsches fielen künftig die persönlichen, familiären und örtlichen Umstände des Leistungsberechtigten stärker ins Gewicht.[75]

Einschätzung der möglichen Veränderungen für die Leistungserbringer

Auch auf Seiten der Leistungserbringer ergebe sich, aus Sicht des Modellprojekts, die Notwendigkeit zu Anpassungen. So seien Leistungserbringer künftig stärker gefordert, ihr Leistungsangebot sowie die Art der Leistungserbringung flexibler zu gestalten, damit den Wünschen nachgekommen werden könne.

5.4.3.2 Frage 4.2 – Veränderungen gegenüber dem geltenden Recht (insbesondere § 9 SGB XII)

Frage 4.2 – Ergeben sich für die Leistungsberechtigten Veränderungen gegenüber dem geltendem Recht (insbesondere § 9 SGB XII)? Falls ja, welche?

Die Forschungsfrage 4.2 knüpft eng an die Forschungsfrage 4.1 an. Der in den §§ 9 und 13 SGB XII formulierte Mehrkostenvorbehalt und dessen Berücksichtigung im

Leistungsberechtigte zukünftig häufiger selbstständig Wünsche hinsichtlich der Gestaltung von Leistungen äußern.“, N=2

[75] Antworten auf Frage „Bitte bewerten Sie die folgenden Aussagen basierend auf den Erkenntnissen der Erprobung: Die Neuregelung der Angemessenheits- und Zumutbarkeitsprüfung (gem. § 104 SGB IX) hat zur Folge, dass bei der Prüfung zukünftig die persönlichen, familiären, örtlichen Umstände einschließlich der Wohnform stärker ins Gewicht fallen.“, N=2

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Sinne einer „Angemessenheitsobergrenze“ nach § 104 SGB IX steht im Fokus der Erprobung zur Forschungsfrage 4.2. Nach Absatz 3 sieht der Gesetzgeber mit dem Kriterium der Zumutbarkeit ein gesetzliches Korrektiv der Angemessenheitsprüfung vor. Zunächst ist also zu prüfen, ob eine von den Wünschen des Leistungsberechtigten abweichende Leistung zumutbar ist.

Aktuelle Relevanz des Mehrkostenvorbehalts

Der bisherige Erprobungsstand erlaubt noch keine belastbaren Antworten auf die Forschungsfrage, sondern zeigt lediglich erste Tendenzen auf. In der MP-Befragung äußern sich elf Projekte zur aktuellen Praxis bzw. Gewichtung des Mehrkostenvorbehalts bei der Entscheidung. Demnach sei der Mehrkostenvorbehalt auch heute nicht das ausschlaggebende Kriterium für die Entscheidung zu Wünschen der Leistungsberechtigten.[76] Sieben der elf Modellprojekte sagen aus, dass der Mehrkostenvorbehalt und die Zumutbarkeitsprüfung bei der Entscheidung auf Gewährung bzw. Ablehnung eines Wunsches gleichermaßen entscheidungsrelevant seien. Fünf Modellprojekte geben an, dass bei der Entscheidung das Ergebnis aus der Prüfung auf Zumutbarkeit (unter Berücksichtigung der persönlichen, familiären, örtlichen Umstände und Wohnform) stärker ins Gewicht falle bzw. die Höhe der Mehrkosten nur unwesentlich Einfluss auf die Entscheidung habe.

Auswirkungen auf die künftige Zumutbarkeit- und Angemessenheitsprüfung

Nur drei der elf Modellprojekte geben an, dass sie zum derzeitigen Stand der Erprobung erste Einschätzung darüber geben könnten, welche Veränderungen sich für den Leistungsberechtigten gegenüber dem geltendem Recht (insbesondere § 9 SGB XII) ergäben. Zwei Modellprojekte erwarten, dass in Zukunft, bei der Prüfung eines Wunsches, der Mehrkostenvorbehalt bzw. die Angemessenheitsobergrenze weniger entscheidungsrelevant sein werde. Sie erwarten, dass künftig die Prüfung der persönlichen, familiären und örtlichen Umstände einschließlich der Wohnform an Bedeutung gewinnen werde. Ein Modellprojekt, das angibt, bereits heute die Personenzentrierung in den Vordergrund zu stellen und Wünsche umfassend zu berücksichtigen, erwartet keine Veränderungen.[77]

---

[76] Antworten auf Frage „Welche Rolle spielt der Mehrkostenvorbehalt (nach § 9 SGB XII) bei der Entscheidung auf Entsprechung/Ablehnung von Wünschen hinsichtlich der Gestaltung der Leistungen nach geltendem Recht?“, N=11

[77] Antworten auf Frage „Bitte bewerten Sie die folgenden Aussagen basierend auf den Erkenntnissen der Erprobung und skizzieren Sie Ihre Befunde: Die Neuregelung der Angemessenheits- und Zumutbarkeitsprüfung (gem. § 104 SGB IX) hat zur Folge, dass bei der Prüfung der Mehrkostenvorbehalt/die Angemessenheitsobergrenze zukünftig weniger stark ins Gewicht fallen.“, N=3

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

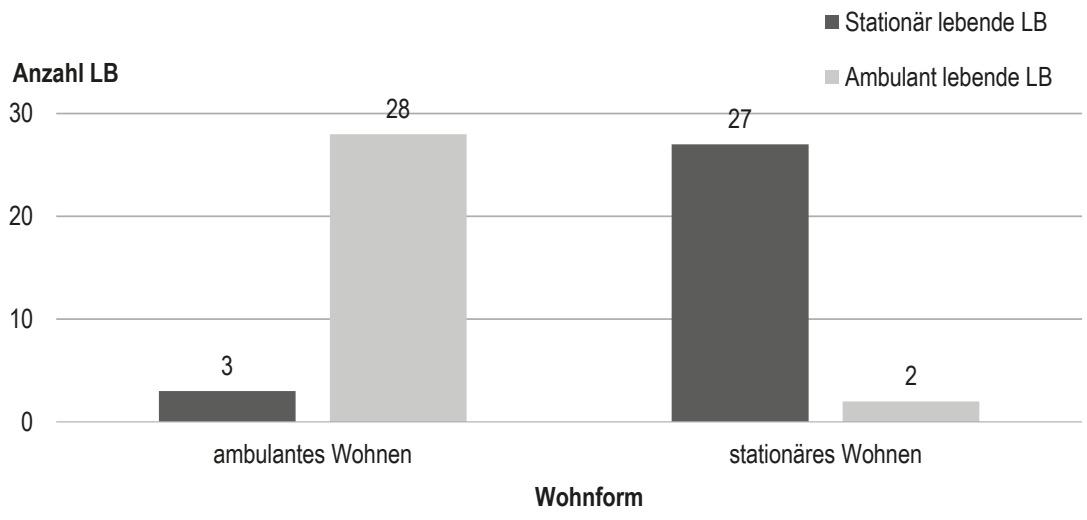
5.4.3.3 Frage 4.3 – Auswirkungen der Neuregelung des § 104 SGB IX auf die gewünschte Wohnform

Frage 4.3 – Hat die Neuregelung des § 104 SGB IX im Vergleich zum geltenden Recht Auswirkungen hinsichtlich der gewünschten Wohnform? Falls ja, welche?

Bereits im Gesetzgebungsverfahren wurde kontrovers diskutiert, ob und inwieweit die im § 104 SGB IX normierte, mehrstufige Prüfung der Zumutbarkeit und Angemessenheit sich auf die Berücksichtigung von Wünschen insbesondere hinsichtlich der Wohnform auswirkt.
Aus den vorliegenden Ergebnissen der Datenauswertung der Online-Datentabellen und der MP-Befragung lassen sich nur erste Tendenzen über mögliche Auswirkungen der Neuregelungen des § 104 SGX IX auf die gewünschte Wohnform ableiten.

In den Online-Datentabellen haben zehn Modellprojekte insgesamt 71 Wünsche hinsichtlich der Wohnform erfasst. Davon wurde für 60 Wünsche angegeben, ob diese nach geltenden Recht gewährt oder abgelehnt wurden/würden.
Die Auswertung der Daten ergibt (vgl. Abbildung 5.4 – 6), dass Leistungsberechtigte, sowohl im ambulanten wie auch im stationären Setting, Wünsche hinsichtlich der Wohnform äußern bzw. Wünsche hinsichtlich der Wohnform bei ambulant wie stationär lebenden Leistungsberechtigten erfasst werden.

Abbildung 5.4 - 6: Verteilung der Wünsche in Bezug auf Wohnform



Quelle: Online-Datentabellen RB 4, N=60

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Die Mehrzahl der Leistungsberechtigten äußert den Wunsch, auch weiterhin in der gleichen Wohnform leben zu wollen. Leistungsberechtigte die sich wünschen, stationär zu leben, wünschen sich demnach mehrheitlich auch weiterhin in einem stationären Setting zu leben (gegebenenfalls Wechsel der stationären Einrichtung). Analog wünschen sich Leistungsberechtigte im ambulanten Wohnen auch weiterhin ambulant zu leben.
In nur wenigen Fällen (fünf von 60 Fällen) wird ein Umzug von einer ambulanten in eine stationäre Wohnform sowie vom stationären in ambulantes Wohnen gewünscht.

Auswertung zur Wunschentsprechung und -ablehnung

Die Auswertung der Daten zur Wunschgewährung bzw. -ablehnung ergibt (siehe Abbildung 5.4 - 7), dass der überwiegenden Mehrheit der Wünsche (49 von 60 Wünschen) nach geltendem Recht entsprochen wurde. In elf Fällen wurde der Wunsch abgelehnt. Auffällig ist, dass mehrheitlich solche Wünsche abgelehnt wurden, die sich auf einen Wohnformwechsel beziehen (beispielsweise einem Umzug aus einer ambulanten in eine stationäre Wohnform).

Abbildung 5.4 - 7: Entscheidung über Wünsche für stationär und ambulant lebende Leistungsberechtigte (Rechtslage heute - Rechtslage 1.1.2020)

	Entscheidung nach geltendem Recht (§§ 9 und 13 SGB XII)		Fiktive Entscheidung nach künftigem Recht (§ 104 SGB IX)		
	entsprochen	nicht entsprochen	entsprochen	nicht entsprochen	nicht ermittelt
Stationär lebende Leistungsberechtigte / Leistungsberechtigte in besonderen Wohnformen					
Wunsch: ambulantes Wohnen / Wohnen außerhalb besonderer Wohnformen	**0**	**3**	**3**	**0**	**0**
Wunsch: stationäres Wohnen / Wohnen in besonderen Wohnformen	**24**	**3**	**14**	**0**	**13**
Ambulant lebende Leistungsberechtigte / Leistungsberechtigte außerhalb besonderer Wohnformen					
Wunsch: ambulantes Wohnen / Wohnen außerhalb besonderer Wohnformen	**25**	**3**	**16**	**2**	**10**
Wunsch: stationäres Wohnen / Wohnen in besonderen Wohnformen	**0**	**2**	**2**	**0**	**0**
Gesamt	**49**	**11**	**35**	**2**	**23**

Quelle: Online-Datentabellen RB 4, N=60

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Für 37 der 60 Wünsche wurde im Rahmen der Erprobung eine fiktive Entscheidung auf Wunschgewährung bzw. -ablehnung unter Berücksichtigung der Neuregelung des § 104 SGB IX getroffen. Im Ergebnis zeigt sich, dass in der Gruppe der stationär lebenden Leistungsberechtigten künftig jedem Wunsch hinsichtlich der Wohnform entsprochen werden würde (in 13 Fällen steht die Entscheidung aus). Alle sechs Wünsche der stationär lebenden Leistungsberechtigten, die nach geltendem Recht abgelehnt wurden, würden künftig bewilligt werden. Bei den ambulant lebenden Leistungsberechtigten ist dies ähnlich. In keinem Fall würde einem nach geltendem Recht entsprochenen Wunsch zur Wohnform (ambulanten / stationär) künftig nicht entsprochen werden. Zwei nach geltendem Recht abgelehnten Wünschen würde allerdings auch künftig nicht entsprochen werden.

Einschätzung der möglichen Veränderungen für die Leistungsträger und Leistungsberechtigten

In der MP-Befragung geben drei von elf Modellprojekten an, dass sie zum derzeitigen Stand der Erprobung erste Einschätzungen darüber geben könnten, welche Auswirkungen die Neuregelung des § 104 SGB IX auf die Berücksichtigung von Wünschen hinsichtlich der Wohnform haben werde. Die Einschätzungen der Modellprojekte weisen in unterschiedliche Richtungen. Ein Modellprojekt gibt an, dass bereits seit 2007 die personenzentrierte Hilfeplanung den Zugang zu Leistungen der Eingliederungshilfe erschließe. Bei der Entscheidung auf Wunschgewährung bzw. -ablehnung werde bereits heute der Art des Bedarfs, die persönlichen Verhältnisse, der Sozialraum und die eigenen Kräfte und Mittel der leistungsberechtigten Person umfassend berücksichtigt. Deshalb würden sich, laut Aussage des Modellprojekts, mit Inkrafttreten des § 104 SGB IX keine Veränderungen in der aktuellen Praxis der Angemessenheits- und Zumutbarkeitsprüfung ergeben.

Zwei Modellprojekte erwarten, dass die Neuregelung des § 104 SGB IX insgesamt dazu beitragen werde, dass Wünsche der Leistungsberechtigten hinsichtlich der Wohnform künftig sowohl gezielter abgefragt als auch stärker von Seiten der leistungsberechtigten Person/der gesetzlichen Betreuer_in eingefordert werden würden. [78] Insgesamt, so die Annahme der Modellprojekte, gewinne das Kriterium der Zumutbarkeit gegenüber dem Kostenfaktor bei der Entscheidung auf

[78] Antworten auf Frage „Bitte bewerten Sie die folgenden Aussagen basierend auf den Erkenntnissen der Erprobung: Die Neuregelung der Angemessenheits- und Zumutbarkeitsprüfung (gem. § 104 SGB IX) hat zur Folge, dass Wünsche der Leistungsberechtigten hinsichtlich der Wohnform zukünftig gezielter abgefragt werden.“, N=3

Antworten auf Frage „Bitte bewerten Sie die folgenden Aussagen basierend auf den Erkenntnissen der Erprobung: Die Neuregelung der Angemessenheits- und Zumutbarkeitsprüfung (gem. § 104 SGB IX) hat zur Folge, dass Leistungsberechtigte zukünftig häufiger selbstständig Wünsche hinsichtlich der Wohnform äußern.“, N=3

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Wunschgewährung bzw. -ablehnung an Bedeutung.[79] Beide Modellprojekte gehen zum derzeitigen Stand der Erprobung davon aus, dass mit Inkrafttreten des § 104 SGB IX Wünschen hinsichtlich der Wohnform häufiger entsprochen werde. Diese Erwartung spiegelt sich auch in den Ergebnissen der Datenauswertung zur Wunschgewährung bzw. -ablehnung (nach geltendem und künftigem Recht) wieder (vgl. Abbildung 5.4 – 7).

5.4.3.4 Frage 4.4 – Auswirkungen des § 104 SGB IX auf die Verwaltungspraxis

Frage 4.4 – Führt die Neureglung des § 104 SGB IX zu Veränderungen in der Verwaltungspraxis? Falls ja, welche?

Sechs Modellprojekte haben sich zur aktuellen Praxis der Angemessenheits- und Zumutbarkeitsprüfung geäußert und erste Befunde aus der Erprobung der Neuregelung des § 104 SGB IX mitgeteilt. Aus den vorliegenden Antworten lassen sich erste Tendenzen hinsichtlich der Auswirkungen auf den Verwaltungsprozess ableiten.

Die Angaben der Modellprojekte weisen in unterschiedliche Richtungen. Auf der einen Seite sind drei der sieben Modellprojekte der Ansicht, dass die Neuregelung des § 104 SGB IX mit grundlegenden Veränderungen in den Verfahren des Leistungsträgers verbunden sei.[80] Die Prüfung der personellen und familiären Verhältnisse habe, so die Modellprojekte, bislang nicht den Raum eingenommen, den es brauche, um Zumutbarkeit und Angemessenheit beurteilen zu können. Weiterbewilligungen würden heute teilweise auf der Grundlage von Sachberichten der Leistungserbringer erfolgen. Die Wünsche der Leistungsberechtigten würden nicht in jedem Fall proaktiv erhoben bzw. die Gesprächssituation mit dem Leistungsberechtigten zur Abfrage von Wünschen nicht entsprechend hergestellt werden. Künftig werde durch die Personenzentrierung der Leistungen die Bedarfsermittlung, im Vergleich zur aktuellen Praxis, deutlich mehr Zeit in Anspruch nehmen. Mit Inkrafttreten des § 104 SGB IX werde die Einbeziehung des

[79] Antworten auf Frage „Bitte bewerten Sie die folgenden Aussagen basierend auf den Erkenntnissen der Erprobung: Die Neuregelung der Angemessenheits- und Zumutbarkeitsprüfung (gem. § 104 SGB IX) hat zur Folge, dass bei der Prüfung der Mehrkostenvorbehalt/die Angemessenheitsobergrenze zukünftig weniger stark ins Gewicht fallen.“, N=3

[80] Antworten auf Frage „Bitte bewerten Sie die folgende Aussage (für Leistungsberechtigte außerhalb besonderer Wohnformen/ambulant): Mit der Neuregelung des § 104 SGB IX sind insgesamt grundlegende Veränderungen in den Verfahren des Leistungsträgers verbunden.“, N=7

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Sozialraumes sowie die Ermittlung der vorhandenen Ressourcen an Bedeutung gewinnen. Insgesamt gehen die drei Modellprojekte davon aus, dass der Prozess der Erhebung und Prüfung der Wünsche der Leistungsberechtigten mit einem Mehraufwand (zu Gunsten einer tiefgreifenden Berücksichtigung von individuellen Wünschen und Bedarfen) verbunden sei.[81]

Die zweite Gruppe der Modellprojekte gibt an, dass sich die Neuregelung des § 104 SGB IX nicht grundlegend auf die derzeitigen Verfahren des Leistungsträgers auswirken werde. Dabei erwartet jedoch eines der drei Modellprojekte, dass mit Inkrafttreten der neuen Regelungen Leistungsberechtigte stärker über die Möglichkeit informiert werden würden, Wünsche zu äußern und durchzusetzen. Dementsprechend geht das Modellprojekt auch davon aus, dass die Neuregelung des § 104 SGB IX einen Mehraufwand (aufgrund eines Anstiegs der Anzahl genannter Wünsche) für den EGH-Träger nach sich ziehen werde. Die Prüfschritte bzw. Prüfkriterien bei der Bewertung von Wünschen seien von diesen Veränderungen aber nicht betroffen.

Die unterschiedlichen Antworten lassen sich teilweise damit erklären, dass die Modellprojekte bei der Bedarfsermittlung und Gesamtplanung die Ziele und Wünsche der leistungsberechtigten Person nach unterschiedlichen Standards erfassen und prüfen. Es ist anzunehmen, dass diese Unterschiede zwar teilweise bestehen bleiben, sich generell aber eine Tendenz entwickelt, dass die Modellprojekte künftig eher mehr Zeit für die Erhebung/Prüfung der Wünsche der Leistungsberechtigten verwenden werden.

5.4.4 Klärungsbedarf und Hinweise

Klärungsbedarf der Modellprojekte hat sich bereits in den Vor-Ort Besuchen gezeigt. Er bestätigt sich auch im Rücklauf der MP-Befragung:

- Klärungsbedarf besteht hinsichtlich der Einordnung des Wortes „danach“ in den Zusammenhang der Regelung § 104 SGB IX (Abs. 3 S. 3: „Bei der Entscheidung nach Absatz 2 ist zunächst die Zumutbarkeit einer von den Wünschen des Leistungsberechtigten abweichenden Leistung zu prüfen. Dabei sind die persönlichen, familiären und örtlichen Umstände einschließlich der gewünschten Wohnform angemessen zu berücksichtigen. Kommt danach ein Wohnen außerhalb von besonderen Wohnformen in Betracht…“). Es bedürfe nach Ansicht der Modellprojekte einer Klarstellung, ob und wann die

[81] Antworten auf Frage „Gehen Sie nach den Befunden der Erprobung davon aus, dass die Prüfung der Angemessenheit und Zumutbarkeit nach § 104 SGB IX insgesamt mehr oder weniger Zeit in Anspruch nimmt?“, N=7

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Angemessenheitsprüfung bei Zumutbarkeit einer alternativen Leistung, die aber nicht dem Wunsch des Leistungsberechtigten entspricht, einsetzt. So könne die aktuelle Regelung so verstanden werden, dass die Angemessenheitsprüfung (bei Unzumutbarkeit) entfalle.

- Die Modellprojekte bemängeln darüber hinaus die Ungleichbehandlung von Leistungsberechtigten innerhalb bzw. außerhalb besonderer Wohnformen in Bezug auf die gemeinsame Inanspruchnahme von Leistungen. Gem. § 104 Abs. 3 S. 4 sind bestimmte Leistungen (im Bereich der Gestaltung sozialer Beziehungen und der persönlichen Lebensplanung) für leistungsberechtigte Personen, die außerhalb besonderer Wohnformen leben, einzeln zu erbringen (sofern, das dem Wunsch des Leistungsberechtigten entspricht). Für Leistungsberechtigte die innerhalb besonderer Wohnformen leben, sei eine entsprechende Regelung nicht gesetzlich normiert. [82]

5.4.5 Fazit zum Regelungsbereich 4

Der derzeitige Stand der Erprobung und die Datenbasis bieten einen ersten Einblick in die Erprobung, können jedoch die Forschungsfragen noch nicht belastbar beantworten. Durch den hohen Abstraktionsgrad der Erprobung des Wunsch- und Wahlrechts bzw. der Regelungen des § 104 SGB IX gestaltet sich die praktische Durchführung der Erprobung teilweise als schwierig. Zwölf Modellprojekte haben sich zum Zeitpunkt der ersten Datenerhebung im April 2019 an der MP-Befragung beteiligt und neun Modellprojekte haben Daten auf der Online-Plattform hinterlegt. Die Erprobungsansätze sind in Bezug auf die Ausrichtung auf Forschungsfragen und Stichprobenauswahl heterogen. Die Bedarfsermittlung bildet bei knapp der Hälfte der Modellprojekte den Ausgangspunkt für die Erprobungen. Die Bedarfsermittlungsinstrumente berücksichtigen mehrheitlich die Abfrage und die Dokumentation von Wünschen. Laut Aussage der Modellprojekte werden damit in der derzeitigen Praxis Wünsche, sowohl bei den stationär wie auch ambulant lebenden Leistungsberechtigten, standardmäßig erhoben, festgehalten und geprüft.

Die in der Erprobung bislang erfassten Wünsche (Online-Datentabelle) beziehen sich mehrheitlich auf Leistungen der Sozialen Teilhabe sowie die Gestaltungsmerkmale Person bzw. Qualifikation der Assistenz, Ort und zeitlicher Rahmen/Ablauf der Leistungserbringung. Die Auswertung der Daten zur Entscheidung über die Wünsche ergibt, dass dem Großteil der eingetragenen Wünsche, sowohl nach geltendem wie auch künftigem Recht, stattgegeben wurde/bzw. würde. Keinem Wunsch, dem nach

[82] Antworten auf Frage „Hat sich bei der Erprobung der Neuregelungen des § 104 SGB IX Klärungsbedarf ergeben, den Sie bisher nicht allein lösen konnten?“, N=12

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

geltendem Recht entsprochen wird, würde in den bisher untersuchten Fällen künftig nicht entsprochen werden (Forschungsfrage 4.1).

Die Einschätzungen der MP zu den Auswirkungen der Neuregelung des § 104 SGB IX, insbesondere hinsichtlich des Mehrkostenvorbehalts, sind vage. Die Befragung der Modellprojekte ergibt, dass der Mehrkostenvorbehalt nach deren Angaben auch heute nicht das ausschlaggebende Kriterium für eine Wunschgewährung oder –ablehnung sei. Tendenziell deuten die Befunde aus der Erprobung darauf hin, dass in Zukunft bei der Prüfung eines Wunsches der Mehrkostenvorbehalt bzw. die Angemessenheitsobergrenze weniger entscheidungsrelevant sein werden. Die Zumutbarkeitsprüfung, und damit die Berücksichtigung der persönlichen, familiären und örtlichen Umstände einschließlich der Wohnform, würde bei der Entscheidungsfindung an Bedeutung gewinnen (Forschungsfrage 4.2).

Wünsche hinsichtlich der Wohnform beziehen sich in der Mehrzahl der Fälle auf den Wunsch, weiterhin in der gleichen Wohnform zu leben. Nach geltendem Recht wurden elf von 60 erfassten Wünschen nicht entsprochen. Die fiktive Entscheidung auf Wunschgewährung bzw. –ablehnung gem. § 104 SGB IX ergibt, dass künftig neun der derzeit abgelehnten Fälle bewilligt würden. In keinem Fall würde einem nach geltendem Recht entsprochenen Wunsch (hinsichtlich einer ambulanten bzw. stationären Wohnform) künftig nicht entsprochen werden (Forschungsfrage 4.3).

Die Einschätzungen der Modellprojekte zu den Auswirkungen der Neuregelung des § 104 SGB IX auf die Verwaltungspraxis sind noch sehr vage. Ihre Antworten deuten darauf hin, dass die Modellprojekte auch heute bei der Bedarfsermittlung und Hilfe- bzw. Gesamtplanung die Ziele und Wünsche der leistungsberechtigten Person nach unterschiedlichen Standards erfassen und prüfen. Es zeichnet sich aber ab, dass die Modellprojekte künftig eher mehr Zeit auf die Erhebung/Prüfung der Wünsche der Leistungsberechtigten verwenden werden und somit die Prüfung der Zumutbarkeit (Berücksichtigung des persönlichen, familiären und beruflichen Umfelds) ein stärkeres Gewicht erhält (Forschungsfrage 4.4).

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

5.5 Regelungsbereich 5 – Gemeinsame Inanspruchnahme

5.5.1 Fokus der Erprobung und Stand

Die Untersuchungen zum Regelungsbereich richten sich auf die folgenden vier Forschungsfragen.

Frage 5.1 – In welchem Umfang wird von der gemeinsamen Inanspruchnahme Gebrauch gemacht? Bei welchen Leistungen?
Frage 5. 2 – Sind Probleme bei der gemeinsamen Inanspruchnahme erkennbar? Wenn ja, welche?
Frage 5.3 – Haben die Regelungen des § 116 Abs. 2 SGB IX Auswirkungen auf die Berücksichtigung des Wunsch- und Wahlrechts der Leistungsberechtigten? Ergeben sich für die Betroffenen insoweit Veränderungen gegenüber dem geltenden Recht? Falls ja, welche
Frage 5.4 – Führt die Neureglung des § 116 Abs. 2 SGB IX zu Veränderungen in der Verwaltungspraxis, insbesondere hinsichtlich der Steuerungsfähigkeit der Leistungen? Falls ja, welche?

Die Forschungsfragen zur gemeinsamen Inanspruchnahme knüpfen an die Erprobung der Assistenzleistungen gem. § 78 SGB IX (vgl. Regelungsbereich 2) sowie an die Erprobung der Neuregelung der Angemessenheits- und Zumutbarkeitsprüfung nach § 104 SGB IX an (vgl. Regelungsbereich 4) an. Insgesamt erproben gem. den Zuwendungsbescheiden elf Modellprojekte die gemeinsame Inanspruchnahme von Leistungen – sieben der elf Modellprojekte bearbeiten die Regelungsbereiche 2 und 5 und sechs Modellprojekte die Regelungsbereiche 4 und 5 gemeinsam.[83]

Zum derzeitigen Stand der Erprobung haben sich neun der elf Modellprojekte an der Befragung beteiligt und drei Modellprojekte haben Falldaten auf der Online-Datenplattform erfasst. Die Arbeiten zur Erprobung befinden sich damit insgesamt erst in den Anfängen.

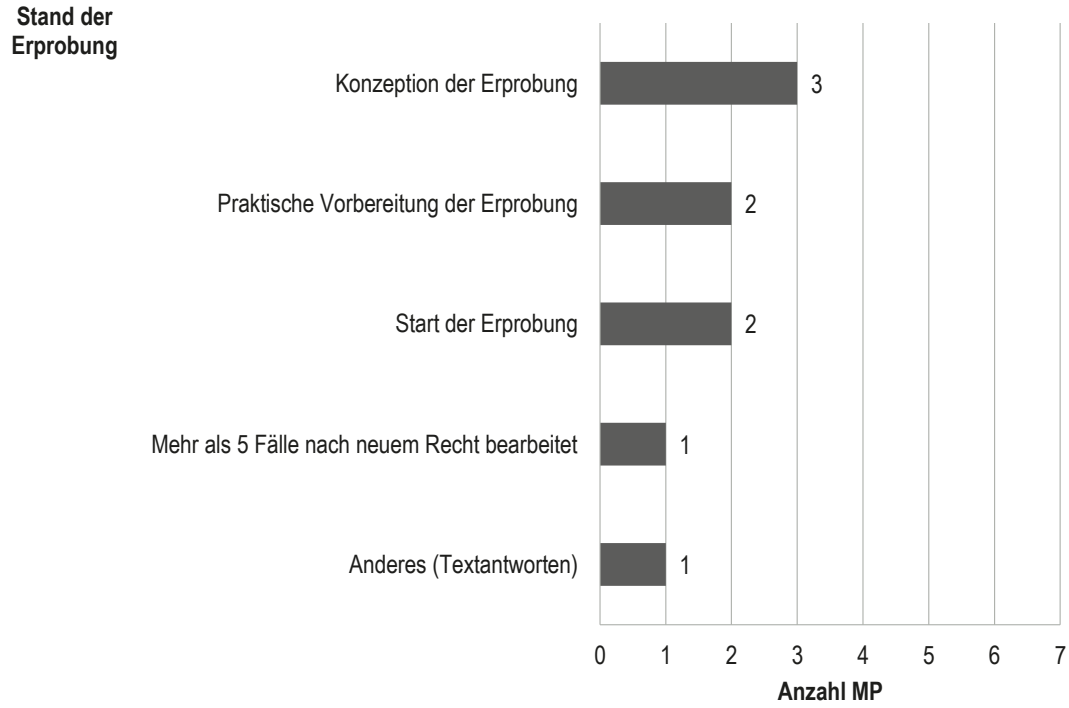
[83] Antworten auf Frage „Wir erproben die Regelungen zur Zumutbarkeit und Angemessenheit (Regelungsbereich 4) gemeinsam mit der gemeinsamen Inanspruchnahme von Leistungen.“, N=9

Antworten auf Frage „Wir erproben die Regelungen zu dem neuen Leistungstatbestand „Assistenzleistungen“ (Regelungsbereich 2) gemeinsam mit der gemeinsamen Inanspruchnahme von Leistungen.“, N=9

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Die konzeptionelle und praktische Vorbereitung sowie eine Pilotierung der Erprobungsabläufe stehen bei der Mehrzahl der Projekte im Vordergrund. Nur drei der neun Modellprojekte geben an, mit ersten Fällen die Erprobung durchzuführen.

Abbildung 5.5 - 1: Stand der Erprobungsarbeiten RB 5



Quelle: MP-Befragung RB 5, Frage „Wie weit ist Ihr Projekt insgesamt in der Erprobung der Regelung zur gemeinsamen Inanspruchnahme von Leistungen gem. § 116 Abs. 2 BTHG vorangeschritten?“ N=9

Bei zwei Modellprojekten, die bislang keine Daten aus der Erprobung des Regelungsbereichs an die Begleitforschung übermittelt haben, sieht die Arbeitsplanung vor, dass die Erprobung der gemeinsamen Inanspruchnahme erst zu einem späteren Zeitpunkt im Projektablauf erfolgen soll.
Vier weitere Modellprojekte haben bislang keine Daten auf der Online-Datenplattform hinterlegt. Sie stehen nach eigenen Angaben am Beginn der Erprobung und aktuell vor der Herausforderung, Leistungsberechtigte für die Erprobung zu identifizieren und die gemeinsam erbrachten Leistungen zu kategorisieren.

Insgesamt haben die Modellprojekte Daten für 63 Leistungsberechtigte, die EGH-Leistungen gemeinsam mit anderen Leistungsberechtigten in Anspruch nehmen, in der Online-Datentabelle erfasst (51 davon in besonderen Wohnformen).

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Der bisherige Stand der Erprobung und die verfügbaren Daten erlauben noch keine belastbaren Antworten auf die Forschungsfragen. Es lassen sich zum derzeitigen Zeitpunkt nur erste Tendenzen ableiten.

5.5.2 Vorgehen in der Erprobung

Die Erprobungsansätze sind in Bezug auf die Ausrichtung auf die Forschungsfragen, die Beteiligung von Leistungserbringern sowie Leistungsberechtigten sehr heterogen.

Die Bedarfsermittlung bildet bei der Mehrzahl der Projekte den Ausgangspunkt für die Erprobung. Fünf Modellprojekte führen für die Leistungsberechtigten zunächst eine Bedarfsermittlung und Leistungsplanung durch. Im Rahmen der Bedarfsermittlung wird die Möglichkeit der gemeinsamen Inanspruchnahme nach altem sowie neuem Recht geprüft und die qualitativen (Art der gemeinsam erbrachten Leistungen) und quantitativen (Umfang der gemeinsam erbrachten Leistungen) Auswirkungen erfasst.

Bei sechs der neun antwortenden Modellprojekte berücksichtigt das genutzte Bedarfsermittlungsinstrument Bedarfe und Wünsche in Bezug auf eine individuelle oder gemeinsame Inanspruchnahme von Leistungen (bei zwei Modellprojekten ist dies nicht der Fall, ein Modellprojekt kann dazu noch keine Angaben machen).[84] In der gegenwärtigen Praxis erheben vier von neun Modellprojekten standardmäßig bei allen Leistungsberechtigten (ambulant und stationär lebend) Wünsche in Bezug auf eine individuelle oder gemeinsame Inanspruchnahme. Die anderen fünf Modellprojekte geben an, dass dies nicht immer der Fall sei bzw. sie hierzu keine Einschätzungen abgeben könnten. [85]

Teilhabe- bzw. Gesamtpläne liegen für 62 der 63 Leistungsberechtigten, die in die Erprobung einbezogen sind, vor. Die Zusammensetzung der Stichprobe ist heterogen. In der Datentabelle sind sowohl ambulant und stationär lebende Leistungsberechtigte erfasst als auch Leistungsberechtigte verschiedener Behinderungsbilder und Pflegegrade. Ein Modellprojekt hat speziell Leistungsberechtige für die Stichprobe ausgewählt, die ein persönliches Budget in Anspruch nehmen.

---

[84] Antworten auf Frage „Berücksichtigt das von Ihnen genutzte Bedarfsermittlungsinstrument auch Bedarfe und Wünsche in Bezug auf eine individuelle oder gemeinsame Inanspruchnahme?“, N=9

[85] Antworten auf Frage „In wie vielen Fällen wird voraussichtlich zur Erprobung der Neuregelung zur gemeinsamen Inanspruchnahme eine Bedarfsermittlung unter Anwendung eines Bedarfsermittlungsinstruments durchgeführt (§ 118 SGB IX)?“, N=9

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Zur Beantwortung der Forschungsfragen zur gemeinsamen Inanspruchnahme, insbesondere in vollstationären Einrichtungen, ist die Perspektive und Erfahrung von Leistungserbringern relevant. Von neun Modellprojekten arbeiten fünf in der Erprobung mit Leistungserbringern zusammen oder sehen das vor. Zwei Modellprojekte haben sich noch nicht entschieden und zwei Projekte arbeiten nicht mit Leistungserbringern zusammen.[86]

[86] Antworten auf Frage „Arbeiten Sie mit einem oder mehreren Leistungserbringern bei der Erprobung zusammen?“, N=9

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

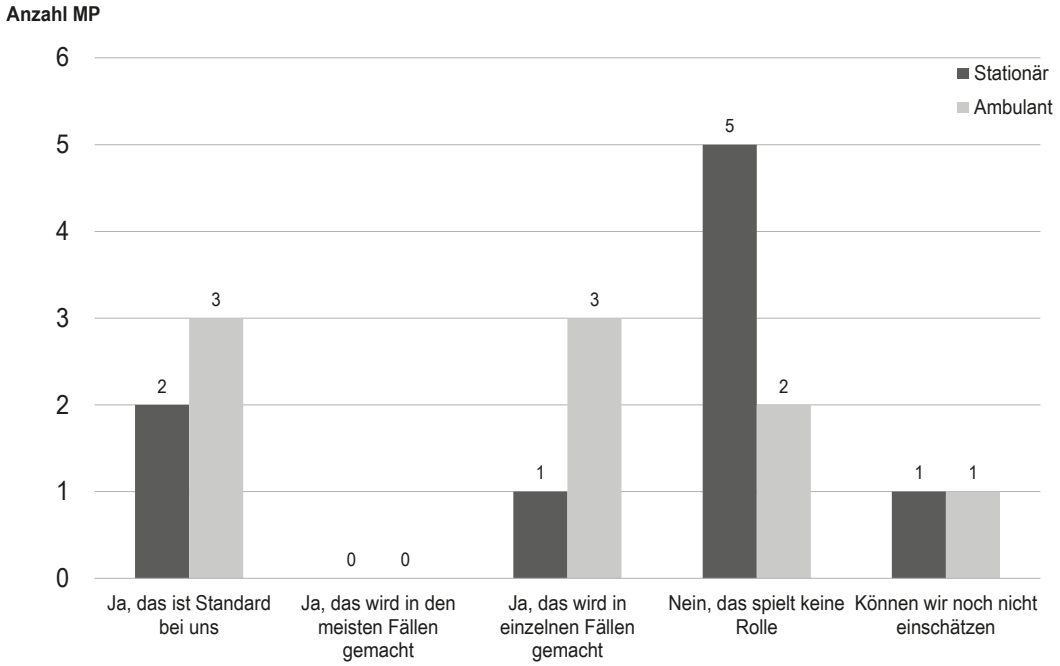
5.5.3 Befunde zu den Forschungsfragen

5.5.3.1 Frage 5.1 – Umfang und Art der gemeinsamen in Anspruch genommenen Leistungen

Frage 5.1 – In welchem Umfang wird von der gemeinsamen Inanspruchnahme Gebrauch gemacht? Bei welchen Leistungen?

Die Erprobung der gemeinsamen Inanspruchnahme bezieht sich bisher vor allem auf Leistungsberechtigte in besonderen Wohnformen. Insgesamt sind 63 Leistungsberechtigte von drei Modellprojekten in der Online-Datentabelle erfasst, davon leben 51 in besonderen Wohnformen, also dort, wo in erster Linie die Leistungserbringer über das "Wie" einer gemeinsamen Inanspruchnahme entscheiden. Entsprechend geben die Modellprojekte in der Befragung an, dass Leistungsberechtigte im stationären Wohnen seltener nach Wünschen einer individuellen oder gemeinsamen Inanspruchnahme von Leistungen gefragt werden (vgl. die folgenden Abbildungen).

Abbildung 5.5 - 2: Wunscherfassung in Bezug auf individuelle/gemeinsame Inanspruchnahme



Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Quelle: MP-Befragung RB 5, Frage „Werden Leistungsberechtigte, die im nicht stationären/stationären Bereich leben, bzw. deren gesetzliche Vertreter_innen nach ihren Wünschen in Bezug auf eine individuelle oder gemeinsame Inanspruchnahme gefragt?“ N=9

Arten von Leistungen, die gemeinsam in Anspruch genommen werden (Befragung)

Neun Modellprojekte machen Angaben zur Relevanz von Leistungen der sozialen Teilhabe, die in der aktuellen Praxis gemeinsam in Anspruch genommen werden.[87] Bei den ambulant lebenden Leistungsberechtigten stehen gegenwärtig insbesondere Leistungen zum Erwerb und Erhalt von praktischen Fähigkeiten und Kenntnisse sowie zur Erreichbarkeit einer Ansprechperson im Vordergrund. Bei den Leistungsberechtigten die stationär leben, hat die gemeinsame Inanspruchnahme eine deutlich höhere Relevanz und betrifft ein breites Spektrum an Leistungen (Assistenzleistungen, Leistungen zum Erwerb und Erhalt praktischer Fähigkeiten und Leistungen zur Erreichbarkeit einer Ansprechperson), wie aus der folgenden Abbildung ersichtlich wird.

Abbildung 5.5 - 3: Gemeinsame Inanspruchnahme EGH-Leistungen

EGH Leistungen	Mehr als 75 % der Leistungs-berechtigten	40 % bis 75 % der Leistungs-berechtigten	20 % bis 40 % der Leistungs-berechtigten	Weniger als 20 % der Leistungs-berechtigten	Gesamt
Ambulanter Bereich					
Erreichbarkeit Ansprechperson	**2**	0	0	2	4
Mobilität	0	**4**	1	1	6
Förderung Verständigung	0	0	1	2	3
Erwerb/Erhalt Fähigkeiten	**5**	0	0	2	7
Heilpädagogik	1	0	0	1	2
Assistenz	0	2	0	**4**	6
Stationärer Bereich					
Erreichbarkeit Ansprechperson	**6**	0	0	0	6
Mobilität	**4**	2	1	0	7
Förderung Verständigung	2	1	0	0	3

[87] Antworten auf Frage: „Wie viele EGH-Leistungsberechtigte (im nicht stationären Bereich bzw. ab 1.1.2020 außerhalb besonderer Wohnformen) erhalten derzeit die unten aufgeführten EGH-Leistungen gemeinsam mit weiteren Leistungsberechtigten?“ N= 9

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Erwerb/Erhalt Fähigkeiten	**6**	0	0	1	7
Heilpädagogik	2	0	0	0	2
Assistenz	**7**	0	0	0	7

Quelle: MP-Befragung RB 5, Frage „Wie viele EGH-Leistungsberechtigte (im nicht stationären Bereich bzw. ab 1.1.2020 außerhalb besonderer Wohnformen)/(im stationären Bereich bzw. ab 1.1.2020 in besonderen Wohnformen) erhalten derzeit die unten aufgeführten EGH-Leistungen gemeinsam mit weiteren Leistungsberechtigten. Bitte geben Sie Schätzwerte zur derzeitigen Praxis ein.“ N=9, Mehrfachnennung möglich

In den für die Erprobung der gemeinsamen Inanspruchnahme erfassten 63 Fällen (bisher aus drei Modellprojekten – s.o.) dominieren die Assistenzleistungen. Hier spielt hinein, dass Modellprojekte den Regelungsbereich gemeinsam mit den Assistenzleistungen (RB 2) erproben bzw. einen Schwerpunkt auf die gemeinsame Inanspruchnahme von Assistenzleistungen legen.

Umfang gegenwärtig und künftig gemeinsam in Anspruch genommener Leistungen (Online-Datentabelle)

Zum Umfang (Anzahl Leistungsstunden, Anteil gemeinsam in Anspruch genommener Leistungen von Fachleistungsstunden gesamt) liegen bisher nur Angaben zu sechs Fällen vor. Alle betreffen ausnahmslos den ambulanten Bereich. Deren Leistungsumfang unterscheidet sich nicht nach gegenwärtiger und neuer Rechtslage.

5.5.3.2 Frage 5. 2 – Probleme bei der gemeinsamen Inanspruchnahme von Leistungen

Frage 5.2 – Sind Probleme bei der gemeinsamen Inanspruchnahme erkennbar? Wenn ja, welche?

Dieser Frage gehen die Modellprojekte zunächst vor dem Hintergrund ihrer bisherigen Erfahrungen nach.

Befragt nach Problemen aus der Perspektive der **Leistungsberechtigten**, weisen drei Projekte auf einzelne grundsätzliche Aspekte in der Leistungserbringung hin:

- Die gemeinsame Inanspruchnahme von Leistungen sei nicht in jedem Fall hinreichend auf die individuellen Bedarfe der Leistungsberechtigten abgestellt (z.B. unterschiedliches Lerntempo) und erfordere eine Rücksichtnahme auf

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

andere Leistungsberechtigte. Eine optimale Leistungserbringung für jeden Einzelnen werde damit beeinträchtigt.
- Die Privatsphäre der Leistungsberechtigten werde bei der Leistungserbringung nicht immer hinreichend geschützt. Bei kommunikationsbeeinträchtigten Menschen komme erschwerend hinzu, dass sie Unbehagen, das sie bei der Leistungserbringung verspüren, nicht hinreichend artikulieren könnten.

Mit Blick auf die **Leistungserbringer** heben zwei Modellprojekte deren organisatorische Herausforderungen hervor
- Die Organisation von Leistungen in gemeinsamer Inanspruchnahme mit weiteren Leistungsberechtigten erfordere, insbesondere außerhalb der besonderen Wohnformen, eine flexible Organisation der Leistungserbringung (Personalplanung) bei gleichzeitiger Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit. Diese Schwierigkeit trete dann besonders stark hervor, wenn Leistungsberechtigte sich die gemeinsame Inanspruchnahme von Leistungen gem. § 116 Abs. 3 SGB IX wünschten. [88]

Bezogen auf die eigene Perspektive als **Leistungsträger** werden Probleme bei der Bedarfsermittlung sowie Abrechnung von gemeinsam in Anspruch genommenen Leistungen genannt:
- Die Wünsche der Leistungsberechtigten hinsichtlich einer individuellen oder gemeinsamen Inanspruchnahme von Leistungen ließen sich nicht bei jedem Leistungsberechtigten eindeutig ermitteln. Das Erfassen der Wünsche erfordere, je nach Grad der Kommunikationsbeeinträchtigung des Leistungsberechtigten, viel Zeit und setze voraus, dass Leistungsberechtigte zunächst über die Möglichkeit, Wünsche zu äußern, informiert seien.
- Es ergäben sich organisatorische Schwierigkeiten bei der Abrechnung gemeinsam erbrachter Leistungen, insbesondere dann, wenn Leistungsberechtigte erkranken oder mehrere Leistungsberechtigte unterschiedlicher Träger gemeinsam eine Leistung erhalten. [89]

Insgesamt sind diese Einschätzungen von nur wenigen Modellprojekten noch als anekdotisch zu betrachten und erlauben noch nicht, ein klares Bild über Probleme bei der gemeinsamen Inanspruchnahme zu zeichnen.

---

[88] Antworten auf Frage: „Was sind Probleme bei der gemeinsamen Inanspruchnahme aus der Sicht der Leistungserbringer?“, N = 2

[89] Antworten auf Frage: „Was sind Probleme bei der gemeinsamen Inanspruchnahme aus der Sicht der Leistungsträger?“ N = 6

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

5.5.3.3 Frage 5.3 – Auswirkungen der Regelungen des § 116 Abs. 2 SGB IX auf Wunsch- und Wahlrechts

Frage 5.3 – Haben die Regelungen des § 116 Abs. 2 SGB IX Auswirkungen auf die Berücksichtigung des Wunsch- und Wahlrechts der Leistungsberechtigten? Ergeben sich für die Betroffenen insoweit Veränderungen gegenüber dem geltenden Recht? Falls ja, welche?

Der bisherige Erprobungsstand erlaubt noch keine belastbaren Antworten auf die Forschungsfrage, sondern zeigt mögliche Tendenzen auf. Sieben Modellprojekte treffen erste Aussagen darüber, wie sich die Regelungen des § 116 Abs. 2 SGB IX voraussichtlich auf die Berücksichtigung des Wunsch- und Wahlrechts der Leistungsberechtigten auswirken wird. Zwei dieser Modellprojekte erproben die gemeinsame Inanspruchnahme gemeinsam mit den Regelungen zur Zumutbarkeit und Angemessenheit (Regelungsbereich 4).

Insgesamt zeigen die Antworten der Modellprojekte, dass sich die Regelung zur gemeinsamen Inanspruchnahme nach § 116 Abs. 2 SGB IX, je nach Wohnform der Leistungsberechtigten, unterschiedlich auf die Berücksichtigung des Wunsch- und Wahlrechts auswirken kann.

Auswirkungen auf das Wunsch- und Wahlrecht bei den stationär lebenden Leistungsberechtigten

Bei den derzeit stationär lebenden Leistungsberechtigten erwarten drei der vier Modellprojekte, die dazu eine Angabe machen können, dass Leistungsberechtigte künftig gezielter nach deren Wünschen hinsichtlich einer individuellen oder gemeinsamen Inanspruchnahme gefragt werden würden. Ein Modellprojekt sieht keine Anzeichen für eine gezieltere Abfrage.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

In der Befragung wurde auch erhoben, ob Leistungsberechtigte annahmegemäß künftig häufiger Wünsche hinsichtlich einer individuellen Leistungserbringung äußern werden. Die Antworten der Modellprojekte auf diese Frage weisen in unterschiedliche Richtungen. Zwei Modellprojekte geben an, dass künftig Wünsche nach einer individuellen Inanspruchnahme von Leistungen zunehmen würden, während ein Modellprojekt keine Veränderungen erwarte.

Abbildung 5.5 - 4: Wünsche individuelle Inanspruchnahme im stationären Bereich

	Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme gar nicht zu	Nicht abschätzbar
Die Wünsche der Leistungen nach einer individuellen Inanspruchnahme von Leistungen nehmen zu.	0	0	3	2	6
Die Leistungsberechtigten werden vom Leistungsträger (ggf. auch Leistungserbringer) gezielter danach gefragt, ob sie Leistungen gemeinsam oder individuell in Anspruch nehmen wollen.	0	2	1	0	4

Quelle: MP-Befragung RB 5, Frage „Bitte bewerten Sie die folgenden Aussagen zu Veränderungen in Bezug auf das Wunschverhalten der Leistungsberechtigten (für Leistungsberechtigten, die in besonderen Wohnformen, also im stationären Bereich leben).“, N=7

Auswirkungen auf das Wunsch- und Wahlrecht bei den ambulant lebenden Leistungsberechtigten

Die Antworten der Modellprojekte hinsichtlich möglicher Veränderungen auf das Wunsch- und Wahlrecht bei den derzeit ambulant lebenden Leistungsberechtigten sind widersprüchlich. Zwei von vier Modellprojekten, die dazu eine Angabe machen können, erwarten, dass Wünsche nach einer individuelleren Inanspruchnahme von Leistungen mit Inkrafttreten des § 116 Abs. 2 zum 1.1.2020 zunehmen werden. Zwei weitere Modellprojekte gehen nicht davon aus, dass Leistungsberechtigte häufiger Wünsche äußern werden. Auch bei der Frage nach Veränderungen hinsichtlich der Abfrage von Wünschen durch Leistungsträger bzw. -erbringer weisen die Aussagen der Modellprojekte in unterschiedliche Richtungen.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Drei von fünf Modellprojekten gehen davon aus, dass künftig nicht gezielter nach Wünschen hinsichtlich einer gemeinsamen oder individuellen Inanspruchnahme von Leistungen gefragt werde. Zwei Modellprojekte gehen davon aus, dass dahingehend Veränderungen zu erwarten seien.

Abbildung 5.5 - 5: Wünsche individuelle Inanspruchnahme im ambulanten Bereich

	Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme gar nicht zu	Nicht abschätzbar
Die Wünsche der Leistungen nach einer individuellen Inanspruchnahme von Leistungen nehmen zu.	0	2	2	0	3
Die Leistungsberechtigten werden vom Leistungsträger (gegebenenfalls auch Leistungserbringer) gezielter danach gefragt, ob sie Leistungen gemeinsam oder individuell in Anspruch nehmen wollen.	0	2	3	0	2

Quelle: MP-Befragung RB 5, Frage „Bitte bewerten Sie die folgenden Aussagen zu Veränderungen in Bezug auf das Wunschverhalten der Leistungsberechtigten (für Leistungsberechtigte, die außerhalb besonderer Wohnformen, also im nicht stationären Bereich leben).“, N=7

In der bisherigen Erprobung hat kein Modellprojekt Fälle identifiziert, in denen eine gemeinsame Inanspruchnahme von Leistungen entgegen dem Wunsch des LB zumutbar und angemessen gewesen wäre.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

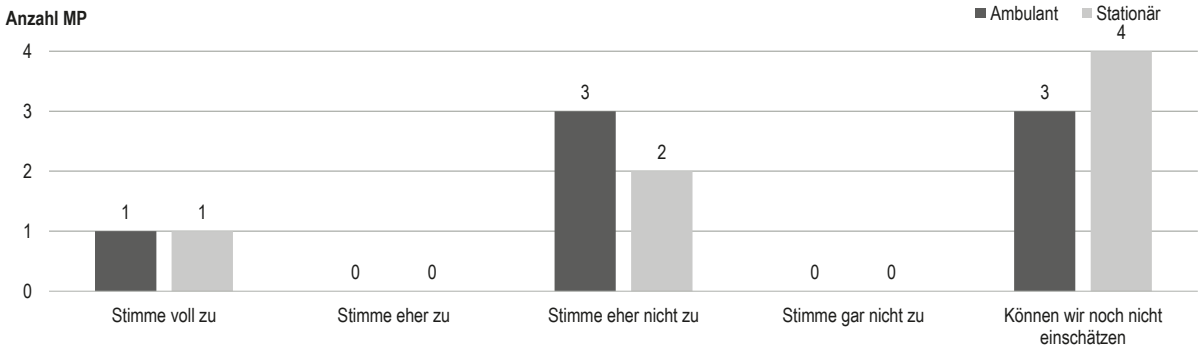
5.5.3.4 Frage 5.4 – Auswirkungen des § 116 Abs. 2 SGB IX auf die Verwaltungspraxis (insbesondere Steuerungsfähigkeit von Leistungen)

Frage 5.4 – Führt die Neureglung des § 116 Abs. 2 SGB IX zu Veränderungen in der Verwaltungspraxis, insbesondere hinsichtlich der Steuerungsfähigkeit der Leistungen? Falls ja, welche?

Der Stand der Erprobung und die Datenbasis geben einen ersten Einblick in die Erprobung der Auswirkungen des Systemwechsels auf den Verwaltungsvollzug, können die Forschungsfrage jedoch noch nicht belastbar beantworten. Vier der sieben Modellprojekte, die zu dieser Forschungsfrage arbeiten, treffen bereits erste Aussagen dazu, ob und wie sich die Abläufe bzw. die Verfahren des Leistungsträgers durch die Neuregelung des § 116 Abs. 2 SGB IX voraussichtlich verändern werden. Insgesamt erwarten diese Modellprojekte weder bei den Leistungsberechtigten in noch außerhalb besonderer Wohnformen grundlegende Veränderungen in den Abläufen und Verfahren des Leistungsträgers (siehe Abbildung 5.5 – 6).

Abbildung 5.5 - 6: Auswirkungen des § 116 Abs. 2 SGB IX auf die Verfahren des Leistungsträgers

Mit der Einführung der Regelung des § 116 Abs. 2 SGB IX sind für Leistungsberechtigte, die außerhalb besonderer Wohnformen leben/in besonderen Wohnformen leben insgesamt grundlegende Veränderungen in den Verfahren des Leistungsträgers verbunden



Quelle: MP-Befragung RB 5, Frage „Mit der Einführung der Regelung des § 116 Abs. 2 SGB IX sind für Leistungsberechtigte, die außerhalb besonderer Wohnformen leben/in besonderen Wohnformen leben insgesamt grundlegende Veränderungen in den Verfahren des Leistungsträgers verbunden." N=7

Ein Modellprojekt erwartet, dass sich die Einführung des § 116 Abs. 2 SGB IX auf die Verwaltungspraxis, insbesondere auf die Bedarfsermittlung, auswirkt.[90] Laut Aussage des Modellprojekts ergäben sich die Veränderungen nicht unmittelbar durch die Neuregelung der gemeinsamen Inanspruchnahmen, sondern vielmehr aufgrund der Einführung des § 104 Abs. 2 SGB IX. Demnach wirke sich, wie bereits in der Frage 5.3 zu den Auswirkungen auf das Wunsch- und Wahlrecht zum Vorschein kommt, die Prüfung der Angemessenheit und Zumutbarkeit von Wünschen nach SGB IX grundlegend auf die Bedarfsermittlung und im Endergebnis auch auf die Form der Leistungserbringung aus. Die Veränderungen im Rahmen der Bedarfsermittlung würden, laut Modellprojekt, einen Mehraufwand für die Fallbearbeitung auslösen. Auch bei den qualifikatorischen Anforderungen an das Personal erwarte das Modellprojekt Veränderungen.[91]

Auswirkungen auf die Steuerungsfähigkeit von Leistungen

Die Antworten der Modellprojekte zur Steuerung von Leistungen deuten Herausforderungen in der Steuerung selbst an. Bereits in der aktuellen Praxis kann kein Modellprojekt derzeit die Ausgaben für EGH-Leistungen, die gemeinsam in Anspruch genommen werden, ermitteln (weder für ambulant noch für stationär lebende Leistungsberechtigte).[92] Auch mit Zukunftsprognosen halten sich die Modellprojekte zurück. Zum derzeitigen Stand der Erprobung kann kein Modellprojekt Angaben dazu machen, ob Ausgaben für die gemeinsame Inanspruchnahme von EGH-Leistungen in Ihrem Zuständigkeitsbereich hoch genug sein werden, um künftig eine relevante Größe zur Steuerung der EGH-Leistungen darstellen zu können.[93] Demnach ist es nicht verwunderlich, dass nur ein Modellprojekt die Frage beantwortet hat, ob ab 2020 systematisch Daten zum Stundenumfang bzw. zu den Ausgaben für EGH-Leistungen erfasst werden.[94]

---

[90] Antworten auf Frage „Mit der Einführung des der Regelung des § 116 Abs. 2 SGB IX sind für Leistungsberechtigte, die in besonderen Wohnformen leben, insgesamt grundlegende Veränderungen in den Verfahren des Leistungsträgers verbunden.“, N=7

[91] Antworten auf Frage „Die Einführung der Regelung des § 116 Abs. 2 SGB IX ist mit neuen Qualifikationsanforderungen an das Personal des Leistungsträgers der EGH verbunden.“, N=7

[92] Antworten auf Frage „Können Sie als EGH-Leistungsträger derzeit die Ausgaben für EGH-Leistungen, die gemeinsam in Anspruch genommen werden, ermitteln (nur für Leistungsberechtigte außerhalb/in besonderer/n Wohnformen)?“, N=7

[93] Antworten auf Frage „Werden die Ausgaben für die gemeinsame Inanspruchnahme von EGH-Leistungen in Ihrem Zuständigkeitsbereich so hoch sein, dass sie eine relevante Größe zur Steuerung der EGH-Leistungen darstellen? “, N=7

[94] Antworten auf Frage „Werden Stundenumfang und Ausgaben für EGH-Leistungen ab 2020 systematisch von Ihnen als Leistungsträger erfasst werden?“, N=7

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

5.5.4 Klärungsbedarf und Hinweise

Zum derzeitigen Stand der Erprobung hat sich den Modellprojekten noch kein größerer Klärungsbedarf bei der Auslegung bzw. zur Anwendung des künftigen Rechts ergeben. Vielmehr warten die Leistungsträger auf Präzisierungen zur Umsetzung der Neuregelung des § 116 Abs. 2 SGB IX in den Landesrahmenverträgen
Ein Modellprojekt gibt einen Hinweis zur Steuerung von Leistungen.[95] Demnach werde bei Leistungen zur Erreichbarkeit einer Ansprechperson (§ 113 Abs. 2 N. 2 in Verbindung mit § 78 Abs. 6) immer zwischen tatsächlich erbrachten und abgerechneten Leistungen unterschieden. So würden beispielsweise Leistungen, die in Rufbereitschaft erbracht werden, immer als gemeinsame Leistung abgerechnet, auch wenn der Leistungsberechtigte die Leistung immer individuell erhalte. Bei der Auswertung der Daten zur gemeinsamen Inanspruchnahme von Leistungen müsse daher berücksichtigt werden, dass ein Abrechnungsfall mehrere Fälle bzw. Köpfe betreffen könne.

5.5.5 Fazit zum Regelungsbereich 5

Stand und Datenbasis geben einen ersten Einblick in die Erprobung, können die Forschungsfragen jedoch noch nicht belastbar beantworten. Bisher liegen Daten zu 63 Fällen aus drei Projekten vor. Neun Modellprojekte erproben insgesamt die gemeinsame Inanspruchnahme. Dementsprechend steht die Erprobung erst in den Anfängen. Die Erprobungsansätze sind in Bezug auf Ausrichtung auf die Forschungsfragen sowie die Einbeziehung von Leistungserbringern und -berechtigten heterogen. Bedarfsermittlungen bilden bei der Hälfte der Projekte den Ausgangspunkt für die Erprobung. Teilweise erproben Modellprojekte den Regelungsbereich gemeinsam mit den Regelungsbereichen der Assistenzleistungen (Regelungsbereich 2) und dem Wunsch- und Wahlrecht (Regelungsbereich 4).

Die Erprobung der gemeinsamen Inanspruchnahme bezieht sich gegenwärtig vor allem auf Leistungsberechtigte in besonderen Wohnformen (51 von 63 Fällen). Sie erhalten mehrheitlich Assistenzleistungen, Leistungen zum Erwerb und Erhalt praktischer Fähigkeiten und Leistungen zur Erreichbarkeit einer Ansprechperson in gemeinsamer Inanspruchnahme. Leistungserbringer prägen in der derzeitigen Praxis noch maßgeblich die Entscheidung über das „Wie“ der Leistungserbringung (Forschungsfrage 5.1).

---

[95] Antworten auf Frage „Gibt es darüber hinaus Aspekte aus der Regelung zur gemeinsamen Inanspruchnahme, die wir mit unseren Frage nicht angesprochen haben, die Sie uns aber mit auf den Weg geben möchten?“, N=9

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Es liegen erste Einschätzungen von drei Modellprojekten zu Problemen der gemeinsamen Inanspruchnahme aus Sicht von Leistungsberechtigten, Leistungserbringern und Leistungsträgern vor. Insgesamt sind diese Einschätzungen noch als anekdotisch zu betrachten. Sie erlauben es noch nicht, ein klares Bild über Probleme bei der gemeinsamen Inanspruchnahme zu zeichnen (Forschungsfrage 5.2).

Mit Blick auf die Zukunft sind die Aussagen der Modellprojekte, ob künftig häufiger Wünsche hinsichtlich der gemeinsamen oder individuellen Inanspruchnahme von Leistungsberechtigten benannt würden, nicht eindeutig. Tendenziell lässt sich aus den Ergebnissen der Befragung ableiten, dass künftig stationär lebende Leistungsberechtigte häufiger etwaige Wünsche äußern werden (Forschungsfrage 5.3).

Die Einschätzungen der Modellprojekte zu den Auswirkungen der Neuregelung des § 116 Abs. 2 SGB IX auf die Verwaltungspraxis sind noch sehr vage. Ihre Antworten hinsichtlich möglicher Auswirkungen auf die Steuerungsfähigkeit von Leistungen deuten auf Herausforderungen in der Steuerung von EGH-Leistungen selbst hin (Forschungsfrage 5.4), da derzeit kaum Daten zur Bewilligung von Leistungen in gemeinsamer Inanspruchnahme erfasst sind bzw. den Modellprojekten nicht bekannt ist, welche Steuerungsdaten künftig erfasst werden (Forschungsfrage 5.4).

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

5.6 Regelungsbereich 6 – Trennung der Fachleistungen der EGH von den Leistungen zum Lebensunterhalt

5.6.1 Fokus der Erprobung und Stand

Die Untersuchungen zum Regelungsbereich 6 richten sich auf die folgenden vier Forschungsfragen.

6.1. Welche Auswirkungen hat die Trennung der Fachleistungen der EGH von den Leistungen zum Lebensunterhalt auf die Bewilligungspraxis der Leistungsträger und für die Leistungsberechtigten?
6.2. Ist die in §42a Abs. 5 SGB XII normierte Angemessenheitsgrenze für zu bewilligende KdU auskömmlich im Sinne der gesetzlichen Definition? Falls nein, in welchem Umfang wird diese Grenze überschritten und die übersteigenden KdU den Fachleistungen der EGH zugeordnet?
6.3. Welche Auswirkungen hat die Trennung der Fachleistungen der EGH von den Leistungen zum Lebensunterhalt auf die Verwaltungspraxis?
6.4. Welche Auswirkungen hat die Trennung der Fachleistungen der EGH von den Leistungen zum Lebensunterhalt auf die Kalkulationspraxis der Leistungserbringer, insbesondere hinsichtlich der nach geltendem Recht vorgesehenen Vergütungsvereinbarungsbestandteile Grundpauschale, Maßnahmenpauschale sowie Investitionsbetrag?

Nach neuem Recht erfolgt ab 2020 die Trennung der Leistungen zum Lebensunterhalt nach dem Vierten Kapitel SGB XII und der Fachleistungen der Eingliederungshilfe auch für EGH- in besonderen Wohnformen. Von insgesamt 20 Modellprojekten, die gemäß Zuwendungsbescheid die Trennung der Leistungen erproben, haben 16 Modellprojekte Daten über die Online-Plattform geliefert und 19 an der MP-Befragung teilgenommen.
Davon haben zwölf Modellprojekte Kosten der Unterkunft (KdU) und Vergleichsmieten für 774 Fälle berechnet und 15 Modellprojekte weitere Daten zu den Forschungsfragen geliefert. Insgesamt kann für die Auswertung also auf einen großen Datensatz zurückgegriffen und es können unter Berücksichtigung des Erprobungsstandes (siehe unten) valide Aussagen abgeleitet werden.[96] Zusätzlich

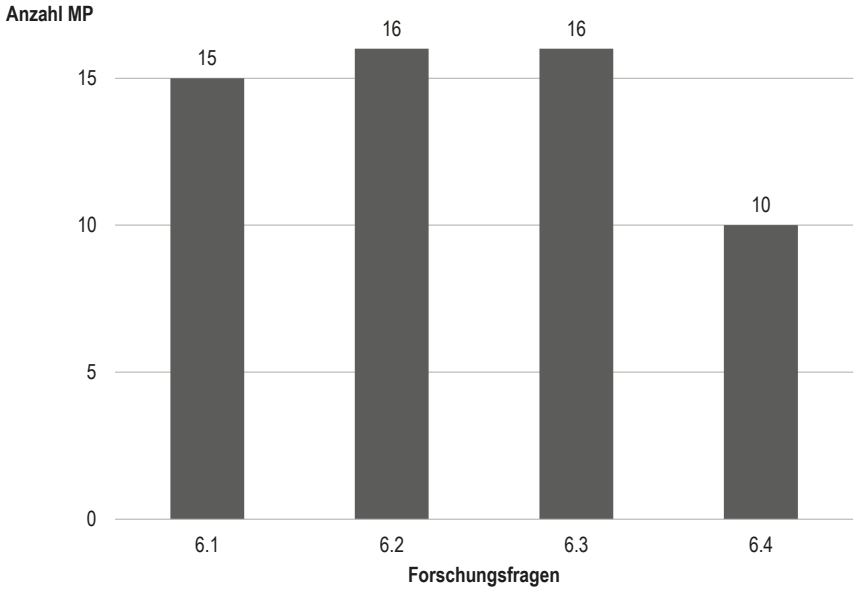
[96] Ein Projekt hat sich weder an der Datenlieferung über die Online-Plattform noch an der Befragung beteiligt und die Teilnahme an der Erprobung vorerst eingestellt.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

dazu wurden fünf Leistungserbringer zu ihrer Perspektive und Erfahrung in der Vorbereitung auf die Umsetzung des neuen Rechts befragt.

Die folgende Abbildung zeigt, dass die Modellprojekte in der Erprobung nahezu alle Forschungsfragen angehen. Eine Ausnahme davon bildet Forschungsfrage 6.4 zu den Auswirkungen auf die Kalkulationspraxis der Leistungserbringer. Ursächlich hierfür ist, dass die EGH-Leistungsträger über die bisherige Kalkulationspraxis nicht hinreichend im Bilde sind, und in der Erprobung in unterschiedlichem Maße mit Leistungserbringern zusammenarbeiten. Zudem zeigt sich in den Interviews mit den Leistungserbringern, dass sie sich im Umstellungsprozess zur Trennung der Leistungen befinden und Fragen nur eingeschränkt beantworten können (vgl. Abschnitte 1485.6.2 und 5.6.3.4).

Abbildung 5.6 - 1: Anzahl MP, die Forschungsfragen im RB 6 bearbeiten

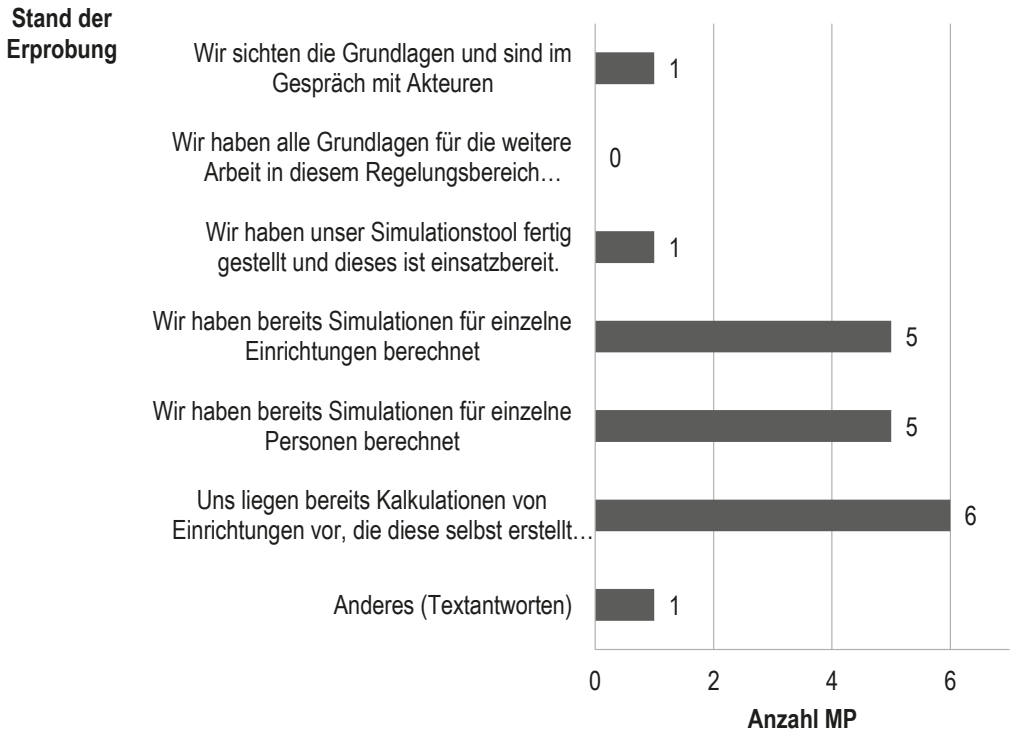


Quelle: MP-Befragung RB 6, Frage „Welche Forschungsfragen zum Regelungsbereich gehen Sie in der Erprobung an?“ N=19, Mehrfachnennung möglich

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Der Bearbeitungsstand ist insgesamt relativ weit vorangeschritten. Ein Modellprojekt befindet sich noch ganz am Anfang der Erprobung, die große Mehrheit aller befragten Projekte hat jedoch bereits Simulationen berechnet oder Kalkulationen von Einrichtungen vorliegen.

Abbildung 5.6 - 2: Stand der Erprobungsarbeiten RB 6



Quelle: Befragung Modellprojekte RB 6, Frage „Wie weit ist Ihr Projekt insgesamt in der Erprobung der Auswirkungen der „Trennung der Fachleistungen von den existenzsichernden Leistungen“ vorangeschritten?“ N=19

5.6.2 Vorgehen in der Erprobung

Eine Besonderheit in der Erprobung von Regelungsbereich 6 ist die enge Zusammenarbeit mit Leistungserbringern. Da vor allem sie die Flächenaufteilung vornehmen und die aktuellen Kostenstrukturen der Einrichtungen kennen, arbeiten 18 von 19 Modellprojekten, die Regelungsbereich 6 erproben (insbesondere zur Beantwortung von Forschungsfrage 6.4), mit einem oder mehreren Leistungserbringern zusammen. Der mit der gemeinsamen Arbeit im Modellprojekt verbundene Austausch zur Vorbereitung der neuen Kalkulationspraxis wird von den Leistungsträgern als sehr gut empfunden.
Orientierung für die Erprobungsarbeiten der Modellprojekte geben die Empfehlungen des Deutschen Vereins, des AK Personenzentrierung und der Länder-Bund-Arbeitsgruppe (LBAG). Nahezu alle Modellprojekte sehen diese Empfehlungen

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

als hilfreich für die Erprobung und Vorbereitung auf die Umsetzung der neuen Regelungen zur Trennung der Leistungen an. Lediglich eins schließt sich dieser Ansicht nicht an.[97]

Landesrahmenverträge spielen eine wichtige Rolle für die Erprobung des Regelungsbereichs. Da diese im bisherigen Prozess erst schrittweise in den Bundesländern abgeschlossen wurden, sind die Modellprojekte gefordert, selbst Regelungen auszulegen, mit eigenen Annahmen zu arbeiten und Berechnungstools zu entwickeln. Dementsprechend formulieren die Modellprojekte auch einen großen Bedarf an Klärung. Die Erwartungen an die Landesrahmenverträge umfassen unter anderem die Vorgabe eines einheitlichen Kalkulationstools und eine Konkretisierung der Vorgehensweise zur Berechnung der KdU und der Veranschlagung der Vergleichsmiete sowie konkrete Vereinbarungen zur Leistungstrennung und den Leistungspauschalen.[98] Bisher basiert die Erprobung der Modellprojekte auf eigenen Berechnungstools, die teils selbst entwickelt, teils auf Landesebene abgestimmt wurden.

5.6.3 Befunde zu den Forschungsfragen

5.6.3.1 Frage 6.1 –Auswirkungen auf die Bewilligungspraxis bei den Leistungsträgern und für die Leistungsberechtigten

Frage 6.1 – Welche Auswirkungen hat die Trennung der Fachleistungen der EGH von den Leistungen zum Lebensunterhalt auf die Bewilligungspraxis der Leistungsträger und für die Leistungsberechtigten?

Die bisherigen Erkenntnisse zeigen, dass die meisten Modellprojekte große Veränderungen in der **Bewilligungspraxis bei den Trägern der EGH und der Grundsicherung** erwarten. Nur eins von 15 Modellprojekten verneint, dass sich durch die Trennung der Leistungen langfristig Veränderungen ergeben. Vier Modellprojekte geben an, dazu noch keine Einschätzung treffen zu können.[99] Die Folgen der Trennung der Leistungen sehen die Modellprojekte unter anderem in

[97] Antworten auf Frage „Sind die Empfehlungen des Deutschen Vereins vom 12.09.2018/AK Personenzentrierung/Länder-Bund-Arbeitsgruppe hilfreich für die Erprobung und Vorbereitung auf die Umsetzung der neuen Regelungen zur Trennung der Leistungen?, N=19

[98] Antworten auf Frage „Was genau erwarten Sie von den Landesrahmenverträgen für die Bearbeitung dieses Regelungsbereichs?“, N=19

[99] Antworten auf Frage „Ergeben sich durch die Trennung der Leistungen langfristig Veränderungen in der Bewilligungspraxis der Leistungsträger?“, N=15

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

einem deutlich erhöhten zeitlichen Mehraufwand in der Fallbearbeitung, sowohl auf Seiten der Grundsicherung, als auch auf Seiten des EGH-Trägers.[100] Lösungsmöglichkeiten – sowohl für Träger der Grundsicherung als auch für EGH-Träger – sehen die Modellprojekte in der Anpassung der Personalkapazitäten und -qualifizierung, der Arbeit mit einer Übergangslösung und dem Austausch untereinander.[101]

Die Landesrahmenverträge, die „den Inhalt und die Kriterien für die Ermittlung und Zusammensetzung der Leistungspauschalen […], die Höhe der Leistungspauschalen […], die Zuordnung der Kostenarten und -bestandteile […], die Festlegung von Personalrichtwerten […]“[102] bestimmen sollen, werden von den Modellprojekten in der Mehrheit als sehr wichtig für das Vorankommen in Regelungsbereich 6 bewertet.[103] Aus den Interviews mit Leistungserbringern geht hervor, dass bei vier der fünf im Rahmen der Fallstudie befragten Leistungserbringer ein Landesrahmenvertrag bisher fehle bzw. noch nicht endgültig ausgearbeitet sei. Sowohl die Befragung der Modellprojekte als auch die Interviews mit den Leistungserbringern zeigen die Dringlichkeit eines Landesrahmenvertrages, der verbindliche Vorgaben und eine Darstellung der Vorgehensweise bei Berechnung/Bewilligung/Leistungstrennung beinhalten sollte. Während die Erwartungen der Modellprojekte eher unspezifisch sind, äußern die **Leistungserbringer** konkreten Klärungsbedarf zum Umgang mit schwer zu bemessenden Kostenpositionen wie Sonderinfrastruktur, Ausstattung, Abschreibungszeiträumen und dem Umgang mit Sonderfällen (z.B. „Mischhäuser mit Jugendhilfe“). Die Leistungserbringer wünschten sich mehr Transparenz und Informationsfluss bei der Ausarbeitung des Landesrahmenvertrages. Auch die unterschiedliche Kostenstruktur von Sonder- und Regelbauten solle berücksichtigt werden. [104]

Bei der Betrachtung der **Auswirkungen für Leistungsberechtigte** und deren Betreuer_innen liefert die Erprobung ähnliche Ergebnisse: 13 der 15 Modellprojekte bejahen die Frage, ob sich langfristig Veränderungen (sowohl hinsichtlich der

---

[100] Antworten auf Frage „Entsteht für die Leistungsträger durch die Veränderungen in der Bewilligungspraxis ein zeitlicher Mehraufwand/Minderaufwand in der Fallbearbeitung?“, N=10

[101] Antworten auf Frage „Welche Lösungsansätze werden von den Leistungsträgern voraussichtlich genutzt, um die größten Auswirkungen der Trennung der Leistungen und die damit einhergehenden Veränderungen in der Bewilligungspraxis anzugehen?“, N=10

[102] § 131 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 SGB IX neu

[103] Antworten auf Frage „Wie wichtig ist der Landesrahmenvertrag für das Vorankommen der Erprobung in diesem Regelungsbereich?“, N=19

[104] Befragung von Leistungserbringern, Antwort auf Frage 4.1 bis 4.3 Themenblock „Landesrahmenvertrag“

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Bewilligungspraxis von EGH-Leistungen als auch von existenzsichernden Leistungen) für die Leistungsberechtigten/gesetzlichen Betreuer_innen ergeben.[105] Analog zu den Auswirkungen für Träger der EGH und Grundsicherung wird für die Leistungsberechtigten/gesetzlichen Betreuer_innen ein zeitlicher Mehraufwand erwartet.[106] Zusammenfassend sehen die Modellprojekte die zentralen Auswirkungen für die Leistungsberechtigten in der zukünftig erfolgenden doppelten Antragsstellung, dem erforderlichen eigenverantwortlichen Umgang mit Geldmitteln, der selbstständigen Kontenverwaltung und der stärker geforderten Selbstorganisation des Alltags durch die Leistungsberechtigten (beispielsweise durch den erforderlichen Abschluss von Wohn- und Betreuungsverträgen).[107]

5.6.3.2 Frage 6.2 – Auskömmlichkeit der KdU

Frage 6.2 – Ist die in §42a Abs. 5 SGB XII normierte Angemessenheitsgrenze für zu bewilligende KdU auskömmlich im Sinne der gesetzlichen Definition? Falls nein, in welchem Umfang wird diese Grenze überschritten und die übersteigenden KdU den Fachleistungen der EGH zugeordnet?

Die Beantwortung der Forschungsfrage erfordert zunächst, dass der Flächenumfang in den Einrichtungen differenziert nach Flächen für die Erbringung von Fachleistungen und Wohnflächen ermittelt wird. Erst auf dieser Basis lässt sich die Höhe der KdU ermitteln.
Von den Modellprojekten liegen 1.101 Fälle bzw. Simulationsberechnungen vor, von denen für 774 eine Aufteilung der Gesamtfläche in Wohn- und Fachleistungsfläche vorgenommen und die KdU berechnet wurden.[108]

---

[105] Antworten auf Frage „Ergeben sich durch die Trennung der Leistungen langfristig Veränderungen für die Leistungsberechtigten/die gesetzlichen Betreuer_innen (hinsichtlich der Bewilligungspraxis sowohl von EGH-Leistungen als auch existenzsichernden Leistungen)?“, N=15

[106] Antworten auf Frage „Entsteht für die Leistungsberechtigten/die gesetzlichen Betreuer_innen durch die Veränderungen in der Bewilligungspraxis ein zeitlicher Mehraufwand/Minderaufwand (beispielsweise bei der Antragsstellung)?“, N=14

[107] Antworten auf Frage: „Bitte skizzieren Sie stichpunktartig die zentralsten Auswirkungen für die Leistungsberechtigten/die gesetzlichen Betreuer_innen.“, N=14

[108] Für die weiteren 327 Fällen stehen die erforderlichen Angaben (noch) nicht zur Verfügung (Angaben „noch nicht ermittelt“, „nicht relevant“; fehlende Daten ohne Grund)

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Ermittlung der Flächen

Die Ergebnisse zur Flächenaufteilung umfassen auch atypische Flächen wie Parkflächen oder landwirtschaftliche Flächen, bei denen sich besondere Abgrenzungsprobleme stellen. In 23 Prozent der 774 Fälle haben die Modellprojekte jedoch die Standardaufteilung 80 Prozent Wohnfläche / 20 Prozent Fachleistungsfläche (+/- drei Prozent) zu Grunde gelegt. Im Schnitt aller Fälle liegt die Aufteilung bei 75 Prozent Wohnfläche und 25 Prozent Fachleistungsfläche für alle 774 Fälle. Die Standardabweichung von 13 Prozentpunkten für die Wohn- und 12 Prozentpunkten für die Fachleistungsfläche verdeutlicht die große Streuung der Aufteilungen (Varianz= 169 Prozent^2/159 Prozent^2).

Das bedeutet, für die 774 Fälle liegt

- der Anteil der Wohnfläche bei rund zwei Drittel aller Fälle zwischen 72 Prozent und 88 Prozent
- der Anteil der Fachleistungsfläche bei rund zwei Drittel aller Fälle zwischen 13 Prozent und 37 Prozent.

Ermittlung der Höhe der Kosten der KdU und deren Auskömmlichkeit

Von den 16 Modellprojekten, die die Forschungsfrage 6.2 in der Erprobung angehen, haben neun Modellprojekte einzelfallbezogene Berechnungen für insgesamt 636 Leistungsberechtigte in stationären Wohnformen vorgenommen.[109] Insgesamt haben zwölf Modellprojekte die Höhe der KdU und die Höhe der durchschnittlichen Vergleichsmiete (teils einzelfall- teils einrichtungsbezogen) berechnet. Bei den Ergebnissen der individuellen Kostenberechnungen sind Spezifika der Einrichtungen wie behindertengerechte Ausstattung, die Lage des Gebäudes, die letzte Renovierung bzw. Baujahr der Einrichtung, ob das Gebäude unter Denkmalschutz steht und ob es sich um eine Komplexeinrichtung handelt, erfasst.

Die ermittelte Höhe der KdU pro Leistungsberechtigten weist eine große Bandbreite mit einem Mittelwert von 443 Euro und einer Standardabweichung von 96 Euro auf (Varianz: 9.171€^{2}).[110] Ebenso variiert das Verhältnis zwischen der Höhe der KdU und der Vergleichsmiete. Mehrheitlich liegen die von den Modellprojekten berechneten KdU unterhalb der Vergleichsmiete (33 Prozent) bzw. unter der Angemessenheitsobergrenze (weitere 40 Prozent).

---

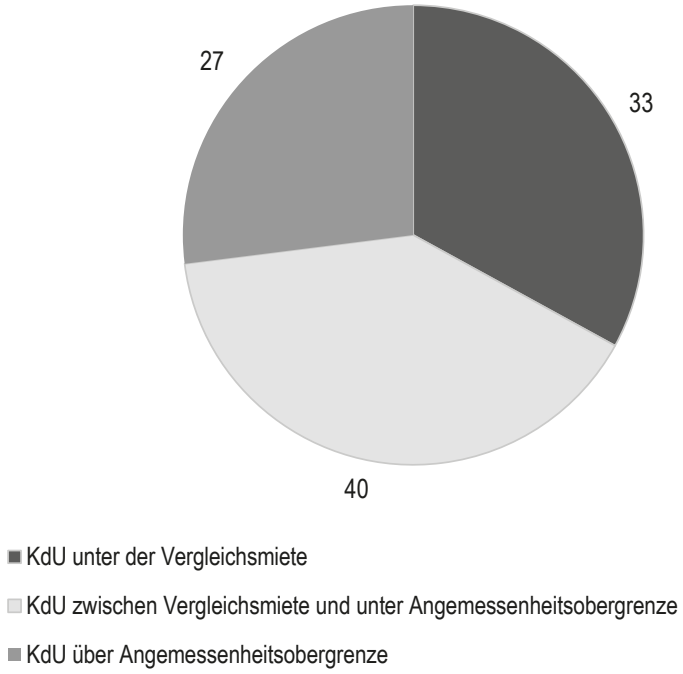
[109] Antworten auf Frage „Haben Sie bereits einzelfallbezogene Berechnungen vorgenommen?“, N=16

[110] Die Standardabweichung bedeutet in dem Fall, dass die KdU in 68 Prozent aller Fälle zwischen 347 Euro und 539 Euro liegt. Die Varianz ist ein Streuungsmaß, das die Verteilung der Werte um den Mittelwert kennzeichnet. Sie entspricht der quadrierten Standardabweichung. Je höher die Standardabweichung ist, umso höher ist folglich auch die Varianz.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

In immerhin 27 Prozent aller Fälle übersteigen die KdU die Angemessenheitsobergrenze. Die Höhe der KdU liegt damit überwiegend über der Vergleichsmiete, aber unterhalb der Angemessenheitsgrenze.

Abbildung 5.6 - 3: Auskömmlichkeit der KdU



Quelle: Online-Datentabellen RB 6

Bei der Berechnung aller Fälle wird zu 75 Prozent die durchschnittliche Warmmiete der Einpersonenhaushalte mit SGB XII/SGB II Bezug als Referenzwert für die ortsübliche Miete gem. § 42 a Abs. 5 Satz 3 SGB XII i.d.F. ab 01.01.2020 verwendet.[111] Der Mehrheit der Modellprojekte (bzw. Einrichtungen) fällt es leicht, die Vergleichsmiete im Rahmen der Berechnung der KdU zu ermitteln.[112] Allerdings gibt es Unsicherheit bei der Nutzung anderer Referenzwerte (Mietspiegel, örtliche Vergleichsmiete) und inwieweit die Mieten dann auch von auswärtigen Leistungsträgern anerkannt würden.

Unklarheit besteht bei den Modellprojekten bei der Anwendung der Regelung des § 45 a Abs. 5 Satz 4 SGB XII i.d.F. ab 01.01.2020. So wird teilweise davon

[111] Datentabellen Online, Regelungsbereich 6 – Datenlieferung

[112] Antworten auf Frage „Bitte bewerten Sie: Ist es für Sie/die Einrichtungen mehrheitlich einfach die Vergleichsmiete (beispielsweise durchschnittliche Warmmiete der Einpersonenhaushalte mit SGB XII/SGB II Bezug) im Rahmen der Berechnung der KdU zu ermitteln?“, N=9

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

ausgegangen, dass bei Überschreiten der Vergleichsmiete „automatisch“ die „125 Prozent-Grenze“ gelte. Andere Modellprojekte halten dagegen einen Kostennachweis für erforderlich. Zudem wird eine „Ungleichbehandlung“ von Fällen befürchtet, die unter der Vergleichsmiete liegen. Dann sei eine Abrechnung weiterer Kosten nach § 42a Abs. 5 Satz 4 SGB XII i.d.F. ab 01.01.2020 ja nicht möglich. Das biete einen Anreiz, die KdU so zu berechnen, dass sie über der durchschnittlichen Vergleichsmiete liegen.

Überschreiten der Angemessenheitsgrenze („125 Prozent“)

Das weitere Vorgehen zur Übernahme der die Angemessenheitsgrenze von 125 Prozent übersteigenden Kosten der EGH ist noch nicht erprobt. Leistungserbringer äußern recht spekulative Erwartungen, und halten sowohl die Übernahme der übersteigenden Kosten durch EGH-Träger als auch die verstärkte Nutzung von Kostensenkungsverfahren für plausibel.

5.6.3.3 Frage 6.3 – Auswirkungen auf die Verwaltungspraxis

Frage 6.3 – Welche Auswirkungen hat die Trennung der Fachleistungen der EGH von den Leistungen zum Lebensunterhalt auf die Verwaltungspraxis?

Durch die Trennung der Leistungen der EGH von den Leistungen zum Lebensunterhalt entstehen insgesamt grundlegende Veränderungen in den Verfahren der Leistungsträger. Die Auswirkungen der Trennung der Fachleistungen von den Leistungen zum Lebensunterhalt betreffen alle Teilschritte im Verfahren. Die Modellprojekte erwarten, dass damit eine individuellere Bedarfsermittlung verbunden ist, für die unter anderem neue Formulare und Anträge entwickelt werden müssten. Die Abstimmung mit Leistungserbringern und Einbindung von Leistungsberechtigten führe zu erhöhtem Gesprächsbedarf. Die Verdopplung der Verfahren (SGB XII und SGB IX) führt aus Sicht der Leistungsträger zu mehr Schnittstellen und trägt damit zur Bürokratisierung bei. Wie in den Befunden zu Frage 6.2 bereits angeklungen ist, führt auch die Berechnung und Aufteilung der Flächen und die anschließende Angemessenheitsprüfung der KdU zu Veränderungen in der Verwaltungspraxis.[113] Die Trennung der Leistungen der EGH von den Leistungen zum Lebensunterhalt impliziere, nach Ansicht der Modellprojekte, gegebenenfalls auch neue Qualifikationsanforderungen an das Personal des

[113] Antworten auf Frage „Bitte beschreiben Sie kurz die aus Ihrer Sicht gravierendsten Änderungen.“, N=14

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Leistungsträgers der EGH.[114] Insbesondere Fachkenntnisse und die Vernetzung untereinander müssten ausgebaut werden.[115] Noch sei man unsicher, ob den neuen Anforderungen mit dem bestehenden Personalkörper insgesamt entsprochen werden könne.[116]

5.6.3.4 Frage 6.4 – Auswirkungen auf die Kalkulationspraxis der Leistungserbringer

Frage 6.4 – Welche Auswirkungen hat die Trennung der Fachleistungen der EGH von den Leistungen zum Lebensunterhalt auf die Kalkulationspraxis der Leistungserbringer, insbesondere hinsichtlich der nach geltendem Recht vorgesehenen Vergütungsvereinbarungsbestandteile Grundpauschale, Maßnahmenpauschale sowie Investitionsbetrag?

Zum Zeitpunkt der ersten Datenerhebung im April 2019 haben sich erst fünf Modellprojekte mit dieser Frage befasst. Dies lässt sich durch die vielen Unklarheiten bei den Grundlagen der Kalkulation erklären. Die Einschätzung der Modellprojekte ist, dass den Leistungserbringern die Vorbereitung auf die neue Kalkulationspraxis derzeit durch eine Reihe von Faktoren erschwert werde. Dazu gehöre auch die Unsicherheit in Folge der noch nicht vereinbarten Landesrahmenverträge (vgl. auch Befunde zu Forschungsfrage 6.3.).

Bezogen auf die konkrete Kalkulationspraxis für die Leistungen ab 2020 weisen die befragten Leistungserbringer vor allem auf Bedenken und viele offene Fragen hin. Ergebnisse von Kalkulationen sind noch nicht aussagekräftig und valide genug, um Aufschluss zur Kalkulationspraxis zu gewinnen. Bisher wird von Seiten der Leistungserbringer sowohl mit pauschalierten Berechnungen der Flächenaufteilung und KdU gearbeitet als auch individuelle Berechnungen durchgeführt. Dies sei bei der Diversität der Räumlichkeiten (Zielgruppe, Baulichkeit, Größe, Ausstattung etc.) selbst bei demselben Leistungserbringer auch geboten. Die Aufteilung und Abgrenzung von Fach- und Wohnflächen sei dabei nicht immer eindeutig.[117]

---

[114] Antworten auf Frage „Bitte bewerten Sie die folgende Aussage: Die Trennung der Leistungen der EGH von den Leistungen zum Lebensunterhalt führt zu neuen Qualifikationsanforderungen an das Personal des Leistungsträgers der EGH.“, N=14

[115] Antworten auf Frage „Beschreiben Sie bitte, worin die neuen Qualifikationsanforderungen bestehen.“, N=9

[116] Antworten auf Frage „Kann den neuen Qualifikationsanforderungen mit dem bestehenden Personalköper im Großen und Ganzen entsprochen werden?“, N=9

[117] Befragung von Leistungserbringern, Themenblock „Methodisches Vorgehen“

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Bei der Kostenermittlung stellten sich viele Probleme im Detail. Dazu gehörten beispielsweise die Ermittlung der Umlage der Betriebskosten sowie – je nach Einrichtung – spezifische Kostenpositionen wie Zentralküche und Wäscherei, Verwaltungskosten für Wohnraum sowie für Lebensmittel. Diese könnten für die Berechnungen häufig nicht ermittelt oder zugeordnet werden.[118] In Bezug auf Kostendeckung stelle sich die Frage nach der Umsatzsteuerpflichtigkeit von Mieteinnahmen und wer dafür aufkäme. Auch wird die Sorge geäußert, dass einmalige Bedarfe und Mehrbedarfe künftig nicht hinreichend durch die Leistungen für Mehrbedarfe nach den §§ 30 und 42 b SGB XII i.d.F. v. 01.01.2020 abgedeckt werden könnten. Die Begleitforschung stößt in den Interviews auch auf Skepsis, ob die Angemessenheitsgrenzen für die KdU auskömmlich seien.
Für die Zukunft rechnen die bisher befragten fünf Leistungserbringer nicht mit einer grundlegenden Änderung ihres Leistungsangebotes. Sie gingen eher davon aus, dass die individuellere Leistungserbringung eine stärkere Flexibilisierung des Angebots erfordere. Es gebe aber derzeit eine große Planungsunsicherheit (unter anderem Landesrahmenverträge – vgl. oben), Kostensteigerungen seien aber sehr wahrscheinlich.[119] Der Mehraufwand für administrative Aufgaben werde vor allem im Rechnungswesen und Controlling (größere Zahl von Debitoren, differenziertere Kalkulationen) steigen. Auch sind Leistungserbringer skeptisch, ob die Mehrheit der Leistungsberechtigten ohne Zeitverzug und in voller Höhe die Kosten begleichen werden. Ein zusätzliches Mahnwesen müsse eingeführt werden. Weiter wird erwartet, dass die künftig erforderliche Verwaltung von Mietverträgen und ein erhöhter Planungsaufwand in Bezug auf die Leistungserbringung auch nach der Umstellungsphase langfristig zu steigendem Verwaltungsaufwand führen werde. Die Leistungserbringer haben noch keine Strategien entwickelt, um die Verwaltungsaufwände langfristig wieder zu reduzieren.[120]

5.6.4 Klärungsbedarf und Hinweise

Bereits bei der Darstellung der Befunde zu den einzelnen Forschungsfragen zeigt sich großer Klärungsbedarf auf Seiten der Modellprojekte und Leistungserbringer. Explizit danach befragt, benennen zwölf von insgesamt 19 Modellprojekten konkrete Klärungsbedarfe. Diese sind weitgehend ähnlich und decken sich mit bereits dargestellten Schwierigkeiten: Klärungsbedarf bestehe vor allem bei der Flächenaufteilung, dem Umgang mit atypischen Flächen und Mischflächen, der Nachweispflicht bei höheren Mietaufwendungen und beim Umgang mit

[118] Antworten auf Frage „Welche Kostenpositionen können bei den Berechnungen (bislang) nicht eindeutig ermittelt oder zugeordnet werden?“, N=5

[119] Befragung von Leistungserbringern, Themenblock „Erwartungen“

[120] Befragung von Leistungserbringern, Themenblock „Erwartungen“

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Nebenkosten. Bei Leistungsberechtigten in Werkstätten bleibe der Umgang mit dem Kostenbeitrag für Verpflegungskosten ungeklärt.[121]
Die Modellprojekte weisen darauf hin, dass sie mehr Schiedsstellenverfahren aufgrund unterschiedlicher Auffassungen von Leistungsträgern und Erbringern erwarteten.

5.6.5 Fazit zum Regelungsbereich 6

Insgesamt ist die Erprobung im Regelungsbereich 6 weit vorangeschritten und ermöglicht eine erste Einschätzung zur Auskömmlichkeit der KdU und den Auswirkungen der Trennung der Leistungen auf Bewilligungs-, Verwaltungs- und Kalkulationspraxis. Landesrahmenverträge werden dringlich für Prozessbeschreibungen, Übergangslösungen und die Berechnung von Kostenpunkten benötigt. Sowohl Leistungsträger als auch -erbringer rechnen durch die Neuregelung mit grundlegenden Veränderungen in ihrer bisherigen Praxis und empfinden vor allem die Zuordnung von Sonderflächen und Personalplanung/Personaleinsatz (sowohl hinsichtlich Qualifikation als auch hinsichtlich Umfang des Personalkörpers) als Herausforderung. Insgesamt wird ein deutlicher zeitlicher Mehraufwand erwartet, der bei Trägern der EGH und Trägern der Grundsicherung, vor allem bei der Fallbearbeitung, hervortritt. Auch auf Seiten der Leistungsberechtigten und/oder ihrer gesetzlichen Betreuer_innen sind für die Modellprojekte Veränderungen absehbar, die sich analog zu den EGH- und Grundsicherungsträgern in einem erhöhten Zeitaufwand (z.B. durch die doppelte Antragsstellung) widerspiegeln. Auf Leistungsberechtigte komme mehr Eigenverantwortung bezüglich Alltagsgestaltung, mehr Handlungsmöglichkeiten und damit verbundener Entscheidungsfindung und dem Umgang mit Geldmitteln zu (Forschungsfrage 6.1, 6.3 und 6.4).

Die Aufteilung der Gesamtflächen in Wohn- und Fachleistungsfläche liegt im Mittel bei 73 Prozent Wohn- und 27 Prozent Fachleistungsfläche und somit unter der Standardaufteilung von 80 Prozent / 20 Prozent. Die Höhe der KdU liegt überwiegend über der Vergleichsmiete, aber unterhalb der Angemessenheitsgrenze (§ 45 a Abs. 5 Satz 4 SGB XII i.d.F. ab 01.01.2020 – „125 Prozent“). Bei knapp einem Fünftel aller Fälle liegen die KdU über der Angemessenheitsgrenze, bei einem Drittel unter der Vergleichsmiete. Die der Berechnung zugrunde gelegte Vergleichsmiete ist mehrheitlich die durchschnittliche Warmmiete der Einpersonenhaushalte mit SGB

[121] Antworten auf Frage „Hat sich bei der Erprobung zur Trennung der Fachleistungen und existenzsichernde Leistungen Klärungsbedarf ergeben, den Sie bisher nicht allein lösen konnten?“, N=19

„Gibt es darüber hinaus Aspekte aus der Erprobung der Umsetzung der Trennung der Leistungen, die wir mit unseren Fragen nicht angesprochen haben, die Sie uns aber mit auf den Weg geben möchten?“, N=19

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

XII/SGB II Bezug, aber auch der Mietspiegel des Landes und die örtliche Vergleichsmiete werden als Vergleichswert herangezogen.
Insgesamt gibt es viele Unklarheiten in Bezug auf die Kalkulation der Kosten der Unterkunft. Dies zeigt sich auch in der Fülle des von den Modellprojekten gemeldeten Klärungsbedarfs (Forschungsfrage 6.2).

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

5.7 Regelungsbereich 7 – Sicherungsmechanismus „Betrag zur freien Verfügung“

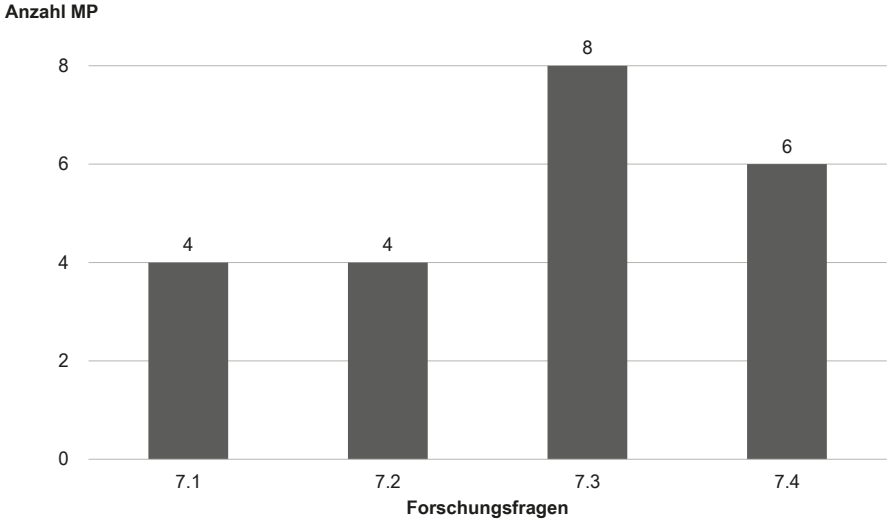
5.7.1 Fokus der Erprobung und Stand

Die Untersuchungen zum Regelungsbereich 7 richten sich auf die folgenden vier Forschungsfragen.

7.1. Wie wirkt der beschriebene Sicherungsmechanismus?
7.2. Ist für den Leistungsberechtigten klar ersichtlich, welcher Anteil am Regelsatz ihnen nach Abzug fixer Kosten verbleibt?
7.3 In welcher absoluten Höhe verbleiben diese finanziellen Mittel den Leistungsberechtigten im Einzelfall?
7.4. Hat der oben beschriebene Sicherungsmechanismus Auswirkungen auf die Verwaltungspraxis? Falls ja, welche?

Die Erprobung in Regelungsbereich 7 baut auf die Erprobung in Regelungsbereich 6 auf, da bei der zukünftigen Trennung von Fachleistungen der EGH und existenzsichernden Leistungen sichergestellt werden soll, dass Leistungsberechtigte im Rahmen der Gesamtplankonferenz über den ihnen zur freien Verfügung verbleibenden Betrag beraten werden. Im Fokus der Erprobung stehen dabei die Fragen nach der künftigen Höhe des Barbetrags (7.3) und den Auswirkungen der künftigen Ermittlung des Barbetrags im Gesamtplanverfahren(7.4):

Abbildung 5.7 - 1: Anzahl MP, die Forschungsfragen im RB 7 bearbeiten

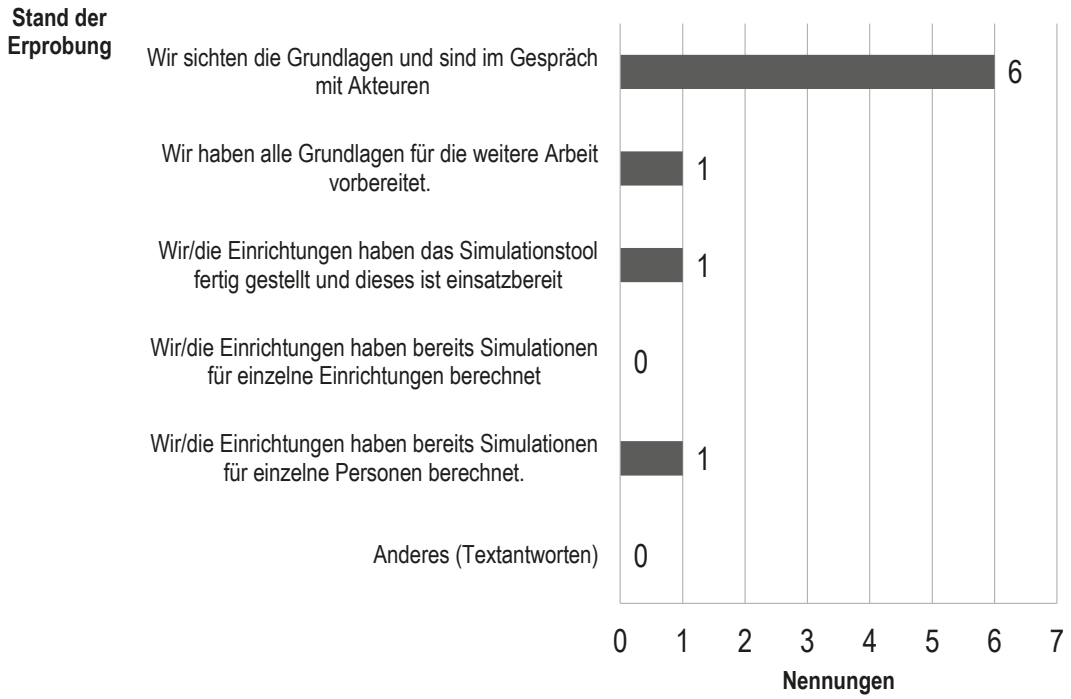


Quelle: Befragung Modellprojekte RB 7, Frage „Welche Forschungsfragen zum Regelungsbereich gehen Sie in der Erprobung an?“ N=9, Mehrfachnennung möglich

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Die bisherige Erprobung in Regelungsbereich 7 ermöglicht noch keine belastbaren Aussagen, sondern dient lediglich als Gradmesser. Sie zeigt auf, dass Leistungsträger und Leistungserbringer vor Herausforderungen stehen.
Von elf Modellprojekten, die laut Zuwendungsbescheid Regelungsbereich 7 erproben, ist nur ein Projekt in die Erprobung gestartet und hat Barbetrag, Bekleidungspauschale und Barmittel für 13 Leistungsberechtige zu den Bedingungen ab 2020 berechnet. Alle anderen Leistungsträger sind noch mit der Grundlagenarbeit beschäftigt und können in der Datenerhebung allenfalls erste Einschätzungen geben.[122]

Abbildung 5.7 - 2: Stand der Erprobungsarbeiten RB 7



Quelle: Befragung Modellprojekte RB 7, Frage „Welche Forschungsfragen zum Regelungsbereich gehen Sie in der Erprobung an?“ N=9

[122] Zur Datenlage im Einzelnen:

- Datentabellen Online: Hier liegen nur von einem Modellprojekt Berechnungen vor.
- Befragung Modellprojekte: Hier liegen insgesamt Ergebnisse von neun Modellprojekten vor, wobei die Forschungsfragen in unterschiedlichem Umfang beantwortet wurden.
- Fallstudie mit Leistungserbringern: Hier liegen Erkenntnisse von fünf Leistungserbringern vor.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Unsicherheiten und fehlende Informationen beeinträchtigen die Erprobung. Den Leistungsträgern fehlen Informationen zum Leistungsangebot und Preisen der Leistungserbringer. Auf Seiten der Leistungserbringer fehlen wiederum Landesrahmenverträge, auf deren Basis sie kalkulieren können.

5.7.2 Vorgehen in der Erprobung

Die große Mehrheit der Modellprojekte arbeitet mit einem oder mehreren Leistungserbringern zusammen und erprobt die Wirkung des Sicherungsmechanismus anhand derselben Stichprobe wie in Regelungsbereich 6 (Trennung der Fachleistungen der EGH von den Leistungen zum Lebensunterhalt). Die Modellprojekte berichten, dass die Zusammenarbeit mit den Leistungserbringern gut funktioniert und eine Kommunikationsstruktur gewachsen sei, die einen regelmäßigen Austausch ermöglicht.[123] Zwei Leistungsträger beschreiben ihr Vorgehen bei der Erprobung der Umsetzung des Sicherungsmechanismus und Berechnung der freien Barmittel wie folgt:

„1) Ermittlung regelbedarfsrelevanter Kostenanteile aufgrund Basisjahr 2017 und BWA der Modelleinrichtungen 2) Gegenüberstellung des entstehenden Bedarfs mit der Regelbedarfsstufe (2020)“
„1) Feststellung aller berechnungsrelevanten Anteile für den Lebensunterhalt 2) Berechnung des Betrags zur freien Verfügung 3) Abgleich mit dem bisher zur Verfügung stehendem Barbetrag 4) Vermerk für Gesamtplankonferenz“

Quelle: MP-Befragung RB 7, Frage „Bitte beschreiben Sie stichwortartig Ihr Vorgehen bei der Erprobung der Umsetzung des Sicherungsmechanismus und der Berechnung des Anteils des Regelsatzes, der den Leistungsberechtigten zur freien Verfügung verbleibt.“, N=8

[123] Antworten auf Frage „Was gelingt bereits gut (beispielsweise enge Zusammenarbeit und Abstimmung mit den Leistungserbringern und Leistungsberechtigten)?“, N=9

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

5.7.3 Befunde zu den Forschungsfragen

5.7.3.1 Frage 7.1 und 7.3 – Wirkungen des Sicherungsmechanismus und Berechnungsweise

Frage 7.1 – Wie wirkt der beschriebene Sicherungsmechanismus?
Frage 7.3 – In welcher (absoluten) Höhe verbleiben diese finanziellen Mittel den Leistungsberechtigten im Einzelfall?

Forschungsfrage 7.1 und 7.3 bauen aufeinander auf und werden bei der Auswertung der Daten gemeinsam betrachtet: Bisher haben nur zwei Modellprojekte ein Kalkulationstool zur Berechnung des „Betrags zur freien Verfügung" entwickelt.[124] Tatsächliche Berechnungen der freien Barmittel stehen nur von einem Modellprojekt zur Verfügung. Diese Informationen lassen es noch nicht zu, ein allgemeines Bild über die Wirkung des Sicherungsmechanismus und die Höhe des vom Regelsatz verbleibenden Betrags zu zeichnen. Die Empfehlungen der LBAG sind nur teilweise bekannt, werden aber überwiegend als hilfreich empfunden.[125] Allerdings fehlen Informationen zur Aufteilung der realen IST-Kosten; der Umgang mit Mehrbedarfen wird zwar behandelt, die Informationen aber als oberflächlich empfunden.[126] In der Erprobung sehen sich Leistungsträger und Leistungserbringer mit vielen Problemen konfrontiert: Den Leistungsträgern fehlen die Berechnungen der Leistungserbringer, die aufgrund fehlender Landesrahmenverträge, der eingeschränkten Planbarkeit von Umfang, Inhalt und Preisgestaltung von Dienstleistungen und der neuen Marktsituation noch nicht in die Erprobung starten. Die Leistungserbringer fürchten, dass die Regelbedarfsstufe 2 nicht ausreicht, um einen Betrag in bisheriger Höhe für die Leistungsberechtigten sicherzustellen.[127]
Auf Seiten der Leistungsberechtigten sehen die Leistungsträger (siehe auch F 6.1) Probleme beim selbstständigen Umgang mit Konten und der Verwaltung der finanziellen Mittel. Auch der Überblick über fixe Lebensunterhaltkosten wie

[124] Antworten auf Frage „Liegt ein Kalkulationstool vor, das die Höhe des „Betrags zur freien Verfügung" ermittelt?", N=8

[125] Antworten auf Fragen „Kennen Sie die Empfehlung der LBAG vom 01.11.2018?", N=8

„Finden Sie die Empfehlung der LBAG vom 01.11.2018 hilfreich?", N=8

[126] Antworten auf Fragen „Welche Informationen fehlen Ihnen in der Empfehlung der LBAG?", N=1

[127] Antworten auf Frage „Welche Probleme ergeben sich bei der Umsetzung der neuen Regelungen zum Sicherungsmechanismus „Betrag zur freien Verfügung" aus der Sicht der Leistungserbringer/Leistungsträger?", N=8

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

beispielsweise Nahrungsmittel werde die Leistungsberechtigten voraussichtlich vor Probleme stellen.[128]
Die von einem Modellprojekt vorliegenden Berechnungen deuten darauf hin, dass der Betrag zur freien Verfügung deutlich über dem Barbetrag zuzüglich Bekleidungspauschale liegen wird. Den 13 in die Berechnung einbezogenen Leistungsberechtigten steht momentan im Schnitt ein Barbetrag von 135 Euro plus 25 Euro Bekleidungspauschale zu. Nach neuem Recht verbleiben, bei den in der Stichprobe berechneten Fällen, durchschnittlich 262 Euro, also ungefähr 100 Euro mehr, beim Leistungsberechtigten.

5.7.3.2 Frage 7.2 – Verbleib „Betrag zur freien Verfügung“

Frage 7.2 – Ist für den Leistungsberechtigten klar ersichtlich, welcher Anteil am Regelsatz ihnen nach Abzug fixer Kosten verbleibt?

Zu dieser Frage liegen keine Daten aus der Erprobung vor.

5.7.3.3 Frage 7.4 – Auswirkungen auf die Verwaltungspraxis

Frage 7.4 – Hat der oben beschriebene Sicherungsmechanismus Auswirkungen auf die Verwaltungspraxis? Falls ja, welche?

Nur ein Modellprojekt kann eine Einschätzung zu den Auswirkungen des Sicherungsmechanismus auf die Verwaltungspraxis geben. Der Leistungsträger erwarte vor allem in der Gesamtplankonferenz grundlegende Änderungen und gehe davon aus, dass sich dadurch neue Qualifikationsanforderungen für das Personal ergeben würden.[129] Die neuen Anforderungen würden verwaltungsrechtliche Fragestellungen für Hilfeplanung und Sachbearbeitung betreffen und könnten nach

[128] Antworten auf Frage „Welche Probleme ergeben sich bei der Umsetzung der neuen Regelungen zum Sicherungsmechanismus „Betrag zur freien Verfügung“ aus der Sicht der Leistungsberechtigten?“, N=8

[129] Antworten auf Fragen „Die Umsetzung des neuen Sicherungsmechanismus zur Feststellung des „Betrags zur freien Verfügung“ führt zu grundlegenden Veränderungen in der Verwaltungspraxis des Leistungsträgers.“, N=1

„Bei welchen Teilschritten im Verfahren erwarten Sie (langfristig) insbesondere Veränderungen?“, N=1

„Mit der Implementierung des Sicherungsmechanismus zur Feststellung des „Betrags zur freien Verfügung“ ergeben sich neue Qualifikationsanforderungen an das Personal des Leistungsträgers der EGH.“, N=1

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Einschätzung des Modellprojekts mit dem aktuellen Personalkörper abgedeckt werden.[130]
Alle Leistungserbringer sehen einen erheblichen Mehraufwand, sind sich bei der Frage nach einem „Ambulantisierungseffekt“ (Umzug von Menschen aus einer stationären Einrichtung in eine eigene Wohnung) jedoch uneinig: Auf der einen Seite stehe die Befürchtung einer Abwanderung von Leistungsberechtigten und folglich der Schließung von Einrichtungen. Da die Einrichtungen schätzen, dass die verbleibenden Barmittel ein wichtiger Einflussfaktor für die Leistungsberechtigten bei der Entscheidung sei, würden Leistungserbringer den verbleibenden Betrag so hoch wie möglich halten. Dies trage zu einer Kostensteigerung bei. Demgegenüber steht die Einschätzung, dass die Möglichkeiten einer Ambulantisierung bereits weitestgehend ausgeschöpft seien und in stationären Einrichtungen nur noch Personen mit umfänglichem Unterstützungsbedarf lebten, die nur mit erheblichem Mehraufwand ambulant betreut werden könnten.

5.7.4 Klärungsbedarfe und Hinweise

Ob weitere Klärungsbedarfe bestehen können die Modellprojekte zum momentanen Zeitpunkt nicht einschätzen.

5.7.5 Fazit zum Regelungsbereich 7

Die Erprobung in Regelungsbereich 7 steht noch am Anfang. Das Fehlen von Landesrahmenverträgen in den meisten Bundesländern sorgt für Unsicherheit in der Vorbereitung und verzögert das Voranschreiten in der Erprobung.

Der Großteil der Projekte erprobt Regelungsbereich 7 anhand der gleichen Stichprobe wie Regelungsbereich 6. Die Zusammenarbeit mit Leistungserbringern spielt eine wichtige Rolle und wird von Seiten der Modellprojekte als wichtig und gewinnbringend wahrgenommen. Insgesamt stehen Leistungsträger, Leistungserbringer und Leistungsberechtigte vor großen Herausforderungen, die sich aus Sicht der Modellprojekte für die Leistungsberechtigten vor allem in einer stärker erforderlichen Selbstorganisation und Verantwortung für den Umgang mit Geldmitteln und Konten ausdrückt. Leistungsträger und -erbringer sehen sich vor allem mit Unklarheiten und einer eingeschränkten Planbarkeit hinsichtlich Leistungsangebot und fehlenden Richtlinien konfrontiert (Forschungsfrage 7.1).

---

[130] Antworten auf Fragen „Was sind aus Ihrer Sicht die neuen Qualifikationsanforderungen?“, N=1

„Kann den neuen Qualifikationsanforderungen mit dem bestehenden Personalkörper im Großen und Ganzen entsprochen werden?“, N=1

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Ob für die Leistungsberechtigten ersichtlich ist, welcher Anteil vom Regelsatz für sie zur freien Verfügung verbleibt, können die Modellprojekte noch nicht beantworten (Forschungsfrage 7.2).

Von 170 in Regelungsbereich 7 angelegten Fällen konnte bisher nur ein Modellprojekt Simulationsberechnungen für 13 Fälle durchführen. Bei den 13 Leistungsberechtigten, für die Barbetrag, Bekleidungspauschale und freie Barmittel berechnet wurden, lag der „Betrag zur freien Verfügung“ deutlich über dem Barbetrag plus Bekleidungspauschale. Dies ist jedoch ein Einzelbefund, dem, zum derzeitigen Stand der Erprobung, nur wenig Aussagekraft beigemessen werden kann (Forschungsfrage 7.3).

Auch hinsichtlich der Auswirkungen auf die Verwaltungspraxis lassen sich noch keine validen Erkenntnisse aus der Erprobung ableiten (Forschungsfrage 7.4).

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

5.8 Teilbericht Frühförderung

Ein Landratsamt erprobt als einziges Modellprojekt außerhalb der oben beschriebenen sieben Regelungsbereiche den Regelungsbereich der Frühförderung. Dieser Regelungsbereich ist nicht Gegenstand der wissenschaftlichen Begleitung und Auswertung. Die Erkenntnisse aus der Erprobung werden daher nachfolgend durch einen Projektbericht des Modellprojekts dargestellt, dessen Inhalte nicht vom Forschungsteam validiert wurden.

Die bearbeiteten Forschungsfragen wurden vom BMAS formuliert und an das Modellprojekt zur Bearbeitung weitergegeben.

5.8.1 Vorstellung Modellvorhaben

5.8.1.1 Erprobungsansatz / Forschungsinteresse der Erprobung

Am 01. Juni 2018 startete das Projekt zur Erprobung des Gesamtplanverfahrens nach § 117 SGB IX in der Frühförderung.
Das Projektteam setzt sich aus verschiedenen beruflichen Professionen zusammen: Der Projektträger verfügt über Fachkräfte mit sozial-, heilpädagogischem und verwaltungsrechtlichem Wissen, der Projektpartner stellt Dipl.- Sozialpädagogen mit Erfahrungen bezüglich der bestehenden arbeitsorganisatorischen Prozesse und entsprechenden Anwendungserfahrungen im Bereich Mobilität und Flexibilität im ländlichen Raum bereit.
Im Modellprojekt wird das Gesamtplanverfahren gem. § 117 SGB IX unter Beteiligung eines Leistungserbringers erprobt. Das Fachpersonal verfügt über Wissen zum leistungsberechtigten Personenkreis, zu Teilhabebedarfen und Teilhabebarrieren. Unter Beteiligung der Leistungsberechtigten kann die Diagnostik, die Feststellung der Teilhabebeeinträchtigungen nach ICF-CY, der Bedarfe und der Ziele durch Kinderarzt, IFF und Leistungsträger gemeinsam erfolgen. Der Projektträger führt das Verfahren federführend durch. Der personenzentrierte Ansatz wird unter Beachtung der Ziele der Erprobung (Verbesserung der Lebenssituation der Leistungsberechtigen, Bremsen der Ausgabendynamik) und der Abgrenzung zu medizinischen Leistungen sichergestellt

5.8.1.2 Fallauswahl

In der zu untersuchenden Leistungsart der ambulanten Frühförderung existiert ein Fallbestand von ca. 300 Fällen, von denen über den Zeitraum von zweieinhalb Jahren 70 Neufälle modellhaft untersucht werden (Stichprobe).

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Bei diesen 70 Fällen handelt es sich ausschließlich um Neufälle, um von Anfang an die Entwicklung dokumentieren zu können. Dieser Fallbestand wird parallel nach jetzt geltendem und künftigem Recht virtuell bearbeitet und evaluiert. Somit ist eine Vergleichbarkeit und Evaluation möglich. Eine Fortschreibung des Fallbestands ist je nach Entwicklung im Modell denkbar.

5.8.1.3 Methodisches Vorgehen

In einem gemeinsamen Arbeitstreffen zwischen Projektträger und Projektpartner im Juni 2018 wurde das gemeinsame Vorhaben konkretisiert. Dazu wurde der Prozessablauf in fünf Phasen aufgeschlüsselt.

- In der ersten Phase nehmen Leistungserbringer und Leistungsträger gemeinsam an der Diagnostik und Anamnese teil, um ein einheitliches Bild vom Kind zu erhalten. Federführend in diesem Prozess ist der Leistungserbringer.
- In der zweiten Phase erfolgt ein gemeinsames Gespräch zwischen Leistungserbringer und Leistungsträger, um die jeweiligen Erkenntnisse zu analysieren. Anschließend entscheidet der Leistungserbringer gemeinsam mit dem Leistungsberechtigten über die Antragstellung bezüglich Komplexleistung bzw. heilpädagogische Maßnahme.
- In der dritten Phase prüft der Leistungsträger nach Eingang des Antrags und des Förder- und Behandlungsplans die Teilhabeeinschränkungen und die Bedarfe des Leistungsberechtigten und hospitiert im Sozialraum des Kindes.
- In der vierten Phase fasst der Leistungsträger seine Ergebnisse zusammen, bei kritischen Fällen führt er intern eine kollegiale Fallbesprechung durch. Die Ergebnisse werden dem Leistungserbringer mündlich und dem Leistungsberechtigten schriftlich mitgeteilt.
- In der fünften Phase wird fallspezifisch ein gemeinsames Gespräch aller Verfahrensbeteiligten, größtenteils mit dem Projektpartner, zu den bisherigen Ergebnissen durchgeführt.

Erkenntnis:

Die Aufschlüsselung des Prozessablaufes in fünf Phasen bildet nur einen Teil des Gesamtplanverfahrens nach §117 SGB IX i. d. F. ab 01.01.2020 ab. Da Diagnostik und Anamnese sowie die Erstellung des Förder- und Behandlungsplans gemäß §7 FrühV medizinische Leistungen darstellen und der Eingliederungshilfeträger

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

grundsätzlich erst mit Antragseingang vom Bedarf des Leistungsberechtigten erfährt, stehen wichtige Erkenntnisse ohne Teilnahme an dem Anamnesegespräch nach jetzt geltendem Recht für den Leistungsträger nicht zur Verfügung.

Im Rahmen des Projekts ist die Teilnahme an der Diagnostik und am Anamnesegespräch möglich, so werden umfangreiche Erkenntnisse frühzeitig erfasst. Alle am Prozess Beteiligten erhalten ein umfassenderes Bild vom Kind.

Nach der Veröffentlichung der Bundesarbeitsgemeinschaft Rehabilitation bezüglich Reha- Prozess im Februar 2019 wurde der Verfahrensablauf erneut überarbeitet und angepasst.

5.8.1.4Organisation der Erprobung

Die Frühförderstellen sind in Sachsen erste Ansprechpartner für Eltern, die eine Überweisung zur Diagnostik und Anamnese vom Kinderarzt erhalten haben. Durch eine telefonische Kontaktaufnahme oder durch persönliche Vorgespräche wird ein Termin vereinbart. Die gemeinsame Teilnahme an Diagnostik und Anamnese ermöglicht im Anschluss einen Fachaustausch bezüglich der Bedarfe des Kindes. Die Entscheidung zur Empfehlung einer Komplexleistung bzw. einer heilpädagogischen Maßnahme obliegt der Frühförderstelle.

Regelmäßige Arbeitstreffen einmal monatlich ermöglichen einen intensiven Fachaustausch, zweimal jährlich erfolgen diese mit den jeweiligen Vorgesetzten von Projektträger und Projektpartner.

5.8.1.5Zeitrahmen der Erprobung

Die Erprobung des Gesamtplanverfahrens erfolgt über den gesamten Projektzeitraum. Dabei wird die Qualität des Verfahrens stetig verbessert, denn neue Erkenntnisse aus der Praxis bzw. durch Fortbildungen können angewendet werden. Derzeit noch fehlende gesetzliche Grundlagen (Rahmenvereinbarung im Freistaat Sachsen zur Umsetzung der Verordnung zur Früherkennung und Frühförderung behinderter und von Behinderung bedrohter Kinder nach neuem Recht) erschweren aktuell das Verfahren.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

5.8.2 Erkenntnisse aus der Erprobung

5.8.2.1 Komplexleistung Frühförderung

„Die Komplexleistung Frühförderung umfasst abgestimmte Beratungs-, Diagnostik-, Therapie- und Förderangebote für Familien mit Kindern, die behindert oder von Behinderung bedroht sind sowie präventive, offene Beratungsangebote für Eltern, die ein Entwicklungsrisiko bei ihrem Kind vermuten... Früherkennung und Frühförderung werden insbesondere von Interdisziplinären Frühförderstellen und von Sozialpädiatrischen Zentren (SPZ) erbracht."[131] Das bedeutet, dass in Sachsen die medizinischen Leistungen zur Diagnostik und Anamnese durch den zukünftigen Leistungserbringer erbracht werden.

Erkenntnis:

Die Umsetzung der Frühförderverordnung erfolgt in Deutschland entsprechend der jeweiligen Landesrahmenvereinbarungen sehr vielfältig. Damit gibt es auch in der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes große Handlungsspielräume für die einzelnen Länder. Diese Erfahrungen (Möglichkeiten und Grenzen) könnten gebündelt werden und allen am Prozess Beteiligten zur Verfügung stehen, sie stellen eine große Ressource dar.

Grundverständnis der Leistungsträger und Leistungserbringer

Frage 1.1 (FF) – Trägt die gesetzliche Definition der Komplexleistung Frühförderung (§ 46 Abs. 3 SGB IX), die die Leistung nicht lediglich als Addition von Leistungskomponenten begreift, zu einem gemeinsamen Grundverständnis der Leistungsträger und Leistungserbringer im Sinne einer interdisziplinären Leistung bei?

Der Leistungsträger versteht innerhalb der Eingliederungshilfe die Komplexleistung Frühförderung als eine Möglichkeit, frühestmöglich personenzentrierte Hilfen mit abgestimmten SMART- Zielen zur Förderung von Kindern mit (drohenden) Behinderungen sowie deren Eltern zu gewähren. § 2 Absatz 1 SGB IX definiert die Begriffe „Menschen mit Behinderungen“ sowie „von Behinderung bedroht“. Grundlage für die Gewährung von heilpädagogischen Leistungen stellen nach dem zukünftigen Leistungsrecht die §§ 99 SGB IX i. V. m. § 53 SGB XII i. d. F. bis 31.12.2019 i. V. m. 113 SGB IX i.V. m. § 79 Abs. 3 SGB IX dar. Für die Feststellung

[131] VIFF Frühförderung in Sachsen, Aktualisierung der Qualitätsstandards mit Handlungsempfehlungen Dez. 2017

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

des Leistungsanspruchs sind Teilhabeeinschränkungen des Leistungsberechtigten in Aktivitäten und Partizipation in den jeweiligen Lebensbereichen darzustellen.

Erkenntnis:

Mit der Einführung des Bundesteilhabegesetzes erfolgt eine Abgrenzung von therapeutischen Leistungen und heilpädagogischen Leistungen durch den Leistungsträger, um § 91 SGB IX -Nachrang der Eingliederungshilfe- umzusetzen.

Perspektivisch könnte es zu einer Verschiebung von Leistungen der Eingliederungshilfe zu therapeutischen Leistungen kommen, da durch die umfassende Bedarfsermittlung in allen Lebensbereichen, gemeinsam mit dem Leistungsberechtigten, personenzentrierte Hilfen zu gewähren sind. Die Entscheidung allein auf Grundlage des Förder-und Behandlungsplans (bisheriges Verfahren) ist grundsätzlich nicht mehr zulässig.

Abstimmung der Leistungen zur Sicherung der Interdisziplinarität

Frage 1.2 (FF) – Trägt der Leistungstatbestand der Frühförderung als Komplexleistung, der auch ausdrücklich Leistungen zur Sicherung der Interdisziplinarität (§ 46 Abs. 3 Satz 2 SGB IX, § 6a Nr. 3 FrühV) umfasst, dazu bei, dass diese Leistungen durch die beteiligten Dienste/Stellen aufeinander abgestimmt erfolgen?

Innerhalb des Projekts erfolgen regelmäßige Absprachen zwischen allen am Projekt Beteiligten (siehe Pkt. 1.4 Organisation der Erprobung).

Von Seiten des Projektträgers erfolgt nach Antragseingang die Sichtung der erstellten bzw. bereits vorhandenen Unterlagen (Dokumentation des Anamnesegespräches, Ergebnis der Diagnostik nach ET 6-6-R, Förder- und Behandlungsplan mit allgemeinem, medizinischem und heilpädagogischem Teil) zur Durchführung von Fallbesprechungen innerhalb des Projektteams.
Bei komplexen Konstellationen wird innerhalb des Sozialen Dienstes (Sozialpädagog_innen und Heilpädagog_innen) eine kollegiale Fallberatung durchgeführt.

Von Seiten des Projektpartners wird Interdisziplinarität wie folgt sichergestellt:

- In der Frühförderstelle arbeiten zurzeit eine Logopädin, Ergotherapeutinnen, Physiotherapeutinnen, Heilpädagoginnen, eine Heilerziehungspflegerin, Sozialpädagoginnen und eine Pädagogin. Zusätzlich sind alle Kräfte durch verschiedene Weiterbildungen geschult, z.B. mit heilpädagogischen Zusatzqualifikationen, in den Bereichen systemische Familientherapie,

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Traumapädagogik, Linkshänderberatung, Zirkuspädagogik oder Zwergensprache. Innerhalb des Teams findet ein regelmäßiger Fach- und Fallaustausch statt.

- Unter ärztlicher Verantwortung wird gemeinsam mit der Frühförderstelle und den Eltern die Förder- und Behandlungsplanung durchgeführt. Dazu erfolgt eine Zusammenarbeit mit den niedergelassenen Kinderärzt_innen und kooperierenden Therapeut_innen. Regelmäßig finden von der IFF organisierte Ärztestammtische statt. Darüber hinaus erfolgt mit Einverständnis der Sorgeberechtigten im Sinne des Kindes ein Austausch mit weiteren externen Fachkräften und Einrichtungen wie Kindertagesstätten, Sozialpädiatrischen Zentren, Einrichtungen der Jugendhilfe usw.

Erkenntnis:

Durch die verbindliche Einführung des Teilhabeplanverfahrens im SGB IX wird die Interdisziplinarität (Abstimmung von Leistungen verschiedener Rehabilitationsträger und die gemeinsamen Zielvereinbarungen mit dem Leistungsberechtigten) umfassend sichergestellt.

Die Umsetzung des § 6a Abs. 3 FrühV stellt aktuell für Leistungsträger und für Leistungserbringer eine große Herausforderung dar.

Interdisziplinäre Team- und Fallbesprechungen erfordern personelle, finanzielle und zeitliche Ressourcen. Innerhalb des Modellprojekts werden diese Fallbesprechungen zur Erkenntnisgewinnung genutzt.

Die Dokumentation von Daten und Befunden durch die Nutzung von digitalen Medien, um zeiteffizient zu arbeiten, ist noch nicht zufriedenstellend. Hemmend wirkt sich die EU-Datenschutzgrundverordnung und die damit verbundenen Unsicherheiten bei allen am Prozess Beteiligten aus (siehe auch Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation – Bundesteilhabegesetz Kompakt Teilhabeplanung – Einwilligungserklärung des Antragstellers).

Die Abstimmung und der Austausch mit anderen, das Kind betreuenden Institutionen (innerhalb des Modellprojekts vorrangig Kindertageseinrichtungen), werden zur Bedarfsermittlung genutzt und als Zugewinn gesehen. Die Erweiterung der Sichtweise auf das Kind im Gruppenkontext und damit die Möglichkeit zur Erfassung von interpersonellen Interaktionen und Beziehungen (d 710 bis d 750 in der Peer- Konstellation) sowie die Erfassung Bedeutende Lebensbereiche (d 815 bis d 880) geben ein erweitertes Bild vom Kind. Außerdem wird eine unterschiedliche Einschätzung von Leistung und Verhalten eines Kindes aus der Sicht der Familie und aus der Sicht einer Einrichtung erkennbar.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

5.8.2.2Zugang zur Frühförderung

Niederschwelligkeit

Frage 2.1 (FF) – Ist der niedrigschwellige Zugang zur Frühförderung für Eltern, die ein Entwicklungsrisiko bei ihrem Kind vermuten, in der Praxis erreicht?

Der Zugang zur Frühförderung erfolgt durch die Überweisung des Kinderarztes zur Diagnostik und Anamnese. Dieser stellt im Rahmen der Vorsorgeuntersuchungen Auffälligkeiten in der Entwicklung des Kindes fest. Der größte Teil der Eltern, welche mit ihrem Kind zu Diagnostik und Anamnese in die Frühförderstelle kommen, weiß entweder nur sehr wenig oder gar nichts über die Frühförderung. Einige Eltern werden von der Kindertagesstätte, den Therapeuten (bei schon vorhandenen medizinisch-therapeutischen Leistungen) oder dem Kinderarzt auf die Möglichkeit der Frühförderung hingewiesen, wobei sie selten ausführlich beraten werden. Die meisten Eltern wissen, dass ein Entwicklungstest mit dem Kind erfolgt, allerdings nichts über die mögliche daraus folgende Hilfe zur Frühförderung. Manche Eltern informieren sich vorher in der Frühförderstelle im Rahmen des offenen niedrigschwelligen Beratungsangebots über die Leistung. Den meisten Eltern wird jedoch zu Beginn des Anamnesegesprächs erklärt, was Frühförderung ist.

Ein kleiner Anteil der Eltern, die ihr Kind zur Diagnostik anmelden, weiß, wie die Beantragung und die Förderung ablaufen und kennt teilweise den gesetzlichen Hintergrund. Das sind Eltern, welche selbst schon ein Kind haben, welches Frühförderung bekommt oder bekam, selbst beruflich damit zu tun haben oder Freunde / Verwandte haben, welche Kinder in der Förderung haben.

Erkenntnis:

Ein offenes, niederschwelliges Beratungsangebot steht seit 2018 in Form der ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung (Beratung für Frauen und Männer mit Behinderungen und für ihre Angehörigen) durch den Verein zur Förderung selbstbestimmten Lebens von Frauen mit chronischen Erkrankungen und Behinderungen in Sachsen – Lebendiger leben! e.V. zur Verfügung. Leistungserbringer und Leistungsträger weisen die Eltern auf diese Form der unabhängigen Beratung hin. Die Qualität durch diese Beratungsform kann derzeit noch nicht eingeschätzt werden.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Eingangsdiagnostik und Anamnese

Frage 2.2 (FF) – Wie ist die Eingangsdiagnostik ausgestaltet? Erfolgt diese unter Berücksichtigung der ICF-CY?

Die Eingangsdiagnostik erfolgt nach ET 6-6 R. Ein ICF basiertes Diagnoseinstrument steht nach unserer Erkenntnis derzeit noch nicht zur Verfügung.

„Beim ET 6-6 handelt es sich um ein Verfahren mit zum Zeitpunkt seiner Veröffentlichung relativ aktuellen Normen, das testkonstruktiven Gütekriterien entspricht und 2008 in einer dritten Auflage publiziert wurde. Die Normen wurden an 950 Kindern erhoben. Die Autoren verwenden auch hier das Konzept der „Grenzsteine", d.h. sie wählen für jeden von sechs Entwicklungsbereichen in zwölf Altersgruppen einzelne Fertigkeiten aus, an denen sich beurteilen lässt, ob das untersuchte Kind altersgemäß entwickelt ist oder eine unterdurchschnittliche Entwicklung (Risikobereich) bzw. eine gravierende Entwicklungsabweichung vorliegt. Allerdings variiert die Zahl der Items in einzelnen Bereichen so stark, dass nur eine grobe Orientierung möglich ist und der Test durch weitere Untersuchungen ergänzt werden muss, wenn sich in einem Entwicklungsbereich ein unterdurchschnittliches Ergebnis zeigt."[132]

Der Leistungserbringer reflektiert im Rahmen des Modellprojekts das diagnostische Vorgehen und aktiviert Ressourcen. Förderschwerpunkte und Förderziele werden zunehmend codiert auf der Grund-lage der ICF-CY.

Das Anamnesegespräch erfolgt vorwiegend mit den Müttern der zu diagnostizierenden Kinder auf Grundlage eines gemeinsam erarbeiteten ICF-gestützten Leitfadens. Dieser gibt Handlungsspielraum während der Gesprächsführung.

Erkenntnis:

Zum Symposium Frühförderung wurde bekannt gegeben, dass sich ein ICF gestütztes Diagnostikmaterial derzeit in Erarbeitung / Erprobung befindet. Dies sollte zeitnah den Praxisstellen zur Verfügung stehen.

Erfahrungsaustausch, Praxisübungen und Gespräche sollen eine zunehmende Sicherheit im Projektteam bezüglich Umgang und Anwendung der ICF-CY ermöglichen.

[132] Klaus Sarimski, Handbuch Interdisziplinäre Frühförderung, Reinhardt- Verlag, 2017, S. 62

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Einhaltung von Fristen

Frage 2.3 (FF) – Entscheiden die Träger innerhalb der gesetzlich vorgegebenen Frist (§ 7 FrühV i.V.m. § 14 SGB IX)?

Die Fristen entsprechend § 14 SGB IX können derzeit nicht eingehalten werden. Vor allem die Hospitationen in den Lebenswelten der Leistungsberechtigten zur Bedarfsermittlung und die Erfassung von Wünschen und Bedarfen der Eltern sind zeitintensiv und unterliegen externen nicht beeinflussbaren Faktoren (langfristige Terminvereinbarungen, Absagen wegen Erkrankung des Kindes oder der Bezugsperson bzw. der heilpädagogischen Fachkraft, andere Verhinderungsgründe– Urlaub– …)

Erkenntnis:

Der Prozess vom Antragseingang bis zur Entscheidung über die Leistung sollte hinsichtlich des Zeitaufwands kritisch betrachtet und überprüft werden. Es stellt sich die Frage, inwieweit das Verfahren überhaupt innerhalb der vom Gesetzgeber vorgesehenen Fristen durchführbar ist. Dafür werden der Teilhabeverfahrensbericht und die eigene Erfassung zukünftig Erkenntnisse bieten. Des Weiteren wird der bisherige Verfahrensablauf kritisch betrachtet und neue Wege zur Einhaltung von gesetzlich vorgegebenen Fristen im Projekt erprobt.

5.8.2.3Elternberatung in der Frühförderung

Beratungsangebote

Frage 3.1 (FF) – Wie gestaltet sich die Umsetzung der Elternberatung nach § 5 Abs. 2 FrühV sowie die der weiteren Leistungen im Sinne des § 6a FrühV? Stehen den Eltern offene, niedrigschwellige Beratungsangebote zur Verfügung?

Folgende Beratungsangebote stehen den Eltern zur Verfügung:

- Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung durch den Verein Lebendiger leben! e.V.
- Beratung durch Kindertagesstätten und Familienzentren
- Beratung durch den Träger der Eingliederungshilfe § 106 SGB IX

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

- Beratung während des Gesamtplanverfahrens, da Eltern immer beteiligt sind, z.B. im Anschluss an Diagnostik und Anamnese, beim Gespräch zur Bedarfsermittlung, bei der Zielformulierung
- offene niederschwellige Beratung des Leistungserbringers
- Beratung zum Zeitpunkt der Kontaktaufnahme mit der Frühförderstelle (telefonisch, persönlich, per E-Mail)
- Beratung innerhalb der Fördereinheiten
- Beratung im Förderverlauf

Methoden der Elternberatung, Elternunterstützung und Elternbegleitung

Frage 3.2 (FF) – Wie werden Eltern beraten, unterstützt und begleitet?

Die Mitarbeitenden der Frühförderstelle sind um den Aufbau einer tragfähigen, partnerschaftlichen Beziehung zu den Eltern und zur ganzen Familie bemüht. Sie beraten und begleiten die Eltern und die gesamte Familie in Fragen des Zusammenlebens mit dem auffälligen / behinderten Kind und helfen bei der emotionalen Bewältigung von Problemen, die mit der Behinderung des Kindes und deren Auswirkungen auf das familiäre Leben in Verbindung stehen.
Die Eltern erhalten wichtige Informationen über die vorliegende Entwicklungsbeeinträchtigung oder Behinderung, über mögliche (u.U. zusätzliche) Fördermaßnahmen, aber auch über sozialrechtliche und finanzielle Fragen. Des Weiteren berät die Frühförderstelle nach Auslaufen der Förderung über die Notwendigkeit und Art weiterführender Maßnahmen durch andere Institutionen (z.B. beim Schuleintritt).
Durch gezielte Anleitung und Beratung der Eltern kann die Umsetzung der Förderziele in den familiären Alltag realisiert und somit die Wirksamkeit der Frühfördermaßnahmen wesentlich erhöht werden.
Bei der Klärung der Verordnung notwendiger alltagserleichternder Maßnahmen und Hilfsmittel (z.B. Rollstühle, Sitzschalen, Therapiegeräte etc.) werden die Eltern von den Mitarbeitenden der Frühförderung unterstützt.

Mobile Frühförderung

Frage 3.3 (FF) – Wie wird die mobile Form der Frühförderung umgesetzt?

Entsprechend § 6a Abs. 4 FrühV werden Frühförderleistungen durch den Projektpartner vorwiegend in mobiler Form (in der Häuslichkeit des Kindes) erbracht. Zur Förderung der Kinder in Kleingruppen könnten Leistungsberechtigte in

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

die Frühförderstelle kommen, diese Form der Förderung wird derzeit innerhalb des Modellprojekts nicht in Anspruch genommen.

5.8.2.4 Bedarfsermittlung und Bedarfsfeststellung in der Frühförderung

Bedarfsermittlungsinstrumente

Frage 4.1 (FF) – Wie erfolgen Bedarfsermittlung und Bedarfsfeststellung in der Frühförderung?

Ein wissenschaftliches Gutachten der Universität Dresden zu Hilfebedarfsermittlungsverfahren im Jahr 2018 war handlungsleitend für die Auswahl des Bedarfsermittlungsinstruments für Sachsen.
„Der ITP (Integrierter Teilhabeplan) steht für eine prozess- und dialogorientierte Ermittlung von Teilhabebedarfen von Menschen mit Beeinträchtigungen. Die Bezeichnung „Integriert“ steht dabei für die Einsicht, dass vielfältige Wechselwirkungsprozesse zwischen Person, Lebenslage und Sozialraum existieren. Insbesondere haben sowohl die Organisationsformen der professionellen Hilfen (Leistungserbringer) wie auch die Finanzierung und deren Organisationsformen (Leistungsträger) in ihrem Verwaltungshandeln Einfluss auf die Ermittlung von Bedarf […]. [Die] Bedarfsermittlung muss damit gewissermaßen eine Brücke darstellen, in der verschiedene Angaben zusammengeführt werden. Funktional muss verbunden werden:

1. Erarbeitung der persönlichen Teilhabeziele, Einschätzung der Fähigkeiten und Beeinträchtigungen und der Umfeldbedingungen, damit diese Ziele angegangen werden können (funktionale Berücksichtigung der Wechselwirkungen zwischen Gesundheitsstörungen, Aktivitäten, Teilhabe, Umwelt und personenbezogenen Faktoren – Bezug ist hier die Internationale Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit, ICF-Konzept), Umsetzung des Prozesses der Teilhabeplanung im Dialog.
2. Erarbeitung von Dienstleistungen bzw. Arbeitsanteilen von Einrichtungen und Diensten sowie privaten wie ehrenamtlichen Beteiligten auf der Basis von Zielen und Wünschen der Leistungsberechtigten.
3. Trägerübergreifende Koordinierung und Abstimmung zwischen Teams, Einrichtungen und verschiedenen Angebotsbereichen (z.B. Wohnen/Arbeiten) und Anspruchsebenen (Teilhabe an z.B. Arbeit /Behandlung/Begleitung/Pflege).
4. Sicherung der Grundlage für eine inhaltlich angemessene, zeitbezogene, zielgruppenübergreifende und leistungsträgerübergreifende

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Finanzierungsgrundlage (Auflösung der unterschiedlichen Finanzierung stationär/ambulant, regelhafte Einbeziehung Persönlicher Budgets).

5. Das Monitoring solcher Dokumente kann dann auch eine regionale Abstimmung der Bedarfe abbilden und zur Grundlage einer teilhabeorientierten regionalen Steuerung werden.

Der Zeitbezug und die Absicherung der Finanzierung einer solchen Bedarfsermittlung ist wichtig: Nur so können Antragstellende selbst eine Einschätzung gewinnen, in welchem Umfang und wo sie begleitet und unterstützt werden. Fachkräfte müssen einschätzen können, in welchem Umfang und für was genau sie tätig werden. Für Leistungserbringer wie Leistungsträger ist die Inanspruchnahme von Mitarbeiterzeit der mit Abstand wichtigste Kostenfaktor."[133]

Erkenntnis:

Der Gastbeitrag von Frau Prof. Gromann stellt die Grundlage der Bedarfsermittlung im Rahmen unseres Modellprojekts dar. Auf inhaltliche und materiell-organisatorische Herausforderungen kann erst zu einem späteren Zeitpunkt eingegangen werden, da im Moment zu wenige Erkenntnisse vorliegen und die verbindliche Einführung des ITP SACHSEN in Sachsen erst im Januar 2020 erfolgt.

Weitere Möglichkeiten zur Ermittlung von Bedarfen

Frage 4.2 (FF) – Werden entsprechende Bedarfsermittlungsinstrumente flächendeckend genutzt? Welche Schwierigkeiten ergeben sich in der Anwendung der Instrumente?

Im Rahmen des Modellprojekts wurden aufgrund nicht verbindlich vorhandener Bedarfsermittlungsinstrumente eigene Materialien zur Ermittlung von Bedarfen erstellt. Diese werden derzeit angewendet und hinsichtlich ihrer Wirksamkeit überprüft.

1. Die Überarbeitung einer Gesprächsvorlage für die Erfassung und Dokumentation von Angaben aus dem Anamnesegespräch erfolgte gemeinsam mit dem Projektpartner. Dabei wurden neue Sichtweisen (wie etwa die ICF- basierte Ermittlung) berücksichtigt.
2. Der Leistungsträger stellt umfängliche Möglichkeiten (Raum und Zeit) für den Leistungsberechtigten zur Verfügung, um gemeinsam Wünsche und Bedürfnisse zu erfassen und Ressourcen aufzuspüren. Es wurde ein

[133] Umsetzungsbegleitung BTHG, Der Integrierte Teilhabeplan „ITP" als Bedarfsermittlungsinstrument in mehreren Bundesländern, Frau Prof. Dr. Petra Gromann, 05.Dezember 2018

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Gesprächsleitfaden entwickelt, der gleichzeitig als Dokumentationsvorlage dient.

3. Möglichkeiten zur Erfassung von Bedarfen der Kinder entsprechend ihres Entwicklungsstands werden derzeit erstellt und zukünftig zu Hospitationen in den Lebenswelten erprobt.
4. Die Ermittlung von Bedarfen in den Lebenswelten stellt eine Bereicherung bezüglich eines umfänglichen Bildes vom Kind dar. Insbesondere während den Hospitationen in den Kitas können Einschätzungen in den Bereichen Interpersonelle Interaktionen und Beziehungen und Bedeutende Lebensbereiche ermittelt werden. Im Rahmen der Komplexleistung (Einzelförderung) stehen diesbezüglich nur begrenzte Möglichkeiten zur Verfügung. Auch die Einschätzung der Fachkräfte im anschließenden Gespräch erweitert das Bild vom Kind im Gruppenkontext.

Erkenntnis:

Die Ermittlung von Bedarfen in verschiedenen Lebens- und Tätigkeitsorten ist entscheidend für die Entwicklung von angemessenen Unterstützungsleistungen für das Kind. Da es selbst nur bedingt Wünsche und Bedarfe benennen kann, ist das soziale Umfeld maßgeblich am Prozess beteiligt. Zukünftig wird der Fokus im Rahmen des Modellprojekts auf Möglichkeiten und Grenzen der Bedarfsermittlung gemeinsam mit dem Kind gelegt.

5.8.2.5 Verhältnis Förder- und Behandlungsplan zum Teilhabe-/Gesamtplanverfahren

Grundlagen / Verfahrensschritte

Frage 5.1 (FF) – Wie sieht die Praxis das Verhältnis von Förder- und Behandlungsplan nach § 7 FrühV zum Teilhabe-/ Gesamtplan? Sind die Verfahrensschritte zur Umsetzung des Förder- und Behandlungsplans sowie des Teilhabe-/Gesamtplanverfahrens praxistauglich und werden sie berücksichtigt?

Der Förder- und Behandlungsplan nach § 7 FrühV wird als Bestandteil der Landesrahmenvereinbarung derzeit überarbeitet und liegt noch nicht verbindlich vor.
Der Integrierte Teilhabeplan als zukünftiges Bedarfsermittlungsinstrument in Sachsen soll nach Aussagen des Kommunalen Sozialverbandes mit dem Gesamtplan verknüpft werden. Derzeit wird an der technischen Umsetzung gearbeitet.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

. Die Erkenntnisse aus der Bedarfsermittlung mit Eltern und Kind sowie aus Gesprächen mit (heil)pädagogischen Fachkräften in der Kita werden im Förder- und Behandlungsplan nicht mit erfasst.

Erkenntnis:

Ergebnisse zu diesem Punkt können erst zu einem späteren Zeitpunkt geliefert werden.

Ausgestaltung von Übergängen

Frage 5.2 (FF) – Wie sind altersmäßige Übergange ausgestaltet (Kleinkindalter–Kita; Kita–Schule)?

Die Erfassung der Leistungsberechtigten innerhalb des Modellprojekts erfolgt nach Neufällen, das heißt bestehende Fälle werden nicht in die Erprobung einbezogen. Das bedeutet wiederum, dass aktuell kein Fall bezüglich Ausgestaltung von Übergängen betrachtet werden kann.
Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Thema und die Analyse der Erfahrungen des Projektteams geben die Möglichkeit zur Erarbeitung eines Leitfadens, um diesen zu einem späteren Zeitpunkt nutzen zu können.

Vereinbarung von Entgelten

Frage 6.1 (FF) – Gibt es Schwierigkeiten bei der Vereinbarung der Entgelte für die Komplexleistung Frühförderung?
Werden die Regelungen zur pauschalierten Aufteilung der nach § 46 Absatz 4 Nummer 4 SGB IX vereinbarten Entgelte für Komplexleistungen in der Praxis umgesetzt oder gibt es ein anderes System (§ 46 Abs. 5 SGB IX)?

Zu § 46 Abs. 5 SGB IX können derzeit noch keine Angaben gemacht werden, da die Beratungen auf Länderebene bezüglich Aufteilung von Entgelten (therapeutische und heilpädagogische Leistungen als Komplexleistungen) andauern und noch kein abschließendes Ergebnis vorhanden ist.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

5.8.3 Herausforderungen innerhalb der modellhaften Erprobung

Im Projektverlauf steht das Modellprojekt bei folgenden Themen vor Herausforderungen:

- **Gesamtplanung auf der Basis der ICF-CY in der Frühförderung**

Die ICF dient als gemeinsame Sprache in der Bedarfsermittlung und in der Zielvereinbarung. Dazu nehmen wir als Projektteam Weiterbildungen wahr und üben uns in der Anwendung der ICF. Gemeinsame Arbeitstreffen werden genutzt, um Fallbeispiele zu codieren.

- **Zielformulierungen mit der Familie § 122 SGB IX**

Aktuell beschäftigt sich das Projektteam mit den Zielformulierungen in Theorie und Praxis. Die gemeinsame Formulierung mit der Familie führt teilweise zu Verwirrungen bei den Sorgeberechtigten, da diese Vorgehensweise bisher keine Anwendung fand.
Von Seiten des Leistungsträgers erfordert es ein Umdenken, um eine gemeinsame sprachliche Basis zu finden, Weiterbildungen im Bereich leichte Sprache / einfache Sprache sind gegebenenfalls erforderlich.
Gemeinsam mit allen Fachkräften, dem Leistungsberechtigten und deren Sorgeberechtigten wird die Zielfindung und die gemeinsame Zielformulierung erprobt.

- **Erprobung des Bedarfsermittlungsinstruments ITP Sachsen § 13 SGB IX- Instrumente zur Ermittlung des Rehabilitationsbedarfs**

Im Rahmen des Modellprojekts wird das Bedarfsermittlungsinstrument ITP Sachsen, veröffentlicht im Sächsischen Amtsblatt, Sonderdruck Nr. 3/2019 vom 09. April 2019, bezüglich Einsatz und Wirkungsweise in der Frühförderung erprobt.

- **Sichtung wissenschaftlicher Arbeiten**

Zur Verfügung stehende wissenschaftliche Arbeiten und Forschungsberichte (z.B. Olaf Kraus de Camargo, Manfred Pretis, Armin Sohns und andere) werden zum Erkenntnisgewinn genutzt. Weiterbildungen und Fachdiskussionen sind ein wichtiger Bestandteil der täglichen Arbeit.

- **Möglichkeiten zur Bedarfserfassung mit Kindern unter 6 Jahren entsprechend §8 SGB IX – Wunsch- und Wahlrecht des Leistungsberechtigten**

„Nicht ohne uns – über uns“ das ist ein verbindlicher Grundsatz, auch in der Frühförderung. Im Rahmen des Projektes werden Möglichkeiten und Grenzen der Erfassung von Wünschen und Bedarfen mit den Leistungsberechtigten aufgezeigt und erprobt.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

- **Umsetzung § 91 SGB IX – Nachrang der Eingliederungshilfe**

Eine Abgrenzung zwischen therapeutischen und heilpädagogischen Leistungen gestaltet sich schwierig, vor allem bei jüngeren Kindern.
„Nicht jedes Kind hat im gleichen Alter die gleichen Fähigkeiten. Manche Kinder entwickeln sich rascher, andere langsamer. Manche Kinder sind in einem Entwicklungsbereich (z.B. Sprache) weiter als in einem anderen (z.B. Laufen). Manche Kinder zeigen zeitweilig langsame, dann wieder rasche Fortschritte in einem oder mehreren Entwicklungsbereichen. All dies ist normal.“[134]
Folglich ist eine detaillierte Bedarfserhebung von Seiten des Leistungsträgers mit Unterstützung des Leistungserbringers vorzunehmen.

- **Gegenüberstellung alterstypische Teilhabeaspekte – Einschätzung von Teilhabebeeinträchtigungen**

Um Teilhabebeeinträchtigungen entsprechend § 2 SGB IX – Begriffsbestimmungen– und entsprechend § 90 SGB IX – Aufgabe der Eingliederungshilfe – einschätzen zu können und daraus Bedarfe ermitteln zu können, sollten relevante Teilhabeaspekte für Kleinkinder und deren Familien herausgefunden werden.

- **Einbeziehung anderer Bereiche in die Teilhabeplanung (Körperfunktionen)**

Derzeit werden bei der Ermittlung von Teilhabeeinschränkungen die Lebensbereiche Aktivitäten und Partizipation und Kontextfaktoren betrachtet. Im Rahmen der Komplexleistung könnten auch die Bereiche Körperfunktionen und Körperstrukturen relevant werden, dieser Ansatz soll zukünftig mit betrachtet werden.

[134] https://www.kita-gesundheit.de/entwicklung/entwicklungsgrundlagen/ recherchiert am 02.05.2019

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Anlage 5

INSTITUT FÜR SOZIALFORSCHUNG UND GESELLSCHAFTSPOLITIK

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Untersuchung der jährlichen Einnahmen und Ausgaben bei den Leistungen der Eingliederungshilfe nach Art. 25 Absatz 4 BTHG (Finanzuntersuchung)

im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

Zweiter Zwischenbericht

Köln, den 06.12.2019

ISG Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH

Bearbeitung:

Dr. Dietrich Engels, Claudius Garten, Alina Schmitz, Lisa Huppertz

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Inhalt

1. Einleitung ... 3
2. Überblick zum Stand der Bearbeitung ... 4
3. Vermögensheranziehung im Rahmen der Eingliederungshilfe – Auswertung der von März bis April 2019 erhobenen Daten ... 6
3.1 Methodik ... 6
3.2 Beschreibung der Stichprobe ... 8
3.3 Deskriptive Auswertung der Dokumentationen zur Vermögensheranziehung ... 9
3.4 Berechnung der Be- und Entlastungen der Leistungsträger infolge des BTHG ... 13
4. Erste Ergebnisse eines Statistikabgleichs zur Anrechnung von Einkommen ... 15
5. Ergebnisse der Befragung der Träger der Eingliederungshilfe im Frühjahr und Sommer 2019 ... 18
5.1 Einleitung ... 18
5.2 Beschreibung der Stichprobe und des Hochrechnungsfaktors ... 18
5.3 Budget für Arbeit ... 21
5.4 Andere Leistungsanbieter ... 25
5.5 Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft und zur Teilhabe an Bildung ... 27
5.6 Teilhabeplanverfahren und Gesamtplanverfahren ... 30
5.7 Frauenbeauftragte und Werkstatträte ... 40
6. Überlegungen zur Ermittlung einer Effizienzrendite ... 42
6.1 Im BTHG vorgesehene Maßnahmen zur Einsparung in der Eingliederungshilfe ... 42
6.2 Untersuchungen zur Auswirkung erweiterter Planungsverfahren ... 43
6.3 Methoden zur Erhebung der Einsparungen in der Eingliederungshilfe ... 44
7. Ausblick auf das weitere Vorgehen ... 46
8. Anhang ... 47
8.1 Abbildungsverzeichnis ... 47
8.2 Tabellenverzeichnis ... 47
8.3 Erhebungsinstrumente ... 49

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

1. Einleitung

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) hat das ISG Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH mit dem Forschungsvorhaben „Untersuchung der jährlichen Einnahmen und Ausgaben bei den Leistungen der Eingliederungshilfe nach Art. 25 Absatz 4 BTHG (Finanzuntersuchung)“ beauftragt. Die Untersuchung hat im Sommer 2018 begonnen und ist bis zum 30.11.2022 abzuschließen.

Das im Dezember 2016 verabschiedete Bundesteilhabegesetz (BTHG) umfasst eine Reihe von gesetzlichen Veränderungen, die insgesamt darauf abzielen, die Forderungen der UN-Behindertenrechtskonvention umzusetzen und Menschen mit Behinderungen eine gleichberechtigte Teilhabe am politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben zu ermöglichen. Neben einer Verbesserung der Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen ist in finanzieller Hinsicht ein weiteres Ziel des BTHG, die Steuerungsfähigkeit der Eingliederungshilfe zu verbessern, um keine neue Ausgabendynamik entstehen zu lassen und den in den vergangenen Jahren erfolgten Ausgabenanstieg in der Eingliederungshilfe zu bremsen. Zu den Kostenfolgen des BTHG hat das BMAS eine Kostenschätzung vorgenommen. Der Bundesrat hat die Sorge geäußert, dass die finanziellen Auswirkungen des Gesetzes die geschätzten Beträge überschreiten und zu einer höheren Belastung der Länder führen könnten. Die Verbände von Menschen mit Behinderungen äußerten dagegen die Befürchtung, dass eine Begrenzung des Ausgabenanstiegs zu Lasten der mit dem Gesetz vorgesehenen Verbesserungen für Menschen mit Behinderungen gehen könnte. Daher hat die Bundesregierung eine Überprüfung der finanziellen Auswirkungen der Reform zugesagt und in Artikel 25 Absatz 4 BTHG festgelegt:

> „Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales untersucht in den Jahren 2017 bis 2021 die Entwicklung der jährlichen Einnahmen und Ausgaben bei den Leistungen der Eingliederungshilfe auf der Grundlage der Bundesstatistik und von Erhebungen bei den Trägern der Eingliederungshilfe, die im Einvernehmen mit den Ländern durchgeführt werden“ (Art. 25 Satz 4 BTHG).

Gegenstand dieser Überprüfung sind „insbesondere die finanziellen Auswirkungen der

1. verbesserten Einkommens- und Vermögensanrechnung,
2. Einführung des Budgets für Arbeit und der anderen Leistungsanbieter,
3. neuen Leistungskataloge für die soziale Teilhabe und die Teilhabe an Bildung,
4. Trennung der Fachleistungen der Eingliederungshilfe von den Leistungen zum Lebensunterhalt,
5. Einführung eines trägerübergreifenden Teilhabeplanverfahrens sowie
6. Einführung von Frauenbeauftragten in den Werkstätten für behinderte Menschen.“

Diese Überprüfung soll sowohl auf der Ebene des Bundes als auch der Länder durchgeführt werden.

Der vorliegende zweite Zwischenbericht gibt einen Überblick zum Sachstand der Bearbeitung und zu den Ergebnissen der im Jahr 2019 durchgeführten Erhebungen.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Im Einzelnen enthält er

- einen Überblick zum Stand der Bearbeitung,
- Ergebnisse der ersten Dokumentation der Einkommens- und Vermögensanrechnung im März und April 2019,
- erste Ergebnisse eines Statistikabgleichs zur Anrechnung von Einkommen,
- Ergebnisse der Trägerbefragung im Sommer 2019,
- Überlegungen zur Ermittlung einer Effizienzrendite sowie
- einen Ausblick auf das weitere Vorgehen.

2. Überblick zum Stand der Bearbeitung

Die Beauftragung des ISG erfolgte im Juli 2018. Bis zum ersten Zwischenbericht im Oktober 2018 wurden folgende Arbeitsschritte durchgeführt:

- Auftaktbesprechung mit dem Auftraggeber (26.08.2018)
- Gewinnung der Unterstützung der Spitzenverbände der Sozialhilfeträger (seit August 2018)
- Auftaktveranstaltung mit Ländervertretern, der BAGüS und den kommunalen Spitzenverbänden (10.09.2018)
- Konstitution des projektbegleitenden Beirats (ab September 2018)
- Ausarbeitung des Erhebungsinstruments für die erste Teiluntersuchung und Aufbau einer Trägerstichprobe zur Durchführung (ab September 2018)
- Auftaktbesprechung mit Vertretern des Statistischen Bundesamts (Oktober 2018).

Im weiteren Projektverlauf wurden die erste Beiratssitzung, die erste Einkommens- und Vermögensdokumentation und die erste Trägerbefragung durchgeführt. Dies umfasste im Einzelnen folgende Arbeitsschritte:

- Konzeption und Durchführung der ersten Beiratssitzung (12.12.2018)
- Test des Dokumentationsinstruments zu TU 1 mit der Trägerstichprobe, Überarbeitung des Instruments und der Erläuterungen; Durchführung der ersten Dokumentationsrunde (01.03. bis 30.04.2019); Auswertung der Erhebungsdaten (Juni bis August 2019)
- Entwurf eines Erhebungsinstruments für eine Trägerbefragung zu den Untersuchungsteilen 2 bis 5 (ab Januar 2019)
- Diskussion des Erhebungsinstruments für die Trägerbefragung mit einem Expertenkreis im Emailverfahren (März bis Mai 2019) und in einem Fachgespräch im BMAS am 17.4.2019

- Diskussion der methodischen Möglichkeiten zur Abschätzung einer „Effizienzrendite“ (mit Konzeptpapieren der BAGüS, des BMAS und des ISG; seit März 2019)
- Versand des Fragebogens mit Anschreiben und einem Empfehlungsschreiben von DST, DLT und BAGüS (26.05.2019)
- Auswertung der Trägerbefragung und Berichterstellung (August bis September 2019)
- Entwurf von Fragebögen zur Befragung von Beziehern eines Budgets für Arbeit, Arbeitgebern, anderen Leistungsanbietern und deren Beschäftigten (Juli bis August 2019)
- Beginn der zweiten Dokumentationsrunde der Teiluntersuchung 1 in den Monaten September und Oktober 2019 mit Versand des (leicht überarbeiteten) Dokumentationsinstruments (26.08.2019)
- Vorbereitung und Durchführung der zweiten Beiratssitzung (18.09.2019).

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

3. Vermögensheranziehung im Rahmen der Eingliederungshilfe – Auswertung der von März bis April 2019 erhobenen Daten

Im Rahmen der ersten Teiluntersuchung der Finanzuntersuchung zu den Auswirkungen des BTHG werden die Belastungen und Entlastungen der Leistungsträger aufgrund der veränderten Vermögensanrechnung untersucht. Diese sind bei den Trägern der Eingliederungshilfe zu erheben, indem die Bearbeiter, die für die Prüfung der zustehenden Leistungen der Eingliederungshilfe und Existenzsicherung zuständig sind, die relevanten Fälle dokumentieren. „Relevant“ sind in diesem Zusammenhang neue Leistungsfälle und zur Bearbeitung neu aufgerufene Bestandsfälle, in denen (a) Leistungen der Eingliederungshilfe erbracht wurden, bei denen eine Heranziehung von Einkommen und Vermögen in Betracht kommt (insbesondere Hilfe zum selbstbestimmten Leben in betreuten Wohnmöglichkeiten) und in denen (b) ein Vermögen vorhanden ist, das zwischen der alten Vermögensgrenze von 2.600 EUR und der neuen Vermögensgrenze von 30.000 EUR liegt.

3.1 Methodik

Zu diesem Zweck wurden bundesweit 34 örtliche und überörtliche Träger darum gebeten, die oben genannten Fälle zu dokumentieren. In der Auswahlgesamtheit sind bei örtlicher Trägerschaft mindestens zwei Kreise oder kreisfreie Städte pro Bundesland enthalten. Bei überörtlicher Trägerschaft in einem Land wurden entweder alle Fälle im Zuständigkeitsbereich des Trägers dokumentiert oder aber nur Fälle in ausgewählten kreisfreien Städten und Landkreisen aus dem Zuständigkeitsbereich dokumentiert.

Für die Berechnung der Nettoleistungen der Eingliederungshilfe wurde von dem Bruttobetrag das für die Eingliederungshilfe anzurechnende Einkommen abgezogen. Das anzurechnende Einkommen für die existenzsichernden Leistungen wurde dagegen nicht erhoben. Daher wurden vom Einkommen zuerst das für die Eingliederungshilfe anzurechnende Einkommen und der Freibetrag für existenzsichernde Leistungen abgezogen. Dieser liegt bei 30% des Einkommens bzw. maximal bei 50% der Regelbedarfsstufe 1, was 212 EUR im Jahr 2019 entspricht. Der verbleibende Restbetrag wurde von der Summe der einkommensabhängigen existenzsichernden Leistungen der Grundsicherung und der Hilfe zum Lebensunterhalt abgezogen.

> Durch dieses Vorgehen werden die abweichenden Freibeträge für Menschen in WfbM nicht berücksichtigt. Das anzurechnende Einkommen für Werkstattbeschäftigte mit Bezug von Grundsicherung lag, bezogen auf das mittlere Arbeitsentgelt im Jahr 2016 von 154 EUR, bei 51 EUR (BAG WfbM 2018). Der Freibetrag beträgt in diesen Fällen faktisch also etwa zwei Drittel des Arbeitsentgelts, so dass aufgrund der für diese Auswertung verwendeten Berechnung die Freibeträge bei Werkstatteinkommen eher unterschätzt werden. Unabhängig davon, ob ein Nettobezug existenzsichernder Leistungen vorlag, wurde die Blindenhilfe auf den Nettobetrag aufgeschlagen, da diese Leistung einkommensunabhängig erfolgt.

Für die Berechnung der Nettoleistungen mussten in 30% der Fälle Einkommen geschätzt werden, da nicht das aktuelle, vom ISG bereitgestellte Erhebungsinstrument verwendet wurde, in das die Einkommen einzutragen waren.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Dazu wurden mit den Fällen, in denen die Angaben für das Einkommen und die existenzsichernden Leistungen vorlagen, zwei multiple lineare Regressionen zur Vorhersage gerechnet. Im ersten Modell wurden die Grundsicherung, die Hilfe zum Lebensunterhalt und ein Interaktionsterm beider Variablen als Vorhersage für das Einkommen verwendet. Mit diesem Modell wurde anhand der Fälle, die kein anrechenbares Einkommen für die Eingliederungshilfe haben, das Einkommen für entsprechende Fälle mit fehlenden Werten anhand der Modellparameter geschätzt. Für Fälle mit anrechenbaren Einkommen für die Eingliederungshilfe wurde das Schätzmodell um das anrechenbare Einkommen als unabhängige Variable erweitert. Durch die Verwendung von zwei Modellen sollte verhindert werden, dass das Einkommen für die Fälle ohne anrechenbares Einkommen durch das lineare Regressionsmodell überschätzt wird. Das Modell für die Fälle ohne anrechenbares Einkommen konnte 37% der Varianz des Einkommens erklären. Das Modell für Fälle mit anrechenbarem Einkommen konnte sogar 51% der Varianz des Einkommens erklären. Das bedeutet, dass die Modelle eine relativ gute Anpassung haben und somit als geeignet für die Vorhersage von fehlenden Werten erachtet werden. Das durchschnittliche geschätzte Einkommen liegt unterhalb des mittleren Einkommens der Fälle mit vollständigen Angaben. Diese Abweichung ist konsistent mit der Beobachtung, dass die Fälle mit fehlenden Werten für das Einkommen einen höheren Bedarf an existenzsichernden Leistungen haben. Somit kann davon ausgegangen werden, dass die Schätzungen für die vorgesehenen Hochrechnungen geeignet sind.

Außerdem wurden die Bezüge von existenzsichernden Leistungen ausdifferenziert. Wurden in einem Fall existenzsichernde Leistungen angegeben, obwohl das verfügbare Vermögen über 5.000 EUR lag, so wurde davon ausgegangen, dass für diese Fälle Leistungen als erweiterte Hilfe entweder als Darlehen nach § 91 Abs. 1 SGB XII oder nach dem Bruttoprinzip für Leistungen in stationären Einrichtungen nach § 92 SGB XII erbracht wurden (im Folgenden werden Darlehen und Bruttoleistungen als „erweiterte Hilfen“ zusammengefasst).

Ausgehend von den erhobenen und aufbereiteten Daten der Träger sollen die jährlichen Mehrausgaben aufgrund der neuen Regelungen der Vermögensheranziehung geschätzt werden. Eine Hochrechnung der jährlichen finanziellen Auswirkungen der veränderten Vermögensanrechnung geht so vor, dass die Beträge einer Heranziehung für die einzelnen Leistungen nach dem bis Jahresende 2016 geltenden Recht berechnet werden. Dieser Betrag wird mit der Dauer multipliziert, die ein Leistungsbezieher nach altem Recht herangezogen worden wäre – maximal jedoch bis zum Ende des Jahres. In den Fällen, die existenzsichernde Leistungen als erweiterte Hilfe erhielten, wird von dem Betrag noch einmal der Anteil abgezogen, der nach neuem Recht weiterhin vom Träger der Sozialhilfe zurückgefordert wird.

Die Stichprobe von Trägern soll zur Hochrechnung der Mehrausgaben aller Träger auf Bundesebene verwendet werden. Dafür werden Hochrechnungsfaktoren für mehrere Ebenen gebildet: als erstes auf Fallebene, dann auf der Ebene des Trägers im Bundesland und schließlich auf der Ebene des Bundes. Fälle, in denen eine Heranziehung auch über ein Jahr hinaus möglich gewesen wäre, bekommen ein stärkeres Hochrechnungsgewicht in Abhängigkeit von ihrer Dauer als Selbstzahler. Jeder dokumentierte Fall hat für diese Gewichtung zunächst den Wert 1. Mit jedem Monat, den dieser Fall im nächsten Jahr Selbstzahler geblieben wäre, kommt zu dem Gewichtungsfaktor ein Zwölftel hinzu. Damit wird berücksichtigt, dass in einem Jahr bereits Fälle existieren, deren Antrag nicht geprüft wurde, die aber gleichzeitig zur Heranziehung geeignet gewesen wären. Die Fälle müssen außerdem auf das Jahr hochgerechnet werden. Da die Dokumentationen über einen Zeitraum von zwei Monaten stattfanden, wird

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

eine Gewichtung von 6 verwendet, um alle Monate des Jahres abzudecken, so dass ein Fall im Dokumentationszeitraum repräsentativ für 6 Fälle im gesamten Jahr steht.

Für die Hochrechnung auf Länderebene wird die Anzahl der Leistungsbezieher der Eingliederungshilfe pro Bundesland aus der Sozialhilfestatistik des Jahres 2017 ins Verhältnis zu den Leistungsbeziehern aller Träger der Stichprobe aus einem Bundesland im Jahr 2018 gesetzt. Wenn dieser Wert beispielsweise 5 beträgt, bedeutet das, dass ein Fall des Trägers repräsentativ für 5 Leistungsbezieher aus dem Bundesland steht.[1] Dadurch soll die Überrepräsentation von Trägern der Stichprobe korrigiert werden, die sehr viele Fälle dokumentiert haben. Ergänzend zur Anzahl aller Leistungsbezieher der Eingliederungshilfe wird in einer zweiten Hochrechnung nach dem oben beschrieben Vorgehen die Zahl der Bezieher von Leistungen zum Wohnen verwendet, da dies die quantitativ wichtigste Leistung ist, bei der Vermögen herangezogen werden.

Für die Länder, aus denen kein Träger der Eingliederungshilfe Daten beisteuern konnte, wird anhand der teilnehmenden Träger aus anderen Bundesländern die Anzahl der Empfänger und Höhe der Hilfen geschätzt. Dafür wird die Zahl aller Leistungsbezieher der Eingliederungshilfe in Deutschland ins Verhältnis gesetzt zur Zahl der Leistungsbezieher, die durch die Träger in der Stichprobe repräsentiert werden. Somit stehen die Fälle nun nicht nur repräsentativ für das Bundesland, in dem der Träger ansässig ist, sondern auch für die Fälle, die in anderen Bundesländern nicht erhoben wurden.

3.2 Beschreibung der Stichprobe

Von den 34 angeschriebenen Trägern reichten 25 Träger aus 15 Bundesländern insgesamt 437 dokumentierte Fälle ein. Bei drei Trägern waren keine Fälle geprüft worden, die für die Dokumentation relevant waren. Ein Träger hatte keine verwertbaren Angaben geliefert. Als Grundlage der folgenden Ergebnisdarstellung wurden daher die Daten von 370 Fällen der 21 Träger ausgewertet, deren Dokumentationen vollständig waren, den obenstehenden Kriterien (a) und (b) entsprachen und im Zeitfenster von zwei Monaten geprüft worden waren. Nicht vertreten sind in dieser Auswertung Träger aus Brandenburg, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern.

Die 370 Fälle, deren Daten innerhalb dieser zwei Monate erfasst wurden, entsprechen unter der Annahme, dass dieser Zeitraum für den Verlauf des Gesamtjahres nicht ungewöhnlich ist, 2.220 Dokumentationen pro Jahr. Laut eigener Angabe gab es bei allen Trägern insgesamt 115.367 Leistungsbezieher der Eingliederungshilfe, darunter bezogen 66.824 Personen Hilfe zum selbstbestimmten Leben in betreuten Wohnmöglichkeiten. Gemessen daran entsprechen 2.220 Dokumentationen rd. 2% aller Leistungsbezieher bzw. 3% der Bezieher von Hilfen zum selbstbestimmten Leben in betreuten Wohnmöglichkeiten. Bezogen auf die Sozialhilfestatistik

[1] Der Wert liegt unter 1, wenn die Träger der Stichprobe für alle Fälle in einem Bundeslandzuständig sind und die Anzahl der Leistungsbezieher zugenommen hat.

des Jahres 2017 entsprechen die Leistungsbezieher im Zuständigkeitsbereich der an der Erhebung beteiligten Träger 15% der Gesamtzahl an Leistungsbeziehern der Eingliederungshilfe in Deutschland bzw. 17% der Leistungsbezieher von Hilfen in betreuten Wohnmöglichkeiten.

3.3 Deskriptive Auswertung der Dokumentationen zur Vermögensheranziehung

In Tabelle 1 sind die durchschnittlichen Leistungen pro Monat angegeben. Für die existenzsichernden Leistungen sind außerdem die Bruttobeträge aufgelistet, die als erweiterte Hilfe erbracht wurden.[2] In den dokumentierten Fällen wurden im Durchschnitt (vermögensrelevante) monatliche Bruttoleistungen der Eingliederungshilfe[3] im Umfang von 1.749 EUR geleistet. Netto erhielten nur 95% der Fälle Eingliederungshilfe. Diese lag bei 1.530 EUR. Neben der Eingliederungshilfe wurden in 56% der Fälle auch die existenzsichernden Leistungen Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Hilfe zum Lebensunterhalt[4] oder Blindenhilfe bezogen. Darunter wurden in 20% der Fälle die Leistungen als erweiterte Hilfe geleistet. Die Bruttoleistungen derjenigen, für die ein Anspruch festgestellt wurde, betrugen 661 EUR für die Grundsicherung, 191 EUR für die Hilfe zum Lebensunterhalt und 273 für die Blindenhilfe (Tabelle 1).

Tabelle 1 Durchschnittliche Leistungen pro Monat sowie Vermögen in EUR

Leistungsform	EUR	Anzahl Bezieher	
		Absolut	Relativ in %
Eingliederungshilfe, brutto	1.749	372	100
Eingliederungshilfe, netto	1.530	352	95
Grundsicherungsbedarf, brutto	661	184	49
darunter als erweiterte Hilfe	637	63	17
Hilfe zum Lebensunterhalt	191	160	43
darunter als erweiterte Hilfe	218	58	16
Blindenhilfe	273	3	1
darunter als erweiterte Hilfe	273	3	1
existenzsichernde Leistungen, brutto	739	207	56
darunter als erweiterte Hilfe	734	73	20
existenzsichernde Leistungen, netto	734	190	51
darunter als erweiterte Hilfe	760	64	17
Vermögen			
vorhandenes Vermögen insgesamt	7.129	372	100

Quelle: Dokumentationen März-April 2019, Auswertung des ISG

[2] Von den 73 Fällen, die existenzsichernde Leistungen als erweiterte Hilfe beziehen, ist nur von 16 durch Nachfrage bekannt, in welcher Form sie die Leistungen erhalten. 12 Fälle erhalten die Leistungen nach dem Bruttoprinzip und in 4 Fällen werden die Leistungen als Darlehen erbracht.

[3] Die Eingliederungshilfe ist hier angegeben nach Abzug der Leistungen nach § 43a des SGB XI, die die Träger der Eingliederungshilfe als pauschale Erstattung der Pflegeversicherung erhalten.

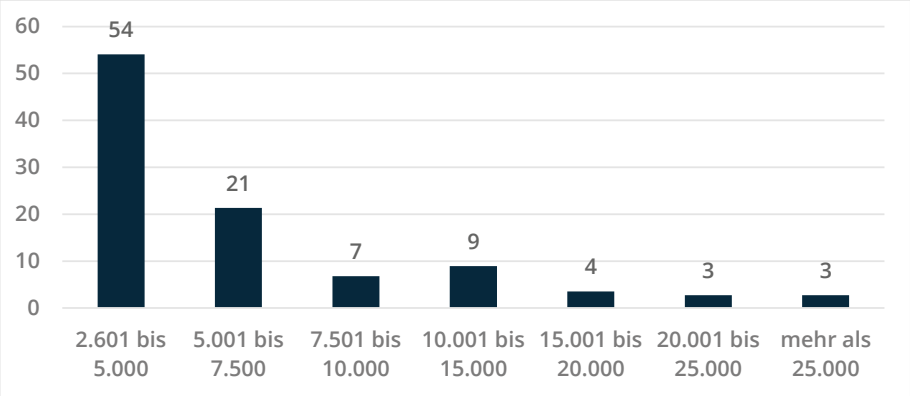
[4] Leistungsbezieher in Einrichtungen beziehen die Hilfe zum Lebensunterhalt ergänzend zur Grundsicherung nach Kapitel 4 SGB XII, weil der Bezug von Taschengeld und Bekleidungspauschale im Kapitel 3 SGB XII geregelt wird.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Im Mittel lag die Grundsicherung niedriger, wenn sie als erweiterte Hilfe gewährt wurde. Bei der Hilfe zum Lebensunterhalt verhält es sich umgekehrt. In der gesamten Stichprobe erhielten nur 3 Fälle Blindenhilfe, von denen alle die Leistung als erweiterte Hilfe bekamen. Insgesamt lagen die existenzsichernden Leistungen pro Bezieher bei 739 EUR brutto. Netto erhielten noch 51% der Fälle existenzsichernde Leistungen in Höhe von 734 EUR. Darunter erhielten 17% der Bezieher die Leistungen als erweiterte Hilfe. Das anrechenbare, verfügbare Vermögen lag bei 7.129 EUR.

Der Schwerpunkt der Verteilung der vorhandenen Vermögen liegt im unteren Bereich (Abbildung 1). Da für Leistungsbezieher ohne ein heranziehbares Vermögen über der bis 2016 geltenden Vermögensgrenze von 2.600 EUR keine Dokumentation erfolgte, ist bei allen dokumentierten Fällen ein Vermögen in mindestens dieser Höhe vorhanden. Bei 54% der Leistungsbezieher liegt dieses unter 5.000 EUR und somit unterhalb der seit 2017 geltenden Vermögensgrenze in der Sozialhilfe. Bei 28% der Leistungsbezieher liegt es zwischen 5.001 und 10.000 EUR. 19% der Leistungsbezieher verfügen über ein Vermögen von mehr als 10.000 EUR, darunter besitzen 6% mehr als 20.000 EUR.

Abbildung 1 Verteilung des einzusetzenden Vermögens in %



Quelle: Dokumentationen März-April 2019, Auswertung des ISG

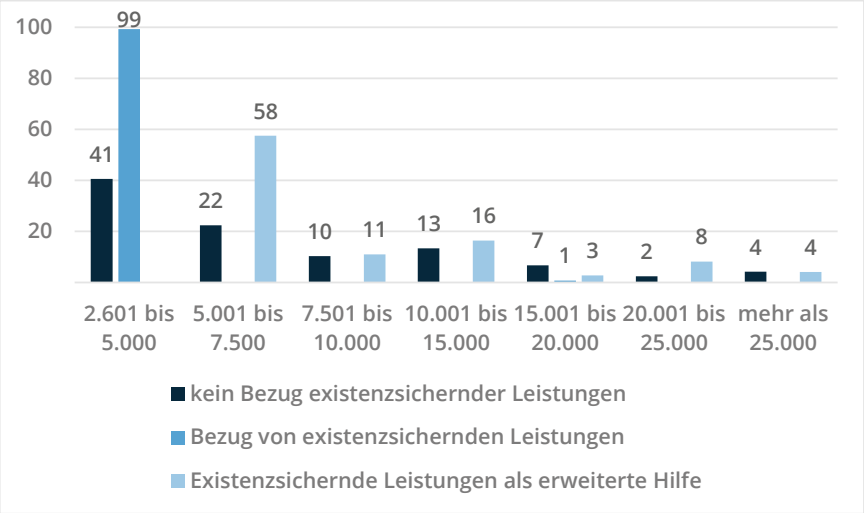
In 36% der dokumentierten Fälle werden neben der Eingliederungshilfe auch existenzsichernde Leistungen bezogen, in 44% der Fälle liegt kein solcher Leistungsbezug vor. Bei weiteren 20% der Leistungsbezieher werden existenzsichernde Leistungen als erweiterte Hilfe gewährt. Entlang dieser Unterscheidung verteilt sich das Vermögen sehr unterschiedlich: Von den Personen, die existenzsichernde Leistungen beziehen, verfügen 99% lediglich über ein Vermögen zwischen 2.601 und 5.000 EUR, da das Vermögen oberhalb dieser Grenze zur Beteiligung an Leistungen der Sozialhilfe herangezogen wird (Abbildung 2).[5]

[5] In einem Fall mit einem Vermögen über 5.000 EUR argumentierte der zuständige Träger, dass es sich um die Erbringung einer Komplexleistung handele, die unter Anwendung der Vermögensgrenze der Eingliederungshilfe bis zur Umsetzung der III. Reformstufe des BTHG erbracht werde.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Von den Fällen, die existenzsichernde Leistungen als erweiterte Hilfe erhalten, haben 58% weniger als 7.500 EUR. Weitere 27% haben maximal 15.000 EUR Vermögen und 15% besitzen mehr als 15.000 EUR. Am weitesten streuen die Vermögen der Leistungsbezieher, die keine existenzsichernden Leistungen erhalten. Hier haben 41% ein Vermögen bis 5.000 EUR, 32% haben ein Vermögen von höchstens 10.000 EUR und 25% besitzen ein Vermögen von mehr als 10.000 EUR.

Abbildung 2 Verteilung des Vermögens und Bezug existenzsichernder Leistungen in %



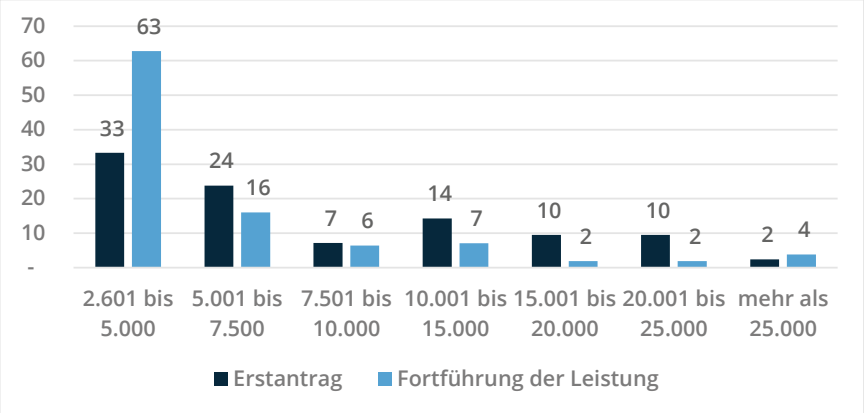
Quelle: Dokumentationen März-April 2019, Auswertung des ISG

In 22% der Fälle handelte es sich um einen Erstantrag, in den übrigen Fällen wurden die Leistungen fortgeführt.[6] Vergleicht man die Vermögensstruktur nach Art des Antrags, so ist festzustellen, dass die neuen Fälle tendenziell über ein höheres Vermögen verfügen. Bei insgesamt 67% der Erstanträge gibt es ein anzurechnendes Vermögen von mehr als 5.000 EUR (Abbildung 3). Bei den fortgeführten Leitungen trifft das dagegen nur auf 37% zu. Dieser Befund deutet darauf hin, dass ein Teil der neuen Fälle infolge der Anhebung der Vermögensgrenze Anspruch auf Leistungen erhalten hat.

6 Die Datengrundlage beträgt für den Vergleich der Antragsart nur 198 Dokumentationen, da bei 172 Dokumentationen vom Träger keine Information über die Art des Antrags festgehalten wurde.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

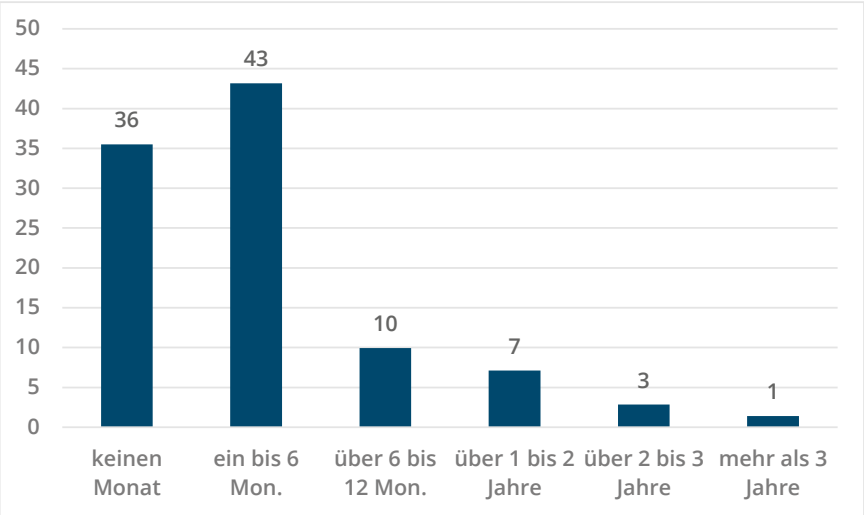
Abbildung 3 Verteilung des vorhandenen Vermögens und Art des Antrags in %



Quelle: Dokumentationen März-April 2019, Auswertung des ISG

Ein erster Abgleich des Umfangs der bezogenen Nettoleistungen mit dem vorhandenen Vermögen ergibt, dass diese Vermögen nach den bis Jahresende 2016 geltenden Heranziehungsregeln in 36% der Fälle nicht ausgereicht hätten, um wenigstens für einen Monat die bezogenen Leistungen zu finanzieren (Abbildung 4). Bei 43% hätte es für bis zu sechs Monate gereicht, die Vermögen weiterer 10% hätten bis zu ein Jahr herangezogen werden können. Das Vermögen von den übrigen 11% der Leistungsbezieher hätte für mehr als ein Jahr ausgereicht.

Abbildung 4 Zeitraum als Selbstzahler nach altem Recht in %



Quelle: Dokumentationen März-April 2019, Auswertung des ISG

Der Anteil der Selbstzahler nach altem Recht ist mit 76% unter den Erstanträgen höher als unter den fortgeführten Leistungen, bei denen der Anteil bei 51% liegt (Tabelle 2).

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Tabelle 2 Selbstzahler nach altem Recht und Art des Antrags

	Art des Antrags	
	Erstantrag	Fortführung der Leistung
kein Selbstzahler	24%	49%
Selbstzahler	76%	51%

Quelle: Dokumentationen März-April 2019, Auswertung des ISG

3.4 Berechnung der Be- und Entlastungen der Leistungsträger infolge des BTHG

Die Heranziehung hätte bei den Trägern der Stichprobe nach den bis Ende 2016 geltenden Regeln pro Fall mit entsprechendem Leistungsbezug jährliche Mehrausgaben von 2.302 EUR für Leistungen der Eingliederungshilfe ergeben. Pro Fall mit existenzsichernden Leistungen hätten weitere 387 EUR für die entsprechenden Leistungen herangezogen werden können, wobei die Beträge für Fälle, die erweiterte Hilfe erhielten, mit 838 EUR deutlich höher gelegen hätten (Tabelle 3). In der Summe haben die Träger durch die im März und April dokumentierten Fälle somit, hochgerechnet auf das Gesamtjahr 2019, Mehrausgaben von 810.000 EUR in der Eingliederungshilfe und von 66.000 EUR für existenzsichernde Leistungen.[7]

Rechnet man diese Ergebnisse für das Jahr 2019 auf Basis der Leistungsbezieher der Eingliederungshilfe hoch auf die Bundesebene, ergeben sich jährliche Mehrausgaben von 45,5 Mio. EUR für die Eingliederungshilfe von fast 17.700 Fällen. Die Mehrausgaben für die existenzsichernden Leistungen betragen dann geschätzt 1,6 Mio. EUR für etwa 7.800 Fälle. Davon machen weniger als die Hälfte Fälle mit Gewährung von erweiterter Hilfe aus. Diese Fälle verursachen aber etwa 1,3 Mio. EUR der Mehrausgaben der existenzsichernden Leistungen.

Tabelle 3 Jährliche Mehrausgaben der Stichprobe für Eingliederungshilfe, Grundsicherung, Hilfen zum Lebensunterhalt und Blindenhilfe

	Mehrausgaben pro Fall in EUR	Anzahl Empfänger	Summe in EUR
Stichprobe			
Eingliederungshilfe	2.302	352	810.477
Existenzsichernde Leistungen	387	171	66.190
darunter als erweiterte Hilfe	838	55	46.140
Hochrechnung auf Basis der Leistungsbezieher der Eingliederungshilfe			
Eingliederungshilfe	2.568	17.728	45.533.019
Existenzsichernde Leistungen	206	7.758	1.598.302
darunter als erweiterte Hilfe	448	2.992	1.338.946
Hochrechnung auf Basis der Leistungsbezieher von Leistungen zum Wohnen			
Eingliederungshilfe	2606	15.667	40.830.944
Existenzsichernde Leistungen	192	6.951	1.340.209
darunter als erweiterte Hilfe	407	2.693	1.094.923

Quelle: Dokumentationen März-April 2019, Auswertung des ISG

[7] Diese Schätzung fällt insofern leicht überhöht aus, als auch erweiterte Hilfen einbezogen wurden, die den Trägern später zum Teil erstattet werden.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Die höheren durchschnittlichen heranziehbaren Beträge der Eingliederungshilfe pro Fall und die niedrigeren heranziehbaren Beträge der existenzsichernden Leistungen in der Hochrechnung deuten darauf hin, dass in der Stichprobe Bundesländer mit vermögenderen Leistungsbeziehern etwas unterrepräsentiert sind.

Wird anstelle der Leistungsbezieher der Eingliederungshilfe insgesamt die Anzahl der Bezieher von Leistungen zum Wohnen für die Hochrechnung verwendet, so ergibt sich ein etwas anderes Bild. Die jährlichen Mehrausgaben der Eingliederungshilfe liegen mit dieser Hochrechnung bei **40,8 Mio. EUR** und damit niedriger als bei der ersten Hochrechnungsmethode. Nach dieser Hochrechnung sind es weniger Fälle, durch die höhere Mehrausgaben für die Eingliederungshilfe entstehen. Ebenfalls etwas niedriger sind die Mehrausgaben aufgrund von existenzsichernden Leistungen. Diese liegen bei 1,3 Mio. EUR.

Da die zweite Hochrechnungsmethode zielgenau auf die Basis der Leistungsbezieher zurückgreift, für die eine Heranziehung von Vermögen in Betracht kommt, halten wir diese Variante für zuverlässiger. Beide Hochrechnungsmethoden unterschätzen vermutlich geringfügig die Mehrausgaben, da es sein kann, dass teilnehmende Träger Fälle versehentlich nicht dokumentierten und diese Fälle somit nicht für die Hochrechnung verwendet werden konnten. Umgekehrt konnten dokumentierte Fälle, die nicht dokumentiert werden sollten, anhand der Angaben aussortiert werden. Mit der zunehmenden Routine der Bearbeiter des Erhebungsinstruments beim Träger wird sich dieser Effekt vermutlich verringern.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

4. Erste Ergebnisse eines Statistikabgleichs zur Anrechnung von Einkommen

Die Dokumentation der Einkommens- und Vermögensheranziehung beschränkt sich auf (Neu-) Fälle, bei denen Vermögen vorhanden ist (vgl. Kapitel 3 dieses Berichts). Darüber hinaus gibt es eine Reihe von Fällen, in denen Einkommen herangezogen wird, ohne dass auch ein Vermögen vorhanden wäre. Diese Fälle wurden in die genannte Dokumentation nicht mit einbezogen, um den Aufwand dieser Erhebung in Grenzen zu halten. Ab dem Jahr 2020 wird die Heranziehung von Einkommen grundsätzlich verändert. Dann richtet sich der Einkommensfreibetrag nach der Regelung der §§ 135 ff SGB IX, denen zufolge die Freigrenze sich nach Einkommensart (sozialversicherungspflichtige Beschäftigung: 85%, anderes Erwerbseinkommen: 75%, Renteneinkommen: 60% der Bezugsgröße nach § 18 SGB IV) und Haushaltskonstellation (Lebenspartner: 15%, je unterhaltspflichtigem Kind: 10% Anhebung). Oberhalb dieser Grenze ist ein monatlicher Beitrag in Höhe von 2% des übersteigenden Einkommens zu leisten, wenn einkommensrelevante Leistungen der Eingliederungshilfe bezogen werden. Dieser Beitrag wird in der Regel nicht gesondert erhoben, sondern nach dem Nettoprinzip mit der Höhe der Leistung verrechnet.

Aber auch schon vorher gab es bei der Einkommensanrechnung (wenn auch kleinere) Veränderungen infolge des BTHG, die ab Januar 2017 in Kraft traten:

- Der Freibetrag für Einkommen aus einer Werkstattbeschäftigung lag zuvor bei 1/8 des Regelsatzes (im Jahr 2018 entspricht das 52 EUR) zuzüglich 25% des übersteigenden Einkommens, diese Freigrenze wurde auf 1/8 des Regelsatzes zuzüglich 50% des übersteigenden Einkommens erhöht (§ 82 Abs. 3 SGB XII).
- Ein neuer Freibetrag aus Erwerbstätigkeit wurde für Leistungsbezieher der Eingliederungshilfe eingeführt, der bei 40% des Einkommens, maximal aber 65% des Regelsatzes liegt (dies entspricht im Jahr 2018 einem Betrag von 270 EUR; § 82 Abs. 6 SGB XII).
- Leistungsbezieher, die in einer Einrichtung wohnen, müssen ihr Einkommen auch unterhalb der Einkommensgrenzen einsetzen, aber auch hier gibt es eine Freigrenze, die vor 2017 bei 1/8 des Regelsatzes zuzüglich 25% des übersteigenden Einkommens lag und seit 2017 auf 1/8 des Regelsatzes zuzüglich 50% des übersteigenden Einkommens angehoben wurde (§ 88 Abs. 2 SGB XII).

Die ersten beiden Regelungen betreffen Leistungsbezieher, die in Privathaushalten wohnen. Für diese wird die Einkommensheranziehung nach dem Nettoprinzip durchgeführt, indem die Leistungen um den Einkommensbeitrag gekürzt werden. Dieser Effekt kann aus der Statistik der Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe nicht abgelesen werden, da die Leistungsausgaben jährlich steigen und eine eventuell erfolgte Verstärkung dieser Steigerung aufgrund der Anhebung der Freigrenzen nicht identifizierbar ist.

Anders verhält es sich bei der dritten Freigrenze, die für Leistungsbezieher in Einrichtungen gilt. Bis zum Jahresende 2019 werden hier Leistungen zunächst als Komplexleistung ohne

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Abzug erbracht, und nachträglich erfolgt eine Einkommensheranziehung. Die Statistik der Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe unterscheidet zwar nicht zwischen einzelnen Leistungsformen, aber nach dem Ort der Leistungserbringung in bzw. außerhalb von Einrichtungen. Somit müssten die Einnahmen, die in der Rubrik „Kostenbeiträge und Aufwendungsersatz; Kostenersatz“ ausgewiesen werden, im Vergleich der Jahre 2016 und 2017 um den Betrag zurückgegangen sein, um den der Freibetrag für Leistungsbezieher in Einrichtungen angehoben wurde.

Eine überschlägige Berechnung könnte man so vornehmen:

a) Die Zahl der Bezieher von wohnungsbezogenen Leistungen, die in Einrichtungen leben, ist von 195.437 Personen am Jahresende 2016 auf 196.500 Personen am Jahresende 2017 gestiegen (+ 1.063).[8]

b) Die Einnahmen aus Kostenbeiträgen sind bei stationären Leistungen der Eingliederungshilfe von 167,6 Mio. EUR im Jahr 2016 auf 153,8 Mio. EUR im Jahr 2017 gesunken (-13,8 Mio. EUR).

c) Bei der Höhe der Einnahmen ist aber zu berücksichtigen, dass die Zahl der Leistungsbezieher zugenommen hat, etwa folgendermaßen: Eine Division der Einnahmen durch die Zahl der Leistungsbezieher ergibt, dass im Jahr 2016 pro Leistungsbezieher 858 EUR eingenommen wurden. Wäre dieser Betrag auch im Folgejahr gleich geblieben, wären von den dann 196.500 Leistungsbeziehern insgesamt 168,5 Mio. EUR eingenommen worden.[9]

d) Die tatsächlichen Einnahmen im Jahr 2017 in Höhe von 153,8 Mio. EUR liegen um **14,7 Mio. EUR** unter dem Betrag von 168,5 Mio. EUR. Dieser Einnahmerückgang kann als Einnahmeverlust der Träger der Eingliederungshilfe aufgrund der Anhebung der Einkommensfreigrenze im stationären Bereich interpretiert werden.

Eine solche überschlägige Berechnung ist allerdings mit vielen Unwägbarkeiten behaftet:

- In der Veränderung der Einnahmen können sich neben den veränderten Freigrenzen auch weitere Faktoren niederschlagen wie die veränderte Höhe von Einkommen, eine

---

8 Die Bezieherzahlen zum Jahresende (Stichtag) werden hier als Annäherung an eine Jahresdurchschnittszahl herangezogen. Würde man die höhere Zahl der Bezieher im Laufe des Jahres wählen, so ließen sich nicht die Einnahmen pro Kopf und Jahr ermitteln, da darunter auch Leistungsbezieher wären, die nur für einige Monate einen Einkommensbeitrag geleistet haben.

9 Seitens eines Beiratsmitglieds wurde vorgeschlagen, diesen Betrag anhand der Entwicklung der vergangenen Jahre fortzuschreiben. Dies wäre bei einer Betrachtung der Ausgabenentwicklung sachgemäß, da es gute Gründe für die Annahme gibt, dass die Ausgaben der Eingliederungshilfe jährlich ansteigen. Für die Einnahmen trifft dies aber nicht zu, da der Einnahmenrückgriff auf dem Zusammenwirken komplexer Faktoren beruht. Eine Auswertung der Sozialhilfestatistik für die Jahre 2014 bis 2017 ergibt, dass die Einnahmen pro Leistungsbezieher schwankend und auch in einem Jahr rückläufig sein können, in dem die Freibeträge der Einkommensheranziehung nicht geändert wurden. Daher wird hier auf eine Schätzung der Entwicklung der Einnahmen pro Leistungsbezieher im Jahresvergleich 2016 bis 2017 verzichtet.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

veränderte Heranziehungspraxis einzelner Träger oder weitere Entwicklungen, deren Einfluss auf das statistische Ergebnis nicht genau bekannt ist.

- Die Statistik der Leistungsbezieher und die Statistik der Ausgaben und Einnahmen werden nicht immer von den gleichen Abteilungen der Leistungsträger erhoben, so dass hier unterschiedliche Zurechnungen erfolgen können.
- Insbesondere ist zu beachten, dass in der Statistik der Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe die tatsächlichen Zahlungsströme, d. h. die kassenwirksamen Ein- und Auszahlungen aus dem jeweiligen Berichtsjahr nachzuweisen sind. Das bedeutet, dass zu Beginn des Berichtsjahres 2017 Ausgaben und Einnahmen verbucht werden, die noch im Jahr 2016 gewährte Leistungen betreffen. Ebenso werden Ausgaben und Einnahmen, die das Jahresende betreffen, erst im Folgejahr verbucht. Der Zeitraum der erfassten Ausgaben und Einnahmen korrespondiert also nicht exakt mit dem Zeitraum der erfassten Empfänger von Leistungen.

Daher kann die vorgenommene Berechnung nur als ungefährer Anhaltspunkt gewertet werden, der mit großen Unsicherheiten behaftet ist.

Zudem betrifft diese Schätzung nur den Teil der Leistungsbezieher, die wohnungsbezogene Leistungen in Einrichtungen beziehen. Für Leistungsbezieher in Privathaushalten gelten die höheren Einkommensfreigrenzen des § 85 SGB XII, zudem werden die herangezogenen Einkommensbeträge (wie erwähnt) nicht statistisch ausgewiesen, sondern nach dem Nettoprinzip verrechnet. Um die dort zu erwartenden Effekte abschätzen zu können, müsste eine Verteilung der Beträge der anzurechnenden Einkommen der Leistungsbezieher bekannt sein; solche Daten werden aber nach Auskunft einiger kontaktierter Träger nicht erfasst.

5. Ergebnisse der Befragung der Träger der Eingliederungshilfe im Frühjahr und Sommer 2019

5.1 Einleitung

Die in Artikel 25 Absatz 4 BTHG festgelegte Überprüfung der finanziellen Auswirkungen der Reform in der Eingliederungshilfe umfasst sechs Teiluntersuchungen (vgl. oben Kapitel 1). Für die 1. Teiluntersuchung wurde ein Dokumentationsinstrument entwickelt, das zwei Mal pro Jahr für jeweils zwei Monate mit einer Stichprobe von örtlichen und überörtlichen Trägern eingesetzt wird. Die Ergebnisse dieses Untersuchungsschritts werden in Kapitel 3 dieses Berichts dargestellt.

Für Teiluntersuchungen 2, 3, 5 und 6 wurden die relevanten Fragestellungen herausgearbeitet und im Januar 2019 in einem Fragebogenentwurf zusammengestellt.[10] Da sich die einzelnen Forschungsfragen dieser Teiluntersuchungen an die gleiche Trägeradresse richteten, wurden sie in einem kompakten Fragebogen integriert, um eine zu häufige Kontaktaufnahme zu den Trägern und die mit einer wiederholten Beantwortung von Fragebögen verbundene Belastung zu vermeiden. Ein Kriterium der Operationalisierung der Fragen war, dass der Gesetzesstand im Jahr 2019 zu berücksichtigen war und somit nach Änderungen, die erst im Jahr 2020 in Kraft treten, nicht bezüglich des Resultats, sondern allenfalls im Hinblick auf vorbereitende Planungen gefragt werden sollte. Dieser Fragebogenentwurf wurde per Email an die Beiratsmitglieder versandt und nach einigen Überarbeitungen am 17.04.2019 im BMAS in Berlin in einer Arbeitsgruppe mit Vertretern von örtlichen und überörtlichen Trägern erörtert. Nach einigen weiteren Überarbeitungsrunden wurde der finale Fragebogen am 23.05.2019 als ausfüllbare PDF-Datei zusammen mit einem Unterstützungsschreiben von Deutschem Landkreistag, Deutschem Städtetag und der Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Sozialhilfeträger per Email versandt. Adressaten der Befragung waren je nach der auf Landesebene geregelten Zuständigkeit für die Eingliederungshilfe die örtlichen und die überörtlichen Träger sowie in Ländern mit gesplitteter Zuständigkeit die Träger auf beiden Ebenen.

5.2 Beschreibung der Stichprobe und des Hochrechnungsfaktors

An der bis Mitte August laufenden Befragung beteiligten sich insgesamt 176 Träger der Eingliederungshilfe (Tabelle 4), darunter 162 örtliche Träger (117 Landkreise und 45 Städte) und 14 überörtliche Träger.

[10] Fragen zur 4. Teiluntersuchung wurden in diese Befragung noch nicht aufgenommen, da die Trennung von Fachleistungen und existenzsichernden Leistungen erst zum Januar 2020 in Kraft tritt und die Träger erst danach über diesbezügliche Erfahrungen berichten können.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Tabelle 4 Beteiligung an der Trägerbefragung 2019

Land	Landkreis	Stadt	Überörtlicher Träger	Gesamt
Baden-Württemberg	29	10	0	39
Bayern	0	0	4	4
Berlin	0	0	1	1
Brandenburg	6	3	0	9
Bremen	0	1	0	1
Hamburg	0	0	1	1
Hessen	7	2	1	10
Mecklenburg-Vorpommern	1	0	0	1
Niedersachsen	21	6	1	28
Nordrhein-Westfalen	18	12	2	32
Rheinland-Pfalz	19	6	1	26
Saarland	0	0	1	1
Sachsen	5	2	1	8
Sachsen-Anhalt	0	0	1	1
Schleswig-Holstein	5	1	0	6
Thüringen	6	2	0	8
Insgesamt	**117**	**45**	**14**	**176**

Quelle: Befragung von Trägern der Eingliederungshilfe, ISG 2019

Bei den örtlichen Trägern sind am Jahresende 2018 jeweils im Durchschnitt 13 Mitarbeiter mit der Bearbeitung der Eingliederungshilfe befasst, bei den überörtlichen Trägern mit 147 Mitarbeitern im Durchschnitt mehr als zehn Mal so viele. Insgesamt sind bei den in der Stichprobe vertretenen Trägern 4.300 Mitarbeiter mit der Bearbeitung der Eingliederungshilfe befasst, davon 2.100 Mitarbeiter von örtlichen Trägern und 2.200 Mitarbeiter von überörtlichen Trägern.

Am Jahresende 2018 waren bei den teilnehmenden Leistungsträgern insgesamt rd. 612.460 Leistungsbeziehende registriert (Tabelle 5). Laut Sozialhilfestatistik bezogen am Jahresende 2017 in Deutschland insgesamt 761.269 Personen Leistungen der Eingliederungshilfe. In der Annahme, dass die Zahl der Bezieher der Eingliederungshilfe bis zum Jahresende 2018 um 3% angestiegen ist (so die Vorjahressteigerung), dürfte für das Jahresende 2018 mit rd. 784.000 Leistungsbeziehenden der Eingliederungshilfe zu rechnen sein. Die in der Stichprobe repräsentierten Träger sind dann für gut drei Viertel (78%) der Leistungsbeziehenden am Jahresende 2018 in Deutschland verantwortlich.

Tabelle 5 Leistungsbeziehende der beteiligten Träger

Trägertyp	Durchschnitt	Summe
Landkreis	1.394	161.742
Stadt	1.511	68.012
Überörtlicher Träger	25.514	382.705
Insgesamt	**3.480**	**612.459**

Quelle: Befragung von Trägern der Eingliederungshilfe, ISG 2019

Nach Bundesländern und Trägertyp differenziert weist die Stichprobe bezüglich der Leistungsbeziehenden am Jahresende 2018 die folgende Struktur auf:

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Tabelle 6 Leistungsbeziehende der beteiligten Träger nach Ländern

Land	Landkreis	Stadt	Überörtlicher Träger	Gesamt
Baden-Württemberg	49.553	15.187	0	64.740
Bayern	0	0	60.052	60.052
Berlin	0	0	32.012	32.012
Brandenburg	8.782	4.211	0	12.993
Bremen	0	2.276	0	2.276
Hamburg	0	0	20.021	20.021
Hessen	4.641	1.254	44.758	50.653
Mecklenburg-Vorpommern	1.931	0	0	1.931
Niedersachsen	41.087	16.172	0	57.259
Nordrhein-Westfalen	17.379	16.628	159.879	193.886
Rheinland-Pfalz	17.595	4.678	0	22.273
Saarland	0	0	11.898	11.898
Sachsen	5.186	3.467	26.885	35.538
Sachsen-Anhalt	0	0	27.200	27.200
Schleswig-Holstein	7.879	1.478	0	9.357
Thüringen	7.709	2.661	0	10.370
Insgesamt	**161.742**	**68.012**	**382.705**	**612.459**

Quelle: Befragung von Trägern der Eingliederungshilfe, ISG 2019

Die im Folgenden dargestellten Ergebnisse werden auf dieser Grundlage hochgerechnet, soweit es sich um quantitative Angaben handelt.

Verfahren der Hochrechnung

Die Hochrechnung der Befragungsdaten auf die Situation in Deutschland erfolgt anhand der Zahl der Leistungsbezieher der Eingliederungshilfe. Die Träger wurden gebeten, die Zahl der Leistungsbezieher in dem Gebiet, für das sie zuständig sind, zu nennen. Diese Angaben werden in Relation zu der Gesamtzahl der Personen gesetzt, die in einem Bundesland Leistungen der Eingliederungshilfe beziehen. Der Hochrechnungsfaktor wird somit wie folgt berechnet:

$$Hf = \frac{\Sigma Leistungsbezieher\ (Land)}{\Sigma Leistungsbezieher\ (Stichprobe)}$$

Wenn z.B. in einem Land 100 Personen Eingliederungshilfe beziehen würden, und die aus diesem Land in der Stichprobe vertretenen Träger wären zusammen für 50 Leistungsbezieher zuständig, würden deren Zahlenangaben mit dem Hochrechnungsfaktor *Hf* = 100 / 50 = 2 auf das Land insgesamt hochgerechnet. Dazu wird in den Datensatz ein entsprechender Hochrechnungsfaktor eingespielt, mit dem die Auswertung gewichtet wird.

Für diese Hochrechnung liegen zum Zeitpunkt der Berichterstellung die Daten zum Jahresende 2017 vor. Die Veränderung der Zahl der Leistungsbeziehenden von 2017 bis 2018 wird zunächst vernachlässigt, was zu einer geringfügigen Unschärfe führt. Sobald die Daten der Sozialhilfestatistik 2018 vorliegen, werden diese in den Gewichtungsfaktor eingespielt, um dann eine endgültige Hochrechnung vornehmen zu können.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

5.3 Budget für Arbeit

Nach § 61 SGB IX bzw. § 140 SGB XII können bei Abschluss eines sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisses Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben wie insbesondere Lohnkostenzuschüsse an Arbeitgeber zum Ausgleich der Leistungsminderung des Beschäftigten in Form eines „Budgets für Arbeit“ geleistet werden. Damit werden auch die Aufwendungen für die wegen der Behinderung erforderliche Anleitung und Begleitung am Arbeitsplatz gefördert. Im Rahmen der Finanzuntersuchung ist zu klären, wie viele Budgets für Arbeit im Jahr 2018 bewilligt wurden, welche Kosten damit verbunden waren und welche Leistungen die Budgetnehmer ggf. vorher in Anspruch genommen haben. Nicht im Fokus dieser Untersuchung steht, welche Leistungen einzelne Länder bereits zuvor im Rahmen von Modellerprobungen des Budgets für Arbeit erbracht haben. Diese Information wäre zwar wichtig, wenn die Leistungen einzelner Länder bzw. Träger auf diesem Gebiet gewürdigt werden sollten; hier steht jedoch im Vordergrund, welche Leistungen auf die Einführung des BTHG zurückzuführen sind und welche Kostenentwicklungen damit verbunden waren.[11]

5.3.1 Anzahl der geförderten Budgets für Arbeit

Zur Anzahl der Budgets für Arbeit, die im Jahr 2018 bewilligt wurden, ist zu berücksichtigen, dass die Landesausführungsgesetze erst im Laufe des Jahres in Kraft traten und dass vor diesem Zeitpunkt in der Regel keine Bewilligungen erfolgten. Daher stieg die Zahl der Budgets in der zweiten Jahreshälfte an und erreichte zum Jahresende ihren Höhepunkt (wenn auch einige wenige der bewilligten Budgets nicht bis zum Jahresende fortbestanden). Diese Auswertung wurde anhand des in Abschnitt 5.2 beschriebenen Hochrechnungsfaktors auf Länderebene gewichtet.

> Aus den Ländern, die bereits vor Inkrafttreten des BTHG im Rahmen von Modellprojekten Budgets für Arbeit gefördert hatten, nannten einige Träger alle geförderten Budgets einschließlich derer, die schon in den Jahren zuvor eingerichtet worden waren. Rechnet man diese Angaben auf Bundesebene hoch, ergibt sich eine Zahl von rd. 1.600 Budgets für Arbeit am Jahresende 2018.
>
> Da der Auftrag aber lautete, die Zahl der infolge des BTHG bewilligten Budgets für Arbeit zu ermitteln, wurde bei zwei Trägern mit früheren Modellprojekten und hoher Fallzahlangabe nachgefragt, wie viele der genannten Budgets im Jahr 2018 infolge des BTHG bewilligt wurden. Einer dieser überörtlichen Träger konnte diese Unterscheidung exakt vornehmen, der andere Träger nicht. Die von dem einen Träger genannte Relation zwischen Budgets, die im Jahr 2018 bewilligt wurden, und allen geförderten Budgets für Arbeit wurde daher auf den anderen überörtlichen Träger übertragen, der eine solche Unterscheidung nicht machen konnte. – In drei Ländern, in denen die Trägerschaft auf örtlicher Ebene angesiedelt ist, wurde jede einzelne Angabe der Befragungsteilnehmer überprüft, indem die Angaben zu den *im Jahr 2018 bewilligten* Budgets mit den Angaben zu den *im gesamten Jahr 2018 geförderten* Budgets verglichen wurden. Diese Prüfung ergab, dass auf die Frage nach den *im gesamten Jahr 2018 geförderten* Budgets von einigen Trägern eine höhere Zahl genannt wurde als auf die Frage nach den *im Jahr 2018 bewilligten*

[11] Dieser Aspekt wurde in der Arbeitsgruppe, die die Befragung vorbereitet hat, und auch im Beirat kontrovers diskutiert.

Budgets. Hier wurde angenommen, dass die letztgenannte Zahl die im Jahr 2018 nach Inkrafttreten der BTHG-Regelung eingerichteten Budgets wiedergibt. Diese Annahme bestätigte sich im Zuge der Befragung der genannten Budgetnehmer, als im Kontakt mit den Trägern klargestellt wurde, dass nur die Leistungsbezieher befragt werden sollten, deren Budget für Arbeit im Jahr 2018 bewilligt worden war.

Dies führt zu der nachfolgend dargestellten bereinigten Schätzung der Budgets für Arbeit im Jahr 2018 (Tabelle 7). Im Laufe des Jahres 2018 wurden in Deutschland hochgerechnet 423 Budgets für Arbeit bewilligt. Davon wurde ein kleinerer Teil wieder beendet, am Jahresende 2018 bestanden noch 414 Budgets für Arbeit. Aufgrund der verzögerten Bewilligung im Laufe des Jahres liegt der Jahresdurchschnitt mit 313 Budgets für Arbeit deutlich unter der Jahresgesamtzahl.

Tabelle 7 Bezieher eines Budgets für Arbeit bei den beteiligten Trägern nach Ländern

Land	im Laufe des Jahres 2018	am 31.12.2018	Jahres-durchschnitt	im Jahr 2018 beendet
Baden-Württemberg	3	3	1,0	0
Bayern	12	12	7,3	0
Berlin	4	4	2,1	0
Brandenburg	4	4	0,4	0
Bremen	12	8	5,9	3
Hamburg	34	34	34,4	0
Hessen	26	26	17,0	0
Mecklenburg-Vorpommern	12	12	0,9	0
Niedersachsen	101	101	83,6	0
Nordrhein-Westfalen	133	128	104,7	5
Rheinland-Pfalz	63	63	48,4	0
Saarland	1	1	1,0	0
Sachsen	1	1	0,2	0
Sachsen-Anhalt	9	8	1,0	1
Schleswig-Holstein	3	3	2,5	0
Thüringen	4	4	2,6	0
Insgesamt	**423**	**414**	**313**	**9**

Quelle: Befragung von Trägern der Eingliederungshilfe, ISG 2019 (gewichtet)

5.3.2 Ausgaben für das Budget für Arbeit

Die Angaben der Befragten zu den Ausgaben für das Budget für Arbeit waren teilweise uneinheitlich, so dass zunächst einige Plausibilitätsprüfungen vorzunehmen waren. Dazu gehört eine Abschätzung, in welcher Höhe der im Budget enthaltene Lohnkostenzuschuss (LKZ) etwa zu erwarten war.

In den meisten Fällen dürfte sich der Lohnkostenzuschuss an die Arbeitgeber, der Teil des Budgets für Arbeit ist, nach der Vorgabe des § 61 Abs. 2 SGB IX richten, der zufolge er maximal 40% der monatlichen Bezugsgröße nach § 18 Abs. 1 SGB IV betragen soll. In einigen Ländern sind Abweichungen davon möglich, die sich aber – den Erläuterungen zufolge – nicht erheblich von diesem Betrag unterscheiden. Diese Bezugsgröße ergibt sich aus dem Durchschnittsentgelt der gesetzlichen Rentenversicherung im vorvergangenen Kalenderjahr (hier: 2016), das 36.187 EUR pro Jahr bzw. 3.016 EUR pro Monat betrug. Davon 40% entspricht

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

einem Betrag von 1.206 EUR. Nach aktuellem Stand weichen die Regelungen in drei Ländern von dieser Regelung ab, darunter in Bayern (bis zu 48% der Bezugsgröße, dies entspricht 1.447 EUR) und Rheinland-Pfalz (bis zu 60% der Bezugsgröße, dies entspricht 1.809 EUR; (Tabelle 5). In weiteren drei Ländern ist eine Abweichung möglich oder wird teilweise durchgeführt, für drei Länder liegen keine Informationen vor.

Tabelle 8 Anwendung der Vorgabe des § 61 Abs. 2 Satz 2 zweiter Hs. SGB IX in den Ländern

Land	Max. 40% der Bezugsgröße	Anmerkung
Baden-Württemberg	Nein	Maximale Gesamtförderung für das Budget für Arbeit durch den Träger der Eingliederungshilfe soll i.d.R. die individuell erforderlichen Kosten für den Arbeitsbereich der WfbM nicht übersteigen.
Bayern	Nein	max. 48 % der monatlichen Bezugsgröße nach § 18 Abs. 1 SGB IV.
Berlin	Ja, teilweise	Anwendung der Bezugsgröße West
Brandenburg	-	Keine Informationen vorhanden
Bremen	Ja	
Hamburg	Ja	
Hessen	Ja	
Mecklenburg-Vorpommern	-	Keine Informationen vorhanden
Niedersachsen	Ja	
Nordrhein-Westfalen	Ja, teilweise	Landesrechtliche Abweichung nach oben wird von LVR und LWL unterstützt und findet im Einzelfall nach Stellungnahme des Integrationsfachdienstes statt.
Rheinland-Pfalz	Nein	max. 60 % der monatlichen Bezugsgröße nach § 18 Abs. 1 SGB IV. Der Lohnkostenzuschuss darf nicht höher sein als die individuell im Arbeitsbereich der Werkstatt tatsächlich entstehenden Kosten.
Saarland	Ja, teilweise	MSGFF kann von dem Prozentsatz der Bezugsgröße nach § 61 Abs. 2 Satz 2 SGB IX nach oben abweichen.
Sachsen	Ja	
Sachsen-Anhalt	Ja	
Schleswig-Holstein	-	Keine Informationen vorhanden
Thüringen	Ja	

Quelle: Umsetzungsbegleitung zum BTHG

Anhand dieser Erwartungswerte wurden nur die Angaben der Träger ausgewertet, die in etwa in dieser Größenordnung lagen. So wurden beispielsweise Ausgabenbeträge, die mehrere Tausend EUR oder weniger als 500 EUR pro Budget ergaben, aus der Auswertung als unplausibel ausgeschlossen. Ebenfalls unberücksichtigt blieben die Träger, die kein Budget für Arbeit fördern oder die keine Angaben zu den diesbezüglichen Ausgaben gemacht haben. Auswertbar waren die Angaben von 71 Trägern (43% der Stichprobe).

An der Finanzierung der Budgets für Arbeit waren bei 21% der Träger die Integrationsämter beteiligt. Ihr Finanzierungsbeitrag liegt bundesweit bei 4,5 Mio. EUR.

Die Kosten, die den befragten Trägern für ein Budget für Arbeit pro Monat entstehen, können nach Abzug dieser Beiträge für diejenigen Träger berechnet werden, deren Angaben in einer

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

plausiblen Größenordnung waren. Diese Berechnung führt zu dem Ergebnis, dass die Träger im Durchschnitt 1.650 EUR pro Monat für ein Budget für Arbeit ausgegeben haben. Darunter entfielen 1.250 EUR bzw. 76% auf LKZ. Dieser Durchschnittswert liegt geringfügig über dem zu erwartenden Betrag von 1.206 EUR, was damit erklärbar ist, dass unter den ausgewerteten Trägern auch einige aus den Ländern sind, die eine Überschreitung dieses Betrags ermöglichen. Der Differenzbetrag zwischen LKZ und dem Budget für Arbeit insgesamt kann dadurch erklärt werden, dass im Rahmen des Budgets über den LKZ hinaus auch Anleitung, Begleitung und Assistenz finanziert werden.

Dies bedeutet aber nicht, dass die Träger zusätzliche Ausgaben in dieser Höhe gehabt hätten, sondern ein erheblicher Teil der Budgetnehmer wäre alternativ in einer WfbM beschäftigt gewesen, so dass die Kosten entsprechender WfbM-Plätze von diesem Betrag zu subtrahieren sind. Allerdings wären nicht alle Budgetnehmer alternativ in einer WfbM beschäftigt worden, sondern es gibt auch einen Personenkreis, der sich in einer WfbM nicht gut aufgehoben fühlt und deshalb ohne die Möglichkeit eines Budgets für Arbeit lieber keine Leistung zur Teilhabe am Arbeitsleben in Anspruch genommen hätte. Dazu wird in der Gesetzesbegründung zur Entwurfsfassung des BTHG vom 26.04.2016 ausgeführt:

> „Von einem Budget für Arbeit können nicht nur Werkstattbeschäftigte profitieren, die die Werkstatt verlassen wollen. Es profitieren auch Jugendliche mit Behinderungen, die im Rahmen ihrer beruflichen Orientierung für die Zeit nach ihrer beruflichen Bildung ein Budget für Arbeit in Aussicht nehmen. Nicht zuletzt profitieren Menschen mit einer seelischen Behinderung, die bereits heute dem Grunde nach anspruchsberechtigt sind, aber nicht in der Werkstatt für behinderte Menschen arbeiten wollen und deswegen gar keine Leistungen in Anspruch nehmen.“[12]

Das Budget für Arbeit ersetzt somit die Kosten eines Werkstattplatzes für den Personenkreis, der vorher in einer WfbM gearbeitet hat sowie für Jugendliche, die nach der beruflichen Orientierung ansonsten in eine WfbM gewechselt wären. Hingegen sind für diejenigen, die vorher keine Leistungen in Anspruch genommen haben, die Kosten des Budgets für Arbeit in voller Höhe als Mehrkosten anzusetzen.

Um diese Unterscheidung zwischen den Budgetnehmern vornehmen zu können, wurden die Träger nach der Herkunft der Budgetnehmer gefragt. Für rd. 400 Budgetnehmer können die Träger eine Aussage zur Herkunft machen, also für etwa die Hälfte aller Budgetnehmer im Jahr 2018. Die meisten dieser Budgetnehmer (84%) waren zuvor in einer WfbM beschäftigt (Tabelle 9). Weitere 9% der Budgetnehmer kommen aus dem Berufsbildungsbereich und 1% von anderen Leistungsanbietern. Für diesen Personenkreis gilt, dass die Neuregelung einerseits einen Statuswechsel bewirkt hat, dass andererseits aber die Kosten des Budgets für Arbeit nicht in voller Höhe als Mehrkosten zu betrachten sind, sondern nur insoweit, wie sie die alternativen Kosten eines Werkstattplatzes übersteigen.

[12] Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen. Referentenentwurf des BMAS vom 26.04.2016, BT-Drs. 18/9522, S. 253.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

7% der Budgetnehmer haben vorher keine Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben bezogen und sind somit als „Neufälle“ zu betrachten, die ohne die Einführung des Budgets für Arbeit wohl nicht in den Leistungsbezug gekommen wären.

Tabelle 9 Herkunft der Leistungsbezieher eines Budgets für Arbeit

Herkunft der Budgetnehmer aus …	Stichprobe	Anteil
Berufsbildungsbereich	35	9%
WfbM	339	84%
anderer Leistungsanbieter	3	1%
Beschäftigungsstätte § 56	0	0%
vorher keine LTA	29	7%
Summe	**405**	**100%**

Quelle: Befragung von Trägern der Eingliederungshilfe, ISG 2019 (gewichtet)

5.4 Andere Leistungsanbieter

Für Personen, die wegen ihrer Behinderung Anspruch auf Leistungen einer WfbM haben, können Leistungen, die bisher nur von anerkannten WfbM erbracht wurden, nach § 60 SGB IX auch durch andere Leistungsanbieter erbracht werden. Diese müssen nicht alle für eine WfbM-Anerkennung erforderlichen Kriterien erfüllen (§ 60 Abs. 2 SGB IX). So können sie beispielsweise mit einer niedrigeren Platzzahl eingerichtet werden, was eine regionale Flexibilität ebenso ermöglicht wie eine konzeptionelle Flexibilität durch Ausrichtung auf quantitativ kleinere Zielgruppen (etwa als Arbeitsangebot für Menschen mit psychischer Behinderung).

5.4.1 Anzahl der anderen Leistungsanbieter und der dort Beschäftigten

Von der Möglichkeit, als anderer Leistungsanbieter tätig zu werden, haben im Jahr 2018 noch wenige Träger Gebrauch gemacht. Auch hier ist zu berücksichtigen, dass die Landesausführungsgesetze, auf deren Grundlage ein Vertragsabschluss erfolgen konnte, erst im Laufe des Jahres in Kraft traten. Nach Angaben der befragten Träger wurden im Jahr 2018 Verträge mit insgesamt 36 anderen Leistungsanbietern geschlossen. Rechnet man die Zahl der dort Beschäftigten auf den Gesamtjahreszeitraum um, so waren im Jahresdurchschnitt 41 Personen bei diesen Anbietern beschäftigt.

Auch hier wurde anhand der Leistungsbezieher der Eingliederungshilfe eine Hochrechnung dieser Zahlen auf die Situation in Deutschland insgesamt vorgenommen. Diese führt zu dem Ergebnis, dass im Jahr 2018 bundesweit 53 Verträge mit anderen Leistungsanbietern geschlossen wurden (Tabelle 10). Bei diesen waren im gesamten Jahresverlauf 65 Personen beschäftigt, jahresdurchschnittlich waren es 52 Personen.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Tabelle 10 Anzahl anderer Leistungsanbieter und ihrer Beschäftigten

Land	Anzahl Verträge	Gesamtjahr	Beschäftigte am 31.12.18	Durchschnitt
Baden-Württemberg	1	1	1	1
Bayern	4	8	8	4
Berlin	0	0	0	0
Brandenburg	0	0	0	0
Bremen	0	0	0	0
Hamburg	0	0	0	0
Hessen	4	0	0	0
Mecklenburg-Vorpommern	0	0	0	0
Niedersachsen	3	23	17	16
Nordrhein-Westfalen	4	0	0	0
Rheinland-Pfalz	17	7	1	4
Saarland	0	0	0	0
Sachsen	2	26	26	26
Sachsen-Anhalt	0	0	0	0
Schleswig-Holstein	0	0	0	0
Thüringen	17	0	0	0
Insgesamt	**53**	**65**	**54**	**52**

Quelle: Befragung von Trägern der Eingliederungshilfe, ISG 2019 (gewichtet)

Von den Personen, die bei anderen Leistungsanbietern beschäftigt waren, kamen 15% aus dem Berufsbildungsbereich, rd. 40% aus einer anderen Beschäftigungsstätte nach § 56 SGB XII (dies traf schwerpunktmäßig in einem Bundesland zu) und 2% aus einer WfbM (Tabelle 11). 29 Personen bzw. 44% haben vorher keine Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben bezogen, sondern sind neu in diese Leistungsform hineingekommen.

Tabelle 11 Herkunft der Beschäftigten bei anderen Leistungsanbietern

Herkunft der Beschäftigten aus …	Anzahl	Anteil
Berufsbildungsbereich	10	15%
WfbM	1	2%
Budget für Arbeit	0	0%
Beschäftigungsstätte § 56	26	39%
vorher keine LTA	29	44%
Summe	**65**	**100%**

Quelle: Befragung von Trägern der Eingliederungshilfe, ISG 2019 (gewichtet)

5.4.2 Ausgaben für Beschäftigung bei anderen Leistungsanbietern

Zu den Kosten der Beschäftigung bei anderen Leistungsanbietern machen Leistungsträger aus fünf Ländern Angaben, die allerdings stark variieren. Daraus ergibt sich ein Mittelwert von 870 EUR pro Monat, der aber angesichts der großen Varianz der einzelnen Angaben nicht sehr verlässlich sein dürfte. Die Annahme, dass diese Kosten etwas niedriger sind als die eines WfbM-Platzes, würde durch diesen Betrag bestätigt, er liegt um 20% unter den geschätzten Kosten eines WfbM-Platzes. Es ist aber zu erwarten, dass sich bis zur nächsten Trägerbefragung im Frühjahr 2020 die statistische Dokumentation dieses Angebotes so konsolidiert haben

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

wird, dass dann verlässlichere Zahlen und dementsprechend auch eine verlässliche Berechnung der Kosteneffekte vorgenommen werden kann.

5.5 Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft und zur Teilhabe an Bildung

Die in § 75 SGB IX aufgeführten Leistungen zur Teilhabe an Bildung stellen eine neu systematisierte Fassung von überwiegend bisher schon erbrachten Leistungen dar, nur wenige Leistungen wie berufliche Weiterbildung und Unterstützung bei Masterstudiengängen werden ergänzt. Die bisher in §§ 55 bis 58 SGB IX genannten „Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft“ werden nun in §§ 76 bis 84 SGB IX differenzierter entfaltet.

Die neuen Leistungskataloge für soziale Teilhabe und für Teilhabe an Bildung fassen durch die Rechtsprechung in Einzelfällen zugesprochene Leistungen gesetzgeberisch zusammen und systematisieren sie. Daher geht die Bundesregierung hier von Kostenneutralität aus. Allerdings kann diese Ausdifferenzierung des gesetzlichen Leistungskatalogs eine stärkere Inanspruchnahme und eine Einengung von Ermessensspielräumen zur Folge haben, was wiederum mit erhöhten Kosten verbunden wäre.

Inwieweit infolge der Neuregelung Mehrkosten durch eine stärkere Inanspruchnahme entstanden sind, ist im Rahmen der Finanzuntersuchung zu überprüfen. Dies erfolgt auf zwei Wegen: Zum einen werden die entsprechenden Positionen der statistischen Erfassung im Zeitverlauf miteinander verglichen, um die Entwicklung der Zahl der Leistungsbeziehenden und die Ausgabenentwicklung im Übergang von alter zu neuer Rechtslage analysieren zu können. Da aber die amtliche Statistik erst nach einem gewissen Zeitraum veröffentlicht wird, wurde im Rahmen der Finanzuntersuchung zum andern parallel zum Statistikvergleich mit der Erhebung dieser Daten im Rahmen der Trägerbefragung ein zweiter Weg gewählt. Dabei kommt es zunächst darauf an, die vor dem Jahr 2020 dokumentierten Daten zum Leistungsbezug und zu den Ausgaben so zu erfassen, dass in den folgenden Trägerbefragungen eine verlässliche Analyse möglich wird.

5.5.1 Beziehende von Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft und an Bildung

Im Erhebungsbogen wurde zunächst nach den Beziehenden von Leistungen der Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft insgesamt gefragt und dann differenziert nach dem Bezug der quantitativ wichtigsten Leistungsarten. Eine gewichtete Auswertung der Angaben der befragten Träger ergibt für das Jahresende 2018 die Gesamtzahl der Leistungsbeziehenden von rd. 548.000 Personen (Tabelle 12). Dies sind 1% mehr als in der Sozialhilfestatistik zum Jahresende 2017 für diese Position ausgewiesen sind, was von der Größenordnung her plausibel erscheint.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Tabelle 12 Beziehende von Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft (einschl. Mehrfachnennung)

Leistungsart		Stichprobe	Struktur	Statistik 2017	Struktur
Insgesamt		547.900	100%	540.115	100%
darunter:					
Ambulant betreutes Wohnen		201.000	37%	189.690	35%
Wohnen in Einrichtungen		189.600	35%	196.500	36%
Heilpädagogische Leistungen		119.100	22%	108.665	20%
Sonstige Leistungen zur Teilhabe am LiG		94.700	17%	63.855	12%

Quelle: Befragung von Trägern der Eingliederungshilfe, ISG 2019 (gewichtet); Sozialhilfestatistik 2017

Leistungen zur Teilhabe an Bildung bezieht ein deutlich kleinerer Personenkreis, wodurch die Hochrechnung etwas weniger genau wird. Eine gewichtete Auswertung der Trägerangaben ergibt zum Jahresende 2018 eine Zahl von 55.300 Leistungsbeziehenden, dies sind 12% weniger als die 62.520 Personen, die nach der Sozialhilfestatistik 2017 derartige Leistungen bezogen haben (Tabelle 13). Hier handelt es sich fast ausschließlich um Hilfen zur Schulbildung. Die kleine Zahl der Leistungsbeziehenden von Hilfen zur schulischen Berufsausbildung und der Hochschulausbildung findet sich in vergleichbarer Größenordnung auch in der Stichprobe. Ob die von den Trägern ebenfalls in kleiner Zahl genannten Teilnehmer an einer beruflichen Weiterbildung ebenfalls in der Sozialhilfestatistik 2017 enthalten sind, oder ob es sich hier bereits um Leistungen im Vorgriff auf § 75 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 SGB IX handelt, die als Ermessensleistungen gewährt wurden, lässt sich nicht feststellen.

Tabelle 13 Beziehende von Leistungen zur Teilhabe an Bildung

Leistungsart		Stichprobe	Struktur	Statistik 2017	Struktur
Insgesamt		55.300	100%	62.520	100%
darunter:					
Schulbildung		54.300	98%	61.970	99%
Schulische Berufsausbildung		300	1%	550	1%
Hochschulausbildung		300	1%	darin enthalten	
Berufliche Weiterbildung		400	1%	nicht erfasst	

Quelle: Befragung von Trägern der Eingliederungshilfe, ISG 2019 (gewichtet); Sozialhilfestatistik 2017

Die Ergebnisse zu den Leistungsbeziehern stützen die Erwartung, dass im Rahmen der zukünftig vorgesehenen Trägerbefragungen belastbare Daten zur Analyse der Veränderungen, die sich in diesem Bereich vollziehen, gewonnen werden können. Dabei sollten in der Befragung 2020 von jedem Träger sowohl Daten zu den dann neu kategorisierten Leistungsarten als auch zu den Daten nach der vor 2020 geltenden Kategorisierung erhoben werden, um diese Angaben je Träger vergleichen zu können und damit Unschärfen zu vermeiden, die durch eine Beteiligung unterschiedlicher Träger an beiden Befragungen entstehen könnten.

5.5.2 Ausgaben für Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft und an Bildung

Die Ausgaben für diese Leistungen wurden als Bruttoausgaben und als Nettoausgaben abgefragt, um den Trägern je nach Verfügbarkeit der Daten eine der beiden Möglichkeiten anzubieten. 76 Träger machten beide Angaben, und es war geplant, dass anhand dieser Angaben

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

eine Relation zwischen Brutto- und Nettoausgaben ermittelt werden konnte, die auch auf die Träger übertragen werden konnte, die nur eine der beiden Angaben gemacht haben.

In der Sozialhilfestatistik werden Brutto- und Nettoausgaben nur für die Eingliederungshilfe insgesamt, aber nicht für einzelne Hilfearten gemacht. Im Jahr 2017 lagen die Ausgaben für die Eingliederungshilfe bundesweit bei 18,8 Mrd. EUR brutto bzw. 17,2 Mrd. EUR netto, dies entspricht 91% des Bruttobetrags. Bei den Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft dürfte dieser Unterschied größer ausfallen, da im Wesentlichen in diesem Bereich die Heranziehung von Einkommen und Vermögen greift. Für die Teilhabe an Bildung ist dagegen mit einer geringeren Differenz zu rechnen, da für diese Leistungen keine Einkommen und Vermögen herangezogen werden.

Diese Erwartung bestätigt sich bezüglich der Ausgaben für Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft insofern, als die angegebenen Nettoausgaben einem Anteil von 84% der Bruttoausgaben entsprechen, was unter der durchschnittlichen Relation in der Eingliederungshilfe insgesamt liegt (Tabelle 14). Diese Relation fällt bei den Landkreisen etwas niedriger aus, da einige von ihnen teilweise Erstattungen seitens des Landes erhalten (z.B. in Rheinland-Pfalz).

Tabelle 14 Ausgaben für Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft, Jahr 2018

		Mittelwert Ausgaben 2018		
Träger	**Anzahl**	**Brutto**	**Netto**	**Relation**
Landkreis	75	22.841.821	18.953.641	83%
Stadt	27	18.723.677	16.108.993	86%
Überörtlicher Träger	3	279.000.000	240.000.000	86%
Insgesamt	**106**	**29.062.898**	**24.518.815**	**84%**

Quelle: Befragung von Trägern der Eingliederungshilfe, ISG 2019 (gewichtet)
hier: nur Träger mit Angaben zu Brutto- und Nettoausgaben

Ein klares Bild ergibt sich für die Ausgaben zur Teilhabe an Bildung. Diese werden ohne Rückgriff auf Einkommen und Vermögen der Leistungsbeziehenden erbracht, daher liegen hier Brutto- und Nettoausgaben näher beieinander. Von 54 Trägern wurden beide Angaben gemacht, hier betragen die Nettoausgaben 94% der Bruttoausgaben.

Tabelle 15 Ausgaben für Leistungen zur Teilhabe an Bildung, Jahr 2018

		Mittelwert Ausgaben 2018		
Träger	**Anzahl**	**Brutto**	**Netto**	**Relation**
Landkreis	54	2.194.547	2.111.421	96%
Stadt	17	3.832.841	3.724.841	97%
Überörtlicher Träger	4	51.887.060	47.173.096	91%
Insgesamt	**76**	**5.235.320**	**4.897.667**	**94%**

Quelle: Befragung von Trägern der Eingliederungshilfe, ISG 2019 (gewichtet)
hier: nur Träger mit Angaben zu Brutto- und Nettoausgaben

Anhand dieser Ergebnisse wurden in einem weiteren Schritt die fehlenden Angaben zu den Nettoausgaben in den Fällen geschätzt, in denen nur die Bruttoausgaben vorlagen.

- Im Bereich der Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft wurden 84% der Bruttoausgaben als Nettoausgaben eingesetzt. Dadurch steigt die Zahl der Träger, deren Angaben ausgewertet werden konnten, von 76 Trägern auf 176 Träger. Hochgerechnet wurden in Deutschland im Jahr 2018 rd. 9,3 Mrd. EUR netto in diesem Bereich ausgegeben.
- Im Bereich der Teilhabe an Bildung wurden 94% der Bruttoausgaben als Nettoausgaben eingesetzt. Dadurch steigt die Zahl der Träger, deren Angaben ausgewertet werden konnten, von 54 Trägern auf 176 Träger. Hochgerechnet wurden in Deutschland im Jahr 2018 in diesem Bereich rd. 1,1 Mrd. EUR netto ausgegeben.

Durch die Einbeziehung einer größeren Zahl von Trägern wird die Hochrechnung verlässlicher und kann im Folgenden auch auf Ebene der Länder ausdifferenziert werden (Tabelle 16).

Tabelle 16 Ausgaben für Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft und zur Teilhabe an Bildung nach Ländern, Jahr 2018 (in Mio. EUR)

Land	Leben in der Gemeinschaft	Bildung
Baden-Württemberg	828,0	96,0
Bayern	1.290,0	389,0
Berlin	705,0	9,0
Brandenburg	332,0	18,3
Bremen	50,1	0,3
Hamburg	271,0	0,1
Hessen	46,0	94,2
Mecklenburg-Vorpommern	174,0	13,9
Niedersachsen	916,0	183,0
Nordrhein-Westfalen	2.630,0	209,0
Rheinland-Pfalz	577,0	35,7
Saarland	120,0	22,7
Sachsen	261,0	28,1
Sachsen-Anhalt	286,0	0,0
Schleswig-Holstein	514,0	39,6
Thüringen	286,0	0,0
Insgesamt	**9.286**	**1.139**

Quelle: Befragung von Trägern der Eingliederungshilfe, ISG 2019 (gewichtet)

Auch hier ist vorgesehen, diese Daten im weiteren Verlauf der Untersuchung in ihrer jährlichen Veränderung zu erheben und zu analysieren.

5.6 Teilhabeplanverfahren und Gesamtplanverfahren

Damit die Leistungen der Eingliederungshilfe bedarfsgerecht geplant und passgenau zugeschnitten werden, sollen die Steuerungsmöglichkeiten der Leistungsträger gegenüber den Leistungserbringern durch das trägerübergreifende Teilhabeplanverfahren nach § 19 SGB IX gestärkt werden. Im Rahmen der Eingliederungshilfe ist ein Gesamtplanverfahren nach §§ 117 ff. SGB IX (bzw. derzeit noch nach §§ 141 ff SGB XII) unter Regie des Trägers der Eingliederungshilfe durchzuführen. Durch Einführung dieser Planungsverfahren, mit denen

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

frühere Planungsverfahren präzisiert und erweitert wurden, sollen die Leistungserbringung besser koordiniert und letztlich auch die Ausgabendynamik begrenzt werden. Wenn die Träger die Leistungserbringung in gut geplanter Form und damit transparent, koordiniert und wirtschaftlich gestalten, soll dies zur Sicherstellung passender und bedarfsgerechter Leistungen in personenzentrierter Ausrichtung beitragen. Erforderlich sind dafür ein höherer Personaleinsatz und ggf. auch andere Qualifikationen des eingesetzten Personals als die eines Sachbearbeiters, soweit nicht schon vorher bereits Personal mit planerischer Qualifikation eingesetzt wurde. Den langfristig erwarteten positiven Wirkungen kann daher kurzfristig ein Mehrbedarf der Träger an planerisch qualifiziertem Personal gegenüberstehen, das zur Sachbearbeitung in der bisher üblichen Form nicht benötigt wurde. In diesen Fällen sind die Auswirkungen des Gesetzes gegen die bereits bestehenden Kosten abzugrenzen.

Damit eine Überprüfung der finanziellen Auswirkungen dieser seit Januar 2018 bestehenden Regelung in differenzierter Weise erfolgt, wurden die Träger gefragt

- nach einzelnen Teilschritten der Planungsverfahren bzw. neuen Aufgaben, die damit verbunden sind, weiterhin
- nach der beruflichen Qualifikation, die zur Erfüllung von Planungsaufgaben erforderlich ist und
- nach der tatsächlichen Einstellung entsprechend qualifizierten Personals.

5.6.1 Planungsaufgaben und Qualifikationsanforderungen

Die Träger rechnen mit zusätzlichen Aufgaben infolge der neuen Planungsverfahren vor allem bei der Umstellung ihrer Dokumentationen (95%), bei der Koordination zwischen Leistungsträger und Leistungserbringern (95%) sowie durch die Durchführung von Fallkonferenzen (93%, eher von örtlichen als von überörtlichen Trägern angekreuzt; Tabelle 17). An vierter Stelle steht die Anpassung der Verwaltungsstrukturen (z.B. durch neue EDV-Systeme und Schulungen der Mitarbeiter/innen) mit 79% und an fünfter Stelle die Formulierung von überprüfbaren Teilhabezielen mit 74% (beides stärker von überörtlichen als von örtlichen Trägern angekreuzt).

Tabelle 17 Zusätzliche Aufgaben für die Träger durch Umstellung auf das Planungsverfahren infolge des BTHG

Zusätzliche Aufgaben infolge des BTHG	Landkreis	Stadt	Überörtlicher Träger	Gesamt
Umstellung von Dokumentationen	97%	91%	87%	95%
mehr Koordination von Leistungsträgern und Leistungserbringern	94%	98%	94%	95%
Durchführung von Fallkonferenzen	95%	87%	88%	93%
Anpassung der Verwaltungsstrukturen (z. B. durch neue EDV-Systeme, Schulungen	78%	78%	100%	79%
Formulierung von überprüfbaren Teilhabezielen	69%	82%	100%	74%
Sonstige Aufgaben	38%	35%	50%	38%

Quelle: Befragung von Trägern der Eingliederungshilfe, ISG 2019 (gewichtet)

Diese Antworten hatte das Forschungsinstitut in Absprache mit dem o.g. Expertenkreis vorgegeben. Darüber hinaus hatten die Träger Gelegenheit, weitere Aufgaben zu nennen, die mit der Umstellung auf die neuen Planungsverfahren verbunden sind. Von den daraufhin genannten Aufgaben werden hier die aufgeführt, die von mehr als einem Träger genannt wurden:

Weitere neue Aufgaben infolge des BTHG sind …	**Anzahl Nennungen**
• Anschaffung neuer Technik	12
• Persönliche Gespräche mit den Antragstellern (Personenzentrierung), Hausbesuche, Hospitationen, Teilnahme an interdisziplinären Gesprächsrunden	9
• Terminkoordination aller Beteiligten	9
• Durchführung Gesamtplanung für alle Leistungsberechtigten alle 2 Jahre	3
• mehr Dokumentationsaufwand, mehr Beratung u. Unterstützung, mehr u. aufwendigere Konferenzen, mehr Fachaustausch zwischen den unterschiedlichen Professionen, klare Schnittstellenklärung	3
• Schulungen in unterschiedlichen Bereichen (z.B. Sozialgesetzbücher).	3
• Änderung der Erstberatung	2
• Anpassung von Verfahrensabläufen, sozialräumliche Ausrichtung	2
• Aufbau neuer Fachlichkeiten und Erarbeitung neuer interner Prozesse und Schnittstellen	2
• Einzelstellungnahmen bei WfbM im Eingangsverfahren, Berufsbildungsbereich, Arbeitsbereich wegen Wegfall der Fachausschüsse für WfbM	2
• Erarbeitung von Schnittstellenkonzepten	2
• Ermittlungsaufwand für neue Festlegungen zur KdU-Ermittlung; neue Statistiken; Umstellung Haushaltssystematik; Mitarbeit an Evaluationen	2
• Erweiterung der bisherigen Zielplanverfahren und der Fallkonferenzen	2
• Hilfeplan gem. Individueller Teilhabeplanung ITP	2
• Klientenkontakt zunehmend, Koordination Verwaltungsmitarbeiter und Sozialpädagogen	2
• neues Hilfebedarfserfassungsinstrument (ITP)	2
• Organisationsbedarf für die Durchführung von Fallkonferenzen	2
• Qualitätssicherung, Wirkungskontrolle	2
• sehr viel umfangreicheres Bedarfsermittlungsverfahren	2
• umfassendere Beratungspflichten, zweischrittiges Teilhabeplanverfahren (die vorherige Hilfeplanung konnte in einem Schritt absolviert werden)	2
• Zusammenarbeit verschiedener Fachlichkeiten (Verwaltung, Sozialpädagogik)	2
• zusätzliche Widerspruchs- und Rechtsstreitigkeiten	2

Quelle: Befragung von Trägern der Eingliederungshilfe, ISG 2019

Als Berufsgruppen, die zur Durchführung solcher Planungsverfahren geeignet sind, werden vor allem Pädagogen, Sozialarbeiter und therapeutische Fachkräfte gesehen (95%; Tabelle 18). Verwaltungskräfte und Sachbearbeiter werden in deutlich geringerem Maße als geeignet betrachtet (59%). 36% der befragten Träger halten auch Mitarbeiter mit einer Zusatzqualifikation für geeignet.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Tabelle 18 Für Planungsverfahren geeignete Berufsgruppen

Geeignete Berufsgruppen	Landkreis	Stadt	Überörtlicher Träger	Gesamt
Pädagogen / Sozialarbeiter / therapeutische Fachkräfte	95%	94%	100%	95%
Verwaltungskräfte / Sachbearbeiter	57%	62%	69%	59%
Mitarbeiter mit entsprechenden Zusatzqualifikationen	36%	36%	38%	36%
Sonstige Berufsgruppen	9%	24%	19%	13%

Quelle: Befragung von Trägern der Eingliederungshilfe, ISG 2019 (gewichtet)

Die Möglichkeit der Fortbildung von Verwaltungskräften wird auch unter den „sonstigen Berufen“ genannt, dort ergänzt um das Merkmal der Berufserfahrung. Weiterhin werden an dieser Stelle medizinische und pflegerische Berufe, Psychologen, Sozialwirte und Rehabilitationswissenschaftler genannt.

Weitere geeignete Berufsgruppen für Planungsaufgaben sind …	Anzahl Nennungen
• Mediziner, Ärzte, Pflegekräfte	13
• Heilerziehungspfleger, Psychologen	9
• Verwaltungskräfte mit Berufserfahrung und Fortbildungen	9
• Sozialwirte	3
• Heilpädagogen, Sozialjuristen	2
• Sozialmanagement	2
• Rehabilitationswissenschaftler	2

Quelle: Befragung von Trägern der Eingliederungshilfe, ISG 2019

5.6.2 Personalkapazitäten für Planungsaufgaben

Hinsichtlich der tatsächlichen Auswirkungen des BTHG ist von Interesse, ob zur Durchführung der vorgesehenen erweiterten Planungsverfahren bereits neues Personal eingestellt wurde oder nicht, inwieweit dies geplant ist und wie diese Entscheidungen der Träger jeweils begründet werden.

Knapp zwei Drittel der befragten Träger haben ihre personellen Ressourcen im Hinblick auf die Umsetzung des BTHG bereits aufgestockt (64%; Tabelle 19).

Tabelle 19 Personaleinstellungen zur Umsetzung der Planungsverfahren

Personaleinstellungen	Landkreis	Stadt	Überörtlicher Träger	Gesamt
Bisher keine Veränderung der personellen Ressourcen, auch nicht vorgesehen	3%	6%	0%	3%
Bisher keine Veränderung der personellen Ressourcen, aber zukünftig vorgesehen	31%	40%	40%	34%
Veränderung der personellen Ressourcen bereits erfolgt	66%	55%	60%	63%

Quelle: Befragung von Trägern der Eingliederungshilfe, ISG 2019 (gewichtet)

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Bei einem guten Drittel der Träger ist dies bisher noch nicht erfolgt (37%), aber die meisten davon haben dies in Zukunft geplant (34%). Von diesen meint die eine Hälfte mit „zukünftig“, dass sie weiteres Personal noch im Jahr 2019 einstellen wollen, die andere Hälfte plant dies zum 1. Januar 2020.

Wenn kein neues Personal eingeplant ist, meinen einige wenige Träger, dass eine Schulung des vorhandenen Personals ausreichend sei oder der Bedarf durch Aufstockung des Stundeneinsatzes des vorhandenen Personals gedeckt werden könne. Als weitere Gründe werden genannt:

- Neuorganisation aufgrund von Aufgabenverlagerungen
- fehlender Fallzahlschlüssel, noch keine Ermittlung der durchschnittlichen Bearbeitungszeit
- schrittweise Umsetzung
- schwierige Personalgewinnung
- derzeit noch in Prüfung, ob und wieviel Personalmehrbedarf besteht.

Wenn Neueinstellungen erfolgt sind oder demnächst bevorstehen, so haben 90% der Träger planerisch qualifiziertes Personal neu eingestellt und 10% dies auf andere Weise gelöst. Diese anderen Lösungen können auch Neueinstellungen umfassen, sie bestehen aber aus einer Kombination mehrerer Vorgehensweisen, wie die entsprechende Nachfrage ergibt:

- durch Neueinstellung von fachlich qualifiziertem Personal UND durch Freisetzung von Personalkapazitäten durch Auslagerung von Aufgaben in andere Bereiche des Sozialamtes (mit der Folge dortiger Mehrbelastung).
- Neueinstellung von qualifiziertem Verwaltungspersonal und umfangreiche Fortbildung aller Sachbearbeiter zur Gesamtplanung
- durch Neueinstellungen und Aufstockung der Arbeitszeit von bereits vorhandenem Personal
- multiprofessionell 25 % mehr für jede Profession
- Stellenumwandlung Asyl zu BTHG
- Umsetzung von vorhandenem Personal aus anderen Bereichen.

Allerdings ist es nicht so, dass für alle Träger derartige Planungsverfahren neu wären; drei Viertel der befragten Träger hatten auch vor dem Jahr 2018 schon zumindest in Teilbereichen vergleichbare Planungsverfahren angewandt (Tabelle 20). 20% der Träger haben vorher Planungsverfahren umfassend angewandt (18% der Landkreise, 24% der Städte und 19% der überörtlichen Träger). Weitere 55% der Träger (55% der Landkreise, 53% der kreisfreien Städte, 63% der überörtlichen Träger) haben solche Planungsverfahren teilweise angewandt, und nur für 25% der Träger sind solche Planverfahren völlig neu (27% der Landkreise, 22% der kreisfreien Städte, 19% der überörtlichen Träger).

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Tabelle 20 Frühere und infolge des BTHG erweiterte Planungsverfahren

Planungsverfahren	Landkreis	Stadt	Überörtlicher Träger	Gesamt
schon vor 2018 vergleichbare Planungsverfahren angewandt	18%	24%	19%	20%
teilweise schon Planungsverfahren angewandt	55%	53%	63%	55%
kein Planungsverfahren vor 2018	27%	22%	19%	25%

Quelle: Befragung von Trägern der Eingliederungshilfe, ISG 2019 (gewichtet)

Wenn es bereits vorher ähnliche Planungsverfahren gab, so ist davon auszugehen, dass dazu auch bereits planerisch qualifiziertes Personal eingesetzt wurde. Um die durch das BTHG verursachten Mehrkosten ermitteln zu können, ist somit zu unterscheiden zwischen dem Personal, das auch bisher schon derartige Aufgaben erfüllt hat und dem Personal, das infolge des BTHG neu eingestellt wurde oder werden soll.

Die Träger mit Planungsverfahren schon vor 2018 hatten im Mittelwert Mitarbeiter auf 8,1 Vollzeitstellen hierfür eingesetzt (Landkreise 5,7, kreisfreie Städte 4,1, überörtliche Träger 46,7 Vollzeitstellen; Tabelle 21). Rechnet man diese Angaben auf Deutschland insgesamt hoch, so waren vor dem Jahr 2018 bereits rd. 2.100 Mitarbeiter in Planungsverfahren tätig.

In Vorbereitung auf die Umsetzung des BTHG wurden im Durchschnitt 4,3 Vollzeitstellen besetzt, und weitere 6,0 Vollzeitstellen sind geplant. Die Hochrechnung auf Deutschland ergibt rd. 1.100 Vollzeitstellen, die bereits neu besetzt wurden, und rd. 1.500 Vollzeitstellen, deren Besetzung noch geplant ist.

Die Qualifikationsanforderungen für die erweiterten Planungsaufgaben werden unterschiedlich eingeschätzt (vgl. oben Tabelle 18). Bezüglich der erfolgten oder geplanten Stellenbesetzungen wurde deshalb auch erhoben, inwieweit es hier um Einstellungen von Personal geht, das als eher gut qualifiziert gilt (wie Pädagogen, Sozialarbeiter und therapeutische Fachkräfte) und inwieweit Personal eingestellt wurde oder werden soll, das als weniger gut qualifiziert gilt (wie Verwaltungskräfte oder Sachbearbeiter). Diese Nachfrage hat ergeben:

- Bisher eingesetztes Planungspersonal (vor 2018) bestand im Durchschnitt zu 40% aus Pädagogen und ähnlich qualifiziertem Personal und zu 60% aus Verwaltungskräften.
- Bei bisher erfolgten Neueinstellungen wurden im Durchschnitt 55% Pädagogen und ähnlich qualifiziertes Personal und zu 45% Verwaltungskräfte eingestellt.
- Bei den weiterhin geplanten Neueinstellungen sind im Durchschnitt 61% Pädagogen und ähnlich qualifiziertes Personal und zu 39% Verwaltungskräfte vorgesehen.

Somit hat der Anteil von Pädagogen und ähnlich qualifiziertem Personal in diesem Prozess zugenommen. Diese Information wurde genutzt, um die jeweiligen Personalangaben diesen beiden Qualifikationsgruppen zuzuordnen.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Tabelle 21 Personeller Mehraufwand bei Trägern mit früheren Planungsverfahren (in Vollzeitäquivalenten)

Personal für Planungsverfahren	Landkreis	Stadt	Überörtlicher Träger	Gesamt
		Mittelwerte		
schon vor 2018 Personal für Planungsverfahren	5,7	4,1	46,7	8,1
infolge des BTHG neu besetzt	4,0	3,8	9,2	4,3
infolge des BTHG geplant	4,3	4,1	29,4	6,0
		Summen		
schon vor 2018 Personal für Planungsverfahren	999	248	808	2.055
darunter Pädagogen	399	99	323	820
Verwaltungskräfte	600	149	486	1.235
infolge des BTHG neu besetzt	707	228	159	1.094
darunter Pädagogen	390	126	88	603
Verwaltungskräfte	317	102	71	490
infolge des BTHG geplant	761	248	509	1.518
darunter Pädagogen	464	151	311	926
Verwaltungskräfte	297	97	198	592

Quelle: Befragung von Trägern der Eingliederungshilfe, ISG 2019 (gewichtet)

Bei Trägern, die vor dem Jahr 2018 noch keine Planungsverfahren angewandt hatten, beschränkt sich die Frage auf das Personal, das infolge des BTHG bisher neu eingestellt wurde oder werden soll. Da es sich hierbei um einen kleineren Anteil der Träger handelt (vgl. oben Tabelle 20), fallen die auf Deutschland hochgerechneten Summen entsprechend niedriger aus (Tabelle 22). Den Angaben der befragten Träger zufolge wurden bisher infolge des BTHG gut 200 Stellen neu besetzt, und die Einstellung von weiteren rd. 300 Mitarbeitern ist geplant. Auch hier wurde die Aufteilung auf Pädagogen und ähnlich qualifiziertes Personal einerseits und Verwaltungskräfte andererseits anhand der Trägerangaben vorgenommen.

Tabelle 22 Personeller Mehraufwand bei Trägern ohne frühere Planungsverfahren

Personal für Planungsverfahren	Landkreis	Stadt	Überörtlicher Träger	Gesamt
		Mittelwerte		
infolge des BTHG neu besetzt	1,0	0,4	0,4	0,8
infolge des BTHG geplant	1,2	0,4	3,3	1,2
		Summen		
infolge des BTHG neu besetzt	184	22	6	212
darunter Pädagogen	101	12	3	117
Verwaltungskräfte	82	10	3	95
infolge des BTHG geplant	214	26	57	297
darunter Pädagogen	130	16	35	181
Verwaltungskräfte	83	10	22	116

Quelle: Befragung von Trägern der Eingliederungshilfe, ISG 2019 (gewichtet)

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

5.6.3 Bearbeitung von Eingliederungshilfe und Grundsicherung

Eine Ergänzungsfrage zum Personaleinsatz zielte darauf ab, den Bearbeitungsaufwand für Leistungen der Grundsicherung von dem Aufwand zur Bearbeitung der Eingliederungshilfe zu trennen, um abschätzen zu können, wieviel Personalkapazitäten bei den Trägern der Eingliederungshilfe durch die getrennte Bearbeitung ab dem Jahr 2020 frei werden wird.

Mehr als ein Drittel der örtlichen Träger und gut die Hälfte der überörtlichen Träger bearbeiten derzeit die Eingliederungshilfe und die Grundsicherung gemeinsam (Tabelle 23). Der Arbeitsanteil, der dabei auf die Bearbeitung der Grundsicherung entfällt, konnte entweder als prozentualer Anteil der wöchentlichen Arbeitszeit oder in Stunden pro Woche angegeben werden. Die Angabe des prozentualen Anteils liegt bei den Landkreisen und den überörtlichen Trägern bei 12 bis 13%, während die Städte mit gemeinsamer Sachbearbeitung diesen Anteil höher einschätzen. Dagegen liegen bei der Schätzung der Wochenstunden die Landkreise und überörtlichen Träger mit Mittelwerten von rd. 5 Stunden pro Woche (dies wären 12% der wöchentlichen Arbeitszeit) etwas höher als die kreisfreien Städte, die diesen Aufwand mit rd. 3 Stunden pro Woche einschätzen (dies entspricht 7% der wöchentlichen Arbeitszeit).

Tabelle 23 Bearbeitung von Eingliederungshilfe und Grundsicherung

Leistungsbearbeitung EGH und GS	Landkreis	Stadt	Überörtlicher Träger	Gesamt
Keine gemeinsame Bearbeitung	59%	67%	47%	60%
Gemeinsame Bearbeitung	41%	33%	53%	40%
dabei entfällt auf die Grundsicherung …				
Anteil an Arbeitszeit	13%	28%	12%	16%
Stunden pro Woche	4,8	2,9	5,0	4,5

Quelle: Befragung von Trägern der Eingliederungshilfe, ISG 2019 (gewichtet)

5.6.4 Kostenauswirkungen der erweiterten Planungsverfahren

Die Mehrkosten, die den Trägern durch die infolge des BTHG erweiterten Planungsverfahren entstehen, lassen sich im Folgenden ungefähr abschätzen unter Zugrundelegung der folgenden Annahmen:

- In seiner Studie zu den Verwaltungskosten der Leistungsbearbeitung hatte das ISG jährliche Kosten für Pädagogen in Höhe von knapp 70.000 EUR und von Verwaltungskräften zwischen 56.000 EUR und 66.000 EUR pro Jahr ermittelt (ISG 2015; einschließlich Arbeitsplatz- und Personalnebenkosten). Dabei wurden Berechnungen der KGST zu den Kosten eines Arbeitsplatzes sowie die Tarifentgelte des TVöD für das Jahr 2013 herangezogen.
- Die tariflichen Vergütungen im Bereich des öffentlichen Dienstes sind im Zeitraum von 2013 bis 2018 um 13,7% angestiegen. Somit ist für das Jahr 2018 von Personalkosten einschließlich Kosten eines Arbeitsplatzes auszugehen, die in Höhe von rd. 77.000 EUR für Pädagogen und von rd. 68.000 EUR für Verwaltungskräfte liegen.

- Die Trägerbefragung fand im Juni und Juli 2019 statt. Somit beziehen sich die Angaben zu den „bisher“ neu eingestellten Personen auf den Zeitraum bis zum Mai 2019. Die weiterhin vorgesehenen Neueinstellungen infolge des BTHG sind überwiegend für den Zeitraum bis zum Jahresende 2019 geplant.

Im Folgenden werden die finanziellen Auswirkungen der bisher erfolgten Neueinstellungen betrachtet. Bei den Trägern, die bereits vor dem Jahr 2018 Planungsverfahren durchgeführt haben, wurden infolge des BTHG vor der Befragung Mitarbeiter mit Personalkosten von hochgerechnet 80 Mio. EUR eingestellt (Tabelle 24).

Bei dem geringeren Anteil der Träger, die vor dem Jahr 2018 noch keine Planungsverfahren durchgeführt haben, wurden infolge des BTHG vor der Befragung Mitarbeiter mit Personalkosten von hochgerechnet 16 Mio. EUR eingestellt.

Rechnet man beide Beträge zusammen, so wurden im Zeitraum von Januar 2018 bis Mai 2019 Mitarbeiter für Planungsaufgaben mit Personalkosten von hochgerechnet 96 Mio. EUR neu eingestellt, um die diesbezüglichen Anforderungen des BTHG erfüllen zu können.

Tabelle 24 Mehrkosten wegen personellem Mehraufwand für neue Planungsverfahren infolge des BTHG

Kosten infolge des BTHG (in Mio. EUR)	Landkreis	Stadt	Überörtlicher Träger	Gesamt
	Träger mit früheren Planungsverfahren			
infolge des BTHG neu besetzt	51,8	16,7	11,6	80,1
darunter Pädagogen	30,1	9,7	6,8	46,6
Verwaltungskräfte	21,6	7,0	4,9	33,5
	Träger ohne frühere Planungsverfahren			
infolge des BTHG neu besetzt	13,5	1,6	0,5	15,5
darunter Pädagogen	7,8	0,9	0,3	9,0
Verwaltungskräfte	5,6	0,7	0,2	6,5
Personalkosten durch Planungsverfahren infolge des BTHG	**65,2**	**18,3**	**12,1**	**95,6**

Quelle: Befragung von Trägern der Eingliederungshilfe, ISG 2019 (gewichtet)

Von diesem Zeitraum, der insgesamt 17 Monate umfasst, sind 12 Monate dem Jahr 2018 zuzurechnen. Dies entspricht zusätzlichen Personalkosten im Jahr 2018 in Höhe von 68 Mio. EUR. Das BMAS hatte in seiner Kostenschätzung zum BTHG für die Jahre 2018 und 2019 mit Mehrkosten für Planungsverfahren in Höhe von jeweils 50 Mio. EUR gerechnet. Diese Differenz könnte daran liegen, dass der Aufwand durch erweiterte Planungsverfahren im Gesetzgebungsverfahren unterschätzt worden ist. Es kann aber auch sein, dass dieser Aufwand durch unsere Berechnungen überschätzt wird, wenn einzelne Träger in der Befragung den zusätzlichen Personalaufwand nicht trennscharf auf die Planungsverfahren infolge des BTHG bezogen haben, sondern auch weitere neu eingestellte Mitarbeiter mitgezählt haben. Dies ist im Zuge der Folgebefragung im Jahr 2020 zu überprüfen.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

5.6.5 Mögliche Effizienzauswirkungen

Eine verbesserte Planung kann langfristig möglicherweise auch zu einer effizienteren Leistungserbringung führen. Diese Effizienz lässt sich voraussichtlich nicht unmittelbar aus der statistischen Entwicklung ablesen, da die Statistik der Leistungsausgaben der Eingliederungshilfe nicht hinreichend differenziert ausgewiesen wird. Um dazu bereits jetzt Anhaltspunkte zu gewinnen, wurden die beteiligten Träger auch danach gefragt, ob sie infolge des Einsatzes der neuen Planungsverfahren auch mit Einsparungen bzw. einer Dämpfung des Ausgabenanstiegs rechnen. Selbstverständlich sind Einschätzungen und Erwartungen zu einem so komplexen Sachverhalt mit einer hohen Unsicherheit verbunden. Dennoch besteht ein Interesse daran, wie die Träger dies einschätzen und wie sich deren Einschätzung im Laufe der kommenden Jahre verändern wird. Parallel dazu sind weitere Herangehensweisen zur Ermittlung einer Effizienzrendite zu verfolgen (vgl. Kapitel 6 in diesem Bericht).

Die befragten Träger erwarten weit überwiegend keine Einsparungen durch die neuen Planungsverfahren (89%; Tabelle 25). Wenn aber Einsparungen bzw. eine Dämpfung des Kostenanstiegs erwartet werden, dann eher durch einen gezielten Mitteleinsatz für passgerechte Leistungen (8%) als durch den Personaleinsatz (4%).

Tabelle 25 Mögliche Einsparungen durch neue Planungsverfahren

Einsparungen durch Planungsverfahren	Landkreis	Stadt	Überörtlicher Träger	Gesamt
Nein, keine Einsparungen	91%	93%	69%	89%
Ja, es kann Einsparungen geben durch …	10%	7%	31%	11%
zielgerichteten Personaleinsatz	3%	7%	6%	4%
zielgerichteten Einsatz der Leistungen	8%	4%	25%	8%
auf andere Weise	3%	2%	6%	3%

Quelle: Befragung von Trägern der Eingliederungshilfe, ISG 2019 (gewichtet)

Einige Träger erwarten Einsparungen oder eine Dämpfung des Kostenanstiegs aus anderen Gründen; hierzu wurde genannt:

- durch individuellere Bedarfssteuerung sowie organisatorische und inhaltliche Verzahnung
- durch teilweises Poolen von Leistungen
- keine monetäre Einsparung, es wird aber mit passgenaueren Hilfen gerechnet
- möglicherweise durch Steigerung des Selbstbewusstseins von Leistungsempfängern, Erweiterung des Angebotsspektrums an Dienstleistungen

Ein Träger stellt klar: „Wir erwarten durch den Personaleinsatz eine Qualitäts- und Effizienzsteigerung und in deren Folge eine Dämpfung der Kostensteigerung, nicht aber Einsparungen“.

Diejenigen, die mit Einsparungen oder einer Kostendämpfung rechnen, wurden gebeten, deren Umfang als prozentualen Anteil der zusätzlich eingesetzten Personalmittel zu schätzen. Diese Bezugsgröße war in der Diskussion bei der Entwicklung des Fragebogens als passend

eingeschätzt worden, ist aber offensichtlich schwer zu beantworten. Nur neun Träger haben diese Frage beantwortet, und ihre Schätzung des Umfangs möglicher Einsparungen reichen von 10% bis zu 80% der zusätzlich eingesetzten Personalkosten (Mittelwert rd. 30%).

Eine weitere Nachfrage, ab wann mit einem solchen Kosteneffekt zu rechnen sei, wird so beantwortet, dass vier Träger mit Einsparungen schon ab dem Jahr 2020 rechnen, neun Träger mit Einsparungen etwa ab dem Jahr 2022 und weitere neun Träger mit Einsparungen erst ab dem Jahr 2024 oder später.

5.7 Frauenbeauftragte und Werkstatträte

Im Januar 2017 wurde in WfbM die Position der Frauenbeauftragten eingeführt. Die Zahl der Beauftragten innerhalb eines Betriebes ist von der Betriebsgröße abhängig. Die entsprechende Regelung findet sich in § 222 Abs. 5 SGB IX:

> „Behinderte Frauen im Sinne des § 221 Absatz 1 wählen in jeder Werkstatt eine Frauenbeauftragte und eine Stellvertreterin. In Werkstätten mit mehr als 700 wahlberechtigten Frauen wird eine zweite Stellvertreterin gewählt, in Werkstätten mit mehr als 1.000 wahlberechtigten Frauen werden bis zu drei Stellvertreterinnen gewählt. Die Beauftragten nehmen diese Funktion während ihrer Arbeitszeit wahr, d.h. sie haben für diesen Zeitraum einen Anspruch auf Fortzahlung des Arbeitsentgelts."

Bezüglich dieser Neuregelung ist zu untersuchen, welche Kosten durch die Freistellung einschließlich der Inanspruchnahme von Assistenzleistungen, Fortbildungen, Sach- und Qualifizierungskosten für die Träger der Eingliederungshilfe anfallen. Darüber hinaus ist zu prüfen, ob es durch die Wiederbesetzung von Arbeitsplätzen durch Werkstattbeschäftigte, die für die Funktion als Frauenbeauftragte von der Arbeit freigestellt werden, zu Mehrkosten kommt. Um ein vollständiges Bild zu erhalten, wird auch in Betracht gezogen, welche Arbeitszeit mit welcher Vergütung durch diese Funktion in Anspruch genommen wird. Dieser Untersuchungsteil wird um die Frage nach den neu hinzugetretenen Kosten für Werkstatträte durch die überregionale Interessenvertretung auf Bundes- und Landesebene ergänzt.

5.7.1 Zahl der Werkstätten, der Frauenbeauftragten und der Werkstatträte

Den Angaben der Träger zufolge gab es am Jahresende 2017 hochgerechnet rd. 1.000 Werkstätten in Deutschland, in denen rd. 239.000 Beschäftigte arbeiteten; darunter waren rd. 99.000 Frauen (Tabelle 26). Am Jahresende 2018 waren es etwas weniger Werkstätten, aber die Zahl der Leistungsbezieher in WfbM lag zu diesem Zeitpunkt mit rd. 241.000 Beschäftigten etwas höher; darunter waren rd. 100.000 Frauen.

Die Zahl der Frauenbeauftragten lag nach der Hochrechnung der Trägerangaben in Deutschland im Jahr 2017 bei rd. 300 Frauen und im Jahr 2018 bei rd. 480 Frauen. Die Zahl der Werkstatträte liegt zu diesem Zeitpunkt bundesweit bei rd. 1.280 Personen.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Tabelle 26 Strukturdaten der Werkstätten für behinderte Menschen

Strukturdaten zu WfbM	Landkreis	Stadt	Überörtlicher Träger	Gesamt
Anzahl der (Haupt-) Werkstätten				
am 31.12.2017	506	51	498	1.055
am 31.12.2018	485	51	498	1.034
Anzahl der Leistungsberechtigten				
am 31.12.2017	62.512	9.629	166.774	238.914
am 31.12.2018	63.455	10.278	167.843	241.575
darunter Frauen				
am 31.12.2017	25.674	3.912	69.303	98.889
am 31.12.2018	26.077	4.170	69.845	100.092
Frauenanteil in WfbM				
am 31.12.2017	41%	41%	42%	41%
am 31.12.2018	41%	41%	42%	41%
Frauenbeauftragte in WfbM				
am 31.12.2017	157	37	105	299
am 31.12.2018	178	42	260	480
Werkstatträte in WfbM				
am 31.12.2018	329	75	873	1.277

Quelle: Befragung von Trägern der Eingliederungshilfe, ISG 2019 (gewichtet)

Diese Hochrechnung der Trägerangaben erreicht nicht ganz die statistisch ausgewiesenen Zahlen, denn nach der Sozialhilfestatistik lag die Zahl der Werkstattbeschäftigten am Jahresende 2017 bei 272.940 Personen, darunter waren 112.165 Frauen. Die Zahl der Frauenbeauftragten ist deutlich niedriger als erwartet; selbst wenn in keiner WfbM in Deutschland mehr als 700 Frauen tätig wären, müsste es in jeder WfbM mindestens eine Frauenbeauftragte geben, das wären insgesamt rd. 1.000 Frauenbeauftragte statt der hochgerechneten 480. Ein Grund für diese Untererfassung könnte sein, dass die Kosten für Frauenbeauftragte in der Regel nicht spitz berechnet, sondern pauschal abgegolten werden, weshalb eine genaue statistische Erfassung nicht immer erfolgen dürfte. Die Zahl der auf Basis der Trägerangaben hochgerechneten Werkstatträte liegt deutlich höher, sie entspricht den Erwartungen.

5.7.2 Ausgaben für Frauenbeauftragte und Werkstatträte

Die Erhebung der Ausgaben in diesem Bereich ist nicht zufriedenstellend verlaufen. Von den 176 Trägern in der Stichprobe haben nur 8 Träger Angaben zu den Ausgaben für Frauenbeauftragte im Jahr 2017 (5%) und 20 Träger zu den Ausgaben für Frauenbeauftragte im Jahr 2018 (11%) gemacht. Ähnlich gering ist die Beteiligung bei den Ausgaben für die überregionale Beteiligung von Werkstatträten, hierzu haben nur 6 Träger Angaben zu den Ausgaben im Jahr 2017 (3%) und 15 Träger zu den Ausgaben im Jahr 2018 (8%) gemacht.

Aus den vorliegenden Ergebnissen lässt sich lediglich entnehmen, dass die Ausgaben für Assistenzleistungen den mit Abstand größten Ausgabenposten ausmachen. Zur Höhe dieser Kosten kann die Hochrechnung aber keine verlässlichen Angaben liefern. Es bedarf weiterer Überlegungen, auf welchem Wege diese Angaben ermittelt werden können. Möglicherweise besitzen die Länder hierzu verlässlichere Informationen.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

6. Überlegungen zur Ermittlung einer Effizienzrendite

Mit der Einführung des BTHG war die Erwartung verbunden, dass durch die gesetzlichen Änderungen eine höhere Steuerungsfähigkeit in der Eingliederungshilfe erreicht werden könne. Eine besser geplante und gesteuerte Leistungserbringung könnte dabei auch bestimmte Einsparungen zur Folge haben, die den gesetzlichen Änderungen als „Effizienzrendite“ zugerechnet werden könnte. Eine Überprüfung, inwieweit eine solche „Effizienzrendite“ tatsächlich erreicht wird, gehörte ursprünglich zwar nicht zum Auftrag der Finanzuntersuchung. In den Sitzungen der Länder-Bund-Arbeitsgruppe im Oktober 2018 und Februar 2019 sowie in der Beiratssitzung zur Finanzuntersuchung im Dezember 2018 wurde dieses Thema aber erörtert. In diesen Zusammenhängen wurde angeregt, auch diesen Gesichtspunkt in der Finanzuntersuchung mit in den Blick zu nehmen. Dazu bieten die in diesem Kapitel skizzierten Überlegungen einen ersten Überblick.

6.1 Im BTHG vorgesehene Maßnahmen zur Einsparung in der Eingliederungshilfe

Eine höhere Steuerungsfähigkeit wird vor allem von den erweiterten Planungsverfahren wie dem Gesamtplanverfahren in der Eingliederungshilfe nach §§ 141 bis 145 SGB XII erhofft. Das Gesamtplanverfahren soll dazu dienen, den individuellen Bedarf der Leistungsbezieher trägerübergreifend zu ermitteln und dadurch die Leistungen passgenau zu erbringen. Dadurch sollen auch Einsparungen bei den Leistungsausgaben möglich sein, zumindest soll deren langfristig zu beobachtender Anstieg gedämpft werden. Die Gesamtplankonferenz soll mit der Teilhabeplankonferenz nach § 20 SGB IX soweit möglich zusammengelegt werden oder in dem Fall, dass nur Leistungen aus verschiedenen Gruppen der Eingliederungshilfe und nicht auch von anderen Rehabilitationsträgern bezogen werden, diese ersetzen. Das Gesamtplanverfahren stellt somit zwar eine neue Aufgabe für die Träger der Eingliederungshilfe dar, die aber auch dazu dienen kann, Leistungen individuell passend und effizient zu planen.

Zweitens sollen die Änderungen im Vertragsrecht insbesondere von § 128 SGB IX in Verbindung mit § 129 SGB IX zu Einsparungen führen. Auch hier entstehen durch die Qualitäts- und Wirtschaftlichkeitsprüfung neue Aufgaben und Dokumentationspflichten für den Träger der Eingliederungshilfe. Allerdings soll die Möglichkeit, die Vergütung zu kürzen, wenn der Vertrag durch den Leistungserbringer ganz oder teilweise nicht erfüllt wird, zu Einsparungen führen. Neben dieser Möglichkeit kann auch § 124 Abs. 1 Satz 3 SGB IX (n.F. vom 01.01.2020) Effekte auf die Ausgaben der Träger der Eingliederungshilfe haben. Dort wird festgelegt, dass die Vergütung eines Leistungserbringers dann wirtschaftlich angemessen ist, wenn sie im Vergleich zur Vergütung vergleichbarer Leistungserbringer im unteren Drittel liegt. Im selben Absatz sind durch Satz 6 von dieser Definition Abweichungen nach oben aufgrund von tariflich vereinbarten Vergütungen und entsprechenden Vergütungen nach kirchlichen Arbeitsrechtsregelungen möglich. Trotz dieser Abweichungen kann die Definition der wirtschaftlichen Angemessenheit dazu führen, dass Leistungserbringer ihre Angebote günstiger kalkulieren werden, um ein wirtschaftlich angemessenes Angebot machen zu können. Sofern die Leistungsträger nicht ohnehin schon die Angebote aus dem unteren Drittel der Vergütungen ausgewählt haben, wird es außerdem durch die Anwendung dieser Definition zu weiteren Einsparungen

kommen. Mit Einsparungen durch die Änderungen im Vertragsrecht ist erst ab dem Jahr 2020 zu rechnen, da die Regelungen erst für Verträge ab dem 01.01.2020 anzuwenden sind.

Drittens sollen durch die Möglichkeit einer gemeinsamen Inanspruchnahme von Leistungen durch mehrere Leistungsbezieher (§ 116 Abs. 2 und 3 SGB IX) Einsparungen erzielt werden.

Viertens soll durch die Modellvorhaben im Rahmen des Programms Rehapro eine präventive Steuerung des Leistungszugangs erreicht werden, indem Personen im erwerbsfähigen Alter noch zielgerichteter als bisher qualifiziert und in Erwerbstätigkeit vermittelt werden (§ 11 SGB IX). Die Ergebnisse dieser Maßnahme sind Gegenstand einer eigenen Evaluation.

6.2 Untersuchungen zur Auswirkung erweiterter Planungsverfahren

Ein möglicher Grund, eine erhöhte Effizienz der Leistungserbringung der Eingliederungshilfe zu erwarten, liegt in der Einführung strukturierter Planungsverfahren. Für eine trägerübergreifende Leistungsgewährung sieht das BTHG ein Teilhabeplanverfahren nach § 19 SGB IX vor; wenn es nur um Leistungen im Rahmen der Eingliederungshilfe geht, ist ein Gesamtplanverfahren nach § 141 SGB XII (bzw. ab 2020: § 117 SGB IX) vorzusehen.

Zur Ermittlung der Effekte eines zeitgemäßen Planungsverfahrens auf die Effizienz der Leistungserbringung hat der LWL die Projekte „Teilhabe 2012“[13] und anschließend zur Erweiterung der empirischen Basis das Nachfolgeprojekt „Teilhabe 2015“[14] in Auftrag gegeben. Dabei wurde ein neu entwickeltes, ICF-basiertes Hilfeplanverfahren in mehreren Kommunen erprobt und mit den Ergebnissen des herkömmlichen Standardverfahrens verglichen. Diese Untersuchung fokussiert insbesondere auf Effekte der unterschiedlichen Zugangssteuerung in beiden Hilfeplanverfahren, unterschiedlicher Formen der Antragstellung sowie des Antrags- und Bewilligungsverhaltens und Unterschiede bei den bewilligten Leistungen (bezogen auf Neu- und Verlängerungsfälle, jeweils ambulant und stationär).

Die Untersuchung der Neufälle ergibt keine verlässlichen finanziellen Effekte:

- Ergebnisse zur Zugangssteuerung: „Eine valide quantitative und insbesondere finanzielle Bewertung der Effekte der unterschiedlichen Verfahren der Zugangssteuerung ist mit den vorliegenden Daten nicht verlässlich möglich“ (Schlanstedt et al. 2016: 152).
- Ergebnisse zur ambulanten oder stationären Hilfeform: „Bei der vergleichenden Analyse der (Neu-)Bewilligungen nach der Hilfeart zeigen sich zwischen den Erprobungs- und Standardkommunen im Zeitverlauf keine signifikanten Veränderungen“ (Schlanstedt et al. 2016: 154).
- Ergebnisse zur Steuerung des Leistungsumfangs (gemessen in der Zahl der Fachleistungsstunden): „Verfahrenseffekt von – 0,05 FLS (pro Woche pro Fall) zugunsten des

13 Jaschke, H., Oliva, H., Schlanstedt, G. (2012): Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Projekts „Teilhabe2012. ‚Mehr Teilhabe von Menschen mit Behinderung‘“, Köln.

14 Schlanstedt, G., Oliva, H., Jaschke, H. (2016): Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung zum Projekt: Teilhabe2015 „Mehr Teilhabe von Menschen mit Behinderung“, Köln.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

neuen Hilfeplanverfahrens“, aber versehen mit der Einschränkung: „Der ermittelte Verfahrenseffekt ist statistisch nicht abgesichert.“ Wegen erheblicher Schwankungen der FLS im Zeitverlauf wird die Schlussfolgerung gezogen: „Eine genaue Bemessung und eindeutige Zuordnung der FLS-Veränderungen zum neuen Hilfeplanverfahren ist insofern unsicher und kann von anderen Faktoren überlagert sein“ (Schlanstedt et al. 2016: 155 f).

Die Untersuchung der Verlängerungsfälle ergibt keine nennenswerten Effekte hinsichtlich der Zugangssteuerung oder der Veränderung der Hilfeform (Schlanstedt et al. 2016: 160 f). Im Steuerungsbereich „Festlegung des Hilfeumfanges“ wurden dagegen sowohl bei stationären als auch bei ambulanten Verlängerungsfällen statistisch signifikante Unterschiede festgestellt.

Dieser Einsparungseffekt wird in einer Modellrechnung auf den LWL insgesamt übertragen. Auf diesem Wege wird ein Einsparungsvolumen durch neue Hilfeplanverfahren im Umfang von 5,5 Mio. EUR im Jahr 2018 geschätzt. Angesichts eines Ausgabevolumens für Leistungen der Eingliederungshilfe von rd. 2 Mrd. EUR entspricht dies einer Einsparung von 0,3% der Leistungsausgaben in der Eingliederungshilfe.[15] Bei dieser Berechnung wurde allerdings der Personalaufwand, der bei der Einführung des neuen Hilfeplanverfahrens entsteht, nicht gegengerechnet (Schlanstedt et al. 2016: 169 f).

Darüber hinaus ist zu bedenken, dass ein sorgfältig durchgeführtes Planungsverfahren auch zur Erhöhung des Leistungsumfangs führen kann, wenn im Rahmen einer detaillierten Bedarfsermittlung weitere Leistungsansprüche erkennbar werden, die zuvor noch nicht geltend gemacht wurden.

Die Ergebnisse dieser Untersuchung werfen ein differenziertes Bild auf die Möglichkeit, durch neue Planverfahren Einsparungen zu erzielen. Die Qualität der Leistungsgewährung scheint durch ein gutes Planungsverfahren verbessert werden zu können (Schlanstedt et al. 2016: 177 f; 181 f). Finanzielle Effekte im Sinne eines Effizienzgewinns dieser Planungsverfahren sind jedoch schwer zu ermitteln und erfordern weitere Untersuchungen.

6.3 Methoden zur Erhebung der Einsparungen in der Eingliederungshilfe

Methodisch muss bei der Analyse der Ausgabenentwicklung auch die Entwicklung der Fallzahlen berücksichtigt werden, insbesondere für die Leistungen, in denen mit einem Anstieg zu rechnen ist. Daher wurden in der Trägerbefragung die Leistungen zur Teilhabe an Bildung nach § 54 SGB XII und die Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft nach § 55 SGB IX (n.F. vom 31.12.2017) erhoben (vgl. Kapitel 5.5 des vorliegenden Zwischenberichts). Diese werden in die Leistungen zur sozialen Teilhabe nach §§ 75 und 76 SGB IX überführt. Wenn dadurch die Fallzahlen in diesem Bereich steigen, ist die Ausgabenentwicklung daran anzupassen.

[15] Damit wird annähernd die Höhe von 0,5% der Leistungsausgaben erreicht, die das BMAS seiner Kostenschätzung an dieser Stelle zugrunde gelegt hatte.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Neben der Entwicklung der Fallzahlen müssen die Ausgaben der Eingliederungshilfe analysiert werden, um eine mögliche Effizienzrendite zu betrachten. Dazu wird in der Gesetzesbegründung angenommen, dass die Effizienzrendite 0,5 % der jährlichen Ausgaben betrage, die für ein Jahr ab Inkrafttreten des BTHG auf Grundlage der durchschnittlichen jährlichen Ausgabenentwicklung zwischen den Jahren 2010 bis 2014 ausgehend vom Jahr 2014 prognostiziert werden (BT-Drs. 18/9522). Hierfür kann die Sozialhilfestatistik des Statistischen Bundesamtes erst mit Veröffentlichung der Zahlen für die entsprechenden Jahre herangezogen werden. Diese Rechnung gibt allerdings keine Hinweise auf die Wirkungen der oben angesprochenen Maßnahmen der Prävention und der verbesserten Steuerungsfähigkeit. Außerdem baut sie auf einer Prognose der Eingliederungshilfe auf, für die die seinerzeit verfügbaren Daten zum Zeitpunkt der Gesetzesverabschiedung verwendet wurden.

Daher ist es notwendig, zunächst nicht nur eine Berechnung der Effizienzrendite auf Basis der Gesetzesbegründung vorzunehmen, sondern diese zu erweitern, um eine an die aktuelle Ausgabenentwicklung angepasste Schätzung für die Jahre nach Inkrafttreten des BTHG im Vergleich zu den Jahren unmittelbar vor Inkrafttreten des BTHG vornehmen zu können. Die Prognose wird außerdem angepasst an die Zahlen des „Kennzahlenvergleich Eingliederungshilfe der überörtlichen Träger der Sozialhilfe“ (BAGüS/Con_sens 2018). Das ist notwendig, da mit dem Inkrafttreten der dritten Stufe des BTHG manche Leistungsteile der Eingliederungshilfe in Leistungen der Grundsicherung überführt werden. Gleichzeitig werden manche Leistungen dann als Fachleistungen der Eingliederungshilfe erbracht, die bisher im Rahmen der existenzsichernden Leistungen erbracht wurden. Neben der Analyse der Ausgaben der Eingliederungshilfe wird daher auch die Ausgabenentwicklung der Grundsicherung betrachtet.

Über die Betrachtung der Ausgabenentwicklung hinaus werden aber auch Hinweise auf die Wirkung der Steuerungsfähigkeit gesammelt. Deshalb wurde in der Befragung der Träger bereits eine Frage gestellt zu den erwarteten Einsparungen aufgrund des neuen Planungsverfahrens in der Eingliederungshilfe – also der Gesamtplanung und der Einbindung des Teilhabeplanverfahrens in das Gesamtplanungsverfahren. Diese Einschätzungen stellen zunächst subjektive Einschätzungen dar, die aus unterschiedlichen Motiven heraus von den Befragten auf unterschiedliche Weise beantwortet werden können. Allerdings werden diese Fragen zu den Einsparungen auch in den folgenden Trägerbefragungen erneut gestellt werden. Es ist zu erwarten, dass mit zunehmender Umsetzung der Regelungen und diesbezüglicher Erfahrungen der Träger der Eingliederungshilfe deren Einschätzungen zu möglichen Einsparungseffekten zunehmend präziser werden, da sie diese auch in der Planung personeller und finanzieller Ressourcen zu berücksichtigen haben. Somit werden auch die anzunehmenden Verzerrungen aufgrund der Subjektivität von Einschätzungen voraussichtlich reduziert. Die Einschätzungen – erfragt als prozentuale Einsparungen gemessen an den aufgewendeten Personalmitteln – können dann auch dazu verwendet werden, mögliche Einsparungen anhand der Ausgabenentwicklungen zu schätzen. Entsprechende Fragen zu Einsparungen aufgrund der Änderungen des Vertragsrechts sollen in den kommenden Befragungen ebenfalls ergänzt werden.

7. Ausblick auf das weitere Vorgehen

Nach Vorlage des zweiten Zwischenberichts sind die folgenden Arbeitsschritte vorgesehen:

(1) Vorbereitung und Durchführung einer Befragung von anderen Leistungsanbietern und dort tätigen Personen sowie von Budgetnehmern und ihren Arbeitgebern (September bis November 2019)

(2) Auswertung der zweiten Dokumentationsrunde der Teiluntersuchung 1 (November bis Dezember 2019)

(3) Erstellung eines Instruments zur Erfassung der Heranziehung von Einkommen ab dem Jahr 2020 (ab September 2019)

(4) Vorbereitung der zweiten Trägerbefragung zu den Teiluntersuchungen 2 bis 6 im Frühjahr 2020 (ab Dezember 2019)

(5) Abgleich der auf das Jahr 2018 bezogenen Erhebungsdaten und Hochrechnungsergebnisse mit der Sozialhilfestatistik 2018 (ab Januar 2020)

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

8. Anhang

8.1 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1 Verteilung des einzusetzenden Vermögens in % 10

Abbildung 2 Verteilung des Vermögens und Bezug existenzsichernder Leistungen in % 11

Abbildung 3 Verteilung des vorhandenen Vermögens und Art des Antrags in % 12

Abbildung 4 Zeitraum als Selbstzahler nach altem Recht in % 12

8.2 Tabellenverzeichnis

Tabelle 1 Durchschnittliche Leistungen pro Monat sowie Vermögen in EUR 9

Tabelle 2 Selbstzahler nach altem Recht und Art des Antrags 13

Tabelle 3 Jährliche Mehrausgaben der Stichprobe für Eingliederungshilfe, Grundsicherung, Hilfen zum Lebensunterhalt und Blindenhilfe 13

Tabelle 4 Beteiligung an der Trägerbefragung 2019 19

Tabelle 5 Leistungsbeziehende der beteiligten Träger 19

Tabelle 6 Leistungsbeziehende der beteiligten Träger nach Ländern 20

Tabelle 7 Bezieher eines Budgets für Arbeit bei den beteiligten Trägern nach Ländern .. 22

Tabelle 8 Anwendung der Vorgabe des § 61 Abs. 2 Satz 2 zweiter Hs. SGB IX in den Ländern 23

Tabelle 9 Herkunft der Leistungsbezieher eines Budgets für Arbeit 25

Tabelle 10 Anzahl anderer Leistungsanbieter und ihrer Beschäftigten 26

Tabelle 11 Herkunft der Beschäftigten bei anderen Leistungsanbietern 26

Tabelle 12 Beziehende von Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft (einschl. Mehrfachnennung) 28

Tabelle 13 Beziehende von Leistungen zur Teilhabe an Bildung 28

Tabelle 14 Ausgaben für Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft, Jahr 2018 29

Tabelle 15 Ausgaben für Leistungen zur Teilhabe an Bildung, Jahr 2018 29

Tabelle 16 Ausgaben für Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft und zur Teilhabe an Bildung nach Ländern, Jahr 2018 (in Mio. EUR) 30

Tabelle 17 Zusätzliche Aufgaben für die Träger durch Umstellung auf das Planungsverfahren infolge des BTHG 31

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Tabelle 18 Für Planungsverfahren geeignete Berufsgruppen 33

Tabelle 19 Personaleinstellungen zur Umsetzung der Planungsverfahren 33

Tabelle 20 Frühere und infolge des BTHG erweiterte Planungsverfahren 35

Tabelle 21 Personeller Mehraufwand bei Trägern mit früheren Planungsverfahren (in Vollzeitäquivalenten) 36

Tabelle 22 Personeller Mehraufwand bei Trägern ohne frühere Planungsverfahren 36

Tabelle 23 Bearbeitung von Eingliederungshilfe und Grundsicherung 37

Tabelle 24 Mehrkosten wegen personellem Mehraufwand für neue Planungsverfahren infolge des BTHG 38

Tabelle 25 Mögliche Einsparungen durch neue Planungsverfahren 39

Tabelle 26 Strukturdaten der Werkstätten für behinderte Menschen 41

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

8.3 Erhebungsinstrumente

(1) Instrument zur Vermögensdokumentation

Datenerhebung bei Heranziehung von Einkommen und Vermögen

Fallauswahl: In Betracht kommen nur Leistungsfälle, in denen …

(a) einkommens- und vermögensrelevante Fachleistungen der Eingliederungshilfe bezogen werden und

(b) ein Vermögen zwischen 2.600 EUR und 30.000 EUR vorhanden ist. Alle anderen Fälle werden nicht dokumentiert.

Dokumentationszeitraum:

Die Dokumentation wird pro Halbjahr über 2 Monate durchgeführt.

Zeitraum: 1. März bis 30. April 2019

Hilfeart (monatliche Aufwendungen)		**Fallnummer** 1	2	3	4	5	6
Antragstyp: Erstantrag = 1, Fortführung der Leistung = 2	a						
Eingliederungshilfe (soweit vermögensrelevant; ohne GS / HLU)	b						
Hilfe zur Pflege (ohne GS / HLU)	c						
Leistung Pflegeversicherung nach § 43a SGB XI	d						
Leistung der Krankenkasse nach SGB V	e						
Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU)	f						
Grundsicherungsbedarf (GS)	g						
Blindenhilfe	h						
Gesamtsumme (Prüffeld)		0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Einkommen und Vermögen							
Vorhandenes Nettoeinkommen (einschließlich Wohngeld)	i						
darunter: Einkommen des Partners	j						
Kostenbeteiligung aus Einkommen	k						
vorhandenes Vermögen insgesamt	l						
darunter: Vermögen des Partners	m						
individuelle Vermögensgrenze EGH	n						
individuelle Vermögensgrenze existenzsichernde Leistungen	o						
Datum (Tag der Prüfung)	p						

Erläuterungen zu …

a) wenn Neuantrag, 1 eingeben; wenn Fortführung der Leistung nach neuer Prüfung und/oder veränderten Voraussetzungen: 2 eingeben

b) monatlicher Bruttobetrag der Fachleistung der Eingliederungshilfe - nur für einkommens-/ vermögensrelevante Leistungen

c) monatlicher Bruttobetrag der Hilfe zur Pflege (falls Bezug dieser Leistung und Betrag bekannt)

d) monatlicher Betrag der Leistung der Pflegeversicherung in stationären Einrichtungen (falls Bezug dieser Leistung; i.d.R. Pauschalbetrag)

e) nur für den Fall, dass der EGH-Träger Krankenpflegeleistung zunächst übernimmt und nachträglich erstattet bekommt

f) monatlicher Bruttobetrag der Hilfe zum Lebensunterhalt (falls Bezug dieser Leistung)

g) monatlicher Bruttobetrag der Grundsicherung (falls Bezug dieser Leistung)

h) monatlicher Bruttobetrag der Blindenhilfe (falls Bezug dieser Leistung)

i) monatliches Nettoeinkommen aus Arbeit, Rente oder Kapitaleinnahmen (einschl. Transferleistungen wie Wohngeld, Kindergeld etc.)

j) falls darin Einkommen des/der Partners/in enthalten ist: Höhe des Partnereinkommens

k) für die Fachleistung der Eingliederungshilfe anzurechnendes Einkommen insgesamt (abzüglich von Freibeträgen wie § 82 Abs. 6 SGB XII)

l) für die Fachleistung der Eingliederungshilfe maßgebliches Vermögen insgesamt

m) falls darin Vermögen des/der Partners/in enthalten ist: Höhe des Partnervermögens

n) Summe aus 5.000 EUR (§ 90 Abs. 2 Nr. 9 SGB XII mit DVO) und 25.000 EUR (§ 90 Abs. 3 i.V.m. § 60a SGB XII), ggf. plus Partner-Freibetrag

o) 5.000 EUR (§ 90 Abs. 2 Nr. 9 SGB XII mit DVO), ggf. plus Partner-Freibetrag

p) Datum des Tages, an dem die Prüfung abgeschlossen wurde

Mantelbogen

Einmalig werden folgende Angaben für den Träger der EGH erhoben:

Zahl der Leistungsbezieher der Eingliederungshilfe insgesamt am 31.12.2018	q	
darunter: Zahl der Bezieher von Leistungen zum Wohnen	r	

Wenn Sie Anmerkungen machen möchten:

Erläuterungen zu …

q Zahl der Leistungsbezieher der Eingliederungshilfe insgesamt zum Stichtag (wenn die Dokumentation in einem Teil des Zuständigkeitsgebiets durchgeführt wird: Leistungsbezieher in diesem Teilgebiet)

r darunter die Zahl der Bezieher von "Leistungen zum Wohnen", d.h. aller ambulanten und stationären wohnungsbezogenen Leistungen (ggf. in diesem Teilgebiet)

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

(2) Fragebogen zur Trägerbefragung

Untersuchung der jährlichen Einnahmen und Ausgaben bei den Leistungen der Eingliederungshilfe nach Art. 25 Absatz 4 BTHG (Finanzuntersuchung)

Befragung der Träger der Eingliederungshilfe im Frühjahr 2019

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) hat das ISG Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH mit dem Forschungsvorhaben „Untersuchung der jährlichen Einnahmen und Ausgaben bei den Leistungen der Eingliederungshilfe nach Art. 25 Absatz 4 BTHG (Finanzuntersuchung)“ beauftragt.

Der Hintergrund ist: Das im Dezember 2016 verabschiedete Bundesteilhabegesetz (BTHG) umfasst eine Reihe von gesetzlichen Veränderungen, die insgesamt darauf abzielen, die Forderungen der UN-Behindertenrechtskonvention umzusetzen und eine gleichberechtigte Teilhabe der Menschen mit Behinderungen zu stärken. Zu den Kostenfolgen des BTHG hat das BMAS eine Kostenschätzung vorgenommen. Der Bundesrat hat die Sorge geäußert, dass die finanziellen Auswirkungen des Gesetzes die geschätzten Beträge überschreiten und zu einer höheren Belastung der Länder führen könnten. Die Verbände von Menschen mit Behinderungen äußerten dagegen die Befürchtung, dass eine Begrenzung des Ausgabenanstiegs zu Lasten der mit dem Gesetz vorgesehenen Verbesserungen für Menschen mit Behinderungen gehen könnte. Daher wurde in Artikel 25 Absatz 4 BTHG eine Überprüfung der finanziellen Auswirkungen der Reform in der Eingliederungshilfe festgelegt.

Zur Durchführung dieser flächendeckenden Untersuchung sind wir auf die Mitwirkung der für die Eingliederungshilfe zuständigen Träger angewiesen und bitten Sie daher, die folgenden Fragen zu beantworten. In Ländern mit gesplitteter Zuständigkeit werden sowohl die örtlichen als auch die überörtlichen Träger befragt. Der Deutsche Landkreistag, der Deutsche Städtetag und die Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe unterstützen diese Untersuchung.

Hinweise zum Ausfüllen des Fragebogens

1) Wir bitten Sie, den PDF-Fragebogen elektronisch auszufüllen. Sie können ihn bei einer Unterbrechung abspeichern und später durch erneutes Öffnen des PDFs mit der Bearbeitung fortfahren. Vergewissern Sie sich immer, bevor Sie das PDF schließen, dass Sie Ihre Daten gespeichert haben. Das geht genauso wie bei anderen elektronischen Dateien: Sie wählen „Datei“ und dann „Speichern“. Sie können die Datei mit „Speichern unter“ auch an einem anderen Ort abspeichern; verändern Sie in diesem Fall aber nicht den Dateityp. Das fertig ausgefüllte Dokument senden Sie bitte bis zum 30.06.2019 an folgende E-Mail-Adresse: finanzuntersuchung@isg-institut.de

2) Wenn es Ihnen nicht möglich ist, das PDF elektronisch auszufüllen, können Sie es ausdrucken und handschriftlich ausfüllen. Bitte senden Sie den fertig ausgefüllten Fragebogen in diesem Fall an: ISG Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik, Weinsbergstr. 190, 50825 Köln

3) In offene Textfelder können Sie mehr schreiben, als Ihnen zunächst angezeigt wird.

4) Wenn Sie eine Frage nicht beantworten können oder wollen, können Sie diese überspringen. Auch unvollständig ausgefüllte Fragebögen sind für uns wertvoll!

5) Bei Rückfragen können Sie sich gerne telefonisch unter 0221 / 130 655 28 melden.

A. Allgemeine Angaben zum Träger

Name des Trägers: _____

Anzahl der Mitarbeiter des Trägers im Bereich Eingliederungshilfe am 31.12.2018: _____

Anzahl der Empfänger von Leistungen der Eingliederungshilfe am 31.12.2018: _____

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

B. Fragen zum Budget für Arbeit (§ 61 SGB IX / § 140 SGB XII)

Die Fragen dieses Abschnitts beziehen sich ausschließlich auf das Budget für Arbeit nach § 61 SGB IX/ § 140 SGB XII und nicht auf bereits zuvor in einigen Ländern durchgeführte Modellprojekte des Budgets für Arbeit.

1. **Wie viele Budgets für Arbeit wurden im Jahr 2018 bewilligt? Wie viele davon gab es am 31.12.2018 und wie viele im Jahresdurchschnitt?**

   Im gesamten Zeitraum des Jahres 2018 wurden ____ Budgets für Arbeit bewilligt.

   Zum Stichtag 31.12.2018 gab es ____ bewilligte Budgets für Arbeit.

   Der Jahresdurchschnitt der bewilligten Budgets für Arbeit lag im Jahr 2018 bei ____ .

   (Für die Berechnung des Jahresdurchschnitts summieren Sie bitte die Anzahl der Budgets für Arbeit in jedem Monat und teilen diese durch 12.)

2. **Wie viele dieser durch das Budget für Arbeit geförderten Beschäftigungsverhältnisse wurden im Verlauf des Jahres 2018 wieder beendet?**

   ____ dieser Beschäftigungsverhältnisse wurden im Jahr 2018 wieder beendet.

3. **Wie hoch fielen im Jahr 2018 Ihre Ausgaben für das Budget für Arbeit nach dem BTHG für alle Leistungsempfänger insgesamt aus?** *(Gemeint sind die Aufwendungen für die in 2018 bewilligten Anträge.)*

   Im Jahr 2018 beliefen sich unsere Ausgaben für das Budget für Arbeit nach dem BTHG für alle Bezieher dieser Leistung auf _____ Euro (brutto).

   Darunter entfielen _____ Euro auf Lohnkostenzuschüsse an den Arbeitgeber.

4. **Waren an den Ausgaben für das Budget für Arbeit noch weitere Träger beteiligt?**

   Mehrfachnennungen möglich

   ❑ nein

   ❑ ja, das Integrationsamt mit _____ Euro

   ❑ ja, die Agentur für Arbeit mit _____ Euro

   ❑ ja, sonstiger Träger, und zwar: _____ mit _____Euro

5. **Falls bekannt: Wie viele der Budgetnehmer des gesamten Jahres 2018 ...**

... kamen aus dem Berufsbildungsbereich?	____ Budgetnehmer
… kamen aus einer WfbM?	____ Budgetnehmer
... kamen von anderen Leistungsanbietern?	____ Budgetnehmer
… kamen aus sonstigen Beschäftigungsstätten nach § 56 SGB XII?	____ Budgetnehmer
… hatten vorher keine Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben bezogen?	____ Budgetnehmer

C. Fragen zu anderen Leistungsanbietern (§ 60 SGB IX)

6. **Mit wie vielen anderen Leistungsanbietern haben Sie im Jahr 2018 eine Vereinbarung nach § 75 Abs. 3 SGB XII abgeschlossen?**

   Mit ____ anderen Leistungsanbietern wurde ein Vertrag abgeschlossen.

7. **Wie viele Personen erhielten im Zeitraum des Jahres 2018 Leistungen zur Beschäftigung bei anderen Leistungsanbietern? Wie viele erhielten diese Leistungen zum 31.12.2018 und wie viele im Jahresdurchschnitt?**

   Im gesamten Zeitraum des Jahres 2018 erhielten ____ Personen Leistungen zur Beschäftigung bei anderen Anbietern.

   Zum Stichtag 31.12.2018 erhielten ____ Personen diese Leistungen.

   Der Jahresdurchschnitt der Personen mit diesen Leistungen lag im Jahr 2018 bei ____ .

   (Für die Berechnung des Jahresdurchschnitts summieren Sie bitte die Anzahl der Personen mit diesen Leistungen in jedem Monat und teilen diese durch 12.)

8. Falls bekannt: Wie viele dieser Beschäftigten …

... kamen aus dem Berufsbildungsbereich? _____ Personen
… kamen aus einer WfbM? _____ Personen
… kamen aus dem Budget für Arbeit? _____ Personen
… kamen aus sonstigen Beschäftigungsstätten nach § 56 SGB XII? _____ Personen
… hatten vorher keine Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben bezogen? _____ Personen

9. Wie hoch fielen im Jahr 2018 die Ausgaben für andere Leistungsanbieter insgesamt aus?
(Gemeint sind die Aufwendungen für die in 2018 bewilligten Anträge.)

Im Jahr 2018 beliefen sich die Ausgaben für andere Leistungsanbieter auf _____ Euro (brutto).

D. Fragen zu Hilfearten der Eingliederungshilfe

10. Wie viele Personen haben am 31.12.2018 Leistungen bezogen, die zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft nach § 54 Abs. 1 SGB XII gehören? Wie hoch fielen die Ausgaben für diese Leistungen im gesamten Jahr 2018 aus?

Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft	Anzahl Empfänger 31.12.2018	Gesamtausgaben 2018	
		brutto	netto
Insgesamt darunter:	_____	_____ €	_____ €
Leistungen für ambulant betreutes Wohnen	_____	_____ €	_____ €
Leistungen für das Wohnen in Einrichtungen	_____	_____ €	_____ €
Heilpädagogische Leistungen	_____	_____ €	_____ €
sonstige Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft	_____	_____ €	_____ €

11. Wie viele Personen haben am 31.12.2018 Leistungen bezogen, die zur Teilhabe an Bildung nach § 54 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 2 SGB XII gehören? Wie hoch fielen die Ausgaben für diese Leistungen im gesamten Jahr 2018 aus?

Teilhabe an Bildung	Anzahl Empfänger 31.12.2018	Gesamtausgaben 2018	
		brutto	netto
Insgesamt darunter:	_____	_____ €	_____ €
Hilfen zur Schulbildung	_____	_____ €	_____ €
Hilfen zur schulischen Berufsausbildung	_____	_____ €	_____ €
Hilfen zur Hochschulausbildung	_____	_____ €	_____ €
Hilfen zur beruflichen Weiterbildung	_____	_____ €	_____ €

E. Fragen zum trägerübergreifenden Teilhabeplanverfahren (§ 19 SGB IX) und Gesamtplanverfahren in der Eingliederungshilfe (§ 141 SGB XII)

Dieser Fragenblock bezieht sich auf den Personalaufwand, der für das neue Planungsverfahren nach Einführung des BTHG anfällt.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

12. Welche zusätzlichen Aufgaben kommen mit der Umstellung auf das Planungsverfahren infolge des BTHG auf Sie zu?

Mehrfachantwort möglich

- ❑ Formulierung von überprüfbaren Teilhabezielen
- ❑ Umstellung von Dokumentationen
- ❑ mehr Koordination von Leistungsträgern und Leistungserbringern
- ❑ Durchführung von Fallkonferenzen
- ❑ Anpassung der Verwaltungsstrukturen (z. B. durch neue EDV-Systeme, Schulungen etc.)
- ❑ Sonstiges, und zwar *(bitte erläutern):* _____

13. Welche Berufsgruppen sind Ihrer Einschätzung nach zur Durchführung des Planungsverfahrens infolge des BTHG qualifiziert?

Mehrfachantwort möglich

- ❑ Pädagogen / Sozialarbeiter / therapeutische Fachkräfte
- ❑ Verwaltungskräfte / Sachbearbeiter
- ❑ Mitarbeiter mit entsprechenden Zusatzqualifikationen
- ❑ Sonstige, und zwar: _____

14. Wurde für die Umsetzung des Planungsverfahrens infolge des BTHG neues Personal eingestellt? Falls nicht: Ist die Einstellung neuen Personals noch vorgesehen?

- ❑ Mit der Umsetzung des Planungsverfahrens ist bisher keine Veränderung der personellen Ressourcen einhergegangen. Dies ist auch in Zukunft nicht vorgesehen.
- ❑ Mit der Umsetzung des Planungsverfahrens ist bisher keine Veränderung der personellen Ressourcen einhergegangen. Dies ist jedoch in Zukunft vorgesehen, und zwar ab *(bitte vorgesehenen Zeitpunkt nennen)*: __.__.____.
- ❑ Mit der Umsetzung des Planungsverfahrens ist bereits eine Veränderung der personellen Ressourcen einhergegangen.

***14a.* Falls bisher kein Personal eingestellt wurde und dies auch nicht in Zukunft vorgesehen ist: Was sind die Gründe dafür, dass Neueinstellungen nicht erfolgt und auch nicht vorgesehen sind?**

- ❑ Der Bedarf kann durch eine Aufstockung des Stundeneinsatzes des vorhandenen Personals gedeckt werden
- ❑ Eine Schulung des vorhandenen Personals ist ausreichend.
- ❑ Eine Anpassung ist nicht notwendig.
- ❑ Es gibt einen anderen Grund, und zwar: _____

***14b.* Falls bereits Personal eingestellt wurde bzw. die Einstellung in Zukunft vorgesehen ist: Auf welche Weise ist die Veränderung der personellen Ressourcen erfolgt bzw. auf welche Weise soll sie voraussichtlich erfolgen?**

- ❑ durch eine Neueinstellung von planerisch qualifiziertem Personal
- ❑ auf eine andere Weise, und zwar: _____

15. Gab es vor Inkrafttreten des BTHG (in der ab 2018 geltenden Fassung) bereits ein vergleichbares Planungsverfahren im Bereich der Eingliederungshilfe in Ihrem Zuständigkeitsgebiet?

❑ ja ❑ ja, teilweise ❑ nein

***15a* Wenn es schon vor dem BTHG Planungsverfahren gab: Wie viele Vollzeitäquivalente entfielen jeweils vor und nach Inkrafttreten des BTHG auf das Planungsverfahren?** *(z. B. 3 halbe Stellen = 1,5 Vollzeitäquivalente)*

Vollzeitäquivalente für Planungsverfahren	Anzahl Vollzeitäquivalente		
	vor Inkrafttreten des BTHG	infolge des BTHG	
		besetzt	geplant
Insgesamt	___	___	___
darunter:			

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Pädagogen / Sozialarbeiter / therapeutische Fachkräfte (Vergütungsgruppe A11, E10, S15-TVöD)	___	___	___
Verwaltungskräfte / Sachbearbeiter (darunter liegende Vergütungsgruppe)	___	___	___

***15b* Wenn es vor dem BTHG noch keine Planungsverfahren gab: Wie viele Vollzeitäquivalente wurden für das Planungsverfahren infolge des BTHG bisher bereits geschaffen? Wie viele Vollzeitäquivalente sind geplant?** *(z. B. 3 halbe Stellen = 1,5 Vollzeitäquivalente)*

Vollzeitäquivalente für Planungsverfahren	Anzahl Vollzeitäquivalente infolge des BTHG	
	besetzt	geplant
Insgesamt	___	___
darunter:		
Pädagogen / Sozialarbeiter / therapeutische Fachkräfte (Vergütungsgruppe A11, E10, S15-TVöD)	___	___
Verwaltungskräfte / Sachbearbeiter (darunter liegende Vergütungsgruppe)	___	___

16. Rechnen Sie mit Einsparungen in der Eingliederungshilfe infolge des neuen Planungsverfahrens durch das BTHG?

Mehrfachnennung möglich

❑ ja, durch einen zielgerichteten Einsatz des Personals

❑ ja, durch den zielgerichteten Einsatz der Leistungsausgaben

❑ ja, auf andere Weise, und zwar: _____

❑ nein

17. *Wenn Sie mit Einsparungen rechnen*: Wie hoch schätzen Sie diese im Verhältnis zu den zusätzlich eingesetzten Personalmitteln ein?

__ % der für neue Planungsverfahren eingesetzten Personalmittel

18. *Wenn Sie mit Einsparungen rechnen*: Ab welchem Zeitpunkt rechnen Sie mit diesen Einsparungen?

❑ Einsparungen schon ab dem Jahr 2020

❑ Einsparungen etwa ab dem Jahr 2022

❑ Einsparungen erst ab dem Jahr 2024 oder später

19. Bearbeiten Sie die Grundsicherung und die Eingliederungshilfe gemeinsam, wenn ein Leistungsberechtigter Leistungen aus beiden Hilfen bezieht? Falls zutreffend: Wie viel Verwaltungsaufwand entsteht durch die Bearbeitung der Grundsicherung?

❑ nein ❑ ja, und zwar (bitte füllen Sie eine der folgenden Antwortmöglichkeiten aus):

Die Bearbeitung der Grundsicherung nimmt ___% der tatsächlichen Arbeitszeit in Anspruch.

Die Bearbeitung der Grundsicherung nimmt ___ Stunden pro Vollzeitwoche in Anspruch.

F. Frauenbeauftragte und Werkstatträte in WfbM (§ 222 SGB IX)

20. Wie viele (Haupt-)Werkstätten für behinderte Menschen gab es in den Jahren 2017 und 2018 jeweils in Ihrem Zuständigkeitsgebiet? Für wie viele Leistungsberechtigte haben Sie zum Jahresende die Kostenträgerschaft in WfbM übernommen? Wie viele davon waren Frauen?

WfbM	zum 31.12.2017	zum 31.12.2018
Anzahl der (Haupt-)Werkstätten	___	___
Anzahl der Leistungsberechtigten in WfbM	___	___
... davon Frauen	___	___

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

21. Wie viele Frauenbeauftragte in WfbM gab es jeweils in den Jahren 2017 und 2018 in Ihrem Zuständigkeitsgebiet?

Im Jahr 2017 gab es in WfbM insgesamt ____ Frauenbeauftragte.

Im Jahr 2018 gab es in WfbM insgesamt ____ Frauenbeauftragte.

22. Welche Ausgaben waren mit den Leistungen für Frauenbeauftragte verbunden? *(Bitte differenzieren Sie die einzelnen Kostenanteile nur soweit, wie Ihnen dies möglich ist.)*

Frauenbeauftragte	Gesamtausgaben 2017 (brutto)	Gesamtausgaben 2018 (brutto)
Insgesamt davon:	_____ €	_____ €
... Schulungs- und Qualifizierungskosten	_____ €	_____ €
... Assistenzleistungen	_____ €	_____ €
... Sachkosten	_____ €	_____ €
... sonstige Ausgaben, und zwar: _____	_____ €	_____ €

23. Wie viele Werkstatträte (nach § 227 SGB IX des BTHG) gab es am 31.12.2018 in Ihrem Zuständigkeitsgebiet?

Im Jahr 2018 gab es insgesamt ____ Werkstatträte.

24. Welche zusätzlichen Ausgaben sind Ihnen in den Jahren 2017 und 2018 jeweils durch die überregionale Interessenvertretung der Werkstatträte entstanden?

Werkstatträte	Gesamtausgaben 2017 (brutto)	Gesamtausgaben 2018 (brutto)
Insgesamt davon:	_____ €	_____ €
... Assistenzleistungen	_____ €	_____ €
... Sachkosten	_____ €	_____ €
... sonstige Ausgaben, und zwar: _____	_____ €	_____ €

25. Haben Sie abschließend weitere Anmerkungen oder Ergänzungen zu den finanziellen Auswirkungen des BTHG?

_____

Ergänzende Unterlagen

Noch eine letzte Bitte:

Es wäre für uns hilfreich, wenn Sie uns ergänzend zu diesem Fragebogen Ihre detaillierte Kalkulation der Ausgaben in den Jahren 2017 und 2018 als Anlage zur Verfügung stellen. Für unsere Untersuchung sind insbesondere die kalkulierten Ausgaben für Personal für neue Planungsverfahren infolge des BTHG von Interesse.

Ansprechpartner/in für Rückfragen:

Name: _____

E-Mail: _____

Telefon: _____

Vielen Dank für Ihre Mitwirkung!

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Die Direktorin des Landschaftsverbandes Rheinland

Qualität für Menschen

Vorlage Nr. 14/4053

öffentlich

Datum: 22.04.2020
Dienststelle: OE 7
Bearbeitung: Kubny, Langebröker (OE 7), Kaltenbach (OE 4)

Sozialausschuss	**05.05.2020**	**Kenntnis**
Landesjugendhilfeausschuss	**28.05.2020**	**Kenntnis**
Ausschuss für Inklusion	**04.06.2020**	**Kenntnis**
Landschaftsausschuss	**23.06.2020**	**Kenntnis**
Gesundheitsausschuss	**08.09.2020**	**Kenntnis**

Tagesordnungspunkt:

Umsetzung des BTHG beim LVR – hier: Aufbau von Beratung und Unterstützung nach § 106 SGB IX sowie Einführung des BEI_NRW im Rheinland

Kenntnisnahme:

Der Stand des Aufbaus von Beratung und Unterstützung nach § 106 SGB IX sowie die Einführung des BEI_NRW und des BEI_NRW KiJu im Rheinland werden gemäß Vorlage-Nr. 14/4053 zur Kenntnis genommen.

UN-Behindertenrechtskonvention (BRK):

Diese Vorlage berührt eine oder mehrere Zielrichtungen des LVR-Aktionsplans zur Umsetzung der BRK.	ja

Gleichstellung/Gender Mainstreaming:

Diese Vorlage berücksichtigt Vorgaben des LVR-Gleichstellungsplans 2020.	nein

Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt (lfd. Jahr):

Produktgruppe:	
Erträge: Veranschlagt im (Teil-)Ergebnisplan	Aufwendungen: /Wirtschaftsplan
Einzahlungen: Veranschlagt im (Teil-)Finanzplan Bei Investitionen: Gesamtkosten der Maßnahme:	Auszahlungen: /Wirtschaftsplan
Jährliche ergebniswirksame Folgekosten:	
Die gebildeten Budgets werden unter Beachtung der Ziele eingehalten	

L U B E K

Worum geht es hier?

In leichter Sprache

Der **LVR** kümmert sich um alle Fach-Leistungen
für erwachsene Menschen mit Behinderungen im Rheinland.
Und er ist auch zuständig für viele Leistungen
für Kindern mit geistigen oder körperlichen Behinderungen.

Das neue **Bundes-Teilhabe-Gesetz** bringt
sehr viele Veränderungen:

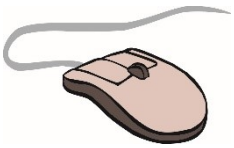
Hier erklärt der LVR zwei Veränderungen:

1. So werden Menschen mit Behinderungen
   im Rheinland nach dem Gesetz beraten und unterstützt

2. So findet der LVR alle wichtigen Informationen
   für die richtigen persönlichen Hilfen



Haben Sie Fragen zu diesem Text?
Dann können Sie beim LVR in Köln anrufen:
0221-809-2202.



Viele Informationen zum LVR in leichter Sprache
finden Sie hier: www.leichtesprache.lvr.de

Der Zusatztext in leichter Sprache soll zum einen die Verständlichkeit der Vorlage insbesondere für Menschen mit Lernschwierigkeiten konkret verbessern, zum anderen für die Grundsätze der Zugänglichkeit und Barrierefreiheit im Bereich Information und Kommunikation im Sinne der Zielrichtungen 6 und 8 des LVR-Aktionsplans zur UN-Behindertenrechtskonvention sensibilisieren.

Mit der Telefonnummer 0221-809-2202 erreicht man die zentrale Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden (00.300). Sie gibt oder vermittelt bei Bedarf gern weitere Informationen. Bilder: © Reinhild Kassing.

Zusammenfassung:

Mit Inkrafttreten der 3. Reformstufe des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) am 01.01.2020 ist die Eingliederungshilfe nicht mehr Bestandteil des Sozialhilferechts (SGB XII), sondern Teil des SGB IX. Damit ändern sich eine Vielzahl von gesetzlichen Vorschriften und Anspruchsgrundlagen für die Eingliederungshilfe.

§ 106 SGB IX

Das BTHG hat differenzierte Beratungs- und Unterstützungspflichten der Leistungsträger definiert. Grundlegende Anforderungen werden für die LVR-Dezernate Kinder, Jugend und Familie sowie Soziales durch die gesetzlichen Regelungen im § 106 SGB IX beschrieben.

Gemäß Vorlage 14/2893 erfolgt in den Mitgliedskörperschaften des Landschaftsverbands Rheinland (LVR) die Beratung und Unterstützung nach § 106 SGB IX.

Zielgruppe des Beratungsangebotes sind Menschen mit Behinderung und deren Angehörige, Vertrauenspersonen und rechtliche Betreuungen. Die Beratung wird vom Träger der Eingliederungshilfe sichergestellt und, soweit erforderlich, erhalten die Leistungssuchenden auch Unterstützung. Die Beratung erfolgt in einer für die Leistungssuchenden wahrnehmbaren Form. Ebenso finden hier Dienste und Einrichtungen, andere Rehabilitationsträger oder Netzwerkpartner*innen qualifizierte Ansprechpartner*innen.

Die personenzentrierte Neuausrichtung der Eingliederungshilfe stellt erhöhte Anforderungen an eine kompetente umfassende Beratung, Begleitung und Unterstützung von Menschen mit Behinderung. Durch ihre Beratung und Unterstützung wirken LVR-Mitarbeitende aktiv daran mit, die Selbstbestimmung und die volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung am Leben in der Gesellschaft zu fördern.

- Das Dezernat 4 Kinder, Jugend und Familie stellt die Beratung und Unterstützung für Kinder, die in der Herkunftsfamilie leben und die Eingliederungshilfeleistungen im Elementarbereich (Kindertagesstätte, Kindertagespflege) und Frühförderung benötigen, sicher.

- Das Dezernat 7 Soziales stellt die Beratung und Unterstützung, für Menschen mit Behinderungen ab dem 18. Lebensjahr (bzw. nach Beendigung der allgemeinen Schulpflicht), sicher sowie für Kinder und Jugendliche, die nicht in der Herkunftsfamilie leben und Hilfen über Tag und Nacht sowie Annexleistungen erhalten.

Gemeinsame Standortsuche – Teilprojekt BTHG 106+, Pilotregionen

Um eine Beratung vor Ort in den Mitgliedskörperschaften zu etablieren, wurde in 2019 Kontakt zu den Mitgliedskörperschaften, den Koordinierungs-, Kontakt- und Beratungsstellen (KoKoBe) und weiteren Kooperationspartnern aufgenommen mit dem Ziel, Standorte für den Aufbau der Beratung nach § 106 SGB IX zu finden.

Mögliche Standorte und zu Verfügung stehende Räumlichkeiten wurden in einem zweiten Schritt durch Vertreter*innen der Dezernate 4 und 7 unter Federführung von Dezernat 4 gesichtet.

Aufbauend auf der Standortsuche und unter Berücksichtigung weiterer Faktoren (z.B. gute regionale Zusammenarbeit der Beratungsangebote, hohes Interesse des örtlichen Trägers) wurden für das Teilprojekt BTHG 106+ der integrierten Beratung folgende Standorte als Pilotregionen gewählt:

- Stadt Duisburg
- Rhein-Erft-Kreis
- Oberbergischer Kreis

KoKoBe – Peer-Beratung

Um dem gesetzlich verankerten Beratungsauftrag nach § 106 SGB IX Rechnung zu tragen und den Aufbau von Parallelstrukturen in der regionalen Beratungslandschaft zu vermeiden, wurde die Weiterentwicklung und Neuausrichtung der KoKoBe beschlossen (Vorlage 14/2893). In verschiedenen Veranstaltungen wurde 2019 mit Vertreter*innen der KoKoBe-Träger, erfahrenen KoKoBe-Mitarbeitenden sowie der KoKoBe-Begleitgruppe an Eckpunkten zur Weiterentwicklung der KoKoBe gearbeitet. In den Pilotregionen wird die Weiterentwicklung erprobt werden und die Erfahrungen sollen für die rheinlandweite Umsetzung genutzt werden.

Zudem wird der Aufbau der Peer-Beratung bei der KoKoBe weiter vorangetrieben. In weiteren fünf Mitgliedskörperschaften wird ab 2020 eine Förderung der Peer-Beratung bei der KoKoBe erfolgen, so dass es dann 10 Standorte mit Peer-Beratung bei der KoKoBe im Rheinland gibt.

Bedarfsermittlung BEI_NRW – BEI_NRW KiJu

Die Träger der Eingliederungshilfe (EGH) wurden durch das BTHG dazu verpflichtet, die Bedarfe der Menschen mit Behinderung mit einem einheitlichen Instrument je Bundesland zu ermitteln. In Nordrhein-Westfalen haben sich die beiden überörtlichen Träger der Eingliederungshilfe (LWL und LVR) darauf verständigt, ein neues gemeinsames Bedarfsermittlungsinstrument zu entwickeln und zu nutzen – das BEI_NRW (siehe Vorlage-Nr. 14/2472) und BEI_NRW KiJu (siehe Vorlage-Nr. 14/2472).

Mit Beschluss vom 01.10.2018 wurde durch den Landschaftsausschuss (Vorlage-Nr. 14/2893) entschieden, die Bedarfsermittlung für erwachsene Menschen mit Behinderung mit dem BEI_NRW bei Erstanträgen ressourcenabhängig und perspektivisch durch LVR-eigene Mitarbeitende durchzuführen. Gleichzeitig hält der LVR an seinem kooperativen Modell der Bedarfsermittlung bei erwachsenen Menschen mit (drohender) Behinderung mit der freien Wohlfahrtspflege fest. Folgeanträge werden wie bisher regelhaft durch die Dienste der freien Wohlfahrtspflege begleitet, es sei denn, der Leistungsberechtigte wünscht eine Bedarfsermittlung durch LVR-Mitarbeitende. Damit dies möglich wird, sind umfangreiche Qualifizierungsmaßnahmen des Fallmanagements und der Fachkräfte der Leistungserbringer durchgeführt worden. Seit Oktober 2019 werden in einem kontinuierlich und noch andauernden Prozess die Zugangsberechtigungen an die Leistungserbringer versandt. Das BEI_NRW wird von diesen zur Bedarfserhebung bereits genutzt, sodass aktuell rund 300 BEI_NRW dem LVR zur Bearbeitung vorliegen. Die rheinlandweite Umstellung soll zum 01.07.2020 erfolgen.

Am 01.10.2018 wurde durch den Landschaftsausschuss (Vorlage-Nr. 14/2893) ferner beschlossen, bei Kindern und Jugendlichen mit (drohender) Behinderung die Bedarfe ab dem 01.01.2020 durch eigene LVR-Mitarbeitende (Erst- und Folgeanträge) der LVR-Dezernate Kinder, Jugend und Familie sowie Soziales zu erheben.

Das von den Landschaftsverbänden LVR und LWL gemeinsam entwickelte digitale Instrument zur Ermittlung des Bedarfs von Kindern und Jugendlichen, das BEI_NRW KiJu, wurde am 01.02.2020 produktiv gesetzt und wird seitdem durch das LVR-Dezernat Kinder, Jugend und Familie genutzt.

Die Einführung des BEI_NRW KiJu beim LVR-Dezernat Soziales/Fachbereich 73/Abteilung KiJu erfolgt nach Durchführung einer Schulung des Fallmanagements sowie nach Abschluss letzter Testungen des Verfahrens voraussichtlich Ende Mai 2020.

Die Vorlage berührt insbesondere die Zielrichtung der Nummern Z1, Z2, Z4, Z6 des LVR-Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention.

Begründung der Vorlage Nr. 14/4053

Umsetzung des BTHG beim LVR – hier: Aufbau von Beratung und Unterstützung nach § 106 SGB IX sowie Einführung des BEI_NRW im Rheinland

Inhalt

1. Einführung 6
2. Beratung und Unterstützung nach § 106 SGB IX im Rheinland 6
   2.1 Rechtlicher Hintergrund und Zuständigkeitsregelung 6
   2.2 Aufbau der Beratung und Unterstützung nach § 106 SGB IX 7
      2.2.1. Beratung und Erst-Bedarfsermittlung durch LVR-eigene Mitarbeitende 8
      2.2.2. Kooperation mit den regionalen Beratungsangeboten 8
      2.2.3. Peer-Beratung ermöglichen 8
   2.3. Beratungsaktivitäten „vor Ort" 9
      2.3.1. Aufbau der Beratungsstandorte 9
      2.3.2. Qualifizierung des Fallmanagements 10
      2.3.3. Sozialräumliche Erprobung der Integrierter Beratung (SEIB) – Pilotregionen für die Beratung und Unterstützung nach § 106 SGB IX 11
      2.3.4. Weiterentwicklung der KoKoBe 12
      2.3.5. Aufbau der Peer-Beratung bei der KoKoBe im Rheinland 13
3. Einführung von BEI_NRW und BEI_KiJu im Rheinland 14
   3.1. BEI_NRW für erwachsene Menschen mit Behinderung 14
      3.1.1. Maßnahmen zur Qualifizierung 14
      3.1.2. Organisation der Nutzung des BEI_NRW in der Anwendung PerSEH 15
      3.1.3. Sachstand zur Umsetzung des BEI_NRW 15
   3.2. Stand der Umsetzung BEI_NRW KiJu 15

Umsetzung des BTHG beim LVR – hier: Aufbau von Beratung und Unterstützung nach § 106 SGB IX sowie Einführung des BEI_NRW im Rheinland

1. Einführung

Mit dem Gesetz zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen, dem Bundesteilhabegesetz (BTHG), hat der Bundesgesetzgeber die Eingliederungshilfe neu geregelt. Dabei trat die für die Leistungen der Eingliederungshilfe maßgebliche Stufe 3 zum 01.01.2020 in Kraft. Ein Kernanliegen des BTHG ist es, die Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen durch mehr Teilhabe an der Gesellschaft, mehr Selbstbestimmung und mehr Möglichkeiten der individuellen Lebensführung zu verbessern.
Die Träger der Eingliederungshilfe erhielten mit Umsetzung der 3. Stufe des BTHG am 01.01.2020 durch den § 106 SGB IX einen sehr konkreten und differenzierten Auftrag, ihre Beratung und Unterstützung der Leistungssuchenden auszugestalten.

Am 01.10.2018 wurde durch den Landschaftsausschuss (Vorlage-Nr. 14/2893) eine Rahmenkonzeption zur (Weiter-) Entwicklung der Beratung und Unterstützung von Menschen mit Behinderungen gemäß § 106 SGB IX unter Berücksichtigung und Weiterentwicklung der bisherigen Beratungsstrukturen des LVR (KoKoBe) beschlossen. Mit dieser Vorlage wird nun über den Umsetzungsstand der Beratung und Unterstützung gemäß § 106 SGB IX und der Weiterentwicklung der KoKoBe berichtet. Berücksichtigt werden dabei auch die „Eckpunkte zur Umsetzung der Integrierten Beratung", die der Landschaftsausschuss am 09.07.2018 (Vorlage-Nr. 14/2746) beschlossen hat.

Die Träger der Eingliederungshilfe (EGH) wurden durch das BTHG dazu verpflichtet, die Bedarfe der Menschen mit Behinderung mit einem einheitlichen Instrument je Bundesland zu ermitteln. In Nordrhein-Westfalen haben sich die beiden überörtlichen Träger der Eingliederungshilfe (LWL und LVR) darauf verständigt, ein neues gemeinsames Bedarfsermittlungsinstrument zu entwickeln und zu nutzen – das BEI_NRW (siehe Vorlage-Nr. 14/2472) und BEI_NRW KiJu (siehe Vorlage-Nr. 14/2472).
In dieser Vorlage wird über den Stand der Einführung der Bedarfsermittlungsinstrumente BEI_NRW und BEI_NRW KiJu im Rheinland berichtet.

2. Beratung und Unterstützung nach § 106 SGB IX im Rheinland

Ziel der Beratung und Unterstützung nach § 106 SGB IX ist, die Selbstbestimmung und die volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Leben in der Gesellschaft zu fördern.

2.1 Rechtlicher Hintergrund und Zuständigkeitsregelung

Mit § 106 SGB IX werden die bisherigen Pflichten zur Beratung und Unterstützung aus dem SGB I und SGB XII normiert und konkretisiert. Die Beratung dient insbesondere der umfassenden Information der Leistungssuchenden. Die Unterstützung nach § 106 SGB IX

erfolgt, wenn sie erforderlich ist. Sie trägt dazu bei, dass Leistungssuchende zügig und erfolgreich notwendige Leistungen zur Förderung einer gleichberechtigten Teilhabe am Leben in der Gesellschaft erhalten.

Die hiermit verbundenen Aufgaben wurden beim Landschaftsverband Rheinland (LVR) verwaltungsseitig den Dezernaten Jugend und Soziales übertragen. Beratung und Unterstützung nach § 106 SGB IX muss dabei gemäß den Regelungen zur Zuständigkeit aus dem Ausführungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (AG-BTHG NRW) vorgehalten werden:

- Für Kinder, die in der Herkunftsfamilie leben und die Eingliederungshilfeleistungen im Elementarbereich (Kindertagesstätte, Kindertagespflege) und Frühförderung benötigen. Diese Leistungen einschließlich der Beratung und Unterstützung werden gemäß der LVR-eigenen Organisationsaufteilung durch das LVR-Dezernat Kinder, Jugend und Familie bearbeitet.

- Für Kinder und Jugendliche, die nicht in der Herkunftsfamilie leben und Hilfen über Tag und Nacht erhalten sowie für deren Annexleistungen. Diese Leistungen einschließlich der Beratung und Unterstützung werden gemäß der LVR-eigenen Organisationsaufteilung durch das LVR-Dezernat Soziales im FB 73 in einer eigenen Abteilung bearbeitet.

- Für Menschen mit Behinderungen ab dem 18. Lebensjahr (bzw. nach Abschluss der Schulausbildung an einer Allgemeinbildenden oder Förderschule), die Eingliederungsleistungen erhalten. Diese Leistungen einschließlich der Beratung und Unterstützung werden durch das LVR-Dezernat Soziales in den Fachbereichen 72, 73 und 74 erbracht.

Die LVR-Dezernate Kinder, Jugend und Familie sowie Soziales setzen gemeinsam den gesetzlichen Auftrag bei der Beratung und Unterstützung nach § 106 SGB IX um, auch wenn sich ihr Angebot an unterschiedliche Adressaten und Zielgruppen richtet.
Alle Planungen und Aktivitäten zum Aufbau von Beratung und Unterstützung nach § 106 SGB IX werden von daher in enger Zusammenarbeit, Abstimmung und Kooperation beider LVR-Dezernate vollzogen.

2.2 Aufbau der Beratung und Unterstützung nach § 106 SGB IX

Die Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben des § 106 SGB IX wurden durch Beschluss des Landschaftsausschusses vom 09.07.2018 mit der Vorlage-Nr. 14/2746 „Eckpunkte zur Umsetzung der Integrierten Beratung" verbunden. In zwei zentralen Projekten und vier Teilprojekten erfolgt eine „Sozialräumliche Erprobung Integrierter Beratung (SEIB)" (A) und die Etablierung des „Portals Integrierte Beratung" (B). Ziel der Projekte ist die Erarbeitung und Erprobung fachlich-inhaltlicher und organisatorischer Voraussetzung für eine verbesserte Vernetzung und Kooperation des Beratungsgeschehens innerhalb des LVR.

Das Teilprojekt „BTHG 106+", das federführend durch den Medizinisch-psychosozialen Fachdienst des Dezernates Soziales, Fachbereich Sozialhilfe/Fachliche Ressourcen durchgeführt, wird, verknüpft den Projektauftrag der „Sozialraumorientierten Erprobung Integrierter Beratung (SEIB)" mit dem gesetzlichen Auftrag der Beratung und Unterstützung nach § 106 SGB IX.

Bei der Umsetzung der Beratung und Unterstützung nach § 106 SGB IX ergeben sich Schnittmengen bei der strukturellen und konzeptionellen Umsetzung zwischen den LVR-Dezernaten Kinder, Jugend und Familie sowie Soziales. Folgende drei Aspekte sind dabei zu berücksichtigen:

2.2.1. Beratung und Erst-Bedarfsermittlung durch LVR-eigene Mitarbeitende

Die Beratung und Unterstützung erfolgt durch das Fallmanagement der Dezernate Kinder, Jugend und Familie sowie Soziales dezentral vor Ort.

- Bei Kindern und Jugendlichen mit (drohender) Behinderung werden die Bedarfe ab dem 01.01.2020 ausschließlich durch eigene LVR-Mitarbeitende des LVR-Dezernats Kinder, Jugend und Familie mit dem eigens für Kinder und Jugendliche entwickelten Bedarfsermittlungsinstrument (BEI_NRW KiJu) erhoben und bearbeitet (vgl. Vorlage-Nr. 14/2893). Im LVR-Dezernat Soziales, Abteilung 73.60 Kinder und Jugendliche, wird dies sukzessive und ressourcenabhängig umgesetzt.

- Bei erwachsenen Menschen mit (drohender) Behinderung hält der LVR an seinem kooperativen Modell der Bedarfsermittlung mit der freien Wohlfahrtspflege fest - aber in modifizierter Form. Mittelfristig und ressourcenabhängig besteht die Absicht, bei Erstanträgen die Bedarfserhebung mit dem BEI_NRW durch eigene LVR-Mitarbeitende vorzunehmen. Folgeanträge werden wie bisher durch die Dienste der freien Wohlfahrtspflege erhoben.

  In den drei Pilotregionen des Teilprojektes 106+ wird im Laufe des Jahres 2020 der Einstieg in die Erstbedarfserhebung mit LVR-eigenen Mitarbeitenden erfolgen. Als Pilotregionen wurden die Stadt Duisburg, der Oberbergische Kreis sowie der Rhein-Erft-Kreis ausgewählt. In allen drei Gebietskörperschaften stehen seit dem 01.01.2020 Räumlichkeiten zur Verfügung, die durch Mitarbeitende der Dezernate Jugend und Soziales genutzt werden können (siehe Pkt.2.2.3).

2.2.2. Kooperation mit den regionalen Beratungsangeboten

Gemäß dem Beschluss des Landschaftsausschusses vom 01.10.2018 (Vorlage-Nr. 14/2893) erfolgt der Aufbau der LVR-eigenen Beratung nach § 106 SGB IX vor Ort in Kooperation mit weiteren regionalen Beratungsangeboten. Hierbei werden die Koordinierungs-, Kontakt- und Beratungsstellen (KoKoBe), die Sozialpsychiatrischen Zentren (SPZ), die Sozialpsychiatrischen Kompetenzzentren Migration (SPKoM), die Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung (EuTB), die Inklusionsfachdienste (IFD) sowie die weiteren Beratungsangebote des örtlichen Trägers zur allgemeinen Daseinsfürsorge (z.B. Suchtberatung, Seniorenberatung, Schuldnerberatung) einbezogen. Ebenso werden weitere örtliche Beratungsangebote der Rehabilitationsträger und weiterer Sozialleistungsträger (z.B. Pflegestützpunkte) sowie die Angebote der Selbsthilfe von Menschen mit Behinderung für die Entwicklung und den Austausch berücksichtigt.

2.2.3. Peer-Beratung ermöglichen

Um die Partizipation und Mitbestimmung von Menschen mit Behinderung zu unterstützen, soll es für die Ratsuchenden möglich sein, im Rahmen einer Beratung nach § 106 SGB IX und auf Wunsch durch Expert*innen in eigener Sache beraten zu werden. Um dies zu unterstützen wird Peer-Beratung bei der KoKoBe aufgebaut.

2.3. Beratungsaktivitäten „vor Ort"

Beratung und Unterstützung nach § 106 SGB IX ist seit dem 01.01.2020 in allen Regionen des Rheinlands auf Anfrage möglich. Aktuell werden durch die Dezernate Kinder, Jugend und Familie sowie Soziales unter Berücksichtigung der Prioritäten und Anforderungen des BTHG in allen Regionen dezentral Beratungs- und Unterstützungsangebote für Kinder und Jugendliche und für erwachsene Menschen mit Behinderung aufgebaut.

2.3.1. Aufbau der Beratungsstandorte

Um das Beratung und Unterstützung nach § 106 SGB IX im Sinne der unter Punkt 2.1 im ganzen Rheinland umzusetzen, wurde bei der Standortsuche darauf geachtet, dass ein gemeinsamer Beratungsstandort für die LVR-Dezernate Kinder, Jugend und Familie sowie Soziales gefunden wird. Um das Prinzip der trägerübergreifenden Kooperation bei der Beratung und Unterstützung von Menschen mit Behinderung umzusetzen, Synergieeffekte zu nutzen und Parallelstrukturen zu vermeiden, wurde mit den Sozialdezernenten der Mitgliedskörperschaften vereinbart, die Beratungsstandorte mit den örtlichen Trägern abzustimmen und wenn möglich deren Raumressourcen zu nutzen. Des Weiteren wurden die KoKoBe in die Standortsuche einbezogen. Ergänzend wurden da, wo keine Beratungsstandorte in Zusammenarbeit mit diesen beiden Partnern gefunden wurden, weitere Kooperationspartner angesprochen, wie z.B. HPH-Netze und SPZ.

Um die enge Zusammenarbeit und Abstimmung aller regionalen Beratungsangebote zu sichern, ist vorgesehen, eine Zusammenarbeit im Hinblick auf die Beratung in den Kooperationsvereinbarungen zwischen den Mitgliedskörperschaften und dem LVR verbindlich zu verankern. Der Abschluss der Kooperationsvereinbarungen wird aktuell unter Federführung der Regionalabteilungsleitungen der Fachbereiche 72 und 73 mit den Mitgliedskörperschaften vorbereitet. Hierzu ist weiterhin eine enge Zusammenarbeit der Regionalabteilungen mit der Leitung der Unter-AG Beratung/Teilprojektleitung SEIB 106+ notwendig.

Die möglichen Standorte wurden durch Mitarbeitende der Dezernate Kinder, Jugend und Familie sowie Soziales unter Einbeziehung des Personalrates des LVR-Dezernates Kinder, Jugend und Familie besichtigt und auf ihre Eignung überprüft. Die Teilprojektleitung und der Projektmitarbeiter des Teilprojektes 106+ sowie weitere Mitarbeitende des MPD nahmen für das Dezernat Soziales an der Standortsuche teil.

Mittlerweile gibt es in 22 von 26 rheinischen Mitgliedskörperschaften verbindliche Absprachen und/oder Planungen für eine Raumnutzung. Von diesen 22 wurden bereits 11 Standorte bezogen und werden für die Beratung und Unterstützung nach § 106 SGB IX genutzt. Hierbei handelt es sich um die Kreise Kleve, Heinsberg, Oberbergischer Kreis, Rhein-Erft-Kreis, Rhein-Kreis-Neuss, die StädteRegion Aachen sowie die kreisfreien Städte, die Landeshauptstadt Düsseldorf, die Bundesstadt Bonn und die Städte Köln, Mönchengladbach und Solingen. An allen diesen Standorten ist mindestens eine Mitarbeiter*in (des Dez. 4) an regelhaft fünf Tagen die Woche anwesend. Bei den noch verbleibenden Mitgliedskörperschaften befindet sich die Eröffnung des Beratungsstandortes in Vorbereitung. In 4 Mitgliedskörperschaften (Euskirchen, Krefeld, Leverkusen und Wuppertal) konnten bisher keine Räume in Zusammenarbeit mit dem örtlichen Träger oder weiteren Kooperationspartnern gefunden werden. Die Raumsuche wird gemeinsam durch beide Dezernate fortgesetzt.

Bei der Suche nach geeigneten Beratungsräumen für die Beratung und Unterstützung nach § 106 SGB IX gab es bis Endes des Jahres 2019 noch einige unbekannte Variablen. So konnte nur geschätzt werden, wie viele Beratungsanfragen auf die Mitarbeitenden zukommen werden. Es ist davon auszugehen, dass es notwendig sein wird, in einigen Regionen Veränderungen hinsichtlich der Personalkapazitäten für die Beratung und des Beratungsstandorts vorzunehmen, um den Beratungsbedarf beantworten zu können.

2.3.2. Qualifizierung des Fallmanagements

Aufgrund der umfassenden Sozialrechtsreform durch das BTHG und den damit verbundenen veränderten rechtlichen Bestimmungen und Zuständigkeiten entstehen neue Anforderungen an die Mitarbeitenden des LVR. Dies betrifft vor allem das LVR-Fallmanagement der Dezernate Kinder, Jugend und Familie sowie Soziales, das die Beratung und Unterstützung gemäß § 106 SGB IX dezentral, vor Ort erbringen und eine umfassende Bedarfsermittlung inklusive der Bedarfserhebung durchführen wird.

Durch den erweiterten Aufgabenzuschnitt des Fallmanagements ist es notwendig, die in der Ausbildung und durch die bisherige berufliche Tätigkeit erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten der Mitarbeitenden im Sinne des Fachkräftegebots nach § 97 SGB IX zu vertiefen und zu erweitern. Hierzu müssen geeignete Qualifizierungsmaßnahmen entwickelt und durchgeführt werden. Diese werden zuerst durch das Fallmanagement der Pilotregionen wahrgenommen und sollen anschließend alle Fallmanager*innen sukzessive erreichen.

Nach § 97 SGB IX gilt es neben fundierten Kenntnissen des Sozial- und Verwaltungsrechts sowie über den leistungsberechtigten Personenkreis nach § 99 SGB IX und dessen Teilhabebedarfe und Teilhabebarrieren, Kenntnisse über den regionalen Sozialraum zu erlangen. Zudem sollen die Fachkräfte befähigt werden mit allen Beteiligten zu kommunizieren und Gelegenheit zum Austausch mit Menschen mit Behinderungen erhalten.

Die fachliche Qualifizierung des Fallmanagements muss somit gleichermaßen die Bereiche der Sozial-, Fach-, Beratungs- und Methodenkompetenz berücksichtigen, damit eine Aufgabenwahrnehmung im Sinne des Gesetzgebers möglich wird. Auf der Grundlage des Schulungskonzeptes der Unter-AG Beratung aus der AG-BTHG wurden bereits 2019 Schulungsmaßnahmen für das Fallmanagement der LVR-Dezernate Kinder, Jugend und Familie und Soziales gestartet und durchgeführt.

Insbesondere für das Fallmanagement der Pilotregionen (siehe Pkt. 2.2.3) werden aktuell Schulungen mit dem Schwerpunkt zur Weiterentwicklung der Beratungs- und Methodenkompetenz angeboten. In den Modulen erhält das Fallmanagement einen vertiefenden Einblick in die Beratungspraxis und erweitert seine Methodenkompetenz in Bezug auf den Beratungsprozess. Dabei wird auf die besonderen Bedürfnisse unterschiedlicher Zielgruppe eingegangen mit dem Ziel, diese in der Kommunikation und Begegnung angemessen zu berücksichtigen sowie ein adäquates Beratungsangebot zu gestalten. Ein Teil der Schulungsmodule werden von einem Referent*innen-Duo durchgeführt, das aus einer/m Fachreferent*in sowie einer/m Co-Referent*in aus der jeweiligen Zielgruppe der Menschen mit Behinderung besteht. So wird dem Fallmanagement die Gelegenheit gegeben, sich mit der Perspektive von Menschen mit Behinderung stärker vertraut zu machen.

Schulungen zu besonderen Methoden der Kommunikation, z.B. Gebärdensprache, Leichte Sprache werden bereits durch das LVR-Institut für Training, Beratung und Entwicklung angeboten. Weitere Schulungsmodule z.B. zur Beratung von Menschen mit Sinnesbeeinträchtigungen befinden sich aktuell in Vorbereitung.

Aufgrund der aktuellen Entwicklung und der Vorgaben zur Eindämmung der Corona Pandemie wurden die bereits terminierten Fortbildungsveranstaltungen für das Fallmanagement der Pilotregionen zunächst für die Monate März und April ausgesetzt.

2.3.3. Sozialräumliche Erprobung der Integrierter Beratung (SEIB) – Pilotregionen für die Beratung und Unterstützung nach § 106 SGB IX

Mit den Eckpunkten gemäß Vorlage-Nr. 14/2746 wurde ausgeführt, dass die zu beteiligenden Fachdezernate unterschiedliche Perspektiven auf das Thema Beratung von Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen mit differenzierten Aufgaben und Rollen haben. Die Vorlage-Nr. 14/2746 sieht vor, dass in den vier Teilprojekten eine Sozialräumliche Erprobung der Integrierten Beratung (SEIB) durchgeführt wird und die Erfahrungen und Erkenntnisse in ein „LVR-Rahmenkonzept Integrierte Beratung" einfließen. Die Teilprojekte sollen die Möglichkeiten übergreifender Haltungen, Fachkonzepte und Handlungsansätze für den LVR ausschöpfen. Das Teilprojekt BTHG 106+, das durch das Dezernat Soziales (unter Beteiligung des Dezernates Jugend) federführend durchgeführt wird, muss vor dem Hintergrund der Umsetzung des BTHG dessen besondere Prioritäten und Anforderungen berücksichtigen.

Für den Personenkreis der erwachsenen Menschen mit Behinderung wird zunächst an einem Tag in der Woche Beratung am regionalen Standort angeboten. Darüber hinaus wird es möglich sein, für aufsuchende Beratung einen individuellen Termin zu vereinbaren. Die Beratung wird auf Anfrage der Ratsuchenden erfolgen. Gemäß der Vorlage-Nr. 14/2893 soll eine Umsetzung einer umfassenden Beratung, Unterstützung und Erst-Bedarfsermittlung durch LVR-eigene Mitarbeitende ressourcenabhängig und mittelfristig erfolgen.

Das LVR-Dezernat Soziales erprobt mit dem Teilprojekt BTHG 106+ in drei Mitgliedsorganisationen die bestmögliche sozialräumliche „Beratung und Unterstützung" von Leistungssuchenden der Eingliederungshilfe nach dem BTHG im SGB IX. Bei der Auswahl der Pilotregionen wurden verschiedene Standortfaktoren mit dem Ziel berücksichtigt, hierdurch bedeutsame Erfahrungen für die weitere flächendeckende Umsetzung im Rheinland zu sammeln.

Unter Berücksichtigung verschiedener Standortfaktoren wurden als Pilotregionen zur Erprobung der Beratung und Unterstützung nach § 106 SGB IX folgende Mitgliedskörperschaften ausgewählt:

1. Die Stadt Duisburg,
2. der Oberbergische Kreis und
3. der Rhein-Erft-Kreis.

Mit dieser Auswahl wurden eine städtische Region mit hoher Bevölkerungsdichte und hoher Mobilität sowie einem gut ausgebauten öffentlichen Nahverkehr sowie zwei Flächenkreise mit ländlicher Struktur, einer geringeren bis geringen Bevölkerungsdichte und einem weniger gut ausgebauten öffentlichen Nahverkehr ausgewählt.

Zudem waren weitere örtliche Bedingungen ausschlaggebend für die Wahl der drei Pilotregionen

- der örtlicher Träger und weitere Akteure der Beratung, wie z.B. der KoKoBe-Trägerverbund, die SPZ, die EuTB, signalisieren eine hohe Kooperationsbereitschaft in Bezug auf Beratung von Menschen mit Behinderung
- die regionalen KoKoBe-Trägerverbünde beteiligen sich aktiv an der Weiterentwicklung der KoKoBe, vor allem im Hinblick auf den Aufbau der Peer-Beratung.
- In allen drei Gebietskörperschaften stehen ab dem 01.01.2020 Räumlichkeiten zur Verfügung, die durch Mitarbeitende der Dezernate Jugend und Soziales genutzt werden können.
- Die Pilotregionen verteilen sich auf das Rheinland.

Es ist beabsichtigt im Jahr 2020 damit zu starten in den drei Pilotregionen die Beschlüsse der Vorlage-Nr. 14/2893 vollumfänglich umzusetzen. Voraussetzung ist, dass die notwendigen personellen und sachlichen Rahmenbedingungen auf Seiten der Verwaltung geschaffen wurden. Der Zeitpunkt der Umsetzung für den Start einer Beratung und Unterstützung nach § 106 SGB IX inklusive einer umfänglichen Bedarfsermittlung durch das Fallmanagement von Dezernat 7 für erwachsende Menschen mit Behinderung ist an verschiedene Faktoren geknüpft:

- Die Einführung von BEI_NRW für erwachsene Menschen mit Behinderung ist bei den Leistungserbringern der Region erfolgt. Dies wird voraussichtlich für alle drei Pilotregionen ab der 2. Jahreshälfte gegeben sein.
- Die Qualifizierung des Fallmanagements aus den Regionalabteilungen hat stattgefunden. Die Schulung der grundlegenden Beratungsmodule sind im Januar 2020 gestartet. Aufgrund der aktuellen Entwicklung und der Vorgaben zur Eindämmung der Corona Pandemie wurden die bereits terminierten Fortbildungsveranstaltungen für das Fallmanagement der Pilotregionen zunächst für die Monate März und April ausgesetzt. Wann diese Aktivitäten wiederaufgenommen werden können, ist aktuell (Stand 10.4.2020) noch nicht abzusehen.
- Die notwendige technische Ausstattung ist bis zum 30.06.2020 vorhanden.

Für den Start der Umsetzung der Beratung 106+ in den Pilotregionen war bisher der 01.07.2020 anvisiert. Aufgrund der Entwicklung und Vorgaben zur Eindämmung der Corona Pandemie ist eine Verzögerung des Startzeitpunktes wahrscheinlich, da aller Voraussicht nach bis zum 01.07.2020 nicht alle Voraussetzungen erfüllt sein werden.

2.3.4. Weiterentwicklung der KoKoBe

Da durch § 106 SGB IX die Beratung und Unterstützung ab 01.01.2020 eine Pflichtaufgabe des Eingliederungshilfeträgers geworden ist, die nicht an Leistungsanbieter abgegeben werden kann, ist eine Weiterentwicklung und Neuausrichtung der KoKoBe unerlässlich. Die regionalen KoKoBe sind im Rheinland derzeit als Beratungsstellen insbesondere in Bezug auf Wohnhilfen für erwachsene Menschen mit geistiger Behinderung etabliert und bekannt. Gemäß dem Beschluss des Landschaftsausschusses vom 01.10.2018 (Vorlage-Nr. 14/2893) lautet die neue Zielsetzung für die KoKoBe nach § 1 SGB IX:

Die KoKoBe wirken zukünftig mit ihrer Arbeit und ihren Angeboten darauf hin, die Teilhabechancen von Menschen mit Behinderungen nachhaltig zu verbessern und zu fördern. Um dies zu erreichen, schlagen die KoKoBe für die Menschen mit Behinderung eine Brücke zwischen der sozialrechtlich orientierten Beratung nach § 106 SGB IX und dem Sozialraum.

Das Aufgabenprofil der KoKoBe ist vor diesem Hintergrund neu auszugestalten.
Nach einem Workshop am 27.3.2019 mit Vertreter*innen der KoKoBe-Träger, erfahrenen KoKoBe-Mitarbeitenden sowie der KoKoBe-Begleitgruppe wurde unter Einbeziehung der KoKoBe-Begleitgruppe an Eckpunkten zur Weiterentwicklung der KoKoBe gearbeitet. Ein erster Entwurf wurde in einer weiteren Informationsveranstaltung am 12.11.2019 den KoKoBe präsentiert.

Grundsätzlich erfolgen die Leistungen der KoKoBe unter Berücksichtigung der Ziele und Leitgedanken des BTHG und der UN-BRK. Die KoKoBe sind den Menschen mit Behinderung verpflichtet und arbeiten personenzentriert und bedarfsorientiert.
Die KoKoBe sind Teil des Netzwerkes der Beratungslandschaft in der Region und kooperieren mit allen anderen relevanten regionalen Beratungsangeboten, z.B. mit der LVR-Beratung nach § 106 SGB IX, den Beratungsangeboten des örtlichen Trägers, der Ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung (EuTB), den Sozialpsychiatrischen Zentren (SPZ).

Mit dem Start der Bedarfsermittlung bei Erstanträgen durch LVR-eigene Mitarbeitende in den Pilotregionen des Projekts SEIB 106+ wird mit den KoKoBe der Pilotregionen die konzeptionelle Weiterentwicklung konkretisiert werden. Die Beschlüsse aus der Vorlage-Nr. 14/2893 zur Weiterentwicklung der KoKoBe hinsichtlich ihrer Ziele, Aufgaben und den Personenkreis werden in den Pilotregionen erprobt werden und die gewonnenen Erfahrungen für die Weiterentwicklung der KoKoBe im gesamten Rheinland genutzt.

2.3.5. Aufbau der Peer-Beratung bei der KoKoBe im Rheinland

Um einen rheinlandweiten Aufbau von Peer-Beratung zu ermöglichen ist geplant, diese strukturell bei den KoKoBe zu verorten. Dabei werden die Erkenntnisse und Erfahrungen aus dem Modellprojekt „Peer-Counseling im Rheinland" hinsichtlich der konzeptionellen und strukturellen Anforderungen berücksichtigt.

Im Jahr 2019 wurde an fünf KoKoBe (Köln, Bonn, StädteRegion Aachen, Kreis Viersen, Rheinisch-Bergischer Kreis) Peer-Beratung aufgebaut und damit Peer-Beraterinnen und –Beratern aus dem Modellprojekt die Möglichkeit eröffnet, tätig zu bleiben.

Laut Beschluss der Landschaftsversammlung vom 05.07.2019 (Vorlage-Nr. 14/3326) erhalten ab 2020 fünf weitere KoKoBe eine Förderung zum Aufbau von Peer-Beratung. Berücksichtigt werden die Pilotregionen des SEIB-Projektes, Teilprojekt BTHG 106+ (Duisburg, Oberbergischer Kreis, Rhein-Erft-Kreis) sowie zwei weitere Regionen, die nach einem Interessensbekundungsverfahren bei den KoKoBe ausgewählt wurden: Kreis Heinsberg, Mülheim a.d.R.

3. Einführung von BEI_NRW und BEI_KiJu im Rheinland

Die Träger der Eingliederungshilfe (EGH) wurden durch das BTHG dazu verpflichtet, die Bedarfe der Menschen mit Behinderung mit einem einheitlichen Instrument je Bundesland zu ermitteln. In Nordrhein-Westfalen haben sich die beiden überörtlichen Träger der Eingliederungshilfe (LWL und LVR) darauf verständigt, ein neues gemeinsames Bedarfsermittlungsinstrument zu entwickeln und zu nutzen – das BEI_NRW (siehe Vorlage-Nr. 14/2472) und BEI_NRW KiJu (siehe Vorlage-Nr. 14/2472).

3.1. BEI_NRW für erwachsene Menschen mit Behinderung

Gemäß dem Beschluss der Landschaftsversammlung vom 01.10.2018 (Vorlage-Nr. 14/2893) ist beabsichtigt, mittelfristig und ressourcenabhängig, bei Erstanträgen die Bedarfserhebung mit dem BEI_NRW durch eigene LVR-Mitarbeitende vorzunehmen. Dies wird perspektivisch in den Pilotregionen des SEIB-Projektes BTHG 106+ zuerst umgesetzt und dann sukzessive in einem längeren Umstellungszeitraum auf das Rheinland ausgeweitet.

Gleichzeitig hält der LVR an seinem kooperativen Modell der Bedarfsermittlung bei erwachsenen Menschen mit (drohender) Behinderung mit der freien Wohlfahrtspflege fest. Folgeanträge werden wie bisher regelhaft durch die Dienste der freien Wohlfahrtspflege begleitet, es sei denn, der Leistungsberechtigte wünscht eine Bedarfsermittlung durch LVR-Mitarbeitende. Bis zur regionalen Umstellung der Bedarfserhebung bei Erstanträgen durch LVR-eigene Mitarbeitende werden diese weiterhin durch die Leistungserbringer erhoben.

Diese Entscheidung wurde vor dem Hintergrund der positiven Erfahrungen und der gewachsenen Zusammenarbeit zwischen dem Landschaftsverband Rheinland und den Leistungsanbietern im Rheinland getroffen. Zudem erhalten laut dem BAGÜS-Kennzahlenvergleich 2016 (s.a. Vorlage-Nr. 14/2665 und Vorlage-Nr. 14/2657) im Rheinland rund 72.500 erwachsene Menschen mit Behinderungen Leistungen der Eingliederungshilfe zum Wohnen und/oder zur Beschäftigung. Angesichts dieser Größenordnung ist die Kooperation mit den Leistungsanbietern (so gesetzlich nicht vorgesehen) bei der Bedarfserhebung mithilfe von BEI_NRW eine unabdingbare Voraussetzung, um die Aufgabenbewältigung sicherzustellen.

3.1.1. Maßnahmen zur Qualifizierung

Eine Voraussetzung für die Umsetzung des BEI_NRW im Rheinland ist eine entsprechende Qualifizierung für das Fallmanagement des LVR sowie für die Leistungserbringer sicherzustellen.

Angesichts der großen Zahl der Leistungserbringer wurde entschieden, jedem Leistungserbringer die Möglichkeit zu geben, mit mindestens einer ausgewählten Fachkraft an Schulungen zum digitalen Instrument BEI_NRW des LVR teilzunehmen, um danach die erworbenen Kenntnisse an die Kolleg*innen weiterzugeben.

Vor diesem Hintergrund wurden nach Abschluss der Qualifizierung des Fallmanagements 58 Schulungen von Juni 2019 bis Februar 2020 für die Leistungserbringer des Rheinlands durchgeführt, mit denen insgesamt 1.595 Fachkräfte der Leistungserbringer erreicht werden konnten.

Den Leistungserbringern wurde die Möglichkeit eröffnet, eine Trainingsumgebung zur weiteren Vorbereitung der Mitarbeitenden anzufordern. Mehr als 10.100 individuelle Trainingsplätze wurden zu diesem Zweck eingerichtet.

Zur Unterstützung des LVR-eigenen Qualifizierungsangebotes wurden weitere 60 durch die Freie Wohlfahrtspflege, Fach- und Interessensverbände benannte Personen als externe Referent*innen geschult und autorisiert Schulungen im BEI_NRW anzubieten.

3.1.2. Organisation der Nutzung des BEI_NRW in der Anwendung PerSEH

Damit das BEI_NRW durch die Fachkräfte der Leistungserbringer genutzt werden kann, benötigen alle Nutzer*innen aus Gründen des Datenschutzes eine personalisierte Zugangsberechtigung zum BEI_NRW, der Teil der LVR-eigenen Anwendung PerSEH ist.

Aufgrund der großen Anzahl der Nutzer*innen des BEI_NRW im Rheinland wurde eine Externe Anwenderverwaltung (EAV) eingerichtet und jeder Leistungserbringer aufgefordert eine Administration zu benennen, die die Koordination des Prozesses gegenüber dem LVR übernimmt.

Im Rahmen der Externen Anwenderverwaltung (EAV) wurde ein zweistufiges Verfahren durchgeführt. Zunächst erhalten die Administrator*innen eine Zugangsberechtigung und melden dann namentlich aller Nutzer*innen des Leistungserbringers beim LVR, damit diese dann ihre Zugangsberechtigung zum BEI_NRW erhalten.

Seit Oktober 2019 werden die Zugangsberechtigungen mit der Externen Anwenderverwaltung versandt. Dieser Prozess dauert noch an, da einerseits eine sehr hohe Anzahl von Zugangsberechtigungen unter Einhaltung des Datenschutzes übersandt werden und anderseits auftretende technische Fehler behoben werden müssen. Zuletzt wurde ein Fehler ausgeräumt, der bei einzelnen Leistungserbringern den Versand der Zugangsberechtigungen verhinderte.

3.1.3. Sachstand zur Umsetzung des BEI_NRW

Seit Oktober 2019 erhalten die Leistungserbringer in einem kontinuierlichen Prozess Zugangsberechtigungen zum BEI_NRW. Sobald ihnen diese zur Verfügung stehen, können sie das BEI_NRW zur Bedarfserhebung zu nutzen.

Mit Stand 03.04.2020 liegen dem LVR-Dezernat Soziales 302 Bedarfserhebungen mit dem BEI_NRW zur Prüfung vor. Weitere 261 Bedarfserhebungen befinden sich aktuell in der Bearbeitung bei den Leistungserbringern.

Vor dem Hintergrund des komplexen Umsetzungsverfahrens erfolgt die Einführung des BEI_NRW bei den Leistungserbringern für Wohnhilfen im Rheinland ab dem 01.07.2020. Bei den Werkstätten für behinderte Menschen (WfBM) erfolgt zeitgleich ebenfalls schrittweise die flächendeckende Einführung des BEI_NRW. Die Leistungserbringer erhalten hierzu Anfang Mai 2020 ein Informationsschreiben.

3.2. Stand der Umsetzung BEI_NRW KiJu

Am 01.10.2018 wurde durch den Landschaftsausschuss (Vorlage-Nr. 14/2893) beschlossen, bei Kindern und Jugendlichen mit (drohender) Behinderung die Bedarfe ab

dem 01.01.2020 durch eigene LVR-Mitarbeitende (Erst- und Folgeanträge) der LVR-Dezernate Kinder, Jugend und Familie sowie Soziales zu erheben und zu bearbeiten.

Das von den Landschaftsverbänden LVR und LWL gemeinsam entwickelte digitale Instrument zur Ermittlung des Bedarfs von Kindern und Jugendlichen, das BEI_NRW KiJu, wurde am 01.02.2020 produktiv gesetzt und wird seitdem durch das LVR-Dezernat Kinder, Jugend und Familie genutzt.

Für die Einführung des BEI_NRW KiJu beim LVR-Dezernat Soziales/Fachbereich 73/Abteilung KiJu ist im Mai 2020 eine Schulung geplant. Ob diese aufgrund der Corona Pandemie verschoben werden muss, ist aktuell noch nicht entschieden.

Zudem werden aktuell noch letzte Testungen zur Nutzung des BEI_NRW im Bereich des Dezernat Soziales durchgeführt. Sobald diese abgeschlossen sind, kann das BEI_NRW KiJu ebenfalls zur Bedarfsermittlung bei Kindern und Jugendlichen mit Behinderung in Zuständigkeit des Dezernates Soziales eingesetzt werden.

In Vertretung

L e w a n d r o w s k i B a h r – H e d e m a n n

Die Direktorin des Landschaftsverbandes Rheinland

Qualität für Menschen

Vorlage Nr. 14/4088

öffentlich

Datum:	22.05.2020
Dienststelle:	Fachbereich 43
Bearbeitung:	Herr Mavroudis

Landesjugendhilfeausschuss	**28.05.2020**	**empfehlender Beschluss**

Tagesordnungspunkt:

Kinder psychisch und/oder suchtkranker Eltern (LVR-Haushaltsbeschluss 14/227): Ergebnisse der rheinlandweiten Ist-Stands-Untersuchung - Verabschiedung eines neuen LVR-Förderprogramms

Beschlussvorschlag:

1. Im Rahmen der Umsetzung des LVR-Haushaltsbeschlusses 14/227 wurde eine rheinlandweite Untersuchung zum Ist-Stand im Feld der Hilfen für Kinder psychisch und/oder suchtkranker Eltern durchgeführt. Der Abschlussbericht des Dachverbandes Gemeindepsychiatrie e.V. wird zur Kenntnis gegeben.

2. Das auf der Grundlage der Untersuchungsergebnisse entwickelte LVR-Förderprogramm „Unterstützung der Kommunen im Rheinland beim Ausbau der Angebots- und Koordinationsstrukturen für Kinder und Jugendliche mit psychisch und/oder suchterkrankten Eltern“ wird ebenso wie die Förderrichtlinien und die Satzung gemäß Vorlage Nr. 14/4088 verabschiedet.

UN-Behindertenrechtskonvention (BRK):

Diese Vorlage berührt eine oder mehrere Zielrichtungen des LVR-Aktionsplans zur Umsetzung der BRK.	ja

Gleichstellung/Gender Mainstreaming:

Diese Vorlage berücksichtigt Vorgaben des LVR-Gleichstellungsplans 2020.	nein

Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt (lfd. Jahr):

Produktgruppe:	PG 052		
Erträge: Veranschlagt im (Teil-)Ergebnisplan		Aufwendungen: /Wirtschaftsplan	€ 450.000
Einzahlungen: Veranschlagt im (Teil-)Finanzplan Bei Investitionen: Gesamtkosten der Maßnahme:		Auszahlungen: /Wirtschaftsplan	€ 450.000
Jährliche ergebniswirksame Folgekosten:			2021: 450.000
Die gebildeten Budgets werden unter Beachtung der Ziele eingehalten			ja

In Vertretung

B a h r - H e d e m a n n

Zusammenfassung:

Der politische Auftrag „Unterstützung von Hilfen für Kinder psychisch und/oder suchterkrankter Eltern" (LVR-Haushaltsbeschluss 14/227) sieht vor, dass ein Konzept für ein LVR-Förderprogramm entwickelt wird, mit dem bestehende oder neu aufzubauende regionale Angebote von Hilfen für Kinder und Jugendliche mit psychisch kranken und/oder suchterkrankten Eltern unterstützt und verstetigt werden können.

Zur Klärung der Bedarfe der Kommunen hat der Dachverband Gemeindepsychiatrie e.V. im Zeitraum 02.12.2019 bis 18.02.2020 eine Bestandsanalyse in den Mitgliedskörperschaften im Rheinland durchgeführt. Die Rückmeldungen von 69 Jugendämtern und 21 Gesundheitsämtern bieten ein differenziertes Bild sowohl der vorhandenen Angebotslandschaften als auch der Entwicklungsbedarfe. Der Abschlussbericht liegt vor (siehe **Anlage 1**) und soll im Juni 2020 allen Kommunen im Rheinland zur Verfügung gestellt werden.

Auf der Grundlage der Ergebnisse hat die verwaltungsinterne Arbeitsgruppe mit Vertretungen von Dez. 4 (Federführung) und Dez. 8 ein Konzept für ein LVR-Förderprogramm entwickelt (siehe **Anlage 2**). Leitgedanke ist es, die Gestaltungsrolle der Jugendämter und Gesundheitsämter zu stärken. Durch die Förderung sollen Impulse gegeben werden sowohl für die Entwicklung von neuen Angeboten als auch für die kommunale Koordination und Vernetzung. Außerdem soll die Drittmittel-Akquise der Kommunen unterstützt werden.

Das Förderprogramm hat ein Volumen von insgesamt 900.000,- Euro. Bedingt durch die Rahmenbedingungen des Doppelhaushalts 2020/2021 ist eine einmalige Ausschreibung an alle Kommunen im Rheinland vorgesehen. Antragsberechtigt sind ausschließlich Jugendämter und Gesundheitsämter, die durch das Förderprogramm in ihrer Steuerungs- und Planungsverantwortung gestärkt werden sollen. Das Programm hat Initialcharakter und dient als Anschubfinanzierung in folgenden Entwicklungsfeldern:

1. Entwicklungsfeld: Die „Praxisentwicklung bei präventiven, niedrigschwelligen Angeboten für Kinder und Jugendliche" wie zum Beispiel Case-Management, Patenmodelle, Selbsthilfegruppen für Jugendliche.
2. Entwicklungsfeld: Die „Praxisentwicklung bei der kommunalen Koordination und Vernetzung" durch zum Beispiel zusätzliche Stellenanteile für die kommunale Koordination von Angeboten, Kooperationen und Vernetzungen.
3. Entwicklungsfeld: Maßnahmen zur „(Dritt-) Mittelakquise", die dazu dienen, langfristige Finanzierungsmodelle zu entwickeln und/oder zusätzliche Fördermittel zu beantragen.

Das Förderprogramm sieht eine finanzielle Förderung von bis zu 30.000,- Euro pro Projekt vor. Vorgesehen ist die Förderung von bis zu 30 Städten und Kreisen.

Die Bereitstellung der Mittel und die damit verbundene Durchführung der Projekte stehen unter Haushaltsvorbehalt.

Die Ausschreibung der Förderung und Bewilligung der Projekte erfolgt nach Satzungsbeschluss (siehe **Anlage 3**).

Das Förderprogramm berührt die Zielsetzung Z4. „Den inklusiven Sozialraum mitgestalten" des LVR-Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention.

Begründung der Vorlage Nr. 14/4088:

Kinder psychisch und/oder suchterkrankter Eltern (LVR-Haushaltsbeschluss 14/227): Ergebnisse der rheinlandweiten Ist-Stand-Untersuchung – Verabschiedung eines neuen LVR-Förderprogramms

Mit dem LVR-Haushaltsbeschluss 14/227 wurde die Verwaltung beauftragt, eine Untersuchung zum Ist-Stand im Feld der Hilfen für Kinder psychisch und/oder suchterkrankter Eltern zu initiieren. Auf der Grundlage der Untersuchungsergebnisse sollte dann ein Konzept für ein LVR-Förderprogramm entwickelt werden, mit dem bestehende oder neu aufzubauende regionale Angebote von Hilfen für Kinder und Jugendliche mit psychisch kranken und/oder suchterkrankten Eltern unterstützt und verstetigt werden können.

Im Folgenden werden, **in Kapitel 1**, zunächst die zentralen Ergebnisse der Bestandsanalyse präsentiert, die der Dachverband Gemeindepsychiatrie e.V. im Auftrag des LVR in den Mitgliedskörperschaften im Rheinland durchgeführt hat.

Darauf aufbauend werden in **Kapitel 2** die konzeptionellen Eckpunkte eines LVR-Förderprogramms vorgestellt, mit dem die Entwicklung von neuen Angeboten und kommunalen Koordinations- und Vernetzungsstrukturen unterstützt werden sollen.

Kapitel 3 informiert über die Aufgaben der LVR-Fachberatung „Kinder und Jugendliche psychisch und/oder suchterkrankter Eltern" im Fachbereich 43.

1 Umsetzung und Ergebnisse der Untersuchung durch den Dachverband Gemeindepsychiatrie e.V.

Um einen Überblick über die vorhandenen Angebote und die Bedarfe der Kommunen im Rheinland zu bekommen, hat der Dachverband Gemeindepsychiatrie e.V. im Zeitraum 02.12.2019 bis 18.02.2020 eine Bestandsanalyse durchgeführt. Mithilfe eines Online-Fragebogens wurden alle Jugend- und Gesundheitsämter im Rheinland befragt. Ergänzend fanden fünf vertiefende Experten*innen-Interviews statt. Zudem wurde der aktuelle Forschungsstand zum Themenbereich aufbereitet (siehe LVR-Berichtsvorlage 14/3416).

Der Abschlussbericht des Dachverbandes Gemeindepsychiatrie e.V. liegt seit dem 01.04.2020 vor (Anlage I). Er liefert ein differenziertes Bild sowohl der vorhandenen Angebotslandschaften als auch der Entwicklungsbedarfe.

In einem ersten Teil (Kapitel 2) wird der **Erkenntnisstand bei den auf Bundesebene 2018/2019 entwickelten Expertisen zum Stand der Forschung, der Rechtslage und zu guter Praxis sowie die darauf aufbauenden Empfehlungen der Arbeitsgruppe „Kinder psychisch und suchterkrankter Eltern" des Deutschen Bundestages** (www.ag-kpke.de) aufbereitet. Hier werden insbesondere folgende Erkenntnisse und Entwicklungsbedarfe benannt:

- Psychisch erkrankte Eltern nehmen Unterstützungsangebote oft nicht wahr, aus Angst vor Stigmatisierung, familienrechtlichen Konsequenzen und/oder der Sorge um die Versorgung der Kinder. Hinzu kommen unzureichende Informationen über vorhandene Angebote. Vergleichbare Hemmnisse sind bei suchterkrankten Eltern zu erwarten.
- Erfolgversprechende Handlungsansätze und Wirkmechanismen sind altersgruppenbezogene, präventive und niedrigschwellige Angebote. Diese schaffen Raum für positive Eltern-Kind- und peer-to-peer-Interaktionen, vermitteln Kindern und Jugendlichen Wissen über Suchtmittel und Suchterkrankungen bzw. über psychische Krankheitsbilder und sprechen insbesondere belastete Familien an.
- Um den Adressaten*innen die Zugänge zu den Hilfeangeboten der verschiedenen Leistungssysteme zu erleichtern, werden sowohl das Case-Management als auch Lotsendienste als erfolgversprechende Ansätze empfohlen.

- Aktuell gibt es nach wie vor viele projektbezogene und damit zeitlich befristete Maßnahmen. Deshalb bedarf es finanziell abgesicherter, strukturell verankerter und koordinierter präventiver Angebote für Familien, Kinder und Jugendliche.
- Hinzu kommt das Nebeneinander der über die verschiedenen Sozialgesetzbücher Gesetzliche Krankenversicherung (SGB V), Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII), Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen (SGB IX) und Sozialhilfe (SGB XII) finanzierten Hilfeleistungen. Hier werden eine verbesserte Kooperation der verantwortlichen Ämter und Sozialversicherungsträger sowie abgestimmte integrierte kommunale Handlungskonzepte gefordert.
- Die Zusammenarbeit der Träger und Leistungsanbieter sollte in kommunal koordinierten Netzwerken abgesichert werden, idealerweise koordiniert durch das Jugendamt und das Gesundheitsamt.
- Ein weiterer Bedarf wird bei interdisziplinären regionalen Fortbildungen zur Qualifizierung der handelnden Akteursgruppen in den Einrichtungen und Angeboten gesehen.
- Empfohlen wird eine verstärkte (Fach-) Öffentlichkeitsarbeit, um Angebote besser bekannt und zugänglich zu machen, Wissen zu transportieren und Stigmatisierungen der Adressaten*innengruppen entgegenzuwirken.
- Großer Handlungsbedarf wird bei der Bedarfsermittlung und Planung festgestellt.
- Damit einhergehend wird eine verbesserte Abstimmung integrierter Unterstützungsangebote gefordert, verbunden mit Lotsensystemen, um die Zugänge der Adressaten*innen zu den Hilfen der unterschiedlichen Rechtskreise zu erleichtern.

Diese Erkenntnisse und Empfehlungen decken sich mit den Erkenntnissen, die durch die **Befragung der Kommunen im Rheinland** (Kapitel 3) und die **Experten*innen-Gespräche** (Kapitel 4) gewonnen werden konnten.

Die hohe Zahl der Rückläufe von insgesamt 69 Jugendämtern und 21 Gesundheitsämtern erlaubt einen guten Überblick der aktuellen Angebots- und Bedarfslagen im Rheinland. Positiv fällt die große Anzahl an Initiativen und Angeboten auf, die auf eine durchaus breite Unterstützungslandschaft verweisen. Das Thema ist inzwischen in vielen Kommunen und Regionen im Blick. Der Zugang zu den Angeboten erfolgt oft über die Jugendämter. Die differenzierten Angebotslandschaften zeigen zugleich, dass die Kommunen jeweils unterschiedliche Lösungen gefunden haben, mit welchen Angeboten und Strukturen sie Kinder und Jugendliche mit psychisch und/oder suchterkrankten Eltern unterstützen.

Was die Bedarfe angeht (Kapitel 5), so werden von den Kommunen in erster Linie niedrigschwellige, familienbezogene Präventionsangebote gewünscht, um Lücken in der Angebotslandschaft zu schließen. Benannt werden u.a. Patenprojekte, (Selbsthilfe-) Gruppenangebote für Jugendliche, Beratungs- und Aufklärungsangebote für Kinder und Jugendliche sowie Elternkurse zu Erziehungsfragen. Ein großes Problem ist für viele Kommunen die Nachhaltigkeit der Angebote, bedingt durch befristete (Projekt-) Förderungen. Von daher werden dauerhafte Finanzierungswege gesucht.

Ein weiterer Bedarf liegt in einer verbesserten kommunalen Koordination der Angebote für Kinder psychisch und/oder suchterkrankter Eltern. So fehlen vielerorts Übersichten der Angebote in den verschiedenen Leistungssystemen. Auch eine systematische Bedarfsermittlung und die Berücksichtigung in Jugendhilfe- und Gesundheitsplanungsprozessen scheinen noch nicht die Regel zu sein.

Weitere Bedarfe, die seitens der Kommunen rückgemeldet werden, sind:

- Die Vernetzung der Anbieter von Hilfen für Kinder psychisch und/oder suchterkrankter Eltern bzw. ihre Einbindung in vorhandene interdisziplinäre Netzwerkstrukturen.
- Der Qualifizierungsbedarf der handelnden Akteure, verbunden mit der Sensibilisierung der Fachkräfte in den Regeleinrichtungen.
- Eine verstärkte Aufklärungsarbeit und Öffentlichkeitsarbeit.

Zum Ausdruck gebracht haben die befragten Kommunen auch ihren Unterstützungsbedarf durch den LVR. Neben der anteiligen finanziellen Unterstützung werden eine konti-

nuierliche fachliche Unterstützung beim Auf- und Ausbau von präventiven Angeboten, interdisziplinäre Fortbildungen, fachlicher Austausch und Unterstützung bei der Vernetzungsarbeit gewünscht.

Weitere Informationen und Erkenntnisse können dem Abschlussbericht entnommen werden, der als Anlage I beigefügt ist.

Vorgesehen ist, dass der Abschlussbericht im Juni 2020 allen Kommunen im Rheinland zur Verfügung gestellt wird.

2 Das LVR-Förderprogramm „Unterstützung der Kommunen im Rheinland beim Ausbau der Angebots- und Koordinationsstrukturen für Kinder und Jugendliche mit psychisch und/oder suchterkrankten Eltern"

Auf der Grundlage der im Abschlussbericht dokumentierten Erkenntnisse und Bedarfe hat die verwaltungsinterne Arbeitsgruppe, in der seit Ende 2018 Dez. 4 (Federführung) und Dez. 8 zusammenarbeiten, ein Konzept für das LVR-Förderprogramm entwickelt.

Leitgedanke des Förderprogramms ist es, die Gestaltungsrolle der Jugendämter und der Gesundheitsämter zu stärken. Sie haben eine maßgebliche Steuerungs- und Planungsverantwortung für die Angebote und sind von daher gefordert, die notwendigen Unterstützungsleistungen zu initiieren und zu verstetigen. Insofern sind ausschließlich Jugend- und Gesundheitsämter antragsberechtigt. Eine mögliche Weiterleitung von Fördermitteln an freie Träger durch die Kommunen ist im Rahmen der Umsetzung gleichwohl möglich.

Die einmalige LVR-Förderung hat Initialcharakter. Sie dient als Anschubfinanzierung, um Prozesse anzustoßen und explorative Praxisentwicklung zu fördern. Die Förderung soll sich, in Anlehnung an die im Bericht des Dachverbandes Gemeindepsychiatrie e.V. insbesondere in Kapitel 5 gebündelten Bedarfe, auf folgende Entwicklungsfelder beziehen:

Entwicklungsfeld 1: Die **Praxisentwicklung bei präventiven, niedrigschwelligen Angeboten für Kinder und Jugendliche**. Dies können zum Beispiel gruppenbezogene Angebote, niedrigschwellige Hilfen für Familien, Case-Management, Patenmodelle und/oder Selbsthilfegruppen für Jugendliche sein.

Auch die Finanzierung von **Fortbildungen** in Kommunen ist förderfähig, um zur Qualifizierung der Fachkräfte und zur Sensibilisierung der (Fach-) Öffentlichkeit beizutragen.

Entwicklungsfeld 2: Die **Praxisentwicklung bei der kommunalen Koordination und Vernetzung.** Hierzu kann die anteilige Finanzierung von zusätzlichen Stellenanteilen für die kommunale Koordination von Angeboten, Kooperationen und Vernetzungen gehören.

Die Einbindung in vorhandene kommunale Koordinierungsstrukturen ist zwingend notwendig, um Parallelstrukturen zu verhindern, Angebote – zum Beispiel im Rahmen von Hilfeprozessen der Eltern – frühzeitig abzustimmen und in den kommunalen Präventionsketten zu verankern. Hierzu gehören zum Beispiel die Netzwerkkoordinierenden der Frühen Hilfen, die es in allen Jugendämtern im Rheinland gibt, sowie die Koordinationsfachkräfte für Kinderarmut und/oder kommunale Präventionsketten. Auf Seiten der psychiatrischen Träger bietet sich die Zusammenarbeit mit den Sozialpsychiatrischen Zentren (SPZ) an, die als LVR-geförderte Einrichtungen eine rheinlandweite Versorgungsstruktur abbilden.

Netzwerkstrukturen dienen der institutionellen Zusammenarbeit, deren Weiterentwicklung und Förderung sowie der fallbezogenen Zusammenarbeit und Bewältigung von Krisensituationen. Auch hier geht es darum, das Thema und die relevanten Akteursgruppen in vorhandene Netzwerkstrukturen einzubinden. Dies können zum Beispiel die Netzwerke der Frühen Hilfen oder die Psychosozialen Arbeitsgemeinschaften (PSAG) sein, die in den meisten Kommunen als Angebots- bzw. Netzwerkstruktur vorhanden sind.

Auch die Erstellung von **Übersichten vorhandener Angebote** sowie Maßnahmen der **Öffentlichkeitsarbeit zur besseren Bekanntmachung von Angeboten** können anteilig gefördert werden.

Entwicklungsfeld 3: Maßnahmen zur **(Dritt-) Mittelakquise.** Finanziell unterstützt werden können Aktivitäten der Kommunen, die dazu dienen, langfristige Finanzierungsmodelle zu entwickeln und/oder zusätzliche Fördermittel zu akquirieren.

Hier ist zum Beispiel an das Kommunale Förderprogramm zur „Förderung zielgruppenspezifischer Interventionen in der lebensweltbezogenen Gesundheitsförderung und Prävention" des GKV-Bündnis für Gesundheit gedacht, das unter anderem Kinder und Jugendliche aus suchtbelasteten und/oder psychisch belasteten Familien mit in den Blick nimmt (siehe: www.gkv-buendnis.de).

Die genannten Entwicklungsfelder bilden den Rahmen für die Ausgestaltung der geförderten Projekte. Die konkrete Umsetzung und Schwerpunktsetzung erfolgt bedarfsorientiert und in Abstimmung mit den jeweiligen Kooperationspartnern durch die Kommunen. So sollen möglichst viele Entwicklungsprozesse im Rheinland unterstützt werden.

Um das Förderprogramm für möglichst alle Kommunen zugänglich zu machen, ist ein vereinfachtes Förderverfahren ohne kommunalen Eigenanteil vorgesehen. Gleichwohl gibt es bestimmte Fördervoraussetzungen. So sollen die Kommunen mit der Antragstellung Angaben machen:

- zu vorhandenen Angeboten in der Kommune bzw. Region.
- zu ermittelten Bedarfen für Hilfeangeboten.
- zu vorhandenen kommunalen Koordinations- und Vernetzungsstrukturen und hier vorhandenen Weiterentwicklungsbedarfen.
- zur Zusammenarbeit von Jugendamt und Gesundheitsamt mit den relevanten Institutionen, Einrichtungen und Akteursgruppen in den Bereichen Psychiatrie und Sucht im Durchführungszeitraum.
- zur Nachhaltigkeit der im Projektverlauf angestoßenen Entwicklungsprozesse.

Für das Förderprogramm sind im Haushalt jeweils 450.000,- Euro für 2020 und 2021 veranschlagt. Die Ausschreibung soll zeitnah erfolgen. Bedingt durch die Rahmenbedingungen des Doppelhaushalts 2020/2021 ist eine einmalige Ausschreibung an alle Kommunen im Rheinland vorgesehen. Beantragt werden können überjährige Projekte mit einer Laufzeit bis längstens 31.12.2021.

Was die Förderhöhe anbelangt, so ist eine finanzielle Begrenzung des einzelnen Projektes auf max. 30.000 Euro vorgesehen, um möglichst gut 30 Prozent der Städte und Kreise im Rheinland erreichen zu können. Eine Förderung aller Städte und Kreise ist angesichts der insgesamt zur Verfügung stehenden 900.000,- Euro nicht möglich, da sonst die Fördersumme pro Projekt und Kommune zu gering ausfallen würde. – Die Förderrichtlinien sind als Anlage 2 beigefügt.

Die Bereitstellung der Mittel und die damit verbundene Durchführung der Projekte stehen unter Haushaltsvorbehalt.

Die Ausschreibung der Förderung und Bewilligung der Projekte erfolgt nach Satzungsbeschluss. Die Satzung ist als Anlage 3 beigefügt.

3 Die LVR-Fachberatung „Kinder und Jugendliche mit psychisch kranken und/oder suchterkrankten Eltern"

Die Umsetzung des Förderprogramms mit Antragsberatung und fachlicher Begutachtung der Anträge erfolgt durch die bereits vorhandene LVR-Fachberatung „Kinder und Jugendliche psychisch und/oder suchterkrankter Eltern".

Aufgabe der LVR-Fachberatung wird es zudem sein, die seitens der befragten Kommunen geäußerten weiteren Unterstützungsbedarfe aufzugreifen. Hierzu gehören insbesondere:

- Die Fachberatung, auch prozessbegleitend.
- Fortbildungs- und Vernetzungsangebote, hierzu gehören zum Beispiel Austauschtreffen zum interkommunalen Wissenstransfer, Werkstattgespräche, Seminare.
- Wissenstransfer und Multiplikator*innenfunktion für „Kinder psychisch und/oder suchterkrankter Eltern" und die Kommunen auf überregionaler Ebene.

Der Landesjugendhilfeausschuss erhält die Vorlage Nr. 14/4088, die die Richtlinien und die Satzung beinhaltet, zur Beratung und empfehlenden Beschlussfassung. Im weiteren Beratungslauf entscheidet der Landschaftsausschuss über die Richtlinien, die Landschaftsversammlung über die Satzung. Dazu werden jeweils separate Vorlagen erstellt.

In Vertretung

B a h r - H e d e m a n n

Abschlussbericht

Untersuchung von Angebots- und Vernetzungsstrukturen im Bereich „Hilfen für Kinder psychisch und/oder suchterkrankter Eltern im Rheinland“ (Vergabe-Nummer 43.14-KipE-2019)

Inhaltsverzeichnis

1 Einführung 2

2 Begründung für die Untersuchung 3

2.1 Derzeitiger Stand – Expertisen, Diskussionen und Handlungsempfehlungen 3

2.1.1 Zusammenfassung Expertise Forschung 3
2.1.2 Zusammenfassung Expertise Recht 5
2.1.3 Zusammenfassung Expertise Gute Praxis 5
2.1.4 Zusammenfassung der Diskussion der Arbeitsgruppe des Deutschen Bundestages 6
2.1.5 Zusammenfassung Handlungsempfehlungen 8

3 Auswertung der Umfrage (Onlinebefragung) 10

3.1 Eckdaten zur Umfrage: 10

3.2 Teilnehmende Jugend- und Gesundheitsämter 11

3.2.1 Übersicht über die teilnehmenden Jugendämter 11
3.2.2 Übersicht über die teilnehmenden Gesundheitsämter 12

3.3 Vorhandene Angebote und nötige Aus- und Aufbaubedarfe 12

3.4 Zugang ins Hilfesystem und Krisenintervention 21

3.5 Netzwerke und Steuerung 25

3.6 Bedarfsfeststellung und Bedarfe 29

4 Auswertung der Expertengespräche 36

4.1 Gemeindepsychiatrie Bonn-Rhein-Sieg gGmbH 36

4.2 Netzwerk Kleine Held*innen Remscheid 38

4.3 Landeskoordinierungsstelle Frauen und Sucht NRW Bella Donna 39

4.4 alpha e.V. Wuppertal 40

4.5 PHG Duisburg gGmbH 42

5 Bedarfe der Kommunen 44

6 Empfehlungen 56

7 Quellen – Literaturverzeichnis 57

8 Anhang 58

Fragebogen Umfrage 58

1 Einführung

Der Landschaftsverband Rheinland hat vor, ein Konzept zur Unterstützung der bestehenden oder neu aufzubauenden regionalen und kommunalen Angebote von Hilfen für Kinder und Jugendliche mit psychisch kranken und/oder suchterkrankten Eltern zu entwickeln und ein Verstetigungsprogramm aufzulegen. Ziel ist es dabei, die kommunalen und regionalen Hilfen für Kinder psychisch und/oder suchterkrankter Eltern nachhaltig zu gewährleisten.

Der Dachverband Gemeindepsychiatrie e.V. wurde daher durch den Landschaftsverband Rheinland (LVR) beauftragt, eine Untersuchung zu Angebots- und Vernetzungsstrukturen im Bereich „Hilfen für Kinder psychisch und/oder suchterkrankter Eltern“ bei den Kommunen im Rheinland durchzuführen.

Zielstellung des Auftrages ist eine präzisere Beschreibung kommunaler Bedarfe und Vernetzungsstrukturen durch eine Befragung aller rheinischen Jugend- und Gesundheitsamtsleitungen. Interviews mit Vertreter*innen freier Träger, die kommunale Netzwerke aufgebaut haben, ergänzen die Befragung.

2 Begründung für die Untersuchung

In Deutschland wachsen gegenwärtig circa 3,8 Millionen Kinder und Jugendliche mit mindestens einem psychisch und/oder suchterkrankten Elternteil auf. Aufgrund der vielfältigen Folgen einer elterlichen Erkrankung, die meist das gesamte Familiensystem betreffen, sind sowohl die Kinder als auch die erkrankten Eltern auf fachlich qualifizierte Beratung, Behandlung, Betreuung und multiprofessionelle Hilfen angewiesen. Die krankheitsbedingt häufig eingeschränkte Kommunikationsfähigkeit, die gesellschaftliche Stigmatisierung von psychisch Erkrankten und der hochschwellige bürokratische Zugang zu Hilfen tragen dazu bei, dass betroffene Eltern vorhandene Unterstützungsmöglichkeiten nicht in Anspruch nehmen können oder keine für sie passenden Angebote finden.
Kinder und Jugendliche aus Familien mit einem psychisch erkrankten Elternteil tragen ein drei- bis vierfach erhöhtes Risiko, selbst psychisch zu erkranken. Kinder suchtkranker Eltern weisen ein bis zu sechsfach höheres Risiko auf, selbst abhängig zu werden oder Suchtmittel zu missbrauchen.

Es fehlen flächendeckende, regional verankerte und regelhaft angebotene präventive Hilfsangebote.

Um nicht nur den erkrankten Eltern(-teilen) gut zu helfen, sondern auch deren Kinder frühzeitig mit in den Blick zu nehmen, bedarf es vor Ort in den Kommunen und Regionen abgestimmter, gut zugänglicher Angebotsstrukturen und einer Vernetzung der relevanten Träger, Ämter und Institutionen aus den verschiedenen Politikfeldern.

Der LVR ist mit seinen Zuständigkeiten in der Jugendhilfe, der psychiatrischen Versorgung inklusive der Behandlung von Abhängigkeitserkrankten und der Behindertenhilfe in den Bereichen tätig, von denen belastete Familien Hilfen erwarten können.

2.1 Derzeitiger Stand – Expertisen, Diskussionen und Handlungsempfehlungen

2.1.1 Zusammenfassung Expertise Forschung

Die Expertise nimmt die Zugangshemmnisse für die betroffenen Familien sowie Instrumente und Angebote zur Identifikation der Zielgruppe in den Blick.
Wesentliche Ergebnisse der Analyse der Zugangshemmnisse sind:

- Psychisch und suchterkrankte Eltern nehmen vorhandene Angebote zur Unterstützung nicht hinreichend wahr. Dies liegt nach bisherigen Studienergebnissen vor allem an der Angst vor Stigma und möglichen familienrechtlichen Konsequenzen, aber auch an der Sorge um die Versorgung der Kinder, z.B. während einer eigenen Behandlung.
- Psychisch und suchterkrankten Eltern sind die vorhandenen Angebote nur sehr unzureichend bekannt.
- Die verschiedenen Hilfesysteme bieten häufig unkoordiniert und ohne klare Priorisierung eine Vielzahl von Angeboten, deren Koordination der Familie überlassen wird.
- Eine fehlende Krankheitseinsicht kann ebenfalls ein Faktor für die Nicht-Wahrnehmung von Behandlung oder Hilfen sein.

Es besteht ein fachlicher Konsens darüber, dass präventive Angebote zwischen den Altersgruppen betroffener Kinder differenzieren müssen. Allerdings ist die altersbezogene Unterstützung und Versorgung von Kindern und Jugendlichen mit psychisch erkrankten Eltern sowie mit Eltern mit einer Suchterkrankung noch eher wenig spezifisch ausgebaut. Die Altersdifferenzierungen sollten entlang entwicklungspsychologischer Kategorien hinsichtlich kognitiver und sozialer Entwicklungsschritte erfolgen.
Es sei von folgenden Kategorien auszugehen:

- Baby- und Kleinkindalter (0-3 Jahre);
- Kindergarten- und Vorschulalter (4-6 Jahre);

- Grundschulalter (7-10 Jahre);
- späte Kindheit (11-14 Jahre);
- frühe Jugend (15-18 Jahre).

Vier grundlegende Wirkmechanismen (sogenannte „demi-regularities“) für positive Resultate von familienbasierten Interventionen bei Kindern suchtkranker und psychisch kranker Eltern werden identifiziert:

- Raum schaffen für positive Eltern-Kind-Interaktionen,
- Raum schaffen, so dass sich unterstützende Beziehungen unter den Kindern entwickeln können,
- den Kindern Wissen zu psychischen Erkrankungen, Suchtmitteln und Suchterkrankungen vermitteln („knowledge is power“),
- Anstrengungen unternehmen, die überwiegend einkommensschwachen, durch die Erkrankung der Eltern belasteten Familien zu erreichen und im Programm zu halten.

Die Expertise stellt zusammenfassend heraus, dass es noch immer des Ausbaus koordinierter, finanziell abgesicherter Angebote der Eltern-Kind-Behandlung, einschließlich der Schwangerschaftsphase, bedürfe.
Sie bestätigt aus Forschungssicht eine breite Angebotspalette, die auch passende Hilfen bereithalte. Jedoch mangele es an Koordination, Flexibilität und Systematik.
Daher gilt es, eine verbesserte Steuerung aller Hilfen im Kontext der jeweils betroffenen Familien anzustreben.

Zusammenfassung
Für Kinder, deren Eltern in Behandlung sind, insbesondere in stationärer, ist eine systematische, auf den evaluierten Elementen aufbauende Prävention nach Forschungslage sinnvoll. Diese ist jedoch in Deutschland nicht etabliert.
Eine Erhebung von Ressourcen, Resilienz, aber auch möglicher Teilhabebeeinträchtigung innerhalb der Familie, ist neben der psychiatrischen Symptomatik für passgenaue, systemübergreifende Angebote unerlässlich.

Unabhängig davon, ob Eltern im System des SGB V (Gesetzliche Krankenversicherung) behandelt werden, bedarf es für alle Kinder niedrigschwellige Angebote in ihrer Lebenswelt, da sie über die Zugangswege des SGB V nicht oder kaum erreicht werden (nur dann, wenn sie selbst eine psychische Störung entwickelt haben). Das könnten beispielsweise Angebote im Rahmen der Schule, Freizeit oder der Gemeinde sein.

Als Handlungsempfehlung benennt die Expertise:

- Eine Kombination von Implementierung empirisch fundierter und spezifischer Angebote mit der systematischen Entwicklung von lokalen und interdisziplinären Kooperations- und Vernetzungsstrukturen.
- Eine Förderung multiprofessioneller und institutioneller Kooperation zwischen dem Sozialbereich (Eingliederungshilfe), der Kinder- und Jugendhilfe und dem Gesundheitswesen auf kommunaler Ebene.
- Eine Verbesserung der Kooperationsbezüge zwischen den Praktikern der Sozialpsychiatrie und der Suchthilfe sowie der Kinder- und Jugendhilfe.
- Eine Berücksichtigung der Handlungsmodelle (Runde Tische), die im Kontext der Frühen Hilfen und der Geburtskliniken (Lotsen) in den vergangenen Jahren entwickelt wurden. Die dort geschaffenen Vernetzungs- und Kooperationsmodelle tragen zu einer erheblichen Verbesserung der regionalen Versorgungsqualität für die Kinder und Familien bei.

- Interdisziplinäre regionale Fortbildungsveranstaltungen mit dem Ziel, ein gemeinsames Fach- und Fallverständnis bei den Akteuren aus den unterschiedlichen Hilfesystemen zu Themen kindlicher Entwicklung, familiärer Versorgung und geeigneter Kooperationsformen herzustellen.

2.1.2 Zusammenfassung Expertise Recht

Die Expertise kommt zu dem Schluss, dass die Bedarfe in Familien mit psychisch oder suchterkrankten Eltern -oder Elternteilen die Leistungsträger vor besondere Herausforderungen stellen.
Bei der Ausgestaltung von Leistungen seien beispielsweise erforderlich:

- verlässliche Bezugspersonen,
- Kontinuität,
- Niedrigschwelligkeit,
- flexible Unterstützung aufgrund schwankender Bedarfslagen zwischen Krise und Normalität,
- adressatengerechte Zuständigkeitsklärung,
- schuldzuweisungsfreie Kooperation,
- systemübergreifende Angebotsgestaltung.

Bei der trägerübergreifenden Gestaltung der Angebote im Sinne von „Versorgungspfaden“, kann zwischen kombinierten und koordinierten Leistungen unterschieden werden.
Systemübergreifend kombinierte Finanzierung von Angeboten, also „echte“ Mischfinanzierung, ist jenseits des persönlichen Budgets und der Frühförderung als Komplexleistung bislang nicht zulässig oder nur in begrenzt praxisrelevanten Bereichen möglich. Bei der Koordination, also der Anpassung der eigenen Leistungen an die Angebote anderer Sozialleistungsträger, damit diese nahtlos aneinander anknüpfen und keine Lücken lassen, sind die Potenziale der GKV (SGB V), der Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII) sowie der Eingliederungshilfe (SGB XII/SGB IX) sehr unterschiedlich ausgeprägt:

- SGB V - Das GKV-System erweist sich für psychisch und suchterkranke Eltern und ihre (ggf. ebenfalls psychisch kranken) Kinder generell als wenig niedrigschwellig zugänglich. Das SGB V sieht eher spezifische Instrumente der Gesundheitsversorgung vor, während Assistenz- und Aktivierungsaspekte an andere Hilfesysteme abgegeben werden.
- SGB VIII/SGB IX - Fallübergreifende Kooperation und einzelfallbezogene Koordinierung gehören zu den Aufgaben nach SGB VIII und werden auch von den Trägern, Einrichtungen und Diensten der Eingliederungshilfe nach SGB XII/SGB IX erwartet, auch wenn diese bislang gesetzlich nicht verpflichtet sind.

Als Handlungsempfehlung benennt die Expertise:
Die gesetzlich verpflichtenden Aufgaben sind von den Trägern der öffentlichen Jugendhilfe und der Sozialhilfe/Eingliederungshilfe künftig mit entsprechenden Ressourcen zu hinterlegen. Die Finanzierung des Kooperations- und Koordinationsaufwands zwischen den sozialen Sicherungssystemen sollte ermöglicht werden. Dabei sollen Bereiche des öffentlichen Gesundheitswesens sowie des SGB V stärker mit einbezogen werden.

2.1.3 Zusammenfassung Expertise Gute Praxis

Die Expertise gibt einen Überblick über Angebote, Initiativen und Unterstützungsmaßnahmen zur Verbesserung der Situation von Kindern und Jugendlichen aus Familien mit einem psychisch erkrankten oder suchterkrankten Elternteil und benennt die Gelingensbedingungen und Herausforderungen bei der Unterstützung dieser Zielgruppe.
Sie zeigt auf, dass bereits vielfältige Hilfen sowohl im Gesundheitswesen, der Eingliederungshilfe und Suchthilfe als auch in der Kinder- und Jugendhilfe bundesweit vorhanden sind, die Kinder psychisch erkrankter Eltern unterstützen können.

Folgende, gut funktionierende Angebote wurden häufig genannt:

- Gruppenangebote (Kinder, Jugendliche, Eltern)
- Patenschaften
- Einzelberatung von Kindern/Jugendlichen und ihren Eltern
- Multimodale Interventionsprogramme inkl. stationäre Eltern-Kind-Behandlung
- Kombinierte Angebote
- Telefon- oder Onlineberatung für Kinder und Jugendliche
- Interdisziplinäre Arbeitskreise, Runde Tische und Netzwerke

Es existieren bundesweit verschiedene Übersichten über die entstandenen Angebote, z.B. der Onlineatlas des Dachverband Gemeindepsychiatrie http://kinder.mapcms.de.
Das Vorhandensein von Unterstützungsangeboten ist bundesweit und regional sehr unterschiedlich. Bislang fehlt es aber an verlässlichen Bezugsgrößen, Kennzahlen oder Ähnlichem, um Aussagen darüber treffen zu können, welche Angebote in welchem Umfang in welchem regionalen Einzugsbereich gebraucht werden. Eine Vielzahl der Angebote verfügt bislang nicht über eine gesicherte Finanzierung im Rahmen der Regelstrukturen und ist auf Spenden und Projektförderung angewiesen.

Gelingende Kooperationsbeziehungen durch gemeinsame einrichtungs- und professionsübergreifende Arbeitskreise, Netzwerke und Gremien sind eine wichtige Voraussetzung für die Inanspruchnahme der Hilfen selbst.
Als zentrale Strukturelemente gelingender Netzwerke benennt die Expertise:

- Regelmäßige Netzwerktreffen, gemeinsame Fortbildungen und Foren zum fachlichen Austausch bezüglich der Handlungsgrundlagen und Unterstützungsmöglichkeiten der einzelnen Akteure und Leistungsbereiche
- Gebündelte und leicht zugängliche, abfragbare Informationen zu Angeboten, Ansprechpersonen, Kontaktdaten, Zugangswegen, Verfahrensabläufen etc.
- Institutionen- und Leistungsbereichsübergreifende multiprofessionelle Angebotsentwicklung und -Umsetzung

Als Handlungsempfehlung benennt die Expertise:
Damit die bestehenden Hilfen bedarfsgerecht wahrgenommen und wirksam werden können, ist eine Qualifizierung der beteiligten Personen und Institutionen hinsichtlich der spezifischen Bedarfe von Kindern und Eltern in einer betroffenen Familie nötig.
Für eine bedarfsgerechte Unterstützungsstruktur bedarf es kombinierter, multimodaler und niedrigschwelliger Hilfen für das gesamte Familiensystem sowie einer regionalen Vernetzung von Fachkräften und Institutionen.

2.1.4 Zusammenfassung der Diskussion der Arbeitsgruppe des Deutschen Bundestages

Empfehlungen zur Gestaltung von Leistungen, Hilfen und Angeboten unter Berücksichtigung von Passgenauigkeit und Zugänglichkeit

- Familien mit einem psychisch oder suchterkrankten Elternteil haben häufig komplexe Unterstützungsbedarfe. Einen besonderen Schwerpunkt sollen daher künftig alltagsnahe, flexible Hilfen aber auch kombinierte und koordinierte Leistungen (Komplexleistungen) der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Gesundheits- und Eingliederungshilfe, die bedarfsorientiert aufeinander abgestimmt und koordiniert werden, bilden.
- Bei der Ausgestaltung von Hilfen ist eine familienorientierte Herangehensweise wichtig, die das gesamte familiäre System und die Bedarfe von Kindern und Eltern wahrnimmt und deren

Interaktionsgefüge berücksichtigt. Dies sollte stärker in Rechtsgrundlagen und Leistungsvereinbarungen Berücksichtigung finden.

- Antragsfreie und niedrigschwellige Beratungsangebote für die ganze Familie sowie Gruppenangebote zur Resilienzförderung und Stärkung der elterlichen Kompetenz sollen flächendeckend aufgebaut und verlässlich finanziert werden. Verlässliche Bezugspersonen für die Kinder, wie z.B. Patensysteme, sollen gestärkt werden.
- Damit das Zusammenspiel der kombinierten Hilfen und Leistungserbringer gelingt, wird eine verlässlich finanzierte Koordination im Sinne eines Fall-/Case-Managements angeregt.
- Wohnortnahe Versorgungsnetzwerke, u.a. nach dem Modell der Integrierten Versorgung (§ 140 a-d SGB V), werden auf der Strukturebene ebenfalls angeregt.
- Im Falle der Notwendigkeit einer Krankenbehandlung soll diese in eine Gesamtplanung eingebunden sein. Aufsuchende Behandlungsansätze sollen weiter verstetigt werden.
- Eine systematische Qualifizierung und Sensibilisierung aller Gesundheitsberufe und Fachkräfte, die regelhaft mit Familien mit einem psychisch erkrankten Elternteil arbeiten.
- Eine Ertüchtigung der relevanten Akteure auf kommunaler Ebene zu einer verbindlichen Zusammenarbeit in den kommunalen Lebenswelten.
- Eine Unterstützung der Kommunen zu einem flächendeckenden Zugang zu Angeboten zur Stärkung elterlicher Erziehungskompetenzen sowie zur Resilienzförderung betroffener Kinder und Jugendlicher durch eine Regelfinanzierung.
- Eine schrittweise Weiterentwicklung der Qualitätssicherung dieser Angebote.
- Maßnahmen zur Entstigmatisierung psychischer Erkrankungen.
- Eine Erleichterung in der Inanspruchnahme von Haushaltshilfen sowie eine Verbesserung der psychiatrischen und psychotherapeutischen Versorgung.
- Eine Gesetzesänderung zu einem verpflichtenden Versorgungsauftrag mit Soziotherapie (§ 37 a SGB V) sowie ein Aufbau von Angeboten der psychiatrischen häuslichen Krankenpflege.

Empfehlungen zur Organisation und Gestaltung von Vernetzung und Kooperation auf kommunaler und Landesebene

Dazu wird in den Diskussionen die Notwendigkeit einer gesicherten und verbindlichen Finanzierung des Aufbaus und des Betriebs von kommunalen Netzwerkstrukturen betont.

Diese Netzwerkstrukturen kommunaler Unterstützungs- und Hilfesysteme sollen hinsichtlich ihrer organisatorischen Ausgestaltung und Arbeitsweise an dem System der Frühen Hilfen orientiert sein. Im kommunalen Netzwerk sollten Akteure der Suchtkrankenhilfe und der Hilfen für psychisch Kranke beteiligt sein.

Für die Koordination der Unterstützungssysteme wird eine möglichst geteilte/kombinierte Federführung durch die Gesundheits- und Jugendämter vorgeschlagen. Die jeweiligen psychosozialen Arbeitsgemeinschaften, die gemeindepsychiatrischen Verbünde und Träger, die Träger der Kinder- und Jugendhilfe sowie die Träger der Suchthilfe sollen dabei verbindlich eingebunden werden.

Zur Stärkung akteursübergreifender Kooperationen auf kommunaler Ebene werden Kooperationsgebote sowie eine ausreichende Refinanzierung, auch der fallunabhängigen Kooperationsarbeit für Leistungserbringer im stationären und ambulanten Bereich, für notwendig gehalten.

Der Ausbau kommunaler Unterstützungssysteme soll durch geeignete Maßnahmen der Qualitätssicherung und der Qualifizierung der beteiligten Akteure unterstützt werden.

Eine Begleitforschung zum Auf- und Ausbau von Unterstützungsstrukturen für Familien mit einem psychisch oder suchterkrankten Elternteil solle etabliert werden. In diesem Zusammenhang solle auch der Wissenstransfer aus erfolgreichen Projekten und Maßnahmen, wie den Leuchtturmprojekten des Dachverbandes Gemeindepsychiatrie, berücksichtigt werden.

Strukturmerkmale eines kommunalen Gesamtkonzeptes:

- ein funktionierendes Netzwerk aller relevanten Akteure,
- Planungs- und Beteiligungsstrukturen, -verfahren und -instrumente,
- koordinierende Stellen,
- interdisziplinäre Fallbesprechungen und
- eine abgestimmte Präventions- und Öffentlichkeitsarbeit.

Qualitätsanforderungen an ein Gesamtkonzept zur bedarfsorientierten Ausgestaltung aller Hilfen/Leistungen der sozialen und gesundheitsbezogenen kommunalen Infrastruktur:

- Nicht-Stigmatisierung auf den unterschiedlichen Stufen der Prävention und Intervention,
- Entwicklungsphasenbezogener Ansatz
- Berücksichtigung der Erziehungs- und Bindungsentwicklung,
- Förderung von Resilienz für Kinder und Eltern,
- Flexible Berücksichtigung des - häufig schwankenden - Hilfebedarfs, bzw. des Krankheitsverlaufs,
- Ganzheitliche Ausrichtung der Hilfen auf die gesamte Familie in allen Phasen des Hilfeverlaufs (Diagnostik, Fallsteuerung, Hilfegestaltung und Evaluation),
- Beteiligung von Kindern und Eltern in allen Phasen der Hilfeausgestaltung und Planung,
- Systematische Berücksichtigung von Kinderschutzgesichtspunkten.

2.1.5 Zusammenfassung Handlungsempfehlungen

Nachfolgend eine kurze Zusammenfassung der gemeinsam entwickelten und konsentierten Handlungsempfehlungen der Arbeitsgruppe „Kinder psychisch und suchterkrankter Eltern“ des Deutschen Bundestages.
Der Veränderungsbedarf wurde entlang von vier Kernthesen entwickelt:

Kernthese 1:
Die Hilfen für betroffene Familien sollen sowohl individuell, als auch am Bedarf der Familie flächendeckend auf- und ausgebaut werden.
Dabei wird sowohl auf die notwendige Niedrigschwelligkeit der Hilfen als auch auf das zu berücksichtigende häufig eingeschränkte Hilfesuchverhalten erkrankter Eltern hingewiesen.
Die Alltagsunterstützung durch die Kinder- und Jugendhilfe soll verbindlicher als einklagbarer Rechtsanspruch ausgestaltet werden. Patenschaften sollen in professionelle Strukturen eingebunden und durch SGB VIII regelfinanziert werden. Eine verbindliche und integrierte Sozial- und Qualitätsplanung mit allen relevanten Planungsbereichen soll auf kommunaler Ebene gesichert werden. Eine Ermöglichung von Hilfe für betroffene Kinder und Jugendliche ohne Prüfung einer „Not- und Konfliktlage“ durch das Jugendamt soll realisiert sowie eine Informationsplattform für Kinder und Jugendliche aufgebaut werden. (Empfehlungen 1-6)

Kernthese 2: Präventive Leistungen sollten für Kinder und Jugendliche aller Altersgruppen sowie für deren Familien zugänglich sein.
Die Leistungen der Krankenkassen zur Prävention und Gesundheitsförderung sollen an den spezifischen Bedarfen betroffener Familien ausgerichtet werden. Dabei soll das GKV-Bündnis für Gesundheit als Träger des kommunalen Förderprogramms zu Netzwerkaufbau und Prävention einen Prozess unter Beteiligung der regionalen Akteure initiieren, der die Umsetzung guter Praxismodelle auf kommunaler Ebene unterstützt. Es wird empfohlen, dass die Träger der Nationalen Präventionskonferenz (Träger der

NPK sind die gesetzlichen Sozialversicherungen vertreten durch ihre Spitzenorganisationen) die Zielgruppe „die gesamten Familien“ mit einem psychisch oder suchterkrankten Elternteil stärker in den Blick nehmen und die Entwicklung einer Landes- sowie einer kommunalen Struktur befördern. (Empfehlungen 7-13)

Kernthese 3: Um den komplexen Bedarfslagen eines Familienmitglieds oder mehrerer Familienmitglieder gerecht zu werden, müssen die bestehenden Hilfs- und Unterstützungsangebote besser ineinandergreifen.
Eine wichtige Empfehlung richtet sich darauf, dass unterschiedliche Hilfen für eine Familie kombiniert werden können und eine integrierte Gesamtplanung erfolgen muss. Daneben wird eine neue explizite Regelung im SGB V zur koordinierten Zusammenarbeit von Behandlern und den regionalen Akteuren der Jugendhilfe, sowie eine Abrechenbarkeit dieser Aufgaben für Behandler empfohlen. Die für die vernetzte ambulante psychiatrische Arbeit wichtige Empfehlung 17a und b zielt auf die Etablierung von SGB übergreifenden Komplexleistungen und empfiehlt weiter „*…Um Parallelstrukturen zu vermeiden, sollte dabei möglichst auf bestehende Angebote (beispielsweise aus Modellprojekten wie den „Leuchtturmprojekten“) aufgebaut werden.“*
(https://www.dvgp.org/fileadmin/user_files/dachverband/dateien/Materialien/Leuchttuerme_Kinder/1479-PSY_Leuchtturmprojekte_RZ_web.pdf)

Des Weiteren soll gemeinsam mit den Ländern, den Kommunen und den Sozialversicherungsträgern ein Handlungsrahmen für ein kommunales Gesamtkonzept zur Entwicklung, Umsetzung, Evaluation und Verstetigung multiprofessioneller, qualitätsgesicherter und rechtskreisübergreifender Hilfesysteme erstellt werden. Dies könnte durch Landesmodellprojekte in den nächsten Jahren umgesetzt werden. (Empfehlungen 14-18)

Kernthese 4: In den örtlichen und regionalen Netzwerken müssen Lotsen die Zugänge zu (weiteren) Hilfen und jeweils bedarfsgerechten Unterstützungsmaßnahmen an den Schnittstellen unterschiedlicher Leistungssysteme erleichtern.
Die letzte Empfehlung benennt die Notwendigkeit einer Klarstellung, dass Hilfe zur Erziehung auch die Unterstützung bei der Orientierung an den Schnittstellen zu anderen Leistungssystemen umfasst. Dies könnte ein Lotsensystem außerhalb des aktuellen Stillstandes im SGB V bei der Realisierung von Soziotherapie über die Jugendhilfe ermöglichen.

3 Auswertung der Umfrage (Onlinebefragung)

3.1 Eckdaten zur Umfrage:

Fragen 1-5
Durchführungszeitraum: 02.12.2019 bis 18.02.2020
Art der Umfrage: Online-Umfrage mit easy-feedback - https://indivsurvey.de/customer/survey/1198476 (s. Anlage)
Umfang: 30 Fragen
Durchschnittliche Teilnahmezeit: 59 Minuten
Teilnehmende, die die Umfrage abgeschlossen haben: 92
Kommunen, die an der Umfrage teilgenommen haben: 73

Anzahl der teilnehmenden Jugendämter: 69
Anzahl der teilnehmenden Gesundheitsämter: 21

Eine Liste der teilnehmenden Jugendämter und Gesundheitsämter siehe 3.2

Größen der Kommune:
Teilnehmende Kommunen mit mehr als 50.000 Einwohner*innen*innen: 42
Teilnehmende Kommunen mit weniger als 50.000 Einwohner*innen*innen: 31

Art der Kommune:
Teilnehmende kreisangehörige Kommunen: 41
Teilnehmende kreisfreie Kommunen: 19
Teilnehmende Kreise: 13

Ziel und Aufbau der Umfrage:
Die Umfrage solle dazu dienen „weiße Flecken“ und Bedarfe in Bezug auf die Angebote für Kinder und Jugendliche von Eltern mit einer psychischen oder Suchterkrankung in den Kommunen zu identifizieren.
Zudem wird geprüft, ob es Unterschiede in den Angeboten und/oder Bedarfen in Abhängigkeit von der Kreisform und Größe der Kommune gibt.

In Schaubild 1 sind die Kommunen markiert, die an der Umfrage teilgenommen haben.

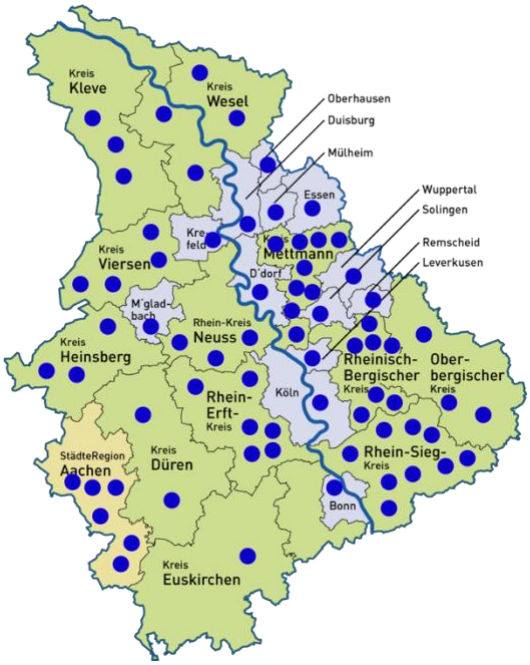


Schaubild 1 - Teilnehmende Kommunen

Die Umfrage war auf 5 Seiten verteilt.
Die erste Seite (Fragen 1-5) widmet sich der Größe, Behörde, Ansprechpartner*innen und Kreisform.

Die Fragen 6-11 auf Seite 2 beschreiben die Angebote und nötige Ausbaubedarfe für Kinder und Jugendliche in den Kommunen. Hierbei wird zwischen Angeboten von Kindern und Jugendlichen mit sucht- oder psychisch erkrankten Eltern unterschieden.
Zudem wird abgefragt, wie die Angebote kommuniziert werden und wofür eine zusätzliche zweckgebundene Förderung genutzt wird.

Der Zugang zu Hilfen ist das Thema des Fragenkomplexes (Fragen 12-16) auf Seite 3. Außerdem geht es um Auf- oder Ausbaubedarfe für Kinder, Jugendliche und Familien in den Kommunen und um die Krisenversorgung.

Seite 4 (Fragen 17-21) widmet sich den Themen Netzwerk, Kooperationen und Steuerung.
Wo werden die Themen Kinder psychisch kranker Eltern (KipE) und Kinder suchterkrankter Eltern (KisE) regelmäßig bearbeitet und wer koordiniert die Netzwerke?

Auf Seite 5 (Fragen 22-30) werden die vorrangigen Bedarfe und die Bedarfserhebung bzw. -feststellung abgefragt. Außerdem werden die nötigen Strukturen ermittelt und es gibt die Möglichkeit, einen Wunsch zu einem dringenden regionalen Bedarf zu nennen.

3.2 Teilnehmende Jugend- und Gesundheitsämter

3.2.1 Übersicht über die teilnehmenden Jugendämter

Aachen
Alsdorf
Bad Honnef
Bedburg
Bergisch Gladbach
Bonn
Bornheim
Dinslaken
Dormagen
Duisburg
Düren
Kreis Düren
Düsseldorf
Elsdorf
Eschweiler
Essen
Kreis Euskirchen
Euskirchen
Frechen
Goch
Grevenbroich
Gummersbach
Haan
Heiligenhaus
Kreis Heinsberg
Heinsberg
Hennef
Herzogenrath
Hilden
Hückelhoven
Hürth
Kamp-Lintfort
Kempen
Kevelaer
Köln
Krefeld
Kürten
Langenfeld
Leichlingen
Leverkusen
Lohmar
Mettmann
Moers
Mönchengladbach
Mülheim an der Ruhr
Neuss
Niederkassel
Oberhausen
Overath
Pulheim
Rösrath
Sankt Augustin
Siegburg
Solingen
Stolberg
Troisdorf
Kreis Velbert
Velbert
Kreis Viersen
Viersen
Voerde (Niederrhein)
Wermelskirchen
Wiehl
Willich
Wipperfürth
Wülfrath
Wuppertal
Würselen

3.2.2 Übersicht über die teilnehmenden Gesundheitsämter

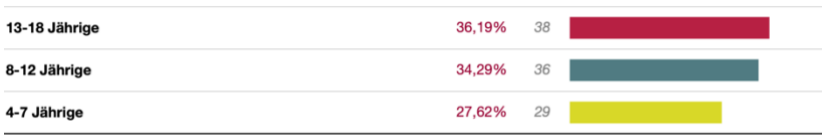
Aachen	Essen	Mettmann
Bonn	Kreis Euskirchen	Moers
Bornheim	Herzogenrath	Neuss
Duisburg	Kleve	Siegburg
Düren	Köln	Solingen
Düsseldorf	Krefeld	Stolberg
Erkrath	Leverkusen	Wuppertal

3.3 Vorhandene Angebote und nötige Aus- und Aufbaubedarfe

Ergebnisse aus den Fragen 6-11

6. Für den Bereich: Kinder und Jugendliche mit mindestens einem psychisch erkrankten Elternteil: Welche Angebote außerhalb der Hilfen zur Erziehung bietet die Kommune schon an?

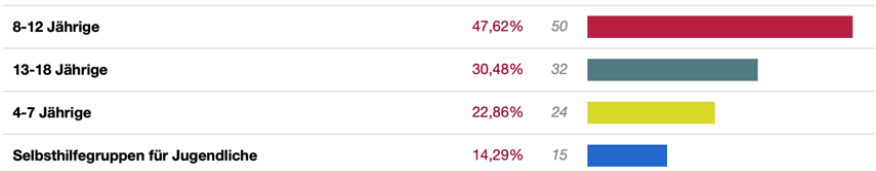
Vorhandene Beratung für Kinder und Jugendliche in psychiatrischen Kliniken



Multiple-Choice, Mehrfachnennung möglich über alle 92 Teilnehmenden

- Wird für alle Altersgruppen angeboten.
- Kommunen mit >50.000 Einwohner*innen bieten insgesamt mehr Beratung für alle Altersgruppen an.
- Unabhängig von der Form der Kommune gibt es Beratung für alle Altersgruppen in psychiatrischen Kliniken.

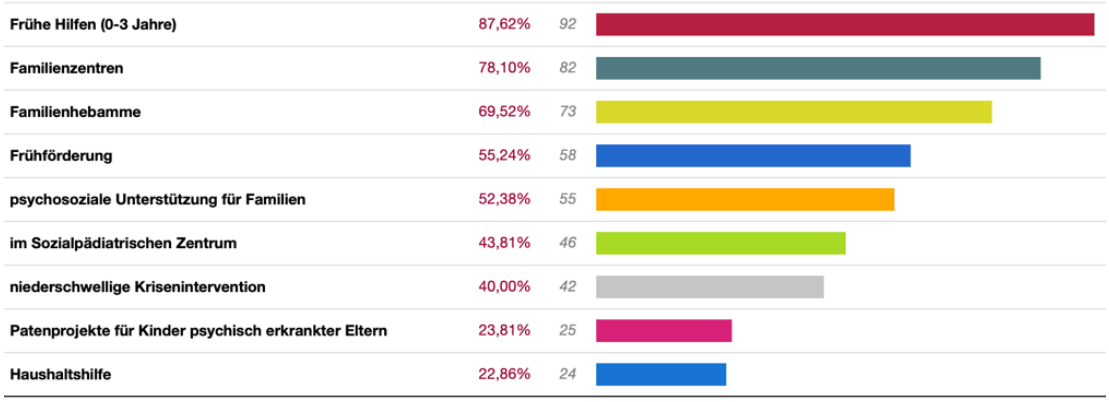
Vorhandene gruppenbezogene Angebote außerhalb der Hilfen zur Erziehung



Multiple-Choice, Mehrfachnennung möglich über alle 92 Teilnehmenden

- Gruppenbezogene Angebote außerhalb der Hilfen zur Erziehung sind für alle Altersgruppen vorhanden.
- In Kommunen >50.000 Einwohner*innen gibt es die meisten Angebote für 13-18 Jährige.
- In Kreisen gibt es die meisten Angebote für 8-12 Jährige.

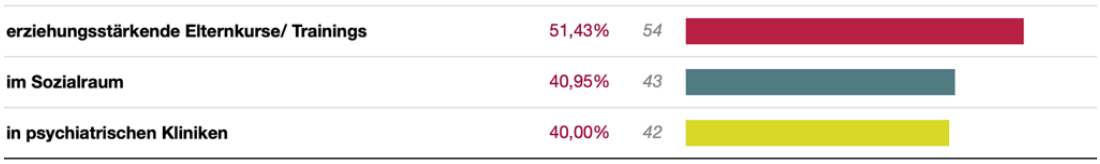
Vorhandene Hilfen für Familien



Multiple-Choice, Mehrfachnennung möglich über alle 92 Teilnehmenden

- Frühe Hilfen, Familienzentren, Familienhebammen und Frühförderung sind häufige Angebote in allen Kommunen.
- Die Angebote sind unabhängig von der Größe der Kommune vorhanden.
- Die Angebote sind unabhängig von der Kreisform vorhanden.

Vorhandene Beratung für Eltern



Multiple-Choice, Mehrfachnennung möglich über alle 92 Teilnehmenden

- Beratung für Eltern gibt es in Form von erziehungsstärkenden Elternkursen/Trainings, im Sozialraum und in psychiatrischen Kliniken.
- In Kommunen <50.000 Einwohner*innen gibt es nur 5 Kommunen, die Beratung im Sozialraum anbieten.
- Nur in 5 Kreisen gibt es erziehungsstärkende Elternkurse/Trainings.

Vorhandene gruppenbezogene Angebote für Eltern



Multiple-Choice, Mehrfachnennung möglich über alle 92 Teilnehmenden

- Gruppenbezogene Angebote für Eltern sind insgesamt nicht so häufig vorhanden.
- Die Größe der Kommune ist nicht relevant für diese Angebotsform.
- Selbsthilfegruppen für Eltern und Gruppen in psychiatrischen Kliniken gibt es in kreisangehörigen Kommunen nur sehr selten (1 bzw. 2 Mal). Es gibt nur in einem Kreis ein gruppenbezogenes Angebot für Eltern.

Unter Sonstiges gibt es folgende Antworten:
Im offenen Feld „Sonstiges" gibt es 26 Antworten. Dort äußern Ämter u.a., dass nicht alle Angebote in Gänze den Gesundheits- und Jugendämtern bekannt sind. Als Konsequenz erscheint es umso wichtiger, dass vor einer möglichen Förderung/Initiierung von neuen Angeboten eine kommunale Bestandserhebung erfolgt.

Es gibt Angebote, die freie Träger übernehmen.
In einer Kommune soll eine Fachstelle aufgebaut werden, die die Angebote entsprechend der Fachlichkeit aufbaut. Ziel ist das Zusammenwirken von Jugendhilfe und Psychiatrie. Diese Kommune hat außerdem Angebote der Sozialpsychiatrischen Zentren für junge Mütter, die gleichzeitig ein Betreuungsangebot für Kinder anbieten.

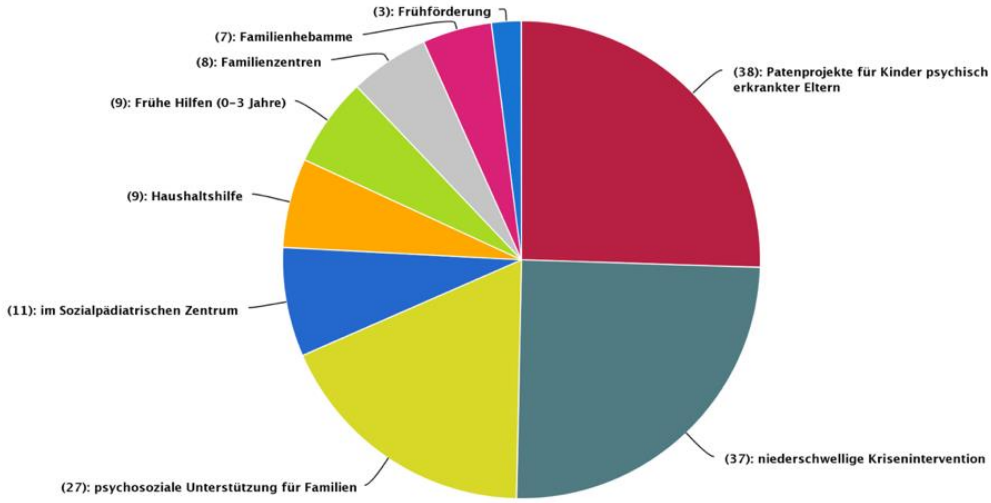
Trampolin Plus, Bindungstraining wir2, Kips, KipKel, erlebnispädagogische Kurse, Beratung für Kinder und Jugendliche in niedergelassener Praxis für Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie sowie die Entwicklung spezifischer Angebote werden ebenfalls genannt.
Kooperationen außerhalb der eigenen Kommune, da keine Klinik vorhanden ist, wird mehrfach als Antwort genannt. Die Teilnahme an Arbeitskreisen und Netzwerkaktivitäten wird in anderen Antworten genannt.

7. An welchen **drei Punkten** sehen Sie den dringendsten Ausbaubedarf für diese Zielgruppe in den nächsten 5 Jahren für Ihre Kommune?

- Den dringendsten Aus- und Aufbaubedarf sehen die Kommunen
  - in den Hilfen für Familien (149 Nennungen)
  - in Patenprojekten (38 Nennungen)
  - im Bereich niederschwelliger Krisenintervention (? Nennungen).
- Außerdem in
  - erziehungsstärkenden Elternkursen/Trainings (75 Nennungen)
  - Auf- und Ausbau von Selbsthilfegruppen für Jugendliche (43 Nennungen).

- Die Kommunengröße zeigt im Vergleich zur Gesamtauswertung keine gravierenden Unterschiede.

Die drei dringendsten Ausbaubedarfe für Kinder und Jugendliche von psychisch erkrankten Eltern
Hier abgebildet der am häufigsten genannte Punkt
Hilfen für Familien inklusive der dort vorhandenen Angebote



Multiple-Choice, Mehrfachnennung möglich über alle 92 Teilnehmenden

- Die Kommunenform stellt einen Unterschied bei den Bedarfen dar.
- In Kreisen gibt es keinen Bedarf des Aus- oder Aufbaus von Familienhebammen, Haushaltshilfen, Frühförderung und Frühe Hilfen, Patenprojekte werden 3 Mal genannt.
- Kreisangehörige und Kreisfreie Städte sehen den größten Auf- und Ausbaubedarf bei den Patenprojekten, in niederschwelliger Krisenintervention und psychosozialer Unterstützung.

8. Für den Bereich: Kinder und Jugendliche mit mindestens einem suchterkrankten Elternteil:
Welche Angebote außerhalb der Hilfen zur Erziehung bieten Sie in Ihrer Kommune an?

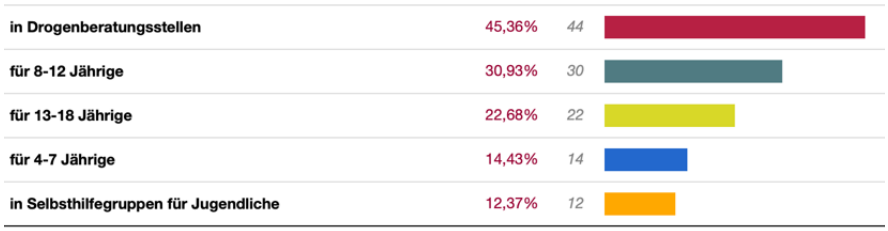
Vorhandene Beratung für Kinder und Jugendliche
in der Abteilung für Abhängigkeitserkrankungen und Psychotherapie



Multiple-Choice, Mehrfachnennung möglich über alle 92 Teilnehmenden

- Beratung für Kinder und Jugendliche wird für alle Altersgruppen angeboten.
- Die Größe der Kommune ist an dieser Stelle nicht relevant.
- Die Kommunenform zeigt keine bedeutenden Unterschiede auf.

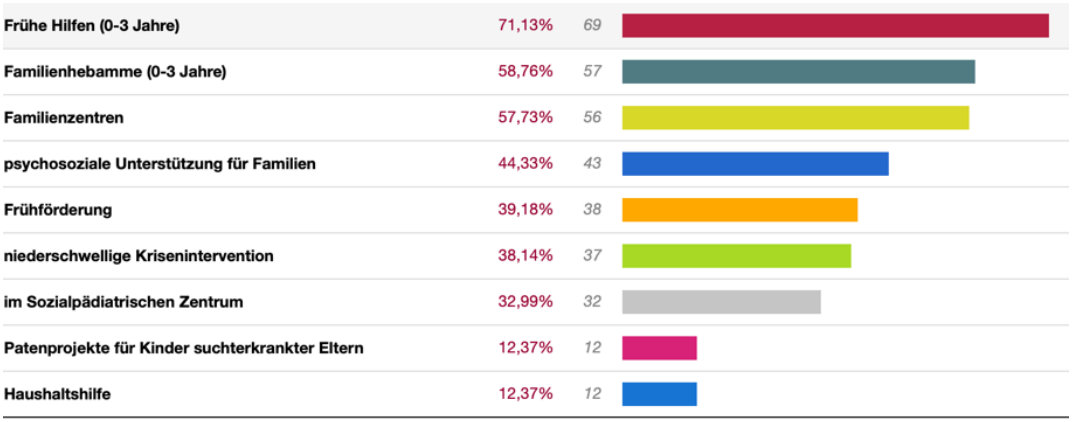
Vorhandene gruppenbezogene Angebote außerhalb der Hilfen zur Erziehung



Multiple-Choice, Mehrfachnennung möglich über alle 92 Teilnehmenden

- Gruppenbezogene Angebote der Drogenberatungsstellen werden für alle Altersgruppen angeboten.
- Selbsthilfegruppen für Jugendliche sind eher selten.
- Selbsthilfegruppen für Jugendliche gibt es eher in größeren Kommunen >50.000 Einwohner*innen*innen (8 Mal), im Vergleich zu Kommunen <50.000 Einwohner*innen (5 Mal).
- Die Form der Kommune zeigt keine relevanten Unterschiede.

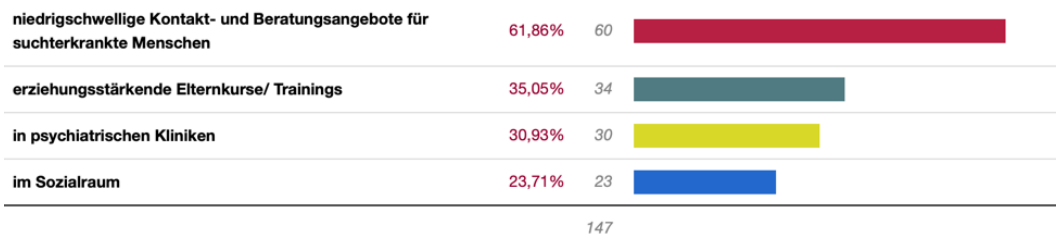
Vorhandene Hilfen für Familien



Multiple-Choice, Mehrfachnennung möglich über alle 92 Teilnehmenden

- Die Frühen Hilfen werden in 69 Kommunen mit Abstand am häufigsten genannt.
- Psychosoziale Unterstützung für Familien werden von Kommunen mit >50.000 Einwohner*innen (30 Mal) häufig als Angebot angegeben.
- Kleinere Kommunen <50.000 Einwohner*innen bieten eine geringere Anzahl von Hilfen an. So werden Patenprojekte für Kinder suchterkrankter Eltern und ebenfalls Haushaltshilfen nur von zwei Kommunen genannt.
- In der Kommunenform Kreis gibt es das Angebot Frühe Hilfen nur 8 Mal. Familienhebammen lediglich 7 Mal und Familienzentren nur 5 Mal.

Vorhandene Beratung für Eltern



Multiple-Choice, Mehrfachnennung möglich über alle 92 Teilnehmenden

- Beratung für Eltern wird als Angebot 147 Mal genannt. Besonders häufig ist es in niedrigschwelligen Kontakt- und Beratungsangeboten für suchterkrankte Menschen zu finden.
- Beratung im Sozialraum findet in Kommunen <50.000 Einwohner*innen nur in 3 Kommunen statt.
- Beratung gibt es in 30 psychiatrischen Kliniken davon 6 Mal in Kreisen.
- Die Kommunenform zeigt keine signifikanten Unterschiede.

Vorhandene gruppenbezogene Angebote für Eltern



Multiple-Choice, Mehrfachnennung möglich über alle 92 Teilnehmenden

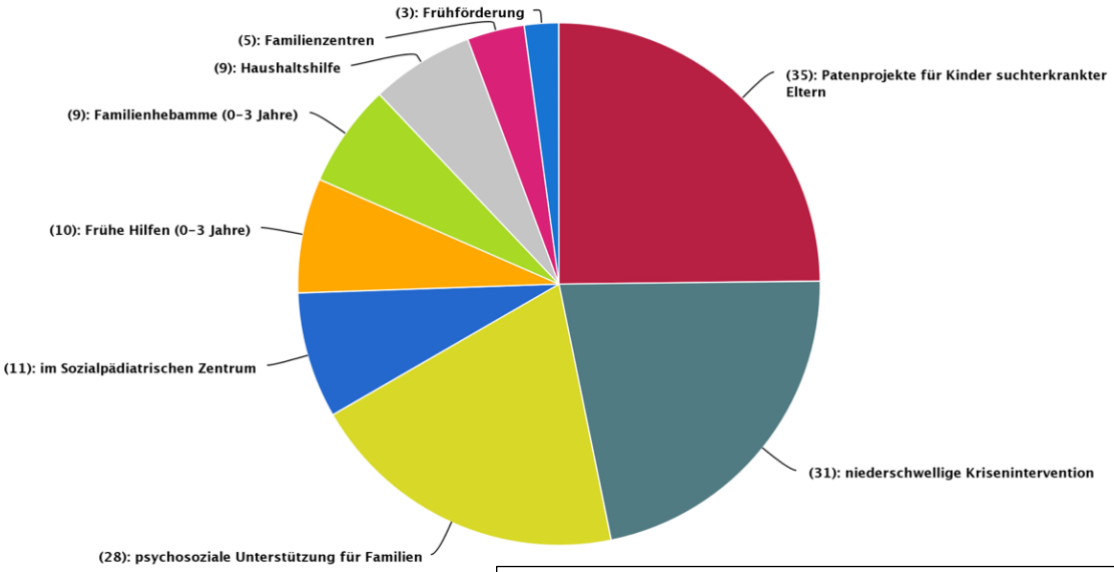
- Gruppenbezogene Angebote für suchterkrankte Eltern gibt es am häufigsten in Drogenberatungsstellen.
- In Kommunen <50.000 Einwohner*innen gibt es gruppenbezogene Angebote in der Abteilung für Abhängigkeitserkrankungen und Psychotherapie nur einmal.
- In kreisangehörigen Kommunen gibt es nur einmal ein Beratungsangebot im Sozialraum.

<u>Unter Sonstiges gibt es folgende Antworten:</u>

Im offenen Feld „Sonstiges“ gibt es 14 Antworten.
Das Jugendamt übernimmt die Beratung von Kindern und Eltern in den genannten Altersgruppen und leitet an Stellen außerhalb der Kommune weiter, da sie selbst weder über Kliniken, Frühförderzentren, Suchtberatungsstellen im Stadtgebiet verfügen; die Angebote sind für Kinder von psychisch oder suchterkrankten Eltern gleichermaßen offen; Projekt Drachenflieger; KiZ, keine spezifischen Angebote, fehlendes Praxiswissen; **keine genauen Kenntnisse**; Beratung für Kinder- und Jugendliche in niedergelassener Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie; **keine detaillierte Übersicht**, es werden Angebote über den Kreis genutzt; nicht alle Angebote werden kontinuierlich angeboten sondern bedarfsgerecht und je nach Anfragen flexibel angeboten, gestaltet und ergänzt. Insbesondere die Gruppenangebote und Beratung in anderen Einrichtungen (wie Klinik) orientieren sich am jeweiligen Bedarf, Regenbogengruppe/Netzwerkaktivität im Rahmen der PSAG.

9. Für den Bereich: Kinder und Jugendliche mit mindestens einem **suchterkrankten Elternteil**:
An welchen **drei Punkten** sehen Sie den dringendsten Ausbaubedarf für diese Zielgruppe in den nächsten 5 Jahren für Ihre Kommune?

Hier abgebildet der am häufigsten genannte Punkt
Hilfen für Familien inklusive der dort vorhandenen Angebote



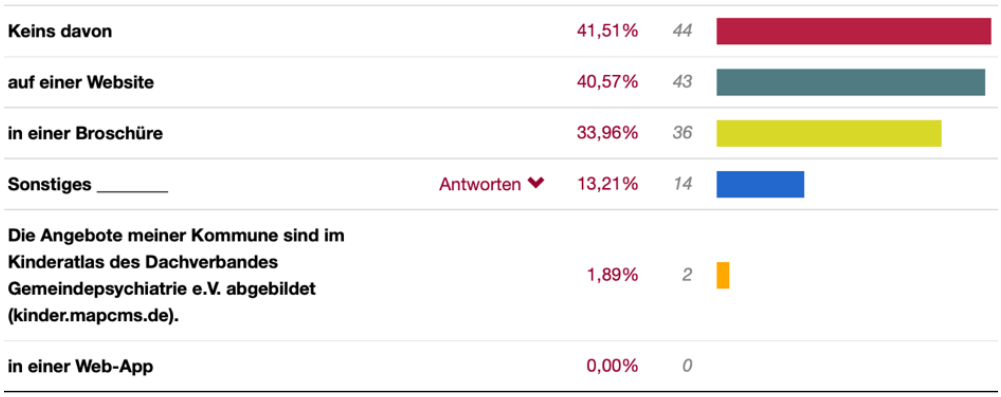
Multiple-Choice, Mehrfachnennung möglich über alle 92 Teilnehmenden

- Den höchsten Aus- und Aufbaubedarf sehen die Kommunen in den Hilfen für Familien (141 Nennungen)
- Patenprojekte werden dabei an erster Stelle eines Ausbaubedarfes genannt.
- Gruppenbezogene Angebote außerhalb der Hilfen zur Erziehung, insbesondere Selbsthilfegruppen für Jugendliche, werden an zweiter Stelle des Ausbaubedarfes genannt.
- In Kommunen <50.000 Einwohner*innen werden bei den Bedarfen keine Familienzentren oder Frühförderung genannt.
- Unabhängig von der Kommunenform stehen die Hilfen für Familien an erster Stelle. Die Kommunenform Kreis sieht keinen Aus- und Aufbaubedarf bei Familienzentren, Frühförderung oder Familienhebammen.

Unter Sonstiges gibt es folgende Antworten:
Im offenen Feld „Sonstiges“ gibt es 9 Antworten.
Beratungs- und Aufklärungsangebote für Kinder und Jugendliche im Zusammenwirken von Jugend- und Suchthilfe sind dringend auszubauen; Vermittlung außerhalb der Kommune; mehr stationäre Plätze, die es Patient*innen ermöglichen, ihre Kinder mitzubringen**, nicht alle Angebote bekannt, keine Gesamtübersicht,** hochprofessionelle Hilfe traumatisierter Kinder notwendig, Psychotherapeutische Unterstützungsangebote für Kinder und Jugendliche zur Rollenklärung und Stärkung der Persönlichkeitsentwicklung, keine eigenen Angebote, aber über die Städteregion nutzbare Angebote.

10. In unserer Kommune gibt es eine Übersicht über diese Hilfen für Kinder und Jugendliche, Eltern und Fachkräfte. Zu finden ist diese ...

Es gibt eine Übersicht über Hilfen für Kinder und Jugendliche, Eltern und Fachkräfte



Keins davon		41,51%	44
auf einer Website		40,57%	43
in einer Broschüre		33,96%	36
Sonstiges _____	Antworten	13,21%	14
Die Angebote meiner Kommune sind im Kinderatlas des Dachverbandes Gemeindepsychiatrie e.V. abgebildet (kinder.mapcms.de).		1,89%	2
in einer Web-App		0,00%	0
			139

Multiple-Choice, Mehrfachnennung möglich über alle 92 Teilnehmenden

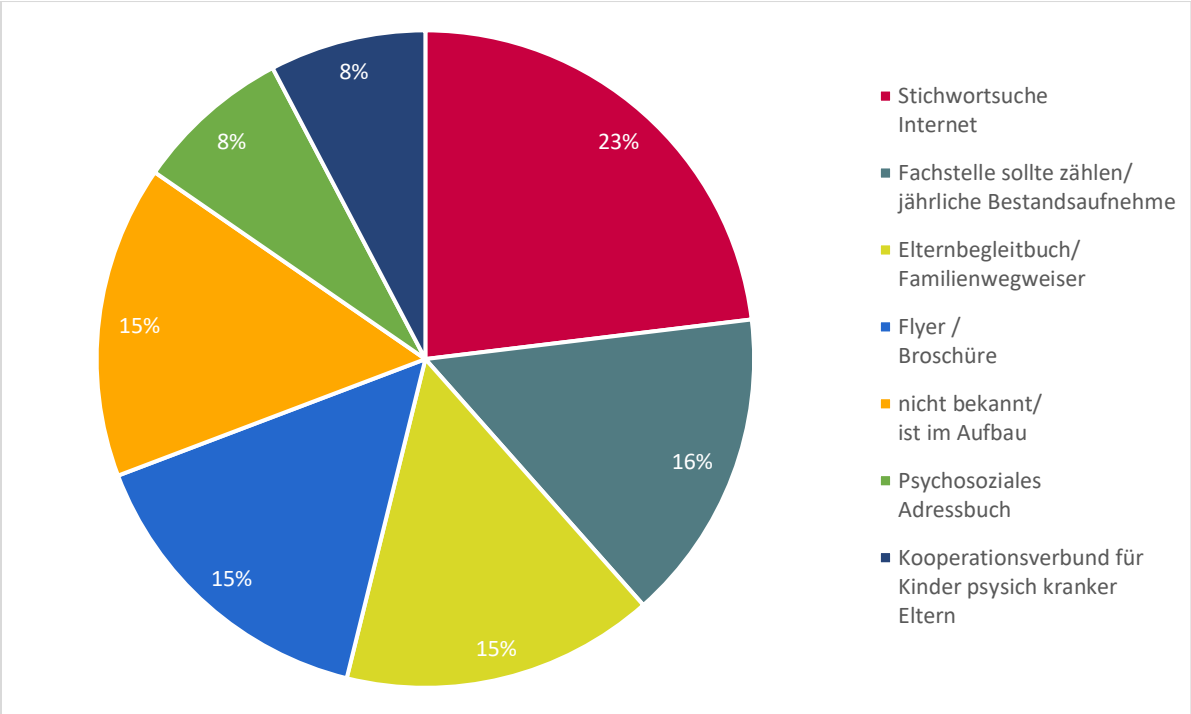
- 44 Kommunen präsentieren ihre Angebote nicht auf der Website, in einer Broschüre oder in der Kinder.map. Eine Web-App nutzt keine Kommune.
- Bei Kommunen >50.000 Einwohner*innen präsentieren knapp 60% ihre Angebote auf einer Website.
- Die wenigsten Angebote sind im Kinderatlas des Dachverbandes Gemeindepsychiatrie abgebildet.
- Die Kommunenform hat keine Relevanz auf die Form der Präsentation.

Unter Sonstiges gibt es folgende Antworten:

Im offenen Feld „Sonstiges“ gibt es 12 Antworten.
Einige Ämter geben an, über eine Stichwortsuche im Internet ihre Angebote zu präsentieren, Angebote im psychosozialen Adressbuch zu führen, ein Elternbegleitbuch/einen Familienwegweiser vorzuhalten, einen Kooperationsverbund für psychisch kranke Eltern zu unterhalten, eine jährliche Bestandsaufnahme über eine Fachstelle zu führen.

Antwortfeld „Sonstiges“ zu Übersicht über Hilfen für Kinder und Jugendliche, Eltern und Fachkräfte

Die Antworten unter „Sonstiges“ werden geclustert und hier abgebildet.



11. Wofür würden Sie eine zusätzliche Förderung, zweckgebunden an Hilfen für Kinder und Jugendliche mit einem psychisch und/oder suchterkrankten Elternteil, einsetzen?

- Der Auf- und Ausbau neuer Angebote würde bei einer zusätzlichen zweckgebundenen Förderung bei den meisten Kommunen (72,64%) an erster Stelle stehen.
- Der Auf- und Ausbau interdisziplinärer Netzwerke würde bei den Kommunen (43,40%) an zweiter Stelle bei einer zusätzlichen Förderung stehen.
- Eine nachhaltige Absicherung noch projektfinanzierter Angebote/Strukturen würde an dritter Stelle der Kommunen (39,62%) stehen.
- Eine Unterstützung bestehender kommunaler Koordinierungsstrukturen (30,91%) sowie eine Ausweitung der Planung, um differenzierte Bedarfe zu ermitteln (27,36%), wird ebenfalls häufig genannt.

- Bezogen auf die Größe der Kommune ergibt sich ein ähnliches Bild.
    - Den Auf- und Ausbau neuer Angebote bzw. nachhaltige Absicherung projektfinanzierter Angebote/Strukturen priorisieren vorrangig Kommunen >50.000 Einwohner*innen.
    - Den Auf- und Ausbau neuer Angebote und an zweiter Stelle den Auf- und Ausbau interdisziplinärer Netzwerke priorisieren Kommunen <50.000 Einwohner*innen.
- Den Auf- und Ausbau der Angebote würden 80% der kreisangehörigen Kommunen, die Kreise (71%) und kreisfreie Kommunen (67%) bei einer zusätzlichen Förderung nutzen. Kreisfreie Kommunen würden vorrangig eine Förderung für den Aus- und Aufbau zur nachhaltigen Absicherung der Planung nutzen, um differenzierte Bedarfe zu ermitteln.

Unter Sonstiges gibt es folgende Antworten:
Im offenen Feld „Sonstiges“ gibt es 4 Antworten.
Angebote, die sich an Kinder wenden, die aufgrund der Traumatisierung professionelle Hilfe benötigen, Zugangswege zu bestehenden und aufzubauenden Angeboten herstellen bzw. erleichtern, um Abbrüche zu verhindern, z.B. begleitete Umgangskontakte für Kinder psychisch und suchterkrankter Eltern; Erziehungsberatung setzt sich mit dem Thema Sucht und psychische Erkrankung von Eltern schon lange auseinander. Eine personelle und finanzielle Unterstützung wäre sinnvoll, um spezifische Angebote weiter zu ermöglichen. Durch die Niedrigschwelligkeit von Erziehungsberatung (ohne Diagnose der Eltern) werden tendenziell viele Betroffene erreicht und begleitet. Die Multiprofessionalität ermöglicht, auf die spezifischen Bedarfe kurzfristig einzugehen.

3.4 Zugang ins Hilfesystem und Krisenintervention

Ergebnisse aus den Fragen 12-16

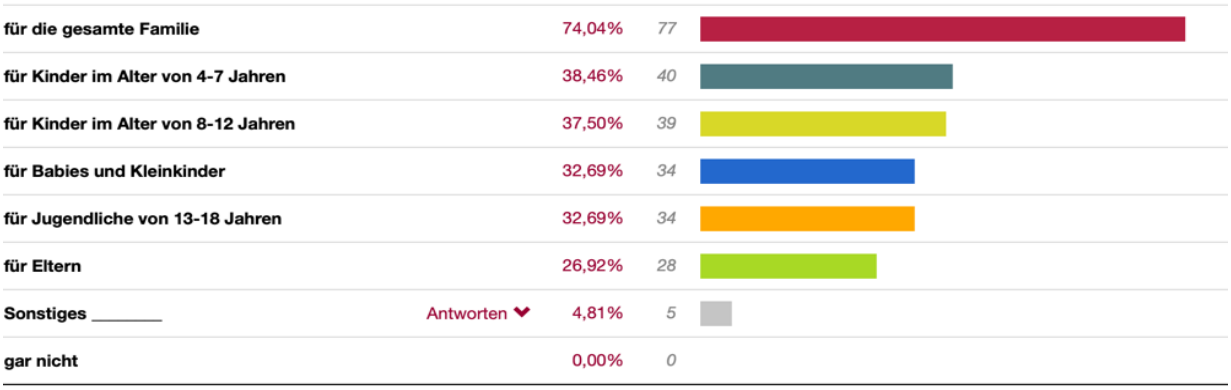
12. Wie ist der Zugang ins Hilfesystem zu Angeboten für Kinder und Jugendliche mit einem psychisch und/oder suchterkrankten Elternteil in Ihrer Kommune?

- Der Zugang ins Hilfesystem erfolgt in den meisten Fällen (97,83%) über das Jugendamt.
- Bei Kommunen >50.000 Einwohner*innen ist der zweithäufigste Zugangsweg der Zugang über freie Träger der Jugendhilfe und an dritter Stelle über Beratungsdienste.
- Bei Kommunen <50.000 Einwohner*innen erfolgt der Zugang über Beratungsdienste an zweiter Stelle und danach über niedergelassene Psychiater/Psychologen/Psychotherapeuten/Kinder- und Jugendlichen Psychotherapeuten.
- In kreisfreien Kommunen erfolgt der Zugang zu 100% über das Jugendamt.
- In der Kommunenform Kreis findet der Zugang an erster Stelle über das Jugendamt statt und an zweiter Stelle über das Gesundheitsamt und niedergelassene Psychiater/Psychologen/Psychotherapeuten/Kinder- und Jugendpsychotherapeuten und danach Kliniken für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie.
- Bei kreisfreien Städten sind an erster Stelle das Jugendamt und an zweiter Stelle die Sozialpsychiatrischen Zentren genannt und an dritter Stelle Beratungsdienste.
- Bei kreisangehörigen Kommunen erfolgt der Zugang an erster Stelle über das Jugendamt und an zweiter Stelle über Beratungsdienste und an dritter Stelle über Träger der Gemeindepsychiatrie.

Unter Sonstiges gibt es folgende Antworten:
Im offenen Feld „Sonstiges“ gibt es ??? Antworten.
Es wird vier Mal geantwortet, dass die Frühen Hilfen der Zugangsweg sind, außerdem: sämtliche weitere Kooperationspartner, Familienbüro, Themenspezifische Angebote der Erziehungsberatungsstelle, Kinderschutzbund, Schulsozialarbeit, Kinder-, Freizeit- und Jugendeinrichtungen, Online Portal „Wege weisen“.

13. Für welche Zielgruppen sehen Sie einen **vorrangigen** Auf- oder Ausbaubedarf von Angeboten für Kinder und Jugendliche aus Familien mit einem psychisch **erkrankten Elternteil** in Ihrer Kommune?

Vorrangiger Aus- und Aufbaubedarf von
Angeboten für Familien mit einem psychisch erkrankten Elternteil



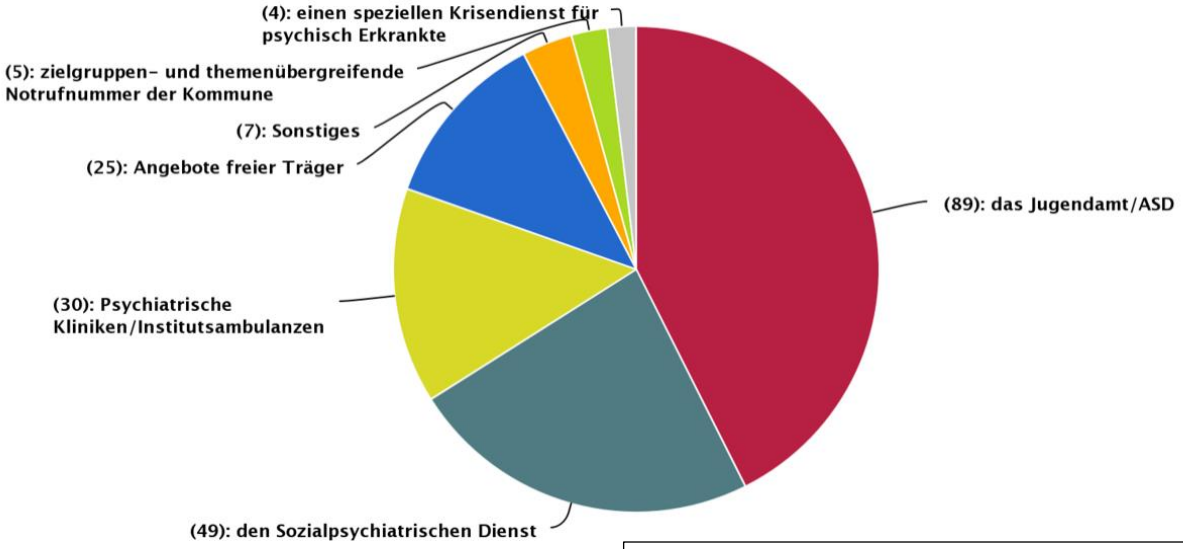
Multiple-Choice, Mehrfachnennung möglich über alle 92 Teilnehmenden

- Angebote für die gesamte Familie werden als vorrangige Aus- und Aufbaubedarfe bei den Angeboten für Kinder und Jugendliche aus Familien mit einem psychisch erkrankten Elternteil gesehen.
- Bei Kommunen <50.000 Einwohner*innen werden außerdem der Auf- und Ausbau für Kinder im Alter von 4-7 Jahren als besonders wichtig angesehen.
- Kreisangehörige Kommunen sehen einen vorrangigen Auf- und Ausbaubedarf für die gesamte Familie. Darüber hinaus für Kinder im Alter von 4-7 Jahren, 8-12 Jahren und Jugendliche von 13-18 Jahren.
- Kreisangehörige Kommunen haben ein signifikant höheres Interesse im Vergleich zu Kreisen und kreisfreien Städten. Zum Beispiel bei den Angeboten für 4-7 Jährige (25 kreisangehörige Kommunen, 9 kreisfreie Kommunen und 3 Kreise) oder für Kinder im Alter von 8-12 Jahren (21 kreisangehörige Kommunen, 10 kreisfreie Kommunen und 4 Kreise).

Unter Sonstiges gibt es folgende Antworten:
Im offenen Feld „Sonstiges“ gibt es 4 Antworten.
Vorrangigkeit darf nicht bedeuten, dass die übrigen Zielgruppen nachrangig sind!; stationäre Behandlungsmöglichkeit mit Einbezug der Kinder und Jugendlichen, Schwangere, nicht alle Angebote bekannt.

14. Wie ist in Ihrer Kommune die Hilfe in Krisensituationen mit Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche/Beteiligung von Kindern und Jugendlichen mit einem psychisch erkrankten Elternteil organisiert?

Hilfe in Krisensituationen mit Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche von psychisch erkrankten Eltern



Multiple-Choice, Mehrfachnennung möglich über alle 92 Teilnehmenden

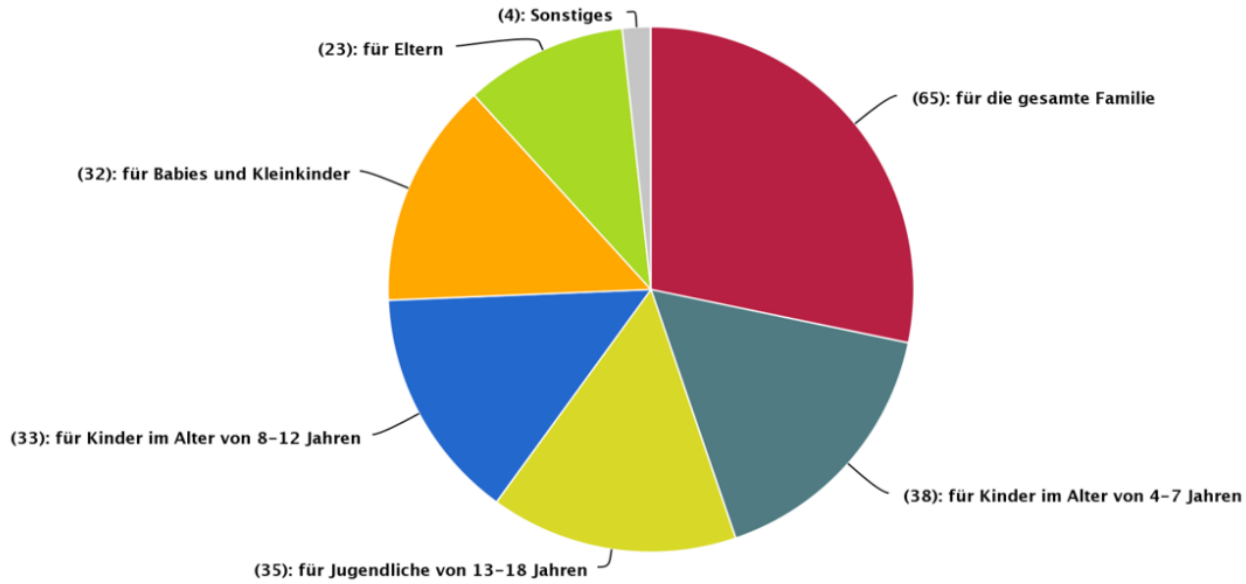
- Es gibt Krisenhilfe durch zugehende Dienste durch das Jugendamt bei 97,12% der Kommunen.
- Der Sozialpsychiatrische Dienst wird an zweiter Stelle für den zugehenden Krisendienst genannt.
- Die Größe der Kommune ist dabei unerheblich.
- In Kreisen ist nach dem Jugendamt (94%) in 75% der Sozialpsychiatrische Dienst ebenfalls zugehend in Krisen vor Ort.
- Eine zielgruppenspezifische Notrufnummer der Kommune gibt es nur in 5 Kommunen die ausschließlich kreisfreie Kommunen sind.

Unter Sonstiges gibt es folgende Antworten:

Im offenen Feld „Sonstiges“ gibt es 7 Antworten.
Polizei/Ordnungsamt; Frühe Hilfen; Berufsbetreuer; Familienbüro; Team Kindeswohl (Fachstelle für 8a Meldungen); da es 8 Kommunen im Rhein Kreis Neuss gibt, kann ich keine generelle Aussage treffen, nicht alle bekannt.

15. Für welche Zielgruppen sehen Sie einen vorrangigen Auf- oder Ausbaubedarf von Angeboten für Kinder und Jugendliche aus Familien mit einem suchterkrankten Elternteil in Ihrer Kommune?

Vorrangiger Aus- und Aufbaubedarf für Familien mit einem suchterkrankten Elternteil



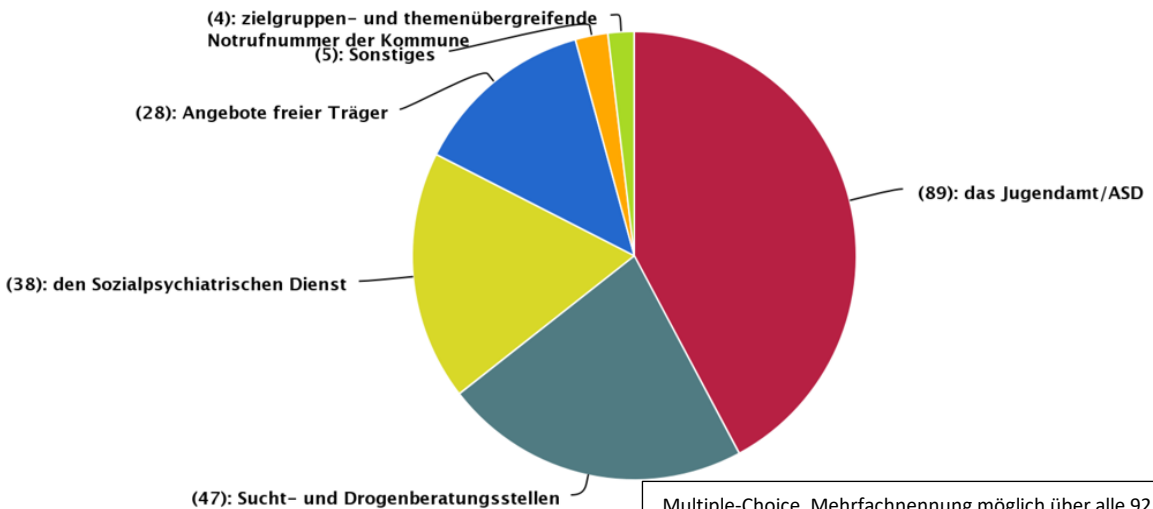
Multiple-Choice, Mehrfachnennung möglich über alle 92 Teilnehmenden

- Für die Zielgruppe suchterkrankter Eltern werden die vorrangigen Aus- und Aufbaubedarfe ebenfalls für die gesamte Familie gesehen. Außerdem dringlich sind die Hilfen für Kinder im Alter von 4-7 Jahren und 13-18 Jahren.
- Bei Kommunen <50.000 Einwohner*innen besteht nach dem Bedarf an Angeboten für die gesamte Familie suchterkrankter Eltern ein hoher Bedarf an Hilfen für Kinder im Alter zwischen 4-7 Jahren.
- Auch bei kreisangehörigen Kommunen zeigen sich diese Bedarfe vorrangig.

Unter Sonstiges gibt es folgende Antworten:
Im offenen Feld „Sonstiges“ gibt es 4 Antworten.
Vorrangigkeit darf nicht bedeuten, dass die übrigen Zielgruppen nachrangig sind!; stationäre Behandlungsmöglichkeit mit Einbezug der Kinder und Jugendlichen; Schwangere, nicht alle Angebote bekannt.

16. Wie ist in Ihrer Kommune die Hilfe in Krisensituationen mit Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche/Beteiligung von Kindern und Jugendlichen mit einem suchterkrankten **Elternteil** organisiert?

Hilfe in Krisensituationen mit Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche von suchterkrankten Eltern



Multiple-Choice, Mehrfachnennung möglich über alle 92 Teilnehmenden

- Eine Krisenhilfe durch zugehende Hilfen gibt es neben dem Jugendamt durch Sucht- und Drogenberatungsstellen, den Sozialpsychiatrischen Dienst und Angebote freier Träger.
- In Kommunen >50.000 Einwohner*innen erfolgt die zugehende Hilfe an erster Stelle durch das Jugendamt und an zweiter Stelle durch den Sozialpsychiatrischen Dienst.
- In der Kommunenform Kreis erfolgt die zugehende Hilfe an erster Stelle durch das Jugendamt und an zweiter Stelle durch den Sozialpsychiatrischen Dienst.

Unter Sonstiges gibt es folgende Antworten:
Im offenen Feld „Sonstiges“ gibt es 5 Antworten.
Polizei; Frühe Hilfen; da es 8 Kommunen im Rhein Kreis Nord gibt, kann ich keine generelle Aussage tätigen; Team Kindeswohl (Fachstelle für 8a Meldungen), nicht alle Angebote bekannt.

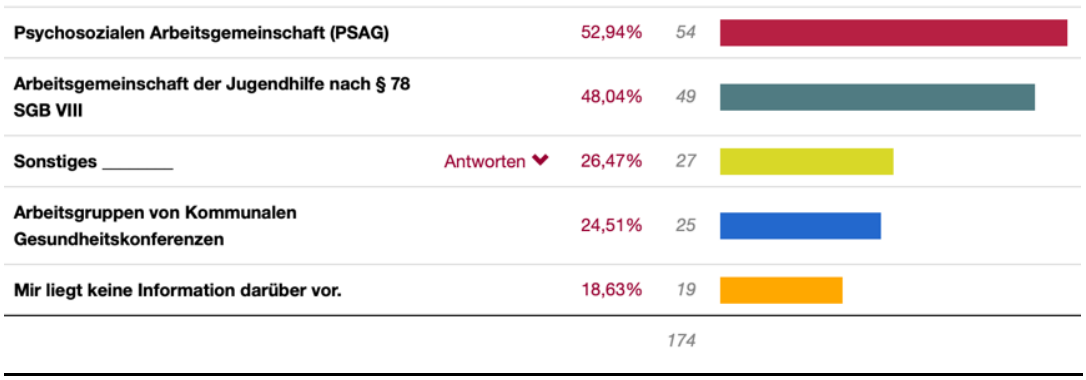
Zusammenfassung zum Themenkomplex Aus- oder Ausbaubedarfe für Kinder, Jugendliche und Familien in den Kommunen und um die Krisenversorgung
Der Zugangsweg für Hilfen erfolgt fast ausschließlich über die Jugendämter. Welche Stelle als nächstes zuweist, ist stark von der Kreisform und Größe der Kommune abhängig.
Eine zielgruppenspezifische Krisentelefonnummer gibt es lediglich in 5 von 20 kreisfreien Kommunen.
Zugehende Krisenhilfe gibt es für Kinder und Jugendliche von Eltern mit einer psychischen Erkrankung durch die Jugendämter, den Sozialpsychiatrischen Dienst und für Kinder und Jugendliche mit einem suchterkrankten Elternteil durch Sucht- und Beratungsstellen.
Einen vorrangigen Aus- und Aufbaubedarf sehen die Kommunen in den Hilfen für die gesamte Familie.
Zudem werden der Aus- und Aufbau von Hilfen für 4-7 Jährige häufig genannt.

3.5 Netzwerke und Steuerung

Ergebnisse der Fragen 17-21

17. Welche Kooperationsstrukturen nutzen Sie in Ihrer Kommune in Bezug auf Angebote für Kinder und Jugendliche mit einem psychisch und/oder suchterkrankten Elternteil?

Vorhandene Kooperationsstrukturen

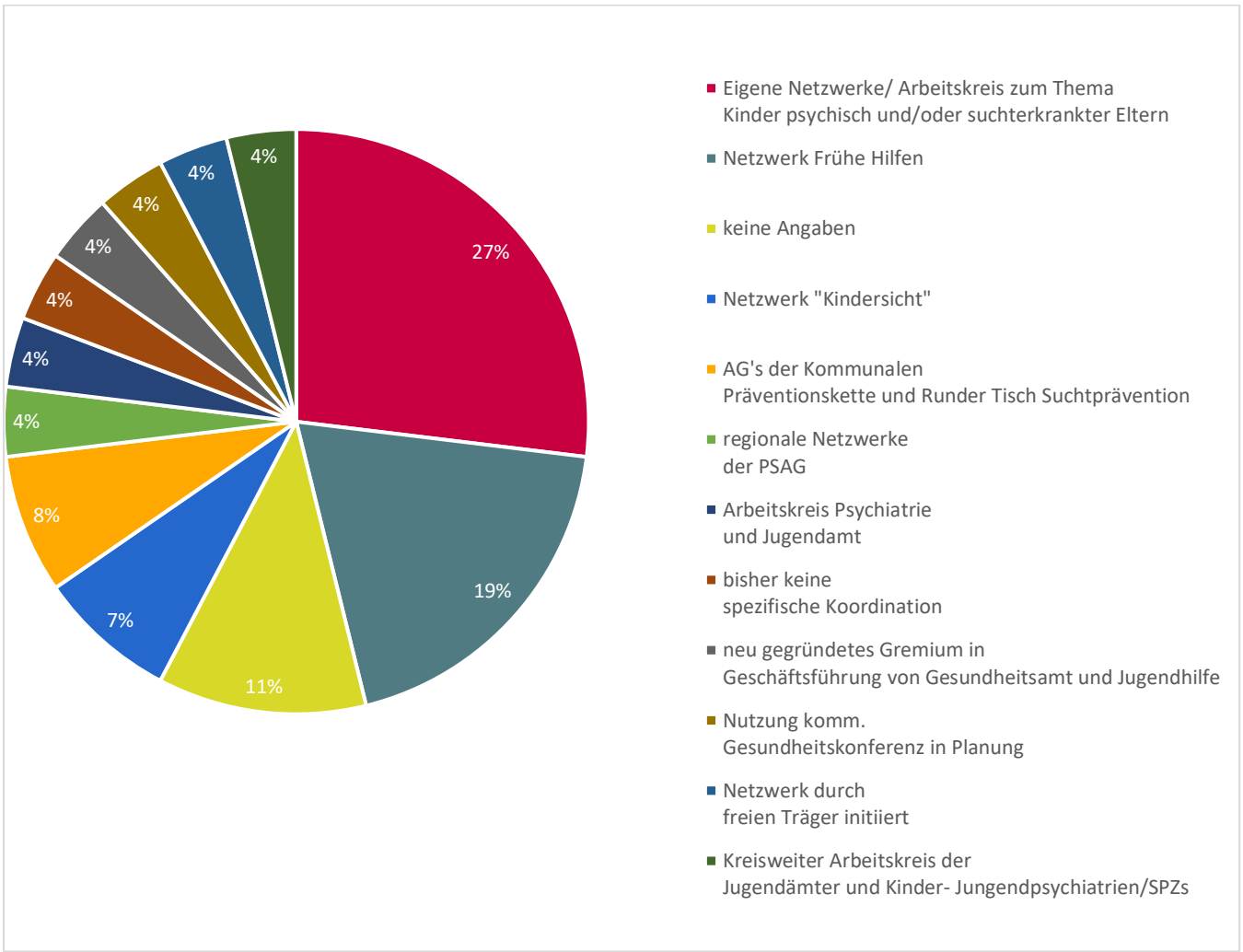


Multiple-Choice, Mehrfachnennung möglich über alle 92 Teilnehmenden

- Psychosoziale Arbeitsgemeinschaften (PSAG) und an zweiter Stelle Arbeitsgemeinschaften der Jugendhilfe nach §78 SGB VIII werden von den Kommunen prioritär genannt.

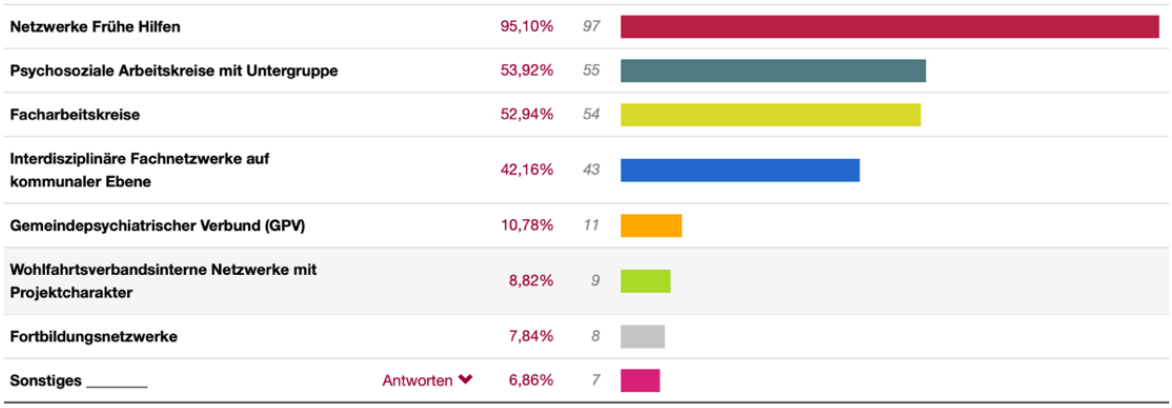
- In Kommunen >50.000 Einwohner*innen ist diese Reihenfolge umgekehrt zugunsten von Arbeitsgemeinschaften der Jugendhilfe nach §78 SGB VIII.
- Vergleicht man die Kreisformen, so ist bei Kreisen und in kreisangehörigen Städten die PSAG die häufigste AG, in kreisfreien Städten die Arbeitsgemeinschaften der Jugendhilfe nach §78 SGB VIII die häufigste Art der Kooperationsstruktur.

Vorhandene Kooperationsstrukturen Antwortfeld „Sonstiges“:



18. Welche Netzwerke mit Trägern/Anbietern gibt es?

Netzwerke mit Trägern/Anbietern



Multiple-Choice, Mehrfachnennung möglich über alle 92 Teilnehmenden

- Das Netzwerk Frühe Hilfen wird am häufigsten genannt, gefolgt von Psychosozialen Arbeitsgruppen mit Untergruppen und Facharbeitskreisen.
- Die Größe der Kommune ist dabei nicht entscheidend.
- Die Netzwerke sind abhängig von der Form der Kommune. In Kreisen ist die PSAG das am häufigsten genannte Netzwerk.
- Bei kreisangehörigen Kommunen sind PSAG und interdisziplinäre Fachnetzwerke auf kommunaler Ebene gleichermaßen häufig vertreten und bei kreisangehörigen Kommunen die Facharbeitskreise.
- Es gibt keine Gemeindepsychiatrischen Verbünde in kleinen Kommunen.

Unter Sonstiges gibt es folgende Antworten:
Zweimal: AG´s der kommunalen Präventionskette und Runder Tisch Suchtprävention
Je einmal: Netzwerk KipE, Netzwerk Kindersicht, nicht genau bekannt, Stadtteilteam

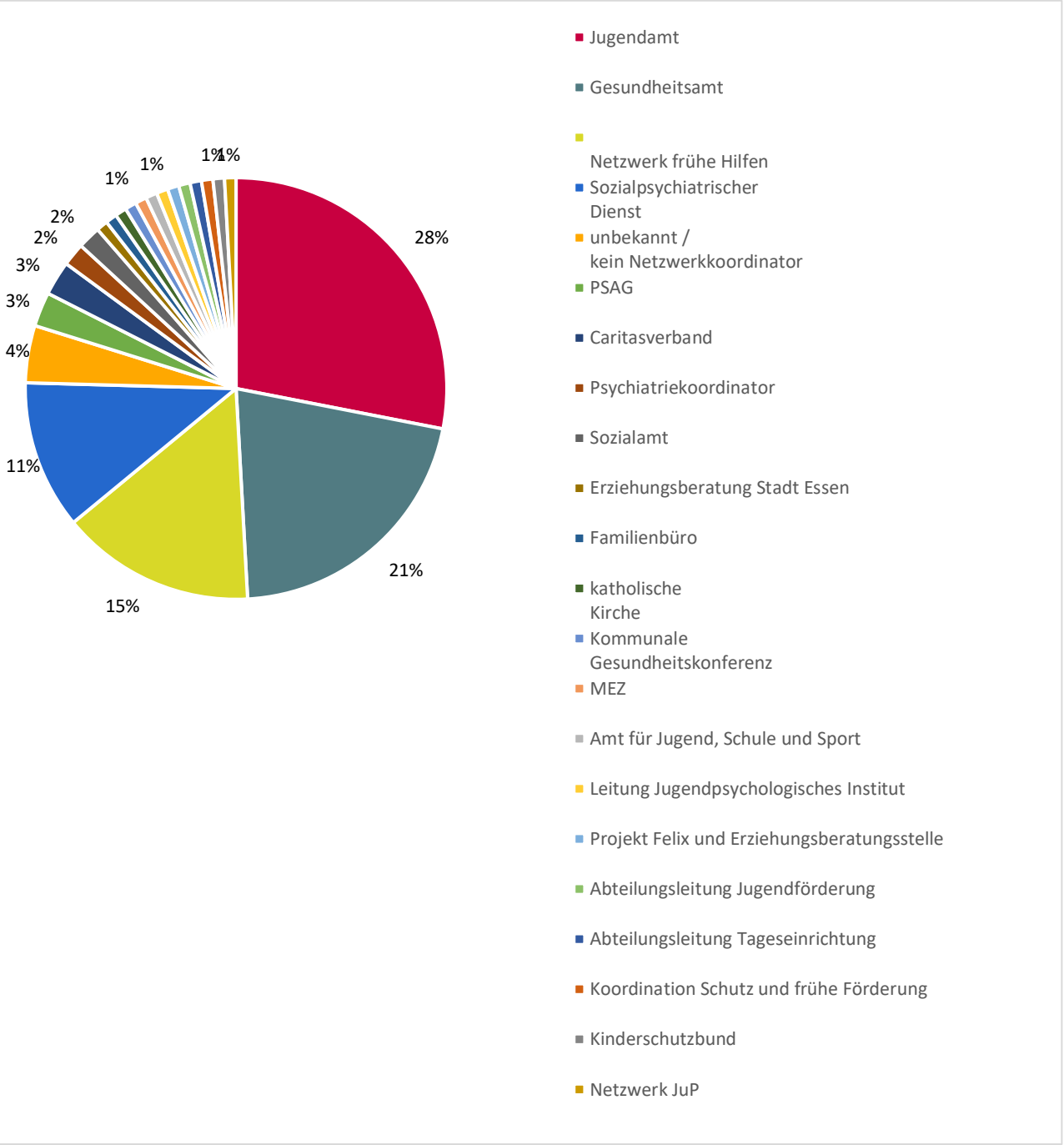
19. In welchen Netzwerken wird das Thema Kinder psychisch erkrankter Eltern (KipE)/Kinder suchterkrankter Eltern (KisE) regelmäßig bearbeitet?

- Das Thema KipE/KisE wird regelmäßig bearbeitet in Psychosozialen Arbeitskreisen mit Untergruppen und Facharbeitskreisen.
- In Kommunen >50.000 Einwohner*innen werden interdisziplinäre Fachnetzwerke auf kommunaler Ebene an zweiter Stelle genannt.
- In kreisfreien Städten wurden die Themen KipE/KisE an erster Stelle in interdisziplinären Fachnetzwerken auf kommunaler Ebene bearbeitet. An zweiter Stelle in Facharbeitskreisen und erst an dritter Stelle in Psychosozialen Arbeitskreisen mit Untergruppe.
- In kreisangehörigen Kommunen werden die Themen am häufigsten in Psychosozialen Arbeitskreisen mit Untergruppen bearbeitet, an zweiter Stelle in Facharbeitskreisen und an dritter Stelle in interdisziplinären Fachnetzwerken auf kommunaler Ebene

Unter Sonstiges gibt es folgende Antworten:
Es gibt 19 Antworten. Sechs Mal wird geantwortet: unbekannt. Fünf Mal wird das Netzwerk Frühe Hilfen genannt. Je 2 Mal Netzwerk aus Kindersicht und Runder Tisch Prävention und je einmal Netzwerk KipE, Projekt Felix und Erziehungsberatungsstelle. Regionalgruppe Oberberg Verrückt? Na und!, regelmäßiger Qualitätsdialog mit dem Anbieter, Netzwerk durch freie Träger initiiert.

20. Wer koordiniert die Netzwerke? Bitte geben Sie Amt/die Abteilung und Funktion an.

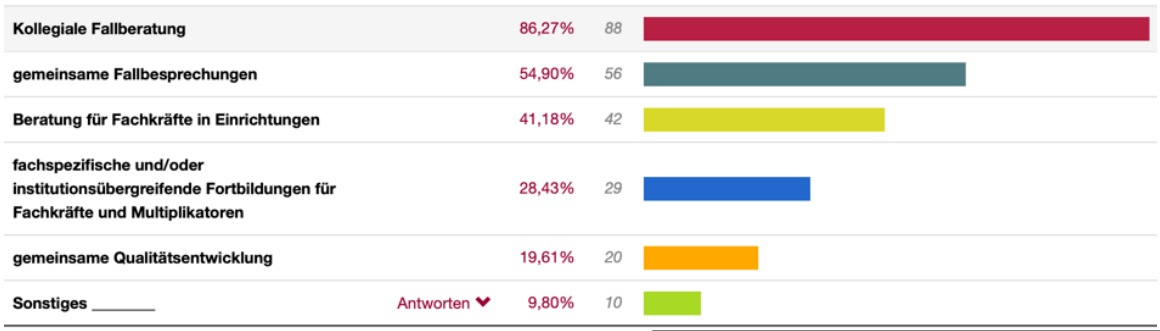
Koordination der Netzwerke durch



- In 32 Kommunen wird das Netzwerk über das Jugendamt koordiniert. In 24 Kommunen über das Gesundheitsamt. In 17 Kommunen koordinieren die Frühen Hilfen das Netzwerk, in 13 der Sozialpsychiatrische Dienst. Unbekannt/kein Netzwerkkoordinator wird 5 Mal als Antwort genannt. Jeweils 3 Mal werden genannt: PSAG und Caritasverband, 2 Mal Psychiatriekoordinator und Sozialamt, alle anderen Nennungen, s.o. erfolgten je einmal.

21. Welche Angebote für Fachkräfte, die mit Kindern und Jugendlichen sowie ihren psychisch und/oder suchterkrankten Elternteilen zusammenarbeiten, gibt es in Ihrer Kommune?

Vorhandene Angebote für Fachkräfte



Multiple-Choice, Mehrfachnennung möglich über alle 92 Teilnehmenden

- In 86,96% der Kommunen gibt es kollegiale Fallberatungen.
- Bei Kommunen <50.000 Einwohner*innen realisieren dieses Angebot über 90% der befragten Kommunen.
- In Kommunen >50.000 Einwohner*innen wird das Angebot fachspezifische und/oder institutsübergreifende Fortbildungen für Fachkräfte und Multiplikatoren 20 Mal (im Vergleich zu Kommunen <50.000 Einwohner*innen - 4 Mal) angeboten.
- Die Kommunenform zeigt keine signifikanten Unterschiede.

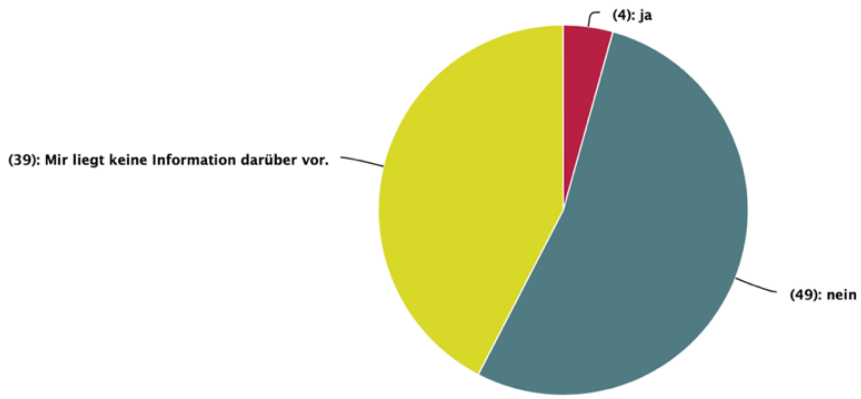
Unter Sonstiges gibt es folgende Antworten:

6 Mal gibt es die Antwort: nicht bekannt/in Planung/keine genaue Nennung möglich/keine und 2 Mal die Antworten: AG´s der kommunalen Präventionskette und Runder Tisch Suchtprävention und einmal Handreichung zum Kinderschutz wird mit Suchtberatungsstelle erarbeitet.

3.6 Bedarfsfeststellung und Bedarfe

22. Verfügt Ihre Behörde über statistische Erhebungen über die Inanspruchnahme und Bedarfe von Unterstützungsangeboten für Kindern und Jugendlichen mit psychisch und/oder suchterkrankten Elternteilen?

Verfügt Ihre Behörde über statistische Erhebungen über die Inanspruchnahme und Bedarfe von Unterstützungsangeboten für Kindern und Jugendlichen mit psychisch und/oder suchterkrankten Elternteilen?



Multiple-Choice, Mehrfachnennung möglich über alle 92 Teilnehmenden

- Statistische Auswertungen über die Inanspruchnahme und Bedarfe von Unterstützungsangeboten gibt es in 4,35% - 4 Kommunen, davon in 3 Kreisen und einer kreisangehörigen Kommune.
- In 53,26% (in kleinen Kommunen 66,72%) gibt es keine statistische Auswertung bzw. liegen in 42,39% keine Informationen darüber vor.

23. Würden Sie uns diese statistische Auswertung zur Verfügung stellen?

Hierbei handelte es sich um eine Multiple-Choice-Frage. Mehrfachnennungen sind möglich.

Statistische Auswertungen würden 27,27% der Kreise, 19,05% der kreisfreien Städte und 20% der kreisangehörigen Städte zur Verfügung stellen, wenn diese vorhanden wären.

24. Gibt es in Ihrer Kommune eine Bedarfsfeststellung und Bedarfsplanung für diese Zielgruppe?

Hierbei handelt es sich um eine Multiple-Choice-Frage. Mehrfachnennungen sind möglich.

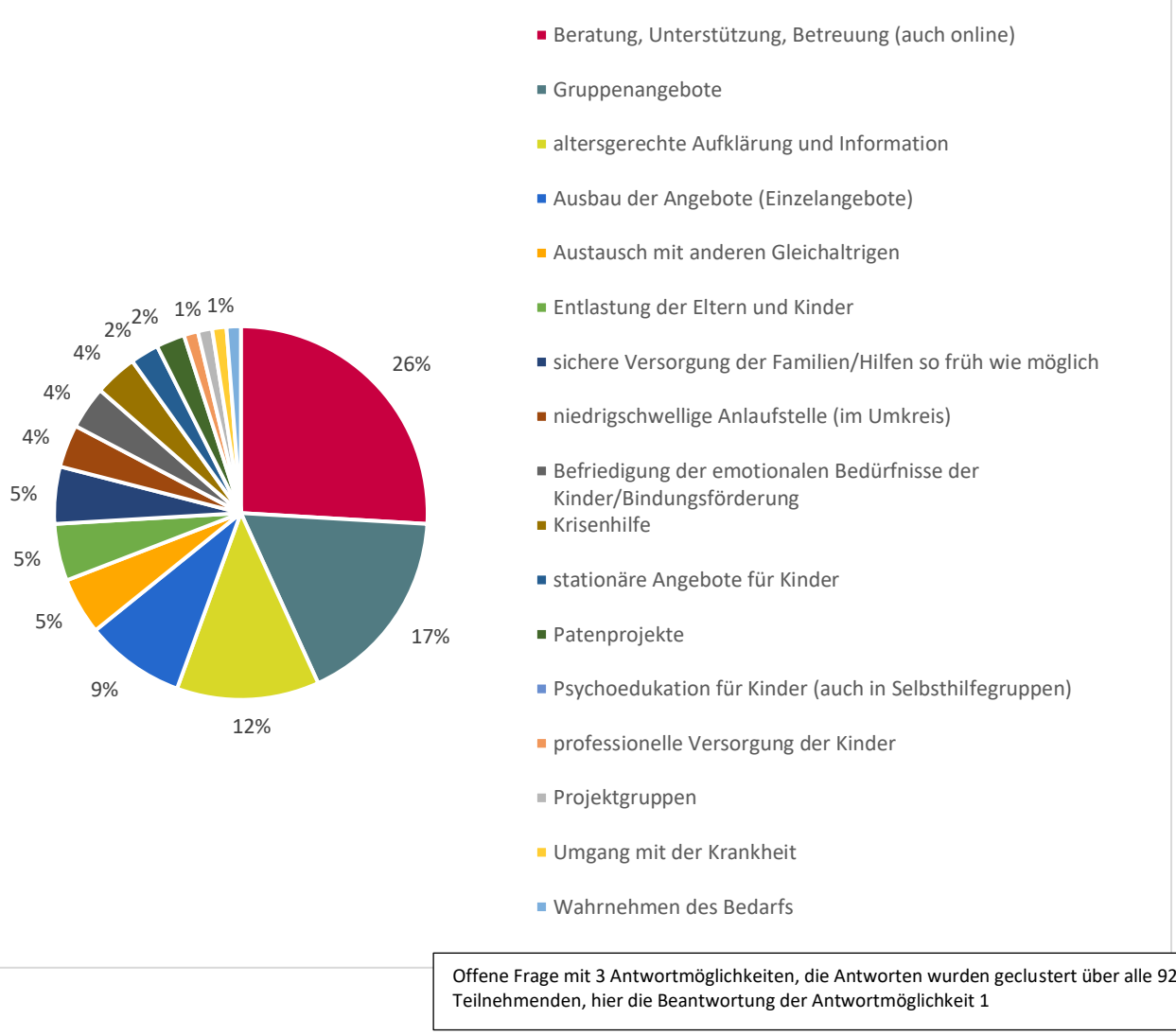
- 35,87% der Kommunen haben keine Bedarfsfeststellung.
- 19,57% der Kommunen beabsichtigen die Erstellung einer Bedarfsfeststellung.
- 7,61% der Kommunen arbeiten zur Zeit an einer Bedarfsfeststellung.
- 6,52% der Kommunen haben eine Bedarfsfeststellung. Den höchsten Anteil haben dabei die Kreise und kreisfreien Städte.
- Kleine Kommunen haben keine Bedarfsfeststellung oder sind nicht darüber informiert, ob es eine gibt.

25. Wenn es eine Bedarfsfeststellung/ -planung gibt, wo findet diese genau statt?
Es handelt sich hierbei um eine offene Frage.

- 10 Kommunen können diese Frage nicht beantworten. 4 Kommunen sagen, dass dies im Amt für Kinder, Jugend und Familie stattfindet. 3 Kommunen geben an, dass bei ihrer Jugendhilfeplanung eine Bedarfsfeststellung stattfindet. Weitere Antworten sind je zweimal: Amt für Soziales, Arbeitsgemeinschaft nach §78 SGB VIII, Arbeitskreis (und Jugendamt), Gesundheitsamt. Je einmal werden folgende Antworten gegeben: Amt für Soziales und Wohnen, Fallberatung des ASD, interdisziplinärer Austausch, gemeinsam mit freien Trägern der Jugendhilfe und Netzwerkpartnern, regionales Netzwerk, Psychiatriekoordination/Jugendhilfeplanung, über die einzurichtende Fachstelle angebunden an das Gesundheitsamt in enger Zusammenarbeit mit dem Jugendamt.

26. Für den Bereich: Kinder und Jugendliche mit mindestens einem psychisch **erkrankten Elternteil**: Welches sind aus Ihrer fachlichen Sicht die **drei vorrangigen** Bedarfe betroffener Kinder und Jugendlicher in Ihrer Kommune?

Die drei vorrangigen Bedarfe aus fachlicher Sicht in der Kommune für den Bereich von Kindern und Jugendlichen mit einem psychisch erkrankten Elternteil - Darstellung des Antwortfeld 1



Offene Frage mit 3 Antwortmöglichkeiten, die Antworten wurden geclustert über alle 92 Teilnehmenden, hier die Beantwortung der Antwortmöglichkeit 1

Im offenen Antwortfeld 1 werden folgende vorrangige Bedarfe genannt:

1. (21 Mal) Niederschwellige Beratungsangebote, Unterstützung Betreuung (auch online)
2. (14 Mal) Gruppenangebote
3. (10 Mal) Altersgerechte Informations- und Aufklärungsarbeit

Im offenen Antwortfeld 2 werden folgende vorrangige Bedarfe genannt:

1. (13 Mal) Patenschaften/Alltagshelfer*innen/neutrale Ansprechpartner*innen
2. (10 Mal) Gruppenangebote
3. (je 6 Mal) Aufklärung/Information und Beratungsangebote für die gesamte Familie

Im offenen Antwortfeld 3 werden folgende vorrangige Bedarfe genannt:

1. (9 Mal) Information/Transparenz/Aufklärung/Prävention

2. (8 Mal) Alltagsbegleitung durch Paten oder Fachkräfte
3. (7 Mal) Erweiterung der Angebotsstruktur

27. Für den Bereich: Kinder und Jugendliche mit mindestens einem psychisch **erkrankten Elternteil**: Welche Strukturen wollen Sie in Ihrer Kommune in absehbarer Zeit weiterentwickeln/verbessern?

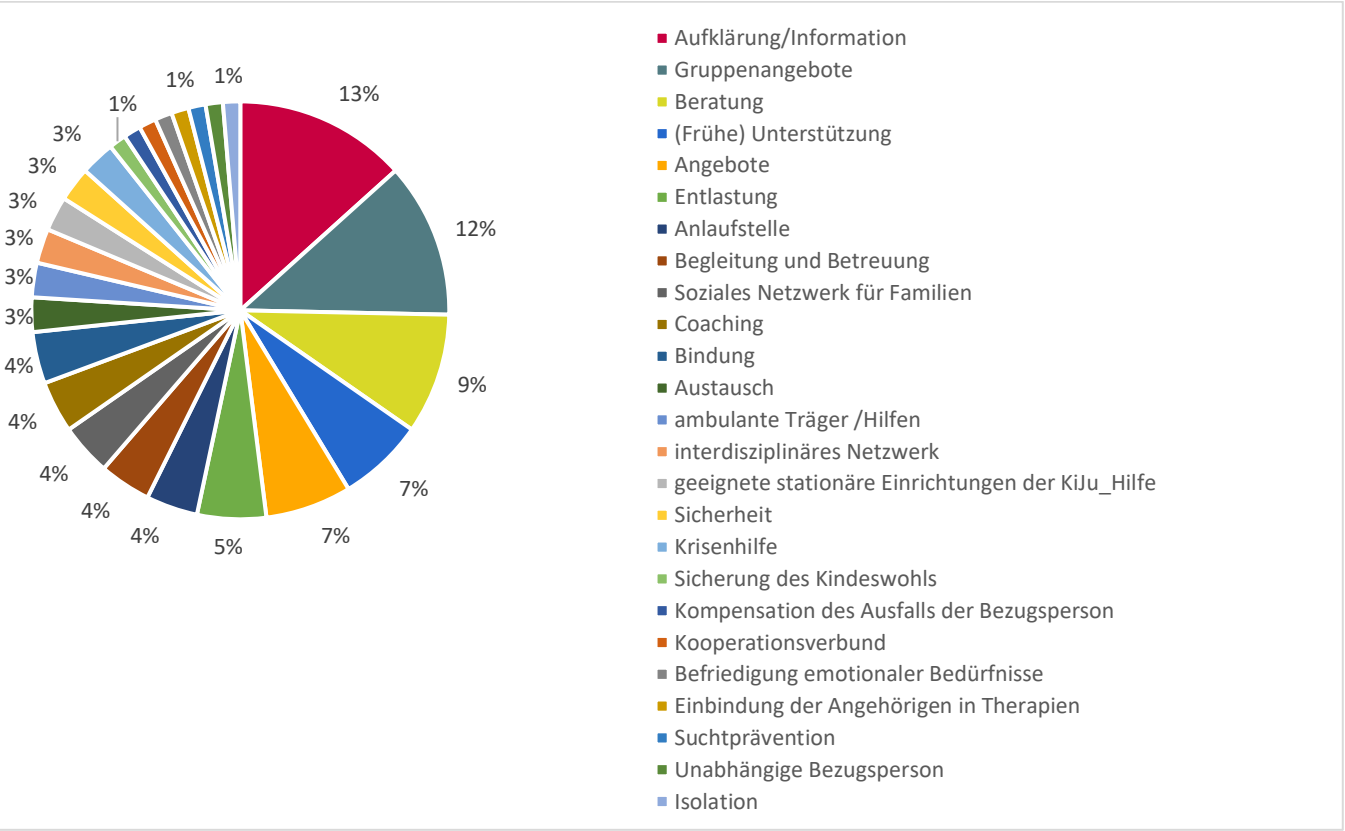
- Auf Rang 1
  - 55,10% Schaffung eines kommunalen interdisziplinären Netzwerkes
  - 48,48% Frühe Hilfen
  - 47,83% Hilfen zur Erziehung
- Auf Rang 2
  - 46,15 % interdisziplinäre Fortbildungen
  - 40,0% Einbindung von Jugendsozialarbeit
  - 34,78% Hilfen zur Erziehung
- Auf Rang 3
  - 50,00% Einbindung von Jugendsozialarbeit
  - 50,00% Einbindung von Jugendsozialarbeit
  - 47,37% Öffentlichkeitsarbeit
- Die Größe der Kommune hat auf die Antworten keinen Einfluss.
- Die Kommunenform hat auf die Beantwortung der Frage keinen Einfluss.

Zur Auswahl stehen außerdem Entwicklung und Abstimmung von Qualitätsstandards, Einbindung von Kindertagesstätten, Öffentlichkeitsarbeit und die Einbindung von Schulen. Diese Antwortmöglichkeiten werden seltener genannt. Insgesamt gibt es somit zehn Antwortmöglichkeiten.
Die Teilnehmenden hatten die Möglichkeit, aus zehn Antwortmöglichkeiten zu wählen und sie nach der eigenen Meinung in eine Rangfolge zu bringen. Hieraus ergeben sich Rangfolgen, wobei hier die jeweils ersten drei Ränge genannt werden.

28. Für den Bereich: Kinder und Jugendliche mit mindestens einem suchterkrankten **Elternteil**: Welches sind aus Ihrer fachlichen Sicht die **drei vorrangigen** Bedarfe betroffener Kinder und Jugendlicher in Ihrer Kommune?

Es handelt sich hierbei um eine offene Frage mit 3 Antwortmöglichkeiten. Die Antworten werden in der Auswertung geclustert.

Die drei vorrangigen Bedarfe aus fachlicher Sicht in der Kommune für den Bereich von Kindern und Jugendlichen mit einem suchterkrankten Elternteil - Darstellung des Antwortfeld 1



Offene Frage mit 3 Antwortmöglichkeiten, die Antworten wurden geclustert über alle 92 Teilnehmenden, hier die Beantwortung der Antwortmöglichkeit 1

Im offenen Antwortfeld 1 werden folgende vorrangigen Bedarfe genannt:

1. (10 Mal) Aufklärung/Information/Antistigmaarbeit
2. (9 Mal) Gruppenangebote
3. (7 Mal) Beratung (hierunter mehrfach niederschwellige Beratungsangebote, niederschwellige Unterstützung und Beratung auch in anonymisierter Form, Onlineberatung, Beratungsangebote außerhalb der HzE)

Im offenen Antwortfeld 2 werden folgende vorrangigen Bedarfe genannt:

1. (11 Mal) Hilfen für Familien
2. (10 Mal) Gruppenangebote
3. (9 Mal) Patenschaften/Ansprechpartner*innen/Alltagshelfer*innen

Im offenen Antwortfeld 3 werden folgende vorrangigen Bedarfe genannt:

1. (15 Mal) Erweiterung der Angebote/ Ausbau des Therapieangebots/Ambulante Hilfen/Beratung
2. (11 Mal) Aufklärung/Information/Antistigmaarbeit
3. (8 Mal) Patenschaften/Ansprechpartner*innen/Alltagshelfer*innen

29. Für den Bereich: Kinder und Jugendliche mit mindestens einem suchterkrankten **Elternteil**: Welche Strukturen wollen Sie in Ihrer Kommune in absehbarer Zeit weiterentwickeln/verbessern?

- Auf Rang 1
  - 59,09% kommunales interdisziplinäres Netzwerk
  - 40,74% Frühe Hilfen
  - 34,78% Hilfen zur Erziehung

- Auf Rang 2
  - 77,78% Einbindung von Jugendarbeit
  - 37,04% Frühe Hilfen
  - 34,78% Hilfen zur Erziehung

- Auf Rang 3
  - 47,37% Einbindung von Kindertagesstätten
  - 45,45% Einbindung von Jugendsozialarbeit
  - 40,91% Einbindung von Schulen

Zur Auswahl stehen außerdem interdisziplinäre Fortbildungen, Öffentlichkeitsarbeit und Entwicklung sowie Abstimmung von gemeinsamen Qualitätsstandards. Diese Antwortmöglichkeiten werden seltener genannt. Insgesamt gibt es somit zehn Antwortmöglichkeiten.
Die Teilnehmenden haben die Möglichkeit aus zehn Antwortmöglichkeiten zu wählen und sie nach der eigenen Meinung in eine Rangfolge zu bringen. Hieraus ergeben sich Rangfolgen, wobei hier die jeweils ersten drei Ränge genannt sind.

30. Wo wünschen Sie sich Unterstützung des LVR zur Verbesserung der Situation von Kindern und Jugendlichen mit einem psychisch und/oder suchterkrankten Elternteil?

Bei dieser letzten Frage handelt es sich um eine offene Frage. 31 Kommunen haben diese Frage nicht beantwortet. Mehrfachnennungen waren möglich.

1. An erster Stelle wünschen die Kommunen sich langfristige, verlässliche Unterstützung beim Auf- und Ausbau von Projekten und präventiven Angeboten (ambulant, stationär oder auch aufsuchend) (24 Kommunen).
2. An zweiter Stelle, nennen die Kommunen (21 Kommunen), dass sie sich interdisziplinäre Fortbildungen und fachliche Unterstützung wünschen würden, u.a. durch Fachtage oder eine direkte Ansprechpersonen, bzw. Fachberatung und Austausch.
3. An dritter Stelle wünschen sich 10 Kommunen den weiteren Auf- und Ausbau von Netzwerken, überregionalen, interdisziplinären Arbeitskreisen auch in Krisensituationen.

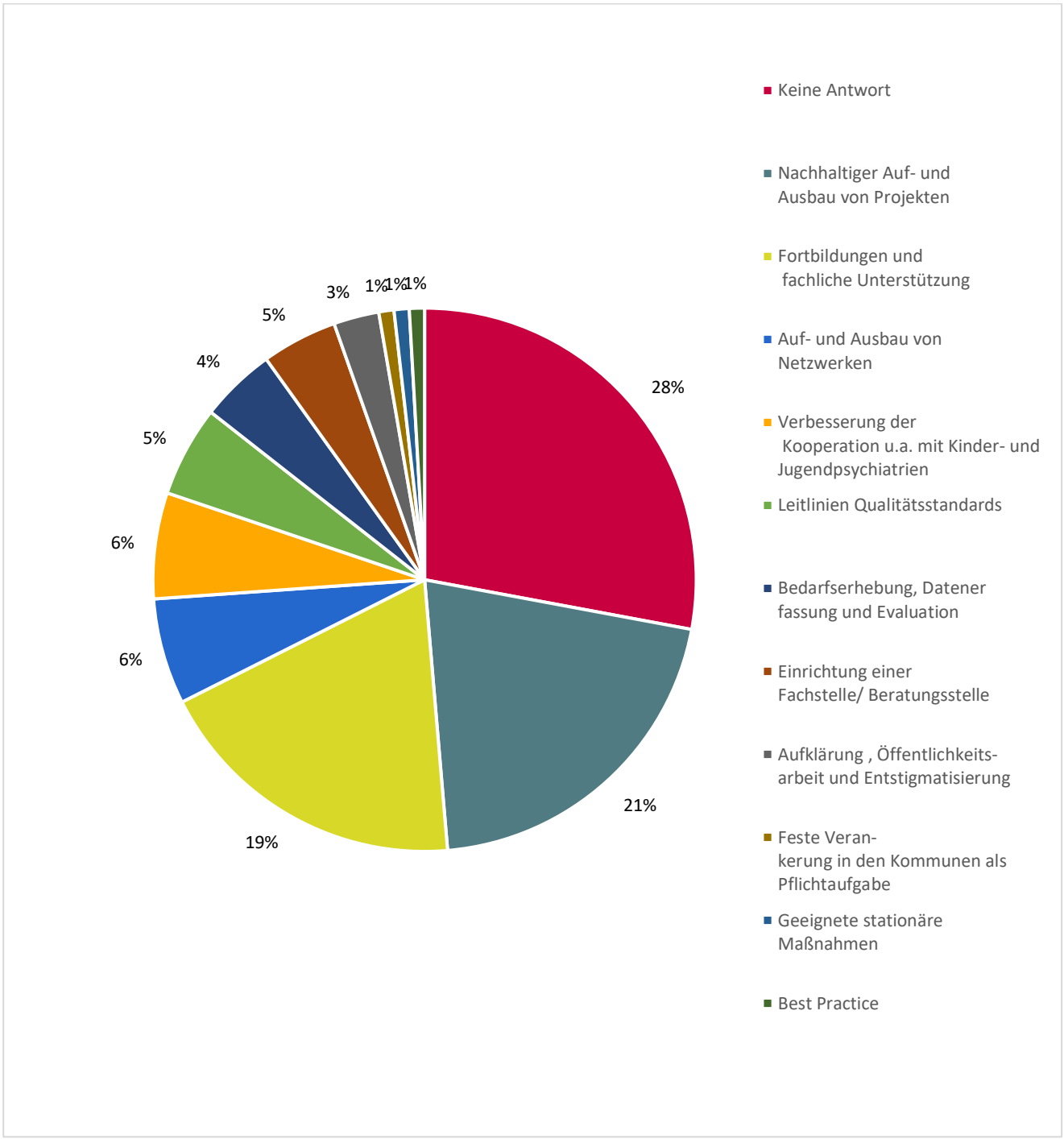
Als weiterer Wunsch wird eine bessere Kooperation mit Kinder- und Jugendpsychiatrien, LVR (-Kliniken), ASD, Jugendhilfe und Psychiatrie von 7 Kommunen genannt.
Genauso viele Kommunen (7 Kommunen) wünschen sich Unterstützung bei der Bedarfserhebung, Datenerfassung und Evaluation.

Als weitere Wünsche werden genannt:

- Leitlinien/Qualitätsstandards (6 Kommunen)
- Einrichtung einer Fach-/Beratungsstelle (5 Kommunen)
- Aufklärung, Öffentlichkeitsarbeit und Entstigmatisierung (3 Kommunen)
- Feste Verankerung in den Kommunen als Pflichtaufgabe (1 Kommune)

- Best Practice Beispiele (1 Kommune)

Wünsche an den LVR zur Verbesserung der Situation von Kindern und Jugendlichen mit einem psychisch und/oder suchterkrankten Elternteil



4 Auswertung der Expertengespräche

Um die Angebotslandschaft expliziter zu betrachten, werden qualitative Interviews mit abgestimmten Kommunen durchgeführt – Bonn, Duisburg, Essen, Remscheid, Wuppertal. Befragt werden Trägerorganisationen aus der Sozialpsychiatrie, Jugend- und Suchthilfe.
Hierbei gibt es Trägerorganisationen der Sozialpsychiatrie, die gleichzeitig auch Träger der Jugendhilfe sind und es gibt Gespräche mit Trägerorganisationen, die durch Netzwerkarbeit Hilfen für Familien mit einem psychisch oder suchterkrankten Elternteil anbieten.

Es wird ein Fragebogen entwickelt, der in allen Kommunen in den Gesprächen mit den Trägervertretern genutzt wird, um die Ergebnisse vergleichbar machen zu können.

Die Fragen lauten:

- Welche Hilfen werden angeboten und sind besonders wirksam?
- Mit wem wird bei den Hilfen kooperiert?
- Wie funktioniert die Zusammenarbeit mit Jugendhilfe im Netzwerk?
- Inwiefern sind Ämter, Schulen und Kitas am Netzwerk beteiligt?
- Wer organisiert das Netzwerk?
- Wer ist die treibende Kraft und wer hat welche Rolle?
- Gibt es Kooperationsverträge und wenn ja, mit wem?
- Gibt es gemeinsam verabschiedete Qualitätsstandards?
- Gibt es gemeinsame Fortbildungen auf regionaler Ebene?
- Wo gibt es Hindernisse in der Zusammenarbeit?
- Was funktioniert besonders gut in der Zusammenarbeit?
- Gibt es Startschwierigkeiten in der Zusammenarbeit?
- Was ist das besondere „Etwas“ in der Kommune?
- Gibt es an der Krisenversorgung außer dem Jugendamt weitere Beteiligte?
- Wie werden Kinder und Eltern in Krisensituationen unterstützt und gibt es zugehende Strukturen?
- Welche Ideen erachten Sie als übertragbar und empfehlenswert?
- Wovon wird abgeraten?
- Was wünschen Sie sich, wenn es eine zusätzliche finanzielle Förderung gibt?

4.1 Gemeindepsychiatrie Bonn-Rhein-Sieg gGmbH

In Bonn ist die befragte Trägerorganisation kein Jugendhilfeträger. Sie profitiert von den Netzwerkangeboten in der Kommune und hat seit Beginn der Netzwerkarbeit 2010 intensiv den Aufbau mit vorangetrieben. Das Netzwerk wurde gegründet, weil der Verein - früher Bonner Verein - kein Jugendhilfeträger ist und die Notwendigkeit sieht, sein Klientel, psychisch erkrankte Menschen, mit familienbezogenen Hilfen zu versorgen.
An dem Netzwerk sind 32 Träger aus der Jugendhilfe, Eingliederungshilfe, Rehaträger, niedergelassene Ärzte und die LVR-Klinik Bonn beteiligt und haben eine Kooperationsvereinbarung unterschrieben.
Der Chefarzt der LVR-Klinik war dabei - neben der Gemeindepsychiatrie Bonn-Rhein-Sieg gGmbH - eine treibende Kraft und arbeitet aktiv mit.

<u>Problematisch:</u>
Startschwierigkeiten gab es vor allem durch das Konkurrenzdenken der Akteure.
Hindernisse in Bezug auf die Zusammenarbeit bestehen außerdem in der Koordination nach innen, wo Informationen nicht systematisiert weitergegeben werden und Arbeitsweisen und –haltungen nicht nachhaltig und in der Breite verändert wurden. Das gilt insbesondere für die größeren Einrichtungen,

wie z. B. die Klinik. Dort besteht darüber hinaus das Problem, dass im Zuge einer Entwicklung verkürzter Aufenthaltszeiten der Austausch unter den Berufsgruppen zu kurz kommt und in dessen Folge auch das Entlassmanagement leidet.

Problematisch waren/sind in dieser Kommune die unzureichenden personellen Möglichkeiten der Sozialdienste in den Kliniken, die über zu geringe Ressourcen verfügen, als Partner (in Zusammenarbeit mit Ärzten, Pflegekräften worunter das Entlassmanagement leidet) aber sehr wichtig sind. Hindernisse in Bezug auf die Zusammenarbeit bestehen außerdem in der Koordination nach Innen. Vorhandene Materialien für Fachleute wurden nicht ausreichend genutzt.

Positive Aspekte:
Besonders wertvoll sind nach Aussage des Interviewpartners die Synergieeffekte, die durch die 10-jährige Projektarbeit entstanden ist. Verlässlicher Beziehungsaufbau führt zu funktionierenden Kooperationen und kurzen Informationswegen.
Es gibt eine Koordinierungsgruppe. Diese besteht aus Trägern der Gemeindepsychiatrie und der Jugendhilfe. Die dortige Arbeit wird jedoch bislang aus eigenen Ressourcen finanziert.

Ämter, Schulen und Kitas werden im Netzwerk involviert.

Das besondere „Etwas“ ist die ideelle und finanzielle Unterstützung der Stadt Bonn, welche zum Gelingen und Fortbestand der Netzwerkarbeit beiträgt.

Angebote:
Angeboten werden vielfältige, auch niederschwellige Hilfen für alle Altersgruppen.
Es gibt eine systematische Erfassung von Kindern. Eine Fachkraft übernimmt die Koordination und stößt die notwendigen Hilfen an. Es werden Handlungsleitlinien vereinbart, deren Inhalte die Feststellung von Kindern in einer Familie und die Übernahme des Falls beinhalten.
Besonders beliebt bei den Nutzern sind dabei niederschwellige Hilfen ohne weitere Hürden sowie Hilfen die Wege und Optionen aufzeigen.
Es gibt für die Eltern im Bereich der Sozialpsychiatrie ein Krisentelefon, welches abends und an Feiertagen von der Gemeindepsychiatrie Bonn-Rhein-Sieg gGmbH betrieben wird und einen Aufsuchenden Dienst. Hilfen in akuten Krisen sind Patenprojekte der Frühen Hilfen, kinder- und jugendpsychiatrische Beratung im Gesundheitsamt, Kinderschutzkräfte bei den freien Trägern sowie ein Aufsuchender Dienst für die Eltern.

4-6 Mal im Jahr trifft sich die Facharbeitsgemeinschaft. Außerdem gibt es themenspezifische Sitzungen/interne Fortbildungen in Bezug auf Hilfen für Kinder und Jugendliche z.B. Resilienz.

Stolpersteine aus Praktiker*innensicht:
Unser Interviewpartner rät davon ab, nur in Krisensituationen zusammenzuarbeiten, weil die Systeme aufgrund ihrer Aufgaben zum Teil konträr laufen und ein ganz anderes Verständnis vorhanden ist. Damit seien Missverständnisse wahrscheinlich. Ein gemeinsames Fallverständnis müsste von Kollegen unterschiedlicher Fachbereiche entwickelt werden, um in Krisensituationen handlungsfähig zu sein.

Bedarf aus Praktiker*innensicht:
Geht es um übertragbare, empfehlenswerte Strukturen, so wird von unserem Gesprächspartner zu einer Koordination analog zum Netzwerk Frühe Hilfen geraten.

Besonders hilfreich wäre auch (in Bonn), wenn die Mitarbeiter*innen der Jugendhilfe die Fachkräfte aus dem sozialpsychiatrischen Bereich regelmäßig in einem präventiven Sinne in ihre Fallbesprechungen einbeziehen würden.

Es braucht unter anderem Koordination, um Öffentlichkeitsarbeit nach innen und außen zu entwickeln oder zu nutzen, die nicht stigmatisierend ist.
Eine zentrale Anlaufstelle und offene Beratung in einer Kommune sind hierzu sinnvoll.

1. Bei einer eventuellen geringen zusätzlichen Förderung durch den LVR würde der befragte Praktiker sich eine Finanzierung einer zentralen Anlaufstelle wünschen, die die Schnittstellenkoordination, die offene Beratung und die Öffentlichkeitsarbeit übernimmt.
2. Bei einer höheren zusätzlichen Förderung würde es in Bonn sinnvoll sein, diese für Informations- und Präventionsarbeit einzusetzen. Einzelne Krisenmodule sollten zu einem ambulant aufsuchenden Krisendienst zusammengebracht werden. Es wäre erfreulich, wenn auch Online-Beratung möglich wäre. Die Niederschwelligkeit der Angebote müsste sichergestellt werden.

4.2 Netzwerk Kleine Held*innen Remscheid

In Remscheid findet das Interview während einer Netzwerksitzung statt, an der 29 Partner beteiligt sind. Somit wird hier kein einzelner Träger befragt.
Das Netzwerk gibt es seit 12 Jahren. An ihm beteiligt sind Trägerorganisationen aus dem Bereich Sozialpsychiatrie und Jugendhilfe inkl. Frühe Hilfen, Schulsozialarbeit, Suchthilfe, Frauenhäuser, u.v.m. Organisiert wird das Netzwerk durch die Geschäftsführerinnen im Jugendamt. Es gibt eine gemeinsame Geschäftsordnung und ein Leitbild, jedoch keine Qualitätsstandards.

Problematisch:
Die nachhaltige Finanzierung von Angeboten.

Positive Aspekte:
Durch die Netzwerkarbeit sind kurze Wege entstanden und Ansprechpartner*innen für alle bekannt. Gemeinsame, sozialleistungsträgerübergreifende, multiprofessionelle Projekte führen zu einer noch intensiveren Zusammenarbeit und gegenseitigem Verständnis.

Das besondere „Etwas“ in der Kommune ist die Harmonie, welche im Netzwerk vorhanden ist. Kurze Wege, die richtige kommunale Größe, der Austausch von Erfahrungswissen und vor allem die zwei Geschäftsführerinnen, die die Arbeit voranbringen, tragen erheblich zum Gelingen bei.

Angebote:
Das Netzwerk deckt zahlreiche Hilfen im Bereich Sozialpsychiatrie und Jugendhilfe ab. Hinzu kommen Familienzentren, Schulen, etc.

Gemeinsame Fachtage führen dazu, dass immer mehr Organisationen sich am Netzwerk beteiligten und es dadurch immer größer wird. Regelmäßige Messen für Interessierte und Fachleute dienen dazu, die Angebote vorzustellen und bekannter zu machen.

Es existiert ein Fortbildungspool in dem jeder Partner Schulungen, auch für andere Organisationen, anbieten kann.

Stolpersteine aus Praktiker*innensicht:
Startschwierigkeiten gibt es zunächst in der Zusammenarbeit mit dem stationären Bereich, sie haben sich bis heute allerdings mehr und mehr reduziert.

Bedarf aus Praktiker*innensicht:

1. Eine geringe oder auch höhere Förderung des LVR würde für gemeinsame, sozialleistungsträgerübergreifende, multiprofessionelle Projekte genutzt werden und dafür Projekte verstetigen.
   Ein solch nachhaltiges Projekt könnte beispielsweise ein Pilotprojekt für Projekttage in der 3. Klasse sein, für Konzepte für betroffene Jugendliche, für Frühe Hilfen oder die Regelfortbildungen für Schulen und Kitas.

4.3 Landeskoordinierungsstelle Frauen und Sucht NRW Bella Donna

Der Trägerverein der Einrichtungen BELLA DONNA ist auch anerkannter Träger der Jugendhilfe.
In Essen gibt es seit 20 Jahren Kooperationsvereinbarungen mit allen, die aktiv an der Versorgung und den Hilfen für suchterkrankte Mütter beteiligt sind. Das Jugendamt wird an dieser Stelle besonders genannt.
Alle an der Versorgung von drogenkonsumierenden/substituierenden Müttern und Vätern beteiligten Organisationen haben eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet. Hierunter u.a. das Jugendamt, der schulpsychologische Dienst, das Sozialpsychiatrische Zentrum, Erziehungsberatungsstellen, Beratung mit den Netzwerkpartner*innen. Außerdem gehören hierzu auch die Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen und Kliniken, vor allem gynäkologische Kliniken, an denen auch eine Kinderstation angebunden ist.
Einzelfallkooperationen gibt es auch mit Schulen und Kitas.

Der Trägerverein von BELLA DONNA ist ein Kooperationspartner dieser Kooperationsvereinbarung. In Essen gibt es weitere Arbeitskreise, an denen sich der Träger beteiligt.

Kooperationsverträge sind mit der Suchthilfe, Jugendhilfe, Kliniken mit Geburtsstation und gynäkologischer Versorgung, mit Erziehungsberatungsstellen und Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen abgeschlossen. Gemeinsam verabschiedete Qualitätsstandards gibt es nicht.

Fortbildungen finden eher überregional statt.

<u>Problematisch:</u>
Hindernisse in der Zusammenarbeit entstehen dadurch, dass es häufige Mitarbeiter*innenwechsel in dem Arbeitsfeld gibt (insbesondere bei den Jugendämtern) und somit Zuständigkeiten wechseln und Informationsflüsse nicht optimal funktionieren. Insgesamt gibt es zu wenig qualifiziertes Personal im System.
Es fehlt Expertise in Bezug auf die Auswirkungen von Substanzkonsum auf die Schwangerschaft und Elternschaft.
Historisch gewachsen verfügen die Jugendhilfe und die Suchthilfe eher nicht über Erfahrungen mit gelingender Kooperation, sodass Aushandlungsprozesse zur Kooperation, auch unter den Aspekten unterschiedlicher Expertise, von hoher Bedeutung sind.

<u>Positive Aspekte:</u>
Besonders gut funktioniert die Zusammenarbeit an der Stelle, da betroffene Frauen sehr früh in das Hilfesystem eingebunden werden. Jede Frau die suchterkrankt ist, wird nach der Geburt eines Kindes erst dann aus der Klinik entlassen, wenn sie in die Jugendhilfe weitervermittelt wurde. Die Klinik vermittelt. Diese Übergänge funktionierten meist sehr gut.
Durch eine zugehende Struktur konnte die Niederschwelligkeit ausgebaut werden, was sehr positive Effekte auf die Arbeit hatte.

Das besondere „Etwas“ in Essen ist, dass es bundesweit sehr selten ist, dass freie Träger Träger der Jugendhilfe sind und vertrauensvoll mit der Jugendhilfe zusammenarbeiten. Es vereinfacht die Arbeit, dass der Trägerverein von BELLA DONNA gleichzeitig auch Träger der Suchthilfe und Jugendhilfe ist und Anbieter der Erziehungshilfen.

Die Zusammenarbeit für die betroffenen Frauen in Essen funktioniert grundsätzlich gut. Insbesondere durch die abgeschlossenen Kooperationsverträge.

An der Krisenversorgung ist BELLA DONNA während der Öffnungszeiten beteiligt und Unterstützerin der Familien und des Jugendamtes.

Angebote:
BELLA DONNA bietet ambulante Flexible Hilfen, Gruppenangebote für Mütter und Kinder und Familien mit Suchterkrankungen an. Es sind altersgemäße Hilfen für die Kinder/Jugendliche vorhanden.
Die Themen Information und Aufklärung sind sehr wichtig und ein Teil der Arbeit mit den Kindern und Eltern. Einige Familien sind über Jahre hinweg in der Betreuung von BELLA DONNA.
Die Erfahrungen zeigen, dass Kinder und Jugendliche während ihrer gesamten Kindheit und Jugend Unterstützung brauchen. BELLA DONNA versucht diesem Bedarf weitestmöglich nachzukommen.

Stolpersteine aus Praktiker*innensicht:
Die Finanzierung ist nicht gesichert.
Die Vergütung für die Fachleistungsstunde ist nicht ausreichend. Zusätzliche (Spenden-)mittel sind notwendig, um Angebote aufrecht zu erhalten. Sollten Angebote nicht kontinuierlich erfolgen, so sind sie nicht hilfreich. Eine Projektförderung ist extrem schlecht, da die Kontinuität zu den Gelingensfaktoren gehört und durch Projekte nicht abbildbar ist.

Bedarf aus Praktiker*innensicht:
Kooperationsvereinbarungen müssen in den Kommune entwickelt werden und sind nicht kommunenübergreifend kopierbar, da die regionalen Gegebenheiten unterschiedlich sind und gemeinsame Aushandlungsprozesse einen hohen Wert haben.

Sinnvoll ist es, die Suchthilfe und Jugendhilfe in einer Trägerschaft zu vereinen. Aus finanziellen Gründen heraus, aber auch, weil dadurch komplexere Hilfen angeboten werden können.
Die zugehende Struktur hat zu einer Verbesserung der Situation von Müttern mit einer Suchterkrankung geführt sowie zu einer Verbesserung der Versorgung der Kinder.

Langfristigkeit, professionelle Beziehungsarbeit, gut qualifizierte Kinderbetreuung und gut qualifiziertes Personal sind ebenfalls sehr wichtig.

Die Psychohygiene der Mitarbeitenden muss konzeptionell verankert sein, da die Fluktuation ansonsten zu hoch ist.

1. Sollte es eine zusätzliche finanzielle Förderung durch den LVR geben, so würde diese dafür genutzt werden, Angebote zu erweitern und multifunktionale Räumlichkeiten zu schaffen.
2. Zudem würde ein weiterer Dienstwagen die Arbeit sehr erleichtern. Weitere Sachmittel und Weiterqualifizierung wären weitere Wünsche.

4.4 alpha e.V. Wuppertal

alpha e.V. ist seit 2011 Träger der Jugendhilfe. Das Projekt „Zeitraum“ (Hilfen für Kinder psychisch erkrankter Eltern) gibt es seit 2011.
Es gibt schriftliche Kooperationsvereinbarungen mit der zuständigen Fachklinik und dem Jugendamt der Stadt. Weitere Zusammenarbeit gibt es mit dem sozialpsychiatrischen Netzwerk der Stadt und mit verschiedenen Einrichtungen der Jugendhilfe. Gleichwohl bestehen Kontakte zum Jobcenter, Therapeut*innen, Beratungsstellen, Schulen (insbesondere Schulsozialarbeit), niedergelassene Fachärzt*innen, Kinderärzt*innen und auch Gynäkolog*innen, persönliche Begegnungen und Erfahrungsberichte bisheriger Nutzer*innen.
Die Zusammenarbeit führt zu kurzen, schnellen Wegen.

Wichtige Schnittstelle ist hier der Arbeitskreis „Jugendhilfe und Sozialpsychiatrie“ und die Anwesenheit und Mitarbeit dort.
Im Arbeitskreis wurden verbindliche Handlungsleitlinien und Verträge im Rahmen von 8a Meldungen erarbeitet. Diese gelten für alle Träger, die an der Erarbeitung im Arbeitskreis beteiligt waren.

Fortbildungen auf regionaler Ebene gab es in Remscheid, Wuppertal und Solingen. Es handelt sich hier eher um kleinere Veranstaltungen (bis 50 Personen), Einladungen zu Referaten/Vorträgen zur Arbeit, Handouts und Weitergabe von Infomaterialien.

Problematisch:
Hindernisse gab es auf Netzwerkebene: Informationsfluss, differierende Sprachen der beiden Systeme Jugendhilfe und Sozialpsychiatrie, Schweigepflichtsentbindungen, Wechsel von Helfern im System.

Hindernisse auf persönlicher Ebene: Vorerfahrungen/Ängste Jugendamt auf Seiten der Betroffenen, Krisen der Eltern, keine Fahrdienste (deshalb war es manchmal schwierig, dass Kinder nicht zu den Gruppenangeboten kommen konnten).

Positive Aspekte:
Besonders positiv funktioniert in der Zusammenarbeit der „kurze Draht“, Niederschwelligkeit und zeitnahe Termine, Integrierung von erlebnispädagogischen Ansätzen, Beteiligung der Betroffenen, individuelle Bedarfsabklärung.

Die Haltung im Arbeitskreis ist besonders hervorzuheben. Engagierte Menschen mit wirklichem Interesse sind dort tätig.

Die Zusammenarbeit zwischen Jugendamt, Sozialpsychiatrie und Psychiatrie bei Klinikaufenthalten funktioniert in der Regel sehr gut.
Unterstützung erfahren Kinder und Eltern in Krisensituationen über Gespräche, Anbindung an andere Hilfssysteme, Abklärung familiärer Ressourcen, Aufklärung, Gruppenangebote und ggf. Hinzuziehung Jugendamt. Es findet eine gemeinsame Suche nach guten Möglichkeiten statt.

Angebote:
Der „alpha e.V.“ bietet ein breites Spektrum von Jugendhilfen an:
stationäre Wohngruppen für Kinder, 5-Tage Gruppe (vollstationär in der Woche, am Wochenende bei den Eltern), Pflegeeltern- und Erziehungsstellenberatung, sozialpädagogische Beratung, flexible Erziehungshilfen (für Familien mit einem psychisch erkrankten Elternteil) und Ambulant Betreutes Wohnen für junge Volljährige mit einer psychischen Erkrankung.

Das Projekt „Zeitraum“ war zunächst durch die Aktion Mensch gefördert, wird mittlerweile aber durch das Jugendamt mit zwei 50 % Stellen zu 75 % teilfinanziert. Der Rest wird über Eigenmittel des Vereins und Spendeneinnahmen finanziert. Das Projekt bietet unterschiedliche Bausteine an, u.a. Gruppenangebote, Einzelberatungen, Familienberatungen, Projektangebote, bei Bedarf aufsuchende

Arbeit, erlebnispädagogische Angebote und einmal im Monat eine Kliniksprechstunde, wobei sich hier die Kommunikation wegen häufig wechselndem Personal mitunter schwierig gestaltet und sehr von der Offenheit der Klinikleitung abhängt. In der Klinik wird erhoben, ob es Kinder in der Familie gibt.

Das besondere „Etwas“ ist, dass es sehr viele engagierte Menschen gibt und eine sehr wohlwollende Haltung und Solidarität, auch auf Seiten des Jugendamtes, herrscht. In Wuppertal gibt es Quartiere mit ganz reichen und ganz armen Menschen sowie einen großen Anteil an Hartz IV Bezieher*innen.

Das Gesundheitsamt der Stadt Wuppertal hat eine Kinder- und Jugendpsychiaterin angestellt.

Stolpersteine aus Praktiker*innensicht:
Es gibt Startschwierigkeiten, viel Informationsarbeit und Abbau von Hemmschwellen für die Inanspruchnahme waren nötig.

Bedarf aus Praktiker*innensicht:

1. Eine zusätzliche Förderung des LVR würde für kostendeckendes Arbeiten in Bezug auf vorhandene Angebote genutzt werden und außerdem für weitere Angebote.
2. Mit einer höheren Förderung würde man eine Personalstelle schaffen, vor allem um flexible Hilfen insbesondere für Kinder, deren Eltern sich in einer Krise befinden, anbieten zu können.

4.5 PHG Duisburg gGmbH

Die PHG Duisburg ist Träger der Jugendhilfe und Eingliederungshilfe.

Zu jedem einzelnen Bereich aus dem SGB VIII existieren Leistungsvereinbarungen.

In Notfallsituationen ist das Jugendamt auf die Hilfe der Träger angewiesen.

Die PHG pflegt enge Kooperationen mit dem Jugendamt Duisburg und den verschiedensten Kooperationspartnern wie z.B. Schulen und Kitas, je nach vorhandenem Personal ist Öffentlichkeitsarbeit oder Präsenz vor Ort möglich.

Die treibende Kraft des Netzwerks sind das Jugendamt, Kinder- und Jugendpsychotherapeut*innen, die PHG, Psychiatriekoordinator*innen, Stadtteilkonferenzen und das Netzwerk Frühe Hilfen.

Kooperationsverträge und Handlungsleitlinien gibt es mit den Netzwerken der PSAG und den Frühen Hilfen. Teilnehmen darf nur, wer diese unterschrieben hat.

Problematisch:
Hindernisse in der Netzwerkarbeit bestehen vor allem dort, wo es fehlende Kenntnisse in Bezug auf Ansprechpartner*innen auf Seiten des Jugendamtes gibt, hierdurch leidet die Geschwindigkeit, frühzeitig Hilfen zu bekommen.

Ein weiteres Hindernis stellen nicht kostendeckende Entgelte der Jugendhilfe dar.

Positive Aspekte:
Die Netzwerkarbeit funktioniert besonders gut. Die Jugendhilfe der PHG nimmt an 17 Arbeitskreisen in Duisburg teil und an weiteren überregional und zeigt dabei kontinuierlich Präsenz. Dadurch haben die Mitarbeiter intensive Kenntnisse über die aktuellen Projekte, die Arbeit und Begebenheiten vor Ort aber auch auf der überregionalen Ebene.

Es werden immer wieder im Rahmen der Netzwerke Fortbildungen auf regionaler Ebene angeboten.

Einmal jährlich gibt es einen Gesamtnetzwerktag der PSAG.

Angebote:
Im Rahmen der Jugendhilfe werden verschieden Kindergruppen, konkrete und individuelle Hilfen zur Erziehung, Hilfen für psychisch kranke Jugendliche und junge Erwachsene angeboten.

Die offene Sprechstunden und die Kindergruppe der KipE runden das Angebot in Form einer sehr niederschwelligen und unbürokratischen Hilfen ab, wobei Teile der KipE inzwischen befristet refinanziert werden durch das Jugendamt Duisburg.

Kontinuierliche Mitarbeiterpräsenz und enge Zusammenarbeit mit den Jugendamtsmitarbeiter*innen sind positive Gelingensfaktoren.

Die ambulante Jugendhilfe der PHG Duisburg kooperiert interdisziplinär mit den verschiedensten Fachbereichen, wie z.B. mit dem BeWo Team der PHG.

Stolpersteine aus Praktiker*innensicht:
Startschwierigkeiten gab es im Aufbau des Netzwerks, um gemeinsame Handlungsempfehlungen auf den Weg zu bringen.

Psychiatrie und Jugendhilfe sprechen häufig eine ganz andere Sprache und differieren in dem Punkt „was ist nötig“? Es gab große Vorbehalte der jeweiligen Systeme.

Das besondere „Etwas“ in der Kommune ist die Zusammenarbeit mit den BeWo Teams. Es können 2-3 Mitarbeitende aus Jugend- und Eingliederungshilfe in einer Familie tätig sein.

In Krisen müssen sofort viele Fachleistungsstunden vorgehalten werden. Die Organisation wird durch die Leitung und Koordination der PHG übernommen, die gleichzeitig auch Ansprechpartner*in für das Jugendamt sind.

In Krisensituationen ist die Jugendhilfe sofort und jederzeit erreichbar, um Hilfen zu leisten.

Es gibt zugehende Strukturen, Handlungsrichtlinien, Prozessvereinbarungen, Qualitätsentwicklungsvereinbarungen für Jugendhilfe und Mitarbeitende der Sozialpsychiatrie in der PHG bzw. Integrierten Versorgung.

Bedarf aus Praktiker*innensicht:

1. Zusätzliche geringe Fördermittel des LVR würden für den Bereich Öffentlichkeitsarbeit und niederschwellige Hilfen investiert werden und ein weiterer Ausbau von Sprechstunden/Netzwerkarbeit stattfinden.
2. Eine hohe zusätzliche Förderung würde für einen Mitarbeitenden eingesetzt, der die Grenzen zwischen Betreuungsleistungen und Jugendhilfeleistungen und SGB V und SGB VIII auflöst. So wäre eine Taskforce möglich, die in Krisensituationen eintritt. Individuelle Hilfen, damit für Kinder und Eltern Klinikaufenthalte vermieden werden könnten.

5 Bedarfe der Kommunen

Hier soll noch einmal auf die Fragen eingegangen werden, ob es weiße Flecken gibt und welchen Bedarf Kommunen haben/sehen?

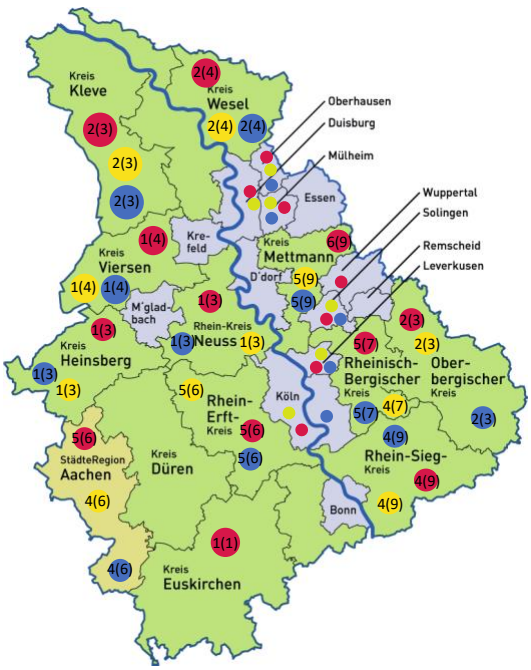
Wichtiger Hinweis:

Die Kommunen haben nach bestem Wissen und Gewissen geantwortet. Trotzdem erheben die Auswertungen keinen Anspruch auf Vollständigkeit, da den Ämtern, aufgrund von Trägerschaft in anderer Hand und/oder fehlender Übersicht über die Angebote in der Kommune nicht alle Hilfen bekannt sind. Darauf haben sie mehrfach in den Umfragen hingewiesen.

Zur Erklärung: die folgenden Karten zeigen die Anzahl (x) Kommunen in denen ein Angebot/eine Bedarfsanalyse/eine Übersicht/ein Netzwerk etc. **nicht vorhanden** ist. Immer in Bezug gesetzt zu der Anzahl an teilnehmenden Kommunen eines Kreises.

1. Gibt es weiße Flecken? In Bezug auf Angebote außerhalb der Hilfen zur Erziehung für Kinder und Jugendliche von Eltern mit einer psychischen Erkrankung.

Keine Angebote für
Kinder und Jugendliche von psychisch erkrankten Eltern



Keine Angebote für Kinder und Jugendliche von psychisch erkrankten Eltern

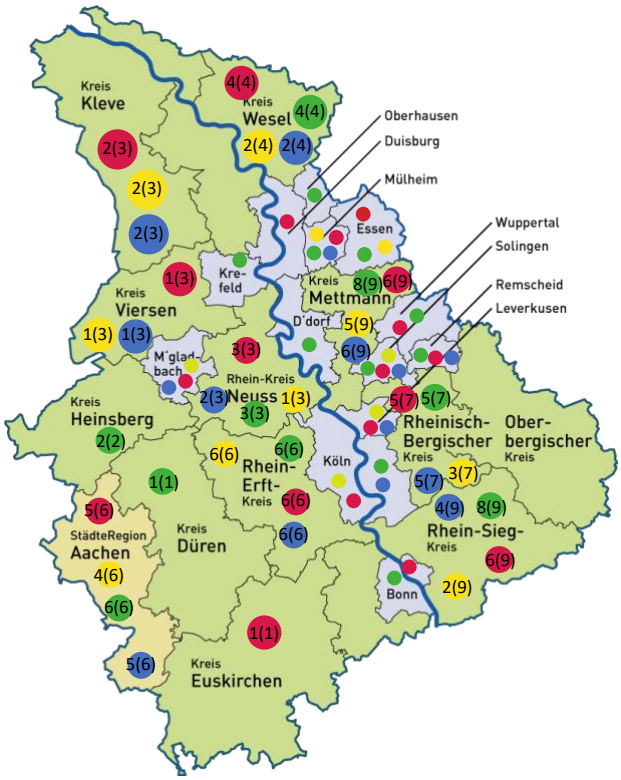
- Keine Angebote für 4-7 Jährige in psychiatrischen Kliniken
- Keine Angebote für 8-12 Jährige in psychiatrischen Kliniken
- Keine Angebote für 13-18 Jährige in psychiatrischen Kliniken

x(y) Anzahl der teilgenommenen Kommunen in denen das Angebot für 4-7 Jährige nicht vorhanden ist.

x(y) Anzahl der teilgenommenen Kommunen in denen das Angebot für 8-12 Jährige nicht vorhanden ist.

x(y) Anzahl der teilgenommenen Kommunen in denen das Angebot für 13-18 Jährige nicht vorhanden ist.

Keine Gruppenbezogenen Angebote für Kinder und Jugendliche von psychisch erkrankten Eltern



Keine Gruppenbezogenen Angebote für Kinder und Jugendliche von psychisch erkrankten Eltern

- Keine Angebote für 4-7 Jährige in psychiatrischen Kliniken
- Keine Angebote für 8-12 Jährige in psychiatrischen Kliniken
- Keine Angebote für 13-18 Jährige in psychiatrischen Kliniken
- Keine Selbsthilfegruppen für Jugendliche

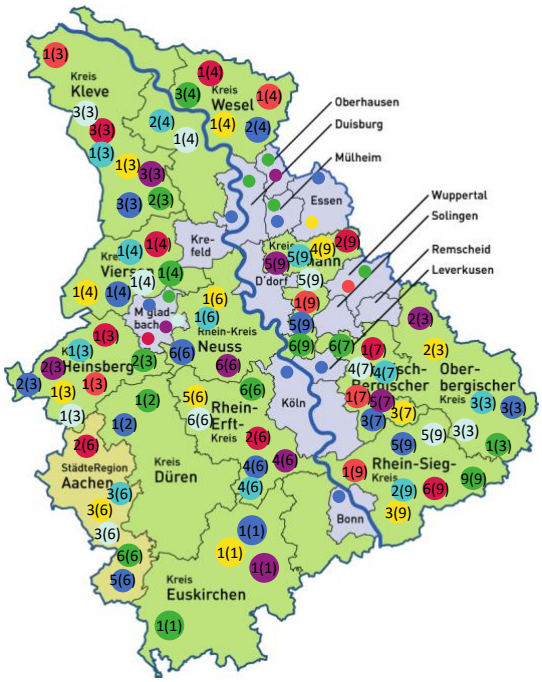
x(y) Anzahl der teilgenommenen Kommunen in denen das Angebot für 4-7 Jährige nicht vorhanden ist.

x(y) Anzahl der teilgenommenen Kommunen in denen das Angebot für 8-12 Jährige nicht vorhanden ist.

x(y) Anzahl der teilgenommenen Kommunen in denen das Angebot für 13-18 Jährige nicht vorhanden ist.

x(y) Anzahl der teilgenommenen Kommunen in denen es keine Selbsthilfegruppen gibt.

Keine Hilfen für Familien von psychisch erkrankten Eltern



Keine Hilfen für Familien von psychisch erkrankten Eltern

x(y) Anzahl der teilgenommenen Kommunen in denen es keine Familienhebamme gab.

x(y) Anzahl der teilgenommenen Kommunen in denen es keine Frühförderung gab.

x(y) Anzahl der teilgenommenen Kommunen in denen es keine Haushaltshilfe gab.

x(y) Anzahl der teilgenommenen Kommunen in denen es keine Patenprojekte gab.

x(y) Anzahl der teilgenommenen Kommunen in denen es keine Frühen Hilfen gab.

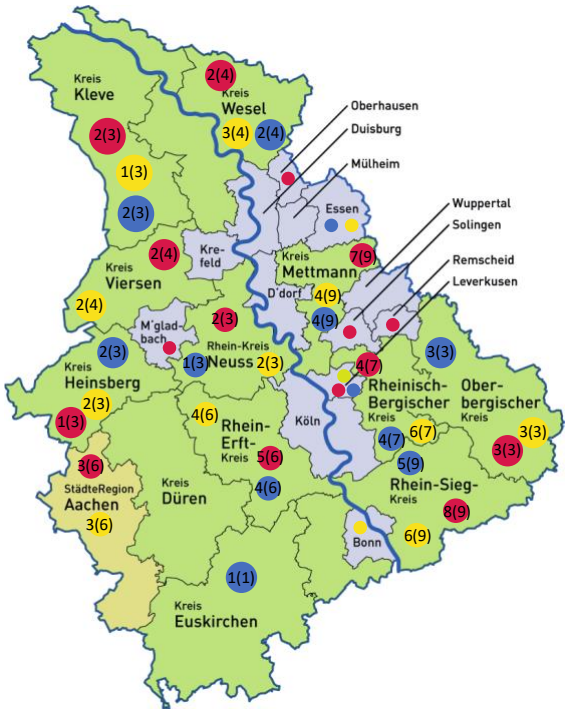
x(y) Anzahl der teilgenommenen Kommunen in denen es keine Familienzentren gab.

x(y) Anzahl der teilgenommenen Kommunen in denen es keine niederschwellige Krisenintervention gab.

x(y) Anzahl der teilgenommenen Kommunen in denen es keine psychosoz. Unterstützung für Familien gab.

x(y) Anzahl der teilgenommenen Kommunen in denen es keine Hilfen für Familien im sozialpädiatrischen Zentrum gab.

Keine Beratung für psychisch erkrankte Eltern



Keine Beratung für psychisch erkrankte Eltern

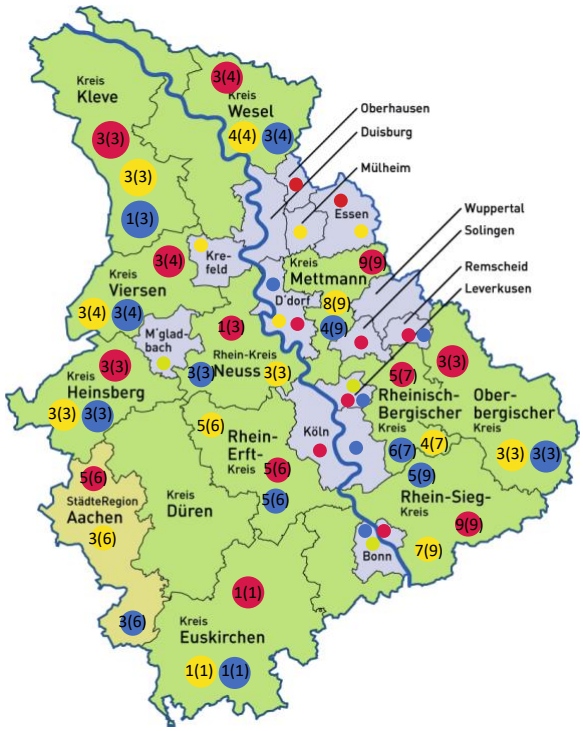
- In psychiatrischen Kliniken
- Im Sozialraum
- Erziehungsstärkende Elternkurse/ Trainings

x(y) Anzahl der teilgenommen Kommunen in denen es keine Beratung für Elternin psychiatrischen Kliniken gibt.

x(y) Anzahl der teilgenommen Kommunen in denen es keine Beratung für Eltern im Sozialraum gibt.

x(y) Anzahl der teilgenommen Kommunen in denen es keine Beratung für Eltern durch erziehungsstärkende Elternkurse/ Trainings gibt.

Keine Gruppenbezogenen Angebote für psychisch erkrankte Eltern



Keine Gruppenbezogenen Angebote für psychisch erkrankte Eltern

- In psychiatrischen Kliniken
- Im Sozialraum
- Selbsthilfegruppen Eltern

x(y) Anzahl der teilgenommenen Kommunen in denen gruppenbezogene Angebote für Eltern in psychiatrischen Kliniken nicht vorhanden sind.

x(y) Anzahl der teilgenommenen Kommunen in denen gruppenbezogene Angebote für Eltern im Sozialraum nicht vorhanden sind.

x(y) Anzahl der teilgenommenen Kommunen in denen Selbsthilfegruppen für Eltern nicht vorhanden sind.

Den dringendsten Ausbaubedarf sehen die Kommunen für Angebote der Altersgruppe der 8-12 Jährigen, allerdings dicht gefolgt von den Angeboten für 13-18 Jährige und 4-7 Jährige.

Geht es um gruppenbezogene Angebote, wünschen die Kommunen sich mehr Selbsthilfegruppen für Jugendliche (37 Kommunen), mehr Patenprojekte (32 Kommunen) und niederschwellige Krisenintervention (34 Kommunen).

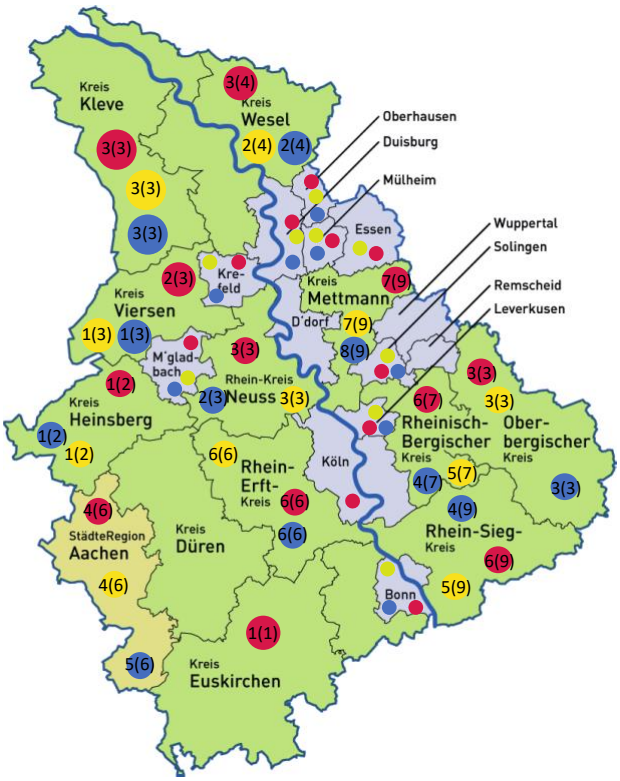
Im Bereich der Beratung für Eltern benennen die Kommunen den Bedarf zu mehr erziehungsstärkenden Elternkursen/Trainings (33 Kommunen), obwohl es dieses Angebot bereits in vielen Kommunen gibt.

Zusammenfassend kann man in Bezug auf die Angebote für Kinder und Jugendliche von psychisch erkrankten Eltern feststellen, dass ein hoher Bedarf in folgenden Bereichen benannt wird:

1. **im Ausbau der Patenprojekte**
2. **im Ausbau der Selbsthilfegruppen für Jugendliche**
3. **im Ausbau erziehungsstärkender Elternkursen/Trainings**

2. Gibt es weiße Flecken? In Bezug auf Angebote außerhalb der Hilfen zur Erziehung für Kinder und Jugendliche von Eltern mit einer Suchterkrankung.

<u>Keine</u> Angebote für Kinder und Jugendliche von suchterkrankten Eltern



Keine Angebote für Kinder und Jugendliche von suchterkrankten Eltern

- Keine Angebote für 4-7 Jährige in Abteilungen für Abhängigkeitserkrankungen und Psychotherapie
- Keine Angebote für 8-12 Jährige in Abteilungen für Abhängigkeitserkrankungen und Psychotherapie
- Keine Angebote für 13-18 Jährige in Abteilungen für Abhängigkeitserkrankungen und Psychotherapie

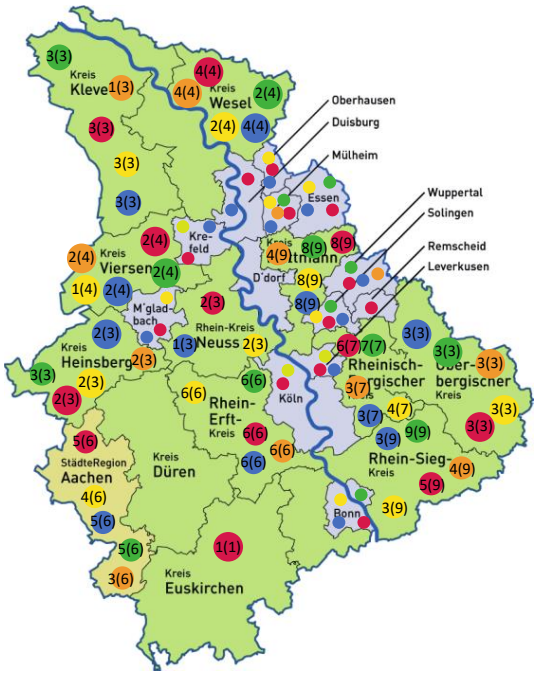
x(y) Anzahl der teilgenommenen Kommunen in denen das Angebot für 4-7 Jährige nicht vorhanden ist.

x(y) Anzahl der teilgenommenen Kommunen in denen das Angebot für 8-12 Jährige nicht vorhanden ist.

x(y) Anzahl der teilgenommenen Kommunen in denen das Angebot für 13-18 Jährige nicht vorhanden ist.

Insgesamt sind deutlich weniger Angebote vorhanden als bei Kindern und Jugendlichen mit psychischen Erkrankungen. Dies macht sich insbesondere in der Altersgruppe der 13-18 Jährigen bemerkbar. Dort bieten statt 35 nur 24 Kommunen Angebote an.

Keine Gruppenbezogenen Angebote außerhalb der Hilfen zur Erziehung für Kinder von suchterkrankten Eltern



Keine Gruppenbezogene Angebote außerhalb der HzE für Kinder von suchterkrankten Eltern

- für 4-7 Jährige
- für 8-12 Jährige
- für 13-18 Jährige
- in Selbsthilfegruppen für Jugendliche
- in Drogenberatungsstellen

x(y) Anzahl der teilgenommenen Kommunen in denen es keine gruppenbezogenen Angebote außerhalb der HzE für 4-7 Jährige gibt.

x(y) Anzahl der teilgenommenen Kommunen in denen es keine gruppenbezogenen Angebote außerhalb der HzE für 8-12 Jährige gibt.

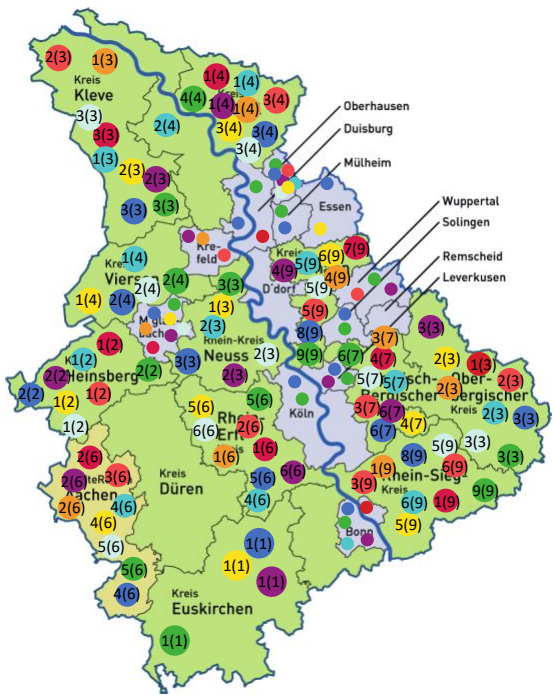
x(y) Anzahl der teilgenommenen Kommunen in denen es keine gruppenbezogenen Angebote außerhalb der HzE für 13-18 Jährige gibt.

x(y) Anzahl der teilgenommenen Kommunen in denen es keine Selbsthilfegruppen für Jugendliche gibt.

x(y) Anzahl der teilgenommenen Kommunen in denen es keine Gruppenbezogenen Angebote in Drogenberatungsstellen gibt.

Gruppenbezogene Angebote außerhalb der Hilfen zur Erziehung sind genauso häufig, wie bei Kindern und Jugendlichen mit einem psychisch erkrankten Elternteil.

Keine Hilfen für Familien mit einem suchterkrankten Elternteil



Keine Hilfen für Familien von suchterkrankten Eltern

x(y) Anzahl der teilgenommenen Kommunen in denen es keine Familienhebamme gab.

x(y) Anzahl der teilgenommenen Kommunen in denen es keine Frühförderung gab.

x(y) Anzahl der teilgenommenen Kommunen in denen es keine Haushaltshilfe gab.

x(y) Anzahl der teilgenommenen Kommunen in denen es keine Patenprojekte gab.

x(y) Anzahl der teilgenommenen Kommunen in denen es keine Frühen Hilfen gab.

x(y) Anzahl der teilgenommenen Kommunen in denen es keine Familienzentren gab.

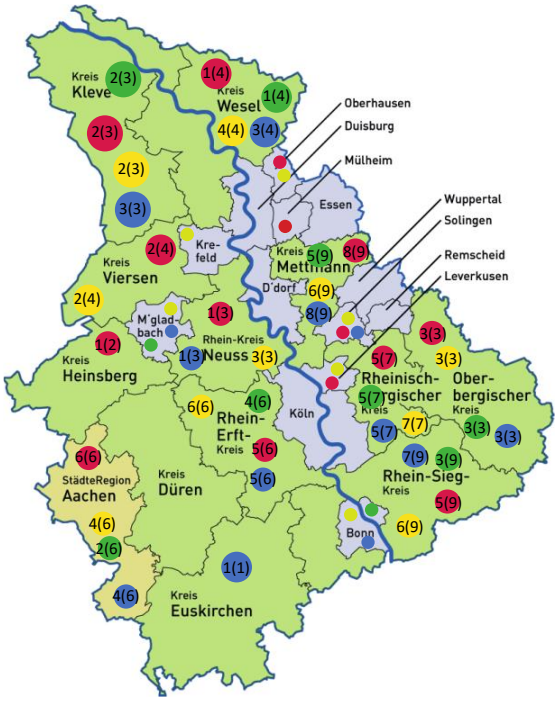
x(y) Anzahl der teilgenommenen Kommunen in denen es keine niederschwellige Krisenintervention gab.

x(y) Anzahl der teilgenommenen Kommunen in denen es keine psychosoz. Unterstützung für Familien gab.

x(y) Anzahl der teilgenommenen Kommunen in denen es keine Hilfen für Familien im sozialpädiatrischen Zentrum gab.

Bei den Hilfen für Familien für Kinder und Jugendliche von Eltern mit einer Suchterkrankung gibt es im Vergleich über 100 Angebote weniger, als für Kinder und Jugendliche psychisch erkrankter Eltern. Besonders deutlich ist der Unterschied bei den Familienzentren, Frühen Hilfen und Familienhebammen.

Keine Beratung für Eltern mit einer Suchterkrankung



Keine Beratung für Eltern mit einer Suchterkrankung

- Keine Angebote in psychiatrischen Kliniken
- im Sozialraum
- erziehungsstärkende Elternkurse/ Trainings
- niederschwellige Kontakt- und Beratungsangebote für suchterkrankte Eltern

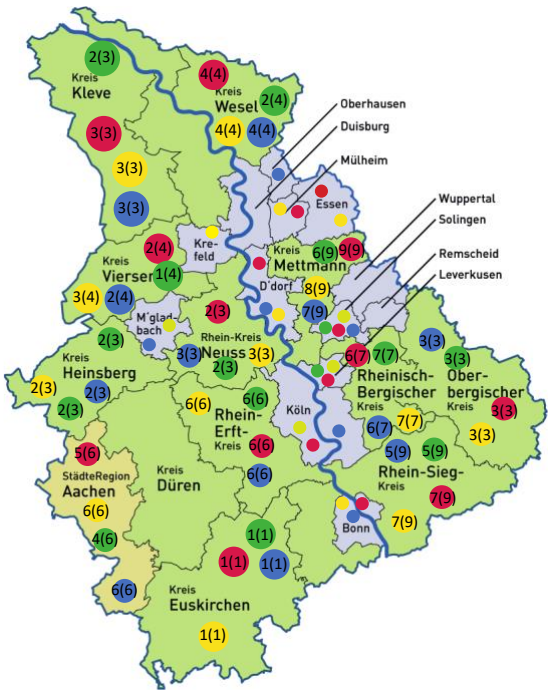
x(y) Anzahl der teilgenommenen Kommunen in denen Beratung für Eltern in psychiatrischen Kliniken nicht vorhanden ist.

x(y) Anzahl der teilgenommenen Kommunen in denen Beratung für Eltern im Sozialraum nicht vorhanden ist.

x(y) Anzahl der teilgenommenen Kommunen in denen erziehungsstärkende Elternkurse nicht vorhanden sind.

x(y) Anzahl der teilgenommenen Kommunen in denen niederschwellige Kontakt- und Beratungsangebote nicht vorhanden sind.

Keine Gruppenbezogenen Angebote für Eltern mit einer Suchterkrankung



Keine Gruppenbezogenen Angebote für Eltern mit einer Suchterkrankung

- in Abteilungen für Abhängigkeitserkrankungen
- im Sozialraum
- in Selbsthilfegruppen für Eltern
- in Drogenberatungsstellen

x(y) Anzahl der teilgenommenen Kommunen in denen keine Gruppenbezogenen Angebote in Abteilungen für Abhängigkeitserkrankungen vorhanden sind.

x(y) Anzahl der teilgenommenen Kommunen in denen keine gruppenbezogenen Angebote im Sozialraum vorhanden sind.

x(y) Anzahl der teilgenommenen Kommunen in denen es keine Selbsthilfegruppen für Eltern gibt.

x(y) Anzahl der teilgenommenen Kommunen in denen es keine Gruppen in Drogenberatungsstellen gibt.

Gruppenbezogene Angebote für Eltern gibt es im Bereich der suchterkrankten Eltern deutlich mehr als bei Eltern mit einer psychischen Erkrankung, wobei hier die Gruppen in Drogenberatungsstellen mit 33 Angeboten besonders stark vertreten waren.

Einen besonders hohen Ausbaubedarf sahen die Kommunen

1. **im Ausbau der Angebote für 8-12 Jährige**
2. **im Ausbau der Angebote für 13-18 Jährige**

Der Ausbau der Selbsthilfegruppen für Jugendliche wurde von 30 Kommunen als besonders wichtig angesehen.

Zusammenfassung: Angebote für Kinder von psychisch oder suchterkrankten Eltern: Vergleicht man die Bereiche der Kinder und Jugendlichen von psychisch und suchterkrankten Eltern, so ergibt sich ein fast identisches Bild.

Der höchste Bedarf wird insgesamt im Auf- bzw. Ausbau von Hilfen für Familien gesehen, unabhängig davon, ob es sich um Familien handelt in denen ein Elternteil psychisch oder suchterkrankt ist. Gruppenbezogene Angebote für Kinder, Jugendliche und Eltern sowie Angebote für Kinder und Jugendliche oder deren Eltern werden seltener genannt.

Die meisten Kommunen sehen für folgende Bereiche einen besonders hohen Bedarf:

1. **Ausweitung der Patenprojekte**
2. **Ausbau der niederschwelligen Krisenintervention**

Empfehlung:
Ausbau der Hilfen für die gesamte Familie, vor allem Patenprojekte und niedrigschwellige Krisenintervention

3. Übersicht über Angebote für Kinder, Jugendliche, Eltern und Fachkräfte in der Kommune

   In Bezug auf die Präsentation der Angebote sind „weiße Flecken“ erkennbar.
   42,39% der Kommunen veröffentlichen keine Angebote in Broschüren, auf der Website, in einer Web-App oder in der kinder.map des Dachverbandes.

   In 36 Kommunen werden die Angebote auf einer Website zusammengefasst. In 34 Kommunen gibt es eine Broschüre über die Hilfen. Nur 2 Kommunen präsentieren ihre Angebote in der kinder.map und **51 Kommunen haben gar keine Übersicht über die Angebote.**

   Empfehlung:
   Eintragung der vorhandenen Angebote in die kinder.map seitens der Kommunen bei den kommunalen Trägerorganisationen anregen. Die Präsentation der Angebote sollte auf kommunaler Ebene forciert werden, damit Familien die Angebote finden können.

4. Eine zusätzliche Förderung, zweckgebunden an Hilfen für Kinder und Jugendliche mit einem psychisch oder suchterkrankten Elternteil, würden 68 Kommunen für den Auf- und Ausbau neuer Angebote nutzen (vor allem kleine Kommunen).
   39 Kommunen würden interdisziplinäre Netzwerke auf- bzw. ausbauen.
   37 Kommunen würden die Förderung zur nachhaltigen Absicherung projektfinanzierter Angebote und Strukturen nutzen (vor allem große Kommunen).

   Empfehlung:

Sichere Finanzierung von Angeboten für Kinder und Jugendliche sowie Ausbau und Absicherung interdisziplinärer Netzwerke

5. Der Zugang zum Hilfesystem erfolgt in knapp 98% der Fälle über das Jugendamt. In Kreisen waren sehr häufig freie Träger der Jugendhilfe der Zugangsweg. Des Weiteren gab es Zugang über das Gesundheitsamt und über niedergelassene Praxen.

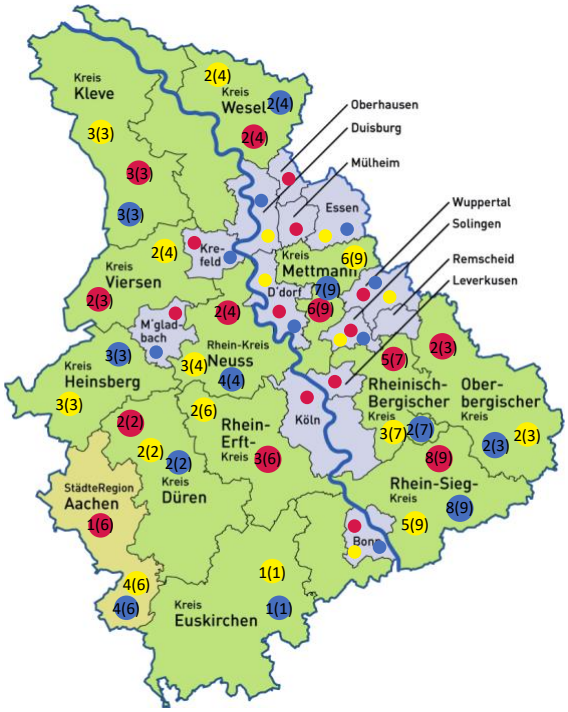
   In kreisfreien Städten erfolgt die Zuweisung sehr häufig auch über Sozialpsychiatrische Zentren.

   Empfehlung: Aufmerksamer Umgang mit dem Thema und Sensibilisierung in Bereichen von Kitas, Schulen und Vereinen, so dass noch mehr Kinder und Jugendliche einen einfachen Zugang zu Hilfen bekommen können.

6. In Krisensituationen mit Auswirkungen auf Kinder- und Jugendliche von psychisch erkrankten Eltern organisieren die Hilfen in den meisten Fällen das Jugendamt /ASD, gefolgt von den sozialpsychiatrischen Diensten.

   Empfehlung:
   Es sollte ein Ausbau des regionalen Hilfesystems sowie Maßnahmen zur besseren interdisziplinären Zusammenarbeit initiiert werden. Zusätzlich sollte das gemeinsame Know-How der Akteure vor Ort durch die Erstellung und Nutzung von Instrumenten und Vereinbarungen für Krisensituationen gefördert werden.
   Das Hilfesystem sollte aus- und aufgebaut werden und die Kompetenzen gemeindepsychiatrischer, regional verankerter Leistungsträger genutzt werden Besonders gut funktioniert dies dort, wo Kommunen mit freien Trägern Hand in Hand arbeiten, die komplexe Leistungen aus unterschiedlichen SGB`s u.a. für die ganze Familie erbringen.
   Wichtig ist auch, dass gemeinsame Erfahrungen zur Zusammenarbeit in „Alltagssituationen“ bestehen und die Strukturen verlässlich sind.

7. **<u>Keine</u> strukturierten Netzwerke der Zusammenarbeit in PSAG, AG nach §78 SGB VIII oder AG von kommunalen Gesundheitskonferenzen**



Wo liegen keine strukturierten Netzwerke der Zusammenarbeit in PSAG, AG nach §78 SGB VIII oder AG von kommunalen Gesundheitskonferenzen vor?

- Keine PSAG
- Keine Arbeitsgemeinschaft der Jugendhile nach § 78 SGB VIII
- Arbeitsgruppen von kommunalen Gesundheitskonferenzen

x(y) Anzahl der teilgenommenen Kommunen in denen es keine PSAG gibt

x(y) Anzahl der teilgenommenen Kommunen in denen es keine Arbeitsgemeinschaft der Jugendhilfe nach §78 SGB VIII gibt.

x(y) Anzahl der teilgenommenen Kommunen in denen es keine Arbeitsgruppen von kommunalen Gesundheitskonferenzen gibt.

8. Psychosoziale Arbeitsgemeinschaften sind die am häufigsten genutzte Kooperationsstruktur, in 45 Kommunen. Gefolgt von Arbeitsgemeinschaften der Jugendhilfe nach §78 SGB VIII in 43 Kommunen.

   In Kommunen >50.000 Einwohner*innen gibt es häufiger Arbeitsgemeinschaften der Jugendhilfe als Psychosoziale Arbeitsgemeinschaften.

   Kommunale Gesundheitskonferenzen gibt es in 24 Kommunen (davon 21 in Kommunen >50.000 Einwohner*innen).

   In 24 Kommunen gibt es andere Kooperationsstrukturen, darunter auch Frühe Hilfen, neue gegründete Gremien der Geschäftsführung des Gesundheits- und Jugendamtes, Netzwerke durch freie Träger initiiert, kreisweite Arbeitskreise etc.

   Empfehlung:
   Es sollte eine koordinierende Stelle beim Gesundheits- oder Jugendamt zur Bündelung von Kräften und zur Schaffung einer regionalen und nutzerfreundlichen Übersicht sowie zur Betreuung von entsprechenden Arbeitskreisen etabliert werden.

9. Netzwerke mit Trägern/Anbietern gibt es vor allem in den Frühen Hilfen (in 88 Kommunen), in Psychosozialen Arbeitskreisen (46 Kommunen) und in Facharbeitskreisen.
   Das Thema Kinder psychisch erkrankter Eltern und/oder Kinder suchterkrankter Eltern wird regelmäßig in psychosozialen Arbeitskreisen mit Untergruppen, in Facharbeitskreisen, in

interdisziplinären Fachnetzwerken auf kommunaler Ebene und wohlfahrtsverbandsinternen Netzwerken mit Projektcharakter bearbeitet.

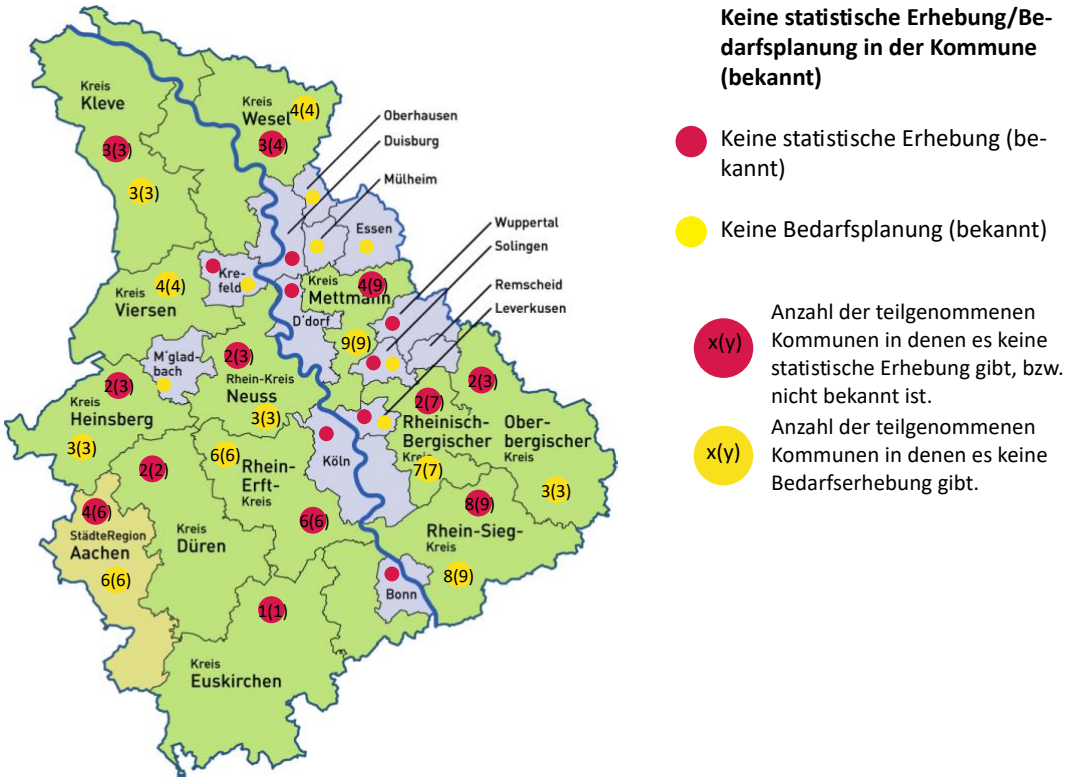
Empfehlung: Auf- und Ausbau eines verlässlichen Netzwerkes adäquat zu den Frühen Hilfen, die flächendeckend arbeiten. Hierfür sind Personalkapazitäten erforderlich. In den Interviews mit freien Trägern bzw. Netzwerken hat sich gezeigt, wie wichtig „geübte" Kooperationen für das Gelingen der Arbeit in diesem Bereich sind. Besonders, wenn das Netzwerk auf kommunaler Ebene unterstützt und organisiert wird.

10. Kollegiale Fallberatung wird häufig als Instrument der Zusammenarbeit in den Kommunen genutzt. Darüber hinaus gibt es Beratung für Fachkräfte in Einrichtungen.

    Empfehlung: Schaffung einer interdisziplinären, sozialleistungsträgerübergreifenden Austauschplattform auf kommunaler Ebene. Diese sollte durch Kooperationen und Netzwerkarbeit weiter vorangetrieben werden. Interdisziplinäre Fortbildungen können ein weiteres Element sein.

11. Es gab 4 Kommunen (Mettmann, Overath, Siegburg und Aachen) die angegeben haben, dass es in ihrer Kommune statistische Auswertungen über die Inanspruchnahme und Bedarfe von Unterstützungsangeboten gab. In 67% der Kommunen <50.000 Einwohner*innen gibt es eine solche Statistik nicht.

<u>Keine</u> statistische Erhebung/Bedarfsplanung in der Kommune



Eine Bedarfsfeststellung gab es in 6 Kommunen (Bonn, Duisburg, Düren, Köln, Euskirchen, Siegburg).

Empfehlung: Eine Bedarfsplanung und Auswertung wirkungsvoller Arbeit und Materialien sollte in allen Kommunen zum Standard werden. Hierzu sollten Tools zur Bestandserhebung und Bedarfsplanung entwickelt werden und den Kommunen zur Verfügung gestellt werden.

12. Bezüglich der Weiterentwicklung oder Verbesserung bevorzugter Strukturen gaben 27 (für Kinder und Jugendliche psychisch erkrankter Eltern) bzw. 26 (für Kinder und Jugendliche von suchterkrankten Eltern) Kommunen an, dass die Schaffung eines interdisziplinären Netzwerkes bevorzugt behandelt werden sollte, egal ob es um Hilfen für Kinder und Jugendliche von psychisch erkrankten oder suchterkrankten Eltern geht.
    Danach folgten bei Hilfen für Kinder und Jugendliche von psychisch erkrankten Eltern interdisziplinäre Fortbildungen (12 Kommunen) auf regionaler Ebene und auf dem dritten Rang Öffentlichkeitsarbeit (9 Kommunen).

    Bei Kindern und Jugendlichen von suchterkrankten Eltern wird an zweiter Stelle Jugendsozialarbeit (7 Kommunen) und auf dem dritten Rang die Entwicklung und Abstimmung von Qualitätsstandards (14 Kommunen) genannt.

    Empfehlung:
    Unterstützung des kommunalen Netzwerkaufbaus an dem möglichst alle regionalen Akteure der Jugendhilfe (inkl. Kindertagesstätten, Schulen) und der ambulanten und stationären Psychiatrie beteiligt sein sollten.

13. Kommunen wünschen sich Unterstützung durch den LVR zur Verbesserung der Situation von Kindern und Jugendlichen mit einem psychisch und/oder suchterkrankten Elternteil mit folgenden Priorisierungen.
    1. Auf- und Ausbau nachhaltig finanzierter Projekte und Angebote wird von der Mehrzahl der Kommunen (23) gewünscht. Die langfristige und verlässliche Finanzierung ist für die Organisationen besonders wichtig, um die Angebote nachhaltig wirksam machen zu können, insbesondere, da die nötige Beziehungsarbeit auf Langfristigkeit beruht. Vor allem bei Kindern und Jugendlichen suchterkrankter Menschen ist dies ein entscheidender Gelingensfaktor.
    2. Fortbildungen und fachlichen Austausch wünschen sich 21 Kommunen. Hierunter fallen Fortbildungen, die auch interdisziplinär und sozialleistungsträgerübergreifend sein sollten. Zudem wünschen Kommunen sich an dieser Stelle eine fachliche Beratung z.B. durch den LVR.
    3. Mehr Kooperationen mit Kinder- und Jugendpsychiatrien und dem LVR wünschen sich 7 Kommunen. Vor allem geht es hierbei darum, dass die Kinder- und Jugendpsychiatrien sich als Teil des Hilfesystems sehen bzw. die ambulante (ggfs. freie Träger) Jugendhilfe als Partner auf Augenhöhe akzeptieren.
    4. Auf- und Ausbau von Netzwerken ist ein weiterer Wunsch der Kommunen (6).
    5. Die gleiche Anzahl an Kommunen (6) wünscht sich die Entwicklung von Qualitätsstandards und Leitlinien.
    6. Weitere 5 Kommunen wünschen sich eine Bedarfsanalyse und/oder Planstelle und die Einrichtung einer Fach-/Beratungsstelle.

    Empfehlung: Der am vordringlichsten genannte Bedarf wird in der nachhaltigen, zuverlässigen Finanzierung von Angeboten und Projekten gesehen. Daher sollte eine Unterstützung durch eine spezielle Fachberatung und Fortbildung zur Mittelakquise sowie zur Nutzung vorhandener sozialrechtlicher Möglichkeiten im Rheinland angeboten werden. Hierdurch können Kommunen darin unterstützt werden, erfolgreiche Angebote (Best Practice) zu adaptieren und eine langfristige Finanzierung zu sichern.

Des Weiteren werden Fort- und Weiterbildungen gewünscht, auch interdisziplinär und sozialleistungsträgerübergreifend. Durch multidisziplinäre Fort- und Weiterbildungen kann der Abbau von Sprachbarrieren auch in Zusammenarbeit der Systeme Psychiatrie bzw. Suchthilfe und Jugendhilfe erreicht werden.
Gemeinsame Fortbildungen führen dazu die Angebote und Systeme kennenzulernen, zu verstehen und schlussendlich dadurch Familien passgenaue, systemische Hilfen anbieten zu können.

Mit Abstand folgen weitere Wünsche u.a. der Auf- und Ausbau von Netzwerken und Kooperationen mit den Kinder- und Jugendpsychiatrien und die Einrichtung einer zentralen Planstelle.
Möglicherweise zeigt dieses Ergebnis, dass Kommunen im Auf- und Ausbau der Netzwerke und Kommunen schon recht gut aufgestellt sind oder es nicht ihr dringendstes Problem ist.

<u>Anmerkung aus Sicht der Evaluatoren:</u>

1. ***Erstaunlich ist, dass so wenig Kommunen den Wunsch geäußert haben die Bedarfsplanung und -analyse auszuweiten, da diese anhand der Umfrageergebnisse erst in 6 Kommunen durchgeführt wird.***
2. ***Genauso überraschend ist der seltene Wunsch nach Öffentlichkeitsarbeit aufgrund der Tatsache, dass über 44 Kommunen ihre Angebote weder auf der Website noch in Broschüren o.ä. veröffentlichen.***

7. Die Interviews mit den Trägerorganisationen und Netzwerken vor Ort zeigen, dass für sie Kooperationsvereinbarungen und eine konkrete Netzwerkarbeit der regionalen Akteur*innen die wichtigsten Grundlagen ihrer Arbeit sind.

Insbesondere wenn die Ämter die Netzwerkarbeit voranbringen, funktioniert diese sehr effektiv. Neben dem Wunsch, Angebote nachhaltig finanziert zu wissen, sind auch die interviewten Trägerorganisationen an einer verbindlichen regionalen Koordinierung von Hilfen und Netzwerken sowie an der Etablierung von Aufklärung und Öffentlichkeitsarbeit sehr interessiert.

Empfehlung:
Es scheint besonders effektiv, Netzwerke über die Kommunen zu organisieren. So gibt es eine Übersicht über Angebote/Projekte etc., die an einer Stelle gesammelt werden, um diese für betroffene Familien zugänglich zu machen und schnellstmöglich passgenaue Hilfen anbieten zu können.

6 Empfehlungen

Das dringendste Thema der Kommunen ist, dass Angebote zur Verfügung stehen, die langfristig und nachhaltig finanziert werden können. Insbesondere um Beziehungsarbeit leisten zu können, ist es wichtig, dass diese Angebote kontinuierlich betrieben werden können und nicht nur projektbasiert sind.

Es zeigt sich, dass Hilfen für betroffene Familien in Kommunen, in denen das Gesundheits- oder Jugendamt die Koordination der Unterstützungssysteme über ein von ihnen unterstütztes Netzwerk haben, besonders gut funktionieren.
Einige Kommunen wünschen sich ein Netzwerk analog zum Netzwerk der Frühen Hilfen.
Diese Bedarfe entsprechen den Empfehlungen der Experten (Zusammenfassung der Diskussion der Arbeitsgruppen im Bundestag s. S. 6).
Ein besonderer Gelingensfaktor in der Arbeit auf regionaler Ebene ist eine multidisziplinäre sozialleistungsträgerübergreifende Zusammenarbeit

- konkret und fallbezogen in den Teams vor Ort - also gleichzeitige Hilfen für Eltern, Kinder und Jugendliche,
- fallübergreifend auf kommunaler Ebene in psychosozialen Arbeitsgemeinschaften, gemeindepsychiatrischen Verbünden - hierdurch wird sichergestellt, dass auch die Träger der Kinder- und Jugendhilfe sowie Träger der Suchthilfe verbindlich eingebunden werden.

Auch die Themen Bedarfsplanung und Öffentlichkeitsarbeit sollten an dieser Stelle zusammenlaufen, so dass eine effektive, strukturierte Arbeit für Familien geleistet werden kann, die auf den Bedarfen in der Kommune basiert und den Familien transparent dargestellt wird.
Es sollten Kooperationsvereinbarungen getroffen werden, die die Grundlage der Zusammenarbeit darstellen.
Um ein intensiveres Verständnis für die unterschiedlichen Systeme - Kinder- und Jugendhilfe, Suchthilfe, Eingliederungshilfe, aber auch Psychiatrie und Kliniken - zu gewinnen sind gemeinsame Fortbildungen und Fachtage ebenfalls sehr hilfreich. Kommunen wünschen sich an dieser Stelle Unterstützung durch den LVR.

Was sich ebenfalls zeigt: es ist sinnvoll, wenn Leistungsträger sowohl Träger der Kinder- und Jugendhilfe sind als auch gleichzeitig Träger der Sucht- oder Eingliederungshilfe.

- Hierdurch werden die Wege extrem verkürzt, z.B. bei der Zusammenarbeit von Teams der Kinder- und Jugendhilfe und Teams der Sucht- oder Eingliederungshilfe, um Hilfen für die Familie anzubieten. Ansprechpartner*innen sind bekannt und können kurz informiert oder zu Rate gezogen werden usw.
- Die unterschiedliche Sprache, mit der die Systeme bestückt sind, wird durch diese Kombination besser zu vereinheitlichen sein.
- Betroffene Familien profitieren deutlich stärker, weil sie als komplexe Gemeinschaft gesehen werden und dadurch passgenauere Hilfen für alle Familienmitglieder gefunden werden können.

Die Umfrage zeigt, dass es in allen Kommunen und Trägerorganisationen sehr engagierte Mitarbeitende gibt, die ein hohes Interesse daran haben, Familien mit einem psychisch oder suchterkrankten Elternteil passgenaue, multiprofessionelle Hilfen anzubieten und sie, wenn nötig, langfristig zu unterstützen.
Durch klare Strukturen, eine gesicherte Finanzierung und Unterstützung beim fachlichen Austausch/bei Fortbildungen kämen sie diesem Ziel näher.

7 Quellen – Literaturverzeichnis

Dachverband Gemeindepsychiatrie e.V., Hrsg. „Unterstützung für Familien mit einem psychisch erkrankten Elternteil – Leuchtturmprojekte“, Köln, Psychiatrieverlag 2019, ISBN 978-3-88414-976-8
Auch als pdf zum Download
https://www.dvgp.org/fileadmin/user_files/dachverband/dateien/Materialien/Leuchttuerme_Kinder/1479-PSY_Leuchtturmprojekte_RZ_web.pdf

Deutscher Bundestag Drucksache 18/11848 18. Wahlperiode 27.03.2017 Kleine Anfrage der Abgeordneten Birgit Wöllert, Sabine Zimmermann (Zwickau), Matthias W. Birkwald, Katja Kipping, Norbert Müller (Potsdam), Azize Tank, Kathrin Vogler, Harald Weinberg, Katrin Werner, Jörn Wunderlich, Pia Zimmermann und der Fraktion DIE LINKE. Mögliche Probleme bei der Versorgung von Kindern psychisch kranker und suchtkranker Eltern

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/16070, 18.12.2019, Unterrichtung durch die Bundesregierung, Abschlussbericht der Arbeitsgruppe „Kinder psychisch und suchterkrankter Eltern“

Birgit Görres. Übergänge gut gestalten in der Verantwortungsgemeinschaft von Gesundheitswesen und Kinder- und Jugendhilfe. Regionale Netzwerke fördern - Der Beitrag der Gemeindepsychiatrie. NZFH Berlin, 2017

Elisabeth Schmutz; Kinder psychisch kranker Eltern: Prävention und Kooperation von Jugendhilfe und Erwachsenenpsychiatrie, 2010. ISBN-13: 978-3932612398

Silke Wiegand-Grefe / Fritz Mattejat / Albert Lenz (Hg.) Kinder mit psychisch kranken Eltern. Klinik und Forschung. Vandenhoeck & Ruprecht, 2010, ISBN-13: 978-3-5254-0210-8

8 Anhang

Fragebogen Umfrage

Angebote für Kinder und Jugendliche mit einem psychisch und/oder suchterkrankten Elternteil - Bestandsaufnahme und Bedarfsfeststellung

Mit dieser Umfrage möchte der Landschaftsverband Rheinland (LVR) durch den Dachverband Gemeindepsychiatrie e.V., Verantwortliche in Jugend- und Gesundheitsämtern nach vorhandenen Angeboten für Kinder und Jugendliche mit mindestens einem psychisch und/oder suchterkrankten Elternteil fragen.
diagnostizierten Erkrankung als auch solche, die sich an Kinder und Jugendliche richten, bei denen sich eine psychische und/oder Suchterkrankung abzeichnet.

Die Ergebnisse werden in ein Konzept des LVR zur Unterstützung der bestehenden oder neu aufzubauenden regionalen Angebote für Kinder und Jugendliche mit psychisch und/oder suchterkrankten Eltern einfließen.

Die Umfrage beinhaltet 30 Fragen und wird in etwa 30 Minuten Ihrer Zeit in Anspruch nehmen. In vielen Themenbereichen werden Angebote für "Kinder psychisch kranker Eltern" und für "Kinder suchterkrankter Eltern" getrennt abgefragt, weshalb sich Fragen wiederholen.

Sollten Sie Rückfragen haben, wenden Sie sich gerne an die Projektleitung des "Dachverband Gemeindepsychiatrie e.V.", Beate Pinkert, Beate.pinkert@psychiatrie.de.

Wir bedanken uns bereits an dieser Stelle sehr herzlich für Ihre Teilnahme!!!

Auf dieser Seite fragen wir Sie zunächst nach Formalien.

* 1. In welcher Kommune befindet sich Ihre Behörde?

2. Bitte nennen Sie uns Ihre Kontaktdaten

Name	
Behörde	
Abteilung	
Straße	
Ort	
ggfs. Kreis	
PLZ	
E-Mailadresse	
Telefonnummer	

* 3. In welchem Amt sind Sie mit dem Thema Kinder und Jugendliche psychisch kranker Eltern (KipE)/suchterkrankter Eltern (KisE) verortet?

- [ ] Gesundheitsamt
- [ ] Jugendamt

* 4. Wie viele Einwohner hat die Stadt bzw. der Kreis, für die/den Sie zuständig sind?

- ◯ weniger als 50.000 Einwohner
- ◯ mehr als 50.000 Einwohner

* 5. Hierbei handelt es sich um:

- ◯ eine kreisfreie Stadt
- ◯ einen Kreis
- ◯ eine kreisangehörige Stadt mit Jugendamt

Angebote für Kinder und Jugendliche von psychisch und/oder sucherkrankten Eltern.

Auf dieser Seite fragen wir Sie danach, welche Angebote Sie für Kinder und Jugendliche mit einem psychisch und/oder suchterkrankten Elternteil in Ihrer Kommune vorhalten.

Zunächst fragen wir Sie nach den Angeboten für Kinder, Jugendliche, Eltern und Familien mit einem psychisch erkrankten Elternteil.
Danach fragen wie Sie nach den Angeboten für Kinder, Jugendliche, Eltern und Familien mit einem suchterkrankten Elternteil.

6. Für den Bereich: Kinder und Jugendliche mit mindestens einem **psychisch erkrankten Elternteil**:
Welche Angebote außerhalb der Hilfen zur Erziehung bieten Sie in Ihrer Kommune an?

Bei den erzieherischen Hilfen (Hilfen zur Erziehung/HzE) handelt es sich um die Leistungen gem. §§ 27 bis 35 SGB VIII, z.B. Sozialpädagogische Familienhilfe.

Mehrfachnennungen möglich

Beratung für Kinder und Jugendliche in psychiatrischen Kliniken für	☐ 4-7 Jährige	☐ 8-12 Jährige	☐ 13-18 Jährige
Gruppenbezogene Angebote außerhalb der Hilfen zur Erziehung für	☐ 4-7 Jährige	☐ 8-12 Jährige	☐ 13-18 Jährige
	☐ Selbsthilfegruppen für Jugendliche		
Hilfen für Familien	☐ Familienhebamme	☐ Patenprojekte für Kinder psychisch erkrankter Eltern	☐ psychosoziale Unterstützung für Familien
	☐ Haushaltshilfe	☐ Frühe Hilfen (0-3 Jahre)	☐ Familienzentren
	☐ niederschwellige Krisenintervention	☐ Frühförderung	☐ im Sozialpädiatrischen Zentrum
Beratung für Eltern	☐ in psychiatrischen Kliniken	☐ im Sozialraum	☐ erziehungsstärkende Elternkurse/ Trainings
Gruppenbezogene Angebote für Eltern	☐ in psychiatrischen Kliniken	☐ im Sozialraum	☐ Selbsthilfegruppen für Eltern

Sonstiges

7. Für den Bereich: Kinder und Jugendliche mit mindestens einem **psychisch erkrankten Elternteil**:
An welchen **drei Punkten** sehen Sie den dringendsten Ausbaubedarf für diese Zielgruppe in den nächsten 5 Jahren für Ihre Kommune?

Beratung für Kinder und Jugendliche in psychiatrischen Kliniken für	☐ 4-7 Jährige	☐ 8-12 Jährige	☐ 13-18 Jährige
Gruppenbezogene Angebote außerhalb der Hilfen zur Erziehung für	☐ 4-7 Jährige	☐ 8-12 Jährige	☐ 13-18 Jährige
	☐ Selbsthilfegruppen für Jugendliche		
Hilfen für Familien	☐ Familienhebamme	☐ Patenprojekte für Kinder psychisch erkrankter Eltern	☐ psychosoziale Unterstützung für Familien
	☐ Haushaltshilfe	☐ Frühe Hilfen (0-3 Jahre)	☐ Familienzentren

	☐ niederschwellige Krisenintervention	☐ Frühförderung	☐ im Sozialpädiatrischen Zentrum
Beratung für Eltern	☐ in psychiatrischen Kliniken	☐ im Sozialraum	☐ erziehungsstärkende Elternkurse/ Trainings
Gruppenbezogene Angebote für Eltern	☐ in psychiatrischen Kliniken	☐ im Sozialraum	☐ Selbsthilfegruppen für Eltern

8. Für den Bereich: Kinder und Jugendliche mit mindestens einem **suchterkrankten Elternteil**: Welche Angebote außerhalb der Hilfen zur Erziehung bieten Sie in Ihrer Kommune an?

Bei den erzieherischen Hilfen (Hilfen zur Erziehung/HzE) handelt es sich um die Leistungen gem. §§ 27 bis 35 SGB VIII, z.B. Sozialpädagogische Familienhilfe.

Mehrfachnennungen möglich

Beratung für Kinder und Jugendliche in der Abteilung für Abhängigkeitserkrankungen und Psychotherapie für	☐ 4-7 Jährige	☐ 8-12 Jährige	☐ 13-18 Jährige
Gruppenbezogene Angebote außerhalb der Hilfen zur Erziehung	☐ für 4-7 Jährige ☐ in Selbsthilfegruppen für Jugendliche	☐ für 8-12 Jährige ☐ in Drogenberatungsstellen	☐ für 13-18 Jährige
Hilfen für Familien	☐ Familienhebamme (0-3 Jahre) ☐ Haushaltshilfe ☐ niederschwellige Krisenintervention	☐ Patenprojekte für Kinder suchterkrankter Eltern ☐ Frühe Hilfen (0-3 Jahre) ☐ Frühförderung	☐ psychosoziale Unterstützung für Familien ☐ Familienzentren ☐ im Sozialpädiatrischen Zentrum
Beratung für Eltern	☐ in psychiatrischen Kliniken ☐ niedrigschwellige Kontakt- und Beratungsangebote für suchterkrankte Menschen	☐ im Sozialraum	☐ erziehungsstärkende Elternkurse/ Trainings
Gruppenbezogene Angebote für Eltern	☐ in der Abteilung für Abhängigkeitserkrankungen und Psychotherapie ☐ in Drogenberatungsstellen	☐ im Sozialraum	☐ in Selbsthilfegruppen für Eltern

Sonstiges

9. Für den Bereich: Kinder und Jugendliche mit mindestens einem **suchterkrankten Elternteil**: An welchen **drei Punkten** sehen Sie den dringendsten Ausbaubedarf für diese Zielgruppe in den nächsten 5 Jahren für Ihre Kommune?

Bei den erzieherischen Hilfen (Hilfen zur Erziehung/HzE) handelt es sich um die Leistungen gem. §§ 27 bis 35 SGB VIII, z.B. Sozialpädagogische Familienhilfe.

Beratung für Kinder und Jugendliche in der Abteilung für Abhängigkeitserkrankungen und Psychotherapie für	☐ 4-7 Jährige	☐ 8-12 Jährige	☐ 13-18 Jährige
Gruppenbezogene Angebote außerhalb der Hilfen zur Erziehung	☐ für 4-7 Jährige ☐ in Selbsthilfegruppen für Jugendliche	☐ für 8-12 Jährige ☐ in Drogenberatungsstellen	☐ für 13-18 Jährige
Hilfen für Familien	☐ Familienhebamme (0-3 Jahre) ☐ Haushaltshilfe ☐ niederschwellige Krisenintervention	☐ Patenprojekte für Kinder suchterkrankter Eltern ☐ Frühe Hilfen (0-3 Jahre) ☐ Frühförderung	☐ psychosoziale Unterstützung für Familien ☐ Familienzentren ☐ im Sozialpädiatrischen Zentrum
Beratung für Eltern	☐ in psychiatrischen Kliniken ☐ niedrigschwellige Kontakt- und Beratungsangebote für suchterkrankte Menschen	☐ im Sozialraum	☐ erziehungsstärkende Elternkurse/ Trainings

Gruppenbezogene Angebote für Eltern

- [ ] in der Abteilung für Abhängigkeitserkrankungen und Psychotherapie
- [ ] in Drogenberatungsstellen
- [ ] im Sozialraum
- [ ] in Selbsthilfegruppen für Eltern

Sonstiges

* 10. In unserer Kommune gibt es eine Übersicht über diese Hilfen für Kinder und Jugendliche, Eltern und Fachkräfte. Zu finden ist diese ...

Mehrfachnennungen möglich

- [ ] in einer Broschüre
- [ ] auf einer Website
- [ ] in einer Web-App
- [ ] Die Angebote meiner Kommune sind im Kinderatlas des Dachverbandes Gemeindepsychiatrie e.V. abgebildet (kinder.mapcms.de).
- [ ] Keins davon
- [ ] Sonstiges

* 11. Wofür würden Sie eine zusätzliche Förderung, zweckgebunden an Hilfen für Kinder und Jugendliche mit einem psychisch und/oder suchterkrankten Elternteil, einsetzen?

- [ ] zum Auf-/Ausbau neuer Angebote
- [ ] zum Auf-/Ausbau der interdisziplinären Netzwerke
- [ ] zur Unterstützung bestehender kommunaler Koordinationsstrukturen (z.B. durch eine KipE/KisE-Fachkraft)
- [ ] zur Ausweitung der Planung, um differenzierte Bedarfe zu ermitteln
- [ ] zur nachhaltigen Absicherung projektfinanzierter Angebote/Strukturen

Sonstiges

Wie kommen Kinder und Familien mit einem psychisch und/oder suchterkrankten Elternteil an Hilfen?

Welche Zugänge ins Hilfesystem, Auf- und Ausbaubedarfe haben Sie in Ihrer Kommune für Kinder und Jugendliche, mit einem psychisch und/oder suchterkrankten Elternteil? Wie ist die Krisenhilfe für diese Zielgruppe organisiert?

* 12. Wie ist der Zugang ins Hilfssystem zu Angeboten für Kinder und Jugendliche mit einem psychisch und/oder suchterkrankten Elternteil in Ihrer Kommune?

Mehrfachnennungen möglich

- [ ] über das Gesundheitsamt
- [ ] über das Jugendamt
- [ ] über freie Träger der Jugendhilfe
- [ ] über Träger der Gemeindepsychiatrie
- [ ] über Beratungsdienste
- [ ] über niedergelassene Psychiater/Psychologen/Psychotherapeuten/Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten
- [ ] über Kliniken für Psychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie

- [ ] über Kliniken für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie
- [ ] über Kindertagesstätten
- [ ] über Schulen
- [ ] über Jobcenter
- [ ] über Netzwerke
- [ ] über Drogenberatungsstellen
- [ ] über Sozialpsychiatrische Zentren
- [ ] über Familienzentren
- [ ] Andere Zugangswege

* 13. Für welche Zielgruppen sehen Sie einen **vorrangigen** Auf- oder Ausbaubedarf von Angeboten für Kinder und Jugendliche aus Familien mit einem **psychisch erkrankten Elternteil** in Ihrer Kommune?

- [ ] für Babies und Kleinkinder
- [ ] für Kinder im Alter von 4-7 Jahren
- [ ] für Kinder im Alter von 8-12 Jahren
- [ ] für Jugendliche von 13-18 Jahren
- [ ] für Eltern
- [ ] für die gesamte Familie
- [ ] gar nicht
- [ ] Sonstiges

* 14. Wie ist in Ihrer Kommune die Hilfe in Krisensituationen mit Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche/Beteiligung von Kindern und Jugendlichen mit einem **psychisch erkrankten Elternteil** organisiert?

Es gibt Krisenhilfe durch zugehende Dienste durch ...

Mehrfachnennungen möglich

- [ ] das Jugendamt/ASD
- [ ] den Sozialpsychiatrischen Dienst
- [ ] Angebote freier Träger
- [ ] einen speziellen Krisendienst für psychisch Erkrankte
- [ ] Psychiatrische Kliniken/Institutsambulanzen
- [ ] zielgruppen- und themenübergreifende Notrufnummer der Kommune
- [ ] Sonstiges

* 15. Für welche Zielgruppen sehen Sie einen vorrangigen Auf- oder Ausbaubedarf von Angeboten für Kinder und Jugendliche aus Familien mit einem **suchterkrankten Elternteil** in Ihrer Kommune?

- [ ] für Babies und Kleinkinder
- [ ] für Kinder im Alter von 4-7 Jahren
- [ ] für Kinder im Alter von 8-12 Jahren
- [ ] für Jugendliche von 13-18 Jahren
- [ ] für Eltern
- [ ] für die gesamte Familie
- [ ] gar nicht
- [ ] Sonstiges

* 16. Wie ist in Ihrer Kommune die Hilfe in Krisensituationen mit Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche/Beteiligung von Kindern und Jugendlichen mit einem **suchterkrankten Elternteil** organisiert?

Es gibt Krisenhilfe durch zugehende Dienste durch ...

Mehrfachnennungen möglich

- [ ] das Jugendamt/ASD
- [ ] den Sozialpsychiatrischen Dienst
- [ ] Angebote freier Träger
- [ ] Sucht- und Drogenberatungsstellen
- [ ] zielgruppen- und themenübergreifende Notrufnummer der Kommune
- [ ] Sonstiges

Netzwerke und Steuerung

Wie sind die Angebote für Kinder und Jugendliche mit einem psychisch und/oder suchterkrankten Elternteil in Ihrer Kommune miteinander vernetzt und wie werden sie gesteuert?

* 17. Welche Kooperationsstrukturen nutzen Sie in Ihrer Kommune in Bezug auf Angebote für Kinder und Jugendliche mit einem psychisch und/oder suchterkrankten Elternteil?

In unserer Kommune gibt es spezifische Facharbeitsgemeinschaften als Arbeitsgruppen der ...

Mehrfachnennungen möglich

- [ ] Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft (PSAG)
- [ ] Arbeitsgemeinschaft der Jugendhilfe nach § 78 SGB VIII
- [ ] Arbeitsgruppen von Kommunalen Gesundheitskonferenzen
- [ ] Mir liegt keine Information darüber vor.
- [ ] Sonstiges

* 18. Welche Netzwerke mit Trägern/Anbietern gibt es?

Mehrfachnennungen möglich

- [ ] Psychosoziale Arbeitskreise mit Untergruppe
- [ ] Interdisziplinäre Fachnetzwerke auf kommunaler Ebene
- [ ] Wohlfahrtsverbandsinterne Netzwerke mit Projektcharakter
- [ ] Facharbeitskreise
- [ ] Fortbildungsnetzwerke
- [ ] Netzwerke Frühe Hilfen
- [ ] Gemeindepsychiatrischer Verbund (GPV)
- [ ] Sonstiges

19. In welchen Netzwerken wird das Thema KipE/KisE regelmäßig bearbeitet?

Mehrfachnennungen möglich

- [ ] Psychosoziale Arbeitskreise mit Untergruppe
- [ ] Interdisziplinäre Fachnetzwerke auf kommunaler Ebene
- [ ] Wohlfahrtsverbandsinterne Netzwerke mit Projektcharakter
- [ ] Facharbeitskreise

- [ ] Fortbildungsnetzwerke
- [ ] Sonstiges

20. Wer koordiniert die Netzwerke? Bitte geben Sie das Amt/die Abteilung und Funktion an.

* 21. Welche Angebote für Fachkräfte, die mit Kindern und Jugendlichen sowie ihren psychisch und/oder suchterkrankten Elternteilen zusammenarbeiten, gibt es in Ihrer Kommune?

Mehrfachnennungen möglich

- [ ] Kollegiale Fallberatung
- [ ] Beratung für Fachkräfte in Einrichtungen
- [ ] fachspezifische und/oder institutionsübergreifende Fortbildungen für Fachkräfte und Multiplikatoren
- [ ] gemeinsame Fallbesprechungen
- [ ] gemeinsame Qualitätsentwicklung
- [ ] Sonstiges

Angebote für Kinder und Jugendliche mit einem psychisch und/oder suchterkrankten Elternteil

Dies ist die letzte Seite. Gleich haben Sie es geschafft ;-)

Wir freuen uns, wenn Sie uns noch einige Fragen zu Bedarfen in Ihrer Kommune beantworten.

* 22. Verfügt Ihre Behörde über statistische Erhebungen über die Inanspruchnahme und Bedarfe von Unterstützungsangeboten für Kindern und Jugendlichen mit psychisch und/oder suchterkrankten Elternteilen?

- [ ] ja
- [ ] nein
- [ ] Mir liegt keine Information darüber vor.

23. Würden Sie uns diese statistische Auswertung zur Verfügung stellen?

- [ ] ja
- [ ] nein
- [ ] Sonstiges

* 24. Gibt es in Ihrer Kommune eine Bedarfsfeststellung und Bedarfsplanung für diese Zielgruppe?

- [ ] ja
- [ ] nein
- [ ] zur Zeit in Arbeit
- [ ] beabsichtigt
- [ ] Mir liegt keine Information darüber vor.

25. Wenn es eine Bedarfsfeststellung/ -planung gibt, wo findet diese genau statt?

* 26. Für den Bereich: Kinder und Jugendliche mit mindestens einem **psychisch erkrankten Elternteil**:
Welches sind aus Ihrer fachlichen Sicht die **drei vorrangigen** Bedarfe betroffener Kinder und Jugendlicher in Ihrer Kommune?

1

2

3

27. Für den Bereich: Kinder und Jugendliche mit mindestens einem **psychisch erkrankten Elternteil**:
Welche Strukturen wollen Sie in Ihrer Kommune in absehbarer Zeit weiterentwickeln/verbessern?

Bitte ziehen Sie hierzu die jeweilige Kategorie von der rechten Seite in das linke Feld. Beachten Sie Ihre Reihenfolge nach Relevanz.

Nennen Sie bitte die **drei Wichtigsten**

- ↕ kommunales interdisziplinäres Netzwerk
- ↕ Entwicklung und Abstimmung von Qualitätsstandards
- ↕ interdisziplinäre Fortbildung
- ↕ Öffentlichkeitsarbeit
- ↕ Frühe Hilfen
- ↕ Hilfen zur Erziehung
- ↕ Einbindung von Jugendarbeit
- ↕ Einbindung von Jugendsozialarbeit
- ↕ Einbindung von Kindertagesstätten
- ↕ Einbindung von Schulen

Sonstiges

* 28. Für den Bereich: Kinder und Jugendliche mit mindestens einem **suchterkrankten Elternteil**:
Welches sind aus Ihrer fachlichen Sicht die **drei vorrangigen** Bedarfe betroffener Kinder und Jugendlicher in Ihrer Kommune?

1

2

3

29. Für den Bereich: Kinder und Jugendliche mit mindestens einem **suchterkrankten Elternteil**:
Welche Strukturen wollen Sie in Ihrer Kommune in absehbarer Zeit weiterentwickeln/verbessern?

Bitte ziehen Sie hierzu die jeweilige Kategorie von der rechten Seite in das linke Feld. Beachten Sie Ihre Reihenfolge nach Relevanz.

Nennen Sie bitte die **drei Wichtigsten**

- ↕ kommunales interdisziplinäres Netzwerk
- ↕ Entwicklung und Abstimmung von Qualitätsstandards
- ↕ interdisziplinäre Fortbildung
- ↕ Öffentlichkeitsarbeit
- ↕ Frühe Hilfen
- ↕ Hilfen zur Erziehung
- ↕ Einbindung von Jugendarbeit
- ↕ Einbindung von Jugendsozialarbeit
- ↕ Einbindung von Kindertagesstätten
- ↕ Einbindung von Schulen

Sonstiges

30. Wo wünschen Sie sich Unterstützung des LVR zur Verbesserung der Situation von Kindern und Jugendlichen mit einem psychisch und/oder suchterkrankten Elternteil?

WIR DANKEN IHNEN GANZ HERZLICH FÜR IHRE MITHILFE!

Danke, dass Sie bis zum Ende der Umfrage durchgehalten haben!

Die Ergebnisse werden im Spätsommer 2020 veröffentlicht und gehen Ihnen dann zu.

Anlage 2 zu Vorlage Nr. 14/4088

LVR-Förderprogramm „Unterstützung der Kommunen im Rheinland beim Ausbau der Angebots- und Koordinationsstrukturen für Kinder und Jugendliche mit psychisch und/oder suchterkrankten Eltern"

– Förderrichtlinien –

1 Ziele

Kinder und Jugendliche mit psychisch und/oder suchterkrankten Eltern (-teilen) sind in ihrer Entwicklung mit besonderen Herausforderungen konfrontiert. Sie erfahren oft nicht die Unterstützung, die sie selbst für ein gelingendes Aufwachsen benötigen und sind bei wichtigen Aufgaben wie zum Beispiel der schulischen Bildung auf sich alleine gestellt. Zudem ist das Erleben von Kindheit und Jugend beeinträchtigt, da sie oft früh „erwachsen" denken und handeln müssen, um mit den Folgen der Krankheit ihrer Eltern (-teile) klar zu kommen oder sogar Aufgaben für sie in der Familie zu übernehmen. Durch dieses Lebensumfeld erhöht sich zudem ihr eigenes Risiko, im Laufe ihres Lebens selbst psychisch und/oder suchtkrank zu werden.

Eine weitere Erfahrung ist, dass es zwar viele Unterstützungsangebote der Kinder- und Jugendhilfe, des Gesundheitswesens und der Sozialhilfe für psychisch und/oder suchterkrankte Eltern (-teile) gibt, die Kinder selbst von den engagierten Fachkräften aber oft nicht ausreichend mit in den Blick genommen werden – da selbst (noch) nicht erkrankt. Das bedeutet, dass notwendige Hilfen für Kinder und Jugendlichen oft nicht als Regelleistung vorgehalten werden.

Um nicht nur den erkrankten Eltern (-teilen) gut zu helfen, sondern auch deren Kinder frühzeitig mit in den Blick zu nehmen, bedarf es vor Ort in den Kommunen und Regionen abgestimmter, gut zugänglicher Angebotsstrukturen und einer Vernetzung der relevanten Träger, Ämter und Institutionen aus den verschiedenen Politikfeldern.

Der LVR ist mit seinen Zuständigkeiten in der Jugendhilfe, der psychiatrischen Versorgung inklusive der Behandlung von Abhängigkeitserkrankten und der Behindertenhilfe in den Bereichen tätig, von denen belastete Familien Hilfen erwarten können. Da die konkreten Hilfen aber sinnvollerweise immer nur in den Kommunen und Regionen erbracht und koordiniert werden können, möchte der LVR mit dem vorliegenden Förderprogramm die Mitgliedskörperschaften dabei unterstützen, die Hilfen für Kinder psychisch und/oder suchterkrankter Eltern nachhaltig zu gewährleisten.

2 Art, Umfang und Höhe der Förderung

Das Förderprogramm besteht aus einer einmaligen Projektförderung. Die LVR-Förderung hat Initialcharakter. Sie dient als Anschubfinanzierung, um Entwicklungsprozesse in den Kommunen und Regionen im Rheinland anzustoßen und explorative Praxisentwicklung zu fördern.

2.1 Förderbereiche

Gefördert werden können Maßnahmen in den folgenden drei Entwicklungsfeldern:

> Entwicklungsfeld 1: Die **Praxisentwicklung bei präventiven, niedrigschwelligen Angeboten für Kinder und Jugendliche**.
>
> Gefördert wird der Auf- und Ausbau von präventiven Angeboten für Kinder und Jugendliche psychisch und/oder suchterkrankter Eltern. Dies können zum Beispiel gruppenbezogene Angebote, niedrigschwellige Hilfen für Familien, Case-Management, Patenmodelle, Selbsthilfegruppen für Jugendliche sein.

Zudem ist die Finanzierung von **Fortbildungen** in den Kommunen förderfähig, um zur Qualifizierung der Fachkräfte und zur Sensibilisierung der (Fach-) Öffentlichkeit beizutragen.

Gefördert werden können anteilige Personalkosten, Honorare sowie Sachmittel.

Entwicklungsfeld 2: Die **Praxisentwicklung bei der kommunalen Koordination und Vernetzung.** Hierzu kann die anteilige Finanzierung von zusätzlichen Stellenanteilen für die kommunale Koordination von Angeboten, Kooperationen und Vernetzungen gehören.

Die Einbindung in vorhandene kommunale Koordinierungsstrukturen ist zwingend notwendig, um Parallelstrukturen zu verhindern, Angebote – zum Beispiel im Rahmen von Hilfeprozessen der Eltern – frühzeitig abzustimmen und in den kommunalen Präventionsketten zu verankern. Hierzu gehören zum Beispiel die Netzwerkkoordinierenden der Frühen Hilfen, die es in allen Jugendämtern im Rheinland gibt, sowie die Koordinationsfachkräfte für Kinderarmut und/oder kommunale Präventionsketten. Auf Seiten der psychiatrischen Träger bietet sich die Zusammenarbeit mit den Sozialpsychiatrischen Zentren (SPZ) an, die als LVR-geförderte Einrichtungen eine rheinlandweite Versorgungsstruktur abbilden.

Netzwerkstrukturen dienen der institutionellen Zusammenarbeit, deren Weiterentwicklung und Förderung, aber auch der fallbezogenen Zusammenarbeit und der Bewältigung von Krisensituationen. Dabei geht es darum, das Thema und die relevanten Akteursgruppen in vorhandene Netzwerkstrukturen einzubinden. Dies können zum Beispiel die Netzwerke der Frühen Hilfen sein oder die Psychosozialen Arbeitsgemeinschaften (PSAG), die in den meisten Kommunen als Angebots- bzw. Netzwerkstruktur vorhanden sind.

Auch die Erstellung von Übersichten vorhandener Angebote sowie Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit zur Bekanntmachung von Angeboten gehören in den Aufgabenbereich der kommunalen Koordination und können gefördert werden.

Gefördert werden können anteilige Personalkosten und Honorare für insbesondere Koordinationsstellen sowie Sachmittel.

Entwicklungsfeld 3: Maßnahmen zur **(Dritt-) Mittelakquise.** Finanziell unterstützt werden sollen Aktivitäten der Kommunen, die dazu dienen, langfristige Finanzierungsmodelle zu entwickeln und/oder zusätzliche Fördermittel zu akquirieren.

Hier ist zum Beispiel an das Kommunale Förderprogramm zur „Förderung zielgruppenspezifischer Interventionen in der lebensweltbezogenen Gesundheitsförderung und Prävention" des GKV-Bündnis für Gesundheit gedacht, das unter anderem Kinder und Jugendliche aus suchtbelasteten und/oder psychisch belasteten Familien mit in den Blick nimmt (siehe: www.gkv-buendnis.de).

Gefördert werden können anteilige Personalkosten und Honorare für die Antragsentwicklung. Die LVR-Fördermittel können auch genutzt werden, um notwendige kommunale Eigenanteile auszuweisen.

Der Antrag muss neben der Bezeichnung der Entwicklungsfelder, in denen Maßnahmen geplant sind, eine genaue Darstellung der ermittelten Bedarfe und geplanten Aktivitäten enthalten.

In dem Antrag muss die antragstellende Kommune bzw. der antragstellende Kreis zudem darstellen, wie das Projekt in vorhandene Koordinations- und Vernetzungsstrukturen eingebunden ist. Hierzu gehören Angaben zur verbindlichen Zusammenarbeit von Jugendamt, Gesundheitsamt sowie den relevanten Institutionen, Einrichtungen und Akteursgruppen in den Bereichen Psychiatrie (unter anderem Erwachsenenpsychiatrie, Kinder- und Jugendpsychiatrie) und Sucht (unter anderem Sucht- und Drogenberatungsstellen) im Durchführungszeitraum.

2.2 Antragsberechtigung

Antragsberechtigt sind Jugend- und/oder Gesundheitsämter der Städte und Kreise im Zuständigkeitsgebiet des Landschaftsverbandes Rheinland.

Die antragstellenden Ämter können für ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereich einmalig die Förderung eines Projektes beantragen. Planen in einer Region sowohl Jugendamt als auch Gesundheitsamt ein Projekt, so ist eine Abstimmung der geplanten Maßnahmen zwingend erforderlich.

Eine Weiterleitung von Fördermitteln durch die jeweilige Kommune an am Projekt beteiligte Träger von Einrichtungen und Angeboten ist zulässig, soweit die Fördervoraussetzungen weiterhin eingehalten werden.

2.3 Förderumfang und Förderzeitraum

Gefördert werden können Projekte mit einer Laufzeit bis längstens 31.12.2021.

Die Zuwendung wird als Festbetragsfinanzierung gewährt. Ein Eigenanteil ist nicht auszuweisen.

Die Mittel können zur Finanzierung von (anteiligen) Personalkosten, Honorarkräften und/oder geringfügig Beschäftigten sowie von Sachkosten verwendet werden. Im Entwicklungsfeld 3 kann die Zuwendung des LVR bei durch Drittmittel finanzierten Projekten als Eigenmittelanteil ausgewiesen werden. Eine Verwendung für Investitionen ist in allen Handlungsfeldern nicht zulässig.

Als Fördersumme stehen je Projekt bis zu 30.000,- Euro zur Verfügung.

Ein Rechtsanspruch der Kommunen und Kreise auf Förderung besteht nicht. Der Zuwendungsgeber entscheidet – insbesondere unter Berücksichtigung der sich aus diesen Richtlinien ergebenen Kriterien – nach pflichtgemäßem Ermessen im Rahmen der für diesen Zweck zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel.

3 Förderverfahren

3.1 Förderbedingungen

Die Projektanträge müssen folgende Unterlagen enthalten:

- Den vollständig ausgefüllten LVR-Antragsvordruck mit Kostenplan, aus dem die vorgesehene Verwendung der LVR-Fördermittel hervorgeht.
- Eine Projektkonzeption, die folgende Punkte umfasst (siehe auch Abs. 2.1):
  - Darlegung der bestehenden Angebote und Koordinations- und/oder Vernetzungsstrukturen und – darauf aufbauend – der Bedarfe, die im Projekt aufgegriffen werden sollen.
  - Erläuterung der vorgesehenen Maßnahmen und des Entwicklungssprungs, der durch das Projekt im beantragten Handlungsfeld erreicht werden soll.
  - Hinweise zur Einbindung des Projektes in die kommunale Koordination.
  - Darlegung der beteiligten Kooperationspartner.
  - Einen Zeitplan mit Meilensteinen.
  - Hinweise zur Absicherung der Nachhaltigkeit.

3.2 Antragsverfahren

Die rechtsverbindlich unterschriebenen Projektanträge sind schriftlich einzureichen bei: LVR-Landesjugendamt Rheinland, Koordinationsstelle Kinderarmut, z.Hd. Frau Altdorf, Kennedy-Ufer 2 in 50679 Köln.

Frist für die Einreichung der Anträge ist der 01.10.2020 (Eingangsstempel). Dieser Termin ist keine Ausschlussfrist. Später eingehende Anträge werden allerdings nachrangig und im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel bearbeitet.

3.3 Auswahlkriterien

Die Auswahl der zu fördernden Projekte erfolgt im Rahmen des pflichtgemäßen Ermessens. Für die fachliche Bewertung sind insbesondere folgende Kriterien bedeutsam:

- Nachvollziehbare Darlegung der Bedarfe und der durch das Projekt angestrebten Ziele.
- Einbindung des Projektes in vorhandene Angebots-, Koordinations- und Vernetzungsstrukturen.
- Umfang der Beteiligung relevanter Ämter, Träger sowie weiterer Akteure.
- Perspektive zur Verstetigung der Maßnahme (Nachhaltigkeit).
- Regionale Verteilung im Rheinland.

4 Kooperation mit dem LVR-Landesjugendamt Rheinland

Die geförderten Kommunen und Kreise kooperieren bei der Durchführung des Projektes mit dem LVR-Landesjugendamt Rheinland.

Hierzu gehört insbesondere, dass die geförderten Kommunen und Kreise an überregionalen LVR-Vernetzungs- und Austauschveranstaltungen zum interkommunalen Wissenstransfer teilnehmen. Vorgesehen sind hierzu zwei Termine in 2021 im LVR in Köln.

Zur Unterstützung steht die LVR-Fachberatung „Kinder und Jugendliche mit psychisch kranken und/oder suchterkrankten Eltern" zur Verfügung. Zum Unterstützungsangebot gehören die Beratung, auch vor Ort, die Mitwirkung an Inhouseveranstaltungen sowie die Unterstützung bei der Drittmittelakquise (im Rahmen des Entwicklungsfeldes 3 unter Abs. 2.1).

Bei Veröffentlichungen sowie Dokumentationen der Projekte bzw. dort durchgeführter Maßnahmen ist auf die Förderung durch das LVR-Landesjugendamt Rheinland hinzuweisen.

5 Verwendungsnachweis und Widerruf

Die Zuwendungsempfänger haben die ordnungsgemäße und zweckentsprechende Verwendung der Fördermittel durch einen Verwendungsnachweis zu belegen. Der Verwendungsnachweis muss spätestens drei Monate nach Projektende eingereicht werden.

Die Zuwendung ist zu erstatten, wenn Mittel nicht für den vorgesehenen Zweck verwendet werden und/oder die Zuwendung durch unrichtige oder unvollständige Angaben erwirkt worden ist.

Weiterführende Hinweise sind den Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gemeinden (ANBest-G) zu entnehmen.

6 Haushaltsvorbehalt

Die Bereitstellung der Mittel und die damit verbundene Durchführung der Projekte stehen unter Haushaltsvorbehalt.

Die Ausschreibung der Förderung und Bewilligung der Projekte erfolgt nach Satzungsbeschluss.

Anlage 3 zu Vorlage Nr. 14/4088

Satzung des Landschaftsverbandes Rheinland

über die Förderung des Programms

„Unterstützung der Kommunen im Rheinland beim Ausbau der Angebots- und Koordinationsstrukturen für Kinder und Jugendliche mit psychisch und/oder suchterkrankten Eltern"

Die Landschaftsversammlung des Landschaftsverbandes Rheinland hat am …….. auf Grundlage der §§ 6 und 7 der Landschaftsverbandsordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV.NRW. Seite 657), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 14. April 2020 (GV.NRW. Seite 218b) folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Förderzweck

Kinder und Jugendliche mit psychisch und/oder suchterkrankten Eltern (-teilen) sind in ihrer Entwicklung mit besonderen Herausforderungen konfrontiert. Sie erfahren oft nicht die Unterstützung, die sie selbst für ein gelingendes Aufwachsen benötigen. Ihr Erleben von Kindheit und Jugend ist beeinträchtigt. Durch ihr Lebensumfeld erhöht sich ihr eigenes Risiko, im Laufe ihres Lebens selbst psychisch und/oder suchtkrank zu werden.

Die konkreten Hilfen für diese Adressat*innen können immer nur in den Kommunen und Regionen erbracht und koordiniert werden. Diese sollen deshalb bei der Weiterentwicklung ihrer Steuerungs-, Vernetzungs- und Angebotsstrukturen durch das Förderprogramm unterstützt werden.

Der Landschaftsverband Rheinland will so dazu beitragen, dass die Bedarfe von Kindern und Jugendlichen mit psychisch und/oder suchterkrankter Eltern frühzeitig gesehen werden und Hilfen nachhaltig in den Kommunen zur Verfügung stehen.

§ 2

Antragsberechtigung

Antragsberechtigt sind die Jugendämter und/oder Gesundheitsämter der Städte und Kreise im Zuständigkeitsgebiet des Landschaftsverbandes Rheinland.

Es besteht kein Anspruch auf Förderung. Es handelt sich um eine freiwillige Förderung der Mitgliedskörperschaften durch den Landschaftsverband Rheinland.

§ 3

Verfahren

Antragsverfahren, Zuwendungsvoraussetzungen und Nachweis der Verwendung der Fördermittel bestimmen sich nach den Richtlinien des Programms „Unterstützung der Kommunen im Rheinland beim Ausbau der Angebots- und Koordinationsstrukturen für Kinder und Jugendliche mit psychisch und/oder suchterkrankten Eltern".

§ 4

Mittelvergabe

Als Fördersumme stehen je Projekt bis zu 30.000,- Euro zur Verfügung.

Der Landschaftsverband Rheinland entscheidet im Einzelfall – insbesondere unter Berücksichtigung der sich aus den Richtlinien ergebenden Voraussetzungen – und nach pflichtgemäßem Ermessen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel.

§ 5

Nicht zweckentsprechend verwendete Mittel

Nicht zweckentsprechend verwendete Fördermittel werden gemäß der Richtlinie des Programms „Unterstützung der Kommunen im Rheinland beim Ausbau der Angebots- und Koordinationsstrukturen für Kinder und Jugendliche mit psychisch und/oder suchterkrankten Eltern" zurückgefordert.

§ 6

Tag des Inkrafttretens der Satzung

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Köln, den 23.06.2020

Die Vorsitzende der Landschaftsversammlung Rheinland

H e n k – H o l l s t e i n

Die Schriftführerin der Landschaftsausversammlung Rheinland

L u b e k

TOP 5 Anlauf- und Beratungsstelle für ehemalige Heimkinder

Die Direktorin des Landschaftsverbandes Rheinland

Qualität für Menschen

Vorlage Nr. 14/3956

öffentlich

Datum: 15.05.2020
Dienststelle: Stabsstelle 40.01
Bearbeitung: Herr Naylor

Landesjugendhilfeausschuss	**28.05.2020**	**empfehlender Beschluss**
Finanz- und Wirtschaftsausschuss	**17.06.2020**	**empfehlender Beschluss**
Landschaftsausschuss	**23.06.2020**	**empfehlender Beschluss**
Landschaftsversammlung	**30.09.2020**	**Beschluss**

Tagesordnungspunkt:

Satzung zum Programm "Förderung von Selbsthilfegruppen ehemaliger Heimkinder"

Beschlussvorschlag:

Der Satzung zum Programm "Förderung von Selbsthilfegruppen ehemaliger Heimkinder" wird gemäß Vorlage Nr. 14/3956 zugestimmt.

UN-Behindertenrechtskonvention (BRK):

Diese Vorlage berührt eine oder mehrere Zielrichtungen des LVR-Aktionsplans zur Umsetzung der BRK.	nein

Gleichstellung/Gender Mainstreaming:

Diese Vorlage berücksichtigt Vorgaben des LVR-Gleichstellungsplans 2020.	nein

Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt (lfd. Jahr):

Produktgruppe:	
Erträge: Veranschlagt im (Teil-)Ergebnisplan	Aufwendungen: /Wirtschaftsplan
Einzahlungen: Veranschlagt im (Teil-)Finanzplan Bei Investitionen: Gesamtkosten der Maßnahme:	Auszahlungen: /Wirtschaftsplan
Jährliche ergebniswirksame Folgekosten:	
Die gebildeten Budgets werden unter Beachtung der Ziele eingehalten	

L u b e k

Zusammenfassung:

Der zur Beschlussfassung vorgelegte Satzungsentwurf ist die Grundlage der Umsetzung des Beschlusses der Landschaftsversammlung vom 16.12.2019 zum Antrag Nr. 14/307 vom 11.10.2019.
Gefördert werden sollen Selbsthilfeprojekte ehemaliger Bewohner von Heimen der Jugendhilfe, Behindertenhilfe und Psychiatrien, die dort Unrecht und Leid ertragen haben. Das Ziel des Förderprogramms ist es, eine langfristige und nachhaltige Stabilisierung dieser selbstorganisierten Initiativen zu ermöglichen.
Die Förderung ist befristet auf die Jahre 2020, 2021 und 2022 mit jeweils 200.000 Euro, also gesamt 600.000 Euro. Die entsprechenden Haushaltsmittel werden aus den zu erwartenden Rückflüssen aus dem Fondsvermögen des „Fonds Heimerziehung West" zur Verfügung gestellt und bleiben damit dem ursprünglichen Verwendungszweck, der Verbesserung der Situation ehemaliger Heimkinder, erhalten.
Die Maßnahme steht unter Haushaltsvorbehalt.

Begründung der Vorlage Nr. 14/3956:

Die Umsetzung des Beschlusses der Landschaftsversammlung vom 16.12.2019 zu Antrag 14/307 zur Förderung von Selbsthilfeprojekten ehemaliger Heimkinder und Menschen, die als Kinder und Jugendliche in Psychiatrie und Behindertenhilfe Unrecht und Leid ertragen haben, erfordert eine entsprechende Satzung. Diese wird im Anhang zur Beschlussfassung vorgelegt.

Der LVR sieht sich in der Verantwortung für die Menschen, die im Rheinland in Heimen der Jugend- und Behindertenhilfe und in Psychiatrien leben mussten.

Aus dieser Haltung heraus beschloss die Landschaftsversammlung in der Sitzung vom 16.12.2019 die finanzielle Förderung von Selbsthilfeorganisationen der von diesen Umständen betroffenen Menschen. Diese Initiativen und Projekte tragen dazu bei, die Folgen der unwürdigen Unterbringungen zu mildern.

Der LVR unterstützt diese Initiativen und möchte in Zukunft auch finanziell zum Gelingen entsprechender Projekte beitragen. Damit dies möglich ist, wird das Förderprogramm „Ehemalige Heimkinder stärken - Förderung von Selbsthilfeprojekten" auf der Grundlage der hier zur Beschlussfassung vorgelegten Satzung gestartet. Das Ziel dieses Förderprogramms ist es, eine langfristige und nachhaltige Stabilisierung dieser selbstorganisierten Initiativen zu ermöglichen.

Die Förderung soll flexibel möglichst alle denkbaren Formen der Selbstorganisation der betroffenen Menschen unterstützen. Um diese Flexibilität zu gewährleisten, wird ein pauschaler/ nicht belegpflichtiger Bewilligungsbetrag in Höhe von 5000 Euro für jede Initiative pro Förderjahr möglich sein. Darüber hinaus ist eine weitere Förderung im Rahmen der Förderrichtlinie möglich. Um eine gerechte Verteilung zu gewährleisten, wird eine maximale Fördersumme von 65.000 Euro für jede Initiative/Selbsthilfeorganisation pro Förderjahr festgelegt.

Die Haushaltsmittel der vorgesehenen Förderung stammen aus den erwarteten Rückflüssen aus dem Fondsvermögen des inzwischen aufgelösten „Fonds Heimerziehung West". Der Förderzeitraum wird auf die Jahre 2020, 2021, 2022 festgelegt, der gesamte Förderrahmen umfasst 600.000 Euro. Die Vergabe dieser finanziellen Mittel soll gleichmäßig mit 200.000 Euro/Jahr über den Förderzeitraum geschehen.
Die Maßnahme steht unter Haushaltsvorbehalt.

In Vertretung

B a h r – H e d e m a n n

Satzung des Landschaftsverbandes Rheinland
über die Förderung des Programms
„Ehemalige Heimkinder stärken – Förderung von Selbsthilfeprojekten"

Die Landschaftsversammlung des Landschaftsverbandes Rheinland hat am ……. auf Grundlage der §§ 6 und 7 der Landschaftsverbandsordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV.NRW. S. 657), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 14. April 2020 (GV.NRW. S. 218b), folgende Satzung beschlossen:

§1
Förderzweck

Die Förderung soll den Menschen zugutekommen, die heute im Rheinland leben und in ihrer Kindheit und Jugend in Heimen der Jugend- und Behindertenhilfe oder in Wohnformen der Psychiatrie, in denen sie leben mussten, Leid und oft auch Unrecht ertragen haben. Einige der hiervon Betroffenen schließen sich in Eigeninitiative zusammen, um sich gegenseitig zu stützen und zu helfen. Die entsprechenden Initiativen, die sich im Rheinland gebildet haben oder bilden werden, sollen gestärkt und zum Gelingen geeigneter Projekte beigetragen werden. Diese Projekte können sich auf alle Dinge beziehen, die geeignet sind, die Arbeit der Initiativen zu ermöglichen und zu unterstützen. Durch die Förderung soll dabei geholfen werden, dass diese Menschen gemeinsam aktiv die Zukunft gestalten können.
Anliegen des Förderprogramms ist es, dass der LVR in Zukunft auch finanziell zum Gelingen entsprechender Initiativen beiträgt und damit die Grundlage schafft für eine langfristige Stabilisierung der selbstorganisierten Unterstützungssysteme und damit auch dazu, dass sich Vorgänge wie damals nicht wiederholen.

§2
Zuwendungsempfänger*innen

Zuwendungsempfänger*innen sind eingetragene Vereine, Selbsthilfegruppen und vergleichbare Initiativen mit Sitz im Gebiet des Landschaftsverbandes Rheinland von und für Menschen, die in der Vergangenheit in Einrichtungen der Jugendhilfe oder/und Behinderteneinrichtungen oder/und Psychiatrien oder/und Heilpädagogischen Einrichtungen gelebt und dort Leid und oft auch Unrecht ertragen haben.
Zuwendungsempfänger*innen können auch Gruppen von Menschen sein, die sich in der Gründungsphase in einer der o.g. genannten Organisationen befinden.
Es kann als freiwillige Leistung des Landschaftsverbandes Rheinland auf Antrag eine zweckgebundene Förderung im Rahmen von festgelegten Höchstgrenzen gewährt werden. Die Voraussetzungen der Richtlinie des Landschaftsverbandes Rheinland zum Programm

„Ehemalige Heimkinder stärken – Förderung von Selbsthilfeprojekten" müssen dafür erfüllt werden. Eine Förderung von Einzelpersonen findet nicht statt.
Es besteht kein Anspruch auf Förderung.

§ 3
Verfahren

Antragsverfahren, Zuwendungsvoraussetzungen und Nachweis der Verwendung der Fördermittel bestimmen sich nach den Richtlinien.

§ 4
Mittelvergabe

Der Landschaftsverband Rheinland gewährt die Fördermittel unter den Voraussetzungen der Richtlinie im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel. Die Fördersumme ist begrenzt auf 65.000 Euro pro Kalenderjahr pro Initiative.
Der Landschaftsverband Rheinland entscheidet im Einzelfall nach pflichtgemäßen Ermessen u.a. auf der Grundlage der erwarteten Reichweite, Nachhaltigkeit und insbesondere unter Wahrung des Gleichbehandlungsgrundsatzes über die Förderung.

§5
Nicht zweckentsprechend verwendete Fördermittel

Nicht zweckentsprechend verwendete Fördermittel werden gemäß der Richtlinie zurückgefordert.

§ 6
Tag des Inkrafttretens der Satzung

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Köln, den

Die Vorsitzende
Der Landschaftsversammlung Rheinland

H e n k – H o l l s t e i n

Die Schriftführerin der
Landschaftsversammlung Rheinland

L u b e k

Die Direktorin des Landschaftsverbandes Rheinland

Qualität für Menschen

Vorlage Nr. 14/3957

öffentlich

Datum: 15.05.2020
Dienststelle: Stabsstelle 40.01
Bearbeitung: Herr Naylor

Landesjugendhilfeausschuss	**28.05.2020**	**empfehlender Beschluss**
Finanz- und Wirtschaftsausschuss	**17.06.2020**	**empfehlender Beschluss**
Landschaftsausschuss	**23.06.2020**	**Beschluss**

Tagesordnungspunkt:

Richtlinie zum Programm "Förderung von Selbsthilfegruppen ehemaliger Heimkinder"

Beschlussvorschlag:

Der Richtlinie zum Programm "Förderung von Selbsthilfegruppen ehemaliger Heimkinder" wird gemäß Vorlage Nr 14/3957 zugestimmt.

UN-Behindertenrechtskonvention (BRK):

Diese Vorlage berührt eine oder mehrere Zielrichtungen des LVR-Aktionsplans zur Umsetzung der BRK.	nein

Gleichstellung/Gender Mainstreaming:

Diese Vorlage berücksichtigt Vorgaben des LVR-Gleichstellungsplans 2020.	nein

Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt (lfd. Jahr):

Produktgruppe:	
Erträge: Veranschlagt im (Teil-)Ergebnisplan	Aufwendungen: /Wirtschaftsplan
Einzahlungen: Veranschlagt im (Teil-)Finanzplan Bei Investitionen: Gesamtkosten der Maßnahme:	Auszahlungen: /Wirtschaftsplan
Jährliche ergebniswirksame Folgekosten:	
Die gebildeten Budgets werden unter Beachtung der Ziele eingehalten	

L u b e k

Zusammenfassung:

Die vorliegende Förderrichtlinie gründet auf einem einstimmigen Beschluss der Landschaftsversammlung vom 16.12.2019.
Gefördert werden sollen Selbsthilfeprojekte ehemaliger Bewohner von Heimen der Jugendhilfe, Behindertenhilfe und Psychiatrien, die dort Unrecht und Leid ertragen haben. Das Ziel des Förderprogramms ist es, eine langfristige und nachhaltige Stabilisierung dieser selbstorganisierten Initiativen zu ermöglichen. Die vorliegende Förderrichtlinie regelt die Vergabe der zur Verfügung stehenden finanziellen Kapazitäten.
Die Förderung ist befristet auf die Jahre 2020, 2021 und 2022 mit jeweils 200.000 Euro, also gesamt 600.000 Euro. Die entsprechenden Haushaltsmittel werden aus den zu erwartenden Rückflüssen aus dem Fondsvermögen des „Fonds Heimerziehung West" zur Verfügung gestellt und bleiben damit dem ursprünglichen Verwendungszweck, der Verbesserung der Situation ehemaliger Heimkinder, erhalten.
Die Maßnahme steht unter Haushaltsvorbehalt.

Begründung der Vorlage Nr. 14/3957:

Die vorliegende Förderrichtlinie bezieht sich auf den Beschluss der Landschaftsversammlung vom 16.12.2019

Der LVR sieht sich in der Verantwortung für die Menschen, die im Rheinland in Heimen der Jugend- und Behindertenhilfe und in Psychiatrien leben mussten.

Aus dieser Haltung heraus beschloss die Landschaftsversammlung in der Sitzung vom 16.12.2019 die finanzielle Förderung von Selbsthilfeorganisationen der von diesen Umständen betroffenen Menschen. Diese Initiativen und Projekte tragen dazu bei, die Folgen der unwürdigen Unterbringungen zu mildern.

Der LVR unterstützt diese Initiativen und möchte in Zukunft auch finanziell zum Gelingen entsprechender Projekte beitragen. Damit dies möglich ist, wird das Förderprogramm „Ehemalige Heimkinder stärken - Förderung von Selbsthilfeprojekten" gestartet und mit der hier vorliegenden Richtlinie reguliert. Das Ziel dieses Förderprogramms ist es, eine langfristige und nachhaltige Stabilisierung dieser selbstorganisierten Initiativen zu ermöglichen.

Die Förderung soll flexibel möglichst alle denkbaren Formen der Selbstorganisation der betroffenen Menschen unterstützen. Um diese Flexibilität zu gewährleisten, wird ein pauschaler/ nicht belegpflichtiger Bewilligungsbetrag in Höhe von 5.000 Euro für jede Initiative pro Förderjahr möglich sein. Darüber hinaus ist eine weitere Förderung im Rahmen der Förderrichtlinie möglich. Um eine gerechte Verteilung zu gewährleisten, wird eine maximale Fördersumme von 65.000 Euro für jede Initiative/Selbsthilfeorganisation pro Förderjahr festgelegt.

Die Haushaltsmittel der vorgesehenen Förderung stammen aus den erwarteten Rückflüssen aus dem Fondsvermögen des inzwischen aufgelösten „Fonds Heimerziehung West". Der Förderzeitraum wird auf die Jahre 2020, 2021 und 2022 festgelegt, der gesamte Förderrahmen umfasst 600.000 Euro. Die Vergabe dieser finanziellen Mittel soll gleichmäßig mit 200.000 Euro/Jahr über den Förderzeitraum geschehen.

Die Maßnahme steht unter Haushaltsvorbehalt.

In Vertretung

B a h r – H e d e m a n n

Richtlinien des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR) zur Förderung im Rahmen des Programms
„Ehemalige Heimkinder stärken – Förderung von Selbsthilfeprojekten"
– im Folgenden „Programm" genannt -

in der Fassung vom

16.04.2020

1. Förderzweck

Die Förderung, die für die Jahre 2020, 2021 und 2022 gewährt wird, hat das Ziel und den Zweck durch die Förderung von Selbsthilfeprojekten ehemalige Heimkinder im Rheinland finanziell zu unterstützen. Sie soll den Menschen zugutekommen, die im Rheinland in ihrer Kindheit und Jugend in Heimen der Jugend- und Behindertenhilfe leben mussten. Diese Menschen haben in den jeweiligen Einrichtungen häufig erheblich unter den Verhältnissen und den dort oft herrschenden Unrechtssystemen leiden müssen, viele empfinden sich als Opfer. Einige der hiervon Betroffenen schließen sich in Eigeninitiative zusammen, um sich gegenseitig zu stützen und zu helfen. Die entsprechenden Gruppen, die sich im Rheinland gebildet haben oder bilden werden, sollen gestärkt und hierdurch zum Gelingen geeigneter Projekte beigetragen werden. Diese Projekte können sich auf alle Aspekte beziehen, die geeignet sind, die Arbeit der Gruppen zu ermöglichen und zu unterstützen. Durch die Förderung soll dabei geholfen werden, dass Menschen aus ihrer Opferhaltung heraustreten und gemeinsam aktiv die Zukunft gestalten können. Dazu gehört, dass sie in den Gruppen gegenseitig vorhandene Ängste abbauen und Bewältigungsstrategien entwickeln.
Anliegen dieses Förderprogramms ist es, dass der LVR in Zukunft auch finanziell zum Gelingen entsprechender Initiativen beiträgt und damit die Grundlage für eine langfristige Stabilisierung der selbstorganisierten Unterstützungssysteme schafft und damit auch dazu beiträgt, dass sich Vorgänge wie damals nicht wiederholen.

2. Zuwendungsempfänger*innen

Zuwendungsempfänger*innen sind eingetragene Vereine, Selbsthilfegruppen und vergleichbare Initiativen mit Sitz im Gebiet des Landschaftsverbandes Rheinland von und für Menschen, die in der Vergangenheit in Einrichtungen der Jugendhilfe oder/und Behinderteneinrichtungen oder/und Psychiatrien oder/und Heilpädagogischen Einrichtungen gelebt haben (im Folgenden „Initiativen" genannt). Diese Voraussetzungen bestehen in jedem Fall bei Personen, die in der Vergangenheit Leistungen aus dem „Fonds Heimerziehung in der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis 1975" oder aus der „Stiftung Anerkennung und Hilfe" beantragen konnten.
Zuwendungsempfänger*innen können auch Gruppen von Menschen sein, die sich in der Gründungsphase eine der o.g. genannten Organisationen befinden.
Eine Förderung von Einzelpersonen findet nicht statt.

3. Förderung

Der festgelegte Förderzeitraum umfasst die Jahre 2020, 2021 und 2022.
Der LVR gewährt die Fördermittel freiwillig im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel.

Die Höchstsumme für die Förderung beträgt pauschal (ohne besonderen Verwendungsnachweis) 5.000 Euro/Kalenderjahr/Initiative. Zusätzlich kann eine Förderung in Höhe von maximal 60.000 Euro/ Kalenderjahr/Initiative auf der Grundlage einer Kostenkalkulation und mit Verwendungsnachweis (vgl..) beantragt werden. Der Landschaftsverband Rheinland entscheidet im Einzelfall nach pflichtgemäßem Ermessen u.a. auf der Grundlage der erwarteten Reichweite, Nachhaltigkeit und insbesondere unter Wahrung des Gleichbehandlungsgrundsatzes über die Förderung.

Die Fördersumme ist begrenzt auf 65.000 Euro pro Kalenderjahr pro Initiative.

Es besteht kein Rechtsanspruch auf Förderung.

4. Kosten

Zu den abrechnungsfähigen Kosten gehören:

4.1 Kosten, die über den maximal zugesprochenen Förderbetrag (höchstens 65.000 Euro) pro Initiative im jeweiligen Förderjahr hinausgehen, werden aus Mitteln dieses Programms nicht übernommen.

4.2 Die Kosten zur Vorbereitung der beantragten Fördermaßnahme sind ebenfalls förderfähig.

4.3 Auflagen hinsichtlich der Mittelverwendung die sich aus dem jeweiligen Förderbescheid ergeben, sind einzuhalten.

5. Antragstellung/ Auszahlung

5.1 Die mögliche Förderung erfolgt auf schriftlichen formlosen Antrag. Aus diesem Antrag muss hervorgehen, dass es sich um eine Initiative von und für Menschen, die in der Vergangenheit in Einrichtungen der Jugendhilfe oder/und Behinderteneinrichtungen oder/und Psychiatrien oder/und Heilpädagogischen Einrichtungen gelebt haben, handelt.

Die Antragstellenden/ Förderempfänger*innen müssen den Antrag für die Förderjahre 2021 und 2022 spätestens zum 01. März für das jeweilige laufende Haushaltsjahr einreichen.
Eine Ausnahme bildet das Jahr 2020. Die Fördermittel für das Jahr 2020 können bis zum 31.12.2020 beantragt werden.

5.2 Die Pauschale von 5000 Euro kommt mit bestandskräftiger Bewilligung zur Auszahlung. Die weiteren Fördermittel können bei Anfall der im Vorfeld prognostizierten Aufwendungen abgerufen werden.

Die Abrufung erfolgt per Mail/ schriftlicher Anforderung gegenüber der im Förderbescheid benannten Stelle. Die Abrufung kann bis zu 2 Wochen vor Anfall der Aufwendungen erfolgen

6. Weitere Verfahrensregeln

Im Einzelnen gelten folgende Regelungen:

6.1 Verwendungsnachweis: Die Initiative hat spätestens bis zum 31.12. des jeweiligen Förderjahres einen einfachen Verwendungsnachweis formfrei einzureichen. Darin ist die zweckgerechte Verwendung der Fördermittel durch entsprechende Belege nachzuweisen. Dies gilt nicht für die pauschale Fördersumme von 5000 Euro/Initiative/Kalenderjahr. Hier genügt eine schriftliche Verwendungserklärung durch einen Bevollmächtigten der jeweiligen Initiative.

6.2 Rückforderung der Zuwendung: Die Zuwendung ist zu erstatten, wenn die Zuwendung nicht oder nicht mehr für den vorgesehenen Zweck verwendet wird oder wenn die Zuwendung durch unrichtige oder unvollständige Angaben erwirkt worden ist oder der Belegpflicht nicht nachgekommen wird (§§ 48, 49, 49a VwVfG).

7. Inkrafttreten und Übergangsbestimmungen

Die Richtlinien treten am Tag nach Veröffentlichung der zu Grunde liegenden Satzung über die Förderung des Projektes „Ehemalige Heimkinder stärken – Förderung von Selbsthilfeprojekten" durch den Landschaftsverband Rheinland in Kraft. Bis dahin stehen sie unter dem Vorbehalt der Verabschiedung der Satzung.
Anträge können bereits auf Grundlage dieser Richtlinien eingereicht werden.

Die Direktorin des Landschaftsverbandes Rheinland

Qualität für Menschen

Vorlage Nr. 14/4072

öffentlich

Datum: 08.05.2020
Dienststelle: Fachbereich 43
Bearbeitung: Herr Palm

Landesjugendhilfeausschuss	**28.05.2020**	**empfehlender Beschluss**
Landschaftsausschuss	**23.06.2020**	**Beschluss**

Tagesordnungspunkt:

Aufhebung des Positionspapiers "Grundprinzipien muslimischer Träger in der Jugendhilfe"

Beschlussvorschlag:

Das Positionspapier „Grundprinzipien für muslimische Träger in der Jugendhilfe", zuletzt geändert mit Beschluss des Landschaftsausschusses vom 07.03.2008 (Vorlage 12/2945/1), wird aufgehoben.

UN-Behindertenrechtskonvention (BRK):

Diese Vorlage berührt eine oder mehrere Zielrichtungen des LVR-Aktionsplans zur Umsetzung der BRK.	ja

Gleichstellung/Gender Mainstreaming:

Diese Vorlage berücksichtigt Vorgaben des LVR-Gleichstellungsplans 2020.	nein

Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt (lfd. Jahr):

Produktgruppe:	
Erträge: Veranschlagt im (Teil-)Ergebnisplan	Aufwendungen: /Wirtschaftsplan
Einzahlungen: Veranschlagt im (Teil-)Finanzplan Bei Investitionen: Gesamtkosten der Maßnahme:	Auszahlungen: /Wirtschaftsplan
Jährliche ergebniswirksame Folgekosten:	
Die gebildeten Budgets werden unter Beachtung der Ziele eingehalten	

L u b e k

Zusammenfassung:

Das LVR-Landesjugendamt hat mit dem Positionspapier „Grundprinzipien für muslimische Träger in der Jugendhilfe“ (vgl. Ergänzungsvorlagennummer 12/2945/1 - **Anlage**) zuletzt in 2008 Rahmenbedingungen für Betreuungsangebote muslimischer Träger beschrieben. Daraufhin haben die Vorortgemeinden des Verbands islamischer Kulturzentren (VIKZ e.V.) Schülerwohnheime, theologische Ausbildungsstätten und Wochenend- und Ferienmaßnahmen aufgrund dieser Vorgaben entwickelt.

Im Gegensatz zu den durch den VIKZ durchgeführten Wochenend- und Ferienmaßnahmen wurde bei vergleichbaren Angeboten konfessionell sowie weltanschaulich gebundener Träger keine Notwendigkeit einer Betriebserlaubnis gesehen. Diese unterschiedliche Behandlung widerspricht dem Grundsatz der "Selbstbindung der Verwaltung", die auf dem Gleichheitssatz (Art. 3 I GG) und dem im Rechtsstaatsprinzip verankerten Gebot des Vertrauensschutzes (Art. 20 III GG) basiert.

Es ist weiterhin zu konstatieren, dass die Standards der Angebote der Schülerwohnheime und theologischen Ausbildungsstätten des VIKZ vergleichbaren Angeboten der stationären Jugendhilfe entsprechen.

Daher schlägt die Verwaltung vor, das Positionspapier "Grundprinzipien für muslimische Träger in der Jugendhilfe" aufzuheben. Für die Wochenend- und Ferienmaßnahmen des VIKZ entfällt für künftige entsprechende Angebote eine Betriebserlaubnis. Bestehende Betriebserlaubnisse aus der Vergangenheit werden zurückgenommen.

Da die Erteilung einer Betriebserlaubnis nach § 85 Abs. 2 Nr. 6 SGB VIII durch die Landesjugendämter eine Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung ist, wird die Aufsicht durch die Oberste Landesjugendbehörde, dem Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen (MKFFI), ausgeführt. Das MKFFI stimmt der Vorgehensweise und der Absicht des Landesjugendamtes Rheinland ausdrücklich zu.

Die Angebote muslimischer Träger werden zukünftig wie andere Themen im Kontext der §§ 45 ff. SGB VIII in dem zuständigen Fachausschuss, dem Landesjugendhilfeausschuss Rheinland, behandelt.

Diese Vorlage berührt im LVR-Aktionsplan zur Umsetzung der BRK die Zielrichtung 10: "Kindeswohl und Kinderrechte".

Begründung der Vorlage Nr. 14/4072:

2004 begann zwischen dem LVR-Landesjugendamt (LJA) und dem Dachverband VIKZ e.V. (VIKZ) der Austausch über die Betriebserlaubnispflicht bzw. Betriebserlaubnisfähigkeit verschiedener geplanter Angebote der dem VIKZ angeschlossenen Vorortgemeinden in den Städten und Gemeinden des Rheinlandes. Auf der Grundlage der Gesprächsergebnisse entwickelten die Vorortgemeinden Angebote der Wochenend- und Ferienbetreuung, der Schülerwohnheime und der Ausbildungsstätten für islamische Theologie.

Das LJA formulierte die in diesen Gesprächen gefundenen Grundsätze für die Rahmenbedingungen zur Betriebserlaubniserteilung für die o.g. Angebote in dem derzeit geltenden Positionspapier "Grundprinzipien für muslimische Träger in der Jugendhilfe" (s.a. Anlagen 1 und 2. der Ergänzungsvorlagennummer 12/2945/1 - **Anlage**). Der VIKZ hat diesen Rahmenbedingungen zunächst zugestimmt und diese als Beratungsgrundlage für die Vorortgemeinden übernommen.
Das Landesjugendamt Westfalen-Lippe hat sich an den Rahmenbedingungen des Grundprinzipienpapiers orientiert.

Auf der Grundlage dieses Positionspapiers bietet der VIKZ aktuell folgende Angebote der Vorortgemeinden an:

Wochenend-und Ferienbetreuung:

- In der Zuständigkeit des LVR sind aktuell 14 Wochenend-und Ferienmaßnahmen an verschiedenen Standorten genehmigt.
- In der Zuständigkeit des LWL sind aktuell 7 Wochenend-und Ferienmaßnahmen an verschiedenen Standorten genehmigt.

Schülerwohnheime:

- In der Zuständigkeit des LVR sind aktuell 4 Schülerwohnheime an verschiedenen Standorten genehmigt.
- In der Zuständigkeit des LWL sind aktuell 2 Schülerwohnheime an verschiedenen Standorten genehmigt.

Ausbildungsstätten für islamische Theologie

- In der Zuständigkeit des LVR sind aktuell 3 Ausbildungsstätten für islamische Theologie an verschiedenen Standorten genehmigt.
- In der Zuständigkeit des LWL ist aktuell 1 Ausbildungsstätte für islamische Theologie genehmigt.

Seit dem Jahr 2014 wird die Betriebserlaubnisfähigkeit bzw. Betriebserlaubnispflicht der Wochenend- und Ferienangebote durch den VIKZ zunehmend kritisch hinterfragt, woraufhin die beiden Landesjugendämter in NRW eine verwaltungsrechtliche interne Überprüfung der Grundsätze zur Beurteilung dieser Angebote vorgenommen haben.
Im Ergebnis kamen die LJÄ zu der Einschätzung, dass die Regelungen des Positionspapiers im Vergleich mit ähnlichen Angeboten anderer konfessioneller sowie weltanschaulich gebundener Träger zu einer Ungleichbehandlung der VIKZ-Vorortgemeinden führen. Dieses Ergebnis wird dadurch bestätigt, dass bundesweit nur in NRW die Betriebserlaubnispflicht bezogen auf die Wochenend- und Ferienangebote besteht.

Aufgrund dieser Ungleichbehandlung bittet der VIKZ mit Schreiben vom 31.05.2019 um eine Aufhebung des Positionspapiers und eine Einbettung der Angebote in die allgemeinen Prinzipien der Jugendhilfe, die für alle anderen Träger ebenfalls gelten.

Das LVR-Landesjugendamt schlägt daher in Übereinstimmung mit der Obersten Landesjugendbehörde, dem MKFFI, vor, das Positionspapier "Grundprinzipien für muslimische Träger in der Jugendhilfe" ersatzlos aufzuheben. Damit würde für die Verwaltung der Weg frei, die muslimischen Träger und ihre Angebote in der Jugendhilfe unterschiedslos nach den allgemeinen Regeln der Jugendhilfe zu beurteilen und zu behandeln. Da das LVR-Landesjugendamt grundsätzlich eine Betriebserlaubnispflicht für Wochenend- und Ferienmaßnahmen verneint, entfällt für künftige entsprechende Angebote des VIKZ eine Betriebserlaubnis und bestehende Betriebsgenehmigungen aus der Vergangenheit werden zurückgenommen.

Die Angebote muslimischer Träger werden zukünftig wie andere Themen im Kontext der §§ 45 ff. SGB VIII in dem zuständigen Fachausschuss, dem Landesjugendhilfeausschuss Rheinland, behandelt.

In Vertretung

B a h r – H e d e m a n n

Der Direktor des Landschaftsverbandes Rheinland

Ergänzungsvorlage-Nr. 12/2945/1

öffentlich

Datum: 26.02.2008
Dienststelle: Amt 41
Bearbeitung: Herr Stoppel

Landschaftsausschuss	**07.03.2008**	**Beschluss**

Tagesordnungspunkt:

Grundprinzipien für muslimische Träger in der Jugendhilfe

Beschlussvorschlag:

"1. Der Landschaftsausschuss verabschiedet gemäß Vorlage Nr. 12/2945/1 die im Sinne seines Beschlusses vom 16.12.2005 fortgeschriebenen "Grundprinzipien für muslimische Träger in der Jugendhilfe". Er nimmt insoweit zur Kenntnis, dass Basis dieser Fortschreibung ein in 2007 mit muslimischen Organisationen geführter Dialog ist.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, im Jahre 2008 ein bereits mit den muslimischen Organisationen vorbesprochenes Begegnungsforum durchzuführen, unter Beteiligung öffentlicher und freier Jugendhilfeträger."

Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt (lfd. Jahr):

Produktgruppe:	Beratung und Aufsicht von Einrichtungen nach § 45 SGB VIII	
Erträge: Veranschlagt im (Teil-)Ergebnisplan	Aufwendungen: /Wirtschaftsplan	1.000 € ja
Einzahlungen: Veranschlagt im (Teil-)Finanzplan Bei Investitionen: Gesamtkosten der Maßnahme:	Auszahlungen: /Wirtschaftsplan	
Jährliche ergebniswirksame Folgekosten:		
Die gebildeten Budgets werden unter Beachtung der Ziele eingehalten		ja

Molsberger

Begründung der Vorlage Nr. 12/2945/1:

Der Landesjugendhilfeausschuss (LJHA) hat in seiner Sitzung am 21.2.2008 nach entsprechender Beratung im Unterausschuss Struktur und Planung der Jugendhilfe (UASPJ) am 19.2.2008 die "Grundprinzipien für muslimische Träger in der Jugendhilfe" wie folgt erweitert: "In die Grundprinzipien ist der Hinweis auf die generell anzuwendenden, für alle Jugendhilfeanbieter geltenden Mindeststandards einzuzufügen." (siehe Ziffer 6)

Zu Ziffer 2 des Beschlussvorschlags ("Begegnungsforum mit muslimischen Organisationen") bittet der LJHA, die jugendhilfepolitischen Sprecher der Fraktionen einzuladen.

Begründung der Vorlage Nr. 12/2945:

1. Beschlusslage

Auf der Grundlage der Empfehlung im Landesjugendhilfeausschuss (LJHA) am 15.12. 2005 hat der Landschaftsausschuss (LA) am 16.12.2005 folgenden Beschluss gefasst:

> „1. Der Landschaftsverband Rheinland (Landesjugendamt) stellt sich seiner Schutzverantwortung gegenüber Kindern und Jugendlichen sowie dem damit verbundenen Auftrag gesellschaftlicher und sprachlicher Integration von Migrantenkindern durch die in der Vorlage 12/1031 festgelegten ‚Grundprinzipien für muslimische Träger in der Jugendhilfe'.
>
> 2. Die Verwaltung wird beauftragt, diese Grundprinzipien in eine unter Federführung der zuständigen Landesbehörden zu entwickelnde, landesweite Gesamtposition einzubringen und auf dieser Grundlage einen Dialog mit verantwortlichen Personen islamischer Träger zu führen. Dabei soll durch Kontakte mit Betreuern und Religionslehrern ein vertieftes gegenseitiges Verständnis ermöglicht und zugleich versucht werden, durch Hinterfragen von Erziehungsmethoden sowie persönlichen Haltungen das gelebte Betreuungskonzept transparent zu gestalten. Mit den zuständigen Landes- sowie Staats- und Verfassungsschutzbehörden ist zu kooperieren.
>
> 3. Die ‚Grundprinzipien' sind weiter zu entwickeln. Dem Landesjugendhilfeausschuss sind regelmäßig schriftliche Verfahrensberichte zuzuleiten."

Einer weiteren Empfehlung im LJHA am 2.11.2006 entsprechend hat der LA am 10.11.2006 folgenden zusätzlichen Beschluss gefasst:

> „1. Der Landschaftsausschuss verabschiedet gemäß Vorlage Nr. 12/1732 die im Sinne seines Beschlusses vom 16.12.2005 fortentwickelten ‚Grundprinzipien für muslimische Träger in der Jugendhilfe'. Er nimmt dabei zur Kenntnis, dass diese Grundprinzipien auf der Grundlage einer Abstimmung mit dem Land und dem Landschaftsverband Westfalen - Lippe erstellt sind.
>
> 2. Die Verwaltung wird beauftragt, auf dieser Grundlage einen Dialog mit verantwortlichen Personen islamischer Träger zu führen und den Jugendämtern eine qualifizierte Beratung anzubieten.
>
> 3. Die Verwaltung hat auch weiterhin die im Beschluss des Landschaftsausschusses vom 16.12.2005 festgelegten Aufträge zu verfolgen und dem Landesjugendhilfeausschuss über weitere Entwicklungen mindestens jährlich zu berichten."

2. **Mit dem Land und dem LWL in 2006 entwickelte Position** (Vorlage 12/1732)

In 2006 wurde gemeinsam mit dem Ministerium für Generationen, Frauen, Familie und Integration (MGFFI) sowie dem Landesjugendamt Westfalen - Lippe zum Thema "Betriebserlaubnisse für muslimische Jugendhilfeanbieter" folgende Position festgelegt:

- Betriebserlaubnispflichtig sind Einrichtungen, die über Teile des Tages mit Tagesstruktur, ganztags oder verbunden mit Übernachtungen zur regelmäßigen Nutzung Betreuungen für Kinder und Jugendliche anbieten. Eine Regelmäßigkeit liegt für Ferienbetreuungen vor, wenn diese öfter als zwei mal im Jahr angeboten werden oder eine Jahresgesamtdauer von sechs Wochen überschreiten, für Wochenendbetreuungen, wenn sie öfter als vier mal im Jahr durchgeführt werden. Befreit von der Betriebserlaubnispflicht sind im Übrigen Jugendbildungseinrichtungen, wenn diese nicht fortlaufend einem im Wesentlichen gleich bleibenden Nutzerkreis zur Verfügung stehen.

- Wochenend- und Ferienbetreuungsangebote muslimischer Träger bedürfen dementsprechend einer Betriebserlaubnis. Sie fallen nicht unter den Ausnahmetatbestand der „Jugendbildungseinrichtungen", da sie fortlaufend einem im Wesentlichen gleich bleibenden Nutzerkreis zur Verfügung stehen.

- Wochenend- und Ferienbetreuungen grenzen sich von nicht erlaubnispflichtigen so genannten „Feriencamps" ab. Da nicht auf regelmäßige Nutzung angelegt, fallen „Feriencamps" nicht unter die Betriebserlaubnispflicht. Eine Abgrenzung zu Ferien- und Wochenendangeboten ist freilich - hinterlegt durch ein eindeutiges Konzept - erforderlich. Jedenfalls besteht dann eine Betriebserlaubnispflicht, wenn ein „regelmäßiges" Angebot vorliegt. Dies ist der Fall, wenn die Ferienbetreuung öfter als zwei mal im Jahr durchgeführt wird oder die Gesamtjahresdauer sechs Wochen überschreitet.

- Betreuungen, die zeitlich eng begrenzt als religiöse Unterweisung stattfinden, sind mangels Tagesstruktur (z.B. Mittagessen, Freizeit) nicht betriebserlaubnispflichtig. Das gleiche gilt für die nachmittägliche Schularbeitbeaufsichtigung.

- Für Wochenend- und Ferienbetreuungsangebote sind - als Eckpunkte für die beiden Landesjugendämter - elementare Mindeststandards festgelegt, die mit den „Grundprinzipien für muslimische Träger in der Jugendhilfe" kompatibel sind.

  Wochenend- und Ferienbetreuungen sollen danach folgende Standards erfüllen:

  - Ein pädagogisches Konzept mit strukturiertem Tagesablauf und nachvollziehbarer integrativer Ausrichtung,
  - deutschsprachiger Ansprechpartner beim Träger,
  - freiwillige Teilnahme der Minderjährigen und Zustimmung der Sorgeberechtigten,
  - der Betreuung entsprechende bauliche und hygienische Voraussetzungen, z.B. in der Zimmergröße, deren Aufteilung, im Küchenbereich sowie im Freizeit- und Außenbereich,
  - Qualifizierung des Personals entsprechend den Betreuungserfordernissen,
  - die Betreuer müssen volljährig sein und über ausreichende deutsche Sprachkenntnisse verfügen,
  - eine angemessene altersgemäße Freizeitgestaltung muss gewährleistet sein.

- Betriebserlaubnispflichtig sind auch die als „Theologische Ausbildung - Jugendwohnheim" bezeichneten Angebote, die der „Verband Islamischer Kulturzentren e.V."/ VIKZ in Köln (Mühlheim und Ehrenfeld) sowie in Bergisch- Gladbach plant, soweit sie der

Nutzung durch Minderjährige unterliegen. Neben der Ausbildung zu Religionslehrern (Hocas) beinhaltet die Betreuung im Wesentlichen das Zurverfügungstellen von Freizeitmöglichkeiten und Übernachtung, jeweils verbunden mit pädagogischem Handeln und Aufsichtsverantwortung. Betreut werden neben Volljährigen Hauptschulabgänger.

- Soweit die Einrichtungsaufsicht des Landesjugendamtes nicht greift, das heißt bei Angeboten, die nicht den Einrichtungsbegriff des § 45 SGB VIII erfüllen, werden den Jugendämtern zur Durchführung ihres „staatlichen Wächteramtes" folgende Mindeststandards empfohlen:

  - Eine angemessene altersgemäße Freizeitgestaltung ist zu gewährleisten. Das heißt vor allem, dass die religiöse Unterweisung das Kind/ den Jugendlichen nicht überfordern darf.

  - Die Betreuer müssen volljährig sein und über ausreichende deutsche Sprachkenntnisse verfügen.

  - Die Betreuung findet im Wesentlichen in deutscher Sprache statt.

  - Die Qualifizierung des Personals muss den Betreuungserfordernissen entsprechen.

  - Die Teilnahme der Minderjährigen an der Betreuung erfolgt freiwillig und mit Zustimmung der Sorgeberechtigten.

  - Erforderlich sind der Betreuung entsprechende bauliche und hygienische Voraussetzungen, z.B. in der Zimmergröße, deren Aufteilung, im Küchenbereich sowie im Freizeit- und Außenbereich.

- Unabhängig von der Frage der Betriebserlaubnispflicht soll - abgesichert durch einen Vorortdialog des Jugendamtes mit muslimischen Organisationen (z.B. „Runder Tisch Integration") - sichergestellt sein, dass das Jugendamt über beabsichtigte Betreuungsformen rechtzeitig schriftlich in Kenntnis gesetzt wird, unter Beifügen des Betreuungskonzeptes. Der VIKZ hat sich hierzu im Sinne des Anzeigens von Feriencamps bereit erklärt.

3. **Die Entwicklung in 2006** (Vorlage 12/1732)

- Am 16.5. 2006 hat das MGFFI alle betroffenen Jugendämter, Landesjugendämter sowie Polizei- und Staatsschutzorgane eingeladen und auf die besonderen Beratungs- und Aufsichtsfunktionen der Jugendämter hingewiesen, vor allem auf die Notwendigkeit fortlaufender und regelmäßiger Dialoge mit muslimischen Vereinen vor Ort.

- Mit dem MGFFI wurde abgestimmt, dass die zur Zeit in Betrieb befindlichen fünf VIKZ - Wochenend- und Ferienbetreuungen in Hückelhoven, Mönchengladbach, Waldbröl, Wesel und Wuppertal bis zum 31.4.2007 unter Beobachtung des örtlichen Jugendamtes und des Landesjugendamtes zunächst bis zum 31.4.2007 weitergeführt werden dürfen. Auf der Grundlage der bis dahin gemachten Erfahrungen wird sodann über die Betriebserlaubnisanträge entschieden. Sollten gerichtlich verwertbare Feststellungen im Sinne der Ungeeignetheit des örtlichen Vereins getroffen werden oder sonstige Kriterien der „Grundprinzipien für muslimische Träger in der Jugendhilfe" nicht erfüllt sein, wird die Betriebserlaubnis abgelehnt. Im anderen Fall kann eine Erlaubnis erteilt werden.

4. Die neue Entwicklung in 2007

Neben regelmäßigen Treffen mit muslimischen Organisationen (Ziffer 5) und fortlaufenden Beratungen einer Vielzahl von Jugendämtern bestand in 2007 die nachfolgend skizzierte Betriebserlaubnisrelevanz.

- In 2007 sind folgende VIKZ - Wochenend- und Ferienbetreuungen durch Betriebserlaubnis genehmigt worden: Hückelhoven. Mönchengladbach, Waldbröl, Wesel, Wuppertal und als Neuangebot Nettetal - in Trägerschaft des jeweiligen VIKZ-Ortsvereins.

- Für zwei VIKZ - Einrichtungen „Theologische Ausbildung - Jugendwohnheim" in Köln und Bergisch- Gladbach sind Betriebserlaubnisanträge abgelehnt worden. Ein Widerspruchsverfahren ist anhängig. Die Ablehnung gegenüber dem avisierten zentralen VIKZ- Träger (Köln) erfolgte wegen berechtigter Zweifel an der Eignung dieser VIKZ - Zentralverwaltung. Im Einzelnen ist dabei neben einem Altvorkommnis im Jahre 2004 in Wuppertal („schwarzes Internat") auf Vorabinbetriebnahmen (ohne Betriebserlaubnis) in Nettetal im Jahre 2006 (Wochenend- und Ferienbetreuung) und in Bergisch-Gladbach in 2007 („Theologische Ausbildung - Jugendwohnheim") hinzuweisen, jeweils in der Verantwortung der VIKZ - Zentrale. In den genannten Fällen wurde offensichtlich keine ausreichende Fachaufsicht in der zentralen Trägerverantwortung wahrgenommen.

  Die „Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs" / IGMG betreibt zwar in Düren und Solingen Einrichtungen. Diese sind aber nicht betriebserlaubnis- sondern lediglich anzeigepflichtig, da es sich im Sinne der in 2006 mit dem Land und dem LWL festgelegten Kriterien um „Feriencamps" handelt.

5. Dialog zur Vorbereitung eines „Begegnungsforums Muslime Jugendhife" für das Jahr 2008

In 2007 ist auf Einladung der Verwaltung des Landesjugendamts ein intensiver Dialog mit muslimischen Organisationen geführt worden, als dessen Ergebnis der gemeinsame Wille artikuliert wurde, ein „Begegnungsforum Muslime Jugendhilfe im Rheinland" in 2008 durchzuführen. Folgende Teilnehmer beteiligten sich an dem Dialog: Zentralrat der Muslime in Deutschland, Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland, IGMG, VIKZ, Türkisch- Islamische Union der Anstalt für Religion e.V. (DiTiB), Neue Brücke e.V., Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen NRW, RAA/ Büro für interkulturelle Arbeit, Landkreistag NRW sowie die Jugendämter Duisburg und Bergisch- Gladbach (Das MGFFI war eingeladen).

In dem „Begegnungsforum" soll es zunächst darum gehen, jeweilige eigene Strukturen und Auffassungen vorzutragen. Im weiteren Verlauf soll zum Thema „Kindeswohl, insbesondere Integrationsrecht von Migrantenkindern" ein vertiefter Dialog stattfinden, wobei die Verwaltung des Landesjugendamts Rheinland von folgenden Grundaussagen ausgeht:

- Grundlage des Forums soll ein einheitliches Verfassungsverständnis zum Erziehungsrecht der Eltern nach Art 6 II GG sein.

- Den Eltern zugestandene Erziehungsverantwortung (Art 6 II) lässt staatliche Eingriffe nur im Rahmen des §1666 BGB und der besonderen Maßnahmen des Jugendamts bei „Kindeswohlgefährdungen" zu.

- Das Elterngrundrecht auf Erziehung zeichnet sich durch seinen Pflichtengehalt gegenüber dem Kind aus. Wesentlicher Einfluss auf die Auslegung des Erziehungsrechts ist insoweit dem Begriff „Kindeswohl" zuzuschreiben. Durch Art 6 II GG wird daher kein

„ungebundener Machtanspruch der Eltern gegenüber ihren Kindern" (BVerfGE 72, 155, 172) normiert, sondern die verfassungsrechtliche Gewährleistung des Elternrechts gilt in erster Linie dem Schutz des Kindes (BVErfGE 61, 358, 371). Art 6 berechtigt Eltern daher nicht, über Inhalt und Grenzen der Kindesrechte zu bestimmen,sie sollen diese Rechte vielmehr treuhänderisch im Interesse ihrer Kinder wahrnehmen. Sie haben alles zu tun, um Eigenverantwortlichkeit und Gemeinschaftsfähigkeit ihres Kindes zu fördern, mithin auch die gesellschaftliche und sprachliche Integration.

- „Kindeswohl" beinhaltet im pädagogischen Kernbereich das Recht auf Entwicklung zu einer eigenverantwortlichen, gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit und damit alle damit verbundenen Interessen (allgemeines Kindeswohl). Darüber hinaus umfasst es die sonstigen Minderjährigenrechte, vor allem den Bereich von Zwangsmaßnahmen zur Abwehr von Eigen- oder Fremdgefährdungen betreffend. Es handelt sich um einen unbestimmten Begriff, der einer weitreichenden Interpretation im Einzelfall offen steht, unter weitestmöglicher Berücksichtigung des Willens des Minderjährigen.

- Kindeswohlgefährdung" bedeutet, dass einem Kind oder Jugendlichen mit hoher Wahrscheinlichkeit die Schädigung des eigenen Wohls, d. h. die Verletzung eines eigenen Rechts, droht, als Gesundheits- oder Lebensgefahr,Vernachlässigung, Misshandlung, Missbrauch, entwürdigende Maßnahme, rechtswidrige Beeinträchtigung persönlicher Freiheit oder sonstige Rechtsgefährdung. Ein Erziehungsdefizit muss für sich noch keine Kindeswohlgefährdung begründen. Für den Bereich elterlicher Verantwortung liegt eine Kindeswohlgefährdung nur bei Vorliegen einer erheblichen Gefährdung der körperlichen, seelischen oder geistigen Entwicklung oder des Vermögens des Minderjährigen vor.

- Der Begriff „Integration" bedeutet im allgemeinen gesellschaftlichen Kontext das gegenseitige Beeinflussen einer Territorialgesellschaft und einer Zuwanderungsgruppe auf der Grundlage einer insgesamt getragenen Rechtsordnung bei weitest möglicher Geltung der von den Zuwanderern getragenen kulturellen Werte. Das Integrationsrecht Minderjähriger beinhaltet demnach das Recht auf soziale - insbesondere sprachliche - Kontakte mittels Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, unter dem Dach einer bestehenden Rechtsordnung und unter weitest möglicher Geltung eigener kultureller Werte. Es geht dabei um das Erziehungsrecht im Sinne §1 I SGB VIII, d. h. um die Förderung der Gemeinschaftsfähigkeit.

6. Fortgeschriebene „Grundprinzipien für muslimische Träger in der Jugendhilfe"

Entsprechend dem in 2007 durchgeführten Dialog (Ziffer 5) sind die „Grundprinzipien für muslimische Träger in der Jugendhilfe" fortgeschrieben worden (Anlage). Sie werden dem Landschaftsausschuss zur Beschlussfassung vorgelegt. Die Ergänzungen betreffen die Präambel sowie die Ziffern 1 (Integrationsauftrag), 4.1 (Die Aufgabe des „staatlichen Wächteramts") und 4.4 (Die Durchführung der Einrichtungsaufsicht des Landesjugendamts).

In Vertretung

M e r t e n s

Landesjugendamt Rheinland 21.2.2008

„Grundprinzipien für muslimische Träger in der Jugendhilfe"

(3. Auflage Änderungen kursiv)

- Integrationsauftrag sowie Schutz von Kindern und Jugendlichen -

Präambel

Für das Landesjugendamt Rheinland ergibt sich die Notwendigkeit, „Grundprinzipien für muslimische Träger in der Jugendhilfe" zu beschreiben, aus der Verantwortung der Jugendamtsberatung einerseits und des „Schutzes von Kindern und Jugendlichen" in Einrichtungen andererseits. Hintergrund ist die vielfach festgestellte Intransparenz in Bezug auf so genannte „Koranschulen", die in Verbindung mit unterschiedlichen Betreuungsangeboten vor Ort weitgehend dezentral betrieben werden und deren Primäraufgabe es ist, Kindern und Jugendlichen Inhalte des Korans zu vermitteln. Da Jugendämter in ihrer Sozialraumarbeit für integrative Aktivitäten Sorge tragen und daneben ein umfassendes „staatliches Wächteramt" ausüben, sind über die Einrichtungsaufsicht des Landesjugendamts hinausgehende Hinweise für die Jugendämter enthalten,die als Empfehlungen zu bewerten sind. Das Landesjugendamt wird in diesem Zusammenhang ein umfassendes Beratungs- und Fortbildungskonzept entwickeln.
Wichtig ist es in diesem Zusammenhang, die Notwendigkeit einer einheitlichen Positionierung der verantwortlichen Behörden hervorzuheben. Angesichts erheblicher Probleme mit einigen muslimischen Anbietern muss von allen Beteiligten ein gesichertes, einheitliches Verfahren praktiziert werden, sicherlich begleitet von intensiven integrativen Anstrengungen. Diese Verfahren soll auch muslimischen Vereinen die Sicherheit für Planung und Durchführung eigenen Handelns geben. Es eröffnet somit die Möglichkeit, auf Grund klarer Rahmenbedingungen vor Ort partnerschaftlich miteinander zu arbeiten.

Bestehende Probleme mit Betreuungsangeboten muslimischer Träger sind zunächst begründet in unklaren Organisations- und Leitungsstrukturen sowie mangelnder Fachaufsicht Trägerverant - wortlicher, bei gleichzeitig zunehmender Tendenz der Trägerschaftverlagerung auf einzelne Moscheegemeinden.Eine weitere Ursache liegt in mangelnden Kenntnissen über notwendige Verfahrensabläufe und gesetzliche Anforderungen. In Einzelfällen wird leider aber auch evident, dass gegenüber Jugendämtern und Landesjugendamt wichtige Tatsachen verschwiegen werden, etwa die Existenz genehmigungspflichtiger Betreuungen und Übernachtungen. Keinesfalls soll jedoch damit ein Generalverdacht gegenüber muslimischen Anbietern verbunden werden. Auch gelten im Lichte des Gleichheitssatzes des Artikel 3 Grundgesetz bei vergleichbaren Problemstellungen selbstverständlich die selben Anforderungen auch für andere Religionsgemeinschaften.
Es zeigt sich leider aber gerade bei einigen muslimischen Anbietern, dass noch erhebliche Anstrengungen erforderlich sind, um zum Schutz der Kinder und Jugendlichen ausreichende Transparenz in Bezug auf Vorortaktivitäten herzustellen.Die damit zwangsläufig verbundene Kontrolle im Rahmen des „staatlichen Wächteramts" von Jugendämtern und Landesjugendamt muss allerdings im alltäglichen Geschehen durch umfassende integrative Anstrengungen der kommunalen, kirchlichen und sonstigen Jugendhilfeverantwortlichen begleitet werden zum Beispiel in Form „Runder Tische Integration", die den direkten Informationsaustausch aller Beteiligter sicherstellen. Eine große Bedeutung wird zukünftig auch darin liegen, dass zentrale muslimische Dachorganisationen mit den zuständigen Behörden kooperieren und getroffene grundsätzliche Absprachen an ihre Mitgliedsvereine weiterleiten. Dabei muss klar sein, dass die nachfolgenden Rahmenbedingungen nicht vereinbarungsfähig sind. Absprachen werden sich vielmehr nur auf Modalitäten der Umsetzung von Verfahren beziehen, vor Allem aber auf Inhalte der Integration.

Im Rheinland soll auf der Ebene des Landesjugendamts ein Dialog mit muslimischen Organisationen durchgeführt werden, unter Anderem in einem „Begegnungsforum Muslime Jugendhife".

1. Der Integrationsauftrag

Erfahrungen mit muslimischen Organisationen zeigen, dass bei einigen deren religiöse Überzeugungen und Werte in Kollision mit staatlichen Normen treten können. Aufgrund der teilweise hohen Priorität, die Muslime islamischen Werten und Normen einräumen, können daraus Konflikte entstehen: Es besteht die Gefahr, dass die religiösen Werte die freiheitlich demokratische Grundordnung überlagern und für vorrangig gehalten werden. Für die Erziehung von Kindern und Jugendlichen zu „eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten" (§ 1 I SGB VIII) kann das bedeuten, dass dieses wichtige Erziehungsziel der Jugendhilfe mittels Methoden verfolgt wird, die nicht gesetzeskonform sind. **Wichtig ist demnach die Feststellung, dass es darauf ankommt, gesichert durch umfassende Kontaktpflege eine Brücke zwischen religiösen Wertevorstellungen und gesellschaftlichen Erfordernissen zu leben.** Es bedarf dabei eines **Wertedialogs**, der offen die Werteorientierung unserer Gesellschaft anspricht und damit einem möglichen Eindruck muslimischer Mitbürger begegnet, in einer weitgehend wertefreien Gesellschaft die Erziehung der eigenen Kinder ohne Bezug auf gesellschaftliche Ethik verantworten zu müssen.

Das Ausleben der im Islam unmittelbar auf den gesellschaflichen Alltag wirkenden religiösen Überzeugungen soll in diesem Zusammenhang nicht unmöglich gemacht werden, vielmehr gilt es, durch Dialog sicher zu stellen, dass persönliche Haltungen offen angesprochen und in unsere freiheitlich demokratischen Grundordnung einbezogen werden, die ja ihrerseits ein hohes Freiheitspotential ausweist. Damit wird **genügend Raum für religiöse und kulturelle Eigenständigkeit** geöffnet, **aber auch Transparenz** ermöglicht **und dem Entstehen von Parallelgesellschaften entgegen gewirkt**.

Die beschriebene Problemstellung wird im wesentlichen von gegenseitigen Unkenntnissen über die andere Religion und Kultur begleitet, aber auch von Intransparenz so genannter „Koranschulen" - im wahrsten Sinne in „Hinterhöfen" betrieben. Dies erfordert **erhebliche integrative Anstrengungen** aller gesellschaftlichen Kräfte**, unter dem Gesichtspunkt der im Lebensalltag von Migrantenkindern teilweise bestehenden sozialen Benachteiligungen,vor Allem aber auch mit dem Ziel der Gewaltprävention.**

Der Begriff „Integration" bedeutet im allgemeinen gesellschaftlichen Kontext das gegenseitige Beeinflussen einer Territorialgesellschaft und einer Zuwanderungsgruppe auf der Grundlage einer insgesamt getragenen Rechtsordnung bei weitest möglicher Geltung der von den Zuwanderern getragenen kulturellen Werte.Das Integrationsrecht Minderjähriger beinhaltet demnach das Recht auf soziale - insbesondere sprachliche- Kontakte mittels Teilhabe am gesellschaftlichen Leben,unter dem Dach einer bestehenden Rechtsordnung und unter weitest möglicher Geltung eigener kultureller Werte. Es geht dabei um das Erziehungsrecht im Sinne §1 I SGB VIII, d. h. um die Förderung der Gemeinschaftsfähigkeit.

Im Rahmen der „freiheitlich demokratischen Grundordnung" besteht im Übrigen z.B. ein Vorrang des Integrationsrechts - weil Teil des Erziehungsrechts und der elterlichen Erziehungspflicht - gegenüber dem Recht der Eltern auf Ausübung der Religionsfreiheit, wenn eine „Kindeswohlgefährdung" droht. Das Jugendamt prüft, ob diese vorliegt.

Eltern haben primär die Interessen ihres Kindes und insoweit das „Kindeswohl" zu beachten. Jedenfalls ist eine „Kindeswohlgefährdung" durch das Jugendamt bzw. einen Jugendhilfeanbieter (§8a SGB VIII) dann zu überprüfen,wenn der Elternwille einen Zielkonflikt mit berechtigten Integrationsinteressen des Minderjährigen bedingt. Solch ein Konflikt kann etwa bei einer an die eigene Tochter gerichteten elterlichen Anweisung bestehen, an Klassenfahrten oder am Schwimmunterricht nicht teilzunehmen, mit der Wirkung, dadurch im Klassenverbund isoliert zu sein. Ob es sich dabei um eine „Kindes-

wohlgefährdung" handelt, die den Schutz des Minderjährigen erfordert, ist im Einzelfall durch das Jugendamt zu entscheiden. Im Sinne § 1666 BGB liegt eine „Kindeswohlgefährdung" bei einer erheblichen Gefahr der körperlichen, seelischen oder geistigen Entwicklung oder des Minderjährigenvermögens vor.

Diese Ziele von Integration zu Grunde legend, sind angesichts der bereits angesprochenen notwendigen Transparenz von „Koranschulen" besondere Anstrengungen muslimischer Träger und Jugendhilfeverantwortlicher - auch des Landesjugendamts mittels Beratung und Einrichtungsaufsicht - dringend geboten. Eine intensive Wahrnehmung des Wächteramts von Jugendämtern und Landesjugendämtern gegenüber muslimischen Institutionen wie zum dem Beispiel VIKZ („Verband der islamischen Kulturzentren") und der IGMG („Islamische Gemeinschaft Milli Görüs") ist aus gegebenen Anlässen zwingend.

Zugleich aber bedarf es vor Allem kooperativer Ansätze, um einen regelmäßigen und vertieften Dialog zwischen Jugendhilfeverantwortlichen und muslimischen Anbietern sicherzustellen. Es ist wichtig, in Federführung des örtlichen Jugendamtes ein spezifisches Gremium vorzuhalten, welches den Dialog ermöglicht, zum Beispiel in Form eines - ggf. zeitlich begrenzten - **„Runden Tisches für Jugendhilfeangebote muslimischer Vereine"** („Runder Tisch Integration"/ Anlage 1). Mitwirkende an diesem Dialog müssten neben dem Jugendamt das Schulverwaltungsamt, in der Kinder- und Jugendbetreuung aktive muslimische Vereine, Mitglieder des RAA („Regionale Arbeitsstelle für Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien") sowie die/ der Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses, des Schulausschusses und des Beirates für Migration und Zuwanderung sein. Sonstige Personen bzw. Institutionen, die jugendhilfepolitisch aktiv sind, können beteiligt werden. **Ziel dieses Angebotes darf nicht Maßregelung sondern muss örtliche Unterstützung sein.**

Insbesondere werden in einem solchen „Runden Tisch Integration" folgende Integrationsmaßnahmen initiiert, begleitet und ausgewertet:

- Teilnahme an Angeboten freier und öffentlicher Jugendhilfeträger,
- Teilnahme an schulischen Angeboten,
- Teilnahme an sportlichen Angeboten, z.B. in Vereinen,
- Teilnahme an kulturellen Angeboten, z.B. VHS in Bezug auf Sprachkurse sowie Theaterbesuche,
- Maßnahmen der Öffnung nach außen wie „Tag der offenen Tür",
- Fortbildungen für soziale Fachkräfte und Lehrer zu Problemen türkischer Kinder und
- Jugendlicher,
- Beteiligung an Stadtteilaktionen und Veranstaltungen,
- Diskussionsrunden für Bürger und Nachbarn.

2. Die unterschiedlichen Betreuungsangebote

Die nachfolgenden Betreuungsangebote muslimischer Träger (Anbieter) unterliegen dem „staatlichen Wächteramt", auf Grund der durch Art 4 Grundgesetz garantierten „Religionsfreiheit" allerdings nicht auf die Religionsunterweisung bezogen. Die Berufung auf die Religionsfreiheit bzw. auf das Neutralitätsgebot des Staates findet dann ihre Grenze, wenn die Annahme gerechtfertigt ist, dass das Wohl von Kindern und Jugendlichen in der Einrichtung gefährdet ist (Art 2 Abs. 2 GG).

2.1 **Schülerwohnheim** (Ziffer 6.1),

2.2 Einrichtung „**Theologische Ausbildung - Jugendwohnheim**“ (Ziffer 6.2) ,

2.3 **Wochenend - und Ferienbetreuung** von Kindern und Jugendlichen, teilweise verbunden mit Unterkunftsgewährung (Ziffer 6.3),

2.4 **„Feriencamps“,** in denen Kinder und Jugendliche über die Ferienzeit nicht regelmäßig betreut werden,

2.5 **Sonstige Betreuungen**.

Ob und welche Angebotsstruktur vorgehalten wird, entscheidet der Träger, wobei es auch denkbar ist, dass mehrere der vor genannten Betreuungsformen in einer Einrichtung vorgehalten werden (Ausnahme: Kopplung von Schülerwohnheimen mit anderen Betreuungsformen im Sinne einer „Rundumbetreuung“).

Wichtig ist es, darauf hinzuweisen, dass sich nach den Inhalten der Betreuung die Betriebserlaubnispflicht bemisst („Staatliches Wächteramt“ der Landesjugendämter / nachfolgend Ziffer 3).

Unabhängig von der Frage der Betriebserlaubnispflicht soll - abgesichert durch einen Vorortdialog des Jugendamts mit muslimischen Organisationen (z.B. „Runder Tisch Integration“/ Anlage 1) - sichergestellt sein, dass das **Jugendamt über beabsichtigte Betreuungsformen rechtzeitig schriftlich in Kenntnis gesetzt wird (Anzeige).**
Der VIKZ hat sich hierzu bereit erklärt. Nicht erlaubnispflichtige „Feriencamps“ werden daher vom jeweiligen VIKZ - Träger beim Jugendamt angezeigt.

Die Anzeige soll folgende Angaben enthalten:

- Öffnungszeiten und Programm / Tagesstruktur der Maßnahme
- Essensangebot und Verpflegung
- deutschsprachiger Ansprechpartner
- Teilnehmerstruktur (Alter / Anzahl - keine Teilnehmerlisten)
- Veranstaltungsort, ggf. vorhandene Übernachtungsmöglichkeiten
- qualifiziertes Personal (beispielsweise mit Jugendleiterkarte)

3. Die Betriebserlaubnispflicht im Rahmen der Einrichtungsaufsicht der Landesjugendämter

§ 45 I u. II Sozialgesetzbuch VIII (SGB VIII) lautet:

(1) Der Träger einer Einrichtung, in der Kinder oder Jugendliche **ganztägig oder für einen Teil des Tages betreut werden oder Unterkunft erhalten**, bedarf für den Betrieb der Einrichtung der Erlaubnis. Einer Erlaubnis bedarf nicht, wer

1. eine Jugendfreizeiteinrichtung, eine Jugendbildungseinrichtung, eine Jugendherberge oder ein Schullandheim betreibt,
2. ein Schülerheim betreibt, das landesgesetzlich der Schulaufsicht untersteht,
3. eine Einrichtung betreibt, die außerhalb der Jugendhilfe liegende Aufgaben für Kinder oder Jugendliche wahrnimmt, wenn für sie eine entsprechende gesetzliche Aufsicht besteht oder im Rahmen des Hotel- und Gaststättengewerbes der Aufnahme von Kindern oder Jugendlichen dient.

(2) **Die Erlaubnis** kann mit Nebenbestimmungen versehen werden. Sie **ist zu versagen, wenn**

1. die Betreuung der Kinder oder der Jugendlichen durch geeignete Kräfte nicht gesichert ist oder
2. in sonstiger Weise das Wohl der Kinder oder der Jugendlichen in der Einrichtung nicht gewährleistet ist; dies ist insbesondere dann anzunehmen, wenn bei der Förderung von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen
   a) **ihre gesellschaftliche und sprachliche Integration oder**
   b) die gesundheitliche Vorsorge und medizinische Betreuung

   erschwert wird.

→ Betriebserlaubnispflichtig sind Einrichtungen, die über Teile des Tages mit Tagesstruktur, ganztags oder verbunden mit Übernachtungen zur regelmäßigen Nutzung Betreuungen für Kinder und Jugendliche anbieten. Eine Regelmäßigkeit liegt für Ferienbetreuungen vor, wenn diese öfter als zwei mal im Jahr angeboten werden oder eine Jahresgesamtdauer von sechs Wochen überschreiten, für Wochenendbetreuungen, wenn sie öfter als vier mal im Jahr durchgeführt werden. Befreit von der Betriebserlaubnispflicht sind im Übrigen Jugendbildungseinrichtungen, wenn diese nicht fortlaufend einem im Wesentlichen gleich bleibenden Nutzerkreis zur Verfügung stehen.

Hinsichtlich der unter Ziffer 2 angeführten Betreuungsformen gilt damit Folgendes:

- Unstrittig liegt bei **Schülerwohnheimen** eine betriebserlaubnispflichtige Einrichtung vor.

- Betriebserlaubnispflichtig ist auch die Einrichtung „**Theologische Ausbildung - Jugendwohnheim**", soweit sie der Nutzung durch Minderjährige unterliegt, die - neben religiöser Unterweisung - ganztags oder über Teile des Tages betreut werden bzw. Unterkunft erhalten.

- **Wochenend- und Ferienangebote sind in der Regel betriebserlaubnispflichtig**.
  Es handelt sich um Einrichtungen, die auf der Grundlage von Aufträgen Sorgeberechtigter betreuen und der Überwachung des „staatlichen Wächteramts" unterliegen, weil die Betreuung der elterlichen Einflussnahme entzogen ist. Eine die Betriebserlaubnispflicht ausschließende Einflussnahme der Eltern läge vor, wenn alle Sorgeberechtigten durchgängig in die Betreuung einbezogen wären. Dies ist bei Wochenend- und Ferienbetreuungen nicht der Fall.

  Von einem betriebserlaubnispflichtigen „regelmäßigen" Angebot ist jedoch nur unter folgenden Voraussetzungen auszugehen:

  - bei Wochenendbetreuung, wenn diese öfter als vier mal im Jahr durchgeführt wird,

  - bei Ferienbetreuung, wenn diese öfter als zwei mal im Jahr durchgeführt wird oder die Gesamtjahresdauer sechs Wochen überschreitet; ansonsten handelt es sich um „Feriencamps

  Für die Betriebserlaubnispflicht gemäß § 45 SGB VIII ist es nicht ausschlaggebend, ob die Kinder und Jugendlichen über Nacht in der Einrichtung verbleiben, sondern ob Kinder und Jugendliche betreut werden. Beispielhaft sind reine Hausaufgabenaufsichten oder religiöse Unterweisungen über eine kurze Dauer (ca. 3 - 4 Stunden), die nicht von

Betreuungszeiten unterbrochen werden (wie z. B. einem gemeinsamem Mittagsessen), nicht betriebserlaubnispflichtig. Es findet in diesen Fällen keine Betreuung von Kindern und Jugendlichen statt. Daher sind Betreuungen, die zeitlich eng begrenzt als religiöse Unterweisung stattfinden, mangels Tagesstruktur (z.B. Mittagessen, Freizeit) nicht betriebserlaubnispflichtig.

Wochenend- und Ferienangebote fallen nicht unter den Ausnahmetatbestand der **„Jugendbildungseinrichtungen,** da sie fortlaufend einem im Wesentlichen gleich bleibenden Nutzerkreis zur Verfügung stehen.

- Da nicht auf die regelmäßige Nutzung angelegt, fallen **„Feriencamps"** nicht unter die Betriebserlaubnispflicht. **Eine Abgrenzung zu „Ferien- und Wochenendangeboten" ist freilich - hinterlegt durch ein eindeutiges Konzept - erforderlich.**
  Jedenfalls besteht dann eine Betriebserlaubnispflicht, wenn ein regelmäßiges Angebot vorliegt (siehe „Wochenend- und Ferienbetreuung"). Dies ist der Fall, wenn die Ferienbetreuung öfter als zwei mal im Jahr durchgeführt wird und die Gesamtjahresdauer sechs Wochen überschreitet.

- **Sonstige Betreuungen, ganztags oder über Teile des Tages bzw. mit Übernachtung** sind betriebserlaubnispflichtig. Sofern aber z.B. ausschließlich eine Beaufsichtigung von Schularbeiten stattfindet, das heißt eine Betreuung über einen kürzeren Zeitraum ohne Tagesstruktur, ist dies zu verneinen.

Bei Vorliegen der Voraussetzungen einer Betriebserlaubnispflicht ist der Erlaubnisantrag beim zuständigen Landesjugendamt über das örtliche Jugendamt zu stellen.

4. Das „staatliche Wächteramt" der Jugendämter und Landesjugendämter

4.1 Die Aufgabe des „staatlichen Wächteramts"

Das „staatliche Wächteramt" konkretisiert den allgemeinen, an alle Jugendhilfeverantwortlichen gerichteten Schutzauftrag des § 1 III SGB VIII im Sinne staatlicher Kontrolle. Es ist erweitert durch ein „Wächteramt" freier Anbieter (§ 8a II SGB VIII) auf der Grundlage einer Vereinbarung mit dem Jugendamt. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass muslimische Anbieter auch unter § 8a II SGB VIII fallen können, sofern sie mindestens eine Fachkraft beschäftigen, dass sich aber § 8a auf den Verantwortungsrahmen der Eltern bezieht und eine Selbstkontrolle der Anbieter nicht greifen kann.

Wesentlicher Inhalt des „staatlichen Wächteramts" ist es, das Wohl von Kindern und Jugendlichen zu sichern. Es gilt „Kindeswohlgefährdungen" präventiv und reaktiv zu begegnen.

„Kindeswohl" *beinhaltet im pädagogischen Kernbereich das Recht auf Entwicklung zu einer eigenverantwortlichen, gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit und damit alle damit verbundenen Interessen (allgemeines Kindeswohl). Darüberhinaus umfasst es die sonstigen Minderjährigenrechte, vor Allem den Bereich von Zwangsmaßnahmen zur Abwehr von Eigen- oder Fremdgefährdungen betreffend. Es handelt sich um einen unbestimmten Begriff, der einer weitreichenden Interpretation im Einzelfall offen steht, unter weitestmöglicher Berücksichtigung des Willens des Minderjährigen.*

„Kindeswohlgefährdung" *bedeutet, dass einem Kind oder Jugendlichen mit hoher Wahrscheinlichkeit die Schädigung des eigenen Wohls, d. h. die Verletzung eines eigenen Rechts, droht, als Gesundheits- oder Lebensgefahr, Vernachlässigung, Misshandlung, Missbrauch, entwürdigende Maßnahme, rechtswidrige Beeinträchtigung persönlicher Freiheit oder sonstige Rechtsgefährdung. Ein Erziehungsdefizit muss für sich noch keine Kindeswohlgefährdung begründen. Für den Bereich elterlicher Verantwortung liegt eine Kindeswohlge -*

fährdung nur bei Vorliegen einer erheblichen Gefährdung der körperlichen,seelischen oder geistigen Entwicklung oder des Vermögens des Minderjährigen vor.

Jugendamt und Landesjugendamt sind im „staatlichen Wächteramt" demnach dafür verantwortlich, dass die Minderjährigenrechte beachtet werden (Bemerkung: die Inhalte der Minderjährigenrechte werden in dem Positionspapier des Landesjugendamts Rheinland „Pädagogik und Zwang" beschrieben/ www.jugend.lvr.de).

Im Rahmen des „staatlichen Wächteramts" sind:

Jugendämter für jede Betreuung von Kindern/ Jugendlichen verantwortlich, ausgenommen in Einrichtungen, die in Zuständigkeit des Landesjugendamts beaufsichtigt werden, sofern keine Eilbedürftigkeit vorliegt
→ **Einzelfallverantwortung.**

Landesjugendämter für Angebote unter dem organisatorischen Dach einer **Einrichtung** verantwortlich, sofern stationäre oder teilstationäre Leistungen erbracht werden
→ **Verantwortung für die Trägereignung, das Konzept sowie personelle, sachliche und organisatorische Rahmenbedingungen.**

4.2 Der Minderjährigenschutz in Kooperation Jugendamt - Landesjugendamt

In den muslimischen Gemeinden vor Ort muss eine ausreichende Aufklärung durch die Jugendämter sichergestellt sein („staatliches Wächteramt"). Dies beinhaltet insbesondere Transparenz in Bezug auf die Anbieter, die Minderjährige betreuen.

Die Jugendämter sind ihrerseits gehalten, mit muslimischen Anbietern „Minderjährigenschutzvereinbarungen" abzuschließen (Anlage 2).

Das Landesjugendamt begleitet die Arbeit der Jugendämter vor Ort im Rahmen eigener personeller Möglichkeiten. Soweit eine Betriebserlaubnispflicht im Sinne Ziffer 3 vorliegt, ist es über alle wichtigen Ereignisse in Kenntnis zu setzen. Das Landesjugendamt beteiligt seinerseits das Jugendamt bei Außenterminen und informiert es über alle getroffenen Entscheidungen. Bei Bedarf erfolgt eine gemeinsame Absprache.

Zusätzlich sind die kommunalen Spitzenverbände gebeten, bei ihren Mitgliedskörperschaften routinemäßige rechtzeitige Informationen der Jugendämter durch Bauaufsichtsämter in Bezug auf Bauvoranfragen oder Bauanträge muslimischer Anbieter sicherzustellen, wenn es um die Betreuung Minderjähriger geht.

Für alle Angebote im Sinne Ziffer 2 besteht eine Aufklärungsverantwortung des Jugendamts, einerseits bezogen auf die Zuordnung des Angebots im Sinne der Ziffern 2.1 - 2.5, andererseits im Hinblick auf eine gegebene Betriebserlaubnispflicht. Parallel dazu sind bei betriebserlaubnispflichtigen Angeboten die Betriebserlaubnisanträge über das Jugendamt dem Landesjugendamt zuzuleiten.

Der regelmäßige Kontakt der Jugendämter mit dem Landesjugendamt beinhaltet:

- ⇨ Nachvollziehbarkeit des Geschehens in den Jugendamtsbezirken in der Verantwortung des Jugendamts: zur Grundsatzfrage, ob es Anbieter gibt und wo ein möglicherweise betriebserlaubnispflichtiges Angebot besteht.

- ⇨ Sobald das Jugendamt konkrete betriebserlaubnispflichtige Angebote recherchiert hat bzw. von entsprechenden Verdachtsmomenten ausgeht, finden unverzüglich Vor- Ort-Termine des Landesjugendamts mit dem Jugendamt statt. Dabei hat das

Landesjugendamt in Unterstützung des Jugendamts im Rahmen der § 45 SGB VIII - Aufsicht die näheren Umstände aufzuklären. Über das Ergebnis der Sachverhaltsklärung ist ein Vermerk zu den Akten zu nehmen. Das weitere Verfahren bemisst sich nach den §§ 45 ff SGB VIII (Ziffer 5.2).

4.3 Die Aufsichtsverantwortung des Landesjugendamts

Die Aufsichtsverantwortung des Landesjugendamts erstreckt sich auf:

⇨ **die Betreuung außerhalb des Religionsunterrichts (Art 4 GG).**
Allerdings sind bekannt gewordene, während des Religionsunterrichts durchgeführte problematische Betreuungsmaßnahmen im Sinne der personellen Eignung nach § 45 SGB VIII zu würdigen, wenn dieselbe Person auch andere Betreuung durchführt.

Der Umgang mit muslimischen Anbietern erfolgt auf der Grundlage der Aufgabenstellung nach den §§ 45 ff SGB VIII unter besonderer Beachtung folgender Kriterien:

⇨ Glaubwürdigkeit und Zuverlässigkeit des Trägers,

⇨ Eindeutige und transparente Organisationsstruktur, bezogen auf die drei Verantwortungsebenen Träger, Einrichtungsleitung und Betreuung,

⇨ Integrationsbereitschaft und - fähigkeit des Trägers, der Einrichtungsleitung und der Betreuungsverantwortlichen.

4.4 Die Durchführung der Einrichtungsaufsicht des Landesjugendamt

⇨ **Die Aufsicht des Landesjugendamt besteht darin, Kindeswohlgefährdungen präventiv und per Intervention zu begegnen.** Sie dient damit der Sicherstellung der Rechte von in Einrichtungen betreuter Kinder und Jugendlicher und orientiert sich auch gegenüber muslimischen Anbietern analog an den in Anlage 3 beigefügten Aussagen „Rechte Minderjähriger in Einrichtungen der Erziehungshilfe".

⇨ **Sofern ein Träger Betreuungen ohne Betriebserlaubnis durchführt**, ist er über die Unzulässigkeit dessen und die Notwendigkeit eines Betriebserlaubnisantrags in Kenntnis zu setzen. Gleichzeitig ist zu prüfen, ob der Tatbestand einer Ordnungswidrigkeit nach § 104 Abs.1 Nr. 2 SGB VIII vorliegt. Unabhängig davon ist zu prüfen, ob aufgrund einer nachweisbaren „Kindeswohlgefährdung" eine Schließung der Einrichtung zu erfolgen hat. Liegt eine „Kindeswohlgefährdung" nicht vor, kann bis zur endgültigen Entscheidung im **Betriebserlaubnisverfahren** der weitere Betrieb ausnahmsweise geduldet werden. Eine **Duldung** kommt freilich nur in Betracht, wenn in Unkenntnis der Betriebserlaubnispflicht, das heißt bevor das Landesjugendamt aufklärend wirken konnte, sowie vor einem entsprechenden Betriebserlaubnisantrag mit der Betreuung bereits begonnen wurde und eine Untersagung des weiteren Betriebs dem Kindeswohl widerspräche.

Im Falle einer Duldung und im laufenden Betriebserlaubnisverfahren sind regelmässige, mindestens halbjährige Kontrollen vor Ort durchzuführen, auch unangemeldet, ergänzt durch Gespräche mit den Kindern und Jugendlichen. Die Prüfung orientiert sich dabei an den bestehenden Auflagen und in einer späteren Betriebserlaubnis relevanten Auflagen (Ziffern 5, 6.1, 6.2). Dabei sind auch Selbstbindungserklärungen des muslimischen Trägers anzustreben, die im Vorfeld einer Betriebserlaubnis die Auflagen dieser „Grundprinzipien" vorwegnehmend beinhalten.

⇨ **Integration**

§ 45 Abs. 2 Nr.2 a lautet:

„Die Erlaubnis ist zu versagen, wenn in sonstiger Weise das Wohl der Kinder oder der Jugendlichen in der Einrichtung nicht gewährleistet ist. Dies ist insbesondere dann anzunehmen, wenn bei der Förderung von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen ihre gesellschaftliche und sprachliche Integration erschwert wird".

Der Begriff „Integration" bedeutet im allgemeinen gesellschaftlichen Kontext das gegenseitige Beeinflussen einer Territorialgesellschaft und einer Zuwanderungs - gruppe auf der Grundlage einer insgesamt getragenen Rechtsordnung bei weitest möglicher Geltung der von den Zuwanderern getragenen kulturellen Werte. Das Integrationsrecht Minderjähriger beinhaltet demnach das Recht auf soziale - insbesondere sprachliche- Kontakte mittels Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, unter dem Dach einer bestehenden Rechtsordnung und unter weitest möglicher Geltung eigener kultureller Werte. Es geht dabei um das Erziehungsrecht im Sinne §1 I SGB VIII, d. h. um die Förderung der Gemeinschaftsfähigkeit. Im Rahmen der „freiheitlich demokratischen Grundordnung" besteht im Übrigen z.B. ein Vorrang des Integrationsrechts - weil Teil des Erziehungsrechts und der elterlichen Erziehungs- pflicht - gegenüber dem Recht der Eltern auf Ausübung der Religionsfreiheit, wenn eine „Kindeswohlgefährdung" droht. Das Jugendamt prüft im Einzelfall, ob diese vorliegt.

Überprüft wird im Integrationskontext des § 45 SGB VIII zunächst das pädagogische Konzept darauf, ob darin schlüssige Integrationsansätze enthalten sind.

Zusätzlicher jährlicher Bericht des muslimischen Anbieters

Die Einrichtung fertigt zum jeweiligen Jahreswechsel einen schriftlichen Bericht, der Aussagen über die in den letzten 12 Monaten durchgeführten integrativen Aktivitäten und die für die kommenden 12 Monate geplanten beinhaltet. Der Bericht ist dem Jugendamt zur Stellungnahme zuzuleiten, damit dieses an Hand dessen und eigener Erfahrungen eine umfassende Stellungnahme zur gesellschaftlichen und sprachlichen Integrationsbereitschaft der Einrichtung dem Landesjugendamt zuleitet. Bei Einrichtungen, für die ein „Runder Tisch Integration" (Ziffer 1, Anlage 1) oder ähnliche, örtliche Konferenzen bzw. Arbeitskreise eingerichtet sind, bedarf es einer regelmäßigen jährlichen Berichterstattung nicht.

In dem Bericht müssen mindestens Aussagen zu folgenden Aspekten benannt sein:

- *Maßnahmen zur sprachlichen Förderung,*
- *Maßnahmen zur schulischen Begleitung und Unterstützung*
- *und Aktivitäten im sportlichen, kulturellen und/oder bildenden Bereich.*

Sofern eine der vorgenannten Voraussetzungen nicht erfüllt sind, ist zusätzlich zu prüfen, ob dies die Einrichtung zu verantworten hat. Letzteres ist nicht anzunehmen, wenn integrative Projekte oder Maßnahmen an dem Verhalten anderer gesellschaftlicher Institutionen gescheitert sind.

⇨ **Bevor über einen Betriebserlaubnisantrag entschieden wird**,

ist die für den Staatsschutz verantwortliche Polizeistelle um einen schriftlichen Bericht zu bitten, der Aussagen darüber trifft, ob und ggf. welche Verfassungsschutz - relevanten Bedenken gegenüber dem **Träger bestehen.** Ein solcher Bericht ist entbehrlich, sofern bereits neuere schriftliche Erkenntnisse des Staats - bzw. Verfassungsschutzes vorliegen.

⇨ **Ist eine Betriebserlaubnis erteilt**,

finden weiterhin regelmäßige **Vorortkontrollen** statt, mindestens **jährlich**. Auch hierbei werden Gespräche mit den Kindern und Jugendlichen geführt.

⇨ In allen Fällen ist das **Jugendamt zu beteiligen.**

4.5 Die Durchführung des „staatlichen Wächteramts" des Jugendamts

Soweit die Einrichtungsaufsicht des Landesjugendamtes nicht greift, das heißt bei Fehlen einer Betriebserlaubnispflicht („Feriencamps"/ Ziffer 2.4), werden in Abstimmung mit dem MGFFI zur Durchführung des „staatlichen Wächteramts" folgende Mindeststandards empfohlen:

⇨ Eine angemessene altersgemäße Freizeitgestaltung muss gewährleistet sein. Das heißt vor allem, dass die religiöse Unterweisung das Kind/ den Jugendlichen nicht überfordern darf.

⇨ Die Betreuer müssen volljährig sein und über ausreichende deutsche Sprachkenntnisse verfügen.

⇨ Die Betreuung findet im Wesentlichen in deutscher Sprache statt.

⇨ Die Qualifizierung des Personals muss den Betreuungserfordernissen entsprechen.

⇨ Die Teilnahme der Minderjährigen an der Betreuung erfolgt freiwillig und mit Zustimmung der Sorgeberechtigten.

⇨ Erforderlich sind der Betreuung entsprechende bauliche und hygienische Voraussetzungen, z.B. in der Zimmergröße, deren Aufteilung, im Küchenbereich sowie im Freizeit- und Außenbereich.

5. Allgemeine Standards des Betriebserlaubnisverfahrens im Landesjugendamt

5.1 Prüfkriterien

⇨ **Feststellung der Trägerschaft**

Hierbei ist insbesondere zu klären, wer die fachaufsichtliche Trägerverantwortung wahrnimmt; bei dezentralen Organisationsstrukturen ist zu prüfen, ob nicht eine „Scheinträgerschaft" des Ortsvereins vorliegt, das heißt eine zentrale Institution tatsächlich fachaufsichtliche Weisungsbefugnis besitzt.

⇨ **Qualität der Einrichtung:**

- **Eignung der Organisation** auf der Grundlage eines schlüssigen und praktizierbaren Organisationskonzepts, insbesondere eindeutige Zuordnung der Träger -, Einrichtungsleitungs - und Betreuungsverantwortung,

- **Eignung des Trägers**, insbesondere im Sinne von Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit

- **Persönliche Eignung der Einrichtungsleitung**: neben Personalbogen und Führungszeugnis wird die Eignung auf der Grundlage eines allgemeinen Eindrucks durch ein Gespräch festgestellt. Dabei ist die besondere Situation einer ehrenamtlichen Einrichtungsleitung zu beachten.

- **Schlüssiges und praktizierbares Betreuungskonzept**

⇨ **Sicherung der Minderjährigenrechte durch Rechtmäßigkeit des Handelns in der Einrichtung:**

Rechtmäßigkeit des Konzepts, z.B. Recht auf Integration insbesondere ist zum Beispiel zu überprüfen, ob der Tagesablauf eines Betreuungsangebots zeitlich und inhaltlich so durchstrukturiert ist, dass von einer „Kindeswohlgefährdung" auszugehen ist.

⇨ **Regeln/ Gruppenregeln und deren Vermittlung**

⇨ **Eignung des Betreuungspersonals / Personelle Standards:**

Klären der personellen Besetzung sowie der jeweiligen Verantwortung, wobei die regelmäßig tätigen Betreuer (hauptamtlich angestellt oder ehrenamtlich) relevant sind, nicht Helfer im Einzelfall (z.B. einzelne Familienmitglieder, die bei einer Veranstaltung unterstützen). Zu klären ist auch der Umfang ehrenamtlicher Elternaktivitäten (regelmäßige oder nur sporadisch) und die Relation zwischen haupt - und ehrenamtlicher Betreuung. Als Sonderthema ist zu klären, welchen Einfluss der Imam auf die Freizeit ausübt, das heißt welche Vorgaben bzw. sonstigen Einwirkungen oder Beteiligungen von ihm ausgehen.

⇨ **Integrationsfähigkeit und - bereitschaft:**

Schlüssige Feststellungen im Konzept und Plausibilitätskontrolle bezüglich der fortlaufenden, tatsächlichen Aktivitäten des Anbieters, eingebettet in regelmäßigen Austausch mit im Sozialraum zuständigen Institutionen (Ziffer 4.4).

⇨ **Eignung der Immobilie:**

Standort -, gebäude - und raumbezogene Standards

⇨ **Sonstige Standards:**

Regelmäßiger Austausch zum Thema „Elternbeteiligung"

⇨ **Bedeutung der Freizeitbetreuung:**

Klären, welche Absichten und Ziele mit der Freizeitbetreuung verfolgt werden und welches Verständnis insoweit besteht

⇨ **Sicherung des Bestands der Einrichtung durch Wirtschaftlichkeit des Handelns:**

Besteht eine Bestandsgefahr aufgrund unwirtschaftlichen Handelns oder aus sonstigen Gründen ?

5.2 Auflage „Freiheitlich- demokratische Grundordnung“

⇨ Die freiheitlich- demokratische Grundordnung Deutschlands ist zu beachten und einzuhalten, insbesondere das allgemeine Persönlichkeitsrecht. Es gilt deutsches Recht, z.B. § 1631 Abs. 2 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB), wonach Kinder ein Recht auf gewaltfreie Erziehung haben. Körperliche Bestrafungen, seelische Verletzungen und andere entwürdigende Maßnahmen sind demnach unzulässig. Der Träger hat eine entsprechende Betreuung sicherzustellen. Dem Gedanken der Partizipation Minderjähriger, den Beschwerderechten und Elternbeteiligungen in Form regelmäßiger Elterngespräche und Elternabende ist Rechnung zu tragen.

5.3 Auflage Integration/ Konzept

⇨ Das Konzept hat dem Ziel gesellschaftlicher und sprachlicher Integration Rechnung zu tragen. Der Träger ist darüber hinaus verpflichtet, fortlaufend und regelmäßig integrative Maßnahmen zu planen, zu organisieren und durchzuführen. Er ist insbesondere verpflichtet, mit dem örtlichen Jugendamt, dem Schulverwaltungsamt und sonstigen Personen bzw. Institutionen, die jugendhilfepolitisch aktiv sind, zur Abstimmung und Durchführung integrativer Maßnahmen und Veranstaltungen zusammenzuarbeiten. Zugleich ist sicher zu stellen, dass die Vorgaben des Konzepts auch tatsächlich in die Praxis umgesetzt werden. Dem Landesjugendamt ist daher, **sofern nicht vor Ort gemeinsam mit dem Jugendamt ein „Runder Tisch Integration“ eingerichtet ist , regelmäßig jährlich, über durchgeführte (letzte 12 Monate) und beabsichtigte integrative Maßnahmen (Planung für die nächsten 12 Monate) schriftlich zu berichten**. Das Landesjugendamt behält sich vor, durch örtliche Prüfungen die Praxis zu überprüfen, insbesondere auch in Bezug auf das Postulat ausreichender sprachlicher Integration.
Der Träger hat die Verpflichtung, mit den Bereichen Integration und Jugend des Jugendamts zusammen zu arbeiten. Hinsichtlich weiterer Absprachen ist mit dem Bürgermeister, Oberbürgermeister bzw. Landrat Kontakt aufzunehmen.

Hinweis: dem örtlichen Jugendamt wird empfohlen, einen „Runden Tisch Integration“ einzurichten, analog der Geschäftsordnung „Runder Tisch muslimischer Vereine“/ Pilotprojekt Duisburg (Anlage 1).

5.4 Auflage Trägerverantwortung:

⇨ Der Träger hat einen der deutschen Sprache mächtigen Ansprechpartner zu benennen, der die notwendige Qualifikation für die Beratung und fachliche Beaufsichtigung der Einrichtung aufweist.

⇨ Die Trägerverantwortung beinhaltet:
- Administrative Verantwortung durch das Zurverfügungstellen personeller, organisatorischer und sachlicher Ressourcen, verbunden mit entsprechenden Finanzmitteln,
- Verantwortung für die Rechtmäßigkeit des Handelns in der Einrichtung, d.h.- bezogen auf alle Mitarbeiter der Einrichtung - entsprechende Weisungsrechte durch allgemeine Regelungen (z.B. „Verfügungen“); Sicherstellung der Rechtmäßigkeit durch ein Meldeverfahren „Besondere Vorkommnisse“.
- Fachaufsicht: grundsätzliche Vorgaben und Weisungen zum Aufgabenprofil und zum Konzept der Einrichtung.
- Personalaufsicht/ Dienstaufsicht: Auswahl einer geeigneten Person für die Einrichtungsleitung, Übertragung der Funktion „Einrichtungsleitung“, Verantwortung für alle Mitarbeiter bei Verletzungen arbeitrechtlicher Pflichten (z.B. Abmahnung/ Kündigung).
- Beratung der Einrichtung und Sicherstellung der Fortbildung.

5.5 Auflage Einrichtungsleitung:

⇨ Der Träger hat eine Einrichtungsleitung zu benennen, die der deutschen Sprache mächtig und gleichzeitig Ansprechpartner für das LJA ist. Diese Person hat die notwendige Qualität für den unmittelbaren Kontakt mit der Betreuungsebene und die Sicherstellung der Betreuungsqualität aufzuweisen.

⇨ Die Einrichtungsleitung hat in Bezug auf die Betreuung der Kinder/ Jugendlichen eindeutig und schriftlich nachvollziehbar (Personalliste) festzulegen, welchen Personen Betreuungsaufgaben zugewiesen sind, diese fortlaufend zu kontrollieren und erforderlichenfalls deren Handeln durch Weisung zu beeinflussen. Dies gilt auch gegenüber Imamen. Nicht aufzulisten sind sporadisch eingesetzte Kräfte.

5.6 Sonstige Auflagen:

⇨ Erforderlich ist ein Konzept mit strukturiertem Tagesablauf

⇨ Die Betreuung findet im Wesentlichen in deutscher Sprache statt.

⇨ Die Qualifizierung des Personals muss den Betreuungserfordernissen entsprechen.

⇨ Alle Betreuer müssen volljährig sein und über ausreichende deutsche Sprachkenntnisse verfügen.

⇨ Die Teilnahme der Minderjährigen an der Betreuung erfolgt freiwillig und mit Zustimmung der Sorgeberechtigten.

⇨ Für die Zeit der Betreuung von Kindern und/ oder Jugendlichen muss jederzeit, das heißt auch während einer Betreuung über Nacht, ein Betreuer anwesend sein, der soweit der deutschen Sprache mächtig ist, sodass er in Krisensituationen eine ausreichende Kommunikation mit dem Einrichtungsumfeld, z.B. dem Jugendamt und sonstigen zuständigen Institutionen sicherstellen kann.

⇨ Eine angemessene altersgemäße Freizeitgestaltung muss gewährleistet sein. Das heißt vor Allem, dass die religiöse Unterweisung das Kind/ den Jugendlichen nicht überfordern darf.

⇨ Erforderlich sind der Betreuung entsprechende bauliche (einschließlich brandschutztechnische) und hygienische Voraussetzungen, z.B. in der Zimmergröße, deren Aufteilung, im Küchenbereich sowie im Freizeit- und Außenbereich.

6. Spezifische Standards in Betriebserlaubnisverfahren des Landesjugendamtes

Die nachfolgenden spezifischen Mindeststandards finden auf der Grundlage der vom Landesjugendamt Rheinland festgelegten generellen, für alle Jugendhilfeanbieter geltenden Mindeststandards Anwendung. Soweit keine speziellen Regelungen getroffen sind, gelten also diese allgemeinen Vorgaben unverändert.

6.1 Schülerwohnheime

⇨ Schüler werden ab dem 12. Lebensjahr aufgenommen.

⇨ Der Leiter und / oder die pädagogischen Fachkräfte sind verpflichtet, Kontakt mit den von den Kindern und Jugendlichen besuchten Schulen aufzunehmen, aufrechtzuerhalten und regelmäßig wahrzunehmen.

⇨ Vor Aufnahme eines Kindes/Jugendlichen werden folgende Daten dem JA übermittelt: Name und Anschrift der Eltern / Name und Alter des Kindes / Jugendlichen

⇨ Der Personalschlüssel für Fachkräfte beträgt 1 : 10.

⇨ Hauptamtlicher Leiter mit Fachausbildung (Sozialpädagoge, Sozialarbeiter, Erzieher) und zweijähriger Berufserfahrung

⇨ Ab Platzzahl 20: eine Fachkraft (Sozialpädagoge, -arbeiter, Erzieher) und eine weitere pädagogische Kraft, die auch eine religiöse Ausbildung haben kann.

⇨ Der Einsatz von Ergänzungskräften/ Honorarkräften, z.B. für den Nachhilfeunterricht, ist möglich.

⇨ Zusätzlich erforderlich sind Kräfte für den Wirtschafts - und Verwatungsbereich.

⇨ Die Schlafräume können in der Regel mit bis zu 4 Betten ausgestattet sein.

6.2 Einrichtung „Theologische Ausbildung - Jugendwohnheim“

⇨ Hauptamtlicher Leiter mit Fachausbildung (Sozialpädagoge, Sozialarbeiter, Erzieher) und zweijähriger Berufserfahrung,

⇨ Der Einsatz von geeigneten Fachkräften gemäß § 45 Abs.2 Nr.1 SGBVIII ist erforderlich. In der Regel bedeutet dies den Einsatz von Fachkräften im Verhältnis 1:12.,

⇨ Sozialpädagogische Grundleistungen wie Begleitung, Förderung, Unterstützung sowie Gestaltung von Freizeiten über Tag und am Wochenende,

⇨ Regelmäßiger Austausch zwischen den Betreuern/ innen, den Ausbildern und den Lehrkräften,

⇨ Die Schlafräume werden in der Regel mit 2 Betten ausgestattet .

6.3 Wochenend- und Ferienbetreuung

⇨ Die Personalplanung ist in Form einer Personalliste zu dokumentieren. Weiter sind von allen regelmäßig eingesetzten Betreuungskräften Personalbögen auszufüllen, versehen mit Unterschrift der Betreuungskraft und des Trägers. Personalliste und Personalbögen sind dem LJA zuzusenden.

⇨ Für die Betreuung über Tag von Kinder und Jugendlichen werden mindestens zwei Betreuer gefordert, oberhalb einer Zahl von 40 Kindern/ Jugendlichen jeweils eine weitere Betreuungsperson pro 20 Kinder/ Jugendliche (für den Bereich der Freizeit). Bei Übernachtungen muss bis zu einer Zahl von 40 Kindern/ Jugendlichen eine Betreuungsperson anwesend sein, oberhalb dessen eine weitere Kraft. Zusätzlich ist eine Rufbereitschaft erforderlich.

⇨ Die Schlafräume dürfen höchstens mit 8 Betten ausgestattet sein. Für bereits bestehende größere Schlafsäle wird eine Übergangsfrist von 1 Jahr eingeräumt, um die notwendigen baulichen Veränderungen vornehmen zu können.

Anlage 1

„Runder Tisch für Jugendhilfeangebote muslimischer Vereine“

- am Beispiel des Pilotprojekts in Duisburg -

Vereinbarung einer Geschäftsordnung zwischen:

- der Stadt Duisburg, dem Jugendamt und dem Schulverwaltungsamt
- dem „Verband der Islamischen Kulturzentren e. V“ (VIKZ) in Deutschland
- und dem Landschaftsverband Rheinland / Dezernat Jugend und Schulen

1. Auftrag

Der „Runde Tisch für Jugendhilfeangebote muslimischer Vereine“ stellt sich der Aufgabe, die Integration türkischer Kinder und Jugendlicher in die deutsche Gesellschaft zu fördern. Insbesondere soll die Durchführung und Initiierung integrativer Maßnahmen sichergestellt werden.

2. Mitglieder

Für die Stadt Duisburg sind zwei Mitglieder zu benennen (Jugendamt und Schulverwaltungsamt), für die Angebotsträger muslimischer Vereine und den Landschaftsverband Rheinland jeweils ein Mitglied. Eine Stellvertretung ist jeweils sicherzustellen.

Als weitere Mitglieder mit beratender Stimme können benannt werden:

- in der Kinder- und Jugendbetreuung aktive muslimische Vereine,
- Mitglieder des RAA, „Regionale Arbeitsstelle für Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien“,
- der Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses, des Schulausschusses und des Beirates für Migration und Zuwanderung
- sonstige Personen bzw. Institutionen, die jugendhilfepolitisch aktiv sind.

3. Verantwortung der muslimischen Vereine

Um das Erreichen des unter Ziffer 1 beschriebenen Auftrags zu ermöglichen, stellen die am „Runden Tisch“ beteiligten Angebotsträger muslimischer Vereine die notwendige Transparenz sicher und öffnen dementsprechend ihre Konzepte und alltäglichen Betreuungen für die Beratungen und Entscheidungen des „Runden Tisches“.
Die Angebotsträger muslimischer Vereine sind insbesondere verpflichtet, durch Kooperation mit anderen örtlichen Jugendhilfeinstitutionen - z.B. Freizeitstätten und Jugendclubs -, mit kulturellen Angebotsträgern und mit Schulen zusammenzuarbeiten und Begegnungen mit Kindern und Jugendlichen anderer Kultur- und Religionsgemeinschaften zu ermöglichen und zu pflegen.

4. Verantwortung der Behörden/ Ämter

Als Träger der öffentlichen Jugendhilfe haben das Jugendamt und das Landesjugendamt die Gesamtverantwortung für die Erfüllung der Aufgaben des SGB VIII, einschließlich der Planungsverantwortung. Im Rahmen dieser Aufgaben werden die Angebote des VIKZ als Bestandteil des Sozialraums angesehen. Jugendamt, Schulverwaltungsamt und Landesjugendamt regen an, unterstützen und begleiten alle Maßnahmen, die geeignet sind, die Integration der türkischen Schüler in die Gesellschaft zu fördern, insbesondere

- Kooperationen zwischen Vereinen und Institutionen türkischer und deutscher kultureller sowie religiöser Zugehörigkeit
- Kooperationen mit anderen örtlichen Jugendhilfeeinrichtungen

5. Aufgabenwahrnehmung

5.1 Insbesondere folgende Integrationsmaßnahmen werden initiiert, begleitet und ausgewertet:

- Teilnahme an Angeboten freier und öffentlicher Jugendhilfeträger,
- Teilnahme an schulischen Angeboten,
- Teilnahme an sportlichen Angeboten, z.B. in Vereinen,
- Teilnahme an kulturellen Angeboten, z.B. VHS in Bezug auf Sprachkurse sowie Theaterbesuche,
- Maßnahmen der Öffnung nach außen wie „Tag der offenen Tür",
- Fortbildungen für soziale Fachkräfte und Lehrer über Probleme türkischer Kinder und Jugendlicher,
- Beteiligung an Stadtteilaktionen und Veranstaltungen,
- Diskussionsrunden für Bürger und Nachbarn,

5.2 Der „Runde Tisch" nimmt seine Aufgaben in der Weise wahr,

- dass gemeinsame Ziele beschrieben werden,
- einzelne Maßnahmen zur Zielerreichung festgelegt und für deren Erledigung Verantwortliche benannt werden
- und Ergebnisse im Sinne einer Erfolgskontrolle festgehalten werden.

Gleichzeitig wird dadurch der Landschaftsverband Rheinland in der nach § 45 SGB VIII bestehenden Aufsicht unterstützt und dessen Vor- Ort- Prüfungen in den Einrichtungen mit wichtigen Zusatzinformationen unterstützt.

6. Entscheidungsfindung, Organisatorisches

6.1 Entscheidungen werden mehrheitlich getroffen.

6.2 Für die organisatorische Begleitung der Sitzungen, die mindestens halbjährlich stattfinden, liegt die Federführung beim Jugendamt und beim Landschaftsverband Rheinland, die sich in dieser Funktion abwechseln. Es werden im übrigen Ergebnisprotokolle gefertigt.

7. Vertrauensvolle Zusammenarbeit

Die Mitglieder verpflichten sich zu vertrauensvoller Zusammenarbeit. Die vertrauliche Behandlung interner Informationen wird gewährleistet.

Muster einer „Minderjährigenschutzvereinbarung" / Anlage 2

(Hinweis: kann auch mit einer Vereinbarung nach § 8a II SGB VIII verbunden sein)

Zwischen der Gemeinde / dem Kreis

.....
(Jugendamt)

und dem Verein

.....

(Anbieter) wird folgende Vereinbarung getroffen:

1. Das Jugendamt ist in seiner Aufgabe des „staatlichen Wächteramts" gehalten das Wohl von Kindern und Jugendlichen zu sichern. Daher informiert der Anbieter das Jugendamt rechtzeitig über geplante Angebote der Betreuung von Kindern und Jugendlichen schriftlich unter Beifügung des Konzepts und erklärt sich damit einverstanden, jederzeit das Jugendamt über besondere Vorkommnisse in Kenntnis zu setzen sowie diesem Zutritt zu gewähren.

→ Kindeswohlgefährdung" bedeutet dabei, dass einem Kind/Jugendlichen mit hoher Wahrscheinlichkeit eine erhebliche Schädigung des eigenen Wohls, das heißt eines eigenen Rechts, droht, z.B. als Gesundheits- oder Lebensgefahr, Vernachlässigung, Misshandlung, Missbrauch, entwürdigende Maßnahme oder rechtswidrige Beeinträchtigung persönlicher Freiheit. Ein Erziehungsdefizit muss für sich noch keine „Kindeswohlgefährdung" begründen. Für den Bereich elterlicher Verantwortung (Art 6 GG) reduziert sich nach § 1666 BGB die „Kindeswohlgefährdung" auf die erhebliche Gefährdung körperlicher, seelischer oder geistiger Entwicklung durch missbräuchliche Ausübung elterlicher Sorge, Vernachlässigung, unverschuldetes Versagen der Eltern oder Verhalten eines Dritten im Sinne körperlicher oder seelischer Misshandlung bzw. sexuellen Missbrauchs.

2. Das Jugendamt verpflichtet sich, den Anbieter auf dessen Anfrage hin zu fachlichen und jugendhilferechtlichen Themen zu beraten.

3. Zur Verbesserung der Planung und Durchführung integrativer Aktivitäten wird das Jugendamt einen „Runden Tisch Integration" einzuberufen und federführend begleiten, der sich wie folgt zusammensetzt:
- in der Kinder- und Jugendbetreuung aktive muslimische Vereine,
- Mitglieder des RAA, „Regionale Arbeitsstelle für Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien",
- der Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses, des Schulausschusses und des Beirates für Migration und Zuwanderung
- sonstige Personen bzw. Institutionen, die jugendhilfepolitisch aktiv sind.

3. Jugendamt und Anbieter verpflichten sich, zur Vermeidung von Kindeswohlgefährdungen bzw. Intensivierungen bestehender Gefährdungen entgegenwirkend zusammenzuarbeiten.
Danach wird der Anbieter bei Anhaltspunkten einer Kindeswohlgefährdung das Jugendamt in Kenntnis setzen und dessen Sachverhaltsklärungen begleiten sowie unterstützen.
Dabei bedeutet der Begriff „Kindeswohlgefährdung", dass eine erhebliche Gefährdung körperlicher, seelischer oder geistiger Entwicklung durch missbräuchliche Ausübung elterlicher Sorge, Vernachlässigung, unverschuldetes Versagen der Eltern oder Verhalten eines Dritten im Sinne körperlicher oder seelischer Misshandlung bzw. sexuellen Missbrauchs vorliegt.

4. Der Anbieter wird sein Konzept, die Auswahl angestellter und ehrenamtlicher Mitarbeiter, die baulichen Rahmenbedingungen und die alltägliche Betreuung so ausrichten, dass jederzeit das Wohl der betreuten Kinder und Jugendlichen gesichert ist. Die Betreuung wird auf der Grundlage der deutschen Gesetze, insbesondere unter Berücksichtigung der Rechte der Minderjährigen, durchgeführt, entsprechend den Regeln „Rechte Minderjähriger in Einrichtungen der Erziehungshilfe" (Landesjugendamt Rheinland unter Beteiligung der Spitzenverbände der freien und kommunalen Spitzenverbände/ Anlage dieses Vertrags; siehe auch Anlage 2 der „„Grundprinzipien des Landesjugendamts Rheinland für muslimische Träger in der Jugendhilfe", nachfolgend).

(Unterschrift Jugendamt) (Unterschrift Anbieter)

CDU-FRAKTION
LANDSCHAFTSVERSAMMLUNG
RHEINLAND

Qualität für Menschen

Die SPD-Fraktion in der
Landschaftsversammlung
Rheinland

Ergänzungsantrag Nr. 14/343/1

öffentlich

Datum: 06.05.2020
Antragsteller: CDU, SPD

Betriebsausschuss LVR-Jugendhilfe Rheinland	**26.05.2020**	**empfehlender Beschluss**
Landesjugendhilfeausschuss	**28.05.2020**	**empfehlender Beschluss**
Ausschuss für Inklusion	**04.06.2020**	**empfehlender Beschluss**
Ausschuss für den LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen	**08.06.2020**	**empfehlender Beschluss**
Landschaftsausschuss	**23.06.2020**	**Beschluss**

Tagesordnungspunkt:

Präventive Maßnahmen gegen sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche mit Behinderung

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird gebeten, auf Grundlage der vorhandenen Konzepte und Erfahrungen ein LVR-Rahmenkonzept zum Gewaltschutz zu erarbeiten.

Begründung:

Aufgrund der Coronakrise musste der Beratungslauf für den Antrag (14/343) ab dem 17.3.2020 unterbrochen werden.

Beratungsergebnisse der Ausschüsse
KrhA 2 am 3.3., KrhA 4 am 4.3., GA am 6.3., SchulA am 9.3. und SozialA am 10.3.: einstimmige Beschlussfassung
Die Krankenhausschüsse 3 und 1 befassen sich damit in ihren Sitzungen am 11. und 14.5.2020.

Im Rahmen der abschließenden Bemerkungen des UN-Fachausschusses für die Rechte von Menschen mit Behinderungen zur ersten Staatenprüfung Deutschlands wurde das Thema Gewaltschutz von Frauen und Mädchen mit Behinderungen als besonders dringlich

hervorgehoben (vgl. Ziffer 36 in Verbindung mit Ziffer 63). Die Bundesregierung wurde aufgefordert, bereits im April 2016 über die ergriffenen Maßnahmen zu berichten. Mit der Vorlage 14/1180 wurde der aktuelle Sachstand zum Gewaltschutz im LVR beschrieben sowie die zentralen Ergebnisse der Stellungnahme der Bundesregierung und des Landes NRW skizziert.

Aktuell führt der Focalpoint der Bundesregierung im BMAS eine neue Abfrage zu „Gewaltschutzstrukturen für Menschen mit Behinderungen" auf Länderebene durch. Sie knüpft an das erste Staatenprüfungsverfahren (Follow up-Prozess) an und bereitet u.U. eine Studie hierzu vor.

Im LVR haben sich bereits verschiedene Vorlagen mit dem Thema „Gewalt" befasst. Zuletzt hat die Verwaltung der politischen Vertretung mit der sehr informativen Vorlage 14/3821/1 dezernatsübergreifend präventive Maßnahmen gegen sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche mit Behinderungen zur Kenntnis gebracht. Um die im LVR vorhandene Expertise zu bündeln und nach Möglichkeit die Wirksamkeit der ergriffenen Maßnahmen zum Gewaltschutz zu erhöhen, erscheint ein qualifiziertes und abgestimmtes Vorgehen zielführend.

Frank Boss Thomas Böll

TOP 8 Aktuelle Entwicklungen in der frühkindlichen Bildung

Die Direktorin des Landschaftsverbandes Rheinland

Qualität für Menschen

Ergänzungsvorlage Nr. 14/3954/1

öffentlich

Datum: 30.04.2020
Dienststelle: Fachbereich 42
Bearbeitung: Frau Lindenberg

Landesjugendhilfeausschuss	**28.05.2020**	**Kenntnis**

Tagesordnungspunkt:

Handlungsimplikationen aus der Rheinland-Kita-Studie für das Landesjugendamt

Kenntnisnahme:

Die Handlungsimplikationen aus der Rheinland-Kita-Studie für das Landesjugendamt werden gemäß der Vorlage Nr. 14/3954/1 zur Kenntnis genommen.

UN-Behindertenrechtskonvention (BRK):

Diese Vorlage berührt eine oder mehrere Zielrichtungen des LVR-Aktionsplans zur Umsetzung der BRK.	ja

Gleichstellung/Gender Mainstreaming:

Diese Vorlage berücksichtigt Vorgaben des LVR-Gleichstellungsplans 2020.	nein

Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt (lfd. Jahr):

Produktgruppe:	
Erträge: Veranschlagt im (Teil-)Ergebnisplan	Aufwendungen: /Wirtschaftsplan
Einzahlungen: Veranschlagt im (Teil-)Finanzplan Bei Investitionen: Gesamtkosten der Maßnahme:	Auszahlungen: /Wirtschaftsplan
Jährliche ergebniswirksame Folgekosten:	
Die gebildeten Budgets werden unter Beachtung der Ziele eingehalten	

In Vertretung

B a h r – H e d e m a n n

Zusammenfassung:

Die Vorlage berührt insbesondere die Zielsetzungen Z4. „Den inklusiven Sozialraum mitgestalten" und Z10. „Das Kindeswohl und Kinderrechte im LVR als inklusiven Mainstreaming-Ansatz schützen" des LVR-Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention.

In der Zeit vom 01.05.2017 bis 01.05.2019 wurde auf Beschluss des LJHA die Rheinland-Kita-Studie durch die Universität Siegen durchgeführt. Der LJHA wurde am 19.06.2019 mit der Vorlage Nr. 14/3387 über den Projektabschluss und die aus der Studie resultierenden Ergebnisse informiert. Handlungsimplikationen aus der Rheinland-Kita-Studie wurden ebenfalls am 27.11.2019 im interfraktionellen Arbeitskreis beraten.

Die sich aus der Studie ergebenden Handlungsimplikationen beziehen sich im Wesentlichen auf folgende Punkte:

1. Ausbau von Ressourcen bezogen auf die Personal- und Raumausstattung
2. (Anteilige) Freistellung der Leitung
3. Inklusivpädagogische Konzeption als Grundlage pädagogischen Arbeitens
4. Qualifizierung der pädagogischen Fachkräfte
5. Gesetzliche Verankerung von Fachberatung und präzise Aufgabenbeschreibung
6. Übergangsgestaltung mit Blick auf Kinder mit Behinderung

Diese Vorlage greift die Überlegungen für eine gelingende Inklusion in Kindertageseinrichtungen auf und formuliert Vorschläge zur Umsetzung.

Hierbei werden konkrete Planungen des LVR-Landesjugendamtes für Fortbildung und Qualifizierung von pädagogischen Fachkräften vorgestellt.

Da die Ergebnisse und Anforderungen für eine bedarfsorientierte Umsetzung von Inklusion nicht allein in Zuständigkeit des LVR-Landesjugendamtes liegen, weist die Vorlage ebenfalls auf die verschiedenen Zuständigkeitsebenen hin und beschreibt, inwiefern durch die Verabschiedung des reformierten Kinderbildungsgesetzes und des Bundesteilhabegesetzes, die in der Rheinland-Kita-Studie formulierte Bedarfe bereits aufgegriffen wurden.

Die Auswirkungen neuer gesetzlicher Regelungen und deren Wirksamkeit gilt es nach der Erprobung in der Praxis zu evaluieren.

Begründung der Vorlage Nr. 14/3954/1:

Der Ältestenrat hat in seiner Sondersitzung am 16.03.2020 aufgrund der Corona-Pandemie entschieden, alle Ausschusssitzungen bis zum 30.04.2020 abzusagen. Hiervon war auch der Landesjugendhilfeausschuss am 19.03.2020 betroffen.
Die Vorlage soll dem Landesjugendhilfeausschuss zur Kenntnis gegeben werden.

Begründung der Vorlage Nr. 14/3954:

Handlungsimplikationen aus der Rheinland-Kita-Studie für das Landesjugendamt

In der Zeit vom 01.05.2017 bis 01.05.2019 wurde auf Beschluss des LJHA die Rheinland-Kita-Studie durch die Universität Siegen durchgeführt. Der LJHA wurde am 19.06.2019 mit der Vorlage Nr. 14/3387 über den Projektabschluss und die aus der Studie resultierenden Ergebnisse informiert.

Trotz der enorm gestiegenen fachlichen Anforderungen, auf die Kindertageseinrichtungen in den letzten Jahren reagieren mussten und trotz der in der Studie deutlich gewordenen Entwicklungsbedarfe lässt sich feststellen, dass die Kindertageseinrichtungen im Feld der Inklusion Wichtiges geleistet haben und zunehmend mehr Kindern mit Behinderung eine inklusive Bildung und Unterstützung bieten.

Neben der Erhebung des Standes der Inklusion in rheinischen Kitas war es Zielsetzung der Studie, Faktoren für eine gelingende Umsetzung der Inklusion zu formulieren.
Die Vorlage greift diese Überlegungen auf und formuliert Vorschläge zur Umsetzung.

Nicht alle für die Umsetzung der Inklusion identifizierten Rahmenbedingungen sind durch das Landesjugendamt umzusetzen. Vielmehr weisen die Ergebnisse und Anforderungen für eine bedarfsorientierte Umsetzung von Inklusion auf verschiedene Zuständigkeitsebenen hin.

Welche Bereiche berührt sind und wie den Erkenntnissen der Studie sowohl durch bereits erfolgte unterschiedliche Gesetzesänderungen als auch durch Angebote des Fachbereiches Kinder und Familie Rechnung getragen wurde und wird, zeigt vorliegende Vorlage auf.

Handlungsimplikationen aus der Rheinland-Kita-Studie wurden am 27.11.2019 im interfraktionellen Arbeitskreis beraten.

A. Kernaussagen und zentrale Ergebnisse der Rheinland-Kita-Studie

1. Fehlende Ressourcen

Bereits 58 Prozent der befragten Einrichtungen betreuen Kinder mit (drohender) Behinderung. Die verbleibenden 42 Prozent wurden explizit nach den Gründen einer nicht umgesetzten gemeinsamen Bildung und Betreuung befragt. Sie gaben an, bislang keine Anfragen erhalten zu haben und begründeten ihre Zurückhaltung ebenfalls mit Faktoren, die als zentral gelten können, da sie in der Studie immer wieder benannt werden.

1.1 Personalressourcen

Oft genannte Gründe weisen auf fehlende personelle Ressourcen sowie zu wenig heilpädagogische Expertise im Team hin, die einer Aufnahme entgegenstünden.

1.2 Raumressourcen

Lediglich 36 Prozent der Einrichtungen mit Kindern mit Behinderung verfügen über einen separaten (Therapie)-Raum. Ein solcher Raum ist in Einrichtungen ohne Kinder mit Behinderung sogar nur in 8 Prozent der Fälle vorhanden. Zusätzliche Räume werden jedoch als notwendig erachtet, um separate Angebote in Kleingruppen, aber auch therapeutische Interventionen durchführen zu können.

2. Leitungsfreistellung

Auch weist die Befragung darauf hin, dass eine (anteilige) Freistellung der Leitungskräfte von hoher Bedeutung für die Umsetzung der Inklusion ist. Deutlich wird, dass die Haltung und Qualifikation der Leitungskräfte ausschlaggebend für eine gute Qualität sind. Kita-Leitungen, die unterstützend, beratend und kompetent mit einem offenen Ohr sowie engagiert, zuverlässig und verfügbar sind, werden von allen Akteurs-Gruppen als äußerst positiv und gewinnbringend im Umgang mit den Herausforderungen im Zusammenhang mit der Umsetzung von Inklusion herausgestellt.

3. Konzeption

Darüber hinaus zeigte sich bei der Frage nach dem der Arbeit zugrundeliegenden Konzept eine ernüchternde Realität.
Eine Vielzahl der Einrichtungen gab an, über kein inklusives pädagogisches Konzept zu verfügen und dies, obwohl das Konzept die Grundlage der pädagogischen Arbeit darstellt. Bei jeder fünften Einrichtung mit Kindern mit (drohender) Behinderung (21%) enthält das Einrichtungskonzept keinen Bezug zum Thema Inklusion, bei Einrichtungen ohne Kinder mit Behinderung (55%) sogar bei mehr als jeder zweiten.
Eine präventive Vorbereitung der Aufnahme von Kindern mit (drohender) Behinderung entfällt damit weitestgehend, obwohl in vielen Fällen eine Teilhabeeinschränkung von Kindern erst nach deren Aufnahme in Kindertageseinrichtungen deutlich wird. Eine schnelle fachliche Reaktion auf deren Bedarfe wird hierdurch erschwert.
Auch zeigte sich, dass der größte Anteil der Einrichtungen einen situationsorientierten Ansatz verfolgt und die offene Arbeit kaum in Betracht zieht. Die Möglichkeiten der offenen Arbeit, die sich in verschiedenen Studien als zielführend, auch für die Arbeit mit Kindern mit (drohender) Behinderung erwiesen hat, werden also kaum genutzt.

4. Qualifizierung

Erstaunlicherweise rangiert das Thema Inklusion bei den 13 vorgegebenen Fortbildungsthemen lediglich an neunter Stelle, obwohl die fehlende Expertise als Hinderungsgrund für die Aufnahme von Kindern mit (drohender) Behinderung gesehen wird.

5. Fachberatung

Die Arbeit der Fachberatungen wird von allen Akteuren des Systems sehr geschätzt. Sie erweisen sich bei der Auseinandersetzung mit dem Thema Inklusion und der fachlichen Unterstützung der Einrichtungen als besonders hilfreich.
Für dringend notwendig wird die gesetzliche Verankerung und eine präzisere Auftragsbeschreibung der Arbeit von Fachberatungen formuliert.

6. Übergänge gestalten

Eltern und pädagogische Fachkräfte begrüßen vorbereitende Kontakt- und Austauschmöglichkeiten mit den Grundschulen. Der Übergang von der Kita in die Grundschule wird als herausfordernde Zeit für die Kinder erachtet, die einer besonderen Begleitung bedarf. Besuche durch die zukünftigen Lehrkräfte in der Kita sowie Besuche der Vorschulkinder in einzelnen Unterrichtsstunden werden als hilfreich wahrgenommen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Faktoren - notwendiges Personal, notwendige Räume und notwendige Qualifikation - sich bei beiden Studienteilen (quantitativ und qualitativ) als die herausgehobenen Bedarfe herauskristallisierten.

B. Möglichkeiten der Umsetzung

Die eingangs beschriebenen, verschiedenen Ebenen der Zuständigkeit bei der Umsetzung der Inklusion lassen eine Umsetzung allein durch die Landesjugendämter nicht zu. Darüber hinaus führen aktuelle gesetzliche Änderungen bereits zu einer Verbesserung der Ausgangslage. Wie und in welcher Verantwortung die Umsetzung der Kernaspekte der Studie bereits vollzogen und in Zukunft verändert werden können, soll nachfolgend erläutert werden.

1. Fehlende Ressourcen

1.1. Personalressourcen

SGB IX, AG-BTHG, Landesrahmenvertrag (gem. § 131 SGB IX)
Durch die seit dem 01.01.2020 geltenden gesetzlichen Regelungen des SGB IX und deren konkrete Ausgestaltung im Landesrahmenvertrag ergeben sich verbesserte Finanzierungmöglichkeiten für heilpädagogische Leistungen. Die Bedarfsermittlung, die in diesem Rahmen erfolgt, bezieht sich zukünftig auf den individuellen Teilhabebedarf des Kindes, hierdurch werden mehr Personalstunden finanziert. In den Rahmenleistungsbeschreibungen wurden Qualitätsstandards festgelegt, die zukünftig auf ihre Wirksamkeit hin überprüft werden. Dies schafft Klarheit und Transparenz bei der Verwendung der Mittel.
Ab dem 01.01.2020 werden neue Beratungsstellen nach § 106 SGB IX BTHG eingerichtet.
Die Eltern werden zukünftig vom Fallmanagement des LVR unterstützt und individuell beraten. Außerdem wird das Antragsverfahren vereinfacht, indem künftig die Aufnahmeanträge auch formlos direkt durch die Eltern selbst gestellt werden können. Der Träger, der inklusive Kita-Plätze bereitstellt, muss neben der Absprache mit der Jugendhilfeplanung, lediglich einmalig eine Eingliederungshilfevereinbarung mit dem LVR abschließen.

Kinderbildungsgesetz – neue Fassung (KiBz n.F.)
Die Reform des KiBiz setzt auf die Auskömmlichkeit der Kindpauschalen, da deren Höhe in der Vergangenheit zu großen Problemen in den Kitas geführt hatten. Strukturell werden ab dem 01.08.2020 mehr Mittel zur Verfügung stehen, um den gesetzlichen Personalgesamtkraftstundenwert (bisher 2. Wert) einzusetzen.

SGB VIII - § 85 Abs. (2) – Aufgaben des Landesjugendamtes
Im Rahmen der Wahrnehmung der Aufgaben zum Schutz von Kindern in Einrichtungen wird das Landesjugendamt Rheinland im Rahmen seiner Aufgaben nach § 45 SGB VIII weiterhin bei der Beantragung der Betriebserlaubnis und deren Genehmigung die Mindestanzahl an Fach- und Ergänzungskraftstunden sowie den nunmehr verpflichtenden Anteil an Leitungsstunden (siehe Punkt 2) prüfen. Der Personalgesamtkraftstundenwert soll erreicht werden, stellt aber nicht die zu prüfende Mindestbesetzung dar.

1.2 Raumressourcen

Kinderbildungsgesetz – neue Fassung (KiBz n.F.)
Der Landesgesetzgeber hat mit der Einführung des Kinderbildungsgesetzes in 2008 auf eine gesetzliche Regelung zu den räumlichen Mindestanforderungen verzichtet. Im davor geltenden Gesetz für Kindertageseinrichtungen (GTK) wurden per Runderlass des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales vom 09.06.1994 Empfehlungen zum Bau und zur Ausstattung von Tageseinrichtungen für Kinder veröffentlicht, die Richtwerte für den Raumbedarf vorgaben.

SGB VIII - § 85 Abs. (2) – Aufgaben des Landesjugendamtes
Aufgrund fehlender gesetzlicher Regelungen müssen die Landesjugendämter im Rahmen der Erteilung der Betriebserlaubnis feststellen, ob die erforderlichen Flächen für den Betrieb einer Kindertageseinrichtung gegeben sind.
Dazu hat das Landesjugendamt Rheinland in 2008 mit Beschluss des LJHA die LVR-Empfehlungen zum Raumprogramm für Kindertageseinrichtungen eingeführt (vgl. Vorlage 12/3859). Die Empfehlungen wurden zuletzt 2012 überarbeitet und in Abstimmung mit dem zuständigen Ministerium und dem Landesjugendamt Westfalen-Lippe als landesweit einheitliche „Raummatrix" eingeführt (vgl. Vorlage 13/1981). Sie hat für die Träger verbindlichen Charakter und ist zudem Grundlage für die investive sowie konsumtive Förderung der Miete. Diese Raummatrix sieht bisher keine Flächen für Inklusion vor. Folglich gibt es auch keine Förderung für Flächen, die für die Inklusion zusätzlich erforderlich sind.

2. Leitungsfreistellung

Kinderbildungsgesetz – neue Fassung (KiBz n.F.)
Durch die Verabschiedung des Kinderbildungsgesetzes und dessen Inkrafttreten zum 01.08.2020 wird eine (anteilige) Leitungsfreistellung verpflichtend.

SGB VIII - § 85 Abs. (2) – Aufgaben des Landesjugendamtes
Die Leitungsfreistellung ist zukünftig Bestandteil der Mindestbesetzung und ist durch die Landesjugendämter im Rahmen des § 45 SGB VIII bei der Erteilung der Betriebserlaubnis zu prüfen.

3. Konzeption

Kinderbildungsgesetz – neue Fassung (KiBz n.F.)
In der Stellungnahme der Landesjugendämter zum Gesetzentwurf KiBiz wurde gefordert, einer inklusiven Konzeption eine rechtliche Grundlage zu geben und diese verbindlich zu fordern. Der Landesgesetzgeber ist dieser Empfehlung nicht gefolgt.

SGB VIII - § 85 Abs. (2) – Aufgaben des Landesjugendamtes
Um eine entsprechende Unterstützung anzubieten, erstellen die beiden Landesjugendämter in Abstimmung mit der Freien Wohlfahrtspflege zurzeit eine Arbeitshilfe zum Thema Konzeptionserstellung, die nicht nur rechtliche, sondern auch fachliche Hinweise enthält. Insbesondere für die Erstellung einer inklusiven Konzeption wird es unterstützende Hinweise geben.

4. Qualifizierung

SGB VIII und Kinderbildungsgesetz – neue Fassung (KiBz n.F.)
Der Träger verantwortet den gesetzlichen Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsauftrag und ist zur Qualitätsentwicklung verpflichtet. Dazu ist eine kontinuierliche Fortbildung des Personals erforderlich. Die Landesjugendämter hatten in ihrer Stellungnahme zum Gesetzesentwurf vorgeschlagen, die Verwendung der Mittel aus der Fortbildungsvereinbarung nach § 54 Absatz 3 Nummer 2, insbesondere auch mit Blick auf die Weiterqualifizierung der gemeinsamen Förderung von Kindern mit und ohne (drohender) Behinderung zu öffnen. Die Landesjugendämter werden sich bei dem noch ausstehenden Abschluss dafür weiterhin einsetzen.

SGB VIII - § 85 Abs. (2) – Aufgaben des Landesjugendamtes
Im Rahmen der Verpflichtung der Landesjugendämter zur Fortbildung der Mitarbeiter*innen der Jugendhilfe bietet das Landesjugendamt Rheinland seit vielen Jahren Zertifikatskurse Inklusion für Fachberatungen und Leitungskräfte an. Diese decken viele der Punkte ab, bei denen die Ergebnisse der Rheinland-Kita-Studie einen Nachbesserungsbedarf aufzeigen. So wird z.B. das Thema „Haltung" im Kontext von Inklusion in der Kindertagesbetreuung oder das Thema „Konzeptentwicklung" ausführlich behandelt.
Darüber hinaus wird als Reaktion auf die Studienergebnisse zusätzlich ein Zertifikatskurs für Fachkräfte entwickelt und ab 2020/2021 angeboten.
Um das Fortbildungsangebot im Rheinland weiter auszubauen, wird das Landesjugendamt Rheinland daher Gespräche mit der Freien Wohlfahrtspflege zu möglichen Kooperationsveranstaltungen aufnehmen.

5. Fachberatung

Kinderbildungsgesetz – neue Fassung (KiBz n.F.)
Der Gesetzentwurf zum KiBiz sieht erstmals auch für NRW eine gesetzliche Förderung der Fachberatung vor.

SGB IX, AG-BTHG, Landesrahmenvertrag
Zudem sieht die Refinanzierung von Leistungen der Basisleistung I für Teilhabeleistungen in Kindertageseinrichtungen auf der Grundlage des Landesrahmenvertrages eine pauschalierte Fachberatung speziell für Teilhabeleistungen vor.

6. Übergänge

SGB VIII - § 85 Abs. (2) – Aufgaben des Landesjugendamtes
Das Landesjugendamt bindet die Ergebnisse in seine Fortbildungsplanung ein und wird ein Fortbildungsangebot zum Thema Übergänge entwickeln.

SGB IX, AG-BTHG, Landesrahmenvereinbarung Frühförderung
Die neue Landesrahmenvereinbarung Frühförderung bietet die Grundlage zum Informationsaustausch zur Schuleingangsuntersuchung und damit zur Vermeidung einer zusätzlichen Diagnostik der Kinder mit Behinderung, wenn die Eltern das wünschen.

Abschließendes Resümee

Durch die Änderungen, die sich aus der Verabschiedung des Kinderbildungsgesetzes und des Bundesteilhabegesetzes ergeben, wurden viele der formulierten Bedarfe bereits aufgegriffen. Ein mehr an Personal und die Freistellungsmöglichkeiten für Leitungskräfte stellen neben der Förderung der Fachberatung relevante Verbesserungen dar. Die Auswirkungen neuer gesetzlicher Regelungen und deren Wirksamkeit gilt es nach der Erprobung in der Praxis zu evaluieren.
Die fachliche Unterstützung bei der Qualifizierung hingegen kann durch das Landesjugendamt intensiviert und angepasst werden.

Grundsätzlich blieben einige relevante Faktoren unberücksichtigt, die einer abschließenden Bemerkung bedürfen:

- Die Raummatrix, die in Zusammenarbeit mit dem LWL und dem MKFFI entwickelt wurde, bedarf der Anpassung. Sie ist seit vielen Jahren etablierter Standard für die Gestaltung von Kindertageseinrichtungen. Um eine Umsetzung durch die Träger zu ermöglichen, sollten die zusätzlichen Flächen bei der konsumtiven Förderung (Miete) und der investiven Förderung für Bestands- und Neubauten berücksichtigt werden.
- Viele Kinder mit hohem Teilhabebedarf benötigen darüber hinaus ein kleines und überschaubares Gruppensetting. Erschwert wird diese Forderung insbesondere durch die anhaltend wachsende Nachfrage nach Kitaplätzen. Die Möglichkeit der Gruppenstärkenabsenkung wird daher nur in Teilen genutzt. Die Fortschreibung des Landesrahmenvertrags sieht die Schaffung einer „Basisleistung II" für Kinder mit besonders hohem Teilhabebedarf vor. Hier wird angestrebt, überschaubare Gruppenstrukturen zu ermöglichen.
- Eine Strukturförderung und damit ein breit angelegtes Verständnis von Inklusion wurde auch durch das neue Kinderbildungsgesetz nicht geschaffen. Eine Finanzierung, die unabhängig vom Status einer Behinderung allen Kindern Förderung ermöglicht, wird aber bei einer zunehmend diversen Gesellschaft auf der politischen Agenda bleiben müssen.

In Vertretung

B a h r – H e d e m a n n

Die Direktorin des Landschaftsverbandes Rheinland

Qualität für Menschen

Ergänzungsvorlage Nr. 14/3955/1

öffentlich

Datum: 21.04.2020
Dienststelle: Fachbereich 42
Bearbeitung: Lindenberg

Landesjugendhilfeausschuss	**28.05.2020**	**Kenntnis**

Tagesordnungspunkt:

Separate Räume für Familienzentren- Kritische Ergebnisse der Evaluation

Kenntnisnahme:

Die Darstellung des Fachbereichs zu separaten Räumen für Familienzentren und die kritischen Ergebnisse der Evaluation werden gemäß der Vorlage Nr. 14/3955/1 zur Kenntnis genommen.

UN-Behindertenrechtskonvention (BRK):

Diese Vorlage berührt eine oder mehrere Zielrichtungen des LVR-Aktionsplans zur Umsetzung der BRK.	ja

Gleichstellung/Gender Mainstreaming:

Diese Vorlage berücksichtigt Vorgaben des LVR-Gleichstellungsplans 2020.	nein

Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt (lfd. Jahr):

Produktgruppe:	
Erträge: Veranschlagt im (Teil-)Ergebnisplan	Aufwendungen: /Wirtschaftsplan
Einzahlungen: Veranschlagt im (Teil-)Finanzplan Bei Investitionen: Gesamtkosten der Maßnahme:	Auszahlungen: /Wirtschaftsplan
Jährliche ergebniswirksame Folgekosten:	
Die gebildeten Budgets werden unter Beachtung der Ziele eingehalten	

In Vertretung

B a h r - H e d e m a n n

Zusammenfassung:

Die Vorlage berührt insbesondere die Zielsetzungen Z4. „Den inklusiven Sozialraum mitgestalten" und Z10. „Das Kindeswohl und Kinderrechte im LVR als inklusiven Mainstreaming-Ansatz schützen" des LVR-Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention.

Im Auftrag des MKFFI führte das Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen in der Zeit von Dezember 2017 bis Dezember 2018 eine Evaluation des Landesprogramms Familienzentren NRW durch.

Ziel war es, die aktuelle qualitative Gestaltung und Wirkung der Familienzentren vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Veränderungen zu ermitteln und Empfehlungen für die Weiterentwicklung der Familienzentren zu geben.

In der Evaluation wurde deutlich, dass eine gute Raumausstattung von einem Großteil der Befragten als wichtige Voraussetzung für das Funktionieren eines Familienzentrums angesehen wird. Allerdings verfügen die Familienzentren in den meisten Fällen nicht über separate Räume, um Angebote durchzuführen. Hierdurch entstehen häufig Engpässe, da die Räume sowohl für die pädagogische Arbeit der Kindertageseinrichtungen, aber auch für die Umsetzung von Angeboten eines Familienzentrums benötigt werden.

Aus Sicht des Landesjugendamtes Rheinland kann der Zielkonflikt zwischen sozialraum- und familienorientierten Angeboten und Angeboten der frühen Bildung, für die in der Kita betreuten Kinder, nicht ohne zusätzliche Raumressource aufgelöst werden, zumal diese zusätzlichen Raumbedarfe in den Raumempfehlungen der Landesjugendämter bisher nicht berücksichtigt werden.

Als zielführend erscheint insbesondere bei der Planung neuer Gebäude für Kindertageseinrichtungen und bei der Planung von Erweiterungen und Sanierungen, die Bedarfe des Sozialraums zu berücksichtigen und die Erfordernisse an die Raumstruktur eines Familienzentrums in die bauliche Planung zu integrieren.

Hierzu wäre eine investive Förderung für Kindertageseinrichtungen, die als Familienzentrum zertifiziert sind oder im Rahmen der örtlichen Jugendhilfeplanung als Familienzentrum konzipiert werden, anzustreben, auch um bestehende Gebäude umzubauen oder zu erweitern. Gleiches gilt für die konsumtive Förderung von Mieten.

Begründung der Vorlage Nr. 14/3955/1:

Der Ältestenrat hat in seiner Sondersitzung am 16.03.2020 aufgrund der Corona-Pandemie entschieden, alle Ausschusssitzungen bis zum 30.04.2020 abzusagen.
Hiervon war auch der Landesjugendhilfeausschuss am 19.03.2020 betroffen.
Die Vorlage wird dem Landesjugendhilfeausschuss zur Kenntnis gegeben.

Begründung der Vorlage Nr. 14/3955:

Separate Räume für Familienzentren- Kritische Ergebnisse der Evaluation

Seit 2006 können sich Kindertageseinrichtungen in NRW zu Familienzentren weiterentwickeln und entsprechend zertifiziert werden.
Mittlerweile haben sie sich als wertvolle Partner bei der Unterstützung der Eltern, der Kooperation mit unterschiedlichen Partnern sowie bei der Bündelung und Vernetzung familienunterstützender Angebote im Sozialraum entwickelt. Familienzentren werden in die örtliche Jugendhilfeplanung aufgenommen und über ein landesweit gültiges Gütesiegel zertifiziert. Sie erhalten derzeit eine Förderung durch das Land in Höhe von jährlich 13.000,- Euro (§ 21 Abs. 7 KiBiz), ab dem 01.08.2020 werden es 20.000,- Euro pro Kindergartenjahr sein (§ 43 KiBiz – NEU).

Im Auftrag des MKFFI führte das Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen in der Zeit von Dezember 2017 bis Dezember 2018 eine Evaluation des Landesprogramms Familienzentren NRW durch.
Ziel war es, die aktuelle qualitative Gestaltung und Wirkung der Familienzentren vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Veränderungen zu ermitteln. Dabei sollte die quantitative und qualitative Entwicklung der Familienzentren seit der Pilotphase 2006/2007 nachvollzogen, analysiert und mit der aktuellen Situation verglichen werden, um Empfehlungen für die Weiterentwicklung der Familienzentren geben zu können.

Aufgrund der Ergebnisse dieser Evaluation erfolgt eine Revision des Katalogs der Gütesiegelkriterien, die durch pädQuis unter Einbeziehung des Beirats Familienzentren im MKFFI entwickelt wurde.

Die Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Familienzentren betreffen neben Kriterien zur Steuerung und Prozessbegleitung auf unterschiedlichen Ebenen, konkrete Vorschläge zur bedarfsgerechten Weiterentwicklung der Angebotsstruktur, insbesondere Vorschläge zur Organisation von Familienzentren und zum Umgang mit knappen Ressourcen: So wird eine (teilweise) Freistellung der Leitung als vorteilhaft angesehen oder die Finanzierung zusätzlicher Leitungsstunden aus Landesmitteln für Familienzentren. Um dem Fachkräftemangel zu begegnen, werden die Implementierung von Funktionszulagen und die Ausweitung einer praxisorientierten Ausbildung empfohlen. Ebenso die verstärkte Vermittlung relevanter Inhalte für die Arbeit im Familienzentrum in der Ausbildung von Fachkräften.

In der Evaluation wurde deutlich, dass eine gute Raumausstattung von einem Großteil der Befragten als wichtige Voraussetzung für das Funktionieren eines Familienzentrums angesehen wird. Eine besondere Herausforderung sowohl bei bestehenden Gebäuden, aber auch bei Neubauten sei, die Sicherung der Qualität der Arbeit der Kindertageseinrichtungen und die für die Umsetzung von Angeboten benötigte Infrastruktur für Familienzentren miteinander zu vereinbaren.

In den allermeisten Fällen stehen in den Einrichtungen nicht ausreichend Räume für eine ausschließliche Nutzung für die Angebote des Familienzentrums zur Verfügung. Vielmehrfinden vielfach Kursangebote der Familienzentren in Mehrzweckräumen, in Personalräumen oder auch im Büro der Leitung statt. Diese Räume stehen für die Arbeit der Kindertageseinrichtung dann nicht mehr voll umfänglich zur Verfügung.
Eine besondere Herausforderung stellt die Regelung des Zugangs von Personen von außerhalb der Tageseinrichtung dar. Personen, die bestimmte Angebote des Familienzentrums in den Räumen der Tageseinrichtung nutzen, müssen zum Schutz aller Kinder in der Einrichtung begleitet werden. Grundsätzlich stehen das Wohl und der Schutz aller anwesenden und betreuten Kinder an oberster Stelle, allerdings sollten auch Angebote der Familienzentren anonym genutzt werden können.

Die fehlenden Raumkapazitäten für Familienzentren und der sich daraus häufig ergebende Zielkonflikt zwischen den Anforderungen an die Kindertagesbetreuung und der Angebotsstruktur von Familienzentren ist den Landesjugendämtern bekannt. Die Träger werden im Rahmen des Betriebserlaubnisverfahrens entsprechend der landesweit einheitlichen Empfehlungen für die Raumnutzung beraten. Selbstverständlich sind dabei aber die jeweiligen Gegebenheiten und Besonderheiten vor Ort im Sinne einer sachgerechten Entscheidung im Einzelfall ausreichend zu berücksichtigen. Die Landesjugendämter legen in einer lösungsorientierten und die Gegebenheiten vor Ort berücksichtigenden Beratung großen Wert auf eine transparente und zielorientierte Kommunikation mit den Trägern und ebenso auf Transparenz ihrer Entscheidung.

Im Evaluationsbericht wird die Arbeit der Landesjugendämter kritisiert (Anlage 1; Kurzfassung Evaluationsbericht, insbesondere S. 26/27). Hierzu haben die Landesjugendämter Stellung genommen (Anlage 2).

Aus Sicht des Landesjugendamtes Rheinland kann der Zielkonflikt zwischen sozialraum- und familienorientierten Angeboten und Angeboten der frühen Bildung, für die in der Kita betreuten Kinder, nicht ohne zusätzliche Raumressource aufgelöst werden.

Bisher werden die zusätzlichen Raumbedarfe der Familienzentren nicht in den Raumempfehlungen der Landesjugendämter (Vorlage Nr. 13/1981) abgebildet.

Als zielführend erscheint insbesondere bei der Planung neuer Gebäude für Kindertageseinrichtungen und bei der Planung von Erweiterungen und Sanierungen, die Bedarfe des Sozialraums zu berücksichtigen, und die Erfordernisse an die Raumstruktur eines Familienzentrums bereits bei der baulichen Planung zu integrieren.

Hierzu wäre eine investive Förderung für Kindertageseinrichtungen, die als Familienzentrum zertifiziert sind oder im Rahmen der örtlichen Jugendhilfeplanung als Familienzentrum konzipiert werden, anzustreben, auch um bestehende Gebäude umzubauen oder zu erweitern. Gleiches gilt für die konsumtive Förderung von Mieten.

In Vertretung

B a h r – H e d e m a n n

Sybille Stöbe-Blossey / Linda Hagemann / E. Katharina Klaudy / Brigitte Micheel / Iris Nieding
unter Mitarbeit von Isabell Rohling und Vincent Thul

Kurzfassung zum Abschlussbericht „Evaluation Familienzentren NRW“

Duisburg, 28.05.2019

Forschungsabteilung „Bildung und Erziehung im Strukturwandel“ (BEST)
Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ)
Universität Duisburg-Essen, Gebäude LE 523
47048 Duisburg
Fon: +49-203-379-1807; Fax: +49-203-379-1809
E-Mail: sybille.stoebe-blossey@uni-due.de

Inhaltsverzeichnis

1 Familienzentren als Weiterentwicklung der Kindertageseinrichtungen: Das Landesprogramm in Nordrhein-Westfalen ... 3

1.1 Familienorientierung: Der ganzheitliche Ansatz als Qualitätsmerkmal ... 3

1.2 Kooperationsorientierung: Das Familienzentrum als Knotenpunkt im Netz unterschiedlicher Partner ... 4

1.3 Sozialraumorientierung: Unterschiedliche Typen von Familienzentren für unterschiedliche Zielgruppen ... 7

2 Steuerung und Begleitung der Familienzentren – Instrumente und Verfahren für die Qualitätssicherung und -entwicklung ... 10

2.1 Steuerungsinstrumente im Familienzentrum ... 10

2.2 Aufbau und Steuerung von Familienzentren im Rahmen kommunaler Strategien ... 12

2.3 Outputorientierte Steuerung der Familienzentren: das Gütesiegel ... 13

3 Die Angebote der Familienzentren – Arbeitsfelder und Entwicklungstrends ... 15

3.1 Begleitung und Beratung von Familien – sozialraumspezifische Differenzen ... 15

3.2 Dezentraler Zugang zu Leistungen kommunaler Präventionspolitik ... 16

3.3 Familienbildung – der Trend zu niederschwelligen Angeboten ... 17

3.4 Gesundheit – ein Themenfeld von gewachsener Bedeutung ... 18

3.5 Armut und Armutsfolgenbekämpfung – gestiegene Herausforderungen (nicht nur) in benachteiligten Sozialräumen ... 19

3.6 Zuwanderung und Integration – inklusive Angebote und interkulturelle Kompetenz ... 20

3.7 Vereinbarkeit von Familie und Beruf – eine ambivalente Entwicklung ... 20

3.8 Kindertagespflege als bedarfsorientierter Arbeitsschwerpunkt ... 21

4 Organisation der Familienzentren – Ressourcen und Herausforderungen ... 23

4.1 Die Funktion der Leitung von Familienzentren ... 23

4.2 Fachkräfte im Familienzentrum – die Rolle des Teams ... 25

4.3 Die Bedeutung der Raumsituation ... 26

5 Empfehlungen im Überblick ... 28

Kurzfassung:
Zentrale Ergebnisse und Empfehlungen aus der Evaluation

Seit 2006 werden in Nordrhein-Westfalen Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren weiterentwickelt. Familienzentren bieten den Familien in Kooperation mit Partnern ein niederschwelliges und sozialraumorientiertes Angebot der Beratung, Unterstützung und Familienbildung. Ein Teil der Familienzentren besteht aus einem Verbund von zwei oder auch mehreren Kindertageseinrichtungen. Familienzentren, die über ein landesweit geltendes Gütesiegel zertifiziert werden (vgl. § 16 KiBiz[1]), erhalten eine Landesförderung in Höhe von jährlich 13.000 Euro (14.000 Euro in besonders belasteten Sozialräumen). Das Gütesiegel enthält unterschiedliche inhaltliche Bereiche, in denen die Familienzentren jeweils eine Mindestzahl an Kriterien erfüllen müssen. Alle vier Jahre ist eine Re-Zertifizierung erforderlich. Seit der Pilotphase im Kindergartenjahr 2006/07 stellt das Land jährlich eine auf die einzelnen Jugendamtsbezirke verteilte Gesamtzahl an Kontingenten für neue Familienzentren zur Verfügung. Auf dieser Grundlage werden in den einzelnen Jugendamtsbezirken die Kindertageseinrichtungen ausgewählt, die zur Zertifizierung angemeldet werden. Inzwischen arbeitet mehr als ein Drittel der nordrhein-westfälischen Kindertageseinrichtungen als Familienzentrum.

Im Auftrag des Ministeriums für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen führte das Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ; Universität Duisburg-Essen) von Dezember 2017 bis Dezember 2018 eine Evaluation des Landesprogramms „Familienzentren“ durch. Der erste Teil der Evaluation enthielt Sekundäranalysen, wobei neben der einschlägigen Literatur vor allem die seit dem Jahr 2007 vorliegenden Berichte über die Ergebnisse der Verfahren zur Zertifizierung der Familienzentren nach dem Gütesiegel „Familienzentrum NRW“ ausgewertet wurden. Kern der Evaluation war dann im zweiten Schritt eine landesweit angelegt empirische Untersuchung, die Interviews mit Leitungen, Mitarbeiter/inne/n und Kooperationspartnern von Familienzentren, eine Online-Befragung der örtlichen Jugendämter und Diskussionen mit Vertreter/inne/n von Trägern, Kooperationspartnern und Koordinierungsstellen umfasste. Die zentralen Ergebnisse sowie die darauf basierenden Empfehlungen für das Land Nordrhein-Westfalen werden im Folgenden dargestellt.

Dabei wird zunächst auf die Familienorientierung, die Sozialraumorientierung und die Kooperationsorientierung als zentrale Merkmale und wesentliche Stärken nordrhein-westfälischer Familienzentren eingegangen (1). Die Darstellung von unterschiedlichen Idealtypen erfolgreich arbeitender Familienzentren orientiert sich an einer Differenzierung nach sozialräumlichen Bedingungen. Anschließend geht es um die Steuerung der Entwicklung und der Qualität von Familienzentren (2), die auf unterschiedlichen Ebenen erfolgt – intern im einzelnen Familienzentrum und einrichtungsübergreifend über die Träger, auf kommunaler Ebene durch die örtlichen Jugendämter und landesweit über die konzeptionellen Vorgaben mit Hilfe des Gütesiegels und das auf der Zertifizierung basierende Förderverfahren. Danach werden Angebotsfelder der Familienzentren dargestellt (3) – Begleitung und Beratung von Familien, Präventionspolitik und Frühe Hilfen, Familienbildung, Gesundheit, Armut und Armutsfolgenbekämpfung, Zuwanderung und Integration, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Kindertagespflege. Dabei werden Anforderungen an eine Weiterentwicklung des Angebotsspektrums und damit des Gütesiegels thematisiert, die sich vor allem aus gesellschaftlichen Veränderungen ergeben. Abschließend werden die Organisation und die Ressourcen von Familienzentren diskutiert (4), wobei die Funktion der Leitung, die quantitative und qualitative Ausstattung mit Fachkräften und die Raumsituation im Mittelpunkt stehen. Abschließend werden sie dargestellten Empfehlungen im Überblick aufgelistet (5).

[1] Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz - KiBiz) – III Viertes Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes - SGB VIII – vom 30. Oktober 2007 (GV. NRW. S. 462), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. November 2017 (GV. NRW. S. 834).

1 Familienzentren als Weiterentwicklung der Kindertageseinrichtungen: Das Landesprogramm in Nordrhein-Westfalen

Das Landesprogramm „Familienzentrum NRW“ zeichnet sich dadurch aus,

- dass es erstens von Anfang an flächendeckend angelegt war und damit inzwischen ein gutes Drittel der nordrhein-westfälischen Kindertageseinrichtungen erfasst,
- dass es zweitens für alle Familienzentren eine kontinuierliche, projektunabhängige Landesförderung gibt und
- dass drittens mit dem Gütesiegel die Entwicklung der Familienzentren über konzeptionelle Kriterien gesteuert wird.

Kindertageseinrichtungen, die als Familienzentrum arbeiten, bieten eine jeweils spezifische Kombination der Weiterentwicklung des eigenen Leistungsspektrums, von durch Kooperationspartnern durchgeführten Angeboten „unter einem Dach“ und der Wahrnehmung einer Lotsenfunktion im Sinne einer bedarfsabhängigen Vermittlung von Hilfen für Familien.

In der Evaluation zeigt sich landesweit bei allen beteiligten Akteursgruppen – in den Familienzentren selbst, bei ihren Trägern und ihren Kooperationspartnern ebenso wie bei den Jugendämtern – ein grundsätzlich hoher Konsens über den Nutzen dieses Programms. Stärken und Chancen für die Zukunft werden vor allem in dem hohen Stellenwert einer erweiterten Familienorientierung im Sinne eines ganzheitlichen Ansatzes, in der Vernetzung mit Kooperationspartnern und der dadurch bedingten Niederschwelligkeit des Zugangs zu familienbezogenen Leistungen sowie der ausgeprägten Sozialraumorientierung gesehen. Schwächen und Risiken für die weitere Entwicklung werden von den befragten Akteuren vor allem im Hinblick auf die (personellen) Ressourcen angesprochen. Darüber hinaus werden Anforderungen an eine konzeptionelle Weiterentwicklung vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Veränderungen diskutiert.

Der konzeptionelle Ansatz, Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren weiterzuentwickeln, hat sich bewährt und sollte unter Nutzung der Evaluationsergebnisse über Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken zukunftsorientiert fortgeführt werden.

1.1 Familienorientierung: Der ganzheitliche Ansatz als Qualitätsmerkmal

Die erweiterte Familienorientierung und die niederschwellige Bereitstellung von Unterstützungsleistungen für Familien werden in den Befragungen der verschiedenen Akteursgruppen allgemein als Stärken sowohl des Landesprogramms „Familienzentrum NRW“ als auch der einzelnen Einrichtungen betont. Diese Einbeziehung der Familie als Ganzes prägt nicht nur das Selbstverständnis von Leitungen und Mitarbeiter/inne/n der Einrichtungen, sondern wird auch von Vertreter/inne/n der Jugendämter und der Kooperationspartner hervorgehoben. Aus der Perspektive kommunaler Präventionspolitik bietet sich damit die Möglichkeit, den Familien Angebote der Beratung, Unterstützung und Familienbildung leichter zugänglich zu machen und Zielgruppen besser zu erreichen. In diesem erleichterten Zugang sehen auch viele Befragte eine zentrale Wirkung von Familienzentren.

Für die Kinder eröffnen die Angebote des Familienzentrums mehr Möglichkeiten der Förderung, die über die pädagogische Arbeit der Kindertageseinrichtungen hinausgehen. Hervorgehoben wird von den Leitungen, dass die Kinder vor allem von gemeinsamen Aktivitäten mit Eltern profitieren sowie davon, dass sie an zusätzlichen Projekten – bspw. im musischen und sportlichen Bereich oder in Bezug auf Selbstbehauptung oder Entspannung – teilnehmen können, zu denen manche Familien privat keinen Zugang finden würden. Wenn Kinder jedoch bspw. über die Kooperation zwischen Familienzentrum und Sportverein entsprechende Kompetenzen und Interessen entwickeln, werden die Aktivitäten oft von den Familien weitergeführt. Derartige Projekte stellen somit eine Ausweitung der familienergänzenden Arbeit dar.

Wirkungen der Arbeit der Familienzentren sind somit vor allem im Hinblick auf eine erweiterte Familienorientierung zu sehen. In diesem Sinne stellen Familienzentren eine Weiterentwicklung der Kindertageseinrichtungen über die im SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz) festgeschriebenen Kernaufgaben der Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern hinaus dar. Viele der befragten Leitungen von Familienzentren unterscheiden kaum noch zwischen der Kita-Arbeit und den Aufgaben des Familienzentrums und vertreten die Auffassung, dass die erweiterte Familienorientierung für eine Kindertageseinrichtung mit guter Qualität unabdingbar sei. Dies betrifft insbesondere Einrichtungen in benachteiligten Sozialräumen; Leitungen dieser Einrichtungen betonen häufig, dass sie bereits vor dem Start des Landesprogramms damit begonnen haben, Familien stärker ganzheitlich in den Blick zu nehmen, und dass sie sich eine Arbeit als Kindertageseinrichtung in ihrem Sozialraum ohne die inhaltlichen Elemente eines Familienzentrums gar nicht vorstellen können. Angesichts gesellschaftlicher Entwicklungen wird die Notwendigkeit einer erweiterten Familienorientierung aber auch in anderen Sozialräumen angesprochen; hier wird bspw. darauf verwiesen, dass die steigende Bedeutung der Berufstätigkeit von Eltern nicht nur einen Bedarf an erweiterten Betreuungszeiten, sondern an neuen familienorientierten Angeboten auslöse. Darüber hinaus wird in allen Sozialräumen eine wachsende Unsicherheit vieler Eltern in der Erziehung wahrgenommen, was aus der Sicht vieler Befragter dazu führt, dass Familien mehr Beratung und Begleitung brauchen. Etwas mehr als die Hälfte (54,0%) der befragten Vertreter/innen der Jugendämter stimmt vor diesem Hintergrund ganz oder teilweise der Aussage zu, alle Kindertageseinrichtungen sollten Familienzentrum werden und die Förderung erhalten; knapp die Hälfte ist allerdings der gegenteiligen Auffassung.

In jedem Falle ist die Entwicklung von Familienzentren im Kontext der Steigerung der Qualität von Kindertageseinrichtungen zu sehen. Hier spiegelt sich die Tatsache wider, dass das nordrhein-westfälische Landesprogramm Familienzentren als eine Weiterentwicklung von Kindertageseinrichtungen definiert (während es in anderen Bundesländern auch Familienzentren gibt, die ähnliche Funktionen wahrnehmen wie im nordrhein-westfälischen Programm vorgesehen, jedoch nicht unbedingt mit Kindertageseinrichtungen gekoppelt sind). Das Landesprogramm „Familienzentrum NRW“ hat somit Entwicklungen für eine qualitative Erweiterung der Arbeit von Kindertageseinrichtungen aufgegriffen und trägt dazu bei, dass diese Entwicklungen konzeptionell verankert, verstetigt, weitergeführt und in die Breite getragen werden. Die enge Kopplung des Konzepts Familienzentrum an die Kindertageseinrichtung hat sich somit in doppelter Hinsicht als zukunftsträchtig erwiesen: Zum einen stellt die Kindertageseinrichtung einen Ankerpunkt für familienorientierte Leistungen dar, zum anderen trägt das Konzept des Familienzentrums zur qualitativen Weiterentwicklung von Kindertageseinrichtungen bei.

Die Erweiterung der Familienorientierung von Kindertageseinrichtungen stellt eine zentrale Stärke des nordrhein-westfälischen Landesprogramms „Familienzentrum NRW“ dar. Das Angebotsspektrum der Familienzentren sollte regelmäßig reflektiert und vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Veränderungen weiterentwickelt werden (vgl. 2.3).

1.2 Kooperationsorientierung: Das Familienzentrum als Knotenpunkt im Netz unterschiedlicher Partner

Die Kooperationsorientierung ist ein zentrales Kennzeichen der Familienzentren in Nordrhein-Westfalen und ist von hoher Bedeutung für die Gestaltung des Angebotsspektrums. Die Realisierung der erweiterten Familienorientierung ist ohne die Einbeziehung von Angeboten unterschiedlicher Kooperationspartner nicht denkbar, und ein wesentliches Element der Arbeit von Familienzentren besteht darin, die Kompetenzen von Kooperationspartnern zu bündeln und den Familien deren Angebote niederschwellig zugänglich zu machen.

Kooperationsorientierung bedeutet zum einen, dass die Familienzentren eine Lotsenfunktion wahrnehmen und Familien auf Angebote Dritter hinweisen. Dabei kann es sich um eine kon-

krete Vermittlung handeln, etwa wenn Mitarbeiter/innen des Familienzentrums Eltern vorschlagen, eine bestimmte Beratungsstelle aufzusuchen, möglicherweise auch einen Termin für sie vereinbaren oder die Mitarbeiter/innen der Beratungsstelle in das Familienzentrum einladen oder die Eltern zur Beratung begleiten. Die Lotsenfunktion kann auch in Form einer Informationsweitergabe ausgeübt werden. Dabei verweist das Familienzentrum die Eltern entweder an einen Kooperationspartner, mit dem eine entsprechende Vereinbarung besteht – bspw. an eine Tagespflegebörse zur Vermittlung von Kindertagespflege –, oder es stellt in allgemeiner Form Informationen über Angebote in der Umgebung zur Verfügung.

Zum anderen beinhaltet die Kooperationsorientierung die Durchführung von Angeboten Dritter im Familienzentrum. Dabei gibt es in jedem Familienzentrum unterschiedliche Kombinationen von Leistungen, die durch Mitarbeiter/innen der Einrichtung selbst erbracht werden, mit Leistungen der Kooperationspartner. So werden Angebote der Familienbildung in der Regel zum Teil in Eigenregie, zum Teil durch Familienbildungsstätten und andere Bildungseinrichtungen durchgeführt. Erziehungs- und Familienberatungsstellen bieten vielfach ihre Beratung dezentral in Familienzentren an; gleichzeitig haben die Familienzentren selbst vielfältige Formen der Beratung im Alltag entwickelt. Somit hat sich in jedem Familienzentrum ein jeweils spezifisches Galerie-Modell entwickelt, das durch eine Mischung von Lotsenfunktionen und Angeboten unter dem Dach des Familienzentrums sowie von Angeboten eigener Mitarbeiter/innen und von Kooperationspartnern andererseits gekennzeichnet ist.

Die Kooperation mit unterschiedlichen Partnern wird allgemein sowohl aus der Perspektive der Familienzentren als auch aus der Sicht der unterschiedlichen Partner als Win-Win-Situation beschrieben, die der Erreichung der Zielsetzungen aller Beteiligten dient. Dabei reichen die Funktionen der einzelnen Kooperationspartner von der Position eines Dienstleisters, der bestimmte Angebote für das Familienzentrum durchführt, über die Rolle eines Impulsgebers, der Ideen für die Angebotsgestaltung einbringt, bis hin zu der eines Mitgestalters, der nicht nur sein eigenes Angebot, sondern das gesamte Leistungsspektrum des Familienzentrums in den Blick nimmt. Die Übergänge zwischen diesen Funktionen sind fließend; die Schwerpunktsetzungen unterscheiden sich zwischen den einzelnen Familienzentren, zwischen den verschiedenen Arbeitsfeldern und je nach dem Selbstverständnis der einzelnen Kooperationspartner.

Einen besonders hohen Stellenwert hat die Zusammenarbeit zwischen Familienzentren und Erziehungs- und Familienberatungsstellen. Bei der Auswertung der Gütesiegel-Berichte wurde deutlich, dass diese Kooperation sehr weit verbreitet ist und für viele Familienzentren eine hohe Priorität besitzt. Die Bedeutung dieser Kooperation ergibt sich aus der Sicht der Familienzentren vor allem aus der fachlichen Unterstützung bei der Begleitung von Kindern und Familien; für die Beratungsstellen steht die niederschwellige Erreichbarkeit der Adressat/inn/en im Mittelpunkt. In der Jugendamtsbefragung zeigt sich, dass mehr als 90% der Befragten einen hohen oder sehr hohen Nutzen der Familienzentren für einen verbesserten Zugang der Eltern zu Beratungsangeboten wahrnehmen. In vielen Familienzentren sind im Laufe der Zeit enge persönliche Kontakte mit Mitarbeiter/inne/n der Beratungsstellen entstanden, wobei sich die personelle Kontinuität als sehr wichtig erweist.

Auch der hohe Stellenwert der Kooperation zwischen Familienzentren und Familienbildung wird bei der Analyse der Gütesiegel-Berichte deutlich und findet sich in den Interviewserien ebenso wie in der Jugendamtsbefragung bestätigt; gut 80% der befragten Jugendamtsvertreter/innen attestieren den Familienzentren einen hohen oder sehr hohen Nutzen in Bezug auf die niederschwellige Zugänglichkeit von Angeboten der Familienbildung. Insgesamt sind die Kooperationserfahrungen sowohl aus der Sicht der Familienzentren als auch der Bildungsstätten überwiegend positiv. Allerdings gibt es hier teilweise Spannungen im Hinblick auf die Funktionszuschreibung; während einige Familienzentren in erster Linie Wert auf kurzfristig abrufbare Angebote legen, wünschen sich einige Vertreter/innen der Familienbildung eine stärkere Wertschätzung ihrer inhaltlichen Kompetenz für die Angebotsgestaltung und nehmen auf dem Gebiet der Familienbildung große Unterschiede in der Qualität der einzelnen Familienzentren wahr.

Schwierigkeiten in der Kooperation resultieren zum Teil aus Kapazitätsengpässen der Beratungsstellen; so zeigt sich bei der Analyse der Gütesiegel-Berichte, dass es neuen Familienzentren seltener als in der Anfangsphase des Landesprogramms gelingt, Beratungsstellen als Kooperationspartner zu gewinnen. Bei Familienbildungsstätten, die durch die Arbeit mit Referent/inn/en auf Honorarbasis personell flexibler auf die Entwicklung des Bedarfs reagieren können, ergeben sich Engpässe in erster Linie aus den Kapazitäten für Planung und Koordinierung. Sowohl für Beratungsstellen als auch für Familienbildungsstätten gibt es zur Unterstützung der Kooperation mit Familienzentren eine zusätzliche Landesförderung, jedoch wird diese von den Beratungs- bzw. Bildungsinstitutionen und den Trägern als schwierig in der Abwicklung beschrieben. Dies betrifft bspw. den ländlichen Raum: Einerseits sind derartige Kooperationen im ländlichen Raum von besonders hoher Bedeutung, weil die Familien angesichts von weiten Wegen dort in besonderem Maße darauf angewiesen sind, dass ihnen Angebote dezentral über das Familienzentrum zugänglich gemacht werden. Andererseits sind diese dezentralen Angebote auch für die Kooperationspartner mit langen Wegen und damit hohem Zeitaufwand verbunden.

Im Bereich des Gesundheitswesens gibt es sowohl Kooperationen, die der individuellen Begleitung und Unterstützung von Kindern und Familien dienen, als auch solche, die auf Bildungsangebote ausgerichtet sind. Im Zuge des Ausbaus der Betreuung von unter Dreijährigen hat sich die Kooperation mit Einrichtungen der Frühförderung – die im Gütesiegel noch nicht gesondert erwähnt wurden – ausgeweitet, woraus sich neben der Förderung von Kindern mit speziellem Bedarf auch Impulse für die Qualitätsentwicklung der Familienzentren in der Arbeit mit Babys und Kleinkindern ergeben. Des Weiteren ermöglichen viele Familienzentren innerhalb der Betreuungszeiten individuelle Therapien (bspw. Logopädie oder Ergotherapie) für Kinder und kooperieren mit Therapeut/inn/en. Dass Kinder während des Kindergartentages an Therapien teilnehmen können, wird von allen Beteiligten uneingeschränkt positiv bewertet. Die Notwendigkeit ergibt sich aus dem steigenden Anteil der Ganztagsbetreuung, den Potenzialen der Verknüpfung der Therapien mit der Förderung im Alltag der Kindertageseinrichtung und der Problematik, dass manche Familien – wegen langer Wege im ländlichen Raum oder aufgrund von sozialer Benachteiligung – nicht in der Lage sind, mit ihren Kindern therapeutische Praxen aufzusuchen. Allerdings beklagen sich sowohl Familienzentren als auch Therapeut/innen über die Rechtsunsicherheit, die dadurch entsteht, dass Krankenkassen und therapeutische Berufsverbände die Durchführung von Therapien in Familienzentren (zumindest, wenn es sich nicht um heilpädagogische Schwerpunkt-Einrichtungen handelt) ablehnen. Viele Familienzentren finden trotzdem Lösungen, die dem Bedarf von Kindern und Eltern gerecht werden; einige Träger lehnen dies jedoch aufgrund der Rechtsunsicherheit ab und verweisen die Familien im Bedarfsfall auf einen Wechsel in eine Schwerpunkt-Einrichtung.

Während Kooperationen in den Bereichen Erziehungs- und Familienberatung, Familienbildung und Gesundheitswesen in (nahezu) allen Familienzentren im Fokus stehen, richtet sich die Zusammenarbeit mit anderen Partnern vor allem nach den Bedarfen des einzelnen Sozialraumes. So ist eine enge Zusammenarbeit mit Tagespflegepersonen und diesbezüglichen Koordinierungsstellen insbesondere dort von Bedeutung, wo es hohe Anteile berufstätiger Eltern mit entsprechenden Betreuungsbedarfen gibt; Partner aus dem Bereich der Integration finden sich vor allem in Familienzentren mit einem hohen Anteil an Familien mit Migrationshintergrund. Die Zusammenarbeit mit Jobcenter und Arbeitsagentur ist vor allem in heterogenen Sozialräumen wichtig, wo ein Teil der Familien eine niederschwellige Unterstützung bei der Arbeitsmarktintegration benötigt. Darüber hinaus gibt es Kooperationen mit vielfältigen unterschiedlichen Institutionen, insbesondere mit örtlichen Vereinen. Dabei geht es bspw. um Sportangebote für Kinder und Eltern, um regelmäßige Familienausflüge in einen Naturpark, um gemeinsames Gärtnern in einem Kleingartenverein oder um die intensive Mitwirkung des Familienzentrums in einer Nachbarschaftsinitiative. Aus diesen Kooperationen ergeben sich wichtige Ressourcen für eine bedarfsorientierte Angebotsgestaltung und das Profil des einzelnen Familienzentrums. Die Arbeit mit einer Vielfalt von Kooperationspartnern, die im Gütesiegel angelegt ist, hat sich somit bewährt.

Das Landesprogramm „Familienzentrum NRW“ erleichtert die bedarfsorientierte Ausgestaltung der Kooperation zwischen Familienzentren und unterschiedlichen Partnern, indem flexibel nutzbare finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden. Schwierigkeiten ergeben sich vor allem aus Regelungen, die nicht unmittelbar im Rahmen des Landesprogramms gestaltbar sind.

Daher wird erstens empfohlen, die Ausgestaltung und Abwicklung der Landesförderung für die Zusammenarbeit von Beratungs- und Bildungsinstitutionen mit Familienzentren bei der laufenden Evaluation familienpolitischer Leistungen zu berücksichtigen, in Abstimmung mit den Beteiligten zu überprüfen und ggf. im Hinblick auf die praktische Nutzbarkeit anzupassen.

Zweitens sollten im Dialog mit den Gesundheitsministerien des Landes und des Bundes, den Spitzenverbänden der Krankenkassen und den therapeutischen Berufsverbänden Lösungen gesucht werden, die die rechtlich abgesicherte Durchführung von individuellen Therapien (bspw. Logopädie, Ergotherapie) je nach Bedarf der Kinder und Familien in allen Familienzentren ermöglichen.

1.3 Sozialraumorientierung: Unterschiedliche Typen von Familienzentren für unterschiedliche Zielgruppen

Ein weiteres zentrales Kennzeichen der Familienzentren in Nordrhein-Westfalen stellt die Sozialraumorientierung dar. Die Sozialraumorientierung ist im Gütesiegel zunächst insofern festgeschrieben, als dass sich die Arbeit der Familienzentren am Bedarf des jeweiligen Sozialraumes ausrichten soll. Die Evaluation zeigt, dass diese Anforderung von den Familienzentren auf breiter Basis aufgegriffen wird; das Angebotsspektrum der Familienzentren weist sozialraumspezifische Unterschiede auf, und die immer neue Anpassung des Angebots an den Bedarf der Zielgruppen spielt für die Einrichtungen eine wesentliche Rolle. Während eine Sozialraumorientierung in diesem Sinne als ein generelles Kennzeichen von Kindertageseinrichtungen gelten kann, stellt die Öffnung zum Sozialraum ein Charakteristikum dar, das ein Familienzentrum in Nordrhein-Westfalen von einer herkömmlichen Kindertageseinrichtung unterscheidet. Dabei werden Angebote für unterschiedliche Zielgruppen geöffnet – für Familien, die (noch) keine Kinder in der Einrichtung haben und zum Teil auch für andere Gruppen wie Schulkinder, Jugendliche oder Senior/inn/en oder einfach für die Nachbarschaft im Quartier.

Die Öffnung zum Sozialraum wird von den Familienzentren sehr unterschiedlich intensiv und auf sehr unterschiedliche Weise umgesetzt. Es gibt Familienzentren, bei denen sich diese Öffnung auf einzelne Angebote der Familienbildung beschränkt, und es gibt Familienzentren, die sich von ihrem Selbstverständnis her als Knotenpunkt im Sozialraum verstehen, familienorientierte Angebote weit über die Familienbildung und -beratung hinaus bereitstellen und aktiv in unterschiedlichen Kontexten ihres Quartiers mitwirken. Dabei wird auf Entwicklungen im Sozialraum reagiert. So bietet bspw. ein Familienzentrum seit der Schließung einer Zweigstelle der Deutschen Rentenversicherung eine Rentenberatung an, ein anderes wirkt an einer örtlichen Initiative zum digitalen Dorf mit. Die Beispiele zeigen, dass die Aktivitäten der Öffnung zum Sozialraum hochgradig kontextabhängig und damit sehr unterschiedlich und nicht in ein einheitliches Konzept zu fassen sind.

Sozialräumliche Faktoren stellen aus der Sicht der Jugendämter die wichtigsten Kriterien für die Auswahl von neuen Familienzentren dar. Die meisten Jugendämter halten dabei eine vorrangige Berücksichtigung von benachteiligten Sozialräumen für wichtig, die ausschließliche Einrichtung von Familienzentren in diesen Quartieren wird jedoch von knapp drei Vierteln der befragten Jugendamtsvertreter/innen abgelehnt. Auch fast alle befragten Leitungen der Familienzentren teilen die Auffassung, dass Familienzentren in allen Sozialräumen sinnvoll seien, zum einen, um eine Stigmatisierung zu vermeiden (die entstehen würde, wenn Familienzentren den Ruf hätten, nur von Familien in benachteiligten Lebenslagen besucht zu werden), zum anderen, weil Familien in allen Sozialräumen einen – wenn auch unterschiedlichen – Unterstützungsbedarf haben. Allerdings wird vielfach darauf hingewiesen, dass Familienzentren

in benachteiligten Sozialräumen für ihre Arbeit mehr Ressourcen benötigen. Dabei wird betont, dass Familienzentren ein je nach Sozialraum unterschiedliches Profil entwickeln müssen.

Die idealtypische Unterscheidung von erfolgreich arbeitenden Familienzentren, die in der Evaluation vorgenommen wurde, basiert daher auf einer sozialraumorientierten Differenzierung. Unterschieden werden die Typen B (hoher Anteil an **b**erufstätigen Eltern), L (**l**ändlich geprägter Raum), G (hoher Anteil an Familien mit Bezug von **G**rundsicherungsleistungen) und H (**h**eterogene Struktur der Familien) sowie die auf diesen Unterscheidungen basierenden Mischtypen HB, HG, LB und LG. Alle Typen von Familienzentren machen Angebote der Familienberatung und der Familienbildung und fördern die Teilhabe von Familien in unterschiedlichen Lebenssituationen; die Schwerpunkte unterscheiden sich jedoch deutlich:

Typ B: Familienzentren vom Typ B achten besonders darauf, dass ihre Angebote für berufstätige Eltern zeitsensibel gestaltet und somit gut zugänglich sind (bspw. frühzeitige Terminankündigungen, komprimierte Informationsveranstaltungen, Eltern-Kind-Angebote für gemeinsame Familienzeit, Angebote am Wochenende). Angebote für Kinder im gesundheitlichen, kulturellen, sportlichen, künstlerischen und musischen Bereich werden in die Einrichtung geholt, um Eltern zeitlich zu entlasten, und zur Einbeziehung der Eltern mit Informationsveranstaltungen oder Dokumentationen verbunden. Die Kooperation mit der Kindertagespflege hat einen hohen Stellenwert. Die Einrichtungen sind offen für eine Ausweitung ihrer Betreuungszeiten, soweit dafür entsprechende Ressourcen zur Verfügung stehen. Da es auch in mittelschichtsgeprägten Sozialräumen fast immer einzelne Familien gibt, die armutsgefährdet sind, achten die Familienzentren darauf, Möglichkeiten der Teilhabe ohne Stigmatisierung zu sichern. Obwohl – oder gerade weil – die Familienzentren vom Typ B nicht immer, aber häufig in Sozialräumen liegen, in denen nur wenige Familien einen Migrationshintergrund haben, ist interkulturelle Arbeit von Bedeutung, um die Kinder für das Zusammenleben in einer interkulturell geprägten Gesellschaft zu sensibilisieren.

Typ L: Familienzentren in ländlich geprägten Gebieten müssen sich vor allem mit wachsenden Defiziten in der Infrastruktur auseinandersetzen. Angebote für Familien, die im städtischen Raum selbstverständlich auch von anderen Anbietern bereitgestellt und für Familien zugänglich sind, sind im ländlichen Raum nicht selten, wenn überhaupt, nur durch längere Fahrzeiten erreichbar, sodass sowohl Freizeitangebote für Eltern als auch Bildungs- und Förderangebote für Kinder von Bedeutung sind. Darüber hinaus gibt es inzwischen auch in vielen Familienzentren im ländlichen Raum einen hohen Anteil an berufstätigen Eltern, die oft zusätzlich zu den normalen Belastungen lange Pendelzeiten in Kauf nehmen müssen. Eine Sozialraumöffnung, Kenntnisse der örtlichen Infrastruktur und die Berücksichtigung von deren Lücken sind für diese Familienzentren von hoher Bedeutung. Bei der Entwicklung von Angeboten wird oft auf die Zusammenarbeit mit örtlichen Vereinen zurückgegriffen, die vielfach auf der Grundlage von persönlichen Kontakten besonders intensiv ist. Angesichts großer Entfernungen ist es in diesen Familienzentren einerseits besonders wichtig, Beratungs- und Bildungsmöglichkeiten im Familienzentrum vor Ort zugänglich zu machen, andererseits erschweren die Entfernungen auch die regelmäßige Bereitstellung von Präsenzangeboten durch Kooperationspartner. Qualifizierte Lotsenmodelle und Fahrdienste haben daher einen hohen Stellenwert.

Typ G: Insbesondere in städtisch geprägten Regionen gibt es Sozialräume mit einem sehr hohen Anteil an Familien in schwierigen Lebenssituationen. Eine Funktion von Familienzentren besteht daher darin, ihr Angebot für den Sozialraum zu öffnen und Familien frühzeitig zu erreichen. Familienzentren dieses Typs zeichnen sich vor allem durch eine sehr intensive und individualisierte Elternarbeit aus, mit der auf die individuellen Bedürfnisse von Kindern und Familien eingegangen wird. Das Spektrum an Beratungsangeboten ist in diesen Familienzentren besonders ausdifferenziert. Die Familienbegleitung schließt oft eine Beratung in unterschiedlichsten Lebenssituationen ein, von der Unterstützung bei der Ausfüllung von Anträgen bspw. für Transferleistungen über die Erstberatung in individuellen Krisensituationen bis hin zu einer Begleitung bei Arztbesuchen. Darüber hinaus verfügen diese Familienzentren über umfassende Informationen, wie sie den Familien Unterstützungsmöglichkeiten zugänglich machen können. Armutssensibles Handeln ist für die Familienzentren des Typs G von besonderer Bedeutung. Sie organisieren bspw. Kleiderbörsen, Tauschmöglichkeiten und Flohmärkte oder bieten Kurse für preiswertes Kochen an. Angebote der Familienbildung werden besonders

niederschwellig gestaltet. Gerade Eltern in prekären Lebenssituationen werden so gut wie möglich bei der Aufnahme von Erwerbstätigkeit unterstützt.

Typ H: Familienzentren vom Typ H liegen oft in gemischten oder an der Grenze zwischen unterschiedlichen Sozialräumen. Für sie ist weniger die zielgruppenspezifische Differenzierung von Angeboten wichtig; im Vordergrund steht vielmehr die inklusive Gestaltung. Welche Angebote dies konkret sind, richtet sich zum einen nach den Gegebenheiten des jeweiligen Sozialraumes, zum anderen nach den Bedarfen der Eltern in der jeweiligen Einrichtung. Grundsätzlich kommen für Familienzentren des Typs H alle Formen der Angebotsgestaltung in Betracht, die auf die drei anderen Typen zutreffen.

Bei der Weiterentwicklung des Landesprogramms „Familienzentrum NRW“ sollten die Möglichkeiten der Familienzentren gestärkt werden, die spezifischen Bedarfe ihres Sozialraums zu berücksichtigen. Dazu gehört zum einen die Einführung von Elementen einer sozialraumorientierten Schwerpunktsetzung im Gütesiegel (vgl. 2.3). Zum anderen ist die Bereitstellung von Ressourcen für spezifische Bedarfe zu prüfen. Dazu gehören Mittel für erweiterte Betreuungszeiten (vgl. 3.7), für den Ausgleich des zeitlichen Aufwandes, den Kooperationspartner bei großen Entfernungen haben (vgl. 2.2), und für die erweiterte Elternarbeit (vgl. 3.1).

2 Steuerung und Begleitung der Familienzentren – Instrumente und Verfahren für die Qualitätssicherung und -entwicklung

Die Steuerung der Entwicklung und der Qualität von Familienzentren erfolgt auf unterschiedlichen Ebenen – intern im einzelnen Familienzentrum und einrichtungsübergreifend über die Träger, auf kommunaler Ebene durch die örtlichen Jugendämter und landesweit über die konzeptionellen Vorgaben mit Hilfe des Gütesiegels, verbunden mit dem auf der Zertifizierung basierenden Förderverfahren. Im Folgenden sollen daher Instrumente und Verfahren der Qualitätssicherung und -entwicklung auf unterschiedlichen Ebenen im Mittelpunkt stehen. Dabei ist zu beachten, dass die Bewertung dieser Instrumente und Verfahren nicht im Fokus des Evaluationsauftrages stand. Jedoch wurde bei der Auswertung der Gütesiegel-Berichte erstens deutlich, dass ein Teil der für die interne Qualitätssicherung und -entwicklung vorgesehenen Instrumente immer seltener genutzt werden. Zweitens zeigte sich in der Jugendamtsbefragung, dass die Jugendämter bei der Begleitung der Familienzentren sehr unterschiedliche Strategien verfolgen. Drittens schließlich thematisierten viele Leitungen in der Interviewserie Fragen einer Weiterentwicklung der Kriterien des Gütesiegels.

Insgesamt zeigt sich in der Auswertung, dass sich die Kombination der Steuerung der Familienzentren über interne Organisationsentwicklung, kommunale Jugendhilfepolitik und landesweite konzeptionelle Grundlagen und Verfahrensvorgaben bewährt hat. Zum einen haben die Familienzentren auf dieser Basis ein breites und vielfältiges, durch Familien-, Kooperations- und Sozialraumorientierung gekennzeichnetes Angebotsspektrum entwickelt. Zum anderen finden sich bei den Befragungen der unterschiedlichen Akteursgruppen zwar vielfältige Kritikpunkte im Detail und vor allem Anregungen für eine Weiterentwicklung, jedoch nur wenig Hinweise auf eine grundsätzliche Infragestellung dieser Kombination der Steuerung und keine konkreten Vorschläge für Alternativen.

> Die Kombination der Steuerung der Familienzentren über interne Organisationsentwicklung, kommunale Jugendhilfepolitik und landesweite konzeptionelle Grundlagen und Verfahrensvorgaben sollte beibehalten und unter Nutzung der Ergebnisse der Evaluation weiterentwickelt werden.

2.1 Steuerungsinstrumente im Familienzentrum

Das Gütesiegel sieht eine Reihe von Instrumenten für die interne Steuerung der Qualität im Familienzentrum vor. Dazu gehören bspw. Abfragen bei den Eltern im Hinblick auf ihre Betreuungsbedarfe und auf Angebote des Familienzentrums, konzeptionelle Darstellungen über die Entwicklung des Familienzentrums, die Passung der Angebote für den Sozialraum und die interkulturelle Arbeit, zur Einrichtung von Lenkungsgruppen mit Kooperationspartnern und von Arbeitskreisen für Familienzentren, zur Nutzung eines Qualitätsmanagements und zur Vernetzung mit der örtlichen Jugendhilfeplanung.

Betrachtet man die Entwicklung der Erfüllung der einschlägigen Gütesiegel-Kriterien im Laufe der Jahre, so zeigt sich, dass die Vernetzung mit der Jugendhilfeplanung nahezu selbstverständlich ist, und Arbeitskreise für Familienzentren ebenso wie auf das Familienzentrum bezogene Bedarfsabfragen spielen eine große Rolle. Bei einigen anderen Instrumenten ist eine rückläufige Tendenz zu verzeichnen, insbesondere, wenn es um konzeptionelle Reflexionen geht. Besonders deutlich fällt der Rückgang bei den Lenkungsgruppen aus, in denen die Entwicklung des Familienzentrums zusammen mit den Kooperationspartnern in halbjährlichen Treffen gesteuert werden soll: In der Anfangsphase verfügten fast 90% der Familienzentren über ein solches Gremium, 2017 war der Anteil bei den Neu-Zertifizierungen auf unter 40% gesunken.

In der Interviewserie erwähnen die Leitungen vor allem die Elternbefragungen als ein wichtiges Steuerungsinstrument. Gerade in benachteiligten Sozialräumen betonen die befragten Leitun-

gen zwar immer wieder, dass schriftliche Befragungen auf Grenzen stoßen und der unmittelbare Kontakt mit den Eltern wichtiger ist, um deren Bedarfe zu erfassen. Trotzdem – oder gerade deswegen – wird aber systematischen Elternbefragungen ein großer Nutzen zugeschrieben, um die Partizipation zu fördern. Dafür haben einige Familienzentren zielgruppenorientierte Instrumente entwickelt, indem bspw. mit Bildern gearbeitet wird, indem Punkte geklebt werden können, um auf einem Plakat Prioritäten auszudrücken, oder indem Fragebogen mit Eltern gemeinsam ausgefüllt und gleichzeitig zum Dialog mit ihnen genutzt werden.

Was die Lenkungsgruppen betrifft, so zeigen die Interviews, dass die Lenkungsgruppe, so wie sie im Gütesiegel intendiert war, inzwischen offenkundig eher die Ausnahme als die Regel darstellt. Nur wenige Leitungen berichten davon, dass sie sich in regelmäßigen Abständen als Arbeitsgruppe mit ihren Kooperationspartnern treffen. Die Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern wird zwar für sehr wichtig gehalten, aber eher im Hinblick auf bilaterale Vereinbarungen mit einzelnen Partnern als bezogen auf deren Mitwirkung an der Steuerung in einem Gremium. Der quantitative Rückgang der Nutzung von Lenkungsgruppen lässt sich vor allem auf zwei Aspekte zurückführen. Zum einen schätzen die befragten Leitungen ebenso wie ihre Partner offensichtlich den konzeptionellen Entwicklungsbedarf mit der weiteren Verbreitung und Etablierung der Familienzentren als geringer ein, als dies in der Anfangsphase des Landesprogramms der Fall war. Zum anderen wird auf knappe Kapazitäten der Kooperationspartner hingewiesen. Allerdings artikulieren einige Vertreter/innen der Kooperationspartner – vor allem aus der Familienbildung – durchaus ein Interesse an der Mitwirkung bei der Steuerung des Familienzentrums und heben den Beitrag hervor, den sie durch ihre spezifischen fachlichen Kompetenzen für die Weiterentwicklung des Angebotsspektrums leisten können.

Viele der befragten Leitungen berichten von anderen Formen der Arbeit in Gremien; neben die „klassische“ Lenkungsgruppe sind unterschiedliche Formen von Planungsgruppen getreten, die zum Teil trägerintern, zum Teil trägerübergreifend arbeiten und durch einen Austausch zwischen mehreren Familienzentren und Kooperationspartnern gekennzeichnet sind und in manchen Fällen von Kooperationspartnern – Familienbildungsstätten oder Beratungsstellen – organisiert werden. Das Zusammenwirken von mehreren Familienzentren in Planungsgruppen hat zum einen den Vorteil, dass die Kooperationspartner weniger Zeit einsetzen müssen als bei der „klassischen“ Lenkungsgruppe in jedem einzelnen Familienzentrum. Zum anderen bieten diese Planungsgruppen die Möglichkeit, dass die Familienzentren sich auch untereinander abstimmen und auf diese Weise sowohl zusätzliche Impulse für die Angebotsentwicklung erhalten als auch Überschneidungen im Angebot vermeiden können. Die Vielfalt der Abstimmungsformen, die in der Praxis entstanden ist, kann als ein Indikator dafür gewertet werden, dass ein Bedarf an Planungsprozessen besteht, die über die bilateralen Absprachen hinausgehen. Die Art und Weise, wie diese Planungsprozesse organisiert werden, unterscheidet sich erheblich; es lässt sich jedoch eine Tendenz erkennen, dass Planungsgruppen an Bedeutung gewinnen, an denen mehrere Familienzentren beteiligt sind.

Weitere Steuerungsinstrumente werden in den Interviews relativ selten als wichtig für die Steuerung des Familienzentrums angesprochen. Der Rückgang in der Anwendung unterschiedlicher Steuerungsinstrumente lässt sich also möglicherweise dadurch erklären, dass viele Leitungen manche Instrumente für ihre tägliche Arbeit nur begrenzt als nützlich erachten und zum Teil eigene, den jeweiligen Rahmenbedingungen in der Einrichtung und im Sozialraum angemessene Formen entwickelt haben. Demgegenüber betonen einige Vertreter/innen der Träger und der Jugendämter in den Expertenrunden allerdings eine eher verstärkte Notwendigkeit der Reflexion, damit Familienzentren Veränderungsbedarfe aufgrund gesellschaftlicher Entwicklungen diskutieren und Angebote zielorientiert weiterentwickeln können.

Die qualitätsorientierte Steuerung des Familienzentrums auf der Basis einer systematischen Bedarfsermittlung und konzeptionellen Reflexion sollte weiterhin über entsprechende Gütesiegel-Kriterien gefördert werden. Dabei sollte zum einen die Anzahl der einschlägigen Kriterien reduziert werden. Zum anderen sollten die Möglichkeiten zu einer Anpassung der

Instrumente an die jeweiligen lokalen Rahmenbedingungen erweitert werden. Für die Einbeziehung der Kooperationspartner in die Steuerung bedeutet dies bspw. die Anerkennung, dass diese Funktion durch unterschiedliche Formen von Gremien erfüllt werden kann.

2.2 Aufbau und Steuerung von Familienzentren im Rahmen kommunaler Strategien

Die Online-Befragung, an der drei Viertel, also 139, der 186 nordrhein-westfälischen Jugendämter teilgenommen haben, zeigt, dass die örtlichen Jugendämter im Hinblick auf die Familienzentren sehr unterschiedliche Strategien verfolgen. Diese Unterschiede betreffen bspw. die Kriterien und Verfahrensweisen für die Auswahl neuer Familienzentren, die Intensität der Steuerung, Koordinierung und Unterstützung der Familienzentren, den Stellenwert der Familienzentren im Kontext kommunaler Präventionsprogramme sowie die Beurteilung der Perspektiven für einen weiteren quantitativen Ausbau. Die Unterschiede lassen sich nur in geringem Maße auf unterschiedliche Gebietstypen zurückführen; die Gründe scheinen demnach eher in politischen Prioritäten zu liegen.

Bei den Verfahren und Kriterien für die Auswahl neuer Familienzentren kristallisieren sich unterschiedliche Strategietypen heraus: Jugendämter des Typs 1 setzen in erster Linie auf eine strukturierte, mittelfristig orientierte und sozialraumbezogene Planung, bei Typ 2 fallen einzelfallbezogene Verfahren und Kriterien stärker ins Gewicht, bei Typ 3 findet sich eine umfassende Strategie, die unterschiedliche Instrumente und Verfahren kombiniert. Das Modell des Verbundes von mehreren Einrichtungen, die zusammen ein Familienzentrum bilden, wird inzwischen in den meisten Jugendamtsbezirken genutzt, vielfach allerdings nur in bestimmten Situationen und für einen Teil der Familienzentren. Einzelne Jugendämter haben eine Strategie implementiert, mit der ein großer Teil der Kindertageseinrichtungen – oder auch alle – in Verbünde integriert werden. Verbundlösungen bieten einerseits Vorteile der einrichtungs- und trägerübergreifenden Kooperation, andererseits wird sowohl von Leitungen als auch von Jugendamts- und Trägervertreter/inne/n in einigen Fällen kritisiert, dass das – in der Höhe ursprünglich für eine einzelne Einrichtung vorgesehene – Budget für Verbund-Familienzentren mit zwei oder mehreren Einrichtungen nicht ausreiche.

Eine zentrale, im Jugendamt angesiedelte Koordinierungsstelle für die Familienzentren gibt es nur in 34 in der Online-Befragung vertretenen Jugendamtsbezirken. Finanziert werden diese Koordinierungsstellen in etwa drei Vierteln der Fälle aus kommunalen Eigenmitteln, in einem Fünftel aus Umlagen aus den Fördermitteln aller Familienzentren und in einem Einzelfall aus einer Umlage aus den Fördermitteln für Familienzentren in kommunaler Trägerschaft. Deutlich häufiger – in 73 Bezirken – gibt es Steuerungsgruppen oder Gremien in unterschiedlicher Zusammensetzung, in denen sich in den meisten Fällen Jugendamtsvertreter/innen und Familienzentren mit weiteren Vertreter/inne/n der Träger, Beratungsstellen und anderen Intuitionen etwa zweimal im Jahr treffen. Darüber hinaus unterstützen die Jugendämter die Familienzentren auf vielfältige Weise, wobei vor allem die Bereitstellung von Informationen – bspw. im Hinblick auf Sozialraumdaten oder auf das Zertifizierungsverfahren – von Bedeutung ist. Eine zusätzliche finanzielle Förderung – bspw. für Familienbildung oder Erziehungsberatung oder auch pauschal – gibt es in etwa einem Drittel der in der Befragung erfassten Jugendamtsbezirke.

In der Interviewserie mit den Familienzentren sind zwei Einrichtungen vertreten, in deren Kommune ein Teil des Budgets der Familienzentren für eine kommunale Koordinierungsstelle eingesetzt wird. Die beiden befragten Leitungen befürworten die Existenz dieser Stelle und schätzen ihre Arbeit; eine der beiden bedauert jedoch, dass die Finanzierung nicht aus Eigenmitteln der Kommune erfolge, sondern durch die Umlage, sodass die für die Arbeit im Familienzentren verfügbaren Mittel reduziert werden. Dennoch sehen diese Leitungen – wie auch die meisten anderen Befragten – zahlreiche Vorteile in der Koordinierungsstelle, bspw. im Hinblick auf die Informationsvermittlung, die Förderung des Austauschs mit anderen Einrichtungen und Kooperationspartnern und die Unterstützung beim (Re-)Zertifizierungsverfahren. Dort, wo es Kritik gibt, bezieht sie sich vor allem darauf, dass nicht alle Erwartungen, die aus der Sicht der Familienzentren an eine solche Koordinierung zu stellen wären, erfüllt werden.

Im Hinblick auf die Frage nach der quantitativen Weiterentwicklung des Landesprogramms „Familienzentrum NRW“ sprechen sich jeweils etwas weniger als 40% der an der Befragung beteiligten Jugendamtsvertreter/innen ganz oder teilweise gegen einen weiteren quantitativen Ausbau aus, weil es schwierig sei, weitere geeignete Einrichtungen zu finden oder weil der Bedarf gedeckt sei. Knapp die Hälfte befürwortet eher oder vollständig einen weiteren Ausbau im bisherigen Tempo, knapp 30% stimmen ganz oder teilweise der Aussage zu, dass eine Beschleunigung sinnvoll sei. Damit zeigt sich zum einen ein sehr heterogenes Meinungsbild zwischen den einzelnen Jugendämtern. Zum anderen wird deutlich, dass ein Teil der Befragten unentschieden ist; bspw. können sich einige offenkundig sowohl einen beschleunigtes als auch ein gleichbleibendes Ausbautempo vorstellen, andere wünschen zwar einen weiteren Ausbau, sind aber skeptisch bezüglich der Realisierbarkeit. Die unterschiedlichen Auffassungen können sowohl durch Unterschiede in den lokalen Bedarfen als auch auf unterschiedliche Prioritäten in der kommunalen Präventionspolitik zurückzuführen sein.

Die Systematik, den örtlichen Jugendämtern auf der Grundlage eines transparenten Verteilungsschlüssels jährlich Kontingente für die Einrichtung von neuen Familienzentren zur Verfügung zu stellen und ihnen die Verantwortung für die Verteilung auf lokaler Ebene zu überlassen, hat sich bewährt. Es gibt einen Bedarf für einen weiteren quantitativen Ausbau der Familienzentren auf der Grundlage dieser Systematik. Empfehlungen für genaue Zahlen können allerdings auf der Basis der Evaluationsergebnisse nicht abgeleitet werden. Da der Bedarf lokal unterschiedlich eingeschätzt wird, sollten Möglichkeiten einer bedarfsorientierten Flexibilisierung genutzt werden. Dazu gehören insbesondere Verfahren der Zusammenfassung von Förderkontingenten, um Verbünden aus mehreren Einrichtungen ein höheres Budget zur Verfügung zu stellen. Eine Umsetzung dieser Lösung ist im Vergleich zum bisherigen Verfahren kostenneutral.

2.3 Outputorientierte Steuerung der Familienzentren: das Gütesiegel

Auch wenn das Zertifizierungsverfahren nicht Gegenstand der Evaluation war, wird es von vielen Leitungen im Interview erwähnt. Tendenziell empfinden Leitungen, deren Einrichtung noch nicht lange als Familienzentrum arbeitet, die Kriterien des Gütesiegels oft eher als hilfreich für die Orientierung und die Planung ihres Angebotsspektrums, während einige langjährige Leitungen der ehemaligen Piloteinrichtungen in der Interviewserie die Auffassung vertreten, dass sie keinen Bedarf (mehr) an einer solchen Orientierung sehen, und die Zertifizierung eher als eine Einengung und zusätzliche Belastung empfinden. Allerdings weisen auch viele der befragten Leitungen von sich aus darauf hin, dass sie ein Prüfungsverfahren für die Arbeit von Familienzentren für notwendig halten – zum einen, weil sie dies als Grundlage für die Vergabe öffentlicher Mittel akzeptieren, zum anderen, weil sie Beispiele von anderen Einrichtungen erwähnen, die ihrer persönlichen Einschätzung nach das Konzept des Familienzentrums nicht in hinreichendem Maße und mit der notwendigen Qualität umsetzen. Angesprochen werden diesbezügliche Qualitätsunterschiede sowie Defizite bei einer – nicht näher quantifizierten – Anzahl von Einzelfällen auch von einigen Vertreter/inne/n der Träger und der Kooperationspartner, die mehrere Familienzentren im Vergleich kennen.

Deutlich wird im Spiegel der Interviews ein Spannungsfeld zwischen der Anforderung, vergleichbare und als Grundlage für die finanzielle Förderung überprüfbare Kriterien zu Grunde zu legen, und dem Wunsch nach einer individuellen Profilierung und Bewertung der einzelnen Familienzentren. Vorteile werden in den Befragungen allgemein in der Grundstruktur des Landesprogramms mit der Verknüpfung von flexibel einsetzbaren Budgets und einer konzeptorientierten Steuerung gesehen. Vor allem vonseiten der Trägervertreter/innen wird die vergleichsweise einfache administrative Abwicklung der Förderung begrüßt, die vor dem Hintergrund der – outputorientierten – Kontrolle über das Zertifizierungsverfahren ohne eine – inputorientierte – Kontrolle von Verwendungsnachweisen und Abrechnungen auskommt.

Viele der befragten Leitungen wünschen eine Vereinfachung des Zertifizierungsverfahrens; Vorschläge dafür sind allerdings zum einen wenig konkret und zum anderen kontrovers. Während es vielen Leitungen wichtig ist, ihr Konzept in persönlichen Gesprächen erläutern zu können, plädieren einzelne im Gegenteil dafür, die Begehungen im Rahmen des Zertifizierungsverfahrens durch ein regelmäßiges, schriftliches Dokumentationsverfahren zu ersetzen. Ein weitgehender Konsens besteht hingegen in zwei Punkten:

Erstens werden mehr Möglichkeiten für Profilbildung und sozialraumorientierte Schwerpunktsetzung gewünscht. Die Darstellung der unterschiedlichen Typen von Familienzentren, deren Profil sich je nach Sozialraum unterscheidet (vgl. 1.3), deutet darauf hin, dass auch bei der Zertifizierung unterschiedliche Profile sinnvoll sein könnten. Zwar wird im Gütesiegel auch aktuell bereits zu sozialraumorientierten Schwerpunktsetzungen aufgefordert und explizit darauf hingewiesen, dass das Ziel nicht in der Erfüllung aller Kriterien, sondern in einer bedarfsorientierten Auswahl besteht, jedoch empfinden es offenkundig einige Leitungen als defizitär, Kriterien bearbeiten zu müssen, die sie für ihren Sozialraum als nicht erfüllbar ansehen. Als Lösungsvorschlag wird eine Unterscheidung zwischen für alle relevanten Leistungsbereichen und wählbaren Profilbereichen nach dem Muster der Auswahl von Aufbaubereichen bei der Re-Zertifizierung formuliert.

Zweitens zeigen die Interviews, dass die Familienzentren ihr Angebot über die Vorgaben des Gütesiegels hinaus weiterentwickelt haben. Vielfach wird darauf hingewiesen, dass der Kriterienkatalog – der zuletzt im Jahr 2010 modifiziert wurde – auf der Grundlage von veränderten Bedarfen der Familien und der Entwicklung von veränderten Angebotsstrukturen in den Einrichtungen überarbeitet werden sollte. Die Auswertung der Gütesiegel-Berichte deutete bereits darauf hin, dass sich die Bedeutung einiger Kriterien im Laufe der Zeit verändert hat. Mehrere Probleme, die bei dieser Auswertung deutlich wurden – bspw. im Hinblick auf die zurückgehende Nutzung von Lenkungsgruppen (vgl. 2.1), die Veränderungen im Feld der Familienbildung (vgl. 3.3) oder die fehlende Weiterentwicklung flexibler Betreuungszeiten (vgl. 3.7) –, fanden sich in den Befragungen im weiteren Verlauf der Evaluation bestätigt. Eine regelmäßige Auswertung der Gütesiegel-Berichte würde daher die Möglichkeit eröffnen, zeitnäher auf derartige Entwicklungen zu reagieren.

Empfohlen wird eine Revision der Gütesiegel-Kriterien unter Nutzung der Evaluationsergebnisse und der Erfahrungen aus dem Zertifizierungsverfahren. Dabei sollte der Kriterienkatalog gestrafft werden und neben für alle geltenden Leistungsbereichen Profilbereiche enthalten, zwischen denen die Familienzentren eine Auswahl treffen können. Die Revision des Gütesiegels sollte unter Mitwirkung der Zertifizierungsstelle und des Beirats erfolgen.

Für die Zukunft sollte eine Nutzung der jährlich erstellten Gütesiegel-Berichte für ein regelmäßiges Monitoring vorgesehen werden, um Entwicklungstrends und veränderte Bedarfe zeitnah erkennen zu können. Unter Mitwirkung des Beirats der Zertifizierungsstelle sollten auf dieser Grundlage ca. alle drei bis vier Jahre Veränderungen in den Familienzentren diskutiert werden. Die Diskussionsergebnisse können bei Bedarf in einen Prozess der Weiterentwicklung einfließen.

3 Die Angebote der Familienzentren – Arbeitsfelder und Entwicklungstrends

Ein Überblick über die Entwicklung der Angebote der Familienzentren ergibt sich zunächst aus der Auswertung der Gütesiegel-Berichte, die einige zentrale Entwicklungstrends erkennen lässt. Dazu gehören insbesondere die hohe Bedeutung der individuellen Beratung und Unterstützung von Familien, Veränderungen bei der Akzeptanz der Angebote der Familienbildung, der wachsende Stellenwert der interkulturellen Arbeit und der Förderung von Familien mit Zuwanderungsgeschichte sowie des Themenfeldes Gesundheit, die wenig dynamische Entwicklung bei der Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die im Feld der Tagespflege feststellbare Konzentration vieler Familienzentren auf die Lotsenfunktion. Darüber hinaus zeigt sich in der Auswertung der Interviews, dass einige Arbeitsfelder, die im Gütesiegel noch nicht explizit enthalten sind, in der Praxis der Familienzentren von steigender Bedeutung sind. Dies betrifft bspw. Fragen von Armut und Armutsfolgen, die individuelle Begleitung und Unterstützung von Familien insbesondere in benachteiligten Sozialräumen und Leistungen, die dem Bereich der Frühen Hilfen zuzuordnen sind oder sich aus dem wachsenden Anteil der unter Dreijährigen in den Einrichtungen ergeben. Insgesamt zeigt sich, dass die Familienzentren ihr Leistungsspektrum über das Gütesiegel hinaus bedarfsorientiert weiterentwickelt haben. Andere Arbeitsfelder hingegen haben aufgrund von veränderten Bedarfen und Wünschen der Familien an Bedeutung verloren; so berichten die befragten Leitungen oft von einer sinkenden Nachfrage nach pädagogischen Kursen oder – angesichts eines wachsende Anteils an Berufstätigen – nach Elternangeboten am Vormittag.

> Der Kriterienkatalog des Gütesiegels sollte auf der Grundlage der in der Evaluation vorgelegten Ergebnisse zur Entwicklung des Angebotsspektrums und der Bedarfe überprüft und weiterentwickelt werden.

3.1 Begleitung und Beratung von Familien – sozialraumspezifische Differenzen

Die Bereithaltung von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Kinder und Familien stellt einen zentralen Leistungsbereich der Familienzentren dar; die Analyse der Verfahren zur Re-Zertifizierung zeigt, dass dieser Bereich mit Abstand am häufigsten als Schwerpunktbereich gewählt wird. Alle in der Interviewserie befragten Familienzentren kooperieren mit Erziehungsberatungsstellen; viele berichten von einer engen Kooperation mit den jeweiligen Berater/inne/n weit über die offene Sprechstunde hinaus. Einige der befragten Leitungen, insbesondere in Familienzentren in benachteiligten Sozialräumen, weisen darauf hin, dass die externe Beratung bei den Familien auf Grenzen stoße, weil die Bereitschaft zur Annahme der Beratung ein hohes Maß an Vertrauen voraussetze. Die Akzeptanz der internen Beratung durch die Leitung oder durch die Mitarbeiter/innen der Einrichtung, so die Einschätzung einiger Befragter, sei höher. In anderen Fällen betonen die befragten Leitungen, dass es Eltern gerade bei schwierigen Problemen leichter falle, eine externe Beratung anzunehmen, gerade weil dann eine gewisse Distanz gegeben sei. In der Befragung der Eltern zeigt sich, dass diese im Falle von Problemen vielfach zunächst den internen Kontakt mit der Leitung oder den Mitarbeiter/inne/n des Familienzentrums suchen, während in schwierigen Situationen der niederschwellige Zugang zu der externen Beratung vor Ort eine hohe Wertschätzung erfährt. Interne und externe Beratung haben somit jeweils spezifische Funktionen; das eine Angebot kann das andere nicht ersetzen.

Ein großer Teil der befragten Familienzentren in benachteiligten Sozialräumen, aber nicht alle, arbeiten gleichzeitig als „plusKITAs“ und erhalten nach §16a KiBiz eine zusätzliche Förderung für eine halbe Personalstelle. Bei den meisten dieser Einrichtungen wird die Arbeit der plusKIT-Kräfte in die Arbeit des Familienzentrums integriert. Die plusKITA-Kräfte werden vor allem für die individuelle Begleitung und Unterstützung von Kindern und Familien mit besonderen Bedarfen eingesetzt. Einige der untersuchten Familienzentren haben dafür eigene Konzepte und Programme entwickelt, die in besonderem Maße auf die Herausforderungen einer intensiven

Elternbegleitung in benachteiligten Sozialräumen eingehen. Die Arbeit der plusKITA-Kräfte stellt somit eine wichtige Ressource für die Arbeit als Familienzentrum dar. Mit dieser zusätzlichen Ressource wird der Anforderung Rechnung getragen, Familienzentren in benachteiligten Sozialräumen durch die Ausstattung besser die Lage zu versetzen, dem höheren Unterstützungsbedarf der Kinder und Familien Rechnung zu tragen. Gleichzeitig zeigen die untersuchten Beispiele, dass die über das plusKITA-Programm finanzierten zusätzlichen Kräfte Aufgaben wahrnehmen, die zum Leistungsspektrum des Familienzentrums gehören. Umgekehrt wiederum tragen die Ressourcen des Familienzentrums dazu bei, Angebote aufzubauen, die – im Sinne der plusKITA-Förderung – die Bildungschancen für Kinder aus Familien mit schwierigen Startbedingungen zu verbessern helfen.

Jedoch gibt es den Ergebnissen der Jugendamtsbefragung zufolge in fast der Hälfte der Jugendamtsbezirke keine Verbindung zwischen der Förderung von Familienzentren und der Nutzung der Landeszuschüsse für plusKITA-Einrichtungen, in der anderen Hälfte der Fälle findet eine solche Verknüpfung statt, bspw. durch ein kommunales Gesamtkonzept, die bevorzugte Einbeziehung von Familienzentren in die plusKITA-Förderung oder die Regelung, dass – in immerhin knapp einem Fünftel aller an der Befragung beteiligten Jugendamtsbezirke – alle Familienzentren in benachteiligten Sozialräumen die plusKITA-Förderung erhalten. Es zeigt sich also, dass ein Teil der Jugendämter die Ressourcen aus den beiden Programmen „Familienzentrum NRW“ und „plusKITA“ gezielt miteinander verknüpft. Der Vorteil einer solchen Lösung wird nicht nur in der verbesserten Personalausstattung für Familienzentren mit herausfordernden Rahmenbedingungen gesehen; vielmehr weisen Jugendamtsvertreter/innen in der Expertenrunde auch darauf hin, dass auf diese Weise die plusKITA-Förderung in ein System der Qualitätssicherung einbezogen wird.

Die Synergien zwischen der plusKITA-Förderung und dem Landesprogramm „Familienzentrum NRW“ sollten verstärkt genutzt werden. Im Idealfall sollten alle Familienzentren in benachteiligten Sozialräumen auf diese Weise eine zusätzliche Förderung bekommen; umgekehrt sollten Kindertageseinrichtungen, die nicht Familienzentrum, aber plusKITA sind, die Möglichkeit erhalten, sich als Familienzentrum zertifizieren zu lassen. Zu prüfen ist, ob die Einbeziehung der plusKITA-Förderung im Kontext eines Profilbereichs für Sozialräume mit besonderen Herausforderungen in das Gütesiegel aufgenommen wird, um einen zusätzlichen Anreiz für die Verknüpfung der beiden Programme auf lokaler Ebene zu schaffen.

3.2 Dezentraler Zugang zu Leistungen kommunaler Präventionspolitik

In den Kommunen findet sich eine unterschiedlich stark ausgeprägte und auf unterschiedlichen Konzepten basierende Verknüpfung der Arbeit von Familienzentren mit Präventionsprogrammen, bspw. im Bereich der Frühen Hilfen oder der Kommunalen Präventionsketten. Den Ergebnissen der Online-Befragung zufolge sind 91,5% der befragten Jugendämter an der Bundesinitiative Frühe Hilfen beteiligt; in 64,5% dieser Fälle sind alle Familienzentren in die Umsetzung in der Kommune einbezogen, in 27,1% ein Teil. An der Landesinitiative „Kommunale Präventionsketten“ wirken 44,2% der befragten Jugendämter mit; hier sind in 38,1% der beteiligten Kommunen alle Familienzentren involviert, in 45,2% ein Teil. An diesen Zahlen zeigt sich, dass die einzelnen Jugendämter sehr unterschiedliche Strategien der Integration von Familienzentren in kommunale Präventionsprogramme verfolgen. Diese Unterschiede spiegeln sich in den Aussagen der Leitungen von Familienzentren.

Dabei zeigt sich, dass die befragten Leitungen oft nicht zwischen Frühen Hilfen, Kommunalen Präventionsketten und anderen Programmen unterscheiden; wichtig ist für sie vor allem, dass sie Ansprechpartner/innen und klare Verfahren kennen, wenn sie mit Problemsituationen von Kindern und Familien konfrontiert sind. Auf diese Weise wird mit der Integration in kommunale Präventionsprogramme die Arbeit der Familienzentren unterstützt; zentrale Vorteile aus der Einbindung in Präventionsprogramme ergeben sich für sie aus den dadurch entstehenden Netzwerken und der Verfügbarkeit von Ansprechpartner/inne/n.

Darüber hinaus weisen einige Jugendämter Familienzentren eine Ankerfunktion für Präventionsprogramme zu und wollen auf diese Weise die dezentrale familienorientierte Infrastruktur nutzen, um Familien frühzeitig und niederschwellig zu erreichen. Gleichzeitig werden Familien auf diese Weise an das System der Familienzentren herangeführt. Derartige Strategien beinhalten bspw. die Mitwirkung von Familienzentren an der Durchführung von Neugeborenenbesuchen, das Angebot von Sprechstunden von (Familien-)Hebammen oder Schwangeren-Beratungsstellen in Familienzentren oder den Einsatz von mobilen Angeboten (bspw. Impfberatung in einem Gesundheitsmobil) in oder im Umfeld von Familienzentren. Damit ergeben sich zusätzliche Ressourcen für Familienzentren, aber auch zusätzliche Anforderungen.

Die in einer solchen Strategie liegenden Potenziale werden in den Familienzentren sehr unterschiedlich ausgeschöpft, wie sich in der Interviewserie, in der Jugendamtsbefragung und in Berichten von Koordinator/inn/en für Präventionsprogramme zeigt. Dies ist zum einen durch unterschiedliche kommunale Schwerpunktsetzungen begründet; Familienzentren können nur dann eine Ankerfunktion in Präventionsprogrammen wahrnehmen, wenn dies durch die jeweilige Kommune bzw. das Jugendamt gesteuert, koordiniert und unterstützt wird. Zum anderen wird aus der Sicht von Koordinator/inn/en für Präventionsprogramme die Frage aufgeworfen, welchen Anreiz Familienzentren für die Wahrnehmung einer solchen Ankerfunktion haben, da das Gütesiegel derartige Leistungen nicht vorsehe. Die dezentrale Infrastruktur, die mit den Familienzentren aufgebaut wurde, könnte aus dieser Perspektive für einen niederschwelligen Zugang zu den Angeboten im Rahmen der Präventionsprogramme stärker genutzt werden, als dies bisher der Fall sei.

Die Möglichkeiten der Familienzentren, eine Ankerfunktion in kommunalen Präventionsprogrammen wahrzunehmen, können gestärkt werden, indem entsprechende Leistungen im Gütesiegel verankert werden. Da diese Ankerfunktion sinnvoll nur auf der Grundlage einer strategischen Entscheidung der Kommune realisiert werden kann und die Jugendämter hier unterschiedliche Prioritäten setzen, kann es dabei nicht um Basisleistungen gehen, sondern um einen wählbaren Profilbereich. Bei der Gestaltung der Kriterien ist zu berücksichtigen, dass die Wahl dieses Profilbereichs eine Abstimmung mit dem örtlichen Jugendamt sowie Kapazitäten der Koordinierung im Familienzentrum erfordert.

3.3 Familienbildung – der Trend zu niederschwelligen Angeboten

Im Bereich der Familienbildung stellt sich das Angebotsspektrum in den einzelnen Familienzentren sehr unterschiedlich dar und orientiert sich sowohl an Bedarfen als auch an Ressourcen im Sozialraum. Dabei zeigen sich einige Trends, die sich folgendermaßen zusammenfassen lassen:

Erstens berichten viele der befragten Leitungen darüber, dass Angebote für Eltern vor allem in sehr niederschwelliger Form nachgefragt würden, um sie zu motivieren, müsse eher der Spaß als die Pädagogik im Vordergrund stehen, und die Akzeptanz für Angebote mit Kurscharakter sei geringer als für punktuelle Veranstaltungen ohne Verpflichtung zu einer längerfristigen Teilnahme. In benachteiligten Sozialräumen führen die Leitungen diese Entwicklung insbesondere darauf zurück, dass es vielen Eltern schwerfällt, ihren Alltag zu strukturieren. In Sozialräumen mit einem hohen Anteil an berufstätigen Eltern hingegen nehmen die Leitungen in verstärktem Maße zeitliche Engpässe wahr, die durch die Berufstätigkeit der Eltern bedingt sind. Die im Gütesiegel vorgesehenen Elternkompetenzkurse werden vor diesem Hintergrund inzwischen deutlich seltener angeboten als früher, und viele Leitungen sehen Schwierigkeiten darin, die Gütesiegelkriterien und die Nachfrage der Eltern miteinander in Einklang zu bringen.

Zweitens werden Eltern-Kind-Angebote von Familien gern genutzt, da sich damit die Möglichkeit gemeinsamer Familienzeit bietet. Aus der Sicht von Leitungen ergibt sich daraus die Chance, die Eltern über die Kinder für einen Besuch in der Einrichtung zu motivieren. Ebenso wie bei niederschwelligen Elternangeboten wird vielfach versucht, bei diesen gemeinsamen Angeboten quasi „nebenbei“ über Erziehungsfragen ins Gespräch zu kommen oder pädagogische Kompetenz zu vermitteln.

Drittens sind zusätzliche Angebote für Kinder von wachsender Bedeutung. Genannt werden von den Leitungen dabei bspw. Entspannungstraining, eine psychomotorische Förderung oder Projekte zur Prävention von Mobbing und Gewalt. Häufig wird auch darauf hingewiesen, dass musikalische oder sportliche Aktivitäten für die Kinder aus der Sicht der Familien von hoher Bedeutung sind. Für Eltern, die berufstätig sind, stellt es eine Entlastung dar, wenn sie diese Angebote nicht privat organisieren müssen; für Familien im ländlichen Raum ersparen diese Angebote lange Wege; für Kinder aus Familien in schwierigen Lebenssituationen eröffnet sich auf diese Weise ein Zugang zu Angeboten, der privat nicht ermöglicht würde.

Zum Teil werden solche Aktivitäten gemeinsam mit Vereinen durchgeführt, sodass Kinder und Familien auf diese Weise auch an Angebote – vor allem von Sportvereinen – herangeführt werden. Aufgrund der erforderlichen speziellen – bspw. musikalischen oder sportlichen Kompetenzen – können solche Angebote oft nicht von Mitarbeiter/inne/n der Kindertageseinrichtung durchgeführt werden, sondern erfordern die Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern. Das Budget des Familienzentrums bietet – zumindest in begrenztem Umfang – die Möglichkeit, solche Angebote zu finanzieren und damit für Kinder unabhängig von der finanziellen Situation der Eltern zugänglich zu machen. Angebote allein für Kinder sind allerdings im Gütesiegel in der Regel nicht vorgesehen, weil sie dem allgemeinen Bildungsauftrag der Kindertageseinrichtung zugerechnet werden. Von den befragten Leitungen werden sie aber, oft verbunden mit begleitenden Elternangeboten, in wachsendem Maße als Element der Familienzentrumsarbeit betrachtet.

In der Elternbefragung zeigt sich, dass Eltern ein hohes Interesse an zusätzlichen Förderangeboten für Kinder – vor allem in den Bereichen Sport und Musik – haben und dabei nicht zwischen Familienzentrum und Kindertageseinrichtung unterscheiden. Auch die Einschätzungen befragten der Leitungen über die hohe Wertschätzung für niederschwellige, eher freizeitorientierte Angebote und insbesondere Eltern-Kind-Angebote finden sich bestätigt. Diese hohe Wertschätzung ist aber nicht gleichzusetzen mit einer Geringschätzung von erziehungsbezogenen und beratenden Angeboten; bei den befragten Eltern stoßen auch diese Themen auf große Resonanz.

Der Katalog der Angebote der Familienbildung im Gütesiegel und die Kriterien für die Anerkennung dieser Angebote sollten überarbeitet werden. Vor allem bei den allgemeinen Basisleistungen sollten niederschwellige Angebote einen höheren Stellenwert erhalten. Darüber hinaus sollte geprüft werden, wie dem Bedarf an Angeboten für Kinder so Rechnung getragen werden kann, dass eine hinreichende Abgrenzung gegenüber dem allgemeinen Bildungsauftrag der Kindertageseinrichtung möglich bleibt.

3.4 Gesundheit – ein Themenfeld von gewachsener Bedeutung

Ein Bedeutungszuwachs von gesundheitsbezogenen Angeboten zeigt sich in den untersuchten Familienzentren unabhängig von der Struktur der jeweiligen Sozialräume. Die konkreten Angebote werden, entsprechend den dargestellten Trends im Feld der Familienbildung, oft mit freizeitbezogenen Elementen und mit Eltern-Kind-Aktionen verknüpft. Darüber hinaus lassen die Interviews eine sehr hohe Bedeutung der Kooperation mit Personen und Institutionen des Gesundheitswesens erkennen. Gerade im ländlichen Raum, wo der Zugang zu Kinderärzt/in/en immer schwieriger zu werden scheint, hat die Zusammenarbeit mit den örtlichen Gesundheitsämtern einen hohen Stellenwert; Familienzentren scheinen hier teilweise den Versuch zu unternehmen, über die Organisation von gesundheitsbezogenen Angeboten Lücken in der Infrastruktur zu kompensieren.

Bezüglich der individuellen Begleitung und Unterstützung von Familien kommt es vor allem in benachteiligten Sozialräumen nicht selten vor, dass die befragten Leitungen oder Mitarbeiter/innen der Einrichtungen Familien bei Arztbesuchen begleiten, insbesondere dann, wenn es um Termine bspw. zur Abklärung von Behinderungen und Besuche bei spezialisierten Fachärztinnen und Fachärzten geht. Wie bereits im Kontext der Beschreibung von Kooperationspartnern dargestellt (vgl. 1.2), spielt darüber hinaus die Durchführung von individuellen

Therapien (bspw. Logopädie, Ergotherapie) und heilpädagogischen Angeboten in der Einrichtung eine wichtige Rolle, und die Zusammenarbeit mit Einrichtungen der Frühförderung ist angesichts der steigenden Anzahl an unter dreijährigen Kindern von wachsender Bedeutung. Insgesamt lässt sich das Thema Gesundheit als ein zentrales Thema für Familienzentren bezeichnen, das sowohl Bildungsangebote für Eltern und Kinder als auch individuelle Unterstützungsleistungen betrifft.

Das Gütesiegel enthält bereits mehrere Kriterien, die sich auf gesundheitsbezogene Angebote beziehen. Die Kriterien sollten im Hinblick auf Modifikations- und Ergänzungsbedarf geprüft werden. Dabei könnten bspw. die Zusammenarbeit mit Einrichtungen der Frühförderung und mit Gesundheitsämtern und die individuelle Begleitung von Familien stärker berücksichtigt werden.

3.5 Armut und Armutsfolgenbekämpfung – gestiegene Herausforderungen (nicht nur) in benachteiligten Sozialräumen

Das Thema Armut ist selbstverständlich vor allem für diejenigen Familienzentren von hoher Bedeutung, die in einem benachteiligten Sozialraum liegen. Allerdings gibt es auch in heterogenen Sozialräumen in städtischen ebenso wie in ländlichen Gebieten und selbst in Einrichtungen, in denen der größte Teil der Eltern gut situiert ist, fast immer einen mehr oder weniger hohen Anteil an Familien, die von Armut betroffen oder armutsgefährdet sind. In den Interviews zeigt sich, dass in den meisten untersuchten Familienzentren die Familien auf die Möglichkeit des Bildungs- und Teilhabepakets hingewiesen und bei der Antragstellung unterstützt werden. Die meisten befragten Leitungen kennen offensichtlich die Möglichkeiten und die örtlichen Verfahrensweisen und betrachten es als ihre Aufgabe, die Familien auf diesem Gebiet zu unterstützen.

Wenn kostenpflichtige Angebote für Kinder gemacht werden, wird in der Regel dafür gesorgt, dass eventuelle Beiträge für Kinder, deren Eltern sich dies finanziell nicht leisten können, aus anderen Mitteln, bspw. über einen Förderverein, finanziert werden. Diese Möglichkeiten stoßen allerdings zum einen dann auf Grenzen, wenn der Anteil der Kinder aus einkommensschwachen Familien in einer Einrichtung sehr hoch ist; zum anderen wird hervorgehoben, dass manche Angebote, vor allem auf dem Gebiet der musikalischen Früherziehung, sehr teuer sind.

Einrichtungen in benachteiligten Sozialräumen haben oft ein breites Spektrum an Lösungen entwickelt, um Familien individuell zu unterstützen. Dazu gehören Secondhand-Flohmärkte, individuelle Lösungen, wenn bspw. neue Möbel beschafft werden müssen, Kochkurse für preisgünstiges Kochen und die Vermittlung von Unterstützungsleistungen durch Dritte, bspw. durch die Gemeinde. Schuldnerberatung wird seltener angeboten – zumindest nicht direkt im Familienzentrum; anscheinend ist die Bedeutung von Anonymität bei der Nutzung derartiger Angebote für Eltern immer noch höher als bei Angeboten der Erziehungs- und Familienberatung. In einzelnen der untersuchten Familienzentren wird bei dem Thema Armutsbekämpfung auch die Unterstützung von Eltern bei der Arbeitssuche genannt, bspw. durch Kooperationen mit dem Jobcenter oder durch die Vernetzung im lokalen Umfeld, die in Einzelfällen die Vermittlung von Praktika oder auch von Arbeitsplätzen ermöglicht.

Das Thema „Armut und Armutsfolgenbekämpfung“ sollte im Gütesiegel stärker berücksichtigt werden. Neben der Einführung einer allgemeinen Basisleistung (die bspw. die Bereithaltung von Informationen über Fördermöglichkeiten wie das Bildungs- und Teilhabepaket betreffen könnte) könnte dazu ein sozialraumorientierter Profilbereich gehören.

3.6 Zuwanderung und Integration – inklusive Angebote und interkulturelle Kompetenz

In Familienzentren mit einem hohen Anteil an (insbesondere neu) zugewanderten Familien hat die Arbeit mit dieser Zielgruppe eine hohe Bedeutung. Auch Familienzentren, in deren Einzugsgebiet es bislang nur wenige Familien mit Migrationshintergrund gab, haben den Ergebnissen der Interviews zufolge das Thema Integration intensiv aufgegriffen, wenn in ihrem Umfeld bspw. eine Unterkunft für Geflüchtete eröffnet wurde oder einzelne Kinder mit Fluchterfahrung in ihre Einrichtung kamen. Dabei wird der Einbindung der Familien in Elternnetzwerke eine hohe Bedeutung für die Integration zugemessen. Insgesamt zeigt sich, dass die speziell auf Fragen der Zuwanderung und Integration bezogenen Gütesiegelkriterien nur einen kleinen Teil der Leistungen der untersuchten Familienzentren für die Zielgruppe der Zugewanderten spiegeln. Tatsächlich ist diese Querschnittsaufgabe auf breiter Basis verankert; anstelle von speziellen Angeboten für die Zielgruppe steht jedoch eher die Beteiligung der Zugewanderten am gesamten Angebotsspektrum im Mittelpunkt.

Viele der befragten Leitungen sprechen die Offenheit ihrer Einrichtung und die dort herrschende Kultur des Willkommens und der Akzeptanz von Diversität als wichtige Voraussetzungen für die Integration an. Damit werden unterschiedliche Elemente interkultureller Kompetenz angesprochen, auch wenn dies von den Befragten selten so formuliert wird. Es scheint ein genereller Trend in Familienzentren zu sein, Angebote nicht exklusiv für sehr spezifische Zielgruppen auszurichten – etwa für Zugewanderte, für Alleinerziehende oder für sozial Benachteiligte, um so eine Stigmatisierung zu vermeiden. Auch wenn dies von den Befragten nur selten explizit formuliert wird, dominiert hier der Gedanke der Inklusion – es geht darum, alle einzubinden statt spezielle Zielgruppen gesondert zu versorgen. Diese Haltung findet sich gerade auch beim Thema Migration – es geht häufig nicht um Integration durch exklusive Angebote für Zugewanderte, sondern um eine inklusive Angebotsgestaltung, die Ausgrenzung verhindert und Integration fördert.

Für Lebenssituationen, in denen spezifische Bedarfe vorliegen, wie etwa beim Erlernen der deutschen Sprache für neu Zugewanderte, sind nichtsdestoweniger spezifische Angebote erforderlich. Dazu gehören in der Praxis neben Angeboten der Sprachbildung für Kinder und Eltern bspw. zielgruppenspezifische Eltern-Kind-Angebote wie „Rucksack“ und „Griffbereit“, migrationsbezogene Beratungsangebote oder Freizeitangebote speziell für Frauen. In Familienzentren mit einem hohen Anteil an Familien mit Migrationshintergrund haben derartige Angebote einen hohen Stellenwert.

> Um allgemeine Angebote inklusiv zu gestalten, sind in allen Familienzentren interkulturelle Kompetenz und Sensibilität für Diversität erforderlich – auch wenn im Einzugsbereich nur wenige Familien mit Migrationshintergrund leben. Diesbezügliche Kriterien sollten somit zu den allgemeinen Basisleistungen gehören. Spezielle Angebote für die Zielgruppe der zugewanderten Familien sollten im Gütesiegel in einem Profilbereich zusammengefasst werden sollten, der vor allem von Familienzentren mit einem hohen Anteil an zugewanderten Familien gewählt werden kann.

3.7 Vereinbarkeit von Familie und Beruf – eine ambivalente Entwicklung

Bei dem Thema der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zeigt sich eine Diskrepanz zwischen dem steigenden Stellenwert der Berufstätigkeit beider Eltern einerseits und der Entwicklung von erweiterten Betreuungsangeboten andererseits. Bezüglich der Frage nach den Anteilen berufstätiger Eltern wird in den Interviews zum einen deutlich, dass diese Anteile in den letzten Jahren deutlich gestiegen sind. Zum anderen scheint es – auch im ländlichen Raum – kaum noch Familienzentren zu geben, in denen Familien mit dem traditionellen Modell des männlichen Ernährers die Mehrheit bilden: Zugespitzt formuliert gibt es in den meisten Familienzentren entweder einen hohen Anteil an Familien im Bezug von Grundsicherungsleistungen oder eine Mehrheit von doppelberufstätigen Eltern. Vor allem von Familienzentren im ländlichen Raum wird auf eine große Zahl von Eltern mit langen Pendelzeiten hingewiesen. Bei der Frage

nach der Einschätzung von gesellschaftlichen Entwicklungen zeigt sich, dass viele der befragten Leitungen ebenso wie Vertreter/innen von Kooperationspartnern (insbesondere aus der Erziehungsberatung) den wachsenden Stellenwert der Berufstätigkeit aufgrund des damit verbundenen Drucks auf die Eltern als ambivalent wahrnehmen. In der Jugendamtsbefragung bezeichnen viele Befragte die steigende Bedeutung der Berufstätigkeit als eine zentrale gesellschaftliche Herausforderung, die sich den Familienzentren stellt.

Die Analyse der Gütesiegel-Berichte zeigt jedoch, dass die Entwicklung der Familienzentren nicht zu einer Ausweitung der Betreuungszeiten geführt hat. Dieses Bild bestätigt sich in der Interviewserie; auch Familienzentren, in denen ein hoher Anteil der Eltern berufstätig ist, haben in der Regel Öffnungszeiten bis maximal 17:00 Uhr. Nur in Einzelfällen wird über eine Ausweitung diskutiert; realisiert wird sie nur auf der Basis von zusätzlichen Förderprogrammen bspw. des Bundes oder einzelner Kommunen. Dies hängt damit zusammen, dass die Ausweitung von Betreuungszeiten Personalressourcen erfordert, die aus dem Budget der Familienzentren nicht finanziert werden können. Daher lässt sich im Vergleich zu anderen Leistungsbereichen des Gütesiegels das Thema der Vereinbarkeit von Familie und Beruf als das am wenigsten dynamische Feld in der Entwicklung der Familienzentren bezeichnen.

Allerdings ist der Auswertung der Interviewserie auch zu entnehmen, dass Einrichtungen mit einem hohen Anteil an berufstätigen Eltern sich bemühen, deren Bedarfe bei der Angebotsgestaltung im Familienzentrum zu berücksichtigen. Dazu gehören organisatorische Fragen wie die frühzeitige Ankündigung von Terminen des Familienzentrums oder die Durchführung von Angeboten am Wochenende statt abends nach einem langen Arbeitstag. Auch die Betonung von Eltern-Kind-Angeboten (Stichwort „gemeinsame Familienzeit“) und von zusätzlichen Kinderangeboten (Stichwort „Entlastung von Fahrzeiten“) sowie die Ermöglichung von Therapien in der Einrichtung (Stichwort „alltagsintegrierte Förderung statt zusätzlicher Zeitaufwand in den Abendstunden“) beinhalten ein Eingehen auf die alltäglichen Bedürfnisse berufstätiger Eltern. Neben der Frage der Betreuungszeiten hat das Thema der Vereinbarkeit also im Familienzentrum eine Querschnittsdimension, die sich mit dem Begriff einer „zeitsensiblen Angebotsgestaltung“ beschreiben lässt.

Eine bedarfsorientierte Ausweitung der Betreuungszeiten kann im Rahmen des Landesprogramms „Familienzentrum NRW“ weder geregelt noch finanziert werden, da die diesbezüglichen Rahmenbedingungen im KiBiz definiert werden. Die Thematik einer Weiterentwicklung des KiBiz ist jedoch nicht Gegenstand der Evaluation der Familienzentren und kann daher in diesem Kontext nicht vertieft werden. Zu empfehlen ist jedoch die Kopplung der Förderung von erweiterten und flexibilisierten Betreuungszeiten an Familienzentren, die einen diesbezüglichen Schwerpunkt setzen. Diese Kopplung ermöglicht die Verknüpfung von erweiterten und flexibilisierten Betreuungszeiten mit weiteren familienbezogenen Leistungen und einer zeitsensiblen Angebotsgestaltung.

3.8 Kindertagespflege als bedarfsorientierter Arbeitsschwerpunkt

Die Entwicklung der Kindertagespflege steht in engem Zusammenhang mit der Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Eine vertiefte Auseinandersetzung mit Fragen der Kindertagespflege findet sich nur in Familienzentren, die durch einen hohen Anteil an berufstätigen Eltern gekennzeichnet sind. Sowohl die Analyse der Gütesiegel-Berichte als auch die Interviewserie zeigen, dass sich die meisten Familienzentren mit diesem Arbeitsfeld nur insoweit befassen, als sie im Gütesiegel geforderte Mindeststandards abdecken und eine Lotsenfunktion im Sinne der Information über Kindertagespflege und die entsprechenden Vermittlungswege in der Kommune übernehmen. Dieses Ergebnis spiegelt sich auch in der Jugendamtsbefragung; im Vergleich zu anderen Arbeitsfeldern – bspw. der Familienberatung oder -bildung – wird den Familienzentren für die (Weiter-)Entwicklung der Tagespflege ein deutlich geringerer Nutzen zugeschrieben. Vor allem für Familienzentren in benachteiligten Sozialräumen spielt dieses Themenfeld kaum eine Rolle; der hohe Stellenwert der Kindertagespflege im Gütesiegel mit einem 15 möglichen Kriterien umfassenden eigenen Leistungsbereich wird hier

vielfach kritisiert. Angesichts des geringen Bedarfs der Eltern in diesen Einrichtungen wird es in vielen Fällen als ausreichend erachtet, wenn das Familienzentrum über grundlegende Informationen zur Kindertagespflege verfügt und bei Bedarf an die entsprechenden Vermittlungsstellen in der Kommune verweisen kann.

Wenn Familienzentren einen Schwerpunkt im Feld der Kindertagepflege setzen und intensiv mit Tagespflegepersonen und Institutionen der Kindertagespflege kooperieren, ergibt sich dies nicht nur aus den Bedarfen berufstätiger Eltern. Vielmehr basiert ein solcher Schwerpunkt oft auf einer engen Zusammenarbeit mit den entsprechenden kommunalen Stellen. Dabei steht weniger die Vermittlung (die in den meisten Kommunen inzwischen eher zentral organisiert ist) als die Qualitätsentwicklung im Vordergrund. So gestalten bspw. in einem in der Evaluation untersuchten Fall mehrere Familienzentren einer Kommune abwechselnd Fortbildungen für Tagespflegepersonen. Des Weiteren ist die Kooperation mit Tagespflegepersonen aus dem jeweiligen Sozialraum von Bedeutung. Einige Familienzentren stellen ihnen bspw. – im Rahmen ihrer räumlichen Möglichkeiten – regelmäßig die Turnhalle zur Verfügung, tauschen Materialien mit ihnen aus oder bereiten gemeinsam den Übergang von Kindern von der Tagespflege in die Einrichtung vor. Wichtig ist schließlich auch die Organisation von Randzeitenbetreuung: In einigen Fällen wird diese nach dem Ende der Öffnungszeit durch Tagespflegepersonen im Familienzentrum angeboten, in anderen Fällen erfolgt bei Bedarf eine Vermittlung an Tagespflegepersonen, die die Kinder aus der Einrichtung abholen.

Familienzentren mit einem Schwerpunkt im Bereich der Kindertagespflege berichten von sehr positiven Erfahrungen mit den unterschiedlichen Formen der Zusammenarbeit, und die Vertreter/innen der jeweiligen Jugendämter sehen in solchen Schwerpunkten einen hohen Nutzen für die (Weiter-)Entwicklung der Kindertagespflege. Die diesbezüglichen Potenziale werden jedoch offenkundig in den Kommunen unterschiedlich genutzt, und die untersuchten Beispiele deuten darauf hin, dass eine Ausschöpfung dieser Potenziale eine enge Kooperation zwischen kommunaler Tagespflegekoordination und Familienzentren erfordert.

Im Gütesiegel sollten die Kriterien zur Kindertagespflege zusammengefasst, in den Bereich Vereinbarkeit von Beruf und Familie integriert und auf die Lotsenfunktion konzentriert werden. Gleichzeitig sollte ein Profilbereich zur Kindertagespflege definiert werden, den Familienzentren mit entsprechendem Bedarf – im Idealfall auf der Grundlage eines kommunalen Konzepts – auswählen können.

4 Organisation der Familienzentren – Ressourcen und Herausforderungen

Familienzentren in Nordrhein-Westfalen stellen eine Weiterentwicklung von Kindertageseinrichtungen dar und sind eng an diese gekoppelt. Dieses Konzept stößt grundsätzlich auf breite Zustimmung. Die enge Kopplung bedeutet auch, dass die Arbeit des Familienzentrums faktisch nicht allein aus dem Budget des Familienzentrums finanziert wird, sondern mit den Ressourcen der Kindertageseinrichtung verbunden ist. Eine solche Verbindung war im Landesprogramm auch von Anfang an intendiert. Dabei sollte zum einen das Budget des Familienzentrums die Etablierung von zusätzlichen Angeboten ermöglichen; zum anderen sollte das Familienzentrum eine Koordinierungsaufgabe wahrnehmen und die Ressourcen von unterschiedlichen Kooperationspartnern sozialraumorientiert bündeln. Die Ressourcenausstattung der Kindertageseinrichtung hat vor diesem Hintergrund unmittelbare Auswirkungen auf die Arbeitsmöglichkeiten und Handlungsspielräume des Familienzentrums. Engpässe, dies zeigen die Ergebnisse der Befragungen der unterschiedlichen Beteiligten, werden weniger im Budget der Familienzentren als in der Ausstattung der Kindertageseinrichtungen gesehen. Die Weiterentwicklung der Kindertageseinrichtungen und ihrer Ressourcen ist damit in Nordrhein-Westfalen eine Basis für die Weiterwicklung der Familienzentren.

Die Weiterentwicklung der Förderung von Familienzentren sollte an die laufende Reform des gesetzlichen Rahmens für Kindertageseinrichtungen anknüpfen. Bei der Ausgestaltung dieser Reform sollten die Belange von Familienzentren berücksichtigt werden. Die Reform des gesetzlichen Rahmens der Kindertagesbetreuung war allerdings nicht Thema der Evaluation. Insofern konzentrieren sich die konkreten Empfehlungen im Folgenden auf familienzentrumsspezifische Fragen.

4.1 Die Funktion der Leitung von Familienzentren

Die Leitungen von Kindertageseinrichtungen nehmen eine zentrale Funktion im Familienzentrum ein. Aus der Sicht der Jugendämter ist das persönliche Engagement der Leitung den Befragungsergebnissen zufolge die wichtigste Voraussetzung für ein gut funktionierendes Familienzentrum. In der Interviewserie in den Familienzentren wird deutlich, dass die meisten Leitungen in ihrem Selbstverständnis diese Sichtweise teilen und viele Mitarbeiter/inne/n dies bestätigen.

Für einen Teil der befragten Leitungen ist die Arbeit als Kindertageseinrichtung mit der Arbeit als Familienzentrum so eng verknüpft, dass sie weder in der Lage sind noch einen Sinn darin sehen, zwischen dem Aufwand für die Arbeit als Kindertageseinrichtung und dem Aufwand für die Arbeit als Familienzentrum zu unterscheiden. Wenn es auch vielen Leitungen schwerfällt, den Aufwand exakt zu quantifizieren, so sind doch die meisten der Meinung, dass dieser Aufwand – bspw. für die Planung und Durchführung von Angeboten und die Koordinierung der Kooperationspartner – relativ hoch ist. Ein höheres Budget für Sachausgaben wird daher nur von wenigen befragten Leitungen (und wenn, dann meistens in Verbünden) gewünscht.

Die meisten Leitungen fühlen sich durch ihre Träger bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben gut unterstützt. Von Bedeutung sind in diesem Zusammenhang die Informationsvermittlung durch den Träger, Möglichkeiten für die Teamentwicklung, die Organisation des Austauschs zwischen Familienzentren sowie eine administrative Unterstützung. In einigen Fällen – insbesondere bei kleinen Trägern – sind die Leitungen für die Verwaltung des Budgets allein zuständig, in anderen Fällen – vor allem bei größeren Trägern – können (und müssen) sie die Infrastruktur des Trägers (bspw. für Buchungen, Budgetkontrolle und Beschaffungen) nutzen. Zwar gibt es hier je nach Träger unterschiedliche Lösungen, jedoch ist die Mehrheit der befragten Leitungen mit ihrer jeweiligen Praxis zufrieden. Wertgeschätzt wird dabei jede Form der Entlastung bei administrativen Aufgaben; mindestens genauso wichtig aus der Sicht der befragten Leitungen sind jedoch der eigenständige Handlungsspielraum und die Möglichkeit, Entscheidungen je nach dem wahrgenommenen Bedarf des Familienzentrums selbst zu treffen.

Angesichts des Aufwandes für die Leitung eines Familienzentrums ist die Frage der Leitungsfreistellung – also der Bereitstellung von Stundenkontingenten, die nicht für die unmittelbare pädagogische Arbeit mit den Kindern vorgesehen sind – von hoher Bedeutung. Aus der Sicht der Jugendämter gehört die Leitungsfreistellung zu den wichtigsten Voraussetzungen für das Funktionieren des Familienzentrums; nur jeweils ein/e Befragungsteilnehmer/in hält dies für nicht oder weniger wichtig. Die einzelnen Träger gehen mit dieser Frage sehr unterschiedlich um. In den untersuchten Familienzentren gibt es Leitungen, die selbst vollständig freigestellt sind und darüber hinaus noch eine ebenfalls teilweise vom Gruppendienst freigestellte Stellvertreterin haben, und es gibt Leitungen von Einrichtungen gleicher Größenordnung, die nur ein geringes Freistellungskontingent haben. Zum Teil wird dieses nicht aus den sich aus den Kindpauschalen im KiBiz rechnerisch ergebenden Stundenkontingent finanziert, sondern aus dem Budget des Familienzentrums. In einigen Fällen bestehen zu dieser Frage Konflikte zwischen Leitungen und Trägern; in anderen Fällen führen die befragten Leitungen die als unzureichend betrachtete Freistellung auf die von ihnen ebenfalls als unzureichend eingestufte Finanzausstattung von Kindertageseinrichtungen zurück. Die Trägervertreter/innen betonen in den Expertenrunden grundsätzlich die Notwendigkeit von Freistellungsstunden, führen aber finanzielle Engpässe als Gründe dafür an, dass diese Freistellung nicht oder nicht im erforderlichen Umfang realisiert wird. Unabhängig davon, wie man die im KiBiz geregelte Finanzausstattung der Kindertageseinrichtungen grundsätzlich bewertet, ist allerdings festzustellen, dass sie über die Kindpauschalen weitgehend ähnliche Rahmenbedingungen für die Träger schafft und somit die großen Unterschiede nicht erklären kann.

In einem Teil der untersuchten Familienzentren ist die Zusammenarbeit zwischen Leitung und Stellvertretung von hoher Bedeutung. Im Idealfall wird dabei die Steuerung des Familienzentrums als gemeinsame Aufgabe in einem Leitungs-Tandem wahrgenommen, was sowohl für den Austausch untereinander als auch für die Überbrückung von Abwesenheitszeiten der Leitung und vor allem für die Sicherung der Kontinuität bei einem Leitungswechsel wichtig ist. Wie bedeutsam diese Sicherung der Kontinuität ist, zeigt sich an einzelnen Beispielen, bei denen berichtet wird, dass man nach einem Leitungswechsel mit dem Aufbau des Familienzentrums habe neu beginnen müssen. Bei vielen Trägern gibt es dennoch keine Stellvertretung, die tariflich auch als solche eingestuft wäre; oft finden sich nur Abwesenheitsvertretungen oder auch keinerlei Vertretungsregelungen.

Die Frage der Ressourcen für die Leitung stellt einen zentralen Faktor für die Weiterentwicklung der Familienzentren dar. Für die Finanzierung von fünf zusätzlichen Leitungsstunden pro Woche wäre pro Familienzentrum ein zusätzliches Budget von knapp 9.300 Euro pro Jahr erforderlich. Bei 3.000 Familienzentren würde dies landesweit Kosten in Höhe von knapp 28 Mio. Euro jährlich bedeuten. Ginge man statt von fünf Stunden von 10% einer vollen Stelle aus, würden sich die Kosten auf gut 22 Mio. Euro reduzieren. Fünf Freistellungsstunden oder ein zehnprozentiger Stellenanteil würden allerdings für die Leitung eines Familienzentrums keineswegs ausreichen; eine Verbesserung gegenüber der aktuellen Situation würde sich nur dann ergeben, wenn die Träger den Familienzentren diese Zeiten zusätzlich zu den im KiBiz vorgesehenen Stundenkontingenten zuweisen. Für eine Weiterentwicklung der Förderung von Familienzentren besteht somit ein Spannungsfeld zwischen der Autonomie der Träger und der Notwendigkeit sicherzustellen, dass zusätzliche Ressourcen für die Leitung tatsächlich in den Familienzentren ankommen.

Da die Leitung einer Kindertageseinrichtung in der Regel auch für die Leitung des Familienzentrums zuständig ist, stellt eine Freistellung für die Leitung der Kindertageseinrichtung in dem Umfang, der sich rechnerisch aus den Kindpauschalen im KiBiz ergibt, eine wichtige Voraussetzung für die Wahrnehmung von Leitungsfunktionen im Familienzentrum dar. Darüber hinaus sollten im Rahmen des aus Landesmitteln finanzierten Budgets für Familienzentren die Möglichkeiten für die Finanzierung von zusätzlichen Leitungsstunden gestärkt werden. Sowohl eine angemessene Leitungsfreistellung als auch die Installierung von Stellvertretungen könnten dadurch gefördert werden, dass entsprechende Kriterien in das Gütesiegel aufgenommen werden.

4.2 Fachkräfte im Familienzentrum – die Rolle des Teams

Die Unterstützung durch das gesamte Team gehört aus der Sicht der Jugendämter zu den wichtigsten Voraussetzungen für das gute Funktionieren eines Familienzentrums – in der Rangfolge der Bewertung der Wichtigkeit verschiedener Kriterien steht diese Unterstützung an zweiter Stelle unmittelbar hinter dem persönlichen Engagement der Leitung. Damit zeigt sich, dass die höchste Bedeutung Kriterien zugemessen wird, die mit der Haltung der Beteiligten zusammenhängen. In einer beschäftigtenorientierten Personal- und Teamentwicklung liegen somit wichtige Potenziale für die Entwicklung der Familienzentren.

Engpässe für Familienzentren ergeben sich daraus, dass sich der Fachkräftemangel in Kindertageseinrichtungen immer stärker bemerkbar macht. Ein verbesserter Personalschlüssel würde daher den in den Befragungen und Interviewserien immer wieder thematisierten Personalmangel nur partiell reduzieren. Familienzentren, dies zeigt sich in der Evaluation, sind von der Problematik unbesetzter oder nicht besetzbarer Stellen in besonderem Maße betroffen: Da die Mitarbeiter/innen eines Familienzentrums über die Aufgabe der Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern hinaus weitere Funktionen im Familienzentrum wahrnehmen, für die sie zeitweise ihren Gruppenraum verlassen müssen, ist es für ein Familienzentrum besonders gravierend, wenn Stellen nicht besetzt oder im Krankheitsfall keine Vertretungen verfügbar sind. Neben der quantitativen Seite des Problems wird von vielen der befragten Leitungen auch die Frage der Qualität angesprochen. Kenntnisse über Familienzentren und ihre Aufgaben und Arbeitsweisen stellen aus der Sicht vieler Leitungen ein wesentliches Auswahlkriterium dar, wenn sie neue Mitarbeiter/innen einstellen. Gleichzeitig bedauern viele Befragte, dass die Arbeit als Familienzentrum in der Ausbildung von Erzieher/inne/n zu wenig berücksichtigt wird.

Aus der Auswertung der Gütesiegel-Berichte ergibt sich, dass in einem steigenden Anteil von Einrichtungen Mitglieder der Teams spezifische Aufgaben für das Familienzentrum wahrnehmen. Diese Tendenz bestätigt sich in der Interviewserie. In den meisten untersuchten Familienzentren wird davon berichtet, dass bspw. eine Mitarbeiter/in „Fachfrau für Kindertagespflege“ ist, eine andere „Fachfrau für Familienbildung“ oder „Fachfrau für die Kooperation mit der Beratung“ etc. In den Familienzentren wird diese Aufgabenverteilung häufig auch als Element der Personalentwicklung begriffen; hier wird an die Ressourcen und Interessen der Mitarbeiter/innen angeknüpft und ihnen über die Fachaufgaben die Möglichkeit einer beruflichen Entwicklung gegeben, die auch mit einer entsprechenden Wertschätzung verbunden ist.

In Untersuchungen zur Personalwirtschaft in Kindertageseinrichtungen wird deutlich, dass Erzieher/innen, aber auch die akademisch ausgebildeten Kindheitspädagog/inn/en, ein großes Interesse an einer derartigen Spezialisierung haben. In der personalwirtschaftlichen Fachdebatte wird dies mit dem Stichwort „Fach- statt Führungskarrieren“ beschrieben. Einzelne Träger, so wurde in der Expertenrunde berichtet, nutzen das Instrument der Leistungszulage sowohl für Leitungen von Familienzentren als auch für Mitarbeiter/innen mit spezifischen Funktionen. Die tarifrechtlichen Voraussetzungen für derartige Lösungen sind jedoch je nach Träger unterschiedlich. Aus der vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Dezember 2018 angekündigten „Fachkräfteoffensive“ könnten sich zusätzliche Möglichkeiten für Funktionszulagen ergeben, denn als ein Element dieser Offensive kündigt das Ministerium die finanzielle Förderung derartiger Maßnahmen an: „Perspektiven mit Aufstiegsbonus: Damit sich höhere Qualifikation und die Übernahme besonderer Verantwortung besser bezahlt machen, werden Zuschüsse zur Vergütung von Fachkräften gefördert, die aufgrund einer Zusatzqualifikation mit einer besonderen Aufgabe betraut werden und so mehr verdienen.“ [2]

Die Fachkräfteoffensive enthält darüber hinaus Möglichkeiten zu einem Ausbau einer praxisintegrierten, analog zum dualen Ausbildungssystem gestalteten Ausbildung: „Praxisintegrierte vergütete Ausbildung: Das Programm fördert 5000 Plätze in der praxisintegrierten Ausbildung von Erzieherfachschülerinnen und Erzieherfachschülern ab dem Ausbildungsjahr 2019.“ [3] Eine

[2] https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/fachkraefteoffensive-fuer-erzieherinnen-und-erzieher-vorgestellt/131402
[3] https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/fachkraefteoffensive-fuer-erzieherinnen-und-erzieher-vorgestellt/131402

solche praxisintegrierte Ausbildung gibt es in Nordrhein-Westfalen an einigen Standorten bereits. Die Durchführung der praxisintegrierten Ausbildung in Familienzentren bietet die Chance, familienzentrumsspezifische Inhalte von Anfang an zu berücksichtigen. Voraussetzungen für den Ausbau bestehen darin, dass nicht nur Träger von Kindertageseinrichtungen entsprechende Ausbildungsstellen einrichten, sondern auch Berufskollegs den schulischen Teil dieser Ausbildung anbieten.

Bei Maßnahmen zur Bekämpfung des Fachkräftemangels im Arbeitsfeld „Kindertageseinrichtung" sollten die inhaltlichen Belange von Familienzentren verstärkt berücksichtigt werden. Möglichkeiten der Implementierung von Funktionszulagen und der Ausweitung einer praxisintegrierten Ausbildung, wie sie in der „Fachkräfteoffensive" des Bundes vorgesehen sind, könnten speziell für Familienzentren genutzt werden. Darüber hinaus sollte die Vermittlung von für die Arbeit im Familienzentrum relevanten Inhalten in der Ausbildung von Fachkräften gestärkt werden. In einem ersten Schritt sollten entsprechende Bedarfe und Handlungsoptionen in einem gemeinsamen Workshop von Expert/inn/en für Familienzentren, der berufsbildenden Schulen und aus kindheitspädagogischen Studiengängen diskutiert werden. Ziel ist eine Weiterentwicklung der Curricula und Studienpläne, um den spezifischen Bedarfen von Familienzentren besser Rechnung zu tragen. Als verantwortliche Instanz für die berufsbildenden Schulen sollte das nordrhein-westfälische Schulministerium von Anfang an in diese Entwicklung einbezogen werden.

4.3 Die Bedeutung der Raumsituation

Knapp zwei Drittel der an der Online-Befragung beteiligten Vertreter/innen der Jugendämter sehen in guten und ausreichenden Räumlichkeiten eine sehr wichtige Voraussetzung für das gute Funktionieren eines Familienzentrums; fast alle weiteren Befragten halten dieses Kriterium zumindest für eher wichtig. Damit hat sich der Stellenwert, der den Räumlichkeiten aus der Sicht der Jugendämter zukommt, im Vergleich zu der Befragung aus dem Jahr 2018 deutlich erhöht. Kindertageseinrichtungen sind jedoch ursprünglich von ihrer Raumausstattung her nicht als Familienzentren geplant worden. Daher bieten die Raumprogramme – vor allem von älteren Einrichtungen – oft wenig Flexibilität, um Angebote durchzuführen, die über die Bildung, Betreuung und Erziehung der Kinder hinausgehen. Die Leitungen berichten in den Interviews vielfach, dass ihr Büro oder der Personalraum genutzt werden, um Beratungen oder Bildungsangebote für Erwachsene durchzuführen. Im Alltag erfordern derartige Lösungen oft viel Improvisation, was vor allem von Mitarbeiter/innen/n oft als belastend beschrieben wird.

In einer guten Raumausstattung liegen hingegen erhebliche Potenziale, die sich nicht nur aus der Menge der Räume, sondern auch aus einer im Hinblick auf flexible Nutzbarkeit durchdachten Planung ergeben, wie ein Beispiel verdeutlicht: In einem Familienzentrum unterstützen örtliche Vereine ein vielfältiges Angebot und können im Gegenzug abends die Turnhalle der Einrichtung nutzen – was organisatorisch möglich ist, weil die Turnhalle und erwachsenengerechte Sanitäranlagen im Eingangsbereich liegen und von den anderen Räumen der Kindertageseinrichtung durch eine abschließbare Tür getrennt sind. In anderen Beispielen sind Familienzentren in einem gemeinsamen Haus bspw. mit Beratungseinrichtungen oder therapeutischen Praxen oder mit Räumen für offene Bildungsangebote untergebracht. Als hilfreich erweist sich auch, wenn Familienzentren Räume in einem in unmittelbarer Nähe gelegenen Gemeindezentrum oder ähnlichen Gebäude zurückgreifen können, was oft für konfessionelle Träger eine Option darstellt und in Einzelfällen auch trägerübergreifend ermöglicht wird. Die Auswertungen zeigen, dass solche Ressourcen in den Familienzentren intensiv für eine Gestaltung eines familienorientierten Angebots genutzt werden und sowohl die Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern als auch die Öffnung zum Sozialraum wesentlich erleichtern.

In den Expertenrunden, die im Rahmen der Evaluation durchgeführt wurden, kristallisieren sich zusammenfassend zwei Problemfelder heraus: Zum einen wird berichtet, dass die Raumprogramme für Neubauten sowie die Regelungen über mögliche Zuschüsse für Investitionen und Mieten die Berücksichtigung der Belange von Familienzentren nach wie vor nicht in ausreichendem Maße ermöglichen; allerdings scheinen sich der Umgang mit diesen Vorgaben

und ihre Interpretation interkommunal bzw. je nach Träger sehr unterschiedlich zu gestalten. Zum anderen stellt sich im Hinblick auf bestehende Gebäude, in denen Räume für Angebote des Familienzentrums nur beschränkt verfügbar sind, die Frage, wie mit dieser Problematik so umgegangen werden kann, dass weder die Qualität der Arbeit der Kindertageseinrichtung noch die Entwicklung des Familienzentrums über Gebühr eingeschränkt und ein Ausgleich zwischen unterschiedlichen Anforderungen hergestellt wird. In diesem Kontext kritisieren Vertreter/innen sowohl von Kooperationspartnern als auch von Trägern eine aus ihrer Sicht uneinheitliche und nicht transparente Vorgehensweise der Landesjugendämter und berichten, dass dadurch manche Angebote – bspw. die Bereitstellung von Turnhallen für Eltern-Kind-Gruppen oder Tagespflegepersonen während der Öffnungszeiten – in einigen Einrichtungen nicht (mehr) realisiert werden könnten.

Über die Vorgaben für die Gestaltung und Finanzierung von Neu- und Umbauten von Kindertageseinrichtungen und die Möglichkeiten einer Berücksichtigung der Belange von Familienzentren sollte mehr Transparenz geschaffen werden. Dabei ist auch zu prüfen, welche Verbesserungen möglich wären.

Für die Vorgehensweise der Landesjugendämter in Bezug auf die Raumsituation in Bestandseinrichtungen sollte eine landesweit einheitliche, transparente und die örtlichen Begebenheiten berücksichtigende Genehmigungspraxis sichergestellt werden. So soll dem Spannungsfeld zwischen der Sicherung der Qualität der Arbeit in Kindertageseinrichtungen einerseits und der Realisierbarkeit von Angeboten des Familienzentrums auch in Einrichtungen mit ungünstiger Raumsituation andererseits Rechnung getragen werden. Der Beirat der Zertifizierungsstelle Familienzentren sollte in geeigneter Weise einbezogen werden.

5 Empfehlungen im Überblick

Stärken des Landesprogramms Familienzentren liegen vor allem im Konzept selbst, das mit der Verknüpfung von Familienorientierung, Kooperationsorientierung und Sozialraumorientierung auf breite Zustimmung stößt. Schwächen des Programms ergeben sich vor allem daraus, dass Probleme in der Ressourcenausstattung von Kindertageseinrichtungen sich unmittelbar auf die Arbeit von Familienzentren auswirken; des Weiteren begrenzen einige programmexterne Regelungen die Möglichkeiten der Kooperation und damit die Entwicklungsmöglichkeiten von Familienzentren. Das größte Risiko in der Entwicklung ist darin zu sehen, dass die Schere zwischen wachsenden gesellschaftlichen Anforderungen und knappen Ressourcen weiter auseinandergehen könnte. Chancen bestehen in der Grundstruktur des Programms mit der Verknüpfung von flexibel einsetzbaren Budgets und einer konzeptorientierten Steuerung über das Gütesiegel sowie einem großen Gestaltungsspielraum für die örtlichen Jugendämter, der die Einbindung der Familienzentren in unterschiedliche lokale Strategien ermöglicht. Diese Grundstruktur bietet die Chance einer zukunftsorientierten Weiterentwicklung, die sowohl veränderte gesellschaftliche Bedarfe als auch Unterschiede zwischen den Sozialräumen aufgreift. Die in den Abschnitten 1 bis 4 dargestellten Empfehlungen basieren auf diesen Resultaten und werden im Folgenden nochmals im Überblick aufgelistet.

1 Der konzeptionelle Ansatz, Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren weiterzuentwickeln, hat sich bewährt und sollte unter Nutzung der Evaluationsergebnisse über Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken zukunftsorientiert fortgeführt werden.

1.1 Die Erweiterung der Familienorientierung von Kindertageseinrichtungen stellt eine zentrale Stärke des nordrhein-westfälischen Landesprogramms „Familienzentrum NRW“ dar. Das Angebotsspektrum der Familienzentren sollte regelmäßig reflektiert und vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Veränderungen weiterentwickelt werden (vgl. 2.3).

1.2 Das Landesprogramm „Familienzentrum NRW“ erleichtert die bedarfsorientierte Ausgestaltung der Kooperation zwischen Familienzentren und unterschiedlichen Partnern, indem flexibel nutzbare finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden. Schwierigkeiten ergeben sich vor allem aus Regelungen, die nicht unmittelbar im Rahmen des Landesprogramms gestaltbar sind.

Daher wird erstens empfohlen, die Ausgestaltung und Abwicklung der Landesförderung für die Zusammenarbeit von Beratungs- und Bildungsinstitutionen mit Familienzentren bei der laufenden Evaluation familienpolitischer Leistungen zu berücksichtigen, in Abstimmung mit den Beteiligten zu überprüfen und gegebenenfalls im Hinblick auf die praktische Nutzbarkeit anzupassen.

Zweitens sollten im Dialog mit den Gesundheitsministerien des Landes und des Bundes, den Spitzenverbänden der Krankenkassen und den therapeutischen Berufsverbänden Lösungen gesucht werden, die die rechtlich abgesicherte Durchführung von individuellen Therapien (bspw. Logopädie, Ergotherapie) je nach Bedarf der Kinder und Familien in allen Familienzentren ermöglichen.

1.3 Bei der Weiterentwicklung des Landesprogramms „Familienzentrum NRW“ sollten die Möglichkeiten der Familienzentren gestärkt werden, die spezifischen Bedarfe ihres Sozialraums zu berücksichtigen. Dazu gehört zum einen die Einführung von Elementen einer sozialraumorientierten Schwerpunktsetzung im Gütesiegel (vgl. 2.3). Zum anderen ist die Bereitstellung von Ressourcen für spezifische Bedarfe zu prüfen. Dazu gehören Mittel für erweiterte Betreuungszeiten (vgl. 3.7), für den Ausgleich des zeitlichen Aufwandes, den Kooperationspartner bei großen Entfernungen haben (vgl. 2.2), und für die erweiterte Elternarbeit (vgl. 3.1).

2 Die Kombination der Steuerung der Familienzentren über interne Organisationsentwicklung, kommunale Jugendhilfepolitik und landesweite konzeptionelle Grundlagen und Verfahrensvorgaben sollte beibehalten und unter Nutzung der Ergebnisse der Evaluation weiterentwickelt werden.

2.1 Die qualitätsorientierte Steuerung des Familienzentrums auf der Basis einer systematischen Bedarfsermittlung und konzeptionellen Reflexion sollte weiterhin über entsprechende Gütesiegel-Kriterien gefördert werden. Dabei sollte zum einen die Anzahl der einschlägigen Kriterien reduziert werden. Zum anderen sollten die Möglichkeiten zu einer Anpassung der Instrumente an die jeweiligen lokalen Rahmenbedingungen erweitert werden. Für die Einbeziehung der Kooperationspartner in die Steuerung bedeutet dies bspw. die Anerkennung, dass diese Funktion durch unterschiedliche Formen von Gremien erfüllt werden kann.

2.2 Die Systematik, den örtlichen Jugendämtern auf der Grundlage eines transparenten Verteilungsschlüssels jährlich Kontingente für die Einrichtung von neuen Familienzentren zur Verfügung zu stellen und ihnen die Verantwortung für die Verteilung auf lokaler Ebene zu überlassen, hat sich bewährt. Es gibt einen Bedarf für einen weiteren quantitativen Ausbau der Familienzentren auf der Grundlage dieser Systematik. Empfehlungen für genaue Zahlen können allerdings auf der Basis der Evaluationsergebnisse nicht abgeleitet werden. Da der Bedarf lokal unterschiedlich eingeschätzt wird, sollten Möglichkeiten einer bedarfsorientierten Flexibilisierung genutzt werden. Dazu gehören insbesondere Verfahren der Zusammenfassung von Förderkontingenten, um Verbünden aus mehreren Einrichtungen ein höheres Budget zur Verfügung zu stellen. Eine Umsetzung dieser Lösung ist im Vergleich zum bisherigen Verfahren kostenneutral.

2.3 Empfohlen wird eine Revision der Gütesiegel-Kriterien unter Nutzung der Evaluationsergebnisse und der Erfahrungen aus dem Zertifizierungsverfahren. Dabei sollte der Kriterienkatalog gestrafft werden und neben für alle geltenden Leistungsbereichen Profilbereiche enthalten, zwischen denen die Familienzentren eine Auswahl treffen können. Die Revision des Gütesiegels sollte unter Mitwirkung der Zertifizierungsstelle und des Beirats erfolgen.

Für die Zukunft sollte eine Nutzung der jährlich erstellten Gütesiegel-Berichte für ein regelmäßiges Monitoring vorgesehen werden, um Entwicklungstrends und veränderte Bedarfe zeitnah erkennen zu können. Unter Mitwirkung des Beirats der Zertifizierungsstelle sollten auf dieser Grundlage ca. alle drei bis vier Jahre Veränderungen in den Familienzentren diskutiert werden. Die Diskussionsergebnisse können bei Bedarf in einen Prozess der Weiterentwicklung einfließen.

3 Der Kriterienkatalog des Gütesiegels sollte auf der Grundlage der in der Evaluation vorgelegten Ergebnisse zur Entwicklung des Angebotsspektrums und der Bedarfe überprüft und weiterentwickelt werden.

3.1 Die Synergien zwischen der plusKITA-Förderung und dem Landesprogramm „Familienzentrum NRW“ sollten verstärkt genutzt werden. Im Idealfall sollten alle Familienzentren in benachteiligten Sozialräumen auf diese Weise eine zusätzliche Förderung bekommen; umgekehrt sollten Kindertageseinrichtungen, die nicht Familienzentrum, aber plusKITA sind, die Möglichkeit erhalten, sich als Familienzentrum zertifizieren zu lassen. Zu prüfen ist, ob die Einbeziehung der plusKITA-Förderung im Kontext eines Profilbereichs für Sozialräume mit besonderen Herausforderungen in das Gütesiegel aufgenommen wird, um einen zusätzlichen Anreiz für die Verknüpfung der beiden Programme auf lokaler Ebene zu schaffen.

3.2 Die Möglichkeiten der Familienzentren, eine Ankerfunktion in kommunalen Präventionsprogrammen wahrzunehmen, können gestärkt werden, indem entsprechende Leistungen im Gütesiegel verankert werden. Da diese Ankerfunktion sinnvoll nur auf der Grundlage einer strategischen Entscheidung der Kommune realisiert werden kann und die Jugendämter hier unterschiedliche Prioritäten setzen, kann es dabei nicht um Basisleistungen gehen, sondern um einen wählbaren Profilbereich. Bei der Gestaltung der Kriterien ist zu berücksichtigen, dass die Wahl dieses Profilbereichs eine Abstimmung mit dem örtlichen Jugendamt sowie Kapazitäten der Koordinierung im Familienzentrum erfordert.

3.3 Der Katalog der Angebote der Familienbildung im Gütesiegel und die Kriterien für die Anerkennung dieser Angebote sollten überarbeitet werden. Vor allem bei den allgemei-

nen Basisleistungen sollten niederschwellige Angebote einen höheren Stellenwert erhalten. Darüber hinaus sollte geprüft werden, wie dem Bedarf an Angeboten für Kinder so Rechnung getragen werden kann, dass eine hinreichende Abgrenzung gegenüber dem allgemeinen Bildungsauftrag der Kindertageseinrichtung möglich bleibt.

3.4 Das Gütesiegel enthält bereits mehrere Kriterien, die sich auf gesundheitsbezogene Angebote beziehen. Die Kriterien sollten im Hinblick auf Modifikations- und Ergänzungsbedarf geprüft werden. Dabei könnten bspw. die Zusammenarbeit mit Einrichtungen der Frühförderung und mit Gesundheitsämtern und die individuelle Begleitung von Familien stärker berücksichtigt werden.

3.5 Das Thema „Armut und Armutsfolgenbekämpfung“ sollte im Gütesiegel stärker berücksichtigt werden. Neben der Einführung einer allgemeinen Basisleistung (die bspw. die Bereithaltung von Informationen über Fördermöglichkeiten wie das Bildungs- und Teilhabepaket betreffen könnte) könnte dazu ein sozialraumorientierter Profilbereich gehören.

3.6 Um allgemeine Angebote inklusiv zu gestalten, sind in allen Familienzentren interkulturelle Kompetenz und Sensibilität für Diversität erforderlich – auch wenn im Einzugsbereich nur wenige Familien mit Migrationshintergrund leben. Diesbezügliche Kriterien sollten somit zu den allgemeinen Basisleistungen gehören. Spezielle Angebote für die Zielgruppe der zugewanderten Familien sollten im Gütesiegel in einem Profilbereich zusammengefasst werden, der vor allem von Familienzentren mit einem hohen Anteil an zugewanderten Familien gewählt werden kann.

3.7 Eine bedarfsorientierte Ausweitung der Betreuungszeiten kann im Rahmen des Landesprogramms „Familienzentrum NRW“ weder geregelt noch finanziert werden, da die diesbezüglichen Rahmenbedingungen im KiBiz definiert werden. Die Thematik einer Weiterentwicklung des KiBiz ist jedoch nicht Gegenstand der Evaluation der Familienzentren und kann daher in diesem Kontext nicht vertieft werden. Zu empfehlen ist jedoch die Kopplung der Förderung von erweiterten und flexibilisierten Betreuungszeiten an Familienzentren, die einen diesbezüglichen Schwerpunkt setzen. Diese Kopplung ermöglicht die Verknüpfung von erweiterten und flexibilisierten Betreuungszeiten mit weiteren familienbezogenen Leistungen und einer zeitsensiblen Angebotsgestaltung.

3.8 Im Gütesiegel sollten die Kriterien zur Kindertagespflege zusammengefasst, in den Bereich Vereinbarkeit von Beruf und Familie integriert und auf die Lotsenfunktion konzentriert werden. Gleichzeitig sollte ein Profilbereich zur Kindertagespflege definiert werden, den Familienzentren mit entsprechendem Bedarf – im Idealfall auf der Grundlage eines kommunalen Konzepts – auswählen können.

4 Die Weiterentwicklung der Förderung von Familienzentren sollte an die laufende Reform des gesetzlichen Rahmens für Kindertageseinrichtungen anknüpfen. Bei der Ausgestaltung dieser Reform sollten die Belange von Familienzentren berücksichtigt werden. Die Reform des gesetzlichen Rahmens der Kindertagesbetreuung war allerdings nicht Thema der Evaluation. Insofern konzentrieren sich die konkreten Empfehlungen im Folgenden auf familienzentrumsspezifische Fragen.

4.1 Da die Leitung einer Kindertageseinrichtung in der Regel auch für die Leitung des Familienzentrums zuständig ist, stellt eine Freistellung für die Leitung der Kindertageseinrichtung in dem Umfang, der sich rechnerisch aus den Kindpauschalen im KiBiz ergibt, eine wichtige Voraussetzung für die Wahrnehmung von Leitungsfunktionen im Familienzentrum dar. Darüber hinaus sollten im Rahmen des aus Landesmitteln finanzierten Budgets für Familienzentren die Möglichkeiten für die Finanzierung von zusätzlichen Leitungsstunden gestärkt werden. Sowohl eine angemessene Leitungsfreistellung als auch die Installierung von Stellvertretungen könnten dadurch gefördert werden, dass entsprechende Kriterien in das Gütesiegel aufgenommen werden.

4.2 Bei Maßnahmen zur Bekämpfung des Fachkräftemangels im Arbeitsfeld „Kindertageseinrichtung“ sollten die inhaltlichen Belange von Familienzentren verstärkt berücksichtigt werden. Möglichkeiten der Implementierung von Funktionszulagen und der Ausweitung

einer praxisintegrierten Ausbildung, wie sie in der „Fachkräfteoffensive“ des Bundes vorgesehen sind, könnten speziell für Familienzentren genutzt werden. Darüber hinaus sollte die Vermittlung von für die Arbeit im Familienzentrum relevanten Inhalten in der Ausbildung von Fachkräften gestärkt werden. In einem ersten Schritt sollten entsprechende Bedarfe und Handlungsoptionen in einem gemeinsamen Workshop von Expert/inn/en für Familienzentren, der berufsbildenden Schulen und aus kindheitspädagogischen Studiengängen diskutiert werden. Ziel ist eine Weiterentwicklung der Curricula und Studienpläne, um den spezifischen Bedarfen von Familienzentren besser Rechnung zu tragen. Als verantwortliche Instanz für die berufsbildenden Schulen sollte das nordrhein-westfälische Schulministerium von Anfang an in diese Entwicklung einbezogen werden.

4.3 Über die Vorgaben für die Gestaltung und Finanzierung von Neu- und Umbauten von Kindertageseinrichtungen und die Möglichkeiten einer Berücksichtigung der Belange von Familienzentren sollte mehr Transparenz geschaffen werden. Dabei ist auch zu prüfen, welche Verbesserungen möglich wären.

Für die Vorgehensweise der Landesjugendämter in Bezug auf die Raumsituation in Bestandseinrichtungen sollte eine landesweit einheitliche, transparente und die örtlichen Begebenheiten berücksichtigende Genehmigungspraxis sichergestellt werden. So soll dem Spannungsfeld zwischen der Sicherung der Qualität der Arbeit in Kindertageseinrichtungen einerseits und der Realisierbarkeit von Angeboten des Familienzentrums auch in Einrichtungen mit ungünstiger Raumsituation andererseits Rechnung getragen werden. Der Beirat der Zertifizierungsstelle Familienzentren sollte in geeigneter Weise einbezogen werden.

Qualität für Menschen

Für die Menschen.
Für Westfalen-Lippe.

Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und
Integration des Landes Nordrhein-Westfalen
Gruppe 32 – Frühe Bildung, Kindertagesbetreuung,
Frühe Hilfen; Kinderschutz

40190 Düsseldorf

Per Mail

Münster/Köln, 12.09.2019

Umgang der Landesjugendämter mit dem Zielkonflikt der Sicherung der Qualität der Arbeit in den Kindertageseinrichtungen und der Umsetzung von Angeboten der Familienzentren

Zusammenfassung

Die Träger von Kindertageseinrichtungen werden von den Landesjugendämtern im Rahmen der Betriebserlaubnisverfahren auf der Grundlage der landesweit einheitlichen Empfehlungen für die Raumnutzung für Kindertageseinrichtungen einheitlich beraten. Die Empfehlungen wurden von den Landesjugendämtern in Abstimmung mit dem Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration NRW erstellt.

In jedem Einzelfall gilt es, auf der Grundlage dieser Empfehlungen die erforderlichen Raumkapazitäten für die Angebote der Familienzentren sowie die Bedarfe der Kindertagesbetreuung miteinander abzuwägen. Hier sind jeweils die besonderen Gegebenheiten vor Ort einzubeziehen. Insoweit sind letztlich auf der Basis der geltenden Empfehlungen immer Einzelfallentscheidungen in Abstimmung auch mit den Trägern zu treffen. Die Landesjugendämter legen dabei großen Wert auf eine transparente und zielorientierte Kommunikation mit den Trägern und ebenso auf Transparenz ihrer Entscheidung.

Vor dem Hintergrund der insoweit kritischen Anmerkungen im Abschlussbericht „Evaluation Familienzentren NRW" werden die Landesjugenämter ihre Entscheidungspraxis sowie die geltenden Rahmenbedingungen und die Empfehlungen für die Raumnutzung noch einmal kritisch reflektieren. Hierzu wird auch ein kontinuierlicher Austausch mit dem zuständigen Ministerium erfolgen.

LVR – Landschaftsverband Rheinland
Kennedy-Ufer 2, 50663 Köln
Telefon: 0221 809-0, Fax: 0221 809-2009
www.lvr.de

LWL – Landschaftsverband Westfalen-Lippe
Freiherr-vom-Stein-Platz 1, 48133 Münster
Telefon: 0251 591-01, Fax: 0251 591-3300
www.lwl.org

I. Einleitung

Die Familienzentren in NRW bieten ein breit gefächertes Angebot für Eltern in ihrem Sozialraum und stellen ein wichtiges Unterstützungsangebot für Familien dar. Die Möglichkeiten zur Öffnung des Familienzentrums in den Sozialraum und die zugleich erforderliche Abgrenzung des Angebotes der Kindertageseinrichtung zum eigentlichen Bildungs- und Betreuungsauftrag müssen in jedem Einzelfall in Einklang miteinander gebracht werden. Der dabei häufig bestehende Zielkonflikt ist den Mitarbeitenden in den Landesjugendämtern bewusst; sie verfolgen insgesamt einen lösungsorientierten Beratungsansatz. Dabei werden sachgerechte und in den allermeisten Fällen auch einvernehmliche Lösungen mit den Trägern erarbeitet und vereinbart.

II. Problembeschreibung

Der vorstehend dargelegte Zielkonflikt wird auch in dem vorgelegten Abschlussbericht zur Evaluation der Familienzentren in NRW deutlich. Hier wird in Kapitel 10.2.5 eine uneinheitliche Entscheidungspraxis der Landesjugendämter in Bezug auf die Nutzung von Räumlichkeiten für das Angebot der Familienzentren bemängelt.

Wie bereits ausgeführt, müssen in jedem Einzelfall die Sicherung der Qualität der Arbeit in den Kindertageseinrichtungen sowie die Umsetzung von Angeboten der Familienzentren in Einklang gebracht werden. In den allermeisten Fällen stehen in den Einrichtungen nicht ausreichend Räume für eine ausschließliche Nutzung für die Angebote des Familienzentrums zur Verfügung. Vielmehr finden vielfach Kursangebote der Familienzentren in Mehrzweckräumen, in Personalräumen oder auch im Büro der Leitung statt. Diese Räume stehen für die Arbeit der Kindertageseinrichtung dann nicht mehr voll umfänglich zur Verfügung.

Im Folgenden werden beispielhaft verschiedene Gütesiegelkriterien, die sich auf die räumlichen Erfordernisse beziehen, benannt, auch um die Komplexität der Fragestellung noch einmal zu verdeutlichen:

1. Beratung und Unterstützung für Kinder und Familien
   - 1.04 (1.11) Basisleistung: organisiert eine individuelle Beratung zu Erziehungs- und Familienfragen durch Kooperationspartner (bspw. Erziehungsberatungsstelle, Allgemeiner Sozialer Dienst) in seinen Räumlichkeiten (eingebunden in eine regelmäßige Sprechstunde oder mit bedarfsorientierten Terminen) und ermöglicht eine ungestörte Beratungssituation und der Vertrauensschutz ist gewährleistet.
   - 1.08 (1.12) Aufbauleistung: sorgt dafür, dass Kinder individuelle Therapien (bspw. durch freie Praxen und/oder Frühförderstellen) wahrnehmen können (in den

Räumlichkeiten des Familienzentrums und/oder durch einen Hol- und Bringdienst).

2. Familienbildung und Erziehungspartnerschaft
   - 2.02 (2.3) Basisleistung: organisiert in der Tageseinrichtung regelmäßig ein offenes Elterncafé oder verfügt über einen „Info-Point" (an dem Materialien ausliegen) als Rahmen für informelle Gespräche für Eltern untereinander oder mit Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern der Einrichtung.
   - 2.06 (2.7) Basisleistung: ermöglicht Eltern, Familienselbsthilfeorganisationen, anerkannten Elternvereinen und/oder Migrantenorganisationen, im Familienzentrum Treffen, Beratungen oder andere Aktivitäten durchzuführen.
   - 2.07 (1.3) Aufbauleistung: organisiert Angebote im Familienzentrum für Familien mit unter dreijährigen Kindern (mindestens ein Angebot im Monat).

3. Vereinbarkeit von Familie und Beruf
   - 3.07 (4.6/3.9) Aufbauleistung: organisiert und ermöglicht eine Randzeitenbetreuung (nach 17.00 Uhr und/oder vor 07.00 Uhr) in der Einrichtung (bspw. durch Tagespflegepersonen oder Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter der Einrichtung) im Umfang von mindestens 10 Wochenstunden.

4. B Berufstätigkeit und zeitsensible Angebotsgestaltung
   - 4B03 (4.15): ermöglicht Eltern und/oder Geschwisterkindern die Teilnahme an Mahlzeiten.

4. K Kindertagespflege
   - 4K02 (3.10): ermöglicht einzelnen Tagespflegepersonen für ihre Betreuungsangebote die Nutzung von freien Räumen der Einrichtung während der Öffnungszeiten (bspw. Kleingruppen für unter Dreijährige, Turnhallennutzung).

4. L Ländlich geprägter Raum
   - 4L06 (Neu): organisiert individuelle Angebote zur Gesundheitsförderung / -beratung im Familienzentrum oder im Umfeld.

4. P Prävention
   - 4P 02 (neu): ermöglicht oder organisiert auf der Grundlage einer schriftlichen Kooperationsvereinbarung Angebote einer (Familien-)Hebamme oder einer Institution, die Angebote von (Familien-)Hebammen im und mit dem Familienzentrum bereitstellt.

5. Verbindliche Kooperationsstrukturen
   - 6.01 (6.1): verfügt über Räumlichkeiten in der Tageseinrichtung oder im unmittelbaren Umfeld, in denen Angebote des Familienzentrums (auch durch Kooperationspartner) durchgeführt werden können, ohne dass es zu wechselseitigen Beeinträchtigungen zwischen diesen Angeboten und der pädagogischen Arbeit

in der Tageseinrichtung kommt.

Im Rahmen von Kooperationsvereinbarungen können zwar auch andere Räumlichkeiten im Sozialraum genutzt werden, allerdings werden bestimmte Fördermittel wie z.B. für Familienberatung daran gebunden, dass die Angebote in den Räumen der Familienzentren stattfinden.

III. Vorgehensweise der Landesjugendämter im Rahmen der Erteilung von Betriebserlaubnissen

Die fehlenden Raumkapazitäten für Familienzentren und der sich daraus häufig ergebende Zielkonflikt zwischen den Anforderungen an die Kindertagesbetreuung und der Angebotsstruktur von Familienzentren sind den Landesjugendämtern bekannt. Seitens der Landesjugendämter werden die Träger im Rahmen des Betriebserlaubnisverfahrens entsprechend der **landesweit einheitlichen Empfehlungen für die Raumnutzung** beraten. Selbstverständlich sind dabei aber die jeweiligen Gegebenheiten und Besonderheiten vor Ort im Sinne einer sachgerechten Entscheidung im Einzelfall ausreichend zu berücksichtigen.
Seit 2006 sind viele Träger von Tageseinrichtungen in die Zertifizierung zu Familienzentren eingestiegen. Die Konzeptionen entstanden sowohl für bestehende Räumlichkeiten von Kindertageseinrichtungen, als auch für Neu- und Erweiterungsbauten. Diese Spannbreite von Fallgestaltungen ist durch die Landesjugendämter zu beraten, zu bewerten und zu entscheiden. Dabei muss immer im Blick behalten werden, dass die notwendigen Räume für die Bildungsarbeit und die Bedarfe der Kinder in ausreichendem Umfang zur Verfügung stehen. In diesem Zusammenhang wird ausdrücklich auch noch einmal darauf hingewiesen, dass die Betriebserlaubnis für die Kindertageseinrichtung ein bestimmtes Raumangebot gerade voraussetzt. Demgegenüber steht die vom Träger gewünschte Angebotsvielfalt im Rahmen des Angebotes seines Familienzentrums. Hier gilt es in einem engen Austausch mit dem Träger vor dem Hintergrund seiner Konzeption auszuloten, was im Einzelfall möglich ist. Zum Beispiel soll ein Mehrzweckraum in einer Kindertageseinrichtung den Kindern in ihren unterschiedlichen Entwicklungsstufen für Bewegungsangebote grundsätzlich zur Verfügung stehen. Wird dieser Mehrzweckraum jedoch für Angebote des Familienzentrums genutzt, muss gut bedacht werden, wer, wann und mit welchem Angebot die Räumlichkeit nutzen kann.
Die Nutzung eines für die Erteilung der Betriebserlaubnis notwendigen Raumes für die Kindertagesbetreuung kann nicht dauerhaft durch Angebote des Familienzentrums beschnitten werden.

Der Träger ist beauftragt, die Nutzung seiner Räume durch Anbieter von außen zu organisieren und insoweit Kooperationsverträge zu schließen. Diese Verträge müssen auch den Zugang der Personen von außen zu und innerhalb der Tageseinrichtung regeln. Personen, die für bestimmte Angeboten Räume der Tageseinrichtung nutzen, müssen zum Schutz aller Kinder in der Einrichtung begleitet werden. Grundsätzlich stehen das

Wohl und der Schutz aller anwesenden und betreuten Kinder an oberster Stelle, allerdings sollten auch Angebote der Familienzentren anonym genutzt werden können.

Die Landesjugendämter sehen, dass die Organisation eines Familienzentrums während des laufenden Kita-Betriebs die Mitarbeitenden vor große Herausforderungen stellt und das Raummanagement viele Ressourcen benötigt.

IV. Förderung

Eine Refinanzierung zusätzlicher Räume für Familienzentren durch Mittel aus aktuellen Bundes- und Landesförderprogrammen ist mit dem Blick auf die Familienorientierung nicht ausgeschlossen.
Aus dem Bundesförderprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung 2017-2020“ und dem Landesförderprogramm „Kita-Investitionsprogramm-NRW 2025“ können mit jeweils 25% der bereit gestellten Fördermittel auch Maßnahmen gefördert werden, die **dem Erhalt von vorhandenen Plätzen** und „der Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern bis zum Schuleintritt dienen und gleichzeitig zur Qualitätssteigerung beitragen“. Die „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Investitionen für zusätzliche Plätze in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege“ zählt hierzu in den Nummern 2.5.1.3 b) aa) und 2.5.1.4 b) aa) Faktoren auf, die z. B. der Verbesserung des Raumprogramms dienen. Dazu können u. a. auch Räumlichkeiten für die Arbeit mit Eltern oder die Schaffung zusätzlicher Mehrzweckräume gehören.

Von dieser Fördermöglichkeit sind Kindertageseinrichtungen, die Familienzentren sind, nicht ausgeschlossen. Sofern die geplante Maßnahme für den langfristigen Erhalt von Plätzen erforderlich ist und der Qualitätssteigerung dient, kann auch ein Familienzentrum – wie jede andere Kita auch - von dieser Förderung profitieren.

Die Landesjugendämter weisen darauf im Rahmen ihrer Beratungen selbstverständlich auch hin.

Mit freundlichen Grüßen

Die Direktorin
des Landschaftsverbandes
Rheinland
Im Auftrag

Sandra Clauß

Der Direktor
des Landschaftsverbandes
Westfalen-Lippe
Im Auftrag

Marlies Silies

Die Direktorin des Landschaftsverbandes Rheinland

Qualität für Menschen

Vorlage-Nr. 13/1981

öffentlich

Datum: 21.02.2012
Dienststelle: Fachbereich 42
Bearbeitung: Frau Clever

Landesjugendhilfeausschuss 08.03.2012 zur Kenntnis

Tagesordnungspunkt:

Empfehlungen zum Raumprogramm für Kindertageseinrichtungen

Kenntnisnahme:

Der Landesjugendhilfeausschuss nimmt die veränderte Darstellung der Empfehlungen des Landesjugendamts Rheinland zum Raumprogramm sowie die Erläuterungen hierzu gemäß Vorlage Nr. 13/1981 zur Kenntnis.

Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt (lfd. Jahr):

Produktgruppe:	
Erträge: Veranschlagt im (Teil-)Ergebnisplan	Aufwendungen: /Wirtschaftsplan
Einzahlungen: Veranschlagt im (Teil-)Finanzplan Bei Investitionen: Gesamtkosten der Maßnahme:	Auszahlungen: /Wirtschaftsplan
Jährliche ergebniswirksame Folgekosten:	
Die gebildeten Budgets werden unter Beachtung der Ziele eingehalten	

In Vertretung

E l z e r

Zusammenfassung:

Die Empfehlungen, die als Arbeits- und Orientierungshilfe für Jugendämter, Träger von Kindertageseinrichtungen und Planer dienen, wurden für die Verwendung in der Praxis übersichtlicher gestaltet. Damit soll der Ausbau der Plätze für Kinder unter 3 Jahren weiter unterstützt werden.

Begründung der Vorlage Nr. 13/1981:

Die Verwaltung des Landesjugendamts hat die LVR-Empfehlungen zum Raumprogramm für Kindertageseinrichtungen aus dem Jahre 2009 überarbeitet und Doppelungen entfernt. Mit dieser veränderten übersichtlicheren Raummatrix möchte das LVR-Landesjugendamt die Praxis im Ausbau von Plätzen für Kinder unter drei Jahren noch besser unterstützen.

Der Landesjugendhilfeausschuss des LVR-Landesjugendamtes hat bereits am 09.03.2009 diese Empfehlungen beschlossen. Diese wurden mit Rundschreiben Nr. 42 / 627 /2009 vom 12.03.2009 den Jugendämtern der Kreise und Städte im Rheinland zugeleitet. Auch das LWL-Landesjugendamt hatte 2009 fast gleichlautende Empfehlungen veröffentlicht.

Diese Empfehlungen entlasten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fachabteilung durch allgemeine Empfehlungen und Erläuterungen als Arbeits- und Orientierungshilfe für die Planungen vor Ort. Selbstverständlich ist, dass dem Praxisfeld der Kindertageseinrichtungen auf Wunsch weiterhin kurzfristige Unterstützung durch die Einzelberatung von Projekten zur Erlangung einer Betriebserlaubnis möglich ist. Dabei kann die Situation vor Ort besonders einbezogen werden.

Die als Anlage 2 den Empfehlungen (Raummatrix) beigefügten Erläuterungen zum Raumprogramm stellen noch einmal gute räumliche Bedingungen für die Räume in der Kindertageseinrichtung und für das Außengelände dar.

Es ist in enger Zusammenarbeit mit der Pressestelle des LVR zeitnah beabsichtigt, die Präsentation dieser Empfehlungen adressatenorientiert zu optimieren und dann zu veröffentlichen (z. B. in Form eines Flyers).

Außerdem sollen die Empfehlungen unter "Arbeitshilfen" ins LVR-Internet eingestellt werden.

In Vertretung

E l z e r

Empfehlungen zum Raumprogramm für Kindertageseinrichtungen

Diese Empfehlungen sind Beratungs- und Arbeitshilfen für Planer von Kindertageseinrichtungen. Sie enthalten Richtwerte, die die Planung beim Bau und Umbau von Kindertageseinrichtungen unterstützen, um kindgerechte räumliche Bedingungen zu schaffen.
Bei Um- oder Ausbau bestehender Einrichtungen werden die baulichen und räumlichen Gegebenheiten selbstverständlich berücksichtigt.

	Gruppenbezogene Räume:	**u1 bis 3 Jahre oder 1 Jahr bis 3 Jahre**	**u1 bis Einschulung oder 1 Jahr bis Einschulung**	**2 Jahre bis Einschulung**	**3 Jahre und älter**
A	Gruppenraum ca. 45 m² Gruppennebenraum ca. 18 - 24 m² zusammen: ca. 68 m² Sanitärbereich (2 WC und 2 Waschbecken, ggf. ein Sanitärbereich der Kinder behindertengerecht)	**X**	**X**	**X**	**X**
B	Pflegebereich (im Sanitärbereich oder als eigener Raum)	**X**	**X**	**X**	**X** bei integrativer Betreuung
C	Raum zur Differenzierung, (z.B. Ruhen, Schlafen, Spielen) ca. 18 – 24 m²	**X**	**X**	**X**	
D	Raum zur Differenzierung (z. B. Ruhen, Schlafen, Spielen) ca. 25 – 30 m², je nach angestrebter Konzeption oder räumlichen Bedingungen			**X** alternativ zu C: auch für je 2 Gruppen möglich	

Einrichtungsbezogene Räume:

- Mehrzweckraum ab der 2. Gruppe (ca. 55 m², mit Geräteraum)
- Küche, ggf. mit Vorratsraum
- Leiter/innenzimmer
- Abstellräume
- Personal-WC (möglichst behindertengerecht)
- Raum zur therapeutischen Nutzung bei integrativer Betreuung (ca. 18 – 24 m²)
- Personalraum (ab der 3. Gruppe)
- Wirtschaftsraum für Waschmaschine und Trockner / Putzmittelraum
- Eingangsbereich, Flure, Garderoben, Abstellbereich für Kinderwagen

Außenspielfläche:
Die Planung und Größe der Außenspielfläche richtet sich nach der voraussichtlich betreuten Kinderzahl und den örtlichen Gegebenheiten. Empfohlen werden ca. 10 – 12 m² pro Kind. Abweichungen - z. B. in innerstädtischen Bereichen - sind möglich und werden individuell abgesprochen.

LVR
Qualität für Menschen

42.20 **Köln, den 13.02.2012**

Erläuterungen zum Raumprogramm für Kindertageseinrichtungen

Die Empfehlungen dienen als Planungs-, Arbeits- und Orientierungshilfe für Jugendämter, Träger von Tageseinrichtungen und Planer.

Mit diesen Empfehlungen unterstützen wir die baulichen Entscheidungen zur räumlichen Gestaltung der Tageseinrichtungen für Kinder, um kindgerechte räumliche Bedingungen zu schaffen. Die Empfehlungen geben darüber hinaus eine konzeptionelle Orientierungshilfe - auch vor dem Hintergrund möglicher zukünftiger Veränderungen der Konzeption einer Einrichtung (z. B. Nutzung ab dem Säuglingsalter, gemeinsame Betreuung von Kindern mit und ohne Behinderung).
Auf die individuellen Bedingungen der jeweiligen Einrichtungen eingehende Handlungsspielräume werden selbstverständlich im Dialog mit allen Beteiligten abgestimmt.
Die besondere Situation von bestehenden Einrichtungen mit ihrem derzeit vorhandenen Raumprogramm wird seitens des Landesjugendamts Rheinland bei der Beratung berücksichtigt. Im Rahmen der Beratung wirken wir jedoch, wenn möglich, auf eine Angleichung des Raumprogramms für diese Kindertagesstätten hin.

Gute räumliche Bedingungen für Kinder liegen dann vor, wenn:

- die Gruppeneinheiten (Gruppenraum, Raum/Räume zur differenzierten Nutzung, Sanitärraum) für alle Kinder barrierefrei erreichbar sind,
- in einem mehrstöckigen Neubau mit der Konzeption „Gemeinsame Betreuung von Kindern mit und ohne Behinderung" ein Aufzug eingebaut wird,
- bei mehrstöckigen Häusern die Treppen Zwischenpodeste haben,
- die Räume ausreichend und natürlich belichtet sind und die Kinder aus den Fenstern schauen können,
- die Abtrennungen und Türen der Kindertoiletten im Sanitärbereich nach außen - zum Waschbereich hin - zu öffnen sind,
- der Sichtschutz zwischen Toiletten und Waschbereich von mindestens 1,80 m den Intimbereich der Kinder berücksichtigt.

Gute Bedingungen im Außengelände liegen dann vor, wenn:

- die Gestaltung und Nutzung des Außengeländes in die pädagogische Gesamtkonzeption eingebunden ist,
- die Sicherheit der Spielgeräte mit der Unfallkasse NRW abgesprochen ist,
- bauliche Anlagen und Ausstattungen, Spielplatzgeräte und Spielzeug dem Entwicklungsstand / dem Alter der betreuten Kinder entsprechen und ihre Bewegungsfreude unterstützen,
- geeignete Aufbewahrungsmöglichkeiten für Außenspielmaterialien (z. B. Außenspielgeräteraum) den Kindern frei zugänglich sind,
- das Gelände so eingezäunt ist, dass es den Kindern Sicherheit bietet,
- das Gelände über genügend Schattenspender, wie z.B. Bäume, Sonnensegel, Sonnenschirme verfügt,
- eine witterungsunabhängige Nutzung des Außengeländes - ggfls. durch ein vorhandenes Regendach oder ähnliches – ermöglicht wird.

TOP 9 Informationsvorlagen

Die Direktorin des Landschaftsverbandes Rheinland

Qualität für Menschen

Ergänzungsvorlage Nr. 14/3884/1

öffentlich

Datum:	22.04.2020
Dienststelle:	Fachbereich 43
Bearbeitung:	Herr Mavroudis

Landesjugendhilfeausschuss	**28.05.2020**	**Kenntnis**

Tagesordnungspunkt:

Entwicklung von Präventionsketten in NRW: Das Förderprogramm "kinderstark - NRW schafft Chancen" des MKFFI

Kenntnisnahme:

Der Bericht über die Entwicklung von Präventionsketten in NRW und das angekündigte neue Förderprogramm "kinderstark - NRW schafft Chancen" des Ministeriums für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes NRW wird zur Kenntnis genommen.

UN-Behindertenrechtskonvention (BRK):

Diese Vorlage berührt eine oder mehrere Zielrichtungen des LVR-Aktionsplans zur Umsetzung der BRK.	nein

Gleichstellung/Gender Mainstreaming:

Diese Vorlage berücksichtigt Vorgaben des LVR-Gleichstellungsplans 2020.	nein

Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt (lfd. Jahr):

Produktgruppe:	
Erträge: Veranschlagt im (Teil-)Ergebnisplan	Aufwendungen: /Wirtschaftsplan
Einzahlungen: Veranschlagt im (Teil-)Finanzplan Bei Investitionen: Gesamtkosten der Maßnahme:	Auszahlungen: /Wirtschaftsplan
Jährliche ergebniswirksame Folgekosten:	
Die gebildeten Budgets werden unter Beachtung der Ziele eingehalten	

In Vertretung

B a h r - H e d e m a n n

Zusammenfassung:

Der Auf- und Ausbau von kommunalen Präventionsketten findet in Nordrhein-Westfalen schon seit vielen Jahren statt. Mit dem geplanten neuen Projektaufruf „kinderstark – NRW schafft Chancen" will das Land nun alle Jugendämter in Nordrhein-Westfalen bei der Strukturentwicklung im Bereich der Prävention unterstützen. Dafür stehen im Jahr 2020 über 14 Millionen Euro zur Verfügung.

Mit den Mitteln können die Jugendämter verschiedene Maßnahmen umsetzen. Priorität hat die Einrichtung einer ämter- und dezernatsübergreifenden Netzwerkkoordinierung. Darüber hinaus können Maßnahmen in benachteiligten Quartieren gefördert werden, um die Entwicklungs- und Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen zu verbessern: Familiengrundschulzentren, Lotsendienste in Geburtskliniken, Lotsendienste in Kinder- und Jugendarztpraxen oder gynäkologischen Arztpraxen, kommunale Familienbüros und/oder aufsuchender Angebote an Regelinstitutionen.

Die Landesjugendämter Rheinland und Westfalen übernehmen im Auftrag des Ministeriums für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen die Bewirtschaftung der Fördermittel und die Antragsberatung. Für die Finanzierung einer Sachbearbeitungsstelle stellt das Land voraussichtlich 75.000,- Euro zur Verfügung. Zudem finden aktuell Gespräche mit dem Ministerium und dem Institut für soziale Arbeit statt, um die fachliche Begleitung der Kommunen durch die Landesjugendämter und die vom Land beim Institut für soziale Arbeit (ISA) finanzierte Servicestelle Prävention bis 2022 abzustimmen.

Begründung der Vorlage Nr. 14/3884/1:

Der Ältestenrat hat in seiner Sondersitzung am 16.03.2020 aufgrund der Corona-Pandemie entschieden, alle Ausschusssitzungen bis zum 30.04.2020 abzusagen.

Die Vorlage wird dem Landesjugendhilfeausschuss zur Kenntnis gegeben.

Begründung der Vorlage Nr. 14/3884:

Entwicklung von Präventionsketten in Nordrhein-Westfalen: Das Förderprogramm „kinderstark – NRW schafft Chancen" des Ministeriums für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen

Der Auf- und Ausbau von kommunalen Präventionsketten findet in Nordrhein-Westfalen schon seit vielen Jahren statt. Die Präventionskette bildet eine institutionelle Infrastruktur für Kinder, Jugendliche und ihre Familien entlang der biografischen Lebens- und Entwicklungsphasen – beginnend mit den Frühen Hilfen bis hin zu Angeboten für einen gelingenden Übergang in Ausbildung/Studium, Beruf und ein selbstbestimmtes Leben.

Unterstützt durch das Landesprogramm „Kommunale Präventionsketten" (zuvor: „Kein Kind zurücklassen!") sowie durch das LVR-Förderprogramm „Teilhabe ermöglichen – Kommunale Netzwerke gegen Kinderarmut" sind viele Kommunen bereits seit Jahren damit befasst, ihre Präventionskette auf- und auszubauen. Auch die Frühen Hilfen als erstes Glied der Präventionskette waren und sind ein wichtiger Impuls für die Strukturentwicklung im Bereich der Prävention.

Mit dem Projektaufruf „kinderstark – NRW schafft Chancen" (die Veröffentlichung ist für Ende Februar/Anfang März angekündigt) will das Land nun alle Kommunen in Nordrhein-Westfalen beim Auf- und Ausbau von Präventionsketten unterstützen. Dafür stehen im Jahr 2020 über 14 Millionen Euro zur Verfügung.

Ziel der Landesregierung ist es, die Chancen auf ein gelingendes Aufwachsen sowie gesellschaftliche Teilhabe zu verbessern und Kinderarmut zu bekämpfen. Der Projektaufruf soll gleichzeitig einen Einstieg in eine dauerhafte Stärkung kommunaler Prävention mit Unterstützung des Landes darstellen, vorbehaltlich der Zustimmung des Haushaltsgesetzgebers für künftige Haushaltsjahre.

Das Förderprogramm

Gefördert werden sollen vorrangig strukturbildende Maßnahmen zur Stärkung kommunaler Vernetzung und Koordinierung im Hinblick auf die fachbereichsübergreifende Zusammenarbeit und Unterstützung von Kindern, Jugendlichen und Familien. Hierzu soll **eine ämter- und dezernatsübergreifende Netzwerkkoordinierung** für Kinder ab vier Jahre bis zum Übergangssystem Schule – Beruf/Studium eingerichtet werden. Auch Aufbau und Pflege des Online Tools „Guter Start NRW" und/oder eine Bestandsaufnahme über bestehende maßnahmenbezogene Netzwerke im Jugendamtsbezirk sind förderfähig.

Darüber hinaus werden Maßnahmen an Regelinstitutionen in benachteiligten Quartieren gefördert, die die Entwicklungs- und Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen verbessern sollen:

- Mit **Familiengrundschulzentren** sollen Unterstützungsstrukturen für Familien mit Kindern an offenen Ganztagsgrundschulen aufgebaut werden. Ziel ist es, Eltern als kompetente Bildungspartner ihrer Kinder zu stärken und in gemeinsamer Verantwortung von Eltern und Schule den Grundschulkindern eine chancengerechte Bildungsbeteiligung zu ermöglichen.

- **Lotsendienste in Geburtskliniken** sind ein aufsuchendes Angebot zur Einschätzung von Bedarfen und Vermittlung von Familien zu geeigneten Informations-, Beratungs- und Unterstützungsangeboten für die Zeit nach der Geburt.
- Durch **Lotsendienste in Kinder- und Jugendarztpraxen oder gynäkologischen Arztpraxen** und die Zusammenarbeit von Gesundheits- und Jugendhilfe soll eine frühzeitige Erkennung von familiären Belastungen und eine Überleitung in geeignete Unterstützungsangebote unterstützt werden.
- **Kommunale Familienbüros** sind Einrichtungen, die Familien als niedrigschwellige Service- und Lotsenstelle zur Verfügung stehen und wesentlich zu einer verbesserten Informationslage für Familien beitragen.
- Der **Ausbau aufsuchender Angebote** an Regeleinrichtungen dient dazu, Familien in belasteten Lebenssituationen wie Armut, Neuzuwanderung sowie Kinder mit chronischen Erkrankungen, Behinderung oder psychisch erkranktem Elternteil besser zu unterstützen.

Gefördert werden je nach Maßnahme insbesondere Sachmittel und Personalkosten für den Einsatz von Fachkräften, für die Konzeptentwicklung sowie für Qualifizierung.

Antragsberechtigt sind ausschließlich die Jugendämter der Städte und Kreise in Nordrhein-Westfalen. Die mögliche Höchstgrenze der Förderung ist festgelegt; sie resultiert aus der Anzahl der Kinder im SGB II-Bezug von vier bis 17 Jahren. Die beiliegende Übersicht (Anlage 2) informiert über die konkreten Fördersummen.

Die Fördermittel können vom Grundsatz her für unterschiedliche Maßnahmen genutzt werden. Zu beachten ist aber, dass die ämter- und dezernatsübergreifende Netzwerkkoordinierung prioritär ist. Ist diese in einer Kommune bereits vorhanden, können sämtliche Mittel für weitere Maßnahmen genutzt werden.

Weitere Hinweise sind dem Entwurf des Förderaufrufs zu entnehmen (Anlage 1).

Bewirtschaftung des Förderprogramms, Antragsberatung und Begleitung der Kommunen

Mit dem Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen wird aktuell vereinbart, dass die Landesjugendämter Rheinland und Westfalen die Bewirtschaftung der Fördermittel und die Antragsberatung übernehmen. Ein Kooperationsvertrag ist aktuell in der Abstimmung, der vorsieht, dass dem LVR-Landesjugendamt 2020 insgesamt 75.000,- Euro für insbesondere die Finanzierung einer Sachbearbeitung zur Verfügung gestellt werden.

Die Antragsberatung soll durch die LVR-Koordinationsstelle Kinderarmut erfolgen. Angesichts der insgesamt begrenzten Ressourcen wurde dem Ministerium mitgeteilt, dass ein Bedarf an zusätzlichen Finanzmitteln für eine Stelle in der Fachberatung besteht. Gleichzeitig finden Gespräche mit dem Ministerium und dem Institut für soziale Arbeit statt, um die fachliche Begleitung der Kommunen durch die Landesjugendämter und die beim Institut für soziale Arbeit (ISA) vom Land finanzierte Servicestelle Prävention bis 2022 abzustimmen.

Die ISA-Servicestelle Prävention bietet zur Unterstützung der Kommunen Vernetzungs- und Qualifizierungsangebote an und stellt als fachlich-konzeptionelle Orientierung ein Qualitätshandbuch zum Auf- und Ausbau von Präventionsketten zur Verfügung. Diese Angebote sind für geförderte Kommunen verpflichtend (siehe Entwurf des Projektaufrufs, Seite 2, Punkt 1).

Die LVR-Koordinationsstelle Kinderarmut bietet als etabliertes Kompetenzzentrum für den Auf- und Ausbau von Präventionsketten ebenfalls gewachsene Expertise, Prozessberatung in den Kommunen und ein umfangreiches Fortbildungsangebot an Jugendämter.

Die Herausforderung besteht zukünftig darin, die jeweiligen Angebote und Expertisen so aufeinander abzustimmen, dass die Kommunen im Rheinland in den nächsten Jahren gut

unterstützt werden. Aufgebaut werden kann hier auf der bereits gewachsenen guten Kooperation zwischen ISA und LVR-Landesjugendamt im Konsultationsgespräch „Kommunale Netzwerke der Prävention" sowie bei der gemeinsamen Durchführung der Frühjahrsakademien für Kommunen. Auch in diesem Jahr ist wieder eine Frühjahrsakademie geplant: am 07.05.2020 in Köln und am 14.05.2020 in Münster.

Ausblick

Der Projektaufruf „kinderstark – NRW schafft Chancen" kann den Auf- und Ausbau von Präventionsketten in Nordrhein-Westfalen nochmals maßgeblich vorantreiben. Voraussetzung wird sein, dass die ausgeschriebenen Maßnahmen zur Bedarfslage der Kommunen passen und die Jugendämter die Mittel beantragen. Dies wird angesichts der Förderstruktur und des bereits fortgeschrittenen Jahresverlaufs sowohl für die Kommunen als auch für das LVR-Landesjugendamt als Bewilligungsbehörde und Beratungsinstanz eine große Herausforderung sein.

Nur wenn es gelingt, die Landesmittel maßgeblich in Anspruch zu nehmen, kann sichergestellt werden, dass die gut 14 Millionen Euro auch zukünftig im Landeshaushalt für Prävention verankert sind und den Kommunen damit dauerhaft und verlässlich Mittel für die Strukturentwicklung zur Verfügung stehen.

In Vertretung

B a h r - H e d e m a n n

Ministerium für Kinder, Familie,
Flüchtlinge und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen

kinderstark
NRW schafft Chancen

Aufruf des Ministeriums für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen (MKFFI) vom XX.XX. 2020 zur Einreichung von Anträgen auf Projektförderung zu Aufbau und Stärkung kommunaler Präventionsketten.

Ziel der Landesregierung ist es, Familien als Fundament der Gesellschaft zu stärken und Kinder und junge Menschen in NRW bis zum Übergang in den Beruf bestmöglich und individuell zu fördern. Besonders die Bekämpfung von Kinderarmut und ein Aufstieg durch Bildung bedürfen einer Bündelung aller Kräfte und einer engen Zusammenarbeit der Akteure. Die Kommunen nehmen dabei eine Schlüsselstellung ein, da sie unmittelbar die Infrastruktur zur Unterstützung von Kindern, Jugendlichen und Familien bereitstellen und gestalten.

Passgenaue kommunale Unterstützungsleistungen müssen „vom Kind aus gedacht“ werden und sollen vorhandene Barrieren zwischen den unterschiedlichen Systemen und Zuständigkeiten überwinden. Dies geschieht durch kommunale Präventionsketten, die Kinder, Jugendliche und Eltern von der Schwangerschaft bis zum Übergang Schule/Beruf mit Angeboten aus Bildung, Gesundheit und Sozialem unterstützen. Der Aufbau kommunaler Präventionsketten ist darüber hinaus ein strukturbildender Prozess innerhalb von Kommunalverwaltungen mit dem Ziel einer umfassenden und qualitativ hochwertigen Aufgabenwahrnehmung der Kommunen als Akteure für die Zukunftschancen von Kindern.

Ziel der Landesregierung ist es, die Chancen auf ein gelingendes Aufwachsen sowie gesellschaftliche Teilhabe zu verbessern, indem Kommunen beim Aufbau kommunaler Präventionsketten unterstützt werden. Dafür stellt das Land über den Projektaufruf „kinderstark – NRW schafft Chancen“ im Jahr 2020 über 14 Millionen Euro zur Verfügung. Dieser Projektaufruf stellt gleichzeitig einen Einstieg in eine Stärkung kommunaler Prävention mit Unterstützung der Landesregierung dar, vorbehaltlich der Zustimmung des Haushaltsgesetzgebers für künftige Haushaltsjahre.

Gefördert werden vorrangig strukturbildende Maßnahmen zur Stärkung kommunaler Vernetzung und Koordinierung in Hinblick auf die fachbereichsübergreifende Zusammenarbeit und Unterstützung von Kindern, Jugendlichen und Familien. Darüber hinaus werden Projekte gefördert, die die Entwicklungs- und Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen verbessern. Die Förderung soll für präventive Projekte eingesetzt werden, die insbesondere darauf abzielen, die negativen Folgen von Kinderarmut zu

bekämpfen. Um möglichst alle (werdenden) Eltern, Kinder und Jugendliche zu erreichen werden diese Projekte an Regelinstitutionen wie Geburtskliniken, ärztliche Praxen, Familienzentren, Kindertageseinrichtungen oder Grundschulen angeboten. Die Förderung hat das Ziel, erfolgreich bewährte Ansätze künftig in die Kommunalen Präventionsketten zu integrieren und zu verstetigen.

Präventive Projekte in folgenden Handlungsfeldern sind förderfähig:

1. Stärkung kommunaler Vernetzung und Koordinierung

Um kommunale Präventionsketten aufzubauen wird vorrangig eine ämter- und dezernatsübergreifende Netzwerkkoordinierung gefördert. Eine gute Vernetzung von Jugendhilfe, Schule, Gesundheit/Sport, Soziales/Teilhabe und Stadtentwicklung stellt einen wichtigen Beitrag zu einem gelingenden Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen dar. Eine elementare Funktion kommt in diesem Kontext einer – durch die kommunale Spitze unterstützten – ämter- und dezernatsübergreifenden Netzwerkkoordinierung zur Erreichung strategischer Ziele zu. Diese können z.B. durch ein Präventionsleitbild entwickelt und festgeschrieben werden.

Aufbauend auf der vorhandenen Netzwerkkoordinierung Frühe Hilfen (bis 3 Jahre) fördert das Land prioritär Sach- und Personalkosten für die Netzwerkkoordinierung für Kinder ab 4 Jahre bis zum Übergangssystem Schule – Beruf/Studium.

Die netzwerkkoordinierende Person ist der Servicestelle Prävention in Trägerschaft des Instituts für soziale Arbeit zu benennen. Sie ist verpflichtet, an den von der Servicestelle Prävention angebotenen Maßnahmen zur Qualifizierung und Fortbildung von Netzwerkkoordinierenden teilzunehmen. Der Qualitätsrahmen und das Qualitätshandbuch der Servicestelle Prävention ist als fachlich-konzeptionelle Grundlage zu nutzen (siehe www.kommunale-praeventionsketten.de).
Eine Zusammenarbeit mit der Netzwerkkoordinierung Frühe Hilfen ist sinnvoll und wird empfohlen. Wo die Netzwerkkoordinierung kommunaler Präventionsketten organisatorisch in der Verwaltung verortet ist, entscheidet die Kommune in eigener Verantwortung.

Eine Förderung von Netzwerkkoordinierenden, die über andere Programme bereits gefördert werden, ist ausgeschlossen.

Verfügen Kommunen bereits über Netzwerkkoordinierende von der Schwangerschaft bis zum Übergang Schule – Beruf, können diese der Servicestelle Prävention benannt werden und die Fördermittel des Landes können stattdessen verwendet werden für

a) andere Maßnahmen nach Maßgabe dieses Aufrufs,
b) die Nutzung und Pflege des Online Tools „Guter Start NRW“ oder
c) eine Bestandsaufnahme über bestehende maßnahmenbezogene Netzwerke im Jugendamtsbezirk (siehe „Fördergrundsätze“ unter 2.2. und 2.3.)

Folgende weitere Projekte können von Kommunen und Kreisen mit eigenem Jugendamt beantragt werden:

2. Förderung von Familiengrundschulzentren

Ausgehend von der erfolgreichen Präventionsarbeit von Familienzentren in Kindertageseinrichtungen können auch Unterstützungsstrukturen für Familien mit Kindern entwickelt werden, die Grundschulen besuchen. Ziel ist es, Eltern als kompetente Bildungspartner ihrer Kinder zu stärken und in gemeinsamer Verantwortung von Eltern und Schule den Grundschulkindern eine chancengerechte Bildungsbeteiligung zu ermöglichen. Die Projektförderung dient der anteiligen Finanzierung einer Entwicklungs- und Erprobungsphase.

Voraussetzung für die Förderung ist, dass

- die Grundschule/n eine Offene Ganztagsschule im Primarbereich (OGS) ist/sind,
- sich die Grundschule/n jeweils in einem Quartier mit überdurchschnittlich hohen sozialen Belastungslagen befinden und entsprechend von sozial benachteiligten Kindern besucht werden (gemessen am örtlichen Durchschnitt),
- eine Einbindung der Schulaufsicht mit positivem Votum erfolgt,
- der Träger des Ganztags beteiligt ist und
- ein Beschluss zur Teilnahme durch die Schulkonferenz gefasst wurde.

Darüber hinaus wird erwartet, dass sich die Kommune bzw. die mit der Umsetzung der Aufgabe befassten Personen an den zur fachlichen Weiterentwicklung des Ansatzes angebotenen Arbeitsformaten der Servicestelle Prävention und möglichen weiteren Qualitätsentwicklungsprozessen/Fortbildungen beteiligt.
Die Förderung umfasst im Bereich der Konzeptentwicklung anfallende Personal- und Sachkosten sowie Personal- und Sachkosten des Trägers von Familiengrundschulzentren.

3. Lotsendienste in Geburtskliniken

Ein Lotsendienst in einer Geburtsklinik ist ein aufsuchendes Angebot zur Einschätzung von Bedarfen und Vermittlung von Familien zu geeigneten Informations- Beratungs- und Unterstützungsangeboten für die Zeit nach der Geburt. Das Angebot findet in der Klinik statt und schafft in einer Lebensphase, in der Eltern sehr offen für Unterstützungsangebote sind, einen niedrigschwelligen Zugang zum örtlichen Hilfesystem. Das Angebot beinhaltet in der Regel

- ein Verfahren zum systematischen und interdisziplinären Erkennen von Beratungs- und Unterstützungsbedarfen der Familie für die Zeit nach der Geburt und
- ein Verfahren zur Überleitung in weiterführende Unterstützungsangebote am Wohnort der Familie inkl. Möglichkeit zur aktiven Begleitung der Familie zum Angebot.

Gefördert werden insbesondere Sach- und Personalkosten für

- den Einsatz von Lotsinnen und Lotsen,
- Supervisionen und Fortbildungen für die Lotsinnen/Lotsen und

- die Entwicklung eines Konzepts, welches Ziele und Leistungen des Angebotes darstellt, das Angebot von der Ermittlung von gewichtigen Anhaltspunkten für eine Kindeswohlgefährdung abgrenzt und die Verfahren zur Identifizierung von Unterstützungsbedarfen sowie zur Vermittlung in die Frühen (und andere) Hilfen beschreibt.

Voraussetzung für die Förderung ist, dass

- der/die Lotse/Lotsin über eine fachliche Eignung (z.B. sozialpädagogischer oder vergleichbarer Abschluss als Grundqualifikation; Beratungsausbildung, Berufserfahrung in Netzwerkarbeit; psychosoziale, pflegerische oder medizinische Grundqualifikation) und Kenntnisse der Frühen Hilfen verfügt,
- die Geburtsklinik als Eigenanteil mindestens einen Raum mit einer Arbeitsplatzausstattung und die arbeitsplatzbezogenen Sachausgaben kostenfrei zur Verfügung stellt,
- sich die Lotsen und die von der Kommune mit der Umsetzung der Aufgabe befassten Personen an den zur fachlichen Weiterentwicklung des Ansatzes angebotenen Arbeitsformaten der Servicestelle Prävention und weiteren Qualitätsentwicklungsprozessen/Fortbildungen beteiligen und
- das Angebot im Netzwerk Frühe Hilfen vertreten ist.

4. Lotsendienste in Kinder- und Jugendarztpraxen oder gynäkologischen Arztpraxen

Damit Kinder und Jugendliche gesund aufwachsen können, ist eine frühzeitige Erkennung von familiären Belastungen und eine Überleitung in geeignete Unterstützungsangebote unerlässlich. Das Gesundheitssystem kann einen vertrauensvollen und niedrigschwelligen Zugangsweg zu belasteten Familien schaffen. Ziel ist es, niedrigschwellig und frühzeitig Familien zu erreichen, bei denen aus Sicht des Arztes/der Ärztin ein Unterstützungsbedarf besteht, der über unmittelbar medizinische Belange hinausgeht und nicht von ihr/ihm selbst weiterverfolgt werden kann. Durch diese Zusammenarbeit von Gesundheits- und Jugendhilfe sollen Familien in belastenden Lebenslagen besser durch Hilfeangebote erreicht werden.

Gefördert werden insbesondere Sach- und Personalkosten für

- den Einsatz von Lotsinnen und Lotsen,
- die Entwicklung eines Fachkonzepts, welches Ziele und Leistungen des Angebotes darstellt, das Angebot von der Ermittlung von gewichtigen Anhaltspunkten für eine Kindeswohlgefährdung abgrenzt und die Verfahren zur Identifizierung von Unterstützungsbedarfen, die Zusammenarbeit zwischen Arzt/Ärztin/Medizinische Fachangestellte und Lotsen sowie zur Vermittlung in lokale Angebote beschreibt.

Voraussetzung für die Förderung ist, dass

- sich die Arztpraxis in einem Quartier mit überdurchschnittlich hohen sozialen Belastungslagen befindet,

- der/die Lotse/Lotsin über eine fachliche Eignung verfügt (z.B. sozialpädagogischer oder vergleichbarer Abschluss als Grundqualifikation; Beratungsausbildung, Berufserfahrung in Netzwerkarbeit; psychosoziale, pflegerische oder medizinische Grundqualifikation),
- die Praxis als Eigenanteil in den Sprechzeiten des Lotsendienstes einen Raum für Beratungsgespräche kostenfrei zur Verfügung stellt und
- die Lotsen und die von der Kommune mit der Umsetzung der Aufgabe befassten Personen an den zur fachlichen Weiterentwicklung des Ansatzes angebotenen Arbeitsformaten der Servicestelle Prävention und weiteren Qualitätsentwicklungsprozessen/Fortbildungen beteiligt.

Zur organisatorischen Anbindung von Lotsinnen/Lotsen in Arztpraxen wird auf § 4, Absatz 2, SGB VIII (Subsidiarität) verwiesen.

5. Kommunale Familienbüros

Familienbüros sind kommunale Einrichtungen, die Familien als niedrigschwellige Service- und Lotsenstelle zur Verfügung stehen. Sie schaffen Zugänge zu Familien, tragen wesentlich zu einer verbesserten Informationslage für Familien bei und sichern dadurch eine bedarfsentsprechende Inanspruchnahme von Unterstützungsleistungen. Je nach Konzept können sie zusätzlich Ausgangspunkt z.B. für aufsuchende Unterstützungsangebote für Familien sein. Familienbüros kommt auch eine strategische Funktion zu: Sie bieten die Möglichkeit, kommunale Zuständigkeiten im Familienbereich zu bündeln und Synergieeffekte zu nutzen.
Gefördert werden Erst-, Ergänzungs- und Ersatzbeschaffungsmaßnahmen, auch zur digitalen Modernisierung, sowie kleine bauliche Maßnahmen. Weiterhin können Kosten der Konzeptentwicklung und konzeptionellen Weiterentwicklung von Familienbüros finanziert werden. Personalstellen des Trägers von Familienbüros können nicht gefördert werden.

6. Ausbau aufsuchender Angebote

Aufsuchende Angebote zur Unterstützung von Familien in belasteten Lebenslagen stellen häufig eine Lücke in kommunalen Präventionsketten dar. Familien in schwierigen Lebenssituationen wie Armut, Neuzuwanderung sowie mit Kindern mit chronischen Erkrankungen, Behinderung oder psychisch erkranktem Elternteil haben zusätzlich vielfältige Unterstützungsbedarfe z.B. bei der materiellen Versorgung oder der Bildungsbegleitung ihrer Kinder.

Gefördert werden aufsuchende Angebote,

- die in Quartieren mit überdurchschnittlich hohen sozialen Belastungslagen (gemessen am örtlichen Durchschnitt) platziert werden oder sich an Familien in belastenden Lebenssituationen richten,
- die an Orten durchgeführt werden, an denen sich die Adressatinnen und Adressaten ohnehin aufhalten und deren Personal sie bereits (teilweise) kennen,

- die organisatorisch an Familienzentren oder Kitas angebunden sind und gerade Eltern der o.g. Zielgruppen in ihren Beziehungs- Versorgungs- und Erziehungskompetenzen stärken,
- die eine Lotsen- und bei Bedarf Begleitungsfunktion wahrnehmen, um Maßnahmen der Familienbildung, Familienberatung, Gesundheitsförderung, Leistungen und Angebote der Arbeitsverwaltung oder Kindertagesbetreuung wahrnehmen zu können.

Auch Familienbildungsstätten und Familienberatung verfügen über eine hohe Expertise in der Arbeit im Sozialraum. Familienbildungsstätten, Familienbüros oder Beratungsstellen können als Angebotsträger fungieren, wenn die Durchführung des Projekts nach den o.g. Kriterien aufsuchend platziert wird.

Förderfähig sind Sach- und Personalkosten für

- die Konzeptentwicklung
- den Einsatz von Fachkräften
- die Qualifizierung, Fortbildung, Koordination, Fachberatung und Supervision der im aufsuchenden Angebot tätigen Fachkräfte,
- Erstattung der Aufwendungen für die Teilnahme der tätigen Fachkräfte an der Netzwerkarbeit zu den Kommunalen Präventionsketten.

Weitere Informationen zur Antragstellung sind den angefügten Fördergrundsätzen zu entnehmen.

kinderstark
NRW schafft Chancen

Aufteilung der Fördermittel 2020 zum Aufbau kommunaler Präventionsketten

Ordnungsziffer LJA	(Kreis-) Jugendamt rot = LWL schwarz = LVR	Kinder im SGB II Bezug 3-17 Jahre (2018)	Aufstockung	Verteilung der Mittel	Verteilung gesamt
			auf den Mindestbetrag von 25.000 €	nach Kindern 3-17 im SGB II Bezug (2018)	
433	Aachen	5.767	0 €	179.068 €	179.068 €
434	KJA Aachen	781	25.000 €	24.242 €	25.000 €
043	Ahaus	194	25.000 €	6.022 €	25.000 €
081	Ahlen	1.561	0 €	48.451 €	48.451 €
466	Alsdorf	1.100	0 €	34.149 €	34.149 €
231	Altena	386	25.000 €	11.992 €	25.000 €
221	Arnsberg	1.422	0 €	44.129 €	44.129 €
485	Bad Honnef	262	25.000 €	8.135 €	25.000 €
142	Bad Oeynhausen	1.026	0 €	31.855 €	31.855 €
133	Bad Salzuflen	1.444	0 €	44.822 €	44.822 €
082	Beckum	771	25.000 €	23.916 €	25.000 €
494	Bedburg	323	25.000 €	10.023 €	25.000 €
415	Bergheim	2.220	0 €	68.904 €	68.904 €
464	Bergisch Gladbach	2.308	0 €	71.645 €	71.645 €
271	Bergkamen	1.714	0 €	53.213 €	53.213 €
090	Bielefeld	10.216	0 €	317.107 €	317.107 €
041	Bocholt	1.135	0 €	35.238 €	35.238 €
160	Bochum	11.212	0 €	348.018 €	348.018 €
424	Bonn	9.349	0 €	290.185 €	290.185 €
044	Borken	596	25.000 €	18.497 €	25.000 €
040	KJA Borken	1.251	0 €	38.831 €	38.831 €
491	Bornheim	599	25.000 €	18.585 €	25.000 €
010	Bottrop	3.055	0 €	94.832 €	94.832 €
439	Brühl	786	25.000 €	24.400 €	25.000 €
113	Bünde	673	25.000 €	20.890 €	25.000 €
061	Castrop-Rauxel	2.221	0 €	68.937 €	68.937 €
000	KJA Coesfeld	1.533	0 €	47.584 €	47.584 €
002	Coesfeld	298	25.000 €	9.242 €	25.000 €
062	Datteln	982	0 €	30.492 €	30.492 €
134	Detmold	2.000	0 €	62.064 €	62.064 €
456	Dinslaken	1.382	0 €	42.902 €	42.902 €
457	Dormagen	1.051	0 €	32.631 €	32.631 €
063	Dorsten	1.586	0 €	49.232 €	49.232 €
170	Dortmund	22.756	0 €	706.338 €	706.338 €
402	Duisburg	20.221	0 €	627.662 €	627.662 €
001	Dülmen	502	25.000 €	15.579 €	25.000 €
470	Düren	3.410	0 €	105.846 €	105.846 €
435	KJA Düren	2.367	0 €	73.472 €	73.472 €
401	Düsseldorf	15.820	0 €	491.066 €	491.066 €
495	Elsdorf	467	25.000 €	14.485 €	25.000 €
458	Emmerich	485	25.000 €	15.049 €	25.000 €
071	Emsdetten	464	25.000 €	14.410 €	25.000 €
211	Ennepetal/Breckerfeld	658	25.000 €	20.424 €	25.000 €
427	Erftstadt	633	25.000 €	19.633 €	25.000 €
465	Erkelenz	586	25.000 €	18.184 €	25.000 €
471	Erkrath	1.269	0 €	39.403 €	39.403 €
467	Eschweiler	1.643	0 €	50.983 €	50.983 €
403	Essen	25.065	0 €	778.028 €	778.028 €
428	KJA Euskirchen	3.097	0 €	96.144 €	96.144 €

Aufteilung der Fördermittel 2020 zum Aufbau kommunaler Präventionsketten

461	Frechen	1.054	0 €	32.729 €	32.729 €
493	Geilenkirchen	504	25.000 €	15.642 €	25.000 €
429	Geldern	587	25.000 €	18.213 €	25.000 €
020	Gelsenkirchen	14.698	0 €	456.229 €	456.229 €
212	Gevelsberg	793	25.000 €	24.602 €	25.000 €
068	Gladbeck	3.280	0 €	101.811 €	101.811 €
421	Goch	487	25.000 €	15.119 €	25.000 €
072	Greven	563	25.000 €	17.465 €	25.000 €
417	Grevenbroich	1.341	0 €	41.609 €	41.609 €
042	Gronau	1.043	0 €	32.364 €	32.364 €
478	Gummersbach	953	0 €	29.566 €	29.566 €
101	Gütersloh	1.958	0 €	60.776 €	60.776 €
100	KJA Gütersloh	2.377	0 €	73.782 €	73.782 €
441	Haan	483	25.000 €	15.003 €	25.000 €
180	Hagen	7.507	0 €	233.028 €	233.028 €
051	Haltern am See	453	25.000 €	14.053 €	25.000 €
190	Hamm	4.261	0 €	132.261 €	132.261 €
213	Hattingen	1.053	0 €	32.675 €	32.675 €
442	Heiligenhaus	590	25.000 €	18.306 €	25.000 €
477	Heinsberg	730	25.000 €	22.644 €	25.000 €
440	KJA Heinsberg	1.501	0 €	46.591 €	46.591 €
232	Hemer	719	25.000 €	22.318 €	25.000 €
484	Hennef	770	25.000 €	23.914 €	25.000 €
214	Herdecke	293	25.000 €	9.102 €	25.000 €
111	Herford	2.010	0 €	62.383 €	62.383 €
110	KJA Herford	1.208	0 €	37.496 €	37.496 €
200	Herne	6.046	0 €	187.665 €	187.665 €
064	Herten	2.034	0 €	63.130 €	63.130 €
475	Herzogenrath	850	0 €	26.389 €	26.389 €
443	Hilden	997	0 €	30.957 €	30.957 €
220	KJA Hochsauerlandkreis	1.246	0 €	38.676 €	38.676 €
120	KJA Höxter	1.432	0 €	44.439 €	44.439 €
488	Hückelhoven	969	0 €	30.070 €	30.070 €
416	Hürth	1.043	0 €	32.377 €	32.377 €
074	Ibbenbüren	705	25.000 €	21.896 €	25.000 €
233	Iserlohn	2.312	0 €	71.754 €	71.754 €
451	Kaarst	617	25.000 €	19.141 €	25.000 €
272	Kamen	1.007	0 €	31.244 €	31.244 €
454	Kamp-Lintfort	884	0 €	27.429 €	27.429 €
462	Kempen	497	25.000 €	15.419 €	25.000 €
472	Kerpen	1.789	0 €	55.528 €	55.528 €
474	Kevelaer	424	25.000 €	13.174 €	25.000 €
452	Kleve	1.124	0 €	34.894 €	34.894 €
420	KJA Kleve	1.093	0 €	33.927 €	33.927 €
425	Köln	30.716	0 €	953.427 €	953.427 €
492	Königswinter	600	25.000 €	18.621 €	25.000 €
404	Krefeld	6.997	0 €	217.187 €	217.187 €
131	Lage	762	25.000 €	23.650 €	25.000 €
459	Langenfeld	741	25.000 €	22.988 €	25.000 €
479	Leichlingen	265	25.000 €	8.220 €	25.000 €
132	Lemgo	606	25.000 €	18.795 €	25.000 €
405	Leverkusen	4.885	0 €	151.620 €	151.620 €
130	KJA Lippe	2.258	0 €	70.088 €	70.088 €
263	Lippstadt	1.252	0 €	38.862 €	38.862 €
476	Lohmar	348	25.000 €	10.807 €	25.000 €
112	Löhne	642	25.000 €	19.923 €	25.000 €
234	Lüdenscheid	1.778	0 €	55.199 €	55.199 €
273	Lünen	2.889	0 €	89.662 €	89.662 €

Aufteilung der Fördermittel 2020 zum Aufbau kommunaler Präventionsketten

230	KJA Märkischer Kreis	1.269	0 €	39.390 €	39.390 €
065	Marl	2.859	0 €	88.754 €	88.754 €
490	Meckenheim	522	25.000 €	16.190 €	25.000 €
445	Meerbusch	564	25.000 €	17.512 €	25.000 €
235	Menden	985	0 €	30.572 €	30.572 €
444	Mettmann	712	25.000 €	22.088 €	25.000 €
141	Minden	2.690	0 €	83.511 €	83.511 €
140	KJA Minden-Lübbecke	1.812	0 €	56.244 €	56.244 €
455	Moers	2.610	0 €	81.009 €	81.009 €
406	Mönchengladbach	10.621	0 €	329.684 €	329.684 €
450	Monheim	1.237	0 €	38.407 €	38.407 €
407	Mülheim a. d. Ruhr	6.069	0 €	188.369 €	188.369 €
030	Münster	5.737	0 €	178.074 €	178.074 €
496	Nettetal	736	25.000 €	22.845 €	25.000 €
408	Neuss	4.186	0 €	129.931 €	129.931 €
437	Niederkassel	518	25.000 €	16.066 €	25.000 €
430	KJA Oberbergischer Kreis	1.906	0 €	59.162 €	59.162 €
409	Oberhausen	7.336	0 €	227.699 €	227.699 €
083	Oelde	311	25.000 €	9.659 €	25.000 €
052	Oer-Erkenschwick	843	0 €	26.172 €	26.172 €
240	KJA Olpe	1.516	0 €	47.067 €	47.067 €
480	Overath	387	25.000 €	11.997 €	25.000 €
151	Paderborn	3.455	0 €	107.233 €	107.233 €
150	KJA Paderborn	1.761	0 €	54.661 €	54.661 €
236	Plettenberg	404	25.000 €	12.551 €	25.000 €
143	Porta Westfalica	514	25.000 €	15.955 €	25.000 €
436	Pulheim	434	25.000 €	13.482 €	25.000 €
481	Radevormwald	361	25.000 €	11.195 €	25.000 €
446	Ratingen	1.723	0 €	53.485 €	53.485 €
066	Recklinghausen	4.183	0 €	129.838 €	129.838 €
410	Remscheid	2.980	0 €	92.504 €	92.504 €
103	Rheda-Wiedenbrück	670	25.000 €	20.781 €	25.000 €
486	Rheinbach	360	25.000 €	11.159 €	25.000 €
460	Rheinberg	365	25.000 €	11.332 €	25.000 €
073	Rheine	1.469	0 €	45.593 €	45.593 €
431	A Rheinisch-Bergischer-Kreis	667	25.000 €	20.704 €	25.000 €
418	KJA Rhein-Kreis Neuss	682	25.000 €	21.169 €	25.000 €
432	KJA Rhein-Sieg-Kreis	2.162	0 €	67.108 €	67.108 €
487	Rösrath	397	25.000 €	12.323 €	25.000 €
473	Sankt Augustin	1.244	0 €	38.614 €	38.614 €
223	Schmallenberg	219	25.000 €	6.798 €	25.000 €
215	Schwelm	795	25.000 €	24.661 €	25.000 €
274	Schwerte	892	0 €	27.688 €	27.688 €
275	Selm	611	25.000 €	18.976 €	25.000 €
489	Siegburg	1.083	0 €	33.603 €	33.603 €
251	Siegen	2.477	0 €	76.889 €	76.889 €
250	KJA Siegen-Wittgenstein	1.999	0 €	62.049 €	62.049 €
260	KJA Soest	1.993	0 €	61.863 €	61.863 €
261	Soest	936	0 €	29.048 €	29.048 €
412	Solingen	4.011	0 €	124.486 €	124.486 €
218	Sprockhövel	257	25.000 €	7.977 €	25.000 €
070	KJA Steinfurt	3.162	0 €	98.148 €	98.148 €
468	Stolberg	1.679	0 €	52.121 €	52.121 €
222	Sundern	307	25.000 €	9.527 €	25.000 €
463	Troisdorf	1.845	0 €	57.258 €	57.258 €
270	KJA Unna	975	0 €	30.264 €	30.264 €
276	Unna	1.020	0 €	31.645 €	31.645 €
447	Velbert	1.990	0 €	61.757 €	61.757 €

Aufteilung der Fördermittel 2020 zum Aufbau kommunaler Präventionsketten

102	Verl	214	25.000 €	6.650 €	25.000 €
449	Viersen	1.960	0 €	60.825 €	60.825 €
419	KJA Viersen	1.195	0 €	37.093 €	37.093 €
453	Voerde	721	25.000 €	22.377 €	25.000 €
067	Waltrop	439	25.000 €	13.619 €	25.000 €
080	KJA Warendorf	1.992	0 €	61.832 €	61.832 €
262	Warstein	317	25.000 €	9.832 €	25.000 €
237	Werdohl	446	25.000 €	13.852 €	25.000 €
411	Wermelskirchen	452	25.000 €	14.020 €	25.000 €
277	Werne	412	25.000 €	12.781 €	25.000 €
423	Wesel	1.499	0 €	46.537 €	46.537 €
422	KJA Wesel	1.145	0 €	35.541 €	35.541 €
413	Wesseling	990	0 €	30.722 €	30.722 €
217	Wetter	381	25.000 €	11.818 €	25.000 €
482	Wiehl	222	25.000 €	6.891 €	25.000 €
438	Willich	597	25.000 €	18.526 €	25.000 €
483	Wipperfürth	250	25.000 €	7.763 €	25.000 €
216	Witten	2.388	0 €	74.118 €	74.118 €
448	Wülfrath	321	25.000 €	9.972 €	25.000 €
414	Wuppertal	13.964	0 €	433.427 €	433.427 €
469	Würselen	749	25.000 €	23.262 €	25.000 €
	Summe:	**437.823**		13.590.084 €	**14.281.052 €**

Die Direktorin des Landschaftsverbandes Rheinland

Qualität für Menschen

Ergänzungsvorlage Nr. 14/3967/1

öffentlich

Datum: 29.04.2020
Dienststelle: Fachbereich 43
Bearbeitung: Dr. Karin Kleinen

Landesjugendhilfeausschuss	**28.05.2020**	**Kenntnis**

Tagesordnungspunkt:

Inklusive Raumkonzepte an Offenen Ganztagsschulen - Abschluss des von der LVR-Sozial- und Kulturstiftung geförderten gleichnamigen Modellprojekts

Kenntnisnahme:

Die Vorlage Nr. 14/3967/1 wird zur Kenntnis genommen.

UN-Behindertenrechtskonvention (BRK):

Diese Vorlage berührt eine oder mehrere Zielrichtungen des LVR-Aktionsplans zur Umsetzung der BRK.	ja

Gleichstellung/Gender Mainstreaming:

Diese Vorlage berücksichtigt Vorgaben des LVR-Gleichstellungsplans 2020.	nein

Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt (lfd. Jahr):

Produktgruppe:	
Erträge: Veranschlagt im (Teil-)Ergebnisplan	Aufwendungen: /Wirtschaftsplan
Einzahlungen: Veranschlagt im (Teil-)Finanzplan Bei Investitionen: Gesamtkosten der Maßnahme:	Auszahlungen: /Wirtschaftsplan
Jährliche ergebniswirksame Folgekosten:	
Die gebildeten Budgets werden unter Beachtung der Ziele eingehalten	

In Vertretung

B a h r - H e d e m a n n

Zusammenfassung:

Vier Offene Ganztagsschulen im AWO Bezirk Niederrhein beteiligten sich über zwei Jahre an dem aus Mitteln der Sozial- und Kulturstiftung des Landschaftsverbandes Rheinland geförderten Modellprojekt „Inklusive Raumkonzepte an Offenen Ganztagsschulen".
In dem Projekt wurden Raumkonzepte evaluiert, analysiert, miteinander verglichen und weiterentwickelt. Das gesamte Vorhaben verfolgte dabei einen ressourcen- und sozialraumorientierten und insbesondere partizipativ geprägten Ansatz, der die Kinder als Expert*innen ihrer Lebenswelt von Anfang an zu Wort kommen und mitentscheiden ließ.
Ein Augenmerk lag bei Kindern mit einem besonderen Förderbedarf im emotional-sozialen Bereich und der Frage, wie Raum(nutzungs)konzepte ihren womöglich besonderen Bedürfnissen nach Rückzug, Ruhe und Erholung aber auch Bewegung Rechnung tragen können.

Zu Beginn des Projekts hat der AWO Bezirk Niederrhein mit den Kommunen Düsseldorf, Monheim am Rhein, Oberhausen und Velbert als Schulträgern sowie den Schulleitungen der vier beteiligten Grundschulen Kooperationsvereinbarungen abgeschlossen. Darin wurden die Ziele des Projekts und die Formen der Zusammenarbeit zwischen Schule, Kommune und AWO-Träger festgehalten (eine exemplarische Kooperationsvereinbarung ist als Anlage 1 beigefügt). Ein Beirat hat das Modellprojekt begleitet.

Sämtliche Räume der Schule im Innern wie außen wurden in den Blick genommen. Die Kinder wurden gefragt und beobachtet, wie sie die Räume nutzen und mit anderen Bedeutungen belegen. Hervorstechend war dabei einerseits das große Bedürfnis der Mädchen und Jungen nach Möglichkeiten, sich zurückzuziehen. Andererseits äußerten und zeigten sie ein großes Bedürfnis nach Bewegung und ausgelassenem Spiel.

Als ein Ergebnis des Projekts gilt, dass den Bedürfnissen der Kinder nach Bewegung, Spiel und Ruhe in offenen Ganztagsgrundschulen zu wenig entsprochen wird. Es fehlen nämlich entsprechende Räumlichkeiten und auch Raumnutzungskonzepte, die eine flexiblere Nutzung der Räume im Sinne der Kinder ermöglichen. Die vorliegende Handreichung setzt hier an und erläutert anschaulich, wie Kinder aktiv beteiligt werden können. Dabei wurden Räume mit Hilfe mobiler Einrichtungsgegenstände multifunktional als Lern-, Spiel-, Bewegungs- oder Speiseraum genutzt, in Fluren und Zwischenräumen wurden mit einfachen Mitteln Rückzugsmöglichkeiten geschaffen, Schulhöfe wurden mit mobilen Spielgeräten aufgewertet, unbeobachtete Ecken und Nischen wie Abstandsgrün und Kellerzugänge wurden von Kindern in Beschlag genommen usw.

Im Rahmen einer Fachtagung am 5.12.2019 wurden die Ergebnisse präsentiert und das Modellprojekt offiziell abgeschlossen. Das Impulsreferat zur Tagung ist dem Bericht zusammen mit dem Abschlussbericht als pdf-Dateien beigefügt (Anlagen 2 u. 3). Er ist auch online über folgenden Link abrufbar: https://www.awo-nr.de/awo/bezirksverband/aktuelles/detail/aktuelles/abschlussbericht-inklusive-raumkonzepte-an-offenen-ganztagsschulen/

Begründung der Vorlage Nr. 14/3967/1:

Der Ältestenrat hat in seiner Sondersitzung am 16.03.2020 aufgrund der Corona-Pandemie entschieden, alle Ausschusssitzungen bis zum 30.04.2020 abzusagen. Hiervon war auch der Landesjugendhilfeausschuss am 19.03.2020 betroffen.
Die Vorlage wird dem Landesjugendhilfeausschuss zur Kenntnis gegeben.

Der letzte Absatz der Ursprungsvorlage wird folgendermaßen geändert:
Festzuhalten ist noch, dass Ergebnisse und Methoden des Modellprojekts im Rahmen eines Praxisforums bei der Fachtagung: „Wir sind OGS!?" von der Projektleiterin vorgestellt und mit Eltern, Fach- und Lehrkräften der OGS erläutert werden. Wegen der Corona-Pandemie wurde diese Fachtagung, die ursprünglich am 14. März stattfinden sollte, verschoben. Sie wird von beiden Landesjugendämtern Westfalen-Lippe und Rheinland zusammen mit der Landeselternschaft NW in der Zentrale des Landschaftsverbands Rheinland nun voraussichtlich im Januar 2021 durchgeführt.

Begründung der Vorlage Nr. 14/3967:

Die UN-Behindertenrechtskonvention begründet das Recht von Menschen mit Behinderung auf Bildung und verlangt von den Vertragsstaaten, „ein inklusives Bildungssystem auf allen Ebenen und lebenslanges Lernen" zu gewährleisten (Art. 24, Abs. 1). Sie verpflichtet die Vertragsstaaten, über geeignete Maßnahmen sicherzustellen, dass Kinder mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen Kindern an Spiel-, Erholungs-, Freizeit- und Sportaktivitäten teilnehmen können, einschließlich im schulischen Bereich (Art. 30, Abs. 5.d). Diesen anspruchsvollen Zielen hat sich auch die offene Ganztagsschule im Primarbereich in Nordrhein-Westfalen (OGS) verpflichtet. Als allgemeinbildendes Angebot ist sie der richtige Ort, um inklusive Konzepte mit Leben zu füllen. Dies beinhaltet u.a. die Bereitstellung anregungsreicher, gestaltungsoffener und barrierefreier Räume, die zu eigenverantwortlichem Arbeiten auffordern und die Selbsttätigkeit der Schülerinnen und Schüler fördern. Die Realität sieht oft noch anders aus.

Landesweit nimmt die Frage nach angemessenen Räumen in der offenen Ganztagsschule im Primarbereich eine herausragende Stellung ein. Dies weitgehend aber noch losgelöst von der Frage nach inklusiven Raumkonzepten und auch losgelöst von einem Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz, der von der Bundesregierung für das Jahr 2025 geplant ist und im SGB VIII verankert werden soll. Bereits heute wächst die Zahl der Kinder, die einen Platz im offenen Ganztag der Grundschulen wünschen und/oder benötigen von Jahr zu Jahr. Vielerorts gibt es Wartelisten, vielerorts aber auch den erklärten Auftrag an kommunale Planung und Steuerung, allen Kindern der Grundschulen einen Platz im offenen Ganztag anzubieten. Offene Ganztagsangebote sind auch im interkommunalen Vergleich ein Aushängeschild für eine kinder- und familienfreundliche Kommune.

Verbunden ist mit dieser familien-, bildungs- und sozialpolitischen Zielsetzung die Frage nach angemessenen Räumen aber auch veränderten Raum(nutzungs)konzepten, wann und inwiefern beispielsweise Klassenräume zugleich als Gruppenräume genutzt werden können und welche weiteren Raumbedarfe daraus womöglich erwachsen (z.B. Ruheräume und Nischen oder Räume für ausgelassenes Spielen). Verbunden ist damit immer

auch die Frage, welche pädagogischen Konzepte der Raumgestaltung zugrunde liegen, inwiefern sie durch eine geänderte Raumnutzung befördert oder aber in ihrer Umsetzung behindert werden. So können geänderte Raumkonzepte beispielsweise eine Verzahnung von Unterricht und außerunterrichtlichen Bildungsangeboten unterstützen und zu einer veränderten Rhythmisierung des Ganztags führen. Sie können aber auch das Gegenteil bewirken, indem sie durch Überfrachtung, räumliche Enge und Lärmbelastung Kinder und Erwachsene stressen und am Lernen hindern. Dies gilt umso mehr für Kinder, die emotional und sozial belastet und damit einem noch größeren Risiko ausgesetzt sind, den Anforderungen ganztägigen Lernens in der offenen Ganztagsschule nicht gewachsen zu sein.

Das war die Ausgangshypothese des Modellprojekts „Inklusive Raumkonzepte an Offenen Ganztagsschulen", das der AWO Bezirksverband Niederrhein gemeinsam mit dem AWO Berufsbildungszentrum Düsseldorf gGmbH und den AWO Kreisverbänden Oberhausen und Mettmann zwischen November 2017 und Oktober 2019 an insgesamt vier offenen Ganztagsschulen durchgeführt hat. Es wurde aus Mitteln der Sozial- und Kulturstiftung des Landschaftsverbands Rheinland (LVR) gefördert und vom LVR-Landesjugendamt (LVR-LJA) Rheinland fachlich begleitet. Das LVR-LJA war als Mitglied eines Beirats, dem neben der Projektleiterin und den vier Koordinatorinnen*en der beteiligten Standorte, auch der Leiter der Abteilung Jugendhilfe und die pädagogische Fachberatung der AWO BV Niederrhein, der Schulleiter der OGS Am Lerchenweg in Monheim und das Schulverwaltungsamt Düsseldorf, stellvertretend für die Schulträger, angehörten.
Die folgenden vier offenen Ganztagsschulen waren am Projekt beteiligt:
Velbert: Grundschule Nordstadt
Düsseldorf: KGS Thomasschule
Monheim am Rhein: Grundschule am Lerchenweg
Oberhausen: Brüder-Grimm-Schule
An allen Grundschulen liegt der offene Ganztag in der Trägerschaft der AWO als anerkanntem Träger der freien Jugendhilfe.

Im Rahmen des Projektes wurden fünf partizipativ orientierte Methoden erprobt und umgesetzt, in denen die Erfahrungen und Meinungen der Kinder und pädagogischen Fachkräfte im Mittelpunkt standen.

Im Projektverlauf wurden die jeweiligen baulichen, räumlich-konzeptionellen und gestalterischen Stärken und Schwächen der vier Schulen zunehmend deutlicher. Hilfreich war hierbei insbesondere die kontinuierlich gegebene Möglichkeit des Vergleichs zwischen den vier Schulstandorten. Dieser partizipative und vergleichende Ansatz des Projekts hat sich bewährt. Räumliche Handlungsbedarfe sowie Potenziale und Grenzen an den vier Schulen lassen sich nun präziser und differenzierter benennen als vor Projektbeginn.

Die vorliegende Handreichung fasst ausgewählte Ergebnisse des zweijährigen Modellprojekts zusammen, das am 5. Dezember 2019 im Rahmen einer gut besuchten Fachtagung in Düsseldorf abgeschlossen wurde. Die Handreichung steht unter folgendem Link zur Verfügung: https://www.awo-nr.de/awo/bezirksverband/aktuelles/detail/aktuelles/abschlussbericht-inklusive-raumkonzepte-an-offenen-ganztagsschulen/. Zusätzlich ist der Bericht als PDF-Datei beigefügt.

Festzuhalten ist noch, dass Ergebnisse und Methoden des Modellprojekts am 14. März 2020 im Rahmen eines Praxisforums bei der Fachtagung: „Wir sind OGS!?" von der Projektleiterin vorgestellt und mit Eltern, Fach- und Lehrkräften der OGS erläutert werden. Diese Fachtagung wird von beiden Landesjugendämtern Westfalen-Lippe und Rheinland zusammen mit der Landeselternschaft NW in der Zentrale des Landschaftsverbands Rheinland durchgeführt. Sie ist bereits ausgebucht.

In Vertretung

B a h r – H e d e m a n n

Vorlage-Nr. 14/3967

- Anlage 1 -

Zwischen

der Stadt Monheim am Rhein als Schulträger, Rathausplatz 10 a , 40789 Monheim am Rhein, vertreten durch ~~Peter Heimann~~, den Bürgermeister

der Schule Grundschule am Lerchenweg, Lerchenweg 2, 40789 Monheim, vertreten durch Achim Nöhles und der

Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband Niederrhein, Lützowstr. 32, 45141 Essen, vertreten durch Dr. Michael Maas

wird folgende

Kooperationsvereinbarung

geschlossen.

Gegenstand der Kooperationsvereinbarung

Auf der Grundlage der vorliegenden Kooperationsvereinbarung beteiligen sich die Projektpartner an dem von der AWO Bezirksverband Niederrhein e.V. getragenen und in vier Kommunen angesiedelten Modellprojekt „Inklusive Raumkonzepte an Offenen Ganztagsschulen". Das Projekt wird vom 1.11.2017 bis 31.10.2019 aus Mitteln des Landschaftsverbandes Rheinland gefördert.

Im Rahmen des Projektes werden inklusive Raumkonzepte in Offenen Ganztagsgrundschulen exemplarisch an jeweils einer Schule in den vier Projektstandorten erprobt, analysiert, verglichen, evaluiert und weiterentwickelt. Das Projekt verfolgt einen partizipativen und sozialraumorientierten Ansatz, indem Erfahrungen und Einschätzungen der Kinder von Anfang an in die Projektentwicklung einbezogen werden und die räumlichen Ressourcen des schulischen Umfeldes systematisch in den Blick genommen werden.

Die in der mitgeltenden Projektbeschreibung (Anlage) beschriebene methodische und inhaltliche Ausrichtung des Projektes ist verbindlich.

Ziele des Projektes

Das Projekt zielt auf die Entwicklung inklusiver Raumkonzepte in Offenen Ganztagsschulen. Unter Berücksichtigung der großen Bedeutung des Raumes als „dritter Erzieher" soll es dazu beitragen, dass innerschulische und außerschulische Räume im Rahmen des Offenen Ganztags optimal genutzt und gestaltet werden, so dass Kinder mit und ohne sozial-emotionalem Förderbedarf sowohl zu ihrem eigenen Wohl als auch zum Wohl der Gesamtgruppe erfolgreich und nachhaltig in den Offenen Ganztag integriert werden.

Regionale Steuerungsgruppe

Die Projektarbeit wird in einer regionalen Steuerungsgruppe beraten und gesteuert. Die Steuerungsgruppe setzt sich aus folgenden Personen zusammen:

- Vertreter*in der Schulleitung
- Vertreter*in des kommunalen Jugendhilfe- oder Schulträgers
- Projektkoordinator*in (AWO)
- Trägervertreter (AWO)

Die Arbeiterwohlfahrt als Träger des Projektes verpflichtet sich, die Projektpartner im Rahmen der regionalen Steuerungsgruppe regelmäßig über die Ergebnisse des Projektes zu informieren. Im Projekt gewonnene Erkenntnisse werden zusammengefasst, ausgewertet und den Projektpartnern präsentiert.

Die Arbeiterwohlfahrt verpflichtet sich weiterhin, mindestens einmal jährlich die Projektpartner zu einer regionalen Steuerungsgruppe einzuladen.

Die erste Sitzung der regionalen Steuerungsgruppe findet spätestens sechs Monate nach Projektstart statt, also bis zum 30.4.2018.

Der Schulträger und die Schulleitung verpflichten sich, an den Sitzungen der Steuerungsgruppe teilzunehmen.

Anlage: Projektbeschreibung

Für die	Für die	Für die
Stadt Monheim	Grundschule am Lerchenweg	AWO Bezirksverband
am Rhein	Lerchenweg	Niederrhein e.V.
06.11.2017	02.11.17	26.10.17
i.A.		
Peter Heimann	Achim Nöhles	Dr. Michael Maas
(Unterschrift, Datum)	(Unterschrift, Datum)	(Unterschrift, Datum)

LVR-Dezernat Jugend
LVR-Landesjugendamt Rheinland

Qualität für Menschen

Die Offene Ganztagsschule im Primarbereich als inklusiven Lebensraum gestalten

Impulsvortrag von
Dr. Karin Kleinen, Fachberaterin beim LVR-Landesjugendamt Rheinland
für die Kooperation von Jugendförderung und Schule mit den Handlungsfeldern Ganztagsbildung, Kommunale Bildungslandschaften und Inklusion

Abschlussveranstaltung des Projektes „Inklusive Raumkonzepte an Offenen Ganztagsschulen" des Bezirksverbands Niederrhein e.V. am 5. Dezember 2019 in Düsseldorf

Das LVR-Landesjugendamt Rheinland: Mitglied der „kommunalen Familie“

Im Fokus der Fachberatung:

Die kommunale Steuerung der OGS anregen, beraten und fördern.

Steuerungsprozesse fachlich begleiten und qualifizieren durch:

- Information und Beratung
- Stärkung der freien Träger (Subsidiaritätsprinzip)
- Antizipation zukünftiger Entwicklungen und Herausforderungen
- Prozessbegleitungen
- Unterstützung, mitunter auch Initiierung von Netzwerkbildungen und deren fachliche Beratung / Stärkung von Verantwortungsgemeinschaften

30 Jahre UN-Kinderrechte

10 Jahre UN-Behindertenrechtskonvention

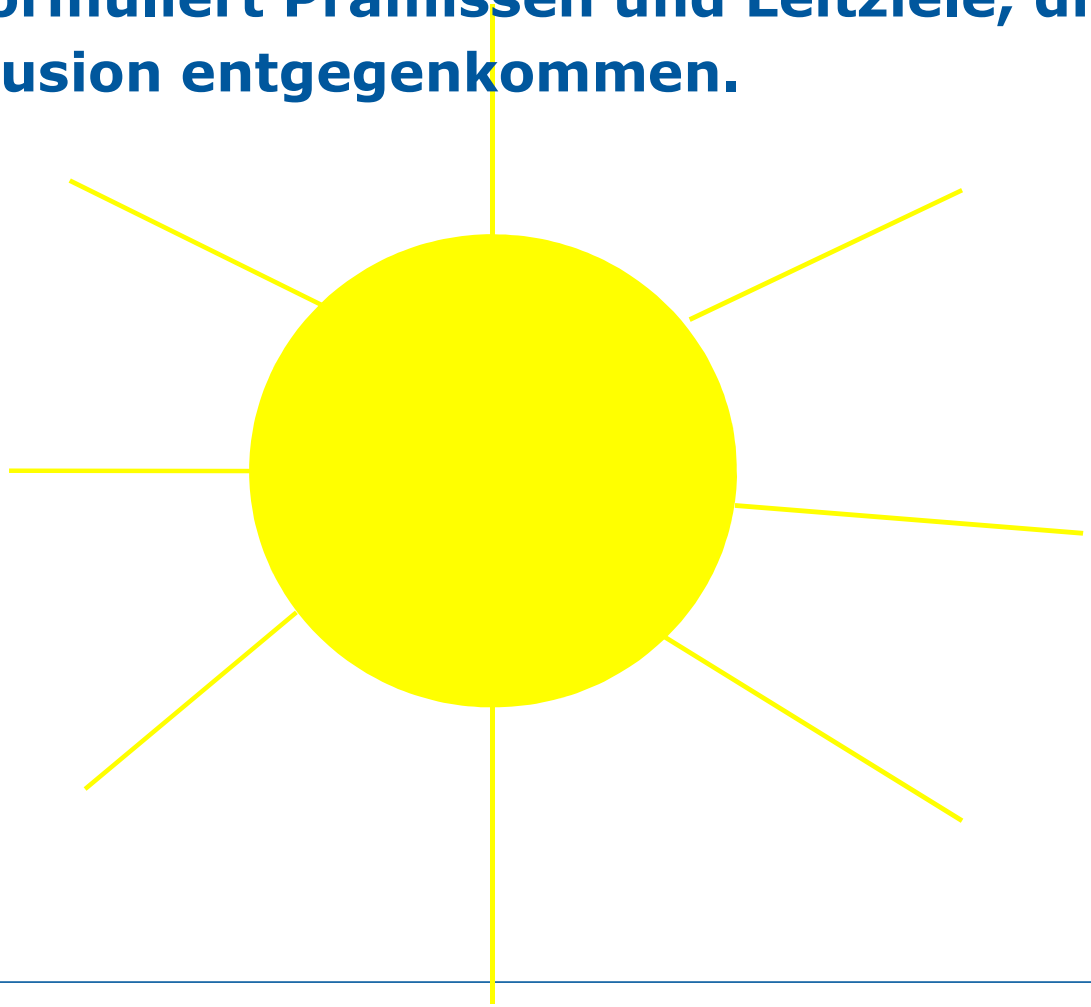
Die UN-Behindertenrechtskonvention
verpflichtet die Vertragsstaaten, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um zu gewährleisten, dass Kinder und Jugendliche mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen Kindern und Jugendlichen alle Menschenrechte und Grundfreiheiten genießen können.

Die UN-Behindertenrechtskonvention begründet ein internationales Recht von (jungen) Menschen mit Behinderung u.a. auf:

- freie Meinungsäußerung (Artikel 7)
- eine barrierefreie Umwelt (Artikel 9)
- ein selbstbestimmtes Leben und auf die Einbeziehung in die Gemeinschaft (Inklusion) (Artikel 19)
- ein inklusives Bildungssystem auf allen Ebenen (Artikel 24)
- ein Höchstmaß an Gesundheit (Artikel 25)
- Teilhabe am kulturellen Leben sowie an Spiel-, Erholungs-, Freizeit und Sportaktivitäten einschließlich im schulischen Bereich“ (Artikel 30).

Die OGS – Lern- und Lebensraum aller Kinder

Der Erlass formuliert Prämissen und Leitziele, die dem Leitbild Inklusion entgegenkommen.




Selbstbestimmte, freie Zeit
Vereinbarkeit von Familie und Beruf
Beteiligung / Mitentscheidung von Kindern
Bildung, Erziehung und Betreuung
Mehr Zeit für Kinder
Öffnung von Schule
Beteiligung / Mitentscheidung von Eltern
Chancengleichheit schaffen
Teilhabe, Inklusion
Veränderung der Lehr- und Lernkultur
Lebensweltorientierung

Qualität für Menschen

Recht auf Bildung

Alle Kinder, ob mit oder ohne Behinderung sollen „lebenspraktische Fertigkeiten und soziale Kompetenzen […] erwerben, um ihre volle und gleichberechtigte Teilhabe an Bildung und als Mitglieder der Gemeinschaft zu erleichtern“ und dauerhaft sicher zu stellen (UN-BRK, Art. 24. 3).

Der Ganztagsschulerlass drückt dies so aus:

„Die individuelle ganzheitliche Bildung von Kindern und Jugendlichen, die Entwicklung ihrer Persönlichkeit, der Selbst- und Sozialkompetenzen, ihrer Fähigkeiten, Talente, Fertigkeiten und ihr Wissenserwerb sollen systematisch gestärkt werden.“ (Pkt. 2.1)

Qualität für Menschen

Darum mit der Jugendhilfe…

Die Entwicklung, aber auch Förderung der personalen, instrumentellen und sozialen Kompetenzen gehört insbesondere in den Bereich des non-formalen Lernens / der non-formalen Bildung und ist im besonderen Maße nach den Grundsätzen Selbstbestimmung, Freiwilligkeit, Mitwirkung und Teilhabe zu gestalten…

…und gezielt und nachhaltig zu stärken.

Chancen der offenen Ganztagsschule:

In den nicht-unterrichtlichen Teilen des Ganztagsbetriebs liegt das Potenzial, in dem die non-formale Seite der Bildung zum Tragen kommt…

…wenn sie denn zum Tragen kommt.

Das ist ein Alleinstellungsmerkmal der OGS in NRW

Die außerunterrichtlichen Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsangebote der OGS sollen „nach den ***Grundsätzen des SGB VIII*** gestaltet werden“ (BASS 12–63/Grundlagenerlass Nr. 1.4)

=> „Trägermodell“

Grundsätze der Kinder- und Jugendhilfe:
Lebensweltbezug, Sozialraumorientierung, Partizipation, Gendersensibles Handeln, Selbstwirksamkeit, Interkulturalität, Freiwilligkeit, Selbstbestimmung, Inklusion

Auch benachteiligte Kinder, Kinder mit Behinderungen oder besonderen Förderbedarfen sind in erster Linie Mädchen und Jungen.

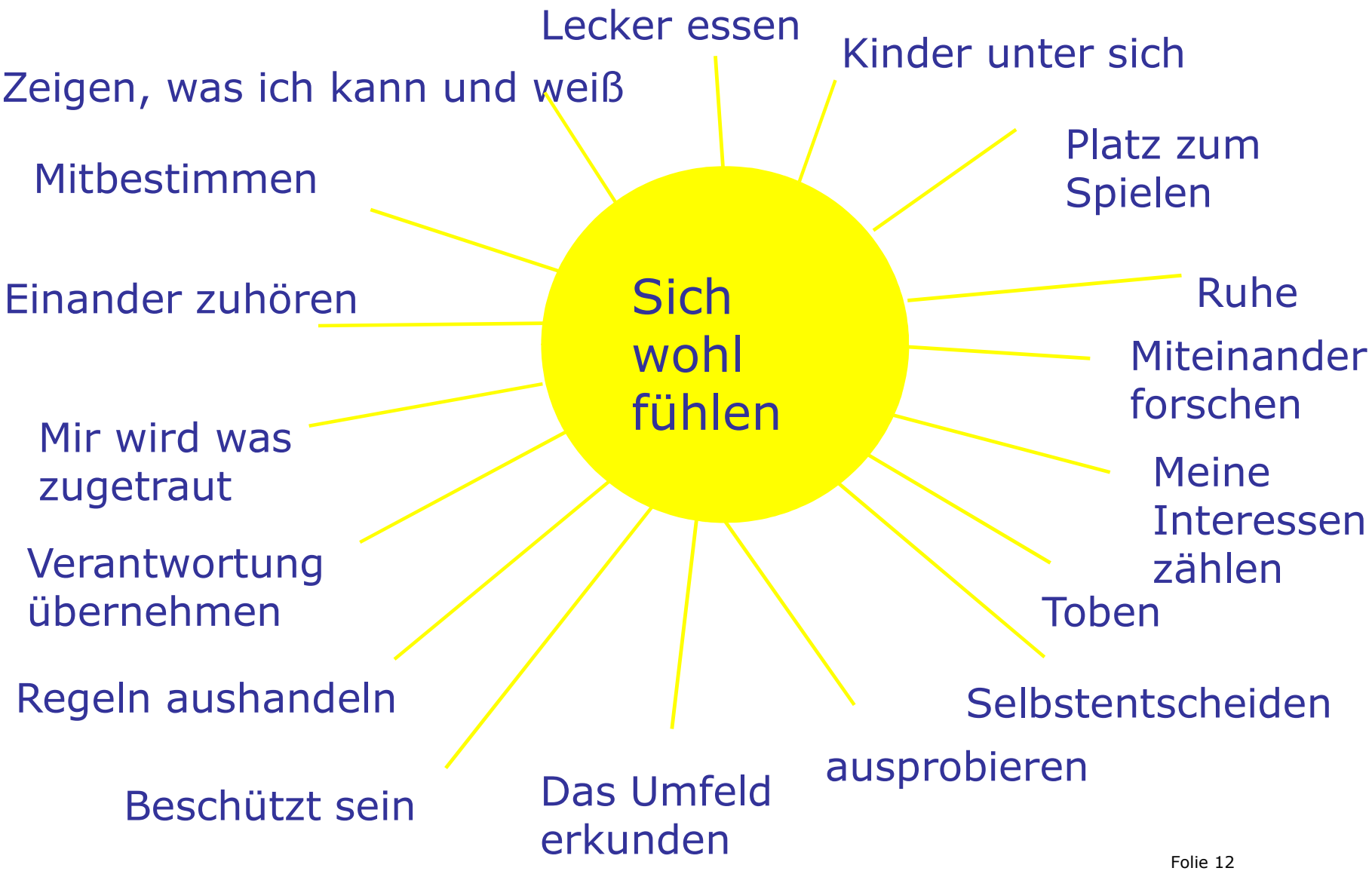
Es beschäftigen sie genau die Themen, die typisch für ihre jeweilige Altersgruppe sind:

- Freundschaften
- Streben nach Unabhängigkeit
- die Welt erkunden und viel lernen
- Schulprobleme
- Freizeitaktivitäten wie Sport und Musik
- Ich-Identität, u. a. ich als Mädchen*, ich als Junge*… *

Eine Wohlfühlatmosphäre gestalten....

- Zentral sind die Beziehungen zu den anderen Kindern – als Mädchen und Jungen.
- Vielfältige Formen der Begegnung, der Zusammenarbeit, des gemeinsamen Erkundens, des Spielens werden gestaltet.
- Die Kinder sprechen und arbeiten vermehrt miteinander.
- Darum gibt es auch immer neue Arbeitsgruppen und Arbeitsaufträge, Dinge zu erforschen.
- Es gibt viele gemeinsame Projekte über den ganzen Tag.
- Kinder bestimmen und gestalten mit.
- Sie erleben sich als autonom, selbstwirksam und dazugehörig.
- Mit ihnen gemeinsam werden Regeln des Umgangs entwickelt – und regelmäßig besprochen. Weniger ist mehr!

Wohlfühlatmosphäre gestalten



Wie behindert ist was eigentlich…?

Behinderung entsteht aus der Wechselwirkung zwischen Menschen mit Beeinträchtigungen und einstellungs- und umweltbedingten Barrieren, die sie an der vollen, wirksamen und gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft hindern (aus der Präambel der BRK)…

Der „Index für Inklusion“ fragt:

- Was sind Barrieren für Lernen und Teilhabe?
- Was kann dabei helfen, diese Barrieren zu überwinden?
- Wer stößt auf diese Barrieren?
- Welche Ressourcen sind nutzbar, um Lernen und Teilhabe zu unterstützen?
- Wie können zusätzliche Ressourcen mobilisiert werden, um beides zu unterstützen?

Qualität für Menschen

Inklusion:
Eine Haltungsfrage?



Inklusive Bildung verlangt nach einem anderen Setting, einem veränderten Schulprogramm und pädagogischen Konzept

- Eine je individuelle Lern- und Entwicklungsplanung
- Ein pädagogisches Raumkonzept, das eine anregungsreiche Lernumgebung und damit vielfältige Lerngelegenheiten bietet für unterschiedliche Lern-/Lehrsituationen – barrierefrei, mit Ruhe- und Pflegeräumen, Therapieräumen, Tobemöglichkeiten …
- Ein rhythmisiertes Unterrichtskonzept, in dem sich selbstständige und gemeinsame Lernformen, offene und strukturierte Lernsituationen abwechseln
- Neue Lern-/Lehrformen: Kooperatives Lernen, AG, Stationenlernen, Wochenpläne, Projektarbeit, Werkstatt …

Inklusive Bildung verlangt nach einem anderen Setting…

- Wechselseitiger Bezug und gegenseitige Verstärkung von formalen und nonformalen Bildungsprozessen, von inhaltlichem und sozialem Lernen – Verzahnung
- Veränderte Zeitrhythmen bezogen auf Unterrichtsstunden wie den gesamten Schulalltag: offener Anfang, längere Pausen
- Interprofessionelle Zusammenarbeit – Lehrkräfte, Erzieher*innen, Sozialpädagogen*innen, weitere außerschulische Partner aus der Kinder- und Jugendarbeit
- Erweiterung der Teams um Sonder- und Heilpädagogen* innen; Inklusionsassistenzen
- Veränderte Inhalte und Formen der Zusammenarbeit mit Eltern
- Verankerung von Schulsozialarbeit
- Eine stärkere Zusammenarbeit mit sozialen Diensten

Die offene Ganztagsschule – offen für multiprofessionelle Zusammenarbeit

Teamentwicklung ist das A und O für die pädagogische Qualität der OGS

- Das Ganztagskonzept wird gemeinsam entwickelt und regelmäßig fortgeschrieben. „Über das Konzept entscheidet die Schulkonferenz…“ (Bass 12 – 63)
- „Alle beteiligten Personen und Einrichtungen sollen vertrauensvoll zusammen-arbeiten.“ (ebd.)
- Ein Kontrakt soll erweiterte Mitwirkungsmöglichkeiten sichern (ebd.).
- In der Verantwortung der Schulleitung liegt die Gewähr eines regelmäßigen und fachgerechten Austauschs zwischen den Lehrkräften und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Kooperationspartners.

Teamrealitäten – Das gibt es an vielen offenen Ganztagsschulen:

- Jour fixe von Schul- und pädagogischer Leitung
- Wechselseitige Vertretung von Lehr- und sozialpädagogischen Kräften
- gemeinsame Konferenzen / Teamsitzungen
- Verständnis als Doppelspitze
- Gemeinsame Betriebsausflüge
- Gemeinsame Projekte
- Ein Leitbild – Offene Gemeinschaftsgrundschule
- Ein gemeinsam entwickeltes Schulprogramm
- Wechselseitig Hospitationen im Unterricht wie in den sozial-und freizeitpädagogischen Angeboten
- Gemeinsame Fortbildungen
- ein gemeinsamer Internetauftritt, in dem u.a. das ganze Team zu sehen und dessen Mitglieder genannt sind…: **Wir sind OGS**

Qualität für Menschen

Gemeinsame Nutzung aller Räume – Das können Teams vereinbaren

- Alle Klassen- und andere Schul- und Betreuungsräume, Mensa sowie schuleigene Außenflächen werden über den ganzen Tag von den Kindern genutzt (multifunktionale Nutzung und Funktionsräume).
- Ein an den unterrichtlichen und außerunterrichtlichen Bedarfen orientiertes Raumnutzungskonzept wird einvernehmlich im multiprofessionellen Team mit den Kindern entwickelt und vereinbart.
- Es gibt einen gemeinsamen Teamraum, Arbeitsplätze und Rückzugsräume für die Erwachsenen
- Grundsätzlich steht das gesamte Schulgebäude für die Gestaltung des Ganztags allen pädagogischen Mitarbeitern*innen und den Kindern zur Verfügung.
- Finden auch Eltern hier einen / ihren Raum?

Gehen Sie mit?

- Die offene Ganztagsschule folgt einer eigenen bildungspolitischen Idee.
- Sie ist mehr als eine verlängerte Halbtagsschule.
- Sie gestaltet guten Unterricht, und dies in vielfältigen, differenzierenden, individualisierenden, offenen Formen (z.B. Stationenlernen, Projekt-arbeit).
- Sie ist zugleich mehr als ein Unterricht ergänzendes, ihn unterstützendes Angebot.
- Sie ist auch Jugendhilfeangebot mit eigenem Bildungsauftrag und ist in diesem Sinne ein partizipativ gestaltetes sozial-, spiel-, freizeit-, kultur-pädagogisches Angebot nach den im Kinder- und Jugendhilferecht (SGB VIII) verankerten Grundsätzen.
- Sie hat eine eminent wichtige Bildungsfunktion
  im Sinne eines allgemeinen, ganzheitlichen, mehrdimensionalen – inklusiven – Bildungsverständnisses.

Lasst uns auf die Reise gehen…



Qualität für Menschen

Veränderung braucht die Bereitschaft,
sich auf andere Kulturen einzulassen…
…und Zeit, Gelassenheit und Spaß.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!



AWO Bezirksverband Niederrhein e.V.

Inklusive Raumkonzepte an Offenen Ganztagsschulen

Eine Handreichung von und für Praktiker*innen

Impressum

Abschlussbericht des AWO Modellprojektes „Inklusive Raumkonzepte an Offenen Ganztagsschulen“
Projektträger: AWO Bezirksverband Niederrhein e.V.

Projektpartner:
- AWO Berufsbildungszentrum Düsseldorf gGmbH
- AWO Kreisverband Oberhausen e.V.
- AWO Kreisverband Mettmann e.V.

Projektschulen:
- Grundschule am Lerchenweg (Monheim am Rhein)
- Grundschule Nordstadt (Velbert)
- KGS Thomas Schule (Düsseldorf)
- KGS Don Bosco (Duisburg)

Förderung: Landschaftsverband Rheinland (LVR)
Förderzeitraum: 01.11.2017 bis 31.10.2019
Projektleitung: Jana Kriegelstein
Projektteam: Julia Gräber, Julia Jablonska, Anika Krabbe, Petra Kohlmann, Jana Kriegelstein, Adriano Aquino de Meideiros, Heike Schönewald, Corinna Schülzke, Kathrin Siegers, Daniela Studzinski, Sascha Trojahn
Steuerungsgruppe: Beate Baroke, Davorka Bukovcan, Nadja Hübinger, Dr. Karin Kleinen, Gisela Larisch, Martin Lenz, Dr. Michael Maas, Claudia Morgenstern, Achim Nöhles, Christina ter Veer,

Herausgeber des Abschlussberichtes: AWO Bezirksverband Niederrhein e.V.,
Lützowstr. 32, 45141 Essen
V.i.S.d.P.: Dr. Michael Maas
www.awo-nr.de

Gestaltung: Christine Franzke

Essen, Dezember 2019

Inhaltsverzeichnis

Vorwort 3
Im Gespräch mit Dr. Karin Kleinen 4
Das AWO Projekt „Inklusive Raumkonzepte an Offenen Ganztagsschulen“ 7
Methode 1: Subjektive Schulkarten 9
Methode 2: Teilnehmende Beobachtungen 13
Methode 3: Fragebögen 17
Methode 4: Fotoevaluation 23
Methode 5: Modellbau 27
Zusammenfassung und Ausblick 29
Literatur und weiterführende Links 31
Anhang 1: Fragenbogen für Kinder 32
Anhang 2: Fragenbogen für Fachkräfte 33
Anhang 3: Checkliste für teilnehmende Beobachtungen 34

Vorwort

Liebe Leser*innen,

Offene Ganztagsschulen haben sich in NRW seit ihrer Einführung im Schuljahr 2003/2004 rasant ausgebreitet. Inzwischen verfügen rund 90 Prozent aller Grundschulen in NRW über einen „offenen Ganztag“, d.h. ein erheblicher Teil der Schüler*innen isst in der Schule zu Mittag und verbringt dort auch den Nachmittag. Die bauliche Weiterentwicklung der Schulen konnte mit dieser rasanten Entwicklung nicht Schritt halten. Konzepte einer ganztägigen Bildung und Betreuung müssen dementsprechend heute mehrheitlich in Gebäuden umgesetzt werden, die eigentlich für einen Halbtagsbetrieb konzipiert und gebaut wurden.

Eine weitere Herausforderung, der sich Grundschulen heute mehr denn je zu stellen haben, ergibt sich aus dem Anspruch der Inklusion. Dieser besagt, dass alle Kinder, ob mit oder ohne Beeinträchtigungen und egal welcher Herkunft, möglichst unter einem Dach und gemeinsam beschult werden sollen. Auch hier gilt: auf die besonderen räumlichen Bedarfe von Kindern mit körperlichen, geistigen oder seelischen Beeinträchtigungen sind die meisten Schulen in baulicher Hinsicht noch gar nicht ausreichend eingestellt.

Immerhin rund 80 Prozent aller Offenen Ganztagsschulen in NRW befinden sich in Trägerschaft der AWO und anderer Wohlfahrtsverbände. Als Wohlfahrtsverband unterstützen und begrüßen wir die Weiterentwicklung des Schulsystems hin zu einem inklusiven Ganztagsbetrieb. Andererseits wollen wir die Augen nicht davor verschließen, dass finanzielle, personelle und nicht zuletzt bauliche und räumliche Rahmenbedingungen an den meisten Grundschulen in NRW angesichts der oben skizzierten Herausforderungen noch viel zu wünschen übrig lassen.

Missstände offen anzusprechen ist das eine. Auf der anderen Seite sahen und sehen wir uns in der Verantwortung, auch unter suboptimalen Bedingungen das jeweils Beste für die uns anvertrauten Kinder zu erreichen und pragmatische Lösungen zu finden.

Geprägt von dieser Haltung entstand die Idee zum Modellprojekt „Inklusive Raumkonzepte an Offenen Ganztagsschulen“, welches vom 01.11.2017 bis zum 31.10.2019 an vier Partnerschulen im AWO Bezirk Niederrhein umgesetzt wurde.

In diesem Projekt ging es weniger um die architektonische Frage, wie eigentlich eine ideale Ganztagsschule aussehen müsste. Vielmehr ging es um räumliche Potenziale in real existierenden Schulgebäuden: Werden diese in optimaler Weise genutzt? Bieten sie den Kindern Rückzugsräume und Ruhe, aber auch genügend Raum für freies Spiel und Exploration? Gibt es Zwischenräume oder Randbereiche, die noch besser oder umfänglicher für die Kinder zugänglich gemacht werden könnten? Wie beurteilen die Kinder selbst die räumlichen Rahmenbedingungen an ihrer Schule und welche Verbesserungsideen bringen sie ein?

Die vorliegende Handreichung bietet interessante, anregende und nachdenklich stimmende Antworten auf diese Fragen. Sie wurde von Praktiker*innen und für Praktiker*innen entwickelt. Wir hoffen, dass die vorliegende Handreichung dazu beiträgt, die Aufmerksamkeit für räumliche Belange einer inklusiven Ganztagsbildung und -betreuung wach zu halten und zu schärfen. Räume sollten in ihrer Wirkung auf das Wohlbefinden und das Zusammenleben der Menschen nicht unterschätzt werden. Diesen Leitgedanken beziehen wir im Übrigen nicht allein auf Offene Ganztagsschulen, sondern ebenso auf Kindertagesstätten, Jugendzentren, Familienbildungsstätten, Seniorenwohnheime oder andere Einrichtungen, in denen die AWO als Träger fungiert und Verantwortung wahrnimmt.

Abschließend möchten wir allen herzlich danken, die zum Gelingen des Projektes beigetragen haben, insbesondere dem Projektteam, dem Projektbeirat, unseren Partnerschulen und nicht zuletzt dem Landschaftsverband Rheinland für die finanzielle Förderung und fachliche Begleitung.

Ihnen als Leser*innen wünschen wir viel Freude bei der Lektüre und hoffentlich zahlreiche Impulse und Anregungen für die Weiterentwicklung kindgerechter Raumkonzepte in Offenen Ganztagsschulen!



Jürgen Otto
(Geschäftsführer AWO BV Niederrhein)

Dr. Michael Maas
(Abteilungsleiter Jugendhilfe AWO BV Niederrhein)

Im Gespräch mit Dr. Karin Kleinen



Dr. Karin Kleinen
Bildnachweis: © Rheinisch-Bergischer Kreis

Frau Kleinen, in der Pädagogik spricht man vom „Raum als dritten Pädagogen". Finden Sie diese Formulierung treffend?

Ja und Jein – obwohl ich diese geläufige, meist mit der Reggiopädagogik verbundene Formulierung selbst in Vorträgen nutze, um damit zu unterstreichen, dass Räume in Bildungseinrichtungen wie Kita, Schule, Jugendeinrichtungen Ausdruck einer pädagogischen Haltung und eines pädagogischen Konzepts sein und beiden Nachhaltigkeit verschaffen sollten…

… wenn ich mir dann aber z.B. Schulgebäude, deren Räume, die Ausstattung, deren Pflege anschaue und dahinter eine pädagogische Haltung erkennen möchte, dann muss ich ja nachfragen, welche Pädagogik, welche Haltung sich hier denn spiegelt… Da drängt es mich mitunter schon, die zweiten und erst recht die ersten Pädagogen*innen, also die die Bildungsprozesse der Kinder begleitenden und fördernden Erwachsenen und die Kinder/die Peers in Schutz zu nehmen... Deren „Pädagogik" ist dann doch oft viel besser als es die Räume vermuten lassen…

Aber Ironie beiseite: Räume wirken und beeinflussen unser Denken, Fühlen, Handeln. Sie eröffnen Handlungs- und Gestaltungsspielräume, regen Phantasie an, lassen Bewegung, Muße, Rückzug, Geselligkeit zu – oder schränken all dies ein.
Räume prägen unsere Wahrnehmung und sind für die Entfaltung und (Aus-)Bildung unserer Sinne von großer Bedeutung – es lohnt sich, dies regen z.B. die Bildungsgrundsätze NRW an, die Räume einer Bildungseinrichtung, sei es eine Kita, eine offene Ganztagsschule oder auch ein Jugendzentrum, mal darauf hin zu betrachten, welche Sinne angesprochen, welche Fähigkeiten und Fertigkeiten womöglich hervorgelockt und angesprochen werden durch die Raumgestaltung, die Einrichtung und das vorhandene Material. Über Räume erschließt sich uns die Welt – und erschließen wir uns die Welt.
Es ist wichtig, neben den Innenräumen auch das Außen einzubeziehen. Damit meine ich zum einen das Außengelände der Bildungseinrichtung, zum anderen aber auch die Angebote in der Umgebung, im Sozialraum: den (Abenteuer-)Spielplatz in der Nähe oder womöglich auch „nur" den kleinen Bach, der gestaut werden, in dem Stichlinge oder auch anderes Getier gefangen und untersucht werden könnten. Ich meine den Sportplatz und den Park, das Kinder- und Jugendzentrum, aber durchaus auch einfach die Straßen/die Schulwege der Kinder, den Marktplatz, die Kirche, die Moschee, die Synagoge, das Einkaufszentrum, das Theater, das Kino, die Feuerwehr, das Wäldchen… eben all das, was Kinder spannend finden, was ihre Neugierde weckt.
Wir sprechen in der Kindheitsforschung von einem Wandel weg von der „Straßenkindheit" – die früher allerdings mit dem Etikett eines niedrigeren sozialen Status belegt und abschätzig betrachtet wurde und heute mitunter verklärt wird – hin zur verhäuslichten, institutionalisierten und damit auch verwalteten Kindheit. Freiräume und freie selbstgestaltete Zeiträume sind hier Mangelware – und dabei doch so unendlich wichtig für Kinder und Jugendliche und in ihrer bildenden Wirkung nicht zu überschätzen – gerade mit Blick auf die „ersten Pädagogen*innen", die Kinder/Peers unter sich. Es ist insbesondere auch in Zeiten der „Ganztagsbildung" wichtig, Kindern und Jugendlichen Freiräume zu (über-)lassen, dass sie sich selbsttätig Räume aneignen, sie mit neuen, eigenen Bedeutungen und „Funktionen" belegen. Dabei werden womöglich aus den – aus Erwachsenensicht höchst unattraktiven – Räumen für Kinder spannende Höhlen, aus den als „Abstandsgrün" gedachten Hecken „unterirdische Gänge" oder einfach auch nur von Erwachsenen nicht einsehbare Rückzugsorte.

Richten wir den Blick auf Offene Ganztagsschulen in NRW – Wo sehen Sie hier Erfolge und Beispiele guter Praxis im Hinblick auf kindgerechte Raumkonzepte, aber auch wichtige Handlungsbedarfe?

Das ist eine schwierige Frage, weil es „die" OGS ja nicht gibt, wir sehr viele verschiedene Raumsituationen haben, viele gute Praxisbeispiele und auch bedrückende Situationen.
Ich komme viel im Rheinland rum und besuche viele offene Ganztagsgrundschulen. Ganz unabhängig zunächst davon, wie das Gebäude und die Räume sind, gibt es Unterschiede, wie sich Kinder durch das Gebäude und über das Schulgelände bewegen, wenn sie sich denn, auch während der Unterrichtszeit und unabhängig von den festgelegten Pausenzeiten im Gebäude bewegen dürfen – ob die Türen zu den Klassen- und Gruppenräumen offen stehen, Kinder im Haus verteilt sind und dort z.B. in kleinen Gruppen arbeiten, selbsttätig etwas erforschen, zu Beginn des Unterrichts womöglich die einen schon draußen spielen, die anderen sich in eine Nische zurückziehen und noch etwas dösen oder erst noch frühstücken, weil es dafür zu Hause vielleicht zu hektisch war…
Insofern ist es sicherlich wichtig, welche Räume die Kinder haben, ob diese ansprechend gestaltet, gut ausgestattet, mit Lärmschutz ausgestattet, sauber, gut durchlüftet sind. Aber auch die schönsten Räume können nicht wirken und die Bildungsprozesse befördern, wenn Kinder sie nicht aktiv mitgestalten und auch in ihrem Sinne umgestalten können.
Zu fragen ist, ob die gesamte Grundschule eine offene Ganztagsschule ist – oder nur einen offenen Ganztag und womöglich daneben noch eine pädagogische Übermittagsbetreuung hat und sich die Kinder – und wie sie auch die Erwachsenen – diesen Strukturen gemäß auf spezielle Räume verteilen (müssen) und sich bestenfalls dann auf dem Schulhof treffen.
Zu fragen ist, ob es in der offenen Ganztagsschule für die hier arbeitenden Erwachsenen einen gemeinsamen Teamraum, gemeinsame Arbeits- und auch Rückzugsräume gibt. Die Teamentwicklung ist das A und O und aus meiner Sicht die zentrale Gelingensbedingung für die Entwicklung eines pädagogischen Gesamtkonzepts und darin verankerten Raumkonzepts und darüber hinaus für die Entwicklung der offenen Ganztagsschule zu einem inklusiven Bildungsort.

In dem AWO Projekt sollten insbesondere die räumlichen Bedürfnisse von Kindern mit sozial-emotionalem Förderschwerpunkt in den Blick genommen werden. Was ist bei diesen Kindern im Hinblick auf Raumkonzepte, Ihrer Einschätzung nach besonders zu beachten?

Auch hier muss ich zunächst betonen, dass es „das" Kind mit „dem" sozial-emotionalen Förderbedarf nicht gibt.

Es ist wichtig, nach dem „guten Grund" auffälligen – das kann auch heißen, sich abschottenden – aggressiven oder auch (zer)störenden Verhaltens von Kindern zu fragen, das ja meist ein Indikator dafür ist, dass sie sich nicht wohl und wertgeschätzt fühlen, dass sie etwas belastet. Das kann sicherlich viele Gründe haben, aber durchaus auch an der räumlichen Situation liegen: dass es zu eng, zu laut, zu hektisch ist – bereits zu Hause und nun auch noch in der Schule – dass Kinder, obwohl sie sich nicht wirklich laut miteinander unterhalten, dauernd zur Ruhe gerufen werden, weil die Raumakustik so schlecht ist… sie darum nicht frei spielen, schon gar nicht toben dürfen, obwohl sie womöglich gerade dies dringend bräuchten…

Der Zustand eines Gebäudes und dessen Ausgestaltung, ob es sauber und gepflegt, gut durchlüftet, geschmackvoll eingerichtet, nicht überladen ist, ob Dinge, die kaputtgegangen sind, wieder sorgfältig – nicht notdürftig – repariert, Räume regelmäßig renoviert werden – all diese Aspekte eines pfleglichen Umgangs, der den Kindern vor- und mit ihnen gelebt wird, bezeugt ihnen gegenüber Wertschätzung und Respekt.

Das ist aus meiner Sicht eine Prämisse von Heil-Pädagogik – tatsächlich auch im wörtlichen Sinne von Heilen und Guttun –, die sich auf das Selbstwertgefühl wie auf das soziale Klima positiv auswirkt: Kinder gehen sowohl mit Sachen, Möbeln, Räumen als auch miteinander und mit den sie begleitenden Erwachsenen achtsamer und respektvoller um. Umgekehrt ist es oft ein Indiz, dass Mädchen und Jungen sich nicht beteiligt und in Entscheidungen einbezogen fühlen, wenn sie lieblos mit Dingen umgehen oder sie auch mutwillig kaputt machen. Es lohnt, wie gesagt, nach dem „guten Grund" eines Verhaltens oder Handelns zu fragen.

Sie haben das Projekt „Inklusive Raumkonzepte an Offenen Ganztagsschulen" der Arbeiterwohlfahrt von Anfang an fachlich begleitet. Was hat Ihnen an dem Projekt besonders gut gefallen?

Zunächst möchte ich – losgelöst von dem wichtigen Thema, das nach meinem Kenntnisstand so bislang noch kaum in den Blick genommen wurde – sagen, dass Sie ja unter nicht so günstigen Bedingungen gestartet sind und auch während des Projektverlaufs immer wieder Hürden zu überwinden hatten, weil es, das ist für die OGS leider nicht untypisch, immer wieder personellen Wechsel, auch krankheitsbedingte Ausfälle gab. Ich finde es beachtlich, dass Sie immer wieder gute Mitstreiter*innen gefunden und den „roten Faden" gehalten haben, dass Sie trotz ungünstiger Rahmenbedingungen zielstrebig weitergearbeitet und so das Projekt aus meiner Sicht zu einem wirklich guten Ende gebracht haben. Hut ab!

Gut, richtig und wichtig – und besonders gefallen hat mir, dass Sie in diesem Projekt die Kinder aktiv einbezogen und dazu verschiedene altersgerechte Methoden angewandt haben – neben der „klassischen" Methode der Kinderbefragung, z.B. die Raum- und Sozialraumerkundung der Kinder, ausgerüstet mit Kameras, um Lieblingsplätze aber auch jene Orte im Bild festzuhalten, die sie nicht mögen und darum möglichst meiden. Wunderbar, wie die Kinder ihre Traum-OGS gebaut haben, wie überhaupt die vielen Projekte im Projekt, die mit den Kindern geplant und durchgeführt wurden.

Ich habe oben ja schon betont, wie wichtig es ist, die Kinder als Experten*innen in eigener Sache wahr- und ernst zu nehmen und (mit)entscheiden zu lassen – in allen Angelegenheiten, die sie betreffen.

Gefallen hat mir dabei auch Ihre Sensibilität für die Neben- und Zwischenräume, die sich die Kinder erobert und mit ihren eigenen Ideen und Bedeutungen belegt und angeeignet haben, jenseits von den Funktionen, die die Erwachsenen diesen Räumen zugedacht haben. Gut fand ich, dass Sie bei Ihren Austausch- und Reflexionstreffen und der Evaluation explizit nach diesen „subjektiven Aneignungsräumen" (Deinet) der Kinder gefragt haben und danach, ob sie sie zulassen können – auch wenn Sie dabei die Kinder nicht direkt „im Blick" haben.

Partizipation, Mitentscheiden in allen Angelegenheiten, die Kinder und Jugendliche betreffen, das ist ein Kinderrecht, ein Recht der jungen Menschen. Das deutsche Kinder- und Jugendhilfegesetz, das Sozialgesetzbuch VIII, greift dieses Recht in seinem Paragraph 8 explizit auf und schreibt es fest. Wenn es darin heißt, dass Kinder und Jugendliche „entsprechend ihrem Entwicklungsstand" an allen sie betreffenden Entscheidungen zu beteiligen sind – dann ist das nicht so zu verstehen, dass manche Kinder wohl eben noch zu klein oder „nicht klug" oder „reif genug" seien, mitzureden und zu entscheiden. Diese Formulierung ist vielmehr eine Forderung und mehr noch ein Gebot an die Erwachsenen, mit jedem jungen Menschen Wege zu suchen und zu finden, seine Interessen und Bedürfnisse zum Ausdruck zu bringen und mitzuentscheiden. Das kann ja über sehr verschiedene Wege geschehen – einschließlich

einer genauen Beobachtung der Mädchen und Jungen, wo und wie sie sich z.B. wohlfühlen, wann, in welchen (Raum-) Situationen sie womöglich unruhig werden oder eben im Gegenteil, locker, ruhig und entspannt.
Ihr dezidiert partizipativ gestaltetes Projekt belegt, dass sich Kinder dort, wo sie mitgestalten und mitbestimmen, wo sie sich als selbstwirksam erleben, wohl, weil gesehen und wertgeschätzt fühlen – und dass sie darum dann auch besser lernen und sich zu starken Persönlichkeiten entwickeln können.
Dankeschön – so darf ich auch im Namen des LVR-Landesjugendamts Rheinland und der Sozial- und Kulturstiftung des LVR sagen. Dankeschön für dieses wertvolle Projekt, dem ich viele Nachahmer*innen und Mitstreiter*innen wünsche!

Das AWO Projekt „Inklusive Raumkonzepte an Offenen Ganztagsschulen“

Die vorliegende Handreichung fasst ausgewählte Ergebnisse des zweijährigen Modellprojektes „Inklusive Raumkonzepte an Offenen Ganztagsschulen“ zusammen. Das Projekt wurde vom AWO Bezirksverband Niederrhein gemeinsam mit drei Kreisverbänden der AWO zwischen November 2017 und Oktober 2019 durchgeführt und aus Mitteln der Sozial- und Kulturstiftung des Landschaftsverbands Rheinland (LVR) gefördert. Träger des Offenen Ganztages der beteiligten Projektschulen ist die AWO. Für die Durchführung des Projektes wurde an jedem der vier Standorte eine OGS-Fachkraft auf dem Wege einer Aufstockung um sechs Wochenarbeitsstunden für einen Zeitraum von 24 Monaten als örtliche Projektkoordination eingesetzt. Zusätzlich wurde eine weitere Fachkraft mit zehn aufgestockten Wochenarbeitsstunden mit der überregionalen Projektleitung betraut.
Die ausgewählten Inhalte der Handreichung beruhen vor allem auf einer Befragung von Kindern und Fachkräften an vier OGS im Regierungsbezirk Düsseldorf, davon jeweils eine in Düsseldorf, Monheim am Rhein, Kreis Mettmann und Duisburg. Im Sinne einer inklusiven Kultur wurden dabei die Bedürfnisse aller Kinder in den Blick genommen. Das Inklusionsverständnis, das diesem Modellprojekt zugrunde liegt, bezieht sich dementsprechend nicht ausschließlich auf Kinder mit speziellem Förderbedarf, sondern auf alle Kinder mit ihren Unterschiedlichkeiten und individuellen Bedürfnissen.
Gleichwohl bestand im Projekt der Anspruch, insbesondere die Raumbedarfe von Kindern mit sozial-emotionalem Förderbedarf zu bedenken, denn für diese kann es beispielsweise von noch größerer Bedeutung als für sozial-emotional unauffällige Kinder sein, dass Rückzugsräume zur Verfügung stehen, in denen man zur Ruhe kommen kann. Stehen solche Räume aber nicht zur Verfügung, dann ist Schule für solche Kinder in bestimmten Situationen kaum „aushaltbar“ und allzu schnell erhalten sie das Stigma als „nicht beschulbare“ Kinder. Beim Thema „inklusive Raumkonzepte“ ausschließlich an die Barrierefreiheit für körperlich behinderte Kinder zu denken, wäre jedenfalls eine Engführung.
Auf Grundlage der Befragungen entwickelten die Teams an den Projektstandorten kleinere Projekte, die dort erprobt, analysiert und weiterentwickelt wurden. Das gesamte Projekt verfolgte somit einen stark partizipativ geprägten Ansatz, der die Kinder als Expert*innen ihrer Lebenswelt von Anfang an zu Wort kommen lässt und beteiligt.

Erklärtes Ziel der Offenen Ganztagsschule ist laut Erlass der Landesregierung aus dem Jahr 2003 die Entwicklung eines bedarfsgerechten Angebotes der Bildung, Erziehung und Betreuung. Neben dem Elternhaus übernehmen vor allem Kindertagesstätten. Schulen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit die Aufgabe, allen Kindern und Jugendlichen das bestmögliche Maß an individueller Unterstützung und Förderung zukommen zu lassen. Dies beinhaltet u.a. die Bereitstellung animierender, aktivierender und barrierefreier Räume, die zu eigenverantwortlichem Arbeiten auffordern und die Selbsttätigkeit der Kinder fördern. Die Realität sieht jedoch oft noch anders aus. Im Fokus dieses Praxisforschungsprojektes steht deshalb die Fragestellung, inwiefern räumliche Rahmenbedingungen im Offenen Ganztag den Anspruch gemeinsamen Lebens und Lernens der Schulkinder fördern oder behindern und welche räumlichen Ressourcen bislang vielleicht noch nicht ausreichend genutzt werden.

Das partizipativ gestaltete Modellprojekt zielte auf die Entwicklung inklusiver Raumkonzepte in Offenen Ganztagsschulen. Unter Berücksichtigung des Raumes als „dritter Pädagoge“ sollte es dazu beitragen, dass innerschulische und außerschulische Räume im Rahmen des Offenen Ganztags optimal genutzt und gestaltet werden. Dies trägt dazu bei, dass Kinder mit und ohne sozial-emotionalem Förderbedarf einerseits zu ihrem eigenen Wohl und andererseits zum Wohl der Gesamtgruppe erfolgreich und nachhaltig in den Offenen Ganztag integriert werden können.

Wir konzentrierten uns im Projekt weniger auf architektonische und bauliche Voraussetzungen, sondern primär auf Fragen der Raumnutzung und Raumausgestaltung: Im Sinne einer inklusiven Schulkultur gilt es einerseits, den Blick auf bislang ungenutzte räumliche Ressourcen innerhalb und außerhalb des Schulgebäudes zu richten und andererseits, Räume im Hinblick auf ihre Ausstattung, Gestaltung und Nutzung zu optimieren.

Der Erfolg solcher Vorhaben hängt entscheidend davon ab, inwieweit sie von Schulleitung, Kollegium sowie dem kommunalen Schulträger mitgetragen werden. In diesem Sinne vertritt auch die Landesregierung NRW in Ihrem 10. Kinder- und Jugendbericht die Prämisse, „dass für eine Ganztagsschule – will sie erfolgreich für Kinder und Jugendliche sein – eine enge Zusammenarbeit zwischen der Kinder- und Jugendhilfe und der Schule und weiteren Partnern aus der Kultur und dem Sport unumgänglich ist. Kooperation ist ein Handlungsprinzip geworden, und prägt den Alltag in der Ganztagsschule wesentlich mit.“ (S. 183f.)

Vor diesem Hintergrund wurde an jedem Projektstandort eine schriftliche Kooperationsvereinbarung zwischen den AWO-Trägern des Offenen Ganztags auf der einen Seite sowie der Schulleitung und dem kommunalen Jugendhilfe- und Schulträger auf der anderen Seite abgeschlossen. Als ein Projekt der Praxisforschung war das gesamte Projekt durch einen hohen Grad an Reflexion und Dokumentation gekennzeichnet. Die räumlichen Rahmenbedingungen vor Ort wurden durch verschiedene Maßnahmen erhoben, dokumentiert und anschließend auf überregionaler Ebene miteinander verglichen. Die Projektkoordinator*innen der vier Standorte hospitierten gegenseitig in den Schulen und erhielten so die Möglichkeit, die räumlichen Potenziale und Grenzen des eigenen Standorts besser einzuschätzen. Parallel dazu wurden die Projektergebnisse mit dem Jugendhilfe- und Schulträger vor Ort und der Schulleitung kommuniziert. Die Projektarbeit wurde in einer überregionalen Steuerungsgruppe reflektiert und beraten.

Im Sinne einer partizipativen Praxisforschung konzentrierten wir uns bei der Auswahl der Methoden vor allem auf die Perspektive der Kinder und der Fachkräfte, also den agierenden Personen im Offenen Ganztag. Folgende Methoden der Selbstevaluation wurden an den vier Projektschulen durchgeführt und ausgewertet:

- Subjektive Schulkarten
- Teilnehmende Beobachtungen
- Fragebögen
- Fotoevaluationen
- Modellbau

In den folgenden Kapiteln werden wir schildern, wie wir diese Methoden konkret in unseren Projektschulen umsetzten und welche Erkenntnisse sich daraus ergaben.

Partizipation und Mitentscheiden in allen Angelegenheiten, die die Kinder betreffen, ist ein Kinderrecht. So greift das deutsche Kinder- und Jugendhilfegesetz dieses Recht in § 8 des SGB VIII explizit auf und schreibt es fest. Darin heißt es, dass Kinder und Jugendliche „entsprechend ihrem Entwicklungsstand“ an allen sie betreffenden Entscheidungen zu beteiligen sind. Diese Formulierung kann als Aufforderung und Verpflichtung gelesen werden, jeweils altersgerechte Wege zu finden, den Kindern und Jugendlichen bei allen Entscheidungsprozessen, die sie betreffen, eine Beteiligung und Mitbestimmung zu ermöglichen. Dort, wo Kinder mitgestalten und mitbestimmen, wo sie sich als selbstwirksam erleben, weil ihre Meinung wahrgenommen und wertgeschätzt wird, können sie sich zu starken und resilienten Persönlichkeiten entwickeln.

Methode 1: Subjektive Schulkarten

In allen vier Standorten des Projektes wurde zwischen November 2017 und Januar 2018 in den vier Jahrgängen mit fünf bis sieben Kindern die Methode „Subjektive Schulkarte“ durchgeführt. Insgesamt beteiligten sich 86 Kinder an dieser Methode. Hierbei erhielten die Kinder die Aufgabe, ihre Schule mit allen Räumen, die sie kennen, zu zeichnen. Im zweiten Schritt erhielten die Kinder den Auftrag, alle Orte, an denen sie sich wohl fühlen, grün zu markieren und alle Orte, an denen sie sich nicht wohl fühlen, rot zu markieren. Im dritten Schritt wurden die Bilder, moderiert durch eine begleitende Fachkraft, reflektiert und kommentiert. In der Auswahl der Kinder wurde im Hinblick auf sozial-emotionalen Förderbedarf (Förderbedarf vorhanden oder nicht) und Geschlecht auf die Bildung gemischter Kleingruppen geachtet. Im Februar 2018 erfolgte eine standortübergreifende Gesamtauswertung der insgesamt 86 im Projektrahmen erstellten Subjektiven Schulkarten. Ausgewählte Ergebnisse dieser Auswertung werden im Anschluss an die methodische Beschreibung präsentiert.

Bei der in unserem Projekt angewandten Methode der „Subjektiven Schulkarte“ handelt es sich um die abgewandelte Form einer Methode, die das Forscherteam um Ulrich Deinet bereits in ihrer Studie „Ganztagsschule (OGS) als Lebensort aus Sicht der Kinder“ (Deinet 2018) in Düsseldorf mit 40 Kinder erprobte. In dieser Studie wurde von Erwachsenen zunächst „eine detailgetreue Skizze vom Schul- und Pausengelände erstellt. Die Kinder erhielten dann die Aufgabe, diese Skizze mit drei unterschiedlichen Farben auszumalen. Die drei Farben standen jeweils für einen beliebten oder unbeliebten Ort oder für einen Ort, der den Kindern noch weitgehend unbekannt ist.“ (ebd., S. 4) Im Unterschied dazu erhielten die Kinder im Rahmen des hier vorgestellten Projektes die Aufgabe, die Schulräume selbst zu zeichnen und anschließend farblich zu markieren. Subjektive Schulkarte - methodische Beschreibung

Subjektive Schulkarte - methodische Beschreibung

Kurzbeschreibung

Die Kinder erhalten die Aufgabe, auf einem großen Zeichenpapier die Räume der Schule zu zeichnen, die sie kennen und anschließend farblich zu markieren, an welchen Orten sie sich wohl fühlen und an welchen nicht.

Ziele

- Kinder legen offen, welche Räume für sie von hoher emotionaler Relevanz sind und welche Räume vorrangig wahrgenommen werden.
- Es wird deutlich, welche Räume auf dem Schulgelände und im Schulgebäude aus Kindersicht beliebt / unbeliebt sind und warum.

Zeitrahmen

Der Zeitaufwand ist in einer Kleingruppe insgesamt (incl. Reflexion) mit ca. 60 Minuten zu kalkulieren.

Durchführung

Einer Kleingruppe von etwa vier bis acht Kindern werden Zeichenpapier im DIN A2-Format, Bleistifte und Buntstifte oder Filzstifte zur Verfügung gestellt.

Im ersten Schritt (Zeichnung) erhalten die Kinder die Aufgabe, alle Räume der Schule (sowohl innen wie außen) zu zeichnen, die sie kennen. Hierbei geht es weder um Vollständigkeit, noch um eine möglichst „realistische“ Zeichenweise, sondern darum festzustellen, welche Räume die Kinder zuerst zeichnen und deshalb für sie offensichtlich von hoher subjektiver Relevanz sind.

Im zweiten Schritt (farbliche Markierung) erhalten die Kinder durch die begleitende Fachkraft die Aufgabe, alle Orte, an denen sie sich wohl fühlen und die ihnen gut gefallen, grün zu markieren und umgekehrt alle Orte, die ihnen nicht gut gefallen, rot zu markieren.

Im dritten Schritt (Reflexion) werden die Bilder aufgehängt und jedes Kind stellt sein Bild vor. Die Kinder sollen dabei ihre farblichen Markierungen möglichst begründen. Die begleitende Fachkraft und die anderen Kinder können hierbei Nachfragen stellen. Werden die Ergebnisse in mehreren Klassen/ Schulen durchgeführt, ist zum Zwecke der Vergleichbarkeit darauf zu achten, dass die Methode im Hinblick auf die Aufgabenstellung, den Zeitumfang sowie organisatorische Rahmenbedingungen möglichst gleichartig durchgeführt wird.

Die Methode kann alternativ entweder nur auf die Räume im Schulgebäude oder den Außenbereich des Schulgeländes beschränkt werden.

Schüler*innen der Klassen 3 und 4 sind erfahrungsgemäß eher in der Lage, ihre farblichen Markierungen zu begründen.

Im Rahmen des Projektes „Inklusive Raumkonzepte an Offenen Ganztagsschulen“ wurde die Methode von den Kindern gerne angewandt und umgesetzt. Die Methode sensibilisierte die Projektkoordinator*innen für Entwicklungsbedarfe und Defizite im Hinblick auf den räumlichen Ist-Zustand. So fiel in einem Standort beispielsweise auf, wie häufig die Kinder das Vorhandensein eines Kickers in einem bestimmten Raum positiv hervorhoben. Den beteiligten Projektkoordinator*innen wurden dadurch selbstkritisch bewusst, dass die Ausstattung dieses Raumes sich weitgehend auf den Kicker beschränkte und sehr spärlich eingerichtet war.

Auffällig war weiterhin, dass einzelne Kinder in Abweichung von ihrem eigentlichen Arbeitsauftrag weniger den Ist-Zustand der Schule, sondern eher ihre Wünsche und Vorstellungen guter Schulräume zeichneten. Die Aufmerksamkeit der Kinder richtete sich zum Teil auch auf Details, die die pädagogischen Fachkräfte von sich aus nicht in den Blick genommen hätten (z.B. „Ich mag den Türstopper am roten Tor. Den nennen wir Timmy.“).

Im Folgenden geben wir aus den Erläuterungen zu den Subjektiven Schulkarten einige O-Töne der Kinder wieder, in denen sie begründeten, warum sie auf ihren Zeichnungen etwas grün oder rot markiert hatten. Anschließend sollen exemplarisch drei Themenfelder, die sich in der Anwendung der Methode „Subjektive Schulkarte“ als relevant erwiesen, kurz erörtert werden.

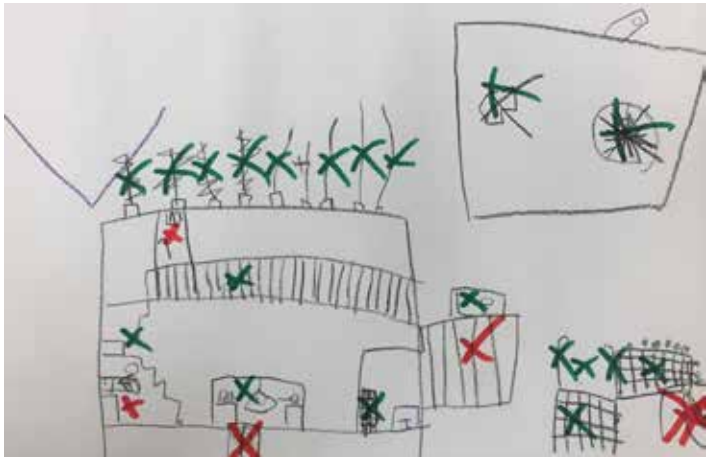


Abb. 1: Subjektive Schulkarte, Leon, Klasse 1:
Ich mag die Antennen auf dem Dach, weil sie elektrisch sind. Ich mag meine Federmappe mit dem Fußball drauf. Ich mag die Treppe und das Geländer. Ich mag den Kicker und die Bücherei. Besonders mag ich das Klettergerüst an der Garage. Ich mag nicht die Notausgänge. Die Eingangstür mag ich auch nicht, weil es dort immer Gedrängel gibt. Ich mag die Tischtennisplatte nicht. Ich kann dort nie spielen.“

O-Töne der Kinder: „Mir gefällt **nicht** gut...“

„… der **Gruppenraum**, weil er dort zu voll und zu laut ist.“

„… die **Eingangstür**, weil es dort immer Gedrängel gibt.“

„… die **Mensa**, weil wir uns so lange anstellen müssen und weil wir auseinander gesetzt werden.“

„… das **Foyer**, da ist es langweilig.“

„… die **Turnhalle**, weil wir dort immer die Schuhe ausziehen müssen.“

„… das **Treppenhaus**, weil ich schon mehrmals die Treppe runter gefallen bin.“

„… der **Kunstraum**, er ist im Keller und total kahl.“

„… die **Büsche**, sie haben Stacheln und deshalb kann man dort nicht gut spielen.“

„… das **Fußballfeld**, weil man da Bälle abbekommen kann, zum Beispiel im Gesicht.“

„… die **Toiletten**, weil dort immer Pipi auf dem Boden ist und weil es stinkt.“

„… die **Seilbahn**, weil sie gerade kaputt ist.“

„… die **Rutsche**, weil sie langweilig ist.“

„… die **Tischtennisplatte**, weil ich dort nie spielen kann.“

„… das **Klettergerüst**, weil dort viele Kinder schubsen.“

O-Töne der Kinder: „Mir gefällt **gut** …“

„… der **Eingang**, weil ich mich dort von meiner Mutter verabschiede und alleine rein gehen darf.“

„… unser **Klassenraum**, weil unsere Lehrerin leise und nett ist.“

„… unser **Gruppenraum**, weil es dort eine getrennte Jungen- und Mädchenecke gibt, einen Kicker, eine Lego-Ecke und einen neuen Teppich.“

„… der **Flur**, weil ich mich dort heimlich in der Pause aufhalte und meine Hände an der Heizung wärme.“

„… die **Mensa**, weil es dort viel Essen gibt.“

„… die **Toilette**, weil sie da ist.“

„… die **Bücherei**, wegen der Wackelstühle und der gemütlichen Sitzkissen.“

„… unsere **Sporthalle**, weil sie so groß ist, dass man sie teilen kann und mehrere Spiele gleichzeitig spielen kann.“

„… das **Sekretariat**, weil dort kein Unterricht ist.“

„… das **Gebüsch** mit den Höhlen, weil man sich da gut verstecken kann und meine Freundin und ich dort unter uns sein können.“

„… die **Sternguckerbänke**, da kann man gut drauf rennen und abchillen.“

„… die **Seilbahn**, man kann dort über Kopf hängen und gute Tricks machen.“

„… die **Schaukel**, weil ich da mit meinem Freund Ninjago spiele.“

„… der **Schulhof**, wenn die Sonne scheint und man den blauen Himmel sehen kann.“

„… die **Antennen** auf dem Dach, weil sie elektrisch sind.“

„… der **Türstopper** am roten Tor, den nennen wir Timmy.“

Toiletten als Orte des Unwohlseins

Mit einer Ausnahme, in der ein Kind positiv hervorhebt, dass überhaupt Toiletten in der Schule vorhanden sind, werden diese von den Kindern in den Subjektiven Schulkarten durchweg negativ beurteilt. Auffällig ist zunächst, dass die Toiletten in allen vier Schulstandorten vergleichsweise häufig von den Kindern im Rahmen ihrer subjektiven Schulkarten gezeichnet werden, insofern in der Wahrnehmung der Kinder also offensichtlich durchaus eine Rolle spielen. Sie werden als „dreckig", „schmutzig" und „ekelig" bezeichnet und es stinke dort.

Eigentlich müsste es selbstverständlich sein, dass Kinder saubere und gepflegte Toiletten vorfinden und Toilettenräume, die ihr Recht auf Intimität und Hygiene wahren und unterstützen. Saubere Toiletten sind letztlich auch eine Bekundung des Respekts gegenüber den Kindern.

Auf der anderen Seite wissen wir, dass Schultoiletten seit jeher ein prekäres Feld sind. Sie leiden unter Vandalismus und Verschmutzung, sind andererseits nur schwer kontrollierbar. Viele Kinder vermeiden in der Schule soweit wie möglich den Gang zur Toilette, weil er angstbesetzt ist und weil sie sich ekeln. Das war schon lange vor Einführung der Offenen Ganztagsschule so und hat sich bis heute leider kaum geändert. Vor diesem Hintergrund war eine tendenziell positive Bewertung der Toiletten durch die Kinder im Rahmen der Subjektiven Schulkarten nicht zu erwarten. Überraschend ist aber dennoch die Häufigkeit, mit der in allen vier Standorten die Toiletten als Orte des Unwohlseins identifiziert werden.

Dieses Ergebnis ist insofern besonders ernst zu nehmen, weil Kinder in Ganztagsschulen natürlich häufiger die Toiletten benutzen müssen, als dies in Halbtagsschulen der Fall wäre. In Halbtagsschulen gelingt es vielen Kindern, nur im Ausnahmefall auf die Toilette zu gehen. In Ganztagsschulen ist demgegenüber der Toilettengang für viele Kinder kaum zu umgehen.

Schulen und Schulträger sollten unter Beteiligung der Kinder deshalb gemeinsam systematisch eruieren, wie die Attraktivität der Toiletten gesteigert werden kann. Entscheidende Faktoren sind hier u.a.:

- Fragen des Zugangs, der Aufsicht und Kontrolle
- Häufigkeit und zeitliche Taktung der Reinigung
- Baulicher und technischer Zustand der Anlagen
- Ausstattungsmerkmale (Toilettenpapier, Seifenspender etc.)
- Gestaltungsmerkmale (Licht, Farben, Art der Fliesen etc.)



Abb. 2: Subjektive Schulkarte, Lea, Klasse 3: „Ich mag die Hängematte auf dem Schulhof, weil man da springen kann. Die Schaukel mag ich nicht so. Die Kinder spielen da immer so wild. Auf dem Fußballfeld mag ich nicht, dass man Bälle abbekommen kann, z.B. im Gesicht. Die Toiletten stinken, die mag ich nicht."

Personengebundene Attraktivität von Räumen

Vor die Aufgabe gestellt, zu begründen, warum sie sich an einem bestimmten Ort in der Schule wohl fühlen oder nicht, antworteten auffällig viele Kinder mit der Anwesenheit anderer Personen. So fühlt sich zum Beispiel ein Mädchen in dem Klassenraum wohl, weil es seine Lehrerin „leise und nett" findet. Einem Jungen gefällt die Schaukel besonders gut, weil er dort mit seinem Freund Ninjago spiele. Für viele Kinder hängt die Frage, inwieweit sie sich in einem bestimmten Raum oder an einer bestimmten Örtlichkeit wohl fühlen, offensichtlich entscheidend davon ab, welche Personen sie mit diesem Raum assoziieren. Diese Tendenz scheint auf den ersten Blick die hohe Bedeutung des Raumes als „dritter Erzieher" zu relativieren. Entscheidend für die Attraktivität eines Raumes ist demnach der emotionale Bezug zu einer anderen Person, die mit der jeweiligen Örtlichkeit assoziiert wird. Der Raum selbst, mit seinen Ausstattungsmerkmalen und spezifischen Gegebenheiten, erscheint demgegenüber nachrangig zu sein.

Umgekehrt scheinen einzelne Räume vorrangig aufgrund persönlicher Konflikte mit anderen Kindern oder Erwachsenen negativ assoziiert zu sein. „Mir gefällt nicht das Klettergerüst, weil dort viele Kinder schubsen." „Ich mag nicht die Tischtennisplatte, weil ich dort nie spielen kann." „Mir gefällt das Fußballfeld nicht, weil sich die Kinder nicht an die Feldbegrenzung halten."

Ungeachtet der hier skizzierten personengebundenen, sozialen (Un-)Attraktivität von Räumen, begründen die Kinder ihre positiven oder negativen Bewertungen in den meisten Fällen eher sachlich und auf sich selbst bezogen. „Ich mag den Klassenraum, weil ich gerne lerne." „Mir gefällt die Seilbahn, weil man dort über Kopf hängen und gute Tricks machen kann." „Ich fühle mich im Klassenraum wohl, weil es dort immer so schön warm ist." Räume in offenen Ganztagsschulen sind für die Kinder auf der einen Seite schlicht Räume des Aufenthaltes, des Rückzugs oder der individuellen Exploration, auf der anderen Seite Orte der sozialen Begegnung und der Austragung von Konflikten. Kindgerechte Raumkonzepte sollten beide Seiten in den Blick nehmen, und zwar sowohl im Hinblick auf Potenziale als auch im Hinblick auf Gefahren.

Schulhöfe als Lebens- und Lernräume

Ein bemerkenswertes Ergebnis in der Anwendung der Methode „Subjektive Schulkarten" lag nicht zuletzt in der überraschend hohen Bedeutung, die die Kinder implizit den Schulhöfen zumaßen. Gebüsche, Spiel- und Klettermöglichkeiten wurden besonders oft gezeichnet und positiv hervorgehoben. Die Anwendung der Methode erfolgte im Winter, teils bei schlechtem Wetter und ausnahmslos in den Schulgebäuden. Vor die Aufgabe gestellt, eine Schulkarte zu zeichnen, konzentrierten sich viele Zeichnungen dennoch überwiegend oder sogar fast ausschließlich auf verschiedene Bereiche des Außengeländes.

Nach einer Erhebung von Derecik (2015) beträgt der Aufenthalt von Kindern in Schulfreiräumen in Ganztagsschulen immerhin 500-900 Minuten in der Woche. Schulhöfe sind ein nicht zu vernachlässigender Lebensraum für Kinder, in der Realität aber allzu oft anregungsarme Asphaltwüsten.

Impuls für die Praxis: Belebung von Schulhöfen

Schulhofflächen sollten ein kindgerechtes Wechselspiel zwischen Weite und Enge ermöglichen. Manche Maßnahmen zur Belebung des Schulhofes wie z.B. die Schaffung unterschiedlicher Flächen (Asphalt, Rasenhügel, Sandflächen etc.) können letztlich nur in Abstimmung mit dem Schulträger realisiert werden. Andere Ideen zur Belebung des Schulhofes, wie z.B. der Einsatz von Spieletonnen mit Ausleihgeräten, die Bereitstellung einfacher Bewegungsanreize wie ausgedienter Autoreifen oder der Bau eines kleinen Hochbeetes können auch in Eigenregie als gemeinsame Aktion von OGS-Träger und Schule umgesetzt werden.

Methode 2: Teilnehmende Beobachtungen

Im Rahmen des Projektes Inklusive Raumkonzepte an Offenen Ganztagsschulen wurde im Frühjahr 2018 die Methode der „teilnehmenden Beobachtung" angewandt. Hierzu erhielten die Projektkoordinator*innen vorbereitend eine zweistündige Einführung in die Methode der teilnehmenden Beobachtung. Zur Konkretisierung der die Beobachtungen leitenden Fragestellung wurde gemeinsam im Projektteam eine Checkliste erstellt (vgl. Anlage „Checkliste für teilnehmende Beobachtungen"). Die vier Projektkoordinator*innen führten anschließend jeweils in den drei anderen am Projekt beteiligten Schulen eine teilnehmende Beobachtung durch. Auf diese Weise konnten die Projektkoordinator*innen einen unmittelbaren Eindruck von den räumlichen Rahmenbedingungen der anderen Projektschulen gewinnen und jede*r Projektkoordinator*in erhielt von drei Fachkräften das Feedback eines Außenstehenden. Zwei Beobachtungen mussten krankheitsbedingt ausfallen. Auf diese Weise entstanden zehn Beobachtungsprotokolle, die im Frühsommer 2018 einer zusammenfassenden Auswertung unterzogen wurden.

Teilnehmende Beobachtung – methodische Beschreibung

Kurzbeschreibung

Die teilnehmende Beobachtung ist eine etablierte Methode der qualitativen Sozialforschung. Der Forscher führt in einem sozialen Feld zu einer bestimmten Fragestellung Beobachtungen durch und hält diese schriftlich fest. Hierbei hat er aber keine ausschließlich beobachtende und distanzierte Rolle, sondern nimmt stattdessen aktiv am sozialen Geschehen teil.

Ziele

- unmittelbarer Einblick in soziale Praxis, hier: Sensibilisierung für Fragen der Raumnutzung /-gestaltung
- Entwicklung und Ausdifferenzierung von Hypothesen und Forschungsfragen
- Sofern die teilnehmenden Beobachtungen an mehreren Schulen durchgeführt werden: Vergleichsmöglichkeiten in Bezug auf schulspezifische Herausforderungen und Ressourcen

Zeitrahmen
Für eine einzelne Beobachtungseinheit an einer Schule sind inklusive der anschließenden Protokollierung mindestens fünf Stunden zu kalkulieren.

Durchführung
Der Beobachtende vereinbart im Vorfeld mit einem Ansprechpartner der Schule, in der er eine teilnehmende Beobachtung durchführen möchte, einen Termin und erläutert die Motive seiner Beobachtung. Zu dem vereinbarten Termin nimmt er an dem sozialen Geschehen teil und erläutert bei Bedarf den anwesenden Kindern oder Erwachsenen die Gründe für seinen Besuch. Soweit möglich erfolgt mit dem Ansprechpartner nach dem Ende der Beobachtung ein kurzes Feedbackgespräch. Der Beobachtende sollte sich mindestens zwei Stunden Zeit nehmen, um in das Feld „einzutauchen".
Entscheidend für den Nutzen dieser Methode ist die Qualität der anschließenden Protokollierung der Beobachtung. Hierbei hält der Beobachtende alle Aspekte detailliert schriftlich fest, die ihm im Hinblick auf die Forschungsfrage während der Beobachtung aufgefallen sind. Bei dieser Protokollierung ist zu unterscheiden zwischen

- Beobachtung (z.B. „Der Kellerzugang auf dem Schulhof ist von Graffitis gezeichnet und vermüllt."),
- Interpretation (z.B. „Wahrscheinlich dürfen die Kinder deshalb hier Fußball spielen.")
- und Beurteilung (z.B. „Der Kellerzugang bietet den Kindern somit einen wertvollen Raum für freies und unkontrolliertes Spiel.")

Konkrete Beobachtungen sind die wichtigste Grundlage der Methode, allerdings sollten die Protokolle nicht ausschließlich Beobachtungen wiedergeben. Vielmehr sind Interpretationen und Beurteilungen des Beobachters ebenfalls zu protokollieren, aber als solche explizit (z.B. durch Kursivschrift) zu kennzeichnen.
Der Forschende kann schon während seiner Beobachtung erste Notizen erstellen, sofern dies von den Akteuren im Feld nicht als Störung empfunden wird.
Die maschinenschriftlichen Protokolle sollten spätestens am nächsten Tag erstellt werden, damit die Beobachtungen noch präsent sind.

Im Folgenden sollen exemplarisch einige Erkenntnisse, die sich im Zuge einer zusammenfassenden Auswertung der teilnehmenden Beobachtungen ergaben, wiedergegeben werden.

Multifunktionale Nutzung von Möbeln und anderen Einrichtungsgegenständen
Einrichtungsgegenstände von Schulklassen sind zunächst monofunktional: Stühle dienen der Funktion des Sitzens, Schränke der Funktion des Aufbewahrens usw.. Die im Rahmen des Projektes durchgeführten Beobachtungen in Offenen Ganztagsschulen machten deutlich, dass Kinder dazu neigen, Gegenstände nicht nur monokausal, sondern multifunktional zu nutzen und dankbar sind, wenn Ihnen solche multifunktionellen Nutzungen im Schulalltag ermöglicht und erlaubt werden. Hierzu zwei Zitate aus den Beobachtungsprotokollen:

> *„Die Englischstunde ist sehr aktiv durchgeführt worden. Die Kinder scheinen (…) Freude an der Stunde zu haben. Sie dürfen bei bestimmten Aufgaben auf Stühle und Tische klettern und sich darauf stellen, dies passiert sehr geordnet und vorsichtig."*
> *„Die beiden Puppenhäuser können die Kinder nutzen, indem sie sich auf die Tische setzen, auf denen die Puppenhäuser stehen. Die Kinder scheinen sich in dieser erhöhten Sitzposition wohl zu fühlen."*

Eine andersartige Nutzung von Einrichtungsgegenständen, wie sie in den hier zitierten Momentaufnahmen zum Ausdruck kommt, erweitert den räumlichen Erfahrungshorizont der Kinder, bietet ihnen die Möglichkeit, den Raum aus einer neuen und ungewohnten Perspektive („erhöhte Sitzposition") wahrzunehmen und zu erleben. Es kann vorausgesetzt werden, dass die verantwortlichen Pädagog*innen in den beobachteten Schulen die Erfahrung gemacht haben, dass die „geregelte Funktionserweiterung" der Tische für die Kinder weder die Verletzungsgefahr erhöht, noch sie dazu verleitet, im sprichwörtlichen Sinne „über Tische und Bänke zu gehen".

Impuls für die Praxis: erhöhte Räume schaffen
Kinder lieben es, auch aus erhöhten Positionen heraus einen Raum zu erfahren. Hochetagen, Podeste, kleine Bühnen oder einfach ausrangierte robuste Tische, auf die die Kinder klettern dürfen, bieten Alternativen zu einer ausschließlich ebenerdigen Raumerfahrung.

Lehrer*innen und Erzieher*innen in Ganztagsschulen befinden sich im Hinblick auf das hier angesprochene Thema in einem Spannungsfeld: Einerseits sollte dem Bedürfnis der Kinder nach einer möglichst multifunktionalen Nutzung von Tischen, Stühlen, Bänken, Sitzecken, Fensterbänken etc. entsprochen werden. Andererseits ist ein pfleglicher und nachhaltiger Umgang mit Einrichtungsgegenständen ebenso wie die Vermeidung von Lärm oder Verletzungen sicher zu stellen.

Unkontrollierte Räume und Zeiten
Schulen werden in ihrer räumlichen und zeitlichen Gestaltung in einem erheblichen Maße durch Pädagog*innen strukturiert und kontrolliert. Der in Fachdebatten häufig formulierte Vorwurf an Ganztagsschulen einer einengenden Kontrolle und „Pädagogisierung" der kindlichen Lebenswelt wäre insofern durchaus berechtigt, wenn Ganztagsschulen nicht auch Zeiten und Räume schaffen und zulassen, in denen sich Kinder vergleichsweise frei und unkontrolliert betätigen können und
dürfen.
Als Beispiel für einen solchen unkontrollierten Raum wird in einem Protokoll ein offensichtlich vernachlässigter Bereich auf dem Schulgelände benannt, der aber gerade deshalb für die Kinder als Spielort attraktiv zu sein scheint:

> *„Als Fußballplatz haben sich die Kinder einen offenen Kellerbereich gewählt. Sie dürfen hier spielen und haben sehr viel Spaß, der durch die vorhandenen Wände und Decken noch gesteigert wird, da fast überall der Ball zurückprallt. Als spiele man in einem Käfig. Der Bereich ist von Graffitis gezeichnet und erweckt eher den Eindruck einer Bauruine oder eines Obdachlosen-Schlafplatzes. Wahrscheinlich dürfen sie deshalb hier nach Lust und Laune Fußball spielen."*

Die hier sich den Kindern bietende Gelegenheit, „nach Lust und Laune Fußball zu spielen", scheint nicht zuletzt der Tatsache geschuldet zu sein, dass der Kellerzugang in jüngster Zeit nicht renoviert wurde. Ein ungeregeltes Ballspiel kann in einem solchen Kontext keinen Schaden anrichten und wird vermutlich vor diesem Hintergrund von den Pädagog*innen geduldet oder explizit erlaubt. Die Kinder müssen sich in der Nutzung dieses Raumes nicht den üblichen Regeln eines vorsichtigen Umgangs unterwerfen und ziehen daraus einen besonderen Genuss.
Während das oben zitierte Beispiel einen unkontrollierten Raum bezeichnet, handelt es sich im folgenden Beispiel um eine unkontrollierte Zeit:

> *„Zu Beginn der Lernzeit ist die Lehrerin zu spät. Die Kinder nutzen die Zeit, um auf dem Flur zu laufen und zu toben. Es wird über Fensterbänke gesprungen, durch den Flur gerannt, die Treppe hochgerannt und runtergesprungen etc. Alles sehr wild, jedoch achten die Kinder auf sich. Niemand tut sich weh oder verletzt sich."*

Während einer unerwarteten Abwesenheit ihrer Lehrerin leben die Kinder spontan ihren Bewegungsdrang aus, indem sie in vielfältiger Weise räumliche Gegebenheiten des Schulgebäudes (Treppen, Flure und Fensterbänke) als Bewegungsanreize nutzen. Der Protokollierende empfindet das beobachtete Verhalten der Kinder als „wild", jedoch auch als achtsam. Es ist davon auszugehen, dass solche räumlichen und zeitlichen Inseln einer unkontrollierten und freien Betätigung für das Wohlbefinden und die psychische Gesundheit der Kinder gerade in einem Ganztagsbetrieb eine wichtige Rolle spielen, weil sie eine Stress abbauende Funktion erfüllen können.
Die pädagogisch bedeutende Frage, inwieweit Kindern in der Nutzung räumlicher Ressourcen Freiheit und Autonomie zugestanden wird, bezieht sich auf unterschiedliche Dimensionen und Aspekte des Schulalltags. Im folgenden Beispiel geht es um den Aspekt der Sitzordnung:

> *„Jedes Kind in der Gruppe hat einen festen Sitzplatz. (…) Die Kinder bleiben nach dem Essen an ihren Tischen sitzen für eine kurze Besprechung des Tagesablaufs. (…) Dann gehen die Kinder direkt im Anschluss (…) in ihre jeweiligen Klassenräume, um die Hausaufgaben/Wochenpläne zu erledigen. Auch hier haben sie fest Sitzplätze. (…) Insgesamt machte die Gruppensituation einen freundlichen, aber sehr regulierten und strukturierten Eindruck. Durch den fest durchgeplanten Tagesablauf habe ich die Kinder kaum im Freispiel oder in freier Bewegung in der Gruppe gesehen."*

Mit der Formulierung, die beobachtete Gruppensituation sei „freundlich, aber sehrreguliert“ weist der Protokollant auf ein weiteres Spannungsfeld hin: Auf der einen Seite steht der Anspruch einer verlässlichen sowie klar strukturierten Nutzung räumlicher Ressourcen, der den Kindern Sicherheit vermittelt sowie mögliche Konflikte auf ein Mindestmaß reduziert. Auf der anderen Seite steht der Anspruch eines Umgangs mit räumlichen Ressourcen, der den Kindern ein Höchstmaß an entwicklungsförderlicher Freiheit und Autonomie zugesteht. Wie der Protokollant die Szene beschreibt, entsteht der Eindruck eines übermäßig durchregelten und „durchgetakteten“ Tagesablaufes, der den Kindern das nötige Mindestmaß an Freispiel und Exploration nicht bietet.

Vielfältige Optionen räumlicher Nutzung

In Phasen des Freispiels nutzen Kinder die sich ihnen bietenden Raumangebote in einer Schule sehr unterschiedlich. In Abhängigkeit von ihrer Konstitution, ihrer Persönlichkeit, ihrer körperlichen und seelischen Verfassung haben manche Kinder das Bedürfnis, allein zu sein, sich zurückzuziehen und auszuruhen. Andere möchten ebenfalls alleine bleiben, suchen aber nach Möglichkeiten einer raumgreifenden Beschäftigung. Wieder andere beteiligen sich je nach Bedürfnislage an ruhigen oder bewegungsorientierten Gruppenaktivitäten. Je mehr Zeit Kinder in einer Schule verbringen, desto wichtiger ist es, dass die Schule ihnen auch in räumlicher Hinsicht verschiedene Optionen anbietet, die ihrer jeweiligen Bedürfnislage entsprechen.

> *„Ab 14:30 Uhr haben die Kinder Freispielzeit. Die Kinder verteilen sich selbstständig für ihre gewünschten Aktivitäten in die Bereiche Klassenraum, Gruppenraum oder Außenbereich. (…) Ein Mädchen zieht sich in die Ruheecke zurück und ruht sich auf dem Sofa alleine aus. Einige Kinder (…) spielen gemeinsam in der Bauecke.“*

Ein großer Teil der heute in Deutschland existierenden Schulgebäude wurde für den Halbtagsbetrieb gebaut und konzipiert. Bauecken, Ruheecken oder andere räumliche Alternativen zu Schulhof, Flur und Klassenraum waren in der Raumplanung ursprünglich nicht vorgesehen. Schulen stehen dementsprechend heute vielfach vor der Herausforderung, in Gebäuden, die eigentlich für einen Halbtagsbetrieb vorgesehen waren, ganztägige Angebote vorzuhalten. Dementsprechend improvisiert und unvollkommen wirkt die räumliche Antwort auf dieses Dilemma an vielen Schulen. Hinzu kommt vielfach eine große räumliche Enge. Wird in einem Klassenraum regulärer Größe beispielsweise noch eine kleine Sitzecke und eine Bauecke eingefügt, um den Kindern eine größere räumliche Vielfalt zu bieten, so geht dies auf Kosten einer offenen, auf die Bewahrung von Freiräumen bedachte Raumgestaltung. Beobachtungen wie die Folgende sind angesichts der räumlichen Enge in vielen Ganztagsschulen eher ungewöhnlich:

> *„Es ist auffallend, dass keiner der Räume in diesem Gebäudeteil überfüllt wirkt, sondern die Kinder sich je nach Spielinteresse autonom in den Räumen verteilen. So hat beispielsweise ein Junge in der Trollgruppe die Möglichkeit, mit speziellen Bausteinen, die aneinander gekettet werden können, eine lange Schlange zu bauen, die er um alle Tische herum baut.“*

Die Möglichkeit zu raumgreifenden Spielen in nicht überfüllten Räumen, wie es im hier zitierten Beobachtungsprotokoll beschrieben wird, sinkt tendenziell in Gruppen- oder Klassenräumen, die eine möglichst große Vielfalt räumlicher Optionen anbieten wollen, womit ein drittes Spannungsfeld pädagogischer Praxis beschrieben wäre.

Spannungsfelder pädagogischer Raumnutzung und -gestaltung in Ganztagsschulen

Mindestens drei Antinomien können also auf der Grundlage der oben skizzierten Beobachtungsprotokolle herausgearbeitet werden:

- multifunktionale versus nachhaltige und pflegliche Nutzung von Gegenständen
- unkontrollierte und unstrukturierte versus strukturierte und geregelte Raumnutzung
- vielfältige und gedrängte versus überschaubare und offene Raumgestaltung

Teilnehmende Beobachtungen können dabei helfen, solche Spannungsfelder sichtbar zu machen und offenzulegen, wie unterschiedlich diese in der pädagogischen Praxis austariert werden.

Methode 3: Fragebögen

Für die Befragung der Kinder und Fachkräfte an den vier Projektschulen in Düsseldorf, Velbert, Duisburg und Monheim wurden zwei Fragebögen konzipiert:
1. ein Kinderfragebogen
2. ein Fragebogen für die pädagogischen Fachkräfte (vgl. Anlage „Fragebögen“)

Die Projektkoordinator*innen befragten im November und Dezember 2018 insgesamt 246 Schüler*innen der dritten und vierten Klassen sowie 68 Fachkräfte, wobei die Befragung anonym erfolgte.

Die Kinder und Pädagog*innen erhielten einen Fragebogen, der jeweils in teilstandardisierter Form vorgelegt wurde. Bei einem Teil der Fragen konnte aus vorgegebenen Antwortmöglichkeiten ausgewählt werden. Einige Fragen wurden offen gestellt und die Antworten konnten frei formuliert werden. Bei der Gestaltung des Kinderfragebogens wurde auf ein kindgerechtes Format geachtet. Die statistische Auswertung und grafische Darstellung erfolgte mit Excel. Um die Verständlichkeit der Fragestellungen und den benötigten Zeitrahmen im Vorhinein zu prüfen, wurde ein Pretest mit 21 Dritt- und Viertklässlern an einer Offenen Ganztagsschule in Düsseldorf (keine der Projektschulen) durchgeführt.

Zunächst wurden die Daten der Projektschulen einzeln ausgewertet. Anschließend verglichen wir diese mit den Ergebnissen der anderen Projektschulen, um Gemeinsamkeiten und Unterschiede festzustellen. Auch stellten wir die Antworten der Kinder jeweils themenbezogen den Einschätzungen der Fachkräfte gegenüber, um auch hier Vergleichswerte und ggf. Parallelen oder Unterschiede festzustellen.

Fragebögen – methodische Beschreibung

Kurzbeschreibung

Die Methode des teilstandardisierten Fragebogens hat den Vorteil, dass aufgrund der breiten Datenbasis empirisch aussagekräftige Ergebnisse erzielt werden können. Diese kann man anschließend einzeln betrachten und miteinander vergleichen. Auf diese Weise lassen sich ggf. Parallelen oder Unterschiede feststellen.

Ziele

- Einblicke in die Ansichten und Bewertungen von Kindern und Fachkräften gewinnen und diese statistisch auswerten und miteinander vergleichen
- schulspezifische Gemeinsamkeiten und Unterschiede feststellen
- Offene Aussagen der Kinder und Fachkräfte können Anhaltspunkte für weitere Fragestellungen und Themen aufwerfen

Zeitrahmen

Für die Bearbeitung des Kinderfragebogens sollten maximal ca. 10 Minuten und für die Bearbeitung der Fragebögen durch die Fachkräfte maximal 20 bis 30 Minuten angesetzt werden.

Durchführung

Für die Kinderbefragung wird zunächst ein günstiger Termin für die Durchführung der Befragung festgelegt. Dieser könnte zum Beispiel zu Beginn der Lernzeit stattfinden. Während der Lernzeit haben die Kinder ihre Stifte zur Hand und für eine ruhige Arbeitsatmosphäre ist gesorgt. Die Person, die die Befragung durchführt, erläutert in kindgerechter Weise den Grund für die Befragung und erklärt den Bogen. Es gibt eine Vorder- und eine Rückseite, Fragen zum Ankreuzen und zum Schreiben sowie vier Antwortkategorien.

Grundsätzlich sollte bei der Durchführung auf eine klare und transparente Instruktion geachtet werden. Die Befragung sollte immer auf die gleiche Weise durchgeführt werden, um vergleichbare Ergebnisse zu erzielen. Während der Kinderbefragung ist die Person, die die Befragung durchführt, vor Ort, um eventuelle Rückfragen zu beantworten und die Befragungssituation zu begleiten.

Der Bogen zur Befragung der pädagogischen Fachkräfte kann im Rahmen einer Teamsitzung oder Dienstbesprechung ausgeteilt und erläutert werden. Die Bögen sollten bis zu einem vorgegebenen Stichtag wieder bei der Person, die die Befragung durchführt, abgegeben werden.

Im Folgenden werden beispielhaft Ergebnisse abgebildet, die sich im Zuge einer zusammenfassenden und vergleichenden Auswertung der Befragung der Kinder und pädagogischen Fachkräfte an den vier Projektschulen ergeben haben.
Bei Frage 2 der Kinderbefragung fällt zunächst auf, dass an drei der vier Projektschulen eine generelle Zufriedenheit von über 50 % mit der Gestaltung des eigenen Klassen- bzw. OGS-Gruppenraumes vorherrscht. Insgesamt stimmen sogar 90 % der befragten Kinder der Aussage zu, ihre OGS-Räume seien schön gestaltet. Auch benennt etwa die Hälfte der befragten Schüler*innen den eigenen Gruppenraum als Ort, an dem sie sich in der Schule am wohlsten fühlen. Dieses Resultat kann man ergänzend zu den Erkenntnissen aus den Subjektiven Schulkarten betrachten: Kinder bewerten die Attraktivität von Räumen häufig personengebunden. Demnach kann der emotionale Bezug zu einer Person, die mit dem Raum assoziiert wird, mit ausschlaggebend für die Bewertung seiner Attraktivität sein. Die Befragung der pädagogischen Fachkräfte fällt an drei von vier Standorten im Vergleich deutlich kritischer aus (vgl. Diagramm 1).

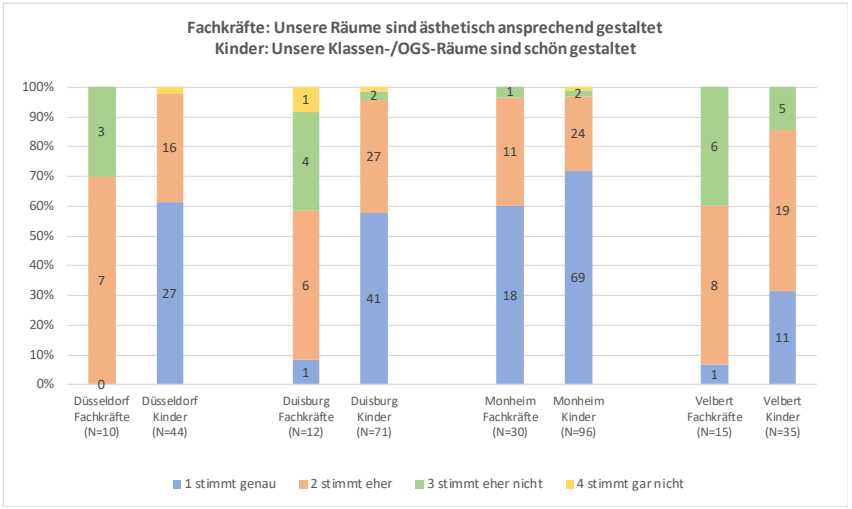


Diagramm 1: Gestaltung der Räume aus Sicht der Kinder und Fachkräfte im Vergleich

Relevanz des Außengeländes

Beim Vergleich der Aussagen von Kindern und pädagogischen Fachkräften über den Außenbereich ihrer Schule zeigt sich grundsätzlich ein ähnliches Bild (vgl. Diagramm 2). Jedoch fällt die Zufriedenheit hier insgesamt geringer aus. Das Vorhandensein vielfältiger Spiel- und Bewegungsanlässe ist für Grundschulkinder von elementarer Bedeutung, denn hier findet eine aktive Auseinandersetzung mit der Umwelt statt. Mehrere Studien, wie beispielweise „Bewegung und Sport in der Ganztagsschule – StuBBS“ (Hildebrandt-Stramann 2014) geben bereits Aufschluss darüber, dass mit Bewegung und Sport Gefühle wie Freude, Erholung sowie ein Abbau von Stress und Aggressionen verbunden sind. Auch die Ergebnisse aus den Subjektiven Schulkarten, Fotoevaluationen und das Ferienprojekt „Modellbau“ bekräftigen, welch hohen Stellenwert das Außengelände für die Kinder hat. Zu den beliebtesten Orten zählen Fußballplätze, fest montierte Spielgeräte und ganz besonders die naturnahen Ecken und Nischen, in denen man unbeobachtet spielen kann. Der Schulhof bietet vielfältige Bewegungsanlässe und Rückzugsmöglichkeiten, die im Gebäude häufig nicht ausreichend zur Verfügung stehen. Im Zuge der Ganztagsbetreuung verbringen Schüler*innen aus den ersten bis vierten Klassen nicht mehr nur die großen Pausen auf dem Außengelände ihrer Schule, sondern zusätzlich bisweilen mehrere Stunden am Nachmittag. Somit sollte das Schulgelände gleichzeitig vielen verschiedenen Anforderungen gerecht werden, wie etwa den jeweiligen Vorlieben von Mädchen und Jungen. Einen hohen Aufforderungscharakter, sich zu bewegen, bieten Bäume, liegende Baumstämme, Lastwagenreifen und naturbelassene Gelände mit Büschen und naturnahe Nischenflächen mit mobilen Materialien für Jungen und Mädchen gleichermaßen (vgl. Derecik 2013).

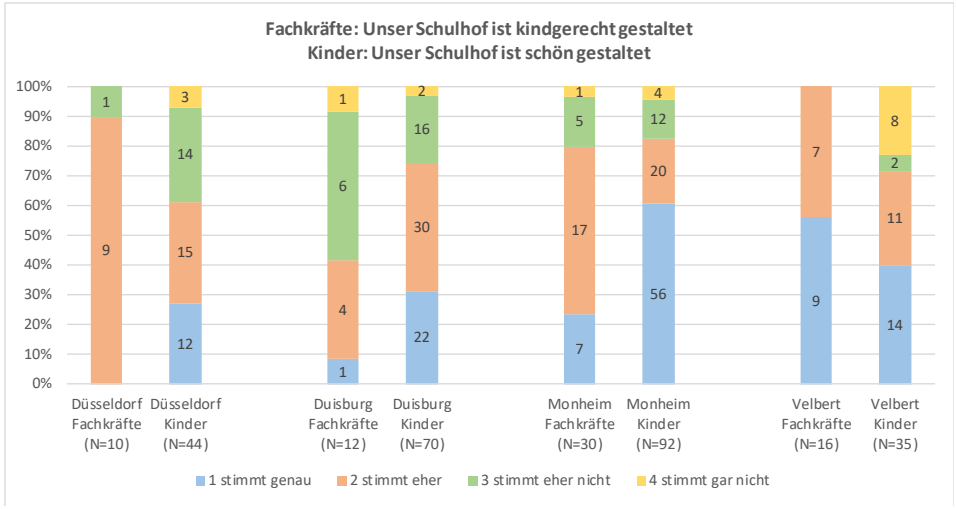


Diagramm 2: Gestaltung des Schulhofes aus Sicht der Kinder und der Fachkräfte

Bedarf nach Rückzugsmöglichkeiten und Freiräumen

Wenn die Schüler*innen nach Rückzugsmöglichkeiten in der Schule bzw. in der OGS befragt werden, geben zwar rund 30 % der Kinder an, dass sie Plätze zum Ausruhen haben, gleichzeitig antworten aber mehr als 30 % mit „eher nicht“ oder „gar nicht“! Diese Ergebnisse verweisen - vor allem auch in Verbindung mit den Antworten der Schüler*innen auf die offen gestellten Fragen - auf ein starkes Bedürfnis nach Rückzugsräumen. Ein signifikanter Unterschied zwischen Jungen und Mädchen lässt sich dabei nicht feststellen. Die pädagogischen Fachkräfte bewerten diese Situation besonders kritisch (vgl. Diagramm 3). Dieses Bild bestätigt wiederum die Auswertung der offenen Antworten der pädagogischen Fachkräfte, wonach hier mit der größte Handlungsbedarf besteht: Pädagoginnen und Pädagogen an allen vier Projektschulen geben ganz klar an, dass es an ausreichenden Rückzugsmöglichkeiten und Ruheräumen fehlt!

Impuls für die Praxis: Ruheräume schaffen

Alle Kinder brauchen Rückzugsmöglichkeiten und Ruheräume. Für Kinder mit sozial-emotionalem Förderschwerpunkt hingegen ist die Verfügbarkeit solcher Räume existentiell wichtig. Unter diesem Gesichtspunkt gilt es zu überlegen, wie die Bereiche, in denen sich die Kinder am Nachmittag aufhalten können und dürfen, erweitert werden könnten. Gibt es Räume, die bisher noch nicht ausreichend genutzt werden und unter welchen Voraussetzungen könnte dies passieren?

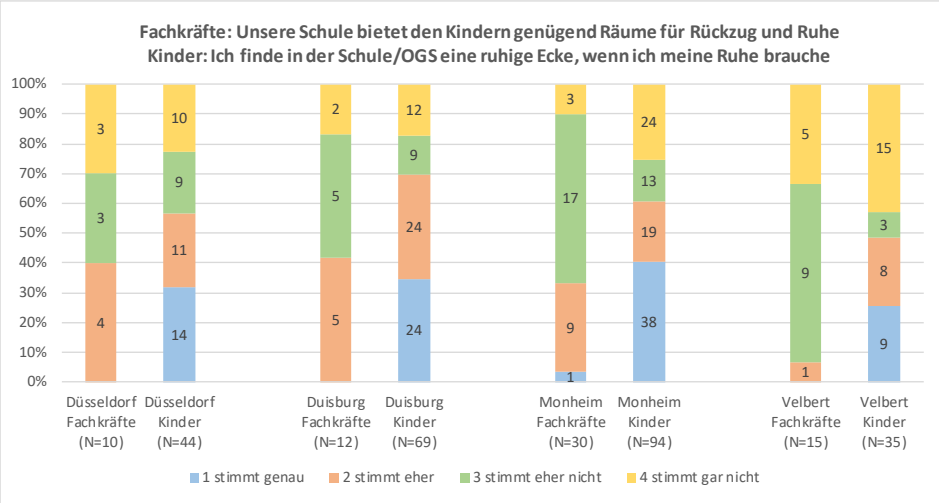


Diagramm 3: Rückzugs- und Ruheräume aus Sicht der Kinder und Fachkräfte

Eng verknüpft mit der Frage nach Rückzugsräumen ist der Bedarf nach Freiräumen, in denen die Kinder ohne direkte Beaufsichtigung durch Erwachsene spielen können. Zwischen 30 % und 50 % der befragten Kinder beantworten die Frage „Wir haben Orte, an denen wir ohne Erwachsene spielen können“ mit „gar nicht“ oder „eher nicht“ (vgl. Diagramm 4). Andererseits ist die gleiche Anzahl der Meinung, dass es solche Orte gibt. Diese Orte, an denen die Kinder nur unter sich sein können, wurden von den Schüler*innen auch in den Subjektiven Schulkarten und Fotoevaluationen besonders positiv bewertet.

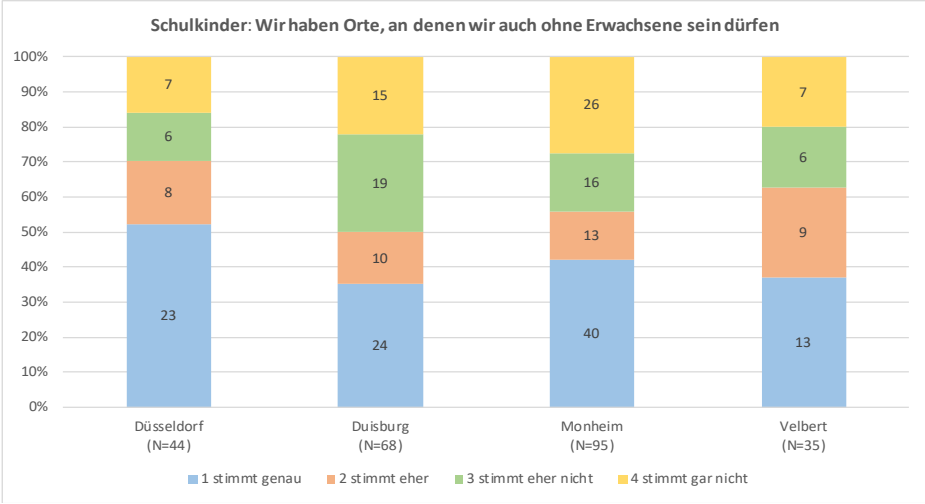


Diagramm 4: Orte ohne Beaufsichtigung durch Erwachsene aus Sicht der Kinder

Zwischenräume nutzen

Zwischenräume, wie Flure, Treppenhäuser, Garderoben, Umkleideräume, Eingangsbereiche, Kellerräume etc. bieten Spielräume – im wahrsten Sinne des Wortes. Zwischenräume sind in der Regel wenig vordefiniert. Sie bieten den Kindern viele verschiedene Möglichkeiten und Raum, eigenen Ideen zu folgen. In Verbindung mit einem Zeitplan und einigen beweglichen Elementen kann ihr Nutzen ungemein erweitert werden! Zwischenräume werden häufig übersehen und bei Planungen außer Acht gelassen, dabei bieten sie ein ganz besonderes Potenzial. Innerhalb des OGS-Teams sollte dabei ein Konsens herrschen, wie und wann diese Freiflächen zum Spielen genutzt werden dürfen und sollen.

Impuls für die Praxis: Zwischenräume in den Blick nehmen

- Gibt es Flure, Treppen oder andere Zwischenräume, die von den Kindern besonders gerne für eigene Spielideen genutzt werden?
- Lassen Sie dies zu und könnten diese Aktivitäten z.B. durch Materialinput noch weiter stimuliert werden?
- Gibt es bislang ungenutzte Winkel und Ecken, die Sie den Kindern „freigeben“ könnten?



Abb. 3: Picknick auf dem Flur



Abb. 4: Spiel mit dem Stofffußball



Abb. 5: Versteck hinter der Tür

Multifunktionale Raumnutzung und bedarfsgerechte Umgestaltung von Räumen

Im alltäglichen OGS-Betrieb kommt es vor allem in den Wintermonaten oder an Regentagen zu einer hohen sozialen Dichte in den Gebäuden, die zu einem erhöhten Stressempfinden bei Kindern führen kann. In jedem Schulgebäude sind jedoch gleichzeitig Räume vorhanden, die (zeitweise) nicht genutzt werden. Diese leerstehenden Räume sind Ressourcen, die sich durchaus lohnt, einmal in den Blick zu nehmen. Mithilfe eines Raum- und Zeitplans oder eines Raumbuchungssystems können bisher ungenutzte räumliche Ressourcen besser ausgeschöpft werden. Räume können und sollen zu unterschiedlichen Zeiten unterschiedlich genutzt werden. Es gilt zu überlegen, welche Räume zum Beispiel an Regentagen zusätzlich geöffnet werden könnten. Wenn Kleingruppen in Klassenräumen spielen, ist es häufig nicht notwendig, dass sich dort dauerhaft eine Aufsichtsperson aufhält. Eine pädagogische Fachkraft kann durchaus für die Beaufsichtigung mehrerer Räume „zuständig“ sein.

Impuls für die Praxis: Einführung einer Kinderdisko

An der Projektschule in Duisburg machte die Befragung deutlich, dass die Kinder sich eine Disco wünschen. Im Team wurde besprochen, inwieweit sich dieser Wunsch umsetzten lässt. Es wurde ein geeigneter Raum ausgemacht, der sich abdunkeln lässt und dann nach einem Termin gesucht, wann die Kinderdisco stattfinden könnte. Alle organisatorischen Überlegungen und erforderlichen Erledigungen wurden mit den Kindern gemeinsam angegangen. Mittlerweile ist die Kinderdisco am Freitagnachmittag in Duisburg als wichtiges pädagogisches Element nicht mehr wegzudenken.



Abb. 6: Die erste Kinderdisco

Öffnung und Erweiterung der Offenen Ganztagsschule durch außerschulische Partner

Eine weitere Möglichkeit, OGS-Räume zu erweitern, bietet die Öffnung der Offenen Ganztagsschule durch außerschulische Partner. Wie das Diagramm 5 deutlich macht, werden an den Standorten Duisburg und Düsseldorf außerschulische Räume, den Einschätzungen der Fachkräfte entsprechend, (noch) nicht ausreichend genutzt. Dabei birgt die Öffnung solcher Räume neue und vielfältige Möglichkeiten, zum Beispiel durch Kooperationen. Solche Öffnungen und Erweiterungen der OGS-Räume stellen häufig einen besonderen Reiz dar: Es gilt, neue und spannende Räume außerhalb des Altbekannten zu erkunden! Es gibt viele Beispiele für solche Kooperationen: Die Stadtteilbibliothek, kirchliche Einrichtungen, Sportvereine etc.. Es lohnt sich, das eigene Netzwerk zu erweitern, voneinander zu profitieren und sich gegenseitig zu unterstützen. Auch (Abenteuer-) Spielplätze, Waldstücke, Wiesen und andere Freiflächen innerhalb des eigenen Stadtteils sind zwar naheliegende, aber dennoch häufig ungenutzte Möglichkeiten, vorhandene OGS-Räume zu öffnen und zu erweitern.

Impuls für die Praxis: Kooperationsvereinbarung mit einem Jugendtreff

Möglich wäre, eine Kooperationsvereinbarung mit einem in der Nähe gelegenen Stadtteil-Jugendtreff zu schließen und deren Räumlichkeiten am Nachmittag mit zu nutzen. Jugendtreffs öffnen meist erst am späten Nachmittag für die Jugendlichen und stehen bis dahin leer. Im Gegenzug könnte sich die Schule an den Reinigungskosten beteiligen. Solche Vereinbarungen versprechen letztendlich Vorteile und Gewinne für alle Beteiligten.

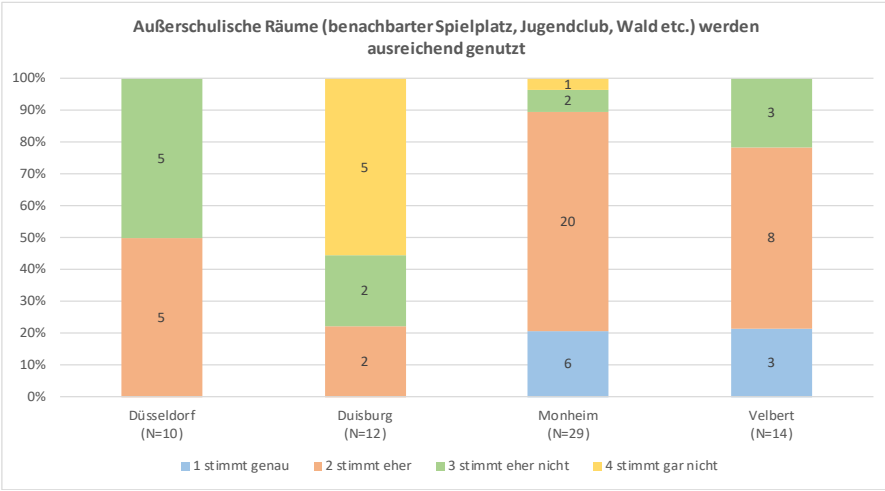


Diagramm 5: Nutzung außerschulischer Räume aus Sicht der Fachkräfte

Zusammenfassend kann man sagen, dass die Methode der Befragung von Kindern und pädagogischen Fachkräften verschiedene Blickwinkel sichtbar macht und wertvolle Anregungen für die pädagogische Arbeit der Teams in den Projektschulen liefert. Vor allem im Vergleich mit anderen Schulen sind Gemeinsamkeiten und Unterschiede festzustellen und es wird deutlich sichtbar, wo es Bedarfe gibt zu handeln:

- In der Projektschule in Duisburg werden außerschulische Räume nach Einschätzung der Fachkräfte noch nicht ausreichend genutzt.
- Am Beispiel der Projektschule in Velbert hat sich auf diese Weise gezeigt, dass sich über 50 % der Kinder „eher nicht“ oder „gar nicht“ an der Gestaltung ihrer Räume beteiligt fühlen.
- In Düsseldorf geben 60 % der befragten Pädagog*innen an, dass die räumlichen Rahmenbedingungen der Schule bisher „eher nicht“ oder „gar nicht“ in optimaler Weise genutzt werden.
- An der Projektschule in Monheim sind die räumlichen Rahmenbedingungen beim Mittagessen nach Einschätzung der pädagogischen Fachkräfte wenig zufriedenstellend (vgl. Diagramm 6).

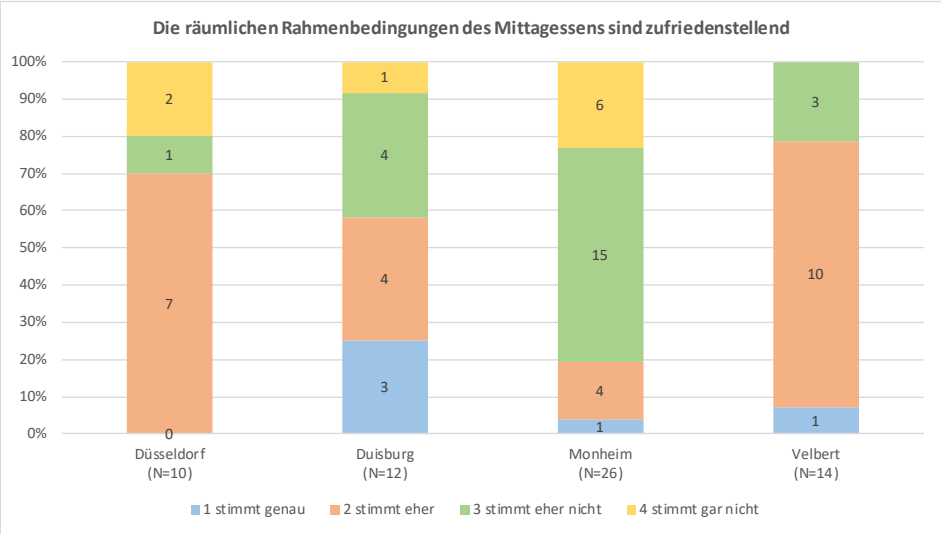


Diagramm 6:
Räumliche Rahmenbedingungen des Mittagessens aus Sicht der Fachkräfte

Das gemeinsame Mittagessen ist für OGS-Kinder innerhalb ihres Schultages von hoher Bedeutung, im besten Fall eine Zeit der Entspannung, um nach dem Unterricht zur Ruhe zu kommen und sich mit den anderen Kindern und Erwachsenen auszutauschen. Ungünstige Rahmenbedingungen wie zum Beispiel eine schlechte Raumakustik führen jedoch dazu, dass die positiven und wertvollen Aspekte des gemeinsamen Mittagstisches gänzlich verloren gehen. Stattdessen entstehen hier Stress und Unruhe bei allen Beteiligten, die sich im ungünstigsten Fall weiter bis in den Nachmittagsbereich ziehen und sich dort fortsetzen können.

Ein wesentliches und schulübergreifendes Ergebnis der Befragung war, dass es an allen Projektschulen an Ruheräumen und Rückzugsmöglichkeiten fehlt. Möglichkeiten zur Entzerrung der sozialen Dichte im Schulgebäude mit vorhandenen Kapazitäten, sind folgende:

- Zwischenräume nutzen
- Multifunktionale Raumnutzung und bedarfsgerechte Umgestaltung von Räumen
- Öffnung und Erweiterung der Offenen Ganztagsschule durch außerschulische Partner

Methode 4: Fotoevaluation

Im Frühjahr 2019 wurde die Methode „Fotoevaluation“ angewandt. Hierzu erhielten die Projektkoordinator*innen zunächst eine Einführung in die methodische Vorgehensweise. Außerdem wurden Vereinbarungen bezüglich einer einheitlichen Durchführung der Methode, z.B. im Hinblick auf die Anzahl der teilnehmenden Kinder und der zu erstellenden Fotos an beiden Schulen getroffen. (Aus personellen Gründen konnte diese Methode ausschließlich in den Projektstandorten Düsseldorf und Monheim umgesetzt werden.) Die Gruppe der teilnehmenden Kinder bestand aus jeweils sieben Mädchen und Jungen mit und ohne sozial-emotionalem Förderbedarf. Die Schüler*innen erhielten den Auftrag, jeweils drei Orte auszuwählen, an denen sie sich wohl fühlen und drei Orte, an denen sie sich nicht wohl fühlen und diese zu fotografieren. Die Aufgabenstellung bezog sich dabei auf alle Innen- und Außenräume der OGS bzw. des Schulgeländes. Im Anschluss wurden die entstandenen Bilder gemeinsam mit der Projektkoordinatorin begutachtet und mit individuellen Kommentaren der Kinder versehen. Darauf folgend wurden die fotografierten Elemente einer zusammenfassenden Auswertung unterzogen.

Fotoevaluation – methodische Beschreibung

Kurzbeschreibung

Die Verfahrensweise der Fotoevaluation zielt darauf ab, dass die Kinder selbstgewählte Orte fotografisch abbilden und die Bilder anschließend kommentieren. Es handelt sich um eine animierende, qualitative Erhebungsmethode, die jedoch keine Rückschlüsse auf eine größere Grundgesamtheit zulässt. Einzelne Orte und Objekte werden individuell bewertet. Die Dokumentation der IST-Situation durch Fotografien stellt die Sichtweise der Schüler*innen hinsichtlich der Raum- und Schulgestaltung besonders eindrücklich dar.

Ziele

- Unmittelbarer Einblick in die Perspektive von Kindern auf ihr räumliches Umfeld
- Falls die Methode an mehreren Standorten durchgeführt wird, bietet sie Vergleichsmöglichkeiten im Hinblick auf schulspezifische Herausforderungen und Ressourcen

Zeitrahmen

Der zeitliche Aufwand ist variabel und stark von der Art und dem Umfang der Fragestellung abhängig. Für die vorliegende Untersuchung werden einschließlich des Vor- und Nachgesprächs etwa anderthalb bis zwei Stunden angesetzt. Das Vorhaben lässt sich somit günstig als Nachmittagsangebot organisieren. Für die Nachbesprechung und Auswertung der Ergebnisse fallen zusätzlich anderthalb bis zwei Stunden an.

Durchführung

Bei der Durchführung der Methode ist zunächst wichtig, den Kindern die Fragestellung klar zu erläutern. Nachdem die Kinder verstanden haben, worum es inhaltlich geht und was ihre Aufgabe ist, muss sichergestellt werden, dass die Kinder wissen, wie die digitale Kamera oder das Foto-Handy zu bedienen ist. Neben dem On/Off-Knopf wird auch die Taste gezeigt, mit der die Bilder angesehen werden können. Die Batterien sollten komplett aufgeladen sein. Alternativ können auch Einwegkameras verwendet werden. Während einer kurzen Testphase haben die Kinder Zeit, Fragen zu stellen, bevor die tatsächliche Phase des Fotografierens beginnt. Nach Rückgabe der Kamera werden die fotografierten Elemente entwickelt oder in digitalisierter Form während einer Gesprächsrunde mit den Kindern gemeinsam sortiert und mit Kommentaren versehen. Hier ist wichtig, die Aussagen der Kinder im Originalton direkt den einzelnen Bildern zuzuordnen.

Emotional gesteuerte Beurteilung der Attraktivität von Räumen

Mehrere Bilder, die im Rahmen der Fotoevaluationen entstanden, zeigen Gruppenräume bzw. Teile von Gruppenräumen. Die Fotos wurden von teilnehmenden Schüler*innen mit kurzen, ergänzenden Begründungen versehen: „weil ich hier gerne bin“, „weil es hier schön ist“ und „weil ich hier gerne spiele“. Dieses Ergebnis deckt sich auch mit Erkenntnissen aus unserer Befragung (s.o.) von 246 Kindern, die an den vier Projektstandorten durchgeführt wurde. Etwa 90 % der befragten Schüler*innen stimmten „eher“ oder „genau“ der Aussage zu, ihre OGS-Räume seien schön gestaltet.

Bereits bei der Auswertung der Subjektiven Schulkarten wurde deutlich, dass für viele Kinder die Frage, ob sie sich in einem Raum wohl oder unwohl fühlen, offensichtlich unmittelbar damit zusammenhängt, mit welchen Personen bzw. Situationen sie diesen Ort assoziieren. Für eine solche emotional gesteuerte Bewertung von

Räumen finden sich auch Hinweise bei den Fotoevaluationen. Die Kinder beziehen sich zum Beispiel häufig in ihre Beurteilung explizit auf andere Personen: „hier ist es schön, ich spiele hier immer mit xy“, „ich kann hier mit meinen Freunden spielen“.
Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass sich Kinder an Orten, die mit häufigem Streit und Konflikten assoziiert werden, eher unwohl fühlen (s.u. Toilettenräume). Auch spielen bei einzelnen Kindern offensichtlich die an sie gestellten schulischen Anforderungen eine Rolle. So wurde der eigene Klassenraum von einem Schüler als Ort des Wohlfühlens und von einem anderen Schüler als Ort des Unwohlseins bewertet. In den Kommentaren heißt es auf der einen Seite: „weil ich hier gerne bin“ und auf der anderen Seite „ich bin nicht gerne in der Klasse, weil ich da so viel arbeiten muss“.



Abb. 7: Unser Gruppenraum „weil ich hier gerne spiele“; „hier spiele ich immer mit meinen Freunden“

Naturnahe Ecken und Nischen

Bei unserer Auswertung der fotografierten Elemente fiel weiterhin auf, dass sich die meisten der positiv benannten Orte an beiden Schulstandorten jeweils auf dem Außengelände befinden. Dies deckt sich mit den Erkenntnissen aus den Subjektiven Schulkarten und dem Ferienprojekt „Modellbau“. Der Schulhof ist für Kinder im Offenen Ganztag der größte Sozialraum, der zudem fast täglich besucht wird (vgl. StuBBs 2014). Er bietet genügend Raum und Fläche für vielfältige Spiel- und Bewegungsanlässe. Die Aufnahmen der Kinder zeigen, dass auf dem Schulhof neben den fest installierten Angeboten wie Klettergerüsten und anderen Spielgeräten die naturbelassenen Ecken und Nischen besonders beliebt sind.

Dies veranschaulichen folgende Bildbeispiele.



Abb. 8: „man kann in Ruhe spielen“



Abb. 9: „ein Geheimweg“



Abb. 10: „man kann auf den Baum klettern“

Bedeutung unbeobachteter Räume

Schon bei der Auswertung der Fragebögen in Kapitel 4.3 wurde deutlich, dass viele Schüler*innen der Meinung sind, ihnen stünden nur wenige Orte zur Verfügung, an denen sie sich ohne Aufsicht von Erwachsenen aufhalten dürfen (Die Ergebnisse variierten standortabhängig zwischen 30 % und 50 %). Im Rahmen der Fotoevaluationen und der Subjektiven Schulkarten bewerteten die Kinder dementsprechend häufig gerade solche Orte besonders positiv, die möglichst wenig durch die Aufsicht von Erwachsenen geprägt sind. Spielorte in und um Gebüsche, an Zäunen und hinter den Gebäuden zählen auf dem Schulhof zu den Beliebtesten. Einen weiteren Hinweis auf die Bedeutung unbeobachteter Spielräume geben uns die Fotografien aus den Innenräumen, an denen die Kinder sich gerne aufhalten. Häufig handelt es sich hier um sogenannte „Zwischenräume“, in denen man „sich verstecken“, „mit anderen treffen“ oder „in Ruhe spielen“ kann. Die Fotografien zeigen Flure, Bänke sowie geheime Ecken und Nischen.

Es lohnt sich, die im Schulgebäude häufig zahlreich vorhandenen Zwischen- und Nebenräume bei Planungen nicht außer Acht zu lassen, sondern diese miteinzubeziehen und deren Nutzung vielleicht noch weiter auszubauen. Zwischenräume bieten Möglichkeiten zur Entzerrung der sozialen Dichte in den Gruppenräumen. In Verbindung mit einem Zeitplan bedeutet ihre Öffnung einen Gewinn zusätzlicher Räume zur Bewegung, zum Spielen und zum Rückzug. Im Rahmen der Fotoevaluationen wurden häufig Orte positiv benannt, an denen die Kinder frei spielen, rennen und toben können. Dieses Ergebnis bestätigt nochmals die Relevanz verschiedener Bewegungsanlässe, drinnen wie draußen.



Abb. 11:
„da kann man in Ruhe spielen“;
„man kann sich treffen und Musik hören“;
„ich kann mich auf die Bank legen“



Abb. 12:
„Da kann man sich treffen“; „man hat seine Ruhe“



Abb. 13:
„hier können wir alleine spielen“;
„man kann Fußball spielen, wenn es regnet“

Toiletten als Orte des Unwohlseins

Ebenso eindeutig fallen die Ergebnisse zur Fragestellung aus, an welchen Orten sich die Schüler*innen besonders unwohl fühlen: Viele Aufnahmen zeigen die Toilettenräume aus den verschiedensten Blickwinkeln. Die Beurteilung der Schultoiletten fällt im Rahmen der Fotoevaluationen durchweg negativ aus. Sie werden von den Kindern als „dreckig", „ekelig" und „schmutzig" beschrieben. Außerdem seien die Toilettenräume vor allem während der Pausen stark überfüllt und es komme hier regelmäßig zu Konflikten. Wie bereits im Kapitel „Subjektive Schulkarten" ausgeführt, sollten Schulträger und Schule gemeinsam klären, wie die Situation verbessert werden kann. Denkbar wären zum Beispiel häufigere Reinigungseinheiten und mehr Aufsicht durch die pädagogischen Fachkräfte während der großen Pausen.

Impuls für die Praxis: Beteiligung der Kinder auch beim Thema Schultoiletten
Die Kinder könnten bei der ästhetischen Gestaltung der Schultoiletten und bei der Erarbeitung von Regeln für deren Nutzung aktiv mitwirken. Können ggfls. farbliche Akzente gesetzt werden? Welche Ideen haben die Kinder im Hinblick auf Fragen der Aufsicht und Zugänglichkeit?



Abb. 14:
Toiletten als Orte des Unwohlseins:
„weil es dreckig ist und es stinkt oft";
„weil es hier eklig ist";
„weil hier so viele sind";
„hier gibt es immer Streit"



Abb. 15:
Auch die Garderobe kann ein Ort sein, an dem Kinder sich unwohl fühlen
„ich bin da nicht gerne, weil die Kinder schubsen und weil ich meine Sachen nicht finde"

Abschließend bleibt festzuhalten, dass es sich bei der Fotoevaluation um eine qualitative Erhebungsmethode handelt, deren Ergebnisse man zunächst nicht auf eine größere Grundgesamtheit übertragen kann. Durch den Vergleich der Ergebnisse beider Schulen und in Kombination mit den Erkenntnissen aus der Befragung und den Subjektiven Schulkarten lassen sie dennoch Rückschlüsse zu, die man wie folgt zusammenfassen kann:

- Hinweise auf emotional gesteuerte Beurteilung der Attraktivität von Räumen
- Das Außengelände, seine Gestaltung, insbesondere naturnahe Ecken und Nischen sind für Kinder im Offenen Ganztag von besonderer Relevanz
- Hohe Bedeutsamkeit von Bewegungsanlässen drinnen wie draußen
- Unbeobachtete Räume sind besonders beliebte Spielorte
- Handlungsbedarf bei den Toilettenräumen

Methode 5: Modellbau

An der OGS Blumenthalstraße in Düsseldorf realisierten wir während der ersten Osterferienwoche im April 2019 ein künstlerisches Projekt, in dessen Verlauf die Kinder ihre „Traum-OGS“ entwarfen und modellhaft gestalteten. Die Teilnehmergruppe bestand aus acht Kindern mit und ohne sozial-emotionalen Förderschwerpunkt. Unter Anleitung einer Künstlerin und Architektin aus dem Pool der Bildungsanbieter*innen in Düsseldorf entwarfen die Kinder ein eigenes Raumkonzept. Die Schüler*innen formten und gestalteten anhand ihrer Vorlagen einen OGS-Gruppenraum im Kleinformat – mitsamt dem Außengelände. In regelmäßigen Zwischengesprächen und Diskussionen konnte sich jedes Kind einbringen, mitplanen und schließlich auch handwerklich seinen Teil zum Gesamtmodell beitragen. Gebaut wurde das Modell fast ausschließlich aus Naturmaterialien und recyceltem Material, das die Kinder zum Teil von zuhause mitgebracht hatten.

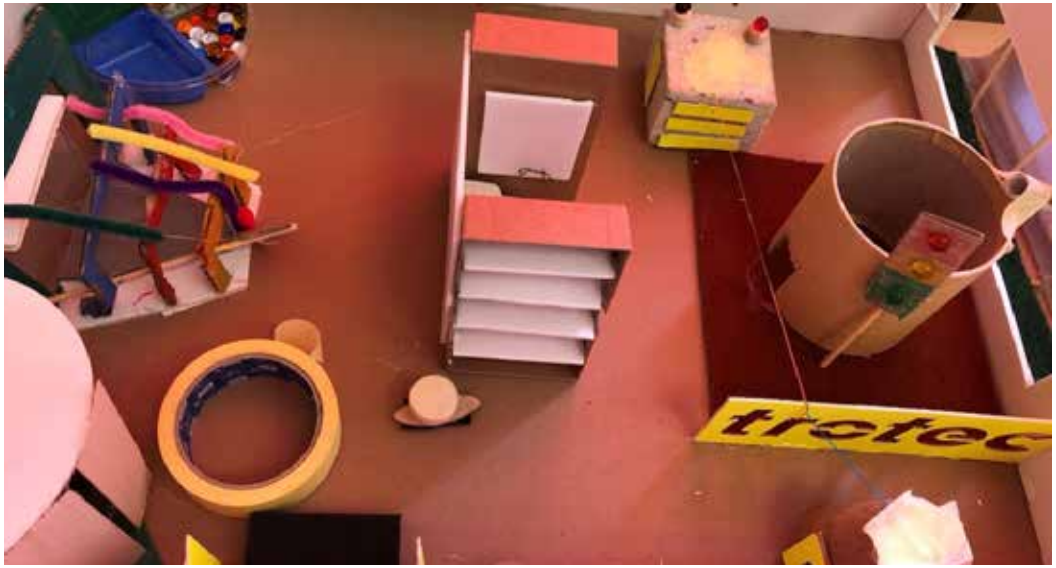


Abb. 16:
Modellbau eines Kindes

Modellbau – methodische Beschreibung

Kurzbeschreibung
Im Rahmen der Methode „Modellbau“ entwerfen Kinder ein eigenes Raumkonzept (Gruppenraum und Außengelände) und setzen dieses mit Naturmaterialien oder mit recyceltem Material modellbauartig um.

Ziele
- Kinder entwickeln ein eigenes Raumkonzept und formen dieses dreidimensional
- Künstlerische und spielerische Annäherung an die Themen Architektur und Innenraumgestaltung
- Sensibilisierung für Fragen der Raumnutzung und Raumgestaltung

Zeitrahmen
Vier Stunden pro Tag an drei Tagen; insgesamt 12 Unterrichtsstunden, wobei zusätzlich Zeit benötigt wird für Beschaffung und Transport der Materialien sowie eine differenzierte Planung und Dokumentation des Projektes.

Durchführung
Das Projekt gliedert sich bei der Durchführung in verschiedene Abschnitte mit jeweils unterschiedlichen Schwerpunkten, wobei jede Einheit etwa zwei Unterrichtsstunden in Anspruch nimmt:
1. Einführung in die Themen Architektur und Innenraumgestaltung und maßstabsgetreues Gestalten durch Film, Fotos/Bilder und/oder eine PowerPoint Präsentation.
2. Brainstorming über die Funktionsbereiche von Ganztagsräumen; Aufgabenverteilung; Gestaltung von Plakaten; Präsentation der Plakate.
3. kleine „Materialkunde“ und Festlegung von Regeln bei der Nutzung von Arbeitsgeräten; Auswahl von Materialien und Techniken; Arbeitsbeginn an unterschiedlichen Baustellen; Zwischenpräsentation – Feedback.
4. Weitere Bearbeitung der Modelle; Zwischenpräsentation – Feedback.
5. Fertigstellung der Modelle; zusammenfügen der Teilbereiche.
6. Präsentation der Ergebnisse; abschließende Dokumentation.

Es entstanden Bauelemente für folgende Bereiche:

- Soziale Erfahrungsbereiche, in denen man mit Freunden Musik hören, sich unterhalten, Tee trinken, etwas essen und spielen kann; Bereiche für gemeinsame Projekte, wie etwa einen Schulgarten.
- Rückzugsbereiche, sowohl im Gebäude als auch auf dem Außengelände.
- Medienbereiche mit vielfältiger Nutzung: Computer, Videospiele, Tablet, Fernseher und DVD-Player, Leseecke mit Sach- und Jugendbüchern.
- Bewegungsspielbereiche für jede Wetterlage; ein Sportplatz sowie Abenteuerparcours mit Tunnelsystem; Orte zum Klettern, Toben und Tanzen.
- Multifunktionsbereich für Feste und Feiern mit einer Bühne.
- Musische und technische Bereiche für Kunst und Erfahrungen alle Art; vielfältig nutzbarer Raum für eine Werkstatt, ein Atelier sowie Lager- und Ausstellungsplätze.



Abb. 17: Präsentation der Plakate



Abb. 18: Die Modelle entstehen



Abb. 19: Präsentation der Modelle

Als ein wesentliches Ergebnis der Methode „Modellbau“ kann festhalten werden, dass den Kindern bei der Gestaltung ihrer „Traum-OGS“ der Außenbereich besonders wichtig war. Er bietet vielfältige Gelegenheiten sich zu bewegen: rutschen, schaukeln, durch ein Tunnelsystem kriechen und auf verschiedenen Ebenen klettern. Flächen, die höher gelegen sind, kann man nur durch klettern erreichen. Oben angekommen hat man die Möglichkeit, sich ins Baumhaus zurückzuziehen. Es gibt einen Teich mit Fischen darin, auf dem man mit dem Boot herumfahren kann. Auch im Gebäude gibt es eine Vielzahl an Bewegungsanlässen, wie etwa einen Kletterbaum, ein Trampolin und einen Pool, der mit bunten Bällen gefüllt ist. In einem anderen Bereich kann man Musik hören und tanzen. Drinnen wie draußen gibt es eine Vielzahl an Rückzugsmöglichkeiten. Es gibt ein Zelt, das mit Decken und Kissen ausgelegt ist und welches sich von innen ganz abdunkeln lässt. Dort kann man schlafen und sich ausruhen, „…wenn man richtig müde ist“. Besonders wichtig war den Schüler*innen auch der Einsatz von technischen Geräten wie Computer, Tablets und Videospielen. Vor allem für die Rückzugsbereiche haben die Schüler*innen Regeln aufgestellt. Zum Beispiel können „…nicht mehr als vier Kinder ins Schlafzelt, sonst ist es zu laut und zu eng“.

Zusammenfassung und Ausblick

Vier Offene Ganztagsschulen im AWO Bezirk Niederrhein beteiligten sich über zwei Jahre an dem aus Mitteln des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR) geförderten Modellprojekt „Inklusive Raumkonzepte an Offenen Ganztagsschulen“. Im Rahmen des Projektes wurden fünf partizipativ orientierte Methoden erprobt und umgesetzt, in denen die Erfahrungen und Meinungen derjenigen Personen im Mittelpunkt standen, die sich ganztägig in diesen Räumen aufhalten und deshalb deren Potenziale und Grenzen am besten einschätzen können, nämlich die Kinder und pädagogischen Fachkräfte. Im Projektverlauf wurden die jeweiligen baulichen, räumlich-konzeptionellen und gestalterischen Stärken und Schwächen der vier Schulen zunehmend deutlicher. Hilfreich war hierbei insbesondere die kontinuierlich gegebene Möglichkeit des Vergleichs zwischen den vier Schulstandorten. Dieser partizipative und vergleichende Ansatz des Projektes hat sich bewährt. Räumliche Handlungsbedarfe sowie Potenziale und Grenzen an den vier Schulen lassen sich nun präziser und differenzierter benennen als vor Projektbeginn.

Kreative Raumnutzungskonzepte an Offenen Ganztagsschulen

Wie schon an anderer Stelle ausgeführt, richtete sich das Interesse des Projektes weniger auf die Frage, wie eine „ideale Ganztagsschule“ eigentlich architektonisch gestaltet sein müsste, sondern eher auf die pragmatische Frage, wie (begrenzte) räumliche Potenziale im Sinne eines inklusiven Lebens und Lernens in einer Schule optimal genutzt werden können. Denn so wichtig es auch ist, langfristige bauliche Visionen zu entwickeln: im Regelfall müssen Lehrer*innen und Erzieher*innen heute – und absehbar auch in den nächsten Jahren – einen inklusiven Ganztag in Schulgebäuden verantworten und umsetzen, die ursprünglich für einen nicht-inklusiven Halbtagsbetrieb gebaut und konzipiert wurden.

Will man für die Kinder unter suboptimale Bedingungen dennoch das Beste erreichen, so ist Kreativität und Improvisationstalent gefragt. Beides findet der aufmerksame Beobachter in heutigen Grundschulen in beeindruckender Fülle und Vielfalt:

- Da werden Schulhöfe mit selbst gebauten Hochbeeten oder mobilen Spielgeräten aufgewertet.
- In Fluren und Zwischenräumen werden mit einfachen Mitteln Möglichkeiten des Rückzugs und der spielerischen Begegnung geschaffen.
- Es werden Kooperationsvereinbarungen mit nahe gelegenen Jugendzentren geschlossen und Ausflüge in benachbarte Waldstücke oder öffentliche Parkanlagen unternommen.
- Räume werden auf der Grundlage kluger Belegungspläne und mobiler Einrichtungsgegenstände multifunktional als Lern-, Spiel-, Bewegungs- oder Speiseraum genutzt.
- Eltern werden für Renovierungs- und Werkarbeiten aktiviert und eingebunden.
- Unbeobachtete Ecken und Nischen wie Abstandsgrün und Kellerzugänge, die eigentlich gar nicht als Aufenthaltsort gedacht waren, werden von den Kindern begeistert erobert und in Beschlag genommen.

Die vorliegende Handreichung dokumentiert und beschreibt in diesem Sinne vielfältige Ansätze, um räumliche Potenziale auch unter suboptimalen Bedingungen bestmöglich zu nutzen. Durch die Befragung der Kinder und Fachkräfte wurden aber auch weitreichende Handlungsbedarfe offensichtlich, die von den Akteuren in einer Schule allein nicht zu lösen sind.

Bauliche Handlungsbedarfe an Offenen Ganztagsschulen

An erster Stelle zu erwähnen wäre hier der eklatante und nahezu durchgehende Mangel an Orten des Rückzugs und der Ruhe. Je nach Schule sind rund ein Drittel bis die Hälfte aller im Rahmen des Projektes befragten Schüler*innen der Meinung, dass es nicht möglich sei, in der eigenen Schule eine ruhige Ecke zu finden, wenn man dies brauche. Was dies für das individuelle Stressempfinden der betroffenen Kinder über einen ganzen Schultag von 8 bis 16 Uhr bedeutet, lässt sich ausmalen. Die befragten Fachkräfte beurteilen dasselbe Thema sogar noch kritischer. Um solche Orte in ausreichendem Maße zu schaffen, reichen kluge Belegungspläne und kreative Nutzungskonzepte alleine nicht aus. Notwendig sind vielmehr bauliche Maßnahmen, die den räumlichen Bedarfen eines inklusiven Ganztagsbetriebes gerecht werden. Kricke et al. plädieren in ihrer von der Montag-Stiftung geförderten Studie zum Thema „Raum und Inklusion“ (2018) im Hinblick auf Lern- und Unterrichtsräume für eine Orientierung an 4,5 bis 5 m² pro Schüler*in inklusive Ganztagsfläche. Für eine Ganztagsklasse mit 25 Kindern sollten demnach 112,5 bis 150 m² im Alltag zur Verfügung stehen, dies entspricht einer Mindestgröße von zwei Klassenräumen regulärer Größe. Notwendig ist dieser Raumbedarf in Ganztagsschulen nicht allein, um Orte des Rückzugs zu schaffen, sondern auch, um Freiräume für Bewegung zu schaffen. Insbesondere an Regentagen ist es von großer Bedeutung, dass Grundschüler*innen auch

innerhalb des Schulgebäudes ihren kindlichen Bewegungsdrang ausleben können und sich nicht beengt fühlen.
Bietet eine Schule in ausreichendem Maße Räume für Rückzug und Ruhe auf der einen Seite, sowie für Bewegung und Exploration auf der anderen Seite, so ist dies zweifellos für alle Kinder, ob mit oder ohne Beeinträchtigung, gesundheits- und entwicklungsfördernd. Für Kinder mit sozial-emotionalem Förderbedarf ist dies allerdings noch viel entscheidender. Denn ohne ausreichende Rückzugsmöglichkeiten kann ein Kind mit emotionalen Beeinträchtigungen einen konfliktbeladenen Schulalltag kaum überstehen. Ungenügende räumliche Rahmenbedingungen können so letztlich dazu beitragen, dass ein Kind als „nicht beschulbar" eingestuft wird. Eine im weitesten Sinne barrierefreie Schule würde demgegenüber auch Kindern mit erhöhten Bedarfen nach Rückzug oder Exploration entsprechende räumliche Möglichkeiten bieten.
Fragwürdig ist auch die an heutigen Grundschulen vorherrschende Situation der Toiletten, die in unterschiedlicher Intensität unter Verschmutzung, Vandalismus, Baufälligkeit oder Verwahrlosung leiden und dementsprechend von den meisten Kindern nur sehr ungern benutzt werden. Die Häufigkeit, mit der Kinder im Rahmen der Fotoevaluationen oder der Subjektiven Schulkarten von sich aus die Aufmerksamkeit auf dieses Thema lenkten, war jedenfalls bemerkenswert. Angesichts der Tatsache, dass der Toilettengang für Ganztagskinder natürlich eine ganz andere Relevanz hat als für Halbtagskinder, darf dieser Befund allerdings nicht allzu sehr überraschen. Auch bei diesem Thema gilt: Lehrer*innen und Erzieher*innen könnten zwar viel tun, um solche Probleme abzumildern, wirklich zufriedenstellende Lösungen lassen sich aber nur gemeinsam mit dem Schulträger durch bauliche Maßnahmen entwickeln, die auf eine dezentralere und damit leichter kontrollierbare Verteilung der Sanitäranlagen im Schulgebäude zielen.
Ebenfalls unbefriedigend ist in den meisten Offenen Ganztagsschulen die Essenssituation. Ästhetisch ansprechende Mensen, in denen die Kinder ohne Zeitdruck und Lärmbelästigung ihr Mittagessen einnehmen können, sind an heutigen Grundschulen eher die Ausnahme als die Regel. Aufgrund des schnellen Ausbaus der Ganztagsplätze ist vielfach ein eng getakteter Schichtbetrieb notwendig, um angesichts begrenzter Platzressourcen dennoch alle Kinder mit einem Mittagessen versorgen zu können.

Ein bildungspolitischer Ausblick

„Gute OGS darf keine Glückssache sein!" – so lautete das Motto einer bildungspolitischen Kampagne, mit der sich die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in NRW im Jahr 2017 für bessere Rahmenbedingungen des Offenen Ganztages stark machte. Das Motto nahm Bezug auf die Tatsache, dass die meisten Kommunen in NRW die knapp bemessene Landesförderung um einen freiwilligen Beitrag ergänzen, die Höhe dieses Beitrages aber wiederum stark von der jeweiligen Finanzkraft der Kommune abhängt. An dieser Situation hat sich bis heute leider nichts grundlegend geändert. Trägern des Offenen Ganztages stehen in manchen finanzstarken Kommunen pro Kind und Jahr Förderbeträge zur Verfügung, die mehr als doppelt so hoch sind wie die entsprechenden Beträge in finanzschwachen Kommunen. Natürlich ist eine auskömmliche Finanzierung nicht der einzige Faktor, der eine OGS zu einer guten OGS macht. Aber er ist und bleibt ein entscheidender Faktor. Dass unter den vier am Projekt beteiligten OGS ausgerechnet jene OGS mit dem höchsten Förderzuschuss pro Kind und Jahr in nahezu allen Fragen die positivsten Werte erzielte, ist in diesem Sinne unseres Erachtens kein Zufall.
Vor dem Hintergrund der Erfahrungen des Projektes „Inklusive Raumkonzepte an Offenen Ganztagsschulen" lässt sich das Motto „Gute OGS darf keine Glückssache sein!" in gleicher Weise auch auf die räumlichen Aspekte des Offenen Ganztages übertragen. Es ist verblüffend, mit welcher Kreativität, mit welchem Engagement und welchem Erfolg es vielen Schulteams gelingt, überschaubare und bescheidene räumliche Potenziale so klug zu nutzen, dass sich zumindest die große Mehrzahl der Kinder letztendlich an der Schule wohl fühlt. Dennoch tragen baulich-architektonische Rahmenbedingungen entscheidend dazu bei, inwieweit eine OGS überhaupt die Chance hat, sich zu einer guten OGS zu entwickeln.
Um den in NRW eingeschlagenen Weg von einer nicht-inklusiven Halbtagsschule hin zur inklusiven Ganztagsschule auch in baulicher Hinsicht konsequent fortzuschreiten, bedarf es in den nächsten Jahren und Jahrzehnten einer beherzten gemeinsamen Kraftanstrengung von Bund, Ländern und Kommunen. Es bleibt zu hoffen, dass die von der Bundesregierung geplante Einführung eines Rechtsanspruches auf Ganztagsbildung und -betreuung zum Jahr 2025 dabei hilft, diesen Weg erfolgreich zu beschreiten.
Die Erfahrungen des AWO-Projektes „Inklusive Raumkonzepte an Offenen Ganztagsschulen" zeigen, dass es auf diesem Weg auch sicherlich nicht schaden wird, Kinder als Experten*innen ihrer eigenen Lebenssituation und Belange ernst zu nehmen. Und die großzügigsten und modernsten Schulgebäude werden hoffentlich gerade in Stadtteilen und Regionen mit der höchsten sozialen Belastung entstehen. Die Arbeiterwohlfahrt ist jedenfalls gewillt, hierzu einen Beitrag zu leisten.

Literatur und weiterführende Links

Literatur

- Achermann, B. (Hg.): Index für Inklusion. Ein Leitfaden für Schulentwicklung. korr. und akt. Aufl. Beltz, Weinheim 2017
- Deinet, U., Gunz, H., Muscutt, C., Thomas, S.: Offene Ganztagsschule - Schule als Lebensort aus Sicht der Kinder. Studie, Bausteine, Methodenkoffer. Verlag Barbara Budrich 2018
- Derecik, A. u.a.: Partizipation in der offenen Ganztagsschule: Pädagogische Grundlagen und empirische Befunde zu Bewegungs-, Spiel- und Sportangeboten. Bildung und Sport. Springer VS, Wiesbaden 2013
- Hildebrandt-Stramann, R., Laging, R. (Hg.): Bewegung und Sport in der Ganztagsschule: StuBSS: Ergebnisse der Studie zur Entwicklung von Bewegung, Spiel und Sport in der Ganztagsschule. Schneider Verlag Hohengehren 2014
- Kricke, M., Reich, K., Schanz, L., Schneider, J.: Raum und Inklusion: Neue Konzepte im Schulbau. Beltz, Weinheim 2018
- Schönig, W., Schmidtlein-Mauderer, C. (Hg.): Inklusion sucht Raum. Porträtierte Schulentwicklung. hep, Bern 2015.

Weiterführende Links

- Montag-Stiftung: https://www.montag-stiftungen.de/
- Webportal der Serviceagentur „Ganztägig lernen“ in NRW: https://www.ganztag-nrw.de/
- Themenheft Inklusion: https://www.brd.nrw.de/schule/pdf/Inklusion_Themenheft3.pdf
- Subjektives Kartographieren: https://www.sozialraum.de/subjektives-kartographieren.php
- Die sechs Schlüsselprinzipien von Rosan Bosch: https://www.ganztaegig-lernen.de/designing-better-world-starts-school
- Mandy Fuchs: Der Raum als 3. Erzieher: https://mandyfuchs.de/2017/02/21/der-raum-als-3-erzieher/



Abb. 20: Jeder Tornister hat seinen Platz

Anhang 1: Fragenbogen für Kinder

Dein Fragebogen

Deine Schule hat viele Räume: die Klassenräume, Nebenräume, Flure, Toiletten, den Schulhof und viele andere.
Wir möchten gerne deine Meinung zu den Räumen in der Schule wissen!

Ich bin ein Mädchen ☐ Ich bin ein Junge ☐

Ich bin ☐ Jahre alt.

1. Mache bitte kurz die Augen zu und überlege, wo du dich in der Schule am wohlsten fühlst. Schreibe diesen Raum hier auf:

_____

Nun ein paar Fragen zum Ankreuzen:

	stimmt genau ++	stimmt eher +	stimmt eher nicht -	stimmt gar nicht --
2. Unser Klassenraum ist schön gestaltet.				
3. Wir dürfen mitbestimmen, wie unser Klassenraum gestaltet ist.				
4. Unser Schulhof ist schön gestaltet.				
5. Wir haben Orte, an denen wir auch ohne Erwachsene sein dürfen.				
6. Ich finde in der Schule eine ruhige Ecke, wenn ich meine Ruhe brauche.				
7. Ich finde die Regeln, die in den Klassenräumen gelten, in Ordnung.				

8. Gibt es eine Regel in deiner Schule, die du nicht gut findest? Schreibe auf, welche:

_____

_____

_____

9. Nenne bis zu drei Dinge, die dir in den Räumen besonders gut gefallen.

1. _____

2. _____

3. _____

10. Diesen Raum würde ich gerne noch in meiner Schule haben:

_____

Nun hast du den Fragebogen vollständig ausgefüllt! Danke!



Anhang 2: Fragenbogen für Fachkräfte

Liebe Kolleg*innen,
unsere Schule beteiligt sich neben drei anderen Schulen im Regierungsbezirk Düsseldorf an einem aus Mitteln des Landschaftsverbandes Rheinland geförderten Modellprojekt der AWO mit dem Titel „Inklusive Raumkonzepte an Offenen Ganztagsschulen“. Vor diesem Hintergrund sind uns Ihre Einschätzungen zu Fragen der Raumgestaltung wichtig. Die Befragung erfolgt anonymisiert. Die Ergebnisse dieser Befragung werden überregional ausgewertet und anschließend allen beteiligten Schulen vorgestellt.
Für Ihre Mitwirkung danken wir im Voraus herzlich!

_____ _____

Schulleitung OGS-Leitung

Bitte ankreuzen:

☐ Lehrer*in ☐ Mitarbeiter*in der AWO ☐ Sonstige Mitarbeiter*in

	stimmt genau	stimmt eher	stimmt eher nicht	stimmt gar nicht
Die räumlichen Rahmenbedingungen unserer Schule sind insgesamt zufriedenstellend.				
Wir nutzen die gegebenen räumlichen Rahmenbedingungen der Schule in optimaler Weise.				
Unsere Schule bietet den Kindern genügend Räume für Bewegung und Exploration.				
Unsere Schule bietet den Kindern genügend Räume für Rückzug und Ruhe.				
Wir beteiligen die Kinder in ausreichendem Maße in Fragen der Raumgestaltung und Raumnutzung.				

	stimmt genau	stimmt eher	stimmt eher nicht	stimmt gar nicht
Unsere Klassenräume / OGS-Räume sind ästhetisch ansprechend gestaltet und dekoriert				
Wir haben in unserer Schule insgesamt ein gut durchdachtes Raumkonzept.				
Die räumlichen Rahmenbedingungen des Mittagessens (ggfls. Mensa) sind zufriedenstellend.				
Die Kindertoiletten sind im Regelfall sauber.				
Unser Schulhof ist kindgerecht gestaltet und zufriedenstellend mit Spielgeräten ausgestattet.				
Uns werden genügend Ressourcen für die Ausstattung der Räume mit Möbeln und Materialien zur Verfügung gestellt.				
Das innere Erscheinungsbild unserer Schule ist ansprechend.				
Das äußere Erscheinungsbild unserer Schule ist ansprechend.				
Die Ausstattung unserer Schulräume mit Möbeln ist sachgemäß, neuwertig und gepflegt.				
Außerschulische Räume (benachbarter Spielplatz, Jugendhaus, Wald etc.) werden ausreichend genutzt				

Über welche besonderen räumlichen Ressourcen verfügt Ihre Schule? Was ist aus Kindersicht an Ihrer Schule im Vergleich zu anderen Schulen besonders attraktiv?

_____

_____

_____

Wo sehen Sie in Ihrer Schule, im Hinblick auf Fragen der Raumgestaltung, den größten Handlungsbedarf?

Für Kinder mit sozial-emotionalem Förderbedarf ist der Alltag an einer Schule oft besonders belastend und stressbeladen. Was müsste sich an den räumlichen Rahmenbedingungen Ihrer Schule idealerweise ändern, damit diese Kinder noch besser und stressfreier in den Schulalltag integriert werden können?

Jede Schule verfügt über ausgesprochene oder unausgesprochene Regeln der Raumnutzung. Nennen Sie bitte eine Regel, die Sie als besonders sinnvoll erachten!

Falls Sie eine Regel der Raumnutzung skeptisch sehen, nennen Sie bitte auch diese:

Vielen Dank für Ihre Mitwirkung!

AWO Handreichung „Inklusive Raumkonzepte an OGS“
Anhang 3: Checkliste für teilnehmende Beobachtungen

Checkliste für teilnehmende Beobachtungen im Rahmen des Projektes „Inklusive Raumkonzepte an Offenen Ganztagsschulen“

Die Räume an sich
(OGS-Gruppenräume, Klassen- / Funktionsräume, Flure, Toiletten, Schulhof, etc.):
- Größe und Aufteilung der Räume
- Einrichtungsgegenstände
- Ausstattung mit Spiel- und Lernmaterial, Zugänglichkeit von Material
- Akustik (Lärmpegel)
- Lichtverhältnisse
- ästhetische Gestaltung durch Farben, Formen und Material
- Dekoration

Das Verhalten der Kinder (und Erwachsenen) in diesen Räumen:
- Umgang der Kinder mit Material
- Unterscheidung von freien und stark frequentierten Bereichen,
- Art und Intensität der Bewegung im Raum,
- Art und Dauer der Raumnutzung durch die Kinder,
- O-Töne von Kindern oder Erwachsenen zu räumlichen Aspekten,
- Normen und Regeln, die die Raumnutzung bestimmen, individuelle Gruppenregeln
- Ordnungs- und Verwaltungsdienste
- Konflikte, Abweichungen und Ausnahmen der „typischen“ Raumnutzung
- Tagesstruktur: Hausaufgaben, Essenssituation, AGs (extern und intern)
- Anzahl der Kinder (Alter, Geschlecht, Herkunft)

Beobachtungsschwerpunkt 1: Spannungsfeld Freiraum versus Rückzugsraum:

- Inwieweit haben und nutzen die Kinder Freiräume, um ihr Bedürfnis nach Bewegung, Entdeckung, Spannung und Abenteuer auszuleben?
- Inwieweit haben und nutzen die Kinder Rückzugsräume, um ihr Bedürfnis nach Ruhe, Abschirmung und Entspannung auszuleben?

Beobachtungsschwerpunkt 2: Spannungsfeld Autonomie versus Aufsicht:

- Inwieweit dürfen die Kinder die Räume frei und autonom nutzen und werden an der Raumgestaltung beteiligt?
- Inwieweit wird die Raumnutzung und Gestaltung durch Erwachsene beaufsichtigt, kontrolliert und reglementiert?

AWO Bezirksverband Niederrhein e.V.

Die Direktorin des Landschaftsverbandes Rheinland

Qualität für Menschen

Ergänzungsvorlage Nr. 14/3973/1

öffentlich

Datum:	22.04.2020
Dienststelle:	Fachbereich 43
Bearbeitung:	Dr. Karin Kleinen

Landesjugendhilfeausschuss	**28.05.2020**	**Kenntnis**

Tagesordnungspunkt:

Praxisentwicklungsprojekt Kommunale Bildungslandschaft der kommunalen Jugendpflege

Kenntnisnahme:

Die Vorlage Nr. 14/3973/1 wird zur Kenntnis genommen.

UN-Behindertenrechtskonvention (BRK):

Diese Vorlage berührt eine oder mehrere Zielrichtungen des LVR-Aktionsplans zur Umsetzung der BRK.	nein

Gleichstellung/Gender Mainstreaming:

Diese Vorlage berücksichtigt Vorgaben des LVR-Gleichstellungsplans 2020.	nein

Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt (lfd. Jahr):

Produktgruppe:	
Erträge: Veranschlagt im (Teil-)Ergebnisplan	Aufwendungen: /Wirtschaftsplan
Einzahlungen: Veranschlagt im (Teil-)Finanzplan Bei Investitionen: Gesamtkosten der Maßnahme:	Auszahlungen: /Wirtschaftsplan
Jährliche ergebniswirksame Folgekosten:	
Die gebildeten Budgets werden unter Beachtung der Ziele eingehalten	

In Vertretung

B a h r - H e d e m a n n

Zusammenfassung:

Über die Projektposition 5.1 des Kinder- und Jugendförderplans des Landes Nordrhein-Westfalen wurde im Zeitraum 2015 bis 2017 das Praxisentwicklungsprojekt „Kommunale Bildungslandschaft der kommunalen Jugendpflege" gefördert und von insgesamt sieben Kommunen in Westfalen-Lippe und im Rheinland durchgeführt.

Beteiligt waren in Westfalen-Lippe die Jugendförderungen der Städte Hagen und Minden sowie des Märkischen Kreises und des Kreises Warendorf und im Rheinland die Städte Viersen und Herzogenrath sowie die StädteRegion Aachen.

Die Fachberatungen der Landesjugendämter Westfalen-Lippe und Rheinland haben das Praxisentwicklungsprojekt fachlich begleitet und moderiert. Das Institut für soziale Arbeit Münster e.V. (ISA) hat es wissenschaftlich begleitet.

Die nun vorliegende Arbeitshilfe rundet die Dokumentation des Projektes ab. Sie will dazu beitragen, die Akteure der Kinder- und Jugendarbeit mit ihrem eigenständigen Bildungsauftrag als profilierte und starke Netzwerkpartner bei der Gestaltung anregungsreicher, jugendgerechter Bildungslandschaften zu stärken.

Dieses Ziel wird auch von der obersten Landesjugendbehörde mit der Förderposition 5.1 „Kinder- und Jugendarbeit in kommunalen Bildungslandschaften" des Kinder- und Jugendförderplans NRW verfolgt, der ein weites Bildungsverständnis und das Wissen um die Wirksamkeit gerade von non-formalen und informellen Bildungsprozessen in der Begegnung der Peers zugrunde liegt.

Die Kreise und Städte verfolgten im Rahmen der Förderinitiative das Ziel, die Kooperation und Vernetzung der Einrichtungen der Kinder- und Jugendförderung untereinander und mit weiteren Bildungsakteuren in den Sozialräumen und Regionen im Sinne Kommunaler Bildungslandschaften auf- und weiter auszubauen und qualitativ weiterzuentwickeln. Im Fokus standen koordinierende Aktivitäten zur besseren Vernetzung von Bildungseinrichtungen und ihrer Angebote und die ämterübergreifende Zusammenarbeit in den Kommunen. Dies galt es zugleich mit konkreten beteiligungsorientierten Maßnahmen mit Kindern und Jugendlichen in den Sozialräumen zu verbinden, um Konzepte und Netzwerke mit Leben zu füllen und für die Praxis weiterzuentwickeln.

Begleitend zu den Aktivitäten vor Ort fanden interkommunale Praxis-Workshops der beteiligten Jugendämter, und hier der Jugendpflegerinnen und Jugendpfleger, zur Verständigung und Konkretisierung der Ziele und Inhalte des Projekts, zu Vernetzung und Nachhaltigkeit und der Evaluation des Projektes statt.

Die Projektstandorte wurden innerhalb der zwei Jahre jeweils mit 60.000 EUR gefördert. Dies waren Mittel sowohl für die koordinierenden Tätigkeiten innerhalb des Projektzeitraums als auch für konkrete Praxisprojekte mit Jugendlichen vor Ort.

Die Ergebnisse des Praxisentwicklungsprojektes wurden bereits auf dem Bundeskongress Jugendarbeit in 2016, beim Deutschen Jugendhilfetag in 2017 und im Rahmen einer Fachtagung im Jahr 2017 der Fachwelt präsentiert.

Begründung der Vorlage Nr. 14/3973:

Der Ältestenrat hat in seiner Sondersitzung am 16.03.2020 aufgrund der Corona-Pandemie entschieden, alle Ausschusssitzungen bis zum 30.04.2020 abzusagen.
Hiervon war auch der Landesjugendhilfeausschuss am 19.03.2020 betroffen.
Die Vorlage wird dem Landesjugendhilfeausschuss zur Kenntnis gegeben.

Begründung der Vorlage Nr. 14/3973:

Praxisentwicklungsprojekt
„Kommunale Bildungslandschaft der kommunalen Jugendpflege"

Das Praxisentwicklungsprojekt „Kommunale Bildungslandschaft der kommunalen Jugendpflege wurde in den Jahren 2015 bis 2017 über den Kinder- und Jugendförderplan des Landes Nordrhein-Westfalen in der Position 5.1 „Kinder- und Jugendarbeit in kommunalen Bildungslandschaften" vom Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration gefördert. Die Fachberatungen der Landesjugendämter Westfalen-Lippe und Rheinland haben das Projekt fachlich begleitet und moderiert, das Institut für Soziale Arbeit Münster e.V. hat es wissenschaftlich begleitet.

Fachlicher Hintergrund

Gerechtes Aufwachsen für alle Kinder und Jugendlichen und ihre Bildungsprozesse zu begleiten und zu unterstützen ist ein originärer Auftrag der Kinder- und Jugendhilfe. Kinder und Jugendliche stehen dabei mit ihren (Bildungs)Biografien im Zentrum, denn Bildungsprozesse sind in erster Linie Selbstbildungsprozesse. Diese können – und müssen – gleichwohl durch vielfältige „Kopf, Herz und Hand" ansprechende Bildungsgelegenheiten im Sozialraum wie in jeder einzelnen Einrichtung angeregt, unterstützt und auch gefördert werden. Nur so können junge Menschen ihre Interessen und Bedürfnisse, Kräfte, Gefühle, Fähigkeiten und Fertigkeiten entfalten, ihr soziales Miteinander gestalten und ihre Persönlichkeit entwickeln. Die Gestaltung kommunaler Bildungslandschaften dient diesem Ziel. Sie ist mit ihrer eher lebensweltlichen und sozialräumlichen Akteursperspektive ein Pendant zu den regionalen Bildungsnetzwerken mit ihren etablierten Formaten und Gremien (Bildungsbericht/-monitoring, Bildungskonferenz, Lenkungskreis, Bildungsbüro etc.), die seit 2008 mit Unterstützung des Schulministeriums und der Kommunalen Spitzenverbände eine gemeinsame Bildungsplanung verfolgen. Der Schwerpunkt liegt hier eindeutig auf dem Lern- und Lebensort Schule.

Das Programm der Kommunalen Bildungslandschaft fügt dem gleichsam „die andere Seite der Bildung" mit einem Akzent auf non-formale Bildung und informellem Lernen hinzu, die als nach den Grundsätzen der Selbstbestimmung, Freiwilligkeit, Mitwirkung und Teilhabe gestaltet werden können. Sie sind für das Bildungsverständnis der Kinder- und Jugendarbeit wichtige Ansatzpunkte und unterstreichen deren Bedeutung als Kooperationspartner von Schule.

Das Jugendministerium hat 2011 im Kinder- und Jugendförderplan (KJFP) des Landes NRW die Förderposition „Kinder-/Jugendarbeit in kommunalen Bildungslandschaften" ge-

schaffen. Mit dieser Förderposition wird die sozialräumliche Zusammenarbeit von unterschiedlichen Bildungsakteuren in der Kommune unterstützt, ausgehend von der aktiven Mitwirkung und Gestaltung durch die Kinder- und Jugendarbeit. Dem Programm liegt ein breiter Bildungsbegriff zugrunde, der neben der Schule auch weitere Bildungsorte – wie die offene Kinder- und Jugendarbeit, die verbandliche Jugendarbeit, die Sportvereine, die Jugendkunstschulen, Museen und Ganztagsschulen – in den Fokus rückt.

In dieser Zielsetzung hat das Land in den letzten Jahren zentrale landesweite Projekte in der Jugendförderung gefördert und damit verschiedene Entwicklungsprozesse der freien und kommunalen Träger angestoßen, so z.B. in den Jahren 2011 bis 2014 das Projekt „Bildungsgestalten. Offene Kinder- und Jugendarbeit und Familienbildung gestalten Bildungslandschaften" der Arbeitsgemeinschaft Offene Tür NRW, AGOT-NRW, oder in den Jahren 2013 bis 2016 das Projekt „Wir hier. Jugendverbände und Jugendringe in kommunalen Bildungslandschaften" des Landesjugendrings NRW.

Um schließlich auch die planerisch-koordinierende Abstimmung zwischen Bildungsakteuren und Bildungsinstitutionen auf kommunaler Ebene zu unterstützen und damit die Jugendämter und hier speziell die kommunalen Jugendpflegerinnen und Jugendpfleger in der Wahrnehmung ihrer Gesamtverantwortung für die Handlungsfelder der Jugendförderung nach §§ 11–14 SGB VIII, resp. dem Kinder- und Jugendförderungsgesetz des Landes NRW (3.AG-KJHG) zu stärken, haben die Landesjugendämter in fachlicher Abstimmung mit der obersten Landesjugendbehörde schließlich das Praxisentwicklungsprojekte „Kommunale Bildungslandschaft der kommunalen Jugendpflege" initiiert und konzipiert.

Einblicke in die Praxis der Projektstandorte im Rheinland

StädteRegion Aachen

Durch einen intensiven Austausch mit Schulen und örtlichen Trägern kultureller Angebote für Kinder und Jugendliche wollte die Jugendpflege nachhaltige Kooperationsmöglichkeiten prüfen, sinnvolle Vernetzungen anstreben und im Einzelfall gemeinsame Projekte und Maßnahmen durchführen – dies selbstredend mit den Jugendlichen selbst, die u.a. über das Jugendparlament aktiv einbezogen wurden und über Inhalte und Formen mitentschieden. In Baesweiler wird, als ein Ergebnis des Projekts, nun beispielsweise von jungen Menschen für junge Menschen fortlaufend berichtet, welche Freizeitangebote, Projekte und Aktionen es aktuell vor Ort gibt, und es werden Ideen und Meinungen von den Experten*innen in eigener Sache eingeholt, was Kinder und Jugendliche in Baesweiler brauchen. Eine gut vernetzte kommunale Jugendpflege, die eine „koordinierende Rolle im partnerschaftlichen Geiste" übernimmt und zugleich Mittler zum Jugendhilfeausschuss ist, ist eine zentrale Gelingensbedingung.

Herzogenrath

Herzogenrath strebte im Rahmen des Praxisentwicklungsprojekts die Entwicklung ganzheitlicher und nachhaltiger Netzwerkstrukturen zwischen allen relevanten Bildungsakteuren an. Die zentrale Koordinierungs- und Steuerungsverantwortung oblag der kommunalen Jugendpflege als öffentlichem Träger der Jugendhilfe. Zum Auftrag gehörte es, sicherzustellen, dass neben den jeweiligen Bildungspartnern und Akteuren im Sozialraum auch Kinder und Jugendliche aktiv beteiligt werden. Inzwischen gibt es im Jugendamt Herzogenrath eine Planstelle für fachliche Querschnittsaufgaben mit einem Stellenumfang

von 50% einer Vollzeitstelle. Eine gute Voraussetzung, um das junge Netzwerk weiter zu stärken.

Viersen
Ziel des Kooperations- und Austauschprojekts „Deutsch/Niederländische Netzwerke: Ler(n)en Internationa(a)l" der Stadt Viersen war es, auf zwei Ebenen „Peer-Learning" zu ermöglichen: auf der Ebene der Fachkräfte und auf der Ebene der jungen Menschen. Deutlich wurde, dass sich Kinder und Jugendliche in ihrem Alltag hier wie dort auf sehr ähnliche Art und Weise beschäftigen und ähnliche Werte und Normen vertreten. Bei dem direkten Kontakt der Fachkräfte hingegen zeigte sich, dass die Arbeitsansätze von Jugendsozialarbeit und Jugendarbeit in Deutschland und den Niederlanden zu verschieden waren, um in dem vorhandenen Zeitfenster ein gemeinsames Projekt zu gestalten. Der fachliche Austausch mit großem Erkenntnisgewinn auf deutscher Seite betraf die Verankerung von Partizipation in der Bürgerschaft der Niederlande und einer damit verbunden gänzlich anderen, nämlich überwiegend koordinierenden Rolle der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter.

Erkenntnisse und Empfehlungen aus dem Praxisentwicklungsprojekt insgesamt

Das Praxisentwicklungsprojekt hat gezeigt, dass der Auf- und Ausbau sowie die qualitative Weiterentwicklung einer Bildungslandschaft kein kurzfristiges Projekt sein kann, sondern einen langfristigen und dauerhaften Gestaltungsprozess darstellt, den es strukturell abzusichern gilt, damit Kooperationsimpulse und initiierte Prozesse ihre Wirkung entfalten können. Im Folgenden seien wichtige Erkenntnisse und daraus abgeleitete Empfehlungen aus dem Praxisentwicklungsprojekt skizziert, die in der vorliegenden Arbeitshilfe ausführlicher dargelegt und erläutert werden:

Erkenntnisse:
- Die Profilschärfung der Kinder- und Jugendarbeit ist in den Städten und Kreisen durch die Klärung des Bildungsbegriffs und die Positionierung zur Bildungslandschaft als Gestaltungsvision erfolgt. Das war ein wichtiger Schritt für die kommunale Jugendpflege, um sowohl innerhalb der Kinder- und Jugendhilfe als auch vom Kooperationspartner Schule als Expertin für ganzheitliche Bildung und Partizipationsprozesse wahrgenommen und einbezogen zu werden.
- Der Ansatz eines „Praxisentwicklungsprojekts" erlaubte nach Ansicht der begleitenden Kommunen den erforderlichen konzeptionellen Freiraum, der für das Erproben innovativer Formate erforderlich ist.
- Positiv wurde die Rolle der Fachberatung durch die Landesjugendämter hervorgehoben. Es braucht für die komplexen Prozesse offenbar den Blick von außen, der die fachliche Moderation der Praxisworkshops, Standortbesuche und individuelle Beratungen sicherstellt.
- Entwicklungsbedarfe wurden auch in der Kommunalverwaltung festgestellt, insbesondere da, wo Versäulung die Gestaltung von Bildungslandschaften als einer Querschnittsaufgabe behindert.
- Die Unterstützung durch die kommunalpolitischen Gremien, z.B. durch positive Beschlusslagen im Jugendhilfeausschuss bis hin zu einer fraktionsübergreifenden Beratungsstruktur, wirkt sich positiv für die Etablierung von nachhaltigen Vernetzungsprozessen aus.

Empfehlungen:

- Eine große Herausforderung ist die nachhaltige Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen bei der Gestaltung kommunaler Bildungslandschaften. Junge Menschen brauchen konkrete Anlässe, um sich zu beteiligen. Das stellt besondere Anforderungen an die Gestaltung von und Arbeit in Gremien und Netzwerken.
- Die gemeinsame Planung und Durchführung von konkreten Maßnahmen ist auch ein guter Weg, um die Zusammenarbeit unterschiedlicher Bereiche zu unterstützen. Gemeinsame Erfahrungen und gemeinsame Erfolgsmomente stärken die gegenseitige fachliche Wertschätzung der anderen Profession und fördern nachhaltig die Vernetzung.
- Die Jugendamtsleitung ist gemeinsam mit dem Jugendhilfeausschuss gefordert, notwendige Ressourcen an Stellenanteilen und Finanzmittel bereitzustellen sowie die strukturellen Rahmenbedingungen zum Auf- und Ausbau kommunaler Bildungslandschaften zu schaffen.
- Es gilt den „Rückenwind" durch die finanzielle Förderung über den Kinder- und Jugendförderplan des Landes zu nutzen. Nicht nur mit Blick auf die Bagatellgrenze i.H.v. 12.500 € für den öffentlichen Träger ist es lohnend, wenn sich mehrere Kommunen/ Jugendämter, und hier die Jugendpflegerinnen und Jugendpfleger, zusammenschließen. Dem interkommunalen Fachaustausch, so haben die Praxisworkshops im Rahmen des Praxisentwicklungsprojekts gezeigt, kommt eine große Bedeutung zu.

Die Fachberatung der beiden Landesjugendämter beteiligt sich an der landesweiten Fachdebatte zu Gestaltung kommunaler Bildungslandschaften und regionaler Bildungsnetzwerke, dies insbesondere im „Dialogforum Bildungslandschaften NRW". Es handelt sich dabei um einen bundesweit einzigartigen Zusammenschluss landesweiter Träger und Akteure der Kinder- und Jugendarbeit, von Kultur und Schule, aus Verwaltung, Politik und Wissenschaft, der von der obersten Landesjugendbehörde und dem Schulministerium begleitet wird. Als gemeinsame fachliche Grundlage für landesweite Vorhaben hat das Dialogforum den „Zukunftsplan Bildungslandschaften" erarbeitet mit dem Ziel einer gemeinsamen Verständigung und eines Debattenbeitrags, Bildungslandschaften jugendgerecht, nachhaltig und individuell zu gestalten. Den Zukunftsplan können Sie unter dem folgenden Link herunterladen:

https://www.ljr-nrw.de/wp-content/uploads/2018/12/Zukunftsplan_Bildungslandschaften_2018_lang_komprimiert.pdf

Eine Zusammenfassung liegt zur Mitnahme aus, ist aber auch unter folgendem Link abrufbar: https://www.ljr-nrw.de/wp-content/uploads/2018/12/Zukunftsplan_Bildungslandschaften_2018_Kurzfassung.pdf.

In Vertretung

B a h r – H e d e m a n n

TOP 10 Bericht aus der Verwaltung

TOP 11 Anfragen und Anträge

TOP 12 Verschiedenes